Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland

Herausgegeben im Auftrag des Auswärtigen Amts
vom Institut für Zeitgeschichte

Hauptherausgeber
Hans-Peter Schwarz

Mitherausgeber
Helga Haftendorn, Klaus Hildebrand,
Werner Link, Horst Möller und Rudolf Morsey

R. Oldenbourg Verlag München 1995

Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland

1964

Band I: 1. Januar bis 30. Juni 1964

Wissenschaftlicher Leiter
Rainer A. Blasius

Bearbeiter
Wolfgang Hölscher und Daniel Kosthorst

R. Oldenbourg Verlag München 1995

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Akten zur auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland
/ hrsg. im Auftr. des Auswärtigen Amts vom Institut für Zeitgeschichte. Haupthrsg. Hans-Peter Schwarz. Mithrsg. Helga Haftendorn ... – München : Oldenbourg.

NE: Schwarz, Hans-Peter [Hrsg.]; Institut für Zeitgeschichte <München>

1964 / wiss. Leiter Rainer A. Blasius. Bearb. Wolfgang Hölscher und Daniel Kosthorst.
Bd. 1. 1. Januar bis 30. Juni 1964. – 1995
ISBN 3-486-56065-4
NE: Hölscher, Wolfgang [Bearb.]

© 1995 R. Oldenbourg Verlag GmbH, München

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Umschlaggestaltung: Dieter Vollendorf
Gesamtherstellung: R. Oldenbourg, Graphische Betriebe GmbH, München

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier

ISBN: 3-486-56065-4

Inhalt

Vorwort VII

Vorbemerkungen zur Edition VIII

Verzeichnisse XV

Dokumentenverzeichnis XVII
Literaturverzeichnis CXLIII
Abkürzungsverzeichnis CLI

Dokumente 1

Band I (Dokument 1–179) 3
Band II (Dokument 180–402) 713

Anhang 1581

Zeittafel 1583
Personenregister 1589
Sachregister 1631
Organisationsplan des Auswärtigen Amts vom Juli 1964 1677

Vorwort

Dem jährlichen Erscheinungsrhythmus der „Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland" entsprechend, wird mit den Jahresbänden 1964 eine weitere, umfassende Dokumentensammlung aus den Beständen des Politischen Archivs des Auswärtigen Amts vorgelegt. Das bewährte Editionskonzept der Jahresbände 1963 ist unverändert geblieben.

Das pünktliche Erscheinen der vorliegenden Bände gibt Anlaß, allen an dem Werk Beteiligten zu danken. So gilt mein verbindlichster Dank dem Auswärtigen Amt, insbesondere dem Politischen Archiv sowie den Damen und Herren in den Referaten, die beim Deklassifizierungsverfahren zur Offenlegung der Dokumente beigetragen haben. In gleicher Weise zu danken ist dem Bundeskanzleramt und der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus in Rhöndorf für die Erlaubnis, unverzichtbare Dolmetscheraufzeichnungen einbeziehen zu können.

Besonderer Dank gebührt ferner den Kollegen im Herausgebergremium, die sich ihrer viel Zeit in Anspruch nehmenden Aufgabe in bewährter Kollegialität gewidmet haben. Desgleichen sei die tadellose Zusammenarbeit mit den zuständigen Persönlichkeiten und Gremien des Instituts für Zeitgeschichte dankbar hervorgehoben.

Das Hauptverdienst am Gelingen haben die Bearbeiter der beiden Bände, Herr Dr. Wolfgang Hölscher und Herr Dr. Daniel Kosthorst, zusammen mit dem Wissenschaftlichen Leiter, Herrn Dr. Rainer A. Blasius. Ihnen sei für ihren unermüdlichen Einsatz und für ihre große Sorgfalt nachdrücklich gedankt.

Weiter genannt seien Herr Dr. Harald Rosenbach, dessen Mitwirkung eine unentbehrliche Hilfe war, sowie Frau Dr. Mechthild Lindemann und Frau Dr. Ilse Dorothee Pautsch, die gleichfalls wesentlich zum Gelingen beigetragen haben. Nicht vergessen seien schließlich die Damen des Sekretariats, Frau Andrea Bock, Frau Gabriele Knorr und Frau Melanie Stuch.

Die Jahresbände für 1965 und 1966 befinden sich in Arbeit. Sie sollen im vorgesehenen Rhythmus erscheinen.

Bonn, den 1. Juli 1994 — Hans-Peter Schwarz

Vorbemerkungen zur Edition

Die „Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1964" (Kurztitel: AAPD 1964) umfassen zwei Bände, die durchgängig paginiert sind. Den abgedruckten Dokumenten gehen im Band I neben Vorwort und Vorbemerkungen ein Dokumentenverzeichnis, ein Literaturverzeichnis sowie ein Abkürzungsverzeichnis voran. Am Ende von Band II finden sich eine Zeittafel zum Jahr 1964, ein Personen- und ein Sachregister sowie ein Organisationsplan des Auswärtigen Amts vom Juli 1964.

Dokumentenauswahl

Grundlage für die Fondsedition der Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 1964 waren die Bestände des Politischen Archivs des Auswärtigen Amts (PA/AA). Besonderes Gewicht wurde auf die zentralen Bestände „Ministerbüro" und „Büro Staatssekretär" gelegt. Angemessene Berücksichtigung fanden aber auch die einzelnen Abteilungen und Referate des Auswärtigen Amts. Schriftstücke aus anderen Bundesministerien, die in die Akten des Auswärtigen Amts Eingang gefunden haben, wurden nur zur Kommentierung herangezogen und lediglich in Fällen von besonderer außenpolitischer Bedeutung als Dokumente aufgenommen. Fast ausnahmslos haben dagegen die im Auswärtigen Amt vorhandenen Aufzeichnungen über Gespräche des Bundeskanzlers mit ausländischen Staatsmännern und Diplomaten Aufnahme gefunden. Als notwendige Ergänzung dienten die im Bundeskanzleramt und in der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus überlieferten Gesprächsaufzeichnungen.

Entsprechend ihrer Herkunft belegen die edierten Dokumente in erster Linie die außenpolitischen Aktivitäten des Bundesministers des Auswärtigen. Sie veranschaulichen aber auch die Außenpolitik des jeweiligen Bundeskanzlers. Die Rolle anderer Akteure, insbesondere im parlamentarischen und parteipolitischen Bereich, wird beispielhaft dokumentiert, sofern eine Wechselbeziehung zum Auswärtigen Amt gegeben war.

Die ausgewählten Dokumente sind nicht zuletzt deshalb für ein historisches Verständnis der Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland von Bedeutung, weil ausschließlich Schriftstücke veröffentlicht werden, die bisher der Forschung unzugänglich und größtenteils als Verschlußsachen der Geheimhaltung unterworfen waren. Dank einer entsprechenden Ermächtigung wurden den Bearbeitern die VS-Bestände des PA/AA ohne Einschränkung zugänglich gemacht und Anträge auf Herabstufung und Offenlegung von Schriftstücken beim Auswärtigen Amt ermöglicht. Für die Deklassifizierung von Verschlußsachen aus dem Bundeskanzleramt bzw. der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus war das Bundeskanzleramt zuständig. Kopien der offengelegten Schriftstücke, deren Zahl diejenige der in den AAPD 1964 edierten Dokumente weit übersteigt, werden im PA/AA zugänglich gemacht (Bestand B 150).

Nur eine äußerst geringe Zahl der für die Edition vorgesehenen Aktenstücke wurde nicht zur Veröffentlichung freigegeben. Hierbei handelt es sich vor allem um Dokumente, in denen personenbezogene Vorgänge im Vordergrund stehen oder die auch heute noch sicherheitsrelevante Angaben enthalten. Von einer Deklassifizierung ausgenommen war Schriftgut ausländischer Herkunft bzw. aus dem Bereich multilateraler oder internationaler Organisationen wie etwa der NATO. Unberücksichtigt blieb ebenfalls nachrichtendienstliches Material.

Dokumentenfolge

Die 402 edierten Dokumente sind in chronologischer Folge geordnet und mit laufenden Nummern versehen. Bei differierenden Datumsangaben auf einem Schriftstück, z.B. im Falle abweichender maschinenschriftlicher und handschriftlicher Datierung, ist in der Regel das früheste Datum maßgebend. Mehrere Dokumente mit demselben Datum sind, soweit möglich, nach der Uhrzeit eingeordnet. Erfolgt eine Datierung lediglich aufgrund sekundärer Hinweise (z.B. aus Begleitschreiben, beigefügten Vermerken usw.), wird dies in einer Fußnote ausgewiesen. Ein Dokument, bei dem nur der Entstehungsmonat bekannt ist, wird am Ende des betreffenden Monats eingereiht. Bei Aufzeichnungen über Gespräche oder Besprechungen ist das Datum des dokumentierten Vorgangs ausschlaggebend, nicht der Zeitpunkt der Niederschrift.

Dokumentenkopf

Jedes Dokument beginnt mit einem halbfett gedruckten, stets gleich gestalteten Dokumentenkopf, in dem wesentliche formale Angaben zusammengefaßt werden. Auf Dokumentennummer und -überschrift folgen in kleinerer Drucktype ergänzende Angaben, so rechts außen die Datumsangabe. Links außen wird, sofern vorhanden, das Geschäftszeichen des edierten Schriftstücks einschließlich des Geheimhaltungsgrads (zum Zeitpunkt der Entstehung) wiedergegeben. Das Geschäftszeichen, das aus der Kurzbezeichnung der ausfertigenden Arbeitseinheit besteht sowie aus weiteren Elementen wie dem gemäß Aktenplan inhaltlich definierten Aktenzeichen, der Tagebuchnummer einschließlich verkürzter Jahresangabe und gegebenenfalls dem Geheimhaltungsgrad, läßt Rückschlüsse auf den Geschäftsgang zu und eröffnet die Möglichkeit, zugehöriges Aktenmaterial zu ermitteln. Dokumentennummer, verkürzte Überschrift und Datum finden sich auch im Kolumnentitel über dem Dokument.

Aus den Angaben im Dokumentenkopf, vor allem aus der Überschrift, läßt sich die Art des jeweiligen Dokuments erschließen. Aufzeichnungen und Vermerke des internen Schriftverkehrs im Auswärtigen Amt sind eine in der Edition besonders häufig vertretene Dokumentengruppe. Der Verfasser wird jeweils in der Überschrift benannt. Läßt sich ein solcher weder unmittelbar noch mittelbar nachweisen, wird die ausfertigende Arbeitseinheit (Abteilung oder Referat) angegeben.

Eine weitere Gruppe von Dokumenten bildet der Schriftverkehr zwischen der Zentrale in Bonn und den Auslandsvertretungen. Diese erhielten ihre Infor-

mationen und Weisungen in der Regel mittels Drahterlaß, der fernschriftlich oder per Funk übermittelt wurde. Auch bei dieser Dokumentengruppe wird in der Überschrift der Verfasser genannt, ein Empfänger dagegen nur, wenn der Drahterlaß an eine einzelne Auslandsvertretung bzw. deren Leiter gerichtet war. Anderenfalls werden die Adressaten in einer Fußnote aufgeführt. Bei Runderlassen an sehr viele oder an alle diplomatischen Vertretungen wird der Empfängerkreis nicht näher spezifiziert, um die Anmerkungen nicht zu überfrachten. Ebenso sind diejenigen Auslandsvertretungen nicht eigens aufgeführt, die nur nachrichtlich von einem Erlaß in Kenntnis gesetzt wurden. Ergänzend zum Geschäftszeichen wird im unteren Teil des Dokumentenkopfes links die Nummer des Drahterlasses sowie der Grad der Dringlichkeit angegeben. Rechts davon findet sich das Aufgabedatum und – sofern zu ermitteln – die Uhrzeit der Aufgabe. Ein Ausstellungsdatum wird nur dann angegeben, wenn es vom Datum der Aufgabe abweicht.

Der Dokumentenkopf bei einem im Auswärtigen Amt eingehenden Drahtbericht ist in Analogie zum Drahterlaß gestaltet. Zusätzlich zu Datum und Uhrzeit der Aufgabe wird hier auch der Zeitpunkt der Ankunft festgehalten, jeweils in Ortszeit.

In weniger dringlichen Fällen verzichteten die Botschaften auf eine fernschriftliche Übermittlung und zogen die Form des mit Kurier übermittelten Schriftberichts vor. Beim Abdruck solcher Stücke wird im Dokumentenkopf neben der Überschrift mit Absender und Empfänger das Geschäftszeichen und das Datum genannt. Eine Sonderform des Schriftberichts stellt das sogenannte Privatdienstschreiben dar, mit dem außerhalb des offiziellen Geschäftsgangs zu einem Sachverhalt Stellung bezogen werden kann; darauf wird in einer Anmerkung aufmerksam gemacht.

Neben dem Schriftwechsel zwischen der Zentrale und den Auslandsvertretungen gibt es andere Schreiben, erkennbar jeweils an der Nennung von Absender und Empfänger. Zu dieser Gruppe zählen etwa Schreiben der Bundesregierung, vertreten durch den Bundeskanzler oder den Bundesminister des Auswärtigen, an ausländische Regierungen, desgleichen auch Korrespondenz des Auswärtigen Amts mit anderen Ressorts oder mit Bundestagsabgeordneten.

Breiten Raum nehmen Niederschriften über Gespräche bzw. Besprechungen ein. Sie werden als solche in der Überschrift gekennzeichnet. Hervorzuheben sind innerhalb dieser Dokumentengruppe Gesprächsaufzeichnungen der Dolmetscher. Für deren chronologische Einordnung ist das Gesprächs- oder Besprechungsdatum ausschlaggebend, während Verfasser und Datum der Niederschrift – sofern ermittelbar – in einer Anmerkung ausgewiesen werden.

Die wenigen Dokumente, die sich keiner der beschriebenen Gruppen zuordnen lassen, sind aufgrund individueller Überschriften zu identifizieren.

Die Überschrift bei allen Dokumenten enthält die notwendigen Angaben zum Ausstellungs-, Absende- oder Empfangsort bzw. zum Ort des Gesprächs oder der Besprechung. Erfolgt keine besondere Ortsangabe, ist Bonn stillschweigend zu ergänzen. Hält sich der Verfasser oder Absender eines Dokuments

nicht an seinem eigentlichen Dienstort auf, wird der Ortsangabe ein „z.Z." vorangesetzt.

Bei den edierten Schriftstücken handelt es sich in der Regel jeweils um die erste Ausfertigung oder – wie etwa bei den aufgrund festgelegter Verteiler vervielfältigten Drahtberichten – um eines von mehreren gleichrangig nebeneinander zirkulierenden Exemplaren. Statt einer Erstausfertigung mußten hin und wieder ein „Durchschlag als Konzept", ein Durchdruck, eine Abschrift oder eine Ablichtung herangezogen werden. Ein entsprechender Hinweis findet sich in einer Fußnote. In wenigen Fällen sind Entwürfe abgedruckt und entsprechend in den Überschriften kenntlich gemacht.

Dokumententext

Unterhalb des Dokumentenkopfes folgt – in normaler Drucktype – der Text des jeweiligen Dokuments, einschließlich des Betreffs, der Anrede und der Unterschrift. Falls die Textvorlage eine inhaltlich substantielle Überschrift aufweist, wird diese mitabgedruckt. Die Dokumente werden in der Regel ungekürzt veröffentlicht. In wenigen Ausnahmefällen sind geringfügige Auslassungen vorgenommen worden; sie werden durch [...] gekennzeichnet und in einer Fußnote erläutert. Textergänzungen der Bearbeiter stehen ebenfalls in eckigen Klammern.

Offensichtliche Schreib- und Interpunktionsfehler werden stillschweigend korrigiert. Eigentümliche Schreibweisen bleiben nach Möglichkeit erhalten; manchmal erwies sich jedoch eine Vereinheitlichung bzw. Modernisierung als sinnvoll. Dies trifft teilweise auch auf fremdsprachige Orts- und Personennamen zu, deren Schreibweise nach den im Auswärtigen Amt gebräuchlichen Regeln wiedergegeben wird.

Selten vorkommende oder ungebräuchliche Abkürzungen in der Textvorlage werden aufgelöst. Typische Abkürzungen von Institutionen, Parteien etc. werden allerdings übernommen. Hervorhebungen in der Textvorlage, also etwa maschinenschriftliche Unterstreichungen oder Sperrungen werden – sofern sie nicht überwiegend formaler Natur sind – kursiv wiedergegeben. Darüber hinaus dient der Kursivdruck dazu, bei Gesprächsaufzeichnungen die Sprecher voneinander abzuheben. Im äußeren Aufbau (Absätze, Zentrierungen usw.) folgt das Druckbild der Textvorlage, soweit dies unter Berücksichtigung der satztechnisch bedingten Gegebenheiten möglich ist.

Mit Ausnahme der dem Namen hinzugefügten Dienstbezeichnung, die der Überschrift eines Dokuments zu entnehmen ist, wird eine Unterschriftsformel vollständig wiedergegeben. Ein handschriftlicher Namenszug ist nicht besonders gekennzeichnet, eine Paraphe mit Unterschriftscharakter aufgelöst (mit Nachweis in einer Fußnote). Findet sich auf einem Schriftstück der Name zusätzlich maschinenschriftlich vermerkt, bleibt dies unerwähnt. Ein maschinenschriftlicher Name, dem ein „gez." vorangestellt ist, wird entsprechend übernommen; fehlt in der Textvorlage der Zusatz „gez.", wird er in eckigen Klammern ergänzt.

Unter dem Dokumententext wird die jeweilige Fundstelle des Schriftstücks in halbfetter Schrifttype nachgewiesen. Bei Dokumenten aus dem PA/AA wird auf die Angabe des Archivs verzichtet und nur der jeweilige Bestand mit Bandnummer genannt. Dokumente aus VS-Beständen sind mit der Angabe „VS-Bd." versehen. Bei Dokumenten anderer Herkunft werden Archiv und Bestandsbezeichnung angegeben. Da alle edierten Dokumente für die wissenschaftliche Benutzung bisher nicht oder nur in eingeschränktem Maße zur Verfügung standen, erübrigte sich eine systematische Suche nach Vor- oder Teilveröffentlichungen.

Kommentierung

In Ergänzung zum Dokumentenkopf enthalten die Anmerkungen formale Hinweise und geben Auskunft über wesentliche Stationen im Geschäftsgang. Angaben technischer Art, wie Registraturvermerke oder standardisierte Verteiler, werden nur bei besonderer Bedeutung erfaßt. Wesentlich ist dagegen die Frage, welche Beachtung das jeweils edierte Dokument auf den verschiedenen Ebenen des Auswärtigen Amts bzw. außerhalb dieser Behörde gefunden hat. Dies läßt sich an den Paraphen maßgeblicher Akteure sowie an den – überwiegend handschriftlichen – Weisungen, Bemerkungen oder auch Reaktionen in Form von Frage- oder Ausrufungszeichen ablesen, die auf dem Schriftstück selbst oder auf zugehörigen Begleitschreiben und -vermerken zu finden sind. Die diesbezüglichen Merkmale sowie damit in Verbindung stehende Hervorhebungen (Unterstreichungen oder Anstreichungen am Rand) werden in Anmerkungen nachgewiesen. Auf den Nachweis sonstiger An- oder Unterstreichungen wird verzichtet. Abkürzungen in handschriftlichen Passagen werden unter Kennzeichnung durch eckige Klammern aufgelöst.

In den im engeren Sinn textkritischen Anmerkungen werden nachträgliche Korrekturen oder textliche Änderungen des Verfassers und einzelner Adressaten festgehalten. Unwesentliche Textverbesserungen sind hiervon ausgenommen. Ferner wird auf einen systematischen Vergleich der Dokumente mit Entwürfen ebenso verzichtet wie auf den Nachweis der in der Praxis üblichen Einarbeitung von Textpassagen in eine spätere Aufzeichnung oder einen Drahterlaß.

Die Kommentierung soll den historischen Zusammenhang der edierten Dokumente in ihrer zeitlichen und inhaltlichen Abfolge sichtbar machen, weitere Aktenstücke und anderweitiges Schriftgut nachweisen, die unmittelbar oder mittelbar angesprochen werden, sowie Ereignisse oder Sachverhalte näher erläutern, die dem heutigen Wissens- und Erfahrungshorizont ferner liegen und aus dem Textzusammenhang heraus nicht oder nicht hinlänglich zu verstehen sind. Dem erstgenannten Gesichtspunkt tragen jene rück- oder weiterverweisenden Anmerkungen Rechnung, die Bezüge zwischen einzelnen Dokumenten in den vorliegenden zwei Bänden offenlegen und auf die AAPD 1963 bzw. auf die in Vorbereitung befindlichen AAPD 1965 verweisen. Das Auffinden von Dokumenten zu einem bestimmten thematischen Schwerpunkt ist mit Hilfe des Sachregisters möglich.

Besonderer Wert wird bei der Kommentierung darauf gelegt, die Dokumente durch Bezugsstücke aus den Akten der verschiedenen Arbeitseinheiten des Auswärtigen Amts bis hin zur Leitungsebene zu erläutern. Zitate oder inhaltliche Wiedergaben sollen die damaligen Entscheidungsprozesse erhellen. Dadurch wird zugleich Vorarbeit geleistet für eine vertiefende Erschließung der Bestände des PA/AA.

Findet in einem Dokument veröffentlichtes Schriftgut Erwähnung – etwa Abkommen, Gesetze, Reden oder Presseberichte –, so wird die Fundstelle in einer Anmerkung nach Möglichkeit genauer spezifiziert. Auszüge aus den Bezugsstücken oder inhaltliche Zusammenfassungen sollen zum Verständnis der Dokumente beitragen. Bei Anmerkungen oder Anmerkungsteilen, deren Zweck die knappe Erläuterung eines Sachverhalts oder Ereignisses ist, erfolgen keine systematischen Hinweise auf archivalische oder veröffentlichte Quellen. Sekundärliteratur wird generell nicht in die Kommentierung aufgenommen.

Angaben wie Dienstbezeichnung, Dienststellung/Funktion, Dienstbehörde und Nationalität dienen der eindeutigen Identifizierung der in der Kommentierung vorkommenden Personen. Die genannten Merkmale werden dabei erforderlichenfalls in Kombination oder auch im Wechsel dem Namen hinzugefügt. Bei Bundesministern erfolgt ein Hinweis zum jeweiligen Ressort nur im Personenregister. Eine im Dokumententext lediglich mit ihrer Funktion genannte Person wird nach Möglichkeit in einer Anmerkung namentlich nachgewiesen. Davon ausgenommen sind der jeweilige Bundespräsident, der Bundeskanzler bzw. der Bundesminister des Auswärtigen.

Die Bezeichnung einzelner Staaten wird so gewählt, daß Verwechslungen ausgeschlossen sind. Als Kurzform für die Deutsche Demokratische Republik kommen in den Dokumenten die Begriffe SBZ oder DDR vor und werden so wiedergegeben. Der in der Forschung üblichen Praxis folgend, wird jedoch in der Kommentierung und in den Regesten der Begriff DDR verwendet. Das Adjektiv „deutsch" findet nur bei gesamtdeutschen Belangen oder dann Verwendung, wenn eine eindeutige Zuordnung gegeben ist. Der westliche Teil von Berlin wird als Berlin (West), der östliche Teil der Stadt als Ost-Berlin bezeichnet. Im übrigen orientiert sich die Edition bei der Benutzung geographisch-politischer Begriffe an der Sprache der Quellen.

Für häufig benutzte Publikationen wie Editionen, Geschichtskalender und Memoiren werden Kurztitel oder Kurzformen eingeführt, die sich über ein entsprechendes Verzeichnis auflösen lassen. Der Platzersparnis dienen ebenfalls die Rückverweise auf bereits an anderer Stelle ausgeführte Anmerkungen.

Wie bei der Wiedergabe der Dokumente finden auch in den Anmerkungen die im Auswärtigen Amt gebräuchlichen Regeln für die Transkription fremdsprachlicher Namen und Begriffe Anwendung. Bei Literaturangaben in russischer Sprache wird die im wissenschaftlichen Bereich übliche Transliterierung durchgeführt.

Verzeichnisse

Das *Dokumentenverzeichnis* ist chronologisch angelegt. Es bietet zu jedem Dokument folgende Angaben: die halbfett gedruckte Dokumentennummer, Datum und Überschrift, die Fundseite sowie eine inhaltliche Übersicht in Form eines Regests. Um die Einheitlichkeit der Regesten in ihrem notwendigerweise verkürzenden Charakter zu wahren, steht bei der Zusammenfassung des Dokumenteninhalts nicht die Aufzählung aller angesprochenen Themen im Vordergrund, sondern die Aufmerksamkeit gilt wesentlichen Schwerpunkten oder neuartigen Gedanken. Die Regesten können und sollen lediglich einer ersten Orientierung dienen. Hinsichtlich ihrer formalen Gestaltung wird auf die vorangehenden Ausführungen zur Kommentierung verwiesen.

Das *Literaturverzeichnis* enthält nur solche Publikationen, die häufig zur Kommentierung herangezogen und mit Kurztiteln oder Kurzformen versehen wurden. Diese sind alphabetisch geordnet und werden unter Angabe der notwendigen bibliographischen Daten aufgelöst.

Das *Abkürzungsverzeichnis* führt – mit Ausnahme der erwähnten Kurzformen – die im Dokumententeil vorkommenden Abkürzungen auf, es sei denn, sie sind so gebräuchlich, daß sich eine Auflösung erübrigt. Nicht aufgenommen werden Abkürzungen, die in einer Fußnote erläutert sind.

Anhang

Die *Zeittafel* enthält eine Auswahl von außenpolitisch markanten Daten zum Jahr 1964.

Im *Personenregister* werden in der Edition vorkommende Personen unter Nennung derjenigen politischen, dienstlichen oder beruflichen Funktionen aufgeführt, die im inhaltlichen Zusammenhang der Dokumente wesentlich sind. In der Regel wird nur die maßgebliche Funktion im Jahr 1964 angegeben. Zu den im Auswärtigen Amt gebräuchlichen deutschen Funktionsbezeichnungen für ausländische Diplomaten werden in Einzelfällen die entsprechenden Termini in der jeweiligen Landessprache in Klammern hinzugefügt. Steht ein Dokument in seiner Gesamtheit in Beziehung zu einer Person, so wird im Register statt der betreffenden Seitenzahlen die halbfett gedruckte Dokumentennummer ausgeworfen.

Das *Sachregister* ermöglicht einen thematisch differenzierten Zugriff auf die Dokumente. Auch hier wird in den Fällen, in denen sich ein Schlagwort auf ein Dokument in seiner Gesamtheit bezieht, die halbfett gedruckte Dokumentennummer anstelle von Seitenzahlen aufgeführt.

Der *Organisationsplan* vom Juli 1964 zeigt die Struktur des Auswärtigen Amts und orientiert über die Namen der Leiter der jeweiligen Arbeitseinheiten.

Verzeichnisse

Dokumentenverzeichnis

1 02.01. Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens S. 3

Carstens gibt Gespräche mit Vertretern der zuständigen Ressorts sowie der drei Westmächte über Vorschläge des Senats von Berlin zur Fortführung der Passierschein-Gespräche wieder. Wesentliche Details der Vorschläge wurden als annehmbar angesehen. Jedoch müßten die Nachteile der Passierschein-Vereinbarung vom Dezember 1963 vermieden und der Gedanke der Wiederherstellung der Freizügigkeit in ganz Berlin stärker herausgestellt werden. Besonders wurde in den Gesprächen hervorgehoben, daß die Abstimmung zwischen Senat und Bundesregierung der Verbesserung bedürfe und der Informationsaustausch mit den Alliierten sicherzustellen sei.

2 03.01. Aufzeichnung des Staatssekretärs Lahr S. 7

Unter Hinweis auf die Politik Großbritanniens trägt Lahr die Überlegung vor, in Einzelfällen Kredite mit einer Laufzeit von bis zu fünf Jahren an Ostblock-Staaten zu vergeben. Dies erspare der deutschen Industrie Opfer und könne das britische Interesse an einer restriktiven Haltung wecken. Der Staatssekretär plädiert dafür, die Devisenhilfe an Großbritannien aufgrund der verbesserten britischen Zahlungsbilanz im Umfang wesentlich zu reduzieren.

3 03.01. Deutschland-Initiative (erste Fassung) S. 10

Ausgangspunkt der Vorschläge der Bundesregierung zur Lösung der Deutschland-Frage ist der Gedanke, eine Übergangsregelung auf dem Weg zur Einheit zu unterbreiten. Die Modalitäten hierfür sollen durch einen neu zu bildenden „Ständigen Rat der Vier Mächte" festgelegt werden, der insbesondere einen Plan zur Durchführung der Wiedervereinigung unter Berücksichtigung der europäischen Sicherheitsaspekte sowie ein Gesetz für die ersten gesamtdeutschen Wahlen erarbeiten soll. Die schnelle Durchführung humanitärer Maßnahmen, eine Amnestie für politische Häftlinge und die Ausweitung der innerdeutschen Wirtschaftsbeziehungen sind weitere Elemente der Initiative, die darüber hinaus die Verbesserung der Beziehungen zu den Ostblock-Staaten sowie Maßnahmen im Bereich Sicherheit und Abrüstung berücksichtigt.

4 06.01. Runderlaß des Bundesministers Schröder S. 15

Schröder weist auf die seit dem Teststopp-Abkommen vom August 1963 zunehmende Neigung im Ausland hin, die Teilung Deutschlands als Tatsache hinzunehmen. Dies veranlaßt ihn,

die Grundsätze der Deutschland-Politik darzulegen: Sicherung der freiheitlichen Ordnung in der Bundesrepublik und in Berlin (West), Ausbau der westlichen Positionen gegenüber dem Ostblock sowie Einflußnahme auf die Satellitenstaaten der UdSSR. An der Spitze der Forderungen müsse das Recht auf Selbstbestimmung stehen. Die Aussichten, die Wiedervereinigungsfrage in naher Zukunft zu lösen, schätzt der Minister als gering ein.

5 07.01. Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit dem amerikanischen Botschafter McGhee S. 19

Erhard und McGhee erörtern die Absicht der britischen Regierung, der UdSSR langfristige Kredite zu gewähren. Der Bundeskanzler hält einen solchen Schritt für unverantwortlich. Jeder Versuch einer Entspannung habe um so weniger Aussichten, je mehr der Westen zu Wirtschaftshilfen ohne politische Gegenleistungen bereit sei. Das Schreiben des Ministerpräsidenten Chruschtschow vom 31. Dezember 1963 über einen Gewaltverzicht bei Streit- und Grenzfragen stuft der amerikanische Botschafter als ein Propagandamittel ein, das allerdings „unangenehme Wirkung" haben könne. Erhard bezeichnet das Schreiben als wenig überzeugend, da den Völkern im Ostblock offenkundig das Recht auf Selbstbestimmung vorenthalten werde. Zur Fortführung der Passierschein-Gespräche bemerkt Erhard, daß in dieser Frage Übereinstimmung mit dem Regierenden Bürgermeister von Berlin, Brandt, bestehe. Allerdings sei zu befürchten, daß andere Senatsangehörige zu weitergehenden Zugeständnissen an die DDR bereit sein könnten. Deshalb komme es auf ein enges Zusammenspiel zwischen der Bundesregierung und den drei Westmächten an. Eine wesentliche Forderung bei den anstehenden Gesprächen müsse eine Besuchserlaubnis für Ost-Berliner in Berlin (West) sein; zudem solle der Schießbefehl an der Mauer rückgängig gemacht werden.

6 08.01. Bundesminister Schröder an Staatssekretär Westrick, Bundeskanzleramt S. 23

Schröder empfiehlt, daß sich die Bundesrepublik die ihr als Küstenstaat zustehenden Rechte zur Erforschung und Ausbeutung des Festlandsockels vorbehalten solle. Als Sofortmaßnahme schlägt er eine entsprechende Proklamation vor.

7 08.01. Botschafter Klaiber, Paris, an das Auswärtige Amt S. 25

Klaiber berichtet über ein Gespräch mit dem Leiter der Europaabteilung im französischen Außenministerium zur Frage einer europäischen politischen Union. De Beaumarchais bestätigte, daß Staatspräsident de Gaulle eine deutsche Initiative begrüßen würde. Voraussetzung für die Teilnahme an Gesprächen sei

allerdings die Zugehörigkeit zur EWG. Über Vorstellungen hinsichtlich einer Beteiligung Großbritanniens am Einigungsprozeß vermochte de Beaumarchais keine Auskunft zu geben.

8 10.01. Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit dem französischen Botschafter de Margerie S. 27

Erhard informiert über seinen Besuch in den USA, der zu einer Verbesserung der Beziehungen beigetragen habe. Die deutsch-französische Aussöhnung werde von amerikanischer Seite ausdrücklich begrüßt. Allerdings verkenne die amerikanische Seite nicht, daß Frankreich etwa hinsichtlich der NATO oder in Wirtschaftsfragen andere Auffassungen vertrete. Der Bundeskanzler zeigt sich erfreut über den Wunsch des französischen Staatspräsidenten, die politische Einigung Europas voranzubringen. Im Gegensatz zu de Gaulle sei er jedoch nicht der Auffassung, daß Europa eine „dritte Kraft" darstellen müsse. Die Frage der Integration Großbritanniens und anderer Staaten könne auf lange Sicht nicht beiseite geschoben werden. Beide Gesprächspartner stimmen überein, daß die britische Europa-Politik zur Zeit nicht eindeutig sei. De Margerie legt die Schwierigkeiten dar, auf die deutschen Vorschläge zur Lösung des Falls Argoud einzugehen. Erhard zeigt sich zu einem Gespräch mit de Gaulle bereit, möchte aber den Eindruck vermieden wissen, die Angelegenheit sei erledigt. Auf die Frage von Krediten an die UdSSR angesprochen, äußert de Margerie die Überzeugung, daß Frankreich seine restriktive Linie beibehalten werde.

9 10.01. Botschafter Knappstein, Washington, an Bundesminister Schröder S. 35

Knappstein schließt aus Gesprächen mit Beamten des amerikanischen Außenministeriums und Mitarbeitern des Präsidenten, daß eine entspannungspolitische Initiative der USA gegenüber der UdSSR bevorstehe, die vermutlich vor allem die Sicherung der Zugangswege nach Berlin sowie Probleme der europäischen Sicherheit zum Gegenstand haben werde. Bemühungen um eine unmittelbare Lösung der deutschen Frage halte man amerikanischerseits dagegen für verfrüht. Um die eigenen Vorstellungen geltend zu machen, empfiehlt Knappstein, die Washingtoner Botschaftergruppe möglichst bald mit der Deutschland-Initiative der Bundesregierung zu befassen.

10 13.01. Staatssekretär Carstens an die Botschaft in Washington S. 39

Carstens nimmt zur Deutschland-Initiative der Bundesregierung Stellung, mit der man auch gegenüber dem Ostblock aktiv werden wolle. Der Plan verknüpfe Schritte zur Wiedervereinigung mit Maßnahmen im Bereich Abrüstung und europäische

Sicherheit. Dies eröffne die Möglichkeit eines elastischen Vorgehens. Bei der Besprechung des Plans in der Washingtoner Botschaftergruppe solle der deutsche Vertreter das Problem der Wiedervereinigung stärker in den Vordergrund rücken, als dies auf amerikanischer Seite zur Zeit geschehe.

11 15.01. Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens S. 42

Carstens berichtet über ein Gespräch mit dem französischen Botschafter. De Margerie teilte mit, daß Frankreich diplomatische Beziehungen zur Volksrepublik China aufnehmen werde. Auf die von Carstens geäußerte Besorgnis über die möglichen Auswirkungen einer solchen Entscheidung auf die amerikanisch-französischen Beziehungen eingehend, räumte der Botschafter ein, daß das amerikanische Außenministerium einem solchen Schritt ablehnend gegenüberstehe. Positiv werde von amerikanischer Seite jedoch die Hilfe Frankreichs an Kambodscha verbucht.

12 15.01. Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit Premierminister Douglas-Home in London S. 45

Erhard legt seine europapolitischen Vorstellungen dar und betont die Absicht, Großbritannien an die EWG heranzuführen. Unzufrieden zeigt er sich über die mangelnde demokratische Kontrolle der Verwaltungsorgane der EWG, der durch eine verstärkte politische Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten entgegengewirkt werden müsse. In diesem Zusammenhang erläutert der Bundeskanzler die unterschiedlichen deutschen und französischen Auffassungen über den Fortgang des europäischen Einigungsprozesses und stellt zugleich heraus, daß die Bundesrepublik künftig stärker ihre Eigeninteressen gegenüber Frankreich geltend machen wolle. So komme auch dem Aufbau der MLF eine wesentliche Bedeutung zu, um eine auf der Force de frappe beruhende Hegemonialstellung Frankreichs in Europa verhindern zu können. Unter Hinweis auf die bevorstehenden Wahlen in Großbritannien spricht sich Douglas-Home gegen eine übereilte europapolitische Initiative aus. Weiter bemerkt er, daß im Fall eines Labour-Wahlsiegs das MLF-Projekt gefährdet sei. Abschließend äußert sich Erhard positiv zur Rolle der WEU, die ein Ausgangspunkt für eine politische Zusammenarbeit in größerem Rahmen sein könne.

13 15.01. Deutsch-britische Regierungsbesprechung in London S. 49

Bundesminister Schröder erläutert die neue Deutschland-Initiative der Bundesregierung, läßt aber die Frage nach der späteren politischen Verwendung offen. Der Entwurf stößt auf Interesse bei den britischen Gesprächspartnern; Premierminister Douglas-Home warnt jedoch vor mißverständlichen Formu-

lierungen hinsichtlich der Rechte Deutschlands an den Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie. Im weiteren Verlauf kommen die Verhandlungen der Bundesregierung mit den Ostblock-Staaten zur Sprache, deren zunehmende Selbständigkeit gegenüber der UdSSR hervorgehoben wird. Der Bundeskanzler spricht sich gegen die Gewährung von Krediten aus, die die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der UdSSR ohne Gegenleistungen an den Westen verringern würden. Im Zusammenhang mit der Erörterung möglicher Entspannungsmaßnahmen melden Schröder und Erhard Bedenken gegen den Vorschlag einer Stationierung von Bodenbeobachtungsposten und Zweifel am Nutzen eines Nichtangriffsabkommens an. Abschließend wird die Frage der Stationierungskosten behandelt, für die von britischer Seite eine langfristige Regelung angestrebt wird.

14 16.01. Deutsch-britische Regierungsbesprechung in London S. 63

Bundeskanzler Erhard legt dar, daß die sich aus den wirtschaftlichen Problemen der UdSSR ergebenden Verhandlungsmöglichkeiten nicht durch eine zu großzügige Kreditgewährung verspielt werden dürften. Der britische Industrie- und Handelsminister Heath sieht dagegen wenig Möglichkeiten, auf die sowjetische Rüstungspolitik mittels kreditpolitischer Maßnahmen Einfluß zu nehmen. Übereinstimmende Ansichten herrschen im Hinblick auf die Vorbereitung der Kennedy-Runde. Premierminister Douglas-Home bekundet Interesse an etwaigen Gesprächen über eine europäische politische Union, macht aber seine Ablehnung supranationaler Institutionen deutlich. Sorge äußern beide Seiten über die französische Haltung zur NATO. Für den deutschen Standpunkt zur MLF zeigen die britischen Gesprächspartner Verständnis.

15 16.01. Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem britischen Außenminister Butler in London S. 73

Schröder und Butler kommen überein, die Antwortnote auf das Schreiben des Ministerpräsidenten Chruschtschow vom 31. Dezember 1963 abzustimmen. Schröder erläutert die Motive für die Deutschland-Initiative der Bundesregierung. Man wolle auf Aktionen der UdSSR vorbereitet sein und eine Einigung über mögliche Schritte erzielen. Zugleich solle innenpolitischer Druck in der Deutschland-Frage abgefangen werden. Butler plädiert für ein stufenweises Vorgehen. Man müsse vermeiden, der UdSSR im Vorfeld zu viele Optionen anzubieten. In der Abrüstungsfrage sieht Schröder wenig Hoffnung für wirksame Maßnahmen. Butler spricht den Fortgang der europäischen Einigung an. Er hält die Idee für bedenklich, ein politisches Kontrollorgan für die EWG zu schaffen. Großbritannien wolle seine Souveränität nur sehr bedingt aufgeben. Schröder setzt sich für eine langsame Entwicklung ein und kündigt die Ausar-

beitung eines Stufenplans an. In der Zwischenzeit sei die EWG weiterzuentwickeln und die Kennedy-Runde zum Erfolg zu führen. Bei der abschließenden Erörterung der Situation in Asien und Afrika stellt Butler fest, daß die neue Regierung auf Sansibar „moskauorientiert" sei.

16 16.01. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Müller-Roschach S. 86

Müller-Roschach kommentiert den Vorschlag des Ministerpräsidenten Chruschtschow vom 31. Dezember 1963 über einen Gewaltverzicht bei Streit- und Grenzfragen. Die Bundesregierung solle darauf verweisen, daß Verträge mit Staaten ausgeschlossen seien, die die deutsche Teilung anerkannt hätten. Ein deutscher Beitritt zu einem weltweiten Abkommen sei möglich, sobald die noch nicht geklärten Fragen nach „Ausübung des Selbstbestimmungsrechts in einer Regelung mit Gesamtdeutschland" verbindlich gelöst seien.

17 21.01. Deutsch-französische Konsultationsbesprechungen S. 90

Ministerialdirektor Krapf analysiert die Deutschlandpolitik der Ostblock-Staaten. Er kommt zu dem Schluß, daß sich die DDR durch das Teststopp-Abkommen vom August 1963 aufgewertet fühle; auch mit der Passierschein-Regelung vom Dezember 1963 habe sie das Ziel verfolgt, ihr Ansehen zu steigern und Berlin (West) als selbständige politische Einheit darzustellen. Von französischer Seite wird betont, daß die Bundesregierung bei den Verhandlungen über eine neue Vereinbarung mit der DDR nicht auf eine „abschüssige Bahn" geraten dürfe. Hinsichtlich der Deutschland-Initiative der Bundesregierung erklärt Ministerialdirigent Reinkemeyer, daß damit die Deutschland-Frage als ein über die Berlin-Frage hinausgreifendes Problem präsentiert werden solle. Der stellvertretende Leiter der Politischen Abteilung im französischen Außenministerium, Laloy, weist auf das Risiko eines grundsätzlichen Wandels der deutschlandpolitischen Positionen der Westmächte hin. Abschließend äußern sich die Ministerialdirektoren Jansen und Müller-Roschach besorgt über die Rückwirkungen der französischen China-Politik auf das europäisch-amerikanische Verhältnis und die Deutschland-Frage.

18 22.01. Besprechung mit Vertretern des Bundesministeriums der Verteidigung S. 101

Ministerialdirektor Sachs informiert über die geplante Verteidigungshilfe für die Türkei. Mit Blick auf mögliche Kürzungen bei den Haushaltsmitteln für die Ausrüstungshilfe äußert der Ministerialdirektor im Bundesministerium der Verteidigung, Knieper, die Befürchtung, Liefertermine hinausschieben bzw. Zah-

lungen verzögern zu müssen. Es folgt ein Gedankenaustausch über einzelne Vorhaben der Ausrüstungshilfe. Zur möglichen Entwicklung eines „geheimschutzfreien" U-Bootes, das an Staaten außerhalb der NATO geliefert werden könnte, stellt Sachs fest, daß das Auswärtige Amt aus politischen Gründen einer Auslieferung voraussichtlich in zahlreichen Fällen widersprechen müßte.

19 22.01. Botschafter Groepper, Moskau, an das Auswärtige Amt S. 107

Groepper berichtet über den sowjetischen Vorschlag, die Regelungen des Ende 1963 abgelaufenen Abkommens über den Waren- und Zahlungsverkehr auf das Jahr 1964 zu übertragen. Die wirtschaftliche Lage in der UdSSR lasse offensichtlich eine Ausweitung des Handels mit der Bundesrepublik nicht zu. Außerdem wolle die UdSSR eine Diskussion über die Einbeziehung von Berlin (West) in ein neues Abkommen vermeiden und möglicherweise auch der Behauptung Vorschub leisten, das Röhrenembargo stehe einer Ausweitung des bilateralen Handels im Wege.

20 22.01. Botschafter Knappstein, Washington, an das Auswärtige Amt S. 110

Knappstein bewertet das Verhältnis der USA zur Bundesrepublik Deutschland und zu Frankreich. Der deutsch-französische Vertrag habe zunächst wie ein Schock gewirkt, doch seien die amerikanischen Befürchtungen, die Bundesrepublik könne aus der atlantischen Partnerschaft ausbrechen, von deutscher Seite zerstreut worden. Mittelfristig habe die Annäherung an Frankreich sogar die Position in den USA gestärkt, da man auf amerikanischer Seite glaube, über die Bundesrepublik Einfluß auf Frankreich ausüben zu können. Demgegenüber sei das Verhältnis der USA zu Frankreich durch tief verwurzelte Sympathien bestimmt, so daß trotz vieler diametraler Auffassungen die Politik des Staatspräsidenten de Gaulle „am Ende doch achselzukkend" hingenommen werde. Knappstein warnt vor der Gefahr, daß die Bundesrepublik für französische „Sünden" mitverantwortlich gemacht werden könnte.

21 22.01. Runderlaß des Ministerialdirektors Jansen S. 115

Jansen informiert über die Ergebnisse der Gespräche zwischen Bundesminister Schröder und dem türkischen Außenminister Erkin. Neben der Zypern-Frage, deren Lösung aus türkischer Sicht die Bildung einer Föderation voraussetze, wurden die Ost-West-Beziehungen sowie die Verteidigungshilfe an die Türkei besprochen. Außerdem sicherte Schröder Unterstützung in

wirtschaftlichen Fragen zu und zerstreute Bedenken hinsichtlich der sozialrechtlichen Benachteiligung der türkischen Gastarbeiter in der Bundesrepublik.

22 23.01. Stufenplan zur europäischen Einigung (Entwurf) S. 118

In Abstimmung mit Staatssekretär Lahr legt Staatssekretär Carstens den Entwurf eines Plans zur Verwirklichung der europäischen Einigung vor. Auf einer ersten Stufe sind Entscheidungen über den gemeinsamen Getreidepreis, der Abschluß der Kennedy-Runde, die Verschmelzung der Exekutiven der europäischen Gemeinschaften sowie nichtinstitutionalisierte Zusammenkünfte der Regierungschefs vorgesehen. Während der darauffolgenden Phase sollen die Beziehungen zu den EFTA-Staaten geregelt, die Fusion der europäischen Gemeinschaften verwirklicht sowie ein Vertrag über die Bildung einer politischen Union ausgehandelt werden. Dessen Umsetzung wird für eine weitere Stufe in Aussicht genommen, während der zugleich direkte Wahlen zum Europäischen Parlament stattfinden sollen. Als vierter Schritt ist ein Abkommen über die Errichtung einer politischen Gemeinschaft geplant, dessen Inkrafttreten den Abschluß des Prozesses darstellen würde.

23 23.01. Aufzeichnung der Politischen Abteilung II S. 120

Mit Blick auf den Besuch des Bundeskanzlers Erhard in Rom informiert die Abteilung II über den bereits im November 1963 geäußerten italienischen Wunsch, in einen MLF-Vertrag eine Klausel aufzunehmen, die einer späteren Umwandlung in eine europäische Streitmacht den Weg ebnen solle. Wesentliches Motiv sei, die italienischen Sozialisten für die MLF zu gewinnen. Die Abteilung II regt an, die italienische Zustimmung zu einem deutschen Vorschlag zu erwirken, der in seiner allgemeinen, nicht auf eine europäische politische Autorität bezugnehmenden Formulierung eher konsensfähig sei. Eine solche neu gefaßte „Europäisierungsklausel" halte jede denkbare Möglichkeit einer politischen Zusammenarbeit offen.

24 23.01. Aufzeichnung des Staatssekretärs Lahr S. 124

Lahr hält fest, daß das Bundeskabinett sich gegen Besuche von Regierungsvertretern einzelner Bundesländer bei der EWG-Kommission ausgesprochen habe, die nicht zuvor mit ihr abgestimmt worden seien. Es sei darauf hingewiesen worden, daß sich die Kommission durch solche Interventionen bei der Förderung bestimmter regionaler Projekte nicht beeinflussen lasse.

25 24.01. Bundeskanzler Erhard an Ministerpräsident Eshkol (Entwurf) S. 126

Erhard nimmt zu dem israelischen Wunsch nach Assoziierung mit der EWG Stellung. Er erläutert, daß aufgrund der Vereinbarungen für außereuropäische Staaten eine Assoziierung nur für ehemalige Kolonien möglich sei, sichert aber zu, die israelischen Exportinteressen bei den EWG-Partnern zu unterstützen.

26 27.01. Ministerialdirektor Krapf an die Vertretung bei der NATO in Paris S. 128

Krapf informiert über weitere Gespräche in der Passierschein-Frage. Während Senatsrat Korber den humanitären Charakter betonte, machte der Vertreter der DDR, Staatssekretär Wendt, eine neue Vereinbarung von politischen Zugeständnissen abhängig. Dies wurde von Korber zurückgewiesen und zugleich der Vorschlag unterbreitet, die Vereinbarung vom Dezember 1963 mit gewissen Änderungen zu verlängern. Ziel der Bundesregierung, so Krapf, sei es, selbst die Bedingungen zu setzen und humanitäre Erleichterungen ohne Preisgabe politischer Positionen zu erreichen. Im Hinblick auf die Durchsetzung der Politik der Nichtanerkennung komme einer festen Haltung in der Passierschein-Frage wesentliche Bedeutung zu. Von Vorteil sei es, daß man nicht unter Zeitdruck stehe.

27 27.01. Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit Ministerpräsident Moro in Rom S. 132

Erhard unterstützt den Gedanken einer einheitlicheren politischen Willensbildung in Europa, an der auch Großbritannien beteiligt werden müsse. Frankreich wolle dagegen nur einen engeren Zusammenschluß der sechs EWG-Staaten zulassen, wobei Staatspräsident de Gaulle das Ziel einer französischen Hegemonie verfolge. Dies lehnt der Bundeskanzler ebenso ab wie eine deutsch-französische „Blockbildung". Moro sieht die Möglichkeit für eine Wiederbelebung des Europagedankens erst nach den Wahlen in Großbritannien. Skeptisch steht er auch einer Gipfelkonferenz im Rahmen der EWG gegenüber, befürwortet aber andere Schritte wie eine Stärkung der Stellung des europäischen Parlaments. Der europäische Einigungsprozeß dürfe allerdings nicht gegen die USA gerichtet sein. Beide Politiker stimmen überein, daß die Anerkennung der Volksrepublik China durch Frankreich für die europäisch-amerikanischen Beziehungen abträglich gewesen sei. Erhard weist auf die Bedeutung der MLF hin, deren Verwirklichung den französischen „Autonomietendenzen" entgegenwirken könne. Der Bundeskanzler bemerkt abschließend, daß er dem deutsch-italienischen und dem deutsch-britischen Dialog den gleichen Wert bei-

messe wie dem deutsch-französischen. Er äußert die Erwartung, daß de Gaulle sich dem langfristig nicht werde widersetzen können.

28 27./28.01. Deutsch-italienische Regierungsbesprechungen in Rom S. 140

Ministerpräsident Moro erklärt, die bisherige Politik in der Berlin- und Deutschland-Frage fortsetzen zu wollen und insbesondere das Recht auf Wiedervereinigung zu unterstützen. Bei der angestrebten europäischen politischen Union seien die Interessen Frankreichs und Großbritanniens gleichermaßen zu berücksichtigen. Der italienische Außenminister Saragat hebt die positive Einstellung zur geplanten MLF hervor. Bundeskanzler Erhard betont, daß ohne deutsch-französische Einigung ein europäischer Zusammenschluß nicht möglich sei. Er plädiert für eine Stärkung des gemeinsamen Markts und spricht sich dafür aus, das Problem der europäischen Einigung im Bewußtsein der Öffentlichkeit wachzuhalten. Angesichts des italienischen Handelsdefizits und der deutschen Überschüsse sei eine gleichförmige Entwicklung der europäischen Wirtschaft wesentlich.

29 28.01. Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit dem italienischen stellvertretenden Ministerpräsidenten Nenni in Rom S. 148

Erhard und Nenni erörtern Fragen der Wirtschafts- und Sozialordnung der Bundesrepublik und Italiens. Nenni erklärt, die Bildung der gegenwärtigen Koalition sei eine Notwendigkeit gewesen, weil es „faschistische Reminiszenzen" gebe und durch die erhebliche Zunahme kommunistischer Wähler eine politische Instabilität gedroht habe. Nenni zeigt sich davon überzeugt, daß es gelingen werde, die Kommunistische Partei zurückzudrängen. Er betont die Notwendigkeit, zu einem wirtschaftlichen und sozialen Ausgleich der verschiedenen Regionen in Italien zu kommen. Erhard bekräftigt diesen Gedanken, warnt aber vor den Gefahren, die eine Politik der Verstaatlichung großer Industrie- und Dienstleistungsbereiche mit sich bringe. Abschließend wird die Frage der MLF erörtert. Nach Ansicht des Bundeskanzlers fällt Italien in diesem Zusammenhang eine Schlüsselstellung zu. Er warnt vor den Zielen, die Staatspräsident de Gaulle mit der Force de frappe verfolge; zugleich versichert er, daß Deutschland keine gemeinsame Hegemonie mit Frankreich erstrebe. Nenni weist darauf hin, daß die MLF zu einer Verschärfung des Gegensatzes zwischen den USA und der UdSSR führen könne. Ohne eine Beteiligung Großbritanniens an der MLF sei in keinem Fall mit einer italienischen Zustimmung zu rechnen.

30 28.01. Staatssekretär Carstens an Bundesminister Schröder, z. Z. Rom S. 157

Carstens äußert Bedenken sowohl gegen den britischen als auch gegen den amerikanischen Vorschlag zur Errichtung von Bodenbeobachtungsposten. Er regt an, auf Alternativen hinzuwirken. Dem Abschluß einer Viermächte-Vereinbarung über ein solches System unter Einbeziehung des gesamten deutschen Territoriums müßte ein Fortschritt in der Wiedervereinigungsfrage gegenüberstehen. Anderenfalls seien nur bilaterale Verträge zu empfehlen, wobei das Gebiet der DDR auszusparen sei.

31 30.01. Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens S. 158

Carstens gibt die Erörterung im Bundesverteidigungsrat zum Thema Bodenbeobachtungsposten wieder. Bundesminister von Hassel sprach sich grundsätzlich gegen das Projekt aus, da keine militärische Notwendigkeit bestehe und die Moral der Truppe untergraben werde. Dem von Carstens vorgebrachten Gedanken, die Maßnahme zur Aktivierung der Wiedervereinigungspolitik zu nutzen, wurde von den Bundesministern Höcherl und Scheel gewisses Verständnis entgegengebracht, während sich Bundesminister Krone „völlig negativ" äußerte.

32 30.01. Gespräch des Staatssekretärs Carstens mit dem ägyptischen Botschafter Sabri S. 160

Carstens beklagt sich über die Aktivitäten des Generalkonsulats der DDR in Kairo, die zunehmend „hochpolitischer" Natur seien. Hierauf deute schon die große Zahl der Beschäftigten im Generalkonsulat hin. Außerdem führe dessen Leiter ungerechtfertigterweise den Titel eines Botschafters. Sabri betont, daß die VAR keine diplomatischen Beziehungen zur DDR unterhalte. Deren Vertreter sei zwar vom ägyptischen Präsidenten empfangen worden und habe ein Schreiben des Staatsratsvorsitzenden Ulbricht übergeben, jedoch sei dies „noch lange" kein Beglaubigungsschreiben. Erst ein offizieller Besuch im Außenministerium könne den Eindruck diplomatischer Beziehungen rechtfertigen. Carstens legt daraufhin eine Pressemeldung vor, wonach ein solcher bereits Ende 1963 stattgefunden habe. Sabri entgegnet, daß der Leiter der Israel-Mission in der Bundesrepublik ebenfalls den Botschaftertitel trage; außerdem werde Shinnar im Auswärtigen Amt empfangen, obwohl keine diplomatischen Beziehungen zu Israel bestünden.

33 31.01. Bundesminister Schröder und Bundesminister Schmücker an Bundeskanzler Erhard S. 166

Der Bundesminister des Auswärtigen und der Bundesminister für Wirtschaft schlagen die Einrichtung fester Organisationsformen für die Zusammenarbeit der Ressorts in europapoliti-

schen Fragen vor. Um bessere Verhandlungsergebnisse im EWG-Ministerrat zu erreichen, soll der deutschen Delegation ein ausreichender Ermessensspielraum eingeräumt werden.

34 31.01. Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens S. 168

Carstens unterrichtet über eine gemeinsame Demarche des britischen Botschafters und des amerikanischen Geschäftsträgers. Roberts und Hillenbrand trugen den Gedanken vor, aufgrund der krisenhaften Situation Truppenkontingente aus verschiedenen NATO-Staaten nach Zypern zu entsenden. Eine UNO-Intervention müsse vor allem wegen des daraus erwachsenden Einflusses der UdSSR abgelehnt werden. Carstens wies auf erhebliche Bedenken hin, deutsche Truppen auf Zypern einzusetzen. Roberts zeigte hierfür Verständnis, appellierte jedoch an die gemeinsame Verantwortung.

35 01.02. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Reinkemeyer S. 170

Reinkemeyer informiert über ein Gespräch mit dem sowjetischen Gesandten. Unter Hinweis auf die Passierschein-Regelung vom Dezember 1963 vertrat Lawrow die Meinung, die Haltung der Bundesregierung in der Berlin-Frage schwäche sich ab. Er äußerte Verständnis für mögliche Maßnahmen der DDR mit dem Zweck, die Einreise von Bürgern aus der Bundesrepublik zu erschweren. Reinkemeyer schließt aus den Äußerungen von Lawrow, daß bei neuen Passierschein-Gesprächen stärker auf die Glaubwürdigkeit der Deutschlandpolitik der Bundesregierung geachtet werden müsse.

36 01.02. Gespräch des Staatssekretärs Carstens mit dem sowjetischen Gesandten Lawrow S. 173

Lawrow übermittelt einen Protest gegen die Herstellung von angeblich als Atomwaffenträger verwendbaren Raketen durch eine deutsche Firma. Unter dem Vorbehalt, daß die Bundesregierung zu einer Auskunft in dieser Angelegenheit nicht verpflichtet sei, stellt Carstens klar, daß es eine Produktion von Raketen zu militärischen Zwecken in der Bundesrepublik nicht gebe. Im folgenden entwickelt sich – in Anknüpfung an weitere Punkte der sowjetischen Erklärung – eine Diskussion über den Umfang und das Ziel der Verteidigungsanstrengungen der Bundesrepublik, die angestrebte Beteiligung an der MLF, die Voraussetzungen für einen Friedensvertrag und die rechtlichen Folgen der bedingungslosen Kapitulation vom Mai 1945.

37 02.02. Runderlaß des Staatssekretärs Carstens S. 180

Carstens legt die Motive dar, die „nachdrücklich" für eine Beteiligung der Bundesrepublik an einer Truppenstationierung auf Zypern sprechen. Er rechnet damit, daß das Bundeskabinett in diesem Sinne beschließen werde, wenn auch eine Entscheidung im Hinblick auf die in Griechenland „noch lebendige Erinnerung an den letzten Krieg" besonders schwerfalle.

38 06.02. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Krapf S. 182

Krapf berichtet über den Vorschlag des amerikanischen Präsidenten, die Zahl der Kernwaffenträger einzufrieren. Der Plan werde als Basis für weitere Abrüstungsmaßnahmen und somit als Chance zur Verminderung der Spannungen angesehen. Der Ministerialdirektor ist der Auffassung, daß im Fall einer amerikanisch-sowjetischen Vereinbarung die Pläne für die MLF beeinträchtigt würden.

39 10.02. Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens S. 186

Carstens hält eine Unterredung mit dem amerikanischen Botschafter fest. McGhee regte eine Erklärung verschiedener NATO-Staaten an, daß sie weder nukleare Waffen herstellen noch nationale Kontrolle über sie erlangen wollten. Hierdurch könne man Vorschlägen zur Nichtverbreitung von Kernwaffen zuvorkommen, die das MLF-Projekt gefährden könnten. Carstens wies darauf hin, daß die Bundesrepublik als einziger Staat der Welt auf die Herstellung atomarer Waffen verzichtet habe und sich erst nach einer Realisierung der MLF weiteren Bindungen unterwerfen könne.

40 11.02. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jansen S. 188

Jansen stellt fest, Präsident Karume habe gegenüber Legationsrat Schoeller zugesichert, daß Sansibar keine diplomatischen Beziehungen zur DDR aufnehmen werde. Schoeller habe daraufhin einer Presseverlautbarung über die Anerkennung der neuen Regierung auf Sansibar durch die Bundesrepublik zugestimmt. Jansen empfiehlt, die bereits zuvor erfolgte Anerkennung der DDR durch Sansibar nicht überzubewerten. Langfristig sei allein entscheidend, daß Sansibar nur mit der Bundesrepublik diplomatische Beziehungen unterhalte.

41 12.02. Staatssekretär Lahr an Bundesminister Dahlgrün S. 190

Lahr äußert Bedenken gegen die beabsichtigte Kürzung des Haushaltsansatzes für die militärische Ausrüstungshilfe. Dadurch werde die Durchführung laufender Projekte gefährdet.

Darüber hinaus hält er neue Vorhaben aus außenpolitischen Erwägungen für notwendig und verweist auf Tanganjika, Äthiopien und Mali.

42 12.02. Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit dem amerikanischen Botschafter McGhee S. 191

Erhard erwähnt den nicht mehr aktuellen Plan zur Stationierung einer Friedenstruppe aus NATO-Staaten auf Zypern und bekräftigt, daß sich die Bundesrepublik beteiligt hätte. Mit Blick auf den bevorstehenden Besuch bei Staatspräsident de Gaulle bezeichnet er den französischen Entschluß, diplomatische Beziehungen zur Volksrepublik China aufzunehmen, als ein „gefährliches Abenteuer". Bei der Kredit- und Handelspolitik gegenüber Kuba und der UdSSR befürchtet der Bundeskanzler eine Aufweichung der französischen Haltung. Schwierigkeiten sieht er auch auf die Kennedy-Runde zukommen, was jedoch nicht allein Frankreich angelastet werden könne. Große Differenzen zwischen der deutschen und französischen Auffassung bestünden insbesondere bei der NATO-Politik und in der Frage der MLF. In diesem Zusammenhang erläutert Erhard, daß er bei seinem Besuch in Rom der italienischen Seite die Bedeutung der MLF als Instrument zur Abwehr einer französischen Hegemonie in Europa vor Augen geführt habe. Schließlich bemerkt Erhard zu den Gesprächen über eine neue Passierschein-Vereinbarung, daß die bisherige Regelung zu Schwierigkeiten geführt habe, da einigen Staaten die Politik der Nichtanerkennung gegenüber der DDR nicht mehr plausibel erscheine.

43 12.02. Staatssekretär Carstens an die Vertretung bei der NATO in Paris S. 199

Carstens übermittelt eine Sprachregelung zur Frage der Errichtung von Bodenbeobachtungsposten. Den militärischen Nutzen halte die Bundesregierung nicht für erwiesen. Fraglich sei, ob ein solches System der agressiven Politik der UdSSR und damit der eigentlichen Ursache der Gefährung der europäischen Sicherheit entgegenwirken werde. So bestünden in Deutschland mit den alliierten Militärmissionen bereits Beobachtungseinrichtungen, die einen ausreichenden Schutz vor Überraschungsangriffen gewährleisteten. Man sei allenfalls bereit, bei Verzicht auf westliche Beobachter in der DDR die Stationierung von drei bis vier Posten in Nordseehäfen der Bundesrepublik zu prüfen. Darüber hinaus sei es die Aufgabe der Verbündeten, bei weiteren Gesprächen mit der UdSSR auf Fortschritte in der Deutschland-Frage zu drängen.

44 14.02. Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit Staatspräsident de Gaulle in Paris S. 203

Erhard berichtet über die amerikanischen Besorgnisse wegen der Entwicklung in der NATO und der Stagnation im europäischen Einigungsprozeß. Die Bundesrepublik bekenne sich zur NATO und zur Partnerschaft mit den USA. Das deutsch-französische Verhältnis dürfe hierdurch nicht beeinträchtigt werden. Mit Blick auf die Haltung Großbritanniens wie auch Italiens und der Niederlande spricht sich der Bundeskanzler für ein vorsichtiges Vorgehen in der Frage der europäischen Einigung aus. De Gaulle respektiert die Sonderstellung der Bundesrepublik zu den USA. Angesichts der nicht klar definierten Politik der USA und auch Großbritanniens hält er eigene Initiativen Frankreichs – in Abstimmung mit der Bundesrepublik – für notwendig. Dabei wolle er das Bündnis nicht zerbrechen. Die Gegnerschaft zur UdSSR stehe im Vordergrund. Den europäischen Einigungsprozeß beurteilt der französische Staatspräsident skeptisch. Die Anerkennung der Volksrepublik China durch Frankreich rechtfertigt er insbesondere mit deren Bedeutung im Hinblick auf die von ihm vorgeschlagene Neutralisierung Südostasiens. Einen militärischen Erfolg der USA in Vietnam hält er für unmöglich. Erhard warnt vor einer Stärkung Chinas, da eine Wiederannäherung an die UdSSR nicht auszuschließen sei.

45 14.02. Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem französischen Außenminister Couve de Murville in Paris S. 216

Schröder nimmt zum Fall Argoud Stellung. Angesichts der offensichtlichen Verantwortung französischer Dienststellen für die Entführung aus der Bundesrepublik hält er die bisherigen Erklärungen nicht für ausreichend. Er schlägt vor, von französischer Seite ein Wort des Bedauerns auszusprechen und die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen. Als Couve de Murville entgegnet, Argoud habe eine zu große Aktionsfreiheit in der Bundesrepublik besessen, stellt Schröder Versäumnisse der deutschen Polizei in Abrede. Der Bundesminister hält es für notwendig, einen Schlußstrich unter die Angelegenheit zu ziehen, damit die deutsch-französischen Beziehungen keinen Schaden nähmen. Couve de Murville schließt daraufhin neue Überlegungen nicht aus. Zur Kreditpolitik gegenüber der UdSSR versichert er, Frankreich wolle an der bisherigen Praxis festhalten.

46 14.02. Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem französischen Außenminister Couve de Murville in Paris S. 222

Couve de Murville bedauert einen Besuch französischer Parlamentarier in der DDR und sichert zu, solche Kontakte noch deutlicher als bisher öffentlich zu mißbilligen und stärker zu kontrollieren. Die Entscheidung Frankreichs, diplomatische Beziehungen zur Volksrepublik China aufzunehmen, lasse keine Analogie hinsichtlich des Verhaltens gegenüber der DDR zu. Dort sei die Lage völlig anders. Schröder hält die französische Formel einer Anerkennung der Realitäten in China mit Blick auf die Politik der Nichtanerkennung dennoch für gefährlich. Der französische Außenminister begründet, warum in der China-Frage weder die NATO-Partner noch die Bundesregierung konsultiert worden seien.

47 14.02. Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit Ministerpräsident Pompidou in Paris S. 227

Erhard legt der französischen Regierung nahe, die restriktive Kreditpolitik gegenüber dem Ostblock beizubehalten. Anderenfalls sei es schwer, die deutsche Industrie weiterhin zur Zurückhaltung zu bewegen. Pompidou erklärt, daß eine Änderung der französischen Kreditpolitik nicht vorgesehen sei. Mit Blick auf eine gemeinsame Haltung der EWG in der Kennedy-Runde mahnt der Bundeskanzler zu einer Politik der Stabilität in der Gemeinschaft mit dem Ziel, ein wirtschaftliches Gleichgewicht herzustellen. Pompidou stimmt dem zu und weist auf den angelaufenen französischen Stabilitätsplan hin. Eine Harmonisierung der Steuer- , Finanz- und Sozialpolitik der EWG-Staaten wird von beiden Gesprächspartnern als sinnvoll erachtet, jedoch werden Schwierigkeiten bei der Realisierung dieses Ziels in Rechnung gestellt. Pompidou zeigt sich besorgt über die zunehmenden amerikanischen Beteiligungen an europäischen Unternehmen. Als Gegenmaßnahme regt er den Zusammenschluß von Gesellschaften verschiedener EWG-Staaten an. Nach Auffassung von Erhard könnten die angestrebten Zollsenkungen im Rahmen der Kennedy-Runde den Zustrom amerikanischen Kapitals nach Europa eindämmen.

48 15.02. Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem französischen Außenminister Couve de Murville in Paris S. 233

Schröder erläutert die Gründe für eine neue Initiative der Bundesregierung in der Deutschland-Frage und spricht sich gegen eine vorzeitige Veröffentlichung des Plans aus. Der Vorschlag einer Errichtung von Bodenbeobachtungsposten wird übereinstimmend negativ beurteilt. Schröder wendet sich vor allem

gegen den Gedanken, nur das deutsche Territorium als Kontrollgebiet vorzusehen. Nach einer Erörterung der jeweiligen Haltung in der Zypern-Krise wenden sich die Minister wirtschaftlichen Fragen und der Zukunft des Türkei-Konsortiums zu.

49 15.02. Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit Staatspräsident de Gaulle in Paris S. 237

De Gaulle stimmt einem Treffen der Staats- und Regierungschefs der EWG-Staaten prinzipiell zu. Der Bundeskanzler äußert im Zusammenhang mit dem „unangenehmen" Fall Argoud die Erwartung, daß Frankreich mit einer Geste sein Bedauern über die Verletzung der deutschen Souveränität zum Ausdruck bringen werde. Unter Hinweis auf die damaligen ungehinderten Aktivitäten von Argoud in der Bundesrepublik hält de Gaulle das Verlangen nach einer Entschuldigung „für leicht übertrieben". Man einigt sich auf einen Austausch von Schreiben, in dem beide Seiten ihr Bedauern zum Ausdruck bringen. Die Anregung des Bundeskanzlers zu einer deutsch-französischen Zusammenarbeit in Lateinamerika wird positiv aufgenommen. Der französische Staatspräsident hält es darüber hinaus für angebracht, auch in Afrika ein europäisches Eigengewicht verstärkt zur Geltung zu bringen.

50 15.02. Deutsch-französische Regierungsbesprechung in Paris S. 244

Beide Seiten räumen Schwierigkeiten bei der rüstungspolitischen Kooperation ein. Staatspräsident de Gaulle betont, daß ein Einsatz amerikanischer Atomwaffen zur Verteidigung Westeuropas ungewiß sei. Daher entwickle Frankreich eigene Atomwaffen, während die Bundesrepublik versuche, mittels der geplanten MLF Einfluß auf die Entscheidungen zu erlangen. Trotz dieser Diskrepanz hält er eine enge Zusammenarbeit zwischen den deutschen und den französischen Streitkräften für wichtig und bedauert die Schwierigkeiten hinsichtlich einer gemeinsamen Rüstung. Positiver beurteilt er dagegen die Zusammenarbeit auf dem logistischen Sektor. Bundeskanzler Erhard macht auf die Verpflichtung aufmerksam, mit Waffenkäufen in den USA einen Ausgleich für die amerikanischen Stationierungskosten zu schaffen. In wirtschaftspolitischer Hinsicht einigt man sich auf eine stärkere Abstimmung der konjunkturpolitischen Maßnahmen. Dem Beginn des Jugendaustauschs sieht man erwartungsvoll entgegen, und zum Thema Entwicklungshilfe weist Erhard auf die Absicht hin, die deutsche und französische Politik zu koordinieren. Beim Gedankenaustausch über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Informationswesens äußert die französische Seite die Hoffnung auf gemeinschaftliche Entwicklung eines Farbfernsehsystems.

51 18.02. Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit dem amerikanischen Botschafter McGhee S. 255

Der Bundeskanzler berichtet über seinen Besuch in Frankreich am 14./15. Februar. Er habe dargelegt, daß das MLF-Projekt zur Zeit der einzige Ansatzpunkt sei, um die USA an Europa zu binden. Trotz unterschiedlicher Auffassungen über die Rolle der NATO habe Staatspräsident de Gaulle erklärt, daß er loyal zum westlichen Bündnis stehe. Differenzen seien bei der Erörterung der weltpolitischen Fragen zutage getreten. Erhard weist auf die Absicht hin, die Entwicklungspolitik gegenüber Lateinamerika mit Frankreich abzustimmen. Auf die Frage nach der französischen Haltung zur Kennedy-Runde erklärt der Bundeskanzler, daß die inflationäre Entwicklung in Frankreich sich nachteilig auswirken könne. Insgesamt sei es ihm nicht gelungen, de Gaulle für eine straffere europäische Politik zu erwärmen. Während der französische Staatspräsident es vorziehe, auf eigene Faust Weltpolitik zu betreiben, sei er der Ansicht, daß dies zu einer Schwächung des Westens führen könne. McGhee betont, daß sich der Bundeskanzler in Paris „sehr geschickt" verhalten habe. Als positiven Aspekt seines Besuchs stellt Erhard die französische Zusicherung heraus, der UdSSR weiterhin keine langfristigen Kredite einräumen zu wollen. Abschließend bittet er, Präsident Johnson die „unbedingte Treue" der Bundesrepublik als Partner der USA zu versichern.

52 19.02. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Meyer-Lindenberg S. 264

Meyer-Lindenberg nimmt zur Frage der Abgrenzung des deutschen Festlandsockels in der Nordsee gegenüber den Niederlanden Stellung. Bei den anstehenden Verhandlungen rechnet er mit Schwierigkeiten wegen des strittigen Grenzverlaufs in der Emsmündung und im Wattenmeer sowie wegen dort vermuteter Erdgasvorkommen. Nach einer deutsch-niederländischen Einigung sollten sich Verhandlungen mit Dänemark und Großbritannien anschließen.

53 24.02. Ministerialdirektor Krapf an die Botschaft in Washington S. 266

Krapf wendet sich gegen die in der Washingtoner Botschaftergruppe vorgetragene amerikanische Auffassung, daß die Präsentation einer Deutschland-Initiative in der momentanen Phase relativer Entspannung unzweckmäßig sei. Eine solche Haltung laufe auf eine „Politik des Immobilismus" in der Deutschland-Frage hinaus. Die Initiative der Bundesregierung sei dazu gedacht, den Willen der Westmächte zur Wiedervereinigung zu demonstrieren und den deutschlandpolitischen Aktivitäten des Ostblocks ein „dynamisches Element" entgegenzustellen. Außerdem gelte es, den Wünschen der Öffentlichkeit in

der Bundesrepublik Rechnung zu tragen. Ob sich aufgrund der Initiative ein konstruktives Gespräch mit der sowjetischen Regierung ergebe, sei ungewiß.

54 24.02. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schirmer S. 269

Der Leiter des Referats „Naher Osten und Nordafrika" nimmt einen Antrag auf Erteilung einer Ausfuhrgenehmigung für Mörsergranatzünder nach Israel zum Anlaß, an die Richtlinie des Auswärtigen Amts zu erinnern, keine Waffen in Spannungsgebiete zu liefern. Daß die arabischen Staaten trotz diverser Presseberichte über Waffenlieferungen an Israel auf eine Polemik gegen die Bundesrepublik verzichtet hätten, führt Schirmer auf die Tätigkeit deutscher Experten in der ägyptischen Rüstungsindustrie zurück.

55 25.02. Aufzeichnung des Staatssekretärs Lahr S. 272

Lahr hält Äußerungen des Leiters der Wirtschaftsabteilung im französischen Außenministerium fest. Zu Gesprächen des französischen Finanzministers Giscard d'Estaing in Moskau führte Wormser aus, daß Frankreich von zwei zentralen sowjetischen Wünschen, nämlich nach längerfristigen Krediten und nach einem neuen Handelsabkommen, nur dem letzteren Wunsch nachzukommen gedenke. Dies wertet Lahr als politische „Gefälligkeit", die kennzeichnend sei für das gegenwärtige sowjetisch-französische Verhältnis; wahrscheinlich versuche die UdSSR, Frankreich und Großbritannien zum Nachteil der Bundesrepublik handelspolitisch für sich zu gewinnen.

56 27.02. Aufzeichnung des Staatssekretärs Lahr S. 274

Lahr berichtet über den im Ministerrat der EWG vorgebrachten Vorschlag des italienischen Außenministers Saragat, die Zahl der Mitglieder des Europäischen Parlaments zu verdoppeln sowie die Hälfte der Abgeordneten durch allgemeine und unmittelbare Wahl zu bestimmen. Dem habe der französische Außenminister Couve de Murville mit dem Hinweis widersprochen, daß für eine solche Maßnahme die Umsetzung der Römischen Verträge noch nicht weit genug fortgeschritten sei. Er, Lahr, habe in der Debatte ausgeführt, daß im Falle einer direkten Wahl das Parlament auch größere Befugnisse erhalten müsse.

57 28.02. Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens S. 276

Carstens informiert über eine Besprechung mit den Botschaftern der drei Westmächte. Der Staatssekretär bat um eine zügige Behandlung der vorgeschlagenen Deutschland-Initiative in der Washingtoner Botschaftergruppe. McGhee, Roberts und

de Margerie erkundigten sich nach den auf denselben Tag angesetzen Sitzungen der drei Fraktionen des Bundestages in Berlin (West). Zugleich warnten sie vor der Einführung des geplanten Globalgesetzes zur Übernahme von Bundesgesetzen in Berlin (West), das als Vorwand für die endgültige Eingliederung Ost-Berlins in die DDR dienen könnte.

58 29.02. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Krapf S. 278

Krapf meldet Bedenken dagegen an, den südafrikanischen Militärattaché in Paris, zu dem bisher inoffizielle Kontakte beständen, auch in der Bundesrepublik zu akkreditieren. Er befürchtet vor allem eine Belastung des Verhältnisses zu den afrikanischen Staaten, da dem Verdacht einer militärischen Zusammenarbeit mit Südafrika Vorschub geleistet werde. Zugleich werde der südafrikanische Druck auf die Bundesregierung in puncto Ausrüstungshilfe zunehmen.

59 02./03.03. Deutsch-niederländische Regierungsbesprechungen S. 280

Bundeskanzler Erhard wendet sich gegen vermeintliche Bestrebungen Frankreichs, eine Vormachtstellung in Europa zu erlangen, und plädiert für die Einbeziehung Großbritanniens in den Prozeß der europäischen Einigung. Um jedoch noch vor den anstehenden britischen Wahlen einen europapolitischen Fortschritt zu erzielen, spricht er sich zunächst für eine Konferenz der Regierungschefs der sechs EWG-Staaten aus. Dieser Gedanke wird von niederländischer Seite zurückgewiesen, da dies als eine „schwere Niederlage" Großbritanniens angesehen werden müsse. Ministerpräsident Marijnen und Außenminister Luns machen Staatspräsident de Gaulle für den „Engpaß" in der Europapolitik verantwortlich. Positiv stehen die Gesprächsteilnehmer den Überlegungen für eine Stärkung des Europäischen Parlaments sowie für die Zusammenlegung der Exekutiven der europäischen Gemeinschaften gegenüber. Auch wird eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen EWG und EFTA im Hinblick auf die Kennedy-Runde befürwortet. Zur geplanten MLF legt Luns dar, daß die niederländische Regierung aus politischen Gründen an dem militärisch nicht notwendigen Projekt mitarbeite. Um dem Argument entgegenzutreten, bei der MLF gehe es um die nukleare Aufrüstung der Bundesrepublik, müßten in jedem Fall auch Großbritannien, Italien und die Niederlande beteiligt sein.

60 03.03. Runderlaß des Ministerialdirektors Krapf S. 292

Anläßlich der Unterbrechung der Passierschein-Gespräche zieht Ministerialdirektor Krapf Bilanz. Zwischen der Bundesregierung und dem Senat von Berlin bestehe Einigkeit in grundsätzlichen Positionen. Unterschiedlich beurteilt werde nur die Frage, in welchem Maß bei einer Neuauflage der Vereinbarung

vom Dezember 1963 das Prinzip der Nichtanerkennung der DDR Schaden nehmen könne. Umstritten sei besonders der Einsatz von „Pankower Postbeamten" in Berlin (West). Unter Abwägung der humanitären und politischen Argumente legt Krapf die Gründe dar, die gegen eine inhaltliche und formelle Wiederholung der Vereinbarung sprechen.

61 03.03. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Krapf S. 295

Krapf analysiert den Vorschlag des Ersten Sekretärs des ZK der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, Gomulka, die Zahl der Atomwaffen in Mitteleuropa einzufrieren. Der Plan sei nicht ausgewogen, da er der westlichen Allianz militärische Nachteile bringe. Außerdem bestehe die Gefahr, daß man sich auf eine Diskussion über die MLF einlasse. Da es sich beim Gomulka-Plan um eine Maßnahme im Bereich der europäischen Sicherheit handele, müßten Fortschritte in der Deutschland-Frage damit verbunden sein. Insgesamt sieht der Ministerialdirektor „nur Nachteile und Risiken".

62 05.03. Aufzeichnung des Botschafters Freiherr von Mirbach S. 298

Mirbach informiert über die wichtigsten Bestimmungen der Vereinbarung zwischen der Bundesrepublik und Bulgarien. Die Errichtung von Handelsvertretungen und ein langfristiges Warenabkommen seien in einem einzigen Vertrag geregelt. Es sei gelungen, eine Berlin-Klausel zu integrieren, allerdings sei die Existenz der Handelsvertretung an die Fortdauer des Warenabkommens gebunden. Konsularische Befugnisse für die Handelsvertretungen seien nicht Teil des Vertrags, könnten jedoch aufgrund einer internen Abmachung ausgeübt werden.

63 06.03. Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit dem amerikanischen Botschafter McGhee S. 300

Erhard berichtet über den Besuch in den Niederlanden, den er positiv bewertet. Als Gründe für die aufgeschlossene Haltung der Niederlande und anderer europäischer Staaten gegenüber der MLF nennt der Bundeskanzler die Festigung der atlantischen Bindung, die Furcht vor einer Abhängigkeit von der französischen Force de frappe sowie mögliche, aber unbegründete Ängste vor einer eigenständigen Atombewaffnung der Bundesrepublik. Zum Stand der Passierschein-Gespräche betont Erhard, daß er weitere Entspannungsmaßnahmen im Ost-West-Verhältnis unterstützen wolle, ein Dialog mit dem „Sklavenhalter" Ulbricht im Sinne eines „Wandels durch Annäherung" jedoch nicht in Frage komme. Eine neue Passierschein-Vereinbarung dürfe deshalb nicht unter „politisch diffusen Bedingungen" getroffen werden. McGhee erklärt, daß die Passierschein-Gespräche eine deutsche Angelegenheit seien, zeigt sich aber

besorgt über Differenzen zwischen der Bundesregierung und dem Senat von Berlin. Erhard erwidert, daß es „Unklarheit und Unsicherheit" nur innerhalb der SPD gebe.

64 06.03. Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit dem Regierenden Bürgermeister Brandt S. 305

Erhard bedauert, daß der Regierende Bürgermeister im Zusammenhang mit den Passierschein-Gesprächen der Bundesregierung Konzeptionslosigkeit vorgeworfen und ihre Verantwortung für die Berlin-Politik in Zweifel gezogen habe. Brandt weist darauf hin, daß bei den Gesprächen das einvernehmliche Handeln mit der Bundesregierung stets herausgestellt worden sei. Allerdings dürfe auch nicht der Eindruck entstehen, die Bundesregierung verhandele direkt mit den Behörden der DDR. Erhard möchte jedes Mißverständnis in bezug auf die sowjetische Drei-Staaten-Theorie vermieden wissen. Im Hinblick auf eine neue Passierschein-Vereinbarung wird vor allem das Problem einer Präsenz von Beamten der DDR in Berlin (West) erörtert. Der ebenfalls anwesende Bundesminister Schröder warnt davor, der DDR zu weit entgegenzukommen. Dies könne zu einer Gefährdung der Politik gegenüber den Ostblock-Staaten führen. Brandt spricht sich dafür aus, die sich aus dem Interzonenhandel ergebenden Möglichkeiten bei den Passierschein-Gesprächen stärker ins Spiel zu bringen.

65 06.03. Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem indischen Botschafter Menon S. 311

Schröder spricht den Besuch des Stellvertretenden Ministerpräsidenten der DDR, Leuschner, in Indien an und verweist auf den propagandistischen Wert für die DDR. Er bittet Menon, Indien möge sich dafür einsetzen, daß bei den anstehenden Zusammenkünften der blockfreien Staaten weder die Deutschland-Frage thematisiert noch in Resolutionen von der Existenz zweier deutscher Staaten ausgegangen werde. Der Botschafter erwähnt schließlich den indischen Wunsch nach weiterer Finanzhilfe.

66 06.03. Botschafter Klaiber, Paris, an das Auswärtige Amt S. 315

Als Ursache der französisch-amerikanischen Spannungen führt Klaiber die Weigerung des französischen Staatspräsidenten an, den Führungsanspruch der USA anzuerkennen. Der amerikanische Widerspruch gegen den 1958 von de Gaulle vorgebrachten Vorschlag eines Dreier-Direktoriums habe zu einer „bedauerlichen" Uneinigkeit in der westlichen Allianz geführt. De Gaulle habe sich veranlaßt gesehen, auf den Gebieten NATO, Atombewaffnung und Abrüstung sowie bei der Ost-West- und Südostasien-Politik eigene Wege zu gehen. Sein langfristiges Ziel sei es, aus einer Position der Stärke zu einem Ausgleich mit den

USA zu kommen. Falls dies nicht gelinge, strebe de Gaulle an, daß Frankreich als Führungsmacht in Europa mit der UdSSR zu einer Regelung der europäischen Fragen komme. Klaiber ist der Ansicht, daß die Bundesrepublik zwischen Frankreich und den USA vermitteln müsse, um den eigenen Interessen zum Durchbruch zu verhelfen.

67 09.03. Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit Ministerpräsident Erlander S. 324

Erhard erläutert seine Konzeption einer europäischen politischen Zusammenarbeit und informiert über die Haltung der westlichen Regierungschefs zu diesem Thema. Erlander betont, daß für Schweden die wirtschaftlichen Aspekte bei der europäischen Integration im Vordergrund stünden, und weist in diesem Zusammenhang auf die positive Entwicklung der EFTA hin. Der ebenfalls anwesende Bundesminister Schröder analysiert die sowjetische Deutschlandpolitik, berichtet über die Auswirkungen des Passierschein-Abkommens und faßt den Stand der Beziehungen zu den Ostblock-Staaten zusammen. Als sich der schwedische Außenminister Nilsson nach dem amerikanischen Vorschlag eines „Verzichts auf Atomwaffen" erkundigt, antwortet Schröder, daß dieser Gedanke „allgemein auf keine Gegenliebe" gestoßen sei.

68 11.03. Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit dem sowjetischen Botschafter Smirnow S. 332

Smirnow übermittelt eine Botschaft des sowjetischen Ministerpräsidenten Chruschtschow. Erhard erinnert an den wiederholt ausgesprochenen Verzicht der Bundesrepublik auf Gewaltanwendung und bringt den Wunsch nach einer Verbesserung der Beziehungen zum Ausdruck. Er besteht aber auf dem Selbstbestimmungsrecht für die Bevölkerung in der DDR. Positiv äußert er sich zum Gedanken einer weltweiten Entspannung, kritisiert aber die „haltlosen" Behauptungen in der sowjetischen Presse, daß die Bundesrepublik „revanchistisch" sei und den Weltfrieden bedrohe. Smirnow weist demgegenüber auf die „kolossalen" Militärausgaben der Bundesrepublik hin und beanstandet die Produktion von Raketen. Außerdem strebe die Bundesrepublik die Wiederherstellung der Grenzen von 1937 an. Nicht zuletzt stelle die Hallstein-Doktrin eine Bedrohung für zahlreiche Staaten dar. Erhard weist dies zurück und setzt sich für eine „gemäßigtere Sprache" im Umgang miteinander ein.

69 12.03. Staatssekretär Lahr an Staatssekretär Westrick, Bundeskanzleramt S. 341

Lahr spricht sich dafür aus, in naher Zukunft Verhandlungen mit der Volksrepublik China über ein neues Handelsabkommen aufzunehmen. Da die Gründung einer Handelsvertretung vorerst nicht in Frage komme, werde geprüft, ob der Ostausschuß der Deutschen Wirtschaft eine Agentur in Peking eröffnen solle.

70 12.03. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jansen S. 343

Jansen äußert sich zu dem vom UNO-Generalsekretär erbetenen Beitrag zu den Kosten für eine geplante Friedenstruppe auf Zypern. Am 11. März 1964 hätten sich der britische und der amerikanische Vertreter im NATO-Rat für eine rasche Entscheidung ausgesprochen. Jansen hält eine finanzielle Beteiligung der Bundesrepublik für unausweichlich. Der Ministerialdirektor schlägt vor, U Thant die grundsätzliche Bereitschaft zur Zahlung von 500.000 US-Dollar zu signalisieren.

71 12.03. Botschafter Knappstein, Washington, an das Auswärtige Amt S. 347

Knappstein berichtet über ein Gespräch mit dem Staatssekretär im amerikanischen Außenministerium. Angesichts der Eskalation der Zypern-Krise bat Ball nachdrücklich darum, daß die Bundesrepublik Kosten in Höhe von einer Million Dollar für die Entsendung einer UNO-Friedenstruppe übernehmen möge. Ohne diese Unterstützung sei die Aktion in Frage gestellt. In einer persönlichen Stellungnahme verwies der Botschafter auf „gewisse Schwierigkeiten", die aus der deutschen Nicht-Mitgliedschaft in der UNO sowie aus der fehlenden Möglichkeit resultierten, über die Verwendung der bereitgestellten Summe mitbestimmen zu können.

72 17.03. Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens S. 349

Carstens äußert sich zur amerikanischen Absicht, Truppen in die USA zurückzuverlegen, die während der Berlin-Krise 1961 in der Bundesrepublik stationiert wurden. Botschafter McGhee habe dazu erklärt, daß die Zusage des Präsidenten Johnson weiterhin gültig sei, sechs Divisionen so lange in der Bundesrepublik zu belassen, wie sie benötigt würden.

73 17.03. Aufzeichnung des Staatssekretärs Lahr S. 351

Lahr gibt ein Gespräch mit dem Leiter der Israel-Mission über die Frage der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen beiden Staaten wieder. Shinnar erklärte, es sei Sache der Bundesregierung, den Zeitpunkt für einen solchen Schritt zu bestimmen. Gleichzeitig wies er die Gründe für die bisherige

deutsche Zurückhaltung als nicht stichhaltig zurück. Die israelische Regierung sei überzeugt, daß sich bei einem Botschafteraustausch die Reaktion der arabischen Staaten auf „papierene" Proteste beschränken würde.

74 18.03. Bundesminister Schröder an den Abgeordneten Kopf S. 353

Schröder informiert den Vorsitzenden des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten, daß nach Auskunft der Regierung von Paraguay der ehemalige Lagerarzt des Konzentrationslagers Auschwitz, Mengele, zwar 1959 eingebürgert worden, aber nicht auffindbar sei. Außerdem legt er die bisherigen Bemühungen der Bundesregierung um eine Auslieferung von Mengele dar.

75 18.03. Deutsch-französische Konsultationsbesprechungen S. 355

Die deutsche Delegation nennt als Motiv für die Deutschland-Initiative, durch eine geschlossene westliche Demonstration den sowjetischen Versuchen zur Aufwertung der DDR entgegentreten zu können. Der Leiter der Politischen Abteilung im französischen Außenministerium unterstützt die Initiative, meldet aber im Detail Änderungswünsche an, insbesondere hinsichtlich des Problems der europäischen Sicherheit und der Erwähnung der Oder-Neiße-Linie. Das Gespräch wendet sich der Passierschein-Frage und dem Problem der Temporary Travel Documents zu, wobei eine liberalere Handhabung angestrebt werde, im Gegenzug jedoch die politische Tätigkeit von Reisenden aus der DDR untersagt werden soll. An einen Bericht von Lucet über den „unerwarteten Propagandabesuch" des Sekretärs des Zentralkomitees der KPdSU, Podgornyj, in Paris schließt sich eine eingehende Erörterung der Beziehungen beider Seiten zu den Ostblock-Staaten an. Dabei wird darauf aufmerksam gemacht, daß die französische Haltung gegenüber der UdSSR unverändert sei. Weitere Gesprächsthemen sind die französisch-chinesischen Beziehungen und die Frage verstärkter Konsultationen in Abrüstungsfragen.

76 20.03. Aufzeichnung des Staatssekretärs Lahr S. 366

Lahr wendet sich gegen den Vorschlag des Bundesministers Scheel, bei den Sonderzahlungen an Israel auf Geheimhaltung zu verzichten. Im Fall einer öffentlichen Bekanntgabe der Aktion „Geschäftsfreund" befürchtet er einen „Sturm der Entrüstung" im arabischen Raum. Die daraus resultierende Alternative, die Aktion zu stoppen oder den arabischen Staaten ein Mehrfaches an Geldern zur Verfügung zu stellen, hält er für untragbar.

77 23.03. Runderlaß des Ministerialdirektors Krapf S. 367

Krapf informiert über die Kampagne der jugoslawischen Regierung gegen die Bundesrepublik und ihr Werben für die „Anerkennung der Realität zweier deutscher Staaten". Außerdem erhebe Jugoslawien den Vorwurf, die Bundesrepublik entziehe sich der Verpflichtung zur Wiedergutmachung. Der Forderung nach Wiedergutmachungsleistungen könne nicht entsprochen werden, weil Zahlungen an Jugoslawien den Eindruck hervorrufen könnten, daß die Bundesregierung aus der Anerkennung der DDR keine schwerwiegenden Konsequenzen ziehe. Krapf ist überzeugt, daß sich durch eine Wiedergutmachungsregelung kein Wohlverhalten der jugoslawischen Regierung in der Deutschland-Frage erkaufen lasse. Die Bundesregierung bemühe sich dennoch um eine Verbesserung des Verhältnisses und sei insbesondere zu Zugeständnissen auf wirtschaftlichem Gebiet bereit.

78 24.03. Vermerk des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Schenck S. 371

Der Leiter des Referats „Völkerrecht und Staatsverträge" schlägt vor, in Moskau gleichzeitig mit der Ratifikationsurkunde zum Teststopp-Abkommen eine Berlin-Erklärung zu hinterlegen, so daß die UdSSR nur die Wahl habe, die gesamte Urkunde nicht entgegenzunehmen oder sie zu akzeptieren. Auf die Hinterlegung der Ratifikationsurkunde solle eher verzichtet werden, als die Zurückweisung der Berlin-Erklärung hinzunehmen.

79 25.03. Botschafter Knappstein, Washington, an das Auswärtige Amt S. 374

Knappstein erläutert die Bedeutung der MLF für die Politik der USA gegenüber Frankreich. Durch eine Beteiligung bisher nicht-nuklearer europäischer Staaten werde Staatspräsident de Gaulle das Argument aus der Hand genommen, Europa brauche eigene Atomwaffen. Die USA seien der Auffassung, daß die MLF einer zukünftigen hegemonialen Stellung Frankreichs entgegenwirken könne und ein „gewisses europäisches Sicherheitsbedürfnis" besser erfüllen würde als die Force de frappe.

80 27.03. Bundesminister Schröder an Ministerialdirigent Mumm von Schwarzenstein, Warschau S. 375

Schröder übermittelt dem Leiter der Handelsvertretung in Warschau eine Dienstinstruktion. Eine Aufwertung der Vertretung durch Übernahme quasi-diplomatischer Funktionen sei zu vermeiden, um den Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik nicht in Frage zu stellen. Der Aufnahme diplomatischer Beziehungen stehe insbesondere das Hindernis im Weg, daß Polen die

DDR anerkenne. Hinsichtlich des Problems der deutschen Ostgrenze sei zu verdeutlichen, daß nur ein wiedervereinigtes Deutschland hierüber verhandeln könne. Der Bundesminister befürwortet, das Verhältnis zu Polen schrittweise zu verbessern, insbesondere in den Bereichen Wirtschaft und Kultur.

81 31.03. Aufzeichnung des Staatssekretärs Lahr S. 378

Lahr berichtet über ein Gespräch mit dem stellvertretenden Sonderbeauftragten des amerikanischen Präsidenten für Handelsfragen. Blumenthal bekräftigte die Absicht der USA, in der Kennedy-Runde den Wunsch nach einem niedrigen Getreidepreis in der EWG vorzutragen. Lahr sieht die Festsetzung eines gemeinsamen Getreidepreises innerhalb der EWG vor Beginn der Kennedy-Runde als dringlich an. Andernfalls könne die Bundesrepublik später unter Druck gezwungen sein, einen noch ungünstigeren Preis zu akzeptieren.

82 31.03. Staatssekretär Carstens an Staatssekretär Westrick, Bundeskanzleramt S. 380

Carstens berichtet, der amerikanische und der britische Botschafter hätten angebliche Äußerungen des Bundeskanzlers beanstandet, daß Berlin (West) ein Land der Bundesrepublik Deutschland sei. McGhee und Roberts hätten verdeutlicht, daß dies nicht dem Standpunkt ihrer Regierungen entspreche. Carstens empfiehlt, die These vom Bundesland Berlin in der Öffentlichkeit nicht allzu stark herauszustellen, und legt statt dessen „unanfechtbare" und „weniger juristisch gefaßte" Formulierungen nahe.

83 01.04. Vermerk des Staatssekretärs Carstens S. 382

Carstens äußert sich mit Blick auf die bevorstehende Konferenz der blockfreien Staaten in Kairo kritisch zu einer für Juni geplanten Zusammenkunft zwischen Bundeskanzler Erhard und dem israelischen Ministerpräsidenten. Er spricht sich dafür aus, das Treffen mit Eshkol auf einen späteren Zeitpunkt zu verschieben.

84 01.04. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Reinkemeyer S. 383

Reinkemeyer analysiert die Bundeskanzler Erhard am 11. März 1964 übergebene Botschaft des Ministerpräsidenten Chruschtschow, die er als Beispiel für die Mehrgleisigkeit der sowjetischen Politik bezeichnet. Im Gegensatz zu den öffentlichen Stellungnahmen komme darin eine Bereitschaft zum Dialog zum Ausdruck, wenn auch ein Entgegenkommen in den wesentlichen Fragen der Deutschland- und Berlinpolitik nicht erkennbar sei. Positive Ansatzpunkte gebe es vielleicht auf wirt-

schaftlichem und kulturellem Gebiet. Außerdem liege der UdSSR an bilateralen Gesprächen, um die Beziehungen der Bundesrepublik zum Westen zu stören. Der Ministerialdirigent plädiert dafür, sich im Einvernehmen mit den Verbündeten auf den „Annäherungsversuch" einzulassen.

85 06.04. Aufzeichnung des Staatssekretärs Lahr S. 387

Lahr äußert sich zu wirtschaftlichen und politischen Gesichtspunkten einer deutsch-französischen Währungsunion. Er führt die Gründe an, die ein solches Projekt für Frankreich attraktiv machen könnten, nämlich die Kräftigung seiner schwachen Wirtschafts- und Währungsgrundlage, eine Intensivierung der Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik sowie eine mögliche Beeinträchtigung des Dollar als westliche Leitwährung. Lahr stellt abschließend heraus, daß eine Währungsunion gemeinsame politische Instanzen voraussetze, und stellt die Frage, ob die beiden Staaten zu dem notwendigen Souveränitätsverzicht bereit seien.

86 07.04. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jansen S. 392

Jansen schlägt aufgrund der wachsenden kommunistischen Gefahr auf Sansibar und des Hilfeersuchens des Präsidenten Nyerere vor, die Verbündeten zu konsultieren. Außerdem solle in Koordination mit dem Bundesministerium der Verteidigung die Ausbildung einer tanganjikischen Luftstaffel sowie von Mannschaften für zwei Küstenwachboote beschleunigt werden. Er erhebt jedoch Bedenken, eine deutsche Luftwaffeneinheit nach Tanganjika zu verlegen.

87 08.04. Bundeskanzler Erhard an Staatspräsident de Gaulle S. 394

Einem Schreiben des französischen Staatspräsidenten entnimmt Erhard, daß die Verletzung der deutschen Souveränität bei der Entführung des ehemaligen Obersten Argoud mißbilligt und die französische Regierung Maßnahmen treffen werde, um derartige Vorfälle künftig zu verhindern. Seinerseits versichert der Bundeskanzler, daß er Sorge für den Schutz der „berechtigten Interessen" Frankreichs in der Bundesrepublik tragen werde. Falls sich de Gaulle seiner Ansicht anschließe, wolle auch er den Fall Argoud als abgeschlossen betrachten.

88 09.04. Aufzeichnung des Staatssekretärs Lahr S. 395

Lahr hält den Inhalt eines Gesprächs mit dem Leiter der Israel-Mission fest. Shinnar nannte einen Themenkatalog für das von Ministerpräsident Eshkol angestrebte Treffen mit Bundeskanzler Erhard. Im folgenden schlug er vor, bei der schriftlichen Bestätigung der Aktion „Geschäftsfreund" auf die Absprache Adenauer/Ben Gurion Bezug zu nehmen. Um die Tätigkeit deut-

scher Experten in der VAR einzuschränken, drängte Shinnar auf eine Novellierung des Paßgesetzes. Lahr mahnte israelische Zurückhaltung in der Frage der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Bundesrepublik an, insbesondere um keine arabischen Hinweise auf „gewisse deutsche Hilfsmaßnahmen" für Israel zu provozieren; überhaupt müsse die Initiative zu gegebener Zeit von deutscher Seite ausgehen.

89 10.04. Botschafter von Etzdorf, London, an Bundesminister Schröder S. 399

Etzdorf berichtet von einer Unterredung mit dem Unterstaatssekretär im britischen Außenministerium. Lord Hood äußerte sich besorgt über die unkooperative Haltung Frankreichs innerhalb der WEU. Er betonte, daß Großbritannien an einer aktiven Rolle der WEU interessiert sei, und unterbreitete den Gedanken einer Zusammenarbeit der kooperationswilligen Regierungen ohne Frankreich. Etzdorf wies demgegenüber auf die engen deutsch-französischen Beziehungen hin und bat Hood, zunächst von konkreten Schritten abzusehen.

90 10.04. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jansen S. 402

Jansen äußert sich zu grundlegenden Aufgaben und Problemen der EWG. An den Anfang stellt er die weitere Abstimmung der Partner über die laufenden Verhandlungen im Rahmen der Kennedy-Runde und die Intensivierung der Außenbeziehungen der Gemeinschaft, insbesondere zu Großbritannien. Im Innenbereich der EWG stelle sich die Frage eines weiteren Zollabbaus sowie der Fortentwicklung der Wirtschaftsunion etwa durch Maßnahmen zur Harmonisierung der konjunkturellen Abläufe oder zur Angleichung der Steuersysteme. Auf landwirtschaftlichem Gebiet müsse das Problem des gemeinsamen Getreidepreises gelöst werden. Nicht zuletzt sei anzustreben, durch die Fusion der Exekutiven der Europäischen Gemeinschaften sowie durch eine Ausweitung der Kompetenzen des Europäischen Parlaments auf institutionellem Gebiet zu Fortschritten zu gelangen.

91 10.04. Aufzeichnung der Politischen Abteilung II S. 405

Die vom NATO-Rat gefaßten Beschlüsse zur Ausgabe von Temporary Travel Documents werden erläutert. Wegen sich wiederholender Härtefälle, zunehmender Kritik in der Öffentlichkeit und Einwänden führender internationaler Organisationen an den als diskriminierend empfundenen Bestimmungen der TTD-Sperre seien entsprechende Modifizierungen auf Wunsch der Mehrzahl der Verbündeten festgelegt worden. In der Bundesrepublik seien diese Lockerungen zum Teil beanstandet worden.

Dabei werde übersehen, daß sich die Bundesregierung im Gegenzug mit einigen Staaten auf verschärfte politische Restriktionen gegenüber der DDR verständigt habe.

92 10.04. Aufzeichnung des Referats II 1 S. 408

Referat II 1 trägt Grundüberlegungen zur Passierschein-Frage vor. Die humanitäre Zielsetzung müsse im Mittelpunkt der Gespräche mit der DDR stehen. Ein Dauerkontakt zwischen Berlin (West) und der DDR sei zu vermeiden, um der „Gewöhnungspolitik" der östlichen Seite zu begegnen. Insgesamt solle man sich darum bemühen, die Initiative an sich zu ziehen. Die Bundesregierung solle konstruktive Vorschläge zur Lösung der Passierschein-Frage bereithalten, um so auch den Senat von Berlin „vom guten Willen" zu überzeugen.

93 10.04. Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit dem amerikanischen Botschafter McGhee S. 411

Erhard schließt ein Treffen mit dem sowjetischen Ministerpräsidenten nicht aus. Er hofft, daß so „die Mauer um Chruschtschow" auch einmal durchlässig werde. McGhee sieht in einer solchen Zusammenkunft einen Beitrag zur Entspannung. Auf den Besuch von Staatspräsident de Gaulle in Mexiko bzw. dessen geplante Reise nach Südamerika angesprochen, erklärt der Botschafter, die USA würden es begrüßen, wenn die europäischen Staaten dort in multilateraler Form Hilfe leisteten. Negativ für die amerikanische Politik beurteilt er dagegen die französischen Pläne für eine Neutralisierung Südostasiens sowie die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Frankreich und der Volksrepublik China. Zu den von Erhard vorgetragenen Überlegungen, Präsident Nasser in die Bundesrepublik einzuladen, stellt McGhee fest, daß die Bindung der VAR an das westliche Lager dadurch verstärkt werden könne. Abschließend spricht der Botschafter das Interesse amerikanischer Firmen an, sich an der Erschließung der Ölvorkommen vor der deutschen Küste zu beteiligen.

94 11.04. Staatssekretär Lahr an Botschafter Allardt, Madrid S. 418

Lahr nimmt zu dem von spanischer Seite erneut vorgetragenen Wunsch nach einer Assoziierung mit der EWG Stellung. Er unterstützt das Anliegen, weist jedoch auf die klar ablehnende Haltung anderer EWG-Partner hin. Als Kompromiß regt er ein „arrangement special" mit Spanien nahe der Schwelle zur Assoziierung an und bittet Allardt um entsprechende Sondierungen in Madrid.

95 14.04. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jansen S. 420

Jansen stellt die Argumente für und gegen eine Einladung des ägyptischen Präsidenten in die Bundesrepublik gegenüber und empfiehlt, von einem „Alleingang" abzusehen; statt dessen sei es ratsam, mit einem oder mehreren Verbündeten gemeinsam eine Einladung an Nasser auszusprechen. Gegenüber Israel ließe sich ein solcher Schritt mit dem Hinweis begründen, sich für den Frieden im Nahen Osten engagieren zu wollen. Auch könne eine spätere Begegnung mit dem israelischen Ministerpräsidenten Eshkol ins Auge gefaßt werden.

96 15.04. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Krapf S. 423

Krapf weist darauf hin, daß am Rande der WEU-Ministerkonferenz vom 16./17. April der Interzonenhandel und damit die Frage der Lieferung von Stickstoff-Düngemitteln in die DDR angesprochen werden könnte. Nachdem erste Versuche der Bundesregierung, politische Gegenleistungen zu erhalten, fehlgeschlagen seien, sei beschlossen worden, zunächst nur den Bedarf für die Frühjahrsbestellung der Äcker zu liefern. Auf diese Weise bestehe im Herbst erneut die Möglichkeit, die Zustimmung zu neuen Lieferungen von gewissen Erleichterungen im Reise- und Transitverkehr abhängig zu machen.

97 16.04. Aufzeichnung des Staatssekretärs Lahr S. 426

Lahr berichtet von einem Gespräch mit dem Leiter der Wirtschaftsabteilung im französischen Außenministerium. Im Hinblick auf bevorstehende Reisen der Staatsoberhäupter beider Länder nach Südamerika äußerte Wormser den Gedanken einer deutsch-französischen Zusammenarbeit bei der dortigen Entwicklungshilfe. Lahr verwies darauf, daß aus deutscher Sicht die bilaterale Form der Entwicklungshilfe vorzuziehen sei, schloß daneben aber multilaterale Projekte nicht aus.

98 16.04. Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit dem amerikanischen Botschafter Finletter S. 428

Der NATO-Botschafter berichtet von der Absicht des amerikanischen Präsidenten, noch 1964 das geplante Abkommen über die MLF zu unterzeichnen. Johnson wolle unabhängig von dem Zögern mancher NATO-Staaten das Projekt gemeinsam mit der Bundesrepublik realisieren – in der Erwartung, daß sich weitere NATO-Staaten anschließen würden. Finletter teilt die Bedenken des Bundeskanzlers gegen einen deutsch-amerikanischen Alleingang bei der MLF, schließt aber nicht aus, sich zunächst nur auf ein bilaterales Abkommen zu beschränken. Unter Hinweis auf die vitalen Interessen der Bundesrepublik an der MLF bekräftigt Erhard den Willen, bis zum Jahresende zu einem Abschluß zu kommen.

99 16.04. Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem britischen Außenminister Butler in Brüssel S. 430

Butler glaubt, daß die UdSSR auf der Genfer Konferenz der 18-Mächte-Abrüstungskommission wegen der anstehenden Präsidentschaftswahlen in den USA hinhaltend taktiere. Schröder informiert über die „theoretischen" Überlegungen für eine Zusammenkunft des Bundeskanzlers mit dem sowjetischen Ministerpräsidenten. Hinsichtlich der Deutschland-Initiative der Bundesregierung spricht er sich für eine gemeinsame Präsentation durch die Westmächte aus, rechnet aber nicht mit einer positiven sowjetischen Reaktion. Entscheidend sei, daß der Westen die Entschlossenheit zur Wahrung der deutschlandpolitischen Positionen gegenüber der Weltöffentlichkeit, der eigenen Bevölkerung sowie gegenüber der UdSSR demonstriere. Mit Blick auf amerikanische Vorbehalte gegen den Plan betont Schröder, daß ein Alleingang der Bundesrepublik wenig Sinn habe; vielmehr könne sie sich am Prozeß der Entspannung nur beteiligen, wenn der Westen an seinen Grundpositionen in der Deutschland-Frage festhalte.

100 17.04. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Krapf S. 437

Krapf berichtet über die Verhandlungen mit der Tschechoslowakei über den Austausch von Handelsvertretungen und betont, daß auf tschechoslowakischer Seite eher an die Aufnahme „voller" Beziehungen gedacht werde. Die Errichtung von Handelsvertretungen könne jedoch als ein erster Schritt auf dem Weg zu einer Normalisierung interpretiert werden. Die Einbeziehung von Berlin (West) in eine Vereinbarung sei aus der Sicht der Bundesregierung unabdingbare Voraussetzung.

101 17.04. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Krapf S. 439

Krapf faßt den Stand der Arbeiten an der Deutschland-Initiative der Bundesregierung seit Anfang Januar 1964 zusammen. Als wesentlichen Aspekt des Vorschlags stellt er die Bildung eines Viermächte-Rats und die damit – im Vergleich zu bisherigen Plänen – verbundene Schwächung des konföderativen Elements heraus. Er legt die Kritikpunkte der Drei Mächte dar, insbesondere der USA, die die Initiative als „unrealistisch" und als ein „Element der Beunruhigung" in einer Zeit relativer Entspannung bezeichnet hätten. Inzwischen seien sich die drei Westmächte aber der Dringlichkeit des deutschen Anliegens bewußt geworden. Die Beratungen in der Washingtoner Botschaftergruppe gingen seit Ende März „flüssiger" vonstatten. Krapf sieht eine Präsentation des Plans durch die Drei Mächte als optimal an. Bei einer Vorlage nur durch die Bundesrepublik sei deren überzeugende Unterstützung erforderlich.

102 18.04. Staatssekretär Lahr an Staatssekretär Neef, Bundesministerium für Wirtschaft S. 445

Lahr bittet Neef, auf eine konziliante Haltung der deutschen Delegation bei der bevorstehenden Tagung der Internationalen Kaffeeorganisation hinzuwirken. Angesichts zunehmender Schwierigkeiten in der Deutschland-Frage sei die Bundesrepublik gezwungen, außenpolitische Rücksichten zu nehmen. Dabei komme der Unterstützung durch die kaffeeproduzierenden lateinamerikanischen Staaten großes Gewicht zu, um eine internationale Aufwertung der DDR zu verhindern.

103 21.04. Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens S. 447

Carstens faßt ein Gespräch zwischen Bundesminister Schröder und dem amerikanischen Botschafter zusammen. Schröder vertrat die Ansicht, daß die Drei Mächte der UdSSR die Deutschland-Initiative präsentieren müßten. McGhee bezweifelte, ob Frankreich hierzu bereit sei, weil es gemeinsame Gespräche mit der UdSSR ablehne. Abschließend bat der Botschafter zu prüfen, ob sich die Bundesregierung vielleicht öffentlich gegen den französischen Vorschlag einer Neutralisierung Vietnams aussprechen könne.

104 21.04. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Luedde-Neurath S. 449

Luedde-Neurath nimmt zu den Beratungen über das MLF-Projekt Stellung. Trotz Annäherung der Standpunkte sei die Kernfrage der politischen Kontrolle nach wie vor ungeklärt. Auch die finanziellen Aspekte und die Frage der inneren Struktur seien noch nicht eingehend erörtert worden. Italien wolle sich bezüglich einer Teilnahme an der MLF nicht festlegen, solange die britische Entscheidung noch ausstehe. Großbritannien stehe dem Projekt wie zu Beginn reserviert gegenüber bzw. ziehe die MLF durch neu eingebrachte Vorschläge grundsätzlich in Zweifel. Positiv sei dagegen die deutsch-amerikanische Zusammenarbeit zu bewerten. Der nur der Bundesrepublik zur Kenntnis gegebene amerikanische Entwurf für einen MLF-Vertrag entspreche weitgehend den deutschen Vorstellungen – insbesondere hinsichtlich der Mechanismen für die politische Kontrolle. Präsident Johnson strebe eine baldige Vertragsunterzeichnung an, wobei ein zeitweiliger Alleingang der USA und der Bundesrepublik nicht ausgeschlossen werde. Luedde-Neurath empfiehlt, in enger Abstimmung mit den USA auf eine Ablehnung der britischen Vorschläge hinzuwirken und bald mit konkreten Verhandlungen zu beginnen. Um das multilaterale Konzept der MLF nicht zu gefährden, sei dabei allerdings die Beteiligung aller Beratungsteilnehmer wünschenswert.

105 21.04. Botschafterkonferenz S. 457

Botschafter Weber lenkt die Aufmerksamkeit auf bevorstehende Gipfelkonferenzen in der VAR und die zentrale Rolle des ägytischen Präsidenten. Es gelte, negative Stellungnahmen zur Deutschland-Frage zu verhindern. Nasser werde jede Aufwertung der deutsch-israelischen Beziehungen mit „ernsten Gegenmaßnahmen" beantworten, was zu einer grundsätzlichen Gefährdung der Hallstein-Doktrin führen könne. Bundesminister Schröder weist auf israelische Versuche hin, einen „Keil" zwischen die Bundesrepublik und die arabischen Staaten zu treiben. Botschafter Freiherr von Braun berichtet über die Entwicklung innerhalb der UNO. Eine Zustimmung der UdSSR zu einem Aufnahmeantrag der Bundesrepublik sei vermutlich nur dann zu erreichen, wenn zugleich die Volksrepublik China Mitglied werden könne. Botschafter van Scherpenberg äußert sich zur Politik des Vatikan im Ost-West-Konflikt, wobei er – bei Fortbestehen einer anti-kommunistischen Grundhaltung – eine größere Flexibilität konstatiert. Bundesminister Schröder stellt die Bedeutung der Deutschland-Initiative der Bundesregierung heraus und plädiert dafür, keine Einbrüche hinsichtlich des Alleinvertretungsanspruchs zuzulassen. Er betont, daß eine Präsentation der Deutschland-Initiative durch die Westmächte angestrebt werden müsse. Überhaupt müßten Zugeständnisse der Bundesrepublik in Abrüstungsfragen mit Fortschritten in der Deutschland-Frage verbunden werden.

106 21.04. Botschafterkonferenz S. 467

Bei einer der Gesprächsrunden stehen die Rolle der USA im Ost-West-Konflikt sowie die Deutschland-Frage zur Diskussion. Die Teilnehmer konstatieren eine machtpolitische Zurückhaltung gegenüber der UdSSR, weil die USA auf eine evolutionäre Entwicklung im Ostblock hofften. Die Deutschland-Frage, so die übereinstimmende Meinung, sei für die amerikanische Außenpolitik zur Zeit nur ein Randproblem. Umstritten bleibt, ob die Bundesrepublik ihre Zustimmung zu globalen oder regionalen Entspannungsmaßnahmen von der Forderung nach Fortschritten in der Deutschland-Politik abhängig machen müsse. Erinnert wird in diesem Zusammenhang an das Teststopp-Abkommen vom August 1963, dem die Bundesrepublik beitreten mußte, um nicht isoliert zu werden.

107 22.04. Bundesminister Schröder an den amerikanischen Außenminister Rusk S. 470

Schröder äußert sich besorgt über die jugoslawische Kampagne gegen die Bundesrepublik, mit der einer Anerkennung zweier deutscher Staaten das Wort geredet werde. Er bittet deshalb, von amerikanischer Seite auf Jugoslawien einzuwirken. Eine Verbesserung des Verhältnisses sei wünschenswert, auch wenn

den Möglichkeiten der Bundesregierung aufgrund der 1957 erfolgten Anerkennung der DDR durch Jugoslawien Grenzen gesetzt seien. Daher könne die Bundesregierung nicht die umfangreichen finanziellen Forderungen Jugoslawiens erfüllen, sei aber bereit, auf wirtschaftlichem Gebiet Konzessionen zu machen. Allerdings obliege es zunächst der jugoslawischen Regierung, die „Kampagnen und Polemiken" einzustellen.

108 23.04. Botschafter Buch, Kopenhagen, an das Auswärtige Amt S. 475

Buch legt die Hintergründe für die Schwierigkeiten dar, bei der dänischen Regierung eine Erklärung zur Einbeziehung des unter sowjetischer Verwaltung stehenden Teils Ostpreußens in das dänisch-sowjetische Entschädigungsabkommen zu erwirken. Die Frage der deutschen Ostgrenzen werde in Dänemark als endgültig mit dem Potsdamer Abkommen vom August 1945 geregelt betrachtet. Bei allem Verständnis für den Friedensvertragsvorbehalt befürchte man deutsche Revisionswünsche.

109 24.04. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Gemünd S. 477

Der Leiter des Referats „Allgemeine handelspolitische Fragen" schließt sowohl die für eine deutsch-französische Währungsunion notwendige Einigung über monetäre Ziele als auch einen Konsens über einheitliche Methoden der Geld- und Kreditpolitik nicht aus; er zweifelt aber an der bilateralen Bereitschaft, die gesamte Wirtschaftspolitik unter Verzicht auf souveräne Rechte tatsächlich eng zu koordinieren. Darüber hinaus würde eine Währungsunion der beiden Staaten einer intensiven Zusammenarbeit aller EWG-Staaten entgegenwirken und somit für die angestrebte Umwandlung der EWG von einer Zoll- zu einer Wirtschaftsunion hinderlich sein. Zudem stehe der deutsche Beitrag zur Überwindung der amerikanischen Zahlungsbilanzkrise in einem „gewissen Gegensatz" zu dem Ziel der französischen Politik, Europa „vom Dollar zu emanzipieren". Eine deutsch-französische Währungsunion würde die atlantische Partnerschaft daher nicht fördern.

110 24.04. Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit Mitgliedern der EWG-Kommission in Brüssel S. 480

Präsident Hallstein unterrichtet über die Entwicklung innerhalb der EWG. Er spricht sich für eine Beschleunigung des Zollabbaus nach innen aus. Weiter macht er auf das Fehlen eines einheitlichen Getreidepreises sowie auf Defizite bei der Realisierung einer gemeinsamen Handels-, Verkehrs- und Steuerpolitik aufmerksam. Positive Ansätze sieht er im Bereich der Konjunkturpolitik. Erhard betont zunächst die Notwendigkeit einer

neuen Initiative zur politischen Einigung Europas. Zur Zeit fehle es der Gemeinschaft an den notwendigen Machtmitteln, ihre Erkenntnisse, etwa auf dem Gebiet der Konjunkturpolitik, durchzusetzen. Positiv äußert er sich zu möglichen Zollsenkungen, die auch nach außen zum Tragen kommen könnten. Er versichert, daß die Bundesregierung die Kennedy-Runde nicht an der Frage des Getreidepreises scheitern lassen werde. Vizepräsident Mansholt begrüßt diese Erklärung des Bundeskanzlers und äußert sich zu Stützungsmaßnahmen für die deutsche Landwirtschaft. Hallstein ist der Auffassung, daß mit der Vollendung der Wirtschaftsunion auch die Bereitschaft zur politischen Einigung wachsen werde.

111 25.04. Gesandter von Lilienfeld, Washington, an Bundesminister Schröder, z. Z. Lima S. 485

Lilienfeld informiert über ein Gespräch mit dem amerikanischen Außenminister. Rusk erkundigte sich, ob sich die Bundesregierung überhaupt mit der UdSSR auf Verhandlungen über die Deutschland-Initiative einlassen wolle. Außerdem stellte er die Frage nach möglichen Konzessionen hinsichtlich der Oder-Neiße-Linie, der europäischen Sicherheit sowie der Berlin-Frage. Er wies auf die Gefahr hin, daß bei der zu erwartenden negativen sowjetischen Reaktion in der Öffentlichkeit der Eindruck entstehen könne, daß Aussichten auf eine Wiedervereinigung hoffnungslos seien.

112 25.04. Runderlaß des Staatssekretärs Carstens S. 487

Carstens informiert über den Besuch des Bundeskanzlers in Belgien. Beide Seiten gaben dem Wunsch nach einer Förderung der europäischen Einigung Ausdruck, stuften die Erfolgsaussichten jedoch als gering ein. Übereinstimmung herrschte in der Einschätzung des sowjetisch-chinesischen Konflikts und in der Sorge über die Haltung Frankreichs zur NATO. Die belgischen Gesprächspartner zeigten Verständnis für das deutsche Interesse an der MLF, erläuterten aber auch die eigene Zurückhaltung. Einigkeit bestand über die Ablehnung des Gomulka-Plans; ein Dialog hierüber wurde von belgischer Seite aber trotzdem befürwortet, um die polnischen Bestrebungen nach mehr Unabhängigkeit von der UdSSR zu unterstützen.

113 28.04. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Sachs S. 491

Sachs berichtet von einem Gespräch mit dem französischen Botschafter. De Margerie legte dar, daß weder Großbritannien noch die USA bereit seien, die Deutschland-Initiative gemeinsam mit Frankreich und der Bundesrepublik zu präsentieren; die Kontroverse mit der UdSSR über Deutschland solle nicht neu belebt werden. Der amerikanische Außenminister Rusk habe die Frage

gestellt, ob der Zeitpunkt der Initiative klug gewählt sei, insbesondere, weil Bundeskanzler Erhard sich mit Ministerpräsident Chruschtschow treffen wolle. Da ein Konsens nicht erreichbar erscheine, sei es vernünftiger, der Initiative den Charakter eines deutschen Dokuments zu belassen, das von den Westmächten gutgeheißen werde.

114 28.04. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Krapf S. 493

Krapf stellt fest, daß nur die USA, Kanada, Belgien und Luxemburg der Aufforderung der NATO-Ministerratstagung entsprochen hätten, die Höhe der jeweiligen Verteidigungshilfe für Griechenland mitzuteilen. Daher habe die Bundesregierung dem NATO-Generalsekretariat lediglich ihre grundsätzliche Hilfsbereitschaft bestätigt, ohne – wie ursprünglich vorgesehen – den eigenen Betrag in Höhe von 9 Millionen Dollar zu beziffern. Die vorgesehene Verteidigungshilfe müsse eine gemeinsame Aktion der Allianz darstellen, der sich auch Großbritannien und Frankreich nicht entziehen dürften; um deren angemessenen Beitrag werde sich die Bundesregierung bemühen.

115 29.04. Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens S. 495

Carstens gibt die Diskussion im Bundeskabinett zur Frage der Devisenhilfe für Großbritannien wieder. Während sich Bundeskanzler Erhard und Bundesminister von Hassel für erhebliche Kürzungen aussprachen, plädierte Carstens für einen höheren Betrag. Hassel wies dann auf die Gefahr entsprechender niederländischer und belgischer Ansprüche hin und machte auf die „riesigen" Forderungen der USA aufmerksam, deren Nichterfüllung zum Abzug von amerikanischen Truppen führen werde.

116 30.04. Staatssekretär Lahr, z. Z. Accra, an Bundesminister Schröder, z. Z. Santiago de Chile S. 497

Lahr berichtet, daß er während seines Besuchs in Ghana Gespräche mit Staatspräsident Nkrumah und Außenminister Botsio geführt habe. Lahr legte die Ansichten der Bundesregierung zur Deutschland-Frage dar und erhielt die Zusage, daß Ghana sich nicht an neuen Aktionen zugunsten der DDR beteiligen und sich auf der geplanten Konferenz der blockfreien Staaten nach Möglichkeit gegen eine Thematisierung des Deutschland-Problems einsetzen werde. Der Außenminister bat schließlich wegen der angespannten Devisenlage um Kredite aus der Bundesrepublik und regte an, daß die Industriestaaten einen „Marshallplan" für die Entwicklungsländer ausarbeiten sollten.

117 30.04. Botschafter Klaiber, Paris, an Staatssekretär Carstens S. 501

Klaiber informiert über eine Unterredung mit dem französischen Außenminister. Der Botschafter hob hervor, daß die Zurückziehung der französischen Marineoffiziere aus den NATO-Stäben der angestrebten Integration der westlichen Verteidigung zuwiderlaufe. Couve de Murville versicherte, Frankreich werde sich im Ernstfall als loyaler Bündnispartner erweisen, und vertrat die Ansicht, daß mit weiteren, auf eine Distanzierung von der NATO zielenden Maßnahmen nicht zu rechnen sei. Klaiber betrachtet diese Aussage mit Skepsis, da Staatspräsident de Gaulle in militärischen Fragen offenbar ohne Abstimmung mit dem französischen Außenministerium handle.

118 01.05. Botschafter Schroeder, Daressalam, an das Auswärtige Amt S. 503

Schroeder informiert über ein Gespräch mit dem Präsidenten der Vereinigten Republik von Tanganjika und Sansibar, der gegenüber dem „Zonenvertreter" auf Sansibar, Fritsch, eine Anerkennung der DDR ausgeschlossen habe. Nyerere bat, ihm für die „Gleichschaltung" Sansibars ausreichend Zeit zu lassen. Schroeder empfiehlt, dieser Bitte nachzukommen, um vielleicht doch noch die Herabstufung der Botschaft der DDR auf Sansibar zu einer Handelskammervertretung zu erreichen.

119 04.05. Ressortbesprechung im Bundesministerium der Verteidigung S. 504

Die beteiligten Ressorts sind sich einig, den Devisenausgleich mit den USA fortzuführen. Der Vertreter des Bundeskanzleramtes, Bachmann, äußert sich zurückhaltend zu der Frage, ob die Bundesrepublik aufgrund einer prinzipiellen Absprache zwischen Präsident Johnson und Bundeskanzler Erhard zu einem vollen Ausgleich verpflichtet sei. Daß dieser nicht allein durch Rüstungskäufe sichergestellt werden könne, müsse in der neuen Vereinbarung mit den USA zum Ausdruck gebracht werden.

120 05.05. Staatssekretär Carstens an die Botschaft in Washington S. 507

Carstens bittet, der amerikanischen Regierung die Bedenken gegen den Vorschlag des Präsidenten Johnson darzulegen, die Zahl der strategischen Atomwaffenträger einzufrieren. Der Plan festige zwar die Überlegenheit des Westens bei den strategischen Kernwaffen, sichere der UdSSR aber auf absehbare Zeit die Vorherrschaft im Bereich der Mittelstreckenwaffen. Der Staatssekretär hält es außerdem für notwendig, mögliche negative Rückwirkungen des Vorschlags auf das MLF-Projekt zu prüfen.

121 06.05. Staatssekretär Carstens an Bundesminister Schröder, z.Z. Buenos Aires S. 510

Carstens unterrichtet Schröder über die Behandlung des Ratifizierungsgesetzes zum Teststopp-Abkommen vom August 1963 im Auswärtigen Ausschuß des Bundestages. Im Vorfeld seien bereits Einwände des CSU-Vorsitzenden Strauß vorgebracht worden, der eine Aussprache über die außenpolitische Linie der Bundesregierung verlange. Weiterhin informiert der Staatssekretär über Besorgnisse des stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Barzel, wegen der Haltung Großbritanniens und der USA zur Deutschland-Initiative.

122 06.05. Ministerialdirigent Stedtfeld, z.Z. Genf, an das Auswärtige Amt S. 512

Stedtfeld berichtet über die Tagung des Ausschusses für Handelsverhandlungen vom 4. bis 6. Mai 1964, die die Kennedy-Runde eröffnet habe. Die Grundsatzerklärungen der Minister seien entgegen der vielfach geäußerten Befürchtungen im Ton sehr zuversichtlich gewesen. Auf der Schlußsitzung habe der Ausschuß eine hypothetische 50%ige lineare Zollsenkung als Verhandlungsgrundlage bestätigt. Die Berücksichtigung der Handelsinteressen der Drittländer stelle das wichtigste Problem für die Lösung der Disparitätenfrage dar. Beim Komplex Landwirtschaft sei bislang noch keine Einigung über die Regeln und Methoden der Verhandlungen erzielt worden. In der Getreidepreisfrage müsse sich die EWG zur internen Preispolitik und zur Frage des freien „Zugangs zu den Märkten" äußern. Allgemein werde das Interesse Polens an einer Teilnahme an der Kennedy-Runde begrüßt. Bundesminister Schmücker habe in einem Gespräch mit dem stellvertretenden polnischen Handelsminister Modrzewski den Ausbau der Handelsbeziehungen zwischen der Bundesrepublik und Polen erörtert.

123 08.05. Bundeskanzler Erhard an Präsident Johnson S. 514

Der Bundeskanzler hebt hervor, daß sich hinsichtlich der Kennedy-Runde eine Annäherung der Standpunkte abzeichne. Von besonderer Dringlichkeit sei die Lösung der Zypern-Frage, um die Einheit der NATO nicht zu gefährden. Erhard sichert Unterstützung für die amerikanischen Bemühungen zu, die Republik Vietnam (Südvietnam) als „Bollwerk der freien Welt" in Südostasien zu erhalten, und spricht sich gegen eine Neutralisierung Vietnams aus, die zu einer Machtübernahme der Kommunisten führen könne. Er hofft, eine gemeinsame Linie im Hinblick auf weitere Entspannungsmaßnahmen zu finden. In der Deutschland-Frage sei es notwendig, der UdSSR aktiv gegenüberzutreten. Erhard hat keinen Zweifel daran, daß die Besprechungen über einen Devisenausgleich mit den USA zu einer zufriedenstellenden Vereinbarung führen werden.

124 11.05. Gespräch des Bundesministers Schröder mit den Außenministern Rusk, Butler und Couve de Murville in Den Haag S. 519

Zur Deutschland-Initiative der Bundesregierung stellt Bundesminister Schröder fest, daß eine Präsentation durch die drei Westmächte von Vorteil sei, da hierdurch die moralische und politische Geschlossenheit des Westens gestärkt werde. Der amerikanische Außenminister sieht keine Verhandlungsbereitschaft auf seiten der UdSSR. Deshalb hält er eine deutschlandpolitische Erklärung der Drei Mächte für ausreichend, um die Position des Westens zu verdeutlichen. Weiterhin fragt Rusk, ob die Bundesregierung jeden Fortschritt in der Entspannungspolitik von Fortschritten in der Wiedervereinigungsfrage abhängig machen wolle. Er betont, daß der Westen nicht auf die in einem „Wiedervereinigungsgespräch" mit der UdSSR zu erörternden sicherheitspolitischen und territorialen Aspekte vorbereitet sei. Mit Blick auf die anstehenden Präsidentschaftswahlen in den USA gibt er zu bedenken, daß die sowjetische Ablehnung eines Plans als Niederlage der amerikanischen Regierung angesehen werden könne. Der französische Außenminister Couve de Murville hebt hervor, daß eine Neutralisierung Deutschlands im Rahmen der Wiedervereinigung nicht akzeptabel wäre. Der Vorschlag des britischen Außenministers Butler, einen ständigen Viermächte-Rat zur Behandlung der Deutschland-Frage einzusetzen, soll geprüft werden.

125 11.05. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Graf von Hardenberg S. 526

Hardenberg faßt Gespräche über den deutsch-amerikanischen Devisenausgleich für die Jahre 1965/66 zusammen, die anläßlich des Besuchs des amerikanischen Verteidigungsministers in Bonn geführt wurden. Bundesminister von Hassel plädierte für eine Reduzierung deutscher Rüstungskäufe in den USA von 1,4 auf 1,35 Milliarden Dollar. McNamara gab seine Zustimmung, erklärte jedoch, die Differenz durch Reduzierung von Kosten bei den amerikanischen Streitkräften in der Bundesrepublik einsparen zu wollen, ohne dadurch die militärische Schlagkraft zu beeinträchtigen; zu erwägen sei die Verlegung von amerikanischen Stäben.

126 12.05. Gespräch des Staatssekretärs Carstens mit Vertretern der Westmächte in Den Haag S. 528

Im Zusammenhang mit der Erörterung der weltpolitischen Lage, insbesondere des sowjetisch-chinesischen Verhältnisses, trägt Carstens die Überlegung vor, mit der Volksrepublik China einen Handelsvertrag abzuschließen. Der amerikanische Sonderbotschafter Thompson bedauert diese Entwicklung, weil China eine „Belohnung für seine militante Gesinnung" erhalte.

Zur Initiative des Westens in der Deutschland-Frage schlägt der Unterstaatssekretär im britischen Außenministerium, Lord Hood, vor, der sowjetischen Regierung zunächst den Aufbau einer entsprechenden „Maschinerie" vorzuschlagen und sie damit zur Anerkennung der Viermächte-Verantwortung für Deutschland zu veranlassen. Thompson legt dar, daß die Bundesregierung bei Verhandlungen mit der UdSSR bereit sein müsse, einen Preis zu zahlen, möglicherweise im Bereich der Sicherheit und der Berlin-Frage. Staatssekretär Carstens führt aus, daß sich das Mandat eines Viermächte-Rats auf die Erarbeitung von Vorschlägen zur Wiedervereinigung beschränken solle; eine Wiederbelebung von Kontrollratsfunktionen komme nicht in Frage. Thompson plädiert dafür, der UdSSR zunächst von seiten der Bundesrepublik einen Plan zu unterbreiten.

127 13.05. Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens, z.Z. Den Haag S. 533

Carstens skizziert den Verlauf der Sitzung des NATO-Ministerrats vom 13. Mai, bei der Kritik an der mangelnden Konsultation im Bündnis laut wurde. Mehrere Sprecher äußerten sich besorgt über die Fülle der Meinungsverschiedenheiten. Bundesminister Schröder sprach das Problem einer ausgewogenen Mitverantwortung aller Partner an. Weiterhin gelte es, die Rolle der nuklearen und nicht-nuklearen Mächte im Bündnis zu klären. Der amerikanische Außenminister Rusk plädierte für eine engere Zusammenarbeit auf nuklearem Gebiet. Der französische Außenminister Couve de Murville befürwortete eine Lockerung der militärischen Integration in Friedenszeiten und setzte sich für den Grundsatz der nationalen atomaren Verteidigung ein.

128 13.05. Aufzeichnung des Staatssekretärs Lahr S. 538

Lahr hält den Inhalt einer Kabinettssitzung über die Haushaltsvorlage des Bundesministeriums der Finanzen fest. Auf Kritik stießen dabei umfassende Etatkürzungen für 1965. Der Staatssekretär im Bundesministerium der Verteidigung, Hopf, wies darauf hin, daß die beabsichtigte Reduzierung des Verteidigungshaushalts das Ende der „Vorwärtsstrategie" bedeuten würde. Lahr betonte, daß die Errichtung von Handelsvertretungen in den Ostblock-Ländern sowie die Betreuung der neuentstandenen Staaten eine Aufstockung des Personals des Auswärtigen Amts erfordere. Auch dürften die Mittel für die auswärtige Kulturpolitik nicht weiter reduziert werden.

129 14.05. Vermerk des Staatssekretärs Carstens S. 540

Carstens befürwortet den Plan des Bundesministeriums der Verteidigung, ein Lazarettschiff nach Vietnam zu entsenden; Bundeskanzler Erhard soll um Zustimmung gebeten werden.

130 17.05. Bundesminister Schröder an Bundeskanzler Erhard S. 541

Um eine Belastung der Beziehungen zu Frankreich zu vermeiden, möchte Schröder auf eine öffentliche Erklärung gegen den französischen Plan einer Neutralisierung Vietnams verzichten. Zur Unterstützung der amerikanischen Politik regt er eine Verlautbarung der Bundesregierung zugunsten der Republik Vietnam (Südvietnam) an.

131 19.05. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Krapf S. 542

Krapf thematisiert das Bestreben der Volksrepublik China nach amtlichen Kontakten mit der Bundesrepublik. Als Gründe für ein Handelsabkommen auf Regierungsebene nennt er: Aussicht auf eine Instrumentalisierung des sowjetisch-chinesischen Konflikts für die Deutschland- und Berlin-Frage, Möglichkeit einer Neubelebung des „ideologischen Streits" innerhalb der DDR sowie eine Aufwertung der Position der Bundesregierung gegenüber der sowjetischen wie auch der amerikanischen Regierung. Darüber hinaus seien die wirtschaftlichen Vorteile in Rechnung zu stellen. Krapf spricht sich dafür aus, trotz amerikanischer Bedenken mit der Volksrepublik China in Gespräche einzutreten.

132 20.05. Gesandter von Lilienfeld, Washington, an das Auswärtige Amt S. 547

Lilienfeld berichtet über Gespräche des Regierenden Bürgermeisters von Berlin während des Besuchs in den USA. Sonderbotschafter Thompson wies insbesondere auf die mangelnde Verhandlungsbereitschaft der UdSSR hin. Außenminister Rusk befürwortete Bemühungen um „kleine Verbesserungen in Berlin und in der Zone" und stellt die Notwendigkeit heraus, den osteuropäischen Staaten die Furcht vor einer deutschen Wiedervereinigung zu nehmen; die Errichtung von Handelsvertretungen sei ein guter erster Schritt hierzu. Brandt und Rusk stimmten darin überein, daß Entspannungsmaßnahmen nur dann mit der Frage der Wiedervereinigung gekoppelt werden müßten, wenn große politische und Deutschland geographisch betreffende Fragen erörtert würden. Präsident Johnson begründete die verstärkte Tendenz zur Entspannungspolitik mit den bevorstehenden Wahlen; dem Wunsch der amerikanischen Öffentlichkeit nach Frieden müsse Rechnung getragen werden. Die Interessen der Bundesrepublik und Berlins würden allerdings gewahrt.

133 22.05. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Lahn S. 551

Der Leiter des Referats „Abrüstung und Sicherheit" informiert über ein Gespräch im französischen Außenministerium. Von französischer Seite wurde dargelegt, daß ein Abkommen über die Nichtverbreitung von Atomwaffen unnötig sei. Der Plan des amerikanischen Präsidenten, die Zahl der strategischen Atomwaffenträger einzufrieren, wurde - ebenso wie der Vorschlag über Bodenbeobachtungsposten - übereinstimmend abgelehnt. Die Beteiligung der Bundesrepublik an der MLF bezeichneten die französischen Gesprächspartner als Fehler. So würde man „die Amerikaner niemals" aus Europa herausbekommen.

134 22.05. Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit dem amerikanischen Finanzminister Dillon S. 555

Der amerikanische Finanzminister gibt einen Überblick über die Entwicklung der amerikanischen Wirtschaft und der Zahlungsbilanz. Der Bundeskanzler versichert, daß die Bundesregierung bemüht sei, durch Rüstungskäufe in den USA deren Dollarausgaben in der Bundesrepublik zu decken. Ziel seiner Politik sei es, wie in den USA die Wirtschaft zu beleben und gleichzeitig die Stabilität zu wahren. Während dies in der Bundesrepublik weitgehend gelungen sei, habe man die Lage in der EWG nicht mehr unter Kontrolle. Als Beispiel verweist Erhard auf die Schwierigkeiten Italiens und kritisiert amerikanische Maßnahmen zur Stützung der Lira, die nicht mit Auflagen zur Stabilisierung verbunden worden seien. Dillon erklärt, daß es sich um eine kurzfristige Hilfsaktion gehandelt habe. Erhard zeigt sich besorgt über die Abhängigkeit der italienischen Regierung von der Haltung Großbritanniens. Es sei zu befürchten, daß eine britische Ablehnung der MLF zu einer „Kettenreaktion" führen werde. Abschließend erörtern Erhard und Dillon Fragen des internationalen Währungssystems, insbesondere eine Erhöhung der Beiträge zum Internationalen Währungsfonds.

135 22.05. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jansen S. 562

Jansen setzt sich mit der Frage einer Mitgliedschaft in der UNO auseinander. Er erwartet einen Prestigezuwachs für die Bundesrepublik, die nicht nur eigene Interessen in der UNO selbst vertreten, sondern auch den Alleinvertretungsanspruch festigen könnte. Angesichts der Zusammensetzung des Sicherheitsrats sieht er aber kaum Chancen für ein erfolgreiches Beitrittsgesuch, das auch erhebliche Risiken für die Deutschland-Frage mit sich brächte. Dennoch tritt Jansen für Sondierungen ein, die sich auch auf den „Mindestpreis" erstrecken sollten, den die UdSSR für einen Beitritt der Bundesrepublik fordern würde.

136 23.05. Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit dem amerikanischen Botschafter McGhee S. 566

McGhee stellt fest, daß nach dem Meinungsaustausch über die Deutschland-Initiative in Den Haag nunmehr die Washingtoner Botschaftergruppe eine gemeinsame Grundlage erarbeiten solle. Zum amerikanischen Wunsch nach deutscher Mitwirkung bei der Modernisierung der israelischen Armee erklärt der Bundeskanzler, daß eine Lieferung von Panzern wohl kaum in Frage kommen könne. McGhee spricht die Bitte aus, in dieser Frage keine Entscheidung vor dem anstehenden Besuch bei Präsident Johnson zu treffen. Dann erwähnt er, daß Johnson einen geheimgehaltenen sowjetischen Vorschlag zur Truppenreduzierung in Deutschland abgelehnt habe. Erhard äußert, daß im Falle eines Abzugs amerikanischer Streitkräfte aus Europa die Aufrechterhaltung eines Kräftegleichgewichts im Ernstfall nicht möglich sei.

137 25.05. Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit dem britischen Schatzkanzler Heath S. 570

Erhard und Heath erörtern den deutschen Vorschlag einer Zollsenkung als Vorleistung zur Kennedy-Runde sowie Möglichkeiten, die Inflation in einigen EWG-Ländern zu bekämpfen. Als schwierig wird vor allem die Lage in Italien angesehen. Der Bundeskanzler wendet sich gegen eine ständige finanzielle Unterstützung; entscheidend sei vielmehr, Italien zu einer anderen Politik zu zwingen. Zur Frage einer Beteiligung Großbritanniens am europäischen Einigungsprozeß führt Erhard aus, daß die Bundesrepublik weiter dafür eintrete, er jedoch das Gefühl habe, daß Großbritannien im Augenblick nicht auf dieses Problem angesprochen werden wolle. Mit Blick auf den Verlauf der UNO-Konferenz über Handel und Entwicklung bedauert Heath den mangelnden Zusammenhalt der westlichen Staaten. Es scheine, als gerieten die Entwicklungsländer immer stärker unter die Führung einer „extremen" Gruppe von Staaten, vor allem der VAR. Während der britische Schatzkanzler ein stärkeres amerikanisches Engagement fordert, zeigt Erhard sich davon überzeugt, daß sich die USA der Bedeutung der Entwicklungshilfe bewußt seien; schließlich übten sie Druck auf die Bundesrepublik aus, auf diesem Gebiet mehr zu tun.

138 26.05. Vermerk des Staatssekretärs Carstens S. 574

Carstens hält die Mitteilung des Bundesministers Krone fest, daß der stellvertretende israelische Verteidigungsminister Peres ihn gedrängt habe, die vereinbarten Panzerlieferungen an Israel durchzuführen. Krone habe den Eindruck, daß die Abwicklung über Italien erfolgen solle. Carstens hält den Weg über ein drittes Land bei größter Sorgfalt für gangbar.

139 26.05. Staatssekretär Carstens an Botschafter Blankenhorn, Rom — S. 575

Carstens stellt die Frage, ob Blankenhorn sich an eine Unterredung erinnere, die nach dem Amtsantritt des Ministerpräsidenten de Gaulle zwischen Vertretern des französischen Außenministeriums und dem damaligen Bundesminister der Verteidigung, Strauß, stattgefunden habe. In diesem Gespräch sei die Verwirklichung einer deutsch-französischen Zusammenarbeit auf atomarem Gebiet, zu der Frankreich noch Anfang 1958 bereit gewesen sein soll, auf unbestimmte Zeit verschoben worden.

140 27.05. Ministerialdirektor Krapf an die Vertretung bei der NATO in Paris — S. 576

Krapf weist die Vorwürfe zurück, die die Tschechoslowakei in einer Note an die NATO-Staaten gegen die Bundesrepublik erhoben habe. Insbesondere habe die Bundesregierung keine territorialen Forderungen, so daß die tschechoslowakische Polemik gegen das Münchener Abkommen von 1938 gegenstandslos sei. Der Ministerialdirektor schlägt eine knappe Beantwortung der Note vor, wobei sich die NATO-Partner nicht auf einen Dialog über die MLF oder über eigene Rüstungsmaßnahmen einlassen dürften.

141 27.05. Botschafter Klaiber, Paris, an das Auswärtige Amt — S. 580

Klaiber berichtet von einer Unterredung mit dem französischen Staatspräsidenten. De Gaulle begrüßte die Bemühungen des Bundeskanzlers Erhard in der Europapolitik, zeigte sich allerdings skeptisch hinsichtlich einer neuen Initiative. Weiterhin setzte er sich für eine Reform der NATO ein, durch die die Gewichte zwischen den USA und den europäischen Partnern anders verteilt werden sollten. Mit Blick auf die bevorstehende Entsendung eines französischen Botschafters nach Peking sprach de Gaulle die Möglichkeit an, über die Volksrepublik China Einfluß auf den südostasiatischen Raum zu nehmen. Außerdem befürwortete er eine verstärkte deutsch-französische Zusammenarbeit bei der Entwicklungshilfe für Lateinamerika.

142 28.05. Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Wieck, Washington — S. 582

Wieck erörtert das Problem einer Beteiligung an friedenssichernden Operationen der UNO. Zwar habe die Bundesrepublik erhebliche finanzielle Beiträge geleistet, sich bisher aber nicht zu einer Entsendung von Truppen entschließen können. Begründet worden sei dies mit der Unterstellung der deutschen Streitkräfte unter den NATO-Oberbefehl und fehlenden bzw. fraglichen rechtlichen Voraussetzungen. Wieck schlägt vor, mit

Zustimmung der NATO eine Einheit speziell für UNO-Einsätze auszubilden, den rechtlichen Rahmen zu schaffen und die Bereitschaft zu solchen Einsätzen unter sorgfältig festgelegten Bedingungen zu erklären.

143 30.05. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Krapf S. 585

Krapf referiert ein Gespräch zwischen Legationsrat I. Klasse Hansen und dem Geschäftsträger der Botschaft der Volksrepublik China in Bern über die Aufnahme amtlicher Kontakte. Tsui Chi-yuan legte dar, daß die chinesische Regierung eine Erweiterung des gegenseitigen Handels anstrebe und über ein Abkommen verhandeln wolle, das den Vereinbarungen der Bundesrepublik mit den Ostblock-Staaten ähnlich sei. Hansen betonte die Notwendigkeit, Berlin (West) in ein Abkommen einzubeziehen. Tsui Chi-yuan erklärte, China befürworte die Wiedervereinigung, doch müßten die beiden Teile Deutschlands hierüber verhandeln. Krapf schlägt vor, die USA über das Ergebnis der ersten Sondierung zu unterrichten und der chinesischen Botschaft in Bern die Bereitschaft zu weiteren Gesprächen über ein Handelsabkommen zu signalisieren.

144 01.06. Bundesminister Schröder an Bundeskanzler Erhard S. 590

Schröder nimmt zu den Vorgängen auf der Welthandelskonferenz in Genf Stellung. Da es bei der dort zur Abstimmung stehenden Resolution über Hilfeleistungen an die Entwicklungsländer nicht um eine rechtliche Verpflichtung zu höheren finanziellen Leistungen gehe, sei ein von den übrigen Industrienationen abweichendes Abstimmungsverhalten der Bundesrepublik unverständlich. Ein solidarisches Verhalten hält der Bundesminister auch mit Blick auf die Entwicklungsländer für notwendig, die von entscheidender Bedeutung bei der Abwehr der Bemühungen der DDR um Mitwirkung in den Organisationen der UNO seien.

145 01.06. Vermerk des Staatssekretärs Carstens S. 593

Carstens hält fest, daß das Prinzip der vollständigen Erstattung der durch die Stationierung von Truppen in der Bundesrepublik entstehenden Devisenausgaben, wie es zwischen der deutschen und der amerikanischen Regierung vereinbart wurde, nicht beibehalten werden könne, da die Handlungsfreiheit der Bundesregierung beeinträchtigt werde. Dies habe er Bundesminister von Hassel erklärt, der Ende Mai bereits mit entsprechenden britischen Forderungen konfrontiert worden sei.

146 01.06. Staatssekretär Carstens an die Vertretung bei der NATO in Paris S. 593

Carstens teilt mit, der britische Verteidigungsminister Thorneycroft habe gegenüber Bundesminister von Hassel erklärt, daß die MLF für Großbritannien in der gegenwärtigen Form nicht akzeptabel sei. Carstens hält seinerseits ein Eingehen auf die britischen Vorschläge vom April nicht für tragbar.

147 01.06. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Meyer-Lindenberg S. 594

Meyer-Lindenberg beurteilt die Rechtswirksamkeit des Münchener Abkommens von 1938 über die Abtretung der Sudetengebiete. Er betont, die ursprüngliche Gültigkeit müsse aufgrund des Vertragsbruchs durch Hitler am 16. März 1939 als überholt angesehen werden. Es bestünden keine Bedenken, dies offiziell zu bestätigen. Er widerlegt Behauptungen in der öffentlichen Diskussion, daß eine Anerkennung der Ungültigkeit des Abkommens zu erheblichen Nachteilen führen würde, insbesondere hinsichtlich der vermögensrechtlichen Ansprüche der Sudetendeutschen gegenüber der Tschechoslowakei und hinsichtlich der Familienzusammenführung.

148 04.06. Vermerk des Staatssekretärs Carstens S. 599

Carstens skizziert ein Gespräch mit dem CDU-Abgeordneten Blumenfeld über dessen Besuch in Warschau. Blumenfeld äußerte, er sei auf große Zurückhaltung gestoßen, habe aber die Möglichkeit einer Assoziierung zwischen Polen und der EWG angedeutet. Carstens bezeichnete diesen Gedanken als unrealistisch und befürwortete statt dessen eine Ausweitung des Handels zwischen der EWG und Polen.

149 04.06. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Krapf S. 600

Krapf erläutert die wichtigsten Argumente für die Ausstattung des Befehlsbereichs von SACEUR mit Medium Range Ballistic Missiles. Der Ministerialdirektor verweist auf die Überlegenheit der UdSSR auf dem Gebiet von Mittelstreckenraketen und stellt fest, daß SACEUR die Notwendigkeit zur Ausfüllung dieser Lücke in der westlichen Abschreckung immer wieder betont habe. Zwar erfülle die MLF teilweise die MRBM-Anforderungen, doch sei eine Mischung see- und landgestützter Raketen anzustreben. Die von den Militärbehörden der NATO vorgebrachten Argumente für die MRBM erschienen einleuchtend, während eine Realisierung des amerikanischen „Einfrier-Vorschlags" möglicherweise eine Gefährdung der Sicherheit Europas zur Folge haben würde.

150 04.06. Staatssekretär Carstens an Botschafter Groepper, Moskau S. 603

Carstens bittet, so bald wie möglich den sowjetischen Ministerpräsidenten persönlich über die Bereitschaft des Bundeskanzlers zu einem Treffen in der Bundesrepublik zu informieren. Den Westmächten sei bereits mitgeteilt worden, daß es sich nicht um eine „förmliche" Einladung an Chruschtschow handle.

151 05.06. Bundesminister Schröder an Bundeskanzler Erhard S. 604

Schröder erneuert seine „allerschwersten" Bedenken gegenüber dem Vorhaben, deutsche Panzer an Israel zu liefern. Eine verkappte Weitergabe über Italien hält er nicht für opportun. Unter Hinweis auf ägyptische Erkenntnisse über angeblich bereits erfolgte Waffenlieferungen sowie in britischen Botschaftskreisen kursierende Zahlen über die finanzielle Höhe derartiger deutscher Leistungen macht er auf die umfassendere Problematik des Projekts aufmerksam. Er bemängelt, daß das Auswärtige Amt keinen Überblick über die Waffenlieferungen der Bundeswehr an Israel habe, und schlägt eine umgehende Aussprache mit dem Bundeskanzler und dem Bundesminister der Verteidigung vor.

152 05.06. Botschafter Knappstein, Washington, an das Auswärtige Amt S. 605

Knappstein informiert über eine Unterredung des Berliner Bürgermeisters Albertz mit dem amerikanischen Außenminister. Rusk sprach sich für den Versuch aus, durch innerdeutsche Maßnahmen eine „De-facto-Wiedervereinigung" als Vorstufe zur späteren tatsächlichen Einheit Deutschlands zu erreichen. Es sei im übrigen nicht sicher, ob sich die Bevölkerung in der DDR im Fall einer geheimen Abstimmung für die Wiedervereinigung aussprechen werde. Das Hauptinteresse des Westens ziele jedenfalls auf den sowjetischen Truppenabzug aus den osteuropäischen Staaten. Abschließend betonte Rusk, die USA wollten nicht in eine parteipolitische Kontroverse über die Passierschein-Frage hineingezogen werden.

153 08.06. Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem französischen Außenminister Couve de Murville S. 607

Die sowjetische Politik sehen die Gesprächspartner wesentlich durch den Konflikt mit der Volksrepublik China bestimmt. Zu möglichen Reisen nach Moskau äußern sie sich skeptisch, befürworten aber einen Besuch des Ministerpräsidenten Chruschtschow in der Bundesrepublik. Unter Hinweis auf daraus erwachsende rüstungspolitische Vorteile für die UdSSR mahnt Schröder eine restriktive Haltung bei der Vergabe langfristiger Kredite an. Hinsichtlich der Frage des Getreidepreises

legt Schröder dar, daß bei einer Preissenkung die Landwirtschaft in der Bundesrepublik „praktisch" verloren gehe. Zur Politik gegenüber den beiden chinesischen Staaten wird ausgeführt, daß die Republik China (Taiwan) einerseits die Beziehungen zu Frankreich abgebrochen, andererseits einen Antrag auf Akkreditierung eines Vertreters bei der EWG gestellt habe. Letzteres wird von Schröder befürwortet. Abschließend kommen die Bemühungen um eine neue Initiative in der Deutschland-Frage zur Sprache; der Vorlage eines Plans durch die drei Westmächte steht Couve de Murville eher skeptisch gegenüber.

154 08.06. Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem französischen Außenminister Couve de Murville S. 615

Hauptthemen sind Lateinamerika, Spanien und Südostasien. Schröder und Couve de Murville stimmen überein, daß europäische Hilfe für Lateinamerika vor allem im Bereich von Kultur und Bildung erforderlich ist. Darüber hinaus seien die Wirtschaftsbeziehungen zur EWG ausbaufähig. Beide sprechen sich für eine Unterstützung des spanischen Wunsches nach einer Anbindung an die EWG aus. Der französische Außenminister berichtet über eine Unterredung mit dem Staatssekretär im amerikanischen Außenministerium. Er sei sich mit Ball einig darüber gewesen, daß die Republik Vietnam (Südvietnam) und Laos nicht kommunistisch werden dürften. Frankreich gehe davon aus, daß eine Befriedung nicht durch einen Krieg herbeizuführen sei. Besser sei es, in Verhandlungen mit der Volksrepublik Vietnam und der Volksrepublik China eine Neutralisierung des Gebiets anzustreben. Schröder äußert sich skeptisch zu einer Verhandlungslösung.

155 08.06. Sprechzettel für Botschafter Groepper, Moskau (Entwurf) S. 625

Zunächst wird der Wunsch des Bundeskanzlers herausgestellt, das Verhältnis zur UdSSR zu verbessern. Voraussetzung dafür sei, die unterschiedlichen Standpunkte kennenzulernen. Die Bundesregierung sehe die Spaltung Deutschlands als unnatürlich an und sei nicht bereit, auf dieser Grundlage über eine Friedensregelung zu sprechen. Ebenso seien Verhandlungen mit der DDR über die Wiedervereinigung nicht akzeptabel. Die Bundesregierung bestehe auf dem Prinzip der Selbstbestimmung. Der Bundeskanzler wolle aber den Sicherheitsbedürfnissen der UdSSR im Fall der Wiedervereinigung Rechnung tragen. Außerdem befürworte Erhard enge Handelsbeziehungen zwischen der UdSSR und der Bundesrepublik unter Einschluß von Berlin (West). Der Bundeskanzler möchte die Fragen in einem persönlichen Gespräch mit Ministerpräsident Chruschtschow in der Bundesrepublik erörtern.

156 08.06. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Meyer-Lindenberg S. 631

Meyer-Lindenberg informiert über den Stand der Beratungen über ein europäisches Patentrecht. Während die Niederlande und Belgien für ein abgewandeltes internationales Patent eintäten, das die Einbeziehung Großbritanniens erleichtern solle, befürworte die Bundesregierung nach wie vor ein Patent der europäischen Gemeinschaft mit der Möglichkeit einer Assoziierung von Drittstaaten. Begründet wird dies mit einem geplanten eigenen Patentamt der Gemeinschaft und mit der französischen Ablehnung einer Beteiligung Großbritanniens.

157 10.06. Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit Ministerpräsident Pearson in Ottawa S. 633

Erhard plädiert für eine Reorganisation der NATO mit dem Ziel, die politische, militärische und wirtschaftliche Zusammenarbeit zu festigen. Im Blick hat er dabei vor allem, den Handel der Bündnispartner mit der UdSSR einzuschränken. Pearson stimmt der Ausarbeitung von Grundzügen einer gemeinsamen Handelspolitik der NATO gegenüber dem Ostblock zu. Im Zuge der Entwicklung einer europäischen politischen Union hält der Bundeskanzler eine Erweiterung der EWG durch die EFTA-Staaten für wünschenswert. Pearson äußert den Wunsch nach einer gesicherten Preisgestaltung für den kanadischen Getreideabsatz in der EWG. Dafür will sich Erhard einsetzen. Pearson zeigt Verständnis für den deutschen Wunsch nach Verwirklichung der MLF, insbesondere um die desintegrierende Wirkung der Force de frappe aufzufangen. Er macht aber zugleich klar, daß Kanada sich nicht beteiligen werde. Der kanadische Ministerpräsident bringt seine Überzeugung zum Ausdruck, daß die Deutschland-Frage in den Entspannungsprozeß einbezogen sein müsse, und versichert, daß er den Anspruch auf Wiedervereinigung Deutschlands uneingeschränkt unterstützen werde.

158 11.06. Botschafter Groepper, Moskau, an Bundesminister Schröder, z.Z. Washington S. 639

Mit Blick auf den bevorstehenden Abschluß eines Freundschaftsvertrags zwischen der UdSSR und der DDR hält Groepper es für ratsam, nicht wegen des bereits von ihm erbetenen Gesprächstermins bei Ministerpräsident Chruschtschow zu insistieren. Es bestehe die Gefahr, daß die zu übermittelnde persönliche Botschaft des Bundeskanzlers als Reaktion auf den Vertrag aufgefaßt werde und damit an Eigengewicht verliere.

159 11.06. Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit Generalsekretär U Thant, UNO, in New York S. 640

Erhard und U Thant sind sich einig, daß die Deutschland-Frage nicht in die Zuständigkeit der UNO falle. Mit Blick auf das Zypern-Problem stellt der Bundeskanzler weitere finanzielle Hilfe zur Unterstützung der UNO-Mission in Aussicht. Anschließend erläutert U Thant seinen Vorschlag zur Schaffung einer ständigen Friedensstreitmacht der UNO. Kanada, die Niederlande und die skandinavischen Staaten hätten sich daran interessiert gezeigt. Zur Fortsetzung des Meinungsbildungsprozesses sei für den Herbst eine Konferenz jener Staaten geplant, die der UNO bereits einmal Streitkräfte zur Verfügung gestellt hätten.

160 12.06. Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit dem amerikanischen Außenminister Rusk in Washington S. 643

Erhard geht auf den am 12. Juni 1964 geschlossenen Freundschaftsvertrag zwischen der UdSSR und der DDR ein, der das Verhältnis zwischen der Bundesrepublik und den USA nicht erschüttern könne. Allerdings müsse danach gefragt werden, ob der Vertrag nicht als eine Folge der Entspannungspolitik anzusehen sei. Daher stellt der Bundeskanzler die Bedeutung einer Initiative in der Deutschland-Frage heraus. Rusk problematisiert den Begriff Entspannung und verweist auf die kritischen Situationen auf Kuba sowie in Südostasien, die kaum als Beleg für eine entspannte Lage dienen könnten. Er sieht kein Hindernis für eine Deutschland-Initiative, verlangt aber Einigkeit in der „Frage der Methode und der Mittel". Zur Politik gegenüber der Volksrepublik China erklärt Erhard, daß keineswegs an eine diplomatische Anerkennung, sondern lediglich an eine Handelsvereinbarung gedacht werde. Abschließend macht der Bundeskanzler auf die starke und dem kommunistischen Einfluß entgegenarbeitende Position der Bundesrepublik in den arabischen Staaten aufmerksam, die den deutschen Möglichkeiten gegenüber Israel Grenzen setze.

161 12.06. Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit Präsident Johnson in Washington S. 651

Unter Hinweis auf den Freundschaftsvertrag zwischen der UdSSR und der DDR setzt sich Erhard für eine weitere Prüfung der Frage der deutschen Wiedervereinigung ein, auch um „bedenklichen nationalen Strömungen" Einhalt zu gebieten. Er macht deutlich, daß die Bundesregierung bereit sei, Israel durch die Lieferung von Panzern ohne Geschütze auf dem Umweg über Italien auch weiterhin militärische Hilfe zu leisten; durch ein solches Verfahren trete die Bundesrepublik vielleicht doch nicht unmittelbar in Erscheinung. Der Bundeskanzler bekräftigt, die amerikanische Politik gegenüber Kuba und das Enga-

gement in Südvietnam unterstützen zu wollen. Er sagt Johnson außerdem zu, mit den USA die geplante Ausweitung des Handels mit der Volksrepublik China abzustimmen. Der Präsident begrüßt diese Zusage und versichert seinerseits, alle Deutschland betreffenden Fragen mit der Bundesregierung zu koordinieren. Er zeigt sich trotz der menschlichen und materiellen Opfer entschlossen, die Vietnam-Politik fortzuführen. Allerdings sei hierbei auch die Hilfe anderer Staaten vonnöten. Auf die besorgte Nachfrage über die Erfüllung des deutsch-amerikanischen Devisenausgleichsabkommens entgegnet Erhard, daß die gesamten amerikanischen Ausgaben in der Bundesrepublik durch Rüstungskäufe kompensiert werden könnten. Beide Gesprächspartner geben ihrer Hoffnung über das Zustandekommen der MLF Ausdruck.

162 13.06. Gespräch des Botschafters Groepper mit Ministerpräsident Chruschtschow in Moskau S. 659

Groepper unterbreitet dem sowjetischen Ministerpräsidenten den Vorschlag des Bundeskanzlers Erhard zu einem Besuch in der Bundesrepublik. Chruschtschow lehnt einen Meinungsaustausch nicht grundsätzlich ab, spricht sich aber gegen eine Erörterung der Frage der Wiedervereinigung aus. Eine diesbezügliche Verpflichtung der UdSSR als Siegermacht bestehe nicht. In diesem Punkt sei die DDR der Ansprechpartner für die Bundesrepublik. Außerdem bezieht der Ministerpräsident Stellung gegen den Vorschlag gesamtdeutscher Wahlen. Groepper verweist auf die Unterschiedlichkeit der Standpunkte, betont aber die Nützlichkeit von Gesprächen. Weiterhin hebt er den Willen der Bundesregierung hervor, die existierenden Probleme mit friedlichen Mitteln zu lösen, wendet sich aber dagegen, daß sein Auftrag im Zusammenhang mit dem Freundschaftsvertrag zwischen der UdSSR und der DDR stehe bzw. der Bundesregierung als Wahlpropaganda diene. Der sowjetische Ministerpräsident bedankt sich für die Einladung und stellt eine Antwort in Aussicht.

163 14.06. Botschafter Groepper, Moskau, an Bundesminister Schröder S. 667

Groepper hält es für bedenklich, gegenüber der Öffentlichkeit eine Einladung des Bundeskanzlers an den sowjetischen Ministerpräsidenten zu dementieren. Chruschtschow betrachte sich aufgrund der ihm übermittelten Botschaft von Erhard bereits als eingeladen. Der Botschafter ersucht um das Einverständnis, die Botschafter der drei Westmächte in Moskau über die Unterredung mit Chruschtschow zu informieren.

164 14.06. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jansen S. 669

Jansen stellt fest, daß in allen beteiligten Ressorts Bedenken hinsichtlich jeder möglichen Form gesetzgeberischer Maßnahmen gegen die Tätigkeit deutscher Experten in der ägyptischen Rüstungsindustrie bestünden. Ein Rückrufgesetz stelle eine einseitige Diskriminierung eines befreundeten Staates und eine Gefährdung der außenpolitischen Interessen dar. Überdies erkläre sich die bisherige Zurückhaltung der arabischen Staaten hinsichtlich deutscher Waffenlieferungen an Israel dadurch, daß die Experten in der VAR arbeiten könnten.

165 15.06. Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem britischen Botschafter Roberts S. 671

Schröder und Roberts stimmen darin überein, daß der Freundschaftsvertrag zwischen der UdSSR und der DDR die Situation in Deutschland, vor allem in Berlin, nicht verändert habe. Schröder hält dennoch eine gemeinsame Erklärung der Westmächte, in der die Verantwortung der UdSSR für die Lösung des Deutschlandproblems herausgestellt werden müsse, für notwendig. Außerdem erinnert er an den britischen Vorschlag, ein Vier-Mächte-Gremium einzusetzen. Abschließend bekundet Roberts das Interesse an Fragen des europäischen Patentrechts und kündigt Vorschläge zur MLF an, durch die der Gang der Verhandlungen aber nicht verzögert werden solle.

166 15.06. Staatssekretär Carstens an die Botschaft in Washington S. 674

Carstens übermittelt den Entwurf einer gemeinsamen Erklärung der Drei Mächte und der Bundesrepublik Deutschland zum Freundschaftsvertrag zwischen der UdSSR und der DDR. In der Erklärung werden die Verpflichtungen der UdSSR für Deutschland und Berlin als Gesamtheit herausgestellt, die Bindungen von Berlin (West) an die Bundesrepublik bekräftigt und der DDR staatliche Eigenschaften abgesprochen. Allein die Bundesrepublik sei berechtigt, in internationalen Angelegenheiten für Deutschland zu sprechen. Der gegenüber der Bundesregierung erhobene Vorwurf des „Revanchismus" und „Militarismus" wird zurückgewiesen und das Ziel der Wiedervereinigung Deutschlands auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts hervorgehoben.

167 15.06. Botschafter Knappstein, Washington, an das Auswärtige Amt S. 677

Knappstein berichtet über die Sitzung der Washingtoner Botschaftergruppe. Sie habe den Eindruck vermittelt, daß die Drei Mächte eine offizielle Erklärung zum Freundschaftsvertrag vom 12. Juni 1964 zwischen der UdSSR und der DDR für notwendig

erachteten. Von seiner Seite sei auf die Intention der Bundesregierung verwiesen worden, nicht nur auf den Vertrag abzuheben, sondern allgemein die Grundsätze der westlichen Wiedervereinigungspolitik öffentlich herauszustellen. Er habe dargelegt, daß damit weitere Initiativen in der Deutschland-Frage nicht ausgeschlossen werden sollten. Die Vertreter Frankreichs und der USA hätten dafür plädiert, die Erklärung nicht gemeinsam mit der Bundesrepublik abzugeben.

168 16.06. Botschafter Klaiber, Paris, an das Auswärtige Amt S. 680

Klaiber informiert über ein Gespräch mit dem Referenten des französischen Staatspräsidenten für außenpolitische Fragen. De Saint-Legier führte das Scheitern der Deutschland-Initiative hauptsächlich auf amerikanische Obstruktion und die Entspannungspolitik zwischen den USA und der UdSSR zurück. Die Deutschland-Frage habe in den Überlegungen des amerikanischen Präsidenten keine Priorität. Zudem wolle Johnson in Zentraleuropa Zugeständnisse machen, ohne dafür sowjetische Gegenleistungen zu erhalten.

169 16.06. Gespräch des Bundesministers Schröder mit Generalsekretär Khonti, SEATO S. 682

Khonti zeigt sich besorgt über die französischen Vorstellungen zur Neutralisierung Südostasiens. Schröder teilt die Auffassung, daß die von der Volksrepublik China ausgehende kommunistische Gefahr die Sicherheit der südostasiatischen Staaten bedrohe und der Status quo in dieser Region möglichst gewahrt bleiben sollte. Zur Lage Thailands bemerkt Khonti, daß der kommunistischen Infiltration bislang erfolgreich entgegengewirkt werde. Jedoch dürften Laos und die Republik Vietnam (Südvietnam) nicht kommunistisch werden. Südvietnam bedarf nach Ansicht des Generalsekretärs nicht nur militärischer Hilfe, sondern auch der politischen und wirtschaftlichen Unterstützung der westlichen Welt.

170 16.06. Botschafter Knappstein, Washington, an das Auswärtige Amt S. 684

Knappstein berichtet darüber, wie der Freundschaftsvertrag zwischen der UdSSR und der DDR in der Washingtoner Botschaftergruppe bewertet worden sei. Die Vertreter der Drei Mächte stellten übereinstimmend fest, durch den Vertrag solle die Position der DDR gefestigt und damit die Forderung nach direkten Verhandlungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR unterstützt werden. Der Status von Berlin werde nicht angetastet, so daß mit einer Krise gegenwärtig nicht gerechnet werden müsse. Allerdings verzichte die UdSSR nicht auf die Option eines separaten Friedensvertrags. Knappstein vertrat

demgegenüber die Ansicht, die DDR solle durch den Vertrag den anderen Ostblock-Staaten gleichgestellt werden; auch lasse die Benutzung des Begriffs „Staatsgrenze der DDR" neue Störungen im Berlin-Verkehr befürchten.

171 18.06. Runderlaß des Staatssekretärs Carstens S. 688

Unter Bezugnahme auf den Entschluß Ceylons, konsularische Beziehungen zur DDR aufzunehmen, begründet Carstens neue Maßnahmen zur Durchsetzung des Alleinvertretungsanspruchs der Bundesrepublik. Er sieht die Gefahr, daß die DDR zwar kein diplomatisches, dafür aber ein konsularisches Vertretungsnetz aufbaue. Um dies zu verhindern, solle künftig die Aufnahme amtlicher Kontakte dritter Staaten zur DDR mit einer Reduzierung der wirtschaftlichen Hilfsmaßnahmen der Bundesrepublik beantwortet werden. Allerdings sei jeder Einzelfall zu prüfen. Den Einwand, die betroffenen Länder könnten noch stärker unter kommunistischen Einfluß geraten, hält Carstens mit Blick auf die beschränkten Mittel des Ostblocks für Entwicklungshilfe für nicht überzeugend.

172 18.06. Botschafter Grewe, Paris (NATO), an Bundesminister Schröder S. 691

Grewe informiert über die britische Forderung, in der MLF-Arbeitsgruppe die Einbeziehung nicht-seegestützter Waffensysteme zu erörtern. Die Reaktion der anderen beteiligten Staaten hierauf sei überwiegend negativ gewesen. Aufgrund des britischen Vorgehens seien die Beratungen über die MLF in eine „kritische Phase" eingetreten. Der Botschafter empfiehlt, die neuen Überlegungen eindeutig zurückzuweisen; Großbritannien müsse von der Notwendigkeit überzeugt werden, sich an einer seegebundenen Streitmacht zu beteiligen.

173 19.06. Runderlaß des Staatssekretärs Carstens S. 694

Carstens informiert über seinen Besuch bei der Genfer Abrüstungskonferenz. Die Vertreter der Westmächte beurteilten die Chance auf den Abschluß eines weiteren Abkommens mit „vorsichtigem Optimismus". In Gesprächen mit westlichen Delegierten habe er dargelegt, daß die Bundesregierung aus deutschlandpolitischen Gründen an Entspannung interessiert sei, eine mögliche Aufwertung der DDR durch Rüstungskontrollmaßnahmen aber verhindern wolle. Man sei sich darin einig gewesen, die Deutschland-Frage auf der Konferenz nicht unmittelbar anzusprechen. Carstens weist darauf hin, daß „bedenkliche" Themen, wie die Errichtung von Bodenbeobachtungsposten und ein Nichtangriffsarrangement zwischen NATO und Warschauer Pakt, vorerst nicht erörtert werden sollen.

174 22.06. Bundesminister Schröder an Bundeskanzler Erhard S. 697

Schröder regt an, während des Staatsbesuchs des Bundespräsidenten Schärf zu verdeutlichen, daß bei einer fortdauernden EFTA-Mitgliedschaft Österreichs die angestrebte und von der Bundesrepublik befürwortete Assoziierung mit der EWG nicht zu erreichen sei.

175 22.06. Bundesminister Schröder an den französischen Außenminister Couve de Murville S. 698

Um die Fertigstellung der Erklärung der Drei Mächte zum Freundschaftsvertrag zwischen der UdSSR und der DDR zu beschleunigen, bittet Schröder um Zustimmung zu zwei noch umstrittenen Passagen im vorliegenden Entwurf. Darin solle zum Ausdruck gebracht werden, daß die Teilung Deutschlands eine fortdauernde Quelle internationaler Spannungen darstelle und die Westmächte bei einer Regelung der deutschen Frage den Wunsch hätten, Schritte zur Wiedervereinigung und zur Sicherheit in Europa zu verbinden.

176 22.06. Gespräch des Staatssekretärs Carstens mit dem sowjetischen Botschafter Smirnow S. 699

Grund des Gesprächs ist das Problem der Repatriierung noch in der UdSSR lebender deutscher Staatsangehöriger. Carstens übergibt Listen mit Namen von 3000 ausreisewilligen Personen, um eine Überprüfung der einzelnen Fälle zu erleichtern. Weiterhin schlägt er vor, eine gemischte Expertengruppe einzusetzen. Smirnow läßt keinen Zweifel daran, daß das Aufgreifen der Repatriierungsproblematik geeignet sei, das Verhältnis der beiden Staaten zueinander zu belasten. In der UdSSR gebe es keine deutschen Staatsangehörigen mehr, lediglich deutsche Volkstumszugehörige. Daher sieht der Botschafter keinen Anlaß, die Listen zu überprüfen. Er räumt lediglich ein, jeder habe die Möglichkeit, einen Ausreiseantrag bei den sowjetischen Behörden zu stellen.

177 22.06. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Krapf S. 707

Krapf weist den tschechoslowakischen Vorschlag zurück, die vorgesehenen Handelsvertretungen in beiden Staaten mit konsularischen Befugnissen auszustatten. Dies erleichtere die Bemühungen der DDR, ihrerseits ein Netz konsularischer Vertretungen aufzubauen. Der Entwurf eines Abkommens über den Austausch von Handelsvertretungen, der der tschechoslowakischen Seite übergeben werden soll, sehe deshalb entsprechende Regelungen nicht vor. Eine mündliche Absprache über die Ausübung von Paß- und Sichtvermerksbefugnissen sowie über die Unterstützung in Not geratener Touristen schließt Krapf allerdings nicht aus. Auch die Förderung kultureller und wissen-

schaftlicher Beziehungen könne in den Aufgabenbereich der Handelsvertretungen aufgenommen werden, zumal sich hierdurch ein Ansatzpunkt für die Einbeziehung von Berlin (West) ergeben könne.

178 28.06. Drahterlaß des Staatssekretärs Carstens S. 709

Carstens setzt die Botschaften in den EWG-Staaten über Erwägungen der Bundesregierung in Kenntnis, die Einrichtung einer Kommission vorzuschlagen, die in Wiederaufnahme der Arbeit des Fouchet-Ausschusses Möglichkeiten zur Intensivierung der politischen Zusammenarbeit untersuchen solle, und zwar auch mit Staaten außerhalb der EWG. Er bittet, die voraussichtliche Reaktion der Partnerstaaten zu sondieren.

179 29.06. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Böker S. 711

Böker stellt fest, daß dem Grundsatz, keine Waffen in Spannungsgebiete zu liefern, die offensichtlichen deutsch-israelischen Rüstungsbeziehungen entgegenstünden und diese zunehmend zu Komplikationen führten. Er plädiert dafür, sich allmählich aus bereits eingegangenen Bindungen auf militärischem Gebiet wieder zu lösen. Weil sich dies als schwierig darstelle und eine einseitige Einschränkung der militärischen Zusammenarbeit politisch unmöglich sei, müsse allerdings eine „gewisse Gleichbehandlung" Israels und der arabischen Staaten angestrebt werden. Es sei daher zu prüfen, ob Anträge arabischer Staaten auf Waffenlieferungen in Einzelfällen genehmigt werden könnten.

180 03.07. Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit Staatspräsident de Gaulle S. 713

De Gaulle äußert sich skeptisch zur Anregung des Bundeskanzlers, eine gemeinsame Initiative für eine europäische politische Einigung vorzubereiten, da die übrigen EWG-Staaten aus Sorge vor einem deutsch-französischen Übergewicht desinteressiert seien. Hinsichtlich des bilateralen Verhältnisses sieht er wenig Entwicklungsmöglichkeiten, da die Bundesregierung nicht zwischen einer „den Vereinigten Staaten untergeordneten Politik" und einer „wirklich europäischen Politik" wählen wolle. Erhard betont die Bedeutung des amerikanischen Schutzes für die Bundesrepublik. Der französische Staatspräsident fordert eine stärkere Position der europäischen Staaten innerhalb der NATO und erklärt, der deutsch-französische Vertrag könne den Kern einer umfassenden europäischen Einigung bilden. Demgegenüber regt Erhard an, daß sich zunächst die Bundesrepublik und Frankreich bemühen sollten, „die Dinge mit denselben Augen zu sehen", und nennt Beispiele mangelnder Konsultation. De Gaulle

erklärt, den Vorschlag einer deutsch-französischen Arbeitsgruppe zur Ausarbeitung neuer europapolitischer Initiativen erwägen zu wollen.

181 03.07. Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem französischen Außenminister Couve de Murville S. 724

Der Bundesminister berichtet über den Besuch des Bundeskanzlers Erhard vom 9. bis 13. Juni 1964 in Ottawa und Washington. Er nimmt Stellung zu dem während der Reise bekanntgewordenen Freundschaftsvertrag vom 12. Juni zwischen der UdSSR und der DDR und würdigt die Erklärung der drei Westmächte vom 26. Juni. Schröder informiert ferner über die Sondierungen mit der Volksrepublik China, die lediglich einem Warenabkommen gälten, und über die Schwierigkeiten bei den Gesprächen mit der Tschechoslowakei hinsichtlich des Austauschs von Handelsvertretungen und der Behandlung des Münchener Abkommens von 1938, das für die Bundesregierung „in der Substanz ohne aktuelle Bedeutung" sei. Couve de Murville erläutert die Haltung Jugoslawiens sowie Algeriens zur Deutschland-Frage und informiert über den Besuch des israelischen Ministerpräsidenten in Paris. Er teilt mit, Eshkol habe das Verhältnis zur Bundesrepublik nicht angesprochen. Schröder betont die mißliche Lage der Bundesregierung, trotz der beträchtlichen Hilfe an Israel den von dieser Seite immer wieder erhobenen öffentlichen Anklagen nicht entgegentreten zu können.

182 03.07. Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem französischen Außenminister Couve de Murville S. 735

Der französische Außenminister hält wegen der ablehnenden Haltung Italiens und der Niederlande eine neue Initiative zugunsten einer europäischen politischen Union für aussichtlos. Schröder gibt zu bedenken, ob nicht mit Rücksicht auf die öffentliche Meinung in der Bundesrepublik eine gemeinsame Geste möglich sei, „die wenigstens den Anschein erwecke, daß etwas geschehe". Abschließend erklärt Couve de Murville zur Zukunft der NATO, „Frankreich beabsichtige, sich aus der Integration herauszulösen und die Kommandogewalt selbst zu übernehmen".

183 03.07. Deutsch-französische Regierungsbesprechung S. 738

Bundeskanzler Erhard erklärt eingangs, daß er sich ein „machtvolles und kraftvolles Europa" wünsche. Bundesminister Schröder hebt die Unterstützung der Deutschlandpolitik der Bundesregierung durch Frankreich und die Übereinstimmung in der Politik gegenüber den osteuropäischen Staaten hervor. Staatspräsident de Gaulle legt seine Einschätzung des Freundschafts-

vertrags vom 12. Juni 1964 zwischen der UdSSR und der DDR vor dem Hintergrund der sowjetischen Osteuropapolitik dar. In Verteidigungsfragen zeigt sich Bundesminister von Hassel trotz Differenzen in der Haltung gegenüber der NATO zufrieden mit der Zusammenarbeit. Der französische Verteidigungsminister Messmer beurteilt dagegen die Rüstungskooperation kritisch. Die Wirtschaftsgespräche werden beiderseits als konstruktiv bewertet; anzustreben sei vor allem eine Verbesserung des gegenseitigen Handels. Einig ist man sich auch über die Notwendigkeit einer gemeinsamen europäischen Agrarpolitik.

184 03.07. Gespräch des ehemaligen Bundeskanzlers Adenauer mit Staatspräsident de Gaulle S. 749

Adenauer weist auf die fortbestehende Absicht der UdSSR hin, Westeuropa in ihren Einflußbereich einzubeziehen, und bezeichnet die sowjetische Entspannungspolitik als „puren Bluff". Er erörtert Pläne für eine europapolitische Initiative und tritt dafür ein, neben den EWG-Staaten und Großbritannien auch Spanien, Portugal und die skandinavischen Staaten für eine Mitarbeit zu gewinnen. De Gaulle äußert sich skeptisch hinsichtlich der Haltung Großbritanniens. Er bezweifelt ferner die Bereitschaft der Bundesrepublik, eine Europapolitik ohne Rücksichten auf die USA zu verfolgen; zudem seien angesichts der Defizite in der deutsch-französischen Zusammenarbeit erst recht die Chancen einer breiteren Initiative gering. Adenauer bekräftigt den Wunsch, aus dem „Marasmus" herauszukommen. Seinem Vorschlag, im Rahmen des deutsch-französischen Vertrags eine Kommission zur Prüfung europapolitischer Fortschritte zu bilden, stimmt de Gaulle zu. Er spricht sich zudem für ein „progressives Hereinnehmen" von Spanien und Portugal aus.

185 04.07. Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem französischen Außenminister Couve de Murville S. 755

Couve de Murville steht dem Vorschlag einer deutsch-französischen Initiative zugunsten einer europäischen politischen Union skeptisch gegenüber. Er hält eine Vertiefung der bilateralen Zusammenarbeit für das beste Mittel, um die EWG-Partner für eine breitere Kooperation zu gewinnen. Das eigentliche Problem sei die ungeklärte Stellung der Bundesrepublik zwischen Frankreich und den USA. Schröder entgegnet, daß sich die USA und Großbritannien stets für eine Wiedervereinigung Deutschlands engagiert hätten und ihre Truppen für die Verteidigung Europas unerläßlich seien; die Bundesrepublik fühle sich jedoch nicht als „Satellit" der USA und sei auch „kein Befehlsempfänger". Die Minister erörtern die unterschiedlichen Standpunkte hinsichtlich einer Intensivierung bzw. Rückbildung der Integration innerhalb der NATO. Couve de Murville betont abschlie-

ßend, daß das Engagement der USA in Europa nicht durch „Fügsamkeit", sondern eher durch eigene Stärke zu sichern sei; es müsse ein Gegengewicht zur amerikanischen Politik geschaffen werden, die die Absicht einer Verständigung mit der UdSSR verfolge, „während noch ein Drittel Deutschlands unter sowjetischer Herrschaft" stehe.

186 04.07. Gespräche des Staatssekretärs Carstens mit Staatspräsident de Gaulle und dem französischen Außenminister Couve de Murville S. 766

Die französischen Politiker befürworten eine von den USA unabhängige gemeinsame europäische Politik. Couve de Murville weist darauf hin, daß die amerikanischen außenpolitischen Positionen nicht immer im Einklang mit den deutschen Interessen stünden, und bedauert insbesondere, daß sich die Bundesregierung die amerikanischen Thesen in der Südostasien-Politik zu eigen gemacht habe. De Gaulle beklagt die fehlende Übereinstimmung auf dem Gebiet der Verteidigung. Er deutet an, daß die Bundesrepublik durch ein Zusammengehen mit Frankreich größeren Einfluß auf die atomare Strategie erhalten könne, als die USA im Rahmen der geplanten MLF je zugestehen würden.

187 04.07. Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit Staatspräsident de Gaulle S. 768

Erhard regt die Bildung einer Kommission an, die die Möglichkeiten einer politischen Einigung Europas prüfen solle. De Gaulle hält eine gemeinsame Politik Frankreichs und der Bundesrepublik, „die ihnen gehört und keiner anderen Politik untergeordnet ist", für wichtiger, bezweifelt allerdings, daß die Bundesrepublik dazu bereit sei. Er zeigt Verständnis für die Rücksichtnahme auf das Ziel der Wiedervereinigung, betont jedoch, diese werde „auf gar keinen Fall mit der amerikanischen Politik", sondern „nur durch eine europäische Politik" zu erreichen sein. Erhard widerspricht der Annahme einer Abhängigkeit von den USA und wirft die Frage auf, ob die von Frankreich geforderte eigenständige Verteidigung Europas sich auf eine nur französische oder „eine echte europäische Nuklearmacht" stützen könnte. De Gaulle erklärt, letzteres sei erst nach Bildung einer politischen Union denkbar, jedoch werde schon zuvor die Force de frappe „automatisch" zur Verteidigung Europas eingesetzt werden. Erhard tritt „mit Blick auf die Ostvölker, die Hitler nicht vergessen hätten", für eine Integration aller Streitkräfte der Bundesrepublik in die NATO ein. Er bevorzugt eine mit den USA abgestimmte Reform der NATO, bevor europäische Lösungen denkbar würden.

188 04.07. Deutsch-französische Regierungsbesprechung S. 777

Bundesminister Scheel erläutert die Konsultationen über die gemeinsame Entwicklungshilfepolitik. Während er Besorgnis über die Zukunft des Türkei-Konsortiums äußert, zeigt sich der französische Kooperationsminister Triboulet zufrieden über die Zusammenarbeit in Afrika. Außenminister Couve de Murville wünscht eine bessere Koordinierung der Politik gegenüber Lateinamerika. Positiv gewürdigt werden die Arbeit des Deutsch-Französischen Jugendwerks, das wachsende Interesse am Sprachunterricht und die bilaterale Öffentlichkeitsarbeit. Staatspräsident de Gaulle resümiert als Besuchsergebnis, daß noch keine gemeinsame Politik gefunden sei, die er jedoch für zwingend halte. Er bekennt, „daß es für Frankreich heute keinen Staat auf der Welt gäbe", mit dem es „mehr zu einer Zusammenarbeit bereit sei als mit dem heutigen Deutschland".

189 06.07. Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit dem amerikanischen Botschafter McGhee S. 787

Der Bundeskanzler informiert über die deutsch-französischen Regierungsbesprechungen. Er konstatiert starke Differenzen in der Europapolitik und betont, eine Option für Frankreich als Voraussetzung einer europäischen Einigung abgelehnt zu haben. Ferner sei keine Einigkeit über die Zukunft der NATO und die Möglichkeiten einer eigenständigen Verteidigung Europas erzielt worden, da Frankreich für einen Verlust des nuklearen Schutzes der USA keine hinreichende Kompensation biete. Dem französischen Staatspräsidenten schwebe eine Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik vor, mit der die anderen europäischen Staaten „auf die Knie gezwungen" würden. Erhard resümiert, die Gesprächsergebnisse seien „sehr mager" gewesen, weil de Gaulle klar zu erkennen gegeben habe, daß er keine weiteren Bemühungen um eine europäische politische Union zu unternehmen gedenke. Seine Befürchtung, de Gaulle könnte sich aus Enttäuschung den USA zuwenden, zerstreut McGhee mit dem Hinweis, „daß sich die Vereinigten Staaten niemals mit Frankreich auf Kosten der Bundesrepublik arrangieren würden".

190 06.07. Staatssekretär Carstens an Bundesminister Dahlgrün S. 796

Carstens berichtet von einer Unterredung mit dem britischen Botschafter Roberts, der um eine baldige Reaktion auf den jüngsten Entwurf eines neuen Devisenhilfe-Abkommens gebeten habe. Er selbst habe den Eindruck zu zerstreuen versucht, daß die Bundesregierung Frankreich und den USA weiter entgegenkomme als Großbritannien.

191 06.07. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jansen S. 797

Jansen widerspricht einer Stellungnahme der Botschaft in Colombo. Er sieht in der Einstellung der Entwicklungshilfe an Ceylon als Reaktion auf die Errichtung eines Generalkonsulats der DDR einen Erfolg, da der tiefere Zweck einer Bekräftigung des Alleinvertretungsanspruchs der Bundesrepublik, nicht zuletzt gegenüber den übrigen blockfreien Staaten, erreicht worden sei. Eine Wiederaufnahme der Wirtschaftshilfe ohne Vorbedingungen, so Jansen weiter, würde die errungenen Vorteile zunichte machen; ein Entgegenkommen sei nur denkbar, wenn die ceylonesische Regierung ihre Haltung in der Deutschland-Frage öffentlich korrigiere und die Aktivität des Generalkonsulats der DDR weitmöglichst beschränke.

192 09.07. Aufzeichnung des Staatssekretärs Lahr S. 804

Der Staatssekretär hält ein Gespräch mit dem Abteilungsleiter im französischen Finanzministerium, Bizard, fest. Dieser habe erklärt, daß die UdSSR bei Gewährung von Krediten mit siebenjähriger Laufzeit umfangreiche Aufträge in Frankreich vergeben wolle; unter dem Druck der Industrie neige die französische Regierung dazu, dem britischen Beispiel der Konzessionsbereitschaft zu folgen. Dagegen habe er, Lahr, eine Zustimmung als „unheilvoll" bezeichnet, da „die Gesamtlage des Westens gegenüber dem Osten verschlechtert" würde.

193 10.07. Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens S. 806

Carstens formuliert eine Sprachregelung zur Europapolitik. Er sieht im deutsch-französischen Vertrag vom 22. Januar 1963 die bilaterale Verwirklichung der 1961/62 gescheiterten Einigungsverhandlungen der EWG-Staaten und bewertet den damit geschaffenen institutionellen Rahmen für eine Neubelebung der Bemühungen um eine politische Union als ausreichend.

194 10.07. Botschafter Klaiber, Paris, an das Auswärtige Amt S. 808

Klaiber konstatiert französische Zurückhaltung gegenüber der Auseinandersetzung in der Bundesrepublik um die Europapolitik, vermutet aber Sympathien für die Vorstellungen der „Gruppe Adenauer/Strauß" beim französischen Staatspräsidenten. De Gaulle sei über die Ergebnisse des deutsch-französischen Vertrags hinsichtlich der Rüstungszusammenarbeit und der gemeinsamen Außenpolitik enttäuscht und mache der Bundesregierung den Vorwurf einer „einseitigen Ausrichtung auf Washington". Demgegenüber spielten die Differenzen über die EWG-Agrarpolitik eine untergeordnete Rolle, insbesondere weil de Gaulle froh darüber sei, daß der „schwarze Peter" wegen der Verzögerung der Kennedy-Runde bei der Bundesrepublik liege.

195 13.07. Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit dem amerikanischen Botschafter McGhee S. 811

Der Bundeskanzler berichtet über seinen Besuch der CSU-Landesversammlung in München, auf der er die vordringliche Bedeutung der NATO und der geplanten MLF betont habe. McGhee erläutert den Vorschlag des Präsidenten Johnson, eine Konferenz der Regierungschefs der USA, Großbritanniens, Frankreichs, Italiens und der Bundesrepublik über die Zukunft der NATO einzuberufen. Erhard drängt auf ein klares Plädoyer zugunsten weiterer Integration, denn dann „müßten auch die Franzosen Farbe bekennen". Hinsichtlich der deutsch-französischen Beziehungen bemerkt er, daß neue Vorschläge der Bundesregierung nur technische Fragen betreffen könnten. Das Ziel des Staatspräsidenten de Gaulle, „die Deutschen von Amerika zu lösen und in ihrer Politik unselbständig zu machen", sei mit der deutsch-amerikanischen Freundschaft unvereinbar. Beide Gesprächspartner beurteilen die Vorstellungen des ehemaligen Bundeskanzlers kritisch. Der Botschafter berichtet, er habe Adenauer klar gemacht, daß eine europäische politische Union „Bestandteil der atlantischen Partnerschaft" sein müsse.

196 14.07. Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem amerikanischen Botschafter McGhee S. 817

McGhee erläutert amerikanische Besorgnisse über eine mögliche Diskriminierung der USA auf dem Agrarsektor durch neue Schutzmaßnahmen der EWG sowie über die griechischen und türkischen Truppenverstärkungen auf Zypern; er erinnert ferner an die Bitte um wirtschaftliche Hilfe für die Republik Vietnam (Südvietnam). Schröder bekennt, daß in der Europapolitik die Verwirrung „so komplett wie möglich" sei. Frankreich halte nichts von weiteren Initiativen zugunsten einer europäischen politischen Union, strebe lediglich eine „sogenannte unabhängige Außenpolitik" mit der Bundesrepublik an und könne dabei auf Unterstützung seitens der innenpolitischen Kritiker der Bundesregierung zählen. Daher seien die Chancen für neue europapolitische Vorschläge derzeit gering.

197 14.07. Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem belgischen Außenminister Spaak S. 822

Die Gesprächspartner treten für neue Aktivität zugunsten einer europäischen politischen Union ein. Sie sind sich sowohl über die Schlüsselrolle Frankreichs und die in der deutsch-französischen Zusammenarbeit zutage getretenen Hindernisse als auch über die Gefahren eines neuerlichen Scheiterns im klaren. Angesichts der Differenzen über eine europäische Außen- und Verteidigungspolitik plädiert Schröder zunächst für institutionelle Maßnahmen. Spaak schlägt vor, die Bundesregierung möge eine entsprechende Initiative ergreifen, und sagt die Über-

mittlung eigener Anregungen zu. Er trägt den Gedanken vor, ein Abkommen vorläufig für eine dreijährige Probezeit zu schließen, um insbesondere die niederländischen und britischen Vorbehalte zu überwinden. Schröder betont die Notwendigkeit einer intensiven bilateralen Vorarbeit. Abschließend erklärt Spaak zum MLF-Projekt, daß er selbst es für gut halte, im Augenblick aber in Belgien keine Mehrheit dafür finden könne.

198 14.07. Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit dem belgischen Außenminister Spaak S. 830

Der Bundeskanzler stellt heraus, daß die „Gaullisten" in der Bundesrepublik „sehr lautstark" seien, jedoch keine Resonanz hätten. Spaak erläutert seine Überlegung, einer politischen Einigung Europas durch ein provisorisches, auf drei Jahre befristetes Abkommen auf der Grundlage der Fouchet-Pläne von 1961/62 näherzukommen. Erhard bekräftigt seine Ablehnung der Vorstellungen des Staatspräsidenten de Gaulle, dem „an einer Europäischen Union letztlich gar nichts gelegen" sei, und plädiert für eine Einbindung auch von nicht der EWG angehörenden Staaten, insbesondere Großbritanniens. Er informiert ferner darüber, daß de Gaulle die NATO in ein nichtintegriertes Bündnis zwischen den USA und Europa umwandeln wolle, ohne Ersatz für den Verlust des amerikanischen Nuklearschutzes zu bieten. Zudem rechne de Gaulle mit einem amerikanisch-sowjetischen Arrangement auf Kosten der Deutschland-Frage. Spaak bewertet diese Gedanken als „höchst gefährlich" und hält eine europapolitische Initiative für um so dringlicher. Erhard resümiert, „die Politik de Gaulles sei für ihn völlig unmöglich".

199 15.07. Gespräch des Staatssekretärs Carstens mit dem britischen Außenminister Butler in Paris S. 837

Der Staatssekretär informiert über den Besuch des belgischen Außenministers Spaak in Bonn. Er sagt zu, auf der kommenden Sitzung des WEU-Ministerrats der Bitte um Unterstützung einer niederländischen Initiative zur verbesserten Konsultation zu entsprechen. Hinsichtlich der geplanten MLF bekräftigt Carstens den Wunsch nach einem baldigen Vertragsabschluß, während Butler eine Entscheidung vor den Wahlen zum britischen Unterhaus ausschließt. Uneinigkeit besteht auch über die Konzeption des Projekts. Zur Frage der Devisenhilfe drückt Butler die Erwartung auf größeres Entgegenkommen der Bundesregierung aus. Er erklärt, während seines bevorstehenden Besuchs in der UdSSR die Deutschland-Frage ansprechen zu wollen. Im Freundschaftsvertrag vom 12. Juni 1964 zwischen der UdSSR und der DDR erkennt er einen Fortschritt insofern, als die Rechte der Drei Mächte in Berlin (West) nicht berührt worden seien; allerdings werde versucht, die Dreiteilung Deutschlands festzuschreiben.

200 16.07. Bundeskanzler Erhard an Staatspräsident de Gaulle S. 843

Erhard zeigt sich besorgt über Informationen, daß Frankreich der UdSSR entgegen bisherigen Vereinbarungen Kredite mit siebenjähriger Laufzeit einzuräumen plane. Er sieht darin den Beginn eines „höchst gefährlichen" Wegs und bittet de Gaulle um persönliche Intervention.

201 16.07. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Krapf S. 845

Krapf analysiert die Grundlagen der Deutschlandpolitik. Als Zielsetzung bekräftigt er die Wiedervereinigung in Freiheit. Methodisch hält er jedoch angesichts des Eindrucks der „Stagnation" eine Anpassung an die veränderten Rahmenbedingungen für geboten. Um einem Auseinanderleben der beiden Teile Deutschlands zu begegnen, plädiert er für eine „Auflockerung der Kontaktpolitik". Entsprechende Möglichkeiten sieht er vor allem im Rahmen der Passierschein-Gespräche, deren Erfolg er durch ein Junktim mit dem Interzonenhandel zu sichern empfiehlt. Zur Aufrechterhaltung des Alleinvertretungsanspruchs wünscht Krapf eine Aktivierung der Deutschlandpolitik der drei Westmächte, einen flexibleren Einsatz der Entwicklungshilfe sowie die Organisation einer gezielten Besuchsdiplomatie, um „die Existenz und das Potential" der Bundesrepublik im Ausland unmittelbar in Erinnerung zu rufen.

202 17.07. Aufzeichnung der Politischen Abteilung II S. 856

Die Aufzeichnung benennt Formen der Kontaktaufnahme zwischen der DDR und dritten Staaten und stellt einen Katalog von Reaktionsmöglichkeiten der Bundesregierung zusammen. Bislang seien Gegenmaßnahmen wie der Abbruch der diplomatischen Beziehungen oder die Reduzierung von Entwicklungshilfe angewandt worden, die abschrecken oder vergelten sollten. Statt dessen wird angeregt, vorbeugende Maßnahmen zu entwickeln. Zu diesem Zweck müßten die Wirtschaftshilfe „entbürokratisiert" und der Besuchsaustausch prominenter Persönlichkeiten besser geplant und genutzt werden.

203 18.07. Staatssekretär Carstens an die Botschaft in Tokio S. 863

Carstens berichtet, daß der japanische Botschafter Narita Bedenken gegen die Kontakte mit der Volksrepublik China vorgetragen habe. Er selbst habe daraufhin erläutert, daß die Sondierungen lediglich ein Warenabkommen unter Einbeziehung von Berlin (West) beträfen und ein erfolgreicher Abschluß trotz der gegenwärtigen Unterbrechung nicht ausgeschlossen werde.

204 20.07. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Krapf S. 865

Krapf kommentiert das polnische Aide-mémoire vom 16. Juni 1964 zum Gomulka-Plan und resümiert die Diskussion innerhalb der NATO über eine Beantwortung. Er legt die Gründe dar, die für eine dilatorische Behandlung durch die Bundesregierung sprächen, und regt an, lediglich mündlich Gesprächsbereitschaft über die europäische Sicherheit und über Abrüstungsfragen zu erklären.

205 20.07. Botschafter Harkort, Brüssel (EWG/EAG), an Bundesminister Schröder S. 868

Harkort erläutert, warum der Kompromiß für die Durchführungsbestimmungen zur Milchmarktordnung der EWG am 17. Juli gegen den Willen der Bundesregierung habe in Kraft treten können. Entscheidend sei gewesen, daß die Bundesregierung zwar innerhalb der ihr eingeräumten Einspruchsfrist einen Aufschub der Verabschiedung beantragt, aber keinen Widerruf der bereits erfolgten Zustimmung ausgesprochen habe. Harkort hält daher einen formellen Protest für nicht angemessen.

206 21.07. Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Hansen, Bern S. 871

Hansen berichtet von einer Unterredung mit dem chinesischen Botschaftsrat. Tsui Chi-yuan akzeptierte den Vorschlag, die Sondierungen über ein Warenabkommen mit der Volksrepublik China aus Geheimhaltungsgründen an anderem Ort fortzusetzen. Als Voraussetzung verlangte er jedoch, daß über ein Regierungsabkommen verhandelt werde. Die bei früherer Gelegenheit zugesagte Stellungnahme zur Frage einer Einbeziehung von Berlin (West) blieb aus.

207 24.07. Aufzeichnung des Staatssekretärs Lahr S. 874

Lahr gibt ein Gespräch vom 16. Juli mit dem Leiter der Wirtschaftsabteilung im französischen Außenministerium wieder. Wormser erklärte, daß die Haltung der Bundesregierung hinsichtlich eines EWG-Getreidepreises „zu einer ernsteren Gefahr für die Kennedy-Runde" zu werden drohe. Den Gedanken eines „fiktiven Getreidepreises" wies er zurück und deutete an, Frankreich könnte als Kompensation für eine Regelung über dem Niveau seines bisherigen Getreidepreises Entlastung bei der Finanzierung der EWG-Agrarpolitik verlangen.

208 24.07. Aufzeichnung des Staatssekretärs Lahr S. 877

Der Staatssekretär stellt fest, daß Großbritannien der jüngsten Vereinbarung über den Devisenausgleich im Vertrauen darauf zugestimmt habe, daß die Zusagen hinsichtlich des mit der

Truppenstationierung in der Bundesrepublik verbundenen Devisenaufwands erfüllt würden. Da Großbritannien bei der Vergabe von Rüstungsaufträgen ins Ausland unterrepräsentiert sei, empfiehlt er „eine straffere Planung nach außenpolitischen Kriterien". Die Einkaufspolitik der Bundesrepublik solle auf die drei Westmächte konzentriert werden.

209 27.07. Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit dem sowjetischen Botschafter Smirnow S. 879

Smirnow überbringt die „indirekt gehaltene" Antwort des sowjetischen Ministerpräsidenten auf die Einladung des Bundeskanzlers. Erhard betont, eine Normalisierung der Beziehungen zwischen der UdSSR und der Bundesrepublik sei nur unter Berücksichtigung der Deutschland-Frage möglich. Wesentlich sei das Recht auf Selbstbestimmung; die Existenz zweier deutscher Staaten werde niemals anerkannt werden. Smirnow hebt hervor, daß nach Ansicht von Chruschtschow die Deutschland-Frage allenfalls multilateral gelöst werden könne. Der Ministerpräsident hoffe aber, „ein neues Blatt in der Geschichte beider Völker" aufschlagen zu können.

210 27.07. Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens S. 884

Carstens analysiert das deutsch-französische Verhältnis. Er faßt die während der Regierungsbesprechungen am 3./4. Juli und auf der Pressekonferenz des Staatspräsidenten de Gaulle am 23. Juli vorgetragenen französischen Positionen zusammen und erkennt dahinter die Zielsetzung, die Bundesrepublik aus den Bindungen an die USA zu lösen und näher an Frankreich heranzuziehen. Der Staatssekretär rät, die Haltung der Bundesregierung nach den eigenen Interessen – vor allem hinsichtlich der Wiedervereinigung – zu bestimmen. Er folgert, daß die von de Gaulle verlangte Option zugunsten Frankreichs nicht in Frage kommen könne, und hält daher eine weitere Verschlechterung der bilateralen Beziehungen für möglich. Zur Schadensbegrenzung empfiehlt er, die deutsch-französische Freundschaft auf möglichst breiter Basis zu stärken, die bisher unklaren französischen Äußerungen über eine deutsche Beteiligung an der Force de frappe auszuloten und die Bemühungen um eine politische Einigung Europas fortzusetzen.

211 27.07. Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens S. 894

Für die Gesprächsführung des Bundeskanzlers mit dem Chefredakteur der Zeitung „Izvestija", Adschubej, formuliert Carstens eine Stellungnahme zum Memorandum des sowjetischen Ministerpräsidenten vom 27. Juli und schlägt vor, die Einladung an Chruschtschow zu einem Besuch in der Bundesrepublik zu erneuern.

212 28.07. Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit Chefredakteur Adschubej S. 896

Erhard und Adschubej erörtern die Deutschland-Frage sowie Möglichkeiten zur Verbesserung der bilateralen Beziehungen. Der Bundeskanzler nennt als entscheidendes Hindernis die Nichtgewährung des Selbstbestimmungsrechts für die Deutschen in der DDR. Demgegenüber betont Adschubej, die DDR sei ein souveräner Staat und müsse daher auch von der Bundesregierung als völkerrechtliche Tatsache akzeptiert werden; die Verweigerung direkter Kontakte werde die Lage in Mitteleuropa auf viele Jahre hinaus „einfrieren". Darüber hinaus sei ihm unverständlich, daß die Bundesregierung Vorschläge für eine Föderation oder Konföderation, die von seiten der „ostdeutschen Freunde" gemacht worden seien, ablehne. Erhard entgegnet, die UdSSR möge die DDR beeinflussen, daß sie die menschliche Begegnung der Deutschen erleichtern, grobe Verleumdungen unterlassen und die freie Meinungsäußerung nicht mit Strafen belegen solle. Er zeigt Bereitschaft zu Gesprächen über eine Intensivierung des Handelsverkehrs mit der UdSSR und bekräftigt die Einladung an Ministerpräsident Chruschtschow zu einem Besuch in der Bundesrepublik.

213 29.07. Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens S. 904

Carstens bewertet den vom Leiter des Planungsstabs, Müller-Roschach, erneuerten Vorschlag, gegenüber der UdSSR schon vor Bildung einer gesamtdeutschen Regierung zum möglichen Inhalt eines Friedensvertrags Stellung zu nehmen, zurückhaltend. Er bezweifelt, daß die UdSSR durch ein solches Vorgehen zu einer Änderung ihrer Haltung in der Deutschland-Frage veranlaßt werden könnte.

214 29.07. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schirmer S. 906

Der Leiter des Referats „Naher Osten und Nordafrika" berichtet über ein Gespräch mit dem Botschaftsrat an der Israel-Mission. Um weiteren Angriffen in der israelischen Öffentlichkeit gegen die Tätigkeit deutscher Experten in der ägyptischen Rüstungsindustrie entgegenzutreten, empfahl Savir eine Erklärung der Bundesregierung „gegen jeden Versuch einer Vernichtung Israels"; damit könne unter Umständen das Problem der umstrittenen gesetzlichen Regelung aus der Welt geschafft werden. In der Frage einer Aufnahme diplomatischer Beziehungen lehnte er die Errichtung einer Abwicklungsstelle für Wiedergutmachungsfragen in Israel ab, weil jede Ersatzlösung von der israelischen Öffentlichkeit als Provokation aufgefaßt würde.

215 31.07. Aufzeichnung des Staatssekretärs Lahr S. 908

Lahr hält eine Unterredung mit dem SPD-Abgeordneten Wischnewski fest. Dieser bestätigte, in Algerien werde nicht gesehen, daß eine Anerkennung der DDR ein Veto der Bundesrepublik gegen die angestrebte Assoziierung mit der EWG zur Folge haben würde. Lahr bewertete wegen der „emotionalen Natur" des algerischen Präsidenten eine Demarche als unzweckmäßig; statt dessen solle Ben Bella auf inoffiziellem Weg informiert werden.

216 31.07. Botschafter Harkort, Brüssel (EWG/EAG), an das Auswärtige Amt S. 911

Harkort berichtet über die gemeinsame Tagung der Ministerräte von EWG und EAG. Für die Zahl der in eine vereinheitlichte Kommission zu entsendenden Vertreter wurde eine befristete Lösung gefunden. Ein Kompromiß hinsichtlich der Befugnisse des Europäischen Parlaments scheiterte an französischer Ablehnung. Offen blieb auch die Frage der örtlichen Unterbringung der Institutionen nach einer Fusion der Gemeinschaften.

217 31.07. Botschafter Knappstein, Washington, an das Auswärtige Amt S. 915

Knappstein berichtet über die Resonanz auf die Pressekonferenz des französischen Staatspräsidenten vom 23. Juli. Präsident Johnson habe die Kritik an der amerikanischen Politik zurückgewiesen und betont, niemals sei ein europäischer Staat gezwungen worden, zwischen den USA und Europa zu wählen. Regierungsbeamte hätten die Reaktion der Bundesregierung auf die „Einmischung" von de Gaulle in die innenpolitische Auseinandersetzung gewürdigt. In der Presse seien negative Kommentare abgegeben und die „zunehmende Isolierung Frankreichs" hervorgehoben worden.

218 01.08. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jansen S. 917

Jansen analysiert die Pressekonferenz des französischen Staatspräsidenten vom 23. Juli. Er kommt zu dem Schluß, daß die Bundesrepublik wegen ihrer politisch schwächeren Position in größerem Maße als Frankreich vom Erfolg des deutsch-französischen Vertrags abhängig sei und deshalb die Initiative für eine Fortsetzung der Annäherung ergreifen müsse. Eine Wahl zwischen Frankreich und den USA könne es zwar nicht geben; wenn aber de Gaulle, der bereits von den Resultaten des Vertrags enttäuscht sei, sich wieder stärker den USA oder Großbritannien zuwenden sollte, hätte die Bundesrepublik die Chance einer gleichberechtigten Partnerschaft mit Frankreich verspielt.

219 03.08. Aufzeichnung des Staatssekretärs Lahr S. 926

Lahr schlägt vor, sich um eine Beteiligung von Firmen der Bundesrepublik beim Ausbau der chemischen Industrie in Rumänien zu bemühen. Er verweist auf das französische Vorbild und regt ein gemeinsames Vorgehen mit Frankreich an.

220 04.08. Vortragsexposé des Bundesministers Schröder S. 927

Der Bundesminister bilanziert die Geschichte der NATO und nimmt zur aktuellen Lage Stellung. Positiv wertet er die gemeinsame Bewährung in der Ost-West-Politik, während er Differenzen über die Politik in Asien, Afrika und Lateinamerika einräumt. Besondere Spannungen konstatiert er hinsichtlich der inneren Struktur des Bündnisses, die er auf die „eigenwillige NATO-Politik" des französischen Staatspräsidenten und die Sonderstellung der USA und Großbritanniens zurückführt. Zur Überwindung der Gegensätze und zur Durchsetzung der auf eine stärkere Integration und Gleichberechtigung gerichteten Interessen der Bundesrepublik hält es Schröder zunächst für wichtig, „Frankreich in einer Art Koexistenz mit der NATO zu halten". Er tritt ferner für eine Verwirklichung der geplanten MLF ein und wirbt für eine pragmatische Fortentwicklung der Allianz.

221 04.08. Aufzeichnung des Generalkonsuls Ruete S. 938

Ruete thematisiert das Problem des Beitritts der DDR zu möglichen neuen Abkommen auf dem Gebiet der Rüstungskontrolle. Da ein Ausschluß der DDR bei weltweit angelegten Vereinbarungen nicht durchsetzbar sei, solle zumindest auf die beim Teststopp-Abkommen vom August 1963 angewandte Konstruktion von drei Depositarmächten zurückgegriffen und die Beitrittsformel durch eine Nichtanerkennungsklausel ergänzt werden.

222 05.08. Staatssekretär Carstens an die Botschaft in Paris S. 942

Carstens informiert über ein Gespräch mit dem französischen Gesandten. D'Aumale führte aus, daß sich die Haltung seiner Regierung zur Ostgrenze Deutschlands noch immer mit der Erklärung des Staatspräsidenten de Gaulle aus dem Jahr 1959 decke. Carstens bat, zu diesem Thema „unter keinen Umständen" Stellung zu nehmen, um die künftige Position einer gesamtdeutschen Regierung nicht zu untergraben.

223 05.08. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jansen S. 943

Jansen gibt ein Gespräch mit dem italienischen Botschafter wieder. Guidotti zeigte sich überzeugt, daß Staatspräsident de Gaulle eine Beteiligung der Bundesrepublik an der Force de

frappe anstrebe und bereit sei, „den Deutschen eigene Atomwaffen zuzugestehen". Jansen vermutet, Guidotti habe herausfinden wollen, ob entsprechende Verhandlungen existierten. Er folgert, daß die im Ausland offenbar angenommene „Gewichtigkeit" der deutsch-französischen Zusammenarbeit diplomatisch genutzt werden sollte.

224 06.08. Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens S. 945

Der Staatssekretär hält einen Gedankenaustausch mit dem Direktor der algerischen Entwicklungsbank fest. Mahroug brachte den Wunsch nach verstärkter wirtschaftlicher Zusammenarbeit zum Ausdruck und kritisierte die Rücksichtnahme der Bundesregierung auf die französischen Interessen in Algerien. Carstens sagte Unterstützung unter der Voraussetzung zu, „daß sich Algerien nicht der SBZ nähere".

225 07.08. Staatssekretär Carstens an Gesandten Knoke, Paris S. 948

Carstens bittet, über den amtierenden Ministerpräsidenten Joxe eine Information des Bundeskanzlers für den französischen Staatspräsidenten zu übermitteln. Erhard beurteile das bilaterale Verhältnis positiver, als es de Gaulle auf der Pressekonferenz vom 23. Juli getan habe, und bitte um Erläuterung der Andeutung, Frankreich könne möglicherweise seine Politik ändern. Der Bundeskanzler wünsche ferner über den Besuch des Chefredakteurs der Zeitung „Izvestija", Adschubej, zu berichten. Sowohl das Gespräch mit ihm als auch das vorangegangene mit dem sowjetischen Botschafter Smirnow hätten gezeigt, daß die UdSSR am Ausbau der Handels- und Kulturbeziehungen interessiert sei, ohne ihre Haltung in der Deutschland-Frage zu ändern. Ministerpräsident Chruschtschow sei offenbar zu einem Besuch in der Bundesrepublik bereit, den auch die Bundesregierung für nützlich halte, um Chruschtschow mit dem „starken Willen" des deutschen Volkes nach Wiedervereinigung zu konfrontieren.

226 07.08. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Müller-Roschach S. 952

Nach Meinung des Leiters des Planungsstabs würden die Ostblock-Staaten einer eventuellen sowjetischen Forderung, mit der DDR dem Freundschaftsvertrag vom 12. Juni 1964 zwischen der UdSSR und der DDR vergleichbare Abkommen abzuschließen, nicht unbedingt Folge leisten, da sie eine langfristige Aussicht auf bessere Beziehungen zur Bundesrepublik nicht zerstören wollten. Um diese Haltung zu fördern, solle die Bundesregierung Bereitschaft zeigen, über wirtschaftliche Vereinbarungen, Wiedergutmachungsleistungen und „vernünftige Lösungen für die deutschen Ostgrenzen" zu sprechen.

227 10.08. Gesandter Knoke, Paris, an Staatssekretär Carstens S. 955

Knoke mutmaßt, daß Staatspräsident de Gaulle nach dem Besuch des rumänischen Ministerpräsidenten Maurer weitere Regierungschefs aus Ostblock-Staaten einladen könnte, um den nach seiner Ansicht vorhandenen Auflösungsprozeß im Warschauer Pakt zu fördern. Er nimmt an, daß die Weigerung, französische Truppenverbände als Ersatz für amerikanische Einheiten an die deutsch-tschechische Grenze zu verlegen, demselben Motiv entspringe.

228 11.08. Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens S. 957

Carstens hält die Zustimmung des Bundesministers Schröder fest, daß Botschafter Schroeder die Regierung der Vereinigten Republik von Tanganjika und Sansibar „dringend bitten" solle, die DDR-Vertretung in Sansibar zu isolieren und auf die Insel zu beschränken sowie eine Vertretung in Daressalam – insbesondere ein Generalkonsulat – zu verhindern. Er solle ferner über die geplante Entwicklungshilfe der Bundesrepublik informieren und auf ein baldiges Spitzengespräch drängen.

229 12.08. Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens S. 959

Der Staatssekretär berichtet über ein Gespräch mit dem Apostolischen Nuntius über die Konkordatsverhandlungen mit dem Land Niedersachsen. Carstens äußerte Bedenken gegen eine geplante Vertragsformel, die von einer Anpassung der Konkordate mit Preußen vom Juli 1929 und mit dem Deutschen Reich vom Juli 1933 an die „veränderten Verhältnisse" spreche. Er erläuterte, daß daraus „eine Beeinträchtigung der gesamtdeutschen Position" zu erwachsen drohe, da auch Polen eine solche Anpassung verlangen könnte, und übergab Bafile einen alternativen Textvorschlag.

230 13.08. Aufzeichnung des Staatssekretärs Lahr S. 962

Lahr gibt eine Unterredung mit dem Leiter der Israel-Mission wieder. Er erläuterte Shinnar den Umfang der geplanten Finanzhilfe für Israel und äußerte Besorgnis über israelische Boykottmaßnahmen gegen die Firma AEG sowie über Äußerungen des Ministerpräsidenten Eshkol zur Oder-Neiße-Linie. Ferner beklagte er sich über die „maßlosen Angriffe" wegen der in der VAR tätigen Rüstungsexperten, deren Zahl „ungeheuer übertrieben" werde. Shinnar verwies darauf, daß das deutsch-israelische Verhältnis „nicht rein rational zu werten" sei, versprach aber, sich um eine Zusage seiner Regierung zu bemühen, Einfluß auf die öffentliche Meinung zu nehmen.

231 13.08. Aufzeichnung des Staatssekretärs Lahr S. 966

Lahr stellt eine Intensivierung der Entwicklungspolitik der DDR in Afrika, besonders in Sansibar, Malawi und Ghana, fest. Zur Abwehr nachteiliger Folgen für die Deutschlandpolitik empfiehlt er eine Aufstockung der für die Entwicklungshilfe der Bundesrepublik vorgesehenen Mittel und ihren rascheren Einsatz „unter außenpolitischen Gesichtspunkten".

232 14.08. Staatssekretär Carstens an Bundesminister Westrick, Bundeskanzleramt S. 968

Carstens informiert über ein Gespräch mit dem amerikanischen Botschafter. McGhee übermittelte die Bitte, die Bundesrepublik möge sich an der Entsendung von Truppen in den Kongo (Léopoldville) beteiligen. Dem Hinweis auf die einem Einsatz der Bundeswehr außerhalb des NATO-Territoriums entgegenstehenden Hindernisse und die deutschlandpolitisch notwendige Zurückhaltung in Afrika begegnete er mit dem Argument, die USA könnten die „Last der Konflikte" nicht überall allein tragen. Carstens schlägt vor, der amerikanischen Botschaft „in höflicher und vorsichtiger Form" die Ablehnung der Bitte zu bestätigen.

233 15.08. Vermerk des Staatssekretärs Lahr S. 971

Lahr hält ein Gespräch mit dem ghanaischen Botschafter fest, der eine Zusage des Präsidenten Nkrumah übermittelte, die Deutschlandpolitik der Bundesregierung weiterhin zu unterstützen. Doe gab ferner die Äußerung weiter, daß die Entwicklungshilfe der Bundesrepublik umfangreicher sein sollte.

234 18.08. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jansen S. 972

Jansen kommentiert die französische Antwort vom 17. August auf die Mitteilung des Bundeskanzlers Erhard an Staatspräsident de Gaulle. Er konstatiert einen „kühlen Ton" und einen „Vertrauensschwund" gegenüber der Bundesrepublik, der möglicherweise sogar eine Neuorientierung ihrer Politik gegenüber der UdSSR und eine Abkehr vom Ziel eines geeinten Europas unterstellt werde. Jansen rät, diesen Hintergründen in künftigen Konsultationen Rechnung zu tragen.

235 18.08. Botschafter Grewe, Paris (NATO), an Bundesminister Schröder S. 975

Grewe berichtet von einer unter Ausschluß des griechischen und des türkischen Vertreters abgehaltenen Sondersitzung der NATO-Botschafter über den Zypern-Konflikt. NATO-Generalsekretär Brosio zeigte sich besorgt über das zyprische Hilfeersuchen an die UdSSR und die Ankündigungen der Türkei und

Griechenlands, ihre Streitkräfte der NATO-Unterstellung zu entziehen. Sein Vorschlag, eine „ernste Botschaft" an beide Staaten zu richten, wurde gebilligt. Übereinstimmung bestand ferner über die Gefahr einer direkten Konfrontation zwischen der NATO und der UdSSR.

236 20.08. Botschafter von Etzdorf, London, an Staatssekretär Carstens S. 978

Etzdorf berichtet von einem Gespräch des Leiters der Wirtschaftsabteilung der Botschaft, Berlet, mit Handelsrat Li Meng Hou über die Handelsbeziehungen mit der Volksrepublik China. Er konstatiert ein chinesisches Interesse an einer Fortsetzung der Kontakte und empfiehlt die Entsendung eines Bevollmächtigten nach London, falls konkrete Verhandlungen beabsichtigt seien.

237 20.08. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Voigt S. 979

Voigt berichtet über eine Demarche des portugiesischen Botschafters. Homem de Mello kritisierte die Ausrüstungshilfe der Bundesrepublik für die Vereinigte Republik von Tanganjika und Sansibar. Voigt entgegnete, daß die afrikanischen Staaten zur Sicherung des inneren Friedens und zum äußeren Schutz auf ein „gewisses militärisches Potential" nicht verzichten könnten. Da die Unterstützung durch andere westliche Staaten problematisch sei, müsse die Bundesrepublik helfen, „wenn man das Feld nicht den kommunistischen Staaten überlassen wolle".

238 24.08. Generalkonsul Ruete an die Botschaft in Neu Delhi S. 982

Ruete legt dar, daß die geplante MLF dem Prinzip der Nichtverbreitung von Atomwaffen nicht widerspreche, da es sich um eine multilaterale Organisation handeln werde; außerdem schlössen die Modalitäten für einen Einsatz ihrer Waffen eine Verfügungsgewalt durch einen einzelnen Teilnehmerstaat aus. Ruete erläutert ferner, daß die MLF die Bedrohung Westeuropas durch sowjetische Mittelstreckenraketen kompensieren könnte.

239 27.08. Aufzeichnung des Generalkonsuls Ruete S. 984

Ruete gibt einen Überblick über Vorschläge zur Schaffung einer zentralen Kontaktstelle für die innerdeutschen Beziehungen. Unter außenpolitischem Blickwinkel sieht er Nachteile wegen der zu erwartenden Aufwertung der DDR; aus technischen Gründen erkennt er Vorteile, da eine Abstimmung der bislang unkoordinierten Aktivitäten der beteiligten Bundesministerien unerläßlich sei, um dem straff organisierten Handeln der DDR zu entsprechen. Daher müsse – wenn die Einrichtung einer zen-

tralen Kontaktstelle nicht möglich sein sollte – zumindest eine bessere Koordinierung innerhalb der Bundesregierung angestrebt werden.

240 28.08. Aufzeichnung des Generalkonsuls Ruete S. 989

Ruete bilanziert den Stand der Passierschein-Gespräche und stellt einen Vergleich mit der Vereinbarung vom 17. Dezember 1963 an. Er konstatiert Verbesserungen hinsichtlich der humanitären Fragen, nicht jedoch hinsichtlich der politischen Implikationen, vor allem der Unterschriftsformel. Ruete empfiehlt, hier weiter auf ein „Minus" zu drängen, „um den Eindruck eines Zurückweichens der Zone hervorzurufen". Ferner müßten eventuelle Negativfolgen durch eine offensive Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung und eine aktive Fortführung der Deutschlandpolitik aufgefangen werden. Es müsse herausgestellt werden, daß die „Kontaktherstellung (oder -hinnahme)" Ausdruck eines politischen Selbstbewußtseins und nicht einer defensiven Grundhaltung sei.

241 04.09. Rundschreiben des Bundesministers Schröder S. 993

Angesichts der bevorstehenden Konferenzen der Arabischen Liga und der blockfreien Staaten sowie der für 1965 geplanten zweiten Bandung-Konferenz informiert Schröder die Mitglieder des Bundeskabinetts über die Bemühungen, den Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik aufrechtzuerhalten. Er hebt dabei die Bedeutung der Entwicklungshilfe hervor und bittet um Unterstützung der Ressorts in den „besonders kritischen Ländern".

242 04.09. Botschafter Federer, Kairo, an Staatssekretär Carstens S. 998

Federer bestätigt, daß die DDR ihre Bemühungen um Anerkennung durch die VAR verstärkt habe. Die ägyptische Regierung stehe in dieser Frage unter sowjetischem Druck, betrachte sie aber auch als „Hebel", um das Verhältnis der Bundesrepublik zu Israel zu beeinflussen. Federer rät zu selbstbewußter Gelassenheit und einer Verstärkung des Kontakts mit Präsident Nasser, der zu einem Besuch in der Bundesrepublik eingeladen werden solle.

243 08.09. Aufzeichnung des Staatssekretärs Lahr S. 1001

Lahr gibt ein Gespräch mit dem Staatssekretär im jugoslawischen Außenministerium wieder. Nikesić führte aus, daß Jugoslawien nichts unternehmen werde, was eine internationale Aufwertung der DDR zur Folge haben könnte, und auch die Pressekampagne gegen die Bundesrepublik für beendet halte.

Ergebnislos blieb eine Diskussion über die Frage der Wiedergutmachung. Lahr resümiert, daß das jugoslawische Interesse am Erfolg der erneuerten bilateralen Kontakte groß sei.

244 10.09. Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit dem französischen Botschafter de Margerie S. 1004

Erhard nimmt zum geplanten Besuch des Ministerpräsidenten Chruschtschow in der Bundesrepublik Stellung. Beabsichtigt sei eine offene Aussprache, nicht zuletzt über die Deutschland- und Berlin-Frage. Die Verbündeten sollten zuvor sorgfältig konsultiert werden, „damit nicht das geringste Zwielicht entstehe (etwa im Sinne eines zweiten 'Rapallo')". Zu diesem Zweck regt Erhard eine Begegnung mit Staatspräsident de Gaulle an. Er äußert sodann die Hoffnung auf eine baldige französisch-amerikanische Verständigung über die Zukunft der NATO, da eine solche positive Rückwirkungen auf die europäische Einigung haben könnte. Er widerspricht dem Eindruck verschlechterter Beziehungen zwischen Frankreich und der Bundesrepublik, während de Margerie eine „gewisse Enttäuschung" bei de Gaulle konstatiert, die auch vom Empfang des Chefredakteurs der Zeitung „Izvestija" in Bonn herrühre; in Paris habe lediglich Informationsminister Peyrefitte ihm ein Essen gegeben. Der Bundeskanzler erläutert daraufhin die Hintergründe des Besuchs von Adschubej, der „ohne Wissen und gegen den Willen" der Bundesregierung von drei Zeitungen eingeladen worden sei. Erhard betont, er habe ihn nur als Überbringer einer persönlichen Botschaft von Chruschtschow empfangen.

245 11.09. Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem australischen Botschafter Blakeney S. 1012

Blakeney zeigt sich besorgt über den Vietnam-Konflikt. Er befürchtet „den Verlust von ganz Südostasien, wenn Südvietnam verlorengehe"; weitere Folgen wären die Isolierung Australiens und ein Ansehensverlust der USA. Der Botschafter äußert die Hoffnung auf ein verstärktes Engagement der Bundesrepublik. Schröder teilt die Besorgnisse und sagt Hilfsbereitschaft zu, hält es aber für ratsam, einen deutschen Beitrag nicht auf militärischem Gebiet sichtbar werden zu lassen. Blakeney entgegnet, daß die Entsendung einer „Handvoll Menschen" einen überzeugenderen Beweis für die Anteilnahme Europas darstellen würde „als die Bereitstellung von 200 Millionen DM".

246 15.09. Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem amerikanischen Botschafter McGhee S. 1015

Schröder wünscht eine amerikanische Geste in der Deutschland-Frage, um den geplanten Besuch des Ministerpräsidenten Chruschtschow in der Bundesrepublik nicht als Zeichen einer

Festschreibung der deutschen Teilung erscheinen zu lassen. McGhee rät davon ab, in Moskau gleichzeitig mit der Ratifizierungsurkunde der Bundesrepublik zum Teststopp-Abkommen eine Berlin-Erklärung hinterlegen zu wollen, da dann eine Zurückweisung durch die UdSSR drohe. Er plädiert für eine getrennte Übermittlung.

247 15.09. Deutsch-französische Konsultationsbesprechungen S. 1017

Der Leiter der Politischen Abteilung im französischen Außenministerium, Lucet, erklärt zum geplanten Besuch des Ministerpräsidenten Chruschtschow in der Bundesrepublik, Frankreich habe keine Einwände und „keine Rapallo-Furcht". Der Leiter der Europa-Abteilung, Puaux, teilt mit, daß unter den Ostblock-Staaten am ehesten Bulgarien zum Abschluß eines Abkommens mit der DDR nach dem Vorbild des Freundschaftsvertrags vom 12. Juni 1964 zwischen der UdSSR und der DDR bereit sei. Staatssekretär Carstens berichtet über den Austausch von Handelsvertretungen mit Ostblock-Staaten und erläutert, daß die Bundesregierung bei den Gesprächen mit der Tschechoslowakei die Frage der Gültigkeit des Münchener Abkommens von 1938 nicht erörtern wolle, weil diese mit dem Abschluß eines Handelsabkommens in keinem „adäquaten Zusammenhang" stehe. Übereinstimmung herrscht über die Problematik der Unterschriftsformel in einer neuen Passierschein-Vereinbarung mit der DDR und über die Wahrscheinlichkeit einer Verschärfung der sowjetisch-chinesischen Spannungen. Carstens informiert, daß die Sondierungen über ein Warenabkommen mit der Volksrepublik China wegen Indiskretionen der Presse behutsamer fortgesetzt würden.

248 15.09. Gespräch des Bundesministers Schröder mit Abteilungsleiter Lucet, französisches Außenministerium S. 1025

Schröder bedauert die Kommentierung der deutsch-französischen Beziehungen in der Presse und tritt dafür ein, jenseits der Öffentlichkeit „offen und illusionslos" zu sprechen. Er zeigt sich erstaunt über die auf der Pressekonferenz vom 23. Juli abgegebene Stellungnahme des französischen Staatspräsidenten zur Frage der deutschen Grenzen und bittet um größere Zurückhaltung. Lucet führt die Aussage von de Gaulle auf in der Bundesrepublik geäußerte Vorstellungen zurück, die Grenzfrage „aufzurollen"; dies berühre die französische Politik, weil es zu Beunruhigung in den Ostblock-Staaten geführt habe. Lucet erläutert ferner die Enttäuschung über die Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik, die jedoch nicht vor eine Wahl zwischen Frankreich und den USA gestellt werden solle. Frankreich halte an den atlantischen Bindungen fest, glaube aber an die Notwendigkeit eines größeren europäischen Eigengewichts. Schröder bekräf-

tigt auch seinerseits den Wunsch nach einem starken Europa; er habe ein persönliches Interesse daran, daß der deutsch-französische Vertrag ein Erfolg werde.

249 15.09. Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens S. 1032

Carstens hält eine Unterredung mit dem Leiter der Politischen Abteilung im französischen Außenministerium fest. Beide Gesprächspartner bekundeten Enttäuschung über die bilateralen Beziehungen. Während Lucet die unbefriedigende Rüstungszusammenarbeit und die Unterstützung der Bundesregierung für die Vietnam-Politik der USA erwähnte, wies Carstens auf die französische Ablehnung eines britischen Beitritts zur EWG und des MLF-Projekts hin.

250 17.09. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Krapf S. 1035

Krapf nimmt Stellung zu amerikanischen Einwänden gegen die von der Bundesregierung favorisierte Verbindung der Ratifizierungsurkunden zum Teststopp-Abkommen mit einer Erklärung über die Einbeziehung von Berlin (West). Während Großbritannien bis zuletzt Bedenken geäußert habe, hätten die USA nach längerer Zurückhaltung erst zum Zeitpunkt der Gegenzeichnung der vorgesehenen Urkunden durch Bundesminister Schröder ein Memorandum übergeben. Da dessen Argumentation jedoch weder neu noch überzeugend sei, empfiehlt Krapf, den bisherigen Standpunkt nicht aufzugeben und gegenüber der UdSSR aus taktischen Gründen den Urkundentext bis zum Hinterlegungstermin geheimzuhalten. Er betont, es müsse deutlich werden, daß die Bundesrepublik die Urkunden nur dann sowohl in Washington und London als auch in Moskau hinterlegen wolle, wenn eine Berlin-Klausel akzeptiert werde; demgegenüber spiele eine mögliche sowjetische Zurückweisung eine untergeordnete Rolle.

251 19.09. Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens S. 1040

Carstens gibt eine Unterredung mit dem Staatssekretär im Bundesministerium der Verteidigung, Gumbel, über Schwierigkeiten beim Bau des deutsch-französischen Transportflugzeugs „Transall" wieder. Er resümiert, das Projekt sei wegen der Reduzierung der französischen Beschaffungspläne und der weitgehenden Ablehnung einer Beteiligung von Firmen aus der Bundesrepublik „für uns sehr unbefriedigend".

252 21.09. Gespräch des Staatssekretärs Carstens mit dem sowjetischen Botschafter Smirnow S. 1041

Carstens spricht den Giftgasanschlag auf Legationssekretär Schwirkmann in Sagorsk an und teilt mit, die Bundesregierung erwarte eine baldige Antwort auf ihren Protest. Eine von Smirnow verlesene Erklärung hält er für unzureichend. Der Botschafter bezeichnet den Vorfall als „sehr rätselhaft" und drückt die Hoffnung aus, daß eine Belastung der bilateralen Beziehungen vermieden werden könne. Der Staatssekretär stimmt zu, betont jedoch, die Bundesregierung erwarte „eine voll befriedigende Erklärung der sowjetischen Seite". Abschließend bittet er zu eruieren, ob als Termin für den geplanten Besuch des Ministerpräsidenten Chruschtschow in der Bundesrepublik ein Datum im Januar 1965 denkbar sei.

253 21.09. Botschafter von Keller, Genf (Internationale Organisationen), an das Auswärtige Amt S. 1045

Keller äußert sich zur Diskussion über die Nichtverbreitung von Atomwaffen auf der Konferenz der 18-Mächte-Abrüstungskommission. Er erläutert, daß der sowjetische Standpunkt dahin gehe, kein Nichtverbreitungsabkommen zu schließen, wenn die MLF verwirklicht werde. Demgegenüber betonten die USA, daß die MLF keine nationale Verfügungsgewalt dritter Staaten – auch nicht der Bundesrepublik – über Kernwaffen bewirke. Die blockfreien Staaten schließlich seien besonders am Zustandekommen eines Abkommens interessiert und wünschten daher, einen Verhandlungserfolg nicht durch das MLF-Projekt zu gefährden. Keller stellt abschließend fest, daß auf der kommenden UNO-Generalversammlung mit einer Resolution gegen die Weitergabe von Kernwaffen auch an multilaterale Einrichtungen gerechnet werden müsse. Er empfiehlt, geeignete Gegenmaßnahmen vorzubereiten.

254 22.09. Memorandum des Botschafters Grewe, Paris (NATO) S. 1051

Grewe bilanziert die Aussichten für das MLF-Projekt. Er hebt den Widerstand der UdSSR und die Möglichkeit nachteiliger UNO-Resolutionen zur Nichtverbreitung von Kernwaffen hervor. Ferner weist er auf die britische Politik hin, die MLF durch Gegenvorschläge zu „denaturieren", und erkennt Ansätze einer ablehnenden französischen Kampagne. Grewe faßt die nach seiner Ansicht „äußerst fatalen Folgen" eines Scheiterns des Projekts für die Bundesrepublik zusammen und plädiert für eine möglichst rasche Verwirklichung, eventuell nur im Zusammenwirken mit den Niederlanden, Italien und den USA. Notfalls, so schließt der Botschafter, müsse ein Vertrag auch zunächst allein mit den USA abgeschlossen werden. Auch solle dieser möglichst

vor dem Besuch des sowjetischen Ministerpräsidenten in der Bundesrepublik unterzeichnet sein; Chruschtschow könne anderenfalls die „stärksten Pressionsmittel" anwenden.

255 23.09. Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens S. 1057

Carstens berichtet von einer Unterredung mit den Vertretern der drei Westmächte. Die Diplomaten äußerten sich kritisch zur Frage einer Verstärkung der Bindungen von Berlin (West) an die Bundesrepublik und informierten über Bemühungen der DDR, die Ausgabesperre von Temporary Travel Documents zu durchlöchern und zu umgehen. Carstens erläuterte die Absicht, die Vereinbarungen zwischen der Bundesbahn und den Verkehrsbetrieben der DDR durch Erklärungen zu ergänzen, daß interalliierte Rechte nicht berührt würden und terminologische Differenzen fortbestünden.

256 23.09. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Krapf S. 1061

Krapf faßt vertrauliche Besprechungen im tschechoslowakischen Außenministerium über ein Warenabkommen und den Austausch von Handelsvertretungen zusammen. Er zieht den Schluß, daß die Tschechoslowakei die Aufnahme von Verhandlungen nicht von einer Ungültigkeitserklärung der Bundesregierung für das Münchener Abkommen von 1938 abhängig machen oder an der Frage einer Einbeziehung von Berlin (West) scheitern lassen wolle. In Abstimmung mit dem Bundesministerium für Wirtschaft, so Krapf abschließend, sei vor weiteren Gesprächen die tschechoslowakische Reaktion auf das Verlangen nach Verknüpfung der Verhandlungen über ein Warenabkommen mit denen über den Austausch von Handelsvertretungen abzuwarten.

257 24.09. Botschafter Blankenhorn, Rom, an Staatssekretär Carstens S. 1066

Blankenhorn legt dar, daß ein Einschwenken der Bundesrepublik auf die europapolitischen Vorstellungen des Staatspräsidenten de Gaulle die außenpolitische Orientierung Italiens hinsichtlich EWG und NATO gefährden und antideutsche Ressentiments wiederbeleben könnte.

258 24.09. Runderlaß des Ministerialdirektors Krapf S. 1068

Krapf teilt mit, daß es mit der Passierschein-Vereinbarung vom 24. September gelungen sei, gegenüber der Vereinbarung vom 17. Dezember 1963 ein „rechtliches und materielles Minus zuungunsten der Zone" zu erzielen. So seien die Besuchsmöglichkeiten ausgeweitet, die Modalitäten der Genehmigung verbessert und ein vereinfachtes Verlängerungsverfahren in Aus-

sicht genommen worden. Als „Schönheitsfehler" bezeichnet Krapf die unverändert gebliebenen Unterschriftsformeln. Er weist jedoch darauf hin, es sei mit einer mündlichen Erklärung sichergestellt worden, daß Berlin (West) nicht als eigenständige staatliche Einheit erscheine.

259 25.09 Gesandter von Lilienfeld, Washington, an Bundesminister Schröder S. 1072

Lilienfeld übermittelt Überlegungen des Sonderbotschafters Thompson zum geplanten Besuch des sowjetischen Ministerpräsidenten in der Bundesrepublik, die er als symptomatisch für Tendenzen innerhalb der amerikanischen Regierung bewertet. Thompson vertrat die Ansicht, daß die größten Erfolgsaussichten im Bereich der Abrüstung bestünden, an der die UdSSR aus wirtschaftlichen Gründen interessiert sei. Die Wiedervereinigung Deutschlands sei vor allem als ein Beitrag zur Sicherheit und Entspannung herauszustellen. Hinsichtlich der Oder-Neiße-Linie solle die Nichtanerkennung bekräftigt, aber zugleich der Gewaltverzicht betont werden. Hauptziel des Besuchs müsse es sein, Chruschtschow vom ehrlichen Friedenswillen der Deutschen, ihrer Bereitschaft zu verbesserten bilateralen Beziehungen und ihrem Wunsch nach Wiedervereinigung ohne „Revanche-Gedanken" zu überzeugen.

260 28.09. Staatssekretär Carstens an Botschafter Klaiber, Paris S. 1076

Carstens übermittelt Zahlenmaterial über den Umfang der Rüstungskäufe der Bundesrepublik in Frankreich und konstatiert, daß dadurch die von französischer Seite behauptete Rückläufigkeit widerlegt werde. Er bittet, den Leiter der Politischen Abteilung im französischen Außenministerium, Lucet, zu informieren und zugleich Bereitschaft zur Ausweitung der Rüstungszusammenarbeit zu bekunden.

261 28.09. Botschafter Grewe, Paris (NATO), an das Auswärtige Amt S. 1078

In dem von Grewe übermittelten Entwurf eines Aide-mémoires, das er in den USA übergeben will, wird angeregt, im Zusammenhang mit der geplanten MLF – „als unerläßliches Korrelat" für das Vetorecht der USA – zu einer verbesserten Konsultation über die nukleare Gesamtstrategie zu gelangen. Zweckmäßigerweise solle das Verfahren auf wenige Teilnehmer beschränkt und daher außerhalb eines MLF-Vertrags in einem Briefwechsel oder Protokoll vereinbart werden.

262 29.09. Staatssekretär Carstens an die Vertretung bei der NATO in Paris S. 1080

Carstens hält der Anregung des Botschafters Grewe, Paris (NATO), im Zusammenhang mit einem MLF-Vertrag eine verbesserte Konsultation über die nuklear-strategische Planung anzustreben, entgegen, daß dadurch das Interesse der USA sowie der kleineren Staaten an der MLF gefährdet und eine mögliche spätere Einbeziehung Frankreichs nicht berücksichtigt würde.

263 30.09. Bundeskanzler Erhard an Präsident Johnson S. 1081

Erhard äußert Besorgnis, daß sich der für Ende 1964 angestrebte Abschluß eines MLF-Vertrags verzögern könnte. Er drängt auf baldige Vorlage eines gemeinsamen Entwurfs, da mit problematischen UNO-Resolutionen zur Nichtverbreitung von Atomwaffen gerechnet werden müsse und vor dem Besuch des Ministerpräsidenten Chruschtschow in der Bundesrepublik „einige vollendete Tatsachen" wünschenswert seien. Der Bundeskanzler spricht die Möglichkeit an, daß die USA und die Bundesrepublik eine MLF-Charta zunächst allein unterzeichnen könnten, um „andere zu einem Beitritt anzuspornen".

264 30.09. Botschafter Knappstein, Washington, an das Auswärtige Amt S. 1084

Knappstein nimmt zu Presseartikeln Stellung, die auf ein Memorandum des amerikanischen Außenministeriums über die „Genesis der französisch-amerikanischen Entfremdung" zurückzuführen seien. Er skizziert die in der „New York Times" vorgenommene Beurteilung der Vorschläge des französischen Staatspräsidenten von 1958 für ein Dreier-Direktorium innerhalb der NATO und bezeichnet die in der Zeitung „Die Welt" gegebene Darstellung der Hintergründe des Anfang 1962 eingestellten Briefwechsels zwischen de Gaulle und Präsident Kennedy als korrekt. Die Annahme, daß die Ursachen der Annnäherung von de Gaulle an die Bundesrepublik eher hier als in der Begegnung mit Premierminister Macmillan in Rambouillet und in den britisch-amerikanischen Vereinbarungen von Nassau im Dezember 1962 zu suchen seien, hält Knappstein für plausibel. Ob auch die Frage einer französisch-britischen Nuklearkooperation eine Rolle gespielt habe, sei nicht sicher festzustellen.

265 30.09. Staatssekretär Carstens an Botschafter Blankenhorn, Rom S. 1089

Carstens führt aus, der italienische Gesandte habe ein Interview des Bundesministers von Hassel beanstandet, in dem dieser sich abwertend zur möglichen Rolle Italiens in der geplanten MLF geäußert habe. Hassel habe mitgeteilt, seine Aussagen

seien sinnentstellend wiedergegeben worden. Carstens schließt, er habe Paulucci versichert, die Bundesrepublik strebe in der MLF keinen besseren Status als Italien an; außer den USA dürfe keinem Staat ein Vetorecht gegen deren Einsatz zugestanden werden.

266 30.9./1.10. Deutsch-niederländische Regierungsbesprechungen S. 1090

Staatssekretär Carstens erläutert die Überlegungen für eine Europa-Initiative der Bundesregierung und betont die Absicht, in Anknüpfung an die Fouchet-Pläne von 1961/62 die Außen-, Verteidigungs- und Kulturpolitik in eine Zusammenarbeit einzubeziehen. Neben einer Kooperation auf Regierungsebene solle schon in einer ersten Phase ein unabhängiges „kommunitäres" Organ entstehen. Der niederländische Außenminister Luns bezweifelt, daß eine so weitreichende Zusammenarbeit angesichts der außenpolitischen Differenzen der EWG-Staaten möglich sei. Ministerpräsident Marijnen gibt zu bedenken, daß bei einem Mißerfolg ein „Bumerang-Effekt" für die gesamte europäische Entwicklung zu befürchten sei. Bundeskanzler Erhard betont dagegen das Erfordernis eines Rahmens zur Diskussion politischer Fragen. Das Konzept des „Europa der Vaterländer" hält er für „zu nationalistisch". Hinsichtlich der geplanten MLF bekräftigt Erhard abschließend das besondere Interesse der Bundesrepublik. Luns schildert die in den Niederlanden bestehenden Vorbehalte, bekennt sich jedoch persönlich als ein Befürworter.

267 01.10. Staatssekretär Carstens an Bundeskanzler Erhard S. 1100

Carstens informiert, daß die Vertreter der drei Westmächte der geplanten Sitzung des Bundeskabinetts in Berlin (West) nicht förmlich zustimmen, sie aber auch nicht verhindern wollten. Er habe daraufhin Zurückhaltung gegenüber der Öffentlichkeit zugesagt und sehe nunmehr keine Bedenken gegen den Tagungsort.

268 02.10. Drahterlaß des Staatssekretärs Carstens S. 1102

Der Staatssekretär gibt die Grundzüge der geplanten Europa-Initiative der Bundesregierung wieder. In Anlehnung an die Fouchet-Pläne von 1961/62 solle phasenweise eine Zusammenarbeit auf den Gebieten der Außen-, Verteidigungs- und Kulturpolitik angestrebt werden. Im ersten Schritt sei neben Regierungskontakten bereits ein unabhängiger Ausschuß als Repräsentant der Gemeinschaftsinteressen vorgesehen. In dieser Phase solle auch über den Kreis der Teilnehmerstaaten entschieden werden.

269 03.10. Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens S. 1104

Carstens faßt einen Vortrag des Bundesministers von Hassel auf der Sitzung des Bundesverteidigungsrats vom 2. Oktober zusammen. Hassel erläuterte die neue, im Dokument MC 100/1 niedergelegte Strategie der NATO. Er erhob Bedenken gegen eine vollständige Umsetzung des Konzepts der „flexible response" in Europa, weil die Bundesrepublik „auf dem frühzeitigen selektiven Einsatz nuklearer Waffen" bestehen müsse. Hinter der amerikanischen Haltung sei auch eine Taktik zur Erhöhung der europäischen Verteidigungsbemühungen auf konventionellem Gebiet zu vermuten. Abschließend warf er die Frage einer Stationierung landgestützter Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik auf.

270 04.10. Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens S. 1106

Der Staatssekretär erörtert das Für und Wider eines Angebots an Polen zum Abschluß eines Nichtangriffsvertrags. Da ein solcher sich ausdrücklich auch auf den Fall einer Wiedervereinigung beziehen würde, sieht Carstens den Vorteil einer Durchbrechung der bisherigen, von einer endgültigen Teilung Deutschlands ausgehenden polnischen Haltung. Die als Gegenleistung vorgesehene Formel, daß „die Regelung der Grenzfrage mit der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands einhergehen muß", hält er demgegenüber für konzedierbar, die Übernahme innenpolitischer Risiken für gerechtfertigt. Carstens erachtet jedoch in dieser Frage vorerst „strenge Geheimhaltung" für notwendig.

271 05.10. Gespräch des Staatssekretärs Carstens mit Generalsekretär Cattani, italienisches Außenministerium S. 1109

Carstens begründet die Unterstützung der Bundesregierung für die geplante MLF mit dem Interesse, die Bindungen an die USA zu erhalten und die NATO zu stärken. Es werde eine rasche Vertragsunterzeichnung angestrebt, nicht zuletzt um möglicherweise hinderlichen UNO-Resolutionen zuvorzukommen. Cattani betont, Italien werde seine Haltung nicht von der britischen abhängig machen; allerdings wünsche es ein Vetorecht für einen Einsatz der MLF sowie die Aufnahme einer Europäisierungsklausel in ein Abkommen. Carstens erwidert, die Bundesregierung wolle lediglich den USA ein Vetorecht zugestehen; „alle übrigen Partner sollten auf dieses Recht verzichten".

272 05.10. Aufzeichnung des Staatssekretärs Lahr S. 1112

Nach den Äußerungen des Bundeskanzlers während der deutsch-niederländischen Regierungsbesprechung am 30. September, daß er vor den Bundestagswahlen 1965 keine Entscheidung in der Getreidepreisfrage treffen wolle, erörtert Lahr die

Konsequenzen. Er gibt zu bedenken, daß der Zeitverzug eine Lösung eher erschweren und Nachteile für die Bundesrepublik sowohl hinsichtlich der Agrarpolitik als auch der geplanten Europa-Initiative mit sich bringen könnte. Der Staatssekretär bittet zu klären, ob Erhard auch eine Einigung auf einen „fiktiven Getreidepreis" ablehnen würde.

273 06.10. Aufzeichnung des Staatssekretärs Lahr S. 1115

Lahr faßt ein Gespräch mit dem Leiter der Wirtschaftsabteilung im französischen Außenministerium über den wirtschaftspolitischen Teil der Europa-Initiative der Bundesregierung zusammen. Wormser betonte den französischen Wunsch nach gleichzeitigen Fortschritten auf dem industriellen wie auf dem landwirtschaftlichen Sektor. Bedenken äußerte er gegen eine Verschiebung der Entscheidung über einen gemeinsamen Getreidepreis innerhalb der EWG. Hinsichtlich der Kennedy-Runde ließ er ein Interesse an umfangreichen Ausnahmen von der geplanten Zollsenkung erkennen. Lahr bedauerte die französische Bereitschaft, die Laufzeiten für Kredite an die UdSSR auszudehnen.

274 06.10. Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens S. 1124

Im Vorfeld eines Gesprächs des Bundeskanzlers mit Repräsentanten der Sudetendeutschen konstatiert Carstens, daß durch Äußerungen aus diesen Kreisen die Deutschlandpolitik der Bundesregierung „in Mißkredit zu geraten" drohe. Er regt eine Klarstellung an, daß die Sudetendeutschen keine Gebietsansprüche an die Tschechoslowakei stellten und im Fall einer „Rückkehr in ihre alte Heimat" lediglich ein Minderheitenstatut anstrebten.

275 06.10. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Luedde-Neurath S. 1126

Luedde-Neurath nimmt zu zwei Memoranden der DDR an die Teilnehmer der Konferenz der blockfreien Staaten in Kairo Stellung, in denen die Aufnahme der „beiden deutschen Staaten" in die UNO und eine Lösung der Deutschland-Frage auf der Basis der „Existenz zweier deutscher Staaten" befürwortet werde. Für besonders bedenklich hält er die These, daß eine Aufnahme der DDR in die UNO nicht notwendigerweise eine völkerrechtliche Anerkennung impliziere. Damit werde den blockfreien Staaten, die eine Aufwertung der „Zone" fördern, es aber nicht gleichzeitig mit der Bundesrepublik „verderben" wollten, ein Argument gegeben. Luedde-Neurath empfiehlt, sich gegen eine UNO-Mitgliedschaft der DDR zu wenden, weil diese kein Staat sei, nur die Bundesrepublik zur Vertretung des deutschen Volkes

berechtigt sei, der UNO-Sicherheitsrat nicht zustimmen und eine entsprechende Initiative eine „Verschärfung der internationalen Lage" bedeuten würde.

276 08.10. Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit dem Vorsitzenden Goldmann, Jüdischer Weltkongreß S. 1130

Ungeachtet der Bedenken des Bundeskanzlers wünscht Goldmann, strittige Fragen des Bundesentschädigungsgesetzes in einer gesonderten Besprechung mit Bundesminister Dahlgrün und dem Vorsitzenden sowie dem stellvertretenden Vorsitzenden des Wiedergutmachungsausschusses des Bundestags zu klären. Er regt ferner eine öffentlichkeitswirksame Geste in der Frage der Verjährungsfrist für die Verfolgung von NS-Verbrechen an. Der ebenfalls anwesende Bundesminister Westrick erhebt Einwände gegen den Gedanken von Goldmann, die DDR aus eigener Initiative um Freigabe von Belastungsmaterial gegen NS-Verbrecher zu bitten, weil damit ihre internationale Aufwertung gefördert würde. Abschließend kündigt Erhard eine Erklärung im Bundestag an, mit der er zur Anwesenheit von deutschen Experten in der ägyptischen Rüstungsindustrie erneut Stellung nehmen werde.

277 08.10. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Voigt S. 1134

Voigt bewertet einen Vorschlag des niederländischen Außenministers Luns vom 23. Januar 1964 zur Verbesserung der politischen Konsultation im WEU-Ministerrat. Er referiert eine Stellungnahme des WEU-Generalsekretariats, in der gegen eine stärkere Institutionalisierung und Formalisierung der Ministerratstagungen votiert werde. Voigt empfiehlt, sich diesem Standpunkt anzuschließen, die daran anknüpfenden Vorschläge zur Organisation des Konsultationsverfahrens jedoch abzulehnen, da zunächst eine Einigung über die politische Zusammenarbeit der EWG-Staaten nötig sei.

278 09.10. Ressortbesprechung im Bundeskanzleramt S. 1137

Der Ministerialdirektor im Bundesministerium für Wirtschaft, Woratz, nimmt zum Interzonenhandel Stellung. Er berichtet, die DDR fordere unter Hinweis auf angebliche Vorleistungen eine Erhöhung des Überziehungskredits und verstärkte Lieferungen von Maschinen. Staatssekretär Lahr bezeichnet den Interzonenhandel als „wertvollsten Trumpf", um politische Vorteile zu erlangen. Die Teilnehmer sind sich einig, daß an eine Erweiterung des Handels mit der DDR nur bei Gegenleistungen zu denken sei. Abschließend wird das Problem der finanziellen Unterstützung von Rentnern aus der DDR bei Besuchen in der Bundesrepublik erörtert. Die Entscheidung der DDR, ihnen die

Ausreise zu gestatten, wird nicht als humanitäre Aktion gewertet; vielmehr sei es eine Rücksichtslosigkeit, „diese Leute ohne einen Pfennig auf die Bahn zu setzen".

279 09.10. Staatssekretär Carstens an die Botschaft in Den Haag S. 1141

Carstens informiert über ein Gespräch mit dem niederländischen Botschafter. Van Ittersum kommentierte Presseäußerungen des Bundeskanzlers mit der Klarstellung, daß für eine europäische politische Union ein Beitritt Großbritanniens dann nicht als Vorbedingung gelten müsse, wenn es sich um „einen supranationalen Zusammenschluß und nicht um ein Europa der Vaterländer" handele. Einem britischen Wunsch nach Beteiligung solle jedoch entsprochen werden.

280 09.10. Gespräch des Ministerialdirigenten Böker mit dem ägyptischen Außenminister Fawzi in Kairo S. 1142

Fawzi bekundet Interesse an weiterer projektgebundener Kapitalhilfe und technischer Hilfe sowie an Lieferkrediten der Bundesrepublik. Böker bedauert hinsichtlich der in Kairo stattfindenden Konferenz der blockfreien Staaten die Abschirmung der Delegationen und äußert Besorgnis über eine geplante Resolution zum Thema „Geteilte Nationen", die bedenkliche Formulierungen zur Deutschland-Frage enthalten könnte. Abschließend stellt er fest, die starke Präsenz der DDR in der VAR bilde den „hauptsächlichsten Störungsfaktor in den deutsch-ägyptischen Beziehungen".

281 10.10. Botschafter Grewe, Paris (NATO), an Bundeskanzler Erhard S. 1146

Grewe zieht eine Bilanz seiner Gespräche vom 1. bis 6. Oktober in Washington. Er betont, sein Besuch habe das Interesse der USA am MLF-Projekt belebt, die Chance einer „bilateralen Vorabunterzeichnung" gestärkt und eine „heilsame Schockwirkung" auf die übrigen beteiligten Staaten ausgeübt. Der Botschafter regt an, in der MLF-Arbeitsgruppe nunmehr auf einen konkreten Vertragstext hinzuwirken und der zunehmend kritischen Haltung Frankreichs durch ein informierendes Schreiben an Staatspräsident de Gaulle zu begegnen. Damit solle dem Vorwurf vorgebeugt werden, daß Frankreich vor ein „fait accompli" gestellt werde.

282 10.10. Ministerialdirigent Böker, z. Z. Kairo, an das Auswärtige Amt S. 1150

Böker berichtet von einem Gespräch mit dem dahomeischen Präsidenten über die geplante Ratifizierung eines Abkommens zwischen Dahome und der DDR aus dem Jahr 1962 über den Austausch von Handelsvertretungen. Während Apithy hervorhob, daß keine Anerkennung der DDR beabsichtigt sei, bekräftigte Böker die Bedenken der Bundesregierung und erklärte, daß eine Wiedervereinigung Deutschlands auch im Interesse Afrikas liege. Böker resümiert, daß Apithy „stark beeindruckt war und nach einem Ausweg suchte".

283 13.10. Staatssekretär Carstens an die Botschaft in Rom S. 1154

Carstens informiert über eine persönliche Nachricht des Generalsekretärs im italienischen Außenministerium. Cattani habe ihm „sehr große Bedenken" gegen eine nur von den USA und der Bundesrepublik gebildete MLF übermitteln lassen. Er trete für einen raschen Abschluß der Verhandlungen in der MLF-Arbeitsgruppe ein, bestehe aber hinsichtlich des Einsatzbefehls für eine MLF auf dem Einstimmigkeitsprinzip. Carstens teilt mit, er habe diesen Gedanken abgelehnt, weil dann der „Einsatz der gesamten Waffe blockiert" würde.

284 13.10. Botschafter Grewe, Paris (NATO), an das Auswärtige Amt S. 1155

Grewe berichtet über eine Sondersitzung der MLF-Arbeitsgruppe. Der unter Hinweis auf die deutsch-amerikanischen Vorarbeiten unterbreitete Vorschlag des amerikanischen NATO-Botschafters Finletter, mit der Ausarbeitung konkreter Vertragstexte zu beginnen, fand Zustimmung; nur der britische NATO-Botschafter Shuckburgh machte „einen schwachen Versuch, die Gruppe zum Widerspruch anzureizen". Dagegen wurde die Anregung, den Regierungen nach spätestens drei Wochen einen Sachstandsbericht vorzulegen, abgelehnt. Einigkeit bestand darüber, die Verhandlungen zu intensivieren.

285 13.10. Runderlaß des Staatssekretärs Carstens S. 1157

Carstens informiert über den Freikauf von 828 politischen Gefangenen aus der DDR in den vorausgegangenen 14 Monaten. Er betont den rein humanitären Charakter der Aktion, die keine Änderung der Nichtanerkennungspolitik gegenüber der DDR bedeute.

286 16.10. Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit dem sowjetischen Botschafter Smirnow S. 1158

Smirnow teilt mit, daß Ministerpräsident Chruschtschow von seinen Partei- und Regierungsämtern zurückgetreten sei. Nachfolger seien Leonid I. Breschnew als Erster Sekretär der KPdSU und Alexej N. Kossygin als Ministerpräsident. Der Botschafter betont, daß die außenpolitischen Grundlinien der UdSSR unverändert bleiben würden. Erhard äußert die Hoffnung auf eine weitere Verbesserung der bilateralen Beziehungen und erklärt, daß seine Bereitschaft zum Gespräch mit der sowjetischen Führung fortbestehe.

287 17.10. Staatssekretär Lahr an Botschafter Klaiber, Paris S. 1160

Lahr informiert, Staatspräsident de Gaulle habe Ende Mai 1964 ihm gegenüber Verständnis für die innenpolitischen Schwierigkeiten der Bundesregierung hinsichtlich der Regelung des Getreidepreises geäußert und versichert, Frankreich werde „nicht unangemessen drängen". Ferner ließen inzwischen auch andere EWG-Staaten Vorbehalte gegen den Mansholt-Plan erkennen, und von amerikanischer Seite sei erklärt worden, daß eine Erörterung der Getreidepreisfrage in der Kennedy-Runde nicht eile. Lahr rechnet deshalb nicht mit einer Entscheidung der Bundesregierung vor Jahresende.

288 19.10. Staatssekretär Carstens an Botschafter Grewe, Paris (NATO) S. 1163

In Übereinstimmung mit Bundesminister von Hassel erhebt Carstens Einwände gegen die geplante Europäisierungsklausel für die MLF. Die Bezugnahme auf eine europäische politische Union sei problematisch; auch wisse niemand, was darunter im einzelnen zu verstehen sei. Er übermittelt einen alternativen Textvorschlag und bittet um Stellungnahme.

289 21.10. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Pauls S. 1164

Pauls skizziert Vorgeschichte und Umfang der Waffenlieferungen an Israel. Das vom damaligen Bundeskanzler Adenauer im August 1962 genehmigte Projekt „Frank./Kol." sei durch die Zustimmung des Bundeskanzlers Erhard zur Lieferung von 150 Panzern aufgestockt worden. Die vom Auswärtigen Amt von Anfang an geäußerten Bedenken hätten im Bundeskabinett keine Mehrheit gefunden. In einer Aufstellung der für die Jahre 1963 bis 1966 eingegangenen Verbindlichkeiten über 270 Millionen DM erfaßt Pauls die wichtigsten der zugesagten Rüstungsgüter, bei denen nach Auskunft des Bundesministeriums der Verteidigung „alle Hinweise auf deutsche Herkunft entfernt" worden seien.

290 21.10. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Frank S. 1167

Frank sieht weder in der Strategie der massiven Vergeltung – „Selbstvernichtung der Amerikaner und Russen" – noch in der Strategie der „flexible response" – „Zerstörung Europas" – angemessene Verteidigungskonzeptionen für Europa. Er konstatiert, die nukleare Abschreckung sei nur glaubhaft, wenn sie als „Maßnahme der nationalen Notwehr" angedroht werde. Da der Bundesrepublik eine eigene Verfügungsgewalt über Kernwaffen verwehrt sei, müsse sie eine „Mitverfügung" über das Potential der westlichen Partner anstreben. Eine Klärung des Problems der nuklearen Mitbestimmung innerhalb der NATO würde zudem die Geschlossenheit des Bündnisses stärken.

291 21.10. Botschafter Groepper, Moskau, an das Auswärtige Amt S. 1170

Der Botschafter wendet sich gegen die Ansicht, Chruschtschow sei wegen einer eventuellen deutschlandpolitischen Konzessionsbereitschaft gestürzt worden. Er argumentiert, der ehemalige sowjetische Ministerpräsident sei vielmehr „der Initiator der harten Linie in der Deutschlandfrage und ihr unnachgiebiger, unermüdlicher Verfechter" gewesen; Zugeständnisse hätten auch bei dem geplanten Besuch in der Bundesrepublik nicht erwartet werden können. Richtig sei allerdings, daß in der Führung der KPdSU die Besuchsvorbereitungen – insbesondere durch Schwiegersohn Adschubej – als „symptomatisch für seine Familienpolitik" kritisiert worden seien.

292 21.10. Botschafter von Etzdorf, London, an Bundesminister Schröder S. 1173

Etzdorf gibt Informationen über ein Gespräch des neuen britischen Außenministers Gordon Walker mit dem ehemaligen NATO-Generalsekretär wieder. Stikker sei von französischer Seite auf ein Geheimabkommen der früheren Verteidigungsminister Chaban-Delmas und Strauß über eine Kernwaffenproduktion hingewiesen worden, das jedoch nach dem Amtsantritt des Staatspräsidenten de Gaulle keine Umsetzung mehr erfahren habe. Bundesminister von Hassel und Bundeskanzler Erhard hätten, darauf angesprochen, solche Pläne ausgeschlossen, weil sie mit dem „amerikanischen atomaren Schutz auskommen" wollten. Etzdorf berichtet weiter, Stikker und Gordon Walker hätten Stillschweigen gegenüber der Presse vereinbart, doch rate letzterer der Bundesregierung zu einer Klarstellung, „um das Ganze totzumachen".

293 22.10. Botschafter Haas, Conakry, an Staatssekretär Carstens S. 1175

Haas berichtet über den geplanten „Tag der Armee", bei dem die guineische Regierung die militärischen Hilfeleistungen der Bundesrepublik „gegenüber allen anderen Geberstaaten" besonders hervorheben wolle. Daher könnte die Absage, für dieses Ereignis Transportmaschinen der Bundeswehr für die in der Bundesrepublik ausgebildeten guineischen Fallschirmjäger zur Verfügung zu stellen, negative Folgen haben. Haas bittet Carstens um Intervention.

294 23.10. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Voigt S. 1177

Voigt analysiert die zwischen der EURATOM-Kommission und der französischen Regierung vereinbarte Ausnahmeregelung von der Sicherheitskontrolle für militärisch genutzte Nuklearanlagen. Er bewertet diese „Einschränkung der Gemeinschaftskontrolle" als Konzession der übrigen Mitgliedstaaten und empfiehlt, die Bundesregierung solle von Frankreich als Gegenleistung eine „entgegenkommende und gemeinschaftsfreundliche Haltung" im Bereich von EURATOM verlangen. Weitergehende Forderungen, etwa ein besonderes französisches Verständnis für eine deutsche Teilnahme an der geplanten MLF oder für das Zögern bei der Festsetzung des EWG-Getreidepreises, hält Voigt für unangemessen.

295 23.10. Botschafter Federer, Kairo, an Staatssekretär Carstens S. 1182

Der Botschafter erwartet, daß Israel eine Fortsetzung der wirtschaftlichen Unterstützung für die Zeit nach Auslaufen des Wiedergutmachungsabkommens von 1952 fordern werde. Er tritt dafür ein, bis zum geplanten Besuch des ägyptischen Präsidenten in der Bundesrepublik jede diesbezügliche Festlegung zu vermeiden. Dann könnten Nasser die möglichen Reaktionen der Bundesregierung, den israelischen finanziellen Wünschen nachzugeben oder diplomatische Beziehungen aufzunehmen, verdeutlicht und als Kompensation verstärkte Wirtschaftshilfe an die arabischen Staaten angeboten werden, sofern diese von einer Anerkennung der DDR Abstand nähmen. Nasser hätte so die Wahl zu entscheiden, welche Alternative ihm „politisch erträglicher" erschiene.

296 24.10. Gespräch des Staatssekretärs Carstens mit dem französischen Außenminister Couve de Murville in Paris S. 1185

Couve de Murville begründet die französische Ablehnung der geplanten MLF damit, daß diese eine eigenständige europäische Verteidigungspolitik unmöglich machen würde. Er erklärt, das

Projekt sei für die USA ein Mittel, ihre alleinige Entscheidungsgewalt zu sichern und die Bundesrepublik an einer Kernwaffenproduktion zu hindern. Carstens legt demgegenüber das Bestreben der Bundesregierung dar, durch eine Europäisierungsklausel „eine echte Verstärkung des europäischen Elements der MLF" zu erreichen und zwischen der MLF, den USA, Großbritannien und Frankreich zu einem „atomaren Gesamtarrangement" zu gelangen. Der französische Außenminister erwidert, er habe manchmal den Eindruck, als wolle sich die Bundesrepublik bei den USA wegen ihrer Freundschaft zu Frankreich entschuldigen. Hinsichtlich eines von Couve de Murville befürworteten UNO-Beitritts der Volksrepublik China stellt Carstens die Frage, ob damit nicht ein Beitritt der Bundesrepublik verknüpft und gegenüber der UdSSR betrieben werden könnte.

297 24.10. Gespräch des Staatssekretärs Carstens mit dem französischen Außenminister Couve de Murville in Paris S. 1187

Der französische Außenminister beantwortet die Darstellung der geplanten Europa-Initiative der Bundesregierung mit der Bemerkung, vorrangig müsse die EWG, insbesondere der Agrarmarkt, fortentwickelt sowie Einigkeit über die Außen- und Verteidigungspolitik erreicht werden. Er betont die „fundamentalen Auffassungsunterschiede" in der Europa-Politik der Bundesrepublik und Frankreichs und regt hinsichtlich der europäischen politischen Zusammenarbeit lediglich verstärkte Konsultationen auf Regierungsebene an. Carstens hält eine Verbindung mit der MLF durch eine Europäisierungsklausel für möglich und verteidigt das Bemühen, „den intereuropäischen Dialog und simultan den Dialog mit Amerika" zu führen.

298 27.10. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Luedde-Neurath S. 1193

Luedde-Neurath rekapituliert die Konsultationen mit Vertretern der Drei Mächte über die Antwort auf die sowjetische Note vom Februar 1964 gegen eine angebliche Raketenherstellung in der Bundesrepublik. In der langwierigen Diskussion über den Passus, daß die UdSSR keine Auskunftspflicht der Bundesrepublik geltend machen könne, sei Einigkeit erzielt worden, daß sämtliche Demilitarisierungsbestimmungen des Alliierten Kontrollrats „außer Wirksamkeit gesetzt" seien. Luedde-Neurath schlägt jedoch vor, die Antwortnote vorerst nicht zu übermitteln, damit die Mitglieder der neuen sowjetischen Führung „nicht automatisch zu Erben der Chruschtschowschen Politik" gemacht würden.

299 28.10. Ministerialdirigent Böker an Ministerialdirektor Jansen S. 1195

Böker beklagt die gegen das Votum der beiden Politischen Abteilungen getroffene Entscheidung des Staatssekretärs Lahr, Ceylon eine Hermes-Garantie zu gewähren. Kreditbürgschaften gälten als Wirtschaftshilfe, die im Fall Ceylons wegen der Eröffnung eines Generalkonsulats der DDR in Colombo bewußt eingestellt worden sei. Es handle sich daher um einen Akt der „völligen Inkonsequenz" in der Deutschland-Politik, dessen Folgen unabsehbar seien. Daher müsse aktenkundig gemacht werden, „welchen Personenkreis die ausschließliche Verantwortung" treffe.

300 29.10. Staatssekretär Carstens an Bundesminister Mende S. 1197

Im Hinblick auf den jüngsten Freikauf politischer Häftlinge aus der DDR hält Carstens die finanzielle Gegenleistung von 32 Millionen DM für zu hoch. Er sieht die Gefahr, daß damit das Rückführungsverfahren für Deutsche aus den Ostblock-Staaten präjudiziert werden könnte.

301 30.10. Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens S. 1199

Carstens hält aus einem Gespräch mit dem Bundeskanzler fest, daß Erhard als Geste gegenüber Frankreich erwäge, einer Regelung des EWG-Getreidepreises zum Juli 1967 zuzustimmen. Bundesminister Schröder habe dieses Vorhaben in einem während der Unterredung geführten Telefonat begrüßt und die Bedenken von Carstens gegen Zugeständnisse in Richtung auf eine Verzögerung der geplanten MLF unterstützt. Es sei vereinbart worden, Staatspräsident de Gaulle zu gegebener Zeit schriftlich zu informieren.

302 30.10. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Oncken S. 1201

Der Leiter des Referats „Wiedervereinigung" äußert sich positiv über die internationalen Reaktionen auf jene Demarchen, die zur Verbreitung der Deutschland-Erklärung der drei Westmächte vom 26. Juni 1964 unternommenen worden seien. Die Aktion habe auch den Ausgang der Konferenz der blockfreien Staaten in Kairo günstig beeinflußt. Einige Adressaten hätten allerdings die Behauptung des nicht-staatlichen Charakters der DDR in Zweifel gezogen und erkennen lassen, daß im wesentlichen die „wirtschaftliche Kraft" der Bundesrepublik sie von einer Anerkennung der „SBZ" abhalte.

303 31.10. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Luedde-Neurath S. 1204

Luedde-Neurath hält es für denkbar, daß die Volksrepublik China zur Teilnahme an der Konferenz der 18-Mächte-Abrüstungskommission in Genf eingeladen werden könnte. Er knüpft daran die Überlegung, daß auch die Frage einer Teilnahme der Bundesrepublik geprüft werden müsse. Als Vorteile nennt er die Möglichkeit, das Abrüstungsinteresse der Bundesregierung zu beweisen und zugunsten der Deutschland-Frage zu wirken, insbesondere solange keine Aussicht für einen UNO-Beitritt der Bundesrepublik bestehe. Eventuelle Nachteile bewertet er als wenig gravierend und schlägt vor, nach Abstimmung mit dem Bundesministerium der Verteidigung Sondierungen bei den drei Westmächten einzuleiten.

304 02.11. Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens S. 1210

Carstens berichtet von einem Gespräch mit dem sowjetischen Botschafter. Smirnow legte dar, daß eine Beteiligung der Bundesrepublik an einer MLF die bilateralen Beziehungen belasten und eine Lösung der Deutschland-Frage erschweren würde. Er erklärte ferner, daß eine Intensivierung des Handels nur möglich sei, wenn die Bundesregierung bessere Konditionen biete als andere westliche Staaten. Beide Seiten bekräftigten das Interesse an einem Besuch der sowjetischen Führung in der Bundesrepublik.

305 02.11. Staatssekretär Carstens an Botschafter Blankenhorn, Rom S. 1213

Carstens bittet, den italienischen Außenminister Saragat vor dessen Gespräch mit seinem britischen Amtskollegen Gordon Walker über die Einwände der Bundesregierung gegen die jüngsten britischen Vorschläge zur MLF zu informieren. Außer einer Verzögerung des Projekts würde ein Kompetenzverlust von SACEUR eintreten. Ferner würde durch Einbeziehung nationaler Kontingente, deren Rückzug Großbritannien sich zudem im Verteidigungsfall vorbehalte, der Einfluß anderer europäischer Teilnehmerstaaten geringer.

306 02.11. Aufzeichnung des Staatssekretärs von Hase, Bundespresseamt S. 1215

Der Staatssekretär berichtet über ein Gespräch mit dem Botschaftsrat an der Israel-Mission. Savir erklärte, die Pressemeldungen über die Waffenlieferungen der Bundesrepublik an Israel seien von israelischer Seite „glatt dementiert" worden; er sei beauftragt, gleiches von der Bundesregierung zu erwirken. Hase erläuterte demgegenüber, daß er bereits ermächtigt sei, Lieferungen „in begrenztem Umfang" zu bestätigen. Ferner

betonte er, die israelische „Kampagne" gegen die Tätigkeit deutscher Experten in der ägyptischen Rüstungsindustrie habe „in hohem Maße" dazu beigetragen, daß die Waffenlieferungen in die öffentliche Diskussion geraten seien. Vor dem Hintergrund der Unterredung regt Hase abschließend an, entgegen der vom Bundeskabinett am 27. Oktober beschlossenen Sprachregelung weiterhin Stillschweigen zu bewahren.

307 03.11. Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit dem amerikanischen Botschafter McGhee S. 1218

McGhee berichtet über den Besuch des britischen Außenministers Gordon Walker in Washington, der gezeigt habe, daß Großbritannien wichtige Teile der bisherigen Konzeption der MLF „in ihrer Wirkung herabsetzen und sich selbst nur symbolisch beteiligen" wolle. Die Gesprächspartner stimmen überein, daß das Projekt unverändert fortgeführt werden sollte. Einverständnis wird auch über einen Besuch des Staatssekretärs im amerikanischen Außenministerium, Ball, in Bonn erzielt, der den Themen MLF, EWG-Getreidepreis und Kennedy-Runde sowie der Haltung des Staatspräsidenten de Gaulle gewidmet sein solle. Erhard bezeichnet die Frage des Getreidepreises als „schwächste Stelle" seiner Politik, stellt aber eine Regelung zum 1. Juli 1967 in Aussicht. McGhee betont, die USA wollten in dieser Frage keinen Druck ausüben, doch müsse der Zugang zum europäischen Markt erhalten bleiben.

308 03.11. Runderlaß des Staatssekretärs Carstens S. 1227

Anläßlich der Pressemeldungen über Waffenlieferungen der Bundesrepublik an Israel skizziert Carstens Grundlinien einer geplanten Demarche bei den arabischen Staaten. Dabei solle erklärt werden: die Bundesrepublik werde neue Lieferverpflichtungen gegenüber keinem Staat des Nahen Ostens eingehen, die Region solle Entwicklungshilfe erhalten, gegen die Tätigkeit deutscher Experten in der ägyptischen Rüstungsindustrie würden keine gesetzlichen Maßnahmen ergriffen, für 1965 werde mit Israel der Austausch von Handelsvertretungen mit konsularischen Befugnissen angestrebt, während auf einen Botschafteraustausch weiterhin verzichtet werden solle.

309 04.11. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jansen S. 1229

Jansen erläutert seinen Vorschlag, im Vorgriff auf eine zukünftige Zusammenarbeit in der Rüstungsproduktion die Möglichkeit einer umfangreichen Kreditgewährung an Frankreich zu prüfen. Eine solche, so kalkuliert er, dürfe nicht nur der Beschwichtigung dienen, sondern müsse „bezüglich der Wiedervereinigung und der Ostpolitik neue feste Zusagen und Bindungen" erwirken.

310 04.11. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Ruete S. 1230

Ruete nimmt zur Anregung des Botschafters Groepper Stellung, dem neuen sowjetischen Ministerpräsidenten Kossygin eine „Voreinladung" zu einem Besuch in der Bundesrepublik zu übermitteln. Er empfiehlt, den Eindruck eines „Anbiederns" zu vermeiden und Groepper bei einem Antrittsbesuch zunächst nur eine allgemeine politische Aussprache führen zu lassen. Dabei sollten die Deutschland- und Berlin-Frage sehr behutsam und die Gesprächsbereitschaft des Bundeskanzlers nur „beiläufig" erwähnt werden.

311 04.11. Botschafter Klaiber, Paris, an das Auswärtige Amt S. 1233

Klaiber berichtet von einem Gespräch mit dem französischen Außenminister anläßlich der Übermittlung der Europa-Initiative der Bundesregierung. Couve de Murville erklärte, daß vor deren Erörterung die EWG-Agrarfragen geregelt und eine gemeinsame europäische Außen- und Verteidigungspolitik definiert sein müsse. Klaiber verwies demgegenüber auf die Vorschläge zur Agrarpolitik sowie auf die außen- und verteidigungspolitischen Aspekte der Europa-Initiative. Er widersprach ferner dem Vorwurf, das MLF-Projekt behindere eine europäische Einigung; zudem habe die französische Regierung bisher keine Alternative zur MLF vorgeschlagen.

312 04.11. Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit dem Leiter der Israel-Mission, Shinnar S. 1235

Im persönlichen Auftrag des israelischen Ministerpräsidenten trägt Shinnar Einwände dagegen vor, daß die Bundesregierung eine öffentliche Bestätigung der Waffenlieferungen an Israel mit der Erklärung verbinden könnte, keine neuen Verpflichtungen einzugehen. Erhard sagt eine erneute Prüfung zu und gibt zu bedenken, „ob man an Stelle künftiger Waffenhilfe nicht vielleicht einiges mit Geld machen könne, womit Israel an anderer Stelle Waffen kaufen" könnte. Hinsichtlich der deutschen Experten in der ägyptischen Rüstungsindustrie deutet er die Möglichkeit an, sie teilweise „zurückzukaufen" und künftig eine Genehmigungspflicht für entsprechende Tätigkeiten in Spannungsgebieten einzuführen. Shinnar befürwortet eine baldige Begegnung zwischen Erhard und Eshkol. Zum geplanten Besuch des ägyptischen Präsidenten in der Bundesrepublik schlägt er vor, ihn in eine Europareise von Nasser einzubetten. Die Gefahr einer Anerkennung der DDR durch die VAR hält er für gering.

313 04.11. Bundeskanzler Erhard an Ministerpräsident Eshkol S. 1239

Hinsichtlich der Tätigkeit deutscher Experten in der ägyptischen Rüstungsindustrie erinnert Erhard an seine Rede vom 15. Oktober 1964 vor dem Bundestag, in der er den Wunsch betont habe, „dem israelischen Volk das Gefühl der Bedrohung durch Deutsche zu nehmen". Er weist jedoch darauf hin, daß die Bundesregierung nichts unternehmen könne, was der Wiedervereinigung als der „Schicksalsfrage der deutschen Nation" noch zusätzlich hinderlich sein könnte.

314 06.11. Aufzeichnung des Staatssekretärs Lahr S. 1242

Der Staatssekretär informiert über ein Gespräch mit dem Leiter der Israel-Mission. Shinnar bekräftigte den Wunsch, die Bundesregierung möge die Waffenlieferungen an Israel dementieren oder sich zumindest nicht gegen künftige Lieferverträge aussprechen. Lahr schloß ein Dementi aus und erläuterte die vom Bundeskabinett vorgesehene Festlegung gegen weitere Vereinbarungen mit dem Hinweis, daß durch die Aufhebung der Geheimhaltung eine neue Lage entstanden sei.

315 09.11. Bundesminister Schröder an Bundeskanzler Erhard S. 1244

Vor dem Hintergrund der Pressemeldungen über die Waffenlieferungen an Israel drängt Schröder auf eine Klarstellung der ins „Zwielicht" geratenen Nahost-Politik. Als wichtigste Forderung nennt er „die strikte Einstellung jeglicher militärischer Zusammenarbeit mit Israel in der Zukunft". Dagegen solle die finanzielle und wirtschaftliche Unterstützung Israels fortgesetzt und der Austausch von Handelsvertretungen mit konsularischen Befugnissen ins Auge gefaßt werden. Eine Aufnahme diplomatischer Beziehungen scheide aus, da in diesem Fall mit einer Anerkennung der DDR durch die arabischen Staaten zu rechnen sei. Jene müßten gleichfalls „in beträchtlichem Ausmaß" Entwicklungshilfe erhalten. Ferner solle der ägyptische Präsident Nasser in die Bundesrepublik eingeladen und das Problem der in der VAR tätigen deutschen Rüstungsexperten „mit leichter Hand" gelöst werden; gesetzliche Maßnahmen sollten nur für die Zukunft Geltung haben und nicht jene Personen betreffen, die bereits in der VAR tätig seien. Schröder schlägt vor, mit den Fraktionen des Bundestags entsprechende Konsultationen einzuleiten.

316 09.11. Botschafter Klaiber, Paris, an Bundesminister Schröder S. 1248

Klaiber berichtet von Gesprächen mit dem ehemaligen Bundeskanzler Adenauer und Bundesminister Krone. Beide hätten erklärt, der französischen Regierung – gemäß Rücksprache mit Bundeskanzler Erhard – versichern zu wollen, daß das MLF-

Projekt noch längerer Vorbereitungszeit bedürfe. Hinsichtlich des EWG-Getreidepreises habe Adenauer für ein Nachgeben der Bundesregierung plädiert, während Krone „aus innerpolitischen Gründen" um Verständnis für eine unnachgiebige Haltung werben wolle.

317 09.11. Botschafter von Walther, Ankara, an das Auswärtige Amt S. 1250

Walther leitet Informationen des türkischen Außenministers über dessen Besuch in Moskau weiter. Erkin habe einen günstigen Eindruck von Ministerpräsident Kossygin gewonnen, mit dem er auch über die Deutschland-Frage gesprochen habe. Dabei sei allerdings der Vorschlag freier Wahlen von Außenminister Gromyko abgelehnt worden. Mit dem Stellvertretenden Ministerpräsidenten Mikojan habe er die Gründe für die Absetzung des ehemaligen Ministerpräsidenten erörtert. Hier sei als „das stärkste Inzentiv" das Vorhaben von Chruschtschow erwähnt worden, auf der geplanten Konferenz der kommunistischen und Arbeiter-Parteien den Ausschluß der chinesischen Partei zu fordern und damit einen „endgültigen Bruch" mit der Volksrepublik China herbeizuführen. Das Hauptthema der Gespräche von Erkin sei jedoch die Zypern-Frage gewesen. Die sowjetische Seite habe der „territorialen Integrität" Zyperns zugestimmt und jegliche „Enosis" abgelehnt.

318 09.11. Gespräch des ehemaligen Bundeskanzlers Adenauer mit Staatspräsident de Gaulle in Paris S. 1255

Unter Berufung auf Zusagen des Bundeskanzlers Erhard erklärt Adenauer, die Bundesregierung werde den Mansholt-Plan zur Regelung des EWG-Getreidepreises akzeptieren. Hinsichtlich der MLF versichert er, die Bundesrepublik werde sich unter den von britischer Seite neuerdings geforderten Bedingungen nicht beteiligen und keinesfalls „etwas Bilaterales" mit den USA vereinbaren. De Gaulle erläutert das besondere französische Interesse an einer raschen Vollendung des EWG-Agrarmarkts. Das MLF-Projekt kritisiert er als ein Instrument der USA, um der Bundesrepublik die „Illusion" einer nuklearen Mitbestimmung zu geben und Frankreich zu isolieren. Einer deutschen Teilhabe an der Force de frappe steht der französische Staatspräsident zurückhaltend gegenüber und hält den Verzicht der Bundesrepublik auf die Herstellung von Atomwaffen für angemessen, ehe nicht „eine wirklich gemeinsame Politik und eine gemeinsame Verteidigung in Europa" existierten. Er plädiert ferner für ein Fortbestehen der NATO, verlangt jedoch gleichberechtigte Eigenständigkeit der europäischen Mitgliedstaaten gegenüber den USA. Adenauer bekräftigt sein Bemühen um „eine Verteidigungssolidarität mit Frankreich".

319 09.11. Bundesminister Krone, z. Z. Paris, an Bundeskanzler Erhard S. 1262

Krone berichtet von einem Gespräch mit dem französischen Verteidigungsminister. Messmer äußerte sich kritisch zur Strategie der „flexible response", die die atomare Verteidigung Europas nicht gewährleiste. Besorgt zeigte er sich auch über das MLF-Projekt, das zu einer „Teilung der NATO in zwei Gruppen unterschiedlicher Verteidigungskonzeptionen" führe. Krone erwiderte, die Bundesregierung dränge nicht mehr auf eine rasche Verwirklichung und denke auch nicht an eine bilaterale Vereinbarung mit den USA.

320 09.11. Bundesminister Krone, z. Z. Paris, an Bundeskanzler Erhard S. 1265

Krone informiert über ein Gespräch mit dem französischen Ministerpräsidenten. Zum MLF-Projekt erklärte Pompidou, es erbringe militärisch keine Vorteile und berge die Gefahr einer „Auflösung Europas". Hinsichtlich der EWG drängte er auf Lösungen bei den Agrarfragen und empfahl, auch die Regelung des Getreidepreises in diesem größeren Zusammenhang zu sehen. Krone bat um Verständnis für die innenpolitischen Schwierigkeiten vor der Bundestagswahl im Jahr 1965. Pompidou sagte Unterstützung zu, bestand aber auf der Notwendigkeit agrarpolitischer Fortschritte.

321 10.11. Gespräch des ehemaligen Bundeskanzlers Adenauer mit Staatspräsident de Gaulle in Paris S. 1267

Adenauer erklärt, er halte die amerikanische Politik gegenüber der UdSSR für „völlig falsch". Die UdSSR sei „das aggressivste Land der Welt"; gelänge es ihr, die Bundesrepublik, Frankreich und Italien in ihren Einflußbereich zu ziehen, wäre sie den USA mehrfach überlegen. Adenauer bezweifelt, daß durch die Gewährung von Krediten eine Änderung der sowjetischen Politik erreicht werden könne. De Gaulle rechtfertigt die Erweiterung der Laufzeiten französischer Kredite vor dem Hintergrund der Einschätzung, daß die wirtschaftliche Entwicklung der UdSSR auf eine Entscheidung zulaufe, entweder das Herrschaftssystem zu ändern oder „einen Krieg zu beginnen". Er hält eine Ausdehnung des sowjetischen Einflusses auf Westeuropa für unwahrscheinlich und geht von einer Vertiefung des Gegensatzes mit der Volksrepublik China aus. Adenauer betont seine Überzeugung, „daß man Rußland an den Punkt bringen müsse, wo ihm die Augen aufgingen" und es sein Interesse an einem Frieden mit Europa erkenne.

322 11.11. Vermerk des Staatssekretärs Lahr S. 1273

Lahr notiert, daß die wachsende Bereitschaft von Unternehmen aus der Bundesrepublik, an der Leipziger Frühjahrsmesse 1965 teilzunehmen, deutschlandpolitisch bedenklich sei, zumal die rein wirtschaftlichen Vorteile als gering gälten. Der Staatssekretär spricht sich dafür aus, Bundeskanzler Erhard um eine Einflußnahme auf führende Vertreter der Industrie zu bitten.

323 11.11. Ministerialdirektor Thierfelder an Bundesminister Westrick, Bundeskanzleramt S. 1275

Thierfelder führt aus, daß das Auswärtige Amt weder gegen ein „Globalgesetz" zur Vereinfachung des Übernahmeverfahrens für Bundesgesetze durch das Land Berlin noch gegen eine Direktwahl der Berliner Bundestagsabgeordneten rechtliche Bedenken habe. Er sieht jedoch für beide Vorhaben keine Erfolgsaussichten, da sich seit 1958 die Haltung der drei Westmächte in allen den Status von Berlin betreffenden Fragen verhärtet habe. Der Gedanke eines Globalgesetzes sei in der Bonner Vierergruppe bereits verworfen worden.

324 11.11. Ministerialdirektor Thierfelder an die Botschaft in Paris S. 1277

Der Leiter der Rechtsabteilung nimmt zur Frage der Beitrittsklausel zum Abkommen über die Bergung von Astronauten und Raumschiffen Stellung. Er lehnt den sowjetischen Vorschlag einer Regelung nach dem Vorbild des Teststopp-Abkommens vom August 1963 ab, weil sie einer Aufwertung der DDR Vorschub zu leisten und Modellcharakter zu erhalten drohe. Thierfelder konstatiert, die USA teilten diese Bedenken nicht und hätten den Gedanken einer zusätzlichen „disclaimer clause" abgelehnt. Er berichtet, daß der französischen Regierung auf Nachfrage der Sachstand erläutert worden sei, und gibt den in diesem Zusammenhang übermittelten Textvorschlag für eine „disclaimer clause" wieder.

325 12.11. Bundestagspräsident Gerstenmaier an Bundeskanzler Erhard S. 1281

Gerstenmaier schildert die Vorgeschichte seines bevorstehenden Besuchs in der VAR. Er betont, der Einladung des ägyptischen Präsidenten vor dem Hintergrund der Pressemeldungen über die Waffenlieferungen an Israel trotz persönlicher Bedenken Folge leisten zu müssen. Zur Vorbereitung seines Gesprächs mit Nasser verlangt der Bundestagspräsident vollständige Aufklärung über die mit Israel getroffenen Vereinbarungen, die bislang erfolgten Lieferungen und das weitere Vorgehen der Bundesregierung. Ferner wünscht er informiert zu werden, ob

zusätzliche Entwicklungshilfe für die VAR geplant sei. Abschließend hebt Gerstenmaier die Absicht hervor, seiner Reise „so wenig als möglich offizielles Gepräge zu geben".

326 12.11. Bundeskanzler Erhard an Präsident Nasser S. 1284

Erhard bekräftigt seinen Dank für die positive Haltung, die der ägyptische Präsident auf der Konferenz der blockfreien Staaten in Kairo in der Deutschland-Frage eingenommen habe. Er betont den Wunsch, die Beziehungen zu den arabischen Staaten „trotz aller Schwierigkeiten auszubauen", und kündigt Nasser eine Einladung zu einem Besuch in der Bundesrepublik im Jahr 1965 an, um der Verbindung zwischen dem deutschen und dem ägyptischen Volk „weiteren Ausdruck zu verleihen".

327 12.11. Bundesminister von Hassel, z. Z. Washington, an Bundesminister Schröder S. 1285

Hassel informiert über ein Gespräch mit dem amerikanischen Außenminister. Beide Seiten plädierten für eine sorgfältige Prüfung der zu erwartenden britischen Vorschläge zur MLF und räumten ein, daß mit einer Verzögerung des Projekts bis ins nächste Jahr zu rechnen sei. Hassel erläuterte einige Bedenken gegen die britischen Vorstellungen. Rusk zeigte sich optimistisch hinsichtlich der geplanten Streitmacht, betonte allerdings die Notwendigkeit, „daß Europa die MLF wünsche".

328 13.11. Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens S. 1288

Carstens faßt ein Gespräch des Bundeskanzlers mit Vertretern der Vertriebenenverbände zusammen. Es sei deutlich geworden, daß sich die Verbände unter dem Druck extremer Gruppen nicht mehr mit den bisherigen Erklärungen der Bundesregierung zur Frage der Ostgrenzen Deutschlands begnügen könnten. Er, Carstens, habe daher in Übereinstimmung mit Erhard zusätzlich eine Absichtserklärung zur „Wiederherstellung des Rechts" vorgeschlagen. Der Staatssekretär bittet Bundesminister Schröder um Zustimmung.

329 13.11. Aufzeichnung des Staatssekretärs Lahr S. 1289

Lahr gibt Informationen des Präsidenten der EWG-Kommission über ein Gespräch mit dem französischen Außenminister wieder. Couve de Murville sei für eine Regelung des Getreidepreises nach den Maßgaben des Mansholt-Plans eingetreten, habe den Gedanken eines „fiktiven" Preises abgelehnt und den Vorschlag einer stufenweisen Preisangleichung unbeantwortet gelassen. Verständnis habe er für die von Hallstein vertretene Auffassung gezeigt, daß eine Erfüllung der agrarpolitischen Forderungen Frankreichs für die Bundesrepublik nur „im Rahmen einer wei-

terreichenden Einigung" denkbar sei. Zur Europa-Initiative der Bundesregierung habe Couve de Murville sich skeptisch geäußert.

330 13.11. Aufzeichnung des Botschafters Grewe, z. Z. Bonn S. 1291

Grewe berichtet von einer Unterredung mit dem Generalsekretär im italienischen Außenministerium über eine Europäisierungsklausel im geplanten MLF-Vertrag. Er bittet um Weisung hinsichtlich zweier Änderungen, die er im italienischen Textvorschlag durchgesetzt habe. Ferner informiert er, daß Cattani der Forderung nach einer Revisionsklausel mit ausdrücklicher Bezugnahme auf den Fall der Wiedervereinigung zurückhaltend begegnet sei.

331 13.11. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Müller-Roschach S. 1293

Der Leiter des Planungsstabs nimmt zu amerikanischen Überlegungen Stellung, die Aufgaben der Internationalen Atomenergie-Organisation auf eine Überwachung von Rüstungskontrollmaßnahmen im Nuklearbereich auszudehnen. Er konstatiert, daß Unterstützung von britischer Seite, aber auch – im Zusammenhang mit dem Gomulka-Plan – von seiten Polens und der UdSSR zu erwarten sei. Ferner habe der Generaldirektor der IAEO, Eklund, der Bundesrepublik bereits nahegelegt, sich neben den Kontrollen im Rahmen der EURATOM auch solchen der IAEO zu unterwerfen. Müller-Roschach wendet ein, daß dadurch EURATOM geschädigt und die Bundesrepublik Vorleistungen erbringen würde, die in Abrüstungsverhandlungen deutschlandpolitisch genutzt werden könnten. Darüber hinaus würde ein unnötiger weiterer Gegensatz zu Frankreich entstehen, das IAEO-Kontrollen keinesfalls dulden werde.

332 13.11. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jansen S. 1297

Jansen nimmt zu einer Anfrage der ägyptischen Regierung Stellung, ob die Bundesregierung zu einer Kredithilfe für den Bau eines Atomreaktors für zivile Zwecke in der VAR bereit sei. Im Hinblick auf die Krise in den deutsch-arabischen Beziehungen befürwortet er einen positiven Bescheid. Mit Rücksicht auf israelische Empfindlichkeiten empfiehlt er jedoch ein gemeinsames Vorgehen mit Frankreich, das die israelischen Vorhaben auf atomarem Gebiet bisher gefördert habe; auf diese Weise könne ausgeschlossen werden, daß die in Frage stehende Kredithilfe für die VAR zu „Angriffen gegen die Bundesrepublik mißbraucht" würde.

333 13.11. Botschafter von Walther, Ankara, an das Auswärtige Amt S. 1299

Der Botschafter berichtet über ein Gespräch mit dem türkischen Ministerpräsidenten. Walther erklärte in der Bundesrepublik erkennbare Tendenzen zugunsten einer vorläufigen Zurückstellung des MLF-Projekts als Konzession an Staatspräsident de Gaulle, die vorteilhaft auf eine Lösung der Getreidepreisfrage wirken werde. Inönü gab zu verstehen – was Walther als Beweis sowjetischen Drucks wertet –, daß auch für die Türkei eine Beteiligung an der MLF derzeit „nicht ganz einfach" gewesen wäre. Optimistisch äußerte sich Inönü hinsichtlich des Zypern-Problems, zeigte aber Besorgnis wegen möglicher Reaktionen der NATO-Partner auf den Besuch des türkischen Außenministers Erkin in Moskau. Walther erwiderte, die Bundesregierung wisse um die „unwandelbare NATO-Treue der Türken".

334 15.11. Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem britischen Außenminister Gordon Walker S. 1304

Schröder begründet das Interesse an der geplanten MLF damit, daß das Projekt die Integration innerhalb der NATO stärken und der Bedrohung Westeuropas durch sowjetische Mittelstreckenraketen entgegenwirken würde. Gordon Walker betont die Notwendigkeit, „daß Deutschland gleichberechtigt und voll integriert an all diesen Dingen teilnehme". Er bekräftigt jedoch die Bedenken gegen das seegebundene Konzept, weil es die britische Marine personell „verkrüppeln" würde. Als Alternative schlägt er eine „atlantische nukleare Streitmacht" vor, in die das gesamte britische Nuklearpotential unwiderruflich eingebracht werden könnte, und in der die USA, die Bundesrepublik und Großbritannien gleichberechtigte „Entscheidungsgewalt" besäßen. Ferner regt er ein Abkommen über die Nichtverbreitung von Atomwaffen an. Schröder lehnt ein solches vor Bildung einer MLF ab. Er sagt eine Prüfung der britischen Vorstellungen zu, bezeichnet allerdings die bisherige Konzeption als so ausgereift, daß sie auch aus innenpolitischen Gründen zügig umgesetzt werden sollte.

335 15.11. Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem britischen Außenminister Gordon Walker S. 1309

Der Bundesminister bittet um Unterstützung in der Deutschland-Frage, um „keine Erosionen durch Zeitablauf" zuzulassen. Hinsichtlich der ausstehenden Regelung des EWG-Getreidepreises deutet er „annehmbare Vorschläge" an. Der ebenfalls anwesende Staatssekretär Lahr erläutert die Einigung innerhalb der EWG auf eine gemeinsame Ausnahmeliste für die in der Kennedy-Runde vorgesehenen Zollsenkungen. Gordon Walker kritisiert nachdrücklich die Kontakte zwischen den EWG-

Staaten und Großbritannien im Rahmen der WEU und bekundet Enttäuschung darüber, daß die britische Regierung auch von den Beratungen über die Europa-Initiative der Bundesregierung ausgeschlossen bleibe. Schröder betont den Wunsch nach einer EWG-Mitgliedschaft Großbritanniens und die Bedeutung der WEU-Konsultationen „für das Übergangsstadium". Er hält ein eindeutiges Bekenntnis der neuen britischen Regierung zu Europa für dringlich. Gordon Walker erwidert, daß Großbritannien eine „Abfuhr" erhalten habe und sich „nicht erniedrigen" könne.

336 15.11. Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem britischen Außenminister Gordon Walker S. 1316

Die Minister stimmen überein, daß sich die sowjetische Außenpolitik nach der Absetzung des Ministerpräsidenten Chruschtschow nicht grundlegend ändern werde. Schröder nimmt an, daß Chruschtschow eine „Abdeckung gegenüber China" erstrebt und deshalb einen Besuch in der Bundesrepublik geplant habe, den die Nachfolger vermutlich für weniger vordringlich erachteten. Er bestätigt die positive Bedeutung der Passierschein-Vereinbarung vom 24. September 1964 wegen ihrer „menschlichen Auswirkungen" und sagt im Hinblick auf den Devisenausgleich mit Großbritannien ehrliches Bemühen zu. Gordon Walker geht auf die Zündung der ersten Atombombe der Volksrepublik China ein, die er als Überraschung bezeichnet; die Anstrengungen zur Verhinderung einer Weiterverbreitung von Atomwaffen seien nun noch wichtiger. Der ebenfalls anwesende Staatssekretär Carstens erklärt zu den Differenzen über die Kreditpolitik gegenüber Ostblock-Staaten, langfristige Kredite setzten in der UdSSR Mittel für Rüstungsausgaben sowie Entwicklungshilfe frei und trügen die Gefahr in sich, daß sie immer wieder verlängert werden müßten.

337 16.11. Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Pfeffer S. 1320

Pfeffer faßt Ausführungen des Staatssekretärs Carstens in einer internen Besprechung vom 11. November zusammen. Carstens trug die Überlegung vor, einen „Atlantischen Nuklear-Rat" zu schaffen, in dem die USA, Großbritannien, die übrigen Teilnehmerstaaten an einer MLF sowie Frankreich vertreten wären. Dieser Rat solle der Konsultation vor einem Kernwaffeneinsatz dienen und nach Möglichkeit auch direkte Entscheidungskompetenz für das europäische Territorium erhalten. Die Bundesrepublik würde dadurch wesentliche Mitspracherechte geltend machen können. Der Gefahr einer desintegrierenden Wirkung auf die NATO könne durch eine Verklammerung des geplanten Gremiums mit dem Ständigen NATO-Rat begegnet werden. Hinsichtlich einer Europäisierungsklausel für die geplante MLF befürwortete Carstens vor dem Hintergrund der

französisch-amerikanischen Divergenzen eine „kurze, sehr allgemeine" Formulierung. Die skizzierten Konstruktionen und der Gedanke der Nichtverbreitung von Atomwaffen, so Carstens abschließend, seien „prima facie miteinander vereinbar".

338 16.11. Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit Staatssekretär Ball, amerikanisches Außenministerium S. 1324

Der Bundeskanzler betont sein unverändertes Interesse an einer baldigen Realisierung der MLF. Er regt an, ein „nukleares System" unter Einschluß des amerikanischen Nuklearpotentials, der MLF und der Force de frappe zu entwickeln. Da die Vorstellungen der britischen Regierung „noch ziemlich vage" seien, hält Erhard eine entsprechende Einflußnahme der USA für möglich. Als besonders problematisch bewertet er die Haltung Frankreichs. Er wendet sich gegen Tendenzen, das MLF-Projekt als Tauschobjekt mit Fragen der europäischen Einigung zu verknüpfen. Allenfalls die Getreidepreisfrage, für die er Kompromißbereitschaft andeutet, könne in solchem Zusammenhang gesehen werden. Der Bundeskanzler hält es jedoch für denkbar, daß ein Einlenken des Staatspräsidenten de Gaulle in einem Gespräch mit Präsident Johnson erreicht werden könnte.

339 16.11. Gespräch des Staatssekretärs Carstens mit Staatssekretär Ball, amerikanisches Außenministerium S. 1330

Carstens analysiert die britischen Vorstellungen zum MLF-Projekt, die nach seiner Ansicht eine stärkere Beteiligung am nuklear-strategischen Planungs- und Entscheidungsverfahren der USA bezweckten. Er regt an, dieses Ziel durch eine übergeordnete Organisation zu erreichen, in der auch Frankreich vertreten sein könnte. Ball stellt klar, daß sich die USA die letzte Entscheidung über den Einsatz von Nuklearwaffen wegen ihrer weltweiten Verantwortung vorbehalten müßten; eine Verwirklichung der MLF werde jedoch von selbst eine gemeinsame Operations- und Zielplanung vorantreiben. Carstens nennt als weitere Vorzüge der britischen Pläne, daß sie von den Prinzipien der Gleichberechtigung und Integration ausgingen und an der Einbeziehung der USA festhielten. „Erhebliche Bedenken" äußert er gegen die Überlegung, einen MLF-Vertrag mit einem Abkommen über die Nichtverbreitung von Atomwaffen zu koppeln; eine derartige Bindung gegenüber der UdSSR wünsche die Bundesregierung als „möglichen Preis oder Teilpreis für die Wiedervereinigung" zu erhalten.

340 16.11. Bundeskanzler Erhard an Bundestagspräsident Gerstenmaier S. 1333

Erhard teilt mit, daß der Bundestagspräsident vor seinem Besuch in der VAR über die Waffenlieferungen an Israel informiert werde. Er bittet jedoch, Präsident Nasser nicht näher zu unterrichten, sondern auf die Gesprächsmöglichkeit anläßlich seines geplanten Besuchs in der Bundesrepublik zu verweisen. Zur Frage einer Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Israel solle Gerstenmaier erläutern, daß die Bundesregierung von einer solchen bislang mit Rücksicht auf die arabischen Staaten abgesehen habe, jedoch nun den Austausch „nichtdiplomatischer Missionen" erwäge. Hinsichtlich der deutschen Experten in der ägyptischen Rüstungsindustrie bittet Erhard zu betonen, daß sich gesetzliche Maßnahmen gegen derartige Aktivitäten wegen der „Stimmung im Bundestag" auf Dauer schwer vermeiden ließen. Deshalb möge Gerstenmaier Nasser einen „freiwilligen Verzicht auf die Weiterbeschäftigung" nahelegen.

341 16.11. Gespräch des ehemaligen Bundeskanzlers Adenauer mit dem ehemaligen amerikanischen Hohen Kommissar McCloy S. 1336

McCloy bedauert, daß Adenauer seit Abschluß des deutsch-französischen Vertrags eine „zunehmend kritische Haltung" gegenüber der amerikanischen Position einnehme. Die USA begrüßten die deutsch-französische Aussöhnung und hielten nur die Bildung einer „Achse" oder einer Hegemonie Frankreichs in Europa für unannehmbar. Derartige Vorstellungen des Staatspräsidenten de Gaulle wurzelten im 19. Jahrhundert. Folglich handle es sich für die europäischen Staaten nicht um eine Wahl zwischen Frankreich und den USA, sondern zwischen zwei Konzeptionen: der eines integrierten Europas als Partner der USA und der eines separierten Europas „mit einer eigenen militärischen Streitmacht". Es sei der Vertrauensmangel, der die amerikanische Beunruhigung verursache.

342 16.11. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jansen S. 1338

Jansen analysiert die außenpolitische Konzeption des französischen Staatspräsidenten. Ihr Kern sei das Bestreben, Frankreich die führende Rolle in einem den USA gleichberechtigt gegenüberstehenden Europa zu sichern. De Gaulle halte zwar angesichts der sowjetischen Bedrohung ein Bündnis mit den USA für notwendig, lehne jedoch die militärische Integration ab und wünsche ein unabhängiges europäisches Nuklearpotential. Er wende sich ferner gegen bipolare Vorstellungen und sehe die Möglichkeit einer „pluralistischen Außenpolitik" Europas. In diesem Rahmen sei auch die jüngste Verbesserung der französisch-sowjetischen Beziehungen zu verstehen. Besonderes Gewicht aber habe das deutsch-französische Verhältnis. Aller-

dings gehe es de Gaulle nach der mißglückten engen Anbindung vorerst darum, der wirtschaftlich starken Bundesrepublik eine „Schlüsselstellung in Europa" zu verwehren.

343 17.11. Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens S. 1343

Carstens hält ein Gespräch mit dem Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses der französischen Nationalversammlung fest. Während Schumann zum MLF-Projekt erklärte, es „zerstöre die europäische Zusammenarbeit", kritisierte Carstens, daß Frankreich seine Vorstellung von einer europäischen Nuklearmacht nicht präzisiere. Schumann erinnerte an Äußerungen des französischen Staatspräsidenten vom 4. Juli 1964 anläßlich der Regierungsbesprechungen in Bonn und teilte mit, de Gaulle „brenne darauf", über eine „Europäisierung der Force de frappe" zu sprechen.

344 17.11. Deutsch-französische Konsultationsbesprechungen S. 1345

Der Leiter der Politischen Abteilung im französischen Außenministerium, Lucet, wertet die Europa-Initiative der Bundesregierung „im allgemeinen als interessant und nützlich". Vorbehalte äußert er insbesondere gegen den vorgesehenen Ausschuß unabhängiger Berater und gegen die Festlegungen zugunsten einer Mitwirkung anderer als der EWG-Staaten. Hinsichtlich des Bemühens, eine Anerkennung des Deutschen als Arbeitssprache im Europarat zu erreichen, sagt er Unterstützung zu. Einigkeit wird darüber festgestellt, daß nach dem Führungswechsel in der UdSSR eine Änderung der sowjetischen Außenpolitik nicht erkennbar sei. Die Erörterung der Gespräche zwischen der Bundesrepublik und der Tschechoslowakei über einen Austausch von Handelsvertretungen ergibt, daß die tschechoslowakische Politik größere Zurückhaltung erkennen lasse. Lucet konstatiert „ähnliche Unsicherheit" in anderen Ostblock-Staaten mit Ausnahme Rumäniens.

345 17.11. Botschafter Federer, Kairo, an Bundesminister Schröder S. 1356

Federer weist auf die kritische Devisenlage der VAR hin. Er gibt zu bedenken, daß ein Kredit der Bundesrepublik „honoriert werden" könnte.

346 18.11. Staatssekretär Carstens an Botschafter van Scherpenberg, Rom (Vatikan) S. 1357

Carstens bittet darauf hinzuwirken, daß der Vatikan seine bisherige Position in der Frage der Diözesangrenzen in den 1945 der polnischen Verwaltung unterstellten Ostgebieten des Deutschen Reiches aufrechterhalte. Er verweist auf Zusagen gegen-

über Vertretern der Vertriebenenverbände, daß die Bundesregierung aktiv für die Wiederherstellung des Rechts eintreten werde.

347 19.11. Bundesminister Schröder an Bundeskanzler Erhard S. 1359

Schröder legt dar, daß eine weitere Verzögerung einer Regelung des EWG-Getreidepreises nachteilig sowohl für die Verhandlungen bei der Kennedy-Runde als auch für die Europa-Initiative der Bundesregierung wirken würde. Er bittet daher um Zustimmung zu einer baldigen Annahme des Mansholt-Plans mit dem Termin 1. Juli 1967 als Zeitpunkt des Inkrafttretens. Da die Bundesrepublik dadurch den „letzten großen Trumpf" einsetze, sollten im Gegenzug von den EWG-Partnern Zusagen hinsichtlich eines erfolgreichen Verlaufs der Kennedy-Runde, des Abbaus der Zoll- und Steuergrenzen innerhalb der Gemeinschaft und der politischen Zusammenarbeit gefordert werden.

348 19.11. Gespräch des Bundesministers Schröder mit Generalsekretär Brosio, NATO S. 1362

Anläßlich des Antrittsbesuchs des neuen NATO-Generalsekretärs erläutert Schröder die Vorteile der geplanten MLF und legt die französische und die britische Haltung dar. Als langfristiges Ziel der Bundesrepublik nennt er die „Teilnahme an dem Nuklear-Potential der freien westlichen Welt". Brosio führt die französischen Widerstände auf den Eindruck zurück, die politischen Implikationen der MLF seien gegen Frankreich gerichtet. Er empfiehlt daher, die militärische Bedeutung des Projekts stärker zu betonen. Hinsichtlich der Zypern-Frage tritt er dafür ein, den türkischen Vorschlag bilateraler Verhandlungen mit Griechenland vorsichtig zu unterstützen.

349 19.11. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jansen S. 1366

Anhand der mündlichen Berichterstattung des Botschafters Koenig rekapituliert Jansen den Stand der Beziehungen zwischen Zypern und der DDR. Nach Abschluß einer Luftverkehrsvereinbarung und eines Handelsabkommens sowie angesichts der geplanten Zulassung einer Handelsvertretung der DDR in Nikosia plädiert er für ein „energisches Auftreten". Er empfiehlt die Entsendung eines Unterhändlers, der eine Erklärung des zyprischen Präsidenten durchsetzen müsse, daß keine Aufwertung der DDR beabsichtigt sei und anstelle einer Handelsvertretung lediglich eine Handelskammervertretung der DDR genehmigt werde. Im Fall zyprischer Intransigenz solle unter anderem die Einstellung der Kapitalhilfe und der technischen Hilfe als „Druckmittel" verwandt werden.

350 19.11. Botschafter Klaiber, Paris, an das Auswärtige Amt S. 1369

Der Botschafter konstatiert eine Verhärtung des französischen „Feldzugs" gegen die MLF. Die durch die jüngsten militärischen Kooperationsvereinbarungen zwischen der Bundesrepublik und den USA verstärkte Mißstimmung des Staatspräsidenten de Gaulle könne zu einer Kündigung der deutsch-französischen Rüstungszusammenarbeit und zur Einstellung der Unterstützung in der Deutschland- und Berlin-Frage führen. Für unwahrscheinlich hält Klaiber ein Ausscheiden Frankreichs aus der NATO, doch sei eine Reduzierung der Mitarbeit bis hin zu einer „Politik des ‚empty chair' im NATO-Rat" denkbar.

351 22.11. Drahterlaß des Staatssekretärs Carstens S. 1372

Der Staatssekretär informiert über ein Gespräch mit dem französischen Botschafter. Carstens kritisierte die „plötzliche Schwenkung" Frankreichs gegen die MLF und das Fehlen eines konstruktiven Alternativvorschlags. De Margerie verwies auf die einmütige Ablehnung der MLF in Frankreich und erläuterte weitere Problemfelder der Beziehungen zur Bundesrepublik. Seiner Anregung, eine „gewisse Erleichterung" durch Verschiebung des MLF-Projekts zu erreichen, widersprach Carstens.

352 23.11. Botschafter Federer, Kairo, an Staatssekretär Carstens S. 1374

Federer berichtet über die Unterredung des Bundestagspräsidenten mit Präsident Nasser. Gerstenmaier sprach sich dafür aus, in den bilateralen Beziehungen „eine neue Ära zu eröffnen", und warb um Verständnis für das durch die nationalsozialistische Herrschaft geprägte besondere Verhältnis zu Israel. Er erläuterte, daß das „allgemeine Schuldgefühl" der Deutschen durch das Fehlen diplomatischer Beziehungen zusätzlich verstärkt werde, was die „zuweilen überdimensionalen Forderungen" Israels erkläre. Nasser gab seiner Enttäuschung über die Waffenlieferungen der Bundesrepublik an Israel Ausdruck. Gerstenmaier betonte, daß weder er noch der Bundestag „noch seines Wissens das Auswärtige Amt" die geheimen Vereinbarungen gekannt hätten. Sein Plädoyer für ein gesetzliches Verbot von Rüstungsexporten an Staaten außerhalb der NATO wurde vom ägyptischen Präsidenten begrüßt. Positiv reagierte Nasser auch auf die Einladung zu einem Besuch in der Bundesrepublik.

353 23.11. Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem amerikanischen Außenminister Rusk in Washington S. 1380

Die Gesprächspartner erörtern die Hintergründe des Führungswechsels in der UdSSR und die Auswirkungen auf die sowjetische Außenpolitik, insbesondere hinsichtlich der Volksrepublik China. Schröder erkennt „erste Früchte" seiner Ostpolitik dar-

in, daß die Ostblock-Staaten eine Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik höher zu werten begännen als die mit der DDR. Hinsichtlich der Gespräche mit der Tschechoslowakei über den Austausch von Handelsvertretungen erläutert er die Problematik einer Ungültigkeitserklärung des Münchener Abkommens von 1938, während er für eine Einbeziehung von Berlin (West) „keine unüberwindbaren Schwierigkeiten" konstatiert. Rusk beantwortet die Bitte um amerikanische Aktivität in der Deutschland-Frage mit dem Hinweis auf das Fehlen aussichtsreicher Vorschläge. Schröder regt an, durch Bildung eines Viermächte-Gremiums wenigstens einen „prozeduralen Fortschritt" anzustreben. Abschließend bittet er um Unterstützung gegen Versuche der DDR, einen Beobachterstatus in der UNO zu erhalten, und wünscht Konsultationen zur Formulierung einer deutschlandpolitisch unbedenklichen Beitrittsklausel für internationale Abkommen.

354 24.11. Staatssekretär Carstens an Bundesminister Schröder, z. Z. Washington S. 1388

Carstens schildert die Beunruhigung des Bundeskanzlers wegen der Erklärung des Premierministers Wilson vom 23. November vor dem Unterhaus. Erhard befürchte, die britischen Vorschläge zur MLF enthielten kein europäisches Element und seien daher „nicht akzeptabel". Er bitte den Bundesminister, in den USA für die bisherige Konzeption einzutreten.

355 24.11. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jansen S. 1389

Jansen gibt Informationen des französischen Botschafters über ein Gespräch mit dem Bundeskanzler wieder. De Margerie habe den Eindruck gewonnen, daß im Bundeskanzleramt die Zukunft des MLF-Projekts wegen der britischen Erklärungen skeptischer beurteilt werde. Hinsichtlich der Getreidepreisfrage habe Erhard die innenpolitischen Schwierigkeiten geschildert und französische Unterstützung durch positivere Reaktion auf die Europa-Initiative der Bundesregierung angeregt. Er habe ferner gebeten, die jüngste deutsch-amerikanische Vereinbarung über Rüstungskooperation „nicht zu ernst zu nehmen".

356 25.11. Staatssekretär Carstens an Bundesminister Schröder, z. Z. Washington S. 1391

Carstens bewertet die Erklärung des Premierministers Wilson vom 23. November vor dem britischen Unterhaus. Der „bedenklichste Punkt" liege im Plädoyer für ein Abkommen über die Nichtverbreitung von Atomwaffen, dem Rüstungskontrollmaßnahmen in Europa folgen könnten. Carstens rät, in den USA diesbezüglich die Ablehnung jeglicher Diskriminierung der Bundesrepublik zu betonen.

357 25.11. Runderlaß des Staatssekretärs Carstens S. 1393

Carstens berichtet von einem Gespräch mit dem italienischen Botschafter. Luciolli informierte über die Bewertung der britischen Vorschläge zum MLF-Projekt, die durch das nationale Element innerhalb der geplanten Streitmacht den multilateralen Charakter „verwischen und verwässern" würden. Carstens bezweifelte, daß Großbritannien ein Vetorecht anstrebe, da es für eine Gleichstellung der europäischen Teilnehmerstaaten eintrete. Er hielt zudem eine Einbeziehung britischer U-Boote für denkbar, wenn eine gemischt-nationale Bemannung in Aussicht gestellt würde.

358 25.11. Staatssekretär Lahr an Bundesminister Schröder, z. Z. Washington S. 1394

Lahr informiert über die Entscheidung des Bundeskanzlers, auf der Sitzung des EWG-Ministerrats am 1. Dezember den Mansholt-Plan zur Regelung des Getreidepreises im Grundsatz anzunehmen. Diese Zustimmung solle auf nationaler Ebene mit Ausgleichsmaßnahmen für die Landwirtschaft und gegenüber den EWG-Partnern mit politischen Erwartungen hinsichtlich der Europa-Initiative der Bundesregierung verbunden werden.

359 25.11. Botschafter Klaiber, Paris, an das Auswärtige Amt S. 1397

Klaiber leitet Informationen aus dem französischen Außenministerium weiter. Der Leiter der Europa-Abteilung habe mitgeteilt, es gebe keine konkreten Planungen für die von Staatspräsident de Gaulle propagierte eigenständige Verteidigung Europas. Puaux habe ferner den „erbitterten Widerstand" gegen die MLF betont, die als Instrument der USA zur Isolierung Frankreichs betrachtet werde. Ein anderer Gesprächspartner habe den militärischen Wert einer MLF bezweifelt und ausdrücklich vor einer Mitwirkung gewarnt; alles deute darauf hin, daß die USA Europa, und insbesondere die Bundesrepublik, „atomwaffenfrei machen" wollten.

360 26.11. Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem amerikanischen Außenminister Rusk in Washington S. 1399

Schröder stellt fest, daß Großbritannien von einer auf Überwasserschiffe beschränkten MLF „recht wenig" halte. Er erklärt, die Bundesregierung könne einer Einbeziehung von U-Booten zustimmen, wolle jedoch im übrigen an der bisherigen Konzeption – insbesondere an der Unterstellung unter SACEUR – festhalten. Ferner müsse bei den von britischer Seite angedeuteten Abrüstungsmaßnahmen in Europa jede „Diskriminierung Deutschlands" ausgeschlossen werden. Rusk vermutet, die bri-

tischen Vorschläge dienten dem Zweck, eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben zu vermeiden. Eine Ablehnung des MLF-Projekts durch Großbritannien hält er für unwahrscheinlich.

361 26.11. Bundesminister Schröder, z. Z. Washington, an Bundeskanzler Erhard S. 1404

Schröder unterrichtet über ein Gespräch mit dem Staatssekretär im amerikanischen Außenministerium. Ball sprach sich für eine langfristige Stützung des britischen Pfunds aus. Er regte Gespräche mit Premierminister Wilson an und empfahl der Bundesregierung, von Großbritannien als Gegenleistung politische Zugeständnisse wie etwa eine „vorbehaltlose britische Unterstützung des MLF-Projekts" zu fordern.

362 26.11. Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens S. 1406

Carstens gibt ein Gespräch mit dem britischen Botschafter wieder. Roberts zeigte sich enttäuscht, daß auf die Erklärung des Premierministers Wilson vom 23. November vor dem Unterhaus schärfer reagiert worden sei als auf die Rede des französischen Staatspräsidenten vom 22. November in Straßburg. Carstens erklärte, de Gaulle habe sich freundschaftlicher geäußert, und erwähnte, daß die Bundesregierung nach der Stützung des britischen Pfunds auf Gegenleistungen hoffe. Er resümiert, Roberts habe den Eindruck einer „beträchtlichen Verhandlungsmarge" in der britischen Position zur MLF erwecken wollen.

363 27.11. Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem amerikanischen Sicherheitsberater Bundy in Washington S. 1408

Der Bundesminister konstatiert, daß zur Bekräftigung der amerikanischen Präsenz in Europa die Durchführung konkreter Projekte wie der geplanten MLF erforderlich sei. Er drängt auf eine rasche Verwirklichung dieses Vorhabens und verweist auf eine „gewisse Leichtfertigkeit" in der Diskussion um die europäische Sicherheit: Die Bedrohung durch die UdSSR werde als nicht mehr so groß eingeschätzt, das Selbstbewußtsein der europäischen Staaten wachse und die Vorstellung des französischen Staatspräsidenten, daß Europa „unabhängig und eigenständig" sein müsse, gewinne an Boden. Schröder betont demgegenüber die Unabdingbarkeit des europäischen Engagements der USA sowohl für eine glaubhafte Abschreckung als auch für eine Lösung der Deutschland-Frage. Bundy hebt hervor, daß in dieser Frage der „Kern des europäischen Problems" liege. Er bestätigt die Notwendigkeit von Fortschritten für die MLF, wertet sie allerdings als „Mittel zum Zweck" und bedauert die Konzentration auf militärische Vorschläge zu einer Zeit, da „niemand an der militärischen Seite so besonders interessiert" sei.

364 30.11. Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens S. 1413

Carstens hält ein Gespräch mit dem französischen Botschafter fest. De Margerie berichtete, Bundeskanzler Erhard habe ihm gegenüber erklärt, daß er nach einer Lösung der Getreidepreisfrage Fortschritte bei der politischen Einigung Europas „fest erwarte und damit rechne". Er, der Botschafter, habe auf die wachsende Kritik an der MLF aufmerksam gemacht. Carstens bekräftigte demgegenüber das Festhalten an diesem Projekt und die Übereinstimmung mit den USA.

365 30.11. Botschafter Freiherr von Mirbach, z. Z. Nikosia, an das Auswärtige Amt S. 1414

Der Botschafter berichtet über erste Ergebnisse seiner Intervention bei der zyprischen Regierung. Im Gespräch mit Präsident Makarios kritisierte Mirbach das Handelsabkommen vom 7. November 1964 zwischen Zypern und der DDR, das als de-facto-Anerkennung gewertet werden könne. Er warnte ferner vor der Errichtung einer Handelsvertretung der DDR – insbesondere vor einer Zuerkennung konsularischer Befugnisse – und empfahl, nur eine Handelskammervertretung zuzulassen. In der anschließenden Unterredung mit Handelsminister Araouzos stellte sich heraus, daß der DDR bereits konsularische Vorrechte zugesichert worden waren. Mirbach nennt abschließend die Gegenmaßnahmen für den Fall, daß Makarios „störrisch" bleibe.

366 01.12. Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens S. 1418

Carstens gibt eine Unterredung mit den Botschaftern der drei Westmächte wieder. Der Staatssekretär teilte die Auffassung, daß der Interzonenhandel nicht für Maßnahmen gegen den von der DDR eingeführten Zwangsumtausch geeignet sei, da er als mögliches Druckmittel zur Freihaltung des Verkehrs von und nach Berlin (West) dienen solle. Er informierte, daß die Bundesregierung in der Deutschland-Frage einen Vorschlag zur Bildung eines Viermächte-Gremiums vorbereite, und begründete die Ablehnung kultureller Beziehungen mit der UdSSR, solange diese der Bundesrepublik das Recht auf Vertretung von Berlin (West) bestreite. Demgegenüber äußerten der britische und der amerikanische Botschafter, daß die Bundesrepublik die Stadt als „Schaufenster" gegenüber den Ostblock-Staaten nutzen und „so viel kulturelle Kontakte wie nur möglich herstellen" sollte.

367 03.12. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Thierfelder S. 1421

Der Leiter der Rechtsabteilung bilanziert den Stand der Familienzusammenführung von Deutschstämmigen aus Rumänien. Nach Überreichung einer ersten Liste an die rumänische Regierung seien, so hält er fest, eine Reihe von Ausreisegenehmigun-

gen erteilt worden. Thierfelder empfiehlt, der unter den übrigen Rumäniendeutschen entstandenen Unruhe durch baldige Übergabe einer zweiten Liste zu begegnen; für nicht unter den ersten Verwandtschaftsgrad fallende Personen müsse jedoch ein „außerordentlicher Weg", notfalls durch finanzielle oder wirtschaftliche Leistungen, gefunden werden.

368 03.12. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jansen S. 1424

Jansen vergleicht die am 26. November übermittelten Vorschläge Italiens für eine europäische politische Zusammenarbeit mit der Europa-Initiative der Bundesregierung. Einen wesentlichen Unterschied erkennt er in der Planung der ersten Phase, die nach italienischer Auffassung nicht auf einem Regierungsabkommen beruhen und lediglich regelmäßigen Besprechungen der Regierungschefs und Außenminister, nicht jedoch der Verteidigungsminister dienen solle. Auch sei im Gegensatz zu den deutschen Vorstellungen kein unabhängiger beratender Ausschuß vorgesehen; ebenso fehle eine Festlegung auf die Ausarbeitung eines Vertragswerks sowie eine Bestimmung über die Beziehungen zur NATO. Jansen empfiehlt, in diesen Punkten an den eigenen Vorschlägen festzuhalten.

369 03.12. Botschafter Groepper, Moskau, an das Auswärtige Amt S. 1432

Groepper interpretiert Äußerungen aus Kreisen des sowjetischen Außenministeriums über das Ansehen und die große Wirtschaftskraft der Bundesrepublik als Taktik, die „Giftpille" der Zwei-Staaten-Theorie in einer „Limonade von Freundlichkeiten" schmackhaft zu machen. Dabei würden die in den westlichen Staaten erkennbaren Tendenzen zu deutschlandpolitischer Passivität und zur Verstärkung der Kontakte zwischen der Bundesrepublik und der DDR in Rechnung gestellt, die der Argumentation zu „bundesrepublikanischem Selbstbewußtsein" ungewollt nahe kämen.

370 04.12. Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem amerikanischen Botschafter McGhee S. 1435

Schröder drängt auf Regierungsentscheidungen zur Verwirklichung der MLF. Hinsichtlich der Deutschland-Frage wünscht er, sie als „stets dringliche Angelegenheit" zu behandeln, und vertritt den Gedanken, der UdSSR die Bildung eines Viermächte-Gremiums vorzuschlagen. Skeptisch äußert er sich über die Aussichten einer möglichen Außenministerkonferenz zur europäischen politischen Einigung. McGhee berichtet über den Besuch des Staatssekretärs im amerikanischen Außenministerium, Ball, in London. Er konstatiert Kompromißchancen mit Großbritannien bezüglich des MLF-Projekts, zumal der Beitrag

der Bundesrepublik zur Stützung des britischen Pfunds günstig wirke. Besorgnis zeigt er wegen der von der Bundesregierung vorgeschlagenen Lösung zur Regelung des EWG-Getreidepreises. Schröder entgegnet, daß die nationalen Ausgleichszahlungen für die Landwirtschaft nicht zu Lasten des Verteidigungshaushalts gehen sollten. Insbesondere erwartet er keine Rückwirkungen auf die Offset-Einkäufe in den USA.

371 04.12. Gespräch des Staatssekretärs Carstens mit dem paraguayischen Botschafter Moreira S. 1440

Moreira übermittelt ein Aide-Mémoire zum Fall Mengele. Er vertritt die Auffassung, daß sich der ehemalige Lagerarzt im Konzentrationslager Auschwitz nicht in Paraguay aufhalte, und äußert Besorgnis über anderslautende Meldungen des Nachrichtenmagazins „Der Spiegel", die den Eindruck erweckten, als gingen die Informationen auf den Botschafter der Bundesrepublik in Asunción zurück. Carstens bekräftigt, daß es „Anzeichen" für einen Aufenthalt von Mengele in Paraguay gebe, und widerspricht den gegen Botschafter Briest erhobenen Vorwürfen.

372 04.12. Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem britischen Botschafter Roberts S. 1443

Roberts weist auf die britischen Schwierigkeiten hin, für das MLF-Projekt ausreichend Personal zur Verfügung zu stellen. Die Kritik von Schröder an Äußerungen des Premierministers Wilson am 23. November vor dem Unterhaus, daß die Bundesrepublik keinen „Finger am Abzugshahn" haben dürfe, beantwortet er mit dem Hinweis auf notwendige Rücksichten auf den linken Flügel der Labour Party. Er bekräftigt den britischen Wunsch, an den Bemühungen um eine europäische politische Einigung beteiligt zu werden. Der Bundesminister zeigt sich überzeugt, daß die USA ebenso wie die Bundesregierung an den Kerngedanken der MLF-Planungen festhielten. Hinsichtlich der europäischen Politik betont er das französische und niederländische Desinteresse an neuen Institutionen.

373 05.12. Aufzeichnung des Staatssekretärs Lahr S. 1446

Lahr hält aus einem Gespräch vom 27. November mit dem Leiter der Wirtschaftsabteilung im französischen Außenministerium fest, er sei dem Eindruck unzureichender Rüstungskäufe der Bundesrepublik in Frankreich entgegengetreten. Er habe Wormser darauf hingewiesen, daß Frankreich nach den USA der zweitwichtigste Lieferant von militärischer Ausrüstung für die Bundeswehr sei. Schließlich habe er bedauert, daß zu den bestehenden bilateralen Meinungsverschiedenheiten „Differenzpunkte hinzuträten, die in Wirklichkeit keine seien".

374 05.12. Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens S. 1449

Carstens gibt Informationen des Botschafters de Margerie über ein Gespräch des französischen Außenministers mit dem Staatssekretär im amerikanischen Außenministerium wieder. Ball habe als wesentlichen Zweck der geplanten MLF herausgestellt, die Bundesrepublik nicht auf Dauer zu diskriminieren. Dem sei von Couve de Murville entgegengehalten worden, daß die Schaffung einer „westdeutschen Atomstreitmacht" dem Streben nach Wiedervereinigung zuwiderliefe; zudem störe eine MLF die europäische Einigung und führe nicht zu einer wirklichen Mitsprache bei den Entscheidungen der USA. Ball habe das amerikanische Festhalten am „Kontrollrecht an den Atomwaffen" bestätigt. Carstens schließt, er habe gegenüber de Margerie die besondere Bedeutung des MLF-Projekts für die Bundesrepublik bekräftigt.

375 08.12. Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem italienischen Außenminister Saragat in Rom S. 1451

Schröder beurteilt die Unterschiede zwischen der Europa-Initiative der Bundesregierung und den europapolitischen Vorschlägen Italiens als „insgesamt nicht sehr tiefgehend". Er befürchtet jedoch, daß Frankreich auf beide Vorlagen mit der Forderung nach vorrangiger Einigung in den „politischen Substanzfragen" reagieren und hinsichtlich der Verteidigungspolitik einen Verzicht auf die geplante MLF verlangen werde. Demgegenüber betont der Bundesminister den Vorrang von institutionellen Fortschritten und klaren Verfahrensregeln, insbesondere für eine Beteiligung anderer Staaten wie Großbritannien. Saragat stimmt zu, daß eine eventuelle Außenministerkonferenz der EWG-Staaten auf Themen dieser Art beschränkt bleiben sollte. Hinsichtlich des MLF-Projekts hebt er die Befürwortung durch die italienischen Regierungsparteien hervor, weist aber auch auf die Bedeutung der britischen Haltung hin. Anders als Schröder hält er zudem Kompromisse hinsichtlich der Struktur einer MLF für denkbar. Auf die Erläuterung des deutschen Vorschlags zur Regelung des EWG-Getreidepreises reagiert er mit dem Hinweis, daß jetzt Italien „mit der notwendigen Härte" Forderungen im Agrarbereich vertreten werde.

376 09.12. Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit Präsident Park S. 1457

Der Bundeskanzler betont die Gemeinsamkeit der Interessen aller freien Staaten gegenüber dem Kommunismus. Als Gegengewicht hält er sowohl wirtschaftliche Prosperität als auch militärische Kooperation für notwendig und spricht sich für die Schaffung einer nordasiatischen Verteidigungsallianz nach dem Vorbild der NATO aus. Er bekräftigt, daß weder die Teilung Koreas noch die Deutschlands gewaltsam zu überwinden seien,

und begrüßt die Bemühungen der Republik Korea (Südkorea) um eine Annäherung an Japan, deren Bedeutung er mit der deutsch-französischen Aussöhnung vergleicht. Es gehe, so Erhard weiter, um die Frage, „wie man die Menschen zur Beruhigung bringen" könne, und damit um die Frage des wirtschaftlichen Aufbaus. Park dankt für die Wirtschafshilfe der Bundesrepublik und betont, „daß man von Deutschland noch viel lernen müsse".

377 09.12. Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem französischen Außenminister Couve de Murville in Paris S. 1463

Der Bundesminister erläutert die Schwierigkeiten in den Gesprächen mit der tschechoslowakischen Regierung über einen Austausch von Handelsvertretungen. Couve de Murville hält die Tschechoslowakei im Vergleich zu den übrigen Ostblock-Staaten für „noch am stalinistischsten". Er plädiert für eine gemeinsame Politik, um die Unabhängigkeit dieser Staaten zu fördern, und erklärt, dabei „müsse man die 'DDR' einfach beiseite lassen". Schröder ergänzt, eine solche Politik müsse im Interesse einer Wiedervereinigung Deutschlands die Bedeutung der DDR verringern, und trägt den Gedanken vor, der UdSSR die Bildung eines Viermächte-Gremiums vorzuschlagen. Couve de Murville bekräftigt den Vorrang der ausstehenden Agrarfragen in der EWG vor Fortschritten zur politischen Einigung. Er gibt der Europa-Initiative der Bundesregierung den Vorzug vor den Vorschlägen Italiens, warnt jedoch vor zu hohen Erwartungen. Schröder betont die Notwendigkeit einer „Verständigung über ein Minimum an Prozedur". Hinsichtlich des MLF-Projekts bedauert er die zur Ablehnung gewandelte Haltung Frankreichs und begründet das unveränderte Interesse der Bundesrepublik. Couve de Murville bezweifelt den militärischen Nutzen und vermutet, den USA gehe es lediglich um eine Verstärkung ihrer Dominanz in Europa. Ausweichend beantwortet er die Frage nach einer französischen Alternative zur MLF. Beide Seiten konstatieren einen offenen Dissens.

378 09.12. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Böker S. 1480

Böker faßt ein Gespräch mit dem marokkanischen Botschafter zusammen. Böker erklärte, „das Auswärtige Amt und weiteste deutsche Kreise" wünschten eine baldige Beendigung der militärischen Zusammenarbeit mit Israel. Er wies ferner darauf hin, daß die Ablehnung diplomatischer Beziehungen eventuell nicht aufrechterhalten werden könne, und erwähnte die Möglichkeit eines Austauschs von Handelsvertretungen mit Israel. Abdeljalil sprach sich gegen ein gesetzliches Verbot von Rüstungsexporten der Bundesrepublik an Staaten außerhalb der NATO aus, da damit der Eindruck entstünde, daß die „mili-

tärische Überlegenheit Israels" verewigt werden solle. Er wandte sich ferner gegen jeden Versuch, die Frage des künftigen deutsch-israelischen Verhältnisses allein mit dem ägyptischen Präsidenten zu erörtern; Nasser sei nicht mehr das „Idol der arabischen Welt" und könnte trotz der Konsultation „im Zusammenspiel mit den Sowjets" die Bundesrepublik „in eine Falle locken", um anschließend eine Anerkennung der DDR zu betreiben und die Hallstein-Doktrin zu Fall zu bringen.

379 10.12. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Ruete S. 1483

Ruete hält aus einer Sitzung der Bonner Vierergruppe fest, daß Vertreter der sowjetischen Botschaft in Ost-Berlin gegenüber Mitarbeitern der Missionen der drei Westmächte Interesse an informellen Zusammenkünften im westlichen Stadtgebiet bekundet hätten. Es handle sich vermutlich um einen Versuch, „eine Viermächte-Verantwortung nur für West-Berlin" vorzubereiten. Die Drei Mächte planten, den Vorschlag unter bestimmten Bedingungen aufzugreifen, um die UdSSR wieder stärker auf die Viermächte-Verantwortung für ganz Berlin zu verpflichten. Ruete empfiehlt eine Zustimmung der Bundesregierung.

380 11.12. Ausführungen des Bundeskanzlers Erhard gegenüber dem amerikanischen Botschafter McGhee S. 1485

Erhard betont das Interesse an einer baldigen Entscheidung zugunsten der MLF auf einer „möglichst breiten Grundlage". Der vorgesehene Umfang des Projekts sei ein „Minimum", der britische Vorschlag, weitgehend wertlose Bomber einzubringen, dagegen wenig sinnvoll; Großbritannien wolle sich damit nur „billig in die MLF einkaufen". Zur Verstärkung des europäischen Elements wünscht der Bundeskanzler eine möglichst enge Anbindung an SACEUR. Er zeigt sich überzeugt, daß auch Staatspräsident de Gaulle noch für eine Mitwirkung gewonnen werden könne, da Frankreich sich mit dem Aufbau der Force de frappe übernommen habe und die Bundesrepublik sich nicht auf das „Abenteuer" einer Unterstützung einlassen werde; während die Finanzmittel im Fall der MLF angebracht seien, würden sie bei einer Beteiligung an der Force de frappe „in ein Faß ohne Boden" geworfen. Erhard kritisiert die strategischen Kalkulationen des französischen Staatspräsidenten und konstatiert, „de Gaulles Politik sei nur möglich, weil es die USA gebe". Zu den Modalitäten für einen Einsatz der MLF erklärt er, nur einigen europäischen Teilnehmerstaaten solle „nach einem Schlüssel" ein Vetorecht gewährt werden.

381 11.12. Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem britischen Außenminister Gordon Walker in Dorneywood S. 1493

Schröder regt die Einsetzung eines Viermächte-Gremiums zur Erörterung der Deutschland-Frage an. Gordon Walker weist darauf hin, daß der sowjetische Außenminister Gromyko deutschlandpolitische Gesprächsbereitschaft signalisiert habe. Er vermutet dahinter die Absicht, das MLF-Projekt zu verzögern. Auf das Plädoyer von Schröder für einen Abschluß der MLF-Verhandlungen innerhalb von drei Monaten reagiert Gordon Walker mit Zurückhaltung und verweist auf innenpolitische Schwierigkeiten in den USA und Großbritannien. Hinsichtlich der Politik des französischen Staatspräsidenten äußert er die Besorgnis, „daß de Gaulle mit den USA brechen wolle". Schröder erklärt dagegen, de Gaulle handle nach seinen Interessen und verhalte sich „wie ein Pokerspieler".

382 11.12. Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem britischen Außenminister Gordon Walker in London S. 1498

Gordon Walker berichtet von den Gesprächen des Premierministers Wilson vom 7. bis 9. Dezember in Washington über den britischen Vorschlag einer „Atlantic Nuclear Force". Die amerikanischen Gesprächspartner hätten prinzipiell auf einer Erhaltung des Vetorechts der USA bestanden; britischerseits sei die Ablehnung einer nur aus Überwasserschiffen bestehenden Streitmacht erklärt und gegen ihre Unterstellung unter SACEUR argumentiert worden. Schröder teilt den Wunsch nach schnellen Entscheidungen, zumal schon beinahe zwei Jahre verhandelt werde und ein Vertrag „fast schon unterschriftsreif" gewesen sei. Er verteidigt das bisherige MLF-Projekt und tritt für eine Unterstellung unter SACEUR ein. Eine Einbeziehung britischer U-Boote hält er für denkbar, eine Einbeziehung von Bombern wegen deren rascher Veraltung für wenig gewinnbringend. Besonderen Wert legt er auf eine Beteiligung Großbritanniens an der im MLF-Konzept vorgesehenen Überwasserflotte. Zur Anregung einer „Nichtweiterverbreitungsklausel" für Kernwaffen signalisiert Schröder Zustimmung, wenn die Möglichkeit einer Teilnahme der Bundesrepublik an einer künftigen europäischen Atommacht offenbleibe.

383 11.12. Gespräch des Bundesministers Schröder mit Premierminister Wilson in London S. 1510

Mit Bezug auf die Äußerungen des Premierministers am 23. November vor dem britischen Unterhaus gegen eine Verfügungsgewalt der Bundesrepublik über Atomwaffen betont Schröder „die deutsche Anfälligkeit auf alles, was einer Diskriminierung ähnlich sähe". Er legt dar, daß die Motive zur Teilnahme an einer MLF ausschließlich verteidigungspolitischer

Natur seien; daher handle es sich für die Bundesregierung nicht darum, „wer den Finger am Abzug habe". Wilson spricht sich für eine „glaubwürdige kollektive nukleare Abschreckung unter gleichzeitiger Vermeidung der Verbreitung von Atomwaffen" aus. Schröder hält eine Verbindung des MLF-Projekts mit dem britischen Vorschlag einer ANF für möglich, beharrt jedoch auf der Bildung einer Überwasserflotte, um auch „politisch-psychologisch überzeugend" das Mitwirken der „nichtnuklearen Mächte" zum Ausdruck zu bringen. Zudem sei eine britische Beteiligung an der gemischten Besatzung von besonderer Bedeutung.

384 11.12. Staatssekretär Carstens an Bundesminister Schröder, z. Z. London S. 1513

Carstens nimmt zu den britischen Vorstellungen hinsichtlich der geplanten MLF Stellung. Er vertritt die Ansicht, daß das Prinzip der gleichberechtigten Teilnahme von Großbritannien, der Bundesrepublik, Italien „und eventuell Frankreich" eindeutiger zum Ausdruck gebracht werden müsse. Ein Abkommen über die Nichtverbreitung von Atomwaffen hält er nur unter bestimmten Voraussetzungen für denkbar, eine Einbeziehung von Pershing-Raketen für unmöglich. Das britische Argument, SACEUR dürfe nicht über Waffen verfügen, die in das „Herz des Sowjetreiches" zielten, bezeichnet er als abwegig, weil eine Bedrohung nur von der UdSSR ausgehe. Positiv wertet er die Position der USA, nicht unbedingt für immer auf ihrem Vetorecht bei einem eventuellen Einsatz der MLF bestehen zu wollen.

385 11.12. Vermerk des Ministerialdirektors Jansen S. 1515

Jansen faßt den Bericht des Bundestagspräsidenten vor einem interfraktionellen Gremium des Bundestags über seinen Besuch vom 20. bis 23. November in der VAR zusammen. Gerstenmaier wies darauf hin, daß Präsident Nasser in allen Israel betreffenden Fragen unter dem Druck der arabischen Öffentlichkeit stehe, und plädierte für „größte Diskretion" in der öffentlichen Diskussion der Bundesrepublik. Er trat ferner für eine parlamentarische Gesetzesinitiative zugunsten eines prinzipiellen Verbots von Rüstungsexporten in Staaten außerhalb der NATO ein. In der sich anschließenden Diskussion wurde auf die negativen Folgen einer solchen „Radikallösung" vor allem im Hinblick auf Afrika hingewiesen.

386 14.12. Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit dem sowjetischen Botschafter Smirnow S. 1517

Smirnow erläutert die außenpolitischen Ziele der neuen sowjetischen Regierung und drückt die Hoffnung aus, daß die Bundesregierung Vorschläge zur Abrüstung und europäischen

Sicherheit unterstützen werde. Besorgt zeigt er sich über die geplante MLF und eine Beteiligung der Bundesrepublik, die nicht zuletzt eine „Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten" erschweren würde. Erhard befürwortet eine kontrollierte Abrüstung, wendet sich aber gegen eine Diskriminierung einzelner Staaten. Er erläutert, die MLF solle ein Gegengewicht gegen die Bedrohung Westeuropas durch sowjetische Mittelstreckenraketen bilden; es gehe nicht um eine Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen, sondern um den „Schutz des eigenen Landes mit gleichwertigen Mitteln". Smirnow bezeichnet das MLF-Projekt als „Rückschritt auf dem Gebiet der internationalen Entspannung" und als Hindernis für eine Wiedervereinigung Deutschlands. Der Bundeskanzler regt Gespräche der Vier Mächte über die Deutschland-Frage an und erklärt, daß sich bei Fortschritten „unter Umständen auch die MLF-Frage zurückstellen" lasse. Er schließt mit der Feststellung, daß die Bundesrepublik um einer Wiedervereinigung willen bereit sei, „große materielle und politische Opfer zu bringen".

387 14.12. Gespräch des Bundesministers Schröder mit den Außenministern Rusk, Gordon Walker und Couve de Murville in Paris S. 1528

Bundesminister Schröder bringt seine Enttäuschung über die Zurückhaltung in der Frage einer neuen Deutschland-Initiative zum Ausdruck. Er tritt dafür ein, der UdSSR die Bildung eines Viermächte-Gremiums zur Behandlung der Deutschland-Frage vorzuschlagen. Der amerikanische Außenminister Rusk steht deutschlandpolitischen Gesprächen mit der UdSSR skeptisch gegenüber und betont, es müsse vor einer neuen Initiative „klar sein, wo der Weg hinführe". Er verweist auf die Frage der Ostgrenzen Deutschlands und die unvermeidliche Positionsbestimmung der drei Westmächte, die „nicht angenehm für die deutsche Öffentlichkeit" wäre. Schröder räumt ein, daß eine Übereinstimmung in der Deutschland-Frage derzeit nicht erzielt werden könne, hält jedoch das Risiko einer Initiative gegenüber der UdSSR für gering. Zur Frage eines Besuchs des sowjetischen Ministerpräsidenten erklärt er, Kossygin werde allenfalls „in fernerer Zukunft" in die Bundesrepublik kommen, während der ehemalige Ministerpräsident Chruschtschow „lieber heute als morgen" gereist wäre.

388 15.12. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Böker S. 1534

Böker referiert ein Gespräch mit dem Ersten Sekretär der amerikanischen Botschaft. Böker versprach, die von Sutterlin vorgetragene Bitte weiterzuleiten, die Geheimhaltung der über die Bundesrepublik abgewickelten Panzerlieferungen der USA an Israel zu wahren. Allerdings machte er darauf aufmerksam, daß

die arabischen Staaten durch ihre Geheimdienste „sehr genau" über die militärische Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und Israel informiert seien. Das Lieferverfahren selbst bewertete er jedoch als „seltsame Idee"; gesetzgeberische Maßnahmen könnten die Folge sein. Sutterlin stellte die Verantwortlichkeit des amerikanischen Verteidigungsministeriums heraus.

389 15.12. Botschafter Klaiber, Paris, an Staatssekretär Carstens S. 1535

Klaiber leitet Informationen der britischen Botschaft in Paris über ein Gespräch des britischen mit dem französischen Außenminister weiter. Gordon Walker habe den Vorschlag einer „Atlantic Nuclear Force" dargelegt. Eine ANF sei jedoch von Couve de Murville ebenso wie eine MLF verworfen worden, da die militärische Integration nur die amerikanische „Vorherrschaft" sichere; schon jetzt sei die Bundeswehr eine Art „foreign legion" der USA. Eine Beteiligung Italiens und der Bundesrepublik an der Force de frappe – nach Bildung einer europäischen politischen Union – habe Couve de Murville abgelehnt, weil Italien ein Mitspracherecht nicht wünsche und es für die Bundesrepublik „im Hinblick auf die Teilung Deutschlands" nicht in Frage komme. Die Möglichkeit eines Austritts aus der NATO habe er nicht ausgeschlossen, falls deren Entwicklung „weiter für Frankreich unbefriedigend" verlaufe.

390 16.12. Vermerk des Staatssekretärs Carstens S. 1537

Carstens hält ein Gespräch mit dem Staatssekretär im Bundesministerium der Verteidigung, Gumbel, fest. Dem Gedanken, für die Bundeswehr einen amerikanischen Flugplatz in Spanien zu übernehmen, gab Carstens den Vorzug vor einem entsprechenden Projekt in Portugal. Er machte aber auf mögliche Kritik im In- und Ausland aufmerksam und empfahl Gumbel, die Frage bis Ende 1965 zurückzustellen.

391 17.12. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Müller-Roschach S. 1538

Der Leiter des Planungsstabs weist darauf hin, daß die Berufung auf das Selbstbestimmungsrecht als Grundlage der Deutschland-Politik insofern problematisch sei, als die Ostblock-Staaten dadurch ihre gesellschaftspolitische Ordnung in Frage gestellt sehen könnten. Die Bundesregierung solle diesen Staaten daher Bereitschaft zu stillschweigender Anerkennung der inneren Ordnung sowie des „sozialistischen Internationalismus" signalisieren, sofern sie ihrerseits gegenüber der UdSSR für eine „Entlassung Mitteldeutschlands aus dem kommunistischen Lager" einträten. Müller-Roschach empfiehlt, entspre-

chende Sondierungen über ausgewählte Auslandsvertretungen in den blockfreien Staaten einzuleiten und die Handelsvertretungen in den Ostblock-Staaten über die skizzierten Überlegungen zu unterrichten.

392 19.12. Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem amerikanischen Botschafter McGhee S. 1541

Angesichts in der Bundesrepublik geäußerter Zweifel am amerikanischen Engagement für die geplante MLF wünscht Schröder „starke Hinweise", daß die USA ernsthaft um eine Lösung der durch den britischen ANF-Vorschlag aufgeworfenen Probleme bemüht seien. McGhee erwidert, Präsident Johnson wolle das Projekt nicht erzwingen; es „müsse sich natürlich entwikkeln". Schröder entgegnet, es gehe nicht um Zwang, sondern um eine konstruktive Überwindung der bestehenden Meinungsverschiedenheiten, und damit „eher um eine Frage der Psychologie". Abschließend erklärt er, daß er „der Optik wegen" derzeit nicht beabsichtige, den Vorschlag eines Viermächte-Gremiums zur Behandlung der Deutschland-Frage in der Washingtoner Botschaftergruppe erörtern zu lassen.

393 21.12. Aufzeichnung des Botschaftsrats I. Klasse Hartlieb, Paris (NATO) S. 1544

Hartlieb analysiert die britischen Vorschläge zur Schaffung einer „Atlantic Nuclear Force" und vergleicht sie mit dem bisherigen MLF-Konzept. Eingehend widmet er sich den Problemfeldern der Art, Bestückung und Bemannung der einzubeziehenden Waffensysteme sowie der Organisation, Kommandostruktur und politischen Kontrolle. Kritisch äußert er sich zu dem Gedanken, das Projekt mit Verpflichtungen hinsichtlich der Nichtverbreitung von Atomwaffen zu verbinden. Er vermutet dahinter die Zielsetzung, die Bundesrepublik zu „entnuklearisieren", eine europäische Atommacht zu verhindern und „eine faktische, später auch juristische Anerkennung des Status quo" vorzubereiten. Zusammenfassend stellt er fest, die britischen Vorschläge dienten der Absicht, Großbritannien in einer MLF/ANF eine führende Rolle neben den USA im Sinne eines „angloamerikanischen Direktoriums" zu sichern und zugleich ein nationales Abschreckungspotential zu bewahren. Dagegen werde die Bundesrepublik zwanzig Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs in einer Weise diskriminiert, die mit ihrer Stellung „als Faktor von europäischem und weltpolitischem Rang" nicht vereinbar sei.

394 22.12. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jansen S. 1555

Jansen informiert über Ausführungen des ägyptischen Botschafters gegenüber dem Leiter des Referats „Naher Osten und Nordafrika", Schirmer. Mansour habe die Warnung bekräftigt, daß die VAR im Fall einer Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Israel die DDR anerkennen würde. Als Ausweg aus der „gegenwärtigen Sackgasse" habe er gegenseitige Unterstützung empfohlen, einerseits für einen Ausgleich der Bundesrepublik mit dem Ostblock und andererseits für nicht näher definierte „Verhandlungen zwischen den Arabern und Israel". Er sei ferner dafür eingetreten, sowohl einen von Bundeskanzler Erhard öffentlich vorgeschlagenen Austausch von Handelsvertretungen mit Israel als auch die Aushandlung weiterer Wirtschaftshilfe für die VAR vor dem geplanten Besuch des Präsidenten Nasser in der Bundesrepublik abzuschließen und den Aufenthalt selbst nicht technischen Detailfragen, sondern grundsätzlichen Gesprächen über die „Möglichkeit einer ägyptisch-deutschen Verständigung" zu widmen.

395 22.12. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jansen S. 1557

Jansen nimmt zu den von Staatssekretär Carstens vorgesehenen Änderungen an der Kabinettsvorlage zur Frage der Waffenlieferungen an Israel Stellung. Er hält es für unmöglich, die noch ausstehenden Lieferungen von Panzern und U-Booten zu Ende zu führen und zugleich eine „Neuordnung" des Verhältnisses sowohl zu Israel als auch zu den arabischen Staaten zu erreichen. Auch würde nach Ansicht von Jansen die Argumentation unglaubwürdig, daß gesetzliche Maßnahmen gegen die Tätigkeit deutscher Experten in der ägyptischen Rüstungsindustrie der Verhinderung von Kriegsvorbereitungen im Nahen Osten dienen sollten.

396 23.12. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Sachs S. 1559

Sachs erläutert die Finanzierung der ausstehenden Lieferung von 150 Panzern an Israel. Die unentgeltliche Überlassung werde durch den Austausch gebrauchter Modelle der Bundeswehr erfolgen. Der Neukauf gehe zulasten des Beschaffungskontos des Bundesministeriums der Verteidigung, die Ausbuchung der alten Fahrzeuge zulasten des Titels „Ausrüstungshilfe", wobei der bislang vorgesehene Gesamtbetrag für das Sonderprojekt „Frank./Kol." von etwa 250 Millionen DM wahrscheinlich auf 270 Millionen DM erhöht werden müsse.

397 23.12. Bundesminister Schröder an Botschafter von Walther, Ankara S. 1560

Schröder teilt mit, er erwäge, Polen den Abschluß eines politischen Vertrags anzubieten. Er bittet festzustellen, ob Sondierungsgespräche über den polnischen Botschafter in Ankara, Gebert, arrangiert werden könnten, und ermächtigt Walther, nötigenfalls von dem Vorhaben eines Nichtangriffsabkommens Kenntnis zu geben.

398 23.12. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Ruete S. 1562

Ruete erörtert den Vorschlag des polnischen Außenministers Rapacki, eine „Konferenz zum Studium des Problems der europäischen Sicherheit" einzuberufen. Er hebt die deutschlandpolitischen Nachteile hervor, plädiert jedoch aus taktischen Gründen gegen eine Ablehnung. Statt dessen solle die Bundesregierung eine Konferenz als erwägenswert bezeichnen, wenn auch das Selbstbestimmungsrecht behandelt würde und die Teilnahme der Vier Mächte sowie der Ausschluß von Staaten, die nicht von allen Teilnehmern anerkannt seien, gesichert wäre. Ruete regt entsprechende Konsultationen in der Washingtoner Botschaftergruppe an.

399 28.12. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Sachs S. 1565

Sachs empfiehlt, Verhandlungen über eine Modifizierung des deutsch-amerikanischen Devisenausgleichsabkommens vom 11. Mai 1964 zu verschieben. Vermutlich werde erst im Februar 1965 absehbar, ob der zugesagte vollständige Devisenausgleich nicht geleistet werden könne. Neue Verhandlungen besäßen nur dann Erfolgsaussicht, wenn die USA die gleichzeitigen Belastungen der Bundesrepublik durch den Devisenausgleich mit Großbritannien würdigten oder sogar – eventuell gegen britische Konzessionen zugunsten der MLF – zu einer Verlagerung deutscher Rüstungskäufe von USA nach Großbritannien bereit wären. Es bestünde dann die Möglichkeit trilateraler Gespräche, durch die der bisherige doppelte Druck auf die Bundesregierung „besser abgefangen werden" könnte.

400 30.12. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Krapf S. 1568

Krapf weist darauf hin, daß die drei Westmächte in der Deutschland-Frage wenig Neigung zeigten, „sich für uns gegenüber den Sowjets zu engagieren". Vor diesem Hintergrund befürwortet er den Vorschlag des Planungsstabs, die „Selbstbestimmungspolitik" der Bundesregierung gegenüber den Ostblock-Staaten so zu präzisieren, daß deren Interessengemeinschaft mit der DDR aufgelockert werde. Zwar würde, so gibt Krapf zu bedenken, im Gegenzug unvermeidlich das Problem der Oder-Neiße-Linie

aufgeworfen werden, doch sei es entscheidend, hinsichtlich der Wiedervereinigung aus der „derzeitigen Stagnation" herauszukommen.

401 30.12. Botschafter Knappstein, Washington, an das Auswärtige Amt S. 1570

Knappstein stellt fest, der amerikanische Präsident habe nach seinem Wahlsieg, anders als erwartet, in der Außenpolitik eine Linie des „soft approach" verfolgt. Die propagierte Flexibilität wirke sich besonders hinsichtlich des MLF-Projekts aus, für das Johnson eine Berücksichtigung der britischen ANF-Vorschläge wünsche und durch „Fallenlassen des amerikanischen Drucks" Spannungen in der NATO vermeiden und eine eventuelle Mitwirkung Frankreichs erreichen wolle. Diese Haltung entspringe vor allem der Rücksichtnahme auf die amerikanische Öffentlichkeit und den Kongreß, deren Kritik durch die heftige französische Ablehnung der MLF ausgelöst worden sei. Johnson wolle sich nicht dem Vorwurf aussetzen, er schreite auf einem „Kollisionskurs" voran, der die NATO spalten könnte. Gleichwohl bestehe das Interesse an einer Lösung des „nuklearen Problems" der NATO im Sinne des MLF-Projekts fort. Der Botschafter rät, der amerikanischen Regierung einen deutsch-italienischen Gegenentwurf zum britischen ANF-Vorschlag vorzulegen, in dem von Großbritannien zu stellende U-Boote und – für eine Übergangszeit – auch Bomber einbezogen werden sollten.

402 31.12. Aufzeichnung des Staatssekretärs Lahr S. 1578

Lahr faßt ein Gespräch mit dem französischen Botschafter zusammen. De Margerie teilte mit, Frankreich plane bis 1967 eine erhebliche Ausweitung des Handels mit der DDR und wolle Lieferkredite mit einer Laufzeit bis zu fünf Jahren gewähren. Lahr zeigte sich überrascht über die „brüske und starke Steigerung", die zu unnötigen Belastungen im deutsch-französischen Verhältnis führen könne. Er kritisierte, daß die Bundesregierung „nur informiert, aber nicht konsultiert" werde, und bat, eine Stellungnahme abzuwarten. De Margerie konstatierte, Frankreich könne kaum mehr vom Verhandlungsergebnis mit der DDR abrücken, da „die Vereinbarung als so gut wie unterschrieben" betrachtet werden müsse.

Literaturverzeichnis

AAPD 1963	Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland, Bde. I–III, hrsg. im Auftrag des Auswärtigen Amts vom Institut für Zeitgeschichte, bearbeitet von Rainer A. Blasius, Mechthild Lindemann und Ilse Dorothee Pautsch, München 1994.
ABKOMMEN VON MÜNCHEN 1938	Das Abkommen von München 1938. Tschechoslowakische diplomatische Dokumente 1937–1939, zusammengestellt, mit Vorwort und Anmerkungen versehen von Vaclav Kral, Prag 1968.
ACHTER GESAMTBERICHT (1965)	Achter Gesamtbericht über die Tätigkeit der Gemeinschaft (1. April 1964 – 31. März 1965), hrsg. von der Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, [Brüssel] 1965.
ADAP, D, II	Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918–1945. Serie D (1937–1945). Bd. II: Deutschland und die Tschechoslowakei (1937–1938), Baden-Baden 1950.
ADAP, D, IV	Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918–1945. Serie D (1937–1945). Bd. IV: Die Nachwirkungen von München. Oktober 1938 – März 1939, Baden-Baden 1951.
ADAP, D, VII	Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918–1945. Serie D (1937–1945). Bd. VII: Die letzten Wochen vor Kriegsausbruch. 9. August bis 3. September 1939, Baden-Baden 1956.
ADAP, D, IX	Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918–1945. Serie D (1937–1945). Bd. IX: Die Kriegsjahre. 2. Teilband: 18. März bis 22. Juni 1940, Frankfurt a.M. 1962.
ADENAUER, Erinnerungen II	Konrad Adenauer, Erinnerungen 1953–1955, Stuttgart 1966.
ADENAUER, Erinnerungen III	Konrad Adenauer, Erinnerungen 1955–1959, Stuttgart 1967.
ADENAUER, Erinnerungen IV	Konrad Adenauer, Erinnerungen 1959–1963. Fragmente, Stuttgart 1968.
AdG	Archiv der Gegenwart (bis 1955: Keesing's Archiv der Gegenwart), zusammengestellt bzw. begründet von Heinrich von Siegler, 1931 ff.
ADSHUBEJ, Gestürzte Hoffnung	Alexej Adshubej, Gestürzte Hoffnung. Meine Erinnerungen an Chruschtschow, Berlin 1990.

L'ANNÉE POLITIQUE 1959	L'Année Politique 1959. Revue chronologique des principaux faits politiques diplomatiques, économiques et sociaux de la France et de la Communauté et bilan des organisations européennes du 1er janvier au 31 décembre 1959, Paris 1960.
L'ANNÉE POLITIQUE 1964	L'Année Politique, économique, sociale et diplomatique en France 1964, Paris 1965.
ANNUARIO PONTIFICIO 1964	Annuario Pontificio per l'anno 1964. [Rom] 1964.
ANNUARIO PONTIFICIO 1965	Annuario Pontificio per l'anno 1965. [Rom] 1965.
BT ANLAGEN	Verhandlungen des Deutschen Bundestages. Anlagen zu den Stenographischen Berichten, Bonn 1950 ff.
BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE	Verhandlungen des Deutschen Bundestages. Stenographische Berichte, Bonn 1950 ff.
BULLETIN	Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Bonn 1951 ff.
BULLETIN DER EWG	Bulletin der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, hrsg. vom Sekretariat der Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, Brüssel 1958 ff.
BUNDESHAUSHALTSPLAN 1964	Bundeshaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1964, [Bonn] 1964.
CARSTENS, Erinnerungen	Karl Carstens, Erinnerungen und Erfahrungen, hrsg. von Kai von Jena und Reinhard Schmoekkel, Boppard am Rhein 1993.
CHARTER OF THE UNITED NATIONS	Charter of the United Nations. Commentary and Documents, hrsg. von Leland M. Goodrich und Edvard Hambro, 2. Auflage, London 1949.
CONGRESSIONAL RECORD, Bd. 92	United States of America, Congressional Record. Proceedings and Debates of the 79th Congress. Second Session. Bd. 92, Washington D.C. 1946.
CONGRESSIONAL RECORD, Bd. 104	United States of America, Congressional Record. Proceedings and Debates of the 85th Congress. Second Session. Bd. 104, Washington D.C. 1958.
CONGRESSIONAL RECORD, Bd. 109	United States of America, Congressional Record. Proceedings and Debates of the 88th Congress. Second Session. Bd. 109, Washington D.C. 1963.

DBFP, 3. Serie, Bd. II	Documents on British Foreign Policy 1919–1939, hrsg. von E.L. Woodward und Rohan Butler unter Mitarbeit von Margaret Lambert. 3. Serie. Bd. II: 1938, London 1949.
DBFP, 3. Serie, Bd. IV	Documents on British Foreign Policy 1919–1939, hrsg. von E.L. Woodward und Rohan Butler unter Mitarbeit von Margaret Lambert. 3. Serie. Bd. IV: 1939, London 1951.
DDF, 2. Serie, Bd. XV	Documents diplomatiques français 1932–1939, hrsg. vom Ministère des Affaires Étrangères, Commission de Publication des Documents Relatifs aux Origines de la Guerre 1939–1945. 2 Serie (1936–1939). Bd. XV (16 Mars–30 Avril 1939), Paris 1981.
DDF 1957, Bd. II	Documents diplomatiques français 1957, hrsg. vom Ministère des Affaires Étrangères, Commission de Publication des Documents Diplomatiques Français. Bd. II (1er Juillet–31 Décembre), Paris 1991.
DEPARTMENT OF STATE BULLETIN	The Department of State Bulletin. The Official Weekly Record of United States Foreign Policy, Washington D.C 1939 ff.
DEUTSCH-ISRAELISCHER DIALOG I/1	Der deutsch-israelische Dialog. Dokumentation eines erregenden Kapitels deutscher Außenpolitik, hrsg. von Rolf Vogel, Teil I/1: Politik, München/New York/London/Paris 1989.
DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1945–1959	Documents on Disarmament 1945–1959, hrsg. vom Department of State, Washington D.C. 1960.
DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1961	Documents on Disarmament 1961, hrsg. von der United States Arms Control and Disarmament Agency, Washington D.C. 1962.
DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1962	Documents on Disarmament 1962, hrsg. von der United States Arms Control and Disarmament Agency, Washington D.C. 1963.
DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1963	Documents on Disarmament 1963, hrsg. von der United States Arms Control and Disarmament Agency, Washington D.C. 1964.
DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1964	Documents on Disarmament 1964, hrsg. von der United States Arms Control and Disarmament Agency, Washington D.C. 1965.
DOCUMENTS ON GERMANY UNDER OCCUPATION	Documents on Germany under Occupation 1945–1954, hrsg. von Beate Ruhm von Oppen, Oxford 1955.

DOKUMENTATION ZUR ABRÜSTUNG UND SICHERHEIT, II	Dokumentation zur Abrüstung und Sicherheit. Bd. II: 1960–1963, zusammengestellt von Heinrich Siegler, Bonn/Wien/Zürich 1965.
DOKUMENTATION ZUR ABRÜSTUNG UND SICHERHEIT, III	Dokumentation zur Abrüstung und Sicherheit. Bd. III: 1964–1965, zusammengestellt von Heinrich Siegler, Bonn/Wien/Zürich 1967.
DOKUMENTATION ZUR DEUTSCHLANDFRAGE I	Dokumentation zur Deutschlandfrage. Von der Atlantik-Charta 1941 bis zur Berlin-Sperre 1961. Hauptband I: Chronik der Ereignisse von der Atlantik-Charta 1941 bis zur Aufkündigung des Viermächtestatus Berlins durch die UdSSR im November 1958, zusammengestellt von Heinrich von Siegler, 2. Auflage, Bonn/Wien/Zürich 1961.
DOKUMENTE ZUR AUSSENPOLITIK DER DDR, Bd. VIII	Dokumente zur Außenpolitik der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik. Bd. VIII: 1. Januar bis 31. Dezember 1960, hrsg. vom Deutschen Institut für Zeitgeschichte, Berlin (Ost) 1961.
DOKUMENTE ZUR AUSSENPOLITIK DER DDR, Bd. X	Dokumente zur Außenpolitik der Deutschen Demokratischen Republik, Bd. X: 1. Januar bis 31. Dezember 1962, hrsg. vom Deutschen Institut für Zeitgeschichte, Berlin (Ost) 1963.
DOKUMENTE ZUR AUSSENPOLITIK DER DDR, Bd. XI	Dokumente zur Außenpolitik der Deutschen Demokratischen Republik, Bd. XI: 1. Januar bis 31. Dezember 1963, hrsg. vom Deutschen Institut für Zeitgeschichte und vom Institut für Internationale Beziehungen in der Deutschen Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft „Walter Ulbricht", Berlin (Ost) 1965.
DOKUMENTE ZUR AUSSENPOLITIK DER DDR, Bd. XII	Dokumente zur Außenpolitik der Deutschen Demokratischen Republik. Bd. XII, hrsg. vom Institut für Internationale Beziehungen an der Deutschen Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft „Walter Ulbricht" in Zusammenarbeit mit der Abteilung Rechts- und Vertragswesen des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin (Ost) 1966.
DOKUMENTE ZUR BERLIN-FRAGE 1944–1966	Dokumente zur Berlin-Frage 1944–1966, hrsg. vom Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V., Bonn, in Zusammenarbeit mit dem Senat von Berlin, 3. Auflage, München 1967.

DOKUMENTE DES GETEILTEN DEUTSCHLAND, Bd. 1	Dokumente des geteilten Deutschland. Quellentexte zur Rechtslage des Deutschen Reiches, der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik, Bd. 1, hrsg. von Ingo von Münch, 2. Auflage, Stuttgart 1976.
DzD I	Dokumente zur Deutschlandpolitik. I. Reihe: Vom 3. September 1939 bis 8. Mai 1945, hrsg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Frankfurt a.M. 1984 ff.
DzD II	Dokumente zur Deutschlandpolitik. II. Reihe: Vom 9. Mai 1945 bis 4. Mai 1955, hrsg. vom Bundesministerium des Innern, Neuwied 1992 ff.
DzD III	Dokumente zur Deutschlandpolitik. III. Reihe: Vom 5. Mai 1955 bis 9. November 1958, hrsg. vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, 4 Bde., Frankfurt a.M. 1961–1969.
DzD IV	Dokumente zur Deutschlandpolitik. IV. Reihe: Vom 10. November 1958 bis 30. November 1966, hrsg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, 12 Bde., Frankfurt a.M. 1971–1981.
ERHARD, Gedanken	Ludwig Erhard, Gedanken aus fünf Jahrzehnten. Reden und Schriften, hrsg. von Karl Hohmann, Düsseldorf/Wien/New York 1988.
EUROPÄISCHE POLITISCHE EINIGUNG	Europäische politische Einigung 1949–1968. Dokumentation von Vorschlägen und Stellungnahmen, zusammengestellt von Heinrich Siegler, Bonn/Wien/Zürich 1968.
DE GAULLE, Discours et messages, Bd. 3	Charles de Gaulle, Discours et messages. Bd. 3: Avec le renouveau. Mai 1958–juillet 1962, [Paris] 1970.
DE GAULLE, Discours et messages, Bd. 4	Charles de Gaulle, Discours et messages. Bd. 4: Pour l'effort. Août 1962–décembre 1965, [Paris] 1970.
DE GAULLE, Lettres, notes et carnets. Janvier 1961–décembre 1963	Charles de Gaulle, Lettres, notes et carnets. Janvier 1961–décembre 1963, [Paris] 1986.
DE GAULLE, Mémoires d'espoir. Le renouveau 1958–1962	Charles de Gaulle, Mémoires d'espoir. Le renouveau 1958–1962, [Paris] 1970.
GERSTENMAIER, Streit undFriede	Eugen Gerstenmaier, Streit und Friede hat seine Zeit. Ein Lebensbericht, Frankfurt a.M./ Berlin/Wien 1981.
GREWE, Rückblenden	Wilhelm G. Grewe, Rückblenden 1976–1951, Frankfurt a.M./Berlin/Wien 1979.

HANSARD, Bd. 638	Parliamentary Debates (Hansard). House of Commons, Official Report. Fifth Series. Session 1960–61, Bd. 638, London [1961].
HANSARD, Bd. 684	Parliamentary Debates (Hansard). House of Commons, Official Report. Fifth Series. Session 1963–64, Bd. 684, London [1964].
HANSARD, Bd. 688	Parliamentary Debates (Hansard). House of Commons, Official Report. Fifth Series. Session 1963–64, Bd. 688, London [1964].
HANSARD, Bd. 696	Parliamentary Debates (Hansard). House of Commons, Official Report. Fifth Series. Session 1963–64, Bd. 696, London [1965].
HANSARD, Bd. 702	Parliamentary Debates (Hansard). House of Commons, Official Report. Fifth Series. Session 1964–65, Bd. 702, London [1965].
HANSARD, Bd. 704	Parliamentary Debates (Hansard). House of Commons, Official Report. Fifth Series. Session 1964–65, Bd. 704, London [1965].
KRONE, Aufzeichnungen	Heinrich Krone, Aufzeichnungen zur Deutschland- und Ostpolitik 1954–1969, in: Untersuchungen und Dokumente zur Ostpolitik und Biographie (Adenauer-Studien III), hrsg. von Rudolf Morsey und Konrad Repgen, Mainz 1974, S. 134–201.
LAHR, Zeuge	Rolf Lahr, Zeuge von Fall und Aufstieg. Private Briefe 1934–1974, Hamburg 1981.
LEISTUNG UND ERFOLG 1963	Leistung und Erfolg, hrsg. vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bonn [1964].
MCGHEE, An Ambassador's Account	George McGhee, At the Creation of a new Germany. From Adenauer to Brandt. An Ambassador's Account, New Haven/London 1989.
MEISSNER, Moskau-Bonn	Moskau-Bonn. Die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland 1955–1973. Dokumentation, hrsg. von Boris Meissner, 2 Bde., Köln 1975.
MENDE, Von Wende zu Wende	Erich Mende, Von Wende zu Wende 1962–1982, München/Berlin 1986.
OSTERHELD, Außenpolitik	Horst Osterheld, Außenpolitik unter Bundeskanzler Ludwig Erhard 1963–1966. Ein dokumentarischer Bericht aus dem Kanzleramt, Düsseldorf 1992.
OSTERHELD, Kanzlerjahre	Horst Osterheld, „Ich gehe nicht leichten Herzens...". Adenauers letzte Kanzlerjahre. Ein dokumentarischer Bericht, 2. Auflage, Mainz 1987.

ÖSTERREICHISCHES JAHRBUCH 1963	Österreichisches Jahrbuch 1963. Nach amtlichen Quellen hrsg. vom Bundespressedienst, 35. Folge, Wien 1964.
PARK, Country	Chung Hee Park, The Country, the Revolution and I, Seoul 1963.
PUBLIC PAPERS, JOHNSON 1963–64	Public Papers of the President of the United States. Lyndon B. Johnson. Containing the Public Messages, Speeches, and Statements of the President. November 22, 1963 to December 31, 1964, Washington D.C. 1965.
PUBLIC PAPERS, JOHNSON 1965	Public Papers of the President of the United States. Lyndon B. Johnson. Containing the Public Messages, Speeches, and Statements of the President. January 1 to December 31, 1965, Washington D.C. 1966.
PUBLIC PAPERS, KENNEDY 1961	Public Papers of the President of the United States. John F. Kennedy. Containing the Public Messages, Speeches, and Statements of the President. January 20 to December 31, 1961, Washington D.C. 1962.
PUBLIC PAPERS, KENNEDY 1962	Public Papers of the President of the United States. John F. Kennedy. Containing the Public Messages, Speeches, and Statements of the President. January 1 to December 31, 1962, Washington D.C. 1963.
PUBLIC PAPERS, KENNEDY 1963	Public Papers of the President of the United States. John F. Kennedy. Containing the Public Messages, Speeches, and Statements of the President. January 1 to November 22, 1963, Washington D.C. 1964.
REHLINGER, Freikauf	Ludwig A. Rehlinger, Freikauf. Die Geschäfte der DDR mit politisch Verfolgten 1963–1989, Berlin/ Frankfurt a.M. 1991.
SPD-FRAKTION 1964–1966	Die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag. Sitzungsprotokolle 1961–1966, bearb. von Heinrich Potthoff, 2. Halbband: 1964–1966, Düsseldorf 1993.
STATISTISCHES JAHRBUCH FÜR DIE BUNDESREPUBLIK	Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1964, hrsg. vom Statistischen Bundesamt, Stuttgart/Mainz [1964].
STRAUSS, Erinnerungen	Franz Josef Strauß, Die Erinnerungen, Berlin 1989.
UNITED NATIONS. OFFICIAL RECORDS OF THE GENERAL ASSEMBLY, Plenary Meetings, 19th Session	United Nations. Official Records of the General Assembly. Plenary Meetings. Nineteenth Session. Verbatim Records of Meetings, New York 1964.

UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie I, Bd. 8	United Nations Resolutions. Serie I: Resolutions Adopted by the General Assembly, hrsg. von Dusan J. Djonovich. Bd. 8: 1960–1962, New York 1974.
UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Bd. 9	United Nations Resolutions. Serie I: Resolutions Adopted by the General Assembly, hrsg. von Dusan J. Djonovich. Bd. 9: 1962–1963, New York 1974.
UNTS	United Nations Treaty Series. Treaties and International Agreements Registered or Filed and Recorded with the Secretariat of the United Nations, [New York] 1946/47 ff.
UNITED STATES STATUTES AT LARGE 1964, Bd. 78	United States Statutes at Large Containing the Current Laws and Concurrent Resolutions Enacted During the Second Session of the Eighty-Eigth Congress of the United States of America 1964 and Twenty-Fourth Amendment to the Constitution and Proclamations, Bd. 78, Washington D.C. 1965.
YEARBOOK OF THE UNITED NATIONS 1951	Yearbook of the United Nations 1951, hrsg. vom Department of Public Information, New York 1952.
YEARBOOK OF THE UNITED NATIONS 1956	Yearbook of the United Nations 1956, hrsg. vom Department of Public Information, New York 1957.
YEARBOOK OF THE UNITED NATIONS 1960	Yearbook of the United Nations 1960, hrsg. vom Office of Public Information, New York 1961.
YEARBOOK OF THE UNITED NATIONS 1964	Yearbook of the United Nations 1964, hrsg. vom Office of Public Information, New York 1966.
YEARBOOK OF THE UNITED NATIONS 1965	Yearbook of the United Nations 1965, hrsg. vom Office of Public Information, New York 1967.
ZEHNTER ÜBERBLICK ÜBER DIE TÄTIGKEIT DER RÄTE 1964	Zehnter Überblick über die Tätigkeit der Räte. April 1964 bis September 1964, hrsg. vom Sekretariat der Räte der Europäischen Gemeinschaften, [Brüssel] 1965.

Abkürzungsverzeichnis

AA	Auswärtiges Amt
AAPD	Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland
ABC-Waffen	atomare, biologische und chemische Waffen
Abs.	Absatz
Abt.	Abteilung
AEG	Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft
AG	Aktiengesellschaft
AHK	Alliierte Hochkommission
a.i.	ad interim
a.m.	anderes mehr
Anm.	Anmerkung
ANF	Atlantic Nuclear Force
ANR	Atlantischer Nuklear-Rat
Art.	Artikel
ATO	Allied Travel Office
AZ	Aktenzeichen
BAOR	British Army on the Rhine
BBP	Bodenbeobachtungsposten
Bd./Bde.	Band/Bände
BDI	Bundesverband der deutschen Industrie
BEG	Bundesentschädigungsgesetz
Betr./betr.	Betreff/betreffend
BID	Bank of International Development
BIZ	Bank für Internationalen Zahlungsausgleich
BM	Bundesminister(ium)
BMF	Bundesminister(ium) der Finanzen
BMG	Bundesminister(ium) für gesamtdeutsche Fragen
BMVtg	Bundesminister(ium) der Verteidigung
BMWi	Bundesminister(ium) für Wirtschaft
BRD	Bundesrepublik Deutschland
BT	Bundestag
bzw.	beziehungsweise
ca.	circa
CATAC	Commandement Aérien Tactique
CCG	Contingency Coordinating Group
CDU	Christlich-Demokratische Union Deutschlands
CGB	Christlicher Gewerkschaftsbund
CENTO	Central Treaty Organisation
ČSSR	Československá Socialistická Republika
CSU	Christlich-Soziale Union
D	(Ministerial-)Direktor
DAG	Deutsche Angestellten-Gewerkschaft
DB	Drahtbericht
DC	Democrazia Cristiana
DDR	Deutsche Demokratische Republik
Dg	(Ministerial-)Dirigent
d.h.	das heißt
d.J.	dieses Jahres
d.M.	dieses Monats
DMV	Deutscher Militärvertreter
Dok.	Dokument
dpa	Deutsche Presseagentur
EAG	Europäische Atomgemeinschaft
ECE	Economic Commission for Europe

EFTA	European Free Trade Association
EGKS	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
etc.	et cetera
EURATOM	Europäische Atomgemeinschaft
EVG	Europäische Verteidigungsgemeinschaft
evtl.	eventuell
EWA	Europäisches Währungsabkommen
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
f.	folgende
FDP	Freie Demokratische Partei
FLN	Front de Libération Nationale
FS	Fernschreiben
GATT	General Agreement on Tariffs and Trade
geh.	geheim
gez.	gezeichnet
GG	Grundgesetz
ggf.	gegebenenfalls
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
h.	hora/Stunde
h.E./H.E.	hiesigen Erachtens/ Hiesigen Erachtens
hrsg.	herausgegeben
IAEA	International Atomic Energy Agency
IARA	Inter-Allied Reparations Agency
ICBM	Inter-Continental Ballistic Missiles
IKRK	Internationales Komitee vom Roten Kreuz
IMF	International Monetary Fund
i.R.	im Ruhestand
i.V.	in Vertretung
IWF	Internationaler Währungsfonds
IZH	Interzonenhandel
km	Kilometer
KP	Kommunistische Partei
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
KPF	Kommunistische Partei Frankreichs
KPI	Kommunistische Partei Italiens
KZ	Konzentrationslager
LR I	Legationsrat I. Klasse
M.	Monsieur
MAAG	Military Assistance Advisory Group
MC	Military Committee
MC/CS	Military Committee/ Chiefs of Staff
MC/PS	Military Committee/ Permanent Secretary
MD	Ministerialdirektor
MdB	Mitglied des Bundestages
m.d.B.	mit der Bitte
MDg	Ministerialdirigent
m.E.	meines Erachtens
Mio.	Million(en)
MLF	Multilateral Force
MM	Militärmission
Mr.	Mister
MRBM	Medium Range Ballistic Missile
Mrd.	Milliarde(n)
MRP	Mouvement Républicaine Populaire
NAP	Nichtangriffspakt
NATO	North Atlantic Treaty Organisation

NEATO	North East Asian Treaty Organisation
NF	Neue Francs
NfD	Nur für den Dienstgebrauch
Nr.	Nummer
NS	Nationalsozialismus
NTSC	National Television System Committee
NV	Nichtverbreitung
o.a.	oben angeführt
OAS	Organisation de l'Armée Secrète
OAU	Organisation for African Unity
OECD	Organisation for Economic Cooperation and Development
o.V.i.A.	oder Vertreter im Amt
PAP	Polska Agencja Prasowa
p.p.	perge, perge/und so weiter
PSDI	Partito Socialista Democratico Italiano
PSI	Partito Socialista Italiano
PSIUP	Partito Socialista Italiano di Unità Proletaria
rd.	rund
RIAS	Rundfunk im amerikanischen Sektor
s.	siehe
S.	Seite
SAC	Strategic Air Command
SACEUR	Supreme Allied Commander Europe
SBZ	Sowjetische Besatzungszone
s.E.	seines Erachtens
SEATO	South-East Asia Treaty Organisation
SECAM	Sequentielle à mémoire
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
sfr(s)	Suisse(s) Franc(s)
s.o.	siehe oben
sog.	sogenannt
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
StS/St.S.	Staatssekretär
SU	Sowjetunion
t	Tonne
TASS	Telegrafnoe Agentstvo Sovetskogo Sojuza
TTD	Temporary Travel Document
u.a.	unter anderem/ und andere(s)
u.a.m.	und anderes mehr
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
UDT	Union Démocratique du Travail
UK	United Kingdom
UN	United Nations
UNCTAD	United Nations Conference on Trade and Development
UNESCO	United Nations Educational, Scientific and Cultural Organisation
UNICEF	United Nations International Children's Emergency Fund
UNO	United Nations Organisation
UNO (IDA)	United Nations Organisation (International Development Organisation)
UNR	Union pour la Nouvelle République
USA/U.S.A	United States of America
usw.	und so weiter
u.U.	unter Umständen
VAR	Vereinigte Arabische Republik
VE	Verrechnungseinheit
vgl.	vergleiche

v.H.	vom Hundert	WHO	World Health Organisation
VLR I	Vortragender Legationsrat I. Klasse	z.B.	zum Beispiel
v.M.	vorigen Monats	z.b.V.	zur besonderen Verwendung
VN	Vereinte Nationen	ZK	Zentralkomitee
VR	Volksrepublik	z.T.	zum Teil
VS	Verschlußsache(n)	z.Z.	zur Zeit
WEU	Westeuropäische Union		

Dokumente

1

Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens

St.S. 5/64 VS-vertraulich **2. Januar 1964**

Betr.: Passierscheine[1]

1) Gespräch im Bundeskanzleramt am 2. Januar 1964, 9 Uhr.

Teilnehmer: Staatssekretäre Westrick, Carstens, Krautwig, Ministerialdirektor Krapf.

Das Fernschreiben des Berliner Senats vom 1. Januar 1964[2] wurde erörtert. Es bestand Einigkeit darüber, daß die Forderung nach Wiederherstellung der Freizügigkeit in Berlin, insbesondere aus Ostberlin nach Westberlin, stärker herausgestellt werden soll.

Nach Rücksprache mit Staatssekretär Bornemann vom Postministerium wurde klargestellt, daß der Vorschlag des Berliner Senats, wonach die Postämter in Westberlin die Passierscheinanträge ausgeben und wieder annehmen sollen, so zu verstehen ist, daß diese Tätigkeit ausschließlich durch Westberliner Postbeamte, das heißt durch die dort tätigen Bundespostbeamten, ausgeübt werden soll. Nach diesem Vorschlag würde die Ostberliner Post lediglich den Transport der Anträge von und zu den Westberliner Postämtern übernehmen.

Es bestand Einigkeit darüber, daß die Konsultation zwischen dem Berliner Senat und der Bundesregierung verbessert werden muß.[3] Insbesondere stellte sich heraus, daß die alliierten Stadtkommandanten die letzten Vorschläge des Berliner Senats bereits am 31. Dezember 1963 gegen 16 Uhr erhalten haben,

[1] Am 17. Dezember 1963 einigten sich der Vertreter des Senats von Berlin, Senatsrat Korber, und der Beauftragte der DDR, Staatssekretär Wendt, auf eine Passierschein-Vereinbarung. Diese ermöglichte den Bewohnern des westlichen Teils der Stadt in der Zeit vom 19. Dezember 1963 bis 5. Januar 1964 den Besuch bei Verwandten in Ost-Berlin. Am 28. Dezember 1963 erklärte der Stellvertretende Ministerpräsident, Abusch, daß die DDR zu Verhandlungen über eine Verlängerung der Vereinbarung über den 5. Januar hinaus bereit sei. Vgl. dazu AAPD 1963, III, Dok. 485.

[2] Der Senator für Bundesangelegenheiten, Schütz, unterbreitete am 1. Januar 1964 dem Chef des Bundeskanzleramtes, Westrick, Vorschläge für eine Fortführung der Passierschein-Gespräche. Außerdem berichtete er, daß auf seiten der DDR möglicherweise Erwägungen angestellt würden, den Bewohnern von Berlin (West) auch Reisemöglichkeiten in die Randgebiete der Stadt oder „in die Zone" zu eröffnen. Vgl. Abteilung II (II 1), VS-Bd. 387; B 150, Aktenkopien 1964.

[3] Dazu hielt Staatssekretär Carstens am 4. Januar 1964 fest: „1) Es muß sichergestellt werden, daß Berlin der anderen Seite keine Vorschläge unterbreitet, die nicht vorher unsere Zustimmung gefunden haben ... 2) Die Stadtkommandanten dürfen dem Berliner Senat keine Weisungen oder Antworten auf an sie gerichtete Fragen erteilen, ehe nicht die drei westlichen Botschaften in Bonn sich mit der Bundesregierung konsultiert haben. Umgekehrt sollte die Bundesregierung dem Berliner Senat gegenüber keine Erklärungen abgeben, ohne sich mit den Botschaften konsultiert zu haben ... 3) Die Bundesregierung muß in stärkerem Maße als bisher unmittelbar über jede Phase der Gespräche zwischen Westberliner Vertretern und Vertretern der SBZ unterrichtet werden." Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 425; B 150, Aktenkopien 1964.
Zu den Koordinierungsschwierigkeiten bei der Verhandlungsführung vgl. bereits AAPD 1963, III, Dok. 477 und Dok. 483.

während sie der Bundesregierung erst am 1. Januar 1964 gegen 13 oder 14 Uhr zugegangen sind.[4]

Während der Besprechung telefonierte Staatssekretär Westrick mehrfach mit Senator Schütz in Berlin und übermittelte ihm unsere Auffassung zu dem vorgelegten Papier und zu der Konsultationsfrage. Er rügte insbesondere die verspätete Unterrichtung der Bundesregierung über die letzten Berliner Vorschläge. Senator Schütz entschuldigte sich damit, daß die Büros infolge des Feiertags nicht voll besetzt gewesen seien.

Staatssekretär Westrick stellte auch klar, daß die Vorschläge des Berliner Senats der Ostseite erst zugeleitet werden dürften, nachdem die Bundesregierung ihrerseits die drei Westmächte konsultiert und ihre Zustimmung erteilt hätte. Senator Schütz stimmte dem zu.

In der Besprechung bestand weiter Einverständnis darüber, daß die Frage, ob eine Vereinbarung über den Besuch des Zonengebiets außerhalb Berlins getroffen werden sollte, auf starke Bedenken stößt und gründlicher Überlegung bedarf.[5] Auch dies teilte Staatssekretär Westrick Senator Schütz fernmündlich mit.

Senator Schütz wies seinerseits darauf hin, daß es alliierte Verordnungen gebe, wonach gewissen Personen (z.B. Rechtsanwalt Kaul[6]) der Zutritt nach Westberlin untersagt sei. Um dem Rechnung zu tragen, regte ich an, in unserem Vorschlag zu sagen, daß der Personenverkehr von Ostberlin nach Westberlin von Westberliner Seite grundsätzlich keinen Beschränkungen unterliege. Dies wurde Senator Schütz mitgeteilt und von ihm akzeptiert.

In dem Gespräch, welches Staatssekretär Westrick mit Staatssekretär Bornemann führte, wies dieser auf das Bedenken hin, daß Bundespostbeamte die Antragsformulare mit der Anschrift „An die ... Behörde der Deutschen Demokratischen Republik" entgegennehmen würden. Wir besprachen auch diese Frage und kamen zu dem Ergebnis, daß das Bedenken nicht durchschlage. Wenn man die Wahl habe, entweder so zu verfahren oder hinzunehmen, daß eine große Zahl Ostberliner Funktionäre ständig in Westberlin tätig sei, verdiene die erste Alternative den Vorzug.

[4] Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Krapf vom 4. Januar 1964 über die Abfolge der Ereignisse im Zusammenhang mit der Passierschein-Frage; Abteilung II (II 1), VS-Bd. 60; B 150, Aktenkopien 1964.

[5] Staatssekretär Carstens wandte sich gegen die Einbeziehung von DDR-Gebiet außerhalb Ost-Berlins in eine Passierschein-Regelung, „da in diesem Falle Berlin noch deutlicher als bisher der Zone gegenüber als selbständige staatsrechtliche Einheit in Erscheinung treten würde". Vgl. den Drahterlaß vom 2. Januar 1964 an die Dienststelle Berlin; Büro Staatssekretär, VS-Bd. 425; B 150, Aktenkopien 1964.

[6] Am 23. November 1964 nahm Legationsrat Freiherr von Marschall zu der Frage Stellung, ob das im Zusammenhang mit dem Bau der Mauer von den drei Westmächten gegenüber dem Ost-Berliner Rechtsanwalt Kaul verhängte Verbot zum Betreten von Berlin (West) partiell gelockert werden könne. Er vertrat die Ansicht, daß dies „ausnahmslos dem freien Ermessen der Alliierten Kommandatura" unterliege. Ob ein entsprechender Vorschlag unterbreitet werden solle, sei daher nicht unter rechtlichen, sondern allein unter politischen Gesichtspunkten zu beurteilen. Vgl. Abteilung V (V 4), VS-Bd. 252; B 150, Aktenkopien 1964.

Während unserer Besprechung rief auch Botschafter de Margerie bei Staatssekretär Westrick an. Er sprach namens der drei westlichen Botschaften die Hoffnung aus, daß Berlin der Ostseite gegenüber keine Erklärung abgeben würde, bevor die drei Westmächte mit der Bundesregierung beraten hätten. Botschafter de Margerie wurde auf meinen Vorschlag geantwortet, daß die Konsultation zwischen dem Auswärtigen Amt und den drei westlichen Botschaften noch heute stattfinden würde.

2) Konsultationsbesprechung im Auswärtigen Amt am 2. Januar 1964, 11.30 Uhr.

Teilnehmer: Staatssekretär Carstens, Ministerialdirektor Krapf sowie Botschafter de Margerie, Gesandter Hillenbrand, Gesandter Tomkins mit je einem Begleiter.

Ich trug vor, daß uns gewisse Teile des Berliner Vorschlags durchaus verständig zu sein schienen (Dauerpassierscheine, Öffnung weiterer Übergänge, Herstellung von Telefonverbindungen). Auch die Übertragung des technischen Verfahrens auf die Westberliner Postverwaltung, das heißt auf die Bundespost, sei nach unserer Meinung bei Abwägung des Für und Wider zu begrüßen.

Man müsse sich allerdings darüber im klaren sein, daß die Wiederholung der Vereinbarung vom 17. Dezember 1963[7] die Gefahren, die nach unserer Auffassung in der damaligen Vereinbarung lägen, verstärken würde.[8] Das gelte um so mehr, als der humanitäre Charakter in dem neuen Vorschlag nicht so stark wie in der alten Vereinbarung, wo es sich um Besuche nächster Angehöriger während der Weihnachtszeit gehandelt habe, zutage trete.

Es sollte daher bei der zu treffenden Vereinbarung nach Möglichkeit eine Form gewählt werden, die die Nachteile der Vereinbarung vom 17. Dezember 1963 nicht wiederhole.

Vor allem seien wir aber der Meinung, daß stärker als in dem Berliner Vorschlag die Forderung nach Wiederherstellung der Freizügigkeit auch von Ostberlin nach Westberlin gefordert werden müßte.

Hierüber fand eine kurze Diskussion statt, die zu dem verbesserten Formulierungsvorschlag führte, der in meinem heutigen Brief[9] an Staatssekretär Westrick enthalten ist.

[7] Für den Wortlaut der Passierschein-Vereinbarung vgl. DzD IV/9, S. 1023–1027.

[8] Ministerialdirektor Krapf vermerkte am 20. Januar 1964, daß eine neue Passierschein-Vereinbarung mit gleicher politischer Substanz und in gleicher Form dazu beitragen könne, „die Öffentlichkeit an die Staatlichkeit der SBZ und die Eigenständigkeit West-Berlins zu gewöhnen und gleichzeitig die Ausschaltung der Treuhandstelle für den Interzonenhandel in Fragen des innerberliner Verkehrs zu demonstrieren". Vgl. Abteilung II (II 1), VS-Bd. 17; B 150, Aktenkopien 1964.

[9] Mit Schreiben vom 2. Januar 1964 unterrichtete Staatssekretär Carstens den Chef des Bundeskanzleramtes, Westrick, über die Konsultationsbesprechung mit den Vertretern der drei Westmächte. Er fügte den Entwurf eines Fernschreibens an den Senat von Berlin bei, in dem im Hinblick auf die nächste Runde der Passierschein-Gespräche folgende Forderung empfohlen wurde: „Wiederherstellung der Freizügigkeit in Berlin. Ermöglichung des Besuchs von Westberlin durch die Bewohner Ostberlins seitens der Ostberliner Behörden." Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 425; B 150, Aktenkopien 1964.

Botschafter de Margerie erklärte, die französische Regierung sei im großen und ganzen einverstanden. Auch mit dem Zusatz über die Besuche der Ostberliner in Westberlin sei sie einverstanden. Er stelle aber die Frage, was geschehen würde, wenn diese Forderung abgelehnt würde. Ich sagte, darauf möchte ich jetzt noch keine endgültige Antwort geben.[10] Auf eine entsprechende Bemerkung des Gesandten Tomkins fügte ich hinzu, wir dürften uns unter keinen Umständen unter Zeitdruck setzen lassen. Der 5. Januar sei kein entscheidendes Datum.

Gesandter Hillenbrand erklärte, Washington sei damit einverstanden, daß die Gespräche zwischen Korber und Wendt weitergingen. Im allgemeinen werde die amerikanische Regierung mit allem einverstanden sein, womit Berlin und die Bundesregierung einverstanden seien; doch müßten die Stadtkommandanten unter allen Umständen unterrichtet werden, bevor Entscheidungen getroffen würden. Das gelte vor allem für solche Vorgänge, die sich auf das Westberliner Gebiet und insbesondere auf eine etwaige Tätigkeit von DDR-Funktionären in Westberlin bezögen. Nach amerikanischer Auffassung seien die Berliner Vorschläge im großen und ganzen annehmbar.

Botschafter de Margerie und Gesandter Tomkins erklärten, die Auffassung ihrer Regierungen decke sich mit der von Gesandten Hillenbrand wiedergegebenen Auffassung der amerikanischen Regierung.

Ich erklärte, daß ich volles Verständnis für den Standpunkt der Westmächte hätte, wonach keine definitiven Entscheidungen getroffen werden dürften, bevor die Stadtkommandanten ihre Zustimmung gegeben hätten. Ich knüpfte daran die Bitte, daß die hiesigen Botschaften den Stadtkommandanten keine definitiven Instruktionen gäben, bevor die Bundesregierung konsultiert worden sei. Umgekehrt werde die Bundesregierung dem Berliner Senat keine definitive Antwort geben, bevor sie die drei Westmächte konsultiert habe. Aus langjähriger Erfahrung könne ich sagen, daß diese Konsultation hier in Bonn entscheidend sei und daß, wenn sie nicht funktioniere, erhebliche Gefahren drohten.

Die Vertreter der drei westlichen Botschaften stimmten dem zu.

3) Im Anschluß an die Konsultation schrieb ich an Staatssekretär Westrick den beigefügten Brief mit dem Entwurf eines Fernschreibens an den Berliner Senat.

[10] Das nächste Passierschein-Gespräch fand am 3. Januar 1964 statt. Dabei wies der Beauftragte der DDR, Staatssekretär Wendt, einen von Senatsrat Korber übergebenen Vermerk zurück, in dem der Grundsatz der Freizügigkeit in Gesamt-Berlin zum Ausdruck gebracht wurde. Vgl. dazu den Runderlaß des Ministerialdirektors Krapf vom 11. Januar 1964; Abteilung I (D I/Dg I A), VS-Bd. 122; B 150, Aktenkopien 1964.
Zum Fortgang der Passierschein-Gespräche vgl. besonders Dok. 17 und Dok. 26.

4) In einem Telefongespräch, das gegen 14 Uhr stattfand, kamen Staatssekretär Westrick und ich überein, daß der Text des Fernschreibens so geändert werden sollte wie in Anlage 2[11].

Hiermit dem Herrn Minister[12] vorgelegt.

Carstens

Ministerbüro, VS-Bd. 8519

2

Aufzeichnung des Staatssekretärs Lahr

St.S. 12/64 **3. Januar 1964**

Anliegende Aufzeichnung der Abteilung III[1] lege ich dem Herrn Minister[2] unter besonderem Hinweis auf die Ziffern 4 und 5 vor.

Zu 4 (Kredite an Ostblockländer):

Ich glaube nicht, daß wir die Engländer zu einer grundsätzlichen Abkehr von ihrem bisherigen Standpunkt[3] bewegen können. Wohl aber sollte man immer wieder versuchen, sie davon zu überzeugen, daß es angebracht wäre, von der

[11] Dem Vorgang beigefügt. Gegenüber dem Entwurf des Staatssekretärs Carstens war vor allem folgender Passus des Fernschreibens an den Senat von Berlin neu formuliert: „Was die Form einer neuen Vereinbarung betrifft, so sollte überlegt werden, ob und wie die negativen Auswirkungen, die mit der am 17. Dezember 1963 gewählten Form verbunden sind, eingeschränkt werden können und wie eine Bezugnahme sowohl auf die Regierung der sogenannten DDR wie aber ganz besonders auf den Berliner Senat oder den Regierenden Bürgermeister von Berlin vermieden werden kann." Vgl. Ministerbüro, VS-Bd. 8519; B 150, Aktenkopien 1964.

[12] Hat Bundesminister Schröder am 6. Januar 1964 vorgelegen.

[1] Die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Sachs vom 2. Januar 1964 ist dem Vorgang beigefügt. Sachs gab eine Unterredung mit dem für Wirtschaftsfragen zuständigen britischen Gesandten wieder. Melville habe sich zu Verhandlungen britischer Firmen mit sowjetischen Stellen über die Lieferung von Anlagen zur Düngemittelerzeugung geäußert. Die britische Regierung sei in diesem Zusammenhang bereit, auch für über fünf Jahre hinausgehende Finanzierungskredite zu garantieren. Weiterhin habe Melville die Fortsetzung der Devisenhilfe an Großbritannien angesprochen. Großbritannien strebe ein Devisenausgleichsabkommen (offset-agreement) nach dem Vorbild der deutsch-amerikanischen Vereinbarung an. Sachs konstatierte, angesichts einer verbesserten britischen Zahlungsbilanz solle eine Prüfung der Angelegenheit durch die NATO offenbar vermieden werden. Vgl. Büro Staatssekretär, Bd. 407.
Zu den Vereinbarungen mit den USA über einen Devisenausgleich vgl. Dok. 13, Anm. 40.

[2] Hat Bundesminister Schröder am 11. Januar 1964 vorgelegen.

[3] Auf einer Sondersitzung am 18. November 1963 bemühte sich der NATO-Rat um eine gemeinsame Auffassung hinsichtlich der Gewährung von Krediten an Ostblock-Staaten. Während die Mehrzahl der anwesenden Vertreter an dem Prinzip festhielt, keine Kredite mit einer über fünf Jahre hinausgehenden Laufzeit staatlich zu verbürgen, war der britische Handelsminister Heath nicht bereit, solche Einschränkungen zu akzeptieren. Er erklärte, die „Handels- und Kreditpolitik Großbritanniens gründe sich auf Nicht-Diskriminierung – auch gegenüber dem Sowjetblock. Sie folge kommerziellen, nicht politischen Gesichtspunkten." Vgl. den Drahtbericht des Botschafters Grewe, Paris (NATO), vom 19. November 1963; VS-Bd. 8357 (III A 6); B 150, Aktenkopien 1963.

in Großbritannien seit einiger Zeit bestehenden theoretischen Möglichkeit, der Sowjetunion Kredite über fünf Jahre zu gewähren, praktisch möglichst ebensowenig Gebrauch zu machen, wie es Großbritannien bisher getan hat. Die hierfür sich bietenden Argumente werden in dem Sprechzettel[4] für den Besuch des Bundeskanzlers in London[5] erneut zusammengestellt werden.

Im übrigen werden wir innerhalb der Bundesregierung die Frage zu prüfen haben, ob nicht der Zeitpunkt gekommen ist, daß wir jedenfalls in Einzelfällen an die Fünfjahresgrenze herangehen, einmal, um unserer Industrie zwecklose Opfer zu ersparen, und zum anderen, um den Engländern zu zeigen, daß es auch ihr Interesse ist, der Entwicklung auf dem Kreditgebiet Grenzen zu ziehen.

Zu 5 (Devisenhilfe):

Wir werden Großbritannien auch nach Ablauf des geltenden Abkommens[6], d.h. ab 1. April 1964, Devisenhilfe gewähren müssen, sollten eine solche Hilfe aber nicht im bisherigen Umfange[7] versprechen.

1) Das Gebiet der militärischen Bestellungen ist durch starke Vorauszahlungen, die wir jetzt vornehmen, um das geltende Abkommen einigermaßen zu erfüllen, im vorhinein schon stark „abgegrast".

2) Die Bestellungen auf dem zivilen Sektor haben sich als ein ungeeigneter Versuch erwiesen.

3) Eine Übernahme von Verpflichtungen auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe ist bei dem weiteren starken Rückgang unserer Disponibilitäten[8] unmöglich. (Es sei denn, daß eine Erhöhung des Betrages von 750 Millionen DM für 1964 speziell für diesen Zweck noch vorgenommen wird.)

Infolgedessen kommt für die Zeit ab 1. April 1964 meines Erachtens eine Devisenhilfe nur durch Erteilung militärischer Aufträge und diese auch nur in

[4] Im Beitrag für die Konferenzmappe zum Besuch des Bundeskanzlers Erhard am 15./16. Januar 1964 in London stellte das Referat III A 6 heraus, daß Kredite an Ostblock-Staaten geeignet seien, „deren wirtschaftliche Schwierigkeiten zu erleichtern und ihnen die Möglichkeit zu geben, ihre Rüstung und Weltraumforschung fortzusetzen, in den Entwicklungsländern vorzudringen und gleichzeitig den Lebensstandard der Bevölkerung zu erhöhen. Durch eine Verringerung der Kredite könne der Westen die Verteilung und Zuweisung der Haushaltsmittel der Sowjetunion beeinflussen und in eine Richtung lenken, die günstigere Bedingungen für eine Politik der Entspannung und Abrüstung schaffe." Vgl. Ministerbüro, VS-Bd. 8445; B 150, Aktenkopien 1964.

[5] Zu den deutsch-britischen Regierungsbesprechungen vom 15./16. Januar 1964 vgl. Dok. 12–15.

[6] In einem Protokoll vom 6. Juni 1962 kamen beide Regierungen überein, daß die Bundesrepublik in den Haushaltsjahren 1962/63 und 1963/64 mit jeweils 600 Millionen DM zur Entlastung der Zahlungsbilanz Großbritanniens beitragen sollte. Die Devisenhilfe sollte durch Aufträge der Bundesrepublik auf militärischem und zivilem Sektor an britische Firmen sowie durch Übernahme britischer Verpflichtungen auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe gewährt werden. Vgl. dazu BULLETIN 1962, S. 890.

[7] Die Wörter „nicht im bisherigen Umfange" wurden von Bundesminister Schröder unterschlängelt.

[8] Im Jahr 1963 lag der Ansatz für die Ausgaben des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit bei 865962900 DM. Im Haushaltsentwurf der Bundesregierung für das Rechnungsjahr 1964 waren Ausgaben in Höhe von 752232100 DM vorgesehen. Aufgrund des Bundeshaushaltsgesetzes vom 13. Mai 1964 wurden schließlich 718481900 DM bewilligt. Vgl. dazu den Schriftlichen Bericht des Haushaltsausschusses vom 8. April 1964; BT ANLAGEN, Bd. 89, zu Drucksache IV/2067. Vgl. ferner BUNDESHAUSHALTSPLAN FÜR DAS RECHNUNGSJAHR 1964, S. 2175.

einem gegenüber dem bisherigen Volumen (485 Millionen DM jährlich) wesentlich verringerten Umfange in Betracht. Eine Fortsetzung im bisherigen Umfange wäre auch nicht gerechtfertigt. Ausgangspunkt aller Aktionen auf diesem Gebiet ist seit dem Wegfall des Besatzungsstatuts[9] Artikel 3 des NATO-Paktes über gegenseitige Hilfe[10]. Die Hilfsbedürftigkeit (Zahlungsbilanzschwierigkeiten) ist in früheren Jahren von der NATO anerkannt worden.[11] Hieran hatten sich dann bilaterale deutsch-britische Gespräche angeschlossen.[12] Inzwischen hat sich die Zahlungsbilanzsituation Großbritanniens im allgemeinen und namentlich gegenüber uns wesentlich verbessert, so daß die Hilfsbedürftigkeit jedenfalls nicht mehr im bisherigen Umfange zu bejahen ist. Ferner sieht Artikel 3 des NATO-Paktes grundsätzlich nicht bilaterale, sondern multilaterale Hilfe vor.

Auch hierfür wird ein Sprechzettel[13] für London gefertigt werden.

Lahr

Büro Staatssekretär, Bd. 407

[9] Das Besatzungsstatut (revidierte Fassung vom 6. März 1951) wurde aufgrund des Deutschland-Vertrags mit Wirkung vom 5. Mai 1955 aufgehoben. Für den Wortlaut des Besatzungsstatuts vgl. DOKUMENTATION ZUR DEUTSCHLANDFRAGE I, S. 119–125.

[10] Artikel 3 des NATO-Vertrags vom 4. April 1949: „Um die Ziele dieses Vertrags besser zu verwirklichen, werden die Parteien einzeln und gemeinsam durch ständige und wirksame Selbsthilfe und gegenseitige Unterstützung die eigene und die gemeinsame Widerstandskraft gegen bewaffnete Angriffe erhalten und fortentwickeln." Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 289.

[11] Am 30. Oktober 1961 empfahl der Ständige NATO-Rat, Großbritannien eine Devisenhilfe wegen der durch die Stationierung von Truppen in der Bundesrepublik entstehenden Kosten zu gewähren. Vgl. dazu AdG 1961, S. 9424.

[12] Zu den Verhandlungen mit Großbritannien über eine Devisenhilfe, die ab Januar 1962 auf Expertenebene geführt wurden und mit dem Protokoll vom 6. Juni 1962 ihren Abschluß fanden, vgl. BULLETIN 1962, S. 145 und S. 465.

[13] Der Konferenzmappe wurde eine Aufzeichnung des Ministerialdirektors Sachs vom 14. Januar 1964 beigefügt. Vgl. Referat III A 5, Bd. 384.
Zur Devisenhilfe für Großbritannien vgl. weiter Dok. 115.

3

Deutschland-Initiative (erste Fassung)

II 1-86.00/1-829/63 geheim **3. Januar 1964**[1]

In der Erkenntnis, daß die Fortdauer der Spaltung Deutschlands zur Fortdauer von Spannungen und Unsicherheit in Europa führt, hält es die Bundesregierung für notwendig, neue Vorschläge zur Lösung des Deutschland-Problems zu unterbreiten.[2] Sie geht dabei davon aus,

– daß die Gewährleistung von Frieden und Sicherheit heute mehr denn je eine Lebensfrage für alle Völker ist,
– daß Friede und Sicherheit in Europa so lange gefährdet bleiben, als dem deutschen Volk die Selbstbestimmung vorenthalten wird,
– daß das Selbstbestimmungsrecht ein rechtliches, politisches und moralisches Prinzip darstellt, das unteilbar ist und daher überall Anwendung finden muß[3],

[1] Vervielfältigtes Exemplar.
Die vorliegende Fassung wurde Bundesminister Schröder am 4. Januar 1964 mit einer begleitenden Aufzeichnung des Ministerialdirektors Krapf für die nächste Kabinettssitzung zugeleitet: „Das Auswärtige Amt ist der Ansicht, daß der Zeitpunkt gekommen ist, wo die Bundesregierung eine neue Initiative in der Wiedervereinigungsfrage ergreifen sollte ... Die neue Bundesregierung hat sich in der Regierungserklärung des Bundeskanzlers stark zur Wiedervereinigung bekannt. Unsere Verbündeten, die zeitweise an unserem Willen zur Wiedervereinigung zweifelten, haben ihre Auffassung revidiert. Sie erwarten heute eine deutsche Initiative und haben auf unsere Sondierungen in dieser Hinsicht während der Konferenzen der letzten Wochen sehr positiv reagiert." Büro Staatssekretär, VS-Bd. 425.
Hat Staatssekretär Carstens am 4. Januar 1964 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „In der Aufzeichnung und in dem Papier wird auf den Vorschlag des Kuratoriums nicht Bezug genommen. Tatsächlich stimmt das Papier mit diesem Vorschlag weitgehend überein (Anlage)." Hat Schröder am 6. Januar 1964 vorgelegen, der Carstens um Rücksprache bat.
Eine aufgrund der Beratungen in der Washingtoner Botschaftergruppe überarbeitete Neufassung wurde am 10. April 1964 vorgelegt. Vgl. Abteilung II (II 1), VS-Bd. 64; B 150, Aktenkopien 1964.
Für abweichende Formulierungen der Fassung vom 10. April 1964 vgl. die Anmerkungen 5, 9, 11–20 und 22.

[2] Bereits im August 1963 legte das Auswärtige Amt einen neuen, in seinem Ursprung auf den westlichen Friedensplan (Herter-Plan) von 1959 zurückgehenden Deutschland-Plan vor. Dieser fand jedoch weder bei Bundeskanzler Adenauer noch in der Washingtoner Botschaftergruppe eine positive Aufnahme. Vgl. dazu AAPD 1963, II, Dok. 296, Dok. 321 und Dok. 322.
Am 30. September 1963 übergab das Kuratorium „Unteilbares Deutschland" der Menschenrechtskommission der UNO einen Vorschlag zur Lösung der Deutschland-Frage, der sowohl von der Bundesregierung als auch von den Drei Mächten als konstruktiv bewertet wurde. Vgl. dazu AAPD 1963, Dok. 400.
Am 6. Dezember 1963 stellte Ministerialdirektor Krapf fest, daß die Überlegungen des Kuratoriums „Unteilbares Deutschland" mit einigen Änderungen als Grundlage für eine neue Deutschland-Initiative der Bundesregierung geeignet seien. Positiv bewertete er auch, „daß führende Angehörige der drei Bundestagsfraktionen an ihrer Ausarbeitung maßgeblich beteiligt waren ... Es dürften sich also keine innenpolitischen Probleme ergeben, wenn wir versuchen, die Denkschrift oder ihre Grundgedanken bei einer eigenen Initiative der Bundesregierung zu verwerten." Einen entsprechenden ersten Entwurf legte Krapf bei. Vgl. Abteilung II (700-AB), VS-Bd. 54; B 150, Aktenkopien 1963.

[3] Der Passus „– daß das Selbstbestimmungsrecht ... überall Anwendung finden muß," wurde auf Anregung des Staatssekretärs Lahr eingefügt. Vgl. dazu den Vermerk von Lahr vom 9. Januar 1964; Abteilung II (II 1), VS-Bd. 63; B 150, Aktenkopien 1964.

– daß die Menschen in allen Teilen Deutschlands sich als Angehörige *eines* Volkes fühlen und in einem Staatsverband leben wollen,
– daß die Deutschen jenseits von Mauer und Demarkationslinie außerstande sind, ihren eigenen Willen frei und ungehindert zu bekunden,
– daß das Zeitalter des Kolonialismus zu Ende geht und nicht durch neue Formen des Kolonialismus abgelöst werden darf.

Die Bundesregierung berücksichtigt bei ihrer neuen Initiative die Tatsache, daß die Menschen im freien Deutschland nach dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland[4] und aufgrund der moralischen Verantwortung freier Menschen die Verpflichtung haben, auch für die Freiheit derjenigen ihrer Mitbürger einzutreten, denen diese Freiheit vorenthalten wird. Die Bundesregierung schlägt daher vor, daß eine Regelung des Deutschland-Problems unter Berücksichtigung folgender Grundsätze herbeigeführt wird:

1) Übergangsregelung

Die Schwierigkeit des Deutschland-Problems erfordert die Vereinbarung einer Übergangsregelung, deren Ziel die Wiederherstellung der deutschen Einheit in Freiheit ist.[5] Solche Übergangsregelungen sind nichts Neues. Eine Übergangsregelung hat in den Jahren 1955 und 1956 eine Regelung der Saar-Frage möglich gemacht[6], die den Interessen aller Beteiligten Rechnung trug. In Anlehnung an das Verfahren bei der Regelung der Saar-Frage sollte versucht werden, feste Termine für die Dauer einer Übergangszeit und für eine schließliche Volksbefragung über das Verfahren der Wiedervereinigung in ganz Deutschland zu vereinbaren.[7]

2) Bildung eines Ständigen Rates der Vier Mächte

Den Vier Mächten ist für Deutschland als Ganzes eine besondere völkerrechtliche Verantwortung zugefallen. Der Fortbestand dieser völkerrechtlichen Verantwortung findet bekanntlich in politischen Einrichtungen und Kontakten der Vier Mächte einen sichtbaren Ausdruck. Im Interesse eines dauerhaften Friedens in Europa sollte unter Zugrundelegung der Erfahrungen, die die Vier Mächte bei der Ausarbeitung eines Staatsvertrages für Österreich[8] ge-

[4] So in der Präambel des Grundgesetzes (Fassung vom 23. Mai 1949): „Das gesamte Deutsche Volk bleibt aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden."

[5] In der Fassung vom 10. April 1964 wurde dieser Satz geändert in: „Die Schwierigkeit des Deutschland-Problems erfordert die Vereinbarung einer Übergangsregelung, deren Ziel eine stufenweise Wiederherstellung der Einheit Deutschlands einschließlich Berlins in Freiheit ist, die von Parallelmaßnahmen auf dem Gebiet der Europäischen Sicherheit begleitet wird."

[6] Der Saar-Vertrag vom 27. Oktober 1956 legte fest, daß nach dem politischen Anschluß des Saarlands an die Bundesrepublik am 1. Januar 1957 die wirtschaftliche Eingliederung erst nach einer Übergangszeit von drei Jahren erfolgen sollte. Für den Wortlaut der entsprechenden Bestimmungen vgl. BUNDESGESETZBLATT 1956, Teil II, S. 1593 f.

[7] An dieser Stelle wurde auf Weisung des Staatssekretärs Carstens gestrichen: „Bei der Planung der Übergangsregelung könnten der Friedensplan vom 14.5.1959 und andere Pläne, die Deutschland und die Europäische Sicherheit betreffen, berücksichtigt werden." Vgl. dazu den handschriftlichen Vermerk von Carstens vom 4. Januar 1963; Abteilung II (II 1), VS-Bd. 63; B 150, Aktenkopien 1964.

[8] Für den Wortlaut des Staatsvertrags vom 15. Mai 1955 über die Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Österreich vgl. BUNDESGESETZBLATT FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH 1955, S. 725–810.

macht haben, ein Ständiger Rat der Vier Mächte für Deutschland eingesetzt werden. Dieser Rat hätte u.a.

a) den Zeitplan für die Übergangszeit und den Termin der schließlichen Volksbefragung in ganz Deutschland festzulegen,
b) einen Plan, der die Wiedervereinigung und die europäische Sicherheit gewährleistet, auszuarbeiten[9],
c) ein Wahlgesetz für die Durchführung gesamtdeutscher Wahlen unter Mitwirkung deutscher Stellen vorzubereiten, das sich zweckmäßigerweise an das deutsche Wahlgesetz von 1924[10] anlehnen sollte,[11]
d)[12] die Durchführung dieser und etwaiger weiterer Abmachungen zu überwachen,
e)[13] Meinungsverschiedenheiten, die bei der Durchführung solcher Abmachungen zwischen den Vier Mächten entstehen, vor Abschluß eines Friedensvertrages zu beheben[14].

3) Volksbefragung

Der von den Vier Mächten erarbeitete Plan zur Durchführung der Wiedervereinigung und das Wahlgesetz werden dem deutschen Volk zur Entscheidung vorgelegt werden. Diese Abstimmung kann in ganz Deutschland als *einem* Wahlbezirk, aber auch getrennt auf beiden Seiten der Mauer und der Zonengrenze unter internationaler Kontrolle, auch unter der Kontrolle der Vereinten Nationen, erfolgen. Für die Vorbereitung und Durchführung dieser Volksbefragung wird festgelegt:

– in allen Teilen Deutschlands können alle politischen Parteien tätig werden, die in einem der Teile Deutschlands zugelassen sind,
– in allen Teilen Deutschlands dürfen Presse, Rundfunk und Fernsehen ungehindert tätig werden,
– in keinem Teile Deutschlands dürfen dem einzelnen und[15] der Familie aus der Zugehörigkeit zu einer politischen Partei oder Organisation oder zu einer Verwaltung Nachteile erwachsen.

Fortsetzung Fußnote von Seite 11

Zu den Verhandlungen der Vier Mächte im Vorfeld des Vertrags vgl. EUROPA-ARCHIV 1955, S. 7531 f. und S. 7561 f.; AdG 1955, S. 5137 f., S. 5160 und S. 5163–5165.

9 In der Fassung vom 10. April 1964 wurde dieser Punkt geändert in: „einen Plan für eine stufenweise Wiedervereinigung, begleitet von Parallelmaßnahmen im Bereich der Europäischen Sicherheit, auszuarbeiten, wobei hinsichtlich der Sicherheitsfrage unter anderem die einschlägigen Bestimmungen des westlichen Friedensplans vom 14. Mai 1959 berücksichtigt werden könnten".

10 Für den Wortlaut des Wahlgesetzes vom 6. März 1924 vgl. REICHSGESETZBLATT 1924, Teil I, S. 159–164.

11 In der Fassung vom 10. April 1964 wurde an dieser Stelle als Punkt d) eingefügt: „Möglichkeiten für weitere Entspannungsmaßnahmen in der Deutschland-Frage zu prüfen".

12 In der Fassung vom 10. April 1964 Punkt e).

13 In der Fassung vom 10. April 1964 Punkt f).

14 In der Fassung vom 10. April 1964 wurde dieser Punkt geändert in: „vor Abschluß eines Friedensvertrages Meinungsverschiedenheiten, die bei der Durchführung solcher Abmachungen zwischen den Vier Mächten entstehen, zu beheben und Schritte zur Vermeidung von Spannungen zu ergreifen, die sich aus der deutschen Spaltung ergeben".

15 In der Fassung vom 10. April 1964 wurde dieses Wort geändert in: „oder".

4) Humanitäre Kommissionen

Aus Gründen der Menschlichkeit sollten im Auftrag der Vier Mächte sofort ungeachtet aller Politik humanitäre Kommissionen gebildet werden. Diesen gemischten Kommissionen wäre der Auftrag zu erteilen, das Los der unter der Teilung leidenden Deutschen sofort zu mildern. Dazu gehört insbesondere die Erleichterung der menschlichen Begegnung:[16]

- Familien dürfen nicht länger getrennt bleiben,
- Angehörige gleicher Kirchen und der gleichen Gemeinde dürfen nicht in der freien Religionsausübung und in der Mitwirkung an der kirchlichen Selbstverwaltung gehindert werden,
- jedermann muß das Recht haben, die Gräber seiner Angehörigen zu besuchen und zu pflegen,
- die freie Begegnung muß auf kulturellem, beruflichem und sportlichem Gebiet gewährleistet sein.

Wer die Wiedervereinigung will, fordert zunächst die Milderung des Loses der unter der Teilung leidenden Menschen. Eine wahrhaft humanitäre Politik verzichtet daher darauf, bei dem Gespräch über humanitäre Fragen politische Vorteile zu erzielen. Die Bundesregierung wird alles unternehmen, um das Zustandekommen solcher humanitärer Kommissionen zu erleichtern.

5) Amnestie

Eine allgemeine politische Amnestie, insbesondere eine Amnestie für alle, die wegen Fluchtversuch, Fluchthilfe oder Verstößen und Widerstand gegen die politische Ordnung in einem der Teile Deutschlands gefangengehalten werden, ist ein Gebot der Menschlichkeit. Die Bundesregierung wird für ihren Bereich zu gegebenem Zeitpunkt den gesetzgebenden Körperschaften vorschlagen, eine solche Amnestie zu erlassen.[17]

6) Ausbau der innerdeutschen Wirtschaftsbeziehungen

Wenn in ganz Deutschland die Menschenrechte in einem Mindestmaß gewährleistet sind, dann ist die Bundesregierung zu konkreten wirtschaftlichen Leistungen im Bewußtsein ihrer Verantwortung gegenüber allen Deutschen bereit.[18] Hier kommen Kredite im Interzonenhandel, eine Verlängerung der Fristen für den Kontenausgleich und andere Maßnahmen in Frage.

[16] In der Fassung vom 10. April 1964 wurde dieser Absatz geändert in: „Sobald der vorliegende Plan von allen vier beteiligten Mächten als Verhandlungsgrundlage anerkannt ist, sollten aus Gründen der Menschlichkeit im Auftrag der Vier Mächte humanitäre nicht-politische Kommissionen gebildet werden. Diesen gemischten Kommissionen wäre der Auftrag zu erteilen, für die Gewährleistung der Menschenrechte in allen Teilen Deutschlands Sorge zu tragen und das Los der unter der Teilung leidenden Deutschen sofort zu mildern und über die diesbezüglichen Bemühungen laufend den Vier Mächten zu berichten. Zu dem Auftrag der Kommissionen gehört insbesondere die Erleichterung der menschlichen Begegnung:".

[17] In der Fassung vom 10. April 1964 wurde an dieser Stelle folgender Satz hinzugefügt: „Sie schlägt für alle Teile Deutschlands eine internationale Kontrolle dieser Amnestiemaßnahmen vor und ist bereit, sich dieser internationalen Kontrolle, etwa durch das IKRK, zu unterwerfen."

[18] In der Fassung vom 10. April 1964 wurde dieser Satz geändert in: „Die Bundesregierung ist gegebenenfalls zu konkreten wirtschaftlichen Leistungen im Bewußtsein ihrer Verantwortung gegenüber allen Deutschen bereit."

7) Freundschaft mit den osteuropäischen Völkern

Die Bundesregierung, die um die Festigung des Vertrauens zwischen Deutschland und allen Völkern in der Welt bemüht ist, erstrebt auch ein gutes nachbarliches und freundschaftliches Verhältnis des ganzen deutschen Volkes zu den Völkern in Ost-Europa. Bereits vor einer Friedenskonferenz, auf der die Klärung der einzig noch offenen Grenzfrage, nämlich die der deutsch-polnischen Grenze, herbeigeführt und eine gerechte Entscheidung über die deutschen Gebiete jenseits von Oder und Neiße frei zu vereinbaren sein wird, sollte das menschliche, wirtschaftliche und politische Verhältnis zwischen dem deutschen Volk und seinen Nachbarvölkern im Osten verbessert werden. Die Verbesserung dieses Verhältnisses muß möglich sein. Auch hierfür gibt es in jüngster Vergangenheit Beispiele, so die Versöhnung des deutschen Volkes mit seinen Nachbarn im Westen, vor allem mit dem französischen Volk. Nachdem die deutsch-französische Freundschaft eine feststehende Tatsache geworden ist, sollte es möglich sein, durch einen bindenden Verzicht auf Gewalt sowie durch die Anerkennung des Selbstbestimmungs- und Heimatrechts für alle Völker die Beziehungen des deutschen Volkes auch zu den osteuropäischen Völkern auf eine neue Grundlage zu stellen.[19]

8) Die europäische Sicherheit

Die Bundesregierung weiß, daß eine konstruktive Deutschland-Politik ohne Klärung der Sicherheitsfragen, die sich in Europa und am Atlantik stellen, nicht möglich ist. Die Wiederherstellung der deutschen Einheit und die Gewährleistung der Sicherheit für alle an der Deutschlandfrage beteiligten Staaten und Staatengruppen sind eng miteinander verbunden. Der Zusammenschluß der Deutschen in gesicherter Freiheit soll zu keiner Verschiebung des Gleichgewichts führen und[20] soll die Sicherheit anderer europäischer Völker nicht beeinträchtigen.

9) Abrüstung[21]

Die Bundesregierung ist im Rahmen der Regelung der Deutschlandfrage bereit, alles zu tun, was zur Verringerung der Gegensätze, zur Überwindung der Spannungen und zu einer international kontrollierten Abrüstung beitragen

[19] In der Fassung vom 10. April 1964 wurde der Punkt 7) – mit Ausnahme des beibehaltenen ersten Satzes – geändert in: „Auf einer Friedenskonferenz wird eine gerechte Klärung der Frage der deutschen Grenzen herbeizuführen sein. Bereits vorher sollte das menschliche, wirtschaftliche und politische Verhältnis zwischen dem deutschen Volk und seinen Nachbarvölkern im Osten verbessert werden. Die Verbesserung dieses Verhältnisses muß möglich sein. Auch hierfür gibt es in jüngster Vergangenheit Beispiele, so die Versöhnung des deutschen Volkes mit seinen Nachbarn im Westen, vor allem mit dem französischen Volk."

[20] In der Fassung vom 10. April 1964 wurde der Passus gestrichen: „soll zu keiner Verschiebung des Gleichgewichts führen und".

[21] Dieses Wort wurde auf Weisung des Staatssekretärs Carstens eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „Beendigung des Wettrüstens". Entsprechend wurde im folgenden Abschnitt „Beendigung des Wettrüstens" durch „Abrüstung" ersetzt. Vgl. dazu den handschriftlichen Vermerk von Carstens vom 4. Januar 1964; Abteilung II (II 1), VS-Bd. 63; B 150, Aktenkopien 1964.

kann. Zur Überwindung der Spannungen gehört die Beseitigung ihrer Ursachen, deren eine – und nicht geringste – die deutsche Spaltung ist.[22]

10) Frieden

Deutschland erstrebt mit seiner Wiedervereinigung keine Stärkung der nationalen Macht. Das wiedervereinigte Deutschland wird seine ganze Kraft einsetzen, um in der Völkergemeinschaft einen vermehrten Beitrag zur Sicherung des Friedens und zur Erhöhung der Wohlfahrt aller Völker zu leisten.[23]

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 425

4

Runderlaß des Bundesministers Schröder

II 1-80.00 **6. Januar 1964**[1]

Betr.: Bundesregierung und Wiedervereinigungsfrage

Die allgemeine Hoffnung auf Entspannung, wie sie im Zeichen des Moskauer Teststopp-Abkommens[2] zutage getreten ist, hat in manchen ausländischen Kreisen die Neigung vorübergehend verstärkt, die Teilung Deutschlands als feststehende Tatsache hinzunehmen. Diese Tendenzen können jederzeit neuen Auftrieb erhalten. Die Auslandsvertretungen müssen in der Lage sein, ihnen wirksam zu begegnen. Um dies zu erleichtern, werden nachstehend die Grundsätze zur Kenntnis gebracht, die die Deutschland-Politik der Bundesregierung bestimmen und auf lange Sicht bestimmen werden.

1) Uns ist bekannt, daß es schwierig ist, im Ausland das Interesse an der Deutschland-Frage wachzuhalten oder überhaupt zu wecken. Seit bald zwei Jahrzehnten beherrscht das Deutschland-Problem die politische Szene, ohne daß eine konkrete Aussicht auf eine Lösung besteht, die alle Beteiligten zufriedenstellt. Die ständige Erinnerung an das ungelöste Deutschland-Problem hat zu Ermüdungserscheinungen geführt. Wir wissen dies. Gleichwohl ist es selbstverständlich, daß wir diese Ermüdungserscheinungen nicht zum Maßstab unseres politischen Vorgehens machen können.

2) Die Wiedervereinigung ist nicht nur eine nationale Forderung. Es geht bei ihr auch um die Grundsatzfrage, ob der Westen und überhaupt die freie Welt das Recht haben, den Freiheitswunsch unterdrückter Menschen und Völker, wo auch immer, zu ignorieren. In Deutschland und Berlin geht es daher um

[22] In der Fassung vom 10. April 1964 wurde an dieser Stelle folgender Satz hinzugefügt: „Es ist selbstverständlich, daß auch das wiedervereinigte Deutschland für eine allgemeine und kontrollierte Abrüstung eintreten wird."

[23] Zur Deutschland-Initiative vgl. weiter Dok. 10.

[1] Durchdruck.

[2] Für den Wortlaut des Teststopp-Abkommens vom 5. August 1963 vgl. DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1963, S. 291–293.

die Glaubwürdigkeit des westlichen Bündnisses. Wir bitten, diesen Gesichtspunkt stets im Auge zu behalten.

3) Unsere Aufgabe ist nicht leicht. Wir haben der Behauptung entgegenzutreten, daß die Bundesregierung stets an die Unterstützung der freien Welt appelliere, ohne selbst die Wiedervereinigungsfrage energisch anzupacken. Diese Ansicht übersieht, daß eine aktive Deutschland-Politik zunächst die Sicherung der freiheitlichen Ordnung im freien Deutschland voraussetzte. Unsere politischen Anstrengungen in den vergangenen Jahren mußten sich – dies wird heute vielfach vergessen – in erster Linie auf die Gewährleistung der Sicherheit des freien Deutschland und unserer Bundesgenossen im Rahmen des westlichen Bündnisses konzentrieren.

4) Diese Bemühungen waren von Erfolg begleitet. Wir haben uns den Versuchen Moskaus, den kommunistischen Einflußbereich auszudehnen, in den Weg gestellt und haben den Weg in die eigene Zukunft offengehalten. Niemand kann bestreiten, daß unsere Ausgangsposition heute solider ist als im Jahre 1949 oder 1955 oder 1961. In diesem Zusammenhang gewinnt unsere Berlin-Politik ihre entscheidende Bedeutung für den Erfolg unserer Deutschland-Politik. Indem wir Berlin halten, sichern wir den Weg zur Wiedervereinigung. Berlin ist Hebel und Symbol unserer Wiedervereinigungspolitik zugleich.

5) Wie sich die Deutschland-Frage entwickeln wird, läßt sich nicht übersehen. Ihre Regelung hängt zu einem Teil von Faktoren ab, die unserer eigenen Einwirkung nicht immer unterliegen, so

- der Entwicklung des Kräfteverhältnisses Ost-West;
- der Entwicklung der Beziehungen Moskau-Peking;
- der Waffenentwicklung im nuklearen Zeitalter.

Die künftige Entwicklung der Deutschland-Frage hängt ferner von dem Erfolg unserer Politik der Selbstbestimmung ab. Diese zielt darauf ab, vor der Weltöffentlichkeit den Nachweis zu führen, daß die SBZ kein lebensfähiges politisches Gebilde ist.

Wir halten es für möglich, daß diese Vorgänge eines Tages dazu beitragen, daß die Sowjets beginnen umzudenken. Bis dies geschieht, versuchen wir unsererseits, das Kräfteverhältnis Ost-West durch Ausbau des westlichen Bündnisses zu beeinflussen und durch eine Aktivierung unserer Bemühungen im Satellitenbereich[3] nicht nur zu einer Auflockerung der Gegensätze zwischen Ost und West beizutragen, sondern auch den osteuropäischen Ländern ein richtigeres Deutschlandbild zu vermitteln. Alle diese Schritte sollen unsere Ausgangsposition verbessern.

6) Wenn diese Voraussetzungen unserer Deutschland-Politik bekannt sind, wird es leichter fallen, die Tatsachen verständlich zu machen, die unsere Wiedervereinigungsforderung bestimmen:

[3] Im Laufe des Jahres 1963 schloß die Bundesrepublik Abkommen mit Polen, Rumänien und Ungarn über den Handelsverkehr bzw. den Austausch von Handelsvertretungen. Mit Bulgarien und der Tschechoslowakei wurden Gespräche aufgenommen. Vgl. dazu Dok. 13, besonders Anm. 20–23.

– Wir halten an unserer Forderung auf das Selbstbestimmungsrecht fest, nachdem in dem letzten Jahrzehnt 38 Länder, in den letzten 5 Jahren 32 Länder, fast immer auf Grund des Selbstbestimmungsrechts, die eigene Unabhängigkeit errangen.

– Wir denken nicht daran, die Einheit unseres Landes durch den Imperialismus einer fremden Macht zerstören zu lassen.

– Wir können nicht mit verschränkten Händen dabeistehen, wenn wir Tag für Tag von Fluchtversuchen aus der Zone und von blutigen Zwischenfällen bei der Flucht hören.

– Wir sind nach dem Geschehen des Dritten Reiches verpflichtet, dafür zu sorgen, daß totalitäre Regime auf deutschem Boden keinen Platz finden.

– Wir können nicht übersehen, daß in der Bundesrepublik Deutschland eine junge Generation zur politischen Mitbestimmung heranwächst, die keine Verantwortung für das Geschehen vor 1945 trägt, – die sich mit Recht fragt, ob sie für die Fehler der Vergangenheit die Last des Verzichts auf eine gesamtdeutsche Zukunft auf sich nehmen soll, und die deshalb die Wiedervereinigungsforderung unbekümmerter stellen wird.

Wir fordern die Wiedervereinigung also nicht nur aus politischen, sondern auch aus humanitären und ethischen Gründen und gehen dabei davon aus, daß wir, hielten wir es anders, die Grundlagen unserer Lebensordnung im freien Deutschland in Frage stellen würden. Wenn kein Zweifel über diese Grundlagen unserer Wiedervereinigungs*forderung* besteht, dann muß auch der Zweifel an unserem Wiedervereinigungs*willen* verstummen.

7) Wir verkennen nicht, daß diese Argumente vielfach nicht ausreichen werden, um die Gleichgültigkeit zu beseitigen. Was aber gelingen muß, ist die Beseitigung der Illusion, wir, die Deutschen, könnten eines Tages selbst in Gleichgültigkeit versinken. In Fragen der Selbstbestimmung gibt es keine Nachgiebigkeit. Wir werden diese Forderung um so nachdrücklicher vorzutragen wissen, als sie den Kommunismus erwiesenermaßen an empfindlichster Stelle trifft. Wir bitten, keinen Zweifel darüber zu belassen, daß es uns in der Frage der Selbstbestimmung nicht anders als anderen Nationen geht. Fast jede Nation hat irgendwann vor Aufgaben gestanden, die sich nicht von dem einen auf den anderen Tag regeln ließen. Dies hat nicht dazu geführt, daß als berechtigt empfundene Ansprüche aufgegeben wurden. Wir erinnern an das Verhalten des polnischen Volkes im 19. Jahrhundert[4], an die Haltung der Sowjets nach der Abtrennung der Ukraine, eines Teils von Weißrußland und Bessarabiens 1917/18[5]; wir erinnern daran, daß keines der kolonialen Länder

[4] Aufgrund der Teilungen Polens von 1772, 1793 und 1795 fiel das gesamte polnische Staatsgebiet an Rußland, Österreich und Preußen. Das 19. Jahrhundert war geprägt von den Bemühungen der Polen um die Aufrechterhaltung eines polnischen Nationalbewußtseins und die Beseitigung der Fremdherrschaft. Aufstände im russischen Teilgebiet 1831/32 und 1863/64 scheiterten jedoch ebenso wie diejenigen im österreichischen Galizien bzw. der preußischen Provinz Posen 1846 und 1848. Erst 1918 entstand erneut ein unabhängiger polnischer Staat.

[5] Im Frieden von Brest-Litowsk vom 3. März 1918 mußte Sowjetrußland u.a. auf Teile Weißrußlands verzichten sowie die Ukraine als selbständigen Staat anerkennen. Außerdem bestätigten Deutschland und Österreich-Ungarn im Frieden von Bukarest vom 7. Mai 1918 Rumänien im Besitz des seit 1917 von rumänischen Truppen besetzten Bessarabien. Bereits im Dezember 1919

in den Jahrzehnten der Fremdherrschaft den Anspruch auf nationale Selbständigkeit und Eigenständigkeit aufgegeben hat. Wir werden uns nicht anders verhalten.

8) Wir wissen, daß der Weg zur Wiedervereinigung lang sein kann. Illusionen können nur schaden. Unsere Wiedervereinigungsforderung muß daher illusionsfrei vorgetragen werden, – illusionsfrei, weil sie nur dann überzeugend wirkt; illusionsfrei auch deshalb, weil Selbsttäuschung nur dazu führen würde, daß wir nicht die notwendigen Kräfte und vor allem die notwendige Festigkeit entfalten. Nüchternheit und Festigkeit in der Deutschland-Frage bestimmen nicht nur die Haltung der Bundesregierung; sie haben auch die Haltung eines jeden von uns zu bestimmen.

9) Die Aussichten, daß die Wiedervereinigungsfrage in naher Zukunft gelöst wird, sind gering. Unsere Antwort lautet: Es mag schwerfallen zu warten, wir werden dies ertragen. Nur eines ist nicht erträglich, die Vorstellung, der in Freiheit lebende Teil des deutschen Volkes könnte sich mit der Teilung abfinden. Offensiv zu handeln, ohne aggressiv zu sein; überzeugend zu wirken, ohne laut zu scheinen; Initiativen vorzubereiten[6]; Nüchternheit und Festigkeit gleichzeitig an den Tag zu legen, dies sind die Aufgaben, vor die wir uns heute gestellt sehen, Aufgaben, zu deren erfolgreicher Bewältigung wir vor allem der Fähigkeit bedürfen, unsere Forderung mit Selbstverständlichkeit vorzutragen, damit sie auch im Ausland als selbstverständlich empfunden wird und damit Klarheit darüber besteht: Der Willen des deutschen Volkes zur Wiedervereinigung ist die entscheidende Realität der deutschen Situation, an der die Welt heute nicht vorbeikommt und morgen nicht vorbeikommen wird.

Ich bitte, vorstehende Grundsätze bei den dortigen Darlegungen zur Deutschland-Frage zugrunde zu legen und stets zu bedenken, daß In- und Ausland von der festen Haltung, die die Angehörigen des Auswärtigen Dienstes in der Deutschland-Frage an den Tag legen, auf den festen Willen des deutschen Volkes zur Wiedervereinigung schließen werden.

gez. Schröder

Büro Staatssekretär, Bd. 397

Fortsetzung Fußnote von Seite 17

konnte jedoch in der Ukraine eine Räteregierung etabliert werden, die am 30. Dezember 1922 den Vertrag zur Gründung der UdSSR unterzeichnete. Die zum polnischen Staatsgebiet gehörenden ukrainischen und weißrussischen Gebiete sowie Bessarabien wurden 1939/40 in die UdSSR eingegliedert.

6 Vgl. in diesem Zusammenhang die Deutschland-Initiative (Fassung vom 3. Januar 1964); Dok. 3.

5

Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit dem amerikanischen Botschafter McGhee

Z A 5-1.A/64 geheim **7. Januar 1964**[1]

Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit Botschafter McGhee am 7. Januar 1964 von 18.00 bis 19.00 Uhr

Weitere Teilnehmer: Staatssekretär Westrick, Ministerialdirigent Osterheld und Vortragender Legationsrat Kusterer (als Dolmetscher).

Einleitend wurde von beiden Seiten festgestellt, daß die amerikanische und deutsche Pressereaktion auf den Besuch des Herrn Bundeskanzlers in den Vereinigten Staaten[2] recht positiv gewesen sei. Auch das Mißverständnis, das wegen der „deutsch-amerikanischen Kommission"[3] entstanden sei, sei inzwischen geklärt.

Botschafter *McGhee* sagte dann, der Präsident habe mit ihm über eine kubanische Bestellung von Relais bei der spanischen Firma Silasa gesprochen. Offensichtlich versuche Kuba, über diese spanische Firma diese Relais von Westinghouse zu bekommen. Falls dies nicht gelinge, werde die spanische Firma möglicherweise versuchen, die Relais bei der Firma Siemens zu kaufen. Amerika könne eine Lieferung durch Westinghouse verhindern.[4] Da der Herr Bundeskanzler Präsident Johnson in Texas gesagt habe, er wolle sich bemühen, Lieferungen deutscher Firmen über dritte Länder an Kuba zu verhindern, sei er, McGhee, gebeten worden, die Aufmerksamkeit des Herrn Bundeskanzlers auf diesen Fall zu lenken und um Schritte bei der Firma Siemens zu bitten.

Staatssekretär *Westrick* bemerkte, er werde sich mit der Firma Siemens in dieser Angelegenheit in Verbindung setzen.

Der *amerikanische Botschafter* sagte dann, in Texas sei von unserer Seite die Anti-dumping-Frage[5] angeschnitten worden. Das amerikanische Schatzamt

[1] Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Leiter des Außenpolitischen Büros im Bundeskanzleramt, Osterheld, gefertigt.

[2] Zu den deutsch-amerikanischen Regierungsbesprechungen am 28./29. Dezember 1963 in Stonewall, Texas, vgl. AAPD 1963, III, Dok. 486–491.

[3] Am 30. Dezember 1963 führte Staatssekretär Carstens in einem Runderlaß über den Besuch des Bundeskanzlers Erhard in den USA aus: „In der Pressekonferenz vor dem Abflug des Bundeskanzlers wurde ... die Frage gestellt, ob an eine ständige Zusammenarbeit in Form einer deutsch-amerikanischen Kommission zur Vorbereitung der Kennedy-Runde unter Ausschluß der übrigen EWG-Partner gedacht sei. Diese Frage ist entschieden zu verneinen." Vgl. AAPD 1963, III, Dok. 492.

[4] Am 3. Februar 1962 hatten die USA ein Handelsembargo gegen Kuba verhängt. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1962, Z 48; AdG 1962, S. 9659.

[5] Auf Initiative der US Steel Corporation lief ein Untersuchungsverfahren gegen Firmen aus der Bundesrepublik. Ihnen wurde vorgeworfen, bei der Einfuhr von Stahlrohren in die USA Vorschriften des Anti-Dumping Act von 1921 verletzt zu haben. Am 21. Januar 1964 fand im amerikanischen Finanzministerium eine Anhörung der beteiligten Parteien statt. Vgl. dazu den Drahtbericht des Gesandten von Lilienfeld, Washington, vom 24. Januar 1964; Abteilung III (III A 5), VS-Bd. 244; B 150, Aktenkopien 1964.

habe deshalb mit United Steel Verbindung aufgenommen, die unter gewissen Bedingungen, die vom Schatzamt zu erfüllen seien, bereit sei, ihre Klage zurückzuziehen. Sobald die genannten Bedingungen vom Schatzamt erfüllt seien, sei die Klage als erledigt anzusehen.

McGhee erwähnte dann, daß die Briten bereit seien, Rußland für den Ankauf von Düngemittelfabriken einen langfristigen Kredit in Höhe von 100 Millionen Pfund zu gewähren.[6] Das hätten ihnen die Engländer selbst gesagt; sie hätten auch gesagt, daß sie die Bundesregierung unterrichtet hätten. Hiergegen habe die amerikanische Regierung stärkste Bedenken. Eine derartige enorme Summe werde die Kredite, die die Sowjetunion vom Westen erhalte, auf einen Schlag verdoppeln.

Der Herr *Bundeskanzler* erwiderte, er wisse nichts davon. Er habe lediglich gehört, und das zeige die Gefahren auf, daß Frankreich, obwohl es im NATO-Rat gemeinsam mit Amerika und Deutschland gegen langfristige Kredite an die Sowjetunion gesprochen habe[7], nun erkennen lasse, daß es angesichts unausgenutzter Kapazitäten und des Druckes der französischen Industrie unter Umständen ebenfalls Kredite, sogar sehr langfristige Kredite, gewähren werde, wenn England langfristige Kredite gebe.[8]

Staatssekretär *Westrick* bemerkte, 100 Millionen Pfund sei eine ungeheure Summe; eine mittlere Düngemittelfabrik könne man für etwa 60–80 Mio. DM bauen.

Der Herr *Bundeskanzler* fügte hinzu, wenn das so komme, dann handele der Westen einfach unverantwortlich; jeder Versuch einer Entspannung habe umso weniger Aussichten, je mehr der Westen zu Wirtschaftshilfen ohne politische Gegenleistungen bereit sei. Er werde diese Frage in der nächsten Woche mit dem britischen Premierminister und Mr. Butler besprechen.[9]

Der *amerikanische Botschafter* fragte den Herrn Bundeskanzler sodann nach dessen Auffassung von der neuesten sowjetischen Note[10]. Er sehe darin vor allem ein Propagandamittel, das allerdings unangenehme Wirkung haben könne, da die Weltöffentlichkeit die Sowjetunion für stärker am Frieden interessiert halte als den Westen.

[6] Zur britischen Haltung in der Kreditfrage vgl. bereits Dok. 2.

[7] In einer Sondersitzung des NATO-Rats zur Kreditfrage unterstützte der französische Vertreter am 18. November 1963 die Auffassung, daß der UdSSR keine Kredite mit Laufzeiten über fünf Jahre hinaus gewährt werden sollten. Vgl. dazu den Drahtbericht des Botschafters Grewe, Paris (NATO), vom 19. November 1963; VS-Bd. 8357 (III A 6); B 150, Aktenkopien 1963.

[8] Botschafter Klaiber, Paris, berichtete am 6. Januar 1964, „daß die französischen Wirtschaftsressorts im Interesse der Sicherung der Beschäftigungslage von Industrien mit nicht voll ausgenutzten Kapazitäten (Werften) dem Gedanken der Ausdehnung des französischen Sowjetunionhandels – auch wenn diese sich nur bei Verzicht auf die bisherige Maximalkreditfrist von fünf Jahren erreichen ließe – positiv gegenüberständen". Vgl. Abteilung I (I A 3), VS-Bd. 160; B 150, Aktenkopien 1964.

[9] Zu den deutsch-britischen Regierungsbesprechungen am 15./16. Januar 1964 in London vgl. Dok. 12–15.

[10] Für den Wortlaut des Schreibens des Ministerpräsidenten Chruschtschow vom 31. Dezember 1963 an alle Staats- und Regierungschefs vgl. DzD IV/9, S. 1070–1079.
Vgl. dazu auch Dok. 15, Anm. 2, und Dok. 16.

Der Herr *Bundeskanzler* erwiderte, daß die Note aber doch etwas primitiv und durchsichtig angelegt sei und auch die neutralen Länder nicht überzeugen könne. Den Kolonialvölkern werde Gewaltanwendung zugestanden, sie hätten das Recht auf den „heiligen Krieg" der Selbstbefreiung. Den Völkern in den Ostblockstaaten und unseren Landsleuten in der SBZ werde das Recht der Selbstbestimmung aber durch den billigen Trick vorenthalten, als handele es sich dabei um Staaten mit historischen oder historisch gewordenen Grenzen. Daneben sei die Note wohl auch zum Schutz gegen China bestimmt und solle den USA gegenüber Kuba die Hände binden.

Was die Passierscheinfrage[11] mit dem jüngsten Brief von Herrn Stoph[12] angehe, so handele es sich auch dabei um einen reinen Propagandabrief. Stoph wünsche ja, daß der Regierende Bürgermeister und er zusammenträfen, um die Direktiven einer Verlängerung der Passierscheinregelung festzulegen. Das sei natürlich ausgeschlossen. Es gäbe auch keine Schwierigkeiten mit Brandt. Man sei jetzt zu einem Punkt gekommen, wo alle Beteiligten im freien Deutschland der Ansicht seien: Von hier an nicht mehr weiter! Für uns sei es sehr wichtig, daß der Berliner Senat nicht unabhängig von den Kommandanten arbeitet. Es bestehe eine gewisse Gefahr, daß, wenn auch Brandt selbst nicht, so doch andere Senatsangehörige zu weit gehen könnten. Wir vertrauten darauf, daß die Alliierten nur so weit gehen, wie es die Bundesregierung verantworten könne.

Herr *McGhee* fragte, ob die Bundesregierung bereit sei, auf die Weihnachtsregelung zurückzukommen, falls die Zone die Besprechungen im Rahmen der Interzonenhandelskanäle ablehne.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, dies sei die äußerste Grenze, an die man jedoch nur dann herangehen könne, wenn die Zone zusätzliche Vorteile einräume, wie z.B. keine Beschränkung auf Verwandte und keine zeitliche Begrenzung. Eine weitere Bedingung, die man stellen wolle, die aber noch mit dem Senat besprochen werden müsse, sei, daß auch die Ostberliner nach Westen dürften. Wir wollten jedenfalls ganz klar machen, daß wir keine Passierscheine verlangen.[13] Zu uns könne jeder aus Ostberlin und aus der Zone kommen. Wir brauchten deshalb auch kein besonderes Zulassungssystem. Wir hofften, daß die Ostberliner es ihrem Regime schwer machten und daß man der Welt zeigen könne, daß die Zone nicht aus humanitären Gründen verhandelt habe. Er habe auch mit Botschafter Smirnow bei dessen Besuch[14] vor seinem Urlaub über die Mauer gesprochen. Smirnow habe gesagt, der Osten habe die Mauer bauen müssen, um der Abwerbung und der Subversion zu be-

[11] Zum Stand der Passierschein-Gespräche vgl. Dok. 1.

[12] Für den Wortlaut des Schreibens des Ersten Stellvertretenden Ministerpräsidenten der DDR vom 4. Januar 1964 an den Regierenden Bürgermeister Brandt vgl. DzD IV/10, S. 41.
In einem Runderlaß vom 11. Januar 1964 führte Ministerialdirektor Krapf dazu aus: „Brief zielt darauf ab, direkten Kontakt zwischen Senat und Pankow auf höherer Ebene herzustellen, und macht klar, daß Passierschein-Initiative der Zone im Zusammenhang kommunistischer Deutschlandpolitik gesehen werden muß, die gegenwärtig mit allen Mitteln Herauslösung Berlins aus Bindungen zur Bundesrepublik anstrebt." Vgl. Abteilung I (D I/Dg I A), VS-Bd. 122; B 150, Aktenkopien 1964.

[13] Zum Fortgang der Passierschein-Gespräche vgl. Dok. 26.

[14] Zu dem Gespräch vom 6. Dezember 1963 vgl. AAPD 1963, III, Dok. 454.

gegnen. Dabei sei es auch nicht logisch, nun den Westberlinern die Möglichkeit zur Subversion in Ostberlin zu geben. Außerdem wolle man zu erreichen suchen, daß der Schießbefehl rückgängig gemacht werde.

Der Herr Bundeskanzler kam sodann darauf zu sprechen, daß davon die Rede sei, RIAS wolle seine Sendungen einstellen.[15]

Herr *McGhee* antwortete daraufhin, daß es sich nur um eine oder einige Wellenlängen von RIAS handele – wobei er einräumen mußte, daß es sich dabei allerdings um die weitreichendsten und stärksten handele –, das Programm werde von den anderen Wellenlängen weitergesendet. Die starken Sendungen auf russischen Frequenzen habe man damals unternommen, um die russischen Sendungen zu stören, als diese alle Westsendungen gestört hätten. Die Russen machten jetzt keine Störsendungen mehr, und die Amerikaner wollten den Russen keine Handhabe geben, mit den Störungen wieder anzufangen. Es werde aber keine Verminderung hinsichtlich der Sendezeit eintreten.

Der Herr *Bundeskanzler* wies darauf hin, daß Ulbricht am Freitag die Beseitigung des RIAS-Senders verlangt habe.[16] Er halte es demnach für einen großen Fehler, wenn man nun die Sendungen auch einstelle. Das sehe so wie ein Erfolg Ulbrichts aus. Die fraglichen Sendungen sollten mindestens noch einige Wochen weitergehen, bis klar sei, ob sich weitere Passierscheinregelungen ergeben oder nicht.

Der *amerikanische Botschafter* wiederholte, daß es sich nur um eine Verlegung auf eine andere Frequenz handele, die zugegebenermaßen nicht so wirksam sei wie die bisherige; die Amerikaner hätten aber vor, die Sendungen nach Rußland hinein zu stoppen. Auf erneutes Insistieren des Herrn Bundeskanzlers versprach Herr McGhee schließlich, sein Möglichstes zu tun, um zumindest ein Hinauszögern der amerikanischen Maßnahmen zu erreichen. Alles, was uns besorgt mache, mache auch die Amerikaner besorgt. Er wolle auch feststellen, ob sich die Wirkung der bisherigen Frequenzen nicht anderweitig voll ausgleichen ließe.

Nach einigen Worten zu den beiden Botschaften von Präsident Johnson (State of the Union message, budget-message)[17] fragte der Herr *Staatssekretär*,

[15] Als Maßnahme zur Entspannung verzichtete die UdSSR seit dem 19. Juni 1963 auf Störungen des amerikanischen Senders „Stimme Amerikas" („Voice of America"). Im Gegenzug stellte RIAS Ende Januar 1964 die Ausstrahlung seines Programms auf der Langwelle ein, sendete jedoch weiterhin im Ultrakurz-, Mittel- und (mit einer zusätzlichen Frequenz ab 1. Februar 1964) im Kurzwellenbereich. Vgl. dazu DER SPIEGEL, Nr. 10 vom 4. März 1964, S. 31–33, sowie Nr. 18 vom 29. April 1964, S. 83.

[16] Am 3. Januar 1964 äußerte der Staatsratsvorsitzende Ulbricht anläßlich einer Veranstaltung zum 45. Gründungstag der KPD: „Zum Abbau der Spannungen allerdings ... gehört mehr. Dazu gehört der Abbau des kalten Krieges von Westberlin aus und in diesem Zusammenhang der Abbau des RIAS und seiner unverschämten Hetzsendungen." Vgl. DzD IV/10, S. 27.

[17] Für den Wortlaut der „State of the Union Message" vom 8. Januar 1964 sowie der „Annual Budget Message" vom 21. Januar 1964 vgl. PUBLIC PAPERS, JOHNSON 1963/64, S. 112–118 bzw. S. 175–195.

ob sich hinsichtlich eines Treffens zwischen Präsident Johnson und General de Gaulle[18] etwas Neues ergeben habe, was Botschafter *McGhee* verneinte.

Bundeskanzleramt, AZ: 21-301 00 (56), Bd. 6

6

Bundesminister Schröder an Staatssekretär Westrick, Bundeskanzleramt

V 1-80.52/2 **8. Januar 1964**[1]

Betr.: Proklamation der Bundesregierung über den deutschen Festlandsockel

Unter dem Bett der Nordsee außerhalb der nationalen Küstengewässer sind Erdgas und Erdöl in abbauwürdiger Menge gefunden worden. Das Auswärtige Amt und die übrigen beteiligten Ressorts[2] sind sich darüber einig, daß sich die Bundesrepublik diejenigen Rechte vorbehalten soll, die ihr als Küstenstaat nach Völkerrecht[3] hieran zustehen.

Das Auswärtige Amt wird zu diesem Zweck im Benehmen mit den beteiligten Ressorts sobald wie möglich den Entwurf eines Zustimmungsgesetzes zum Genfer Abkommen von 1958 über den Festlandsockel einbringen, in das auch die erforderlichen innerstaatlichen Regelungen über die Erforschung und Ausbeutung des deutschen Festlandsockels aufzunehmen sein werden. Die Frage, ob aus Gründen der Beschleunigung einzelne, rechtlich unkomplizierte Fragen der zu treffenden Gesamtregelung durch ein besonderes Gesetz[4] vorweg geregelt werden sollten, läßt sich im gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht abschließend beurteilen.

Bis zur Verabschiedung des Zustimmungsgesetzes oder eines solchen „Übergangs"-Gesetzes wird indes auch bei größter Beschleunigung noch einige Zeit vergehen. Andererseits sind sich die beteiligten Ressorts darüber einig, daß der gegenwärtige Stand der Erforschung des Meeresuntergrundes sowie der

[18] Vgl. dazu die Ausführungen des französischen Botschafters de Margerie vom 10. Januar 1964 gegenüber Bundeskanzler Erhard; Dok. 8.

[1] Durchdruck.

[2] Neben dem Auswärtigen Amt war insbesondere das Bundesministerium für Wirtschaft für die Frage des Festlandsockels zuständig. Vgl. dazu das Schreiben des Staatssekretärs Neef, Bundesministerium für Wirtschaft, vom 3. Januar 1964 an Staatssekretär Lahr; Referat V 1, Bd. 775.

[3] Die Rechte der einzelnen Staaten waren in der Genfer Konvention über den Festlandsockel vom 29. April 1958 niedergelegt. Diese wurde am 30. Oktober 1958 von der Bundesrepublik unterzeichnet. Für den Wortlaut der Konvention vgl. UNTS, Bd. 499, S. 312–321.

[4] Am 10. April 1964 leitete die Bundesregierung dem Bundestag einen Gesetzentwurf über die vorläufige Regelung der Rechte am Festlandsockel zu. Vgl. BT ANLAGEN, Bd. 91, Drucksache IV/2341.

Stand der von privaten Firmen getroffenen Vorbereitungen[5] für die Ausbeutung sofortige Maßnahmen erfordern.

Für eine Klarstellung der deutschen Absichten ist überdies insofern besonderer Anlaß gegeben, als sich die Bundesregierung bei den Genfer Verhandlungen 1958 über die Seerechtskonventionen[6] zunächst *gegen* besondere Vorrechte der Küstenstaaten an den Bodenschätzen des Festlandsockels ausgesprochen hatte. Zwar hat sie dann später mit der Unterzeichnung des Übereinkommens über den Festlandsockel zu erkennen gegeben, daß sie an ihrem ursprünglichen Standpunkt nicht mehr festhalte und sich dem in der Konvention niedergelegten Standpunkt der Mehrheit der Konferenzmitglieder anschließe. Gleichwohl erscheint es unter den gegebenen Umständen angebracht, dies noch einmal in eindeutiger und entschiedener Form klarzustellen.

Als Sofortmaßnahme in diesem Sinne schlägt das Auswärtige Amt eine Proklamation der Bundesregierung mit dem aus der Anlage[7] ersichtlichen Text vor. Ich bitte, die Zustimmung des Kabinetts hierzu im Umlaufwege mit möglichst kurzer Widerspruchsfrist herbeizuführen.[8]

Die Kabinettsvorlage wurde nach feststehendem Verteilerplan versandt. Weitere zwölf Abdrucke dieses Schreibens sind beigefügt.

gez. Schröder

Ministerbüro, Bd. 264

[5] Vor allem geplante Erdölbohrungen einer amerikanischen Firma gaben Anlaß, die Rechte der Bundesrepublik am Festlandsockel klarzustellen. Am 28. November 1963 führte Staatssekretär Lahr dazu aus: „Muß angesichts der Tatsache, daß die beabsichtigte Bohrung der Amerikaner in dem unstrittigen Gebiet liegt, die Abgrenzung des Interessensgebiets gegenüber den Niederländern und den Dänen einer Ratifikation des Abkommens vom 29. April 1958 oder einer einseitigen Proklamation unbedingt vorausgehen? Kommt es nicht zunächst darauf an, daß wir unsere Haltung grundsätzlich festlegen, wobei wir den Niederländern und den Dänen erklären können, daß wir uns daran anschließend mit ihnen über die Abgrenzung unterhalten würden? Mit anderen Worten, gibt es nicht eine Möglichkeit, durch gewisse Vorbehalte ein ungünstiges Präjudiz in der Abgrenzungsfrage zu vermeiden?" Vgl. Büro Staatssekretär, Bd. 412.

[6] Zu den Verhandlungen von 1958 vgl. Referat 500, Bd. 509.

[7] Dem Vorgang nicht beigefügt.

[8] Die Proklamation über die Erforschung und Ausbeutung des Festlandsockels wurde am 20. Januar 1964 von der Bundesregierung verkündet. Für den Wortlaut vgl. BULLETIN 1964, S. 146.
Zur Frage des Festlandsockels vgl. weiter Dok. 52.

7

Botschafter Klaiber, Paris, an das Auswärtige Amt

Z B 6-1/152/64 geheim
Fernschreiben Nr. 42
Cito

Aufgabe: 8. Januar 1964, 11.30 Uhr
Ankunft: 8. Januar 1964, 11.45 Uhr

Auf Plurex Nr. 46 vom 6.1.1964[1]

Betr.: Europäische Politische Union

Habe gestern mit Leiter Europa-Abteilung Quai d'Orsay, de Beaumarchais, weisungsgemäß Konsultation über etwaige Initiativen zur Frage einer engeren politischen Zusammenarbeit der EWG-Mitgliedstaaten aufgenommen. Beaumarchais erklärte mir auf meine Frage, aus der Neujahrsansprache de Gaulles[2] könne nicht der Schluß gezogen werden, daß französische Regierung eine neue Initiative in dieser Frage beabsichtige. Vielmehr verbleibe es bei der Verabredung mit dem Herrn Bundeskanzler[3], wonach der General es begrüßen würde, wenn der Bundeskanzler eine solche ergreife und insbesondere bei seinem Besuch in Rom[4] über das Problem mit den Italienern spreche. Aus Washington liege allerdings dem Quai d'Orsay eine Information vor, der Bundeskanzler habe in seiner Unterredung mit dem amerikanischen Präsidenten[5] erklärt, er halte die WEU für ein geeignetes Forum für die Wiederaufnahme

[1] Mit dem bereits am 4. Januar 1964 konzipierten Drahterlaß bat Staatssekretär Carstens die Botschaft in Paris, Auskunft über eventuelle französische Erwägungen für eine europapolitische Initiative einzuholen. Dabei sollte auch geklärt werden, welche Vorstellungen die französische Regierung zur Frage einer Einbeziehung Großbritanniens habe. Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 419; B 150, Aktenkopien 1964.
Hintergrund der Anfrage bei der Botschaft in Paris waren die europapolitischen Ausführungen des Staatspräsidenten de Gaulle in seiner Neujahrsansprache. Dazu äußerte der französische Botschaftsrat Henry am 3. Januar 1964 gegenüber dem Vortragenden Legationsrat I. Klasse Röding, „man sehe im Quai d'Orsay das Timing wie folgt: Voraussetzung für ein neues Gespräch über die europäische politische Union sei der erfolgreiche Abschluß der Brüsseler Verhandlungen über den weiteren Ausbau des Gemeinsamen Marktes gewesen. Man sehe den Gemeinsamen Markt nunmehr als fest fundiert an ... Die französische Regierung glaube, daß jetzt der Augenblick gekommen sei, die politische Union in Angriff zu nehmen. Ich sagte Herrn Henry, daß nach unserer Auffassung auf jeden Fall ein neuer Mißerfolg bei Verhandlungen über die politische Union vermieden werden müsse." Vgl. die Aufzeichnung von Röding vom 3. Januar 1964; Abteilung I (I A 1), VS-Bd. 151; B 150, Aktenkopien 1964.

[2] In der Ansprache vom 31. Dezember 1963 erklärte der französische Staatspräsident zum Thema Europa: „C'est un fait qu'en tentant d'établir sur une base nouvelle nos rapports avec l'Allemagne, puis en nous appliquant à faire en sorte que la ‚Communauté économique européenne' fût réellement une communauté et réellement européenne, qu'elle englobât l'agriculture comme elle inclut l'industrie, qu'elle ne se laissât, ni dissoudre par l'admission d'un nouveau membre qui ne pouvait se plier aux règles, ni annexer au système existant outre-atlantique, nous avons largement aidé à bâtir le Marché commun et, par là, à dégager la voie qui mène à l'Europe unie." Vgl. DE GAULLE, Discours et messages, Bd. 4, S. 153 f.

[3] Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit Staatspräsident de Gaulle am 21. November 1963 in Paris; AAPD 1963, III, Dok. 421.

[4] Zu den deutsch-italienischen Regierungsbesprechungen vom 27./28. Januar 1964 vgl. Dok. 27–29.

[5] Zu den deutsch-amerikanischen Regierungsbesprechungen am 28./29. Dezember 1963 in Stonewall, Texas, vgl. AAPD 1963, III, Dok. 486–491.

von Gesprächen über die Bildung einer Europäischen Politischen Union und beabsichtige, darüber bei seinem England-Besuch zu sprechen.[6] Wenn diese Information richtig sei, erwarte die französische Regierung eine vorherige Konsultation mit den EWG-Partnern und vor allem mit Frankreich. Die französische Regierung gedenke keineswegs, etwaige Gespräche über die Frage einer Europäischen Politischen Union im Rahmen der Sieben aufzunehmen. Die Basis hierzu seien vielmehr die Römischen Verträge[7]. Die sechs Mitgliedsländer hätten sich eine politisch engere Zusammenarbeit zum Ziele gesetzt; die Vorbedingung der Teilnahme an einer politischen Union bleibe die Zugehörigkeit zur EWG.

Ich erwiderte Gesprächspartner, daß ich über die angeblichen Äußerungen des Bundeskanzlers gegenüber dem Präsidenten der USA keine Information hätte, daß aber sicherlich bei jeder Aufnahme neuer Gespräche über die Europäische Politische Union das England-Problem, vor allem auch für die anderen EWG-Partner eine zentrale Rolle spielen werde. Meine Frage, ob man sich französischerseits schon Vorstellungen über eine Beteiligung Englands an etwaigen Gesprächen gemacht habe, verneinte de Beaumarchais, sagte aber zu, dazu eine Weisung höheren Ortes einzuholen. Theoretisch wurde die Frage berührt, ob über etwaige Besprechungen der sechs EWG-Partner über ein europäisches politisches Statut Großbritannien laufend, etwa im Rahmen der WEU, unterrichtet bzw. konsultiert werden könnte. De Beaumarchais konnte auch hierzu keine französische Stellungnahme abgeben, will jedoch auch hierüber eine Weisung einholen. Beiderseits wurde festgestellt, daß es sich bei diesem Gespräch um eine Konsultation auf Grund des Elysée-Vertrages[8] handelte. Aus Unterhaltungen mit de Gaulle nahestehenden französischen Politikern habe ich den Eindruck, daß der General sich die Europäische Politische Union praktisch und vereinfacht als eine Ausdehnung der Bestimmungen des Vertrages über die deutsch-französische Zusammenarbeit auf die übrigen Partner der EWG-Länder vorstelle. Ministerpräsident Pompidou habe gestern

[6] Mit Drahterlaß vom 8. Januar 1964 an die Botschaft in Paris teilte Staatssekretär Carstens mit, die französischen Informationen über eine angebliche Äußerung des Bundeskanzlers Erhard gegenüber Präsident Johnson beruhten offenbar auf einem Mißverständnis. Die Bundesregierung habe nicht die Absicht, „die Frage einer Neubelebung des Gedankens der politischen Union im WEU-Rat zur Erörterung zu stellen oder dies etwa bei den bevorstehenden Besprechungen in London anzuregen. Den amerikanischen Gesprächspartnern ist vielmehr unser bekannter Standpunkt dargelegt worden, daß es ... vorzuziehen sei, sich zunächst auf die weitere Stärkung der Gemeinschaften und einen erfolgreichen Verlauf der GATT-Verhandlungen zu konzentrieren, um damit günstigere Voraussetzungen für die Neuaufnahme des Unionsgedankens zu schaffen. In diesem Zusammenhang war lediglich die Rede davon, daß zur Zeit ja die Möglichkeit der allgemeinen politischen Konsultation im WEU-Rat bestehe." Vgl. Abteilung I (I A 1), VS-Bd. 131; B 150, Aktenkopien 1964.
Zu den deutsch-britischen Regierungsbesprechungen am 15./16. Januar 1964 in London vgl. Dok. 12–15.

[7] Für den Wortlaut der Verträge zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Europäischen Atomgemeinschaft sowie des Abkommens über gemeinsame Organe für die Europäischen Gemeinschaften vom 25. März 1957 (Römische Verträge) vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 753–1223.

[8] Für den Wortlaut des deutsch-französischen Vertrags vom 22. Januar 1963 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 706–710.

Pressevertretern auf eine Anfrage erklärt[9], die französische Regierung habe seinerzeit einen europäischen politischen Plan[10] vorgelegt; sie verleugne diesen Plan nicht, er sei jedoch abgelehnt worden, und es sei nunmehr nicht Sache Frankreichs, jetzt etwas Neues vorzuschlagen.[11]

[gez.] Klaiber

Abteilung I (I A 1), VS-Bd. 131

8

Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit dem französischen Botschafter de Margerie

Z A 5-4.A/64 **10. Januar 1964**[1]

Der Herr Bundeskanzler empfing am 10. Januar 1964 um 17.00 Uhr den französischen Botschafter de Margerie. Bei der Unterredung waren außerdem zugegen: Staatssekretär Westrick, Ministerialdirigent Dr. Osterheld und der französische Botschaftsrat Henry.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte einleitend, in dem Gespräch zwischen Staatssekretär Westrick und dem französischen Botschafter[2] seien die meisten Fragen ja bereits geregelt worden. Er habe auch den Eindruck, daß sein Besuch in den Vereinigten Staaten[3] keinen ungeklärten Rest hinterlassen habe. In seiner Erklärung vor dem Bundestag am Vortage[4] habe er auch jegliches Zwielicht beseitigt. Er halte es im übrigen für richtig, daß eine Freundschaft auf der Basis aufbaue, daß man sich klar werde, wo absolute Einigkeit bestehe, in

9 Zu den Äußerungen des französischen Ministerpräsidenten vgl. den Artikel „Frankreich erwartet eine europäische Initiative Segnis"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 7 vom 9. Januar 1964, S. 4.

10 Gegenstand der europapolitischen Diskussion waren vor allem die Fouchet-Pläne vom 2. November 1961 bzw. vom 18. Januar 1962. Beide Entwürfe gingen auf eine französische Initiative zurück und sahen die Gründung einer Europäischen Politischen Union mit dem Ziel einer gemeinsamen oder zumindest koordinierten Außen-, Wirtschafts-, Kultur- und Verteidigungspolitik der Vertragsstaaten vor. Für den Wortlaut der Fouchet-Pläne vgl. EUROPA-ARCHIV 1964, D 466–484.
Die Verwirklichung der geplanten Union scheiterte im April 1962, wobei die Frage der Einbeziehung Großbritanniens und die Problematik der konföderalen Struktur eine wesentliche Rolle spielten. Vgl. dazu AAPD 1963, I, Dok. 136.

11 Zu den Bemühungen um eine europapolitische Initiative vgl. weiter Dok. 8.

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Kusterer am 13. Januar 1964 gefertigt.
Hat dem Leiter des Außenpolitischen Büros im Bundeskanzleramt, Osterheld, am 14. Januar 1964 vorgelegen.

2 Der Chef des Bundeskanzleramtes, Westrick, unterrichtete Botschafter de Margerie über die deutsch-amerikanischen Regierungsbesprechungen. Vgl. dazu OSTERHELD, Außenpolitik, S. 48.

3 Zu den deutsch-amerikanischen Regierungsbesprechungen am 28./29. Dezember 1963 in Stonewall, Texas, vgl. AAPD 1963, III, Dok. 486–491.

4 Für den Wortlaut vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 54, S. 4840–4849.

welchen Fragen man sich sehr nahe sei und wo unterschiedliche Auffassungen vorlägen. Einer gleichzeitigen Freundschaft Deutschlands mit Amerika und Frankreich stehe nichts im Wege. De Gaulle selbst habe ihm ja gesagt, Deutschland vor die Alternative einer Freundschaft mit Amerika oder Frankreich zu stellen, wäre ein schlechter Witz.[5]

Botschafter *de Margerie* fragte, ob der Herr Bundeskanzler denselben Eindruck bei Präsident Johnson gehabt habe.

Der Herr *Bundeskanzler* bestätigte dies und bemerkte, der Besuch beim amerikanischen Präsidenten habe seines Erachtens insgesamt eine Verbesserung des deutsch-amerikanischen Verhältnisses mit sich gebracht, beziehungsweise seien einige zwielichtige Fragen[6] ausgeräumt worden. Dies beziehe sich jedoch lediglich auf zweiseitige Fragen und habe mit der Freundschaft mit Frankreich nichts zu tun. Johnson habe ihm auch erklärt, er sei glücklich über die deutsch-französische Aussöhnung und Freundschaft, ohne die es kein Europa geben könnte. Meinungsverschiedenheiten zwischen Johnson und de Gaulle bezögen sich auf die NATO insgesamt, nicht etwa auf die Force de frappe, und den Wunsch, in den damit zusammenhängenden Fragen, wie zum Beispiel der MLF[7], nicht durch einen französischen Widerspruch behindert zu werden.

Botschafter *de Margerie* bemerkte, General de Gaulle habe selbst erklärt, die Lage Deutschlands und Frankreichs in dieser Frage sei nicht identisch, infolgedessen könne auch die Haltung der beiden Länder nicht identisch sein.[8]

Der Herr *Bundeskanzler* erklärte, das Verständnis zwischen ihm und de Gaulle sei gut. De Gaulle sei selbst ja auch eine Persönlichkeit, die klare Positionen beziehe und die dem Partner nicht böse sei, wenn dessen Lage etwas anders aussehe. Die Lage der Bundesrepublik sei besonders dadurch gekennzeichnet, daß sie unmittelbar am Eisernen Vorhang liege. Natürlich wünsche Johnson eine möglichst enge partnerschaftliche Verbindung zwischen Amerika und Europa, und obschon Johnson in einigen Punkten eine andere Haltung einnehme als Frankreich, wisse er doch, daß eine Partnerschaft nur auf der Grundlage der deutsch-französischen Aussöhnung möglich sei. Johnson

[5] In der deutsch-französischen Regierungsbesprechung am 22. November 1963 in Paris stellte der französische Staatspräsident klar, „daß die Freundschaft Deutschlands mit Frankreich und den USA keine Gegensätze enthalte". Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 419; B 150, Aktenkopien 1963. Ministerialdirigent Osterheld hielt aus diesem Gespräch die Äußerung von de Gaulle fest: „Er wolle hier etwas wiederholen, was er Kanzler Adenauer schon in Rambouillet gesagt habe, nämlich wenn er davon reden höre, daß Deutschland zwischen Frankreich und den USA zu wählen habe, könne er das nur als schlechten Witz bezeichnen." Vgl. OSTERHELD, Außenpolitik, S. 30.

[6] Vgl. dazu Dok. 5, Anm. 3 und 5.

[7] Die Initiative zur Bildung einer multilateralen Atomstreitmacht der NATO ging im Dezember 1960 vom amerikanischen Außenminister Herter aus und wurde Ende 1962 von Präsident Kennedy wieder aufgenommen. An Verhandlungen über den Aufbau einer solchen Streitmacht beteiligten sich neben den USA vor allem die Bundesrepublik Deutschland, Großbritannien und Italien. Den Kern der Streitmacht sollten mit Polaris-Raketen bestückte und mit gemischten Besatzungen bemannte Überwasserschiffe bilden. Vgl. dazu AAPD 1963, I, Dok. 2, Dok. 16 und Dok. 20. Zum Stand der MLF-Verhandlungen im Dezember 1963 vgl. AAPD 1963, III, Dok. 475.

[8] Vgl. dazu die Äußerungen des französischen Staatspräsidenten gegenüber Bundeskanzler Erhard am 21. November 1963 in Paris; AAPD 1963, III, Dok. 423.

sehe hierin auch gar keinen Gegensatz. In den wirtschaftlichen Fragen vertraue Johnson natürlich darauf, daß Deutschland schon aus Lebensinteresse weltoffener sein werde, als es Frankreich heute sei, obwohl Frankreich in den vergangenen vier bis fünf Jahren eine starke Entwicklung durchgemacht habe. Er sei überhaupt der Auffassung, daß keine Meinungsverschiedenheit im Grundsätzlichen bestehe, vielmehr seien Frankreich und Deutschland in wirtschaftlicher Beziehung nur ein paar Jahre auseinander.

Botschafter *de Margerie* wies darauf hin, der Herr Bundeskanzler habe ja selbst feststellen können, daß in Frankreich eine gewisse Evolution stattgefunden habe und Frankreich im Jahre 1964[9] unmittelbarer an Drittländern interessiert sei als noch vor einigen Jahren. Dies aus Frankreich eigenen Gründen, die genauso bedeutsam seien wie die Gründe, die die Bundesrepublik bewegten.

Der Herr *Bundeskanzler* betonte, er freue sich, mit de Gaulle in der Betrachtung der europäischen Frage einer Meinung zu sein, daß man nämlich kein technokratisches, sondern ein politisches Europa wolle.[10] Er habe bislang vermieden, diesem politischen Europa einen konkreten Inhalt zu geben. Er habe sogar davon abgesehen, auf irgendwelche früheren Pläne[11] Bezug zu nehmen oder von einer Fortentwicklung zu einem Staatenbund zu sprechen; er glaube sogar, daß de Gaulle gegen einen Staatenbund keine grundsätzlichen Bedenken hätte. Vor seinem Besuch in Paris[12] sollten jedoch diese Gedanken näher vorbereitet werden, um festzustellen, wo Ansatzpunkte gegeben seien. Dabei müsse man natürlich auch mit den Benelux-Staaten Kontakt aufnehmen[13], um diese nicht zu vergrämen.

Botschafter *de Margerie* sagte, bei seinem nächsten Besuch in Paris sei der Herr Bundeskanzler ja schon in London[14] und Rom[15] gewesen.

Über seinen London-Besuch sagte der Herr *Bundeskanzler*, da Großbritannien in der Frage des Gemeinsamen Marktes im Augenblick überhaupt nicht angesprochen zu werden wünsche, da es ohnehin keine Antwort geben könnte, sei diese Frage gar nicht aktuell. Wenn jedoch zwischen den Sechs Gedanken einer europäischen Union entwickelt würden, sei Großbritannien natürlich unmittelbar interessiert, wie ein solches Gebilde aussehen soll. Er wisse natürlich nicht, zu welchem Zeitpunkt die Frage einer britischen Mitgliedschaft wieder hochkommen werde, doch glaube er, daß auf die Dauer eine neue Kan-

9 Korrigiert aus: „1965".

10 Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit Staatspräsident de Gaulle am 21. November 1963 in Paris; AAPD 1963, III, Dok. 421.

11 Zu den Fouchet-Plänen vom 2. November 1961 bzw. 18. Januar 1962 vgl. Dok. 7, Anm. 10.

12 Zu den deutsch-französischen Regierungsbesprechungen vom 14./15. Februar 1964 vgl. Dok. 44–50.

13 Die Frage einer europapolitischen Initiative war ein zentrales Thema der deutsch-niederländischen Regierungsbesprechungen vom 2./3. März 1964 und der deutsch-belgischen Regierungsbesprechungen vom 23./24. April 1964. Vgl. dazu Dok. 59 und Dok. 112.
Zur grundsätzlich positiven Haltung der luxemburgischen Regierung gegenüber einer neuen europapolitischen Initiative vgl. den Bericht des Botschafters von Stolzmann, Luxemburg, vom 17. Januar 1964; Abteilung I (I A 1), VS-Bd. 131; B 150, Aktenkopien 1964.

14 Zu den deutsch-britischen Regierungsbesprechungen vom 15./16. Januar 1964 vgl. Dok. 12–15.

15 Zu den deutsch-italienischen Regierungsbesprechungen vom 27./28. Januar 1964 vgl. Dok. 27–29.

didatur Großbritanniens, Dänemarks, Norwegens usw. wieder auf die Gemeinschaft zukommen werde.[16] Deswegen erachte er es für notwendig, bei allen jetzigen Vorbereitungen im Rahmen der Sechs auch zu berücksichtigen, wie Europa im ganzen aussehen könne und welche Entwicklungen möglich seien. Er selbst habe de Gaulle schon erklärt, de Gaulle wolle genauso wie er ein starkes Europa, obschon de Gaulle vielleicht stärker auf eine dritte Kraft abstelle, während es ihm (dem Herrn Bundeskanzler) genüge, wenn Europa sein Gewicht in die Waagschale werfen könne. Beide jedoch wollten sie ein auch wirtschaftlich starkes Europa. Am stärksten aber wäre dieses Europa, wenn das gesamte freie Europa wie eine Einheit betrachtet werden könnte. Dabei sei es nicht erforderlich, daß dies sich schon in staatsrechtlichen Formen widerspiegele, doch müsse der Zusammenhalt gegeben sein.[17] Diese Frage sollte nach seiner Rom-Reise vielleicht erneut diskutiert werden.

Der Herr Bundeskanzler kam dann auf den Fall Argoud[18] zu sprechen und fragte den Herrn Botschafter, ob er schon wisse, wie die zweite Note[19] in Frankreich aufgenommen worden sei.

Botschafter *de Margerie* erwiderte, er wisse es nicht, könne es sich aber vorstellen, weil die verschiedenen Möglichkeiten ja mündlich schon besprochen worden seien. Für die französische Seite sei eine äußerst schwierige Situation gegeben, und ein Eingehen auf die Note sei einfach, zumindest im derzeitigen

[16] Auf der Ministerkonferenz der EWG am 28./29. Januar 1963 scheiterten die Verhandlungen über eine Aufnahme von Großbritannien in die Gemeinschaft. Zugleich geriet damit die Behandlung der Beitrittsgesuche von Dänemark, Norwegen und Irland ins Stocken. Vgl. dazu AAPD 1963, I, Dok. 60 und Dok. 63.

[17] Ministerialdirektor Jansen hielt aus dem Gespräch des Bundeskanzlers mit dem französischen Botschafter weitere Gedanken zur künftigen Europapolitik fest. Erhard habe gegenüber de Margerie betont, daß er bei einer neuen Initiative sehr vorsichtig vorgehen werde. „Feste Pläne habe er noch nicht. Es scheine ihm aber wichtig, daß die öffentliche Diskussion weitergeführt werde. Das wirtschaftliche Europa müsse politisch abgerundet werden ... Dem Gedanken, bis nach den englischen Wahlen mit einer Initiative zu warten, hat der Bundeskanzler nicht beigepflichtet. Dem, was Labour heute sagt, sei nicht zu trauen. Ob Labour weiteren Schritten in der europäischen Einigung günstiger gegenüberstehen werde als die derzeitige englische Regierung, sei fraglich." Jansen zog daraus den Schluß, der Bundeskanzler wolle angesichts der sich aus den Entspannungstendenzen ergebenden „permanenten Gefahren" für die Deutschland-Frage den politischen Zusammenschluß der EWG beschleunigen. Vgl. die Aufzeichnung vom 13. Januar 1964; Abteilung I (I A 1), VS-Bd. 11; B 150, Aktenkopien 1964.
Zur Europapolitik vgl. weiter Dok. 22.

[18] Antoine Argoud, führendes Mitglied der Organisation de l'Armée Secrète (OAS) und des Nationalen Widerstandsrats, wurde am 25. Februar 1963 vom französischen Geheimdienst aus einem Münchener Hotel entführt, nach Paris verschleppt und dort inhaftiert. In einer Note vom 30. Dezember 1963 verlangte die Bundesregierung die Überstellung von Argoud in die Bundesrepublik. Vgl. dazu AAPD 1963, III, Dok. 436, Dok. 441 und Dok. 479.

[19] In einer Verbalnote vom 6. Januar 1964 bekräftigte die Bundesregierung den Rechtsanspruch auf Überstellung und schlug zur Beilegung der Meinungsverschiedenheiten „auf freundschaftlichem Wege" vor, „die mit der Entführung Argouds zusammenhängenden Fragen einem mit drei Schiedsrichtern zu besetzenden ad hoc-Schiedsgericht zu unterbreiten". Für den Wortlaut der Note vgl. den Drahterlaß vom 6. Januar 1964 an die Botschaft Paris; Abteilung I (I A 3), VS-Bd. 38; B 150, Aktenkopien 1964.
Zur Übergabe der Note im französischen Außenministerium vgl. den Drahtbericht des Botschafters Klaiber, Paris, vom 7. Januar 1964; Abteilung I (I A 3), VS-Bd. 38; B 150, Aktenkopien 1964.

Augenblick, unmöglich. Die Sache sei höchst schwierig und unangenehm, und er wisse nicht, wie und ob die Note beantwortet würde.[20]

Der Herr *Bundeskanzler* warf ein, eine Nicht-Beantwortung sei einfach unmöglich. Am Vortage habe sich bei allen Fraktionen, die insgesamt positiv zur deutsch-französischen Freundschaft stünden, doch gezeigt, daß sie in der Frage Argoud höchst neuralgisch seien.[21] Natürlich empfänden die Deutschen ebenfalls Abscheu vor diesem Mann und seinen Taten. Das aber sei nicht die Frage. Vielmehr gehe es darum, daß die Deutschen nach dem Kriege in Fragen der Rechtsnormen höchst empfindlich geworden seien, was er an sich für eine gute Entwicklung halte[22].

Staatssekretär *Westrick* erinnerte an den Zwischenruf von Herrn Wehner[23] im Bundestag.

Botschafter *de Margerie* erklärte, er sei sich dieser Schwierigkeit absolut bewußt und wolle dem Herrn Bundeskanzler versichern, daß er umfassend nach Hause berichten werde. Die Schwierigkeit liege in Frankreich darin, daß Argoud ein Deserteur auf deutschem Territorium gewesen sei, daß er in Deutschland versucht habe, andere Offiziere ebenfalls zur Desertion zu bewegen, und daß er gegen das Leben des Staatspräsidenten konspiriert habe.

Der Herr *Bundeskanzler* warf ein, über die Frage der Desertion stehe der Bundesrepublik natürlich keinerlei Jurisdiktion zu. Deutschland wolle Argoud auch gar nicht wiederhaben.

Botschafter *de Margerie* fuhr fort, heute sehe die Situation natürlich nicht mehr genauso aus wie bei Eintritt des Falles, denn heute bestehe die OAS nicht mehr. Zur Zeit des Vorfalles habe die OAS jedoch noch in starkem Umfang bestanden, und die Verhaftung Argouds sei praktisch der Todesstoß für die OAS gewesen.

Staatssekretär *Westrick* bat, doch einmal zu überlegen, ob eine erste Antwort auf die Note nicht durch Bemerkungen auf die Nicht-Beantwortung des

[20] In einer Note vom 30. Januar 1964 erwiderte die französische Regierung, „die zwischen den beiden Ländern bestehenden Bande der Freundschaft und Zusammenarbeit machten es nicht erwünscht, derartige Fragen im Rahmen eines Gerichtsverfahrens zu prüfen". Vgl. dazu die Aufzeichnung des Referats V 4 vom 7. Februar 1964; Abteilung I (I A 1), VS-Bd. 142; B 150, Aktenkopien 1964.

[21] In der Bundestagsdebatte vom 9. Januar 1964 äußerte sich vor allem der SPD-Fraktionsvorsitzende Erler besorgt zum Fall Argoud: „Wir begrüßen die Absicht der Regierung, alles zu tun, damit unter diesem Fall die deutsch-französische Freundschaft keinen Schaden erleidet. Aber wir möchten hinzufügen: ein derartiges Bemühen muß dann auch bei unserem französischen Freund und Partner erkennbar werden." Vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 54, S. 4885.
Zur Haltung der Bundestagsfraktionen vgl. auch die Aufzeichnung des Ministerialdirektors von Haeften vom 21. Januar 1964 über eine Erörterung des Falls Argoud im Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten; Abteilung I (I A 3), VS-Bd. 38; B 150, Aktenkopien 1964.

[22] Der Passus „was er an sich für eine gute Entwicklung halte" wurde von Ministerialdirigent Osterheld handschriftlich eingefügt.

[23] Auf die Darlegung des Bundeskanzlers Erhard am 9. Januar 1964 vor dem Bundestag, daß der Fall Argoud „die deutsch-französische Freundschaft nicht ernstlich berührt oder gar bedroht", reagierte der SPD-Abgeordnete Wehner mit dem Zwischenruf: „Aber das ist doch sicher keine Einladung zur Wiederholung von Menschenraub?!" Vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 54, S. 4844 f.

Rechtshilfeersuchens[24] erfolgen könnte, damit wenigstens eine gewisse Antwort eingehe.

Der Herr *Bundeskanzler* erklärte, er wolle nicht, daß bei seinem nächsten Zusammentreffen mit de Gaulle in Deutschland der Eindruck entstehe, als sei diese Sache jetzt beiseite gelegt.[25] Natürlich könne man erneut über diese Frage sprechen, doch dürfte keine französische Meldung erfolgen, daß die französische Regierung eine Beantwortung der Note nicht beabsichtige.

Botschafter *de Margerie* versprach erneut, ausführlich nach Hause zu berichten. Er wolle im übrigen die Möglichkeit nicht ausschließen, daß absolut inoffizielle Stellen etwas damit zu tun hätten, die vielleicht diesen Anlaß benutzen wollten, um Schwierigkeiten zwischen den beiden Ländern zu schaffen.

Botschafter de Margerie fragte dann, ob der Herr Bundeskanzler dem General eine Mitteilung angesichts seiner Reise nach London oder Rom zukommen lassen wolle.

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte, die Bundesregierung sei mit der etwas schwächlichen Haltung der britischen Regierung in der Kreditfrage[26] keineswegs einverstanden. Die amerikanische Regierung sei besorgt[27] über die Lieferung von 50 Lastwagen an Kuba.[28] Wir hätten außerdem[29], allerdings noch unbestätigte, Meldungen über eine Kreditbereitschaft Großbritanniens.[30]

Botschafter *de Margerie* wies darauf hin, das Antwortschreiben Butlers an Chruschtschow[31] enthalte einen letzten Satz über die chemische Industrie, der sehr gefährlich sei.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, er habe gehört, in Frankreich gebe es jetzt

[24] Die Oberstaatsanwaltschaft in München richtete am 29. März und am 29. April 1963 Rechtshilfeersuchen an das französische Außenministerium, um die Umstände der Entführung des ehemaligen Obersten Argoud aufzuklären. Eine Antwort erfolgte nicht. Vgl. dazu BULLETIN 1963, S. 1766; AdG 1963, S. 10855.

[25] In Vorbereitung des Besuchs des Bundeskanzlers Erhard in Paris traf Bundesminister Krone Ende Januar mit dem französischen Staatspräsidenten zusammen. In diesem Gespräch äußerte de Gaulle die Bereitschaft zu erklären, „daß die französische Regierung niemals den Befehl gegeben habe, Argoud in Deutschland festzunehmen". Den Fall einer internationalen Schiedsgerichtsbarkeit zu unterbreiten, lehnte de Gaulle ab. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jansen vom 24. Januar 1964; Abteilung I (I A 1), VS-Bd. 15; B 150, Aktenkopien 1964.
Zur Beilegung des Falls Argoud im Zuge der deutsch-französischen Regierungsbesprechungen vom 14./15. Februar 1964 vgl. Dok. 45 und Dok. 49.

[26] Die Wörter „in der Kreditfrage" wurden von Ministerialdirigent Osterheld handschriftlich eingefügt.

[27] Der Passus „Die amerikanische Regierung sei besorgt" ging auf Streichungen und handschriftliche Einfügungen des Ministerialdirigenten Osterheld zurück. Vorher lautete er: „Sie sei auch besorgt".

[28] Im Dezember 1963 schloß die kubanische Regierung einen Vertrag mit einer britischen Automobilfirma über die Lieferung von 400 Fahrzeugen ab. Für deren Bezahlung wurden Kuba seitens der Firma Zahlungserleichterungen in Form kurzfristiger Kredite eingeräumt. Vgl. dazu AdG 1964, S. 11054.

[29] Die Wörter „Wir hätten außerdem" wurden von Ministerialdirigent Osterheld handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „Außerdem habe sie".

[30] Zur möglichen Gewährung britischer Kredite an die UdSSR vgl. Dok. 2 und Dok. 5.

[31] Es handelte sich um das Schreiben des Premierministers Douglas-Home vom 24. Dezember 1963 an Ministerpräsident Chruschtschow. Für eine Abschrift vgl. Abteilung II (II 8), VS-Bd. 269.

Stimmen, die erklärten, wenn Großbritannien in ein großes Geschäft mit Rußland einsteige, sei es der französischen Industrie kaum zumutbar, nicht ebenfalls solche Geschäfte abzuschließen.[32]

Botschafter *de Margerie* sagte, auch er habe Derartiges gelesen, führe es aber darauf zurück, daß Giscard d'Estaing seinen schon lange vereinbarten Besuch in Moskau[33] mache.

Staatssekretär *Westrick* sagte, er habe gehört, ein russischer Minister solle nach Paris kommen.[34]

Botschafter *de Margerie* sagte, er wisse davon nichts. Die Haltung Frankreichs in der Kreditfrage im Rahmen der NATO[35] sei aber doch klar bekannt. Dies habe auch einen großen Eindruck auf Johnson gemacht.

Staatssekretär *Westrick* bemerkte, die Sorge der Bundesregierung gehe dahin, daß diese Haltung erhalten bleibe.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, sein Besuch in Großbritannien sei relativ kurz und habe sehr viel weniger politisches Gewicht, da die Lage in England im Augenblick keineswegs klar sei. Er wolle nur nicht den Eindruck erwecken, als sei England abgeschrieben. In seiner Erklärung vor dem Bundestag am Vortage habe er gesagt, die deutsch-französische Freundschaft könnte sowohl zentrifugal als zentripetal in Europa wirken. Sie müsse aber zentripetal wirken.[36]

Botschafter *de Margerie* warf ein, er habe den Eindruck, daß die neue italienische Regierung[37] Deutschland und Frankreich in diesen Fragen zumindest näher stehe als Herr Fanfani.

Der Herr *Bundeskanzler* bestätigte, daß er über die positive Haltung Saragats[38] überrascht gewesen sei. Er habe sogar gehört, wenn Saragat sich darauf verlassen könnte, daß Labour in der NATO-Politik stärker wäre, wäre es für Italien viel leichter, politisch etwas zu unternehmen.

32 Vgl. dazu Dok. 5, Anm. 8.

33 Zum Besuch des französischen Finanzministers vom 23. bis 29. Januar 1964 in der UdSSR vgl. Dok. 42, Anm. 11, Dok. 50 und Dok. 55.

34 Am 6. Januar 1964 berichtete Botschafter Klaiber, Paris, über eine französische Einladung an den sowjetischen Stellvertretenden Ministerpräsidenten und Vorsitzenden des staatlichen wissenschaftlich-technischen Komitees, Rudnjow. Vgl. Abteilung I (I A 3), VS-Bd. 160; B 150, Aktenkopien 1964.

35 Vgl. dazu Dok. 5, Anm. 7.

36 Bundeskanzler Erhard erklärte: „Der deutsch-französische Freundschaftsvertrag soll nichts Exklusives an sich haben, sondern er soll, so möchte ich sagen, zur europäischen Sammlung mahnen. Rein technisch gesehen wäre zu sagen, daß er sowohl eine zentrifugale wie auch eine zentripetale Wirkung auslösen könnte. Es wird unser aller Mühe bedürfen, diesem Freundschaftsvertrag einen zentripetalen Effekt zu geben, d.h. nicht andere abzustoßen und vor allen Dingen den kleineren Ländern nicht das Gefühl zu geben, daß sie zweitrangig beiseite zu stehen haben bzw. daß die europäische Politik nur von diesen beiden Partnern inspiriert wird." Vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 54, S. 4842.

37 Die italienische Regierung unter Ministerpräsident Moro war seit dem 5. Dezember 1963 im Amt. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1964, Z 3; AdG 1963, S. 10942.

38 Vgl. dazu das Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem italienischen Außenminister am 15. Dezember 1963; AAPD 1963, III, Dok. 472.

Botschafter *de Margerie* bemerkte, zur Haltung von Labour höre man sehr widersprechende Meldungen. In den letzten Gesprächen, welche die französische Seite mit London geführt habe, sei Labour in vielen Punkten sehr negativ gewesen. Im Gegensatz zu Butler, der eine sofortige Beteiligung Großbritanniens an irgendwelchen politischen Gesprächen der Sechs[39] gefordert habe[40], habe Gordon Walker erklärt[41], Labour hätte keine Einwände, wenn die Sechs zunächst unter sich anfingen. Dies könne sich aber wieder ändern.

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte ebenfalls, die Äußerungen aus London klängen sehr differenziert. Er habe den Eindruck, daß Labour seine Popularität stärken möchte[42], wenn es Commonwealth-freundlicher wäre als die konservative Partei. In den früheren britischen Verhandlungen mit dem Gemeinsamen Markt habe es ja recht schwierige Verhandlungen der britischen Regierung mit den Commonwealth-Ländern gegeben. Er glaube jedoch ebenfalls, daß die italienische Regierung die Haltung de Gaulles und seiner selbst begrüßen werde, insbesondere, wenn ein erstes Treffen in Rom stattfinden würde, dem de Gaulle ja zugestimmt habe.[43]

Staatssekretär *Westrick* erinnerte daran, daß der französische Botschafter in seinem Gespräch mit ihm auch als Grund für das Besuchsdatum des 14. und 15. Februar die Mexiko-Reise von General de Gaulle[44] genannt habe.

Botschafter *de Margerie* sagte, er glaube, daß ein Zusammentreffen zwischen Johnson und de Gaulle besprochen worden sei, jedoch zu keinem positiven Ergebnis geführt habe.[45] Soweit er sehe, habe Johnson keine Möglichkeit gesehen, in diesem Jahr das amerikanische Territorium zu verlassen. Eine echte Verhandlung über ein Treffen habe es nie gegeben.

39 Die Wörter „der Sechs" wurden von Ministerialdirigent Osterheld handschriftlich eingefügt.

40 Zur europapolitischen Haltung des britischen Außenministers Butler vgl. Dok. 15 und Dok. 27, Anm. 17.

41 Am 8. Januar 1964 informierte Botschafter de Margerie Ministerialdirektor Jansen über ein Gespräch des französischen Botschafters in London, de Courcelles, mit dem Schattenaußenminister der Labour Party. Gordon Walker habe erklärt, für seine Partei „sei es etwas Natürliches, daß sich die Sechs zunächst untereinander finden müssen. Auf keinen Fall wolle Labour die Einigung Europas verhindern oder in den Schwierigkeiten der Sechs, d.h. im trüben, fischen." Nach einem Wahlsieg der Labour Party lege Großbritannien keinen Wert auf eine „Konferenz der Sieben", sondern wolle mit jedem einzelnen der Sechs Probleme besprechen und regeln. Dazu bemerkte Jansen: „Diese Äußerung Gordon Walkers ist erstaunlich. Sie bedeutet, daß Labour z.Z. die Idee einer englischen Beteiligung an der EWG ganz eingestellt zu haben scheint." Vgl. die Aufzeichnung von Jansen vom 9. Januar 1964; Referat I A 1, Bd. 519.

42 Dieses Wort wurde von Ministerialdirigent Osterheld handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „könnte".

43 Im Gespräch am 21. November 1963 erwogen Bundeskanzler Erhard und Staatspräsident de Gaulle den Gedanken, als Auftakt einer neuen Europa-Initiative ein Treffen der Staats- und Regierungschefs der sechs EWG-Staaten in Rom durchzuführen. Vgl. dazu AAPD 1963, III, Dok. 421.

44 Der französische Staatspräsident hielt sich vom 16. bis 19. März 1964 zu einem Staatsbesuch in Mexiko auf. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1964, Z 84. Vgl. dazu auch Dok. 93, Anm. 15 und 18.

45 Botschafter Klaiber, Paris, berichtete am 11. Januar 1964, „daß noch bei Lebzeiten Kennedys eine Zusammenkunft de Gaulles mit dem amerikanischen Präsidenten im März als fast sicher hätte angesehen werden können. Durch den Tod Kennedys sei die Situation jedoch verändert worden." Gegenwärtig werde über ein solches Treffen nicht verhandelt. Vgl. Abteilung I (I A 3), VS-Bd. 42; B 150, Aktenkopien 1964.

Staatssekretär *Westrick* fragte, ob auch General de Gaulle keine Möglichkeit gesehen habe, sich auf amerikanisches Hoheitsgebiet zu begeben.

Botschafter *de Margerie* erwiderte, er habe hierüber keinerlei Informationen, doch glaube er, daß de Gaulle dem Herrn Bundeskanzler in Paris mehr werde sagen können.

Abschließend wurde noch einmal festgestellt, daß der 14. und 15. Februar als Besuchsdatum für den Herrn Bundeskanzler in Paris fest vereinbart sei, wobei Botschafter de Margerie erklärte, das Programm werde in etwa so aussehen wie das letzte Mal, so daß der Herr Bundeskanzler Gelegenheit zu ausgiebigen Gesprächen unter vier Augen mit General de Gaulle sowie zu einem Zusammentreffen mit Premierminister Pompidou haben werde.

Das Gespräch endete um 17.30 Uhr.

Bundeskanzleramt, AZ: 21-301 00 (56), Bd. 6

9

Botschafter Knappstein, Washington, an Bundesminister Schröder

Z B 6-1/257/64 geheim **Aufgabe: 10. Januar 1964, 18.00 Uhr**
Fernschreiben Nr. 80 **Ankunft: 11. Januar 1964, 01.00 Uhr**
Citissime

Nur für Bundesminister und Staatssekretär I[1]

Betr.: Mögliche neue Initiativen im West-Ost-Verhältnis, insbesondere in der Deutschland- und Berlin-Frage

1) Gespräche, die während der letzten Tage auf verschiedenen Ebenen und aus unterschiedlichen Anlässen mit Beamten des State Department und des Weißen Hauses geführt worden sind, ergeben das folgende vorläufige Bild der amerikanischen Meinungen und Absichten:

Unter Federführung der Berlin Task Force[2] und Beteiligung einer Anzahl weiterer Abteilungen des State Department wird seit einiger Zeit an einer Überprüfung der bisherigen Pläne und Grundlagenpapiere gearbeitet, wobei die sogenannten „draft principles" vom Frühjahr 1962[3] eine besondere, wahrschein-

[1] Hat Staatssekretär Carstens am 11. Januar 1964 vorgelegen, der die Weiterleitung an das Bundeskanzleramt verfügte.

[2] Die 1961 als Reaktion auf die Berlin-Krise gebildete Berlin Task Force war eine Arbeitsgruppe im amerikanischen Außenministerium.

[3] Die amerikanische Regierung unterbreitete ihren Verbündeten am 9. April 1962 ein Vorschlagspaket für Verhandlungen mit der UdSSR über eine Beilegung der Berlin-Krise. Mit Blick auf die Deutschland- und Berlin-Frage sah der Vorschlag die Bildung einer Reihe von Ausschüssen vor,

lich zentrale Bedeutung haben. Diese Überprüfung erfolgt – wie ich zuverlässig höre – auf persönliche Weisung des Präsidenten, der sich auch durch die Gespräche in Texas[4] in seinen Gedanken einer neuen „Friedensoffensive" gegenüber den Sowjets bestätigt fühlt.

Gegen den Rat Achesons, der sich öffentlich wie auch dem Präsidenten gegenüber noch kurz vor Weihnachten gegen weitere Gespräche mit den Sowjets in der näheren Zukunft ausgesprochen hatte[5], ist der Präsident damit offenbar dem Votum einer Mehrheit seiner engeren außenpolitischen Berater gefolgt, unter denen vor allem Harriman, Thompson und Bundy Erwähnung verdienen.

Diese Tendenz des Präsidenten hat es Rusk offenbar ermöglicht, sich in Paris gegenüber dem Gedanken einer neuen deutschen Initiative bereits positiv zu verhalten[6], während im State Department auf dem „working level" noch wenige Tage zuvor betont worden war, daß die amerikanische Einstellung hierzu sich seit dem Herbst vergangenen Jahres nicht geändert habe. Auch hat in amerikanischen Augen eine neue Initiative von deutscher Seite inzwischen als eine mögliche Gegenaktion des Westens in dem Passierschein-Dilemma[7] ebenfalls an Wert gewonnen.

Während somit bei der hiesigen Regierung grundsätzlich Einigkeit darüber besteht, den Entspannungsgedanken nach innen und außen propagandistisch auszuwerten und auch den Sowjets gegenüber die Bereitwilligkeit zu einer neuen Gesprächsrunde zu betonen, besteht noch keine Übereinstimmung in bezug auf den Inhalt und die Form einer solchen Initiative. Auch ist man sich noch keineswegs grundsätzlich darüber klar, ob ein in erster Linie propagandistisch motivierter Vorstoß gemacht werden soll, dessen Ablehnung die Russen der Weltöffentlichkeit gegenüber psychologisch in eine ungünstige Lage bringen würde, oder ob ein erneuter ernsthafter Versuch unternommen werden soll, zumindest auf einigen Teilgebieten die Basis für eine Einigungsmög-

Fortsetzung Fußnote von Seite 35

die aus der gleichen Anzahl west- und ostdeutscher Mitglieder zusammengesetzt sein und sich mit „technischen Kontakten" zwischen der Bundesrepublik und der DDR befassen sollten. Zur Überwachung der Zugangswege nach Berlin (West) wurde die Schaffung einer internationalen Behörde angeregt. Darüber hinaus sollten Nichtangriffserklärungen zwischen der NATO und dem Warschauer Pakt abgegeben und die Verpflichtung übernommen werden, die bestehenden Grenzen nicht gewaltsam zu verändern. Vgl. dazu den Artikel „U.S. Draft Plan on Berlin Asks Peace Pledges" von Sydney Gruson; THE NEW YORK TIMES, International Edition, Nr. 38066 vom 14. April 1962, S. 1 f.; DzD IV/8, S. 412 f. (Anmerkung).
Vgl. dazu auch AAPD 1963, I, Dok. 62.

[4] Zu den deutsch-amerikanischen Regierungsbesprechungen vom 28./29. Dezember 1963 vgl. AAPD 1963, III, Dok. 486–491.

[5] In ähnlicher Weise äußerte sich der ehemalige amerikanische Außenminister bereits am 19. Oktober 1963 gegenüber Bundeskanzler Erhard und Bundesminister Schröder. Vgl. dazu AAPD 1963, III, Dok. 393 und Dok. 394.

[6] Der amerikanische Außenminister äußerte sich am 15. Dezember 1963 in Paris gegenüber Bundesminister Schröder positiv zum Gedanken einer neuen Deutschland-Initiative. Vgl. dazu AAPD 1963, III, Dok. 473.
Zur Deutschland-Initiative vom 3. Januar 1964 vgl. Dok. 3.

[7] Zur Frage einer neuen Passierschein-Vereinbarung vgl. Dok. 1 und Dok. 5.

lichkeit mit den Sowjets zu erarbeiten. Die Tendenz dürfte dahin gehen, möglichst beides zu verbinden.

Da – wie gesagt – die Überlegungen noch nicht abgeschlossen sind und vor allen Dingen noch keine von Rusk oder vom Präsidenten gebilligte offizielle Position vorliegt, äußern sich die amerikanischen Gesprächspartner mit ziemlicher Zurückhaltung; auch bestätigte Thompson gestern Lilienfeld, daß man nicht die Absicht habe, diese Überlegungen jetzt zum Abschluß zu bringen oder gar ein Papier vorzulegen, ehe wir nicht unseren Plan eingebracht hätten, den man gern als Diskussionsgrundlage benutzen möchte.

Mit diesen Einschränkungen lassen sich folgende Tendenzen aufzeichnen: Ganz allgemein gesprochen will man wohl die neue Initiative eher von der Grundlage der „draft principles" her entwickeln als von der Grundlage des Herter-Planes[8]. Damit im Einklang steht die Setzung der Akzente: Nach amerikanischer Vorstellung steht die Sicherung Berlins und hier wiederum des Zugangs nach Berlin im Vordergrund des Interesses. Damit erhält der Gedanke einer internationalen Zugangsbehörde neue Aktualität.[9] Ebenso beschäftigt man sich eingehend mit den Problemen der europäischen Sicherheit, die mit der deutschen Frage offenbar wieder in einen stärkeren Zusammenhang gebracht werden sollen, als dies in der letzten Fassung des Friedensplans[10] der Fall war. Zugleich scheint es nach einer Mitteilung, die mit der Bitte um besonders vertrauliche Behandlung weitergegeben wurde, daß der Komplex der Nichtverbreitung von Kernwaffen[11] aus dem Zusammenhang der „draft principles" herausgelöst und in Genf[12] gesondert behandelt werden soll. Über die Vorschläge auf allgemeinem Abrüstungsgebiet, die zur Zeit für Genf ausgearbeitet werden, sowie die hiesigen, noch nicht abgeschlossenen Überlegungen zu der Frage der Bodenbeobachtungsposten, die am 18. Januar im NATO-Rat eingebracht werden sollen, verweise ich auf Drahtbericht 60 vom 9.1. geheim[13].

Die eigentliche deutsche Frage scheint in der hiesigen Optik gegenüber der Sicherung Berlins insofern etwas in den Hintergrund zu treten, als man offen-

[8] Für den Wortlaut des Friedenplans, der vom amerikanischen Außenminister Herter während der Außenministerkonferenz der Vier Mächte in Genf am 14. Mai 1959 als gemeinsamer Vorschlag der Westmächte vorgelegt wurde (Herter-Plan), vgl. EUROPA-ARCHIV 1959, D 224–228.

[9] Der Satz wurde von Staatssekretär Carstens am Rand durch einen Pfeil hervorgehoben.

[10] Der Herter-Plan von 1959 wurde später überarbeitet und im September 1961 in einer revidierten Fassung vorgelegt, die lediglich als internes Arbeitspapier diente. Der Herter-Plan und die revidierte Fassung bildeten die Grundlage für den deutschlandpolitischen Vorschlag des Auswärtigen Amts vom 13. August 1963. Vgl. dazu AAPD 1963, I, Dok. 69; AAPD 1963, II, Dok. 296.

[11] Nach Abschluß des Teststopp-Abkommens vom 5. August 1963 schlugen die USA und Großbritannien der UdSSR vor, die Nichtverbreitung von Kernwaffen zum Gegenstand weiterer Gespräche über Entspannungsmaßnahmen zu machen. Vgl. dazu AAPD 1963, II, Dok. 282 und Dok. 367.

[12] Am 21. Januar 1964 trat in Genf die Konferenz der 18-Mächte-Abrüstungskommission zu einer neuen Verhandlungsrunde zusammen. Dabei wurde von amerikanischer Seite vorgeschlagen, die Nichtverbreitung von Kernwaffen zu einem Hauptpunkt der Erörterungen zu machen. Vgl. dazu DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1964, S. 7–9; EUROPA-ARCHIV 1964, Z 42.

[13] Für den Drahtbericht des Botschafters Knappstein, Washington, vgl. Abteilung II (II 8), VS-Bd. 269; B 150, Aktenkopien 1964.
Zur Frage der Bodenbeobachtungsposten vgl. Dok. 13, besonders Anm. 28, 29 und 33–35.

bar den Zeitpunkt für weitgehende Initiativen in diesem Bereich noch nicht für gekommen hält. In diesem Sinne wurde gelegentlich bemerkt, daß man daran zweifele, ob es opportun sei, zur Frage freier Wahlen konkrete Vorschläge zu machen, und daß man sich weiter frage, ob der Vorschlag, eine ständige Vier-Mächte-Kommission der Außenminister-Stellvertreter zur Erörterung der deutschen Frage einzusetzen, nicht verfrüht sei[14].

2) Wenn auch die „Friedensoffensive" Johnsons zweifellos in erster Linie unter dem Gesichtspunkt der amerikanischen Präsidentschaftswahlen[15] zu sehen ist und sich sowohl der Präsident wie Rusk und seine anderen außenpolitischen Berater über die Aussichten für eine Einigung mit den Sowjets in den großen Fragen sicherlich keinen Illusionen hingeben und schon gar nicht bereit sind, Vorleistungen zu machen, so birgt die seit Anfang des Jahres in der hiesigen Presse und Öffentlichkeit vielleicht etwas überbetonte Bereitwilligkeit zur Entspannung doch wiederum Gefahren in sich, die uns aus früheren ähnlichen Entwicklungen unter Kennedy bekannt sind. Bei aller Skepsis wird auch der neue Präsident sicherlich insgeheim die Hoffnung nicht ganz von der Hand weisen, daß es ihm vielleicht doch gelingen könnte, in den großen Fragen wie Berlin und europäische Sicherheit zu einem Erfolg mit Chruschtschow zu gelangen. Zumindest dürfte seine und Rusks Taktik dahingehen, im Wahljahr wenigstens eine temporäre Beruhigung und Entspannung im Ost-West-Verhältnis – hier wiederum vor allem in Europa und in Berlin – zu erlangen. Ein noch so geringer – nach außen jedoch als „Erfolg" zu verbuchender Fortschritt in der Berlinfrage – wäre für Johnson ein starker Pluspunkt bei den Wahlen.

Wir müssen daher genau beobachten, wie weit sich in der weiteren Verfolgung dieser „Friedensoffensive" in der hiesigen Öffentlichkeit die ersten Anzeichen jener Euphorie einstellen, wie sie aus früheren ähnlichen Situationen (Frühjahr 1962, Testbann-Vertrag im Juni 1963[16]) erinnerlich ist. Auf der anderen Seite müssen wir aufpassen, daß wir nicht – vor allem nicht durch öffentliche Warnungen – den in Texas entstandenen für uns psychologisch günstigen Eindruck der Bereitwilligkeit zur positiven Mitarbeit verwischen und der sowjetischen Propaganda damit die Möglichkeit geben, uns als ein Hindernis für eine „vernünftige" Lösung der europäischen Probleme und die ersehnte Entspannung darzustellen. Wir sollten es nach Möglichkeit dem Ablauf der Zeit und dem – zumindest zur Zeit – unlösbaren Charakter der Materie bzw. den Sowjets selber überlassen, manche der hier im Wahljahr vielleicht wieder auftauchenden farbigen Seifenblasen zum Platzen zu bringen. Aus diesem Grunde ist es in diesem Stadium der Entwicklung sicher richtig, die vom Herrn Bundeskanzler bei den Gesprächen in Texas und in seinen bisherigen öffentlichen Äußerungen immer wieder betonte Bereitwilligkeit zur konstruktiven Mitarbeit bei der Suche nach

[14] Der Passus „ob der Vorschlag ... nicht verfrüht sei" wurde von Staatssekretär Carstens am Rand durch eine geschlängelte Linie hervorgehoben.

[15] Wahltermin war der 3. November 1964.

[16] Zur amerikanischen Haltung vor Abschluß des Teststopp-Abkommens vom 5. August 1963 vgl. AAPD 1963, II, Dok. 196 und Dok. 208.

neuen Wegen und Initiativen zu wiederholen und diese Bereitwilligkeit durch aktive Teilnahme an den hiesigen Beratungen und eigene Vorschläge zu demonstrieren.

3) Aus allen diesen Überlegungen erscheint es mir ratsam, den neuen Friedensplan sobald wie möglich hier einzubringen, ehe sich die hiesigen Vorstellungen und Überlegungen in einem Maße konkretisieren, das eine Durchsetzung unserer Gedankengänge erschweren könnte.

Für baldige Drahtweisung der dortigen Überlegungen zu diesem Punkte wäre ich dankbar.[17]

4) Um streng vertrauliche Behandlung der hier berichteten Überlegungen darf ich besonders bitten.

[gez.] Knappstein

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 425

10

Staatssekretär Carstens an die Botschaft in Washington

II 1-86.00/1-29/64 geheim **Aufgabe: 13. Januar 1964, 16.14 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 112 Plurex
Cito

Auf Nr. 80 vom 10.1.64[2]

Betr.: Deutschland-Plan der Bundesregierung

I. 1) Wir haben in letzter Zeit eingehend die Frage geprüft, ob der Zeitpunkt gekommen ist, in der Wiedervereinigungsfrage eine neue Initiative der Bundesregierung vorzubereiten. Wir sind zu dem Ergebnis gekommen, daß dies aus folgenden Gründen zweckmäßig ist:

– gegenüber der Öffentlichkeit und auch gegenüber unseren Verbündeten ist der Nachweis zu führen, daß der Wille der Bundesregierung und des deutschen Volkes zur Wiedervereinigung eine feststehende Tatsache ist;

[17] Die Botschaft in Washington wurde am 13. Januar 1964 beauftragt, die Deutschland-Initiative (Fassung vom 3. Januar 1964) in der Washingtoner Botschaftergruppe zur Beratung zu bringen. Vgl. dazu Dok. 10.

[1] Der Drahterlaß wurde von Legationsrat I. Klasse Oncken konzipiert und über Ministerialdirigent Reinkemeyer und Ministerialdirektor Krapf an Staatssekretär Carstens geleitet.

[2] Vgl. Dok. 9.

– die gegenwärtigen Versuche des Ostblocks, in Berliner Fragen eine Initiative zu ergreifen[3], legen es nahe, diesen Initiativen mit eigenen Aktionen entgegenzutreten und, wenn möglich, zuvorzukommen.

2) Der Bundesminister hat die Frage einer Deutschland-Initiative der Bundesregierung in Paris am 15.12.63 mit Rusk, Butler und Couve de Murville erörtert.[4] Unsere Überlegungen haben Anklang gefunden. In gleicher Weise ist die Frage einer deutschen Initiative auch bei den bilateralen Begegnungen[5], die in letzter Zeit mit den drei Verbündeten stattgefunden haben, behandelt worden. Auch bei diesen Gelegenheiten wurde unsere Initiative begrüßt. Die Amerikaner haben bei dem Besuch des Bundeskanzlers in Texas[6] erkennen lassen, daß sie auf eine baldige Initiative[7] der Bundesregierung rechnen.

3) Unsere Überlegungen zur Wiedervereinigungsfrage haben sich in einem Plan – Deutschland-Plan der Bundesregierung[8] – konkretisiert, der unter II mitgeteilt wird. Unsere Überlegungen sind bewußt locker und thesenartig gehalten. Wir haben auf eine bis ins einzelne gehende Fixierung der wechselseitigen Abhängigkeit von Maßnahmen der Wiedervereinigung, der Abrüstung und im Bereich der europäischen Sicherheit verzichtet. In diesem Zusammenhang ist festzustellen, daß unsere Einstellung in der Frage der Interdependenz dieser Maßnahmen unverändert ist. Es steht aber außer Zweifel, daß die Wirksamkeit eines neuen Planes auch davon abhängt, daß er nicht auf Kosten seiner Verständlichkeit perfektionistisch wirkt. Die thesenartige Fassung des Planes dürfte der Bundesregierung im übrigen die Möglichkeit eines elastischen Vorgehens eröffnen, ohne daß die Prinzipien unserer Deutschland-Politik in Frage gestellt werden.

4) Wir glauben, annehmen zu können, daß unser Plan eine breite Unterstützung im innenpolitischen Bereich findet.

[3] Als Gründe für die Einleitung politischer Initiativen der UdSSR bzw. der DDR in der Deutschland- und Berlin-Frage nannte das Referat II 1 am 5. Februar 1964 die Aufwertung der DDR durch das Teststopp-Abkommen, den Kanzlerwechsel in der Bundesrepublik, die fortdauernde Beeinträchtigung des Ansehens der DDR durch die Berliner Mauer sowie eine Tendenz zur Isolierung der DDR innerhalb des Ostblocks. Es gehe der östlichen Seite nun darum, „die angenommene internationale Aufwertung Pankows zu einer Propagierung der kommunistischen Zwei-Staaten-Theorie und der Freistadt-These zu nutzen, Pankow in der Weltöffentlichkeit von dem ‚Odium' der Mauer zu entlasten und damit wiederum zu einer internationalen Aufwertung der Zone beizutragen [sowie] durch eine scheinbare Lockerung der politischen Methoden den Pankower Kurs dem ‚gemäßigten' Kurs der Satellitenstaaten anzunähern und so eine mögliche ideologische Isolierung Pankows im kommunistischen Herrschaftsbereich zu vermeiden". Alle Aktionen der DDR, insbesondere das Angebot vom Dezember 1963 für eine Passierschein-Vereinbarung, fügten sich in diese Konzeption ein. Vgl. Abteilung I (I A 1), VS-Bd. 142; B 150, Aktenkopien 1964.

[4] Vgl. AAPD 1963, III, Dok. 473.

[5] Dieses Wort wurde von Staatssekretär Carstens handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „Ministerbegegnungen".

[6] Zu den deutsch-amerikanischen Regierungsbesprechungen vom 28./29. Dezember 1963 vgl. AAPD 1963, III, Dok. 486–491.

[7] Dieses Wort wurde von Staatssekretär Carstens handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „Aktion".

[8] Für den Wortlaut der Deutschland-Initiative (Fassung vom 3. Januar 1964), die der Botschaft in Washington als Anhang zum vorliegenden Drahterlaß übermittelt wurde, vgl. Dok. 3.

5) Wir bitten, das unter II mitgeteilte Papier nunmehr in der Botschafter-Gruppe[9] zu konsultieren[10] und dabei darauf hinzuweisen, daß die einzelnen Formulierungen des Planes nicht unbedingt unser letztes Wort darstellen. Wir würden es begrüßen, ergänzende Vorschläge unserer Verbündeten berücksichtigen zu können.[11] Wichtig erscheint uns freilich, daß Ziffer 2 des Planes in der Substanz erhalten bleibt, da er das politische Kernstück darstellt.

6) Im Mittelpunkt des Plans steht die Frage, wie das Deutschland-Problem gelöst werden soll. Dem Bezugsbericht ist zu entnehmen, daß die amerikanischen Überlegungen eher von der Grundlage der „draft principles"[12] und von der Frage der Sicherung Berlins ausgehen. Uns liegt deshalb mit der Unterbreitung unseres Planes auch daran, die Diskussion[13] über deutsche Fragen dahingehend zu beeinflussen, daß das Wiedervereinigungsproblem stärker in den Mittelpunkt gestellt wird, als dies in letzter Zeit der Fall war und bei den neuen amerikanischen Überlegungen der Fall zu sein scheint. Wir bitten daher, bei der Bekanntgabe unseres Planes auch darauf hinzuweisen, daß die *deutsche* Öffentlichkeit von der Bundesregierung eine Initiative in der *Wiedervereinigungs*frage erwartet.

7) Der Zeitpunkt, zu dem der Plan den Sowjets unterbreitet wird, ist noch festzulegen, ebenso der Zeitpunkt einer Veröffentlichung.[14] Wir bitten, bei der dortigen Erörterung unserer Vorschläge[15] hervorzuheben, daß unsere Initiative im Zusammenhang mit unseren Bemühungen gesehen werden muß, dem Ostblock gegenüber in der Deutschland-Frage aktiv zu werden und die Diskussion des deutschen Themas stärker von uns aus zu bestimmen, als das in letzter Zeit geschehen ist.[16]

[9] Die Washingtoner Botschaftergruppe entstand in den späten fünfziger Jahren als Gremium der drei Westmächte USA, Großbritannien und Frankreich und diente vornehmlich dazu, die Eventualfallplanung für Berlin sowie andere deutschlandpolitische Fragen zu erörterten. Seit 1961 nahm auch die Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch den Botschafter in Washington, an den Zusammenkünften teil.

[10] Botschafter Knappstein brachte die Deutschland-Initiative am 15. Januar 1964 in der Washingtoner Botschaftergruppe ein. Dabei nahmen die Vertreter der drei Westmächte zur Sache nicht Stellung, unterstrichen aber, daß eine vorzeitige Veröffentlichung des Plans „die Manövrierfähigkeit aller Beteiligten in sehr unerwünschter Weise einengen und ihre Stellung gegenüber den Sowjets ungemein erschweren" würde. Vor einer Veröffentlichung sei eine „ernsthafte" Diskussion notwendig. Vgl. den Drahtbericht von Knappstein vom 15. Januar 1964; Ministerbüro, VS-Bd. 8453; B 150, Aktenkopien 1964.

[11] Zu der aufgrund der Konsultation in der Washingtoner Botschaftergruppe erstellten Neufassung der Deutschland-Initiative vom 10. April 1964 vgl. Dok. 3 mit den Änderungen in Anm. 5, 9, 11–20 und 22.

[12] Zu den „draft principles" vom April 1962 vgl. Dok. 9, Anm. 3.

[13] An dieser Stelle wurde von Staatssekretär Carstens gestrichen: „der Vier".

[14] Dieser Satz wurde von Staatssekretär Carstens handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „Der Zeitpunkt der Veröffentlichung des Planes ist noch festzulegen. Er dürfte unter anderem auch von dem weiteren Verlauf der Passierscheingespräche abhängen. Wir halten es jedenfalls nicht für zweckmäßig, den Plan dann bekanntzugeben, wenn der Eindruck entstehen könnte, die Bundesregierung habe sich durch äußeren Druck veranlaßt gesehen, eine neue Initiative zu entfalten, die der anderen Seite in bestimmten Fragen entgegenkäme."

[15] An dieser Stelle wurde von Staatssekretär Carstens gestrichen: „mit Nachdruck".

[16] Zur weiteren Behandlung der Deutschland-Initiative vgl. besonders Dok. 53.

8) London wird gebeten, den Plan dem Foreign Office zuzuleiten, das gebeten hat, vor dem Bundeskanzlerbesuch[17] unterrichtet zu werden. Paris wird anheimgestellt, ebenso zu verfahren. Paris NATO erhält den Text nur zur eigenen Unterrichtung.[18]

II. Nachstehend folgt der Text des Deutschland-Plans der Bundesregierung.

Carstens[19]

Abteilung II (II 1), VS-Bd. 63

11

Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens

St.S. 117/64 geheim **15. Januar 1964**

Der französische Botschafter suchte mich heute auf und übermittelte mir unter Bezugnahme auf den deutsch-französischen Konsultationsvertrag[1] folgende für den Herrn Minister bestimmte Mitteilung. Er bat um strengste Vertraulichkeit, bis die Sache öffentlich bekannt gemacht würde.

Die französische Regierung wird innerhalb der nächsten Wochen bekanntgeben, daß Paris und Peking beschlossen haben, diplomatische Beziehungen aufzunehmen und innerhalb von drei Monaten Botschafter auszutauschen.[2]

Die Gründe für die französische Entscheidung sind folgende:

1) Auch andere NATO-Staaten wie England und Holland unterhalten diplomatische Beziehungen mit Peking.[3]

2) 1950 war die Aufnahme diplomatischer Beziehungen für Frankreich unmöglich, weil damals in Indochina Krieg geführt wurde.

[17] Zu den deutsch-britischen Regierungsbesprechungen am 15./16. Januar 1964 in London vgl. Dok. 12–15.

[18] Punkt 8) wurde von Staatssekretär Carstens handschriftlich eingefügt.
Den Botschaften in London und Paris sowie der Vertretung bei der NATO in Paris wurde der Drahterlaß nachrichtlich übermittelt.

[19] Paraphe vom 13. Januar 1964.

[1] Für den Wortlaut des deutsch-französischen Vertrags vom 22. Januar 1963 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 706–710.

[2] Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Frankreich und der Volksrepublik China erfolgte am 27. Januar 1964. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1964, Z 31 f. und Z 39.
Die Öffentlichkeit erfuhr von dem bevorstehenden Schritt bereits am 18. Januar 1964. Vgl. dazu den Artikel „France to Grant Full Recognition to Peking Regime"; THE NEW YORK TIMES, International Edition, Nr. 38710 vom 18. Januar 1964, S. 1 f.

[3] Nach der Proklamation der Volksrepublik China am 1. Oktober 1949 erkannte Großbritannien als erster NATO-Staat im Januar 1950 die neue Regierung an. Dänemark und die Niederlande folgten diesem Schritt noch im selben Frühjahr. Vgl. AdG 1950, S. 2206.

3) Wenn man das derzeitig prekäre Gleichgewicht in Indochina erhalten will, darf man die Existenz von 650 Mio. Chinesen nicht ignorieren.

4) Die kommunistische Welt ist tatsächlich heute zweigeteilt. China ist gegenüber der Sowjetunion unabhängig geworden.[4]

Die französische Regierung hat den Chinesen keinerlei Zusagen in bezug auf die Gestaltung ihres Verhältnisses zu Formosa und im Hinblick auf die Aufnahme Chinas in die Vereinten Nationen[5] gemacht. Die Franzosen würden ihre Beziehungen zu Tschiang Kai-schek nicht abbrechen. Wenn aber Tschiang Kai-schek den Abbruch fordern sollte[6], würden sie dieser Forderung entsprechen. Tatsächlich würde wohl auch die Haltung Frankreichs gegenüber Rotchina in den Vereinten Nationen durch die Aufnahme diplomatischer Beziehungen beeinflußt werden.

Ich dankte dem Botschafter für seine Mitteilung und sagte, ich möchte der Ordnung halber feststellen, daß in dieser Frage keine Konsultation zwischen Paris und uns stattgefunden habe, sondern daß wir von einer Entscheidung, die Frankreich getroffen habe, lediglich unterrichtet wurden.[7]

Die Gründe, die die französische Regierung anführe, seien gewiß nicht von der Hand zu weisen, doch werde sich die Bundesregierung die Frage vorlegen,

[4] Zu den ideologischen und machtpolitischen Auseinandersetzungen zwischen der UdSSR und der Volksrepublik China stellte das Referat II 3 am 4. Januar 1964 fest: „Zur Zeit liegen weder Anzeichen dafür vor, daß der sowjetisch-chinesische Konflikt gelöst oder entschärft werden kann, noch daß er zu einem völligen Abbruch der Beziehungen führen muß. Im Verhältnis zwischen Peking und Moskau werden Perioden der Spannung und Entspannung voraussichtlich auch weiterhin abwechseln." Der Konflikt wurde darauf zurückgeführt, daß die Kommunistische Partei Chinas nicht mehr bereit sei, die Führung der KPdSU innerhalb des Weltkommunismus anzuerkennen, daß sich die UdSSR und China in verschiedenen Stadien des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aufbaus befänden und daß die Politik der chinesischen Regierung zunehmend durch nationale Zielsetzungen bestimmt werde. Vgl. Ministerbüro, VS-Bd. 8445; B 150, Aktenkopien 1964.

[5] China wurde in der UNO durch die Republik China (Taiwan) vertreten. Wiederholte Anträge in den Jahren 1950 bis 1963 zur Aufnahme der Volksrepublik China in die UNO scheiterten am Widerstand der USA und anderer Staaten. Vgl. dazu die Aufzeichnung der Vortragenden Legationsrätin I. Klasse von Puttkamer vom 27. Januar 1964; Abteilung I (I B 1), VS-Bd. 69; B 150, Aktenkopien 1964.

[6] Die Republik China (Taiwan) gab am 10. Februar 1964 den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Frankreich bekannt. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1964, Z 44.

[7] In der Konsultationsbesprechung am 13. Dezember 1963 in Paris erklärte der Leiter der Politischen Abteilung im französischen Außenministerium, Lucet, „Behauptungen, daß Frankreich beabsichtige, mit Rot-China diplomatische Beziehungen aufzunehmen, seien reine Spekulation. Die französische Regierung werde die Bundesregierung in jedem Fall vorher konsultieren, bevor sie irgendwelche Entscheidungen treffe." Vgl. AAPD 1963, III, Dok. 467.
Botschafter Klaiber, Paris, berichtete am 24. Januar 1964, daß über die Frage einer Konsultierung der Bundesregierung hinsichtlich der beabsichtigten Anerkennung der Volksrepublik China eine Diskussion im französischen Kabinett stattgefunden habe: „Der Ministerrat sei schließlich zu dem Ergebnis gekommen, daß es nicht zweckmäßig sei, den Herrn Bundeskanzler und die Bundesregierung durch eine Konsultierung in Verlegenheit gegenüber den Vereinigten Staaten von Amerika zu bringen, zumal man genau gewußt habe, daß es der Bundesregierung aus den bekannten Gründen nicht möglich gewesen sei, eine gleichgerichtete Haltung wie Frankreich einzunehmen." Vgl. Abteilung I (I A 1), VS-Bd. 15; B 150, Aktenkopien 1964.

wie dieser Schritt die amerikanisch-französischen Beziehungen beeinflussen würde.

Der Botschafter erklärte darauf, daß Rusk informiert worden sei[8], ohne daß er zunächst eine Reaktion gezeigt hätte. Vor kurzem habe sich aber das State Department in einer öffentlichen Erklärung[9] im Hinblick auf die Möglichkeit eines solchen französischen Schrittes sehr negativ geäußert. Andererseits hätten die Amerikaner die Entscheidung der Engländer und Holländer hingenommen.

Ich sagte, daß, wenn diese Frage die einzige im Verhältnis zwischen Frankreich und Amerika bestehende Schwierigkeit wäre, sicher kein Anlaß zur Sorge bestünde. Es gäbe aber schon mehrere andere schwierige Fragen, und, wenn nun diese hinzutrete, so könne sich daraus eine weitere Erschwerung in den amerikanisch-französischen Beziehungen entwickeln, die uns nicht gleichgültig sein könnte.[10]

Das Gespräch zwischen dem Botschafter und mir ging sodann auf die Situation in Indochina über. Der Botschafter sagte, daß Frankreich an Amerikas Stelle Hilfe an Kambodscha leisten werde[11] (militärische Ausrüstungshilfe, Gestellung von Instruktoren, Wirtschaftshilfe). Hiermit hätten sich die Amerikaner voll einverstanden erklärt. Sie würden jedoch nach außen hin Zurückhaltung zeigen, um die Stellung Frankreichs gegenüber dem Prinzen Sihanouk nicht zu belasten.

Was Südvietnam betreffe, so hätten die Franzosen den klaren Eindruck, daß sich die Amerikaner zurückziehen wollten. Hier werde Frankreich auf keinen

[8] Der amerikanische Außenminister wurde vermutlich vorab inoffiziell unterrichtet. Offiziell erhielt das amerikanische Außenministerium – ebenso wie die deutsche Seite – am 15. Januar 1964 von dem bevorstehenden Schritt Kenntnis. Gesandter von Lilienfeld, Washington, berichtete am 24. Januar 1964 dazu, der vom französischen Botschafter Alphand informierte Unterstaatssekretär im amerikanischen Außenministerium, Harriman, habe mit „spürbarer Schärfe" reagiert und die französische Absicht als den Interessen der freien Welt zuwiderlaufend bezeichnet. Auch die Reaktion von Rusk sei besorgt und negativ gewesen. Vgl. Abteilung II (II 6), VS-Bd. 239; B 150, Aktenkopien 1964.
Vgl. ferner den Drahtbericht des Botschafters, Klaiber, Paris vom 22. Januar 1964; Referat I A 3, Bd. 407.

[9] Das amerikanische Außenministerium warnte am 9. Januar 1964 vor der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Volksrepublik China, weil sie damit in ihrer aggressiven Politik bestärkt werden könne. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1964, Z 28.

[10] Zur Frage der Anerkennung der Volksrepublik China durch Frankreich vgl. weiter Dok. 17.

[11] Der französische Verteidigungsminister Messmer hielt sich vom 4. Januar bis 7. Januar 1964 zu Besprechungen in Kambodscha auf. Dabei wurde französische Militär- und Wirtschaftshilfe vereinbart. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1964, Z 25.

Fall einsteigen. Alles, was man hoffen könne, sei eine Neutralisierung Südvietnams[12].

Hiermit dem Herrn Minister[13] vorgelegt.

Carstens

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 419

12

Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit Premierminister Douglas-Home in London

Z A 5-8.A/64 geheim **15. Januar 1964**[1]

Der Herr Bundeskanzler traf in Begleitung des Herrn Bundesministers des Auswärtigen am 15. Januar 1964 um 15.30 Uhr mit dem britischen Premierminister Sir Alec Douglas-Home zu einem Gespräch im kleinen Kreis zusammen.

Der Herr *Bundeskanzler* sprach zunächst von den europäischen Initiativen[2] und betonte, daß es von jeher sein Wunsch gewesen sei, daß Großbritannien und auch die EFTA an die EWG herangeführt werden sollten. Wenn auch die bisherigen Versuche, eine politische Union oder Integration zustande zu bringen, gescheitert seien[3], so sei dieses Ziel hiervon doch nicht berührt worden. Was die künftige politische Entwicklung und die staatsrechtliche Gestalt Europas angehe, so gebe es unter den Sechs sehr unterschiedliche Auffassungen. Mit dem bisherigen Verfahren habe man nur auf der Grundlage des in den Rö-

[12] Staatspräsident de Gaulle erklärte am 29. August 1963, Vietnam sei imstande, in Asien eine bedeutende Rolle zu spielen, wenn es einmal frei von ausländischem Einfluß handeln könne. Frankreich sei bereit, Anstrengungen in dieser Richtung zu unterstützen. Für den Wortlaut der Erklärung vgl. DE GAULLE, Lettres, notes et carnets. Janvier 1961 – décembre 1963, S. 367.
Botschafter Klaiber informierte am 20. Dezember 1963 über Ausführungen des Leiters des Indochina-Referats im französischen Außenministerium, Brèthes, zur Politik gegenüber Vietnam: „Was die in Saigon und auch in anderen Ländern verbreiteten Gerüchte beträfe, daß Frankreich eine Neutralisierung Vietnams anstrebe, so liege hier ein Mißverständnis vor. Die entsprechenden Gerüchte hätten an die bekannte Erklärung de Gaulles vom 29. August 1963 angeknüpft, jedoch hätte de Gaulle nur das Ziel eines ‚einigen' Vietnams erwähnt, und auch Informationsminister Peyrefitte hätte nicht von ‚Neutralisierung', sondern von ‚Neutralität' gesprochen. Frankreich habe in keiner Weise die Absicht, eine Kampagne für die Neutralisierung Südvietnams einzuleiten, solange nicht Südvietnam selbst eine derartige Neutralisierung anstrebe." Vgl. Abteilung I (I B 5), VS-Bd. 115; B 150, Aktenkopien 1963.

[13] Hat Bundesminister Schröder am 17. Januar 1964 vorgelegen.

[1] Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Weber am 20. Januar 1964 gefertigt.
Zum Besuch des Bundeskanzlers Erhard in London vgl. auch OSTERHELD, Außenpolitik, S. 56–58.

[2] Zu den Bemühungen um eine europapolitische Initiative vgl. bereits Dok. 7.

[3] Zu den 1962 gescheiterten Plänen für eine Europäische Politische Union vgl. Dok. 7, Anm. 10.

mischen Verträgen[4] vorgesehenen Automatismus die wirtschaftliche Integration zustande gebracht. Dadurch sei es aber so weit gekommen, daß nun eine nationale Zuständigkeit nach der anderen preisgegeben werde, die aber nicht an ein verantwortliches demokratisches Organ, sondern an einen Verwaltungsapparat abgegeben würden. Die Zeit werde kommen, in der man fragen müsse, wer eigentlich noch die Verantwortung trage. Wenn es so weit komme, daß erst einmal Mehrheitsentschlüsse getroffen würden, die lebenswichtige Interessen einzelner Länder berührten, dann werde dies zu sehr heftigen Spannungen und Widerständen führen. Dies könne verhindert werden, wenn in der einen oder anderen Form eine politische Zusammenarbeit gewährleistet würde. Wenn dieses Problem angeschnitten werde, stelle sich aber auch die Frage nach der Einbeziehung Großbritanniens. Er habe sich bisher sorgfältig gehütet, mit konkreten Vorschlägen an die Öffentlichkeit zu treten oder auf früher erörterte Formen zurückzukommen, weil sich dann sogleich Gegensätze ergeben würden. Was nun den zeitlichen Ablauf angehe, so müsse man dafür sorgen, daß diese Fragen schon etwas weiter geklärt sind, bis zu der Zeit, in der eine britische Regierung ein politisches Votum abgeben könne. Die zeitliche Planung sei sehr wichtig und es sei sicher, daß die Vereinigten Staaten unter allen Umständen eine Einigung Europas auf breiter Grundlage wünschten. Er selbst habe große Sorge, daß die Amerikaner etwas müde oder zweifelnd werden könnten, wenn dieser kleine europäische Kontinent nicht die Kraft finde, sich zu einigen und zu verständigen. Hier liege eine Hilfe, und er habe auch den Eindruck, daß das bei de Gaulle vielleicht animierend wirken werde. In seinem Gespräch mit de Gaulle[5] habe er sich bemüht, ihm vor Augen zu führen, daß man im letzten Grunde das gleiche wolle, nämlich ein stärkeres Europa, das in der derzeitigen weltpolitischen Situation sein Gewicht in die Waagschale werfen könne. Dabei denke er allerdings nicht an die de Gaullesche Vorstellung von einer dritten Kraft. Ihm schwebe vor, daß die deutsch-französische Freundschaft eine starke Anziehungskraft auf andere ausüben sollte. Sie solle in keiner Weise abstoßend sein. De Gaulle hingegen sei der Auffassung, daß man zunächst einmal das Europa der Sechs weiter stärken und festigen solle[6] und daß die anderen Fragen die politischen Aufgaben von morgen oder übermorgen seien. Er selbst glaube aber, daß die Einwände von gestern, es müßte erst eine weitere Straffung erfolgen, ehe weitere Mächte dazukämen, nicht mehr unbedingt stichhaltig seien. Die deutsch-französische Freundschaft, die in keiner Weise exklusiv sein solle, sei in der Zwischenzeit so gefestigt, daß die Bundesrepublik auch weitere Freundschaften haben könnte.

Er wolle aber auch ganz freimütig und vertraulich sagen, daß sich die Situation einmal ändern könnte. Unter Adenauer und Brentano habe de Gaulle erwarten und hoffen können, daß Deutschland bedingungslos den französischen Kurs verfolge und gewisse Bedenken hintenanstelle, um das Ziel der deutsch-

[4] Zu den Römischen Verträgen vom 25. März 1957 vgl. Dok. 7, Anm. 7.

[5] Zu den deutsch-französischen Regierungsbesprechungen am 21./22. November 1963 in Paris vgl. AAPD 1963, III, Dok. 421–423.

[6] Staatspräsident de Gaulle vertrat im Januar 1963 die Auffassung, daß die EWG zunächst ihre Organisation vervollkommnen müsse, bevor weitere Staaten in die Gemeinschaft aufgenommen werden könnten. Vgl. dazu AAPD 1963, I, Dok. 21 und Dok. 43.

französischen Aussöhnung zu verwirklichen. Wenn de Gaulle es nicht schon gelernt habe, so werde es sicher nicht lange dauern, bis er wissen werde, daß sich unter einem Bundeskanzler Erhard und einem Außenminister Schröder die Situation geändert habe. Selbstverständlich wolle man die deutsch-französische Freundschaft aufrechterhalten, aber unter Wahrung der deutschen eigenen Interessen und der deutschen Unabhängigkeit. Er wisse nicht, ob de Gaulle daraus dann früher oder später auch Konsequenzen zu ziehen gewillt sei. Dies sei jedenfalls eine Chance, wenn man auch nicht mit Sicherheit sagen könne, daß er sie ergreifen werde. Was aber dann aus Europa werden solle, wisse er nicht.

Er habe de Gaulle gesagt, daß die Bundesregierung im Augenblick zwar nicht damit rechne, daß Großbritannien vor den Wahlen[7] Stellung nehmen könne, daß aber die deutsche Seite auf den Beitritt Großbritanniens zur EWG oder seine Mitwirkung bei umfassenden Lösungen nie verzichten werde. Dies werde man deutscherseits immer anstreben.

Damit hänge auch die Frage der MLF[8] zusammen. Wie ihm der amerikanische Präsident gesagt habe[9], müsse man damit rechnen, daß in den amerikanischen Wahlen die Frage Europas aufkommen werde, sei es nun in wirtschaftlicher Beziehung oder in bezug auf die europäischen Anstrengungen zur Verteidigung der freien Welt, in bezug auf die Entwicklungshilfe und die Anstrengungen, mit eigener Kraft an der Verteidigung der atlantischen Gemeinschaft mitzuwirken. Präsident Johnson scheine über die Haltung der Republikaner besorgt zu sein.

Wenn de Gaulle, der gegenüber der NATO doch äußerst skeptisch sei, zu der Überzeugung käme, daß es für Europa wesentlich auf die französische Force de frappe ankomme, dann hätte er eine Hegemonie Frankreichs in Europa errichtet. Wenn er aber andererseits wisse, daß die Deutschen hierbei nicht mitspielen würden, und wenn die MLF aufgebaut werde, dann sei er nicht mehr in dieser Position und könnte sich keiner Illusion hingeben. Dann sei die Zeit gekommen, in der man wirksam mit de Gaulle sprechen könne. Deswegen liege der deutschen Seite so viel an der MLF. Eine bilaterale Regelung zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland[10] wäre für Europa keine gute Lösung.

Der *Premierminister* sagte, man sollte im Hinblick auf die britischen Wahlen im Augenblick keine neue Initiative unternehmen. Er selbst bemühe sich auch, in diesen Dingen nicht allzu rasch voranzugehen. Er erinnerte daran,

[7] Die Wahlen zum britischen Unterhaus vom 15. Oktober 1964 führten zu einer Regierungsmehrheit für die Labour Party.

[8] Zur MLF vgl. Dok. 8, Anm.7.

[9] Zu den deutsch-amerikanischen Regierungsbesprechungen am 28./29. Dezember 1963 in Stonewall, Texas, vgl. AAPD 1963, III, Dok. 486–491.

[10] Bundeskanzler Erhard erwiderte vor seinem Besuch in den USA auf Fragen nach der Bereitschaft der Bundesrepublik, die MLF allein mit den USA zu verwirklichen, daß ein solcher Schritt weder im deutschen noch im amerikanischen Interesse liege. Die Bundesrepublik wolle eine möglichst breite Basis. Sollte alles fehlschlagen, dann könne man die Frage immer noch prüfen. Vgl. die Ausführungen von Erhard vom 28. Dezember 1963 gegenüber Präsident Johnson; AAPD 1963, III, Dok. 488.

welche erschütternde Wirkung die Ereignisse des Januars 1963[11] gehabt hätten. Wenn eine neue Initiative unternommen würde und diese ebenfalls mit einem Fehlschlag enden sollte, dann wären die Folgen nicht vorauszusehen.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, er glaube nicht, daß bis zu den britischen Wahlen – wobei er vom letztmöglichen Termin ausgehe – irgend etwas geschehe, was feste Bindungen schaffen würde, ohne daß Großbritannien darüber informiert oder konsultiert würde. Deshalb bewege sich auch die Bundesregierung auf diesem Terrain so vorsichtig.

Der *Premierminister* sagte, er sehe durchaus die politischen Hintergründe der deutschen Haltung zur MLF. Er versuche, dieses Thema sehr vorsichtig durch das Parlament zu manövrieren, und habe immer die nächsten Wahlen im Auge. Wenn die Labour Party die Wahlen gewinnen sollte, würde das MLF-Projekt von ihr ohnehin aufgegeben werden. Sollten die Konservativen die Wahlen gewinnen, so wäre es vielleicht möglich, diesen Vorschlag durchzubringen, wenn aus den Gesprächen in Paris und Washington[12] vernünftige Vorschläge hervorgingen.[13]

Der Herr *Bundeskanzler* wies darauf hin, daß auch die Amerikaner ein Zustandekommen der MLF erwarteten. Der Herr Bundeskanzler sagte sodann, er wolle einen Gedanken aufgreifen, der auch auf deutscher Seite noch nicht ganz zu Ende gedacht sei. Es sei denkbar, daß die EWG noch eine Zeitlang neben der EFTA weiterbestehe und daß durch einen erfolgreichen Abschluß der Kennedy-Runde[14] und der vorgesehenen fünfzigprozentigen Zollsenkung die Diskriminierungen vermindert würden. Es stelle sich die Frage, ob nicht ein stärkerer europäischer Zusammenhalt möglich wäre, der sich losgelöst von der EWG und der EFTA über das ganze freie Europa wölben würde. Man sei auf deutscher Seite sehr glücklich darüber, daß man die WEU habe. Sie habe sich als sehr nützlich erwiesen. Die deutsche Seite habe darauf hingedrängt, daß die WEU als Plattform benutzt werden sollte[15], und vielleicht sei es möglich, von dort aus noch weitere Fortschritte zu erzielen. Wenn er an die Ver-

[11] Auf der Ministerkonferenz der EWG am 28./29. Januar 1963 scheiterten die Verhandlungen über eine Aufnahme von Großbritannien in die Gemeinschaft. Vgl. dazu AAPD 1963, I, Dok. 60 und Dok. 63.

[12] Neben der MLF-Arbeitsgruppe in Paris, die von den NATO-Botschaftern der beteiligten Staaten Belgien, Bundesrepublik Deutschland, Griechenland, Großbritannien, Niederlande, Türkei und USA gebildet wurde, bestand in Washington eine Arbeitsgruppe für militärische Fragen.

[13] Zum Fortgang der MLF-Verhandlungen vgl. besonders Dok. 104.

[14] Am 25. Januar 1962 unterbreitete Präsident Kennedy dem amerikanischen Kongreß den Vorschlag eines gleichzeitigen substantiellen Zollabbaus der westlichen Industrieländer. Der Ministerrat des GATT beschloß am 21. Mai 1963, entsprechende Verhandlungen im Rahmen dieser Organisation aufzunehmen. Die Vorbereitungen für die Kennedy-Runde zogen sich bis zur Eröffnung der Verhandlungen am 4. Mai 1964 hin. Zum Stand der Vorbereitungen im Januar 1964 vgl. den Beitrag des Referats III A 2 für die Konferenzmappe zu den deutsch-britischen Regierungsbesprechungen vom 15./16. Januar 1964; Ministerbüro, VS-Bd. 8445; B 150, Aktenkopien 1964. Zur Kennedy-Runde vgl. weiter Dok. 14, Anm. 14.

[15] Auf der Tagung am 10./11. Juli 1963 in Brüssel schlug der EWG-Ministerrat vor, regelmäßige Kontakte zwischen den Mitgliedstaaten der EWG und Großbritannien im Rahmen der WEU herzustellen. Der Gedankenaustausch über die wirtschaftliche und politische Lage in Europa sollte auf Ministerebene stattfinden. Am 26. Juli 1963 erklärte sich die britische Regierung mit dieser Regelung einverstanden. Vgl. BULLETIN DER EWG, 9–10/1963, S. 35; EUROPA-ARCHIV 1963, D 585. Vgl. dazu auch AAPD 1963, II, Dok. 230.

handlungen denke, die er im Frühjahr 1963 in Genf[16] geführt habe, so habe er eine dreifache Verbindung gehabt, auf der einen Seite zu Gouverneur Herter und auf der anderen Seite zu dem President of the Board of Trade[17], der auch die Commonwealth-Staaten vertreten habe. Dies seien die drei wesentlichen Elemente, die Vereinigten Staaten, Großbritannien und die EWG. Ein solcher größerer Zusammenhang schwebe ihm vor.

Der *Premierminister* bezeichnete diese Idee als interessant.

Das Gespräch endete kurz vor 16.00 Uhr.

Bundeskanzleramt, AZ: 21-301 00 (56), VS-Bd. 6

13

Deutsch-britische Regierungsbesprechung in London

I A 5-82.20/94.09/74/64 geheim **15. Januar 1964**[1]

Protokoll (I) über die Besprechung des Herrn Bundeskanzlers und des Herrn Bundesministers des Auswärtigen mit dem britischen Premierminister und dem britischen Außenminister in London am 15. Januar 1964 von 15.30 Uhr bis 18.00 Uhr

(Liste der Teilnehmer siehe Anhang)[2]

Vorbemerkung: Obwohl stellenweise die erste Person gebraucht ist, handelt es sich nicht um ein wörtliches Protokoll.

Der *Premierminister* begrüßt den Bundeskanzler und die deutsche Delegation. Den Ausgangspunkt für die heutigen und morgigen Besprechungen[3] werden die sehr nützlichen Besprechungen bilden, welche der britische und der deut-

[16] Vom 16. bis 21. Mai 1963 fand in Genf eine Ministerkonferenz des GATT statt. Im Mittelpunkt standen dabei die Kennedy-Runde, die Förderung des Außenhandels der Entwicklungsländer sowie die Liberalisierung des Handels mit landwirtschaftlichen Produkten. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1963, Z 134.

[17] Frederick J. Erroll.

[1] Vervielfältigtes Exemplar.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse von Plehwe gefertigt und mit Begleitvermerk des Ministerialdirektors Jansen vom 29. Januar 1964 an Staatssekretär Carstens geleitet.
Hat Carstens am 3. Februar, Staatssekretär Lahr am 4. Februar und Bundesminister Schröder am 17. Februar 1964 vorgelegen.

[2] Teilnehmer auf deutscher Seite: Bundeskanzler Erhard, Bundesminister Schröder, Staatssekretär Westrick, Staatssekretär von Hase, Botschafter von Etzdorf, Ministerialdirektor Jansen, Ministerialdirektor Sachs, Gesandter Thierfelder, Ministerialrat Seibt, Vortragender Legationsrat I. Klasse von Plehwe, Legationsrat I. Klasse Müller, Legationsrat I. Klasse Kastl, Legationsrat Trumpf, Vortragender Legationsrat Weber (als Dolmetscher); auf britischer Seite: Premierminister Douglas-Home, Außenminister Butler, Staatssekretär Caccia, Botschafter Roberts sowie weitere Mitarbeiter des britischen Außenministeriums.

[3] Vgl. Dok. 12, Dok. 14 und Dok. 15.

sche Außenminister am 9. und 10. Dezember 1963 in Bonn[4] hatten. Als erstes Thema sollten die Ost-West-Beziehungen diskutiert werden, wobei selbstverständlich Berlin und die Deutschland-Frage die zentralen Punkte bilden. Da ein Atomkrieg als Mittel zur Bereinigung der strittigen Fragen selbstverständlich nicht in Frage kommt, müssen wir nach friedlichen Lösungen suchen. Ich wiederhole, daß wir uns sehr darum bemühen, Ansatzpunkte für Lösungen auf dem Verhandlungswege zu finden.

Es gibt mehrere Anzeichen dafür, daß sich in der Sowjetunion und überhaupt im Osten einiges geändert hat. Die Meinungsverschiedenheiten der Sowjetunion mit China[5] und die wirtschaftlichen Schwierigkeiten[6], insbesondere bei der sowjetischen Landwirtschaft, haben eine neue Situation geschaffen, aus der wir Vorteile ziehen könnten. In diesem Zusammenhang soll gleich das Dokument[7] erwähnt werden, das die Bundesregierung soeben für Besprechungen in der Botschaftergruppe[8] Washington übergeben hat. Vielleicht eröffnet dieses Dokument ein neues Kapitel in den Ost-West-Beziehungen.

Der *Bundeskanzler*: Das West-Ost-Verhältnis beschäftigt uns dauernd. Gerade uns muß daran gelegen sein, Lösungen zu finden. Wir wenden uns nicht grundsätzlich gegen Entspannungsmaßnahmen, wenn die Ansätze dafür fruchtbar und möglich erscheinen. Aber die deutsche Regierung muß alles vermeiden, was den Status quo zementieren oder verschlechtern könnte. Es ist dringende Wachsamkeit für uns geboten. Wir haben soeben der Passierscheinregelung[9] zugestimmt, obwohl die andere Seite die Mauer gebaut hat. Wir haben uns dabei auf technische Verhandlungen eingelassen, obwohl gleich von Anfang an zu merken war, daß der Osten diesen humanitären Anlaß zur Verstärkung seiner Drei-Staaten-Theorie[10] ausnützen würde. Man sieht daraus,

4 Vgl. AAPD 1963, III, Dok. 459 und Dok. 461.

5 Zum sowjetisch-chinesischen Konflikt vgl. Dok. 11, Anm. 4.

6 Im September 1963 gestand Ministerpräsident Chruschtschow öffentlich ein, daß die UdSSR aufgrund von Ernteausfällen in eine wirtschaftlich „schwierige Lage" geraten sei. Vgl. dazu AAPD 1963, III, Dok. 381.
Hinsichtlich der wirtschaftlichen Probleme der UdSSR am Anfang des Jahres 1964 bemerkte Legationsrat I. Klasse Wickert am 9. März 1964: „Die Zuwachsrate des Realeinkommens der Sowjetbürger stagniert schon seit etwa 1961, wenn sie in letzter Zeit nicht gar eine absinkende Tendenz zeigt. Dazu haben die wachsenden Versorgungsschwierigkeiten beigetragen (Landwirtschaftskrise), ferner die offizielle Erhöhung der Preise für Fleisch und Butter im Sommer 1962 sowie das Vertagen der versprochenen weiteren Einkommensteuersenkungen. Auch der Wohnungsbau ist 1963 hinter den Leistungen der Vorjahre zurückgeblieben. Statt der geplanten 91 Millionen qm Wohnraum wurden nur noch 77 Millionen qm erstellt. Relativ günstiger sieht zwar die Entwicklung in den nichtkonsumorientierten Industriezweigen aus ... Aber auch hier hat sich der Aufschwung gegenüber den ersten Jahren der Chruschtschow-Ära (etwa bis 1959) abgeschwächt." Vgl. Referat III A 6, Bd. 280. Vgl. dazu auch den Bericht des Botschafters Groepper, Moskau, vom 30. Januar 1964 über die Erfüllung des sowjetischen Volkswirtschaftsplans für das Jahr 1963; Referat III A 6, Bd. 281.

7 Für den Wortlaut der Deutschland-Initiative (Fassung vom 3. Januar 1964) vgl. Dok. 3.

8 Zur Einführung der Deutschland-Initiative am 15. Januar 1964 in der Washingtoner Botschaftergruppe vgl. Dok. 10, Anm. 10.

9 Zur Passierschein-Vereinbarung vom 17. Dezember 1963 vgl. Dok. 1, Anm. 1.

10 Die These, daß Berlin (West) eine selbständige politische Einheit neben der Bundesrepublik und der DDR darstelle, wurde seit Mitte 1963 von der UdSSR und der DDR verstärkt propagiert. Am 21. Juni 1963 ordnete die DDR die Schaffung eines „Grenzgebiets" zu Berlin (West) an. Am 2. Juli 1963 sprach der Staatsratsvorsitzende Ulbricht in Ost-Berlin nicht mehr nur von einer Konföde-

daß der Osten immer wieder versucht, unsere Rechte, einschließlich der Rechte der westlichen Schutzmächte für Berlin, zu mindern. Aber die Passierscheinregelung hatte auch eine positive Seite: Sie erbrachte den Beweis, ein wie echtes Anliegen des deutschen Volkes der Wunsch nach Wiedervereinigung ist. Wir begrüßen es, wenn die Westmächte jetzt nach genauer Abstimmung untereinander neue Initiativen ergreifen werden. Es sollte nur nicht bilateral gehandelt werden.

In der Beurteilung der derzeitigen Lage im Ostblock stimmen wir im allgemeinen mit dem, was Sie sagten, überein. Der Präsident der Vereinigten Staaten hat mit mir über eine sehr genaue Analyse der Lage in der Sowjetunion gesprochen.[11] Die Schlußfolgerung daraus zeigt, daß die Bewegungsfreiheit der Sowjetregierung jetzt etwas eingeengt ist. Die Sowjetregierung ist nicht mehr so unabhängig, sie macht aber ungeheuere Anstrengungen, um auf allen Gebieten voranzukommen und die Schwierigkeiten, besonders auch auf landwirtschaftlichem Gebiet, zu meistern. Man kann noch nicht von einer Zwangslage sprechen, sondern nur davon, daß Chruschtschow in einer gewissen Beengung ist. Wir können das Thema bei der morgigen Besprechung noch vertiefen. Wir sollten prüfen, ob das bei der Botschaftergruppe in Washington jetzt zu diskutierende Dokument uns weiterhelfen kann. Skepsis und Wachsamkeit bleiben aber geboten.

Bundesminister *Schröder*: Wir haben vor der NATO-Ministerkonferenz im Dezember 1963[12] über diese Fragen gesprochen. Ich habe damals schon den Außenministern der drei Westmächte die Grundlinien der Gedanken erläutert, die in dem ihnen gestern übergebenen Dokument niedergelegt sind. Meine damaligen Erläuterungen haben eine ganz günstige Aufnahme gefunden. Unsere jetzige Ausarbeitung sollte in der Botschaftergruppe in Washington behandelt werden, ohne daß wir uns schon im einzelnen auf den Inhalt des Dokuments festlegen können.

Wir gingen bei der Niederschrift des Dokuments von dem Gedanken aus, daß man zunächst Übergangsregelungen ausarbeiten sollte, ein Verfahren, das sich z.B. bei der Regelung der Saar-Frage[13] seinerzeit sehr bewährt hat. Wir haben daher vorgeschlagen, daß ein Rat der Vier Mächte als wichtigste Institution geschaffen werden sollte, die dann sozusagen als ein Dach für weitere Versuche dienen soll. Dieser Rat sollte einen Zeitplan für eine Übergangszeit ausarbeiten, die für die Regelung der Wiedervereinigung, der europäischen Sicherheit, für die Schaffung eines Wahlgesetzes, für die Schlichtung von Meinungsverschiedenheiten u.a.m. vorzusehen ist. Wir haben auch im einzelnen dargelegt, wie eine Volksbefragung erfolgen könnte. Wir haben vorgeschla-

Fortsetzung Fußnote von Seite 50

ration der beiden deutschen Staaten, sondern führte aus: „Die beste, ja einzige noch verbliebene Möglichkeit, die deutsche Spaltung in Frieden, Freiheit und Selbstbestimmung zu überwinden, ist die Zusammenarbeit der beiden deutschen Staaten und einer neutralen Freien Stadt Westberlin in einer deutschen Konföderation." Vgl. DzD IV/9, S. 517.

[11] Zu den deutsch-amerikanischen Regierungsbesprechungen am 28./29. Dezember 1963 in Stonewall, Texas, vgl. AAPD 1963, III, Dok. 486–491.

[12] Zum Gespräch des Bundesministers Schröder mit den Außenministern der drei Westmächte am 15. Dezember 1963 in Paris vgl. AAPD 1963, III, Dok. 473.

[13] Zur Regelung der Saar-Frage vgl. Dok. 3, Anm. 6.

gen, daß im Auftrag der Vier Mächte einige Kommissionen, und zwar sozusagen humanitäre Kommissionen, eingesetzt werden. Sie sollten Erleichterungen für menschliche Begegnungen, Familien, Besuche an den Gräbern, Kultur, Sport usw. anstreben.

Noch ein paar weitere Punkte aus dem Dokument, die hier kurz aufgezählt werden sollen: 1. der Grundgedanke für eine allgemein politische Amnestie; 2. der Ausbau der innerdeutschen Wirtschaftsbeziehungen, einschließlich Ausweitung der Kredite; 3. Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zu osteuropäischen Ländern – auch dabei im Vordergrund menschliche, wirtschaftliche und politische Beziehungen; 4. das Problem der europäischen Sicherheit ohne Verschiebung des Gleichgewichts zwischen West und Ost; 5. unsere grundsätzliche Bereitwilligkeit zur allgemeinen Abrüstung.

Das Ziel des Ganzen ist es, einen Beitrag zum Frieden und zur Wohlfahrt aller Völker zu liefern.

Manche der anstehenden Themen mögen leichter zu behandeln sein, andere wiederum werden erhebliche Schwierigkeiten aufwerfen. Es müßte eine Reihenfolge festgelegt werden. Immerhin dürften in dem Dokument doch Ansatzpunkte sein, auf die auch die andere Seite eingeht, Punkte also, die vielleicht zu Fortschritten führen können.

Der *Premierminister*: Wir glauben, daß das Dokument der Bundesregierung richtige Grundsätze enthält. Wir haben es mit Interesse zur Kenntnis genommen. Wie soll die weitere Behandlung sein? Soll die Botschaftergruppe daraus ein Verhandlungspapier machen?

Bundesminister *Schröder*: Es ist unser Gedanke, daß daraus eventuell ein Verhandlungsplan wird. Man sollte aber Vorsicht walten lassen und das Dokument als einen Kuchen betrachten, aus dem nicht die Rosinen zuerst verkauft werden dürfen.

Außenminister *Butler* fragt, ob dieser Plan abschnittsweise oder im ganzen vorgebracht werden soll. Es muß geklärt werden, welche Punkte eventuell in einzelnen Zeitabschnitten vorgebracht werden, z.B. die Frage der Kredite, der Sicherheit, der Volksbefragung.

Bundesminister *Schröder*: Wir haben zunächst an einen gesamten Plan gedacht, aber erst wenn man sich länger darüber unterhalten hat, muß und kann man sich über die Taktik klar werden. Man könnte sich vorstellen, daß der Vorschlag, einen Vier-Mächte-Rat einzusetzen und humanitäre Kommissionen unter seiner Aufsicht arbeiten zu lassen, recht attraktiv für die andere Seite ist. Anschließend könnte dann auch diese Einrichtung für andere Zwecke ausgebaut werden. In vielen prozeduralen Fragen werden wir erst nach und nach klarer sehen. Die Volksbefragung und ein Wahlgesetz sind nach heutigem Stande sicherlich rote Tücher für die andere Seite, aber alle diese Punkte und Möglichkeiten müßten in dem Auftrag an den Vier-Mächte-Rat enthalten sein. Wirtschaftliche Fragen könnten in einem früheren Stadium angegangen werden, etwa unter Umständen gleichzeitig mit den humanitären Fragen. Die Regelung von Sicherheitsfragen muß wohl zeitlich zurückgestaffelt werden. Aber auch diese Frage gehört in den Auftrag an den Vier-

Mächte-Rat, damit er einen Plan dafür ausarbeitet. Man muß sich dies alles wie eine Generalstabsarbeit vorstellen, bei der alles gründlich durchgeprüft und dann das Vorgehen festgelegt wird.

Außenminister *Butler*: Eine Frage zum Abschnitt 8: Welche Rolle fällt der Frage der deutschen Wiedervereinigung im Zusammenhang mit der Regelung für europäische Sicherheit zu? Muß dieser Punkt nicht genau erforscht (scrutinized) werden?

Bundesminister *Schröder*: Wir sind auch hier nicht ins Detail gegangen. Die Frage ist ja schon 1959 bei den Verhandlungen in Genf[14] erörtert worden. Wir haben hier aber den Grundsatz mit Absicht nochmals herausgestellt, da wir überzeugt sind, daß er sehr wichtig ist. Wir wissen, daß eingehend darüber innerhalb des Westens und insbesondere in der Botschaftergruppe diskutiert werden muß.

Der *Bundeskanzler*: Eine große Schwierigkeit dürfte darin liegen, daß die Sowjetregierung immer wieder versucht, die Vier-Mächte-Verantwortung vom Tisch zu wischen und die Wiedervereinigung als eine deutsche Angelegenheit[15] hinzustellen. Die Sowjetregierung will damit Pankow als souveränen Staat aufbauen. Es wird schwer sein, die Sowjetregierung hiervon abzubringen. Auch die Neujahrsrede Chruschtschows[16] beweist, wie willkürlich die Sowjets mit den Begriffen der Souveränität, der Abhängigkeit und der Selbstbestimmung umgehen. In Polen gibt es nur etwa 10% Kommunisten, in der Sowjetzone nur etwa 3%, und trotzdem stellt die Sowjetunion diese Staaten als souveräne Staaten hin, obwohl sie nichts zu sagen haben. Es wird daher schwierig sein, mit der Sowjetregierung auf der Vier-Mächte-Basis über Selbstbestimmung zu reden. Zudem will die Sowjetregierung eine Wiedervereinigung nur, wenn ganz Deutschland kommunistisch wird.

Außenminister *Butler*: Eine weitere Frage zu Abschnitt 7: Hier wird von dem Heimatrecht gesprochen. Wir sind ein bißchen besorgt, daß daraus hervorgeht, daß an eine deutsche Wiederbevölkerung (repopulation) der Gebiete ostwärts der DDR gedacht ist. Das wird Aufregung hervorrufen, besonders auf

[14] Der am 14. Mai 1959 auf der Genfer Außenministerkonferenz vom amerikanischen Außenminister Herter vorgelegte westliche Friedensplan sah parallele Schritte im Hinblick auf Wiedervereinigung und europäische Sicherheit vor. Zum Herter-Plan vgl. Dok. 9, Anm. 8.

[15] Am 26. Juli 1955 erklärte der Erste Sekretär des ZK der KPdSU, Chruschtschow, erstmals öffentlich, daß bei Verhandlungen über Deutschland der Tatsache der Existenz zweier deutscher Staaten Rechnung getragen werden müsse. Das beste sei es, „wenn die deutsche Frage die Deutschen selbst lösen würden". Große Bedeutung für die Vereinigung Deutschlands habe daher die Annäherung beider deutscher Staaten, die „im Interesse des ganzen deutschen Volkes eine umfassende Zusammenarbeit auf allen Gebieten des innerdeutschen Lebens herstellen" sollten. Für den Wortlaut der Rede vgl. DzD III/1, S. 232–236.
Gegenüber Bundeskanzler Erhard betonte der sowjetische Botschafter Smirnow am 6. Dezember 1963, es könne „der Sowjetunion nicht zugemutet werden, die Frage der deutschen Wiedervereinigung zu lösen. Dies sei Sache der beiden deutschen Staaten selbst ... Es habe wohl mal eine Zeit gegeben, wo die vier Großmächte eine Verantwortung und Rechte in bezug auf deutsche Angelegenheiten gehabt hätten. In der Zwischenzeit jedoch seien diese Rechte an die beiden deutschen Staaten übertragen worden." Vgl. AAPD 1963, III, Dok. 454.

[16] Vermutlich das Schreiben des sowjetischen Ministerpräsidenten vom 31. Dezember 1963 an alle Staats- und Regierungschefs betreffend einen Verzicht auf Gewaltanwendung bei territorialen Streit- und Grenzfragen. Vgl. dazu Dok. 15, Anm. 2.

der anderen Seite. Bisher war unter Wiedervereinigung begrifflich nur die Vereinigung der Bundesrepublik Deutschland und der DDR gedacht. Weiteres war mit dem Begriff Wiedervereinigung nicht verbunden.

Bundesminister *Schröder*: Hier liegt der Gedanke zugrunde, daß man zu einem Deutschland kommen soll, das auf einer Friedenskonferenz vertreten sein soll. Es soll also ein Vorbehalt für die Friedenskonferenz damit gemeint sein.

Der *Bundeskanzler*: Nehmen wir theoretisch an, daß die Frage der Wiedervereinigung gelöst werden kann. Dann erhebt sich eine weitere Frage, nämlich was mit den Gebieten östlich der Sowjetzone werden soll. In Potsdam wurde festgelegt, daß über Grenzen erst in einer Friedenskonferenz entschieden wird.[17] Die Grenzen von 1937 wurden dabei in Potsdam zunächst als Ausgangspunkt festgelegt. Man kann sich vorstellen, daß z.B. die Tschechen oder Polen fürchten, nach einem Friedensvertrag würden Grenzstreitigkeiten wieder anheben. Daher müssen bei einem Friedensvertrag Lösungen gefunden werden. Im übrigen kann das deutsche Volk nicht laut auf etwas verzichten, was erst in einem Friedensvertrag geregelt werden muß. In Elsaß-Lothringen leben auch Deutsche, deren Heimat nicht identisch ist mit nationalen Grenzen. Es ist vorstellbar, daß diese Fragen bei einer Friedenskonferenz in durchaus versöhnlichem Geiste geregelt werden.

Der *Premierminister*: Ich verstehe, was gemeint ist, aber Vorsicht bei Formulierungen (wordings) erscheint geboten. Dieser Punkt könnte sonst alarmierend wirken.

Bundesminister *Schröder*: Man muß vom Grundsatz, vom Plan ausgehen. Über Einzelheiten ist dann später sorgsam zu sprechen. Wie schon gesagt, fühlen selbst wir uns mit diesem Dokument nicht etwa in Einzelheiten festgelegt. Bereits 1962 haben wir vor der NATO-Ministerkonferenz einmal über diese Fragen gesprochen.[18] Damals wollten wir die Ergebnisse von Besprechungen in der Botschaftergruppe als ein Dokument für die Öffentlichkeit bereithalten. Heute ist es eine weitere Frage, ob man einen Verhandlungsvorschlag daraus machen kann. Also das unmittelbare Ziel ist es festzustellen, ob ein Einverständnis über die Grundsätze möglich ist.

Außenminister *Butler* fragt, ob das Dokument der Bundesregierung jetzt gleich an die Botschaftergruppe verwiesen werden soll.

Bundesminister *Schröder*: Es ist unser Vorschlag, daß die Botschaftergruppe sich jetzt damit befassen sollte. Wir haben in Paris zugesagt, daß wir bis Mitte

[17] Im Kommuniqué vom 2. August 1945 über die Konferenz von Potsdam (Potsdamer Abkommen) bekräftigten die USA, Großbritannien und die UdSSR, „daß die endgültige Festlegung der Westgrenze Polens bis zur Friedensregelung zurückgestellt werden soll". Vgl. DzD II/1, S. 2118.

[18] Vom Treffen mit den Außenministern der drei Westmächte am Vorabend der NATO-Herbsttagung in Paris berichtete Bundesminister Schröder am 13. Dezember 1962, der amerikanische Außenminister Rusk habe sich für eine Überprüfung des Herter-Plans von 1959 ausgesprochen. Die Drei Mächte und die Bundesrepublik müßten sich darüber klarwerden, wie eine zufriedenstellende Lösung der deutschen Frage auf Dauer aussehen solle. Vgl. Ministerbüro, VS-Bd. 8489; B 150, Aktenkopien 1962.

Januar – und heute ist zufällig der 15. Januar – das Dokument erstellen wollten.

Außenminister *Butler*: Das Dokument soll aber wohl nicht veröffentlicht werden?

Bundesminister *Schröder*: Strikte Geheimhaltung wird für dringend erforderlich gehalten. Wir haben immer nur gesagt, daß es die Aufgabe der Botschaftergruppe sei, sich laufend mit Initiativen zu beschäftigen. Wenn unser Koalitionspartner, die Freie Demokratische Partei, gerade in letzter Zeit sich zu diesem Thema mehrfach geäußert hat[19], dann ist das mehr als Forderung und nicht als Beschreibung eines konkreten Vorgangs zu verstehen. Die Forderung der Freien Demokratischen Partei geht dahin, daß Initiative entfaltet wird und daß auf der Vier-Mächte-Basis gearbeitet wird.

Der *Premierminister*: Wir begrüßen es, daß das deutsche Dokument nun als Grundlage für Verhandlungen der Botschaftergruppe dienen kann.

Haben Sie gelegentlich der Verhandlungen mit den Oststaaten über die Errichtung von Handelsmissionen[20] Eindrücke über eventuelle Veränderungen in der Abhängigkeit dieser Oststaaten von Moskau erhalten?

Der *Bundeskanzler*: Die Oststaaten haben bei ihren Verhandlungen der Übernahme der Berlin-Klausel[21] zugestimmt. Dies läßt auf eine etwas größere Selbständigkeit schließen. Andererseits gibt es die Version, daß Chruschtschow aus mehreren Gründen sehr darum bemüht ist, die Sowjetzone besonders fest an sich zu ketten, nicht zuletzt, um den Kommunismus gerade an der westlichen Grenze des Ostblocks an der Macht zu halten.

Der *Premierminister*: Gibt es sonstige Auswirkungen Ihrer Verhandlungen mit den osteuropäischen Ländern?

Der *Bundeskanzler*: Man kann von einer Klimaverbesserung sprechen, aber sonst ist bisher nur wenig Konkretes dazu zu sagen. Wir sind mit diesen Ländern wenigstens im Gespräch. Es zeigt sich, daß diese Länder an der Entwicklung in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft sehr interessiert sind. Erfahrungen auf dem Gebiet des Handels liegen angesichts der kurzen Zeit noch nicht vor, zumal es sich um rein landwirtschaftliche Länder handelt. Aber immerhin kann man bei diesen Kontakten von einem Beginn sprechen.

[19] Am 30. November 1963 legte der Vorsitzende des FDP-Landesverbands Berlin, Borm, Vorschläge zur Aktivierung der Deutschlandpolitik vor. Am 8. Dezember 1963 nahm der FDP-Vorsitzende, Bundesminister Mende, dazu Stellung, und am 9. Januar 1964 sprach sich der FDP-Abgeordnete Freiherr von Kühlmann-Stumm im Bundestag für die Einsetzung eines Vier-Mächte-Gremiums zur Behandlung der Deutschland-Frage aus. Vgl. DzD IV/9, S. 960–964 und S. 991 f.; BT Stenographische Berichte, Bd. 54, S. 4898 f.

[20] Am 7. März 1963 wurde ein Handelsabkommen mit Polen geschlossen sowie die Errichtung einer Handelsvertretung der Bundesrepublik in Warschau vereinbart, am 17. Oktober bzw. 10. November 1963 folgten ein Abkommen mit Rumänien über den Austausch von Handelsvertretungen und ein Abkommen mit Ungarn über den Handels- und Zahlungsverkehr sowie den Austausch von Handelsvertretungen. Vgl. dazu AAPD 1963, I, Dok. 114; AAPD 1963, II, Dok. 339; AAPD 1963, III, Dok. 388.

[21] Zur Einbeziehung von Berlin (West) in die Abkommen mit Polen, Rumänien und Ungarn vgl. AAPD 1963, I, Dok. 183; AAPD 1963, II, Dok. 339; AAPD 1963, III, Dok. 380.

Bundesminister *Schröder*: Wir haben bisher mit drei Staaten Verträge, und zwar mit Polen, Rumänien und Ungarn. Unsere Handelsmission in Warschau ist eingerichtet.[22] Die beiden anderen Handelsmissionen werden eingerichtet. Mit Bulgarien und der Tschechoslowakei sind Fühlungnahmen im Gange.[23] Bei den Verhandlungen zeigten die Rumänen am meisten Bewegungsfreiheit. Polens einziges Interesse bei den Verhandlungen lag auf kommerziellem Gebiet. Es war ferner offensichtlich, daß unsere Bemühungen Pankow außerordentlich unruhig gemacht haben. In erster Linie lag das an der Berlin-Klausel. Auch ist es Pankow sehr unangenehm, daß in letzter Zeit die Tschechen in viel großzügigerer Weise Reiseerlaubnisse erteilen. Ost- und Westberliner konnten sich plötzlich in der Tschechei treffen, während sie bisher dazu bis ans Schwarze Meer fahren mußten.

Die Konzessionen, die Pankow bei der Passierscheinregelung gemacht hat, führen wir darauf zurück, daß Pankow vermehrtem Druck seiner Verbündeten[24] zuvorkommen wollte.

Der *Premierminister*: Es erhebt sich noch die Frage, ob diese Dinge von Einfluß auf Entspannungsmaßnahmen sein können; dazu gehört auch die Frage der Kreditgewährung[25].

Der *Bundeskanzler*: Wenn wir jetzt der Sowjetunion aus ihren wirtschaftlichen Schwierigkeiten mit Lieferung von Chemikalien und Düngerfabriken und gar mit langfristigen Krediten heraushelfen, dann wird die Sowjetunion sich weniger verhandlungsbereit zeigen. Es wird mit Sicherheit das Gegenteil eintreten, nämlich daß sie weniger geneigt für Verhandlungen sein wird. Hier sind wir also anderer Auffassung als die britische Regierung, was auch die Verhandlungen in der NATO über die Kreditgewährung gezeigt haben. Wir – und auch die USA – wollen nicht hartnäckig sein, aber wir wollen auch nichts verschenken, was den Sowjets die Schwierigkeiten erleichtert, ohne daß sie ihrerseits dabei zu entsprechenden Konzessionen bereit sind. Es gibt auf diesem Gebiet gewiß für jedes westliche Land einige Verschiedenheiten. Wir müssen wohl zunächst als die Letzten betrachtet werden, die hierüber mit der Sowjetunion ins Gespräch kommen könnten, und zwar wegen der unterschiedlichen Philosophie.

Im übrigen soll hinzugefügt sein, daß wir oft gesagt haben, wir wären bereit, uns die Wiedervereinigung etwas kosten zu lassen, zwar nicht etwa mit Kredi-

[22] Vgl. dazu die Dienstinstruktion vom 27. März 1964 für den Leiter der Handelsvertretung in Warschau; Dok. 80.

[23] Vgl. dazu Dok. 62 und Dok. 100.

[24] Mit Drahterlaß vom 4. Januar 1964 an die Botschaft in Washington machte Staatssekretär Carstens auf Hinweise aufmerksam, „daß die Sowjets einen Druck auf das SBZ-Regime ausgeübt haben, Erleichterungen für die Zonenbevölkerung einzuführen". Das Interesse der DDR an einem Zustandekommen der Passierschein-Vereinbarung sei vor allem darauf zurückzuführen, „daß Pankow in eine merkwürdige Isolierung gegenüber den anderen Ostblockstaaten geriet, nachdem diese Westberliner Bürgern die Einreise gestatten, so daß Treffen zwischen Westberlinern und Ostberlinern in den osteuropäischen Staaten, nicht dagegen in der SBZ möglich sind". Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 425; B 150, Aktenkopien 1964.

[25] Zur möglichen Gewährung britischer Kredite an die UdSSR vgl. Dok. 2 und Dok. 5.

ten, sondern mit Leistungen Zug um Zug. Aber dies scheint mir doch jetzt sehr theoretisch zu sein, so daß wir vorläufig derartige Überlegungen beiseite lassen müßten.

Präsident Johnson bestätigte mir, daß die Sowjetunion zur Zeit auf mehreren Gebieten ihre Anstrengungen wegen der entstandenen Engpässe zurückstekken muß. Das ist bei der Forschung, der Rüstung, der Weiterentwicklung der Raketen und auch der Weltraumfahrt der Fall. Es liegt daher eine politische Gefahr darin, wenn der Westen der Sowjetunion jetzt aus diesen Schwierigkeiten heraushelfen würde. Die Sowjetunion würde dann mehr Geld frei haben für Ausgaben auf Gebieten, die uns unangenehm sind.

Der *Premierminister*: Wir könnten uns vielleicht morgen hierüber noch weiter unterhalten. Aber man sollte nicht vergessen, daß es nicht ohne Einfluß auf die Politik Chruschtschows bleiben würde, wenn der Lebensstandard der Bevölkerung in der Sowjetunion gehoben würde. Im übrigen entspricht unser Handeln mit der Sowjetunion ja nur der üblichen Praxis.

Der *Bundeskanzler*: Ich glaube, dies ist etwas zu westlich gedacht. Würden wir der Sowjetunion helfen, dann würde der daraus entstandene Gewinn von der Sowjetregierung nicht oder nur in sehr geringem Maße dem Lebensstandard der Bevölkerung zugeleitet werden.

Es besteht auch für uns die Sorge, daß wir die deutsche Industrie nicht mehr zurückhalten können, wenn ein großes freies westliches Land eine der Sowjetunion entgegenkommendere Haltung einnimmt. Dasselbe gilt auch für die neutralen Länder. Daran könnte das ganze Gebäude einer einheitlichen Haltung des Westens zusammenbrechen. Besonders gefährlich würde das werden, wenn womöglich auch Frankreich seine Haltung in dieser Hinsicht ändert.[26] Denn: Wo alles liebt, da können wir nicht hassen.[27] Es handelt sich hier also um eine grundsätzliche Frage.

Der *Premierminister*: Vielleicht können wir jetzt über periphere Maßnahmen für die Versuche einer Entspannung sprechen, z.B. die Stationierung von Bodenbeobachtungsposten[28].

Der *Bundeskanzler*: Die Stationierung von Bodenbeobachtungsposten und damit im Zusammenhang das Problem verdünnter oder denuklearisierter

[26] Zur Haltung Frankreichs in der Kreditfrage vgl. Dok. 5, besonders Anm. 7 und 8.

[27] Friedrich VON SCHILLER, Don Carlos. Infant von Spanien, 1. Akt, 1. Szene: „Wo alles liebt, kann Karl allein nicht hassen".

[28] Seit Mitte der fünfziger Jahre wurde wiederholt die Überlegung ins Spiel gebracht, zum Schutz vor Überraschungsangriffen Kontrollposten in westlichen wie östlichen Staaten an Hauptverkehrsadern und in Häfen einzurichten. Am 19. Juli 1963 griff Ministerpräsident Chruschtschow diese Idee wieder auf und bot auch an, daß die Westmächte Beobachter zu den in der DDR stationierten sowjetischen Truppen entsenden könnten. Im Gegenzug sollte der UdSSR zugestanden werden, Vertreter bei den in der Bundesrepublik stationierten Truppen zu unterhalten. Aufgrund dieser Initiative kam es in den folgenden Monaten zu verstärkten Sondierungen über Bodenbeobachtungsposten. Vgl. dazu die Aufzeichnung der Politischen Abteilung II vom 27. Januar 1964; Abteilung II (II 8), VS-Bd. 270; B 150, Aktenkopien 1964.

Zonen[29], das sind alles lebensgefährliche Fragen. Aber ich möchte gern Ihre Ansicht darüber hören.

Der *Premierminister*: Auf der Suche nach Möglichkeiten für weitere Entspannung glauben wir eben, daß die Stationierung von Bodenbeobachtungsposten an strategischen Orten sehr dazu beitragen könnte, die Gefahr eines Überraschungsangriffs zu mindern. Seit dem Abschluß des Testbannabkommens[30] spricht auch Chruschtschow von dieser Möglichkeit. Bekanntlich wollen Sie hierbei einer Ausweitung des Aufgabengebiets der Militärmissionen[31] den Vorzug geben. Halten Sie die ganze Frage für zu schwierig oder glauben Sie, daß es sich lohnt, in Genf[32] hierüber zu diskutieren?

Der *Bundeskanzler*: Ich bin kein Spezialist auf diesem Gebiet, aber der gesunde Menschenverstand sagt mir, daß es in dicht besiedelten Ländern sehr viel leichter ist, derartige Beobachtungen durchzuführen als in den dünn besiedelten Ländern. Nehmen wir das Beispiel der Häfen: In Spannungszeiten wird es in russischen Häfen verhältnismäßig ruhiger zugehen, da der Osten ein autarker Block ist. In westlichen Häfen hingegen wird in diesem Fall Hochbetrieb herrschen. Aber das ist mehr eine militärische Frage.

Bundesminister *Schröder*: Wir haben hierzu zwei Bedenken, die man erörtern muß. Sie waren wohl damit einverstanden, daß die NATO dieses Thema erst behandeln soll, bevor es in Genf diskutiert wird. Also können wir uns in der NATO noch darüber eingehend aussprechen.[33] Hier nur zwei Punkte von Gewicht:

[29] In Gesprächen mit dem amerikanischen Außenminister Rusk und dem britischen Außenminister Lord Home im September/Oktober 1963 am Rande der UNO-Generalversammlung in New York beharrte der sowjetische Außenminister Gromyko auf einem Junktim zwischen einem System von Bodenbeobachtungsposten einerseits und einer Entnuklearisierung Deutschlands sowie einer Reduzierung der dort stationierten Streitkräfte andererseits. Vgl. dazu das Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem britischen Außenminister Butler am 9. Dezember 1963; AAPD 1963, III, Dok. 459. Vgl. ferner das Schreiben des britischen Außenministers Lord Home vom 5. Oktober 1963 an Bundesminister Schröder; Ministerbüro, VS-Bd. 8500.
Vgl. dazu auch die Darlegungen der sowjetischen Delegation am 16. August 1963 auf der Konferenz der 18-Mächte-Abrüstungskommission in Genf; DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1963, S. 377–389.

[30] Für den Wortlaut des Teststopp-Abkommens vom 5. August 1963 vgl. DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1963, S. 291–293.

[31] Zum Vorschlag, die bestehenden Militärmissionen der Vier Mächte als Beobachtungsposten für Deutschland einzusetzen, vgl. AAPD 1963, II, Dok. 340; AAPD 1963, III, Dok. 427.

[32] Am 21. Januar 1964 wurde eine neue Runde der Konferenz der 18-Mächte-Abrüstungskommission in Genf eröffnet. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1964, Z 42.

[33] Im Drahterlaß vom 14. Januar 1964 an die Vertretung bei der NATO in Paris führte Ministerialdirektor Krapf zum Thema Bodenbeobachtungsposten aus: „Wir halten nach wie vor an unserer Auffassung fest, daß zunächst über die militärische Zweckmäßigkeit eines BBP-Systems Einmütigkeit hergestellt werden muß, bevor sich der Rat mit den übrigen politischen Konsequenzen befassen kann. Gegen das britische Papier, das uns nach erster Prüfung auch nicht unter militärischen Gesichtspunkten überzeugt, haben wir aus politischen Gründen die stärksten Bedenken ... Für uns sind BBP in der Sowjetzone wegen der notwendigerweise eintretenden Aufwertung des Status der Zone unannehmbar. Eine größere Zahl von Posten im Bundesgebiet würde ebenfalls große Probleme der inneren Sicherheit aufwerfen. Die von den Briten vorgeschlagene starke Massierung der Posten in Gesamtdeutschland würde zu einem Sonderstatus für uns führen. Mit Nachdruck müssen wir uns dagegen wenden, daß das britische Papier – auch in Form einer Kurzfassung – auf der Genfer Konferenz vorgelegt wird, bevor über [die] Frage der BBP Einigkeit im Bündnis hergestellt ist." Vgl. Abteilung II (II 8), VS-Bd. 269; B 150, Aktenkopien 1964.

1. Wenn man auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland ein ähnlich dichtes System von Beobachtungsposten wie in der SBZ einrichtet, würden für uns erhebliche Sicherheitsgefahren durch illegale und legale Tätigkeit dieser Beobachtungsposten entstehen.

2. Die vorgeschlagene Zusammenarbeit der Beobachtungsposten mit den Regierungen der Gastländer würde zu bedenklichen Kontakten mit Pankow führen und damit an eine faktische Anerkennung der SBZ nahe herankommen.

Hierauf gründet sich unser Gedanke, die Militärmissionen an die Stelle der Beobachtungsposten zu setzen. Aber unsere militärischen Stellen haben hierzu noch nicht abschließend Stellung genommen. Im ganzen sind unsere militärischen Stellen bisher sehr zurückhaltend und ablehnend in dieser Frage, während Ihre militärischen Stellen glauben, daß Bodenbeobachtungsposten einen militärischen Vorteil der NATO erbringen könnte. Diese Frage muß sicher noch geprüft werden. Ich sehe das Problem auch mehr unter politischen Gesichtspunkten. Wenn eine Aussicht für politische Vorteile besteht, dann soll das Problem noch genau diskutiert werden. Für Deutschland werden dadurch aber ganz gewiß sehr schwierige Fragen aufgeworfen werden.

Außenminister *Butler*: Zu der von uns vorgelegten Karte[34] mit den eingezeichneten möglichen Beobachterposten möchte ich sagen, daß wir nicht auf die Stationierung aller dieser Posten bestehen wollen. Wir haben darum auch Einzeichnungen in verschiedener Farbe gemacht, wodurch ungefähr die Reihenfolge und Bedeutung der Posten dargestellt werden soll.

Ferner haben wir nicht etwa vorgeschlagen, die Beobachterposten den SBZ-Behörden zu attachieren. Sie sollen vielmehr nur zu sowjetischen Dienststellen Kontakt halten. Also dürfte dadurch keine Aufwertung der SBZ zu befürchten sein.

Wenn in Genf die Frage der Stationierung von Bodenbeobachterposten diskutiert wird, werden wir gern beachten, was Sie hier dazu gesagt haben.

Bundesminister *Schröder*: Die Kontakte mit Behörden der SBZ werden aber allein schon in der Frage der Privilegien, Immunitäten usw. kaum zu umgehen sein.

Außenminister *Butler*: Das müßte dann wohl noch geprüft werden.

Der *Premierminister*: Welche politischen Vorteile könnten Ihrer Ansicht nach von der Stationierung von Bodenbeobachtungsposten erwartet werden?

Bundesminister *Schröder*: Man könnte sich einen politischen Vorteil zurechtlegen, wenn es zu einem weltweiten System in dieser Hinsicht käme. Es gibt zwar einen amerikanischen Plan[35] für die Stationierung von Bodenbeobach-

[34] Das Arbeitspapier des britischen Generalstabs (mit Kartenmaterial) über ein System von Bodenbeobachtungsposten wurde am 2. Januar 1964 vom britischen Gesandten Tomkins im Auswärtigen Amt überreicht. Vgl. dazu den Drahterlaß des Ministerialdirektors Krapf vom 6. Januar 1964 an die Vertretung bei der NATO in Paris; Abteilung II (II 8), VS-Bd. 269; B 150, Aktenkopien 1964.

[35] Zu dem am 14. Januar 1964 dem NATO-Rat vorgelegten amerikanischen Arbeitspapier über Bodenbeobachtungsposten stellte Staatssekretär Carstens fest, daß es den deutschen Belangen eher Rechnung trage als die Studie des britischen Generalstabs: „So sieht das amerikanische Papier keine BBP in der Sowjetzone vor, sondern empfiehlt dort als eine ‚zusätzliche Maßnahme' ein Sy-

tungsposten von San Francisco bis Wladiwostock. Das wäre also etwas politisch Demonstratives und könnte in den Augen der Welt als eine Art von indirektem Beitrag zur Friedenswahrung angesehen werden. Ich dachte aber bei meinen Ausführungen nicht etwa an politische Vorteile im Zusammenhang mit der SBZ.

Der *Premierminister*: Eine politische Demonstration hatten wir allerdings im Sinn, als wir von der Stationierung von Bodenbeobachtungsposten zu sprechen begannen. Das Thema sollte wohl in der NATO weiter besprochen werden.[36]

Ein anderer Punkt ist bekanntlich die Frage eines Nicht-Angriffspakts[37]. Glauben Sie, daß ein Nicht-Angriffspakt für den Westen Vorteile erbringen könnte?

Der *Bundeskanzler*: Es müßte hierbei gesondert die Regelung für Berlin geprüft werden.

Ganz allgemein ist zu der Frage eines Nicht-Angriffspakts folgendes zu sagen: Die Geschichte der letzten 20 Jahre lehrt, daß die Kommunisten sehr selten Gewalt angewandt haben. Sie streben ihre Ziele immer mit subversiver Tätigkeit und Infiltration an. Sie stacheln die Bevölkerungen auf und zetteln Aufstände an. Chruschtschow hat noch nicht auf die Welt-Revolution verzichtet, aber die Kommunisten werden dieses Ziel nicht mittels Gewalt anstreben. Auf der anderen Seite haben wir auf Gewalt verzichtet. Die NATO ist ja ein Verteidigungsbündnis.

Sollte nun ein Nicht-Angriffspakt trotzdem von irgendwelchem politischen Gewicht oder irgendwelchen Vorteilen sein, dann müßte man darüber sprechen. Ich bleibe aber skeptisch in der Frage, was denn ein Gewaltverzicht bedeuten soll. Chruschtschow weiß, daß der Westen niemals Gewalt anwenden wird. Er selbst wird andere Mittel als Gewalt anwenden. Anders wäre die Lage, wenn er auf Subversion und Welt-Revolution verzichten würde. Dann sollte man über dieses Thema mit ihm reden.

Bundesminister *Schröder*: Ein Nicht-Angriffspakt würde nach unserer Meinung die Berlin- und Deutschland-Frage in einigen Punkten erschweren. Darum sind wir zurückhaltend. Es ist bezeichnend, daß die Italiener immer

Fortsetzung Fußnote von Seite 59

stem von Beobachtern bei den ‚ausländischen' dort stationierten Truppen. Ein solches System sollte auf Vier-Mächte-Grundlage beruhen und jede Beteiligung der SBZ sowie eine Aufwertung ihres Status verhindern ... Vorbehaltlich einer genaueren Analyse erscheint uns das amerikanische Papier als Grundlage für weitere Diskussionen im NATO-Rat geeigneter zu sein als das britische." Vgl. den Drahtbericht vom 15. Januar 1964 an Bundesminister Schröder, z. Z. London; Abteilung II (II 8), VS-Bd. 269; B 150, Aktenkopien 1964.
Zum amerikanischen Arbeitspapier vgl. ferner die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Krapf vom 17. Januar 1964; Abteilung II (II 8), VS-Bd. 269; B 150, Aktenkopien 1964.

36 Zur Frage einer Errichtung von Bodenbeobachtungsposten vgl. weiter Dok. 30.

37 Im Zusammenhang mit den Verhandlungen, die zum Teststopp-Abkommen vom 5. August 1963 führten, kam es auch zu Sondierungen über ein Nichtangriffsabkommen zwischen NATO und Warschauer Pakt. Bei Kontakten in den folgenden Monaten zwischen den USA und Großbritannien einerseits sowie der UdSSR andererseits wurde ein solches Abkommen als eine Möglichkeit zur Fortführung der Entspannungspolitik erörtert. Vgl. dazu AAPD 1963, III, Dok. 395 und Dok. 430.

darauf hingewiesen haben, daß es nicht genüge, auf Gewalt zu verzichten, sondern daß zusätzlich eine Anti-Einmischungsklausel[38] notwendig sei. Das ist wohl typisch für ein Land, das eine große kommunistische Partei hat und daher die subversiven Methoden des Kommunismus gut kennt. In einer Antwort an Chruschtschow sollte diese Forderung der Italiener nach einer Anti-Einmischungsklausel hervorgehoben werden.

Der *Premierminister*: Gewiß, ich bin ebenso mißtrauisch wie Sie.

Wir sollten jetzt zwei Punkte der englisch-deutschen Beziehungen besprechen, und zwar erstens die Frage der Stationierungskosten[39] und zweitens die kulturellen Beziehungen. An der ersten Frage liegt uns besonders viel. Sie haben eine sehr gute Vereinbarung mit den USA[40] auf diesem Gebiet, und wir glauben, daß dieses ein gutes Modell für weitere Vereinbarungen zwischen Ihnen und uns sein könnte.

Außenminister *Butler*: Es ist wichtig, daß wir zu einer langfristigen Regelung kommen. Wir hoffen, daß die deutsche Delegation, die zu Verhandlungen im Februar nach London[41] kommen wird, gut vorbereitet sein wird, so daß wir über ein langfristiges Arrangement sprechen können. Wir erwarten ja auch den Bundesfinanzminister Dr. Dahlgrün für Ende Februar oder Anfang März in London[42] und hoffen, daß dann zum Zeitpunkt seines Hierseins ein neues Arrangement in Kraft gesetzt werden kann.

Der *Bundeskanzler*: Vor meiner Abreise hierher nach London habe ich mit dem Verteidigungs- und dem Finanzminister diese Fragen durchgesprochen. Ich möchte zunächst sagen, daß wir unsere bis zum 1. April laufenden derzeitigen Verpflichtungen trotz aller Schwierigkeiten erfüllen werden, und zwar notfalls durch Vorauszahlung. Die Schwierigkeiten für uns liegen dabei insbe-

38 Der italienische Vertreter im Ständigen NATO-Rat schlug am 18. September 1963 vor, ein Nichtangriffsabkommen NATO – Warschauer Pakt mit einem Verbot subversiver Propaganda zu verbinden. Vgl. dazu den Drahtbericht des Botschaftsrats I. Klasse Sahm, Paris (NATO), vom 19. September 1963; Abteilung II (II 8), VS-Bd. 337; B 150, Aktenkopien 1963.

39 Zur Devisenhilfe für Großbritannien vgl. bereits Dok. 2.

40 In einem „Memorandum of Understanding" vom 24. Oktober 1961 zwischen Bundesminister Strauß und dem Staatssekretär im amerikanischen Verteidigungsministerium, Gilpatric, das durch einen Briefwechsel vom 2. Februar 1962 ergänzt wurde, verpflichtete sich die Bundesrepublik, in den Jahren 1961 und 1962 Aufträge insbesondere für Rüstungskäufe der Bundeswehr im Wert von 1,45 Milliarden Dollar in die USA zu vergeben. Diese „Offset-Vereinbarung" sollte dazu dienen, die den USA durch die Stationierung von Truppen in der Bundesrepublik entstehenden Devisenausgaben auszugleichen. Am 15. September 1962 trafen Strauß und Gilpatric eine weitere Vereinbarung über militärische Zusammenarbeit und Finanzausgleich. Im Rahmen dieses zweiten „Memorandum of Understanding" wurde angestrebt, in den Jahren 1963 und 1964 deutsche Aufträge im Umfang von 1,3 Milliarden Dollar in den USA zu plazieren. Die daraus resultierenden Zahlungen sollten bis zum 30. Juni 1965 erfolgen. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Neumann vom 21. Dezember 1963; Abteilung II (II 6), VS-Bd. 219; B 150, Aktenkopien 1963.

41 Am 11./12. Februar 1964 fand in London ein erstes Expertengespräch über die Fortführung der Devisenhilfe statt. Vgl. dazu den Drahtbericht des Botschafters von Etzdorf, London, vom 12. Februar 1964; Referat III A 5, Bd. 384.
Zur Vorklärung der Verhandlungslinie im Bundeskabinett vgl. die Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens vom 5. Februar 1964; Büro Staatssekretär, VS-Bd. 437; B 150, Aktenkopien 1964.

42 Zum Besuch des Bundesministers Dahlgrün am 16./17. März 1964 in London vgl. BULLETIN 1964, S. 416.

sondere auf dem zivilen Sektor, weil es nicht leicht ist, seitens der Regierung dort Einfluß auszuüben.

Wie es in Zukunft werden wird, ist heute noch schwer zu sagen. Man kann aber eine zukünftige Regelung sicher nicht von dem laufenden Handel trennen. Im Gegensatz zu dem Defizit von 1961 weist der deutsch-britische Handel jetzt einen Aktivposten für Großbritannien für das Jahr 1963 in Höhe von DM 360–400 Millionen auf. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß dieser Trend aufrechterhalten bleiben wird; also diese Überschüsse müßten in eine zukünftige Regelung für Devisenhilfe einbezogen werden.

Der Verteidigungsminister sagte mir, er glaube, daß für etwa DM 250 Millionen in beiden kommenden Jahren Aufträge in das Vereinigte Königreich vergeben werden könnten. Wir werden uns auf die Gespräche im Februar gut vorbereiten. Ich kann aber heute nicht garantieren, daß die bisherige Regelung etwa unverändert als Modell bestehen bleibt. Es gibt außerdem noch einen sogenannten Erinnerungsposten in Höhe von DM 300 Millionen[43], der Ihnen zur Verfügung gestellt, aber noch nicht angetastet ist. Auch das muß bei einer zukünftigen Regelung berücksichtigt werden.

Der *Premierminister*: Wie Sie wissen, hätten wir gerne ab 1. April 1964 ein ähnliches Arrangement wie Sie es mit den USA haben.

Der *Bundeskanzler*: Welche Form ein Arrangement hat, dürfte im Endeffekt auf das gleiche Resultat herauskommen. Im übrigen bin ich heute überfragt, wenn ich hierzu Stellung nehmen sollte.[44]

Bundesminister *Schröder*: Zu Ihrem Wunsch, die kulturellen Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern auszuweiten, wäre zunächst zu sagen, daß sich seit unserem Kulturabkommen von 1958[45] auf diesem Gebiet alles gut angelassen hat. Für weitere Verbesserungen möchte ich in erster Linie eine Erhöhung der Stipendien von beiden Seiten vorschlagen. Das kostet nicht zu hohe Summen, stellt aber einen sehr positiven Schritt dar, dessen Niederschlag erfahrungsgemäß bei der Bevölkerung immer sehr groß ist. Vielleicht könnte der im Frühjahr in Edinburgh tagende deutsch-britische Kulturausschuß[46] sich mit dieser und ähnlichen Fragen beschäftigen und Vorschläge ausarbeiten.

Der *Premierminister* erklärt sich mit diesem Vorschlag einverstanden.

Die Sitzung wird um 18.10 Uhr beendet.

Abteilung I (I A 5), VS-Bd. 171

[43] Aufgrund früherer Vereinbarungen verfügte die Bundesrepublik in Großbritannien über ein „eingefrorenes" unverzinsliches Konto für Rüstungskäufe in Höhe von etwa 300 Millionen DM. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Sachs vom 14. Januar 1964; Referat III A 5, Bd. 384.

[44] Zur Devisenhilfe für Großbritannien vgl. weiter Dok. 115.

[45] Für den Wortlaut des deutsch-britischen Kulturabkommens vom 18. April 1958 vgl. BULLETIN 1958, S. 908 f.

[46] Der aufgrund des deutsch-britischen Kulturabkommens eingesetzte Gemischte Ausschuß kam abwechselnd in der Bundesrepublik und in Großbritannien zusammen, um den Stand der kulturellen Beziehungen zu prüfen. Zu der für Ende April in Edinburgh geplanten Sitzung vgl. den Drahtbericht des Botschafters von Etzdorf, London, vom 7. Februar 1964; Referat I A 5, Bd. 270.

14

Deutsch-britische Regierungsbesprechung in London

I A 5-82.20/94.09/74/64 geheim **16. Januar 1964**[1]

Protokoll (II) über die Besprechung am Vormittag des 16. Januar 1964 (gefertigt von Legationsrat I. Klasse Schulte-Strathaus)

In der zweistündigen Besprechung in Nr. 10, Downing Street wurden folgende Themen erörtert:

1) Kreditpolitik gegenüber dem Ostblock
2) Kennedy-Runde
3) Politische Einigung Europas
4) Atlantische Gemeinschaft und NATO
5) Multilaterale Atomstreitmacht
6) Dekolonisation, Rassenfrage und Entwicklungshilfe

Die Besprechung wurde auf britischer Seite von Premierminister Sir Alec Douglas-Home und Außenminister R. A. Butler geführt. Zu den Punkten 1) und 2) wurden Schatzkanzler R. Maudling und Industrie- und Handelsminister E. Heath hinzugezogen.

1) Kreditpolitik gegenüber dem Ostblock[2]

Anknüpfend an seine Ausführungen vom Vortage[3] legte der Herr *Bundeskanzler* ausführlich und mit besonderem Nachdruck den deutschen Standpunkt zur Frage der Gewährung langfristiger Kredite an die Sowjetunion dar. Die von ihm seit Jahren vorausgesehene Lage sei eingetreten: Die Sowjetunion stehe heute unter dem Druck einer wirtschaftlichen Krise im Innern[4] und eines sich ständig verschlechternden Verhältnisses zur Volksrepublik China[5]. Sie bemühe sich jetzt im Westen um langfristige Kredite. Dies sei ein schlüssiger Beweis dafür, daß sie den Westen brauche – eine Konstellation, die sie verhandlungsbereiter mache und die es auszunutzen gelte. Die amerikanische Regierung teile nach sorgfältiger Analyse unsere Auffassung[6], daß die seit einiger Zeit feststellbare erhöhte Verhandlungsbereitschaft der Sowjetunion in erheblichem Maße auf ihre wirtschaftlichen Bedrängnisse zurückzuführen sei und man diese Bereitschaft nicht dadurch gefährden solle, daß man den Sowjets helfe, ihre Engpässe zu überwinden.

[1] Vervielfältigtes Exemplar.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde mit Begleitvermerk des Ministerialdirektors Jansen vom 29. Januar 1964 an Staatssekretär Carstens geleitet.
Hat Carstens am 3. Februar, Staatssekretär Lahr am 4. Februar und Bundesminister Schröder am 17. Februar 1964 vorgelegen.

[2] Zur möglichen Gewährung britischer Kredite an die UdSSR vgl. Dok. 2 und Dok. 5.

[3] Vgl. Dok. 13.

[4] Zu den wirtschaftlichen Schwierigkeiten in der UdSSR vgl. Dok. 13, Anm. 6.

[5] Zum sowjetisch-chinesischen Konflikt vgl. Dok. 11, Anm. 4.

[6] Zur deutsch-amerikanischen Abstimmung hinsichtlich einer Vergabe langfristiger Kredite an die UdSSR vgl. AAPD 1963, III, Dok. 396, Dok. 411 und Dok. 412.

Wenn es zutreffe, daß Großbritannien der Sowjetunion einen Kredit über 100 Millionen £ auf 15 Jahre angeboten habe, so sei zu befürchten, daß auch Frankreich die bisher eingehaltene Linie verlasse, wonach dem Ostblock keine staatlich abgesicherten Bürgschaften für Lieferkredite gewährt werden, die über die Fünfjahresfrist hinausgehen, und andere Länder folgen würden. So sehr wir die britische Tradition des Freihandels bejahen, so wenig dürfe man übersehen, daß kommunistische Länder wie die Sowjetunion und China diese Konzeption ablehnen und mit ihrem Handel politische Absichten verfolgen. Es gehe uns nicht darum, etwa die Sowjetunion durch eine gemeinsame Kreditpolitik des Westens auf die Knie zu zwingen, sondern nur darum, die sich jetzt bietende Chance einer erhöhten sowjetischen Verhandlungsbereitschaft auszunutzen.

Industrie- und Handelsminister *Heath* gab in seinen Gegenäußerungen keinerlei Änderung der bekannten britischen Position zu erkennen. Seit April 1961 sei die Kreditpolitik Großbritanniens unverändert. Der Schatzkanzler habe damals im Unterhaus erklärt, die britische Regierung mache in der Frage der Kreditgewährung keinen Unterschied zwischen Ostblockländern und anderen Ländern, sondern lege in ihrer Bürgschaftspolitik allein den Maßstab der Kreditwürdigkeit des betreffenden Landes an.[7] Verbürgt bis zu 15 Jahren würden ausschließlich privat gewährte, unter kommerziellen Gesichtspunkten aufgebrachte Kredite. Die britische Regierung habe diese Haltung in der Folgezeit konsequent eingenommen und zuletzt noch am 14. November v.J. im Unterhaus[8] bekräftigt. Sie zu ändern und der Öffentlichkeit klarzumachen, warum eine solche Änderung erfolgen müsse, würde die Regierung mit Sicherheit in beträchtliche innenpolitische Schwierigkeiten bringen.

Es sei zwar technisch möglich, die Bürgschaften auf dem Verwaltungswege zu verweigern. Ein solches Verfahren würde aber der Öffentlichkeit nicht verborgen bleiben und ebenfalls zu unangenehmen parlamentarischen Anfragen und Diskussionen im Unterhaus führen.

In der Praxis sei es bis jetzt noch zu keiner Kreditgewährung nennenswerten Ausmaßes gekommen. Eine sowjetische Delegation hätte zwar in Großbritannien Wünsche nach Einkäufen im Werte von 100 Millionen £ vorgebracht, sei aber von der britischen Regierung darauf hingewiesen worden, daß ein Globalkredit nicht gewährt werden könne, sondern jedes einzelne Projekt technisch und finanziell gesondert behandelt werden müsse. Zu einem Abschluß sei es daraufhin nicht gekommen. Ähnliche negative Ergebnisse hätten zahl-

[7] Auf die Frage nach den Möglichkeiten, staatliche Kreditgarantien für Exporte in Ostblock-Staaten in Anspruch zu nehmen, antwortete Handelsminister Maudling am 12. April 1961 vor dem britischen Unterhaus: „Yes, Sir, these facilities apply to all countries where the Department offers cover. They will amount to putting us in a position to offer facilities at least equal to those of any competitor, and in many cases much better." Vgl. HANSARD, Bd. 638, Sp. 240.

[8] Industrie- und Handelsminister Heath erklärte am 14. November 1963 vor dem britischen Unterhaus: „We believe that there is room for greater opportunities for trade with these countries of eastern Europe – trade both ways – providing their prices are not disruptive and that trade is possible in the goods that our people want to buy. All the Board of Trade services which are available to exporters apply to our trade with the bloc. Equally, all the facilities of the Export Credits Guarantee Department, including financial guarantees, are available for business with the bloc as for business with other markets." Vgl. HANSARD, Bd. 684, Sp. 335.

reiche andere sowjetische Anfragen in den letzten zwei Jahren gezeitigt. Die Sowjets hätten bei ihren Einkaufswünschen in Großbritannien bisher auch keine besondere Eile an den Tag gelegt. Die Rückzahlungsfristen möglichst kurz zu halten, liege sowohl im britischen als auch – wegen der Zinsen – im sowjetischen Interesse.

Auf die politischen Argumente des Herrn Bundeskanzlers eingehend, verwies Mr. Heath auf die Schwierigkeit, das Ausmaß der internen Wirtschaftsprobleme der Sowjetunion zutreffend abzuschätzen. In dem Bemühen, ihren Handel mit dem Sowjetblock auszubalancieren, sei die Bundesrepublik sehr viel erfolgreicher gewesen als Großbritannien. Für den amerikanischen Standpunkt, der Westen könne durch eine Verringerung der Kredite die Mittelzuweisung im Staatshaushalt der Sowjetunion und damit die sowjetische Rüstungspolitik beeinflussen, finde man auf britischer Seite angesichts des im Vergleich zum Nationalprodukt der Sowjetunion doch sehr geringen Volumens der Kredite kaum Verständnis. Die Amerikaner hätten offenbar auch für ihre Weizenlieferungen[9] keine politischen Zugeständnisse einhandeln können. Er, Heath, finde es schwer zu glauben, daß ein Abgehen von der britischen Politik der Nichtdiskriminierung politische Lösungen erleichtern könnte.

Der Herr *Bundeskanzler* wiederholte in der anschließenden Diskussion, er sei überzeugt, daß der Westen durch die Verweigerung langfristiger Kredite politisch etwas zu gewinnen habe. Wir hätten im Prinzip die gleichen Vorstellungen von der Handelspolitik wie die Briten. Die Sowjets dagegen trieben eben keine reine Handelspolitik. Zwar könne nach gemachten Erfahrungen kein Zweifel daran bestehen, daß sie ihre Verpflichtungen aus den Lieferverträgen einhalten und zu gegebener Zeit die fälligen Rückzahlungen leisten würde. Dies könne dann aber nur auf Kosten des laufenden Handelsaustausches geschehen. Die Kredite würden entweder verlängert werden oder der laufende Handel zum Erliegen kommen müssen.

Der Herr Bundeskanzler verwies anschließend auf das vergleichsweise geringe Volumen des Handels der Bundesrepublik Deutschland mit dem Ostblock (weniger als 4% unseres Außenhandels).[10] Wir könnten ohne weiteres darauf verzichten. Wenn wir jedoch mit der Sowjetunion einen Handelsvertrag abgeschlossen hätten, so vor allem auch wegen der damit von uns verfolgten politischen Ziele, z.B. der Rückführung der Kriegsgefangenen.[11] Unser Handel mit der Sowjetunion sei ausgeglichen, weil wir auch Waren hereinnähmen, an denen wir kaum interessiert seien – eben um des politischen Nebeneffektes willen.

[9] Präsident Kennedy gab am 9. Oktober 1963 bekannt, daß die amerikanische Regierung keine Einwände gegen den Verkauf von amerikanischem Weizen und Weizenmehl an die UdSSR und andere osteuropäische Staaten erhebe. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1963, Z 228f. Vgl. ferner AAPD 1963, III, Dok. 385.

[10] Zum Umfang des Handels zwischen der Bundesrepublik und den Ostblock-Staaten im Jahr 1963 vgl. STATISTISCHES JAHRBUCH FÜR DIE BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND 1964, S. 326.

[11] Der Abschluß des Handelsvertrags mit der UdSSR vom 25. April 1958 stand in unmittelbarem Zusammenhang mit der Repatriierungsvereinbarung vom 8. April 1958. Vgl. dazu BULLETIN 1958, S. 629f. und S. 759f.
Zum Handelsvertrag vom 25. April 1958 vgl. auch Dok. 19, Anm. 5.

Es wäre falsch, wenn der Westen nicht versuchte, aus der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage der Sowjetunion politisch etwas herauszuholen. Die NATO sollte diese Frage eingehend prüfen.[12]

2) Kennedy-Runde

Auf Wunsch Sir Alec Douglas-Homes erläuterte der Herr *Bundeskanzler* sodann die deutsche Haltung zur Kennedy-Runde[13] auf der Grundlage der Beschlüsse, die der EWG-Ministerrat zur Vorbereitung der Kennedy-Runde am 23. Dezember v.J. gefaßt hat[14]. In der Frage des Ausmaßes der linearen Zollsenkung nähmen wir einen Senkungssatz von 50% als Arbeitsvorlage mit dem Ziel, diesen Satz nach Möglichkeit zu erreichen. Zwei Probleme, mit denen man sich in der Kennedy-Runde zu befassen haben werde, seien für Großbritannien und das Commonwealth von besonderer Bedeutung:

a) der Abschluß weltweiter Abkommen für wichtige Agrarprodukte. Die Verhandlungen hierüber würden nicht einfach sein. Wir wüßten, wie schwierig es sei, die Zustimmung von Ländern wie Kanada, Australien und Neuseeland zu erhalten.

b) die Regelung der Disparitäten. Hier könnten wir über die technischen Einzelheiten der EWG-Vorschläge nicht sprechen. Doch sei grundsätzlich sicherzustellen, daß die EWG mit einer positiven Einstellung in die Kennedy-Runde eintrete. Auf der anderen Seite sei zu hoffen, daß die Mitgliedstaaten der EFTA klare Vorstellungen über ihre Wünsche hätten.

Mr. *Heath* verwies hierzu auf das bevorstehende EFTA-Treffen Anfang Februar[15], das Gelegenheit biete, diese Fragen eingehend zu erörtern.

Auf Heaths Frage, ob der Mansholt-Plan[16] eine mögliche Verhandlungsbasis darstelle, entgegnete der Herr *Bundeskanzler*, daß sich eine Lösung auf dem Agrargebiet zwar abzeichne, seiner Ansicht nach aber 1964/65 noch nicht verwirklicht werden könne. Immerhin würde man in den Verhandlungen wäh-

[12] Zur Kreditfrage vgl. weiter Dok. 42.

[13] Zur Kennedy-Runde vgl. Dok. 12, Anm. 14.

[14] Der Ministerrat billigte am 23. Dezember 1963 eine Reihe von Richtlinien, die die EWG-Kommission in die Lage versetzen sollten, konstruktiv an der weiteren Vorbereitung der Kennedy-Runde mitzuarbeiten. Die Vorschläge zielten insbesondere darauf ab, den Abbau der bestehenden Ungleichheiten (Disparitäten) zwischen den Zolltarifen der wichtigsten Industrieländer zu ermöglichen. Dieser Schritt galt als Voraussetzung für die angestrebte, möglichst alle Industrie- und Agrarerzeugnisse umfassende, lineare Zollsenkung von 50 Prozent. Vgl. dazu BULLETIN DER EWG 2/1964, S. 22; EUROPA-ARCHIV 1964, D 20.
Vgl. ferner die Aufzeichnung des Referats III A 2 für die Konferenzmappe zu den deutsch-britischen Regierungsbesprechungen vom 15./16. Januar 1964; Ministerbüro, VS-Bd. 8445; B 150, Aktenkopien 1964.

[15] Zur Tagung des Ministerrats der EFTA am 13./14. Februar 1964 in Genf vgl. EUROPA-ARCHIV 1964, Z 55.

[16] Am 4. November 1963 legte der Vizepräsident der EWG-Kommission, Mansholt, einen Vorschlag zur Verwirklichung eines gemeinsamen Getreidepreises in der Gemeinschaft vor („Mansholt-Plan"). Darin hieß es: „Es ist offensichtlich, daß das Schicksal der bevorstehenden GATT-Verhandlungen von der Frage abhängt, ob eine Einigung über die Behandlung der Agrarerzeugnisse erzielt werden kann ... Die Festsetzung der gemeinsamen Getreidepreise wird die Gemeinschaft in die Lage versetzen, an diesen Verhandlungen aktiv teilzunehmen und einen positiven Beitrag zu leisten." Für den Wortlaut vgl. BULLETIN DER EWG 12/1963 (Sonderbeilage), S. 2–12.

rend der Kennedy-Runde wohl von uns verlangen, daß wir uns hinsichtlich des weiteren Verlaufs festlegten.

Abschließend betonte der Herr Bundeskanzler, daß man darauf bedacht sein müsse, diskriminierende Aspekte zwischen den Wirtschaftsblöcken EWG und EFTA soweit wie möglich zu beseitigen. Wenn man eine 50%ige Zollsenkung erreiche, verringere sich auch der diskriminierende Effekt um 50%. Wir hätten die Unterstützung der Vereinigten Staaten[17], wenn wir die Schranken zwischen EWG und EFTA möglichst niedrig hielten.

Die britische Seite stellte eine volle Übereinstimmung der Ansichten über die Kennedy-Runde fest. Mr. *Heath* erklärte, man habe in London die Folgerichtigkeit der deutschen Politik bewundert und sich über unseren Erfolg Ende Dezember im Ministerrat der EWG gefreut. Mit Zustimmung Schatzkanzler *Maudlings* wurde vereinbart, daß Deutsche und Briten in der Frage des weiteren Vorgehens in der Kennedy-Runde die in Brüssel bestehende enge Verbindung[18] aufrechterhalten und in Genf[19] fortsetzen würden.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte abschließend seinen britischen Gesprächspartnern: „Wir sollten uns im gleichen Geiste verständigen wie mit den Amerikanern, nicht in Form einer ‚special relationship', sondern in freundschaftlichem Verhältnis, nicht nur bei Begegnungen der Regierungschefs, sondern auch bei den laufenden Verhandlungen."

3) Politische Einigung Europas[20]

Zu diesem Problemkreis verwies der Herr *Bundeskanzler* zunächst auf die wesentlichen Gedankengänge seiner Erklärung anläßlich der Eröffnung der Haushaltsdebatte des Bundestags am 9. d.M.[21] Mit seiner Initiative verfolge er die Absicht, weitere Bemühungen zur Einigung Europas in Gang zu bringen.

Über den zweckmäßigsten Weg zu diesem Ziel gebe es unterschiedliche Auffassungen. Die EWG-Kommission neige dazu, auch Zuständigkeiten an sich zu ziehen, die im Vertrag[22] rein formal nicht vorgesehen seien. Wenn es dort z.B. „gemeinsame Handelspolitik" heiße, so könne man darunter auch Kreditpolitik und manches andere verstehen. Nach Meinung der Kommission führe die Abtretung nationaler Vollmachten und die allmähliche Übernahme von Souveränitätsrechten schließlich zu einem politisch geeinten Europa.

[17] Die Vorbereitungen für die Kennedy-Runde wurden während der deutsch-amerikanischen Regierungsbesprechungen am 28./29. Dezember 1963 in Stonewall, Texas, erörtert. Vgl. dazu AAPD 1963, III, Dok. 486–488.

[18] Die Vertretung bei der EWG in Brüssel war angewiesen, engen Kontakt zur dortigen britischen Vertretung zu halten. Vgl. dazu AAPD 1963, II, Dok. 230.
Zur Abstimmung mit der britischen Vertretung hinsichtlich der Vorbereitung der Kennedy-Runde vgl. den Drahtbericht des Botschafters Harkort, Brüssel (EWG/EAG), vom 30. November 1963; Abteilung III (III A 2), VS-Bd. 229; B 150, Aktenkopien 1963.

[19] Vom 24. Februar bis 20. März 1964 fand in Genf die 21. Tagung der Signatarstaaten des GATT statt. Dabei war die Vorbereitung der Kennedy-Runde ein zentrales Thema. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1964, Z 89f.

[20] Vgl. dazu bereits Dok. 7 und Dok. 8.

[21] Für den Wortlaut vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 54, S. 4840–4849.

[22] Zu den Römischen Verträgen vom 25. März 1957 vgl. Dok. 7, Anm. 7.

Demgegenüber dürfe aber nicht übersehen werden, daß der Widerstand in den Mitgliedstaaten um so größer werde, je mehr Souveränitätsrechte die Kommission übernehme. Wenn etwa ab 1. Januar 1966 im Ministerrat Mehrheitsentscheidungen[23] möglich seien und diese in die Interessen eines Landes, vielleicht sogar eines großen Landes, eingriffen, müsse das zu erheblichem Widerstand führen. Schon jetzt sei uns höchst ungemütlich zumute, wenn wir eine Zuständigkeit nach der anderen aufgäben, dies jedoch nicht an eine politisch kontrollierte Institution, sondern an die Brüsseler Verwaltung. Mit jeder neuen Ausweitung der Kompetenzen der Kommission werde der Ministerrat schon aus technischen Gründen immer unfähiger, die ständige Verbindung zwischen der Kommission und den Regierungen der Mitgliedstaaten aufrechtzuerhalten. Das zur Zeit praktizierte Verfahren der Kommission führe nicht zum Ziel: „Wenn wir ein politisch geeintes Europa wollen, dann müssen wir es nicht durch die Hintertür, sondern durch das Portal hereinlassen."

Wir hätten uns immer sorgfältig davor gehütet, an das Problem der politischen Einigung Europas mit vorgenormten Begriffen – erster Fouchet-Plan, zweiter Fouchet-Plan[24] usw. – heranzugehen. Die möglichen Formen eines staatsähnlichen Zusammenschlusses Europas seien so mannigfaltig, daß man sich nicht durch ein an Modelle gebundenes Denken belasten sollte. Ebenso schwer sei es, einen festen Zeitplan aufzustellen.

Zur Haltung Amerikas sagte der Herr Bundeskanzler, es gebe gar keinen Zweifel, daß die Vereinigten Staaten nicht ein Netz bilateraler Beziehungen zu den europäischen Ländern, sondern ein in sich möglichst geschlossenes und starkes Europa haben möchten.

Auf die französisch-britische Kontroverse[25] eingehend, betonte er, er habe Präsident de Gaulle die mündliche Erklärung gegeben, die Bundesrepublik Deutschland würde sich niemals damit abfinden, daß Großbritannien der Gemeinschaft auf die Dauer fernbleibe.[26] Auf dem gleichen Standpunkt stünden die Niederlande, und er glaube, daß es bei den Italienern nicht wesentlich anders sei.[27]

An dieser Stelle wiederholte Premierminister Sir Alec *Douglas-Home* seinen schon am Vortage[28] ausgesprochenen Dank für die Haltung, die der Herr Bundeskanzler gegenüber Präsident de Gaulle eingenommen habe. Die britische Regierung habe eine große Sorge: Sie könne es sich nicht erlauben, Opfer eines zweiten „rebuff" zu werden. Sie strebe die Beteiligung an neuen Gesprä-

[23] Mit dem Eintritt in die dritte Stufe der Übergangszeit in der EWG konnte der Ministerrat erstmals in einer festgelegten Zahl von Fällen mit qualifizierter Mehrheit beschließen. In einem Vermerk vom 15. Februar 1964 hielt das Referat I A 2 die entsprechenden Veränderungen bei der Abstimmungsregelung im einzelnen fest. Vgl. Referat I A 2, Bd. 949.

[24] Zu den Fouchet-Plänen vom 2. November 1961 bzw. 18. Januar 1962 vgl. Dok. 7, Anm. 10.

[25] Auf der Ministerkonferenz der EWG am 28./29. Januar 1963 wurden die Verhandlungen über eine Aufnahme von Großbritannien in die Gemeinschaft auf Verlangen Frankreichs abgebrochen. Vgl. dazu AAPD 1963, I, Dok. 60 und Dok. 63.

[26] Vgl. dazu die Ausführungen des Bundesministers Erhard gegenüber Staatspräsident de Gaulle am 4. Juli 1963; AAPD 1963, II, Dok. 217.

[27] Zur niederländischen und italienischen Haltung vgl. Dok. 15, Anm. 35 und 36.

[28] Vgl. Dok. 12.

chen an, „nachdem wir durch unsere politischen Schwierigkeiten[29] gegangen sind". An den Gedankenaustausch über die Bildung übernationaler Institutionen müsse man mit größter Vorsicht herangehen. „Unser Land ist da sehr mißtrauisch."

Außenminister *Butler* bat den Herrn Bundeskanzler, wenn er Ende dieses Monats Rom[30] besuche, um Unterstützung des britischen Anliegens, an den Verhandlungen über die zu schaffende politische Union von Anfang an beteiligt zu werden. Für Großbritannien sehe er eine gewisse Gefahr darin, daß es sich an den Überlegungen über etwaige Formen einer politischen Kontrolle der Brüsseler Technokratie nicht beteiligen könne und wolle, da dies ein Problem sei, das nur die Sechs angehe. Er frage sich aber, ob das Ziel einer weiteren, politischen Union nicht durch die Diskussion über die EWG präjudiziert werde. Die britische Regierung würde es jedenfalls begrüßen, an Verhandlungen allgemeiner Art über eine politische Union teilzunehmen.[31]

Auf die Bedenken *Sir Alecs*, die britische Regierung könne durch eine zu frühe außenpolitische Festlegung in innenpolitische Schwierigkeiten geraten, ging der Herr *Bundeskanzler* mit der Bemerkung ein, wir brauchten bei den Gesprächen über die politische Einigung Europas gar keine Verzögerungspolitik zu betreiben, denn die Verzögerungen kämen von selbst. Wenn es zu Verhandlungen komme, werde jeder wissen, daß Großbritannien ins Spiel kommen müsse.

Die britische Beteiligung werde ein Hauptthema sein, wenn er Ende des Monats in Rom weile. Das Ziel aller Überlegungen könne aber nicht ein Verfassungsentwurf für ein europäisches Staatsgebilde sein. Man müsse vielmehr darüber beraten, wie zu erreichen sei, daß Europa gegenüber dem Osten mit *einer* Stimme auftrete. Von dem Ergebnis dieser Bemühungen hänge auch die Beantwortung der Frage nach dem Verhältnis Amerikas zu Europa ab.

Der britische *Premierminister* stimmte mit der Bemerkung zu, alles konzentriere sich auf die Frage: Wie kann Europa eine politische Einheit werden, ohne notwendigerweise eine konstitutionelle Einheit zu sein?

Abschließend sagte der Herr *Bundeskanzler*, daß wir für die Kontakte zwischen den Sechs und Großbritannien in der Westeuropäischen Union[32] eine Plattform hätten, für deren Bildung nach dem Scheitern der EVG[33] wir Groß-

[29] Die britische Regierung wollte erst nach den Wahlen zum Unterhaus (15. Oktober 1964) in neue Verhandlungen eintreten.

[30] Zu den deutsch-italienischen Regierungsbesprechungen vom 27./28. Januar 1964 vgl. Dok. 27–29.

[31] Zu den Bemühungen um eine europapolitische Initiative vgl. auch das Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem britischen Außenminister Butler; Dok. 15.

[32] Zur Vereinbarung von Kontakten zwischen den EWG-Staaten und Großbritannien im Rahmen der WEU vgl. Dok. 12, Anm. 15.

[33] Die französische Nationalversammlung nahm am 30. August 1954 einen Antrag an, die Beratungen über den EVG-Vertrag fristlos zu vertagen. Dieser Beschluß kam einer Ablehnung der Ratifizierung gleich und bedeutete das Scheitern der geplanten Europäischen Verteidigungsgemeinschaft. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1954, S. 6916 f.
Im Herbst 1954 wurde auf der Londoner Neun-Mächte-Konferenz beschlossen, die Bundesrepublik und Italien in die seit 1948 existierende Westeuropäische Union aufzunehmen und gleichzeitig dieses Bündnis „zu einem wirksamen Kern der europäischen Integration" umzugestalten. Für den Wortlaut der Schlußakte vom 3. Oktober 1954 vgl. EUROPA-ARCHIV 1954, S. 6978–6987.

britannien noch heute dankbar seien. Bis auf weiteres sollte man es dabei belassen. In der späteren Entwicklung könnte man dann andere Länder in das Gespräch ziehen. Wichtiger als die Form sei der politische Wille.

4) Atlantische Gemeinschaft und NATO

Zu Beginn des Gedankenaustauschs über die Atlantische Gemeinschaft und die NATO erinnerte Premierminister Sir Alec *Douglas-Home* daran, daß die Ministerkonferenz der NATO am 16. und 17. v.M. keine Klarheit über die Einstellung Frankreichs zum strategischen Konzept[34] gebracht habe. Offenbar habe Präsident de Gaulle seine Delegation angewiesen, sich in Schweigen zu hüllen.

Der Herr *Bundeskanzler* teilte hierzu mit, de Gaulle unterscheide dezidiert zwischen der westlichen Allianz und der NATO. Zur westlichen Allianz stehe er treu, z.B. bei Zwischenfällen auf der Berliner Autobahn[35]. Das aber habe für ihn nichts zu tun mit der NATO, die er als unwirksam, untauglich und dringend reformbedürftig in ihrer jetzigen Gestalt entschieden ablehne.[36]

Daß dies tatsächlich seine Einstellung sei, spürten wir auf deutschem Boden: Die zwei französischen Divisionen in der Bundesrepublik Deutschland stünden nicht gemäß NATO-Planung in Vorwärtsverteidigung, sondern weit zurückgezogen im badischen Raum.

Unsere Frage an Präsident de Gaulle, welche Vorstellungen er dann aber von der NATO habe, sei unbeantwortet geblieben. Offenbar zweifle er ebenso an der Wirksamkeit der NATO, vor allem am Einsatz der Amerikaner in der NATO, wie er die Stärke der Force de frappe für ausreichend halte, nicht nur Frankreich, sondern darüber hinaus ganz Europa zu schützen. Gegenüber den differenzierteren NATO-Plänen gehe de Gaulle davon aus, daß jeder Angriff

[34] Dem Ministerrat lag ein vom Military Committee formulierter Entwurf MC 100/1 betreffend eine „Appreciation of the Military Situation as it Affects NATO up to 1970" vor. In diesem Entwurf wurde eine Umstellung der vom Gedanken der „massive retaliation", d.h. der Erwiderung eines Angriffs unter sofortigem Einsatz des gesamten konventionellen und nuklearen Potentials, geprägten NATO-Strategie auf ein Konzept der „flexible response" befürwortet. Hiernach sollten begrenzte Angriffe zunächst konventionell und, falls notwendig, mit taktischen Nuklearwaffen abgewehrt werden. Lediglich bei einem Großangriff sollte das strategische nukleare Potential in angemessener Weise zum Einsatz kommen. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Referats II 7 vom 18. Dezember 1963; Abteilung II (II 6), VS-Bd. 206; B 150, Aktenkopien 1963. Vgl. ferner AAPD 1963, III, Dok. 406.
In einem Gespräch am 17. Dezember 1963 am Rande der NATO-Ministerkonferenz bemühten sich Bundesminister von Hassel und der amerikanische Verteidigungsminister McNamara, den französischen Verteidigungsminister Messmer nochmals davon zu überzeugen, daß die Verabschiedung der seit Monaten umstrittenen MC 100/1 notwendig sei. Auf der Ministerkonferenz selbst wurde der Entwurf nicht diskutiert. Allerdings hatte der französische Vertreter im Militärausschuß zuvor erneut bekräftigt, „daß jeder ‚vorsätzliche und überlegte' Angriff automatisch den großen nuklearen Gegenschlag auslösen müsse". Vgl. die Gesprächsaufzeichnung vom 17. Dezember 1963; Büro Staatssekretär, VS-Bd. 432; B 150, Aktenkopien 1963. Vgl. ferner die Aufzeichnung des Referats II 7 vom 3. Januar 1964 über die Ergebnisse der NATO-Ministerkonferenz; Abteilung I (I A 5), VS-Bd. 172; B 150, Aktenkopien 1964.

[35] Im Oktober/November 1963 wurden auf der Autobahn Helmstedt-Berlin mehrfach amerikanische Militärkonvois sowie ein britischer Militärkonvoi an der Weiterfahrt gehindert. Vgl. dazu AAPD 1963, III, Dok. 398 und Dok. 407.

[36] Vgl. dazu die Äußerungen des französischen Staatspräsidenten gegenüber Bundeskanzler Erhard am 21. November 1963 in Paris; AAPD 1963, III, Dok. 423.

automatisch den großen nuklearen Gegenschlag auslösen müsse. Er allein verfüge über die Force de frappe, und er sei entschlossen, sie anzuwenden.

Man könne mit Präsident de Gaulle über die NATO einfach nicht diskutieren.

Sir Alec *Douglas-Home* bezeichnete die französische Haltung – und Mr. Butler stimmte zu – als niederdrückend („rather depressing"). Auch er habe mit de Gaulle über die NATO gesprochen und ihn „very obstinate" gefunden. Es sei ein unmöglicher Standpunkt, daß jeder Angriff mit dem nuklearen Gegenschlag beantwortet werden müsse und man daher die konventionelle Rüstung vernachlässigen dürfe. Demgegenüber gab der Herr *Bundeskanzler* der Hoffnung Ausdruck, daß die französische Einstellung keine Ewigkeitsgeltung haben werde. Wenn man bedenke, welche Beweglichkeit de Gaulle in der Algerien-Frage[37] bewiesen habe, könne man bei ihm immer auf Überraschungen gefaßt sein.

5) Multilaterale Atomstreitmacht[38]

Der Herr *Bundeskanzler* erläuterte einleitend die große Bedeutung, die wir aus politischen und aus militärischen Gründen dem Aufbau der MLF beimäßen. Wir brauchten zu unserem Schutz eine Waffe, die eine starke Abschreckung darstelle. Die von SACEUR geforderte Vermehrung der landgebundenen Mittelstreckenraketen[39] stoße auf beträchtliche psychologische und finanzielle Hemmnisse. Angesichts der Bedenken, die auch in der deutschen Bevölkerung in zunehmendem Maße lautgeworden seien, begrüßten wir den Plan, die zusätzlichen MRBM-Basen auf die See zu verlegen.

Das MLF-Projekt entspreche der allgemeinen amerikanischen Konzeption, keine neuen bilateralen Beziehungen zwischen den USA einerseits und der Bundesrepublik Deutschland oder sonstigen europäischen Staaten andererseits, sondern eine multilaterale Beziehung zwischen den Vereinigten Staaten und einer Anzahl europäischer Staaten herzustellen.

Auf die Frage *Sir Alecs*: „Die Vereinigten Staaten würden sich aber doch die Kontrolle über die Abfeuerung[40] vorbehalten?" entgegnete der Herr *Bundeskanzler*, daß dies zu Beginn zweifellos so sein werde. Man sollte aber auch hier auf eine gewisse Entwicklung vertrauen. Wenn die MLF eine NATO-Einrichtung werde und wenn mehrere wichtige europäische Länder sich daran beteiligten, könnte man sich denken, daß diese allmählich ein größeres Mitspracherecht erhalten würden.

Außenminister *Butler* gab zu, daß die politischen Argumente für die MLF sehr stark seien. Großbritannien hätte für die Haltung der Bundesrepublik Deutschland und Italiens volles Verständnis, beteilige sich an den Versuchen

37 Im Juli 1962 erlangte Algerien die Unabhängigkeit von Frankreich.

38 Zur MLF vgl. Dok. 8, Anm. 7.

39 Um einer entsprechenden Bedrohung seitens der UdSSR entgegenwirken zu können, forderte der Oberbefehlshaber der NATO-Streitkräfte in Europa (SACEUR), General Lemnitzer, die Anschaffung von etwa 860–870 Mittelstreckenraketen für die NATO. Die Mehrzahl der MRBM (Medium Range Ballistic Missiles) sollte landgestützt in Westeuropa stationiert werden. Für die Aufstellung solcher Raketen hatte sich auch der Vorgänger von Lemnitzer, General Norstad, eingesetzt. Vgl. dazu AAPD 1963, III, Dok. 406.

40 Zum Stand der Überlegungen hinsichtlich der Kontrolle eines Einsatzes der MLF vgl. AAPD 1963, III, Dok. 475.

mit der Bemannung[41], müsse sich aber die endgültige Entscheidung vorbehalten.

Dem von Premierminister *Douglas-Home* angeführten negativen Urteil britischer Militärfachleute über den militärischen Wert der MLF[42] hielt der Herr *Bundesminister* des Auswärtigen entgegen, daß die MLF-Arbeitsgruppen in Washington und Paris für den Aufbau der MLF schon jetzt gute militärische Gründe vorgebracht hätten, die schließlich auch die britischen Fachleute überzeugen würden. Maßgebend sei nach unserer Meinung die Addition politischer und militärischer Gründe. Zwar seien die politischen für uns die wichtigeren, aber auch militärisch sei der Wert zusätzlicher Mittelstreckenraketen unbestreitbar. Sowohl Norstad als auch Lemnitzer hätten ein MRBM-Programm gefordert. Diesem Prinzip werde die MLF in gewissem Sinne gerecht.

Der *Premierminister* beendete daraufhin das Gespräch mit den Worten: „I believe the military case may be made."[43]

6) Dekolonisation, Rassenfrage und Entwicklungshilfe

Premierminister Sir Alec *Douglas-Home* äußerte zu diesem Thema, das die britische Regierung stark beschäftige, Besorgnisse über die Entwicklung der Beziehungen zwischen den schwarzen und weißen Bevölkerungsteilen in den neuen afrikanischen Staaten. Im großen und ganzen hätten die aus der Kolonialverwaltung in die staatliche Eigenständigkeit entlassenen ehemaligen britischen Kolonien der Versuchung widerstanden, in das kommunistische Lager zu gehen. Andererseits seien nationalistische Tendenzen in diesen Ländern stärker zutage getreten, als man in Großbritannien vermutet habe. Hinzu komme – und dies sei eine ernste Sorge –, daß die Kluft zwischen Schwarz und Weiß sich um so mehr vertiefe, je mehr sie mit der Kluft zwischen Arm und Reich identisch sei. Die weitere Entwicklung verlange große Aufmerksamkeit und die Prüfung von geeigneten Maßnahmen. Der britischen Regierung liege daran, mit uns auf diesem Gebiet zusammenzuarbeiten.

Der Herr *Bundeskanzler* erklärte hierzu, er teile die Auffassung Sir Alecs vollkommen. Die Bedeutung des Commonwealth könne gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. Die Zusammenarbeit der Bundesrepublik Deutschland und Großbritanniens auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe könnte ein verbindendes Element sein und einen günstigen Einfluß ausüben.[44]

Abteilung I (I A 5), VS-Bd. 171

[41] In der Sitzung der MLF-Arbeitsgruppe am 8. Januar 1964 erklärte sich Großbritannien bereit, an dem geplanten Versuch für ein gemischt bemanntes „Demonstrationsschiff" teilzunehmen. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Referats II 7 vom 3. Januar 1964 (als Beitrag zu den deutsch-britischen Regierungsbesprechungen vom 15./16. Januar 1964); Ministerbüro, VS-Bd. 8445; B 150, Aktenkopien 1964.

[42] Experten der britischen Marine hatten vor allem Bedenken im Hinblick auf die Überlebensfähigkeit der MLF bei einem gegnerischen Angriff. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Arnold vom 4. Januar 1964; Abteilung II (II 7), VS-Bd. 1349; B 150, Aktenkopien 1964.

[43] Zur MLF vgl. weiter Dok. 104.

[44] Vgl. in diesem Zusammenhang die deutsch-britische Expertenbesprechung vom 10. Juni 1964 zur Lage in Afrika; Abteilung I (I B 3), VS-Bd. 85; B 150, Aktenkopien 1964.

15

Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem britischen Außenminister Butler in London

Z A 5-5.A/64 geheim **16. Januar 1964**[1]

Der Herr Bundesminister des Auswärtigen führte am 16. Januar 1964 um 16.30 Uhr im Foreign Office in London ein Gespräch mit dem britischen Außenminister Butler.

Zunächst kam Außenminister *Butler* auf die Antwortnote an Moskau[2] zu sprechen und übergab dem Herrn Minister ein Exemplar des britischen Entwurfs[3], von dem er sagte, daß er einigermaßen damit einverstanden sei. Großbritannien wolle diesen Entwurf der NATO unterbreiten. Obschon die Amerikaner erklärt hätten, sie wollten ihre Antwort[4] am 18. Januar übergeben, halte die britische Regierung die Beantwortung nicht für so eilig.

Der Herr *Minister* wies darauf hin, die Amerikaner wollten diese Note wahrscheinlich als eine Art Ouvertüre vor der Genfer Konferenz[5] schon unterbreiten.

Mr. *Butler* sagte, bei dem Notenwechsel handle es sich weitgehend um ein

[1] Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Kusterer am 18. Januar 1964 gefertigt.
Hat Bundesminister Schröder am 4. Februar 1964 vorgelegen.

[2] Am 31. Dezember 1963 schlug Ministerpräsident Chruschtschow in einem Schreiben an alle Staats- und Regierungschefs den Abschluß eines internationalen Abkommens über einen Verzicht aller Staaten auf Gewaltanwendung bei der Lösung von territorialen Streit- und Grenzfragen vor. Für den Wortlaut vgl. DzD IV/9, S. 1070–1079.
Vgl. dazu auch Dok. 16.

[3] Dem Vorgang nicht beigefügt.
In einer Aufzeichnung vom 18. Januar 1964 wies Legationsrat I. Klasse Wolff mit Blick auf die Lage von Berlin (West) darauf hin, daß in dem britischen Antwortentwurf eine Bestimmung fehle, „die den Westen zur Gewaltanwendung bei allen Behinderungen des Zugangs ermächtigt und die Nachteile eines generellen Schlichtungsgebotes ausschließt. Zudem wirft der britische Versuch, die SBZ an einen Gewaltverzicht gegenüber dem Zugang nach Berlin zu binden, das Problem der Teilnahme der SBZ an einem Gewaltverzichtsvertrag auf." Vgl. Abteilung II (II 4), VS-Bd. 230; B 150, Aktenkopien 1964.
Für den Wortlaut des britischen Antwortschreibens vom 24. Januar 1964 vgl. EUROPA-ARCHIV 1964, D 183–186.

[4] Dazu führte Staatssekretär Carstens in einem Drahterlaß vom 17. Januar 1963 an die Botschaft in Washington und an die Vertretung bei der NATO in Paris aus: „Der amerikanische Entwurf auf die Botschaft Chruschtschows vom Jahresende spielt die Bedeutung des sowjetischen Vorschlages eines Gewaltverzichtsvertrages in gewissem Maße herunter, indem anstelle vager Grundsatzerklärungen neue Vorschläge zu konkreten Abrüstungsmaßnahmen gefordert werden." Carstens meldete verschiedene Änderungswünsche an, von denen die amerikanische Seite in Kenntnis gesetzt werden sollte. Vgl. Abteilung I (D I/Dg I A), VS-Bd. 123; B 150, Aktenkopien 1964.
Für den Wortlaut des amerikanischen Antwortschreibens vom 20. Januar 1964 vgl. PUBLIC PAPERS, JOHNSON 1963/64, S. 153–155.

[5] Am 21. Januar 1964 wurde eine neue Runde der Konferenz der 18-Mächte-Abrüstungskommission in Genf eröffnet. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1964, Z 42.

theoretisches Unterfangen, da Chruschtschow seine Note zweifellos aus reinen Propagandagründen geschickt habe.

Der Herr *Minister* erklärte, man sollte ein möglichst hohes Maß an Übereinstimmung zwischen den Antwortnoten durch eine Erörterung in der NATO[6] zu erreichen suchen.

Mr. *Butler* betonte, Großbritannien wolle keine Handlung unternehmen, die gegenüber der Bundesrepublik unfreundlich wäre. Er wies dann darauf hin, daß hinsichtlich des deutschen Planes in Washington[7] eine Indiskretion[8] passiert sei.

Der Herr *Minister* sagte, es habe auch in einer deutschen Zeitung eine Spekulation gegeben[9], die er jedoch nicht für schädlich halte. Man dürfe nur nicht den Eindruck erwecken, daß es sich schon um einen detaillierten Plan handle. Irgendwelchen Pressespekulationen könne man dadurch begegnen, daß man darauf hinweise, es sei die Aufgabe der Botschaftergruppe, grundsätzlich alle Anregungen zu erörtern.

Mr. *Butler* sagte, er wolle von dem Herrn Minister das tatsächliche Motiv für den deutschen Plan erfahren, nämlich eine Antwort auf die Frage, ob dieser Plan für eine baldige Verhandlung mit der Sowjetunion bestimmt sei oder ob er hauptsächlich als Teil einer propagandistischen Unternehmung zu betrachten sei.

Der Herr *Minister* erwiderte, bei der Vorlage des Planes hätten verschiedene Dinge mitgespielt. Zunächst habe die neue Bundesregierung in ihrer Regierungserklärung[10] gesagt, eine gewisse Initiative in dem deutschen Problem sei

6 Zur Beratung im Ständigen NATO-Rat über eine Antwort auf das Schreiben des Ministerpräsidenten Chruschtschow vgl. den Drahtbericht des Botschaftsrats I. Klasse Sahm, Paris (NATO), vom 17. Januar 1964; Abteilung II (II 4), VS-Bd. 230; B 150, Aktenkopien 1964.
Zu den vergeblichen Bemühungen der deutschen Seite, Änderungen im amerikanischen Antwortschreiben zu erwirken, vgl. auch den Drahtbericht des Botschafters Knappstein, Washington, vom 18. Januar 1964; Abteilung II (II 4), VS-Bd. 230; B 150, Aktenkopien 1964.

7 Für den Wortlaut der Deutschland-Initiative (Fassung vom 3. Januar 1964) vgl. Dok. 3.
Zur Einführung der Deutschland-Initiative am 15. Januar 1964 in der Washingtoner Botschaftergruppe vgl. Dok. 10, Anm. 10.

8 Nach Informationen des amerikanischen Außenministeriums war die Presse anscheinend über die Existenz eines Plans sowie einzelne Elemente desselben unterrichtet. Auf Anfragen von Journalisten bestätigte das amerikanische Außenministerium jedoch nur, „daß die Botschaftergruppe sich gestern mit der deutschen Frage befaßt habe, und zwar aufgrund einiger hierzu gegebener deutscher Anregungen". Weitere Einzelheiten wurden nicht beantwortet. Vgl. dazu den Drahtbericht des Gesandten Freiherr von Stackelberg, Washington, vom 16. Januar 1964; Abteilung II (II 1), VS-Bd. 63; B 150, Aktenkopien 1964.

9 Vgl. den Artikel „Bonn legt Deutschland-Plan vor"; DIE WELT, Nr. 13 vom 16. Januar 1964, S. 1 f.

10 In der Regierungserklärung vom 18. Oktober 1963 führte Bundeskanzler Erhard aus: „Da die Vier Mächte nach dem Kriege Verpflichtungen in bezug auf Deutschland als Ganzes übernommen haben, fallen ihnen bei der Regelung der Deutschland- und Sicherheits-Frage besondere Aufgaben zu. Diese könnten durch Bildung eines Gremiums der Vier Mächte wahrgenommen werden, das seine Funktionen bis zu dem Zeitpunkt einer endgültigen Friedensregelung ausüben würde." Vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 53, S. 4195.
Am 9. Januar 1964 erklärte Erhard vor dem Bundestag: „Nun besteht die Absicht, daß in der Viermächte-Botschafterkonferenz auf Grund einer neuen deutschen Initiative die Frage geprüft wird, ob, auf welche Weise, in welchem Verfahren und in welchen Stationen wir der Wiedervereinigung doch näher kommen könnten." Vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 54, S. 4848.

erforderlich, und es wäre gut, eine Viermächtegruppe unter Einschluß der Sowjetunion zu schaffen, die sich mit diesen Fragen beschäftigen würde. Bei der Regierungserklärung habe man auch im Auge gehabt, was seitens der Bundesregierung bereits im August zum Ausdruck gebracht worden sei[11] sowie die Tatsache, daß die FDP ständig nach einer Initiative rufe[12] und die Bundesregierung sich diese Sache nicht habe aus der Hand nehmen lassen wollen. Zum zweiten sei anläßlich der NATO-Tagung im Dezember 1962 in einer westlichen Vierer-Besprechung[13] gesagt worden, wenn die Sowjetunion eine Propagandaoffensive starte und den Eindruck erwecke, als habe sie neue Ideen, müsse man die Positionen aufzeigen können, über die zu verhandeln der Westen bereit wäre, und zwar in einem doppelten Sinne: entweder für eine echte Verhandlung oder um ein entsprechendes Papier propagandistisch vorweisen zu können. Es handle sich also bei dem deutschen Plan um mehrere Faktoren. Man wolle einerseits eine Einigung unter den Verbündeten über die Möglichkeiten herstellen und zweitens ein Dokument entweder als Verhandlungsgrundlage oder als Teil einer Propagandaoffensive oder -defensive vorweisen können. Inzwischen sei noch ein besonderer Grund hinzugekommen. In Berlin gebe es gewisse Bestrebungen, eine andere Politik einzuführen[14], und die Vorlage eines solchen Planes sei vielleicht die einzige Chance, die Sache wieder in Regierungsgewalt zu bekommen. Sonst könnte es zu Abtastversuchen in einem sehr gefährlichen Bereich kommen. Man müsse auch vermeiden, daß irgendwelche separaten Bemühungen angestellt würden.[15]

Außenminister *Butler* erklärte, damit sei seine Frage beantwortet. Er fragte dann, wie die Reaktion in Texas[16] gewesen sei.

Der Herr *Minister* erklärte, wenn er sich richtig erinnere, sei man sich in Texas einig gewesen, daß etwa Mitte Januar die in Paris bereits vereinbarte Prüfung beginnen werde. Das Gespräch in Texas habe sich allerdings stärker auf die Passierscheinfrage konzentriert, wobei er (der Herr Minister) sich Rusk gegenüber recht kritisch geäußert habe. Der Herr Bundeskanzler habe auch Präsident Johnson in Texas immer wieder gesagt, daß man über diese Dinge weiterhin nachdenken müsse, was auch in der Botschaftergruppe geschehe.

Mr. *Butler* bemerkte, ein Vorteil eines Gespräches unter vier Augen liege darin, daß man ganz offen sprechen könne. Er finde Rusk in seinen Auffassungen ziemlich unternehmend („We find Rusk to hold very forward views"), doch schienen diese Auffassungen vor allem Rusk zu eigen zu sein, der im übrigen auch glaube, daß diese Fragen noch nicht reif genug seien, und der auf eine

[11] Zum deutschlandpolitischen Vorschlag des Auswärtigen Amts vom 13. August 1963, der den drei Westmächten vorab zur Kenntnis gebracht wurde, vgl. AAPD 1963, II, Dok. 296.

[12] Zu den deutschlandpolitischen Vorstellungen der FDP vgl. Dok. 13, Anm. 19.

[13] Zum Treffen des Bundesministers Schröder mit den Außenministern der Drei Mächte am 13. Dezember 1962 vgl. Dok. 13, Anm. 18.

[14] In Abstimmung mit dem Regierenden Bürgermeister Brandt vertrat der Leiter des Presse- und Informationsamtes des Landes Berlin, Bahr, am 15. Juli 1963 erstmals öffentlich die These vom „Wandel durch Annäherung". Vgl. dazu AAPD 1963, II, Dok. 233.

[15] Vgl. dazu auch das eigenständige Vorgehen des Senats von Berlin bei der Fortführung der Passierschein-Gespräche; Dok. 1.

[16] Zu den deutsch-amerikanischen Regierungsbesprechungen vom 28./29. Dezember 1963 vgl. AAPD 1963, III, Dok. 486–491.

deutsche Initiative warte; das State Department sei jedoch noch nicht so weit wie Rusk persönlich.

Der Herr *Minister* sagte, dies wisse er nicht so recht. In einem Gespräch zwischen dem Präsidenten und dem Bundeskanzler, bei dem er selbst nicht dabei gewesen sei, zu dem der Präsident jedoch McGeorge Bundy hinzugezogen habe, habe Bundy recht weitgehende Auffassungen über innerdeutsche Kontakte geäußert[17], und es habe ihn (den Herrn Minister) ziemlich überrascht, daß Bundy so weit gegangen sei. Rusk habe in den vergangenen Jahren, und so auch in der Passierscheinfrage, immer wieder erklärt, man müsse sich im klaren sein, daß die Anziehungskraft der Bundesrepublik und Westberlins auf die Sowjetzone ungeheuer sei, und wenn mehr Kontakte stattfänden und die Menschen freier reisen könnten, wäre damit schon eine Art De-facto-Wiedervereinigung erreicht. Dem habe er entgegnet, daß man ja mit einem kommunistischen System zu tun habe. Es handle sich nicht darum, die Bevölkerung zu gewinnen, vielmehr müsse die kommunistische Führungsschicht weggebracht werden. Das gelte für die Sowjetzone und auch für Länder wie Polen, wo ja nur ein kleiner Prozentsatz Kommunisten seien, die dennoch das ganze Land beherrschten. Deutschland habe selbst Erfahrungen mit einem totalitären System gemacht, wo eine sehr dünne Schicht mit Hilfe der Polizei, der Militärs und Sicherheitsorgane und durch eine ständige Propaganda in der Lage gewesen sei, ein ganzes Volk im Griff zu halten. Es handle sich also nicht darum, das Volk zu gewinnen, sondern vielmehr den Griff des Systems zu lockern. Dies versuche die Bundesregierung, indem sie sozusagen hinter der SBZ in Polen und den übrigen Ländern zu einer gewissen Isolierung der SBZ zu gelangen sich bemühe. So sei auch für sein Gefühl in der Passierscheinfrage viel zu früh nachgegeben worden.[18] Zu einer Zeit, als der ausländische Druck überhaupt erst eingesetzt habe, sei die SBZ zurückgewichen und habe dann sofort etwas in die Hand bekommen, was sie als großen politischen Erfolg habe darstellen können. Hier habe man zu früh nachgegeben, anstatt eine weitere Steigerung des Druckes abzuwarten. Das alles habe er Rusk dargestellt, wisse aber nicht, wie weit das State Department die Auffassungen Rusks teile. Er sei lediglich überrascht gewesen, daß Bundy offensichtlich sehr viel aus internen deutschen Sachen erwartete. Überraschend sei auch, daß man bei einigen Amerikanern immer wieder die Befürchtung feststelle, ein Fehlschlag könnte Brandt schaden, als ob man Herrn Brandt unbedingt unterstützen müßte. So sehe die Bundesregierung die Fragen nicht. Es handele sich nicht darum, ob Herr Brandt Erfolg habe und ob man ihn unterstütze, sondern vielmehr darum, daß die sachlichen Fragen gut liefen.

Mr. *Butler* bemerkte, er halte dies für recht interessant. Er fragte dann den

[17] Der Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten erklärte am 29. Dezember 1963, nach Ansicht gewisser Kreise in den USA sei es „gerade im Interesse Deutschlands, in der Frage von Kontakten weniger starr zu sein, und hier liege der Weg zu einer Entspannung. Man könne diese Entspannung Chruschtschow nicht abkaufen, weil dieser nicht damit einverstanden sei. Man müsse vielmehr in Ostdeutschland denselben Prozeß auslösen, der jetzt allmählich in Polen, Rumänien und der Tschechoslowakei Platz greife." Vgl. AAPD 1963, III, Dok. 490.

[18] Zur Kritik des Auswärtigen Amts an der Verhandlungsführung in bezug auf die Passierschein-Vereinbarung vom 17. Dezember 1963 vgl. auch AAPD 1963, III, Dok. 483.

Herrn Minister, ob er glaube, daß die Sowjets irgendeinen Plan ernst nehmen würden.

Der Herr *Minister* wies darauf hin, daß er am Vortage[19] schon gesagt habe, die Russen würden vielleicht versuchen, sich nur die Rosinen herauszupicken. Man dürfe sich auch nicht darüber hinwegtäuschen, daß im Augenblick eine gewisse Stimmung herrsche, die der sowjetischen und sowjetzonalen Propaganda nützlich sei, die ja den Tenor verfolge, man solle die Deutschen an einen Tisch bringen[20]. Er könnte sich daher vorstellen, wenn ein Mandat an eine Viermächte-Gruppe nicht sorgfältig formuliert würde, daß die Russen den Hauptakzent auf die humanitären Kommissionen legen würden. Daran hätten sie zweifellos mehr Interesse als an einem Mandat für die Erarbeitung eines Wiedervereinigungsplanes.

Mr. *Butler* verwies auf seinen Vorschlag vom Vortage, daß man stufenweise vorgehen sollte, da er nicht glaube, daß man die Russen bis zu einer Zustimmung zur Wiedervereinigung oder einer Volksabstimmung bringen könnte, ohne ihnen diese Dinge entsprechend schmackhaft zu machen. Man dürfe auch nicht alle Rosinen schon vorher weggeben.

Der Herr *Minister* wiederholte, die Aussichten und Möglichkeiten bedürften einer sorgfältigen Erörterung in der Botschaftergruppe. Eine solche Erörterung könne auf keinen Fall schaden, vielmehr eher nützen. Außerdem könnte das Gespräch zwischen Herrn Butler und ihm über diese Fragen auch fortgeführt werden. Eine Viermächtegruppe jedoch nur zu dem Zweck zu haben, um humanitäre deutsche Kommissionen einzusetzen, ohne dieser Gruppe ein weiterreichendes Mandat zu geben, halte er für zu riskant. Dies wäre geradezu eine Hilfe für die sowjetische und sowjetzonale Politik. Die Auffassung, man könnte ein kommunistisches System durch Infiltration umkehren, sei viel zu riskant. Manche westlichen Länder könnten durch Infiltration umgekehrt werden, bislang aber gebe es kein Beispiel einer erfolgreichen Infiltration eines östlichen Systems.

Mr. *Butler* äußerte die Auffassung, man dürfe nicht zu unternehmend sein, sondern müsse darauf achten, daß die wesentlichen Freiheiten erhalten blieben.

Mr. Butler fragte dann, ob der Herr Minister glaube, daß auf dem Abrüstungsgebiet etwas erreicht werden könnte.

Der Herr *Minister* erwiderte, vielleicht gebe es gewisse Möglichkeiten im psychologischen Vorfeld der Abrüstung. Gerade da könnte das Atomstoppabkommen[21] einen gewissen Wert haben. Auch Bodenbeobachtungsposten[22] könnten möglicherweise als eine vorbereitende Maßnahme in diesem Vorfeld von Wert sein. Für eine wirksame Einigung über Abrüstung sehe er im Augenblick je-

[19] Vgl. Dok. 13.

[20] Zur These, die Bundesrepublik und die DDR seien allein für die Lösung der Deutschland-Frage zuständig, vgl. Dok. 13, Anm. 15.

[21] Für den Wortlaut des Teststopp-Abkommens vom 5. August 1963 vgl. DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1963, S. 291–293.

[22] Zu den Sondierungen über eine Errichtung von Bodenbeobachtungsposten vgl. Dok. 13, Anm. 28 und 29.

doch keine Chance. Selbst die Anregung, gewisse Rüstungsgüter, so zum Beispiel gewisse Flugzeugtypen, zu zerstören, sei von den Sowjets abgelehnt worden[23], obschon man darin eine in etwa wirksame Abrüstung erblicken könnte. Er glaube daher nicht, daß hier besondere Aussichten gegeben seien. Wenn es gelänge, eine weitere Erhöhung der Verteidigungsetats zu vermeiden, um den Wettlauf zu beenden, wäre darin schon eine gewisse Beschränkung zu sehen, obwohl er überzeugt sei, daß in einem solchen Rahmen jede Nation ihr möglichstes tun würde, um ein möglichst wirksames militärisches Potential zu haben, mit anderen Worten mehr und bessere Rüstung für dasselbe Geld.

Mr. *Butler* betonte, er halte eine vernünftige Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Großbritannien für möglich. Bekanntlich gebe es die Auffassung, daß England sehr auf ein Abkommen mit den Sowjets bedacht sei. Ganz vertraulich wolle er dem Herrn Minister jedoch sagen, daß zum Beispiel die Zeitungsmeldung[24] über seinen Wunsch, mit Gromyko zusammenzutreffen, reine Erfindung sei. Er würde zwar gerne mit Gromyko zusammenkommen[25], doch habe dieser auf mehrere Briefe[26] bisher überhaupt nicht geantwortet. Aus Gründen der öffentlichen Meinung müsse die britische Regierung auch immer auf dem Auslug sein, doch würde sie nichts tun, ohne die wesentlichen Bedürfnisse Deutschlands zu gewährleisten. Die Franzosen neigten immer zu der Auffassung, als seien die Briten besonders idealistisch, und Couve de Murville sei in dieser Beziehung manchmal recht zynisch gewesen. Er selbst habe Couve de Murville gesagt, England wolle immer den Finger draußen halten, um den Wind zu spüren, und aus diesem Grunde begrüße er auch die deutsche Initiative, weil damit der Ball im Rollen bleibe.

Der Herr *Minister* verwies noch einmal darauf, daß eine eingehende Erörterung dieses Planes stattfinden sollte, wobei ja noch nicht hier und heute eine Entscheidung zu treffen sei. Ein solches Unterfangen habe auch einen gewissen psychologischen Wert, zumindest im Westen, möglicherweise sogar im Osten.

Mr. *Butler* zog den Schluß, daß er die Arbeit der Botschaftergruppe abwarten und in enger Verbindung mit der deutschen und der amerikanischen Regierung bleiben wolle.[27] Er bemerkte noch, der Herr Minister werde wahrscheinlich feststellen, daß Rusk sehr darauf bedacht sei, nach vorne zu blicken. Dasselbe gelte für Bundy. Er glaube außerdem, daß Johnson aus innenpolitischen Gründen eine Initiative wolle, wenn sie überhaupt denkbar sei. Dies gehe aber

[23] In einer Pressekonferenz vom 2. Januar 1964 bestätigte der amerikanische Außenminister Rusk, daß man mit der UdSSR informell über eine Zerstörung amerikanischer B-47-Bomber und entsprechender sowjetischer Flugzeuge gesprochen habe. Allerdings seien diese Überlegungen nicht sehr weit gediehen. Vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 50, 1964, S. 85 f.

[24] Vgl. dazu etwa den Artikel „Butler sucht Kontakt mit Gromyko"; DIE WELT, Nr. 292 vom 16. Dezember 1963, S. 4.

[25] Der britische Außenminister besuchte vom 27. Juli bis 1. August 1964 die UdSSR. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1964, Z 183.

[26] Etwa drei Wochen nach seiner Ernennung zum britischen Außenminister nahm Butler erstmals Kontakt zum sowjetischen Außenminister Gromyko auf. Vgl. dazu den Drahtbericht des Botschafters von Etzdorf, London, vom 14. November 1963; Abteilung I (I A 5), VS-Bd. 174; B 150, Aktenkopien 1963.

[27] Zur Deutschland-Initiative vgl. weiter Dok. 17.

nicht soweit, daß Amerika etwas ohne Deutschland unternehmen würde. Das hätten die Amerikaner ihm auch gesagt. Sehr oft würde den Briten von den Amerikanern der Rat gegeben, wenn sie Fortschritte wollten, müßten sie eng mit der Bundesrepublik zusammenarbeiten.

Der Herr *Minister* betonte, daß Amerika ebenfalls wisse, daß die Bundesregierung zu allem bereit sei, was vernünftigerweise geschehen könnte. Er würde es auch [für] falsch halten, hier in ein Festungsdenken zu verfallen. In Kategorien einer Maginot-Linie zu denken, habe sich schon einmal als sehr teuer und wenig wirksam herausgestellt. Auch er sei der Auffassung, daß man den Finger draußen halten und auf dem Auslug sein müsse.

Mr. *Butler* kam dann auf die politische Zukunft Europas[28] zu sprechen, die er für sehr schwierig halte. Der Herr Bundeskanzler habe ja klargemacht, daß er eine politische Kontrolle der technokratischen Institutionen wolle.[29] Das sei für England recht beunruhigend, denn wenn man dem Dinosaurus ein Gehirn gebe, dann werde der Traum der Sieben niemals Wirklichkeit.

Der Herr *Minister* sagte, er wolle mit Herrn Butler ganz offen sprechen. Er selbst habe dem Bundeskanzler erklärt, während der Unterhaltung am Vormittag seien ihm zwei völlig richtige Fragen gestellt worden, die genau seiner eigenen Auffassung entsprächen. Wenn als Grund für eine Initiative genannt werde, daß die Technokratie nicht genügend kontrolliert sei, so sei die Antwort darauf: Fouchet-Plan[30]. Dann werde nämlich de Gaulle sagen, er habe ja schon erklärt, daß sich die Regierungschefs auch mit Wirtschaftsfragen befassen müßten.[31] Damit aber würde man genau in de Gaulles Hände spielen. Wenn es sich darum handle, Brüssel zu verbessern, sei dies natürlich eine Angelegenheit der Sechs. Der Bundeskanzler sei sich darüber auch im klaren, doch sei seine Auffassung nur verständlich, wenn man die Grundlage des Denkens des Bundeskanzlers in Betracht ziehe. Der Bundeskanzler halte die augenblickliche Konstruktion nicht für glücklich, und das sage er auch. Der Grundgedanke des Bundeskanzlers, nämlich die verbesserte politische Zusammenarbeit in Europa, sei jedoch wichtiger als die Entwicklung der technokratischen Institutionen. Dies wiederum sei mit dem Wunsch einer Union mit Großbritannien vereinbar, die auch der Herr Bundeskanzler für wichtiger halte. Wie der Gedanke jedoch im Augenblick präsentiert werde, sei ja nicht ganz risikolos.[32]

Mr. *Butler* betonte, er sei absolut einer Meinung mit dem Herrn Minister. Er fragte dann noch, wenn von deutscher Seite von anderen europäischen Staaten gesprochen werde, ob dazu auch Länder gehörten, die nicht Mitglied der EFTA seien. Dies wurde von dem Herrn Minister verneint.

Mr. *Butler* wies darauf hin, Großbritannien wolle natürlich nicht sehr viel Souveränität aufgeben, obwohl man natürlich mit jedem Vertrag gewisse Sou-

[28] Zu den Bemühungen um eine europapolitische Initiative vgl. bereits Dok. 7.

[29] Zu den Äußerungen des Bundeskanzlers Erhard vgl. Dok. 14.

[30] Zu den Fouchet-Plänen vom 2. November 1961 bzw. 18. Januar 1962 vgl. Dok. 7, Anm. 10.

[31] Der von französischer Seite initiierte Fouchet-Plan vom 18. Januar 1962 sah auch die Behandlung von Wirtschaftsfragen im Rahmen der angestrebten Europäischen Politischen Union vor.

[32] Dieser Satz wurde von Bundesminister Schröder hervorgehoben. Dazu Fragezeichen am Rand.

veränitätsrechte aufgebe. Ein föderatives System wolle Großbritannien jedoch nicht. Er fragte dann, ob nach deutscher Auffassung die Italiener weitergehen wollten.

Der Herr *Minister* erwiderte, angefangen mit der Montanunion[33] habe es in all den Jahren immer den Gedanken eines integrierten, d.h. supranationalen Europas gegeben, der sehr gepflegt worden sei. Es gebe zahlreiche europäische Parlamentarier, die dies für das Ideal hielten bzw. noch halten. Es bestehe allerdings ein Unterschied, ob man etwas für ein in 20 oder 30 oder 40 Jahren zu verwirklichendes Ideal halte oder ob man dieses Ideal morgen in die Tat umzusetzen gedenke. In den Gesprächen über die Politische Union hätten die Holländer, Belgier und Italiener bis April 1962[34] immer erklärt, wenn eine Politische Union sich auf die Sechs beschränken sollte, sei sie nur denkbar auf der Basis der Integration und müsse dann mit einer Mitgliedschaft im Gemeinsamen Markt verbunden sein. Was de Gaulle vorschlage, sei keine Integration, sondern nur ein sehr loser Staatenbund. Wenn dem so sei, müsse Großbritannien hinzukommen, weil ein loser Staatenbund für diese Länder ohne Großbritannien gefährlicher wäre als ein integrierter europäischer Staat. De Gaulle müsse also zwischen Integration oder Einbeziehung Großbritanniens wählen. Schließlich habe de Gaulle keines von beidem gewählt. So stehe die Lage heute. Nach seiner Auffassung würden die Italiener, etwa Herr Cattani[35], auch jetzt zur Integration ja sagen, wobei Großbritannien eines Tages Mitglied werden könnte. Holland habe schon erklärt, wenn nicht die integrationistische Lösung gewählt würde, sei eine Politische Union ohne Großbritannien nicht denkbar.[36] Die Lage habe sich damit gegenüber 1962 kaum verändert.

[33] Für den Wortlaut des Vertrags vom 18. April 1951 über eine Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl vgl. BUNDESGESETZBLATT 1952, Teil II, S. 447–504.

[34] Im April 1962 wurden die Verhandlungen über eine Europäische Politische Union ergebnislos ausgesetzt. Ein wesentlicher Grund hierfür war die zu diesem Zeitpunkt erstmals nachdrücklich erhobene Forderung der Niederlande und Belgiens auf eine sofortige Beteiligung Großbritanniens an den Gesprächen. Italien schloß sich später dem niederländisch-belgischen Standpunkt an. Vgl. dazu AAPD 1963, I, Dok. 136. Vgl. dazu ferner die Presseerklärung des Bundesministers Schröder vom 18. April 1962; EUROPA-ARCHIV 1962, D 263 f.

[35] Am 3. Januar 1964 berichtete Botschafter Blankenhorn, Rom, nach Aussagen des Generalsekretärs im italienischen Außenministerium, Cattani, wolle die italienische Regierung keine Initiative in der Frage einer europäischen Union ergreifen, sei aber bereit, vorbereitende Maßnahmen mitzutragen. „Die italienische Regierung sei der Auffassung, daß die bisherigen Ergebnisse auf dem Gebiet der europäischen wirtschaftlichen Einigung zweifellos einer Ergänzung im politischen bedürfen. Die italienische Regierung könne sich auch durchaus bereitfinden, auf französische Pläne einzugehen, die auf eine schrittweise zu verwirklichende europäische Konföderation abzielten. Allerdings stellten sich hier gleich zu Beginn zwei wichtige Probleme: einmal das Verhältnis zu England und zum anderen die Schaffung einer aus unmittelbaren Wahlen hervorgehenden europäischen Versammlung." Vgl. Abteilung I (I A 1), VS-Bd. 131; B 150, Aktenkopien 1964.

[36] Der niederländische Botschaftsrat Froger erklärte am 21. Januar 1964 gegenüber Ministerialdirigent Voigt, „daß seine Regierung nach wie vor auf einer sofortigen Beteiligung Großbritanniens im Falle neuer Verhandlungen bestehe. Die Auffassung seiner Regierung gehe im übrigen dahin, daß von einer organisierten politischen Zusammenarbeit solange nicht viel zu erwarten sei, als noch keine Übereinstimmung in den grundsätzlichen Fragen der Außen- und Verteidigungspolitik unter den Partnern bestehe." Vgl. den Vermerk des Legationsrats I. Klasse Lang vom 28. Januar 1964; Referat I A 1, Bd. 524.
Zur europapolitischen Haltung der Niederlande vgl. auch den Runderlaß des Staatssekretärs Carstens vom 2. Dezember 1963; AAPD 1963, III, Dok. 442.

Mr. *Butler* fragte, bis wann mit Erörterungen über eine Politische Union gerechnet werden könnte.

Der Herr *Minister* erklärte, über die Frage selbst werde wohl in Rom[37] und möglicherweise Mitte Februar in Paris[38] gesprochen. Er riskiere im Augenblick keine Vorhersage. Die Bundesregierung wolle auch nicht als Initiator für etwas auftreten, was dann wieder fehlschlage. Sie habe sich im Jahre 1962 größte Mühe gegeben. Er selbst habe am 10. April 1962 mit dem damaligen Lord Home und Mr. Heath gesprochen[39] und ihnen gesagt, sie sollten die Politische Union unterstützen, denn dies könne sich nur günstig auf die Brüsseler Beitrittsverhandlungen auswirken, während eine Nichtunterstützung der Politischen Union zu Verärgerungen führen würde, die ein Scheitern der Brüsseler Verhandlungen[40] mit sich bringen könnten. Leider habe er recht behalten. Den Holländern und Belgiern habe er erklärt, sie sollten den zweiten Fouchet-Plan annehmen, wobei klar sei, daß Großbritannien Mitglied werden könne und Großbritannien auch mit dem Inhalt des Planes einverstanden sei, weil dann ein positiver Abschluß der Beitrittsverhandlungen in Brüssel möglich werde. Hätte es eine Politische Union gegeben, wäre eine Reihe der de Gaulleschen Argumente zunichte gemacht worden. Dies bedeute natürlich nicht, daß de Gaulle nicht trotzdem sein Veto hätte aussprechen können, aber es wäre ihm sehr viel schwerer gemacht worden. Es nütze nichts, über die Vergangenheit zu sprechen, er habe diese Ausführungen nur gemacht, um zu zeigen, welche Mühe sich die Bundesregierung gegeben habe. Er wisse nicht, ob eine Aussicht für eine Konferenz der Regierungschefs der Sechs[41] gegeben sei, denn wozu sollte sie nützlich sein, wenn man nicht konkrete Einigungen erreiche. Er würde es daher für besser halten, mit der normalen Entwicklung der EWG fortzufahren und die Kennedy-Runde[42] zum Erfolg zu führen. Bis dahin wären die britischen Wahlen[43] vorbei, und man könnte dann weiter sehen. Ganz vertraulich wolle er Mr. Butler sagen, er beabsichtige, eine Art Stufenplan[44] ausarbeiten zu lassen, wobei der Eintritt in die nächste Stufe erst beschlossen werden könnte, wenn gewisse Dinge in der vorhergehenden Stufe erreicht worden seien. Dies sollte auch verbunden werden mit Verteidigungs- und NATO-Fragen. Dabei könnten die Probleme Großbritanniens ebenfalls berücksichtigt werden. Sobald man mit der Vorbereitung auf deutscher Seite

37 Zu den deutsch-italienischen Regierungsbesprechungen vom 27./28. Januar 1964 vgl. Dok. 27–29.

38 Zu den deutsch-französischen Regierungsbesprechungen vom 14./15. Februar 1964 vgl. Dok. 44–50.

39 Das Gespräch fand im Zusammenhang mit der Sitzung des WEU-Ministerrats am 10. April 1962 statt. Im Mittelpunkt dieser Sitzung stand die mögliche Mitwirkung Großbritanniens an der politischen Einigung Europas. Vgl. dazu den Artikel „England will an der politischen Einigung Europas mitarbeiten"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 87 vom 12. April 1962, S. 3.

40 Auf der Ministerkonferenz der EWG am 28./29. Januar 1963 scheiterten die Verhandlungen über eine Aufnahme von Großbritannien in die Gemeinschaft an der Haltung Frankreichs. Vgl. dazu AAPD 1963, I, Dok. 60 und Dok. 63.

41 Zu den Überlegungen für ein Treffen der Staats- und Regierungschefs der sechs EWG-Staaten in Rom vgl. Dok. 8, Anm. 43.

42 Zur Kennedy-Runde vgl. Dok. 12, Anm. 14.

43 Die Wahlen zum britischen Unterhaus vom 15. Oktober 1964 führten zu einer Regierungsmehrheit für die Labour Party.

44 Vgl. Dok. 22.

weitergediehen sei, könne wieder darüber gesprochen werden. Er sei dafür, langsam voranzugehen, bis man einen guten solchen Plan habe, und in der Zwischenzeit die EWG weiterzuentwickeln, die Kennedy-Runde zum Erfolg zu führen und das Ergebnis der britischen Wahlen abzuwarten. Letztlich bedeute die Erstellung eines solchen Stufenplanes eine Beeinflussung der zeitlichen Planung. Dies aber seien im Augenblick nur seine eigenen Ideen.

Mr. *Butler* faßte dahin zusammen, die Holländer wären für einen Plan eines Staatenbundes mit Großbritannien, Cattani für eine Integration mit Beitrittsmöglichkeit für Großbritannien, während de Gaulle für eine Konföderation ohne Großbritannien sei. Der deutsche Plan laufe darauf hinaus, daß der Herr Bundeskanzler ein politisches Gehirn für die Technokratie und ein besser integriertes Europa wolle.

Der Herr *Minister* sagte, der Bundeskanzler denke keineswegs in staatsrechtlichen Formen. Er wolle natürlich eine bessere politische Kontrolle Brüssels, doch halte er dies nicht für so wichtig wie eine größere politische Union Europas, die als Nebenprodukt eine bessere politische Kontrolle Brüssels mit sich bringen könnte. Das Ideal des Herrn Bundeskanzlers wären die Sechs plus Großbritannien sowie eine gute politische Zusammenarbeit. Der Bundeskanzler denke nicht etwa an supranationale Einrichtungen. Das Höchste, das er schon 1951 in Zürich in einer Rede[45] dargelegt habe, sei etwas der Schweiz Vergleichliches, ohne allerdings die entsprechenden Institutionen zu haben. Ihm schwebe letztlich eine sehr gute, sehr enge Zusammenarbeit vor.

Außenminister *Butler* bemerkte, er halte es für besser, „in Stufen" vorzugehen.

Der Herr *Minister* verwies auf sein neuliches Gespräch mit Mr. Butler in Bonn[46], wo er schon erklärt habe, wenn keine Aussicht auf ein integriertes, supranationales Europa bestehe, müßten die Mitglieder der Politischen Union nicht notwendigerweise identisch sein mit den Mitgliedern des Gemeinsamen Marktes. Man könnte dann sehr wohl eine umfassendere Politische Union haben. Hiergegen bestünde in Deutschland kein Hindernis. Sicherlich aber bestünde ein Hindernis von seiten de Gaulles.

Mr. *Butler* machte dann noch einige Ausführungen über Indonesien[47] und übergab dem Herrn Minister ein Papier[48] mit der Bitte, dies doch dem Herrn Bundeskanzler zu unterbreiten. In dem Papier sei die sehr ernste Situation an der Grenze in Borneo dargestellt. Es handle sich dabei um eine sehr ernste Situation. Er bitte die Bundesregierung, ihren ganzen Einfluß geltend zu ma-

[45] Für den Wortlaut der Rede des Bundesministers Erhard am 6. Februar 1952 im Schweizerischen Institut für Auslandsforschung in Zürich vgl. ERHARD, Gedanken, S. 318–342.

[46] Zum Besuch des britischen Außenministers am 9./10. Dezember 1963 in Bonn vgl. AAPD 1963, III, Dok. 459, Dok. 461 und Dok. 462.

[47] Indonesien machte territoriale Ansprüche gegenüber dem im September 1963 neugegründeten Bundesstaat Malaysia geltend. Betroffen waren vor allem die ehemaligen britischen Kronkolonien Nord-Borneo und Sarawak, in denen indonesische Guerillas operierten. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1964, Z 26.
Vgl. dazu auch den Drahtbericht des Botschafters Weiz, Djakarta, vom 8. Januar 1964; Ministerbüro, Bd. 222.

[48] Dem Vorgang nicht beigefügt.

chen, damit die dortige Konfrontation beendigt werde, weil es sonst zu einer „escalation" käme. Robert Kennedy treffe Sukarno in Tokio[49] und werde ihm sagen, daß die Amerikaner kein Material mehr an Indonesien liefern würden, wenn diese Konfrontation nicht beendet werde. Großbritannien habe dort sehr viele Truppen stationiert, und wenn man Zypern[50] und Aden[51] dazu nehme, so ergebe sich eine ungeheuer weitgestreckte Verteidigung. Da die Indonesen junge Leute in Borneo einsetzten, sei hier eine gefährliche Bedrohung gegeben.

Der Herr *Minister* betonte sein Verständnis und bemerkte, in Gesprächen mit Sukarno[52] selbst sowie mit Macapagal[53] habe die Bundesregierung schon ihren Beitrag zu einer Beendigung der Konfrontation zu leisten versucht und werde auch weiterhin so handeln.

Mr. *Butler* sagte, Großbritannien wäre sehr dankbar, wenn Deutschland seinen Einfluß geltend machen würde. Etwas schockiert habe die Briten, daß der Bundespräsident von Sukarno ziemlich eingenommen zu sein schien.

Der Herr *Minister* wies darauf hin, daß der Bundespräsident von den besten Absichten bewegt sei. Ähnlich wie Ikeda sei der Bundespräsident allerdings der Auffassung, daß man bei Sukarno nicht die härteste Linie verfolgen, sondern eher Überredungskunst anwenden sollte. Vielleicht schätze der Bundespräsident die tatsächlichen Absichten Sukarnos auch zu günstig ein. Der Bundespräsident sei der Auffassung, wenn eine weitere Abstimmung[54] erfolgen würde, Sukarno das Ergebnis einer solchen Abstimmung hinzunehmen bereit wäre. Das könne man natürlich nicht beurteilen. Er selbst habe gewisse Zweifel und befürchte, daß Sukarno eine Abstimmung nur dazu benutzen würde, um noch größere Aufregung in diesem Gebiet zu erzeugen. Eine solche Abstimmung sei natürlich Angelegenheit Malaysias, das sie ablehne, und soweit er wisse, habe auch Großbritannien nicht die Absicht, seinen Einfluß auf Malaysia in diesem Sinne geltend zu machen.

Mr. *Butler* wies noch einmal darauf hin, daß das Problem höchst ernst zu nehmen sei.

[49] Während seines Aufenthalts vom 16. bis 18. Januar 1964 in Japan traf der amerikanische Justizminister Kennedy mit Präsident Sukarno zusammen, um Möglichkeiten einer friedlichen Beilegung des Malaysia-Konflikts zu erörtern. Vgl. EUROPA-ARCHIV 1964, Z 35.

[50] Zum Zypern-Konflikt vgl. Dok. 21 und Dok. 34.

[51] In der britischen Kolonie Aden kam es 1962/63 wiederholt zu Spannungen, da Teile der Bevölkerung die baldige Unabhängigkeit von Großbritannien forderten. Vgl. dazu AdG 1962, S. 10089; AdG 1964, S. 11071.

[52] Vom 28. Oktober bis 3. November 1963 hielt sich Bundespräsident Lübke zu einem Staatsbesuch in Indonesien auf. Dabei wurde er von Bundesminister Schröder begleitet. Vgl. dazu BULLETIN 1963, S. 1717 f.

[53] Der philippinische Staatspräsident war einer der Initiatoren der sogenannten Übereinkunft von Manila vom 11. Juni 1963, deren Zweck eine friedliche Regelung der im Zusammenhang mit der Gründung Malaysias auftretenden Fragen war. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1963, D 502–504.
Zum Ergebnis der Gespräche mit Macapagal im Rahmen des Staatsbesuchs des Bundespräsidenten Lübke vom 18. bis 23. November 1963 auf den Philippinen vgl. BULLETIN 1963, S. 1845.

[54] Nach Befragung der Bevölkerung von Nord-Borneo und Sarawak unter Aufsicht der UNO gab Generalsekretär U Thant am 14. September 1963 bekannt, daß die geplante Beteiligung an der Föderation Malaysia auf breite Zustimmung stoße. Die indonesische Regierung forderte eine Wiederholung dieser Abstimmung. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1963, D 510–512.

Der Herr *Minister* fragte dann noch, wie die Lage in Sansibar und Kenia aussehe.

Mr. *Butler* erwiderte, nach einer Aufzeichnung des Colonial Office seien die Hauptpunkte folgende: In Sansibar[55] könne man nicht absolut sicher feststellen, daß der Einfluß einer fremden Macht vorhanden sei. Es gebe dort drei Gruppen, die versuchten, die Regierung zu übernehmen. Die Afrikanische Schiraz-Partei stehe unter der Führung eines extremen Nationalisten. Die Omar-Partei werde von einem Mohammedaner geleitet, während die dritte Gruppe einen paranoiden Feldmarschall zum Führer habe, dem man Kontakte mit Kuba nachsage. Der neue Ministerpräsident habe einige Zeit in Moskau verbracht und sei russisch orientiert. Die Lage dort sei also höchst ungesund. Beweise für ein Komplott mit finanzieller Unterstützung einer auswärtigen Macht gebe es aber nicht. Nach britischer Auffassung handle es sich um eine afrikanische Revolte gegen die Araber und den Sultan, die dort schon seit drei Jahrhunderten seien. Die Drohung der Exekution der Araber sei von britischer Seite jedoch verhindert worden. Schwierig werde die Sache durch den Besuch Tschou En-lais in Afrika[56] im Zusammenhang mit dem russisch-chinesischen Wettbewerb. In Ghana gebe es schon sehr deutliche Anzeichen[57] dafür.

Was Kenia[58] anbelange, so sei der Anfang gut gewesen, trotz der etwas zweifelhaften Herkunft von Kenyatta, der ja der Erfinder der Mau-Mau-Bewegung[59] gewesen sei, nicht gerade eine ideale Vorbereitung für das Amt des Ministerpräsidenten. Kenyatta werde mit dem Ministerpräsidenten von Somalia[60] zusammentreffen, um die Frage der Nordgrenze[61] zu erörtern. Die britische Regierung erwarte derzeit keine Feindseligkeiten an der Nordgrenze von Kenia. Zu berücksichtigen sei, daß Kenia ein Verteidigungsabkommen mit Äthiopien[62] habe und im Falle eines Konfliktes sicherlich die Äthiopier sich beteiligen würden.

55 Die Regierung unter Sultan Ben Abdullah und Premierminister Hamadi wurde am 12. Januar 1964 durch einen Militärputsch gestürzt. Am gleichen Tag wurde die Republik Sansibar proklamiert. Zum neuen Staatspräsidenten wurde der Führer der Afro-Shirazi-Partei, Amani Karume, zum neuen Ministerpräsidenten Abdullah Kassim Hanga ernannt. Das Außenministerium übernahm der Führer der linksgerichteten Umma-Partei, Abdul Rahman Babu. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1964, Z 27.
Zur Lage in Sansibar vgl. auch Dok. 40.

56 Der Ministerpräsident der Volksrepublik China besuchte im Dezember 1963/Januar 1964 verschiedene afrikanische Staaten, darunter Algerien, Ghana, Guinea und Äthiopien. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1964, Z 11, Z 33 f. und Z 43.

57 Zur Lage in Ghana vgl. auch Dok. 116.

58 Die britische Kolonie Kenia erlangte am 12. Dezember 1963 die Unabhängigkeit und trat als Vollmitglied dem Commonwealth bei. Vgl. EUROPA-ARCHIV 1964, Z 4.

59 Ziel der sogenannten Mau-Mau-Bewegung in Kenia war die Beseitigung der Vorherrschaft der Europäer. Die in Geheimbünden zusammengeschlossenen Anhänger überfielen Weiße und mit der britischen Kolonial-Regierung zusammenarbeitende Schwarze. Im Oktober 1952 verhängte die Kolonial-Regierung den Ausnahmezustand und schlug bis 1956 die Revolte nieder.

60 Abdul Rashid Shermarke.

61 Die somalische Bevölkerung im Norden Kenias forderte den Anschluß ihres Siedlungsgebiets an Somalia. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1964, Z 14.

62 Zum äthiopisch-kenianischen Abkommen vom 16. Juli 1963 über Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe vgl. EUROPA-ARCHIV 1963, Z 167.

Der Herr *Minister* fragte, ob die Gefahr bestehe, daß die Partei Kenyattas unter russischen Einfluß geraten könnte.

Mr. *Butler* sagte, diese Gefahr bestehe noch nicht, da der Nationalismus noch sehr stark sei. Dennoch verfolge Großbritannien die Angelegenheit sehr genau. Die Opposition in Kenia sei anti-kommunistisch. Die Lage in Kenia sei also nicht so schlimm wie in Ghana oder in Sansibar.

Der Herr *Minister* kam dann auf die Tatsache zu sprechen, daß Frankreich sicherlich in Bälde diplomatische Beziehungen mit Rotchina aufnehmen werde.[63] Dies werde Großbritannien sicherlich nicht so sehr erregen, da es ja selbst diplomatische Beziehungen unterhalte. Es werde aber zweifellos das französisch-amerikanische Verhältnis belasten, so daß man dort keine Verbesserung in der nächsten Zukunft erwarten könne.

Mr. *Butler* teilte dem Herrn Minister höchst vertraulich mit, daß der französische Botschafter ihm am Vorabend gesagt habe, Frankreich habe eine Anerkennung beschlossen. Soweit er wisse, wolle Frankreich sich nicht nur durch einen Geschäftsträger, sondern durch einen Botschafter vertreten lassen.

Der Herr *Minister* wies darauf hin, daß der Premierminister ihm gesagt habe, Großbritannien habe schon zweimal die Entsendung eines Botschafters angeboten.

Mr. *Butler* bemerkte, im Augenblick bestehe nicht die Absicht, den Geschäftsträger durch einen Botschafter zu ersetzen.

Abschließend kam Mr. Butler noch kurz auf die Frage der Rhodes-Stipendien[64] zu sprechen und sagte, es gebe hier gewisse Schwierigkeiten. Er selbst sei jedoch „honorary fellow" der St. Antony's Foundation in Oxford und werde, obschon es ihm als altem Cambridge-Student etwas wider den Strich gehe, den Deutschen Plätze in Oxford anzubieten, sich gerne dafür einsetzen, daß hier etwas getan werde.[65] Die St. Antony's Foundation sei daran interessiert, Deutsche zu bekommen.

Das Gespräch endete um 17.45 Uhr.

Ministerbüro, VS-Bd. 8511

[63] Zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Frankreich und der Volksrepublik China am 27. Januar 1964 vgl. Dok. 11.

[64] Aufgrund des Testaments von Cecil Rhodes wurde 1902 ein Trust geschaffen, aus dem zwei- bis dreijährige Stipendien an der Universität Oxford finanziert wurden. Zu den jährlich neu aufgenommenen rund 70 Stipendiaten gehörten in der Regel zwei Deutsche.

[65] Am 6. Februar 1964 berichtete Botschafter von Etzdorf, London, über die geplante Einrichtung von drei neuen Stipendien für deutsche Bewerber zum Studium in Oxford. Vgl. Referat IV 5, Bd. 1268.

16

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Müller-Roschach

Pl-12/64 geheim **16. Januar 1964**[1]

Planungsstab nimmt – ohne Kenntnis des amerikanischen Antwortentwurfs[2] und der deutschen Vorarbeiten[3] für eine Antwort – zu einigen ausgewählten Aspekten der Botschaft Chruschtschows an den deutschen Bundeskanzler vom 31. Dezember 1963[4] wie folgt Stellung:

I. Zur Behandlung der Deutschlandfrage in der Botschaft

II. Zur Problematik weltweiter Abkommen aus der westlichen Sicht des Deutschlandproblems

III. Zur Antwort auf die Botschaft

IV. Zur Frage einer westlichen Entspannungsinitiative für ein weltweites Abkommen über Selbstbestimmung und entsprechende Einmischungs-Verbote und -Verzichte.

I. 1) Die Botschaft und der darin enthaltene Abkommensvorschlag betreffen auch Deutschland und legen hierbei die Grenzen und die Gebiete der „beiden" durch die Teilung Deutschlands entstandenen „Staaten" zugrunde.

[1] Durchdruck.
Hat Ministerialdirigent Reinkemeyer am 21. Januar 1964 vorgelegen.

[2] Zum amerikanischen Antwortschreiben vom 20. Januar 1964 auf das Schreiben des sowjetischen Ministerpräsidenten vgl. Dok. 15, Anm. 4.

[3] Mit Drahtbericht vom 14. Januar 1964 an die Vertretung bei der NATO in Paris nahm Ministerialdirektor Krapf zum Schreiben des sowjetischen Ministerpräsidenten Stellung: „Da die Botschaft Chruschtschows in der Weltöffentlichkeit verhältnismäßig geringe Resonanz gefunden hat ... besteht für den Westen kein Anlaß, sich mit einer Antwort zu beeilen. Im Gegenteil besteht die Gefahr, daß eine schnelle Reaktion des Westens die Bedeutung der Botschaft Chruschtschows aufwerten könnte ... Wie unserer Analyse zu entnehmen ist, haben wir gegen den von Chruschtschow gemachten Vorschlag eines Gewaltverzichtsvertrages schwere Bedenken. Diese Bedenken richten sich insbesondere auf die Auswirkungen eines Gewaltverzichts auf die Eventualfallplanung für den Zugang nach Berlin und auf die fixierende Wirkung, die ein Gewaltverzichtsvertrag auf den Status quo in Deutschland haben würde." In einer Antwort solle darauf hingewiesen werden, daß bereits die Satzung der UNO den Verzicht auf Gewalt beinhalte. Außerdem könne man herausstellen, daß die bestehenden Spannungen nicht ursächlich auf Gebietsforderungen zurückzuführen seien. Vgl. Abteilung II (II 8), VS-Bd. 337; B 150, Aktenkopien 1964.
Vgl. dazu auch die Aufzeichnungen des Legationsrats I. Klasse Wolff vom 4. Januar 1964 bzw. vom 8. Januar 1964; Abteilung II (II 4), VS-Bd. 254; B 150, Aktenkopien 1964.

[4] Zum Schreiben des sowjetischen Ministerpräsidenten an alle Staats- und Regierungschefs betreffend einen Verzicht auf Gewaltanwendung bei territorialen Streit- und Grenzfragen vgl. Dok. 15, Anm. 2.
Der sowjetische Gesandte Lawrow überreichte das Schreiben am 1. Januar 1964 dem Chef des Bundeskanzleramtes. Westrick erklärte dabei, „die Bundesregierung werde den Brief mit aller Aufmerksamkeit prüfen und studieren. So sehr sie aber auf eine weitere Entspannung hoffe, so sei sie doch der Meinung, daß die Spannung, was Deutschland betreffe, insbesondere aus der deutschen Spaltung resultiere." Für die Gesprächsaufzeichnung vgl. Bundeskanzleramt, AZ: 21-301 00 (56), Bd. 6; B 150, Aktenkopien 1964.

Unsere Positionen in der Frage der Wiedervereinigung und zur Oder-Neiße-Linie fallen nach dem in der Botschaft enthaltenen System in die Kategorie der unzulässigen Gebietsansprüche der ehemaligen Aggressoren.

Sogar die sowjetische Version der Wiedervereinigung wird – nach Darlegung dieser Politik – als nicht zur Sache gehörig beiseite geschoben („this is not the question we are examining here").

Vielmehr lautet die Definition der in der Botschaft behandelten Frage, „how to deal with territorial disputes and claims which arise over the presently existing well-established frontiers of states".

2) Was Deutschland betrifft, läuft der Vorschlag darauf hinaus, daß „alle Staaten" ihren Verpflichtungen auf Gewaltverzicht für die Lösung territorialer und Grenzfragen die sowjetischen Thesen[5] von

– der Existenz „zweier deutscher Staaten"
– der Existenz von „Staatsgrenzen" zwischen den Teilen Deutschlands (einschließlich der Sektorengrenze in Berlin)
– der Unzuständigkeit der Vier Mächte für die Wiedervereinigung und für Berlin
– der Endgültigkeit der Oder-Neiße-Linie als deutscher Ostgrenze (und zwar der „DDR")

zugrunde legen.

3) Da die dem Vorschlag vorangeschickte Ratio des Abkommens von der Erledigung der Deutschlandfrage durch Teilung ausgeht, können wir dem Abkommen nicht beitreten.

Die drei für Gesamtdeutschland und Berlin mitverantwortlichen Westmächte können dem Abkommen nicht beitreten, weil dies mit Bezug auf Deutschland ihren internationalen Verpflichtungen widerspräche.

Das gleiche gilt für unsere anderen Bündnispartner in der WEU und in der NATO.

Alle übrigen Staaten, die bisher die Teilung Deutschlands als noch nicht vollzogen behandelt haben (indem sie die Bundesrepublik, nicht aber die SBZ anerkannten), können dem Abkommen nicht beitreten, ohne damit die Teilung Deutschlands als für sich verbindlich zu unterstellen.

Die Sowjetunion verstößt mit den dem Vorschlag vorangeschickten Auffassungen von der Teilung Deutschlands und der Endgültigkeit der Ostgrenze gegen ihre Verpflichtungen aus dem Potsdamer Abkommen[6].

Planungstab hält für erforderlich, und auch für zweckmäßig, dies als deutsche Auffassung allen genannten Staaten förmlich zu notifizieren.

II. Gegen unsere Teilnahme an „weltweiten" Abkommen sprechen folgende weiteren Überlegungen:

[5] Zu den sowjetischen Thesen hinsichtlich der Deutschland- und Berlin-Frage vgl. Dok. 13, Anm. 10 und 15.

[6] Für den Wortlaut des Kommuniqués vom 2. August 1945 über die Konferenz von Potsdam (Potsdamer Abkommen) vgl. DzD II/1, S. 2101–2148.

1) Jedes weltweite Abkommen schafft ebenso wie ein regionales West/Ost-Abkommen Bindungen zwischen uns und solchen Vertragspartnern, die die Teilung Deutschlands als vollzogen behandeln, indem sie Pankow anerkennen.

2) In Materien, die ihrer Natur nach einem Friedensvertrag mit (Gesamt-) Deutschland vorbehalten bleiben müßten, haben wir uns bisher nur denjenigen Mächten gegenüber gebunden, die (als NATO-Verbündete) die westliche, 1954 definierte Deutschlandpolitik[7] unterstützen (z.B. Grenzfragen, ABC-Verzicht, Gewaltverzicht, Wiedergutmachung, Schuldenregelung).

In solchen Angelegenheiten können wir – solange die friedensvertragliche Regelung aussteht – keine vertraglichen Bindungen gegenüber Staaten eingehen, die die Teilung Deutschlands anerkennen (kommunistische Länder).

Weltweite Abkommen auf solchen Gebieten würden die Notwendigkeit eines Friedensvertrages mit (Gesamt-)Deutschland umgehen und die Friedensordnung in Europa und für Deutschland auf der Basis der Teilung vorwegnehmen.

Weltweiten Abkommen über derartige Materien können wir also nicht beitreten, solange die Einheit und die Teilung Deutschlands noch umstritten ist.

(In Materien, mit denen wir einen Fortschritt in der Deutschlandfrage verbinden möchten, z.B. west-östliche Sicherheitsvorkehrungen in Europa, ist uns aus dieser weiteren Erwägung die Teilnahme an weltweiten Abkommen versagt, sofern dieser Fortschritt damit nicht verbunden ist.)

3) Unabhängig von der Art der Materie wird durch weltweite Abkommen, an denen die SBZ teilnimmt, die Zone als Staat und das Pankow-Regime als Regierung politisch weiter aufgewertet, und zwar auch bei Wiederholung der im Testbann-Vertrag angewandten Vorbehalte[8].

Wenn nicht übergeordnete Gesichtspunkte eine Ausnahme nahelegen, müssen wir uns weltweiten Abkommen gegenüber verhalten wie gegenüber weltweiten Organisationen: Entweder nehmen wir – und auch die SBZ – nicht teil (wie in den Vereinten Nationen), oder nur wir nehmen teil (wie in den VN-Sonderorganisationen)[9]. Daß die SBZ nicht allein an weltweiten Abkommen teilnimmt, muß Bestandteil der Deutschlandpolitik unserer Bündnispartner sein.

III. Die Antwort an die Sowjetregierung[10] auf die Botschaft vom 31. Dezember und die Notifizierungen an die anderen Regierungen sollten (u.a.) folgende Feststellungen enthalten:

[7] Die Verpflichtungen der Bundesrepublik Deutschland gegenüber den drei Westmächten und den weiteren Verbündeten waren in den Pariser Verträgen vom 23. Oktober 1954 festgelegt. Für den Wortlaut der Verträge vgl. EUROPA-ARCHIV 1954, S. 7127–7138 und S. 7171–7181.

[8] Anläßlich der Unterzeichnung des Teststopp-Abkommens am 19. August 1963 bekräftigte die Bundesrepublik den Anspruch auf Alleinvertretung des gesamten deutschen Volkes. Zuvor hatten bereits die USA und Großbritannien erklärt, daß die Unterzeichnung des Teststopp-Abkommens keine Anerkennung der DDR impliziere. Vgl. dazu AAPD 1963, II, Dok. 302 und Dok. 308.

[9] Die Bundesrepublik gehörte allen Anfang 1964 bestehenden Sonderorganisationen der UNO an, wie etwa der Weltgesundheitsorganisation (WHO) oder der Organisation für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO).

[10] Für den Wortlaut des Antwortschreibens des Bundeskanzlers Erhard vom 18. Februar 1964 an Ministerpräsident Chruschtschow vgl. BULLETIN 1964, S. 325.

1) daß wir in Angelegenheiten, die grundsätzlich der Fixierung in einem Friedensvertrage harren (wie territorialen Fragen und Grenzfragen), in keine vertragliche Bindung gegenüber Staaten eintreten können, die mit der Anerkennung Pankows die Teilung Deutschlands anerkannt haben und dadurch zu erkennen geben, daß sie auch die friedensvertragliche Regelung nicht mit einem wiedervereinigten Deutschland wollen;

2) daß das deutsche Volk zum Beitritt zu einem weltweiten Abkommen über den Gewaltverzicht bezüglich territorialer und Grenzfragen bereit sein wird, sobald diese auf deutschem Gebiet bestehenden, aber friedensvertraglich noch nicht geregelten Fragen nach Ausübung des Selbstbestimmungsrechts in einer Regelung mit Gesamtdeutschland verbindlich gelöst sein werden;

3) daß für die Zwischenzeit die Bundesregierung einen Gewaltverzicht bezüglich der Grenzen im Verhältnis zu denjenigen verbündeten Mächten bereits erklärt hat, die unter Ausübung des Selbstbestimmungsrechts die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands sowie die Herbeiführung einer dann möglichen friedensvertraglichen Regelung mit Gesamtdeutschland unterstützen;

4) daß Deutschland wünscht, es möchten möglichst bald friedliche Mittel angewandt werden, um den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland unter Wiederherstellung der Einheit des Landes mittels Ausübung des Selbstbestimmungsrechts von den dafür verantwortlichen Mächten zu ermöglichen.

IV. Es bedarf näherer Prüfung, ob der Gedanke einer westlichen Entspannungs-Initiative zu einem weltweiten Vertragsprojekt (als Gegenstück zum sowjetischen Vorschlag) mit den deutschen Interessen vereinbar wäre.

Wenn es gelänge, ein solches Projekt auf einem Gebiet zu entwickeln, dessen Materie nicht einer friedensvertraglichen Regelung vorzubehalten wäre, und auch nicht über eine Materie, die wir für Fortschritte in der Deutschlandfrage reservieren müssen, bliebe das Bedenken der Teilnahme der SBZ neben der Bundesrepublik übrig.

Wenn der politische Wert eines solchen weltweiten Vertrages für uns dennoch stärker wäre als dieser verbleibende Nachteil, könnten diese Bedenken zurückgestellt werden.

Das könnte bei einem weltweiten Vertragsprojekt über die Gewährung des Selbstbestimmungsrechts, verbunden mit entsprechenden Einmischungs-Verboten und -Verzichten, der Fall sein. Dieser Gedanke verlangt eine gründliche Prüfung.

Abteilung II (II 4), VS-Bd. 230

17

Deutsch-französische Konsultationsbesprechungen

I A 1-80.11/95/64 geheim **21. Januar 1964**

Auszugsweise Ergebnisniederschrift über die deutsch-französischen politischen Konsultationsbesprechungen am 21. Januar 1964 in Bonn

1) Analyse der kommunistischen Deutschlandpolitik: Passierscheinfrage[1]

Ministerialdirektor *Krapf* erklärte, daß nach deutscher Auffassung die kommunistische Deutschlandpolitik der letzten Zeit durch zwei Phasen gekennzeichnet sei, die zeitlich durch die Ereignisse in Kuba[2] und durch den Abschluß des Teststopp-Abkommens[3] bestimmt würden. Nach Kuba sei in der kommunistischen Deutschlandpolitik eine defensive Haltung festzustellen gewesen, wie dies auch aus den Reden Ulbrichts in Cottbus[4] und Leipzig[5] hervorgehe. Seit dem Abschluß des Teststopp-Abkommens herrsche bei den Machthabern in der Sowjetzone einmal das Gefühl, ihr Status sei aufgewertet, andererseits rechneten sie nach dem Wechsel des Bundeskanzlers[6] in Bonn offenbar mit einer Modifizierung der deutschen Politik. Daneben bestünden aber weiterhin eine Reihe negativer Faktoren für sie wie zum Beispiel der schlechte Eindruck, den die Mauer in Berlin in der Weltöffentlichkeit hervorrufe, und die Liberalisierungstendenzen im Ostblock, von denen sich die innere Lage in der Zone unterscheide. Auf sowjetzonaler Seite sehe man sich daher gedrängt, etwas zu tun, um sich in der Deutschlandfrage in den Vordergrund zu spielen. Diese Tendenz zeige sich besonders deutlich in der Rede Ulbrichts am 3. Januar 1964.[7] Diese Rede bestätigte den Eindruck, den wir bereits im Verlauf der Verhandlungen über die Passierscheine gewonnen hätten: Die Sowjetzone wolle die Zwei-Staaten-Theorie, zu denen als drittes unabhängiges Gebilde West-Berlin[8] träte, in allen Bereichen eingeführt sehen und auf

[1] Zur Frage einer neuen Passierschein-Vereinbarung vgl. Dok. 1 und Dok. 5.

[2] Am 16. Oktober 1962 stellten die USA durch Aufklärungsflüge über Kuba fest, daß auf der Insel Abschußbasen errichtet und Raketen sowjetischen Ursprungs stationiert worden waren. Am 22. Oktober verhängte die amerikanische Regierung eine Seeblockade. Am 27. Oktober erklärte sich die UdSSR zum Abtransport der Raketen bereit, der am 9. November begann. Zum Briefwechsel zwischen Ministerpräsident Chruschtschow und Präsident Kennedy, mit dem die Krise beigelegt wurde, vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 47, 1962, S. 741–746. Vgl. auch EUROPA-ARCHIV 1962, D 561–594.

[3] Für den Wortlaut des Teststopp-Abkommens vom 5. August 1963 vgl. DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1963, S. 291–293.

[4] Für den Wortlaut der Rede des Staatsratsvorsitzenden Ulbricht am 2. Dezember 1962 auf einer Bezirksdelegiertenkonferenz der SED in Cottbus vgl. DzD IV/8, S. 1453-1457 (Auszug).

[5] Für den Wortlaut der Rede des Staatsratsvorsitzenden Ulbricht am 9. Dezember 1962 in Leipzig vgl. NEUES DEUTSCHLAND, Nr. 339 vom 10. Dezember 1962, S. 1 (Auszüge).

[6] Nach dem Rücktritt von Konrad Adenauer am 15. Oktober 1963 wurde Ludwig Erhard am 16. Oktober 1963 zum Bundeskanzler gewählt.

[7] Für den Wortlaut der Rede des Staatsratsvorsitzenden Ulbricht am 3. Januar 1964 in Ost-Berlin auf der Festveranstaltung zum 45. Jahrestag der Gründung der KPD vgl. DzD IV/10, S. 24–40.

[8] Zur sowjetischen Zwei- bzw. Drei-Staaten-Theorie vgl. Dok. 13, Anm. 10 und 15.

dieser Basis die zukünftigen Handelsbeziehungen[9] gestalten sowie Vereinbarungen über Fragen wie die Denuklearisierung Deutschlands schließen. Mit der Passierscheinaktion habe die Sowjetzone Berlin aus seinen Verbindungen mit der Bundesrepublik herauslösen wollen, wobei sie besonderen Wert darauf legte, Verhandlungen auf möglichst hoher Ebene zu führen. In dieser Aktion und in einigen darauf folgenden Maßnahmen, wie die Übergabe von Briefen an Bundesminister[10] und die neuen Vorschläge zur Fortführung der Passierscheinaktion[11], zeigte sich erneut das Bemühen der Sowjetzone, allmählich der Anerkennung näherzukommen.

Das Aide-mémoire, das der sowjetzonale Staatssekretär Wendt vor kurzem dem Berliner Verhandlungsführer Korber übergeben habe[12], enthalte in der Tat eine Reihe von politischen Bedingungen, die, in die Form von „Erwartungen" der Sowjetzone gekleidet, bei einer Fortführung der Passierscheinaktion gewährt werden sollen. Dazu gehören Forderungen wie das Verbot „revanchistischer Treffen" in West-Berlin, Verbot der Agententätigkeit und andere, schon früher vorgebrachte Wünsche, die den humanitären Charakter der Passierscheinaktion sprengen würden.

Monsieur *Laloy* stimmte der Analyse zu; nach Kuba sei in der sowjetischen Politik zunächst eine Periode der Zurückhaltung zu bemerken gewesen, gefolgt nach dem Teststopp-Abkommen von einer neuen Periode der Aktivität. Auch er wies auf die Wichtigkeit des Passierscheinabkommens für die Ost-West-Politik hin und hob hervor, daß sich daraus große Konsequenzen für uns ergäben.

Anschließend nahm Laloy zu der Beurteilung der Haltung Chruschtschows in der westlichen Welt Stellung. Eine Schule glaube, seit Kuba einen grundsätzlichen Wandel in der sowjetischen Haltung erkennen zu können, die eine progressive Ausarbeitung von Regeln des Zusammenlebens zwischen Ost und West erlaube; die zweite Schule sei demgegenüber der Meinung, daß sich wohl die sowjetischen Methoden geändert haben, die Sowjetunion in ihrer grundsätzlichen Zielsetzung jedoch an ihrer bisherigen Politik festhalte.

Die Rückwirkung, die sich aus dem Teststopp-Abkommen für das Ziel der „non-proliferation" atomarer Waffen[13] ergebe, sei zwar für die Superatommächte günstig, demgegenüber habe das Abkommen aber zur internationalen Aufwertung der Sowjetzone beigetragen und zu Schwierigkeiten in der westlichen Bündnisgemeinschaft geführt.

Die unterschiedliche Analyse der sowjetischen Politik erkläre die Meinungsverschiedenheiten innerhalb der atlantischen Allianz. Frankreich sehe in die-

[9] Zu den Handelsbeziehungen mit der UdSSR vgl. Dok. 19.

[10] Vgl. dazu besonders das Schreiben des Staatsratsvorsitzenden Ulbricht vom 6. Januar 1964 an Bundeskanzler Erhard, in dem der Abschluß eines Vertrags zwischen der Bundesrepublik und der DDR über den beiderseitigen Verzicht auf Atomwaffen vorgeschlagen wurde; DzD IV/10, S. 48 f.

[11] Am 17. Januar 1964 machte die DDR den Vorschlag, die bisherige Passierschein-Vereinbarung zu verlängern. Vgl. dazu DzD IV/10, S. 148 f.

[12] Zum Passierschein-Gespräch zwischen Senatsrat Korber und Staatssekretär Wendt am 17. Januar 1964 sowie zum folgenden Gespräch am 24. Januar 1964 vgl. Dok. 26.

[13] Zur Frage der Nichtverbreitung von Atomwaffen vgl. Dok. 9, Anm. 11 und 12.

sen Meinungsverschiedenheiten die große Gefahr, daß die Sowjetunion daraus Hoffnungen auf eine Spaltung schöpfen könne. Frankreich sei in jedem Falle entschlossen, durch seine Haltung der Sowjetunion jede Illusion zu nehmen, sie könne ihre Ziele leichter erreichen.

In den sowjetzonalen Vorschlägen für eine Fortsetzung der Passierscheinaktion sah Laloy einen Beweis dafür, daß die Gegenseite heute politische Erfolge leichter zu verwirklichen hoffe. Nachdem der Westen einmal einen Anfang mit der Zustimmung zu dem Protokoll[14] gemacht habe, werde eine Ablehnung nunmehr sicherlich schwieriger sein. Laloy bat um Auskünfte über die deutsche Haltung gegenüber den neuen sowjetzonalen Vorschlägen.

Ministerialdirektor *Krapf* antwortete, Senatsrat Korber sei angewiesen, das Dokument in toto zurückzuweisen. Er solle dabei darauf hinweisen, daß die in dem sowjetzonalen Papier aufgeführten Bedingungen nichts mit den humanitären Zielen der Aktion zu tun hätten, sondern die politischen Ziele der Auftraggeber widerspiegelten. Man sei sich auf deutscher Seite wohl bewußt, daß auch die Weiterführung der Passierscheinaktion unter humanitären Vorzeichen gewisse Gefahr in sich berge. So könne sie im Ausland und in der Zone als ein Schritt zur Gewöhnung an den heute in Deutschland herrschenden Zustand hingenommen werden. Diese Wirkung ähnele derjenigen, die ein Ost-West-Abkommen unter Beteiligung der Sowjetzone[15] innerhalb und außerhalb Deutschlands haben müßte.

Die Bundesregierung sei entschlossen, eine Fortführung der Aktion deutlich auf eine humanitäre Zielsetzung zu begrenzen und einer Vereinbarung nur dann zuzustimmen, wenn klar aus ihr hervorginge, daß die Sowjetzone damit weniger erreicht habe als mit dem Protokoll vom 17. Dezember 1963. Dazu gehöre etwa, daß in Zukunft sowjetzonale Postbeamte nicht mehr eingeschaltet werden sollten, sondern die Aufgaben von der Westberliner Post übernommen würden; darüber hinaus sollten die Gespräche auf die Ebene der Treuhandstelle zurückgeführt werden.

Auf deutscher Seite glaube man, in starker Position in neue Verhandlungen hineinzugehen. Diese Position gründe sich auf die schlechte wirtschaftliche Lage in der Sowjetzone[16], auf den dortigen Bedarf an Investitionsgütern und Kapital, auf die negativen Auswirkungen der Mauer in der Weltöffentlichkeit und auf die Divergenzen zwischen den Ostblockstaaten und der Zone. Ferner sei nicht zu übersehen, daß das Protokoll trotz seiner Schönheitsfehler 6–7 Millionen Begegnungen zwischen Ost- und Westdeutschen ermöglicht habe, deren Wirkung noch nicht abzusehen sei und die vor aller Welt die Berliner Mauer als Gefängnismauer und nicht als Grenze enthüllt hätten. Daraus er-

[14] Für den Wortlaut der Passierschein-Vereinbarung vom 17. Dezember 1963 vgl. DzD IV/9, S. 1023–1027.

[15] Zur Bewertung einer Teilnahme der DDR an internationalen Abkommen vgl. auch Dok. 16.

[16] Am 28. Juni 1963 konstatierte Bundesminister Schröder auf der Mitgliederversammlung der Wirtschaftsvereinigung der Eisen- und Stahlindustrie in Düsseldorf, daß es der DDR-Führung nicht gelungen sei, „die wirtschaftliche Dauerkrise" zu beheben. Die Hoffnung der „Machthaber", daß sich nach dem Bau der Mauer die Lage stabilisieren werde, habe sich nicht erfüllt. Die wirtschaftliche Leistungskraft sei auf allen Gebieten schlechter als in der Bundesrepublik. Vgl. DzD IV/9, S. 477 f.

gebe sich ein verstärkter Druck der ostzonalen Bevölkerung auf ihre Regierung, während in Westberlin ein Druck auf den Senat nicht zu spüren sei. Die Bundesregierung und der Senat seien stark genug, im Bedarfsfall einen Bruch der Verhandlungen in Kauf zu nehmen.

M. *Laloy* bezeichnete die Bereitschaft, einen Bruch ins Auge zu fassen, als besonders bedeutsam; andernfalls bestünde die Gefahr, daß die westliche Seite in den Verhandlungen auf eine abschüssige Bahn geriete. Er regte an, daß der Spielraum in Zukunft besser genützt würde, der für die deutschen Verhandlungspartner in der Gegenwart der drei alliierten Kommandanten in Berlin liegt. Frankreich habe die Notwendigkeit des Protokolls vom 17. Dezember 1963 aus humanitären Gründen voll anerkannt. Auf der anderen Seite könne die Frage nie aus den Augen verloren werden, welche Rückwirkung die Sowjetunion aus den westlichen Maßnahmen ziehe. Das Risiko falscher sowjetischer Kalkulationen bleibe immer groß, die die sowjetische Regierung dazu führen könnten, Krisen über die Zufahrtswege nach Berlin oder an sonstigen Punkten auszulösen. Die französische Regierung nehme die schwierige Rolle auf sich, immer wieder als Warnerin aufzutreten, weil sie sonst fürchte, der Westen könne in eine ausweglose Lage gelangen. „Wir erscheinen als diejenigen, die einen Tanz mit den Russen, Polen und Ostdeutschen verhindern." Frankreich hoffe jedoch, daß die Allianz allmählich wieder zu einer übereinstimmenden Beurteilung kommen werde.

Ministerialdirektor *Krapf* stimmt der Analyse zu. Er weist darauf hin, daß in den Verhandlungen mit den einzelnen osteuropäischen Regierungen über die Eröffnung von Handelsmissionen[17] festgestellt worden sei, daß die sowjetische Regierung ihnen eine gewisse Bewegungsfreiheit gewähre, die sie nach eigenem Gutdünken ausnutzen. Sicher sei es richtig, davon auszugehen, daß die sowjetische Politik die Reaktion des Westens auf jeden ihrer Schritte überprüfe und daraus Folgerungen ziehe. Hierbei sei für uns besonders gefährlich, daß die Sowjetzone im allgemeinen die sowjetische Regierung zu einem schärferen Kurs dränge, während Moskau selbst vorsichtig sei. Wenn trotz der sowjetischen Mahnungen schärfere Aktionen Pankows im Westen hingenommen würden, wenn Pankow also Erfolg hätte, dann könnte auch die Sowjetunion zu Fehlkalkulationen verleitet werden.

M. *Laloy* unterstrich, daß es nicht nur wichtig sei, „des guerres par surprise"[18] zu vermeiden, sondern auch „des crises par surprise". Der Westen sei in Gefahr, „des crises par surprise" in seinem Bemühen heraufzubeschwören, einen überraschenden Kriegsausbruch zu vermeiden.

Ministerialdirigent *Dr. Reinkemeyer* wiederholt, die deutsche Seite wolle eine Fortführung der Passierscheinaktion rein unter humanitäre Vorzeichen stellen. Dabei bliebe die Form, welche die Vereinbarung nehmen sollte, zunächst offen. Uns erschiene in jedem Falle die äußere Form weniger wichtig als die

[17] Im Laufe des Jahres 1963 schloß die Bundesrepublik Abkommen mit Polen, Rumänien und Ungarn über den Handelsverkehr bzw. den Austausch von Handelsvertretungen. Mit Bulgarien und der Tschechoslowakei wurden Gespräche aufgenommen. Vgl. dazu Dok. 13, besonders Anm. 20–23.

[18] Zu den Überlegungen, Überraschungsangriffe durch die Errichtung von Bodenbeobachtungsposten auszuschließen, vgl. Dok 13, Anm. 28.

Verwirklichung gewisser Forderungen, wie etwa den Ausschluß der Tätigkeit sowjetzonaler Postbeamter auf westberliner Gebiet. M. *Laloy* hält es für wichtig, daß der Unterschied zwischen der Unterschrift des Protokolls vom 17. Dezember 1963 und der Unterschrift unter ein neues förmliches Abkommen beachtet wird.

2) Ostpolitik der Bundesrepublik Deutschland

Ministerialdirigent *Dr. Reinkemeyer* gibt folgende Erläuterungen zu den deutschen Vorschlägen, die im Botschafterlenkungsausschuß in Washington vorgelegt worden sind[19]: Diese Vorstellungen seien kein fertiger Plan, sondern bestünden aus einer Ansammlung verschiedener Ideen, die zunächst erörtert werden sollten, wobei die Frage der zukünftigen Form, in die sie zu kleiden wären, völlig offenbleibe.

Bei den Sowjetzonenmachthabern sei der Eindruck entstanden, die Haltung des Westens in der Deutschlandpolitik sei schwächer geworden (Passierscheinabkommen, Handelsmissionen in Osteuropa, Hallstein-Doktrin[20]). Die Bundesregierung müsse deshalb deutlich machen, daß ihre Wiedervereinigungspolitik unverändert sei, und müsse handeln. Auch in der öffentlichen Meinung in Deutschland sei man dieser Ansicht.

M. *Laloy* stellt zunächst die Frage, ob die andere Seite darin nicht eine Modifikation der bisherigen Haltung sehen müsse. Auf jeden Fall sollten die Vorschläge sehr eingehend im Botschafterlenkungsausschuß erörtert werden, wo die französische Regierung auch dazu Stellung nehmen werde. Die ersten Überlegungen, die in Paris angestellt worden seien, bezögen sich auf folgende Fragen:

welche Verbindungen bestünden zwischen der in Artikel 2 erwähnten Viermächtekommission und den gesamtdeutschen Kommissionen in Artikel 4;

welche Folgerungen könnten sich ergeben, wenn zwischen der Viermächtekommission und den gesamtdeutschen Kommissionen ein völliger Bruch entstünde;

wie denke sich die Bundesregierung die Stellung Berlins, die in keinem Punkt erwähnt worden sei.

Ministerialdirigent *Dr. Reinkemeyer* betont, daß die gesamtdeutschen Kommissionen im Gegensatz zu den im Genfer 1959-Plan erwähnten technischen Kommissionen[21] nur humanitäre Aufgaben übernehmen sollten. Sie seien deshalb bedeutend harmloser. Auf die Verbindung zur Viermächtekommission lege man auf deutscher Seite besonderen Wert. Berlin sei namentlich nicht erwähnt, weil die Bundesregierung der Tendenz der Öffentlichkeit entgegenwirken wolle, nur noch die Berlinfrage zu sehen und dahinter die allgemeine Deutschlandfrage zu vergessen.

[19] Für den Wortlaut der Deutschland-Initiative (Fassung vom 3. Januar 1964) vgl. Dok. 3.
Zur Einführung der Deutschland-Initiative am 15. Januar 1964 in der Washingtoner Botschaftergruppe vgl. Dok. 10, Anm. 10.

[20] Zur Hallstein-Doktrin vgl. Dok. 46, Anm. 15.

[21] Der im Herter-Plan vom 14. Mai 1959 vorgesehene deutsch-deutsche Gemischte Ausschuß sollte auch an der Vorbereitung politischer Entscheidungen, wie der Durchführung allgemeiner, freier und geheimer Wahlen in Deutschland, mitwirken. Zum Herter-Plan vgl. Dok. 9, Anm. 8.

M. *Laloy* bejaht die Notwendigkeit, das Deutschlandproblem in seiner Gesamtheit aufzugreifen. Er sieht indessen eine Gefahr darin, wenn der Westen seine grundsätzlichen Positionen wandele, denn die eigene Öffentlichkeit komme damit in Gefahr, einen Druck in Richtung auf eine immer weitergehende Relativierung der Ziele auszuüben. Die augenblickliche Präsentation der deutschen Ideen berge diese Gefahr in sich, falls die Vorschläge in der heutigen Form veröffentlicht würden oder zur Kenntnis der Sowjets gelangten. Ministerialdirigent *Dr. Reinkemeyer* glaubt, es handele sich dabei tatsächlich um eine Frage der Präsentation, über die wir bereit seien zu sprechen. Auf eine weitere Frage von M. Laloy nach dem vertraulichen Charakter der Vorschläge weist Ministerialdirigent *Dr.* Reinkemeyer darauf hin, daß bisher der Inhalt vor Indiskretion geschützt werden konnte.[22]

3) Botschaft Chruschtschows vom 31. Dezember 1963[23]

M. *Laloy* begründet die französische Reaktion auf die Botschaft Chruschtschows vom 31. Dezember mit einem Hinweis auf die allgemein schon dargelegte Haltung Frankreichs zur Sowjetunion. Aus dieser Grundhaltung hätte die französische Regierung es vorgezogen, wenn die übrigen Westmächte in ihren Antwortnoten den sowjetischen Unterschied zwischen „guten und bösen Grenzen" eindeutig abgelehnt hätten. Frankreich werde seinerseits voraussichtlich eine kurze Antwort senden, die etwa folgenden Inhalt habe: Die französische Politik basiere auf der Anerkennung des Rechts der Selbstbestimmung; sie werde es auch weiterhin tun. Die sowjetische Note widerspreche diesem Prinzip, indem sie gewisse Grenzen trotz des Widerspruchs zu diesem Prinzip hinnehmen wolle. Einige Grenzen seien im übrigen nach französischer Ansicht keineswegs völkerrechtliche Grenzen. Auf keinen Fall werde die französische Regierung neue Vorschläge in ihrer Note[24] machen, da sie der Sowjetunion nicht die Möglichkeit geben wolle, neue Verhandlungen an diesen Notenaustausch anzuknüpfen. Die sowjetische Note sei dazu kein geeigneter Ausgangspunkt. Die französischen Überlegungen seien bisher über erste Referentenentwürfe nicht hinausgediehen.

Ministerialdirigent *Dr. Reinkemeyer* erklärt, daß auch wir keine Eile mit der Beantwortung der Note hätten. Persönlich messe er ihrem Inhalt keine besondere Bedeutung zu. Eine etwaige deutsche Antwort[25] würde möglicherweise Überlegungen aus früheren Antwortnoten wiederholen, sie würden wahrscheinlich keine Gegenvorschläge enthalten. In jedem Fall werde die französische Seite konsultiert werden.

M. *Laloy* sagt zu, daß der französische Antworttext auch vor Fertigstellung

[22] Zur Deutschland-Initiative vgl. weiter Dok. 48 und Dok. 53.

[23] Zum Schreiben des sowjetischen Ministerpräsidenten an alle Staats- und Regierungschefs betreffend den Abschluß eines internationalen Abkommens über einen Verzicht auf Gewaltanwendung bei der Lösung von territorialen Streit- und Grenzfragen vgl. Dok. 15, Anm. 2. Vgl. dazu auch Dok. 16.

[24] Für den Wortlaut des Antwortschreibens des Staatspräsidenten de Gaulle vom 25. Februar 1964 an Ministerpräsident Chruschtschow vgl. LE MONDE, Nr. 5946 vom 27. Februar 1964, S. 3. Vgl. auch EUROPA-ARCHIV 1964, D 187 f.

[25] Das Antwortschreiben des Bundeskanzlers Erhard datiert vom 18. Februar 1964. Vgl. dazu Dok. 16, Anm. 10.

der deutschen Seite zugeleitet werde. Das französische Außenministerium habe die englische Antwortnote wegen ihres allzu entgegenkommenden Charakters bedauert.

Ungeklärt sei bisher nach Ansicht des Quai d'Orsay, welcher Sinn den Erwähnungen Chinas in der sowjetischen Note beizumessen sei. Mit der Erwähnung multinationaler Staaten, deren Bevölkerung auf beiden Seiten bestehender Grenzen lebte, wolle die Sowjetunion wohl auf die Grenzschwierigkeiten in Sinkiang[26] anspielen. Andererseits sei die Erklärung erstaunlich, daß die in vergangenen Jahrhunderten geschlossenen Grenzverträge nicht ohne weiteres gelten sollten, denn damit werde die chinesische Ablehnung der Grenzverträge mit dem Zarenreich[27] unterstützt. Auf alle Fälle sei die sowjetische Note in der chinesischen Öffentlichkeit bisher nicht kommentiert worden.

Ministerialdirigent *Dr. Reinkemeyer* weist auf eine kurze Erwähnung in der Pekinger „Hsin Hua"[28] hin und bestätigt im übrigen, daß chinesische Kommentare[29] bisher fehlten.

4) Stand der China-Frage

Ministerialdirektor *Dr. Jansen* erklärt, daß auf deutscher Seite im Zusammenhang mit der französischen Absicht, die Volksrepublik China anzuerkennen[30], zwei grundsätzliche Befürchtungen bestehen. Die eine betreffe die Rückwirkung dieses französischen Schrittes auf die Amerikaner, die zweite seine Rückwirkungen auf die Deutschlandfrage.[31] Er bittet die französische Seite um Erläuterung ihrer Ansichten.

[26] Im Zusammenhang mit Unruhen unter der nomadisierenden Bevölkerung in Sinkiang im April 1962 kam es zu sowjetisch-chinesischen Streitigkeiten über den dortigen Grenzverlauf. Vgl. dazu AdG 1963, S. 10808 und S. 10811.

[27] Am 8. März 1963 stellte die Volksrepublik China verschiedene „ungleiche Verträge", darunter auch drei Verträge mit Rußland von 1858, 1860 und 1881, in Frage, zu deren Unterzeichnung die Regierungen des alten China von den „imperialistischen und kolonialistischen Mächten" gezwungen worden seien. Implizit wurde damit der Wunsch nach einer Revision der Grenzen zur UdSSR angedeutet. Vgl. dazu PEKING REVIEW, Nr. 10/11 vom 15. März 1963, S. 61.

[28] Von sowjetischer Seite wurde die angeblich verfälschende Wiedergabe des Schreibens des Ministerpräsidenten Chruschtschow in der chinesischen Presse kritisiert. Vgl. dazu AdG 1964, S. 11063.

[29] Ministerpräsident Tschou En-lai äußerte am 26. April 1964, das Schreiben des sowjetischen Ministerpräsidenten stelle einen „Betrug" dar, der der „Aggressions- und Kriegspolitik der Imperialisten" diene. Vgl. AdG 1964, S. 11191 f.

[30] Zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Frankreich und der Volksrepublik China am 27. Januar 1964 vgl. bereits Dok. 11.

[31] In einem Gespräch mit dem Leiter der Politischen Abteilung im französischen Außenministerium, Lucet, und dessen Stellvertreter, Laloy, bezeichnete Staatssekretär Carstens eine weitere Verschlechterung des französisch-amerikanischen Verhältnisses infolge der Anerkennung der Volksrepublik China als „wichtigsten Punkt" der Sorge der Bundesregierung. Ein Zusammengehen Frankreichs mit China könne in den USA und in der UdSSR die Tendenzen verstärken, sich zu arrangieren. Außerdem werde die Frage aufgeworfen, „ob mit der Anerkennung Rot-Chinas Frankreich generell einen Wechsel in seiner Stellung zu den Ländern des Kommunismus vornehmen wolle. Hieraus könnte sich eine gewisse Gefahr in der ‚DDR-Frage' ergeben. Andere Länder könnten unter Umständen annehmen, daß sich ein solcher Wechsel auch auf die Sowjetzone beziehen würde." Lucet erklärte dazu, „daß Frankreich mit der Anerkennung Rot-Chinas lediglich etwas anerkennt, was existiert. Die SBZ existiere als Staat nicht. Sie sei ein von den Sowjets besetzter Teil Deutschlands. Rot-China und die SBZ seien nicht miteinander zu vergleichen." Vgl. Abteilung I (I A 1), VS-Bd. 15; B 150, Aktenkopien 1964.

M. *Lucet* führt aus, daß die Anerkennung eine Folge der Einsicht sei, daß die Volksrepublik China eine nationale Existenz besitze. Hieran zweifle niemand auf der Welt, abgesehen vielleicht von Taiwan. Frankreich könne nicht umhin, diese Tatsache nunmehr anzuerkennen.[32] Andererseits habe die französische Politik immer die Auffassung vertreten, daß die Sowjetzone Deutschlands keinerlei nationale Existenz besitze. Die Anerkennung Chinas ändere in keiner Weise diese französische Haltung. Zwischen dem einen Problem und dem anderen gäbe es keine Parallelen.

M. *Laloy* fügt hinzu, daß überdies für Deutschland eine Viermächte-Verantwortung bestünde, was einen weiteren Unterschied zu der chinesischen Lage mit sich bringe.

Ministerialdirektor *Dr. Jansen* bittet das französische Außenministerium darum, seinen Missionen in Drittländern den grundsätzlichen Unterschied in der Beurteilung der Anerkennung Chinas und in der Haltung gegenüber der Sowjetzone mitzuteilen, damit sie in ihren Gesprächen darauf hinweisen könnten.

M. *Lucet* erklärt sich dazu bereit, bittet jedoch zu bedenken, daß eine solche Erklärung wohl nur für die afrikanischen Staaten notwendig sei.[33]

Ministerialdirektor *Dr. Jansen* stellt die Frage, ob die Entscheidung der französischen Regierung nicht vielleicht übereilt sei.

Ministerialdirektor *Dr. Müller-Roschach* stellt unter Hinweis auf die Bedeutung der USA für die Verteidigung Deutschlands und auf die Deutschland sehr stark berührenden, von den USA und Großbritannien mit der Sowjetunion geführten Verhandlungen[34] die Frage, wie Frankreich die sicherlich zu erwartende heftige Reaktion der Vereinigten Staaten auf die Anerkennung Chinas[35] zu dämpfen oder aufzufangen gedenke.

M. *Lucet* teilt mit, die französische und die chinesische Regierung würden in der Öffentlichkeit lediglich die Tatsache der diplomatischen Anerkennung und des Botschafteraustauschs innerhalb von drei Monaten mitteilen. Die Anerkennung erfolge unter keinerlei Bedingungen, insbesondere habe sich

[32] Mit Runderlaß vom 22. Januar 1964 stellte Staatssekretär Carstens fest, die französische Entscheidung werde „in Wirklichkeit vor allem durch folgende Überlegungen bestimmt: a) De Gaulle hält, wie wir, die Sowjetunion für weit gefährlicher als die Volksrepublik China. Von der Aufwertung Pekings erwartet er sich offenbar eine Schwächung Moskaus. b) Durch diesen Akt soll gleichzeitig Unabhängigkeit französischer Politik und Anspruch auf Mitspracherecht in allen weltpolitischen Fragen demonstriert werden." Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 419; B 150, Aktenkopien 1964.

[33] Botschafter Klaiber, Paris, berichtete am 29. Januar 1964, „der Erlaß an die französischen Missionen in der Welt über eine Warnung vor einer Übertragung der Realitätstheorie von Peking auf Pankow werde in den allernächsten Tagen herausgehen. Er werde sehr einfach und klar abgefaßt sein, damit namentlich die Afrikaner in den Gesprächen mit den französischen Missionschefs die Argumentation verstünden. Sie werde im wesentlichen darin bestehen, daß Peking von Moskau unabhängig, Pankow weiterhin die Marionette von Moskau sei." Vgl. Abteilung I (I A 3), VS-Bd. 42; B 150, Aktenkopien 1964.

[34] Zu den amerikanisch-sowjetischen bzw. britisch-sowjetischen Sondierungen über Entspannungsmaßnahmen vgl. Dok. 9 und Dok. 13.

[35] Zur amerikanischen Reaktion auf die Anerkennung der Volksrepublik China durch Frankreich vgl. Dok. 11, Anm. 8.

Frankreich nicht verpflichtet, die Beziehungen zu Taipeh abzubrechen oder die Aufnahme Chinas in die Vereinten Nationen zu unterstützen. Frankreich nehme nicht zu der Frage Stellung, wie Taiwan auf die Anerkennung der Volksrepublik China reagieren solle. Es werde seinerseits keinerlei Schritte unternehmen. Sollte Taiwan von sich aus die Beziehungen abbrechen, so werde Frankreich die Folgerungen daraus ziehen.

Die französische Regierung sei sich wohl bewußt, daß die amerikanische Reaktion ablehnend sei. Sie hoffe jedoch, daß sich auch in Amerika die Stimme der Vernunft durchsetzen werde. Die Entscheidung sei nicht getroffen worden, um die Vereinigten Staaten etwa zu verärgern. Frankreich hoffe vielmehr, daß sein Schritt dazu beitragen werde, auch die amerikanische Politik zu einer realistischeren Einstellung in der Chinafrage zu veranlassen. In jedem Fall werde Frankreich niemand zwingen, seinen Schritt nachzuahmen. Auch die mit Frankreich verbündeten afrikanischen Staaten sollten keineswegs aufgefordert werden, nunmehr ebenfalls China anzuerkennen. Wie sich Frankreich zu der Frage der Aufnahme Chinas in die Vereinten Nationen[36] stellen werde, sei noch völlig offen. Möglicherweise werde es sich zu einer ähnlichen Haltung wie Großbritannien entschließen, das in den Vereinten Nationen die Aufnahme Chinas befürworte, den Ausschluß Nationalchinas jedoch ablehne.

Frankreichs Entschluß sei von den Tatsachen diktiert; die amerikanische Politik gehe demgegenüber in ihrer Chinapolitik von moralischen Überlegungen aus. Frankreich hoffe, daß die USA den Wert der Initiative eines Tages erkennen werden.[37] Selbst wenn keine großen Hoffnungen politischer und wirtschaftlicher Art an die Aufnahme der Beziehungen geknüpft würden, so sei es sicherlich doch von Nutzen, wenn China aus seiner Isolierung befreit würde und ein Ventil für seinen Drang nach normalen Beziehungen erhielte.

M. *Laloy* erläutert zusätzlich in Beantwortung der Frage von Herrn Ministerialdirektor Dr. Müller-Roschach, daß die amerikanische Reaktion mehr die Lage in Südostasien im Auge habe als in Europa. Zu den amerikanisch-europäischen Beziehungen meinte er, es habe sich in der Vergangenheit erwiesen,

[36] Wie Botschafter Freiherr von Braun, New York (UNO), am 12. Februar 1964 berichtete, wurde die Aufnahme der Volksrepublik China in die UNO 1963 mit 57 Nein-Stimmen bei 41 Ja-Stimmen und 12 Enthaltungen verhindert. Aufgrund der Anerkennung Chinas durch Frankreich sei es jedoch fraglich, ob in der nächsten Generalversammlung noch einmal eine entsprechende Mehrheit zu bekommen sei. Vgl. Abteilung I (I B 1), VS-Bd. 69; B 150, Aktenkopien 1964.

[37] Am 21. Januar 1964 gab auch Botschafter Knappstein, Washington, den Eindruck wieder, daß die amerikanische Regierung und auch die Demokratische Partei „nach dem ersten Schock erkennen werden, daß eine emotionale Reaktion und gar ein Aufschäumen der öffentlichen Meinung keinerlei Vorteile mit sich bringen würde ... Bei aller innerlichen Verbitterung wird deshalb die offizielle Reaktion der Administration ruhig sein. Man wird sogar versuchen, positive Aspekte des französischen Verhaltens zu finden ... In diesem beruhigenden Sinne sind auch einige wichtige Pressestimmen von heute zu verstehen. So begrüßt Walter Lippmann den Schritt de Gaulles als realistisch und für die Zukunft auch im Interesse der USA liegend. Frankreich werde in den Fernen Osten als Großmacht zurückkehren. Die amerikanische Regierung wäre klug beraten, wenn sie Frankreich in dieser Rolle willkommen hieße." Vgl. Abteilung II (II 6), VS-Bd. 276; B 150, Aktenkopien 1964.
Vgl. auch den Drahtbericht von Knappstein vom 21. Januar 1964 über die Reaktion der amerikanischen Presse auf die Anerkennung Chinas durch Frankreich; Referat I A 3, Bd. 4.

daß die Ost-West-Besprechungen einem eigenen Rhythmus folgen, der nicht durch Vorgänge in Asien beeinträchtigt würde.

Ministerialdirektor *Dr. Müller-Roschach* stellt die Frage, ob die französische Regierung durch die Aufnahme der Beziehungen Druck auf Moskau auszuüben hoffe, um möglicherweise Konzessionen zu erwirken.

M. *Lucet* meint, dies sei nur wünschenswert, aber nicht ohne weiteres zu erwarten.

M. *Laloy* ergänzt, nach französischer Ansicht färbe das Verhältnis zwischen China und der Sowjetunion[38] bisher nicht auf die sowjetische Europa-Politik ab.

Ministerialdirektor *Dr. Müller-Roschach* fragt, ob die französische Regierung den revolutionären Druck Chinas auf die Entwicklungsländer durch die Anerkennung abzuschwächen hoffe.

M. *Lucet* meint, die Entwicklung dieser Frage müsse der Zukunft überlassen bleiben; in jedem Falle wolle Frankreich mit der Anerkennung nicht die Tore Afrikas China öffnen.

Ministerialdirigent *Böker* bittet darum, in dem Memorandum, das das französische Außenministerium seinen Vertretungen zustellen wolle, um auf den Unterschied zwischen der China- und der Deutschlandfrage hinzuweisen, auch auf die tatsächlichen Unterschiede in der geschichtlichen Entwicklung, in der Bevölkerungszahl und in der Größe hinzuweisen. M. *Lucet* sagte dies zu.

Ministerialdirektor *Dr. Jansen* entnimmt aus den Ausführungen der französischen Seite, daß die bevorstehende Anerkennung in ihrer Bedeutung heruntergespielt werde, um etwa auf die gleiche Ebene gestellt zu werden wie die seinerzeitige Entscheidung Großbritanniens[39]. Er erkundigt sich nach der japanischen Reaktion[40] auf die französische Absicht.

M. *Lucet* meint, daß Japan eines der wenigen Länder sei, in denen der französische Schritt tatsächlich innenpolitische Schwierigkeiten heraufbeschwören könne.

Ministerialdirektor *Dr. Müller-Roschach* hält es theoretisch für möglich, den französischen Einfluß in Südostasien als einen möglichen Ersatz für den Fall zu begrüßen, daß die amerikanische Position sich dort als unhaltbar erweise. Sollten Überlegungen dieser Art bei dem französischen Entschluß eine Rolle gespielt haben, so wäre es wichtig, sie zu kennen.

M. *Laloy* weist darauf hin, daß die schlechten französischen Erfahrungen in Südostasien sie zunächst nicht ermutigten. Andererseits schiene es der französischen Regierung wichtig, mehrere Instrumente in der Südostasien-Politik benutzen zu können. M. *Lucet* ergänzt, daß seiner Ansicht nach die amerikanische Reaktion sicherlich nicht im Rückzug aus der asiatischen Politik bestehen werde.

38 Zum sowjetisch-chinesischen Konflikt vgl. Dok. 11, Anm. 4.

39 Zur Anerkennung der Volksrepublik China durch Großbritannien im Januar 1950 vgl. Dok. 11, Anm. 3.

40 Zur japanischen Reaktion vgl. den Drahtbericht des Botschafters Dittman, Tokio, vom 30. Januar 1964; Abteilung I (I A 3), VS-Bd. 42.

Ministerialdirektor *Dr. Jansen* stellt die Frage, welche Vorteile sich Frankreich auf wirtschaftlichem Gebiet erhoffe.

M. *Lucet* antwortet, daß man sich auf französischer Seite keinerlei Illusionen hingebe. Die chinesischen Möglichkeiten seien durch die geringe Devisenmenge begrenzt.

Ministerialdirektor *Dr. Müller-Roschach* weist darauf hin, daß Frankreich die Vergabe langfristiger Kredite an die Sowjetunion[41] ablehne; dieselbe Haltung dürfe gegenüber China gelten. Daraus sei zu schließen, daß wirtschaftliche Überlegungen nicht entscheidend zu der Anerkennung beitragen könnten.

Ministerialdirektor *Krapf* erläutert, daß auch der deutsche China-Handel in den vergangenen vier Jahren erheblich zurückgegangen sei.[42] Die geringe Devisenmenge spiele auch in diesem Verhältnis eine entscheidende Rolle.

Ministerialdirektor *Dr. Müller-Roschach* weist darauf hin, daß zwar in deutschen Wirtschaftskreisen große Hoffnungen auf das China-Geschäft gesetzt würden. Man glaube dort auch, daß China gegenüber Wünschen der deutschen Industrie besonders aufgeschlossen sei.

Ministerialdirektor *Krapf* glaubt, daß der Ausfall der sowjetischen Lieferungen[43] China in jedem Fall dazu zwinge, einen Ausgleich im Westen zu suchen.

Ministerialdirektor *Dr. Jansen* erkundigt sich nach den französischen Hoffnungen, Öl an China zu verkaufen.

M. *Lucet* antwortet, daß Spekulationen dieser Art der Grundlage entbehrten.

M. *Laloy* ergänzt, daß China raffiniertes Öl benötige, was Algerien zur Zeit nicht ausführe. Im übrigen würden die Transportkosten das Geschäft unrentabel werden lassen.

Ministerialdirektor *Krapf* erklärt, daß die deutsche Seite französische Lieferungen an China dann für außerordentlich gefährlich halten würde, wenn es sich um Güter handele, die – wie hochwertige Benzinarten – Chinas militärische Stärke vergrößern.

M. *Lucet* antwortet, von derartigen Planungen sei ihm nichts bekannt. Er werde auf jeden Fall der Frage nachgehen.

Ministerialdirektor *Dr. Müller-Roschach* bittet um Erläuterungen über die innenpolitische Reaktion auf den Entschluß der französischen Regierung.

M. *Lucet* meint, der französische Entschluß sei im allgemeinen in der Öffentlichkeit als eine naturgegebene Notwendigkeit aufgenommen worden.

M. *Laloy* führt zusätzlich aus, daß die französische Linke durch diese Entscheidung in arge Verlegenheit gebracht worden sei. Guy Mollet, der früher immer für die Anerkennung Chinas eingetreten sei, könne den Entschluß der

[41] Zur Kreditpolitik Frankreichs gegenüber der UdSSR vgl. Dok. 5, Anm. 7 und 8, und Dok. 8.

[42] Zu den wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Volksrepublik China vgl. Dok. 69 und Dok. 143.

[43] Im Zusammenhang mit dem sowjetisch-chinesischen Konflikt wurde der Warenaustausch zwischen den beiden Staaten erheblich eingeschränkt. Vgl. dazu das Schreiben der Kommunistischen Partei Chinas vom 29. Februar 1964 an die KPdSU; EUROPA-ARCHIV 1964, D 553–556.

Regierung heute wegen seiner neuen Beziehungen zur Sowjetunion und zur kommunistischen Partei[44] nicht unterstützen.

Ministerialdirektor *Dr. Jansen* bittet abschließend darum, daß die französische Seite uns weiterhin über den Fortgang der Frage unterrichtet.[45]

Abteilung I (I A 1), VS-Bd. 139

18

Besprechung mit Vertretern des Bundesministeriums der Verteidigung

III A 4-81.00-81/64 VS-vertraulich **22. Januar 1964**[1]

Protokoll über die am 22.1.1964 im Auswärtigen Amt durchgeführte Besprechung mit Herrn Ministerialdirektor Dr. Knieper über Fragen der Ausrüstungshilfe

Bei der Besprechung zwischen den Herren Ministerialdirektor Dr. Sachs und Ministerialdirektor Dr. Knieper, an der seitens des Bundesministeriums der Verteidigung noch Oberstleutnant Lege und Oberstleutnant Dr. Acker und seitens des Auswärtigen Amts Vortragender Legationsrat I. Klasse von Stechow und Legationsrat von Stein teilnahmen, wurden folgende Fragen erörtert:

1) Verteidigungshilfe für die Türkei

Ministerialdirektor Knieper wurde über den wesentlichen Inhalt der im Auswärtigen Amt mit Außenminister Erkin geführten Besprechungen[2] unterrichtet. Ministerialdirektor *Sachs* hob hervor, daß die Türken die drei an unsere Hilfszusage geknüpften Bedingungen (Stellung eines Antrags auf multilate-

[44] Botschafter Klaiber, Paris, berichtete am 13. Januar 1964, der Generalsekretär der Sozialistischen Partei Frankreichs, Mollet, trete für eine Annäherung an die KPF ein und neige zu einer Erneuerung der Volksfront. Vgl. Referat I A 3, Bd. 400.

[45] Zur Anerkennung der Volksrepublik China durch Frankreich vgl. weiter Dok. 42 und Dok. 44.

[1] Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse von Stechow am 27. Januar 1964 gefertigt.
In einem Begleitvermerk wies Ministerialdirektor Sachs darauf hin: „Die Punkte 2, 5, 7 und 8 dürften für die bevorstehende Sitzung des Bundesverteidigungsrats am 30.1.64 von Interesse sein."
Hat Staatssekretär Carstens am 28. Januar 1964 vorgelegen. Nach der Sitzung des Bundesverteidigungsrates vermerkte Carstens am 30. Januar 1964 handschriftlich für Bundesminister Schröder: „Nicht behandelt."
Hat Staatssekretär Lahr am 1. Februar 1964 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Die Haushaltskürzung bedeutet praktisch die Einstellung der Ausrüstungshilfe".
Hat Bundesminister Schröder am 1. Februar 1964 vorgelegen.

[2] Zu den Gesprächen des Bundesministers Schröder mit dem türkischen Außenminister Erkin am 20./21. Januar 1964 vgl. Dok. 21.

rale NATO-Hilfe, Anrechnung der bilateralen Hilfe auf die multilaterale Hilfe und Lieferung deutscher Erzeugnisse, soweit es sich um neues Material handeln wird)[3] akzeptiert haben. Ministerialdirektor *Knieper* erklärte, er sei bereit, dem türkischen Wunsch nach baldiger Entsendung einer aus Vertretern der drei Truppenteile zusammengesetzten Sachverständigenkommission[4] zu entsprechen. Der Bericht dieser Kommission solle möglichst noch vor dem für Anfang Mai vorgesehenen Gegenbesuch des Herrn Bundesministers von Hassel in der Türkei[5] vorliegen.

Auf Anregung von Mr. Bundy werde noch vor der Ausreise der deutschen Sachverständigen eine amerikanische Expertengruppe nach Bonn kommen, um die deutsche Hilfe mit der US-Hilfe für die Türkei zu koordinieren.[6]

Seitens des Auswärtigen Amts wurden gegen die vorgenannten Sachverständigenbesprechungen keine Einwendungen erhoben, Ministerialdirektor *Sachs* betonte aber, daß er noch nicht übersehen könne, wer das mit der Türkei abzuschließende Abkommen unterzeichnen solle. Ministerialdirektor *Knieper* meinte dazu, das sei – analog dem Griechenland-Abkommen[7] – Sache des Auswärtigen Amts.

2) Haushaltsmittel für die Ausrüstungshilfe[8]

Oberstleutnant *Lege* gab einen Überblick über den Stand der Verplanung der für 1964 verfügbaren Mittel, wobei er von dem bisherigen Ansatz in

[3] Staatssekretär Lahr hielt am 16. Januar 1964 für Bundesminister Schröder zur Vorbereitung auf die Sitzung des Bundeskabinetts am folgenden Tag fest, die Türkei bemühe sich seit über zwei Jahren um eine deutsche Verteidigungshilfe. Es bestehe kein Zweifel, daß die türkischen Streitkräfte unzureichend ausgerüstet seien. Aufgrund der traditionellen deutsch-türkischen Freundschaft könne sich die Bundesrepublik daher der Bitte um Verteidigungshilfe nicht völlig entziehen. Es stelle sich allerdings die Frage, ob die Hilfe „im multilateralen NATO-Rahmen oder bilateral gewährt werden soll. Bisher hielten wir eine bilaterale Hilfe für zweckmäßiger, weil bei ihr der politische Effekt des finanziellen Opfers, d.h. die Wirkung einer deutschen Hilfe für den Freund und Verbündeten offensichtlich stärker ist, als wenn der deutsche Beitrag in eine multilaterale Leistung eingeht." In einer Übereinkunft mit dem Bundesministerium der Verteidigung und dem Bundesministerium der Finanzen habe man sich inzwischen auf eine Materialhilfe in Höhe von 50 Millionen DM geeinigt. Dieser Betrag solle jedoch später auf eine multilaterale Hilfe im Rahmen der NATO angerechnet werden. Vgl. Abteilung III (III A 4), VS-Bd. 199; B 150, Aktenkopien 1964.
Vgl. dazu auch AAPD 1963, III, Dok. 466.

[4] Während des Besuchs einer deutschen Expertengruppe in der Türkei Ende Februar/Anfang März 1964 wurden Gespräche über die Art der zu liefernden Waffen geführt. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Sachs vom 20. März 1964; Abteilung III (III A 4), VS-Bd. 199; B 150, Aktenkopien 1964.

[5] Bundesminister von Hassel besuchte vom 30. April bis 5. Mai 1964 die Türkei. In diesem Zusammenhang wurde bekanntgegeben, daß die Bundesrepublik mit der Türkei ein Abkommen über die Lieferung militärischer Rüstungsgüter im Wert von 50 Millionen DM getroffen habe. Vgl. BULLETIN 1964, S. 652.

[6] Die deutsch-amerikanische Expertenbesprechung über die Verteidigungshilfe für die Türkei fand am 13./14. Februar 1964 statt. Vgl. dazu das Schreiben des Bundesministeriums der Verteidigung vom 7. Februar 1964 an das Auswärtige Amt; Referat III A 4, Bd. 299.

[7] Zur Vereinbarung mit Griechenland über eine Verteidigungshilfe in Höhe von 8 Millionen Dollar für 1963 und 9 Millionen Dollar für 1964 vgl. die Kabinettsvorlage des Auswärtigen Amts vom 24. November 1962; Abteilung III (III A 5), VS-Bd. 181; B 150, Aktenkopien 1962.
Zur Verteidigungshilfe für Griechenland vgl. auch Dok. 114.

[8] Zum Stand der Ausrüstungshilfe-Vorhaben im Oktober 1963 vgl. AAPD 1963, III, Dok. 378.

Höhe von 150 Mio. DM ausging. Danach sind folgende Mittel verplant (in Mio. DM):

47,9 für den Sudan
16,– für Guinea
2,1 für Restzahlungen Madagaskar
2,2 für Tanganjika
1,2 für Jordanien
1,– für Ausbildungshilfe
10,– für Rückerstattung für Lagerentnahmen aus Bundeswehrbeständen aus früheren Jahren

Dazu kämen noch 60 Mio. DM für ein bekanntes, hier nicht näher zu bezeichnendes Vorhaben.[9] Schon nach diesem Stand hätten also die 7 bis 8 Mio. DM, die durch den Wegfall der Militärhilfe für Somalia[10] frei geworden seien, praktisch den einzigen Spielraum für neue Vorhaben dargestellt. Auf die Frage, wie man sich im Bundesministerium der Verteidigung das weitere Vorgehen auf dem Gebiet der Ausrüstungshilfe vorstelle, falls die Mittel erwartungsgemäß zugunsten der Kriegsopferversorgung um 20 Mio. DM gekürzt würden, erwiderte Ministerialdirektor *Knieper*, dann könne man nur noch „strecken", d.h. Liefertermine hinausschieben oder fällige Zahlungen verzögern. In einigen Fällen könne man eventuell auch durch die Entnahme von vorhandenem Material aus Lagern der Bundeswehr, dessen Gegenwert dann erst im nächsten Jahr erstattet würde, Materiallieferungen ermöglichen. Neubeschaffungen für neue Vorhaben könnten aber auf keinen Fall durchgeführt werden.[11] Ministerialdirektor *Sachs* meinte, daß dann in Ausnahmefällen nur der Weg über eine Kabinettsentscheidung offen bliebe.

3) Rechtsstellung deutscher Ausbildungskommandos in Entwicklungsländern

Ministerialdirektor *Knieper* führte einleitend aus, daß sich der Regelung der Rechtsstellung der Mitglieder deutscher Ausbildungskommandos und Beratergruppen im Ausland bekanntlich erhebliche Schwierigkeiten entgegenstellten. Das Bundesministerium der Justiz vertrete die Auffassung, derartige Statusfragen könnten nur durch ein Bundesgesetz oder durch ratifikationsbedürftige Staatsverträge geregelt werden. Mit Rücksicht auf die lange Dauer eines derartigen Verfahrens bat Ministerialdirektor *Knieper* zu prüfen, ob die Rechtsstellung der Bundeswehrangehörigen nicht entsprechend der für die Angehörigen des Güteprüfdienstes im Ausland getroffenen Vereinbarung[12] geregelt werden könnte. Eine solche Konstruktion würde in etwa auch derjeni-

[9] 60 Millionen DM waren im Jahr 1964 für die Ausrüstungshilfe an Israel vorgesehen. Vgl. dazu Dok. 289.

[10] Im November 1963 gab die somalische Regierung den Entschluß bekannt, anstelle westlicher Ausrüstungshilfe ein entsprechendes Angebot der UdSSR anzunehmen. Vgl. dazu THE TIMES, Nr. 55856 vom 12. November 1963, S. 11.

[11] Zur geplanten Kürzung des Haushaltsansatzes für die Ausrüstungshilfe vgl. weiter Dok. 41.

[12] Der im Einvernehmen mit dem Auswärtigen Amt vom Bundesministerium der Verteidigung eingerichtete „Güteprüfdienst (Ausland)" hatte die Aufgabe, die Herstellung von Gütern für die Bundeswehr an Fertigungsstätten im Ausland zu überwachen. Für eine Abschrift der Vereinbarung zwischen dem Bundesministerium der Verteidigung und dem Auswärtigen Amt (Fassung vom 1. Dezember 1961) vgl. Referat III A 4, Bd. 550.

gen der amerikanischen MAAG[13] entsprechen. Ministerialdirektor *Sachs* sagte die baldige Prüfung dieser Frage, für die in erster Linie Abteilung V zuständig wäre, zu.[14]

4) Verstärkung der deutschen Ausrüstungshilfe für den Sudan

Die Erörterung der kürzlichen Demarche der US-Botschaft[15], mit der die Bundesregierung von einem dringenden Hilfsersuchen des Präsidenten Abboud an die amerikanische Regierung unterrichtet und um Verstärkung ihrer eigenen Militärhilfe gebeten wurde, ergab, daß bisher weder im Auswärtigen Amt noch im Bundesministerium der Verteidigung über die Hintergründe dieser Angelegenheit Klarheit herrscht.

Ministerialdirektor *Knieper* erklärte, daß seitens seines Hauses schon seit längerer Zeit beabsichtigt gewesen sei, eine etwaige sudanische Anfrage nach Folgeleistungen im Anschluß an das 1965 auslaufende Programm[16] positiv zu beantworten. Das Bundesministerium der Verteidigung habe dabei an etwa 1/3 der bisherigen Hilfe mit erneuter Selbstbeteiligung des Sudans in Höhe von 1/3 gedacht. Diese Konzeption sei durch die Entwicklung der budgetären Situation allerdings hinfällig geworden.

Es wurde vereinbart, daß Oberstleutnant Lege dem Auswärtigen Amt eine Übersicht über die in diesem Jahre fällig werdenden Lieferungen an den Sudan zusenden wird. Das Auswärtige Amt wird seinerseits versuchen, sich über die Hintergründe der sudanischen Anfrage Klarheit zu verschaffen (Berichte aus Khartum und London)[17].

[13] Die amerikanischen Militärberater in einem bestimmten Staat bildeten jeweils eine „Military Assistance Advisory Group".

[14] Vortragender Legationsrat I. Klasse Wollenweber teilte am 13. März 1963 mit, „daß die Rechtsstellung der Bundeswehrangehörigen in den Entwicklungsländern nicht auf der Grundlage der Vereinbarung über die Angehörigen des Güteprüfdienstes im Ausland geregelt werden kann. Bei der Entsendung von Soldaten und Offizieren der Bundeswehr in die Entwicklungsländer zu Ausbildungszwecken handelt es sich um einen der Truppenstationierung eng verwandten Tatbestand, der in Anlehnung an das allgemeine Stationierungsrecht geregelt werden könnte. Die Einzelheiten der Statusfrage müßten mit jedem Land durch ein völkerrechtliches Abkommen festgelegt werden." Vgl. Referat III A 4, Bd. 550.

[15] Der amerikanische Botschaftssekretär Starkey brachte am 8. Januar 1964 im Auswärtigen Amt vor: „Der Präsident der Republik Sudan habe die amerikanische Regierung kürzlich um Lieferung überschüssigen militärischen Materials, insbesondere Waffen, gebeten und dabei zu erkennen gegeben, daß er sich im Falle der Nichterfüllung seines Wunsches an den Ostblock wenden müsse. Präsident Abboud und auch der Außenminister hätten erklärt, sie würden an sich gerne bei ihren bisherigen ‚Lieferanten', Großbritannien und der Bundesrepublik, bleiben. Deren Preise seien aber zu hoch und die Lieferfristen zu lang." Vgl. dazu die Aufzeichnung des Legationsrats von Stein vom 8. Januar 1964; Abteilung III (III A 4), VS-Bd. 253; B 150, Aktenkopien 1964.

[16] Zum laufenden Ausrüstungshilfe-Programm für den Sudan vgl. auch AAPD 1963, I, Dok. 119, Dok. 150 und Dok. 166.

[17] Botschafter Freiherr von Richthofen, Khartum, berichtete am 5. Februar 1964, die sudanesische Armee habe insbesondere einen dringenden Bedarf an geländegängigen Fahrzeugen angemeldet, „um der mit Beginn der Regenzeit im Sommer erwarteten verstärkten Rebellentätigkeit im Süden besser begegnen zu können". Es habe der Armee ein privates Angebot einer amerikanischen Firma mit kurzer Lieferfrist, jedoch außerordentlich hohen Preisen vorgelegen. Durch Einschaltung der amerikanischen Regierung habe der Sudan erhofft, bessere finanzielle Bedingungen zu erwirken. Vgl. Abteilung III (III A 4), VS-Bd. 253; B 150, Aktenkopien 1964.

5) Ausrüstungshilfe für die Polizeistreitkräfte Äthiopiens

Ministerialdirektor *Sachs* unterrichtete Ministerialdirektor Knieper von der von dem äthiopischen Botschafter bei seinem Gespräch mit Herrn Staatssekretär Professor Dr. Carstens am 16.1.64[18] vorgetragenen Bitte um Unterstützung beim Aufbau der äthiopischen Polizeistreitkräfte. Die Meinungsbildung im Auswärtigen Amt sei noch nicht abgeschlossen, man neige aber – insbesondere mit Rücksicht auf die heutige außenpolitische Stellung des äthiopischen Kaisers – dazu, für eine Hilfe zu plädieren, zumal es sich nicht um Waffen, sondern um die Entsendung von Experten und die Bereitstellung von Ausbildungseinrichtungen handele. Ministerialdirektor *Knieper* meinte dazu, daß bei der derzeitigen Haushaltslage und dem Personalmangel in den für eine Ausbildung in Frage kommenden Einheiten nur bei einer Intervention seitens der Leitung des Auswärtigen Amtes mit einer positiven Reaktion seines Hauses gerechnet werden könne. Ministerialdirektor *Sachs* stellte in Aussicht, daß der Herr Bundesaußenminister diese Frage im Bundesverteidigungsrat[19] voraussichtlich anschneiden würde.

6) Ausrüstungshilfe für Niger

Die von Niger beantragte Ausrüstungshilfe in Form von Materiallieferungen für Armee und Grenzschutz ist bereits abgelehnt worden. Vortragender Legationsrat I. Klasse *von Stechow* trug vor, er habe beabsichtigt anzuregen, daß das Bundesministerium der Verteidigung nochmals gebeten wird, wenigstens ein einmaliges Geschenk (Unimog- oder Hanomag-Fahrzeuge) aus Mitteln der Ausrüstungshilfe zu gewähren. Seine Annahme, daß sich ein derartiges Schreiben angesichts der zu erwartenden Kürzung der Mittel für 1964 erübrigen dürfte, wurde von Ministerialdirektor *Knieper* nachdrücklich bestätigt. Ministerialdirektor *Sachs* stellte dementsprechend fest, daß der nigrische Antrag endgültig negativ zu bescheiden sei.[20]

[18] Zum Gespräch des Staatssekretärs Carstens mit dem äthiopischen Botschafter Lemma vgl. die Aufzeichnung von Carstens vom 16. Januar 1964; Büro Staatssekretär, VS-Bd. 421; B 150, Aktenkopien 1964.

[19] Zur Vorbereitung auf die Sitzung des Bundesverteidigungsrats am 30. Januar 1964 vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Sachs vom 27. Januar 1964; Abteilung II (II 7), VS-Bd. 688; B 150, Aktenkopien 1964.
Am 6. Februar 1964 wandte sich Sachs in dieser Angelegenheit an Ministerialdirektor Knieper, Bundesministerium der Verteidigung: „In unserem Gespräch am 22. Januar d.J. über laufende Probleme der Ausrüstungshilfe waren von mir auch die Ersuchen Äthiopiens und Malis um Ausrüstungshilfe angesprochen worden. Ich hatte darauf hingewiesen, daß wir aus politischen Erwägungen an einer gewissen Unterstützung der beiden Länder und einer zumindest teilweisen Erfüllung ihrer Anträge dringend interessiert seien und den Vertreter des Auswärtigen Amts bitten würden, die Anregungen der beiden Regierungen in der Sitzung des Bundesverteidigungsrates am 30. Januar zur Sprache zu bringen. Obwohl von meiner Abteilung eine entsprechende Aufzeichnung vorgelegt wurde, sind beide Punkte leider nicht zur Erörterung gelangt, sondern der Bundesverteidigungsrat hat sich mit einer allgemeinen Billigung der in unserem Sprechzettel enthaltenen Grundsätze der Ausrüstungshilfe und deren grundsätzlicher Fortführung begnügt, ohne jedoch zu den vordringlichen neuen Einzelvorhaben Stellung zu nehmen." Vgl. Abteilung I (D I/Dg I A), VS-Bd. 3; B 150, Aktenkopien 1964. Vgl. ferner die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Stechow vom 4. Februar 1964; Abteilung I (I B 3), VS-Bd. 98; B 150, Aktenkopien 1964.

[20] Am 30. Januar 1964 teilte Ministerialdirektor Sachs der Botschaft in Niamey mit, daß aufgrund einer vorgesehenen Kürzung der Mittel für die Ausrüstungshilfe, der entsprechende Antrag von

7) Ausrüstungshilfe für Mali

Der Handels- und Transportminister von Mali Hamacire N'Douré hat bei seinem kürzlichen Besuch[21] um eine deutsche Ausrüstungshilfe auf dem Pioniersektor nach dem Muster Guineas gebeten. Ministerialdirektor *Knieper* erkannte die von Ministerialdirektor Sachs vorgetragenen politischen Gründe, die für eine derartige Hilfe sprechen, durchaus an, betonte aber, daß schon personelle Gründe zu einer Ablehnung seitens des Bundesministeriums der Verteidigung führen müßten. Die Pioniere seien z. Z. nicht imstande, ein fachlich und sprachlich entsprechend qualifiziertes Lehrkommando abzustellen. Ministerialdirektor *Sachs* kündigte die Behandlung dieser Frage im Bundesverteidigungsrat an.[22]

8) Lieferung von deutschen U-Booten an Nicht-NATO-Staaten

Ministerialdirektor *Knieper* gab bekannt, daß dieses Thema voraussichtlich von Herrn Bundesminister von Hassel im Bundesverteidigungsrat angeschnitten würde. Der Minister sei von dem in der Abteilung W ausgearbeiteten Plan, die Konstruktion eines geheimschutzfreien U-Boots zur Lieferung an Nicht-NATO-Staaten in Auftrag zu geben, selbst nicht überzeugt. Ministerialdirektor *Sachs* unterrichtete seine Gesprächspartner über die im Auswärtigen Amt zu diesem Vorhaben angestellten Erwägungen.[23] Es stelle sich insbesondere die Frage, ob sich die doch wohl hohen Entwicklungskosten lohnten, wenn jetzt schon vorauszusehen sei, daß das Auswärtige Amt der Lieferung an Nicht-NATO-Staaten aus politischen Gründen voraussichtlich in zahlreichen Fällen widersprechen müßte.

Abteilung III (III A 4), VS-Bd. 235

Fortsetzung Fußnote von Seite 105

Niger abgelehnt werden müsse. Auch die Möglichkeit, aus Mitteln der Ausrüstungshilfe ein Geschenk in Form von einigen Fahrzeugen zu machen, bestehe nicht. Es solle allerdings noch einmal geprüft werden, ob eine Lieferung von Polizeifahrzeugen im Rahmen der zivilen technischen Hilfe erfolgen könne. Vgl. Abteilung III (III A 4), VS-Bd. 254; B 150, Aktenkopien 1964.

21 Der malische Handelsminister Hamacire N'Douré hielt sich vom 15. bis 25. Janur 1964 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu BULLETIN 1964, S. 149.
Zum Wunsch von Hamacire N'Douré nach Ausrüstungshilfe vgl. auch die Aufzeichnung des Staatssekretärs Lahr vom 15. Januar 1964; Büro Staatssekretär, VS-Bd. 437; B 150, Aktenkopien 1964.

22 Dieser Satz wurde von Staatssekretär Lahr hervorgehoben. Dazu handschriftliche Bemerkung: „r[ichtig]".

23 Vgl. dazu die in Vorbereitung der Sitzung des Bundesverteidigungsrats am 30. Januar 1964 gefertigte Aufzeichnung des Ministerialdirektors Sachs vom 24. Januar 1964; Abteilung III (III A 4), VS-Bd. 239; B 150, Aktenkopien 1964.

19

Botschafter Groepper, Moskau, an das Auswärtige Amt

Z B 6-1/618/64 VS-vertraulich **Aufgabe: 22. Januar 1964, 12.00 Uhr[1]**
Fernschreiben Nr. 72 **Ankunft: 22. Januar 1964, 10.20 Uhr**
Citissime

I. Abteilungsleiter für Handel mit westlichen Ländern im Außenhandelsministerium, Manschulo, bat gestern Leiter Wirtschaftsreferats, Dr. Naupert, zu sich und gab ihm gegenüber nachstehende mündliche Erklärung ab, die er anschließend in Form eines Aide-mémoire[2] überreichte:

„Da die Geltungsdauer des langfristigen Abkommens über den Waren[3]- und Zahlungsverkehr zwischen der UdSSR und der BRD vom 31.12.1960[4] am 31.12.1963 abgelaufen ist, schlägt die sowjetische Seite vor, den Handel zwischen den beiden Ländern im Jahre 1964 auf der Grundlage des geltenden Abkommens über allgemeine Fragen des Handels und der Seeschiffahrt zwischen der UdSSR und der BRD vom 25.4.1958[5] durchzuführen."

Hierbei hat man vor Augen, daß die zuständigen Stellen beider Länder in den Fällen, in denen die Erteilung von Lizenzen für die Ein- und Ausfuhr der Waren erforderlich ist, diese Lizenzen ohne Behinderung (im Originaltext wörtlich: ungehindert) innerhalb des Rahmens der Mengen oder Wertbeträge erteilen, die die Warenlisten für gegenseitige Lieferungen des langfristigen Abkommens über den Waren- und Zahlungsverkehr zwischen der UdSSR und der Bundesrepublik Deutschland vom 31. Dezember 1960 für das Jahr 1963 vorsahen.

Nach Auffassung der sowjetischen Seite könnte diese Regelung des Handels zwischen der UdSSR und der Bundesrepublik Deutschland für das Jahr 1964 durch ein Protokoll oder einen Briefwechsel zwischen den zuständigen Stellen der UdSSR und der Bundesrepublik Deutschland ihre verbindliche Form erhalten (wörtlich: könnte diese Regelung in Form eines Protokolls oder eines Briefwechsels ... in eine Form gebracht werden). Wortlaut in russischer Sprache folgt mit nächstem Kurier.

In anschließendem kurzen Gespräch wich Manschulo den Bemühungen Dr. Nauperts, eine Begründung des sowjetischen Vorschlags zu erhalten, geflissentlich aus. Er bezeichnete ganz allgemein den Vorschlag seines Ministe-

[1] Hat Bundesminister Schröder am 22. Januar 1964 vorgelegen, der die Staatssekretäre Carstens und Lahr um Rücksprache bat.
Hat Carstens am 27. Januar 1964 vorgelegen.

[2] Für eine Abschrift des sowjetischen Aide-mémoires vgl. VS-Bd. 8380 (III A 6).

[3] Korrigiert aus: „sbwo-".

[4] Für den Wortlaut des Abkommens mit der UdSSR vom 31. Dezember 1960 über den Waren- und Zahlungsverkehr vgl. BUNDESANZEIGER, Nr. 12 vom 18. Januar 1961, S. 1–3 (mit Warenlisten).

[5] Für den Wortlaut des Abkommens vom 25. April 1958 mit der UdSSR über allgemeine Fragen des Handels und der Seeschiffahrt, das mit einem Protokoll vom 31. Dezember 1960 verlängert wurde, vgl. BUNDESGESETZBLATT 1959, Teil II, S. 222–231; für die Verlängerung und den damit zusammenhängenden Briefwechsel vgl. BUNDESGESETZBLATT 1961, Teil II, S. 1086–1091.

riums als zweckmäßig und vertrat die Auffassung, daß, falls gewisse Probleme hinsichtlich der Warenkontingente im Laufe des Jahres 1964 auftreten sollten, sie in jedem Einzelfall, die deutsche Bereitschaft vorausgesetzt, durch ad hoc-Besprechungen gelöst werden könnten.

Dr. Naupert sagte zu, Bundesregierung umgehend zu unterrichten.

II. 1) Vorbehaltlich eingehender Analyse scheinen mir sowjetischem Vorschlag folgende Motive zugrunde zu liegen:

a) Die schwierige wirtschaftliche Lage der UdSSR[6] (nur sehr geringe Steigerung des Bruttonationalproduktes in 1962 und 1963, Rückgriff auf Goldreserven für Weizenkäufe, allgemeine Kapitalknappheit und wachsender Eigenbedarf der chemischen Industrie an Rohstoffen) setzen der Ausweitungsmöglichkeit sowjetischen Handels enge Grenzen. Dies machte sich zuerst durch die geringe Zuwachsrate sowjetischen Außenhandels im ersten Halbjahr 1963 (2 Prozent) bemerkbar und wurde offenkundig durch das am 20.12.1963 vereinbarte sowjetisch-österreichische Warenprotokoll[7] für 1964, das Rückgang des Handels in beiden Richtungen von 15 Prozent vorsieht (vgl. Bericht 410-85-239/64 VS-NfD vom 16. Januar 1964[8]). Hierbei konnte eine noch stärkere Kürzung – wie inzwischen aus zuverlässiger Quelle verlautete – nur durch intensive österreichische Bemühungen verhindert werden. Ich hatte daher bereits in der Schlußbetrachtung im vorbezeichneten Bericht die Auffassung vertreten, daß sich die Sowjetunion auf Grund ihrer begrenzten Liefermöglichkeiten zur Einschränkung ihres Handels auch mit der Bundesrepublik veranlaßt sehen könnte.
Mit ihrem unter I. unterbreiteten Vorschlag möchte die sowjetische Seite aller Wahrscheinlichkeit nach ein entsprechendes ausdrückliches Eingeständnis vermeiden.

b) Die sowjetische Seite, der inzwischen unsere Haltung in der Kreditfrage[9] bekanntgeworden sein dürfte, vermeidet mit dem vorgeschlagenen Weg, sich einer offiziellen deutschen Ablehnung der Gewährung von mittel- bzw. langfristigen Krediten auszusetzen.

c) Sie geht Schwierigkeiten aus dem Wege, die sich im Laufe der Verhandlungen durch eine Wiederholung unseres Standpunktes hinsichtlich der Einbeziehung West-Berlins in den Geltungsbereich des Abkommens[10] mit großer Wahrscheinlichkeit ergeben hätten.

2) Wir müßten mit der Möglichkeit rechnen, daß Sowjets Ausfall vorgesehener Verhandlungen und bloße Verlängerung Warenabkommens um nur ein Jahr deutschen Industriekreisen gegenüber als Vorwand für Behauptung be-

6 Zu den wirtschaftlichen Schwierigkeiten in der UdSSR vgl. Dok. 13, Anm. 6.

7 Vgl. dazu ÖSTERREICHISCHES JAHRBUCH 1963, S. 414.

8 Vgl. Referat III A 6, Bd. 212.

9 Zu einer Vergabe langfristiger Kredite an die UdSSR vgl. Dok. 2 und Dok. 5.

10 In einem dem Protokoll vom 31. Dezember 1960 beigefügten Schreiben vertrat die Bundesregierung die Auffassung, daß das Handelsabkommen mit der UdSSR vom 25. April 1958 auch Berlin (West) einbeziehe. Dies wurde von der UdSSR in Frage gestellt. Vgl. dazu AAPD 1963, III, Dok. 408.
Vgl. dazu auch die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Schenck vom 28. Januar 1964; Abteilung II (II 4), VS-Bd. 249; B 150, Aktenkopien 1964.

nutzen werden, restriktive Haltung der Bundesregierung (Röhrenembargo[11]) stehe Ausweitung deutsch-sowjetischen Handels entgegen; aus diesem Grunde hätten sich Sowjets diesmal nicht zu einer längeren Festlegung des Warenvolumens in der Lage gesehen. Sie dürften sich von einer solchen Argumentation einen erhöhten Druck der deutschen Industrie auf die Bundesregierung versprechen, ihnen den Abschluß eines langfristigen, womöglich über drei Jahre noch hinausgehenden Abkommens mit günstigen Bedingungen (langfristige Kredite) attraktiv zu machen. Beiläufige Bemerkungen eines leitenden Beamten Außenhandelsministeriums gegenüber Naupert bei anderer Gelegenheit ließen starkes Interesse an späterem langfristigen Abkommen durchblicken.

3) Absatz 2 des sowjetischen Aide-mémoire, der vorsieht, daß notwendige Ein- und Ausfuhr-Lizenzen ohne Behinderung zu erteilen sind, könnte sich auf Position 19 der Liste B des abgelaufenen Warenabkommens beziehen, unter der u.a. geschweißte Großrohre aufgeführt sind. Wenn wir diesen Passus uneingeschränkt übernehmen, würden Sowjets für den Fall, daß sie Großrohre kaufen (also nicht im Lohnveredlungsverfahren[12] bestellen), bei Verweigerung einer Lizenz uns vermutlich erneut „Vertragsverletzung" vorwerfen. Jedenfalls wäre dieser Fragenkomplex sorgfältig zu prüfen.

4) In der alten Warenliste B sind die Kontingente für Maschinen und Ausrüstungen wert- bzw. mengenmäßig für drei Jahre (1961–1963) insgesamt festgelegt, so daß es hier an einem gesondert ausgewiesenen Jahreskontingent für 1963 fehlt. Unter diesen Umständen dürfte bei den genannten Positionen ein Drittel der bisherigen Dreijahres-Kontingente als oberste Grenze für 1964 in Betracht kommen. Dies müßte zur Vermeidung von späteren Auslegungsschwierigkeiten vorher klargestellt werden.

III. Die von den Sowjets vorgeschlagene Verlängerung wirft in jedem Falle eine Anzahl von Fragen auf, die vorher mit ihnen geklärt werden müssen. Für die internen Vorbesprechungen wird Dr. Naupert, der am 2. Februar an der Wirtschaftsreferententagung in Bonn teilnimmt, zur Verfügung stehen.[13]

[gez.] Groepper

Ministerbüro, VS-Bd. 10079

[11] Ausgehend von einem Beschluß des Ständigen NATO-Rats erließ die Bundesregierung am 18. Dezember 1962 eine Rechtsverordnung, durch die der Export von Großrohren mit einem Außendurchmesser von mehr als 19 Zoll in die UdSSR und die übrigen Ostblock-Staaten genehmigungspflichtig wurde. Für den Wortlaut der Verordnung vgl. BUNDESANZEIGER, Nr. 238 vom 18. Dezember 1962, S. 1.
Vgl. dazu auch AAPD 1963, I, Dok. 9 und Dok. 11.

[12] Vom Röhrenembargo waren vor allem Exporte auf der Grundlage des sogenannten Lohnveredelungsverfahrens betroffen. Die sowjetische Seite lieferte bei einem solchen Geschäft den Rohstoff in Form von Roheisen und erhielt nach erfolgter Bearbeitung in einem Betrieb in der Bundesrepublik Halbfertigprodukte zurück.

[13] Zu den deutsch-sowjetischen Handelsbeziehungen vgl. weiter Dok. 68, Anm. 8.

20

Botschafter Knappstein, Washington, an das Auswärtige Amt

Z B 6-1/650/64 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 190
Cito

Aufgabe: 22. Januar 1964, 19.00 Uhr
Ankunft: 23. Januar 1964, 02.15 Uhr

Betr.: Das Dreieck Deutschland-USA-Frankreich

Der heutige Jahrestag der Unterzeichnung des deutsch-französischen Vertrags[1] ist Anlaß, Entwicklung des amerikanisch-deutschen und amerikanisch-französischen Verhältnisses zu analysieren und insbesondere die Wechselwirkungen zu beschreiben, die im letzten Jahr von der Entwicklung des einen auf das andere ausgegangen sind.[2]

Abschluß des Elyséevertrags im Januar 1963 hat, wie seinerzeit berichtet, auf die amerikanische Öffentlichkeit, aber auch auf die führenden politischen Figuren in der Regierung, zuerst wie ein Schock gewirkt.[3] Sicherlich war beiderseitige Absicht, zwischen Deutschland und Frankreich zu einem abschließenden Versöhnungsakt zu kommen, seit Besuch de Gaulles in Deutschland[4] und seit Besuch Altbundeskanzlers in Frankreich[5] hier nicht unbekannt. Doch sind offenbar die Informationen, die im Laufe der Vorverhandlungen der amerikanischen Botschaft zugingen, mehr oder weniger auf dem „working level" steckengeblieben, so daß oberste amerikanische Führung über politische Bedeutung des Vertrags nicht voll im Bilde war und tatsächlich überrascht war, als Nachricht vom Abschluß hier eintraf. Doch wäre auch diese Überraschung noch relativ harmlos geblieben, hätte sie nicht durch die Tage vorher erfolgte Pressekonferenz de Gaulles[6] eine besonders negative Note erhalten. Presse-

[1] Zur Unterzeichnung am 22. Januar 1963 vgl. AAPD 1963, I, Dok. 44.

[2] Zum Drahtbericht des Botschafters Knappstein vom 22. Januar 1964 notierte der Leiter des Außenpolitischen Büros im Bundeskanzleramt, Osterheld: „Und gibt es etwas, was uns eher erlaubt, mit einigem Optimismus in die Zukunft zu sehen, als den deutsch-französischen Vertrag? Er hat uns schon bis heute sehr genutzt! Ich spürte das schon in London, und nun telegraphiert es Knappstein aus den USA." Vgl. OSTERHELD, Außenpolitik, S. 58.

[3] Zur unmittelbaren amerikanischen Reaktion auf den deutsch-französischen Vertrag vgl. die Drahtberichte des Botschafters Knappstein, Washington, vom 23. Januar 1963 sowie die Gespräche des Staatssekretärs Carstens bzw. des Bundeskanzlers Adenauer mit dem amerikanischen Botschafter Dowling am 24. Januar 1963; AAPD 1963, I, Dok. 49–52.

[4] Der französische Staatspräsident de Gaulle hielt sich vom 4. bis 9. September 1962 zu einem Staatsbesuch in der Bundesrepublik Deutschland auf. Vgl. dazu BULLETIN 1962, S. 1393 f., S. 1401–1403, S. 1409–1412, S. 1417 f. und S. 1425–1430; ADENAUER, Erinnerungen IV, S. 177–181.

[5] Zum Staatsbesuch des Bundeskanzlers Adenauer vom 2. bis 8. Juli 1962 in Frankreich vgl. BULLETIN 1962, S. 1033, S. 1041 f., S. 1049 f. und S. 1057 f.; ADENAUER, Erinnerungen IV, S. 158–174.

[6] In der Pressekonferenz vom 14. Januar 1963 bezog Staatspräsident de Gaulle vor allem gegen den geplanten Beitritt Großbritanniens zur EWG Stellung. Außerdem betonte er die Notwendigkeit, eine nationale französische Atomstreitmacht aufzubauen. Den von den USA und Großbritannien erwogenen Gedanken einer multilateralen Atomstreitmacht lehnte er ab. Zugleich bezeichnete er die deutsch-französische Zusammenarbeit als das Fundament für eine Einigung Europas. Für den Wortlaut der Pressekonferenz vgl. DE GAULLE, Discours et messages, Bd. 4, S. 61–79; EUROPA-ARCHIV 1963, D 87–94 (Auszug). Vgl. dazu auch AAPD 1963, I, Dok. 21.

konferenz war von amerikanischer Öffentlichkeit und auch von amerikanischer Führung wie eine Serie von Ohrfeigen empfunden worden.[7] Der kurz darauf gemeldete Abschluß des deutsch-französischen Vertrags erschien daraufhin hier vielen als Bekräftigung der französischen Äußerungen durch die Deutschen, die man bis dahin als so zuverlässige Verbündete angesehen hatte. Präsident Kennedy brauchte im Gespräch, das ich mit ihm am 23.1. unter vier Augen hatte[8], das Wort „Dolchstoß in den Rücken" (stab in the back). Alle meine Beteuerungen, daß wir mit dem Vertrag nur ein gutes Nachbarschaftsverhältnis mit Frankreich etablieren und uns im übrigen nur zur Konsultation, aber nicht zu Übereinstimmung verpflichtet hätten, daß es schließlich wichtige Gebiete gebe, so den Beitritt Englands zur EWG und unsere Teilnahme an MLF, auf denen wir mit Franzosen vereinbart hätten, anderer Meinung zu sein (agreed to disagree), fanden bei Kennedy keinen Glauben. Er gab zwar zu, daß wir an dem unglücklichen „timing" des Vertragsabschlusses eine Woche nach der Pressekonferenz unschuldig seien, behauptete aber, daß de Gaulle bewußt dieses „timing" herbeigeführt habe, um Eindruck einer Bekräftigung durch die Deutschen hervorzurufen. Wie seinerzeit berichtet, endete Gespräch mit der resignierten Feststellung Kennedys, er höre wohl unsere Worte, aber er werde sich künftig besonders für die tatsächliche Politik interessieren, die wir auf verschiedenen Gebieten treiben würden. Ein Gespräch, das ich am gleichen Tage mit Rusk hatte, ergab nach einer ruhigeren Auseinandersetzung als Quintessenz die Feststellung Rusks, man werde sehen, ob künftig das Gravitationszentrum unserer Politik in Paris oder in Bonn liegen werde. Ich bin überzeugt, daß erste amerikanische Reaktion auf Elyséevertrag viel objektiver und ruhiger, vielleicht sogar durchaus positiv, gewesen wäre, wenn es nicht zeitliche Koinzidenz mit der de Gaulleschen Pressekonferenz gegeben hätte.

In Folgezeit setzte merkwürdige Entwicklung ein. Den konzentrierten Bemühungen auf deutscher Seite, darunter zahlreichen Gesprächen, die von maßgebenden deutschen Persönlichkeiten hier geführt wurden[9], gelang es, zusammen mit konkreten politischen Entscheidungen, etwa in Frage der Mitgliedschaft Englands in EWG[10] und Mitarbeit in MLF[11], die Befürchtungen, Deutschland könnte aus der atlantischen Partnerschaft ausbrechen und mit Frankreich eine „dritte Kraft" anstreben, zu zerstreuen. Man begann, Notwendigkeit einer deutsch-französischen Aussöhnung zu verstehen und gutzuheißen. Man sah, daß Elyséevertrag keine Bekräftigung der französischen Europa- und NATO-Politik durch uns bedeutete. Man sah auch, wie wichtig der

[7] Zur amerikanischen Reaktion auf die Pressekonferenz des französischen Staatspräsidenten vgl. auch den Drahtbericht des Botschafters Knappstein, Washington, vom 19. Januar 1963; AAPD 1963, I, Dok. 33.

[8] Vgl. dazu AAPD, I, 1963, Dok. 49.

[9] Vgl. in diesem Zusammenhang besonders die von Staatssekretär Carstens im Februar 1963 in den USA geführten Gespräche; AAPD 1963, I, Dok. 82, Dok. 83 und Dok. 88.

[10] Die Bundesregierung war bemüht, auch nach dem Abbruch der Beitrittsverhandlungen am 29. Januar 1963, den Kontakt zwischen der EWG und Großbritannien aufrechtzuerhalten. Vgl. dazu besonders AAPD 1963, I, Dok. 87.

[11] Mit Schreiben vom 30. April 1963 sicherte Bundeskanzler Adenauer Präsident Kennedy die Mitwirkung der Bundesrepublik am Aufbau der geplanten MLF zu. Vgl. AAPD 1963, I, Dok. 156.

Vertrag war, um die Basis für Einigung Europas zu festigen. Ja, man begann Möglichkeiten des Vertrags zu überschätzen, indem man uns Rolle zuschob, den Einfluß auf die französische Politik auszuüben, dessen man selber nicht mehr glaubte, fähig zu sein. Ungewöhnlich oft habe ich in jenen Wochen hier das Wort zu hören bekommen: „Die Deutschen haben jetzt den Schlüssel", um an die Franzosen heranzukommen. Obwohl ich dies stets als Überschätzung unseres Einflusses zurückwies, war es doch bezeichnend für eine Stimmung, die durch Elyséevertrag hier aufgekommen war. Noch eigenartiger, wenn auch nicht verwunderlich für jemanden, der weiß, wie schnell in diesem Land politische Meinungen und Stimmungen wechseln, war folgende Wahrnehmung: Das mit Frankreich ausgesöhnte Deutschland wurde interessanter und wichtiger, als es vorher war. Man begegnete allenthalben einer Haltung, die aus der Parole zu stammen schien: „Let's be nice to the Germans". Ich bin im Frühjahr vorigen Jahres immer wieder manchmal rührend erscheinenden Bemühungen begegnet, gegenüber deutschen Besuchern oder deutschen Anliegen besonders zuvorkommend und freundlich zu sein und sie mit Sympathien zu überhäufen. Ich habe Gründe zu der Annahme, daß auch der konkrete Beschluß Kennedys, seine seit langem geplante Deutschlandreise[12] nunmehr zu machen, aus dieser Stimmung beim Präsidenten und seinen Ratgebern entstanden ist.

Zusammenfassend möchte ich sagen, daß deutsch-französischer Vertrag, nachdem er einmal aus dem zeitlichen Zusammenhang mit der de Gaulleschen Pressekonferenz losgelöst war und nachdem zweitens sichtbar geworden war, daß Bundesrepublik bei aller nachbarlichen Verbundenheit mit Frankreich auf dem wichtigen Feld der europäischen und atlantischen Politik eine selbständige und unabhängige Haltung praktizierte, sich insgesamt hier in den USA als eine Stärkung der deutschen Position erwiesen hat. War ein politisch und wirtschaftlich geordnetes demokratisches Deutschland als zuverlässiger Partner in Europa schon an sich für die Amerikaner attraktiv, so wurde ein mit Frankreich ausgesöhntes Deutschland, das außerdem noch angeblich den Schlüssel zur französischen Politik hatte, noch attraktiver.

Diese „Aufwertung" des mit Frankreich verbündeten Deutschland hat seinen Ursprung in dem tief verwurzelten amerikanisch-französischen Verhältnis. Die Sympathie zu Deutschland ist sehr weit verbreitet, ist aber im wesentlichen auf dem Respekt vor der deutschen Leistung aufgebaut, der geistigen, wissenschaftlichen, musikalischen, wirtschaftlichen, technischen und nicht zuletzt militärischen. Diese Sympathie hat aber keinen Tiefgang und verschwindet nur zu leicht, sobald irgendeine deutsche „Sünde" publik wird, seien es Hakenkreuzschmierereien, „Nazirichter" in Staatsdiensten oder deutsche Wissenschaftler in Ägypten[13]. Ganz anders ist es mit dem amerikanisch-französischen Verhältnis. Es geht auf fast zwei Jahrhunderte zurück, ist mehrmals mit Blut besiegelt worden und ist aus der amerikanischen Mentalität überhaupt nicht wegzudenken. Mit dem Wort „french" sind so viele ange-

[12] Präsident Kennedy besuchte vom 23. bis 26. Juni 1963 die Bundesrepublik Deutschland. Vgl. dazu AAPD 1963, II, Dok. 206–208.

[13] Zu den in der ägyptischen Rüstungsindustrie tätigen Experten aus der Bundesrepublik Deutschland vgl. Dok. 54, Anm. 11.

nehme Assoziationen verbunden, daß es für den Durchschnittsamerikaner, aber erst recht für den Amerikaner der oberen Gesellschaftsschichten, ein erstrebenswertes Ideal ist, sich französisch (gleich elegant) zu kleiden, im französischen Restaurant zu essen, die Wohnung französisch einzurichten, französische Gemälde (Drucke) an den Wänden zu haben, in der „Alliance Française"[14] französisch zu sprechen und eine Reise nach Paris zu machen, um die verlockenden Dinge zu genießen, die es dort gibt. Irgendwie sind die meisten Amerikaner verhinderte Franzosen.

Das alles gibt der französischen Politik gegenüber den USA einen ungewöhnlichen Vorsprung gegenüber den meisten anderen Ländern. Die französische Politik kann sich gegenüber den Amerikanern „Seitensprünge" leisten, die einem anderen Land, und erst recht den Deutschen, nur schwer verziehen würden. Das ist eine Situation, deren sich de Gaulle offenbar wohl bewußt ist. [Der] Zorn gegen ihn nach Pressekonferenz vom 14. Januar 1963 war hier sehr groß. Es dauerte aber nicht lange, bis das Grollen abnahm und erste Stimmen führender Publizisten hörbar wurden, daß man doch aus diesem oder jenem Grunde Verständnis für die französische Haltung haben müsse. Dasselbe scheint sich jetzt zu wiederholen angesichts der Ankündigung der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Frankreich und China. Schon wenige Tage, nachdem die ersten lauten Proteste in Regierung und Öffentlichkeit erschallten, meldeten sich Lippmann und manche andere, um darzutun, daß die französische Maßnahme doch verständlich sei und diese oder jene guten Seiten habe.[15]

Frankreich hat zweifellos hier im Lande aufgrund der tief verwurzelten Sympathien eine weitgehende Marge von politischer Handlungsfreiheit, die [die] Franzosen weidlich ausnutzen. Es ist nur verständlich, daß sie diese „vorpolitische" Basis mit allen Mitteln pflegen und ausbauen. Keinem anderen Zweck als diesem diente z.B. die feierliche Überführung und Ausstellung der Mona Lisa.[16] San Francisco stand kürzlich für eine ganze „semaine française" unter der Trikolore, bei der sogar die Straßennamen französisch überklebt wurden und die Main Street „rue centrale" hieß. Dazu gehört auch, daß sich die sympathische und gescheite Frau des französischen Botschafters, Madame Nicole Alphand, eifrig als „ambassadrice de la haute couture de Paris" betätigt und Modenschauen in der Botschaft veranstaltet.

Es sieht nach außen so aus, als ob das amerikanisch-französische Verhältnis kaum je ernsthaft gefährdet werden könnte. Man macht sich zwar in den Ministerien, wie auch in den militärischen Kommandostellen große Sorge über politische Seitensprünge der Franzosen und ihre möglichen Auswirkungen auf die Politik der USA und der Allianz – ähnlich wie eine Familie über einen

[14] Die 1883 gegründete Alliance Française war als Einrichtung zur Verbreitung der französischen Sprache und Kultur in zahlreichen Staaten tätig.

[15] Zur ersten Reaktion in den USA auf die beabsichtigte Anerkennung der Volksrepublik China durch Frankreich vgl. Dok. 11, Anm. 8.
Zur späteren, tendenziell positiveren Bewertung des Schrittes, vor allem von Teilen der amerikanischen Presse, vgl. Dok. 17, Anm. 37.

[16] Präsident Kennedy eröffnete am 8. Januar 1963 die Mona-Lisa-Ausstellung in Washington. Vgl. dazu DER SPIEGEL, Nr. 3 vom 16. Januar 1963, S. 49.

ungeratenen Sohn besorgt ist, ohne aber je auf den Gedanken zu kommen, sich von ihm zu trennen. Was Franzosen tun, wird oft mißbilligt, manchmal in der Presse heftig angegriffen, ist aber bisher am Ende doch achselzuckend hingenommen worden. Man fragt sich, wie lange das so weitergehen könne. Französische Politik wird hier in vielen entscheidenden Punkten als der amerikanischen diametral entgegengesetzt empfunden. Zu Sorge darüber kommt tiefe Verstimmung über die wiederholten Brüskierungen der USA durch de Gaulle. Folge ist eine große Ratlosigkeit bei Regierung und Kongress; man kann und will Ärger und Verstimmung über französische Haltung nicht in nachhaltige antifranzösische Aktionen umsetzen, weil dem die tiefe stimmungsmäßige Verwurzelung Frankreichs in der amerikanischen Öffentlichkeit entgegenstünde. Man weiß einfach nicht mehr, was man tun soll. Rusk beklagte sich einmal bei mir, daß er seit fast einem Jahr kein ernsthaftes diplomatisches Gespräch mehr mit Frankreich habe führen können. Woraus er – dem Sinne nach – [den] Wunsch ableitete, es müßten sich nun die Deutschen zur besonderen Aufgabe machen, ihren guten Einfluß auf den „homme terrible" (um nicht zu sagen auf das „enfant terrible") geltend zu machen, weil sie ja die einzigen seien, die mit dem Pariser Vertrag den Schlüssel dazu hätten.

Damit schließt sich zum Jahrestag des Abschlusses des Elyséevertrags das Dreieck. Das französisch-amerikanische Verhältnis ist „schlecht", aber fest, solide begründet und scheinbar unerschütterlich. Das deutsch-amerikanische Verhältnis ist „gut", aber oberflächlich und leicht verletzlich. Es ist sogar noch besser geworden und hat sich etwas vertieft, seitdem man glaubt, die Deutschen könnten helfen, die andere Seite des Dreiecks, das alte französisch-amerikanische Verhältnis, zu reparieren und zu verbessern. Andererseits bleibt Gefahr bestehen, daß wir, zu Recht oder Unrecht, mit für französische „Sünden" verantwortlich gemacht werden.

[gez.] Knappstein

Abteilung I (I A 1), VS-Bd. 15

21

Runderlaß des Ministerialdirektors Jansen

Dg I A-I A 4-82.21/92.42/220/64 VS-vertraulich **22. Januar 1964**[1]
Fernschreiben Nr. 283 Plurex **Aufgabe: 24. Januar 1964, 15.00 Uhr**

Der türkische Außenminister Erkin befand sich vom 18. bis 22. Januar auf Deutschlandbesuch.[2] Seine Reise führte ihn zunächst nach Berlin, dann nach Bonn. Wesentliche Ergebnisse seiner Besprechungen mit Bundesminister am 21. Januar:

I. Zypernfrage[3]

Erkin schilderte bisherigen Verlauf der Londoner Konferenz[4] und stellte die türkische Auffassung dar. Eine wirkliche Beruhigung und Garantie für die Lebensrechte der türkischen Bevölkerung ist nach seiner Ansicht nur durch Bildung einer Föderation erreichbar, die allerdings gewisse Umgruppierungen der Bevölkerung erfordere.[5] Bundesminister betonte unsere Hoffnung, daß durch Londoner Verhandlungen eine Regelung geschaffen wird, die das friedliche Zusammenleben der beiden Bevölkerungsteile gewährleistet.[6]

II. Ost-West-Beziehungen

Es bestand Übereinstimmung, daß z. Z. wenig Anzeichen bestehen für Bereitschaft der Sowjetunion, zu echter Entspannung zu gelangen. Ihre Bestrebungen sind vielmehr darauf gerichtet, den jetzigen Zustand zu konsolidieren, den wir als Ursache der Spannungen ansehen. Bundesminister legte unsere Auf-

[1] Der Runderlaß wurde von Ministerialdirigent Voigt konzipiert.
Hat Ministerialdirektor Sachs und Ministerialdirigent Reinkemeyer am 24. Januar 1964 zur Mitzeichnung vorgelegen.

[2] Vgl. dazu auch das gemeinsame Kommuniqué vom 22. Januar 1964; BULLETIN 1964, S. 130.
Vgl. ferner die Gespräche des Bundesministers Schröder mit Außenminister Erkin am 20. Januar 1964; Ministerbüro, VS-Bd. 8511 bzw. Abteilung II (II A), VS-Bd. 278; B 150, Aktenkopien 1964.

[3] Im Dezember 1963 brachen auf Zypern – zum ersten Mal seit der Unabhängigkeit der Insel von Großbritannien im Jahr 1960 – Kämpfe zwischen der griechischen und türkischen Bevölkerung aus. Trotz der Vermittlungsversuche und des gemeinsamen Einsatzes britischer, griechischer und türkischer Truppen hielten die Auseinandersetzungen an. Am 30. Dezember 1963 erklärte der der türkischen Volksgruppe angehörende Vizepräsident Kütchük, man müsse eine Teilung der Insel ins Auge fassen. Präsident Makarios kündigte am 31. Dezember 1963 eine Auflösung der Garantie- und Bündnisverträge mit Großbritannien, Griechenland und der Türkei an und stellte somit die bisherige verfassungsrechtliche Ordnung Zyperns in Frage. Mit Einwilligung von Makarios und Kütchük begann am 15. Januar 1964 in London eine Konferenz zur Lösung des Zypern-Konflikts. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1964, Z 18; AdG 1964, S. 11120–11122.

[4] Botschafter von Etzdorf, London, gab am 18. Januar 1964 den Eindruck des türkischen Außenministers über den Verlauf der Londoner Konferenz wieder. Erkin habe sich „von dieser Konferenz nichts Positives versprochen und in der Tat sei man auseinandergegangen, ohne daß eine Einigung sichtbar geworden wäre". Erkin sehe eine Lösung nur in der Form, „daß ein föderales System errichtet würde, das den geographischen Gegebenheiten mehr Rechnung trägt als die Verträge von 1959 ... Eine Teilung der Insel (partition) käme nicht in Frage, wohl aber eine Dislozierung der Volksgruppen." Vgl. Referat I A 4, Bd. 295.

[5] An dieser Stelle wurde von Ministerialdirigent Voigt gestrichen: „Der Gedanke der Teilung wurde von ihm nicht erwähnt."

[6] Zur Zypern-Frage vgl. weiter Dok. 34.

fassung zu den einzelnen möglichen Entspannungsmaßnahmen dar. Erkin stimmte in allem zu. Er erklärte, es habe sich erwiesen, daß Sowjetunion nicht bereit sei, Gesamtproblem Sicherheit zu diskutieren. Die Erwartung, daß das Moskauer Abkommen[7] eine allgemeine Entspannung einleiten werde, sei ein frommer Wunsch geblieben. In Deutschland sei es das Bestreben der Sowjetunion, Pankow aufzuwerten. Der Westen müsse fordern, daß sich künftig Entspannungsmaßnahmen auch zu Gunsten des Westens auswirken.[8] So z.B. müsse eine humanitäre Geste, wie die Getreideverkäufe[9], auch humanitäre Gesten des Ostblocks, z.B. gewisse Erleichterungen für die Bevölkerung Berlins, nach sich ziehen. Wichtig sei, daß der Westen Fortschritte mache in der Konsolidierung seiner Verteidigung und in der europäischen Integration.[10]

III. Deutsche Verteidigungshilfe

Bundesminister erläuterte den kürzlichen Kabinettsbeschluß, der Türkei 50 Millionen DM bilaterale Verteidigungshilfe zu gewähren[11] unter der Voraussetzung, daß diese Leistung später auf eine multilaterale Verteidigungshilfe im Rahmen der NATO angerechnet werde, die von türkischer Regierung beantragt werden soll[12]. Schiffsbauten, die die Türkei aus diesen Mitteln finanziert, müssen von deutschen Werften geliefert werden. Die Frage einer späteren, über 50 Millionen DM hinausgehenden Hilfe bleibt offen. Erkin erklärte sich hiermit einverstanden. Deutsche und türkische Experten sollen sich möglichst Ende Februar in Ankara treffen, um Aufteilung der Hilfe auf Projekte zu erörtern. Türkei beabsichtigt, Hilfe nicht nur für Marineeinheiten, sondern auch für Ausrüstung [der] Landstreitkräfte zu verwerten.[13] Koordinierung der deutschen Hilfe mit amerikanischer ist vorgesehen.

IV. Wirtschaftliche Hilfe

Erkin benutzte Besprechungen mit Bundesminister und spätere Sitzung bei Minister Scheel zu Hinweis auf Erfordernisse türkischen 5-Jahresplanes[14] so-

[7] Für den Wortlaut des Teststopp-Abkommens vom 5. August 1963 vgl. DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1963, S. 291–293.

[8] Dieser Satz ging auf Streichungen und handschriftliche Einfügungen des Ministerialdirektors Jansen zurück. Vorher lautete er: „Künftig müßten alle Entspannungsmaßnahmen sich auch zu Gunsten des Westens auswirken."

[9] Zu den Getreideverkäufen an die UdSSR vgl. Dok. 14, Anm. 9.

[10] An dieser Stelle wurde von Ministerialdirektor Jansen gestrichen: „Der Bundesminister und Erkin bedauerten, daß die französische Regierung vor ihrer Entscheidung, diplomatische Beziehungen mit Peking aufzunehmen, nicht die NATO-Partner konsultiert habe. Die Konsultation wäre erforderlich gewesen, auch im Hinblick auf die Schwierigkeiten der USA in Südostasien."

[11] Zur Verteidigungshilfe für die Türkei vgl. bereits Dok. 18.

[12] Der Passus „die von türkischer Regierung beantragt werden soll" wurde von Ministerialdirektor Sachs handschriftlich eingefügt.

[13] Vortragender Legationsrat I. Klasse Scheske hielt am 17. April 1964 fest, daß inzwischen Einvernehmen über Umfang und Zusammensetzung der Verteidigungshilfe für die Türkei erzielt worden sei. Ein entsprechendes Abkommen solle von Bundesminister von Hassel unterzeichnet werden. Die Türkei habe sich verpflichtet, beim NATO-Rat einen Antrag auf Verteidigungshilfe zu stellen und einen Antrag der Bundesrepublik zu unterstützen, die bereits geleistete deutsche Hilfe auf die zu gewährende NATO-Hilfe anzurechnen. Vgl. Abteilung II (II A), VS-Bd. 278; B 150, Aktenkopien 1964.

[14] Am 1. Januar 1963 trat der 5-Jahres-Plan der Türkei zur wirtschaftlichen Entwicklung in Kraft. Vgl. dazu AdG 1963, S. 10443. Vgl. dazu auch Referat III A 5, Bd. 314.

wie auf Defizit türkischer Zahlungsbilanz 1964. Devisenlücke sei gegenüber Vorjahr durch diesjährigen Wegfall der Beiträge IWF und EWA[15] erheblich vergrößert, weshalb um eine Erhöhung der Beiträge im Rahmen des OECD-Türkeikonsortiums[16] gebeten werden müsse.

Erkin wurde hierauf erwidert, daß Bundesregierung für 1964 einen gleichhohen Konsortialbeitrag wie für 1963 (160 Mio. DM) in Aussicht nähme; eine darüber hinausgehende Zusage sei angesichts der deutschen Haushaltslage unmöglich.[17] Voraussetzung für deutsche Leistung sei überdies gleichartiges Verhalten übriger Mitglieder des Türkeikonsortiums.[18] Türkei könne deutscher Unterstützung ihres Anliegens im Konsortium sicher sein.

Zu dem ebenfalls erörterten Thema „Gastarbeiter" konnten Sorgen Erkins, daß türkische Gastarbeiter in sozialrechtlicher Hinsicht in BRD nicht gleichgestellt seien, zerstreut werden.[19]

V. Erkin lud Bundesminister zum Frühjahr 1964 nach Ankara ein. Bundesminister nahm Einladung grundsätzlich an, vorbehaltlich Festlegung genauen Datums.[20]

Jansen[21]

Abteilung I (I A 4), VS-Bd. 57

[15] Der Internationale Währungsfonds räumte der Türkei 1963 einen Zahlungsbilanzkredit in Höhe von 21,5 Millionen Dollar ein. Im Rahmen des Europäischen Währungsabkommens stand ein entsprechender Kredit in Höhe von 50 Millionen Dollar zur Verfügung. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Oberregierungsrats Bockmeyer, Bundesministerium für Wirtschaft, vom 27. Juni 1963; Referat III A 5, Bd. 366.

[16] Das 1962 geschaffene OECD-Konsortium koordinierte Maßnahmen der Entwicklungshilfe für die Türkei. 1963 leistete die Bundesrepublik einen Beitrag von 40 Millionen Dollar. Vgl. dazu BULLETIN 1963, S. 1321. Vgl. im einzelnen Referat III A 5, Bd. 367.
Vgl. dazu auch AAPD 1963, I, Dok. 40.

[17] Zur Tätigkeit des Türkei-Konsortiums im Jahr 1964 vgl. im einzelnen Referat III A 5, Bd. 368 bzw. Bd. 368 A.
Vgl. dazu auch das Schreiben des Bundesministers Schröder an Bundesminister Dahlgrün vom 10. Januar 1964; Ministerbüro, Bd. 264.

[18] Die Leistungen für das Türkei-Konsortium waren auch Gegenstand der deutsch-französischen Regierungsbesprechungen vom 14./15. Februar 1964. Vgl. Dok. 48.

[19] Am 30. April 1964 wurde ein Sozialabkommen mit der Türkei unterzeichnet; dadurch wurde der Status türkischer Arbeitnehmer in der Bundesrepublik weiter verbessert. Vgl. dazu BULLETIN 1964, S. 661.

[20] Ein Besuch des Bundesministers Schröder in der Türkei fand im Laufe des Jahres 1964 nicht statt.

[21] Paraphe vom 24. Januar 1964.

22

Stufenplan zur europäischen Einigung (Entwurf)

St.S. 102/64 **23. Januar 1964**[1]

Stufenplan der Bundesregierung für die europäische Einigung[2]

Stufe I: (etwa bis 1965)

1) Entscheidung über die Einführung des gemeinsamen Getreidepreises[3] in der EWG.

2) Ausarbeitung der erforderlichen Verordnungen auf den bisher vernachlässigten Gebieten der EWG (Energiepolitik, Verkehrspolitik, Sozialpolitik, Steuerangleichung, Angleichung der den Wettbewerb beeinflussenden Rechtsregeln u.a.).

3) Abschluß der Verhandlungen über die Kennedy-Runde.[4]

4) Fusion der Exekutiven der Europäischen Gemeinschaften.[5]

5) Stärkung der Befugnisse des Europäischen Parlaments.[6]

6) Zusammenkünfte der sechs Regierungschefs (nicht institutionalisiert).

7) Regelmäßige Zusammenkünfte innerhalb der WEU.

8) Einsetzung einer NATO-Studiengruppe zur Untersuchung der Fragen der Verteidigungspolitik.

[1] Durchschlag als Konzept.
Im Begleitvermerk vom 23. Januar 1964 für Bundesminister Schröder erklärte Staatssekretär Carstens, der Plan sei mit Staatssekretär Lahr abgestimmt. Außerdem verwies er auf Stellungnahmen der Ministerialdirektoren Jansen und Müller-Roschach. Jansen habe zu bedenken gegeben, „daß einzelne Teile unseres Planes jeweils auf die Ablehnung eines oder mehrerer unserer Partner stoßen werden und daß dabei die Gefahr besteht, daß der Plan von allen abgelehnt wird. Dieser Einwand muß geprüft werden." Büro Staatssekretär, Bd. 382.
Zu den betreffenden Aufzeichnungen von Jansen und Müller-Roschach vom 22. Januar 1964 vgl. Ministerbüro, Bd. 206.

[2] Zu den Bemühungen um eine europapolitische Initiative vgl. bereits Dok. 7 und Dok. 15.

[3] Zur anstehenden Regelung des Getreidepreises vgl. Dok. 59, besonders Anm. 45–47.

[4] Zur Kennedy-Runde vgl. Dok. 12, Anm. 14.

[5] Während mit den Römischen Verträgen vom 25. März 1957 für EWG, EURATOM und EGKS eine gemeinsame Versammlung und ein gemeinsamer Gerichtshof gegründet wurde, blieben die Exekutivorgane – die EWG-Kommission, die EURATOM-Kommission und die Hohe Behörde der EGKS – ebenso wie die Ministerräte zunächst getrennt. Schon 1959 wurde vom belgischen Außenminister Wigny ein Vorschlag zur Zusammenlegung der drei Exekutivorgane unterbreitet. Im Anschluß an eine Aussprache zwischen Vertretern der Räte bzw. Exekutiven der drei Gemeinschaften sowie Abgeordneten des Europäischen Parlaments am 21./22. November 1960 nahm das Europäische Parlament eine Entschließung an, in der die Fusion der drei Exekutiven befürwortet wurde. Vgl. dazu BULLETIN DER EWG 10/1960, S. 20–22 und S. 81 f.
Zu den Bemühungen um eine Fusion der Exekutiven im Jahr 1963 vgl. AAPD 1963, II, Dok. 334 und Dok. 345.

[6] Zu den Überlegungen, die Stellung des Europäischen Parlaments zu stärken, vgl. besonders Dok. 56.

Stufe II:

1) Aushandlung eines Vertrages über die Bildung einer *Politischen Union* mit

Kompetenzen für	Außenpolitik Verteidigung Kultur Jugend *nicht* Wirtschaft
Organe	Regierungskonferenzen Außenministerkonferenzen Kommission mit eigenem Initiativrecht
Einstimmigkeitsprinzip	
Sitz	(weder Deutschland noch Frankreich, allenfalls Straßburg, besser Brüssel).

2) Verhandlungen mit Großbritannien, Dänemark, Österreich, Schweiz und anderen europäischen Staaten zur Regelung ihrer Beziehungen zur EWG (Beitritt oder Assoziation) und zur Politischen Union.

3) Eintritt der EWG in die dritte Phase der Vorbereitungszeit.[7]

4) Fusion der Gemeinschaften und Erweiterung der Befugnisse des Europäischen Parlaments.

5) Verabschiedung einer gemeinsamen Verteidigungspolitik in der NATO.

6) Aufnahme von Verhandlungen zwischen den europäischen NATO-Staaten, USA und Kanada über eine Atlantische Partnerschaft für den Bereich der Verteidigung und (soweit noch nötig) der Wirtschaft.

Stufe III:

1) Inkraftsetzung der Politischen Union.

2) Inkraftsetzung der Verträge zur Regelung der Beziehungen dritter europäischer Staaten zu EWG und Politischer Union.

3) Eintritt der Gemeinschaft in die Endphase.

4) Direkte Wahlen zum Europäischen Parlament.

Stufe IV:

1) Aushandlung eines Vertrages über die Errichtung einer *Europäischen Politischen Gemeinschaft* auf föderativer Basis zwischen den Mitgliedstaaten der EWG unter Beteiligung des Europäischen Parlaments. In dieser Gemeinschaft sollten die drei bisherigen Europäischen Gemeinschaften[8] aufgehen.

[7] Nach Artikel 8 des EWG-Vertrags vom 25. März 1957 war vorgesehen, den Gemeinsamen Markt in einer Übergangszeit bis zum 31. Dezember 1969 zu vollenden. Die Entwicklung sollte sich dabei in drei Stufen (Phasen) vollziehen. Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 774–776.

[8] Ministerialdirektor Jansen präzisierte am 22. Januar 1964, die zu bildende Europäische Politische Gemeinschaft solle die drei „bis dahin verschmolzenen Wirtschaftsgemeinschaften" in sich aufnehmen. Vgl. Ministerbüro, Bd. 206.

Kompetenzen: Außenpolitik
Verteidigung
Wirtschaft
Kultur

Organe: Exekutive mit Entscheidungsbefugnis
Parlament mit Gesetzgebungsbefugnis
zwei Kammern: 1. Kammer – direkt gewählt
2. Kammer – Regierungsvertreter („Bundesratsprinzip")
Gerichtshof.

2) Bestimmung des Sitzes der Organe.

Stufe V:

Inkraftsetzung des Vertrages über die Europäische Politische Gemeinschaft.[9]

Büro Staatssekretär, Bd. 382

23

Aufzeichnung der Politischen Abteilung II

II 7-81.08-0/371/64 geheim **23. Januar 1964**[1]

Betr.: Multilaterale Atomstreitmacht (MLF)[2];
hier: Italienischer Vorschlag für eine „Europäisierungsklausel"

Bezug: Beitrag der Abteilung II zu der Konferenzmappe für den Besuch des Herrn Bundeskanzlers in Rom am 28./29. Januar 1964 (II 7-81.33/ 111[I]/64 geh. – S. 4 ff.)[3]

Anlagen: – 3 –

I. Die Italiener sind seit Beginn der MLF-Verhandlungen bemüht, eine Klausel in den MLF-Vertrag hineinzubringen, durch die eine spätere Umwandlung der MLF in eine europäische Streitmacht nach Bildung einer europäischen politischen Union offengehalten wird.[4]

[9] Zur Frage der europäischen Einigung vgl. weiter Dok. 27.

[1] Durchdruck.
Die Aufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Scheske und von Legationsrat I. Klasse Arnold konzipiert.

[2] Zur MLF vgl. Dok. 8, Anm.7.

[3] Die Aufzeichnung des Referats II 7 wurde am 13. Januar 1964 dem Referat I A 3 als Beitrag für die Konferenzmappe übermittelt. Vgl. Abteilung I (I A 3), VS-Bd. 156; B 150, Aktenkopien 1964.
Zu den deutsch-italienischen Regierungsbesprechungen am 27./28. Januar 1964 in Rom vgl. Dok. 27–29.

[4] Ein entsprechender italienischer Vorschlag wurde Präsident Kennedy in Rom am 1./2. Juli 1963 vorgetragen. Vgl. dazu AAPD 1963, II, Dok. 222.

Die Italiener führen dafür folgende Gründe an:

1) Die MLF solle so konstruiert werden, daß sie die politische Einigung Europas fördere und einen späteren Beitritt Frankreichs ermögliche.

2) Es sollte Vorsorge für den wenn auch wenig wahrscheinlichen Fall getroffen werden, daß die Vereinigten Staaten sich eines Tages aus der MLF zurückziehen wollen.

3) Eine „Europäisierungsklausel" werde die Zustimmung der Sozialisten zu einem Beitritt Italiens zur MLF erleichtern.

Das innenpolitische Argument ist bei Gesprächen über die „Europäisierungsklausel" von italienischer Seite immer in den Vordergrund gestellt worden und ist vermutlich das wesentliche Motiv für den italienischen Vorschlag. Obwohl die Koalitionsvereinbarung zur Bildung der jetzigen italienischen Regierung[5] in dem Passus über die MLF die „Europäisierungsklausel" nicht ausdrücklich erwähnt (vgl. Bezugsaufzeichnung Seite 3)[6], dürfte die „Europäisierungsklausel" nach wie vor ein Mittel sein, um die MLF für die italienischen Sozialisten annehmbar zu machen.

In der MLF-Arbeitsgruppe[7] ist die Frage einer „Europäisierungsklausel" bisher nicht im einzelnen erörtert und von den Italienern auch noch kein konkreter Vorschlag vorgelegt worden.

II. Im November 1963 übergab Botschafter Ducci aus dem italienischen Außenministerium bei einem Besuch in Bonn[8] Staatssekretär Carstens den als Anlage 1[9] beigefügten Entwurf für eine „Europäisierungsklausel". Staats-

[5] Die italienische Regierung unter Ministerpräsident Moro, eine Koalition aus der Christlich-Demokratischen Partei, der Sozialistischen Partei, der Sozialdemokratischen Partei und der Republikanischen Partei, war seit dem 5. Dezember 1963 im Amt. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1964, Z 3; AdG 1963, S. 10942.

[6] Referat II 7 stellte in der Aufzeichnung vom 13. Januar 1964 fest: „Die Haltung Italiens gegenüber der MLF war bisher durch Rücksichtnahme auf die innerpolitische Situation in Italien bestimmt. In der Koalitionsvereinbarung über die Bildung der jetzigen italienischen Regierung wurde die weitere Teilnahme Italiens an den MLF-Verhandlungen in Paris unter der Voraussetzung gebilligt, daß die MLF folgender dreifacher Zielsetzung dient: 1) die Sicherheit Italiens in stärkerem Maße zu garantieren, 2) die kollektive Kontrolle der nuklearen Bewaffnung ‚im Geiste des Moskauer Abkommens' zu gewährleisten und 3) die Risiken der Verbreitung der nuklearen Waffen zu verhindern. Diese Formel steht auch einem Beitritt Italiens zur MLF nicht entgegen. Nach einem Bericht der Botschaft Rom vom 8.1.1964 ist die italienische Regierung zwar von der Notwendigkeit der MLF überzeugt, hat sich jedoch auf sozialistischen Wunsch hin zu dem formellen Zugeständnis bereit gefunden, die Beitrittsfrage einer parlamentarischen Entscheidung vorzubehalten. Bemerkenswert sei, daß sich bei den Sozialisten entgegen dem ursprünglichen intransigenten Standpunkt nunmehr eine positivere Einschätzung der MLF abzeichne." Vgl. Abteilung I (I A 1), VS-Bd. 156; B 150, Aktenkopien 1964.

[7] Zur MLF-Arbeitsgruppe vgl. Dok. 12, Anm. 12.

[8] Der italienische Sonderbeauftragte für die MLF, Ducci, hielt sich am 7. November 1963 in Bonn auf. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Krapf vom 7. November 1963; Abteilung I (I A 1), VS-Bd. 130; B 150, Aktenkopien 1963. Vgl. dazu auch AAPD 1963, III, Dok. 414.

[9] Der italienische Vorschlag für eine Europäisierungsklausel ist dem Vorgang beigefügt: „Should all or some of the European States parties to the present Charter establish among themselves a Union – in which other European States may participate – the Contracting Parties will negotiate such adaptations of the Charter as may be considered necessary in order to take into account the new political situation. – If such a Union should establish a European Political Authority provided with effective control over the Armed Forces of the Union, conditions and procedures will be

sekretär Carstens hat hierbei zu dem Entwurf nicht im einzelnen Stellung genommen, jedoch darauf hingewiesen, daß er den zweiten Absatz für eine zu weit gehende Schwächung der Verbindung der Vereinigten Staaten zu Europa halte.

Der italienische Entwurf ist in dieser Fassung für uns aus folgenden Gründen nicht annehmbar:

– Er legt das Prinzip der „Europäisierung" für den Fall des Zustandekommens einer Union unter europäischen Staaten bereits jetzt vertraglich fest, während nach den bisherigen italienischen Forderungen nur die Möglichkeit einer Europäisierung offengelassen werden sollte.

– Der zweite Absatz kann als Forderung nach der Aufstellung europäischer Streitkräfte aufgefaßt werden. Dies könnte im gegenwärtigen Zeitpunkt, da keine Aussicht auf Zustandekommen einer europäischen politischen Autorität in absehbarer Zeit besteht, die Verhandlungen über die MLF sehr komplizieren.

– Die in Absatz 2 vorgesehene Einbringung des europäischen Anteils der MLF in eine europäische Streitmacht und die Aufrechterhaltung lediglich einer „Koordination" derselben mit den anderen Teilen der MLF führt zu einer nicht vertretbaren Lockerung der Bindung zwischen den USA und Europa, durch welche die einheitliche Strategie der NATO gefährdet wird. Sie würde nicht nur das Ausscheiden der USA, sondern auch Griechenlands und der Türkei bewirken.

III. Der italienische Entwurf wurde Anfang Dezember von D II mit dem hiesigen italienischen Botschafter Guidotti erörtert.[10] Hierbei wurde gegenüber Botschafter Guidotti unter Hinweis auf die vorstehenden Gesichtspunkte zum Ausdruck gebracht, daß die unlösbare Bindung zwischen den Vereinigten Staaten und Europa für uns ein Politikum von mindestens ebenso großer innen- und außenpolitischer Bedeutung ist, wie für die italienische Regierung eine „Europäisierungsklausel". Gleichzeitig wurden Botschafter Guidotti die als Anlage 2[11] und 3[12] beigefügten Formulierungsvorschläge mit der Bemer-

Fortsetzung Fußnote von Seite 121

unanimously agreed upon under which the Force may be reorganised in such a way that, although incorporated into the Armed Forces of the European Union, it will maintain its coordination with the other forces assigned to the common defence of the West." Vgl. Abteilung I (I A 1), VS-Bd. 156; B 150, Aktenkopien 1964.

10 Das Gespräch des Ministerialdirektors Krapf mit dem italienischen Botschafter Guidotti fand am 3. Dezember 1963 statt. Zur Vorbereitung dieses Gesprächs vgl. den Vermerk des Legationsrats I. Klasse Arnold vom 3. Dezember 1963; Abteilung II (II 7), VS-Bd. 1321; B 150, Aktenkopien 1963.

11 Der deutsche Alternativvorschlag für eine Europäisierungsklausel in Anlage 2 ist dem Vorgang beigefügt: „Should all or some of the European States parties to the present Charter establish among themselves a Union – in which other European States may participate – the Contracting Parties will consider such adaptations of the Charter as may be desirable in order to take into account the new political situation." Vgl. Abteilung I (I A 1), VS-Bd. 156; B 150, Aktenkopien 1964.

12 Der deutsche Alternativvorschlag in Anlage 3 ist dem Vorgang beigefügt: „Should all or some of the European States parties to the present Charter establish among themselves a Union – in which other European States may participate – the Contracting Parties will consider such adaptations of the Charter as may be desirable in order to take into account the new political situa-

kung übergeben, daß unsere Formulierungen als Diskussionsgrundlage angesehen werden müßten und noch keinen offiziellen deutschen Gegenvorschlag darstellten. Botschafter Guidotti sagte, daß er sich über die Gründe, die zu unserer Formulierung geführt haben, im klaren sei. Als persönliche Ansicht äußerte er, daß

- die Absicht, Frankreich den Beitritt zur MLF zu erleichtern, auf eine zu ferne Zukunft abziele;
- er unseren Gegenvorschlag, insbesondere die zweite Alternative (Anlage 3), für gut halte;
- diese Alternative auch für Saragat und Nenni annehmbar sein würde.

IV. Nach unserer Auffassung ist unser erster Alternativvorschlag (Anlage 2) die bei weitem zu bevorzugende Lösung.

Es wird daher vorgeschlagen, bei einer Erörterung der „Europäisierungsklausel" während des Besuchs des Herrn Bundeskanzlers in Rom am 28./29. Januar 1964 zunächt auf eine Zustimmung der Italiener zu dieser Formulierung hinzuwirken. Unser Vorschlag könnte mit den Hinweisen empfohlen werden, daß eine solche kurze und allgemeine Formulierung

- die „Europäisierungsklausel" am ehesten für alle Partner der MLF annehmbar macht;
- durch Wegfall der in der bisherigen italienischen Formulierung enthaltenen konkreten Voraussetzungen (europäische politische Autorität etc.) die Anwendung der „Europäisierungsklausel" für *jede* denkbare Möglichkeit einer europäischen Zusammenarbeit offengehalten wird;
- damit am ehesten eine Möglichkeit gegeben ist, eine Initiative in Richtung einer Europäisierung zu ergreifen.

Für das weitere Procedere könnte den Italienern vorgeschlagen werden, daß

- sie ihren Vorschlag nunmehr der MLF-Arbeitsgruppe vorlegen[13];
- wir den Vorschlag im Sinne unserer bisherigen Einstellung zu dieser Frage in der MLF-Arbeitsgruppe unterstützen werden;
- wir in dieser Frage, wie auch in anderen, die MLF betreffenden Fragen, weiterhin auch bilateral Kontakte halten.

V. Die Frage einer „Europäisierungsklausel" ist eng mit dem Problem der politischen Kontrolle der MLF (Entscheidung über die Freigabe der nuklearen Waffen)[14] verbunden, da eine „Europäisierung" in erster Linie Auswirkungen

Fortsetzung Fußnote von Seite 122

tion. – If such a Union should further establish a European Political Authority provided with effective control over the Armed Forces of the Union, the Contracting Parties will examine whether and under which conditions the Force could be reorganised in such a way, as to permit the European Political Authority to contribute to the Force (in the place of its memberstates) and to exercise rights and obligations corresponding to this new situation. It is understood that the character of the Force as an integrated Force of NATO Members will be maintained." Vgl. Abteilung I (I A 1), VS-Bd. 156; B 150, Aktenkopien 1964.

13 Am 15. Februar 1964 berichtete Botschafter Grewe, Paris (NATO), daß auf italienischen Antrag das „Europäisierungsproblem" vorerst nicht in der MLF-Arbeitsgruppe behandelt werden solle. Vgl. Abteilung II (II 7), VS-Bd. 1349; B 150, Aktenkopien 1964.

14 Zur bisherigen Behandlung der Frage der politischen Kontrolle der MLF vgl. AAPD 1963, III, Dok. 475.

auf den Abstimmungsmodus für die politische Kontrolle haben würde. Aus den in der o.a. Aufzeichnung, Seite 4ff., angegebenen Gründen[15] erscheint es zur Zeit jedoch nicht angezeigt, daß die Frage der politischen Kontrolle auf hoher Ebene im einzelnen erörtert wird. Sollte das Thema von italienischer Seite angesprochen werden, so könnte auf unsere bekannte Stellungnahme in der MLF-Arbeitsgruppe[16] (siehe o.a. Aufzeichnung Seite 5) hingewiesen und auch in dieser Frage eine weitere bilaterale Fühlungnahme vorgeschlagen werden.

Abteilung I (I A 3), VS-Bd. 156

24

Aufzeichnung des Staatssekretärs Lahr

23. Januar 1964

Betr.: Kabinettsitzung vom 22. Januar
hier: Besuche von Regierungen deutscher Länder in Brüssel

Bei der Erörterung des Grünen Berichts[1] in der heutigen Kabinettsitzung wies Minister Niederalt, unterstützt von anderen Bundesministern, auf die sich mehrenden Besuche deutscher Landesregierungen in Brüs-

[15] Referat II 7 stellte in der Aufzeichnung vom 13. Januar 1964 fest: „Die politische Kontrolle (Entscheidung über die Freigabe der nuklearen Waffen) ist das komplizierteste Thema der gegenwärtigen MLF-Verhandlungen ... Nach dem bisherigen Stand der Beratungen zeichnet sich ein Abstimmungsmodus ab, demzufolge die Entscheidung einstimmig in einem Gremium der größeren Mitgliedstaaten (‚major participants') der MLF gefällt wird. Die Bundesregierung hat schon frühzeitig im vertraulichen Kontakt gegenüber der Regierung der Vereinigten Staaten diesem Modus zugestimmt, wobei sie jedoch die Forderung erhoben hat, daß ein späterer Übergang auf eine Mehrheitsentscheidung nicht ausgeschlossen bleibt. Dieser Forderung haben die Amerikaner uns gegenüber zugestimmt. Das Kriterium für die Zugehörigkeit zu den ‚major participants' ist noch umstritten. Nach der von dem italienischen Vertreter in der MLF-Arbeitsgruppe vorgetragenen Auffassung, der auch wir zuneigen, soll die Zugehörigkeit von einem Mindestbeitrag zur MLF abhängig gemacht werden. Dieses Kriterium wird von dem griechischen Vertreter allgemein und von dem britischen Vertreter mit dem Hinweis in Frage gestellt, daß Großbritannien als ‚Atommacht' auf jeden Fall im Kontrollgremium vertreten sein müsse. Im Laufe der weiteren Beratungen muß nach unserer Auffassung angestrebt werden, unter Berücksichtigung der Athener ‚Guidelines' einen differenzierten Abstimmungsmodus zu finden, der sowohl den bestehenden Machtverhältnissen als auch dem politischen Prestigebedürfnis kleinerer Staaten sowie unterschiedlichen militärischen Situationen gerecht wird." Vgl. Abteilung I (I A 1), VS-Bd. 156; B 150, Aktenkopien 1964.

[16] Vgl. dazu auch den Drahtbericht des Botschafters Grewe, Paris (NATO), vom 28. November 1963 über die achte Sitzung der MLF-Arbeitsgruppe; Abteilung II (II 7), VS-Bd. 1349; B 150, Aktenkopien 1963.

[1] Die Bundesregierung leitete den jährlichen Bericht über die Lage der Landwirtschaft am 31. Januar 1964 dem Bundestag zu. Für den Wortlaut vgl. BT ANLAGEN, Bd. 88, Drucksache IV/1860.

sel[2] hin. Die allgemeine Auffassung ging dahin, solche Besuche, soweit sie nicht vorher mit der Bundesregierung abgestimmt seien, als inopportun zu betrachten. Zweck der Besuche ist offenbar hauptsächlich der, bei der Kommission Stimmung für bestimmte regionale Projekte der betreffenden Landesregierungen zu machen. Diese deutschen Interventionen sind offensichtlich nicht aufeinander abgestimmt. Vielmehr versucht wohl ein Bundesland dem anderen den Rang abzulaufen. Herr Bundesminister Dahlgrün wies auf den erschwerenden Umstand hin, daß diese Aktionen von der Europäischen Kommission dazu benutzt werden könnten, möglichst hohe Mittel für solche Pläne zu fordern[3], diese Mittel letztlich aber nicht in deutschen Notstandsgebieten, sondern in noch schlechter gestellten Gebieten Süditaliens und Südfrankreichs verwandt würden.

Das Auswärtige Amt wurde gebeten, sich der Angelegenheit anzunehmen. Ich werde über die Angelegenheit mit Präsident Hallstein sprechen.[4] Im übrigen wird wohl auch Herr Minister Niederalt tätig werden müssen.[5]

Hiermit dem Herrn Minister[6] mit der Bitte um Kenntnisnahme.

Lahr

Referat I A 2, Bd. 800

[2] Aus einem Gespräch mit dem Bundesminister für Angelegenheiten des Bundesrates und der Länder hielt Ministerialdirigent Voigt am 19. Dezember 1963 fest, daß Niederalt seine Sorge über die laufenden Besuche von Ministerpräsidenten und Fachministern der Länder in Brüssel zum Ausdruck gebracht habe. Er habe hervorgehoben, „bei diesen Besuchen träten die Landesminister zum Teil wie die Vertreter unabhängiger Staaten auf. Er sähe hier die Gefahr, daß die Landesregierungen allmählich überhaupt auf dem Gebiet der Auswärtigen Beziehungen eigenmächtig vorgehen und das verfassungsrechliche Primat des Bundes beschneiden. Auch bestehe Anlaß zu der Befürchtung, daß sie immer mehr dazu übergingen, eigene Anregungen und Vorschläge zu bringen, die nicht immer im Einklang mit der Auffassung der Bundesregierung ständen. Er selbst beabsichtige, demnächst Präsident Hallstein und andere Mitglieder der Kommission zu besuchen, um mit ihnen zu erörtern, wie man diese Kontakte der Länderregierungen mit Brüssel auf ein gesundes Maß zurückführen könne." Vgl. Referat I A 2, Bd. 800.

[3] Dieses Wort wurde von Staatssekretär Lahr handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „erhalten".

[4] Dieser Satz wurde von Staatssekretär Lahr am Rand durch einen Pfeil hervorgehoben.

[5] Der Vorgang wurde vom Bundesministerium für Angelegenheiten des Bundesrates und der Länder an das Bundeskanzleramt abgegeben. Daher wandte sich Staatssekretär Carstens am 8. Mai 1964 an den Chef den Bundeskanzleramtes, Westrick, mit der Bitte, der Bundeskanzler möge in einem Gespräch mit den Ministerpräsidenten klarstellen, daß alle dienstlichen Auslandsreisen von Mitgliedern der Landesregierungen bzw. von Landesbeamten nur im Einvernehmen mit dem Auswärtigen Amt geplant und vorbereitet werden sollten. Ebenso bedürfe es einer Absprache mit dem Auswärtigen Amt bei der Einladung von ausländischen Regierungsmitgliedern durch die Bundesländer. Außerdem sollten die Landesregierungen das Auswärtige Amt über alle wesentlichen Ergebnisse ihrer internationalen Kontakte unterrichten. Vgl. Referat L 2, Bd. 74.

[6] Hat Bundesminister Schröder am 23. Januar 1964 vorgelegen.

25

Bundeskanzler Erhard an Ministerpräsident Eshkol (Entwurf)

I A 2-81.12/8/237/64 VS-vertraulich **24. Januar 1964**[1]

Sehr verehrter Herr Ministerpräsident!

Ich danke Ihnen für Ihr Schreiben vom 17. Januar 1964[2], in dem Sie erneut Ihre Auffassung über das Verhältnis Israels zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft[3] darlegen. Sie erwähnen unsere Unterhaltung, die wir am 3. März 1962 in Brüssel[4] führten und die auch mir in angenehmer Erinnerung geblieben ist. Ich hatte Ihnen damals gesagt, daß die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft ihre Haltung zu den zahlreichen Assoziierungsanträgen noch nicht festgelegt habe.[5]

Die Beziehungen Israels zur EWG waren auch Gegenstand meines Gesprächs vierzehn Monate später in Genf mit Herrn Minister Sapir.[6] Ich habe Herrn Sapir gegenüber meine Sympathie für den israelischen Wunsch nach möglichst engen Beziehungen zur EWG ausgesprochen, aber gleichzeitig Zweifel darüber geäußert, ob es den israelischen Interessen förderlich wäre, wenn Israel seine Assoziierung mit der EWG zu diesem Zeitpunkt beantragen würde.

1 Durchdruck für Ministerbüro.
Das Schreiben wurde am 31. Januar 1964 abgesandt.
Hat Bundesminister Schröder am 13. März 1964 vorgelegen.

2 Für eine Übersetzung des Schreibens vgl. Abteilung I (I A 2), VS-Bd. 25.

3 Am 26. November 1962 nahmen die EWG und Israel Verhandlungen auf, um Möglichkeiten eines Abkommens oder einer sonstigen Vereinbarung auf wirtschaftlichem Gebiet zu erkunden. Im Juni 1963 legte die israelische Delegation mehrere Vorschläge zur Gestaltung der Beziehungen vor, deren Prüfung im Januar 1964 noch nicht abgeschlossen war. Vgl. dazu BULLETIN DER EWG 1/1963, S. 29, bzw. 8/1963, S. 15.
Vgl. dazu auch die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Keller vom 19. März 1964; Abteilung I (I B 4), VS-Bd. 109; B 150, Aktenkopien 1964. Vgl. ferner Referat 200, Bd. 631.

4 In dem Gespräch der damaligen Minister bat Eshkol, eine Assoziierung Israels mit der EWG zu unterstützen. Erhard wies demgegenüber darauf hin, „daß wichtige Grundsatzerwägungen noch nicht geklärt seien und daß es ihm wenig zweckmäßig erscheine, daß der Antrag Israels gerade zum Testfall genommen würde. Er bat Herrn Eshkol um Verständnis, vor allem auch unter dem Gesichtspunkt, daß es für die Bundesrepublik nicht erwünscht sein könnte, wenn im Falle eines negativen Entscheids seitens der EWG die für Israel entstehenden Schwierigkeiten in Zusammenhang mit angeblichen deutschen Vorbehalten gegenüber Israel gebracht werden könnten." Vgl. dazu die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schirmer vom 15. März 1962; Abteilung I (I A 2), VS-Bd. 25; B 150, Aktenkopien 1962.

5 Im Frühjahr 1962 war vor allem die Frage umstritten, ob eine Assoziierung neutraler Staaten (Schweden, Schweiz, Österreich) mit der EWG sinnvoll sei. Bundesminister Erhard stand diesem Gedanken positiv gegenüber. Vgl. dazu die Rede am 15. Januar 1962 in St. Gallen; Ludwig ERHARD, Wirken und Reden, Ludwigsburg 1966, S. 166–185.

6 Zu dem Gespräch vom 18. Mai 1963 vgl. den Drahtbericht des Botschafters Graf von Hardenberg, Genf, vom 20. Mai 1963; Referat III A 2, Bd. 16.

Wie Ihnen sicherlich bekannt ist, sind im Verlaufe der Verhandlungen über den Beitritt Großbritanniens zur EWG[7] die EWG-Mitgliedstaaten zu der Überzeugung gelangt, daß eine Assoziierung von außereuropäischen Staaten auf die ehemals von den Mitgliedstaaten abhängigen Gebiete sowie auf Commonwealthländer mit einer den bisherigen Assoziierten vergleichbaren Wirtschaftsstruktur in Afrika und im karibischen Raum beschränkt bleiben sollte. Die Regierungen der Mitgliedstaaten sind damals von der Erwägung ausgegangen, daß eine Assoziierung von außereuropäischen Staaten außerhalb dieser Räume die Kräfte der EWG übersteigen würde. Von diesem Grundsatz ist die Gemeinschaft nicht abgegangen; so ist beispielsweise auch mit Iran nur ein Handelsabkommen[8] abgeschlossen worden.

Ich sehe zu meinem Bedauern unter diesen Umständen – wenigstens in absehbarer Zeit – auch heute noch keine Möglichkeit für eine Assoziierung Israels mit der EWG, zumal ein solcher Schritt unvermeidlich die Forderungen anderer außereuropäischer Staaten auf Assoziierung nach sich ziehen und die Gemeinschaft in politische Schwierigkeiten bringen würde, wenn sie bei der Behandlung solcher Anträge diskriminierend entschiede.

Wie Sie wissen, habe auch ich das Gefühl, daß die zwischen Israel und der EWG geführten langwierigen Verhandlungen bisher unbefriedigend verlaufen sind. Die Bundesregierung hat daher ihre EWG-Partner gebeten, die Einfuhr der Hauptexportprodukte Israels zu liberalisieren[9], wie das in Deutschland bereits der Fall ist. Außerdem wird die Bundesregierung den israelischen Vorschlag einer zollfreien Wiedereinfuhr veredelter Erzeugnisse, deren Rohstoffe Israel aus einem EWG-Staat eingeführt hat, in den gesamten EWG-Raum unterstützen. Schließlich wird die Bundesregierung den deutschen Antrag auf ein Zollkontingent für Zitrusfrüchte trotz der Abweisung der deutschen Klage[10] gegen die abschlägige Entscheidung der Kommission weiterverfolgen.

Ich möchte abschließend nicht verfehlen, auf die Ihnen bekannten nachdrücklichen deutschen Bemühungen hinzuweisen, die bevorstehenden GATT-Verhandlungen[11] über den Abbau der Zölle und anderer Handelshemmnisse zu einem erfolgreichen Ende zu führen. Ich bin davon überzeugt, daß ein solcher

[7] Die Verhandlungen über einen Beitritt von Großbritannien zur EWG wurden im Oktober 1961 aufgenommen und zogen sich bis zum Scheitern am 28./29. Januar 1963 hin. Vgl. dazu AAPD, I, Dok. 60.

[8] Zum Handelsabkommen vom 14. Oktober 1963 zwischen der EWG und dem Iran vgl. BULLETIN DER EWG 11/1963, S. 10–12.

[9] Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Voigt vom 19. November 1963; Abteilung I (I A 2), VS-Bd. 25; B 150, Aktenkopien 1963.

[10] Die Bundesregierung beantragte 1962 bei der EWG-Kommission die Genehmigung, den gegenüber Drittländern anzuwendenden Zollsatz für Orangen teilweise auszusetzen. Gegen die abschlägige Entscheidung der EWG-Kommission vom 30. Juli 1962 erhob die Bundesregierung Klage. Diese wurde am 15. Juli 1963 vom Europäischen Gerichtshof abgewiesen. Vgl. AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN 1962, S. 2697, und AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN 1963, S. 2266. Vgl. dazu auch AAPD 1963, III, Dok. 426.

[11] Zur Kennedy-Runde vgl. Dok. 12, Anm. 14.

Erfolg die handelspolitischen Probleme Israels wenn auch nicht völlig lösen, so doch erheblich erleichtern kann.[12]

Mit freundlichen Grüßen bin ich

Ihr ergebener
gez. Erhard

Ministerbüro, VS-Bd. 8432

26

Ministerialdirektor Krapf an die Vertretung bei der NATO in Paris

II 1-85.50/1-59/64 geheim **Aufgabe: 27. Januar 1964, 20.00 Uhr[1]**
Fernschreiben Nr. 324

Betr.: Stand der Passierscheinfrage

Auf Drahtbericht Nr. 107 vom 22.1.[2], im Anschluß an Plurex Nr. 104 vom 11.1.[3] und Drahterlaß Nr. 106 vom 24.1.[4]

I. Die Gespräche in der Passierscheinfrage[5] nahmen folgenden weiteren Verlauf:

1) Herr Korber verlas bei Unterredung am 17.1. nachstehenden, zwischen Bundesregierung und Senat[6] abgestimmten Vermerk:

[12] Am 6. Juni 1964 wurde in Brüssel ein Handelsabkommen zwischen der EWG und Israel unterzeichnet. Vgl. dazu BULLETIN DER EWG 7/1964, S. 15–18.

[1] Der Drahterlaß wurde von Legationsrat I. Klasse Oncken konzipiert und über Ministerialdirigent Reinkemeyer an Ministerialdirektor Krapf geleitet.

[2] Botschafter Grewe, Paris (NATO), bat am 22. Januar 1964, die Verbündeten über den neuesten Stand der Passierschein-Gespräche unterrichten zu dürfen. Vgl. Abteilung II (II 1), VS-Bd. 60; B 150, Aktenkopien 1964.

[3] Mit dem bereits am 10. Januar 1964 konzipierten Drahterlaß informierte Ministerialdirektor Krapf über den Fortgang der Passierschein-Gespräche am 2. Januar, 3. Januar, 4. Januar und 10. Januar 1964. Vgl. Abteilung II (II 1), VS-Bd. 60; B 150, Aktenkopien 1964.

[4] Mit Drahterlaß vom 24. Januar 1964 an die Vertretung bei der NATO in Paris teilte Ministerialdirektor Krapf mit: „Am 17.1. hat eine neue Phase der Passierscheingespräche begonnen. Über diese Phase finden interne Gespräche zwischen der Bundesregierung und dem Senat von Berlin sowie den drei Westmächten statt, die lediglich der Ausarbeitung von Instruktionen an Korber dienen. Wir wünschen in diesem Stadium keine Erörterung in der NATO. Die Passierscheinfrage wird hier, um Indiskretionen, die unsere Verhandlungsposition erschweren könnten, zu vermeiden, in kleinstem Kreise behandelt. Eine Unterrichtung der NATO wird erfolgen, sobald Gesprächsverlauf dies angezeigt erscheinen läßt." Vgl. Abteilung II (II 1), VS-Bd. 60; B 150, Aktenkopien 1964.

[5] Zum Stand der Passierschein-Gespräche vgl. Dok. 1 und Dok. 17.

[6] Zur Vorbereitung des Passierschein-Gesprächs vom 17. Januar 1964 vgl. die Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Oncken vom 17. Januar 1964; Abteilung II (II 1), VS-Bd. 60; B 150, Aktenkopien 1964.

„1. Die Frage der Erleichterungen im Personenverkehr zwischen den beiden Teilen Berlins ist für uns eine rein humanitäre Angelegenheit. Zu ihrer Regelung bedarf es unserer Ansicht nach überhaupt keiner besonderen Abmachung, keinesfalls aber einer solchen politischen Charakters. Dies gilt auch für den Verkehr von Ost- nach West-Berlin. Zur Erörterung technischer Detailfragen stehe ich Ihnen zur Verfügung.

2. Alle Fragen, die den innerdeutschen Verkehr und den innerdeutschen Handel betreffen, fallen in die Zuständigkeit der Treuhandstelle für den Interzonenhandel.

3. Um Mißdeutungen auszuschließen, möchte ich feststellen, daß ich meine Erklärung im Einvernehmen mit den für den Status von Berlin zuständigen Stellen abgebe."

2) Wendt versuchte seinerseits, weitere Regelung der Passierscheinfrage von Anerkennung der politischen Forderungen Pankows abhängig zu machen. Er bot eine Vereinbarung an, die für Personenkreis der Regelung vom 17.12.1963[7] die Möglichkeit von Besuchen Ostberlins an den großen Feiertagen und bei zwei weiteren Gelegenheiten im Jahr in Aussicht stellte. Der Abschluß dieser Vereinbarung wurde von Erfüllung politischer „Erwartungen" Pankows abhängig gemacht. Diese lauten:

„Im Interesse der ordentlichen und störungsfreien Durchführung der heute übergebenen Vorschläge zur Weiterführung des Passierscheinprotokolls spricht die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik die Erwartung aus

- Provokationen und Anschläge gegen die Staatsgrenze der DDR zu Westberlin werden unterbunden.
- Der wirtschaftlichen Schädigung der DDR durch Währungsspekulationen in Westberlin wird ein Ende gesetzt. Der Wechselkurs 1 DM der Deutschen Notenbank : 1 DM West wird beachtet.
- Die von Westberlin aus organisierte Abwerbung zur Schädigung der DDR und die Propaganda für das ungesetzliche Verlassen der DDR wird eingestellt.
- Das sogenannte Notaufnahmeverfahren[8] wird eingestellt, die sogenannten Flüchtlingslager in Westberlin werden geschlossen.
- Die Agententätigkeit und die subversive Tätigkeit gegen die DDR werden in Westberlin unterbunden.
- Treffen revanchistischer Organisationen werden in West-Berlin untersagt.

Die Beachtung der vorgenannten Punkte liegt nicht nur im unmittelbaren Interesse beider Seiten. Ihre Beachtung dient dem Frieden und kann eine weitere Entspannung nur begünstigen."

3) Korber machte bei Entgegennahme der schriftlich formulierten Vorschläge der anderen Seite sofort klar, daß wir eine Politisierung des Gesprächs kategorisch ablehnen.

[7] Für den Wortlaut der Passierschein-Vereinbarung vom 17. Dezember 1963 vgl. DzD IV/9, S. 1023–1027.

[8] Aufgrund des Notaufnahmegesetzes vom 22. August 1950 durchliefen Flüchtlinge aus der DDR bei ihrer Ankunft in der Bundesrepublik bzw. in Berlin (West) in der Regel ein sogenanntes Notaufnahmeverfahren.

4) In Beratungen zwischen Bundesregierung und Berliner Senat[9] wurde als Richtlinie für weiteres Vorgehen Korbers bei für 24.1. vorgesehener Besprechung folgende Sprachregelung festgelegt:

„Gegenstand von Gesprächen zwischen uns kann nur die humanitäre Aktion sein, die am 17.12.1963 eingeleitet wurde ...[10] Sie haben mir am 17.1.1964 zusätzlich zu Ihrem Vorschlag eine Aufzeichnung mit Erwartungen Ihrer Seite übergeben, die mit der humanitären Aktion, über die wir bisher Besprechungen geführt haben, nichts zu tun haben. Sie enthalten ausschließlich politische Ziele Ihrer Auftraggeber. Ich bin nicht bereit, mit Ihnen hierüber Gespräche zu führen, und gebe Ihnen die Aufzeichnung zurück."

Gleichzeitig erhielt Korber den Auftrag, Wendt schriftlich formulierte Vorschläge[11] zu übergeben, die eine unbefristete Verlängerung des Protokolls vom 17.12.1963 vorsähen. Bei ihrer Formulierung ist darauf geachtet worden, daß der Begriff „Hauptstadt der DDR" von uns nicht verwandt und ein Tätigwerden sowjetzonaler Organe auf West-Berliner Boden nicht mehr hingenommen wird. Die Funktionen der Ostberliner Postbeamten sollen von West-Berliner Stellen übernommen werden.

5) Korber führte am 24.1. Auftrag aus.[12] Als Wendt erklärte, unser Vorgehen verzögere den Abschluß weiterer Vereinbarungen, stellte Korber fest: Wir ständen nicht unter Zeitdruck; wir seien nicht auf den Abschluß einer neuen Regelung für die Osterfeiertage angewiesen[13]. Das Papier „Erwartungen" wurde zurückgegeben. – Abschließend wurde eine nächste Besprechung für den 30.1. vereinbart.[14]

II. Nur zur dortigen Information:

1) Unsere Politik in der Passierscheinfrage verfolgt zur Zeit nachstehende Ziele:

[9] Zur Vorbereitung auf das Passierschein-Gespräch am 24. Januar 1964 vgl. die Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Oncken vom 22. Januar 1964 über die Konsultation der drei Westmächte; Abteilung II (II 1), VS-Bd. 60; B 150, Aktenkopien 1964. Vgl. ferner den Drahtbericht des Staatssekretärs Lahr, z.Z. London, vom 22. Januar 1964 über die Behandlung der Passierschein-Frage im Bundeskabinett; Büro Staatssekretär, VS-Bd. 425; B 150, Aktenkopien 1964.

[10] Die Auslassungspunkte wurden von Ministerialdirektor Krapf eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „Für die Weiterführung dieser Aktion übergebe ich Ihnen hiermit unseren Vorschlag."

[11] Der vom Senat von Berlin redigierte Entwurf einer neuen Passierschein-Vereinbarung wurde am 21. Januar 1964 an das Auswärtige Amt übermittelt. Vgl. Abteilung II (II 1), VS-Bd. 387; B 150, Aktenkopien 1964.

[12] Vgl. dazu den vom Senat von Berlin am 24. Januar 1964 an das Auswärtige Amt übermittelten Vermerk; Abteilung II (II 1), VS-Bd. 387; B 150, Aktenkopien 1964.

[13] An dieser Stelle wurde gestrichen: „und seien notfalls entschlossen, auf weitere Passierscheinregelungen zu verzichten".

[14] Zum Passierschein-Gespräch vom 30. Januar 1964 hielt Legationsrat I. Klasse Oncken am 4. Februar fest, Senatsrat Korber habe die Forderungen der Bundesrepublik vorgetragen, „d.h. die Nichterwähnung Ostberlins als ‚Hauptstadt' der DDR, die Nichtbetätigung Ostberliner Stellen auf West-Berliner Boden, die Erweiterung des Besucherkreises, den Abschluß eines langfristigen Abkommens (Laufzeit ein Jahr), die Umformulierung der Passierscheine (keine Erwähnung der ‚DDR')". Der Verhandlungsführer der DDR, Staatssekretär Wendt, sei auf die Vorschläge nicht eingegangen. Es habe sich lediglich abgezeichnet, daß die DDR über Laufzeit und Personenkreis zu reden bereit sei. Vgl. Abteilung II (II 1), VS-Bd. 60; B 150, Aktenkopien 1964.

a) Wir streben weiterhin humanitäre Erleichterungen an, ohne dafür einen politischen Preis entrichten zu müssen.

b) Wir legen Wert darauf, daß etwaige künftige Vereinbarungen im Vergleich zu dem Protokoll vom 17.12.1963 in Inhalt oder Formulierung reduziert sind. Darin würde zum Ausdruck kommen, daß Pankow seine „Gewöhnungstheorie"[15] nicht durchsetzen konnte und zurückstecken mußte. Wir würden dadurch ferner klarstellen, daß *wir* es sind, die Umfang und Inhalt etwaiger Abmachungen bestimmen.

2) Dem Erfolg dieser Bemühungen zu 1b) kommt insofern Bedeutung zu, als wir damit rechnen müssen, daß der Ostblock eine angeblich weiche Haltung der Bundesregierung in der Passierscheinfrage zum Anlaß nimmt, um eine diplomatische Offensive in nichtgebundener Welt gegen unsere Nichtanerkennungspolitik einzuleiten. Je klarer unsere feste Haltung herausgestellt wird, desto geringer[16] ist[17] die Versuchung bei den Neutralen, auf etwaige Vorschläge der Sowjets einzugehen.

III. Sollten Sie dort auf die Passierscheinfrage angesprochen werden, dann wären nachstehende Überlegungen vorzutragen:

1) Unsere Politik in der Passierscheinfrage geht von dem Grundsatz aus

- Zustimmung zu rein humanitären Regelungen,
- strikte Ablehnung jeder politischen Abmachung.

2) Unsere Position in der derzeitigen Phase ist insofern erleichtert, als wir nicht unter Zeitdruck stehen. Von dem Berliner Senat sind wir davon unterrichtet worden, daß die Berliner Bevölkerung für ein vorsichtiges Vorgehen in der Frage des Kontaktes Korber/Wendt durchaus Verständnis hat.[18] Umfragen[19] haben ergeben, daß der ganz überwiegende Teil der Berliner Bevölkerung – trotz des allgemeinen Wunsches nach Öffnung der Mauer – auf weitere Passierscheinabmachungen verzichten würde, falls diese eine Aufwertung Pankows gegenüber Berlin und Bund zur Folge hätten. Dieser Tatbestand wäre dort besonders hervorzuheben, da gerade in ausländischen Kreisen der Eindruck besteht, die Berliner Bevölkerung wünsche nichts als Entspannung und Maßnahmen zur Überbrückung der Mauer.

3) Wichtig ist vor allem, klar herauszustellen, daß die Haltung von Bundesregierung und Berliner Senat in der Frage der Nichtanerkennungspolitik

15 Zur „Gewöhnungstheorie" vgl. Dok. 1, Anm. 8.

16 An dieser Stelle wurde von Ministerialdirigent Reinkemeyer gestrichen: „sind die Erfolgschancen einer solchen Aktion und desto geringer".

17 An dieser Stelle wurde von Ministerialdirigent Reinkemeyer gestrichen: „vor allem".

18 Zur Haltung der Berliner Bevölkerung zu den Passierschein-Gesprächen äußerte der Regierende Bürgermeister Brandt am 5. Januar 1964 in einem Interview: Ulbricht „irrt sich übrigens sehr, wenn er glauben sollte, hier stünde irgend jemand unter einem Druck. So sehr wir dafür waren, zumal für die Weihnachtszeit, diese Begegnung zustande zu bringen, unsere Menschen haben Vertrauen zu uns und wissen, daß wir unsere Entscheidungen gewissenhaft fällen, daß wir ihnen sagen, was unserer Einschätzung nach möglich ist und nicht möglich ist." Vgl. DzD IV/10, S. 46.

19 Zu der Anfang Januar 1964 im Auftrag des Senats von Berlin zum Passierschein-Abkommen durchgeführten Meinungsumfrage vgl. DER SPIEGEL, Nr. 3 vom 15. Januar 1964, S. 14.
Vgl. dazu auch den Drahterlaß des Ministerialdirektors Krapf vom 27. Februar 1964; Referat II 1, Bd. 174.

unverändert ist. Hierzu haben wir um so mehr Grund[20], als die Ausführungen Ulbrichts vom 3.1.[21] (Veranstaltung zum 45. Jahrestag der KPD – vgl. Heft 348 des Informationsdienstes für die Auslandsvertretungen) die weiterreichenden Ziele, die Pankow im Zusammenhang mit der Passierscheinfrage verfolgt, deutlich haben hervortreten lassen. Es ist deshalb gerade auch der Berliner Senat, der auf eine feste Haltung Wert legt.

4) Weiterer Erlaß vorbehalten.[22]

Krapf[23]

Abteilung II (II 1), VS-Bd. 60

27

Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit Ministerpräsident Moro in Rom

Z A 5-20.A/64 geheim **27. Januar 1964**[1]

Der italienische Ministerpräsident Moro empfing den Herrn Bundeskanzler am 27. Januar 1964 um 11.30 Uhr zu einem Gespräch unter vier Augen im Palazzo Chigi in Rom.

Der Herr *Bundeskanzler* wies einleitend darauf hin, es sei ihm ein ehrliches Bedürfnis gewesen, bald nach seinem Amtsantritt[2] nach Italien zu kommen, um deutlich seinen Standpunkt zum Ausdruck zu bringen, wonach man in Europa nicht von größeren oder kleineren, mächtigeren oder weniger mächtigen Ländern sprechen sollte. Europa könne nur fruchtbar sein, wenn es aus freien und gleichberechtigten Ländern bestehe.

20 Der Passus „Hierzu haben wir um so mehr Grund" wurde von Ministerialdirigent Reinkemeyer handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „Unsere Haltung ist um so fester".

21 Zur Passierschein-Vereinbarung äußerte der Staatsratsvorsitzende Ulbricht: „Es wäre eine Übertreibung, das vereinbarte Protokoll über das Berliner Abkommen als Staatsvertrag zu bezeichnen. Denn noch ist Westberlin keine Freie Stadt, sondern ein unter Besatzungsregime stehender Stadtteil. Aber immerhin konnte in diesem Falle ein Stück Selbstbestimmungsrecht für Westberlin durchgesetzt werden. Immerhin gab es reguläre Verhandlungen zwischen legitimierten Vertretern der Staatsmacht der Deutschen Demokratischen Republik und dem Westberliner Senat, der dort das führende Staatsorgan ist. Die Verhandlungen gingen also von den realen Tatsachen aus, zu denen eben die nicht zu bezweifelnde völkerrechtliche wie faktische Existenz der Deutschen Demokratischen Republik gehört." Für den Wortlaut der Rede vom 3. Januar 1964 vgl. DzD IV/10, S. 24–40.

22 Mit Drahterlaß vom 12. Februar 1964 informierte Staatssekretär Carstens über den Fortgang der Passierschein-Gespräche. Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 425; B 150, Aktenkopien 1964.
Zu den Passierschein-Gesprächen vgl. weiter Dok. 42 und Dok. 60.

23 Paraphe vom 27. Januar 1964.

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Dolmetscherin Bouverat am 6. Februar 1964 gefertigt. Zum Besuch des Bundeskanzlers Erhard in Rom vgl. auch OSTERHELD, Außenpolitik, S. 60–62.

2 Ludwig Erhard übernahm am 16. Oktober 1963 das Amt des Bundeskanzlers.

Zunächst wolle er Herrn Moro sagen, wie er zur Politik gekommen sei und welche Grundauffassungen er vertrete: Im Dritten Reich sei er verfemt und geächtet gewesen; er habe seine Professorentätigkeit nicht ausüben dürfen und sich daher Studien- und Forschungsaufgaben gewidmet.[3] Dies habe dazu beigetragen, daß er bald nach dem Krieg, noch während des Besatzungsregimes, bayerischer Wirtschaftsminister[4] geworden sei. Bis zu seiner Amtsübernahme als Bundeskanzler sei er ständig in der Politik gewesen. Er sage „Ja" zum europäischen Gedanken, sei aber nicht der Auffassung, daß das freie Europa in sich geteilt werden sollte – eine Meinung, die von Herrn Moro bestätigt wurde. Europa könne nur versöhnt und geeint werden durch eine Zusammenarbeit der Sechs mit Großbritannien und nicht nur der Sechs unter sich.[5] Erst dann werde Europa zu einer freien und höheren Gemeinschaft.

Was seine – des Herrn Bundeskanzlers – Person betreffe, sei ihm bekannt, daß er den Stempel eines „großen Liberalen" trage. Das Wort „liberal" könne aber unterschiedlich ausgelegt werden. In Italien verstehe man darunter wohl jemanden, der rechts stehe und nationalistisch ausgerichtet sei. Dies sei jedoch falsch: Er sei liberal im Sinn von „freiheitlich" und sozial geprägt. Nicht umsonst sei seine Marktwirtschaft als „sozial" gekennzeichnet und stehe Deutschland mit all seinen sozialen Neuerungen und Errungenschaften an der Spitze der europäischen Länder. Dies sei der Inhalt seiner Politik.

Der Herr Bundeskanzler bat Herrn Moro um Verständnis, wenn er sich in dieser Weise vorstelle – dies erscheine ihm aber wichtig für die weitere Verständigung –, und führte weiter aus: Der deutsch-französische Vertrag[6] habe ihn zunächst mit Besorgnis erfüllt, inzwischen sei aber völlig geklärt, daß es sich nicht um einen exklusiven Klub handele. Der deutsch-französische Vertrag sei im Gegenteil die Voraussetzung für jede europäische Politik, denn ohne Versöhnung zwischen Frankreich und Deutschland wären alle Anstrengungen sinnlos. Von dem Vertrag gehe keine zentrifugale, sondern eine zentripetale Kraft aus. Was Europa betreffe, habe er General de Gaulle schon vor fünf bis sechs Jahren deutlich gesagt, das Europa der Sechs dürfe nicht die Endstation sein. Es handele sich dabei nur um eine erste Verzahnung, die noch nicht vollendet sei. Das freie Europa sei, wie gesagt, zu klein, als daß es noch in sich geteilt werden dürfe.

Ministerpräsident *Moro* dankte dem Herrn Bundeskanzler für seinen Besuch. In der Tatsache, daß er so bald nach dem Beginn der Tätigkeit der neuen Regierung erfolge, sehe er zu seiner Freude eine Sympathiebezeugung und ein Zeichen der Wertschätzung für sein Land. Er könne dem Herrn Bundeskanzler sagen, daß dieser in Italien bekannt sei und bewundert werde. Niemand hier denke ernsthaft daran, daß sein politisches Denken nach rechts hin aus-

[3] 1942 mußte Ludwig Erhard seine wissenschaftliche Tätigkeit am „Institut für Wirtschaftsbeobachtung der deutschen Fertigware" aufgeben und gründete auf privatwirtschaftlicher Basis das „Institut für Industrieforschung" in Nürnberg.

[4] Vom Oktober 1945 bis Dezember 1946 war Ludwig Erhard bayerischer Staatsminister für Wirtschaft.

[5] Zu den europapolitischen Auffassungen des Bundeskanzlers Erhard vgl. bereits Dok. 8 und Dok. 12.

[6] Für den Wortlaut des deutsch-französischen Vertrags vom 22. Januar 1963 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 706–710.

gerichtet sei. In den Verhandlungen, die zur Regierungsbildung[7] mit der sozialdemokratischen (PSDI) und der sozialistischen Partei (PSI) geführt hätten, habe er (Moro) mehrmals auf die Marktpolitik (sic!) verwiesen, die auch in Italien als „soziale Marktpolitik" bezeichnet werde. Er verstehe die Bedeutung der politischen Stellung des Herrn Bundeskanzlers und dessen Wirken für das deutsche Volk.

Der Herr *Bundeskanzler* erklärte, er sei der neuen italienischen Regierung gegenüber günstig eingestellt. Er lege Wert darauf, daß auch in Deutschland das Verhältnis zwischen Regierung und Opposition aufgeschlossen sei und eine größere Kompromißbereitschaft bestehe.

Seit seinem Amtsantritt habe er drei Besuche – in Paris[8], bei Präsident Johnson[9] und in London[10] – gemacht. Zusammenfassend habe sich hierbei ergeben, daß in Europa eine stärkere politische Willensbildung erkennbar werden sollte. Schon Präsident Kennedy, Dean Rusk und jetzt Präsident Johnson hätten ihn immer wieder darauf hingewiesen, daß Europa von amerikanischer Sicht aus ein sehr diffuses Bild biete. Da Europa aber für seine Verteidigung auf die Partnerschaft und die Allianz mit den USA angewiesen sei, sei es nicht gut, wenn diese nicht wüßten, wer für Europa spreche: Die NATO sei nicht in Ordnung, Frankreich sei dagegen[11], andererseits gebe es den Gemeinsamen Markt der Sechs, dann Großbritannien mit den übrigen EFTA-Staaten, die nicht zusammenkommen könnten. Für Amerika sei Europa kein politischer Begriff mehr. Daher sei er (der Herr Bundeskanzler) dafür, daß in Europa eine stärkere politische Willensbildung zutage trete. Er denke dabei nicht an Institutionen oder vorgenormte Begriffe. Auch in seinen Gesprächen mit General de Gaulle habe er es immer vermieden, die technischen Bezeichnungen wie Fouchet I und Fouchet II[12] in den Mund zu nehmen, sondern nur gesagt, man müsse „etwas tun", da sonst das Sechser-Europa nie zu einer politischen Einheit führen würde und nur ein technokratisches Gebilde bliebe mit so fest gefügten Formen, daß ein Beitritt von Drittländern unmöglich sei. An Großbritannien könne man sich jetzt nicht wenden, da es infolge der kommenden Wahlen[13] immobilisiert und nicht in der Lage sei, eine Antwort zu geben. In London sei ihm aber von konservativer und von Labourseite[14] nahegelegt worden, daß die Sechs nicht erstarren sollten. Der Gemeinsame Markt dürfe nicht abrollen, ohne daß bereits jetzt an einen späteren Beitritt Englands gedacht

[7] Zu der seit dem 5. Dezember 1963 amtierenden Koalitionsregierung unter Ministerpräsident Moro vgl. Dok. 23, Anm. 5.

[8] Zu den deutsch-französischen Regierungsbesprechungen vom 21./22. November 1963 vgl. AAPD 1963, III, Dok. 421–423.

[9] Zu den deutsch-amerikanischen Regierungsbesprechungen am 28./29. Dezember 1963 in Stonewall, Texas, vgl. AAPD 1963, III, Dok. 486–491.

[10] Zu den deutsch-britischen Regierungsbesprechungen vom 15./16. Januar 1964 vgl. Dok. 12–15.

[11] Zur französischen Haltung gegenüber der NATO vgl. bereits Dok. 14, besonders Anm. 34.

[12] Zu den Fouchet-Plänen vom 2. November 1961 bzw. 18. Januar 1962 vgl. Dok. 7, Anm. 10.

[13] Die Wahlen zum britischen Unterhaus vom 15. Oktober 1964 führten zu einer Regierungsmehrheit für die Labour Party.

[14] Während des Aufenthalts in London am 15./16. Januar 1964 kam Bundeskanzler Erhard zu einem dreiviertelstündigen Gespräch mit dem britischen Oppositionsführer Wilson zusammen. Vgl. dazu FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 14 vom 17. Januar 1964, S. 1.
Zur europapolitischen Haltung der Labour Party vgl. auch Dok. 8, Anm. 41.

werde. Die Briten wünschten keine festgegossene Form, in der kein Platz für sie wäre. De Gaulle dagegen ziehe eine in ihre letzte Form gegossene Sechser-Wirtschaftsgemeinschaft mit einem entsprechenden politischen Zusammenschluß vor. Er (der Herr Bundeskanzler) halte dies nicht für die richtige Lösung. Es bestehe kein Zweifel darüber, daß de Gaulle hoffe, in einem derartigen Europa die Hegemonie zu übernehmen. Deutschland träume nicht einmal von einer solchen Möglichkeit, ja, es wende sich entschieden dagegen. Er sei auch nicht für eine deutsch-französische Vormachtstellung oder eine Blockbildung. Europa müsse umfassend, in sich frei sein und aus gleichberechtigten Nationen bestehen.

Herr *Moro* antwortete, er stimme vielem von dem, was der Herr Bundeskanzler gesagt habe, zu und stelle fest, daß unter seiner Führung eine größere Annäherung zwischen dem deutschen und dem italienischen Standpunkt erfolgt sei. Er sei damit einverstanden, daß Europa geeint, frei und ohne Hegemonien sein sollte. Die Völker sollten darin auf Grund echter Freiheitsprinzipien zusammenleben. Er sei auch mit dem Herrn Bundeskanzler einig in bezug auf die große Bedeutung einer Beteiligung Großbritanniens an Europa. Während der Reise des italienischen Außenministers Saragat[15] sei das Interesse Italiens an der Beteiligung Großbritanniens an dem europäischen Gebäude unterstrichen worden, wie auch das von konservativer und Labourseite geäußerte Interesse Englands, nicht aus der europäischen Familie ausgeschlossen zu werden. Was eine „relance" des Europagedankens[16] betreffe, werde dieser in der italienischen öffentlichen Meinung wachgehalten. Wahrscheinlich erwarte die Öffentlichkeit aber mehr als nur das; sie erwarte eine Konkretisierung dieser „relance". Eine Schwierigkeit hierbei sei die Forderung Großbritanniens, schon von Beginn an an den Arbeiten zur Schaffung eines politischen Europas beteiligt zu werden.[17] England möchte nicht in ein fertiges Haus einziehen, das ohne es erbaut worden sei. Hieraus ergebe sich die Notwendigkeit, Großbritannien schon von Anfang an an der europäischen „relance" zu beteiligen, und man sei daher gezwungen, die Ergebnisse der kommenden britischen Wahlen abzuwarten. Erst dann sei Großbritannien in der Lage, eine Initiative zu ergreifen. Andererseits bestehe ohne Zweifel ein Unterschied zwischen der Stellung Frankreichs einerseits und dem Standpunkt Deutschlands und Italiens andererseits. Frankreich zeige England gegenüber eine sehr kühle Haltung. Sicher sei es für den engeren Kreis des Europas der Sechs, jedoch zurückhaltender gegenüber der NATO, während er (Moro) den Eindruck habe, daß die italienische Regierung mit den deutschen und englischen Freunden einig sei. Ein geeintes Europa dürfe keine Autonomietendenzen haben, son-

15 Zu den Besuchen des italienischen Außenministers in den USA und in Großbritannien vgl. Dok. 28.

16 Zu den Bemühungen um eine europapolitische Initiative vgl. bereits Dok. 7 und Dok. 22.

17 Auf der Tagung des Ministerrats der WEU am 23. Januar 1964 in London gab der britische Außenminister Butler der Hoffnung Ausdruck, daß Großbritannien „an allen neuen Besprechungen über die politische Union in Europa voll und von Anfang an" werde teilnehmen können. Er betonte, die britische Beteiligung werde nicht nur für sein Land, „sondern für Europa als Ganzes von Nutzen sein und damit für jene fortschreitende Integration Europas, zu der sich die sieben Regierungen als Mitglieder der WEU verpflichtet haben". Vgl. die Gesprächsaufzeichnung des Referats I A 1 (Auszug); Ministerbüro, Bd. 206.
Zur europapolitischen Haltung Großbritanniens vgl. auch Dok. 14 und Dok. 15.

dern müsse mit den Vereinigten Staaten eine „Führungsgemeinschaft" bilden. Die von de Gaulle kürzlich in bezug auf China eingenommene Haltung[18] sei eine Tatsache, die an und für sich verschiedenartig beurteilt werden könne, und sicherlich eine hochwichtige politische Angelegenheit; im jetzigen Zeitpunkt aber unterstreiche sie eine bestimmte Konzeption Frankreichs, das ein gegen die USA gerichtetes, sehr autonomes Europa befürworte. Es bestünden noch erhebliche politische Meinungsverschiedenheiten zwischen den beteiligten Staaten, insbesondere zwischen Italien und Frankreich. In der Vergangenheit sei Italien etwas in Sorge gewesen wegen des deutsch-französischen Vertrags, da dieser als ein Element der Abschließung gegenüber anderen europäischen Ländern erschienen sei.[19] Er (Moro) nehme zur Kenntnis, daß der Herr Bundeskanzler dazu beigetragen habe, diese Zweifel zu beheben. Er habe den Gedanken der Versöhnung, die in dem Vertrag verankert sei, immer positiv beurteilt. Die französische Politik sei jedoch komplex und stelle viele Fragezeichen. Alle, die den Wunsch hätten, Freunde Frankreichs zu sein, seien an einer Klärung interessiert. In dieser Hinsicht halte er die Reise des Herrn Bundeskanzlers nach Frankreich[20] für sehr nützlich, ebenso wie auch die kurz danach stattfindende Reise von Staatspräsident Segni nach Paris[21]. Er hoffe, daß sich bei diesen beiden Reisen weitere ermutigende Hinweise ergäben, die es ermöglichen, die praktischen Schwierigkeiten auf dem Wege zur Schaffung eines freiheitlichen und wirklich freien Europas zu überwinden.

Der Herr *Bundeskanzler* erklärte, man sollte annehmen können, daß, wenn von sechs Partnern fünf sich betont für die Aufnahme Großbritanniens aussprächen, der übrige Partner auf lange Sicht nicht „Nein" sagen könne. Von jeder anderen politischen Gestalt würde er dies behaupten, im Fall des französischen Staatspräsidenten sei er aber nicht sicher. Er glaube, de Gaulle habe die Vorstellung, daß, wenn nur die Sechs sich zusammenschlössen, es neben Frankreich keine größere Macht gäbe, so daß er früher oder später eine Hegemoniestellung einnehmen könne. Hinzu komme, daß Frankreich ein tiefes Mißtrauen gegenüber den Vereinigten Staaten hege. In der Frage der Anerkennung Chinas habe es keine Konsultation zwischen der französischen und der Bundesregierung gegeben.[22] Er (der Herr Bundeskanzler) habe keine Ahnung von dieser Absicht gehabt, sondern nur von der Reise Edgar Faures[23] ge-

[18] Zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Frankreich und der Volksrepublik China am 27. Januar 1964 vgl. bereits Dok. 11 und Dok. 17.

[19] Zur italienischen Reaktion auf den deutsch-französischen Vertrag vom 22. Januar 1963 vgl. AAPD 1963, I, Dok. 53 und Dok. 57.

[20] Zu den deutsch-französischen Regierungsbesprechungen am 14./15. Februar 1964 in Paris vgl. Dok. 44–50.

[21] Staatspräsident Segni hielt sich vom 19. bis 22. Februar 1964 zu einem Besuch in Frankreich auf. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1964, Z 59.
Vgl. dazu auch den Drahtbericht des Botschafters Klaiber, Paris, vom 24. Februar 1964; Abteilung II (II 7), VS-Bd. 1360; B 150, Aktenkopien 1964.

[22] Vgl. dazu Dok. 11, Anm. 7.

[23] Der ehemalige französische Ministerpräsident besuchte im Oktober 1963 die Volksrepublik China. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1963, Z 233.
Anfang Januar 1964 nahm Faure gegenüber der Presse zu seiner China-Reise ausführlich Stellung. Er erklärte, er habe besonders die Frage einer Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Frankreich und China mit seinen Gesprächspartnern erörtert. Zugleich gab er seine posi-

hört. Als er General de Gaulle danach gefragt habe, habe dieser ihm geantwortet, es seien nur Handelsbeziehungen und die Einrichtung einer Wirtschaftskommission geplant, auf politischem Gebiet nichts. Trotz des Bestehens des Freundschaftsvertrags sei die Bundesregierung völlig überrascht worden. De Gaulle habe in ihm (dem Herrn Bundeskanzler) Zweifel an der Bündnistreue der USA, wenn es hart auf hart gehe, wecken wollen. Er habe sich aber absolut dagegen gewehrt und betont, daß Europa hilflos wäre ohne das Vertrauen in die USA. Er habe keinen Anlaß, mißtrauisch zu sein.

Was die Frage der Anerkennung Chinas betreffe, handele es sich um einen Schritt, der geeignet sei, das Interesse der USA an Europa zu mindern. Angesichts der bevorstehenden Wahlen[24] müßte er sich sehr täuschen, wenn der Rückzug der amerikanischen Truppen aus Europa[25] nicht zum Wahlobjekt würde. In den Augen Amerikas sei das Bild Europas ungenau und zerklüftet. Konsequenterweise müsse man in der MLF[26] einen großen Fortschritt und eine weitere Bindung zwischen den USA und Europa sehen. Falls dieser Plan mißlinge und die USA sich aus Europa zurückzögen, würde de Gaulle mit seiner „Force de frappe" die einzige echte Macht in Europa sein, und er würde sie politisch ausspielen. Deutschland wolle keine eigene Nuklearmacht aufbauen, es habe freiwillig darauf verzichtet[27] und werde sich auch nicht an französischen Projekten beteiligen. Es lege aber großen Wert darauf, daß möglichst viele europäische Länder sich an einer gemeinsamen europäischen Nuklearmacht beteiligen, um das Mißtrauen zu beseitigen und ein Gegengewicht gegen de Gaulles Autonomietendenzen zu schaffen. Die Lage sei erregend. Dies alles bedeute nicht, daß er gegen de Gaulle sei, er wolle nur verhindern, daß dieser eine Vormachtstellung einnehme. Daher beabsichtige er auch, nach einer Zwischenpause die Beneluxländer zu besuchen[28], um deutlich zu machen, daß Deutschland nicht einseitig an Frankreich gebunden sei.

Herr *Moro* betonte, alle europäischen Länder müßten gleichberechtigt sein. Die Dinge seien sehr kompliziert. Einer Gipfelkonferenz würde General de Gaulle sicher zustimmen, er (Moro) glaube aber, daß ein derartiges Treffen

Fortsetzung Fußnote von Seite 136

tive Haltung in bezug auf einen solchen Schritt zu erkennen. Vgl. dazu den Drahtbericht des Botschafters Klaiber, Paris, vom 10. Januar 1964; Referat I A 3, Bd. 407.

24 Die amerikanischen Präsidentschaftswahlen fanden am 3. November 1964 statt.

25 Zur Frage eines Rückzugs amerikanischer Truppenteile aus Europa vgl. auch AAPD, III, Dok. 398 und Dok. 440.

26 Zu den MLF-Verhandlungen vgl. besonders Dok. 104.

27 In einer auf der Londoner Neun-Mächte-Konferenz (28. September bis 3. Oktober 1954) von Bundeskanzler Adenauer abgegebenen Erklärung verzichtete die Bundesrepublik auf die Herstellung von atomaren, biologischen und chemischen Waffen. Diese Erklärung wurde auch in die Pariser Verträge vom 23. Oktober 1954 aufgenommen. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1954, S. 7130f.

28 Zu den deutsch-niederländischen Regierungsbesprechungen vom 2./3. März 1964 bzw. den deutsch-belgischen Regierungsbesprechungen vom 23./24. April 1964 vgl. Dok. 59 und Dok. 112.
Zu den deutsch-luxemburgischen Regierungsbesprechungen vom 4. Mai 1964 vgl. den Runderlaß des Staatssekretärs Carstens vom 5. Mai 1964; Abteilung I (I A 3), VS-Bd. 39; B 150, Aktenkopien 1964.

der Regierungschefs[29] zur Zeit keinen Sinn hätte. Man müßte zunächst die Möglichkeiten erkunden – vielleicht könnte Herr Cattani diese Aufgabe übernehmen; aber er glaube, daß angesichts der britischen Forderung, von Anfang an nicht im Schatten zu stehen, de Gaulle ein klares „Nein" sagen und die Aussichten auf einen Erfolg der Konferenz zerstören würde.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, er beurteile die Dinge wie Ministerpräsident Moro. Es gehe jetzt darum, eine richtige Politik zu betreiben und – auch wegen der USA – einen politischen Willen in Europa sichtbar zu machen. Konkrete Gespräche seien wohl erst nach den britischen Wahlen möglich. Er sehe keinen anderen Weg. Eine italienische Einladung zu einer Gipfelkonferenz würde General de Gaulle sicher annehmen, aber es dürfe nicht zu einem zweiten Fehlschlag in der Frage der europäischen Einigung kommen. Im Gegensatz zur Europäischen Kommission, die meine, daß die politische Einigung, falls der Gemeinsame Markt nur weiter ausgebaut werde, wie eine reife Frucht vom Baum falle, glaube er nicht an einen derartigen Automatismus. In einer Zementierung des Sechser-Europa sehe er eine Gefahr, wenn Großbritannien dabei keine Aussicht auf einen Beitritt habe. Man befinde sich in einem echten Dilemma. Viele seien sich über die Lage im klaren, aber es sei noch keine Lösung zu sehen.

Herr *Moro* bemerkte, daß er mit diesen Gedanken übereinstimme. Die Standpunkte seien sehr nahe. Von italienischer Seite sei de Gaulle gesagt worden, seine starre Haltung erleichtere den Zusammenschluß des freien Europa nicht. Er – de Gaulle – glaube, in einem Sechser-Europa hätte Frankreich de facto eine beherrschende Rolle. Der General sei mißtrauisch gegenüber den USA und der NATO und wolle sich seine Bewegungsfreiheit bewahren, wie das Beispiel der Anerkennung Chinas zeige. Er (Moro) sei ebenfalls der Meinung, daß, wenn Frankreich eine ähnliche Regierung hätte wie Deutschland und Italien, es genügen würde, wenn die anderen Fünf insistierten, um auch die Zustimmung Frankreichs zu erhalten. Man habe es aber mit einer starken Persönlichkeit zu tun, die nicht ohne weiteres dazu zu bewegen sei, den von der europäischen öffentlichen Meinung vorgezeigten Weg einzuschlagen. Es stelle sich nunmehr die Frage, wie weit de Gaulle sich einverstanden erklären könnte, um einige seiner Standpunkte zu überprüfen, damit doch Fortschritte in Richtung auf ein freies, gleichberechtigtes Europa erzielt werden können. In diesem Sinne halte er die Reise des Herrn Bundeskanzlers nach Frankreich für nützlich, wie auch die Reise von Präsident Segni. Vorher sollte man nichts unternehmen, sondern erst einmal die Ergebnisse dieser Besuche abwarten. Selbst wenn de Gaulle einer Gipfelkonferenz zustimmen sollte, würde sich diese gegen Großbritannien richten und zu keinem Ergebnis führen. Hierin sei er mit dem Herrn Bundeskanzler einig. Angesichts der großen Schwierigkeiten müsse man sich vorsichtig bewegen, um das europäische Ideal nicht auszulöschen, und erkunden, ob nicht eine Änderung des französischen Standpunkts herbeigeführt werden könne. Er glaube, daß die Kontakte zwischen Deutschland und Italien auf diesem Gebiet wichtig seien, weil die bei-

[29] Zu den Überlegungen für ein Treffen der Staats- und Regierungschefs der sechs EWG-Staaten in Rom vgl. Dok. 8, Anm. 43.

den Länder die gleichen Ideale und Zielsetzungen hätten. Was die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft betreffe, glaube er, daß die damit zusammenhängenden Probleme gelöst werden könnten. Auch er sei der Auffassung, daß das politische Europa nicht automatisch aus dem Gemeinsamen Markt hervorgehen werde. Während seines Besuchs in London habe der italienische Außenminister Saragat bereits einige Schritte unternommen und mit den Briten über die Initiative zur Fusion der Exekutiven[30], zur Verstärkung der Verantwortung des Ministerrats und zur Demokratisierung der Versammlung[31] gesprochen. Die Briten hätten nichts dagegen, solange für sie die Möglichkeit bestehe, in das europäische Haus einzuziehen. Er (Moro) glaube, daß einige dieser Maßnahmen in Zusammenarbeit mit Frankreich und ohne englischen Widerstand getroffen werden könnten. Es sei aber Vorsicht geboten. Eine Konferenz könnte nützlich sein, um die Tätigkeit der Gemeinschaft wirksamer zu gestalten, sie würde jedoch hinsichtlich der Frage des politischen Europas negativ verlaufen. Er (Moro) sei mit dem Herrn Bundeskanzler einverstanden in bezug auf dessen Vertrauen in die Freundschaft und Treue der Vereinigten Staaten. Die italienische Regierung glaube, daß die Regierung der USA dem Schicksal Europas nicht fremd gegenüberstehe und sich nicht dafür desinteressiere.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, bezüglich der Kompetenzen des Europäischen Parlaments sehe er weitere Möglichkeiten. Im Gemeinsamen Markt aber werde heute eine nationale Zuständigkeit, ein Souveränitätsrecht nach dem anderen abgegeben, aber nicht auf ein politisches Gebilde, sondern einen Verwaltungsapparat übertragen. Der Ministerrat sei heute schon überfordert, so daß zum Schluß nur noch ein Feigenblatt an demokratischer Ordnung übrig bleibe. Dem Parlament könnten mehr Befugnisse eingeräumt werden, aber es könne im jetzigen Zustand keine echte Legislative sein. Provisorisch könne seine Tätigkeit erleichtert werden, aber man komme infolge der Haltung einer einzigen Person nicht zu einer glücklichen Lösung im freien, europäischen Sinn. Daher lege er (der Herr Bundeskanzler) großen Wert darauf, nach Paris die Gespräche mit der italienischen Regierung fortzusetzen. Er freue sich, daß in der Geschichte der beiden Länder ein neues Blatt aufgeschlagen worden sei. Die deutsch-englischen Beziehungen seien nicht immer leicht gewesen, aber auch hier müsse man sichtbar werden lassen, daß diesen Beziehungen – wie auch den deutsch-italienischen – der gleiche Wert und das gleiche Gewicht beigemessen werde wie den deutsch-französischen. Vielleicht könne man dann eine Konstellation schaffen, der de Gaulle sich nicht mehr ohne weiteres widersetzen könne.

Herr *Moro* dankte dem Herrn Bundeskanzler für seine Ausführungen, die ein Zeugnis echten europäischen Geistes seien. Er hoffe, daß die noch vorhandenen Schwierigkeiten mit diesem Geist gelöst werden können.

[30] Zur Fusion der Exekutiven der drei Gemeinschaften vgl. Dok. 22, Anm. 5.
Zum Stand der Verhandlungen im Januar 1964 über eine Fusion vgl. den Drahtbericht des Botschafters Harkort, Brüssel (EWG/EAG), vom 29. Januar 1964; Referat I A 2, Bd. 880.

[31] Zu den Überlegungen, die Stellung des Europäischen Parlaments zu stärken, vgl. besonders Dok. 56.

Der Herr *Bundeskanzler* seinerseits dankte Herrn Moro für dieses erste Gespräch unter vier Augen, das zur Klärung der gegenseitigen Standpunkte im Hinblick auf die späteren Verhandlungen von großem Nutzen gewesen sei.

Bundeskanzleramt, AZ: 21-301 00 (56), VS-Bd. 6

28

Deutsch-italienische Regierungsbesprechungen in Rom

I A 3-82.20/94.12/383/64 VS-vertraulich **27./28. Januar 1964**[1]

Betr.: Besuch des Herrn Bundeskanzlers in Rom am 27./28. Januar 1964;
hier: Niederschrift der Gespräche

1) Besprechungen im Palazzo Chigi am 27. Januar 1964 von 17.00 bis 19.45 Uhr
(Gespräche wurden geführt von Bundeskanzler Erhard und Bundesaußenminister Schröder sowie Ministerpräsident Moro und Außenminister Saragat)

Ministerpräsident *Moro*: Nach einleitenden Begrüßungsworten unterstreicht Moro die Kontinuität der italienischen Außenpolitik, betont Treue zum Atlantischen Bündnis, erklärt, daß gegenwärtige italienische Regierung[2] auch in Berlin- und Deutschlandfrage gleiche Politik wie vorhergehendes Kabinett vertritt und bestätigt nachdrücklich das fundamentale Recht des deutschen Volkes auf Wiedervereinigung. Problem europäischer Einigung ist besonders aktuell.[3] Solidarität muß sich auch auf Großbritannien erstrecken.

Bundeskanzler *Erhard*: Dankt Moro und ist glücklich über Versicherung der Treue zum Atlantischen Bündnis und die Erklärungen zur Wiedervereinigung und Selbstbestimmung. Das Verhältnis Frankreich zu Deutschland ist in eine neue Phase des Zusammenlebens eingetreten. Ein europäischer Zusammenschluß ist ohne eine Einigung Frankreich/Deutschland nicht möglich. Jedoch besteht keine Exklusivität. Deutschland hat keinen Anlaß, das Verhältnis zu anderen Völkern weniger zu pflegen als mit Frankreich. Um die europäische wirtschaftliche Einigung ist es gut bestellt. Brüssel hat zu guten Ergebnissen geführt[4], und wir hoffen auf einen Erfolg der Kennedy-Runde[5]. Das Gespräch

[1] Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Steg am 5. Februar 1964 gefertigt.

[2] Zu der seit dem 5. Dezember 1963 amtierenden Koalitionsregierung unter Ministerpräsident Moro vgl. Dok. 23, Anm. 5.

[3] Vgl. dazu das vorangegangene Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit Ministerpräsident Moro; Dok. 27.

[4] Auf der Sitzung des Ministerrats der EWG vom 16. bis 23. Dezember 1963 in Brüssel gelang es, eine grundsätzliche Einigung hinsichtlich der weiteren gemeinsamen Argrarpolitik herbeizuführen. Insbesondere konnten Marktordnungen für Rindfleisch, Reis sowie Milch und Milcherzeugnisse verabschiedet werden. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1964, D 17–20.

[5] Zur Kennedy-Runde vgl. Dok. 12, Anm. 14.

mit Johnson[6] machte klar, daß ein geschlossenes Europa noch nicht existiert. Wollen wir ein Europa der Sechs oder aller freien Länder? Wie wird die Einigung mit Großbritannien stattfinden? Am Anfang der Römischen Verträge[7] stand der politische Wille. Wir brauchen ein Europa über die Sechs hinaus. Präsident de Gaulle wünscht eine Initiative im Rahmen der Sechs.[8] Bei dieser Sachlage ist es schwierig weiterzukommen, auch nicht durch Gespräche technischen Charakters. Was können wir tun? Zunächst Gemeinsamen Markt stärken, denn engere Zusammenarbeit schafft auch politische Kraft. Eine Hegemonie eines Landes in Europa lehnen wir ab; wir beteiligen uns auch nicht als Juniorpartner. Unser Ziel ist ein Europa der Freien und Gleichen.

Moro: Freut sich, erklären zu können, daß die italienische Regierung gleichen Zielen nachstrebt. Wir müssen interessanter Partner für USA bleiben und wollen deshalb auch ein Europa der Sieben. Beitritt Großbritanniens ist für uns wesentlich, und wir sollten nichts tun, was Beitritt Großbritanniens erschweren könnte. Dazu gehört auch keinerlei größere Initiative vor den englischen Wahlen[9]. Überhaupt ist Vorsicht bei Initiativen angebracht, um nichts zu verderben. Besuch Segnis und Bundeskanzlers in Paris im Februar[10] wird gute Gelegenheit geben, Europafrage erneut zu prüfen. Da institutionell zur Zeit keine Möglichkeit, europäische Einigung voranzutreiben, muß der politische Wille belebende Kraft sein. Bittet Herrn Saragat, über seine Besuche in England[11] und USA[12] zu berichten.

Saragat: Reise Segnis nach USA hat Ziel gedient, amerikanischer Regierung Kontinuität italienischer Außenpolitik zu bestätigen und demokratische Grundlage italienischer Regierungspolitik zu unterstreichen. Bei Stärkung demokratischer Grundlage kommt es darauf an, die KP Italiens zu isolieren. Bisheriges Ergebnis ist zufriedenstellend. Verständnis für atlantische Gemeinschaft heißt, Europa nicht zur dritten Kraft werden zu lassen; Schieds- oder

6 Zu den deutsch-amerikanischen Regierungsbesprechungen am 28./29. Dezember 1963 in Stonewall, Texas, vgl. AAPD 1963, III, Dok. 486–491.

7 Zu den Römischen Verträgen vom 25. März 1957 vgl. Dok. 7, Anm. 7.

8 Zur Haltung des französischen Staatspräsidenten in bezug auf eine europapolitische Initiative vgl. bereits Dok. 7, besonders Anm. 2.

9 Die Wahlen zum britischen Unterhaus vom 15. Oktober 1964 führten zu einer Regierungsmehrheit für die Labour Party.

10 Zu den deutsch-französischen Regierungsbesprechungen am 14./15. Februar 1964 in Paris vgl. Dok. 44–50.
Zum Besuch des italienischen Staatspräsidenten vom 19. bis 22. Februar 1964 in Frankreich vgl. Dok. 27, Anm. 21.

11 Der italienische Außenminister führte am 22. Januar 1964 in London Gespräche mit dem britischen Außenminister Butler, bei denen europapolitische Fragen im Vordergrund standen. In einem gemeinsamen Kommuniqué wurde erklärt, Italien und Großbritannien seien sich über die Schaffung eines demokratischen und weltoffenen Europa in enger Zusammenarbeit mit den USA einig. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1964, Z 33.
Vgl. dazu auch den Drahtbericht des Botschafters von Etzdorf, London, vom 23. Januar 1964; Abteilung II (II 7), VS-Bd. 1360; B 150, Aktenkopien 1964.

12 Begleitet vom italienischen Außenminister besuchte Staatspräsident Segni am 14./15. Januar 1964 die USA. Für den Wortlaut des Kommuniqués über die Gespräche mit Präsident Johnson vgl. AdG 1964, S. 11007.
Vgl. dazu auch den Drahtbericht des Gesandten von Lilienfeld, Washington, vom 17. Januar 1964; Abteilung II (II 7), VS-Bd. 1360; B 150, Aktenkopien 1964.

Vermittlungsrolle Europas zwischen USA und UdSSR hieße, zum Komplizen der UdSSR zu werden. Atlantische Gemeinschaft ist nicht ohne Großbritannien zu verwirklichen. Beteiligung Großbritanniens aus zwei Gründen entscheidend: 1. für Realisierung Europas und 2. für vermittelnde Rolle in atlantischer Partnerschaft. Wir haben Respekt für de Gaulle (Lösung der algerischen Frage). Wir bedauern, daß er im Widerspruch zum globalen System der NATO steht, denn NATO ist Bindeglied zu USA. Während des Englandbesuchs habe ich Butler gesagt, Großbritannien solle Hinneigung zu Europa stärker bekunden. Wir können nicht wie Don Quijote für etwas eintreten, was andere gar nicht wollen. Andererseits sollten europäische Länder, die den Beitritt Großbritanniens wünschen, dies auch offener sagen. Teil öffentlicher Meinung in Italien gegen das Projekt der MLF. Italienische Regierung ist jedoch betont positiv eingestellt.[13] Beteiligung an MLF von parlamentarischer Entscheidung abhängig zu machen, ist taktischer Zug, um Beitritt endgültig zu sichern. Beteiligung Großbritanniens ist sehr erwünscht. Wir können dieses Land jedoch zur Zeit nicht bitten, endgültig zuzustimmen. MLF ist für Italien aus militärischen und politischen Gründen erwünscht. Da Italien und Deutschland keine Nuklearmächte sind oder sein wollen, müssen sie für ihre eigene Verteidigung sorgen. Italienische Regierung wird Angelegenheit dann weiter betreiben, wenn organisatorische Einzelheiten vorliegen. Weitgehende Beteiligung am Demonstrationsschiff[14] wird Entscheidung erleichtern.

Bundeskanzler *Erhard*: Stelle weitgehende Übereinstimmung mit Ausführung Saragats fest. Europa soll zwar nicht dritte Kraft, aber stärker werden. Für die Besuche in Paris sollte einheitliche Sprachregelung gefunden werden. Es trifft zu, daß von Großbritannien noch keine klare Aussage vorliegt. Wir sollten aber nichts tun, um Großbritannien auszuschließen.

Bundesminister *Schröder*: Bei Gesprächen über Beteiligung Großbritanniens ist zu unterscheiden zwischen Beitritt 1. zum Gemeinsamen Markt und 2. zur politischen Union. Zu 1. soll Großbritannien im Forum der WEU auf dem laufenden gehalten werden.[15] Zu 2. hat Butler in der WEU gewisse Ausführungen gemacht.[16] Wir müssen davon ausgehen, daß eine kommende englische Regierung gleiche Ziele und Auffassungen vertritt wie die gegenwärtige. Frage: Gibt es einen Weg konkreter Art, um die politische Union zu beleben?

Ministerpräsident *Moro*: Zunächst sollten im Rahmen der Gemeinschaften die institutionelle Seite verfestigt, die Exekutive politisiert und die Zusammenset-

[13] Zur italienischen Haltung gegenüber der MLF vgl. bereits Dok. 23.

[14] Ministerialdirektor Krapf vermerkte am 27. Februar 1964: „Mit der Unterzeichnung eines ‚Memorandum of Understanding concerning the mixed manning demonstration' am 7.2.1964 durch Marinebeauftragte von sieben der acht an den MLF-Beratungen teilnehmenden Staaten haben die praktischen Vorbereitungen für die Einsetzung eines Demonstrationsschiffes mit international gemischter Besatzung begonnen. Eine Beteiligung Belgiens erscheint weiterhin zweifelhaft ... Es ist vorgesehen, daß die vorbereitende Ausbildung der Mannschaften am 1. Juni 1964 beginnt und das Demonstrationsschiff selbst etwa ein halbes Jahr später eingesetzt wird." Vgl. Abteilung II (II 7), VS-Bd. 1357; B 150, Aktenkopien 1964.

[15] Zur Vereinbarung von Kontakten zwischen den EWG-Staaten und Großbritannien im Rahmen der WEU vgl. Dok. 12, Anm. 15.

[16] Zu den Ausführungen des britischen Außenministers am 23. Januar 1964 vor dem Ministerrat der WEU vgl. Dok. 27, Anm. 17.

zung der Versammlung revidiert werden. Schlage vor, zunächst bilateral zu handeln und gemeinsame Sprachregelung für Paris zu erstellen. Nach den Gesprächen in Paris sollten wir uns auf diplomatischem Wege eingehend unterrichten und weiter nach geeigneten Wegen für einen politischen Zusammenschluß Europas suchen, ohne die Gefühle Frankreichs zu verletzen und ohne die Tür für Großbritannien zu schließen.

Bundeskanzler *Erhard*: Möchte darauf hinweisen, daß man mit Verstärkung der Exekutive höchstens ein besseres Kontrollorgan, aber kein politisches Europa schaffen kann. Die Exekutive hat schließlich keinen staatsähnlichen Charakter.

Ministerpräsident *Moro*: Wir sehen zur Zeit keine weiteren Möglichkeiten. Unser Ziel bleibt ein schrittweise geschaffenes integriertes Europa.

Bundeskanzler *Erhard*: Auch wir haben keine Patentlösung. Man kann die Exekutive straffen und dem Parlament größere Befugnisse zumessen. Wesentlich ist, daß wir in der Öffentlichkeit ständig Unruhe in dieser Frage erhalten.

Ministerpräsident *Moro*: Auch wir werden diese Unruhe in der öffentlichen Meinung fördern. Italienischer Regierung wäre sehr daran gelegen, nach Gesprächen in Paris erneut mit deutscher Regierung zu beraten.

Bundeskanzler *Erhard*: Ich lade Sie, Herr Ministerpräsident, hiermit zu einem Besuch nach Bonn ein.

Ministerpräsident *Moro*: Nehme sehr gerne an und werde mit Herrn Saragat nach Bonn kommen.

Bundesminister *Schröder*: In den Gesprächen in Paris sollten Italien und Deutschland klarmachen, daß wir die Beteiligung Großbritanniens fördern.

Bundeskanzler *Erhard*: Die Fragen im Zusammenhang mit dem Europäischen Parlament sind voller Tücken. Nach welchem Wahlrecht sollen wir wählen, welche Gestalt soll die Regierung haben?

Ministerpräsident *Moro*: Exekutive würde vielleicht Charakter eines Ministerrates der Länder haben. Je mehr wir uns Integration nähern, um so komplizierter werden Fragen. Endziel ist ein demokratisches und integriertes Europa.[17]

Saragat: Wir sollten uns bilateralen Angelegenheiten zuwenden: Allgemeine Atmosphäre zwischen italienischer und deutscher Regierung ist außerordentlich gut. Es besteht große Übereinstimmung in internationaler Politik. Beide Länder sind frei und demokratisch. Während Beziehungen auf staatlicher Ebene erfreulich sind, läßt Verhältnis zwischen italienischem und deutschem Volk manche Wünsche offen. Italienischerseits liegt der Grund dafür in der Propaganda der Kommunisten gegen Deutschland, in Deutschland in Agitation der Nationalisten, der extremen Rechten. Eine Neutralisierung der kommunistischen Propaganda in Italien bietet nur wenig Möglichkeiten, da Kommunistische Partei in Italien legal ist. Trotzdem sollten wir uns beide um einen Tisch setzen und uns über Gegenmaßnahmen beraten. Z.B. könnte der Austausch auf kulturellem Wege intensiviert werden.

[17] Zu den Bemühungen um eine europapolitische Initiative vgl. weiter Dok. 44.

Bundeskanzler *Erhard*: Die Mißverständnisse zwischen unseren beiden Völkern liegen oft an Gründen, die nicht politischer Art sind. Wir sind gerne zu einem erhöhten Kulturaustausch bereit. Ich möchte nicht einseitig sein, aber hier erklären, daß nationalistische Bewegung in Deutschland tot ist.

Ministerpräsident *Moro*: Betont abschließend Wert Kulturaustauschs und vertagt die Gespräche.

2) Besprechung am 28. Januar 1964 von 9.15 bis 10.30 Uhr im italienischen Außenministerium
(Gespräche wurden geführt von Bundesminister Dr. Schröder, Staatssekretär Lahr, Außenminister Saragat, Botschafter Ortona und dem Gesandten Plaja)

Botschafter *Ortona*: Entwicklung italienischer Handelsbilanz gibt zu Sorgen Anlaß. Handelsdefizit im Verkehr mit der Bundesrepublik steigt. Während deutscher Export nach Italien im letzten Jahr um 30% stieg, stagnierte italienische Ausfuhr nach Deutschland.[18] Ursachen liegen erstens darin, daß italienische Waren nicht genügend attraktiv in Deutschland sind (deshalb wird Verbesserung der Werbung beabsichtigt – Auftakt Italienische Woche in Berlin[19]), zweitens in der Erhöhung des Lebensstandards in Italien, der einen steigenden Verbrauch zur Folge hat. Das ist zugegebenermaßen ein inneritalienischer Grund. Wir bitten Bundesregierung, dafür Sorge zu tragen, daß italienische Einfuhr in Deutschland gefördert wird. Daß solche Einfuhren gesteuert werden können, hat die Regelung der Apfeleinfuhr[20] bewiesen. Italienische Handelsbilanz ist weitgehend bestimmt von Einfuhr deutscher Kraftfahrzeuge. Im Jahre 1962 wurden aus der Bundesrepublik für 53 Millionen DM Kraftfahrzeuge eingeführt, 1963 für 280 Millionen DM. Wir sind uns im klaren, daß Regierung wenig Einfluß auf Drosselung des Exports nehmen kann. Problem wird auch in EWG zur Sprache gebracht werden. Da es sich in der Bundesrepublik jedoch nur um zwei Firmen handelt, kann man sich vorstellen, daß wegen der Autoexportfrage die Bundesregierung dennoch im italienischen Sinne tätig werden könnte.[21] Eine weitere Möglichkeit deutscher Hilfe wäre die Steigerung des Fremdenverkehrs durch Ausbau der Brenner-Autobahn München–Innsbruck–Brenner–Bozen–Modena. Ferner bietet sich eine Zusammenarbeit in bezug auf die Entwicklungsländer an, besonders bei der Kreditgewährung. Zur Erörterung dieser Fragen wird die Schaffung einer deutsch-italienischen Kommission vorgeschlagen nach dem Vorbild der bestehenden italienisch-engli-

[18] Zu den deutsch-italienischen Handelsbeziehungen vgl. den Beitrag des Referats III A 5 für die Konferenzmappe zu den deutsch-italienischen Regierungsbesprechungen vom 27./28. Januar 1964; Abteilung I (I A 3), VS-Bd. 156; B 150, Aktenkopien 1964.

[19] Zur italienischen Woche vom 3. bis 10. November 1963 in Berlin (West) vgl. BULLETIN 1963, S. 1735 f.

[20] Im Dezember 1963 versuchte die Bundesregierung, eine Regelung zur Begrenzung der Apfeleinfuhr durchzusetzen. Hiervon war insbesondere Italien betroffen. Aufgrund eines Entscheids der EWG-Kommission mußte die Bundesrepublik ihre Grenzen für die Einfuhr von Tafeläpfeln ab dem 12. Januar 1964 jedoch wieder öffnen. Vgl. dazu den Beitrag des Referats III A 2 für die Konferenzmappe zu den deutsch-italienischen Regierungsbesprechungen vom 27./28. Januar 1964; Abteilung I (I A 3), VS-Bd. 156; B 150, Aktenkopien 1964.
Vgl. dazu auch BULLETIN DER EWG 2/1964, S. 47, bzw. 3/1964, S. 53.

[21] Zum weiteren deutsch-italienischen Dialog über den Export von Kraftfahrzeugen vgl. Referat III A 5, Bd. 388.

schen Wirtschaftskommission. Die letztgenannte Kommission tagt alle drei Monate und hat gute Ergebnisse gezeitigt.

Bundesminister *Schröder*: Kommissionsgedanke ist gut und wird deutscherseits in die Wege geleitet werden.[22] Auch zur Zusammenarbeit in der Entwicklungshilfe können wir ja sagen. Vorschlag Ausbau der Autobahn kann in dem zu bildenden Ausschuß ebenfalls behandelt werden. Zur Bitte, auf deutsche Exporteure einzuwirken, muß hingewiesen werden, daß solche Maßnahmen in einer freien Wirtschaft sehr schwer sind. Ich sehe die Lösung eher in einer allgemeinen Vergrößerung des Handelsverkehrs mit den Möglichkeiten größerer italienischer Einfuhren.

Staatssekretär *Lahr*: Handelsbilanz in Italien spiegelt die wirtschaftliche Entwicklung wider. Grund für starkes Anwachsen italienischer Einfuhren ist Zunahme der italienischen Kaufkraft und folglich Ansteigen des Verbrauchs. Stagnation der Ausfuhren hat ebenfalls ihren Grund in erhöhtem inneren Verbrauch. In Italien gewisse inflatorische Tendenzen, die auch uns unangenehm sind, denn wir importieren italienische Inflation.

Bundesminister *Schröder*: Wir interessieren uns für italienische Ansicht über Zahl der Mitglieder der fusionierten Kommission. Wir streben nicht 14, sondern 9 Mitglieder an.[23]

Saragat: Wir stimmen überein und bevorzugen ebenfalls 9 Mitglieder.

Gesandter *Plaja*: Es befinden sich etwa 300000 italienische Gastarbeiter in Deutschland. Eigentliche soziale Probleme, auch solche der Versicherung, ergeben sich nicht. Sorgen ergeben sich nur aus der Unterbringung, Familienzusammenführung und Freizeitgestaltung. Italienische Regierung wird Fürsorge erhöhen durch Ausbau des Konsularnetzes. Dagegen ist die Frage der Unterbringung Angelegenheit deutscher Behörden. Etwa 10000 italienische Arbeiter gedenken in Deutschland zu bleiben und sind an Zusammenführung mit ihren Familien interessiert. Für diese Gruppe sollen ausreichend Unterkünfte erstellt werden. In Brüssel wird zur Zeit über den sogenannten EWG-Vorrang bei Stellenangeboten[24] verhandelt. Hier hat sich noch keine deutsch-italienische Übereinstimmung erzielen lassen. Eine zweite Angelegenheit ist die

[22] Nach einem Vorgespräch des Bundesministers Schmücker mit dem italienischen Außenhandelsminister Matarella am 3. März 1964 trat die – bereits 1956 gegründete – deutsch-italienische Wirtschaftskommission erstmals wieder vom 2. bis 4. April 1964 in Rom zusammen. Vgl. dazu BULLETIN 1964, S. 372 und S. 501 f.

[23] Zur Fusion der Exekutiven der drei Gemeinschaften vgl. Dok. 22, Anm. 5.
Zur Zahl der Mitglieder führte Ministerialdirektor Jansen am 2. Januar 1964 aus: „Die einzige bisher ungelöste politische Frage der Fusion betrifft die Zahl der Mitglieder der fusionierten Exekutive. Die Mehrheit der Ständigen Vertreter hat sich dafür ausgesprochen, daß die einzige Kommission 9 Mitglieder umfassen soll. Die EWG-Kommission ist der gleichen Meinung. Die Zahl 9 trägt dem nationalen Gleichgewicht der Mitgliedstaaten in zufriedenstellender Weise Rechnung ... Die niederländische Regierung wie auch die EAG-Kommission und die Hohe Behörde bevorzugen demgegenüber die Erhöhung der Zahl der Mitglieder der fusionierten Exekutive auf 14." Vgl. Referat I A 2, Bd. 880.

[24] Der Ministerrat der EWG verabschiedete am 7. Februar 1964 eine Verordnung, die eine weitgehende Freizügigkeit der Arbeitskräfte innerhalb der Gemeinschaft herstellte und somit den Vorrang des Arbeitsmarkts der Gemeinschaft sicherte. Vgl. dazu BULLETIN DER EWG 3/1964, S. 44 f.

Wahlberechtigung der Italiener zu den betrieblichen Vertretungsorganen[25] der Arbeitnehmer.

Bundesminister *Schröder*: Konkrete Fragen der Gastarbeiter können in bestehender deutsch-italienischer Kommission[26] erörtert werden. Was politische Seite anbetrifft, kann man sich Einschaltung italienischer Gewerkschaften denken. In der Angelegenheit „EWG-Vorrang" habe ich den Eindruck, daß sich Sachverständige etwas festgezogen haben; doch darüber können vor der nächsten Sitzung in Brüssel bilaterale Gespräche geführt werden.

Staatssekretär *Lahr*: Gewisse Schwierigkeiten haben sich bei Vorbereitung der Welthandelskonferenz[27] ergeben. Wenn Konferenz im Rahmen der Vereinten Nationen stattfindet, ergibt sich für uns einmal Frage Beteiligung SBZ, zum anderen Problem aus unserer Nichtmitgliedschaft in der UN.[28] Lösung kann gesehen werden in einem selbständigen Handelssekretariat.

Botschafter *Ortona*: Wir nehmen deutschen Wunsch, daß Verbindung zur Welthandelskonferenz durch selbständiges Handelssekretariat hergestellt werden soll, zur Kenntnis. Wie ich kürzlich hörte, ist von amerikanischer Seite beabsichtigt, das UN-Komitee für Grundstoffe mit der Verbindung zur Konferenz zu beauftragen.

Bundesminister *Schröder*: Die Bundesrepublik hat an US-Vorschlag kein Interesse. Wir werden uns deshalb zunächst mit den Amerikanern darüber verständigen müssen.[29] Ferner möchte ich darauf hinweisen, daß die spanische Regierung seit zwei Jahren die Assoziation Spaniens mit der EWG beantragt

[25] Der Ministerrat der EWG beschloß am 7. Februar 1964, daß Arbeitnehmern aus einem anderen Mitgliedstaat nicht nur das aktive Wahlrecht zu den innerbetrieblichen Arbeitnehmervertretungen zu gewähren sei, sondern ihnen nach einer dreijährigen Beschäftigungsdauer in einem bestimmten Betrieb auch das passive Wahlrecht zu den entsprechenden Organen zugestanden werden sollte. Vgl. dazu BULLETIN 1964, S. 222.

[26] Zum Aufgabenbereich dieser gemischten Kommission gehörten etwa Fragen der Unterbringung italienischer Arbeitnehmer in der Bundesrepublik, der Gestaltung der Freizeit, der schulischen Betreuung italienischer Kinder sowie arbeitsrechtliche und sozialversicherungsrechtliche Probleme. Vgl. dazu das Kommuniqué über die Tagung der Kommission vom 14. bis 18. April 1964 in Rom; BULLETIN 1964, S. 614.

[27] Die Welthandelskonferenz wurde am 23. März 1964 in Genf unter der Schirmherrschaft der UNO eröffnet. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1964, Z 91 f.
Zur Welthandelskonferenz vgl. auch Dok. 144.

[28] Ministerialdirektor Krapf hielt am 14. Januar 1964 dazu fest: „Nach Ansicht der Bundesregierung ist eine Fortsetzung der Welthandelskonferenz in Abständen von zwei bis drei Jahren, das Einsetzen eines Interims-Ausschusses (Standing Committee) aus Mitgliedern der Welthandelskonferenz, nötigenfalls auch die Schaffung einzelner Sonderausschüsse der Konferenz die zweckmäßigste Lösung ... Jede andere institutionelle Neuregelung, insbesondere die Unterstellung unter Gremien der Vereinten Nationen würde eine Diskussion über die Mitarbeit der Bundesregierung in diesen Gremien notwendig machen; ferner würde dem Ostblock die Möglichkeit gegeben, die Beteiligung der SBZ erneut zur Diskussion zu stellen." Vgl. die Anlage zur Aufzeichnung vom 14. Januar 1964; Referat III A 2, Bd. 3.

[29] In der Schlußakte der Welthandelskonferenz vom 16. Juni 1963 wurde empfohlen, als ständiges Organ der Konferenz einen Rat für Handel und Entwicklung einzusetzen. Diesem sollte auch die Bundesrepublik angehören. Die Welthandelskonferenz entwickelte sich so zu einer eigenständigen Unterorganisation der UNO (UNCTAD). Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1964, Z 157 f.
Zur Auseinandersetzung um die Institutionalisierung der Welthandelskonferenz vgl. auch Referat III A 2, Bde. 3–8.

hat.[30] Die Spanier haben auf ihren Antrag bisher lediglich eine Empfangsbestätigung erhalten und sind beunruhigt, daß nichts Weiteres erfolgt. Ich glaube, die Spanier sollten wenigstens angehört werden.

Saragat: Die Angelegenheit hat zwar wirtschaftlichen Charakter, aber wird auch unter politischem Aspekt gesehen. Aus diesem Grund bitte ich zu verstehen, daß italienischerseits nicht mit einer Kooperation zu rechnen ist.

Bundesminister *Schröder*: Bundesregierung ist interessiert, daß die Kredite an den Osten nicht länger als für eine Laufzeit von 5 Jahren gewährt werden.[31]

Saragat: Wir sind damit durchaus einverstanden, nur möchte ich erklären, daß das Problem einer solchen Kreditgewährung hier nicht existiert. Frage: Ist die Bundesregierung über Reise Giscard d'Estaings[32] informiert worden?

Staatssekretär *Lahr*: Ja, wir haben gebeten, in Moskau das Limit der 5 Jahre einzuhalten.[33]

Bundesminister *Schröder*: Zur Klarstellung möchte ich bemerken, daß es sich um Kredite für privat-finanzierte Geschäfte handelt und nicht um Regierungskredite. Ferner bitte ich italienische Regierung, die im Jahre 1965 in München stattfindende Verkehrsausstellung[34] unterstützen zu wollen.

Die Sitzung wird aufgehoben.

3) Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit Ministerpräsident Moro am 28. Januar 1964 von 10.30 bis 11.45 Uhr
(Gespräche wurden geführt von Bundeskanzler Erhard und Außenminister Schröder sowie Ministerpräsident Moro und Außenminister Saragat)

Saragat: Berichtet über die Besprechungen der beiden Außenminister am 28. Januar. (Wiedergabe ist korrekt, neu ist lediglich, daß Saragat in bezug auf Assoziierung Spaniens erklärt, er stehe deswegen im Gespräch mit dem spanischen Botschafter in Rom.)

Bundeskanzler *Erhard*: Wir sind weder über das italienische Defizit noch über die deutschen Handelsüberschüsse glücklich. Die Wirkungen sind in beiden Fällen inflatorisch. Deshalb ist eine gleichförmige Entwicklung der europäischen Wirtschaft unbedingt wesentlich. Die Steigerung der deutschen Automobilausfuhr nach Italien ist nur ein Symptom, dessen Beseitigung aber nicht die Ursachen aufhebt. Als in Deutschland Preise der Automobile stiegen, halbierten wir die Zölle. Jetzt denken wir daran, um Fluchtkapital zu entmutigen, die Zinssätze zu senken. Die Zurückhaltung bei der Kreditgewährung an den Osten ist nicht nur politisch wichtig, sondern wirkt auch der Inflation entge-

30 Spanien stellte am 9. Februar 1962 einen Antrag auf Assoziierung mit der EWG. Vgl. BULLETIN DER EWG 3/1962, S. 43.
Zu einer Assoziierung Spaniens mit der EWG vgl. weiter Dok. 94.

31 Zu einer Vergabe langfristiger Kredite an die UdSSR vgl. besonders Dok. 2 und Dok. 5.

32 Zum Besuch des französischen Finanzministers vom 23. bis 29. Januar 1964 in der UdSSR vgl. Dok. 42, Anm. 11, Dok. 50 und Dok. 55.

33 Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit dem französischen Botschafter de Margerie am 10. Januar 1964; Dok. 8.

34 An der internationalen Verkehrsausstellung, die im Juni 1965 in München stattfand, nahmen 36 Staaten teil. Vgl. dazu DER SPIEGEL, Nr. 26 vom 23. Juni 1965, S. 57.

gen. Doch können alle diese Fragen zukünftig im Rahmen der deutsch-italienischen Wirtschaftskommission besprochen werden.

Ministerpräsident *Moro*: Die wirtschaftliche Entwicklung im Norden des Landes ist zufriedenstellend, dagegen in Süditalien negativ. Die Einigkeit in den ökonomischen Auffassungen soll auch im Kommuniqué[35] enthalten sein.

Bundeskanzler *Erhard*: Man hätte sich über europäische Wirtschaftsbeziehungen auch auf bilateraler Ebene früher Gedanken machen sollen. Sinnvoller wäre es gewesen, wenn die deutsche Industrie in Süditalien investiert hätte, dann hätten wir auch weniger italienische Gastarbeiter in Deutschland gebraucht. Das könnte auch ein Thema für die Wirtschaftskommission sein.

Ministerpräsident *Moro*: Italienische Regierung wendet zur Zeit der Frage der Standorte der Industrie besondere Aufmerksamkeit zu.

Bundeskanzler *Erhard*: Deutscherseits liegen keine weiteren Probleme vor. Man kann, falls erforderlich, ja kurzfristig Treffen vereinbaren. In Sache und Geist haben Besprechungen große Übereinstimmung ergeben. Dankt für das Verständnis unserer Situation und für die Herzlichkeit der Gespräche.

Abteilung I (I A 3), VS-Bd. 39

29

Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit dem italienischen stellvertretenden Ministerpräsidenten Nenni in Rom

Z A 5-19.A/64 geheim **28. Januar 1964**[1]

Der Herr Bundeskanzler empfing am 28. Januar 1964 um 17.30 Uhr den Stellvertretenden Ministerpräsidenten Nenni, in Anwesenheit von Botschafter Blankenhorn und eines Mitarbeiters von Herrn Nenni zu einer Unterredung in der Botschafterresidenz Villa Almone in Rom.

Nach der Begrüßung wies der Herr *Bundeskanzler* darauf hin, daß ihm in der kurz zuvor stattgefundenen Pressekonferenz[2] die Frage gestellt worden sei, ob er es für möglich halte, daß in Europa Länder mit unterschiedlicher Wirtschaftsphilosophie zu einer Einigung gelangen könnten. Er habe geantwortet, wenn nur an einen Zusammenschluß von Ländern mit parteipolitisch gleich gerichteten Regierungen gedacht wäre, es nie zu einer Einigung Europas kommen würde. Man dürfe nicht in diesen Kategorien und Werten denken.

[35] Für den Wortlaut des gemeinsamen Kommuniqués vom 28. Januar 1964 vgl. BULLETIN 1964, S. 161 f.

[1] Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Dolmetscherin Bouverat am 1. Februar 1964 gefertigt.

[2] Vgl. dazu den Artikel „Die deutsch-italienische Zusammenarbeit wird vertieft"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 24 vom 29. Januar 1964, S. 1 und S. 4.

Der Herr Bundeskanzler erklärte sich erfreut, Herrn Nenni persönlich kennenzulernen, da er sich vorstellen könne, daß das Bild, das dieser sich aufgrund von Äußerungen von ihm gemacht habe – und umgekehrt – falsch sei. Er sei natürlich kein Sozialist, aber ein ausgesprochen sozialer Mann. Wer die Lage Deutschlands seit dem völligen Zusammenbruch verfolgt habe, könne feststellen, daß es in bezug auf soziale Leistungen und Ordnungen vom Nullpunkt an die Spitze Europas aufgestiegen sei.

Herr *Nenni* bestätigte die großen Fortschritte Deutschlands auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet.

Der Herr *Bundeskanzler* führte weiter aus, er sei sich im klaren darüber, daß kein wirtschaftlicher Fortschritt ohne sozialen Fortschritt erzielt werden könne. Eine wirtschaftliche Expansion ohne gleichzeitiges Ansteigen der Konsumentenzahl sei sinnlos. Er habe daher sorgfältig darauf geachtet, daß die Zuwachsrate des Sozialprodukts sich in angemessenem Rahmen halte. Auf gewerkschaftlichem Gebiet sei die Lage Deutschlands dadurch gekennzeichnet, daß die christlichen und sozialistischen Gewerkschaften in einer einzigen Organisation[3] zusammengeschlossen seien. Dies habe den großen Vorteil, daß ein Wettstreit zwischen verschiedenen Gewerkschaften vermieden werde. Interessant sei, daß in der Bundesrepublik nur der Wirtschaftsminister[4] ein echtes Verhältnis zu den Gewerkschaften habe und nicht, wie man vermuten sollte, der Minister für Arbeit und Sozialordnung[5].

Was die Lage in Italien betreffe, sei er natürlich nicht so bewandert, glaube aber doch, in großen Zügen über die Grundgedanken der jetzigen Regierungskoalition[6] unterrichtet zu sein. Er halte diese für Italien für die beste Lösung. Für Herrn Nenni selbst stelle sie eine enorme Verantwortung dar.

Herr *Nenni* erwiderte, die gegenwärtige Koalition sei auch eine Notwendigkeit. Für Italien habe es nur zwei Alternativen gegeben: entweder eine Einigung zwischen der Democrazia Cristiana und den Sozialisten oder eine große politische Unstabilität. Italien befinde sich innerhalb von Europa in einer ganz besonderen Lage, die durch zwei Faktoren gekennzeichnet sei, deren Einfluß auf die politische Lage seines Landes groß sei: Erstens gebe es faschistische Reminiszenzen, die ihren Niederschlag zwar nicht in starken Organisationen, aber doch in deutlichen Sympathiebezeugungen bestimmter sozialer Klassen fänden, die rückständig seien und Anhänger eines autoritären Systems.

Nach der Bemerkung des Herrn Bundeskanzlers, daß diese Tendenzen in Deutschland ausgestorben seien, fuhr Herr Nenni fort, eine weitere Besonderheit Italiens gegenüber den anderen Ländern Europas – vielleicht mit Ausnahme Frankreichs – sei das Vorhandensein der stärksten kommunistischen Partei, die eine mächtige Organisation hinter sich habe und bei der Arbeiter-

[3] Neben dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) als Dachorganisation zahlreicher Einzelgewerkschaften existierten als eigenständige Organisationen die Deutsche Angestelltengewerkschaft (DAG) und der Christliche Gewerkschaftsbund (CGB).

[4] Kurt Schmücker.

[5] Theodor Blank.

[6] Zu der seit dem 5. Dezember 1963 amtierenden Koalitionsregierung unter Ministerpräsident Moro vgl. Dok. 23, Anm. 5.

klasse und den Bauern auf dem Lande tief verwurzelt sei. Infolge besonderer historischer Umstände, sei sie der stärkste Ausdruck der Arbeiterklasse. Der sozialistischen Partei werde – historisch zu Unrecht, aber politisch verständlich – vorgeworfen, verantwortlich dafür zu sein, daß die Machtergreifung durch die Faschisten 1922[7] nicht verhindert worden sei. Somit stehe Italien zwischen zwei Klippen. In der Bundesrepublik gebe es, ganz abgesehen davon, daß die KPD verboten sei[8], keine starken kommunistischen Kräfte. Selbst wenn die Partei zugelassen wäre, hätte sie keinen großen Einfluß. Ein entscheidender Faktor sei hier die Nähe der Sowjetunion und der Druck aus Ostberlin.

Der Herr *Bundeskanzler* bestätigte letzteres und erklärte, es sei überraschend, daß Menschen, die Deutschland besuchen und in Berlin die Mauer, den Terror und die Willkür sehen könnten, der Überzeugung seien, daß der Kommunismus eine gerechtere und bessere Ordnung bringe. Wie könne man nur so taub, blind, verführt oder gekauft sein? Er finde keine Antwort darauf. In Deutschland könne man den Stalinismus erleben, der genauso abscheulich sei, wie der Nationalsozialismus.

Er fragte dann Herrn Nenni, ob dieser glaube, daß man in Italien den Kommunismus auf ein Maß zurückbringen könnte, das der echten Willensbildung entspricht, denn er sei sicher, daß es weniger wirkliche Kommunisten als kommunistische Wähler gebe.

Herr *Nenni* antwortete, das Ziel der jetzigen Regierung sei, angesichts der beiden Gefahren von rechts und von kommunistischer Seite die Möglichkeit für eine Durchdringung des Volkes mit demokratischem Gedankengut und demokratischen Ordnungen zu schaffen und damit sowohl nach rechts auf die alten Agrarkreise wie nach links auf die kommunistischen Massen einzuwirken. Wenn man die Kommunisten fragte, ob sie ein Ostberlin und eine Mauer wollten, so würden sie ohne weiteres mit „Nein" antworten, sie wählten jedoch kommunistisch, weil die KP Italiens vorwiegend die Meinung der Arbeiterbewegung widerspiegle. Es gebe eine starke kommunistisch ausgerichtete Gewerkschaft, viele Möglichkeiten zur Durchdringung der Volksmassen, und durch den 20jährigen Kampf gegen den Faschismus habe die KPI eine große Macht erreicht. Falls das Experiment der jetzigen Regierung dauerhaft sei, werde es in einigen Jahren in Italien nur noch eine „Partei der Kommunisten" geben, die in keinem Verhältnis stehe zu den jetzigen fast 7 Millionen kommunistischen Wählern[9].

Der Herr *Bundeskanzler* führte aus, in Deutschland habe eine interessante Entwicklung eingesetzt. Wie in Italien sei die CDU eine sehr umfassende Partei mit vielen Flügeln: Es gebe CDU-Abgeordnete, die sozialistischer seien als manche SPD-Anhänger, aber auch viele sehr konservative Elemente, die man

[7] Nach dem faschistischen „Marsch auf Rom" und dem Sturz der italienischen Regierung am 28. Oktober 1922 beauftragte König Viktor Emanuel III. Benito Mussolini mit der Bildung einer neuen Regierung.

[8] Am 17. August 1956 gab das Bundesverfassungsgericht dem Antrag der Bundesregierung vom November 1951 statt, die KPD zu verbieten.

[9] Bei den Wahlen zur Abgeordnetenkammer am 28./29. April 1963 erzielte die KPI ihr seit 1946 bestes Ergebnis mit rund 7,8 Millionen Stimmen (= 25,3%). Vgl. dazu AdG 1963, S. 10557.

zwar nicht als nationalistisch bezeichnen könne, aber [die] eben doch sehr konservativ seien. Während sich zu Beginn die beiden Lager feindlich gegenüber gestanden hätten, habe jetzt eine Bewegung zur Abstumpfung der Gegensätze begonnen. Wenn er (Nenni) heute an einer Bundestagsdebatte teilnähme und nicht wüßte, wie die Parteien im Saal verteilt seien, würde es sehr schwer für ihn sein, die Unterschiede festzustellen. Wer erlebt habe, wie nach ihm (dem von der CDU getragenen Bundeskanzler) ein Sozialist zum Rednerpult gehe und erkläre, man müsse anerkennen, daß Professor Erhard der „Kanzler des deutschen Volkes" sei[10], müsse zugeben, daß der Unterschied groß sei. In der Wirtschaftspolitik gebe es kaum Differenzen, in der Kulturpolitik vielleicht, aber weder in der Außenpolitik noch in der Verteidigungspolitik. Bei den Wahlen sei es für die einzelnen Parteien schwierig, ihre Selbständigkeit und die Unterschiede gegenüber den anderen Parteien ersichtlich zu machen. Dies sei eine merkwürdige Erscheinung. Er persönlich (der Herr Bundeskanzler) habe alles getan, um ein gutes Verhältnis zwischen den Parteien herzustellen. In Deutschland sei die SPD keine eigentliche Arbeiterpartei mehr, sie trage nicht mehr diesen Stempel, sondern greife in den Mittelstand über. Das gleiche gelte auch für die CDU.

Der Herr Bundeskanzler bat sodann, Herrn Nenni eine direkte Frage stellen zu dürfen: Er habe gehört, daß Süditaliener, die in ihrer Heimat in großer Armut, aber zufrieden gelebt und für die Democrazia Cristiana oder einen gemäßigten Sozialismus gestimmt hätten, wenn sie nach Norditalien in die industriellen Ballungsräume kämen, wo sie ein besseres Leben hätten, der kommunistischen Infiltration gegenüber anfälliger würden. Desgleichen sei ihm berichtet worden, daß italienische Gastarbeiter, die in Deutschland sicherlich keiner kommunistischen Infiltration ausgesetzt würden, wenn sie nach Italien zurückkehrten, kommunistisch wählten. Wie sich dies erklären lasse? Es scheine widersinnig, daß man für den Kommunismus anfällig werde, wenn man von einem niedrigen zu einem besseren Lebensstandard gelange und zu einem höheren Maß an sozialer Fürsorge. Ob es Menschen gebe, die so revolutionär eingestellt seien, daß sie, wenn sie sähen, daß man besser leben könne, dächten, man müsse alles zerschlagen, um dann alles neu aufzubauen?

Herr *Nenni* gab für diese Erscheinung folgende Erklärung: Heute sei der italienische Kommunismus getragen einerseits von den Bauern Süditaliens, die im Elend und in unzulänglichen Bedingungen lebten und deren Lebensstandard weit unter dem italienischen Durchschnitt liege (der seinerseits geringer sei als der deutsche Lebensstandard); andererseits stütze sich der Kommunismus auf das Industriedreieck Mailand-Turin-Genua. Dort kämen die Arbeiter aus dem Süden in gut organisierte Betriebe und lernten bessere Lebensbedingungen kennen als bisher. Angesichts der Unterschiede seien sie oft unzufrie-

[10] In Erwiderung einer Regierungserklärung von Erhard führte der SPD-Abgeordnete Möller am 9. Januar 1964 im Bundestag aus: „Sie, Herr Bundeskanzler, haben nun darauf hingewiesen, daß Ihnen noch manche außenpolitische Reise bevorstehe. Sie dürfen sicher sein, daß die sozialdemokratische Bundestagsfraktion Sie mit allen guten Wünschen für beste Ergebnisse begleitet, aus dem ganz einfachen Grunde, weil wir Sozialdemokraten Sie, Herr Bundeskanzler, nicht als den Bundeskanzler der einen oder anderen Partei, sondern den Bundeskanzler des ganzen deutschen Volkes ansehen und Ihnen deswegen für das deutsche Volk den Erfolg wünschen, den unser leidgeprüftes Volk nun wirklich braucht." Vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 54, S. 4850.

den, hätten keine Wohnung, fühlten sich minderwertig, weil sie meist keine Facharbeiter seien und erst angelernt werden müßten, meist sei ein Teil ihrer Familie weit weg. All dies führe zu einem Unbehagen, das seinen Ausdruck in der kommunistischen Stimmabgabe finde. Sie wählten nicht aus ideologischen Gründen für den Kommunismus – meist wüßten sie nicht einmal genau, was der Kommunismus sei –, sondern aus Protest gegen ihre unausgeglichene Lage. Italien stehe vor der großen Aufgabe, die Industriegebiete rationeller zu gestalten. Die Bedingungen seien dort heute oft noch so wie in England im 18. und zu Beginn des 19. Jahrhunderts. Wenn es der italienischen Regierung der linken Mitte gelinge, diese beiden Fragen – bessere Gestaltung der Industriegebiete und Hebung des Lebensstandards in Süditalien – zu lösen, so habe sie ihre politische Schlacht gewonnen. Was die italienischen Gastarbeiter in Deutschland betreffe, so wisse er (Nenni) wohl, daß sie nicht als Kommunisten aus Italien wegführen, aber nach der Rückkehr in die Heimat vorwiegend kommunistisch wählten. Hierfür gälten die gleichen Gründe wie für die süditalienischen Arbeiter. Es handle sich um ein Protestvotum gegen alles, was nicht gut sei, gegen objektive Schwierigkeiten und Schwierigkeiten, die auf eine schlechte Organisation zurückzuführen seien. Dies stelle für Italien ein wichtiges innerpolitisches Problem dar, es sei der kritische Punkt in der Lage Italiens. Wenn es der „linken Mitte" nicht gelinge, eine Lösung zu finden, so sei sie ein Fehlschlag.

Der Herr *Bundeskanzler* wies darauf hin, daß beschlossen worden sei, die deutsch-italienische gemischte Wirtschaftskommission wiederaufleben zu lassen.[11] Sie habe sich nicht ausschließlich mit wirtschaftlichen Fragen zu befassen, sondern man könnte sich z.B. ihrer bedienen, um von italienischer Seite eine Untersuchung des sozialen Gefüges in der Bundesrepublik, der Mitbestimmung usw. vornehmen zu lassen. Das Ergebnis könnte ein Muster zur Lösung der sozialen Spannungen in Italien sein.

Herr *Nenni* betonte, wie wichtig es sei, in Italien zu einem wirtschaftlichen und sozialen Ausgleich zwischen den verschiedenen Regionen zu kommen und die Ursachen des Ungleichgewichts und der politischen Unstabilität zu bekämpfen. Es bestünden nicht nur erhebliche Unterschiede von Region zu Region, sondern auch zwischen Land und Stadt, zwischen dem Norden und dem Süden, ja sogar zwischen dem Stadtkern von Rom und den Vororten.

Der Herr *Bundeskanzler* erklärte, in Deutschland stehe man vor dem Problem der industriellen Ballungsräume an der Ruhr und im Rhein/Main-Gebiet und den dünner besiedelten sogenannten Notstandsgebieten. Durch Raumplanung soll ein Ausgleich des starken Gefälles geschaffen werden.

Sodann verwies der Herr Bundeskanzler auf einen weiteren schwerwiegenden Unterschied zwischen der Politik der christlichen Demokraten der Bundesrepublik und Italiens: In Italien bestehe ein sehr starker Trend zur Verstaatlichung von Betrieben und ganzen Industriezweigen, wie z.B. der Elektrizitätsindustrie. In Deutschland habe man eine ganz andere Politik eingeschlagen. Während in Italien weite Gebiete der Privatindustrie in öffentliches Eigentum übergeführt würden, habe man in Deutschland Staatseigentum privatisiert

[11] Vgl. dazu Dok. 28, Anm. 22.

und damit gute Erfahrungen gemacht. In Deutschland sei das brennende Problem nicht mehr die Verteilung des Sozialprodukts, sondern eine gerechtere Streuung der Einkommen. Das klassische Beispiel hierfür sei die Reprivatisierung des Volkswagenwerks, das in die Hände von etwa einer Million Aktionäre übergegangen sei.[12] Man habe besonderen Wert auf eine äußerst kleine Stückelung des Aktienkapitals gelegt, damit auch Arbeiter mit Hilfe von Sozialrabatten VW-Aktien erwerben konnten. Diese Politik werde fortgeführt, um trotz der infolge der modernen Technik unvermeidlichen Ballung des Produktionskapitals als sozialen Ausgleich eine möglichst breite Streuung des Eigentums an diesem Produktionskapital zu erreichen. Natürlich besitze man kein Füllhorn, das eine Beteiligung aller ermögliche, aber man versuche, die Streuung des Eigentums von oben nach unten bis zu den Arbeitern vorzunehmen, damit diese sähen, daß sie nicht nur die Aussicht auf ein besseres Leben und höhere Löhne haben, sondern auch auf den Erwerb von Eigentum. Er sei sich bewußt, daß noch Unterschiede zwischen Deutschland und Italien bestünden, frage sich aber, ob eine derartige Politik in Italien nicht einen starken sozialen Effekt haben könnte.

Herr *Nenni* antwortete, er habe die Tendenzen der deutschen Wirtschaftspolitik verfolgt, wie auch die der skandinavischen Länder. Der Grund, weswegen Italien vor der Notwendigkeit stehe, die Expansion des staatlichen Eigentums zu fördern, sei in der geschichtlichen Entwicklung zu suchen. Es sei eine Tatsache, daß große Industriekomplexe mit kolonialistischen Kriterien einen großen Teil Italiens beherrschten. Man müsse daher eine Neuverteilung der Industrie vornehmen. Dies aber könne nur der Staat tun angesichts der besonderen Bedingungen in Italien. Es sei z.B. auch nötig, neue Industrien in Süditalien anzusiedeln, wie die Eisenindustrie, aber nur der Staat sei dieser Aufgabe gewachsen. Man müsse einige große politische Potentaten wie die Elektrizitätsindustrie zerstören, weil die Privatmonopole so groß geworden seien, daß sie ein Hindernis für die Entwicklung und rationelle Gestaltung des Wirtschaftslebens darstellten.

Der Herr *Bundeskanzler* wies auf die politische Gefahr eines derartigen Vorgehens hin. In Deutschland bestehe ebenfalls die Tendenz, Monopole und Kartelle zu bilden, es sei aber ein strenges und hartes Antikartell-Gesetz[13] dagegen erlassen worden. Er glaube, daß es bessere Methoden für die Bekämpfung der Monopole gebe als die Überführung in Staatseigentum. Monopol bleibe Monopol, und es sei nicht erwiesen, daß staatliche Monopole besser seien als private.

Herr *Nenni* entgegnete, ein staatliches Monopol könne aber vom Staat kontrolliert werden, während es nach der italienischen Verfassung kein geeignetes Verfahren zur wirksamen Kontrolle der privaten Monopole gebe.

[12] 1960 wurden die vertraglichen bzw. gesetzlichen Regelungen zur Privatisierung des Volkswagenwerks getroffen. Im Januar 1961 begann die Ausgabe von Aktien, wobei mittels „Sozialrabatten" und „Kinderabschlägen" eine breite Streuung innerhalb der Bevölkerung gewährleistet werden sollte. Vgl. dazu BULLETIN 1960, S. 1997.

[13] Für den Wortlaut des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (Kartellgesetz) vom 27. Juli 1957 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil I, S. 1081–1103.

Der Herr *Bundeskanzler* sprach die Hoffnung aus, daß er anläßlich eines Besuchs von Herrn Vizepräsident Nenni in Deutschland Gelegenheit finden möge, mit diesem den Meinungsaustausch über das soziale Gefüge und seine Verzweigungen fortzusetzen, und brachte dann das Gespräch auf die Frage der MLF[14]. Er werde Herrn Nenni deutlich erklären, warum die Bundesrepublik sich um jeden Preis an der multilateralen Streitmacht beteiligen wolle. Die Bundesregierung wolle die MLF nicht bilateral mit den Vereinigten Staaten schaffen, sondern die Partnerschaft auf möglichst viele Länder ausdehnen. Italien habe hierbei – genauso wie Großbritannien – eine Schlüsselstellung. Er (der Herr Bundeskanzler) persönlich sei zwar davon überzeugt, daß es keine Beweise für die Richtigkeit der Annahme de Gaulles gebe, wonach die USA sich eines Tages aus Europa zurückziehen würden[15] und kein Interesse mehr für den Kontinent hätten. Er glaube aber, daß die MLF eine wesentliche Bindung zwischen den USA und Europa darstellen würde. De Gaulle sei ein so wilder Gegner der MLF, weil er glaube, daß er – für den Fall, daß das Interesse der USA an Europa erlahme und es keine MLF gebe – mit seiner Force de frappe – über deren mehr oder weniger große Stärke er (der Herr Bundeskanzler) sich nicht äußern könne – eine Macht darstellen und sich als Beherrscher Europas fühlen würde. Er (der Herr Bundeskanzler) könne der italienischen Regierung versichern, daß Deutschland auch nicht mit Frankreich gemeinsam eine Hegemonie in Europa ausüben wolle. De Gaulle glaube nicht (er habe ihn direkt danach gefragt), daß anderen Ländern ein Mitbestimmungsrecht eingeräumt werden sollte. Deutschland habe im Rahmen der WEU die Zusicherung gegeben, daß es keine ABC-Waffen herstellen werde.[16] Sollte der tragische Fall eintreten – woran er zwar nicht glaube –, daß die USA sich an Europa desinteressierten, so wäre Deutschland, das angesichts seiner Lage, seiner Forderung nach Selbstbestimmung und seiner Berlin-Frage auf Freunde in der Welt angewiesen sei, der Gnade de Gaulles ausgeliefert. Es wäre auch denkbar, daß dann in Deutschland – wo es zwar keine Revanchisten gebe – Stimmen laut würden, die sagten, man dürfe nicht schutzlos bleiben und müsse daher selbst Atomwaffen herstellen. Dies aber wolle die Bundesregierung nicht. Daher habe sie ein brennendes Interesse daran, gemeinsam mit anderen – mit gleichen Rechten und Pflichten – sich an einer europäischen multilateralen Verteidigung zu beteiligen. Durch eine italienische Zustimmung zur MLF könnten viele Gefahren abgewehrt werden.

Herr *Nenni* antwortete, er werde dem Herrn Bundeskanzler seinen Standpunkt zu dieser Frage offen darlegen: Zunächst sei er von der Bedeutung der Initiative von Präsident Kennedy[17] überzeugt gewesen, weil sie gegen de Gaulle gerichtet sei. Er habe Kennedy aber selbst gesagt[18], er halte den Ge-

[14] Zu den MLF-Verhandlungen vgl. besonders Dok. 104.

[15] Vgl. dazu die Äußerungen des französischen Staatspräsidenten gegenüber Bundeskanzler Erhard am 21. November 1963 in Paris; AAPD 1963, III, Dok. 423.

[16] Zum Verzicht der Bundesrepublik auf die Herstellung von atomaren, biologischen und chemischen Waffen vgl. Dok. 27, Anm. 27.

[17] Die Initiative für die Schaffung einer multilateralen Atomstreitmacht ging Ende 1962 von den USA aus. Vgl. dazu Dok. 8, Anm. 7.

[18] Das Gespräch fand vermutlich während des Besuchs des amerikanischen Präsidenten in Italien am 1./2. Juli 1963 statt.

danken, der ihn dazu geführt habe, seinen Vorschlag für die Schaffung eines multilateralen Systems zu machen, für gut, er habe aber starke Zweifel daran, ob man im Begriff sei, für einen richtigen Gedanken eine richtige Lösung zu finden. Vom militärischen Standpunkt aus betrachtet, sei die MLF wenig überzeugend. Vom politischen Standpunkt aus gesehen, habe er die Besorgnis, daß sie zu einem Faktor der Verschärfung der Beziehungen zwischen Ost und West, also praktisch zwischen Washington und Moskau oder zwischen den Ländern des atlantischen Blocks und des Warschauer Pakts, werden könnte. Aus den gleichen Gründen, die der Herr Bundeskanzler dargelegt habe, sei er (Nenni, wörtlich: „wir") nicht einverstanden mit der Schaffung einer bilateralen Streitmacht zwischen Deutschland und den USA. Diese Gründe hätten aber auch ihre Gültigkeit, wenn man das Problem ausweite, wenn alle europäischen Länder oder alle WEU-Länder sich daran beteiligten. Der Standpunkt der italienischen Regierung sei folgender: Der Ministerpräsident und der Außenminister seien mißtrauisch gegenüber allem, was das Risiko einer Verschärfung der Beziehungen zwischen Moskau und den USA in sich berge. Er (Nenni) glaube nicht, daß die USA sich aus Europa zurückziehen könnten: Dies entspreche nicht den Voraussetzungen für ihre eigene Verteidigung; hierzu müßten sie in Europa bleiben. Ein Überleben Europas sei die Voraussetzung für ein friedliches Leben in den Vereinigten Staaten. Er glaube also nicht, daß die Gefahr bestehe, daß die USA sich an Europa desinteressieren oder sich daraus entfernen würden. Er glaube aber, daß angesichts der gegenwärtigen Sachlage, der ausschließliche Besitz der Atomwaffen durch die USA und die UdSSR das geringere Übel sei. Die italienische Regierung befasse sich mit dieser Frage. Wie der Herr Bundeskanzler sei sie der Auffassung, daß keine bilaterale MLF zwischen Deutschland und den USA geschaffen werden sollte, Italien könne aber keine etwaige Zustimmung zur Errichtung einer umfassenderen MLF geben, wenn sich nicht auch Großbritannien daran beteilige. Als Sozialist wünsche er sich natürlich eine Labour-Regierung, und er hoffe, daß die nächsten Wahlen[19] in diesem Sinne entschieden würden. Die Frage der MLF sei auch für Großbritannien ein Problem. Sie müßte so verwirklicht werden, daß keine Voraussetzungen für eine Weiterverbreitung der Atomwaffen geschaffen werden. Er selbst fürchte jeden Schritt in dieser Richtung; er glaube, daß dadurch die jetzige Lage so verändert würde, daß neue, größere Probleme entstehen könnten, als die Fragen, die man damit lösen zu können glaube. Seine Regierung habe zu dem Vorschlag nicht „nein" gesagt, könne eine Entscheidung jedoch nur nach sehr sorgfältiger Prüfung fällen.

Der Herr *Bundeskanzler* erklärte, im Moment sehe er keinen unüberwindbaren Riß zwischen den beiden Welten. Er zweifle nicht an der Bündnistreue der Amerikaner. Die Russen wüßten, daß sie von den westlichen Ländern nie angegriffen würden. Er wünsche sich, daß Großbritannien sich an der MLF be-

[19] Die Wahlen zum britischen Unterhaus vom 15. Oktober 1964 führten zu einer Regierungsmehrheit für die Labour Party.

teilige. Er habe mit Wilson darüber gesprochen[20]; dieser habe ihm keine klare Antwort gegeben, jedoch gesagt, daß er sich mit der Frage beschäftige.[21]

Der Herr Bundeskanzler sprach erneut die Hoffnung aus, das Gespräch mit Herrn Nenni fortsetzen zu können. Er glaube, daß man sich in dieser Frage näherkommen könne. Wenn er ihn richtig verstanden habe, unterscheide sich Nenni deutlich von den Kommunisten und gründe seine Politik auf eine freiheitliche, demokratische Ordnung. Dies sei das entscheidende Kriterium, über alle anderen Punkte könne man reden.

Abschließend erklärte der Herr Bundeskanzler, er selbst und Nenni seien zwar nicht Schuld an der tragischen Vergangenheit, sie stünden aber für ihre Völker. Er möchte Herrn Nenni um Verzeihung für all das bitten, was dieser erlitten habe, und bewundere die Größe und Aufgeschlossenheit, mit der er sich den deutschen Fragen widme.

Bundeskanzleramt, AZ: 21-301 00 (56), VS-Bd. 6

[20] Während des Aufenthalts in London am 15./16. Januar 1964 kam Bundeskanzler Erhard zu einem Gespräch mit dem britischen Oppositionsführer Wilson zusammen. Vgl. dazu Dok. 27, Anm. 14.

[21] Auf einer Pressekonferenz anläßlich seines Besuchs in den USA bekräftigte der britische Oppositionsführer Wilson am 3. März 1964 die ablehnende Haltung der Labour Party gegenüber dem MLF-Projekt: „Oh I think that I have always said that on the MLF, on the mixed manned force, if we were convinced that this was the only way to stop Germany from becoming a nuclear power then reluctantly, very, very reluctantly, we would go along with it, but we are not convinced of this. And we feel that this particular proposal adds nothing at all to Western deterrent strength. The motives are purely political, and we believe that this, so far from sublimating Germany's nuclear ambitions might wet her appetite." Vgl. den Bericht des Botschaftsrats I. Klasse Blomeyer-Bartenstein, Washington, vom 5. März 1964 mit anliegendem Wortlaut der Pressekonferenz; Referat I A 5, Bd. 274.

30

Staatssekretär Carstens an Bundesminister Schröder, z.Z. Rom

St.S. 236/64 geheim **28. Januar 1964**
Fernschreiben Nr. 36 **Aufgabe: 28. Januar 1964, 18.00 Uhr**
Citissime

Für den Herrn Minister

Betr.: Britisches und amerikanisches Projekt für BBP[1]

1) Nach ausführlicher Beratung mit Abteilung II[2] und Planungsstab[3] sind wir zu dem Ergebnis gekommen, daß beide Projekte in ihrer vorliegenden Form tiefgreifende Rückwirkungen auf das Deutschland-Problem haben. Das vorgeschlagene multilaterale Vertragssystem regelt einen wichtigen Bereich des europäischen Sicherheitskomplexes, der nach unserer Vorstellung[4] mit dem Wiedervereinigungskomplex verbunden werden sollte. Außerdem glauben wir, daß beide Projekte unvermeidlicherweise eine Aufwertung der SBZ mit sich bringen.[5]

2) Ich beabsichtige daher, unserer NATO-Vertretung für die am 3. Februar 1964 dort beginnenden Beratungen die Weisung zu geben, zwei Alternativvorschläge gegenüber dem britischen und dem amerikanischen Papier zur Diskussion zu stellen[6]:

a) 1. Alternativvorschlag: Die Vier Mächte schließen für Gesamt-Deutschland eine Vereinbarung, welche sowohl einen Fortschritt in der Wiedervereinigungsfrage vorsieht (etwa durch Einsetzung einer Ständigen Vier-Mächte-Kommission, die die Freizügigkeit wiederherstellen und andere der Vorbereitung der Wiedervereinigung dienende Maßnahmen treffen soll) wie auch das BBP-System in Deutschland einführt. Die drei Westmächte müßten das Einvernehmen mit der Bundesrepublik herstellen, bevor sie einen solchen Vertrag mit der Sowjetunion schließen.

Für den Fall, daß unsere Partner oder später die Sowjetunion einen derartigen Vorschlag ablehnen, machen wir unseren 2. Alternativvorschlag:

[1] Zum britischen bzw. amerikanischen Vorschlag für eine Errichtung von Bodenbeobachtungsposten vgl. bereits Dok. 13, Anm. 33–35.

[2] Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Krapf vom 24. Januar 1964; Abteilung II (II 8), VS-Bd. 272; B 150, Aktenkopien 1964.
Vgl. ferner die Aufzeichnung der Abteilung II vom 27. Januar 1964; Abteilung II (II 8), VS-Bd. 270; B 150, Aktenkopien 1964.

[3] Vgl. dazu die Aufzeichnung des Planungsstabs vom 27. Januar 1964; Abteilung II (II 8), VS-Bd. 270; B 150, Aktenkopien 1964.

[4] An dieser Stelle wurde von Staatssekretär Carstens gestrichen: „stets".

[5] Dieser Satz ging auf Streichungen und handschriftliche Einfügungen des Staatssekretärs Carstens zurück. Vorher lautete er: „Außerdem sehen wir, daß nach beiden Projekten unvermeidlicherweise eine Aufwertung der SBZ eintritt."

[6] Ein entsprechend vorbereiteter Drahterlaß des Staatssekretärs Carstens vom 29. Januar 1964 wurde aufgrund von Einwänden des Bundesministers von Hassel nicht abgesandt. Vgl. dazu Dok. 31, besonders Anm. 2.

b) Dieser sieht vor, an Stelle eines multilateralen Vertragssystems mehrere bilaterale Verträge abzuschließen, etwa zwischen USA und Sowjetunion, Bundesrepublik Deutschland und Polen, Bundesrepublik Deutschland und Tschechoslowakei, Italien und Jugoslawien, Griechenland und Bulgarien usw.

Bei dieser Lösung würde das Gebiet der SBZ ausgespart werden. Allenfalls könnten die USA in der Vereinbarung, die sie mit den Sowjets treffen, vorsehen, daß ihre Inspekteure auch Zugang zu den in der SBZ stationierten sowjetischen Truppen haben sollen.

3) Vor Beginn der Erörterungen im NATO-Rat werde ich die drei Westmächte unterrichten.

Carstens[7]

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 432

31

Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens

St.S. 264/64 geheim **30. Januar 1964**

Betr.: BBP[1]

In der heutigen Sitzung des Bundesverteidigungsrats brachte Herr Minister von Hassel das Thema zur Sprache. Ihm lag mein nicht abgegangener Erlaß vom 29. Januar 1964[2] an die Missionen in London, Washington, Paris und NATO Paris vor. Herr Minister von Hassel wehrte sich leidenschaftlich[3] dagegen, daß bei den amerikanischen Divisionen in Deutschland (und selbstverständlich erst recht bei den deutschen Divisionen) sowjetische Verbindungsoffiziere zugelassen würden.[4] Eine derartige Maßnahme würde die Moral der

[7] Paraphe vom 28. Januar 1964.

[1] Vgl. im Zusammenhang Dok. 30.

[2] In dem auf den 28. Januar 1964 datierten Drahterlaß sprach Staatssekretär Carstens den Gedanken an, daß die Vier Mächte ein gesondertes Abkommen über die Einführung von Bodenbeobachtungsposten in Deutschland schließen könnten. Er schlug vor, damit zugleich Schritte auf dem Weg zu einer Regelung der Deutschland-Frage zu verbinden. Vgl. Abteilung II (II 8), VS-Bd. 270; B 150, Aktenkopien 1964.

[3] Das Wort „leidenschaftlich" wurde von Bundesminister Schröder hervorgehoben.

[4] Bundesminister von Hassel bekräftigte seine ablehnende Haltung – auch in bezug auf den von Staatssekretär Carstens konzipierten Drahterlaß – unter Hinweis darauf, daß auch Botschafter Grewe, Paris (NATO), „gegen die Vorschläge schwerste Bedenken erhoben hätte". Vgl. dazu das Privatdienstschreiben von Carstens vom 30. Januar 1964 an Grewe; Büro Staatssekretär, VS-Bd. 436; B 150, Aktenkopien 1964.
Grewe antwortete hierauf am 3. Februar 1964, ihm sei nicht verständlich, „was Herr Minister von Hassel im Auge gehabt hat, als er Ihnen gegenüber äußerte, meine Einwände und Bedenken hätten sich gerade auf den von Ihnen konzipierten Erlaß bezogen ... Meine kritischen Bedenken, die ich in dem Gespräch mit Herrn Minister von Hassel zum Ausdruck gebracht hatte, bezogen sich

Truppen untergraben. Sie würden nicht verstehen, was das bedeuten sollte. Herr Minister von Hassel führte weiter aus, daß das derzeitige amerikanische Satellitensystem eine viel bessere Überwachung des Aufmarschgebietes der Sowjets ermögliche, als es durch das BBP-System möglich sein würde. Daraus gehe hervor, daß es sich um ein politisch und nicht militärisch motiviertes Projekt handele.

Ich legte dar, daß auch wir gegen die BBPs gewisse Bedenken hätten. Diese bezögen sich besonders auf den Komplex des Deutschland-Problems (Gefahr der Anerkennung der Zone). Unser Vorschlag sollte gerade erreichen, daß einerseits diese Bedenken ausgeräumt und andererseits das BBP-Projekt mit einem Versuch zur Wiederaktivierung unserer Wiedervereinigungspolitik verbunden würden. Ich stieß bei Herrn Minister Höcherl und bei Herrn Minister Scheel auf ein gewisses Verständnis. Herr Minister Krone äußerte sich jedoch sehr besorgt über den ganzen BBP-Komplex und völlig negativ.

Abschließend erklärte Herr Minister Krone, die Angelegenheit müsse dem Herrn Bundeskanzler vorgetragen werden.

Unter diesen Umständen kann meine Weisung vom 29. Januar 1964 nicht abgehen. Die Folge wird sein, daß unser Vertreter im NATO-Rat zur Substanz wenig wird sagen können.[5]

Ich werde Abteilung II bitten, einen Erlaß auszuarbeiten, der dieser Sachlage Rechnung trägt.[6]

Hiermit dem Herrn Minister[7] vorgelegt.

Carstens

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 432

Fortsetzung Fußnote von Seite 158

auf das amerikanische und britische Arbeitspapier. Richtig ist, daß ich in diesem Zusammenhang den Gedanken einer Entsendung von sowjetischen Verbindungsoffizieren zu den in Deutschland stationierten amerikanischen Divisionen mit kritischen Bemerkungen bedacht habe, weil er (ähnlich wie der Rückgriff auf die bestehenden Militärmissionen) eine Vier-Mächte-Vereinbarung über Rüstungskontrollfunktionen auf deutschem Territorium (wenn auch gegenüber amerikanischen Truppen) impliziert." Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 432; B 150, Aktenkopien 1964.

5 Zur Diskussion im Ständigen NATO-Rat am 3. Februar 1964 über den Vorschlag einer Errichtung von Bodenbeobachtungsposten vgl. den Drahtbericht des Botschafters Grewe, Paris (NATO), vom 4. Februar 1964; Abteilung II (II 8), VS-Bd. 270; B 150, Aktenkopien 1964.

6 Vgl. Dok. 43.

7 Hat Bundesminister Schröder am 31. Januar 1964 vorgelegen.

32

Gespräch des Staatssekretärs Carstens mit dem ägyptischen Botschafter Sabri

Z A 5-16.A/64 **30. Januar 1964**[1]

Der Herr Staatssekretär empfing am 30. Januar 1964 um 15.00 den Botschafter der Vereinigten Arabischen Republik, Sabri, zu einer Unterredung.

Staatssekretär *Carstens* sagte einleitend, er wende sich an den Botschafter in einer sehr wichtigen Frage, weil er ihn als einen Freund betrachte und weil das zu besprechende Thema nach seiner Auffassung eine gewisse Gefahr für die Freundschaft zwischen den beiden Völkern darstelle. Es handle sich um die Tätigkeit des Vertreters der sogenannten DDR. Als vor einiger Zeit die sogenannte DDR ein Generalkonsulat in Kairo eröffnet habe, habe schon ein Meinungsaustausch zwischen der Bundesregierung und der Regierung der Vereinigten Arabischen Republik stattgefunden, und der Herr Botschafter erinnere sich sicher, daß das damalige Ereignis in der Bundesrepublik ein Gefühl des Unbehagens habe aufkommen lassen.[2] Aufgrund der Erklärungen der Regierung der Vereinigten Arabischen Republik über den Charakter dieses Generalkonsulats[3] sei die Bundesregierung zu der Auffassung gelangt, daß diese Gefühle des Unbehagens zurückgedrängt werden sollten. Der Botschafter wisse, daß die Bundesregierung in der Folgezeit alles nur Mögliche getan habe, um die alte Freundschaft zwischen den beiden Ländern weiter zu vertiefen.

Aufgrund einer Reihe von Berichten habe er nunmehr jedoch feststellen müssen, daß die Tätigkeit des Beauftragten der sogenannten DDR sich ständig erweitert und einen immer stärker politischen Charakter angenommen habe.[4]

[1] Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Kusterer am 31. Januar 1964 gefertigt.
Hat Staatssekretär Carstens am 2. Februar 1964 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Ich bin auf die Anspielungen auf Israel absichtlich nicht eingegangen. Abt[eilung] I z[ur] w[eiteren] V[erwendung] (Kairo unterrichten)."
Hat Ministerialdirektor Jansen und Ministerialdirigent Böker am 4. Februar 1964 vorgelegen.

[2] Während eines Besuchs in Kairo erklärte Ministerpräsident Grotewohl am 7. Januar 1959, die DDR und die Vereinigte Arabische Republik seien übereingekommen, ihre „freundschaftlichen Beziehungen durch die Errichtung von Generalkonsulaten zu vertiefen". Für den Wortlaut der Erklärung vgl. DzD IV/1, S. 487 f.
Zur Reaktion der Bundesregierung vgl. den Artikel „Bonn erhebt scharfe Vorstellungen bei Nasser"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 7 vom 9. Januar 1959, S. 1.

[3] Die ägyptische Regierung stellte klar, daß mit der Errichtung eines Generalkonsulats in Kairo keine Anerkennung der DDR verbunden sei; ein Exequatur für den Leiter werde nicht erteilt. Außerdem beabsichtige die Vereinigte Arabische Republik nicht, ihrerseits ein Konsulat in der DDR zu eröffnen. Vgl. dazu BULLETIN 1959, S. 95.

[4] Am 28. Dezember 1963 berichtete Botschafter Weber, Kairo, daß die VAR vermutlich unter sowjetischem Druck hinsichtlich einer „Änderung ihrer Haltung gegenüber dem SBZ-Regime" stehe. Die ägyptische Regierung habe der DDR-Vertretung in Kairo „offenbar eine größere Marge in ihrer Betätigung eingeräumt, um diesem Drängen von sowjetischer Seite die Spitze abzubrechen". Man müsse aber damit rechnen, „daß die SBZ ihre hiesigen Vertretungen, bestehend aus Delegiertem, Generalkonsulat, Handelsmission und Pressebüro, personell weit über den jetzigen Umfang

Dabei handle es sich zunächst um den zahlenmäßigen Umfang des Generalkonsulats. Es sei festgestellt worden, daß dieses Generalkonsulat beträchtlich mehr Beamte umfasse als die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Kairo. Der zweite Punkt sei der Titel, den der Leiter der DDR-Vertretung trage. Zunächst habe sich dieser „Beauftragter der DDR-Regierung in den Arabischen Ländern" genannt. Nach den letzten Informationen nenne er sich „Außerordentlicher und Bevollmächtigter Botschafter und Beauftragter der DDR-Regierung in der Vereinigten Arabischen Republik". Dieser Titel sei aber kaum noch von dem eines in einem fremden Land akkreditierten Botschafters zu unterscheiden. Darüber hinaus habe die Bundesregierung mit Bedauern feststellen müssen, daß dem Bevollmächtigten der DDR-Regierung protokollarische Ehren zuteil geworden seien. Aufgrund einer Nachricht einer Presseagentur sei der jetzige Beauftragte der sogenannten DDR, Scholz, zusammen mit seinem Vorgänger Kiesewetter am 28. Dezember vom Präsidenten der Vereinigten Arabischen Republik empfangen worden[5] und habe bei dieser Gelegenheit ein persönliches Schreiben Ulbrichts überbracht[6]. Schließlich habe die Bundesregierung feststellen müssen (und dieser Punkt rufe eine starke Beunruhigung hervor), daß der Bevollmächtigte der „DDR" in Kairo Verhandlungen mit Vertretern eines dritten Staates geführt habe, die zur Unterzeichnung eines Abkommens ebenfalls in Kairo geführt hätten. Es handle sich dabei um das im Oktober vergangenen Jahres in Kairo unterzeichnete Abkommen zwischen dem Jemen und der „DDR" über die Errichtung von Generalkonsulaten.[7] Dies bedeute, daß der genannte Beauftragte nicht nur eine hochpolitische Tätigkeit in der Hauptstadt der Vereinigten Arabischen Republik entfalte, sondern darüber hinaus in derselben Hauptstadt mit dritten Staaten ein Abkommen geschlossen habe, das den Interessen der Bundesrepublik zuwiderlaufe.

Der Herr Staatssekretär fuhr fort, er wolle hier den Überblick über einige Tatsachen der vergangenen Monate beenden. Er beabsichtige auch nicht, unmittelbare Wünsche jetzt vorzutragen, bitte vielmehr den Botschafter, seine Regierung über die genannten Fragen zu unterrichten. Er wäre dankbar, eine erste Reaktion der Regierung der VAR zu erhalten, und er würde dann versu-

Fortsetzung Fußnote von Seite 160

von etwa 80 Personen hinaus verstärken wird, um im wirtschaftlichen und politischen Leben Kairos an jeder nur möglichen Stelle ihre Präsenz darzutun und daraus politische Münze zu schlagen. Wir können allenfalls auf eine größere Zurückhaltung der hiesigen amtlichen Stellen im Verkehr mit dem SBZ-Delegierten hoffen, aber an der Tatsache selbst werden wir angesichts der geschilderten Lage nichts ändern können. Allerdings bieten wir, solange wir keine diplomatischen Beziehungen zu Israel aufnehmen, der hiesigen Regierung eine Handhabe, ihrerseits auch die Anerkennung der SBZ weiterhin grundsätzlich abzulehnen." Vgl. Abteilung I (I B 4), VS-Bd. 107; B 150, Aktenkopien 1963.

[5] Vgl. dazu den Artikel „Präsident Nasser empfing DDR-Vertreter"; NEUES DEUTSCHLAND, Nr. 357 vom 29. Dezember 1963, S. 7.
Vgl. dazu auch den Drahterlaß des Staatssekretärs Carstens vom 9. Januar 1964 an die Botschaft in Kairo; Abteilung I (I B 4), VS-Bd. 107; B 150, Aktenkopien 1964.

[6] Vgl. dazu DOKUMENTE ZUR AUSSENPOLITIK DER DDR XI, S. 638.

[7] Die Vereinbarung zwischen der DDR und der Arabischen Republik Jemen über den Austausch von Generalkonsulaten wurde am 28. Oktober 1963 von dem Beauftragten der DDR in der VAR, Kiesewetter, und dem jemenitischen Außenminister Jacub in Kairo unterzeichnet. Vgl. dazu AAPD 1963, III, Dok. 448.

chen, in möglichst freundschaftlichem Einvernehmen zu einer gemeinsamen Auffassung mit der Regierung der VAR zu gelangen.

Botschafter *Sabri* betonte zunächst, daß er tatsächlich ein Freund Deutschlands sei und immer bleiben werde. Wenn der Herr Staatssekretär von Freundschaft spreche, so gebe es eine ganze Reihe von Ländern, die Freundschaft sagten, bei denen es aber ein reines Lippenbekenntnis bleibe. Die VAR habe jedoch durch Tatsachen bewiesen, daß sie tatsächlich eine solche Freundschaft für Deutschland empfinde. Es bestünden keine diplomatischen Beziehungen mit der sogenannten DDR, und die sogenannte DDR sei nicht diplomatisch anerkannt worden. Er sehe daher keinerlei Grund zur Beunruhigung. Was die Zahl der in dem Generalkonsulat der sogenannten DDR beschäftigten Beamten anbelange, so sehe er kein Hindernis, daß die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland ebenfalls zahlenmäßig verstärkt würde. Weitere deutsche Beamte würden jederzeit mit offenen Armen aufgenommen. Was den Titel des Bevollmächtigten der sogenannten DDR anbelange, so werde er selbstverständlich um Aufklärung bei seiner Regierung nachsuchen. Persönlich glaube er jedoch jetzt schon sagen zu können, daß ja nicht die Regierung der VAR dem Bevollmächtigten der „DDR" diesen Titel verliehen habe. Es gebe zum Beispiel auch in Bonn den Vertreter einer Handelsmission, deren Leiter den Titel Botschafter trage.[8] Hinsichtlich des Abschlusses eines Vertrags mit dem Jemen wolle er doch darauf hinweisen, daß der Jemen souverän sei. Die Tatsache, daß sich ägyptische Truppen im Jemen befänden[9], bedeute nicht, daß Ägypten dem Jemen diktieren könne. Im übrigen sei die Regierung der VAR der Bundesregierung dankbar, daß sie als erste die Jemen-Regierung anerkannt habe[10]. Jegliche Betätigung des Jemens falle unter dessen Souveränität. Zur politischen Aktivität des Beauftragten der sogenannten DDR sei zu bemerken, daß Präsident Nasser ungefähr jeden Menschen empfange. Er nehme an, daß Botschafter Weber kein Problem habe, den Präsidenten zu sehen. Der Präsident treffe sogar mit seinen Feinden zusammen. Wenn Herr Scholz einen Brief von Ulbricht überreicht habe, so sei das noch lange kein Beglaubigungsschreiben. Dies sei seine (des Botschafters) erste Reaktion, und es sei eine Tatsache, daß die Völker wie Frauen seien, die nie oft genug gesagt bekommen könnten, daß man sie liebe. Jedenfalls aber bestehe keinerlei diplomatische Anerkennung.

Staatssekretär *Carstens* bedankte sich für die erneute Betonung, daß keine Absicht bestehe, diplomatische Beziehungen aufzunehmen. Er sei auch dankbar, daß der Herr Botschafter bei seiner Regierung Aufklärung einholen werde. Die Unruhe, die die Bundesregierung empfinde, erlange ihr ganzes Gewicht im übrigen durch die Kumulation gewisser Ereignisse. Daß die Zahl der im Generalkonsulat der sogenannten DDR Beschäftigten so groß sei, scheine doch zu beweisen, daß die Tätigkeit dieses Generalkonsulats sich nicht auf

[8] Der Leiter der Israel-Mission mit Sitz in Köln trug den persönlichen Titel eines Botschafters.

[9] Nach dem Sturz der Monarchie im September 1962 brach im Jemen (später: Arabische Republik Jemen) ein Bürgerkrieg aus. Um die neue Regierung des Präsidenten Sallal zu unterstützen, entsandte die ägyptische Regierung Truppen in den Jemen.

[10] Die Bundesregierung gab am 24. Oktober 1962 die Anerkennung der Regierung der Arabischen Republik Jemen bekannt. Vgl. BULLETIN 1962, S. 1671.

das beschränke, was ursprünglich festgelegt worden sei, nämlich die Wahrnehmung von Handelsinteressen. Man müsse also annehmen, daß ein Teil dieser Beamten sich mit anderen Fragen befasse. Einige der genannten Beispiele schienen dies auch zu bestätigen. Der Herr Botschafter habe dann gesagt, ein Titel bedeute nichts. Der hier genannte Titel sei aber absichtlich so gewählt, um den Anschein diplomatischer Beziehungen zu erwecken. Er wolle dem Botschafter sagen, wenn hier in Bonn eine zweite Persönlichkeit einen Titel führen würde, der den Anschein erweckte, als vertrete diese Persönlichkeit die VAR diplomatisch bei der Bundesregierung, dann würde die Bundesregierung Mittel und Wege finden, um die Führung dieses Titels zu unterbinden. Der Botschafter habe im übrigen darauf hingewiesen, was der Jemen tue, sei Angelegenheit des Jemens. Das sei auch völlig richtig. Was ihn beunruhige, sei die Tatsache, daß eine Persönlichkeit, die sich in der Vereinigten Arabischen Republik aufhalte und deren Aufenthalt dort zu ganz bestimmten Zwecken, nämlich zur Wahrnehmung von Handelsinteressen, akzeptiert worden sei, über diesen Rahmen hinaus eine hochpolitische Tätigkeit entfalte, wie sie der Abschluß eines Vertrags mit einem dritten Staat darstelle. Er wiederhole, daß derartige Ereignisse auf die Beziehungen zwischen den beiden Ländern keinen günstigen Einfluß ausüben könnten. Wenn der Herr Botschafter sage, sein Präsident sei sehr großzügig in der Frage, wen er empfange, so nehme er das zur Kenntnis. Er wäre auch der letzte, dem Präsidenten irgendwelche Anregungen geben zu wollen, wen er empfange und wen nicht. Aber auch hier stelle man wieder fest, daß die beiden Vertreter der sogenannten DDR ein derartiges Ereignis dazu benutzten, um den Eindruck zu erwecken, als bestünden quasi-diplomatische Beziehungen zwischen der VAR und der sogenannten DDR. Er hielte es für gut, wenn die Regierung der VAR diese tatsächlich bestehenden Absichten erkennte.

Botschafter *Sabri* bemerkte, soweit er wisse, werde der Beauftragte der sogenannten DDR weder zu diplomatischen Empfängen noch ins Außenministerium eingeladen. Darüber hinaus habe aufgrund von Demarchen des Botschafters der Bundesrepublik die ägyptische Seite schon häufig Publikationen der sogenannten DDR eingezogen oder verboten. Botschafter Weber werde zu den diplomatischen Empfängen hinzugezogen und zum Neujahrsempfang. Er würde sich niemals erlauben, dem Präsidenten[11] irgendwelche Anregungen zu geben, mit wem er zusammentreffen wolle. Wäre der Vertreter der „DDR" zum Beispiel vom Außenminister empfangen worden, dann könnte der Eindruck entstehen, als bestünden tatsächlich diplomatische Beziehungen. In aller Freundschaft wolle er persönlich davon abraten, die Frage, warum der Präsident in Kairo die Vertreter der „DDR" empfangen habe, aufzuwerfen. Da der Vertreter der „DDR" nicht vom Außenministerium eingeladen werde[12], sei doch klar ersichtlich, daß diplomatische Beziehungen nicht bestünden. Den Titel Botschafter habe die VAR niemals anerkannt. Auf Veranlassung der Regierung der VAR sei sogar noch vor einer Demarche des Botschafters der

[11] Korrigiert aus: „Bundespräsidenten".

[12] Dieser Satz wurde von Ministerialdirigent Böker hervorgehoben. Dazu handschriftliche Bemerkung für Referat I B 4: „Scholz und Kiesewetter sind doch m.E. vom Außenminister empfangen worden! B[itte] St[ellungnahme]."

Bundesrepublik das ursprüngliche Schild am Generalkonsulat der sogenannten DDR entfernt worden. Wenn der Herr Staatssekretär einverstanden sei, werde er die Frage, wen Präsident Nasser empfange, lieber nicht vortragen. Wichtig sei, daß weder Außenminister Fawzi noch sein Stellvertreter[13] den Vertreter der „DDR" jemals empfangen habe, obschon das Außenministerium schließlich eine öffentliche Einrichtung sei. Er wolle noch darauf hinweisen, daß der Herr Bundespräsident ja auch Herrn Shinnar empfange.

Staatssekretär *Carstens* erwiderte, er erkenne gerne an, daß die Regierung der VAR eine Reihe von Maßnahmen ergriffen habe, um zu vermeiden, daß sich die Tätigkeit der „DDR"-Vertretung in einer bestimmten Richtung entwickle. Dies habe leider nicht verhindern können, daß eine Entwicklung in einer anderen Richtung stattgefunden habe. Das aber sei der Grund für die Unruhe, die die Bundesregierung empfinde. Staatssekretär Carstens zitierte dann eine Presseverlautbarung vom 26. Dezember 1963. Nach ADN vom 26.12.[14] habe der Außenminister der VAR, Herr Fawzi, am 25.12. Herrn Kiesewetter zu seinem Abschiedsbesuch empfangen, wobei Kiesewetter seinen Nachfolger Scholz vorgestellt habe.[15] Am 28.12. habe Präsident Nasser wiederum nach Meldung von ADN die beiden Herren empfangen, die dabei ein persönliches Schreiben Ulbrichts übergeben hätten. Nasser habe die guten Wünsche Ulbrichts erwidert, Herrn Kiesewetter für seine Tätigkeit als stellvertretender Außenminister Erfolg gewünscht und Herrn Scholz als Beauftragten der „DDR" in der VAR willkommen geheißen. Der Herr Staatssekretär fuhr fort, er bestehe nicht auf diesem Punkt, habe vielmehr dem Botschafter einen Gesamtblick vermitteln wollen, und dieser Gesamteindruck sei das Beunruhigende. Er übergab dem Botschafter dann die Presseverlautbarung.

Botschafter *Sabri* erklärte, der Wahrheitsgehalt dieser Presseverlautbarung müsse natürlich erst nachgeprüft werden. Dennoch sei jetzt schon zu sagen, daß die Vertretung der „DDR" niemals auf der Diplomatenliste aufgeführt worden sei. Dagegen erscheine in der Diplomatenliste des Auswärtigen Amts unter dem Titel „andere Vertretungen" der Vertreter des sogenannten Israel mit dem Titel Botschafter. Dadurch werde der absolute Eindruck erweckt, es gebe diplomatische Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und dem sogenannten Israel. In Kairo geschehe etwas Derartiges nicht. Was die Zahl der Beschäftigten anbelange, so stelle sich die akademische Frage, was die Zahl an sich denn bedeuten solle.

Staatssekretär *Carstens* warf ein, die andere Betätigung des Generalkonsulats habe er ja bereits genannt.

Botschafter *Sabri* sagte noch einmal, Jemen sei auf seine Unabhängigkeit sehr eifersüchtig. Man dürfe jedoch den Abschluß eines Abkommens zwischen dem Jemen und der sogenannten DDR über einen Austausch von Konsulaten nicht überbewerten, denn derartige Besprechungen könne der Jemen natürlich in seiner exterritorialen Botschaft ohne weiteres durchführen. Sie entzö-

[13] Sulficar Sabri.

[14] Vgl. dazu NEUES DEUTSCHLAND, Nr. 356 vom 28. Dezember 1963, S. 7.

[15] Dieser Satz wurde von Ministerialdirigent Böker hervorgehoben. Dazu handschriftliche Bemerkung: „Also!"

gen sich der Beeinflussung der VAR. Als Vergleich dazu könne man in der Bundesrepublik Finnland[16] oder das sogenannte Israel heranziehen. Wenn Staatssekretäre dieser Staaten die Bundesrepublik besuchten, übten sie sicherlich eine politische Tätigkeit aus. Die Sache sei insofern in der Bundesrepublik noch weniger übersichtlich, als ein weites Betätigungsfeld in den Bundesländern gegeben sei. Er wolle auch auf die Fernseh- und Rundfunkpropaganda hinweisen, die mit der Wirklichkeit nichts zu tun habe und die viele Araber und Deutsche errege. Er erhalte viele Briefe, in denen die Absender darauf hinwiesen, daß sie diesen Gesichtspunkt nicht teilten. Das sei für ihn ein Trost. In Fernsehen und Rundfunk in Kairo werde jedoch nichts gegen die Bundesrepublik gesagt. Vielmehr finde man dort immer wieder Symbole der Freundschaft und engen Zusammenarbeit. Botschafter Sabri bat abschließend noch einmal darum, die Frage des Zusammentreffens zwischen Präsident Nasser und den Herren Scholz und Kiesewetter nicht in Kairo aufwerfen zu müssen.

Staatssekretär *Carstens* erwiderte, er wolle auf diesem Punkt nicht bestehen. Er sei jedoch jetzt leider gezwungen, das Gespräch zu beenden, da er in wenigen Minuten den Bundeskanzler am Bahnhof abholen müsse.[17]

Botschafter *Sabri* erklärte abschließend, er werde gerne um Aufklärungen bitten, glaube aber heute schon sagen zu können, daß kein Grund zur Beunruhigung bestehe. Nicht zu unterschätzen sei jedoch die Tatsache, daß es gewisse Kreise gebe, die versuchten, die deutsch-arabischen Beziehungen zu vergiften. Es handle sich dabei um die Israelis.

Das Gespräch endete um 16.30 Uhr.

Büro Staatssekretär, Bd. 393

[16] Zur Stellung der finnischen Handelsvertretung in der Bundesrepublik vgl. AAPD 1963, I, Dok. 135, und AAPD 1963, II, Dok. 351.

[17] Bundeskanzler Erhard kehrte am 30. Januar 1964 von seinem Besuch in Italien und im Vatikan zurück. Die Rückfahrt im Sonderzug dauerte etwa 20 Stunden. Vgl. dazu OSTERHELD, Außenpolitik, S. 61.

33

Bundesminister Schröder und Bundesminister Schmücker an Bundeskanzler Erhard

31. Januar 1964[1]

Sehr verehrter Herr Bundeskanzler!

In mehreren Kabinettsitzungen ist bei der Behandlung von Fragen der Europapolitik in letzter Zeit das Problem einer besseren organisatorischen Gestaltung der Arbeiten der Bundesregierung in diesem Bereich angesprochen worden.

Wir sind dieser Frage nachgegangen[2] und nehmen dazu im Einvernehmen mit dem Herrn Bundesminister der Finanzen[3] und dem Herrn Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten[4] wie folgt Stellung:

1) Es ist erforderlich, feste Organisationsformen für das Zusammenwirken innerhalb der Bundesregierung im Bereich der Europapolitik zu finden, die einer isolierten Behandlung der einzelnen in Brüssel und Luxemburg anstehenden Probleme entgegenwirken. Die Vielzahl und zunehmende Vielfalt der im europäischen Bereich anstehenden Sachentscheidungen bringt die Gefahr mit sich, daß in zunehmendem Maße die einzelnen Probleme in sich behandelt und entschieden werden, während der dringend notwendige Blick auf die Gesamtzusammenhänge zurückzutreten droht.

2) Für eine straffe Wahrnehmung der europäischen Aufgaben durch die Bundesregierung ist im Grunde die Regelung dreier Probleme erforderlich:

a) Das Bundeskabinett muß rechtzeitig und umfassend in die Lage gesetzt sein, sich eine Meinung zu den Grundlinien der im europäischen Rahmen zu verfolgenden Politik zu verschaffen und Entscheidungen in den wesentlichen Fragen in diesem Bereich zu treffen.

b) Die Vielfalt der in den verschiedensten Bereichen auftretenden Fachprobleme muß gründlich und rechtzeitig bewältigt werden, wobei Fragen, deren Entscheidung auch einen politischen Gehalt aufweist, bereits in einer möglichst frühen Verhandlungsphase innerhalb der Bundesregierung politisch zur Erörterung gestellt werden müssen.

c) Es muß sichergestellt werden, daß die deutsche Verhandlungsdelegation im Ministerrat sich entsprechend der jeweiligen Verhandlungslage verhalten kann, um optimale Ergebnisse zu erzielen. Hier müssen fachliche und allgemeine Gesichtspunkte zu einem Ausgleich geführt werden.

[1] Durchdruck.

[2] Die Frage der internen Koordinierung der EWG-Politik wurde auf einer Staatssekretärsbesprechung am 30. Januar 1964 behandelt. Dabei fand der vom Bundesministerium für Wirtschaft vorgelegte Entwurf für ein Schreiben an Bundeskanzler Erhard allgemeine Zustimmung. Für eine Niederschrift der Besprechung vgl. Referat I A 2, Bd. 889.

[3] Rolf Dahlgrün.

[4] Werner Schwarz.

3) Um die Erreichung dieser Ziele sicherzustellen, kann – mit gewissen Ergänzungen – auf die gegenwärtige Organisation der Zusammenarbeit zurückgegriffen werden.

a) Fragen von grundsätzlicher und allgemeiner Bedeutung werden dem Bundeskabinett – wie bisher – zur Entscheidung vorgelegt. Darüber hinaus wird der Bundesregierung so oft wie nötig, mindestens halbjährlich, über den Stand der Arbeiten zur Weiterführung der europäischen Integration berichtet.

b) Die Zusammenarbeit im Kabinettsausschuß für Wirtschaft wird intensiviert. Angesichts der zunehmenden Vielfalt der fachlichen Probleme ist es notwendig, das Gesamtkabinett in diesen Fragen zu entlasten. Andererseits haben auch die fachlichen Entscheidungen im europäischen Bereich heute bereits eine Bedeutung, die häufig eine politische Erörterung geboten erscheinen läßt. Der Kabinettsausschuß für Wirtschaft ist das geeignete Gremium hierfür.

c) Angesichts der Tatsache, daß die Aufgaben im Zusammenhang mit der europäischen Integration in den Verantwortungsbereich fast aller Bundesressorts hineinreichen, ist eine wirksame Koordinierung und Ausrichtung der Arbeiten auf hoher Ebene erforderlich. Als geeignetes Gremium für diese Aufgabe steht der im Anschluß an den Kabinettsbeschluß vom 6. Februar 1963[5] gebildete Staatssekretärsausschuß (darin sind vertreten das Auswärtige Amt, das Bundesministerium der Finanzen, das Bundesministerium für Wirtschaft und das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten) zur Verfügung. Die Arbeiten dieses Ausschusses sollen zukünftig intensiviert werden. Er soll regelmäßig in Abständen von zwei Wochen und darüber hinaus soweit erforderlich zusammentreten.[6]

Dem Ausschuß obliegt es, eine einheitliche Konzeption für die Ausgestaltung der europäischen Integration und für die Anpassung der deutschen Wirtschaft an diesen Entwicklungsprozeß zu erarbeiten. Die Bundesressorts sollten verpflichtet werden, dem Ausschuß von allen für die Ausgestaltung der Europapolitik wesentlichen Vorgängen Kenntnis zu geben.

Im Interesse der Arbeitsfähigkeit und Wirksamkeit dieses Ausschusses sollte er prinzipiell auf die genannten vier Ressorts beschränkt bleiben. Je nach Verhandlungsgegenstand werden jedoch die Staatssekretäre der sonst betroffenen Ressorts zu den Beratungen eingeladen.

Der Ausschuß beruft zur Vorbereitung spezieller Entscheidungen und zur Erarbeitung von Arbeitsprogrammen ad hoc-Ausschüsse, denen je beteiligtes Ressort nicht mehr als zwei Vertreter angehören sollten.

[5] In der Kabinettssitzung vom 6. Februar 1963 schlug Bundeskanzler Adenauer die Bildung einer ministeriellen Arbeitsgruppe vor, die alle wichtigen Vorgänge innerhalb der Europäischen Gemeinschaften erörtern und das Kabinett darüber informieren sollte. Die auf Staatssekretärsebene gebildete Arbeitsgruppe kam erstmals am 5. März 1963 zusammen und tagte seitdem ein- bis zweimal im Monat. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Referats I A 2 vom 4. März 1963; Abteilung I (I A 2), VS-Bd. 145; B 150, Aktenkopien 1963.

[6] Zur Arbeit des Staatssekretärsausschusses für Europafragen in den Jahren 1963/64 vgl. Referat I A 2, Bd. 889 und Bd. 890.

Im Interesse einer Straffung der Arbeiten des Ausschusses werden die Sitzungen von einem Sekretariat vorbereitet, das vom Bundesministerium für Wirtschaft zur Verfügung gestellt wird. Die sachlich jeweils federführenden Ressorts teilen dem Sekretariat die Punkte, deren Beratung im Staatssekretärsausschuß erforderlich ist, möglichst unter gleichzeitiger Übersendung einer einführenden Sachdarstellung mit.

d) Die Weisungen an die deutsche Delegation im Ministerrat sollen dem jeweiligen Verhandlungsstand Rechnung tragen und den Verhandlungsführern (Bundesminister, Staatssekretäre) die Möglichkeit geben, im Rahmen eines dem Sachstand entsprechenden Ermessensspielraums je nach Verlauf der Verhandlungen endgültig die deutsche Stellungnahme zu formulieren, da bei den Verhandlungen des Ministerrats in Brüssel immer wieder Situationen entstehen, in denen durch schnelles Handeln wesentlich bessere Ergebnisse zu erzielen sind als bei einer Vertagung.

Wir sind der Auffassung, daß sich mit einer derartigen Organisation die durch die europäische Zusammenarbeit gegenwärtig anfallenden Arbeiten am ehesten bewältigen lassen. Zu ihrer Durchführung bedarf es keiner besonderen Befassung des Bundeskabinetts, da durch geeignete organisatorische Maßnahmen in den betroffenen Ressorts das Funktionieren eines solchen Systems sichergestellt werden kann.

Mit verbindlichen Empfehlungen

Ihre sehr ergebenen
gez. Schmücker gez. Schröder

Büro Staatssekretär, Bd. 382

34

Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens

St.S. 276/64 geheim **31. Januar 1964**

Betr.: Zypern[1]

Der britische Botschafter[2] und der amerikanische Geschäftsträger[3] machten soeben eine gemeinsame Demarche bei mir und übergaben die beiden beigefügten, inhaltlich nahezu gleichlautenden Aide-mémoires[4]. Aus den Aide-mémoires und ihren mündlichen Erklärungen ergibt sich folgendes:

[1] Zur Zypern-Frage vgl. bereits Dok. 21, besonders Anm. 3.
[2] Frank K. Roberts.
[3] Martin J. Hillenbrand.
[4] Dem Vorgang beigefügt. Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 420.

Es ist an die Aufstellung einer Streitmacht von etwa 10000 Mann aus NATO-Ländern (nicht *der* NATO) gedacht.[5]

Britischer Oberbefehl.

Vorgesehener Schlüssel: 4000 Briten; je 1200 aus Deutschland, Frankreich, Italien, USA; je 750 aus den kleineren Staaten (Belgien, Dänemark, Niederlande, Kanada).

Der heute unternommene Schritt stellt noch keine formelle Bitte der beiden Regierungen, daß wir uns beteiligen sollen, dar. Vielmehr wird der formelle Schritt erst durchgeführt werden, wenn Griechenland und die Türkei zustimmen. Es ist möglich, daß dies während der nächsten Stunden der Fall sein wird.[6]

Die Lage auf Zypern wird als höchst gefährlich angesehen.

Eine UNO-Intervention würde zu lange dauern und außerdem die Sowjets ins Spiel bringen.

Die einzige Alternative für die vorgeschlagene Intervention der NATO-Staaten wäre Bürgerkrieg.

Ich habe erklärt, daß die Bundesregierung volles Verständnis für die Situation habe. Ich müsse jedoch darauf hinweisen, daß unsere militärischen Dienststellen sehr starke Bedenken gegen die Einsetzung deutscher Truppen auf Zypern im Hinblick auf die sich daraus möglicherweise ergebende Notwendigkeit eines Kampfes gegen die Griechen hätten.[7] Dadurch würden die Erinnerungen an die Kämpfe in Griechenland und Kreta während des letzten Krieges wieder lebendig werden.

Der britische Botschafter erwiderte, daß er dieses Argument verstehe, daß er aber darauf hinweisen müsse, daß auch die Briten schwere Kämpfe in

[5] Der britisch-amerikanische Vorschlag, neben Großbritannien, Griechenland und der Türkei weitere NATO-Staaten mit Kontingenten an einer Friedenstruppe unter britischem Kommando zu beteiligen, wurde auf der Londoner Zypern-Konferenz vorgelegt. Begründet wurde der Vorschlag damit, daß der Konflikt auf Zypern möglicherweise zu einem Zusammenstoß zwischen den beiden NATO-Staaten Griechenland und der Türkei führen könne. Die griechische und die türkische Regierung gaben am 1. Februar 1964 die Zustimmung zur Aufstellung einer solchen Truppe. Dagegen wurde das Vorhaben von der zyprischen Regierung abgelehnt. Präsident Makarios forderte, den Einsatz einer internationalen Friedenstruppe von Beschlüssen des Sicherheitsrats der UNO abhängig zu machen. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1964, Z 56; AdG 1964, S. 11122.

[6] Zur griechischen Zustimmung vgl. auch den Drahtbericht des Botschafters Melchers, Athen, vom 3. Februar 1964; Referat I A 4, Bd. 295.

[7] Im Anschluß an die Sitzung des Bundesverteidigungsrats am 30. Januar 1964 trug General Trettner die Bedenken des Bundesministeriums der Verteidigung gegen eine Beteiligung der Bundesrepublik an einer NATO-Friedenstruppe auf Zypern vor: „Aus den kretischen Erfahrungen wissen die älteren deutschen Soldaten, mit welcher Grausamkeit die griechische Bevölkerung kämpft. Gegen einen so kämpfenden Gegner kann nur mit gleichen Mitteln gekämpft werden. Nach den derzeitig geltenden Grundsätzen der inneren Führung würde jedoch die Verwicklung der Bundeswehr in einen derartigen Kampf zu schweren Erschütterungen des Gesamtgefüges und zu unübersehbaren Konsequenzen führen." Dazu bemerkte Bundesminister Schröder am 31. Januar 1964 handschriftlich: „Wenn die Bitte um Beteiligung endgültig kommt, werden wir aus Bündnisgründen uns nicht versagen dürfen." Vgl. den Vermerk des Staatssekretärs Carstens vom 30. Januar 1964; Büro Staatssekretär, VS-Bd. 420; B 150, Aktenkopien 1964.

Zypern[8] zu bestehen gehabt hätten. Nach einiger Zeit hätten sich die damals hochgehenden Gefühle der zypriotischen Bevölkerung wieder beruhigt. Großbritannien könne die Last der Verantwortung für die Lösung des Problems nicht allein übernehmen. Es appelliere daher dringend an seine Freunde.

Hiermit dem Herrn Minister[9] vorgelegt. Ich schlage vor, die Angelegenheit noch während der heutigen Kabinettsitzung zur Sprache zur bringen.[10]

Carstens

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 420

35

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Reinkemeyer

II 1-84.20/130/64 VS-vertraulich **1. Februar 1964**

Betr.: Mögliche Entwicklung der sowjetischen und sowjetzonalen Haltung in der Deutschland- und Berlinfrage

I. In einem längeren Gespräch auf dem gestrigen Fest[1] versuchte der sowjetische Geschäftsträger Lawrow mich davon zu überzeugen, daß es im beiderseitigen Interesse der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland liege, einen Kulturaustausch auf der Grundlage von ad hoc-Vereinbarungen über

[8] In den fünfziger Jahren kam es wiederholt zu Auseinandersetzungen zwischen den auf der Insel stationierten britischen Truppen und bewaffneten Kräften der zyprischen Unabhängigkeitsbewegung.

[9] Hat Bundesminister Schröder am 31. Januar 1964 vorgelegen.

[10] Staatssekretär Carstens vermerkte am 31. Januar 1964 handschriftlich für die Ministerialdirektoren Jansen und Krapf: „Kabinett stimmte am 31.1. grundsätzlich zu. Doch sollen über die Form unserer Teilnahme (ev[entuell] Lazarett) weitere Überlegungen angestellt werden."
Am 1. Februar 1964 informierte Carstens die Botschaften in Washington und London über den Stand der Überlegungen: „Für uns wird die Frage, ob die Aktion mit oder ohne Zustimmung Zyperns durchgeführt werden soll, unter Umständen von entscheidender Bedeutung sein, da ohne zyprische Zustimmung ein Interventionsrecht lediglich den drei Garantiemächten Großbritannien, Türkei, Griechenland aufgrund Artikel 3 des Garantievertrages zustehen würde, die Intervention anderer Staaten jedoch von Zypern und anderen Mächten als Aggression angesehen werden könnte, auch wenn sie im Einverständnis mit den drei Garantiemächten erfolgt." Vgl. Abteilung I (I A 4), VS-Bd. 162; B 150, Aktenkopien 1964.
Zur Zypern-Frage vgl. weiter Dok. 37.

[1] Am 31. Januar 1964 fand ein Empfang des Landkreises Bonn im Rittersaal der Godesburg statt, an dem 300 Gäste – darunter Bundeskanzler Erhard – teilnahmen. Vgl. dazu GENERAL-ANZEIGER, Nr. 22558 vom 1./2. Februar 1964, S. 5.

einzelne Programme ohne Einbeziehung Berlins[2] stattfinden zu lassen. An diesem Gespräch nahm zeitweise auch Herr MD Krapf teil.

Als Herr Lawrow feststellen mußte, daß unsere Haltung in der Deutschland- und Berlinfrage unverändert war, sagte er zu mir, wir würden nie erreichen, daß Westberlin zur Bundesrepublik gehöre. Im übrigen schwäche sich unsere Haltung in der Berlinfrage ja ab. Auf meine Gegenfrage, wieso er zu dieser irrigen Annahme käme, verwies er auf die Passierscheinvereinbarung[3]. Er sagte dann weiter, die sowjetische Regierung könne z.B. gar nichts tun, wenn die Regierung der „DDR" die Bürger der Bundesrepublik nicht einreisen ließe. Angesichts der vielen „Provokationen" von Westberlin aus hätten die Arbeiter in der „DDR" allen Grund zu einer solchen Maßnahme. Die drei Westmächte könnten sich immerhin auf Restbestände der mit der Sowjetunion geschlossenen Abmachungen über Berlin berufen. Dagegen gäbe es keinerlei Vereinbarung mit der Bundesrepublik, aus der diese irgendwelche Rechte gegenüber der „DDR" herleiten könne. Er wolle damit nicht sagen, daß die „DDR" Maßnahmen der geschilderten Art beabsichtige.

Da unser Gespräch hier bald unterbrochen wurde, hatte ich keine Gelegenheit mehr, Lawrow um Präzisierung zu bitten, was er mit dieser vage formulierten Drohung meine. Es blieb offen, ob er an die Sperrung des Zugangs für Westdeutsche nach Ostberlin, an Behinderung der Einreise von Westdeutschen in die SBZ oder an Behinderung des deutschen Berlin-Verkehrs durch die SBZ dachte. Ich konnte nur noch erwidern, daß das Zusammengehörigkeitsgefühl der Deutschen hüben und drüben ungebrochen sei, wie das kürzliche Treffen von vielen Hunderttausenden von Menschen in Ostberlin[4] gezeigt habe, und daß die Machthaber in der sogenannten DDR einen schweren Fehler begingen, wenn sie dergleichen täten.

II. Ohne derartigen Äußerungen zu viel Bedeutung beimessen zu wollen, möchte ich doch auf zwei Dinge hinweisen:

1) Die Worte Lawrows haben bestätigt, was wir aus zahlreichen Äußerungen aus der Sowjetunion und der SBZ schon wissen, daß nämlich unser Verhalten in der Passierscheinfrage vom Osten als Abschwächung unserer bisherigen Position in der Deutschland- und Berlinfrage gewertet worden ist.[5] Wir wer-

[2] Im Januar 1964 wurde zwischen dem Senat von Berlin und dem Auswärtigen Amt die Frage eines möglichen Auftritts des Bolschoi-Balletts in Berlin (West) erörtert. Dabei wurde von seiten des Senats der Gedanke eines Kulturaustauschs mit der UdSSR auf nichtstaatlicher und dezentralisierter Ebene erwogen, die keiner offiziellen Kontrolle – etwa durch das Auswärtige Amt – unterliegen sollte. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Wolff vom 21. Januar 1964; Abteilung II (II 4), VS-Bd. 250; B 150, Aktenkopien 1964.

[3] Für den Wortlaut der Passierschein-Vereinbarung vom 17. Dezember 1963 vgl. DzD IV/9, S. 1023–1027. Vgl. dazu auch Dok. 1, Anm. 1.

[4] Aufgrund der Vereinbarung vom 17. Dezember 1963 wurden mehr als 1,2 Millionen Passierscheine ausgegeben.

[5] Ministerialdirektor Krapf referierte am 20. Januar 1964 die in Ost-Berlin vertretene Auffassung, daß die Passierschein-Vereinbarung die Umwandlung von Berlin (West) in eine „Freie Stadt" sowie die Anerkennung der DDR durch die Bundesrepublik gefördert habe. Darüber hinaus habe der Senat von Berlin nach Meinung der DDR „die Eigenschaft der Mauer als Staatsgrenze und die Maßnahmen zu ihrer Sicherung indirekt anerkannt". Außerdem sei die DDR überzeugt, daß sie sich als zuverlässiger Gesprächspartner erwiesen und in der internationalen Öffentlichkeit

den bei den weiteren Gesprächen über Passierscheine[6] sehr genau darauf zu achten haben, daß die Glaubwürdigkeit unserer Politik in der Deutschland- und Berlinfrage nicht weiter leidet.

2) Es ist nicht auszuschließen, daß die Sowjets in absehbarer Zeit dem zu vermutenden Drängen Ulbrichts nachgeben könnten, die Position seines Regimes in der Deutschland- und Berlinfrage weiter zu verstärken. Seit Frühjahr 1962 sind wir daran gewöhnt, daß der alliierte Verkehr nach Berlin von den Sowjets gelegentlich belästigt wird[7], daß hingegen der deutsche Verkehr im wesentlichen unangefochten bleibt. Dies kann sich ändern. Die Sowjets können zu der Auffassung kommen, daß die deutsche Position in Berlin und auf den Zugängen nach Berlin wesentlich schwerer zu schützen ist als die alliierte. So können sie z.B. der SBZ gestatten, den Paß- und Sichtvermerkszwang einzuführen[8] oder Westdeutschen den Zugang nach Ostberlin zu verwehren. Sie werden dies vor allem dann nicht tun, wenn unsere Alliierten und wir mit unserer Haltung den Sowjets Grund zu der Befürchtung geben, ein solches Vorgehen könne zu einer ernsteren Krise und zu einer schweren Belastung der sowjetisch-amerikanischen Entspannungsgespräche führen.

Daraus ergibt sich, daß wir es uns nicht erlauben können, unsere Politik in der Deutschland- und Berlinfrage in ein Zwielicht geraten zu lassen. Dies scheint mir ein Gesichtspunkt zu sein, der bei den Passierscheingesprächen im Dezember vorigen Jahres nicht immer von allen Beteiligten klar genug gesehen worden ist.

Hiermit über Herrn D II[9] dem Herrn Staatssekretär[10] mit der Bitte um Kenntnisnahme vorgelegt.

Reinkemeyer

Abteilung II (II 1), VS-Bd. 18

Fortsetzung Fußnote von Seite 171

einen günstigen Eindruck hinterlassen habe. Vgl. Abteilung II (II 1), VS-Bd. 17; B 150, Aktenkopien 1964.

6 Zur Fortführung der Passierschein-Gespräche vgl. Dok. 42 und Dok. 60.

7 Noch im Oktober/November 1963 wurden auf der Autobahn Helmstedt-Berlin mehrfach amerikanische Militärkonvois sowie ein britischer Militärkonvoi an der Weiterfahrt gehindert. Vgl. dazu AAPD 1963, III, Dok. 398 und Dok. 407.

8 In der Contingency Coordinating Group (CCG) in Washington wurden Ende 1963 Beratungen darüber aufgenommen, wie man der möglichen Einführung eines Paß- und Sichtvermerkzwangs im Berlin-Verkehr durch die DDR entgegentreten könne. Vgl. dazu den Drahterlaß des Ministerialdirektors Krapf vom 2. Juli 1964; Abteilung II (II 1), VS-Bd. 428; B 150, Aktenkopien 1964.

9 Hat Ministerialdirektor Krapf am 1. Februar 1964 vorgelegen.

10 Hat Staatssekretär Carstens am 3. Februar 1964 vorgelegen, der für Ministerialdirigent Reinkemeyer handschriftlich vermerkte: „Was schlagen Sie vor?"

36

Gespräch des Staatssekretärs Carstens mit dem sowjetischen Gesandten Lawrow

Z A 5-18.A/64 **1. Februar 1964**[1]

Aufzeichnung über ein Gespräch zwischen dem Staatssekretär des Auswärtigen Amts, Professor Dr. Carstens, und dem sowjetischen Geschäftsträger, Gesandten Lawrow, anläßlich der Abgabe einer Erklärung der sowjetischen Regierung durch den letzteren. Das Gespräch fand am 1.2.64 in der Zeit von 12.30 bis 13.40 im Büro des Herrn Staatssekretärs statt.

Gesandter *Lawrow* dankte dem Herrn Staatssekretär zunächst dafür, daß er ihn trotz der samstäglichen Stunde empfangen habe, nachdem es ihm leider nicht möglich gewesen sei, einen Termin bei Herrn Bundesminister Schröder zu erhalten, um den er schon für Freitag ersucht habe. Er sei beauftragt, namens der sowjetischen Regierung eine Erklärung abzugeben.

Der Gesandte verlas sodann die Erklärung, worin die sowjetische Regierung gegen die Herstellung von angeblich als Atomwaffenträger verwendbaren Raketen durch die deutsche Firma „Waffen- und Luftrüstungs-AG"[2] protestiert. Anschließend übergab er den Text der Erklärung[3] zusammen mit einer inoffiziellen Übersetzung.

Staatssekretär *Carstens* sagte, er wolle zu einigen Punkten der sowjetischen Erklärung Stellung nehmen. In deren Schlußteil werde auf die bei Kriegsende und im Anschluß daran geschlossenen alliierten Vereinbarungen hingewiesen. Die Bundesrepublik sei aber nicht Partei jener Vereinbarungen, und er sehe deshalb keinen Anlaß, mit dem Gesandten in eine Diskussion über sie einzutreten.

Wohl habe die Bundesrepublik[4] sich gegenüber England, Frankreich, Italien, Belgien, Holland und Luxemburg vertraglich verpflichtet, bestimmte Rüstungen nicht vorzunehmen und bestimmte Waffen nicht herzustellen.[5] Diese Verpflichtung bestehe aber nur gegenüber den genannten Mächten. Er schicke dies voraus, um zu sagen, daß die Bundesregierung in keiner Weise verpflichtet sei, der sowjetischen Regierung Auskunft über Dinge zu erteilen, die in der Bundesrepublik geschähen.

[1] Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Dolmetscher Richter am 3. Februar 1964 gefertigt. Hat Staatssekretär Carstens am 4. Februar 1964 vorgelegen.

[2] Die Waffen- und Luftrüstungs-AG (Hamburg) führte laut Pressemeldungen am 5. Dezember 1963 in der Nähe von Cuxhaven an der Nordseeküste den Start von vier Kleinraketen vor. Vgl. dazu AdG 1963, S. 10952.

[3] Für den Wortlaut vgl. DzD IV/10, S. 217–219. Gleichlautende Erklärungen wurden den Regierungen Frankreichs, Großbritanniens und der USA übergeben.

[4] Dieses Wort wurde von Staatssekretär Carstens hervorgehoben. Dazu handschriftliche Bemerkung: „Ich habe immer Bundesrepublik Deutschland gesagt."

[5] Zum Verzicht der Bundesrepublik auf die Herstellung von atomaren, biologischen und chemischen Waffen vgl. Dok. 27, Anm. 27.

In der fraglichen Angelegenheit sei er trotzdem zu einer Antwort bereit, denn es gebe dabei nichts zu verheimlichen. In der Bundesrepublik gebe es keine Produktion von Raketengeschossen für militärische Zwecke, auf deren Produktion die Bundesrepublik Deutschland verzichtet habe.[6] Dies sei eine offizielle Erklärung, die er aufgrund einer von der Bundesregierung vorgenommenen sorgfältigen Prüfung[7] in deren Namen abgebe. Soweit in den ausländischen Presseberichten[8], auf die in der sowjetischen Erklärung verwiesen sei, etwas anderes behauptet werde, seien diese Meldungen falsch.

Er wolle, fuhr der Herr Staatssekretär fort, kurz noch auf einige andere Punkte der sowjetischen Erklärung eingehen.

Darin werde auf den wachsenden Verteidigungshaushalt der Bundesrepublik hingewiesen. Es sei aber nicht zu bestreiten, daß die Verteidigungsausgaben der Bundesrepublik nur einen bescheidenen Bruchteil des Militär- und Verteidigungshaushalts der Sowjetunion ausmachten.

Weiter heiße es in der Erklärung, in der Bundesrepublik sei ein Feldzug zugunsten einer Ausrüstung der Bundeswehr mit Kernwaffen und Raketen im Gange. Woher stamme diese Kenntnis? Es gebe in der Bundesrepublik keine nennenswerte Gruppe, die dafür eintrete, daß die Bundeswehr die alleinige[9] Verfügung über Raketen und Kernwaffen erhalte.

Richtig sei, daß die Bundesrepublik die Beteiligung an einer multilateralen Atomstreitmacht[10] anstrebe. Es sei ja aber gerade das Wesen eines solchen Instruments, daß kein einziger Partner allein die Verfügungsgewalt über das darin zusammengefaßte Kernwaffenpotential besitze. Wenn der Gesandte frage, warum es – nicht nur in der Bundesrepublik – derartige Bestrebungen gebe, so sei auf die erst kürzlich wieder abgegebenen Erklärungen hochgestellter sowjetischer Persönlichkeiten[11] zu verweisen, Frankreich, Deutschland, Ita-

[6] Der Passus „auf deren Produktion die Bundesrepublik Deutschland verzichtet habe" wurde von Staatssekretär Carstens handschriftlich eingefügt.

[7] Die Bundesregierung veröffentlichte am 10. Dezember 1963 eine Erklärung zum Abschuß der Raketen: „1. Der Waffen- und Luftrüstungs-AG wurde keine Genehmigung zur Herstellung, zum Erwerb oder zur Ausfuhr militärischer Raketen erteilt. 2. Die Bundesregierung hat bereits eine Prüfung eingeleitet, ob die Waffen- und Luftrüstungs-AG mit ihrem Versuch vom 5. Dezember 1963 entgegen ihren schriftlichen Vorankündigungen, daß es sich um Flugkörper für physikalische, meteorologische und medizinische Zwecke handele, auch andere Ziele verfolgt als die Erprobung derartiger Flugkörper. Die Entwicklung und Fertigung sowie das Erproben reiner Forschungsraketen bedürfen keiner Genehmigung der Bundesregierung. 3. Die Bundesrepublik Deutschland hat in den Pariser Verträgen ausdrücklich auf die Herstellung militärischer Raketen verzichtet. Ausgenommen hiervon sind lediglich die im Rahmen der bestehenden Verteidigungsbündnisse zugelassenen Fertigungen. Die Bundesregierung ist nicht bereit, darüber hinaus eine Fertigung militärischer Raketen im Bundesgebiet oder deren Ausfuhr zu dulden." Vgl. BULLETIN 1963, S. 1032.
Zur Überprüfung der Firma durch die Bundesbehörden vgl. auch BULLETIN 1964, S. 224.

[8] Vgl. etwa den Artikel „Hamburg Arms Firm Shows Its Rockets"; THE TIMES, Nr. 55877 vom 6. Dezember 1963, S. 10.

[9] Dieses Wort wurde von Staatssekretär Carstens handschriftlich eingefügt.

[10] Zu den MLF-Verhandlungen vgl. besonders Dok. 104.

[11] In einem Artikel vom 16. November 1963 führte z. B. der Oberbefehlshaber der sowjetischen Raketenstreitkräfte, Marschall Krylow, aus: „Die den sowjetischen Streitkräften zur Verfügung stehenden atomaren Raketenwaffen verfügen über eine unbegrenzte Zerstörungskraft. Die neuen Serien von Atomladungen erhöhter Sprengkraft (50–100 Mega-Tonnen) und die neuen Typen von

lien und andere Länder könnten durch sowjetische Kernwaffen mit einem Schlag ausgelöscht werden. Es sei nur natürlich, daß sich die so Angesprochenen Gedanken machten, wie sie einer solchen Drohung begegnen könnten.

Schließlich werde in der Note gesagt, die beste Lösung für diese und andere Fragen sei der Abschluß eines deutschen Friedensvertrags. Er sei bereit, dem zuzustimmen, aber es müsse eben, wie schon das Wort sage, ein Friedensvertrag mit Deutschland sein, das heiße, Deutschland müsse erst wieder hergestellt werden. Zur Zeit sei Deutschland getrennt. Seiner Ansicht nach sei es die wichtigste Aufgabe der beiden Regierungen, sich darüber Gedanken zu machen, wie die Einheit Deutschlands wieder hergestellt werden könne. Sich über dieses Thema mit dem Gesandten zu unterhalten, würde ihm eine große Freude sein.

Gesandter *Lawrow* sagte, er werde die Äußerungen des Herrn Staatssekretärs zur Kenntnis seiner Regierung bringen, betrachte sie jedoch als vorläufig, da seine Regierung Wert darauf lege, auf ihre an die Bundesregierung gerichtete Erklärung eine entsprechende Antwort zu erhalten.

Staatssekretär *Carstens* erklärte, er sei gern bereit, eine entsprechende endgültige Antwort zu geben.[12]

Gesandter *Lawrow* fuhr dann fort, er möchte zu den Punkten, zu denen der Herr Staatssekretär Stellung genommen habe, seine persönliche Meinung äußern. Erstens habe dieser erklärt, die Bundesregierung sei nicht Partei der bei Kriegsende und im Anschluß daran geschlossenen alliierten Verträge. Die Bundesrepublik sei indessen einer der Rechtsnachfolger Hitlerdeutschlands, und dieses habe seine Unterschrift unter die Kapitulationsakte[13] gesetzt. Infolgedessen sei sie auch in die daraus sich ergebenden Verpflichtungen eingetreten, von denen sie – der Gesandte zitierte hier den entsprechenden Absatz der Erklärung[14] – vor dem Abschluß eines deutschen Friedensvertrags nicht entbunden werden könne.

Von dieser ersten Behauptung ausgehend habe der Herr Staatssekretär sodann zweitens erklärt, die Bundesregierung sei zu keiner Auskunft an die sowjetische Regierung verpflichtet. Die sowjetische Regierung verlange auch

Fortsetzung Fußnote von Seite 174

Höchstleistungsraketen, die während der Manöver im Frühjahr dieses Jahres erprobt wurden, machen es möglich, mit einigen Wasserstoffbomben ganze Staaten zu vernichten." Vgl. dazu den Bericht des Botschafters Groepper, Moskau, vom 22. November 1963; Referat II 4, Bd. 622.

12 Ein auch von den drei Westmächten gebilligter Antwortentwurf lag erst im Oktober 1964 vor. Vgl. dazu Dok. 298.

13 Für den Wortlaut der Urkunde vom 8. Mai 1945 über die Kapitulation der Deutschen Wehrmacht vgl. DOCUMENTS ON GERMANY UNDER OCCUPATION, S. 28 f.

14 In der sowjetischen Erklärung hieß es: „Es muß erneut daran erinnert werden, daß vor dem Abschluß eines deutschen Friedensvertrags niemand die Bundesrepublik Deutschland als eine der Rechtsnachfolgerinnen Hitlerdeutschlands der Verpflichtungen entheben kann, die für sie aus der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands, der Deklaration über die Niederlage Deutschlands und den von den Alliierten gemeinsam gefaßten Beschlüssen entspringen. Die Militarisierung Westdeutschlands und um so mehr die Handlungen, die faktisch auf die Vorbereitung der Raketen- und Kernaufrüstung des Landes abzielen, sind gröbste Verstöße gegen die erwähnten völkerrechtlichen Akte und müssen auf den Widerstand der friedliebenden Staaten stoßen." Vgl. DzD IV/10, S. 218.

keine Auskunft, sie kenne ihre Rechte aus den geltenden Verträgen sehr genau, und niemand könne, wie schon gesagt, die Bundesregierung von den ihr daraus erwachsenden Verpflichtungen entbinden.

Drittens habe der Herr Staatssekretär darauf hingewiesen, daß das Militärbudget der Sowjetunion größer sei als das der Bundesrepublik. Dies sei gewiß nicht zu bestreiten. Indessen sei es in der Geschichte noch stets so gewesen, daß ein Staat, der kapituliert habe, bis zum Abschluß eines Friedensvertrags militärisch nicht die gleichen Rechte gehabt habe wie der Staat, der die Kapitulation entgegengenommen habe. (Der Gesandte verwies in diesem Zusammenhang auf den Friedensvertrag von Brest-Litowsk[15], der, obwohl offensichtlich ungerecht, von der sowjetischen Regierung unterzeichnet worden sei.) Im übrigen dienten die sowjetischen Streitkräfte dem Frieden und bedrohten niemand. Wohl sei in dem kürzlichen Vorschlag der sowjetischen Regierung zum Abschluß eines internationalen Vertrages über den Verzicht auf Gewalt für Regelung von Grenzfragen[16] darauf hingewiesen worden, daß einem Angreifer im Zeitalter des nuklearen Krieges die Vernichtung drohe. Nur in diesem Zusammenhang seien solche Formulierungen gebraucht worden. Für die Gefahren des nuklearen Krieges sei aber offensichtlich Verständnis auch bei verantwortlichen Politikern der Bundesrepublik vorhanden. Selbst Minister Schröder habe in einer kürzlichen Rede vor dem Bundestag[17] auf diese Gefahren hingewiesen und erklärt, daß eine moderne sowjetische Superbombe die dreitausendfache Wirkung der seinerzeit über Hiroshima abgeworfenen Atombombe habe. Über die Schrecken, die einem Angreifer drohten, bestehe also anscheinend Übereinstimmung. Entsprechende Hinweise von sowjetischer Seite seien deshalb auch nicht als Drohungen gegen ein bestimmtes Land, auch nicht gegen die Bundesrepublik zu verstehen.

Viertens habe der Herr Staatssekretär gesagt, es gebe in der Bundesrepublik keine Kräfte, die nach der Verfügung über Atomwaffen strebten. Indessen habe er gleich im Anschluß daran selbst zugegeben, daß die Bundesrepublik bereit sei, am Aufbau einer multilateralen Atomstreitmacht teilzunehmen. Im übrigen vergehe kaum ein Tag, ohne daß in der deutschen Presse die Forderung nach Ausrüstung der Bundeswehr mit den modernen Waffen, also auch mit Raketen und Atomwaffen, erhoben werde. Die Eingliederung in eine multilaterale Streitmacht sei dabei ohne Belang. Er selbst, der Gesandte, habe noch vor drei Tagen im deutschen Fernsehen mit eigenen Augen gesehen, wie Hunderte von deutschen Offizieren in den Vereinigten Staaten, nahe der mexikanischen Grenze, an modernen Raketen ausgebildet würden. Er könne sich

[15] Für den Wortlaut des Vertrags von Brest-Litowsk vom 3. März 1918 vgl. G. Fr. de Martens, Nouveau Recueil Général de Traités, 3. Serie, Bd. X, Leipzig 1921, S. 773–778.

[16] Zum Schreiben des Ministerpräsidenten Chruschtschow an alle Staats- und Regierungschefs, das am 1. Januar 1964 im Bundeskanzleramt überreicht wurde, vgl. Dok. 15, Anm. 2, und Dok. 16.

[17] Anläßlich der ersten Lesung des Ratifizierungsgesetzes zum Teststopp-Abkommen im Bundestag führte Bundesminister Schröder am 22. Januar 1964 aus: „Wir begrüßen den Vertrag vor allem aus humanitären Gründen, weil er den weiteren radioaktiven Niederschlag verhindern soll. Bis zum Sommer 1963 haben in der Welt 441 Kernwaffenversuche stattgefunden. Sie hatten eine Sprengkraft, die 27 000 Bomben des Hiroshima-Typs entspricht. Die sowjetische Superbombe vom Herbst 1962 allein hatte eine Sprengkraft von etwa 60 Megatonnen. Das entspricht dem Detonationswert von rund 3000 Hiroshima-Bomben." Vgl. BT Stenographische Berichte, Bd. 54, S. 4930.

nicht vorstellen, daß die Bundesregierung sie zum Vergnügen dorthin geschickt habe. Was schließlich die Aktivierung militaristisch-revanchistischer Kräfte in der Bundesrepublik im Zusammenhang mit der Aufstellung der multilateralen Atomstreitmacht angehe, so seien die Beispiele dafür so zahlreich, daß er darauf verzichte, die im einzelnen zu nennen, da der Herr Staatssekretär darüber gewiß viel besser im Bilde sei als er selbst.

Als Letztes habe der Herr Staatssekretär von der Frage des deutschen Friedensvertrags gesprochen. Bisher habe die Bundesregierung den Abschluß eines solchen Vertrages stets mit der Begründung verweigert, er könne nur mit *einem* Deutschland geschlossen werden. Die sowjetische Regierung habe dagegen vorgeschlagen, ihn, solange es ein solches geeintes Deutschland nicht gebe, mit den beiden bestehenden deutschen Staaten abzuschließen.[18] Falls der Bundesregierung an einer beschleunigten Durchsetzung ihres eigenen Konzepts gelegen sei, könne sie dies nur erreichen, wenn sie die Wiedervereinigung Deutschlands ernsthaft betreibe. Dies aber sei nur durch eine allmähliche Annäherung der beiden deutschen Staaten möglich, was nicht Sache der sowjetischen Regierung sei und worin sie sich nicht einmischen wolle. Natürlich sei dies heute nicht mehr so einfach. Die sowjetische Regierung habe seinerzeit eindringlich vor einem Beitritt der Bundesrepublik zur NATO gewarnt[19], weil dies zu einer Zementierung der deutschen Spaltung führen müsse. Die Bundesregierung habe jedoch auf diese Warnung nicht gehört, vielmehr habe sie alles getan, um möglichst rasch Mitglied der NATO zu werden. Nun aber erkläre sie der sowjetischen Regierung, ein Friedensvertrag könne nicht mit einem gespaltenen Deutschland geschlossen werden.

Er wolle indessen diese Frage nicht vertiefen, da der Herr Staatssekretär als Völkerrechtler die Geschichte der Deutschlandfrage und die sowjetischen Vorschläge zu ihrer Lösung sicherlich besser kenne als er. Indessen stelle er mit Befriedigung fest, daß der Herr Staatssekretär die Bereitschaft der Bundesregierung zum Ausdruck gebracht habe, mit der sowjetischen Regierung über den deutschen Friedensvertrag zu sprechen. Dies halte er für sehr gut.

Staatssekretär *Carstens* erwiderte, der Gesandte habe von einer bedingungslosen Kapitulation *Deutschlands* gesprochen. Dies sei ein offensichtlicher Irrtum. Es habe vielmehr lediglich eine bedingungslose Kapitulation *der deut-*

[18] Am 10. Januar 1959 legte die UdSSR den Entwurf für einen Friedensvertrag mit der Bundesrepublik Deutschland und der DDR bzw. mit einer Konföderation der beiden Staaten vor, demzufolge nicht nur die bestehenden Grenzen Deutschlands einschließlich der Demarkationslinie zwischen den beiden Teilen anerkannt, sondern bis zur Wiedervereinigung auch der Status von Berlin (West) als „Freie Stadt" festgelegt werden sollte. Für den Wortlaut des sowjetischen Vorschlags vgl. DzD IV/1, S. 545-566.
Zur sowjetischen Zwei- bzw. Drei-Staaten-Theorie vgl. auch Dok. 13, Anm. 10 und 15.

[19] In einer Note vom 23. Oktober 1954 an die drei Westmächte erklärte die UdSSR, daß eine Verwirklichung der Pariser Verträge, insbesondere die Aufnahme der Bundesrepublik in die NATO, die Wiedervereinigung Deutschlands auf lange Zeit unmöglich machen werde. Vgl. DOKUMENTATION ZUR DEUTSCHLANDFRAGE I, S. 250–252.
Vgl. ferner die Erklärung des sowjetischen Außenministers Molotow vom 6. Oktober 1954; DOKUMENTATION ZUR DEUTSCHLANDFRAGE I, S. 240–242.

schen Streitkräfte gegeben. Deren Auflagen seien von den deutschen Streitkräften restlos erfüllt worden.[20]

Zu der Frage, ob Deutschland irgend jemand und insbesondere die Sowjetunion bedrohe, sei zu sagen: Die Bundesregierung habe in Verträgen und außerhalb von Verträgen bei wiederholten Gelegenheiten feierlich auf die Anwendung von Gewalt zur Lösung internationaler Probleme, darunter auch des Deutschlandproblems, verzichtet. Sie habe diesen Verzicht durch eine Reihe weiterer Verzichterklärungen bekräftigt. So sei die Bundesrepublik Deutschland[21] der einzige Staat, der auf die Herstellung von Kernwaffen verzichtet und sich hinsichtlich dieses Verzichts einer internationalen Kontrolle unterworfen habe. Der Gewaltverzicht sei also durch konkrete Maßnahmen untermauert worden.

Zu der Bemerkung des Gesandten über die multilaterale Atomstreitmacht habe er zu sagen, daß die sowjetische Regierung ein entscheidendes Merkmal dieses Instruments verkenne, nämlich, daß darin kein Partner das autonome Recht habe, über den Einsatz jener Waffen zu entscheiden, vielmehr sei darüber nur eine gemeinsame Entscheidung möglich.

Was das Deutschlandproblem angehe, das in einem solchen Gespräch – darin habe der Gesandte recht – gewiß nur punktuell angesprochen werden könne, so wolle er hier nur auf zweierlei hinweisen: Die Bundesrepublik sei der NATO erst beigetreten, nachdem zehn lange Jahre hindurch auf zahllosen Konferenzen in Moskau, Paris, Berlin an Hunderten von Verhandlungstagen vergeblich versucht worden sei, Deutschland wiederzuvereinigen. Die Bundesregierung habe den Beitritt zur NATO also nicht leichtfertig vollzogen, sondern erst, als sich unendliche Mühen zur Lösung der Deutschlandfrage als vergeblich erwiesen hätten. Was zweitens die sowjetische These betreffe, es gebe zwei deutsche Staaten, mit denen der Friedensvertrag abzuschließen sei, so bestehe Meinungsverschiedenheit ja gerade darüber, wie die sogenannte DDR zu qualifizieren und ob sie überhaupt befugt sei, für Deutschland zu sprechen.

Gesandter *Lawrow* entgegnete, was die beiden letzten Fragen angehe, so habe er auf sie bereits geantwortet.

Die Frage der bedingungslosen Kapitulation sei seit langem klar. Eine Neuformulierung (der Gesandte sagte zunächst „neue Interpretation") sei nicht möglich, und nichts könnte dadurch an den bestehenden Tatsachen geändert

[20] Staatssekretär Carstens bat am 16. Februar 1964 Ministerialdirigent Meyer-Lindenberg um eine Aufzeichnung betreffend die rechtlichen Verpflichtungen der Bundesrepublik gegenüber der UdSSR aufgrund der Kapitulation vom 8. Mai 1945. In seiner Antwort vom 21. Februar 1964 kam Meyer-Lindenberg zu dem Fazit: „Die Rechte und Verantwortlichkeiten der vier Siegermächte, die ihnen aus der Niederlage des Deutschen Reiches zugeflossen sind, bestehen fort. Sie beziehen sich jedoch nur auf Deutschland als Ganzes und können nur zur gesamten Hand ausgeübt werden. Soweit es die drei Westmächte mit ihren vertraglichen Verpflichtungen für vereinbar gehalten haben, der Bundesrepublik Deutschland die Aufhebung oder Außerkraftsetzung der auf die Demilitarisierung bezüglichen Vorschriften der Besatzungszeit zu gestatten, können derartige Rechte von der Sowjetregierung gegenüber der Bundesrepublik Deutschland nicht mehr geltend gemacht werden." Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 439 und Abteilung II (II 4), VS-Bd. 248; B 150, Aktenkopien 1964.

[21] Das Wort „Deutschland" wurde von Staatssekretär Carstens handschriftlich eingefügt.

werden. Im übrigen habe er selbst seinerzeit als Experte an den Kapitulationsverhandlungen mitgewirkt und kenne daher alle damit zusammenhängenden Fragen genau.

In dem, was der Herr Staatssekretär über den Verzicht der Bundesrepublik auf Gewaltanwendung gesagt habe, sei sehr viel Wichtiges enthalten gewesen. Man könne nur hoffen, daß vieles davon in der Antwort der Bundesregierung[22] auf die Botschaft der sowjetischen Regierung vom 1. Januar d.J. zu lesen sein werde.

Indessen sehe er einen gewissen Widerspruch darin, daß der Herr Staatssekretär zunächst nur über einen Verzicht auf die Herstellung von Kernwaffen gegenüber den sechs Ländern gesprochen habe, so daß man den Eindruck hätte haben müssen, eine Verpflichtung bestehe nur hinsichtlich dieser Sechs. Er erinnere sich, daß gerade von diesem Punkt in einem Gespräch zwischen Herrn Staatssekretär und dem sowjetischen Botschafter Smirnow im Oktober letzten Jahres[23] ausführlich die Rede gewesen sei.

Staatssekretär *Carstens* erwiderte, er habe seinerzeit dem Botschafter nichts anderes gesagt, als was er heute ihm, dem Gesandten, sage und was die Bundesregierung jederzeit erklärt habe, nämlich, daß eine vertragliche Verpflichtung nur gegenüber den sechs Ländern sowie aus anderen vertraglichen Abmachungen auch gegenüber den Vereinigten Staaten und anderen NATO-Ländern bestehe, daß aber die Bundesregierung darüber hinaus öffentlich, d.h. gegenüber allen Ländern, in feierlicher Form erklärt habe[24], daß sie das Mittel der Gewalt zur Lösung internationaler Probleme ablehne.[25]

Gesandter *Lawrow* sagte, er habe nicht zum Ausdruck bringen wollen, daß der Staatssekretär in der Frage des Gewaltverzichts etwas anderes sage als seine Regierung, indessen hätten seine, des Staatssekretärs, Äußerungen in der Form anders geklungen als manches, was man hierüber von dem früheren Verteidigungsminister Strauß und auch von seinem Nachfolger von Hassel

[22] Für den Wortlaut des Antwortschreibens des Bundeskanzlers Erhard vom 18. Februar 1964 an Ministerpräsident Chruschtschow vgl. BULLETIN 1964, S. 325.

[23] Zum Gespräch vom 9. Oktober 1963 vgl. AAPD 1963, III, Dok. 384.

[24] Anläßlich des Beitritts zur NATO und zur WEU erklärte die Bundesrepublik ihre Bereitschaft, „daß sie sich aller Maßnahmen enthalten wird, die mit dem streng defensiven Charakter dieser beiden Verträge unvereinbar sind. Insbesondere verpflichtet sich die Bundesrepublik Deutschland, die Wiedervereinigung Deutschlands oder die Änderung der gegenwärtigen Grenzen der Bundesrepublik Deutschland niemals mit gewaltsamen Mitteln herbeizuführen und alle zwischen der Bundesrepublik und anderen Staaten gegebenenfalls entstehenden Streitfragen mit friedlichen Mitteln zu lösen." Zugleich bekannte sich die Bundesrepublik dazu, ihre Politik in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der UNO-Charta zu gestalten und insbesondere die in Artikel 2 der Charta niedergelegten Verpflichtungen zur Beilegung von Streitigkeiten mit friedlichen Mitteln und zum Verzicht auf Gewalt gegenüber anderen Staaten einzuhalten. Für den Wortlaut der Erklärung vom 3. Oktober 1954, die in die Schlußakte der Londoner Neun-Mächte-Konferenz aufgenommen wurde, vgl. EUROPA-ARCHIV 1954, S. 6981.

[25] Der Passus „daß aber die Bundesregierung darüber hinaus ... zur Lösung internationaler Probleme ablehne" ging auf Streichungen und handschriftliche Einfügungen des Staatssekretärs Carstens zurück. Vorher lautete er: „daß aber die Bundesregierung darüber hinaus gegenüber allen Ländern in feierlicher Form auf das Mittel der Gewalt zur Lösung internationaler Probleme verzichtet habe".

gehört habe. Als Staatssekretär Carstens dies insbesondere im Hinblick auf Minister von Hassel bestritt, zog sich der Gesandte, sichtlich etwas aus dem Konzept gebracht, auf die Feststellung zurück, der Staatssekretär habe „klarer formuliert".

Zum Schluß bedankte sich der Gesandte noch einmal ausdrücklich dafür, daß der Herr Staatssekretär ihn am Samstag mittag empfangen und damit Verständnis (der Gesandte unterdrückte das Wort „mehr") für die Lage eines Missionschefs bewiesen habe, der im Auftrag seiner Regierung eine Erklärung abzugeben habe.

Staatssekretär *Carstens* versicherte zur sichtlichen Befriedigung des Gesandten, daß er bereit sei, ihn, wenn es um etwas Wichtiges gehe, zu jeder Tag- und Nachtzeit zu empfangen.

Abteilung II (II 7), VS-Bd. 960

37

Runderlaß des Staatssekretärs Carstens

St.S. 298/64 geheim **Aufgabe: 2. Februar 1964, 14.15 Uhr**
Fernschreiben Nr. 429
Citissime mit Vorrang

Jeweils für Botschafter[1]

Betr.: Streitmacht der NATO-Staaten zur Erhaltung des Friedens auf Zypern[2]

Vorbehaltlich endgültiger politischer Entscheidung über deutsche Teilnahme an der Streitmacht wird sich Bundesregierung heute hier gegenüber Engländern und Amerikanern bereit erklären, Offiziere des Bundesministeriums der Verteidigung zur Besprechung aller technischen Einzelheiten nach London[3] zu entsenden. Endgültige Entscheidung wird voraussichtlich in morgiger Kabinettsitzung getroffen werden. Auswärtiges Amt wird sich nachdrücklich für eine Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland einsetzen. Ich rechne da-

[1] Die Wörter „Jeweils für Botschafter" wurden von Staatssekretär Carstens handschriftlich eingefügt.

[2] Vgl. dazu bereits Dok. 34, besonders Anm. 5.

[3] Dazu hielt Ministerialdirektor Krapf am 3. Februar 1964 fest: „Am 2. Februar um 14.30 Uhr, d.h. nach der Sitzung im Bundeskanzleramt, habe ich dem amerikanischen Geschäftsträger und dem britischen Botschafter mitgeteilt, daß die Bundesregierung bereit ist, vorbehaltlich einer endgültigen Entscheidung über ihre Teilnahme an der vorgeschlagenen Streitmacht zur Erhaltung des Friedens auf Zypern, sobald wie dies gewünscht wird, Offiziere des Bundesministeriums der Verteidigung zur Besprechung aller technischen Einzelheiten nach London zu entsenden." Vgl. Abteilung I (I A 4), VS-Bd. 47; B 150, Aktenkopien 1964.

mit, daß das Kabinett im gleichen Sinne beschließen wird.[4] Unser Hauptmotiv ist zu verhindern, daß a) ein bewaffneter Konflikt zwischen Griechenland und Türkei ausbricht und b) daß es den Sowjets entweder direkt oder indirekt über die UNO gelingt, auf Zypern Fuß zu fassen. Es ist klar, daß uns die Entscheidung u.a. im Hinblick auf die hier und in Griechenland noch lebendige Erinnerung an den letzten Krieg besonders schwerfällt. Wenn wir uns trotzdem entschließen, so deswegen, weil wir glauben, daß die außenpolitischen Gesichtspunkte den Vorrang haben müssen.

Ich bitte Sie, umgehend mit dortiger Regierung Fühlung zu nehmen, unsere Gesichtspunkte vorzutragen und an die dortige Regierung zu appellieren, sich gleichfalls zu beteiligen.[5] Je mehr Staaten an der Befriedungsaktion beteiligt sind, desto größer sind die Chancen für einen Erfolg.[6]

Carstens[7]

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 420

[4] Mit Runderlaß vom 7. Februar 1963 teilte Ministerialdirektor Jansen mit: „Voraussetzung für unsere Beteiligung an der Zypern-Aktion ist eine klare Zustimmung Makarios'. Da eine solche Zustimmung nicht vorlag, hat im Kabinett lediglich eine Aussprache zu diesem Problem stattgefunden. Es ist jedoch keine Entscheidung getroffen worden." Vgl. Abteilung I (I A 4), VS-Bd. 162; B 150, Aktenkopien 1964.

[5] Botschafter Berger, Den Haag, berichtete am 3. Februar 1964, die Niederlande seien gegebenenfalls bereit, sich an einer Friedenstruppe auf Zypern zu beteiligen. Botschafter Blankenhorn, Rom, meldete am selben Tag, „in ihrer überwiegenden Tendenz liege die italienische Regierung auf der Linie der Bundesregierung". Eine Minorität spekuliere dagegen mit dem Gedanken einer Intervention der UNO auf Zypern. Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 432; B 150, Aktenkopien 1964.

[6] Botschafter König, Nikosia, informierte am 8. Februar 1964 über den Wunsch des Präsidenten Makarios, die Bundesrepublik möge sich nicht an einer NATO-Aktion auf Zypern beteiligen. Makarios trete dafür ein, eine Entscheidung des Sicherheitsrats der UNO abzuwarten. Finanzielle Hilfen der Bundesrepublik für eine vom Sicherheitsrat getragene Aktion seien ebenso willkommen wie der Einsatz des Deutschen Roten Kreuzes. Vgl. Abteilung I (I A 4), VS-Bd. 47; B 150, Aktenkopien 1964.
Zur Haltung von Makarios vgl. auch die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Krapf vom 5. Februar 1964; Abteilung II (II 7), VS-Bd. 689; B 150, Aktenkopien 1964.
Zur Zypern-Frage vgl. weiter Dok. 70.

[7] Paraphe vom 2. Februar 1964.

38

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Krapf

II 8-82-01-4/675/64 VS-vertraulich **6. Februar 1964**[1]

Betr.: Vorschlag Präsident Johnsons, die Kernwaffenträger in Ost und West „einzufrieren" (freeze)

Präsident Johnson hat am 21.1. an die Genfer Abrüstungskonferenz aus Anlaß der Wiederaufnahme der Verhandlungen eine Botschaft gerichtet.[2] Darin wird in Punkt 2 vorgeschlagen, daß die Vereinigten Staaten, die Sowjetunion und ihre jeweiligen Verbündeten übereinkommen sollten zu prüfen, ob ein kontrolliertes Einfrieren der Anzahl und der Charakteristika der strategischen offensiven und defensiven Kernwaffenträger möglich ist („... should agree to explore a verified freeze of the number and characteristics of strategic nuclear offensive and defensive vehicles"). Diesen Vorschlag hat der Chef der amerikanischen Abrüstungsdelegation Foster im NATO-Rat[3] und in Genf[4] näher erläutert.

Grundlage des Vorschlages ist die Überlegung, daß der effektiven Abrüstung als logischer Schritt ein Stillstand in der Rüstung voranzugehen hat, wo also nicht mehr aufgerüstet, sondern die Bewaffnung auf einem bestimmten Niveau gehalten („eingefroren") wird. Diese gleiche These hat auch nach amerikanischer Ansicht dem Teststopp-Vertrag[5], dem Vorschlag zur Einstellung der

[1] Die Aufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Lahn und von Legationsrat I. Klasse Diesel konzipiert.

[2] Die Botschaft des Präsidenten Johnson wurde vom Leiter der amerikanischen Abrüstungsbehörde, Foster, am 21. Januar 1964 auf der Konferenz der 18-Mächte-Abrüstungskommission in Genf verlesen. Johnson schlug Erörterungen über ein „Einfrieren" strategischer Atomwaffenträger, eine Einstellung der Produktion von spaltbarem Material für Waffenzwecke, eine Errichtung von Bodenbeobachtungsposten sowie eine Einigung über die Nichtverbreitung von Atomwaffen und eine Einstellung sämtlicher Atomwaffenversuche vor. Für den Wortlaut vgl. PUBLIC PAPERS, JOHNSON 1963/64, S. 171 f.

[3] Der Leiter der amerikanischen Abrüstungsbehörde führte am 18. Januar 1964 vor dem Ständigen NATO-Rat aus, daß die amerikanische Regierung „unter Berücksichtigung der westlichen Sicherheitsinteressen erwäge, ob es wünschenswert sein könne, die Zahl und Größe der strategischen nuklearen Waffensysteme (delivery systems) einzufrieren. Die Prüfung dieser Frage befinde sich aber erst im Anfangsstadium; die amerikanische Regierung habe noch keine Entscheidung getroffen. Die USA verfügten zur Zeit über genügend Raketen, um die nördliche Hemisphäre zu vernichten. Die Frage, ob ein weiteres ‚stock-piling' sinnvoll sei, gewinne daher zunehmend an Bedeutung. Sicher sei, daß nicht nur die Zahl, sondern auch die Größe einbezogen und daß Kontrolle (verification) sichergestellt sein müsse. Auch müßten wohl die Anti-Raketen-Raketen eingefroren werden." Vgl. dazu den Drahtbericht des Botschaftsrats I. Klasse Sahm, Paris (NATO), vom 18. Januar 1964; Abteilung II (II 8), VS-Bd. 285; B 150, Aktenkopien 1964.

[4] Der Leiter der amerikanischen Abrüstungsbehörde, Foster, erläuterte am 22. Januar 1964 in Genf dem Vortragenden Legationsrat I. Klasse Lahn den „freeze"-Vorschlag. Vgl. dazu den Drahtbericht von Lahn, z.Z. Genf, vom 22. Januar 1964; Abteilung II (II 8), VS-Bd. 283; B 150, Aktenkopien 1964.

[5] Für den Wortlaut des Teststopp-Abkommens vom 5. August 1963 vgl. DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1963, S. 291–293.

Produktion von spaltbarem Material für Kriegszwecke[6], dem Verbot der Stationierung von Kernwaffen im Weltraum[7] und der Erklärung der Antarktis zur kernwaffenfreien Zone[8] zugrunde gelegen.

Einzelheiten des „freeze" sollen mit den Verbündeten beider Seiten geprüft werden, ehe Verhandlungen beginnen. In Genf erwartet man zunächst nur allgemeine Reaktionen.

Der Prüfung (Exploration) sollen folgende Gedanken zugrunde liegen:

1) Das Einfrieren soll *strategische Raketen* und *Flugzeuge* umfassen, die nach Gewicht und Reichweite zu definieren sind.

2) Es soll sich auch auf *Anti-Raketen-Raketen* erstrecken. Ein Einfrieren nur der strategischen Trägerwaffen ohne Erfassung der Antiraketen-Systeme wäre unannehmbar, weil sonst das Gleichgewicht gestört werden könnte.

3) Die *Anzahl* der strategischen Trägerwaffen in Ost und West dürfe sich nicht mehr verändern. Die Vereinbarung sollte vorsehen, daß eine gewisse Anzahl von Probeschüssen (ohne Sprengköpfe) vorgenommen werden dürfe, um die Verläßlichkeit der Raketen zu prüfen. Die Herstellung entsprechender neuer Raketen des gleichen Typs soll erlaubt sein, aber nur jeweils eine neue für eine zerstörte.

4) Das Einfrieren der *Charakteristika* soll die Entwicklung und Anwendung neuer Arten von strategischen Waffen verhindern. Dieses Einfrieren habe vielleicht noch größere Bedeutung als das Einfrieren der Anzahl. Damit soll die Entwicklung besserer Waffen, die zur Beförderung größerer Sprengköpfe geeignet sind, verhindert werden. Der qualitative und quantitative Rüstungswettlauf bei strategischen Waffen würde beendet.

5) Eine Möglichkeit zur *Kontrolle* des Einfrierens wird in der Inspektion der bedeutenderen Produktionsstätten und Versuchsgelände, die jede Seite benennen soll, erblickt; außerdem soll eine bestimmte Anzahl von Inspektionen an im voraus nicht bestimmten Orten vorgesehen werden.

6) Folgende Vorteile sehen die Amerikaner in ihrem Vorschlag:

– er würde den Rüstungswettlauf auf einem der wichtigsten Gebiete beenden
– er würde die Entwicklung neuer kostspieliger und noch wirkungsvollerer Waffensysteme verhindern
– er würde in verhältnismäßig kurzer Zeit verwirklicht werden können und in seiner Bedeutung über alle anderen vertrauensbildenden Maßnahmen hinausgehen

[6] Dazu wurden am 14. August 1963 Vorschläge von der amerikanischen Delegation auf der Konferenz der 18-Mächte-Abrüstungskommission in Genf unterbreitet. Vgl. DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1963, S. 327–333.

[7] Am 17. Oktober 1963 nahm die UNO-Generalversammlung eine Resolution an, in der unter Bezugnahme auf entsprechende Absichtserklärungen der USA und der UdSSR dazu aufgerufen wurde, keine Massenvernichtungswaffen im Weltraum zu stationieren. Für den Wortlaut vgl. DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1963, S. 538. Vgl. dazu auch AAPD 1963, II, Dok. 367.

[8] Im Antarktis-Abkommen vom 1. Dezember 1959 wurde die Einrichtung militärischer Stützpunkte und die Durchführung von Kernwaffenversuchen im Vertragsgebiet verboten. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1959, D 149–154.

– er würde eine Basis für eine ausgewogene Rüstungsreduzierung gemäß den vereinbarten Abrüstungsprinzipien sein
– er würde die Befürchtung mindern, daß einer Seite der Durchbruch zu einer entscheidenden „first strike capability" gelingen könnte
– er würde die Kürzung der Militärhaushalte erlauben
– er würde die Spannungen mindern und die Abrüstung erleichtern.

Vorläufige Stellungnahme: Der Vorschlag betrifft auf amerikanischer Seite die Raketen vom Typ Atlas, Titan, Minuteman und Polaris sowie die dem SAC unterstellten Bomber. Nicht eingefroren würden taktische Waffen, Gefechtsfeldwaffen und die nuklearen Sprengsätze. Die Briten könnten ihre V-Bomber-Flotte nicht verändern, und die Franzosen wären wahrscheinlich entscheidend an der Entwicklung ihrer „Force de frappe" mit dem Mirage-Bomber gehindert.

Der Aufbau der MLF soll angeblich nicht berührt werden.[9] Würde eine Vereinbarung jetzt zustandekommen, so müßte die MLF wohl mit den in den USA vorhandenen Raketenbeständen ausgestattet werden, die aber im ganzen nicht ausreichen dürften. Vor allem müßte wohl auch auf die noch in der Entwicklung befindliche Polaris A3-Rakete verzichtet werden. Im ganzen würde nach unserer Auffassung eine Beeinträchtigung der Pläne für die MLF nicht zu vermeiden sein.[10]

Die Sowjetunion hat bisher stets Kontrollen abgelehnt, wie sie ein derartiges Abkommen erfordern würde. Das State Department glaubt aber, Anzeichen für eine Haltungsänderung der Sowjetunion in diesem Punkte zu erkennen. Möglicherweise könnte der Vorschlag für die Sowjets interessant sein, so daß sie zu Zugeständnissen in der Kontrollfrage bereit sein könnten.

Andererseits würde das Einfrieren der strategischen Waffen die amerikanische Überlegenheit auf diesem Gebiet festigen, wie überhaupt – ähnlich wie bei der Nichtverbreitung von Kernwaffen – die Fixierung der Position der beiden großen Kernmächte angestrebt wird. Der Entwicklungsstand der Anti-Rakete bei den Sowjets spielt dabei allerdings eine entscheidende Rolle.[11]

Frankreich wird voraussichtlich einem solchen Stillhalteabkommen nicht beitreten, da es dadurch bei dem Ausbau seiner strategischen Waffen gehindert würde.[12]

[9] Gesandter von Lilienfeld, Washington, berichtete am 27. Januar 1964, ein Mitarbeiter im amerikanischen Außenministerium habe allerdings eingeräumt, „daß im Falle einer kurzfristigen Einigung über den Vorschlag des Präsidenten in der Tat gewisse Schwierigkeiten für [die] Ausrüstung der MLF mit Polaris A3-Raketen entstehen würden. Man werde dann allenfalls auf das A2-Modell zurückzugreifen haben." Allerdings würden die Aussichten für eine Vereinbarung über ein Einfrieren nuklearer Waffen (nuclear freeze) amerikanischerseits als gering angesehen, und eine baldige Einigung halte man für äußerst unwahrscheinlich. Vgl. Abteilung II (II 8), VS-Bd. 285; B 150, Aktenkopien 1964.
Zu den MLF-Verhandlungen vgl. besonders Dok. 104.

[10] Der vorangehende Abschnitt wurde von Staatssekretär Carstens am Rand durch einen Pfeil hervorgehoben.

[11] Dieser Satz wurde von Ministerialdirektor Krapf handschriftlich eingefügt.

[12] Botschafter Klaiber, Paris, teilte am 25. Januar 1964 mit, im französischen Außenministerium sehe man „große Gefahren" im Fall einer Verwirklichung des „freeze"-Vorschlags, auch mit Blick auf Europa als Ganzes. Vgl. Abteilung II (II 8), VS-Bd. 285; B 150, Aktenkopien 1964.

Die Amerikaner erwarten von uns bald eine Stellungnahme. Außerdem wird der NATO-Rat in absehbarer Zeit über den neuen Vorschlag beraten.

Es ist beabsichtigt, ein Gutachten des Bundesministeriums der Verteidigung zur militärischen Seite des Problems, vor allem zu der Rückwirkung auf das MLF-Projekt, zu erbitten und danach unsere endgültige Stellungnahme auszuarbeiten.[13]

Hiermit dem Herrn Staatssekretär[14] mit der Bitte um Kenntnisnahme vorgelegt.

Krapf

Abteilung II (II 8), VS-Bd. 285

[13] Ministerialdirektor Krapf informierte am 23. März 1964 über die bisherige Behandlung des „freeze"-Vorschlags im Ständigen NATO-Rat und hielt als Überlegungen für eine endgültige deutsche Stellungnahme fest, „daß sehr erhebliche Bedenken gegen den amerikanischen Vorschlag bestehen, vor allem im europäischen Bereich. Zwar würde eine Übermacht der Gesamtkräfte des Westens eingefroren, in Europa aber besteht eine große sowjetische Überlegenheit an MRBMs, der der Westen auf absehbare Zeit nichts Gleichwertiges entgegenzusetzen hat ... Entscheidend für uns wird aber wohl die Frage sein, ob sich die MLF wirklich mit dem Freeze-Vorschlag vereinen läßt. Es ist sicher nicht ausreichend, hier lediglich auf die Bedeutung des Zeitfaktors hinzuweisen und darauf zu vertrauen, daß die Sowjets in absehbarer Zeit kein Interesse bekunden werden." Vgl. Abteilung II (II 8), VS-Bd. 285; B 150, Aktenkopien 1964.
Vgl. dazu weiter Dok. 120.

[14] Hat Staatssekretär Carstens am 11. Februar 1964 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Schröder verfügte.
Hat Schröder am 16. Februar 1964 vorgelegen.

39

Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens

St.S. 371/64 geheim **10. Februar 1964**[1]

Der amerikanische Botschafter[2] suchte mich auf und übergab mir die drei beigefügten Texte
a) Auszug aus einer Erklärung von Botschafter Foster vor dem Achtzehner-Ausschuß vom 6. Februar 1964[3],
b) die Irische Resolution von 1961[4],
c) Entwurf einer Erklärung über den Nichterwerb von nuklearen Waffen[5].

Der Botschafter erklärte, es sei die amerikanische Politik, jede Vereinbarung über eine Nichtverbreitung nuklearer Waffen so zu gestalten, daß das MLF-Projekt[6] dadurch nicht berührt würde. Es bestehe aber die Gefahr, daß die neutralen Mitglieder des Achtzehner-Ausschusses weitergehende Vorschläge, die sich auch gegen die MLF richten würden, machten.[7] Um dieser Tendenz entgegenzuwirken, liege der amerikanischen Regierung sehr daran, daß einige NATO-Staaten, darunter auch wir, möglichst bald eine Erklärung abgäben, wonach sie keine nuklearen Waffen herstellen, keine nationale Kontrolle über nukleare Waffen erwerben und nicht um Unterstützung durch andere Staaten bei der Herstellung solcher Waffen nachsuchen oder eine derartige Unterstützung entgegennehmen würden.

Die amerikanische Regierung sei nicht der Ansicht, daß die Bundesregierung als erster NATO-Staat eine solche Erklärung abgeben sollte, doch würde es

[1] Durchschlag als Konzept.
Staatssekretär Carstens verfügte am 11. Februar 1964 handschriftlich: „Abt[eilung] II bitte US-Botschaft definitive Antwort geben."
Eine Beantwortung erübrigte sich, da der amerikanische Botschaftssekretär Magill am 21. Februar 1964 mitteilte: „Die amerikanische Regierung sei nach näherem Studium des Vorschlages und nach Prüfung der inzwischen von anderen Regierungen eingegangenen Stellungnahmen zu dem Ergebnis gekommen, daß der Gedanke einseitiger Verzichtserklärungen zunächst nicht weiter verfolgt werden solle." Vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Krapf vom 24. Februar 1964; Abteilung II (II 8), VS-Bd. 302; B 150, Aktenkopien 1964.

[2] George C. McGhee.

[3] Dem Vorgang beigefügt. In der Erklärung vor der Konferenz der 18-Mächte-Abrüstungskommission in Genf legte der Leiter der amerikanischen Abrüstungsbehörde, Foster, die Vorstellungen bezüglich einer Vereinbarung über die Nichtverbreitung von Atomwaffen dar. Dabei machte er den Willen der USA für eine rasche Aktion deutlich, bevor es für ein Verbot der Ausweitung nationaler Atomwaffenkapazitäten zu spät sei. Für den Wortlaut vgl. DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1964, S. 32–36.

[4] Dem Vorgang beigefügt. In der von Irland unterbreiteten und am 4. Dezember 1961 einstimmig von der UNO-Generalversammlung verabschiedeten Resolution wurde der Abschluß eines internationalen Abkommens über die Nichtverbreitung von Kernwaffen gefordert. Für den Wortlaut vgl. DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1961, S. 694.

[5] Dem Vorgang beigefügt. Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 436.

[6] Zu den MLF-Verhandlungen vgl. besonders Dok. 104.

[7] Zu Angriffen auf das MLF-Projekt im Rahmen der Konferenz der 18-Mächte-Abrüstungskommission in Genf vgl. Dok. 253.

begrüßt werden, wenn wir uns verhältnismäßig frühzeitig dazu entschließen könnten.

Ich antwortete, der Bundesminister des Auswärtigen habe in seinem letzten Gespräch mit Außenminister Rusk in Texas[8] erklärt, die Bundesregierung könne einen Beitritt zu einem Abkommen über die Nichtverbreitung von Kernwaffen erst ins Auge fassen, wenn das MLF-Projekt realisiert sei. Der gleiche Grundsatz müsse nach meiner Auffassung für die jetzt vorgeschlagene Erklärung gelten. Wir wollten sicher sein, daß das MLF-Projekt zustande käme, bevor wir uns weiteren Bindungen im nuklearen Bereich unterwürfen.

Es komme hinzu, daß die Bundesrepublik Deutschland als einziges Land der Welt sowohl auf die Herstellung von nuklearen Waffen auf ihrem Territorium verzichtet wie auch sich einer internationalen Kontrolle zur Überwachung dieses Verzichts unterworfen habe.[9] Niemand könne sich daher beklagen, wenn wir mit der Abgabe weiterer Erklärungen aus den oben genannten Gründen zunächst zögerten.

Ich sagte dem amerikanischen Botschafter, daß ich den Herrn Bundesminister des Auswärtigen nach dessen Rückkehr[10] unterrichten würde.

Hiermit dem Herrn Bundeskanzler[11] vorgelegt.

gez. Carstens

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 436

[8] Zu den deutsch-amerikanischen Regierungsbesprechungen vom 28./29. Dezember 1963 vgl. AAPD 1963, III, Dok. 486–491.

[9] Zum Verzicht der Bundesrepublik auf die Herstellung von atomaren, biologischen und chemischen Waffen vgl. Dok. 27, Anm. 27.
Im WEU-Vertrag waren Mechanismen vorgesehen, um die Einhaltung des Verbots zur Herstellung bestimmter Waffentypen zu kontrollieren.

[10] Bundesminister Schröder hielt sich zu einem Urlaub in der Schweiz auf. Vgl. dazu FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 27 vom 1. Februar 1964, S. 4.

[11] Der Leiter des Außenpolitischen Büros im Bundeskanzleramt, Osterheld, teilte am 25. Februar 1964 mit, Bundeskanzler Erhard sei ebenfalls der Meinung, „daß wir den Beitrag zu einem Abkommen über die Nichtverbreitung von Kernwaffen erst ins Auge fassen können, wenn das MLF-Projekt realisiert sei". Für das Schreiben vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 436; B 150, Aktenkopien 1964.

40

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jansen

I B 3/82.00/90.34/230/64 geheim **11. Februar 1964**[1]

Betr.: Anerkennung Sansibars[2] durch die Bundesrepublik Deutschland

Präsident Karume von Sansibar hat Legationsrat Schoeller am 7. Februar in Anwesenheit des Vizepräsidenten Hanga und des Außenministers Babu die mündliche Zusicherung gegeben, daß Sansibar keine diplomatischen oder konsularischen Beziehungen mit der SBZ aufnehmen wird.[3] Sansibar werde sich ebenso verhalten wie Tanganjika und nur Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland aufnehmen.

Legationsrat Schoeller stimmte daraufhin einer Presseverlautbarung zu, daß die Bundesregierung die neue Regierung auf Sansibar anerkannt habe.[4]

I. Abteilung I vertritt die Auffassung, daß dieses Vorgehen von Legationsrat Schoeller den Umständen nach geboten war. Ein sofortiges Handeln war erforderlich, da ein beauftragter Stab der SBZ sich bereits in Nairobi aufhielt und eine weitere Verzögerung der Anerkennung den Erfolg der Zusicherung Präsident Karumes in Frage gestellt hätte.

II. Obwohl an der Anerkennung der SBZ durch ein Telegramm der Regierung von Sansibar[5] rechtlich kaum zu zweifeln ist, sollte dieser Umstand nicht dramatisiert werden. Eine ausdrückliche Rücknahme des Telegramms ist politisch nicht zu erreichen und sollte daher nicht gefordert werden. Mit dem Ablauf der Zeit wird einzig der Umstand zählen, daß Sansibar nur mit der Bundesrepublik Deutschland diplomatische und konsularische Beziehungen unterhält. Wichtig ist die Form, in der dies der Öffentlichkeit klargemacht wird.

III. Nach dem mündlichen Bericht von Legationsrat Schoeller verlangt auch die gegenwärtige Lage höchste Aufmerksamkeit und sofortiges weiteres Handeln. Vor allen Dingen kommt es darauf an, daß die Bundesrepublik Deutschland sofort diplomatisch auf Sansibar vertreten wird.

[1] Die Aufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Steltzer und von Legationsrat Müller-Chorus konzipiert.

[2] Zum Regierungswechsel auf Sansibar vom 12. Januar 1964 infolge eines Militärputsches vgl. Dok. 15, Anm. 55.

[3] Botschafter Schroeder, Daressalam, berichtete am 8. Februar 1964: „Verhandlungen mit Sansibar-Regierung wurden gestern abgeschlossen. Präsident Karume hat in Anwesenheit des Vizepräsidenten Hanga und Außenminister Babu Schoeller die mündliche Zusicherung gegeben, daß Sansibar keine diplomatischen oder konsularischen Beziehungen mit der Sowjetzone aufnehmen wird. Es werde sich in dieser Frage so verhalten wie Tanganjika." Vgl. Abteilung I (I B 3), VS-Bd. 190; B 150, Aktenkopien 1964.

[4] Vgl. dazu den Artikel „Vor Beziehungen mit Sansibar"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 36 vom 12. Februar 1964, S. 1.

[5] Am 29. Januar 1964 bedankte sich die Regierung Sansibars bei der DDR für die ausgesprochene Anerkennung. Sie anerkannte ihrerseits die DDR und ersuchte um die Entsendung einer diplomatischen Delegation. Vgl. DOKUMENTE ZUR AUSSENPOLITIK DER DDR XII, S. 1123.
Vgl. dazu auch den Drahtbericht des Botschafters Schroeder, Daressalam, vom 30. Januar 1964; Abteilung I (I B 3), VS-Bd. 190; B 150, Aktenkopien 1964.

Es wird daher vorgeschlagen,

zu I.
daß Herr Staatssekretär Carstens Herrn Staatssekretär von Herwarth der Eilbedürftigkeit halber fernmündlich die Gründe für die Anerkennung der Regierung Sansibars durch Legationsrat Schoeller darlegt[6] und bittet, die nachträgliche Zustimmung des Herrn Bundespräsidenten einzuholen und gegebenenfalls eine detaillierte Vorlage mit Gründen in Aussicht stellt[7];

zu II.
daß Herr Staatssekretär Referat L 4 die aus der Anlage ersichtliche Weisung[8] für Erklärungen gegenüber der Presse[9] gibt;

zu III.
daß Herr Staatssekretär Weisung gibt, Legationsrat Schmitt von der Botschaft Nairobi ab sofort als Geschäftsträger nach Sansibar zu entsenden[10].

Die Referate II 1, V 1 und Z A 2 haben mitgezeichnet.

Hiermit dem Herrn Staatssekretär[11] vorgelegt.

Jansen

Abteilung I (I B 3), VS-Bd. 190

[6] Dazu handschriftliche Bemerkung des Staatssekretärs Carstens für Ministerialdirektor Jansen: „Bitte durch H[errn] D I."

[7] In Abstimmung mit dem Bundespräsidialamt beauftragte Staatssekretär Carstens am 12. Februar 1964 die Botschaft in Daressalam, die Errichtung einer diplomatischen Vertretung der Bundesrepublik auf Sansibar vorzubereiten. Im Hinblick auf neuerliche Presseverlautbarungen über die angebliche Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Sansibar und der DDR müsse jedoch eine schriftliche Zusicherung der Regierung Sansibars vorliegen, daß sie an den mit Legationsrat Schoeller getroffenen Vereinbarungen festhalte. Vgl. Abteilung I (I B 3), VS-Bd. 190; B 150, Aktenkopien 1964.

[8] Dem Vorgang beigefügt. Das Pressereferat sollte die Anerkennung der Regierung der Volksrepublik Sansibar durch die Bundesregierung bekanntgeben sowie die bevorstehende Aufnahme diplomatischer Beziehungen ankündigen. Auf mögliche Rückfragen, wie dies mit der Anerkennung der DDR durch Sansibar zu vereinbaren sei, sollte geantwortet werden: „Die Bundesregierung hat hierzu ausreichende und zufriedenstellende Zusicherungen der Regierung von Sansibar erhalten. Sansibar wird weder diplomatische noch konsularische Beziehungen zur SBZ aufnehmen." Vgl. Abteilung I (I B 3), VS-Bd. 190; B 150, Aktenkopien 1964.

[9] Am 13. Februar 1964 wurde gemeldet, ein Sprecher des Auswärtigen Amts habe die Anerkennung Sansibars durch die Bundesrepublik bekanntgegeben. Es liege eine Zusage vor, daß Sansibar weder diplomatische noch konsularische Beziehungen zur DDR aufnehmen werde. Vgl. FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 37 vom 13. Februar 1964, S. 1.

[10] Mit Drahterlaß vom 15. Februar 1964 nahm Ministerialdirigent Böker zur Frage der Anerkennung Sansibars Stellung. Die Beziehungen Sansibars zur DDR seien „zur Zeit völlig undurchsichtig". Die Lage werde dadurch kompliziert, daß sich die Regierung von Sansibar weigere, die Legationsrat Schoeller gegebenen Zusicherungen öffentlich zu bestätigen. Eine derartige Zusicherung sei jedoch Voraussetzung für eine offizielle Anerkennungserklärung und die Akkreditierung eines Botschafters der Bundesrepublik. Am 19. Februar 1964 berichtete Botschafter Schroeder, Daressalam, das Außenministerium von Sansibar habe die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur DDR der Botschaft „nach tagelangen vergeblichen Versuchen" bestätigt. Böker schlug noch am selben Tag vor, in einer „betont deutlichen Presseerklärung einen Schlußstrich unter die Bemühungen zu ziehen, sich mit der Revolutionsregierung zu arrangieren". Vgl. Abteilung I (I B 3), VS-Bd. 190; B 150, Aktenkopien 1964.
Zur Entwicklung auf Sansibar vgl. weiter Dok. 86.

[11] Hat Staatssekretär Carstens am 11. Februar 1964 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Einv[erstanden]. Eilt sehr!"

41

Staatssekretär Lahr an Bundesminister Dahlgrün

III A 4-81.00-146/64 VS-vertraulich **12. Februar 1964**[1]

Sehr geehrter Herr Bundesminister!

Ihren Ausführungen in der letzten Sitzung des Bundesverteidigungsrats[2] war zu entnehmen, daß mit einer erneuten Kürzung des bereits um 23 Mio. DM verringerten Haushaltsansatzes für die militärische Ausrüstungshilfe (ursprünglich 150 Mio. DM) um 50 Mio. DM gerechnet werden müsse, da der jetzige Haushaltsansatz übersetzt sei.

Es ist richtig, daß die für dieses Jahr angeforderten Mittel die Ausgaben der letzten Jahre nicht unerheblich übersteigen. Dabei ist aber zu berücksichtigen, daß unsere Tätigkeit auf dem Gebiet der Ausrüstungshilfe erst im Laufe des Jahres 1961 eingesetzt hat und die Mehrzahl der Projekte jetzt nach ein- bis zweijähriger Laufzeit das volle Stadium der Durchführung erreicht hat.

Nach meinen Informationen waren von den 150 Mio. DM 70,4 Mio. DM für die Fortführung derartiger Vorhaben aus früheren Jahren bestimmt, und weitere 70 Mio. DM werden darüber hinaus für Kostenerstattungen aus bereits erfolgten Lieferungen der letzten Jahre benötigt (davon allein 60 Mio. DM für das bekannte große Projekt im Nahen Osten[3]).

Die jetzt angekündigte Kürzung des ursprünglichen Mittelansatzes um fast die Hälfte würde mithin – da die vorerwähnten Kostenerstattungen nach Mitteilung des Bundesministeriums der Verteidigung nicht aufgeschoben werden können – nicht nur jede Inangriffnahme neuer Vorhaben in diesem Jahre unmöglich machen, sondern auch die weitere Durchführung der meisten bereits laufenden Projekte in Frage stellen.

Die außenpolitischen Folgen, die eine vollständige oder auch teilweise Einstellung der laufenden Vorhaben nach sich ziehen müßte, wären höchst schädlich. Ferner würde in den meisten Fällen eine vorzeitige Beendigung der mit den Projekten verbundenen Ausbildung zu einer nutzlosen Vergeudung der bereits eingesetzten Mittel führen.

Trotz der angespannten Haushaltslage muß ich aber darüber hinaus auch dafür plädieren, daß die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen für eine gewisse in bescheidenen Grenzen zu haltende Fortsetzung der Ausrüstungshilfe, d.h. die Inangriffnahme neuer Vorhaben, geschaffen werden. Da die von Herrn Carstens in der letzten Sitzung des Bundesverteidigungsrats vorgetragenen allgemeinen Gründe, die für eine weitere Tätigkeit der Bundesrepublik auf diesem Gebiet sprechen, allseits gebilligt worden sind, darf ich mich hier auf

[1] Durchdruck für Ministerialdirektor Jansen.

[2] Zur Sitzung des Bundesverteidigungsrats am 30. Januar 1964 vgl. Dok. 18, Anm. 19, und Dok. 31. Vgl. ferner die Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens vom 30. Januar 1964; Büro Staatssekretär, VS-Bd. 437; B 150, Aktenkopien 1964.

[3] 60 Millionen DM waren im Jahr 1964 für die Ausrüstungshilfe an Israel vorgesehen. Vgl. dazu Dok. 289.

den Hinweis beschränken, daß schon jetzt mindestens drei neue dringende Ersuchen um Ausrüstungshilfe vorliegen, nämlich aus Tanganjika, Äthiopien und Mali, denen wir uns aus vorrangigen außenpolitischen Gründen nicht völlig entziehen können. Wir werden später noch Gelegenheit haben, auf diese Fälle im Bundesverteidigungsrat im einzelnen einzugehen.[4]

Ich wäre Ihnen, sehr geehrter Herr Bundesminister, sehr dankbar, wenn Sie die vorstehenden Ausführungen bei Ihren weiteren Erwägungen zum Haushalt 1964 berücksichtigen und sich für eine weitere Beibehaltung des jetzt vorgesehenen Mittelansatzes[5] verwenden würden.

Der Herr Bundesminister der Verteidigung[6] hat Durchdruck dieses Schreibens erhalten.

Mit verbindlichen Empfehlungen

gez. Lahr

Abteilung I (D I/Dg I A), VS-Bd. 3

42

Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit dem amerikanischen Botschafter McGhee

Z A 5-27.A/64 **12. Februar 1964[1]**

Der Herr Bundeskanzler empfing am 12. Februar 1964 um 16.30 Uhr den amerikanischen Botschafter, Herrn McGhee, zu einem Gespräch, bei dem Staatssekretär Dr. Westrick und Ministerialdirigent Dr. Osterheld anwesend waren.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte einleitend, er habe den Botschafter zu sich gebeten, um mit ihm über einige Punkte zu sprechen. Der Botschafter wisse, daß er am folgenden Tag nach Paris[2] reisen werde. Im Zusammenhang mit dieser

[4] Mit Blick auf die nächste Sitzung des Bundesverteidigungsrats informierte Legationsrat I. Klasse Middelmann am 6. März 1964 über die Haltung des Bundesministeriums der Verteidigung. Ministerialdirektor Knieper habe darauf verwiesen, daß die zugewiesenen Mittel fest verplant und auch die personellen Voraussetzungen für die Durchführung weiterer Vorhaben der Ausrüstungshilfe begrenzt seien. Allenfalls könne zunächst eine „Studiengruppe" nach Äthiopien entsandt werden. Zum Mali-Projekt habe sich Knieper jedoch negativ geäußert. Vgl. Abteilung III (III A 4), VS-Bd. 235; B 150, Aktenkopien 1964.
Zur geplanten Ausrüstungshilfe für Tanganjika vgl. weiter Dok. 86.

[5] Der Bundeshaushaltsplan für 1964 wies Mittel in Höhe von 125 Millionen DM für Ausrüstungshilfe aus. Vgl. BUNDESHAUSHALTSPLAN FÜR DAS RECHNUNGSJAHR 1964, S. 1916.

[6] Kai-Uwe von Hassel.

[1] Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Weber am 15. Februar 1964 gefertigt.
Vgl. zu dem Gespräch auch OSTERHELD, Außenpolitik, S. 65.

[2] Zu den deutsch-französischen Regierungsbesprechungen vom 14./15. Februar 1964 vgl. Dok. 44–50.

Reise hätten die Zeitungen spektakuläre Berichte[3] gebracht, an denen aber nichts Wahres sei. Es handle sich um ein Kontaktgespräch, das zweite seit Unterzeichnung des Vertrages.[4] Er wolle dem Botschafter und durch ihn dem amerikanischen Präsidenten versichern, daß sich die deutsche Haltung nicht geändert habe und auch nicht ändern werde.

In diesem Zusammenhang erwähnte der Herr Bundeskanzler, daß die Bundesregierung nach ihrer Haltung im Zusammenhang mit der Zypernfrage[5] befragt worden sei. Staatssekretär Westrick, der Außenminister und er selbst seien darüber einig gewesen, daß, wenn der erste Plan[6] durchsetzbar gewesen wäre, die Bundesrepublik sich an den geplanten Maßnahmen trotz der bestehenden Opposition beteiligt hätte.

Der Herr Bundeskanzler erwähnte sodann die Anerkennung Rotchinas durch de Gaulle[7] und bezeichnete diese Entscheidung als ein sehr gefährliches Abenteuer, dessen Konsequenzen noch nicht übersehbar seien. Die Bundesregierung habe für de Gaulles Haltung kein Verständnis. Er würde es begrüßen, vom Botschafter zu erfahren, wie die Vereinigten Staaten die Auswirkungen dieses Schrittes auf die weltpolitische Situation und besonders auf Südostasien und auf Europa sähen.

Der Herr Bundeskanzler erwähnte sodann die Frage der langfristigen Kredite für die Sowjetunion[8] und des Handels mit Kuba[9]. Ursprünglich habe man davon ausgehen können, daß die französische und die amerikanische Haltung übereinstimmend gewesen wären, doch scheine sich die Situation geändert zu haben, nachdem nunmehr die Franzosen bereit seien, Kuba mittels staatlicher Bürgschaften Lastwagen zu liefern[10]. Außerdem scheine auch der französisch-sowjetische Handel anzulaufen mit staatlich verbürgten Krediten mit einer Laufzeit von fünf bis sechs Jahren.[11] Was die deutsche Haltung angehe, so

[3] Vgl. dazu den Artikel „Erhard mit fünf Ministern nach Paris"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 36 vom 12. Februar 1964, S. 1.

[4] Die ersten Konsultationen auf Regierungsebene im Rahmen des deutsch-französischen Vertrags fanden am 4./5. Juli 1963 in Bonn statt. Vgl. dazu AAPD 1963, II, Dok. 216–219.

[5] Vgl. dazu Dok. 34 und Dok. 37.

[6] Der britisch-amerikanische Plan, eine Friedenstruppe aus Kontingenten einzelner NATO-Staaten nach Zypern zu entsenden, wurde aufgrund der ablehnenden Haltung der zyprischen Regierung nicht verwirklicht. Vgl. dazu Dok. 34, Anm. 5.

[7] Zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Frankreich und der Volksrepublik China am 27. Januar 1964 vgl. Dok. 11 und Dok. 17.

[8] Zu einer Vergabe langfristiger Kredite an die UdSSR vgl. besonders Dok. 2 und Dok. 5.

[9] Vgl. dazu auch Dok. 8, Anm. 28.

[10] Die französische Regierung bestätigte am 7. Februar 1964 die Lieferung von 300 Fahrzeugen nach Kuba durch eine französische Firma. Das Geschäft sollte teilweise auf der Basis von Krediten abgewickelt werden, für die die französische Regierung Ausfallgarantien übernahm. Vgl. dazu AdG 1964, S. 11054.
Zu den französisch-kubanischen Handelsbeziehungen vgl. auch den Drahtbericht des Botschafters Klaiber, Paris, vom 12. Februar 1964; Ministerbüro, VS-Bd. 8437; B 150, Aktenkopien 1964.

[11] Während des Besuchs des französischen Finanzministers vom 23. bis 29. Januar 1964 in der UdSSR wurde eine Vereinbarung über den baldigen Abschluß eines langfristigen sowjetisch-französischen Handelsabkommens geschlossen. Wie Botschafter Klaiber, Paris, am 30. Januar 1964 berichtete, habe Giscard d'Estaing jedoch gegenüber den sowjetischen Stellen betont, „daß für Frankreich ein Überschreiten der Maximalkreditfrist der Berner Union (fünf Jahre) nicht in Frage komme". Vgl. VS-Bd. 8379 (III A 6); B 150, Aktenkopien 1964.

werde alles getan, um den Handel mit Kuba einzustellen. In der Frage der langfristigen Kredite für die Sowjetunion oder sogar für Rotchina zeige die Bundesregierung die allergrößte Zurückhaltung.

Zur Pressekonferenz de Gaulles[12] sagte der Herr Bundeskanzler, sie sei nicht welterschütternd gewesen, doch habe man mit Bestürzung und Mißbehagen die unversöhnlichen Töne vernommen, die gegen Großbritannien und auch die Vereinigten Staaten gerichtet gewesen seien. Er habe fast den Eindruck, als ob de Gaulle mehr anti-angelsächsisch als pro-französisch sei. Er selbst würde fünfmal lieber in die Vereinigten Staaten gehen und sich dort mit dem Präsidenten unterhalten, als nunmehr nach Paris zu seiner Begegnung mit de Gaulle.

Wenn er eine Bilanz aufstelle über die derzeitige Situation, so wolle er sagen, daß man nach wie vor wünsche, die Freundschaft und Aussöhnung mit Frankreich zu vertiefen und fortzusetzen, weil man dies für unbedingt erforderlich halte, wie sehr eine solche Politik auch durch die Maßnahmen de Gaulles erschwert werde. Eine europäische Politik, Einigung oder Integration sei auf wirtschaftlichem und Verteidigungsgebiet nicht möglich, wenn die Franzosen immer ausscherten.

Was die EWG angehe, so hoffe er, daß man mit de Gaulle in der Erfüllung des Vertrags weiterkommen werde. Aber man glaube Grund zu der Befürchtung zu haben, daß mit neuer Opposition seitens der Franzosen zu rechnen sei, wenn nach den Wahlen in Großbritannien[13] die Frage der britischen Beteiligung[14] wieder auftauchen werde. Er sei auch besorgt, daß die Kennedy-Runde[15] nicht ganz ohne Störungen sein werde, denn bei der derzeitigen wirtschaftspolitischen Lage und Entwicklung in Frankreich und Italien dürfte die vorgesehene Zollsenkung außerordentlich schwierig sein, wenn nicht auch die Währung manipuliert würde, was aber einen beachtlichen Prestigeverlust zur Folge haben müßte.

Man sei mit de Gaulle einig, wenn er sich auf die Seite der Freunde Deutschlands stelle und in der Berlin- und Deutschlandfrage eine klare Haltung einnehme, doch dürfe man nicht übersehen, daß dies nur eine platonische Liebe wäre, wenn nicht die Amerikaner und auch die Engländer die gleiche Politik verfolgten. Man wisse de Gaulles Haltung zwar zu würdigen, sei sich aber auch ihres relativen Wertes durchaus bewußt.

Völlig verquer sei man mit den Franzosen in der Frage der NATO[16] und der

[12] Auf der Pressekonferenz vom 31. Januar 1964 begründete Staatspräsident de Gaulle insbesondere die Anerkennung der Volksrepublik China durch Frankreich. Er griff den Gedanken einer Neutralisierung der südostasiatischen Staaten auf, wofür er allerdings internationale Garantien forderte. Für den Wortlaut vgl. DE GAULLE, Discours et messages, Bd. 4, S. 162–182; EUROPA-ARCHIV 1964, D 143–154.

[13] Die Wahlen zum britischen Unterhaus vom 15. Oktober 1964 führten zu einer Regierungsmehrheit für die Labour Party.

[14] Zur Frage einer britischen Beteiligung im Rahmen einer neuen europapolitischen Initiative vgl. besonders Dok. 12, Dok. 15 sowie Dok. 27, Anm. 17.

[15] Zur Kennedy-Runde vgl. Dok. 12, Anm. 14.

[16] Dazu konstatierte Referat II 7 am 6. Februar 1964: „Auf dem Gebiet der Verteidigungs- und NATO-Politik bestehen erhebliche Meinungsverschiedenheiten zwischen der Bundesrepublik

MLF[17]. Ebensowenig bestehe Übereinstimmung in der Frage der Behandlung der Ost-West-Probleme. Das gleiche gelte für die Vorstellung über die künftige Ausgestaltung Europas. Der Botschafter werde also verstehen, mit welchem Vergnügen er nach Paris gehe, denn all die eben erwähnten Fragen seien so aktuell, daß sie nicht ausgespart werden könnten.

Zu der von de Gaulle geplanten Reise nach Mexiko und in andere lateinamerikanische Länder[18] sowie nach Ostasien und Südostasien[19] sagte der Herr Bundeskanzler, man könne darüber spekulieren, was dabei herauskommen werde und welche Absichten dahintersteckten. Er glaube nicht, daß sich die Franzosen effektiv eine Steigerung ihrer Entwicklungshilfe leisten könnten, da sie sich damit übernehmen und ihre Wirtschaft und Währung zerstören würden.

Zur Frage des Abbruchs der diplomatischen Beziehungen zwischen Frankreich und Formosa[20] bemerkte der Herr Bundeskanzler, er hätte es lieber gesehen, wenn de Gaulle die Beziehungen hätte abbrechen müssen. So aber habe ihm Tschiang Kai-schek aus einer unangenehmen Lage heraus geholfen. Er befürchte, daß schlechte Beispiele die guten Sitten verderben und eine Reihe von anderen Ländern dem französischen Schritt folgen würden.

Der Herr Bundeskanzler sagte, er spreche über alle Dinge so freimütig mit dem Botschafter, um ihm zu versichern, daß sich an dem absoluten und unerschütterlichen Vertrauen der Bundesrepublik in die Vereinigten Staaten von Amerika nicht das geringste geändert habe. Im Gegenteil, angesichts dieser Ereignisse müßten die beiden Länder noch enger und fester zusammenstehen.

Die Tatsache, daß er auf seiner Reise nach Paris von einer so großen Anzahl von Ministern begleitet werde[21], habe keine politische Bedeutung. Es handle sich vielmehr um die Erwiderung des Besuchs, den de Gaulle vor einem Jahr Bonn abgestattet habe und bei welchem ebenfalls gleichzeitig eine Reihe von Gesprächen zwischen den Fachministern stattgefunden hätte. Dies sei im Vertrag vorgesehen.

Was die Äußerung de Gaulles auf seiner Pressekonferenz angehe, Europa könne nicht von den Vereinigten Staaten beherrscht werden, so beabsichtige

Fortsetzung Fußnote von Seite 193

Deutschland und Frankreich. Sie beruhen auf der von Präsident de Gaulle geprägten französischen Konzeption einer nationalen eigenständigen Verteidigung Frankreichs, die mit dem Prinzip der integrierten Verteidigung, die Grundlage des Verteidigungssystems der NATO ist, unvereinbar ist." Zu den in dieser Aufzeichnung behandelten unterschiedlichen Auffassungen in Einzelfragen, etwa hinsichtlich der Führung der NATO oder des strategischen Konzepts, vgl. Abteilung I (I A 1), VS-Bd. 142; B 150, Aktenkopien 1964.

17 Zur französischen Haltung gegenüber der MLF vgl. AAPD 1963, I, Dok. 21 und Dok. 168.

18 Der französische Staatspräsident besuchte vom 16. bis 19. März 1964 Mexiko und vom 21. September bis 16. Oktober 1964 zehn südamerikanische Staaten. Vgl. dazu L'ANNÉE POLITIQUE 1964, S. 235 f. und S. 297 f. Vgl. dazu auch Dok. 93, Anm. 15 und 18.

19 Staatspräsident de Gaulle besuchte erst im August/September 1966 Asien. Vgl. dazu AdG 1966, S. 12699–12704.

20 Die Republik China (Taiwan) gab am 10. Februar 1964 den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Frankreich bekannt. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1964, Z 44.

21 Bundeskanzler Erhard wurde von den Bundesministern des Auswärtigen, der Verteidigung, für Wirtschaft, für wirtschaftliche Zusammenarbeit und für Familie und Jugend nach Paris begleitet.

er, dem General zu sagen, daß sich die Deutschen von den Amerikanern nicht beherrscht, sondern beschützt fühlten.

Auf die Frage des *Botschafters* eingehend, ob bei den Gesprächen in Paris auch die vor Jahresende in Brüssel getroffenen Abmachungen[22] und insbesondere die Frage der Disparitäten[23] zur Sprache kämen, antwortete der Herr *Bundeskanzler*, darüber werde sicher nicht gesprochen werden, denn er wäre überfordert, wenn er sich mit all den technischen Einzelheiten befasse müßte. Es sei aber einleuchtend, daß man unmöglich über tausend Einzelposten sprechen könne, da man sonst nie aus dem Gestrüpp herauskomme.

Was die Haltung der Franzosen zur Kennedy-Runde angehe, so hätten sie zugestimmt, daß von einer Grundlage einer fünfzigprozentigen Kürzung der Zölle ausgegangen werden solle. Man müsse annehmen, daß sie dabei absolut fair gewesen seien. Seine Sorge gelte in dieser Hinsicht aber nicht nur Frankreich, sondern in gleicher Weise auch Italien, wenn auch die politische Haltung der Italiener gegenüber den Vereinigten Staaten in keiner Weise mit der Frankreichs vergleichbar sei. Er befürchte aber, daß eine so weitgehende Zollsenkung in diesen Ländern ohne Währungsmanipulation nicht durchgeführt werden könne. Dies hätte einen erheblichen Prestigeverlust zur Folge. Die Deutschen seien über diesen Zustand keineswegs glücklich, denn dadurch würden sich die eigenen Überschüsse erhöhen und die sich daraus ergebenden inflationistischen Begleiterscheinungen verstärken.

Auf seine Reise nach Rom[24] eingehend, sagte der Herr Bundeskanzler, sie habe auch ein erfreuliches Ergebnis gehabt. Dies betreffe die Haltung der Italiener zur MLF. Die christlichen Demokraten seien im Grunde genommen dafür, wenn sie jetzt auch noch nicht so laut davon sprechen wollten, weil sie sich erst noch innerhalb der Regierung endgültig abstimmen müßten. Saragat unterstütze die MLF ebenfalls. Nenni sei bisher ein Gegner der MLF gewesen. Nun gehöre aber Nenni bestimmt nicht zu den Bewunderern de Gaulles oder seiner Politik. Mit Nenni habe er anderthalb Stunden offen gesprochen und ihm offen gesagt, er verstehe nicht, warum Nenni gegen die MLF sei. Die französische Politik laufe doch deutlich darauf hinaus, Mißtrauen gegen die Vereinigten Staaten zu säen und Zweifel daran zu erwecken, ob die Vereinigten Staaten tatsächlich bereit wären, im Ernstfall ihre eigenen nuklearen Streitkräfte zum Schutze Europas einzusetzen. Außerdem zweifle er daran, ob die amerikanischen Streitkräfte in Europa blieben.[25] Wenn de Gaulle sich damit durchsetzen würde, so könnte er mit seiner Force de frappe, so klein und schwach sie auch wäre, den Eindruck erwecken, daß damit Europa geschützt würde. Nun seien die Italiener aber besorgt wegen einer französischen oder deutschen Hegemonie in Europa. Was Deutschland angehe, so bestünde weder eine solche Absicht noch die Bereitschaft, sich an einem französischen Hegemoniestreben zu beteiligen. Er habe Nenni gesagt, das sicherste Mittel, um zu verhindern, daß de Gaulles Traum Wirklichkeit werde, bestünde in der Schaf-

22 Zum Ergebnis der EWG-Ministerratssitzung vom 16. bis 23. Dezember 1963 vgl. Dok. 28, Anm. 4.

23 Vgl. dazu Dok. 14, Anm. 14.

24 Zu den Regierungsbesprechungen vom 27./28. Januar 1964 vgl. Dok. 27–29.

25 Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit Staatspräsident de Gaulle am 21. November 1963 in Paris; AAPD 1963, III, Dok. 423.

fung der MLF, weil dadurch die NATO gestärkt und die französische Force de frappe auf ihre richtige Perspektive reduziert würde. Nenni habe ihm darauf geantwortet, er habe die Dinge bisher noch nie in diesem Lichte gesehen, wolle sich das aber alles durch den Kopf gehen lassen. Er hoffe, daß er in nicht allzu ferner Zeit einmal nach Bonn kommen werde, bei welcher Gelegenheit das Gepräch fortgesetzt werden könnte. Er habe den Eindruck gewonnen, als ob bei Nenni das Eis gebrochen sei. Im übrigen glaube er, daß die Italiener sehr stark nach Großbritannien blickten und ihre eigenen Entscheidungen weitgehend von dem abhängig machten, was sich in Großbritannien entwikkeln werde.

Staatssekretär Dr. *Westrick* führte aus, seit der Herr Bundeskanzler sich immer wieder so klar gegen die Kreditgewährung an die Russen ausgesprochen habe, zeige sich bei den Sowjets auch im laufenden Handel und bei Bargeschäften eine restriktive Tendenz, die hauptsächlich in prohibitiven Preisen ihren Niederschlag finde. Die von den Sowjets genannten Preise seien einfach indiskutabel. Deswegen sei es für die deutsche Seite um so wichtiger, daß verhindert werde, daß Großbritannien oder Frankreich in das Geschäft einsteige.

Zur Frage der Passierscheinregelung[26] in Berlin führte der Herr Staatssekretär aus, man wolle keine Wiederholung des an Weihnachten durchgeführten Verfahrens, weil die Kommunisten entgegen ihrer Zusage, in dieser Regelung nur eine humanitäre Aktion zu sehen, alle Mittel benutzten, um eine politische Aktion daraus zu machen. Deswegen wolle man alle sich daraus ergebenden Folgen vermeiden. In der Sowjetzone sei im Fernsehen und Radio immer wieder darauf hingewiesen worden, daß die Zonenbeamten, die in Westberlin die Passierscheine entgegengenommen und ausgegeben hätten, konsularähnliche Funktionen ausgeübt hätten. Eine Wiederholung dessen wolle man unter allen Umständen verhindern. Über diese Frage sei heute mehrere Stunden lang mit Vertretern Berlins gesprochen worden.[27] Wenn eine neue Regelung zustande komme, wolle man damit eine politische Verbesserung verknüpfen, die zunächst einmal vorsehe, daß in Zukunft keine Vertreter der SBZ oder Ostberlins in Westberlin tätig würden. Die Ausgabe der Passierscheine könne auf Westberliner Stellen übertragen werden. Aus der Art und Weise, wie der Osten darauf bestehe, in Westberlin die Passierscheine selbst auszugeben, gehe klar hervor, daß er nur einen politischen Effekt erzielen wolle.

Die Ostberliner hätten vorgeschlagen, daß für besondere Härtefälle die Ausgabe der Passierscheine auch weiterhin in Westberlin erfolgen solle. Man sehe aber keinen Grund dafür, warum auch in solchen Fällen nicht wie bisher telegraphisch der Antrag gestellt werden könnte. Man befürchte allgemein,

[26] Zu den Passierschein-Gesprächen vgl. zuletzt Dok. 26.

[27] Die Besprechung fand am 11. Februar 1964 im Bundeskanzleramt statt. Dabei waren sich Bundesregierung und Senat einig, „daß für eine Dauerlösung der Passierscheinfrage eine Tätigkeit Ost-Berliner Beamter in Berlin (West) nicht in Betracht komme. Ferner seien für die Form der Vereinbarung eine Anzahl substantieller Verbesserungen notwendig." Nicht einig war man sich dagegen über die Form einer kurzfristigen Lösung für die Oster- und Pfingstfeiertage. Im Gegensatz zur Bundesregierung, die auch für diesen Fall grundlegende Verbesserungen forderte, erachtete der Senat von Berlin eine Wiederholung des Abkommens vom 17. Dezember 1963 mit lediglich geringfügigen Korrekturen als tragbar. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Legationsrats Wentker vom 12. Februar 1964; Abteilung II (II 1), VS-Bd. 61; B 150, Aktenkopien 1964.

daß mit den östlichen Versuchen ein Zwei- oder Drei-Staatensystem[28] untermauert werden solle. Innerhalb des Senats von Westberlin scheinen auch gewisse Meinungsverschiedenheiten aufgetreten zu sein, was sich aus dem Rücktritt von Herrn Arndt[29] und dem beabsichtigten Rücktritt von Herrn Schiller[30] ergebe. Der Herr Bundeskanzler werde im Lauf der kommenden Woche mit Herrn Brandt ein Gespräch führen.[31] Man habe in Bonn den Eindruck erlangt, als ob der Regierende Bürgermeister bereit sei, eine gewisse Nachgiebigkeit zumindest für eine temporäre Regelung zu zeigen, doch wolle man sich hier auf keinen Fall auf eine Wiederholung der Lösung einlassen, wie sie an Weihnachten praktiziert worden sei. Eine Wiederholung würde nur die Position Berlins schwächen. Man sei sich andererseits aber durchaus bewußt, daß eine derartige Haltung möglicherweise zu einer Verhärtung im Interzonenhandel und in der Frage der Autobahngebühren führen könnte. Das müsse man in Kauf nehmen.

Der Herr *Bundeskanzler* wies darauf hin, daß sich aus der Passierscheinfrage schon gewisse Schwierigkeiten in den auswärtigen Beziehungen ergeben hätten. Einige Länder hätten gefragt, warum sie keine Beziehungen mit der Ostzone aufnehmen sollten, wenn Westberlin und die Bundesrepublik gestatteten, daß Funktionäre des Ostens auf Westberliner Gebiet tätig würden.[32] Es sei nicht ganz einfach gewesen, die Dinge wieder auf die richtige Linie zu bringen. Er selbst habe dem stellvertretenden SPD-Fraktionsvorsitzenden[33] und Bürgermeister Brandt gesagt, es wäre eine nationale Katastrophe, wenn sich in dieser Frage Meinungsverschiedenheiten zwischen der Bundesregierung und dem Senat oder zwischen der Koalition und der Opposition ergeben würden.[34]

28 Zur sowjetischen Zwei- bzw. Drei-Staaten-Theorie vgl. besonders Dok. 13, Anm. 10 und 15.

29 Der Senator für Kunst und Wissenschaft reichte am 5. Februar 1964 ein Rücktrittsgesuch ein. Vgl. dazu DIE WELT, Nr. 34 vom 10. Februar 1964, S. 1. Zum Hintergrund vgl. DER SPIEGEL, Nr. 8 vom 19. Februar 1964, S. 22–24.

30 Die Rücktrittserwägungen des Senators für Wirtschaft wurden in Zusammenhang gebracht mit einem „Unbehagen über die Passierscheinpolitik". Vgl. dazu den Artikel „Der Berliner Senator Schiller erwägt den Rücktritt"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 36 vom 12. Februar 1964, S. 1.

31 Das Gespräch fand am 17. Februar 1964 statt. Vgl. dazu BULLETIN 1964, S. 261; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 41 vom 18. Februar 1964, S. 1.

32 So kam etwa die Rechtsabteilung des italienischen Außenministeriums nach Prüfung der Passierschein-Vereinbarung zu dem Ergebnis, daß sich „ein weitreichender Wandel" in der Politik der Bundesrepublik gegenüber der DDR vollzogen habe: „Angesichts dieser Entwicklung bestünden formal keine Bedenken mehr, wenn z. B. der italienische Außenminister Saragat Schreiben, die von Pankower Regierungsstellen an die italienische Regierung gerichtet würden, beantworte." Vgl. die Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Oncken vom 3. Januar 1964; Abteilung II (II 1), VS-Bd. 387; B 150, Aktenkopien 1964.
Am 14. Januar 1964 hielt das Referat II 1 fest: „Wir sind in der Passierscheinfrage ohnehin bis an die Grenze des politisch Vertretbaren gegangen. Dies lassen auch ausländische Reaktionen erkennen, die eine Auflockerung unserer Deutschland- und Berlin-Politik in Richtung auf eine faktische Anerkennung der Zone und eine Hinnahme der kommunistischen Freistadt-These annehmen." Vgl. Abteilung II (II 1), VS-Bd. 387; B 150, Aktenkopien 1964.

33 Vermutlich Fritz Erler.

34 Zu Kontakten zwischen Erhard und Brandt in der Passierschein-Frage vgl. auch AAPD 1963, III, Dok. 471 und Dok. 485. Vgl. ferner BRANDT, Erinnerungen, S. 79.

Der Herr Bundeskanzler fragte den Botschafter sodann, wie sich die Anerkennung Pekings durch Frankreich auf das Verhältnis zwischen der Sowjetunion und China auswirken könne. Er selbst äußerte den Gedanken, daß, wenn die Anerkennung Pekings zu einer politischen Aufwertung der Chinesen und zu einer Stärkung ihrer Wirtschaft und damit auch der politischen Position Chinas führe, Chruschtschow dies als einen Angriff oder zumindest als eine feindselige Haltung empfinden könnte und daß sich dann bei Chruschtschow möglicherweise eine größere Bereitschaft zeige, mit dem Westen über eine Entspannung zu reden. Diesen Gedanken dürfe man aber noch gar nicht laut äußern. Im Grunde genommen halte er es aber für viel wahrscheinlicher, daß sich eher die Russen und die Chinesen wieder verständigten. Bevor die Russen sich an den Westen wenden würden, würden sie sicher versuchen, mit den Chinesen wieder ins reine zu kommen.

Der Herr Bundeskanzler sagte ferner, wenn es de Gaulle darum gegangen wäre, an die Stelle eines Dualismus einen Pluralismus zu setzen, dann wäre es vernünftiger gewesen, etwas für die Stärkung der NATO und Europas zu tun.

Auf die letzte Äußerung des *Botschafters* eingehend, daß er ein Telegramm von Herrn Blaustein bekommen habe, der vor einiger Zeit zusammen mit Herrn Goldmann in Bonn vorgesprochen habe[35], sagte der Herr *Bundeskanzler*, die Taktik dieser Herren sei sehr geschickt, indem sie zugäben, daß die Leistungen der Bundesrepublik weit über alle Erwartungen hinaus gegangen seien, daß man sie nun aber nicht einfach sang- und klanglos einstellen dürfe.[36]

Das Gespräch endete gegen 17.45 Uhr.

Bundeskanzleramt, AZ: 21-301 00 (56), Bd. 7

[35] Der Präsident der Jewish Claims Conference, Goldmann, übergab Bundespräsident Lübke am 22. Januar 1964 in Bonn ein Memorandum über die Errichtung einer jüdischen Kulturstiftung, die dazu dienen sollte, nach dem Abschluß der Wiedergutmachungszahlungen die Erinnerung „an dieses einmalige Gesetzeswerk lebendig zu erhalten". Für eine Abschrift des Memorandums sowie weitere Unterlagen zu diesem Besuch vgl. Referat I B 4, Bd. 115.

[36] Der Besuch von Vertretern der Jewish Claims Conference in Bonn stand auch im Zusammenhang mit der anstehenden Novellierung des Bundesrückerstattungsgesetzes und des Bundesentschädigungsgesetzes (Schlußgesetzgebung zur Wiedergutmachung), durch die eine Fortführung von Wiedergutmachungsleistungen gesichert werden sollte. Die Jewish Claims Conference trug dabei verschiedene Forderungen an die Bundesregierung heran. Vgl. dazu Referat V 2, Bd. 878. Vgl. dazu auch Dok. 276.
Zur Diskussion im Januar 1964 um die Schlußgesetzgebung zur Wiedergutmachung vgl. auch BULLETIN 1964, S. 173–175.

43

Staatssekretär Carstens an die Vertretung bei der NATO in Paris

II 8-82-01-3/782/64 geheim **12. Februar 1964**[1]
Fernschreiben Nr. 593 **Aufgabe: 13. Februar 1964, 10.30 Uhr**

Sie werden gebeten, im Politischen Ausschuß des NATO-Rats bei der Erörterung der politischen Seite der BBP folgendes zu erklären:

I. Wir haben uns seit langem mit der Frage der Errichtung eines Systems von BBP beschäftigt und sind bei der Prüfung dieser Frage immer davon ausgegangen, daß das Projekt nur unter zwei Voraussetzungen verfolgt wird[2], nämlich daß einmal die Sowjets ihre damit verbundenen Forderungen[3] fallen lassen würden und daß zum anderen eine sorgfältige militärische Prüfung die Nützlichkeit oder vielleicht sogar die Notwendigkeit dieser Maßnahme bestätigen würde.

Aus diesem Grunde sind wir stets dafür eingetreten, daß zunächst die militärische Prüfung abgeschlossen werden müsse und daß wir uns erst dann zur politischen Seite des Problems eine Meinung bilden würden, wenn eindeutig festgestellt ist, daß BBP im Bereiche der NATO und der Länder des Warschauer Pakts einen wertvollen Beitrag leisten könnten, um die Gefahr von Überraschungsangriffen konventioneller Art ganz auszuschließen oder wesentlich zu vermindern.

Im Laufe der bisher hier im NATO-Rat geführten Diskussionen[4] haben wir daher jeden Beitrag zur militärischen Beurteilung des BBP-Systems begrüßt, wie vor allem die zuletzt hier vorgelegten Arbeitspapiere der britischen und amerikanischen Regierung[5]. Beide Dokumente stellen eine wertvolle Erläuterung und Illustration der bisher geäußerten Gedanken dar und stellen ein Modell vor Augen, das wir bei unserer bereits vorgetragenen militärischen Auffassung und bei unserer politischen Meinungsbildung berücksichtigt haben.

II. Als Ergebnis der unter militärischen Aspekten bisher durchgeführten Prüfung müssen wir jedoch feststellen, daß wir von der militärischen Nützlichkeit eines Systems von BBP nicht haben überzeugt werden können. Es ist auch kaum anzunehmen, daß in Zukunft neue Argumente, die für die Errichtung dieser Posten sprechen würden, gefunden werden können.

[1] Der Drahterlaß wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Lahn konzipiert und über Ministerialdirigent Reinkemeyer und Ministerialdirektor Krapf an Staatssekretär Carstens geleitet.

[2] Der Passus „davon ausgegangen, daß das Projekt nur unter zwei Voraussetzungen verfolgt wird" wurde von Staatssekretär Carstens handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „von zwei Voraussetzungen ausgegangen".

[3] Die UdSSR bestand auf einem Junktim zwischen einer Errichtung von Bodenbeobachtungsposten einerseits und einer Entnuklearisierung Deutschlands sowie einer Reduzierung der dort stationierten Streitkräfte andererseits. Vgl. dazu Dok. 13, Anm. 29.

[4] Vgl. dazu bereits Dok. 31, besonders Anm. 5.

[5] Zum britischen bzw. amerikanischen Vorschlag für eine Errichtung von Bodenbeobachtungsposten vgl. bereits Dok. 13, Anm. 33–35.

Die bisher hier vorgetragenen Vorteile, die zum Teil auch nicht in Abrede gestellt werden sollen, wiegen jedoch die mit den Posten verbundenen Nachteile, Gefahren und Risiken nicht auf, so daß wir nach unserer Auffassung auch auf die geringen Vorteile verzichten sollten. Um neue militärische und politische Risiken einzugehen, sollten wir nicht ein im übrigen kompliziertes und kostspieliges Projekt verfolgen, selbst wenn es uns einige Vorteile, wie z.B. auf dem Gebiet der Nachrichtenbeschaffung, bieten würde.

An dieser Stelle sei in Ergänzung des in der vorigen Sitzung vorgetragenen militärischen Gutachtens[6] besonders darauf hingewiesen, daß die Zuteilung von Beobachtern an die Divisionsstäbe der in Deutschland stationierten ausländischen Truppen nach unserer Auffassung auf große Bedenken stoßen muß. In der Sowjetzone wird die Anwesenheit der 20 sowjetischen Divisionen von der Bevölkerung zu Recht als gewaltsame Einmischung einer fremden Macht zum Zwecke der Aufrechterhaltung des verhaßten Ulbricht-Regimes empfunden. Die Entsendung von westlichen Verbindungsoffizieren zu diesen Divisionen würde psychologisch als Sanktionierung dieser andauernden Unterdrückungsmaßnahme verstanden werden. Wir sind daher der Meinung, daß man auf die Entsendung dieser Beobachter möglichst verzichten und ebensowenig sowjetische Beobachter bei den westlichen Divisionen in Deutschland zulassen sollte, die dort besondere Probleme der inneren Sicherheit und Truppenmoral aufwerfen könnten.

III. Es besteht[7] – wie wir glauben – wohl Übereinstimmung darüber, daß versucht wird, mit Maßnahmen zur Verminderung der Gefahr von Überraschungsangriffen das Problem der europäischen Sicherheit in der Weise zu lösen, daß die Kriegsgefahr möglichst ausgeschaltet und jeder Seite der Anreiz zu einem Überraschungsschlag genommen wird.

Demgegenüber sind wir der Meinung, daß das Problem der europäischen Sicherheit nicht als ein rein militärisches verstanden werden kann, da die Gefahr einer Auseinandersetzung nicht so sehr auf der Konfrontation der Truppen in West und Ost beruht. Unsere Sicherheit ist vielmehr dadurch gefährdet, daß die Sowjetunion in Mitteleuropa aggressive Ziele verfolgt (siehe Berlinkrise!) und daß sie unter Einsatz ihrer militärischen Macht einen Teil des deutschen Volkes unterdrückt hält und die Wiedervereinigung nicht zuläßt[8].

[6] Die Ausführungen des Botschafters Grewe, Paris (NATO), am 3. Februar 1964 vor dem Politischen Ausschuß des NATO-Rats beruhten auf einer Vorlage des Bundesministeriums der Verteidigung. Darin wurde der Wert von Bodenbeobachtungsposten für die Früherkennung von Angriffsvorbereitungen als gering eingeschätzt. Es bestehe jedoch die Gefahr, daß ein solches System „ein falsches Sicherheitsgefühl" hervorrufe. Außerdem stellten die östlichen Beobachter ein Sicherheitsrisiko dar, da ein Mißbrauch der Posten zu Spionage- und Sabotagezwecken nicht auszuschließen sei. Vgl. das Fernschreiben des Bundesministeriums der Verteidigung vom 31. Januar 1964 an das Auswärtige Amt; Abteilung II (II 8), VS-Bd. 270; B 150, Aktenkopien 1964.

[7] Die Wörter „Es besteht" wurden von Staatssekretär Carstens handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „Bei der Betrachtung der politischen Seite des Projekts besteht".

[8] Der Passus „da die Gefahr einer Auseinandersetzung ... und die Wiedervereinigung nicht zuläßt" ging auf Streichungen und handschriftliche Einfügungen des Ministerialdirigenten Reinkemeyer zurück. Vorher lautete er: „da die Gefahr einer Auseinandersetzung nicht allein auf der Konfrontation der Truppen in West und Ost beruht, sondern daß unsere Sicherheit durch die politisch unbefriedigende und durch die sowjetischen Gewaltmaßnahmen geschaffene Lage in Zentraleuropa gefährdet ist".

Man kann daher der europäischen Sicherheit nur dann einen Dienst erweisen, wenn man an die sie gefährdenden Grundursachen herangeht und nicht nur an die Symptome, d.h., wenn man mit Maßnahmen zur Stärkung unserer Sicherheit auch gleichzeitig die Ursachen unserer Gefährdung beseitigt.

Was Deutschland anbetrifft, so sind wir der Ansicht, daß ein System von BBP in unserem Lande so sehr auf der Grundlage der Spaltung aufbauen und militärisch wie auch politisch den Status quo stabilisieren würde, daß sich allmählich ein System von vermeintlicher Sicherheit auf der Basis der deutschen Teilung herausbilden würde. Aus diesem Grunde haben wir von jeher die Meinung vertreten, daß eine Regelung der europäischen Sicherheit ohne gleichzeitige Regelung der deutschen Frage nicht vertretbar ist.

IV. Der besonderen militärischen und politischen Situation in Deutschland auf dem Gebiete der Sicherheit wird bereits durch das Bestehen der alliierten Militärmissionen Rechnung getragen, über deren Aufgaben und Tätigkeit der Politische Ausschuß bereits unterrichtet worden ist.[9]

Wir sind der Überzeugung, daß diese Missionen in Deutschland vollauf genügen, um eventuelle Vorbereitungen für einen konventionellen Überraschungsangriff[10] im voraus zu erkennen. Abgesehen von anderen Nachrichtenquellen, über die beide Seiten verfügen, dürfte den beweglichen Missionen ein großangelegter Landaufmarsch nicht verborgen bleiben können, so daß beide Seiten, was den deutschen Raum anbetrifft, bezüglich der Beobachtertätigkeit befriedigt sein könnten. Den beweglichen Militärmissionen (MM) sind trotz der Sperrgebiete mehr Informationen über Truppenbewegungen erreichbar, als sie den festen BBP an Bahnhöfen, Brücken oder Straßenkreuzungen zugänglich wären. Der geringe militärische Wert, der den BBP innewohnt, wird in Deutschland bereits durch die MM erzielt, wenn nicht gar übertroffen.

Die Bundesregierung ist daher der Auffassung, daß für Deutschland, solange es geteilt ist, der bisher durch die MM gewährleistete Schutz vor Überraschungsangriffen auch in Zukunft ausreicht.[11]

V. Sollte sich möglicherweise die Sowjetunion mit diesem Lösungsvorschlag nicht einverstanden erklären und auf BBP auch in Deutschland bestehen, so wären wir bereit zu prüfen, ob wir eine gewisse Anzahl von echten BBP im Bundesgebiet zulassen könnten. In Frage kämen eventuell gemäß dem amerikanischen Arbeitspapier 3 bis 4 Posten in den Nordsee-Häfen. Die Bundesrepublik Deutschland würde insoweit auch an dem Vertrag über ein System von BBP teilnehmen.

Bei diesen Erwägungen, die zunächst nur als eine unverbindliche Ansicht vor-

[9] Vgl. dazu den Drahtbericht des Botschafters Grewe, Paris (NATO), vom 25. November 1963; AAPD 1963, III, Dok. 427.

[10] An dieser Stelle wurde von Ministerialdirigent Reinkemeyer gestrichen: „sei es im Westen oder im Osten".

[11] An dieser Stelle wurde von Staatssekretär Carstens gestrichen: „Erst nach der Wiedervereinigung wird eine gesamtdeutsche Regierung über die Beteiligung an einem System von BBP zu entscheiden haben."

getragen werden[12], setzen wir jedoch voraus, daß der Westen auf die Stationierung von BBP in der SBZ verzichtet und auch keine Verbindungsoffiziere als Beobachter zu den sowjetischen Divisionen entsendet.

Sollten die Sowjets auf der Teilnahme der SBZ bestehen, so könnte ihnen geantwortet werden, daß das westliche Sicherheitsbedürfnis, soweit es Truppenaufmärsche in der SBZ betrifft, durch die drei westlichen MM befriedigt sei und daß aus diesem Grunde auf die BBP in der Zone verzichtet werden könne. Jedes weitere Insistieren der Sowjetregierung würde nur deutlich machen, daß sie mit dem Rufe nach westlichen Posten für die Zone andere Ziele als den Schutz ihrer eigenen Sicherheit verfolgt.

VI. An unsere eigene Teilnahme an dem System von BBP würden wir die Hoffnung und die Erwartung knüpfen, daß unsere Verbündeten die Gelegenheit des Gespräches mit den Sowjets[13] nutzen würden, bei der Erörterung dieses zentralen Problems der europäischen Sicherheit auch die Deutschlandfrage anzuschneiden und hier auf Fortschritte zu drängen, ohne die jede Maßnahme der Rüstungskontrolle in Mitteleuropa unbefriedigend und nutzlos bleiben muß.

VII. Für das weitere Verfahren erheben wir keine Bedenken dagegen, daß unsere in Genf vertretenen Verbündeten das Thema BBP mit den Sowjets aufnehmen[14], wobei jedoch bereits bei der Erörterung der Stationierung der Posten und der teilnehmenden Länder darauf hingewiesen werden sollte, daß es im Falle Deutschlands bei den bestehenden MM sein Bewenden haben soll. In diesem Zusammenhang legen wir Wert darauf, daß das gesamte System von BBP als ein weltweites, die gesamten Territorien der beiden Paktorganisationen umfassendes System angelegt wird, wie es auch z.B. das amerikanische Arbeitspapier vorsieht. Stichwort: San Franzisko bis Wladiwostok.[15]

Eventuell wäre auch zu erwägen, ob nicht zum Zwecke der Sammlung von Erfahrungen und zur Prüfung der wahren sowjetischen Absichten ein militärisch durchaus sinnvolles bilaterales System von BBP zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion vorgeschlagen werden könnte, wodurch die wichtigsten Ausgangspunkte für Landaufmärsche, nämlich die polnisch-sowjetische Spurwechselzone[16] und die amerikanischen Atlantikhäfen, erfaßt würden.

VIII. Nur zur Information: Unserer politischen Einlassung, die mit dem Bun-

[12] Der Passus „die zunächst nur als eine unverbindliche Ansicht vorgetragen werden" wurde von Staatssekretär Carstens handschriftlich eingefügt.

[13] Dieses Wort wurde von Ministerialdirigent Reinkemeyer handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „Russen".

[14] Großbritannien legte am 26. März 1964 der Konferenz der 18-Mächte-Abrüstungskommission einen Vorschlag betreffend die Errichtung eines Systems von Bodenbeobachtungsposten vor. Vgl. DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1964, S. 112–118.
Zur Erörterung des Vorschlags für Bodenbeobachtungsposten in Genf vgl. auch Dok. 173.

[15] Der Passus „Stichwort: San Franzisko bis Wladiwostok." wurde von Staatssekretär Carstens handschriftlich eingefügt.

[16] Während in Polen, wie in den meisten westeuropäischen Ländern, der Eisenbahnverkehr auf der Normalspur (1,435 m) abgewickelt wurde, bestand in der UdSSR ein Netz von Breitspurbahnen (1,524 m).

desministerium der Verteidigung abgestimmt ist, liegt die Überlegung zugrunde, daß ein System von BBP, wie es die Amerikaner vorgeschlagen haben, die Gefahr der Aufwertung oder gar der Anerkennung der SBZ nur ungenügend ausschließt, daß wir aber andererseits gegenüber dem starken amerikanischen und britischen Drängen unsere eigene Bereitschaft zur Teilnahme unverbindlich bekunden sollten.

Sie werden gebeten, sich in der Diskussion insoweit möglichst nicht festzulegen und nur von diesbezüglichen Überlegungen und Erwägungen zu sprechen. Unser Ziel ist dabei, von einem umfassenden multilateralen Vertragssystem, sollte es je zustande kommen, nicht ausgeschlossen zu bleiben, während die SBZ auf keinen Fall in irgendeiner Form teilnehmen darf.[17]

Carstens[18]

Abteilung II (II 8), VS-Bd. 270

44

Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit Staatspräsident de Gaulle in Paris

Z A 5-28.A/64 geheim **14. Februar 1964**[1]

Der Herr Bundeskanzler führte am 14. Februar 1964 um 11.00 Uhr in Paris im Palais de l'Elysée ein erstes Gespräch unter vier Augen mit dem französischen Staatspräsidenten de Gaulle.

Der Herr Bundeskanzler und General de Gaulle begrüßten eingangs diese Gelegenheit zu freimütigem Meinungsaustausch.

[17] Abgesehen von geringfügigen Änderungen wurden die im vorliegenden Drahterlaß niedergelegten Überlegungen am 17./18. Februar 1964 dem Politischen Ausschuß des NATO-Rats zur Kenntnis gebracht. Vgl. dazu den Drahtbericht des Botschaftsrats I. Klasse Sahm, Paris (NATO), vom 19. Februar 1964; Abteilung II (II 8), VS-Bd. 270; B 150, Aktenkopien 1964.
Am 25. Februar 1964 äußerte sich Ministerialdirektor Krapf zur amerikanischen Reaktion: „In Anbetracht des deutschen politischen Arguments gegen Beobachter bei den Truppeneinheiten sei die amerikanische Seite bereit, diesen Gedanken zunächst fallenzulassen, vorausgesetzt, daß sie sich mit uns über die Stationierung von sowjetischen BBP in der Bundesrepublik Deutschland verständigen könne." Krapf schlug vor, „unter allen bekannten Vorbehalten" den USA die Bereitschaft zur Stationierung von vier Posten in der Bundesrepublik zu bestätigen. Vgl. Abteilung II (II 8), VS-Bd. 270; B 150, Aktenkopien 1964.

[18] Paraphe vom 12. Februar 1964.

[1] Durchdruck.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Kusterer am 18. Februar 1964 gefertigt.
Hat Bundesminister Schröder am 24. und Staatssekretär Carstens am 25. März 1964 vorgelegen.
Zum Besuch des Bundeskanzlers Erhard in Paris vgl. auch OSTERHELD, Außenpolitik, S. 65–72.

Der Herr *Bundeskanzler* berichtete dann zunächst über seine Reisen nach Amerika[2], London[3] und Italien[4]. Er bemerkte, bei diesen Besuchen sei nichts gesagt worden, was er nicht schon bei seinem ersten Gespräch mit General de Gaulle[5] diskutiert habe. Er sei somit in der Lage gewesen, auf allen Stationen dieselbe Position darzulegen und damit eine Vertrauensgrundlage zu schaffen, die, wie er hoffe, für die erfolgreiche Erledigung der gemeinsamen Aufgaben in der Zukunft geeignet sei. Sein Besuch in Amerika habe zunächst dem gegenseitigen Kennenlernen gegolten. Er brauche wohl nicht zu sagen, daß die Amerikaner etwas bestürzt darüber seien, daß die europäische Einigung auf keinem Gebiet, sei es in der EWG oder zwischen der EWG und der EFTA, Fortschritte mache. Insbesondere hinsichtlich der NATO hätten die Amerikaner Besorgnis geäußert. Präsident Johnson sehe diese Dinge zweifellos stark im Hinblick auf die bevorstehenden amerikanischen Wahlen[6]. In der amerikanischen Öffentlichkeit mache sich ebenfalls eine gewisse Bestürzung breit, weil Europa nicht den Weg zu einer Einigung, einer gemeinsamen Linie und einer gemeinsamen Weltbetrachtung finde. Hinsichtlich der NATO habe er dem General ja schon dargelegt, daß die deutschen und die französischen Anschauungen nicht dieselben seien. Die Bundesrepublik sei der NATO treu und könne auf das Bündnis mit Amerika nicht verzichten. Präsident de Gaulle habe ihm das letzte Mal schon sein Verständnis dafür gezeigt. Er (der Herr Bundeskanzler) wisse nicht, ob in dem heutigen Gespräch eine Möglichkeit gefunden werden könnte, mit Unterstützung de Gaulles die NATO zu stärken, um gegenüber einem möglichen Angreifer eine klarere Verteidigungsfront erscheinen zu lassen. Der amerikanische Präsident habe erneut betont, daß er die deutsch-französische Freundschaft nicht nur verstehe, sondern auch begrüße. Darüber hinaus aber wünsche er eine stärkere politische Straffung Europas, um Europa ein ausgeprägteres Profil zu geben. Ohne die amerikanische Politik interpretieren zu wollen, glaube er doch, daß die amerikanische Regierung und auch die amerikanische Öffentlichkeit bestürzt seien. Es gebe eine Reihe von Ereignissen, die für die amerikanische Politik erregend seien: Panama[7], Kuba[8], Zypern[9] (mit der Gefahr, daß zwei NATO-Verbündete in kriege-

[2] Zu den deutsch-amerikanischen Regierungsbesprechungen am 28./29. Dezember 1963 in Stonewall, Texas, vgl. AAPD 1963, III, Dok. 486–491.

[3] Zu den deutsch-britischen Regierungsbesprechungen vom 15./16. Januar 1964 vgl. Dok. 12–15.

[4] Zu den deutsch-italienischen Regierungsbesprechungen vom 27./28. Januar 1964 vgl. Dok. 27–29.

[5] Zu den Gesprächen am 21. November 1963 vgl. AAPD, III, Dok. 421 und Dok. 423.

[6] Die amerikanischen Präsidentschaftswahlen fanden am 3. November 1964 statt.

[7] Nach blutigen Auseinandersetzungen zwischen den amerikanischen Streitkräften und der panamesischen Bevölkerung in der von den USA kontrollierten Kanalzone brach Panama am 10. Januar 1964 die diplomatischen Beziehungen zu den USA ab. Am 16. Januar 1964 erklärte sich Panama nur unter der Bedingung zu einer Wiederaufnahme der Beziehungen bereit, daß über den Abschluß eines neuen Vertrags über den Panama-Kanal verhandelt werde. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1964, Z 26, Z 36 und Z 40.

[8] Am 2. Februar 1964 wurden innerhalb der amerikanischen Hoheitsgewässer vor Florida vier kubanische Fischereifahrzeuge aufgebracht und in Key West interniert. Die kubanische Regierung, die von einer Aufbringung der Boote in internationalen Gewässern ausging, erhob hiergegen Protest und sperrte am 6. Februar 1964 die Wasserzufuhr für den amerikanischen Stützpunkt Guantanamo auf Kuba. Die USA wiesen den Protest zurück und erklärten, Guantanamo sei nicht auf kubanische Wasserlieferungen angewiesen. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1964, Z 49 und Z 52.

[9] Zur Zypern-Frage vgl. zuletzt Dok. 37.

rische Verwicklungen geraten könnten und natürlich habe auch die Anerkennung Pekings durch Paris eine gewisse Erregung in Amerika[10] ausgelöst. Man frage sich, wie eine Neutralisierung Südostasiens[11] denn aussehen könnte und welches die Rückwirkungen auf das russisch-chinesische Verhältnis sowie auf Amerika wären. Von deutscher Seite frage man sich außerdem, ob die Anerkennung Pekings durch Frankreich möglicherweise das deutsche Problem tangieren könnte.[12] Dazu aber werde sich der General sicher noch äußern. Es bestehe somit ein Mißvergnügen in den Vereinigten Staaten; und die Amerikaner versuchten, freundschaftliche Beziehungen mit dem treuesten Partner, Deutschland, aufrechtzuerhalten. Diese Beziehungen bestünden, ohne daß dadurch die gemeinsamen deutsch-französischen Anstrengungen tangiert würden. Beim letzten Gespräch habe der General schon darauf hingewiesen, es wäre ein schlechter Witz, wollte man Deutschland vor die Alternative Frankreich oder Amerika stellen.[13] Er sei für diese Aussage sehr dankbar, weil damit Deutschland die Möglichkeit habe, eine klare Politik zu verfolgen, alles für die Stärkung des deutsch-französischen Verhältnisses und für die Stärkung Gesamteuropas zu tun, andererseits auch das Bündnis mit Amerika zum Schutze Europas aufrechtzuerhalten. Präsident Johnson habe natürlich Wert auf eine Pflege der bilateralen deutsch-amerikanischen Beziehungen gelegt, dabei aber immer wieder darauf hingewiesen, daß Amerika nicht zahlreiche bilaterale Beziehungen mit den europäischen Ländern haben möchte, sondern vielmehr froh wäre, wenn es mit einem ausreichend qualifizierten europäischen Partner sprechen könnte. Damit werde die Frage einer politischen Union aufgeworfen. Abschließend wolle er sagen, daß der amerikanische Präsident die gemeinsamen Bemühungen zur Förderung einer politischen Union Europas[14] sehr begrüßt habe und sich erfreut gezeigt habe, daß es in der EWG gelungen sei, in der Kennedy-Runde zu einer gemeinsamen Linie[15] zu finden.

Bei seinem London-Besuch sei besonders bemerkenswert, daß die Atmosphäre sehr gut gewesen sei. Dies sei deshalb wichtig, weil in den vergangenen Jahrzehnten im Grunde zwischen Deutschland und Großbritannien immer ein gewisses Mißtrauen geherrscht habe. Es sei ihm wohl gelungen, die Briten davon zu überzeugen, daß Deutschland ein vertrauenswürdiger Partner sei. In den eigentlichen Anliegen habe jedoch nicht viel erreicht werden können. Bereits beim letzten Gespräch mit dem französischen Staatspräsidenten sei ja gesagt worden, daß Großbritannien im Augenblick nicht ansprechbar sei. In den europäischen Fragen verhielten sich die Engländer schweigend. Dabei glaube er persönlich jedoch, daß Sir Alec bei einem Sieg der konservativen Partei der europäischen Po-

[10] Die Volksrepublik China wurde am 27. Januar 1964 von Frankreich diplomatisch anerkannt. Zur Unterrichtung der USA über diesen Schritt und zur amerikanischen Reaktion vgl. Dok. 11, Anm. 8, und Dok. 17, Anm. 37.

[11] Auf der Pressekonferenz vom 31. Januar 1964 befürwortete Staatspräsident de Gaulle den Gedanken einer Neutralisierung der südostasiatischen Staaten. Vgl. dazu Dok. 42, Anm. 12.
Zum französischen Vorschlag einer Neutralisierung Vietnams vgl. auch Dok. 11, Anm. 12.

[12] Zu den möglichen Rückwirkungen auf die Politik der Nichtanerkennung vgl. bereits Dok. 17, besonders Anm. 31.

[13] Vgl. dazu Dok. 8, Anm. 5.

[14] Zu den Bemühungen um eine europapolitische Initiative vgl. bereits Dok. 7 und Dok. 22.

[15] Zu den Beschlüssen des EWG-Ministerrats vom 23. Dezember 1963 zur Kennedy-Runde vgl. Dok. 14, Anm. 14.

litik gegenüber sicherlich aufgeschlossener wäre als Labour, das äußerst zögernd sei. Natürlich hätten die Engländer ebenfalls von den neuen Bemühungen erfahren, es bei der EWG nicht bei einem rein wirtschaftlichen Inhalt zu belassen, sondern vielmehr eine politische Einigung anzustreben. Eine sehr klare Haltung habe England dabei nicht bezogen außer dem ausgeprägten Wunsch, daß sich dies nicht in Formen abspielen möge, in die England später nicht mehr hineinpassen würde. England wäre niemals bereit, einer Föderation zuzustimmen und Souveränitätsrechte aufzugeben. Dennoch könne man von englischer Seite im Augenblick keine konkreten Auffassungen erfahren, und bis zu den Wahlen[16] sei wohl nicht sehr viel herauszuholen. Er selbst habe sich sehr zurückgehalten, weil er das Gefühl gehabt habe, daß jegliche weitere Erörterung europäischer Fragen eine Wahlbeeinflussung mehr oder weniger direkter Art hätte darstellen können. Ganz subjektiv sei er jedoch zu der Auffassung gelangt, daß die Konservativen den Akzent stärker auf Europa, Labour den Akzent stärker auf das Commonwealth legten. Andererseits sei er auch der Auffassung, daß es für die Sechs nunmehr mißlich wäre, eine irgendwie geartete Einladung an Großbritannien zu richten, denn es wäre eine Blamage, wenn man nach den Wahlen die Antwort bekäme: „Vielen Dank, aber wir sind nicht interessiert." Er sage dies, obwohl General de Gaulle wisse, daß alle deutschen Parteien im Prinzip einen britischen Beitritt zum Gemeinsamen Markt wünschten, und er selbst habe über diesen Wunsch niemals einen Zweifel gelassen. Dennoch glaube er, daß man warten müsse, bis eine klarere englische Stimme sich erhöbe. Er meine daher nicht, daß in der augenblicklichen Politik diese Frage einer besonderen Berücksichtigung bedürfe, ausgenommen, daß man nichts zementieren dürfe, was für andere Länder später absolut inakzeptabel wäre.

Sein Besuch in Rom sei ebenfalls von großem Interesse gewesen. Beim letzten Gespräch mit General de Gaulle habe ja Einigkeit dahingehend bestanden, daß Europa nicht nur technokratisch sein dürfe, sondern ein politischer Wille dem Gemeinsamen Markt mehr Profil geben müsse. General de Gaulle sei einverstanden gewesen, daß es wünschenswert sei, wenn die Regierungschefs der sechs Länder zusammenträfen und ein politisches Gespräch führten. Dabei sollte Italien die Einladung aussprechen, da es an der Reihe wäre.[17] Vor seiner Abreise nach Rom habe jedoch bereits eine Festlegung durch Präsident Segni stattgefunden, der bislang immer gegen einen britischen Beitritt gewesen sei. Angesichts der veränderten politischen Konstellation in Italien habe Präsident Segni jedoch in den Vereinigten Staaten ganz klar gesagt, daß für Italien eine politische Union nur bei Mitgliedschaft Großbritanniens denkbar wäre.[18]

[16] Die Wahlen zum britischen Unterhaus vom 15. Oktober 1964 führten zu einer Regierungsmehrheit für die Labour Party.

[17] Am 10./11. Februar 1961 fand in Paris und am 18. Juli 1961 in Bonn eine Tagung der Regierungschefs der EWG-Staaten statt. Zur 1962 von Bundeskanzler Adenauer und Staatspräsident de Gaulle angeregten Zusammenkunft in Rom kam es nicht.

[18] Gesandter von Lilienfeld, Washington, berichtete am 17. Januar 1964, der italienische Staatspräsident habe bei seinem Besuch in den USA betont, „eine neue Initiative in der europäischen Einigung sei unbedingt nötig, ebenso wie die endgültige Beteiligung Großbritanniens. Jegliche Initiative müßte daher auch die Unterstützung Großbritanniens haben." Vgl. Abteilung II (II 7), VS-Bd. 1360; B 150, Aktenkopien 1964.
Zum Besuch vom 14./15. Januar 1964 vgl. auch Dok. 28, Anm. 12.

In Rom sei denn auch klar geworden, daß weder der italienische Staatspräsident noch der italienische Ministerpräsident bereit wären, lediglich die Regierungschefs der Sechs einzuladen. Ausschlaggebend dabei sei die politische Konstellation der italienischen Regierung, die von den in sich bereits weit gefächerten Christdemokraten bis zur Nenni-Partei reiche.[19] Die linksgerichteten Elemente erwarteten natürlich einen Wahlsieg von Labour und erhofften sich daraus eine Stärkung der sozialistischen Phalanx in Europa. Staatspräsident Segni habe in Amerika auch erklärt, Italien wünsche weder eine französische noch eine deutsche Hegemonie in Europa. Er (der Herr Bundeskanzler) habe darauf hingewiesen, daß Deutschland gar nicht in diesen Verdacht geraten könne und er auch keine Anhaltspunkte dafür habe, daß Frankreich solche Wünsche hege. Nicht in diesen Kategorien bewegten sich die Gedanken für ein politisches Europa. Er habe einen solchen Verdacht um so stärker zurückgewiesen, weil Deutschland sich heute einen solchen Verdacht nicht leisten könne. Er habe im übrigen den Eindruck, daß die italienische Regierung relativ fest am Ruder sei, denn durch die Spaltung der Nenni-Partei[20] habe eine klare Abtrennung gegenüber den Kommunisten stattgefunden. In seinem eineinhalbstündigen Gespräch mit Herrn Nenni habe er diesen als einen recht urbanen Mann kennengelernt. Herr Nenni habe ihm erklärt, er sei zwar Sozialist und stimme mit den gesellschaftspolitischen Auffassungen des Herrn Bundeskanzlers keineswegs überein, doch sei er für einen freien Rechtsstaat, und das unterscheide ihn klar von den Kommunisten. Die italienische Regierungsfront sei also enger, als man erwartet habe, als Moro Ministerpräsident geworden sei. Hinsichtlich der Vorstellungen des Generals und seiner selbst scheide jedoch Italien aus, und auch die holländische Haltung[21] scheine klar zu sein. Man müsse sich daher überlegen, ob nicht ein anderer Ansatzpunkt für die Fortführung des politischen Gesprächs gefunden werden könne.

Was Deutschland anbelange, so könne er sagen, daß seine Regierungserklärung für einen neuen europäischen Elan[22] gut aufgenommen worden sei. Dasselbe gelte auch für das Ergebnis seiner letzten Gespräche mit General de Gaulle. Trotz der Schwierigkeiten, die sich auf der einen Seite durch England, auf der anderen Seite durch die italienische, holländische und belgische Ab-

19 Zu der seit dem 5. Dezember 1963 amtierenden Koalitionsregierung unter Ministerpräsident Moro vgl. Dok. 23, Anm. 5.

20 Aufgrund des Eintritts der Sozialistischen Partei (PSI) in die Mitte-Links-Regierung unter Ministerpräsident Moro trennte sich am 11. Januar 1964 eine Gruppe linksgerichteter Mitglieder von der Partei und gründete die Sozialistische Partei der Proletarischen Einheit (PSIUP). Vgl. dazu AdG 1964, S. 11006.

21 Zur europapolitischen Haltung der Niederlande vgl. Dok. 15, Anm. 36.

22 Bundeskanzler Erhard erklärte am 9. Januar 1964 vor dem Bundestag, er habe sich gegenüber Staatspräsident de Gaulle für „eine neue Initiative politischer Art zur Neugestaltung Europas" ausgesprochen. Dazu führte er weiter aus: „Jedenfalls ist eine gewisse Malaise in der europäischen politischen Integration zu verzeichnen. Aber die Müdigkeit darf nicht länger auf Europa lasten. Es scheint mir dringend notwendig zu sein, daß wir einen neuen Anlauf nehmen." Vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 54, S. 4843.

sage[23] an den Beginn einer Lösung lediglich im Rahmen der Sechs ergäben, erwarte man in Deutschland, daß in den Bemühungen nicht nachgelassen werde. Er habe gewisse Vorstellungen, wie ein Ansatzpunkt möglicherweise gefunden werden könnte, und werde sich später erlauben, diese Vorstellungen General de Gaulle zu unterbreiten.

General *de Gaulle* bedankte sich für die klare Darstellung der Erfahrungen des Herrn Bundeskanzlers in Washington, London und Rom. Das sei im übrigen genau das, was er selbst erwartet habe, und insofern sei er keineswegs überrascht. Hinsichtlich aller, der Amerikaner, der Engländer, der Italiener, befinde man sich in einer ungeheuren Ungewißheit. Dasselbe gelte natürlich auch für Europa, obschon es gelungen sei, schließlich und letzten Endes den Gemeinsamen Markt herbeizuführen, der wohl seit langem die einzige positive Konstruktion in der Welt sei. Er erlaube sich, seine Auffassungen zu den von dem Herrn Bundeskanzler dargestellten Problemen darzulegen, obschon er seit langem nicht mehr in den genannten Ländern gewesen sei. Die Amerikaner seien melancholisch, und das sei sehr verständlich. Sie sähen sich zahlreichen Problemen gleichzeitig gegenüber, könnten aber keines dieser Probleme lösen. Sie kämen nicht aus dem Kuba-Problem raus, sie kämen nicht aus dem Vietnam-Problem[24] raus, wo sie in der Kriegführung den Platz der Franzosen eingenommen hätten und wo sie genauso wenig wie Frankreich den Sieg davongetragen hätten noch davontragen würden. Die Amerikaner hätten viel und immer mehr Ärger mit Lateinamerika, angefangen in Panama, aber auch an anderen Stellen. Was Europa anbelange, so wüßten sie nicht, was sie tun sollten. Den Amerikanern stünden genau wie den Europäern die Sowjets gegenüber, und die Amerikaner hätten begriffen, daß Rußland immer noch Rußland sei und daß im Tatsächlichen trotz gewisser scheinbarer Möglichkeiten wie zum Beispiel dem Atomstoppvertrag[25] eine echte Einigung zwischen der Sowjetunion und der freien Welt, insbesondere in der Deutschlandfrage, einfach nicht möglich sei. Amerika befinde sich somit in einer mißlichen Lage, die allerdings nicht kritisch sei, denn die Amerikaner verfügten über ungeheure Möglichkeiten und riskierten weder nach innen noch nach außen viel – ärgerlich aber sei es doch. Er (de Gaulle) wolle nicht die Gründe suchen, warum Amerika in diese Situation gelangt sei, denn es gebe zahlreiche Gründe, die in dem eigenen Verhalten und den Illusionen Amerikas seit langem zu suchen seien. Dennoch lasse sich an der Tatsache als solcher nichts ändern. Dann gebe es natürlich auch gewisse Länder wie Frankreich, das eigene Initiativen ergreife, ohne deswegen das atlantische Bündnis zu zerbrechen oder sich von ihm zu trennen, das aber doch in Europa, in Asien, in Afrika, in Lateinamerika eigene Initiativen ergreife. Talleyrand habe einmal gesagt: „Übertriebenes zählt nicht." Was die Amerikaner insbesondere hin-

[23] Botschaftsrat I. Klasse Röhrig, Brüssel, berichtete am 27. November 1963 dagegen, der belgische Außenminister Spaak sei der Auffassung, „daß man sich von einer Initiative zur politischen Einigung Europas nicht durch den Blick auf England abhalten lassen dürfe. England sei willkommen, wenn es sich an dieser Initiative beteiligen wolle, es dürfe aber nicht als Hemmschuh wirken." Vgl. Abteilung I (I A 1), VS-Bd. 10; B 150, Aktenkopien 1963.

[24] Zur Lage in Vietnam vgl. Dok. 123, Anm. 9.

[25] Für den Wortlaut des Teststopp-Abkommens vom 5. August 1963 vgl. DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1963, S. 291–293.

sichtlich der französischen Haltung sagten, sei übertrieben, zähle also nicht. Es gehe jedoch ein großer Umwandlungsprozeß für Amerika und im amerikanischen Verhältnis zur Welt vor sich, eine Umwandlung, die Amerika noch nicht akzeptiert habe und von der man sich fragen müsse, ob die Amerikaner sie akzeptieren würden. Vor den amerikanischen Wahlen würden sie dies jedenfalls nicht tun. Danach müsse man erst einmal abwarten. Jedenfalls gebe es für Frankreich, das ein absolut entschlossener Verbündeter Amerikas sei, nur einen Gegner, nämlich die Sowjetunion. Frankreich sei aber noch mehr denn je entschlossen, seine ihm eigene Politik zu verfolgen. Es sei der natürliche Wunsch Frankreichs, daß diese Politik soweit nur irgend möglich mit der Bundesrepublik abgesprochen und gemeinsam sei, obwohl er wisse, daß sich die Bundesrepublik heute gegenüber Amerika in einer Sonderstellung befinde, die Frankreich auch respektiere. Diese Situation Deutschlands sei aber nicht genau die Situation Frankreichs. Auch das sei eine Tatsache, deswegen fühle sich Frankreich keineswegs unangenehm berührt, wenn Amerika der Bundesrepublik Avancen mache und die Bundesrepublik bei den Amerikanern besonders gern gesehen sei.

General de Gaulle fuhr fort, auch die Engländer seien melancholisch. Die innenpolitische Lage Englands sei unbestimmt, und bisher wüßten die Engländer nicht, welche Richtung sie einschlagen wollten, insbesondere gegenüber Osteuropa. Die Engländer seien unbestimmt auch in ihrer Haltung gegenüber Rußland, ganz besonders in der entscheidenden Frage Deutschland. Hier seien sie unentschlossen. Darüber hinaus seien sie unglücklich über ihr Engagement in gewissen Teilen der Erde, so zum Beispiel in Zypern, Ostafrika[26], in Malaysia[27]. Dort hätten die Engländer eine etwas künstliche Konstruktion erfunden, um die Zügel in der Hand zu behalten, ohne jedoch dies nach außen deutlich werden zu lassen. Das aber funktioniere nicht richtig, und das mache die Engländer traurig. Die Engländer hätten zwei widersprüchliche Dinge gleichzeitig tun wollen: nach Europa gehen, ohne nach Europa zu gehen. Wenn man aber nicht entschlossen sei, könne man keine Politik verfolgen, und die Engländer seien in jedem Bereich unentschlossen. Sie betrieben daher eine Politik von Tag zu Tag, versuchten, die Amerikaner zu streicheln, was ihnen eine liebe Gewohnheit geworden sei und wo sie auch kaum anders könnten. Gleichzeitig versuchten sie, den Russen manches Lächeln zu schenken, ohne eine rechte Hoffnung zu haben, daß etwas daraus werden könnte. Und was Europa anbelange, so warteten sie einfach zu, und das sei das einzige, was sie tun könnten, denn sie wüßten nicht, wohin sie zu gehen beliebten. So seien die Tatsachen. Er wolle keineswegs über die Engländer etwas Abträgliches sagen, er habe im Gegenteil eine große Hochachtung vor dem englischen Volk und wisse, daß dieses Volk noch keineswegs am Ende seiner politischen Laufbahn angekommen sei. Im derzeitigen Augenblick jedoch „hingen sie in der Luft", hätten keine bestimmte Politik.

Über Italien wolle er nicht sehr viel sagen, denn trotz der neuen Regierungssituation befinde sich Italien im Augenblick nicht in einem Zustand, der ihm die

[26] Zu den Spannungen im britischen Protektorat Südrhodesien vgl. Referat I B 3, Bd. 490.

[27] Zum Konflikt zwischen Malaysia und Indonesien vgl. Dok. 15, Anm. 47.

Wahl einer bestimmten Richtung gestatten würde. Also lasse es im wesentlichen den Einfluß Washingtons über sich ergehen, was ganz natürlich sei, insbesondere angesichts der Wirtschaftslage[28]. Dieser Einfluß führe im übrigen nirgendwo bestimmtes hin, aber er erleichtere die derzeitige Lage, und man dürfe daher von den Italienern nicht erwarten, daß sie sich entschlössen.

In dieser großen Ungewißheit, die keineswegs endgültigen Charakters, aber doch heute gegeben sei, sehe Frankreich keinen anderen Weg, als seinen eigenen Weg weiterzugehen. Es wolle damit niemanden verletzen, es wolle vor allem nichts zerreißen. Es wolle aber auch nicht in der Ungewißheit der anderen gefangen bleiben. Deswegen versuche es, einen Weg zu finden und zu gehen. Was Europa anbelange, so sei Frankreich aufrichtig und habe es, ebenso wie Deutschland, in der wirtschaftlichen Gestaltung bewiesen. Ebenso aufrichtig habe es gehandelt, als es den Vorschlag der politischen Zusammenarbeit[29] gemacht habe. Angesichts der allgemeinen Ungewißheit heute sehe er jedoch nicht recht, was man auf diesem Gebiet tun könne. Frankreich lasse sich im übrigen durch diese Ungewißheit in der Welt nicht über die Maßen beunruhigen. Er glaube, daß die Welt eine Geschichtsepoche, die man die Nachkriegsepoche nennen könnte, abschließe und sich auf eine neue Epoche zubewege, die man nicht kenne, die aber sicherlich nicht auf den gleichen Elementen aufbaue, die man seit Kriegsende gekannt habe. Diese neue Epoche werde weder auf Jalta[30], noch auf der NATO in ihrer Anfangskonzeption, noch auf der bisherigen Weigerung der freien Welt, insbesondere Amerikas, entweder den Frieden oder den Krieg zu wählen, aufgebaut sein. Er glaube, daß große Umwandlungen sich ankündigten, die man heute noch nicht kennen könne. Darum müsse man warten können. Er wolle eines ganz klar sagen: Frankreich habe es weder eilig, noch sei es beunruhigt.

General de Gaulle erklärte dann, er wolle noch ein Wort sagen zu der Initiative, die Frankreich ergriffen habe und die Amerika und einige andere Länder so sehr unbequem empfunden hätten: die Anerkennung Pekings. Zuerst sei zu sagen, wenn die Bundesrepublik nicht konsultiert worden sei[31], sondern nur unterrichtet, dann hauptsächlich, um die Bundesrepublik nicht in eine peinliche Lage zu bringen. Der Besuch des Herrn Bundeskanzlers in Amerika habe gerade bevorgestanden, und er (de Gaulle) wisse, wie sehr der Herr Bundeskanzler gerade jetzt die Beziehungen mit Amerika schätze. Wäre bekannt geworden, daß Frankreich diese Initiative mit deutscher Zustimmung ergriffen hätte, wäre der Herr Bundeskanzler in eine höchst unangenehme Lage gegenüber Amerika geraten. Im übrigen seien die Amerikaner seit Wochen unterrichtet gewesen, daß Frankreich zu diesem Schritt entschlossen sei.

Die Gründe für eine Anerkennung Pekings sähen wie folgt aus: Er glaube, daß China heute eines jener ganz neuen Elemente in der ganzen Welt darstelle, die man nicht einfach ignorieren könne. Sie zu ignorieren, sei bisher die Politik der Amerikaner gewesen, der auch Frankreich gefolgt sei. Er aber glaube

[28] Zur Wirtschaftslage in Italien vgl. auch Dok. 134.

[29] Zu den von Frankreich initiierten Fouchet-Plänen vom 2. November 1961 bzw. 18. Januar 1962 vgl. Dok. 7, Anm. 10.

[30] Die Konferenz von Jalta fand vom 4. bis 11. Februar 1945 statt.

[31] Vgl. dazu Dok. 11, besonders Anm. 7.

nicht, daß diese Politik noch irgendwelche Berechtigung habe. Eine Anerkennung Pekings bedeute keineswegs, daß man mit dem Regime von Mao Tsetung einverstanden sei, das Frankreich verabscheue. Die Franzosen seien aber der Auffassung, daß es nicht gut sei, auf die Dauer dieses ungeheure China links liegen zu lassen. Über diesen allgemeinen Beweggrund hinaus habe es für Frankreich auch konkrete neue Gründe gegeben. Da sei zunächst einmal die Tatsache, daß Rußland und China sich nicht mehr vertrügen[32] und sich, je länger es währe, immer weiter auseinanderentwickeln würden. Damit stünden die Chinesen im Rücken der Sowjetunion, die ja als eventueller Gegner in Frage käme. Das sei ein neues Element, das zu ignorieren man kein Recht habe. Vielmehr sei es absurd, dieses China, das den Sowjets im Rücken stehe, das sich immer mehr von ihnen entferne und ganz allmählich sogar eine Gegnerschaft gegen Rußland entwickle, links liegen lassen zu wollen. Der zweite unmittelbarere Beweggrund sei die Lage in Asien und ganz besonders in dem verfaulten Südostasien gewesen. Frankreich kenne dieses Gebiet sehr gut. In einem langen Gespräch mit Präsident Kennedy[33] habe er ihm schon angekündigt, daß alles, was Amerika nach Frankreich[34] in Indochina versuchen werde, genauso fehlschlagen werde, wie es den Franzosen mißlungen sei. Der Gedanke, mit einigen antikommunistischen Elementen in Indochina einen Krieg gegen die ungeheure kommunistische Masse in China und seinen Verlängerungen führen zu wollen, könne niemals zum Sieg führen. Oder aber man müßte wirklich Krieg führen, das aber hieße Atombomben auf Peking und Hanoi usw., etwas, was MacArthur schon einmal gewollt habe[35], wo ihm aber die amerikanische Führung nicht gefolgt sei. Eine Lösung für Südostasien gebe es heute nicht, das einzige, was es geben könnte, wäre ein Modus vivendi. Ein Modus vivendi aber sei nur denkbar in der Neutralisierung; so wie es der arme Sihanouk in Kambodscha[36] getan, der arme Souvannah Phouma in Laos[37] versuche, unterstütze auch Frankreich eine Neutralisierung von Vietnam, allerdings ganz Vietnam, das heißt Nord und Süd.[38] Dies sei die

32 Zum sowjetisch-chinesischen Konflikt vgl. Dok. 11, Anm. 4.

33 Zum Gespräch während des Besuchs des amerikanischen Präsidenten vom 31. Mai bis 2. Juni 1961 in Paris vgl. DE GAULLE, Mémoires d'espoir. Le renouveau 1958-1962, S. 267–269.

34 Nach der Niederlage im Indochina-Krieg 1954 zog Frankreich seine Truppen zurück und legte am 10. Februar 1955 das militärische Kommando in die Hände der südvietnamesischen Behörden.

35 Zu den während des Korea-Kriegs Ende 1950 von General MacArthur vorgetragenen Überlegungen, strategische Ziele im chinesischen Hinterland zu bombardieren, vgl. Harry S. TRUMAN, Memoirs. Years of Trial and Hope, New York 1956, S. 394 f. und S. 433–450; Douglas MACARTHUR, Reminiscences, London 1964, S. 368–389.

36 Staatschef Prinz Norodom Sihanouk sprach sich am 8. Februar 1964 erneut für die Einberufung einer internationalen Konferenz aus, auf der der Neutralitätsstatus Kambodschas garantiert werden sollte. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1964, Z 48.

37 Vom 21. bis 24. Juli 1962 tagte in Genf eine Außenministerkonferenz, die mit der Unterzeichnung einer Deklaration und eines Protokolls über die Neutralität von Laos abschloß. In der im Anschluß an die Laos-Konferenz gebildeten Koalitionsregierung waren neben den Befürwortern der Neutralität mit Ministerpräsident Souvanna Phouma an der Spitze auch Kommunisten und rechtsgerichtete Kräfte vertreten. Die Gegensätze zwischen den drei Gruppierungen, von denen jede einen Teil des Landes militärisch kontrollierte, konnten jedoch nicht beigelegt werden. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1962, D 399–405 und Z 167; EUROPA-ARCHIV 1963, Z 107 f., Z 130, Z 140 und Z 153; EUROPA-ARCHIV 1964, Z 49.

38 Dieser Satz wurde von Staatssekretär Carstens hervorgehoben. Dazu Fragezeichen am Rand.

einzig menschenmögliche Art, in jenem Teil der Welt ein gewisses Maß von Frieden zu erreichen. Die Politik, sich zu schlagen, könne zu nichts führen außer zum schließlichen Erfolg der Kommunisten. Daran könne es gar keinen Zweifel geben. Habe man Kontakte mit China, dann sei es denkbar, daß China für den Augenblick in einer Neutralisierung Südostasiens einen gewissen Vorteil erblicke, denn der Ärger in jenem Gebiet könne auch für China unangenehm sein, weil es sein eigenes Land organisieren und seiner inneren Schwierigkeiten Herr werden müsse, weil es die Beziehungen mit der freien Welt und mit Afrika suche. Es sei also denkbar, daß China in der Praxis ebenfalls ein gewisses Interesse an einer Neutralisierung Südostasiens habe. China sei im Jahre 1954 ja auch in der Genfer Konferenz über Indochina vertreten gewesen, wo die Neutralisierung beschlossen worden sei.[39] Möglicherweise wäre es wieder dazu bereit, jedenfalls aber müsse man den Versuch machen. Den Versuch könne man aber nur machen, wenn man diplomatische Beziehungen habe. Aus diesen Gründen allgemeiner und spezifischer Art glaube er, daß man aus der bisherigen negativen Haltung herausgehen und mit Peking in Kontakt zu kommen versuchen müsse. Dabei mache sich Frankreich keinerlei Illusionen. Es sei von einem Mythos die Rede gewesen. Daran glaube Frankreich nicht. Aber vielleicht sei hier ein positives Element zu finden. Auf jeden Fall sehe Frankreich keinen Nachteil darin. Dadurch werde keineswegs das Kräfteverhältnis verändert. Viele Länder hätten Beziehungen mit Peking[40] (Holland, England, Dänemark, die Schweiz), ohne daß dadurch das Kräfteverhältnis verschoben werde, und er glaube, daß es weder für diese Länder noch für Frankreich eine Gefahr bedeute. Schon viele Wochen vor der tatsächlichen Anerkennung seien die Amerikaner unterrichtet worden. Jetzt so zu tun, als sei man über alle Maßen verblüfft, sei nicht gerade ein Zeichen guten Glaubens. Im übrigen messe er dieser Tatsache keine übertriebene Bedeutung bei.

Der Herr *Bundeskanzler* bedankte sich für diese Darlegung der allgemeinen Auffassungen des Generals. General de Gaulle habe davon gesprochen, daß die Amerikaner melancholisch seien. Er glaube, daß die Politik der Amerikaner etwas sentimental geworden sei, denn sie hätten dieses messianische Sendungsbewußtsein, hätten überall geholfen und dafür keine Dankbarkeit erhalten. Es sei auch kein Zweifel, daß die Amerikaner einfach nicht die Sprache fänden, die etwa in Lateinamerika ankomme.

An dieser Stelle warf General *de Gaulle* ein, in der Politik gebe es keine Gerechtigkeit.

Der Herr *Bundeskanzler* fuhr fort, die Amerikaner erklärten, der aggressivste Kommunismus sei der chinesische Kommunismus. Die Amerikaner hätten außerdem in Südostasien 150 bis 180 tausend Menschenleben geopfert[41] und könnten sich einfach von dort nicht zurückziehen. Sie glaubten auch, daß die aggressive Haltung in Kambodscha und Laos von China gesteuert sei und daß man ihr entgegentreten müsse. Die Amerikaner glaubten nicht an eine Neu-

[39] Für den Wortlaut der Schlußakte der Konferenz vom 21. Juli 1954 vgl. EUROPA-ARCHIV 1954, S. 6822–6824.

[40] Zur Anerkennung der Volksrepublik China durch verschiedene NATO-Staaten vgl. Dok. 11, Anm. 3.

[41] Vor allem im Zweiten Weltkrieg sowie im Korea-Krieg.

tralisierung, seien vielmehr der Auffassung, daß diese Länder dabei früher oder später voll kommunistisch würden und damit der von China abhängige Gürtel bis Indonesien sich erstrecke. Das sei im übrigen auch die britische Haltung in der Malaysia-Frage. Was die amerikanischen Beziehungen zu Europa anbelange, so erklärten die Amerikaner, daß Deutschland der treueste Bündnispartner in Europa sei, einem Europa, das sich heute nicht alleine verteidigen könne und zu dessen Verteidigung Amerika in Verträgen sich feierlich verpflichtet habe. Deutschland sei daran höchst interessiert. Er glaube, daß die Amerikaner auch ihre Illusionen über die Möglichkeiten einer Entspannung verloren hätten. Dennoch meine er, daß angesichts dieser Bemühungen das amerikanische Volk gewisse Dinge fordere, damit die finanziellen Opfer verständlich würden. Auf all seinen Reisen habe er Einigkeit dahingehend gefunden, daß die besuchten Länder für die NATO, für die atlantische Partnerschaft und für ein Einstehen in der Deutschland- und Berlin-Frage seien. Die Freundschaft des deutschen Volkes für Frankreich entspringe drei Wurzeln: der Befreiung von der geschichtlichen Tragik, der Überzeugung, daß Frankreich unter allen Umständen zu Deutschland stehen werde in der Frage der Wiedervereinigung und im Berlin-Problem, und darauf aufbauend der engen Gemeinschaft der beiden Völker. Er wäre dankbar, wenn Frankreich in der Behandlung des deutschen Vorschlages in der Botschaftergruppe[42] eine positive Haltung einnähme. Für Europa und Deutschland sei Rußland natürlich der große Feind, denn es stehe unmittelbar vor Deutschlands Türe, und alles Leiden der Bevölkerung in der SBZ sei auf Rußland zurückzuführen. Er frage sich aber, ob man Rußland als die einzige Gefahr in der Welt darstellen könne, und glaube, daß man China dabei unbedingt mitrechnen müsse. General de Gaulle habe gesagt, man könne nicht an China vorbeigehen. Der Gedanke einer Anerkennung der Realitäten bringe jedoch eine gefährliche Anspielung mit sich, denn Chruschtschow erkläre ja immer wieder, die Bundesrepublik betreibe eine unrealistische Politik, weil es die tatsächliche Spaltung Deutschlands nicht anerkennen wolle. Sicherlich sei der russisch-chinesische Konflikt kein rein ideologischer Konflikt, sondern eine Frage der Machtpolitik. Im Augenblick jedoch brauche Rußland vor China keine Angst zu haben, denn es sei ihm militärisch weit überlegen. China aber Hilfestellung zu leisten für seine wirtschaftliche und soziale Entwicklung, wäre äußerst schwierig und würde ungeheure Anstrengungen erfordern. Selbst wenn China mehr Gewicht bekomme, so erlaube er sich doch die Frage, ob denn dann nicht doch angesichts der kapitalistischen Spaltungsversuche eine Möglichkeit bestünde, daß die beiden immerhin kommunistischen Länder wieder zusammenfänden und man sich wiederum einem monolithischen kommunistischen Block gegenübersähe. Entwickelten sich die beiden Länder auseinander, dann könnte man der Auffassung sein, daß Rußland vielleicht eher bereit wäre, mit Europa zu einem besseren Verständnis zu kommen. Er glaube, daß eine Beantwortung dieser Frage nicht mit absoluter Gültigkeit erfolgen könne. Ein gewisses Risiko bleibe bestehen. Er sei mit de Gaulle einer Meinung, daß die Welt aufgebrochen sei zu einer neuen Epoche. Er frage aber, ob nicht gerade in dieser Situa-

[42] Für den Wortlaut der Deutschland-Initiative (Fassung vom 3. Januar 1964) vgl. Dok. 3.
Zur Einführung der Deutschland-Initiative am 15. Januar 1964 in der Washingtoner Botschaftergruppe vgl. Dok. 10, Anm. 10.

tion die freie Welt ihre Kräfte noch stärker vereinigen müsse. Die Amerikaner sagten, man werde mit dem Kommunismus nicht fertig, wenn man ihn nicht gemeinsam bekämpfe. In Europa habe er (der Herr Bundeskanzler) festgestellt, daß England und Italien zwar noch nicht zu einer endgültigen Antwort in der Frage der MLF[43] bereit seien, doch glaube er, daß sie letztlich beide zustimmen werden, weil sie befürchteten, daß die freie Welt sich sonst noch mehr trenne. Es stelle sich auch die Frage, ob sich nicht das Stimmenverhältnis in den Vereinten Nationen verändern würde, wenn China Mitglied würde.[44] Er könnte sich nicht vorstellen, daß Rußland und China gegeneinander stimmen würden. Die Anerkennung Pekings durch Frankreich habe ja auch bei Chruschtschow eine positive Reaktion[45] hervorgerufen, obschon er glaube, daß Chruschtschow in Wirklichkeit etwas anders darüber denke. Dies seien seine Bedenken. Er verstehe die Haltung Frankreichs, frage sich aber, ob die Antwort wirklich so eindeutig gegeben werden könne. Versöhnten sich Rußland und China doch wieder, dann hätte Rußland den Rücken frei, und man könnte dann kaum noch hoffen, Europa gegen diese Aggression verteidigen zu können. Auch die Amerikaner fragten sich natürlich, ob der amerikanische Einsatz denn noch fruchtbringend sein könne, wenn nicht alle dasselbe Spiel spielten. Er kenne die Zweifel von General de Gaulle, und er selbst habe gewisse Zweifel, aber weniger, weil Amerika sich etwa aus primär nationalen Interessen zurückziehen könnte, als vielmehr aus einer gewissen Resignation heraus. In einer sich verändernden Welt brauche man gute Freunde und treue Verbündete.

Der Herr Bundeskanzler kam dann auf die politische Einigung Europas zu sprechen und fragte, ob General de Gaulle einverstanden sein könnte, daß die Ratsmacht in der EWG[46] die sechs Regierungschefs einlade. Damit würde sich das England-Problem gar nicht stellen. Dies wäre ein Schritt, dem sich die Partner nicht entziehen könnten.

Angesichts der Zeitknappheit beschränkte sich General *de Gaulle* auf die Beantwortung der Frage einer Analogie, die man zwischen der Anerkennung Pekings und der Anerkennung der SBZ ziehen könnte, und er erklärte, die Haltung Chruschtschows[47] und Ulbrichts[48] in diesem Zusammenhang sei eine

[43] Zu den MLF-Verhandlungen vgl. besonders Dok. 104.

[44] Zur möglichen Aufnahme der Volksrepublik China in die UNO vgl. Dok. 11, Anm. 5, und Dok. 17, Anm. 36.

[45] Botschafter Groepper, Moskau, berichtete am 6. Februar 1964, sowohl Ministerpräsident Chruschtschow als auch der sowjetische Außenminister Gromyko hätten den französischen Schritt als „vernünftig und verständlich" bezeichnet. Vgl. Abteilung I (I A 3), VS-Bd. 160; B 150, Aktenkopien 1964.

[46] Den Vorsitz im EWG-Ministerrat hatte seit dem 1. Januar 1964 Belgien inne. Am 1. Juli 1964 wechselte der Vorsitz turnusgemäß an die Bundesrepublik Deutschland.

[47] In einem Kommentar führte Nikolaj Poljanow zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Frankreich und der Volksrepublik China aus, „daß die Politik der Isolierung dieses oder jenes sozialistischen Staates, die Politik der ‚Nichtanerkennung', sich in schärfstem Konflikt mit der Wirklichkeit befindet und daher unausweichlich zum völligen Mißerfolg verurteilt ist". Vgl. IZVESTIJA, Nr. 23 vom 28. Januar 1964, S. 1.

[48] Im Zusammenhang mit der Anerkennung der Volksrepublik China durch Frankreich wurde in der DDR gemeldet, in der Bundesrepublik habe man Angst vor der „Ausbreitung der Vernunft" und fürchte, „daß eine realistische Haltung gegenüber der Volksrepublik China Schule machen

reine Propagandaangelegenheit. Sagen zu wollen, daß eine Analogie zwischen der Lage in China, das zweigeteilt sei, und der Lage in Deutschland, das zweigeteilt sei, bestehe, sei reines Propagandagerede. Für Frankreich bestehe hier überhaupt kein Zusammenhang. Er wisse, daß gewisse amerikanische Kreise diese Argumentation aufgenommen hätten, und sei sehr böse darüber. Die chinesische Revolution sei eine chinesische Angelegenheit gewesen, in China und nur von Chinesen gemacht. Selbst die Amerikaner hätten ihre Streitkräfte zurückgezogen, und die Sowjets seien nie dort gewesen. Es sei also eine rein chinesische Angelegenheit. Die Lage in Deutschland habe damit nicht das Geringste gemeinsam. Wenn es ein Ostdeutschland gebe, so nur, weil dort die Rote Armee stehe, und stünde sie nicht dort, so wäre Ostdeutschland nicht mehr lange Ostdeutschland. Darüber habe Chruschtschow weniger Zweifel als irgend jemand anderer. Das Argument von Chruschtschow und Ulbricht sei ausgesprochen böswillig, leider aber von einigen Amerikanern übernommen worden.

Zu dem Vorschlag des Herrn Bundeskanzlers für ein Treffen der europäischen Regierungschefs sagte General de Gaulle, er müsse sich das natürlich noch durch den Kopf gehen lassen, doch wäre es dann ja so, daß ein Minister die Regierungschefs einlade. Es erschiene ihm etwas bizarr, wenn die Regierungschefs sich nicht treffen könnten, ohne von einem ihrer Minister eingeladen zu sein.

Der Herr *Bundeskanzler* erwiderte, es würde sich dabei ja nicht um die Einladung durch einen Minister, sondern durch den Ministerrat als Institution der Gemeinschaft, als deren Sprecher die Ratsmacht auftreten würde, handeln.

Das Gespräch endete um 13.10 Uhr.

Ministerbüro, VS-Bd. 8511

Fortsetzung Fußnote von Seite 214

und den endgültigen Zusammenbruch der Hallstein-Doktrin herbeiführen werde". Vgl. den Artikel „Erklärung des chinesischen Außenministers"; NEUES DEUTSCHLAND, Nr. 29 vom 29. Januar 1964, S. 7.

Anläßlich eines Empfangs französischer Abgeordneter durch den Staatsratsvorsitzenden Ulbricht am 5. Februar 1964 hieß es in einem Kommentar: „Der Besuch der französischen Parlamentarier in der DDR ist ein weiterer Beweis, daß der Geist der Verständigung unaufhaltsam seine Brücken schlägt – buchstäblich über die Köpfe der Bonner Neandertaler hinweg." Vgl. NEUES DEUTSCHLAND, Nr. 37 vom 6. Februar 1964, S 1. Vgl. dazu auch den Artikel „Eine Aussprache im Sinne freundschaftlicher Beziehungen. Walter Ulbricht diskutierte mit französischen Parlamentariern über Frieden, Erdöl, Chemie und Touristik"; NEUES DEUTSCHLAND, Nr. 38 vom 7. Februar 1964, S. 2.

45

Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem französischen Außenminister Couve de Murville in Paris

Z A 5-30.A/64 geheim **14. Februar 1964**[1]

Der französische Außenminister, M. Couve de Murville, empfing am 14. Februar 1964 um 11 Uhr den Herrn Bundesminister des Auswärtigen zu einem Gespräch unter vier Augen im französischen Außenministerium.

Nach der Begrüßung erklärte der Herr *Minister*, er möchte diese Gelegenheit benutzen, um zunächst über eine unangenehme Sache, die Argoud-Affäre[2], zu sprechen. Er habe am Vortage vor dem außenpolitischen Ausschuß des Bundestags unter anderem einen Bericht[3] über diesen Fall abgeben müssen. Vom deutschen Standpunkt aus betrachtet, lägen die Dinge wie folgt: Der Fall Argoud habe sich leider durch einen bedauerlichen Zufall einen Monat nach der Unterzeichnung des deutsch-französischen Vertrags[4] ereignet. Die in der öffentlichen Meinung laut gewordenen Vorwürfe hielten an. Zum Tatbestand sei zu sagen, daß von der Staatsanwaltschaft München aus ein Rechtshilfeersuchen an Frankreich[5] ergangen sei, das zunächst eine gewisse Resonanz gefunden habe, inzwischen aber im Sand verlaufen sei. Leider sei in dieser Richtung nichts weiter geschehen. In der Zwischenzeit sei Argoud in Frankreich verurteilt worden[6], und es schwebe zur Zeit eine Kassationsbeschwerde, eine Angelegenheit der französischen Jurisdiktion. In der letzten deutschen Note[7] seien drei Vorschläge gemacht worden: Konsultation – Schlichtung – Schiedsverfahren. Die französische Regierung habe geantwortet, ein derartiges Verfahren sei nicht besonders glücklich und unvereinbar mit der gegenseitigen deutsch-französischen Freundschaft, und sie sei auf die konkreten Vorschläge nicht eingegangen. Sie habe erneut darauf hingewiesen, daß die französische Regierung nie eine Weisung oder einen Befehl zur Festnahme von Argoud erteilt habe. Die Bundesregierung habe dem französischen Botschafter gegen-

[1] Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Dolmetscherin Bouverat am 19. Februar 1964 gefertigt. Hat Bundesminister Schröder am 21. Februar 1964 vorgelegen.

[2] Vgl. dazu bereits Dok. 8, besonders Anm. 18.

[3] Der Fall Argoud wurde am 13. Februar 1964 im Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten erörtert. Vgl. dazu Referat L 1, VS-Bd. 71.
Zur Erörterung des Falls Argoud am 7. Januar 1964 im Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten vgl. den Vermerk des Ministerialdirektors von Haeften; Abteilung I (I A 3), VS-Bd. 38; B 150, Aktenkopien 1964.

[4] Für den Wortlaut des deutsch-französischen Vertrags vom 22. Januar 1963 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 706–710.

[5] Die Wörter „an Frankreich" wurden von Bundesminister Schröder handschriftlich eingefügt.

[6] Der französische Sondergerichtshof für Staatssicherheit verurteilte Antoine Argoud am 30. Dezember 1963 zu lebenslanger Haft. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1964, Z 12.
Der Antrag der Verteidigung auf Revision des Urteils wurde am 4. Juni 1964 vom französischen Kassationsgerichtshof zurückgewiesen. Vgl. dazu den Artikel „Keine Revision für Oberst Argoud"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 128 vom 5. Juni 1964, S. 4.

[7] Zur Note vom 6. Januar 1964 und zur französischen Antwort vom 30. Januar 1964 vgl. bereits Dok. 8, Anm. 19 und 20.

über zum Ausdruck gebracht, daß die französische Antwortnote nicht zufriedenstellend sei.[8] Er (der Herr Minister) schneide die Frage gerade im Interesse ungestörter Beziehungen an, da man den Versuch unternehmen müsse, vorwärts zu kommen. Deshalb habe er zunächst den deutschen Standpunkt dargelegt. Er brauche nicht hinzuzufügen, daß auf deutscher Seite selbstverständlich nicht die geringste Sympathie für Argoud bestehe. Aus einer Untersuchung der Staatsanwaltschaft München gehe aber hervor, daß die Leute, die Argoud aus Deutschland entführt haben, in Verbindung mit Sicherheitsdienststellen in Baden-Baden und Versailles gestanden hätten, was sich aus den Telephongesprächen ergeben habe. Dies bedeute mit anderen Worten, daß zwar nicht die französische Regierung als solche, wohl aber französische Dienststellen eingeschaltet wurden.[9] Nun müsse aber die Spitze, also die Regierung, selbst wenn sie im einzelnen nicht unterrichtet ist, für die Handlungen der untergeordneten Stellen einstehen. Dies sei in jedem Apparat so. Oft müsse man für etwas die Verantwortung übernehmen, das von einer untergeordneten Stelle ausgegangen sei. Wenn etwas Derartiges vorkomme, sei es in der Praxis so, daß man sein Bedauern ausspreche, die Zusicherung gebe, daß die Beteiligten zur Rechenschaft gezogen werden, und dafür sorge, daß eine Wiederholung in Zukunft ausgeschlossen sei. Dies seien theoretisch die drei Arten, wie man einen derartigen Fall behandle. Wenn nichts unternommen werde, bitte er um Verständnis dafür, daß die Gemüter sich nicht beruhigen würden, es würde ein häßlicher Stachel bleiben, und die Angelegenheit würde immer wieder zur Diskussion gestellt werden. Wenn von beiden Seiten aber die Absicht bestehe, die gegenseitigen Beziehungen so gut wie möglich zu gestalten, so müsse eine Lösung gesucht werden, um zu vermeiden, daß ein wirklicher Schaden entstehe. Er wäre daher dem französischen Außenminister sehr dankbar, wenn er sich die Frage anhand der genannten Argumente noch einmal überlegte. Die letzte französische Note sei noch nicht beantwortet worden. Es sei möglich, daß der Bundeskanzler mit dem französischen Staatspräsidenten über die Frage sprechen werde.[10]

Da ihm (dem Herrn Minister) jedoch auf deutscher Seite die größte Verantwortung für eine Lösung zukomme, lege er Wert darauf, seinerseits eine Darstellung über die Dinge zu geben. Er hoffe sehr, daß eine Lösung gefunden werde, die es der Bundesregierung ermögliche, einen Schlußstrich unter die Angelegenheit zu ziehen und sich zufrieden zu erklären, je schneller desto besser. Er könnte seine Ausführungen noch weiter vertiefen; dies bedeute aber nicht, daß er damit den Inhalt einer deutschen Antwortnote vorwegnehmen wolle oder das Rückstellungsgesuch zurückziehen. Seine Ausführungen

[8] Bei Übergabe der französischen Note im Auswärtigen Amt betonte Botschafter de Margerie, „daß die Weisung, Argoud zu ergreifen, wirklich nicht von der französischen Regierung ausgegangen sei". Die französische Regierung wolle den Schriftwechsel in dieser Sache beenden, sei allerdings zu weiteren mündlichen Erklärungen bereit. Staatssekretär Carstens erwiderte, die französische Note befriedige „in keiner Weise". Die Bundesregierung werde auf die Angelegenheit zurückkommen. Vgl. die Aufzeichnung von Carstens vom 31. Januar 1964; Büro Staatssekretär, VS-Bd. 439; B 150, Aktenkopien 1964.

[9] Zu den Umständen der Entführung von Argoud aus München vgl. auch den Artikel „Operation Tirolerhut"; DER SPIEGEL, Nr. 11 vom 13. März 1963, S. 20–28.

[10] Bundeskanzler Erhard und Staatspräsident de Gaulle behandelten den Fall Argoud im Gespräch vom 15. Februar 1964. Vgl. Dok. 49.

erfolgten unabhängig von dem Stand der Noten und seien ein Versuch, zu einer Lösung zu gelangen.

Herr *Couve de Murville* erwiderte, er wolle nicht auf den Tatbestand zurückkehren und könne sich auch nicht mit der Analyse des Herrn Ministers über die Geschehnisse einverstanden erklären. Bei der Überreichung ihrer letzten Note sei die französische Regierung davon ausgegangen, daß diese zufriedenstellend sein würde. Nach der Entgegennahme habe Staatssekretär Carstens dagegen gesagt, sie sei nicht zufriedenstellend, wie der Herr Minister selbst auch in der Presse[11] bestätigt habe. Es stelle sich nunmehr die Frage, was zu tun sei.

Der Herr *Minister* betonte, er glaube dies in seinen Ausführungen angedeutet zu haben. Wenn man davon ausgehe, daß die französische Regierung erklärt habe, sie habe nie einen Befehl zur Festnahme Argouds erteilt, schien es ein leichtes zu sein – da offensichtlich französische Stellen eingeschaltet wurden –, zum Ausdruck zu bringen, daß sie das Geschehene bedaure, die Verantwortlichen zur Rechenschaft ziehen werde und die Zusicherung gebe, daß ein derartiges Ereignis nicht wieder eintreten werde. Dies sei das wenigste, was man tun könne, um eine verletzte Souveränität wieder herzustellen. Ihm schwebe eine Lösung in dieser Richtung vor.

Herr *Couve de Murville* unterstrich erneut, er möchte nicht auf den Tatbestand zurückkehren und auch nicht den Eindruck erwecken, daß er mit der Interpretation des Herrn Ministers einverstanden sei. Vom französischen Standpunkt aus betrachtet, sollte mit der letzten französischen Note angestrebt werden, den gegenseitigen Anschuldigungen und Vorwürfen ein Ende zu bereiten. Dies sei mehrmals betont worden. Er glaube, daß Aktivisten wie Argoud in der Tat in Deutschland über eine große Aktionsfreiheit verfügten. Dies halte er für unbestreitbar. Es genüge, zum Beispiel die Lage in Deutschland mit der Lage in der Schweiz zu vergleichen: Die Schweiz ist neutral und mit Frankreich nicht verbündet, und doch würden Verdächtige Tag für Tag beobachtet. Die Schweiz habe mehrfach gefährliche Individuen festgenommen, sie längere Zeit inhaftiert und auf Grund des mit Frankreich abgeschlossenen Abkommens[12] ausgeliefert. Er (Couve de Murville) habe nicht den Wunsch, mit der Bundesregierung in eine Polemik einzutreten, insbesondere nicht wegen einer so unangenehmen Sache wie dem Fall Argoud, aber er glaube, daß man den Beschuldigungen und Gegenbeschuldigungen ein Ende setzen müsse. Der französische Standpunkt in der Angelegenheit sei zum Ausdruck gebracht worden, man habe geglaubt, daß dies ausreichend sei.

Der Herr *Minister* erklärte, aus seiner langjährigen Erfahrung als Innenminister[13] sei ihm bekannt, daß in der Bundesrepublik die Polizei – ihre Organisation, die Fremdenpolizei u.a.m. – nicht in idealer Weise geregelt sei. Davon sei er heute als Außenminister wie damals als Innenminister überzeugt. Der Grund hierfür sei aber klar: Nachdem Deutschland ein „Superpolizeistaat" gewesen sei, neige es jetzt dazu, zu wenig Polizei zu haben. Dies sei eine Tatsache, für die

[11] Vgl. dazu FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 27 vom 1. Februar 1964, S. 4.

[12] Für den Wortlaut des französisch-schweizerischen Auslieferungsabkommens vom 9. Juli 1869 vgl. TRAITÉS ET CONVENTIONS EN VIGUEUR ENTRE LA FRANCE ET LES PUISSANCES ÉTRANGÈRES, Bd. III, hrsg. von J. Basdevant, Paris 1920, S. 409–415.

[13] Gerhard Schröder war von 1953 bis 1961 Bundesminister des Innern.

auch die Mitschöpfer des Grundgesetzes verantwortlich seien. Das Fremdenpolizeisystem zum Beispiel könnte rigoroser gestaltet werden, nicht was den Geist, aber was das Organisatorische und die Überwachungsmöglichkeiten betreffe. Die Frage, die sich im Zusammenhang mit dem Fall Argoud stelle, sei aber die, ob in diesem besonderen Fall etwas vernachlässigt worden sei. Hierzu stehe fest, daß die Leute, die Argoud entführt haben, wohl gewußt hätten, daß es sich um Argoud handelte, den amtlichen deutschen Stellen dies aber nicht bekannt gewesen sei. Von französischer Seite hätten sie keinen Hinweis darauf erhalten, daß sich Argoud da oder dort befinde. Wäre dies der Fall gewesen, so hätte man den deutschen Stellen zu Recht den Vorwurf machen können, daß sie es unterlassen hätten, Argoud festzunehmen oder ihn zu verfolgen. Da es aber nicht so gewesen sei und die französischen Stellen schon durch ihre Anwesenheit auf deutschem Boden von Argouds Bewegungen eine viel bessere Kenntnis gehabt hätten, seien die französischen Vorwürfe in dieser Hinsicht nicht gerechtfertigt. Die deutschen Stellen hätten nur etwas tun können, wenn sie konkret in der Lage gewesen wären einzuschreiten. Hätten sie offiziös etwas über Argoud erfahren, so wäre er provisorisch festgenommen worden, oder man hätte ein anderes Verfahren angewandt. In den beiderseitigen Vorwürfen liege demnach nichts Entsprechendes. Als Fachmann nehme er eine Kritik am deutschen Polizeisystem hin, aber nicht eine Kritik daran, daß in diesem konkreten Fall nichts unternommen worden sei.

Herr *Couve de Murville* antwortete, man könnte lange über diese Fragen diskutieren und sich gegenseitig Vorwürfe machen. Er glaube aber, dies sei nicht nötig. Er kenne die großen Schwierigkeiten, die Deutschland wegen des bundesstaatlichen Systems habe. Infolge der Tatsache, daß die Länder für das Polizeiwesen verantwortlich seien, seien die Dinge nicht leicht. Er fügte scherzhaft hinzu, im übrigen geschehe so etwas immer in Bayern.

Lächelnd erwiderte der Herr *Minister*, er sei für Bayern nicht verantwortlich, und sprach dann die herzliche Bitte aus, der französische Außenminister möge überlegen, was getan werden könne, um die Lage zu verbessern. Die Bundesregierung und das deutsche Parlament hätten den Wunsch, die Lage zu verbessern, was auch einer allgemeinen Notwendigkeit entspreche. Bevor eine neue Note geschrieben werde, sollte man überlegen, ob man nicht eine bessere Lösung finde als bisher. Alles, was bisher getan worden sei, beruhe auf der Sorge, daß den deutsch-französischen Beziehungen kein Schaden zugefügt werden dürfe. Dabei sei man von deutscher Seite soweit wie möglich gegangen. Er bitte um Verständnis dafür.

Herr *Couve de Murville* erwiderte, wenn der Herr Minister die Frage in dieser Weise stelle, werde er sich die Dinge überlegen und mit seiner Regierung darüber sprechen. Man könne später wieder darauf zurückkommen. Er fragte dann, ob die Bundesregierung beabsichtige, auf die französische Note zu antworten.

Der Herr *Minister* sagte, die Bundesregierung habe in der Tat die Absicht, dies zu tun.[14] Persönlich wäre er aber glücklich, wenn man irgendeine Form

[14] Am 6. Februar 1964 teilte Ministerialdirektor Jansen dem Chef des Bundeskanzleramtes mit, daß erwogen werde, noch vor dem Besuch des Bundeskanzlers in Paris eine kurze Note an die französ-

für eine Lösung finden könnte, ohne den Notenwechsel fortzusetzen. Es sei noch keine Antwort konzipiert worden. Er glaube aber, es gebe elegantere Möglichkeiten, als die Fortsetzung des Notenwechsels.

Auf die Frage von Herrn Couve de Murville, welche anderen Fragen er an diesen Tagen noch mit ihm besprechen möchte, antwortete der Herr Minister, unter vier Augen möchte er gerne noch einige Worte über die Kredite an die Sowjetunion[15] und die Reise von Minister Giscard d'Estaing nach Moskau[16] sowie über die Reise französischer Parlamentarier nach Ostberlin[17] sagen. In größerem Kreis könnte[18] dann das Chinaproblem erörtert werden, vielleicht auch die Frage der Bodenbeobachtungsposten; ferner könnte man über den Deutschland-Plan der Botschaftergruppe, die Kennedy-Runde und das Konsortium für die Türkei sprechen.

Herr *Couve de Murville* fügte hinzu, daß auch über die Zypernfrage[19] gesprochen werden könnte, und erklärte sich bereit, zu den Parlamentarierreisen auch in größerem Kreis Stellung zu nehmen. Er würde gerne auch vor den Mitarbeitern des Herrn Ministers zum Ausdruck bringen, was er davon halte.

Zur Frage der Kredite an die UdSSR sagte Herr Couve der Murville, der deutschen Seite sei der französische Standpunkt, der noch immer der gleiche sei, bekannt, d.h. Frankreich werde sich an die unter den Sechs in Brüssel getroffene Vereinbarung[20] halten, keine Kredite für Handelsoperationen über fünf Jahre hinaus zu gewähren. Im übrigen gebe Frankreich der UdSSR sehr wenig Kredite. Abgesehen von Höflichkeitsbezeugungen, habe die Reise des französischen Finanzministers nach Moskau den Zweck gehabt, über die Handelsbeziehungen zwischen Frankreich und Rußland zu sprechen. Von französi-

Fortsetzung Fußnote von Seite 219

sische Regierung zu richten. Diese solle die letzte französische Note bestätigen und ankündigen, „daß der Fall Argoud, da noch nicht befriedigend gelöst, in den bevorstehenden Konsultationen weiterbehandelt werden wird". Westrick bat, von einer solchen Note abzusehen. Das Gespräch des Bundeskanzlers solle unbeeinflußt sein durch irgendeinen vorhergehenden weiteren Notenwechsel. Jansen stimmte unter der Voraussetzung zu, „daß die Angelegenheit wirklich vom Bundeskanzler zur Sprache gebracht wird". Vgl. dazu die Aufzeichnung von Jansen vom 7. Februar 1964; Abteilung I (I A 3), VS-Bd. 38; B 150, Aktenkopien 1964.

15 Zu einer Vergabe langfristiger Kredite an die UdSSR vgl. besonders Dok. 2 und Dok. 5.

16 Zum Besuch des französischen Finanzministers vom 23. bis 29. Januar 1964 in der UdSSR vgl. bereits Dok. 42, Anm. 11. Vgl. dazu weiter Dok. 50 und Dok. 55.

17 Ende Januar/Anfang Februar 1964 unternahmen 13 Abgeordnete der französischen Nationalversammlung eine Studienreise in die DDR, darunter auch vier Angehörige der Regierungspartei UNR. Botschafter Klaiber, Paris, berichtete am 31. Januar 1964 dazu: „Die Häufung dieser Reisen hat mich veranlaßt, im hiesigen Außenministerium eine sehr energische Vorstellung gegen den Unfug dieser Reisen durch meinen Vertreter erheben zu lassen. In dieser Vorstellung wurde insbesondere darauf hingewiesen, daß der in Paris bereits deutlich zu spürenden SBZ-Propaganda, die Anerkennung von Rotchina durch Frankreich sei nur ein erster Schritt, dem als zweiter Schritt die Anerkennung von Pankow folgen werde, durch Parlamentarier-Reisen in die SBZ Vorschub geleistet werde." Vgl. Abteilung I (I A 3), VS-Bd. 42; B 150, Aktenkopien 1964.

18 Zu diesen Besprechungen vgl. Dok. 46 und Dok. 48.

19 Zur Zypern-Frage vgl. zuletzt Dok. 37.

20 Die EWG-Staaten kamen im Oktober 1962 grundsätzlich überein, über eine Frist von fünf Jahren hinaus keine staatlich abgesicherten Bürgschaften für Lieferkredite an den Ostblock zu gewähren. Vgl. dazu den Beitrag des Referats III A 6 für die Konferenzmappe zu den deutsch-britischen Regierungsbesprechungen vom 15./16. Januar 1964; Ministerbüro, VS-Bd. 8445; B 150, Aktenkopien 1964.

scher Seite seien dabei Forderungen geltend gemacht worden, da seit ein bis zwei Jahren viel weniger an Rußland verkauft werde, als Frankreich von Rußland beziehe. Diese ungünstige Entwicklung müsse wieder ins Gleichgewicht gebracht werden. Die Russen hätten bei dieser Gelegenheit die Frage der Kredite aufgeworfen, aber mit Maß und ohne zu insistieren. Der französische Finanzminister habe geantwortet, nach Auffassung seiner Regierung sollte die Kreditfrist fünf Jahre nicht übersteigen; es sei nicht beabsichtigt, von diesem Standpunkt abzuweichen. Als Ergebnis der Moskauer Gespräche sei der Abschluß eines neuen französisch-russischen Handelsvertrags für eine Laufzeit von fünf Jahren – und nicht drei Jahren wie bisher – in Aussicht genommen worden, jedoch vorbehaltlich der Bestimmungen der gemeinsamen Brüsseler Handelspolitik. Die entsprechenden Verhandlungen seien für die Monate Juni/Juli vorgesehen.[21]

Der Herr *Minister* wies darauf hin, daß er aus veröffentlichten Berichten erfahren habe, die Sowjets hätten ein besonderes Interesse an einem Erdölraffinerie-Projekt[22] enormen Ausmaßes gezeigt. Vielleicht sei dieser Punkt in Gesprächen zwischen französischen Finanzkreisen und den sowjetischen Interessenten behandelt worden. Dies würde den großen Kreditbedarf Rußlands erklären.

Herr *Couve de Murville* erwiderte, Rußland habe ganz allgemein von Darlehen für die Ausrüstung von chemischen Fabriken und Schiffen gesprochen, aber in sehr vager Form.

Der Herr *Minister* bemerkte, daß die Gespräche zwischen Diplomaten oft nicht so intensiv und konkret seien wie die Gespräche zwischen den kaufmännisch interessierten Stellen.

Herr *Couve de Murville* wiederholte, Frankreich beabsichtige nicht, von dem angegebenen Kurs abzuweichen und seine Kreditpolitik zu ändern. Er wisse nicht, ob inzwischen neue Ereignisse eingetreten seien. Es wäre auf jeden Fall sehr störend, wenn andere Länder bereit wären, Rußland langfristige Kredite einzuräumen.

Der Herr *Minister* sagte hierzu, die britische Position[23] sei zwar im Grundsatz anders, aber in der Praxis seien die Dinge nicht anders gehandhabt worden.

Herr *Couve de Murville* versicherte, Frankreich gedenke der UdSSR nur Kredite für kleinere Vorhaben zu gewähren, worauf der Herr Minister abschließend betonte, daß die Bundesrepublik weder Rußland noch China langfristige Kredite geben werde.

Ministerbüro, VS-Bd. 8511

[21] Das Handelsabkommen zwischen Frankreich und der UdSSR wurde am 30. Oktober 1964 unterzeichnet. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1964, Z 232.

[22] Am 19. Februar 1964 hielt Staatssekretär Carstens fest, französische und deutsche Firmen, darunter die Salzgitter Industriebau GmbH, seien gemeinsam an einem Petrochemieprojekt in der UdSSR interessiert. Das Auftragsvolumen belaufe sich auf 1,5 Milliarden DM. Bundeskanzler Erhard habe Bedenken gegen das Projekt geäußert. Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 438; B 150, Aktenkopien 1964. Vgl. dazu auch AAPD 1963, III, Dok. 444.

[23] Zur britischen Haltung in der Kreditfrage vgl. zuletzt Dok. 14.

46

Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem französischen Außenminister Couve de Murville in Paris

I A 3-83.00/94.05/690/64 VS-vertraulich **14. Februar 1964**[1]

Pariser Besprechung vom 14. Februar 1964: 12–13 Uhr

Teilnehmer:

Minister Couve de Murville	Bundesminister
M. de Carbonnel	Staatssekretär Carstens
M. Lucet	Ministerialdirektor Jansen
M. de Margerie	Botschafter Klaiber

1) Besuch von französischen Parlamentariern in der SBZ[2]

Couve de Murville bedauert den Besuch. Es gibt eine Organisation in Paris, die sich um Kontakte mit der SBZ bemüht.[3] Leider gibt es keine Möglichkeit, diese Aktivität zu verbieten. Die Parlamentarier haben die Regierung vorher nicht um ihre Meinung gefragt. Erst nach Antritt der Reise hat die Regierung von dem Vorhaben gehört. Sie hat die UNR-Abgeordneten aufgefordert, die Reise nicht fortzusetzen, ohne Erfolg. Die Reise steht im Widerspruch zur französischen SBZ-Politik. Noch deutlicher als bisher soll vor der Öffentlichkeit die Mißbilligung der französischen Regierung[4] ausgesprochen werden.

Bundesminister dankt für die Erklärung und stellt fest, daß uns vor allem die Teilnahme der UNR-Abgeordneten gestört hat. Er bittet, daß auf die UNR eingewirkt wird.[5] In diesem Zusammenhang bittet er, auch zu prüfen, ob es wahr ist, daß ein Patenschaftsverhältnis zwischen Lyon und Leipzig[6] herbeigeführt werden soll.

[1] Die Gesprächsaufzeichnung wurde durch Referat I A 3 gefertigt und mit Begleitvermerk des Ministerialdirektors Jansen vom 24. Februar 1964 weitergeleitet.
Hat Staatssekretär Lahr am 14. März, Staatssekretär Carstens am 18. März und Bundesminister Schröder am 26. März 1964 vorgelegen.

[2] Vgl. dazu Dok. 45, Anm. 17.

[3] Zu den Aktivitäten der „Association des echanges franco-allemands" vgl. Referat I A 3, Bd. 402.

[4] Zur öffentlichen Mißbilligung des Besuchs durch die französische Regierung vgl. FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 32 vom 7. Februar 1964, S. 1, und Nr. 45 vom 22. Februar 1964, S. 3.

[5] Die Fraktion der UNR in der Nationalversammlung verabschiedete am 20. Februar 1964 ein Kommuniqué, in dem der DDR-Besuch der Abgeordneten als persönliche Initiative bezeichnet wurde. Weiter hieß es darin: „Die Fraktion warnt die Parlamentarier der Mehrheit vor Einladungen, die von Propagandadienststellen gewisser fremder Länder ausgehen, mit denen Frankreich keine diplomatischen Beziehungen unterhält. Die Politische Kommission beschließt folglich, jedem Mitglied der Parlamentsfraktion einen persönlichen Brief zu senden, in dem zum Bewußtsein geführt wird, daß eine Beteiligung an derartigen Reisen künftig von der vorherigen Zustimmung der Politischen Kommission der Fraktion abhängig ist." Vgl. den Drahtbericht des Botschafters Klaiber, Paris, vom 21. Februar 1964; Abteilung I (I A 3), VS-Bd. 42; B 150, Aktenkopien 1964.

[6] Das Konsulat in Lyon berichtete am 3. November 1964, eine kommunistische Gruppe in Lyon bemühe sich um eine Partnerschaft mit Leipzig. Die Behörden der Stadt Lyon seien an den bisherigen Aktionen jedoch nicht beteiligt gewesen. Es gebe auch keine Anzeichen dafür, daß es „in naher Zukunft" zu einer offiziellen Partnerschaft kommen werde. Vgl. Referat II 1, Bd. 372.

Couve de Murville bemerkt, daß die UNR keine bedingungslose Regierungspartei ist, sagt aber zu, alles zu tun, um den Abgeordnetentourismus zu kontrollieren. Ferner wird Frage Lyon-Leipzig geprüft werden. Bei kommunistischen Stadträten ist natürlich nichts zu machen. Lyon aber hat radikalsozialistischen Bürgermeister.

2) Rückwirkungen der Anerkennung Rotchinas auf Nichtanerkennungspolitik gegenüber der SBZ[7]

Couve de Murville führt aus, daß die Anerkennung Rotchinas keine Analogie zur SBZ zuläßt. Damit hierüber keine Unklarheit entsteht, sind entsprechende Instruktionen an die französischen Auslandsmissionen[8] gegeben worden. Die SBZ ist kommunistisch regiert, weil die Rote Armee in Mittel- und Ostdeutschland steht. Wenn die Rote Armee abzieht, wird das SBZ-Regime aufhören zu existieren. Es ist ein künstliches Regime, das vom Ausland, nicht vom eigenen Volk gestützt wird. Die Bundesrepublik Deutschland dagegen ist repräsentativ für das deutsche Volk. Hierüber besteht kein Zweifel. In China ist die Lage anders. Rotchina nimmt den ganzen Kontinent ein. Es vertritt 98% der Chinesen. Formosa ist demgegenüber ein verschwindend kleiner Teil. Es ist nur juristisch China. Das Regime von Peking ist nicht mit Gewalt vom Ausland her eingesetzt worden. Es ist nicht demokratisch, aber es ist durch Chinesen etabliert worden. Ein Vergleich mit der SBZ ist gar nicht möglich. Frankreich will nicht etwa überall, wo Länder geteilt sind, beide Regime anerkennen, z.B. Korea. Nord- und Südkorea sind beide nicht demokratisch. Frankreich wird seine bisherige Haltung in Korea nicht ändern. Eine Verbindung besteht nur mit Südkorea.

Wenn Frankreich die Verbindung mit Peking aufgenommen hat, bedeutet dies nicht, daß damit ein moralisches Urteil über Peking bzw. Formosa gefällt wird. Die Verbindung wird aufgenommen, weil Formosa-China eine Fiktion ist. Formosa ist nicht China.

Der *Bundesminister* sagt, daß wir nicht den Vergleich zwischen China/Formosa und der SBZ fürchten. Der Ausdruck, daß Frankreich die Realitäten anerkennen will[9], kann sich als gefährliche Formulierung erweisen. Von den Sowjets wird auch immer gesagt, man müsse die Realitäten, d.h. die SBZ, die nun einmal da sei, anerkennen.

Couve de Murville antwortet, hierauf sei die Antwort leicht. Peking regiert China. Das ist eine Realität. Die SBZ regiert nicht Deutschland. Sie besteht nur mit Hilfe der Russen als ein von der Roten Armee besetzter Teil Deutschlands. Deshalb ist sie keine staatliche Realität. Die Regierung von Peking ist eine nationale Regierung. Die Regierung der SBZ ist es nicht.

[7] Vgl. dazu bereits Dok. 17, besonders Anm. 31.

[8] Vgl. dazu Dok. 17, Anm. 33.

[9] In der Pressekonferenz vom 31. Januar 1964 erklärte Staatspräsident de Gaulle zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der Volksrepublik China: „En nouant à son tour, et après maintes nations libres, des relations officielles avec cet État, comme elle l'a fait avec d'autres qui subissent un régime analogue, la France reconnaît simplement le monde tel qu'il est." Vgl. DE GAULLE, Discours et messages, Bd. 4, S. 181.

Der *Bundesminister* betont noch einmal, daß die Formulierung, man müsse die Realitäten sehen und anerkennen, gefährlich sei. Das gilt vor allem für Teile der Öffentlichkeit.

Ein weiterer Grund der Sorge liegt darin, daß die Anerkennung zum jetzigen Zeitpunkt unerwünschte Wirkungen auf die NATO haben kann. Wir sind besonders auf die NATO angewiesen. Daher reagieren wir empfindlich, wenn das Bündnis in Mitleidenschaft gezogen wird. Wenn die USA durch die Anerkennung im jetzigen Zeitpunkt getroffen werden, fragen wir, welche Wirkung dies auf das Bündnis haben wird. Wir hätten deshalb eine Diskussion in der NATO gewünscht und würden gerne die Gründe für das französische Vorgehen zum jetzigen Zeitpunkt kennen, um Argumente zu haben, die schädliche Wirkungen im Bündnis abschwächen könnten.

Couve de Murville: Das Timing des französischen Vorgehens, d.h. warum Frankreich die Anerkennung Pekings gerade jetzt ausgesprochen hat, ist eine der hauptsächlichsten Kritiken, die geübt werden. Solange die USA Rotchina nicht anerkennen, wird jedes Land, das anerkennt, wegen schlechten Timings kritisiert werden.

Entscheidend ist die schlechte Lage im ganzen Fernen Osten (Vietnam[10], Malaysia[11]). Wenn es eine Krise in der Allianz gibt, dann trägt hierzu die Entwicklung zu dieser schlechten Lage in Asien bei, die allein Anlaß zur Sorge bietet. Besonders ernst ist die Lage in Vietnam. Die dort z.Z. befolgte Politik führt zu keiner Lösung. Nur eine politische Lösung ist noch möglich. Die These, diese Gebiete zu neutralisieren[12], ist eine optimistische These. Sie bietet aber die einzige Chance, dem Kommunismus zu entgehen. Die Zukunft wird zeigen, ob das Timing der Anerkennung Pekings schlecht war. Wenn der Vorwurf erhoben wird, durch diese Anerkennung werde eine Gefahr für die NATO heraufbeschworen, so muß gesagt werden, daß die Sicherheitsinteressen der Allianz mehr durch die nicht endenden Krisen in Malaysia, Vietnam etc. gefährdet werden als durch die Anerkennung Pekings.

Der *Bundesminister*: Es geht nicht darum, über den künftigen Verlauf der Geschichte zu prophezeien. Immer wieder stellt sich die Frage, ob es möglich ist, solche Fragen, Entscheidungen von größerer Reichweite in der Allianz vorher zu besprechen, um zu einer Abstimmung zu gelangen. Wir sind nicht unmittelbar betroffen, aber die Auswirkungen der Anerkennung werden uns vielleicht treffen. Es bleibt die prinzipielle Frage, ob solche Angelegenheiten nicht im Ministerrat der NATO besprochen werden sollten.

Couve de Murville: In der NATO wird viel von Konsultation gesprochen. In Wirklichkeit tut jeder, wenn er etwas tun will, was ihm nötig erscheint, ohne die anderen zu fragen (z.B. in Malaysia, als die Föderation geschaffen wurde, obwohl man damit an den Rand des Krieges mit Indonesien geriet, z.B. in Kuba, z.B. in Vietnam, als die USA sich hier militärisch engagierten). Wenn alle auftretenden Probleme in der NATO wirklich besprochen würden, würde

[10] Zur Lage in Vietnam vgl. Dok. 123, Anm. 9.

[11] Zum Konflikt zwischen Malaysia und Indonesien vgl. Dok. 15, Anm. 47.

[12] Zum französischen Vorschlag einer Neutralisierung der südostasiatischen Staaten, insbesondere von Nord- und Süd-Vietnam, vgl. Dok. 11, Anm. 12, Dok. 42, Anm. 12, und Dok. 44.

Frankreich seinerseits entsprechend verfahren. Die soeben gegebene Aufzählung soll keine Anklage sein, nur ein Hinweis darauf, wie schwierig es in der Praxis ist, unter 15 Partnern im voraus Einvernehmen herbeizuführen. Wenn das möglich ist, um so besser. Die bisherige Erfahrung spricht gegen die Durchführbarkeit.

Der *Bundesminister*: Die gegebene Beschreibung und die Schlußfolgerung sind realistisch. Die Staaten behalten sich in den für sie lebenswichtigen Fragen die eigene Entscheidung vor. Aber wenn wir vom Kreis der 15 absehen, wie ist es im deutsch-französischen Verhältnis? Was bedeutet Konsultation im bilateralen Verhältnis? Eine bloße Definition führt nicht weiter. Es gibt Fälle, in denen eine Entscheidung zwingend ist, weil sie Folge früherer Entscheidungen ist. Den Atomteststopp-Vertrag konnte Frankreich nicht annehmen.[13] Die Bundesregierung mußte ihm zustimmen.[14] Es gibt Zwangsläufigkeiten. Trotzdem waren auch in solchen Fällen vorherige Besprechungen möglich. Vielleicht sollte man alles erörtern, falls man nicht unter Zeitdruck steht. Man befindet sich der Öffentlichkeit gegenüber dann in einer besseren Position. Auch können die Partner mehr Verständnis für einander aufbringen.

Couve de Murville: Bilateral ist die Frage der Konsultation praktischer und leichter zu lösen. Information und Konsultation sind nicht leicht zu unterscheiden. Was China betrifft, so stellte sich für die Bundesrepublik die Anerkennungsfrage a priori nicht (Hallstein-Doktrin[15]). Durch den französischen Botschafter ist die Bundesregierung zwei Wochen vor der Bekanntgabe der

[13] Auf einer Pressekonferenz lehnte Staatspräsident de Gaulle am 29. Juli 1963 den Beitritt Frankreichs zum Teststopp-Abkommen mit der Begründung ab, „qu'il ne change rien à la terrible menace que les armements nucléaires des deux rivaux font peser sur le monde ... Dans ces conditions ... il est tout à fait naturel qu'un pays comme la France, qui commence à avoir les moyens de s'affranchir, dans une certaine mesure, de cette terreur permanente, poursuive dans cette voie". Auf die Frage, ob Frankreich beitreten würde, wenn es von Großbritannien und den USA bei seiner nuklearen Aufrüstung Unterstützung erhielte, antwortete er: „Vous savez, on ne donne pas la signature de la France sur une série d'hypothèses dont aucune jusqu'à présent n'a reçu le moindre commencement d'exécution." Vgl. DE GAULLE, Discours et messages, Bd. 4, S. 126 f.; EUROPA-ARCHIV 1963, D 413 f.

[14] Zur Entscheidung der Bundesregierung, das Teststopp-Abkommen zu unterzeichnen, vgl. AAPD 1963, II, Dok. 308.

[15] Aufgrund der Hallstein-Doktrin war es für die Bundesrepublik ausgeschlossen, Beziehungen zu solchen Staaten aufzunehmen, die – wie etwa die Volksrepublik China – die DDR bereits diplomatisch anerkannt hatten.
Die Hallstein-Doktrin wurde nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der UdSSR entwickelt. Um zu verdeutlichen, daß der Austausch diplomatischer Vertretungen mit der UdSSR, die offizielle Beziehungen zur DDR unterhielt, für die Bundesrepublik als Ausnahme infolge der sowjetischen Sonderstellung als ehemalige Besatzungsmacht zu gelten hätte, erklärte Bundeskanzler Adenauer am 22. September 1955 vor dem Bundestag: „Ich muß unzweideutig feststellen, daß die Bundesregierung auch künftig die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der ‚DDR' durch dritte Staaten, mit denen sie offizielle Beziehungen unterhält, als einen unfreundlichen Akt ansehen würde, da er geeignet wäre, die Spaltung Deutschlands zu vertiefen." Am 28. Juni 1956 bekräftigte Bundesminister von Brentano die Politik des Alleinvertretungsanspruchs für das gesamte deutsche Volk und fügte hinzu, die Bundesregierung müsse im Fall eines solchen unfreundlichen Akts ihre Beziehungen zu dem betreffenden Staat einer Überprüfung unterziehen. Zur Entwicklung und Anwendung der Hallstein-Doktrin vgl. AAPD 1963, II, Dok. 251.

Anerkennung – vor den USA – orientiert worden.[16] Nichts hätte dem entgegengestanden, daß die Bundesregierung eine Diskussion über die Anerkennungsfrage mit der französischen Regierung begonnen hätte. Die französische Regierung war der Meinung, daß es um eine delikate Frage ging. Auf jeden Fall wollte man die Bundesregierung nicht in eine schwierige Lage bringen. Nichts aber hätte einer Diskussion entgegengestanden.

Der *Bundesminister* stellt fest, daß uns die Mitteilung über die geplante Anerkennung Rotchinas zugegangen ist, nachdem die französische Regierung den Entschluß schon gefaßt hatte. Wir meinen, die Konsultation sollte erfolgen, bevor sich die Regierungen festgelegt haben. Denn sonst sind keine Modifizierungen mehr möglich. Konsultationen sind gut auch dann, wenn nur eine Regierung handeln kann. Allerdings sollte selbst dann die Konsultation mit dem Ziel geführt werden, zu gleichem Handeln zu kommen, wenn nur einer handelt. Im November[17] haben wir nur an den ökonomischen Aspekt der China-Frage gedacht. Die Unterhaltung wurde damals begonnen, aber nicht weitergeführt, als die Frage politisch wurde. Konsultationen sind keine einfache Sache. Wir müssen den Versuch machen, zur Übereinstimmung der Ansichten zu gelangen.

Couve de Murville: Es muß unterschieden werden zwischen
1. Fragen von gemeinsamem Interesse. Hier muß Übereinstimmung erzielt werden (z.B. Berlinfrage);
2. Fragen, bei denen der eine oder der andere stärker interessiert ist. Hier liegt die Entscheidung beim einzelnen (z.B. Chinafrage, Atomteststopp).

Auf jeden Fall müssen wir versuchen, das Beste aus der bestehenden Konsultationsverpflichtung[18] zu machen.

Abteilung I (I A 1), VS-Bd. 15

[16] Vgl. dazu Dok. 11.

[17] Zum Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem französischen Außenminister Couve de Murville am 21. November 1963 vgl. AAPD 1963, III, Dok. 424.

[18] So im deutsch-französischen Vertrag vom 22. Januar 1963: „Die beiden Regierungen konsultieren sich vor jeder Entscheidung in allen wichtigen Fragen der Außenpolitik und in erster Linie in den Fragen von gemeinsamem Interesse, um so weit wie möglich zu einer gleichgerichteten Haltung zu gelangen." Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 708.

47

Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit dem französischen Ministerpräsidenten Pompidou in Paris

14. Februar 1964[1]

Betr.: Unterredung des Herrn Bundeskanzlers mit Herrn Premierminister Pompidou im Hotel Matignon am 14. Februar 1964 (nach Notizen der Dolmetscherin, Frau Flandorffer)

Der Herr *Bundeskanzler* gab als Gesprächsthemen Fragen der EWG und der Kennedy-Runde[2] an, er wolle aber auch in der zur Verfügung stehenden Stunde einiges zum Handel mit Ostblockstaaten und mit Kuba sagen. Die Kuba-Frage errege die amerikanische Öffentlichkeit im Augenblick außerordentlich.[3] In Deutschland sei man der Ansicht, daß man nichts tun sollte, was die kommunistische Welt stärkt, auch nicht auf dem Gebiet der langfristigen Kredite. Man habe mit Bedauern festgestellt, daß die Engländer sowohl in der Kuba-Frage[4] als auch bei den langfristigen Krediten[5] aus der Reihe tanzen.[6] Aus der letzten NATO-Sitzung[7] habe man das Vertrauen gewonnen, daß sich Frankreich auf unsere Seite stelle und nicht bereit sei, Ostblockländern langfristige Kredite zu gewähren. Er wisse nicht genau, welches das Ergebnis von Gesprächen seines Kollegen Giscard d'Estaing[8] gewesen sei, aber man höre, daß Frankreich zu den Ländern zähle, die Lieferungen an Kuba gäben[9], und wohl auch zu Krediten an die UdSSR bereit sei[10], während wir entschlossen seien, in jeder Hinsicht uns weiter passiv zu verhalten. Angesichts dieser Lage sei es[11] schwer, die deutsche Industrie, die sehe, wie andere vom rechten Wege

[1] Hat dem Leiter des Außenpolitischen Büros im Bundeskanzleramt, Osterheld, am 17. Februar 1964 vorgelegen.

[2] Zur Kennedy-Runde vgl. Dok. 12, Anm. 14.

[3] Zur Auseinandersetzung der USA mit Kuba im Februar 1964 wegen der Verletzung amerikanischer Hoheitsgewässer durch kubanische Fischereifahrzeuge vgl. Dok. 44, Anm. 8.

[4] Mit der Lieferung von Fahrzeugen nach Kuba unterlief Großbritannien das von den USA verhängte Handelsembargo. Vgl. dazu Dok. 5, Anm. 4, und Dok. 8, Anm. 28.
Am 18. Februar 1964 gab die amerikanische Regierung die Einstellung der Verteidigungshilfe für Großbritannien, Frankreich und Jugoslawien bekannt, da diese Länder die Embargomaßnahmen gegen Kuba nicht durchsetzen würden. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1964, Z 64.

[5] Zur britischen Haltung in der Kreditfrage vgl. zuletzt Dok. 14.

[6] Der Passus „aus der Reihe tanzen" wurde von Ministerialdirigent Osterheld handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „einen Alleingang betreiben".

[7] Zur Sondersitzung des NATO-Rats vom 18. November 1963 über die Kreditfrage vgl. Dok. 2, Anm. 3, und Dok. 5, Anm. 7.

[8] Zum Besuch des französischen Finanzministers vom 23. bis 29. Januar 1964 in der UdSSR vgl. bereits Dok. 42, Anm. 11. Vgl. dazu weiter Dok. 50 und Dok. 55.

[9] Zur Lieferung französischer Fahrzeuge an Kuba vgl. Dok. 42, Anm. 10.

[10] Der Passus „an Kuba gäben, und wohl auch zu Krediten an die UdSSR bereit sei" wurde von Ministerialdirigent Osterheld handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „an Ostblockstaaten geben".

[11] An dieser Stelle wurde von Ministerialdirigent Osterheld gestrichen: „jedoch sehr".

abweichen, zur Zurückhaltung anzuhalten.[12] In Deutschland habe man dafür keine Handhabe in der Gesetzgebung. Es sei aber bisher auch auf andere Weise gelungen und werde wohl auch weiterhin gelingen, wenn die anderen NATO-Staaten sich die gleiche Zurückhaltung auferlegen. Es sollte die gemeinsame Politik der Partner sein, die Kommunisten nicht durch wirtschaftliche Hilfe zu stärken, sondern sie durch Zurückhaltung zu politischen Konzessionen zu veranlassen. Das gelte natürlich insbesondere für Deutschland.

Der Herr Bundeskanzler erwähnte die französische These, wonach politische Handlungen, wie die Anerkennung Pekings[13], geeignet sein könnten, ein besseres Gleichgewicht zwischen Moskau und China herzustellen, wobei[14] man annähme, dadurch[15] mit Moskau politisch ins Gespräch kommen zu können, wenn[16] China stärker und unabhängiger geworden sein werde. Er sähe die Logik dieser These nicht ein, wenn gleichzeitig langfristige Kredite und Bürgschaften gegeben würden, die letzten Endes eine Unterstützung für die UdSSR bedeuteten.[17]

Nachdem der Bundeskanzler seine Besorgnis über die staatlich garantierten Kredite Frankreichs an China und andere Ostblockstaaten geäußert hatte, antwortete Herr *Pompidou*, daß die französische Politik gegenüber dem Ostblock nicht auf wirtschaftliche Gewinne abziele. Auch die Anerkennung Rotchinas, wenn sie auch auf ganz normalem Wege zu der Entwicklung eines Handels zwischen beiden Ländern führe, sei nicht von dieser Absicht diktiert. Ebensowenig sei vorgesehen, die Kreditpolitik gegenüber der UdSSR zu ändern. Die im Rahmen der NATO eingegangene Verpflichtung, eine bestimmte zeitliche[18] Grenze bei Kreditbürgschaften nicht zu überschreiten, würde unbedingt respektiert werden. Bei dem Besuch von Finanz-und Wirtschaftsminister Giscard d'Estaing in Moskau hätten die sowjetischen Politiker diese Frage nicht einmal angeschnitten, wenn man auch annehmen könne, daß die Russen zunächst einmal auf ein Entgegenkommen Großbritanniens in dieser

[12] Mit Schreiben vom 26. August 1963 an den Vorsitzenden des Ostausschusses der Deutschen Wirtschaft, Wolff von Amerongen, argumentierte Staatssekretär Lahr gegen die Gewährung von Krediten an die UdSSR: „Würden wir künftig auf Kredit liefern, würden sich hieraus drei Alternativen ergeben: entweder geht die künftige Abdeckung des Kredits, die immer nur durch Warenlieferung erfolgen wird, zu Lasten unserer künftigen Exportmöglichkeiten, oder wir sehen uns gezwungen, unerwünschte Importe aufzunehmen, oder wir werden in eine immer umfangreichere Kreditgewährung hineingetrieben. Alle drei Alternativen sind etwa gleichermaßen unerfreulich." Vgl. Büro Staatssekretär, Bd. 407.

[13] Zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Frankreich und der Volksrepublik China am 27. Januar 1964 vgl. Dok. 11.

[14] Dieses Wort wurde von Ministerialdirigent Osterheld handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „da".

[15] Dieses Wort wurde von Ministerialdirigent Osterheld handschriftlich eingefügt.

[16] Dieses Wort wurde von Ministerialdirigent Osterheld handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „weil".

[17] Dieser Satz ging auf Streichungen und handschriftliche Einfügungen des Ministerialdirigenten Osterheld zurück. Vorher lautete er: „Er sähe die Logik dieser These nicht ein, da langfristige Kredite und Bürgschaften letzten Endes auch eine Unterstützung für die UdSSR bedeuteten."

[18] Dieses Wort wurde von Ministerialdirigent Osterheld handschriftlich eingefügt.

Hinsicht hoffen[19]. Jedenfalls solle man anerkennen, daß nicht Frankreich hier einen ersten Vorstoß[20] getan habe, wie auch einige Verkäufe an Kuba nur deshalb so viel Staub aufgewirbelt hätten, weil sie politisch hochgespielt worden seien.

Der *Bundeskanzler* erklärte, daß auch deutsche Firmen Kredite an Ostblockländer gäben, jedoch nicht mit staatlicher Garantie. Kuba gegenüber jedoch würde man im Rahmen der gesetzlichen Bestimungen alles tun, um den Handel mit diesem Land einzuschränken, wenn nicht sogar zum Erliegen zu bringen.[21]

Man wandte sich sodann dem Gemeinsamen Markt zu und sprach von der Notwendigkeit, zu einer einheitlichen Haltung der Gemeinschaft in der Kennedy-Runde zu gelangen. Der Herr Bundeskanzler äußerte seine Befriedigung darüber, daß in Frankreich die Preisstabilität wieder einigermaßen gesichert sei. Er wies auf die deutschen Sorgen angesichts der überschüssigen Handelsbilanz hin, die einen Kapitalzufluß im Land hervorrufe und sich auch auf die Zahlungsbilanz auswirke. Diese inflationistischen Tendenzen seien in Deutschland durchaus unerwünscht, denn die Stabilität liege im gemeinsamen Interesse aller, da ein Ungleichgewicht im Wirtschaftsleben innerhalb Europas niemals auf ein Land beschränkt bleibe. Die deutschen Exportüberschüsse seien nur scheinbar ein Reichtum, störten jedoch das konjunkturelle Gleichgewicht in erheblichem Maße. Es stelle sich automatisch die Frage, ob eine 50%ige Zollsenkung[22] gegenüber dritten Ländern in der Kennedy-Runde möglich sei, wenn das Gefälle zwischen Preisen und Kosten ständig anwachse. Dies sei ein ernsthaft zu erwägendes Problem.

Herr *Pompidou* stimmte dem Herrn Bundeskanzler in der Frage der Notwendigkeit eines wirtschaftlichen Gleichgewichts der sechs EWG-Länder zu. Auch seiner Ansicht nach sei eine Koordinierung der Finanz-, Sozial- und Steuerpolitik von äußerster Wichtigkeit. Er erwähnte den seit einigen Monaten angelaufenen französischen Stabilitätsplan[23], der, abgesehen von einigen Ergebnissen in der Preispolitik, noch nicht voll befriedigende Resultate gezeitigt habe. Die Maßnahmen auf dem Preissektor seien so außergewöhnlicher Natur, daß sie nicht ständig beibehalten werden könnten. Die allgemein große Nachfrage im Inland führe zu anormal anwachsenden Importen. Aus diesem Grunde sei auch Frankreich zu einer gemeinsamen Anstrengung (vielleicht zusammen mit Italien) bereit, um die Wirtschafts- und Finanzpolitik zu har-

[19] Der Passus „daß die Russen ... hoffen" ging auf Streichungen und handschriftlichen Einfügungen des Ministerialdirigenten Osterheld zurück. Vorher lautete er: „daß man vielleicht auf ein Entgegenkommen Großbritanniens in dieser Hinsicht hofft."

[20] Dazu handschriftliche Bemerkung des Ministerialdirigenten Osterheld: „Wörtlich: die Bresche geschlagen habe."

[21] Zur Handelspolitik der Bundesrepublik gegenüber Kuba vgl. Referat III B 4, Bd. 41 und Bd. 42; VS-Bd. 8812 (III B 4).

[22] Es wurde angestrebt, im Rahmen der Kennedy-Runde eine lineare Zollsenkung von 50 Prozent zu erreichen. Vgl. dazu Dok. 14, Anm. 14.

[23] Der Plan, der vor allem zur Eindämmung der Inflation dienen sollte, wurde am 12. September 1963 von Ministerpräsident Pompidou vorgestellt. Vgl. dazu AdG 1963, S. 10792.
Vgl. dazu auch den Bericht des Gesandten Knoke, Paris, vom 27. Januar 1964; Referat III A 5, Bd. 377.

monisieren. Es sei sehr schwierig, die wirtschaftlichen und sozialen Kräfte in Frankreich zur Vernunft anzuhalten, und besonders seien Maßnahmen dieser Art angesichts bald bevorstehender Wahlen[24] unbeliebt und schwer durchzusetzen. Man unternähme jedoch trotz allem den Versuch dazu. Ein Erfolg der Kennedy-Runde sei nicht nur im Interesse der USA, sondern vor allem der EFTA-Länder wichtig, die ihre traditionellen Handelsströme aufrechterhalten müssen.

Der *Bundeskanzler* erwähnte die von ihm seit 1956/1957 eingeleitete Politik, in deren Verlauf die Zölle um 45–50% gesenkt und die D-Mark einseitig aufgewertet[25] wurde. Sein Kollege, Herr Giscard d'Estaing, verfolge die gleiche Politik, während Italien, wie er bei seinem Staatsbesuch[26] hatte feststellen können, davon noch ziemlich weit entfernt sei. In Deutschland zeichne sich die Entwicklung ab, daß der Handel mit den EWG-Ländern anwachse und der Warenaustausch mit EFTA-Ländern zurückgehe. Ein so weltweit verflochtenes Land wie Deutschland könne es sich nicht leisten, sich in sich zurückzuziehen.

Der Herr Bundeskanzler führte weiter aus, daß er keine wirtschaftliche Expansion um jeden Preis betreiben wolle, sondern sein Hauptziel in der Erhaltung der Stabilität sähe. Mit einem zu Beginn eines Haushaltsjahres festgesetzten Ziel könne man vielleicht zwar eine Zuwachsrate verwirklichen, müsse aber unter Umständen die Stabilität dafür opfern. Alles dies seien Fragen, die bei einer Abstimmung der gemeinschaftlichen Haltung in der Kennedy-Runde eine Rolle spielen müßten, und er freue sich, hier in Frankreich einen gleichgesinnten Partner zu finden. Ganz frei und offen wollte er noch bemerken, daß er die französische „planification" für ein zu gefährliches Abenteuer halte. Die Bundesrepublik wünsche keine Planung auf europäischer Ebene, da zu viele Imponderabilien damit verbunden seien und die Gefahr bestehe, daß die Verwaltung in ihrem Ehrgeiz um jeden Preis versuchen wolle, die Ziele des Planes zu verwirklichen. Das müsse unvermeidlich zu sozialen Spannungen führen.

Herr *Pompidou* erwiderte, daß Frankreich versuche, die Ziele des Plans niedrig genug zu halten, um das Risiko einer Inflation zu vermeiden. Der Plan solle ohne jeden Zwang der Wirtschaft Richtlinien geben und ihr jede Möglichkeit zum freien Wettbewerb lassen. Eine „planification" auf europäischer Basis wäre nach allen Erfahrungen auch nach Ansicht Frankreichs ein unlösbares Rätsel. In einigen Sektoren jedoch sollte man auf eine Harmonisierung hinarbeiten, so beispielsweise auf dem Transportsektor. Er erwähnte dabei die Schwierigkeiten der in Süd- und Südostfrankreich gelegenen Gebiete aufgrund ihrer geographischen Lage abseits von natürlichen Verkehrswegen. Vielleicht könne man auf diesem Gebiet eine gemeinsame Politik anstreben,

[24] Am 8. und 15. März 1964 fanden in Frankreich Kantonalwahlen statt, bei der die KPF, aber auch die Regierungsparteien UNR und UDT, starke Gewinne verbuchen konnten. Vgl. dazu AdG 1964, S. 11118 f.

[25] Die Deutsche Mark wurde mit Wirkung zum 6. März 1961 um rund 4,75% aufgewertet. Vgl. dazu die Erklärung des Bundesministers Erhard vom 5. März 1961; BULLETIN 1961, S. 417 f.

[26] Zu den deutsch-italienischen Regierungsbesprechungen am 27./28. Januar 1964 in Rom vgl. Dok. 27–29.

ohne jedoch in die freiheitlichen wirtschaftlichen Entscheidungen einzugreifen.

Der Herr *Bundeskanzler* sprach die gemeinsame Steuerpolitik an, indem er darauf hinwies, daß sich hier die Bundesrepublik durch eine Orientierung zur Mehrwertsteuer anstelle der deutschen Umsatzsteuer[27] dem französischen System annähere. Außerdem wäre es zu wünschen, zu einer gemeinsamen Energiepolitik zu gelangen, obwohl hier noch bedeutende Meinungsverschiedenheiten zwischen Deutschland und Frankreich bezüglich mehr oder minder ausgeprägter dirigistischer Maßnahmen bestünden.

Wenn die Stabilität innerhalb der EWG gewahrt bleiben solle, könne man ebenfalls nicht umhin, die Kartellpolitik in der Gemeinschaft näher zu definieren. Die Bundesrepublik wolle ihre eigene Politik in diesem Sektor[28] nicht durch europäische Vereinbarungen aufweichen lassen. Das sei allerdings allgemein anerkannt, daß die Kartelle schädlich und unsozial seien und nicht mehr in unsere Zeit paßten.

Besondere Schwierigkeiten ergäben sich auch in der Sozialpolitik, insbesondere in der Landwirtschaft. Eine Harmonisierung der Sozialpolitik in der EWG dürfe keinesfalls darin bestehen, die Entartungen dieser Politik in den einzelnen Ländern zu kumulieren. Die große Besorgnis der Bundesregierung liege darin, daß man in Brüssel die höchsten Sozialleistungen eines EWG-Landes zur Richtschnur für die übrigen Länder erheben wolle, was wiederum die allgemeine Stabilität in Gefahr bringen würde.

Herr *Pompidou* bestätigte die Nützlichkeit einer Annäherung auf dem Gebiet der Steuer- und Energiepolitik. In der Kartellpolitik habe auch Frankreich ein Interesse, gegen Kartelle und ihre wettbewerbsstörende Wirkung vorzugehen. Vielleicht sei es jedoch angebracht, Industriezusammenschlüsse oder auch Zusammenschlüsse zwischen Gesellschaften einzelner EWG-Länder zu fördern, um sie dank ihrer Größe und Finanzkraft gegen die amerikanische Konkurrenz zu schützen. Die sich immer weiter ausbreitenden amerikanischen finanziellen Beteiligungen in Europa gäben Anlaß zur Sorge. Das werde besonders deutlich, wenn man die Entwicklung zweier sehr großer italienischer Unternehmen – Montecatini und Fiat – verfolge. Wenn diese Tendenz sich in verstärktem Maße fortsetze, könne man auf die Dauer ernsthaften Schwierigkeiten in Westeuropa nicht ausweichen.

Was die Sozialpolitik angehe, so sei auch Frankreich besorgt über die Entwicklung der Soziallasten, besonders im Hinblick auf ihr natürliches Anwachsen im Verlaufe der kommenden Jahre. Auch hier sei ein vorsichtiges Vorgehen vonnöten, und eine Diskussion darüber in Brüssel würde von Frankreich begrüßt werden.

Der Herr *Bundeskanzler* schloß sich der Ansicht an, daß man in Europa umdenken müsse in bezug auf die noch als zulässig zu betrachtende Größe von Unternehmen. Im europäischen Rahmen seien diese Größen andere als in ein-

[27] Das System der Mehrwertsteuer, einer Netto-Allphasen-Umsatzsteuer mit Vorsteuerabzug, wurde am 1. Januar 1968 in der Bundesrepublik eingeführt.

[28] Zum Kartellgesetz vom 27. Juli 1957 vgl. Dok. 29, Anm. 13.

zelstaatlicher Sicht. Die Zusammenarbeit zwischen größeren Unternehmen solle gefördert werden. Er habe im übrigen Amerikanern gegenüber immer deutlich erklärt, daß die Kennedy-Runde nicht dazu dienen solle, Amerika zu Handelsbilanzüberschüssen zu verhelfen. Die passive Bilanz der USA rühre von einer Kapitalflucht her, die sich besonders in unseren Ländern auswirke. Allerdings böten auch unsere überhöhten Zölle einen zu starken Anreiz, um in diese Gebiete einzudringen und Absatzmärkte nicht zu verlieren. Wenn eine 50%ige Zollsenkung gelänge, würde damit der Kapitalzustrom in Europa sicherlich erheblich eingedämmt. Wir müssen bereit sein, wie auch die USA, Zollsenkungen zuzustimmen.

Auch Premierminister *Pompidou* meinte, man müsse die USA-Regierung dazu bringen, daß ihre Finanzpolitik nicht weiter eine Geldinflation fördere, die unweigerlich von Amerika auf Europa übergreifen müsse.

Zum Schluß fragte der Herr *Bundeskanzler*, ob man Meldungen Glauben schenken könne, nach denen Frankreich wenig Neigung zeige, sich weiter an dem Türkei-Konsortium[29] zu beteiligen.

Premierminister *Pompidou* erläuterte noch einmal die Aufteilung der französischen Beteiligung und wies darauf hin, daß Frankreich zwar die Beteiligung aufrechterhalten will, nicht aber geneigt sei, sie zu erhöhen, da bekanntermaßen Anleihen an die Türkei für die Geberländer wenig verlockend erschienen. Der Herr *Bundeskanzler* erklärte, daß auch die deutsche Beteiligung hauptsächlich im Interesse der NATO und damit der gesamten westlichen Welt geschehe, wenngleich auch man sich davon nicht viel versprechen könne.

Bundeskanzleramt, AZ: 21-301 00 (56), Bd. 7

[29] Zum Türkei-Konsortium vgl. Dok. 21, Anm. 16 und 17.

48

Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem französischen Außenminister Couve de Murville in Paris

I A 3-83.00/94.05/690/64 VS-vertraulich **15. Februar 1964**[1]

Pariser Besprechung vom 15. Februar 1964: 9.30–10.45 Uhr

Teilnehmer:

Minister Couve de Murville	Bundesminister Schröder
M. de Carbonnel	Bundesminister Schmücker (zeitweilig)
M. Lucet	Staatssekretär Carstens
Botschafter de Margerie	Ministerialdirektor Jansen
	Botschafter Klaiber

1) Deutschlandplan[2]

Der *Bundesminister* setzt keine übertriebenen Hoffnungen auf den neuen deutschen Plan. Es ist aber gut, wenn das Thema wieder einmal zusammenhängend vorgebracht wird. Es besteht die Gefahr, daß die Gegenseite versucht, einzelne ihr passende Punkte herauszupicken. Z.B. können die vorgesehenen gesamtdeutschen Ausschüsse die These „Deutsche an einen Tisch" neu beleben. Deshalb sind wir darauf bedacht, daß die Botschaftergruppe keine Einzelheiten des Planes vorzeitig veröffentlicht.[3] Uns liegt an der zusammenhängenden Betrachtung. Wir bitten um die französische Beteiligung bei der Behandlung des Planes.[4]

Couve de Murville erklärt sich einverstanden. Er stellt fest, daß der Plan nicht veröffentlicht werden soll.

Der *Bundesminister* meint, daß letzteres von der Entwicklung der internationalen Lage abhängt. Desgleichen von der innerpolitischen Lage. Der Wiedervereinigungsgedanke muß in Deutschland lebendig erhalten bleiben.

2) Bodenbeobachtungsposten[5]

Der *Bundesminister*: Unsere Haltung ist unverändert. Militärisch ist das Projekt nicht viel wert. Unsere Generäle sind gegen die Anwesenheit russischer Offiziere bei alliierten Divisionen. Dies würde unsere Soldaten verwirren und den Verteidigungswillen schwächen. Sinn hat eine Beobachtungszone, die von

[1] Die Gesprächsaufzeichnung wurde durch Referat I A 3 gefertigt und mit Begleitvermerk des Ministerialdirektors Jansen vom 24. Februar 1964 weitergeleitet.
Hat Staatssekretär Lahr am 14. März, Staatssekretär Carstens am 18. März und Bundesminister Schröder am 26. März 1964 vorgelegen.

[2] Für den Wortlaut der Deutschland-Initiative (Fassung vom 3. Januar 1964) vgl. Dok. 3.

[3] Trotz der Vereinbarung in der Washingtoner Botschaftergruppe, daß eine vorzeitige Veröffentlichung der Deutschland-Initiative vermieden werden solle, waren anscheinend Informationen über den Inhalt an die Presse durchgesickert. Vgl. dazu Dok. 10, Anm. 10, und Dok. 15, Anm. 8 und 9.

[4] Zur französischen Stellungnahme zur Deutschland-Initiative vgl. weiter Dok. 75.

[5] Zur Frage der Errichtung von Bodenbeobachtungsposten vgl. zuletzt Dok. 43.

San Franzisko bis Wladiwostok reicht. Wenn nur der deutsche Bereich kontrolliert werden soll, ist der Kontrollplan nicht akzeptabel.

Couve de Murville: Das Ganze ist nicht ernst zu nehmen. Das Projekt ist nicht realistisch. Es ist aus innerpolitischen Gründen vorgebracht worden.

Der *Bundesminister*: Wenn die alliierten Partner etwas vorbringen, ist es für die deutsche Seite schwer, einfach nein zu sagen. Wir hoffen, daß sich das Nein im Laufe der Erörterungen ergibt.[6]

3) Zypern

Der *Bundesminister*: Wir wollten aus Solidarität mit den Bündnispartnern einen Beitrag für Zypern leisten.[7] Wir fürchteten die Aussicht eines Krieges unter NATO-Partnern. Ferner waren russische Manöver zu erwarten. Die Bereitschaft, außerhalb des Bündnisgebietes einen Einsatz zu machen, erwies sich im Bundesgebiet als gering. Da Makarios den Einsatz der NATO-Länder ablehnte, entfiel unsere eventuelle Beteiligung. Wenn die UNO eine Aktion startet, sind wir nicht beteiligt.[8] Keiner weiß, wie eine Lösung aussehen soll. Wir tendieren in gewissem Maße auf eine sogenannte föderative Lösung. Türken und Griechen würden in möglichst geschlossenen Wohngebieten eine Föderation bilden. Wenn eine Lösung sichtbar wird, werden wir eine eventuell erforderliche Beteiligung kaum verweigern können.

Couve de Murville: Die Lage ist explosiv. Zypern ist keine nationale Einheit. Der Vertrag von Zürich[9] ist deshalb von einer falschen Voraussetzung ausgegangen. Frankreich hat sich gegen den englisch-amerikanischen Plan gestellt[10], weil er ungeschickt war. Zypern hat nichts mit der NATO zu tun. Auf die Weise wäre ein Lokalproblem in den Kalten Krieg hineingezogen worden. Die erste Verantwortung liegt bei Großbritannien, Griechenland und der Türkei. Griechenland war bisher nicht aktiv, da es keine Regierung hatte.[11] Ange-

[6] Vgl. dazu weiter Dok. 123, Anm. 17.

[7] Zur Haltung der Bundesregierung gegenüber dem Plan, eine Friedenstruppe aus Kontingenten einzelner NATO-Staaten nach Zypern zu entsenden, vgl. Dok. 37.

[8] Zur Zypern-Frage vgl. weiter Dok. 70.

[9] Auf den Konferenzen von Zürich (5. bis 11. Februar 1959) und London (17. bis 19. Februar 1959) wurde eine Einigung über den künftigen Status von Zypern erzielt. In einem Memorandum vom 19. Februar 1959 nahmen Großbritannien, Griechenland und die Türkei die ausgearbeitete Verfassung, den Garantievertrag über die Unabhängigkeit Zyperns und den Bündnisvertrag zwischen Zypern, Griechenland und der Türkei an. Nach Klärung von Differenzen über den Fortbestand zweier britischer Militärbasen auf Zypern wurden die Dokumente am 7. Juli 1960 unterzeichnet. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1959, Z 20 und Z 26 f.; AdG 1959, S. 7573–7575; AdG 1960, S. 8500.

[10] Gegenüber Ministerialdirektor Jansen führte der französische Botschafter am 5. Februar 1964 aus, für die geplante Aktion auf Zypern fehle ohne Einladung der drei Garantiemächte und Zyperns selbst die juristische Basis. Außerdem sehe die französische Regierung nicht ein, „warum die NATO, in welcher Form auch immer, in Zypern aktiv werden solle. Zypern gehöre nicht zur NATO ... Die USA seien jederzeit in der Lage, akuten Unruhen in Zypern zu begegnen. Sie verfügten dafür über ausreichende Machtmittel im Mittelmeer." Vgl. Referat I A 4, Bd. 295.
Zur französischen Haltung vgl. auch den Drahtbericht des Botschafters Klaiber, Paris, vom 3. Februar 1964; Abteilung I (I A 4), VS-Bd. 162; B 150, Aktenkopien 1964.

[11] Ministerpräsident Papandreou erklärte am 24. Dezember 1963 den Rücktritt seiner Regierung. Bis zur erneuten Einsetzung von Papandreou nach Neuwahlen am 16. Februar 1964 führte ein

sichts der griechischen öffentlichen Meinung[12] kann sich die Stimmung gegen die NATO verschlechtern.

Der *Bundesminister* stellte abschließend fest, daß wir alle an einer Lösung interessiert sein müssen, auch wenn der einzelne mehr oder weniger verantwortlich ist. Vielleicht wird sich doch die föderative Lösung durchsetzen.

Im Anschluß an diese Erörterungen wurden unter Zuziehung von Bundesminister Schmücker einige wirtschaftspolitische Fragen besprochen, ohne daß sie alle vertieft worden wären.

1) Kennedy-Runde[13]
2) Arbeitsprogramm 1964 der EWG[14]

Bundesminister *Schmücker* bemerkt hierzu, das Fehlen eines sozialpolitischen Programmes sei kritisiert worden. Wenn ein solches Programm in Angriff genommen würde, wird man die Maximalleistungen der Partnerstaaten addieren. Unserer Meinung nach muß aber alles vermieden werden, das preistreibende Tendenzen aufweist.[15] Deshalb sollten die Programmpunkte aufgegriffen werden, die angesichts der existierenden Inflationstendenzen nicht preistreibend wirken.

Couve de Murville akzeptiert diese Haltung. Erste Aufgabe ist 1964, gegen die Inflation anzukämpfen. Wir müssen eine Stabilisierung erreichen.

Bundesminister *Schmücker*: Anlaß zur Debatte über ein sozialpolitisches Programm gab Kommissionsmitglied Levi Sandri. Ein Streitgespräch wird in Brüssel stattfinden.[16] Französische Unterstützung wäre erwünscht.

Couve de Murville: Kein Wunder, daß Belgier und Italiener sich für eine sozialpolitische Planung aussprechen. In ihren Regierungen sitzen Sozialisten.

Fortsetzung Fußnote von Seite 234

Übergangskabinett die Regierungsgeschäfte in Griechenland. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1964, Z 12f. und Z 60.

12 In Griechenland kam es zu Demonstrationen gegen den Vorschlag, eine Friedenstruppe aus Kontingenten einzelner NATO-Staaten nach Zypern zu entsenden. Vgl. dazu den Drahtbericht des Botschafters Melchers, Athen, vom 5. Februar 1964; Referat I A 4, Bd. 295.

13 Zur Kennedy-Runde vgl. Dok. 12, Anm. 14.

14 Auf der Tagung des EWG-Ministerrats vom 3. bis 5. Februar 1964 gab Bundesminister Schmücker eine Erklärung ab, in der er die Ansichten der Bundesregierung zu den wichtigsten Aufgaben der Gemeinschaft für 1964 darlegte. Unter Hinweis auf die Kennedy-Runde trat er für einen Ausbau der Außenbeziehungen der EWG ein. Als weitere Aufgaben stellte er die Angleichung der Konjunktur- und Steuerpolitik der Mitgliedstaaten, die Prüfung der Gesamtfinanzierung der EWG, die Fusion der Exekutiven und die Stärkung des Europäischen Parlaments dar. Die Erklärung von Schmücker war Grundlage für weitere Erörterungen des Rats über Aktionsmöglichkeiten der EWG im Jahr 1964. Für den Wortlaut der Erklärung vgl. BULLETIN 1964, S. 201–203. Vgl. dazu ferner BULLETIN DER EWG 3/1964, S. 66.

15 Vgl. dazu auch die Ausführungen des Bundeskanzlers Erhard gegenüber Ministerpräsident Pompidou; Dok. 47.

16 Anläßlich der Aussprache des EWG-Ministerrats am 24. Februar 1964 verwahrte sich Bundesminister Schmücker gegen den Vorwurf, im deutschen Vorschlag für ein Arbeitsprogramm 1964 seien die sozialpolitischen Fragen nicht ausreichend berücksichtigt. Er wandte sich allerdings gegen entsprechende Programme, sondern bezeichnete es als wesentlich, „daß die Hauptfrage im wirtschaftspolitischen Bereich, die Hauptfrage der Bürger unserer Länder darauf gerichtet ist, wie die Stabilität gewahrt werden soll. Die sozialste aller sozialen Taten ist es, für Stabilität zu sorgen." Für den Wortlaut der Ausführungen von Schmücker vgl. BULLETIN 1964, S. 370.

Deutsche und Franzosen sollten in dieser Frage im Sinne der Klugheit zusammengehen.

3) Türkenkonsortium[17]

Der *Bundesminister*: Frankreich zeigt Neigung, sich aus dem Konsortium zurückzuziehen. Wir bedauern das. Zwar erhält die Türkei auf Grund des Assoziationsvertrages mit der EWG[18] neue Hilfe. Deshalb sollte aber die früher beschlossene multilaterale Hilfe, für die das Türkenkonsortium geschaffen wurde, nicht gekürzt werden. Dies wäre ein Rückschlag. Die Rolle der Türkei in der NATO ist beachtlich. Wenn Frankreich aussteigt, fürchten wir, daß sich die Türkei noch mehr an uns wendet.

Couve de Murville kann nicht Stellung nehmen, da Frage in Paris noch studiert wird. Für 1963 hat Frankreich ein Abkommen mit der Türkei getroffen. Es ist noch nicht entschieden worden, was Frankreich für 1964 tun kann.

Bundesminister *Schmücker* bittet, daß wir diese Frage weiter miteinander besprechen.

Couve de Murville sagt zu, die Diskussion hierüber mit uns weiterzuführen.[19]

Abteilung I (I A 1), VS-Bd. 15

[17] Zum Türkei-Konsortium vgl. Dok. 21, Anm. 16 und 17.

[18] Zum Assoziierungsabkommen vom 12. September 1963 zwischen der EWG und der Türkei, das auch handels- und finanzpolitische Hilfen der Gemeinschaft für die Türkei vorsah, vgl. BULLETIN DER EWG 8/1963, S. 5–8, und 9–10/1963, S. 21–29.

[19] Mit Schreiben vom 25. März 1964 setzte sich Bundesminister Schröder bei Außenminister Couve de Murville nochmals für einen französischen Beitrag zum Türkei-Konsortium ein: „Angesichts der hohen und strategischen Bedeutung, die der Türkei als Eckpfeiler der NATO im südosteuropäischen Raum zukommt, erscheint eine Fortsetzung der Konsortialhilfe auch 1964 dringend erforderlich ... Es darf nicht übersehen werden, daß im Falle einer Einstellung der Konsortialhilfe nicht nur der Erfolg der bisherigen Bemühungen des Konsortiums zur Sicherung der Durchführung des türkischen Fünfjahresplanes, sondern die Existenz des Konsortiums selbst ernsthaft in Frage gestellt würde." Vgl. Ministerbüro, Bd. 264.
Vgl. dazu auch Dok. 188.

49

Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit Staatspräsident de Gaulle in Paris

Z A 5-29.A/64 geheim **15. Februar 1964**[1]

Der Herr Bundeskanzler führte am 15. Februar 1964 um 10 Uhr in Paris im Palais de l'Elysée ein zweites Gespräch unter vier Augen mit dem französischen Staatspräsidenten de Gaulle.

Der Herr *Bundeskanzler* kam nochmal auf seinen am Vortag[2] gemachten Vorschlag zurück, daß die Ratsmacht[3] zu einem Gespräch einlade. Dabei denke er daran, daß der Regierungschef der Ratsmacht seine Kollegen einladen könnte. Damit würde sich die Frage Großbritanniens überhaupt nicht stellen.

General *de Gaulle* erwiderte, der Herr Bundeskanzler habe seinem Vorschlag vom Vortage etwas hinzugefügt, das sicherlich der gründlichen Erwägung wert sei. Der Herr Bundeskanzler sehe nunmehr nämlich vor, daß ein Regierungschef der Sechs, und zwar der Regierungschef der Macht, die im Ministerrat den Vorsitz führe, seine Kollegen zu einer Konferenz einladen würde. In dieser Form wäre er (de Gaulle) a priori dem Vorschlag geneigt. Natürlich müsse er ihn sich noch genauer überlegen. Wichtig sei, daß die sechs Hauptverantwortlichen miteinander in Kontakt kämen. Die Formel, das Verfahren und sogar der Ort eines solchen Zusammentreffens sei für ihn nicht sehr bedeutsam. Deswegen scheine ihm der Vorschlag des Herrn Bundeskanzlers recht gut zu sein.

Der Herr *Bundeskanzler* schlug vor, über diese Frage in der Öffentlichkeit nicht zu sprechen und in Kontakt zu bleiben, um zu sehen, wie die Sache gehandhabt werden könnte.

General *de Gaulle* war damit einverstanden.[4]

[1] Druchdruck.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Kusterer am 17. Februar 1964 gefertigt.
Hat Bundesminister Schröder am 24. und Staatssekretär Carstens am 25. März 1964 vorgelegen.

[2] Zum Gespräch vom 14. Februar 1964 vgl. Dok. 44.

[3] Den Vorsitz im EWG-Ministerrat hatte seit dem 1. Januar 1964 Belgien inne. Am 1. Juli 1964 wechselte der Vorsitz turnusgemäß an die Bundesrepublik Deutschland.

[4] Am 24. März 1964 teilte der italienische Botschafter Guidotti mit, ein Treffen der Regierungschefs der EWG werde „im gegenwärtigen Zeitpunkt" nicht für nützlich gehalten. Ein solches Treffen werde nur verdeutlichen, „wie weit die Standpunkte der sechs Regierungen voneinander entfernt sind. Eine solche Demonstration der derzeitigen Uneinigkeit liegt aber nicht im Interesse der Gemeinschaft. Unter Umständen kann ein solches Treffen zu erheblichen Auseinandersetzungen mit General de Gaulle führen, wodurch dieser geradezu in Anklagezustand versetzt werden würde ... Infolgedessen ist die italienische Regierung der Meinung, daß ein Treffen der Regierungschefs vorläufig zurückgestellt werden sollte." Vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jansen vom 24. März 1964; Referat I A 2, Bd. 1150.
Zu den Bemühungen um eine europapolitische Initiative vgl. weiter Dok. 59.

Der Herr *Bundeskanzler* kam dann auf den unangenehmen Fall Argoud[5] zu sprechen. Er betonte zunächst, daß er diese Frage viel lieber mit Stillschweigen übergehen würde, aber er werde von der gesamten öffentlichen Meinung, den Parteien und Fraktionen gezwungen, die Sache aufzugreifen. Das Merkwürdige sei, daß im Bundestag[6] gerade die Persönlichkeiten, die am meisten für eine deutsch-französische Freundschaft eingenommen seien, erklärten, eben deshalb müsse in der Öffentlichkeit ein Wort gesagt werden. Wenn die französische Regierung schon erklärt habe, daß sie nicht den Befehl zum Ergreifen Argouds gegeben habe und daß sie Deutschland keines Versäumnisses bezichtige, wäre es vielleicht möglich, ein Wort der Entschuldigung und möglicherweise des Tadels gegen diejenigen auszusprechen, die gegen den Befehl der französischen Regierung oder zumindest ohne deren Einverständnis gehandelt hätten. Die Form, in der das geschehe, müsse er natürlich dem General überlassen, doch könnte er sich vorstellen, daß etwas Derartiges in einem persönlichen Schreiben des Generals an den Herrn Bundeskanzler oder in einer kurzen Erklärung zum Ausdruck kommen könnte. Dies werde sicherlich die erste Frage sein, die man ihm in Deutschland stellen werde. Er brauche nicht zu sagen, daß er mit Argoud nichts zu tun haben wolle, daß er ihn verabscheue und daß er auch keine Überstellung fordere. Deutschland sei im Gegenteil glücklich, daß die Frage der OAS sich so günstig beigelegt habe. Gerade wegen der jüngsten Vergangenheit sei das deutsche Volk jedoch höchst empfindlich und erwarte vom treuesten Freund Deutschlands eine Geste, die den Respekt für die deutsche Souveränität begründe. Er (der Herr Bundeskanzler) wolle seine Ausführungen nicht als politischen Schritt aufgefaßt wissen, obwohl wegen dieser Frage vor seiner Abfahrt noch der Außenpolitische Ausschuß getagt habe[7], sondern vielmehr als eine ganz persönliche Bitte, um die Voraussetzungen zu schaffen, daß nicht der geringste Schatten über der deutsch-französischen Freundschaft schwebe.

General *de Gaulle* erklärte, als Argoud sich in Deutschland befunden habe, sei Frankreich seit langem unangenehm und schmerzlich von der Tatsache berührt gewesen, daß eine befreundete Regierung Argoud habe machen lassen, und dies trotz der wiederholten Vorstellungen[8], die von französischer Seite in Bonn erhoben worden seien. Argoud sei ein Deserteur. Darüber hinaus sei er unmittelbar beteiligt gewesen an Gruppen, die nicht nur versucht hätten, die Republik in Paris umzustürzen, sondern auch, den Staatspräsidenten zu ermorden; diese Gruppe habe ja die deutlichsten Attentate[9] gegen ihn selbst angestellt. Sie habe außerdem den Premierminister ermorden wollen. Dieser

[5] Vgl. dazu das Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem französischen Außenminister Couve de Murville am 14. Februar 1964; Dok. 45.

[6] Zur Haltung einzelner Abgeordneter im Fall Argoud vgl. bereits Dok. 8, Anm. 21 und 23. Vgl. auch BULLETIN 1963, S. 1766.

[7] Der Fall Argoud wurde am 13. Februar 1964 im Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten erörtert. Vgl. dazu Referat L 1, VS-Bd. 71.

[8] Im Oktober 1962 wurden der Bundesregierung Listen mit Namen von „gefährlichen" OAS-Mitgliedern übergeben und die Bitte ausgesprochen, diesen Personen keinen Aufenthalt in der Bundesrepublik zu gewähren. Vgl. dazu die Ausführungen des Botschafters de Margerie gegenüber Staatssekretär Carstens am 2. Dezember 1963; AAPD 1963, III, Dok. 441.

[9] Am 22. August 1962 wurde ein Anschlag auf Staatspräsident de Gaulle verübt, der jedoch unverletzt blieb.

Mörder Argoud, dieser Chef einer Mordbande, habe sich in Deutschland frei bewegt, viele Leute empfangen und uneingeschränkt Korrespondenz geführt. Da Frankreich außerdem zur Sicherung der freien Welt in Deutschland Truppen stationiert habe, habe Argoud mit französischen Offizieren unter Ausnutzung der Tatsache ihres Aufenthalts in Deutschland Kontakt aufgenommen und sie zur Desertion zu bewegen versucht.[10] In einigen Fällen sei ihm das sogar gelungen. All dies sei geschehen, ohne daß von deutscher Seite irgendeine Reaktion erfolgt sei. Frankreich habe sich somit in einer Art Notwehr befunden. Natürlich habe die französische Regierung nicht Befehl zur Inhaftierung in Deutschland gegeben, doch gebe es zwischen der Regierung und den ausführenden Organen viele Zwischeninstanzen, und es sei eine Tatsache, daß Argoud nach Paris gebracht worden sei durch Mittel und Wege, die die französische Regierung selbst gar nicht so genau habe ergründen wollen, obschon diese Mittel und Wege natürlich nicht offizieller Natur gewesen seien. In Paris sei Argoud jedoch vor Gericht gestellt und von diesem verurteilt worden[11], im übrigen nicht zum Tode. Nunmehr, da alles vorüber sei, habe die Bundesrepublik ihre Unzufriedenheit zum Ausdruck gebracht, daß Argoud auf deutschem Gebiet geschnappt worden sei. Der Herr Bundeskanzler bitte ihn, sich an seine Stelle zu versetzen. Er aber wolle den Herrn Bundeskanzler bitten, sich doch einmal an seine (de Gaulles) Stelle zu versetzen und frage ihn, ob er es für normal halte, daß nach allem, was Argoud auf deutschem Gebiet getan habe, und nachdem Argoud nunmehr nach Frankreich verbracht worden sei, Frankreich dafür eine Entschuldigung abgeben müsse. Er halte dieses Verlangen doch für leicht übertrieben.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, der General solle ihm glauben, daß es ihm höchst peinlich sei, gerade in diesem Raum den Namen eines Mannes nennen zu müssen, dessen Taten er von Herzen verabscheue. Man sollte auch davon absehen, den Namen zu nennen, vielmehr nur die Tatsache ins Auge fassen, daß hier jemand von einer fremden Macht auf deutschem Gebiet entführt worden sei, ohne Einschaltung der deutschen Behörden. Er bitte den General um Verständnis dafür, daß die deutsche öffentliche Meinung höchst empfindlich sei. Er habe sein persönliches Prestige eingesetzt, um den diplomatischen Notenwechsel anzuhalten[12], und erklärt, er werde mit General de Gaulle zusammentreffen und glaube, unter vier Augen leichter eine Lösung finden zu können, als wenn zwischen den Regierungsstellen weiter Noten ausgetauscht würden. Man könne aber alle politischen Parteien nehmen und feststellen, daß sie zwar alle nicht für Argoud seien, daß sie sich aber darüber erregten, daß hier jemand auf deutschem Hoheitsgebiet entführt worden sei. Interessant dabei sei, daß gerade diejenigen, die die deutsch-französische Freundschaft am meisten betonten, am nachhaltigsten eine Bereinigung forderten.

General *de Gaulle* fragte, was der Herr Bundeskanzler unter Bereinigung verstehe und zu welchem Ziel er zu gelangen versuche.

[10] Im April 1962 besuchte Antoine Argoud verschiedene französische Garnisonen in der Bundesrepublik und versuchte, Offiziere für die OAS zu gewinnen. Vgl. dazu AdG 1962, S. 9855.

[11] Zum Urteil im Fall Argoud vom 30. Dezember 1963 vgl. Dok. 45, Anm. 6.

[12] Zur Einstellung des Notenwechsels auf Veranlassung des Bundeskanzleramtes vgl. Dok. 45, Anm. 14.

Der Herr *Bundeskanzler* erwiderte, man könnte zum Beispiel erklären, daß man es bedauere, daß das Vorgehen von Franzosen auf deutschem Hoheitsgebiet als Menschenraub gewertet werde.

General *de Gaulle* fragte, was die Konsequenz einer solchen Erklärung wäre.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, dann würde man nicht mehr darüber sprechen.

General *de Gaulle* sagte, es sei auch bedauerlich, daß Argoud so lange seine Tätigkeit auf deutschem Hoheitsgebiet habe ausüben dürfen und ihm diese Freiheit gelassen worden sei.

Der Herr *Bundeskanzler* fragte, ob von französischer Seite den deutschen Behörden gegenüber irgendwelche Aufschlüsse über die Tätigkeit Argouds gegeben worden seien.

General *de Gaulle* erwiderte, dies sei mehrmals geschehen.

Der Herr *Bundeskanzler* erklärte, er sei bereit, dieses Bedauern damit zu verbinden und darüber hinaus den deutschen Behörden Weisung zu erteilen, daß in Zukunft derartige Personen mit besonderer Sorgfalt überwacht würden.[13]

General *de Gaulle* präzisierte seinen Vorschlag: Wenn er, um dem Herrn Bundeskanzler Freude zu machen und aus Freundschaft für ihn, einen Brief schreiben würde in dem genannten Sinne und dabei wiederholen würde, daß es mißlich sei, daß die Umstände zu diesem Zwischenfall auf deutschem Hoheitsgebiet geführt hätten, ob dann der Herr Bundeskanzler bereit wäre, ihm gegenüber sein Bedauern über die Nachlässigkeit der deutschen Behörden in der Überwachung Argouds zum Ausdruck zu bringen.

Der Herr *Bundeskanzler* erwiderte, er wisse natürlich nicht, ob hier ein Versäumnis von deutscher Seite vorliege, wenn der General ihm aber sage, daß die deutschen Behörden von den französischen Behörden darauf aufmerksam gemacht worden seien, hätte er nichts gegen einen solchen Brief einzuwenden. Der deutschen Öffentlichkeit sei bekannt, daß die ausführenden Organe von München in telefonischer Verbindung mit den französischen Sicherheitsbehörden in Baden-Baden gestanden hätten, und [sie] ziehe daraus den Schluß, daß hier eine enge Beziehung vorgelegen habe. Wenn General de Gaulle einen Brief schreiben würde, würde er erwidern, daß er es bedaure, wenn trotz französischer Hinweise von deutscher Seite etwas versäumt worden sei, und daß die Bundesregierung Sorge tragen werde, daß in Zukunft diese Fragen mit besonderer Sorgfalt behandelt würden.

General *de Gaulle* fragte, ob nach einem solchen Briefaustausch kein weiteres Wort mehr über die Angelegenheit verloren würde.

Der Herr *Bundeskanzler* erklärte, er verbürge sich dafür. Er habe ohnehin schon versucht, die Sache zu unterbinden, doch sei ihm dies angesichts der parlamentarischen Erregung nicht möglich gewesen. Dennoch habe er alles getan, um einen weiteren offiziellen Notenaustausch zu vermeiden.

[13] Unter Hinweis auf den Fall Argoud informierte Staatssekretär Carstens am 17. Februar 1964 über seine Absicht, „vor dem Bundesrat auf gewisse Mißstände hinzuweisen, die sich infolge der Betätigung von Ausländern auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland für ihre außenpolitischen Beziehungen ergeben". Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 439; B 150, Aktenkopien 1964.

General *de Gaulle* wies darauf hin, persönlich mische er sich in die Angelegenheiten des Geheimdienstes so wenig wie möglich ein und glaube, daß es für einen Staatschef auch besser sei, dies zu unterlassen. Wegen des Algerienproblems, zunächst mit der FLN und dann mit der OAS, sei es tatsächlich so, daß eine Reihe nichtoffizieller Elemente vorübergehend von den Geheimdiensten eingesetzt worden seien, um Nachrichten herauszubringen und gewisse Operationen durchzuführen, wie dies in allen Revolutionssituationen üblich sei. Es sei eines dieser Elemente, das die Argoud-Operation durchgeführt habe. Andererseits habe Frankreich festgestellt, daß in der Argoud-Angelegenheit sowie in anderen Fällen, wie Bidault[14] und eines gewissen Sergeanten[15], diesen Leuten in Bayern und insbesondere in München unbestreitbare Möglichkeiten eingeräumt worden seien, die den französischen Stellen nicht verborgen geblieben seien. Persönlich messe er dieser Angelegenheit keine besondere Bedeutung bei, doch sei es gut, wenn der Herr Bundeskanzler darüber Bescheid wisse.

Der Herr *Bundeskanzler* wies darauf hin, daß dies sicherlich nicht mit Billigung der Regierung geschehen sei. Er habe schon erklärt, wenn irgendwo mangelnde Sorgfalt vorliege, stehe er nicht an, sich dafür zu entschuldigen und ganz besonders darauf zu achten, daß in Zukunft strikter vorgegangen werde. München mit seinen über 100000 Ausländern dunkler Herkunft sei allerdings ein Platz besonderer Art, obwohl er nichts gegen München sagen wolle. Er verspreche jedoch, daß er alles tun werde, und verbürge sich dafür, daß mit einem solchen Briefaustausch[16] das letzte Wort über dieses scheußliche Verbrechen gesagt worden sei. Er regte dann an, über diese Frage auch in der Plenarsitzung[17] kein Wort zu verlieren.

Der Herr Bundeskanzler kam dann auf die zweite Frage zu sprechen, die er anzuschneiden wünsche. Er erklärte, Präsident de Gaulle werde demnächst ja nach Lateinamerika[18] reisen. Auch die Bundesregierung sei des öfteren ermutigt worden, die wirtschaftlichen Bande mit Lateinamerika zu verstärken. Sehr viel an wirtschaftlichen Verbindungen gebe es zwar nicht, doch besitze Deutschland genau wie Frankreich ein gutes Entrée in Lateinamerika, und

[14] Mit der Gründung eines Nationalrats des Widerstandes im April 1962, der eng mit der Organisation de l'Armée Secrète (OAS) kooperierte, schloß sich der frühere Ministerpräsident und Außenminister Georges Bidault der Untergrundbewegung gegen die Algerien-Politik des Staatspräsidenten de Gaulle an. Im August 1962 wurde in Frankreich ein Haftbefehl wegen Mißachtung der Staatsautorität gegen Bidault erlassen. Im Oktober 1962 gelangte Bidault in die Bundesrepublik. Am 19. März 1963 gewährten die bayerischen Behörden Bidault eine Aufenthaltsgenehmigung, allerdings unter der Auflage, sich jeder politschen Betätigung zu enthalten. Bidault, der diese Bedingung nicht akzeptieren wollte, verließ am 27. März 1963 die Bundesrepublik. Vgl. dazu Georges BIDAULT, Noch einmal Rebell. Von einer Resistance in die andere, Berlin 1966, S. 327–348. Vgl. auch AdG 1963, S. 10499.

[15] Dazu handschriftliche Bemerkung des Staatssekretärs Carstens: „Name: Sergent." Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirektors von Haeften vom 29. Januar 1964; Abteilung V (V 4), VS-Bd. 244.

[16] Zum Austausch von Briefen vgl. Dok. 87.

[17] Vgl. Dok. 50.

[18] Der französische Staatspräsident besuchte vom 16. bis 19. März 1964 Mexiko und vom 21. September bis 16. Oktober 1964 zehn südamerikanische Staaten. Vgl. dazu L'ANNÉE POLITIQUE 1964, S. 235 f. und S. 297 f. Vgl. dazu auch Dok. 93, Anm. 15 und 18.

dies im Gegensatz zu den Amerikanern. Bei seinem letzten Besuch in Texas[19] habe Präsident Johnson ebenfalls gesagt, Deutschland solle doch in Lateinamerika aktiver werden, da es dort hoch geschätzt werde und der Bundeskanzler persönlich sehr gewürdigt werde. Bisher habe die Bundesregierung in dieser Frage mit den Amerikanern nicht sehr stark zusammengearbeitet, weil sie das Gefühl habe, daß dies in Lateinamerika nicht ankäme. Außerdem seien die finanziellen Möglichkeiten Deutschlands und Amerikas so unterschiedlich, daß eine Partnerschaft hier kaum denkbar sei. Auch psychologisch hielte er es nicht für gut. Die Besuche von General de Gaulle in Lateinamerika würden sicherlich gewisse Konsequenzen in der Entwicklungshilfe haben. Er frage daher, ob es eine Form der Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich geben könnte[20], falls diese Zusammenarbeit von französischer Seite gewünscht werde. Er glaube sogar, daß eine deutsch-französische Zusammenarbeit dieser Art die Amerikaner versöhnen könnte, weil diese das Gefühl hätten, mit der Sache einfach nicht fertig zu werden.

General *de Gaulle* sagte, Lateinamerika sei zusammen mit Asien die große Frage in der heutigen Welt. Man müsse sich fragen, was aus Lateinamerika werde, wohin es gehe. Das wisse man nicht. Jedenfalls aber habe die freie Welt das größte Interesse daran, daß Lateinamerika nicht kommunistisch werde. Weiterhin sei die freie Welt daran interessiert, daß diese Länder sich wirtschaftlich und sozial entwickelten, denn dies sei die Grundlage für alles übrige. Die Amerikaner hätten viel getan und täten auch weiterhin viel. Gestern habe der Herr Bundeskanzler erklärt, daß die Amerikaner zwar viel täten, aber nicht immer eine glückliche Hand dabei zeigten. Es sei ja auch nicht leicht, reich zu sein, wenn man es mit Armen zu tun habe, und genau das sei der Fall für die Amerikaner. Auch psychologisch hätten sie keinen Erfolg, und das sei natürlich für die freie Welt sehr schwerwiegend, und die Amerikaner wüßten dies auch. Präsident Kennedy habe ihm bei seinem Besuch in Paris[21] lange davon gesprochen, wie ärgerlich die lateinamerikanische Frage für ihn sei und daß Amerika nicht wisse, wie es mit der Sache fertig werden solle. Deswegen sollten die Europäer und die Franzosen, die einen natürlichen Zugang zu Lateinamerika hätten, sich mehr mit diesen Ländern beschäftigen. Kennedy habe dabei die Vorstellung gehabt, daß Frankreich zu der damals bevorstehenden Konferenz in Punta del Este[22] Beobachter entsenden sollte. Das sei

[19] Zu den deutsch-amerikanischen Regierungsbesprechungen vom 28./29. Dezember 1963 vgl. AAPD 1963, III, Dok. 486–491.

[20] In Vorbereitung der deutsch-französischen Regierungsbesprechungen schlug Ministerialdirigent Voigt am 8. Februar 1964 vor, beide Staaten sollten zunächst gemeinsame Leitgedanken für eine Zusammenarbeit gegenüber Entwicklungsländern ausarbeiten. Für eine Zusammenarbeit in Lateinamerika stelle sich dabei etwa die Frage, wie ein deutsch-französisches Vorgehen in Einklang mit der amerikanischen Politik gebracht werden könne. Weitere Fragen seien, wie man zu einer Stabilisierung der Verhältnisse in den lateinamerikanischen Staaten beitragen könne oder wie man der dortigen kommunistischen Propaganda begegnen könne. Vgl. Referat I A 1, Bd. 531.

[21] Zum Besuch des Präsidenten Kennedy vom 31. Mai bis 2. Juni 1961 in Paris vgl. Dok. 44, Anm. 33.

[22] Vom 5. bis 17. August 1961 tagte in Punta del Este (Uruguay) der Interamerikanische Wirtschafts- und Sozialrat, um dem Aufruf des Präsidenten Kennedy zur Gründung einer „Allianz für den Fortschritt" zu entsprechen. Deren Ziel sollte es sein, den Lebensstandard aller Menschen des amerikanischen Kontinents zu heben. Die Abschlußdokumente der Konferenz, die Charta von Punta del Este nebst beigefügter „Erklärung an die Völker Amerikas", enthielten ein Pro-

keine sehr große Sache gewesen, und er glaube im übrigen, daß dies nicht die richtige Art und Weise gewesen wäre. Das richtige System scheine ihm vielmehr, wenn Europa, und damit insbesondere Frankreich und Deutschland, die ja psychologisch ankämen und darüber hinaus auch gewisse wirtschaftliche Möglichkeiten hätten, wenn diese auch nicht ungeheuer seien, auf den Plan träten. Das sollten sie auch tun. Dabei könne es sich natürlich nicht darum handeln, etwa die Amerikaner tadeln zu wollen, denn diese müßten ihre Anstrengungen ebenfalls fortsetzen. Deutschland und Frankreich aber müßten eine eigene Anstrengung zur Entwicklung ihrer Beziehungen jeglicher Art sowie zu wirtschaftlichen Investitionen unternehmen. Dabei wäre es natürlich nicht interessant, wenn jeder seinen eigenen Weg gehen würde, vielmehr sollten die beiden Länder zusammenarbeiten. Dasselbe möchte er eigentlich auch von Afrika sagen. Hier gebe es analoge Gründe, in diesen Ländern aktiv zu werden und als Europäer aufzutreten. Die beiden Länder hätten gewisse Mittel, und die neutrale Welt habe nichts gegen die Europäer. Darüber hinaus dürfe man diese Länder nicht vor der Alternative Rußland oder Amerika lassen, weil sonst eines Tages einige von ihnen zumindest versucht sein könnten, sich auf die russische Seite zu schlagen, so wie es in Kuba der Fall gewesen sei. Man müsse also jetzt aktiv werden und aus diesem Grunde sich absprechen und etwas Gemeinsames organisieren in Lateinamerika.

Der Herr *Bundeskanzler* teilte die Auffassung, daß man die Entwicklungsländer nicht vor der Alternative lassen dürfe, entweder kommunistisch oder amerikanisch zu werden. Europa habe hier ein gewichtiges Wort mitzusprechen. Die deutsch-französische Zusammenarbeit auf diesem Gebiet bedürfe natürlich nicht der Institutionalisierung, vielmehr sollten die beteiligten Minister in einem ständigen Kontakt stehen, um sich über gewisse Schwerpunkte, Arbeitsteilung, Errichtung von Lehrlingswerkstätten und ähnliches zu einigen. Er könne sich auch vorstellen, daß die Industrie zu gemischten Unternehmungen ermutigt werden sollte. Es gebe hier alle möglichen Variationen, die keiner Institutionalisierung, aber eines ständigen Kontakts und ständiger Harmonisierung bedürften. Die beiden Länder könnten selbst zusammengenommen den lateinamerikanischen Kontinent nicht retten, sie könnten aber sehr vieles beitragen. Alles, was Europa tue, werde bei geringerem Aufwand größere Wirksamkeit erzielen, als was die Amerikaner täten. Es sei ja kein Geheimnis, daß das amerikanische Gebaren usw. eher Widerwillen in jenen Ländern errege. Er glaube, daß hier eine echte Lücke auszufüllen wäre im Interesse der freien Welt.

General *de Gaulle* sagte, was die Regierungsorganisation für die Entwicklungshilfe anbelange, so sei in Frankreich für die afrikanischen Staaten das Ministerium für Zusammenarbeit und für die übrigen Staaten das Außenministerium zuständig.

An dieser Stelle betrat Premierminister Pompidou den Raum. General de Gaulle unterrichtete ihn kurz über das Gespräch über den letzten Punkt.

Fortsetzung Fußnote von Seite 242

gramm zur Entwicklungs- und Selbsthilfe. Die USA erklärten sich darüber hinaus zu Finanzleistungen bereit. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1961, D 684–686.

Der Herr *Bundeskanzler* erklärte, in der Bundesrepublik sei ebenfalls nicht nur ein Ministerium zuständig, doch könnte ein Minister für seine Kollegen sprechen. Dies würde in diesem Fall Herr Minister Scheel sein.

Premierminister *Pompidou* wies darauf hin, daß es für Frankreich eigentlich nur das Außenministerium sein könne.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte abschließend, hier könne die deutsch-französische Solidarität, ohne irgendwie spektakulär zu sein, deutlich sichtbar werden.[23]

Das Gespräch endete um 11 Uhr.

Ministerbüro, VS-Bd. 8511

50

Deutsch-französische Regierungsbesprechung in Paris

II A 1-80.11/286/64 geheim[1] **15. Februar 1964**[2]

Ergebnisniederschrift über die 2. gemeinsame Sitzung im Rahmen der deutsch-französischen Konsultationsbesprechungen am 14. und 15. Februar 1964 in Paris

Die 2. gemeinsame Sitzung fand am Sonnabend, den 15. Februar, vormittags von 11 bis 13.30 Uhr statt.

Die Teilnehmer waren die gleichen wie in der 1. gemeinsamen Sitzung am Freitag, den 14. Februar.[3] Zusätzlich waren anwesend der Herr Bundesmini-

[23] Zur Fortsetzung des Dialogs über eine Zusammenarbeit bei der Entwicklungshilfe vgl. Dok. 97.

[1] Geschäftszeichen des Begleitvermerks.

[2] Durchschlag als Konzept.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Referat I A 1 gefertigt und mit Begleitvermerk des Ministerialdirigenten Voigt vom 20. Februar 1964 an Staatssekretär Carstens geleitet.

[3] Teilnehmer an der Plenarsitzung vom 14. Februar 1964 waren auf deutscher Seite: Bundeskanzler Erhard, Bundesminister Schröder, Bundesminister von Hassel, Bundesminister Schmücker, Bundesminister Heck, Staatssekretär Carstens, Staatssekretär von Hase, Botschafter Klaiber, Ministerialdirektor Jansen, Ministerialdirektor Baath, Ministerialdirektor Sonnenhol, Ministerialdirigent Osterheld und Generalinspekteur Trettner; auf französischer Seite: Staatspräsident de Gaulle, Ministerpräsident Pompidou, Außenminister Couve de Murville, Verteidigungsminister Messmer, Finanzminister Giscard d'Estaing, Informationsminister Peyrefitte, Staatssekretär Herzog, Botschafter de Margerie, Botschafter Seydoux, Generalsekretär de Carbonnel, Abteilungsleiter Lucet, Abteilungsleiter Wormser. Bundeskanzler Erhard berichtete über seine Besuche in den USA, in Großbritannien und in Italien. Weitere Themen der Besprechung waren die Europapolitik und die Anerkennung der Volksrepublik China durch Frankreich. Staatspräsident de Gaulle betonte, die französischen Atomwaffen dienten gleichermaßen der Verteidigung der Bundesrepublik wie Frankreichs. Ministerpräsident Pompidou stellte in Übereinstimmung mit der deutschen Seite fest, daß der Vereinheitlichung der Wirtschaftspolitik in Europa eine wichtige Rolle zukomme. Für eine Niederschrift der Besprechung vom 14. Februar 1964 vgl. Abteilung I (I A 1), VS-Bd. 139; B 150, Aktenkopien 1964.

ster für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Walter Scheel, und der französische Kooperationsminister Triboulet.

General *de Gaulle* eröffnete die Sitzung mit der Bitte an die anwesenden deutschen und französischen Minister, über die in ihren Einzelbesprechungen erzielten Fortschritte zu berichten.

1) Zusammenarbeit im Bereich der Verteidigung

Bundesminister *von Hassel* legt dar, daß sein mehrstündiges Gespräch mit Armeeminister Messmer mit einem allgemeinen Überblick über die strategische Lage in der Welt begonnen habe, wobei die französische Seite dankenswerterweise Informationen über die einzelnen Krisenherde gegeben habe. Beide Minister seien sodann zur Prüfung der Zusammenarbeit auf den einzelnen Sachgebieten übergegangen.

Die Beziehungen, die sich inzwischen zwischen den Armeen beider Staaten ergeben hätten, seien auf allen Ebenen ausgezeichnet. Dies gelte sowohl für die Kontakte zwischen den beiden Ministerien wie zwischen den Generalstabchefs, den Offizieren und den Soldaten.

Gute Fortschritte seien auch in der Frage der Benutzung französischer Einrichtungen durch die Bundeswehr im Frieden und im Krieg zu verzeichnen, wie z.B. Schulen, Übungsplätze, Depots und logistische Versorgungszentren. Es sei u.a. dabei gedacht, einen gemeinsamen deutsch-französischen Übungsplatz in der Nähe der Grenze zu errichten, der jeweils halbjährlich von der einen oder anderen Armee benutzt würde.

Die Zusammenarbeit im Rüstungssektor stoße demgegenüber auf erhebliche Hindernisse.[4] Zwar seien bei zahlreichen weniger bedeutenden, aber immerhin doch im Vordergrund stehenden Projekten gute Fortschritte erzielt worden, bei einigen großen Projekten sei die Zusammenarbeit jedoch gescheitert, zum Teil deshalb, weil die ursprünglichen Überlegungen falsch waren. Immerhin sei bei zwei von fünf großen Projekten eine Gemeinsamkeit noch immer zu erreichen. Die Rüstungszusammenarbeit sei durch zahlreiche politische, psychologische, militärische und technische Aspekte belastet, denen jeweils Rechnung zu tragen sei.

Zur Situation innerhalb der NATO erklärte Minister von Hassel, die Bundesregierung habe die französische Regierung um Unterstützung ihres Wunsches gebeten, den deutschen Kandidaten zum Direktor des neuen Internationalen Sekretariats der Standing Group[5] zu ernennen. Die allgemeinen Schwierigkei-

[4] Vortragender Legationsrat I. Klasse Scheske konstatierte am 27. Februar 1964, von französischer Seite sei beklagt worden, daß die Rüstungszusammenarbeit „bei den wesentlichen Objekten nicht gut sei". Vor allem sei die gemeinsame Entwicklung eines Standardpanzers und eines Helikopters „blockiert". Bundesminister von Hassel habe die fünf großen Projekte – Standardpanzer, Hubschrauber, Senkrechtstarter, Transall, Seeaufklärer Bréguet – erwähnt und dargelegt, daß wenigstens bei den beiden letztgenannten eine erfolgreiche Zusammenarbeit möglich sei. Vgl. Abteilung II (II 7), VS-Bd. 981; B 150, Aktenkopien 1964.

[5] Ministerialdirektor Krapf führte am 25. März 1964 dazu aus: „Nach langwierigen Beratungen hat der Militärausschuß der NATO einige Änderungen der militärischen Spitzengliederung der NATO beschlossen, deren Ziel die stärkere Beteiligung der Nicht-Standing-Group-Nationen an der Standing Group ist. Die wichtigsten dieser Änderungen ... sind: a) Der Vorsitzende des Ständigen Militärausschusses (MC/PS) wird gleichzeitig Vorsitzender des Militärausschusses auf der

ten innerhalb der NATO seien von dem Bundeskanzler schon erwähnt worden. Die mangelnde Stabilität in einigen Partnerländern sowie die mangelnde Bereitschaft einiger Regierungen, ihre Verpflichtungen zu erfüllen, könnten dazu führen, daß die westliche Abschreckungsfähigkeit an Glaubwürdigkeit verliert. Es sei zu fürchten, daß die Vereinigten Staaten auf die Dauer nicht bereit seien, die Verteidigung Europas zu tragen, falls die europäischen Staaten nicht ihrerseits zu Opfern bereit sind. Zwar könnte man sich bisher voll auf das amerikanische Engagement verlassen, bei Fortsetzung der europäischen Malaise entstände jedoch die Gefahr, daß Amerika sich zurückzöge. Es sei deshalb die deutsche Absicht, die amerikanisch-europäische Zusammenarbeit so unerschütterlich zu gestalten, daß eine Auflösung unmöglich werde.

Zusammenfassend hob der Minister die ausgezeichnete und herzliche deutsch-französische Zusammenarbeit hervor.

Armeeminister *Messmer* räumte ein, daß trotz der Herzlichkeit der Beziehungen gewisse Probleme sich als schwer lösbar erwiesen. Wenn sich die beiden Regierungen auch über die allgemeinen Ziele innerhalb der Atlantischen Allianz einig seien, so sei jedoch keine Übereinstimmung über die Verfahren zu erreichen, mit deren Hilfe diese Ziele verwirklicht werden sollten. In der logistischen Zusammenarbeit seien gewisse Fortschritte erreicht worden, in der Rüstungszusammenarbeit sei jedoch ein Rückschritt zu verzeichnen. Hier bliebe eine „Relance" unerläßlich.

General *de Gaulle* bestätigte, daß Deutschland und Frankreich vor den gleichen strategisch-politischen Erfordernissen und den gleichen Gegebenheiten („Evidences") stünden. Sie müßten den europäischen Kontinent verteidigen, was ohne atomare Waffen nicht möglich sei. Andererseits wüßte keiner von ihnen, wann, wo, wie oder auch ob die Vereinigten Staaten ihre Atomwaffen rechtzeitig einsetzen würden, um eine Invasion Deutschlands und Frankreichs zu verhindern. In der Ungewißheit dieser Situation bemühten sich beide Regierungen um eine Lösung, wobei sie verschiedene Wege eingeschlagen hätten. „Sie suchen die Lösung durch eine Beteiligung an der MLF[6], durch die Sie einen Einfluß auf die Entscheidungen erlangen wollen. Wir wünschen Ihnen von Herzen Erfolg. Wir haben einen Weg gewählt, der Ihnen nicht offensteht, wohl aber uns, nämlich eigene nukleare Waffen nach Maßgabe unserer Möglichkeiten zu bauen und sie nach Fertigstellung für die Verteidigung Europas einzusetzen." An dem hiermit gegebenen Unterschied in der Politik beider Staaten würden auch weitere Besprechungen nichts ändern.

Fortsetzung Fußnote von Seite 245

Ebene der Stabschefs (MC/CS). Er nimmt an allen Sitzungen der Standing Group teil. b) Der Planungsstab der Standing Group wird durch die Aufnahme von Offizieren aus allen NATO-Staaten internationalisiert und erweitert." Krapf erläuterte ferner die geplante Zusammensetzung des Planungsstabs. An dessen Spitze solle ein Direktor stehen, der nicht aus einem der drei in der „Standing Group" vertretenen Staaten USA, Großbritannien und Frankreich stammen solle. Vgl. Abteilung II (II 7), VS-Bd. 945; B 150, Aktenkopien 1964.

Zum ersten Direktor des internationalisierten Planungsstabs wurde Brigadegeneral Ferber aus der Bundesrepublik bestimmt. Vgl. dazu NATO-Brief, Juli/August 1964, S. 26.

6 Zu den MLF-Verhandlungen vgl. besonders Dok. 104.

Trotz dieses Tatbestandes sei es außerordentlich wichtig, ein enges Verhältnis zwischen den beiden Armeen herzustellen. Europa werde militärisch von der deutschen und der französischen Armee gebildet. Die anderen zählten nicht. „Wir beide tragen die Verantwortung in dem Maße, in dem die Vereinigten Staaten sie nicht vollständig übernehmen – und vollständig übernehmen sie sie nicht." Erfreulicherweise seien die Beziehungen ausgezeichnet. Die Schwierigkeiten auf dem Rüstungssektor seien außerordentlich bedauernswert. Sicher wäre die Ausrüstung beider Armeen mit den gleichen Waffen zu begrüßen. In beiden Ländern ergäben sich sowohl Schwierigkeiten von seiten der Techniker und der Produzenten, und auch die äußeren Einflüsse seien nicht zu unterschätzen. Es sei oft schwer, sich dem äußeren Druck[7] zu entziehen, und „Sie tun es auch nicht". Die französische Regierung werde ihr Rüstungsprogramm fortsetzen, in dem Wunsch, daß die Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik eines Tages möglich werde.

Die Lage auf dem logistischen Sektor sei günstiger. Die französische Regierung verstünde die deutschen Schwierigkeiten, die darauf zurückzuführen seien, daß Deutschland die erste Verteidigungslinie bilde, viele fremde Truppen auf seinem Boden unterhalte und logistische Einrichtungen im Hinterland benötige. Die französische Regierung sei einverstanden, diese Einrichtungen auf ihrem Boden zur Verfügung zu stellen, soweit ihre Möglichkeiten sie dazu in die Lage setzen und soweit das operative Vorgehen nicht betroffen würde. Bei der Beurteilung der operativen Fragen müsse davon ausgegangen werden, daß Frankreich zwar selbstverständlich und unverbrüchlich der Atlantischen Allianz angehöre, nicht aber voll an ihrer augenblicklichen Organisation teilnehme. „Wir reservieren uns gewisse Mittel, die auf unserem Boden konzentriert sind und uns zu eigen sind." Es müsse deshalb für die Zusammenarbeit ein modus vivendi gefunden werden, der die differenzierten aber keinesfalls widersprüchlichen Interessen beider Staaten in Übereinstimmung bringt.

Bundeskanzler *Erhard* will in seiner Entgegnung nicht alle von General de Gaulle angesprochenen Punkte aufgreifen, um so mehr, da er sich auf dem Gebiet der Strategie nicht mit ihm messen will. Die Bundesrepublik müsse davon ausgehen, daß auf ihrem Boden 54 000 englische Soldaten, abgesehen von den amerikanischen Divisionen, stünden. Die Hindernisse für die Rüstungszusammenarbeit entstünden keineswegs aus einem mangelnden deutschen Willen oder aus einem bewußten Zögern, sondern vielmehr aus dem Unterschied zwischen der französischen Verteidigungspolitik, die atomar ausgerüstet sei, und der deutschen mehr konventionell ausgerichteten Politik. Ein weiteres Hemmnis ergäbe sich daraus, daß die Bundesrepublik mit dem Einkauf von Rüstungsgütern aus Amerika einen Ausgleich für die amerikanischen Stationierungskosten schaffe. Immerhin habe sie ihren guten Willen auch gegenüber Frankreich dadurch bewiesen, daß sie für 2 Milliarden Rüstungsgüter eingekauft habe, während Frankreich aus Deutschland nur für 200 Millionen Güter übernommen habe.[8]

[7] Sowohl mit den USA als auch mit Großbritannien bestanden Vereinbarungen über Rüstungseinkäufe der Bundesrepublik. Vgl. dazu Dok. 2, besonders Anm. 6, und Dok. 13, Anm. 40.

[8] Referat II 7 stellte am 5. Februar 1964 die an Frankreich erteilten Aufträge zusammen und bemerkte dazu: „Frankreich hat nach den USA die meisten Aufträge der Bundeswehr erhalten und

2) Zusammenarbeit im Bereich der Wirtschaft

Bundesminister *Schmücker* verweist eingangs auf den Grundsatz, daß alle politischen Planungen eine wirtschaftliche Grundlage benötigen, während andererseits die Wirtschaft nicht außerhalb der politischen Erfordernisse behandelt werden dürfe. Die deutsch-französischen Gespräche dienten dazu, den wirtschaftlichen Unterbau für die politischen Absichten beider Regierungen zu verstärken. In den vergangenen Jahren sei die Stabilität der Notwendigkeit der Expansion geopfert worden. In der Bundesrepublik seien die Lebenshaltungskosten um 12,9%, in Frankreich um 25,9%, also um das Doppelte, gestiegen. Da kein Land mehr allein Konjunkturmaßnahmen ergreifen könnte, ohne daß ein anderes Land davon betroffen würde, läge hier der erste Bereich für eine engere Zusammenarbeit.

Deutschland und Frankreich seien ferner jeweils die ersten Handelspartner für den anderen geworden. Dabei bestände z.Z. ein deutscher Export-Überhang von 1 Milliarde DM. Auch hieraus ergäbe sich der Zwang zur Zusammenarbeit.

Die beiden Fachminister seien übereingekommen, ihre Wirtschafts- und Konjunkturpolitik aufeinander abzustimmen. Natürlich würde das innerhalb der EWG geschehen, denn der Handel beider spiele sich zwischen 37–40% innerhalb der Gemeinschaft ab. Die beiden Regierungen wollten deshalb unter sich Fragen klären und damit gleichzeitig die Entscheidungen in der Gemeinschaft vorbereiten helfen.

Zunächst würden hohe Beamte innerhalb von 2 Wochen die Lage in den verschiedenen Bereichen, z.B. Arbeitsmarkt, Industriepolitik, Investitionen, Außenhandel, Kreditpolitik, Konjunkturpolitik, prüfen. Danach sei eine weitere Ministerbesprechung[9] vorgesehen.

Die beiden Wirtschaftsminister seien schließlich zu den Besprechungen der Außenminister über die Kennedy-Runde herbeigezogen worden.[10] Die Bedenken gegen die Disparitäten-Regelung[11] kämen nunmehr hauptsächlich aus dem europäischen Raum, und die französische Regierung habe sich zu ihrer Prüfung bereit erklärt.

Im Rahmen der EWG seien die beiden Regierungen sich darin einig, daß nunmehr die wirtschaftliche Stabilität den Vorrang haben müsse vor Maßnahmen, die, wie die Agrarmarkt-Regelungen[12], den Preisauftrieb begünstigen. Deshalb dürfe auch der sozialen Gesetzgebung keine Priorität eingeräumt werden.

Finanzminister *Giscard d'Estaing* weist darauf hin, daß die wirtschaftliche und finanzielle Zusammenarbeit im Rahmen des deutsch-französischen Ver-

Fortsetzung Fußnote von Seite 247

sollte mit diesem Stand sehr zufrieden sein." Vgl. Ministerbüro, VS-Bd. 8437; B 150, Aktenkopien 1964.

9 Bundesminister Schmücker und Finanzminister Giscard d'Estaing trafen am 29./30. April 1964 in Bonn zusammen. Vgl. dazu BULLETIN 1964, S. 652.

10 Vgl. dazu Dok. 48.

11 Vgl. dazu Dok. 14, Anm. 14.

12 Zu den am 23. Dezember 1963 vom EWG-Ministerrat verabschiedeten Beschlüssen vgl. Dok. 28, Anm. 4.

trages bisher auf das Gebiet der Steuerpolitik und der Außenhandelskredite beschränkt gewesen sei. Umso begrüßenswerter sei der Vorschlag des Bundesministers Schmücker, eine Koordinierung der Konjunkturpolitik vorzunehmen. Die deutsche Wirtschaft habe vor der französischen die Stabilität verwirklicht. Sobald die französische Wirtschaft etwa im Herbst stabilisiert sein werde, wiesen gewisse Anzeichen darauf hin, daß wiederum in Deutschland ein inflationistischer Druck entstehen könnte. Der Zusammenhang zwischen diesen Phänomenen müsse eingehend untersucht und Bekämpfungsmöglichkeiten erarbeitet werden. Dabei sei auch der Preisauftrieb, der sich aus dem deutschen Export-Überhang nach Frankreich ergebe, in Rechnung zu stellen.

Eine Prüfung der mittelfristigen Wirtschaftspolitik sei ebenfalls vorteilhaft, selbst wenn der mangelnde Enthusiasmus des Bundeskanzlers für jegliche Programmierung[13] bekannt sei.

Immerhin sei auch hier eine Annäherung der Standpunkte möglich. Die Stärkung des französischen Außenhandels erlaube Frankreich seinerseits eine flexiblere Handhabung. Die Expertengespräche und häufigere Ministergespräche stellten das geeignete Verfahren dar, um gemeinsame Ansichten festzulegen, die anschließend in Brüssel verwendet werden könnten. Damit könne das oft schwerfällige Verfahren im Ministerrat beschleunigt werden.

Bundeskanzler *Erhard* bittet den französischen Minister um eine Erläuterung der Ergebnisse seiner kürzlichen Moskau-Reise[14], wobei er auf die Notwendigkeit hinweist, auch hier eine Zusammenarbeit herzustellen.

Finanzminister *Giscard d'Estaing* erläutert, er habe die seit langem vorliegende Einladung der sowjetischen Regierung vor 14 Tagen angenommen, um den französisch-sowjetischen Handelsaustausch zu untersuchen. Zwei Elemente kennzeichneten diesen Austausch: sein geringfügiges Volumen, denn Frankreich sei im Laufe von 4 Jahren von dem früheren 3. Platz unter den westlichen Kunden der Sowjetunion auf den 7. Platz weit hinter Großbritannien, Italien und Deutschland zurückgefallen. Die Sowjetunion habe darüber hinaus eine Reihe von Aufträgen nicht erteilt, zu denen sie im Rahmen des letzten Handelsvertrages verpflichtet war. Er habe deshalb in Moskau eine Erhöhung des Handelsaustausches besprochen, die allerdings wegen des sowjetischen Systems des bilateralen Austausches nicht sehr ergiebig sei. Auf die Kreditfrage[15] sei weniger Nachdruck gelegt worden, als er erwartet habe. Wahrscheinlich sei dort die restriktive französische Haltung bekannt.

Die französische Regierung halte sich an die Bestimmungen der Berner Konvention[16], d.h. sie gebe die klassischen 5-jährigen Lieferkredite. Der Staat ver-

[13] Vgl. dazu auch die Äußerungen des Bundeskanzlers Erhard gegenüber Ministerpräsident Pompidou; Dok. 47.

[14] Zum Besuch des französischen Finanzministers Giscard d'Estaing vom 23. bis 29. Januar 1964 in der UdSSR vgl. bereits Dok. 42, Anm. 11. Vgl. dazu auch Dok. 55.

[15] Zu einer Vergabe langfristiger Kredite an die UdSSR vgl. besonders Dok. 2 und Dok. 5.

[16] 1934 schlossen sich 18 private und öffentliche Kreditversicherungsanstalten aus 16 zumeist westeuropäischen Staaten zur Berner Union zusammen. Ziel des Zusammenschlusses war der Austausch von Informationen über Schuldnerstaaten. Im Januar 1961 wurde festgelegt, daß die Laufzeit von verbürgten Krediten 5 Jahre nicht übersteigen sollte. Dieser Grundsatz war jedoch für die Regierungen der Mitgliedstaaten nicht bindend.

bürge demgegenüber jedoch nicht Bankkredite, die zur Verlängerung der Lieferkredite beantragt würden. Die sowjetische Regierung sei offensichtlich in ihren Planungen noch nicht festgelegt. Es dürfte noch einige Monate dauern, bis sie über die Verteilung ihres Kaufprogramms im Ausland entschieden habe. Sie werde voraussichtlich ihre Einkäufe weit streuen, um dabei die einzelnen Regierungen gegeneinander auszuspielen und günstigere Bedingungen zu erlangen. Da die Bundesrepublik und Frankreich beide langfristige Kredite ablehnten, die Sowjetunion jedoch entschlossen sei, in diesen beiden Ländern zu kaufen, könne man davon ausgehen, daß sie ihre Käufe nicht allein von Krediten abhängig machen werde.

Bundeskanzler *Erhard* weist darauf hin, daß die Bundesregierung die Industrie nicht daran hindere, 5-jährige Lieferkredite zu gewähren, sie selbst lehne jedoch auch für diesen Zeitraum Bürgschaften ab.

Premierminister *Pompidou* begrüßt die Ausdehnung der Zusammenarbeit auf die Bereiche der Wirtschaft und Finanzen. Beide Regierungen müßten vor ihrer Öffentlichkeit klarstellen, daß sie entschlossen seien, eine Stabilisierungspolitik zu verfolgen. Die ständigen Kontakte ermöglichten ihnen, jeweils von den Ergebnissen im anderen Land ebenfalls Nutzen zu ziehen. Neben der bilateralen Zusammenarbeit müßte Nachdruck auf die Annäherung der Standpunkte in den genannten EWG-Bereichen gelegt werden, womit die Gemeinschaft unterstützt würde.

3) Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Jugendaustausches

Bundesminister *Heck* bedauert die im Jahre 1963 eingetretene Verzögerung in der Arbeitsaufnahme des Jugendwerks.[17] Die Verantwortung liege auf deutscher Seite, da die Rechtsverordnung[18] nicht früh genug habe verabschiedet werden können. Die beiden Minister hätten in ihren Besprechungen die Fragen der Finanzierung und der Verabschiedung der Programme so weit vorbereitet, daß im Frühjahr mit einem effektiven Beginn der Austausche zu rechnen sei. Grundlage der Arbeit sei dabei eine Untersuchung[19], die in beiden Ländern über die Einstellung der Jugend zu dem Werk und der besonderen Betonung des deutsch-französischen Jugendaustausches vorgenommen worden sei. Danach sei die Jugend in beiden Staaten in großem Umfang gewillt, den Auftrag zu übernehmen, den die beiden Regierungen ihr geben wollten. 20% der französischen Jugend, 25% der deutschen Jugend wollten sich an dem Jugendwerk beteiligen; 1% der deutschen Jugend mache 72000 Personen aus, 1% der französischen Jugend 60000, so daß nunmehr mit mehr als 1 Million Jugendlicher aus jedem Land zu rechnen sei. Die zweite Feststellung der Untersuchung sei, daß die Schaffung des Jugendwerks einem von den Jugendlichen gefühlten Bedürfnis entspräche. In beiden Ländern wolle die Jugend über den Tourismus hinaus zu einer wirksamen Begegnung mit der Jugend des anderen Landes kommen. Um so wichtiger sei die Sprachenfrage, wobei

[17] Nach Unterzeichnung des Abkommens am 5. Juli 1963 waren am 20. Dezember 1963 die Voraussetzungen für die volle Arbeitsaufnahme des Deutsch-Französischen Jugendwerks gegeben. Vgl. dazu BULLETIN 1964, S. 6.

[18] Für den Wortlaut der Verordnung über die Gewährung von Vorrechten und Befreiungen an das Deutsch-Französische Jugendwerk vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 1612.

[19] Vgl. dazu BULLETIN 1964, S. 113 f.

das Jugendwerk allerdings nur den außerschulischen Bereich fördern könne. Im schulischen Bereich sei die Sprachenfrage durch länger zurückliegende Entscheidungen der zuständigen Länder[20] bereits präjudiziert. Eine letzte Feststellung der Untersuchung besage, daß die Jugend regional verschieden auf das Jugendwerk reagiere. In Frankreich sei das Interesse im Pariser Becken und im Norden stärker, in Deutschland im Süden. In Deutschland äußere die werktätige Jugend in erhöhtem Maße den Wunsch nach Austausch, in Frankreich stamme dieser Wunsch eher aus Studenten- und Schülerkreisen. Offensichtlich verfüge die deutsche werktätige Jugend schon länger über eigene Geldmittel. Die deutsche Jugend wünsche die Begegnung in Frankreich, während die französische Jugend ihrerseits die deutschen Jugendlichen lieber im eigenen Lande treffen wollte. Bevorzugte Reisezeit sei der Sommer.

Staatssekretär *Herzog* bekräftigt, daß auf Grund der Ergebnisse der Untersuchung der Austausch bedeutsamer sein würde als ursprünglich erwartet. Man könne davon ausgehen, daß weit mehr als die Hälfte aller Jugendlichen mit dem Werk einverstanden sei. Das Kuratorium werde im April[21] zusammentreten, die Minister Anfang des Monats April eine neue Sitzung abhalten, beide sähen ferner für Ende März Pressekonferenzen[22] vor, in denen sie sich übereinstimmend äußern wollten.

4) Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe

Bundesminister *Scheel* berichtet, daß die beiden Minister sich in erster Linie auf die Zusammenarbeit in Afrika beschränkt hätten.[23] Die bisherigen Konsultationen[24] seien außerordentlich zufriedenstellend gewesen. Es sei dabei festgestellt worden, daß beide Länder der landwirtschaftlichen Entwicklung in den Empfängerstaaten noch nicht genügend Aufmerksamkeit gewidmet hätten. Bei der Behandlung der handelspolitischen Aspekte habe sich ergeben, daß die Bundesrepublik zwar einige Einfuhren erhöhen konnte, bei anderen seien jedoch weiterhin Schwierigkeiten festzustellen. Der Entwicklungsfonds der EWG übe einen Einfluß auf die Handelsbilanz der Mitgliedstaaten aus, der zur Zeit zu Ungunsten der Bundesrepublik ausfalle.[25] Die gemeinsam erwünschte Programmierung innerhalb der afrikanischen Staaten lasse zu wün-

[20] Dazu bemerkte Ministerialdirektor Sattler am 6. Februar 1964: „Die Länder wollen den Französisch-Unterricht zwar fördern; aus Gründen der allgemeinen Entwicklung wollen sie aber an Englisch als erster lebender Fremdsprache festhalten. Die Ausweitung des französischen Unterrichts kann demnach nur auf der Basis dieser Grundsatzentscheidung erfolgen (‚Düsseldorfer Beschlüsse')." Vgl. Referat I A 1, VS-Bd. 531.

[21] Zur Tagung des Kuratoriums des Deutsch-Französischen Jugendwerks vom 20. bis 22. April 1964 vgl. Referat IV 1, Bd. 412.

[22] Bundesminister Heck nahm noch im Februar 1964 in einem Interview zur Entwicklung des Deutsch-Französischen Jugendwerks Stellung. Vgl. dazu BULLETIN 1964, S. 289.

[23] Zum Gespräch des Bundesministers Scheel mit Kooperationsminister Triboulet vgl. auch den Vermerk des Ministerialdirigenten Voigt vom 17. Februar 1964; Referat I A 1, Bd. 531.

[24] Zu den deutsch-französischen Konsultationen über Fragen der Entwicklungshilfe im Jahr 1963 und am 30. Januar 1964 vgl. BULLETIN 1964, S. 184.

[25] Bei der Vergabe von Aufträgen aus Mitteln des EWG-Entwicklungsfonds kamen französische Firmen „dank ihrer besseren Kenntnis der örtlichen Verhältnisse und der maßgeblichen Persönlichkeiten" weit häufiger zum Zuge als deutsche Firmen. Vgl. den Vermerk des Staatssekretärs Lahr vom 18. März 1963; AAPD, I, Dok. 127.

schen übrig.[26] Hier müsse gesteigerte technische Hilfe geleistet werden. Minister Triboulet habe einen deutschen Beobachter zu der bevorstehenden Tagung[27] der Planungsminister der mit Frankreich verbündeten afrikanischen Staaten eingeladen. Die wissenschaftliche Erarbeitung von Grundlagen für die Entwicklungshilfe solle gesteigert werden; während in Frankreich mehrere Fachinstitute bestünden, würde in Berlin nunmehr ein neues Institut[28] gegründet werden. Beide Regierungen stünden schließlich vor dem Problem, den Versuch von Industrien aus Niedrigpreisländern abzuwehren, mit Hilfe von Fertigungseinrichtungen in den assoziierten Ländern Einfuhren auf Null-Zoll-Basis in die Mitgliedstaaten durchzuführen.

Kooperationsminister *Triboulet* stellt mit Bedauern fest, daß die Steigerung der Einfuhren aus assoziierten Staaten[29] in die Bundesrepublik noch nicht sehr erheblich sei. Die Zusammenarbeit bei der Planung von Industrieprojekten sei außerordentlich gut. Ein deutsch-französisches Projekt sei leider durch das von Hongkonger Industriellen ausgehende Unternehmen, das Minister Scheel schon erwähnt habe, beeinträchtigt worden.[30] Die Bundesrepublik habe ihre Bestimmungen über technische Hilfe etwas gelockert, so daß sie nunmehr entsprechend der französischen Praxis handele.

General *de Gaulle* erklärt, Bundeskanzler Erhard habe in dem vertraulichen Gespräch[31] die Frage einer Zusammenarbeit gegenüber Lateinamerika angeschnitten. Die beiden Regierungen beabsichtigten, ihre Entwicklungshilfe

[26] Vortragender Legationsrat I. Klasse Steltzer konstatierte am 6. Februar 1964, eine Zusammenarbeit mit Frankreich in Afrika werde dadurch erschwert, „daß a) Frankreich seine Beziehungen vornehmlich auf die afrikanischen Staaten französischer Sprache konzentriert, während wir eine Bevorzugung bestimmter afrikanischer Staaten nach Möglichkeit vermeiden, b) die Bundesrepublik auf das Deutschlandproblem Rücksicht nehmen muß ... c) unsere Beziehungen zu einer Anzahl afrikanischer Staaten in erster Linie aus dem Commonwealth wesentlich besser als diejenigen Frankreichs sind und wir daher im Interesse der westlichen Position in Afrika unsere eigene Stellung durch ein gemeinsames Auftreten mit Frankreich in diesen Staaten nicht beeinträchtigen sollten, d) französische Stellen in verschiedenen Ländern Afrikas, die früher zu Frankreich gehörten, immer noch zögern, mit uns vertrauensvoll zusammenzuarbeiten, e) ein gemeinsames Auftreten von NATO-Partnern in Afrika immer Mißtrauen erweckt". Vgl. Abteilung I (I A 1), VS-Bd. 15; B 150, Aktenkopien 1964.

[27] Die vom französischen Kooperationsministerium veranstaltete Arbeitstagung mit den assoziierten afrikanischen Staaten und Madagaskar fand vom 20. bis 27. April 1964 in Paris und Royat statt. Von deutscher Seite nahmen daran Vertreter des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und der Botschaft in Paris teil. Vgl. dazu den Bericht des Botschafters Klaiber, Paris, vom 4. Mai 1964; Referat III B 1, Bd. 323.

[28] Am 2. März 1964 wurde in Berlin (West) das Deutsche Institut für Entwicklungspolitik gegründet. Wesentliche Aufgabe dieser Einrichtung sollte die Ausbildung von entwicklungspolitischen Fachkräften sein. Vgl. dazu BULLETIN 1964, S. 267, S. 343 f. und S. 356.

[29] Neben Griechenland und der Türkei waren 18 afrikanische Staaten der ehemaligen Communauté Française der EWG assoziiert.

[30] Textilfabrikanten aus Honkong machten sich die Assoziierung afrikanischer Staaten mit der EWG zunutze, indem sie dort Rohwaren veredeln ließen und die verarbeiteten Produkte dann zollfrei im EWG-Raum absetzten. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Schmidt-Pauli vom 17. Februar 1964; Referat I A 1, Bd. 531.

[31] Vgl. Dok. 49.

gegenüber diesem Raum zu koordinieren. Sie würden Kontakte hierüber demnächst aufnehmen.[32]

Bundeskanzler *Erhard* weist darauf hin, daß eine derartige Koordinierung zu einem Zeitpunkt unerläßlich sei, zu dem der deutsche und der französische Staatspräsident lateinamerikanischen Staaten einen Besuch[33] abstatten. Sowohl die Deutschen wie die Franzosen könnten in Lateinamerika „mit einer guten Assiette" antreten. Sicherlich genügten auch ihrer beider Mittel nicht für die lateinamerikanischen Bedürfnisse, eine gegenseitige Abstimmung und eine Förderung der Industrieinvestitionen könnte jedoch nur vorteilhaft sein. Ein derartiges Vorgehen läge auch im Interesse der Vereinigten Staaten; es sei selbstverständlich, daß es keine antiamerikanische Stoßrichtung haben dürfe.

5) Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Informationswesens[34]

Staatssekretär *von Hase* erläutert, daß über die informationspolitische Behandlung allgemeiner Themen Übereinstimmung erzielt worden sei. Gleichfalls sei eine Verbesserung der gegenseitigen Berichterstattung, insbesondere auf dem Gebiet der Massenmedien, in die Wege geleitet. Die unterschiedliche rechtliche Lage, insbesondere beim Fernsehen, könne durch ein besseres gegenseitiges Kennenlernen neutralisiert werden. Ein wichtiges Thema, das in den kommenden Monaten endgültig gelöst werden müsse, sei die gemeinsame Präsentation der 50-jährigen Wiederkehr des Beginns des Ersten Weltkriegs. Sehr gute Ergebnisse seien in der Zusammenarbeit zwischen den Missionen in Drittländern zu verzeichnen. Zahlreiche gemeinsame Manifestationen fänden statt. In einigen Ländern sei es zur Herausgabe deutsch-französischer Bulletins gekommen. Weitere Themen der Zusammenarbeit seien die technische Hilfe für den Aufbau des Informationswesens in Afrika und Südamerika, gemeinsame Meinungsforschungen, die Zusammenarbeit in internationalen Organisationen wie EWG und UNESCO.

Die französische Seite habe schließlich einen Eindruck über ihren Entwicklungsstand im Farbfernsehen gegeben, der außerordentlich überzeugend sei. Ein deutsch-französisches gemeinschaftliches Vorgehen im europäischen Rahmen sei in diesem Bereich erwünscht.

Informationsminister *Peyrefitte* zählt als gemeinschaftliche Realisationen das halbstündige deutsch-französische musikalische Magazin im Fernsehen auf, die auf neun Stunden für 1964 festgelegte deutsch-französische Produktion im Zweiten Deutschen Fernsehen und im Zweiten Französischen Fernsehen so-

[32] Am 22. Juni 1964 wurden die deutsch-französischen Konsultationen über die Zusammenarbeit im Bereich der Entwicklungshilfe fortgesetzt. Dabei wurden auch Möglichkeiten eines gemeinsamen Vorgehens in Lateinamerika erwogen. Für eine Niederschrift der Besprechung vgl. Referat III B 1, Bd. 299.

[33] Bundespräsident Lübke stattete vom 24. April bis 14. Mai 1964 Peru, Chile, Argentinien und Brasilien Staatsbesuche ab. Vgl. dazu BULLETIN 1964, S. 603 f. und S. 778. Vgl. dazu auch Dok. 154.
Der französische Staatspräsident besuchte vom 16. bis 19. März 1964 Mexiko und vom 21. September bis 16. Oktober 1964 zehn südamerikanische Staaten. Vgl. dazu L'ANNÉE POLITIQUE 1964, S. 235 f. und S. 297 f. Vgl. dazu auch Dok. 93, Anm. 15 und 18.

[34] Gemäß deutsch-französischem Vertrag fanden zwischen dem Presse- und Informationsamt der Bundesregierung und dem französischen Informationsministerium regelmäßige Besprechungen statt. Zur Besprechung am 13./14. Januar 1964 vgl. BULLETIN 1964, S. 91.

wie eine tägliche Sendung im Ersten Deutschen Fernsehen und im Ersten Französischen Fernsehen. Das französische Farbfernsehen sei, wie eine Prüfung der Union Européenne de la Radiodiffusion ergeben habe, dem amerikanischen Verfahren insofern überlegen, als das Bild stabiler sei und der Zuschauer selber die Einstellung vornehmen könne, während die Einstellung beim amerikanischen Verfahren jährlich bei 100 Dollar Kosten durch Fachleute gemacht werden müsse. Seine Unterlegenheit gegenüber dem amerikanischen beruhe in dem Mangel einer genügenden wirtschaftlichen Infrastruktur in Frankreich. Die französische Regierung hoffe deshalb, daß eine deutsch-französische Gemeinschaftsproduktion aufgenommen werden könne, die ihrerseits zur Übernahme dieses Vorhabens in ganz Europa führen werde.[35]

6) Zusammenarbeit im Bereich der Außenpolitik

Bundesminister *Schröder* weist darauf hin, daß der deutsch-französische Vertrag[36] etwa ein Jahr alt sei. Bei den Vorarbeiten zur Vertragsunterzeichnung[37] und bei der Durchführung sei den beiden Außenministerien eine wichtige Rolle zugekommen. Ein Rückblick auf das Geleistete erweise, daß die bisherige Arbeit sehr nützlich und ausbaufähig sei. Die Außenministerien hätten ihrerseits durch die Zusammenarbeit ihrer Missionen in Drittländern und die Aufnahme ständiger Konsultationen[38] zu den guten Ergebnissen beigetragen. Am Beispiel der beiden Uhren im Konferenzsaal demonstriert Bundesminister Schröder, daß kleinere Differenzen neben dem Gleichklang in den entscheidenden Momenten nicht ins Gewicht fallen.

Unter Hinweis auf die Reise französischer Parlamentarier in die Sowjetzone, die von deutscher und französischer Seite übereinstimmend beurteilt werde[39], wiederholt er den Wunsch, daß derartige Reisen, wenn sie schon nicht abgestellt werden könnten, so doch möglichst auf ein Minimum reduziert würden. Das zweite Jahr der deutsch-französischen Zusammenarbeit werde weitere Fortschritte bringen.

General *de Gaulle* fügt hinzu, daß Parlamentarier den Regierungen Schwierigkeiten bereiteten, wenn sie ganzjährig tagten; bei halbjährigen Sitzungsperioden entstünden ebenfalls Schwierigkeiten durch die häufigen Reisen.

Premierminister *Pompidou* weist auf die Bedeutung hin, die allen Maßnahmen zukommt, die der gegenseitigen Durchdringung („interpénétration") dienen. Dies gelte sowohl für den Jugendaustausch wie für die ständigen Kontakte zwischen Beamten und die Beziehungen zwischen den Armeen. In der Rüstungszusammenarbeit sei nicht das wirtschaftliche Element entscheidend, sondern die psychologische Tatsache, daß Ingenieure, Fabrikanten und Soldaten das gleiche Material in Händen hielten. Auf diesem Weg würde Europa

[35] 1966/67 führten die meisten westeuropäischen Staaten das in der Bundesrepublik bei der Telefunken AG entwickelte PAL-System ein. Frankreich hielt dagegen am SECAM-System fest.

[36] Für den Wortlaut des deutsch-französischen Vertrags vom 22. Januar 1963 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 706–710.

[37] Vgl. dazu AAPD 1963, I, Dok. 5, Dok. 6, Dok. 13, Dok. 18, Dok. 25 und Dok. 26.

[38] Zur Konsultation der beiden Außenministerien am 21. Januar 1964 vgl. Dok. 17.

[39] Vgl. dazu Dok. 46.

von allen mitgestaltet; es wüchse auch die Einsicht, daß die Einigung des Kontinents unerläßlich sei.

Bundeskanzler *Erhard* drückt Befriedigung und Dank für den Geist und die Art der Begegnung aus. Es sei ein Zeichen der Freundschaft, daß alle Fragen offen angesprochen werden konnten. Die Erfolge des ersten Jahres berechtigten zu der begründeten Hoffnung, daß die Zusammenarbeit im nächsten Jahr noch reichere Früchte tragen werde.

General *de Gaulle* teilt die Meinung des Bundeskanzlers. Der Meinungsaustausch, der entsprechend den Vertragsbestimmungen stattgefunden habe, sei offen und nützlich gewesen. Die Zusammenarbeit mache Fortschritte. Viel bleibe zu tun, dennoch sei man auf dem richtigen Weg. Der Vertrag erlaube es beiden Regierungen, die Probleme, die sie gleichermaßen bewegen, einer konstruktiven Lösung zuzuführen, die zugleich europäisch sei und dem Interesse der freien Welt diene.

Ende der Sitzung 13.30 Uhr.

Abteilung I (I A 1), VS-Bd. 139

51

Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit dem amerikanischen Botschafter McGhee

Z A 5-32.A/64 **18. Februar 1964**[1]

Der Herr Bundeskanzler empfing am 18. Februar 1964 um 17.15 Uhr den amerikanischen Botschafter, Herrn McGhee, zu einer Unterredung, an der Ministerialdirigent Dr. Osterheld teilnahm.

Einleitend bemerkte der Herr *Bundeskanzler*, er habe sich bei seinem Paris-Besuch[2] so verhalten, wie er es vor der Reise dem Botschafter dargelegt habe[3]. Der Botschafter wisse, daß er mit bangen Gefühlen nach Paris gereist sei, da nur kontroverse Fragen zur Diskussion gestanden hätten. Die Gespräche über alle diese Fragen seien aber in einer solchen Freimütigkeit und Offenheit geführt worden, daß er über den Respekt, mit dem de Gaulle seine Ausführungen angehört habe, sehr überrascht gewesen sei.

Was Europa angehe, so habe er darauf hingewiesen, daß ihn die derzeitige europäische Situation wie ein Alptraum bedrücke, weil dieses uneinige und diffuse Europa offensichtlich nicht in der Lage sei, einen gemeinsamen Willen

[1] Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Weber am 20. Februar 1964 gefertigt.
Hat dem Leiter des Außenpolitischen Büros im Bundeskanzleramt, Osterheld, am 20. Februar 1964 vorgelegen.

[2] Zu den Regierungsbesprechungen vom 14./15. Februar 1964 vgl. Dok. 44–50.

[3] Zum Gespräch vom 12. Februar 1964 vgl. Dok. 42.

zu formen. Dies könnte unter Umständen dazu führen, daß in den Vereinigten Staaten eine gewisse Mißstimmung aufkomme und man sich anfange zu fragen, warum sich Amerika überhaupt noch für die Verteidigung Europas einsetzen und Opfer bringen sollte. Er habe de Gaulle gesagt, daß die Bundesregierung aus diesem Grund mit allen Mitteln für die MLF[4] eintrete, weil sie darin den einzigen derzeitigen Ansatzpunkt sehe. Was die Ansichten über die NATO angehe, so habe de Gaulle bei aller Verschiedenheit der Auffassung doch erklärt, daß er ein loyaler Partner des westlichen Bündnisses sei. Was die europäische Politik angehe, besonders die politische Willensbildung, so sei nicht mit Fortschritten im Augenblick zu rechnen, da die meisten Partner der EWG eine derartige politische Union ohne Großbritannien nicht wollten.[5] Was die deutsche Haltung angehe, so werde von der Bundesregierung dieses Thema im Augenblick auch nicht aufgegriffen, weil man erst einmal den Ausgang der britischen Wahlen[6] abwarten wolle. Dann werde sich zeigen, ob die Aussichten für eine britische Beteiligung günstiger oder weniger günstig seien. Einzelne Ansatzpunkte seien in gewissem beschränktem Umfang in der EWG gegeben, doch werde man dort auch bald auf Schwierigkeiten stoßen, wenn man erst einmal an die neuralgischen Punkte gelange, bei denen die Übertragung staatlicher Souveränität erforderlich werde.[7] Deswegen seien die beiden einzigen tatsächlichen Ansatzpunkte: die Kennedy-Runde[8] und die[9] MLF.

Danach habe de Gaulle ihn gefragt, wie er die deutsch-französische Freundschaft in ihrem Werte sehe. Er habe geantwortet, daß er der deutsch-französischen Freundschaft und Aussöhnung einen sehr hohen Wert beimesse. Dies aus drei Gründen: Zunächst einmal habe die deutsch-französische Aussöhnung die beiden Länder und auch Europa von einer tragischen Vergangenheit befreit und die Gefahr gebannt, daß die beiden Länder in[10] Auseinandersetzungen geraten und auch andere europäische Staaten damit hineinziehen würden. Sodann sei ein wesentliches Element das deutsche Vertrauen in einen Verbündeten, der in der Deutschlandfrage, der Frage der Wiedervereinigung, Berlins und der Selbstbestimmung immer eine klare Haltung eingenommen habe. Schließlich komme die Überzeugung hinzu, daß trotz aller Schwierigkeiten in Europa der letzte Ansatzpunkt für eine europäische Politik zerstört würde, wenn die deutsch-französische Freundschaft nicht das tragende Fun-

4 Zu den MLF-Verhandlungen vgl. besonders Dok. 104.

5 Besonders die Niederlande und Italien traten für eine Einbeziehung Großbritanniens ein. Vgl. dazu Dok. 15, Anm. 36, und Dok. 44.

6 Die Wahlen zum britischen Unterhaus vom 15. Oktober 1964 führten zu einer Regierungsmehrheit für die Labour Party.

7 Dieser Satz ging auf Streichungen und handschriftlichen Einfügungen des Ministerialdirigenten Osterheld zurück. Vorher lautete er: „Die einzigen Ansatzpunkte seien in gewissem beschränktem Umfange in der EWG gegeben, doch werde man dort auch bald auf Schwierigkeiten stoßen, wenn man erst einmal an den neuralgischen Punkt der Übertragung staatlicher Souveränität gelange."

8 Zur Kennedy-Runde vgl. Dok. 12, Anm. 14.

9 Dieses Wort wurde von Ministerialdirigent Osterheld handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „der Zwang zur Verwirklichung der".

10 An dieser Stelle wurde von Ministerialdirigent Osterheld gestrichen: „kriegerische".

dament wäre. Aus diesen Gründen pflege man die deutsch-französische Freundschaft.

Das Gespräch habe sich sodann den weltpolitischen Fragen zugewandt, und hier habe nichts mehr zusammengestimmt. Er habe de Gaulle gesagt, er verstehe seine Haltung in der Chinafrage[11] nicht, und auch deutlich zu verstehen gegeben, daß er sie für falsch halte. Er habe darauf hingewiesen, daß er nichts anderes tun könne als der amerikanische Präsident, sich nämlich damit abzufinden, ohne daraus die Folgerung zu ziehen, daß die Bundesregierung nun das gleiche tun und Peking ebenfalls anerkennen müsse. Er habe de Gaulle aber um eine Erklärung seiner Motive gebeten.

De Gaulle habe ihm gesagt, er halte es für schlecht, wenn der Dualismus in der Mächtegruppierung mit den Vereinigten Staaten auf der einen und der Sowjetunion auf der anderen Seite fortbestehe. Ihm sei es darum gegangen, den Versuch zu machen, an die Stelle des Dualismus einen Pluralismus[12] zu setzen, weil damit die Welt vielleicht befriedet werden könne.

Er selbst habe darauf geantwortet, wenn dies de Gaulles Auffassung gewesen sei, hätte man damit auch in Europa anfangen können, was den Franzosen ja sicher auch näher liege als China. Er sehe in de Gaulles Schritt zwei große Gefahren: Zum einen setze er wahrscheinlich die chinesische Reaktion falsch in seine Rechnung ein, zum anderen habe er vielleicht eine unzutreffende Vorstellung von der möglichen Reaktion Chruschtschows.

De Gaulle habe ihm gesagt, es sei unhaltbar, die politische Realität Rotchinas nicht anzuerkennen. Bei dieser Äußerung habe er (Bundeskanzler) ihn sofort unterbrochen und ihn auf die Gefahr dieser Überlegung hingewiesen, weil auch immer von der politischen Realität der Teilung Deutschlands gesprochen werde. Von Chruschtschow und Ulbricht bekomme man immer wieder zu hören, daß sich die Bundesrepublik mit der Realität zweier deutscher Staaten[13] abfinden müsse. Wenn dieser Ausdruck ein Schlagwort werde, sehe er die allergrößte Gefahr. Er habe deswegen auch de Gaulle gebeten, diesen Ausdruck nicht mehr zu benutzen.

De Gaulle habe zugegeben, daß durch seine Anerkennung China eine gewisse Aufwertung erfahre, doch glaube er, daß andererseits die Bereitschaft Chinas, einer Neutralisierung Indochinas[14] zuzustimmen, damit erhöht werde. De Gaulle scheine zu übersehen, daß eine Neutralisierung wahrscheinlich nicht möglich sei. Wenn man an die Situation in Korea, Südvietnam, Laos und Kambodscha denke, so müsse man sich vor Augen halten, daß die dortige Lage nicht von selbst entstanden sei, sondern nur Zeugnis von dem aggressivsten Kommunismus, nämlich dem chinesischen, abgebe. In Korea und Südvietnam hätten die Amerikaner große Opfer an Menschenleben und Mitteln gebracht, und sie wollten sich das Erreichte wahrscheinlich nicht aus der Hand schla-

[11] Zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Frankreich und der Volksrepublik China am 27. Januar 1964 vgl. besonders Dok. 11 und Dok. 17.

[12] Dieses Wort wurde von Ministerialdirigent Osterheld handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „Polyzentrismus".

[13] Zur sowjetischen Zwei- bzw. Drei-Staaten-Theorie vgl. besonders Dok. 13, Anm. 10 und 15.

[14] Zu den Vorstellungen des Staatspräsidenten de Gaulle über eine Neutralisierung von Laos, Kambodscha und Vietnam vgl. Dok. 42, Anm. 12, und Dok. 44.

gen lassen. Man dürfe auch nicht vergessen, daß die Amerikaner nicht für sich selbst, sondern für die Erhaltung der Freiheit in der Welt gekämpft hätten. So habe er de Gaulle deutlich gesagt, daß er es für eine blanke Illusion halte, wenn er glaube, dieses Gebiet neutralisieren zu können. Er könne ihm Brief und Siegel darauf geben, daß sich der Kommunismus in diesem ganzen Gebiet ausbreiten werde. In diesem Zusammenhang müßten auch die Schwierigkeiten mit Malaysia[15] gesehen werden. Das Ergebnis einer solchen Politik wäre dann, daß sich eine kommunistische Brücke bis vor Australien hin erstrecke.

De Gaulle habe demgegenüber die Auffassung vertreten, daß die Chinesen sicher an der Erhaltung der Ruhe interessiert seien, um sich mehr ihrer wirtschaftlichen Entwicklung widmen zu können. Er selbst (Bundeskanzler), glaube dies nicht, denn ein Volk von 700 bis 800 Millionen Menschen, in dem jährlich -zig Millionen Menschen Hungers sterben, ohne daß man etwas davon merke, denke einfach nicht in westlichen Kategorien.

Er habe de Gaulle gesagt, bei seinem Schritt habe er sicher an die Auswirkung an die Sowjetunion gedacht. De Gaulle habe zugegeben, daß die Sowjets, wenn sie in ihrem Rücken ein diplomatisch anerkanntes und wirtschaftlich sich stärker entwickelndes China hätten, möglicherweise eher geneigt seien, mit der freien Welt in ein Gespräch zu kommen, was besonders für die Deutschlandfrage gelte, in der die Russen derzeit eine sehr starre Haltung einnähmen.

Er habe darauf erwidert, daß man in Bonn derartige Überlegungen ebenfalls geprüft habe, daß man es aber vorgezogen hätte, wenn der Hebel nicht in China, sondern in der Sowjetunion angesetzt worden wäre. Chruschtschow habe keine Angst vor den Chinesen, und er (Bundeskanzler) nehme auch nicht an, daß de Gaulle den Chinesen seine Force de Frappe überlassen wolle. Außerdem habe er darauf hingewiesen, daß weder französisches noch deutsches Geld noch amerikanisches Geld zusammengenommen ausreichen würde, um die Chinesen in absehbarer Zeit wirtschaftlich so zu entwickeln, daß sie einen beträchtlichen wirtschaftlichen Druck auf Chruschtschow ausüben könnten. Deshalb glaube er, daß Chruschtschow durch diesen Schritt nur verärgert worden sei. Chruschtschow könne dies natürlich in der Öffentlichkeit nicht zugeben.[16] Wenn dann China in den Vereinten Nationen Aufnahme gefunden habe, glaube er auch nicht, daß sich die Chinesen und die Russen dort bekämpfen würden. Ein solches Schauspiel würden sie der freien Welt gewiß nicht bieten. Das Ergebnis wäre dann, daß der Westen dort überhaupt nichts mehr zu melden hätte. Er habe de Gaulle auch gesagt, er halte es für illusorisch, wenn man darauf rechne, die Chinesen und Sowjets auseinanderdividieren zu können. Im Gegenteil, er sehe die Gefahr, daß sich die Sowjets und die Chinesen hinter dem Rücken der Franzosen einigten, so daß man dann einen einzigen kommunistischen Block habe, der sich von der Elbe bis zum Stillen Ozean erstrecke. Er habe zugegeben, daß er seine Theorie nicht beweisen könne, dennoch halte er sie für realistischer als die de Gaulles.

[15] Zum Konflikt zwischen Malaysia und Indonesien vgl. Dok. 15, Anm. 47.

[16] Zur Reaktion des sowjetischen Ministerpräsidenten auf die Anerkennung der Volksrepublik China durch Frankreich vgl. Dok. 44, Anm. 45.

De Gaulle habe ihm in aller Ruhe zugehört und ihn immer ausreden lassen. De Gaulle habe ebenfalls zugegeben, daß auch seine Überlegungen manche Spekulation enthalte, daß man aber die weitere Entwicklung nun einmal abwarten müsse. Er selbst habe darauf geantwortet, daß wohl nichts anderes übrig bleibe, er persönlich aber sehr besorgt sei.

Er habe den Eindruck gewonnen, als ob de Gaulle in der Welt die Rolle eines Friedensengels spielen wolle. Dies sei auch deutlich geworden, als die Zypernfrage[17] behandelt worden sei. Er habe de Gaulle gesagt, es könne ihm doch nicht gleichgültig sein, ob sich im Mittelmeerraum der kommunistische Einfluß ausweite. Er habe ferner darauf hingewiesen, daß, wenn der erste Plan[18] die Zustimmung von Makarios gefunden hätte, die Bundesregierung sich an seiner Durchführung beteiligt hätte. Er habe aber nicht verstehen können, warum die Franzosen so rasch negativ reagiert hätten.

De Gaulle habe ihm darauf geantwortet, es sei auf der einen Seite eine undankbare Aufgabe, auf Zypern die türkische Minderheit zu verteidigen. Auf der anderen Seite sei es aber auch unerfreulich, für die Griechen Partei zu ergreifen, da die griechischen Zyprer weitgehend von Kommunisten unterwandert seien. Deswegen habe er es für richtig erachtet, sich von der Sache fernzuhalten. Die gleiche Überlegung gelte wohl auch für Südostasien. Dort wollten die Franzosen auch keine Partei nehmen und hofften, dieses Gebiet neutralisieren zu können, um sich nicht in die Streitigkeiten und Händel einmischen zu müssen.

Die Frage des *Botschafters*, ob de Gaulle diesen Ländern Hilfe oder militärische Unterstützung angeboten habe, verneinte der Herr *Bundeskanzler*. De Gaulle verfüge nicht über die hierfür erforderlichen Mittel.

Der *Botschafter* fragte sodann, ob de Gaulle persönlich nach Südostasien[19] reisen werde.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, dies sei nicht gesagt worden. Im Zusammenhang mit der Reise de Gaulles nach Mexiko und zu einem späteren Zeitpunkt nach Südamerika[20] wies der Herr Bundeskanzler darauf hin, daß im April Bundespräsident Lübke ebenfalls diese Gegend bereisen werde[21]. Selbstverständlich werden sich die beiden Präsidenten nicht treffen. Es sei aber klar, daß die besuchten Länder versuchen werden, sowohl von Frankreich wie von Deutschland das meiste herauszuholen. Es sei im Interesse der Vereinigten Staaten, wie dies sowohl Präsident Kennedy wie Präsident Johnson gesagt

[17] Vgl. dazu Dok. 34 und Dok. 37.

[18] Der britisch-amerikanische Plan, eine Friedenstruppe aus Kontingenten einzelner NATO-Staaten nach Zypern zu entsenden, konnte aufgrund der ablehnenden Haltung der zyprischen Regierung nicht verwirklicht werden. Vgl. dazu Dok. 34, Anm. 5.

[19] Staatspräsident de Gaulle verwirklichte erst im August/September 1966 die Pläne für einen Besuch in Asien. Vgl. dazu AdG 1966, S. 12699–12704.

[20] Der französische Staatspräsident besuchte vom 16. bis 19. März 1964 Mexiko und vom 21. September bis 16. Oktober 1964 zehn südamerikanische Staaten. Vgl. dazu L'ANNÉE POLITIQUE 1964, S. 235 f. und S. 297 f. Vgl. dazu auch Dok. 93, Anm. 15 und 18.

[21] Bundespräsident Lübke stattete vom 24. April bis 14. Mai 1964 Peru, Chile, Argentinien und Brasilien Staatsbesuche ab. Vgl. dazu BULLETIN 1964, S. 603 f. und S. 778. Vgl. dazu auch Dok. 154.

hätten, wenn Europa mehr für Lateinamerika tun könnte.[22] Dies habe Kennedy auch de Gaulle gesagt.[23] Die amerikanischen Presseberichte[24] über diese Frage ließen aber gewisse falsche Schlüsse zu. Man sei übereingekommen, nach Rückkehr der beiden Präsidenten die gewonnenen Erfahrungen und Eindrücke auszutauschen und die einzuschlagende Politik aufeinander abzustimmen. Es sei jedoch nicht daran gedacht, irgendwelche neuen Institutionen oder einen gemeinsamen Fonds zu schaffen. Vielmehr denke man an eine Arbeitsteilung und die Schaffung gewisser Schwerpunkte da und dort. Eine derartige deutsch-französische Zusammenarbeit habe gewiß keine antiamerikanische Zielsetzung. Er wolle dies den amerikanischen Präsidenten unbedingt wissen lassen. Es sei nur vereinbart worden, daß nach den Besuchen eine Koordinierung der zu treffenden Maßnahmen stattfinden solle.[25] An dieser Koordinierung wären auch die Vereinigten Staaten beteiligt.

Der *Botschafter* sagte, die amerikanische Regierung sei keineswegs beunruhigt. Sie halte die von Herrn Bundeskanzler eingenommene Haltung für gut und richtig.

Der Herr *Bundeskanzler* wies sodann darauf hin, daß er de Gaulle für eine straffere europäische Politik habe erwärmen wollen. Er sei hierzu jedoch nicht bereit. De Gaulle habe ihm gesagt, die europäische Situation sei so undurchsichtig und die weltpolitische Lage so ungeklärt, daß Frankreich es vorgezogen habe, eine Politik auf eigene Faust, sozusagen französische Weltpolitik, zu unternehmen. Dies sei vielleicht der ernsteste Teil der Unterredung gewesen. Er halte die Schlußfolgerung, die Frankreich gezogen habe, aber für falsch, denn wenn alle Staaten, die hierzu in der Lage wären, damit anfingen, eine eigene Politik einzuschlagen, würde dies zu einer Katastrophe und Aufsplitterung und Schwächung des Westens führen, was für die Kommunisten nur eine Einladung und Aufforderung zu weiterem Vorgehen ihrerseits sein könnte. De Gaulle habe ihm gesagt, es sei ihm bekannt, daß er (Bundeskanzler) anders denke, dies sei aber nun einmal die Entscheidung, die Frankreich getroffen habe.

Der *Botschafter* fragte, ob de Gaulle nach wie vor bereit sei, mit den Verhandlungen über die Kennedy-Runde zu beginnen.

Der Herr *Bundeskanzler* wies darauf hin, daß die Verbindung zwischen der Verabschiedung der Agrarmarktordnungen Ende 1963 und der Bereitschaft

[22] Unter Hinweis auf die amerikanischen Leistungen für Lateinamerika forderte Präsident Kennedy in einem Interview vom 17. Dezember 1962 die westeuropäischen Staaten zu größeren Anstrengungen auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe auf. Vgl. PUBLIC PAPERS, KENNEDY 1962, S. 902f.
Zur amerikanischen Einstellung gegenüber der Lateinamerikapolitik der westeuropäischen Staaten vgl. auch AAPD 1963, I, Dok. 195.

[23] Zum Besuch des Präsidenten Kennedy vom 31. Mai bis 2. Juni 1961 in Paris vgl. Dok. 44, Anm. 33.

[24] Botschafter Knappstein, Washington, berichtete am 14. Februar 1964 über Meldungen in der amerikanischen Presse, daß Frankreich und die Bundesrepublik an stärkerem Einfluß in Afrika und in Lateinamerika auf dem Weg über die Entwicklungshilfe interessiert seien. Vgl. Referat II 6, Bd. 9.

[25] Zum deutsch-französischen Gedankenaustausch über eine Zusammenarbeit in Lateinamerika vgl. weiter Dok. 97.

zur Aufnahme der Kennedy-Verhandlungen[26] in fairer Absicht hergestellt worden und zunächst auch ernst gemeint gewesen sei. Er habe aber bei seinen Besuchen in Italien[27] und in Frankreich den Eindruck gewonnen, daß, wenn die Preise weiter so auseinanderliefen und in Frankreich die Inflation weiter fortschreite – de Gaulle könne es sich wegen des politischen Prestigeverlusts sicher nicht leisten, eine Abwertung durchzuführen –, eine Situation entstehen könnte, in der die Italiener und Franzosen sagen würden, sie hätten zwar der Kürzung der Zölle ursprünglich zugestimmt, doch lasse ihre derzeitige Situation eine solche Maßnahme nicht mehr zu. Deswegen habe er auf diesen Punkt in seinen Gesprächen hingewiesen, sozusagen als Warnung, daß die anderen Staaten ein Abweichen von der ursprünglichen Vereinbarung, zu positiven Ergebnissen zu gelangen, nicht tolerieren würden.

Der Herr Bundeskanzler ging sodann auf die Berichterstattung der amerikanischen Presse ein. Drew Middleton vertrete in der New York Times[28] die sehr gefährliche These, die Bundesrepublik stimme den französischen Plänen nur aus Furcht vor einer Änderung der französischen Politik in Mitteleuropa zu. Der kürzliche Besuch einer französischen Parlamentariergruppe in der SBZ[29] habe die Bundesregierung sehr beunruhigt. Dies sei nicht richtig. Man befürchte keine Änderung der französischen Politik in Mitteleuropa, und de Gaulle habe sich fast formell entschuldigt für den Besuch der Parlamentarier. Die Bundesregierung sei wegen einer möglichen Wendung der französischen Politik nicht besorgt. Sollte sie aber doch eintreten, so hätte sie nur zur Wirkung, daß sich die Bundesrepublik nur noch stärker an die Vereinigten Staaten und die anderen Verbündeten binden würde. Zwischen den Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik müsse die Situation so klar und eindeutig sein, daß keine Mißdeutung überhaupt möglich sei. Deshalb sage er dem Botschafter vielleicht mehr, als es diplomatisch üblich sei. Er selbst setze alles auf die amerikanische Karte, wie dies die besten Europäer täten.

Der Herr Bundeskanzler verwies dann auf eine Stellungnahme der Baltimore Sun[30], wonach die deutsch-französischen Differenzen über wesentliche politische Fragen sehr groß seien. Die Beziehungen seien im Moment so delikat und die Probleme so schwierig, daß das Zustandekommen eines vernünftigen Kommuniqués schwierig geworden wäre. Dies treffe zu, und man habe deshalb auch auf ein Kommuniqué verzichtet, denn es wäre nicht gut gewesen, nur auf Meinungsverschiedenheiten hinzuweisen. Der Urgrund des deutsch-französi-

[26] Zu den Beschlüssen des EWG-Ministerrats vom 23. Dezember 1963 über die Einführung weiterer Agrarmarktordnungen und über die gemeinsame Vorbereitung der Kennedy-Runde vgl. Dok. 14, Anm. 14, und Dok. 28, Anm. 4.

[27] Zu den Regierungsbesprechungen vom 27./28. Januar 1964 in Rom vgl. Dok. 27–29.

[28] Vgl. den Artikel „Paris and Bonn Will Join on Aid to Latin Nations"; THE NEW YORK TIMES, International Edition, Nr. 38740 vom 17. Februar 1964, S. 1 f.

[29] Vgl. dazu Dok. 45, Anm. 17, und Dok. 46, besonders Anm. 3–5.

[30] Schon im Vorfeld der deutsch-französischen Regierungsbesprechungen wurden in der amerikanischen Zeitung „Baltimore Sun" Zweifel hinsichtlich möglicher Fortschritte in bilateralen und weiteren Fragen geäußert. Vgl. dazu den Drahtbericht des Botschafters Knappstein, Washington, vom 12. Februar 1964; Referat II 6, Bd. 9.

schen Verhältnisses, der Vertrag[31] und seine Motive, seien schon so oft zitiert worden, daß sie nicht als Gegengewicht hätten wirken können.

Die New York Times berichte ferner[32], daß sich der Bundeskanzler auf unsicherem Grunde bewegt habe, vor allem was das Verhältnis zu Frankreich und den Vereinigten Staaten angehe. Er müsse aber zur Ehre de Gaulles sagen, dieser habe eine frühere Erklärung wiederholt und gesagt, er respektiere in vollem Ausmaß seine (Bundeskanzler) Haltung gegenüber den Vereinigten Staaten und sein Vertrauen in diese. Er werde nicht versuchen, hier Störfeuer zu legen.

Die New York Times sage weiter, die Bundesrepublik gebe zwar der amerikanischen militärischen Stärke den Vorzug vor der französischen, aber sie ziehe die französische Härte gegenüber Moskau der anglo-amerikanischen Flexibilität vor. Man wisse genau, daß die französische Stärke eine platonische Liebeserklärung sei, und es wäre ein ungutes Gefühl, wenn man nur von ihr allein abhängig wäre. Dem tatsächlichen Ergebnis komme die New York Herald Tribune am nächsten, die berichte, daß keiner von beiden den anderen von seinem Standpunkt habe abbringen können.[33] Das Treffen habe jedoch bestimmt dazu beigetragen, die gestörten Beziehungen wieder etwas zu beruhigen.

Der *Botschafter* sagte, der Herr Bundeskanzler habe sich sehr geschickt verhalten, und dies sei auch der Eindruck, den man aus allen Berichten gewonnen habe. Wenn zwischen dem Herrn Bundeskanzler und Präsident de Gaulle Meinungsverschiedenheiten bestünden, so brauche dies die deutsch-französische Freundschaft in keiner Weise zu beeinträchtigen. Ähnlich sei es auch im Verhältnis zwischen den Vereinigten Staaten und Großbritannien. Bei dem jüngsten Besuch des britischen Premierministers in Washington seien Präsident Johnson und der Premierminister auch nicht in allen Punkten einig gewesen.[34] Solche Differenzen dürften aber nicht dazu führen, daß die Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen großen Ländern Schaden leide.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, in einer Beziehung sei er sehr beruhigt aus Paris zurückgekommen. Der französische Finanzminister, ein liberal eingestellter Mann, habe über seine Reise nach Moskau[35] berichtet, die nicht dazu geführt habe, daß die Franzosen den Russen langfristige Kredite gewähren wollten. Somit sei sichergestellt, daß die von der NATO verabschiedete Ent-

[31] Für den Wortlaut des deutsch-französischen Vertrags vom 22. Januar 1963 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 706–710.

[32] Vgl. den Artikel „Two in Paris"; THE NEW YORK TIMES, International Edition, Nr. 38740 vom 17. Februar 1964, S. 7.

[33] Vgl. dazu den Artikel „De Gaulle Clarifies His NATO Policy"; NEW YORK HERALD TRIBUNE, Europa-Ausgabe, Nr. 25222 vom 15./16. Februar 1964, S. 1 f.

[34] Zum Besuch des Premierministers Douglas-Home am 12./13. Februar 1964 in Washington vgl. EUROPA-ARCHIV 1964, Z 52.
Botschafter Knappstein, Washington, berichtete am 17. Februar 1964, Douglas-Home und Präsident Johnson hätten kein Einvernehmen in der Frage eines wirtschaftlichen Boykotts von Kuba und einer Vergabe langfristiger Kredite an die UdSSR erzielen können. Vgl. Abteilung I (I A 5), VS-Bd. 66; B 150, Aktenkopien 1964.

[35] Zum Besuch des französischen Finanzministers Giscard d'Estaing vom 23. bis 29. Januar 1964 in der UdSSR vgl. bereits Dok. 42, Anm. 11, und Dok. 50. Vgl. dazu auch Dok. 55.

schließung[36] eingehalten werde. Was die Handelsbeziehungen mit Kuba angehe und die Lieferung der Lastwagen[37], so hätten die Franzosen versucht, die Angelegenheit zu bagatellisieren. Er habe den Franzosen gesagt, sie versuchten ihren Handel mit Kuba auszudehnen, wogegen die deutsche Seite versuche, ihn auf Null herunterzudrücken.

Der Herr Bundeskanzler versicherte, daß die deutsche Seite die Freundschaft mit Frankreich so lange halten und pflegen werde, solange Hoffnung darauf bestehen werde, daß auf ihrer Grundlage eine europäische Politik verfolgt werden könne. Eine derartige europäische Politik werde aber nicht in einer deutsch-französischen Isolierung geführt werden, sondern im Rahmen der weiteren Atlantischen Gemeinschaft. Sollte sich die unglückliche Situation ergeben, daß es unmöglich sei, die Franzosen weiter auf dieser Linie zu halten, so werde man sich einer neuen Lage gegenübersehen, die aber das deutsch-amerikanische Verhältnis nicht berühren werde.

Der Herr Bundeskanzler sagte, bei seinem Besuch in Texas[38] habe ihn Präsident Johnson gebeten, ihm jederzeit, wenn er dies für nötig halten sollte, seine Gedanken und Vorstellungen schriftlich zur Kenntnis zu bringen. Die Beziehungen zwischen dem Botschafter und ihm selbst seien aber so, daß er davon ausgehen könne, daß seine Darlegungen in vollem Umfang dem Präsidenten zur Kenntnis gebracht würden, so daß ein Schreiben unmittelbar an den Präsidenten überflüssig wäre.

Der *Botschafter* sagte, er werde innerhalb der nächsten 14 Tage in die Vereinigten Staaten reisen und kurz in Washington sein. Er werde an einer Konferenz in Williamsburg[39] teilnehmen und bei dieser Gelegenheit auch den Präsidenten sehen. Der Herr Bundeskanzler dürfe versichert sein, daß er seine Gespräche mit dem Herrn Bundeskanzler ausführlich nach Washington berichte. Selbstverständlich werde er dem Präsidenten noch zusätzliche Auskünfte geben.

Der Herr *Bundeskanzler* bat den Botschafter, bei dieser Gelegenheit dem Präsidenten seine besten Grüße ausrichten und ihn seiner menschlichen Sympathie und der unbedingten Treue der Bundesrepublik Deutschland[40] als Partner versichern zu wollen.

Das Gespräch endete gegen 18.30 Uhr.

Bundeskanzleramt, AZ: 21-301 00 (56), Bd. 7

[36] Eine Entschließung über einheitliche Richtlinien bei der Vergabe von Krediten an Ostblock-Staaten existierte nicht. In einer Sondersitzung des Ständigen NATO-Rats zur Kreditfrage am 18. November 1963 unterstützte der französische Vertreter jedoch die Auffassung, daß der UdSSR keine Kredite mit Laufzeiten über fünf Jahre hinaus gewährt werden sollten. Vgl. dazu Dok. 2, Anm. 3, und Dok. 5, Anm. 7.

[37] Vgl. dazu Dok. 42, Anm. 10.

[38] Zu den Regierungsbesprechungen vom 28./29. Dezember 1963 vgl. AAPD 1963, III, Dok. 486–491.

[39] Vom 20. bis 22. März 1964 fand in Williamsburg eine Tagung der Bilderberg-Konferenz statt. Vgl. dazu die vorbereitende Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Arnold vom 18. März 1964; Referat II 7, Bd. 848.

[40] Der Passus „der unbedingten Treue der Bundesrepublik Deutschland" wurde von Ministerialdirigent Osterheld handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „seiner Treue".

52

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Meyer-Lindenberg

V 1-80.52/3 S **19. Februar 1964**[1]

Betr.: Deutscher Festlandsockel in der Nordsee[2];
hier: Abgrenzung gegenüber den Niederlanden

I. Die niederländische Regierung hat dem Auswärtigen Amt ihre Bereitschaft mitgeteilt, in Verhandlungen über die Abgrenzung des beiderseitigen Festlandsockels einzutreten.[3] Sie hat vorgeschlagen, zu einem ersten Meinungsaustausch am 3./4. März 1964 in Bonn zusammenzukommen. Die niederländische Delegation wird von Professor Riphagen, dem Rechtsberater des niederländischen Außenministeriums, geführt werden.

Die Verhandlungen werden voraussichtlich schwierig und langwierig sein. Das hängt damit zusammen, daß

1) die deutsche und die niederländische Auffassung über den Verlauf der Grenze in der Emsmündung und im Küstenmeer auseinandergehen, so daß es im Verhältnis zu den Niederlanden noch nicht einmal einen festen Ausgangspunkt gibt, von dem aus die Festlandsockelgrenze seewärts zu ziehen sein wäre;

2) nach Artikel 6 Abs. 2 des Genfer Übereinkommens über den Festlandsockel von 1958[4] der Festlandsockel im Verhältnis der Nachbarstaaten zueinander durch die sogenannte Mittellinie abgegrenzt wird, sofern nicht die Nachbarn etwas anderes vereinbaren. Abgesehen davon, daß aus den unter Ziffer 1 dargelegten Gründen die niederländische und die deutsche Auffassung über den Verlauf dieser Mittellinie auseinandergehen, würde die Zugrundelegung der Mittellinie für uns in jedem Falle ungünstig sein. Nun soll zwar nach Artikel 6 Abs. 2 des Übereinkommens die Mittellinie die Grenze nur dann darstellen, wenn keine „besonderen Umstände" vorliegen, die eine von der Mittellinie abweichende Grenzziehung rechtfertigen. Die Niederländer werden sich jedoch vermutlich auf den Standpunkt stellen, daß mit dieser Regelung demjenigen Staat, der eine von der Mittellinie abweichende Grenze anstrebt, immerhin die

[1] Durchdruck.
Die Aufzeichnung wurde von Legationsrat I. Klasse Sympher konzipiert.

[2] Zur Frage des Festlandsockels vgl. bereits Dok. 6.

[3] In einer Verbalnote vom 30. Januar 1964 drückte die niederländische Regierung die Erwartung aus, „daß die in Aussicht genommenen Beratungen in nicht allzu langer Zeit aufgenommen werden können". Sie schlug vor, bis zum Abschluß einer vertraglichen Regelung in strittigen Gebieten keine Bohrungen zu genehmigen. Vgl. Referat V 1, Bd. 775.

[4] Artikel 6, Absatz 2 der Genfer Konvention vom 29. April 1958 über den Festlandsockel: „Where the same continental shelf is adjacent to the territories of two adjacent States, the boundary of the continental shelf shall be determined by agreement between them. In the absence of agreement, and unless another boundary line is justified by special circumstances, the boundary shall be determined by application of the principle of equidistance from the nearest points of the baselines from which the breadth of the territorial sea of each State is measured." Vgl. UNTS, Bd. 499, S. 316.

Beweislast für das Bestehen solcher besonderen Umstände auferlegt worden sei.

3) Gerade das Grenzgebiet scheint besonders reich an Erdgasvorkommen zu sein, so daß wirtschaftliche Gesichtspunkte eine erhebliche Rolle spielen werden.

II. Sobald sich eine Einigung mit den Niederlanden abzeichnet, sollten auch mit der dänischen Regierung Verhandlungen über die Abgrenzung des Festlandsockels aufgenommen werden.

Verhandlungen über die Abgrenzung des deutschen Festlandsockels müssen ferner mit Großbritannien geführt werden. Die hiesige britische Botschaft ist bereits am 15. Februar 1964 in diesem Sinne vorstellig geworden.[5] Deutsch-britische Verhandlungen sollten aber erst aufgenommen werden, wenn die deutsch-niederländischen und deutsch-dänischen Verhandlungen zu greifbaren Ergebnissen geführt haben.

Hiermit dem Herrn Staatssekretär mit der Bitte um Zustimmung und dem Vorschlag vorgelegt, mit der Leitung der deutschen Delegation bei den deutsch-niederländischen Verhandlungen den Unterzeichneten zu beauftragen.[6] Herr D V[7] ist einverstanden.

gez. Meyer-Lindenberg

Büro Staatssekretär, Bd. 412

[5] Vgl. dazu die Verbalnote der britischen Botschaft vom 14. Februar 1964; Referat V 1, Bd. 772.

[6] Bei den deutsch-niederländischen Verhandlungen am 3./4. März 1964 über die Abgrenzung des Festlandsockels leitete Ministerialdirigent Meyer-Lindenberg die Delegation der Bundesrepublik. Für eine Niederschrift über die Verhandlungen vgl. Referat V 1, Bd. 779.
Am 4. August 1964 einigten sich die beiden Delegationen auf einen Vertragsentwurf, der zunächst eine Festlegung des Festlandsockels bis zum 54. Breitengrad vorsah. Vgl. dazu BULLETIN 1964, S. 1168.

[7] Ministerialdirektor von Haeften.

53

Ministerialdirektor Krapf an die Botschaft in Washington

II 1-86.00/1-150/64 geheim **24. Februar 1964**[1]
Fernschreiben Nr. 789 Plurex **Aufgabe: 25. Februar 1964**

Betr.: Deutschland-Plan[2]

Auf Fernschreiben Nr. 483 vom 19.2.64[3]

I. Mit dortiger Behandlung der Fragen „Humanitäre Kommissionen" und „Europäische Sicherheit" (vgl. Bezugsbericht Ziffern I, 2 und II b)[4] sind wir einverstanden.

II. Die Ausführungen Thompsons auf Sitzung vom 19.2. veranlassen uns zu folgenden Überlegungen:

1) Thompson erklärt, daß eine Deutschland-Initiative nicht zweckmäßig sei, da sie in einer Zeit relativer Entspannung ein Element der Beunruhigung mit sich bringen könne. Demgegenüber ist uns früher entgegengehalten worden, eine besondere Aktivität in Zeiten der Spannung sei nicht zweckmäßig, da sie die Spannung erhöhen könne. Diese Taktik könnte so verstanden werden, daß den Amerikanern eine Erörterung von Deutschland-Fragen überhaupt nicht zweckmäßig erscheint. Diese Haltung ist schwer verständlich, da gerade sie es waren, die an einer angeblichen Passivität unserer Deutschland-Politik oft genug Kritik geübt haben. Die Haltung, die sich in den Äußerungen Thompsons widerspiegelt, läuft jedenfalls auf eine Politik des Immobilismus in der Deutschland-Frage hinaus. Wir werden dieser Linie, die eine Hinnahme des Status quo in Mitteleuropa impliziert, nicht folgen können. Wir erinnern daran, daß die letzte Deutschland-Initiative der Westmächte und der Bundesrepu-

[1] Der Drahterlaß wurde von Legationsrat I. Klasse Oncken konzipiert und über Ministerialdirigent Reinkemeyer an Ministerialdirektor Krapf geleitet, der verfügte: „Vor Abgang dem Herrn Staatssekretär vorzulegen."
Hat Staatssekretär Carstens am 25. Februar 1964 und im Durchdruck Bundesminister Schröder am 1. März 1964 vorgelegen. Für den Durchdruck vgl. Ministerbüro, VS-Bd. 8453; B 150, Aktenkopien 1964.

[2] Für den Wortlaut der Deutschland-Initiative (Fassung vom 3. Januar 1964) vgl. Dok. 3.

[3] Botschafter Knappstein, Washington, berichtete am 19. Februar 1964 über die Behandlung der Deutschland-Initiative in der Washingtoner Botschaftergruppe. Der amerikanische Botschafter Thompson habe die Frage aufgeworfen, „ob dieser Plan tatsächlich eine realistische Grundlage für eine Diskussion mit der Sowjetunion darstelle und ferner, ob die Sowjetunion gegenwärtig, angesichts ihrer Schwierigkeiten mit Rot-China und ihrer internen Probleme überhaupt geneigt sei, einen Deutschland-Plan in absehbarer Zeit zu diskutieren. Unvorhersehbar sei auch die sowjetische Reaktion im taktischen Sinn. Sicher sei nur, daß der vorliegende Plan nicht angenommen werde. Daher könne das Einbringen eines solchen Deutschland-Plans in dieser Zeit relativer Entspannung ein Element der Beunruhigung mit sich bringen." Vgl. Abteilung II (II 1), VS-Bd. 63; B 150, Aktenkopien 1964.

[4] Im Drahtbericht vom 19. Februar 1964 informierte Botschafter Knappstein, Washington, über Überlegungen zur Modifizierung des Punkts 4 (Humanitäre Kommissionen) und des Punkts 8 (Die europäische Sicherheit) der Deutschland-Initiative. Vgl. Abteilung II (II 1), VS-Bd. 63; B 150, Aktenkopien 1964.

blik – der Friedensplan von 1959[5] – vor fünf Jahren eingeleitet wurde und daß es deshalb an der Zeit ist, daß der Westen sein Festhalten an der Herstellung eines in Freiheit wiedervereinigten Deutschland endlich wieder demonstriert.

2) Im übrigen übersieht die Argumentation Thompsons, daß die Sowjets ihre Pläne ohne Rücksicht auf Spannungs- oder Entspannungsphasen vorzubringen pflegen. Sie übersieht ferner, daß gerade die Bundesrepublik zum gegenwärtigen Zeitpunkt mit einer äußerst aktiven Deutschland-Politik des Ostblocks – siehe Passierscheinfrage[6], Leuschner-Reise[7], Ceylon[8], Sansibar[9] – konfrontiert ist. Die Argumentation Thompsons vermag daher auch unter diesem Blickwinkel nicht zu überzeugen.

3) Uns enttäuscht die Einstellung Thompsons darüber hinaus, da es gerade die Amerikaner sind, die in anderen Bereichen der Ost-West-Beziehungen eine besondere Aktivität an den Tag legen. In diesem Zusammenhang sei auf die Bemühungen um die Regelung des Abrüstungsproblems verwiesen. Uns wird nahegelegt, die amerikanischen Gespräche in Abrüstungs- und Sicherheitsfragen auch dann zu unterstützen, wenn die Projekte – wie bei den „Bodenbeobachtungsposten" – nicht unsere Interessenlage berücksichtigen.[10] Wir haben uns diesen Bemühungen gleichwohl nicht in den Weg gestellt und haben ganz allgemein dem amerikanisch-sowjetischen Zwiegespräch zugestimmt.

4) Wir können uns auch nicht der Ansicht Thompsons anschließen, man müsse sich überlegen, ob unser Papier eine realistische Grundlage für eine Diskussion mit der Sowjetunion darstelle. Die Frage ist derzeit von sekundärer Bedeutung. Für uns ist entscheidend, daß das Vorbringen eines solchen Papiers ein Politikum an sich darstellt: Wir demonstrieren unseren Willen zur Wiedervereinigung; wir demonstrieren dem Ostblock (und auch den Neutralen, die eine solche Entwicklung vielfach aus Gründen der eigenen Bequemlichkeit erhoffen), daß wir uns mit dem Status quo nicht abfinden und daß

5 Zum Herter-Plan vom 14. Mai 1959 vgl. Dok. 9, Anm. 8, und Dok. 13, Anm. 14.

6 Zum Stand der Passierschein-Gespräche vgl. Dok. 26 und Dok. 42.

7 Der Stellvertretende Ministerpräsident der DDR besuchte in der Zeit vom 19. Januar bis 21. Februar 1964 Indonesien, Kambodscha, Birma, Ceylon und Indien. Vgl. dazu DzD IV/10, S. 267–269; EUROPA-ARCHIV 1964, Z 34, Z 43 f., Z 48 und Z 60.

8 In einer Erklärung vom 14. Februar 1964 zum Abschluß des Besuchs des Stellvertretenden Ministerpräsidenten der DDR, Leuschner, gab die ceylonesische Regierung bekannt, daß die Handelsmission der DDR in Colombo zu einem Generalkonsulat umgewandelt werden solle. In der Erklärung hieß es weiter, die Deutschland-Frage solle durch friedliche Verhandlungen auf der Basis der Existenz zweier deutscher Staaten gelöst werden. Für den Wortlaut vgl. DzD IV/10, S. 248 f. Vgl. dazu auch DzD IV/10, S. 261 f.
Die Bundesregierung, die sich vergeblich bemüht hatte, die ceylonesische Regierung von diesem Schritt abzuhalten, erklärte am 19. Februar 1964, eine Fortführung der Entwicklungshilfe für Ceylon sei angesichts der „gegen die Interessen des deutschen Volkes" gerichteten Handlungsweise nicht zu verantworten. Vgl. BULLETIN 1964, S. 288. Vgl. dazu auch die Aufzeichnung des Referats II 1 vom 26. Februar 1964; Abteilung I (I B 5), VS-Bd. 118; B 150, Aktenkopien 1964.
Vgl. dazu weiter Dok. 191.

9 Zur Frage der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Sansibar vgl. Dok. 40.

10 Zur Haltung der Bundesregierung hinsichtlich der Errichtung von Bodenbeobachtungsposten und zum Dialog mit den USA in dieser Frage vgl. Dok. 43, besonders Anm. 17.
Zur Haltung der Bundesregierung gegenüber anderen amerikanischen Abrüstungsprojekten vgl. Dok. 38 und Dok. 39.

eine Aufweichung unserer Haltung, wie sie stellenweise wegen der Behandlung der Passierscheinfrage durch Berliner Stellen[11] angenommen wurde, nicht bevorsteht; wir demonstrieren, daß die westliche Politik ein dynamisches Element enthält. Wir tragen so dazu bei, daß der Osten nicht zu der irrigen und gefährlichen Ansicht veranlaßt wird, der Westen verzichte auf jegliche Aktivität. Wir müssen sonst befürchten, daß der Ostblock aus einem rein defensiven Verhalten des Westens auf einen westlichen Mangel an innerer Widerstandsfähigkeit überhaupt schließen könnte. Dem ist in unser aller Interesse entgegenzuwirken.

5) Wir sind an einer Deutschland-Initiative darüber hinaus interessiert, um den Wünschen der deutschen Öffentlichkeit Rechnung zu tragen. Man macht sich im Ausland offenbar nicht genügend klar, daß die Forderung einer aktiven Deutschland-Politik in der Bundesrepublik Deutschland bewußter als früher erhoben wird. Gerade aus Kreisen des Bundestags wird ohne Unterschied der Parteien ständig die Frage nach dem Stand der Deutschland-Initiative gestellt.[12] Die in den zuständigen Ausschüssen geführte Diskussion zeigt, daß das Parlament fest auf die Durchführung einer solchen Initiative rechnet.

6) Es mag ungewiß sein, ob sich nach der Bekanntgabe eines Planes zur Deutschland-Frage ein konstruktives Gespräch mit den Sowjets ergibt. Auch wir sind skeptisch. Gewiß ist dann aber, daß die internationale Öffentlichkeit und vor allem auch unsere Öffentlichkeit erneut von unserem Willen, die Wiedervereinigung in Freiheit herbeizuführen, unterrichtet worden sind. Darauf kommt es uns im Interesse der Glaubwürdigkeit unserer Deutschland-Politik an.

III. 1) Wir bitten, von einer Diskussion dieser[13] Erwägungen in der Botschaftergruppe abzusehen. Wir bitten aber, im Gespräch mit Angehörigen des State Department vorstehende Überlegungen anzudeuten und dabei erkennen zu lassen, daß wir nicht in der Lage sind, uns in Deutschland-Fragen die Hände binden zu lassen. Gespräche dieser Art müßten es den Verbündeten erleichtern, bei der Konsultation so mitzuarbeiten, daß aus ihr ein für die Veröffentlichung geeignetes westliches Papier hervorgeht. Andernfalls ist damit zu rechnen, daß die Amerikaner die Konsultation – wie bereits feststellbar – lustlos fortsetzen und daß sich der Abschluß der Beratungen immer weiter hinauszögert. Nach dem Fehlschlag unserer Initiative

[11] Zu den unterschiedlichen Auffassungen von Bundesregierung und Senat von Berlin über eine neue Passierschein-Vereinbarung vgl. Dok. 42, Anm. 27.
Zu der in westlichen wie östlichen Staaten vertretenen These, die Passierschein-Vereinbarung vom 17. Dezember 1963 lasse auf eine Abschwächung der Nichtanerkennungspolitik der Bundesregierung schließen, vgl. auch Dok. 35 und Dok. 42, Anm. 32.

[12] Am 13. Februar 1964 wurde der Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten auf Drängen des Vorsitzenden Kopf über die bisherige Behandlung der Deutschland-Initiative unterrichtet. Vgl. dazu den Vermerk des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Balken vom 3. Februar 1964; Ministerbüro, VS-Bd. 8453; B 150, Aktenkopien 1964.

[13] Die Wörter „Diskussion dieser" wurden von Ministerialdirektor Krapf handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „Erwähnung der".

vom August 1963[14] würde damit auch diese Deutschland-Initiative ergebnislos verlaufen. Wir glauben, daß eine solche Entwicklung nicht im westlichen Interesse liegen kann.

2) Wir sind daher entschlossen, auf eine zügige Konsultation hinzuwirken. Wir gehen davon aus, daß es möglich sein sollte, die Konsultation vor der Tagung des NATO-Ministerrats in Den Haag[15] (Mitte Mai) abzuschließen.[16]

Krapf[17]

Abteilung II (II 1), VS-Bd. 63

54

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schirmer

I B 4-84.00/92.19/300/64 geheim **24. Februar 1964**[1]

Betr.: Waffenlieferungen nach Israel

Die Firma Gebrüder Junghans AG hat bei den zuständigen Stellen einen Antrag auf Erteilung einer Genehmigung zur Ausfuhr von 4000 Mörsergranatzündern Az DM 111 A 1 nach Israel beantragt. Nach Auskunft des Referats III A 6, das die Politische Abteilung um Unbedenklichkeitserklärung gebeten hat, handelt es sich hierbei um sehr komplizierte Spezialzünder.[2]

Nach den Richtlinien des Auswärtigen Amts sollen Waffen nicht in Spannungsgebiete geliefert werden. Der Sprecher des Auswärtigen Amts hat dieses Prinzip auch für Israel stets in der Öffentlichkeit aufrechterhalten und be-

14 Zum Vorschlag des Auswärtigen Amts vom 13. August 1963 zur Lösung des Deutschland-Problems sowie zu den Reaktionen hierauf vgl. AAPD 1963, II, Dok. 296, Dok. 319, Dok. 321 und Dok. 322.

15 Zur Tagung des NATO-Ministerrats vom 12. bis 14. Mai 1964 vgl. Dok. 127.

16 Zur Deutschland-Initiative vgl. weiter Dok. 57.

17 Paraphe vom 25. Februar 1964.

1 Ministerialdirigent Böker bat in beigefügtem Vermerk vom 24. Februar 1964 um Weisung, „ob die Regelung auch heute noch Gültigkeit hat, nach welcher in Spannungsgebiet Nahost Waffen nicht zu liefern sind". Dazu vermerkte Staatssekretär Carstens am 26. Februar 1964 handschriftlich: „Ja."
Hat Staatssekretär Lahr am 27. Februar 1964 vorgelegen.
Vortragender Legationsrat I. Klasse Schirmer hielt am 3. März 1964 handschriftlich fest: „Gemäß Entscheidung des Herrn StS I ist der Antrag der Firma Junghans auf Lieferung von Mörsergranatzündern an Israel abzulehnen." Abteilung I (I B 4), VS-Bd. 222.

2 Die Ausfuhrgenehmigung für 24000 Mörsergranatzünder wurde erteilt, nachdem klargestellt worden war, „daß Israel im Auftrage der Bundeswehr an der Entwicklung neuer Granaten arbeitet und die ... Mörsergranatzünder für Erprobungszwecke benötigt". Vgl. den Vermerk des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Klarenaar vom 23. Juni 1964; Referat III A 4, Bd. 747.
Vgl. dazu auch Dok. 179.

gründet. Die letzte öffentliche Erklärung dieser Art liegt allerdings bereits um Jahre zurück. Ende Dezember 1957 hatte die israelische Regierung angekündigt, daß sie in der Bundesrepublik Waffen kaufen wolle[3].

Der Sprecher des Auswärtigen Amts erklärte in diesem Zusammenhang, daß die Bundesregierung von dieser Ankündigung überrascht worden sei. Ihr sei nicht bekannt, welche Vorgänge oder Tatsachen die israelische Regierung zu der Annahme veranlaßt hätten, sie könne in der Bundesrepublik Waffen kaufen, die, wie Ben Gurion gesagt hatte, nur aus Deutschland bezogen werden könnten.

Der Sprecher verwies darauf, daß im Rahmen des Wiedergutmachungsvertrages[4] Kriegsmaterial nicht geliefert werden kann, und machte auf die „Praxis der Bundesregierung" aufmerksam, im Rahmen ihrer rechtlichen und verfassungsmäßigen Möglichkeiten, Waffenlieferungen aus der Bundesrepublik in fremde Länder zu unterbinden, wenn es sich um Gebiete handelt, in denen internationale Konflikte bestehen.

Die Referate des Auswärtigen Amts sind nach wie vor gehalten, ihre Sachentscheidungen gemäß diesen Richtlinien zu treffen.

Im Gegensatz hierzu ist jedoch in der internationalen Presse bekannt geworden, daß die Bundesregierung für Israel Verteidigungshilfe leistet.[5] So hat der Bonner „Generalanzeiger" am 18./19. Januar 1964[6] einen eigenen Bericht veröffentlicht, daß die Bundesregierung Kürzungsvorschläge des Haushaltsausschusses[7] zu Gunsten der Kriegsopferversorgung bedauere, weil ihr damit zum Teil die Erfüllung internationaler Verpflichtungen unmöglich gemacht würde. „Obgleich Staatssekretär von Hase, der dies auf einer Pressekonferenz mitteilte, sich auf Einzelheiten nicht einließ, weiß man, daß das Kabinett hier be-

[3] Ende Dezember 1957 hieß es in Pressemeldungen, die israelische Regierung wolle sich darum bemühen, „gewisse unentbehrliche Ausrüstungsteile für die israelischen Streitkräfte durch eine Mission in der Bundesrepublik beschaffen zu lassen". Das Auswärtige Amt erklärte dazu, die Lieferung von Waffen und Kriegsmaterial nach Israel im Rahmen des Wiedergutmachungsabkommens von 1952 sei ausgeschlossen. Außerdem entspreche es der Praxis der Bundesregierung, „im Rahmen der ihr rechtlich und verfassungsmäßig zu Gebote stehenden Mittel jede Lieferung von Waffen in Gebiete, die im Mittelpunkt eines akuten Konflikts stehen, zu unterbinden, um auf diese Weise eine Verschärfung der dort bestehenden Spannungen zu vermeiden". Vgl. den Artikel „Keine deutschen Waffen für Israel"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 300 vom 28. Dezember 1957, S. 1.

[4] Für den Wortlaut des deutsch-israelischen Wiedergutmachungsabkommens vom 10. September 1952 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1953, Teil II, S. 37–54.

[5] Der Wunsch nach deutscher Ausrüstungshilfe wurde erstmals im Dezember 1957 bei einem geheim gehaltenen Besuch des stellvertretenden israelischen Verteidigungsministers Peres bei Bundesminister Strauß in Rott am Inn angesprochen. Mögliche Ausrüstungshilfe für Israel war auch Gegenstand des Gesprächs zwischen Bundeskanzler Adenauer und Ministerpräsident Ben Gurion am 14. März 1960 in New York. Konkrete Vereinbarungen über die Lieferung von Waffen wurden zwischen Strauß und Peres bzw. zwischen Strauß und dem Generaldirektor des israelischen Verteidigungsministeriums, Ben Nathan, ausgehandelt. Seit Anfang der sechziger Jahre nahmen israelische Offiziere auch an Lehrgängen der Bundeswehr teil. Vgl. dazu STRAUSS, Erinnerungen, S. 342 und S. 345; DEUTSCH-ISRAELISCHER DIALOG I/1, S. 134–143 und S. 151.
Zu den zuletzt ausgehandelten Lieferungen im einzelnen vgl. Dok. 289.

[6] Vgl. den Artikel „Kabinett bedauert Haushaltskürzungen"; GENERAL-ANZEIGER, Nr. 22546 vom 18./19. Januar 1964, S. 1.

[7] Zur Kürzung der Mittel für die Ausrüstungshilfe vgl. Dok. 41.

sonders an die vom Haushaltsausschuß gestrichenen 20 Mio. DM im Verteidigungsetat denkt, die für die militärische Entwicklungshilfe in einigen afrikanischen Staaten und Israel bestimmt sind." Die amerikanische Wochenzeitung „Saturday Evening Post" hatte bereits in ihrer Nummer vom 13.–20. Juli 1963[8] gemeldet: „Deutschland und Israel haben außerdem einen geheimen Militärvertrag in Höhe von 80 Mio. Dollar unterzeichnet."

Ausgelöst wurden diese Pressemeldungen durch die Äußerungen des stellvertretenden israelischen Verteidigungsministers Peres, der gemäß des New Yorker „Herald Tribune" am 25. Mai 1963[9] folgendes feststellte:

„West Germany is making a major contribution to Israel's defense needs, a high-ranking official indicated today.

Shimon Peres, Deputy Defense Minister and Premier David Ben-Gurion's powerful right-hand man, said that Germany's importance to Israel's ‚vital interests' is no less than that of France. It is known that France is a major supplier of weapons to Israel.

The close links with Bonn form Israel's most significant achievement in the field of security since the Sinai campaign of 1956, Mr. Peres added in an address here.

His remarks constituted the broadest statement to date on Israeli-German security links, though they have been hinted at occasionally in the past.

Mr. Peres said Mr. Strauß as Defense Minister rendered ‚the most substantial aid' to Israel's security.

While certain aspects of the security situation could not now be publicly told, he said, ‚a day will come when the truth will be known'."

Auch Bundesminister a.D. Strauß hat seinerseits in Israel[10] Andeutungen über seine tätige Mitwirkung für die Sicherheit Israels öffentlich ausgesprochen. Gemäß „Jerusalem Post" vom 31. Mai 1963 hat er in seiner Pressekonferenz im Sharoun-Hotel folgendes ausgeführt: „He thought it a ‚real achievement' that Israel had managed to acquaint Europe with its security problems. It is somewhat difficult to judge the position from a distance, *but I must admit that I have had the privilege of doing something in this field – I can't specify exactly what, for obvious reasons.*"

Wie die vom Bundesverband deutsch-israelischer Studiengruppen herausgegebene Zeitschrift „Diskussion" im Juli 1963 (Jahrgang 4, Nr. 1–2) [berichtete,] hat Herr Minister a.D. Strauß der israelischen Zeitung „Ha-Aretz" am 2. Juli 1963 ein Interview gewährt, in dem er folgendes ausführte:

„Unser Beistand für die Sicherheit Israels wird sich dadurch ausdrücken, daß wir die ‚vordere Tür' von Europa hüten werden. Meiner Meinung nach müssen

[8] Vgl. dazu den Artikel „Nasser's Hired Germans"; SATURDAY EVENING POST, Nr. 26 vom 13. bis 20. Juli 1963, S. 60–64.

[9] Vgl. dazu den Artikel „Israel Says Bonn Aids in Defense"; NEW YORK HERALD TRIBUNE, Europa-Ausgabe, Nr. 24994 vom 25./26. Mai 1963, S. 1.

[10] Zum Besuch des ehemaligen Bundesministers der Verteidigung Strauß vom 28. Mai bis 7. Juni 1963 in Israel vgl. AAPD 1963, II, Dok. 189.

die Amerikaner erneut erklären, daß sie gegen jegliche Aggression seien. Nach meiner Rückkehr werde ich mich dafür einsetzen.

Frage: Ist das der ganze deutsche Beistand?

Antwort: Nein, hinzu kommen ‚gegenseitige Regelungen' zwischen Israel und Deutschland, über die es besser ist, nicht öffentlich zu reden."

Es ist erstaunlich, daß trotz dieser Presseinformationen die arabischen Staaten die deutsche Verteidigungshilfe für Israel nicht zum Anlaß einer Polemik genommen haben. Referat I B 4 ist der Auffassung, daß der Grund hierfür in der Tatsache zu suchen ist, daß die deutschen Techniker in dem VAR-Flugzeugwerk in Heluan arbeiten und daß die deutschen Wissenschaftler Pilz, Görcke und Kleinwächter in der VAR tätig sind.[11]

Schirmer

Abteilung I (I B 4), VS-Bd. 222

55

Aufzeichnung des Staatssekretärs Lahr

St.S. 496/64 VS-vertraulich **25. Februar 1964[1]**

Betr.: Wirtschaftsbesprechungen Frankreichs mit der Sowjetunion anläßlich der Reise des französischen Finanzministers Giscard d'Estaing nach Moskau[2]

Generaldirektor Wormser, den ich bei dem gestrigen Konsultationsgespräch auf die Reise des französischen Finanzministers Giscard d'Estaing nach Moskau ansprach, sagte, daß es sich bei den Gesprächen zwischen den Sowjets und Herrn Giscard d'Estaing namentlich um zwei sowjetische Wünsche gehandelt habe:
1) den Wunsch nach größeren und längerfristigen Krediten,
2) den Wunsch nach einem fünfjährigen Handelsabkommen für die Zeit von 1966 bis 1970 (bis 1965 einschließlich läuft ein mehrjähriges Abkommen[3]).

Herr Giscard d'Estaing sei in der ersten Frage festgeblieben, indem er den So-

[11] Die Mehrzahl der in der ägyptischen Rüstungsproduktion tätigen Experten aus der Bundesrepublik war im Flugzeugbau beschäftigt. Eine kleinere Zahl von etwa zehn Experten, darunter Pilz, Görcke und Kleinwächter, war mit der Entwicklung einer Raketenproduktion in der VAR betraut. Vgl. dazu AAPD 1963, I, besonders Dok. 66, Dok. 133, Dok. 147 und Dok. 157.
Zu den in der VAR tätigen Experten aus der Bundesrepublik vgl. auch Dok. 164.

[1] Durchschlag als Konzept.

[2] Zum Besuch des französischen Finanzministers vom 23. bis 29. Januar 1964 in der UdSSR vgl. bereits Dok. 42, Anm. 11, und Dok. 50.

[3] Am 1. Februar 1963 wurde ein französisch-sowjetisches Handelsabkommen für die Jahre 1963 bis 1965 unterzeichnet. Vgl. dazu PRAVDA, Nr. 33 vom 2. Februar 1963, S. 4.

wjets erklärt habe, daß die französische Regierung nicht über die schon bisher gültige Fünfjahresgrenze[4] hinausgehen werde. Dem zweiten Wunsch habe Herr Giscard d'Estaing – nach den Worten von Herrn Wormser: „um nicht zu allem nein zu sagen" – zugestimmt. Natürlich sei man sich in Paris darüber im klaren, daß im Jahre 1964 geschlossene Verträge über die Zeit von 1966 bis 1970 keinen wesentlichen wirtschaftlichen Wert hätten.

So zutreffend die letzte Bemerkung ist, so zeigt sie deutlich, daß der Grund des französischen Verhaltens nicht im wirtschaftlichen, sondern im politischen Bereich zu suchen ist. Die französische Gefälligkeit ist um so bemerkenswerter, als sie im gegenwärtigen französisch-sowjetischen Verhältnis nicht allein dasteht.[5]

Die Sowjets zeigen uns handelspolitisch gegenwärtig die kalte Schulter.[6] Ihr Ziel scheint zu sein, Frankreich und Großbritannien auf unsere Kosten handelspolitisch für sich zu gewinnen.

Zur Kreditfrage bemerkte Herr Wormser noch, daß die gegenwärtige Haltung seiner Regierung zwar klar sei, sie aber sicherlich in eine schwierige Lage geraten würde, wenn andere Länder wie England den Russen entgegenkämen. Letzteres ist bekanntlich bereits der Fall.[7]

Ich sagte Herrn Wormser, daß eine abweichende Haltung allein Großbritanniens nach den bisherigen Erfahrungen die übrigen westlichen Länder nicht allzu sehr zu beeindrucken brauche. Wenn aber auch Frankreich umfalle, werde es wahrscheinlich einen Wettlauf um Kredite zugunsten der Sowjetunion geben; die Folgen würden verhängnisvoll sein. Die Angelegenheit müsse

[4] Zu den Vereinbarungen in der EWG und der NATO über die Gewährung von Krediten vgl. Dok. 2, Anm. 3, und Dok. 45, Anm. 20.

[5] Ministerialdirektor Krapf konstatierte am 12. März 1964, daß seit einigen Monaten verstärkte Kontakte zwischen Frankreich und der UdSSR zu beobachten seien. Diesen komme jedoch keine überragende politische Bedeutung zu. Es sei keine Absicht des französischen Staatspräsidenten zu erkennen, „mit Moskau einen Alleingang zu unternehmen, bei dem die Interessen des Westens gefährdet würden. Vielmehr dürfte bei dem erwähnten französischen Eingehen auf sowjetische Versuche zur Verbesserung der Beziehungen das von de Gaulle seit langem bei verschiedenen Gelegenheiten erwähnte Fernziel zum Ausdruck kommen, als Führer und Sprecher eines politischen Europas die Regelung der Verhältnisse des europäischen Kontinents ‚vom Atlantik bis zum Ural' zusammen mit der Sowjetunion in Angriff zu nehmen." Vgl. Abteilung I (I A 3), VS-Bd. 42; B 150, Aktenkopien 1964.
Zu den vermehrten Kontakten zwischen Frankreich und der UdSSR vgl. auch die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jansen vom 20. März 1964; Abteilung I (I A 3), VS-Bd. 160; B 150, Aktenkopien 1964.

[6] Zur Problematik eines neuen Handelsabkommens mit der UdSSR vgl. Dok. 19.

[7] Zur britischen Haltung in der Kreditfrage vgl. zuletzt Dok. 14.
Der amerikanische Botschafter McGhee brachte am 17. Februar 1964 gegenüber Staatssekretär Carstens die Absicht zum Ausdruck, Großbritannien von der geplanten Gewährung längerfristiger Kredite an die UdSSR abzubringen. Man wolle möglichst alle NATO-Staaten zum Beitritt zu einer Resolution veranlassen, die die Laufzeit von Krediten an Ostblock-Staaten auf fünf Jahre begrenze. Setze sich ein NATO-Staat über die Empfehlung hinweg, solle auch den anderen eine Änderung ihrer Politik möglich sein. Carstens gab zu bedenken, daß diese Klausel der UdSSR einen Anreiz bieten könne, die Abmachung zu unterlaufen. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Schmidt-Pauli vom 17. Februar 1964; Büro Staatssekretär, VS-Bd. 438; B 150, Aktenkopien 1964.

in jedem Fall Gegenstand einer besonders sorgfältigen gegenseitigen Konsultation bleiben.[8]

Hiermit dem Herrn Minister mit der Bitte um Kenntnisnahme und der Anregung, den Herrn Bundeskanzler zu unterrichten[9], vorgelegt.

Lahr[10]

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 419

56

Aufzeichnung des Staatssekretärs Lahr

St.S. 284/64 **27. Februar 1964**[1]

Betr.: Europäisches Parlament

Während der Ministerratstagung der EWG vom 24./25. Februar[2] ließ Minister Saragat unter den anwesenden Ministern den beiliegenden offiziellen Antrag[3] verteilen, mit dem eine Verdoppelung der Zahl der Mitglieder des Europäischen Parlaments zum 1. Januar 1966 und die Wahl der Hälfte der Abgeordneten durch allgemeine unmittelbare Wahlen angestrebt wird.[4] In der anschließenden Aussprache, die von allen Beteiligten als eine erste Reaktion bezeichnet wurde, sprach sich Minister Spaak positiv aus, während Minister Couve de Murville zwar grundsätzlich die parlamentarische Kontrolle bejahte, jedoch den Zeitpunkt, eine solche einzuführen und ein entsprechend zusammengesetztes Parlament zu wählen, als noch nicht gekommen bezeichnete. Zunächst müsse die Durchführung der Rom-Verträge noch weiter fortschreiten. Es müsse ferner eine europäische Exekutive in Gestalt der Konferenz der Regierungschefs und zuständigen Minister geschaffen werden. Ich führte aus, daß wir den Gedanken der direkten Wahlen grundsätzlich bejahten, diese

[8] Vgl. dazu weiter Dok. 153.

[9] Der Leiter des Außenpolitischen Büros im Bundeskanzleramt, Osterheld, teilte am 10. März 1964 mit: „Auf Grund der Aufzeichnung des AA über die Reise von Herrn Giscard d'Estaing (StS 496/64 VS-vertraulich vom 25.2.1964) bittet der Herr Bundeskanzler um eine kurze Aufzeichnung über den Stand der wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zwischen Frankreich und der Sowjetunion. Den Herrn Bundeskanzler interessiert besonders, wie de Gaulle sein Verhältnis zur Sowjetunion nach Auffassung des Auswärtigen Amts in Zukunft gestalten wird – unter Berücksichtigung der Aufnahme von Beziehungen zu Rotchina." Vgl. VS-Bd. 8379 (III A 6); B 150, Aktenkopien 1964.

[10] Paraphe vom 25. Februar 1964.

[1] Durchschlag als Konzept.

[2] Vgl. dazu BULLETIN DER EWG 4/1964, S. 44.
Zur Diskussion über den Tagesordnungspunkt „Europäisches Parlament" vgl. auch den Drahtbericht des Botschafters Harkort, Brüssel (EWG/EAG), vom 26. Februar 1964; Referat I A 2, Bd. 865.

[3] Dem Vorgang beigefügt. Vgl. Büro Staatssekretär, Bd. 382.

[4] Zu den italienischen Vorstellungen zur Stärkung des Europäischen Parlaments vgl. auch Dok. 27.

Frage jedoch in engem Zusammenhang mit der der Kompetenzen des Parlaments betrachteten. Um die erwartete politische Wirkung zu erzielen, genüge es nicht, die Abgeordneten zu wählen, sondern das so zusammengesetzte Parlament müsse auch ausreichende Befugnisse haben. Wir seien für die Vermehrung der Befugnisse des Parlaments[5]; ob es hierzu komme, bleibe abzuwarten. Auch die Schaffung eigener Einnahmen der Gemeinschaft sei von Bedeutung. Hierauf hätten wir schon in unserer Grundsatzerklärung vom 4. Februar[6] hingewiesen. Auch der niederländische Vertreter stellte die Frage, ob der Zeitpunkt schon gekommen sei, sich über die Einführung direkter Wahlen schlüssig zu werden.

Die Frage soll im Ministerrat vom 13./14. April weiter erörtert werden.[7]

Hiermit dem Herrn Minister mit der Bitte um Kenntnisnahme vorgelegt. Ich schlage vor, die Angelegenheit vor der nächsten Aussprache im Ministerrat im Bundeskabinett[8] zu erörtern.

Lahr[9]

Büro Staatssekretär, Bd. 382

[5] Zu den deutschen Vorschlägen für eine Stärkung des Europäischen Parlaments vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jansen vom 9. Januar 1964; Referat I A 2, Bd. 865.

[6] Zur Erklärung des Bundesministers Schmücker vor dem EWG-Ministerrat vgl. Dok. 48, Anm. 14.

[7] Der Antrag für eine Direktwahl von Abgeordneten zum Europäischen Parlament wurde bereits am 25. März 1964 von italienischer Seite bis zur Verwirklichung der Fusion der Gemeinschaften zurückgestellt. Vgl. dazu den Drahtbericht des Ministerialrats Bömcke, Brüssel (EWG/EAG), vom 25. April 1964; Referat I A 2, Bd. 865.

[8] In der Kabinettssitzung vom 18. März 1964 wurde der von Bundesminister Schröder vertretenen Auffassung zugestimmt, daß die Frage einer Vergrößerung des Europäischen Parlaments erst entschieden werden solle, wenn dem Parlament erweiterte Befugnisse zugestanden worden seien. Vgl. dazu den Vermerk des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Balken vom 26. März 1964; Referat I A 2, Bd. 865.

[9] Paraphe vom 27. Februar 1964.

57

Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens

St.S. 509/64 geheim **28. Februar 1964**[1]

Betr.: Gemeinsames Mittagessen mit den drei westlichen Botschaftern[2] am 27. Februar 1964

Folgende Fragen wurden behandelt:

1) Deutschland-Initiative in der Botschaftergruppe in Washington[3]

Ich bat dringend, die Botschafter möchten sich für eine zügige Behandlung unseres Vorschlages einsetzen. Die drei Botschafter sagten dies zu.[4]

2) Tagung der drei Fraktionen des Bundestages in Berlin

Die Botschafter hatten erfahren, daß alle drei Fraktionen des Bundestages am selben Tage in Berlin tagen wollen.[5] Sie stellten, allerdings scherzhaft, die Frage, worin der Unterschied zwischen einer solchen Veranstaltung und einer Tagung des Bundestages[6] bestehe. Der Unterschied war ihnen selbstverständlich klar.

Ich wußte von dem Projekt nichts und bitte festzustellen, ob die Information zutrifft und welche Überlegungen Veranlassung für diese Entscheidung gegeben haben.

3) Globalgesetz zur vereinfachten Übernahme von Bundesgesetzen in Berlin[7]

Alle drei Botschafter, besonders der französische Botschafter, äußerten starke Bedenken, an dem Verfahren jetzt etwas zu ändern. Man würde der SBZ einen Vorwand liefern, Ostberlin endgültig in die „DDR" einzugliedern. Gebe es einen praktischen Grund, weswegen wir die Anwendung dieses Geset-

[1] Durchschlag als Konzept.

[2] George C. McGhee, Roland de Margerie, Frank K. Roberts.

[3] Für den Wortlaut der Deutschland-Initiative (Fassung vom 3. Januar 1964) vgl. Dok. 3.
Zum Stand der Behandlung der Deutschland-Initiative in der Washingtoner Botschaftergruppe vgl. Dok. 53.

[4] Zur Deutschland-Initiative vgl. weiter Dok. 75.

[5] Am 10. März 1964 traten die SPD-Fraktion sowie die FDP-Fraktion im Reichstagsgebäude zusammen, während die CDU/CSU-Fraktion in der Kongreßhalle tagte. Vgl. dazu den Artikel „Sozialdemokraten erneuern den Angriff auf die Regierung"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 60 vom 11. März 1964, S. 1.

[6] In Übereinstimmung mit den drei Westmächten vertrat das Auswärtige Amt die Auffassung, daß es aus deutschlandpolitischen Gründen nicht opportun sei, Sitzungen des Bundestages in Berlin (West) abzuhalten. Vgl. dazu AAPD 1963, I, Dok. 111 und Dok. 144; AAPD 1963, II, Dok. 197.

[7] Der Senat von Berlin leitete am 31. Januar 1964 dem Auswärtigen Amt einen entsprechenden Gesetzentwurf zur Prüfung zu. Ministerialdirektor Krapf bemerkte dazu: „Der Gesetzentwurf sieht vor, das Verfahren der ‚Mantelgesetzgebung' des Abgeordnetenhauses durch eine generelle Ermächtigung zu ersetzen, daß der Regierende Bürgermeister die Geltung von Bundesgesetzen in Berlin auf Ersuchen des Präsidenten des Abgeordnetenhauses im Berliner Gesetz- und Verordnungsblatt verkündet." Aus Sicht des Referats V 1 bestünden keine Bedenken gegen den Entwurf, da das Einspruchsrecht der drei Westmächte davon nicht berührt würde. Vgl. die Aufzeichnung von Krapf vom 24. Februar 1964; Abteilung II (II 1), VS-Bd. 19; B 150, Aktenkopien 1964.

zes wollten? Seien in dem bisherigen Verfahren jemals ernsthafte Schwierigkeiten aufgetaucht?

Ich bitte, mich zur Beantwortung dieser Frage in den Stand zu setzen.[8]

4) Spandau

Die Engländer warten immer noch auf eine Stellungnahme von uns zu ihrem Plan[9], den Sowjets die Schließung des Gefängnisses vorzuschlagen.

Ich bitte Abteilung V dringend um beschleunigte Erledigung. Es ist nicht zu verstehen, daß alle anderen Beteiligten zustimmen und von uns keine Antwort vorliegt.[10]

5) Aufenthalt eines Wagens der britischen Militärmission auf der Autobahn Berlin-Helmstedt[11]

Der Wagen hatte bestimmungswidrig auf der Autobahn kehrt gemacht. Er war daher wegen einer Verletzung der geltenden Verkehrsvorschriften angehalten worden. Der Fahrer hatte verlangt, einem sowjetischen Soldaten gegenübergestellt zu werden. Als dieser schließlich erschien, konnte er weiterfahren. Er hat dem Vorgang so wenig Bedeutung beigemessen, daß er ihn nicht einmal gemeldet hat. Die Engländer nehmen wohl mit Recht an, daß politische Motive keine Rolle spielten.

Hiermit Herrn D II[12].

gez. Carstens

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 425

[8] In der Besprechung der Bonner Vierergruppe vom 18. März 1964 wies Legationsrat I. Klasse Oncken darauf hin, bei dem geplanten Globalgesetz handele es sich um eine Maßnahme, „die die Bindung zwischen Berlin und dem übrigen Bundesgebiet unterstreiche und auf psychologischem Gebiet dem Sicherheitsgefühl der Berliner zugute komme". Die Vertreter der drei Westmächte bekräftigten demgegenüber, daß die Vorlage eines Globalgesetzes „zum gegenwärtigen Zeitpunkt" nicht opportun sei. Vgl. die Aufzeichnung von Oncken vom 20. März 1964; Abteilung II (II 1), VS-Bd. 19; B 150, Aktenkopien 1964.

[9] Staatssekretär Carstens hielt am 27. Januar 1964 fest, „die britische Regierung beabsichtige, eine Initiative zur Entlassung der drei noch in Spandau Inhaftierten, Hess, von Schirach und Speer, zu ergreifen. Man schließe aus einer Äußerung des sowjetischen Gefängniskommandanten, daß die Sowjets jetzt eine weniger rigorose Haltung, als sie es bisher taten, einnehmen." Vgl. Abteilung II (II 1), VS-Bd. 58; B 150, Aktenkopien 1964.

[10] In einer Besprechung der Bonner Vierergruppe am 4. März 1964 erklärte der Vertreter des Auswärtigen Amts, die Bundesregierung begrüße die britische Initiative; er stimmte dem vorliegenden Entwurf einer entsprechenden Note der drei Westmächte an die UdSSR zu. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Krapf vom 6. März 1964; Abteilung II (II 1), VS-Bd. 58; B 150, Aktenkopien 1964.

[11] Vgl. dazu den Artikel „Zonen-Posten halten Briten an"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 46 vom 24. Februar 1964, S. 1.

[12] Ministerialdirektor Krapf.

58

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Krapf

II 7-81-27/1092/64 VS-vertraulich **29. Februar 1964**[1]

Betr.: Gleichzeitige Anmeldung eines Militärattachés der Südafrikanischen Union in Paris und Bonn[2]

Bezug: Vermerk von Herrn LR I Dr. Pfeffer vom 13. Februar 1964 – St.S. 399/64 VS-Vertraulich[3]

1) Das Bundesministerium der Verteidigung ist an der Herstellung militärischer Beziehungen zur Südafrikanischen Union insbesondere wegen der Verteidigung der für den Westen bedeutsamen Seeroute um das Kap interessiert. Ein Austausch von Militärattachés wird zur Zeit jedoch nicht erwogen und könnte frühestens ab 1965 in die Planung aufgenommen werden.

Ein inoffizieller Kontakt besteht seit längerem über den südafrikanischen Militärattaché in Paris, der gelegentlich zu Besuch nach Bonn kommt. Dies galt vor allem für den letzten südafrikanischen Militärattaché in Paris, Robertse, der deutscher Abstammung ist. Sein Nachfolger ist dem Bundesministerium der Verteidigung noch nicht bekannt.

(Die Frage einer zusätzlichen Anmeldung des Pariser Militärattachés Südafrikas in Bonn wurde in dem Gespräch von Referat II 7 mit dem BMVtg, in dem dieses die vorstehende Auffassung mitteilte, nicht berührt.)

2) Gegen eine Anmeldung des südafrikanischen Militärattachés in Paris auch in Bonn bestehen folgende Bedenken[4]:

– Für die Wirkung der Anmeldung eines Militärattachés in Bonn nach außen hin bleibt es unerheblich, ob der Militärattaché in Paris und Bonn oder nur in Bonn angemeldet ist. Es bleibt auch unerheblich, ob er seinen ständigen Wohnsitz in Bonn oder in Paris hat. Mit der Anmeldung werden offizielle Be-

[1] Die Aufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Scheske und von Legationsrat I. Klasse Arnold konzipiert.

[2] Mit Privatdienstschreiben vom 2. Februar 1964 an Staatssekretär Carstens teilte Legationsrat I. Klasse Burchard, z.Z. Kapstadt, mit, er sei von südafrikanischer Seite gebeten worden, „zunächst außerhalb des offiziellen Geschäftsgangs die Überlegung zu unterbreiten, ob es nicht zweckmäßig wäre, den südafrikanischen Militärattaché in Paris auch in Bonn zu beglaubigen. Es könnten dann manche südafrikanischen Sorgen und Wünsche, insbesondere informatorischer Art, die nichts mit der Rassenpolitik, dafür aber mit der strategischen Lage Südafrikas zu tun haben, unauffälliger an die interessierten deutschen Instanzen herangetragen werden." Carstens leitete das Schreiben an Legationsrat I. Klasse Pfeffer weiter. Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 432; B 150, Aktenkopien 1964.

[3] Mit Vermerk vom 13. Februar 1964 bat Legationsrat I. Klasse Pfeffer Ministerialdirektor Krapf um Stellungnahme, ob es zweckmäßig sein könne, den südafrikanischen Militärattaché in Paris auch in Bonn zu beglaubigen. Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 432; B 150, Aktenkopien 1964.

[4] Die im folgenden vorgetragenen Argumente beruhten im wesentlichen auf einer Stellungnahme des Referats I B 3 vom 25. Februar 1964. Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 432; B 150, Aktenkopien 1964.

ziehungen hergestellt und diese durch die Aufnahme des Militärattachés in die Diplomatenliste als solche von der Bundesregierung bekanntgegeben.

– Damit wird dem Verdacht afrikanischer Staaten, daß die Bundesrepublik Deutschland mit Südafrika militärisch zusammenarbeitet[5], Vorschub geleistet.

– Dies kann zu unerwünschten Reaktionen der afrikanischen Staaten führen und dem Osten einen willkommenen Propagandavorwand bieten.

– Durch einen in Bonn angemeldeten Militärattaché wird der südafrikanischen Union die Möglichkeit erleichtert, an die Bundesregierung mit der Bitte um Lieferung von Waffen und anderen militärischen Ausrüstungsgütern heranzutreten. Die Bundesregierung kann jedoch aufgrund ihrer Erklärung zur Resolution des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen vom 4. Dezember 1963[6] derartigen Bitten Südafrikas nicht nachkommen.

– Wegen der besonderen Lage in Afrika haben wir ein Interesse daran, daß die militärischen Angelegenheiten im Rahmen der allgemeinen diplomatischen Beziehungen durch das Auswärtige Amt wahrgenommen werden und daß das BMVtg nicht über einen Militärattaché unmittelbar Beziehungen zum südafrikanischen Verteidigungsministerium aufnimmt.

3) Es wird daher vorgeschlagen, daß der Herr Staatssekretär seinem Gesprächspartner gegenüber zum Ausdruck bringt, daß

– er für den Vorschlag Verständnis hat und ihn auch nicht mit Fragen der Rassenpolitik in Zusammenhang bringt;

– die Anmeldung des in Paris ansässigen südafrikanischen Militärattachés in Bonn jedoch nicht weniger auffällig ist als die Anmeldung eines in Bonn ansässigen Militärattachés;

– es daher im beiderseitigen Interesse liegt, die militärpolitischen Angelegenheiten zwischen beiden Ländern in der bisherigen Form weiterzuführen.[7]

[5] Vor allem im Rahmen der UNO wurde von afrikanischen Staaten der Vorwurf erhoben, die Bundesrepublik leiste militärische Unterstützung an Südafrika. Vgl. dazu den Drahtbericht des Botschaftsrats I. Klasse Caspari, New York (UNO), vom 21. November 1963; Abteilung I (I B 1), VS-Bd. 70; B 150, Aktenkopien 1964. Vgl. dazu auch AAPD 1963, II, Dok. 312.

[6] In der Resolution vom 4. Dezember 1963 verurteilte der UNO-Sicherheitsrat die Rassenpolitik Südafrikas und bekräftigte das verhängte Waffenembargo. Für den Wortlaut vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Bd. IV, S. 86–88.
Dazu erklärte die Bundesregierung: „Die Entschließung entspricht der bisherigen Praxis der Bundesregierung, die seit langem keine Genehmigungen zur Ausfuhr von Kriegswaffen, Munition und Spezialmaschinen für die Herstellung von Waffen und Munition nach der Südafrikanischen Republik erteilt hat und entschlossen ist, an dieser Politik festzuhalten. Es bedarf daher seitens der Regierung der Bundesrepublik Deutschland keiner neuen Maßnahmen im Hinblick auf die Entschließung des Sicherheitsrats vom 4. Dezember 1963." Vgl. BULLETIN 1963, S. 2005.

[7] Legationsrat I. Klasse Pfeffer unterrichtete am 20. März 1964 Legationsrat I. Klasse Burchard, z.Z. Kapstadt: „Der Herr Staatssekretär hat die Frage der gleichzeitigen Anmeldung eines Militärattachés der Südafrikanischen Union in Paris und Bonn inzwischen prüfen lassen. Das Auswärtige Amt neigt dazu, die Dinge so zu lassen, wie sie sind, zumal der südafrikanische Militärattaché in Paris gelegentlich zu Besuchen nach Bonn kommt und insofern ein inoffizieller Kontakt besteht. Für den Fall, daß nach Ansicht der Botschaft dort gewichtige Gründe für eine Änderung sprechen, empfiehlt es sich, an das Auswärtige Amt zu berichten." Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 432; B 150, Aktenkopien 1964.

Abteilung I hat mitgezeichnet. Die Abteilungen I und III haben Doppel erhalten.

Hiermit dem Herrn Staatssekretär[8] vorgelegt.

Krapf

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 432

59

Deutsch-niederländische Regierungsbesprechungen

Pol I A-3-82.20 VS-vertraulich[1] **2./3. März 1964[2]**

Vermerk über die deutsch-niederländischen Besprechungen am 2. und 3. März 1964 in Den Haag

Die erste Unterhaltung am 2. März vormittags fand in der Dienstwohnung des niederländischen Ministerpräsidenten statt. An ihr nahmen Ministerpräsident Marijnen, Außenminister Luns, Botschafter Baron van Ittersum und Bundeskanzler Professor Dr. Erhard, Bundesminister des Auswärtigen Dr. Schröder, Staatssekretär Dr. Lahr und der Unterzeichnete teil.

Einleitend schilderte der *Bundeskanzler* die Ergebnisse seiner verschiedenen Reisen nach Übernahme des Kanzleramtes. Dabei rückte er die Gesichtspunkte, die sich im Hinblick auf Europa[3] ergeben haben, in den Vordergrund. Großbritannien[4] sei wegen der kurz bevorstehenden Wahlen[5] auf europäische Probleme nicht ansprechbar. De Gaulle, das habe er bei seinen beiden Besuchen in Paris[6] festgestellt, strebe eine Hegemoniestellung in Europa an. Seine

[8] Hat Staatssekretär Lahr am 5. März und Staatssekretär Carstens am 18. März 1964 vorgelegen. Carstens vermerkte handschriftlich: „H[errn] Pfeffer."

[1] Geschäftszeichen des Begleitschreibens.

[2] Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Botschafter Berger, Den Haag, gefertigt und am 5. März 1964 an das Auswärtige Amt übermittelt.
Hat Ministerialdirektor Jansen am 19. März, Staatssekretär Lahr am 20. März, Staatssekretär Carstens am 21. März und Bundesminister Schröder am 26. März 1964 vorgelegen.
Zu den deutsch-niederländischen Regierungsbesprechungen vgl. auch OSTERHELD, Außenpolitik, S. 74–76.

[3] Zu den Bemühungen um eine europapolitische Initiative vgl. besonders Dok. 7 und Dok. 22.

[4] Zu den deutsch-britischen Regierungsbesprechungen am 15./16. Januar 1964 in London vgl. Dok. 12–15.

[5] Die Wahlen zum britischen Unterhaus vom 15. Oktober 1964 führten zu einer Regierungsmehrheit für die Labour Party.

[6] Zu den deutsch-französischen Regierungsbesprechungen vom 21./22. November 1963 vgl. AAPD 1963, III, Dok. 421–423.
Zu den deutsch-französischen Regierungsbesprechungen vom 14./15. Februar 1964 vgl. Dok. 44–50.

Politik wie beispielsweise gegenüber Rot-China[7] werde durch seinen angelsächsischen Komplex mitbestimmt. Seine Einstellung zur NATO sei negativ. Er, der Bundeskanzler, habe de Gaulle gegenüber betont, daß er auf die Bündnistreue der USA unbedingt vertraue und die in der Bundesrepublik stationierten amerikanischen Divisionen als einen wirksamen Schutz nicht nur der Bundesrepublik, sondern überhaupt des freien Europas ansehe. Bei der zweiten Pariser Unterhaltung habe de Gaulle unwillig gefragt, was heute eigentlich noch die Grundlage des deutsch-französischen Freundschaftsvertrages sei, wenn keine Übereinstimmung in der Lösung konkreter Probleme zu erzielen sei.[8]

Unter den fünf anderen Mitgliedern der EWG sei man sich einig, daß man keine Hegemonie irgendeines Staates in Europa dulden wolle. Staatspräsident Segni habe im Gegensatz zu von ihm als Außenminister vertretenen Auffassungen geäußert, daß eine europäische politische Gemeinschaft Europas für Italien ohne Beitritt Englands nicht annehmbar wäre.[9] Die Niederlande[10] und die Bundesrepublik seien sich darin einig, daß England in die politischen Kombinationen um ein vereinigtes Europa einbezogen werden müsse. Die Stellungnahme einer konservativen Regierung kenne man. Auch der Oppositionsführer Wilson habe sich ihm gegenüber positiv über die Einstellung der Labour-Partei zu Europa geäußert[11], sei aber jeder Konkretisierung ausgewichen. Das Problem liege nunmehr darin, schon jetzt einen Schritt in der europäischen Einigung vorwärtszukommen und nicht die englischen Wahlen abzuwarten. Er sehe eine Möglichkeit hierzu in der Einberufung einer Konferenz der Ministerpräsidenten und Außenminister der EWG-Staaten zur Ausarbeitung einen Planes für die Kennedy-Runde[12], der später mit den EFTA-Staaten zu einem Plan beider Wirtschaftsgruppen vereinheitlicht werden solle. Hierzu könne der Ratspräsident der EWG[13] einladen.

Außenminister *Luns* erwiderte, er sei mit der vom Bundeskanzler gegebenen Analyse der politischen Situation einverstanden. Durch die Presseerklärung de Gaulles vom 14. Januar 1963[14] sei in Europa eine wirtschaftliche Kluft entstanden, die nicht durch eine politische erweitert werden dürfe. Auf der anderen Seite könne man die bestehenden Organisationsformen der EWG verbessern, indem beispielsweise die Rechte des europäischen Parlaments[15] verstärkt würden. Aber hiergegen wiederum sei Frankreich. Zur Eindämmung der Infla-

[7] Zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Frankreich und der Volksrepublik China am 27. Januar 1964 vgl. besonders Dok. 11 und Dok. 17.

[8] Dieser Satz wurde von Bundesminister Schröder hervorgehoben. Dazu Fragezeichen am Rand.

[9] Zur Haltung des italienischen Staatspräsidenten vgl. Dok. 44, Anm. 18.

[10] Zur europapolitischen Haltung der Niederlande vgl. Dok. 15, Anm. 36.

[11] Zum Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit dem britischen Oppositionsführer Wilson in London am 15./16. Januar 1964 vgl. Dok. 27, Anm. 14.
Zur europapolitischen Haltung der Labour Party vgl. auch Dok. 8, Anm. 41.

[12] Zur Kennedy-Runde vgl. Dok. 12, Anm. 14.

[13] Den Vorsitz im EWG-Ministerrat hatte seit dem 1. Januar 1964 Belgien inne. Am 1. Juli 1964 wechselte der Vorsitz turnusgemäß an die Bundesrepublik Deutschland.

[14] Zur Pressekonferenz vom 14. Januar 1963, auf der der französische Staatspräsident gegen den geplanten Beitritt Großbritanniens zur EWG Stellung bezog, vgl. Dok. 20, Anm. 6.

[15] Zur Frage einer Stärkung des Europäischen Parlaments vgl. Dok. 56.

tion innerhalb der Länder des Gemeinsamen Marktes bedürfe es keiner Regierungskonferenz. Hier seien bereits die Bestimmungen des Art. 145, III, des EWG-Vertrages[16] ausreichend. Eine Zusammenkunft der Regierungschefs aber erscheine untunlich. Nur zu leicht könne ein solcher Schritt als eine „relance européenne" angesehen werden. Nachdem Außenminister Butler am 24. Januar 1964 im Unterhaus erklärt habe, England wünsche an jeder Konferenz über eine politische Einigung Europas teilzunehmen[17], müsse eine Gipfelkonferenz der sechs EWG-Staaten als eine schwere Niederlage der englischen Regierung angesehen werden. Zwar erkläre die niederländische Regierung, Gespräche um eine politische Einigung Europas müßten bis nach den englischen Wahlen zurückgestellt werden. In Wirklichkeit aber liege es an politischen Schwierigkeiten. Frankreich wolle ja gar keinen Erfolg der Kennedy-Runde. Die Bundesrepublik solle in Brüssel die Ausarbeitung eines gemeinsamen Vorschlages von EWG und EFTA zur Kennedy-Runde anregen.[18]

Bundeskanzler trat demgegenüber für gemeinsamen deutsch-niederländischen Schritt in Brüssel ein, womit sich Außenminister *Luns* einverstanden erklärte.

Ministerpräsident *Marijnen* schnitt die Frage der Auswirkungen der Zuständigkeit der EWG in Agrarfragen im Hinblick auf die nationalen Parlamente an. Er unterstrich die Feststellung von Außenminister Luns, daß jede politische Einigung Europas ohne England eine Distanzierung von diesem Land darstelle.

Der *Bundeskanzler* wies auf seinen Besuch bei Präsident Johnson[19] hin. Die Einstellung der USA zur EWG habe sich vollständig geändert. An der politischen Einigung Europas zweifle man. Nunmehr sehe man in der EWG, die man bei ihrer Begründung als die Vorstufe einer politischen Einigung Euro-

[16] Artikel 145 des EWG-Vertrags vom 25. März 1957: „Zur Verwirklichung der Ziele und nach Maßgabe dieses Vertrags – sorgt der Rat für die Abstimmung der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten, – besitzt der Rat eine Entscheidungsbefugnis." Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 862.

[17] Auf die Frage nach einer möglichen Teilnahme Großbritanniens an Gesprächen über die Bildung einer europäischen politischen Union antwortete der britische Außenminister am 3. Februar 1964 vor dem Unterhaus: „The Governments of the Six are well aware of our desire to play a full part in any talks on this subject which may be arranged ... We are well aware of the difficulty that if the Six decided to talk on the subject it might prejudice the future political shape of Europe, and we made it clear both to Professor Erhard and to Signor Saragat when they visited London that we would wish to be in on the initial talks." Vgl. HANSARD, Bd. 688, Sp. 799.
Zu entsprechenden Äußerungen von Butler auf der Tagung des Ministerrats der WEU am 23. Januar 1964 vgl. Dok. 27, Anm. 17.

[18] Dazu bemerkte Ministerialdirigent Pauls am 7. März 1964, daß sich Frankreich möglicherweise gegen eine Institutionalisierung von die Kennedy-Runde betreffenden Kontakten zwischen EWG und EFTA aussprechen werde. Man solle zunächst versuchen, das EFTA-Sekretariat an informellen Gesprächen zwischen der EWG und einzelnen EFTA-Staaten zu beteiligen. So könnten gleichartige Gespräche mit sieben EFTA-Vertretungen vermieden werden. Die französische Zustimmung vorausgesetzt, könnten später Besprechungen zwischen der EWG-Kommission und dem EFTA-Sekretariat über gemeinsam interessierende Fragen stattfinden. Vgl. Referat III A 2, Bd. 276.

[19] Zu den deutsch-amerikanischen Regierungsbesprechungen am 28./29. Dezember 1963 in Stonewall, Texas, vgl. AAPD 1963, III, Dok. 486–491.

pas angesehen habe, hauptsächlich ein Instrument zur wirtschaftlichen Diffamierung dritter Staaten.[20]

Alsdann warf der Bundeskanzler die hypothetische Frage auf, wie eine politische Lösung der europäischen Frage aussehen werde, wenn England der EWG angehören würde.

Außenminister *Luns* antwortete, daß die Niederlande in einem solchen Fall zu weitgehenden Konzessionen gegenüber Frankreich bereit sein würden.

An der zweiten Besprechung im kleinen Kreise am Nachmittag des 2. März nahmen außer den Personen vom Vormittag noch Staatssekretär de Block vom niederländischen Außenministerium teil.

Der *Bundeskanzler* wandte sich alsdann dem Problem der MLF[21] zu. Er wies darauf hin, de Gaulle sei gegen die Aufstellung einer mit Nuklearwaffen ausgerüsteten multilateralen Streitmacht, weil sie im Ergebnis eine starke Bindung an die USA darstelle. Sie entziehe damit der von de Gaulle angestrebten Force de frappe die Grundlage. Bei seinem Besuch in Italien[22] sei er bei Erörterung der MLF sowohl bei Ministerpräsident Moro als auch bei Außenminister Saragat auf eine positive Einstellung gestoßen. An den stellvertretenden Ministerpräsidenten Nenni habe er die Frage gestellt, warum sich dieser mit der Aufstellung der MLF nicht befreunden könne. In seiner Antwort habe Nenni auf seine Abkehr von den Kommunisten hingewiesen und betont, dafür habe er die Spaltung seiner eigenen Partei[23] in Kauf genommen. Diese Bemerkung beweise ihm, dem Bundeskanzler, daß sich in Nenni eine Wandlung vollziehe und er auch noch für den Gedanken einer MLF gewonnen werden könne. Ein Besuch Nennis in Berlin und Bonn sei vorgesehen.

Außenminister *Luns* erklärte, im Grunde seien die Niederlande mit der heutigen Verteilung der Nuklearwaffen zufrieden und sähen militärisch keine Notwendigkeit zur Änderung des bestehenden Zustandes. Daher habe man sich auch voriges Jahr sehr reserviert gegenüber dem Gedanken der MLF gezeigt. Denn auch diese Streitmacht unterliege letzten Endes dem amerikanischen Veto. Militärisch bedeute diese in Aussicht genommene neue Gruppe sicherlich keinen Vorteil, warum sich auch der niederländische Verteidigungsminister de Jong mit ihr recht wenig befreunden könne.

Nach längeren Überlegungen – diese Aussage unterstrich Premierminister Marijnen – habe man sich aus politischen Gründen zum Studium des Problems und zu einer Teilnahme an der Diskussion entschlossen. Schritt für Schritt hätten diese Gesichtspunkte auch im niederländischen Parlament und in der niederländischen Presse größeres Gewicht gewonnen. Die geringste Basis allerdings, von der eine solche multinationale Nuklearmacht aufgebaut

[20] Dieser Satz wurde von Staatssekretär Carstens hervorgehoben und das Wort „hauptsächlich" unterschlängelt. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Dem H[errn] Minister vorzulegen."
Dazu Fragezeichen von Bundesminister Schröder sowie handschriftliche Bemerkung: „Das ist wohl ein Mißverständnis."

[21] Zu den MLF-Verhandlungen vgl. besonders Dok. 104.

[22] Zu den deutsch-italienischen Regierungsbesprechungen am 27./28. Januar 1964 in Rom vgl. Dok. 27–29.

[23] Zur Spaltung der PSI im Januar 1964 vgl. Dok. 44, Anm. 20.

werden könne, müsse aus den Ländern England, Italien und der Bundesrepublik sowie den Niederlanden bestehen. Das sei auch das Minimum, wenn man den sowjetischen Behauptungen, daß es sich in Wirklichkeit um eine nukleare Aufrüstung der Bundesrepublik handele[24], wirksam entgegentreten wolle.

Der *Bundeskanzler* wies darauf hin, daß es sich bei der deutschen Stellungnahme zur MLF auch darum handele, gewissen Strömungen, die auch hier in Zukunft[25] einmal entstehen könnten, von vornherein mit dem Hinweis auf unsere Beteiligung an der nuklearen Abwehr entgegenzutreten.

Außenminister *Luns* schlug vor, daß beide Staaten in dieser Frage im engen Kontakt bleiben sollten.

Der *Bundeskanzler* brachte alsdann das Gespräch noch einmal auf die bereits am Vormittag erörterte Möglichkeit einer europäischen Initiative im Hinblick auf die politische Einigung Europas. In diesem Zusammenhang sprach er über die Zusammenlegung der europäischen Exekutiven[26] und eine Verstärkung der Rechte des europäischen Parlaments. Er verwies insbesondere darauf, daß ihm noch jüngst Pflimlin eine Aktivierung des Europaparlaments vorgeschlagen habe.[27]

Außenminister *Luns* erklärte sich zur Unterstützung des Gedankens der Zusammenlegung der europäischen Exekutiven zum 1. Januar 1965 bereit.[28] Eine politische Siebener-Konferenz, die man allenfalls zur Förderung der politischen Einheit Europas ins Auge fassen könne, werde an dem Veto Frankreichs scheitern. Die Situation sei nun so, daß die sechs in der EWG verbundenen Mächte zwar wirtschaftlich geeinigt seien, aber politisch stärkstens auseinandergingen. Bei Außenminister Spaak wisse man nie, wohin im jeweiligen Augenblick seine „Geistesblitze" führten. All das schaffe erhebliche Unsicherheitsfaktoren. Als das einzige im Augenblick Mögliche erscheine ihm der Vorschlag des Bundeskanzlers, den Versuch zu unternehmen, eine gemeinsame Plattform von EWG und EFTA in der Kennedy-Runde zu finden.

In der am Nachmittag des 2. März stattfindenden Zusammenkunft im größeren Kreise führte der *Bundeskanzler* aus, es käme darauf an, die Europaprobleme wach zu halten. Leider habe sich als Folge der EWG schon eine unterschiedliche wirtschaftliche Entwicklung innerhalb des EWG-Raumes und außerhalb dieses Wirtschaftsgebiets angebahnt. Unter weltwirtschaftlichen Gesichtspunkten sei das wenig erfreulich.

Der Bundeskanzler dankte der niederländischen Regierung für ihre fortgesetzte politische Unterstützung, wenn es um das Selbstbestimmungsrecht der

[24] Diese Auffassung vertrat die UdSSR besonders in der Note vom 8. April 1963 an die drei Westmächte und die Bundesrepublik Deutschland. Für den Wortlaut vgl. DzD IV/9, S. 248–255.
Zur sowjetischen Haltung gegenüber dem MLF-Projekt vgl. auch die Äußerungen des Botschafters Smirnow vom 6. Dezember 1963 gegenüber Bundeskanzler Erhard; AAPD 1963, III, Dok. 454.

[25] Die Wörter „auch hier in Zukunft" wurden von Bundesminister Schröder unterschlängelt.

[26] Zur Fusion der Exekutiven der drei Gemeinschaften vgl. Dok. 22, Anm. 5.

[27] Beim Besuch am 27. Februar 1964 in Bonn regte der Präsident der Beratenden Versammlung des Europarats die Schaffung einer atlantischen Parlamentarierkonferenz an, durch die das Verhältnis „zwischen den freien Völkern Europas und den atlantischen Partnern" verbessert werden sollte. Vgl. dazu FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 51 vom 29. Februar 1964, S. 3.

[28] Zur Fusion der Exekutiven vgl. weiter Dok. 216.

Deutschen gehe. Rot-China sei im letzten nicht zu trauen. Das habe er auch bei seiner Zusammenkunft de Gaulle erklärt. Entscheidend für Europa sei ein festes Verhältnis zur USA, die allein unseren Erdteil wirksam zu schützen vermöchten.

Der Bundeskanzler erwähnte alsdann noch die Möglichkeit einer Aktivierung des Europarates, ohne dieses Thema jedoch zu vertiefen. Dann setzte er sich nachdrücklich für eine Aktivierung der Politik in Richtung auf ein politisch vereintes Europa ein. Ihm wolle es – so führte er aus – nicht einleuchten, daß jede politische Aktivität unterbleibe, weil de Gaulle einmal „nein" gesagt habe. Er meine vielmehr, die fünf anderen Mächte der EWG sollten den Willen bekunden, die europäische Einigungsbewegung fortzuführen und Lösungen vorzubereiten, die England eine Teilnahme an einem so gestalteten Europa sympathisch machen würden.

Ministerpräsident *Marijnen* antwortete, er begrüße eine Zusammenarbeit von EWG und EFTA in der Kennedy-Runde; alle anderen Erwägungen scheiterten im Grunde an de Gaulle. Er sehe keine Möglichkeit für eine Sechser-Konferenz, da jedes Ergebnis, das für England günstig sei, von de Gaulle mit Sicherheit torpediert werden würde. Es bleibe daher keine andere Möglichkeit als abzuwarten.

Außenminister *Luns* unterstützte diese Ausführungen mit dem Bemerken, für die Niederlande sei eine klein-europäische Gipfelkonferenz nur dann tragbar, wenn England von Anfang an an solchen Gesprächen beteiligt werde.

Außenminister Luns wandte sich alsdann der Entspannungspolitik zu, die er zurückhaltend beurteilte. Dem neuen polnischen Gomulka-Plan[29] gegenüber zeigte er sich sehr reserviert. Ein Nichtangriffspakt[30] sei nutzlos, da sich die Nichtangriffsverpflichtung bereits aus der UNO-Satzung[31] ergebe. Zudem involviere jeder Nichtangriffspakt das Problem der Sowjetzone. Aus diesen Gründen könne nur eine Nichtangriffsdeklaration in Frage kommen. Unter allen Umständen sei für die Niederlande klar, daß das Deutschlandproblem nur auf der Grundlage der Selbstbestimmung gelöst werden dürfe und Vorschläge, die die rechtliche oder tatsächliche Position von West-Berlin beeinträchtigten, undiskutabel seien.

[29] Das Wort „Gomulka-Plan" wurde von Bundesminister Schröder handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „Rapatzky-Plan". [sic!]
Der Erste Sekretär der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, Gomulka, äußerte am 28. Dezember 1963 auf der Konferenz der 18-Mächte-Abrüstungskommission in Genf die Absicht, einen Vorschlag über das „Einfrieren" der nuklearen Rüstung in Mitteleuropa zu unterbreiten. Am 29. Februar 1964 richtete die polnische Regierung ein entsprechendes Memorandum an Frankreich, Großbritannien, die USA, die UdSSR, die Tschechoslowakei, die Bundesrepublik Deutschland, die DDR, Kanada, Belgien und die Niederlande. Danach sollten in ein die Tschechoslowakei, Polen, die DDR und die Bundesrepublik umfassendes Gebiet keine weiteren Atomwaffen eingeführt noch dort produziert werden. Für den Wortlaut der Erklärung von Gomulka sowie des Memorandums vgl. EUROPA-ARCHIV 1964, D 180 und D 224 f. Vgl. dazu auch Dok. 61.

[30] Zu Überlegungen für ein Nichtangriffsabkommen zwischen NATO und Warschauer Pakt vgl. Dok. 13, Anm. 37.

[31] Artikel 2 der UNO-Charta (Fassung vom 26. Juni 1945): „All Members shall refrain in their international relations from the threat or use of force against the territorial integrity or political independence of any state, or in any other manner inconsistent with the Purposes of the United Nations." Vgl. CHARTER OF THE UNITED NATIONS, S. 584.

Der Außenminister brachte dann noch die Rede auf die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Paris und Peking. Er glaube und hoffe nicht, so erklärte er, daß de Gaulle an Rot-China irgendwelche Hilfe auf dem Nukleargebiet gewähre.

Außenminister Dr. *Schröder* behandelte anschließend einzelne Fragen der Europäischen Organisation:

a) Die Frage der Wahl des Europäischen Parlaments gemäß dem italienischen Vorschlag[32];

b) die Position Luxemburgs bei Zusammenlegung der drei Europäischen Organisationen[33];

c) die Zahl der Mitglieder der Europäischen Kommission bei Zusammenlegung der Exekutiven[34].

Der deutsche Vorschlag, 9 Kommissionsmitglieder zu bestellen, beruhe auf zwei Überlegungen: Einmal solle durch eine kleinere Zahl die Arbeitsfähigkeit der Kommission erhöht werden, und zum anderen solle für den Fall des Beitritts weiterer Mitglieder noch eine ausreichende Möglichkeit zur Erhöhung der Mitgliederzahl der Kommission bestehen.

Außenminister *Luns* erklärte, die Niederlande seien an der Zahl von 14 Kommissionsmitgliedern interessiert, weil im anderen Falle zwei größere Staaten und ein kleinerer Staat in der Kommission Mehrheitsentscheidungen fällen könnten. Er wende sich also gegen eine Verlagerung des bestehenden Schwergewichts. Zum anderen aber wisse er von Herrn Mansholt, daß ein einzelnes Kommissionsmitglied schon heute nicht mehr in der Lage sei, sich einen Gesamtüberblick über sämtliche Vorgänge, die bei der Kommission anfielen, zu verschaffen. Im übrigen aber seien die Niederlande bereit, die Frage der Zahl der Kommissionsmitglieder neu zu erörtern, wenn sich weitere Mitglieder den Europäischen Gemeinschaften anschließen sollten.

Der italienische Vorschlag für die Wahl der Hälfte der Mitglieder des Europäischen Parlaments auf nationaler Basis stelle einen Fortschritt dar.

Auf eine entsprechende Frage von Außenminister Luns entgegnete Außenminister Dr. *Schröder*, daß man sich, wenn die Niederlande hinsichtlich der Zahl der Kommissionsmitglieder auf ihrer Forderung von 14 Mitgliedern bestün-

32 Vgl. dazu Dok. 56, besonders Anm. 7.

33 Die luxemburgische Regierung stand einer Fusion der Exekutiven der drei Gemeinschaften ablehnend gegenüber, da dies die Auflösung der Hohen Behörde der EGKS in Luxemburg bedeuten würde. Als Sitz der fusionierten Exekutive wurde dagegen von den meisten EWG-Staaten Brüssel präferiert. Botschafter Stolzmann, Luxemburg, berichtete am 7. April 1964, Luxemburg strebe in der Sitzfrage „vollwertige Kompensationen materieller und politischer Art" an. Anderenfalls sei damit zu rechnen, daß Luxemburg seine Zustimmung verweigern werde. Vgl. Abteilung I (I A 2), VS-Bd. 19; B 150, Aktenkopien 1964.
Bereits am 10. März 1964 brachte Staatssekretär Lahr gegenüber dem luxemburgischen Außenminister Schaus zum Ausdruck, die Bundesregierung gebe sich „große Mühe", eine für Luxemburg befriedigende Lösung gemeinsam mit den Partnern zu finden. Dies gelte nach Kenntnis der Dinge auch für Frankreich. Die Vermutung eines deutsch-französischen „Komplotts" in der Sitzfrage sei „gänzlich aus der Luft gegriffen". Vgl. die Aufzeichnung von Lahr vom 12. März 1964; Ministerbüro, Bd. 206. Vgl. dazu ferner den Bericht von Stolzmann vom 9. März 1964; Referat I A 2, Bd. 880.

34 Vgl. dazu bereits Dok. 28, Anm. 23.

den, deutscherseits langsam werde anpassen[35] müssen. Dafür dürfe man dann allerdings auch Entgegenkommen auf anderen die Bundesrepublik interessierenden Gebieten erwarten.

Außenminister Dr. Schröder wies alsdann darauf hin, es sei schwierig, für Luxemburg die geforderte Kompensation zu finden, wenn die Hohe Behörde nach Brüssel verlegt werden sollte. Ohne Zustimmung der Mitglieder des Europaparlaments könne man keine Sitzverlegung von Straßburg nach Luxemburg vornehmen. Er befürchte sehr, daß die Parlamentarier aus naheliegenden Gründen diese Zustimmung verweigern würden. Nachdem verschiedene Möglichkeiten erörtert worden waren, erklärte der Bundesaußenminister, die Bundesrepublik sei mit jeder Lösung einverstanden.

Der *Bundeskanzler* schilderte dann eingehend die Entwicklung der Passierscheinfrage.[36] Er hob hervor, bei der Weihnachtsregelung der Passierscheinfrage[37] sei ausdrücklich von der Bundesrepublik erklärt worden, künftig könne die Anwesenheit sowjetzonaler Funktionäre in West-Berlin nicht mehr hingenommen werden.[38] Solches sei auch in keiner Weise notwendig, sondern diene ausschließlich politischen Zielen der Kommunisten. Die Bundesrepublik sei jedoch bereit, die Verhandlungen in der Passierscheinfrage ebenso fortzuführen wie Verhandlungen mit der Sowjetunion, wenn diese von dort wirklich angestrebt würden.

Außenminister *Luns* nahm diese Erklärung zur Kenntnis und fragte, ob die Bundesrepublik nach wie vor an der Hallstein-Doktrin[39] festhalte. Bestimmte Vorgänge, beispielsweise in Ceylon[40], könnten die Vermutung nahelegen, daß die Bundesrepublik künftig bei Verletzung der Hallstein-Doktrin nicht mehr mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen, sondern durch Einstellung der wirtschaftlichen Hilfe reagieren werde.

Außenminister Dr. *Schröder* erklärte, die Bundesrepublik halte nach wie vor an der Hallstein-Doktrin fest. Zwar habe die Sowjetzone auch Generalkonsu-

35 Dieses Wort wurde von Bundesminister Schröder unterschlängelt.

36 Zur Unterbrechung der Passierschein-Gespräche am 27. Februar 1964 vgl. Dok. 60.

37 Für den Wortlaut der Passierschein-Vereinbarung vom 17. Dezember 1963 vgl. DzD IV/9, S. 1023–1027. Vgl. dazu auch Dok. 1, Anm. 1.

38 Mit Drahterlaß vom 12. Februar 1964 informierte Staatssekretär Carstens, das Bundeskabinett habe sich dafür ausgesprochen, bei künftigen Passierschein-Vereinbarungen „unter keinen Umständen" mehr ein Tätigwerden von DDR-Beamten in Berlin (West) hinnehmen zu wollen. Diese Regelung bei der Vereinbarung vom 17. Dezember 1963 sei von der DDR „in größtem Umfang" ausgenutzt worden. Diese habe von der Herstellung quasi-konsularischer Beziehungen und von der Herrschaftsgewalt ihrer Organe in Berlin (West) gesprochen. Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 425; B 150, Aktenkopien 1964.
Carstens bezog sich damit auf die Äußerung des Chefkommentators des Deutschen Fernsehfunks, von Schnitzler: „Die Passierscheine sind wichtig; denn passieren kann man nur eine Staatsgrenze. Für uns zählen nicht die West-Berliner, die zu uns kommen, sondern die 236 Postbeamten, die wir drüben haben. Für uns sind sie Konsularvertreter, die unser Hoheitsrecht auf fremdem, ausländischem Boden ausüben." Vgl. dazu BULLETIN 1964, S. 262.

39 Zur Hallstein-Doktrin vgl. Dok. 46, Anm. 15.

40 Zur Einstellung der Entwicklungshilfe an Ceylon als Reaktion auf die Errichtung eines Generalkonsulats der DDR in Colombo vgl. Dok. 53, Anm. 8.

late anderswo als auf Ceylon errichtet.[41] Das habe die Bundesrepublik, wenn auch ungern, hingenommen, solange die Errichtung von Generalkonsulaten nicht mit einer Anerkennung der Sowjetzone verbunden sei. Andererseits sei die Bundesrepublik nicht gewillt, wirtschaftliche Hilfe an Staaten wie Ceylon zu leisten, wenn sie sich zu eng mit der Sowjetzone einließen.

Es sei bekannt, daß wir bei einigen osteuropäischen Staaten, die mit der Sowjetzone diplomatische Beziehungen unterhielten, Handelsmissionen errichtet hätten.[42] Das sei aber auch die äußerste Grenze. Denn nach wie vor müsse die Bundesrepublik an dem Alleinvertretungsrecht festhalten.

Außenminister *Luns* brachte alsdann die Frage auf die Handelsbeziehungen zwischen dem Westen und dem Ostblock und erwähnte insbesondere die französischen und englischen Lieferungen nach Kuba[43]. Dabei – so führte Außenminister Luns aus – verwiesen die Engländer auf die amerikanischen Getreidelieferungen in die Sowjetunion[44]. Die Niederlande schlössen sich dem französischen und englischen Vorgehen nicht an.

Der *Bundeskanzler* erklärte, bei den Getreidelieferungen an die Sowjetunion stehe ein humanitäres Problem zur Diskussion, so daß die Bundesrepublik hier Zurückhaltung übe. Die Lieferungen nach Kuba, das politisch als Mutterschiff für kommunistische Infiltrationen in Lateinamerika diene, lehne er ebenso wie die Niederlande ab.

Ministerpräsident *Marijnen* erörterte die Frage gemeinschaftlicher europäischer Getreidepreise.[45] Diese müßten, so führte er aus, vor Beginn der Kennedy-Runde gefunden werden. Er hoffe, daß eine Verständigung auf der Grundlage der Kommissionsvorschläge[46] möglich sei.

[41] Die DDR unterhielt im Januar 1964 Botschaften bzw. Gesandtschaften in 13 kommunistischen Staaten. Hinzu kamen Generalkonsulate in Birma, Indonesien, dem Irak, Jemen, Kambodscha und der VAR sowie ein Konsulat in Syrien. Vgl. dazu den Runderlaß des Ministerialdirektors Krapf vom 28. Januar 1964 über den Aufbau von Auslandsvertretungen der DDR; Büro Staatssekretär, Bd. 397.

[42] Im Laufe des Jahres 1963 schloß die Bundesrepublik Abkommen mit Polen, Rumänien und Ungarn über den Handelsverkehr bzw. den Austausch von Handelsvertretungen. Vgl. dazu Dok. 13, Anm. 20.

[43] Vgl. dazu Dok. 8, Anm. 28, und Dok. 42, Anm. 10.

[44] Zu den amerikanischen Weizenverkäufen an die UdSSR vgl. Dok. 14, Anm. 9.

[45] Mit Fernschreiben vom 5. März 1964 machte der Präsident der EWG-Kommission, Hallstein, Bundeskanzler Erhard auf die Notwendigkeit einer Regelung des Getreidepreises aufmerksam: „Der direkte Zusammenhang, der zwischen der Kennedy-Runde und dem gemeinsamen Getreidepreis besteht, wurde im Rat stark hervorgehoben. Die vom Ministerrat am 23.12.1963 mit Zustimmung der Bundesregierung verabschiedete Position der Gemeinschaft für den Agrarteil der Kennedy-Verhandlungen sieht bekanntlich vor, daß Gegenstand der Verhandlungen der sogenannte Stützungsbetrag für jedes Agrarprodukt ist. Dieser Stützungsbetrag ist im Falle des Getreides der Unterschied zwischen dem Weltmarktpreis und dem EWG-Preis. Solange der EWG-Preis nicht bekannt ist, ist deshalb der Stützungsbetrag nicht bekannt und die Gemeinschaft also nicht verhandlungsfähig ... Im Interesse der Verhandlung in Genf ist es also dringend notwendig, daß, wie vom Ministerrat vorgesehen, der gemeinsame Getreidepreis und das Jahr seines Wirksamwerdens vor dem 15. April festgelegt werden. Andere Lösungen, etwa mengenmäßige Regelungen, sind nur scheinbar ein Ausweg." Vgl. Ministerbüro, Bd. 210.
Zur Frage des Getreidepreises vgl. weiter Dok. 81.

[46] Zum Vorschlag der EWG-Kommission vom 4. November 1963 betreffend die Verwirklichung eines gemeinsamen Getreidepreises („Mansholt-Plan") vgl. Dok. 14, Anm. 16.

Der *Bundeskanzler* erklärte, er habe dem Vorsitzenden des Deutschen Bauernverbandes, Herrn Rehwinkel, eine Zusage zur Aufrechterhaltung des deutschen Getreidepreises nur für das laufende Jahr 1964/65 gegeben.[47] Alsdann seien wir zu den notwendigen Konzessionen gegen Konzessionen der anderen Seite, am liebsten in einem Zuge, bereit.

Die unterschiedlichen Produktionsbedingungen in den einzelnen Ländern müßten allerdings bei dem durch Getreidepreissenkungen notwendig werdenden Ausgleich berücksichtigt werden.

Staatssekretär *de Block* verwies auf eine Erklärung von Wirtschaftsminister Andriessen, daß im Falle der Annahme des Mansholt-Vorschlages über den europäischen Getreidepreis die Preise für Nahrungsmittel in der Bundesrepublik herabgesetzt und in den Niederlanden heraufgesetzt würden. Die gemeinsame Kasse zahle dann aber die Zuschüsse nur an die Bundesrepublik.

Bundesaußenminister Dr. *Schröder* trat diesem Argument mit der Erwägung entgegen, daß im Falle der Herabsetzung der Getreidepreise einer kleinen Zahl von Bauern ein erheblicher Einnahmeausfall zugemutet werde. Unterstützungen für die niederländischen Verbraucher im Rahmen der EWG aber ließen sich doch wohl nur schwer ermöglichen.

Staatssekretär *de Block* verwies dann auf den achtjährigen Kredit, den Dänemark der Sowjetunion für Schiffsbauten in Dänemark gewähre.[48] Eine solche Kreditgewährung sei im Hinblik auf eine gemeinsame europäische Politik gegenüber dem Osten[49] bedenklich. Vielleicht lasse sie sich mit dem Auftragsmangel in den Schiffswerften erklären.

Der *Bundeskanzler* wies darauf hin, daß auch die deutschen Schiffswerften unter Auftragsmangel litten. Die Vollbeschäftigung biete hier jedoch Ausweichmöglichkeiten, die eine Erstreckung der Kreditgewährung an die Sowjetunion als unnötig erscheinen ließen.

Zum Abschluß der Nachmittagsbesprechung wies der Bundeskanzler darauf hin, daß die Niederlande vor dem Europäischen Gerichtshof Klage erhoben

[47] Am 19. März 1964 erklärte Bundeskanzler Erhard vor dem Bundestag: „Der derzeitige deutsche Getreidepreis ist unter Berücksichtigung der Produktions- und Kostenverhältnisse nicht überhöht. Für die Getreidewirtschaftsjahre 1964 und 1965 wird deshalb die Bundesregierung keiner Senkung des Getreidepreises zustimmen. Ich sehe mich heute auch nicht in der Lage, für spätere Jahre einen Zeitpunkt anzugeben, unter welchen Voraussetzungen und Bedingungen die Bundesregierung bereit sein könnte, in dieser Frage andere Vereinbarungen zu treffen." Vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 55, S. 5646.

[48] Der dänische Ministerpräsident Krag besuchte vom 19. bis 28. Februar 1964 die UdSSR. Beide Seiten vereinbarten dabei eine verstärkte wirtschaftliche Zusammenarbeit. Botschafter Buch, Kopenhagen, berichtete am 13. März 1964, Dänemark werde dem britischen Beispiel nicht folgen und der UdSSR keine langfristigen Kredite gewähren. Bei den Verhandlungen in Moskau habe es sich nur darum gehandelt, die Finanzierung von Schiffsbauaufträgen durch Zugeständnisse bei Voraus- und Zwischenzahlungen zu erleichtern. Vgl. Abteilung I (I A 4), VS-Bd. 168; B 150, Aktenkopien 1964.

[49] Zur Übereinkunft der EWG-Staaten vom Oktober 1962, keine staatlich verbürgten Lieferkredite mit einer Laufzeit von mehr als fünf Jahren an Ostblock-Staaten zu gewähren, vgl. Dok. 45, Anm. 20.

hätten[50] wegen der Konzentration des deutschen Kohlenverkaufs in zwei Verkaufsgesellschaften. Der Verkauf von Kohle zu unterschiedlichen Preisen aber sei volkswirtschaftlich unmöglich. Im übrigen habe sich der Bergbau weitgehend rationalisiert. 150 000 Bergleute seinen zwischenzeitlich entlassen worden. Die vier übrigen Mitglieder der Montanunion hätten für die Verhältnisse im deutschen Bergbau Verständnis gezeigt. Er richte daher an die niederländische Regierung die Bitte um Überprüfung ihres bisherigen Standpunktes.

Außenminister *Luns* war über das Problem nicht unterrichtet[51], da der Auftrag zur Klage vor dem Europäischen Gerichtshof von Wirtschaftsminister Andriessen veranlaßt worden war. Er sagte jedoch eingehende Prüfung der Angelegenheit zu.

Am Nachmittag des 3. März traf sich der kleine Kreis beider Delegationen in Anwesenheit der Botschafter beider Staaten im Dienstzimmer des niederländischen Außenministers.

Bei Beginn dieser Besprechung wies der *Bundeskanzler* nochmals auf die Gefahr hin, die entstehe, wenn die Frage der politischen Einigung Europas wegen des Gegensatzes zwischen Paris und London einfach auf die lange Bank geschoben werde. Die fünf anderen Mitgliedstaaten der EWG würden so praktisch zu „Gefangenen" zweier Staaten. Unternähme man jetzt nichts und werde eine andere englische Regierung als die heutige später einmal auf die Einladung, an Gesprächen über die politische Einigung Europas teilzunehmen, „nein" sagen, dann wäre das eine Blamage. Die Alternative sei doch die, daß eine Konferenz der sechs EWG-Mächte abgehalten werden könne und Frankreich dann „nein" sage oder daß auf eine Einladung dieser Konferenz hin England ablehne.

Sowohl Ministerpräsident *Marijnen* als auch Außenminister *Luns* verneinten für die Niederlande die Möglichkeit, ein Gespräch auf einer Regierungskonferenz über die politische Einigung Europas führen zu können, da ja England zur Teilnahme bereit sei.[52] Wenn man trotzdem England ausschließe, so würden die USA erklären, auf die Niederlande sei politisch kein Verlaß. Der europäische Engpaß ergebe sich doch ausschließlich aus der Haltung de Gaulles.

[50] Die Klage der niederländischen Regierung gegen die Hohe Behörde der EGKS wurde am 28. Mai 1963 erhoben. Am 15. Juli 1964 erging das Urteil des Europäischen Gerichtshofs. Vgl. dazu EUROPÄISCHE RECHTSPRECHUNG 1964, bearbeitet von H. J. Eversen und H. Sperl, Köln 1965, S. 181 f.; AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN 1964, S. 2897.

[51] Dazu Fragezeichen des Ministerialdirektors Jansen.

[52] Dazu hielt Ministerialdirigent Voigt am 7. März 1964 ergänzend fest: „Wie nicht anders zu erwarten, bleiben die Niederländer bei der Forderung, Verhandlungen über politische Zusammenarbeit nicht ohne Großbritannien aufzunehmen und eine organisierte politische Zusammenarbeit nur unter Einschluß Großbritanniens (und anderer europäischer Staaten, die den Beitritt zu den Gemeinschaften betreiben) zu begründen. Fack erklärte mir dazu ganz offen, die niederländische Regierung stehe nun einmal auf dem Standpunkt, daß Fortschritte in der Integration der Sechs über die Gemeinschaftsverträge hinaus und [die] Erweiterung der Sechser-Gemeinschaft Hand in Hand gehen müßten." Des weiteren wies Voigt darauf hin, daß eine Konferenz der Regierungschefs außerhalb des EWG-Rahmens sich als Gefahr für die Gemeinschaft erweisen könne. Vgl. Abteilung I (I A 1), VS-Bd. 131; B 150, Aktenkopien 1964.

Der *Bundeskanzler* führte weiterhin aus, er habe den Eindruck, daß Frankreich seine politische Haltung wesentlich auf die Erwägung stütze, die NATO sei wegen der französischen Häfen und des französischen Hinterlandes auf Frankreich unter allen Umständen angewiesen. Er stelle sich daher die Frage, ob kein Ausweichen in Richtung Belgien und die Niederlande möglich sei.

Außenminister *Luns* antwortete, er sei kein Fachmann in militärischen Fragen, könne sich andererseits vorstellen, daß der Nachschub auch über Spanien, Antwerpen und Bremerhaven gesichert werden könne. Frankreich habe mit seiner Distanzierung von der NATO in dem Augenblick eingesetzt, als die USA seinen Vorschlag für ein Dreier-Direktorium[53] abgelehnt hätten.

In der darauf folgenden Sitzung beider Delegationen stellte Außenminister *Luns* das Zypern-Problem[54] zur Diskussion. Er wies insbesondere auf die niederländische Bereitschaft hin, innerhalb der NATO 750 Mann für eine internationale Sicherheitstruppe zu stellen. Durch die Anrufung des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen[55] aber habe sich das gesamte Problem für die Niederlande verschoben.

Der *Bundeskanzler* erklärte, die Bundesrepublik sei trotz Bedenken bereit gewesen, innerhalb des Rahmens der NATO sich an einer Sicherheitstruppe zu beteiligen, falls Präsident Makarios dem zugestimmt hätte.

Außenminister Dr. *Schröder* erklärte hierzu, nachdem die Angelegenheit vor die Vereinten Nationen gekommen sei, könne sich die Bundesrepublik an der Sicherheitstruppe nicht mehr beteiligen, da eine Unterstellung unter die UNO nicht möglich sei. Jedoch beobachte er die Entwicklung um Zypern mit großer Sorge, da die Sowjets im Mittelmeer einen ähnlichen Stützpunkt wie auf Kuba erstrebten. Er glaube, daß das Zypern-Problem heute nur noch auf einer bundesstaatlichen Grundlage gelöst werden könne.[56]

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 419

[53] Am 17. September 1958 forderte Ministerpräsident de Gaulle in einem an Präsident Eisenhower und Premierminister Macmillan gerichteten geheimen Memorandum eine Erweiterung des Wirkungsbereichs der NATO und eine unmittelbare Beteiligung Frankreichs an den politischen und strategischen Entscheidungen des Bündnisses („Dreier-Direktorium"). Für den Wortlaut vgl. Charles DE GAULLE, Lettres, notes et carnets. Juin 1958 – décembre 1960, Paris 1985, S. 83 f.

[54] Zur Zypern-Frage vgl. zuletzt Dok. 37.

[55] Großbritannien beantragte am 15. Februar 1964 die Einberufung des UNO-Sicherheitsrats zur Erörterung der Zypern-Krise. Am selben Tag forderte die zyprische Regierung ebenfalls die Einberufung des Sicherheitsrats, da die Gefahr eines türkischen Angriffs gegen Zypern bestehe. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1964, Z 54.

[56] Vgl. dazu weiter Dok. 70.

60

Runderlaß des Ministerialdirektors Krapf

II 1-85.50/1 VS-NfD **3. März 1964**[1]

Betr.: Passierscheinfrage[2]

Bezug: Runderlaß vom 28. Februar 1964 – II 1-85.50/1 (Ziffer 5)[3]

I. 1) Die Unterbrechung der Passierscheingespräche am 27. Februar 1964 hat führende deutsche Politiker veranlaßt, zum bisherigen Verlauf der Gespräche[4] und zu ihrer zukünftigen Behandlung Stellung zu nehmen.[5] Angesichts der Bedeutung der Passierscheinfrage für die Deutschland- und Berlin-Politik sind Unterschiede in der Bewertung von Einzelheiten unvermeidlich gewesen. Die kommunistische Politik versucht, diesen Vorgang für sich auszunutzen.[6] Es ist daher notwendig, Sorge zu tragen, daß sich im Ausland auf Grund einer irreführenden Propaganda keine falschen Eindrücke festsetzen.

[1] Vervielfältigtes Exemplar.

[2] Vgl. dazu zuletzt Dok. 42.

[3] Am 28. Februar 1964 nahm Ministerialdirektor Krapf gegen die sowjetische Behauptung Stellung, daß die Bundesregierung und der Senat von Berlin eine Unterbrechung der Passierschein-Gespräche herbeigeführt hätten, obwohl die Bevölkerung von Berlin (West) eine Erneuerung der Passierschein-Vereinbarung vom 17. Dezember 1963 befürworte. Unter Ziffer 5 kündigte er einen weiteren Drahterlaß zur Bewertung der Lage an. Vgl. Referat II 1, Bd. 174.

[4] Zum Verlauf der drei letzten Passierschein-Gespräche zwischen Senatsrat Korber und dem Beauftragten der DDR, Staatssekretär Wendt, am 13. Februar, 20. Februar und 27. Februar 1964 vgl. die Aufzeichnung des Referats II 1 vom 6. März 1964; Abteilung II (II 1), VS-Bd. 60; B 150, Aktenkopien 1964.

[5] Der Regierende Bürgermeister Brandt kritisierte in einer Rundfunk- und Fernseherklärung vom 28. Februar 1964, daß es bisher nicht gelungen sei, sich auf eine Konzeption für eine neue Passierschein-Vereinbarung zu einigen. Hierfür machte er indirekt die Bundesregierung und die Berliner CDU verantwortlich. Für den Wortlaut vgl. DzD IV/10, S. 282 f.
Die Bundesregierung nahm noch am selben Tag dazu Stellung: „Die Erklärung des Regierenden Bürgermeisters und Vorsitzenden der SPD, Brandt, ist widerspruchsvoll und gefährlich. Sie scheint die Grundsätze der bisherigen gemeinsamen Berlin- und Deutschlandpolitik aller im Bundestag vertretenen Parteien in Frage stellen zu wollen. Brandts Darstellung versucht den Eindruck zu erwecken, als ob der freie Teil Deutschlands bisher ohne Konzeption verhandelt hätte. Wie die gemeinsam von Bundesregierung und Senat erteilten Richtlinien für die Verhandlungen beweisen, ist das Gegenteil der Fall ... Die deutsche Politik braucht auch keine neue Konzeption. Sie erfordert wie bisher Klarheit, Entschiedenheit und ein hohes Maß an Gemeinsamkeit. Für parteipolitische Auseinandersetzungen ist die Passierschein-Frage untauglich." Vgl. BULLETIN 1964, S 342.
Vgl. ferner das Interview des Staatssekretärs Krautwig, Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, vom 29. Januar 1964; BULLETIN 1964, S. 341 f.

[6] Seitens der DDR wurde betont, der Senat von Berlin habe aufgrund des Drucks „bestimmter Bonner Kreise" die Passierschein-Gespräche unterbrochen. Die DDR sei bereit, „kurzfristig die Verhandlungen fortzusetzen, falls der Westberliner Senat seine jetzige Ansicht ändern sollte". Vgl. die Rede des Ersten Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission der DDR, Apel, vom 29. Februar 1964; DzD IV/10, S. 283–291.
Vgl. dazu auch die Stellungnahmen des Stellvertretenden Außenministers der DDR, Winzer, sowie des Stellvertretenden Ministerpräsidenten Abusch vom 2. März 1964; DzD IV/10, S. 295–298 und S. 307–311.

2) Zum Stand der Angelegenheit ist folgendes festzustellen:

a) Bundesregierung und Berliner Senat haben in ihrer Erklärung vom 14. Februar 1964[7] ihre Übereinstimmung in der Behandlung des Passierscheinproblems ausdrücklich festgestellt.

b) Bundesregierung und Berliner Senat sind sich einig, daß eine Dauerregelung der Passierscheinfrage nur möglich ist, wenn sowohl die Tätigkeit Ost-Berliner Beamter auf West-Berliner Boden unterbleibt als auch gewisse Formulierungen der Weihnachtsvereinbarung[8] – wie die Verwendung des Begriffs „Hauptstadt der DDR" auf den Passierscheinen – in Fortfall kommen. Der gleiche Standpunkt war auch für eine befristete Passierscheinregelung für die Ostertage einzunehmen.

c) Bundesregierung und Berliner Senat haben am 27. Februar 1964 in ihrem gemeinsamen Kommuniqué[9] nach Unterbrechung der Passierscheingespräche und nach ihrem bisher ergebnislosen Verlauf folgendes erklärt: „Daher sind unsere Bemühungen um eine Regelung, die den Menschen auf beiden Seiten der Mauer während der kommenden Feiertage eine Begegnung ermöglicht hätte, an den politischen Forderungen der Sowjetzone gescheitert. Bundesregierung und Senat bedauern diese Entwicklung. Sie lassen sich nach wie vor von den gemeinsamen Grundsätzen zur Herbeiführung weiterer Erleichterungen im Personenverkehr leiten und werden ihre Bemühungen auf dieser Grundlage fortsetzen."

3) Die Einigkeit in den Grundsätzen der Verhandlungsführung und ihrer Zielsetzung besteht also fort. Gewisse Schwierigkeiten bereitete lediglich die Beurteilung der Frage, wie weit sich eine *Wiederholung* der Weihnachtsvereinbarung zu Ostern unter den gleichen Bedingungen auf unsere Politik der Nichtanerkennung Pankows schädlich auswirken könnte. Es ist in diesem Zusammenhang die Auffassung vertreten worden, daß die Tätigkeit Ost-Berliner Beamter in Berlin (West) bei einem neuen befristeten Passierscheinabkommen politisch tragbar sei. Beamte der sowjetzonalen Reichsbahn[10] und der Ost-Berliner Wasserstraßenbehörden[11] seien ohnehin in Berlin (West) tätig. Dazu ist darauf hinzuweisen, daß die beiden letztgenannten Stellen ihre Funktionen auf Grund von Viermächte-Vereinbarungen ausüben, die sich aus dem Viermächte-Status Berlins ergeben. Demgegenüber würde ein Einsatz der Ost-Berliner Postbeamten in West-Berlin auf Vereinbarungen *deutscher* Stellen beruhen. Es ist verständlich, daß das Pankow-

[7] Für den Wortlaut vgl. BULLETIN 1964, S. 253.

[8] Für den Wortlaut der Passierschein-Vereinbarung vom 17. Dezember 1963 vgl. DzD IV/9, S. 1023–1027. Vgl. dazu auch Dok. 1, Anm. 1.

[9] Für den Wortlaut vgl. BULLETIN 1964, S. 333.

[10] Die Verwaltung der Fern- und S-Bahnen in Berlin (West) durch die Deutsche Reichsbahn beruhte auf Vereinbarungen der Vier Mächte aus den Jahren 1945 bis 1948. Rechtlich unterlag das gesamte Eisenbahngelände als Teil der drei Westsektoren allerdings der Oberhoheit der Westmächte. So übertrugen diese 1948 die Polizeigewalt auf dem Gelände auch der Polizei von Berlin (West).

[11] Aufgrund eines Abkommens aus dem Jahr 1951 zwischen der britischen und der sowjetischen Besatzungsbehörde in Berlin war das Wasserstraßenhauptamt in Ost-Berlin zum technischen Betrieb der in Berlin (West) gelegenen Schleusen berechtigt. Weitere Rechte dieses Amts in Berlin (West) ergaben sich daraus allerdings nicht.

Regime hieran interessiert ist. Entsprechend hat es die Tätigkeit der Ost-Berliner Postbeamten in der Weihnachtszeit als Wahrnehmung „hoheitlicher" und „konsularischer" Aufgaben auf „ausländischem Boden" bezeichnet.[12]

4) Es ist natürlich, daß in Berlin das Problem der menschlichen Begegnung – das allen unmittelbar vor Augen steht – schärfer gesehen wird. Es liegt nahe, daß die großen Vorteile, die die Weihnachtsbesuche im Ostsektor erbracht haben, gewisse politische Nachteile, die bei Abschluß der Weihnachtsvereinbarung am 17. Dezember 1963 aus humanitären Gründen in Kauf genommen werden mußten, geringfügiger erscheinen lassen.

5) Die Bundesregierung hat für diesen Gesichtspunkt volles Verständnis. Ihre eigene Beurteilung hat jedoch zusätzlich die folgenden wichtigen Gesichtspunkte zu berücksichtigen:

a) Die kommunistische Politik in der Passierscheinfrage muß im Zusammenhang mit der sowjetischen Deutschland-Politik gesehen werden. So haben Pankow und Moskau die Weihnachtsvereinbarung – im Sinne der kommunistischen Drei-Staaten-Theorie[13] – unverzüglich als „Beweis" verwandt, daß der Berliner Senat die „Staatsgrenze der DDR" einschließlich der Mauer anerkannt habe.[14]

b) Pankow und Moskau haben die Wiederholung der Weihnachtsabmachung für Ostern gefordert, um die Öffentlichkeit an das Bestehen eines Dauerkontaktes SBZ-Berliner Senat zu gewöhnen und ferner den Abschluß inhaltsgleicher Vereinbarungen beider Seiten zu einem „normalen" Vorgang zu machen. Dieser Tendenz war entgegenzuwirken. Im Sinne der Pankower „Gewöhnungstheorie" wäre zum Beispiel bereits im Falle einer formellen oder inhaltlichen Wiederholung der Abmachung vom 17. Dezember 1963 ein Erfolg Pankows gegeben. Die Bundesregierung war durch die Forderung einer Nichtzulassung der Pankower Postbeamten bemüht, den Nachweis zu führen, daß der aggressiven Politik Pankows feste Grenzen gesetzt sind.

c) Nur zur dortigen Information: Die Bundesregierung hatte daran zu denken, daß eine inhaltsgleiche Wiederholung der Weihnachtsvereinbarung die seit dem 17. Dezember 1963 aufgetauchten Zweifel an der Kontinuität unserer Deutschland-Politik[15] gestärkt hätte. Eine solche Entwicklung konnte für uns nachteilige Folgen vor allem auf dem Gebiet unserer Nichtanerkennungspolitik haben. Durch die Entscheidung, die Abmachung vom 17. Dezember 1963 nicht zu wiederholen, wurde die Politik Pankows durchkreuzt, unsere Deutschland-Politik unglaubwürdig zu machen.

6) Die Übereinstimmung, die zwischen Bundesregierung und Berliner Senat über die Grundlagen und über die Notwendigkeit einer aktiven Passierschein-

[12] Vgl. dazu Dok. 59, Anm. 38.

[13] Zur sowjetischen Zwei- bzw. Drei-Staaten-Theorie vgl. besonders Dok. 13, Anm. 10 und 15.

[14] Vgl. dazu Dok. 35, Anm. 5.

[15] Zu der in westlichen wie östlichen Staaten vertretenen These, die Passierschein-Vereinbarung vom 17. Dezember 1963 lasse auf eine Abschwächung der Nichtanerkennungspolitik der Bundesregierung schließen, vgl. Dok. 35 und Dok. 42, Anm. 32.

politik besteht, wird von dem Vorliegen gewisser Bewertungsunterschiede nicht berührt. Alle an der Passierscheinfrage beteiligten deutschen Stellen sind sich der Bedeutung bewußt, die der innerdeutschen Übereinstimmung für den Erfolg unserer Bemühungen in der Deutschland- und Berlin-Frage zukommt.[16]

II. Es wird gebeten, die vorstehenden Überlegungen – mit Ausnahme der Argumente unter I 5 c – als Sprachregelung für die dortige Gesprächsführung anzusehen.

Im Auftrag
[gez.] Krapf

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 397

61

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Krapf

II 8-82.30-0/1188/64 geheim **3. März 1964**[1]

Betr.: Gomulka-Plan[2]
Anlage: 1 (8. Ausfertigung von II 8-82.30-0/1153/64 geh.)[3]

I. Am 29. Februar hat die polnische Regierung allen denjenigen Staaten, die in Mitteleuropa Truppen unterhalten, den Wortlaut des polnischen Memorandums über das Einfrieren von nuklearen Waffen in Mitteleuropa zugestellt. Die deutsche Übersetzung des Memorandums ist beigefügt.

Der polnische Plan sieht das Einfrieren der Kernwaffenbestände in einer Zone vor, die das Territorium der Bundesrepublik Deutschland, der SBZ, der Tschechoslowakei und Polens umfaßt und erstreckt sich auch auf die Herstellung und Einfuhr von Kernwaffen in diese Zone. Es ist vorgesehen, daß gemischte Kommissionen, die sich paritätisch aus Vertretern der Staaten des Nordatlantikpaktes und des Warschauer Pakts zusammensetzen, die Bestimmungen des Vertrages überwachen.

16 Zur Passierschein-Frage vgl. weiter Dok. 64.

1 Durchdruck.
Die Aufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Lahn konzipiert.

2 Zum Memorandum der polnischen Regierung vom 29. Februar 1964 über das „Einfrieren" der nuklearen Rüstung in Mitteleuropa vgl. Dok. 59, Anm. 29.

3 Als Anlage ist dem Vorgang eine deutsche Übersetzung des Gomulka-Plans beigefügt. Vgl. Ministerbüro, VS-Bd. 8500.

II. Der Plan, der uns in Grundzügen von polnischer Seite bereits früher bekanntgemacht worden war[4], ist am 26.2. im NATO-Rat[5] erörtert worden. Unser Vertreter hat dabei auf folgende Bedenken gegen diesen Vorschlag hingewiesen:

1) Der Plan ist nicht ausgewogen. Der verhältnismäßig großen Zahl von taktischen Kernwaffen und Gefechtsfeldwaffen in der Bundesrepublik Deutschland steht nur eine geringe Anzahl entsprechender Waffen in der SBZ und in Polen gegenüber, während sich das Gros der gegen europäische Ziele gerichteten Kernwaffen des Ostblocks in der westlichen Sowjetunion befindet.[6]

Da es unseren amerikanischen Verbündeten aus mehreren Gründen nicht möglich ist, ihre nuklearen Sprengmittel für den Einsatz auf dem Gefechtsfeld oder im taktischen Bereich außerhalb Deutschlands zu lagern, würde der polnische Vorschlag bedeuten, daß im wesentlichen nur auf westlicher Seite eingefroren wird, während das sowjetische Potential nach Bedarf verstärkt werden könnte. Damit wäre der wesentliche Grundsatz für alle Rüstungskontrollmaßnahmen verletzt, daß das Kräfteverhältnis Ost:West nicht beeinträchtigt werden dürfe.

2) Wenn auch die Polen ihren Plan als isolierte Maßnahme vorschlagen, so halten sie an den Grundsätzen des Rapacki-Planes[7] doch weiterhin fest. Sie betrachten den Gomulka-Plan mehr oder weniger als Vorstufe zum Rapacki-Plan, den sie nach Verwirklichung des Gomulka-Planes sofort aufgreifen würden. Im Grunde ist der Gomulka-Plan nichts anderes als die erste Stufe des Rapacki-Planes. Damit zielt der Plan nicht nur auf ein nukleares Einfrieren in Mitteleuropa, sondern auch auf ein militärisches Verdünnen ab, das wir weiterhin entschieden ablehnen.

3) Wenn das westliche nukleare Potential für das Gefechtsfeld und den taktischen Bereich im Gebiet der BRD eingefroren ist, kann eine lückenlose Abschreckung nicht mehr gewährleistet werden. Der mögliche Aggressor kann nämlich die konventionelle – und wie ausgeführt, sogar die nukleare – Bedro-

[4] Im Januar/Februar 1964 besuchten Delegierte der polnischen Regierung verschiedene westeuropäische Staaten, um über die Grundgedanken des Gomulka-Plans zu informieren. Dabei betonten sie von vornherein, „der Plan sei kein Mittel zur Herbeiführung der Anerkennung der SBZ. Es handele sich um eine Abrüstungsfrage, und das deutsche Problem müsse in anderem Zusammenhang eine Lösung finden ... Die MLF sei lediglich insoweit berührt, als MLF-Schiffe den zentraleuropäischen Raum nicht mehr anlaufen könnten." Vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Krapf vom 3. Februar 1964; Abteilung II (II 8), VS-Bd. 334; B 150, Aktenkopien 1964.

[5] Botschafter Grewe, Paris (NATO), berichtete am 26. Februar 1964 über die Sitzung des Ständigen NATO-Rats. Grewe betonte, er sei hinsichtlich der Auffassung unterstützt worden, daß der Gomulka-Plan in seiner jetzigen Form weder militärischen noch politischen Wert habe. Vgl. Abteilung II (II 8), VS-Bd. 334; B 150, Aktenkopien 1964.

[6] Zur Einschätzung des Gomulka-Plans aus militärischer Sicht vgl. die Stellungnahme des Generalinspekteurs der Bundeswehr, Trettner, vom 12. März 1964; Abteilung II (II 8), VS-Bd. 334; B 150, Aktenkopien 1964.

[7] Am 2. Oktober 1957 unterbreitete der polnische Außenminister Rapacki vor der UNO-Generalversammlung den Vorschlag, eine aus Polen, der Tschechoslowakei und den beiden Teilen Deutschlands bestehende kernwaffenfreie Zone zu schaffen. Am 14. Februar 1958 erläuterte er seine Vorstellungen ausführlich in einem Memorandum. Weitere, modifizierte Versionen des Rapacki-Plans, in denen der Gedanke einer Verminderung der konventionellen Streitkräfte hinzutrat, wurden am 4. November 1958 und am 28. März 1962 vorgelegt. Für den Wortlaut der letztgenannten Fassung des Rapacki-Plans vgl. DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1962, S. 201–205.

hung verstärken, ohne daß diese erhöhte Bedrohung auf westlicher Seite durch entsprechende Verstärkung kompensiert werden darf.

4) Das Einfrieren der nuklearen Sprengmittel würde bedeuten, daß die gemäß der NATO-Planung im Laufe des Jahres 1964 vorgesehene Verbesserung der taktischen nuklearen Bewaffnung der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten NATO-Verbände[8] (Zuführung neuer Waffensysteme wie Pershing und Sergeant, Umrüstung von Luftwaffenverbänden für nuklearen Einsatz) nicht durchgeführt werden könnte.

5) Die Polen behaupten, daß die MLF[9] nur insoweit berührt sei, als MLF-Schiffe die Häfen der Vertragsländer nicht mehr anlaufen dürften. Ein Eingehen auf den polnischen Vorschlag würde aber bedeuten, daß der Westen sich mit den Polen auf ein Gespräch über die Bewegungsfreiheit der MLF einließe.

6) Da sich nukleare Sprengmittel von konventionellen Sprengmitteln äußerlich nicht zu unterscheiden brauchen, wird eine Kontrolle des Verbots besonders schwer sein. Auch soweit der polnische Vorschlag eine Kontrolle der atomaren Sprengsätze vorsieht, erscheint er uns deshalb bedenklich, weil sich die Bundesrepublik Deutschland praktisch einseitig, als einziges Land der westlichen Allianz, nicht nur gemäß Ziffer III des Planes einem erneuten Produktionsverzicht[10], sondern auch einer Einfuhrkontrolle und umfassenden Inspektion ihres Territoriums unterwerfen müßte. Dies würde uns diskriminieren.

7) Es handelt sich bei dem polnischen Plan um eine Maßnahme, die zum Bereich der europäischen Sicherheit gehört. Daher müßte sie – wenn sie überhaupt in Betracht käme – mit substantiellen Fortschritten in der Deutschlandfrage verbunden sein.

8) Es wird von den Polen zwar behauptet, sie wollten mit ihrem Plan keine Anerkennung der SBZ herbeiführen. Sie sehen aber gemischte Kontrollkommissionen unter Beteiligung der SBZ vor, womit eine Anerkennung oder zumindest eine erhebliche Aufwertung verbunden wäre.

III. Nach Eingang des Memorandums wird sich der NATO-Rat demnächst erneut mit dem Gomulka-Plan befassen. Es erscheint möglich, daß einige unserer Verbündeten den Plan nicht von vornherein ablehnen, sondern ihn zur Grundlage für Gespräche mit der polnischen Regierung zu machen wünschen.[11] Demgegenüber ist es unsere Absicht, zu betonen, daß der Plan für den

[8] Am 19. März 1964 gab die amerikanische Regierung die Verlegung eines mit Pershing-Raketen ausgerüsteten Bataillons in die Bundesrepublik bekannt. Es sollte Einheiten ersetzen, die mit der veralteten Redstone-Rakete ausgerüstet waren. Vgl. dazu AdG 1964, S. 11125.

[9] Zu den MLF-Verhandlungen vgl. besonders Dok. 104.

[10] Die Bundesrepublik verzichtete bereits beim Beitritt zur WEU auf die Herstellung von atomaren, biologischen und chemischen Waffen. Vgl. dazu Dok. 27, Anm. 27.

[11] Zum Abschluß der Konsultation in der NATO stellte Ministerialdirektor Krapf am 27. Mai 1964 fest: „Unter den NATO-Partnern besteht Übereinstimmung darüber, daß der Plan in seiner gegenwärtigen Form unannehmbar ist. Unsere Ansicht, den Plan schnell abzulehnen und die Polen nicht zu weiteren Diskussionen zu ermutigen, fand jedoch kaum Unterstützung." Krapf referierte im folgenden die Antworten der einzelnen Regierungen an Polen. Vgl. Abteilung II (II 8), VS-Bd. 334; B 150, Aktenkopien 1964.
Zur Antwort der Bundesregierung an Polen vgl. Dok. 204.

Westen nur Nachteile und Risiken mit sich brächte und daher besser nicht zur Gesprächsgrundlage gemacht werden solle.

Auf der Genfer Konferenz hat der Plan bis jetzt noch nicht vorgelegen.

Hiermit über den Herrn Staatssekretär dem Herrn Bundesminister[12] mit dem Vorschlage der Vorlage bei dem Herrn Bundeskanzler[13] vorgelegt.

gez. Krapf

Ministerbüro, VS-Bd. 8500

62

Aufzeichnung des Botschafters Freiherr von Mirbach

III A 6-85.00/94.03-149/64 VS-vertraulich **5. März 1964**[1]

Betr.: Wichtigste Merkmale der deutsch-bulgarischen Vereinbarung[2]

Die Fragen der Errichtung von Handelsvertretungen und eines langfristigen Warenabkommens sind (nach ungarischem Vorbild[3]) in *einem* Vertrag geregelt. Das erleichterte die Unterbringung der Berlinklausel, die somit beide Seiten abdeckt, bindet andererseits die Existenz der Handelsvertretung an die Kündigung des Warenabkommens.

1) Dauer des Vertrages

Unkündbar bis 31. Dezember 1966 (gemäß Genehmigung durch die EWG[4]), danach jährliche Kündigungsmöglichkeit.

12 Hat Bundesminister Schröder vorgelegen.

13 Bundeskanzler Erhard äußerte sich zustimmend zu der Aufzeichnung. Vgl. dazu das Schreiben des Leiters des Außenpolitischen Büros im Bundeskanzleramt, Osterheld, vom 9. März 1964; Ministerbüro, VS-Bd. 8500; B 150, Aktenkopien 1964.

1 Mit Begleitvermerk des Botschafters Freiherr von Mirbach am 5. März 1964 an Staatssekretär Lahr übermittelt. Hat Lahr am 9. März 1964 vorgelegen.

2 Erste Sondierungen mit Bulgarien hinsichtlich eines Abkommens über den Waren- und Zahlungsverkehr und über die Errichtung von Handelsvertretungen fanden Anfang Oktober 1963 statt. Verhandlungen darüber wurden am 5. Februar 1964 aufgenommen. Am 6. März 1964 wurde das Abkommen unterzeichnet. Vgl. dazu AAPD 1963, III, Dok. 370; BULLETIN 1964, S. 380.
Für eine Ausfertigung des Abkommens vom 6. März 1964 einschließlich des zugehörigen Briefwechsels vgl. Abteilung II (II 4), VS-Bd. 255; B 150, Aktenkopien 1964.

3 Zum Abkommen mit Ungarn vom 10. November 1963 über den Waren- und Zahlungsverkehr und über die Errichtung von Handelsvertretungen vgl. AAPD 1963, III, Dok. 339.

4 Aufgrund einer internen Entscheidung des EWG-Rats vom 9. Oktober 1961 sollte die Laufzeit von Handelsabkommen mit Staatshandelsländern, „soweit sie weder eine EWG-Klausel enthalten noch eine jährliche Kündigung vorsehen, den 31. Dezember 1965 nicht überschreiten". Vgl. Referat 401, Bd. 385.
Am 14. Februar 1964 beauftragte Botschafter Freiherr von Mirbach die Vertretung bei der EWG/EAG in Brüssel, eine Ausnahmegenehmigung für das Abkommen mit Bulgarien zu erwirken. Zur Begründung führte Mirbach an, der Abschluß eines Abkommens sei „wegen der von Bulgarien auf politischem Gebiet angebotenen Zugeständnisse für die Bundesrepublik Deutschland von

2) Berlinklausel

Währungsgebiete-Klausel nach ungarischem Muster in besonderem Briefwechsel und Verklammerung im Abkommen durch „Bestandteilklausel".[5]

3) Bezeichnung Bundesrepublik Deutschland

Die korrekte Übersetzung für „Bundesrepublik Deutschland" ist nach langwierigen bulgarischen Ausflüchten im Vertragstext sichergestellt.

4) Konsularische Befugnisse

Das ständige bulgarische Drängen, wenigstens Paß- und Sichtvermerksbefugnisse für die Handelsvertretungen im Abkommen schriftlich zu regeln, wurde mit Rücksicht auf Bestrebungen der Neutralisten, Passierscheinfrage[6], SBZ-Angebot Handelsmissionen mit NATO-Ländern[7] usw. kategorisch abgelehnt. Zugestanden wurde, daß die Unterzeichner des Abkommens einen gleichlautenden Aktenvermerk[8] für den inneren Gebrauch anfertigen, wonach die Handelsvertretungen die vorerwähnten Befugnisse ausüben können. Legalisationen usw. abgelehnt.

5) Warenseite

a) Tabak

Erhöhung des bisherigen Tabakkontingents von DM 22 Mio. (bulgarischer Wunsch DM 50 Mio.) mußte mit Rücksicht auf Griechenland und die Türkei abgelehnt werden. Auf dem Tabakmarkt ist allerdings die Tendenz für Bulgarien steigend, für Griechenland fallend.

Fortsetzung Fußnote von Seite 298

ganz besonderer Bedeutung. Da die Bundesrepublik mit den Ostblockstaaten (mit Ausnahme der Sowjetunion) keine diplomatischen Beziehungen unterhalten kann, liegt ihr daran, durch die Errichtung von Handelsvertretungen außerhalb der eigentlichen Wirtschaftsbeziehungen liegende Probleme mit diesen Staaten zu regeln, die zum Teil aus der Vergangenheit herrühren und die im Verhältnis der übrigen EWG-Staaten zu den Ostblockstaaten nicht bestehen. Außerdem soll das geplante langfristige Abkommen die seit längerer Zeit in Übereinstimmung mit ihren Verbündeten eingeleiteten Bemühungen der Bundesregierung um eine Verbesserung ihrer Beziehungen zu den Ostblockstaaten unterstützen ... Das Scheitern der Verhandlungen mit Bulgarien würde diese Bemühungen nicht nur im Verhältnis zu diesem Staat, sondern zum ganzen Ostblock in Frage stellen." Vgl. Abteilung II (II 4), VS-Bd. 255; B 150, Aktenkopien 1964.

[5] Artikel 4 des Abkommens: „Der Zahlungsverkehr zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Bulgarien wird gemäß den Vereinbarungen des beigefügten Briefwechsels abgewickelt. Der beigefügte Briefwechsel über den Zahlungsverkehr zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Bulgarien bildet einen Bestandteil dieses Abkommens. Das Abkommen und der Briefwechsel über den Zahlungsverkehr bilden eine untrennbare Einheit und weichen daher in ihrem zeitlichen und räumlichen Geltungsbereich nicht voneinander ab." Der beigefügte Briefwechsel definierte als Geltungsbereich für den Zahlungsverkehr die Währungsgebiete der Deutschen Mark (West), womit Berlin (West) einbezogen war, und des bulgarischen Lew.

[6] Zu den Passierschein-Gesprächen vgl. zuletzt Dok. 60.

[7] Anläßlich der Eröffnung der Leipziger Messe am 29. Februar 1964 betonte der Erste Vorsitzende der Staatlichen Plankommission der DDR, Apel: „Wir sind der Meinung, daß es dem Warenaustausch und den wirtschaftlichen Beziehungen allgemein äußerst dienlich wäre, wenn die DDR beispielsweise in London, Paris und Rom und anderen europäischen Hauptstädten Handelsmissionen eröffnet und umgekehrt Handelsmissionen dieser Länder in der Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik Berlin eingerichtet würden." Vgl. DzD IV/10, S. 288.

[8] Für eine Abschrift des Vermerks vom 6. März 1964 vgl. VS-Bd. 8364 (III A 6); B 150, Aktenkopien 1964.

b) Maschinen und Elektroerzeugnisse

Bei den von den Bulgaren heftig vertretenen Ausfuhrpositionen für Maschinen und Elektroerzeugnisse konnten Verbesserungen erzielt werden.

c) Agrarausfuhr

Umstellung der bisherigen Werte auf EWG-konforme Schätzbeträge. Die Schätzbeträge sind vom BML etwas höher angesetzt worden, weil sie später die Basis für Kontingentsfestsetzungen durch die EWG bilden könnten.

d) Volumen

Das Volumen des Warenabkommens wurde von bisher DM 140 Mio. auf ungefähr DM 240 Mio. nach jeder Richtung heraufgesetzt. Die Zunahme erfolgte hauptsächlich auf dem Agrarsektor.

VS-Bd. 8364 (III A 6)

63

Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit dem amerikanischen Botschafter McGhee

Z A 5-40.A/64 6. März 1964[1]

Der Herr Bundeskanzler empfing am 6. März 1964 um 9.30 Uhr in Anwesenheit von Herrn Ministerialdirigent Dr. Osterheld den amerikanischen Botschafter, Herrn McGhee, zu einer Unterredung.

Der Botschafter überreichte zunächst einen Brief von Präsident Johnson vom 5. März[2]. Der Herr *Bundeskanzler* sagte zu diesem Brief, er glaube, in allen angeschnittenen Punkten bestehe Übereinstimmung.

Der Herr Bundeskanzler ging sodann auf seinen Besuch in Den Haag[3] ein. Die Gespräche hätten eine klare Haltung und Übereinstimmung in der Frage der atlantischen Gemeinschaft und ihrer Stärkung erbracht. In der Frage der europäischen Konstruktionen hätten sich gewisse Differenzen gezeigt. Wenngleich die Holländer auch noch keine endgültige Antwort zur MLF[4] geben könnten, so glaube er doch, daß sie auf dem Weg dorthin seien. So seien sie auch bereit, an dem Experiment mit dem Zerstörer[5] teilzunehmen. Der nieder-

[1] Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Weber am 7. März 1964 gefertigt.
Hat dem Leiter des Außenpolitischen Büros im Bundeskanzleramt, Osterheld, am 9. März 1964 vorgelegen.

[2] Für eine deutsche Übersetzung vgl. Abteilung I (I B 5), VS-Bd. 232.
Zur Beantwortung des Schreibens durch Bundeskanzler Erhard vgl. Dok. 123.

[3] Zu den deutsch-niederländischen Regierungsbesprechungen vom 2./3. März 1964 vgl. Dok. 59.

[4] Zu den MLF-Verhandlungen vgl. besonders Dok. 104.

[5] Zu den Vorbereitungen für den Einsatz eines Demonstrationsschiffes mit international gemischter Besatzung vgl. Dok. 28, Anm. 14.

ländische Ministerpräsident habe ihm gesagt, wenn nach den britischen Wahlen[6] die Dinge wieder etwas in Bewegung kämen, würden die Holländer an der MLF sicher teilnehmen. Was die Kennedy-Runde[7] angehe, so seien die Niederländer an ihrem erfolgreichen Zustandekommen ebenso interessiert wie die Bundesregierung. Zusammenfassend bewertete der Herr Bundeskanzler seinen Besuch als sehr positiv.

Auf die Frage des *Botschafters*, ob sich auch Einigkeit in der Frage der politischen Union ergeben habe, antwortete der Herr *Bundeskanzler*, die Niederländer dächten so wie die Deutschen. Sie sähen in der EWG keinen Abschluß und wollten eine britische Beteiligung. Der Unterschied bestehe allerdings darin, daß sich die Niederländer nicht auf Gespräche einlassen wollten, ehe die Engländer dabei seien, wogegen er befürchte, daß das zu einem Immobilismus führen würde. Er habe aber keineswegs die Illusion, daß bereits vor den britischen Wahlen eine endgültige Form gefunden werden könne. Deswegen glaube er, daß die Gespräche unter allen Umständen geführt werden sollten. Auch mit Großbritannien könne man in Kontakt bleiben, sei es über die WEU, sei es bilateral. Er würde es aber für falsch halten, wenn die Gespräche gar nicht aufgenommen würden, da man sonst in die komische Situation gerate, daß es einerseits nicht weitergehe, weil die Franzosen zum Beitritt Großbritanniens und zu dessen Beteiligung an politischen europäischen Gesprächen[8] nein sagten, und andererseits, weil die Engländer noch keine Antwort geben könnten. Über die Art der englischen Antwort könne man ohnehin nicht sicher sein, weil dies vom Ausgang der Wahlen abhänge. Worauf es ihm in den nächsten Wochen ankomme, sei, daß in Europa die Gespräche um Europa[9] fortgesetzt würden.

Der *Botschafter* fragte, ob die Bereitschaft der Niederländer, der MLF beizutreten, tatsächlich so ausgeprägt sei.

Der Herr *Bundeskanzler* bejahte diese Frage und bemerkte, daß es vielleicht eines der positivsten Ergebnisse aller seiner bisherigen Reisen gewesen sei, daß sich für die MLF große Aufgeschlossenheit gezeigt habe. Im Falle Deutschlands sei dies von Anfang an so gewesen[10] und ebenso hätten die Franzosen von Anfang an eine ablehnende Haltung[11] eingenommen. Die Aufge-

[6] Die Wahlen zum britischen Unterhaus vom 15. Oktober 1964 führten zu einer Regierungsmehrheit für die Labour Party.

[7] Zur Kennedy-Runde vgl. Dok. 12, Anm. 14.

[8] Der Passus „zum Beitritt Großbritanniens und dessen Beteiligung an politischen europäischen Gesprächen" wurde von Ministerialdirigent Osterheld handschriftlich eingefügt.

[9] Zu den Bemühungen um eine europapolitische Initiative vgl. weiter Dok. 112.

[10] Nachdem Bundeskanzler Adenauer bereits am 14. Januar 1963 dem Staatssekretär im amerikanischen Außenministerium, Ball, seine positive Haltung zu einer multilateralen Atomstreitmacht zugesichert hatte, teilte er mit Schreiben vom 22. Januar 1963 Präsident Kennedy die Unterstützung der Bundesregierung für dieses Projekt mit. Vgl. OSTERHELD, Kanzlerjahre, S. 180, und AAPD 1963, I, Dok. 46.
Am 6. Februar 1963 erklärte Adenauer vor dem Bundestag, daß die Bundesrepublik „die volle Verantwortung an einer wirksamen nuklearen Abschreckungsmacht der NATO mittragen" wolle. Vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 52, S. 2576.

[11] In der Pressekonferenz vom 14. Januar 1963 äußerte sich Staatspräsident de Gaulle „sehr negativ und ließ erkennen, daß Frankreich an einer Annahme des amerikanischen Polaris-Angebots und der Schaffung einer multilateralen Nuklearstreitmacht kein Interesse habe. Er betonte, er habe

schlossenheit der übrigen Länder erkläre sich aus zwei Überlegungen. Alle europäischen Länder wollten, daß die Verbindung zwischen den Vereinigten Staaten und Europa möglichst eng sei, und hätten erkannt, daß die MLF ein geeignetes Instrument sei, nicht nur, um diesen Verbindungen ein stärkeres Profil zu geben, sondern auch, um die Brücke über den Atlantik zu schlagen. Sodann komme hinzu, daß die anderen Länder sich sagten, wenn die Vereinigten Staaten Europas überdrüssig würden, würde dieser Kontinent in tragischer Weise von der französischen Force de frappe abhängen, und es bestehe die Gefahr, daß die Franzosen diese als ein politisches Instrument zur Erlangung einer französischen Hegemoniepolitik benutzten. Davor hätten alle Völker einen großen Horror. Wenn die MLF von ihnen als der Schlüssel zur Abwehr dieser Möglichkeit gesehen werde, dann nicht so sehr aus militärischem Interesse, sondern wegen der politischen Bedeutung, die der MLF zukomme. Vielleicht sei bei einigen Ländern auch der Gedanke mit im Spiel, daß in Deutschland nationale nukleare Aspirationen zu befürchten seien, wenn aus der MLF nichts werde. Dies sei natürlich abwegig, doch müsse man die Mentalität der Völker in Rechnung stellen, die sich fragten, was passiere in Deutschland, wenn die MLF nicht zustande komme. All diese Faktoren zusammengenommen ergäben eine gute Voraussetzung für die Aufgeschlossenheit gegenüber der MLF, die er bisher habe feststellen können. Wegen der zuletzt genannten Überlegung bemühe er sich, auch gerade die deutsche Position so besonders klarzumachen.

Botschafter *McGhee* sagte, man verstehe in den Vereinigten Staaten durchaus die in den einzelnen Ländern bestehenden Probleme, und man wisse, daß die weitere Entwicklung in Italien, England und anderen Ländern aufs engste miteinander verknüpft sei. Die amerikanische Regierung sei jederzeit bereit, die Gespräche aufzunehmen.[12]

Der *Botschafter* brachte sodann das Gespräch auf die jüngste Entwicklung in der Passierscheinfrage.[13]

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte zu diesem Thema, er habe in Texas[14] den amerikanischen Präsidenten darauf hingewiesen, daß die Bundesregierung alle amerikanischen Bemühungen unterstütze, zu einer Entspannung mit der Sowjetunion zu gelangen, um auf diese Weise die Schwelle eines heißen Krieges weiter hinauszuschieben. In Texas habe er dem Präsidenten gesagt, er verstehe und unterstütze diese Bemühungen, und die Bundesrepublik ihrerseits versuche auch, das Verhältnis zu den osteuropäischen Staaten gutnachbarschaftlich zu gestalten. Bei der Passierscheinfrage handele es sich aber um etwas grundsätzlich anderes. Ein engeres Verhältnis zwischen der BRD und dem SBZ-Regime sei ausgeschlossen.[15] Er bat den Botschafter um sein Ver-

Fortsetzung Fußnote von Seite 301

mehrfach festgestellt, daß Frankreich eine eigene nationale Verteidigung benötige." Vgl. den Drahtbericht des Gesandten Knoke, Paris, vom 14. Januar 1963; AAPD 1963, I, Dok. 21.

12 Zur MLF vgl. weiter Dok. 104.

13 Zur Unterbrechung der Passierschein-Gespräche am 27. Februar 1964 vgl. Dok. 60.

14 Zu den deutsch-amerikanischen Regierungsbesprechungen vom 28./29. Dezember 1963 vgl. AAPD 1963, III, Dok. 486–491.

15 Dieser Satz wurde von Ministerialdirigent Osterheld handschriftlich eingefügt.

ständnis hierfür. Ein Wandel durch Annäherung[16] sei in dem geteilten Deutschland nicht möglich. Man sei bereit, Entspannungsbemühungen in der Welt zu unterstützen, doch könne man mit dem Sklavenhalter Ulbricht keinerlei Regelung und Vereinbarung treffen, weil dies zu einer Aufweichung der eigenen Position führen und den Eindruck erwecken würde, als leiste man der Drei-Staaten-Theorie[17] Vorschub. Deswegen müsse die Bundesregierung in dieser Frage hart sein. Er wiederholte aber noch einmal, daß man diese Angelegenheit nicht mit den Bemühungen des amerikanischen Präsidenten verwechseln dürfe, in der Welt zu einer Entspannung zu gelangen. Außerdem wisse der Botschafter, daß auch wir mit Chruschtschow zu reden bereit wären, nicht aber mit Ulbricht.[18] Andererseits bedeute dies aber nicht, daß die Bundesregierung nicht die Bemühungen unterstütze, den menschlichen Kontakt zwischen der Bevölkerung der Bundesrepublik und der Zone zu ermöglichen. Allerdings sei dies nicht unter politisch diffusen Bedingungen denkbar, die den Eindruck hinterließen, als ob man eine politische Vereinbarung getroffen habe. Dies führe nur zu Unsicherheit, und einige andere Länder hätten bereits gesagt, wenn die Bundesrepublik dabei sei, die SBZ anzuerkennen, sähen sie nicht ein, warum sie nicht das gleiche tun sollten.[19] Wenn diese Entwicklung um sich greifen würde, würde alles zusammenbrechen, was in der Vergangenheit aufgebaut worden sei.

Botschafter *McGhee* wies darauf hin, daß die amerikanische Regierung diese Angelegenheit als eine ausschließlich deutsche Angelegenheit betrachte. Sie würde ihre Vorstellungen erst offiziell darlegen, wenn sie den Eindruck hätte, daß durch diese Frage die Verantwortlichkeit der drei Mächte für Berlin und für Deutschland als Ganzes berührt würde. Dies sei aber bisher nicht der Fall gewesen. Er verwies ferner darauf, daß die Rede, die er vor einiger Zeit vor der Außenpolitischen Gesellschaft gehalten habe[20], bereits vor drei Monaten konzipiert worden sei, in einer Zeit also, zu der die Passierscheinfrage noch nicht diese Rolle gespielt habe wie heute. Diese Rede nun mit der derzeitigen Lage in Verbindung zu bringen[21], sei daher nicht am Platze. Er sei auch dankbar ge-

16 Die These vom Wandel durch Annäherung vertrat erstmals am 15. Juli 1963 der Leiter des Presse- und Informationsamtes des Landes Berlin, Bahr, in Tutzing. Vgl. dazu AAPD 1963, II, Dok. 233.

17 Zur sowjetischen Zwei- bzw. Drei-Staaten-Theorie vgl. besonders Dok. 13, Anm. 10 und 15.

18 Zum Angebot des Bundeskanzlers, die Bundesrepublik werde als Gegenleistung für Fortschritte in der Deutschland-Frage beim wirtschaftlichen Aufbau der UdSSR entscheidend mithelfen, sowie zu seiner Bitte an Präsident Johnson, diesen Vorschlag Ministerpräsident Chruschtschow zu übermitteln, vgl. AAPD 1963, III, Dok. 490.
Zur ablehnenden Haltung von Erhard gegenüber Kontakten mit dem Staatsratsvorsitzenden Ulbricht und zu seiner Überzeugung, der „Schlüssel zur Wiedervereinigung" liege „ohne jeden Zweifel in Moskau", vgl. AAPD 1963, III, Dok. 454.
Vgl. dazu auch Dok. 68.

19 Zu der in westlichen wie östlichen Staaten vertretenen These, die Passierschein-Vereinbarung vom 17. Dezember 1963 lasse auf eine Abschwächung der Nichtanerkennungspolitik der Bundesregierung schließen, vgl. Dok. 35 und Dok. 42, Anm. 32.

20 Für den Wortlaut des Vortrags des amerikanischen Botschafters am 18. Februar 1964 vor der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik in Bad Godesberg vgl. EUROPA-ARCHIV 1964, D 155–164.

21 In der Rede vom 18. Februar 1964 warnte der Botschafter davor, aus grundsätzlichen Erwägungen – etwa weil den kommunistischen Staaten nicht zu trauen sei oder um ein gewisses Maß an Ost-West-Spannung zu erhalten – Verhandlungen und Vertragsschlüsse mit Ostblock-Staaten ab-

wesen, daß Herr Dehler, der unter den Zuhörern gewesen sei, die Frage nach der amerikanischen Haltung in der Passierscheinfrage gestellt habe, weil er auf diese Weise klar und deutlich habe sagen können, daß seine Regierung diese Angelegenheit als eine rein deutsche Angelegenheit betrachte. Washington sei allerdings etwas besorgt, weil man den Eindruck habe, daß es zwischen der Bundesregierung und Bürgermeister Brandt zu offenen Differenzen[22] gekommen sei. Diese Besorgnis habe zum Teil auch in der amerikanischen Presse[23] ihren Niederschlag gefunden.

Der Herr *Bundeskanzler* wies darauf hin, daß bisher alle Vereinbarungen, Kommuniqués und Weisungen im Einvernehmen zwischen der Bundesregierung, dem Senat und den Fraktionsführern der drei Fraktionen getroffen und veröffentlicht worden seien. Wenn es eine Unklarheit und Unsicherheit gebe, dann innerhalb der SPD.[24] Einerseits habe Herr Brandt nämlich seinen Namen unter die bisherigen Vereinbarungen[25] gesetzt, andererseits sage Herr Albertz, der Berliner Senat müsse sich von der Bundesregierung unabhängig machen[26]. Dies deute auf Differenzen innerhalb der SPD hin. Herr Brandt habe keinerlei Anlaß gehabt, im Fernsehen und Rundfunk aufzutreten und seine letzte Rede zu halten. Er, [der] Bundeskanzler, habe ihm wiederholt gesagt, man könne sich über alles streiten, nur nicht über Berlin. Es wäre nationalpolitisch unerträglich, wenn über Berlin zwischen der Bundesregierung und dem Senat Differenzen bestünden.[27]

Abschließend kam der *Botschafter* auf die Verleihung der Ehrendoktorwürde durch die Universität Harvard[28] zu sprechen. Der Herr *Bundeskanzler* wies

Fortsetzung Fußnote von Seite 303

zulehnen. Er zeigte sich vielmehr überzeugt, daß „mit zunehmender Ost-West-Spannung die Positionen nur immer mehr zu erstarren drohen, sowohl was das Grundsätzliche als auch was die eigentliche Durchführung der Politik angeht. Damit werden die Aussichten für eine Verbesserung der Lage geringer und hoffnungsloser." Vgl. EUROPA-ARCHIV 1964, D 156.

22 Zur Erklärung des Regierenden Bürgermeisters von Berlin vom 28. Februar 1964 und zur Reaktion der Bundesregierung vgl. dazu Dok. 60, Anm. 5

23 Gesandter von Stackelberg, Washington, berichtete am 2. März 1964 von Meldungen der Zeitungen „The New York Times" sowie der „Baltimore Sun" über die Meinungsverschiedenheit zwischen der Bundesregierung und dem Senat von Berlin, die sich an der Erklärung des Regierenden Bürgermeisters von Berlin vom 28. Februar 1964 entzündet habe und als „erheblich" und „bitter" charakterisiert werde. Bundeskanzler Erhard wolle Brandt „zur Rede stellen" und ihm unmißverständlich klarmachen, daß alles, was mit außenpolitischen Fragen betreffend Berlin (West) zu tun habe, in die Zuständigkeit der Bundesregierung falle. Vgl. Referat II 6, Bd. 10.

24 Dieser Satz ging auf Streichungen und handschriftliche Einfügungen des Ministerialdirigenten Osterheld zurück. Vorher lautete er: „Deshalb habe er den Eindruck, als ob die Unklarheit und Unsicherheit innerhalb der SPD bestehe."
Zur Behandlung der Passierschein-Frage innerhalb der SPD vgl. SPD-FRAKTION 1964–1966, S. 393 f., S. 411 f. und S. 417–419.

25 Zu den gemeinsamen Erklärungen von Bundesregierung und Senat von Berlin zur Passierschein-Frage vgl. Dok. 60, Anm. 7 und 9.

26 Zur Haltung des Bürgermeisters von Berlin, Albertz, gegenüber der Passierschein-Politik der Bundesregierung vgl. FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 39 vom 15. Februar 1964, S. 4, und Nr. 42 vom 19. Februar 1964, S. 4.

27 Vgl. dazu weiter das Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit dem Regierenden Bürgermeister von Berlin, Brandt, am 6. März 1964; Dok. 64.

28 Bundeskanzler Erhard wurde am 11. Juni 1964 die Ehrendoktorwürde der Harvard University verliehen. Vgl. dazu OSTERHELD, Außenpolitik, S. 89.

darauf hin, daß er den Ehrendoktor von Harvard sehr gerne entgegennehmen würde, da dies die Universität von Präsident Kennedy gewesen sei. In Texas habe man unter Hinzuziehung von Herrn Bundy über diese Frage bereits gesprochen, so daß, formal gesehen, die Einladung von Harvard zeitlich vor der von Columbia liege. Er würde es auch nicht für richtig und für guten Stil halten, wenn die Verleihung beider Ehrendoktorgrade unmittelbar aufeinanderfolgen würde, da dies der ganzen Angelegenheit einen zu routinemäßigen Charakter geben würde. Der Herr Bundeskanzler schlug deshalb vor, die Verleihung durch die Columbia Universität auf später zu verschieben.[29]

Botschafter *McGhee* erklärte sich bereit, diese Überlegungen dem Präsidenten von Columbia, Kirk, auseinandersetzen zu wollen.

Die Unterredung endete gegen 10.15 Uhr.

Bundeskanzleramt, AZ: 21-301 00 (56), Bd. 7

64

Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit dem Regierenden Bürgermeister Brandt

AL I 4-35100-545^{IV}/64 VS-vertraulich **6. März 1964**[1]

Aufzeichnung über die Besprechung des Bundeskanzlers mit dem Regierenden Bürgermeister Brandt am 6. März 1964, 11.00 Uhr

Anwesend: der Bundeskanzler; der Bundesminister des Auswärtigen; für den erkrankten Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen[2]: Staatssekretär Dr. Krautwig; der Regierende Bürgermeister Brandt; Senator Schütz; der Unterzeichnete[3].

Bundeskanzler *Erhard* bedauert eingangs, daß durch die Rundfunk- und Fernsehansprache des Regierenden Bürgermeisters vom 28. Februar 1964[4] in der Öffentlichkeit der Eindruck entstanden sei, als ob die Bundesregierung in der Berlin-Politik bisher ohne Konzeption gehandelt habe. Außerdem sei durch diese Ansprache auch die Verantwortung der Bundesregierung für die Berlin-Politik in Frage gestellt worden. Zumal Bürgermeister Brandt bei einer früheren Gelegenheit dem Sinne nach davon gesprochen habe, daß er kein Unterge-

[29] Beim Besuch in den USA vom 31. Mai bis 4. Juni 1965 erhielt Bundeskanzler Erhard die Ehrendoktorwürde der Columbia-Universität (New York). Vgl. dazu OSTERHELD, Außenpolitik, S. 194.

[1] Durchdruck.
Hat Bundesminister Schröder am 7. März, Staatsekretär Lahr am 14. März und Staatssekretär Carstens am 17. März 1964 vorgelegen.

[2] Erich Mende.

[3] Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Mercker, Bundeskanzleramt, am 6. März 1964 gefertigt.

[4] Vgl. dazu Dok. 60, besonders Anm. 5.

bener des Bundeskanzlers sei.[5] Der Bundeskanzler weist darauf hin, daß er immer ehrlich bemüht gewesen sei, die Verbindung zu Bürgermeister Brandt zu halten. Der von Bürgermeister Brandt in der Ansprache gemachte Vorschlag[6] sei in dieser Form nicht akzeptabel. Er – der Bundeskanzler – sei jedoch bereit, wie bisher enge Fühlung mit dem Regierenden Bürgermeister und den Fraktionen des Bundestages zu halten.

Bürgermeister *Brandt* erwiderte, daß seine Erklärung vom 28. Februar 1964 durch die Polemik, die er am Morgen dieses Tages in der Presse[7] gefunden habe, mit beeinflußt worden sei. Die vom Bundeskanzler zitierten Äußerungen über sein Verhältnis zum Bundeskanzler seien nicht im Zusammenhang mit der Passierscheinfrage gefallen. Er sei der Meinung, daß Positionen, die im Dezember/Januar unbestritten gewesen seien, im Februar, insbesondere aus CDU-Kreisen, auch durch „gelenkte Presseäußerungen"[8] in der Öffentlichkeit in Frage gestellt worden seien. Nach seiner Meinung sei die Frage der Präsenz für den Osten nicht der entscheidende Punkt. Die von der Bundesregierung im Februar getroffene Entscheidung, daß eine auch nur vorübergehende Präsenz abgelehnt werden müsse[9], sei daher nicht richtig (wenn sich auch Berlin gefügt habe). Einigkeit bestehe allerdings darüber, daß eine Dauerpräsenz nicht zugestanden werden könne.[10]

Die Frage einer vorübergehenden Regelung etwa zu Pfingsten sei nicht mehr aktuell; vielmehr stünde nun die Regelung der Härtefälle[11] im Vordergrund.

[5] Im Zusammenhang mit den Differenzen über die Passierschein-Gespräche äußerte der Regierende Bürgermeister von Berlin, er sei „kein französischer Präfekt, kein Untergebener des Bundeskanzlers". Vgl. den Artikel „Geständnis im Äther"; DER SPIEGEL, Nr. 11 vom 11. März 1964, S. 21 f.

[6] In der Erklärung vom 28. Februar 1964 schlug der Regierende Bürgermeister vor, „daß die verantwortlichen Männer der Bundesregierung, des Berliner Senats und der drei Parteien zusammentreten, in einer nicht zu großen Zahl, um sich über ihre Grundhaltung ... zu verständigen. Dabei bedarf es keiner besonderen Betonung, daß die Rechte und Pflichten unserer Verbündeten, der drei Schutzmächte für Berlin, voll gewahrt bleiben müssen und ein solides Einvernehmen mit ihnen erreicht werden muß." Vgl. DzD IV/10, S. 282.

[7] Zur Reaktion der Presse auf die Unterbrechung der Passierschein-Gespräche vgl. etwa den Artikel „Gespräche über Passierscheine bis nach Ostern vertagt"; DIE WELT, Nr. 50 vom 28. Februar 1964, S. 1 f.

[8] Kritisch aufgenommen wurde vom Senat von Berlin der im Bulletin des Presse- und Informationsamtes am 20. Februar 1964 veröffentlichte Artikel „Die Passier-Scheinregelung", in dem bereits ein Scheitern der laufenden Gespräche vorausgesehen wurde: „Alle Bemühungen des Berliner Senats, im Interesse der Menschen in West- und damit auch in Ost-Berlin eine Übereinkunft mit den Machthabern in Pankow zu erzielen, die ohne an den völkerrechtlichen Status der Stadt zu rühren, den Grundsätzen der Humanität und der Freizügigkeit Rechnung trägt, sind an der intransigenten Haltung des östlichen Gesprächspartners gescheitert." Vgl. BULLETIN 1964, S. 279 f. Vgl. dazu auch die Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Oncken vom 21. Februar 1964; Referat II 1, Bd. 174.

[9] Zum Beschluß des Bundeskabinetts vom 12. Februar 1964 vgl. Dok. 59, Anm. 38.
Zur Auseinandersetzung zwischen der Bundesregierung und dem Senat über diese Frage vgl. auch Dok. 42, Anm. 27.

[10] Dieser Satz wurde von Staatssekretär Carstens hervorgehoben. Dazu handschriftliche Bemerkung: „Also."

[11] Bei Wiederaufnahme der Gespräche mit der DDR am 8. April 1964 sollten verschiedene Vorschläge zur Regelung von Härtefällen vorgebracht werden. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Praß, Bundeskanzleramt, vom 2. April 1964; Abteilung II (II 1), VS-Bd. 387; B 150, Aktenkopien 1964.

Zum Verhältnis Bund – Berlin weist Bürgermeister Brandt darauf hin, daß immer ausdrücklich betont worden sei, daß Berlin im Auftrage oder im Einvernehmen mit der Bundesregierung gehandelt habe. Er müsse jedoch darauf hinweisen, daß nicht der Eindruck entstehen dürfe, als ob die Bundesregierung mit Zonenbehörden verhandele.

Bundeskanzler *Erhard* entgegnete darauf, daß jedes Mißverständnis in bezug auf die Drei-Staaten-Theorie[12] vermieden werden müsse. Daher müsse die Bundesregierung in irgendeiner Form hier in Erscheinung treten.

Zur weiteren Behandlung der Probleme vertritt Bürgermeister *Brandt* die Auffassung, daß bisher zu wenig Zeit gewesen sei, die grundlegenden Probleme systematisch zu erörtern. Es müsse u.a. analysiert werden, welches die entscheidenden Gesichtspunkte in dieser Frage für den Osten seien. Notwendig sei, daß ein Arbeitspapier gemeinsam ausgearbeitet wird. Es sollten zunächst die Beamten vorberaten, dann sollten die politischen Kräfte entscheiden.

Bundeskanzler *Erhard* weist darauf hin, daß seine Gesprächspartner die Fraktionsvorsitzenden[13] und der Regierende Bürgermeister seien. Demgegenüber hält Bürgermeister *Brandt* es für zweckmäßig, auch die Parteivorsitzenden[14] einzuschalten. Bundeskanzler *Erhard* weist auf seine verfassungsrechtliche Verantwortung hin.

Zu den sachlichen Problemen wiederholt Bürgermeister *Brandt* noch einmal, daß eine Dauerpräsenz Ostberliner Beamter in Berlin auch von ihm abgelehnt werde. Man solle noch einmal den Versuch machen, der Gegenseite die Einschaltung des Roten Kreuzes[15] oder die Übernahme des zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetzone bestehenden Verfahrens[16] vor-

12 Zur sowjetischen Zwei- bzw. Drei-Staaten-Theorie vgl. besonders Dok. 13, Anm. 10 und 15.

13 Die Fraktionsvorsitzenden waren: Heinrich von Brentano (CDU/CSU), Fritz Erler (SPD), Knut Freiherr von Kühlmann-Stumm (FDP).

14 Dieses Wort wurde von Staatssekretär Carstens unterschlängelt.
Die Parteivorsitzenden waren: Konrad Adenauer (CDU), Franz Josef Strauß (CSU), Willy Brandt (SPD), Erich Mende (FDP).

15 Dazu formulierte Ministerialdirektor Krapf am 11. März 1964 mit Blick auf die Fortführung der Passierschein-Gespräche als möglichen Vorschlag: „Die Ausgabe von Passierscheinen für Verwandtenbesuche und für Härtefälle wird in die Regie des Internationalen Roten Kreuzes übernommen. Die Anträge auf Passierscheine werden, wie in der Weihnachtszeit, in West-Berlin gestellt. Auch die Ausgabe der Passierscheine erfolgt in West-Berlin. Zur technischen Durchführung stehen dem vom Roten Kreuz zu stellenden Leiter jeder Passierscheinstelle jeweils die gleiche Anzahl von östlichem und westlichem Personal zur Verfügung, d.h. eine Passierscheinstelle wäre ... etwa mit einem Rotkreuz-Funktionär, drei West-Berliner Angestellten und drei SBZ-Angestellten besetzt. Auf diese Weise hätten wir einen eindeutigen Fortschritt gegenüber der Dezember-Regelung erreicht, indem das Rote Kreuz die Regie übernimmt und West-Berliner Personal beteiligt ist." Vgl. Ministerbüro, VS-Bd. 8519; B 150, Aktenkopien 1964.

16 Aufgrund der Anordnung des Innenministeriums der DDR vom 8. September 1960 mußten Bürger aus der Bundesrepublik bei der Einreise nach Ost-Berlin eine Genehmigung vorlegen, die von der Volkspolizei an verschiedenen Übergangsstellen auf Ost-Berliner Gebiet ausgegeben wurde. Diese Regelung galt nicht für die Bewohner von Berlin (West). Für den Wortlaut der Anordnung vgl. DzD IV/5, S. 229 f.
Mit Wirkung vom 16. Februar 1961 traten gewisse Erleichterungen bei der Anwendung dieses Verfahrens in Kraft. Vgl. dazu DzD IV/6, S. 327 f.

zuschlagen; u.U. könne auch an die Einschaltung der Reisebüros gedacht werden.[17]

Senator *Schütz* erklärte, der Begriff der Präsenz sei bisher noch nicht klar genug bestimmt. Seiner Auffassung nach sei das Entscheidende, daß kein unmittelbarer Kontakt zwischen der Bevölkerung von West-Berlin und ostzonalen Beamten bestünde. Es könne daher an eine Lösung gedacht werden, daß die Übergabe der von westdeutschen Beamten entgegengenommenen Passierscheinanträge an die ostberliner Beamten in West-Berlin stattfinde.

Bundeskanzler *Erhard* wendet sich gegen diesen Vorschlag.

Bürgermeister *Brandt* stellte die konkrete Frage, wie man reagieren solle, wenn etwa die Gegenseite die Einschaltung von ostzonalen Bahnbeamten anbietet, die in West-Berlin wohnen und zum Teil auch dort arbeiten. Jedenfalls müsse nach seiner Meinung die ganze Frage noch einmal überdacht werden.

Bundeskanzler *Erhard* hat keine Einwendungen gegen eine nochmalige Überprüfung der Möglichkeiten. Er wendet sich aber dagegen, daß eine neue Konzeption gefunden werden müsse.

Bürgermeister *Brandt* weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß auch er selbst sich in der letzten Sitzung des Gesamtdeutschen Ausschusses gegen die dort von einigen Abgeordneten vertretene These von einer „neuen Politik" gewandt habe.

Bundesminister *Schröder* legt die außenpolitschen Bedenken gegen ein zu weites Entgegenkommen gegenüber dem Osten dar. Die eingeleiteten langfristigen Projekte in der Ostpolitik[18], die auf einer Umgehung der SBZ basieren, dürften durch Fehler, die man in Berlin mache, nicht gefährdet werden. Wenn auch beim Weihnachts-Abkommen[19] Vorteile und Nachteile sich etwa die Waage halten oder sogar die Vorteile überwiegen würden, sei eine Wiederholung gefährlich, da sie die Argumentation Pankows, das ein Interesse daran habe, die Unabhängigkeit Berlins vom Bund zu demonstrieren, erleichtert.

Bürgermeister *Brandt* stellt die Frage, ob es für die Politik der Bundesregierung besser sei, wenn die Verantwortung der Alliierten deutlicher gemacht würde.

Er fragt ferner, warum die Möglichkeiten, die im Interzonenhandel gegeben seien, nicht besser ins Spiel gebracht worden seien.[20] Zumindest müsse ein

[17] Zu Überlegungen für die Fortführung der Passierschein-Gespräche vgl. auch die Aufzeichnung des Referats II 1 vom 17. März 1964; Abteilung II (II 1), VS-Bd. 61; B 150, Aktenkopien 1964.

[18] Zur Intensivierung der handelspolitischen Beziehungen mit Polen, Rumänien, Ungarn und Bulgarien vgl. Dok. 13, Anm. 20, und Dok. 62.

[19] Für den Wortlaut der Passierschein-Vereinbarung vom 17. Dezember 1963 vgl. DzD IV/9, S. 1023–1027. Vgl. dazu auch Dok. 1, Anm. 1.

[20] Auf einer Ressortbesprechung am 9. März 1964 wurde diskutiert, „ob es im Zuge der Gespräche Leopold-Behrendt über die Düngemittellieferungen möglich sein werde, die Zone zu bewegen, die Passierschein-Gespräche unter dem Dach Leopold-Behrendt fortzuführen. Hinsichtlich dieser Möglichkeit bestand eine gewisse Skepsis. Immerhin waren sich alle Teilnehmer an der Besprechung einig, daß wir unglaubwürdig erscheinen würden, wenn wir nicht den Versuch unternähmen. In diesem Zusammenhang wurde insbesondere auch darauf hingewiesen, daß Berliner Senat und SPD kritisiert hätten, bei den Verhandlungen über den IZH im Dezember und Januar sei unterlassen worden, ein Junktim IZH-Verhandlungen/Passierscheingespräch herzustellen. Mini-

besserer Kontakt zwischen Treuhandstelle und Korber und umgekehrt bestehen. Das sei vor allem bedeutsam für die demnächst anstehenden Fragen des gegenseitigen Handels, des Verkehrs, des Sports usw.

Bürgermeister Brandt begrüßte den vorher von Bundeskanzler Erhard gemachten Vorschlag, Herrn Korber in die Treuhandstelle für die Regelung lokaler Fragen zu übernehmen; dadurch solle jedoch die Fortführung der Gespräche Korber/Wendt zunächst nicht gehindert werden.

Staatssekretär *Krautwig* weist zu den Ausführungen des Regierenden Bürgermeisters auf die Funktion des Interzonenhandels hin, den Warenverkehr zwischen Berlin und der Bundesrepublik zu sichern. Diese Funktion würde gefährdet, wenn keine rechtzeitigen Abmachungen über die Warenlisten zustande kämen. Die diesbezüglichen Verhandlungen hätten daher von der Bundesregierung nicht mit dem Ziele verzögert werden können, eine günstigere Position bei den Passierscheinverhandlungen zu erreichen. Der Personenverkehr mit Berlin sei in der Verantwortung der Alliierten. Es sei 1960 auch insofern ein Junktim mit dem Interzonenhandel vereinbart worden.[21] Es sei jedoch nicht möglich, den Interzonenhandel zur Erreichung von Verhandlungsvorteilen auf anderen Gebieten zu benutzen, da sonst eine Gefährdung der Versorgung von Berlin einträte; deshalb habe man ja auch nach der Errichtung der Mauer von Gegenmaßnahmen auf dem Gebiete des Interzonenhandels verzichten müssen[22].

Bundeskanzler *Erhard* erklärt sich damit einverstanden, daß zunächst die Beamten der zuständigen Stellen der Bundesregierung und des Berliner Senats die weiteren Verhandlungen vorbereiten.[23] Es sei wichtig, einen Katalog der

Fortsetzung Fußnote von Seite 308

sterialdirektor Krapf stellte fest, daß hinsichtlich dieses Punktes die Möglichkeit bestehe, nunmehr dem Berliner Senat und der SPD ‚nachzugeben'." Vgl. die Aufzeichnung von Krapf vom 10. März 1964; Abteilung II (II 1), VS-Bd. 17; B 150, Aktenkopien 1964.
Zum Versuch, im Rahmen der Kontakte mit der DDR über den Interzonenhandel „Erwartungen der Westseite bezüglich des innerstädtischen Verkehrs und der Abfertigung des Berlin-Verkehrs" einzubringen, vgl. auch das Schreiben des Staatssekretärs Langer, Bundesministerium für Wirtschaft, vom 13. Mai 1964 an den Chef des Bundeskanzleramtes, Westrick; Abteilung II (II 1), VS-Bd. 57; B 150, Aktenkopien 1964.
Vgl. dazu auch Dok. 96.

21 Als Reaktion auf die Verordnung der DDR vom 8. September 1960 über die Einreise nach Ost-Berlin kündigte die Bundesregierung am 30. September 1960 mit einer Frist von drei Monaten das laufende Interzonenhandelsabkommen. Erst nachdem die DDR in Aussicht gestellt hatte, die Durchführungsbestimmungen der Verordnung abzumildern und die Kontrollen des Verkehrs zwischen der Bundesrepublik und Berlin (West) zu reduzieren, wurde das Interzonenhandelsabkommen zum 1. Januar 1961 wieder in Kraft gesetzt. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Gesandten Ritter vom 10. Februar 1961; Ministerbüro, VS-Bd. 8464; B 150, Aktenkopien 1961.

22 Der Passus „da sonst eine Gefährung ... Interzonenhandels verzichten müssen" wurde von Staatssekretär Carstens durch eine geschlängelte Linie hervorgehoben.

23 In einer interministeriellen Besprechung am 24. März 1964 bestand Einvernehmen darüber, daß bei einer neuen Passierschein-Vereinbarung ein Einsatz von DDR-Beamten in Berlin (West) „jedenfalls in der bisherigen Form" politisch nicht annehmbar sei. Auch hinsichtlich der Unterzeichnungsmodalitäten wurden deutliche Änderungen gegenüber der Regelung vom Dezember 1963 gefordert. Man kam überein anzustreben, die Passierschein-Gespräche durch die Treuhandstelle für Interzonenhandel abwickeln zu lassen. Ein förmliches Junktim mit Fragen des Interzonenhandels solle jedoch vermieden werden. Vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten

Fragen zu haben, die jetzt aufkommen. Er selbst werde Anfang April zu einer Besprechung[24] einladen.

Bundesminister *Schröder* bekundete sein besonderes Interesse an dem Bericht des Senats[25] über die Erfahrungen und Auswirkungen der bisherigen Verhandlungen.

Bürgermeister *Brandt* wies noch einmal auf die Wichtigkeit hin, so bald wie möglich eine Verbindung zur Treuhandstelle zu schaffen.

Bundeskanzler *Erhard* erklärt, daß er für Bürgermeister Brandt jederzeit zu sprechen sei.

Senator *Schütz* meinte, daß die Fraktionen besser „angebunden" werden müßten.

Bundeskanzler *Erhard* erklärte nochmals, daß keine neuen Institutionen geschaffen werden sollten. Es sollten aber wie bisher in wichtigen Fragen Beratungen und Unterrichtungen stattfinden.

Bürgermeister *Brandt* stimmt der Auffassung des Bundeskanzlers, daß für den Regierungschef nicht die Parteien, sondern die Fraktionen Gesprächspartner seien, ausdrücklich zu.[26]

Ministerbüro, VS-Bd. 8511

Fortsetzung Fußnote von Seite 309

Praß, Bundeskanzleramt, vom 24. März 1964; Büro Staatssekretär, VS-Bd. 425; B 150, Aktenkopien 1964.

[24] Zur Besprechung zwischen Vertretern der Bundesregierung und des Senats von Berlin am 2. April 1964 vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Praß, Bundeskanzleramt, vom 2. April 1964; Abteilung II (II 1), VS-Bd. 61; B 150, Aktenkopien 1964.

[25] In einer Aufzeichnung vom 18. März 1964 legte der Senat von Berlin die Auswirkungen der Passierschein-Regelung vom 17. Dezember 1963 auf die Bevölkerung in Berlin und in der DDR dar, berichtete über die Erfahrungen bei den Passierschein-Gesprächen bis zum 27. Februar 1964 und trug Erwägungen für die weiteren Gespräche vor. Vgl. Abteilung II (II 1), VS-Bd. 387; B 150, Aktenkopien 1964.

[26] Zu den Passierschein-Gesprächen vgl. weiter Dok. 92.

65

Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem indischen Botschafter Menon

Z A 5-41.A/64 geheim **6. März 1964**[1]

Der Herr Bundesminister des Auswärtigen empfing am 6. März 1964 um 17.00 Uhr in Anwesenheit von Herrn Ministerialdirigent Böker den indischen Botschafter, Herrn Menon.

Der *Botschafter* sagte zunächst, daß er demnächst auf drei Wochen nach Indien reisen und etwa eine knappe Woche in Delhi zubringen werde.

Der Herr *Bundesminister* verwies in diesem Zusammenhang auf die Reise von Herrn Leuschner[2], die nach seiner Auffassung etwas zu lange gewesen sei. Herr Leuschner sei mit dem Ministerpräsidenten sowie mit vier Ministern zusammengetroffen und durch ein Kulturabkommen und eine schöne Tischrede geehrt worden.[3] Er glaube, daß dies durch die Zonenpropaganda stark ausgeschlachtet werde.

Der *Botschafter* sagte, er kenne die deutschen Bedenken und habe sie ausführlich nach Delhi berichtet. Er sei auch sicher, daß Botschafter Duckwitz den deutschen Standpunkt klar dargelegt habe.[4] Der Besuch beim Ministerpräsidenten habe nur informellen Charakter gehabt, und es seien nur Höflichkeiten ausgetauscht worden.

Der Herr *Bundesminister* bemerkte, es seien sicher Aufnahmen gemacht worden, und das Ausschlaggebende für die Optik sei nicht die Länge des Gespräches sondern die Tatsache, daß es stattgefunden habe. Für propagandistische Zwecke sei dies manchmal wichtiger als das, worüber gesprochen worden sei. Er sei sicher, daß diese Begegnung eine beachtliche Publizität in der Zone gefunden habe.[5] Er bat den Botschafter, bei seinen Gesprächen in Delhi die deutschen Befürchtungen noch einmal darlegen und erläutern zu wollen.

[1] Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Weber am 9. März 1964 gefertigt.
Hat Bundesminister Schröder am 13. März 1964 vorgelegen.

[2] Zum Aufenthalt des Stellvertretenden Ministerpräsidenten der DDR vom 19. Januar bis 21. Februar 1964 in verschiedenen asiatischen Staaten vgl. auch Dok. 53, Anm. 7 und 8.

[3] Ministerialdirigent Böker hielt am 26. Februar 1964 fest, die indische Regierung habe vor dem Besuch versichert, sich auf kommerzielle Belange zu beschränken. Ein Treffen des indischen Ministerpräsidenten mit dem Stellvertretenden Ministerpräsidenten der DDR sei nicht geplant. Der Besuch von Leuschner sei allerdings anders verlaufen. Neben der sechsminütigen Audienz bei Nehru sei das mittels eines Briefaustauschs vereinbarte Kulturabkommen vom 20. Februar 1964 als Höhepunkt anzusehen. Außerdem sei von indischer Seite in einem Trinkspruch darauf hingewiesen worden, „daß die Regierungsbeziehungen zwischen Indien und der DDR in Kürze auf ein zehnjähriges Bestehen zurückblicken können". Vgl. Referat II 1, Bd. 374.

[4] Vgl. dazu den Drahtbericht des Botschafters Duckwitz, New Delhi, vom 3. Februar 1964; Abteilung I (I B 5), VS-Bd. 118; B 150, Aktenkopien 1964.

[5] Vgl. besonders den Artikel „Indiens Premier empfing Bruno Leuschner" (mit Abbildung); NEUES DEUTSCHLAND, Nr. 52 vom 21. Februar 1964, S. 1.

Der Herr Bundesminister kam sodann auf die am 23. März stattfindende Vorkonferenz der blockfreien Länder[6] zu sprechen. Die Bundesregierung sei in diesem Zusammenhang an zwei Dingen interessiert. Zunächst sollte die deutsche Frage nicht in die Tagesordnung aufgenommen werden und sodann sollte vermieden werden, daß in irgendeiner Entschließung von der Existenz zweier deutscher Staaten gesprochen würde.[7] Die Bundesregierung wäre der indischen Regierung dankbar, wenn sie ihren Einfluß in diesem Sinne geltend machen könnte.

Der *Botschafter* erklärte, die Vorkonferenz, die nur von Botschaftern beschickt werde, habe sich in erster Linie mit dem Kreis der einzuladenden Länder zu befassen und einen Beschluß über Zeit und Ort der Konferenz herbeizuführen. Über die Tagesordnung solle nicht gesprochen werden.

Der Herr *Bundesminister* erklärte, es sei dennoch denkbar, daß auch bereits bei dieser Gelegenheit jemand schon den Entwurf einer Tagesordnung aus der Tasche ziehe und versuche, einen Beschluß darüber herbeizuführen. Er glaube, es gäbe sehr viele interessante Themen der Weltpolitik, die auf dieser Konferenz beraten werden könnten, und man wäre in Deutschland glücklich, wenn man dieses Mal nicht zu dem Kreis dieser Themen gehören würde.

Der *Botschafter* wies darauf hin, daß auf der Konferenz von Belgrad[8] Premierminister Nehru seinen Einfluß benutzt habe, um zu verhindern, daß in einer Resolution von zwei deutschen Staaten gesprochen werde. Er wolle aber die Wünsche des Herrn Ministers dem Premierminister auf jeden Fall vortragen.[9]

[6] Vom 23. bis 28. März 1964 fand in Colombo eine Botschafterkonferenz der blockfreien Staaten statt. Es wurde der Beschluß gefaßt, für Oktober 1964 eine Konferenz der Regierungschefs nach Kairo einzuberufen. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1964, S. 92.

[7] Die Bundesregierung befürchtete, Jugoslawien oder auch Ceylon könnten versuchen, auf der geplanten Konferenz der Blockfreien „die deutsche Frage zur Sprache zu bringen, um die anderen Teilnehmer von der Richtigkeit der Zwei-Staaten-Theorie zu überzeugen und sie dazu zu bringen, dem jugoslawischen Beispiel folgend, die SBZ völkerrechtlich anzuerkennen". Vgl. den Drahterlaß des Ministerialdirigenten Böker vom 2. März 1964; Abteilung I (I B 4), VS-Bd. 110; B 150, Aktenkopien 1964.
Zur Kampagne Jugoslawiens gegen die Bundesrepublik vgl. auch Dok. 77.

[8] Ministerialdirektor Müller-Roschach hielt am 6. März 1964 fest, bei der ersten Konferenz der blockfreien Staaten in Belgrad vom 1. bis 6. September 1961 sei Jugoslawien „mit allen Kräften" bemüht gewesen, eine Resolution herbeizuführen, in der das Bestehen zweier deutscher Staaten von den Konferenzteilnehmern anerkannt werden sollte. Die Resolution sei nicht zustande gekommen, weil sich verschiedene Teilnehmer dagegen ausgesprochen hätten. Sie hätten nicht zu einem „Problem des Kalten Krieges" Stellung nehmen wollen. Vgl. Abteilung I (I B 4), VS-Bd. 219; B 150, Aktenkopien 1964.
Zur Konferenz der blockfreien Staaten vom September 1961 vgl. auch EUROPA-ARCHIV 1961, D 585–604.

[9] Nach Sondierungen im indischen Außenministerium berichtete Botschafter Duckwitz, New Delhi, am 16. März 1964, Indien wolle einem Antrag, die Deutschland-Frage auf die Tagesordnung der Botschafterkonferenz in Colombo zu setzen, widersprechen. Mit dieser gegen eine Anerkennung der DDR gerichteten Politik stehe Indien allerdings einer „kompakten Mehrheit" ungebundener Staaten gegenüber, die an einer Aufwertung der DDR interessiert seien. Um seinen Führungsanspruch innerhalb der blockfreien Bewegung nicht zu riskieren, könne sich Indien gegen eine Resolution zugunsten der DDR nicht energisch zur Wehr setzen. Vgl. Abteilung I (D I/Dg I A), VS-Bd. 123; B 150, Aktenkopien 1964.
Zur Konferenz der blockfreien Staaten vom 5. bis 10. Oktober 1964 in Kairo vgl. auch Dok. 275.

Der Herr *Bundesminister* sagte sodann, inzwischen habe die indische Regierung eine Einladung an den Herrn Bundeskanzler ergehen lassen, die dieser grundsätzlich bereits angenommen habe.[10] Die Bundesregierung lege diesem Besuch große Bedeutung bei wegen der Position, die Indien in Asien habe, und wegen des Einflusses, den Indien auf die sogenannten nichtgebundenen Länder ausübe. Er wisse allerdings nicht, ob dies der genaue Ausdruck sei.

Der *Botschafter* erläuterte, daß man zwischen den Ländern der Bandung-Konferenz[11] und der Konferenz von Belgrad unterscheiden müsse.

Der Herr *Bundesminister* sagte, es trete eine immer stärkere Differenzierung ein, da sich gewisse Schattierungen und Nuancierungen stärker ausprägten.

Der *Botschafter* erwähnte sodann, daß er vor kurzem mit dem Herrn Bundesminister der Finanzen[12] zusammengetroffen sei und bei ihm um Verständnis für die Notwendigkeit weiterer Hilfe für Indien geworben habe. Das Auswärtige Amt verstehe die Probleme durchaus. Der Herr Bundesminister der Finanzen habe ihn seines Wohlwollens versichert und ihm zugesagt, sein möglichstes zu tun, insbesondere, da die Frage des deutschen Beitrags zum Konsortium[13] demnächst im Kabinett behandelt werde.

Der Herr *Bundesminister* bezeichnete es als sehr gut, daß der Botschafter unmittelbar mit dem Finanzminister gesprochen habe. In diesem Zusammenhang seien das Auswärtige Amt und die Botschaft Verbündete, ohne daß damit ein Akt der Felonie gegen das Kabinett begangen werde. Eine unmittelbare Aussprache mit dem Finanzminister könne nur nützlich und hilfreich sein.

Der *Botschafter* wies darauf hin, daß sich im Zusammenhang mit dem Investitionsgarantieabkommen[14] gewisse Schwierigkeiten ergeben hätten, über die auch Herr Minister Scheel, Staatssekretär Vialon und Herr Sachs unterrichtet seien.[15] Die Schwierigkeiten seien jedoch schon wesentlich reduziert worden.

[10] Eine Mitteilung des Auswärtigen Amts über die Annahme der Einladung erfolgte am 13. März 1964. Vgl. dazu BULLETIN 1964, S. 409.

[11] Zur Konferenz asiatisch-afrikanischer Staaten vom 18. bis 24. April 1955 in Bandung vgl. EUROPA-ARCHIV 1955, S. 7563–7567.

[12] Rolf Dahlgrün.

[13] In dem Konsortium für Hilfen an Indien waren mehrere westliche Staaten, die Weltbank sowie die Internationale Entwicklungsorganisation der UNO (IDA) zusammengeschlossen. Im Mai 1964 gewährte das Konsortium Indien eine Finanzhilfe in Höhe von etwa einer Milliarde Dollar. Dazu steuerte die Bundesrepublik 95 Millionen Dollar bei. Vgl. dazu AdG 1964, S. 11240.
Vgl. dazu auch die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Sachs vom 8. Mai 1964; Referat III B 7, Bd. 138.

[14] Durch einen Austausch von Noten trafen die Bundesrepublik und Indien am 15. Oktober 1964 eine Vereinbarung über den Schutz deutscher Kapitalanlagen in Indien. Seitens der Bundesregierung wurde betont, daß damit die Voraussetzung für die Gewährung von Bundesgarantien geschaffen sei. Vgl. dazu BULLETIN 1964, S. 1438.
Zu den vom Bundesministerium der Finanzen gegen den Notenwechsel erhobenen Bedenken vgl. den Drahtbericht des Botschafters Duckwitz, New Delhi, vom 20. August 1964; Referat I B 5, Bd. 38.

[15] Zu den Verhandlungen über die Formulierung einer indischen Kapitalschutzerklärung vgl. auch die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Halter vom 30. April 1964; Referat I B 5, Bd. 38.

Sie rührten vor allem daher, daß einerseits die verfassungsrechtlichen Bestimmungen Indiens und andererseits die haushaltsrechtlichen Bestimmungen der Bundesrepublik schwer miteinander in Einklang zu bringen seien.

Der Botschafter erwähnte sodann, daß [durch] die indische Regierung außer dem Herrn Bundeskanzler auch andere führende deutsche Politiker, die für Indien besondere Aufgeschlossenheit gezeigt hätten, eingeladen worden seien.[16] Das Auswärtige Amt sei im einzelnen darüber unterrichtet worden. Der Botschafter nannte Ministerpräsident Kiesinger, Ministerpräsident Zinn, Bundestagspräsident Gerstenmeier, Bundesminister Mende und Bürgermeister Nevermann.

Der Herr *Bundesminister* wies darauf hin, daß der Herr Bundeskanzler von gewissen Zeitungen kritisiert worden sei, weil er angeblich zuviel reise. Es sei in der Tat nicht ganz einfach, ein Programm auszuarbeiten, daß das öffentliche Interesse an solchen Reisen mit allen anderen Verpflichtungen in richtiger Weise kombiniere. Der Herr Bundeskanzler sehe aber dieser Reise, für die ein Termin noch festgelegt werden müsse, mit Freude und Interesse entgegen, und man halte sie allgemein für besonders wichtig.[17]

Auf die Frage des *Botschafters* nach dem Verlauf der Reisen nach Großbritannien[18] und in die Niederlande[19] sagte der Herr *Bundesminister*, alle diese Reisen seien nach Auffassung der Bundesregierung sehr nützlich und erfolgreich gewesen. Für eine neue Regierung[20] komme es darauf an, daß sie eine intensive internationale Reaktion habe, daß sie die derzeitigen Beziehungen stärke, guten Willen demonstriere und die Atmosphäre verbessere. Die Reisen des Bundeskanzlers, an denen er teilgenommen habe, seien alle außerordentlich nützlich gewesen.

Der *Botschafter* erkundigte sich sodann nach dem derzeitigen Stand der Passierscheinfrage[21] und sagte, nach den Berichten in den Zeitungen habe man den Eindruck, daß gewisse Differenzen[22] aufgetreten seien.

Der Herr *Bundesminister* antwortete, er habe an dem Gespräch zwischen dem Herrn Bundeskanzler und dem Regierenden Bürgermeister, das am Vormittag dieses Tages stattgefunden habe, selbst teilgenommen. Im Kern gehe es darum, daß Herr Brandt glaube, an Ostern und Pfingsten die gleiche Regelung wie an Weihnachten, sowohl der Form wie dem Verfahren nach, wiederholen

16 Die offiziellen Einladungen an Bundesminister Mende, die Ministerpräsidenten von Hessen und Baden-Württemberg, Zinn und Kiesinger, sowie Bundestagspräsident Gerstenmaier erfolgten am 15. Juli sowie am 5., 19. und 26. September 1963. Vgl. Referat I B 5, Bd. 36.
Zur Einladung an den Ersten Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg, Nevermann, vom 27. Februar 1964 vgl. Referat I B 5, Bd. 20.

17 Ein Besuch des Bundeskanzlers Erhard in Indien kam nicht zustande.

18 Zu den deutsch-britischen Regierungsbesprechungen am 15./16. Januar 1964 in London vgl. Dok. 12–15.

19 Zu den deutsch-niederländischen Regierungsbesprechungen am 2./3. März 1964 in Den Haag vgl. Dok. 59.

20 Bundeskanzler Erhard amtierte seit dem 16. Oktober 1963.

21 Zur Unterbrechung der Passierschein-Gespräche am 27. Februar 1964 vgl. Dok. 60.

22 Zu den Differenzen zwischen der Bundesregierung und dem Senat von Berlin vgl. das Gespräch zwischen Bundeskanzler Erhard und dem Regierenden Bürgermeister Brandt vom 6. März 1964; Dok. 64.

zu können, wogegen die Bundesregierung der Auffassung sei, daß man dem Verfahren eine begrenztere Form geben müsse. Man habe Bedenken dagegen, daß wieder Hunderte von Postbeamten, von denen nur ein Teil wirkliche Postbeamte seien, in Westberlin tätig würden. Eine solche sichtbare Präsenz von Ostberlin in Westberlin sei unerwünscht, weil im internationalen Aspekt dies alles unter einem Vergrößerungsglas gesehen würde. Dies könnte den Eindruck eines stärkeren staatlichen Tätigwerdens Ostberlins in einem von der Bundesrepublik isolierten Westberlin erwecken. In anderen Worten, man wolle nicht mehr, daß der optische Eindruck so stark sei. Herr Brandt glaube nun, auch an Ostern und Pfingsten ohne Risiko die Weihnachtsregelung wiederholen zu können, während die Bundesregierung nicht dieser Auffassung sei. Über die technischen Fragen solle aber weiter gesprochen werden.[23] Auf der Seite der Bundesrepublik bemühe man sich darum, die Angelegenheit auf ein technisches Problem zu reduzieren, wogegen die andere Seite politisches Kapital daraus schlagen wolle.

Ministerbüro, VS-Bd. 8511

66

Botschafter Klaiber, Paris, an das Auswärtige Amt

Z B 6-1/2156/64 geheim
Fernschreiben Nr. 417

Aufgabe: 6. März 1964, 22.00 Uhr
Ankunft: 6. März 1964, 23.15 Uhr[1]

Natogerma Paris hat Durchdruck erhalten

Betr.: Das Verhältnis Frankreich-USA[2]

Die Entwicklung des Verhältnisses Frankreich-USA bereitet zunehmend Sorge. Um diese Entwicklung verstehen zu können, muß man der Ursache der Spannung auf den Grund gehen: Sie ist letztlich darin begründet, daß der seit

[23] Zu den Passierschein-Gesprächen vgl. weiter Dok. 92.

[1] Hat Bundesminister Schröder am 11. März 1964 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Herrn St[aatssekretär] I/II R[ücksprache]. (Sollten solche Ausführungen wirklich als Telegramm mit dieser Verbreitung gehen?)"
Hat Staatssekretär Carstens am 21. März 1964 vorgelegen.
Mit Schreiben vom 16. März 1964 wies Staatssekretär Lahr Botschafter Klaiber, Paris, auf die Möglichkeit hin, den Verteilerkreis bei Drahtberichten mit Themen „delikater Natur" durch den Zusatz „Nur für Minister" oder „Nur für Minister und Staatssekretär" klein zu halten. Vgl. Ministerbüro, VS-Bd. 8438; B 150, Aktenkopien 1964.

[2] Mit Drahtbericht vom 18. März 1964 nahm auch Botschafter Knappstein, Washington, zum französisch-amerikanischen Verhältnis Stellung. Er konstatierte eine sich intensivierende „Abkühlung und Verärgerung". Aus deutscher Sicht sei ein Ausgleich zwischen den beiden Staaten anzustreben. Die Bundesregierung könne in den USA um Verständnis für gewisse „legitime Interessen Frankreichs" werben, während man Frankreich im Interesse der Allianz von einer vermeidbaren „Brüskierung" der USA abraten solle. Voraussetzung für eine solche Politik sei ein enges Vertrauensverhältnis mit beiden Staaten. Vgl. Ministerbüro, VS-Bd. 8438; B 150, Aktenkopien 1964.

dem 4. Juni 1958[3] für die Geschicke Frankreichs verantwortliche Staatsmann, General de Gaulle, den auf das Kernwaffenmonopol auf westlicher Seite gestützten Führungsanspruch der Amerikaner seit Beginn seiner Amtszeit nicht mehr anerkennen wollte.

I. Den ersten Versuch, das Führungsmonopol der Amerikaner einzuschränken, unternahm General de Gaulle mit seinem berühmten Memorandum vom 24. September 1958[4], in dem er für die NATO eine politische Führungsspitze, bestehend aus USA, Frankreich und Großbritannien, forderte. Dabei hatte de Gaulle klargemacht, daß dieses Dreier-Gremium sich nicht nur mit der Lage im Vertragsgebiet befassen sollte, sondern daß die Führungsspitze eine konzertierte Politik des Westens auch außerhalb des Vertragsgebietes in anderen Erdteilen sicherstellen sollte.[5] Läßt man den von deutscher Seite gegen ein Dreier-Gremium aus verständlichen Gründen zu erhebenden Einwand einmal außer Betracht, so wird man nach meiner Auffassung zu folgendem Schluß gelangen müssen: Rückschauend betrachtet, ist es sehr bedauerlich, daß der amerikanische Widerspruch gegen den de Gaulleschen Vorschlag[6] die Folge gehabt hat, daß die Hauptmächte der Allianz in ihrer weltpolitischen Betätigung nunmehr ein Bild der Uneinigkeit bieten, die kaum größer sein könnte.

Die Antwort de Gaulles auf die durch Schweigen kaum verhüllte amerikanische Ablehnung[7] seines Dreier-Spitzen-Vorschlags blieb nicht aus: Sie bestand in der Ablehnung der technischen Integrierung der verschiedenen Jagdluftwaffen in NATO[8], in dem Verbot der Lagerung amerikanischer Kernwaf-

[3] Die französische Nationalversammlung billigte am 1. Juni 1958 die Ernennung des Generals de Gaulle zum Ministerpräsidenten. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1958, S. 10909.

[4] Zum Vorschlag des französischen Ministerpräsidenten de Gaulle für ein „Dreier-Direktorium" innerhalb der NATO vgl. Dok. 59, Anm. 53.

[5] Vgl. dazu DE GAULLE, Mémoires d'espoir. Le renouveau 1958–1962, S. 214 f.

[6] Der Passus „Rückschauend betrachtet, ist es sehr bedauerlich, daß der amerikanische Widerspruch gegen den de Gaulleschen Vorschlag" wurde von Staatssekretär Carstens hervorgehoben. Dazu Fragezeichen am Rand.
Mit Privatdienstschreiben vom 24. März 1964 nahm Botschafter Klaiber, Paris, zu „Gravamina" des Staatssekretärs Carstens in bezug auf den Drahtbericht vom 6. März 1964 Stellung: „Ich möchte daran festhalten, daß mir das Verfahren der Amerikaner in bezug auf diesen Vorschlag rückschauend betrachtet bedauerlich erscheint. Meiner Meinung nach haben die Amerikaner seinerzeit den Vorschlag viel zu sehr unter formalen Gesichtspunkten behandelt, sind aber auf seine Substanz selbst niemals eingegangen. Substanz des Vorschlags war aber, daß die drei damaligen Führungsmächte der NATO sich über alle wichtigen politischen Fragen auch außerhalb des Paktgebietes ... abstimmen und nach Möglichkeit eine einheitliche Linie entwickeln sollten. Über diese Substanz des de Gaullschen Vorschlages hätte nach meiner Meinung von den Amerikanern verhandelt werden müssen. Auch bei Ablehnung eines Dreierdirektoriums hätte amerikanischerseits versucht werden können, einen Weg zu finden, den europäischen Partner stärker – wenn auch nicht gleichberechtigt – an der weltpolitischen Verantwortung teilhaben zu lassen." Vgl. Ministerbüro, VS-Bd. 8438; B 150, Aktenkopien 1964.

[7] Die amerikanische Regierung äußerte sich am 27. Oktober 1958 zurückhaltend gegenüber dem französischen Vorschlag. Vgl. dazu AdG 1958, S. 7371.
Zur amerikanischen Haltung vgl. auch Dwight D. EISENHOWER, Waging Peace. The White House Years 1956–1961, New York 1965, S. 427.

[8] Am 19. Dezember 1958 bestätigte der Oberkommandierende der NATO-Streitkräfte in Europa, General Norstad, daß sich mit Ausnahme von Frankreich alle beteiligten Staaten bereiterklärt hätten, ihre Luftstreitkräfte unter dem Oberkommando der NATO zu integrieren. Vgl. dazu AdG 1958, S. 7460.

fen auf USA-Flugplätzen in Frankreich[9], in der Herauslösung der französischen Mittelmeerflotte aus dem NATO-Unterstellungsverhältnis[10].

Darüber hinaus begab sich de Gaulle mit großer Energie an die Schaffung der französischen Force de frappe. Allerdings wird man sagen müssen, daß de Gaulle seine Force de frappe sicher auch dann in Angriff genommen hätte, wenn seinem Dreier-Direktoriums-Vorschlag auf amerikanischer Seite Folge gegeben worden wäre.[11]

Es wäre sicher verfehlt zu glauben, daß de Gaulle die prozentual genommen völlige Unbedeutendheit seiner Force de frappe im Vergleich zum riesigen amerikanischen Kernwaffen- und Träger-Arsenal nicht bewußt wäre. Für de Gaulle kommt es nur darauf an, im Kreise der Großen mitzusprechen. Dieses Mitspracherecht erzwingt er sich schon mit einem atomaren Zünder.

Zur Erklärung der Handlungsweise de Gaulles muß darauf aufmerksam gemacht werden, daß der General seinem Tätigwerden natürlich eine Beurteilung der weltpolitischen Lage hat vorgehen lassen: Diese Beurteilung führte ihn zu dem Schluß, daß angesichts des atomaren Patts der beiden großen Supermächte, Sowjetunion und USA, mit einem „general war" nuklearer Art nicht zu rechnen sei. So konnte de Gaulle – und die Entwicklung hat ihm bisher darin recht gegeben – unter dem nuklearen Schirm der Amerikaner seine auf ständige Hebung des französischen Einflusses nicht nur in Europa, sondern innerhalb der atlantischen Allianz, ja sogar in der ganzen Welt gerichtete Politik praktisch ungestört betreiben.

II. Der Gegensatz zu den Vereinigten Staaten, in den de Gaulle ganz bewußt trat, beschränkte sich nicht nur auf das Gebiet der nuklearen Politik, der Führung der Allianz und der NATO-Strategie[12]. Sehr schnell wurde er auch auf zwei anderen wesentlichen Gebieten sichtbar: dem der Ost-West-Beziehungen und dem der Abrüstung.

Frankreich beteiligte sich weder an den im Herbst 1961 begonnenen Sondierungsgesprächen der Amerikaner über die Deutschland- und Berlinfrage[13] mit den Sowjets, noch beschickte es die für den 18. März 1962 einberufene

9 Das Oberkommando der NATO-Streitkräfte in Europa gab am 8. Juni 1959 bekannt, daß mit der französischen Regierung kein Übereinkommen über die Lagerung und Verwendung amerikanischer Atomwaffen auf französischem Boden habe erzielt werden können. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1959, Z 86 und Z 110.

10 Die französische Mittelmeerflotte wurde am 11. März 1959 dem NATO-Oberbefehl entzogen und von Toulon nach Brest verlegt. Vgl. dazu L'ANNÉE POLITIQUE 1959, S. 344–346.

11 Dazu handschriftliche Bemerkung des Staatssekretärs Carstens: „Eben."

12 Zur französischen Haltung gegenüber der NATO, besonders im Hinblick auf Fragen der Strategie, vgl. Dok. 14, Anm. 34, und Dok. 42, Anm. 16.

13 In den Jahren 1961/62 fanden mehrere amerikanisch-sowjetische Sondierungsgespräche über die Berlin-Frage statt, das letzte am 6. Oktober 1962 zwischen dem amerikanischen Außenminister Rusk und dem sowjetischen Außenminister Gromyko. Am 12. Dezember 1962 erklärten die Drei Mächte im Einvernehmen mit der Bundesrepublik, daß zur Zeit kein Anlaß für weitere Berlin-Gespräche mit der UdSSR bestehe. Vgl. dazu AdG 1962, S. 10175 und S. 10308; GREWE, Rückblenden, S. 499–505.
Die Gespräche zum Thema Berlin wurden am 26. März 1963 wiederaufgenommen und bis in den Mai 1963 fortgeführt; weitere Sondierungsgespräche – zu Fragen der Ost-West-Beziehungen und der Abrüstung – fanden im September/Oktober 1963 am Rande der UNO-Generalversammlung statt. Vgl. dazu vor allem AAPD 1963, I, Dok. 138, sowie AAPD 1963, III, Dok. 367.

und seitdem ständig tagende Abrüstungskonferenz der achtzehn Mächte in Genf[14].

In der Deutschland- und Berlinfrage vertrat und vertritt de Gaulle den Standpunkt, daß die Sowjets, zumal nach ihrer Niederlage vom Oktober 1962 in Kuba[15], um Deutschland und Berlin keinen Krieg führen werden. Wenn dem aber so ist, sei es völlig unnötig, sich auf Gespräche mit ihnen einzulassen; solche Gespräche liefen, wenn sie überhaupt Erfolg haben sollten, letzten Endes doch nur auf Konzessionen des Westens gegenüber der Sowjetunion hinaus.

Zur zielbewußten Verfolgung des Aufbaus der Force de frappe stand bei der Weigerung der Amerikaner, den McMahon Act[16] abzuändern und Frankreich das Verfahren für die Herstellung von H-Bomben zur Verfügung zu stellen, für de Gaulle von vornherein fest, daß Frankreich dem Moskauer Teststoppabkommen vom 5. August 1963 nicht beitreten könne[17].

Mit dieser im Sinne der de Gaulleschen Politik nur konsequenten Entscheidung geriet der General zwangsläufig in die Nachbarschaft von Peking, das aus denselben Gründen wie de Gaulle – Nichtanerkennung des Führungsmonopols der bisherigen Blockvormacht[18] – ebenfalls den Prozeß zum Eintritt in den Atomclub[19] eingeleitet hatte.

III. Das Ereignis, das nicht nur die bisher schwerste Belastung des amerikanisch-französischen Verhältnisses herbeigeführt hat, sondern auch eine nicht zu leugnende unliebsame Hypothek für die westliche Allianz als ganzes bildet, war die Anerkennung von Peking durch Frankreich[20]. Über die Motive dieser Anerkennung ist seinerzeit ausführlich von hier berichtet worden (vgl. Drahtbericht Nr. 129 vom 21. Januar 1964[21]). Vorausgegangen war dieser Anerkennung die bekannte Vietnam-Erklärung des Generals im Ministerrat vom 29. August 1963[22], in der die Neutralisierung Gesamtvietnams als Fernziel der französischen Politik am Horizont auftauchte. Letztlich ausschlaggebend für die Anerkennung Pekings durch Frankreich war freilich die Auffassung des

[14] Am 5. März 1962 erklärte Frankreich, nicht an der bevorstehenden Konferenz der 18-Mächte-Abrüstungskommission in Genf teilnehmen zu wollen. Vgl. dazu LE MONDE, Nr. 5641 vom 7. März 1962, S. 6.

[15] Zur Kuba-Krise im Oktober 1962 vgl. Dok. 17, Anm. 2.

[16] Das amerikanische Atomenergie-Gesetz (McMahon Act) vom 20. Juni 1946 sah eine strikte Kontrolle der in den USA entwickelten atomaren Technologie vor. Das Gesetz wurde 1958 nur insoweit abgeschwächt, als eine begrenzte nukleare Zusammenarbeit mit verbündeten Staaten und die Stationierung von Mittelstreckenraketen im Bündnisgebiet ermöglicht wurden. Vgl. dazu CONGRESSIONAL RECORD, Bd. 92, S. 6076–6082, und Bd. 104, S. 16479 und S. 16487.

[17] Zur französischen Haltung gegenüber dem Teststopp-Abkommen vom 5. August 1963 vgl. Dok. 46, Anm. 13.

[18] Zum sowjetisch-chinesischen Konflikt vgl. Dok. 11, Anm. 4.

[19] Am 16. Oktober 1964 gab die Volksrepublik China die erfolgreiche Durchführung eines Kernwaffenversuchs bekannt. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1964, Z 229.

[20] Zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Frankreich und der Volksrepublik China am 27. Januar 1964 vgl. besonders Dok. 11 und Dok. 17.

[21] Für den Drahtbericht des Botschafters Klaiber, Paris, vgl. Abteilung I (I A 3), VS-Bd. 42; B 150, Aktenkopien 1964.

[22] Vgl. dazu Dok. 11, Anm. 12.
Zu den Vorstellungen des französischen Staatspräsidenten über eine Neutralisierung von Vietnam, Kambodscha und Laos vgl. auch Dok. 44.

Generals, daß der Guerilla-Krieg in Südvietnam nicht mit militärischen Mitteln, sondern nur noch mit politischen Mitteln zu lösen sei.[23] Lösung mit politischen Mitteln heißt aber mit Peking sprechen, weil ohne die Mitwirkung Pekings eine politische Lösung schlechterdings undenkbar wäre. Mit Peking richtig sprechen, setzt aber seine Anerkennung voraus.

Es ergibt sich in diesem Zusammenhang die Frage, was General de Gaulle unter dem „sud-est asiatique" als zu neutralisierender Region versteht: Im hiesigen Außenministerium war dazu zu erfahren, daß „le sud-est asiatique" für General de Gaulle das ehemalige französische Indochina ist. Länder wie Burma, Thailand und Malaysia rechnen in der Vorstellung des Generals nicht zum „sud-est asiatique". Daß eine Neutralisierung Indochinas, also von Kambodscha, Laos, Süd- und Nordvietnam nicht ohne Folge für die Nachbarn Thailand, Burma und Malaysia sein kann, müßte sich freilich auch de Gaulle sagen.

Man wird den Amerikanern nicht die Berechtigung absprechen dürfen, über den als Folge der französischen Anerkennung von Peking drohenden Einsturz des Ganzen, bisher schon nur mühsam zusammengehaltenen Gebäudes in Südostasien im weiteren Sinne, d.h. nicht in der de Gaulleschen Begrenzung auf Indochina, besorgt zu sein[24].

Diese Besorgnis läßt General de Gaulle freilich kalt. Für ihn ergibt sich aus der Anerkennung Chinas, selbst wenn diese den Schönheitsfehler aufweist, daß einem sogar nur auf Formosa beschränkten Taipeh der Laufpaß gegeben werden mußte[25], ein großer Zuwachs an Prestige für Frankreich in der afro-asiatischen Welt. Frankreich tritt damit, insbesondere in Afrika in Gegensatz zu Amerika. Die auf abstrakt humanitären Prinzipien fußende Afrikapolitik der Vereinigten Staaten, die durch Namen wie Mennen Williams gezeichnet ist, steht im Begriff, von de Gaulle nach allen Regeln der Kunst ausgepunktet zu werden. Es ist klar, daß die Amerikaner hierüber alles andere als begeistert sein können.

Eine unmittelbare Folge der französischen Peking-Anerkennung ist, daß Frankreich nunmehr der Weltgesundheitsorganisation die Aufnahme Rotchinas als Mitglied vorgeschlagen hat.[26] Diese Maßnahme, deren Bedenklichkeit vom allianzpolitischen Standpunkt auf der Hand liegt und die bei etwas Rücksichtnahme zu vermeiden gewesen wäre, verfolgte sicherlich vor allem den

[23] Dazu Fragezeichen am Rand von Staatssekretär Carstens.
Im Privatdienstschreiben vom 24. März 1964 an Staatssekretär Carstens räumte Botschafter Klaiber ein, daß auch das Motiv der Schaffung eines Gegengewichts zur UdSSR und der Wunsch nach Hervorhebung der eigenen weltpolitischen Rolle für die Entscheidung Frankreichs, die Volksrepublik China anzuerkennen, von Bedeutung gewesen seien. Er hielt aber daran fest: „Die Überzeugung de Gaulles, daß das Vietnam-Problem nur noch mit politischen, nicht aber mehr mit militärischen Mitteln gelöst werden kann, hat dann m.E. doch den letzten Ausschlag für die Anerkennung Chinas gegeben." Vgl. Ministerbüro, VS-Bd. 8438; B 150, Aktenkopien 1964.

[24] Der Passus „Man wird den Amerikanern nicht die Berechtigung absprechen dürfen" sowie der Passus „besorgt zu sein" wurden von Bundesminister Schröder unterschlängelt.

[25] Die Republik China gab am 10. Februar 1964 den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Frankreich bekannt. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1964, Z 44.

[26] Nach Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Volksrepublik China am 27. Januar 1964 unterstützte Frankreich die von Ungarn ausgehende Initiative, die Volksrepublik in die WHO aufzunehmen. Der Antrag wurde am 3. März 1964 von der WHO abgelehnt. Vgl. AdG 1964, S. 11103.

Zweck, Frankreichs Ansehen in der nichtgebundenen Welt weiter zu heben und ihm die erstrebte, zumindest moralische Führungsrolle dieser Welt zu verschaffen.

IV. In das Bild des Werbens um die dritte Welt fügt sich auch die französische Haltung in der Zypernfrage[27] lückenlos ein. Auf den Beifall der griechischen Zyprioten und ihres Exponenten, Makarios, sowie der ihn stützenden Araber und Afrikaner bedacht, hat de Gaulle konsequent beiseite gestanden, als es um die Bildung einer Friedensmacht aus NATO-Länder-Kontingenten auf Zypern ging; nicht nur das: auch seine Reserve gegenüber den Verträgen von Zürich und London[28] hat der General deutlich zu erkennen gegeben. Bedenklich stimmen muß die Tatsache, daß de Gaulle bei der Abstimmung über den Paragraphen der Zypern-Resolution der fünf nichtständigen Ratsmächte, der Bezug auf die Unterstellung der Friedensmacht auf Zypern unter den Generalsekretär der Vereinten Nationen hatte, sich im Verein mit der Sowjetunion und der Tschechoslowakei der Stimme enthalten hat.[29]

V. All dieses[30] wird aber de Gaulle nicht veranlassen, seine Sonderpolitik innerhalb des westlichen Bündnisses aufzugeben. In dieser Einstellung wird er bestärkt durch die Tatsache, daß der ihm als Folge der Anerkennung von Peking in der dritten Welt zuteil gewordene große Prestigegewinn bereits von Moskau diskontiert wird[31]. Chruschtschow hat nicht nur den Finanz- und Wirtschaftsminister Giscard d'Estaing kürzlich empfangen[32] und den Vizepräsidenten und Chef des staatlichen Komitees für die Koordinierung der wissenschaftlichen Forschung, Rudnjow, nach Frankreich gesandt[33], sondern auch der gegenwärtig vonstatten gehenden Reise der sowjetischen Parlamentsdelegation[34] dadurch besonderes Relief gegeben, indem er kurz vor Reiseantritt für eine wirklich prominente Spitze dieser Delegation in Gestalt von Podgornyj (Nummer drei der sowjetischen Führung) sorgte.

[27] Zur Zypern-Frage vgl. zuletzt Dok. 37. Zur französischen Haltung dazu vgl. Dok. 48, besonders Anm. 10.

[28] Zum Vertragswerk vom 19. Februar 1959 über die Unabhängigkeit Zyperns vgl. Dok. 48, Anm. 9.

[29] Zur Resolution des UNO-Sicherheitsrats vom 4. März 1964, die die Schaffung einer Friedenstruppe der UNO für Zypern vorsah, sowie zum Abstimmungsverhalten vgl. EUROPA-ARCHIV 1964, Z 76.

[30] Dieses Wort wurde von Staatssekretär Carstens hervorgehoben. Dazu handschriftliche Bemerkung: „Was?"

[31] Die Wörter „Prestigegewinn" und „diskontiert wird" wurden von Staatssekretär Carstens hervorgehoben. Dazu Fragezeichen am Rand.

[32] Zum Besuch des französischen Finanzministers Giscard d'Estaing vom 23. bis 29. Januar 1964 in der UdSSR vgl. Dok. 42, Anm. 11, Dok. 50 und Dok. 55.

[33] Der sowjetische Stellvertretende Ministerpräsident und Vorsitzende des staatlichen wissenschaftlich-technischen Komitees, Rudnjow, besuchte vom 2. bis 17. Februar 1964 Frankreich und besichtigte Forschungsanlagen und industrielle Einrichtungen. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jansen vom 20. März 1964; Abteilung I (I A 3), VS-Bd. 160; B 150, Aktenkopien 1964.

[34] Eine Delegation des Obersten Sowjets unter Führung des Sekretärs des Zentralkomitees der KPdSU, Podgornyj, besuchte vom 24. Februar bis 6. März 1964 Frankreich. Die Delegation wurde von Staatspräsident de Gaulle und dem französischen Ministerpräsidenten Pompidou empfangen. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1964, Z 69.
Vgl. dazu auch Dok. 75.

VI. Mit der Anerkennung Rotchinas durch Frankreich und der Aussicht auf Verbesserung der bilateralen französisch-sowjetischen Beziehungen ist der kunstvolle Bau der weltweiten de Gaulleschen Außenpolitik freilich noch nicht vollendet. Für de Gaulle sind mit den bisherigen Etappen seiner Außenpolitik nur die Voraussetzungen geschaffen worden, den wichtigsten Bauabschnitt, d.h. den Ausgleich mit den Vereinigten Staaten von Amerika aus einer Position nicht nur der Gleichberechtigung, sondern der politischen Stärke heraus in Angriff zu nehmen. Dabei ist sich de Gaulle natürlich darüber im klaren, daß das entscheidende Gespräch mit den Vereinigten Staaten nicht jetzt in der Vorwahlperiode, sondern erst später mit dem neugewählten Präsidenten[35] geführt werden kann. Für de Gaulle muß es ein Triumph sein festzustellen, daß ihm seine bisherige Politik selbst in Amerika schon Früchte eingetragen hat: Nimmt doch der Chor derjenigen Spitzenjournalisten, die ihm teils bewundernd, teils widerwillig ihren Respekt zollen, anscheinend immer mehr zu.[36] Politiker aus dem republikanischen Lager raten bereits zu einer Verständigung mit Frankreich.

Sollte es wider Erwarten nicht zu dem Ausgleichsgespräch mit den Vereinigten Staaten von Amerika kommen oder sollte dieses Gespräch scheitern, dann hat de Gaulle, für den es charakteristisch ist, stets alternative Lösungen im Hintergrund bereitzuhalten, auch für diesen Fall eine Alternativlösung zur Hand: den „grand design", d.h. als Führer und Sprecher eines politischen Europas die Regelung der Verhältnisse mit dem europäischen Kontinent vom Atlantik bis zum Ural zusammen mit der Sowjetunion in Angriff zu nehmen und dabei auch die Deutschland- und Berlinfrage zu regeln. Daß ihm dieses Endziel einer Dauer versprechenden Gesamteuroparegelung vorschwebt, hat de Gaulle schon bei verschiedenen Gelegenheiten, so z.B. in seiner Sylvester-Ansprache 1962[37] und auch auf Provinzreisen[38], zu erkennen gegeben. Als einzige Vorbedingung nannte er die Notwendigkeit, daß Moskau seine ideologische Virulenz aufgibt. De Gaulle wird einen etwaigen Gang nach Moskau gewiß nicht hinter dem Rücken seines deutschen Verbündeten antreten. Der

[35] Bei den amerikanischen Präsidentschaftswahlen vom 3. November 1964 wurde Präsident Johnson in seinem Amt bestätigt.

[36] Zur Reaktion der amerikanischen Presse auf die französische Politik vgl. auch Dok. 17, Anm. 37.

[37] In der Neujahrsansprache vom 31. Dezember 1962 sprach Staatspräsident de Gaulle von den Perspektiven der europäischen Union, „visant à organiser avec les pays de l'Est, s'ils en venaient un jour à la grande détente, la paix et la vie de notre continent tout entier". Vgl. DE GAULLE, Discours et messages, Bd. 4, S. 54.

[38] Staatspräsident de Gaulle erklärte am 23. November 1959 in Straßburg, daß Europa in seiner Gesamtheit vom Atlantik bis zum Ural das Schicksal der Welt entscheiden werde und daß im Falle des Weiterbestehens der Teilung Europas in zwei feindliche Lager der Krieg früher oder später die menschliche Rasse zerstören werde. Vgl. LE MONDE, Nr. 4615 vom 24. November 1959, S. 4.
In seiner Tischrede während des Besuchs in Bonn am 4. September 1962 sprach sich Staatspräsident de Gaulle ebenfalls für einen Zusammenschluß Frankreichs und der Bundesrepublik aus, der anzustreben sei „mit Aussicht auf eine Entspannung und, sodann, auf eine internationale Verständigung, die es ganz Europa gestatten würden, nach Beendigung des herrschsüchtigen Strebens einer überholten Ideologie im Osten, sein Gleichgewicht, seinen Frieden, seine Entwicklung vom Atlantischen Ozean bis zum Ural herzustellen". Vgl. DE GAULLE, Discours et messages, Bd. 4, S. 5; BULLETIN 1962, S. 1402.

Elysée-Vertrag[39] ist für ihn das Vehikel, das ihm sogar die deutsche Unterstützung für einen solchen Schritt eintragen soll.

VII. Daß eine deutsche Unterstützung eines von de Gaulle nach Scheitern eines Ausgleichs Frankreichs mit den Vereinigten Staaten von Amerika unternommenen Versuchs zur Verwirklichung des de Gaulleschen „grand design" in den Vereinigten Staaten die bisher stets von Deutschland vermiedene Option für Paris gegen Washington wäre, liegt auf der Hand. Für Europa ist die Gefahr ohnehin schon nicht völlig auszuschließen, daß nach einem Scheitern eines etwaigen Versuchs des französisch-amerikanischen Ausgleichs die Vereinigten Staaten eines Tages die Lust verlieren, Europa den Rücken kehren und es seinem Schicksal überlassen. Zur Abwendung dieser Gefahr wird es nicht genügen, daß de Gaulle behauptet, lediglich gegen NATO als einem zu abstrakten Integrationsmechanismus eingenommen zu sein, daß er sich auf sein Verhalten in der Kuba-Krise[40] im Oktober 1962 beruft, daß er erklärt, ein Anhänger der westlichen Allianz zu sein, der lediglich ihre Anpassung an die veränderten politischen Verhältnisse im Sinne der Zuerkennung der Gleichberechtigung für ein wirtschaftlich und politisch mündig gewordenes Europa im Auge habe.

VIII. Eine weitere gefährliche Klippe für das französisch-amerikanische Verhältnis in der nahen Zukunft liegt auf wirtschaftlichem Gebiet. Es wird sich zeigen müssen, ob de Gaulle wirklich innerlich die in Brüssel am 23. Dezember 1963 zustande gekommene Plattform der Sechs für die sogenannte Kennedy-Runde[41] in den nächsten GATT-Verhandlungen[42] bejaht. Mögen die Amerikaner auch allem bisherigen, rein nationalstaatlichem Denken entsprungenen Restriktionsmaßnahmen Frankreichs auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Betätigung der Amerikaner in Frankreich noch verhältnismäßig ruhig zugesehen haben, so ist die Kennedy-Runde doch der große Prüfstein für das künftige französisch-amerikanische Verhältnis. Die Ausführungen, die der Industrieminister, Michel Maurice-Bokanowski, am 4. März vor der Vereinigung der französischen Exportindustrie gehalten hat[43], und die eine starke Reserviertheit gegenüber der Kennedy-Runde erkennen ließen, widersprechen den französischen Zusicherungen auf diesem Gebiet.

Ein Gebiet, auf dem die Vereinigten Staaten von Amerika und Frankreich sich entweder ergänzen oder aber in die Quere kommen können, ist das der Entwicklungshilfe für Lateinamerika. Der Verlauf des Besuchs von de Gaulle in Mexiko im März, im Oktober in Brasilien und anderen lateinamerikani-

[39] Für den Wortlaut des deutsch-französischen Vertrags vom 22. Januar 1963 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 706–710.

[40] Mit einer Erklärung vom 24. Oktober 1962 unterstützte die französische Regierung die amerikanische Entscheidung einer Seeblockade gegen Kuba. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1962, Z 231; AdG 1962, S. 10199.

[41] Zum Beschluß des EWG-Ministerrats vom 23. Dezember 1963 über die weitere Vorbereitung der Kennedy-Runde vgl. Dok. 14, Anm. 14.

[42] Zur Eröffnung der Kennedy-Runde am 4. Mai 1964 vgl. Dok. 122.

[43] Vgl. dazu LE MONDE, Nr. 5953 vom 6. März 1964, S. 22.

schen Ländern[44] wird zeigen, ob de Gaulle seine während des Bundeskanzlerbesuches 14./15. Februar geäußerte Einstellung der ergänzenden Entwicklungshilfe[45] festhält oder ob er der Versuchung erliegt, französische Entwicklungshilfe in Lateinamerika als eine politische Waffe gegen die Vereinigten Staaten einzusetzen. Der Besuch der lateinamerikanischen Staaten durch den französischen Präsidenten kann also entweder zur Verbesserung oder weiteren Verschlechterung der französisch-amerikanischen Beziehungen führen.[46]

IX. Das Bestreben der deutschen Politik sollte darauf gerichtet sein, den Ausgleich zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten in jeder Weise zu fördern. Nur wenn wir Washington und Paris beide auf unserer Seite haben, können wir unseren Interessen zum Durchbruch verhelfen. Unser immer mehr zunehmendes wirtschaftliches Gewicht und unser dominierender militärischer Beitrag zur NATO in Europa, unsere sehr wesentliche Teilnahme in der MLF[47], die uns ein Mitkontrollrecht an der Kernwaffe gibt, sollten uns veranlassen, unseren Anspruch auf den Eintritt in das Direktorium der westlichen Allianz mit gleichen Rechten und Pflichten wie England und Frankreich zur gegebenen Zeit geltend zu machen. Wir müssen uns darüber im klaren sein, daß ein solcher Anspruch mit der Unterstützung nur eines Partners, sei es Washington oder Paris, niemals durchsetzbar sein wird.

Unsere Aufgabe muß es sein, jeder weiteren Verschlechterung des Verhältnisses Frankreichs zu Amerika mit allen unseren Kräften Einhalt zu gebieten. Wir werden weder de Gaulle passiv einfach gewähren lassen noch zu aktiv für die USA Partei nehmen dürfen. Mit der ersten Alternative würden wir das Verhältnis zu den USA über Gebühr strapazieren, mit der zweiten Alternative dem Vertrag über die deutsch-französische Zusammenarbeit praktisch die Grundlage entziehen. Daß das Scheitern der deutsch-französischen Zusammenarbeit unser Gewicht in Washington keineswegs erhöht, sondern im Gegenteil vermindert, hat der zum Jahrestag des Elysée-Vertrages von der Botschaft Washington erstattete Bericht (vgl. Plurex Nr. 282 vom 24. Januar 1964[48]) sehr klar aufgezeigt.

[gez.] Klaiber

Ministerbüro, VS-Bd. 8438

[44] Der französische Staatspräsident besuchte vom 16. bis 19. März 1964 Mexiko und vom 21. September bis 16. Oktober 1964 zehn südamerikanische Staaten. Vgl. dazu L'ANNÉE POLITIQUE 1964, S. 235 f. und S. 297 f.

[45] Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit Staatspräsident de Gaulle am 15. Februar 1964; Dok. 49.

[46] Zum Besuch des französischen Staatspräsidenten in Mexiko bzw. Südamerika vgl. auch Dok. 93, Anm. 15 und 18.

[47] Zu den MLF-Verhandlungen vgl. besonders Dok. 104.

[48] Mit diesem Drahterlaß wurden mehrere Botschaften vom Drahtbericht des Botschafters Knappstein, Washington, vom 22. Januar 1964 in Kenntnis gesetzt. Für den Wortlaut des Drahtberichts vgl. Dok. 20.

67

Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit Ministerpräsident Erlander

I A 4-82.21/94.24/886/64 VS-vertraulich **9. März 1964**[1]

Niederschrift über das politische Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit dem schwedischen Ministerpräsidenten Erlander im „Hause des Bundeskanzlers" am 9. März 1964, 15.30 – 17.30 Uhr

Anwesend:

Deutscherseits: Der Herr Bundeskanzler; Ministerialdirektor Dr. Mercker; Ministerialdirigent Dr. Osterheld; Ministerialrat Dr. Seibt; Ministerialrat Dr. Hohmann – Bundesminister Dr. Schröder; Staatssekretär Lahr; Ministerialdirektor Dr. Jansen; Ministerialdirektor Dr. Sachs; Botschafter von Holleben; Botschafter Dr. Granow – Ministerialdirektor Dr. Reinhardt – VLR I Dr. Diehl – Deutscher Dolmetscher: LR I Marré – Protokollführer: LR I Bindewald.

Schwedischerseits: Ministerpräsident Erlander; Außenminister Nilsson; Staatssekretär Paulsson, Amt des Ministerpräsidenten; Staatssekretär Belfrage, Außenministerium; Ministerialdirigent Swartz, Außenministerium; Botschafter Bergström, Außenministerium; Pressesekretär Bergquist, Amt des Ministerpräsidenten; Erster Sekretär Wingstrand, Außenministerium – Botschafter Jödahl; Botschaftsrat Gerring; Botschaftsrat Crafoord; Attaché Bäckstrand – Schwedischer Dolmetscher: Attaché Düselius.

Die Gespächspartner erörterten zunächst Fragen der europäischen politischen Zusammenarbeit, wobei der *Bundeskanzler* sein Konzept von der „Zusammengehörigkeit aller Gleichen und Freien in Europa" erläuterte[2], von denen keiner eine Hegemoniestellung über den anderen haben dürfe. Seine Bemühungen nach seinem Amtsantritt[3] hätten sich darauf erstreckt, der politischen Einigung Europas, das müde geworden und besonders durch den Zusammenbruch der Beitritts-Verhandlungen mit Großbritannien im Januar 1963[4] in einen Zustand der Lethargie verfallen sei, wieder neue Impulse zu geben.

Was die wirtschaftliche Integration Europas anlange, so halte er ein enges Zusammenwirken der EWG und der EFTA[5] für erforderlich. Es müßten alle An-

[1] Durchdruck.
Vgl. zu dem Gespräch auch OSTERHELD, Außenpolitik, S. 76.

[2] Zu den europapolitischen Vorstellungen des Bundeskanzlers Erhard vgl. besonders Dok. 27 und Dok. 59.

[3] Bundeskanzler Erhard amtierte seit dem 16. Oktober 1963.

[4] Zum Scheitern der Verhandlungen am 29. Januar 1963 über einen Beitritt Großbritanniens zur EWG vgl. Dok. 15, Anm. 40.

[5] Seit der Gründung der EFTA am 4. Januar 1960 gab es Versuche, eine Assoziierung zwischen EWG und EFTA zu erreichen. Zum Scheitern eines Brückenschlags zwischen beiden Wirtschaftsorganisationen im Jahr 1962 vgl. AAPD 1963, I, Dok. 113.

strengungen unternommen werden, um eine auseinanderlaufende Entwicklung der beiden Zusammenschlüsse zu vermeiden.

Der Bundeskanzler orientierte darauf Ministerpräsident Erlander über seine Gespräche, die er kürzlich mit den Regierungschefs der Vereinigten Staaten[6], Frankreichs[7], Großbritanniens[8], Italiens[9] und der Niederlande[10] geführt hatte. In den USA habe sich eine bedeutungsvolle Wandlung vollzogen. Während für sie noch vor 2 Jahren etwas anderes als ein einheitliches Europa, das sich seiner geschichtlichen Aufgabe bewußt sei, ganz unvorstellbar gewesen sei, hätten sie sich jetzt mit der Existenz der EWG und EFTA abgefunden, drängten aber auf eine Lösung, nach der auch die Kleinen und Neutralen, die nicht im Niemandsland leben könnten, in das Einigungswerk einbezogen werden würden.

Der Bundeskanzler erläuterte sodann den Sinn des deutsch-französischen Freundschaftsvertrages[11], der, besonders wenn man bedenke, welche Tragik bisher über den deutsch-französischen Beziehungen gelastet habe, für den Frieden in Europa von besonderem Wert sei. Mit de Gaulle habe er einen Meinungsaustausch über die wichtigsten internationalen Fragen gehabt und dabei offen seine abweichenden Auffassungen zum Ausdruck gebracht. So glaube de Gaulle, durch die Anerkennung Rotchinas[12] und eine Neutralisierung Südostasiens[13] zum Frieden beitragen zu können, während er, der Bundeskanzler, meine, daß Südostasien dann in Wirklichkeit dem Kommunismus zum Opfer fallen werde. Während er das NATO-Bündnis als ausreichenden Schutz gegen die Gefahr aus dem Osten ansehe, glaube de Gaulle, mit seiner Force de frappe einen eigenen Weg gehen zu müssen. Diese Politik werde aber nach deutscher Meinung die Einigung Europas nicht fördern. Auch in Rom glaube man, daß die Zeit reif sei, der wirtschaftlichen Integration Europas einen politischen Willen voranzustellen. Die italienische Regierung sei jedoch – wie übrigens auch die niederländische – nicht bereit, Gespräche über die politische Einigung Europas zu führen, solange Großbritannien abseits stehe. Er habe übrigens den Eindruck, daß die gegenwärtige Regierung Italiens[14], die weit gefächert sei und außer den gemäßigten Sozialisten auch die radikaleren Nenni-Sozialisten umfaßt, die einzige sei, die eine Revolution verhindern könne. In London habe er weder bei Premierminister Sir Alec Douglas-Home noch beim Oppositionsführer Wilson eine klare Aussage über die Pläne Groß-

6 Zu den Regierungsbesprechungen am 28./29. Dezember 1963 in Stonewall, Texas, vgl. AAPD 1963, III, Dok. 486–491.

7 Zu den Regierungsbesprechungen am 14./15. Februar 1964 in Paris vgl. Dok. 44–50.

8 Zu den Regierungsbesprechungen am 15./16. Januar 1964 in London vgl. Dok. 12–15.

9 Zu den Regierungsbesprechungen am 27./28. Januar 1964 in Rom vgl. Dok. 27–29.

10 Zu den Regierungsbesprechungen am 2./3. März 1964 in Den Haag vgl. Dok. 59.

11 Für den Wortlaut des deutsch-französischen Vertrags vom 22. Januar 1963 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 706–710.

12 Zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Frankreich und der Volksrepublik China am 27. Januar 1964 vgl. besonders Dok. 11 und Dok. 17.

13 Zu den Vorstellungen des französischen Staatspräsidenten über eine Neutralisierung von Vietnam, Kambodscha und Laos vgl. besonders Dok. 44.

14 Zu der seit dem 5. Dezember 1963 amtierenden Koalitionsregierung unter Ministerpräsident Moro vgl. Dok. 23, Anm. 5.

britanniens erhalten können. Mit einer Entscheidung werde man erst nach den britischen Wahlen[15] rechnen können. Das Problem der Integration werde dann aber erst Gegenstand innerer britischer Auseinandersetzungen sein. Soviel könne man jetzt schon sagen, daß Großbritannien jedenfalls keine Bildung europäischer Institutionen ohne sein Mitspracherecht wünsche.

Ministerpräsident *Erlander* dankte für den Bericht des Bundeskanzlers sowie für das Verständnis, das er den kleinen Staaten entgegenbringe. Er verstehe die politischen Gesichtspunkte, die der Bundeskanzler für einen Zusammenschluß Europas ins Feld führe; für Schweden stünden jedoch die wirtschaftlichen Betrachtungen im Vordergrund. Washington habe lange Zeit irrtümlich geglaubt, daß die EFTA-Idee zur Förderung der Spaltung Europas beigetragen habe. Die Entwicklung habe aber gezeigt, daß dies nicht der Fall sei und daß die Probleme der großen und kleinen Länder gleichzeitig gelöst werden könnten.

Der *Bundeskanzler* betonte, daß er eine Loslösung Großbritanniens von der EFTA gar nicht wünsche. Es erhebe sich aber die Frage, ob man nicht über den EWG- und den EFTA-Ländern ein gemeinsames Dach errichten könne, ohne die Souveränität des einzelnen Staates anzutasten und ohne eine politische Willensbildung zu schaffen. Dabei brauche man nicht gleich an ein Verteidigungsbündnis zu denken.

Ministerpräsident *Erlander* schlug hierzu vor, die Stellung der bereits bestehenden europäischen Institutionen, wie des Europarats, zu stärken.

Bundesminister Dr. *Schröder* analysierte darauf die Deutschlandpolitik der Sowjetunion. Die Sowjets hätten in einer TASS-Erklärung vom 7.3.1964[16] ihrer Enttäuschung über die Politik der Bundesregierung Ausdruck gegeben. Die Erwartung, Bundeskanzler Erhard werde die harte Politik seines Vorgängers[17] nicht fortsetzen, sei aber durch nichts gerechtfertigt gewesen. Die Hauptziele der sowjetischen Deutschlandpolitik seien unverändert.[18] Noch immer halte sie die Bundesrepublik Deutschland völlig zu Unrecht für revanchistisch und militaristisch. Während sie einen Friedensvertrag mit zwei deutschen Staaten und die Schaffung einer sogenannten „Freien Stadt Berlin"

[15] Die Wahlen zum britischen Unterhaus vom 15. Oktober 1964 führten zu einer Regierungsmehrheit für die Labour Party.

[16] Für den Wortlaut vgl. DzD IV/10, S. 348–355.
Am 9. März 1964 analysierte Botschafter Groepper, Moskau, die möglichen Hintergründe für die Erklärung und kam zu dem Schluß, daß in erster Linie das Scheitern der Passierschein-Gespräche sowie die Antwort des Bundeskanzlers Erhard auf den Gewaltverzichtsvorschlag des sowjetischen Ministerpräsidenten für die Angriffe verantwortlich seien. Nach Ansicht des Botschafters war die Erklärung vor allem an die Adresse der blockfreien Staaten gerichtet: „Besonders bemerkenswert [ist die] Feststellung, daß alle Länder, die [die] SBZ nicht anerkennen, damit die ‚Illusionen der Revanchisten nährten, daß diese Länder der BRD in ihren gefährlichen Plänen gegen die DDR helfen können'; dies könne zu einem Zusammenprall zwischen NATO und Warschauer Pakt und damit zum Weltkrieg führen. Diese Begründung sowjetischer These, Nichtanerkennung SBZ gefährde Frieden, erscheint neu und ist wohl der bisher nachdrücklichste Appell an neutrale Länder, Haltung in [der] Anerkennungsfrage zu ändern." Vgl. Abteilung II (II 4), VS-Bd. 248; B 150, Aktenkopien 1964.

[17] Konrad Adenauer.

[18] Vgl. dazu auch das Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit dem sowjetischen Botschafter Smirnow am 11. März 1964; Dok. 68.

fordere[19], hielten wir an dem Selbstbestimmungsrecht fest, das die Sowjetunion nur ehemaligen Kolonialstaaten zugestehen wolle, nicht aber dem deutschen Volke. Wir verlangten aber, daß ein Friedensvertrag nur mit einer gesamtdeutschen Regierung, die aus freien Wahlen hervorgehen müsse, geschlossen werden dürfe. Berlin stehe zwar in einem besonderen Verhältnis zu den Alliierten, gehöre aber zur Bundesrepublik Deutschland. Die Sowjets hätten alles Mögliche getan, um die sog. DDR hoffähig zu machen, hätten dabei aber nur begrenzte Erfolge gehabt. Die Bundesrepublik Deutschland halte nach wie vor zur Hallstein-Doktrin[20], wonach sie die Beziehungen zu Staaten abbrechen werde, die die SBZ anerkennten. Die Beziehungen seien auf diese Weise bisher nur mit Jugoslawien[21] und Kuba[22] abgebrochen worden, wobei sich mindestens Jugoslawien wahrscheinlich über die Tragweite seiner Entscheidung, die SBZ anzuerkennen, nicht im klaren gewesen sei. In Afrika habe bisher nur Sansibar[23] die SBZ anerkannt.

Über ein weiteres Passierscheinabkommen[24] wolle die SBZ wie zu Weihnachten 1963[25] mit dem Senat von Westberlin verhandeln und die Bundesrepublik Deutschland dabei ausschalten. Wir hätten diese Verhandlungen des Westberliner Senats mit der SBZ zu Weihnachten 1963 ausschließlich aus humanitären Gesichtspunkten zugelassen und zum ersten Mal seit 1961[26] Begegnungen zwischen West- und Ostberlinern ermöglicht. Diese Haltung der Bundesregierung sei aber von der SBZ zu politischen Zwecken mißbraucht worden. Wir seien deshalb jetzt gegen die Verlängerung des Abkommens zu denselben Bedingungen wie zu Weihnachten. Insbesondere würden wir nicht noch einmal dulden, daß auf Westberliner Gebiet sog. Postbeamte der SBZ tätig würden, unter denen sich natürlich auch zahlreiche Sicherheitsbeamte der Zone befunden hätten. Um für die künftige Wiedervereinigung eine Ausgangsbasis zu schaffen, müßten wir im Augenblick dafür sorgen, daß Pankow nicht weiter hoffähig werde. Das schließe nicht aus, daß zwischen der Bundesregierung und untergeordneten Stellen der SBZ gewisse Kontakte (Interzonenhandel, Verkehr, Telefongespräche u.a.m.) gepflegt würden.[27] Das Hinüberströmen von Hunderttausenden von Westberlinern nach Ostberlin habe ein erschütterndes Schauspiel geboten. Es habe das Gefängnissystem der SBZ eindeutig demonstriert. Die Tatsache, daß die Westberliner weit besser gekleidet und ausgestattet, häufig mit Privatwagen Ostberlin betreten hätten, darunter auch

19 Zum sowjetischen Vorschlag für einen Friedensvertrag mit der Bundesrepublik Deutschland und der DDR sowie für eine „Freie Stadt" Berlin (West) vgl. Dok. 13, Anm. 10 und 15.

20 Zur Hallstein-Doktrin vgl. Dok. 46, Anm. 15.

21 Die Anerkennung der DDR durch Jugoslawien am 10. Oktober 1957 führte zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Jugoslawien am 19. Oktober 1957.

22 Zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Kuba am 14. Januar 1963 vgl. AAPD 1963, I, Dok. 19.

23 Zur Anerkennung der DDR durch Sansibar am 29. Januar 1964 vgl. Dok. 40, besonders Anm. 5.

24 Zur Unterbrechung der Passierschein-Gespräche am 27. Februar 1964 vgl. Dok. 60.

25 Für den Wortlaut der Passierschein-Vereinbarung vom 17. Dezember 1963 vgl. DzD IV/9, S. 1023–1027. Vgl. dazu auch Dok. 1, Anm. 1.

26 Mit dem Bau der Berliner Mauer am 13. August 1961 wurden Begegnungen zwischen der Bevölkerung im westlichen und östlichen Teil der Stadt bis auf wenige Ausnahmefälle unterbunden.

27 Zur Frage von Kontakten mit DDR vgl. auch Dok. 239.

an Sonnabenden, an denen im Gegensatz zur SBZ bei uns in Westberlin meist nicht gearbeitet werde, sei eine gute Propaganda für uns gewesen. Andererseits hätten sich „Postbeamte" der SBZ auf Westberliner Boden aufhalten dürfen und die Westberliner Formulare ausfüllen lassen, auf denen sie um das Betreten der „Hauptstadt der DDR" nachgesucht hätten. Stelle man das Plus dem Minus gegenüber, so ergebe die Aktion nach unserer Auffassung letztlich ein Plus für uns. Einer Wiederholung des Experiments stünden wir jedoch mit Skepsis gegenüber. Im April würden die Verhandlungen fortgesetzt.[28] Alle unsere Vorschläge würden dann vorher zwischen der Bundesregierung, dem Senat von Westberlin und den Alliierten abgestimmt.

Hinsichtlich unserer Beziehungen zu den osteuropäischen Staaten äußerte Bundesminister *Dr. Schröder*, wir wünschten trotz der Hallstein-Doktrin ein möglichst hohes Maß an Kontakten zum Osten und hätten bereits Abkommen mit Polen, Rumänien, Ungarn und Bulgarien über die Errichtung von Handelsmissionen[29] geschlossen. Wir planten ein entsprechendes Abkommen auch mit der Tschechoslowakei.[30] In jedem Abkommen sei die Einbeziehung Westberlins befriedigend geregelt worden.[31] Dies sei ein großer Erfolg für uns.

Im Verlaufe einer weiteren eingehenden Erörterung der Ost-West-Beziehungen waren sich beide Gesprächspartner darüber einig, daß in Zukunft nach Wegen gesucht werden solle, die zu einer Verminderung der Spannungen führen könnten.

Auf die Frage Außenminister *Nilssons*, ob über ein weiteres Passierscheinabkommen in der Bundesrepublik Deutschland verschiedene Auffassungen herrschten[32], erklärte Bundesminister Dr. *Schröder*, die Bundesregierung stimme mit dem Regierenden Bürgermeister von Berlin, Brandt, zwar darüber überein, daß es in Zukunft keine nennenswerte Ostberliner Präsenz in Westberlin mehr geben dürfe. Während Brandt jedoch das Weihnachtsabkommen zu denselben Bedingungen noch einmal wiederholen wolle, hätten wir gegen eine Wiederholung starke Bedenken, weil daraus leicht die Gefahr einer Dauereinrichtung entstehen könnte. Während die SBZ Kontakte mit der Bundesregierung zur Entschärfung der innerdeutschen Lage fordere, glaubten wir, daß eine Besserung des Verhältnisses nicht durch Regierungskontakte zu erreichen sei.

Der *Bundeskanzler* betonte, wir hätten der SBZ einen völlig freien Verkehr

[28] Zur Vorbereitung auf die Wiederaufnahme der Passierschein-Gespräche am 8. April 1964 vgl. Dok. 64, Anm. 11, 15, 20 und 23. Vgl. weiter Dok. 92.

[29] Im Laufe des Jahres 1963 schloß die Bundesrepublik Abkommen mit Polen, Rumänien und Ungarn über den Handelsverkehr bzw. den Austausch von Handelsvertretungen. Vgl. dazu Dok. 13, Anm. 20.
Zum Abkommen mit Bulgarien vom 6. März 1964 über den Waren- und Zahlungsverkehr und den Austausch von Handelsvertretungen vgl. Dok. 62.

[30] Zur Aufnahme von Verhandlungen mit der Tschechoslowakei vgl. Dok. 100.

[31] Zur Einbeziehung von Berlin (West) in die Abkommen mit Polen, Rumänien und Ungarn vgl. AAPD 1963, I, Dok. 183; AAPD 1963, II, Dok. 339; AAPD 1963, III, Dok. 380.
Zur Einbeziehung von Berlin (West) in das Abkommen mit Bulgarien vgl. Dok. 62.

[32] Zu den Differenzen zwischen der Bundesregierung und dem Senat von Berlin vgl. besonders Dok. 64.

zwischen West und Ost vorgeschlagen[33] und dadurch gezeigt, wie sehr es uns auf eine möglichst große Freizügigkeit ankomme; diese Vorschläge seien aber von der SBZ abgelehnt worden.

Auf die Bemerkung Außenminister *Nilssons*, Schweden beobachte seit einiger Zeit, daß die Amerikaner an einem guten Verhältnis zur Sowjetunion interessiert seien und mit der Sowjetunion das Atomteststoppabkommen[34] von Moskau abgeschlossen hätten, äußerte Bundesminister *Schröder*, auch die Bundesregierung begrüße weitere Entspannungs- und Abrüstungsmaßnahmen und sei zur Mitarbeit an Plänen über die Errichtung von Beobachtungsposten[35] bereit. Sie stünde auch einem Abkommen über die Nichtverbreitung von Kernwaffen positiv gegenüber, das sie aber erst unterzeichnen werde, wenn vorher die MLF verwirklicht sei.[36] Die MLF schaffe keine nationale, sondern nur eine integrierte Verfügungsgewalt über Kernwaffen. Dagegen habe die Sowjetunion in Genf den britischen und den amerikanischen Verhandlungsvorschlag[37] mit der Begründung abgelehnt, es müsse zunächst der MLF-Plan aufgegeben werden. Der Gomulka-Plan[38] – den die Gespächspartner nur kurz streiften – ziele darauf ab, von den wirklichen Problemen abzulenken.

Auf den Einwurf Außenminister *Nilssons*, er habe gerüchteweise gehört, daß die USA alle Regierungen gebeten hätten, einen Verzicht auf Atomwaffen zu erklären[39], erklärte Bundesminister Dr. *Schröder*, diese amerikanischen Vorschläge seien allgemein auf keine Gegenliebe gestoßen. Auch die Bundesregierung habe den USA mitgeteilt, daß sie nicht bereit sei, eine derartige Erklärung abzugeben. Auf Grund der negativen Antworten hätten die Amerikaner dann den Gedanken fallen gelassen.[40] Deshalb werde er auch in der NATO nicht mehr

33 Zum Vorschlag an die DDR, Freizügigkeit in Gesamt-Berlin herzustellen, vgl. Dok. 1, Anm. 9 und 10.

34 Für den Wortlaut des Teststopp-Abkommens vom 5. August 1963 vgl. DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1963, S. 291–293.

35 Zur Haltung der Bundesregierung hinsichtlich der Errichtung von Bodenbeobachtungsposten vgl. Dok. 43.

36 Zum Zusammenhang zwischen der Nichtverbreitung von Atomwaffen und dem MLF-Projekt vgl. auch Dok. 39, Anm. 11.
Zu den MLF-Verhandlungen vgl. besonders Dok. 104.

37 Zum amerikanischen Vorschlag vom 6. Februar 1964 vgl. Dok. 39, Anm. 3.
Für den entsprechenden Vorschlag des britischen Außenministers Butler vom 25. Februar 1964 zur Nichtverbreitung nuklearer Waffen vgl. DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1964, S. 56.
Am 2. März 1964 äußerte sich der sowjetische Außenminister Gromyko gegenüber einem Korrespondenten der Zeitung „Izvestija" ablehnend zu diesen Vorschlägen. Vgl. IZVESTIJA, Nr. 53 vom 3. März 1964, S. 2.

38 Zum Memorandum der polnischen Regierung vom 29. Februar 1964 über das „Einfrieren" der nuklearen Rüstung in Mitteleuropa vgl. Dok. 59, Anm. 29, und Dok. 61.

39 Vgl. dazu Dok. 39.

40 Am 21. Februar 1964 teilte der amerikanische Botschaftsrat Magill Ministerialdirektor Krapf mit, daß „der Gedanke einseitiger Verzichtserklärungen auf Nuklearbewaffnung zunächst nicht weiter verfolgt werden solle. Das gesamte Projekt der Nichtverbreitung von Kernwaffen bedürfe wegen seiner Auswirkung auf die MLF eines besonders gründlichen Studiums." Krapf zog daraus den Schluß, daß innerhalb der amerikanischen Regierung „zwischen Außenministerium und Abrüstungsbehörde gewisse Gegensätze bestehen, die schon seit einiger Zeit beobachtet worden sind. Offenbar hat sich die Abrüstungsbehörde nicht immer daran gehalten, ihre Ziele der amerikanischen Außenpolitik unterzuordnen." Vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Krapf vom 24. Februar 1964; Abteilung II (II 8), VS-Bd. 302; B 150, Aktenkopien 1964.

diskutiert werden. Wir hätten darauf den zunächst gemachten Vorschlag einer Diskussion des Gedankens im NATO-Rat wieder zurückgezogen.

Zur Frage langfristiger Kredite an die Sowjetunion[41] äußerte der *Bundeskanzler*, die Bundesregierung sei gegen die Vergabe derartiger Kredite, weil jede Hilfe für die Sowjetunion eine Entlastung bedeute und dadurch Mittel frei würden, die sie in die Lage versetzten, weiter zu rüsten. Die Kredite dienten also letzten Endes nicht der sowjetischen Friedenswirtschaft und förderten deshalb auch nicht die Entspannung.

Staatssekretär *Lahr* unterrichtete Ministerpräsident Erlander über die deutsche Haltung zu den Zollsenkungsmaßnahmen im Rahmen der Kennedy-Runde[42] (lineare Zollsenkung, Ausnahmen hiervon, Zolldisparitäten). Er erwähnte die von der EWG vorgeschlagene neue rechnerische Formel in Disparitätenfällen[43] (der höhere Zoll müsse mindestens das Doppelte des niedrigeren betragen: mit Ausnahme von Halbwaren müsse ferner ein Mindestabstand von 10 Punkten zwischen beiden Zöllen gegeben sein), die durch wirtschaftliche Kriterien ergänzt werde. Hierdurch würde die Zahl der Disparitäten erheblich vermindert werden. Es komme in diesem Zusammenhang besonders darauf an, daß von der sogenannten Europa-Klausel[44] weitgehend Gebrauch gemacht werde. Nach anfänglichen Schwierigkeiten sei die amerikanische Seite diesen EWG-Vorschlägen sehr weitgehend gefolgt, so daß mit einer Einigung in Kürze gerechnet werden könne.[45]

Ministerpräsident *Erlander* äußerte, er stimme mit den deutschen Anschauungen überein.

Ministerpräsident Erlander wies darauf hin, er sei wegen der Erhöhung der Stahlzölle der EGKS-Mitgliedstaaten[46] beunruhigt. Es seien in Schweden

41 Zu einer Vergabe langfristiger Kredite an die UdSSR vgl. besonders Dok. 2 und Dok. 5.

42 Zur Kennedy-Runde vgl. Dok. 12, Anm. 14.

43 Aufgrund der Beratungen der EWG-Kommission vom 5./6. März 1964 und des EWG-Ministerrats vom 10. März 1964 bestand Einigkeit über eine lineare Zollsenkung, für die als Arbeitsgrundlage 50% vorgesehen waren. In Fällen wesentlicher Disparitäten sollte das Land mit dem niedrigeren Zoll eine geringere Senkung vornehmen, die nach Auffassung der EWG im Durchschnitt 25% betragen sollte. Disparitäten sollten ferner durch eine Kombination rechnerischer und wirtschaftlicher Grundsätze gelöst werden. Vgl. dazu die Aufzeichnung aus dem Bundesministerium für Wirtschaft vom 11. März 1964; Referat III A 2, Bd. 276.
Zum Beschluß des EWG-Ministerrats vom 23. Dezember 1963 über die weitere Vorbereitung der Kennedy-Runde vgl. auch Dok. 14, Anm. 14.

44 Der EWG-Ministerrat nahm in die Regelung der Zoll-Disparitäten eine „Europa-Klausel" auf, die Verhandlungen zwischen den EWG- und EFTA-Staaten im Rahmen des GATT vorsah. Da die EFTA-Staaten keinen gemeinsamen Zolltarif hatten, sollten diese Gespräche auf bilateraler Ebene stattfinden. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Pauls vom 7. März 1964; Referat III A 2, Bd. 276.

45 Am 28. Februar 1964 informierte Ministerialdirektor Sachs die Botschaft in Washington über die Vorbereitungen zur Kennedy-Runde: „Kürzlich wieder aufgenommene GATT-Verhandlungen in Genf verlaufen auch nach amerikanischer Auffassung positiv ... Zielsetzungen in Genf vorgelegten amerikanischen Vorschlages zur Reduktion der Zahl von Disparitäten (Einschränkung der Anrufungsmöglichkeiten) dürften sich weitgehend ohne Änderung der EWG-Beschlüsse vom 23.12.63 verwirklichen lassen." Vgl. Referat I A 2, Bd. 942.
Zur Kennedy-Runde vgl. weiter Dok. 122.

46 Am 2. Dezember 1963 schlug der Besondere Ministerrat der EGKS vor, die bisherigen Zollsätze der EGKS-Mitgliedstaaten für Stahl zu vereinheitlichen und – befristet bis zum Vorliegen der Er-

Überlegungen angestellt worden, ob nicht als Gegenmaßnahme auch die schwedischen Stahlzölle erhöht werden müßten.[47] Ein solcher Schritt sei jedoch in Schweden höchst unpopulär. Schweden möchte vielmehr seine liberale Linie einhalten. Eine Zollerhöhung würde zweifellos einen schlechten Eindruck machen.

Der *Bundeskanzler* erläuterte darauf die Gründe, die zu dem deutschen Antrag auf Stahlzollerhöhung geführt hätten. Wir hätten deshalb etwas tun müssen, weil mit einer Ausnahme sämtliche deutschen Stahlwerke „in der Kreide gestanden" hätten. Keinesfalls sollten aber darunter die unschuldigen Länder, wie z.B. Schweden, leiden. Die Bundesregierung habe deshalb bei der Hohen Behörde der Montanunion Zollkontingente für Stahlerzeugnisse beantragt[48], die den traditionellen Lieferländern, und damit insbesondere auch Schweden, zugute kommen.

Abschließend erklärte Ministerpräsident *Erlander*, er teile den deutschen Standpunkt in der Zypern-Frage[49], die am Vormittag im engsten Kreise mit dem Bundeskanzler erörtert worden war.

Abteilung I (I A 4), VS-Bd. 57

Fortsetzung Fußnote von Seite 330

gebnisse der Kennedy-Runde – auf italienischem Niveau, dem höchsten der Mitgliedstaaten, festzusetzen. Trotz italienischer und niederländischer Proteste übernahm die Hohe Behörde am 15. Januar 1964 diese Empfehlung als verbindlichen Entschluß. Vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jansen vom 3. Dezember 1963 sowie den Drahterlaß des Ministerialdirigenten Voigt vom 15. Januar 1964; Referat I A 2, Bd. 1045.

47 Vgl. dazu auch die schwedische Verbalnote vom 18. November 1963 sowie die schwedische Aufzeichnung vom 21. Januar 1964; Referat I A 2, Bd. 1045.

48 Nachdem der Bundesregierung Noten besonders betroffener Drittstaaten mit Bitte um Ausnahmen von der Zollerhöhung bzw. der Einräumung von Kontingenten für die Einfuhr von Stahlerzeugnissen in die EWG zugegangen waren, setzten sich das Auswärtige Amt und das Bundesministerium für Wirtschaft bei der Hohen Behörde für eine Berücksichtigung dieser Wünsche ein. Vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jansen vom 3. Februar 1964; Referat I A 2, Bd. 1045. Vgl. dazu auch das Schreiben des Ministerialdirektors Estner, Bundesministerium für Wirtschaft, an den Präsidenten der EGKS, del Bo, vom 24. März 1964; Referat I A 2, Bd. 1046.

49 Zur Haltung der Bundesregierung in der Zypern-Frage vgl. Dok. 37 und weiter Dok. 70.

68

Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit dem sowjetischen Botschafter Smirnow

Z A 5-42.A^{II}/64 geheim **11. März 1964**[1]

Am 11. März 1964 empfing der Herr Bundeskanzler den Sowjetischen Botschafter Smirnow im Palais Schaumburg zu einer Unterredung, an der auf deutscher Seite Ministerialdirigent Dr. Osterheld teilnahm. Die Unterredung dauerte von 18.15 Uhr bis 19.30 Uhr.

Nach einleitenden Worten der Begrüßung sagte Botschafter *Smirnow*, seine lange Abwesenheit von Bonn sei nicht nur durch seinen im Kaukasus verbrachten Urlaub zu erklären, sondern vor allem durch seine Teilnahme an Sitzungsperioden der Obersten Führungsorgane der Sowjetunion[2], die in den vergangenen Wochen stattgefunden hätten. Gegenstand der Beratungen sei vor allem der Ausbau der chemischen Industrie und die Intensivierung der Landwirtschaft gewesen. Ferner sei über das Budget und den Wirtschaftsplan für 1964 beraten worden, und natürlich sei auch die sogenannte „hohe Politik" keineswegs zu kurz gekommen. Im Zusammenhang mit der Erörterung außenpolitischer Fragen habe er mehrere Gespräche mit Chruschtschow und anderen Regierungsmitgliedern geführt und auch an einigen Sitzungen des Zentralkomitees teilgenommen. Chruschtschow habe ein großes Interesse für den Stand der Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik bekundet, und er – der Botschafter – habe bei dieser Gelegenheit eingehend über sein Gespräch mit dem Herrn Bundeskanzler vom Anfang Dezember vergangenen Jahres[3] berichtet. Der sowjetische Ministerpräsident habe ihn daraufhin beauftragt, dem Herrn Bundeskanzler einige Gedanken und Erwägungen zu wichtigen politischen Fragen zu übermitteln.

Anmerkung des Dolmetschers: Anschließend verlas der Botschafter die inoffizielle Übersetzung eines Schreibens, welches seinem Charakter nach als Botschaft Chruschtschows an den Herrn Bundeskanzler[4] gewertet werden kann.

Anmerkung von Dr. Osterheld: Der Form nach ist es aber nur eine Gedächtnisstütze für den mündlichen Vortrag des Botschafters.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte nach der Verlesung dieses Dokuments, er könne natürlich nicht sofort im einzelnen dazu Stellung nehmen, doch wolle er schon jetzt folgendes erwidern: Die Bundesregierung habe ihren Verzicht

[1] Durchdruck.
Hat Bundesminister Schröder am 24. März, Staatssekretär Carstens am 3. April und Staatssekretär Lahr am 7. April 1964 vorgelegen.

[2] Das Plenum des ZK der KPdSU tagte vom 10. bis 15. Februar 1964 in Moskau, die Tagung des Präsidiums des ZK der KPdSU fand am 28. Februar 1964 statt.

[3] Zum Gespräch vom 6. Dezember 1963 vgl. AAPD 1963, III, Dok. 454.

[4] Für eine Übersetzung vgl. Abteilung II (II 4), VS-Bd. 227.
In dem sowjetischen Aide-mémoire wurde die Bereitschaft zum Dialog mit der Bundesregierung zum Ausdruck gebracht. Für eine Analyse vgl. Dok. 84.

auf Gewaltanwendung wiederholt ausgesprochen.[5] Dies sei keineswegs nur als eine diplomatische Floskel zu betrachten, sondern es sei ihr durchaus ernst damit. Die Bundesregierung wisse sehr gut, was ein Krieg mit all seinen Auswirkungen bedeute. Sowjetischerseits werde immer wieder behauptet, es gebe starke revanchistische Kräfte in der Bundesrepublik. Diese Behauptung treffe nicht zu; und was ihn selbst, den Kanzler, angehe, so sei ja allgemein bekannt, daß er nie Revanchist oder Nationalist gewesen sei. Dem Botschafter sei es sicherlich nicht neu, daß er in der Nazi-Zeit große Schwierigkeiten gehabt habe und allerlei Berufsbehinderungen[6] habe hinnehmen müssen.

Die Bundesregierung, so fuhr der Herr Bundeskanzler fort, würde es tatsächlich begrüßen, wenn die Beziehungen zwischen den beiden Ländern sich verbessern würden. Man könne dabei auch einiges von der Bundesregierung erwarten; was man aber nicht von ihr verlangen könne – und dies habe nichts mit Revanchismus zu tun – sei, daß sie auf das Selbstbestimmungsrecht der rund 18 Millionen Deutschen in Mitteldeutschland verzichte. Dieses Recht könne und dürfe sie nicht preisgeben. Dieses Recht werde von der Sowjetunion auch den Völkern, die früher unter der Herrschaft großer Kolonialmächte gestanden haben, zugebilligt[7], nicht aber dem deutschen Volk. Wenn man das Prinzip aber anerkenne, dann müsse man es ohne Einschränkung für *alle* Völker gelten lassen. Man könne doch nicht mit verschiedenerlei Maß messen.

Was die Handelsbeziehungen anbelange, so bedauere er, daß die bisherige Regelung lediglich verlängert worden und es zu keinen echten Verhandlungen gekommen sei.[8] Solche Handelsverhandlungen hätten vielleicht einen An-

[5] Zum Gewaltverzicht der Bundesrepublik gegenüber anderen Staaten vgl. Dok. 36, Anm. 24.
Am 9. Januar 1964 bekräftigte Bundeskanzler Erhard vor dem Bundestag das Prinzip des Gewaltverzichts, betonte aber zugleich, man werde nicht darauf verzichten, das Recht auf Selbstbestimmung zu fordern. Vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 54, S. 4848.

[6] Vgl. dazu Dok. 27, Anm. 3.

[7] Im Schreiben vom 31. Dezember 1963 über einen Verzicht auf Gewaltanwendung bei der Lösung von territorialen Streit- und Grenzfragen führte Ministerpräsident Chruschtschow aus: „Das Recht aller Kolonialvölker auf Befreiung, auf Freiheit und Unabhängigkeit, das auch in der UNO-Deklaration über die Gewährung der Unabhängigkeit für die Kolonialländer und -völker niedergelegt ist, kann von niemandem in Zweifel gezogen werden. Alle, die aufrichtig an der raschen, endgültigen Liquidierung des schändlichen Kolonialsystems interessiert sind ... müssen diesen Völkern helfen, das Kolonialjoch rascher abzuwerfen." Vgl. DzD IV/9, S. 1072.
Vgl. dazu auch Dok. 16.

[8] Am 21. Januar 1964 schlug die UdSSR vor, den gegenseitigen Warenverkehr im Jahre 1964 im Rahmen der Kontingente fortzuführen, die in dem am 31. Dezember 1963 abgelaufenen Abkommen über den Waren- und Zahlungsverkehr für 1963 vorgesehen waren. Verhandlungen über ein neues Warenabkommen lehnte die sowjetische Seite ab. Vgl. dazu Dok. 19.
Ministerialdirektor Sachs hielt am 23. März 1964 fest, der UdSSR solle in einem Aide-mémoire einseitig erklärt werden, „daß die für den Import sowjetischer Waren im 1. Halbjahr 1964 erforderlichen Ausschreibungen bereits vor Ende des Jahres 1963 erfolgt seien, wobei die vereinbarten Kontingente des Jahres 1963 soweit möglich als Maßstab gedient hätten". Diese Konstruktion ermögliche die kurzfristige Fortführung der Handelsbeziehungen, ohne die Berlin-Frage zu berühren. Außerdem sichere dieses „autonome Vorgehen" der Bundesregierung freie Hand bei den Ausschreibungen, da es keine vereinbarten Kontingente gebe, und entziehe der UdSSR die Möglichkeit, die Frage eventueller Lieferungen von Großrohren wiederum zu einem Streitpunkt zu machen. Die Unsicherheit über Art und Höhe künftiger deutscher Ausschreibungen sei für eine Planwirtschaft nicht lange tragbar; daher könne man die UdSSR so schneller an den Ver-

knüpfungspunkt für eine Verbesserung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern geben können.

Anschließend kam der Herr Bundeskanzler auf eine Äußerung des ehemaligen Bundeskanzlers Adenauer zu sprechen, die, wie aus dem von Botschafter Smirnow verlesenen Schreiben hervorging, von der sowjetischen Regierung mit größter Empörung aufgenommen worden war. (Anmerkung des Dolmetschers: Es handelt sich um die Äußerung Adenauers, derzufolge man die Sowjetunion wie eine belagerte Festung aushungern müsse[9].) Der Herr Bundeskanzler sagte hierzu, daß er zwar die Form der sowjetischen Kritik zurückweise, daß er im übrigen aber mit dem Inhalt dieser Äußerung nichts zu tun habe, sondern einen derartigen Gedanken ablehne, was er auch schon früher bekundet habe.[10] Er sei der Ansicht, daß es gerade den Deutschen, die nach dem Kriege in schwierigen Lagen vom Ausland eine erhebliche Hilfe erfahren hätten, nicht zustünde, in einer derartigen Frage (Weizenlieferungen an die Sowjetunion[11]) eine negative Haltung einzunehmen. In Gesprächen mit dem amerikanischen Präsidenten[12] habe er vielmehr die Weizenlieferungen gutgeheißen, da *diese* Angelegenheit tatsächlich einen humanitären Aspekt habe.

Noch einmal auf die Haltlosigkeit der sowjetischen Beschuldigungen, in der Bundesrepublik gebe es starke revanchistische Kräfte, eingehend, führte der Herr Bundeskanzler ferner aus, daß die Bundesrepublik ja bekanntlich dem Testbannabkommen beigetreten sei[13] und damit auch bei dieser Gelegenheit ihren Willen, zur Entspannung beizutragen, bekundet habe. In seinen Unterredungen mit Präsident Johnson habe er eindeutig klargemacht, daß die Bundesregierung die Bemühungen der Vereinigten Staaten billige, mit der Sowjetunion zu Vereinbarungen zu gelangen, die der internationalen Entspannung dienen könnten. Er sei sich sehr wohl darüber im klaren, daß ein Krieg unter den heutigen Gegebenheiten die Vernichtung der Menschheit bedeuten würde.

Was nun die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik angehe, so gebe es doch nur ein einziges schwerwiegendes Problem, welches zwischen den beiden Völkern stehe, nämlich das deutsche Problem. In bezug auf andere Staaten des Ostens sei es in jüngster Zeit gelungen, mit einigen

Fortsetzung Fußnote von Seite 333

handlungstisch bringen. Vgl. Abteilung II (II 4), VS-Bd. 249; B 150, Aktenkopien 1964. Für den Wortlaut des entsprechenden Aide-mémoires der Bundesregierung vom 16. April 1964 an die UdSSR vgl. BULLETIN 1964, S. 572.

9 Die Äußerung des ehemaligen Bundeskanzlers fiel am 11. November 1963 in einem Gespräch mit einer Gruppe amerikanischer Besucher. Vgl. dazu den Artikel „Adenauer zur ‚russischen Frage'"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 263 vom 12. November 1963, S. 3. Zur sowjetischen Kritik an dieser Äußerung vgl. bereits AAPD 1963, III, Dok. 450.

10 Am 29. Dezember 1963 führte Bundeskanzler Erhard gegenüber Präsident Johnson aus, er halte diese Vorstellung von Adenauer „für falsch und sehr gefährlich, denn man dürfe nicht vergessen, daß ein Diktator, wenn er in Bedrängnis komme, gern in ein Abenteuer ausbreche". Vgl. AAPD 1963, III, Dok. 490.

11 Zu den amerikanischen Weizenverkäufen an die UdSSR vgl. Dok. 14, Anm. 9.

12 Zu den deutsch-amerikanischen Regierungsbesprechungen am 28./29. Dezember 1963 in Stonewall, Texas, vgl. AAPD 1963, III, Dok. 486–491.

13 Die Bundesrepublik unterzeichnete das Teststopp-Abkommen am 19. August 1963. Vgl. dazu AAPD 1963, II, Dok. 308.

dieser Länder die Errichtung von Handelsvertretungen zu vereinbaren[14], worüber er sehr froh sei. Er habe auch seinerzeit die im Jahre 1955 getroffenen Abmachungen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen[15] begrüßt.

Im Hinblick auf die Passierscheinverhandlungen[16], von denen in dem soeben verlesenen Schreiben auch die Rede sei, wolle er bemerken, daß diese Verhandlungen nicht als beendet oder abgebrochen zu betrachten seien, sondern daß man gewillt sei, weiterzuverhandeln.[17] Die Bundesregierung werde alles tun, was für das humanitäre Anliegen in dieser Frage getan werden könne. Er wolle jedoch daran erinnern, daß die Mauer ja schließlich nicht von der Bundesrepublik gebaut worden sei. Er habe bereits in seinem letzten Gespräch mit dem Botschafter ausgeführt, daß er es keineswegs als einen Prestigeverlust betrachten würde, wenn in ganz Deutschland, d.h. auch in der Bundesrepublik, freie Wahlen unter internationaler Kontrolle stattfinden würden, um auf dem Wege zur Wiedervereinigung voranzukommen. Natürlich müsse dies auch für den anderen Teil Deutschlands gelten, und es sei nicht einzusehen, warum ein derartiges Vorgehen für Ulbricht nicht akzeptabel sein solle. Mit einer Beeinträchtigung der Souveränität habe das nichts zu tun. Man müsse eben den Mut haben, das Votum des Volkes in einer so entscheidend wichtigen Frage einzuholen. Ein solcher Schritt würde auch einer guten demokratischen Überzeugung entsprechen.

Der Herr Bundeskanzler bat nunmehr den Botschafter, Ministerpräsident Chruschtschow für die soeben übermittelte Botschaft zu danken. Anschließend fragte er den Botschafter, was denn die sowjetische Agentur TASS veranlaßt habe, vor kurzem so äußerst scharf zu reagieren.[18]

Botschafter *Smirnow* antwortete, der Grund hierfür sei ein ganzer Komplex von Erklärungen führender Politiker der Bundesrepublik. Ein weiterer Grund sei der im Januar veröffentlichte Tätigkeitsbericht für das Jahr 1963.[19]

[14] Im Laufe des Jahres 1963 schloß die Bundesrepublik Abkommen mit Polen, Rumänien und Ungarn über den Handelsverkehr bzw. den Austausch von Handelsvertretungen. Vgl. dazu Dok. 13, Anm. 20.
Zum Abkommen mit Bulgarien vom 6. März 1964 über den Waren- und Zahlungsverkehr und den Austausch von Handelsvertretungen vgl. Dok. 62.

[15] Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der UdSSR und der Bundesrepublik Deutschland wurde am 13. September 1955 während des Besuchs des Bundeskanzlers Adenauer in Moskau beschlossen. Vgl. dazu ADENAUER, Erinnerungen II, S. 547–551.

[16] Zu den Passierschein-Gesprächen vgl. zuletzt Dok. 60 und Dok. 64.

[17] Am 2. April 1964 beschlossen Vertreter des Senats von Berlin und der beteiligten Bundesressorts, die Passierschein-Gespräche am 8. April 1964 wiederaufzunehmen. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Praß, Bundeskanzleramt, vom 2. April 1964; Abteilung II (II 1), VS-Bd. 387; B 150, Aktenkopien 1964.
Zur Wiederaufnahme der Passierschein-Gespräche vgl. auch Dok. 92.

[18] Zur TASS-Erklärung vom 7. März 1964 vgl. Dok. 67, Anm. 16.

[19] So wurde im Tätigkeitsbericht der Bundesregierung für 1963 zur Deutschland-Politik ausgeführt: „Die grundlegende Neugestaltung des Verhältnisses zur freien Welt brachte uns die Unterstützung für unsere legitimen Ansprüche in der Deutschland- und Berlin-Frage und führte besonders mit den westeuropäischen Ländern und den USA zu einer engen und freundschaftlichen Zusammenarbeit. Demgegenüber beharrt die Sowjetunion unverändert auf einer Politik, die dem unter ihrer Herrschaft stehenden Teil unseres Volkes nach wie vor die Selbstbestimmung verwehrt. Auch 1963 haben die Sowjets keine Bereitschaft gezeigt, das Druckmittel der Berlinkrise aus der

An dieser Stelle warf Herr Dr. *Osterheld* ein, daß es sich hierbei noch nicht um die endgültige Fassung, sondern nur um eine vom Presseamt herausgegebene Kurzfassung handele.

Botschafter *Smirnow* fuhr fort, in diesem Bericht seien einige üble Verdrehungen in bezug auf die sowjetische Außenpolitik sowie einige Äußerungen enthalten, die als Bedrohung der europäischen Sicherheit und als gegen sowjetische Interessen gerichtet gewertet werden müßten. Er habe hierbei vor allem den militärischen Teil dieses Berichts im Auge. Ferner würde in dem Bericht zum Ausdruck gebracht, daß die Bundesregierung beanspruche, verschiedene ureigenste Interessen der DDR zu vertreten. Sie nehme für sich sogar das Recht in Anspruch, in internationalen Fragen für die DDR zu sprechen. Allein diese kurzen Andeutungen seien ausreichend, um zu beweisen, daß es Gründe genug gegeben habe, TASS so scharf reagieren zu lassen.

Der Herr *Bundeskanzler* erwiderte, auf die TASS-Erklärung eingehend, daß darin u.a. behauptet werde, die Bundesrepublik bedrohe den Weltfrieden. Eine solche Behauptung sei natürlich völlig haltlos. Die sowjetische Regierung möge doch nicht vergessen, daß die Bundesrepublik auf militärischem Gebiet gar nicht selbständig operieren könne, sondern daß ihre Streitkräfte voll in der NATO integriert seien. Die Bundeswehr besitze keine einzige Atombombe, und die Bundesregierung strebe weder den Besitz noch den Bau von Atombomben an. Die Tatsache, daß die Bundesrepublik aufgrund ihrer Mitgliedschaft in der NATO militärisch gar nicht selbständig handeln könne, müsse für die Sowjetunion doch ein Faktor der Beruhigung sein. Wenn man schon der Bundesrepublik nicht traue, so werde doch die sowjetische Regierung gewiß davon überzeugt sein, daß die USA und England keinerlei Abenteuer militärischer Art wünschten. Die Bundesregierung spreche nicht für die DDR, die sie nicht anerkennen könne, wohl aber für das ganze deutsche Volk.

Botschafter *Smirnow* antwortete, er höre hier nicht zum erstenmal, daß Politiker der Bundesrepublik mit der Art unzufrieden seien, wie die sowjetische Regierung die Militärpolitik Westdeutschlands beurteile. Bundesrepublikanische Politiker behaupteten zwar immer wieder, die Militärpolitik ihres Landes sei für die Sowjetunion und für Europa ungefährlich. Sie behaupteten ferner, die Bundesregierung betreibe keine militaristische oder revanchistische Politik. Derartige Versicherungen könne man auch in der westdeutschen Presse lesen. Die Praxis jedoch sehe anders aus.

Fortsetzung Fußnote von Seite 335

Hand zu geben. Während sie den Eindruck des Verständigungswillens zu erwecken suchen, haben sie gleichzeitig die internationale Anerkennung der deutschen Teilung zum Hauptziel ihrer Politik erklärt." Vgl. die vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung im Januar 1964 veröffentlichte Kurzfassung des Tätigkeitsberichts: LEISTUNG UND ERFOLG 1963, S. 17.
Mit Drahtbericht vom 9. März 1964 legte Botschafter Groepper, Moskau, die Ansicht dar, daß die Enttäuschung über das Scheitern der Passierschein-Gespräche die sowjetische Regierung veranlaßt habe, „ihre bisherige abwartende Haltung gegenüber [der] Regierung Erhard aufzugeben und auch sie massiver Kritik zu unterziehen". Vgl. Abteilung II (II 4), VS-Bd. 248; B 150, Aktenkopien 1964.

Man nehme nur einmal die Bundeswehr als Beispiel. Sie sei jetzt die stärkste Armee innerhalb der NATO.[20] Für militärische Zwecke würden in der Bundesrepublik kolossale Mittel ausgegeben. Nach Angaben aus westdeutschen Quellen seien bisher insgesamt etwa 150 Milliarden DM für militärische Zwecke ausgegeben worden. Im Budget entfielen mehr als 30% auf Militärausgaben.[21] Aus offiziellen Erklärungen verschiedener Minister gehe hervor, daß die Bundeswehr inzwischen zur führenden Kraft in der NATO geworden sei. Aus dieser Feststellung werde der Anspruch hergeleitet, nun auch entsprechende Forderungen hinsichtlich Einfluß und Führung[22] stellen zu können.

Wenn auch der Bundeskanzler behauptet habe, so fuhr der Botschafter fort, daß in der Bundesrepublik keine Atombomben und Raketen hergestellt würden, so sei doch in Wirklichkeit z.B. die Raketenproduktion in Westdeutschland[23] groß angelaufen. Er sei nun schon das achte Jahr in der Bundesrepublik[24] und erinnere sich noch gut an ein Gespräch mit dem ehemaligen Bundeskanzler aus der Anfangszeit seiner hiesigen Tätigkeit als Botschafter. Damals habe ihm Bundeskanzler Adenauer auf Anfrage mitgeteilt – und ihm dies sogar schriftlich gegeben –, daß die Stärke der Bundeswehr 65000 Mann betrage. Inzwischen sei sie auf etwa eine halbe Million Mann angewachsen. Gegenwärtig würden in der Bundesrepublik Raketen und Panzer sowie ballistische Raketen der dritten Stufe gebaut. Es sei doch offensichtlich, daß die sowjetische Regierung angesichts all dieser Tatsachen nicht gleichgültig bleiben könne.

Neben der Militärpolitik müsse man sich ebenfalls die Außenpolitik der Bundesrepublik vor Augen halten, die auf eine Wiederherstellung der Grenzen des Dritten Reichs ausgerichtet sei. Und dies, obwohl doch die Grenzfrage durch internationale Verträge[25] geregelt worden sei. Betrachte man all dies zusammengenommen, so sei es wirklich schwer, nicht von revanchistischen Bestrebungen in der Bundesrepublik zu sprechen.

Der Herr *Bundeskanzler* erwiderte, es sei nicht richtig zu behaupten, die Bundesregierung fordere die Wiederherstellung der Grenzen nach dem Gebietsstand vom 1. Januar 1937. Was sie hingegen fordere, sei die endgültige Regelung der Grenzfrage erst in Verhandlungen über einen Friedensvertrag mit Deutschland vorzunehmen. Bis zum Zustandekommen eines solchen Friedensvertrages gelten formal und zwar auch von den Alliierten in Potsdam aner-

[20] Im Oktober 1964 dienten in der Bundeswehr 527000 Soldaten, davon 430000 im Heer, 94000 in der Luftwaffe und 3000 in der Marine. Damit blieb die Bundesrepublik bei allen drei Teilstreitkräften hinter den USA und Frankreich zurück.

[21] Das Budget des Bundesministers der Verteidigung für 1964 betrug 18733608500 DM bei einem Bundeshaushalt vom 58094397500 DM. Vgl. BUNDESHAUSHALTSPLAN FÜR DAS RECHNUNGSJAHR 1964, S. 34f.

[22] Der Passus „hinsichtlich Einfluß und Führung" wurde von Bundesminister Schröder unterschlängelt.

[23] Der Passus „die Raketenproduktion in Westdeutschland" wurde von Bundesminister Schröder hervorgehoben. Dazu Ausrufezeichen am Rand.
Zum sowjetischen Vorwurf einer Raketenproduktion in der Bundesrepublik vgl. auch Dok. 36.

[24] Andrej Smirnow war seit dem 3. November 1956 sowjetischer Botschafter in Bonn.

[25] Zur vorläufigen Regelung der Grenzfrage im Kommuniqué vom 2. August 1945 über die Konferenz von Potsdam (Potsdamer Abkommen) vgl. Dok. 13, Anm. 17.

kannt die Grenzen vom 1.1.1937. Die Ausführungen des Botschafters zu diesem Punkt seien daher ungenau gewesen. Was nun die Feststellungen des Botschafters hinsichtlich einer angeblichen Raketenproduktion in Westdeutschland anbelange, so wolle er hierzu bemerken, daß Raketen ohne Atomköpfe ja doch an sich nichts anderes seien als ein „besseres Feuerwerk". Schließlich möge man doch auch bedenken, daß Raketen ebenfalls für wissenschaftlich-technische Zwecke verwendet würden. Als Partnerland der NATO habe die Bundesrepublik, genau so wie die anderen NATO-Mitglieder, natürlich gewisse Verpflichtungen übernehmen müssen. Er mache kein Geheimnis daraus, daß die Bundesrepublik ihre diesbezüglichen Verpflichtungen noch nicht einmal in vollem Umfang erfüllt habe. Von außergewöhnlichen militärischen Anstrengungen könne daher keine Rede sein. Er selbst habe sich dafür eingesetzt und auch bewirkt, daß im diesjährigen Haushalt die Militärausgaben gegenüber der an sich vorgesehenen Summe um 2 Milliarden DM gekürzt worden seien.[26] Dieser Betrag werde für soziale Zwecke Verwendung finden. Einen gewissen Prozentsatz des Nationaleinkommens gebe ja doch jedes Land für Verteidigungszwecke aus. Im übrigen habe die sowjetische Regierung vor einiger Zeit zu verstehen gegeben, daß sie gegen die NATO-Mitgliedschaft der Bundesrepublik nichts einzuwenden habe. Es sei sowjetischerseits nicht richtig, der Bundesregierung, die ganz gewiß keinerlei aggressive Absichten habe, bösen Willen zu unterstellen. Es sei doch absurd zu glauben, von der Bundesrepublik könne eine Bedrohung ausgehen. Der Botschafter sei zweifellos genau über die Zahl der westlichen bzw. der östlichen Divisionen unterrichtet, die in Mitteleuropa stationiert seien. Betrachte man daher die Lage nüchtern und sachlich, so müsse man zwangsläufig zu dem Schluß kommen, daß Befürchtungen hinsichtlich einer von der Bundesrepublik ausgehenden Bedrohung für den Weltfrieden absolut gegenstandslos seien.

Botschafter *Smirnow* antwortete, es gebe eine ganze Reihe von Argumenten, die derartige Befürchtungen rechtfertigten. Er wolle hierbei nur auf das ständige Anwachsen der Bundeswehr hinweisen. Aufgrund des Versailler Vertrages[27] seien seinerzeit Deutschland 100000 Mann zugebilligt worden; die derzeitige Stärke der Bundeswehr übertreffe diese Zahl fast um ein Fünffaches. Allein diese Tatsache beweise, daß gewisse Befürchtungen seitens der Sowjetunion und ihrer Verbündeten durchaus nicht grundlos seien.

Der Herr Bundeskanzler habe zwar festgestellt, so fuhr Botschafter Smirnow fort, daß es in der Bundesrepublik keine ernst zu nehmenden revanchistischen oder militaristischen Bestrebungen gebe und daß die Bundesrepublik durch ihre NATO-Mitgliedschaft bekanntermaßen ja gebunden sei. Er wolle jedoch in diesem Zusammenhang auf die Hallstein-Doktrin[28] hinweisen, die in

[26] Dieser Satz wurde von Staatssekretär Carstens durch eine geschlängelte Linie hervorgehoben.

[27] Die Wörter „Versailler Vertrages" wurden von Bundesminister Schröder hervorgehoben. Dazu Ausrufezeichen am Rand.
Artikel 160 des Versailler Vertrags vom 28. Juni 1919 legte fest: „1. Spätestens am 31. März 1920 darf das deutsche Heer nicht mehr als sieben Infanterie- und drei Kavallerie-Divisionen umfassen. Von diesem Zeitpunkt an darf die Iststärke des Heeres der sämtlichen deutschen Einzelstaaten nicht mehr als hunderttausend Mann, einschließlich der Offiziere und der Depots, betragen." Vgl. REICHSGESETZBLATT 1919, S. 919.

[28] Zur Hallstein-Doktrin vgl. Dok. 46, Anm. 15.

ihren Grundideen auf wirtschaftlicher und militärischer Stärke basiere. Mit Hilfe dieser Doktrin versuche die Bundesregierung anderen Ländern zu diktieren, wie sie sich in der deutschen Frage zu verhalten hätten. Nehme ein Land in der deutschen Frage eine der Bundesregierung nicht genehme Haltung ein, so drohe sie mit dem Entzug der Wirtschaftshilfe[29] und ähnlichen Maßnahmen. Im Augenblick verfüge die Bundesrepublik zwar nur über wenige U-Boote und Kreuzer, doch könne die Zahl dieser Kriegsschiffe aufgrund der Leistungsfähigkeit der westdeutschen Industrie sehr rasch erhöht werden. Sollte dann irgendein Land im Zusammenhang mit der deutschen Frage in einer Weise reagieren, die der Bundesregierung aufgrund der Hallstein-Doktrin unerwünscht erscheint, dann werde sie vielleicht erwägen, ihre U-Boote und Kreuzer gegen dieses Land in Marsch zu setzen[30]. Eine derartige Politik habe es früher in der deutschen Geschichte auch schon gegeben.

Der Botschafter führte weiter aus, der Bundeskanzler habe sich von der bereits erwähnten Adenauer-Erklärung distanziert. Betrachte man diese Erklärung näher, so werde klar, daß der ihr zugrunde liegende Gedanke mit humanitären Gesichtspunkten nichts zu tun habe, sondern auf die Anwendung von Gewalt hinauslaufe.

Auf eine andere Frage eingehend, sagte der Botschafter, die sowjetische Regierung habe die Antwort der Bundesregierung[31] auf die von Chruschtschow zum Jahreswechsel gemachten Vorschläge über den Gewaltverzicht bei der Regelung von Grenzfragen und territorialen Streitigkeiten erhalten. Es sei recht interessant gewesen, das Echo in der westdeutschen Presse auf die erwähnten Vorschläge Chruschtschows zu verfolgen. Es seien in Westdeutschland Pressestimmen laut geworden, wonach die Bundesregierung aufgefordert werde, keinesfalls auf das Recht der Gewaltanwendung zur Regelung[32] von Grenzfragen und territorialen Streitigkeiten zu verzichten. Auch dies sei doch ein eindeutiger Beweis für das Vorhandensein starker revanchistischer Kräfte in der Bundesrepublik.

Der Herr *Bundeskanzler* erwiderte, bei der letzten Feststellung des Botschafters handele es sich ganz gewiß um einen Irrtum. Er habe in der westdeutschen Presse keinerlei derartigen Reaktionen bemerkt. Allenfalls könne vielleicht der Botschafter in der „Soldatenzeitung" irgendwelche Äußerungen in dieser Richtung gelesen haben – obwohl er damit keineswegs behaupten wolle, daß die „Soldatenzeitung" so etwas geschrieben habe – aber derartige Artikel dürfe man doch nicht ernst nehmen. So etwas könne ja doch nur ein Verrückter fordern.

Der *Botschafter* warf ein, daß es ja schließlich ein deutscher Verrückter gewesen sei, der den zweiten Weltkrieg entfesselt habe.

[29] Zur Einstellung der Entwicklungshilfe an Ceylon als Reaktion auf die Errichtung eines Generalkonsulats der DDR in Colombo vgl. Dok. 53, Anm. 8.

[30] Der Passus „ihre U-Boote und Kreuzer gegen dieses Land in Marsch zu setzen" wurde von Bundesminister Schröder unterschlängelt. Dazu Ausrufezeichen am Rand.

[31] Zur Antwort der Bundesregierung vom 18. Februar 1964 vgl. Dok. 16, Anm. 10.

[32] Der Passus „Pressestimmen laut geworden, wonach die Bundesregierung aufgefordert werde, keinesfalls auf das Recht der Gewaltanwendung zur Regelung" wurde von Bundesminister Schröder unterschlängelt. Dazu Fragezeichen am Rand.

Der Herr *Bundeskanzler* fuhr fort, die jüngste TASS-Erklärung könne doch nicht im Ernst die wirklichen Ansichten der sowjetischen Regierung widerspiegeln. Wörtlich fuhr er fort: „Wir sind doch keine berufsmäßigen Selbstmörder! Wir wollen doch keine Selbstvernichtung!" Die Hallstein-Doktrin habe auch nichts mit Gewaltanwendung zu tun. Was die Bundesregierung allerdings wünsche, sei die Verhinderung einer Zementierung der Teilung Deutschlands. Um zu verhindern, daß die Teilung Deutschlands endgültig werde, bediene sie sich u.a. der Hallstein-Doktrin.

Es sei völlig abwegig, der Bundesrepublik unterstellen zu wollen, sich auch nur mit dem Gedanken zu tragen, irgendwelche Abenteuer unter Einsatz von U-Booten oder Kreuzern zu planen. Gesetzt den Fall, die Bundesregierung würde mit derartigen Plänen auch nur am Rande spielen, so würden die mit der Bundesrepublik verbündeten Staaten, voran die Amerikaner und Engländer, „uns für verrückt erklären". Er, der Herr Bundeskanzler, könne nicht annehmen, daß der Botschafter an das, was er vorbringe, selber glaube.

Botschafter *Smirnow* erwiderte, daß auch in westlichen Ländern Bedenken im Hinblick auf die Militärpolitik der Bundesrepublik geäußert worden seien. In verschiedenen NATO-Ländern seien im Zusammenhang mit den außenpolitischen Zielsetzungen der Bundesregierung Befürchtungen laut geworden. Dies gelte auch für die USA. Es sei also keineswegs so, daß derartige Befürchtungen nur in Ostblockstaaten zu hören seien.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, aus seinen Gesprächen mit dem amerikanischen Präsidenten habe er entnommen, daß die USA eine Verständigung mit der Sowjetunion wünschten. Gewiß sei dies auch Chruschtschows Wunsch. Er wolle an dieser Stelle versichern, daß er als Bundeskanzler alle einer allgemeinen Verständigung dienenden Schritte unterstützen werde. Andererseits müsse aber die sowjetische Regierung auch das Ihre zu einer solchen Verständigung beitragen.

Wenn man sich vor Augen halte, daß sowohl die USA als auch die Bundesrepublik NATO-Partner seien, so sei es verständlich, daß die Amerikaner von der Bundesregierung forderten, auch einen eigenen Beitrag zum Schutz der Bundesrepublik zu leisten. Da die NATO bekanntlich ein Verteidigungsbündnis sei, hätte die Bundesrepublik mit keinerlei Hilfe von seiten ihrer westlichen Partner zu rechnen, wenn sie etwa die Absicht haben sollte, irgendwelche revanchistischen Ideen oder Pläne zu verwirklichen.

Botschafter *Smirnow* antwortete, das Bemühen Chruschtschows um eine weltweite Entspannung sei bekannt, und der sowjetische Regierungschef sei bestrebt, auch die kleinste Chance in dieser Richtung zu nutzen. Chruschtschow habe sich bei seiner Botschaft an den Herrn Bundeskanzler ebenfalls von dem Gedanken leiten lassen, auf dem Wege zu einer allgemeinen Entspannung voranzukommen.

Der Botschafter fuhr fort, er stelle mit Befriedigung fest, daß der Herr Bundeskanzler im Hinblick auf die militaristische, revanchistische und imperialistische Vergangenheit Deutschlands eine ablehnende Haltung einnehme. Eine solche Einstellung erleichtere natürlich das gegenseitige Verständnis. Dies gelte nicht nur für die Sowjetunion und ihr Verhältnis zur Bundesrepublik,

sondern auch für die Beziehungen Westdeutschlands zu den anderen sozialistischen Staaten, die zum Teil sogar Nachbarn der Bundesrepublik seien.

Der Herr *Bundeskanzler* schlug anschließend vor, man möge sich doch in Zukunft bei Veröffentlichungen, die das Verhältnis zwischen den beiden Ländern beträfen, einer gemäßigteren Sprache bedienen, was der Botschafter begrüßte. Abschließend fragte der Herr Bundeskanzler den Botschafter, ob in diesem Jahr eventuell mit einer Begegnung Chruschtschows mit Johnson[33] oder de Gaulle[34] zu rechnen sei.

Der *Botschafter* antwortete, das Jahr habe ja erst begonnen, und solche Begegnungen seien daher möglich. Auch andere Begegnungen seien im laufenden Jahr durchaus möglich. Im übrigen stehe er jederzeit zur Verfügung, sofern der Herr Bundeskanzler noch Erläuterungen zu dem Schreiben Chruschtschows wünsche.

Ministerbüro, VS-Bd. 8511

69

Staatssekretär Lahr an Staatssekretär Westrick, Bundeskanzleramt

St.S. 539[I]/64 geheim **12. März 1964[1]**

Betr.: Wirtschaftsbeziehungen zur Volksrepublik China

Das Auswärtige Amt ist der Ansicht, daß in einigen Monaten Regierungsverhandlungen mit der Volksrepublik China über den Abschluß eines neuen Handelsabkommens aufgenommen werden sollten. Ein im Jahre 1958 zwischen dem Ostausschuß der Deutschen Wirtschaft und einer chinesischen Delegation abgeschlossenes einjähriges Abkommen[2] ist für 1960 verlängert worden und dann abgelaufen, weil die Volksrepublik China auf dieser Grundlage nicht mehr verhandeln wollte. Zunächst ist eine interne Vorbereitung der in

[33] Präsident Johnson äußerte am 15. März 1964 in einer Fernsehansprache, es bestehe die Möglichkeit eines „get-acquainted meeting" mit Ministerpräsident Chruschtschow, es existierten allerdings keine konkreten Pläne. Vgl. dazu THE NEW YORK TIMES, International Edition, Nr. 38768 vom 16. März 1964, S. 1 f.

[34] Zu diesbezüglichen Erwartungen vgl. die Artikel „Moskau an einem Besuch de Gaulles interessiert" und „Amerika rechnet mit Moskau-Reise de Gaulles"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 54 vom 4. März 1964, S. 1, und Nr. 57 vom 7. März 1964, S. 3.

[1] Durchschlag als Konzept.

[2] Die Vereinbarungen zwischen dem Ostausschuß der Deutschen Wirtschaft und dem China-Komitee zur Förderung des internationalen Handels wurden am 27. September 1957 abgeschlossen. Vgl. dazu AAPD 1963, III, Dok. 465.

Aussicht genommenen Verhandlungen eingeleitet worden.[3] Ferner wird die amerikanische Regierung von unserer Absicht zu unterrichten sein[4], bevor diese den Chinesen mitgeteilt wird. Die Errichtung einer amtlichen Handelsvertretung nach dem Muster der in anderen kommunistischen Staaten errichteten deutschen Vertretungen kommt nach Auffassung des Auswärtigen Amts vorerst nicht in Frage. Ob der Ostausschuß der Deutschen Wirtschaft ein Büro in Peking unterhalten sollte, wird noch geprüft.

Es wird gebeten, den Herrn Bundeskanzler[5] von diesen Überlegungen zu unterrichten.[6]

Lahr[7]

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 438

[3] Ausgangspunkt für die internen Überlegungen im Auswärtigen Amt war eine Aufzeichnung des Ostausschusses der Deutschen Wirtschaft. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Staatssekretärs Lahr vom 28. Februar 1964; Büro Staatssekretär, VS-Bd. 438; B 150, Aktenkopien 1964.
Vgl. dazu ebenso die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Sachs vom 7. April 1964; VS-Bd. 8355 (III A 6).

[4] Zur Unterrichtung der drei Westmächte vgl. Dok. 126.

[5] Bundeskanzler Erhard vermerkte zu dem Vorschlag: „Etwas Zurückhaltung ist wohl noch am Platze." Vgl. dazu das Schreiben des Legationsrats Schmitt, Bundeskanzleramt, vom 13. April 1964; Büro Staatssekretär, VS-Bd. 438; B 150, Aktenkopien 1964.

[6] Zur Frage der Aufnahme von Wirtschaftsverhandlungen mit der Volksrepublik China vgl. weiter Dok. 131.

[7] Paraphe vom 12. März 1964.

70

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jansen

I B 1 - 80.23/7/791^{IV}/64 VS-vertraulich **12. März 1964**[1]

Betr.: Zypern[2];
hier: Finanzieller Beitrag der Bundesrepublik Deutschland zu den Kosten der Friedenstruppe

Bezug: Randbemerkung des Herrn Bundesministers auf beiliegendem Drahtbericht des VN-Beobachters Nr. 156 vom 5. März 1964[3]

I. Der VN-Beobachter hat am 5. März 1964 berichtet, daß der Generalsekretär[4] der Vereinten Nationen die Bundesregierung um einen finanziellen Beitrag zu den Kosten der Friedenstruppe gebeten hat, die auf Grund der Entschließung des Sicherheitsrats vom 4. März 1964[5] zur Beseitigung der Zypern-Krise eingesetzt werden soll (Drahtbericht Unogerma Nr. 156 vom 5. März).

Auf Grund der in der Direktorenbesprechung vom 6. März gegebenen mündlichen Weisung des Herrn StS II[6] war dem VN-Beobachter mit der Bitte um vertrauliche Behandlung mitgeteilt worden, daß das Auswärtige Amt dem Wunsch des VN-Generalsekretärs grundsätzlich positiv gegenüberstehe, die endgültige Entscheidung der Bundesregierung wahrscheinlich aber von einem Kabinettsbeschluß abhängig sei, bei dem angesichts der angespannten Haushaltslage die Höhe des von uns erwarteten Beitrags eine Rolle spielen werde.[7] Ein von Abteilung I vorsorglich entworfener Schnellbrief[8] an das Bun-

[1] Die Aufzeichnung wurde von Legationsrat I. Klasse Andreae und Legationsrat Dröge konzipiert.

[2] Zur Zypern-Frage vgl. zuletzt Dok. 37.

[3] Botschaftsrat I. Klasse Caspari, New York (UNO), informierte am 5. März 1964 über die Bitte des UNO-Generalsekretärs um einen finanziellen Beitrag der Bundesrepublik zur geplanten UNO-Friedenstruppe für Zypern. Andere deutsche Leistungen wie die Entsendung von Truppen oder logistische Unterstützung würden nicht erwartet. Außer der Bundesrepublik wolle U Thant die Schweiz als einzigen weiteren Nichtmitgliedstaat um finanzielle Hilfe bitten. Caspari vertrat die Auffassung, daß sich die Bundesrepublik der Bitte nicht werde entziehen können. „Je schneller ein solcher Beitrag geleistet wird, desto wirkungsvoller wird er dem Generalsekretär bei seiner schwierigen Aufgabe helfen und desto größer wird auch die Wirkung auf die Öffentlichkeit sein. Eine Million Dollar jetzt wäre mehr wert als ein mehrfaches dieser Summe in einigen Wochen." Vgl. Abteilung I (I B 1), VS-Bd. 71; B 150, Aktenkopien 1964.
Hat Bundesminister Schröder am 6. März 1964 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Ich bin nicht der Meinung, daß wir uns hier finanziell beteiligen sollten."

[4] Sithu U Thant.

[5] Vgl. dazu Dok. 66, Anm. 29.

[6] Staatssekretär Lahr.

[7] Vgl. dazu den Drahterlaß des Ministerialdirektors Böker vom 6. März 1964; Abteilung I (I B 1), VS-Bd. 71; B 150, Aktenkopien 1964.
Zum Beschluß des Bundeskabinetts vom 18. März 1964 vgl. Dok. 71, Anm. 6.

[8] Im Entwurf vom 6. März 1964 wurde dargelegt, daß das Auswärtige Amt einen finanziellen Beitrag für unausweichlich halte, nicht nur, um ein schnelles Ende der Krise zu erreichen, sondern vor allem aufgrund der von der Bundesregierung vertretenen „Politik der praktischen Mitwirkung" an den Aufgaben der UNO. Hinsichtlich der Höhe des Beitrages sollten noch Sondierungen in New York und Bern erfolgen. Das Bundesministerium der Finanzen wurde gebeten, sich

desministerium der Finanzen war von dem Herrn StS II mit der Begründung aufgehalten worden, daß der Herr Minister entschieden habe, es sei nicht gut, wenn wir in dieser Angelegenheit zu eilig vorgingen.[9] Auf dem beiliegenden Drahtbericht des VN-Beobachters Nr. 156 vom 5. März hat der Herr Minister bemerkt, er sei nicht der Meinung, daß wir uns hier finanziell beteiligen sollten.

Der VN-Beobachter, der inzwischen um Bericht darüber gebeten worden war, wie hoch nach seiner Vorstellung der deutsche Beitrag mindestens sein müsse, um den gewünschten politischen Effekt herbeizuführen, berichtete am 6. März (Drahtbericht Nr. 162)[10], daß er einen Beitrag in Höhe von mindestens US $ 1 Mio. für notwendig hielte. Diese Schätzung berichtigte er auf der Basis des inzwischen bekanntgewordenen Schreibens des Generalsekretärs am 9. März (Drahtbericht Nr. 164)[11] auf US $ 500000. Der VN-Beobachter hat in seiner Berichterstattung betont, daß der Effekt durch schnelle Zahlung erheblich vergrößert werde und wir auf diese Weise auch konkreten Forderungen unserer Alliierten zuvorkommen könnten. Der britische VN-Delegierte[12] hat dem VN-Beobachter bereits mitgeteilt, daß die britische Regierung die Bundesregierung „unverzüglich um eine beträchtliche finanzielle Leistung" bitten werde (Unogerma Nr. 166 vom 10. März)[13]. Die Botschaft Washington berichtete am 11. März, daß die Amerikanische Botschaft Bonn Weisung erhalten werde, bei dem Auswärtigen Amt anzufragen, ob die Bundesregierung bereit sei, US $ 1 Mio. beizusteuern (Drahtbericht Nr. 715)[14].

Fortsetzung Fußnote von Seite 343

dem Votum des Auswärtigen Amts anzuschließen und zu gegebener Zeit die notwendigen Mittel bereitzustellen. Vgl. Abteilung I (I B 1), VS-Bd. 71; B 150, Aktenkopien 1964.

9 Ministerialdirektor Jansen vermerkte am 9. März 1964 handschriftlich für Ministerialdirigent Böker: „L[au]t Auskunft St[aats]S[ekretär] Lahr hat der Herr Minister entschieden, daß der Brief vorläufig nicht abgesendet wird. Minister findet es nicht gut, wenn wir zu eilig vorgehen". Vgl. Abteilung I (I B 1), VS-Bd. 71; B 150, Aktenkopien 1964.

10 Für den Drahtbericht des Botschaftsrats I. Klasse Caspari, New York (UNO), vgl. Abteilung I (I B 1), VS-Bd. 71; B 150, Aktenkopien 1964.

11 Mit Schreiben vom 7. März 1964 an die Mitgliedstaaten der UNO, das am 9. März von Botschaftsrat I. Klasse Caspari, New York (UNO), übermittelt wurde, schätzte Generalsekretär U Thant die Kosten des Truppeneinsatzes für drei Monate auf sechs Millionen Dollar. Dazu vermerkte Bundesministers Schröder am 11. März 1964 handschriftlich für Staatssekretär Lahr: „Eilt! Botschafter soll sich mehr zurückhalten – es genügt, wenn wir – wenn überhaupt – erst viel später in Kostenanalyse eintreten!" Vgl. Abteilung I (I B 1), VS-Bd. 71; B 150, Aktenkopien 1964.

12 Patrick Dean.

13 Für den Drahtbericht des Botschaftsrats I. Klasse Caspari, New York (UNO), vgl. Abteilung I (I B 1), VS-Bd. 71; B 150, Aktenkopien 1964.

14 Botschafter Knappstein, Washington, teilte am 11. März 1964 mit, nach amerikanischer Ansicht sollten die veranschlagten Kosten in Höhe von sechs Millionen Dollar so aufgeteilt werden, daß die USA zwei Millionen und Großbritannien eine Million zahlen würden. Von dem restlichen Betrag sollte die Bundesrepublik einen Anteil von einer Million übernehmen. Seitens der Botschaft in Washington sei bereits Erstaunen darüber ausgedrückt worden, daß ein Nicht-Mitglied der UNO einen so hohen Beitrag leisten solle. Vgl. Abteilung I (I B 1), VS-Bd. 71; B 150, Aktenkopien 1964.

Ebenfalls am 11. März 1964 informierte der britische Botschafter Roberts Ministerialdirektor Krapf telefonisch über die Einschätzung der anfallenden Kosten sowie deren geplante Aufteilung. Vgl. die Aufzeichnung von Krapf vom 11. März 1964; Abteilung II (II 7), VS-Bd. 689; B 150, Aktenkopien 1963.

Bei einer Erörterung der Finanzierung der Zypern-Aktion im NATO-Rat am 11. März haben sich der britische und der amerikanische Vertreter[15] mit großem Nachdruck für eine möglichst rasche Entscheidung der NATO-Mitglieder ausgesprochen. Der dänische Botschafter[16] erhob Bedenken gegen eine ausschließliche Finanzierung der VN-Truppe durch NATO-Länder. Diese Bedenken wurden aber von dem britischen Vertreter mit der Erklärung zerstreut, daß auch andere Regierungen um finanzielle Hilfe gebeten worden seien (Drahtbericht Natogerma Nr. 370[17] vom 11. März)[18].

II. Die Botschaft Bern, die um Bericht gebeten worden war, welche Haltung die schweizerische Regierung zu dem Ersuchen des Generalsekretärs einnehmen würde, berichtete am 9. März (Drahtbericht Nr. 17)[19], das Politische Departement sei der Meinung, daß sich die Schweiz der Bitte um einen finanziellen Beitrag kaum werde entziehen können. Denkbar sei z.B. – ähnlich wie in der Suez-[20] und der Kongo-Krise[21] – eine teilweise Übernahme des Flugtransportes der Friedenstruppe. In jenen Fällen habe die Schweiz Beiträge von sfrs. 1,6 bzw. 1,8 Mio. geleistet. In dieser Größenordnung würde sich auch dieses Mal eine eventuelle finanzielle Hilfe bewegen. Die Botschaft Bern hat um Unterrichtung über die deutschen Erwägungen gebeten, um der schweizerischen Regierung darüber Auskunft geben zu können.

Am 9. März hat der Gesandte Paulucci von der hiesigen Italienischen Botschaft mit Herrn Dg I B[22] über den Beitragsaufruf des VN-Generalsekretärs gesprochen und dabei durchblicken lassen, daß auch die italienische Regierung – so schwer es ihr falle, einen finanziellen Beitrag zu leisten – sich diesem Ersuchen nicht entziehen zu können glaube.

III. Abteilung I hält es für unausweichlich, daß die Bundesregierung sich mit einem finanziellen Beitrag an der Befriedungsaktion der Vereinten Nationen auf Zypern beteiligt. Eine möglichst schnelle Beilegung der Zypern-Krise liegt im unmittelbaren Interesse der Bundesrepublik Deutschland, da die Vorgänge auf der Mittelmeerinsel das Gefüge der für uns lebenswichtigen Nordatlanti-

15 Thomas Finletter.

16 Erik Schram-Nielsen.

17 Korrigiert aus 378.

18 Für den Drahtbericht des Botschafters Grewe, Paris (NATO), vgl. Abteilung I (I B 1), VS-Bd. 71.

19 Für den Drahtbericht des Botschafters Freiherr von Welck, Bern, vgl. Abteilung I (I B 1), VS-Bd. 71; B 150, Aktenkopien 1964.

20 Die Suez-Krise wurde infolge der Verstaatlichung des Suezkanals durch die ägyptische Regierung im Juli 1956 ausgelöst. Unterstützt von Großbritannien und Frankreich marschierte Israel Ende Oktober 1956 in Gaza und im Sinai ein. Auf Druck sowohl von seiten der USA als auch besonders der UdSSR, die die Möglichkeit eines Einsatzes von Raketen andeutete, wurde Anfang November ein Waffenstillstand vereinbart. Im Dezember 1956 bezog eine UNO-Friedenstruppe (UNEF) auf der Sinai-Halbinsel Stellung, um den Rückzug der Truppen zu überwachen. Im März 1957 räumte Israel seine letzten Positionen. Zur Entsendung und Tätigkeit der UNO-Friedenstruppe vgl. YEARBOOK OF THE UNITED NATIONS 1956, S. 39–43, bzw. 1957, S. 48–52.

21 In dem am 30. Juni 1960 von Belgien unabhängig gewordenen Kongo (Léopoldville) brach nach dem Abfall der Provinz Katanga ein Bürgerkrieg aus, zu dessen Beilegung die UNO seit dem Sommer 1960 Truppen in das Land entsandte. Die Bundesrepublik unterstützte die UNO-Aktion durch Lufthansa-Transporte. Die UNO-Friedenstruppen verblieben bis zum Juni 1964 im Kongo. Vgl. dazu YEARBOOK OF THE UNITED NATIONS 1960, S. 52–97 und S. 108, bzw. 1964, S. 92–95; BULLETIN 1960, S. 1352.

22 Alexander Böker.

schen Verteidigungsgemeinschaft bedrohen. Darüber hinaus erfordert es unsere Politik der praktischen Mitwirkung an den Aufgaben der Vereinten Nationen, daß wir uns gerade auch an den der Erhaltung des Friedens gewidmeten Aktionen beteiligen, soweit uns das als Nichtmitglied der Weltorganisation möglich ist. Die Bundesregierung hat sich anläßlich ihres Beitritts zur Nordatlantischen Verteidigungsgemeinschaft bereit erklärt, ihre Politik gemäß den Grundsätzen der Satzung der Vereinten Nationen zu gestalten und die in Art. 2 dieser Satzung enthaltenen Verpflichtungen anzunehmen.[23] Zu diesen Verpflichtungen gehört es, „den Vereinten Nationen bei jeder von diesen gemäß der vorliegenden Satzung ergriffenen Maßnahme jede Unterstützung" zu gewähren (Art. 2, Abs. 5 VN-Charter). Indem die Bundesrepublik Deutschland zeigt, daß sie die eingegangene Verpflichtung ernst nimmt, kann sie vor aller Welt demonstrieren, daß sie nur infolge widriger Umstände nicht Mitglied der Vereinten Nationen ist, im übrigen aber in den Grenzen ihrer Möglichkeiten wie ein Mitglied handelt.

IV. In der Direktorenbesprechung vom 12. März ist zwar erneut die Weisung ausgegeben worden, daß die Frage der deutschen Beteiligung an den Kosten der Zypern-Aktion zurückhaltend behandelt werden soll. Angesichts der fortschreitenden Zuspitzung der Lage auf Zypern[24] und der sehr ernsthaften Auswirkungen, die die jüngste Entwicklung auf die politische Stabilität im östlichen Mittelmeerraum haben muß, (die Botschaft Ankara berichtet, daß die türkische Regierung gefährdet sei)[25], glaubt Abteilung I aber, daß der Entschließung des Sicherheitsrats nunmehr schnellstens zum Erfolg verholfen werden muß.

Abteilung I schlägt deshalb vor, daß das Auswärtige Amt im Benehmen mit dem Bundesministerium der Finanzen oder – falls erforderlich – durch Kabinettsbeschluß wenigstens die Ermächtigung einholt, dem VN-Generalsekretär zu erklären, daß die Bundesregierung sich zur Zahlung eines Beitrags in Höhe von US $ 500000 grundsätzlich bereit erklärt.

Hiermit über den Herrn Staatssekretär[26] dem Herrn Bundesminister mit der Bitte um Entscheidung vorgelegt.[27] Abteilung II hat mitgezeichnet.

Jansen

Abteilung I (I B 1), VS-Bd. 71

[23] Zur Erklärung der Bundesregierung vom 3. Oktober 1954 vgl. Dok. 36, Anm. 24. Zu Artikel 2 der UNO-Charta vgl. auch Dok. 59, Anm. 31.

[24] Am 10. März 1964 kam es auf Zypern an mehreren Orten zu schweren Kämpfen zwischen der griechischen und türkischen Bevölkerung. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1964, Z 76.

[25] Ein Rücktritt des türkischen Außenministers Erkin schien im März 1964 nicht ausgeschlossen. Vgl. dazu den Drahtbericht des Botschaftsrats I. Klasse Haas, Ankara, vom 17. März 1964; Referat I A 4, Bd. 296. Vgl. dazu auch den Drahtbericht des Botschafters von Walther, Ankara, vom 11. März 1964; Abteilung I (I B 1), VS-Bd. 71.

[26] Hat Staatssekretär Lahr am 12. März 1964 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Mit dem Herrn Minister besprechen (wir gehören nicht in die Gruppe der allerersten Zahler)."

[27] Vgl. dazu weiter Dok. 71.

71

Botschafter Knappstein, Washington, an das Auswärtige Amt

Z B 6-1/2341/64 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 729
Citissime

Aufgabe: 12. März 1964, 19.30 Uhr
Ankunft: 13. März 1964, 02.20 Uhr

Anschluß Drahtbericht 715 vom 11.3. VS-vertraulich[1]

Unterstaatssekretär Ball bat mich heute kurzfristig zu sich und legte sehr ernst Lage in Zypern dar. Auf Grund der wiederaufgelebten Kämpfe[2] sei es eine dringende Notwendigkeit, die Peace Force sofort nach Zypern zu bringen, zumal da auch die Türkei verständlicherweise sehr unruhig werde[3].

Die ursprüngliche amerikanische Hoffnung, daß Entsendestaaten selbst die Kosten tragen würden, habe sich außer im Falle Kanadas leider nicht bewahrheitet.

Angesichts der sich verschlechternden Situation hätten daher USA und Großbritannien sich bereit erklärt, zwei bzw. 1 Mio. Dollar an VN zu zahlen unter Voraussetzung, daß die restlichen 3 Millionen von anderen Staaten aufgebracht würden. Ball wies darauf hin, daß Großbritannien diese Zahlung zusätzlich zum Unterhalt seiner eigenen Truppen in Zypern aufbringe.

Angesichts Tatsache, daß man einen Krieg zwischen den NATO-Verbündeten verhindern müsse, bitte amerikanische Regierung die Bundesregierung mit allem Nachdruck, sich bereit zu erklären, 1 Mio. Dollar für die Peace Force zu übernehmen. Man setze eine sehr große Hoffnung auf Bundesrepublik, da man befürchte, daß andernfalls die Aktion in Frage gestellt sein könnte. Ball betonte, es bestehe zwischen den Amerikanern und uns eine ähnliche Lage, da beide Regierungen keine eigenen direkten Interessen in Zypern verfolgten, aber beide gemeinsames Interesse hätten, einen Krieg zwischen den NATO-Verbündeten zu verhindern.

Kanada, Schweden und Finnland hätten sich bereit erklärt, Kontingente zu stellen[4], die Verhandlungen mit Brasilien und Irland[5] hielten noch an.

[1] Vgl. dazu Dok. 70, Anm. 14.

[2] Anfang März 1964 kam es erneut zu heftigen Auseinandersetzungen der beiden Volksgruppen auf Zypern. Vgl. dazu den Bericht des Botschafters Koenig, Nikosia, vom 9. März 1964; Referat I A 4, Bd. 296. Vgl. auch EUROPA-ARCHIV 1964, Z 76.

[3] Am 12. März 1964 forderte die Türkei die zyprische Regierung in einer Note auf, die Angriffe auf die türkische Bevölkerung einzustellen und die Vereinbarungen über einen Waffenstillstand zu respektieren. Falls die Forderung nicht erfüllt werde, würde die Türkei von ihrem Recht auf Intervention Gebrauch machen. Vgl. dazu den Drahtbericht des Botschafters von Walther, Ankara, vom 13. März 1964; Referat I A 4, Bd. 296. Vgl. ferner den Drahtbericht des Botschaftsrats I. Klasse Caspari, New York (UNO), vom 14. März 1964; Referat I A 4, Bd. 296.

[4] Dazu teilte Botschaftsrat I. Klasse Caspari, New York (UNO), am 13. März 1964 mit: „Schwedische Mission hat bekanntgegeben, daß Schweden angesichts der gebotenen Dringlichkeit sofort mit Aufstellung eines Kontingents für die Friedenstruppe beginnen wird. Die Bedingung der schwedischen Regierung, daß Schweden nicht der einzige neutrale Entsendestaat sein soll, sei zwar noch nicht erfüllt, jedoch bestehe Grund für die Annahme, daß sie erfüllt werde. (Hierzu ist

Ball betonte, daß eine außerordentlich schnelle Entscheidung notwendig sei, da Truppen nur nach geregelter Finanzierung entsandt werden könnten. Er brachte seine Hoffnung zum Ausdruck, daß eine möglichst umgehende und positive Entscheidung der Bundesregierung getroffen werden könnte.[6]

Ohne der Stellungnahme und Entscheidung meiner Regierung vorgreifen zu wollen, äußerte ich als meine persönliche Meinung, es könnten sich gewisse Schwierigkeiten aus der Tatsache ergeben, daß wir nicht Mitglieder der VN seien und daß wir deshalb über die Verwendung des eventuell von uns gegebenen Geldes und überhaupt über die im Falle Zypern einzuschlagende Politik weder im Sicherheitsrat noch in der Vollversammlung irgendwie mitbestimmen könnten. Der an der Unterredung teilnehmende Deputy Assistant Secretary for International Organisation Affairs, Joseph Sisco, antwortete darauf, daß trotz unserer Nichtmitgliedschaft unser Einfluß in den VN durch persönliche Kontakte mit allen maßgebenden Delegierten so groß sei, daß wir sicherlich auf diesem Wege auch die Zypern-Politik in den VN mitbestimmen könnten. Auf meine weitere Frage, ob auf amerikanischer Seite schon ein Konzept für eine spätere Lösung des Zypern-Problems vorliege, antwortete Ball, daß zunächst ein Vermittler benannt werden müsse[7] und daß sich dann später alle Staaten hinter dessen Vermittlungsvorschlag stellen müßten.

Sisco wies abschließend darauf hin, daß ein eventueller deutscher Beitrag innerhalb der VN einen besonders positiven Eindruck machen würde und daß

Fortsetzung Fußnote von Seite 347

zu erfahren, daß formelle Zustimmung Finnlands zu Beteiligung erst in den nächsten Tagen zu erwarten ist, daß aber schwedische Regierung unter der Hand entsprechende Zusicherungen der finnischen Regierung erhalten hat). Kanadischer Außenminister hat bei gestrigem Besuch Generalsekretär Entsendung kanadischen Kontingents zugesichert und erklärt, Kanada werde seine eigenen Kosten aufbringen." Vgl. Abteilung I (I B 1), VS-Bd. 71; B 150, Aktenkopien 1964.
Vgl. dazu auch die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jansen vom 13. März 1964 mit dem Hinweis, daß Kanada 1000 Mann und Schweden ein Bataillon zu entsenden beabsichtigten; Abteilung I (I B 1), VS-Bd. 71; B 150, Aktenkopien 1964.

5 Zu den Vorbehalten der brasilianischen und der irischen Regierung vgl. die Drahtberichte des Botschaftsrats I. Klasse Caspari, New York (UNO), vom 6. und 13. März 1964; Abteilung I (I B 1), VS-Bd. 71; B 150, Aktenkopien 1964.

6 Ministerialdirektor Jansen teilte der Ständigen Vertretung bei der UNO in New York am 13. März 1964 mit, die Bundesregierung halte es „vorerst noch nicht für angebracht, als Nicht-Mitglied jetzt schon Beitragsangebot zu machen. Es erscheint nicht angemessen, daß ein Nicht-Mitgliedstaat wie die Bundesrepublik mit seinem Angebot den VN-Mitgliedstaaten als gutes Beispiel vorangehen soll." Vgl. Abteilung I (I B 1), VS-Bd. 71; B 150, Aktenkopien 1964.
Das Bundeskabinett beschloß am 18. März 1964, 500000 Dollar zur Finanzierung der Friedenstruppe beizusteuern. Vgl. dazu die Kabinettsvorlage des Auswärtigen Amts vom 17. März 1964; Abteilung I (I A 4), VS-Bd. 47; B 150, Aktenkopien 1964.
Am 19. März 1964 unterrichtete Botschaftsrat I. Klasse Caspari, New York (UNO), Generalsekretär U Thant über den Beschluß der Bundesregierung. Vgl. den Drahtbericht von Caspari vom 19. März 1964; Abteilung II (II 7), VS-Bd. 689; B 150, Aktenkopien 1964.

7 Am 25. März 1964 ernannte Generalsekretär U Thant den ehemaligen finnischen Ministerpräsidenten und früheren Sonderbeauftragten der UNO in Laos, Tuomioja, zum Vermittler in der Zypern-Krise. Vgl. dazu den Drahtbericht des Botschafters Freiherr von Braun, New York (UNO), vom 25. März 1964; Referat I A 4, Bd. 296.
Am 7. April 1964 nahm Tuomioja auf Zypern Gespräche über eine Friedenssicherung auf. Vgl. dazu den Bericht des Botschafters Koenig, Nicosia, vom 7. April 1964; Referat I A 4, Bd. 297.

man stets bereit sei, deutsche Wünsche in den VN im Rahmen des Möglichen zu unterstützen.

Für umgehende Drahtweisung wäre ich dankbar.[8]

[gez.] Knappstein

Abteilung I (I A 4), VS-Bd. 47

72

Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens

St.S. 602/64 geheim **17. März 1964**[1]

Der amerikanische Botschafter[2] suchte mich heute auf seinen Wunsch auf und trug folgendes vor:

Die amerikanische Regierung beabsichtige, zwei Formationen, die zusätzlich zu den sechs amerikanischen Divisionen zur Zeit in Deutschland stationiert seien, nach Amerika zurückzuverlegen.

Es handele sich einmal um 2400 Mann, die seit 1961 im Rahmen der Operation „Long Thrust"[3] nach Deutschland verlegt worden seien. Diese Formation solle am 15. April 1964 nach Amerika zurückkehren.

Die andere Formation sei unter dem Namen „Round Out" nach Deutschland verlegt worden. Es handele sich um 5700 Mann[4] (3 Artilleriebataillone, 1 Kavallerieregiment, 2 Panzerbataillone). Diese Formation habe eigentlich schon im vergangenen Herbst nach Amerika zurückkehren sollen. Im Hinblick auf gewisse kritische Stimmen in der deutschen Presse, die von einem Vertrauensschwund gegenüber den USA gesprochen hätten, habe er, der Botschafter, sich dafür eingesetzt, daß die Entscheidung verschoben wurde.[5] Nunmehr soll diese Formation im Mai nach Amerika zurückkehren.

[8] Der Drahterlaß des Ministerialdirektors Jansen vom 13. März 1964 wurde nachrichtlich auch der Botschaft in Washington zugeleitet. Vgl. Anm. 6.
Zur Zypern-Frage vgl. weiter Dok. 159.

[1] Durchschlag als Konzept.

[2] George C. McGhee.

[3] Im Zusammenhang mit der Berlin-Krise 1961 wurden Möglichkeiten einer Verstärkung der NATO-Verteidigung in Europa durch zeitweilige Verlegung von Einheiten aus den USA in die Bundesrepublik erprobt. Bei der Übung „Long Thrust IX" im Januar 1964 wurde ein motorisiertes Infanteriebataillon mit ca. 900 Mann in die Bundesrepublik verlegt.

[4] Es handelte sich lediglich um 5100 Soldaten. Insgesamt wurden somit 7500 Soldaten in die USA zurückverlegt.

[5] Im Rahmen der NATO-Herbstmanöver 1963 wurden insgesamt etwa 15000 amerikanische Soldaten nach Europa verlegt. Dies diente in den USA Befürwortern einer Verminderung amerikanischer Truppen in Europa als Beweis, daß eine Truppenreduzierung ohne entscheidende Beeinträchtigung der westlichen Verteidigungsfähigkeit möglich sei. Zu den Protesten in der Bundesrepublik gegen diese Auffassung vgl. AAPD 1963, III, Dok. 396 und Dok. 453.

Der Botschafter erklärte ausdrücklich, daß dadurch die Zusage von Präsident Johnson[6] nicht berührt würde, wonach 6 amerikanische Divisionen so lange in Deutschland stehen würden, als sie benötigt würden.

Außerdem wolle er darauf hinweisen, daß zwischen Juli und Dezember 1964 im Zuge der Verlegung neuer Einheiten in die Bundesrepublik Deutschland 3300 Mann zusätzlich kommen würden.

Der Botschafter bat um eine möglichst baldige Antwort.[7]

Ich habe erklärt, ich könne mich nicht sofort äußern, sondern müsse die Angelegenheit zunächst dem Herrn Minister vortragen und mit dem Bundesministerium der Verteidigung besprechen.

Hiermit dem Herrn Minister vorgelegt mit dem Vorschlag, den Herrn Bundeskanzler zu unterrichten.

Carstens[8]

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 432

[6] Am 28. Dezember 1963 versicherte Präsident Johnson gegenüber Bundeskanzler Erhard, daß die deutsch-amerikanischen Absprachen über Rüstungskäufe den USA weiterhin die Stationierung von sechs Divisionen in der Bundesrepublik ermöglichten. Mit Runderlaß vom 30. Dezember 1963 hob Staatssekretär Carstens die Bedeutung dieser Zusage hervor. Vgl. dazu AAPD 1963, III, Dok. 486 und Dok. 492.

[7] Staatssekretär Carstens teilte dem amerikanischen Gesandten am 3. April 1964 mit, die Bundesregierung sei mit der Rückverlegung der beiden Formationen einverstanden. Zur Unterrichtung der Öffentlichkeit vereinbarten Carstens und Hillenbrand: „Die Amerikaner werden uns über die von ihnen zu veröffentlichende Erklärung konsultieren. Wir werden nach Veröffentlichung der amerikanischen Erklärung unsererseits eine Erklärung veröffentlichen ... Eine gemeinsame deutsch-amerikanische Erklärung würde der Sache zu viel Gewicht geben." Vgl. die Aufzeichnung von Carstens vom 3. April 1964; Büro Staatssekretär, VS-Bd. 432; B 150, Aktenkopien 1964.
Für den Wortlaut der Erklärung der Bundesregierung vom 13. April 1964 vgl. BULLETIN 1964, S. 540.

[8] Paraphe.

73

Aufzeichnung des Staatssekretärs Lahr

St.S. 604/64 geheim **17. März 1964**[1]

Betr.: Diplomatische Beziehungen zu Israel

Botschafter Shinnar suchte mich heute nach mehrmonatiger Abwesenheit zu einem längeren Gespräch auf, bei dem er unter anderem die Frage der Aufnahme diplomatischer Beziehungen anschnitt.

Ich hatte ihm bei einem ähnlichen Gespräch vor einiger Zeit[2] gesagt, wir würden es bedauern, daß die israelische Regierung auf deutsche Besucher Israels in dem Sinne einwirke, daß diese in der Öffentlichkeit Erklärungen zugunsten der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Israel und der Bundesrepublik Deutschland abgeben. Der israelischen Regierung sei der Standpunkt der Bundesregierung bekannt, daß gegenwärtig ein solcher Schritt nicht unternommen werden könne.[3] An den Tatsachen, die dieser Auffassung zugrunde liegen, könnten auch die Erklärungen prominenter Reisender nichts ändern. Solche Erklärungen hätten also immer wieder nur die Wirkung negativer Feststellungen, an denen keiner der beiden Regierungen gelegen sein könne. Anlaß zu dieser Bemerkung war der Umstand gewesen, daß in zwei uns bekannt gewordenen Fällen von sehr hoher israelischer Seite auf deutsche Besucher eingewirkt worden war.[4]

Botschafter Shinnar erklärte heute, daß die Frage unmittelbar vor seiner Abreise Gegenstand einer Besprechung zwischen dem Ministerpräsidenten[5], der Außenministerin und ihm gewesen sei, in der die Haltung seiner Regierung wie folgt präzisiert worden sei:

Die israelische Regierung hält es für natürlich und angemessen, daß die Bundesregierung den Zeitpunkt bestimmt, zu dem sie diplomatische Beziehungen

[1] Durchschlag als Konzept.

[2] Noch am 28. November 1963 teilte Staatssekretär Lahr dem Leiter der Israel-Mission, Shinnar, mit, daß hinsichtlich einer Aufnahme diplomatischer Beziehungen „vorläufig nichts geschehen kann" und „es weder im Interesse der israelischen noch der deutschen Regierung liegen dürfte, wenn diese Frage immer wieder hochgespielt wird". Vgl. AAPD 1963, III, Dok. 437.

[3] Die Bundesregierung befürchtete, daß ein solcher Schritt eine politische Aufwertung der DDR zur Folge haben würde. Bundesminister Schröder erläuterte dazu in einem Schreiben vom 27. August 1963 an Bundeskanzler Adenauer: „Wir müssen mit der großen Wahrscheinlichkeit rechnen, daß die arabischen Staaten, die in der Israel-Frage vorwiegend emotional reagieren, auf die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen uns und Israel mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur sogenannten DDR antworten. Hätten aber erst einmal die 12 arabischen Staaten mehr oder weniger vollzählig die sogenannte DDR und ihre Regierung anerkannt, wäre die ‚Hallstein-Doktrin' nicht mehr zu halten und Kettenreaktionen mindestens in der neutralen Welt wohl nicht mehr zu vermeiden." Vgl. AAPD 1963, II, Dok. 318.

[4] Zu den Äußerungen des Bundestagspräsidenten Gerstenmaier und des CSU-Vorsitzenden Strauß, die sich nach Besuchen in Israel für eine Aufnahme diplomatischer Beziehungen aussprachen, vgl. AAPD 1963, I, Dok. 14, sowie AAPD 1963, II, Dok. 189.

[5] Levi Eshkol.

mit der israelischen Regierung aufnehmen will. Bis dahin bleibt die gegenwärtige Regelung[6] die Grundlage für die Pflege korrekter und guter Beziehungen.

Er fügte hinzu, daß die israelische Regierung die Begründung, die wir unserem Standpunkt geben – Rücksichtnahme auf die arabische Welt in Verbindung mit der Teilung Deutschlands – von seiner Regierung nicht als überzeugend anerkannt werde; diese glaube vielmehr, daß sich die arabischen Staaten bei Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Deutschland und Israel auf papierne Proteste beschränken würden[7], aber sie habe keineswegs die Absicht, in Diskussionen über diese Frage einzutreten. Vielmehr werde sie sich in jeder Beziehung gegenüber dem Thema der diplomatischen Beziehungen Zurückhaltung auferlegen. Er führte hierfür als Beispiel an, daß Frau Golda Meir und er einen Wunsch des Deutschen Fernsehens, zu dieser Frage Erklärungen abzugeben, abgelehnt hätten. Wir könnten uns also darauf verlassen, daß die israelische Regierung uns in dieser Frage keine Ungelegenheiten bereiten werde.

Er bezog sich im übrigen auf die Erklärung des Herrn Bundeskanzlers in der Pressekonferenz vom 3. Dezember 1963 (siehe Anlage)[8], die von israelischer Seite lebhaft zu begrüßen sei.

Hiermit dem Herrn Minister mit der Bitte um Kenntnisnahme und der Anregung vorgelegt, den Herrn Bundeskanzler zu unterrichten.[9]

Lahr[10]

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 422

6 Die Tätigkeit der Israel-Mission in Köln beruhte auf dem Wiedergutmachungsabkommen vom 10. September 1952. Mit der sich abzeichnenden Abwicklung des Abkommens zum 31. März 1966 entfiel die bisherige formelle Grundlage im Verhältnis zu Israel.

7 Der Leiter der Israel-Mission, Shinnar, zeigte sich am 28. Mai 1963 auch gegenüber Bundeskanzler Adenauer davon überzeugt, „daß die Araber nichts gegen die BRD unternehmen würden. Es sei Nasser völlig klar, daß er durch die Anerkennung der SBZ nichts gewinnen, aber viel verlieren werde." Vgl. AAPD 1963, II, Dok. 182.
Anders schätzten Botschafter Weber, Kairo, und der CDU-Abgeordnete Majonica, der im August/September 1963 den Irak, Syrien und die VAR besuchte, die zu erwartenden arabischen Reaktionen ein. Vgl. dazu AAPD, II, Dok. 189, Dok. 198 und Dok. 338.

8 Dem Vorgang beigefügt. Zur Frage der Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Israel äußerte Bundeskanzler Erhard: „Meine Damen und Herren, unser Verhältnis zu Israel ... findet nicht so sehr seinen Ausdruck in der Aufnahme diplomatischer Beziehungen, als vielmehr in der Verpflichtung des deutschen Volkes und in der auch praktisch geübten Hilfeleistung für all das, was aus deutscher Schuld dem jüdischen Volke erwachsen ist ... Das scheint mir obenan zu stehen, und das ist das Entscheidende, das ist der Geist, der Israel und Deutschland miteinander verbindet und wirklich ein freundschaftliches Verhältnis geschaffen hat. Die Frage diplomatischer Beziehungen scheint mir demgegenüber von etwas untergeordnetem Rang zu sein. Es ist nicht die Frage, ob wir sie aufnehmen, sondern es ist die Frage, wann wir sie aufnehmen. Wenn sie denken, daß Israel im Jahre 1952 Bedenken hatte, diplomatische Beziehungen zu Deutschland aufzunehmen, was wir wohl zu würdigen wußten, dann sind wir heute natürlich in einer Situation, in der wir die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Israel nicht zu einer Wiederbelebung des Themas der Anerkennung der DDR, vor allem im arabischen Raum, werden lassen wollen. Ich glaube, auch dafür wird Israel Verständnis haben." Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 422; B 150, Aktenkopien 1964.

9 Zur Frage der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel vgl. weiter Dok. 88.

10 Paraphe vom 17. März 1964.

74

Bundesminister Schröder an den Abgeordneten Kopf

18. März 1964[1]

Sehr geehrter Herr Kollege!

In der Fragestunde des Deutschen Bundestages am 19. Februar 1964[2] hat die Bundesregierung zugesagt[3], sie werde die Prüfung der Identität des in Paraguay eingebürgerten deutschen Staatsbürgers José Mengele mit dem KZ-Arzt Josef Mengele weiter betreiben und von sich aus den Bundestag über das Ergebnis der Nachforschungen informieren.

Die Antwort auf die Frage des Herrn Abgeordneten Jahn in der Sitzung des Deutschen Bundestages am 19. Februar 1964 beruhte auf einer mündlichen Mitteilung, die der Deutsche Botschafter in Asunción am 6. Februar 1964 von dem Staatspräsidenten von Paraguay[4] erhalten hatte. Auf die Bitte, zu Pressemeldungen[5] über den Aufenthalt Mengeles in Paraguay und die Einbürgerung Stellung zu nehmen, hatte der Staatspräsident von Paraguay gebeten, die Bundesregierung vorweg zu unterrichten, daß diese Gerüchte jeder Grundlage entbehrten.[6]

Nunmehr hat die Regierung von Paraguay die Deutsche Botschaft in Asunción darüber unterrichtet, daß Mengele am 27. November 1959 auf seinen Antrag eingebürgert worden sei.[7] Die Regierung von Paraguay hat gleichzeitig

[1] Durchdruck.

[2] In dieser Sitzung stellte der SPD-Abgeordnete Jahn die Frage: „Ist der Bundesregierung eine Pressemeldung bekannt, wonach am 28. November 1959 ein gewisser José Mengele von der Regierung Paraguays offiziell naturalisiert worden ist und bei dem der Verdacht besteht, daß er personengleich mit dem flüchtigen KZ-Arzt Joseph Mengele ist?" Vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 54, S. 5219.

[3] Staatssekretär Carstens nahm für die Bundesregierung Stellung und erläuterte: „Der Bundesregierung ist nicht nur aus Pressemeldungen, sondern auch auf Grund eines Berichtes der deutschen Botschaft in Asunción bekannt, daß im Register für Naturalisierungen beim Obersten Gerichtshof in Asunción die Kopie eines Dekretes, ausgestellt am 27. November 1959, hinterlegt worden ist, das die Verleihung der paraguayischen Staatsangehörigkeit an einen deutschen Staatsangehörigen namens ‚José Mengele' anordnete. Da die Bundesregierung den Verdacht hatte, daß dieser José Mengele mit dem flüchtigen KZ-Arzt Joseph Mengele personengleich sei, hat sie die paraguayische Regierung um Auskunft gebeten. Die paraguayische Regierung hat daraufhin mehrfach erklärt, daß kein deutscher Staatsangehöriger dieses Namens in Paraguay eingebürgert worden sei und daß sich kein deutscher Staatsangehöriger dieses Namens in Paraguay aufhalte." Vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 54, S. 5219.

[4] Alfredo Stroessner.

[5] Vgl. dazu den Artikel „Mengele in Paraguay vermutet"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 39 vom 15. Februar 1964, S. 4.

[6] Vgl. dazu den Drahtbericht des Botschafters Briest, Asunción, vom 6. Februar 1964; Referat I B 2, Bd. 365.

[7] Den Ausführungen des paraguayischen Außenministers zufolge wurde Joseph Mengele, der sich durch eine argentinische Identitätskarte auswies, bereits am 17. Oktober 1956, also drei Jahre vor seiner Einbürgerung, in das polizeiliche Fremdenregister von Asunción aufgenommen. Sapena Pastor machte weiterhin darauf aufmerksam, daß für die Behandlung des Auslieferungsersuchens lediglich das Oberste Gericht Paraguays sowie die „unabhängige Justiz" zuständig seien. Vgl. den Bericht des Botschafters Briest, Asunción, vom 18. Februar 1964; Referat I B 2, Bd. 365.

erklärt, daß ihr zu diesem Zeitpunkt weder das Vorleben noch die gegen Mengele erhobenen Anschuldigungen[8] noch das Auslieferungsersuchen bekannt gewesen seien. Ferner hat die Regierung von Paraguay erneut versichert, daß ihr der gegenwärtige Aufenthaltsort Mengeles unbekannt sei. Hierzu hat der Außenminister von Paraguay dem Deutschen Botschafter noch mündlich mitgeteilt, daß das paraguayische Innenministerium Nachforschungen nach dem Verbleib Mengeles angestellt habe, die ergebnislos verlaufen seien. Mengele sei in Paraguay nicht auffindbar.

Ich darf Ihnen darüber hinaus noch folgendes mitteilen:

Das Auswärtige Amt bemüht sich seit dem Jahre 1959 intensiv um die Auslieferung Mengeles. An folgende Staaten sind Auslieferungsersuchen gerichtet worden: Argentinien (1959), Chile (1960), Brasilien (1961), Panama (1961) und Paraguay (1962). Ferner sind den Deutschen Botschaften in Lima (1961) und Montevideo (1962) vorsorglich die für die Stellung eines Auslieferungsersuchens erforderlichen Unterlagen übersandt worden. Nachforschungen nach Mengele sind außerdem in Belgien, Ecuador, Griechenland und in der Schweiz veranlaßt worden, nachdem den deutschen Behörden Hinweise zugegangen waren, nach denen Mengele sich in diesen Ländern angeblich aufhalten sollte.

Für die Zeit seit dem Jahre 1960 liegen keine sicheren Anhaltspunkte für den Aufenthalt von Mengele vor.[9] Dem Erfolg der Fahndungen in Südamerika stehen vor allem die große Ausdehnung der südamerikanischen Staaten mit ihren weiten Urwaldgebieten, die mangelhafte Polizeikontrolle und die Unterstützung, die dem Flüchtigen dort von Gleichgesinnten gewährt werden dürfte, entgegen.[10]

Mit freundlichen Grüßen

gez. Ihr Schröder

Ministerbüro, Bd. 264

[8] Joseph Mengele wurde wegen vielfacher Verbrechen, die er als Lagerarzt im Vernichtungslager Auschwitz begangen hatte, gesucht.

[9] Ministerialdirektor Janz hielt dazu am 27. August 1960 fest: „Dr. Joseph Mengele, geb. am 16. März 1911, hält sich nach Feststellungen der Deutschen Botschaft in Buenos Aires und des Bundesnachrichtendienstes seit 1950 in Argentinien auf. Er wohnte in Olivos und Vicente Lopez (Buenos Aires). Zu einem nicht genau ermittelten Zeitpunkt zog er in den Süden Argentiniens nach San Carlos de Bariloche an der chilenischen Grenze. Dort erfuhr er von der Entführung Eichmanns. Noch bevor ein Haftbefehl des Richters in St. Martin vollstreckt werden konnte, verschwand er aus San Carlos de Bariloche ... Nachdem die Botschaft in Buenos Aires im April 1960 berichtet hatte, daß Mengele in Vicente Lopez wohnt, wurde aufgrund des Haftbefehls des Amtsgerichts Freiburg/Breisgau vom 5. Juni 1959 bei der argentinischen Regierung die Auslieferung beantragt. Das Auslieferungsverfahren verzögerte sich dadurch, daß die für die Entscheidung über den Auslieferungsantrag zuständige Stelle die Ergänzung der Auslieferungsunterlagen durch Vorlage eines Gerichtsbeschlusses verlangte. Am 8. Juni 1960 wurde von argentinischer Seite der Botschaft in Buenos Aires gegenüber erklärt, daß die argentinische Regierung dem Auslieferungsersuchen stattgeben werde, falls die Polizei des Verfolgten habhaft werden sollte, von der er seit dem 22. Januar 1960 gesucht werde." Vgl. Abteilung 5 (503), VS-Bd. 85; B 150, Aktenkopien 1960.

[10] Vgl. zum Fall Mengele weiter Dok. 371.

75

Deutsch-französische Konsultationsbesprechungen

I A 1-80.11/1236/64 VS-vertraulich **18. März 1964**[1]

Am 18. März 1964 fanden in Bonn die regelmäßigen deutsch-französischen Konsultationsbesprechungen statt.

I. Ost-West-Probleme[2]

1) Deutschland-Plan[3] in der Washingtoner Botschaftergruppe

Ministerialdirigent *Dr. Reinkemeyer* erklärt, daß die Fortschritte in der Behandlung unseres Vorschlages unbefriedigend seien. Die Vereinigten Staaten hätten den deutschen Vorschlag, eine Initiative in der Deutschland-Frage zu ergreifen, mit wenig Begeisterung aufgenommen.[4] Man müsse aber bedenken, daß nunmehr fünf Jahre seit der Genfer Konferenz[5] vergangen seien, die Zeit sei reif für neue Vorschläge. Die Vereinigten Staaten befürchteten, daß dadurch ein Hindernis für die amerikanisch-sowjetischen Gespräche entstehen könne. Eine neue westliche Initiative werde von der Bundesrepublik Deutschland aus außenpolitischen und aus innenpolitischen Gründen für notwendig erachtet. Die außenpolitischen Gründe bestünden im wesentlichen darin, daß man durch eine geschlossene westliche Demonstration den sowjetischen Versuchen, die SBZ aufzuwerten, mit Erfolg entgegentreten könne. Die Sowjetunion betreibe in letzter Zeit verstärkt eine gezielte Kampagne, um der Sowjetzone mehr Geltung zu verschaffen.[6] Die Reise Leuschners nach Asien[7] sei ein Teil dieser sowjetischen Aktion. Zu befürchten seien auch neue Einbrüche der Sowjetzone auf der bevorstehenden Belgrader Konferenz der blockfreien Mächte[8]. Die Bundesregierung lege jedoch auch aus innenpolitischen Gründen Wert auf eine westliche Aktion. Es sei begrüßenswert, wenn vor der deutschen öffentlichen Meinung die Vier-Mächte-Verantwortung demonstriert werde, zumal gewisse deutsche Politiker – besonders innerhalb der FDP – in

[1] Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Referat I A 1 am 23. März 1964 gefertigt.

[2] Im weiteren Verlauf der Konsultationen vom 18. März 1964 kamen europäische Themen, die Lage in Afrika und Asien sowie Einzelfragen zur Sprache. Für das Protokoll vgl. Referat I A 1, Bd. 535.

[3] Für den Wortlaut der Deutschland-Initiative (Fassung vom 3. Januar 1964) vgl. Dok. 3.

[4] Zur Behandlung der Deutschland-Initiative in der Washingtoner Botschaftergruppe vgl. Dok. 53. Zu den Konsultationen in der Washingtoner Vierergruppe stellte Ministerialdirektor Krapf am 17. März 1964 fest: „Die Amerikaner ließen erkennen, daß unsere Initiative ihnen zeitlich und politisch ungelegen kam. Es ist bis heute nicht gelungen, sie davon zu überzeugen, daß eine Deutschland-Initiative aus innen- und außenpolitischen Gründen notwendig ist." Vgl. Abteilung II (II 1), VS-Bd. 63; B 150, Aktenkopien 1964.

[5] Die Genfer Vier-Mächte-Konferenz der Außenminister tagte vom 13. Mai bis 20. Juni 1959 bzw. vom 13. Juli bis 5. August 1959.
Zu dem auf der Genfer Konferenz vorgelegten Herter-Plan vom 14. Mai 1959 vgl. Dok. 9, Anm. 8, und Dok. 13, Anm. 14.

[6] Vgl. dazu auch Dok. 10, besonders Anm. 3.

[7] Zum Aufenthalt des Stellvertretenden Ministerpräsidenten der DDR vom 19. Januar bis 21. Februar 1964 in verschiedenen asiatischen Staaten vgl. Dok. 53, Anm. 7 und 8, und Dok. 65.

[8] Zu der für Oktober 1964 geplanten Konferenz der blockfreien Staaten in Kairo vgl. Dok. 65, Anm. 6. Vgl. dazu auch Dok. 275.

letzter Zeit sehr eigenwillige Erklärungen zur Deutschland-Frage[9] abgegeben haben. Alles in allem sei von der Bundesregierung an keinen „Plan" gedacht, sondern an eine Initiative. Die Bundesregierung sei bereit, mit ihren Alliierten über Fragen der Formulierung zu diskutieren.

M. *Lucet* bestätigt, daß die Vereinigten Staaten weder ja noch nein zu dem deutschen Vorschlag gesagt haben. Die französische Regierung sei bereit, den Vorschlag zu diskutieren. Dies sei dem Herrn Bundeskanzler bereits bei seinem Besuch in Paris im Februar gesagt worden.[10] In den vergangenen Wochen habe in Washington eine Sitzung der Arbeitsgruppe stattgefunden. Vor dieser Sitzung haben die Botschafter Alphand und Knappstein sich gesprochen. Die französische Regierung habe gewisse Änderungsvorschläge vorzubringen[11]; diese beträfen im wesentlichen drei Punkte, nämlich die Frage der Sicherheitsmaßnahmen, die Schaffung einer engeren Verbindung zwischen den Kommissionen und dem Viermächterat und das Problem, ob die Oder-Neiße-Linie ausdrücklich erwähnt werden soll.

Ministerialdirektor *Dr. Jansen* betont, daß die Bundesregierung großen Wert auf die Behandlung des Vorschlages lege. Hier sei nicht der Ort, um Detailfragen zu erörtern. Aber die Bundesregierung messe einem westlichen Vorstoß in der Deutschland-Frage eine entscheidende Bedeutung zu und glaube, daß jetzt dafür der richtige Zeitpunkt gekommen sei. Früher habe man erklärt, es gehe nicht, es sei sinnlos wegen der zu starken Ost-West-Spannung. Jetzt heiße es, es gehe nicht, um die Entspannung nicht zu stören. Die Bundesregierung müsse demgegenüber auf der Verabschiedung des von ihr gemachten Vorschlags bestehen.

Ministerialdirektor *Dr. Müller-Roschach* macht darauf aufmerksam, daß es nicht nur wichtig sei, *daß* eine westliche Initiative erfolge, sondern besonders auch, daß sie *jetzt* erfolge. Chruschtschow habe es in einer Erklärung am 31. Dezember 1963[12] und auch bei anderen Gelegenheiten[13] deutlich gemacht, daß die Sowjetunion im Laufe des Jahres 1964 einen entscheidenden Durchbruch in der Deutschland-Frage erzielen wolle. Daher sei – ohne sich in Einzelheiten zu verlieren – eine baldige Manifestation der westlichen Alliierten

[9] So zog beispielsweise der FDP-Abgeordnete und ehemalige Bundesvorsitzende Dehler am 14. März 1964 den Willen der drei Westmächte sowie der Bundesregierung zur Verwirklichung der Wiedervereinigung Deutschlands in Zweifel. Vgl. DzD IV/10, S. 412–416.

[10] Vgl. dazu Dok. 48.

[11] Zur französischen Haltung hielt Ministerialdirektor Krapf am 17. März 1964 fest: „Die ersten Rückäußerungen der Franzosen ließen erkennen, daß sie hinter den Formulierungen unseres Papiers eine deutsche Neigung vermuteten, eine ‚weichere' Linie in der Deutschland-Frage zu verfolgen. Vermutlich steckte dahinter die französische Befürchtung, daß ein solcher Kurs zu einem deutsch-sowjetischen Gespräch führen könnte. Es hat nachdrücklicher Vorstellungen unsrerseits bedurft, um den Franzosen klarzumachen, daß wir in der Deutschland-Frage einen unverändert festen Kurs steuern." Vgl. Abteilung II (II 1), VS-Bd. 63; B 150, Aktenkopien 1964.

[12] Zum Schreiben des sowjetischen Ministerpräsidenten an alle Staats- und Regierungschefs betreffend einen Verzicht auf Gewaltanwendung bei territorialen Streit- und Grenzfragen vgl. Dok. 15, Anm. 2, und Dok. 16.

[13] Der sowjetische Ministerpräsident brachte damals wiederholt zum Ausdruck, daß Deutschland nur auf sozialistischer bzw. kommunistischer Basis wiedervereinigt werden könne und daß Verhandlungen über Deutschland nur möglich seien, wenn man von der Teilung des Landes und der Sonderstellung Berlins ausgehe. Vgl. dazu OSTERHELD, Außenpolitik, S. 94.

notwendig, in der zum Ausdruck komme, daß sie zu der Deutschland-Politik von 1954[14] stehen. Damit könne viererlei erreicht werden:

1. Es könne verhindert werden, daß die Sowjetunion in ihrer Deutschland-Politik noch massiver werde als in der TASS-Erklärung[15].
2. Die Einheit der drei Alliierten in der Deutschlandfrage werde manifestiert.
3. Die Entschlossenheit des Westens werde vor der Neutralistenkonferenz in Belgrad dokumentiert.
4. Es werde vor der deutschen Öffentlichkeit deutlich gemacht, daß die Bundesregierung und die drei Alliierten in dieser Frage den gleichen Standpunkt vertreten.

M. *Lucet* stimmt den deutschen Ansichten zu. Es sei zu klären, wie Deutschland und Frankreich in dieser Frage gemeinsam vorgehen sollten. Am besten sei es, wenn die Botschafter Alphand und Knappstein sich darüber abstimmen würden.[16]

Ministerialdirigent *Dr. Reinkemeyer* erwidert, daß am 23. März in Colombo[17] die vorbereitende Konferenz für die Belgrader Konferenz stattfinden werde. Die gemeinsame Aktion der Westmächte sei vor der Neutralistenkonferenz psychologisch deshalb so besonders entscheidend, weil die Sowjetunion den neutralen Staaten immer wieder einzureden versuche, daß niemand im Westen ein wirkliches Interesse an der deutschen Wiedervereinigung habe. Die drei Westmächte sollten den Vorschlag von sich aus, mit deutscher Unterstützung, vorbringen.

M. *Puaux* fragt, inwiefern der Deutschlandplan die ungebundenen Staaten hindern soll, die sog. DDR anzuerkennen.

M. *Lucet* gibt zu bedenken, daß es vielleicht günstiger wäre, einen deutschen Vorschlag zugrunde zu legen, der von den Alliierten unterstützt werde. Dies könne auch für die deutschen innenpolitischen Bedürfnisse günstig sein, da es dann als deutsche Initiative gelten würde. Ein von den Alliierten ausgehender Vorschlag könne überdies mit Vorschlag von 1959 verglichen werden, und es bestehe die Gefahr, daß der neue Vorschlag eine weniger harte Haltung zeige als der von 1959. Er betont, daß er die Bedeutung erkenne, die die Bundesregierung der Frage einer neuen Initiative beimißt.

Ministerialdirigent *Dr. Reinkemeyer* betont, daß die deutsche Seite an ein Viermächtepapier denke, d.h. die drei Westmächte und die Bundesrepublik Deutschland.

Ministerialdirektor *Dr. Müller-Roschach* erklärt, es liege im Interesse der drei

[14] Nach Artikel 7, Absatz 2 des Deutschland-Vertrags (Fassung vom 23. Oktober 1954) waren die drei Westmächte verpflichtet zusammenzuarbeiten, „um mit friedlichen Mitteln ihr gemeinsames Ziel zu verwirklichen: ein wiedervereinigtes Deutschland, das eine freiheitlich-demokratische Verfassung, ähnlich wie die Bundesrepublik, besitzt und das in die europäische Gemeinschaft integriert ist". Vgl. DOKUMENTE DES GETEILTEN DEUTSCHLAND, Bd. 1, S. 232.

[15] Zur TASS-Erklärung vom 7. März 1964 vgl. Dok. 67, Anm. 16.

[16] Zu den weiteren Beratungen in der Washingtoner Botschaftergruppe vgl. den Drahtbericht des Botschafters Knappstein, Washington, vom 20. März 1964; Abteilung II (II 1), VS-Bd. 63; B 150, Aktenkopien 1964.

[17] Vgl. dazu Dok. 65, Anm. 6.

Westmächte zu zeigen, daß sie sich auf den Boden der Viermächteverantwortung für Deutschland stellen. Das entspreche auch unserer gemeinsamen Politik, die in Art. 10 des Deutschlandvertrages[18] niedergelegt sei.

M. *Puaux* stellt die Frage, ob es für die deutsche Seite innenpolitisch nicht von größerem Nutzen sei, wenn sie den Plan als einen deutschen Plan präsentiere.

M. *Lucet* fragt, ob der Plan auch der Sowjetunion vorgelegt werden soll oder ob er nur innerpolitischen Zwecken diene.

Ministerialdirigent *Dr. Reinkemeyer* betont, daß der Plan der Sowjetunion vorgelegt werden soll.

Ministerialdirektor *Dr. Müller-Roschach* wendet sich dagegen, daß unsere französischen Freunde glaubten, der Plan sei eine Initiative ohne Folgen und diene nur innerpolitischen Zwecken. Dieser Plan könne tatsächlich einer der Ausgangspunkte sein, von dem aus man zu einem Friedensvertrag gelangen könne.

M. *Lucet* stellt die Frage, wo es in letzter Zeit Rückschläge für uns gegeben habe. Colombo[19] und Sansibar[20] seien in der letzten Zeit die einzigen Stellen, wo die SBZ gewisse Fortschritte erzielen konnte.

Ministerialdirektor *Dr. Jansen* erklärt die deutsche Haltung zu Ceylon. Er unterstreicht abschließend nachdrücklich das deutsche Interesse an einer gemeinsamen Aktion der drei Westmächte und der Bundesrepublik Deutschland. Diese Aktion sei eine wichtige Rückendeckung für die Bundesregierung in ihrem Kampf gegen die SBZ-Anerkennung. Auf die französische Unterstützung käme es uns dabei besonders an.

M. *Lucet* verspricht, den deutschen Wunsch dem französischen Außenminister vorzutragen. Die Argumentation der deutschen Vertreter, insbesondere die eindringlichen Erklärungen Herrn Jansens, hätten ihn von dem Ernst der deutschen Haltung überzeugt.[21]

2) Passierscheinfrage[22]

Ministerialdirektor *Krapf* erklärt, es sei in letzter Zeit keine neue Entwicklung zu verzeichnen.

M. *Lucet* sagt, wenn er richtig unterrichtet sei, seien die Passierscheinver-

[18] Die gemeinsamen deutschlandpolitischen Ziele waren nicht in Artikel 10, sondern in Artikel 7 niedergelegt.

[19] Zur Einstellung der Entwicklungshilfe an Ceylon als Reaktion auf die Errichtung eines Generalkonsulats der DDR in Colombo vgl. Dok. 53, Anm. 8.

[20] Zur Anerkennung der DDR durch Sansibar am 29. Januar 1964 vgl. Dok. 40, besonders Anm. 5.

[21] Am 24. März 1964 berichtete Botschafter Klaiber, Paris, daß „der Nachdruck, den das Auswärtige Amt in der Konsultationsbesprechung vom 18. März auf die französische Unterstützung der in Vorbereitung befindlichen Initiative der Bundesregierung in der Deutschland-Frage gelegt" habe, das französische Außenministerium beeindruckt habe und voraussichtlich zu einer stärkeren französischen Stützung der Initiative in der Washingtoner Botschaftergruppe führen werde. Vgl. Abteilung I (I A 1), VS-Bd. 15; B 150, Aktenkopien 1964.
Zur Deutschland-Initiative vgl. weiter Dok. 101.

[22] Zu den Passierschein-Gesprächen vgl. zuletzt Dok. 60 und Dok. 64.

handlungen unterbrochen worden und sollten im Mai wiederaufgenommen werden.

Ministerialdirektor *Krapf* betont, daß sich die deutsche Haltung nicht geändert habe.

Graf d'Aumale fragt, ob die deutschen Verhandlungsführer schon ihre Instruktionen bekommen hätten.

Ministerialdirektor *Krapf* erwidert, daß die Instruktionen erst auf einer Konferenz mit dem Herrn Bundeskanzler zwei Wochen vor dem 8. April[23] festgelegt werden.

Graf d'Aumale fragt, was die Bundesregierung von dem Vorschlag von MdB Strauß[24] halte, eine Kommission zur Ausarbeitung einer gemeinsamen Politik in der Passierscheinfrage zu bilden.

Ministerialdirektor *Krapf* erwidert, daß Konsultationen zwischen der Bundesregierung, dem Berliner Senat und dem Bundestag bereits existierten.

M. *Lucet* betont, es sei erfreulich, daß das abwegige Gerücht in der Deutschen Zeitung, Frankreich beabsichtige, in Ost-Berlin eine Handelsvertretung zu eröffnen[25], gleichzeitig in Bonn und Paris dementiert worden sei.

Ministerialdirigent *Dr. Reinkemeyer* erklärt auf die Frage nach der Ausgabe von Transitvisa für Westberliner, die durch die Sowjetzone zu reisen beabsichtigen, daß diese Angelegenheit auf Vorschlägen eines österreichischen Reisebüros zu beruhen schiene. Die Vorschläge, die von den zuständigen Stellen noch nicht gebilligt worden seien, wären verfrüht der Öffentlichkeit bekannt gemacht worden.[26]

M. *Lucet* bittet um Unterrichtung der zuständigen Stellen der Alliierten in Berlin, falls sich neue Entwicklungen in der Passierscheinangelegenheit anbahnen.[27] Die militärischen Stellen in Berlin seien nicht sehr gut auf dem laufenden gehalten worden.

[23] Am 2. April 1964 kamen Vertreter der Bundesregierung und des Senats von Berlin zusammen, um die Verhandlungslinie für die Wiederaufnahme der Passierschein-Gespräche festzulegen. Dem Vertreter der DDR sollten am 8. April 1964 die im Januar 1964 formulierten Vorschläge erneut präsentiert werden. Im Falle der Ablehnung dieser Vorschläge sollte die Regelung von Härtefällen angesprochen werden. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Praß, Bundeskanzleramt, vom 2. April 1964; Abteilung II (II 1), VS-Bd. 61; B 150, Aktenkopien 1964.

[24] Die Überlegungen des CSU-Vorsitzenden waren Gegenstand eines Schreibens vom 1. April 1964 an den Chef des Bundeskanzleramtes, Westrick. Strauß legte dar, daß die Passierschein-Frage bereits im Dezember 1963 hätte anders behandelt werden müssen und daß „die kommunistische Seite bereit gewesen wäre, zu anderen Bedingungen abzuschließen und sehr überrascht war, daß sie dieses Abkommen erreicht hat". Er zog den Schluß, „daß die beinahe primitiv handwerkliche Bearbeitung dieses Problems nicht mehr fortgesetzt werden kann". Er schlug vor, eine Kommission von Experten mit der Aufgabe zu betrauen, „der Bundesregierung Analysen und Beurteilungsgrundlagen zu liefern, ohne die weitere Entscheidungen sehr schwer sein dürften". Vgl. Büro Staatssekretär, Bd. 397.

[25] Vgl. dazu den Artikel „Erhards Kompetenz für Berlin wird in Paris bestritten"; DEUTSCHE ZEITUNG, Nr. 62 vom 13. März 1964, S. 1.
Vgl. in diesem Zusammenhang auch den Vorschlag der DDR, Handelsvertretungen westlicher Staaten in Ost-Berlin zu errichten; Dok. 62, Anm. 7.

[26] Vgl. dazu den Artikel „Die neuen Transit-Bestimmungen der Zone"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 61 vom 12. März 1964, S. 1.

[27] Zu den Passierschein-Gesprächen vgl. weiter Dok. 92.

Ministerialdirektor *Krapf* sagt dies zu.

3) TTD-Fragen[28]

M. *Puaux* weist darauf hin, daß die TTD-Fragen vor Behandlung in der NATO zuerst in Bonn mit den alliierten Botschaftern hätten genau festgelegt werden sollen.

M. *Lucet* fragt, ob eine öffentliche Erklärung beabsichtigt sei.

M. *Toffin* weist darauf hin, daß solch eine Erklärung die Konzessionen[29] unnötig betone. Da der vorgesehene Text von Abänderungen spreche, werden überdies Fragen über diese Änderungen gestellt werden.

Ministerialdirektor *Krapf* antwortet, daß die TTD-Fragen in Bonn diskutiert worden seien.[30] Sie seien von einem dritten Staat, von Dänemark, vor die NATO gebracht worden.[31] Eine öffentliche Erklärung sei beabsichtigt, um den Maßnahmen mehr Gewicht zu geben. Im übrigen handele es sich bei der neuen Praxis um eine Konzession an unsere Alliierten und nicht an die SBZ. Es werde eine liberalere Handhabung der TTD-Angelegenheiten angestrebt, als Gegengewicht jedoch keine politische Tätigkeit der Reisenden erlaubt werden.

M. *Lucet* betont, die neue Praxis dürfe keinesfalls als Konzession an die SBZ ausgelegt werden können.

M. *Puaux* gibt zu bedenken, daß die NATO nicht erwähnt werden sollte, wenn das Kommuniqué in Berlin herausgegeben werde.

M. *Lucet* stellt abschließend fest, daß über das Procedere bei der Veröffentlichung mit der Gruppe der alliierten Botschafter in Bonn entschieden werden sollte.[32]

4) Besuche sowjetischer Persönlichkeiten in Frankreich

M. *Lucet* berichtet über den Besuch Podgornyjs[33] in Frankreich. Im Jahre 1960 sei Chaban-Delmas mit einer Parlamentariergruppe in die Sowjetunion gereist.[34] Die sowjetische Gruppe hätte sich als Gegenbesuch angesagt, ohne

[28] Als Reaktion auf den Bau der Mauer in Berlin ab 13. August 1961 beschlossen die NATO-Staaten aufgrund eines Vorschlags der drei Westmächte und der Bundesrepublik vom 26. August 1961, Einwohnern der DDR, die die Berufsfelder Landwirtschaft, Medizin und Wissenschaft, Politik, Kultur, Sport sowie Journalismus vertraten, im Prinzip keine Einreisegenehmigungen (Temporary Travel Documents) zu erteilen. Vgl. Abteilung II (II 7), VS-Bd. 462; vgl. auch Abteilung 7 (700), VS-Bd. 4. Vgl. dazu auch AAPD 1963, I, Dok. 110.

[29] Zum Beschluß des Ständigen NATO-Rats vom 18. März 1964 über eine Modifizierung der TTD-Sperre vgl. besonders Dok. 91.

[30] Zu den Erörterungen in der Bonner Vierergruppe vgl. AAPD, III, Dok. 476.

[31] Am 23. Oktober 1963 regte Dänemark im Ständigen NATO-Rat eine Grundsatzbesprechung über die TTD-Frage an. Für den Wortlaut der Erklärung vgl. Referat II 1, Bd. 178.

[32] Das „Allied Travel Office" (ATO) in Berlin (West) gab am 2. April 1964 bekannt, die „für die Bewohner der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands geltenden Einreisebestimmungen" seien in einigen Punkten geändert worden. Vgl. DzD IV/10, S. 451 f.

[33] Zum Besuch des Sekretärs des ZK der KPdSU vom 24. Februar bis 6. März 1964 vgl. Dok. 66, Anm. 34.

[34] Eine Gruppe französischer Parlamentarier mit dem Präsidenten der Nationalversammlung an der Spitze besuchte vom 18. Februar bis 7. März 1960 die UdSSR. Vgl. dazu den Bericht des Botschafters Kroll, Moskau, vom 10. März 1960; Referat 204, Bd. 278.

daß französischerseits daran erinnert worden sei. Die sowjetischen Besucher seien insbesondere an wirtschaftlichen Fragen, Fragen der chemischen Industrie und Handelsangelegenheiten interessiert gewesen. Die französische Haltung bei Kreditvergaben in Osthandelsgeschäften habe sich nicht geändert.[35] Sie sei NATO-konform. Im Gegensatz dazu habe sich leider die Haltung unserer britischen Freunde geändert.[36] Die sowjetischen Besucher wollten bei ihrem Besuch in Frankreich wissen, was man von den Deutschen denke, sie behaupteten, der westdeutsche Revanchismus werde durch den deutsch-französischen Vertrag[37] unterstützt. Man habe ihnen in Paris sehr klar und unmißverständlich dazu geantwortet, daß der deutsch-französische Vertrag die Grundlage der französischen Politik sei. Alles in allem sei Podgornyjs Reise ein unerwarteter Propagandabesuch gewesen. Manche Beobachter glaubten, Grund des Besuches sei der Wunsch der Sowjets, eine Demonstration gegen China durchzuführen; dies sei wohl kaum eine richtige Interpretation und könne höchstens mitbestimmend für den Besuch gewesen sein. Die französische Rußland-Politik habe sich jedenfalls in keiner Weise geändert. Podgornyj habe nie über einen Besuch de Gaulles in Moskau gesprochen.[38] Das sei nur kurz zur Sprache gekommen, wie er am letzten Tage die Frage eines französischen Journalisten beantwortet habe. Man bemerke in Frankreich jedoch, daß die sowjetische Politik Deutschland gegenüber immer aggressiver werde.

Ministerialdirigent *Dr. Reinkemeyer* erklärt, die soeben erfolgte Ausweisung des Leiters der Wirtschaftsabteilung an der deutschen Botschaft in Moskau[39] stelle eine Retorsion gegen die vor einigen Monaten erfolgte Ausweisung des Ersten Sekretärs und Leiters der konsularischen Abteilung I. A. Morosow dar. Morosow habe in den Räumen des Auswärtigen Amts einen ihm zur Einsichtnahme gezeigten Paß eines Sowjetbürgers, der um Asyl gebeten hatte, widerrechtlich an sich genommen. Daraufhin wurde ihm ein Ultimatum gestellt. Im übrigen sei es richtig, daß letzthin das Verhältnis zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion wieder zu den Formen des kalten Krieges zurückgekehrt sei. Dabei spiele sicher die sowjetische Enttäuschung über Bundeskanzler Erhard[40] eine Rolle.

Ministerialdirektor *Dr. Müller-Roschach* warnt davor, zuviel Spekulationen über die Ausweisung von Botschaftsrat Naupert anzustellen. Ministerialdirek-

35 Zur französischen Haltung in der Kreditfrage vgl. zuletzt Dok. 55.

36 Zur britischen Haltung in der Kreditfrage vgl. Dok. 2 und Dok. 14.

37 Für den Wortlaut des deutsch-französischen Vertrags vom 22. Januar 1963 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 706–710.

38 Zu den Spekulationen über einen Besuch des französischen Staatspräsidenten in der UdSSR vgl. auch Dok. 68, Anm. 34.

39 Am 17. März 1964 teilte der Leiter der Abteilung Europa III des sowjetischen Außenministeriums, Iljitschow, Botschafter Groepper mit, daß der weitere Aufenthalt des Botschaftsrates für Handelsfragen an der Botschaft der Bundesrepublik in der UdSSR „unmöglich" sei und Naupert innerhalb von fünf Tagen ausreisen müsse. Iljitschow nannte keine Gründe für diese Entscheidung. Auf deutscher Seite sah man dies als eine „Repressalie" an, mit der die UdSSR gegen die Ausweisung des sowjetischen Botschaftssekretärs Morosow aus der Bundesrepublik Anfang Januar 1964 reagierte. Vgl. dazu den Artikel „Bonn nennt die Ausweisung aus Moskau eine Repressalie"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 67 vom 19. März 1964, S. 1 und S. 4.

40 Vgl. dazu auch Dok. 84, Anm. 6.

tor von Haeften habe schon zur Zeit der Ausweisung von Morosow darauf hingewiesen, daß wir damit eine Explosion riskierten.

M. *Lucet* erkundigt sich nach dem Besuch von Botschafter Smirnow bei Bundeskanzler Erhard[41].

Ministerialdirektor *Krapf* antwortet, daß Smirnow eine Botschaft übergeben habe, die aber dem Auswärtigen Amt noch nicht zugeleitet worden sei. Smirnow habe Grüße von Chruschtschow überbracht. Er habe keine präzisen Fragen gestellt. Bundeskanzler Erhard habe mit ihm über die TASS-Erklärung gesprochen.

M. *Lucet* weist darauf hin, daß in der TASS-Erklärung als neues Element die Forderung nach Verminderung der Stärke der Bundeswehr enthalten sei.

5) Beziehungen zu den osteuropäischen Staaten

Ministerialdirektor *Krapf* erklärt, einen erfreulichen Erfolg habe die Bundesregierung bei ihren Verhandlungen mit der Volksrepublik Bulgarien über die Errichtung einer deutschen Handelsvertretung in Sofia[42] zu verbuchen. Obwohl das Zentralkomitee der SED erklärt habe, die Versuche der Bundesregierung, die Berlin-Klausel in internationale Verträge aufzunehmen, sei ein Beispiel des „westdeutschen Revanchismus"[43], habe Bulgarien die Berlin-Klausel anerkannt. Vor einiger Zeit sei eine Delegation aus der Tschechoslowakischen Volksrepublik in Bonn gewesen[44]; die Bundesregierung warte auf eine Antwort aus Prag auf ihre Vorschläge, um danach die Verhandlungen mit den Tschechen über die Errichtung einer Handelsvertretung in Prag aufzunehmen.[45]

M. *Lucet* erklärt, die Polen nähmen gegenwärtig die härteste Haltung innerhalb der Satelliten-Staaten ein. In der ersten Februarwoche sei der polnische Vize-Außenminister Naszkowski in Paris gewesen[46] und habe den Gomulka-Plan[47] dargelegt. Die französische Regierung habe sich seinen Vorstellungen gegenüber völlig ablehnend verhalten. Im Quai d'Orsay werde gegenwärtig

41 Zum Gespräch vom 11. März 1964 vgl. Dok. 68.

42 Zum Abkommen mit Bulgarien vom 6. März 1964 über den Waren- und Zahlungsverkehr und den Austausch von Handelsvertretungen vgl. Dok. 62.

43 Das Politbüro des ZK der SED stellte auf seiner Sitzung vom 3. bis 5. Februar 1963 außerdem fest, daß es keinem souveränen Staat bei Abkommen mit der Bundesrepublik Deutschland zugemutet werden könne, die „aggressive Forderung auf Einbeziehung Westberlins in die Bundesrepublik anzuerkennen". Vgl. EINHEIT 1964, Heft 3, S. 82.

44 Zur Anbahnung der Gespräche im November 1963 vgl. AAPD 1963, III, Dok. 432.

45 Zur Aufnahme der Verhandlungen mit der Tschechoslowakei vgl. Dok. 100.

46 Während des Besuchs äußerte der französische Außenminister gegenüber dem polnischen Stellvertretenden Außenminister, der Gomulka-Plan „könne von Frankreich nicht akzeptiert werden, weil er zu einer Verschiebung des Gleichgewichts der Kräfte in Europa führen würde. Die Sowjetunion sei nun einmal die stärkste Militärmacht in Europa, der ein Gegengewicht gegenüber gestellt werden müsse. Aus Gründen der Erhaltung des Gleichgewichts lehne Frankreich jede Neutralisierung der Bundesrepublik ab. Er, Couve, könne auch kein Bedürfnis für den Gomulka-Plan hinsichtlich einer Friedenssicherung erkennen: Mitteleuropa sei, wenn man von den Zwischenfällen um Berlin einmal absehe, eines der ruhigsten Gebiete der Erde." Vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jansen vom 16. März 1964; Abteilung I (I A 3), VS-Bd. 163; B 150, Aktenkopien 1964.

47 Zum Memorandum der polnischen Regierung vom 29. Februar 1964 über das „Einfrieren" der nuklearen Rüstung in Mitteleuropa vgl. Dok. 59, Anm. 29, und Dok. 61.

eine Antwort vorbereitet, in der der Gomulka-Plan als diskriminierend, illusorisch und undurchführbar abgelehnt werden würde. Bei der Antwort der Vereinigten Staaten[48] beunruhige die Schlußfolgerung.

Ministerialdirektor *Krapf* erklärt, die Vereinigten Staaten lehnten den Plan auch ab, verwiesen aber bei dieser Gelegenheit gleichzeitig auf ihren eigenen Einfrierungsplan[49].

Ministerialdirektor *Müller-Roschach* hob hervor, daß in Europa Polen und die Tschechoslowakei durch keinen Vertrag auf atomarem Gebiet Bindungen unterworfen seien, während alle anderen Staaten vertraglich Beschränkungen für Herstellung, Besitz und Verwendung von atomarer Bewaffnung eingegangen seien.

M. *Lucet* erklärt, daß die rumänische Initiative in Peking[50] interessant gewesen sei. Es handele sich um eine Geste der Unabhängigkeit gegenüber Moskau. Die rumänische Delegation habe Moskau über ihre Absichten nur informiert, nicht aber konsultiert. Die Delegation sei allem Anschein nach ohne Ergebnis aus Peking zurückgekehrt. Im übrigen hätten sich augenscheinlich die deutschen Beziehungen zu Jugoslawien in letzter Zeit verschlechtert.[51]

Ministerialdirektor *Dr. Jansen* erläutert, daß die Bundesrepublik Deutschland nach französischer Meinung[52] Jugoslawien gegenüber flexibler sein solle, da Jugoslawien im Rahmen der Neutralen eine besondere Bedeutung habe.

Ministerialdirektor *Dr. Müller-Roschach* weist darauf hin, daß die Bundesrepublik Deutschland den Jugoslawen in Handelsangelegenheiten größere Erleichterungen einräumt als anderen Staaten, mit denen sie die diplomatischen Beziehungen abgebrochen hat[53].

Ministerialdirektor *Dr. Jansen* hebt hervor, daß der Handelsaustausch mit Jugoslawien nach Abbruch der diplomatischen Beziehungen sogar zugenommen hat. Im Falle von Ceylon haben wir dagegen die diplomatischen Beziehungen beibehalten, die Wirtschaftshilfe aber eingestellt. So könne niemand im voraus berechnen, welche unsere Reaktion sein werde.

Ministerialdirektor *Krapf* bemerkt, daß Tito anderen Staaten empfehle, mit der SBZ diplomatische Beziehungen aufzunehmen und mit der Bundesrepublik Deutschland Handelsbeziehungen zu unterhalten.

Ministerialdirigent *Dr. Reinkemeyer* bemerkt, daß Jugoslawien eine systemati-

48 Zur Antwort der einzelnen NATO-Staaten an Polen vgl. Dok. 61, Anm. 11.

49 Zum amerikanischen „freeze"-Vorschlag vgl. Dok. 38.

50 Vom 3. bis 10. März 1964 besuchte der rumänische Ministerpräsident Maurer die Volksrepublik China. Ziel dieses Besuchs war vor allem eine Ausweitung des rumänisch-chinesischen Handels. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1964, Z 67.

51 Zur jugoslawischen Kampagne gegen die Politik der Bundesregierung vgl. Dok. 77.

52 Ministerialdirektor Müller-Roschach teilte am 6. März 1964 mit, der stellvertretende Leiter der Politischen Abteilung im französischen Außenministerium, Laloy, habe der Bundesregierung empfohlen, auf dem Wege einer Entschädigung der jugoslawischen Opfer des Nationalsozialismus das Verhältnis zu Jugoslawien zu verbessern. Vgl. Abteilung I (I B 4), VS-Bd. 219; B 150, Aktenkopien 1964.

53 Zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Jugoslawien am 19. Oktober 1957 vgl. Dok. 67, Anm. 21.

sche Kampagne gegen die Bundesrepublik Deutschland führe, aber gleichzeitig Geld von ihr erhalten wolle. Man müsse an seiner Aufrichtigkeit zweifeln. Dabei sei Jugoslawien von Botschafter Schlitter über unseren Standpunkt informiert worden.[54] Er habe der jugoslawischen Regierung überdies gewisse wirtschaftliche Erleichterungen vorgeschlagen. Im übrigen sei vor kurzem in Bonn die Hauptverhandlung im Strafverfahren gegen die kroatischen Attentäter[55] eröffnet worden; bei diesem Prozeß seien jugoslawische Beobachter anwesend.

Ministerialdirektor *Dr. Müller-Roschach* betont, daß die Bundesregierung bereit sei, mit all *den* Regierungen über Wiedergutmachungsregelungen zu verhandeln, die die Bundesrepublik Deutschland als Sprecher Deutschlands anerkennen. Eine andere Möglichkeit sei es, die Frage der Wiedergutmachung bis zu einem deutschen Friedensvertrag zu verschieben. Es sei jedoch unvereinbar miteinander, daß ein Staat die Sowjetzone anerkenne und von der Bundesrepublik Deutschland Wiedergutmachungsleistungen beanspruche. Herr Müller-Roschach fragte die französischen Gesprächspartner, ob sie meinten, daß Jugoslawien mit der SBZ brechen könnte, um von uns Entschädigungen zu erhalten.

M. *Lucet* antwortete, er habe darüber keine Informationen.

Ministerialdirektor *Dr. Jansen* fügte hinzu, in solch einem Fall würden wir die Jugoslawen mit offenen Armen aufnehmen.

6) Erste Erfahrungen mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Frankreich und der Volksrepublik China[56]

M. *Lucet* berichtet, daß bisher noch keinerlei Erfahrungen über die Entwicklung der französisch-chinesischen Beziehungen vorliegen. Man sei gegenwärtig dabei, die Unterbringungsfragen der Botschaften zu regeln. Die alte französische Botschaft in Peking werde von den Chinesen als Gästehaus benutzt. Die chinesische Regierung beabsichtige, Frankreich ein neues Botschaftsgelände anzubieten. In Paris gehören den Chinesen zwei Gebäude. Die national-

[54] Zum Abbruch der deutsch-jugoslawischen Wirtschaftsverhandlungen am 13. Juli 1963 vgl. AAPD 1963, II, Dok. 229.
Zu Sondierungen über eine Wiederaufnahme der Gespräche vgl. den Drahtbericht des Botschafters Schlitter, z. Z. München, vom 21. Februar 1964; Referat III A 5, Bd. 393. Vgl. ferner die Aufzeichnungen des Ministerialdirektors Sachs vom 17. und 31. Januar 1964; Abteilung III (III A 5), VS-Bd. 202.
Die Verhandlungen wurden am 26. Juni 1964 wiederaufgenommen. Vgl. dazu weiter Dok. 243.

[55] Am 29. November 1962 verübte eine kroatische Emigrantenorganisation ein Attentat auf das Gebäude der ehemaligen jugoslawischen Botschaft in Bad Godesberg. Dort war die „Abteilung für die Wahrnehmung jugoslawischer Interessen" der schwedischen Botschaft untergebracht. Schweden nahm seit dem Abbruch der deutsch-jugoslawischen Beziehungen am 19. Oktober 1957 die Interessen Jugoslawiens in der Bundesrepublik als Schutzmacht wahr. In einer dem Auswärtigen Amt am 30. November 1962 von der schwedischen Botschaft übermittelten Note protestierte die jugoslawische Regierung gegen den Vorfall und forderte Schadenersatz. Vgl. dazu AAPD 1963, I, Dok. 105.
Der Prozeß gegen 26 mutmaßlich an dem Anschlag Beteiligte wurde am 12. März 1964 vor dem Bonner Landgericht eröffnet. Vgl. dazu den Artikel „Jugoslawische Beobachter zu Kroaten-Prozeß"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 61 vom 12. März 1964, S. 8.

[56] Zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Frankreich und der Volksrepublik China am 27. Januar 1964 vgl. besonders Dok. 11 und Dok. 17.

chinesische Regierung habe vor Abbruch der Beziehungen[57] das Grundstück ihrer Botschaft in Paris auf den nationalchinesischen Vertreter bei der UNESCO übertragen. Ende April solle ein französischer Botschafter nach Peking entsandt werden. Die Entscheidung, wer es sein werde, sei noch nicht getroffen.[58] Für Frankreich stelle sich jetzt die Frage, wie sich die französische Regierung im Hinblick auf die Vertretung Chinas in internationalen Organisationen verhalten werde. Frankreich wolle keine Initiative ergreifen.[59] Die französische Regierung wolle also nicht von sich aus aktiv werden, müsse aber andererseits eine logische Politik betreiben. So habe Frankreich sich im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen ruhig verhalten, als im Februar der Vertreter Nationalchinas den Vorsitz führte. Auf der Welthandelskonferenz[60] werde Frankreich allerdings für eine Teilnahme Pekings eintreten, falls – wie verlautet – von Ungarn ein Antrag gestellt werde.[61] Man solle die französische Haltung nicht zu sehr in den Brennpunkt des Interesses stellen und müsse sie im Zusammenhang mit der Haltung anderer NATO-Länder sehen, die, wie Großbritannien, Norwegen und Holland, stets der Aufnahme Rotchinas in die Vereinten Nationen zugestimmt haben.

7) Konsultationen in Abrüstungsfragen

Ministerialdirektor *Dr. Jansen* regt an, daß sich die Abrüstungsexperten Frankreichs und der Bundesrepublik treffen sollten, um im Rahmen der deutsch-französischen Konsultationen einen Gedankenaustausch zu halten.

M. *Lucet* erwidert, er nehme diese Anregung gern auf. Frankreich sei, was die Abrüstungsfragen betreffe, nicht in allen Einzelheiten auf dem laufenden, da die französische Regierung bereits seit einiger Zeit nicht mehr an den Verhandlungen teilnehme.[62] Quai d'Orsay und Auswärtiges Amt sollten sich bald über einen geeigneten Termin zu einem ersten Gedankenaustausch verständigen.[63]

Ministerialdirektor *Dr. Jansen* unterstreicht nochmals das deutsche Interesse an einer gemeinsamen Aktion der drei Westmächte in der Deutschlandfrage; diese Aktion sei für die Bundesregierung eine wichtige Rückendeckung in ihrem Kampf gegen die Anerkennung der SBZ.

Abteilung I (I A 1), VS-Bd. 15

[57] Die Republik China (Taiwan) gab am 10. Februar 1964 den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Frankreich bekannt. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1964, Z 44.

[58] Am 8. Mai 1964 berichtete Botschafter Schmid, Dakar, daß der dortige französische Botschafter Paye den Senegal verlassen habe, um in Kürze die Leitung der französischen Botschaft in Peking zu übernehmen. Vgl. Referat I A 3, Bd. 408.

[59] Frankreich unterstützte allerdings eine Aufnahme der Volksrepublik China in die Weltgesundheitsorganisation (WHO). Vgl. dazu Dok. 66, Anm. 26.

[60] Zur bevorstehenden Welthandelskonferenz in Genf vgl. Dok. 28, Anm. 27–29. Vgl. ferner Dok. 144.

[61] Das Fehlen der Volksrepublik China auf der Welthandelskonferenz in Genf wurde von verschiedenen Ostblock-Staaten bedauert; ein Antrag auf Zulassung Chinas zur Konferenz erfolgte jedoch nicht. Vgl. dazu den Drahtbericht des Leiters der Delegation der Bundesrepublik Deutschland, Klein, vom 26. März 1964; Referat III A 2, Bd. 6.

[62] Zum französischen Desinteresse an der Konferenz der 18-Mächte-Abrüstungskommission in Genf vgl. Dok. 66, Anm. 14.

[63] Der Gedankenaustausch über Fragen der Abrüstung und Sicherheit fand am 21. Mai 1964 statt. Vgl. Dok. 133.

76

Aufzeichnung des Staatssekretärs Lahr

St.S. 136/64 geheim **20. März 1964**

Betr.: „Geschäftsfreund"[1]

Bezug: Schreiben des Herrn Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit vom 19.3.1964[2]

Zu anliegendem Schreiben des Herrn Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit an den Herrn Bundeskanzler ist zu bemerken:

Aus haushaltsrechtlichen Gründen mag es vorzuziehen sein, die Aktion „Geschäftsfreund" wie einen normalen Akt der Entwicklungshilfe zu behandeln, d.h. auf jede Geheimhaltung zu verzichten. Aus außenpolitischen Gründen halte ich das jedoch für untragbar. Wir haben bisher niemals das Bestehen einer solchen Aktion zugegeben; in arabischen Ländern aufgetauchte Gerüchte[3] sind beschwichtigt worden. Würden wir diese Politik ändern, so würde es in den arabischen Ländern schon wegen des bisher Geschehenen einen Sturm der Entrüstung geben. Für die Zukunft gäbe es nur die Alternative, die Aktion einzustellen oder den arabischen Ländern jährlich entsprechende Summen, d.h. das Mehrfache der dem „Geschäftsfreund" gegebenen Beträge zu gewähren. Beides ist unmöglich.

Die im Schlußabsatz des Bezugsschreibens erwähnten Beratungen gehen auf den Wunsch des „Geschäftsfreundes" zurück, die erste der beiden Halbjahresraten 1964 vor dem 31. März zu erhalten.[4] Der Gesamtbetrag für 1964 kann ge-

[1] Die Aktion „Geschäftsfreund" stellte eine geheimgehaltene Finanzhilfe der Bundesrepublik an Israel dar, die zusätzlich zu den Wiedergutmachungszahlungen geleistet wurde und zu der sich Bundeskanzler Adenauer am 14. März 1960 im Gespräch mit Ministerpräsident Ben Gurion bereit erklärt hatte. Ende 1961 wurde Israel ein erstes Darlehen im Rahmen dieser Aktion gewährt. Für eine Aufzeichnung des Gesprächs vom 14. März 1960 vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 4; B 150, Aktenkopien 1960. Vgl. dazu auch DEUTSCH-ISRAELISCHER DIALOG I/1, S. 150-152 und S. 320-322; ADENAUER, Erinnerungen IV, S. 35 f.

[2] Bundesminister Scheel regte eine baldige Besprechung über die Aktion „Geschäftsfreund" zwischen den „unmittelbar beteiligten Ressortchefs" unter Vorsitz von Bundeskanzler Erhard an, da „grundsätzliche Fragen, innen- und außenpolitische Gesichtspunkte sowie verfassungs- und haushaltsrechtliche Probleme" eine Aussprache notwendig machten. Weiterhin führte er aus, daß zur Zeit auf israelischen Wunsch über eine Abschlagszahlung für das Jahr 1964 – möglichst zum 31. März 1964 – beraten werde, und schlug vor, „in dieser Sache die bisherige Methode zu ändern und zu einer offenen Behandlung überzugehen". Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 444; B 150, Aktenkopien 1964.

[3] Vgl. dazu auch die Äußerungen des algerischen Botschafters Keramane vom 14. August 1963 gegenüber Ministerialdirigent Böker; AAPD 1963, II, Dok. 303.
Zur Problematik einer Bekanntgabe der Aktion „Geschäftsfreund" vgl. auch AAPD 1963, II, Dok. 193.

[4] Ende 1963 war es zu Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich der Zahlungsmodalitäten gekommen; von deutscher Seite wurde angestrebt, den Rhythmus zu verlangsamen und die Hälfte des für das zweite Halbjahr 1963 vorgesehenen Betrags erst Anfang 1964 zu zahlen. Bundeskanzler Adenauer entschied am 13. Oktober 1963, daß mit der Streckung der Leistungen erst 1964 begonnen werden solle. Vgl. AAPD 1963, III, Dok. 382 und Dok. 387.

genwärtig noch nicht festgestellt werden, weil der Bundeshaushalt noch nicht in Kraft getreten ist. Das würde jedoch der Gewährung der ersten Halbjahresrate nicht im Wege stehen, sofern dabei ausdrücklich festgestellt wird, daß der gewährte Betrag nicht präjudiziell für den Jahresbetrag ist. Da wir den „Geschäftsfreund" vermutlich bezüglich der Höhe des Jahresbetrages enttäuschen müssen, neigen die Ressorts dazu, ihm bezüglich des Zeitpunktes der ersten Rate entgegenzukommen. Es ist an einen Betrag von 75 Millionen DM gedacht.[5]

Hiermit dem Herrn Minister[6] mit der Bitte um Kenntnisnahme vorgelegt.

Lahr

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 444

77

Runderlaß des Ministerialdirektors Krapf

II 5 - 82.00/94.13-480/64 VS-vertraulich **23. März 1964[1]**
Fernschreiben Nr. 1206 Plurex **Aufgabe: 24. März 1964, 19.31 Uhr**

Jugoslawische Regierung betreibt seit einigen Monaten in Drittstaaten heftige antideutsche Kampagne.[2] Zugleich wirbt sie in ungebundenen Staaten für „Anerkennung der Realität zweier deutscher Staaten". Jugoslawen behaupten, Bundesregierung entziehe sich ihrer Wiedergutmachungspflicht[3] gegenüber

Fortsetzung Fußnote von Seite 366

Am 28. November 1963 sagte Staatssekretär Lahr dem Leiter der Israel-Mission, Shinnar, zu, möglichst bald, „allerdings erst nach endgültiger Verabschiedung des Haushaltsplans 1964", über den Betrag für 1964 sprechen zu wollen. Vgl. AAPD 1963, III, Dok. 437.

5 Zur Aktion „Geschäftsfreund" vgl. weiter Dok. 88.

6 Hat Bundesminister Schröder am 24. März 1964 vorgelegen.

1 Der Drahterlaß wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Luedde-Neurath konzipiert und über Ministerialdirigent Reinkemeyer an Ministerialdirektor Krapf geleitet. Hat Staatssekretär Carstens am 24. März 1964 vorgelegen.

2 Dazu berichtete der Leiter der „Abteilung für die Wahrnehmung der Interessen der Bundesrepublik Deutschland" bei der französischen Botschaft in Belgrad (Schutzmachtvertretung), Bock, am 29. Januar 1964: „Die jugoslawische Regierung hat Mitte Januar die seit langem geplante, bisher zurückgehaltene Kampagne in der Wiedergutmachungsfrage ausgelöst und dafür gesorgt, daß in fast allen mit der Bundesrepublik befreundeten oder verbündeten Ländern Europas Zeitungsartikel erschienen sind, in denen der Bundesrepublik vorgeworfen wird, ihre auf internationalen Verträgen beruhende Pflicht zur Zahlung von Entschädigung an Jugoslawien verletzt zu haben und Jugoslawien einer diskriminierenden Behandlung im Vergleich zu denjenigen Ländern auszusetzen, die nach dem Potsdamer Abkommen mit ihren Reparationsansprüchen an die drei westlichen Besatzungszonen, d.h. die heutige Bundesrepublik, verwiesen worden seien." Vgl. Abteilung II (II 5), VS-Bd. 257; B 150, Aktenkopien 1964.

3 Zur Vereinbarung mit Jugoslawien vom 7. September 1963 über eine Entschädigung in Höhe von 8 Millionen DM für die Opfer von Menschenversuchen in der Zeit der Herrschaft des Nationalsozialismus vgl. BULLETIN 1963, S. 1394.

Jugoslawien, betreibe jugoslawienfeindliche Politik und dulde Aktivität antijugoslawischer Emigrantenorganisationen[4] im Bundesgebiet.

Jugoslawische Kampagne, besonders in Wiedergutmachungsfrage, hat auch in einigen uns befreundeten Ländern Stimmen geweckt, die uns unter Hinweis auf jugoslawischen Einfluß bei bevorstehender Neutralistenkonferenz[5] raten, Jugoslawien entgegenzukommen.[6]

Hierzu ist zu bemerken:

I. Auf jugoslawische Forderung nach einer globalen Wiedergutmachungsregelung gehen wir aus folgenden Gründen nicht ein:

1) Unsere Verpflichtung zur Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts ist nicht zu trennen von Alleinvertretungsrecht der Bundesregierung. Wenn Jugoslawien durch Anerkennung der SBZ der Bundesregierung dieses Recht bestreitet und damit Identität der Bundesrepublik Deutschland mit dem Deutschen Reich verneint, begibt es sich der Möglichkeit, Wiedergutmachung von uns zu verlangen.

2) Wir haben nach Abbruch diplomatischer Beziehungen[7] die Raten aus dem 1956 vereinbarten 300 Mio.-DM-Abkommen[8] bis 1961 vertragsgemäß weitergezahlt und 1961 noch die Aufnahme eines 105 Mio.-DM-Kredits[9] zur Stützung jugoslawischer Währungsreform[10] ermöglicht. Tito hat unser Entgegenkommen nicht honoriert. Er hat vielmehr in Drittländern die Auffassung propagiert, daß eine Anerkennung Pankows nur einen Schönheitsfehler, nämlich den Abbruch diplomatischer Beziehungen zu uns, sonst aber keine Folgen und vor allem keine wirtschaftlichen Nachteile nach sich ziehe.

Wir wissen, daß die Jugoslawen die Wiedergutmachung vornehmlich unter finanziellem Aspekt betrachten. Um so mehr würden die ungebundenen Staaten, die zur Anerkennung SBZ neigen, bei umfangreichen deutschen Zahlungen an Jugoslawien Titos Behauptung bestätigt sehen, daß Bundesregierung aus Anerkennung SBZ keine schwerwiegenden Konsequenzen ziehe. Abbruch unserer Beziehungen zu Jugoslawien würde damit Abschreckungswirkung verlieren.

3) Wiedergutmachungsregelung für Jugoslawien würde mit Sicherheit entspre-

[4] Zur Tätigkeit kroatischer Organisationen in der Bundesrepublik vgl. Dok. 75, Anm. 55.

[5] Zu der für Oktober 1964 geplanten Konferenz der blockfreien Staaten in Kairo vgl. Dok. 65, Anm. 6. Vgl. dazu auch Dok. 275.

[6] Zur französischen Haltung im Hinblick auf die Beziehungen der Bundesrepublik zu Jugoslawien vgl. Dok. 75, besonders Anm. 52.

[7] Zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Jugoslawien am 19. Oktober 1957 vgl. Dok. 67, Anm. 21.

[8] Am 10. März 1956 wurde vereinbart, daß Jugoslawien einen Betrag von 300 Millionen DM erhalten solle, und zwar 60 Millionen DM in Form direkter Zahlungen der einzelnen deutschen Schuldner und 240 Millionen DM in der Form eines Kredits auf 99 Jahre. Für den Wortlaut des Vertrags über wirtschaftliche Zusammenarbeit vgl. BUNDESGESETZBLATT 1956, Teil II, S. 967.

[9] Die Bundesregierung ermöglichte es Jugoslawien im März 1961, einen Kredit über 105 Millionen DM bei der Deutschen Girozentrale aufzunehmen. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Hess vom 30. März 1961; Abteilung III (III A 5), VS-Bd. 202; B 150, Aktenkopien 1961.

[10] Mit Wirkung vom 1. Januar 1961 wurde eine einheitliche Parität zwischen jugoslawischem Dinar und amerikanischem Dollar festgelegt. Vgl. dazu AdG 1960, S. 8839.

chende unübersehbare Forderungen der übrigen kommunistischen Staaten Osteuropas zur Folge haben.

4) Wiedergutmachungsregelung für Jugoslawien würde für uns auch ein weiteres innen- und außenpolitisches Problem aufwerfen, weil zahlreiche Deutsche Entschädigung für in Nachkriegszeit in Jugoslawien erlittenes Unrecht fordern und diese Forderung mit jeder Wiedergutmachungsregelung für Jugoslawien verbunden sehen wollen. Anmeldung solcher Forderungen sollte im Interesse deutsch-jugoslawischen Verhältnisses vermieden werden.

II. Wir glauben nicht, daß wir selbst durch eine umfassende Wiedergutmachungsregelung von Tito ein Wohlverhalten oder gar eine Änderung seiner Haltung in der Deutschlandfrage erkaufen könnten.

Unsere Ablehnung der jugoslawischen Forderung ist nicht die Ursache der antideutschen Politik Titos, sondern wird von ihm nur zur Begründung dieser Politik herangezogen.

Tito nimmt in Deutschlandfrage grundsätzlich sowjetischen Standpunkt ein. Er wirbt in Drittländern für Anerkennung der „Realität zweier deutscher Staaten“[11], die sich über Wiedervereinigung verständigen müßten. Von dieser Haltung, die integrierender Bestandteil seiner weltpolitischen Gesamtkonzeption ist, dürfte Tito kaum abgehen.

III. Wir sind weiterhin bemüht, deutsch-jugoslawisches Verhältnis im Rahmen des Möglichen zu normalisieren.

1) Auch bei fortdauernder Ablehnung jugoslawischer Wünsche nach Wiedergutmachung und neuen Krediten bleibt Spielraum für Verbesserung der Beziehungen insbesondere auf wirtschaftlichem Gebiet. Wir sind durchaus bestrebt, Jugoslawien in diesem Rahmen entgegenzukommen, wenn die Jugoslawen uns das nicht durch ihre Haltung erschweren. In diesem Sinne hat bei kürzlichem Sondierungsgespräch in Belgrad[12] Botschafter Schlitter u.a. unsere Bereitschaft angedeutet, Konsolidierung bzw. Prolongierung verschiedener jugoslawischer Schulden im Betrag von mehreren hundert Millionen DM zu ermöglichen. Ein weiterer deutsch-jugoslawischer Gedankenaustausch ist ins Auge gefaßt.[13]

2) Auch kulturelle Beziehungen, die recht umfangreich sind, lassen sich noch erweitern.

3) In Emigrantenfrage gehen wir allen begründeten jugoslawischen Beschwerden nach. Unsere rechtsstaatliche Grundordnung macht es aber unmöglich, gegen solche Emigrantenumtriebe einzuschreiten, die unerwünscht und störend, aber nicht gesetzwidrig sind. Jugoslawische Polemiken, z.B. wegen Verschiebung Mehlemer Prozesses[14] – die ausschließlich wegen der Untersu-

[11] Zur sowjetischen Zwei- bzw. Drei-Staaten-Theorie vgl. besonders Dok. 13, Anm. 10 und 15.

[12] Zu dem Gespräch vom 20. Februar 1964 vgl. den Drahtbericht des Botschafters Schlitter, z.Z. München, vom 21. Februar 1964; Referat III A 5, Bd. 393.

[13] Zu den weiteren Wirtschaftsverhandlungen mit Jugoslawien vgl. Dok. 243.

[14] Am 4. Dezember 1963 gab die Justizpressestelle beim Landgericht in Bonn bekannt, daß der für den 9. Dezember 1963 anberaumte Termin für die Hauptverhandlung gegen die mutmaßlichen Attentäter auf die „Abteilung für die Wahrnehmung jugoslawischer Interessen“ der schwedischen Botschaft (Schutzmachtvertretung) aufgehoben werden mußte, da der Verteidiger eines

chung eines Beschuldigten auf seinen Geisteszustand nötig war – oder wegen Strafanzeigen gegen jugoslawische Politiker – die von extremen Elementen mit dem Ziel einer Störung der deutsch-jugoslawischen Beziehungen erfolgen –, sind nicht geeignet, Lösung der Emigrantenfrage zu fördern und unser Verhältnis zu Jugoslawien zu verbessern.

IV. Bitte diese Tatsachen und Überlegungen bei Abwehr jugoslawischer Kampagne in geeigneter Weise zu verwerten.[15] Die in Abschnitt I, Ziffer 3) und 4) angeführten Argumente sollten vertraulichen Gesprächen vorbehalten bleiben.

Ferner wird auf Aufzeichnung der Abteilung II im „Gelben Dienst" vom 15. Januar 1964 verwiesen.[16]

Krapf[17]

Abteilung II (II 5), VS-Bd. 257

Fortsetzung Fußnote von Seite 369

der angeklagten Exilkroaten beantragt hatte, seinen Mandanten auf dessen strafrechtliche Verantwortlichkeit untersuchen zu lassen. Ministerialdirigent Reinkemeyer wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß die jugoslawische Regierung diese Verschiebung als Ausdruck einer „angeblich unfreundlichen Haltung der Bundesregierung gegenüber Jugoslawien" interpretiere. Vgl. den Drahterlaß von Reinkemeyer vom 16. Januar 1964; Referat II 5, Bd. 572.

15 Zur jugoslawischen Kampagne gegen die Politik der Bundesregierung vgl. weiter Dok. 107.

16 Der „Informationsdienst für die Auslandsvertretungen (Ausgewählte Berichte)" – aufgrund der Farbe des Papiers „Gelber Dienst" genannt – wurde vom „Informationsreferat Ausland" wöchentlich herausgegeben. Diese Zusammenstellung von – z.T. auszugsweise wiedergegebenen – Drahtberichten der Auslandsvertretungen und in der Zentrale angefertigter Aufzeichnungen unterrichtete über politisch wichtige Ereignisse. Die „Ausgewählten Berichte" erschienen seit 1951 und wurden 1960 mit dem seit 1956 bestehenden „Informationsdienst für die Auslandsvertretungen" vereinigt.
Für die Aufzeichnung vom 6. Januar 1964 – erschienen in Heft 347 des „Gelben Dienstes" vom 17. Januar 1964 –, in der grundsätzliche Überlegungen zum Verhältnis zwischen Jugoslawien und der Bundesrepublik angestellt wurden, vgl. Referat L 3, Bd. 218.

17 Paraphe vom 24. März 1964.

78

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Schenck

V 1-83.SV-10.330-222/64 geheim **24. März 1964**[1]

Betr.: Teststopp-Vertrag vom 5. August 1963[2];
hier: Hinterlegung der deutschen Ratifikationsurkunde in Moskau mit Erklärung über die Einbeziehung des Landes Berlin[3]

Bezug: a) Zuschrift des Referats II 1 vom 6. März 1964 – II 1-84.25/212/64 geheim[4] –
b) Zuschrift des Referats II 1 vom 13. März 1964 – II 1-84.25/212 I/64 geheim[5] –
c) Telefonische Rücksprache zwischen LR I Dr. Diesel und LR Dr. Freiherr von Marschall am 20. März 1964

Referat V 1 vermag sich der Ansicht der britischen und der amerikanischen Botschaft nicht anzuschließen, daß die Sowjetunion als Depositarmacht des Teststopp-Vertrages vom 5. August 1963 nicht verpflichtet sei, besondere Erklärungen der Unterzeichnerstaaten, die anläßlich der Hinterlegung der Ratifikationsurkunde abgegeben werden, den übrigen Mitgliedstaaten zu notifizieren. Es dürfte jedoch nicht erforderlich sein, auf diese Frage hier im einzelnen einzugehen.

Nach sorgfältiger Prüfung der britischen und der amerikanischen Stellungnahme schlägt Referat V 1 unter Bezugnahme auf seine Zuschrift an Referat II 1 vom 29. Februar 1964 (V 1-83.SV-10.330-128/64 geheim)[6], die Referat II 8 im Durchdruck zugegangen ist, für die Hinterlegung der deutschen Ratifikationsurkunde in Moskau folgendes Verfahren vor:

[1] Durchdruck einer Zuschrift an Referat II 8.

[2] Für den Wortlaut des Teststopp-Abkommens vom 5. August 1963 vgl. DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1963, S. 291–293.

[3] Zur Frage einer Einbeziehung von Berlin (West) in das Teststopp-Abkommen vgl. bereits AAPD 1963, II, Dok. 335.

[4] Legationsrat I. Klasse Oncken teilte am 6. März 1964 mit, der Vorschlag der Bundesregierung, die Ratifizierungsurkunde zum Teststopp-Abkommen zusammen mit einer Erklärung über die Einbeziehung von Berlin (West) in Moskau zu hinterlegen, sei sowohl von amerikanischer als auch von britischer Seite mit Skepsis aufgenommen worden. Einer gemeinsamen Aktion gegenüber der UdSSR würden „kaum reale Erfolgsaussichten" eingeräumt. Vielmehr sei die Befürchtung geäußert worden, daß die UdSSR ihren Standpunkt in der Berlin-Frage erneut herausstellen könne. Vgl. Abteilung II (II 1), VS-Bd. 58; B 150, Aktenkopien 1964.

[5] Legationsrat I. Klasse Oncken legte am 13. März 1964 dar, daß die schriftlichen Stellungnahmen, die zwischenzeitlich von der amerikanischen und der britischen Botschaft zur Frage einer Berlin-Erklärung abgegeben worden seien, weitgehend mit den vorangehenden mündlichen Stellungnahmen übereinstimmten. Allerdings werde im britischen Schreiben zusätzlich zum Ausdruck gebracht, daß Großbritannien der Bundesregierung davon abrate, „das für die Hinterlegung in Moskau bestimmte Ratifikationsinstrument mit der Berlin-Erklärung technisch untrennbar zu verknüpfen". Vgl. Abteilung II (II 1), VS-Bd. 58; B 150, Aktenkopien 1964.

[6] Vgl. Abteilung II (II 1), VS-Bd. 58; B 150, Aktenkopien 1964.

1) Es muß daran festgehalten werden, daß unsere Berlin-Erklärung[7] mit der Ratifikationsurkunde dergestalt verbunden wird, daß die Sowjetunion entweder nur die Urkunde *mit Berlin-Erklärung entgegennehmen* kann oder aber die *gesamte Urkunde zurückweisen* muß. Zu diesem Zweck müßten beide Urkunden so miteinander verbunden werden, daß sie *nur durch einen Siegelbruch* voneinander getrennt werden könnten.

Referat V 1 verkennt nicht, daß wir es auf diese Weise in Kauf nehmen müssen, in Moskau überhaupt nicht hinterlegen zu können und von der Sowjetunion daraufhin nicht als Vertragspartner anerkannt zu werden. H.E. sollte jedoch die Bundesrepublik Deutschland eher auf die Hinterlegung ihrer Ratifikationsurkunde in Moskau überhaupt verzichten als die Nicht-Entgegennahme der sie begleitenden Berlin-Erklärung hinnehmen. Denn nachdem die Einbeziehung Berlins in das Teststopp-Abkommen von der Bundesregierung nach langwierigen Verhandlungen mit den Alliierten beschlossen und auch das Zustimmungsgesetz[8] auf Berlin erstreckt worden ist, kann es h.E. nicht in Betracht kommen, auch nur eine der drei deutschen Ratifikationsurkunden ohne Berlin-Erklärung zu hinterlegen. Die untrennbare Verbindung von Ratifikationsurkunde und Berlin-Erklärung aber dürfte das einzige Mittel sein, um eine separate Zurückweisung der Berlin-Erklärung durch die Sowjetregierung unmöglich zu machen.

Wenn die Sowjetunion unsere mit der Berlin-Erklärung verbundene Ratifikationsurkunde tatsächlich zurückweisen und daraufhin behaupten sollte, die Bundesrepublik Deutschland sei nicht Vertragspartner geworden, so würde diese Stellungnahme für die Sowjets selbst einen doppelten Nachteil haben: Sie müßten dann nämlich zugeben, daß der Bundesrepublik Deutschland auch ihrerseits der Sowjetunion gegenüber aus dem Teststopp-Vertrag keine Verpflichtungen erwachsen seien; zum anderen müßten die Sowjets einräumen, daß auch die SBZ, die weder in London noch in Washington hinterlegen kann[9], kein Partner dieses Vertrages geworden sei. Es erscheint daher gar nicht sicher, daß die Sowjetunion der Bundesrepublik Deutschland wirklich die Vertragspartnerschaft bestreiten wird, wenn eine deutsche Ratifikationsurkunde in Moskau nicht hinterlegt werden sollte.

2) Um allen Weiterungen zu entgehen und letzten Endes fruchtlose Kontroversen mit der Sowjetregierung von vornherein zu vermeiden, sollte die Bundesregierung jedoch darauf verzichten, die Sowjetregierung um die Weiterleitung ihrer Berlin-Erklärung an die übrigen Mitgliedstaaten des Teststopp-

[7] Am 30. Juni 1964 stimmten die drei Westmächte folgendem Vorschlag des Auswärtigen Amts für eine Berlin-Erklärung zu, der praktisch identisch war mit der Berlin-Klausel des Ratifizierungsgesetzes: „Der Vertrag vom 5. August 1963 über das Verbot von Kernwaffenversuchen in der Atmosphäre, im Weltraum und unter Wasser gilt mit Wirkung von dem Tage, an dem er für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft treten wird, auch für das Land Berlin, wobei die Rechte und Verantwortlichkeiten der alliierten Behörde und die Befugnisse, die ihnen auf den Gebieten der Abrüstung und der Entmilitarisierung zustehen, berücksichtigt werden." Vgl. das Schreiben des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Oncken vom 6. Juli 1964 an die Botschaften der drei Westmächte; Abteilung II (II 1), VS-Bd. 58; B 150, Aktenkopien 1964.

[8] Für den Entwurf des Ratifizierungsgesetzes vgl. BT ANLAGEN, Bd. 87, Drucksache IV/1682.

[9] Die DDR hinterlegte die Ratifizierungsurkunde zum Teststopp-Abkommen am 30. Dezember 1963 in Moskau.

Vertrages zu ersuchen (vgl. Ziffer 3 a des hiesigen Schreibens vom 29. Februar 1964). Es dürfte genügen, wenn die Einbeziehung Berlins von der britischen und der amerikanischen Depositarmacht den Mitgliedstaaten des Teststopp-Vertrages notifiziert wird.[10]

Referat II 1 erhält unmittelbar Durchdruck dieser Zuschrift. Falls dort die Ziffer 3 der Zuschrift des Referats II 1 vom 13. März 1964 gemachte Anregung aufgegriffen werden sollte, dem Herrn Staatssekretär eine Aufzeichnung über den Sachstand vorzulegen, bittet Referat V 1 darum, im Wege der Mitzeichnung beteiligt zu werden.

gez. Dr. von Schenck

Abteilung II (II 1), VS-Bd. 58

[10] Zur Hinterlegung der Ratifizierungsurkunde zum Teststopp-Abkommen in Moskau vgl. weiter Dok. 250.
Zum Ratifizierungsverfahren vgl. auch Dok. 121.

79

Botschafter Knappstein, Washington, an das Auswärtige Amt

Z B 6-1/2738/64 geheim **Aufgabe: 25. März 1964, 19.30 Uhr[1]**
Fernschreiben Nr. 869 **Ankunft: 26. März 1964, 02.00 Uhr**

Auf Drahterlaß 440 vom 23.3. geheim – St.S. 649/64 geheim[2]

Betr.: Bedeutung der MLF[3] für das amerikanische Ausgleichsgespräch mit de Gaulle

1) Die MLF würde – auch wenn ihr England und Frankreich nicht angehörten – den Unterschied zwischen Nuklear- und Nichtnuklearstaaten in Europa in einem gewissen Umfang beseitigen. Damit würde nach amerikanischer Auffassung de Gaulle bei einem etwaigen Ausgleichsgespräch vor allem das Argument aus der Hand genommen, daß Europa eigene Nuklearwaffen und eine größere Kenntnis der nuklearen Problematik benötige.

2) Eine französische Hegemonialstellung in Europa, die sich auf Grund der französischen Nuklearmacht ergeben würde, entspricht nicht den amerikanischen Vorstellungen von der Entwicklung eines stabilen Europas als zweiter Säule des atlantischen Bündnisses. Eine solche Absicht erscheint hier vielmehr als ein Rückfall in veraltete politische Vorstellungen, der zu erheblichen Erschütterungen im europäischen politischen Feld führen müsse. Die Schaffung der MLF würde es möglich machen, hier ein Gegengewicht zu bilden. Eine Nuklearstreitmacht, die später ohne ein amerikanisches Veto eingesetzt werden könnte, würde ein gewisses europäisches Sicherheitsbedürfnis sogar besser erfüllen als die Force de frappe, da sie größer und moderner wäre und die einzelnen europäischen Mächte an der Verantwortung teilnehmen ließe.

[1] Hat Staatssekretär Carstens am 26. März 1964 vorgelegen, der für Ministerialdirektor Krapf zunächst handschriftlich vermerkte: „Auch jetzt bleibt dunkel, was die Botschaft eigentlich meint." Später wurde dieser Vermerk von Carstens wieder gestrichen und verfügt: „W[ieder]v[orlage] 20.4. (B[otschafter]-Konf[erenz])."

[2] Mit Drahterlaß vom 23. März 1964 an die Botschaft in Washington bat Staatssekretär Carstens, die von Botschafter Knappstein übermittelten Überlegungen zur Rolle der MLF im amerikanisch-französischen Verhältnis näher zu erläutern. Vgl. Abteilung II (II 7), VS-Bd. 1350; B 150, Aktenkopien 1964.
Mit Drahtbericht vom 18. März 1964 hatte Knappstein dargelegt, die amerikanische Regierung habe keine Hoffnung mehr, „daß de Gaulle seine Sonderpolitik aufgibt". Habe sie noch vor einem Jahr geglaubt, die Regierungszeit des französischen Staatspräsidenten „überleben" zu können, so bemühe sie sich jetzt, die Auswirkungen seiner Politik einzudämmen. Als ein Instrument, um auf Frankreich einwirken zu können, werde mittlerweile – nach anfänglicher Kritik – der deutsch-französische Vertrag gesehen. Außerdem wies Knappstein darauf hin: „Ein weiteres Eisen, das die Administration für das Ausgleichsgespräch mit de Gaulle im Feuer hat, ist die MLF. Ihre Verwirklichung könnte nach hiesiger Meinung zur Folge haben, daß das nukleare Gefälle in Europa, auf das de Gaulle sich stützt, verringert oder beseitigt würde." Vgl. Ministerbüro, VS-Bd. 8438; B 150, Aktenkopien 1964.

[3] Zu den MLF-Verhandlungen vgl. besonders Dok. 104.

Eine ausführlichere Aufzeichnung zu dem vorstehenden Themenkreis folgt gesondert.[4]

[gez.] Knappstein

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 432

80

Bundesminister Schröder an Ministerialdirigent Mumm von Schwarzenstein, Warschau

II 5 - 82.01/94.20-105/64 VS-vertraulich **27. März 1964[1]**

Herr Ministerialdirigent,

Sie sind der Leiter der ersten amtlichen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in der Volksrepublik Polen.[2] Die Vertretung ist eine[3] Handelsvertretung. Der Austausch von Handelsvertretungen soll nicht diplomatische Beziehungen ersetzen. Wir erstreben daher nicht eine quasi-diplomatische oder konsularische Stellung für die Vertretung. Sie sollen deutlich machen, daß wir

[4] In der Aufzeichnung vom 2. April 1964 führte Botschafter Knappstein aus: „Mit der Schaffung der MLF wird zunächst die Hoffnung verbunden, daß eines Tages die europäischen Mächte ihre nuklearen Anstrengungen integrieren. Hierdurch würde nicht nur der Proliferation entgegengewirkt, sondern zugleich auch die auf dem nuklearen Individualbesitz begründete politische Sonderstellung einzelner Staaten hinfällig werden. Aber auch, wenn es nicht zu einem Eintritt Englands und Frankreichs in die MLF käme, oder wenn trotz einer Teilnahme englische und französische nationale Nuklear-Streitkräfte fortbeständen, würde eine Rumpf-MLF den Unterschied zwischen Nuklear- und Nichtnuklear-Staaten in Europa weitgehend beseitigen. Damit wären Frankreich eine Reihe von Argumenten aus der Hand genommen, die sich auf den Besitz von Nuklearwaffen stützen (erhöhte Verantwortung, Notwendigkeit der erhöhten Kenntnis der nuklearen Problematik) und die auf politischem Felde bei einer Umgestaltung des Bündnisses mit großer Wahrscheinlichkeit Verwendung finden würden." Vgl. Abteilung II (II 7), VS-Bd. 1350; B 150, Aktenkopien 1964.

[1] Ministerialdirektor Krapf legte den Entwurf der Dienstinstruktion am 3. März 1964 vor. Krapf hielt im Begleitvermerk fest: „Der Leiter der Handelsvertretung in Warschau hatte vor seinem Dienstantritt gebeten, die Dienstinstruktion noch nicht auf den Weg zu bringen, da infolge der provisorischen Unterbringung der Handelsvertretung im Hotel keine Möglichkeit bestand, vertrauliches Material aufzubewahren ... Ein Beitrag über die deutsch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen ist in der Instruktion nicht enthalten, da Herr von Mumm inzwischen über einschlägige Probleme in Abteilung III unterrichtet wurde." Abteilung II (II 5), VS-Bd. 261.
Gemäß den handschriftlichen Korrekturen des Bundesministers Schröder und des Staatssekretärs Carstens, denen die Dienstinstruktion zwischen dem 19. März und dem 7. April 1964 mehrfach vorlag, wurde das Reinkonzept erstellt.
Hat Staatssekretär Lahr am 18. März 1964 vorgelegen.

[2] Am 7. März 1963 wurde in Warschau das Abkommen über den Handels- und Seeschiffahrtsverkehr unterzeichnet und in einem vertraulichen Briefwechsel vom selben Tag zwischen den Leitern der Verhandlungsdelegationen, Allardt und Modrzewski, die Errichtung einer Handelsvertretung der Bundesrepublik Deutschland in Warschau vereinbart. Für den Wortlaut des Handelsabkommens vgl. BUNDESANZEIGER, Nr. 64 vom 2. April 1963, S. 1–3. Für den Briefwechsel vgl. Abteilung V (V 2), VS-Bd. 217; B 150, Aktenkopien 1963. Vgl. dazu ebenfalls AAPD 1963, I, Dok. 114.
Die Handelsvertretung wurde am 18. September 1963 eröffnet.

[3] An dieser Stelle wurde von Staatssekretär Carstens gestrichen: „reine".

auch mit der Volksrepublik Polen diplomatische Beziehungen wünschen, denen zur Zeit leider noch Hindernisse entgegenstehen, vor allem das Hindernis[4], daß Polen die SBZ als Staat anerkannt und mit ihr diplomatische Beziehungen unterhält. Der Status der Vertretung ist für unsere Deutschland-Politik von Bedeutung. Wir dürfen nicht den Eindruck aufkommen lassen, als ob wir mit der Eröffnung von Handelsvertretungen unsere Nichtanerkennungspolitik gegenüber der SBZ aufgäben, die sich aus unserem Alleinvertretungsanspruch ergibt.[5]

Angesichts der[6] Belastungen, denen unser Verhältnis zu Polen ausgesetzt ist, werden Sie wahrscheinlich häufig die Grundzüge unserer Politik erläutern müssen. Insbesondere müssen Sie unseren Standpunkt in der Deutschland- und Berlinfrage klarlegen. Zur Deutschlandfrage gehört auch die Frage der deutschen Ostgrenze. Nur das wiedervereinigte Deutschland kann über diese Grenze verhandeln.[7] Sie müssen daher ihren polnischen Gesprächspartnern deutlich machen, daß jeder Schritt, den sie in Richtung auf eine Vertiefung der deutschen Spaltung tun, sie von ihrem Ziel entfernt, mit Deutschland zu einer dauerhaften Verständigung über ihre Westgrenze zu gelangen.

Dabei sollten Sie erläutern, daß sich die Bundesrepublik Deutschland in ihrer Erklärung vom 3. Oktober 1954[8] ausdrücklich verpflichtet hat, „die Wiedervereinigung Deutschlands oder die Änderung der gegenwärtigen Grenzen der Bundesrepublik Deutschland niemals mit gewaltsamen Mitteln herbeizuführen und alle zwischen der Bundesrepublik und anderen Staaten gegebenenfalls entstehenden Streitfragen mit friedlichen Mitteln zu lösen".

Ihr Auftrag schließt schnelle sichtbare Erfolge aus. Er verlangt ein hohes Maß von Geduld und Takt. Sie sollen danach streben, unser Verhältnis zu Polen schrittweise zu verbessern. Dies gilt in erster Linie für die wirtschaftlichen Beziehungen, aber auch, soweit sich dies als möglich erweist, für andere Teilgebiete, wie das der Kulturbeziehungen. Über etwaige derartige Möglichkeiten bitte ich Sie zu berichten.

Sie wissen, daß Furcht und Mißtrauen die Haltung der Polen uns gegenüber bestimmen. Es ist besonders schwierig, diese Furcht und dieses Mißtrauen ab-

[4] Zu einem weiteren Hindernis bemerkte Staatssekretär Carstens handschriftlich: „Über das Oder-Neiße-Problem käme man m.E. hinweg (etwa durch einseitigen Vorbehalt)."

[5] Der Passus „Der Austausch von Handelsvertretungen soll nicht diplomatische Beziehungen ... die sich aus unserem Alleinvertretungsanspruch ergibt." ging auf Streichungen und handschriftliche Einfügungen des Bundesministers Schröder und des Staatssekretärs Carstens zurück. Vorher lautete er: „Wie Sie wissen, fürchten die Polen, daß der Austausch von Handelsvertretungen diplomatische Beziehungen ersetzen soll. Sie dürfen daher nicht den Eindruck erwecken, als ob wir eine quasi-diplomatische oder konsularische Stellung für die Vertretung erstrebten. Vielmehr müssen Sie deutlich machen, daß wir grundsätzlich auch mit der Volksrepublik Polen diplomatische Beziehungen wünschen, sie aber nicht aufnehmen können, solange Polen solche Beziehungen zur SBZ unterhält. Der Status der Vertretung ist also auch für unsere Deutschland-Politik von Bedeutung. Wir dürfen nicht den Eindruck aufkommen lassen, als ob wir mit der Eröffnung von Handelsvertretungen unsere Nichtanerkennungspolitik aufgäben."

[6] An dieser Stelle wurde von Bundesminister Schröder gestrichen: „großen".

[7] Zur vorläufigen Regelung der Grenzfrage im Kommuniqué vom 2. August 1945 über die Konferenz von Potsdam (Potsdamer Abkommen) vgl. Dok. 13, Anm. 17.

[8] Zum Gewaltverzicht der Bundesrepublik gegenüber anderen Staaten vgl. Dok. 36, Anm. 24, und Dok. 68, Anm. 5.

zubauen und dabei gleichzeitig alles zu vermeiden, was als Abrücken von unserem Standpunkt in der Frage der deutschen Ostgrenze ausgelegt werden könnte. Hier liegt der schwierigste Teil Ihrer Aufgabe.

Mit der Errichtung einer amtlichen Vertretung in Polen wollen wir auch zu den Entspannungsbemühungen unserer Verbündeten beitragen. Es ist daher wichtig, daß Sie mit ihren Vertretern in Warschau, insbesondere mit denen der drei für Deutschland als Ganzes verantwortlichen Westmächte[9], gute Beziehungen und einen engen Gedankenaustausch pflegen. Eine Verpflichtung hierzu ergibt sich gegenüber dem französischen Botschafter außerdem[10] aus dem Vertrag über die deutsch-französische Zusammenarbeit[11] vom 22. Januar 1963 gemäß Erlaß vom 25. September 1963[12] – I A 1-80.11/0/63 –, den die Handelsvertretung erhalten hat.

Durch Ihr Zusammengehen mit den Vertretern der Verbündeten sollen Sie den Polen zugleich unsere Verbindung mit den Drei Mächten und unsere gleichberechtigte Stellung im Atlantischen Bündnis vor Augen führen.

Es wird von Ihnen erwartet, daß Sie nicht nur einen Überblick über die wirtschaftlichen Verhältnisse in Polen gewinnen, sondern sich auch über die politischen Tendenzen in Polen und in den anderen osteuropäischen Staaten[13] ein Urteil bilden und darüber berichten. Auch die Politik unserer Verbündeten gegenüber Polen ist von Interesse. Ihre besondere Aufmerksamkeit bitte ich den Bestrebungen der SBZ und ihrer Botschaft in Polen zuzuwenden. Hier interessieren uns auch scheinbar weniger wichtige Detailfragen. Ich begrüße es, wenn Sie von Fall zu Fall Anregungen übermitteln, wie wir diesen Bestrebungen entgegentreten sollen.

Schröder[14]

Abteilung II (II 5), VS-Bd. 261

[9] Der Passus „insbesondere mit denen der drei für Deutschland als Ganzes verantwortlichen Westmächte" wurde von Staatssekretär Carstens handschriftlich eingefügt.

[10] Dieses Wort wurde von Staatssekretär Carstens handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „schon".

[11] Für den Wortlaut des deutsch-französischen Vertrags vom 22. Januar 1963 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 706–710.

[12] Für den Erlaß vom 9. September 1963 (Gemeinsame Weisung an die Vertreter der Bundesrepublik Deutschland und Frankreichs in Drittstaaten und bei internationalen Organisationen) vgl. Referat I A 1, Bd. 702.

[13] Die Wörter „in den anderen osteuropäischen Staaten" wurde von Bundesminister Schröder handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „im Ostblock".

[14] Paraphe vom 27. März 1964.

81

Aufzeichnung des Staatssekretärs Lahr

St.S. 411/64 31. März 1964[1]

Betr.: Amerikanische Haltung zur Festsetzung eines EWG-Getreidepreises[2]

Herr Bundesminister Schmücker und ich haben während unseres Aufenthalts in Genf anläßlich der Welthandelskonferenz[3] ein Gespräch mit Botschafter Blumenthal über die Vorbereitung der Kennedy-Runde[4] geführt, bei dem es hauptsächlich um die landwirtschaftlichen Fragen ging.

Herr Blumenthal hat hierbei erklärt, daß die in deutschen Parlamentskreisen entstandene Meinung, Landwirtschaftsminister Freeman messe der Festsetzung des EWG-Getreidepreises keine maßgebliche Bedeutung für die Kennedy-Runde bei und fordere stattdessen mengenmäßige Absprachen[5], unzutreffend sei. Die Erklärungen des Ministers, die offenbar gröblich mißverstanden worden seien, gingen dahin, daß die USA für den Fall der Festsetzung eines nach ihrer Auffassung zu hohen Getreidepreises in der EWG zusätzliche Garantien für den Zugang amerikanischen Getreides zu dem europäischen Getreidemarkt fordern würden. Die USA-Regierung sei an der Getreidepreispolitik der Gemeinschaft lebhaft interessiert, weil diese Politik letztlich über die Einfuhrmöglichkeiten der Gemeinschaft entscheide. Werde der europäische Getreidepreis so festgesetzt, daß er die europäische Produktion stimuliere, würde die amerikanische Getreideausfuhr gefährdet. Die US-Delegation werde daher in der Kennedy-Runde den Wunsch nach einem relativ niedrigen Getreidepreis äußern; dieser Preis müsse nach amerikanischer Auffassung niedriger als der von Herrn Mansholt genannte[6] liegen. Nur für den Fall, daß der von der Gemeinschaft genannte Preis, der naturgemäß immer ein gemeinsamer Preis sein müsse, den amerikanischen Vorstellungen über die Höhe nicht entspreche, werde man zusätzliche Garantien für den Zugang amerikanischen Getreides zum europäischen Markt fordern. Diese Garantien zu bestimmen, sei zunächst Sache der Gemeinschaft; es könnten, aber es müßten nicht mengenmäßige Abreden sein. Aus diesen Überlegungen ergebe sich eindeutig, daß das primäre Element der amerikanischen Auffassung der Preis sei

[1] Durchschlag als Konzept.

[2] Vgl. dazu auch Dok. 59, Anm. 45–47.

[3] Zu der am 23. März 1964 eröffneten Welthandelskonferenz in Genf vgl. auch Dok. 28, Anm. 27–29. Vgl. ferner Dok. 144.

[4] Zur Vorbereitung der Kennedy-Runde vgl. Dok. 67, besonders Anm. 43 und 45.

[5] Am 19. März 1964 führte der SPD-Abgeordnete Schmidt (Gellersen) im Bundestag dazu aus: „Es gehe den USA als Hauptlieferant – so heißt es vielfach – nicht um den Preis in der EWG, sondern um die Menge, die sie jetzt und in Zukunft in der EWG absetzen könne. Das ist nicht zu leugnen; das ist so. Die USA wollen insbesondere eine Gewähr dafür, daß nicht die Produktion innerhalb der EWG ansteigt, so daß entweder die Absatzmöglichkeiten der Drittländer geschmälert werden oder die EWG als Exporteur auf dem Weltmarkt in Erscheinung tritt." Vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 55, S. 5651 f.

[6] Zum Vorschlag der EWG-Kommission vom 4. November 1963 betreffend die Verwirklichung eines gemeinsamen Getreidepreises („Mansholt-Plan") vgl. Dok. 14, Anm. 16.

und mengenmäßige Vorstellungen nur komplementäre Bedeutung hätten. Im übrigen sei man sich der beschränkten Wirkung solcher komplementären Maßnahmen bewußt. Wenn der Preis zu hoch festgesetzt sei und die Produktion zunehme, würden sich ergänzende mengenmäßige Absprachen vermutlich nicht als sehr dauerhaft erweisen.

Als besonders wichtig bezeichnete es Herr Blumenthal, daß die Preise für Futtergetreide niedriger, als von Herrn Mansholt vorgesehen, festgesetzt würden.

Wenn von einigen landwirtschaftlichen Abgeordneten in der Bundestagsdebatte vom 19. März und den ihr vorangegangenen Besprechungen geäußert worden sei, „Herr Freeman habe den Mansholt-Plan vom Tisch gefegt" und dieser sei deshalb für die Kennedy-Runde nicht mehr von Bedeutung, muß dies also dahin richtig gestellt werden, daß Herr Freeman nur den von Herrn Mansholt genannten Preis als zu hoch attackiert. Damit bestätigt sich die vom Auswärtigen Amt geäußerte Befürchtung, daß, wenn wir uns nicht vor Beginn der Kennedy-Runde innerhalb der Gemeinschaft über einen gemeinsamen Getreidepreis einigen – einen Preis, der dann von der Gemeinschaft in der Kennedy-Runde verteidigt werden würde –, wir später unter dem Druck der USA und Großbritanniens, dem sich unsere Partner Frankreich und die Niederlande nur allzu gern anschließen werden, im Interesse eines positiven Ausgangs der Kennedy-Runde zu einem noch ungünstigeren Preis uns werden verstehen müssen.[7]

Eine Warnung sollte uns auch das beiliegende Fernschreiben Nr. 542 vom 26. März 1964 der Ständigen Vertretung Brüssel[8] sein, demzufolge die Kommission bereits im Begriff ist, ihren Vorschlag in bezug auf den Futtergetreidepreis zu unserem Nachteil zu modifizieren.

Hiermit dem Herrn Minister mit der Bitte um Kenntnisnahme und der Anregung der Unterrichtung des Herrn Bundeskanzlers vorgelegt.

Lahr[9]

Büro Staatssekretär, Bd. 405

[7] Zur Regelung des Getreidepreises vgl. weiter Dok. 110.

[8] Für den Drahtbericht des Botschafters Harkort, Brüssel (EWG/EAG), vgl. Referat I A 2, Bd. 801/3.

[9] Paraphe vom 1. April 1964.

82

Staatssekretär Carstens an Staatssekretär Westrick, Bundeskanzleramt

St.S. 677/64 geheim **31. März 1964**[1]

Lieber Herr Westrick,

bei meinem monatlichen Zusammensein mit den drei westlichen Botschaftern am 26. März 1964[2] brachte der amerikanische Botschafter in sehr behutsamer Form folgendes vor:

Im Laufe der letzten Wochen sei anläßlich der Auseinandersetzungen über die Passierscheinfrage[3] von deutscher Seite mehrfach erklärt worden, Berlin sei ein Land der Bundesrepublik Deutschland.[4] Er wisse, daß dies unser Standpunkt sei, bekanntlich sei es nicht der Standpunkt der amerikanischen Regierung. Diese wolle nicht öffentlich Stellung nehmen; er wolle mir aber mitteilen, daß der amerikanische Standpunkt unverändert sei.

Der britische Botschafter[5] fügte hinzu, es bestehe eine gewisse Gefahr, daß die britische Regierung im Unterhaus gefragt werde und daß sie dann öffentlich einen von uns abweichenden Standpunkt einnehmen müsse.

Der französische Geschäftsträger[6] enthielt sich einer Stellungnahme.

Auf meine Frage, wer die in Frage stehenden Äußerungen auf deutscher Seite gemacht habe, antwortete Botschafter McGhee: der Herr Bundeskanzler.

Ich erwiderte, ich könne mich im Augenblick nicht erinnern, daß der Herr Bundeskanzler etwas Derartiges gesagt habe. In jedem Fall habe der Herr Bundeskanzler, wenn er von der Passierscheinfrage gesprochen habe, stets betont, daß nichts ohne das Einvernehmen mit den Alliierten geschehen könne. Die Herren erkannten das sofort an, wie sie sich überhaupt bemühten, das Gespräch in möglichst angenehmen Bahnen zu halten.

Ich werde hier noch prüfen lassen, was der Herr Bundeskanzler gesagt hat.[7]

[1] Durchschlag als Konzept.

[2] Zu dem Gespräch, in dessen Mittelpunkt jugoslawische Aktivitäten gegen die Bundesrepublik standen, vgl. auch die Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens vom 26. März 1964; Büro Staatssekretär, VS-Bd. 425; B 150, Aktenkopien 1964.

[3] Zu den Passierschein-Gesprächen vgl. zuletzt Dok. 60 und Dok. 64.

[4] Vortragender Legationsrat I. Klasse von Schenck führte dazu am 10. April 1964 aus: „Berlin ist nach deutschem Verfassungsrecht ein Land der Bundesrepublik Deutschland. Nach Auffassung der drei Westmächte, die in Berlin die oberste Gewalt ausüben, besitzt Berlin dagegen bis auf weiteres nicht die Eigenschaften eines Bundeslandes, da die entsprechenden Verfassungsbestimmungen durch alliierte Vorbehalte suspendiert worden sind; Berlin wird durch die Bundesrepublik Deutschland nach außen lediglich vertreten." Vgl. Abteilung V (V 1), VS-Bd. 193; B 150, Aktenkopien 1964.

[5] Frank K. Roberts.

[6] Christian d'Aumale.

[7] Auf Weisung des Staatssekretärs Carstens prüfte Ministerialdirektor Krapf zurückliegende Äußerungen des Bundeskanzlers in der Öffentlichkeit. Er konnte keine Aussage finden, in der Erhard Berlin (West) als ein Bundesland bezeichnet hatte, und keine Äußerung zu dem engen Verhältnis

Ganz allgemein darf ich empfehlen, die These, Berlin sei ein Land der Bundesrepublik Deutschland, öffentlich nicht allzu stark herauszustellen, da sonst die Gefahr von Kontroversen mit den Westmächten entsteht. Unanfechtbar sind Formulierungen wie:
„Die Bundesregierung handelt in internationalen Angelegenheiten für Berlin";
„Die Bundesregierung vertritt Berlin international";
„Das Grundgesetz gilt, vorbehaltlich der alliierten Rechte, auch in Berlin";
„Vorbehaltlich der alliierten Verantwortung für Berlin hat Berlin die Rechte und Pflichten eines deutschen Landes".

Als weniger juristisch gefaßte Formulierungen bieten sich an:
„Berlin und die Bundesrepublik Deutschland bilden eine untrennbare Einheit";
„Berlin kann nur in engster Verbindung und voller Harmonie mit der Bundesrepublik Deutschland gedeihen" usw.[8]

Mit meinen besten Empfehlungen bin ich

gez. Ihr Carstens

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 425

Fortsetzung Fußnote von Seite 380

des Westteils der Stadt zur Bundesrepublik, in der nicht auch die besondere Verantwortung der drei Westalliierten hervorgehoben worden war. Vgl. dazu die Aufzeichnung von Krapf vom 7. April 1964; Abteilung V (V 1), VS-Bd. 193; B 150, Aktenkopien 1964.

8 Ein erneuter Einspruch der drei Westmächte gegen die Auffassung der Bundesregierung zum Verhältnis von Berlin (West) zur Bundesrepublik erfolgte am 6. Juli 1964, als sie eine Verlautbarung des Auswärtigen Amts kritisierten, wonach die Bundesorgane das Recht besäßen, in der Stadt zu tagen. Vgl. dazu BULLETIN 1964, S. 959, sowie Abteilung II (II 1), VS-Bd. 18; B 150, Aktenkopien 1964.
Zur ablehnenden Haltung der drei Westmächte gegen eine Einberufung des Bundestages nach Berlin (West) vgl. auch AAPD 1963, II, Dok. 197.

83

Vermerk des Staatssekretärs Carstens

St.S. 686/64 geheim **1. April 1964**

Betr.: Zusammenkunft zwischen dem Bundeskanzler und dem israelischen Ministerpräsidenten Eshkol im Juni in den USA

Ich habe Staatssekretär Westrick heute nochmals nachdrücklich unsere Bedenken gegen eine derartige Zusammenkunft[1] dargelegt und gebeten, daß man den Plan wenigstens auf einen späteren Zeitpunkt verschieben möge.

Vor allem habe ich hingewiesen auf die bevorstehende Konferenz der Neutralen in Kairo[2], auf der Nasser eine Schlüsselfigur sein wird. Die Israelis würden sicher versuchen, von uns Zugeständnisse zu erhalten. In jedem Falle würden sie die Sache publizistisch hochspielen und uns damit gegenüber den Arabern zu kompromittieren versuchen.

Staatssekretär Westrick versprach, die Angelegenheit dem Bundeskanzler in diesem Sinne vorzutragen.[3]

Hiermit dem Herrn Minister[4] vorgelegt.

Carstens

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 422

[1] Zu den israelischen Vorstellungen für ein solches Gespräch vgl. auch Dok. 88.

[2] Zu der für Oktober 1964 geplanten Konferenz der blockfreien Staaten vgl. Dok. 65, Anm. 6. Vgl. dazu auch Dok. 275.

[3] Mitte April 1964 teilte der Chef des Bundeskanzleramtes, Westrick, dem Leiter der Israel-Mission, Shinnar, mit, daß das Treffen zwischen Bundeskanzler Erhard und Ministerpräsident Eshkol verschoben werden müsse, und stellte einen Termin zum Jahresende 1964 in Aussicht. Vgl. den Vermerk des Staatssekretärs Carstens vom 17. April 1964; Büro Staatssekretär, VS-Bd. 422; B 150, Aktenkopien 1964.

[4] Hat Bundesminister Schröder am 5. April 1964 vorgelegen.

84

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Reinkemeyer

II 4 - 82.00/94.29-208/64 geheim **1. April 1964**[1]

Betr.: Sowjetisches Aide mémoire vom 11. März 1964[2]

Bezug: Weisung des Herrn Ministers vom 19. März 1964[3]

Das Schriftstück, das Botschafter Smirnow am 11. März 1964 dem Herrn Bundeskanzler überreicht hat[4], ist das Ergänzungsstück zu der offiziösen TASS-Erklärung vom 7. März 1964[5]. Mit ihr und der anschließenden Kampagne[6] gegen uns zusammengesehen, ergibt es erst ein vollständiges Bild der sowjetischen Politik gegenüber der Bundesrepublik Deutschland. Inhaltlich deckt sich nur ein Teil des angeschnittenen Problemkreises mit dem der TASS-Erklärung. Im Gegensatz zu der aggressiven Polemik der TASS-Erklärung wird in dem Aide mémoire die Bereitschaft zur Aufrechterhaltung „wohlwollender Kontakte" zur Lösung der zwischen beiden Ländern bestehenden Probleme erklärt; es wird sogar angeregt, keine Zeit mit fruchtloser Polemik zu verlieren.

I. 1) In der Deutschlandfrage wird „die Beseitigung der Überreste des zweiten Weltkrieges auf der Basis eines deutschen Friedensvertrages und die Normalisierung der Lage in Westberlin auf dessen Grundlage" gefordert. Niemand

[1] Durchschlag als Konzept.

[2] Für die deutsche Übersetzung vgl. Abteilung II (II 4), VS-Bd. 227.

[3] Nach Rücksprache mit Bundesminister Schröder über das sowjetische Aide-mémoire verfügte Staatssekretär Carstens am 21. März 1964 handschriftlich für Ministerialdirektor Krapf: „Der H[err] Minister bittet um einen Vergleich mit der TASS-Erklärung." Vgl. den Vermerk auf dem Schreiben des Leiters des Außenpolitischen Büros im Bundeskanzleramt, Osterheld, vom 19. März 1964 an das Auswärtige Amt; Abteilung II (II 4), VS-Bd. 227; B 150, Aktenkopien 1964.

[4] Für das Gespräch vgl. Dok. 68.

[5] Zur TASS-Erklärung vom 7. März 1964 vgl. Dok. 67, Anm. 16.

[6] So verurteilte beispielsweise der sowjetische Stellvertretende Ministerpräsident Mikojan am 13. März 1964 in Ost-Berlin die Politik der Bundesregierung in scharfer Form. Für den Wortlaut der Rede vgl. DzD IV/10, S. 403–407 (Auszug).
Am 26. März 1964 äußerte sich Botschafter Groepper, Moskau, zu der sowjetischen „Kampagne": „Was die Bundesrepublik anlangt, so erschien der Sowjetregierung nach der Regierungsbildung offensichtlich eine gewisse Zurückhaltung gegenüber der Person des neuen Bundeskanzlers geraten, um zunächst zu sehen, welche Position dieser in der Deutschland-Frage und – damit eng verbunden – in der Frage der Entspannungspolitik einnehmen werde. Diese abwartende Haltung hat der Kreml jedoch, augenscheinlich veranlaßt durch [das] Scheitern der Passierschein-Gespräche wie auch durch [die] eindeutige und klare Antwort [des] Bundeskanzlers auf [den] Gewaltverzichtsvorschlag Chruschtschows vom 31.12.1963, mit [der] TASS-Erklärung vom 8. März aufgegeben und damit nunmehr auch die zweite vorschwebende Aufgabe, [die] Bundesregierung in ihrer bisherigen Haltung zu erschüttern, in Angriff genommen. Daß Sowjets hierbei Weg massiver Diffamierungs- und Einschüchterungskampagne gewählt haben, überrascht nicht. Dieser Weg bietet ihnen neben erhoffter Einwirkung unserer Verbündeten auf den ‚Störenfried' Bundesrepublik beste Möglichkeit, zugleich Festigkeit deutscher Haltung zu ‚testen', wobei sie auch auf Divergenzen in öffentlicher Meinung Bundesrepublik spekulieren dürften." Vgl. Abteilung II (II 4), VS-Bd. 227; B 150, Aktenkopien 1964.

werde für die Deutschen ihre „nationalen Fragen" lösen, wenn die Bundesrepublik nicht willens sein sollte, „mit der DDR ... zusammenzuarbeiten".

In der TASS-Erklärung werden in polemischer Weise die Wiedervereinigungspolitik der Bundesregierung, die Forderung nach Selbstbestimmung für alle Deutschen und der Alleinvertretungsanspruch angegriffen. Die Bundesrepublik Deutschland wird als „aggressivster und abenteuerlustigster Staat in Europa" bezeichnet. Zur Wiedervereinigung werden ebenfalls Verhandlungen mit der SBZ vorgeschlagen. Die Formulierung der Forderung nach einem Friedensvertrag ist wörtlich die gleiche wie im Aide mémoire.

2) Das Aide mémoire nimmt ausführlich zu den Äußerungen von Bundeskanzler Dr. Adenauer zur Frage der Weizenlieferungen an die UdSSR[7] Stellung. Die Argumentation folgt der Linie, wie sie auch am 13. November 1963 in den Vereinten Nationen vom Sowjetdelegierten Nowikow vorgetragen wurde.[8] Der Herr Altbundeskanzler wird als Exponent von Revanchismus und Militarismus hingestellt, womit jedoch offensichtlich die neue Bundesregierung nicht getroffen werden soll.

In der TASS-Erklärung ist allgemein von einem angeblichen Revanchismus und feindseliger Einstellung gegenüber der UdSSR die Rede.

3) Im Aide mémoire werden die Herstellung von Kontakten mit den osteuropäischen Ländern[9] und die Passierschein-Regelung[10] als positive Ansätze der Politik der Bundesregierung hervorgehoben.

Die TASS-Erklärung erwähnt die Einrichtung von Handelsvertretungen in den osteuropäischen Ländern nur im Zusammenhang mit der Polemik gegen die sog. Hallstein-Doktrin[11] und sucht mit der Darstellung der Passierschein-Regelung einen Gegensatz zwischen Bundesregierung – Berliner Senat[12] nachzuweisen.

4) Im Hinblick auf die zukünftige Entwicklung auf bilateralem Gebiet wird ein Meinungsaustausch „über wichtige internationale Fragen" vorgeschlagen, dem kein „Veto" entgegenstehe, womit offensichtlich auf die Beziehungen der

[7] Zu den Äußerungen des ehemaligen Bundeskanzlers Adenauer vom 11. November 1963 vgl. Dok. 68, Anm. 9.

[8] Der sowjetische Delegierte erklärte, „im Hinblick auf die Versuche, Westdeutschland als einen friedliebenden, demokratischen Staat darzustellen, wolle er auf die jüngste Erklärung von Herrn Adenauer, bis vor kurzem Kanzler von Westdeutschland, aufmerksam machen, die besage, die westlichen Länder sollten der Sowjetunion bei ihren gegenwärtigen Schwierigkeiten in der Landwirtschaft nicht helfen, um sie dadurch zu politischen Zugeständnissen zu zwingen. Sein Rat an die Westmächte sei also, Hunger als Waffe gegen die Sowjetunion einzusetzen – eine Politik, die erfolglos bleiben werde." Vgl. DzD IV/9, S. 871, Anm. 3.

[9] Im Laufe des Jahres 1963 schloß die Bundesrepublik Abkommen mit Polen, Rumänien und Ungarn über den Handelsverkehr bzw. den Austausch von Handelsvertretungen. Vgl. dazu Dok. 13, Anm. 20.
Zum Abkommen mit Bulgarien vom 6. März 1964 über den Waren- und Zahlungsverkehr und den Austausch von Handelsvertretungen vgl. Dok. 62.

[10] Für den Wortlaut der Passierschein-Vereinbarung vom 17. Dezember 1963 vgl. DzD IV/9, S. 1023–1027. Vgl. dazu auch Dok. 1, Anm. 1.

[11] Zur Hallstein-Doktrin vgl. Dok. 46, Anm. 15.

[12] Zur Auseinandersetzung zwischen der Bundesregierung und dem Senat von Berlin über eine neue Passierschein-Vereinbarung vgl. Dok. 60 und Dok. 64.

Bundesrepublik zu ihren Verbündeten angespielt wird, ebenso wie an anderer Stelle erklärt wird, daß die Sowjetunion keinerlei Absicht habe, die „staatlichen Ordnungen" in der Bundesrepublik zu stören „und die Beziehungen der Bundesrepublik mit ihren jetzigen Verbündeten zu komplizieren". Für derartige bilaterale Gespräche könne es erforderlich werden, nicht nur auf diplomatischem Wege Kontakte zu pflegen, sondern „Zusammentreffen, vielleicht mehrmalige, auf verschiedenen Ebenen" zu arrangieren. Derartige Gespräche werden als nützlich bezeichnet, „selbst wenn es nicht gelänge, sofort eine Lösung dieser oder jener Fragen zu finden". Es gäbe nicht wenige praktische Fragen, die gelöst werden könnten und ohne Aufschub gelöst werden sollten.

Ein derartiges Gesprächsangebot ist in der TASS-Erklärung nur im vorletzten Absatz in sehr verschleierter Form zu finden.

5) Auf wirtschaftlichem Gebiet wird entgegen dem bisherigen Vorschlag der Verlängerung der abgelaufenen Abkommen um ein Jahr[13] eine langfristige Bindung als erstrebenswert bezeichnet. Hier liegt zweifellos ein starkes sowjetisches Interesse vor. Unterstrichen wird dieses Interesse noch durch den Seitenhieb auf das Röhrenembargo[14].

Das Röhrenembargo wird in der TASS-Erklärung ebenfalls implizite verurteilt.

II. Das Aide mémoire läßt deutlich die Mehrgleisigkeit der sowjetischen Politik erkennen. Während die TASS-Erklärung versuchte, die Politik der Bundesregierung vor der deutschen Öffentlichkeit und vor der Weltöffentlichkeit zu diskreditieren und ihren unkonstruktiven Charakter nachzuweisen, wird in dem Aide mémoire der Versuch gemacht, das Vorhandensein einer bilateralen Gesprächsbasis anzudeuten. Zwar wird in dem Aide mémoire in klarer Weise die sowjetische Gesprächsbereitschaft zum Ausdruck gebracht. (Dies geschah zum letzten Mal in dieser Deutlichkeit in dem Memorandum vom 17.2.1961[15].) Aber – auch wenn man berücksichtigt, daß in einer Vorbereitungsphase von Gesprächen nur Maximalpositionen angezeigt werden – läßt das sowjetische Aide mémoire keine sowjetische Verständigungsbereitschaft erkennen. Es stellt sich die Frage, worüber die Sowjets bei den Zusammentreffen „auf verschiedenen Ebenen" Einigungen erzielen wollen. In der Deutschland- und Berlinfrage ist die sowjetische Position unverändert. Ebenso dürfte es den Sowjets klar sein, daß wir nicht auf die sowjetische Friedensvertragsidee eingehen. Das Aide mémoire erweckt den Eindruck, daß es den Sowjets bei dem von ihnen vorgeschlagenen Zusammentreffen nicht so sehr um eine Verständigung geht, sondern um das bilaterale Gespräch an sich. In diesem Sinne heißt es in dem Aide mémoire: „selbst wenn es nicht gelänge, sofort eine Lösung dieser oder jener Frage zu finden, (würden) solche Kontakte das Prestige und die Interessen beider Seiten nicht beeinträchtigen".

Es ist nicht auszuschließen, daß sich die Sowjets gewisse Fortschritte bei der Beseitigung bestehender Schwierigkeiten erwarten, die, wie sie sagen, „nicht

[13] Zum sowjetischen Vorschlag für die Verlängerung des Abkommens über den Waren- und Zahlungsverkehr vgl. Dok. 68, Anm. 8.

[14] Zum Röhrenembargo gegen die UdSSR vgl. Dok. 19, Anm. 11.

[15] Für den Wortlaut vgl. DzD IV/6, S. 340–350.

in einem Zuge" gelöst werden können. Vielleicht sehen sie solche Möglichkeiten auf dem Gebiet der Wirtschaft und der Kultur. Sicher ist aber, daß sie in bilateralen Gesprächen mit uns auch ein Element der Störung unserer Beziehungen zum Westen sehen.

Auffällig ist die entschiedene Ablehnung des Gedankens eines Moratoriums[16] für die Lösung der deutschen Frage. Hier wird sie sogar mit der Drohung verbunden, die sowjetische Regierung werde zum geeigneten Zeitpunkt „Maßnahmen ergreifen". Diese Betonung der Dringlichkeit dürfte jedoch keinen ultimativen Charakter haben. Die Sowjets sind sich sicher darüber im klaren, welche Gefahren ihnen von der westlichen Allianz im Falle einer eindeutigen Überschreitung der Risikogrenze drohen.

Das von Smirnow überlassene Schriftstück stellt zweifellos einen sowjetischen Annäherungsversuch dar. Es läßt jedoch nicht die geringste Kompromißbereitschaft in den wesentlichen Fragen erkennen. Trotzdem sollten wir das angebotene Gespräch nicht ablehnen, sondern im Einvernehmen mit unseren Verbündeten[17] mit aller gebührenden Vorsicht sorgfältig sondieren, ob sich hier irgendwelche Möglichkeiten für Fortschritte in der deutschen Frage oder für eine nicht allein auf unsere Kosten gehende Verbesserung der Beziehungen zur Sowjetunion ergeben.[18]

Hiermit über den Herrn Staatssekretär dem Herrn Minister vorgelegt.

Reinkemeyer[19]

Abteilung II (II 4), VS-Bd. 227

[16] Den Gedanken eines Moratoriums, eines 10jährigen „Burgfriedens" zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR in der Deutschland-Frage, unterbreitete Bundeskanzler Adenauer am 6. Juni 1962 dem sowjetischen Botschafter Smirnow. Die UdSSR sollte im Gegenzug der Bevölkerung in der DDR größere Freiheiten gewähren. Für die Gesprächsaufzeichnung vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 446; B 150, Aktenkopien 1962. Für einen Auszug vgl. auch AUSSENPOLITIK DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND. Vom Kalten Krieg zum Frieden in Europa. Dokumente von 1949–1989, München 1990, S. 246 f. Vgl. dazu ferner OSTERHELD, Kanzlerjahre, S. 121 f.; KRONE, Aufzeichnungen, S. 169 f.

[17] Zur Unterrichtung der drei Westmächte über ein mögliches Treffen zwischen Bundeskanzler Erhard und Ministerpräsident Chruschtschow vgl. Dok. 93, Dok. 99 und Dok. 153.

[18] Legationsrat I. Klasse Wolff kam am 20. April 1964 zu dem Schluß, die Bundesregierung solle auf den sowjetischen „Annäherungsversuch" eingehen, um „a) die Entwicklungsmöglichkeiten der deutsch-sowjetischen Beziehungen abzutasten, b) keine ‚Gelegenheit' zu verpassen". Hinsichtlich einer Kontaktaufnahme gab er einer Einladung des sowjetischen Ministerpräsidenten in die Bundesrepublik den Vorzug: „Gespräche mit ihm würden uns wahrscheinlich ein klares Bild der Möglichkeiten der deutsch-sowjetischen Beziehungen vermitteln. Eine wesentliche sowjetische Kursänderung ist allerdings von den Gesprächen nicht zu erwarten." Wolff empfahl, durch Botschafter Groepper, Moskau, eine Antwort auf das sowjetische Aide-mémoire übermitteln zu lassen. Vgl. Abteilung II (II 4), VS-Bd. 227; B 150, Aktenkopien 1964.
Vgl. dazu weiter Dok. 150.

[19] Paraphe vom 1. April 1964.

85

Aufzeichnung des Staatssekretärs Lahr

St.S. 711/64 geheim **6. April 1964**

Betr.: Bemerkungen zum Gedanken einer deutsch-französischen Währungsunion[1]

A. Wirtschaftliche Gesichtspunkte

Eine Währungsunion setzt gemeinsame Ziele der Währungspolitik und gemeinsame Maßnahmen zur Sicherung der Währung voraus.

1) Ziele der Währungspolitik

Die Ziele der deutschen Währungspolitik sind

a) nach innen: Stabilität des Geldwertes (im Gegensatz zu einer Politik, die in erster Linie die Vollbeschäftigung oder eine Beschleunigung des Wachstumsprozesses der Wirtschaft anstrebt),

b) nach außen: freie Konvertibilität im weitesten Sinne, d.h. im Rahmen einer weltwirtschaftlichen Zusammenarbeit und weltwirtschaftlichen Verflechtung.

Die französische Währungspolitik ist in letzter Zeit von dem Bemühen bestimmt, der Stabilität des Geldwertes den Vorrang vor anderen wirtschaftspolitischen Zielen einzuräumen.[2] Andererseits wird jedoch die französische Währungspolitik seit Jahrzehnten von einer mehr oder weniger leichten Inflationierung, die teils ungewollt, teils gewollt war, charakterisiert. Ob es der jetzigen französischen Regierung gelingt, mit dieser Tradition zu brechen, bleibt abzuwarten; das bisherige Ergebnis läßt zu wünschen übrig.

Der französische Franken ist frei konvertibel. Die weltwirtschaftliche Orientierung der französischen Wirtschaftspolitik ist jedoch weniger ausgeprägt als die deutsche. Das zeigt sich sowohl in immer wieder sich bemerkbar machenden protektionistischen Tendenzen der Handelspolitik als [auch] übertriebenen Sorgen vor einer Überfremdung durch ausländisches Kapital.

2) Sicherung der Währungspolitik

Erfahrungsgemäß droht einer Währung die Hauptgefahr, die Inflation, aus den Bereichen der

a) Haushaltspolitik

Unter Haushaltspolitik ist hierbei die der gesamten öffentlichen Hand, in Deutschland also die des Bundes, der Länder und der Gemeinden, in Frankreich die des Staates, der Departements und der Gemeinden zu verstehen. Sie umfaßt sowohl die ordentlichen wie die außerordentlichen Haushalte, d.h. auch die Anleihe- und Kredit(aufnahme)politik der öffentlichen Hand.

[1] Vgl. dazu auch Dok. 109.

[2] Vgl. dazu die Ausführungen des Ministerpräsidenten Pompidou vom 14. Februar 1964 gegenüber Bundeskanzler Erhard; Dok. 47.

b) Sozialpolitik

Hierher gehören sowohl die Lohnpolitik wie die Politik der sozialen Sicherheit (Sozialversicherung usw.)

c) Notenbankpolitik

Kredit(hergabe)politik, Diskontpolitik usw.

d) Außenwirtschaftspolitik

Gleichgewicht der Zahlungsbilanz, Abschirmung gegen „importierte Inflation" usw.

Zu a) – d): Die vier genannten Gebiete stellen die Hauptquellen der Inflationsgefahr dar, jedoch ist diese Aufzählung nicht erschöpfend. Allgemeiner formuliert läßt sich sagen, daß die Währungsentwicklung ein Resultat der gesamten Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik ist.

Folgerungen für eine Währungsunion:

Die Sicherung einer unierten Währung (einheitliche Währung oder Doppelwährung, die im gesamten Unionsgebiet gleichermaßen gesetzliches Zahlungsmittel ist) erfordert demnach im Unionsgebiet eine einheitliche Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik, mindestens aber eine einheitliche Politik in den vorgenannten vier Hauptbereichen. Die Einheit wird am klarsten durch gemeinsame oberste Verwaltungsbehörden in diesen Bereichen hergestellt. Möglich ist auch ein formales Fortbestehen der Verwaltungen in den beiden Unionsländern, vorausgesetzt, daß den nationalen Verwaltungen gemeinsame Gremien übergeordnet sind, die gegenüber den nationalen Regierungen ein Veto- und ein Weisungsrecht besitzen. Diese Rechte müßten sich insbesondere erstrecken auf

– den Gesamtumfang der ordentlichen und außerordentlichen Haushalte der öffentlichen Hand in beiden Ländern und eine Harmonisierung der Zusammensetzung dieser Haushalte,

– die Harmonisierung der (gegenwärtig sehr unterschiedlichen) Sozialversicherungspolitik und die Überwachung der Lohnpolitik,

– die Koordinierung der Notenbankpolitik,

– (auf dem Gebiet der Außenwirtschaftspolitik bahnt sich eine Koordinierung im Rahmen der EWG[3] an).

Irrig wäre die Annahme, daß heute eine Währungsunion in gleicher Weise funktionieren könnte, wie Währungsunionen aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg, d.h. dank dem Automatismus der Goldwährung, da dieser Automatismus seit langem zusammengebrochen und heute kein Land mehr bereit ist, sich den Spielregeln der Goldwährung zu unterwerfen.

Es fragt sich, ob Frankreich bereit wäre, in dem vorbezeichneten Umfang auf Rechte der nationalen Souveränität zu verzichten; es fragt sich auch, ob wir hierzu bereit wären.

[3] Vgl. dazu etwa den Beschluß des EWG-Ministerrats vom 23. Dezember 1963 über die weitere Vorbereitung der Kennedy-Runde; Dok. 14, Anm. 14.

B. Politische Gesichtspunkte

Als Gründe, die Frankreich veranlassen könnten, uns eine Währungsunion vorzuschlagen, kommen folgende in Betracht:

1) Die französische Regierung erkennt, daß die gegenwärtige, auf Mehrung des französischen Prestiges gerichtete französische Politik auf einer zu schwachen Wirtschafts- und insbesondere Währungsgrundlage ruht, um die angestrebten Ziele im gewünschten Maße zu erreichen. Eine deutsch-französische Währungsunion würde diese Basis bedeutend verstärken. Vom Standpunkt der deutschen Politik ist hiergegen dann nichts einzuwenden – und könnte hieran sogar ein Interesse bestehen – wenn die französischen und die deutschen politischen Ziele übereinstimmen.

– Besondere Gefahren drohen der Währung von einer weitgespannten Außenpolitik auf den Gebieten der Verteidigung, der Entwicklungshilfe und der Auslandsinvestitionen.

– Die französische Force de frappe hat bisher nicht zu einer Überbeanspruchung des französischen Staatshaushalts geführt, dies jedoch nur um den Preis einer weitgehenden Vernachlässigung der konventionellen Streitkräfte; es ist fraglich, ob der weitere Ausbau der Force de frappe sich im bisherigen finanziellen Rahmen halten läßt und ob eine weitere Vernachlässigung der konventionellen Streitkräfte möglich ist.

– Auf dem Gebiet der Entwicklungspolitik weist Frankreich schon jetzt die höchsten Aufwendungen (etwa 2% des Bruttosozialprodukts) aus, obwohl sich seine Ausgaben im wesentlichen auf die Gebiete der ehemaligen Communauté Française[4] beschränken. Wenn es eine wirksame Entwicklungspolitik im weltweiten Rahmen oder auch nur in Lateinamerika[5] betreiben will, werden sich seine Ausgaben wesentlich erhöhen müssen.

– Auslandsinvestitionen sind bisher der freien Initiative überlassen geblieben und halten sich in angemessenem Rahmen; von Regierungsplänen ist auf diesem Gebiet nichts bekannt.

2) Die französische Regierung wünscht über den deutsch-französischen Konsultationsvertrag[6] hinaus eine möglichst enge deutsch-französische Verbindung. Obwohl dies vom deutschen Standpunkt im allgemeinen zu begrüßen ist, wirft eine deutsch-französische Währungsunion spezielle Fragen unter europäischen Gesichtspunkten auf. Schlußstein und natürliche Folge der mit den

[4] Die in der französischen Verfassung von 1958 verankerte Communauté Française war bis 1960 die staatsrechtliche Verbindung der Französischen Republik mit den autonomen Gebieten Dahomey (später Benin), Elfenbeinküste, Gabun, Kongo (später Volksrepublik Kongo), Madagaskar, Mauretanien, Niger, Obervolta (später Burkina Faso), Tschad, Senegal, Sudan (später Mali), der Zentralafrikanischen Republik sowie den UNO-Treuhandgebieten Kamerun und Togo. Nach Entlassung der autonomen Gebiete in die Unabhängigkeit bildete Frankreich mit einigen der neu entstandenen Staaten – Volksrepublik Kongo, Gabun, Madagaskar, Senegal und Tschad – auf völkerrechtlicher Grundlage eine zweite Communauté Française. Weitere afrikanische Staaten standen dieser zweiten Französischen Gemeinschaft aufgrund vertraglicher Bindungen nahe.

[5] Zu den Überlegungen für eine gemeinsame deutsch-französische Entwicklungspolitik in Lateinamerika vgl. Dok. 49 und Dok. 97.

[6] Für den Wortlaut des deutsch-französischen Vertrags vom 22. Januar 1963 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 706–710.

römischen Verträgen[7] eingeleiteten europäischen Wirtschaftsintegration ist die europäische Währungsunion. Die im Aktionsprogramm der Kommission angestrebte Zusammenarbeit der europäischen Notenbanken und Harmonisierung der Wirtschaftspolitik im allgemeinen[8] steuert auf dieses Ziel los. Es fragt sich, ob die Erreichung dieses Ziels durch eine vorherige deutsch-französische Währungsunion erleichtert oder erschwert wird. Aus den Reaktionen unserer Partner gegenüber dem deutsch-französischen Konsultationsvertrag[9] ist unschwer abzuleiten, daß mindestens in psychologischer Hinsicht abträgliche Wirkungen (und zwar in ungleich größerem Maße als damals) eintreten würden. Aber auch in materieller Beziehung dürften die Nachteile die Vorteile überwiegen.

Die Zusammensetzung der EWG weist gegenwärtig insofern ein gewisses Gleichgewicht auf, als drei großen[10], untereinander konkurrierenden Ländern drei kleine[11], durch die Benelux verbundene Länder gegenüberstehen. Ein deutsch-französischer Block würde ein solches Übergewicht schaffen, daß den anderen nicht viel mehr übrig bliebe, als sich diesem Block „anzuschließen"; hierzu besteht weder die Bereitschaft noch auch wohl die objektive Möglichkeit. Voraussichtlich würde der deutsch-französische Schritt die anglophilen Tendenzen in den vier anderen Ländern so stärken, daß die Gefahr einer Spaltung der EWG bestünde. Ferner würde eine durch den deutsch-französischen Block bestimmte EWG wahrscheinlich ihre Anziehungskraft auf andere europäische Länder, namentlich Großbritannien, verringern. Die wirtschaftliche Spaltung Europas würde wohl unwiderruflich werden, wobei wir auf eine kontinentale Orientierung endgültig festgelegt wären.

3) Es wäre nicht ausgeschlossen, daß der Plan einer deutsch-französischen Währungsunion wie die übrige französische Außenpolitik von einer antiamerikanischen Tendenz[12] mitbestimmt wäre. Leitwährung der freien Welt ist heute unbestrittenermaßen der Dollar, der damit eine wesentliche Stütze der amerikanischen Weltmachtstellung ist. Wir anerkennen und unterstützen den Dollar in dieser Funktion, namentlich mit unserer Politik im Internationalen Währungsfonds (IMF). Auf absehbare Zeit stellt keine andere Kombination, weder die deutsch-französische noch die Sechsergemeinschaft, eine der amerikanischen vergleichbare Wirtschaftskraft dar (auch ein vereinigtes deutsch-

[7] Zu den Römischen Verträgen vom 25. März 1957 vgl. Dok. 7, Anm. 7.

[8] Vgl. dazu MEMORANDUM DER KOMMISSION ÜBER DAS AKTIONSPROGRAMM DER GEMEINSCHAFT FÜR DIE ZWEITE STUFE, hrsg. von der Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, Brüssel 1962, S. 57–71 und S. 75 f.
Unter Zugrundelegung von Gedanken des Aktionsprogramms faßte der Ministerrat der EWG auf der Sitzung vom 13. bis 15. April 1964 mehrere Beschlüsse, durch die die währungs- und finanzpolitische Zusammenarbeit innerhalb der Gemeinschaft verstärkt werden sollte. Insbesondere sollte ein Ausschuß der Präsidenten der einzelnen nationalen Notenbanken geschaffen werden, und es sollten Konsultationen im EWG-Währungsausschuß über eine Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten auf dem Gebiet der internationalen Währungsbeziehungen stattfinden. Vgl. dazu BULLETIN DER EWG 6/1964, S. 18.

[9] Zur Reaktion der EWG-Partner auf den deutsch-französischen Vertrag vom 22. Januar 1963 vgl. AAPD 1963, I, Dok. 53 und Dok. 57.

[10] Frankreich, Bundesrepublik Deutschland, Italien.

[11] Belgien, die Niederlande und Luxemburg.

[12] Zum französisch-amerikanischen Verhältnis vgl. auch Dok. 66.

französisches Bruttosozialprodukt würde nur etwa ein Viertel des amerikanischen erreichen). Vom Standpunkt der westlichen Zusammenarbeit, wie wir sie verstehen, muß also der Dollar auch in Zukunft *die* Leitwährung bleiben. Es ist fraglich, ob dies auch die französische Auffassung ist.

C. Zusammenfassung

Die Gesichtspunkte zu A und B ergeben übereinstimmend, daß angesichts der Bedeutung, die der Währungspolitik im heutigen Leben der Staaten sowohl in der Wirtschaftspolitik wie in der übrigen Politik zukommt, eine Währungsunion eine gemeinsame Willensbildung im wirtschaftspolitischen wie im übrigen politischen Bereich der Staaten zur Voraussetzung hat. Die angemessene Form der gemeinsamen Willensbildung ist der Bundesstaat, dem ausreichende Kompetenzen auf den unter A genannten vier Hauptgebieten, aber auch auf dem Gebiet der Außen- und der Verteidigungspolitik, zufallen müßten. Diese Kompetenzen müßten sich sowohl auf die Exekutive als [auch] die Legislative (parlamentarische Kontrolle), vielleicht auch auf die Jurisdiktion erstrecken. Anstelle der bundesstaatlichen Organisation sind Hilfskonstruktionen denkbar, die das formale Fortbestehen nationaler Staaten ermöglichen. Sie würden jedoch mit Mängeln behaftet sein. Wesentlicher aber als die gesamte organisatorische Problematik ist die Frage

1) ob die Gemeinsamkeit der Politik in den in Betracht kommenden Bereichen schon so weit fortgeschritten ist oder Fortschritte in solchem Umfange zu erwarten sind, daß das Experiment einer Währungsunion gewagt werden kann (das bedeutet namentlich, daß Aussicht besteht, in den Gemeinschaftsorganen zu einer gemeinsamen Willensbildung zu gelangen);

2) ob die beiden Staaten bereit sind, jetzt schon die weitgehenden Souveränitätsverzichte vorzunehmen, die zu einer Währungsgemeinschaft gehören.

Hiermit dem Herrn Minister[13] mit der Bitte um Kenntnisnahme vorgelegt.

Ich gestatte mir ferner, auf beiliegenden Auszug aus Ausführungen des Herrn Bundesbankpräsidenten[14] über Fragen einer europäischen Währungsunion,

[13] Hat Bundesminister Schröder am 6. April 1964 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Zu meinen Unterlagen."

[14] Dem Vorgang beigefügt. Der Präsident der Deutschen Bundesbank, Blessing, erklärte am 27. Januar 1963 im Rundfunk: „Als Europäer wäre ich bereit, dem Ideal einer europäischen Währungsunion zuzustimmen und auch ein zentral gesteuertes föderales Notenbanksystem zu akzeptieren; als verantwortlicher Notenbankpraktiker und Realist kann ich aber nicht umhin, auf die Schwierigkeiten hinzuweisen, die der Verwirklichung einer Währungsunion entgegenstehen. Eine gemeinsame Währung und ein föderales Notenbanksystem sind nur denkbar, wenn es außer einer gemeinsamen Handelspolitik auch eine gemeinsame Finanz- und Budgetpolitik, eine gemeinsame Wirtschafts- und Konjunkturpolitik, eine gemeinsame Sozial- und Lohnpolitik, also eine gemeinsame Politik überhaupt gibt, kurz, wenn es einen Bundesstaat mit einem europäischen Parlament gibt, das Gesetzgebungsbefugnisse gegenüber allen Mitgliedstaaten hat ... Wenn gewisse Kreise glauben, eine einheitliche Währung sollte nicht der letzte, sondern der erste Schritt auf dem Weg zum Zusammenschluß Europas sein, weil nach ihrer Meinung ein gemeinsames Währungssystem Integrationstendenzen auslöse, die den Zusammenschluß automatisch erzwingen, so muß ich vor einer solchen Auffassung warnen; sie ist irreal." Vgl. Ministerbüro, VS-Bd. 10079; B 150, Aktenkopien 1963.

die mutatis mutantis auch für eine deutsch-französische Währungsunion gelten, hinzuweisen.

Lahr

Ministerbüro, VS-Bd. 10079

86

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jansen

I B 3-82.00/90.34/460/64 geheim **7. April 1964**[1]

Betr.: Tanganjikische Besorgnisse über politische Entwicklung in Sansibar[2]

Bezug: Drahtbericht Nr. 74 aus Daressalam vom 5.4. geheim[3]

Die gegenwärtige Lage in Sansibar muß als sehr ernst bezeichnet werden. Da sowjetische Maßnahmen nach kubanischem Rezept unmittelbar bevorzustehen scheinen, ist sofortiges Handeln geboten. Die Tatsache, daß Nyerere, dessen betont neutralistische Haltung allgemein bekannt ist, aktiven Schutz durch deutsche Streitkräfte erbittet, ist ein Beweis dafür, daß sich die tanganjikische Regierung der wachsenden kommunistischen Gefahr auf Sansibar und der Bedrohung durch ein Festsetzen der Sowjets auf dieser Insel bewußt ist und der Bundesregierung ein ganz besonderes Vertrauen entgegenbringt.

Nach der Auffassung von Abteilung I sollte die Bundesregierung angesichts dieser Situation nicht untätig bleiben. Es wird vorgeschlagen, folgende Maßnahmen zu treffen:

1) Unsere Alliierten, insbesondere Amerikaner, Briten und Franzosen sollten sofort in der Angelegenheit konsultiert werden[4], weil die gesamte Position des Westens in Ostafrika auf dem Spiel steht. Der Entwurf eines entsprechenden

[1] Die Aufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Steltzer konzipiert.

[2] Zur Entwicklung auf Sansibar vgl. auch Dok. 40.

[3] Botschafter Schroeder berichtete am 5. April 1964, daß der tanganjikische Präsident die Lage auf Sansibar als „sehr ernst" beurteile. Das dortige Regime werde in Kürze von der UdSSR mit einer Luftwaffe ausgestattet werden. Der kommunistische Einfluß nehme ständig zu. Nyerere erwäge, in Sansibar einzugreifen, wenn keine Kursänderung eintrete. Vgl. Abteilung I (I B 3), VS-Bd. 190; B 150, Aktenkopien 1964.

[4] Am 14. April 1964 fand im Auswärtigen Amt eine Besprechung mit Vertretern der drei Westmächte statt. Ministerialdirigent Böker berichtete über die Gefahr, daß Sansibar völlig unter kommunistischen Einfluß geraten könne. Hierdurch sei die strategische Position des Westens in Ostafrika gefährdet. Die Gesprächsteilnehmer diskutierten mögliche Maßnahmen zur Stützung des tanganjikischen Präsidenten, „um die weitere Verbreitung des Kommunismus auf dem Kontinent zu verhindern". Im Vordergrund stand dabei der Aufbau einer tanganjikischen Luftstaffel mit Unterstützung der Bundeswehr. Für die Niederschrift über die Besprechung vgl. Abteilung I (I B 3), VS-Bd. 190; B 150, Aktenkopien 1964.

Drahterlasses[5] an die betreffenden Botschaften ist mit der Bitte um Genehmigung beigefügt.[6]

2) Gegen die Verlegung einer deutschen Luftwaffeneinheit nach Tanganjika bestehen Bedenken. Eine solche Maßnahme würde außerdem eine Verstärkung des militärischen Einflusses der Sowjets auf Sansibar geradezu herausfordern. Die Ideallösung wäre, wenn die Afrikaner selbst eingreifen würden, weil es sich der Ostblock in einem solchen Fall nicht leisten könnte, das prokommunistische Regime in Sansibar militärisch zu unterstützen. In diesem Sinne sollten wir auf Nyerere einwirken, wobei ihm eventuell materielle Hilfe in Aussicht gestellt werden müßte.[7]

3) Dem tanganjikischen Wunsch, angesichts der gefährlichen Situation die Ausrüstung und die Ausbildung der tanganjikischen Luftstaffel zu beschleunigen, sollte entsprochen werden.[8]

4) Neben der Ausbildung der Luftstaffel sollte auch die Ausbildung der Mannschaften für die beiden von uns zugesagten Küstenwachboote mit Vorrang betrieben werden, weil in der Straße von Sansibar mit einer zunehmenden kommunistischen Infiltrationstätigkeit gegen Tanganjika zu rechnen ist. Falls die Auslieferung von Küstenwachbooten z. Z. noch nicht möglich ist, sollte erwogen werden, zunächst Ersatzeinheiten nach Tanganjika zu entsenden.[9]

5) Außen- und Verteidigungsminister Kambona sollte sofort nach Abschluß der Besprechungen mit unseren Alliierten nach Bonn eingeladen werden. Als Zeitpunkt käme etwa der 15. April in Betracht.[10]

6) Es müßte sofort mit dem Bundesministerium der Verteidigung Fühlung genommen werden. Bei der großen politischen Bedeutung der Angelegenheit sollte dies nach Möglichkeit auf Staatssekretärsebene geschehen.

[5] Der auf den 7. April 1964 datierte Drahterlaß wurde einen Tag später an die Botschaften in Washington, London und Paris übermittelt. Ministerialdirektor Jansen äußerte darin die Sorge, „daß sich [die] Sowjets demnächst in Sansibar militärisch festsetzen werden und damit [eine] bedrohliche Lage für Ostafrika entstehen könnte". Das Auswärtige Amt wolle deshalb zu einer Konsultationsbesprechung nach Bonn einladen. Vgl. Abteilung I (I B 3), VS-Bd. 190; B 150, Aktenkopien 1964.

[6] Zu Punkt 1) handschriftliche Bemerkung des Staatssekretärs Carstens: „Einv[erstanden]."

[7] Zu Punkt 2) handschriftliche Bemerkung des Staatssekretärs Carstens: „Ebenso."

[8] Zu Punkt 3) handschriftliche Bemerkung des Staatssekretärs Carstens: „Einv[erstanden]." Vortragender Legationsrat I. Klasse Steltzer hielt am 14. April 1964 fest: „Die Ausbildung und Ausrüstung einer tanganjikischen Luftstaffel kann am 1. August beginnen, wenn ein Vorausbeschluß durch den Herrn Bundeskanzler, den Herrn Bundesaußenminister und den Herrn Bundesverteidigungsminister gefaßt wird." Erforderlich sei die Bereitstellung von 40 Millionen DM für die Lieferung von 32 Flugzeugen der Bundeswehr sowie für die Ausbildungsmaßnahmen. Vgl. Abteilung I (I B 3), VS-Bd. 190; B 150, Aktenkopien 1964.

[9] Zu Punkt 4) handschriftliche Bemerkung des Staatssekretärs Carstens: „Soll zwischen AA und BMVtg weiter behandelt werden."
Vgl. dazu Abteilung III (III A 4), VS-Bd. 206.

[10] Zu Punkt 5) handschriftliche Bemerkung des Staatssekretärs Carstens: „Einv[erstanden]." Der Außenminister der mittlerweile Vereinigten Republik von Tanganjika und Sansibar besuchte vom 2. bis 9. Mai 1964 die Bundesrepublik. Vgl. dazu den Runderlaß des Ministerialdirigenten Böker vom 6. Mai 1964; Abteilung I (I B 3), VS-Bd. 195; B 150, Aktenkopien 1964.

Hiermit dem Herrn Staatssekretär[11] mit der Bitte um Genehmigung vorgelegt.

Referat III A 4 hat im Entwurf mitgezeichnet.[12]

Jansen

Abteilung I (I B 3), VS-Bd. 190

87

Bundeskanzler Erhard an Staatspräsident de Gaulle

MB 1005/64 geheim **8. April 1964**[1]

Sehr verehrter Herr Staatspräsident!

Ich danke Ihnen für Ihr Schreiben vom 19. Februar 1964[2], in dem Sie Ihren Standpunkt in der von uns am 15. Februar besprochenen unangenehmen Angelegenheit[3] darlegen. Ich nehme zur Kenntnis, daß Sie die Umstände, die die Kontroverse zwischen unseren Regierungen ausgelöst haben, für bedauerlich halten, und entnehme hieraus, daß Sie die unter Verletzung der deutschen Souveränität erfolgte Entführung Argouds mißbilligen.

Im Hinblick auf Ihre Ausführungen über die Vorgeschichte der Entführung darf ich erneut feststellen, daß die deutschen Behörden ständig bemüht sind, im deutschen Hoheitsgebiet Tätigkeiten zu unterbinden, die mit den internationalen Gepflogenheiten unvereinbar sind. Dies gilt in besonderem Maße für Tätigkeiten, die dem Geist der deutsch-französischen Zusammenarbeit widersprechen. Da sich die Tätigkeit von Argoud, soweit hier bekannt, im wesentlichen auf die in Deutschland befindlichen französischen Streitkräfte erstreckte[4], d.h. auf einen Bereich, in dem die deutschen Polizeibehörden keine Rechte auszuüben haben, ergaben sich in diesem Fall besondere Schwierigkeiten. Dessen ungeachtet erkläre ich, daß, falls es in diesem Zusammenhang in

[11] Hat Staatssekretär Carstens am 8. April 1964 vorgelegen, der handschriftlich für Ministerialdirektor Jansen vermerkte: „1) Mit St[aats]S[ekretär] Hopf besprochen. 2) D I z[ur] w[eiteren] V[erwendung]".

[12] Zur Entwicklung in Tanganjika und Sansibar vgl. weiter Dok. 118.

[1] Am 15. April 1964 an Botschafter Klaiber, Paris, zur Weiterleitung übermittelt.
Legationsrat I. Klasse Pfeffer machte am 8. April 1964 auf die Sorge der Rechtsabteilung aufmerksam, daß das Schreiben des Bundeskanzlers im Zusammenhang mit dem in Frankreich im Fall Argoud schwebenden Kassationsverfahren bekannt werden könne. Die Rechtsabteilung empfehle deshalb, mit der Absendung zunächst zu warten. Am 15. April 1964 verfügte Staatssekretär Carstens handschriftlich: „Das Fernschreiben vom 8. April 1964 soll nunmehr abgehen." Für den Vermerk von Pfeffer vgl. Ministerbüro, VS-Bd. 10105; B 150, Aktenkopien 1964.

[2] Für die deutsche Übersetzung vgl. Ministerbüro, VS-Bd. 10105.

[3] Zum Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit Staatspräsident de Gaulle über den Fall Argoud vgl. Dok. 49.

[4] Zur Werbetätigkeit des ehemaligen französischen Obersten für die OAS vgl. Dok. 49, Anm. 10.

der Vergangenheit zu mir nicht bekannten Unterlassungen deutscher Dienststellen gekommen sein sollte, ich dies bedauern würde.

In Ihrem Schreiben geben Sie, Herr Präsident, der Überzeugung Ausdruck, daß beide Regierungen so handeln sollten, daß sich ein solcher Vorfall nicht wiederholen kann. Ich verstehe Ihre Erklärung dahin, daß die französische Regierung geeignete Maßnahmen treffen wird, die eine Verletzung der deutschen Souveränität durch französische Dienststellen ausschließen.

Ich trage meinerseits dafür Sorge, daß die zuständigen deutschen Behörden ihr Bemühen fortsetzen und verstärken, alle geeigneten Maßnahmen zu treffen, um die berechtigten Interessen Frankreichs wirksam zu schützen.

Ich darf davon ausgehen, daß Sie mit dem Inhalt meines Schreibens übereinstimmen, und werde damit den Vorfall auch meinerseits als beendet ansehen und Ihrer Anregung entsprechend auch darauf verzichten, künftig auf ihn Bezug zu nehmen.[5]

Mit dem Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung und mit freundlichen Grüßen

[gez.] Ludwig Erhard

Abteilung I (I A 3), VS-Bd. 151

88

Aufzeichnung des Staatssekretärs Lahr

St.S. 734/64 geheim **9. April 1964**

Betr.: Gespräch mit Herrn Botschafter Shinnar

Botschafter Shinnar suchte mich heute zu einem längeren Gespräch auf, dessen wesentlicher Inhalt folgender ist:

1) In dem Gespräch, das Ministerpräsident Eshkol mit dem Herrn Bundeskanzler zu führen wünscht[1], beabsichtigt dieser insbesondere anzusprechen

– die dem Westen aus der labilen Lage des Nahen Ostens drohenden Gefahren (Möglichkeit eines bewaffneten Konflikts um das Jordanwasser[2]) und die dem

[5] Zur weiteren Erörterung des Falls Argoud zwischen Bundesminister Schröder und dem französischen Außenminister Couve de Murville vgl. Dok. 153.

[1] Zu den Bedenken des Auswärtigen Amts hinsichtlich einer Zusammenkunft des Bundeskanzlers Erhard mit Ministerpräsident Eshkol vgl. Dok. 83.

[2] Israel arbeitete seit 1955 an einem Projekt zur Bewässerung der Negev-Wüste. Das Wasser sollte durch Pipelines aus dem See Genezareth herangeführt werden. Für 1964 waren erstmals größere Wasserentnahmen geplant. Arabischerseits befürchtete man negative Auswirkungen insbesondere für die jordanischen Gebiete am unteren Jordan. Als Gegenmaßnahme wurde erwogen, die Quellflüsse des Jordan abzuleiten. Vgl. dazu AdG 1964, S. 11035 f.
Vortragender Legationsrat I. Klasse Schirmer führte dazu aus: „Der Entschluß der arabischen

Westen sich bietenden Möglichkeiten, diesen Gefahren vorzubeugen, insbesondere durch Einwirkung auf die arabischen Staaten und durch Mitwirkung bei einer Lösung des Problems der Palästina-Flüchtlinge;

- die Möglichkeit einer militärischen Stärkung Israels;
- das Verhältnis Israels zur EWG (Möglichkeiten der Assoziierung)[3];
- die Aktion „Geschäftsfreund"[4].

Herr Shinnar meint, daß Herr Eshkol die Frage der diplomatischen Beziehungen von sich aus nicht anschneiden werde.

Was die Frage der deutschen Wissenschaftler in Ägypten[5] betrifft, so geht Herr Shinnar davon aus, daß bis dahin die Novelle zu unserem Paßgesetz[6] erlassen sein werde, so daß sich das Thema erledigt haben werde.

Ministerpräsident Eshkol denkt an einen Termin im Sommer und an einen Treffpunkt in der Schweiz, Österreich oder Belgien. Herr Shinnar hat über diese Fragen auch schon mit Staatssekretär Westrick gesprochen. Ich habe mich rezeptiv verhalten.

2) In früheren Gesprächen war von einem Schreiben des Herrn Bundeskanzlers an Ministerpräsident Eshkol in der Frage „Geschäftsfreund" die Rede gewesen. Ich hatte hierzu im Einvernehmen mit dem Bundeskanzleramt den abschriftlich beigefügten Entwurf[7] übergeben. Herr Shinnar schlug vor, in die-

Fortsetzung Fußnote von Seite 395

Staaten, die Zuflüsse des Jordan auf arabisches Gebiet umzuleiten, ist zwar wirtschaftlich, technisch und finanziell zu bewältigen, der Nutzen dieser sehr teueren Arbeiten ist aber so gering, daß die betroffenen Staaten die Projekte selbst mit wenig Enthusiasmus beurteilen ... Nach vorsichtigen Schätzungen würde das arabische Projekt Israel etwa die Hälfte der Wassermenge kosten, mit der es jetzt rechnet. Zudem würde der See Genezareth so stark versalzen, daß die Verwendungsmöglichkeiten des übriggebliebenen Wassers sehr vermindert wären ... Die Gefahr kriegerischer Auseinandersetzungen in diesem Raum ist ... auf lange Sicht nicht außerhalb des Bereichs des Möglichen." Vgl. den Drahterlaß von Schirmer vom 16. März 1964; Abteilung I (I B 4), VS-Bd. 105; B 150, Aktenkopien 1964.
Vgl. dazu auch Referat I B 4, Bd. 91 und Bd. 98.

3 Zu den Verhandlungen zwischen Israel und der EWG vgl. auch Dok. 25.

4 Zur geheimgehaltenen Gewährung von Krediten an Israel im Rahmen der „Aktion Geschäftsfreund" vgl. Dok. 76, besonders Anm. 1.

5 Zu den in der ägyptischen Rüstungsindustrie tätigen Experten aus der Bundesrepublik vgl. Dok. 54, Anm. 11.

6 Am 28. Juni 1963 verabschiedete der Bundestag einen von allen drei Fraktionen eingebrachten Antrag, in dem die Bundesregierung aufgefordert wurde, die Tätigkeit deutscher Rüstungsexperten im Ausland einzuschränken. Vgl. dazu BT ANLAGEN, Bd. 85, Drucksache IV/1388 neu. Vgl. dazu auch AAPD 1963, II, Dok. 173 und 289.
Im November 1963 leitete das federführende Bundesministerium des Innern dem Bundeskabinett eine Vorlage über mögliche „gesetzliche Maßnahmen gegen die Mitwirkung Deutscher an der Herstellung von Massenvernichtungswaffen im Ausland" zu. Ministerialdirektor Jansen stellte am 2. Dezember 1963 dazu fest, „daß ein Gesetz, wie es allein praktisch möglich wäre ... keine Aussicht hat, die Tätigkeit der deutschen Spezialisten zu beeinträchtigen, da diese nicht an ABC-Waffen arbeiten". Er empfahl, „von gesetzlichen Maßnahmen ganz abzusehen, aber unsere Bemühungen verstärkt fortzusetzen, die auf diesem Gebiet tätigen Deutschen zurückzugewinnen". Vgl. Referat I B 4, Bd. 17.

7 Der Entwurf vom 27. November 1963 ist dem Vorgang beigefügt. Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 444; B 150, Aktenkopien 1963.
Bundeskanzler Erhard richtete am 30. April 1964 ein auf den Entwurf zurückgehendes Schreiben

sem Brief in irgendeiner Weise auf den Briefwechsel zwischen dem Herrn Altbundeskanzler und Herrn Ben Gurion[8] Bezug zu nehmen. Ich sagte Herrn Shinnar, daß ich diesem Gedanken mit Rücksicht auf die in dem Schriftstück enthaltenen Unklarheiten nicht sehr positiv gegenüberstehe. Herr Shinnar bemerkte, daß Staatssekretär Westrick ebenfalls Bedenken geäußert habe.

3) Herr Shinnar kam dann auf die weitere Abwicklung der Aktion „Geschäftsfreund" zu sprechen. Ich sagte ihm, daß ich mich hierzu jetzt nicht äußern könne, da der Bundeshaushalt noch nicht in Kraft getreten sei. Wir kamen überein, das Gespräch hierüber Anfang August wieder aufzunehmen.[9]

4) Herr Shinnar kam dann auf die Novelle zum Paßgesetz zu sprechen und unterstrich sehr nachdrücklich, wie wichtig es sei, daß möglichst bald etwas geschehe, wobei die Schnelligkeit[10] fast noch wichtiger als der Inhalt sei. Er verwies auf israelische Pressestimmen[11], denen zufolge zwar das Innenministerium für die Novelle, aber das Auswärtige Amt und das Justizministerium dagegen seien. Ich erwiderte ihm, daß Bundestag und Bundesregierung, und zwar alle beteiligten Ressorts, darüber einig seien, die Zweckmäßigkeit einer die Auslandstätigkeit deutscher Staatsangehöriger betreffenden Novelle zu bejahen[12]. Das Auswärtige Amt habe sogar ein besonderes Interesse daran, Instrumente, die sich mit der Tätigkeit von Deutschen im Ausland und von Ausländern in Deutschland befaßten, in die Hand zu bekommen. So eindeutig also

Fortsetzung Fußnote von Seite 396

an Ministerpräsident Eshkol: „Exzellenz, ich habe mit Genugtuung zur Kenntnis genommen, daß es in der Vergangenheit gelungen ist, die Gewährung von Krediten auf kommerzieller Basis für konkrete Vorhaben zur Fortführung des wirtschaftlichen Aufbaus Israels mit Erfolg in Gang zu bringen. Ich halte auch meinerseits pragmatische Lösungen zur Förderung der Entwicklungsvorhaben für am besten geeignet. Ich hoffe zuversichtlich, daß auch in Zukunft auf dem bisherigen Wege eine Kreditgewährung möglich sein wird, und ich werde mich in geeigneter Weise dafür einsetzen." Für eine Abschrift vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 4; B 150, Aktenkopien 1964.

8 Zum Briefwechsel zwischen Ministerpräsident Ben Gurion und Bundeskanzler Adenauer in dieser Angelegenheit vgl. die Zusammenfassung des Staatssekretärs Lahr vom Februar 1964; Büro Staatssekretär, VS-Bd. 4; B 150, Aktenkopien 1964. Vgl. dazu auch AAPD 1963, III, Dok. 382.

9 Vgl. dazu weiter Dok. 230.

10 Ministerialdirektor Jansen wies am 6. April 1964 auf die israelischen Besorgnisse wegen des deutschen Zögerns in der Frage des sogenannten Rückrufgesetzes hin. Er schlug vor, den nach Israel reisenden Staatssekretär Cartellieri, Bundesministerium für wissenschaftliche Forschung, zu bitten, der israelischen Regierung die rechtliche Problematik zu erläutern. Vgl. Abteilung I (I B 4), VS-Bd. 221; B 150, Aktenkopien 1964.

11 Zur Haltung der israelischen Presse vgl. Referat I B 4, Bd. 19.

12 Der Chef des Presse- und Informationsamtes, von Hase, teilte am 22. April 1964 mit, das Bundeskabinett habe sich noch nicht entschließen können, einen Gesetzentwurf zur Änderung des Paßgesetzes zu verabschieden. Es seien noch „eine ganze Reihe von sehr komplizierten Rechtsfragen zu lösen". Allerdings werde der „Fragenkomplex" mit Nachdruck weiterbearbeitet. Für die Presseerklärung vgl. Referat I B 4, Bd. 17.
Ministerialdirigent Böker informierte mit Drahterlaß vom 24. April 1964, die Entscheidung des Kabinetts sei nach sorgfältiger Abwägung in dem Bewußtsein getroffen worden, „daß wir in Wahrnehmung wesentlicher deutscher Interessen nicht anders handeln konnten, um schädliche Auswirkungen auf unsere Deutschlandpolitik und den Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik zu vermeiden. Die Aufrechterhaltung der guten Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und den arabischen Staaten liegt nach hiesiger Auffassung nicht zuletzt auch im Interesse einer auf Ausgleich und Erhaltung des Friedens gerichteten Politik des Westens, die auch die Interessen Israels berücksichtigt." Vgl. Abteilung I (I B 4), VS-Bd. 221; B 150, Aktenkopien 1964.
Vgl. dazu weiter Dok. 164.

das grundsätzliche Ja zu einer solchen Maßnahme sei, so schwierig seien die gesetzestechnischen Modalitäten. Diese Schwierigkeiten seien bisher nicht überwunden worden. Wir ließen uns jedoch die Sache weiter angelegen sein.

5) Ich brachte dann meinerseits das Gespräch auf die Berichte der Bürgermeister Albertz[13] und Vogel[14] über die Gespräche, die von maßgeblichen israelischen Persönlichkeiten mit ihnen in Israel über die Frage der diplomatischen Beziehungen geführt worden seien. Ich erinnerte Herrn Shinnar daran, daß er mir bei seinem letzten Gespräch[15] gesagt habe, Ministerpräsident Eshkol und Frau Golda Meir hätten in seiner Gegenwart festgelegt, daß von israelischer Seite diese Frage nicht zur Sprache gebracht werde, sondern eine deutsche Initiative abzuwarten sei, und wies darauf hin, daß es nicht im israelischen Interesse liegen dürfte, deutsche Persönlichkeiten immer wieder zu Erklärungen in dieser Frage zu veranlassen. Die Bundesregierung werde hierdurch immer wieder zu negativen Feststellungen gezwungen, die sie selbst gar nicht wünsche. Außerdem enthielten die arabischen Reaktionen, die hierdurch hervorgerufen würden, in zunehmendem Maße Hinweise auf gewisse deutsche Hilfsmaßnahmen[16], die nach deutscher und israelischer Auffassung nicht an die große Glocke gehängt werden sollten. Je mehr dies gleichwohl erfolge, um so mehr werde unsere Bewegungsfreiheit auf diesen Gebieten eingeschränkt.

Herr Shinnar meinte hierzu, daß dies genau die Argumentation sei, die er von jeher in Israel verwende. Mit diesen Argumenten habe er die vorerwähnte Entscheidung seines Ministerpräsidenten erwirkt; diese sei in der Tat ein Gebot der Vernunft. Was zum Beispiel Veranstaltungen wie die kürzliche Sendung des Deutschen Fernsehens[17] angehe, sei auch er darüber keineswegs glücklich; alle vom Deutschen Fernsehen angegangenen israelischen Persönlichkeiten hätten in dieser Erkenntnis ihre Mitwirkung verweigert. Er versprach, erneut in Tel Aviv auf die Notwendigkeit der Zurückhaltung hinzuweisen.

6) Ich erwähnte schließlich, daß Herr Bürgermeister Albertz von maßgeblichen Stellen gesagt worden sei, Botschafter Shinnar werde demnächst beauftragt werden, uns mitzuteilen, daß die israelische Handelsmission mit Beendi-

[13] Der Bürgermeister von Berlin hielt sich anläßlich der Eröffnung des Franz-Oppenheimer-Instituts der Hebrew University of Jerusalem vom 8. bis 15. März 1964 in Israel auf. Zu den Erfahrungen von Albertz hielt Staatssekretär Lahr am 3. April 1964 fest: „Wenn hohe israelische Beamte, wie Bürgermeister Albertz berichtet, ihm gegenüber wiederholt die Frage der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Sprache gebracht und versucht haben, den Besucher als Fürsprecher für die Aufnahme solcher Beziehungen zu gewinnen, widerspricht dies eindeutig den Erklärungen, die Botschafter Shinnar mir gegenüber im Auftrag seiner Regierung abgegeben hat." Vgl. Büro Staatssekretär, Bd. 393. Vgl. dazu auch Referat I B 4, Bd. 112.

[14] Zum Besuch des Münchener Oberbürgermeisters in Israel vgl. den Artikel „Dr. Vogel berichtet von Israel"; SÜDDEUTSCHE ZEITUNG, Nr. 79 vom 1. April 1964, S. 15.

[15] Zum Gespräch vom 17. März 1964 vgl. Dok. 73.

[16] Zur Ausrüstungshilfe für Israel vgl. Dok. 54, besonders Anm. 5.

[17] Am 3. April 1964 strahlte der Hessische Rundfunk eine Fernsehreportage von Rüdiger Proske mit dem Titel „Diplomatische Beziehungen zu Israel" aus, in der das Für und Wider eines solchen Schrittes dargestellt wurde. In dieser Sendung sprachen sich Bundestagspräsident Gerstenmaier, Bundestagsvizepräsident Dehler, der CSU-Vorsitzende Strauß sowie der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion, Schmid, für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen aus. Vgl. dazu den Runderlaß des Ministerialdirektors Jansen vom 7. April 1964; Referat I B 4, Bd. 111.

gung ihrer gegenwärtigen Funktion[18] geschlossen werde und Herrn Albertz Bemerkung, daß dann wohl Zwischenlösungen, wie eine Handelsvertretung oder ein Generalkonsulat in Betracht zu ziehen seien, auf Ablehnung gestoßen sei. Botschafter Shinnar, dem die Offenherzigkeit seiner Kollegen offenbar wenig angenehm war, erwiderte, daß die gegenwärtige Funktion der israelischen Mission in der Tat am 31. März 1966 beendet sei, seine Regierung aber sicherlich kein Vakuum wünsche und bereit sein werde, rechtzeitig gemeinsam mit uns zu überlegen, ob – wenn schon keine diplomatischen Beziehungen bis dahin möglich seien – die Handelsmission unter Zuweisung neuer Aufgaben, namentlich handelspolitischer Natur, in ihrer gegenwärtigen Form erhalten bliebe oder ob man sie in eine Handelsvertretung oder ein Generalkonsulat umwandele.

Das Gespräch vermittelte den Eindruck, daß Herr Botschafter Shinnar die hiesige Situation wohl richtig beurteilt. Ob seine Regierung ihm in dem Maße, wie er es vorgibt, folgt, ist weniger sicher.

Hiermit dem Herrn Minister[19] mit der Bitte um Kenntnisnahme vorgelegt.

Lahr

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 444

89

Botschafter von Etzdorf, London, an Bundesminister Schröder

Z B 6-1/3078/64 geheim
Fernschreiben Nr. 377
Cito

Aufgabe: 10. April 1964, 12.45 Uhr
Ankunft: 10. April 1964, 13.22 Uhr

Nur für Minister und Staatssekretär[1]

Betr.: WEU

I. Gestern suchte mich Lord Hood auf, um mit mir, wie er sagte, über die Sorgen zu sprechen, die man sich im Foreign Office über die Zukunft der WEU mache.

Lord Hood erwähnte zunächst, wie bedauerlich es sei, daß bei der bevorstehenden Ministerratstagung in Brüssel am 16. und 17. d.M.[2] drei Außenmini-

[18] Zur Tätigkeit der Israel-Mission in Köln vgl. Dok. 73, Anm. 6.

[19] Hat Bundesminister Schröder am 13. April 1964 vorgelegen.

[1] Hat Staatssekretär Carstens am 10. April 1964 vorgelegen, der für Ministerialdirektor Jansen handschriftlich vermerkte: „H[errn] D I (persönlich). Bitte R[ücksprache]."

[2] Die WEU-Ministerkonferenz am 16./17. April 1964 in Brüssel diente dem weiteren Ausbau der Kontakte zwischen Großbritannien und der EWG. Um den informellen Charakter zu unterstreichen, wurde kein Kommuniqué veröffentlicht. Hauptthemen waren die Beziehungen der EWG zu Lateinamerika sowie die Politik der UdSSR gegenüber dem Westen vor dem Hintergrund der sowjetisch-chinesischen Spannungen. Vgl. dazu AdG 1964, S. 11268; Europa-Archiv 1964, Z 116.

ster fehlen würden. Dies zeige ein Nachlassen des Interesses an den Arbeiten der WEU.

Hauptsächlich aber sei man im Foreign Office besorgt wegen der Haltung, welche die französische Regierung zur Arbeit der WEU einnehme. Man habe den Eindruck, daß die französische Regierung in der WEU nur ein Forum sehe, in dem man Ideen austausche, wo aber keine gemeinsamen Aktionen beschlossen und durchgeführt werden sollten. Dies zeige sich neuerdings besonders deutlich bei der Behandlung eines gemeinsamen Vorgehens gegenüber Lateinamerika.[3] Dem hoffnungsvollen Start, den man bei der Ministerratstagung im Haag am 25./26. Oktober 1963[4] genommen habe, sei eine Flaute gefolgt. Wegen der Passivität der Franzosen stünde es jetzt so, daß eigentlich kaum noch eine wesentliche gemeinsame Aktion in Frage käme. Dabei gebe es doch Gebiete, wie z.B. Kulturpolitik, aber auch von Fall zu Fall Politik im eigentlichen Sinne, wo ein gemeinsames Handeln möglich und nützlich wäre. Angesichts dieser Entwicklung frage man sich im Foreign Office, ob man so weiterwursteln oder ob man nicht neue Wege suchen sollte. Sollte man nicht, wenn die Franzosen so unkooperativ blieben, einmal versuchen, unter den sechs Kooperativwilligen allein weiterzukommen? Die britische Regierung sei an einer aktiven WEU interessiert und könnte daher vielleicht die Initiative hierzu ergreifen und Vertreter der anderen fünf Regierungen zusammenberufen, um in loser Form, wie z.B. in einem Sachverständigenkomitee zu beraten, was geschehen könnte. Heute sei es Lateinamerika. Bald könnte sich dasselbe mit Afrika ereignen, das auf der Tagesordnung der bevorstehenden Ministerratssitzung stünde.

Im übrigen sei es ja, so schloß Lord Hood seine Ausführungen, nicht ohne Vorgang in der WEU, daß auf gewissen Gebieten nicht alle sieben gemeinsam, sondern einzelne von ihnen[5] untereinander etwas unternähmen. Er denke hierbei z.B. an die Zusammenarbeit zweier oder mehrerer Mitgliedstaaten bei der Entwicklung neuer Waffentypen, der Ausarbeitung technischer Verbesserungen und der Abstimmung in Fragen der operativen Grundsatzforschung, wie sie zwischen der Bundesrepublik und Großbritannien, Frankreich, Italien

Fortsetzung Fußnote von Seite 399

Auf der Tagung waren nur die Bundesrepublik, Großbritannien und Luxemburg durch ihre Außenminister vertreten.

[3] Aufgrund eines Auftrags des Ministerrats legte der Ständige WEU-Rat am 10. April 1964 einen Bericht über Möglichkeiten einer gemeinsamen Politik der WEU-Staaten gegenüber Lateinamerika vor. Wesentliche Teile der in dem Bericht enthaltenen Vorschläge wurden jedoch von französischer Seite nicht unterstützt. Aber auch von deutscher Seite wurden Bedenken geltend gemacht, „soweit die Vorschläge zu einer Institutionalisierung innerhalb der WEU führen würden, die wir nicht für zweckmäßig halten". Vgl. die Aufzeichnung des Referats I B 2 für die Konferenzmappe zur WEU-Ministerratssitzung vom 16./17. April 1964; Ministerbüro, VS-Bd. 8425; B 150, Aktenkopien 1964. Vgl. auch Abteilung I (I A 1), VS-Bd. 262.

[4] Auf der WEU-Ministerratstagung am 25./26. Oktober 1963 bekräftigten die Außenminister den gemeinsamen Standpunkt in der Deutschland-Frage, sprachen sich für eine gemeinsame westliche Handelspolitik und Entwicklungshilfe aus und vereinbarten, vierteljährlich Konferenzen über politische und wirtschaftliche Fragen abzuhalten, um die Bindungen Großbritanniens zu den EWG-Staaten aufrechtzuerhalten. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1963, D 586 und Z 244. Vgl. ferner den Runderlaß des Staatssekretärs Lahr vom 27. Oktober 1963; Referat I A 1, Bd. 443.

[5] Die Wörter „einzelne von ihnen" wurden von Staatssekretär Carstens hervorgehoben. Dazu handschriftliche Bemerkung: „Aber mit Zustimmung aller."

und der Bundesrepublik, Italien und Großbritannien, um nur einige zu nennen, vereinbart worden sei.[6]

Ich erwiderte Lord Hood, daß seine Überlegungen an die Wurzel der Existenz der WEU gingen und namentlich unser besonderes Verhältnis zu Frankreich berührten. Beides dürfe nicht Schaden leiden. Ich könnte daher nur raten, vorläufig die Erwägungen des Foreign Office nicht zu realisieren, sondern stille zu halten und zu sehen, ob sich nicht vielleicht bei einem neuen Thema doch eine größere Aktionsfreudigkeit der Franzosen zeigen würde. Insbesondere würde ich es für bedenklich halten, wenn etwa bei der bevorstehenden Ministerratstagung Mr. Butler am Verhandlungstisch solche Gedanken entfalte. Lord Hood entgegnete, er wisse noch nicht, wie sich Mr. Butler überhaupt zu dem Problem stellen würde.

Ich bat Lord Hood, Mr. Butler zu sagen, daß er in jedem Fall, bevor er irgendwelche Schritte unternimmt, mit unserm Außenminister das Thema vertraulich bespräche. Hierzu ergebe sich ja bei der bevorstehenden Zusammenkunft in Brüssel eine gute Gelegenheit.[7]

Lord Hood schien dies einzuleuchten. Er sagte einlenkend, er sei ja auch nicht gekommen, damit ich schon jetzt einen dezidierten Bericht an das Auswärtige Amt richte. Er hätte eigentlich nur mit mir diesen Komplex erörtern wollen. Immerhin ist aber nicht zu übersehen, daß Lord Hood der zuständige Abteilungsleiter des Foreign Office und ständige britische Vertreter im Rat ist und daß er in all diesen Fragen sowohl auf den ständigen Staatssekretär[8] wie auf den Minister selbst einen großen Einfluß ausübt. Welche Bedeutung Lord Hood der Angelegenheit beimißt, geht daraus hervor, daß er den ungewöhnlichen Schritt unternahm, mich in der Botschaft aufzusuchen.

II. Ergänzend hierzu möchte ich über eine Unterhaltung berichten, die ich gestern mit dem französischen Botschafter über die letzten Vorgänge innerhalb der WEU hatte. M. de Courcel sagte mir, der Druck, dem sich die französische Delegation seit einiger Zeit seitens der britischen Delegation ausgesetzt sehe, werde immer unbehaglicher. Er könnte sich eines Tages gezwungen sehen, den Konferenzraum des Ständigen Rates zu verlassen.

In der Tat ist es in letzter Zeit bei den WEU-Ratssitzungen mehrfach zu Kontroversen zwischen der französischen und britischen Delegation gekommen, wie dies aus den Sitzungsprotokollen ersichtlich ist (vgl. meinen Bericht vom 25. v.M. Nr. 167/64 geheim[9]).

[gez.] Etzdorf

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 417

[6] Zur Rüstungszusammenarbeit 1963/64 im Rahmen der WEU vgl. Abteilung I (I A 1), VS-Bd. 243 und VS-Bd. 244.

[7] Zum Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem britischen Außenminister am 16. April 1964 vgl. Dok. 99.
Zur Frage der Bedeutung der WEU vgl. auch das Gespräch des Staatssekretärs Carstens mit dem britischen Außenminister am 15. Juli 1964; Dok. 199.

[8] Harold Caccia.

[9] Botschafter von Etzdorf, London, berichtete über eine britisch-französische Meinungsverschiedenheit hinsichtlich der Abfassung des Protokolls der Sitzung des WEU-Ministerrats am 23./24. Januar 1964. Vgl. Abteilung I (I A 1), VS-Bd. 270; B 150, Aktenkopien 1964.

90

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jansen

I A 2-81.00/64 10. April 1964[1]

Stichwortartige Darstellung der derzeitigen Aufgaben und Probleme der Europäischen Wirtschaftsgemeingeschaft

A. In den Beziehungen der Gemeinschaft zur Außenwelt stellen sich folgende Aufgaben:

1) Kennedy-Runde[2]

Durch die am 23. Dezember 1963 beschlossene Richtlinie[3] hat der Rat bewiesen, daß die Gemeinschaft bereit ist, die Bestimmungen des Artikels 110 des EWG-Vertrages[4] zu verwirklichen, „im allgemeinen Interesse zur harmonischen Entwicklung des Welthandels, zur schrittweisen Beseitigung der Beschränkungen im internationalen Handelsverkehr und zum Abbau der Zollschranken beizutragen", natürlich auf der Grundlage der Gegenseitigkeit.

Die Direktiven für die Verhandlungsdelegation der Gemeinschaft werden im Laufe dieses Jahres ergänzt und der Verhandlungslage angepaßt werden.

Von einem erfolgreichen Abschluß der GATT-Verhandlungen erwarten wir:

a) eine Intensivierung des Handelsaustausches mit den USA und damit einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der atlantischen Partnerschaft;

b) eine Milderung der Schwierigkeiten in den Wirtschaftsbeziehungen zu den EFTA-Staaten;

c) einen Beitrag zur Förderung der Entwicklungsländer.

2) Beziehungen zu dritten Staaten

Die Kontaktgespräche zwischen den Sechs und Großbritannien in der WEU[5], die bereits zweimal stattgefunden haben – das dritte Gespräch findet am 17. April 1964 in Brüssel statt[6] – sollen weiter ausgebaut werden, um zu mög-

[1] Durchschlag als Konzept.
Die Aufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse von Stempel und von Legationsrat I. Klasse Mühlen konzipiert und mit Begleitvermerk von Ministerialdirektor Jansen über Staatssekretär Lahr an Bundesminister Schröder geleitet.

[2] Zur Eröffnung der Kennedy-Runde im Rahmen des GATT vgl. Dok. 122.

[3] Zum Beschluß des EWG-Ministerrats vom 23. Dezember 1963 über die weitere Vorbereitung der Kennedy-Runde vgl. Dok. 14, Anm. 14.

[4] Artikel 110 des EWG-Vertrags vom 25. März 1957: „Durch die Schaffung einer Zollunion beabsichtigen die Mitgliedstaaten, im gemeinsamen Interesse zur harmonischen Entwicklung des Welthandels, zur schrittweisen Beseitigung der Beschränkungen im internationalen Handelsverkehr und zum Abbau der Zollschranken beizutragen. Bei der gemeinsamen Handelspolitik werden die günstigen Auswirkungen berücksichtigt, welche die Abschaffung der Zölle zwischen den Mitgliedstaaten auf die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen dieser Staaten haben kann." Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 842 und S. 844.

[5] Zur Vereinbarung regelmäßiger Kontakte zwischen den EWG-Staaten und Großbritannien im Rahmen der WEU vgl. Dok. 12, Anm. 15.

[6] Vgl. dazu Dok. 89, besonders Anm. 2.

lichst konkreten Arbeitsergebnissen zu kommen. Darüber hinaus sollen enge Kontakte mit den übrigen Staaten aufgenommen werden, die der EWG beitreten oder sich mit ihr assoziieren möchten. Die Verhandlungen mit Österreich[7] sollen vorangetrieben werden. Auch die Aufnahme exploratorischer Gespräche der EWG-Kommission mit Spanien wird von der Bundesregierung befürwortet.[8]

Über die Anträge einiger afrikanischer Staaten (Nigeria, Uganda, Tanganjika und Kenia) mit dem Ziel einer Assoziierung mit der EWG[9] sollte möglichst bald verhandelt werden. Die Bundesregierung unterstützt die Bestrebungen dieser afrikanischen Staaten, weil sie in ihrer Verbindung mit der EWG auch einen Beitrag zur wirtschaftlichen Einigung Afrikas sieht.

B. Im Innern der Gemeinschaft stellen sich folgende Probleme:

1) Zollabbau

Es stellt sich die Frage, ob der innergemeinschaftliche Handel nicht durch eine zusätzliche Beschleunigung des Abbaus der inneren Zollgrenzen gesteigert werden kann. Es könnte vorgesehen werden, am 1. Januar 1965 die Zölle nicht nur um 10% – wie vorgesehen – sondern um 20% zu senken.[10]

2) Entwicklung zur Wirtschaftsunion

Eine vordringliche Aufgabe ist die Sicherung einer harmonischen Wirtschaftsentwicklung in der ganzen Gemeinschaft. Die konjunkturpolitische Zusammenarbeit muß intensiviert werden, um zu verhindern, daß die Konjunktur sich in den einzelnen Mitgliedstaaten unterschiedlich entwickelt.

Für den Wettbewerb müssen klare Grundsätze aufgestellt werden, damit die Wirtschaft Klarheit darüber gewinnt, welche Verfahren und Methoden sie anwenden darf. Gleichzeitig muß mit der Angleichung der Steuersysteme begonnen werden, damit mit den Zollgrenzen auch die Steuergrenzen fallen können. Insbesondere ist die Harmonisierung der Umsatzsteuer vordringlich.

Im Zuge der Verwirklichung einer gemeinsamen Landwirtschaftspolitik ist die Gemeinschaft vor ein sehr schwieriges Problem in der Getreidepreisfrage gestellt.[11] Hier müssen wir um das besondere Verständnis unserer Partner und Freunde bitten. Wir sind mit allem Ernst bemüht, eine Formel zu finden, die uns die innerpolitischen und -wirtschaftlichen Schwierigkeiten überwinden läßt. Wir hoffen, daß unsere Bemühungen nicht durch zu hohe Forderungen der Außenwelt erschwert werden. Unsere Partner können sicher sein, daß wir uns den Erfordernissen der Kennedy-Runde nicht entziehen werden.

Es ist auch erforderlich, daß Fortschritte auf dem Gebiet der gemeinsamen Energiepolitik und der gemeinsamen Verkehrspolitik erzielt werden.

Weiter stellt sich die Aufgabe, die Frage einer Gesamtfinanzierung der EWG

[7] Vgl. dazu Dok. 174.

[8] Zur Aufnahme von Gesprächen zwischen der EWG und Spanien vgl. Dok. 154, Anm. 15.

[9] Zu den Sondierungsgesprächen zwischen der EWG und verschiedenen afrikanischen Staaten über eine Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen vgl. den Runderlaß des Ministerialdirektors Jansen vom 24. Dezember 1963; Referat I A 2, Bd. 1052.

[10] Vgl. dazu Dok. 110, Anm. 3, und Dok. 134, Anm. 14.

[11] Zur Regelung des Getreidepreises vgl. Dok. 59, Anm. 45–47, und Dok. 81.

durch eigene Einnahmen zu prüfen, um zu einer gerechten Lastenverteilung zu gelangen.

3) Institutionelle Stärkung der Gemeinschaften

Die Konsolidierung der Gemeinschaften muß durch ihre institutionelle Stärkung ergänzt werden. Dies wird erreicht durch die Fusion der Organe der Europäischen Gemeinschaften[12], der später die Verschmelzung der Gemeinschaften folgen wird, und durch eine Stärkung des Europäischen Parlaments[13]. Die Fusion der Organe ist nicht nur ein technisches Problem zur Rationalisierung der Verwaltung, sondern darüber hinaus von großer politischer und wirtschaftlicher Bedeutung. Der Rat hat sich über folgenden Zeitplan geeinigt: Das Abkommen über die Fusion der Organe soll im Laufe dieses Jahres so rechtzeitig fertiggestellt werden, daß es nach der Ratifizierung durch die Mitgliedstaaten nach Möglichkeit am 1. Januar 1965 in Kraft treten kann. Von diesem Zeitpunkt ab sollen die Verhandlungen über die Verschmelzung der Gemeinschaften beginnen. Als Arbeitsziel für das Inkrafttreten der Fusion der Gemeinschaften ist der 1. Januar 1967 in Aussicht genommen.[14]

Je mehr sich die Gemeinschaft zur Wirtschaftsunion entwickelt, um so dringender wird es notwendig, die Stellung des Europäischen Parlaments zu stärken. Hier stellen sich Schwierigkeiten, die ein behutsames Vorgehen erforderlich machen. Aber es ist notwendig, schon jetzt Teilergebnisse zu erzielen, um zu verhindern, daß das politische Leben der Gemeinschaft verkümmert und die Gemeinschaft zu einer Angelegenheit von Spezialisten wird. Die Gemeinschaft kann nur durch eine demokratische Form ihrer Aufgabe gerecht werden, zu weiteren Fortschritten auf dem Wege zur Einigung Europas beizutragen.

Referat I A 2, Bd. 1150

[12] Zur Fusion der Exekutiven der drei Gemeinschaften vgl. Dok. 22, Anm. 5, sowie zuletzt Dok. 59.

[13] Zur Frage einer Stärkung des Europäischen Parlaments vgl. besonders Dok. 56.

[14] Vgl. dazu weiter Dok. 216.

91

Aufzeichnung der Politischen Abteilung II

II 1-85.50/1/294/64 geheim **10. April 1964**[1]

Betr.: Stichworte zur „Modifizierung der Ausgabe von TTDs"

1) NATO-Rat hat am 18. März 1964 neue Bestimmungen zur Anpassung der TTD-Sperre an bestehende Verhältnisse beschlossen.[2] Nach Errichtung der Mauer festgelegte TTD-Sperre sah ursprünglich vor, daß diejenigen Bewohner der SBZ keine Temporary Travel Documents von dem Allied Travel Office in Berlin erhalten sollten, die unter Kategorien „Agriculture", „Medical and Scientists", „Professional", „Political", „Tourism", „Cultural", „Sport", „Press" und „Wives accompanying husbands" fielen. Diese Regelung ist durch NATO-Beschluß vom 2. Mai 1963 erstmalig modifiziert worden.[3] Beschluß legte fest, daß TTDs auch für Angehörige der Kategorien „Cultural", „Medical and Scientists" und „Sport" in allen jenen Fällen erteilt werden können, in denen die Bildung einer gesamtdeutschen Vertretung (Delegation, Mannschaft) möglich ist. Modifizierung der Sperre ging davon aus, daß die TTD-Sperre nicht Selbstzweck sein darf, sondern einer gesamtdeutschen Zielsetzung dienen muß.

2) Folgende Umstände haben weitere Modifizierung nahegelegt:

– Im Zusammenhang strikter Durchführung der Sperre ergaben sich immer wieder Härtefälle. Bewohner der Sowjetzone, die sich zum Beispiel des Vorwands einer Teilnahme an internationalen Kongressen bedienten, um westdeutsche und Berliner Verwandte zu treffen, erhielten keine TTDs.

– Die Sperre begegnete zunehmender Kritik westlicher Öffentlichkeit wegen der behinderten menschlichen, sportlichen und wissenschaftlichen Kontakte im internationalen Bereich.[4] Beschwerden insbesondere derjenigen Länder, die – wie z.B. Norwegen[5] – am Sport besonders interessiert sind und an der

[1] Hat Bundesminister Schröder am 12. April 1964 vorgelegen.

[2] Vgl. dazu auch den Drahterlaß des Ministerialdirigenten Reinkemeyer vom 19. März 1964 an die Dienststelle Berlin des Auswärtigen Amts; Abteilung II (II 1), VS-Bd. 21; B 150, Aktenkopien 1964.

[3] Vgl. dazu AAPD 1963, I, Dok. 163.

[4] Zur Auffassung, daß die Sperre von „Temporary Travel Documents" im sportlichen und wissenschaftlichen Bereich gegen den Grundsatz der Nichtdiskriminierung verstoße und z.B. das Zustandekommen internationaler Kongresse gefährde, vgl. die Aufzeichnung des Referats II 1 vom 23. Oktober 1963; Abteilung V (D V), VS-Bd. 139; B 150, Aktenkopien 1963.
Zu den Staaten, die eine weniger strenge Handhabung der TTD-Sperre verlangten, gehörten vor allem Dänemark, Kanada, Belgien, Norwegen und Portugal. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Referats II 1 vom 14. November 1963; Abteilung II (II 1), VS-Bd. 13 b; B 150, Aktenkopien 1963.

[5] Der norwegische Botschafter bei der NATO, Kristiansen, beantragte bereits am 7. Mai 1963, die am 2. Mai 1963 beschlossene Lockerung der TTD-Sperre auf die vom 17. bis 22. August 1963 in Oslo stattfindenden europäischen Meisterschaften im Karabinerschießen anzuwenden. Ferner teilte er mit, daß die norwegische Regierung vor der Notwendigkeit stehe, in Kürze im Zusammenhang mit der Bewerbung um die Austragung der europäischen Schlittschuhmeisterschaft 1964, der Ski-Weltmeisterschaft 1966 sowie der Olympischen Winterspiele 1968 Erklärungen über

Nichtbeteiligung sowjetzonaler Sportler an Sportveranstaltungen Anstoß nahmen.

– Führende internationale Organisationen (insbesondere die internationale wissenschaftliche Spitzenorganisation International Council of Scientific Unions) erklärten, sie würden im Interesse der Aufrechterhaltung ihres weltweiten Charakters Veranstaltungen nicht mehr in solche Länder legen, deren Einreisebestimmungen die Bewohner bestimmter Gebiete diskriminierten.[6]

– Mehrzahl unserer Verbündeten war an einer Korrektur der als zu scharf empfundenen TTD-Sperre interessiert. Hierfür auch innenpolitische Motive: So starke Kritik von Linkskreisen, die wegen bevorstehender Wahlen oder wegen labiler innenpolitischer Verhältnisse von den Regierungen als unangenehm empfunden wurde (Fälle: Großbritannien, Dänemark, Norwegen, Italien, Belgien). Dabei spielte der Widerspruch zwischen unserer Haltung in der Frage der innerdeutschen Reisen, die freigegeben sind, und der TTD-Politik eine erhebliche Rolle. Dänen, Norweger und Belgier, unterstützt durch Briten, forderten Ende Oktober 1963 Diskussion der TTD-Frage im NATO-Rat.[7]

3) Bei Überprüfung bestehender Bestimmungen waren wir interessiert, das *Prinzip* der Sperre – seinerzeit die einzige konkrete Gegenmaßnahme gegen Errichtung der Mauer – unter allen Umständen aufrechtzuerhalten. Wir sind weiter davon ausgegangen, daß jede westliche Leistung bei einer Modifizierung der Sperre durch Vorteile auf östliche Kosten ausgeglichen werden müsse.

4) Unter Berücksichtigung dieser Überlegungen wurde im NATO-Rat seit Ende November folgende Möglichkeit einer Modifizierung der TTD-Sperre erörtert[8]:

– Künftig können TTDs an sowjetzonale Wissenschaftler, Künstler und Sportler dann erteilt werden, wenn sie nicht als Vertreter der SBZ oder „nationaler" Spitzenorganisationen der SBZ auftreten.

– Als Gegengewicht für diese Lockerung werden die politischen Restriktionen, die im NATO-Bereich gegen die Zone zur Anwendung gelangen, verschärft. Wir schlugen vor, jede politische Aktivität der Zone in den Mitgliedstaaten der NATO ausdrücklich zu untersagen.

5) Diskussion wurde nach teilweise harten Auseinandersetzungen am 18. März 1964 durch nachstehende Beschlüsse abgeschlossen, die unserer politischen Interessenlage Rechnung tragen:

Fortsetzung Fußnote von Seite 405

die Zulassung „sowjetzonaler" Mitglieder gesamtdeutscher Mannschaften abzugeben. Vgl. den Runderlaß des Ministerialdirigenten Reinkemeyer vom 17. Mai 1963; Abteilung II (II 1), VS-Bd. 13 a; B 150, Aktenkopien 1963.

6 Der Dachverband der naturwissenschaftlichen Vereinigungen, dem auch die Akademie der Wissenschaften in Ost-Berlin angehörte, beschloß auf der 8. internationalen Versammlung im Oktober 1958 ausdrücklich eine Politik der „political non-discrimination". Vgl. dazu die Aufzeichnung des Referats II 1 vom 23. Oktober 1963; Abteilung V (D V), VS-Bd. 139; B 150, Aktenkopien 1963.

7 Ergebnis dieser Forderung war die Erörterung der TTD-Sperre im Ständigen NATO-Rat am 6. November 1963. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Referats II 1 vom 14. November 1963; Abteilung II (II 1), VS-Bd. 13 b; B 150, Aktenkopien 1963.

8 Vgl. dazu AAPD 1963, III, Dok. 476.

– Übernahme eines Vorschlags unserer NATO-Vertretung vom 4. Dezember 1963 betreffend TTD-Beschränkungen als NATO-Vorschlag (vgl. Anlage 1)[9];

– Definition der zu sperrenden Kategorie „Delegations and sporting teams purporting to represent the so-called DDR" (vgl. Anlage 2)[10];

– Text eines Kommuniqués, durch das die drei Verbündeten in Berlin die Modifizierung und die politischen Restriktionen bekanntgeben sollten (vgl. Anlage 3)[11].

6) Veröffentlichung des Kommuniqués erfolgte am 2. April 1964. Seine Ziffern 2 und 3 bringen zum Ausdruck, daß Betätigung der SBZ im NATO-Bereich unzulässig. Wir hielten Hinweis für zweckmäßig, um im Ausland anzutreffender Ansicht entgegenzuwirken, der Westen lege in der Pankow-Frage eine weniger feste Haltung an den Tag als früher.

7 a) In der deutschen Öffentlichkeit haben neue Bestimmungen zunächst geteilte Aufnahme gefunden.[12] Dies ist verständlich, da der Westen Position aufzugeben schien. Kritik übersieht freilich starken Druck, dem wir aus NATO-Kreisen ausgesetzt waren. Wir können diese Tatsache nicht bekanntgeben, da dies geeignet wäre, das Vertrauen unserer Öffentlichkeit in die Verbündeten nachteilig zu beeinflussen.

7 b) Es ist auch Kritik geübt worden an den politischen Restriktionen. Begründung: Es sei naiv anzunehmen, daß sich etwaige SBZ-Emissäre an diese Bestimmungen halten würden. Kritik übersieht, daß die politischen Restriktionen weniger die Zone als einige unserer Verbündeten binden, die sich bisher

[9] Dem Vorgang nicht beigefügt. Für den Wortlaut vgl. Abteilung II (II 1), VS-Bd. 21; B 150, Aktenkopien 1964 (Anlage zum Drahterlaß des Ministerialdirigenten Reinkemeyer vom 19. März 1964). Der Vorschlag vom 29. November 1963, der am 4. Dezember 1963 dem Ständigen NATO-Rat vorlag, sah vor: „a) Lockerung der TTD-Sperre in gewissen Fällen (insbesondere Wissenschaftler, Künstler, Sportler, soweit sie nicht ‚nationalen' Delegationen angehören); b) dafür (als Gegengewicht) Verschärfungen der politischen Restriktionen für das Tätigwerden der SBZ im NATO-Bereich; c) Berücksichtigung des Gesichtspunktes von Gegenleistungen der Zone im Falle einer Lockerung (z. B. auf dem Gebiet der Handhabung von Einreisen aus Berlin (West) nach Ostberlin und in die Zone sowie von Ausreisen aus der Zone)." Vgl. den Runderlaß des Ministerialdirigenten Reinkemeyer vom 9. Dezember 1963; Abteilung V (D V), VS-Bd. 138; B 150, Aktenkopien 1963.

[10] Dem Vorgang nicht beigefügt. Laut Anlage 2 sollten der Entscheidung, ob einem Antrag auf Teilnahme an einer Sportveranstaltung stattgegeben werden könne, die folgenden Kriterien zugrunde gelegt werden: „The nature of the sponsoring organization in the Soviet Zone and its standing in relation to the regime; ... The applicant's employment or position in the Soviet Zone; ... The object of the visit and its probable political significance; ... The behaviour of the applicants or their predecessors on previous journeys of the same kind; ... The nature of the international organization sponsoring the event." Vgl. Abteilung II (II 1), VS-Bd. 21; B 150, Aktenkopien 1964 (Anlage zum Drahterlaß des Ministerialdirigenten Reinkemeyer vom 19. März 1964).
Mit Aufzeichnung vom 30. April 1964 schlug Vortragender Legationsrat I. Klasse Luedde-Neurath folgende Auslegung der betreffenden Kategorie vor: „Teilnahme nur in individueller Eigenschaft oder als Vertreter von Klubs usw., aber nicht als Vertreter von Spitzenorganisationen; Erwähnung der SBZ-Teilnehmer in den Teilnehmerlisten als Einzelpersonen, mit der Herkunftsbezeichnung ‚Deutschland' oder ‚Deutschland/Heimatort' (die Bezeichnungen ‚DDR', ‚Ostdeutschland' oder ‚Deutschland/Spitzenverband der Zone' wären unter allen Umständen zu vermeiden); Unzulässigkeit ‚nationaler' Demonstrationen der SBZ, daher keine Flagge, keine Embleme, keine Hymne." Vgl. Abteilung II (II 1), VS-Bd. 20; B 150, Aktenkopien 1964.

[11] Dem Vorgang nicht beigefügt. Für den Wortlaut vgl. DzD IV/10, S. 451 f.

[12] Vgl. dazu etwa den Kommentar „Schlechtes Geschäft"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 78 vom 3. April 1964, S. 1.

zu solchen Restriktionen nicht verstanden hatten und die bis zuletzt eine Bekanntgabe dieser Bestimmungen nicht für zweckmäßig hielten. Aus Gründen unseres Verhältnisses zu unseren Verbündeten sind wir nicht in der Lage, die Bindung öffentlich besonders herauszustellen. Tatsache der Bindung besteht aber und wird gegebenenfalls von uns zu nutzen sein (gegenüber Verbündeten, aber auch bei Behebung von Zweifeln in nichtgebundenen Ländern an der Festigkeit der westlichen Pankow-Politik).

8) Im übrigen steht der Kritik wegen zu weicher Haltung des Westens (und der Bundesregierung) eine andere innerdeutsche Kritik gegenüber, die Bundesregierung zeige bei ihrer Forderung einer bedingungslosen Sperrung aller „nationalen" SBZ-Delegationen eine zu harte Haltung. Diese Kritik kommt insbesondere aus Kreisen der Sport- und der Wissenschaftsorganisationen (Deutsche Forschungsgemeinschaft[13]), die sich in ständiger Auseinandersetzung mit den Schwesterorganisationen anderer Länder über die Nichtbeteiligung von SBZ-Delegationen an internationalen Veranstaltungen befinden.

9) TTD-Vorgang zeigt widersprüchliche Standpunkte von Alliierten, öffentlicher Meinung, Presse, Parteien, internationalen Organisationen, deutschen Mitgliedern internationaler Organisationen. Wir werden hiermit auch in Zukunft zu rechnen haben.[14]

Abteilung II (II 1), VS-Bd. 55

92

Aufzeichnung des Referats II 1

II 1-85.50/1-294/64 geheim **10. April 1964[1]**

Betr.: Stichworte zum „Stand der Passierscheinverhandlungen"[2]

I. Grundsätze

1) Lösung der Passierscheinfrage hat zu berücksichtigen:

– Das Treffen der Berliner aus den Westsektoren und des Ostsektors der Stadt ist rein humanitäre Angelegenheit.

– Freizügigkeit sollte in ganz Berlin wiederhergestellt werden.

– Vereinbarung über die Passierscheine darf nicht zur „Aufwertung" der SBZ oder zur Bestätigung östlicher These von staatlicher Sonderstellung Berlins[3] führen.

[13] Zur Korrespondenz zwischen der Deutschen Forschungsgemeinschaft und dem Auswärtigen Amt über TTD-Fragen vgl. Referat II 1, Bd. 177.

[14] Zur TTD-Sperre vgl. weiter Dok. 255.

[1] Hat Bundesminister Schröder am 12. April 1964 vorgelegen.

[2] Zu den Passierschein-Gesprächen vgl. zuletzt Dok. 75.

[3] Zur sowjetischen Zwei- bzw. Drei-Staaten-Theorie vgl. besonders Dok. 13, Anm. 10 und 15.

2) Kontakt Korber/Wendt darf sich nicht zu Dauerkontakt zwischen West-Berlin und Zone herausbilden. Ein solcher Dauerkontakt käme in Wirkung einer inhaltsgleichen Wiederholung der Weihnachtsvereinbarung[4] gleich, was – im Sinne der Abwehr der kommunistischen „Gewöhnungspolitik"[5] – von uns nicht hingenommen werden kann. Gespräche sollten also auf einer Ebene geführt werden, deren unpolitischer Charakter außer Frage steht.

3) Osten sucht den Eindruck zu erwecken, daß die Initiative zur Lösung der Passierscheinfrage von Pankow ausgeht. Wir müssen demgegenüber Initiative an uns ziehen. Unsere Verhandlungsführung sollte darauf abzielen,

– unsere bisherige politische Position ungeschmälert zu erhalten und nur solche Modifizierungen ins Auge zu fassen, die den Eindruck eines Nachgebens ausschließen;

– den berechtigten Forderungen (des Berliner Senats, der Parteien, der Öffentlichkeit) im Rahmen des Möglichen Rechnung zu tragen;

– unsere *humanitäre* (und nicht politische) Zielsetzung zu unterstreichen;

– so zu taktieren, daß der Osten in Zukunft vor der Weltöffentlichkeit die Verantwortung für ein etwaiges Scheitern der Gespräche trägt;

– die Öffentlichkeit in Deutschland und der Welt von der Vernunft unserer Zielsetzung zu überzeugen.

II. Zur Lage

1) Die Passierscheingespräche sind am 8. April 1964 wieder aufgenommen worden. Hierzu hatte Korber nachstehende Weisung erhalten:

– unseren Vorschlag vom 24. Januar 1964 (vgl. Anlage)[6] erneut zu unterbreiten;

– die Fortführung der Verhandlungen im Rahmen der IZH-Kontakte anzuregen[7];

– gegebenenfalls eine Sonderregelung für Härtefälle – unter Einschaltung des Roten Kreuzes oder West-Berliner Dienststellen – vorzuschlagen.

2) Gespräche haben kein Ergebnis gebracht (hierzu vgl. Anlage 2, enthaltend Protokoll der Besprechung am 8. April 1964)[8].

III. Weitere Behandlung des Passierscheinthemas

1) Technische Behandlung

a) Bundeskanzler und Regierender Bürgermeister waren am 6. März 1964 übereingekommen[9], daß Beamte der zuständigen Stellen der Bundesregierung

[4] Für den Wortlaut der Passierschein-Vereinbarung vom 17. Dezember 1963 vgl. DzD IV/9, S. 1023–1027. Vgl. dazu auch Dok. 1, Anm. 1.

[5] Zur „Gewöhnungstheorie" vgl. auch Dok. 1, Anm. 8.

[6] Dem Vorgang in Abschrift beigefügt. Vgl. Abteilung II (II 1), VS-Bd. 55; B 150, Aktenkopien 1964. Zu den von Senatsrat Korber am 24. Januar 1964 dem Vertreter der DDR, Staatssekretär Wendt, übergebenen Vorschlägen für eine neue Passierschein-Vereinbarung vgl. auch Dok. 26.

[7] Vgl. dazu auch Dok. 64, Anm. 20, und Dok. 96.

[8] Dem Vorgang beigefügt. Vgl. Abteilung II (II 1), VS-Bd. 55.

[9] Zu dem Gespräch vgl. Dok. 64.

und des Berliner Senats die weiteren Verhandlungen vorbereiten sollen.[10] Beitrag des Berliner Senats liegt vor[11], derjenige der Bundesregierung liegt nicht vor.

b) Zwei Gremien befassen sich auf Seiten der Bundesregierung mit der Passierscheinfrage:

- die Staatssekretäre (unter Beteiligung von Senator Schütz) und
- eine Referenten-Gruppe (Federführung BMG).

c) Bundesregierung sollte von sich aus konstruktive Vorschläge zur Lösung der Passierscheinfrage bereithalten und gegebenenfalls dem Berliner Senat zur Kenntnis bringen. Es dürfte dann leichter sein, den Senat vom guten Willen der Bundesregierung zu überzeugen. Dies würde es dem Auswärtigen Amt erleichtern, die Überlegungen, die sich im Zusammenhang mit der Passierscheinfrage für unsere Nichtanerkennungspolitik ergeben können, gegenüber Senat und Öffentlichkeit zur Geltung zu bringen. Das Auswärtige Amt wird daher *alle* Bemühungen um rasche Erarbeitung von Positionen der Bundesregierung unterstützen.

2) Möglichkeiten

a) Auswärtiges Amt prüft von sich aus laufend Möglichkeiten zur Fortführung der Passierscheinerörterungen. Sie betreffen

- die Form, in der die Passierscheingespräche weitergeführt werden können und
- die Modalitäten, die zur Durchführung späterer Passierscheinaktionen angewandt werden.

b) Hier gibt es die verschiedenartigsten Möglichkeiten, die wieder untereinander kombiniert werden können:

- Einschaltung der Treuhandstelle für den Interzonenhandel;
- Aufnahme von Herrn Korber in die Treuhandstelle;
- Einschaltung des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (wobei die Deutschen Roten Kreuze oder Personen in der Stellung der Herren Korber und Wendt unter dem Dach des IKRK die notwendigen Kontakte herstellen würden);
- Passierscheinstellen auf den S-Bahn-Bahnhöfen;
- Einschaltung von Reisebüros;
- Tätigwerden West-Berliner Stellen für die Zone.[12]

Abteilung II (II 1), VS-Bd. 55

[10] Zur Vorbereitung auf die Wiederaufnahme der Passierschein-Gespräche vgl. Dok. 75, Anm. 23.

[11] Zur Aufzeichnung des Senats von Berlin vom 18. März 1964 vgl. Dok. 64, Anm. 25.

[12] Zu den Passierschein-Gesprächen vgl. weiter Dok. 240.

93

Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit dem amerikanischen Botschafter McGhee

Z A 5-54.A/64 **10. April 1964**[1]

Der Herr Bundeskanzler empfing am 10. April 1964 um 16 Uhr den amerikanischen Botschafter, Herrn McGhee, zu einer Unterredung, an der Herr Staatssekretär Dr. Westrick und Legationsrat Schmitt teilnahmen.

Der *Botschafter* sagte einleitend, er habe ein gutes und ausführliches Gespräch mit Präsident Johnson geführt[2], der ihn gebeten habe, dem Herrn Bundeskanzler herzliche Grüße auszurichten. Er freue sich, im Juni Gelegenheit zu haben, mit dem Herrn Bundeskanzler zu sprechen.[3] Bis dahin werde man auch schon gewisse Erfahrungen auf der Genfer GATT-Konferenz[4] gesammelt haben, um auch über dieses Thema ausführlicher zu sprechen. Als weiteres Thema nannte der Botschafter die MLF[5] und verwies in diesem Zusammenhang auf die jüngste Rede von Außenminister Rusk[6].

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, er hoffe, daß sich in der letzten Frage Fortschritte erzielen ließen und erwähnte dabei seine Gesprächserfahrungen in Italien[7], den Niederlanden[8] und in Großbritannien[9]. Der deutschen Seite sei dieser Vorschlag geradezu auf den Leib geschrieben, weil durch ihn der sowjetischen Argumentation entgegengetreten werden könne, als gelüste es die Deutschen nach eigenen nuklearen Waffen.[10]

Der Herr Bundeskanzler fragte sodann, ob in dem Gespräch des Botschafters mit Präsident Johnson auch über die von verschiedenen Zeitungen erwähnte Möglichkeit einer Begegnung zwischen ihm und Chruschtschow[11] die Rede gewesen sei. Der *Botschafter* verneinte diese Frage. Der Herr *Bundeskanzler* fuhr fort, daß diese Idee auch noch keineswegs greifbare Formen angenom-

[1] Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Weber am 13. April 1964 gefertigt.

[2] Botschafter McGhee hielt sich anläßlich der vom 20. bis. 22. März 1964 stattfindenden Bilderberg-Konferenz in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 51, Anm. 39.

[3] Zu den Regierungsbesprechungen am 12. Juni 1964 in Washington vgl. Dok. 160 und Dok. 161.

[4] Zur Eröffnung der Kennedy-Runde im Rahmen des GATT vgl. Dok. 122.

[5] Zu den MLF-Verhandlungen vgl. besonders Dok. 104.

[6] Der amerikanische Außenminister äußerte sich am 7. April 1964 ausführlich zur Lage der NATO und zum MLF-Projekt. Für den Wortlaut der Rede vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 50, 1964, S. 650–655.

[7] Zu den Regierungsbesprechungen am 27./28. Januar 1964 in Rom vgl. Dok. 27–29.

[8] Zu den Regierungsbesprechungen am 2./3. März 1964 in Den Haag vgl. Dok. 59.

[9] Zu den Regierungsbesprechungen am 15./16. Januar 1964 in London vgl. Dok. 12–15.

[10] Zum sowjetischen Vorwurf, die Bundesrepublik strebe den Besitz von Atomwaffen an, vgl. auch Dok. 59, Anm. 24.

[11] Vgl. dazu den Artikel „Keine Reise Erhards nach Moskau in Sicht"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 83 vom 9. April 1964, S. 1.
Zu den Überlegungen für ein Treffen des Bundeskanzlers Erhard mit Ministerpräsident Chruschtschow vgl. Dok. 84, Anm. 18.

men habe, er habe lediglich einmal gesagt[12], ein Treffen zwischen Chruschtschow und ihm sei grundsätzlich nicht unmöglich, doch müßte es einen Sinn haben und von vornherein feststehen, daß die Gesprächsthemen so abgesteckt würden, daß man bereits sehen könne, wo und wie Fortschritte zu erreichen seien. Wenn dies gewährleistet sei, würde er einer solchen Begegnung zustimmen. Er brauche aber nicht zu betonen, daß dies dann kein deutscher Alleingang wäre, sondern mit den westlichen Verbündeten abgestimmt würde. Es sei für ihn von Interesse und Bedeutung, auch darüber mit dem Präsidenten und Außenminister Rusk zu sprechen. Bisher stecke in dieser Angelegenheit mehr Spekulation als Realität. Nun habe aber Adschubej in Paris[13] ihn (Bundeskanzler) ausnahmsweise einmal gelobt. Er glaube, daraus den Schluß ziehen zu können, daß diese Frage auch in den innerrussischen Gesprächen noch nicht abschließend behandelt worden sei. Deutscherseits habe man jedenfalls noch keinerlei Vorbereitungen für eine solche Begegnung getroffen.

Botschafter *McGhee* bemerkte, man verfolge diese Entwicklung mit Aufgeschlossenheit.

Staatssekretär *Westrick* sagte, es wäre auch denkbar, daß Chruschtschow nach Bonn eingeladen würde.

Der *Botschafter* erklärte, jeder Beitrag zu einer Entspannung könne sich nur positiv auswirken und er habe nicht die geringste Befürchtung, daß die Deutschen verführt werden könnten.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, wenn die Bundesrepublik verlange, daß die Westmächte versuchten, in Sondierungen mit den Russen zu Übereinkommen zu gelangen, um hierdurch die Schwelle eines heißen Krieges weiter hinauszuschieben, dann dürfe sie ihnen dabei nicht in den Arm fallen, sondern müsse im Gegenteil versuchen, ihren eigenen Beitrag zu leisten.

Botschafter *McGhee* sagte, man müsse nun einmal abwarten, wie sich die Abrüstungsverhandlungen weiterentwickelten und ob sich auf dem wirtschaftlichen Sektor vielleicht eine weiche Stelle zeige.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, er hoffe, daß die Mauer um Chruschtschow auch einmal durchlässig werde. Bei früherer Gelegenheit habe er dem Botschafter bereits gesagt[14], daß die Amerikaner sondieren müßten, ob gerade auf wirtschaftlichem Gebiet derartige Möglichkeiten bei den Sowjets bestünden. Wenn die deutsche Seite von sich aus das Thema aufgriffe, laufe man Gefahr, zurückgewiesen zu werden. Bei einer amerikanischen Sondierung hingegen dürften die Aussichten etwas besser sein. Als Argument lasse sich auch die Überlegung verwenden, daß große materielle und finanzielle Opfer, welche die Bundesrepublik zu erbringen hätte, sie militärisch schwächen würden und

[12] Bundeskanzler Erhard deutete am 7. April 1964 auf einer Veranstaltung in Ulm die prinzipielle Bereitschaft zu einem Treffen mit Ministerpräsident Chruschtschow an, sobald der geeignete Augenblick gekommen sei und sich eine Verständigungsmöglichkeit biete. Vgl. AdG 1964, S. 11158.

[13] Zum Besuch des Chefredakteurs der Zeitung „Izvestija" vom 25. bis 31. März 1964 in Paris vgl. die Drahtberichte des Botschafters Klaiber, Paris, vom 8. April und 10. April 1964; Referat I A 3, Bd. 409.

[14] Vgl. dazu das Gespräch vom 7. Januar 1964; Dok. 5.

daß sich dies auch in Form einer Verminderung amerikanischer militärischer Ausgaben auswirken könnte.

Der *Botschafter* sagte, der Präsident sei über die deutschen Überlegungen durchaus unterrichtet und habe es dankbar begrüßt, daß der Herr Bundeskanzler mit ihm (Botschafter) so ausführlich über diese Fragen gesprochen habe. Der Präsident habe der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß derartige freimütige Unterredungen auch in Zukunft gepflegt werden könnten.

Der Herr *Bundeskanzler* fragte sodann, wie man auf amerikanischer Seite die Auswirkungen des de Gaulle-Besuchs in Mexiko[15] und mögliche Auswirkungen seines Lateinamerika-Besuchs[16] beurteile. Der Bundespräsident werde demnächst auch eine Reise in diese Länder antreten.[17] Er fragte konkret, ob man in solchen Reisen eine Politik der Nadelstiche sehe oder vielmehr die leichte Möglichkeit einer Zusammenarbeit.

Der *Botschafter* sagte, er könne nur persönlich auf diese Frage antworten, glaube aber nicht, daß nach amerikanischer Auffassung die Reise de Gaulles irgendwelchen Schaden gestiftet habe. Die Amerikaner seien schon lange der Auffassung, daß die Europäer sich in multilateraler Form auch um Lateinamerika kümmern sollten. Man halte es zwar nicht für ganz angebracht, wenn unter den Bedingungen des 20. Jahrhunderts die Welt nur nach großen Völkergruppen (Angelsachsen, Romanen) betrachtet werde[18], doch sei andererseits die Stärkung der kulturellen Bande zwischen Europa und Lateinamerika nur zu begrüßen. Man glaube nicht, daß der Besuch irgendwelche nachteiligen Folgen haben könnte.

Anders verhalte es sich jedoch mit der französischen Politik in Südostasien. Die vorgeschlagene Neutralisierung Südvietnams[19] schaffe eine politische Si-

[15] Der französische Staatspräsident besuchte vom 16. bis 19. März 1964 Mexiko. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1964, Z 84.
Referat I A 3 stellte am 6. April 1964 zusammenfassend fest: „Die französische und die mexikanische Regierung waren bemüht, dem Staatsbesuch durch einen außergewöhnlichen Rahmen eine besondere politische Bedeutung zu geben ... Die Ansprachen General de Gaulles, teilweise in spanischer Sprache gehalten, waren in höchstem Maße auf die Empfänglichkeit der mexikanischen Mentalität für Größe, Unabhängigkeit und Freiheit zugeschnitten; sie waren aber sehr abgewogen und ohne jeden Akzent einer Animosität gegenüber Dritten. Bei der Bevölkerung lösten sie eine unbeschreibliche Begeisterung aus. Der Staatsbesuch hatte kaum handgreifliche Ergebnisse. Die getroffenen konkreten Vereinbarungen beziehen sich mehr auf die Form der weiteren Zusammenarbeit: ein ständiger Gedankenaustausch durch Konsultationen ist vorgesehen." Vgl. Referat I A 3, Bd. 409.

[16] Vom 21. September bis 16. Oktober 1964 besuchte der französische Staatspräsident zehn südamerikanische Staaten. Vgl. dazu L'ANNÉE POLITIQUE 1964, S. 297 f.

[17] Bundespräsident Lübke stattete vom 24. April bis 14. Mai 1964 Peru, Chile, Argentinien und Brasilien Staatsbesuche ab. Vgl. dazu BULLETIN 1964, S. 603 f. und S. 778. Vgl. dazu auch Dok. 154.

[18] In Mexiko stellte Staatspräsident de Gaulle besonders die Verbundenheit der „lateinischen Nationen" heraus, so auch im Schlußkommuniqué vom 19. März 1964: „L'objet de cette première visite du général de Gaulle en Amérique latine était non seulement de reserrer les liens de toute nature qui unissent la France et le Mexique, mais de mettre en lumière la communauté de vues et d'idéal qui animent les nations d'origine et de tradition latines, par la même conception du droit et de la liberté, par le même respect de la personne humaine." Vgl. LE MONDE, Nr. 5965 vom 20. März 1964, S. 2.

[19] Zu den Vorstellungen des Staatspräsidenten de Gaulle über eine Neutralisierung von Vietnam, Kambodscha und Laos vgl. besonders Dok. 44.

tuation, die ernsthafte Probleme für die Vereinigten Staaten aufwerfen könnte.

Was die Anerkennung Rotchinas[20] angehe, so halte man den Zeitpunkt für ungeeignet, weil sich dadurch das Gleichgewicht verschieben könnte. Als Folge davon sei es denkbar, daß die Chinesen eine aggressivere Politik verfolgten und auch in Laos und anderen Ländern Südostasiens zu Schritten ermutigt würden, die sich höchst nachteilig auswirken könnten. Andererseits wisse der Herr Bundeskanzler, daß auch viele einflußreiche Amerikaner für eine Revision der amerikanischen Chinapolitik einträten. Was Fulbright angehe[21], so sei er allerdings der Auffassung, daß ein Wandel der amerikanischen Chinapolitik erst dann erfolgen könne, wenn die Chinesen auf eine Gewaltanwendung hinsichtlich Formosas verzichteten. Das Bedauerliche bei der Anerkennung Rotchinas durch de Gaulle sei gewesen, daß er einseitig und ohne vorherige Absprache mit den Verbündeten gehandelt habe. Man trage ihm aber keinen Groll im Herzen.

Auf die Fulbright-Rede eingehend, sagte der Herr *Bundeskanzler*, in der europäischen Presse[22] sei vielfach die Auffassung vertreten worden, es handle sich um einen Versuchsballon des State Department oder sogar des Weißen Hauses, da einmal festgestellt werden sollte, wie sich, besonders im Hinblick auf die Wahl[23], die amerikanische Öffentlichkeit zu solchen Überlegungen verhalte. Dies würde er noch durchaus verstehen, aber dennoch sei die Wirkung der Rede beunruhigend gewesen.

Zur Rede Fulbrights führte der *Botschafter* aus, daß sie keineswegs schlecht gewesen sei. Sicher handle es sich nicht um einen Versuchsballon, denn Fulbright sei als Einzelgänger bekannt. Ebenso sicher sei, daß er sich weder mit dem Weißen Haus noch mit dem State Department vorher abgesprochen habe, da dies nach Fulbrights Auffassung mit seiner Position im Senat unvereinbar wäre. Fulbright bemühe sich, ernsthaft über die Dinge nachzudenken und ihnen auf den Grund zu gehen. Es treffe sicher auch nicht zu, daß er in das State Department wolle, dazu sei er viel zu faul. Im übrigen halte er (Botschafter) die Rede für eine sorgfältige Analyse der derzeitigen Situation. Im großen und ganzen stelle er sich gar nicht gegen die Politik der Regierung. Nur im Falle Panamas[24] sei er der Auffassung, daß wenn schon verhandelt werden müsse, dies bald geschehen sollte. Was die Ost-West-Gespräche angehe, so habe sich Fulbright auf seine (Botschafter) Rede in Bad Godesberg vor der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik[25] bezogen und beantragt, daß diese in den Sitzungsbericht des Senats aufgenommen werde. Somit könne er,

[20] Zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Frankreich und der Volksrepublik China am 27. Januar 1964 vgl. besonders Dok. 11 und Dok. 17.

[21] Senator Fulbright setzte sich am 25. März 1964 für eine Änderung der „starren" amerikanischen Politik gegenüber der Volksrepublik China ein. Für den Wortlaut der Rede vgl. EUROPA-ARCHIV 1964, D 233–247.

[22] Vgl. dazu etwa den Artikel „Senator Fulbright fordert Umdenken im kalten Krieg"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 73 vom 26. März 1964, S. 4.

[23] Die amerikanischen Präsidentschaftswahlen fanden am 3. November 1964 statt.

[24] Zur Auseinandersetzung der USA mit Panama vgl. Dok. 44, Anm. 7.

[25] Zum Vortrag vom 18. Februar 1964 vgl. Dok. 63, Anm. 20 und 21.

der Verfasser jener Rede, gegen diesen Teil der Fulbrightschen Äußerungen nichts einwenden.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, nun wolle er einmal einen Versuchsballon steigen lassen. Wie der Botschafter wisse, finde im Herbst in Kairo die Konferenz der blockfreien Staaten statt[26], die ihre besondere Färbung durch das Werben der Sowjets und der Rotchinesen um diese Länder erhalte. Er selbst sei bereits in Ägypten gewesen[27] und frage sich, ob man Nasser nicht einmal nach Bonn einladen solle.[28] Vor einer Woche habe er darüber im kleinsten Kreise mit Vertrauten gesprochen und vor vier Tagen seien in Zeitungen Berichte erschienen, wonach Nasser nach Paris gehen solle. Er bat den Botschafter, über diesen Vorschlag vertraulich, ohne daß davon etwas an die Öffentlichkeit gelange, die Auffassung seiner Regierung einzuholen.

Der *Botschafter* sagte, er persönlich halte diesen Gedanken nicht für schlecht, weil es auf diese Weise vielleicht möglich sei, Nasser für eine Unterstützung des deutschen Standpunktes auf der Konferenz zu gewinnen. Zumindest könne er dann verhindern, daß irgendwelche unerfreulichen Initiativen auf dieser Konferenz zustande kämen.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, es spiele auch noch eine andere Überlegung eine gewisse Rolle. Der israelische Ministerpräsident Eshkol habe den Wunsch geäußert, ihn zu sehen.[29] Da nun aber keine diplomatischen Beziehungen bestünden, könne ein Treffen in Bonn oder in Israel nicht in Frage kommen. Eshkol weile aber während der ersten Junitage in den Vereinigten Staaten und habe offensichtlich an eine Begegnung in Washington oder in New York gedacht. Er selbst habe aber gewisse Bedenken gegen eine solche Zusammenkunft, da die Bundesregierung derzeit nicht in der Lage sei, alle Wünsche zu erfüllen, die bei einem solchen Treffen an sie herangetragen würden. Er sei verschiedentlich mit Eshkol inkognito in Brüssel zusammengetroffen[30] und habe ihm den einen oder anderen guten Rat für die Behandlung gewisser Fragen gegeben. Sollte das Treffen aber unausweichlich werden, so wäre es gut, wenn man vorher die Einladung an Nasser ausgesprochen und seine Zusage bereits in der Tasche hätte.

Der *Botschafter* wies auf die vielfältigen Beziehungen zwischen Deutschland und Kairo hin und bezeichnete eine Verstärkung des deutschen Einflusses in der arabischen Welt als stabilisierendes Element. Der Kontakt zwischen den Vereinigten Staaten und der VAR sei nicht allzu eng, das gleiche gelte für Großbritannien und Frankreich. Deswegen wäre es zu begrüßen, wenn Nasser auf diese Weise stärker auf der westlichen Seite verankert werden könnte.

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte ferner, zwischen der arabischen Welt und Deutschland habe es nie irgendwelche Konflikte gegeben, so daß sich hieraus

[26] Zu der für Oktober 1964 geplanten Konferenz der blockfreien Staaten vgl. Dok. 65, Anm. 6. Vgl. dazu auch Dok. 275.

[27] Bundesminister Erhard wurde am 25. Januar 1960 von Präsident Nasser empfangen. Vgl. dazu AdG 1960, S. 8187.

[28] Zu den Überlegungen, den ägyptischen Präsidenten in die Bundesrepublik einzuladen, vgl. Dok. 95.

[29] Vgl. dazu Dok. 83 und Dok. 88.

[30] Zu einem früheren Treffen der Minister Erhard und Eshkol in Brüssel vgl. Dok. 25, Anm. 4.

eine traditionelle Freundschaft entwickelt habe, selbst wenn er persönlich nicht alle von den Arabern angewandten Methoden gutheißen könne.

Der *Botschafter* wies darauf hin, daß eine Einladung Nassers vielleicht auf gewisse Bedenken oder Widerstände anderer arabischer Länder stoße, die sich gegen eine Vorherrschaft der Ägypter innerhalb der arabischen Welt wehrten. Es sei denkbar, daß hierfür die Bundesrepublik dann einen Preis zahlen müßte.

Staatssekretär *Westrick* wies darauf hin, daß diese Frage derzeit von den außenpolitischen Experten geprüft werde. Was Israel angehe, so glaube er nicht, daß im Falle eines Besuchs von Nasser von dorther Schwierigkeiten gemacht würden. Die Israelis wollten die Aufnahme diplomatischer Beziehungen und, je nachdem wie der Besuch Nassers verlaufe, könne auch diese Frage einmal sondiert werden.

Der *Botschafter* wies darauf hin, daß die Vereinigten Staaten einerseits den Israelis Boden-Luft-Raketen lieferten und andererseits den Ägyptern Getreide.

Das Gespräch wandte sich sodann der Programmgestaltung für den bevorstehenden Amerikabesuch des Herrn Bundeskanzlers zu. Der Herr *Bundeskanzler* unterrichtete den Botschafter über den Inhalt des Einladungsschreibens von Präsident Pusey, das er in Bälde zusagend beantworten wolle.[31] Was die Anfrage der Columbia Universität angehe, so glaube er nicht, daß er innerhalb einer so kurzen Zeit beide Ehrendoktorwürden annehmen könne. Dies erscheine ihm stillos und eine geringschätzige Herabwürdigung beider Auszeichnungen. Er fragte deshalb, ob es nicht möglich sei, die Verleihung der Ehrendoktorwürde durch Columbia auf einen späteren Zeitpunkt zu verschieben. Die Anfrage von Harvard, der Universität des Präsidenten Kennedy, sei durch Bundy bereits im Dezember vergangenen Jahres anläßlich seines Besuchs in Texas an ihn herangetragen worden, und er habe damals bereits grundsätzlich zugesagt. Vielleicht biete sich die Möglichkeit, anläßlich seines Besuchs in New York mit Präsident Kirk selbst zusammenzutreffen und ihm persönlich die Dinge noch einmal zu erläutern.

Der *Botschafter* sagte, er habe mit Kirk während seines Aufenthalts in den Vereinigten Staaten gesprochen und man müsse wissen, daß die beiden Universitäten sehr eifersüchtig aufeinander seien. Er habe sich bemüht, Kirk davon zu überzeugen, daß die Zusage des Bundeskanzlers für Harvard nur aufgrund der früheren Einladung ergangen sei und daß es sich keineswegs darum handle, daß der Bundeskanzler die eine Universität vor der anderen bevorzuge.

Der Botschafter empfahl, den anläßlich der Reise im November ausgefallenen Besuch in New York jetzt nachzuholen, bei welcher Gelegenheit der Herr Bundeskanzler vor dem Council on Foreign Relations sprechen könne[32]. Herr McCloy sei gerne bereit, dies zu arrangieren. Was Harvard angehe, so glaube er nicht, daß dort daran gedacht sei, daß der Herr Bundeskanzler eine Ansprache

[31] Zur Verleihung der Ehrendoktorwürde der Harvard University an Bundeskanzler Erhard am 11. Juni 1964 vgl. Dok. 63, Anm. 28.

[32] Für den Wortlaut der Rede vom 11. Juni 1964 vgl. ERHARD, Gedanken, S. 865–874.
Gesandter von Lilienfeld, Washington, übermittelte am 24. Mai 1964 „Anregungen" für den vorgesehenen Vortrag des Bundeskanzlers vor dem „Council on Foreign Relations". Vgl. Abteilung I (I A 2), VS-Bd. 19; B 150, Aktenkopien 1964.

halten müsse. Er wolle dies aber noch eindeutig feststellen lassen. Im übrigen wurde vereinbart, daß Einzelheiten der Programmgestaltung zwischen dem Büro des Herrn Staatssekretärs und des Botschafters abgesprochen würden.

Der Botschafter erwähnte sodann den bevorstehenden Besuch von Herrn McNamara in Bonn[33], wo er sich mit Herrn Minister von Hassel zu Gesprächen treffen werde. Er bat darum, Herrn von Hassel über den Teil des letzten Briefes Präsident Johnsons[34] an den Herrn Bundeskanzler zu unterrichten, in dem von der weiteren Stationierung der sechs amerikanischen Divisionen in Deutschland gesprochen und auf die Fortsetzung der Offset-Einkäufe[35] Bezug genommen werde. Herr McNamara sei über diesen Teil des Briefes ebenfalls unterrichtet.

Abschließend erwähnte der Botschafter die vor der deutschen Küste vorgesehenen Ölbohrungen.[36] Er wisse, daß zwischen dem Bund und den Ländern noch gewisse rechtliche Schwierigkeiten bestünden.[37] Das Auswärtige Amt habe sich für die Regelung dieser Frage, wie sie in Amerika getroffen worden sei, interessiert gezeigt, und er habe dem Auswärtigen Amt die einschlägigen amerikanischen Rechtsvorschriften zukommen lassen. Er betonte, daß in den Vereinigten Staaten der Bundesregierung erhebliche Einkünfte aus der Erschließung dieser Ölquellen zuflössen. Für die Erschließung der Felder vor der deutschen Küste sei bereits ein Konsortium gebildet worden, dem auch amerikanische Firmen angehörten. Andererseits hätten auch einige Firmen außerhalb des Konsortiums den Wunsch geäußert, dort nach Öl bohren zu für so wichtig, daß der Herr Bundeskanzler selbst sich ihrer annehmen sollte.

Herr Staatssekretär *Westrick* stellte die noch bestehenden rechtlichen Schwierigkeiten dar und sagte zu, daß der Herr Bundeskanzler über den letzten Stand der Angelegenheit unterrichtet werde.[38]

Das Gespräch endete kurz nach 17 Uhr.

Bundeskanzleramt, AZ: 21-301 00 (56), Bd. 8

33 Zum Besuch des amerikanischen Verteidigungsministers vom 9. bis 11. Mai 1964 vgl. Dok. 125.

34 Zum Schreiben vom 5. März 1964 vgl. Dok. 63, Anm. 2.

35 Zu den deutsch-amerikanischen Vereinbarungen vom 24. Oktober 1961 und vom 15. September 1962 über einen Devisenausgleich vgl. Dok. 13, Anm. 40.

36 Zur geplanten Erforschung und Ausbeutung des Festlandsockels der Bundesrepublik Deutschland vgl. auch Dok. 6, besonders Anm. 5, und Dok. 52.

37 Zwischen Bund und Ländern war vor allem strittig, wem das Recht zur Vergabe von Konzessionen zustand. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirektors von Haeften vom 20. März 1964; Referat V 1, Bd. 775.

38 Das Bundeskanzleramt richtete am 13. April 1964 an das Auswärtige Amt die Bitte, eine Aufzeichnung über die völkerrechtlichen Aspekte der Ausbeutung des deutschen Festlandsockels vorzulegen. Die entsprechende Aufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse von Schenck am 16. April 1964 fertiggestellt. Vgl. Referat V 1, Bd. 775.

94

Staatssekretär Lahr an Botschafter Allardt, Madrid

St.S. 765/64 VS-vertraulich **Aufgabe: 11. April 1964, 15.15 Uhr**

Für Botschafter

I. Botschafter Bolarque, der mich gestern nach Rückkehr von Madrid in Fragen des Verhältnisses Spanien-EWG aufsuchte, übermittelte die Bitte Außenministers Castiella, dahin zu wirken, daß in Antwort der EWG auf Spaniens Antrag[1] der ausdrückliche Ausschluß des Assoziationsgedankens sowie sonstige Hinweise, die von Spanien als diskriminierend empfunden werden könnten, vermieden werden. Ferner brachte er zum Ausdruck, daß seine Regierung in keiner Weise an einem einfachen Handelsabkommen interessiert sei, sondern die Assoziierung wünsche. Er erwähnte hierbei, daß General de Gaulle es übernommen habe, in diesem Sinne an die anderen Partnerregierungen zu appellieren.[2]

II. Ich erwiderte ihm, daß wir uns, wie schon in den bisherigen Beratungen des Ministerrats[3] über die Formulierung des Antwortschreibens, gegen Hinweise der von Spanien befürchteten Art aussprechen und diese damit verhindern würden. Auch wir hielten ein Handelsabkommen für ungenügend. Weniger einfach sei die Frage zu beurteilen, was statt dessen geschehen solle.

III. Nach meinem Eindruck unterschätzt die spanische Regierung die in Brüssel bestehenden Schwierigkeiten, offenbar irregeführt durch bilaterale Gespräche mit den Partnerregierungen, deren Inhalt sich nicht mit den Erklärungen einiger dieser Regierungen im Ministerrat zu decken scheint. Die belgische Regierung, vertreten durch Herrn Spaak, hat in den drei Beratungen, die bisher über die Spanienfrage stattgefunden haben, die Assoziation mit äußerster Härte verneint. Die Ablehnung seitens der Niederlande und Italiens

[1] Spanien stellte am 9. Februar 1962 einen Antrag auf Assoziierung mit der EWG. Vgl. BULLETIN DER EWG 3/1962, S. 43.

[2] Die französische Regierung unterstützte die deutsche Auffassung, daß umgehend „exploratorische Gespräche" aufgenommen und der spanische Antrag eingehend behandelt werden sollte. Vgl. dazu den Drahterlaß des Ministerialdirigenten Voigt vom 24. Februar 1964 an die Vertretung bei der EWG/EAG in Brüssel; Abteilung I (I A 2), VS-Bd. 27; B 150, Aktenkopien 1964.

[3] Dazu erläuterte Staatssekretär Lahr am 31. März 1964: „Der Hauptwiderstand gegen eine Assoziierung Spaniens liegt nach meinen Beobachtungen nicht ... bei Italien, sondern bei Belgien und hier insbesondere in der Person des Außenministers. Das italienische Außenministerium sieht nach Erklärungen, die ich von maßgeblicher Seite erhalten habe, ein, daß sich Italien in einer schlechten Rolle befände, wenn es eine Verbindung zwischen Spanien und der EWG verhindern wollte ... Anders liegt die Sache bei Belgien. Die Erörterungen im Ministerrat vom 25. März, die, soweit es sich um die gegnerischen Stimmen handelte, fast ausschließlich von Herrn Spaak bestritten wurden, lassen tiefgreifende Ressentiments erkennen, denen vermutlich auch mit den besten Gründen auf absehbare Zeit nicht beizukommen sein wird. Herr Spaak wurde zwar von den Herren de Block und Schaus unterstützt, offensichtlich jedoch ohne größeren Enthusiasmus. Das niederländische Außenministerium sieht die Lage etwa ähnlich wie das italienische, und Herr Schaus wird die Assoziierung Spaniens sicherlich nicht verhindern." Vgl. Büro Staatssekretär, Bd. 388.
Vgl. dazu auch die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jansen vom 31. März 1964; Abteilung I (I A 2), VS-Bd. 27; B 150, Aktenkopien 1964.

ist ebenfalls deutlich. Spanien kann gegenwärtig hinsichtlich einer ausdrücklich als solche bezeichneten Assoziation nur auf die deutsche und die französische Unterstützung rechnen. Da bereits ein einziges Veto genügt – und an diesem Veto wird Herr Spaak nach menschlicher Voraussicht festhalten – hat die Assoziation vorläufig keine Aussicht, so sehr wir selbst sie auch weiterhin befürworten würden[4]. Auch der angeblich beabsichtigte Appell General de Gaulles wird hieran nichts – und am wenigsten bei Herrn Spaak – ändern. Die Spanier wären also schlecht beraten, wenn sie an einer als Assoziierung bezeichneten Lösung festhalten würden.

IV. Auf diese Tatsachen ging mein Gedanke zurück, vorläufig nicht von einer Assoziierung zu sprechen, wohl aber eine Lösung anzustreben, die unter einer farblosen Bezeichnung wie „Arrangement special" inhaltlich Spanien etwa dasselbe wie eine Assoziierung[5] einbringen und den Weg zu einer späteren formellen Assoziierung oder[6] einem späteren Beitritt nicht versperren würde. Diese Lösung würde im wesentlichen auf eine Freihandelszone, wie in den bereits abgeschlossenen Assoziierungsverträgen[7], hinauslaufen. Ein solcher Vorschlag hätte den Vorteil, nicht die besonderen politischen Bedenken auszulösen, die bei einigen unserer Partner im Zusammenhang mit der Bezeichnung[8] Assoziation entstehen, andererseits aber Spaniens[9] wirtschaftlichen Wünschen entgegenzukommen[10]. Wahrscheinlich blieben noch italienische Widerstände auf wirtschaftlichem Gebiete zu überwinden. Aber die Gespräche könnten jedenfalls einen Anfang nehmen. Die Antwort auf den spanischen Antrag ließe sich leichter formulieren[11].

V. Ich bin mir nicht im klaren, ob diese Umstände und die aus ihnen zu ziehenden Folgerungen in den von Botschafter Bolarque in Madrid[12] geführten Gesprächen klar genug hervorgetreten sind. Es war von ihm keine klare Antwort darauf zu erhalten, ob wir nunmehr in dem von uns angeregten Sinn mit unseren Partnern sprechen sollen. Wir wollen uns natürlich dort nicht für Lösungen einsetzen, die dann von den Spaniern nicht aufgegriffen werden. Andererseits hätte es wenig[13] Sinn, sich bei den genannten Ländern für eine als Assoziation bezeichnete Lösung einzusetzen, sofern Spanien Wert darauf legt, in absehbarer Zeit zu praktischen Ergebnissen zu kommen. Wenn Spanien es wünschte, wären wir weiterhin bereit, uns bei unseren Partnern für die Asso-

4 Der Passus „so sehr wir selbst sie auch weiterhin befürworten würden" wurde von Staatssekretär Lahr handschriftlich eingefügt.

5 Die Wörter „wie eine Assoziierung" wurden von Staatssekretär Lahr handschriftlich eingefügt.

6 An dieser Stelle wurde von Staatssekretär Lahr gestrichen: „sogar".

7 Neben Griechenland und der Türkei waren 18 afrikanische Staaten der ehemaligen Communauté Française der EWG assoziiert.

8 Die Wörter „der Bezeichnung" wurden von Staatssekretär Lahr handschriftlich eingefügt.

9 An dieser Stelle wurde von Staatssekretär Lahr gestrichen: „weitgehenden".

10 Das Wort „entgegenzukommen" wurde von Staatssekretär Lahr handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „nicht im Wege zu stehen, schon jetzt Rechnung zu tragen und auf britischem Gebiete nichts zu verbauen".

11 Der Passus „Wahrscheinlich blieben noch ... ließe sich leichter formulieren" wurde von Staatssekretär Lahr handschriftlich eingefügt.

12 Die Wörter „in Madrid" wurden von Staatssekretär Lahr handschriftlich eingefügt.

13 Das Wort „wenig" wurde von Staatssekretär Lahr handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „keinen".

ziierung als solche einzusetzen; aber der andere Weg scheint uns mehr im spanischen Interesse zu liegen.[14]

VI. Sie werden gebeten, in einem Gespräch mit Außenminister Castiella sich um eine Klärung zu bemühen[15] und zwar möglichst vor dem 23. April, dem Termin des Besuchs des Herrn Bundeskanzlers in Belgien[16].

Lahr[17]

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 418

95

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jansen

I B 4-82.21/90.35/498/64 geheim **14. April 1964**[1]

Betr.: Einladung Präsident Nassers in die Bundesrepublik Deutschland[2]

1) Eine Einladung Präsident Nassers zu einem offiziellen Staatsbesuch in die Bundesrepublik ist wiederholt in den vergangenen Jahren – zuletzt im Juli 1962 auf Grund des anliegenden Drahtberichts der Botschaft Kairo[3] – geprüft worden. Der Plan wurde, abgesehen von den Überlegungen hinsichtlich negativer Reaktionen in Israel, damals vor allem mit Rücksicht auf eine Verstimmung in London und Paris zurückgestellt. Zumindest sollte Nasser nicht vor König Hassan von Marokko oder König Hussein von Jordanien eingeladen werden. Durch die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen der VAR mit sowohl London und Paris[4] als

14 Der Passus „Wenn Spanien es wünschte ... Interesse zu liegen." wurde von Staatssekretär Lahr handschriftlich eingefügt.

15 Botschafter Allardt, Madrid, berichtete am 16. April 1964, die spanische Regierung hoffe auf einen Meinungswandel der Antragsgegner in absehbarer Zeit. Dem deutschen Kompromißvorschlag eines „arrangement special" könne man daher „keinen Geschmack" abgewinnen. Vgl. Abteilung I (I A 2), VS-Bd. 27; B 150, Aktenkopien 1964.
Staatssekretär Lahr hielt daraufhin am 20. April 1964 fest, die Bundesregierung müsse sich also wie bisher im Ministerrat dafür einsetzen, „daß in der Antwort an Spanien die Möglichkeit der Assoziierung nicht ausgeschlossen wird". Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 418; B 150, Aktenkopien 1964.
Zur Frage einer Assoziierung Spaniens mit der EWG vgl. weiter Dok. 154.

16 Zum Besuch des Bundeskanzlers Erhard am 23./24. April 1964 in Belgien vgl. Dok. 112.

17 Paraphe vom 11. April 1964.

1 Die Aufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Schirmer konzipiert.

2 Vgl. dazu auch Dok. 93.

3 Dem Vorgang beigefügt. In dem Drahtbericht vom 28. Juni 1962 trug Botschafter Weber, Kairo, verschiedene Argumente zugunsten einer Einladung an den ägyptischen Präsidenten vor. Vgl. Abteilung I (I B 4), VS-Bd. 214; B 150, Aktenkopien 1962.

4 Die im Zusammenhang mit der Suez-Krise von 1956 abgebrochenen Beziehungen zwischen der VAR und Großbritannien wurden am 1. Dezember 1959 wiederaufgenommen. Die diplomatischen Beziehungen zu Frankreich wurden am 4. April 1963 wiederaufgenommen. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1959, Z 177, bzw. EUROPA-ARCHIV 1963, Z 94.

neuerdings auch Brüssel[5], entfallen die damals maßgeblichen Hinderungsgründe.

Abgesehen von einem kurzen Aufenthalt in New York zur UNO-Vollversammlung[6] und einem Staatsbesuch in Griechenland[7] hat Präsident Nasser bisher lediglich Länder des Ostblocks oder der neutralen Welt kennengelernt. Er war u.a. wiederholt in Belgrad[8] und einmal in Moskau[9]. Kürzlich hat er eine Einladung in die Tschechoslowakei angenommen.[10] Italien hatte Nasser bereits Ende 1955 offiziell eingeladen. Wegen der Suez-Krise[11] zerschlug sich der Besuch. Im Herbst 57 und Frühsommer 58 hat Rom erneut in Kairo wegen eines Nasser-Besuches diplomatisch vorgefühlt.[12]

2) Für eine Einladung Nassers in die Bundesrepublik Deutschland sprechen folgende Argumente: Die Wahl Kairos zum Tagungsort der für Oktober 1964 vorgesehenen 2. Konferenz der blockfreien Länder[13] („2. Belgrad") ist ein Zeichen für Präsident Nassers bedeutende Stellung nicht nur in der arabischen, sondern in der gesamten neutralen Welt. Durch die arabische Gipfelkonferenz von Januar 1964[14] hat Nasser seine Stellung im arabischen Raum neuerdings gefestigt. Zugleich hat er in der Behandlung der schwierigen Jordanwasserfrage[15] staatsmännisches Format bewiesen. Im August 64 wird in Alexandrien eine neue arabische Gipfelkonferenz stattfinden.[16] Aus Djakarta liegen Berichte vor, daß möglicherweise auch die bevorstehende 2. Afro-asiatische Konferenz („2. Bandung") in Kairo stattfinden soll.[17] Präsident Nasser ist, wie sich

5 Die 1961 abgebrochenen diplomatischen Beziehungen zwischen der VAR und Belgien wurden am 6. April 1964 wiederhergestellt. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1964, Z 93.

6 Zu den Ausführungen des ägyptischen Präsidenten vor der UNO im September 1960 vgl. YEARBOOK OF THE UNITED NATIONS 1960, S. 18.

7 Zum Besuch vom Juni 1960 vgl. AdG 1960, S. 8454.

8 Zu den Besuchen vom Juni 1960 und Mai 1963 vgl. AdG 1960, S. 8467 f. bzw. EUROPA-ARCHIV 1963, Z 129.

9 Zum Besuch vom 29. April bis 15. Mai 1958 in der UdSSR vgl. EUROPA-ARCHIV 1958, S. 10806.

10 Botschafter Weber, Kairo, berichtete am 28. Februar 1964, der ägyptische Präsident habe eine von Außenminister David überbrachte Einladung zum Besuch in der Tschechoslowakei angenommen. Vgl. Referat I B 4, Bd. 79.

11 Zur Suez-Krise vgl. Dok. 70, Anm. 20.

12 Ministerialdirigent Böker stellte am 28. April 1964 dazu fest, der italienische Außenminister Saragat habe während seines Aufenthalts in der VAR vom 3. bis 6. April 1964 Präsident Nasser zu einem Staatsbesuch nach Italien eingeladen. Nasser habe die Einladung angenommen, ein Termin stehe jedoch noch nicht fest. Vgl. Abteilung I (I B 4), VS-Bd. 214; B 150, Aktenkopien 1964.

13 Zu der für Oktober 1964 geplanten Konferenz der blockfreien Staaten vgl. Dok. 65, Anm. 6. Vgl. dazu auch Dok. 275.

14 Vom 13. bis 16. Januar 1964 fand in Kairo eine Konferenz der Staatsoberhäupter der Mitgliedstaaten der Arabischen Liga statt. Im Mittelpunkt stand die geplante Ableitung von Jordanwasser durch Israel. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1964, Z 41. Vgl. auch Referat I B 4, Bd. 98.

15 Zum Konflikt um das Jordanwasser vgl. Dok. 88, Anm. 2.

16 Themen der Konferenz vom 5. bis 11. September 1964 waren insbesondere die Palästina-Frage und die künftige arabische Politik gegenüber Israel. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Legationsrats Schwartze, Kairo, vom 18. September 1964; Referat I B 4, Bd. 98.

17 Am 10. April 1964 wurde in Djakarta eine Konferenz zur Vorbereitung einer zweiten Bandung-Konferenz eröffnet. Botschafter Weiz berichtete am selben Tag, zum Ort der Hauptkonferenz werde vermutlich Kairo bestimmt. Vgl. Referat I B 4, Bd. 93.
Die für 1965 geplante zweite Bandung-Konferenz kam nicht zustande. Zur ersten Bandung-Konferenz vom 18. bis 24. April 1955 vgl. Dok. 65, Anm. 11.

zeigt, mehr als zuvor zu einer Schlüsselfigur für die Haltung der neutralen Länder auf den kommenden Gipfelkonferenzen der blockfreien Staaten geworden. Es wird weitgehend von ihm abhängen, ob es uns gelingt, den von Jugoslawien[18] und anderen Staaten angestrebten Durchbruch zur Anerkennung der Zwei-Staaten-Theorie[19] zu verhindern. Unter diesem Gesichtspunkt liegt es daher im Interesse unserer Politik unsere Beziehungen zu Präsident Nasser durch eine Einladung in die Bundesrepublik, die vor August ausgesprochen werden sollte, zu vertiefen und zu stärken.

Gegen eine Einladung spricht das Bedenken, daß sich die arabisch-israelische Spannung in den letzten Monaten durch die geplante Ableitung des Jordanwassers durch Israel und die Reaktion der Araber verschärft hat. Nasser hat sich auf der arabischen Gipfelkonferenz von Kairo zwar zum Exponenten einer Politik wirtschaftlicher, nicht militärischer Gegenmaßnahmen gemacht und diese Politik offenbar auch durchgesetzt. Gleichzeitig hat er jedoch in öffentlichen Erklärungen eine sehr scharfe und unversöhnliche Sprache geführt, die in Israel ernsthafte Besorgnisse auslösen muß.

Die Gefahr besteht, daß die arabisch-israelische Krise sich in den kommenden Monaten im Zusammenhang mit der Durchführung der verschiedenen technischen Jordanwasservorhaben noch weiter verschärfen wird.

Eine offizielle Einladung Nassers in die Bundesrepublik Deutschland zu diesem Zeitpunkt wird daher von Israel als einseitige Stellungnahme zugunsten der Araber aufgefaßt werden. Das durch die deutschen Wissenschaftler in Ägypten und die Schwierigkeiten bei der Durchführung einer gesetzlichen Regelung[20] ohnehin schon belastete deutsch-israelische Verhältnis würde eine weitere Trübung erfahren und unsere Politik in weiten Kreisen des westlichen Auslandes Mißdeutungen ausgesetzt werden.

3) Da Bundeskanzler Erhard als Wirtschaftsminister offizieller Gast Präsident Nassers war[21], bietet es sich an, daß man das zum Anlaß für eine Gegeneinladung nimmt.

Bei gewissenhafter Abwägung der Vor- und Nachteile kommt Abteilung I zu dem Ergebnis, daß die Bundesrepublik es jedoch vermeiden sollte, eine Einladung an Nasser im Alleingang auszusprechen. Dagegen sollten wir eine Einladung gemeinsam mit einem oder mehreren unserer Verbündeten (Frankreich, Italien, evtl. skandinavische Länder) aussprechen.[22]

Es wird daher vorgeschlagen, mit den befreundeten Regierungen diese Frage aufzunehmen. Gleichzeitig sollten Washington und London von unserer Absicht unterrichtet und konsultiert werden.[23]

18 Zur jugoslawischen Kampagne gegen die Politik der Bundesregierung vgl. Dok. 77.

19 Zur sowjetischen Zwei- bzw. Drei-Staaten-Theorie vgl. besonders Dok. 13, Anm. 10 und 15.

20 Zu den Erwägungen, gesetzliche Maßnahmen gegen die Mitwirkung Deutscher an der Herstellung von Massenvernichtungswaffen im Ausland zu ergreifen, vgl. Dok. 88, besonders Anm. 6 und 12.

21 Zu dem Besuch im Januar 1960 vgl. Dok. 93, Anm. 27.

22 Dieser Satz wurde von Staatssekretär Carstens hervorgehoben. Dazu handschriftliche Bemerkung: „Das ist sehr langwierig."

23 Die britische Regierung stand einer Einladung des ägyptischen Präsidenten ablehnend gegenüber. Vgl. dazu Dok. 160, Anm. 34.

Sobald sich die Einladung konkretisiert hat, sollte auch die israelische Regierung von unserem Vorhaben unterrichtet werden. Die Bundesregierung könnte die Einladung Nassers gegenüber Israel mit dem Hinweis motivieren, im Sinne einer Erhaltung des Friedens im Nahen Osten tätig werden zu wollen, wie es Ministerpräsident Eshkol (Brief vom 31.7.1963)[24] von Bundeskanzler Adenauer erbeten hat. Bei dieser Gelegenheit könnte ein späteres Zusammentreffen mit Ministerpräsident Eshkol[25] am dritten Orte ins Auge gefaßt werden. Da ein solches Zusammentreffen nicht geheim bleiben würde, könnte es allerdings erst nach Abwicklung des Nasser-Besuches stattfinden, da Nasser sonst absagen würde.

Hiermit dem Herrn Staatssekretär[26] weisungsgemäß vorgelegt.

Jansen

Abteilung I (I B 4), VS-Bd. 214

96

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Krapf

II 1-83.13/1-465/64 VS-vertraulich **15. April 1964**

Betr.: Interzonenhandels-Gespräche;
hier: Frage der Lieferung von Stickstoffdüngemitteln in die SBZ

Es besteht die Möglichkeit, daß am Rande der WEU-Ministerkonferenz am 16./17. April 1964[1] die Frage des Interzonenhandels zur Sprache kommt. In diesem Zusammenhang kommt der Frage „Lieferung von Düngemitteln in die SBZ" besondere Bedeutung zu.

1) Zur Vorgeschichte der Angelegenheit ist zu bemerken:

Die SBZ hat am 22. Februar 1964 mit der Firma Ruhr-Stickstoff AG, Bochum,

Fortsetzung Fußnote von Seite 422

Positiv äußerte sich die amerikanische Seite zu dem Vorhaben. Vgl. dazu den Drahtbericht des Botschafters Weber, Kairo, vom 13. Mai 1964; Abteilung I (I B 4), VS-Bd. 214; B 150, Aktenkopien 1964.

Zur Frage einer Einladung an den ägyptischen Präsidenten vgl. weiter Dok. 242.

24 Zu dem Schreiben vgl. AAPD 1963, III, Dok. 386.

25 Zu den Sondierungen für ein Treffen des Bundeskanzlers Erhard mit dem israelischen Ministerpräsidenten vgl. Dok. 83 und Dok. 88.

26 Hat Staatssekretär Carstens am 15. April 1964 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Dem H[errn] Minister vorzulegen. St[aats]S[ekretär] Westrick drängt auf Stellungnahme durch uns. Er erwägt, dem Herrn Bundeskanzler vorzuschlagen: Einladung Nassers im Frühjahr; Treffen mit Eshkol Ende des Jahres. Ich schlage vor, dieses Projekt mit [den] US[A], Frankreich und G[roß]B[britannien] zu erörtern."
Hat Bundesminister Schröder am 15. und am 20. April 1964 vorgelegen.

1 Zur WEU-Ministerkonferenz vgl. auch Dok. 89, Anm. 2.

einen vierjährigen Liefervertrag[2] (1964–1967) mit einer Option für die Jahre 1968 bis 1969 abgeschlossen. Die Ruhr-Stickstoff AG soll jährlich 100000 t Stickstoff = ca. 400000 t Stickstoffdüngemittel zur Versorgung der Landwirtschaft in der SBZ liefern. Der Wert der Lieferungen einschließlich der erforderlichen Frachten beträgt jährlich ca. 90 Mio. VE. Die Lieferungen sollten bereits ab 1. April 1964 beginnen (Frühjahrsbestellung).

2) Auf einer Staatssekretärsbesprechung unter Vorsitz von Staatssekretär Langer (Bundesministerium für Wirtschaft) war am 10. März 1964[3] festgelegt worden,

– die Lieferung kleinerer Mengen (Wert 5 Mio. DM) vorab zu genehmigen;

– Bemühungen um politische Gegenleistungen der Zone einzuleiten, zunächst im Bereich der Passierscheinfrage, dann unter allen Umständen in der Frage „Warentransit nach Polen", „Verstärkung des Bahnverkehrs an Festtagen und in den Ferienzeiten".

Gleichzeitig sollte die Zustimmung von führenden Vertretern der drei Parteien zu dieser Behandlung der Angelegenheit herbeigeführt werden (Zustimmung erfolgte am 11. März 1964 in Berlin).

3) Die Frage der Lieferung von Stickstoffdüngemitteln kam bei den Besprechungen Leopold/Behrendt am 25. März und 3. April zur Sprache.[4] Behrendt erhob Einspruch gegen die Verzögerung der Genehmigung des Stickstoffvertrages durch die Bundesregierung. Er erklärte, daß die SBZ dies als einen Bruch des Interzonenhandelsabkommens[5] betrachten würde, wenn die Bun-

[2] Dazu teilte das Vorstandsmitglied der Ruhr-Stickstoff-AG, Kühnle, Ministerialdirigent Woratz, Bundesministerium für Wirtschaft, am 13. März 1964 mit, daß das Geschäft „von den Parteien und dem Senat Berlin sehr positiv beurteilt würde". Kühnle fragte an, ob die erforderliche Genehmigung erteilt werden könne. Weiterhin informierte er, daß „die Ruhr-Stickstoff-AG mit der SBZ in diesen Tagen einen weiteren Vertrag über Stickstoffdüngemittel in Höhe von ca. 10–20 Mio. DM zur Lieferung im Frühjahr 1964 abschließen werde". Woratz hielt dazu fest, daß sich die Düngemittellieferungen über ein ganzes Jahr erstrecken würden, mit Schwerpunkt im April und Mai 1964. Zudem wies er darauf hin, daß die DDR zur Zeit auch einen erhöhten Bedarf an Kali und Phosphat habe. Vgl. den Vermerk von Woratz vom 13. März 1964; VS-Bd. 8386 (III A 6); B 150, Aktenkopien 1964.

[3] Zur Ressortbesprechung vom 9. März 1964 vgl. Dok. 64, Anm. 20.

[4] Zum Gespräch vom 25. März 1964 vgl. das Schreiben des Ministerialdirigenten Woratz, Bundesministerium für Wirtschaft, vom 26. März 1964 an Ministerialdirektor Krapf; Abteilung II (II 1), VS-Bd. 17; B 150, Aktenkopien 1964.
Zur Besprechung vom 3. April 1964 führte Staatssekretär Langer, Bundesministerium für Wirtschaft, aus, die Haltung der DDR habe sich „sehr versteift. Herr Behrendt hat erregt gegen eine öffentliche Behandlung des Stickstoffgeschäftes in Verbindung mit der Kreditfrage durch Herrn Vizekanzler Dr. Mende protestiert. Nach dem Eindruck des Leiters der Treuhandstelle für den Interzonenhandel spricht alles dafür, daß sich die SBZ einem weiteren Druck in Richtung auf eine Koppelung mit dem innerstädtischen Verkehr nicht beugen wird. Nach dem letzten Stand der Besprechungen muß damit gerechnet werden, daß die Bemühungen der Treuhandstelle für den Interzonenhandel ohne Erfolg bleiben werden." Vgl. das Schreiben von Langer vom 7. April 1964 an Staatssekretär Carstens; Abteilung II (II 1), VS-Bd. 17; B 150, Aktenkopien 1964.

[5] Nach dem Interzonenhandelsabkommen war die DDR zum Abschluß von Verträgen mit einer Laufzeit von vier Jahren berechtigt. Darüber hinaus fielen Stickstoffdüngemittel unter die Position „Chemische Erzeugnisse", für die – anders als für Stahl, Kohle oder Maschinen – keine Kontingentierung vorgesehen war. Vgl. dazu das Schreiben des Staatssekretärs Langer, Bundesministerium für Wirtschaft, vom 7. April 1964 an Staatssekretär Carstens; Abteilung II (II 1), VS-Bd. 17; B 150, Aktenkopien 1964.

desregierung das Geschäft nicht oder nur mit erheblicher zeitlicher Verzögerung genehmigen würde. Bei beiden Besprechungen ist es nicht gelungen, für eine Genehmigung des Stickstoff-Geschäfts eine sowjetzonale Zusicherung in der Frage der politischen Erwartungen zu erhalten.

4) Am 10. April 1964 fand eine weitere Staatssekretärsbesprechung statt.[6] Auf dieser wurde beschlossen, zunächst Lieferungen im Werte von 50 Millionen DM (= Bedarf für die Frühjahrsbestellung) in die SBZ zu genehmigen. Dieses Vorgehen hat den Vorteil,

– die andere Seite ist nicht in der Lage, in der Frage des Interzonenhandelsabkommens einen Vertragsbruch der Bundesregierung zu behaupten;

– wir wahren unser Gesicht (nachdem wir politische Erwartungen im Falle eines Zustandekommens des Gesamtgeschäfts ausgesprochen haben);

– da die Zone nicht über die notwendigen Devisen verfügt, um die Düngemittel aus anderen Ländern zu beziehen, muß sie im Herbst erneut auf uns zukommen;

– wir sind dann in der Lage, die Zustimmung zu weiteren Lieferungen davon abhängig zu machen, daß die Zone gewisse politische Erwartungen (z.B. Reiseverkehr, Feiertagsverkehr, reibungsloser Transit nach Polen) erfüllt hat.

Um diese Linie klarzustellen, soll Herr Leopold Herrn Behrendt bei der Weiterführung der Gespräche[7] über die Lieferung darauf aufmerksam machen, die Haltung der Zone bei der Abwicklung des Osterverkehrs habe es uns erleichtert, in der Frage der 50-Mio.-Lieferungen entgegenzukommen.

5) Unter den Staatssekretären bestand Übereinstimmung, daß sich die Bundesregierung auf keinen Fall auf ein vierjähriges Kreditabkommen einlassen solle.

Hiermit über den Herrn Staatssekretär dem Herrn Bundesminister[8] mit der Bitte um Kenntnisnahme vorgelegt.[9]

Krapf

Abteilung II (II 1), VS-Bd. 17

Fortsetzung Fußnote von Seite 424

Für den Wortlaut des Interzonenhandelsabkommens („Berliner Abkommen") vom 20. September 1951 (Fassung vom 16. August 1960) vgl. DOKUMENTE DES GETEILTEN DEUTSCHLAND, Bd. 1, S. 218–222.

6 Vgl. dazu auch die Gesprächsaufzeichnung des Ministerialdirektors Krapf vom 15. April 1964; Abteilung II (II 1), VS-Bd. 17; B 150, Aktenkopien 1964.

7 Die Interzonenhandelsgespräche wurden am 5. Mai 1964 mit einer „Routinebesprechung" fortgesetzt, die – so der Leiter der Treuhandstelle, Leopold – der Wiederherstellung des Vertrauens dienen sollte, das dadurch erschüttert worden sei, daß beide Seiten über „den materiellen Inhalt wichtiger Vereinbarungen verschiedener Meinung" seien. Hinsichtlich des Berlin-Verkehrs stellte der Vertreter des Ministeriums für Außenhandel und innerdeutschen Handel der DDR, Behrendt, in Aussicht, daß der Pfingstverkehr noch schneller abgewickelt werden würde als der Osterverkehr. Seitens der DDR bestehe aber der Eindruck, daß dieses Entgegenkommen von der „Westseite" nicht angemessen gewürdigt werde. Über die Lieferung von Düngemitteln in die DDR wurde wieder am 2. Juni 1964 beraten. Vgl. das Schreiben des Staatssekretärs Langer, Bundesministerium für Wirtschaft, vom 13. Mai 1964 an Staatssekretär Lahr mit beigefügtem Drahtbericht vom 6. Mai 1964 über den Gesprächsverlauf; Abteilung II (II 1), VS-Bd. 57; B 150, Aktenkopien 1964.

8 Hat Bundesminister Schröder am 16. April 1964 vorgelegen.

9 Zum Interzonenhandel vgl. weiter Dok. 278.

97

Aufzeichnung des Staatssekretärs Lahr

St.S. 504/64 **16. April 1964**[1]

Betr.: Französische Pläne für die Gewährung von Entwicklungshilfe an Südamerika[2]

Generaldirektor Wormser sprach mich im Hinblick auf die bevorstehende Reise des Herrn Bundespräsidenten[3] und des französischen Staatspräsidenten[4] nach Südamerika darauf an, wie wir unsere Entwicklungshilfe gegenüber Lateinamerika bisher gehandhabt hätten und wie unsere Absichten für die Zukunft seien.

Er berichtete seinerseits über die französischen Absichten, die er allerdings nur als seine persönliche Auffassung bezeichnete, folgendes:

Der Fall Mexiko[5] (dem Frankreich eine Finanzhilfe von 150 Millionen $, davon etwa 50 Millionen $ Regierungskredite und 100 Millionen $ Bürgschaften für private Lieferantenkredite, zugesagt habe)[6], habe Frankreich viel Geld gekostet. Es sei nicht gut vorstellbar, daß der General, der auf seiner Reise im Herbst 10 bis 12 Länder zu besuchen beabsichtige, überall Geschenke in vergleichbaren Größenordnungen überreichen werde. Das französische Finanzministerium prüfe gegenwärtig, was bestenfalls geschehen könne; sicherlich werde es sich aber nur um recht begrenzte Beträge handeln. Um diese möglichst wirkungsvoll einzusetzen, sei zunächst an Maßnahmen der Technischen Hilfe gedacht. Im übrigen erwäge er, Herr Wormser, eine Zusammenarbeit mit der Interamerikanischen Bank. Herr Herrera, mit dem er hierüber kürzlich gesprochen habe, zeige sich interessiert. Hierbei ergäben sich für Frankreich insofern Vorteile, als zu dem Betrag, den Frankreich der Interamerikanischen Bank zur Verfügung stelle, aus eigenen Mitteln der Bank ein etwa gleicher Betrag hinzugefügt werden könne, so daß die gemeinsam mit der Bank durchgeführte Hilfe ein größeres Volumen erreiche. Außerdem sei Frankreich die Sorge um die Auseinandersetzungen mit den südamerikanischen Regierungen

[1] Durchschlag als Konzept.

[2] Zu den Überlegungen für eine gemeinsame deutsch-französische Entwicklungspolitik in Lateinamerika vgl. auch Dok. 49.

[3] Bundespräsident Lübke stattete vom 24. April bis 14. Mai 1964 Peru, Chile, Argentinien und Brasilien Staatsbesuche ab. Vgl. dazu BULLETIN 1964, S. 603 f. und S. 778. Vgl. dazu auch Dok. 154.

[4] Vom 21. September bis 16. Oktober 1964 besuchte Staatspräsident de Gaulle zehn südamerikanische Staaten. Vgl. dazu L'ANNÉE POLITIQUE 1964, S. 297 f.

[5] Der französische Staatspräsident besuchte vom 16. bis 19. März 1964 Mexiko. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1964, Z 84. Vgl. auch Dok. 93, Anm. 15 und 18.

[6] Botschafter Knappstein, Washington, berichtete am 6. April 1964 über die amerikanische Einschätzung der wirtschaftlichen Resultate des Besuchs: „Die Mexikaner seien enttäuscht, daß der Besuch keine greifbare Wirtschaftshilfe für sie erbracht habe. Die frühere 150 Mio. Dollar-Anleihe – deren Aufstockung die Mexikaner erhofft hätten – sei bei einer Verzinsung von 6 Prozent ja auch keine echte Wirtschaftshilfe, sondern mehr ein Geschäft. Es sei gut, daß den Mexikanern klar geworden sei, daß Frankreich eben nicht über große Hilfsquellen verfüge." Vgl. Referat I A 3, Bd. 409.

über die zweckmäßige Verwendung der Mittel los; das werde die Bank übernehmen. Auf der anderen Seite stehe allerdings der Nachteil, daß der Charakter der Maßnahme als einer französischen Hilfe hierbei ziemlich verblasse.

Herr Wormser wollte von mir wissen, ob wir daran Interesse hätten, uns an einer solchen Aktion, die dann als französisch-deutsche Aktion herausgestellt werden solle, zu beteiligen. Auch könne er sich eine Beteiligung der übrigen EWG-Partner vorstellen, so daß es sich dann um ein europäisches Unternehmen handle. Daß eine solche Aktion keine Spitze gegenüber den USA habe, sei dadurch gewährleistet, daß in der Bank auch amerikanisches Kapital vertreten sei.

Ich setzte Herrn Wormser die Vorteile auseinander, die die bilaterale Entwicklungshilfe für uns habe[7], und sagte ihm, daß wir an dieser Form der Entwicklungshilfe sicherlich auch in Zukunft festhalten würden, wir allerdings daneben auch an multilateralen Aktionen beteiligt seien. Im übrigen versprach ich ihm eine nähere Prüfung seiner Frage.

Hiermit Herrn D III[8] mit der Bitte um Stellungnahme.[9]

Lahr[10]

Büro Staatssekretär, Bd. 408

[7] Zu den Nachteilen einer multilateralen Entwicklungshilfe stellte Legationsrat Eger am 13. August 1963 fest: „Die Außenpolitik der westlichen Welt muß sich heute mehr denn je auf handels- und finanzpolitische Maßnahmen stützen. Dies gilt besonders für die Bundesrepublik, die ihre relativ starke politische Position fast nur durch ihre wirtschaftliche Kraft hat schaffen und behaupten können. Wenn in wenigen Jahren die handelspolitischen Zuständigkeiten auf die EWG übergegangen sein werden, bleibt nur noch die Entwicklungshilfe als Instrument zur Förderung unserer besonderen politischen Belange in Übersee. Solange nicht mit einer politischen europäischen Gemeinschaft zu rechnen ist, sollten deshalb die Zuständigkeiten für die Entwicklungshilfe nicht auf multilaterale Organe überführt werden." Vgl. Referat III B 4, Bd. 53.

[8] Ministerialdirektor Sachs.

[9] Ministerialdirigent Pauls vertrat am 2. Juli 1964 die Auffassung, der französische Wunsch, stärker als bisher in Lateinamerika aktiv zu werden, müsse „angesichts der gewaltigen Forderungen, die von Seiten der Entwicklungsländer an alle Geberländer gestellt werden, von uns nachdrücklich unterstützt und durch den Ausbau einer konkreten deutsch-französischen Zusammenarbeit im Bereich der Entwicklungshilfe gefördert werden". Den möglichen Vorteilen einer Zusammenarbeit mit der Interamerikanischen Bank stellte er allerdings gegenüber: „a) Wir geben die Verfügungsgewalt über unsere Hilfe weitgehend an eine Organisation ab, die in Lateinamerika in der Regel als verlängerter Arm der amerikanischen Finanzwelt angesehen wird. b) Die langfristige politische Wirkung einer derartigen multilateralen Transaktion auf die lateinamerikanischen Länder ist bedeutend geringer zu veranschlagen als die der direkten französischen und deutschen Hilfe." Vgl. Referat III B 1, Bd. 299.
Vgl. dazu weiter Dok. 188.

[10] Paraphe vom 16. April 1964.

98

Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit dem amerikanischen Botschafter Finletter

II 7-81.08-0/1968/64 geheim **16. April 1964**[1]

Aufzeichnung über den Besuch des amerikanischen NATO-Botschafters Finletter bei dem Herrn Bundeskanzler am 16. April um 12.15 bis 12.50 [Uhr]

Der Besuch war auf Wunsch der amerikanischen Botschaft am Nachmittag des 15. April vereinbart worden.

Botschafter *Finletter*, der von dem amerikanischen Geschäftsträger[2] begleitet war, berichtete einleitend über sein Gespräch mit Präsident Johnson vom 10. April, über das auch schon unsere NATO-Botschaft mit Fernschreiben Nr. 545 vom 13.4.[3] berichtet hatte.

Der Präsident sei entschlossen, alle notwendigen Maßnahmen in den Vereinigten Staaten einzuleiten, um ein Abkommen über die MLF[4] noch vor Ende dieses Jahres unterzeichnen zu können. Dies sei für die Vereinigten Staaten der früheste Zeitpunkt (amerikanische Wahlen[5] und britische Wahlen[6]), aber andererseits auch kein zu früher Termin. Der Präsident erwarte vom Kongreß keine ernsthafte Opposition. Auch die führenden Republikaner, so Eisenhower und Nixon, hätten sich bereits positiv für die MLF ausgesprochen.

Botschafter Finletter hob hervor, daß sich der Präsident mit den Einzelheiten des MLF-Problems eingehend vertraut gemacht habe und daß daher der Weisung, die er ihm übermittelt habe, besondere Bedeutung zukomme. Der Präsident sei entschlossen, ohne Rücksicht auf das Zögern verschiedener NATO-Staaten dieses Projekt zum Erfolg zu führen. Er rechne dabei auf die Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland, die dafür unerläßlich sei. Wenn es erst einmal klar sei, daß die Vereinigten Staaten und Deutschland mit der MLF ernst machten, dann würden auch diejenigen, die bisher noch zögerten,

[1] Durchdruck.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Krapf gefertigt, der sie über Staatssekretär Carstens an Bundesminister Schröder weiterleitete.

[2] Martin J. Hillenbrand.

[3] Aufgrund von Informationen des amerikanischen Vertreters bei der NATO, Finletter, berichtete Botschafter Grewe, Paris (NATO), am 13. April 1964, daß Präsident Johnson einen Vertrag über die MLF bis spätestens Anfang Januar 1965 zustandebringen wolle. Er sei entschlossen, „diese Zielsetzung ohne Rücksicht darauf zu verfolgen, wieviele Staaten sich schließlich an der MLF beteiligen würden". Finletter habe klar gemacht, daß die deutsche und die amerikanische Seite sich jetzt über die entscheidenden Punkte einigen müßten. Die Verhandlungen in der MLF-Arbeitsgruppe könne man in diesem Stadium noch nicht intensivieren. Vgl. Abteilung II (II 7), VS-Bd. 1350; B 150, Aktenkopien 1964.

[4] Zu den MLF-Verhandlungen vgl. besonders Dok. 104.

[5] Die amerikanischen Präsidentschaftswahlen fanden am 3. November 1964 statt.

[6] Die Wahlen zum britischen Unterhaus vom 15. Oktober 1964 führten zu einer Regierungsmehrheit für die Labour Party.

sich zum Beitritt entschließen. Dies gelte besonders für Großbritannien und Italien.

Botschafter Finletter pflichtete dem Herrn Bundeskanzler bei, als dieser sagte, daß wir es nicht für gut hielten, wenn die MLF von uns allein mit Amerika errichtet würde. Er ließ jedoch dabei durchblicken, daß man in Washington nichts dagegen einzuwenden habe, wenn etwa die Vereinigten Staaten und Deutschland zunächst allein unterzeichneten, da dann die anderen innerhalb kürzester Zeit sich anschließen würden. Aus dem Entschluß des Präsidenten ergebe sich die Notwendigkeit für eine besonders enge amerikanisch-deutsche Zusammenarbeit. Dies bedeute nicht, daß die Arbeiten im Rahmen der Acht in Paris[7] nicht weitergehen sollten. Man könne aber bei dem jetzigen Stand der Dinge in den einzelnen Ländern in diesem Gremium keine schnellen Entscheidungen erwarten. Es schade seiner Ansicht nach nichts, wenn die intensivere deutsch-amerikanische Zusammenarbeit auf diesem Gebiet bekannt werde.

Der Herr *Bundeskanzler* begrüßte die Entscheidung des amerikanischen Präsidenten und versicherte Botschafter Finletter, daß wir ein vitales Interesse am Zustandekommen der MLF hätten. Er sehe darin ein starkes Bindeglied für die ganze NATO und insbesondere auch zwischen uns und den Vereinigten Staaten. Durch das Zustandekommen der MLF werde auch wieder ein positiver Trend in die NATO gebracht. Im übrigen werde durch unsere Beteiligung an der MLF auch klargestellt, daß wir uns nicht etwa an anderen nuklearen Projekten (Force de frappe) beteiligen wollten. Auch für unser Verhältnis zur Sowjetunion sei es wichtig, daß wir nicht nach einer eigenen Atommacht strebten.

Die Einstellung Großbritanniens, Italiens und der Niederlande beurteilte der Herr Bundeskanzler aufgrund seiner eigenen Eindrücke[8] ebenfalls auf längere Sicht gesehen optimistisch. Im Bundestag erwarte er keine nennenswerte Opposition gegen das Projekt.[9] Auch im Hinblick auf unsere eigenen Wahlen[10] sei es günstig, wenn die Unterzeichnung verhältnismäßig früh, d.h. so, wie man es sich in Washington vorstelle, stattfinden könne.

Der Herr Bundeskanzler bat Botschafter Finletter abschließend, dem amerikanischen Präsidenten mitzuteilen, daß wir bereit seien, das MLF-Projekt mit allen unseren Kräften zu unterstützen und alles zu tun, um die Unterzeichnung bis zum Jahresende zu verwirklichen.

Botschafter *Finletter* bat mich, dem Herrn Bundesminister mitzuteilen, daß er, wie schon Botschafter Grewe berichtet hatte, ihn gerne Anfang der nächsten Woche (Montag, Dienstag oder Mittwoch) aufsuchen wolle.[11] Er habe vom Präsidenten die Weisung erhalten, auch dem deutschen Außenminister unmittelbar zu berichten. Er sei an den genannten Tagen jederzeit bereit, von Paris nach Bonn zu fliegen (ein kleines Düsenflugzeug steht ihm dazu zur Verfü-

[7] Zur MLF-Arbeitsgruppe vgl. Dok. 12, Anm. 12.

[8] Zu den die MLF berührenden Gesprächen des Bundeskanzlers Erhard in London, Rom und Den Haag vgl. Dok. 12, Dok. 14, Dok. 27–29 und Dok. 59.

[9] Zur positiven Haltung der SPD-Fraktion zur MLF vgl. SPD-FRAKTION 1964–1966, S. 499 f.

[10] Die Bundestagswahlen fanden am 19. September 1965 statt.

[11] Zum beabsichtigten Besuch vgl. Dok. 103, Anm. 5.

gung). Er glaube, nicht viel länger als 1/2 Stunde für die Unterredung in Anspruch nehmen zu brauchen.

Abteilung II (II 6), VS-Bd. 239

99

Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem britischen Außenminister Butler in Brüssel

Z A 5-55.A/64 geheim **16. April 1964**[1]

Anläßlich der Sitzung des WEU-Ministerrats in Brüssel[2] traf der Herr Bundesminister des Auswärtigen am 16. April 1964 gegen 18.00 Uhr in der britischen Botschaft mit Außenminister Butler zusammen.

Nach einigen einleitenden Worten über den Verlauf der WEU-Sitzung und insbesondere die Haltung des französischen Vertreters[3] berichtete der *britische Außenminister* über seine in Genf[4] gewonnenen Eindrücke. Er sagte, was die Abrüstungskonferenz angehe, so glaube er, daß die Russen die Verhandlungen im Augenblick nicht weiterkommen lassen wollten, da sie auf den Ausgang der amerikanischen Wahlen[5] warteten.

Der Herr *Bundesminister* bemerkte, daß vor einiger Zeit Chruschtschow einem ausländischen Besucher [gegenüber] geäußert haben solle, 1964 könne nicht viel passieren und 1965 auch nicht, da die neue amerikanische Regierung etwa ein Jahr brauche, um sich einzuarbeiten. Die beiden Jahre dürften deshalb relativ ruhig sein.

Herr *Butler* war ferner der Auffassung, daß die wirtschaftlichen und insbesondere die landwirtschaftlichen Schwierigkeiten[6] sowie die Auseinandersetzung mit China[7] die Aufmerksamkeit der Russen voll in Anspruch nähmen.

Der Herr *Bundesminister* sagte, es bestehe kein Zweifel daran, daß

[1] Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Weber am 18. April 1964 gefertigt.
Hat Bundesminister Schröder am 22. April 1964 vorgelegen.
Ein Durchdruck der Gesprächsaufzeichnung wurde am 27. Juli 1964 Bundeskanzler Erhard zugeleitet.

[2] Zur WEU-Ministerkonferenz vom 16./17. April 1964 in Brüssel vgl. Dok. 89, Anm. 2.

[3] Der Staatssekretär im französischen Außenministerium, Habib-Deloncle, vertrat Außenminister Couve de Murville.

[4] Am 25. Februar 1964 unterbreitete der britische Außenminister der Konferenz der 18-Mächte-Abrüstungskommission in Genf Vorschläge über die Stationierung von Bodenbeobachtungsposten, die weitere Beschränkung von Kernwaffenversuchen und die Nichtverbreitung von Kernwaffen. Vgl. dazu DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1964, S. 55–66.

[5] Die amerikanischen Präsidentschaftswahlen fanden am 3. November 1964 statt.

[6] Zu den wirtschaftlichen Schwierigkeiten in der UdSSR vgl. Dok. 13, Anm. 6.

[7] Zum sowjetisch-chinesischen Konflikt vgl. Dok. 11, Anm. 4, und Dok. 112, besonders Anm. 14.

Chruschtschow eine Menge eigener Sorgen habe. Er sei ein extrovertierter Mensch, und wenn er kürzlich in Ungarn[8] gesagt habe, daß er sich auch in seinem eigenen Lande Schwierigkeiten und Vorwürfen ausgesetzt sehe, so zeige dies, daß er es mit gewissen Schwierigkeiten zu tun habe.

Herr *Butler* erkundigte sich sodann danach, ob an den Gerüchten, daß der Herr Bundeskanzler oder der Herr Bundesminister mit Chruschtschow zusammenträfen, etwas sei.

Der Herr *Bundesminister* sagte, es handle sich hier um Spekulationen, hinter denen keine wirkliche Substanz stecke. Als Botschafter Smirnow, der zwei, drei Monate in Moskau gewesen sei, nach Bonn zurückgekehrt sei – dies sei kurz nach der Veröffentlichung der TASS-Erklärung[9] der Fall gewesen – habe er dem Herrn Bundeskanzler eine Aufzeichnung überreicht[10], an deren Ende es geheißen habe, daß bei allen Differenzen es doch nützlich wäre, wenn die Kontakte vertieft und Besuche auf verschiedenen Ebenen vorgesehen werden könnten. Ob damit die Russen einen Hinweis auf eine Begegnung mit dem Bundeskanzler geben wollten, wisse er nicht, doch bezweifle er es. Auf deutscher Seite seien bisher nur Spekulationen darüber angestellt worden[11], was nützlich wäre. Dabei spielten gewisse innenpolitische Überlegungen eine Rolle. Man wisse, daß sich Herr Brandt um eine Begegnung mit Chruschtschow in Ost-Berlin bemüht habe, die aber nicht zustande gekommen sei.[12] Nunmehr sagten gewisse Leute, es wäre schädlich, wenn Herr Brandt versuchen würde, eine neue Zusammenkunft mit Chruschtschow zu arrangieren. Deswegen sollte man sich überlegen, ob eine Begegnung des Bundeskanzlers mit Chruschtschow diesen Bemühungen nicht den Wind aus den Segeln nehmen würde. Er persönlich glaube, daß ein deutscher Besuch in Moskau mehr Nachteile als Vorteile mit sich bringen würde, wenngleich er optisch und propagandistisch einen gewissen Nutzen haben könnte. Was ihm eher nützlich erscheinen würde, wäre eine Einladung des sowjetischen Regierungschefs nach Bonn, da der damalige Bundeskanzler Dr. Adenauer 1955 in Moskau gewesen sei[13]. Damit würde das Risiko nicht auf der deutschen Seite, sondern bei Chruschtschow liegen, und es bliebe ihm überlassen, ob er die Einladung annähme oder nicht. Dies seien allerdings nur theoretische Überlegungen, und er sehe noch keinerlei Substanz dahinter.

Herr *Butler* sagte, er werde am 27. April anläßlich einer Zusammenkunft des

[8] Der sowjetische Ministerpräsident besuchte vom 31. März bis 11. April 1964 Ungarn. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1964, Z 101. Vgl. ferner die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Kutscher vom 18. April 1964; Referat II 5, Bd. 287.

[9] Zur TASS-Erklärung vom 7. März 1964 vgl. Dok. 67, Anm. 16.

[10] Zum Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit dem sowjetischen Botschafter Smirnow am 11. März 1964 vgl. Dok. 68.
Zum dabei übergebenen sowjetischen Aide-mémoire vgl. Dok. 84.

[11] Zu den Überlegungen für ein Treffen des Bundeskanzlers Erhard mit Ministerpräsident Chruschtschow vgl. Dok. 84, Anm. 18, und Dok. 93.

[12] Zum beabsichtigten Treffen im Januar 1963 vgl. AAPD 1963, I, Dok. 27 und Dok. 28.

[13] Vom 8. bis 14. September 1955 fanden in Moskau Verhandlungen über die künftige Gestaltung der Beziehungen zur UdSSR statt. Bundeskanzler Adenauer führte die Delegation der Bundesrepublik Deutschland. Vgl. dazu ADENAUER, Erinnerungen II, S. 496–556.

Ministerrats der CENTO mit Herrn Rusk zusammentreffen.[14] Bei dieser Gelegenheit werde sicher auch das Thema eines deutschen Friedensplans, wie er derzeit in der Botschaftergruppe erörtert werde[15], besprochen werden. Er bat den Herrn Minister um seine Meinung zum derzeitigen Stand der Beratungen.[16]

Der Herr *Bundesminister* sagte, bisher sei noch keine rechte Einigung darüber erzielt worden, ob es sich nur um eine deutsche Präsentation oder eine gemeinsame westliche Präsentation handeln solle. Er selbst glaube – zumindest unter den derzeitigen Bedingungen –, daß eine einseitige Präsentation nicht im deutschen Interesse liege. Dieser Plan habe nur Sinn, wenn er als gemeinsamer westlicher Vorschlag unterbreitet werde.

Herr *Butler* fragte, ob der Herr Bundesminister die Zeit bereits für gekommen halte, diesen gemeinsamen Vorschlag zu unterbreiten.

Der Herr *Bundesminister* ging zunächst auf ein negatives Argument ein, das geäußert worden sei. Es sei behauptet worden, daß die derzeitige Situation in Berlin relativ ruhig sei, und es wäre möglicherweise zu befürchten, daß sie sich durch die Einbringung dieses Vorschlags wieder verschärfen könnte. Er selbst glaube nicht, daß dieses Argument stichhaltig sei. Er habe auch keinerlei Hoffnung, daß die Sowjets dem Vorschlag zustimmen würden, dennoch sei er aber nützlich für die Wahrung der westlichen Position. Es sei eine effektive Demonstration der westlichen Haltung, besonders zu einer Zeit, in der die Dinge auch im kommunistischen Bereich in Bewegung geraten seien. Es wäre sicher von Vorteil, wenn die westliche Position hinsichtlich der Lösung der Deutschland-Frage nicht nur der eigenen Bevölkerung und der Weltöffentlichkeit, sondern auch der Sowjetunion gegenüber wiederholt würde.

Herr *Butler* fragte den Herrn Minister, ob darüber auch auf der Zusammenkunft am 11. Mai[17] anläßlich der NATO-Tagung gesprochen werden solle. Herr Rusk habe seine Einladung ebenfalls angenommen, wogegen die Franzosen noch nicht zugesagt hätten.

Der Herr *Minister* bejahte die Frage Herrn Butlers. Auf die weitere Frage des britischen Außenministers, wieviele Begleiter er zu diesem Treffen mitbringen wolle, sagte der Herr Bundesminister, er denke an zwei oder drei und nannte in diesem Zusammenhang Herrn Staatssekretär Carstens und Herrn Ministerialdirektor Krapf.

[14] Zur Tagung des Ministerrats der CENTO in Washington vgl. EUROPA-ARCHIV 1964, Z 116.
Gesandter von Lilienfeld, Washington, berichtete am 29. April 1964, der amerikanische Außenminister habe gegenüber seinem britischen Kollegen „die Schwierigkeiten, denen sich die amerikanische Regierung bei einer Präsentation als alliiertem Papier gegenübersähe, nochmals dargelegt. Vor allem müsse man sich darüber klar werden, ob man ein mehr für die Öffentlichkeit bestimmtes oder ein als Verhandlungsgrundlage geeignetes Papier wünsche." Vgl. Abteilung II (II 1), VS-Bd. 64; B 150, Aktenkopien 1964.

[15] Für den Wortlaut der Deutschland-Initiative (Fassung vom 10. April 1964) vgl. Dok. 3 mit den Änderungen in Anm. 5, 9, 11–20 und 22.
Zur Erörterung der Deutschland-Initiative in der Washingtoner Botschaftergruppe vgl. auch Dok. 53 und Dok. 75, Anm. 4 und 16.

[16] Zum Stand der Beratungen über die Deutschland-Initiative vgl. besonders Dok. 101.

[17] Vgl. Dok. 124.

Mr. *Butler* fragte sodann, ob bei dieser Gelegenheit eventuelle Ergänzungsvorschläge erörtert werden könnten.

Der Herr *Minister* antwortete, man könne darüber sprechen, sofern sie der deutschen Seite rechtzeitig zugingen.

Herr *Butler* fragte sodann nach dem Zeitpunkt, zu welchem der Vorschlag unterbreitet werden sollte.

Der Herr *Bundesminister* erwiderte, darüber habe man noch nicht so genau nachgedacht, doch sei seine allgemeine Vorstellung die, daß die Arbeiten in der ersten Hälfte des Jahres fertiggestellt sein sollten. Er glaube auch, daß man in der Botschaftergruppe relativ schnell zu einem Abschluß der Arbeiten gelangen könne, wenn einmal der Entschluß gefaßt sei, daß es sich um eine gemeinsame Präsentation handeln sollte. Er sei nicht der Auffassung, daß man beispielsweise in der Frage der europäischen Sicherheit schon sehr detailliert sprechen sollte, denn dies habe keinen großen Zweck, wenn die Wahrscheinlichkeit, daß die Sowjets einer Institution eines Vier-Mächte-Rats zustimmen, nicht sehr groß sei. Propagandistisch sei dann der Plan für den Westen nur wertvoller, und wenn man nicht zu sehr in die Einzelheiten eingehe, dann dürfte auch die rechtzeitige Fertigstellung keine große Mühe bereiten. Um ein Datum zu nennen, gehe er davon aus, daß bis Mai der Plan fertiggestellt und dann möglicherweise im Juni präsentiert werden könnte.

Herr *Butler* fragte sodann den Herrn Bundesminister, ob nach seiner Auffassung die Arbeiten in der Arbeitsgruppe gut vorangingen. Herr Rusk scheine gewisse eigene Vorstellungen zu haben.

Der Herr *Bundesminister* erwiderte, man habe auf deutscher Seite etwas den Eindruck, als ob nicht alle Amerikaner diese Frage mit gleichen Augen betrachteten. Einige Amerikaner, die man seit Jahren schon kenne, zeigten keine allzu große Begeisterung, andere wiederum sähen die Dinge anders. Wer die schwierigsten Fragen stelle, gehöre meistens zu denjenigen, die am negativsten seien. Er wolle jedoch niemandem Vorwürfe machen. Er halte es aber im Interesse des Westens für unerläßlich, daß die westliche Haltung wieder einmal gemeinsam vorgetragen werde, nicht nur gegenüber den eigenen Ländern und der Weltöffentlichkeit, sondern auch gegenüber der Sowjetunion. Dies sei vor allem in einem Zeitpunkt nicht schlecht, in dem die andere Seite auch ihre Schwierigkeiten habe. Es gebe Leute, denen ein Vier-Mächte-Gremium durchaus attraktiv erscheine, und er sehe nicht ein, warum man davon nicht sprechen sollte. Was werde damit schon verloren?

Herr *Butler* fragte sodann, ob die deutsche Seite diesen Vorschlag auch allein unterbreiten würde, falls die Amerikaner nein sagten.

Der Herr *Bundesminister* erwiderte, er wolle sich nicht unnötig festlegen, doch sei er der Auffassung, daß es wenig Sinn hätte, wenn dieser Vorschlag von Deutschland allein käme.

Herr *Butler* erkundigte sich sodann, wie der Herr Bundesminister die Aussichten beurteile, daß die Sowjets den Vorschlag annähmen.

Der Herr *Bundesminister* erklärte, die Sowjets hätten deutlich zu verstehen gegeben, daß sie nicht an einer Lösung dieser Fragen dächten und daß ihrer

Auffassung nach die Situation so bleiben solle wie sie derzeitig sei.[18] Gegenwärtig seien sie wohl nicht bereit, irgend etwas Konkretes zu tun. Das ändere aber nichts an der Notwendigkeit, daß der Westen seine eigene Position öffentlich und deutlich klarmache, denn dies könne durchaus einen Einfluß auf die weitere Entwicklung haben. Wenn der Westen auf diese politische und psychologische Offensive verzichte und sich nur zum Stillhalten entschließe, dann verliere er unweigerlich Boden. Um aber keinen Boden zu verlieren, müßten die Vorschläge unterbreitet werden.

Wie Herr *Butler* weiter ausführte, sehe der Plan gewisse Stufen vor. Wenn er recht unterrichtet sei, sei am Anfang an eine Zugangsbehörde gedacht und in späteren Stufen freie Wahlen und die Wiedervereinigung vorgesehen.

Der Herr *Bundesminister* erwiderte, in dem Vorschlag selbst sei von einer Kommission die Rede, welche die Freizügigkeit ermöglichen sollte, und der Gedanke einer Zugangsbehörde stamme aus den sogenannten Draft Principles[19]. Der Herr Bundesminister fragte Herrn Butler nach seinen Vorstellungen.

Herr *Butler* erwiderte, daß er befürchte, die Sowjets würden sich nicht zu Verhandlungen bereit erklären, wenn sie hörten, daß in diesen Vorschlägen von der Wiedervereinigung gesprochen werde.

Der Herr *Bundesminister* bemerkte, er wisse auch nicht im Einzelnen, in welcher Phase was vorgesehen sei, doch handle es sich um einen dem Vier-Mächte-Gremium erteilten Auftrag, eine Lösung für Deutschland auszuarbeiten, an deren Ende die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechtes stehe.

Herr *Butler* fragte, ob in diesen Vorschlägen auch von der Oder-Neiße-Linie die Rede sein solle.

Der Herr *Bundesminister* erklärte, diese Frage sei dem Friedensvertrag vorbehalten[20], und man sehe auch keinen Grund, die deutsche Position in dieser Angelegenheit zu ändern.

Herr *Butler* sagte sodann, es sei vielleicht nicht ganz anständig von ihm, wenn er den Herrn Bundesminister frage, ob er bei diesen Vorschlägen mehr an Propaganda denke oder ob er tatsächlich Ergebnisse davon erwarte.

Der Herr *Bundesminister* betonte mit Nachdruck, daß er die Dinge ganz anders sehe. In dem Prozeß der Unterhaltungen und Gespräche müsse der Westen darauf achten, daß die westliche Position erhalten bleibe. Dies geschehe aber nicht dadurch, daß man immer nur schweige, während die Sowjets ständig redeten und Vorschläge machten. Wenn der Westen nicht wage, seine eigenen Vorstellungen darzulegen und auszusprechen, dann verliere er unweigerlich an Boden. Es gehe hier nicht um Propaganda, sondern um Wahrung von Rechtspositionen und grundlegender Prinzipien.

[18] Zur sowjetischen Haltung gegenüber einer möglichen Deutschland-Initiative vgl. Dok. 101, besonders Anm. 15.

[19] Zu den „draft principles" vom April 1962 vgl. Dok. 9, Anm. 3.

[20] Im Kommuniqué vom 2. August 1945 über die Konferenz von Potsdam (Potsdamer Abkommen) bekräftigten die USA, Großbritannien und die UdSSR, „daß die endgültige Festlegung der Westgrenze Polens bis zur Friedensregelung zurückgestellt werden soll". Vgl. DzD II/1, S. 2118.

Herr *Butler* fragte, ob er dies auch Herrn Rusk sagen könne.

Der Herr *Bundesminister* war damit einverstanden.

Herr *Butler* sagte sodann, er werde ihn über das Gespräch mit Rusk und seine eigenen Gedanken durch den britischen Botschafter in Bonn[21] unterrichten lassen.[22]

Der Herr *Bundesminister* sagte, eine britische Unterstützung dieser Auffassung würde von deutscher Seite sehr begrüßt werden. Er glaube nicht, daß für den Westen irgendwelche Gefahren bestünden, wenn dieser Vorschlag gemacht werde. Gewiß müsse man damit rechnen, daß man auch im eigenen Lande von gewissen Publizisten kritisiert werde, doch handle es sich hierbei um Leute, welche die westliche Position selbst aufgegeben hätten, und mit ihnen wolle man sich sowieso nicht assoziieren. Der Herr Bundesminister wies ferner darauf hin, daß eine Beteiligung der Bundesrepublik an all den Entspannungsmaßnahmen, die an der Peripherie getroffen werden sollten, nicht möglich sei, wenn die Deutschen nicht den Eindruck hätten, daß das gemeinsame Ziel des Westens, wie es unter anderem im Deutschland-Vertrag ausgesprochen worden sei[23], auch aufrechterhalten werde. Wenn die Deutschen sähen, daß der Westen hierzu nicht den Mut habe, dürfte mit einer deutschen Beteiligung nicht zu rechnen sein. Sollte sich gezeigt haben, daß sich die Grundposition geändert habe, werde man die Deutschen nicht bereit finden, an anderen Maßnahmen mitzuwirken. Somit seien die Vorschläge kein Hindernis, sondern geradezu eine Voraussetzung für jene anderen Maßnahmen.

Herr *Butler* fragte sodann, ob diese Vorschläge auch im Zusammenhang mit den Bundestagswahlen 1965 gesehen werden müßten.

Der Herr *Bundesminister* verneinte diese Frage. Es handle sich hier vielmehr um einen langfristigen Prozeß, zu dem auch die Errichtung von Handelsmissionen in den osteuropäischen Ländern[24] gehöre. Mit Innenpolitik habe dies nichts tun, wenn man es aber nicht wage, den eigenen Standpunkt deutlich auszusprechen, werde man Boden verlieren. Es handle sich hier um eine grundlegende gemeinsame westliche Konzeption in der Auseinandersetzung mit den Kommunisten. Es dürfe kein Zweifel in der Öffentlichkeit daran entstehen, daß sich die westliche Position auch nur um eine Spur geändert habe.

21 Frank K. Roberts.

22 Botschafter von Etzdorf, London, gab am 30. April 1964 Informationen über das Gespräch zwischen dem britischen und amerikanischen Außenminister wieder. Butler wolle vor allem geklärt wissen, ob es sich bei der Deutschland-Initiative um „eine ernsthafte Grundlage für Verhandlungen mit den Sowjets" handeln solle oder ob es mehr um eine an die Allgemeinheit gerichtete Erklärung gehe. Außerdem müsse man sich Klarheit über die möglichen Reaktionen der UdSSR verschaffen. Vgl. Ministerbüro, VS-Bd. 8453; B 150, Aktenkopien 1964.

23 Zur Verpflichtung der drei Westmächte im Deutschland-Vertrag vom 23. Oktober 1954 auf das Ziel der Wiedervereinigung Deutschlands vgl. Dok. 75, Anm. 14.

24 Im Laufe des Jahres 1963 schloß die Bundesrepublik Abkommen mit Polen, Rumänien und Ungarn über den Handelsverkehr bzw. den Austausch von Handelsvertretungen. Vgl. dazu Dok. 13, Anm. 20.
Zum Abkommen mit Bulgarien vom 6. März 1964 über den Waren- und Zahlungsverkehr und den Austausch von Handelsvertretungen vgl. Dok. 62.

Herr *Butler* wies darauf hin, daß der Herr Bundesminister in seinen Ausführungen vor dem WEU-Ministerrat über die Ost-West-Fragen[25] von dieser Angelegenheit nicht gesprochen habe.

Der Herr *Bundesminister* bemerkte, daß der Kreis dafür zu groß gewesen sei und man die Dinge vorerst noch vertraulich behandeln müsse.

Herr *Butler* stimmte dem zu und bemerkte, daß auch im Foreign Office die Angelegenheit sehr vertraulich behandelt und nur einem kleinen Kreis von Beamten zugänglich gemacht werde.

Der Herr *Bundesminister* sagte, nicht einmal alle seine Kabinettskollegen seien über den Vorschlag unterrichtet.

Herr *Butler* nannte die vom Herrn Bundesminister vertretene Auffassung mutig und aufrecht und beglückwünschte ihn dazu. Er fragte, ob seitens der Bundesregierung Bedenken bestünden, wenn in den Vorschlag der Gedanke der Zugangsbehörde aufgenommen würde.

Der Herr *Bundesminister* wies darauf hin, daß sich in diesem Zusammenhang immer gewisse interne Schwierigkeiten ergeben hätten. Er selbst habe sie nicht so hoch bewertet und eine Mitwirkung der sowjetzonalen Behörden auch nicht in ihrer politischen Bedeutung überschätzt. Er wolle sich jetzt nicht festlegen, vielleicht sei es aber möglich, eine Formulierung zu finden, die ausreiche, ohne daß die Dinge gleich zu konkret angesprochen würden. Er verwies in diesem Zusammenhang auf die Schwierigkeiten, die sich im April 1962 ergeben hätten.[26]

Der *britische Außenminister* fragte abschließend nach der Haltung der Franzosen.

Der Herr *Bundesminister* erklärte, die Franzosen hätten nie zugestimmt und eine Haltung eingenommen, als ob es überhaupt keine Probleme gebe. Ihre Einstellung sei immer negativ gewesen.[27]

Das Gespräch endete kurz vor 19.00 Uhr.

Ministerbüro, VS-Bd. 8511

[25] Für den von Bundesminister Schröder redigierten Entwurf der Rede vom 14. April 1964 vgl. Ministerbüro, VS-Bd. 8425; B 150, Aktenkopien 1964.

[26] Zur Reaktion der Bundesregierung auf die „draft principles" vom 9. April 1962 vgl. KRONE, Aufzeichnungen, S. 169.

[27] Zur französischen Haltung gegenüber der Deutschland-Initiative vgl. auch Dok. 48 und Dok. 75.

100

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Krapf

II 5-82.01/94.27/253/64 geheim **17. April 1964**[1]

Betr.: Deutsch-tschechoslowakische Verhandlungen über den Austausch von Handelsvertretungen[2]

Bezug: Aufzeichnung vom 15.4.1964 – II 5-82.01/94.27/244/64 geheim[3]

Vereinbarungsgemäß wurden am 16.4.1964 Herr Botschaftsrat Rezek und Handelsrat Urban zur Fortführung des Gesprächs vom 14.4.1964 empfangen. Seitens des Auswärtigen Amts nahmen an der Besprechung VLR I Luedde-Neurath, VLR I Dr. von Schenck, LR I Dr. Jestaedt, LR I Dr. Rheker und LR Dr. Finke-Osiander teil.

Von unserer Seite wurden zunächst einige Fragen zu einzelnen Ziffern des tschechoslowakischen Entwurfs[4] gestellt (konsularische Funktionen, Freier Zugang, Bewegungs- und Reisefreiheit, Privilegien der Vertretung, Zollbefreiung). Hierbei wurde von beiden Seiten festgestellt, daß der Katalog der konsularischen Funktionen in Art. 5 des Wiener Übereinkommens über konsularische Beziehungen vom 24.4.1963[5] im wesentlichen in Ziffer 2–3 des tschechoslowakischen Entwurfs enthalten ist. Herr Rezek erklärte diese Übereinstimmung beider Kataloge für zufällig; seine Regierung halte solche Funktionen im Rahmen des vorgeschlagenen Entwurfs für wesentlich.

Hinsichtlich der tschechoslowakischen Vorstellung von der grundsätzlichen Qualifikation der beabsichtigten deutsch-tschechoslowakischen Beziehungen führte Herr Rezek etwa folgendes aus:

Von tschechoslowakischer Seite werde die Aufnahme voller Beziehungen angestrebt. Die Normalisierung der Beziehungen sei jedoch als „Prozeß" denkbar, in dem die zu errichtenden Vertretungen einen ersten Schritt auf dem Wege zur vollen Normalisierung bilden würden. Die genaue Definition ihrer Funktionen sei Aufgabe der Verhandlungen, jedoch gehe es nach tschechoslowakischer Auffassung nicht nur um die Regelung der Handelsbeziehungen.

Herr Rezek bestätigte unseren Eindruck als zutreffend, daß der tschechoslowakische Vorschlag darauf hinauslaufe, den Vertretungen einen eher höheren Status als den einer konsularischen Vertretung einzuräumen.

Der Schwerpunkt der Besprechung lag auf der Präzisierung unseres Stand-

[1] Die Aufzeichnung wurde von Legationsrätin I. Klasse Rheker konzipiert.

[2] Zur Anbahnung der Gespräche mit der Tschechoslowakei im November 1963 vgl. AAPD 1963, III, Dok. 432.

[3] In der Aufzeichnung vom 15. April 1964 gab Ministerialdirektor Krapf das Gespräch mit der tschechoslowakischen Delegation vom Vortag wieder. Es habe dazu gedient, „die beiderseitigen Ausgangspositionen vor Eintritt in die eigentlichen Verhandlungen zu klären". Vgl. Abteilung II (II 5), VS-Bd. 232; B 150, Aktenkopien 1964.

[4] Vgl. Abteilung II (II 5), VS-Bd. 232.

[5] Für den Wortlaut des Artikels 5 vgl. UNTS, Bd. 596, S. 268–271.

punktes zur Berlin-Frage. Herr Rezek gab sich überrascht, daß unsererseits der Einbeziehung Berlins so große Bedeutung beigemessen werde, da der tschechoslowakische Entwurf ja nicht lediglich auf die Handelsbeziehungen abstelle, an denen auch nach tschechoslowakischer Auffassung Berlin teilnehmen solle.

Von unserer Seite wurde erläutert, daß es Grundsatz der Bundesrepublik Deutschland sei, Berlin in *alle* völkerrechtlichen Verträge einzubeziehen, nicht nur in Handelsverträge. Hinsichtlich der *Form*, in der das geschehe, seien wir nicht festgelegt und grundsätzlich offen für Vorschläge.

Beiläufig stellte Herr Rezek die Frage, ob man das Berlin-Problem eventuell in der gleichen Weise lösen könne, wie es 1960 bei unseren Handelsvertragsverhandlungen mit der Sowjetunion[6] geschehen sei (Scherpenberg-Brief[7]). Hierauf wurde von uns erwidert, daß wir mit jener Lösung insofern keine guten Erfahrungen gemacht hätten, als von den Sowjets leider nachträglich bei verschiedenen Gelegenheiten bestritten worden sei, daß man sich über die Einbeziehung Berlins tatsächlich geeinigt habe.[8] Wir hätten deshalb bei unseren Verhandlungen mit Polen, Rumänien, Ungarn und Bulgarien für die Einbeziehung Berlins andere Formen gefunden, die uns befriedigend erschienen.[9] Wir hofften zuversichtlich, daß wir zu einer ähnlichen Lösung auch bei unseren Verhandlungen mit der ČSSR kommen würden.

Herr Rezek nahm zur Kenntnis, daß deutscherseits die Einbeziehung Berlins als unabdingbare Voraussetzung einer Vereinbarung angesehen werde. Wegen der Beschränkung seines Auftrages und weil diese Frage von tschechoslowakischer Seite zunächst geprüft werden müsse, könne er eine Stellungnahme dazu noch nicht abgeben. Er halte es für möglich, daß man bei der Prüfung des Berlin-Problems auf Schwierigkeiten stoße, die Auswirkungen auf den tschechischen Entwurf haben würden.

Es wurde vereinbart, daß wir uns nach abgeschlossener Prüfung des tschechoslowakischen Entwurfs wieder mit Herrn Urban in Verbindung setzen werden, um Ort und Termin weiterer Besprechungen festzulegen.[10]

[6] Zu den Abkommen vom 31. Dezember 1960 mit der UdSSR vgl. Dok. 19, Anm. 4 und 5.

[7] In einem den Abkommen vom 31. Dezember 1960 beigefügten Schreiben führte Staatssekretär van Scherpenberg zur Einbeziehung von Berlin (West) aus: „Bei der praktischen Durchführung des Abkommens vom 25. April 1958 ergaben sich keine Meinungsverschiedenheiten. Die Bundesregierung wird davon ausgehen, daß der Anwendungsbereich des neuen bzw. des verlängerten Abkommens keine Änderung erfährt." Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1961, Teil II, S. 1091.
Die Aussage bezog sich auf eine mündliche Erklärung des sowjetischen Stellvertretenden Außenhandelsminister Kumykin während der Wirtschaftsverhandlungen von 1958, wonach die Abkommen über Allgemeine Fragen des Handels und der Seeschiffahrt sowie das Waren- und Zahlungsabkommen vom 25. April 1958 stillschweigend auch in Berlin (West) angewendet werden sollten. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Schenck vom 4. November 1963; VS-Bd. 8380 (III A 6); B 150, Aktenkopien 1963.

[8] Dieser Satz wurde von Staatssekretär Carstens hervorgehoben. Dazu handschriftliche Bemerkung: „r[ichtig]".

[9] Zur Einbeziehung von Berlin (West) in die Abkommen mit Polen, Rumänien und Ungarn vgl. AAPD 1963, I, Dok. 183; AAPD 1963, II, Dok. 339; AAPD 1963, III, Dok. 380.
Zur Einbeziehung von Berlin (West) in das Abkommen mit Bulgarien vgl. Dok. 62.

[10] Zu den Verhandlungen mit der Tschechoslowakei vgl. weiter Dok. 256.

Für uns ergibt sich folgende Verhandlungssituation: Es ist zu vermuten, daß die tschechoslowakische Seite eher geneigt sein wird, einer Reduzierung des Aufgabenbereichs zuzustimmen, als der Erstreckung der in ihrem Vorschlag vorgesehenen Funktionen auf Berlin. Gleichwohl wird von uns zu prüfen sein, ob wir gegebenenfalls Bereitschaft zeigen sollten, dem tschechoslowakischen Wunsch nach einer Erweiterung des Aufgabenbereichs der Vertretungen entgegenzukommen, wenn Berlin in eine derartige Vereinbarung einbezogen wird, oder ob wir mit Rücksicht auf die eventuellen Auswirkungen auf unsere Deutschlandpolitik von vornherein eine Beschränkung der Funktionen unserer Vertretung in Prag auf den mit den anderen Ländern vereinbarten Rahmen anstreben sollten.

Abteilung II wird diese Frage im Einvernehmen mit Abteilung V prüfen und dazu in einer weiteren Aufzeichnung Vorschläge unterbreiten.[11]

Hiermit dem Herrn Staatssekretär[12] vorgelegt.

Krapf

Abteilung II (II 5), VS-Bd. 232

101

Aufzeichnung des Ministrialdirektors Krapf

II 1-86.00/1-307/64 geheim **17. April 1964**

Betr.: Deutschlandinitiative;
hier: Zusammenfassende Übersicht über den Stand der Angelegenheit

Bezug: Weisung des Herrn Bundesministers vom 15. April 1964

Anlagen: 2

I. Inhalt des Papiers

1) Wir haben Anfang Januar 1964 eine Deutschlandinitiative eingeleitet.[1] Wir halten sie aus folgenden Gründen für geboten:

– aus innerpolitischen Gründen, da unsere Öffentlichkeit eine solche Aktivität fordert;

– aus außenpolitischen Gründen, da es nach 5 Jahren westlichen Schweigens in der Deutschland-Frage (Friedensplan von 1959)[2] an der Zeit ist, daß der Westen in der Deutschland-Frage etwas tut.

[11] Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Krapf vom 22. Juni 1964; Dok. 177.

[12] Hat Staatssekretär Carstens am 18. März 1964 vorgelegen, der handschriftlich verfügte: „Dem H[errn] Minister vorzulegen."
Hat Schröder am 20. April 1964 vorgelegen.

[1] Vgl. dazu Dok. 3 und Dok. 10.

[2] Zu dem auf der Genfer Konferenz vorgelegten Herter-Plan vom 14. Mai 1959 vgl. Dok. 9, Anm. 8, und Dok. 13, Anm. 14.

2) Der von uns in der Washingtoner Botschaftergruppe vorgelegte Deutschlandplan (ursprüngliche Fassung vgl. Anlage 1[3], überprüfte Fassung vom April 1964 vgl. Anlage 2[4]) lehnt sich an die Friedenspläne[5] an. Er sieht Maßnahmen auf den Gebieten der Wiedervereinigung, Abrüstung und europäischen Sicherheit vor. Im Unterschied zu früheren Papieren ist die Verzahnung dieser Maßnahmen nicht dargestellt (wenn auch an dem Prinzip festgehalten wird). Das Berlin-Problem ist ausgeklammert, da es sich um eine Wiedervereinigungs-Initiative handelt und nicht um Bemühungen zur Herbeiführung von Interimslösungen in Berlin- und anderen Fragen. Dies schließt die Möglichkeit einer Übergangsregelung in der Deutschlandfrage nicht aus.

3) Der Deutschlandplan ist durch einen lockeren Aufbau gekennzeichnet. Seine Themen gehen aus den insgesamt 10 Zwischen-Überschriften des Planes hervor.

4) Das Papier enthält gegenüber früheren Plänen zahlreiche neue oder abgewandelte Elemente, die nachstehend in der Reihenfolge aufgeführt werden, in der sie nach unseren Vorstellungen zu verwirklichen wären (die angegebenen Verweisungen auf den Deutschlandplan beziehen sich auf seine Neufassung):

– Vorschlag einer Übergangsregelung nach dem Vorbild der Saar-Übergangsregelung (vgl. Ziffer 1 des Planes);

– Bildung eines Vier-Mächte-Rates nach dem Vorbild des Vier-Mächte-Rates in Österreich (damit werden die diesbezüglichen Anregungen aus Kreisen des Deutschen Bundestages[6] berücksichtigt) (vgl. Ziffer 2);

– Zuständigkeit des Vier-Mächte-Rates für die Ausarbeitung eines gesamtdeutschen Wahlgesetzes. (Während das Wahlgesetz in den Friedensplänen durch gemischte deutsche Ausschüsse oder Kommissionen ausgearbeitet wurde, ist in dem Deutschlandplan lediglich die Mitwirkung deutscher Stellen vorgesehen. Damit ist der konföderative Gedanke abgeschwächt.) (vgl. Ziffer 2 c);

– Vorschlag, bei der Ausarbeitung des Wahlgesetzes gegebenenfalls auf das deutsche Wahlgesetz von 1924[7] zurückzugreifen, das auf dem Proporz aufbaut und das den Einwand unmöglich macht, der Wille der Anhänger Pankows

[3] Dem Vorgang beigefügt. Für den Wortlaut der Fassung vom 3. Januar 1964 vgl. Dok. 3.

[4] Dem Vorgang beigefügt. Für den Wortlaut der Fassung vom 10. April 1964 vgl. Dok. 3 mit den Änderungen in Anm. 5, 9, 11–20 und 22.

[5] Neben Gedanken aus dem Herter-Plan wurden bei der Deutschland-Initiative Elemente des revidierten westlichen Friedensplans vom September 1961 sowie des Vorschlags des Auswärtigen Amts vom 13. August 1963 zur Lösung des Deutschland-Problems aufgegriffen. Zum revidierten Friedensplan sowie zum Vorschlag des Auswärtigen Amts vgl. AAPD 1963, I, Dok. 69, und AAPD 1963, II, Dok. 296.

[6] Die Anregung, „gemäß den Erfahrungen, die die Vier Mächte bei der Ausarbeitung eines Staatsvertrages für Österreich machten", einen Ständigen Rat der Vier Mächte einzusetzen, war in der Eingabe des Kuratoriums „Unteilbares Deutschland" vom 30. September 1963 an die UNO enthalten, die von allen Fraktionen des Bundestages unterstützt wurde. Für den Wortlaut vgl. DzD IV/9, S. 733–735. Vgl. ferner BT Stenographische Berichte, Bd. 53, S. 4270. Vgl. dazu auch Dok. 3, Anm. 2.

[7] Für den Wortlaut des Wahlgesetzes vom 6. März 1924 vgl. Reichsgesetzblatt 1924, Teil I, S. 159–164.

komme bei den ersten gesamtdeutschen Wahlen nicht genügend zum Ausdruck (vgl. Ziffer 2 c);

– die Beauftragung des Vier-Mächte-Rates mit der Behebung von Schwierigkeiten, die sich vor Abschluß eines Friedensvertrages im Zusammenhang mit der Deutschlandfrage ergeben (vgl. Ziffer 2 d und f);

– die Bildung humanitärer Kommissionen, die gleichzeitig mit der Bildung des Vier-Mächte-Rates und vor der Einigung des Rates über einen Wiedervereinigungsplan erfolgen könnte (wichtig nach den Erfahrungen in der Passierscheinfrage[8]) (vgl. Ziffer 4);

– eine allgemeine, u.U. international zu kontrollierende Amnestie (vgl. Ziffer 5);

– „gegebenenfalls" sofortiger Ausbau der innerdeutschen Wirtschaftsbeziehungen (vgl. Ziffer 6);

– sofortiger Ausbau der Beziehungen zu den osteuropäischen Völkern, in diesem Zusammenhang auch eine Bereitschaft zur Pflege der wirtschaftlichen Beziehungen (die gegebenenfalls als eine Bereitschaft auch zu Wiedergutmachungsleistungen interpretiert werden könnte, sofern unsere Nachbarvölker die Forderung der Wiedervereinigung anerkennen) (vgl. Ziffer 7);

– die Durchführung einer Volksabstimmung über den vom Vier-Mächte-Rat ausgearbeiteten Wiedervereinigungsplan unter Kontrolle der Vereinten Nationen (vgl. Ziffer 3);

– bei der Vorbereitung dieser Volksabstimmung Zulassung aller politischen Parteien in ganz Deutschland (d.h. auch der Kommunisten in der Bundesrepublik) (vgl. Ziffer 3);

– eine gerechte Klärung der Grenzfragen (wobei unsere internen Überlegungen lediglich auf das deutsch-polnische und deutsch-sowjetische Territorialproblem Bezug nehmen) (vgl. Ziffer 7).

II. Die Diskussion des Deutschlandplanes in der Washingtoner Botschaftergruppe

1) Alliierte Kritiken an dem Inhalt des Papiers

a) Die Amerikaner erklärten[9]:

– unser Plan sei unrealistisch, da er für die Sowjetunion inakzeptabel sei;

– das Einbringen eines Deutschlandplanes in dieser Zeit relativer Entspannung bringe ein Element der Beunruhigung mit sich;

– unser Plan könne leicht eine sowjetische Gegeninitiative hervorrufen;

– der Sicherheitsteil (Ziffer 8) müsse detaillierter sein und attraktiver gemacht werden, etwa durch Erwähnung der „non-proliferation", eines Nichtangriffsarrangements und der Reduzierung auch deutscher Truppenstärken;

[8] Zur Passierschein-Frage vgl. zuletzt Dok. 92.

[9] Zur amerikanischen Haltung vgl. auch Dok. 53.
Ministerialdirektor Krapf stellte am 17. März 1964 fest: „Die Amerikaner ließen erkennen, daß unsere Initiative ihnen zeitlich und politisch ungelegen kam. Es ist bis heute nicht gelungen, sie davon zu überzeugen, daß eine Deutschland-Initiative aus innen- und außenpolitischen Gründen notwendig ist." Vgl. Abteilung II (II 1), VS-Bd. 63; B 150, Aktenkopien 1964.

– eine Übergangsregelung für Berlin sei notwendig, zweckmäßigerweise unter Zugrundelegung der „Draft Principles" von 1962[10], die u.a. eine Zugangsbehörde für Berlin in Aussicht nahmen;

– der Vorschlag einer Volksbefragung in Deutschland unter Zugrundelegung eines Wahlbezirks sei unrealistisch;

– das von uns erwähnte Heimatrecht erwecke schwerste Bedenken (Problem wird in der Neufassung nicht mehr angesprochen).

b) Die Franzosen erklärten[11]:

– der Plan lasse eine gefährliche Konzessionsbereitschaft erkennen;

– unsere Bereitschaft, in der Sicherheitsfrage den Grundsatz „keine Verschiebung des Gleichgewichts" festzulegen, etabliere ein sowjetisches Einmischungsrecht (Gleichgewichtsfrage wird in der Neufassung nicht mehr angesprochen);

– die Erwähnung des deutsch-polnischen Grenzproblems werde eine heftige polnische Reaktion hervorrufen (Grenzfrage wird in dieser Form in der Neufassung nicht mehr angesprochen);

– die Bildung der humanitären Kommissionen leiste der Zwei-Staaten-Theorie Vorschub.

c) Die Briten hielten sich bei der Diskussion eher zurück, ließen aber erkennen, daß sie die amerikanischen Auffassungen teilten. Sie erklärten[12]:

– dem Plan, besonders seinem Sicherheitsteil müsse mehr Substanz gegeben werden;

– unsere Vorschläge zur Grenzfrage würden heftige Reaktionen in osteuropäischen Ländern hervorrufen.

2) Zeitpunkt der Verwendung des Deutschlandplanes

Diese Frage ist noch offen geblieben. Uns liegt an einer baldigen Fertigstellung des Papiers, damit wir jederzeit in der Lage sind, gegenüber der Sowjetunion eine Deutschlandinitiative ergreifen zu können.

3) Präsentation des Papiers

Die Frage, wer den Deutschlandplan unterbreiten soll, ist ebenfalls noch nicht geklärt.

a) Die Amerikaner gaben zu erkennen, das Papier müsse im Falle seiner Präsentation durch die drei Mächte umgearbeitet werden und detaillierter gehalten sein.

b) Die Franzosen erklärten, sie würden es vorziehen, wenn wir den Deutsch-

[10] Zu den „draft principles" vom April 1962 vgl. Dok. 9, Anm. 3.

[11] Zur französischen Haltung vgl. auch Dok. 17, Dok. 48 und Dok. 75.
Vgl. dazu auch die Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Oncken vom 10. April 1964; Abteilung I (I A 3), VS-Bd. 151; B 150, Aktenkopien 1964.

[12] Zur britischen Haltung vgl. auch Dok. 15 und Dok. 99.
Staatssekretär Carstens informierte am 10. April 1964 über die britische Auffassung, „daß der gegenwärtige Augenblick für eine Präsentation des Planes nicht sehr günstig sei". Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 421; B 150, Aktenkopien 1964.

landplan veröffentlichten. Sie seien bereit, den Plan durch die (uns nicht genügende) Formel „Wir haben Kenntnis von diesem Plan und haben keine Einwendungen gegen die darin enthaltenen Ideen" zu unterstützen.

c) Die Briten zogen es vor, den Plan als Drei-Mächte-Papier zu konzipieren.

4) Zusammenfassung

Den Amerikanern kam unsere Initiative zunächst ungelegen. Sie versuchten, uns auf die Erörterung einer Interimslösung für Berlin und auf uns benachteiligende Sicherheitsmaßnahmen abzudrängen.

Die Franzosen befürchteten zunächst eine Aufweichung unserer politischen Grundeinstellung.

Die Briten sahen die Angelegenheit unter dem Aspekt ihrer Innenpolitik (Wahljahr[13]). Sie sind der Auffassung, daß eine Deutschlandinitiative zu einer Beunruhigung der politischen Gesamtsituation führen könnte.

Alle drei Verbündeten vermuteten, die Deutschlandinitiative der Bundesregierung diene lediglich dem Zweck der innenpolitischen Entlastung. Es hat einer gründlichen Aufklärungstätigkeit bedurft, um diese Bedenken der Verbündeten wenigstens teilweise zu zerstreuen. Sie sind sich inzwischen der Dringlichkeit unseres Anliegens bewußt geworden.

III. Sowjetische Reaktion

1) In Anbetracht der strikten Geheimhaltung unseres Papiers sind die Sowjets bisher auf Vermutungen über seinen Inhalt angewiesen. Immerhin äußerten Vertreter des sowjetischen Außenministeriums bereits um den 20. Januar 1964 gegenüber deutschen Journalisten, sie würden einen Plan nicht als Diskussionsgrundlage akzeptieren, der die Zuständigkeit der vier Mächte für Deutschland wiederherstelle. Ein neuer Plan würde das Gespräch zwischen Moskau und Washington komplizieren und den Abbau der internationalen Spannungen hinauszögern. Der Plan sei nur dann akzeptabel, wenn Zone und Bundesregierung als gleichberechtigte Partner der Vier an den von uns gewünschten Verhandlungen über die Deutschlandfrage teilnähmen.

2) Am 11. März 1964 erklärte der stellvertretende SBZ-„Außenminister" Winzer in einem Interview („Le Monde"), die Zone sei bereit, mit der Bundesregierung über bestimmte Probleme „auf Empfehlung der Vier" zu sprechen.[14] Ähnliche Gedanken waren zuvor in Kreisen der Ost-Berliner Sowjet-Botschaft geäußert worden.[15] Hierzu ist zu bemerken: Während der Gedanke der „Auf-

[13] Die Wahlen zum britischen Unterhaus vom 15. Oktober 1964 führten zu einer Regierungsmehrheit für die Labour Party.

[14] Vgl. LE MONDE, Nr. 5957 vom 11. März 1964, S. 4.

[15] Ministerialdirigent Reinkemeyer berichtete am 18. März 1964 über ein Gespräch zwischen dem Zweiten Sekretär an der sowjetischen Botschaft in Ost-Berlin, Kirilenko, und Senatsdirektor i.R. Klein. Kirilenko habe die Möglichkeit angedeutet, die Bundesrepublik und die DDR könnten auf „Empfehlung" der Vier Mächte Gespräche führen. Er habe sich dabei auf „eine zu erwartende Initiative der Bundesregierung" in der Deutschland-Frage bezogen. Reinkemeyer zog den Schluß: „Die Taktik wird sichtbar, die sich Moskau und Pankow für den Fall der Unterbreitung des Vorschlags gesamtdeutscher ‚Auftrags'-Verhandlungen ausgedacht haben: die Sowjetunion wird anstelle eines ‚Auftrags' eine ‚Empfehlung' der Vier Mächte fordern. Dieser Vorschlag würde den Grundgedanken der Auftragsverhandlungen (die sich aus der Viermächte-Verantwortung erge-

trags"-Verhandlungen immerhin diskutabel sein könnte (Auftrag ergibt sich aus dem Fortbestand der Vier-Mächte-Verantwortung für Deutschland), sind „Empfehlungs"-Verhandlungen unbedingt abzulehnen, da sie die Vier-Mächte-Verantwortung aufheben.

3) Der „Empfehlungs"-Gedanke dürfte möglicherweise die Grundlage einer sowjetischen Gegen-Initiative im Falle des Bekanntwerdens unseres Planes darstellen.

IV. Perspektiven

1) Die Gespräche in der Washingtoner Botschaftergruppe gehen seit Ende März flüssiger vonstatten.

2) In der Frage des Inhalts unseres Papiers sind wir bereit, die Überlegungen unserer Verbündeten zu berücksichtigen, soweit sie nicht indirekt auf die Hinnahme des Status quo in Deutschland hinauslaufen und soweit sie nicht die Bundesrepublik Deutschland oder ein wiedervereinigtes Deutschland politisch oder militärisch diskriminieren. Die lockere Form unseres Papiers erleichtert unsere Bemühungen, in diesem Punkte eine Übereinstimmung zu erzielen. Wir haben zahlreiche alliierte Überlegungen in der Neufassung unseres Papiers berücksichtigt.

3) In der Präsentationsfrage würden wir es als optimale Lösung ansehen, wenn das Papier durch die drei Mächte präsentiert würde. Aufgrund des Verlaufs der Diskussion (vgl. Ziffer II 1) bestehen große Zweifel, ob es möglich ist, in kurzer Zeit ein 3-Mächte-Papier zu erstellen, das unsere Interessen voll berücksichtigt. Unter diesen Umständen scheint die folgende Linie zweckmäßig: Wir sind bereit, folgende Prozedur in Aussicht zu nehmen:

Wir bringen unser Papier den vier Mächten (drei Mächte und Sowjetunion) zur Kenntnis. Die drei Mächte machen sich unseren Vorschlag zu eigen und unterstützen in überzeugender Weise unseren Schritt bei den Sowjets.[16]

4) Die Angelegenheit wird auf dem Arbeitsessen des Herrn Bundesaußenministers mit den drei westlichen Außenministern während der Tagung der NATO-Außenminister in Den Haag (11.5.) zu besprechen sein.[17] Der Deutschlandplan sollte spätestens Ende Mai fertig vorliegen.

5) Der Zeitpunkt der Veröffentlichung könnte zunächst noch offen bleiben.

Fortsetzung Fußnote von Seite 443

ben) verwässern und könnte gleichzeitig ... geeignet sein, als Zeichen sowjetischen ‚Entgegenkommens' in der internationalen Öffentlichkeit guten Eindruck zu hinterlassen, der der Unterschied von ‚Auftrag' und ‚Empfehlung' im Zusammenhang mit der Deutschland-Frage nicht bekannt ist." Bundesminister Schröder vermerkte dazu am 26. März 1964 handschriftlich für Staatssekretär Carstens: „Soweit ich mich erinnere, ist der ‚Empfehlungsgedanke' auch schon in Washington aufgetaucht. Äußerste Vorsicht!" Vgl. Abteilung II (II 1), VS-Bd. 14; B 150, Aktenkopien 1964.

16 Der Passus „Wir sind bereit, folgende Prozedur ... Schritt bei den Sowjets." wurde von Staatssekretär Carstens hervorgehoben. Dazu handschriftliche Bemerkung: „Dies weicht von der Linie ab, die der H[err] Minister gegenüber Butler vertreten hat. Wir sollten die 3-Mächte-Lösung anstreben."

17 Vgl. Dok. 124.

6) Wenn die drei Mächte unserem Papier zugestimmt haben, dann wäre eventuell in Aussicht zu nehmen, daß ein zweites Deutschlandpapier, das von den drei Mächten vorzulegen wäre, ausgearbeitet wird. Die Vorbereitung dieses Papiers dürfte zwar längere Zeit in Anspruch nehmen, da die Drei auf eine detaillierte Darstellung zumindest der Sicherheitsaspekte Wert legen. Wenn unser Papier fertiggestellt ist, sind wir aber in der Lage, auch längere Diskussionen mit unseren Verbündeten in Kauf zu nehmen. Die Fertigstellung eines zusätzlichen Deutschlandpapiers würde uns jedenfalls zusätzliche Möglichkeiten einer aktiven westlichen Deutschlandpolitik eröffnen. Wir würden überdies mit dem Vorschlag eines zweiten Deutschlandpapiers gegenüber den Verbündeten herausstellen, daß es uns mit einer aktiven Deutschlandpolitik des Westens wirklich ernst ist.[18]

Hiermit über den Herrn Staatssekretär[19] dem Herrn Bundesminister[20] vorgelegt.

Krapf

Ministerbüro, VS-Bd. 8453

102

Staatssekretär Lahr an Staatssekretär Neef, Bundesministerium für Wirtschaft

III A 1-82.05/64[1] **18. April 1964[2]**

Sehr geehrter Herr Neef!

In unserem Gespräch am 1. April hatten wir u.a. über die Sorge der Brasilianer[3] vor Forderungen der Bundesregierung auf drastische Erhöhung der Ausfuhrquoten für Kaffee im Rahmen des Internationalen Kaffee-Übereinkom-

18 Zur Deutschland-Initiative vgl. weiter Dok. 103, Dok. 105, Dok. 111 und Dok. 113.

19 Hat Staatssekretär Carstens am 18. April 1964 vorgelegen.

20 Hat Bundesminister Schröder am 20. April 1964 vorgelegen.

1 Geschäftszeichen des Begleitvermerks.

2 Durchdruck.
Legationsrätin I. Klasse Scheibe bestätigte am 18. April 1964 die Absendung des undatierten Schreibens als Schnellbrief und vermerkte handschriftlich: „Ich habe Spahn vorab telefonisch über den Inhalt des Briefes unterrichtet." Vgl. Referat III A 1, Bd. 13.

3 Der brasilianische Botschafter de Ouro Preto sprach gegenüber Staatssekretär Lahr am 1. April 1964 die „dringende Bitte" aus, die Bundesrepublik möge von einem Antrag auf Aussetzung der Kaffeequoten absehen. Lahr deutete die Absicht an, lediglich eine Erhöhung der Quoten herbeizuführen. Er bat Ministerialdirektor Sachs, „das Bundeswirtschaftsministerium darauf hinzuweisen, daß es unserer Politik gegenüber den Entwicklungsländern absolut konträr wäre, wenn wir im Kreis der Verbraucherländer radikale Forderungen wie die der Aussetzung der Kontingente vertreten würden". Vgl. Referat III A 1, Bd. 13.

mens[4] gesprochen. Inzwischen hat mich auch der kolumbianische Botschafter in der gleichen Angelegenheit aufgesucht.[5]

Mit Befriedigung habe ich gehört, daß alle Verbraucherländer einschließlich Deutschlands dem brasilianischen Wunsch nach Verschiebung der Tagungen des Exekutivdirektoriums und des Kaffeerates entsprochen haben. Ich bin Ihnen sehr verbunden, daß Sie sich in Ihrem Hause hierfür eingesetzt hatten, und wäre Ihnen dankbar, wenn Sie den deutschen Delegierten, der uns auf den nunmehr am 20.4. beginnenden Sitzungen in London vertritt[6], nochmals bitten würden, auch in der Frage der Quotenerhöhungen eine konziliante Haltung einzunehmen.

Die Bemühungen Ihres Hauses, die Verbraucherpreise einschließlich der Kaffeepreise möglichst stabil zu halten, verdienen selbstverständlich volle Unterstützung. Ein ungehemmter weiterer Anstieg der Kaffeepreise würde überdies konsummindernd wirken und sich damit auch für die Erzeugerländer nachteilig auswirken.

Wie Sie wissen, ist die Bundesregierung aber angesichts der neuerdings wieder zunehmenden Schwierigkeiten in der Deutschlandfrage noch stärker als andere Länder gezwungen, außenpolitische Rücksichten zu nehmen. Dies gilt vor allem auch gegenüber den lateinamerikanischen Staaten, deren Unterstützung für unsere Bemühungen, die politische Aufwertung der SBZ zu verhindern, einfach unentbehrlich ist. Wir benötigen diese Hilfe in allen Gremien der Vereinten Nationen, auf der Welthandelskonferenz[7] und auf dem kommenden Gipfeltreffen der ungebundenen Staaten in Kairo[8]. Da die Entwicklung der Kaffeepreise für die lateinamerikanischen Erzeugerländer von besonderem politischen Gewicht ist, würden Forderungen der deutschen Vertreter auf preissenkende Maßnahmen, soweit sie erheblich über diejenigen anderer wichtiger Einfuhrländer hinausgehen, starke Verstimmung auslösen. Sie ständen auch im Widerspruch zu den Erklärungen des Bundesministers für Wirtschaft und anderer deutscher Sprecher auf der Welthandelskonferenz[9], in der sie die entscheidende Bedeutung stabiler und steigender Erlöse aus Rohstoffexporten betonten. Unsere Position gegenüber Lateinamerika wird im übrigen

[4] Für den Wortlaut des Übereinkommens vom 28. September 1962 vgl. UNTS, Bd. 469, S. 169–245.

[5] Zum Gespräch mit dem kolumbianischen Botschafter González Fernández vgl. den Vermerk des Staatssekretärs Lahr vom 8. April 1964; Referat III A 1, Bd. 13.

[6] Leiter der Delegation der Bundesrepublik Deutschland war Oberregierungsrat Spahn, Bundesministerium für Wirtschaft. Zur Tagung der Internationalen Kaffeeorganisation vgl. den Drahtbericht von Spahn, z. Z. London, vom 30. April 1964; Referat III A 1, Bd. 13.

[7] Zu der am 23. März 1964 eröffneten Welthandelskonferenz in Genf vgl. auch Dok. 28, Anm. 27–29. Zur Welthandelskonferenz vgl. ferner Dok. 144.

[8] Zu der für Oktober 1964 geplanten Konferenz der blockfreien Staaten vgl. Dok. 65, Anm. 6. Zur Behandlung der Deutschland-Frage auf dieser Konferenz vgl. auch Dok. 275.

[9] Bundesminister Schmücker betonte am 26. März 1964 auf der Welthandelskonferenz: „Vorerst bilden die Grundstoffausfuhren den größten Teil der Gesamtausfuhren der Entwicklungsländer. Die Erlöse, die durch den Export von Rohstoffen erzielt werden, sind deshalb entscheidende Faktoren des Wirtschaftsaufbaus dieser Länder. Jede langfristige Gestaltung dieses Aufbaus hängt davon ab, daß hier mit möglichster Stabilität und wachsenden Exporten gerechnet werden kann." Für den Wortlaut der Rede vgl. BULLETIN 1964, S. 478.

auch dadurch erschwert, daß die Bundesregierung vorerst leider nicht in der Lage ist, Zugeständnisse in der Frage der Kaffeesteuer[10] zu machen.

Es wäre daher sehr erwünscht, wenn der Vertreter der Bundesregierung auf den kommenden Tagungen in London seine Auffassungen mit denen der anderen Verbraucherländer sorgfältig abstimmen und gemeinsam mit ihnen auf eine für Erzeuger und Konsumenten annehmbare Kompromißlösung in der Quotenfrage hinwirken würde.[11]

Mit verbindlichen Empfehlungen

gez. Ihr Lahr

Referat III A 1, Bd. 13

103

Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens

St.S. 837/64 VS-vertraulich **21. April 1964**

Betr.: US-Botschafter

Der amerikanische Botschafter suchte den Herrn Minister am 20. April 1964 in seiner Wohnung auf dem Venusberg auf. Ich nahm an dem Gespräch, in dem folgende Punkte behandelt wurden, teil:

1) Miami[1]

Der Herr Minister erläuterte dem Botschafter, warum er es nicht für zweckmäßig hielte, sich mit den Herren Thompson und Tyler in Miami zu treffen. Er habe inzwischen eingehend mit Butler über den Deutschland-Plan gesprochen.[2] Butler habe es freundlicherweise übernommen, die Angelegenheit in seinem Gespräch mit Rusk aufzunehmen.[3]

10 Zur Kaffeesteuer vgl. Referat III A 1, Bd. 10.

11 Staatssekretär Langer, Bundesministerium für Wirtschaft, antwortete Staatssekretär Lahr Ende April, der an den Sitzungen der Internationalen Kaffeeorganisation teilnehmende deutsche Vertreter sei mit Weisungen versehen worden, „die sowohl die von deutscher Seite auf der Welthandelskonferenz abgegebenen Erklärungen als auch die von Ihnen genannten außenpolitischen Gesichtspunkte berücksichtigen". Weiter informierte Langer, daß bei den bisherigen Sitzungen über die das Auswärtige Amt „besonders interessierende Frage der Quotenerhöhung bisher nur informelle Gespräche stattgefunden haben. Die USA haben eine Erhöhung der Quoten um 2 Mio. Sack (= 5%) vorgeschlagen, ohne dabei einen besonderen Druck auf die Kaffee-Erzeugerländer auszuüben." Vgl. Referat III A 1, Bd. 13.

1 Die Delegation des Bundespräsidenten Lübke für die Staatsbesuche in vier südamerikanischen Staaten, der auch Bundesminister Schröder angehörte, legte am 23. April 1964 in Miami einen Zwischenstopp ein. Botschafter Knappstein, Washington, berichtete am 11. April 1964 über einen amerikanischen Vorschlag, diesen Aufenthalt für Gespräche über die Deutschland-Initiative der Bundesregierung zu nutzen. Vgl. Ministerbüro, VS-Bd. 8476; B 150, Aktenkopien 1964.

2 Zum Gespräch vom 16. April 1964 vgl. Dok. 99.

3 Vgl. dazu auch Dok. 111.

2) Deutschland-Plan[4]

Der Herr Minister legte dar, daß dieser Plan von den drei Mächten den Sowjets präsentiert werden müsse.

Der amerikanische Botschafter erklärte, er glaube nicht, daß die amerikanische Regierung diesem Gedanken widersprechen würde; aber wie würden die Franzosen reagieren? Bisher habe Frankreich doch gemeinsame Gespräche mit den Sowjets abgelehnt.

Der Herr Minister antwortete, es werde für die Franzosen schwer sein, sich in einer Frage auszuschließen, auf deren Behandlung die Bundesregierung allergrößten Wert lege.

3) Finletter

Es wurde vereinbart, daß Finletter in der am 27. April beginnenden Woche zu mir kommen soll.[5] (Büro Staatssekretär: Wie wäre es am 30. April, 15 Uhr?)

4) Jugoslawien

Der Herr Minister und ich legten ausführlich dar, welches unsere Politik gegenüber Jugoslawien[6] sei. Der Herr Minister kündigte im übrigen eine baldige Beantwortung des Ruskschen Briefes[7] an. (Abteilung II: Ich bitte, den Antwortentwurf vorzulegen.)

5) Vietnam

Der Botschafter stellte die Frage, ob es vielleicht möglich sei, daß die Bundesregierung sich öffentlich gegen den Plan einer Neutralisierung Vietnams[8] aussprechen könnte. Vielleicht böte sich als ein Anlaß dazu der bevorstehende Besuch des vietnamesischen Botschafters beim Herrn Bundeskanzler[9] an. (Abteilung I: Ich bitte um Stellungnahme zu dieser Anregung.)[10]

6) Shriver

Der Herr Minister bedauerte, Herrn Shriver nicht zu sehen. Ich sagte, daß Herr Shriver am Sonnabend zu mir kommen würde.[11]

[4] Für den Wortlaut der Deutschland-Initiative (Fassung vom 10. April 1964) vgl. Dok. 3 mit den Änderungen in Anm. 5, 9, 11–20 und 22.
Zum Stand der Beratungen vgl. Dok. 101.

[5] Dazu hielt Ministerialdirektor Krapf am 28. April 1964 fest: „Wie Botschafter Grewe fernmündlich mitteilte, ist er mit Botschafter Finletter übereingekommen, daß der für Anfang Mai vorgesehene Besuch von Herrn Finletter bei Herrn Staatssekretär Carstens unterbleibt. Dafür rege Botschafter Finletter an, daß Außenminister Rusk und der Herr Bundesminister in Den Haag sich über das weitere Procedere für die MLF unterhalten." Vgl. Abteilung II (II 7), VS-Bd. 1350; B 150, Aktenkopien 1964.

[6] Zur Haltung der Bundesrepublik gegenüber Jugoslawien vgl. Dok. 77.

[7] Für das Schreiben des amerikanischen Außenministers vom 9. April 1964 vgl. Ministerbüro, VS-Bd. 8476.
Zum Anwortschreiben des Bundesministers Schröder vom 22. April 1964 vgl. Dok. 107.

[8] Zu den Vorstellungen des Staatspräsidenten de Gaulle über eine Neutralisierung von Vietnam, Kambodscha und Laos vgl. besonders Dok. 44.

[9] Zum Antrittsbesuch des südvietnamesischen Botschafters Nguyen Qui Anh am 18. Juni 1964 vgl. BULLETIN 1964, S. 885.

[10] Vgl. dazu weiter Dok. 130.

[11] Der Direktor des US-Friedenskorps und Sonderbeauftragte des amerikanischen Präsidenten hielt sich vom 24. bis 27. April 1964 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu BULLETIN 1964, S. 626 f.

7) Reise des Herrn Bundespräsidenten nach Lateinamerika[12]

McGhee hat die amerikanischen Botschafter in den in Frage kommenden Hauptstädten auf die Reise hingewiesen und sie gebeten, sich zur Verfügung des Herrn Bundespräsidenten zu halten. McGhee schätzt den amerikanischen Botschafter in Rio, Mr. Gordon, besonders hoch.

8) Reise des Herrn Bundeskanzlers nach Amerika[13]

McGhee teilte mit, daß zur Zeit Vorbereitungen für ein Frühstück des Council on Foreign Relations liefen. Bei dieser Gelegenheit könne der Herr Bundeskanzler eine Rede halten.[14]

Hiermit dem Herrn Minister[15] vorgelegt.

Carstens

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 431

104

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Luedde-Neurath

II 7-81.08-5/2028/64 geheim **21. April 1964**[1]

Betr.: Multilaterale Atomstreitmacht (MLF);
hier: Deutsch-amerikanische Initiative zur Beschleunigung der Beratungen

Bezug: Aufzeichnung von D II vom 17.4. – II 7-81.08-0/1968/64 geheim[2]

Anlage: 1[3]

Der Stand, den die seit Oktober 1963 in Paris in der MLF-Arbeitsgruppe zwischen den NATO-Botschaftern der USA, Deutschlands, Italiens, Großbritanniens, Griechenlands, Belgiens, der Türkei und der Niederlande geführten Beratungen[4] erreicht haben, macht eine deutsche Stellungnahme zu der Frage erforderlich, in welcher Form die Beratungen weitergeführt werden sollen.

12 Bundespräsident Lübke stattete vom 24. April bis 14. Mai 1964 Peru, Chile, Argentinien und Brasilien Staatsbesuche ab. Vgl. dazu BULLETIN 1964, S. 603 f. und S. 778. Vgl. dazu auch Dok. 154.

13 Zum Besuch des Bundeskanzlers Erhard vom 11. bis 13. Juni 1964 in den USA vgl. Dok. 159–161.

14 Für den Wortlaut der Rede vom 11. Juni 1964 vgl. ERHARD, Gedanken, S. 865–874.

15 Hat Bundesminister Schröder am 22. April 1964 vorgelegen.

1 Die Aufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Scheske und von Legationsrat I. Klasse Arnold konzipiert.

2 Vgl. das Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit dem amerikanischen Botschafter bei der NATO, Finletter, am 16. April 1964; Dok. 98.

3 Dem Vorgang nicht beigefügt. Als Anlage vorgesehen war der amerikanische Entwurf eines MLF-Vertrags, der am 18. Februar 1964 der deutschen Seite zur Kenntnis gebracht worden war. Für den Entwurf vgl. Abteilung II (II 7), VS-Bd. 1349. Vgl. dazu auch unten Anm. 21.

4 Zur Aufnahme der Beratungen im Oktober 1963 vgl. AAPD 1963, III, Dok. 414.

Diese Stellungnahme wird insbesondere notwendig durch

– den jüngsten britischen Vorstoß in der MLF-Arbeitsgruppe mit dem Vorschlag, Alternativlösungen zum gegenwärtig beratenen Projekt zu prüfen;

– den von den Amerikanern und uns jetzt ins Auge gefaßten Termin für die Unterzeichnung des MLF-Vertrages (Dezember 1964).

1) Bisheriger Verlauf der Beratungen:

Die bisherigen Beratungen haben zu einer Verdeutlichung des Projekts und zu einer Annäherung der Auffassungen in wesentlichen Punkten geführt. Stichhaltig begründete grundsätzliche Bedenken gegen das Projekt als solches traten hierbei nicht zutage.

Der Bericht der militärischen Untergruppe, der die einhellige Auffassung aller an den Arbeiten beteiligten Marineoffiziere wiedergibt, stellt fest, daß die MLF unter militärischen Gesichtspunkten, insbesondere im Hinblick auf ihre Überlebensfähigkeit, möglich und nützlich ist.[5]

Der Bericht der Rechtsuntergruppe, der ebenfalls die einhellige Meinung aller von den Regierungen entsandten Rechtsexperten wiedergibt, stellt fest, daß die MLF rechtlich möglich ist und insbesondere auch das Recht zu eigener Flaggenführung in Anspruch nehmen kann.[6]

Die Einsetzung eines „Demonstrationsschiffes" mit gemischter Besatzung wurde einstimmig beschlossen.[7] Die Demonstration, an der sich außer Belgien alle Beratungsteilnehmer beteiligen (die Bundeswehr mit 2 Offizieren und 47 Unteroffizieren und Mannschaften), gilt nicht als ein Versuch, von dem etwa die Weiterführung der MLF-Beratungen abhängig zu machen wäre, sondern dient lediglich der praktischen Erprobung des von allen Beratungsteilnehmern bereits akzeptierten Prinzips der gemischten Besatzungen. Die Demonstration soll – nach Ausbildung der Mannschaft ab Juni – ab Ende 1964 etwa ein Jahr dauern.

Zur Behandlung weiterer Einzelfragen sind inzwischen oder werden eingesetzt:

– eine Untergruppe für Verwaltungsfragen,

– eine Untergruppe für Finanzfragen,

– eine Untergruppe für Fragen betreffend die Sicherung der nuklearen Waffen gegen Unfall, Mißbrauch und Spionage. (Dieser Untergruppe kommt besondere politische Bedeutung zu, da eine zu strikte Handhabung der Sicherheitsmaßnahmen unter amerikanischem Vorzeichen Auswirkungen auf die Glaubwürdigkeit des multilateralen Konzepts der MLF haben könnte.)

In der politischen Kernfrage, dem System und insbesondere dem Abstim-

[5] Zum Abschlußbericht der militärischen MLF-Arbeitsgruppe in Washington vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Krapf vom 29. Februar 1964; Abteilung II (II 7), VS-Bd. 1322; B 150, Aktenkopien 1964.

[6] Für den Zwischenbericht der Untergruppe für Rechtsfragen vom 20. Februar 1964 vgl. Abteilung II (II 7), VS-Bd. 1355.

[7] Zu den Vorbereitungen für den Einsatz eines Demonstrationsschiffes mit gemischter Besatzung vgl. Dok. 28, Anm. 14.

mungsmodus für die politische Kontrolle der MLF (Freigabe der Nuklearwaffen), zeichnet sich noch keine von allen Beratungsteilnehmern akzeptierte Konzeption ab.[8] Die Frage der prozentualen finanziellen Beteiligung wurde in der MLF-Arbeitsgruppe noch nicht erörtert, die Fragen der inneren Struktur der MLF (Stellung des Kommandeurs und des Generaldirektors zum „Board of Governors" usw.) noch nicht im einzelnen vertieft.

Die Haltung der einzelnen Beratungsteilnehmer entspricht auch heute noch deren grundsätzlicher Einstellung zum Projekt der MLF zu Beginn der Beratungen. Für alle Beteiligten gilt nach wie vor, daß die Teilnahme an den Beratungen die Frage einer Teilnahme an der MLF selbst nicht präjudiziert. Hinsichtlich Griechenlands und der Türkei wird davon ausgegangen, daß ihnen eine finanzielle Beteiligung nicht möglich ist. Auch Belgien hat für sich hierauf wiederholt hingewiesen. Grundsätzlich wird damit gerechnet werden können, daß die vier kleineren Staaten (Niederlande, Belgien, Griechenland, Türkei) sich alle oder in der Mehrheit einem Beschluß aller oder mehrerer der großen Staaten (USA, Großbritannien, Deutschland, Italien) zur Verwirklichung der MLF anschließen werden. Italien hat erkennen lassen, daß seine Entscheidung zum guten Teil von der britischen Entscheidung abhängen wird.[9] Ferner legt es – vorwiegend aus innerpolitischen Gründen – Wert auf eine seinem Prestige förderliche Stellung Italiens in der MLF (z.B. Mitgliedschaft in einem „kleinen Kontrollgremium") und auf eine „Europäisierungsklausel"[10] im MLF-Vertrag. Das Schwergewicht der MLF-Beratungen liegt somit bei den USA, Deutschland und Großbritannien; Initiativen zur Förderung der Beratungen bleiben im wesentlichen den USA und uns überlassen.

Die Beratungen werden immer noch in unverbindlicher Form geführt. Allerdings liegen ihnen seit einiger Zeit auf deutsche Anregung Arbeitspapiere zugrunde, die der (amerikanische) „Principal Secretary"[11] der MLF-Arbeitsgruppe vorlegt und die bereits in einer sich Vertragsformulierungen annähernden Sprache („treaty-like language") abgefaßt sind. Hierdurch soll der Übergang zu konkreten Vertragsverhandlungen vorbereitet und erleichtert werden.

2) Die britische Haltung:

Großbritannien steht dem Projekt von Anfang zögernd gegenüber. Hierfür sind nicht nur die innerpolitisch unsichere Position der britischen Regierung und die bevorstehenden Wahlen[12], sondern auch grundsätzliche außenpolitische Erwägungen maßgebend. Hauptmotiv für die britische Beteiligung an den Beratungen war ursprünglich vermutlich der Wunsch, Beratungen über ein Nuklearwaffensystem von so starker maritimer Bedeutung nicht ohne britische Beteiligung vorangehen zu lassen. Nachdem anfänglich von britischer Seite starke Zweifel an dem militärischen Wert der MLF geäußert worden wa-

[8] Vgl. dazu auch Dok. 23, Anm. 14 und 15.

[9] Zur italienischen Haltung gegenüber der MLF vgl. Dok. 27–29.

[10] Vgl. dazu Dok. 23.

[11] Robert von Pagenhardt.

[12] Die Wahlen zum britischen Unterhaus vom 15. Oktober 1964 führten zu einer Regierungsmehrheit für die Labour Party.

ren[13], schien das britische Zögern in jüngster Zeit – vor allem nach Vorliegen des Berichts der militärischen Untergruppe – in erster Linie durch innerpolitische Gründe motiviert.

In zwei Stellungnahmen am 7. und 17. April 1964[14] hat der britische Vertreter in der MLF-Arbeitsgruppe jedoch das Projekt der MLF durch verschiedenste Gesichtspunkte erneut grundsätzlich in Zweifel gezogen und damit zu erkennen gegeben, daß Großbritannien auch unabhängig von seiner innerpolitischen Situation nicht an einem schnellen Fortgang der Beratungen und einer baldigen Verwirklichung der MLF interessiert zu sein scheint.

In seinen Stellungnahmen warf der britische Vertreter vor allem die Fragen auf,

– ob der politische Effekt der MLF nicht auch mit geringeren Mitteln (weniger Schiffe und Raketen) erreicht werden könne;

– ob nicht auch andere Waffenträger (Flugzeuge und landgebundene Raketen) einbezogen werden sollten;

– ob nicht überhaupt die Streitkräfteplanung innerhalb der NATO[15] mehr berücksichtigt werden sollte.

Er machte den Vorschlag, diese Fragen und weitere, mit ihnen zusammenhängende Aspekte parallel zu den laufenden Beratungen über die MLF zu untersuchen und hierbei der Frage der Kosten unter Berücksichtigung der Gesamtkosten für die Streitkräfteplanung der NATO besondere Aufmerksamkeit zu schenken.

Ferner deutet eine Feststellung des britischen Vertreters in der Sitzung vom 16.4. auf eine Versteifung der britischen Haltung in der Frage der politischen Kontrolle hin.[16] Während der britische Vertreter bisher gefordert hatte, daß

[13] Vgl. dazu Dok. 14, Anm. 42.

[14] Die Erklärungen des britischen Botschafters Shuckburgh vom 7. und 16. April 1964 in der MLF-Arbeitsgruppe wurden jeweils am selben Tag von Botschafter Grewe, Paris (NATO), an das Auswärtige Amt übermittelt. Vgl. Abteilung II (II 7), VS-Bd. 1358.
Mit Drahtbericht vom 17. April 1964 nahm Grewe dazu Stellung: „Der britische Vorschlag läuft praktisch darauf hinaus, von dem ursprünglichen Konzept der MLF, SACEUR Mittelstreckenraketen zur Verfügung zu stellen, die hauptsächlich für einen strategischen Einsatz geeignet sind, abzurücken und die multilaterale Streitmacht auf Waffen des taktischen und erweiterten taktischen Bereiches (etwa über 1000 km) zu beschränken. Er würde somit von dem militärischen Ausgangspunkt des MLF-Projekts abrücken, wonach die MLF eine Teilerfüllung der MRBM-Anforderungen SACEURs sein sollte ... Der neue britische Vorschlag steht in bemerkenswertem Gegensatz zu der Auskunft, die unsere Botschaft London im Herbst vergangenen Jahres vom britischen Verteidigungsministerium erhielt, wonach die Briten als echter Gesprächspartner an den MLF-Gesprächen teilnehmen und auf der Grundlage der bisherigen Gedankengänge verhandeln wollten, da völlig neue Vorschläge den Gesprächen die Grundlage entziehen würden." Vgl. Abteilung II (II 7), VS-Bd. 1358; B 150, Aktenkopien 1964.

[15] Die künftige Streitkräfteplanung wurde damals im Rahmen der sogenannten „Stikker exercise" eingehend behandelt. Den entsprechenden Auftrag erhielt der Ständige NATO-Rat im Juni 1963. Dabei sollten „die miteinander in Zusammenhang stehenden Fragen der konventionellen Streitkräfte-Anforderungen, des Verhältnisses zwischen nuklearen und konventionellen Streitkräften, der NATO-Strategie und der finanziellen Möglichkeiten der Mitgliedstaaten" untersucht werden. Vgl. AAPD 1963, II, Dok. 190. Vgl. dazu auch AAPD 1963, III, Dok. 406.

[16] Zu der von der MLF-Arbeitsgruppe gefertigten Niederschrift über die Sitzung vom 16. April 1964 vgl. Abteilung II (II 7), VS-Bd. 1376.

Großbritannien in jedem Falle (d.h. auch unabhängig von seinem Kostenbeitrag) in einem kleineren Kontrollgremium vertreten sein müsse, stellte er jetzt kategorisch fest, daß Großbritannien nie an der MLF teilnehmen würde, wenn nicht sichergestellt sei, daß die USA und Großbritannien als Nuklearmächte ein Veto behielten.

Als Motive für den britischen Vorstoß wird der Wunsch erkennbar,

– den zweiten, multinationalen Aspekt des Nassauabkommens[17] zu beleben;

– damit – durch Einbringung in Großbritannien zu produzierender oder bereits vorhandener U-Boote oder Flugzeuge in die MLF – Kosten zu sparen;

– gleichzeitig nach Möglichkeit den Kauf britischen Rüstungsmaterials (TSR-2-Bomber!) anstelle von amerikanischem Material durch die anderen Partner zu fördern;

– somit mit geringeren Kosten einen größeren britischen Einfluß (mit britischer Sonderstellung als Nuklearmacht) zu erreichen;

– auf alle Fälle durch eine derartige Ausweitung des Beratungsthemas Zeit zu gewinnen.

Die britischen Mitteilungen fanden in einer ersten Diskussion in der MLF-Arbeitsgruppe ein wenig positives Echo.[18] Auf konkrete Gegenfragen wich der britische Vertreter teilweise aus, teilweise schwächte er seine vorherigen Stellungnahmen ab. Es kann jedoch nicht verkannt werden, daß sein Hinweis auf eventuelle Kostenersparnis vor allem bei den kleineren Beratungsteilnehmern gewisse Beachtung finden wird.

Eine Berücksichtigung der britischen Vorschläge liegt nicht im deutschen Interesse, da durch sie das Projekt der MLF in seinem Kern verändert und damit seine politische Dynamik abgeschwächt würde. Es steht auch zu befürchten, daß eine längere Beratung der britischen Vorschläge die Bereitschaft der Vereinigten Staaten zu einem britisch-amerikanischen Kompromiß auf Kosten des bisherigen MLF-Konzepts fördern könnte.

Das Bundesverteidigungsministerium hat zu dem britischen Vorschlag noch nicht im einzelnen Stellung genommen, jedoch schon vorab schwere Bedenken angemeldet, da durch die Verwirklichung dieser Vorschläge die MLF unwirtschaftlich und als Abschreckungsmittel unbedeutend würde. Ferner

[17] Das Nassau-Abkommen vom 21. Dezember 1962 beinhaltete sowohl die von Großbritannien befürwortete multinationale Konzeption als auch die von den USA angestrebte multilaterale Variante. Eine Streitmacht aus mehreren Staaten, aber mit national einheitlich bemannten Trägersystemen – insbesondere Schiffen oder U-Booten – wurde als multinational, eine solche mit Besatzungen unterschiedlicher Nationalität bei den einzelnen Trägersystemen als multilateral bezeichnet. Vgl. dazu auch AAPD 1963, I, Dok. 12.
Für den Wortlaut des Nassau-Abkommens vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 48, 1963, S. 43–45; für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1963, S. D 30–32.

[18] Botschafter Grewe, Paris (NATO), berichtete am 17. April 1964, die britischen Vorschläge seien von belgischer, italienischer und griechischer Seite „recht kühl" aufgenommen worden. Er selbst habe erklärt, „daß eine Parallelität der Untersuchungen beider Projekte jetzt kaum mehr herzustellen sei, nachdem der ursprüngliche amerikanische Vorschlag nun schon seit geraumer Zeit geprüft werde". Der Zeitfaktor sei für die Bundesrepublik von Bedeutung. Man könne die Untersuchungen nicht auf mehrere Jahre ausdehnen. Vgl. Abteilung II (II 7), VS-Bd. 1358; B 150, Aktenkopien 1964.

würde die Beteiligung der nicht-nuklearen Mächte an der Nuklear-Strategie fast ganz eliminiert.

3) Deutsch-amerikanische Zusammenarbeit:

Die seit dem Besuch der Merchant-Gruppe in Bonn Anfang 1963[19] und seit dem Briefwechsel Kennedy-Adenauer[20] bestehenden bilateralen deutsch-amerikanischen Kontakte in der MLF-Frage sind am Rande der multilateralen Beratungen der MLF-Arbeitsgruppe mehr und mehr intensiviert worden. Sie haben vor allem zu bilateralen Erörterungen über den beiliegenden, bisher nur uns zur Kenntnis gegebenen amerikanischen Entwurf für einen MLF-Vertrag[21] geführt, in dem auch bereits eine Reihe deutscher Anregungen berücksichtigt sind. Der Entwurf, der am 20.3. in einer AA-internen Besprechung[22] unter Leitung von Staatssekretär Carstens geprüft wurde, entspricht in seiner jetzigen Form im ganzen unseren Vorstellungen. Dies gilt insbesondere für den auf deutschen Vorschlag in den Entwurf aufgenommenen Abstimmungsmodus für die politische Kontrolle, nach dem die Nuklearwaffen durch eine Mehrheit von mindestens 67 % der Anteile an den Kosten (amerikanischer Anteil = 35 %) freigegeben werden sollen. Die weitere Prüfung und die deutsch-amerikanische Beratung von Einzelfragen dauern an.

4) Haltung von Präsident Johnson:

Präsident Johnson hat in einem Gespräch vom 10.4. mit dem amerikanischen NATO-Botschafter Finletter, von dem letzterer Botschafter Grewe[23] und am 16.4. persönlich den Herrn Bundeskanzler[24] unterrichtete, eindeutig sein starkes Interesse an dem Zustandekommen der MLF zum Ausdruck gebracht. Er hat insbesondere

– seine Bereitschaft erklärt, alles in seiner Kraft Stehende zu tun, um eine Vertragsunterzeichnung unmittelbar nach den amerikanischen Wahlen[25],

[19] Die amerikanische MLF-Expertengruppe besuchte vom 5. bis 9. März 1963 die Bundesrepublik. Vgl. dazu AAPD 1963, I, Dok. 120.

[20] Für den Wortlaut der Schreiben des Bundeskanzlers Adenauer vom 22. Januar und vom 30. April 1963 vgl. AAPD 1963, I, Dok. 46 und Dok. 156.
Zu dem Briefwechsel vgl. ferner Ministerbüro, VS-Bd. 8475.

[21] Zur Beurteilung des amerikanischen Entwurfs für eine MLF-Charta durch das Auswärtige Amt vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Krapf vom 16. März 1964; Abteilung II (II 7), VS-Bd. 1350; B 150, Aktenkopien 1964.
Vgl. dazu auch die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Scheske vom 25. Februar 1964; Abteilung II (II 7), VS-Bd. 1349; B 150, Aktenkopien 1964.

[22] Für die mit Drahtbericht des Botschafters Grewe, Paris (NATO), vom 24. März 1964 übermittelte Gesprächsaufzeichnung vgl. Abteilung II (II 7), VS-Bd. 1350; B 150, Aktenkopien 1964.
Staatssekretär Carstens befürwortete in der Besprechung vom 20. März 1964 den Vorschlag, „die politische Kontrolle über Freigabe und Einsatz der Waffen einem Mehrheitsbeschluß der MLF-Staaten zu unterwerfen, wobei diese Mehrheit 67 Prozent der Anteile repräsentieren müsse. Diese Formel läge im deutschen Interesse, da sie in der Mehrzahl der Fälle die deutsche Mitwirkung erfordert. Sie wäre auch fair gegenüber allen übrigen Partnern, weil sie ihnen ein Mitspracherecht in dieser entscheidenden Frage gewährt. Die amerikanische Forderung nach einem Veto wäre sichergestellt."

[23] Zum Gespräch vom 13. April 1964 vgl. Dok. 98, Anm. 3.

[24] Zum Gespräch vom 16. April 1964 vgl. Dok. 98.

[25] Die amerikanischen Präsidentschaftswahlen fanden am 3. November 1964 statt.

eventuell noch im Dezember, äußerstenfalls Anfang Januar 1965 zu ermöglichen;

– seine Entschlossenheit ausgedrückt, diese Zielsetzung ohne Rücksicht auf das Zögern anderer Staaten zu verfolgen, wobei er auf die hierfür unerläßliche deutsche Unterstützung rechne;

– die Zuversicht ausgedrückt, daß bei einem Vorangehen der Vereinigten Staaten und Deutschlands auch die bisher noch zögernden Staaten, vor allem Großbritannien und Italien, sich zum Beitritt entschließen würden;

– erwähnt, daß er vom amerikanischen Kongreß keine ernsthafte Opposition gegen die MLF erwarte, da sich für diese auch führende Republikaner, wie Eisenhower und Nixon, ausgesprochen hätten.

Botschafter Finletter hat seinerseits in dem Gespräch mit dem Herrn Bundeskanzler am 16.4. durchblicken lassen, daß man in Washington möglicherweise zunächst auch eine alleinige Unterzeichnung der Vereinigten Staaten und Deutschlands in der Hoffnung erwägen würde, daß dann die anderen Partner sich innerhalb kürzester Zeit anschließen würden. Er befürwortete gleichzeitig eine besonders enge deutsch-amerikanische Zusammenarbeit, notfalls auch ohne Rücksicht auf die anderen Beratungspartner, da man nach dem Stand der Dinge in einzelnen Ländern in der MLF-Arbeitsgruppe zur Zeit keine schnellen Entscheidungen erwarten könne.

5) Deutsche Stellungnahme zur Fortführung der MLF-Beratungen:

Der Herr Bundeskanzler hat in dem Gespräch am 16.4. Botschafter Finletter gebeten, dem amerikanischen Präsidenten mitzuteilen, daß wir bereit sind, das MLF-Projekt mit allen unseren Kräften zu unterstützen und alles zu tun, um die Unterzeichnung bis zum Jahresende zu verwirklichen.

Diese Zielsetzung macht es erforderlich, daß

– sobald wie möglich mit konkreten Vertragsverhandlungen begonnen wird;

– der Vertrag sich (als „Charta") auf die wesentlichen, der Ratifizierung bedürfenden Punkte des Projekts beschränkt.

Nach Lage der Dinge ist hierfür ein enges deutsch-amerikanisches Zusammengehen erforderlich. Gegen eine, dem Vorschlag von Botschafter Finletter entsprechende deutsch-amerikanische Zusammenarbeit, die nicht ein gemeinsames Vorgehen in der MLF-Arbeitsgruppe zum Ziel hat, sondern sich zu einem schnellen bilateralen Vorangehen unter Ausschluß der übrigen Beratungsteilnehmer entwickelt, bestehen jedoch vorerst noch[26] Bedenken. Ein derartiges Vorgehen würde

– zu einer Verstimmung bei den anderen Beratungsteilnehmern und damit zu einer Gefährdung des multilateralen Konzepts führen,

– die Amerikaner nicht gegenüber allen MLF-Partnern festlegen und ihnen damit die Möglichkeit zu einem späteren, unsere Interessen und das MLF-Konzept als solches beeinträchtigenden Ausgleichsgespräch mit den Briten offenlassen.

[26] Die Wörter „vorerst noch" wurden von Staatssekretär Carstens handschriftlich eingefügt.

Vielmehr sollte die deutsch-amerikanische Zusammenarbeit darauf gerichtet sein, im gemeinsamen Vorgehen die Arbeit in der MLF-Arbeitsgruppe mit dem Ziel eines baldigen multilateralen Vertragsabschlusses unter den zum Abschluß bereiten Partnern zu beschleunigen und zu intensivieren.

Es wird daher vorgeschlagen, Botschafter Grewe zu ermächtigen, daß er Botschafter Finletter vorschlägt,

– in abgestimmtem deutsch-amerikanischen Vorgehen in der MLF-Arbeitsgruppe auf eine Ablehnung (oder zumindest dilatorische Behandlung) des britischen Vorschlags hinzuwirken[27];

– gemeinsame deutsch-amerikanische Schritte zur Intensivierung und Beschleunigung der Beratungen in der MLF-Arbeitsgruppe auf der Basis der „treaty-like language" (als Übergang zu konkreten Vertragsverhandlungen) zu unternehmen[28];

– eine so zeitgerechte deutsch-amerikanische Initiative zum Übergang zu konkreten Vertragsverhandlungen der MLF-Arbeitsgruppe (auf der Grundlage des amerikanischen Entwurfs) zu ergreifen, daß eine Unterzeichnung des MLF-Vertrags unter den zum baldigen Abschluß bereiten Beratungspartnern im Dezember 1964 möglich wird (wobei den nicht verhandlungsbereiten Partnern eine weitere Teilnahme an den Verhandlungen als Beobachter freigestellt bleiben könnte).

Hiermit über den Herrn Staatssekretär[29] dem Herrn Bundesminister[30] mit der Bitte um Zustimmung vorgelegt.

i.V. Luedde-Neurath

Abteiung II (II 7), VS-Bd. 1350

[27] Zu den britischen Vorschlägen vgl. weiter Dok. 146.

[28] Zur Fortführung der MLF-Verhandlungen vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Krapf vom 27. Mai 1964; Abteilung II (II 7), VS-Bd. 1350; B 150, Aktenkopien 1964.
Vgl. dazu auch Dok. 284.

[29] Hat Staatssekretär Carstens am 26. April 1964 vorgelegen, der für Ministerialdirektor Krapf handschriftlich vermerkte: „Bitte kurze Aufz[eichnung] über Sachstand für NATO-Konferenz Den Haag für den H[errn] Minister."

[30] Hat Bundesminister Schröder vorgelegen.

105

Botschafterkonferenz

II 3-82.02/275/64 geheim **21. April 1964**[1]

In der Nachmittagssitzung[2] am 21. April 1964 trugen die Botschafter Weber, von Braun und van Scherpenberg Referate vor. Die anschließende Diskussion befaßte sich vor allem mit der zur Zeit im Botschafterlenkungsausschuß behandelten Deutschland-Initiative[3].

Botschafter *Weber* (Kairo) leitete sein Referat mit dem Hinweis auf die große Zahl von Gipfelkonferenzen ein, die demnächst in Kairo stattfinden sollten (Afrikanische Gipfelkonferenz[4], 2. Arabische Gipfelkonferenz[5], Neutralistenkonferenz[6] und möglicherweise eine zweite Bandung-Konferenz[7]). Außerdem werde Chruschtschow ab 10. Mai die VAR besuchen[8], um den ersten Bau-

[1] Legationsrat I. Klasse Wickert legte die Niederschrift über die Sitzung am 27. April 1964 Ministerialdirektor Krapf vor.

[2] Zur Sitzung am Abend des 21. April 1964 vgl. Dok. 106.
Für weitere Niederschriften über die Botschafterkonferenz vom 20. bis 22. April 1964 vgl. Abteilung II (II 1), VS-Bd. 22, und Abteilung II (II 5), VS-Bd. 240; B 150, Aktenkopien 1964.
In einem zusammenfassenden Runderlaß vom 27. April 1964 erläuterte Staatssekretär Carstens: „An Botschafterkonferenz in Bonn vom 20.–22. April nahmen in Anwesenheit Bundesaußenministers, der Staatssekretäre und leitender Beamter des Auswärtigen Amts die Botschafter in Moskau, Washington, Paris, London, Rom, Tokio, New Delhi, Kairo, Rom (Vatikan), der NATO-Botschafter und der Beobachter bei den Vereinten Nationen teil. Zweck der Konferenz war, aus dem Arbeitsbereich der Missionschefs Überblick über Lage und Entwicklungstendenzen in den Ost-West-Beziehungen zu gewinnen und unsere Maßnahmen darauf auszurichten." Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 441; B 150, Aktenkopien 1964.

[3] Für den Wortlaut der Deutschland-Initiative (Fassung vom 10. April 1964) vgl. Dok. 3 mit den Änderungen in Anm. 5, 9, 11–20 und 22.
Zum Stand der Beratungen vgl. Dok. 101.

[4] Zur Konferenz der Staats- und Regierungschefs der Organisation der Afrikanischen Einheit vom 17. bis 21. Juli 1964 vgl. EUROPA-ARCHIV 1964, D 583–588.

[5] Zur Konferenz vom 5. bis 11. September 1964 vgl. Dok. 95, Anm. 16.

[6] Zu der für Oktober 1964 geplanten Konferenz der blockfreien Staaten vgl. Dok. 65, Anm. 6. Vgl. dazu auch Dok. 275.

[7] Die für 1965 geplante zweite Bandung-Konferenz kam nicht zustande. Vgl. auch Dok. 95, Anm. 17.

[8] Der sowjetische Ministerpräsident besuchte vom 9. bis 25. Mai 1964 die VAR. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1964, Z 133.
Dazu stellte Vortragender Legationsrat I. Klasse Kutscher am 29. Mai 1964 zusammenfassend fest: „1. Chruschtschow und Nasser haben sich zu einer politischen Zusammenarbeit in anti-westlicher Frontstellung im Nahen Osten und Nordafrika auf vielen Gebieten geeinigt. Zu einer Unterstützung der sowjetischen Deutschlandpolitik hat sich Nasser nicht bereit gefunden ... 2. Auf ideologischem Gebiet hat Nasser seine volle Unabhängigkeit vom Kreml bewahrt; Chruschtschow seinerseits hat den arabischen Sozialismus nicht als ‚wissenschaftlichen Sozialismus' anerkannt. Der Streit um diese Fragen schlug sich in der abweichenden Beurteilung der ägytischen Politik der ‚arabischen Einheit' nieder. Es ist nicht damit zu rechnen, daß Ägypten zu einem nordafrikanischen Kuba wird. 3. Chruschtschow hat die sowjetische Position in Ägypten sowohl gegenüber dem Westen als auch gegenüber den rivalisierenden Bemühungen Pekings stärken können. Er hat sich zu großzügigen wirtschaftlichen Hilfeleistungen bereitgefunden, offenbar um die VAR zum Zentrum der sowjetischen Entwicklungspolitik auf dem afrikanischen Kontinent zu machen." Vgl. Abteilung II (II 4), VS-Bd. 252; B 150, Aktenkopien 1964.

abschnitt des Assuan-Dammes einzuweihen. Der Ostblock bereite sich auf alle diese Konferenzen und Begegnungen vor. Die Deutschlandfrage werde sicher bei diesen Gelegenheiten erörtert werden. Der Tagesordnungsvorschlag für die Neutralistenkonferenz z.B. sehe die Erörterung des „Problems der geteilten Nationen" vor.[9] Wir müßten uns überlegen, was wir in unserem Verhältnis zur VAR tun könnten, um überraschenden Entwicklungen in bezug auf die Deutschland- und Wiedervereinigungsfrage vorzubeugen.

Das Jahr 1964 bringe Nasser die Erfüllung seines alten Planes, wonach Kairo der Mittelpunkt mehrerer konzentrischer Kreise und Mächtegruppierungen werden solle. Die Sowjetunion und mit ihr die übrigen Ostblockstaaten hätten, besonders nach dem Sinai-Krieg[10], im Nahen Osten Fuß fassen können und durch ihr Zugreifen beim Assuan-Damm-Projekt[11] ihre Stellung befestigt. Sie werde geachtet, wenn auch nicht geliebt, und gelte als seriöser Partner. Man könne Nasser als „Wellenreiter des Kalten Krieges" bezeichnen, der um so größere Fahrt mache, je höher die Wellen gingen. Er agiere nicht, sondern reagiere, d.h. er ziehe sich sofort von der Seite zurück, von der der größere Druck gegen ihn ausgeübt werde.

Nur zwei Extremfälle könnten für ihn kritisch verlaufen: erstens ein neuer Weltkrieg, zweitens eine gütliche Einigung zwischen Moskau und Washington und die Aufteilung der Welt in zwei große Interessensphären. Die sowjetisch-amerikanische Entspannung, wie sie aus dem Moskauer Teststopp-Abkommen[12] sichtbar zu werden schien, habe auf Nasser alamierend gewirkt.

Durch den sowjetisch-chinesischen Konflikt[13] und den eigenwilligen Kurs de Gaulles werde Nassers Außenpolitik, die bisher leicht überschaubar war, komplizierter; dennoch zeichneten sich zwei Grundtendenzen ab:

1) Nasser suche stärkere Rückendeckung nach allen Seiten (Aussöhnung mit allen arabischen Staaten und Bemühungen um Konsolidierung afrikanischer Staaten-Organisationen).

2) Zusammenarbeit der ungebundenen Staaten, deren Kreis er durch europäische und lateinamerikanische Länder zu erweitern suche.

Auf den kommenden Konferenzen werde Nasser eine entscheidende Rolle spielen.

Nach arabischen Vorstellungen sei Deutschland, das in zwei Weltkriegen Gegner der Westmächte war, dazu prädestiniert, die stärkste Macht des neutralistischen Lagers und – wenn nicht dessen Führer – so doch sein Bankier und Hoflieferant zu werden.

[9] Zum Stand der Vorbereitungen für die geplante Konferenz der blockfreien Staaten vgl. den Bericht des Legationsrats I. Klasse Ramisch, Colombo, vom 2. April 1964; Referat I B 5, Bd. 17.

[10] Im zweiten israelisch-arabischen Krieg vom 29. Oktober bis 6. November 1956 besetzte Israel den Gaza-Streifen und die Sinai-Halbinsel.

[11] Am 27. Dezember 1958 unterzeichneten die VAR und die UdSSR ein Abkommen, in dem die sowjetische Seite finanzielle Unterstützung und technische Hilfe bei der Errichtung des Assuan-Damms zusagte.

[12] Für den Wortlaut des Teststopp-Abkommens vom 5. August 1963 vgl. DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1963, S. 291–293.

[13] Zum sowjetisch-chinesischen Konflikt vgl. Dok. 11, Anm. 4, und Dok. 112, Anm. 14.

Nassers Haltung zu weltpolitischen Problemen sei im allgemeinen kühl und werde emotional nur dort, wo er das Lebensinteresse der VAR gefährdet sieht. Musterbeispiel für einen Komplex, bei dem er gefühlsmäßig reagieren würde, sei die Tätigkeit deutscher Techniker und Wissenschaftler im Rahmen des ägyptischen Rüstungsprogramms[14]. Nach *ägyptischer* Auffassung sollte die Bundesrepublik Deutschland diese Tätigkeit begrüßen, da dadurch die Rüstungsabhängigkeit der VAR vom Ostblock vermindert werde.

Der israelische Staat erscheine Nasser gefährlicher als eine noch weitergehende militärische Bindung an die Sowjetunion. Mit der Entwicklung einer eigenen Raketenindustrie wünsche er aber gerade von den Sowjets auf diesem Gebiet unabhängig zu sein. Die Zurückziehung deutscher Experten diene nach ägyptischer Ansicht nur dem sowjetischen Interesse. Eine solche Politik sei nur dadurch erklärlich, daß die verantwortlichen Politiker der Bundesrepublik Deutschland Angst vor israelischer Diffamierung hätten. Vor einem Jahr habe der stellvertretende Außenminister der VAR eine Überprüfung der deutsch-arabischen Beziehungen angedroht, falls die Bundesregierung auf die deutschen Experten Druck ausübte.[15]

Der empfindlichste Punkt in den deutsch-arabischen Beziehungen sei natürlich unser Verhältnis zu Israel. Wenn wir auch nur um einen Finger breit vom Status quo abwichen, müßten wir mit ernsten Gegenmaßnahmen der VAR rechnen, von der Anerkennung der SBZ bis zum Abbruch der Beziehungen zu uns. Es werde keinen Unterschied machen, ob wir in Israel eine Botschaft, ein Generalkonsulat oder auch nur eine Handelsmission eröffneten. Es sei kaum zu bezweifeln, daß sich alle übrigen arabischen Staaten dem ägyptischen Vorgehen anschließen würden. Tito könne diese Stimmung dann ausnutzen, um eine Kettenreaktion in der neutralistischen Welt auszulösen. Wenn wir diplomatische Beziehungen zu Israel aufnähmen, würden wir damit die Hallstein-Doktrin[16] unwirksam machen, die SBZ aufwerten und die kommunistische Position im Vorderen Orient stärken.

Mit einer solchen Politik wäre auch Israel nicht gedient. Davon sollten wir die israelische Regierung zu überzeugen versuchen.

Fragte man früher nach der ägyptischen Reaktion auf die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Bonn und Tel Aviv, so müsse Nasser heute den Sowjets die Frage stellen, wie Bonn reagieren werde, wenn er die SBZ anerkenne: Das Ergebnis könne nur unübersehbare wirtschaftliche und politische Reaktionen der Bundesrepublik Deutschland auslösen, die letztlich nur Israel zugute kommen könnten. Man sollte Nasser in dieser Haltung für die bevorstehenden Konferenzen bestärken. Mit Aide-mémoires über den Katalog der

[14] Zu den in der ägyptischen Rüstungsindustrie tätigen Experten aus der Bundesrepublik vgl. zuletzt Dok. 88.

[15] Am 22. März 1963 berichtete Botschafter Weber, Kairo, über ein Gespräch mit dem stellvertretenden ägyptischen Außenminister. Zulfiqar Sabri äußerte sich besorgt über mutmaßliche Absichten der Bundesregierung, deutschen Staatsangehörigen zu verbieten, „in gewissen wirtschaftlichen oder wissenschaftlichen Zweigen für die VAR zu arbeiten". Er erklärte, „eine solche diskriminatorische Maßnahme gegen die VAR würde die VAR-Regierung nötigen, ihre Beziehungen zur Bundesrepublik zu überprüfen". Vgl. Abteilung I (I B 4), VS-Bd. 221; B 150, Aktenkopien 1963.

[16] Zur Hallstein-Doktrin vgl. Dok. 46, Anm. 15.

Menschenrechte oder die Berliner Mauer sei dagegen kein Eindruck zu machen. Eine Drohung, der VAR die Wirtschaftshilfe zu entziehen, werde als offene Provokation empfunden werden.

Die deutsche Wirtschaftshilfe sei in jedem arabischen Land ersetzbar; sowohl der Ostblock, an der Spitze die SBZ, wie auch unsere westlichen Verbündeten würden in diese Lücke einspringen.

Kennedy habe mit Nasser einen persönlichen Briefwechsel[17] geführt, in dem die gemeinsamen Interessen, die Möglichkeiten einer Zusammenarbeit aufgezeichnet, aber auch die Grenzen abgesteckt worden seien. Präsident Johnson versuche, diese Methode wieder aufzunehmen.[18] Voraussetzung für ein ähnliches Vorgehen von deutscher Seite wäre, daß wir den sehr labilen Status quo im Nahen Osten nicht durch unzeitgemäße Initiativen beeinträchtigten, etwa durch die Verabschiedung des geplanten Paßgesetzes[19]. Chruschtschow würde daraus bei seinem Besuch in der VAR große Vorteile ziehen können.

Der Herr *Bundesaußenminister* stimmte grundsätzlich diesen Schlußfolgerungen zu. Er erklärte, man solle sich nicht darauf verlassen, daß das Gesetz im weiteren Verlauf der Beratungen zu Fall komme. Für die Israelis sei dieses Gesetz eine Prestigesache. Sie wollten einen Keil zwischen uns und die arabischen Staaten treiben. Selbst ein Kabinettsbeschluß über dieses Gesetz werde bereits eine schwerwiegende negative Wirkung für uns im Nahen Osten haben. Der Herr Minister wies darauf hin, daß die Bundesregierung von allen Staaten am meisten für Israel tue.

Er bat Herrn Botschafter Weber, in der Kabinettssitzung am 22. April[20], in der das Paßgesetz behandelt werden sollte, seine Gedanken vorzutragen.

Herr Botschafter *von Braun* (Beobachter bei den Vereinten Nationen, New York) leitete sein Referat mit einem Überblick über die Veränderungen der Vereinten Nationen während der vergangenen 19 Jahre ein. Die sicheren Mehrheiten der westlichen und lateinamerikanischen Gründernationen seien geschwächt worden. Es sei heute mitunter selbst schwierig, ein Sperrdrittel zusammenzubringen. Von den 113 UN-Mitgliedern seien 58 Afroasiaten. 1970 dürften es 125 Mitglieder mit 65–70 Afroasiaten sein. Ein Drittel der Mitgliedstaaten habe weniger als 3 Millionen Einwohner. Eine 2/3 Mehrheit könnte mit den Stimmen von Staaten gebildet werden, die zusammen nur 10% der Weltbevölkerung ausmachten und 5% der UN-Beiträge leisteten.

Der Sicherheitsrat sei in allen wichtigen Konflikten unwirksam geworden. In den Vereinten Nationen wolle jeder etwas anderes: Beendigung des Kolonia-

[17] Ein Schreiben des amerikanischen Präsidenten vom 11. Mai 1961 sowie das zugehörige Antwortschreiben des ägyptischen Präsidenten wurden 1962 veröffentlicht. Für den Wortlaut vgl. MIDDLE EASTERN AFFAIRS 13 (1962), S. 269–276.
Zu den Kontakten zwischen Kennedy und Nasser vgl. auch Arthur M. SCHLESINGER, A Thousand Days. John F. Kennedy in the White House, Boston 1965, S. 566 f.

[18] Zur Einstellung des Präsidenten Johnson gegenüber der VAR vgl. auch John S. BADEAU, The Middle East Remembered, Washington 1983, S. 242–245.

[19] Zur Frage einer Novellierung des Paßgesetzes vgl. Dok. 88, besonders Anm. 6. Vgl. dazu weiter Dok. 164.

[20] Vgl. dazu Dok. 88, Anm. 12.

lismus, des Kapitalismus oder Ausdehnung des Selbstbestimmungsrechtes auf die westliche Welt. Unser Problem sei nur eins von vielen. Die Mehrheit sei neutralistisch und wolle sich aus allen Krisen, besonders aus dem Kalten Krieg, heraushalten. Sie suchten lediglich den Kompromiß und neigten dazu, alle Formulierungen zu verwässern. Das Sekretariat der UN neige zu einer ähnlichen Haltung. Das „Entspannungs"-Denken sei auch in die Vereinten Nationen eingedrungen. Zwischen sowjetischen und amerikanischen Delegierten fänden oft enge Konsultationen statt.

Eine Ausnahme bildete lediglich die Deutschlandfrage, die seit 1951[21] nicht mehr auf der Tagesordnung der Vollversammlung oder des Sicherheitsrates gestanden habe. Generalsekretär U Thant habe im September 1963 erklärt, die Deutschland- und Berlinfrage gehörten nur dann vor die Vereinten Nationen, wenn die Alliierten sich vorher darüber geeinigt hätten.[22] Trotzdem sei die deutsche Frage dauernd präsent und tauche stets auf, wenn über Neonazismus, MLF, Atomausrüstung, Status der SBZ oder Berlin gesprochen werde. Diese Erwähnungen erfolgten stets auf Initiative des Sowjetblocks und seien immer negativ für uns. Die westlichen Vertreter hätten, mit einigen Ausnahmen, darauf nicht immer zureichend und nachdrücklich genug geantwortet. Die Versprechungen, die uns in afrikanischen und lateinamerikanischen Hauptstädten gemacht worden seien, hätten die Delegationen in den Vereinten Nationen oft nicht eingelöst. Die Handlungsfähigkeit des deutschen Beobachters bei den Vereinten Nationen sei beschränkt. In den Vereinten Nationen hätten wir nur Zuhörersitze im Vollversammlungssaal. Der Ostblock mache vielfältige Versuche, die Anerkennung der SBZ als Staat in den Vereinten Nationen allmählich durchzusetzen. Es sei jedoch bisher gelungen, wesentliche Einbrüche zu verhindern. Manche Staaten (z.B. Ghana, Ceylon) verlangten häufig die Einbeziehung der Sowjetzone und arbeiteten in dieser Hinsicht offen mit dem Sowjetblock zusammen.

Unsere Nichtmitgliedschaft bei den Vereinten Nationen habe Vorteile: Wir brauchten nicht zu strittigen Themen Stellung zu nehmen und uns an militärischen Operationen der Vereinten Nationen nicht zu beteiligen. Andererseits fehle unsere Stimme bei der Behandlung aller Fragen, die – wie z.B. die Abrüstung – auch die deutschen Interessen unmittelbar berührten. Bei unserer Abwehr von Ostblockangriffen und der Bekämpfung von Versuchen, die SBZ aufzuwerten, seien wir auf Arbeit hinter den Kulissen und auf unsere Verbündeten angewiesen. Zur Zeit gingen wir davon aus, daß Vertreter der Bundesrepublik Deutschland in den Vereinten Nationen nicht auftreten sollten, wenn die Deutschlandfrage auf der Tagesordnung der Vereinten Nationen erscheine. Eigentlich könnten wir es uns aber nicht leisten, bei der Erörterung deutscher Fragen in den Vereinten Nationen zu schweigen. Die Gefahr, daß die SBZ mit uns zusammen zur Teilnahme an der Debatte im Sicherheitsrat

[21] Zur Behandlung der Frage gesamtdeutscher Wahlen durch einen Sonderausschuß der UNO vom 4. Dezember bis 19. Dezember 1951 und zur anschließenden Resolution der Generalversammlung vom 20. Dezember 1951 vgl. YEARBOOK OF THE UNITED NATIONS 1951, S. 316–325.

[22] Vgl. dazu das Gespräch des Bundesministers Schröder mit UNO-Generalsekretär U Thant am 26. September 1963; AAPD 1963, II, Dok. 366.

eingeladen werde, sei bei der Zusammensetzung des Sicherheitsrates in diesem und im nächsten Jahr[23] nicht gegeben.

Man müsse sich fragen, *ob wir* nicht *die Mitgliedschaft bei den Vereinten Nationen beantragen sollten.*[24] Zur Aufnahme brauchten wir einen empfehlenden Beschluß des Sicherheitsrates und eine 2/3 Mehrheit der Vollversammlung. Im Sicherheitsrat könnten wir zwar auf eine Mehrheit von 9 bzw. 10 von 11 Stimmen rechnen, die Sowjetunion würde jedoch sicher ihr Veto einlegen, es sei denn, daß gleichzeitig die SBZ zugelassen würde. Ein Aufnahmeantrag der SBZ hätte keine Erfolgsaussichten, ja man könnte wahrscheinlich sogar seine Behandlung im Sicherheitsrat verhindern. Das Veto würde der Sowjetunion nicht leicht fallen, weil damit der Willen der Mehrheit der UN-Mitglieder mißachtet würde und da die Sowjetunion diplomatische Beziehungen mit uns unterhalte. Trotzdem müßten wir unter den heutigen Umständen mit einem Veto rechnen. Herr Botschafter von Braun kam daher zu dem Schluß, daß ein Aufnahmeantrag nicht ratsam sei, es sei denn, daß uns die Auslösung eines sowjetischen Vetos aus anderweitigen politischen Gründen zweckmäßig erscheine.

Eine Chance für unsere Aufnahme ohne unerfüllbare deutsche Gegenleistungen könnte sich im Zusammenhang mit der Aufnahme Rotchinas[25] ergeben. Es sei zwar stets abgelehnt worden, die nationalchinesische Vertretung aus der Vollversammlung und dem Sicherheitsrat zu entfernen. Aber es sei durchaus möglich, daß die Vereinten Nationen sich bereitfänden, der Mitgliedschaft beider chinesischer Staaten zuzustimmen. Man könne sich unter Umständen vorstellen, daß die amerikanische Regierung bereit wäre, gegen die auf die Dauer ohnehin unvermeidliche Zulassung Rotchinas wenigstens die Zulassung der Bundesrepublik Deutschland einzuhandeln. Derartige „package deals" seien schon mehrfach abgeschlossen worden.

Erforderlich wäre in einem solchen Falle jedoch, daß wir unseren Standpunkt überprüften, wonach nur das wiedervereinigte Deutschland Mitglied der Vereinten Nationen werden soll. Wenn es der Bundesrepublik Deutschland gelänge, in die Vereinten Nationen aufgenommen zu werden, ohne daß damit die SBZ aufgewertet werde, könnten wir vor dem UN-Forum mit erheblich größerem Nachdruck für ganz Deutschland sprechen.

Der Herr *Bundesaußenminister* gab im Anschluß an diese Ausführungen zu bedenken, daß die Sowjetunion sicher auf der getrennten Aufnahme der beiden Teile Deutschlands bestehen würde, wenn sie sich tatsächlich entschlösse, die Mitgliedschaft der beiden Teile Chinas zu befürworten.

Herr Botschafter *van Scherpenberg* (Vatikan) sprach über die politische Haltung des Heiligen Stuhls im Ost-West-Konflikt. Bis zum Ende der Ära Pacelli[26] sei die Haltung des Vatikans unproblematisch gewesen. Der Heilige Stuhl

[23] Neben den fünf Ständigen Mitgliedern gehörten 1964 Bolivien, Brasilien, die Tschechoslowakei, die Elfenbeinküste, Marokko und Norwegen dem Sicherheitsrat an. 1965 waren dies Bolivien, die Elfenbeinküste, Jordanien, Malaysia, die Niederlande und Uruguay. Vgl. YEARBOOK OF THE UNITED NATIONS 1964, S. 609.

[24] Zu einer möglichen Mitgliedschaft der Bundesrepublik in der UNO vgl. auch Dok. 135.

[25] Zur Frage einer Aufnahme der Volksrepublik China in die UNO vgl. Dok. 11, Anm. 5, und Dok. 17, Anm. 36.

[26] Pius XII. (Eugenio Pacelli) war von 1939 bis 1958 Papst.

habe damals vorbehaltlos an der Seite der antikommunistischen Westmächte gestanden. Die kommunistischen Staaten galten als geborene Feinde der Katholischen Kirche. Problematisch sei jedoch früher bereits Polen gewesen, das zwar kommunistisch ist, dessen Bevölkerung aber zu 90% aus guten Katholiken besteht. Die Bestrebungen des Kardinals Wyszynski, zu einem Modus vivendi mit der Warschauer Regierung zu kommen, beobachte der Vatikan mit Sorge, weil er fürchte, seine eigene Stellung könne darunter leiden, und es könne sich daraus eine Art polnischer Josephinismus[27] entwickeln. Dem Drängen der polnischen Katholiken auf Anerkennung der Oder-Neiße-Linie[28] gebe der Vatikan nicht nach. Er bleibe bei seinem Grundsatz, keine Grenzen anzuerkennen, die nicht allgemein völkerrechtlich anerkannt seien.[29] In dieser Haltung habe sich bis heute keine Änderung ergeben, und wir könnten in dieser Hinsicht auch weiterhin unbesorgt sein.

Kurz nach dem Regierungsantritt Johannes XXIII. machten sich geringfügige Abweichungen von dem bisherigen Kurs bemerkbar (z.B. Herabstufung der Botschafter aus den Baltenstaaten, Grußbotschaften an die Sowjetregierung[30], Empfang Adschubejs[31] usw.). Auf sowjetischer Seite habe es nicht an Gegenleistungen gefehlt (Reisegenehmigung für Bischöfe aus sowjetischem Einflußbereich zum Konzil).

Diese Politik habe sich unter Paul VI. nicht wesentlich geändert. Der Kampf der Kirche richte sich gegen den atheistischen Kommunismus, als ob es auch einen nicht-atheistischen Kommunismus gebe. Paul VI. betrachte sich als Vollstrecker der Politik Johannes XXIII. und glaube, daß die sachlichen Gründe für die von ihm eingeschlagene Politik unverändert fortgelten. Johannes XXIII. habe geglaubt, die Katholische Kirche stehe im kommunistischen Bereich vor ihrem Ende, das nur abgewendet werden könne, wenn dieses Gebiet wieder in lebendigen Kontakt mit der Kirche im Westen komme. Er habe geglaubt, damit den Kommunismus wirksam bekämpfen und ihn aus sich selbst heraus überwinden zu können, indem er die christlichen Kräfte dort stärkte.

Über das Risiko dieser Politik sei sich der Vatikan durchaus im klaren, nämlich der Tatsache, daß die kommunistischen Staaten aufgewertet werden und

[27] Die Politik des Kaisers Joseph II. (1765–1790) war darauf gerichtet, die Kirche dem Staat zu unterstellen.

[28] Der polnische Episkopat unterstützte den Anspruch der Regierung auf die sogenannten „wiedergewonnenen Gebiete" und setzte sich seit Anfang der fünfziger Jahre dafür ein, die provisorischen Apostolischen Administraturen, die 1945 in den der polnischen Verwaltung unterstellten Gebieten eingerichtet worden waren, in Bistümer umzuwandeln. Der Vatikan stimmte einer Veränderung der Diözesangrenzen jedoch erst 1972 zu.

[29] Vgl. dazu auch Dok. 346.

[30] Ministerpräsident Chruschtschow und Papst Johannes XXIII. tauschten anläßlich des 80. Geburtstags des Papstes sowie zum Jahreswechsel 1962/63 Grußbotschaften aus. Vgl. dazu den Drahtbericht des Botschafters van Scherpenberg, Rom (Vatikan), vom 1. Dezember 1961 sowie dessen Bericht vom 8. Januar 1963; Abteilung I (I A 4), VS-Bd. 62; B 150, Aktenkopien 1961 bzw. Aktenkopien 1963.

[31] Zur Audienz des Chefredakteurs der Zeitung „Izvestija" am 7. März 1963 bei Papst Johannes XXIII. vgl. die Drahtberichte des Botschafters van Scherpenberg, Rom (Vatikan), vom 7. und 11. März 1963; Referat 206, Bd. 189. Vgl. dazu ferner ADSHUBEJ, Gestürzte Hoffnung, S. 299–306.

daß der Widerstandswillen der Geistlichkeit in den westlichen Ländern gegenüber dem Kommunismus sinkt. Aus der Einsicht in diese Gefahren erklärten sich die heftigen Reaktionen des Vatikans gegen alle Aktionen weltlicher Staatsmänner, die diese Risiken vergrößerten. Daher rühre die fast leidenschaftliche Ablehnung der China-Politik de Gaulles. Aus derselben Haltung sei das Bestreben zu verstehen, die Stellung der gemäßigten Sozialisten zu stärken.

Die Enzyklika „Pacem in terris"[32] – mehr diskutiert als gelesen – sei in Wirklichkeit eine Magna Charta der westlichen Freiheitsrechte bis zum Widerstandsrecht gegen den Tyrannen. Sie sei in Millionen Exemplaren in kommunistischen Ländern verteilt und gelesen worden.

Zusammenfassend könne man sagen, daß die antikommunistische Haltung des Vatikans beibehalten werde, daß seine Politik sich aber durch größere Flexibilität gegenüber früher auszeichne.

In der anschließenden Diskussion gab der Herr *Bundesaußenminister* einen kurzen Überblick über die Geschichte der Deutschland-Initiative. Der Plan hierfür sei Rusk im August 1963[33] gezeigt worden. Ursprünglich wollten wir ihn damals publizieren, Rusk habe aber vorgeschlagen, ihn zuerst in der Botschaftergruppe zu besprechen.[34]

Es gebe drei Möglichkeiten, diesen Plan herauszubringen,
1) indem der Westen insgesamt an die Sowjets die Aufforderung richte, über den Plan zu verhandeln,
2) indem die drei Westmächte und die Bundesrepublik Deutschland ihn veröffentlichten,
3) indem die Bundesrepublik Deutschland ihn den drei Westmächten, aber auch der Sowjetunion mit der Aufforderung übersende, über die Deutschlandfrage in diesem Sinne zu verhandeln.

Wenn die Bundesregierung dagegen wünsche, daß die drei Westmächte den Plan der Sowjetunion als Verhandlungsgrundlage übergäben, müßten noch mehr Details ausgearbeitet werden. Wir müßten uns in diesem Falle schon in vielen Einzelheiten festlegen. Dies würde zu Schwierigkeiten – unter Umständen auch mit unseren Alliierten – führen.

Wenn die Bundesregierung den Plan von sich aus publiziere, so werde die Öffentlichkeit wahrscheinlich negativ reagieren. Der Inhalt des Plans würde der Öffentlichkeit altbekannt vorkommen und die Presse werde ihn zerreden, bevor die Sowjets geantwortet hätten. Wenn die Westmächte ihn dann nur lau unterstützten, könnte der Eindruck entstehen, die Initiative sei gescheitert. Der Herr Bundesaußenminister habe daher dem britischen Außenminister ge-

[32] Für den Wortlaut der Enzyklika vom 11. April 1963 vgl. EUROPA-ARCHIV 1963, D 255–264 (Auszug).

[33] Für den Wortlaut des Vorschlags des Auswärtigen Amts vom 13. August 1963 zur Lösung des Deutschland-Problems vgl. AAPD 1963, II, Dok. 296.
Die Deutschland-Initiative vom Januar 1964 ging nicht unmittelbar auf diesen Vorschlag zurück. Vgl. dazu Dok. 3, Anm. 2.

[34] Zur Reaktion des amerikanischen Außenministers vgl. AAPD 1963, II, Dok. 291.

sagt[35], wir würden es begrüßen, wenn dieser Plan nicht von uns allein publiziert werde, zumal sich in einem solchen Falle auch die Schwierigkeit ergebe, daß verschiedene innenpolitische Kräfte ihre Ideen in den Plan einzubauen wünschten.

Er habe Butler gesagt, wir hielten eine gemeinsame Initiative in der deutschen Frage nicht aus innenpolitischen Gründen oder aus Wahlrücksichten für notwendig, sondern um der Sowjetunion, die unentwegt auf ihren altbekannten Forderungen nach einem Friedensvertrag und Verhandlungen zwischen den „beiden Staaten" bestehe, wieder mit einem neuen Vorschlag entgegenzutreten. *Wir* seien es, die den Status quo verändern wollten; und daher müßten auch *wir* Vorschläge unterbreiten. Wir müßten verhindern, daß unsere Position ausgehöhlt werde. Es sei wünschenswert, diesen Plan noch vor dem Herbst mit den Westmächten festzulegen. Ob die Vereinigten Staaten hierfür zu gewinnen seien, werde sich bei dem Besuch des Herrn Bundeskanzlers in Washington im Juni[36] erweisen. Das gelegentlich vorgebrachte amerikanische Argument[37], durch eine solche Initiative könne die Berlin-Frage wieder in eine kritische Phase gelangen, nehme er nicht so besonders ernst.

Der Herr Bundesaußenminister vertrat die Ansicht, man müsse versuchen, von der Formel „Hallstein-Doktrin" abzukommen, da darunter heute in sich sehr verschiedene Grundsätze verstanden würden, die sich von dem ursprünglichen Sinn der Doktrin schon weit entfernt hätten. Die Bezeichnung „Alleinvertretungsanspruch" sei eindeutiger und besser.

Es sei zwar richtig, daß wir, um diesen Anspruch durchzusetzen, uns gelegentlich sehr tief hätten bücken müssen. Wir müßten uns jedoch bewußt sein, daß jeder Quadratmeter, den wir aufgäben, von der anderen Seite mit Beschlag belegt werde. Selbst kleinste Einsickerungen könnten zu einem Dammbruch führen.

In unserer Osteuropapolitik hätten wir vielleicht in der Theorie etwas zurückgesteckt, dafür aber viel gewonnen. Die osteuropäischen Staaten böten uns das einzige Operationsfeld im Rücken der Sowjetzone. Das Gewicht dieser Staaten nehme dauernd zu. Öffentlich sei diese Tatsache schwer darzulegen, wenn man die Ostblockstaaten nicht zwingen wollte, sich vor der Sowjetunion zu rechtfertigen. Selbst wenn die Presse sich zu günstig über unsere Osteuropapolitik ausspreche, sei er nicht allzu glücklich.

Herr Botschafter *Knappstein* (Washington) berichtete, im Botschafterlenkungsausschuß sei man die 10 Punkte der Deutschland-Initiative durchgegangen und habe sie korrigiert. Grundsätzlich stünden die drei Alliierten dem neu formulierten Plan positiv gegenüber. Am positivsten sei die Stellungnahme Frankreichs, dann folge Großbritannien. Auf Bedenken stoße man dagegen gelegentlich bei den Vereinigten Staaten.

[35] Zum Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem britischen Außenminister Butler am 16. April 1964 vgl. Dok. 99.

[36] Zu den deutsch-amerikanischen Regierungsbesprechungen vom 12. Juni 1964 vgl. Dok. 160 und Dok. 161.

[37] Zur amerikanischen Haltung gegenüber der Deutschland-Initiative vgl. Dok. 101, besonders Anm. 9.

Die Vereinigten Staaten wollten das Berlin-Problem in dem Plan mehr betonen. Dies sei jedoch nicht zweckmäßig, weil die Sowjets dann das Berlin-Problem herausnehmen und gesondert behandeln könnten. Die Berlin-Frage müßte unlösbar mit der Deutschlandfrage verknüpft sein.

Außerdem müßten die Vorschläge zur Sicherheitsfrage detaillierter sein. Die Franzosen würden sich damit begnügen, auf den Plan vom Jahre 1955[38] hinzuweisen. Großbritannien wünsche einige Punkte aus diesem Plan ausdrücklich zu erwähnen. Die Vereinigten Staaten hielten es für notwendig, den Grundsatz der „non-proliferation" und der Truppenreduktion, einschließlich der Verminderung unserer eigenen Truppen, ausdrücklich zu erwähnen.

Herr Botschafter Knappstein wies auf die beiden Möglichkeiten der Präsentation des Deutschland-Planes hin, und zwar

1) einer Note der drei Westmächte an die vierte für die Deutschlandfrage verantwortliche Macht, nämlich die Sowjetunion,
2) eines Manifestes der Bundesregierung, das an die drei Westmächte gerichtet und von ihnen dann befürwortet werde.

Die Franzosen und Amerikaner seien für die zweite Möglichkeit, die Briten hielten es für richtiger, wenn die drei Mächte drei Noten gleichen Inhalts, aber nicht notwendigerweise gleichen Wortlauts, an die Sowjets richteten. Eine Einigung unter den drei Westmächten über einen gemeinsamen Text werde sehr lange dauern, da jede der drei westlichen Regierungen den Text auch mit ihrer bilateralen Politik und den innenpolitischen Kräften abstimmen müsse. Die zweite Lösung erscheine ihm sehr viel leichter.

Der Herr *Bundesaußenminister* widersprach hier. Ein von den drei Mächten gemeinsam vorgebrachter Plan werde eine sehr viel größere Wirkung haben. Wenn wir allein mit diesem Plan aufträten und die anderen ihn möglicherweise nur lau oder mit unterschiedlichem Nachdruck verträten, würde die Wirkung gering sein. Notfalls müsse man eben etwas länger mit den Alliierten verhandeln.

Herr Ministerialdirektor *Müller-Roschach* machte darauf aufmerksam, daß die gegenwärtig in Genf geführten Abrüstungsverhandlungen das Deutschland-Problem berührten.[39] Wir müßten in den Deutschland-Plan die Sicherheitsfragen, die heute in Genf zur Debatte stünden, einzeln aufnehmen.

Der Herr *Bundesaußenminister* machte darauf aufmerksam, daß bei diesem Versuch der Gegensatz zwischen den Vereinigten Staaten und Frankreich sicher evident werde.

Herr Botschafter *Groepper* (Moskau) unterstützte den Vorschlag Herrn Ministerialdirektors Müller-Roschach und betonte, daß die Sicherheitsfrage für

[38] Für den Wortlaut des Vorschlags der drei Westmächte vom 27. Oktober 1955 zur Wiedervereinigung Deutschlands und zur europäischen Sicherheit vgl. DzD III/1, S. 492–497.

[39] So warf etwa die auf der Konferenz der 18-Mächte-Abrüstungskommission erörterte Errichtung von Bodenbeobachtungsposten Probleme hinsichtlich der Politik der Nichtanerkennung auf. Deutschlandpolitische Implikationen waren auch mit dem Vorschlag für ein umfassendes Teststopp-Abkommen verbunden. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Krapf vom 10. März 1964 über den Stand der Abrüstungsverhandlungen in Genf; Abteilung II (II 8), VS-Bd. 283; B 150, Aktenkopien 1964.

die Sowjets als Kaufpreis für die Wiedervereinigung sehr interessant sei. Das Junktim sollte klar und deutlich gemacht werden. Der Druck der Alliierten, uns zu Zugeständnissen in der Frage der „non-proliferation" zu bewegen, wachse; daher sei es wichtig, wenn wir uns zu diesem Zugeständnis nur gegen unwiderrufliche Gegenleistungen bereit erklärten.

Auch der Herr *Bundesaußenminister* erklärte, daß die Sicherheitsfragen dicht mit dem Deutschland-Problem verbunden sein müßten. Unsere Beteiligung an der MLF[40] gebe uns eine gute Verhandlungsgrundposition. Wir beabsichtigten nicht, einem Druck in der Frage der „non-proliferation" ohne Gegenleistungen nachzugeben.

Herr Staatssekretär Prof. *Carstens* machte darauf aufmerksam, daß man folgende Fragen unterscheiden müsse:

1) Wie wir zu den verschiedenen Genfer Projekten stünden. Wo immer möglich, sollten wir unser Einverständnis erklären, aber die Realisierung gleichzeitig von Fortschritten in der Deutschlandfrage abhängig machen.

2) In den Deutschland-Plan sollten wir nicht zuviel Einzelheiten hineinschreiben, die eine gesamtdeutsche Regierung binden würden, denn sonst könnten die Sowjets auch bindende Erklärungen in den Grenzfragen fordern.

Der Herr *Bundesaußenminister* schloß die Debatte mit der Weisung ab, darauf hinzuarbeiten, daß die drei Westmächte den Deutschland-Plan in einer gemeinsamen Note an die Sowjetregierung richteten.

Abteilung II (II/II 5), VS-Bd. 240

106

Botschafterkonferenz

St.S. 857/64 geheim **21. April 1964[1]**

Betr.: Botschafterkonferenz am 20.–22. April 1964[2];
hier: Diskussion im Hause des Herrn Staatssekretärs Carstens am Abend des 21. April

Unter Leitung von Herrn Staatssekretär Carstens diskutierten die Teilnehmer an der Botschafterkonferenz die folgenden Fragen:

I. Warum nützen die Vereinigten Staaten die Phase der außenpolitischen Schwäche der Sowjetunion (sino-sowjetischer Streit[3], wirtschaft-

[40] Zum Stand der MLF-Verhandlungen vgl. Dok. 104.

[1] Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Schmidt-Pauli gefertigt.
Hat Staatssekretär Carstens vorgelegen.

[2] Vgl. dazu auch Dok. 105, besonders Anm. 2.

[3] Zum sowjetisch-chinesischen Konflikt vgl. Dok. 11, Anm. 4, und Dok. 112, Anm. 14.

liche Probleme[4]) nicht stärker für eine Verbesserung der westlichen Position aus?

Die Antwort wurde darin gesehen, daß die Amerikaner, welche die klassischen Regeln der Machtpolitik nicht anwenden wollen oder können, ihre Hoffnung auf evolutionäre Wendungen im Ostblock setzen und – insbesondere unter dem Eindruck der Kuba-Krise[5] – meinen, daß eine Verbesserung der „Atmosphäre" es ihnen ermöglichen werde, zunächst periphere Probleme zu lösen, um so den Boden für Lösung zentraler Kontaktpunkte vorzubereiten.

Es wurde für möglich, aber nicht für entscheidend gehalten, daß die Vereinigten Staaten vor der Lösung schwieriger wirtschaftlicher Probleme stehen, die vor allem durch das Arbeitslosenproblem und die rückfällige Zahlungsbilanz geschaffen werden.

Es wurde festgestellt, daß die Deutschlandfrage in dieser Schau der amerikanischen Außenpolitik zur Zeit nur ein Randproblem ist (Botschafter Knappstein), und daran erinnert, daß die deutsche Frage für die amerikanische Außenpolitik nur während der Amtstätigkeit von Acheson und Dulles eine wirklich zentrale Rolle gespielt habe (Botschafter Grewe). Nicht Gesamtdeutschland, sondern die BRD (einschließlich Berlin) sei für viele Amerikaner ihr Verbündeter.

Wenn daher erhebliche Anstrengungen erforderlich sein werden, um für unsere Politik auch in Zukunft die volle Unterstützung der Amerikaner zu erhalten, so gibt die Entwicklung andererseits dafür auch heute bessere Möglichkeiten. Gewachsen ist nicht nur unsere wirtschaftliche und militärische Kraft, sondern allgemein auch das Gefühl der Sicherheit in der deutschen Bevölkerung, was sich seit der Kuba-Krise vor allem auch bei den Berlinern zeigt (Staatssekretär Carstens). Daraus erwächst der zunehmende innere deutsche Druck nach Wiedervereinigung, der auch den Amerikanern nicht verborgen bleibt.

II. Können wir erzwingen, daß weltweite oder regionale Entspannungsmaßnahmen mit Fortschritten in der Deutschlandfrage verbunden werden?

Das hier entstehende Problem zeigte sich bei der Entwicklung des deutschen Beitritts zum internationalen Teststoppabkommen[6]: Wir mußten ihn vollziehen, um nicht in die Isolierung zu geraten[7]. Auch in Zukunft wird es angesichts dieser Gefahr nicht leicht[8] sein, weltweite Projekte mit der Forderung nach Fortschritten in der Deutschlandfrage zu verbinden.[9]

[4] Zu den wirtschaftlichen Schwierigkeiten in der UdSSR vgl. Dok. 13, Anm. 6.

[5] Zur Kuba-Krise im Oktober 1962 vgl. Dok. 17, Anm. 2.

[6] Für den Wortlaut des Teststopp-Abkommens vom 5. August 1963 vgl. DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1963, S. 291–293.

[7] Zum Beitritt der Bundesrepublik zum Teststopp-Abkommen vgl. AAPD 1963, II, Dok. 308.

[8] Dieses Wort wurde von Staatssekretär Carstens handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „möglich".

[9] An dieser Stelle wurde von Staatssekretär Carstens gestrichen: „Allerdings können die Ereignisse hier ihren eigenen Lauf nehmen, z. B. wenn auch ohne unser Zutun der Zusammenhang zwischen Deutschlandpolitik und Teststoppabkommen bei den Schwierigkeiten sichtbar werden sollte, die bei der Hinterlegung der deutschen Beitrittserklärung in Moskau denkbar sind."

Während einerseits die Gefahr einer deutschen Isolierung selbst gegenüber dem Verbündeten Frankreich gesehen wurde (Botschafter Blankenhorn), sahen andere[10] die größere Gefahr darin, daß wir nach Musterschülerart Entspannungsmaßnahmen zustimmen, ohne auch nur die Möglichkeit gleichzeitiger Fortschritte in der Deutschlandpolitik voll erkannt zu haben.

Botschafter Groepper betonte die Notwendigkeit, alle Möglichkeiten der Verbindung von Entspannungsmaßnahmen mit der Deutschlandpolitik voll auszunützen, weil es sonst im entscheidenden Augenblick an der Möglichkeit fehlen könnte, für russische Konzessionen in der Deutschlandfrage den geforderten Preis zu zahlen. Ebenso wie die Alliierten bis 1959 den Zusammenhang zwischen Sicherheitsfragen und der deutschen Frage stets beachtet hätten, dürfte heute dieser Gesichtspunkt – gerade in der Periode der Entspannungspolitik – nicht aus den Augen gelassen werden.

Herr Müller-Roschach gab einige Anregungen, wie Fortschritte in der Deutschlandpolitik mit Entspannungsmaßnahmen verbunden werden könnten: die Grenzregelung mit einem Gewaltverzicht; der gesamtdeutsche Friedensvertrag mit einem Nichtangriffspakt zwischen NATO und Warschauer Pakt; bilaterale Abkommen über BBP zwischen uns und Ostblockstaaten mit dem Ziel der Ausschaltung der SBZ.

III. Wie können wir der Weltöffentlichkeit die Vorteile einer deutschen Wiedervereinigung erklären?

Ausgelöst wurde die Diskussion hierzu durch die Bemerkung von Botschafter von Etzdorf, daß die strategischen Vorteile einer Beseitigung des SBZ-Regimes im Zuge der Wiedervereinigung nicht nur den NATO-Staaten, sondern auch z.B. den Schweden einleuchten müßten. Die Aussprache ergab jedoch, daß es immer schwerer wird, die deutsche Teilung als eine Spannungsursache zu verdeutlichen.[11] Im Ausland würde diese Gefahr häufig unterschätzt, weil sie in Deutschland, wo es der Bevölkerung nicht liegt, akute Krisen bis zum Blutvergießen im Innern auszukämpfen, selten in dramatischen Ereignissen sichtbar wird – sei es, weil dies dem nationalen Temperament nicht entspricht, sei es, weil die Deutschen sich der Gefahr bewußt sind, daß eine akute Erhitzung des Spannungsherdes in Deutschland den dritten Weltkrieg auslösen könnte.

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 441

[10] Die Wörter „sahen andere" wurden von Staatssekretär Carstens handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „sah z.B. M[inisterial]D[irektor] Jansen".

[11] Dieser Satz ging auf Streichungen und handschriftliche Einfügungen des Staatssekretärs Carstens zurück. Vorher lautete er: „Die Aussprache ergab jedoch, daß es leichter sein dürfte, die Gefahr der deutschen Teilung als eine Spannungsursache zu verdeutlichen, als die Vorteile der Wiedervereinigung selbst darzustellen."

107

Bundesminister Schröder an den amerikanischen Außenminister Rusk

II 5-82.00/94.13/627/64 VS-vertraulich[1] **22. April 1964[2]**

Dear Dean[3],

ich danke Ihnen für Ihren Brief vom 9. April[4].

Die Entwicklungen im deutsch-jugoslawischen Verhältnis verfolge ich aufmerksam. Mit einiger Sorge beobachte ich die jüngsten jugoslawischen Bemühungen, unser Ansehen in Staaten der ungebundenen Welt zu untergraben und einer Anerkennung der „Realität zweier deutscher Staaten" das Wort zu reden.[5] Aus dieser Sorge heraus haben wir Ihre Regierung gebeten[6], ihren Einfluß in Belgrad geltend zu machen und der jugoslawischen Regierung darzulegen, daß die Kampagne, die sie zur Zeit gegen die Bundesrepublik Deutschland betreibt, einer Verbesserung der deutsch-jugoslawischen Beziehungen nicht dienen kann.

Schon im Februar vorigen Jahres erfuhren wir über Ihre Botschaften in Bonn und Belgrad[7], daß eine solche Kampagne an erster Stelle im Katalog der Maß-

[1] Geschäftszeichen des Begleitvermerks.

[2] Der Entwurf des Schreibens wurde am 21. April 1964 vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Luedde-Neurath über Staatssekretär Carstens und Staatssekretär Lahr an Bundesminister Schröder geleitet.
Der Wortlaut des Schreibens wurde am 22. April 1964 an die Botschaft in Washington zur sofortigen Weiterleitung an den amerikanischen Außenminister Rusk übermittelt.

[3] Die Anrede wurde von Bundesminister Schröder handschriftlich eingefügt.

[4] Vgl. Ministerbüro, VS-Bd. 8476.
In seinem Schreiben bat der amerikanische Außenminister, zwei deutsche Entscheidungen zu überprüfen, nämlich den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Jugoslawien und die Ablehnung der jugoslawischen Forderung von 100 Millionen Dollar für Zwecke der Wiedergutmachung. Vgl. dazu OSTERHELD, Außenpolitik, S. 84.
Im Mai 1964 veröffentlichte die Zeitung „New York Herald Tribune" eine inhaltliche Zusammenfassung des Schreibens von Rusk sowie der vorliegenden Antwort des Bundesministers Schröder. Vgl. NEW YORK HERALD TRIBUNE, Europa-Ausgabe, Nr. 25304 vom 23./24. Mai 1964, S. 3.

[5] Zur jugoslawischen Kampagne gegen die Politik der Bundesregierung vgl. Dok. 77.

[6] Botschafter Knappstein, Washington, berichtete am 2. April 1964, er habe im amerikanischen Außenministerium darum gebeten, die Bundesrepublik bei der Zurückweisung der jugoslawischen Kampagne zu unterstützen. Vgl. Abteilung II (II 5), VS-Bd. 257; B 150, Aktenkopien 1964.

[7] Botschafter Knappstein, Washington, berichtete am 26. Februar 1963, nach Informationen der amerikanischen Botschaft in Belgrad sei die jugoslawische Regierung entschlossen, „unter den nichtgebundenen Ländern eine Kampagne zu eröffnen mit dem Ziel der Anerkennung der Zone. Außerdem beabsichtige man, bei den Vereinten Nationen Klagen gegen die Bundesregierung vorzubringen, weil sie Mitglieder der Ustascha-Bewegung beherberge und eine unfreundliche Gesetzgebung in Sachen der Wiedergutmachung an jugoslawische Bürger betreibe. Es seien weitere Maßnahmen geplant, so z.B. eine Einschränkung des deutschen Sprachunterrichts in jugoslawischen Schulen. Außerdem würde man jugoslawische Studenten aus der Bundesrepublik zurückrufen und die diplomatische Mission mit der Zone im Rang erhöhen. Schließlich erwäge man, die beiderseits noch vorhandenen Vertreter bei Handelsmissionen und Konsulaten zurückzuziehen." Vgl. Abteilung II (II 5), VS-Bd. 198; B 150, Aktenkopien 1963. Vgl. dazu auch AAPD 1963, I, Dok. 105.

nahmen stehen würde, die[8] Jugoslawien in dem Fall zu ergreifen drohte, daß wir gewisse jugoslawische Erwartungen nicht erfüllten. Die Kampagne entspricht im übrigen ganz der Haltung, die Jugoslawien seit 1957 zur Deutschlandfrage eingenommen und insbesondere auch auf der Belgrader Konferenz 1961 vertreten hat.[9]

Ich stimme mit Ihnen überein, daß es wünschenswert und möglich ist, die deutsch-jugoslawischen Beziehungen zu verbessern. Meine Regierung hat oft und – ich glaube – überzeugend bewiesen, daß sie hierzu bereit ist. Wenn diese Bereitschaft in Belgrad nicht gewürdigt wird, so dürfte dies vor allem daran liegen, daß die jugoslawische Regierung die Grenzen, die sie durch die Aufnahme von diplomatischen Beziehungen zu dem Regime von Pankow im Jahre 1957[10] der Ausgestaltung[11] des deutsch-jugoslawischen Verhältnisses gesetzt hat, nicht sehen will.

Es ist eine Tatsache, daß Jugoslawien unter den kommunistischen Staaten eine Sonderstellung einnimmt. Das jugoslawische Beispiel hat zu den Auflokkerungstendenzen beigetragen, die wir heute im kommunistischen Machtbereich beobachten. Auch nach der Aussöhnung mit der Sowjetunion[12] hat Jugoslawien seine innen- und außenpolitische Handlungsfreiheit nicht eingebüßt. Wir müssen allerdings davon ausgehen, daß Tito und Chruschtschow bei ihrer Begegnung im September vergangenen Jahres[13] ein großen Maß von Übereinstimmung in der Beurteilung weltpolitischer Fragen festgestellt haben. Diese Übereinstimmung könnte zur Folge haben, daß sich die sowjetische und jugoslawische Politik nicht nur gegenüber Rotchina, sondern auch gegenüber dem Westen und insbesondere auch gegenüber der Bundesrepublik Deutschland häufig ergänzen wird. Dies sollte uns aber, wie Sie sagen, nicht davon abhalten, jugoslawischen Wünschen nach guten Beziehungen mit der Freien Welt weiterhin entgegenzukommen. Wir waren und sind hierzu bereit. Die konsularischen Beziehungen, die wir zu Jugoslawien unterhalten, bieten eine breite Grundlage für unser zwischenstaatliches Verhältnis. Die ständig zunehmende Tätigkeit der jugoslawischen Vertretungen im Bundesgebiet beschränken wir

[8] Der Passus „Schon im Februar ... Maßnahmen stehen würde, die" wurde von Staatssekretär Carstens handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „Unsere Botschaft in Washington wird Sie im einzelnen über die Hinweise unterrichten, aus denen wir den Eindruck gewonnen haben, daß Jugoslawien bei ungebundenen Staaten für eine Anerkennung der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands wirbt. Diese Hinweise erscheinen uns um so bedeutsamer, als eine solche Kampagne an erster Stelle im Katalog der Maßnahmen stand, die – wie wir im Februar vergangenen Jahres über Ihre Botschaften in Belgrad und Bonn erfuhren –".

[9] Zur jugoslawischen Haltung in der Deutschland-Frage auf der Konferenz der blockfreien Staaten vom 1. bis 6. September 1961 vgl. Dok. 65, Anm. 8.

[10] Die Anerkennung der DDR durch Jugoslawien am 10. Oktober 1957 führte zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Jugoslawien am 19. Oktober 1957.

[11] Der Passus „die Aufnahme von diplomatischen Beziehungen zu dem Regime von Pankow im Jahre 1957 der Ausgestaltung" wurde von Staatssekretär Carstens handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „ihre Entscheidung von 1957 der Gestaltung".

[12] Nach dem Bruch zwischen der UdSSR und Jugoslawien im Juni 1948 leitete der Erste Sekretär des ZK der KPdSU, Chruschtschow, mit dem Besuch bei Staatspräsident Tito vom 27. Mai bis 2. Juni 1955 in Belgrad und auf Brioni eine Normalisierung der Beziehungen ein. Für das Kommuniqué vgl. EUROPA-ARCHIV 1955, S. 7970–7972.

[13] Zum Besuch des sowjetischen Ministerpräsidenten vom 20. August bis 3. September 1963 in Jugoslawien vgl. EUROPA-ARCHIV 1963, Z 201.

nicht. Die wirtschaftlichen Beziehungen sind, wenn auch nicht immer zufriedenstellend, so doch lebhafter als die mit anderen vergleichbaren Staaten Osteuropas. Die Ströme jugoslawischer Gastarbeiter und deutscher Touristen fließen ungehindert zu unserem und zu Jugoslawiens Nutzen. Der kulturelle und wissenschaftliche Austausch ist vielfältig. Es ist bezeichnend, daß von den hundert Studenten aus osteuropäischen kommunistischen Ländern, die 1964 ein deutsches Hochschulstipendium erhalten haben, fünfundsechzig aus Jugoslawien kommen.

Unser Beitrag zu den Bemühungen, Jugoslawien die Vorteile seiner Kontakte zur Freien Welt zu verdeutlichen, muß aber notwendigerweise begrenzt sein. Denn es ist auch eine Tatsache, daß Jugoslawien mit seiner Deutschlandpolitik heute keine Sonderstellung unter den kommunistischen Staaten einnimmt. Hier macht es von seiner außenpolitischen Handlungsfreiheit keinen Gebrauch. Sie weisen zu Recht darauf hin, daß das Verhältnis Jugoslawiens zu dem Regime in der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands immer noch kühl ist. Ich glaube aber, daß das Klima zwischen Belgrad und Pankow nicht – oder nur in sehr geringem Maße – durch den Stand der Beziehungen zwischen Belgrad und Bonn beeinflußt wird. Die jugoslawische Haltung zu dem Regime in der SBZ und auch zu uns richtet sich – heute wie im Jahre 1957 – vielmehr nach Jugoslawiens Eigeninteresse und nach übereinstimmenden Interessen Belgrads und Moskaus.

Ich möchte daran erinnern, daß unsere Beziehungen zu Jugoslawien hoffnungsvoll begannen. Die Jahre von 1950 bis 1956 standen im Zeichen einer nachbarlichen Annäherung. Das gemeinsame Protokoll vom 10. März 1956[14] – anläßlich der Unterzeichnung des Abkommens über deutsche Zahlungen an Jugoslawien in Höhe von 300 Mio. DM – sprach von „freundschaftlichem Geist" und von „Ergebnissen, die eine neue Phase in den Beziehungen zwischen beiden Ländern darstellen".

Wir haben auch nach dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen unsere vertraglichen Verpflichtungen an Jugoslawien erfüllt und die Zahlungen, die gerade erst angelaufen waren, in voller Höhe geleistet[15]. Wir taten dies, weil wir die Bedeutung Jugoslawiens für die Politik der Freien Welt anerkannten, aber auch, weil wir es Jugoslawien erleichtern wollten, eine gewisse Rücksicht auf unsere Interessen zu nehmen. Wir haben aus denselben Erwägungen, im Rat mit unseren Verbündeten, noch 1961 die Aufnahme einer Anleihe zur Stützung der jugoslawischen Währungsreform[16] ermöglicht. Die jugoslawischen Initiativen zur Deutschlandfrage auf der Belgrader Konferenz haben aber gezeigt, daß Jugoslawien unsere Haltung nicht richtig gewürdigt hat[17].

Würden wir uns heute zu neuen und umfangreichen finanziellen Leistungen an Jugoslawien bereit finden – und das scheint die jugoslawische Regierung

[14] Vgl. dazu Dok. 77, Anm. 8.

[15] Der Passus „und die Zahlungen ... in voller Höhe geleistet" wurde von Staatssekretär Carstens handschriftlich eingefügt.

[16] Vgl. dazu Dok. 77, Anm. 9 und 10.

[17] Die Worte „Haltung nicht richtig gewürdigt hat" wurde von Staatssekretär Carstens handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „Opfer nur als Selbstverständlichkeit hingenommen hat".

von uns zu erwarten –, so könnten wir[18] damit vielleicht erreichen, daß die jugoslawische Regierung und die jugoslawische Presse ihre Polemik dämpfen oder auch zeitweise einstellen würden. Ich glaube aber nicht, daß diese Ruhe von Dauer sein würde, denn selbst große Zahlungen würden den eigentlichen Grund für das unbefriedigende Verhältnis zwischen Jugoslawien und der Bundesrepublik Deutschland, die jugoslawische Haltung in der Deutschlandfrage, nicht ändern. Es wäre für uns auf die Dauer[19] eine gefährliche Politik, eine Regierung dafür zu prämieren, daß sie nichts gegen uns unternimmt.

Es ist ferner in unser aller Interesse, in Jugoslawien und auch in Staaten der ungebundenen Welt keinen Zweifel darüber aufkommen zu lassen, daß eine Anerkennung der SBZ unser nationales Grundinteresse verletzt, und daß Zeitablauf allein diese Verletzung nicht heilen kann. Ein Eingehen auf die jugoslawischen Forderungen müßte aber gerade diese Zweifel wecken.

Es besteht auch innerhalb der Grenzen, die ich aufgezeigt habe, Spielraum für eine Verbesserung der deutsch-jugoslawischen Beziehungen. Wir haben ihn in den drei Noten[20] abgesteckt, die wir im März vergangenen Jahres der jugoslawischen Regierung zugestellt haben. Unsere damaligen Angebote erhalten wir, soweit sie nicht schon realisiert worden sind, aufrecht. Die im März 1963 angebotene Entschädigung für die jugoslawischen Opfer pseudomedizinischer Menschenversuche ist im September 1963 in einem Abkommen[21] festgelegt worden. Ebenso wurden die finanziellen Ansprüche der jugoslawischen Regierung aus dem Sprengstoffanschlag auf das Gebäude der jugoslawischen Schutzmachtvertretung[22] im beiderseitigen Einvernehmen inzwischen geregelt.

Wir sind nach wie vor bereit, jugoslawischen Wünschen auf wirtschaftlichem Gebiet entgegenzukommen. Die Angebote, die wir bei den deutsch-jugoslawischen Wirtschaftsverhandlungen im Juni 1963[23] unterbreitet hatten, sind von uns erneut überprüft und bis an die Grenze des Möglichen erweitert worden. Sie sehen unter anderem vor, verschiedene jugoslawische Schulden im Betrag von rund 250 Mio. DM zu konsolidieren bzw. zu prolongieren und Bürgschaften in Höhe von rund 300 Mio. DM für verschiedene neue Kredite bereitzustellen. Aus den Sondierungsgesprächen, die wir vor zwei Monaten in Belgrad geführt haben[24], entnehmen wir den Eindruck, daß Jugoslawien an unseren wirtschaftlichen Offerten interessiert ist. Jugoslawische Wiedergutmachungsforderungen standen bei diesen Gesprächen nicht mehr zur Diskussion. Die jugo-

[18] Die Wörter „so könnten wir" wurden von Staatssekretär Carstens handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „so würden wir wieder geben, ohne zu nehmen. Wir könnten".

[19] An dieser Stelle wurde von Staatssekretär Carstens gestrichen: „auch".

[20] Für die Antwortnote an Jugoslawien betreffend den Anschlag auf die „Abteilung für die Wahrnehmung jugoslawischer Interessen" der schwedischen Botschaft (Schutzmachtvertretung) sowie die Noten über Fragen der Wiedergutmachung und die Entschädigung für Opfer von Menschenversuchen bzw. über die Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen vgl. Referat II 5, Bd. 574. Vgl. dazu auch AAPD 1963, I, Dok. 105.

[21] Zum Abkommen vom 7. September 1963 vgl. Dok. 77, Anm. 3.

[22] Zum Attentat einer kroatischen Emigrantenorganisation vgl. Dok. 75, Anm. 55.

[23] Vgl. dazu AAPD 1963, II, Dok. 209.

[24] Zu dem Gespräch vom 20. Februar 1964 vgl. den Drahtbericht des Botschafters Schlitter, z.Z. München, vom 21. Februar 1964; Referat III A 5, Bd. 393.

slawischen Gesprächspartner haben den Wunsch geäußert, die unterbrochenen Wirtschaftsverhandlungen in Kürze wieder aufzunehmen.

Um so mehr befremdet uns die jüngste jugoslawische Kampagne. Wir müssen uns fragen, ob die jugoslawische Regierung wirklich glaubt, unser wirtschaftliches Entgegenkommen ausnutzen und ihre Kampagne gleichwohl fortsetzen zu können, wie sie dies 1961 tat, als sie von uns Kredite entgegennahm und bald danach für eine Anerkennung der SBZ auf der Neutralistenkonferenz warb.

In seiner Polemik wirft uns Jugoslawien mangelnde Verständigungsbereitschaft oder gar feindselige Politik vor. Wir haben – um unseren guten Willen zu zeigen – davon abgesehen, diese Polemik zu erwidern. Wir haben Jugoslawien immer wieder unmittelbar und mittelbar wissen lassen, daß unsere erklärte Absicht, die Beziehungen zu verbessern, unverändert fortbesteht.

Wir haben der jugoslawischen Regierung auch erläutert, daß sie im Irrtum ist, wenn sie aus einer auch uns unerwünschten Tätigkeit gewisser jugoslawischer Emigranten im Bundesgebiet Rückschlüsse auf unsere Politik gegenüber Jugoslawien ziehen will. Die jugoslawische Regierung weiß, daß unsere Justizbehörden alle gesetzeswidrigen Handlungen von Emigranten verfolgen. Unsere Rechtsordnung erlaubt aber[25] Eingriffe in die Freiheiten von Ausländern nur unter gesetzlich genau bestimmten Voraussetzungen, nicht aber aus Gründen außenpolitischer Opportunität.

Die jugoslawische Kampagne ist sicher nicht frei von emotionellen und psychologischen Momenten. Sie ist vor allem aber ein kalkuliertes Mittel einer Politik, die wir nicht durch vermehrtes Entgegenkommen honorieren können.

Wenn die deutsch-jugoslawischen Wirtschaftsgespräche in einer ungestörten Atmosphäre wieder aufgenommen werden, so glaube ich, daß sie ein unter den obwaltenden Umständen befriedigendes Ergebnis finden können. Im Rahmen dieser Gespräche lassen sich auch mancherlei andere Fragen von gegenseitigem Interesse erörtern, sofern sie nicht neue finanzielle Leistungen der Bundesrepublik Deutschland an Jugoslawien betreffen.[26]

Auch getrennte Besprechungen über eine Erweiterung und Vertiefung der kulturellen Beziehungen könnten erwogen und von uns den Jugoslawen vorgeschlagen werden.

Vorerst meine ich aber, daß es an der jugoslawischen Regierung ist, auf Kampagnen und Polemiken zu verzichten und gemeinsam mit uns unsere Vorschläge zu einer Verbesserung der Wirtschaftsbeziehungen zu prüfen. Ein vermittelndes Wort Ihrer Regierung, das wir von Ihnen erbeten haben, könnte uns und Jugoslawien eine Hilfe sein.

Mit herzlichen Grüßen[27]

Ihr Gerhard Schröder

Ministerbüro, VS-Bd. 8476

[25] An dieser Stelle wurde von Staatssekretär Carstens gestrichen: „– wie die Ihre –".

[26] Vgl. dazu weiter Dok. 243.

[27] Die Schlußformel wurde von Bundesminister Schröder handschriftlich eingefügt.

108

Botschafter Buch, Kopenhagen, an das Auswärtige Amt

Tagebuch-Nr. 58/64 VS-vertraulich **23. April 1964**

Betr.: Dänisch-sowjetisches Abkommen vom 27. Februar 1964 über Entschädigung für ehemaliges dänisches Eigentum in den nach Ausbruch des 2. Weltkrieges der Sowjetunion angegliederten Gebieten[1]

Bezug: Drahtbericht Nr. 61 vom 17. April 1964[2]

Es hat bekanntlich erhebliche Schwierigkeiten bereitet, mit den Dänen über eine Erklärung zu den dänisch-sowjetischen Entschädigungsabkommen einig zu werden, die den deutschen Erwartungen gerecht wird. Die Angelegenheit hat sich vom 4.3.–17.4. hingezogen.[3] Ich habe in dieser Zeit

1 x mit Staatsminister Krag
2 x mit Außenminister Haekkerup
2 x mit Staatssekretär Fischer
1 x mit Abteilungsleiter Christensen
1 x mit Abteilungsleiter Oldenburg

gesprochen. Die Dänen haben ihre Zustimmung zu der von uns gewünschten Erklärung nur sehr zögernd und widerstrebend gegeben. Sie haben ihr Unbehagen darüber, daß wir überhaupt eine Erklärung verlangten, nicht verborgen. Es wurde mir wiederholt bedeutet, daß man nicht verstehen könne, warum wir dieser Sache so großes Gewicht beilegten. Man versuchte, wenn nicht überhaupt um eine Erklärung herumzukommen, so doch zumindest dafür eine Fassung zu finden, die jedes politische Risiko ausschloß. Auch unser letzter Vorschlag[4], den ich am 15. April 1964 dem Außenminister übergab und eingehend erläuterte, sollte, wie mir Staatssekretär Fischer am 16. April andeutete, wieder mit einem Gegenvorschlag beantwortet werden. Nachdem ich meiner Enttäuschung und meinem Unmut hierüber deutlich Ausdruck geben

[1] Für den Wortlaut vgl. UNTS, Bd. 509, S. 285–293.

[2] Botschafter Buch, Kopenhagen, berichtete am 17. April 1964, das dänische Außenministerium habe sich mit der vorgesehenen Erklärung der Bundesregierung zum dänisch-sowjetischen Abkommen einverstanden erklärt. Vgl. Referat I A 4, Bd. 247.

[3] Vgl. dazu den Drahtbericht des Botschafters Buch, Kopenhagen, vom 18. März 1964 sowie den Drahterlaß des Staatssekretärs Carstens vom 24. März 1964 an die Botschaft in Kopenhagen; Abteilung I (I A 4), VS-Bd. 168; B 150, Aktenkopien 1964.

[4] Die Bundesregierung beabsichtigte, folgende Erklärung abzugeben: „Der deutsche Botschafter in Kopenhagen ist wegen der Frage der Einbeziehung des unter sowjetischer Verwaltung stehenden Teils Ostpreußens in das dänisch-sowjetische Abkommen vom 27. Februar 1964 zur Regelung vermögensrechtlicher Ansprüche beim dänischen Außenminister vorstellig geworden. Der dänische Außenminister hat daraufhin die Auffassung der dänischen Regierung wie folgt präzisiert: Für die von der Bundesregierung erwähnte Grenzfrage ist das Potsdamer Abkommen maßgebend. Nach diesem Abkommen bleibt die endgültige Bestimmung der territorialen Fragen im Hinblick auf dieses Gebiet der Regelung durch einen Friedensvertrag vorbehalten. Dieses Abkommen kann natürlich nicht durch ein bilaterales Abkommen über eine Ersatzfrage zwischen der Sowjetunion und einem nicht am Potsdamer Abkommen beteiligten Drittland geändert werden." Vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jansen vom 1. Juni 1964; Abteilung I (I A 4), VS-Bd. 60; B 150, Aktenkopien 1964.

hatte, wurde mir am 17. April überraschend von Staatssekretär Fischer mitgeteilt, daß der deutsche Vorschlag akzeptiert werde.

Das Verhalten der Dänen in dieser Angelegenheit stimmt nachdenklich.

Der Hauptgrund für die dänische Reaktion scheint mir darin zu liegen, daß von allen Aspekten des Deutschlandproblems die Frage der deutschen Ostgrenzen hier das geringste Verständnis findet. Trotz aller förmlichen Erklärungen (Londoner Drei-Mächte-Erklärung[5] usw.) betrachtet die dänische Regierung die im Potsdamer Abkommen vorläufig festgelegten Grenzen[6] offensichtlich als endgültig. Dies gilt ganz besonders für das Gebiet von Königsberg. Insoweit stehen die Dänen dem russischen Standpunkt näher als dem deutschen. Daß man auf deutscher Seite hartnäckig an dem Erfordernis eines Friedensvertrages für die endgültige Regelung der Grenzen festhält, findet kaum Verständnis. Selbstverständlich ist es den Herren im Außenministerium, mit denen ich sprach, klar, daß es uns in erster Linie auf den Friedensvertrag als solchen, d.h. auf einen frei ausgehandelten Vertrag mit einer gesamtdeutschen Regierung ankommt, und daß die Frage, was dieser Vertrag bezüglich der Ostgrenzen besagen wird, offen bleiben muß. Trotzdem empfindet man gegenüber den deutschen Wünschen Unbehagen, da man hinter der Forderung nach einem Friedensvertrag echte Revisionswünsche mit unabsehbaren politischen Konsequenzen befürchtet.

Unter diesen Umständen überrascht es nicht, daß die Dänen ungeachtet ihrer Pflichten als NATO-Partner mit so großer Hartnäckigkeit versucht haben, einer Erklärung aus dem Weg zu gehen, die sie auf den deutschen Standpunkt festlegt und der Gefahr aussetzt, von den Sowjets deshalb zur Rede gestellt zu werden.

Bei der dänischen Reaktion mögen auch taktische Überlegungen eine Rolle gespielt haben. Vielleicht hätten wir nicht so große Schwierigkeiten gehabt, wenn nicht in einigen Wochen der Besuch Chruschtschows[7] zu erwarten wäre.

Noch eines ist mir bei der Behandlung der Angelegenheit aufgefallen: Der Widerstand war besonders groß bei den Beamten des Außenministeriums bis zum Staatssekretär hinauf, während die Politiker (Staatsminister Krag und Außenminister Haekkerup) für unser Anliegen Verständnis zeigten. Allerdings ist man hierzulande wenig geneigt, Mut zu zeigen, wenn es darum geht,

[5] In einer Erklärung, die in die Schlußakte der Londoner Neun-Mächte-Konferenz vom 3. Oktober 1954 aufgenommen wurde, bestätigten die Drei Mächte, daß „eine zwischen Deutschland und seinen früheren Gegnern frei vereinbarte friedensvertragliche Regelung für Gesamtdeutschland, welche die Grundlagen für einen dauerhaften Frieden legen soll, ein wesentliches Ziel ihrer Politik bleibt. Die endgültige Festlegung der Grenzen Deutschlands muß bis zum Abschluß einer solchen Regelung aufgeschoben werden." Vgl. EUROPA-ARCHIV 1954, S. 6982.

[6] Im Kommuniqué vom 2. August 1945 über die Konferenz von Potsdam (Potsdamer Abkommen) bekräftigten die USA, Großbritannien und die UdSSR, „daß die endgültige Festlegung der Westgrenze Polens bis zur Friedensregelung zurückgestellt werden soll". Außerdem stimmte die Konferenz „grundsätzlich dem Vorschlag der sowjetischen Regierung betreffend die endgültige Übergabe der Stadt Königsberg und des ... angrenzenden Gebiets an die Sowjetunion" zu. Präsident Truman und Premierminister Attlee erklärten, „daß sie den Vorschlag der Konferenz bei der bevorstehenden Friedensregelung unterstützen werden". Vgl. DzD II/1, S. 2115 und S. 2118.

[7] Zum Besuch des sowjetischen Ministerpräsidenten vom 16. Juni bis 4. Juli 1964 in Dänemark, Schweden und Norwegen vgl. Dok. 153, Anm. 5.

deutschen Interessen entgegenzukommen. Das zeigt sich allenthalben. Ich denke hier z.B. an die Zulassung deutscher Truppen zu gemeinschaftlichen Übungen auf dänischem Gebiet u.ä. Manche Schwierigkeiten könnten überwunden werden, wenn man die noch zweifelsohne vorhandenen Ressentiments nicht als unabänderlich hinnähme und auch einmal den Mut zu einer Tat aufbrächte, auch wenn damit einmal der öffentlichen Meinung entgegengetreten werden müßte.

Buch

Abteilung I (I A 4), VS-Bd. 60

109

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Gemünd

III A 1-80.13-225/64 geheim **24. April 1964**[1]

Betr.: Deutsch-französische Währungsunion[2]

Nachfolgend werden eine Reihe wirtschaftlicher und politischer Probleme skizziert, die gelöst werden müßten, bevor dem Gedanken einer deutsch-französischen Währungsunion nähergetreten werden kann:

1) In einer deutsch-französischen Währungsunion würde die Gesamtheit der monetären Politik nicht mehr den Weisungen der nationalen Notenbanken unterliegen. Die Währungsziele müßten von beiden Ländern gemeinsam aufgestellt, die Richtlinien zur Erreichung dieser Ziele von einem gemeinsamen Währungsorgan ausgearbeitet werden, das auch ihre Einhaltung zu überwachen hätte. Das erfordert zunächst eine Klärung der Frage, ob das gemeinschaftliche Ziel der Währungsunion in erster Linie in der Erhaltung des Geldwertes liegen soll, oder ob großen Wachstumsraten und Vollbeschäftigung das Primat zuzuschreiben ist. Da beide Länder zur Zeit weitgehend darin übereinstimmen, daß Vollbeschäftigung und Wachstumsraten nicht auf Kosten der Währungsstabilität gehen dürfen[3], wäre vielleicht eine Einigung über die monetären Ziele einer Währungsunion denkbar. Vielleicht wäre es auch möglich, die erforderliche Einheitlichkeit in den Methoden der Geld- und Kreditpolitik zu erreichen, obwohl beide Länder ein verschiedenes Banksystem und ein verschiedenes kredit- und geldpolitisches Instrumentarium haben.

[1] Hat Staatssekretär Lahr am 9. Mai 1964 vorgelegen. Bei Wiedervorlage am 3. August 1968 vermerkte Lahr handschriftlich für Ministerialdirektor Harkort: „Nach wie vor eine gute Aufzeichnung, aber ergänzungsbedürftig im Lichte der weiteren Ereignisse. Im Gegensatz zu Monnet bin ich der Meinung, daß die Vorgänge in Frankreich nicht für, sondern eindeutig gegen eine (deutsch-französische oder kommunitäre) Währungsunion sprechen."

[2] Vgl. dazu auch Dok. 85.

[3] Vgl. dazu auch das Gespräch des Bundeskanzlers Erhard am 14. Februar 1964 mit dem französischen Ministerpräsidenten Pompidou; Dok. 47.

Viel größere Schwierigkeiten würden sich daraus ergeben, daß gemeinsame Währungsziele und gemeinsame Methoden der Geld- und Kreditpolitik nicht genügen. Eine Währungsunion setzt heute auch eine völlige Koordinierung der wichtigsten Bereiche der Wirtschaftspolitik voraus, da die Notenbanken nicht allein die bestimmende Rolle für die Erhaltung des Geldwertes ausüben. 35 bis 40% des Volkseinkommens gehen durch die öffentlichen Haushalte. Der Staat beeinflußt daher durch die Art seiner Ausgabenpolitik wie durch die Art seiner Einnahmenbeschaffung maßgeblich die vorhandene Nachfrage und über diese Preisniveau und Kaufkraft des Geldes. Der Fiskus kann etwa durch Aufnahme von Auslandsanleihen eine von der Notenbank im Interesse der Geldwertstabilität für erforderlich gehaltene Politik zur Einschränkung der Nachfrage durchkreuzen. Ebenso ist es der Notenbank, wie das augenblickliche Beispiel der deutschen „Überschußposition" im Zahlungsverkehr mit dem Ausland zeigt, nur in begrenztem Umfang möglich, liquiditätsvermehrenden Einflüssen entgegenzuwirken, die durch Änderungen im internationalen Waren- und Kapitalverkehr entstehen. Ähnliches gilt für die Einflüsse, die von der Einkommenspolitik des Staates auf den Umfang der Nachfrage ausgehen. Eine deutsch-französische Währungsunion könnte daher nur funktionieren, wenn nicht nur die Währungspolitik beider Länder, sondern auch die gesamte Wirtschaftspolitik aufs engste koordiniert wird.

Freilich hat sich auch in dem Bereich der Wirtschaftspolitik bereits eine Annäherung in den Auffassungen beider Länder ergeben. Die letzten eindringlichen Appelle des französischen Staatschefs[4] und des französischen Ministerpräsidenten[5] zur Frage der Wirtschaftspolitik zeigen zum Beispiel, wie sehr sich auch Frankreich bemüht, durch eine gesunde Budgetpolitik die dem Geldwert drohenden Gefahren zu vermindern. Für die Praxis einer deutsch-französischen Währungsunion dürften aber Vorsätze allein nicht genügen. Wenn Gefahren für die Kaufkraft des Geldes in der gesamten Währungsunion durch eine ungesunde Wirtschaftspolitik nur eines Partners verhindert werden sollen, wird es der Aufstellung gemeinsamer Regeln für die Budgetpolitik, die Einkommenspolitik, die Handelspolitik sowie vor allem für die Aufstellung von volkswirtschaftlichen Gesamtplänen bedürfen. Auf allen diesen Gebieten bestehen aber noch erhebliche, auf verschiedene Traditionen und verschiedene Wirtschaftsstrukturen zurückgehende Meinungsunterschiede zwischen beiden Ländern, wie allein die deutsch-französische Diskussion[6] über das französische System der Planification zur Genüge zeigt. Selbst wenn in allen diesen Punkten entgegen aller Wahrscheinlichkeit eine Harmonisierung in den Auffassungen erreicht werden sollte, wäre es noch immer fraglich, ob beide Länder zu einem so weitgehenden Verzicht auf Souveränitätsrechte be-

[4] In einer Fernsehansprache setzte sich Staatspräsident de Gaulle am 16. April 1964 dafür ein, die inflationäre Entwicklung in Frankreich durch eine Fortführung des Stabilisierungsplans aufzuhalten. Für den Wortlaut vgl. DE GAULLE, Discours et messages, Bd. 4, S. 203–207.

[5] Anläßlich der Eröffnung der Lyoner Messe am 15. März 1964 betonte Ministerpräsident Pompidou „den festen Willen der Regierung zur Fortführung ihres Stabilisierungsprogramms". Vgl. den Drahtbericht des Gesandten Knoke, Paris, vom 16. März 1964; Referat III A 5, Bd. 377. Vgl. dazu auch L'ANNÉE POLITIQUE 1964, S. 26f.

[6] Vgl. dazu auch die deutsch-französischen Wirtschaftsgespräche am 29./30. April 1964; BULLETIN 1964, S. 652.

reit wären, wie er notwendig wäre, wenn die gemeinsam aufgestellten wirtschaftspolitischen Ziele in beiden Ländern gleichmäßig durchgeführt werden sollen.

Aus ähnlichen Gedankengängen heraus spricht auch die EWG-Kommission in ihrem Aktionsprogramm[7] von einer Währungsunion nur als von einem Schlußstein in der Entwicklung zur Wirtschaftsunion der sechs Länder.

2) Noch schwierigere Probleme stellen sich auf politischem Gebiet. Eine Währungsunion zwischen Deutschland und Frankreich würde die vertrauensvolle Zusammenarbeit innerhalb der EWG gefährden, da sie die Sorge der anderen EWG-Länder, nicht als gleichberechtigter Partner behandelt zu werden, noch wesentlich verstärken würde. Die Schwächung dieser Zusammenarbeit wäre um so bedauerlicher, als sie gerade in jüngster Zeit erfreuliche Ergebnisse gezeitigt hat, wie die Brüsseler Beschlüsse vom 13. April[8] zeigen, die zur Überwindung des inflationären Trends in Italien und damit auch zur Behebung der sich aus der deutschen Überschußposition ergebenden Schwierigkeiten beitragen können. Daß diese währungspolitische Zusammenarbeit und Solidarität zwischen allen sechs Ländern noch intensiviert werden muß, wenn die EWG auf dem Wege von der Zollunion zur Wirtschaftsunion weiter fortschreiten soll, liegt auf der Hand.

Deutschland ist aber nicht nur an einer währungspolitischen Solidarität innerhalb der EWG, sondern in gleichem Maße auch an einer engen währungspolitischen Zusammenarbeit mit allen wichtigen Ländern der westlichen Welt interessiert. Das folgt aus der starken weltwirtschaftlichen Verflechtung der deutschen Volkswirtschaft. Wie kaum ein anderes Land muß Deutschland auf Erhaltung und Ausbau der internationalen Wirtschaftsbeziehungen achten. Nach dem Zerfall der alten Weltwirtschaft ist ein ungestörter Ablauf des internationalen Außenhandels aber nur denkbar, wenn die am Welthandel besonders beteiligten Länder ihre Währungs-, Außenhandels- und Konjunkturpolitik enger koordinieren, da sonst immer wieder Störungen von einem Land auf andere Länder übergreifen werden. Daher arbeitet die Bundesregierung auch seit Jahren intensiv an der währungspolitischen Zusammenarbeit im Internationalen Währungsfonds, in der OECD und in anderen internationalen Gremien mit. Sie geht dabei von der Stabilität des Dollars aus, hinter dem die stärkste Wirtschaftsmacht der Welt steht. Sie hat daher auch das ihr Mögliche zur Überwindung der Zahlungsbilanzkrise der USA beigetragen.[9] In diesem Punkte besteht aber ein gewisser Gegensatz zur französischen Politik, die auf Grund eines stärkeren kontinentalen Denkens das Bestreben zeigt, Frankreich und die übrigen europäischen Länder vom Dollar zu emanzipieren. Nicht der Internationale Währungsfonds, in dem die Amerikaner die führende Rolle spielen, sondern die BIZ, in

[7] Vgl. dazu Dok. 85, Anm. 8.

[8] Auf der Tagung vom 13. bis 15. April 1964 beschloß der EWG-Ministerrat Empfehlungen an die Mitgliedstaaten „zur Wiederherstellung des inneren und äußeren Gleichgewichts der Wirtschaftsentwicklung der Gemeinschaft und zur Sicherung der Stabilität von Preisen und Produktionskosten". Vgl. BULLETIN DER EWG 6/1964, S. 16 f. Vgl. dazu ferner BULLETIN 1964, S. 575 f.

[9] Die Zahlungsbilanz der USA wurde durch die sogenannten „Offset-Vereinbarungen" mit der Bundesrepublik verbessert. Vgl. dazu Dok. 13, Anm. 40.

der die Amerikaner nicht Mitglied sind[10], soll nach französischen Vorstellungen die Sammelstelle für die Koordinierung der Währungspolitik sein. Eine deutsch-französische Währungsunion würde daher zwangsläufig eine starke Spitze gegen die USA und gegen die von der Bundesregierung gewünschte Verstärkung der atlantischen Partnerschaft haben. Das wäre besonders bedauerlich in dem Augenblick, in dem sich die währungspolitische Zusammenarbeit der wichtigsten westlichen Länder zu verstärken und zu konkretisieren beginnt.

Gemünd

Abteilung III (III A 1), VS-Bd. 224

110

Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit Mitgliedern der EWG-Kommission in Brüssel

Z B 6/3520/64 geheim[1] **24. April 1964**

Bei seinem Aufenthalt in Brüssel am 23./24. April 1964[2] stattete der Herr Bundeskanzler am 24. April der EWG-Kommission einen Besuch ab. Anwesend waren alle Mitglieder der Kommission, ausgenommen Minister Rochereau. Der Herr Bundeskanzler war begleitet u.a. von den Staatssekretären Westrick, Carstens, von Hase, Neef. Der Besuch dauerte von 9.45 bis 11.15 Uhr.

Nach Begrüßungsworten von Präsident Hallstein, die der Herr Bundeskanzler erwiderte, begann die Aussprache.

Präsident *Hallstein*: Auf dem Gebiet der Zollunion erwägt die Kommission, eine Anregung von Minister Schmücker[3] aufgreifend und abändernd, eine weitere Beschleunigung des Zollabbaus nach innen, jedoch unabhängig von den Ergebnissen der Kennedy-Verhandlungen[4]. Bei der Entwicklung der Wirt-

10 Die USA waren als Teilhaber zwar in der Generalversammlung der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (Basel) vertreten, nahmen jedoch nach dem Zweiten Weltkrieg keinen Sitz im Verwaltungsrat der BIZ mehr ein.

1 Geschäftszeichen des Drahtberichts vom 24. April 1964, mit dem Botschafter Harkort, Brüssel (EWG/EAG), die Gesprächsaufzeichnung an das Auswärtige Amt übermittelte. Ein Exemplar des Drahtberichts wurde an Staatssekretär Neef, Bundesministerium für Wirtschaft, weitergeleitet.

2 Zu den deutsch-belgischen Regierungsbesprechungen vom 23./24. April 1964 vgl. Dok. 112.

3 Am 4. Februar 1964 erklärte Bundesminister Schmücker vor dem EWG-Ministerrat: „Wir hoffen, daß die Verhandlungen der Kennedy-Runde zu einer beträchtlichen Zollsenkung und damit zu einer Vermehrung des Außenhandels der Gemeinschaft führen werden. Wenn der Verlauf der Verhandlungen schon während dieses Jahres die Berechtigung dieser Hoffnung sicher bestätigt, wird sich uns vor Jahresende die Frage stellen, ob wir nicht auch unserem inneren gemeinschaftlichen Handel einen zusätzlichen Auftrieb geben sollen, indem wir mit dem nach dem Rom-Vertrag am 1. Januar 1965 fälligen Abbau unserer inneren Zollgrenzen um 10. v.H. eine weitere Senkung um 10 v.H., die sonst am 1. Januar 1966 fällig wäre, verbinden." Vgl. BULLETIN 1964, S. 202.

4 Zur Eröffnung der Kennedy-Runde im Rahmen des GATT vgl. Dok. 122.

schaftsunion ist festzustellen, daß das agrarpolitische Instrumentarium weitgehend fertig ist; was noch fehlt, um es tatsächlich einsetzen zu können, ist die Festlegung des einheitlichen Preises. In der Konjunkturpolitik haben die Beschlüsse der letzten Ratssitzung[5] wesentliche Fortschritte gebracht. Die gemeinsame Handelspolitik ist im Rückstand; man begrüßt, daß die deutschen Sprecher im Rat sich nachdrücklich für ihre schnellere Realisierung eingesetzt haben. Mit den bisherigen Ergebnissen in der Verkehrspolitik ist die Kommission noch unzufrieden, mit denen auf dem Gebiet der Steuerpolitik noch nicht ganz zufrieden. Der Übergang zur politischen Union ist unter zwei Aspekten zu sehen: die Einbeziehung der nichtwirtschaftlichen Außenpolitik sowie der Verteidigungspolitik; die Verbesserung der institutionellen Struktur durch Fusion erst der Exekutiven[6], dann der Gemeinschaften und durch Verstärkung der Rolle (Budgetrecht, Gesetzgebung) des Parlaments[7] und seine direkte Wahl.

Bundeskanzler *Erhard* begründet die Notwendigkeit einer neuen Initiative[8], um das versandete Gespräch über die politische Einigung Europas wieder in Gang zu bringen. So politisch die Substanz der EWG ist, es fehlen ihr doch die politischen Vollmachten; das wird sich im weiteren Verlauf der von ihr betriebenen Integration immer deutlicher zeigen. Es bedarf deshalb eines neuen Ansatzes aus originärem politischen Willen.

Die Bundesregierung spricht sich für eine neue innere Zollsenkung aus, wenn sie mit einer Zollsenkung nach außen verbunden wird. Man könnte daran denken, der Kennedy-Runde von der Gemeinschaft aus einen neuen Impuls zu geben, durch Angebot einer weiteren 20%igen (auf die Ergebnisse der Runde anzurechnenden) Zollsenkung.[9] Eine solche Zollsenkung nach innen und außen würde einen wesentlichen Beitrag zur inneren Stabilisierung der Gemeinschaft darstellen.

Es ist klar, daß man im Hinblick auf die Kennedy-Runde dem Getreidepreisproblem[10] nicht ausweichen kann, obschon zu fragen ist, ob die Lösung allein über den Preis zu finden ist, ob man nicht an Mischformen[11] denken muß. Von den inneren Kosten her gesehen, sind die deutschen Getreidepreise freilich nicht zu hoch. Eine Harmonisierung aller Produktionsfaktoren ist unmöglich. Soziale Subsidien sind abzulehnen, man muß nach geeigneten gezielten Subventionen suchen. Wie in der Bundestagserklärung[12]: Derzeitige Preise müssen in den nächsten zwei Jahren bleiben, und es ist heute noch keine Aussage möglich, für welchen Zeitpunkt Änderung zugestanden werden kann. Aber si-

5 Zu den auf der Tagung vom 13. bis 15. April 1964 gefaßten Beschlüssen vgl. Dok. 109, Anm. 8.

6 Zur Fusion der Exekutiven der drei Gemeinschaften vgl. zuletzt Dok. 90 sowie Dok. 216.

7 Zur Frage einer Stärkung des Europäischen Parlaments vgl. besonders Dok. 56.

8 Zu den Bemühungen um eine europapolitische Initiative vgl. besonders Dok. 7 und Dok. 22.

9 Die Bundesregierung beschloß am 13. Mai 1964 entsprechende Zollsenkungen. Vgl. dazu Dok. 134, Anm. 14.

10 Zur Regelung des Getreidepreises vgl. Dok. 59, Anm. 45–47, und Dok. 90.

11 Neben einer Regelung über den Preis erwog Bundeskanzler Erhard Absprachen über garantierte Einfuhrmengen für amerikanisches Getreide in die EWG-Staaten.

12 Zur Erklärung des Bundeskanzlers Erhard vom 19. März 1964 vgl. Dok. 59, Anm. 47.

cher, daß die Kennedy-Runde nicht an der deutschen Haltung zum Getreidepreisproblem scheitern wird.[13]

Zur mittelfristigen Wirtschaftspolitik empfiehlt sich in der privatwirtschaftlichen Sphäre nach wie vor Vorsicht. Die Konjunkturbeschlüsse des Rats werden begrüßt, aber fehlen der Gemeinschaft nicht die Machtmittel, ihre Erkenntnisse durchzusetzen?

Gerade bei der Durchsetzung einer richtigen Konjunkturpolitik, die tief in die innere Politik der Mitgliedstaaten eingreift, zeigt sich das Fehlen einer politischen Verklammerung.

In der Handelspolitik ist insbesondere eine straffere gemeinsame Osthandelspolitik erwünscht. Die Vereinheitlichung der Steuerpolitik stößt weniger auf technische Hindernisse als auf Schwierigkeiten, die sich aus unterschiedlichen Gewohnheiten und unterschiedlicher Steuermoral ergeben. Hat die Kommission einmal die Beseitigung der Preisbindung der zweiten Hand[14] erörtert?

Die politische Union geht über das, was die EWG entwickeln kann, hinaus; es bedarf eines neuen politischen Appells zu ihrer Errichtung.

Gegen die Fusion ist nichts einzuwenden, auch nicht gegen stärkere Budgetrechte des Parlaments. Aber beide Maßnahmen tragen zur Verstärkung des politischen Zusammenhalts Europas nichts Wesentliches bei. Die Gesetzgebung kann dem Parlament nicht vor dem Entstehen der politischen Union gegeben werden.

Wäre es nicht zweckmäßig, wenn sich gelegentlich – nicht im Rat – die Regierungschefs der Mitgliedstaaten träfen?[15]

Die deutsche Einstellung ist positiv, aber nicht ohne eine gewisse Ungeduld. Der neue Ansatz muß vom Politischen her kommen.

Vizepräsident *Mansholt* begrüßt es, daß der Bundeskanzler das so schwierige Getreideproblem nicht umgangen hat. Insbesondere ist richtig, es im Zusammenhang mit einer Zollsenkung nach innen und außen zu betrachten. Mindestens drei Mitgliedstaaten können sich auf eine neue Zollsenkung für Industriegüter nach innen nur einlassen, wenn gleichzeitig der Agrarprotektionismus, den die Mitgliedstaaten trotz der schönen neuen Mechanismen gegeneinander noch unverändert beibehalten haben, vermindert wird, d.h. wenn der Getreidepreis vereinheitlicht wird. Die Getreidepreisfestsetzung ist auch neuralgisch für die Kennedy-Runde. Man muß hier bald zu Entscheidungen kom-

[13] In einem Privatdienstschreiben vom 24. April 1964 an Staatssekretär Lahr ergänzte Botschafter Harkort, Brüssel (EWG/EAG), Bundeskanzler Erhard habe bei seinen Ausführungen zum Getreidepreis gesagt, „man müsse das Problem ‚durchschlagen'. Die Bundesregierung sei Verpflichtungen eingegangen, sie werde sie erfüllen." Erhard habe auch auf den Zusammenhang zwischen einer Zollsenkung und der Frage des Getreidepreises hingewiesen. Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 418; B 150, Aktenkopien 1964.

[14] Eine vertikale Preisbindung, durch die der Hersteller einer Ware den Wiederverkäufer (Groß- und Einzelhandel) aufgrund gesetzlicher Regelungen zur Festsetzung eines bestimmten Preises verpflichten und somit einen über den Preis ausgetragenen Wettbewerb unterbinden kann.

[15] Zu den Überlegungen für ein Treffen der Staats- bzw. Regierungschefs der sechs EWG-Staaten vgl. auch Dok. 49.

men, was nicht die sofortige Anwendung des vereinheitlichten Preises – die braucht erst 1966 zu erfolgen – bedeutet.

Die „Mischform", von der der Bundeskanzler als für die Kennedy-Runde nötig gesprochen hat, ist nach Meinung der Kommission die vertragliche Konsolidierung des Agrarschutzes, verbunden mit der Verpflichtung zur Konfrontation alle drei Jahre. Was die Subventionen angeht, so hat die Kommission zwar den Rat gegeben, sie teilweise als Sozialbeihilfen zu gewähren; aber diesem Rat braucht niemand zu folgen, der Kommission kommt es nur darauf an, daß die Subsidien nicht produktgebunden sind (*von der Groeben*: damit sie nicht den Wettbewerb verfälschen). Auf einen Einwurf des Bundeskanzlers stellt *Mansholt* klar, daß auch er nicht nur an Subsidien zur Strukturverbesserung denkt, sondern gezielte Subsidien, die das Einkommen der einzelnen Bauern direkt verbessern, nicht ausschließt.

Vizepräsident *Marjolin* stellt die vollständige Einigkeit zwischen Kommission und Bundesregierung über Ziele und Mittel der Konjunkturpolitik fest. Ein konjunkturpolitischer Mißerfolg würde die Kohäsion der Gemeinschaft, die Fortsetzung ihrer liberalen Handelspolitik und ihre Wettbewerbsfähigkeit gefährden.

Die Kommission sieht die Annahme ihrer konjunkturpolitischen Empfehlung als Erfolg an, die vom Rat vorgenommenen Abschwächungen sind tragbar. Die Kommission hofft, daß die vorherige Diskussion der nationalen Haushaltsvoranschläge in dem neuen Haushaltsausschuß[16] konjunkturpolitisch nützlich werden wird.

Gelegentliche offiziöse Besprechungen der Regierungschefs können sehr wichtig werden, wenn die konjunkturpolitische Lage kritisch werden sollte. Die Kommission wird Vorschläge für die dritte Etappe machen müssen, in denen sie eine Verstärkung der konjunkturpolitischen Mittel der Gemeinschaft vorsieht.

Einig mit Bundeskanzler, daß weder Fusion noch verstärkte Budgetrechte des Parlaments wirklich Schritte auf politische Union hin [sind]. Ein solcher Schritt wäre dagegen die Übertragung echter konjunkturpolitischer Kompetenzen auf die Gemeinschaft.

Der Herr *Bundeskanzler* bedauert, daß die EWG nicht schon größere konjunkturpolitische Einflußmöglichkeiten hat; aber dieses Mehr setzt ein Mehr an politischen Befugnissen voraus. Es besteht die Gefahr, daß man glaubt, mit der Fusion sei schon viel erreicht und sich dabei beruhigt. Zuviel „Wachstumsdenken" ist bedenklich.

Herr *Rey* erklärt, daß die Kommission die Kennedy-Runde nicht nur zu einem Erfolg, sondern zu einem großen Erfolg machen wolle. Mit den bisherigen Ergebnissen ist er nicht unzufrieden. Man muß über die Europaklausel[17] auch mit Großbritannien sprechen, obschon das Problem hier – Schlüsselland – schwieriger ist.

[16] Auf der Tagung vom 13. bis 15. April 1964 setzte der EWG-Ministerrat einen Ausschuß ein, der die Haushaltspolitik der Mitgliedstaaten „durchleuchten und vergleichen" sollte. Vgl. dazu BULLETIN DER EWG 6/1964, S. 18.

[17] Vgl. dazu Dok. 67, Anm. 44.

Er ist nicht sicher, ob die weiteren 20% Zollsenkung nach außen schon als deutscher Vorschlag oder erst als eine vorläufige Überlegung zu gelten haben. Sicher wäre ein solcher zweiter „Vorschuß" schwieriger, als der erste[18] es war. Sollen diesmal die Agrargüter und die Montanunionswaren einbezogen werden? Ist an Ausnahmen (z.B. für Textilien) gedacht? In diesen Dingen wird man klarer sehen, wenn bekannt ist, welche Waren die Mitgliedstaaten von der Kennedy-Runde ausnehmen wollen.

Es ist paradox, daß die Handelspolitik auf dem Agrargebiet größere Fortschritte gemacht hat als auf dem industriellen Sektor.

Der Herr *Bundeskanzler* betont die Bedeutung von Zollsenkungen für die innere Stabilität.

Herr *von der Groeben* betont die Notwendigkeit, außer den Zollgrenzen auch die Steuergrenzen zu beseitigen. Dazu bedarf es vor allem der Einführung des Mehrwertsteuersystems[19] und der Festlegung ähnlicher Sätze in diesem System. Zur Preisbildung der zweiten Hand habe die Kommission noch keine Beschlüsse gefaßt.

Herr *Schaus* beklagt den Rückstand in der Verkehrspolitik und begrüßt es, daß Minister Schmücker im Rat die Notwendigkeit von Fortschritten betont hat.[20] Die Regierungen selbst, nicht nur die Verkehrsminister, müßten die Dinge vorantreiben. Leider hat ein Land, nicht die Bundesrepublik, Vorstellungen von der Verkehrspolitik, die von den anderen fünf nicht geteilt werden.

Herr *Levi-Sandri* hebt hervor, daß auch die Sozialpolitik im Rahmen des Möglichen harmonisiert werden müsse.

Bundeskanzler: Nicht durch Addition.

Präsident *Hallstein* ist der Meinung, daß die Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich der politischen Union nicht so groß sind, wie es scheinen könnte. Auch die Kommission glaubt nicht, daß die politische Union automatisch komme; selbstverständlich sind politische Entschlüsse erforderlich. Aber die Kommission meint, daß die Gewöhnung an die Zusammenarbeit im Rahmen der bestehenden Gemeinschaften von größter Wichtigkeit ist. Mit der Vollendung der Wirtschaftsunion wächst die innere Bereitschaft, weiterzugehen. Die Gemeinschaften sind der Ansatzpunkt für die politische Union. Ohne Geduld

[18] Anläßlich der Einführung eines gemeinsamen Zolltarifs zum 31. Dezember 1960 senkten die EWG-Staaten zahlreiche Einfuhrzölle gegenüber Drittstaaten um 20 Prozent. Dies sollte auch dazu dienen, die laufenden Zollsenkungsverhandlungen im Rahmen des GATT (Dillon-Runde) voranzubringen. Vgl. dazu VIERTER GESAMTBERICHT ÜBER DIE TÄTIGKEIT DER GEMEINSCHAFT (16. Mai 1960 – 30. April 1961), hrsg. von der EWG-Kommission, [Brüssel] 1961, S. 34f. und S. 210–213.

[19] Das System der Mehrwertsteuer, einer Netto-Allphasen-Umsatzsteuer mit Vorsteuerabzug, wurde zum 1. Januar 1968 in der Bundesrepublik eingeführt.

[20] Am 4. Februar 1964 erklärte Bundesminister Schmücker vor dem EWG-Ministerrat: „Die Ausarbeitung einer gemeinsamen Verkehrspolitik ist ebenfalls im Rückstand. Die deutsche Regierung begrüßt es daher, daß die Kommission inzwischen Verordnungsentwürfe vorgelegt hat. Sie weiß, daß es noch harter Arbeit bedürfen wird, um zu übereinstimmenden Auffassungen zu kommen. Auch diese Beratungen sollten 1964 intensiviert werden, um insbesondere die für den Güteraustausch im Gemeinsamen Markt wichtigen Fragen der Tarifpolitik einer übereinstimmenden Auffassung zuzuführen." Vgl. BULLETIN 1964, S. 203.

geht es nicht, er hat mit Monnet 1950 einen Zeitraum von 40 Jahren ins Auge gefaßt.[21]

Der Herr *Bundeskanzler* zitiert Shakespeare: „Ganz Geduld, ganz Ungeduld".[22] Er dankt für das Gespräch und bittet um streng vertrauliche Behandlung.

Abteilung I (I A 1/I A 2), VS-Bd. 143

111

Gesandter von Lilienfeld, Washington, an Bundesminister Schröder, z. Z. Lima

Z B 6-1/3537/64 geheim
Fernschreiben Nr. 1250
Citissime

Aufgabe, 25. April 1964: 13.50 Uhr
Ankunft: 25. April 1964, 20.33 Uhr[1]

Für Bundesminister – Telko bitte direkte Weiterleitung an Delegation[2]

Betr.: Drahterlaß Del. Nr. 6 vom 24.4.64 geheim[3] (eingegangen am 24.4. um 22.10 Uhr)

Habe Ihre Botschaft heute vormittag Dean Rusk persönlich übergeben, der mich gestern durch Thompson um sofortige Übermittlung einer etwa von Ihnen eingehenden Nachricht gebeten hatte.

Rusk reagierte zunächst nach der Lektüre Ihres Schreibens nur mit der kurzen Bemerkung, er werde Butler heute nachmittag sehen[4] und mit ihm Ihren

21 Zu den damaligen Europavorstellungen vgl. Jean MONNET, Mémoires, Paris 1976, S. 373–392.

22 William SHAKESPEARE, As You Like It, 5. Akt, 2. Szene: „All humbleness, all patience and impatience."

1 Ankunftszeit in Bonn.

2 Bundesminister Schröder begleitete Bundespräsident Lübke bei den Staatsbesuchen in vier südamerikanischen Staaten.

3 Mit Drahterlaß vom 24. April 1964 erteilte Bundesminister Schröder, z. Z. Lima, die Weisung, ein Schreiben an den amerikanischen Außenminister Rusk zu übermitteln: „Herzlichen Dank für die große Freundlichkeit, mit der die Mitarbeiter des State Departments die Südamerikadelegation des Bundespräsidenten in Miami betreut haben. Leider habe ich auf dieser Reise nicht mit Ihnen zusammentreffen können. Mit unserem Kollegen Butler habe ich vor einigen Tagen auf seinen Wunsch während der WEU-Konferenz in Brüssel über die weitere Behandlung der Deutschlandinitiative gesprochen. Er wird Sie über die bei diesem Gespräch ausgetauschten Gedanken in der nächsten Woche in Washington mündlich unterrichten. Die Bundesregierung ist zu dem Ergebnis gekommen, daß ein gemeinsamer Schritt der Drei und nicht eine deutsche Initiative mit Unterstützung der Drei vorbereitet werden sollte. Über diese und andere Fragen hoffe ich bald mit Ihnen in Den Haag sprechen zu können." Vgl. Ministerbüro, VS-Bd. 8476; B 150, Aktenkopien 1964.
Vgl. dazu auch Dok. 103.

4 Zum Gespräch zwischen dem amerikanischen und britischen Außenminister vgl. Dok. 99, Anm. 14 und 22.

Brief besprechen. Dann bat er mich, Ihnen seinen Dank für diese Unterrichtung *vor* seinem Gespräch mit Butler zu übermitteln, die ihm sehr wertvoll gewesen sei – um so mehr, als es ihm leider nicht möglich gewesen sei, Sie in Miami zu treffen.

Rusk gab dann folgenden – wie er betonte zunächst unverbindlichen – Kommentar, den er mich bat, Ihnen zu Ihrer persönlichen Vorausunterrichtung zu übermitteln:

1) Falls die Sowjets sich bereit erklären sollten, über den Deutschland-Plan[5] *und* ihren Vorschlag eines Friedensvertrages mit der Zone und der Bundesregierung[6] gleichzeitig zu verhandeln, würde die Bundesrepublik bereit sein, hierauf einzugehen?

2) Wie weit wäre die Bundesregierung bereit, in der Frage der Oder-Neiße-Linie zu gehen, die mit Sicherheit von der Gegenseite aufgeworfen werden würde?

3) Wie weit wäre die Bundesregierung bereit, in Fragen der europäischen Sicherheit und einer Berlin-Regelung zu gehen?

4) Wenn er auch die Gefahr einer großen („first class") Berlinkrise als Gegenmaßnahme der Russen nicht für allzu wahrscheinlich halte, so müsse man sich darüber klar sein, daß die Sowjets in Deutschland in einer Weise aktiv werden könnten, die der amerikanischen Regierung so kurz vor den Wahlen[7] nicht angenehm sein würde.

5) Er weise auf die Gefahr hin, daß bei der zu erwartenden völlig negativen Antwort der Sowjets die amerikanische Öffentlichkeit und auch andere westliche Länder den Eindruck bekommen könnten, die Frage der Wiedervereinigung sei hoffnungslos („a dead issue"). Dies könnte auch für uns den augenblicklichen innenpolitischen Gewinn einer völligen Identifizierung der Amerikaner mit der Wiedervereinigung auf lange Sicht mehr als aufwiegen.

6) Da die USA nach wie vor den Eindruck hätten, daß die Sowjets zu Verhandlungen in den großen Fragen zur Zeit nicht bereit seien, würde die amerikanische Regierung sozusagen gegen ihr eigenes besseres Wissen einen Schritt unternehmen, dem sie keine Aussicht auf Erfolg beimessen könne.

7) Würden die Franzosen mitmachen?

Um eine Diskussion zu vermeiden, habe ich nur entgegnet, daß wir uns darüber klar seien, daß ein alliiertes Papier anders aussehen müsse als ein deutsches. Rusk reagierte hierauf etwas positiver und ging auf meinen Vorschlag ein, in den nächsten Tagen mit Thompson und Tyler einen Versuch zu unternehmen, zur Vorbereitung seines Gesprächs mit Ihnen im Haag[8] diejenigen Punkte zu skizzieren, die nach hiesiger Ansicht in einem von der amerikani-

[5] Für den Wortlaut der Deutschland-Initiative (Fassung vom 10. April 1964) vgl. Dok. 3 mit den Änderungen in Anm. 5, 9, 11–20 und 22.
Zum Stand der Beratungen vgl. Dok. 101.

[6] Zum sowjetischen Vorschlag für einen Friedensvertrag mit der Bundesrepublik Deutschland und der DDR vgl. Dok. 36, Anm. 18.

[7] Die amerikanischen Präsidentschaftswahlen fanden am 3. November 1964 statt.

[8] Zum Gespräch vom 11. Mai 1964 vgl. Dok. 124.

schen Regierung in Moskau zu präsentierenden Papier enthalten sein müßten. Erst dann habe es wohl Zweck, die Vorbereitung im Rahmen der Botschaftergruppe zu versuchen.

[gez.] Lilienfeld

Ministerbüro, VS-Bd. 8476

112

Runderlaß des Staatssekretärs Carstens

I A-I A 3-82.20/94.02/1331/64 VS-vertraulich Aufgabe: 25. April 1964, 15.07 Uhr[1]
Fernschreiben Nr. 1589 Plurex

Betr.: Besuch des Bundeskanzlers in Belgien am 23./24. April

Die Besprechungen verliefen in herzlicher Form und in sehr vertrauensvoller Atmosphäre. Aus dem weiten Themenkreise (siehe Schlußkommuniqué[2]) ist folgendes herauszustellen:

1) Europäische politische Zusammenarbeit

Der Bundeskanzler faßte seine Eindrücke von seinen sondierenden Gesprächen in Paris[3], London[4], Rom[5], Den Haag[6] in der Feststellung zusammen, daß bei aller Übereinstimmung über die Notwendigkeit einer politischen Zusammenarbeit angesichts der Meinungsverschiedenheiten über Struktur und Teilnehmerkreis zur Zeit wenig Aussicht auch nur für einen bescheidenen Anfang, etwa in Form einer Regierungschefkonferenz, besteht. Die belgische Seite teilt diese Ansicht. Nach den Worten Außenminister Fayats[7] würde die Teilnahme Großbritanniens eine bessere Ausgewogenheit herbeiführen; andererseits wäre Belgien wohl bereit, auch ohne Großbritannien sich an einer politischen Organisation zu beteiligen, sofern diese erste Elemente einer übernationalen Konstruktion (Erwägung Spaak: beratende Kommission[8]) enthält.

[1] Der Erlaß wurde von Ministerialdirigent Voigt konzipiert.
In bezug auf den Kreis der Empfänger setzte Staatssekretär Carstens handschriftlich hinzu: „Lima für den Herrn Minister."

[2] Für den Wortlaut des Kommuniqués vom 24. April 1964 vgl. BULLETIN 1964, S. 623 f.

[3] Zu den deutsch-französischen Regierungsbesprechungen vom 14./15. Februar 1964 vgl. Dok. 44–50.

[4] Zu den deutsch-britischen Regierungsbesprechungen vom 15./16. Januar 1964 vgl. Dok. 12–15.

[5] Zu den deutsch-italienischen Regierungsbesprechungen vom 27./28. Januar 1964 vgl. Dok. 27–29.

[6] Zu den deutsch-niederländischen Regierungsbesprechungen vom 2./3. März 1964 vgl. Dok. 59.

[7] Der stellvertretende belgische Außenminister Fayat vertrat den erkrankten Außenminister Spaak.

[8] Vor Journalisten entwickelte der belgische Außenminister am 19. November 1963 die Vorstellung, daß sich das politische Europa rund um eine Organisation bilden könne, in der es eine Institution geben würde, die den Auftrag habe, „die Interessen Europas als Einheit vom militärischen, politischen und kulturellen Gesichtswinkel aus zu prüfen", und die auf dieser Grundlage einen Dialog

Die belgische Regierung ist wie wir der Ansicht, daß eine Initiative der Sechs sich zur Zeit nicht empfiehlt, da Großbritannien nicht sprechbereit ist, so sehr an sich eine Stagnation auf diesem Sektor der europäischen Einigung zu bedauern ist.

2) Kennedy-Runde, Getreidepreisniveau

Der Bundeskanzler bat um Verständnis für unsere Schwierigkeit, einer Senkung des deutschen Getreidepreises jetzt zuzustimmen.[9] Er versicherte jedoch, daß die Kennedy-Runde[10] keinesfalls an dieser Schwierigkeit scheitern würde.[11]

3) Allgemeine weltpolitische Lage[12]

Es besteht Übereinstimmung, daß dieser Konflikt[13] neben den ideologischen zur Zeit reale machtpolitische Ursachen hat.[14] Die Sowjetunion sieht sich territorialen Ansprüchen Chinas gegenüber.[15] Sie befürchtet vor allem, daß China die Entwicklung der A-Bombe[16] gelingen könnte. Diese Erkenntnisse sind durch die Eindrücke, die Spaak bei seinem letzten Treffen mit

Fortsetzung Fußnote von Seite 487

mit den einzelnen Regierungen führen würde, „die ... noch in übertriebener Weise auf ihre nationalen Bedürfnisse und auf ihre Souveränität bedacht sind". Für den Wortlaut der Rede vgl. Referat I A 2, Bd. 788; für eine deutsche Übersetzung (Auszug) vgl. Ministerbüro, VS-Bd. 8425; B 150, Aktenkopien 1963. Vgl. dazu auch AAPD 1963, III, Dok. 428.
Referat I A 1 hielt dazu am 17. Januar 1964 fest: „Der Gedanke des Einbaus einer von den Regierungen unabhängigen Kommission in die Struktur der Europäischen Politischen Union, der von dem belgischen Außenminister stammt, ist inzwischen von ihm dahin präzisiert worden, daß diese Kommission in der ersten Stufe der Entwicklung nur eine beratende Funktion haben würde." Mit der Kommission werde der Kern eines Gemeinschaftsorgans geschaffen, welches das übergeordnete Interesse der an der Union beteiligten Staaten vertreten und im Dialog mit den einzelnen Regierungen zur Geltung bringen könne. Vgl. Referat I A 1, Bd. 520.

9 Zur Regelung des Getreidepreises vgl. zuletzt Dok. 110.

10 Zur Eröffnung der Kennedy-Runde im Rahmen des GATT vgl. Dok. 122.

11 An dieser Stelle wurde von Staatssekretär Carstens bzw. Ministerialdirigent Voigt gestrichen: „Fayat wies mit einigem Nachdruck auf die Notwendigkeit hin, in der Kennedy-Runde alle Produkte zu behandeln; ohne Einbeziehung der Agrarprodukte könnten wir nicht mit einem günstigen Ergebnis auf dem industriellen Sektor rechnen."

12 An dieser Stelle wurde von Staatssekretär Carstens der Zusatz gestrichen: „sowjetisch-chinesischer Konflikt".

13 Zum sowjetisch-chinesischen Konflikt vgl. auch Dok. 11, Anm. 4.

14 Am 14. Februar 1964 äußerte sich Parteisekretär Suslow vor dem ZK der KPdSU zum Stand der sowjetisch-chinesischen Beziehungen. Dabei kritisierte er, daß die chinesische Regierung durch Errichtung eigener Organisationen in Asien, Lateinamerika und Afrika den nationalen Befreiungskampf der Völker für ihre eigenen Hegemonialbestrebungen auszunutzen versuche. China führe einen „Propagandafeldzug" gegen die UdSSR und die USA, während sie sich anderen „imperialistischen" Staaten wie der Bundesrepublik oder Frankreich annähere. Zu den Grenzstreitigkeiten stellte Suslow fest, daß die sowjetisch-chinesischen Grenzen historisch gewachsen seien. Es könnten somit nur gewisse Korrekturen in Frage kommen. Für den Wortlaut der Rede vgl. PRAVDA, Nr. 94 vom 3. April 1964, S. 1–8. Für eine deutsche Übersetzung vgl. OST-PROBLEME 1964, Heft 9/10, S. 281–314 (Auszug).
Zur Entwicklung des sowjetisch-chinesischen Konflikts im ersten Halbjahr 1964 vgl. auch den Bericht des Gesandten Sante, Moskau, vom 27. Mai 1964; Referat II 3, Bd. 436.

15 Zu den Grenzstreitigkeiten zwischen der UdSSR und der Volksrepublik China vgl. auch Dok. 17, Anm. 26 und 27.

16 Am 16. Oktober 1964 gab die Volksrepublik China die erfolgreiche Durchführung eines Kernwaffenversuchs bekannt. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1964, Z 229.

Chruschtschow[17] gewonnen hat, erhärtet worden. Es besteht auch darin Übereinstimmung, daß der Konflikt dem Westen Aussichten zur Verbesserung seiner Positionen eröffnen kann. Belgischerseits wird aber befürchtet, der Westen könne sich dieser Chance durch mangelnde Solidarität begeben. Nach unserer Auffassung sind die Schwierigkeiten im westlichen Lager, die wir nicht verkennen,[18] geringer als die des Ostblocks. Wir betonten, daß diese weltpolitische Situation auch Möglichkeiten für die Deutschlandpolitik ergeben kann. Daher sind wir der Ansicht, daß eine Initiative in der Deutschlandfrage[19] nützlich ist, selbst auf die Gefahr hin, daß unsere Vorschläge den Sowjets nicht akzeptabel erscheinen.

4) Französische Außenpolitik, NATO

Die belgischen Gesprächspartner brachten deutlich ihre Befürchtungen hinsichtlich der Außenpolitik Frankreichs zum Ausdruck, die in wesentlichen Punkten von den Vorstellungen seiner Verbündeten abweicht.[20] Hieraus resultieren Befürchtungen für die Zukunft der NATO[21]. Wir erwiderten, daß die Haltung Frankreichs auch uns Sorge bereitet. Wir haben jedoch darauf hingewiesen, daß die französische Regierung das atlantische Verteidigungsbündnis als solches bejaht und nach unserer Überzeugung zu seinen Bündnispflichten stehen wird. Wir stellten übereinstimmend fest, daß die französische Haltung unsere Bemühungen um eine Stärkung der Allianz, vor allem um eine weitere Integration der Verteidigung, nicht beeinträchtigen darf.[22]

5) MLF[23]

Der Bundeskanzler legte die bekannten Gründe für unser Eintreten für die MLF dar.[24] Unsere belgischen Gesprächspartner zeigten viel Verständnis für unsere Argumente. Sie erläuterten die Gründe für die Zurückhaltung Belgiens: die finanzielle Belastung, die Abneigung der sozialistischen Partei gegen jede Art atomarer Streitkräfte, die auch von einem Teil der Wählerschaft der christlich-sozialen Partei geteilt wird. Uns erscheint nach diesen Gesprächen jedoch die Hoffnung nicht ungerechtfertigt, daß bei Beteiligung Italiens, vor allem aber Großbritanniens, die Widerstände in der belgischen Öffentlichkeit sich verringern werden.

17 Zum Treffen vom 7./8. Juli 1963 vgl. AAPD 1963, II, Dok. 226.

18 An dieser Stelle wurde von Staatssekretär Carstens gestrichen: „jedoch weit".

19 Für den Wortlaut der Deutschland-Initiative (Fassung vom 10. April 1964) vgl. Dok. 3 mit den Änderungen in Anm. 5, 9, 11–20 und 22.
Zum Stand der Beratungen vgl. Dok. 101.

20 An dieser Stelle wurde von Staatssekretär Carstens gestrichen: „Die Belgier sind vor allem auch wegen der Methoden (unterlassene Konsultationen) besorgt."

21 An dieser Stelle wurde von Staatssekretär Carstens gestrichen: „für ihre militärische Schlagkraft, ihren politischen Zusammenhalt".

22 An dieser Stelle wurde von Staatssekretär Carstens gestrichen: „Der Bundeskanzler würdigte in diesem Zusammenhang den europäischen Wert der deutsch-französischen Aussöhnung. Die vertraglich festgelegten Konsultationen mit Frankreich brächten den Vorteil einer offenen Konfrontierung der gegenseitigen Ansichten."

23 Zum Stand der MLF-Verhandlungen vgl. Dok. 104.

24 An dieser Stelle wurde von Staatssekretär Carstens gestrichen: „Er befürwortete eine möglichst breite Basis, vor allem deswegen, weil die MLF den Willen der USA und der teilnehmenden europäischen Staaten zur Zusammenarbeit und gemeinsamen Bestimmung unter Beweis stelle."

6) Entspannungsmaßnahmen, Gomulka-Plan[25]

Wir legten unsere Auffassung zu den Entspannungsmaßnahmen dar, die wir grundsätzlich begrüßen, denen wir aber nur dann zustimmen können, wenn sie keine Verminderung der militärischen Sicherheit herbeiführen, Deutschland nicht diskriminieren und die Lösung der deutschen Frage nicht erschweren, insbesondere nicht zu einer Aufwertung des SBZ-Regimes führen. Den Gomulka-Plan müßten wir ablehnen, weil er nicht militärisch ausgewogen ist; hinzu komme, daß die polnische Seite ihn als Vorstufe des Rapacki-Plans[26] betrachte.

Unsere belgischen Gesprächspartner erwiderten, auch sie könnten den Gomulka-Plan aus den gleichen Gründen nicht billigen. Sie legen jedoch Wert darauf, den Dialog über diesen Plan mit den Polen fortzuführen in der Hoffnung, dadurch polnischen Bestrebungen zu von den Sowjets unabhängigen eigenen Initiativen Auftrieb zu geben.

Der Bundeskanzler erklärte hierzu, daß auch nach unserer Ansicht Polen einen Drang nach Unabhängigkeit von der sowjetischen Außenpolitik zeige. Wir könnten uns in der Frage der deutschen Ostgrenzen nicht auf die Erörterung von Lösungen einlassen[27], die hinter der im Potsdamer Abkommen vereinbarten Regelung[28] (Friedensvertrag) zurückblieben.[29]

Carstens[30]

Abteilung I (I A 3), VS-Bd. 39

[25] Zum Memorandum der polnischen Regierung vom 29. Februar 1964 über das „Einfrieren" der nuklearen Rüstung in Mitteleuropa vgl. Dok. 59, Anm. 29, und Dok. 61.

[26] Vgl. dazu Dok. 61, Anm. 7.

[27] Der Passus „Wir könnten uns in der Frage ... von Lösungen einlassen" ging auf Streichungen und handschriftliche Einfügungen des Staatssekretärs Carstens zurück. Vorher lautete er: „Wir könnten jedoch in der Frage der deutschen Ostgrenzen keine Konzessionen machen. Wir würden uns als Nation selbst aufgeben, wenn wir uns heute auf die Erörterung von Lösungen einließen".

[28] Zu den Grenzvorbehalten im Kommuniqué vom 2. August 1945 über die Konferenz von Potsdam (Potsdamer Abkommen) vgl. Dok. 108, Anm. 6.

[29] An dieser Stelle wurde von Staatssekretär Carstens gestrichen: „7) Im übrigen verweise ich auf das Schlußkommuniqué. Die Ausführungen über die innenpolitischen Gründe der belgischen Einstellung zur MLF sind nur zu Ihrer eigenen Unterrichtung bestimmt."

[30] Paraphe vom 25. April 1964.

113

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Sachs

D III-205/64 geheim **28. April 1964**[1]

Betr.: Französische Einstellung zu neuen Vorschlägen in der Deutschlandfrage[2]

Botschafter de Margerie suchte mich auf, um mir als derzeitigem Vertreter von Herrn Staatssekretär Carstens die französischen Sorgen zu obigem Thema darzulegen. Er bezog sich auf zwei Informationen, die ihm zu diesem Thema vorlägen.

1) Der französische Botschafter in London habe am 23. April mit Außenminister Butler eine Unterhaltung geführt. Bei dieser Gelegenheit habe Butler zunächst geäußert, die Deutschen sollten konstruktiver sein. Der französische Botschafter habe ihm daraufhin die Frage gestellt, ob man an einseitige Konzessionen denke. Es bestünde doch gegenwärtig keine Aussicht, zu einem Übereinkommen in der Deutschlandfrage zu gelangen, es sei denn unter Annahme der sowjetischen Bedingungen. Es sei an den Russen, konstruktive Vorschläge zu unterbreiten, die immer ihre gleichen unannehmbaren Gedanken wiederholten.

Butler habe das an sich eingesehen, aber erklärt, daß er dem deutschen Vorschlag nicht günstig gegenüberstehe. Er wolle hierüber mit Rusk sprechen[3], der seine Bedenken teile.

2) In Manila[4] habe ein Gespräch zwischen Couve de Murville, Rusk und dem britischen Delegierten Lord Carrington stattgefunden.

Bei dieser Gelegenheit habe Rusk ausgeführt, er sehe eigentlich nicht recht, worauf Bonn hinauswolle. Man solle nicht „schlafende Hunde wecken" und die Kontroverse über Deutschland mit den Russen nicht neu beleben. Er verstehe an sich, daß wir ein Interesse hätten, die Deutschlandfrage wieder aufzurollen, sowohl aus innerpolitischen Gründen, wie um überhaupt das Problem der Wiedervereinigung in die allgemeine Erinnerung zurückzurufen. Er frage sich jedoch, ob eine solche Initiative klug sei, besonders in einem Augenblick, wo sich Bundeskanzler Erhard mit Chruschtschow am Ende des Jahres treffen wolle.[5] Im übrigen verlangten die Russen in der Sicherheitsfrage viel

[1] Durchdruck.

[2] Für den Wortlaut der Deutschland-Initiative (Fassung vom 10. April 1964) vgl. Dok. 3 mit den Änderungen in Anm. 5, 9, 11–20 und 22.
Zum Stand der Beratungen vgl. Dok. 101.

[3] Zum Gespräch zwischen dem amerikanischen und britischen Außenminister vgl. Dok. 99, Anm. 14 und 22.

[4] Vom 13. bis 15. April 1964 tagte in Manila der Ministerrat der SEATO. Vgl. dazu DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 50, 1964, S. 690–693.

[5] Zu den Überlegungen für ein Treffen des Bundeskanzlers Erhard mit Ministerpräsident Chruschtschow vgl. Dok. 84, Anm. 18.

mehr, als Bonn bereit sei zu geben. Deshalb sei es das beste für die drei Westmächte, sich mit einer Billigung des deutschen Plans zu begnügen.

Im Lichte vorstehender Informationen und der Berichte, die man über die Haltung der amerikanischen und britischen Vertreter in der Botschaftergruppe in Washington habe, frage man sich in Paris, ob es eine echte Chance gebe, das Deutschlandpapier als ein gemeinsames Papier der vier Mächte zu präsentieren. Er, de Margerie, sei gebeten worden, mit uns die Angelegenheit zu besprechen, um zu hören, was wir selbst darüber dächten.

Man verstehe in Paris, daß wir den Wunsch hätten, die Alliierten, besonders die Vereinigten Staaten, in der Deutschlandfrage so stark wie möglich zu engagieren. Man fürchte aber, daß die beabsichtigte Prozedur angesichts der Haltung der Briten und der Amerikaner nicht gelingen werde. Es sei zu erwarten, daß die Amerikaner zu den „draft principles" von 1961/62[6] nicht nur zurückkehren würden, sondern auch ihre Gedanken von 1959[7] zur Frage des Friedensplans bereits als überholt ansehen. Es sei zwar möglich, eine gemeinsame deutsch-französische Haltung zu erreichen, wahrscheinlich aber keine gemeinsame Haltung der vier Mächte. Ein solcher Dissens würde aber einen Mißerfolg der deutschen Absichten bedeuten. Man müßte sich deshalb fragen, ob es politisch nicht vernünftiger sei, dem Friedensplan den Charakter eines deutschen Dokuments[8] zu belassen, welches von den Alliierten gutgeheißen würde. Die Chancen hierfür seien sowohl in London als in Washington nicht rein negativ, da sich beide bei einer solchen Lösung nicht so stark engagiert fühlen würden. Eine solche Lösung hätte immerhin doch den Vorteil, daß der Gedanke der deutschen Wiedervereinigung erneut in die Öffentlichkeit getragen werden könne, ohne daß bestehende Meinungsverschiedenheiten zutage treten.

Abschließend erklärte Botschafter de Margerie, sein Auftrag sei nur gewesen, uns gewisse Bedenken zu der beabsichtigten Prozedur mitzuteilen. Er bat mich, Herrn Staatssekretär Carstens über seine Ausführungen zu unterrichten.

Ich habe mich begnügt, darauf hinzuweisen, daß meines Wissens der Herr Minister doch großen Wert darauf lege, eine volle Identifizierung der drei Westmächte mit unseren Vorschlägen zu erreichen[9], was am besten durch ein gemeinsames Dokument geschehen könne. Botschafter de Margerie äußerte die Vermutung, daß der Herr Minister voraussichtlich diese Frage bei der Zusammenkunft der vier Außenminister am 11. Mai im Haag[10] anschneiden werde, was ich bestätigte.

Hiermit dem Herrn Staatssekretär vorgelegt.

6 Zu den „draft principles" vom April 1962 vgl. Dok. 9, Anm. 3.

7 Zu dem auf der Genfer Konferenz vorgelegten Herter-Plan vom 14. Mai 1959 vgl. Dok. 9, Anm. 8, und Dok. 13, Anm. 14.

8 Korrigiert aus „nicht-deutschen".

9 Zu den Vorstellungen des Bundesministers Schröder hinsichtlich der Präsentation der Deutschland-Initiative vgl. besonders Dok. 105.

10 Vgl. dazu Dok. 124.

Auf die Aufzeichnung von II 1 vom 27. April 1964[11] – II 1-86.00/1-341/64 geheim – über das Gespräch zwischen Botschaftsrat de la Gorce und LR I Oncken zu dem gleichen Thema darf ich Bezug nehmen.

gez. Sachs

Abteilung II (II 1), VS-Bd. 64

114

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Krapf

II 7-81-4/94.08/2055/64 VS-vertraulich **28. April 1964[1]**

Betr.: Verteidigungshilfe für Griechenland[2]

I. Die Ministerkonferenz der NATO hat am 17. Dezember 1963 die Regierungen der Mitgliedstaaten, die sich an der Verteidigungshilfe für Griechenland beteiligen wollen, aufgefordert, dem Generalsekretär die Höhe ihres Beitrages für 1964 mitzuteilen.[3]

Dieser Aufforderung sind bisher erst vier NATO-Staaten nachgekommen:

USA	höchstens 5 Mio. Dollar
Kanada	1 Mio. Dollar
Belgien	1 Mio. Dollar
Luxemburg	40000 Dollar

Von der voraussichtlich erforderlichen Griechenlandhilfe von etwa 40 Mio. Dollar sind damit erst 7 Mio. aufgebracht.

Die *Niederlande* sind grundsätzlich bereit, haben aber noch keinen Betrag genannt, weil sie über die Abwicklung der Hilfe für 1963 noch keine Einigung mit Griechenland erzielt haben.

Italien ist der Ansicht, daß sein 1963 bereitgestellter Beitrag von 2,4 Mio. Dollar auch die Hilfe für 1964 einschließt.

Frankreich ist aus grundsätzlichen Erwägungen nicht bereit, über die durch

[11] Legationsrat I. Klasse Oncken berichtete am 27. April 1964, auf französischer Seite bestünden „sehr ernsthafte Bedenken" gegen eine Präsentation der Deutschland-Initiative durch die drei Westmächte. Man glaube, daß es erhebliche Schwierigkeiten bereiten werde, „die verschiedenen Standpunkte unter einen Hut zu bekommen". Vgl. Abteilung II (II 1), VS-Bd. 64; B 150, Aktenkopien 1964.

[1] Die Aufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Scheske und von Legationsrat Ristedt konzipiert.

[2] Zur Verteidigungshilfe für Griechenland im Jahr 1963 vgl. AAPD 1963, III, Dok. 378.

[3] Vgl. dazu den Drahtbericht des Botschafters Grewe, Paris (NATO), vom 18. Dezember 1963; Abteilung II (II 7), VS-Bd. 804; B 150, Aktenkopien 1963. Vgl. dazu auch EUROPA-ARCHIV 1964, D 15 f.

das OECD-Konsortium geleistete Wirtschaftshilfe für Griechenland[4] (Kredite und Kreditbürgschaften) hinaus eine besondere Verteidigungshilfe zu leisten.

Großbritannien macht eine Verteidigungshilfe von einer zufriedenstellenden Regelung der Vorkriegsschulden durch die griechische Regierung abhängig.

II. Die Bundesregierung hat aufgrund eines Kabinettsbeschlusses vom 28. November 1962[5] in Aussicht gestellt, für das Jahr 1964 ein Viertel der nach Abzug des Beitrages der USA voraussichtlich noch aufzubringenden Gesamthilfe von etwa 35 Mio. Dollar (d.h. 9 Mio. Dollar oder 36 Mio. DM) *unter der Voraussetzung* bereitzustellen, daß sich auch Großbritannien, Frankreich und die übrigen NATO-Partner zusammen mit je einem Viertel beteiligen.

Da diese Voraussetzungen nicht erfüllt sind, hat die Bundesregierung dem Generalsekretariat der NATO nur das Weiterbestehen ihrer grundsätzlichen Bereitschaft bestätigt[6], die Höhe ihres Beitrages jedoch nicht beziffert. Das Generalsekretariat der NATO ebenso wie die griechische Regierung versuchen zur Zeit, die Bundesregierung zu einem Verzicht auf die an ihren Beitrag geknüpften Voraussetzungen zu bewegen.

III. Die Bundesregierung hat stets die Ansicht vertreten, daß die Verteidigungshilfe für Griechenland eine *gemeinsame Hilfsaktion der Allianz* und nicht nur einzelner NATO-Staaten sein sollte. Die Bundesrepublik Deutschland hat bereits für das Jahr 1963 ein Drittel der Gesamtverteidigungshilfe der NATO für Griechenland bereitgestellt (8 Mio. von 23,44 Mio. Dollar). Ein Verzicht auf die an unseren Beitrag für 1964 geknüpften Voraussetzungen für das Jahr 1964 würde bedeuten, daß die Bundesrepublik Deutschland in diesem Jahr mehr als die Hälfte der Gesamtverteidigungshilfe erbringt (9 Mio. Dollar von 17,04 Mio. Dollar, wenn man unterstellt, daß die Niederlande noch 1 Mio. Dollar zur Verfügung stellen), während Großbritannien und Frankreich sich wie 1963 auch in diesem Jahr der Beteiligung an der Verteidigungshilfe entziehen.

Abteilung II schlägt daher vor, daß wir versuchen, Großbritannien und Frankreich dazu zu bewegen, sich ebenso wie die Bundesrepublik Deutschland mit einem angemessenen Beitrag an der Verteidigungshilfe für Griechenland zu beteiligen.[7]

[4] Vgl. dazu den Bericht des Generalsekretärs der OECD, Kristensen, vom 30. Oktober 1963; Referat III B 1, Bd. 366.

[5] Vgl. dazu die Kabinettsvorlage des Auswärtigen Amts vom 24. November 1962; Abteilung III (III A 5), VS-Bd. 181; B 150, Aktenkopien 1962.

[6] Ministerialdirektor Krapf erteilte der Vertretung bei der NATO in Paris am 24. März 1964 Weisung, NATO-Generalsekretär Stikker die grundsätzliche Bereitschaft für eine Verteidigungshilfe an Griechenland zu bestätigen. Die Bundesregierung bitte jedoch um Mitteilung, „welcher Betrag nunmehr als Verteidigungshilfe 1964 von den Mitgliedstaaten insgesamt aufzubringen ist und welche Beträge andere Mitgliedstaaten dem Generalsekretär angezeigt haben". Vgl. Abteilung II (II 7), VS-Bd. 804; B 150, Aktenkopien 1964.

[7] In einem Gespräch mit dem griechischen Außenminister Kostopoulos am 14. Mai 1964 wiederholte Bundesminister Schröder die Zusicherung, eine Verteidigungshilfe in Höhe von neun Millionen Dollar zu übernehmen. Voraussetzung sei allerdings, daß auch die anderen NATO-Staaten zu angemessenen Leistungen bereit seien. Vgl. Abteilung III (III A 4), VS-Bd. 199; B 150, Aktenkopien 1964.

Hiermit dem Herrn Staatssekretär[8] vorgelegt.

Im Falle des Einverständnisses wird um Abzeichnung der beiliegenden Drahtweisung[9] gebeten. Abteilung I hat mitgezeichnet.[10]

Krapf

Abteilung II (II 7), VS-Bd. 804

115

Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens

St.S. 590/64 **29. April 1964**[1]

Betr.: Devisenhilfe Großbritannien[2]

Die Sache wurde im Kabinett erörtert.

Bundesminister der Finanzen[3]: 250 Mio. DM Rüstungskäufe pro Jahr reichen nicht aus als Angebot an Großbritannien.

Bundeskanzler: In London[4] habe ich gesagt, es ist unmöglich, daß wir unsere öffentliche Hand durch Verpflichtungen binden, im Ausland zu kaufen. Ich kann nicht mehr als 2 mal 250 Mio. zusagen. Nur Rüstungssektor kommt in Frage. Aus Andeutungen hätte man Bereitschaft für 300/320 Mio. schließen können.

Fortsetzung Fußnote von Seite 494

Obwohl Frankreich und Großbritannien sich nicht im vorgesehenen Umfang an der Verteidigungshilfe für Griechenland beteiligten, leistete die Bundesrepublik für 1964 die Hilfe in Höhe von neun Millionen Dollar, davon allerdings fünf Millionen auf bilateraler Basis. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Luedde-Neurath vom 27. Oktober 1964; Abteilung II (II 7), Bd. 805; B 150, Aktenkopien 1964.

8 Hat Staatssekretär Carstens am 30. April 1964 vorgelegen.

9 Im Drahterlaß vom 28. April 1964 an die Botschaften in Paris und London führte Staatssekretär Carstens aus: „Die Bundesregierung hat im NATO-Rat stets die Ansicht vertreten, daß die Verteidigungshilfe für Griechenland eine gemeinsame Hilfsaktion der Allianz und nicht nur einzelner NATO-Staaten sein sollte." Carstens vertrat die Ansicht, daß eine angemessene Beteiligung Großbritanniens und Frankreichs unerläßlich sei. Dies solle im britischen bzw. französischen Außenministerium „auf hoher Ebene" zum Ausdruck gebracht werden. Dabei könne darauf hingewiesen werden, „daß eine wirksame Verteidigungshilfe der NATO den durch die Zypern-Krise ausgelösten anti-westlichen Strömungen in der griechischen öffentlichen Meinung entgegenwirken und positive Auswirkungen auf die Haltung Griechenlands in der Zypern-Frage haben kann". Vgl. Abteilung II (II 7), VS-Bd. 804; B 150, Aktenkopien 1964.

10 Dieser Satz wurde von Ministerialdirektor Krapf handschriftlich eingefügt.

1 Durchschlag als Konzept.

2 Vgl. dazu bereits Dok. 2.

3 Rolf Dahlgrün.

4 Zur Behandlung des Themas Devisenhilfe bei den deutsch-britischen Regierungsbesprechungen vom 15./16. Januar 1964 vgl. Dok. 13.

Staatssekretär Carstens: 400 Mio. pro Jahr. Der Sprung von 600[5] auf 250 Mio. ist zu groß.

Bundeskanzler: Man muß die Gesamtsituation des Handels sehen.

Staatssekretär Westrick: Die früheren 600 Mio. waren durch passive britische Zahlungsbilanz motiviert. Jetzt ist die Zahlungsbilanz aktiv.

Bundesminister der Verteidigung[6]: 600 Mio. war zu hoch; darin waren 480 für das Verteidigungsressort. Ich kann nur maximal 2 x 250 aufbringen. Gefahr, daß die Niederlande und Belgien kommen und gleiche Forderungen stellen. Riesige US-Forderungen[7] kommen auf uns zu. Ich muß McNamara eine Antwort geben. Wenn wir nicht für $ 600 Mio./Jahr kaufen, kommt es zum Abzug von US-Truppen.[8]

Staatssekretär Carstens: Sehr eindringlich über die politischen Auswirkungen: 250 sind nicht genug. Man muß sicherstellen, daß die Belgier und Holländer nicht kommen.

Bundesminister der Finanzen: Ich wäre froh, wenn ich auf 400 abkäme.

Bundeskanzler: Handelsbilanzsituation erörtern! Damit anfangen.[9]

Hiermit Herrn D III[10] zur gefälligen Kenntnis.

gez. Carstens

Büro Staatssekretär, Bd. 405

[5] Das laufende Abkommen mit Großbritannien sah eine Devisenhilfe in Höhe von 600 Millionen DM für das Haushaltsjahr 1963/64 vor. Vgl. dazu Dok. 2, Anm. 6.

[6] Kai-Uwe von Hassel.

[7] Bundesminister von Hassel und der amerikanische Verteidigungsminister McNamara erörterten bereits am 3./4. Dezember 1963 in Washington die Frage der weiteren Beschaffung von Rüstungsgütern und militärischen Dienstleistungen durch die Bundesrepublik. Vgl. dazu BULLETIN 1963, S. 1905.

[8] Zu den Verhandlungen mit USA über einen Devisenausgleich vgl. weiter Dok. 119.

[9] Zur Regelung mit Großbritannien über einen Devisenausgleich vgl. weiter Dok. 208.

[10] Ministerialdirektor Sachs.

116

Staatssekretär Lahr, z.Z. Accra, an Bundesminister Schröder, z.Z. Santiago de Chile

Z B 6/3698/64 geheim
Fernschreiben Nr. 63
Citissime

Aufgabe: 30. April 1964, 17.33 Uhr
Ankunft: 30. April 1964, 24.00 Uhr[1]

Nur für Minister und Staatssekretär[2]

Ghanabesuch[3] erfreulich gut und in herzlicher Atmosphäre verlaufen. Programmgestaltung und Aufmerksamkeit der Gastgeber ließen erkennen, daß ghanaische Regierung diesem ersten[4] Besuch besondere Bedeutung beigemessen hat.

Aufenthalt wurde durch einstündiges Gespräch mit Außenminister Botsio in Anwesenheit engster Mitarbeiter eingeleitet. Er erklärte eingangs, daß seine Regierung Besuch als Beginn neuen Abschnitts herzlicher deutsch-ghanaischer Beziehungen betrachte. Während im Verlauf der Unterhaltung von mir Deutschlandproblem und Pressehetze gegen die BRD[5] behandelt wurde, brachten ghanaische Gesprächspartner Südafrika, portugiesische Kolonien und Südrhodesien zur Sprache, ohne daß sich wesentliche Meinungsverschiedenheiten ergaben. Botsio übte keine Kritik an unserer Haltung gegenüber südlichem Afrika, forderte uns aber auf, unsere Beziehungen zu betreffenden Regierungen zu benutzen, um in Richtung einer Änderung Rassenpolitik bzw. Kolonialpolitik einzuwirken.

Höhepunkt des Besuchs war ursprünglich auf 45 Minuten festgesetztes und auf 90 Minuten ausgedehntes Gespräch mit Präsident. Nkrumah zeigte sich über von mir übergebenen Bundeskanzlerbrief[6] sehr erfreut und unterstrich

[1] Ankunftszeit in Bonn.

[2] Der Drahtbericht wurde von Botschafter Reichhold, Accra, mitgezeichnet.
Hat Staatssekretär Carstens am 2. Mai 1964 vorgelegen, der handschriftlich verfügte: „M[inister]B[üro] z[ur] w[eiteren] V[erwendung] (Auszug nach Santiago). Vollen Text hier vorlegen."
Hat Ministerialdirigent Böker am 5. Mai und Ministerialdirektor Sachs am 9. Mai 1964 vorgelegen.

[3] Zum Besuch des Staatssekretärs Lahr in Ghana vgl. auch LAHR, Zeuge, S. 399–401.

[4] Dieses Wort wurde von Ministerialdirigent Böker hervorgehoben. Dazu Fragezeichen.

[5] Ministerialdirigent Böker äußerte sich bereits am 23. Januar 1964 gegenüber dem ghanaischen Botschafter besorgt über das Verhältnis zwischen der Bundesrepublik und Ghana. Doe „schob die Schuld gewissen radikalen kommunistisch inspirierten Elementen zu, die sich in der unmittelbaren Umgebung des Präsidenten und in Presse und Radio festgesetzt hätten. Diese Elemente betrieben eine systematische Hetze nicht nur gegen den Westen und seine Repräsentanten, sondern gegen alle Elemente innerhalb Ghanas, die dem Westen gegenüber aufgeschlossen oder freundlich eingestellt seien." Vgl. Abteilung I (I B 3), VS-Bd. 86; B 150, Aktenkopien 1964.
Zu den „Angriffen" der ghanaischen Presse gegen die Bundesrepublik vgl. auch Referat I B 3, Bd. 409.

[6] Für den Entwurf des Schreibens vom 25. April 1964 vgl. Referat I B 3, Bd. 486.

mit lauten Worten der Zustimmung Passagen über symbolische Bedeutung der Brücke[7] als Bindeglied zwischen der BRD und Ghana.

Während Gesprächsverlauf betonte Präsident wiederholt sein starkes Interesse an freundschaftlichen Beziehungen zu uns. Ich hatte Gelegenheit, mit ihm ausführlich über Deutschlandfrage zu sprechen, wobei ich besonders menschliche Seite dieses Problems anklingen ließ. Präsident war sehr interessiert und versicherte, daß Deutschland wiedervereinigt werden müsse. Er vermied dabei, auf Zweistaatentheorie[8] einzugehen. Er erklärte, ghanaische Politik sei und bleibe, SBZ nicht anzuerkennen. Hindernisse für Wiedervereinigung sieht er im Gegensatz Sozialismus Kapitalismus und der Furcht [der] Sowjetunion vor vereinigtem Deutschland. Nkrumah war überrascht, von mir zu erfahren, daß in Afrika nur Sansibar[9] SBZ anerkannt hätte, und war der Meinung, daß VAR, Guinea und Mali diplomatische Beziehungen zur SBZ aufgenommen hätten. Erkenntnis, daß Ghana in Kontakten zur SBZ[10] weiter als andere afrikanische Staaten gegangen [war], schien ihn zu beeindrucken. Besonders befriedigt war Präsident über meine Erklärung, daß Deutschland im Fall der Wiedervereinigung bemüht sein werde, sowjetischen Sicherheitsbefürchtungen vor Wiedervereinigung Deutschlands Rechnung zu tragen. Präsident bemerkte, daß er Chruschtschow bereits 1961 gesagt habe[11], daß Wiedervereinigung Deutschlands auf Dauer nicht verhindert werden könne. Während ich im weiteren Verlauf unsere Sozialpolitik erläuterte, äußerte Präsident Hoffnung, daß sich BRD an jetzt beginnendem Siebenjahresplan[12] beteiligen werde. Unterhaltung verlief sehr freundlich. Bei Verabschiedung erinnerte ich Nkrumah an ergangene Einladung zu Besuch BRD[13]. Er stellte Kommen in Aussicht.

Bankett Außenministers mit ghanaischen Regierungsmitgliedern und hohen Beamten, auf dem herzliche Reden ausgetauscht wurden, beschloß ersten Besuchstag.

Grundsteinlegung nahm in Anwesenheit Präsidenten festlichen Verlauf. Es war erstesmal, daß sich Nkrumah seit Attentat am zweiten Januar[14] der Bevölkerung zeigte. Diplomatisches Corps einschließlich des Ostblocks war vollzählig anwesend. In Ansprache[15] erklärte ich unsere Einstellung zu Ghana und Grundsätze unserer Afrikapolitik. Nach Meinung hoher ghanaischer Beamter und befreundeter Diplomaten sind diese Ausführungen sehr freundlich aufgenommen worden. Präsident, der Rede wiederholt durch seinen Beifall unter-

[7] Äußerer Anlaß des Besuchs war die Grundsteinlegung für eine Brücke über den Volta, die mit deutscher Kapitalhilfe errichtet werden sollte.

[8] Zur sowjetischen Zwei- bzw. Drei-Staaten-Theorie vgl. besonders Dok. 13, Anm. 10 und 15.

[9] Zur Anerkennung der DDR durch Sansibar am 29. Januar 1964 vgl. Dok. 40, Anm. 5.

[10] Zu den Kontakten zwischen Ghana und der DDR vgl. auch AAPD 1963, II, Dok. 347.

[11] Präsident Nkrumah führte während eines Besuchs vom 10. bis 25. Juli 1961 in der UdSSR Gespräche mit Ministerpräsident Chruschtschow. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1961, Z 164.

[12] Zu dem am 11. März 1964 veröffentlichten Siebenjahresplan vgl. AdG 1964, S. 11125.

[13] Die Einladung zu einem Besuch in der Bundesrepublik wurde bereits im Dezember 1959 ausgesprochen. Vgl. dazu Referat 307, Bd. 72.

[14] Bei dem Attentat vom 2. Januar 1964 blieb Präsident Nkrumah unverletzt. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1964, Z 23.

[15] Für das Manuskript der Rede des Staatssekretärs Lahr vgl. Referat I B 3, Bd. 486.

brach, äußerte sich anschließend ebenfalls sehr positiv und veranlaßte ghanaische Presse Ansprache zu veröffentlichen.

Offizieller Besuch wurde abgeschlossen durch Besichtigung eindrucksvollen Volta-River-Projekts und Empfang Außenminister zu Ehren Delegation unter Beteiligung diplomatischen Corps und maßgeblichen Persönlichkeiten öffentlichen Lebens.

In weiterem Gespräch mit Botsio unmittelbar vor meinem Abflug ging ich nochmals auf Hetzartikel in „Spark" und deren Verteilung durch ghanaische Auslandsvertretungen ein. Ich gab meinem Befremden über gehässigen Charakter der Veröffentlichungen Ausdruck, den Bundesregierung angesichts ihrer positiven Einstellung zu Afrika nicht verdiene und der äußerst nachteilige Folgen für unser Verhältnis zu Ghana in deutscher Öffentlichkeit haben könne. Botsio mißbilligte ebenfalls „Spark"-Artikel und sagte energische Maßnahmen zur Unterbindung weiterer derartiger Publikationen zu.

Unserem Wunsch, daß sich Ghana gegen Behandlung Deutschlandproblems auf Neutralistenkonferenz[16] einsetzen möge, versprach er nach Möglichkeit zu entsprechen. Als ich ihn später unter vier Augen[17] wegen seines auf Welthandelskonferenz geäußerten Bedauerns über Nichtzulassung SBZ[18] unser Erstaunen ausdrückte, sagte Minister, daß er soeben Weisung vom Präsidenten erhalten habe, in Zukunft alles zu vermeiden, was sich erschwerend auf Wiedervereinigung auswirken könne. Dies bezöge sich auch auf eine bevorstehende neue Aktion zugunsten SBZ auf Welthandelskonferenz[19], an der sich Ghana nunmehr nicht beteiligen werde.

Auf wirtschaftlichem Gebiet bat ich den Minister, sich für eine gerechte Verteilung der Einfuhrlizenzen und Schiffsfrachten einzusetzen. Botsio erwiderte, daß dies auch die Absicht seiner Regierung sei. Er äußerte von sich aus die Bitte, daß die BRD seinem Land bei gegenwärtig angespannter Devisenlage, die vorübergehender Natur sei, durch Hergabe von Krediten helfen möge. Staatskredite würden bevorzugt, weil Privatkredite erfahrungsgemäß zu teuer seien. Er fügte hinzu, daß Industrieländer einen „Marshallplan"[20] für Entwicklungsländer ausarbeiten sollten. Auch der BRD habe dieser Plan seinerzeit auf die Beine geholfen. Ich erklärte ihm darauf unsere Entwicklungspolitik und die von uns bereits geleistete Hilfe. Hinsichtlich bilateraler Aktionen riet ich, Ergebnis Welthandelskonferenz abzuwarten, weil zunächst die

16 Zu der für Oktober 1964 geplanten Konferenz der blockfreien Staaten in Kairo vgl. Dok. 65, Anm. 6. Vgl. dazu auch Dok. 275.

17 Für die Gesprächsaufzeichnung vgl. Abteilung I (I B 3), VS-Bd. 187; B 150, Aktenkopien 1964.

18 Vgl. dazu den Drahtbericht des Leiters der Delegation der Bundesrepublik Deutschland bei der Welthandelskonferenz in Genf, Klein, vom 10. April 1964; Referat III A 2, Bd. 5.

19 Zu den Versuchen, eine Teilnahme der DDR an der Welthandelskonferenz durchzusetzen, vgl. die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Graf von Hardenberg vom 13. Mai 1964; Referat III A 2, Bd. 5.
Zur Welthandelskonferenz vgl. auch Dok. 144.

20 Der amerikanische Außenminister Marshall verkündete am 5. Juni 1947 ein Programm zur wirtschaftlichen Unterstützung der europäischen Länder. Mit dem amerikanischen Auslandshilfegesetz vom 3. April 1948 wurde für das „European Recovery Program" eine rechtliche Grundlage geschaffen.

zollpolitischen Probleme gelöst werden müßten. Dies schließe nicht aus, daß auf bilateralem Gebiet etwas geschähe. Der ghanaische Botschafter habe ja kürzlich im Bundeswirtschaftsministerium ein gewisses Entgegenkommen gefunden.[21]

Zusammenfassend möchte ich feststellen, daß wir mit Erfolg Besuchs zufrieden sein können. Mit Ausnahme einer kleinen, allerdings einflußreichen radikalen Gruppe, insbesondere in der Parteiorganisation, besteht in hiesiger Öffentlichkeit eine positive Einstellung zu uns und der Wunsch nach einer Verbesserung der Beziehungen.[22] Dies läßt erhoffen, daß Ghana vorerst nichts unternehmen wird, um neue Spannungen zu erzeugen, [...][23]. Wichtig ist, das Brückenprojekt so schnell wie möglich zu beginnen, weil Nkrumahs Prestige in der Sache stark engagiert ist.

[gez.] Lahr

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 421

[21] Zum diesbezüglichen Besuch des Botschafters Doe vgl. das Schreiben des Mitarbeiters im Bundesministerium für Wirtschaft, Erdmann, vom 8. April 1964 an das Auswärtige Amt; Referat I B 3, Bd. 486.

[22] Zur deutschlandpolitischen Haltung Ghanas vgl. weiter Dok. 233.

[23] Auslassung. Vom Auswärtigen Amt wurden am 19. Februar 1991 gegen die Veröffentlichung von 11 Wörtern Bedenken erhoben.

117

Botschafter Klaiber, Paris, an Staatssekretär Carstens

Z B 6-1/3682/64 geheim
Fernschreiben Nr. 732
Citissime

Aufgabe: 30. April 1964, 19.40 Uhr[1]
Ankunft: 30. April 1964, 20.05 Uhr

Für St.S. Carstens

Auf Plurex 1635 vom 29.4.64[2]

NATO-Vertretung Paris hat Durchdruck

Habe heute französischen Außenminister aufgesucht, um ihm weisungsgemäß unsere Besorgnis wegen der Zurückziehung französischer Marineoffiziere aus den NATO-Marinestäben[3] auszudrücken. Ich erklärte, daß wir bei aller Freundschaft diese französische Maßnahme, die die Allianz schwächen müsse, nicht billigen könnten. Wir setzten uns vielmehr für eine möglichst weitgehende Integration der westlichen Verteidigung ein und hielten es für einen großen Vorteil, daß schon in Friedenszeiten integrierte Stäbe vorhanden seien, die sonst erst im Ernstfall geschaffen werden müßten. Auch sei es für uns wichtig, gegenüber der sowjetischen Propaganda mit der Behauptung vom Wiedererstehen des deutschen Militarismus[4], darauf hinweisen zu können, daß unsere militärischen Verbände in einem Bündnis integriert seien und einem alliierten Oberbefehl unterständen. Wir seien deshalb über die französische Haltung beunruhigt und bäten um eine Erklärung des neuerlichen[5] französischen Beschlusses.

Couve de Murville antwortete mir, daß die französische Regierung der Integration der NATO-Stäbe in Friedenszeiten nicht die gleiche Bedeutung beimesse wie wir. Auch sei das Übergewicht des amerikanischen Oberbefehls für Frankreich bedrückend. Das wieder erstarkte Europa habe nach französi-

[1] Hat Ministerialdirigent Voigt am 4. Mai und Ministerialdirektor Jansen am 20. Mai 1964 vorgelegen.

[2] Mit Drahterlaß vom 29. April 1964 an die Botschaft in Paris bat Staatssekretär Carstens um Unterrichtung des französischen Außenministers Couve de Murville, daß die Bundesregierung die Zurückziehung französischer Offiziere aus den NATO-Marinestäben ernst nähme. Sie laufe der deutschen Einstellung, daß eine möglichst weitgehende Integration der westlichen Verteidigung anzustreben sei, zuwider. Die Botschaft solle eruieren, wie das Zusammenwirken der französischen Flotte und der NATO-Streitkräfte im Ernstfall sichergestellt werden solle. Außerdem interessiere, „ob der jetzige Schritt den Abschluß einer Entwicklung darstellt oder ob wir auch in Zukunft mit weiteren Maßnahmen ähnlicher Art rechnen müssen". Vgl. Abteilung II (II 7), VS-Bd. 2034; B 150, Aktenkopien 1964.

[3] Die am 22. April 1964 in Kraft tretende Maßnahme wurde am selben Tag der Botschaft in Paris bekanntgegeben. Vgl. dazu den Drahtbericht des Botschaftsrats I. Klasse Fechter, Paris, vom 22. April 1964; Abteilung II (II 7), VS-Bd. 2034; B 150, Aktenkopien 1964.

[4] Zur diesbezüglichen sowjetischen Auffassung vgl. die Äußerungen des Botschafters Smirnow vom 11. März 1964 gegenüber Bundeskanzler Erhard; Dok. 68.

[5] Die französische Mittelmeerflotte wurde bereits 1959, die Atlantikflotte mit Wirkung zum 1. Januar 1964 dem NATO-Oberbefehl entzogen. Vgl. dazu Dok. 66, Anm. 10. Vgl. ferner AAPD 1963, II, Dok. 194 und Dok. 204.

scher Auffassung das Anrecht auf einen stärkeren Anteil an der Befehlsgewalt und Verantwortung innerhalb der NATO. Man spreche viel von einer nötigen Reform der NATO, niemand ergreife aber eine Initiative in dieser Richtung. Frankreich werde sich in dieser Frage zurückhalten und habe sich nur auf einem Gebiet, nämlich dem der Marine, von der Integration gelöst, ein Gebiet, das für die gemeinsame Verteidigung am wenigsten ins Gewicht falle. Zudem werde dafür gesorgt werden, daß das Zusammenwirken der französischen Flotte mit den NATO-Seestreitkräften auch in Friedenszeiten aufrecht erhalten werde. Die aus den integrierten Stäben zurückgezogenen Marineoffiziere würden voraussichtlich durch französische Verbindungsoffiziere zu diesen Stäben ersetzt.[6] Im Ernstfalle werde Frankreich beweisen, daß es ein loyaler Bündnispartner sei. An der Absicht voller Zusammenarbeit auch der französischen Marine mit den NATO-Seestreitkräften im Kriegsfalle ändere sich nichts. Völlig abwegig seien die Gerüchte, wonach die beiden in Deutschland stehenden französischen Divisionen der NATO entzogen würden.[7] Auch auf dem Gebiet der Vorwärts-Strategie[8] sei Frankreich mit seinen Verbündeten einig. Auf meine Frage, ob in Zukunft französischerseits mit weiteren Maßnahmen im Sinne einer Distanzierung von der Zusammenarbeit mit der NATO zu rechnen sei, meinte Couve de Murville, nach seiner Ansicht müsse der jetzige Schritt als Abschluß einer Entwicklung gesehen werden. Zu dieser letzten Äußerung möchte ich meine Skepsis anmelden.[9] Wie ich höre, ist der Entschluß der Zurückziehung der französischen Marineoffiziere von de Gaulle ohne jede Befragung des Quai d'Orsay getroffen worden.

[gez.] Klaiber

Abteilung I (I A 3), VS-Bd. 152

[6] Zu den militärischen Auswirkungen der französischen Entscheidung vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Krapf vom 8. Mai 1964; Abteilung II (II 7), VS-Bd. 2034; B 150, Aktenkopien 1964.

[7] Vgl. dazu den Artikel „Frankreich informiert die NATO"; DIE WELT, Nr. 100 vom 29. April 1964, S. 4.

[8] Dazu erläuterte Bundesminister von Hassel im Juli 1963: „Auch im Rahmen übernationaler Verteidigungsorganisationen kann eine Bundesregierung niemals einer Konzeption zustimmen, die ... von vornherein auf Preisgabe beträchtlicher Teile deutschen Bodens aufbaut. Seit ihrem Eintritt in die atlantische Gemeinschaft hat die Bundesregierung daher den Gedanken der ‚Vorwärts-Verteidigung' vertreten, d.h. die Forderung, jeden Quadratmeter deutschen Bodens, beginnend unmittelbar am Eisernen Vorhang, gegen jeden Angriff zu verteidigen. Heute ist dieser Gedanke Allgemeingut der NATO geworden." Vgl. SICHERHEITSPOLITIK DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND. Dokumentation 1945–1977, Teil 2, hrsg. von Klaus von Schubert, Köln 1979, S. 145.

[9] Zum Verhältnis Frankreichs zur NATO vgl. weiter Dok. 127.

118

Botschafter Schroeder, Daressalam, an das Auswärtige Amt

Z B 6-1/3716/64 geheim **Aufgabe: 1. Mai 1964, 19.25 Uhr**
Fernschreiben Nr. 102 **Ankunft: 1. Mai 1964, 18.47 Uhr**

Auf Drahterlaß Nr. 85 vom 29.4. geheim[1]

Habe den erst heute nachmittag eingegangenen Bezugserlaß umgehend mit Nyerere besprochen. Er ist erstmalig gestern vom Zonenvertreter in Sansibar[2], Fritsch, in Daressalam aufgesucht worden, der bei ihm seinen künftigen Status[3] klären wollte. Nyerere hat ihm mitgeteilt, daß eine diplomatische Vertretung oder Anerkennung der SBZ ausgeschlossen seien. Fritsch habe dies ohne Stellungnahme zur Kenntnis genommen und gebeten, die Frage mit dem zu den Maifeiern in Sansibar weilenden Paul Scholz zu erörtern, der [die] Zonenregierung vertrete. Nyerere hält dies für nützlich, um seinen Standpunkt an höherer Stelle nochmals zu erläutern. Der Besuch der Scholz-Delegation auf Sansibar[4] sei noch vor der Unionsbildung vereinbart worden. Ich bat ihn, um propagandistische Störungen zu vermeiden, auf jeden Fall Scholz zur Auflage zu machen, über eine eventuelle Unterredung nichts zu veröffentlichen, so wie es Kenyatta und Murumbi mit Kiesewetter[5] getan haben. Nyerere sagte dies zu.

[1] Mit Drahterlaß vom 29. April 1964 informierte Ministerialdirigent Böker die Botschaft in Daressalam über den anläßlich der Feierlichkeiten zum 1. Mai geplanten Besuch des Stellvertretenden Ministerpräsidenten der DDR, Scholz, in Sansibar. Er bat, Präsident Nyerere auf die negativen deutschlandpolitischen Auswirkungen des Besuchs hinzuweisen und auf die Gefahr möglicher „Kontaktversuche" aufmerksam zu machen. Vgl. Abteilung I (I B 3), VS-Bd. 190; B 150, Aktenkopien 1964.

[2] Zur Anerkennung der DDR durch Sansibar am 29. Januar 1964 vgl. Dok. 40, Anm. 5.

[3] Mit der Proklamation der Vereinigten Republik von Tanganjika und Sansibar am 27. April 1964 gab Sansibar seine Stellung als eigenständiger Staat auf. Dies machte es notwendig, das Verhältnis zur DDR auf eine neue Grundlage zu stellen. Dazu berichtete Botschafter Schroeder, Daressalam, am 28. April 1964, Präsident Nyerere befürworte die Auflösung der DDR-Vertretung, „habe sich jedoch überzeugen müssen, daß das Prestige Karumes dies nicht zulasse. Wenn er jetzt darauf bestünde, könne es möglicherweise die neue Union zerstören (wreck the union) und den Elementen auf Sansibar, die ohnehin dagegen seien, den gewünschten Ansatzpunkt geben. Er sei froh, daß es ihm überhaupt gelungen sei, Sansibar und Tanganjika zu vereinigen, und er bäte um unser Verständnis, wenn angesichts dieser Lage im gesamtafrikanischen Interesse zwar die SBZ-Botschaft verschwände, aber eine SBZ-Handelsvertretung zugelassen würde." Vgl. Abteilung I (I B 3), VS-Bd. 89; B 150, Aktenkopien 1964.
Zum Hintergrund der Vereinigung von Tanganjika und Sansibar vgl. auch den Drahtbericht des Gesandten Freiherr von Stackelberg, Washington, vom 23. April 1964; Abteilung I (I B 3), VS-Bd. 190; B 150, Aktenkopien 1964.

[4] Zum Besuch des Stellvertretenden Ministerpräsidenten der DDR vom 28. April bis 5. Mai 1964 auf Sansibar vgl. auch EUROPA-ARCHIV 1964, Z 123 f.

[5] Der Stellvertretende Außenminister der DDR hielt sich auf der Durchreise nach Sansibar vom 31. März bis 3. April 1964 zu einem informellen Besuch in Kenia auf. Über seine Gespräche mit Präsident Kenyatta und Außenminister Murumbi wurde in der Presse nichts veröffentlicht. Vgl. dazu den Drahtbericht des Legationsrats Schmidt, Nairobi, vom 13. April 1964; Abteilung I (I B 3), VS-Bd. 96; B 150, Aktenkopien 1964.

Nyerere bat erneut, ihm Zeit für die Gleichschaltung Sansibars zu lassen. Karume habe keine Ahnung von den Gefahren seiner Beziehungen zur Zone und sehe nur deren äußerlich freundliche Vertreter, die ihn sofort anerkannt haben und von denen er sich nicht trennen wolle. Eine Aussprache zwischen mir und Karume, deren Vermittlung ich anregte, um Karume über Zwangsregime des „Sultans" Ulbricht weiter aufzuklären, hält Nyerere jedoch noch für verfrüht. Sein ständiger Refrain ist: Give us time. Meiner Ansicht nach sollten wir das berücksichtigen, um vielleicht doch noch die Herabstufung auf eine zonale Handelskammervertretung zu erreichen.[6]

[gez.] Schroeder

Abteilung I (I B 3), VS-Bd. 190

119

Ressortbesprechung im Bundesministerium der Verteidigung

04-02-10 USA **4. Mai 1964**[1]

Betr.: Besuch des US-Secretary of Defense McNamara vom 9. – 11.5.1964[2]

Teilnehmer: siehe anliegende Liste[3]

Gegenstand der Besprechung war der den beteiligten Ressorts zugesandte Entwurf eines vereinbarten Protokolls[4], dessen Unterzeichnung durch Secretary McNamara und Minister von Hassel die Amerikaner vorgeschlagen haben.

Einleitend wies Staatssekretär *Hopf* darauf hin, daß für eine Vereinbarung über einen Devisenausgleich der Bundesminister der Finanzen zuständig sei

[6] Ministerialdirigent Böker legte am 4. Mai 1964 die Nachteile der Zulassung einer Handelsvertretung der DDR in der Vereinigten Republik von Tanganjika und Sansibar dar: „Politisch gesehen ist nicht so sehr die Form der institutionellen Präsenz der SBZ in den Staaten der Welt von Bedeutung, sondern die Präsenz selbst. In der Erkenntnis, daß man die Formen allmählich verändern kann, streben die SBZ und die Sowjetunion nicht die diplomatische Anerkennung auf einen Schlag an, sondern die Umwandlung von Handelsvertretungen in Konsulate ... Die Zulassung einer neuen Handelsvertretung auf Dauer in Dar-es-Salaam zöge die Zulassung in Nairobi, Kampala und Mogadischu nach sich. Danach gäbe es auf dem afrikanischen Kontinent kein Halten mehr." Vgl. Abteilung I (I B 3), VS-Bd. 89; B 150, Aktenkopien 1964.
Vgl. dazu weiter Dok. 228.

[1] Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Staatssekretär Hopf, Bundesministerium der Verteidigung, am 5. Mai 1964 gefertigt.

[2] Vgl. dazu Dok. 125.

[3] Dem Vorgang beigefügt. Teilnehmer waren: Ministerialrat Bachmann, Bundeskanzleramt; Ministerialdirigent Pauls, Auswärtiges Amt; Ministerialdirektor Korff und Regierungsdirektor Haumann, Bundesministerium der Finanzen; Ministerialdirektor Gocht und Ministerialrat Mittelstraß, Bundesministerium für Wirtschaft; Staatssekretär Hopf, Ministerialdirektor Schiffers, Ministerialrat Wanz und Korvettenkapitän Arnold, Bundesministerium der Verteidigung.

[4] Dem Vorgang beigefügt. Für die deutsche Übersetzung des amerikanischen Entwurfs vom 28. April 1964 vgl. Abteilung III (III A 5), VS-Bd. 187.

und nicht der Bundesminister der Verteidigung. Unabhängig davon solle in der Besprechung geprüft werden, ob und inwieweit die Unterzeichnung eines derartigen Protokolls für die deutsche Seite möglich sei. Dabei seien insbesondere zwei schwierige Fragen zu prüfen, nämlich ob der Rüstungsbedarf der Bundeswehr so groß sei, um die Devisenausgaben der Amerikaner in der BRD auszugleichen, und ob der Verteidigungshaushalt ausreichend sei, um entsprechende Zahlungen zu leisten. Staatssekretär Hopf ging sodann auf die sehr deutlichen Äußerungen des US-Secretary Dillon gegenüber Minister Schmücker bei dessen Besuch in Washington[5] ein und betonte, selbst wenn die Amerikaner nicht ein formelles Junktim zwischen dem Kauf von Rüstungsgütern und der Stationierung von US-Truppen in der BRD gefordert hätten, so sei für sie der Devisenausgleich doch offenbar von größter politischer Wichtigkeit.

Der *Vertreter des Auswärtigen Amts* unterstrich die außenpolitische Bedeutung deutscher Anstrengungen auf dem Gebiet des Devisenausgleichs und erklärte, daß die BRD ihre Verpflichtungen in dem bisherigen Umfang fortsetzen müsse, da andernfalls mit tiefgreifenden Folgen für das deutsch-amerikanische Verhältnis zu rechnen sei.

Ministerialdirektor *Korff* lehnte die Federführung in den Verhandlungen mit den Amerikanern für den Bundesminister der Finanzen ab und betonte, daß die Entwicklung des Bundeshaushalts[6] in den kommenden Jahren große Sorge bereite. Er habe erhebliche Zweifel, ob der Verteidigungshaushalt in Zukunft so bemessen werden könne, um diese hohen Verpflichtungen in den Jahren 1965 und 1966 allein aus Rüstungsbeschaffungen zu erfüllen.

Auch Ministerialdirektor *Gocht* vom BMWi war der Ansicht, daß den Amerikanern nur im Rahmen des dem Verteidigungshaushalt Möglichen Zusagen gemacht werden dürften. Er verkannte andererseits nicht die politische Bedeutung, die einem vollen Devisenausgleich für die amerikanischen Truppen in der Bundesrepublik Deutschland zukommt. Wenn die Rüstungsbeschaffung nicht ausreicht, um den Devisenverlust auszugleichen, könne zu gegebener Zeit erwogen werden, die aus der Stellung der Bundesrepublik Deutschland im internationalen Kapitalverkehr folgenden Möglichkeiten für Ausgleichsmaßnahmen einzusetzen.

Der *Vertreter des Bundeskanzleramtes* konnte sich nicht verbindlich dazu äußern, ob die prinzipielle Einigung zwischen dem Herrn Bundeskanzler und

[5] Zum Besuch des Bundesministers Schmücker vom 2. bis 12. April 1964 in den USA vgl. BULLETIN 1964, S. 502 und S. 530.
Ministerialdirigent Pauls legte am 5. Mai 1964 dar, der amerikanische Finanzminister Dillon habe gegenüber Schmücker erklärt, „die amerikanische Regierung werde eine Herabsetzung der deutschen Rüstungskäufe in den USA, gleichgültig aus welchem Grunde, als Anzeichen dafür ansehen, daß Deutschland die Stationierung amerikanischer Streitkräfte nicht oder nicht mehr in dem bisherigen Umfang für notwendig halte. Sie würde dann die in Deutschland stationierten Streitkräfte vermindern." Pauls hielt es für notwendig, dieses Junktim, das vom amerikanischen Außenministerium und Verteidigungsministerium nicht vertreten werde, „aus der Welt zu schaffen". Vgl. Abteilung II (II 7), VS-Bd. 810; B 150, Aktenkopien 1964.
Zur Frage eines solchen Junktims vgl. auch die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Hoffmann vom 24. April 1964; Abteilung II (II 6), VS-Bd. 236; B 150, Aktenkopien 1964.

[6] Zu den Plänen für den Bundeshaushalt 1965 vgl. Dok. 128.

dem Herrn Präsidenten Johnson[7], die nach dem Protokollentwurf vorausgesetzt wird, sich auch darauf erstreckt, daß seitens der Bundesrepublik Deutschland die Verpflichtung zum vollen Devisenausgleich anerkannt wird. Er sprach sich auch gegen die Anerkennung eines formellen Junktims aus, anerkannte andererseits aber, daß aus politischen Gründen die Fortführung der bisher mit diesem Ziele eingeleiteten Maßnahmen notwendig erscheine.

Staatssekretär *Hopf* wies auch seinerseits auf die Schwierigkeiten hin, die in Zukunft einem vollen Devisenausgleich allein durch Rüstungsbeschaffungen der Bundeswehr entgegenständen. Das Bundesministerium der Verteidigung sei im Rahmen der Gemeinschaftsproduktionen teilweise gegenüber seinen europäischen Partnern verpflichtet. Beschaffungen durch die deutsche Industrie kämen in den derzeit und in Zukunft laufenden Beschaffungsprogrammen stärker als in der Vergangenheit zum Zuge. Ob der Verteidigungshaushalt schließlich bei den steigenden fortdauernden Ausgaben zu gleich großen Investitionen in der Lage sei, sei zweifelhaft und werde insbesondere davon abhängen, welche Mittel im Rahmen des gesamten Bundeshaushalts für die Verteidigung bereitgestellt würden.

Alle Beteiligten waren darüber einig, daß aus politischen Gründen eine grundsätzliche Einigung über die Fortführung der Devisenausgleichsmaßnahmen erzielt werden müsse. Im Hinblick auf die weittragenden politischen, insbesondere auch finanzpolitischen Folgerungen, erscheine es aber notwendig, daß die Unterzeichnung des Protokolls durch den Bundesverteidigungsminister vom Kabinett gebilligt werde; denn – gleich *wer* unterschreibe – in jedem Falle werde nicht nur ein einzelnes Ressort, sondern die Bundesrepublik verpflichtet. Hierbei erschien es den Beteiligten notwendig, in dem Protokollentwurf zum Ausdruck zu bringen, daß ein voller Devisenausgleich durch Rüstungskäufe, der auch in Zukunft angestrebt werde, im Hinblick auf die im einzelnen dargetanen Gründe nicht sicher erscheine. Eine entsprechende Abänderung des Protokolls soll in dem Anschreiben dem Kabinett vorgeschlagen werden, mit dem dieser Vermerk übersandt wird.[8]

Abteilung III (III A 5), VS-Bd. 187

[7] Das Thema Devisenausgleich wurde während der Gespräche des Bundeskanzlers Erhard mit Präsident Johnson am 28./29. Dezember 1963 in Stonewall, Texas, erörtert. Vgl. AAPD 1963, III, Dok. 489 und Dok. 490.

[8] Am 5. Mai 1964 setzte Staatssekretär Hopf, Bundesministerium der Verteidigung, in einem Rundschreiben die Bundesminister von der Ressortbesprechung und der beabsichtigten Vereinbarung eines Protokolls mit den USA in Kenntnis. Vgl. Abteilung III (III A 5), VS-Bd. 187; B 150, Aktenkopien 1964.

120

Staatssekretär Carstens an die Botschaft in Washington

II 8-82.01-5/1709/64 geheim **5. Mai 1964**[1]
Fernschreiben Nr. 1768 Plurex **Aufgabe: 9. Mai 1964, 14.27 Uhr**

Im Anschluß an Drahtbericht Nr. 477 vom 3.4.64 geheim aus Paris Natogerma[2]

Der amerikanische Vorschlag, die strategischen nuklearen Trägerwaffen einzufrieren[3], ist hier einer sorgfältigen Prüfung unterzogen worden. Der Gedankenaustausch im NATO-Rat hat gezeigt, daß trotz erheblicher Bedenken auch bei anderen Verbündeten wenig Neigung besteht, die Amerikaner vor diesem Gremium mit allen Bedenken zu konfrontieren. Auch wir haben aus diesen Erwägungen heraus bisher davon abgesehen, uns zum Exponenten der Opposition zu machen. Wir glauben aber, daß es an der Zeit ist, jetzt im bilateralen Gespräch der amerikanischen Regierung unsere Bedenken auseinanderzusetzen und vor Wiederbeginn der Genfer Konferenz[4] auf Klärung zu drängen.

Sie werden daher gebeten, im State Department auf höherer Ebene als bisher vorzusprechen und folgende Gedanken zu erläutern: Das Einfrieren nuklearer Trägerwaffen mit einer Reichweite von mehr als 1000 km berührt die Sicherheit Europas in besonderer Weise.

Nach unserer Auffassung handelt es sich bei den von dem Vorschlag betroffenen Trägermitteln nicht nur um strategische Waffen, sondern auch um Waffen für taktische Zwecke. Insofern war der ursprüngliche Vorschlag, der nur

[1] Der Drahterlaß wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Lahn konzipiert und über Vortragenden Legationsrat I. Klasse Luedde-Neurath und Ministerialdirektor Krapf an Staatssekretär Carstens geleitet, der handschriftlich vermerkte: „Nach Abgang d[em] H[errn] Minister vorzulegen."
Hat Bundesminister Schröder am 15. Mai 1964 vorgelegen.

[2] Botschaftsrat I. Klasse Sahm, Paris (NATO), berichtete am 3. April 1964 über die amerikanische Absicht, in Genf Sondierungsgespräche mit der UdSSR über den „freeze"-Vorschlag des amerikanischen Präsidenten zu führen. Hinsichtlich der bisherigen Beratungen im NATO-Rat habe der amerikanische Botschafter Finletter klargestellt, „die US-Regierung wolle keine Regierung verpflichten, sondern nur die Ansichten der Verbündeten hören und sich gegebenenfalls auch durch deren Stellungnahme beeinflussen lassen. Dies sei keineswegs eine leere Geste; man wolle aber auch nicht seine souveränen Rechte aufgeben (not surrender their sovereign rights)." Sahm erläuterte, er habe nicht als einziger Vertreter das amerikanische Vorgehen kritisieren und in Frage stellen wollen, „ob die Amerikaner wirklich frei sind, mit den Sowjets Gespräche über das Einfrieren von Kernwaffen (die anerkannterweise die Grundlage für die Sicherheit aller Mitglieder der Allianz sind) zu eröffnen, ohne daß die Verbündeten Gelegenheit hatten, die amerikanischen Pläne auch nur zu prüfen, geschweige denn zu ihnen Stellung zu nehmen". Vgl. Abteilung II (II 8), VS-Bd. 285; B 150, Aktenkopien 1964.

[3] Zum amerikanischen „freeze"-Vorschlag vom 21. Januar 1964 sowie zur deutschen Stellungnahme dazu vgl. Dok. 38, besonders Anm. 13.

[4] Die am 28. April 1964 unterbrochenen Beratungen der Konferenz der 18-Mächte-Abrüstungskommission in Genf sollten am 9. Juni 1964 wiederaufgenommen werden. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1964, Z 146.

von strategischen nuklearen Trägermitteln spricht, geeignet, gewisse Unklarheiten aufkommen zu lassen, ehe er näher spezifiziert wurde.[5]

Der Westen besitzt zwar eine Überlegenheit an nuklearen Trägerwaffen im *strategischen* Bereich, die zu seinen Gunsten eingefroren würden, doch ist er der Sowjetunion auf dem europäischen Festland im *Mittelstreckenbereich* (MRBM) weit unterlegen, so daß hier die sowjetische Überlegenheit mit eingefroren würde. Der Westen könnte daher auf absehbare Zeit wegen der Nichterfüllung der NATO-Forderung nach dem Missile X den sowjetischen MRBM nichts Gleichwertiges entgegensetzen.[6] Bei den Gefechtsfeldwaffen andererseits, die von dem Einfrieren nicht betroffen würden, behielten die Sowjets die Möglichkeit nachzuziehen.

Folgende Problemkreise bedürfen nach unserer Ansicht der Klärung:

1) Die in dieser Frage an den Tag gelegte Eile ist uns deshalb unverständlich, weil die Amerikaner immer wieder betonen, daß bis zum Abschluß eines Einfrierabkommens noch viel Zeit vergehen werde und daß durch diesen Zeitfaktor gerade die MLF gesichert erscheine.[7] Warum wird dann überhaupt der Einfrier-Vorschlag jetzt so vordringlich behandelt? Wir können nicht glauben, daß dies nur wegen der Verhandlungssituation in Genf geschehen ist. Wir sollten hier auf der *gemeinsamen* Verantwortung der Verbündeten, auf Konsultation und Diskussion sowie die Möglichkeit der Einflußnahme auf alle das gemeinsame Verteidigungskonzept angehenden Angelegenheiten bestehen.

2) Wir halten die von dem sowjetischen MRBM-Gürtel ausgehende Bedrohung Europas für so groß, daß wir die NATO-Forderung auf ein Gegengewicht in *Europa* für vordringlich ansehen. Ein Einfrieren der MRBMs würde die Schaffung eines solchen Gegengewichts unmöglich machen.

3) Wir begrüßen die erklärte amerikanische Bereitschaft, die MLF[8] auch bei einem Einfrieren zu gewährleisten und die für sie benötigten Raketen bereitzustellen. Die MLF wird aber vom Zeitpunkt der Ratifizierung des Vertrages, also frühestens vom Frühjahr 1965 an, mindestens 6 Jahre bis zu ihrem Aufbau (1972) brauchen. Dabei bleibt den Sowjets ein langer Zeitraum, ihre Haltung zum Johnson-Vorschlag zu überprüfen; eventuell werden sie sehr bald erkennen, welche Möglichkeiten ihnen der Vorschlag eröffnet, um gegen die MLF propagandistisch vorzugehen, da sich Einfrieren und Weiterproduktion von über 200 Polaris-H-3-Raketen nicht gut vereinbaren lassen.

Auch eine ausdrückliche Herausnahme und Gewährleistung der MLF im Vertrag erscheint unrealistisch, weil die Sowjets einer solchen Ausnahmerege-

[5] Am 18. März 1964 erläuterten die USA den „freeze"-Vorschlag im Ständigen NATO-Rat und spezifizierten die Waffensysteme, die davon betroffen sein sollten. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Krapf vom 23. März 1964; Abteilung II (II 8), VS-Bd. 285; B 150, Aktenkopien 1964.

[6] Zur Bedrohung Westeuropas durch sowjetische Mittelstreckenraketen und zur Forderung von SACEUR, der NATO entsprechende Systeme zur Verfügung zu stellen, vgl. Dok. 14, Anm. 39, sowie Dok. 149.

[7] Zu diesbezüglichen amerikanischen Äußerungen vgl. Dok. 38, Anm. 9.

[8] Zum Stand der MLF-Verhandlungen vgl. Dok. 104.

lung, die im übrigen zu langen Auseinandersetzungen mit ihnen über das MLF-Projekt führen müßte, nicht zustimmen würden.

4) Es sei auch auf die psychologischen Schwierigkeiten[9] hingewiesen. Es dürfte schwerfallen, gleichzeitig mit dem Einfrieren die Öffentlichkeit von der Notwendigkeit der MLF zu überzeugen und für diese finanzielle Opfer zu verlangen. Wir befürchten daher, daß der Einfrier-Vorschlag ein zusätzliches Hindernis auf dem Wege zur Verwirklichung der MLF darstellt.

Das Bundesministerium der Verteidigung hat eine grobe Analyse zur Frage des Einfrierens strategischer nuklearer Kernwaffenträger gefertigt (Fü B III 8 Az. 31-08-21-06 Tagebuch-Nummer 1929/64 geheim vom 23.3.64)[10], die dem Deutschen Militärvertreter[11] (DMV) vorliegt. Es darf gebeten werden, diese Aufzeichnung beim DMV einzusehen und als Hintergrundmaterial, vor allem auch über Fragen der Kontrolle eines Einfrierabkommens, zu benutzen (BMVtdg hat zugestimmt). Außerdem könnte ein Gespräch mit General Wessel, der dem militär-politischen Kolloquium am 27. und 28.4. in der Nähe Bonns[12] beiwohnte, nützlich sein.[13]

Carstens[14]

Abteilung II (II 8), VS-Bd. 285

[9] An dieser Stelle wurde von Staatssekretär Carstens gestrichen: „in Deutschland".

[10] Für die Aufzeichnung des Bundesministeriums der Verteidigung vgl. Abteilung II (II 8), VS-Bd. 285; B 150, Aktenkopien 1964.

[11] Deutscher Vertreter im Ständigen Militärausschuß der NATO in Washington war Generalmajor Wessel.

[12] Zum Kolloquium über militärpolitische Fragen im Gästehaus „Nette-Mühle" (Kreis Mayen) vgl. den Bericht des Bundesministeriums der Verteidigung vom 30. Mai 1964; Abteilung II (II 7), VS-Bd. 1990.

[13] Gesandter von Lilienfeld, Washington, trug die Bedenken gegen den „freeze"-Vorschlag am 15. Mai 1964 Vertretern der amerikanischen Abrüstungsbehörde und des Außenministeriums vor. Vgl. dazu den Drahtbericht des Botschafters Knappstein, Washington, vom 15. Mai 1964; Abteilung II (II 8), VS-Bd. 285; B 150, Aktenkopien 1964.
Zum weiteren deutschen Vorgehen vgl. auch die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Krapf vom 29. Juli 1964; Abteilung II (II 8), VS-Bd. 285; B 150, Aktenkopien 1964.

[14] Paraphe vom 9. Mai 1964.

121

Staatssekretär Carstens an Bundesminister Schröder, z.Z. Buenos Aires

St.S. 939/64 geheim **Aufgabe: 6. Mai 1964, 19.45 Uhr**
Fernschreiben an Delegation[1] Nr. 46

Nur für den Herrn Minister

Wie ich höre, hat sich Herr Strauß an Herrn Kopf gewandt und um Absetzung des Punktes Teststoppvertrag[2] von der Tagesordnung der Berliner Sitzung des Auswärtigen Ausschusses gebeten. Zuvor müsse das von ihm geforderte Gespräch[3] in der CDU unter Vorsitz des Kanzlers über die Außenpolitik stattfinden. Auch verlange er, daß allen Ausschußmitgliedern eine deutsche Übersetzung der Verhandlungen des amerikanischen Senats zum Teststoppabkommen[4] zur Verfügung gestellt würde.

Der Auswärtige Ausschuß hat den Punkt gestern trotzdem behandelt.[5] Herr Kliesing hat berichtet. Alle Anwesenden stimmten zu. Doch konnte die Vorlage nicht verabschiedet werden, da das Quorum nicht anwesend war (von der CDU: nur 2 Abgeordnete). Der Punkt soll etwa am 27. Mai erneut behandelt werden. Dann wäre 2. und 3. Lesung Anfang Juni vor der USA-Reise des Bundeskanzlers möglich.[6]

[1] Bundesminister Schröder begleitete Bundespräsident Lübke bei den Staatsbesuchen in vier südamerikanischen Staaten.

[2] Für den Wortlaut des Teststopp-Abkommens vom 5. August 1963 vgl. DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1963, S. 291–293.
Zur Ratifizierung des Teststopp-Abkommens vgl. auch Dok. 78.

[3] Mit Schreiben vom 15. Mai 1964 legte der CSU-Vorsitzende Strauß Bundeskanzler Erhard die Themen dar, die in dem bevorstehenden Gespräch behandelt werden sollten: Ostpolitik, europäische Integration, Weiterentwicklung der NATO, amerikanisch-sowjetische Entspannungspolitik sowie deutsch-französisches Verhältnis. Er forderte eine Klarstellung der außenpolitischen Ziele der Bundesregierung, um einen weiteren Bedeutungsverlust der Bundesrepublik in der Weltpolitik zu verhindern. Für eine Abschrift vgl. Ministerbüro, Bd. 206.
Vgl. dazu auch STRAUSS, Erinnerungen, S. 432f.

[4] Zur abschließenden Debatte und Ratifizierung des Teststopp-Abkommens durch den amerikanischen Senat am 24. September 1963 vgl. CONGRESSIONAL RECORD, Bd. 109, S. 17830–17832.

[5] Ministerialdirektor Krapf faßte am 6. Mai 1964 den Verlauf der Sitzung des Ausschusses vom Vortag zusammen. Es habe keine Neigung bestanden, dem telegrafischen Antrag des CSU-Vorsitzenden Strauß zu entsprechen, die abschließende Behandlung des Ratifizierungsgesetzes zum Teststopp-Abkommen zu verschieben. Wegen fehlender Beschlußfähigkeit sei jedoch eine weitere Sitzung in der letzten Mai-Woche angesetzt worden. Der Gedanke einer Entschließung des Bundestages im Zusammenhang mit der Ratifizierung sei mit der Erklärung verworfen worden, daß dies kein geeigneter Anlaß sei, „unsere Verbündeten an ihre Konsultationspflicht zu mahnen". Vgl. Abteilung II (II 8), VS-Bd. 293; B 150, Aktenkopien 1964.

[6] Das Ratifizierungsgesetz zum Teststopp-Abkommen wurde am 27. Mai 1964 abschließend im Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten behandelt. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Krapf vom 30. Mai 1964; Abteilung II (II 8), VS-Bd. 293; B 150, Aktenkopien 1964.
Am 5. Juni 1964 wurde das Ratifizierungsgesetz vom Bundestag einstimmig angenommen. Vgl. dazu BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 55, S. 6262–6273.
Vgl. dazu auch weiter Dok. 250.

Herr Barzel rief mich – wie er sagte – privat an und zeigte sich besorgt über die Haltung der Alliierten zu unserer Initiative in der Deutschlandfrage[7]. Er meinte, Sie, Herr Minister, müßten in dieser Frage unbedingt einen Erfolg im Haag[8] erzielen, sonst könnten sich schwerwiegende Folgerungen für unsere Politik ergeben. Er verweise auf die heute in der Presse wiedergegebene, uns ermutigende Äußerung rotchinesischer Vertreter zur Deutschlandfrage[9].

Ich habe Herrn Barzel gesagt, daß er sich auf den von ihm jetzt eingenommenen Standpunkt nicht versteifen solle. Im Hinblick auf die Wahlen in England[10] und den USA[11] werde es schwer sein, während der Haager Tage die Deutschland-Initiative endgültig zu verabschieden. Herr Barzel las mir darauf einen Satz aus einem Brief vor, den er an den Bundeskanzler gerichtet hat. Darin schlägt er unter anderem vor, daß die Westmächte im Haag mindestens eine Erklärung abgeben sollten, daß sie sich im Rahmen des Möglichen für die Wiedervereinigung einsetzen werden und daß mit der Ausarbeitung der Einzelheiten die Arbeitsgruppe beauftragt werden sollte.

Wie ich weiter höre, ist Herr Strauß vom Bundeskanzler gebeten worden, seine Einwände gegen die außenpolitische Linie der Bundesregierung schriftlich zu formulieren.

Im ganzen wird es wohl darauf hinauslaufen, daß nach Pfingsten ein Gespräch beim Bundeskanzler über außenpolitische Fragen stattfinden wird.[12]

Carstens[13]

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 442

[7] Für den Wortlaut der Deutschland-Initiative (Fassung vom 10. April 1964) vgl. Dok. 3 mit den Änderungen in Anm. 5, 9, 11–20 und 22.
Zur Haltung der drei Westmächte vgl. Dok. 101, Dok. 103, Dok. 111 und Dok. 113.

[8] Zur Besprechung vom 11. Mai 1964 in Den Haag vgl. Dok. 124.

[9] In einer Pressekonferenz am 4. Mai 1964 bezeichnete Außenminister Chen Yi die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands „als eine grundlegende Hoffnung" der Volksrepublik China. Man werde die „beiden Teile Deutschlands" in dieser Frage nicht gegeneinander ausspielen. Chen Yi sprach weder von zwei deutschen Staaten, noch benutzte er den Begriff „DDR". Außerdem zeigte er sich an einer Verbesserung des Verhältnisses zur Bundesrepublik interessiert. Vgl. DzD IV/10, S. 539 f.

[10] Die Wahlen zum britischen Unterhaus vom 15. Oktober 1964 führten zu einer Regierungsmehrheit für die Labour Party.

[11] Die amerikanischen Präsidentschaftswahlen fanden am 3. November 1964 statt.

[12] Die Besprechung fand am 19./20. Mai 1964 im Privathaus des Bundeskanzlers Erhard in Gmund am Tegernsee statt. Teilnehmer neben Erhard und dem CSU-Vorsitzenden Strauß waren Bundesminister Schröder, Staatssekretär Westrick, Staatssekretär Carstens, der amtierende Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion, Barzel, sowie der CSU-Abgeordnete Wagner. Vgl. dazu den Artikel „Besprechungen am Tegernsee unter strenger Geheimhaltung"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 115 vom 20. Mai 1964, S. 1. Vgl. dazu ferner FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 116 vom 21. Mai 1964, S. 1; DER SPIEGEL, Nr. 22 vom 27. Mai 1964, S. 23 f.

[13] Paraphe vom 6. Mai 1964.

122

Ministerialdirigent Stedtfeld, z.Z. Genf, an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 290 **Aufgabe: 6. Mai 1964, 10.00 Uhr**
Ankunft: 6. Mai 1964, 11.26 Uhr

Betr.: Eröffnungssitzung der Kennedy-Runde[1] am 4.–6. Mai 1964

1) Allgemeiner Verlauf

Der erste Abschnitt der die Kennedy-Runde eröffnenden Sitzung des Ausschusses für Handelsverhandlungen auf Ministerebene am 4. Mai nachmittags und 5. Mai vormittags war grundsätzlichen Erklärungen der Minister gewidmet.[2] Entgegen vielfach geäußerten Befürchtungen war der Ton dieser Reden allgemein positiv und bei Anerkennung der noch zu überwindenden Schwierigkeiten überwiegend zuversichtlich. Dies trifft u.a. auch für die Erklärungen von Mr. Herter, USA, und von Mr. Heath, Großbritannien, zu. Für die Gemeinschaft sprachen der belgische Minister Brasseur und Kommissar Rey. Für die Mitgliedstaaten sprachen außer Minister Schmücker noch der italienische Minister Matarella und der niederländische Minister Andriessen. Die bereits durch Fernschreiben Nr. 286 übermittelte Rede von Minister Schmücker[3], in der eine Vergrößerung der Märkte und damit des Warenangebotes als eine wesentliche, wenn nicht sogar die entscheidende Voraussetzung für die Erhaltung der Stabilität bezeichnet wird, fand starke Beachtung.

Am 5. Mai nachmittags erstattete der die Sitzung leitende Exekutivsekretär Wyndham White seinen Bericht über die bisherigen Vorarbeiten und den Stand der Verhandlungen auf den einzelnen Gebieten.

In einer Schluß-Sitzung am 6. Mai vormittags nahm der Ausschuß eine Erklärung[4] an, die den Stand der vorbereitenden Verhandlungen in seinen wichtigsten Punkten wiedergibt und eine Reihe von Entscheidungen über den weiteren Verhandlungsverlauf enthält. Der Annahme der Erklärung ging eine Auseinandersetzung zwischen der EWG und den USA über die Formulierung der 50%igen linearen Zollsenkung als Verhandlungsgrundlage[5] und über die Möglichkeit einer Überprüfung des Termins für die Vorlage der Ausnahmelisten am 10. September 1964 im Lichte der auf anderen Gebieten erzielten Fortschritte voraus. Die Erklärung wird den beteiligten Ressorts alsbald gesondert übermittelt. Nachstehend sind die wichtigsten Verhandlungspunkte dargestellt.

2) Zollverhandlungen

Die Handelsverhandlungen sollen auf der Grundlage der Hypothese einer 50%igen linearen Zollsenkung beginnen. Die endgültige Entscheidung ist an

[1] Zur Kennedy-Runde vgl. auch Dok. 12, Anm. 14.

[2] Zu den einzelnen Erklärungen vgl. EUROPA-ARCHIV 1964, Z 125.

[3] Für den Wortlaut der Rede vom 4. Mai 1964 vgl. BULLETIN 1964, S. 660.

[4] Für einen Entwurf der Erklärung vgl. Referat III A 2, Bd. 276.

[5] Vgl. dazu auch Dok. 67, Anm. 43.

die Lösung der anderen Probleme der Handelsverhandlungen gebunden. Die Vertragsparteien werden bei der Lösung dieser Probleme zusammenarbeiten.

Die Ausnahmelisten sollen am 10. September 1964 vorgelegt werden. Das Rechtfertigungs- und Konfrontationsverfahren für die Ausnahmen soll so rasch wie möglich vorbereitet werden.

Wie der Exekutivsekretär in seinem Bericht hervorhob, stellt die Berücksichtigung der Handelsinteressen der Drittländer das wichtigste noch offene Problem für die Lösung der Disparitätenfrage[6] dar. Bilaterale Gespräche mit Vertretern der Schweiz haben den Eindruck bestätigt, daß die von der Kommission im Rahmen der „Europa-Klausel"[7] mit der Schweiz geführten Gespräche einen keineswegs befriedigenden Verlauf nehmen. Es dürfte deshalb Anlaß bestehen, in Brüssel auf eine laufende konkrete Berichterstattung durch die Kommission und auf eine Abstimmung der weiteren Verhandlungsführung zwischen Kommission und Mitgliedstaaten zu drängen.

3) Landwirtschaft

In der von dem Ausschuß angenommenen Erklärung wird festgestellt, daß es bislang nicht möglich war, eine Einigung über die Regeln und Methoden der Agrarverhandlungen zu finden. Der Vorschlag der Gemeinschaft, die Bindung der Stützungsbeträge zur allgemeinen Grundlage der Verhandlungen zu machen, ist von allen andern Verhandlungspartnern abgelehnt worden, die ihrerseits ein pragmatisches Vorgehen fordern. Innerhalb der EWG werden deshalb die den Agrarverhandlungen zugrundezulegenden Regeln und Methoden zu überprüfen sein. Dies gilt namentlich für die Agrarprodukte, für die die Zölle den einzigen Außenschutz darstellen. In diesem Zusammenhang ist Versuchen der Kommission entgegenzutreten, die eingegangenen Zollbindungen durch Umwandlung der Zölle in Stützungsbeträge zu beeinträchtigen.

Für die Verhandlungen über weltweite Abkommen (Getreide) wird die Gemeinschaft zu den Forderungen der Agrarexportländer Stellung zu nehmen haben, neben Bindungen in bezug auf die interne Agrarpolitik (Preispolitik) Sicherungen für den „Zugang zu den Märkten" zu geben.

4) Sonstige Punkte der Erklärung

Weitere Punkte der Erklärung beziehen sich auf die noch nicht sehr weit gediehenen Vorarbeiten für den Abbau nichttarifärer Handelshemnisse, die besondere Berücksichtigung der Interessen der Entwicklungsländer und auf die Sonderstellung von Ländern mit besonderer Wirtschafts- oder Handelsstruktur. Der Ausschuß stellt fest, daß Sonderverhältnisse, die bei der Frage der Reziprozität der Leistungen zu berücksichtigen sind, bei Kanada sowie Australien, Neuseeland und Südafrika vorliegen.

5) Teilnahme Polens an der Kennedy-Runde

In der Erklärung des Ausschusses wird das Interesse Polens an einer aktiven Teilnahme an der Kennedy-Runde begrüßt. Es ist allgemeine Ansicht, daß es möglich sein müsse, ein durchführbares Verfahren hierfür auszuarbeiten. Der

[6] Zum Problem der Disparitäten vgl auch Dok. 14, Anm. 14.

[7] Zur „Europa-Klausel" vgl. Dok. 67, Anm. 44.

Ausschuß empfiehlt, die Besprechungen tatkräftig fortzuführen, um zu einem baldigen Abschluß zu gelangen.

In einem Gespräch zwischen Minister Schmücker und dem stellvertretenden polnischen Handelsminister Modrzewski wurde das deutsche Interesse betont, die Handelsbeziehungen zu Polen[8] weiter auszubauen. Die aus dem unterschiedlichen Außenhandelssystem entstehenden Probleme sollten jedoch bei den weiteren Besprechungen sorgfältig geprüft werden, damit für die Neugestaltung der Handelsbeziehungen zu Polen eine wirklich brauchbare Grundlage gefunden werde. Dabei wurde auch der Gedanke bilateraler Sicherungen aufgeworfen. Der Gedankenaustausch über diese Fragen soll fortgesetzt werden.

6) Weiteres Vorgehen innerhalb der EWG

Es wird angenommen, daß die Kommission über Verlauf und Ergebnis der Eröffnungssitzung dem EWG-Rat am 8. Mai Bericht erstatten wird[9] und sich hieran eine Aussprache über die Folgerungen anschließt. Es dürfte sich empfehlen, im Anschluß an diese Aussprache dem Ausschuß nach Artikel 111[10] den Auftrag zu geben, die oben unter Ziffer 2 und 3 behandelten Fragen vertieft zu prüfen und etwa erforderlich erscheinende neue Vorschläge auszuarbeiten.

7) Dieses Fernschreiben geht vor Beendigung der noch laufenden Vollsitzung ab in der Annahme, daß die unter den Hauptbeteiligten in einer Sitzung im engeren Rahmen erzielte Übereinstimmung in der Vollsitzung bestätigt wird.

[gez.] Stedtfeld

Referat III A 2, Bd. 276

123

Bundeskanzler Erhard an Präsident Johnson

A B-30101-A5/662^{VI}/64 geheim **8. Mai 1964**[1]

Sehr geehrter Herr Präsident!

Für Ihr Schreiben, das mir Herr Botschafter McGhee am 6. März übergab[2], danke ich Ihnen aufrichtig. Ihre Gedanken haben mich sehr interessiert, und ich möchte Ihnen versichern, daß mir viel daran liegt, mit Ihnen in ständiger enger Verbindung zu stehen.

8 Zu den Handelsbeziehungen mit Polen vgl. auch Dok. 148.

9 Vgl. dazu BULLETIN DER EWG 7/1964, S. 19 f. und S. 53.

10 Gemäß Artikel 111 des EWG-Vertrag vom 25. März 1957 bestand ein „besonderer Ausschuß", der nach den Weisungen des EWG-Rats die Kommission bei Zollverhandlungen mit Drittländern unterstützen sollte. Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 844.
Zur Tätigkeit des besonderen Ausschusses im Jahr 1964 vgl. Referat III A 2, Bd. 92.

1 Mit Drahterlaß vom 8. Mai 1964 an die Botschaft in Washington zur Weiterleitung übermittelt. Das Schreiben folgte mit Kurier.

2 Zur Übergabe des Schreibens vg. Dok. 63.

Mit besonderer Freude stellte ich erneut fest, daß unsere Auffassungen über die Beziehungen zwischen einem geeinten Europa und den Vereinigten Staaten so weitgehend übereinstimmen. Hinsichtlich der Kennedy-Runde konnten die Ansichten der Vereinigten Staaten und der EWG über einige wichtige Probleme bereits angeglichen werden.[3] Ich freue mich darüber und glaube, daß die noch zu erwartenden Schwierigkeiten, insbesondere auch auf dem Agrarsektor, bei den Verhandlungen über konkrete Vorschläge und Ziele überwunden werden können.

Die Lösung der Zypern-Frage[4] erscheint mir äußerst wichtig für die Einheit der NATO. Da der ursprüngliche Friedensplan[5] nicht verwirklicht werden konnte, haben wir uns mit einem finanziellen Beitrag an der Befriedungsaktion der Vereinten Nationen beteiligt.[6] Auch ich halte die Wiederherstellung des Friedens auf der Insel für eine unbedingte Voraussetzung einer politischen Lösung, die von dem finnischen Vermittler[7] für die Vereinten Nationen erarbeitet werden soll. Wir sind uns allerdings der Schwierigkeit der Aufgabe des Vermittlers bewußt. Mit ernster Besorgnis verfolgt meine Regierung insbesondere die Bemühungen der Sowjetregierung, die Mißhelligkeiten zwischen unseren NATO-Verbündeten um Zypern für ihre Zwecke auszunützen und Zypern in ihren Einflußbereich einzubeziehen. Es erscheint mir notwendig, diesen bedrohlichen Gesichtspunkt bei der politischen Lösung zu berücksichtigen und unseren unmittelbar betroffenen NATO-Verbündeten vor Augen zu halten.[8]

Ihre Auffassung, daß Südvietnam in der gegenwärtigen Situation[9] vom Westen nicht im Stich gelassen werden darf, teile ich uneingeschränkt. Auch ich kann

[3] Zu den Verhandlungen bei der Kennedy-Runde vgl. Dok. 122.

[4] Zur Zypern-Frage vgl. zuletzt Dok. 70 und Dok. 71.

[5] Zum britisch-amerikanischen Plan, eine Friedenstruppe aus Kontingenten einzelner NATO-Staaten nach Zypern zu entsenden, vgl. Dok. 34, besonders Anm. 5.

[6] Botschafter Freiherr von Braun, New York (UNO), überreichte UNO-Generalsekretär U Thant am 8. Mai 1964 einen Scheck der Bundesregierung über 500000 Dollar zur Finanzierung der UNO-Friedenstruppe auf Zypern. Vgl. dazu den Drahtbericht von Braun vom 8. Mai 1964; Abteilung I (I A 4), VS-Bd. 48; B 150, Aktenkopien 1964.

[7] Am 25. März 1964 setzte die UNO den finnischen Botschafter in Stockholm, Tuomioja, als Vermittler im Zypern-Konflikt ein. Vgl. dazu Dok. 71, Anm. 7.

[8] Zur Behandlung des Zypern-Konflikts im NATO-Rat vgl. Dok. 235.

[9] Botschafter Wendland, Saigon, berichtete zur Lage in Vietnam am 7. März 1964, „daß man sich auf amerikanischer Seite ernstlich mit dem Gedanken trägt, Luftangriffe gegen Industrieanlagen in Nordvietnam durchzuführen. Derartige ‚Polizeiaktion' soll angeblich Regierung in Hanoi zur Vernunft bringen, damit sie ihre Unterstützung der Vietcong in Südvietnam aufgibt ... Da Washington einen Abzug der Amerikaner gegenwärtig aus innen- und außenpolitischen Gründen nicht durchführen kann, bleibt anscheinend als einzige Alternative eine kriegerische Störaktion in Nordvietnam zur Vermeidung eines Zusammenbruchs in Südvietnam übrig." Vgl. Abteilung I (I B 5), VS-Bd. 232; B 150, Aktenkopien 1964.
Botschafter Knappstein, Washington, berichtete am 25. Februar 1964, „an der amerikanischen Entschlossenheit, [die] Stellung in Südvietnam zu halten und [die] Einbeziehung dieses Landes in den kommunistischen Machtbereich zu verhindern, dürfe nicht gezweifelt werden. Johnson habe keine leere Drohung ausgesprochen, sondern eben diese Entschlossenheit zum Ausdruck bringen und darauf hinweisen wollen, daß [die] USA nötigenfalls auch vor schwerwiegenden Entscheidungen nicht zurückschrecken würden." Vgl. Abteilung I (I B 5), VS-Bd. 232; B 150, Aktenkopien 1964.

in dem Plan einer Neutralisierung[10] keine geeignete Lösung des Problems erblicken. Denn niemand kann die Gefahr verkennen, daß die Neutralisierung den Weg zu einer künftigen Machtübernahme der Kommunisten eröffnen könnte. Hierdurch würden Thailand und Malaysia unmittelbar bedroht und gezwungen, sich politisch neu zu orientieren. Eine schwere Erschütterung der westlichen Position in ganz Ostasien wäre die Folge. Deshalb werden wir die Vereinigten Staaten bei ihren Bemühungen, Südvietnam als ein Bollwerk der freien Welt in Südostasien zu erhalten, im Rahmen unserer Möglichkeiten unterstützen. Wir werden unsere Hilfe für Südvietnam auf politischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet fortsetzen.[11]

Wie Sie wissen, ist die Bundesregierung bereit, die Bemühungen der Vereinigten Staaten nach Kräften zu unterstützen, die auf eine Verminderung der kubanisch-kommunistischen Bedrohung Lateinamerikas abzielen. Es darf auf keinen Fall – weder bei der kubanischen Bevölkerung, noch im übrigen Lateinamerika – durch Mitwirkung westlicher Länder der Eindruck entstehen, daß sich der Castroismus bezahlt macht. Wir bleiben daher im Rahmen unserer gesetzlichen Möglichkeiten bemüht, den Handel mit Kuba auf niedrigstem Niveau zu halten.[12] Insbesondere werden wir Regierungsgarantien[13] für die Ausfuhr nach Kuba weiterhin ablehnen.

Die Unterstützung der Entwicklungsländer ist auch nach meiner Ansicht für die Schaffung stabiler Verhältnisse in diesen Ländern notwendig; sie liegt im wohlverstandenen Interesse der freien Welt. Die Entwicklungshilfe ist daher eine überaus wichtige Daueraufgabe. Wir werden in unseren künftigen Haushaltsplänen[14] einen bedeutenden Raum für unsere Leistungen vorsehen. Eine intensive Öffentlichkeitsarbeit bemüht sich mit zunehmendem Erfolg darum, die deutsche Bevölkerung für diese Auffassung zu gewinnen. Ich darf jedoch gewiß Ihr Verständnis dafür voraussetzen, daß wir unsere jeweiligen Jahresleistungen dem wirtschaftlichen Wachstum und insbesondere unseren sonstigen Verpflichtungen, wie z.B. den Bedürfnissen der Verteidigung und den sozialen Aufgaben, anzupassen haben.

Auch ich verfolge die Abrüstungskonferenz in Genf mit Anteilnahme und Hoffnung und bedaure, daß es trotz Ihrer positiven Vorschläge[15] seit Januar nicht zu größeren Fortschritten gekommen ist. Ich freue mich aber, daß es gelungen ist, unter den Verbündeten eine gemeinsame Linie zu dem Projekt der Bodenbeobachtungsposten[16] zu finden und dadurch einen positiven Beitrag für die Genfer Gespräche zu liefern. Das ist der intensiven Konsultation mit unseren Freunden und Ihrer Bereitschaft zu danken, unsere Vorschläge und

10 Zu den Vorstellungen des Staatspräsidenten de Gaulle über eine Neutralisierung von Vietnam, Kambodscha und Laos vgl. besonders Dok. 44.

11 Zur Unterstützung der amerikanischen Vietnam-Politik vgl. Dok. 129 und Dok. 130.

12 Zur Handelspolitik der Bundesrepublik gegenüber Kuba vgl. Referat III B 4, Bd. 41 und Bd. 42; VS-Bd. 8812 (III B 4).

13 Zur Gewährung britischer und französischer Kredite an Kuba vgl. Dok. 8, Anm. 28, und Dok 42, Anm. 10.

14 Zu den Plänen für den Bundeshaushalt 1965 vgl. Dok. 128.

15 Zu den Vorschlägen des amerikanischen Präsidenten vom 21. Januar 1964 für die Genfer Konferenz der 18-Mächte-Abrüstungskommission vgl. Dok. 38, Anm. 2.

16 Zu den Vorschlägen für eine Errichtung von Bodenbeobachtungsposten vgl. Dok. 43.

Bedenken zu prüfen und zu berücksichtigen.[17] Über den Vorschlag des Einfrierens strategischer nuklearer Trägerwaffen[18] – dem zur Zeit wohl bedeutendsten und weitreichendsten Rüstungskontrollvorschlag – sind gegenwärtig Konsultationen im Gange, die meines Erachtens so intensiv wie nur möglich sein sollten, um alle Seiten des Problems, z. B. die schwierige Kontrollfrage, wirklich auszuleuchten. Ich teile Ihre Hoffnung, daß der Weg über eine Verlangsamung des Wettrüstens eher zur Überwindung der Spaltung des deutschen Volkes beiträgt als ein uferloses Wettrüsten.

Ich habe es begrüßt, daß die amerikanischen Vertreter in der Washingtoner Botschaftergruppe bemüht sind, die dortigen Beratungen über eine westliche Initiative zur Wiedervereinigung Deutschlands[19] zu unterstützen und zu beschleunigen.[20] Der Vorbereitung eines solchen Papiers messe ich besondere Bedeutung bei, da wir jederzeit in der Lage sein sollten, gegenüber der Sowjetunion in den Fragen der Deutschland-Politik aktiv zu werden. Einer solchen Politik kommt Bedeutung auch deshalb zu, weil dadurch der nach wie vor bestehenden Neigung Moskaus entgegengewirkt werden kann, auf westlicher Seite eine passive Grundtendenz in Fragen der Deutschland-Politik zu vermuten. Diese – wie wir wissen – unrichtige Interpretation könnte Anlaß zu erneuten sowjetischen Fehlkalkulationen sein und dazu führen, daß der Ostblock wieder zu einer aggressiven Politik in der Deutschland- und Berlin-Frage übergeht.

Im übrigen darf nicht übersehen werden, daß die deutsche Öffentlichkeit eine Aktivität des Westens in der Deutschland-Frage erwartet. Dies um so mehr, als fast fünf Jahre vergangen sind, seit der Westen das letzte Mal von sich aus eine Initiative – in dem westlichen Friedensplan von 1959[21] – ergriffen hat.

Ich weiß mich mit Ihnen darin einig, daß die Stationierung der amerikanischen Streitkräfte in Deutschland in unverminderter Stärke für die gemeinsame Verteidigung der Allianz erforderlich bleibt. Die Frage des Ausgleichs der militärischen Ausgaben Ihres Landes in der Bundesrepublik Deutschland

[17] Am 11. Mai 1964 hielt Vortragender Legationsrat I. Klasse Luedde-Neurath fest, der amerikanischen Seite seien die großen Schwierigkeiten erläutert worden, „welche die Übernahme von ursprünglich für Frankreich vorgesehenen BBP auf deutsches Gebiet bereiten würde". Mit einer positiven Entscheidung der Bundesregierung in dieser Frage sei zur Zeit nicht zu rechnen. Deutscherseits sei die Auffassung vertreten worden, daß der Stand der Genfer Verhandlungen und die abweisende Haltung der UdSSR eine Klärung entbehrlich machten. Die amerikanischen Vertreter hätten Verständnis gezeigt und geäußert, daß das Projekt aufgrund der sowjetischen Haltung kaum Aussicht habe, „ernsthaft verhandelt zu werden". Vgl. Abteilung II (II 8), VS-Bd. 272; B 150, Aktenkopien 1964.
Zur Erörterung des Themas Bodenbeobachtungsposten am 26. März 1964 auf der Konferenz der 18-Mächte-Abrüstungskommission in Genf vgl. auch DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1964, S. 112–118 und S. 131–133; DOKUMENTATION ZUR ABRÜSTUNG 1964/65, S. 42–46.

[18] Zum „freeze"-Vorschlag des amerikanischen Präsidenten vom 21. Januar 1964 vgl. zuletzt Dok. 120.

[19] Für den Wortlaut der Deutschland-Initiative (Fassung vom 10. April 1964) vgl. Dok. 3 mit den Änderungen in Anm. 5, 9, 11–20 und 22.
Zur Haltung der drei Westmächte vgl. Dok. 101, Dok. 103, Dok. 111 und Dok. 113.

[20] Dieser Satz wurde von Staatssekretär Carstens durch eine geschlängelte Linie hervorgehoben.

[21] Zu dem auf der Genfer Konferenz vorgelegten Herter-Plan vom 14. Mai 1959 vgl. Dok. 9, Anm. 8, und Dok. 13, Anm. 14.

ist auch für meine Regierung von größter Wichtigkeit.[22] Nachdem die Abmachungen über die Kalenderjahre 1961 und 1962[23] in vollem Umfange erfüllt wurden, habe ich keinen Zweifel daran, daß in den Besprechungen zwischen Herrn McNamara und Herrn von Hassel[24] eine zufriedenstellende Vereinbarung getroffen werden kann. Sie dürfen versichert sein, Herr Präsident, daß ich alle Bemühungen unterstützen werde, um zu positiven Ergebnissen zu gelangen.

Vor wenigen Tagen besuchte mich Herr Shriver[25], der mir Ihren liebenswürdigen Brief vom 22. April[26] übergab. Ich bin Ihnen für dieses weitere Zeichen freundschaftlichen Gedenkens sehr verbunden und habe Herrn Shriver, mit dem ich ein sehr angenehmes und interessantes Gespräch hatte, gebeten, Ihnen meinen herzlichen Dank und meine besten Grüße zu übermitteln.

Auch erinnere ich mich gern meines Besuches auf Ihrer Ranch[27], unserer offenen, freundschaftlichen Gespräche und all der Aufmerksamkeiten, die Frau Johnson und Sie mir erwiesen. Meine Frau und ich erwidern Ihre guten Wünsche aufrichtig und senden Frau Johnson und Ihnen unsere wärmsten Grüße.

Ich freue mich sehr, Sie im Juni wiederzusehen.[28]

In aufrichtiger Wertschätzung bin ich mit freundlichen Grüßen

[gez.] Ihr Ludwig Erhard

Ministerbüro, VS-Bd. 8476

[22] Zum Dialog mit den USA über einen Devisenausgleich vgl. Dok. 119.

[23] Zur Vereinbarung mit den USA vom 24. Oktober 1961 über einen Devisenausgleich für die Jahre 1961/62 vgl. Dok. 13, Anm. 40.

[24] Zu den Besprechungen vom 9. bis 11. Mai 1964 vgl. Dok. 125.

[25] Der Direktor des US-Friedenskorps und Sonderbeauftragte des amerikanischen Präsidenten hielt sich vom 24. bis 27. April 1964 in der Bundesrepublik auf und wurde am 25. April 1964 von Bundeskanzler Erhard zu einem Gespräch empfangen. Vgl. dazu BULLETIN 1964, S. 626 f.

[26] Dem Vorgang nicht beigefügt.

[27] Zum Besuch des Bundeskanzlers Erhard am 28./29. Dezember 1963 in Stonewall, Texas, vgl. AAPD 1963, III, Dok. 486–491.

[28] Zu den deutsch-amerikanischen Regierungsbesprechungen am 12. Juni 1964 in Washington vgl. Dok. 160 und Dok. 161.

124

Gespräch des Bundesministers Schröder mit den Außenministern Rusk, Butler und Couve de Murville in Den Haag

II 1-86.00-1/392[I]/64 geheim **11. Mai 1964**[1]

Betr.: Arbeitsessen der vier Außenminister am 11. Mai 1964 in Den Haag; hier: Verlauf der Besprechungen

I. Die Besprechungen der Außenminister Schröder, Couve de Murville, Butler und Rusk nahmen folgenden Verlauf:

Bundesaußenminister *Schröder* legte unseren Standpunkt in der Frage der Deutschland-Initiative[2] und insbesondere die Gründe, die gegen eine Präsentation unseres Papiers durch die Bundesregierung sprechen[3], eingehend dar. Es seien nicht innenpolitische Erwägungen, die uns zu der Aktion veranlaßten. Es sei die Überlegung, daß der Westen an Terrain gegenüber dem Osten verlieren würde, wenn seine Politik in der Deutschland-Frage nicht klar sei. Es gebe Einwände[4] gegen die Präsentation des Papiers: Ein solcher Schritt könnte die westliche Position verschlechtern; er (Schröder) halte dies für nicht wahrscheinlich. Ferner werde gefragt, welches die Chance eines ernsthaften Gesprächs sei; hierzu wolle er feststellen, daß einige Punkte in unserem Papier doch recht interessant erschienen. Er schlüge daher vor, daß die Botschafter-Gruppe sich auf die Fertigung eines Papiers konzentrieren solle, das durch die drei Mächte zu präsentieren sei.

Außenminister *Butler* stellte die Frage, ob sich der von uns vorgeschlagene ständige Vierer-Ausschuß sogleich auf die Aufgabe der Wiedervereinigung konzentrieren solle.

Bundesminister *Schröder* erklärte hierzu, daß die Aufgaben des Ständigen Rates, wie aus unserem Vorschlag hervorginge, allgemeinerer Natur seien und auch andere Aufgaben umfaßten.

Außenminister *Rusk* fragte, ob die Bildung des Ständigen Rates auf der Voraussetzung einer Annahme bestimmter prinzipieller Forderungen durch die Sowjets beruhe.

[1] Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Krapf am 21. Mai 1964 über Staatssekretär Carstens an Bundesminister Schröder geleitet.
Hat Carstens am 23. Mai und Schröder am 28. Mai 1964 vorgelegen.

[2] Für den Wortlaut der Deutschland-Initiative (Fassung vom 10. April 1964) vgl. Dok. 3 mit den Änderungen in Anm. 5, 9, 11–20 und 22.
Aufgrund zwischenzeitlicher Beratungen in der Washingtoner Botschaftergruppe wurde am 6. Mai 1964 eine englischsprachige Neufassung der Deutschland-Initiative erstellt, die gegenüber der Fassung vom 10. April redaktionelle Änderungen aufwies. Vgl. Abteilung II (II 1), VS-Bd. 64; B 150, Aktenkopien 1964.
Zum Stand der Beratungen vgl. auch die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Krapf vom 8. Mai 1964; Abteilung II (II 1), VS-Bd. 64; B 150, Aktenkopien 1964.

[3] Zur Haltung des Bundesministers Schröder betreffend eine Präsentation der Deutschland-Initiative vgl. besonders Dok. 105.

[4] Zur Haltung der drei Westmächte vgl. Dok. 101, Dok. 103, Dok. 111 und Dok. 113.

Bundesminister *Schröder* bejahte diese Frage.

Außenminister *Butler* stellte die Frage nach den Chancen für Verhandlungen auf der Grundlage des Papiers. Gewiß sei eine Konsolidierung der westlichen Position wahrscheinlich, und zwar sowohl auf moralischem als auch auf politischem Gebiet. Die Frage aber bleibe offen, welches die sowjetische Reaktion sein werde.

Bundesminister *Schröder* bemerkte, daß sich diese schwer voraussagen lasse. Es sei nicht sehr wahrscheinlich, daß die Sowjets den Plan in vollem Umfang akzeptieren würden, man habe abzuwarten. Aber auch wenn die Sowjets überhaupt nicht Stellung nähmen, so blieben die Dinge doch nicht dort, wo sie zur Zeit wären. Der Vorteil eines Gewinns größerer moralischer und politischer Geschlossenheit des Westens bleibe. Dies sei für den Westen günstig. Diese Geschlossenheit sei für den Westen nur von Vorteil, da sie ja auch bei der Behandlung anderer politischer Probleme zum Tragen kommen könne.

Außenminister *Butler* stellte zur Erwägung, welchen Effekt eine Deutschland-Initiative auf die Satelliten haben werde. Er wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß die Teilnehmer an einer kürzlich in London durchgeführten Botschafter-Konferenz[5] durchweg die positive Wirkung der deutschen Politik gegenüber den Ostblockstaaten[6] festgestellt hätten.

Bundesminister *Schröder* erwiderte, eine genaue Diagnose sei zwar nicht möglich, doch seien unsere Deutschland-Initiative und unsere Politik gegenüber den Ostblockländern zusammenpassende Stücke derselben Politik. Polen habe um so eher Interesse an einer Regelung der Deutschland-Frage, als ihm an einer Fortdauer des gegenwärtigen Status nicht gelegen sein könne.

Außenminister *Butler* sprach das Sicherheitsproblem an und wies auf den Zusammenhang zwischen dem Status eines wiedervereinigten Deutschland und dem Problem der europäischen Sicherheit und des westlichen Verteidigungssystems hin. Es stelle sich die Frage, wie bei einer Deutschland-Initiative das Problem der europäischen Sicherheit behandelt werden solle.

Bundesminister *Schröder* erklärte, die Behandlung dieses Punktes sei mit die schwierigste Frage. Was gegenwärtig in dem Plan über dieses Thema gesagt werde, gehe der Gefahr aus dem Wege, daß durch vorzeitige Konzessionen etwas verdorben würde. Alles, was über die europäische Sicherheit konkreter formuliert würde, müßte eine negative Wirkung haben, wenn nicht sofort Verhandlungen aufgenommen werden könnten. Für die westliche Seite enthielte der Plan in diesem Fall maximale Konzessionen, die aber die andere Seite nur als minimale Ausgangspunkte betrachten würde. Wenn der erste Plan abgelehnt würde, müßte der Westen in einem zweiten Papier über seine Maximalkonzessionen hinausgehen. Deswegen wäre es töricht, jetzt schon zu sehr ins Detail zu

[5] Zu der Ende April 1964 durchgeführten Botschafterkonferenz über Ost-West-Fragen vgl. den Drahtbericht des Botschafters von Etzdorf, London, vom 30. April 1964; Abteilung I (I A 5), VS-Bd. 174; B 150, Aktenkopien 1964.

[6] Im Laufe des Jahres 1963 schloß die Bundesrepublik Abkommen mit Polen, Rumänien und Ungarn über den Handelsverkehr bzw. den Austausch von Handelsvertretungen. Vgl. dazu Dok. 13, Anm. 20.
Zum Abkommen mit Bulgarien vom 6. März 1964 über den Waren- und Zahlungsverkehr und den Austausch von Handelsvertretungen vgl. Dok. 62.

gehen. Wüßte man, daß Verhandlungen unmittelbar bevorstünden, so wäre die Lage anders und das Sicherheitsproblem aktueller. Jetzt Theorien in der Öffentlichkeit zu formulieren, halte er jedenfalls für einen schweren Fehler.

Außenminister *Couve de Murville* sagte, er habe, als vor einigen Monaten der deutsche Entwurf vorgelegt worden sei, den Hauptzweck darin gesehen, das Wiedervereinigungsproblem lebendig zu halten. Er habe unter dem Eindruck gestanden, daß zunächst ein deutsches Papier geplant gewesen sei, das die drei Westmächte unterstützen würden.[7] Diese Frage sei wohl nicht voll ausdiskutiert worden. Jedenfalls seien auf deutscher Seite in letzter Zeit neue Überlegungen zur Präsentationsfrage aufgetaucht, die eine direkte Beteiligung der drei Mächte implizierten. Er verstehe in vollem Umfang den deutschen Standpunkt. Er wäre aber interessiert zu erfahren, was die Änderung des deutschen Standpunkts in der Präsentationsfrage verursacht habe.

Bundesminister *Schröder* erklärte, daß die Ausführungen des französischen Außenministers von falschen Voraussetzungen ausgingen. Die deutsche Seite habe ihre Auffassung zu dieser Frage nicht geändert. Die Frage der Präsentation habe nach unserer Auffassung von vornherein Rückwirkungen auf die Substanz des Papiers. Wir hielten die Dreier-Präsentation für die beste der vorhandenen Möglichkeiten einer Präsentation, derzeit für die einzige, die wirklich sinnvoll sei.

Außenminister *Couve de Murville* stellte folgende Möglichkeiten einer Deutschland-Initiative dar:
- Die Vorlage eines deutschen Papiers, das durch die drei Mächte unterstützt werde.
- Die Vorlage eines Drei-Mächte-Papiers.
- Den Versuch direkter Unterhandlungen.

Außenminister *Rusk* fragte, wie man in Deutschland zur Wiedervereinigungsfrage stehe.

Bundesminister *Schröder* erwiderte, in Deutschland sei das Gefühl weit verbreitet, daß bei einer sowjetisch-amerikanischen Annäherung in der internationalen Öffentlichkeit der Eindruck immer stärker würde, daß nur die „bösen" Deutschen einer wirklichen Entspannung im Wege ständen. Gromyko habe sich in diesem Sinne 1963 vor den Vereinten Nationen ausgesprochen.[8] Insofern sei es

[7] Vgl. dazu das Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem französischen Außenminister am 15. Februar 1964; Dok. 48.

[8] Der sowjetische Außenminister Gromyko führte am 19. September 1963 vor der Generalversammlung der UNO aus: „Eine der Hauptursachen der gegenwärtigen Spannungen in Europa liegt darin, daß die Regierung der Bundesrepublik, die eine deutsche Friedensregelung mit allen Mitteln torpediert, zugleich eine feindselige Politik gegenüber dem anderen deutschen Staat, der Deutschen Demokratischen Republik, betreibt. Die Bundesregierung scheut vor keinem Mittel zurück, um jeden, der den Erpressungen Bonns nachgibt, direkt oder indirekt zugunsten ihrer für den Frieden gefährlichen Forderungen einzuschalten. Auf diese Weise wird die Spannung, die auf Verschulden Westdeutschlands in seinen Beziehungen zur DDR besteht, auf die internationalen Beziehungen als Ganzes, auf die Beziehungen zwischen den hauptsächlichen militärischen Gruppierungen der Mächte und auf die Beziehungen zwischen den Großmächten übertragen. Gerade das freut auch die revanchistisch gesinnten Politiker der Bundesrepublik, die es offenkundig darauf abgesehen haben, die Großmächte miteinander in Kollision zu bringen." Vgl. DzD IV/9, S. 711.

einmal notwendig, daß auch die drei Mächte (und nicht nur die Deutschen allein) zum Deutschland-Problem in positiver Weise Stellung nähmen. Dies geschehe am zweckmäßigsten, indem etwas auf den Verhandlungstisch gelegt werde. Hierdurch werde auch an die Verpflichtung der vier Siegermächte hinsichtlich der Wiedervereinigung erinnert.

Außenminister *Rusk* erklärte, daß die Vereinigten Staaten bereit seien, alles zu tun, was möglich sei. In der Substanz beständen keine Differenzen. Es gebe aber auch einige Probleme, die noch nicht gelöst seien. So sähe er keine gemeinsame Basis für Gespräche mit der Sowjetunion. Zweieinhalb Jahre lang hätten die Amerikaner versucht herauszufinden, ob eine solche Basis bestehe[9]; sie hätten keine Fortschritte gemacht. Man habe über Berlin und alle möglichen anderen Fragen gesprochen. Nach seiner Auffassung sei die sowjetische Position heute schlechter, dies auch wegen der deutschen Diplomatie, die Ulbricht praktisch isoliere. Die Amerikaner stünden unter dem Eindruck, daß Malinowskij bei seinem letzten Besuch in Berlin[10] Ulbricht „bittere Medizin" durch Überbringung der Mitteilung, ein Separatfriedensvertrag und eine Isolierung Berlins kämen nicht in Frage, verabreicht habe. Es stelle sich das polnische Problem. Davon unabhängig habe Chruschtschow zu ihm bei seinem letzten Aufenthalt in der Sowjetunion[11] gesagt, die Amerikaner erkennten selbst in Vietnam ein Selbstbestimmungsrecht nicht an, warum dann Selbstbestimmung in Deutschland? Die Sowjets hätten kein Interesse an Verhandlungen über die Deutschland-Frage. Dies hieße aber nicht, daß man auf eine Erörterung der Deutschland-Frage verzichten solle. Es würde nach seiner Auffassung sicher keine Schwierigkeiten bereiten, die westliche Position in der Deutschland-Frage vollkommen klar zu machen. Dies könne durch eine Erklärung geschehen. Zur Frage der Entspannung habe er zu bemerken, daß sich die amerikanische Regierung keiner Illusion über ihr Ausmaß hingebe: Es könne wegen Kuba und wegen des Überfliegens der Insel durch amerikanische Flieger[12] jederzeit innerhalb von 24 Stunden zu einem gefährlichen Konflikt kommen. Das gleiche gelte für die Entwicklung der Verhältnisse in Südostasien.[13] Er verstehe die deutsche Sorge, daß die Wiedervereinigung vergessen werden könne. Er wollte aber die Frage stellen, ob es die deutsche Auffassung sei, daß jeder Fortschritt in der Entspannung von Fortschritten in der Wiedervereinigungsfrage abhängig gemacht werden solle. In diesem Zusammenhang erinnere er an deutsche Forderungen – die allerdings nicht von der

[9] Zu den amerikanisch-sowjetischen Sondierungsgesprächen in den Jahren 1961 bis 1963 über die Deutschland- und Berlin-Frage vgl. Dok. 66, Anm. 13.

[10] Zum Besuch des sowjetischen Verteidigungsministers Malinowskij vom 1. bis 10. April 1964 in der DDR vgl. EUROPA-ARCHIV 1964, Z 94.

[11] Der amerikanische Außenminister hielt sich anläßlich der Unterzeichnung des Teststopp-Abkommens vom 5. bis 9. August 1963 in der UdSSR auf. Vgl. dazu AAPD 1963, II, Dok. 291.

[12] Am 20. April 1964 gab die amerikanische Regierung bekannt, sie wolle auch nach dem bevorstehenden Abzug der sowjetischen Truppen von Kuba die Kontrollflüge über der Insel fortsetzen. Durch diese Maßnahme sollte die Einführung neuer Offensivraketen nach Kuba verhindert werden. Die UdSSR erhob hiergegen Protest, und die kubanische Regierung drohte mit dem Abschuß der amerikanischen Flugzeuge. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1964, Z 111 und Z 114.

[13] Zur Lage in Vietnam vgl. Dok. 123, Anm. 9.

Regierung gekommen seien –, den Sowjets keinen Weizen zu liefern[14], wenn sie nicht Konzessionen in der Deutschland-Frage machten. Er spreche sich mit allem Freimut aus, wenn er die Frage stelle, ob die Wiedervereinigung sozusagen die conditio sine qua non für die Lösung anderer politischer Fragen sei. Bei einem etwaigen Wiedervereinigungsgespräch würden die Sowjets sofort einige Fragen stellen, insbesondere zum Sicherheitsproblem. Man müsse dann wissen, wie weit man ihnen entgegenkommen könne. Dann stellten sich gewisse territoriale Aspekte der Wiedervereinigungsfrage. Die Schwierigkeit für den Westen bestehe darin, daß er keine Antwort auf diese Fragen habe. Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes bedeute nach seiner (Rusks) Auffassung die Ausübung des Selbstbestimmungsrechts in den Bereichen, in denen Deutsche lebten. Zusammenfassend wolle er bemerken, daß der Deutschland-Plan nach seiner Auffassung zu detailliert für eine Deklaration und zu wenig detailliert für Verhandlungen sei („too much for a declaration, too little for a negotiation").

Bundesminister *Schröder* stellte fest, der Westen habe seit langem keine Position mehr in der Deutschland-Frage bezogen wie in den Jahren 1954[15], 1955[16], 1957[17] und 1959[18]. Seit 1959 sei aber eine Verschlechterung der Lage, durch den Mauerbau, eingetreten. Zur Frage des Junktims „Wiedervereinigung/andere politische Fragen" wolle er bemerken, daß die derzeitige deutsche Regierung zum Beispiel in der Weizen-Frage keine Kontroverse mit der amerikanischen Regierung gehabt habe. Auch von anderer Seite sei lediglich zur Erörterung gestellt worden, ob nicht politische Leistungen der Sowjets herbeigeführt werden sollten. Diese brauchten nicht in der Wiedervereinigungsfrage zu erfolgen, Möglichkeiten ergäben sich auch in der Kuba-Frage. Zum Sicherheitsproblem sei festzustellen, daß der Westen nicht eher mit konkreten Vorschlägen herauskommen solle, als konkrete Anzeichen einer sowjetischen Verhandlungsbereitschaft beständen. Aus diesem Grund könne man auch nicht das eigene Publikum über die westlichen Sicherheitsvorstellungen unterrichten. Über die Frage, was wiedervereinigt werden solle, könne nach dem jetzigen Wortlaut des Plans in dem Viermächte-Rat gesprochen werden. Die einzige Vorbedingung, die wir in unserer Deutschland-Politik immer wieder stellen würden, sei die Anerkennung des deutschen Rechts auf Selbstbestimmung. Er verstehe nicht, warum gegen eine Deklaration keine Bedenken bestünden, wohl aber gegen eine Verhandlungsbereitschaft.

[14] Zur Kritik des ehemaligen Bundeskanzlers Adenauer an den Weizenlieferungen vgl. Dok. 68, Anm. 9.

[15] Auf der Außenministerkonferenz der Vier Mächte in Berlin legte der britische Außenminister Eden am 29. Januar 1954 einen Plan für die Wiedervereinigung Deutschlands vor (Eden-Plan). Für den Wortlaut des Eden-Plans vgl. BULLETIN 1954, S. 190f.

[16] 1955 bezogen die drei Westmächte insbesondere auf der Außenministerkonferenz der Vier Mächte in Genf in der Deutschland-Frage Position. Sie legten am 27. Oktober 1955 Vorschläge zur Wiedervereinigung Deutschlands und zur europäischen Sicherheit vor, die eine Modifizierung des Eden-Plans darstellten. Für den Wortlaut vgl. DzD III/1, S. 492–497.

[17] Am 29. Juli 1957 gaben die drei Westmächte und die Bundesrepublik Deutschland die „Berliner Erklärung" ab. Darin wurde in zwölf Punkten eine gemeinsame Position zur Wiedervereinigung dargelegt. Für den Wortlaut vgl. DzD III/3, S. 1304–1308.

[18] Zum Herter-Plan vom 14. Mai 1959 vgl. Dok. 9, Anm. 8, und Dok. 13, Anm. 14.

Außenminister *Rusk* fragte, was geschehen werde, wenn die Sowjets den Deutschland-Plan sogleich ablehnten.

Bundesminister *Schröder* wies darauf hin, daß die Sowjets mehrere tausend Mal westliche Vorschläge abgelehnt hätten. Diese Tatsache solle uns nicht beeinflussen. Auf jeden Fall bleibe der Vorteil, daß die Politik des Westens klar sei. An unserer langfristigen Politik habe sich nichts geändert. Wenn wir das aber nicht zum Ausdruck brächten, dann könne der Eindruck entstehen, die Dinge entwickelten sich zugunsten der Sowjets. Er sei dankbar, daß unsere Freunde sich für die Wiedervereinigung einzusetzen bereit seien. Aber es sei doch ein Unterschied, ob Reden gehalten würden oder ob man zu gemeinsamen Aktionen überginge. Zweihundert Reden können nicht den moralischen oder politischen Wert einer solchen Aktion ersetzen.

Außenminister *Rusk* wies auf die innenpolitische Situation in den Vereinigten Staaten hin. Man befände sich in einem Wahljahr[19]. Wenn Chruschtschow „Nein" sage, so könne das als Niederlage der amerikanischen Regierung ausgelegt werden.

Außenminister *Schröder* erklärte, auch ihm sei bekannt, daß es solche interne Situationen gebe. Auch er habe sich damit auseinanderzusetzen. Ob eine Zurückweisung als Niederlage interpretiert werden würde, hänge davon ab, wie man verstehe, den Vorgang gegenüber den eigenen Völkern zu präsentieren. Den Amerikanern seien vielfach negative Antworten gegeben worden, die nicht als Niederlage angesehen worden seien. Man könne zum Beispiel darauf hinweisen, daß es sich bei der Deutschland-Initiative um den Teil einer Friedensoffensive handle. Im übrigen sei nicht entscheidend, ob das Papier morgen oder übermorgen übergeben werde; man müsse aber darauf hinarbeiten.

Außenminister *Rusk* sagte, bei der Regelung der Deutschland-Frage falle Polen eine bedeutende Rolle zu. Ob Bundesminister Schröder hierzu etwas zu bemerken habe.

Bundesminister *Schröder* wies darauf hin, daß die osteuropäischen Staaten gelegentlich einen durchaus unabhängigen Standpunkt einnähmen. So sähen die Handelsabkommen mit den osteuropäischen Staaten Berlin-Klauseln[20] vor, die zu erreichen im Fall deutsch-sowjetischer Verhandlungen[21] nicht möglich gewesen sei.

Außenminister *Rusk* stellte fest, man stehe am Beginn einer neuen Entwicklung, bei welcher der deutschen Politik gegenüber den osteuropäischen Staaten eine bedeutende Rolle zufalle. Im Gegensatz zur Politik der letzten siebzehn Jahre, die uns der Wiedervereinigung keinen Millimeter nähergebracht habe, könnte die neue Entwicklung die Aussichten durchaus verbessern.

Außenminister *Butler* schaltete sich in die Diskussion mit der Anregung ein,

[19] Die amerikanischen Präsidentschaftswahlen fanden am 3. November 1964 statt.

[20] Zur Einbeziehung von Berlin (West) in die Abkommen mit Polen, Rumänien und Ungarn vgl. AAPD 1963, I, Dok. 183; AAPD 1963, II, Dok. 339; AAPD 1963, III, Dok. 380.
Zur Einbeziehung von Berlin (West) in das Abkommen mit Bulgarien vgl. Dok. 62.

[21] Zur Problematik einer Einbeziehung von Berlin (West) in Abkommen mit der UdSSR vgl. Dok. 19.

man solle prüfen, ob man nicht über den Vorschlag der Bildung eines ständigen Viermächte-Rates weiterkomme. Er teile die Auffassung Rusks, daß der Plan für eine Deklaration zu kompliziert, als Verhandlungsgrundlage aber nicht detailliert genug sei. Man solle deshalb eine neue Prozedur entwickeln und einen Vorschlag zur Bildung eines Viermächte-Rats ausarbeiten, der den Sowjets zunächst vertraulich vorgelegt werden könne.

Außenminister *Couve de Murville* bemerkte, daß sich die einzige Besorgnis für die französische Regierung aus dem Sicherheitsproblem ergebe. Es sei zweckmäßig, dies ein wenig zu vertiefen. Man müsse dabei von folgendem ausgehen:
– Es gebe einen Zusammenhang zwischen Wiedervereinigung und Sicherheit.
– Die Regelung der Wiedervereinigungsfrage dürfe nicht auf eine Neutralisierung Deutschlands hinauslaufen.

Das Deutschland-Problem sei ein Problem, das ganz Europa angehe. Die Diskussion der vier Außenminister würde im Augenblick wohl zu keinem Ergebnis führen und müsse in der einen oder anderen Weise wieder aufgenommen werden, evtl. in der Washingtoner Gruppe. Es wäre zu bedauern, wenn sie negativ verliefe; dies solle vermieden werden. Die Frage stelle sich, wie einer solchen Entwicklung aus dem Wege gegangen werden könne.

Außenminister *Rusk* schlug vor, den internen Meinungsaustausch auf der Grundlage der Vorschläge von Außenminister Butler fortzusetzen und hiermit – noch während der Haager Konferenz der NATO-Außenminister – ein besonderes Gremium zu beauftragen, das den Außenministern berichten solle.[22]

Außenminister *Schröder* hielt ein solches Vorgehen für erwägenswert; die Außenminister sollten aber nicht auseinandergehen, ohne eine positive Erklärung zur Deutschland-Frage abzugeben, die vielleicht schon heute herauszugeben sei. Eine ähnliche Erklärung sei für den NATO-Rat vorzubereiten. Die Verlautbarung der vier Außenminister solle einen Hinweis auf die Fortbehandlung der Angelegenheit in der Botschafter-Gruppe enthalten.

II. Anschließend fand eine Diskussion statt, die zur Annahme der „press guidance" führte, die am 11. Mai 1964 abends von den Sprechern der vier Regierungen der Presse zur Kenntnis gebracht worden sind.[23]

Als Vertreter der vier Regierungen in dem vorgenannten Gremium wurden bestimmt: Staatssekretär Carstens, Lord Hood, die Herren Lucet und Thompson.

Ministerbüro, VS-Bd. 8511

[22] Zur Besprechung des vorgesehenen Gremiums am 12. Mai 1964 vgl. Dok. 126.
[23] Für den Wortlaut der Erklärung vgl. BULLETIN 1964, S. 689.

125

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Graf von Hardenberg

Dg III A/222/64 geheim **11. Mai 1964**

Der Unterzeichnete nahm am 11.5. an der Schlußbesprechung der anläßlich des Besuchs von Verteidigungsminister McNamara in Bonn[1] zwischen der Bundesrepublik und den USA auf dem Verteidigungssektor geführten Gespräche teil. Ein gemeinsames Protokoll[2] wurde angenommen, in dem Übereinstimmung über verschiedene Punkte erzielt wurde.

Zunächst wurde die Frage der Devisenhilfe[3] geregelt. Der von den Vereinigten Staaten geforderte jährliche Betrag von 1,4 Mrd. $[4] Rüstungskäufe in den Vereinigten Staaten wurde auf Drängen von Verteidigungsminister von Hassel auf 1,35 Mrd. $ herabgesetzt. McNamara erklärte sich hiermit einverstanden, beabsichtigt jedoch, bei den Kosten der amerikanischen Streitkräfte in der Bundesrepublik diesen Betrag einzusparen. Er denkt an die Verlegung von Stäben, die die militärische Kraft der US-Streitkräfte in Deutschland nicht beeinträchtigen. Er sagte zu, die 6 in Deutschland stationierten Divisionen weiterhin in der Bundesrepublik zu belassen. Es wurde in Aussicht genom-

[1] Der amerikanische Verteidigungsminister hielt sich vom 9. bis 11. Mai 1964 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu auch EUROPA-ARCHIV 1964, Z 119.

[2] Im gemeinsamen Protokoll vom 11. Mai 1964 zeigten sich Bundesminister von Hassel und der amerikanische Verteidigungsminister McNamara insbesondere einig über eine Fortführung der Vereinbarung, „nach der die Dollarausgaben, die den Vereinigten Staaten für ihre Streitkräfte in Deutschland erwachsen, deutscherseits durch Beschaffung militärischen Geräts in den Vereinigten Staaten kompensiert werden". Dabei sei es „von größter Bedeutung, daß die Vereinigten Staaten ... Beschaffungsaufträge und Zahlungen aus der Bundesrepublik erhalten, welche der Höhe nach den Dollar-Verteidigungsausgaben der Vereinigten Staaten, die der Zahlungsbilanz der Bundesrepublik zugute kommen, in vollem Umfang entsprechen". Konkret legten die beiden Minister folgende Planungsgrundsätze fest: „1. Dollareinnahmen der Bundesrepublik: Die Dollareinnahmen, die der Bundesrepublik durch die Streitkräfte der Vereinigten Staaten während der Kalenderjahre 1965 und 1966 zufließen und der Zahlungsbilanz der Bundesrepublik zugute kommen werden, werden sich auf ca. 1,35 Milliarden US-Dollar belaufen. 2. Beschaffungspläne: Die Beschaffungsmöglichkeiten für die Kalenderjahre 1965 und 1966 sollen in der Weise ausgebaut werden, daß sie im Umfang den vorerwähnten Summen entsprechen. Beide Minister sind sich dabei bewußt, daß eine volle Erfüllung mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden sein wird und Beschaffungen nur dann möglich sind, wenn ein entsprechender Rüstungsbedarf der BRD vorliegt und eine Deckung des Bedarfs in den USA wirtschaftlich sinnvoll ist. Der erste gemeinsame Bericht über diese Möglichkeiten wird im November 1964 ausgearbeitet. 3. Zahlungspläne: Zahlungspläne, die die US-Rechnungsjahre 1966 und 1967 umfassen, sollen in Höhe der vorerwähnten Beträge bis Mai 1965 ausgearbeitet werden. Für denjenigen Teil der Devisenausgaben der US-Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland, der nicht durch Ausgleichszahlungen gedeckt werden kann, die sich innerhalb des Zeitraums aus Rüstungsbeschaffungen ergeben, wird man sich gemeinsam auf Mittel und Wege einigen, um den Zahlungsausgleich zu ermöglichen." Für das Protokoll vgl. Abteilung III (III A 5), VS-Bd. 187; B 150, Aktenkopien 1964.

[3] Zum Devisenausgleich mit den USA vgl. zuletzt Dok. 119. Vgl. dazu weiter Dok. 145.

[4] Die Wörter „jährliche Betrag von 1,4 Mrd. $" wurden von Staatssekretär Carstens hervorgehoben. Dazu handschriftliche Bemerkung: „Stimmt das?"
Vortragender Legationsrat I. Klasse Graf von Hardenberg vermerkte daraufhin handschriftlich: „Nein. Es handelt sich um zwei Jahre."

men, Verhandlungen im Mai 1965[5] über die Rüstungslieferungen der USA in den Jahren 1966 und 1967 zu beginnen. Diesen Verhandlungen sollen die gleichen Beträge für US-Lieferungen wie für 1965 zugrundegelegt werden.

Darüber hinaus enthält das Protokoll Vereinbarungen über die gemeinsame Produktion von Hubschraubern, die Bestellung von drei Zerstörern, die gemeinsame Konstruktion eines Panzers und weitere Einzelheiten.

Ein gemeinsames Schlußkommuniqué[6] soll im Anschluß an den Besuch von McNamara beim Bundeskanzler[7] herausgegeben werden.

McNamara fliegt im Anschluß an diesen Besuch nach Vietnam ab.[8]

Hiermit dem Herrn Staatssekretär[9] vorgelegt.

Hardenberg

Abteilung III (III A 5), VS-Bd. 187

[5] Zur Vorbereitung der Verhandlungen im Jahr 1965 vgl. Dok. 399.

[6] Für den Wortlaut des Kommuniqués vom 11. Mai 1964 vgl. BULLETIN 1964, S. 689 f.

[7] Der amerikanische Verteidigungsminister betonte gegenüber Bundeskanzler Erhard vor allem den Wunsch nach deutscher Unterstützung in Vietnam. Der Chef des Bundeskanzleramtes, Westrick, machte klar, daß die Bundesrepublik sich höchstens „mit einem Lazarettschiff des Roten Kreuzes" beteiligen könne. Vgl. OSTERHELD, Außenpolitik, S. 84. Vgl. dazu auch MCGHEE, An Ambassador's Account, S. 143–145.

[8] Zum Besuch des amerikanischen Verteidigungsministers am 12./13. Mai 1964 in der Republik Vietnam vgl. EUROPA-ARCHIV 1964, Z 124.

[9] Hat Staatssekretär Lahr am 11. Mai und Staatssekretär Carstens am 14. und 19. Mai 1964 vorgelegen.

126

Gespräch des Staatssekretärs Carstens mit Vertretern der Westmächte in Den Haag

II 1-86.00/1-404/64 geheim **12. Mai 1964**[1]

Betr.: Deutschland-Initiative[2];
hier: Besprechungen in Den Haag am 12. Mai 1964

I. In Ausführung der Beschlüsse der vier Außenminister vom 11. Mai 1964 (vgl. Bezugsaufzeichnung[3], Ziffer II) fand am 12. Mai 1964 eine Besprechung statt, an der teilnahmen:

Bundesrepublik Deutschland	Staatssekretär Carstens Ministerialdirektor Krapf Gesandter von Lilienfeld Legationsrat I. Klasse Oncken
USA	Botschafter Thompson Mr. Ausland
Großbritannien	Lord Hood Mr. Barnes
Frankreich	M. Lucet

II. Mr. *Thompson* gab einen Überblick über die Weltlage. Im Zuge der chinesisch-sowjetischen Auseinandersetzung[4] warteten die Chinesen auf den Abgang Chruschtschows[5]. Eine Änderung der chinesischen Haltung sei stets möglich. Dabei wäre auch die Tatsache der Überalterung der chinesischen Führung zu berücksichtigen. Zweifellos sei die Beanspruchung, die sich aus dem Streit Peking-Moskau ergebe, für die Chinesen größer als für die Sowjets. Im Satellitenbereich sei die Lage ungeklärt. Zu erwähnen seien die Entwicklung in Rumänien[6], der Fall Havemann in der SBZ[7], die Nachteile, die sich für

[1] Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Legationsrat I. Klasse Oncken am 25. Mai 1964 an Ministerialdirektor Krapf geleitet.
Hat Krapf am 26. Mai 1964 vorgelegen.

[2] Für den Wortlaut der Deutschland-Initiative (Fassung vom 10. April 1964) vgl. Dok. 3 mit den Änderungen in Anm. 5, 9, 11–20 und 22.
Aufgrund zwischenzeitlicher Beratungen in der Washingtoner Botschaftergruppe wurde am 6. Mai 1964 eine englischsprachige Neufassung der Deutschland-Initiative erstellt, die gegenüber der Fassung vom 10. April redaktionelle Änderungen aufwies. Vgl. Abteilung II (II 1), VS-Bd. 64; B 150, Aktenkopien 1964.

[3] Vgl. Dok. 124.

[4] Zum sowjetisch-chinesischen Konflikt vgl. Dok. 112, Anm. 14.

[5] Während eines Besuchs französischer Parlamentarier in der Volksrepublik China im Februar 1964 äußerte der Vorsitzende der Kommunistischen Partei Chinas, Mao Tse-tung: „Sie werden den Sturz Chruschtschows, dieses Papiertigers, noch erleben." Vgl. Ost-Probleme 1964, Heft 9/10, S. 309.

[6] Rumänien widersetzte sich seit Anfang der sechziger Jahre den Bemühungen der UdSSR um eine stärkere Integration der RGW-Staaten. Die Unabhängigkeitsbestrebungen äußerten sich etwa im Ausbau der Handelskontakte zu den westlichen Staaten und in der Wiederherstellung diplomati-

den Osten aus dem unerfreulichen Ulbricht-Bild in der Welt ergäben. Auch die Lage der sowjetischen Wirtschaft[8] sei unbefriedigend. Zwar werde die Ernte dieses Jahr besser sein als die der vergangenen Jahre. Sie reiche aber nicht aus. Die gleiche Feststellung gelte für die landwirtschaftliche Produktion in den Satellitenländern. Zur sowjetischen Entspannungspolitik sei zu bemerken, daß die Sowjets nicht an ernsthaften Verhandlungen vor den amerikanischen[9] und britischen Wahlen[10] interessiert seien. Die Sowjets hätten dies auf verschiedenen Ebenen zu erkennen gegeben. Weiter bestehe der Unsicherheitsfaktor Kuba. In diesem Zusammenhang seien die Flüge amerikanischer Maschinen über Kuba[11] zu berücksichtigen. Symptomatisch für das sowjetische Verhalten sei der Vorfall Odessa (Versuch, die angelsächsischen Militärattachés mit Drogen zu betäuben).

Staatssekretär *Carstens* bemerkte, ihm sei es neu, daß sich im Zusammenhang mit der Peking/Moskau-Frage das Problem einer Überalterung der chinesischen Führung stelle. Ein Überblick über die deutschen Verhandlungen mit den Satellitenländern zeige, daß es in Rumänien leichter als in anderen Fällen gewesen sei, eine Berlin-Klausel durchzusetzen.[12] Es käme uns auf eine Isolierung der SBZ an. Im Zusammenhang mit den inneren Verhältnissen im kommunistischen Block stelle er folgendes zur Konsultation: Die Bundesregierung erwäge zur Zeit, ob es nicht zweckmäßig sei, mit der Volksrepublik China auf Regierungsebene einen Handelsvertrag abzuschließen.[13] Es sei nicht daran gedacht, Handelsvertretungen zu errichten. Es gehe lediglich um die Herstellung von wirtschaftlichen Beziehungen. Eine Deutschland-Initiative des Westens müsse positiv bewertet werden. Es bestehe in der Zone die Gefahr, daß sich Hoffnungslosigkeit breitmache, wenn man die Dinge nicht aufgreife. Man müsse die Hoffnungen der Zonenbevölkerung beleben. Die wirtschaftlichen Engpässe in der Sowjetunion gingen auch aus den erhöhten sowjetischen Bezügen von Düngemitteln hervor. Die deutsch-sowjetischen Beziehungen seien sehr komplexer Natur. Einerseits sei Bonn das Ziel offizieller Angriffe, andererseits sei der Ton privater Unterhaltungen freundlicher.

Fortsetzung Fußnote von Seite 528

scher Beziehungen zu Albanien 1963, insbesondere aber in der Wahrung eines neutralen Standpunkts im ideologischen Konflikt zwischen der UdSSR und der Volksrepublik China. Die Spannungen zwischen der rumänischen und der sowjetischen Führung verschärften sich 1964, als der Parteichef Gheorghiu-Dej demonstrativ den Feierlichkeiten zum 70. Geburstag des Ministerpräsidenten Chruschtschow fernblieb und in einer rumänischen Erklärung vom 26. April 1964 offen der Führungsanspruch der KPdSU zurückgewiesen wurde.

7 Im Zusammenhang mit der Vorlesungsreihe „Allgemeine Freiheit, Informationsfreiheit und Dogmatismus" wurde der an der Ost-Berliner Humboldt-Universität tätige Professor Havemann am 12. März 1964 aus der SED ausgeschlossen und am 13. März von seinen Lehrverpflichtungen entbunden. Vgl. dazu AdG 1964, S. 11115 f.

8 Zu den wirtschaftlichen Schwierigkeiten in der UdSSR vgl. Dok. 13, Anm. 6.

9 Die amerikanischen Präsidentschaftswahlen fanden am 3. November 1964 statt.

10 Die Wahlen zum britischen Unterhaus vom 15. Oktober 1964 führten zu einer Regierungsmehrheit für die Labour Party.

11 Zu den amerikanischen Kontrollflügen über Kuba vgl. Dok. 124, Anm. 12.

12 Zur Einbeziehung von Berlin (West) in das Abkommen mit Rumänien vom 17. Oktober 1963 über den Austausch von Handelsvertretungen vgl. AAPD 1963, III, Dok. 380.

13 Zur Frage einer Aufnahme von Wirtschaftsverhandlungen mit der Volksrepublik China vgl. Dok. 69 und weiter Dok. 131.

Diese Taktik verfolge offensichtlich das Ziel, die westliche Allianz aufzusplittern. In der Sache käme man mit der Sowjetunion nicht weiter. Die Wirtschafts- und Kulturabkommen seien nicht erneuert, da sich die Sowjets geweigert hätten, eine Berlin-Klausel aufzunehmen.[14]

Lord Hood erklärte, die Lage ähnlich wie Thompson zu sehen. Er folgere, daß es trotz des auf den Sowjets lastenden Drucks keine Anzeichen für eine Änderung ihrer Haltung in der Deutschland- und Berlin-Frage gebe. Eine Deutschland-Initiative habe daher keine ernsthafte Chance. Er gebe zu, daß eine Initiative, die den Eindruck der Aktivität vermittle, Vorteile haben könne. Auf der anderen Seite bestände die Gefahr, daß eine Initiative die Satelliten an die Sowjets herandränge. Unter diesen Umständen scheine ihm die einzige Möglichkeit, einen limitierten Vorschlag zu unterbreiten, und zwar in möglichst diskreter Weise. Er denke daran, zunächst den Sowjets den Aufbau einer „Maschinerie" für die Behandlung der Deutschland-Frage vorzuschlagen. Wenn es gelänge, die Sowjets zur Anerkennung der Viermächte-Verantwortung zu veranlassen, dann könne man alle Probleme diskutieren. Viel hinge also davon ab, daß die terms of reference der „Maschinerie" weit genug gefaßt seien. Für die „Maschinerie" biete sich das Beispiel der Vierer-Verhandlungen an, die zum österreichischen Staatsvertrag führten.[15]

M. *Lucet* erklärte zur Frage des chinesisch-französischen Verhältnisses, bisher sei kein chinesischer Botschafter in Paris eingetroffen. Politische Gespräche seien nicht geführt worden. Die Sowjets seien bemüht, das französische Verhältnis besonders zu pflegen (Besuche Podgornyj[16], Adschubej[17]). Sie kritisierten den deutsch-französischen Vertrag[18]. Die französische Regierung habe demgegenüber erklärt, daß solche Kritik üben die Zeit vertun hieße. Die Franzosen unterstützten den Gedanken einer deutschen Initiative. Nach ihrer Auffassung bestände bei Bemühungen um Realisierung des britischen Vorschlags die Gefahr, daß sie zu fruchtlosen Kontakten führten.

Mr. *Thompson* kommentierte die Ausführungen von Staatssekretär Carstens zur Frage deutsch-chinesischer Kontakte, daß er diese Entwicklung eher bedaure. China erhalte hier eine Belohnung für seine militante Gesinnung. Es wäre zu befürchten, daß ein solcher Vorgang seine Wirkung auch auf andere Länder haben könne. Die Rivalität zwischen Peking und Moskau bedeute ein

[14] Zur Frage der Verlängerung des Abkommens mit der UdSSR über den Waren- und Zahlungsverkehr vgl. Dok. 68, Anm. 8.
Vortragender Legationsrat I. Klasse Luedde-Neurath faßte am 3. April 1964 den Stand der deutsch-sowjetischen Kulturbeziehungen zusammen. Unabdingbare Voraussetzung für ein neues Kulturabkommen sei aus Sicht der UdSSR, daß Berlin (West) nicht in den Kulturaustausch einbezogen werde. Nur wenn die Bundesrepublik die Berlin-Klausel zurückziehe, könne verhandelt werden. Vgl. Abteilung II (II 4), VS-Bd. 250; B 150, Aktenkopien 1964.

[15] Für den Wortlaut des Staatsvertrags vom 15. Mai 1955 über die Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Österreich vgl. BUNDESGESETZBLATT FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH 1955, S. 725–810.

[16] Zum Besuch des Sekretärs des Zentralkomitees der KPdSU vom 24. Februar bis 6. März 1964 vgl. Dok. 66, Anm. 34.

[17] Zum Besuch des Chefredakteurs der Zeitung „Izvestija" vom 25. bis 31. März 1964 in Paris vgl. Dok. 93, Anm. 13.

[18] Für den Wortlaut des deutsch-französischen Vertrags vom 22. Januar 1963 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 706–710.

Minus für den Westen, weil sowohl die Sowjetunion als auch China sich zu größerer Aktivität in der nichtgebundenen Welt veranlaßt sähen. Immerhin zeichne sich die Möglichkeit ab, daß der Westen und die Sowjets in einzelnen Fragen gleiche Ziele verfolgten. Zur Deutschland-Initiative habe er zu bemerken, daß er mit ihr sympathisiere. Das State Department könne aber Präsident Johnson nicht empfehlen, vor den Wahlen etwas zu unternehmen, was nicht seriös sei. Jeder Schritt in europäischen Fragen werde von den Sowjets als Versuch des Westens verstanden werden, von ihren Schwierigkeiten zu profitieren. Sie würden entsprechend reagieren. Im Falle von Verhandlungen müßten wir also einen Preis zahlen, um eine harte Reaktion zu vermeiden. Hierfür kämen Angebote auf dem Gebiet der europäischen Sicherheit und im Bereich des Berlin-Problems in Frage. Er (Thompson) habe aber den Eindruck, daß wir nicht wollten. Wenn wir ernsthaft ein Gespräch wollten, dann müsse ein anderes Verfahren gesucht werden, und hierzu biete sich der Vorschlag [an], einen Viermächte-Rat zu bilden.

Staatssekretär *Carstens* wies darauf hin, daß die Unterbreitung eines Drei-Mächte-Vorschlags gute Wirkung in der SBZ haben würde. Eine ähnliche Wirkung sei auch bei den Neutralen zu erwarten. Die Reaktion in Osteuropa werde nicht einheitlich sein. Die Sorge vor einer Zurückweisung des Papiers durch die Sowjets teile er nicht. 1959 habe man bei der Vorbereitung des Friedensplans keine Sorgen dieser Art gehabt; auch dieser sei nicht akzeptiert worden.[19] Zu dem Argument der amerikanischen Wahlen wolle er sagen, daß er dieses verstehe und in Erinnerung behalten werde. Zu der Sorge vor der negativen sowjetischen Reaktion müsse er aber bemerken, daß uns in einer Krisis entgegengehalten würde, eine Deutschland-Initiative vergrößere diese Krise; in Zeiten der Entspannung hieße es, wir führten eine Krisis herauf. Dies Argument wirke nicht sehr überzeugend. Er schlüge daher vor, ein Dreier-Papier zu unterbreiten. Ihm läge daran, daß dieser Gesichtspunkt akzeptiert würde. Zu dem britischen Vorschlag habe er zu bemerken: Er halte ein vertrauliches Gespräch der Westmächte mit den Sowjets für akzeptabel. Zu klären sei die Frage, welches Mandat der Viermächte-Rat haben solle. Eine Wiederbelebung von Kontrollratsfunktionen komme nicht in Frage. Das Mandat des Viermächte-Rats solle vielmehr lauten, Vorschläge zur Prozedur der Wiedervereinigung zu entwickeln, die dann mit Substanz anzufüllen sei. Die sowjetische Reaktion sei zunächst nicht abzusehen. Man müsse aber bedenken, daß sich die Sowjets bei Protesten gegen die Rüstung der Bundesrepublik Deutschland auf angebliche Rechte aus ihren Viermächte-Verpflichtungen bezögen.[20] Auch wenn die Sowjets auf einen westlichen Vorschlag nicht eingingen, habe man doch einen Schritt nach vorn getan.

[19] Zu dem auf der Genfer Konferenz vorgelegten Herter-Plan vom 14. Mai 1959 vgl. Dok. 9, Anm. 8, und Dok. 13, Anm. 14.
Der sowjetische Außenminister Gromyko wies den Herter-Plan am 18. Mai 1959 zurück, da er „heterogene Probleme in völlig unrealistischer und unbegründeter Weise" kombiniere. Insbesondere die Tatsache, daß in dem Vorschlag der Friedensvertrag mit Deutschland und die Berlin-Frage von der Wiedervereinigung Deutschlands abhängig gemacht würden, zeige die Künstlichkeit des Plans. Für den Wortlaut der Erklärung vgl. DzD IV/2, S. 138–149.

[20] Vgl. in diesem Zusammenhang den Protest der UdSSR gegen die angebliche Produktion von Raketen in der Bundesrepublik; Dok. 36.

Mr. *Thompson* erklärte, daß es folgende Möglichkeiten für eine Weiterbehandlung der Deutschland-Initiative gebe:
– eine deutsche Erklärung;
– die Bildung eines Viermächte-Rats.

Staatssekretär *Carstens* trat dafür ein, zunächst den Vorschlag eines Viermächte-Rats zu unterbreiten und dann mit einer deutschen Erklärung zu folgen.

Mr. *Thompson* wies auf die Erfahrung hin, daß die Sowjets auf westliche Initiativen immer wieder negativ reagiert hätten. Er fragte, warum nicht die Deutschen allein vorgehen könnten.

Staatssekretär *Carstens* lehnte diese Möglichkeit ab. Er wies auf die mögliche Reaktion der Presse hin, die ein solches Vorgehen als „Lückenbüßer" für den Verzicht auf eine Drei-Mächte-Initiative bezeichnen würde. Ein deutscher Alleingang würde nicht den gewünschten Erfolg haben. Man müsse die Sowjets durch geeignete Pläne herauslocken.

M. *Lucet* fragte, ob wir keine Sorge vor sowjetischer Einmischung in europäische Verhältnisse hätten.

Staatssekretär *Carstens* erklärte, bereit zu sein, dieses Risiko zu laufen.

Lord Hood schlug vor, in Washington mit der Konsultation der Frage „Bildung eines Viermächte-Rats" zu beginnen.

Staatssekretär *Carstens* erklärte, wir seien hierzu bereit. Dabei solle später in folgender Reihenfolge prozediert werden:
– Unterbreitung des Vorschlags betreffend Viermächte-Rat,
– dann Vorlage eines Deutschland-Papiers.

Mr. *Thompson* schlug vor, erst das Deutschland-Papier zu unterbreiten und dann den Vorschlag über den Viermächte-Rat. Er stellte anschließend zur Diskussion, ob man nicht auf der Grundlage der „draft principles"[21] mit den Sowjets sprechen solle.

Staatssekretär *Carstens* wies darauf hin, daß es zweckmäßig sei, den Gedanken des Viermächte-Rats weiter zu verfolgen. Die in die Diskussion geworfene Möglichkeit einer Wiederauflage der Berlin-Deklaration lehne er ab, da eine solche Deklaration nicht zur Verhandlung führen würde.

Mr. *Thompson* fragte, wie lange wir mit einer Initiative warten könnten.

Staatssekretär *Carstens* meinte, wir würden in der Lage sein, unsere Öffentlichkeit zu beruhigen. Es müsse freilich etwas getan werden, und zwar auf dem Gebiet des Viermächte-Rats.

Lord Hood erklärte, daß folgende Möglichkeiten in Washington geprüft werden sollten:
1) Frage der Umwandlung des Deutschland-Plans aus einem Einer-Papier in ein Dreier-Papier.
2) Formulierung eines Vorschlags betreffend Viermächte-Rat, der den Sowjets vertraulich zur Kenntnis zu bringen sei.

[21] Zu den „draft principles" vom April 1962 vgl. Dok. 9, Anm. 3.

3) Nach vorangegangener Vorlage eines deutschen Papiers (das von den drei Mächten zu unterstützen wäre) Unterbreitung des Vorschlags betreffend Viermächte-Rat an die Sowjets.
4) Unterbreitung des Viermächte-Rat-Vorschlages, anschließend Vorlage eines erweiterten deutschen Papiers durch die drei Mächte.
5) Einführung eines Drei-Mächte-Papiers auf demselben Wege (vgl. 3).

Mr. *Thompson* ließ nochmals erkennen, daß er eine Diskussion der Punkte 3 und 5 vorziehe.

Staatssekretär *Carstens* wies darauf hin, daß eine Reihe dieser Vorschläge ihm nicht diskutabel erschienen. Man solle sich in der Washingtoner Botschafter-Gruppe auf die Frage des Vier-Mächte-Rates (vgl. 2) konzentrieren.[22]

III. Abschließend wurde Übereinstimmung erzielt, daß die vier Regierungen die vorstehenden Überlegungen prüfen und ihren Vertretern in der Washingtoner Vierergruppe baldmöglichst Weisung zur weiteren Erörterung der Frage der Deutschland-Initiative erteilen sollen.[23]

Abteilung II (II 1), VS-Bd. 64

127

Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens, z.Z. Den Haag

St.S. 974/64 VS-vertraulich **13. Mai 1964**

Betr.: Vertrauliche Sitzung des NATO-Rats am 13. Mai 1964[1]

1) Brosio wurde zum Generalsekretär bestellt.[2]

2) Diskussion über den stellvertretenden Generalsekretär

Spaak, Lange, Haekkerup, Martin, Luns sprachen sich für einen *Kanadier* aus.

Der Herr Bundesminister meldete *deutsche* Kandidatur an.

Stikker und Rusk insistierten, daß die Ernennung des stellvertretenden Generalsekretärs Sache des Generalsekretärs sei und daß man seiner Entscheidung nicht vorgreifen dürfe.[3]

[22] Vgl. dazu auch den Drahterlaß des Staatssekretärs Carstens, z.Z. Den Haag, vom 14. Mai 1964 an die Botschaft in Washington; Abteilung I (D I/Dg I A), VS-Bd. 123; B 150, Aktenkopien 1964.

[23] Zu den Bemühungen um eine Initiative in der Deutschland-Frage vgl. weiter Dok. 136.

[1] Zur Tagung des NATO-Ministerrats vom 12. bis 14. Mai 1964 vgl. auch den Drahtbericht des Staatssekretärs Carstens, z.Z. Den Haag, vom 15. Mai 1964; Abteilung I (D I/Dg I A), VS-Bd. 2; B 150, Aktenkopien 1964.

[2] Der italienische Botschafter in Paris trat zum 1. August 1964 die Nachfolge des NATO-Generalsekretärs Stikker an.

[3] Zum neuen stellvertretenden Generalsekretär der NATO wurde der Kanadier James A. Roberts ernannt.

3) Stand des Bündnisses

Spaak: Der Bericht des Generalsekretärs[4] ist ein Alarmsignal. Müssen die Grundlagen des Bündnisses geändert werden? Nein. Die Entscheidungen von 1949[5] und 1957 (Bericht der drei Weisen)[6] waren richtig, auch im Lichte der jüngsten Entwicklung. Wenn man die Organisation des Bündnisses ändern will, soll man nicht längst überholte Modelle verwenden, sondern *vorwärts* schreiten.

Konsultation ist das A und O. Wenn man uns nicht sagt, warum man unzufrieden ist, können wir die Probleme nicht lösen.

Nur in der Deutschland- und Berlin-Frage ist die Allianz noch einig, in allen anderen Bereichen (Afrika, Asien, Amerika, nukleare Probleme, Rotchina) bestehen Differenzen. Das Deutschland- und Berlin-Problem ist aber nicht akut (immédiat), und dort liegt die wirkliche Gefahr nicht. Sie liegt zur Zeit in Asien, vor allem in Südost-Asien.

Das Bündnis zwischen Europa und USA ist von lebenswichtiger Bedeutung. Auf die amerikanischen Zusagen *ist* Verlaß. Es ist unsinnig, ständig ihre Wiederholung zu verlangen.

Der Gedanke, *Vietnam* zu neutralisieren[7], erscheint völlig absurd. Aber auch hier hat man uns leider nie gesagt, was man eigentlich will.

Lange sieht keinen Grund, das Bündnis oder seinen Mechanismus zu ändern.

Nogueira äußert sich bitter. Der Allianz fehlt die Solidarität. Einige Mitglieder nehmen für die Feinde eines anderen Mitgliedes, ja für die Feinde der Allianz selbst Partei. Man preist im Geiste der Koexistenzpolitik die sowjetischen Führer. Aber man läßt es an dem gleichen Geiste gegenüber Portugal fehlen und kritisiert öffentlich seine Politik.

Luns: NATO ist unersetzlich. Der Vertrag ist gut, wenn man ihn nur anwenden würde. Konsultation ist sehr wichtig und wird nicht genügend angewandt. Auch die eigentliche Verteidigungsplanung[8] kommt nicht voran. Seit einem Jahr stocken die Arbeiten auf diesem Gebiet.

Martin: Wir alle haben gegen die Verpflichtung zur Konsultation verstoßen. Man soll die Uneinigkeit, die zwischen uns besteht, auch nicht übertreiben. Über die wesentlichen Ziele, nämlich den Kommunismus zurückzuhalten, sind wir uns weiterhin einig. Man muß versuchen, auch die Positionen derer zu verstehen, die aus Gründen des nationalen Interesses den gegenwärtigen Zustand kritisieren.

[4] Für den Bericht des NATO-Generalsekretärs Stikker vgl. Abteilung II (II 7), VS-Bd. 570.

[5] Am 4. April 1949 wurde der NATO-Vertrag in Washington abgeschlossen.

[6] Auf der Herbsttagung des NATO-Rats 1956 legten die Außenminister Martino (Italien), Pearson (Kanada) und Lange (Norwegen) einen Bericht vor, in dem die nicht-militärische Zusammenarbeit im Rahmen der NATO behandelt wurde. Die Empfehlungen des Dreier-Ausschusses wurden vom NATO-Ministerrat am 13. Dezember 1956 gebilligt. Für den Wortlaut des Berichts und der Entschließung des NATO-Rats vgl. THE NORTH ATLANTIC TREATY ORGANISATION. FACTS AND FIGURES, 10. Auflage, Brüssel 1981, S. 269–287.

[7] Zu den Vorstellungen des Staatspräsidenten de Gaulle über eine Neutralisierung von Vietnam, Kambodscha und Laos vgl. besonders Dok. 44.

[8] Von aktueller Bedeutung für die Verteidigungsplanung war besonders die sogenannte „Stikker exercise". Vgl. dazu Dok. 104, Anm. 15.

Aber: Wer Änderungen anstrebt, soll sagen, welche Änderungen er anstrebt. Absolut entscheidend ist, daß der transatlantische Charakter der Allianz erhalten bleibt. Kanada wird niemals zwischen den beiden Seiten des Atlantik wählen. Mit Europa ist es durch historische Bande verknüpft. Die USA sind sein Nachbar. Eine engere Zusammenarbeit zwischen den militärischen und politischen Stellen der Allianz ist notwendig.

Bundesminister[9]: Wenn Spaak meint, daß die Deutschland- und Berlin-Frage sich zur Zeit nicht im Zustand akutester Spannung befindet – wozu ich jetzt nicht Stellung nehmen will –, so muß man darauf hinweisen, daß 17 Millionen Menschen ständig ihrer primitivsten Rechte beraubt werden. Darum müssen wir mindestens immer wieder sagen, welche Grundsätze für die Lösung dieser Frage gelten müssen. Das war der Sinn der Erklärung, die die vier Außenminister am 11. Mai abgegeben haben[10]. Ich bitte herzlich, daß diese Erklärung in ihrer Substanz auch in das NATO-Kommuniqué[11] aufgenommen wird.

Spaak irrt, wenn er meint, niemand habe auf den amerikanischen Appell, Vietnam zu unterstützen[12], geantwortet. Die Bundesregierung hat sich dazu bereit erklärt.[13]

Eine Analyse der Allianz ergibt positive Elemente (die Beistandsverpflichtung wird von niemandem in Frage gestellt) und negative Elemente (Uneinigkeit über zahlreiche politische Fragen, ungenügende Konsultation, Steckenbleiben der militärischen Diskussion).

Eine Reform der organisatorischen Struktur genügt nicht. 5 Punkte müssen behandelt werden:

1) politische Führung, Mitverantwortung aller, Ausgewogenheit der Rechte und Pflichten;
2) Abgrenzung der nationalen und der integrierten Streitkräfte;
3) Rolle der nuklearen und der nicht nuklearen Mächte;
4) geographische Abgrenzung der Gebiete, für die die Beistandspflicht, die Konsultationspflicht und die Mitverantwortung gilt;
5) Grundlinien einer gemeinsamen Politik gegenüber dem neuen Phänomen des Kommunismus.

[9] Die Ausführungen des Bundesministers Schröder über den Zustand der NATO gingen auf einen Redeentwurf des Botschafters Grewe, Paris (NATO), zurück. Vgl. dazu den Drahtbericht von Grewe vom 8. Mai 1964; Büro Staatssekretär, VS-Bd. 432; B 150, Aktenkopien 1964.

[10] Für den Wortlaut der Erklärung vgl. BULLETIN 1964, S. 689. Vgl. dazu auch Dok. 124.

[11] So im Schlußkommuniqué vom 14. Mai 1964: „Der Rat bekräftigte erneut, daß eine gerechte und friedliche Lösung der Deutschland-Frage nur auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts erreicht werden kann, und war übereinstimmend der Auffassung, daß jede geeignete Gelegenheit ergriffen werden sollte, um das Verlangen des deutschen Volkes nach Wiedervereinigung in Freiheit seiner Erfüllung näher zu bringen und damit einen dauerhaften Frieden in Mitteleuropa zu gewährleisten." Vgl. BULLETIN 1964, S. 721.

[12] Am ersten Tag der NATO-Ministerkonferenz forderte der amerikanische Außenminister Rusk die Partnerstaaten auf, „sich aktiv für Vietnam zu interessieren. Das Land bedürfe weniger militärischer als wirtschaftlicher und politischer Hilfe. Sollte die Lage sich dort verschlechtern, so würde dies nicht zu einem Rückzug der Vereinigten Staaten, sondern zu einer verschärften Auseinandersetzung führen." Vgl. den Drahtbericht des Staatssekretärs Carstens, z. Z. Den Haag, vom 13. Mai 1964; Abteilung I (D I/Dg I A), VS-Bd. 2; B 150, Aktenkopien 1964.

[13] Zur Unterstützung der amerikanischen Vietnam-Politik vgl. Dok. 129 und Dok. 130.

Rusk: Wir stehen einer Diskussion über eine Änderung der NATO aufgeschlossen gegenüber. Wer Änderungen wünscht, soll sie benennen. *Bis* NATO geändert ist, sind wir alle verpflichtet und liegt es in unser aller vitalem Interesse, sie weiter zu unterstützen.

Die These, daß der Wert der Allianz sich vermindert habe, weil die Sowjetunion jetzt die USA mit nuklearen Waffen erreichen kann, ist falsch. Die USA sind kein treuloser Bundesgenosse. Sie haben seit Ende des II. Weltkrieges 160 000 Tote auf den verschiedenen Kriegsschauplätzen zu beklagen. Sie verteidigen vitale eigene Interessen in Europa. Die in Europa bereitgestellte Kampfkraft ist 100 000 mal so stark wie die Hiroshima Bombe. Niemals werden die USA ihre eigenen Truppen in Europa preisgeben.

Das nukleare Problem muß vorsichtig behandelt werden. Keine Regierung wird von einem kleinen Scharmützel sofort zum vollen Nuklearkrieg übergehen. Eine Abschreckung, die auf dieser Annahme beruht, ist unglaubwürdig.

Wir müssen die nukleare Zusammenarbeit innerhalb des Bündnisses ausbauen, die Athener Richtlinien[14] (guide-lines) verfeinern, die MLF[15] verwirklichen (wir gehen davon aus, daß sie zustande kommt) und danach eine noch engere Zusammenarbeit zwischen ihr und allen anderen nuklearen Streitkräften herstellen (die nukleare Verteidigung ist unteilbar).

USA sind bereit, auch eine reduzierte Rolle innerhalb des Bündnisses einzunehmen, wenn dies gewünscht wird.

Weitere Erwägungen zur Reform der NATO:
- verbesserte Nachrichtenverbindungen zwischen den Außenministern, um jederzeit eine Konsultation zu ermöglichen.
- Schaffung eines Ständigen NATO-Ministerrats.
- Verstärkung der Stellung des Generalsekretärs.

Couve: Man hat die Politik meines Landes zu stark kritisiert und sogar verdammt, als daß ich nicht wenigstens aus Gründen der Höflichkeit etwas sagen sollte. Ein Mißverständnis ist entstanden. Der französische Reformwunsch bezieht sich nur auf die militärische (nicht auf die politische) Funktion der NATO. Im Kriegsfall und im Fall einer Krise ist militärische Integration unabweislich; aber außerhalb solcher Zeiten gibt es wichtige politische und nationale Gesichtspunkte, denen man Rechnung tragen muß. Man muß auf die tatsächliche Verantwortung Rücksicht nehmen. Mit diesen Gedanken haben wir keinerlei Anklang gefunden, daher hat es keinen Zweck, jetzt darüber zu sprechen.

Im nuklearen Bereich gilt doch wohl der Grundsatz, daß man sich nuklear nur verteidigen kann, wenn man selbst nukleare Waffen besitzt, jedenfalls scheint auch Großbritannien nach diesem Gesichtspunkt zu handeln. Die MLF ist keine Ersatzlösung.

[14] Die auf der Tagung des NATO-Ministerrats vom 4. bis 6. Mai 1962 in Athen verabschiedeten „guidelines" regelten das Konsultationsverfahren im Bündnis für einen Einsatz von Atomwaffen. Vgl. dazu den Drahterlaß des Legationsrats I. Klasse Scheske vom 10. Mai 1962 an die Botschaften in London, Paris und Washington; Abteilung II (II 7), VS-Bd. 547.

[15] Zum Stand der MLF-Verhandlungen vgl. Dok. 104.

Mit Bezug auf die politische Problematik ist folgendes zu sagen: Frankreich fordert nichts. Ich bin durchaus für größere Solidarität; aber man muß sich über die Grenzen im klaren sein; für manche Mitglieder sind das vitale Interessen, was für andere fernliegende Affären sind. Frankreich hat das jahrelang erfahren müssen (Indochina[16], Algerien[17]), ebenso Holland (Indonesien[18]), Belgien (Kongo[19]). Jetzt erfährt es Portugal.[20] In allen diesen Fällen hat die NATO geschwiegen.
Wie war es in der Kuba-Krise[21]? Die USA haben sich entschlossen, der Sowjetunion ein Ultimatum zu stellen. Sie haben uns nicht konsultiert, sondern lediglich informiert. Wir haben das verstanden und uns sofort mit ihnen solidarisch erklärt.[22] Man soll die Schwierigkeiten nicht übertreiben.

Der Westen war nie so stark und blühend wie jetzt. Frankreich schwächt die Allianz nicht, sondern ist ein starkes Element. Das ist entscheidend. Man soll nicht immer die verurteilen, die anderer Meinung sind, sondern mehr Toleranz üben. Die Allianz wird so lange existieren, wie sie notwendig ist.

4) Cypern[23]

Hierüber wird eine gesonderte Aufzeichnung von Botschafter Grewe vorgelegt.[24]

Hiermit dem Herrn Minister[25] vorgelegt.

Carstens

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 432

16 Zum französischen Rückzug aus Indochina nach der militärischen Niederlage 1954 vgl. Dok. 44, Anm. 34.

17 Im Juli 1962 erlangte Algerien die Unabhängigkeit von Frankreich.

18 Nachdem die Niederlande 1947/48 zunächst wieder ihre frühere Kolonie besetzt hatten, mußten sie auf der Haager Konferenz mit Wirkung vom 27. Dezember 1949 die Unabhängigkeit Indonesiens anerkennen. Bis 1954 blieb Indonesien mit den Niederlanden unter der niederländischen Krone in Personalunion verbunden.

19 Belgien entließ seine Kolonie am 30. Juni 1960 in die Unabhängigkeit. Zur anschließenden Krise im Kongo vgl. Dok. 70, Anm. 21.

20 Die meisten Partner-Staaten in der NATO standen der portugiesischen Politik, die Unabhängigkeitsbestrebungen in den Kolonien zu unterdrücken, zurückhaltend bis ablehnend gegenüber.

21 Zur Kuba-Krise im Oktober 1962 vgl. Dok. 17, Anm. 2.

22 Zur französischen Erklärung vom 24. Oktober 1962 vgl. Dok. 66, Anm. 40.

23 Zur Zypern-Frage vgl. zuletzt Dok. 123.

24 Die Aufzeichnung wurde am 14. Mai 1964 vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Scheske, z. Z. Den Haag, an das Auswärtige Amt übermittelt. Vgl. Abteilung II (II 7), VS-Bd. 709.
Zur Behandlung des Zypern-Konflikts in der NATO vgl. auch Dok. 235.

25 Hat Bundesminister Schröder am 18. Mai 1964 vorgelegen.

128

Aufzeichnung des Staatssekretärs Lahr

St.S. 975/64 geheim **13. Mai 1964**[1]

Betr.: Grundlage des Haushalts 1965

In der heutigen Kabinettssitzung fand eine eingehende Aussprache über die Vorlage des Bundesministeriums der Finanzen[2] statt. Es bestand allgemeine Übereinstimmung, von einem Gesamtrahmen, der nicht überschritten werden darf, auszugehen und für diesen Rahmen den Betrag von 63,9 Milliarden DM vorzusehen. Hingegen wurde allgemein das Verfahren der arithmetischen Kürzung zur Schließung der Deckungslücke beanstandet.

Staatssekretär Hopf wies in eindringlichen Worten darauf hin daß die Pläne des Bundesfinanzministeriums in bezug auf den Verteidigungshaushalt das Ende der Vorwärtsstrategie[3] bedeuten und den Bundesaußenminister zwingen würden, den Verbündeten hierüber klaren Wein einzuschenken.

Ich wies darauf hin, daß die auf Seite 3 der Vorlage des Bundesfinanzministeriums aufgeführten vordringlichen Vorhaben mit Ausnahme der Entwicklungshilfe den Eindruck erwecken könnten, als ob es bei uns nur innerpolitische Fragen gebe, während unsere außenpolitische Lage unproblematisch sei. Ich knüpfte hierbei an die Bemerkungen von Staatssekretär Hopf an und führte weiter aus, daß der Haushalt des Auswärtigen Amts sich strukturell wesentlich von denen anderer Bundesministerien unterscheide. Die Frage der Nichtvermehrung des Personals sei bei uns keine Frage des Maßhaltens, sondern es ginge darum, ob die eingeleitete Politik der Errichtung von Handelsvertretungen in den Ostblockländern[4] und die ausreichende Betreuung der neuentstandenen Staaten fortgesetzt werden soll. Auch die internationale Zusammenarbeit bringe für uns unausweichlich ein Mehr an Arbeit mit sich. In unserem Haushalt schlügen sich ferner eine Fülle von internationalen Verpflichtungen nieder. Es sei den anderen Ländern, namentlich unseren Freunden, schwer klarzumachen, daß bei einer Steigerung des Bruttosozialprodukts um 6% diese Verpflichtungen eher zu reduzieren als der zunehmenden internationalen Aktivität anzupassen seien.

[1] Durchschlag als Konzept.

[2] Dem Vorgang nicht beigefügt. Für einen Durchdruck der Kabinettssache des Bundesministers der Finanzen vom 11. Mai 1964 vgl. Abteilung Z (Z B 4), VS-Bd. 21; B 150, Aktenkopien 1964.
Zur Beratung über die Grundzüge des Bundeshaushalts für 1965 vgl. auch den Artikel „Das Kabinett begrenzt den neuen Haushalt auf 63,9 Milliarden"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 111 vom 14. Mai 1964, S. 1.

[3] Zum Konzept der Vorwärtsverteidigung vgl. Dok. 117, Anm. 8.

[4] Im Laufe des Jahres 1963 schloß die Bundesrepublik Abkommen mit Polen, Rumänien und Ungarn über den Handelsverkehr bzw. den Austausch von Handelsvertretungen. Vgl. dazu Dok. 13, Anm. 20.
Zum Abkommen mit Bulgarien vom 6. März 1964 über den Waren- und Zahlungsverkehr und den Austausch von Handelsvertretungen vgl. Dok. 62.

Was den dritten Hauptbereich unseres Etats, die Kulturpolitik gegenüber dem Ausland, angehe, sei leider bereits ein Prozeß der Demontage eingeleitet worden, den fortzusetzen unserer Stellung im Ausland sehr abträglich wäre. Mit Rücksicht auf diese und auch von anderen Ressorts geäußerten Bedenken wurde Ziffer 12b) der Kabinettsvorlage geändert[5] (siehe unten).

Ziffer 12c)[6] fand bei allen anderen Ressorts Zustimmung, während ich die aus der Aufzeichnung der Abteilung Z[7] ersichtlichen Bedenken vortrug. Bundesminister Dahlgrün erwiderte, daß er im Rahmen des „unabdingbaren Personalmehrbedarfs" Verständnis für die Lage des Auswärtigen Amts aufbringen werde. Der Herr Vizekanzler, der die Kabinettssitzung leitete, unterstützte dies namentlich im Hinblick auf die Ostvertretungen. Ziffer 12 c) wurde daraufhin einstimmig angenommen.

Hiermit über Herrn Staatssekretär I Herrn D Z[8].

gez. Lahr

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 417

[5] Als geänderte Ziffer 12b) wurde auf der Aufzeichnung vermerkt: „Um die Deckungslücke von 2 Mrd. DM gegenüber 1964 zu schließen, sind die Ressorts gehalten, ihre Anmeldungen zum Entwurf des Bundeshaushalts 1965 zu überprüfen und dem Bundesminister der Finanzen entsprechende Kürzungsvorschläge zu übermitteln."

[6] Ziffer 12c der Kabinettsvorlage des Bundesministers der Finanzen vom 11. Mai 1964: „Neue Planstellen für Beamte und neue Stellen für Arbeiter und Angestellte sowie Stellenhebungen und Stellenumwandlungen sind nicht vorzusehen. Für unabweisbaren Personalmehrbedarf wird in den Entwurf des Haushaltsgesetzes 1965 eine dem § 14 Haushaltsgesetz 1963 entsprechende Bestimmung aufgenommen." Vgl. Abteilung Z (Z B 4), VS-Bd. 21; B 150, Aktenkopien 1964.

[7] Ministerialdirigent von Gehlen führte am 12. Mai 1964 aus, daß das Auswärtige Amt im Interesse der Erfüllung seiner Aufgaben nicht auf die für das Rechnungsjahr 1965 vorgesehenen Stellenvermehrungen bzw. -anhebungen verzichten könne. Vgl. Abteilung Z (Z B 4), VS-Bd. 21; B 150, Aktenkopien 1964.

[8] Ministerialdirektor Raab.

129

Vermerk des Staatssekretärs Carstens

St.S. 977/64 VS-vertraulich **14. Mai 1964**[1]

Betr.: Vietnam

Der amerikanische Botschafter teilte mir mit, daß das Bundesministerium der Verteidigung plane, ein Lazarettschiff nach Vietnam zu entsenden.[2]

Ich halte diesen Gedanken für gut und habe dies Staatssekretär Westrick im Anschluß an mein Gespräch mit Botschafter McGhee[3] mitgeteilt. Staatssekretär Westrick wird am kommenden Dienstag den Herrn Bundeskanzler um seine Zustimmung bitten.

Hiermit dem Herrn Minister vorgelegt.[4]

gez. Carstens

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 432

[1] Durchschlag als Konzept.

[2] Am 11. Mai 1964 teilte Staatssekretär Carstens, z.Z. Den Haag, Staatssekretär Lahr mit, Bundesminister von Hassel sei bereit, ein Reservelazarett mit 120 Mann Personal, davon 17 Ärzte, 20 Schwestern, der Rest Sanitätssoldaten, nach Vietnam zu entsenden. Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 424; B 150, Aktenkopien 1964.
Am 14. Mai 1964 unterrichtete Ministerialdirigent Bachmann, Bundeskanzleramt, den Bundesverteidigungsrat über die Angelegenheit: „In der Öffentlichkeit sei der unrichtige Eindruck entstanden, daß die Bundesregierung eine Entsendung von Bundeswehr-Einheiten nach Südvietnam beabsichtige. McNamara sei lediglich die Bereitstellung eines deutschen Lazaretts in Südvietnam zugesagt worden. Es sei noch keineswegs entschieden, ob es sich dabei um ein Feld-Lazarett der Bundeswehr oder um ein ziviles Lazarett (etwa Rotes-Kreuz-Lazarett) handeln solle ... McNamara habe vor seinem Eintreffen in Bonn nichts darüber verlauten lassen, daß er die Frage der deutschen Hilfeleistung an Südvietnam in Bonn besprechen wolle. Die von McNamara angewandte Überrumpelungstaktik sei zu bedauern." Vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Krapf vom 19. Mai 1964; Abteilung II (II 7), VS-Bd. 688; B 150, Aktenkopien 1964.
Vgl. dazu auch die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Böker vom 15. Mai 1964; Abteilung I (I B 5), VS-Bd. 121; B 150, Aktenkopien 1964. Vgl. ferner Dok. 125, Anm. 7.

[3] Zum Gespräch vom 14. Mai 1964 vgl. auch den Vermerk des Staatssekretärs Carstens über den Patrouillendienst amerikanischer Streitkräfte an der Grenze zwischen der Bundesrepublik und der Tschechoslowakei; Büro Staatssekretär, VS-Bd. 432; B 150, Aktenkopien 1964.

[4] Zum Vietnam-Konflikt vgl. weiter Dok. 130.

130

Bundesminister Schröder an Bundeskanzler Erhard

I B 5-82.00/92.13/1360/64 VS-vertraulich **17. Mai 1964**[1]

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,

der amerikanische Botschafter McGhee hat mich am 20. April in meiner Wohnung aufgesucht[2], um einige aktuelle Probleme zu besprechen. Dabei stellte der Botschafter die Frage, ob es vielleicht möglich sei, daß die Bundesregierung sich öffentlich gegen den Plan einer Neutralisierung Vietnams[3] aussprechen könnte. Vielleicht böte sich als Anlaß dazu der bevorstehende Besuch des vietnamesischen Botschafters[4] bei Ihnen an.

Nach Ansicht des Auswärtigen Amts sollte jedoch von einer öffentlichen Erklärung der Bundesregierung gegen die Neutralisierung Vietnams abgesehen werden. Da unser Standpunkt allen beteiligten Regierungen bekannt ist, würde eine solche Erklärung nur Gegensätze zwischen uns und Frankreich aufzeigen, ohne der Sache selbst irgendwie nutzen zu können. Im Interesse der deutsch-französischen Beziehungen sollte dem amerikanischen Wunsch einer öffentlichen Stellungnahme nicht entsprochen werden.

Statt dessen möchte ich vorschlagen, daß Sie, Herr Bundeskanzler, bei dem Antrittsbesuch des vietnamesischen Botschafters Nguyen Qui Anh die Erklärung abgeben, daß die Bundesregierung und das deutsche Volk den tapferen Kampf Vietnams und die Erhaltung seiner Freiheit gegenüber der kommunistischen Bedrohung mit großer Anteilnahme verfolgt und die Hoffnung hegt, daß es im Interesse Südostasiens wie der freien Welt General Khanh gelingen möge, die Freiheit Vietnams zu wahren.

Diese Erklärung könnte u.a. im Bulletin der Bundesregierung veröffentlicht werden.

Damit würde dem amerikanischen Wunsche nach einer öffentlichen Stellungnahme zugunsten der von den Vereinigten Staaten in Vietnam verfolgten Politik entsprochen werden, ohne den französischen Standpunkt ausdrücklich anzugreifen, was eine Verstimmung des französischen NATO-Partners auslösen

[1] Durchschlag als Konzept.
Hat Staatssekretär Carstens am 14. Mai 1964 vorgelegen.

[2] Vgl. dazu Dok. 103.

[3] Zu den Vorstellungen des Staatspräsidenten de Gaulle über eine Neutralisierung von Vietnam, Kambodscha und Laos vgl. besonders Dok. 44.

[4] Der Bundeskanzler empfing am 18. Juni 1964 den Botschafter der Republik Vietnam (Südvietnam), Nguyen Qui Anh, zu einem Antrittsbesuch. Bei dieser Gelegenheit erklärte Erhard, „daß die Bundesregierung und das deutsche Volk den tapferen Kampf Vietnams um die Erhaltung seiner Freiheit gegenüber der kommunistischen Bedrohung mit großer Anteilnahme verfolgt und sie die Hoffnung hegt, daß es General Khanh im Interesse Südost-Asiens und der freien Welt gelingen möge, die Freiheit Vietnams zu wahren". Vgl. BULLETIN 1964, S. 885.

könnte.[5] Außer Frankreich hat sich bisher nur Indonesien für die französischen Neutralisierungspläne ausgesprochen.[6]

Mit freundlichen Grüßen

Ihr Schröder[7]

Abteilung I (I B 5), VS-Bd. 115

131

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Krapf

D II-82.00/92.08/328/64 geheim **19. Mai 1964**[1]

Betr.: Fühlungnahme in Bern zwischen unserer Botschaft und Botschaft der VR China

I. Amtliche chinesische Stellen gaben auf der Kantoner Messe im Frühjahr und Herbst 1963 zu erkennen, daß sie amtliche Kontakte mit der Bundesregierung wünschten.[2] Sie ließen durchblicken, daß ihnen an einem Handelsabkommen auf Regierungsebene gelegen sei. Anfang Januar 1964 erklärte ein Mitglied der chinesischen Botschaft in Bern dem deutschen Journalisten Harry Hamm (FAZ), die Aufnahme der Berlin-Klausel in ein solches Abkommen werde wohl keine großen Schwierigkeiten bereiten.[3]

Am 8. April 1964 teilte die chinesische Botschaft in Bern dem Ostreferenten des „Bundesverbands der Deutschen Industrie" (BDI) mit[4], Gespräche zwi-

5 Zum Vietnam-Konflikt vgl. weiter Dok. 154.

6 Der indonesische Außenminister Subandrio äußerte sich am 1. April 1964 in Paris gegenüber dem französischen Außenminister Couve de Murville zustimmend zu den Vorstellungen für eine Neutralisierung Vietnams. Vgl. dazu den Bericht des Botschafters Klaiber, Paris, vom 10. April 1964; Referat I B 5, Bd. 57.

7 Paraphe vom 17. Mai 1964.

1 Hat Staatssekretär Carstens vorgelegen.

2 Zur Frage einer Aufnahme von Verhandlungen mit der Volksrepublik China über ein Warenabkommen vgl. bereits Dok. 69.

3 Ministerialdirektor Krapf informierte am 20. Januar 1964 über das Gespräch des Korrespondenten der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung", Hamm, mit einem Angehörigen der Botschaft der Volksrepublik China in Bern. Dieser habe die Ansicht vertreten, die chinesische Regierung werde hinsichtlich der Einbeziehung von Berlin (West) in ein Abkommen mit der Bundesrepublik kein Hindernis sehen. Er habe allerdings die Befürchtung geäußert, „die Bundesregierung sei von der amerikanischen Regierung so abhängig, daß sie ein Wirtschaftsabkommen mit der Regierung in Peking nicht abschließen könne". Vgl. Abteilung II (II 5), VS-Bd. 234; B 150, Aktenkopien 1964.

4 Ministerialdirektor Krapf berichtete am 10. April 1964 über das Gespräch des Ostreferenten des BDI mit Mitarbeitern der Botschaft der Volksrepublik China in Bern. Kirchner habe den Eindruck, „daß die Chinesen auf den kulturellen Kontakt großen Wert legten. Er glaubt ferner, daß die Errichtung von gegenseitigen Handelsvertretungen nicht als Voraussetzung für einen engeren Kontakt mit der Bundesrepublik Deutschland angesehen wird. Dagegen ist von seinen Gesprächspartnern großer Wert auf die Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen und als Voraussetzung dafür die Einleitung von Maßnahmen zur besseren gegenseitigen Marktorientierung

schen dem chinesischen Botschafter in Bern und Vertretern des Auswärtigen Amts der Bundesrepublik könnten sich erstrecken auf 1) die Möglichkeit eines Handelsabkommens; 2) die Möglichkeit eines Kulturabkommens; 3) „sonstige Fragen".

Es wurde volle Vertraulichkeit für diese Gespräche wie auch für alle weiteren Unterhaltungen, ohne Rücksicht auf den Ausgang, vereinbart.

Unser Ziel bei der ersten Fühlungnahme in Bern zwischen unserem Botschaftsrat[5] und dem dortigen chinesischen Botschaftsrat[6], die voraussichtlich im Laufe der nächsten Wochen erfolgen könnte[7], ist, vorerst anzuhören, was die Chinesen im einzelnen von uns erwarten und was sie uns zu bieten bereit sind. Ein eingehender Meinungsaustausch über die vorgeschlagenen Tagesordnungspunkte ist noch zurückzustellen. Auf jeden Fall ist klarzustellen,

1) daß wir vorläufig nur über ein Warenabkommen auf Regierungsebene zu sprechen bereit sind;
2) daß ein solches Abkommen die Berlin-Klausel enthalten muß;
3) daß weitergehende Abmachungen, z.B. Errichtung einer Handelsmission, noch einer eingehenden Prüfung bedürfen.

II. Abteilung II befürwortet die Aufnahme solcher Gespräche sehr. Die Gründe hierfür sind vor allem politischer Art; die wirtschaftlichen treten demgegenüber vorläufig zurück.

Politische Gründe, die für die Aufnahme eines Kontaktes sprechen:

1) Wir sollten keine Gelegenheit vorübergehen lassen zu prüfen, ob und wieweit sich der sowjetisch-chinesische Konflikt[8] auch für die Lösung der Deutschland- und Berlin-Frage ausnutzen läßt. Dies ist besonders jetzt wichtig, nachdem unsere westlichen Alliierten festgestellt haben, daß eine westliche Initiative in Moskau keinen Erfolg haben würde.[9] Jede Chance, den Bewegungsspielraum in dieser Frage zu vergrößern, sollte ausgenutzt werden. Vor allem wäre festzustellen, ob und wieweit Peking bereit ist, seine Beziehungen zur SBZ zu vernachlässigen oder gar zu überprüfen.

Fortsetzung Fußnote von Seite 542

(Austausch von Delegationen und Studienreisenden) gelegt worden." Vgl. Abteilung II (II 5), VS-Bd. 234; B 150, Aktenkopien 1964.

5 Niels Hansen.
Die Wörter „unserem Botschaftsrat" wurden von Staatssekretär Carstens handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „Botschafter von Welck".

6 Tsui Chi-yuan.
Das Wort „Botschaftsrat" wurde von Staatssekretär Carstens handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „Botschafter".

7 Staatssekretär Carstens vermerkte am 22. Mai 1964: „Der Herr Bundeskanzler hat sich ... damit einverstanden erklärt, daß eine erste Fühlung mit den Chinesen durch die beiden Botschaftsräte in Bern hergestellt wird. Er wird die Angelegenheit anschließend bei seinem Besuch in Washington mit Präsident Johnson erörtern." Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 430; B 150, Aktenkopien 1964.
Zum Gespräch zwischen Legationsrat I. Klasse Hansen, Bern, und dem chinesischen Botschaftsrat Tsui Chi-yuan vgl. Dok. 143.

8 Zum sowjetisch-chinesischen Konflikt vgl. Dok. 112, Anm. 14.

9 Zum Stand der Diskussion um eine neue Initiative in der Deutschland-Frage vgl. besonders Dok. 124.

Die amtliche chinesische Propaganda verhielt sich seit dem Kanzlerwechsel am 15.10.1963[10] uns gegenüber ostentativ zurückhaltend, abgesehen von einer einzigen Ausnahme, einem Kommentar zur Kölner Rede des Herrn Bundeskanzlers[11] vor den Ostpreußischen Landsmannschaften. Das Verhältnis Pankow-Peking hat sich ständig verschlechtert, besonders seit die Chinesen die Theorie einer sogenannten „Zwischenzone" verbreiten: Danach sind die USA der Hauptfeind des Weltkommunismus, während die Staaten der „Zwischenzone" (darunter Frankreich, Großbritannien, Bundesrepublik Deutschland) als Feinde der zweiten Linie betrachtet werden.[12] Es ist selbstverständlich, daß durch diese Theorie das Fernziel der kommunistischen Weltrevolution nicht aufgegeben wird. Dennoch eröffnet die neue These unserer Politik taktische Möglichkeiten.

2) Meldungen aus der SBZ, aber auch aus der Sowjetunion und aus der hiesigen Sowjetbotschaft, lassen auf große Nervosität über die Möglichkeit eines Übereinkommens zwischen der Bundesregierung und Peking schließen. Ein solches Übereinkommen, selbst wenn es nicht weiter ginge als unsere Vereinbarungen mit den osteuropäischen Staaten[13], würde das Schisma im Ostblock zweifellos vergrößern. Die Nervosität in Ostberlin wie in Moskau wird unter anderem durch die Befürchtung erhöht, Peking suche an der Westflanke des Sowjetblocks einen Bundesgenossen. Der Abschluß eines Warenabkommens

[10] Nach dem Rücktritt von Konrad Adenauer am 15. Oktober 1963 wurde Ludwig Erhard am 16. Oktober 1963 zum Bundeskanzler gewählt.

[11] Auf dem Kongreß Ostdeutscher Landesvertretungen in Bonn betonte Bundeskanzler Erhard am 22. März 1964, die Bundesregierung erhebe keine Forderungen auf fremdes Staatsgebiet. Ein Verzicht auf die Ostgebiete des Deutschen Reichs komme allerdings auch nicht in Frage. Für den Wortlaut der Rede vgl. BULLETIN 1964, S. 449f.
Von chinesischer Seite wurden diese Äußerungen kommentiert: „Revanchist is the only word to describe the statement Chancellor Erhard made at the meeting in Bonn on March 22 ... the West German Chancellor was laying claim to the whole German Democratic Republic and 40000 square miles of Polish territory as well. Annexation of the German Democratic Republic and ‚recovery' of what Erhard referred to as ‚those lands' east of the Oder-Neisse line to resurrect the German Reich have always been the avowed objectives of the West German militarists." Vgl. PEKING REVIEW, Nr. 16 vom 17. April 1964, S. 21.

[12] Nach der „Theorie der Zwischenzone", die 1963/64 wiederholt von chinesischer Seite propagiert wurde, waren die USA einerseits und die sozialistischen Staaten andererseits sich antagonistisch gegenüberstehende „Lager". Alle zwischen diesen „Lagern" stehenden Staaten gehörten der „Zwischenzone" an. Vgl. dazu AdG 1963, S. 10458–10462; AdG 1964, S. 11394.
Das ZK der SED nahm am 15. April 1964 dazu Stellung: „Die Führer der KP Chinas empfehlen allen sozialistischen Ländern und den Bruderparteien in den kapitalistischen Ländern, ihren Kampf ausschließlich auf den US-Imperialismus zu konzentrieren. Auch das wird ... mit der These ‚begründet', der westdeutsche, französische, britische und japanische Imperialismus seien ‚nur' eine gewissermaßen unbedeutende ‚Zwischenzone', ein ‚Schatten' des US-Imperialismus. Durch diese ‚Theorie' wird die notorische Aggressivität des westdeutschen Imperialismus ignoriert und seine Gefährlichkeit bagatellisiert." Das Mitglied des Politbüros der SED, Matern, bezeichnete am 22. April 1964 die „Theorie der Zwischenzone" sogar als „weiteren niederträchtigen Versuch" der Volksrepublik China, die Freundschaft zwischen der DDR und der UdSSR zu untergraben. Vgl. AdG 1964, S. 11394.

[13] Im Laufe des Jahres 1963 schloß die Bundesrepublik Abkommen mit Polen, Rumänien und Ungarn über den Handelsverkehr bzw. den Austausch von Handelsvertretungen. Vgl. dazu Dok. 13, Anm. 20.
Zum Abkommen mit Bulgarien vom 6. März 1964 über den Waren- und Zahlungsverkehr und den Austausch von Handelsvertretungen vgl. Dok. 62.

würde den ideologischen Streit innerhalb der Zone beleben und könnte die Position Ulbrichts beeinträchtigen.

3) Mit der Aufnahme der Berlin-Klausel in ein deutsch-chinesisches Abkommen würde Peking sich auch formal von der sowjetischen Haltung in der Deutschland-Frage distanzieren. Moskau und das SBZ-Regime wären damit in dieser Frage isoliert. (Gegenüber den Rumänen sollen die Chinesen bereits ausgesprochen haben, daß ihrer Ansicht nach die Sowjets die Berlin- und Deutschlandfrage aus egoistischen Gründen künstlich hochgespielt haben.)

4) Ein Abkommen zwischen der Bundesregierung und Peking würde unsere Position in Moskau aufwerten. Dasselbe Resultat für Frankreich hatte die bedeutend weitergehende Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Paris und Peking[14].

5) Auch für Washington würden wir dadurch interessanter. Die Diskussion über die Deutschland-Initiative[15] hat gezeigt, daß die Amerikaner unseren Wunsch nach einer offensiven westlichen Deutschlandpolitik nicht besonders zu berücksichtigen gedenken. Es ist anzunehmen, daß die Amerikaner die Wünsche einer außenpolitisch beweglicheren Bundesregierung eher berücksichtigen werden. Die gegenwärtige Bewegungslosigkeit in dieser Frage könnten wir jedoch eher – wenn überhaupt – überwinden, falls wir Moskau zeigen, daß wir auch mit Peking verhandeln können, wobei wir selbst uns jedoch stets bewußt bleiben müssen, daß nur Moskau, nicht Peking, die SBZ freigeben kann.

6) Die wirtschaftlichen Ergebnisse eines Abkommens der Bundesregierung mit Peking sind zwar gegenüber den politischen sekundär; dennoch muß darauf hingewiesen werden, daß unsere Wirtschaft an dem traditionellen Chinageschäft sehr interessiert ist und zweifellos auch in der Öffentlichkeit Initiativen von der Bundesregierung fordern wird, wenn der deutsch-chinesische Handel weiter zurückgehen sollte.[16] Nach letzten Berichten scheinen die Chinesen entschlossen zu sein, den Handel mit der Bundesrepublik noch weiter einzuschränken, falls wir eine amtliche Kontaktaufnahme ablehnen. Dies könnte dazu führen, daß wir völlig von dem chinesischen Markt verdrängt werden, und zwar gerade zu einer Zeit, wo der chinesische Außenhandel nach Abzahlung der Schulden an die Sowjetunion sich nach westlichen Industrieländern auszudehnen anschickt.

III. Die erste Reaktion der Amerikaner, denen in Den Haag unser Plan zur Aufnahme von Sondierungsgesprächen mitgeteilt wurde[17], war zurückhaltend

[14] Zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Frankreich und der Volksrepublik China am 27. Januar 1964 vgl. besonders Dok. 11 und Dok. 17.

[15] Für den Wortlaut der Deutschland-Initiative (Fassung vom 10. April 1964) vgl. Dok. 3 mit den Änderungen in Anm. 5, 9, 11–20 und 22.
Aufgrund zwischenzeitlicher Beratungen in der Washingtoner Botschaftergruppe wurde am 6. Mai 1964 eine englischsprachige Neufassung der Deutschland-Initiative erstellt, die gegenüber der Fassung vom 10. April redaktionelle Änderungen aufwies. Vgl. Abteilung II (II 1), VS-Bd. 64; B 150, Aktenkopien 1964.

[16] Zu den Möglichkeiten für eine Ausweitung des Handelsvolumens mit der Volksrepublik China vgl. auch die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Pauls vom 30. Januar 1964; Abteilung II (II 5), VS-Bd. 234; B 150, Aktenkopien 1964.

[17] Vgl. dazu Dok. 126.

bis negativ. Der amerikanische Widerstand scheint vor allem folgende Gründe zu haben:

1) Die Furcht, unsere Kontakte könnten ebenso weitreichende Folgen haben wie die französisch-chinesischen Kontakte, d.h. bis zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen führen.

2) Die Besorgnis, daß Washingtons eigene China-Politik, die sich in einer Sackgasse befindet und bereits im eigenen Lande viel kritisiert wird[18], erneut zur Diskussion gestellt wird, wenn die Bundesregierung sich in dieser Hinsicht als beweglicher erweist.

Den Amerikanern könnte jedoch unter anderem mit folgenden Argumenten entgegengetreten werden:

1) Allein 5 NATO-Länder (Großbritannien, Dänemark, die Niederlande, Norwegen und Frankreich) unterhalten diplomatische Beziehungen mit Peking.[19] Eine niederländische Delegation weilt zur Zeit in China und verhandelt über ein niederländisch-chinesisches Handelsabkommen.[20] Wir dagegen gedenken vorerst nur über ein Warenabkommen zu sprechen. Dadurch würde die Position Chinas im Fernen Osten keineswegs aufgewertet.

2) Wir bleiben uns bewußt, daß die Chinesen ebenso wie die Sowjets das Ziel verfolgen, das kommunistische System auf die ganze Welt auszudehnen. Der heutige Konflikt zwischen Moskau und Peking ermöglicht nicht nur, sondern er gebietet den Westmächten, den Riß im kommunistischen Lager auszunutzen und – da die amerikanische Politik China gegenüber festgelegt ist – mit verteilten Rollen zu spielen. Wir erkennen durchaus die chinesische Absicht, Westeuropa von den USA zu trennen – dieselbe Absicht verfolgt auch die Sowjetunion –. Wir werden uns jedoch weder durch die Chinesen noch die Sowjets dazu verleiten lassen, unser enges Verhältnis zu den Vereinigten Staaten auch nur im geringsten zu lockern.

3) Unsere Initiative dient lediglich dem Zweck, Beweglichkeit, zu der wir verschiedentlich aufgefordert wurden, in die Deutschlandfrage zu bringen und jede taktische Möglichkeit, die sich uns bietet, auszunutzen.

4) Im Unterschied zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Paris und Peking würden wir auf einer für unsere Deutschlandpolitik wertvollen politischen Gegenleistung für den Abschluß eines Warenabkommens bestehen.

5) Der amerikanische Botschafter in Warschau[21] hat selbst jahrelang – wenn auch ergebnislose – Kontakte mit dem dortigen chinesischen Botschafter

[18] Insbesondere Senator Fulbright setzte sich am 25. März 1964 im Senat für eine Änderung der „starren" amerikanischen Politik gegenüber der Volksrepublik China ein. Für den Wortlaut der Rede vgl. EUROPA-ARCHIV 1964, D 233–247.

[19] Zur Anerkennung der Volksrepublik China durch verschiedene NATO-Staaten vgl. Dok. 11, Anm. 3.

[20] Zum Besuch einer niederländischen Handelsdelegation Ende April/Anfang Mai 1964 in der Volksrepublik China vgl. den Bericht des Botschafters Berger, Den Haag, vom 2. Juli 1964; Referat III A 5, Bd. 396.

[21] John M. Cabot.

Wang Ping-nan unterhalten.[22] Diese Tatsache hat uns nie Grund zu Mißtrauen gegeben. Wir werden selbstverständlich die amerikanische Regierung über unsere Sondierungen und Verhandlungen mit Peking ständig auf dem laufenden halten.

6) Auf keinen Fall sollten uns die Amerikaner daran hindern, vorerst einmal anzuhören, was die Chinesen von uns wollen und was sie uns zu bieten haben.

[gez. Krapf][23]

Abteilung II (II 5), VS-Bd. 234

132

Gesandter von Lilienfeld, Washington, an das Auswärtige Amt

Z B 6-1/4073/64 geheim **Aufgabe: 20. Mai 1964, 19.45 Uhr**
Fernschreiben Nr. 1523 **Ankunft: 21. Mai 1964, 01.40 Uhr**

Betr.: Besuch des Regierenden Bürgermeisters Brandt in Washington[1]
hier: Gespräche mit Thompson, Rusk, Fulbright und Präsident Johnson

Die vorbezeichneten Gespräche berührten, von dem besonderen Interesse Herrn Brandts an Erleichterungen bzw. einer Zwischenlösung (Zugangsbehörde)[2] für Berlin ausgehend, die folgenden Gegenstände:

1) Gespräch mit Thompson

Thompson äußerte die Ansicht, daß die derzeitige Phase in den Beziehungen zur Sowjetunion nicht als „détente" zu bezeichnen sei, sondern als eine Art von „Pause". Das amerikanische Zögern, die gegenwärtige Periode relativer Ruhe zur Erörterung größerer Fragen mit den Sowjets zu benutzen, beruhe auf der Überlegung, daß diese wegen der Spannung mit China[3] und ihrer internen Schwierigkeiten[4] zu wirklichen Konzessionen jetzt nicht bereit seien. Sie hätten mehrfach wissen lassen, daß sie Gespräche erst nach den briti-

[22] Zu den amerikanisch-chinesischen Kontakten in Warschau vgl. John Moors CABOT, First Line of Defense. Forty Years' Experiences of a Career Diplomat, Washington [1987], S. 125–131.

[23] Aufzeichnung ohne Unterschrift. Name ergänzt nach Durchdruck. Vgl. Abteilung II (II 5), VS-Bd. 234.

[1] Zum Besuch vom 13. bis 21. Mai 1964 in den USA vgl. die Erklärung des Regierenden Bürgermeisters vom 21. Mai 1964; DzD IV/10, S. 585–587. Vgl. dazu auch SPD-FRAKTION 1964–1966, S. 459, Anm. 4.

[2] Zum Vorschlag einer internationalen Behörde zur Überwachung der Zugangswege nach Berlin (West) gemäß der „draft principles" vom April 1962 vgl. Dok. 9, Anm. 3.

[3] Zum sowjetisch-chinesischen Konflikt vgl. Dok. 112, Anm. 14.

[4] Zu den wirtschaftlichen Schwierigkeiten in der UdSSR vgl. Dok. 13, Anm. 6.

schen[5] und amerikanischen Wahlen[6] für sinnvoll hielten (hierzu bemerkte Rusk im anschließenden Gespräch, daß dies wahrscheinlich ein Vorwand sei).

Auch sei vor den amerikanischen Wahlen ein evtl. negativer Verlauf einer amerikanischen Initiative um Berlin dem Präsidenten sicher nicht wünschenswert. Er glaube daher, daß man erst nach den Wahlen eine größere Initiative ergreifen solle. Dann werde die Stellung des Präsidenten gestärkt sein, und die politische Lage könne in eine schnellere Bewegung geraten (then things will move pretty fast).

Der schwächste Punkt in Berlin sei allerdings die Frage des Zugangs, wenngleich die Abhängigkeit der SBZ vom Interzonenhandel sich auch bis jetzt als eine gewisse Bremse erwiesen und das Ulbricht-Regime zur Zurückhaltung genötigt habe.[7]

Er hoffe jedoch, daß es Brandt gelingen werde, in Fragen wie der Besucherregelung[8] und Familienzusammenführung mit Bonn Übereinstimmung zu erzielen.

2) Gespräch mit Außenminister Rusk

Auch Rusk äußerte die Ansicht, daß die Sowjets zur Zeit mit ihren eigenen Problemen zu stark beschäftigt seien, um Verhandlungen zu wünschen, dennoch solle der Westen „am Ball" bleiben. Kleine Verbesserungen in Berlin und in der Zone sollten sicher versucht werden; eine solche „de facto" Vorwegnahme der Wiedervereinigung könnte einen späteren offiziellen Schritt vielleicht erleichtern. Wichtig sei auch, daß den osteuropäischen Ländern die Furcht vor der Wiedervereinigung genommen werde; die Handelsabkommen[9] seien ein guter erster Schritt hierzu.

Rusk stellte dann die Frage – ähnlich wie im Gespräch der vier Minister in Den Haag am 11.5.[10] – ob der Westen jede einzelne Entspannungsmaßnahme unbedingt mit der Frage der Wiedervereinigung verbinden müsse. Ähnlich wie schon der Herr Bundesminister in Den Haag entgegnete Herr Brandt – ergänzt von Botschafter Knappstein –, daß dies nach deutscher Ansicht nur insoweit der Fall sei, als die Wiedervereinigung bei Regelung der großen politischen, auch geographisch Deutschland berührenden Fragen miteinbezogen werden sollte. Rusk stimmte dem zu und erwähnte als ein Beispiel für eine Verbindung mit der Wiedervereinigungsfrage die Möglichkeit paralleler Schritte in Richtung auf eine Verdünnung von Truppen auf beiden Seiten der Demarkationslinie. (Es verdient in diesem Zusammenhang Erwähnung, daß

[5] Die Wahlen zum britischen Unterhaus vom 15. Oktober 1964 führten zu einer Regierungsmehrheit für die Labour Party.

[6] Die amerikanischen Präsidentschaftswahlen fanden am 3. November 1964 statt.

[7] Zum Zusammenhang zwischen Interzonenhandel und Sicherung des Zugangs nach Berlin (West) vgl. Dok. 64, Anm. 20 und 21.

[8] Zu den Gesprächen über eine neue Passierschein-Vereinbarung vgl. zuletzt Dok. 92.

[9] Im Laufe des Jahres 1963 schloß die Bundesrepublik Abkommen mit Polen, Rumänien und Ungarn über den Handelsverkehr bzw. den Austausch von Handelsvertretungen. Vgl. dazu Dok. 13, Anm. 20.
Zum Abkommen mit Bulgarien vom 6. März 1964 über den Waren- und Zahlungsverkehr und den Austausch von Handelsvertretungen vgl. Dok. 62.

[10] Vgl. Dok. 124.

Mr. Creel in seinem Gespräch mit Herrn Brandt bemerkt hatte, die wichtigste Frage sei seiner Ansicht nach die, wie man die sowjetischen Divisionen aus der SBZ herausbekäme oder zumindest ihre Zahl verminderte.)

Rusk betonte im weiteren Verlauf des Gesprächs – unter Hinweis auf einige sorgenvolle Stimmen aus der letzten Zeit in Deutschland – mit großem Nachdruck, daß die amerikanische Regierung keinerlei Europa betreffende Verhandlungen hinter dem Rücken ihrer Alliierten, insbesondere der Bundesrepublik, führten. Im übrigen liefen zur Zeit überhaupt keine größeren Verhandlungen mit den Russen; im Gespräch seien lediglich die Lage in Laos[11] sowie die bekannten kleineren Fragen (Konsularabkommen[12], Luftfahrtabkommen[13] und dergleichen). Die Sowjets würden es wohl begrüßen, wenn man amerikanischerseits ihrem Gedanken der Vereinbarung durch gegenseitiges Beispiel (agreement by mutual example) weiterhin folgte. Chruschtschow würde wahrscheinlich jeweils nachziehen. Die amerikanische Regierung könne sich hierauf jedoch nicht einlassen, solange das deutsche Problem ungeklärt sei. (Der Wortlaut der amerikanischen Gesprächsaufzeichnung hierüber ist folgender: „The Soviets would be glad if we pursued the idea of agreement by mutual example. Khrushchev would probably follow suit. We can't do this, however, until the german problem is settled.") Sein letztes Gespräch mit Chruschtschow über die Deutschlandfrage habe er im August 1963 geführt.[14] Er habe sich dabei mit Nachdruck für das Selbstbestimmungsrecht eingesetzt, aber ohne jeden Erfolg.

Rusk wies schließlich auf zwei mögliche Gefahrenherde hin, die sich auch auf Berlin auswirken könnten:

1. Die Situation in Kuba sei explosiv. Die Sowjets bildeten Kubaner an „surface-to-air-missiles" aus, und die Kubaner würden bei Überflügen[15] möglicherweise nervöser reagieren als die Sowjets. Die Erkundigungsflüge müßten jedoch auf die Gefahr eines bewaffneten Zusammenstoßes hin fortgesetzt werden, da sie zur Zeit die einzige Möglichkeit böten, Gewißheit über das Vorhandensein von Raketen zu erlangen. Die Möglichkeit, von Satelliten aus zu beobachten, werde erst nach Ablauf mehrerer Monate gegeben sein.

2. Falls Südvietnam mit den gegenwärtigen Mitteln der Unterstützung nicht zu halten sei, werde ein militärisches Eingreifen in Nordvietnam in Erwägung

[11] Zur Bürgerkriegssituation in Laos vgl. auch Dok. 44, Anm. 37.
Zu den Versuchen der westlichen Seite, in Gesprächen mit der UdSSR und der Volksrepublik China eine Konsolidierung des Neutralitätsstatus herbeizuführen bzw. Möglichkeiten für eine neue Konferenz über Laos zu erkunden, vgl. den Drahtbericht des Gesandten Thierfelder, London, vom 22. Mai 1964; Abteilung I (I B 5), VS-Bd. 114; B 150, Aktenkopien 1964. Vgl. dazu ferner den Bericht des Botschafters Grewe, Paris (NATO), vom 27. Mai 1964; Abteilung I (I B 5), VS-Bd. 114; B 150, Aktenkopien 1964.

[12] Eine amerikanisch-sowjetische Konsularkonvention wurde am 1. Juni 1964 unterzeichnet, trat jedoch erst am 13. Juli 1968 in Kraft.

[13] Ein amerikanisch-sowjetisches Luftverkehrsabkommen war am 21. August 1961 paraphiert, aber wegen des Baus der Mauer in Berlin nicht mehr unterzeichnet worden. Die Unterzeichnung erfolgte am 4. November 1966.

[14] Vgl. dazu Dok. 124, Anm. 11.

[15] Zu den amerikanischen Kontrollflügen über Kuba vgl. Dok. 124, Anm. 12.

gezogen werden müssen.[16] In beiden Fällen werde die amerikanische Regierung Vorsorge gegen etwaige sowjetische Gegenmaßnahmen in Berlin treffen.

3) Gespräch mit Senator Fulbright

Herr Brandt brachte nochmals seine Gedanken über eine Verbesserung der Lebensbedingungen und die Zugangsbehörde für Berlin vor. Senator Fulbright ging auf letztere nicht ein, sprach sich jedoch für Fortsetzung der Bemühungen aus, auf den verschiedensten Gebieten (Handel, Kultur, Presse, Besuche usw.), zu einer Entspannung zu gelangen; bis jetzt sei jedoch die Reaktion bei den Sowjets negativ gewesen; auch in den USA sei die Skepsis noch groß, wie die Reaktion auf den Testbann-Vertrag[17] bewiesen habe.

Auf die mit großem Nachdruck vorgetragene Sorge Fulbrights über die Haltung und Politik de Gaulles erwiderte Herr Brandt mit einem Versuch der Erklärung der Motive und Absichten des Generals, wobei er allerdings keinen Zweifel daran ließ, daß er bei aller persönlichen Achtung vor de Gaulle die Grundlagen seiner Politik nicht billigen könne.

4) Gespräch mit Präsident Johnson

Herr Brandt sprach mit Präsident Johnson auf dessen ausdrücklichen Wunsch allein; auch Rusk war nicht zugegen. Wie Herr Brandt nachher erzählte, habe der Präsident ihm vor allem seine durch die bevorstehenden Wahlen gekennzeichnete Situation auseinandergesetzt und ihn um Verständnis dafür gebeten, daß er deswegen zur Zeit unter einem stärkeren Druck von seiten der Öffentlichkeit in Richtung einer Entspannung stehe; das amerikanische Volk wünsche nun eben mal „den Frieden". Wir sollten uns deswegen aber keine Sorgen machen; diese Politik würde sich in „vernünftigen Grenzen" halten und die Interessen der Alliierten, insbesondere auch der Bundesrepublik und Berlins, wahren. Wir möchten doch mehr Verständnis und mehr Vertrauen haben und nicht mit nervösen Äußerungen reagieren, die wiederum in den USA psychologisch ungünstig wirkten. Auch wegen des Verbleibs der amerikanischen Truppen in Deutschland sollten wir uns keine Sorgen machen; es könnte zwar sein, daß von republikanischer Seite im Zuge der Forderung nach Einsparungen auch diese Frage wieder angeschnitten werden könnte; er sei jedoch fest entschlossen, in diesem Punkte nicht nachzugeben. Das wichtigste sei, daß der Westen einig und geschlossen zusammenstehe.

Hinsichtlich Berlins habe der Präsident etwas unklare Vorstellungen bezüglich des Verhältnisses zur Bundesrepublik gehabt; deswegen habe Brandt auch ihm gegenüber nochmals die Notwendigkeit der Verstärkung der politischen Bindungen Berlins an die Bundesrepublik betont. Johnson sei darauf nicht weiter eingegangen.

5) Über die Äußerungen des Regierenden Bürgermeisters gegenüber der Presse erfolgt besonderer Bericht.[18] Es verdient jedoch hervorgehoben zu werden, daß er wiederholt die Gemeinsamkeit der Auffassungen in den großen

[16] Zur Lage in Vietnam vgl. Dok. 123, Anm. 9.

[17] Für den Wortlaut des Teststopp-Abkommens vom 5. August 1963 vgl. DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1963, S. 291–293.

[18] Vgl. dazu den Drahtbericht des Gesandten Lilienfeld vom 23. Mai 1964; Referat II 6, Bd. 21.

Fragen der Außen- und Verteidigungspolitik mit der Bundesregierung sowie die Notwendigkeit einer engen Bindung Berlins an den Bund betonte.

6) Über das gestrige Gespräch mit McNamara wird gesondert berichtet.[19]

[gez.] Lilienfeld

Abteilung II (II 6), VS-Bd. 237

133

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Lahn

II 8-82-16/2594/64 VS-vertraulich **22. Mai 1964**

Betr.: Konsultation mit dem französischen Außenministerium auf dem Gebiete der Abrüstung und Sicherheit

Am 21. Mai hielt ich mich auf Einladung des französischen Außenministeriums[1] in Paris zu einem Meinungsaustausch über Fragen der Rüstungskontrolle, Abrüstung und europäischen Sicherheit auf. Im Quai d'Orsay empfing mich zu diesem Gespräch der dortige Referent, Gesandter Gastambide, im Beisein von General Genevey, der ständiger Mitarbeiter des Außenministeriums in Fragen der Strategie und Rüstungskontrolle ist. Nach dem fast dreistündigen Gespräch wurde ich zu einem Frühstück eingeladen.

Aus der sehr offenen und freimütig geführten Unterhaltung, die sich zunächst den allgemeinen Grundsätzen einer Rüstungskontroll- und Entspannungspolitik zuwandte und sich erst später auf Einzelprobleme konzentrierte, verdient folgendes festgehalten zu werden:

1) Nichtverbreitung von Kernwaffen[2]

Im Anschluß an die während der letzten NATO-Ratstagung[3] am 12. Mai erschienene Agenturmeldung, daß die drei westlichen Nuklearmächte übereingekommen seien, keine Kernwaffen oder entsprechende Informationen an andere Staaten weiterzugeben[4], stellte ich die Frage, ob Frankreich auch einem

[19] Der amerikanische Verteidigungsminister vertrat gegenüber dem Regierenden Bürgermeister von Berlin, Brandt, zur Lage in Vietnam die Ansicht, daß die finanzielle und wirtschaftliche Hilfe anderer NATO-Staaten zugunsten der Republik Vietnam nicht ausreiche. Außerdem widersprach McNamara „immer wiederkehrenden Gerüchten", die USA planten einen Abzug von Truppen aus Europa. Die Stationierung von sechs Divisionen sei gesichert. Vgl. die Drahtberichte des Gesandten von Lilienfeld, Washington, vom 20. Mai und vom 22. Mai 1964; Abteilung I (I B 5), VS-Bd. 236, bzw. Abteilung II (II 6), VS-Bd. 237; B 150, Aktenkopien 1964.

[1] Der Gedankenaustausch über Abrüstungsfragen wurde im Zuge der deutsch-französischen Konsultationsbesprechung am 18. März 1964 vereinbart. Vgl. Dok. 75.

[2] Zur Frage der Nichtverbreitung von Atomwaffen vgl. Dok. 39.

[3] Zur Tagung des NATO-Ministerrats vom 12. bis 14. Mai 1964 vgl. Dok. 127.

[4] Zur Erklärung der Außenminister der drei Westmächte über die Nichtverbreitung von Atomwaffen, die vom französischen Außenminister Couve de Murville in einer anschließenden Stellung-

förmlichen Nichtverbreitungsabkommen beitreten würde. Gastambide erklärte mir, daß Couve de Murville gerade bei dieser in Den Haag geführten Besprechung erklärt habe, daß zwar Frankreich keine Kernwaffen oder diesbezügliche Geheimnisse weitergeben werde, daß es aber ein Abkommen darüber für unnötig halte und es auch nicht unterzeichnen werde. Nach französischer Auffassung bestünde die von den Amerikanern übertriebene Gefahr einer weiteren Ausbreitung von Kernwaffen zur Zeit nicht. Alle Nuklearmächte stimmten überein, den Atomklub nicht zu erweitern, und China sei durch kein Abkommen mehr an der Entwicklung seiner eigenen Kernwaffe[5] zu hindern. Die übrigen potentiellen Kernmächte, von denen Gastambide eine Reihe aufzählte, ohne Deutschland zu nennen, hätten zur Zeit gar nicht die Absicht, eine Atombombe herzustellen. Grundsätzlich sei es auch illusorisch zu glauben, daß man andere Mächte für alle Zeiten an der eigenen Entwicklung von Kernwaffen hindern könne, wenn sich in absehbarer Zeit erweisen werde, daß die Herstellung von Kernwaffen billiger zu stehen komme als die Unterhaltung moderner konventioneller Rüstungen.

Ohne meinem Gesprächspartner zu widersprechen, wies ich darauf hin, daß wahrscheinlich schon 1946 mit dem Fehlschlag des Baruch-Planes[6] die Chance vertan worden sei, die Kernwaffen unter internationale Kontrolle zu bringen, daß aber andererseits der Besitz dieser Waffen in den Händen z. B. Castros oder Nassers nicht zur allgemeinen Sicherheit beitragen könnte. Gastambide meinte noch, man müsse die politischen Spannungsursachen in der Welt beseitigen, dann werde auch das Verlangen nach Kernwaffen sinken.

2) Einfrieren strategischer Trägermittel[7]

Nachdem ich meinen Gesprächspartnern unsere Bedenken gegen den „Johnson-Plan" dargelegt und in der Hauptsache auf das ungelöste MRBM-Problem in Mitteleuropa[8] hingewiesen hatte, erklärte mir Gastambide, daß sich Frankreich an einem solchen Abkommen nicht beteiligen würde. Es hätte allenfalls Sinn für die weitreichenden interkontinentalen Raketen, um die amerikanische Überlegenheit zu fixieren, doch würden die Sowjets gerade aus diesem Grunde den Vorschlag niemals annehmen. Ihm selbst scheine der amerikanische Einfriervorschlag der eigenen strategischen Forderung der USA zu widersprechen, daß für Abschreckung und Verteidigung in Europa die Möglichkeit vieler Optionen offengelassen werden müsse. Bei Einsatz der sowjetischen MRBMs würden aber die Amerikaner für immer zum Gegeneinsatz

Fortsetzung Fußnote von Seite 551

nahme abgeschwächt wurde, vgl. den Artikel „Schröder wünscht mehr Deutsche in der NATO-Führung"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 111 vom 14. Mai 1964, S. 4.

[5] Am 16. Oktober 1964 gab die Volksrepublik China die erfolgreiche Durchführung eines Kernwaffenversuchs bekannt. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1964, Z 229.

[6] Der amerikanische Vertreter bei der Atomenergiekommission der UNO, Baruch, unterbreitete am 14. Juni 1946 Vorschläge zur Kontrolle der Atomenergie und zur Verhütung eines Atomkrieges. Für den Wortlaut vgl. DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1945–1959, Bd. I, S. 7–16.

[7] Zum „freeze"-Vorschlag des amerikanischen Präsidenten vom 21. Januar 1964 vgl. zuletzt Dok. 120.

[8] Zur Bedrohung Westeuropas durch sowjetische Mittelstreckenraketen und zur Forderung von SACEUR, der NATO entsprechende Systeme zur Verfügung zu stellen, vgl. Dok. 14, Anm. 39, sowie Dok. 149.

ihrer ICBMs gezwungen bleiben und sich damit eines wirksamen Abschreckungsmittels begeben, das sie sonst zurückhalten könnten. Sie würden somit die Gefahr der Eskalation selbst heraufbeschwören.

3) Bodenbeobachtungsposten[9]

Wir stimmten darin überein, daß das Projekt der BBP aus einer Zeit stamme, in der noch konventionelle Überraschungsangriffe denkbar waren. Diese Vorstellungen seien heute überholt. Die Franzosen halten – wie wir – den militärischen Wert der BBP für sehr gering und auch den politischen Wert für zweifelhaft. Mit besonderer Schärfe kritisierte Gastambide das Papier des britischen Generalstabs[10], während er das amerikanische Arbeitspapier[11] allenfalls als geeignete Arbeitsgrundlage gelten ließ.

4) Gomulka-Plan[12]

Über die Beurteilung und die dagegen vorzubringenden Gründe bestand volles Einvernehmen.

5) Allgemeine Abrüstung

Ich erinnerte an die von Präsident de Gaulle in seiner Pressekonferenz vom 29.7.1963[13] gemachte Ankündigung, daß Frankreich zu gegebener Zeit echte Abrüstungsvorschläge vorlegen werde, wenn das „Statistentheater" in Genf beendet sei, und fragte nach Einzelheiten dazu. Gastambide erklärte, daß Frankreich nur an effektiven Abrüstungsmaßnahmen interessiert sei und daß es von den Rüstungskontrollmaßnahmen, die nur der Stabilisierung und der Kontrolle des Wettrüstens dienten, nichts halte. Er und General Genevey machten sich seit geraumer Zeit Gedanken darüber, mit welchen Vorschlägen Frankreich eines Tages hervortreten solle. Man müsse diese Pläne bereits auf eine Zeit projizieren, in der zwischen den Großmächten die klassischen Waffen keine Rolle mehr spielen und nur noch U-Boote und Raketen zählen würden.

Bei einer Vertiefung dieser Frage zeigte sich jedoch, daß die französischen Vorstellungen noch keine konkrete Gestalt angenommen haben.

6) Genfer Konferenz

Frankreich hat nach wie vor nicht die Absicht, seinen Platz am Verhandlungstisch in Genf einzunehmen.[14] Man wisse sehr wohl, daß man die westliche Front sprengen und nur Angriffe von allen Seiten auf sich ziehen würde.

Die Konferenz wird jedoch aufmerksam verfolgt. Die Wortprotokolle gehen der französischen Vertretung in Genf zu und werden dort ausgewertet.

[9] Vgl. dazu zuletzt Dok. 123, Anm. 16 und 17.

[10] Zum britischen Arbeitspapier über ein System von Bodenbeobachtungsposten vgl. Dok. 13, Anm. 33 und 34.

[11] Zum amerikanischen Arbeitspapier über ein System von Bodenbeobachtungsposten vgl. Dok. 13, Anm. 35.

[12] Zum Memorandum der polnischen Regierung vom 29. Februar 1964 über das „Einfrieren" der nuklearen Rüstung in Mitteleuropa vgl. Dok. 59, Anm. 29, und Dok. 61.

[13] Für den Wortlaut der Pressekonferenz vgl. DE GAULLE, Discours et messages, Bd. 4, S. 112–130.

[14] Zum französischen Desinteresse an der Konferenz der 18-Mächte-Abrüstungskommission in Genf vgl. Dok. 66, Anm. 14.

7) MLF[15]

Die Franzosen halten unsere Beteiligung an der MLF für einen Fehler[16]. Man stellte die Frage, warum wir nicht viel eher eine europäische Nuklearstreitmacht[17] anstrebten, was mich zu der Gegenfrage veranlaßte, ob dadurch nicht das ohnehin schwer zu lösende Problem der Kontroll- und Kommando-Regelung nicht noch mehr kompliziert würde, solange ein politisches Entscheidungsorgan in Europa nicht geschaffen sei.

Die Franzosen glauben im übrigen, daß die MLF-Schiffe leicht auffindbar und daher verwundbar sein würden und daß ihr vermeintlich geringer Wert den großen finanziellen Aufwand nicht lohne. Interessant war dabei die Randbemerkung Gastambides, daß man durch die Schaffung der MLF die Amerikaner niemals aus Europa herausbekäme, worauf ich ihm erwiderte, daß wir dies auch nicht wünschten.[18]

8) Prozedurfragen

Der Meinungsaustausch, der von beiden Seiten als nützlich bezeichnet wurde, soll möglichst nach einer Frist von mehreren Monaten wiederholt werden. Es dürfte der Übung entsprechen, daß das Auswärtige Amt zu gegebener Zeit Herrn Gastambide nach Bonn einlädt.

Hiermit über Herrn Dg II i.V.[19] Herrn D II[20] mit dem Vorschlag der Vorlage bei dem Herrn Staatssekretär[21] vorgelegt.

Lahn

Abteilung II (II 8/II B 1), VS-Bd. 256

15 Zum Stand der MLF-Verhandlungen vgl. Dok. 104.

16 Das Wort „Fehler" wurde von Staatssekretär Carstens hervorgehoben. Dazu handschriftliche Bemerkung: „Das ist neu!"

17 Der Gedanke einer europäischen Nuklearstreitmacht wurde bereits am 23. September 1963 vom Staatssekretär im französischen Außenministerium, Habib-Deloncle, ins Spiel gebracht: „Wenn Europa in naher Zukunft eine Stärkung seiner politischen Strukturen erreicht, wird entschieden werden müssen, wie die von Frankreich unternommenen Anstrengungen der gemeinsamen Verteidigung allen Nationen Europas zugute kommen können. Schon jetzt, allein weil Frankreich diesen Weg eingeschlagen hat, besteht die Möglichkeit, die Verteilung der Lasten und der Verantwortung im Rahmen des Atlantikbündnisses zugunsten Europas zu überprüfen." Vgl. EUROPA-ARCHIV 1963, D 549.

18 Dieser Satz wurde von Staatssekretär Carstens hervorgehoben. Dazu handschriftliche Bemerkung des Bundesministers Schröder: „Bemerkung überrascht mich nicht – sie ist bezeichnend."

19 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Luedde-Neurath am 26. Mai 1964 vorgelegen.

20 Hat Ministerialdirektor Krapf vorgelegen, der die Weiterleitung an Staatssekretär Carstens veranlaßte.

21 Hat Staatssekretär Carstens am 1. Juni 1964 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Dem H[errn] Minister vorzulegen."
Hat Schröder am 2. Juni 1964 vorgelegen.

134

Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit dem amerikanischen Finanzminister Dillon

Z A 5-69.A/64 VS-vertraulich **22. Mai 1964**[1]

Der Herr Bundeskanzler empfing am 22. Mai 1964 um 15.15 Uhr den amerikanischen Finanzminister Dillon zu einem Gespräch. Bei der Unterredung waren der amerikanische Botschafter McGhee, Herr Staatssekretär Westrick und Herr Ministerialdirigent Dr. Osterheld anwesend.

Der Herr *Bundeskanzler* begrüßte Minister Dillon und meinte, es sei nicht nötig, einander vorzustellen, da man sich lange genug kenne. Er sei im übrigen zu einem offenen Gespräch bereit.

Herr *Dillon* antwortete, er freue sich besonders über die Gelegenheit, seine Reise in Bonn mit einem Besuch bei dem Herrn Bundeskanzler unterbrechen zu können. Er habe auf seiner Europareise einen Tag in Paris mit dem französischen Finanzminister beraten[2], in Wien an einer Konferenz mit amerikanischen Bankiers teilgenommen[3] und hätte seine Rückreise nicht ohne vorher einen Besuch in Bonn gemacht zu haben antreten wollen. Es sei vielleicht von Interesse, wenn er ein paar Worte zur Lage in den Vereinigten Staaten und zur Zahlungsbilanz sagte. Die amerikanische Wirtschaft entwickle sich gut. Nach vier Jahren verzeichne man noch immer ein Wachstum, was für Amerika etwas Neues sei, den Deutschen aber ähnlicher sähe. Eine Steuersenkung sei erst nach hartem Kampf durchgesetzt worden[4], habe aber bis jetzt noch keine Inflation nach sich gezogen, sondern die Wirtschaft dehne sich schrittweise und stetig aus. Nach der Steuersenkung im Herbst habe man fast mit einer Inflation gerechnet, jedoch habe man jetzt starke kreditpolitische Mittel in der Hand, um einer möglichen Inflation zu begegnen. Dies sei immer noch ein Problem ersten Ranges.

Der Herr *Bundeskanzler* entgegnete, die Preisstabilität sei auch in Deutschland das vornehmste Problem, jedoch mache er sich weniger Sorge um die Vereinigten Staaten von Amerika als vielmehr um die Vereinigten Staaten von Europa.

Dillon führte dazu aus, man habe in Amerika bei den Bemühungen um die Preisstabilität gute Erfolge erzielt, denn in den letzten sechs Jahren, d.h. seit 1958 habe sich das Niveau der Großhandelspreise nicht geändert. Auch die

[1] Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Dolmetscherin Thoenes am 3. Juni 1964 gefertigt. Hat dem Leiter des Außenpolitischen Büros im Bundeskanzleramt, Osterheld, vorgelegen.

[2] Zum Besuch des amerikanischen Finanzministers in Paris vgl. den Artikel „M. Dillon a été reçu par M. Giscard d'Estaing"; LE MONDE, Nr. 6013 vom 16. Mai 1964, S. 24.

[3] Auf der 11. Internationalen Währungstagung der American Bankers Association in Wien behandelte der amerikanische Finanzminister vor allem Fragen der Kapitalbewegungen und der Zahlungsbilanz. Vgl. dazu den Bericht des Angehörigen der Wirtschaftsabteilung der Botschaft in Washington, Ernecke, vom 26. Mai 1964; Referat III A 5, Bd. 358.

[4] Das Gesetz über die Senkung der Einkommen- und Körperschaftsteuer trat am 26. Februar 1964 in Kraft. Für den Wortlaut vgl. UNITED STATES STATUTES AT LARGE, 1964, Bd. 78, S. 19–146.

Lohnkosten pro Produktionseinheit seien in den letzten 6 Jahren nicht gestiegen; die Produktivität sei im gleichen Verhältnis wie die Löhne gewachsen. Das zeige sich nun auch in den Handelsstatistiken und in der Zahlungsbilanz. Diese habe sich seit dem vergangenen Juli laufend gebessert.[5] Zwischen dem 1.1.1964 und dem 13.5.1964 (bis zu diesem Zeitpunkt lägen seitens der Banken Gesamtzahlen, wenn auch ohne genaue Einzelheiten, vor) sei das Gleichgewicht gehalten worden, d.h. in den ersten 4 1/2 Monaten dieses Jahres habe man weder ein Defizit noch einen Überschuß erzielt. Doch sei diese Zeit des Jahres erfahrungsgemäß eine günstige Zeit für die Zahlungsbilanz, und man erwarte nicht, daß der weitere Verlauf genau so günstig sei. Die Zahlen, die normalerweise in der Zahlungsbilanz ausgewiesen würden, zeigten ein Defizit, weil einige saisonbedingte Unterschiede berücksichtigt worden seien. Man erwarte jedoch, daß dieses Defizit ungefähr die Hälfte, jedenfalls nicht mehr, desjenigen des Vorjahres betragen werde. Dies könnte ohne Erhöhung der Dollarguthaben der europäischen Länder finanziert werden. Vielleicht könnte man die Dollarguthaben von Privatpersonen und, in geringerem Ausmaß, die der Entwicklungsländer erhöhen, die jetzt bessere Preise für ihre Erzeugnisse erzielten. Ferner könnte die USA auch den IMF in Anspruch nehmen und vielleicht etwas Gold verkaufen.

Um eine weitere Verbesserung zu erreichen, habe man Maßnahmen zur Verteuerung amerikanischen Kapitals vorgeschlagen in Form einer Zinsausgleichssteuer[6], von der man sich eine langfristige und anhaltende Verbesserung der Zahlungsbilanz verspreche. Weiterhin würden die Ausgaben der amerikanischen Regierung im Ausland gesenkt, d.h. Militärausgaben und die Dollarkosten des Auslandshilfeprogramms. Dieses Programm sei zwar nicht beschnitten worden, aber es würden jetzt mehr amerikanische Waren verkauft.

Auf dem militärischen Gebiet werde man weiter die Truppen in Frankreich, Großbritannien, Spanien, Japan und an anderen Orten der Welt, wo die Dollarausgaben hoch seien, verringern. Dies sei ein Teil des von Präsident Kennedy im letzten Sommer angekündigten Programms[7], im Rahmen dessen die Dollarausgaben der Regierung mit Beginn 1965 um eine Milliarde pro Jahr gekürzt werden sollten. Dieses Ziel würde auch erreicht. Man rechne für 1965 mit Ausgaben, die eine halbe Milliarde unter dem diesjährigen Betrag lägen; dies würde der Zahlungsbilanz sehr zugute kommen.

Herr Dillon fuhr fort, er freue sich über das zwischen den Ministern McNamara und von Hassel geschlossene Abkommen[8]. Die Durchführung dieses Abkommens ermögliche es den USA, das zu tun, was sie wollten, nämlich weiter-

[5] Zur amerikanischen Zahlungsbilanz im Jahr 1963, die mit einem Defizit von 3,3 Milliarden Dollar positiver als 1962 ausfiel, vgl. den Bericht des Angehörigen der Wirtschaftsabteilung der Botschaft in Washington, Ernecke, vom 8. April 1964; Referat III A 5, Bd. 358.

[6] Die Zinsausgleichssteuer sollte beim Ankauf ausländischer Wertpapiere erhoben werden, um so einen Ausgleich dafür zu schaffen, daß die langfristigen Zinssätze in den USA niedriger als im Ausland waren. Ein entsprechendes Gesetz wurde im August 1964 vom amerikanischen Kongreß verabschiedet. Vgl. dazu AdG 1964, S. 11379.

[7] Für den Wortlaut der „Special Message to the Congress on Balance of Payments" vom 18. Juli 1963 vgl. PUBLIC PAPERS, KENNEDY 1963, S. 574–584.

[8] Zum deutsch-amerikanischen Protokoll vom 11. Mai 1964 über einen Devisenausgleich für die Jahre 1965/66 und 1966/67 vgl. Dok. 125, besonders Anm. 2.

hin sechs Divisionen im Rahmen der NATO in Deutschland zu stationieren. Er habe gehört, daß wegen der notwendigen und sehr bewundernswerten Bemühungen, eine Inflation zu vermeiden und den Haushalt niedrig zu halten[9], für das Verteidigungsbudget ein Problem entstanden sei. Er hoffe, daß die Mittel für die Durchführung dieses wichtigen Abkommens bereitgestellt würden.

Herr Dillon sagte ferner, daß er wisse, Präsident Johnson interessiere sich für die deutsche Auslandshilfe, nicht so sehr für den Haushalt als für die Verpflichtungen Deutschlands. Er selber habe nichts mehr mit dieser Frage zu tun, jedoch wolle der Botschafter gerne darüber mit dem Kanzler sprechen.[10] Er erwähne diesen Punkt nur, weil sich der Präsident und der Außenminister dafür interessierten.

Bevor er zum Ende komme, möchte er noch ein paar Worte über die Arbeit der Zehnergruppe[11], die sich mit Währungspolitik beschäftigte und die sehr gut zusammengearbeitet hätte, sagen. Zuvor würde er jedoch den Herrn Bundeskanzler noch bitten, etwaige Fragen zu stellen.

Der Herr *Bundeskanzler* entgegnete, er kenne die Zahlungsbilanz der USA gut, und zwar sowohl die Gesamtlage als auch die bilaterale Position gegenüber Deutschland. Die Amerikaner hätten ja keine Wünsche, denn die Handelsbilanz sei für sie aktiv. Deutschland gehe so weit wie möglich, um durch Rüstungskäufe in den Vereinigten Staaten deren Dollarausgaben zu decken. Die Entwicklung sei für Amerika günstig, verspreche dies auch für die Zukunft zu sein, weil er überzeugt sei, daß die europäischen Länder nicht so schnell und einfach ihre innere Stabilität wiedererreichen könnten; dies würde sich auch in der amerikanischen Zahlungsbilanz niederschlagen. Was die Position Deutschlands in Europa betreffe, so habe es eine historische Aufgabe. Wenn man die Lage in Frankreich oder Italien betrachte, oder Skandinavien und die Niederlande – ja selbst ein Land wie Schweiz bliebe von Preissteigerungen nicht verschont –, so könne man nur sagen, daß man in Deutschland noch ziemlich Herr der Lage sei. Wenn Deutschland jedoch nicht eine strenge Politik der Stabilität verfolge, dann würde das langsamste Schiff in Europa die Geschwindigkeit bestimmen, d.h. das undisziplinierteste Land, und es würde in ganz Europa zu Preissteigerungen kommen. Deutschland sei gehalten, nicht nur im Interesse Europas oder Deutschlands, sondern im Interesse der freien Welt, der NATO, in Europa alles zu tun, um die Stabilität zu wahren. Die Bundesrepublik sei eingeengt im Budget 1965 durch Wünsche, die im Inneren wie im Äußeren an sie herangetragen würden, wenn sie aber alle notwendigen Anstrengungen unternähme, um eine Politik der Stabilität zu verfolgen, dann würde sie der freien Welt den besten Dienst leisten. Darin wisse man sich solidarisch mit den USA.

9 Zu den Plänen für den Bundeshaushalt 1965 vgl. Dok. 128.

10 Zu dem Gespräch des Bundeskanzlers Erhard am 23. Mai 1964 mit dem amerikanischen Botschafter McGhee vgl. Dok. 136.

11 Während der Jahresversammlung der Gouverneursräte des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank beschlossen die Vertreter Belgiens, Frankreichs, Großbritanniens, der Bundesrepublik Deutschland, Italiens, der Niederlande, Kanadas, Japans, Schwedens und der Vereinigten Staaten am 2. Oktober 1963 die Einsetzung eines Studienausschusses (Stellvertreter-Ausschusses) zur Untersuchung des Weltwährungssystems. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1963, Z 232.
Zur Arbeit des Stellvertreter-Ausschusses vgl. Referat III A 1, Bd. 66 und Bd. 67.

Der Herr Bundeskanzler fuhr fort, er bewundere die USA, denen es gelungen sei, die Wirtschaft zu beleben bei gleichzeitiger Wahrung der Stabilität. In Deutschland versuche man ein Gleiches, aber in Europa habe man die Entwicklung nicht mehr ganz unter Kontrolle, und er glaube nicht, daß die EWG, d.h. die Europäische Kommission stark genug sei, um die Lage zu bändigen. Professor Hallstein habe ihm gesagt[12], es sei nicht so, als ob die Länder nicht wüßten, daß sie etwas falsch machten, aber politisch seien sie nicht stark genug.

Ergänzend fügte Herr *Dillon* ein, er habe vergessen, der deutschen Regierung für ihre Bemühungen zu danken, den Deutschland zufließenden Überschuß in der Zahlungsbilanz[13] abzubauen, wobei unter anderem Maßnahmen zur Zollsenkung[14] ergriffen worden seien. Dies sei ein konstruktiver Beitrag nicht nur zur europäischen Stabilität, sondern zum Zollsystem ganz allgemein.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte ferner, über das Währungsproblem, das im Herbst im IMF zur Sprache käme[15], mache er sich Sorgen. Man, d.h. besonders die USA, hätte Italien nun eine Atempause verschafft[16], Deutschland sei darin auch solidarisch mit den USA, aber man müsse strenger sein. Wenn diejenigen, denen man helfe, immer wieder auf neue Hilfe hofften, würden sie nie etwas unternehmen, um ihre eigenen Angelegenheiten zu regeln.[17] Das klänge vielleicht hart, sei aber die richtige Politik. Man sei da manchmal zu schlampig. Er wolle die Hilfe nicht ablehnen, aber man solle kein Land ohne Auflagen unterstützen, in einer gewissen Frist einen Erfolg vorzuweisen. Es werde überall Kritik an unserem Währungssystem laut. Diese sei zwar nicht immer der Weisheit letzter Schluß, er wolle auch nicht die Namen der Wissenschaftler nennen, die der Finanzminister ja ebensogut kenne, aber immer wieder würde das Mißvergnügen am Dollardevisensystem zum Ausdruck gebracht.

Herr *Dillon* entgegnete, er freue sich, daß der Herr Bundeskanzler die italienische Lage erwähnt habe, das gäbe ihm die Gelegenheit, die amerikanischen Ansichten in diesem Punkt darzulegen. Er habe zwar gewußt, daß sich in der italienischen Entwicklung eine Krise anbahnte, habe aber nicht geglaubt, daß

[12] Vgl. dazu auch die Besprechung des Bundeskanzlers Erhard mit Vertretern der EWG-Kommission am 24. April 1964; Dok. 110.

[13] Zu den negativen Auswirkungen des hohen Aktivsaldos der Bundesrepublik im Außenhandel vgl. auch die Aufzeichnung des Staatssekretärs Lahr vom 26. Februar 1964; Büro Staatssekretär, Bd. 405.

[14] Zur Herstellung eines besseren Gleichgewichts im Außenhandel beschloß die Bundesregierung am 13. Mai 1964 eine Senkung bestimmter Zölle gegenüber den Partnerstaaten in der EWG. Außerdem sollte im Vorgriff auf die von der Kennedy-Runde zu erwartenden Zollsenkungen auch eine Herabsetzung der Außenzölle der EWG angestrebt werden. Die deutschen Zollsenkungen traten nach Billigung durch den Bundestag am 1. Juli 1964 in Kraft. Vgl. dazu BULLETIN 1964, S. 730.

[15] Zur Jahresversammlung der Gouverneursräte des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank vom 7. bis 11. September 1964 in Tokio vgl. EUROPA-ARCHIV 1964, Z 209.

[16] Zu den Stützungsmaßnahmen der USA und verschiedener europäischer Zentralbanken zugunsten der italienischen Währung im März 1964 vgl. AdG 1964, S. 11182.

[17] Auch Bundesminister Schmücker kritisierte während seines Aufenthalts vom 3. bis 10. April 1964 in den USA die amerikanische Aktion zur kurzfristigen Stützung der Lira. Er bemängelte, daß die Hilfen ohne Auflagen für Italien eingeleitet worden seien. Von amerikanischer Seite wurde zugegeben, daß der Gouverneur der Banca d'Italia, Carli, vor allem die EWG-Mitgliedstaaten mit der Angelegenheit hätte befassen müssen. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Pauls vom 20. April 1964; Referat III A 5, Bd. 362.

sie so schnell zum Ausbruch kommen würde. Gouverneur Carli sei nach den USA gereist, nicht um ihn zu treffen, sondern um mit der Weltbank über eine langfristige Hilfe für Italien zu sprechen. Auch beim Währungsfonds habe er eine mögliche Hilfe für Italien, die erst im Sommer fällig geworden wäre, erörtert. Wie das nun immer der Fall sei bei internationalen Währungsschwierigkeiten, hätten sich sehr schnell Spekulationen ergeben; nach dem Besuch in Washington und beim Währungsfonds habe man Gerüchte über eine Abwertung der italienischen Lira vernommen. Am Freitag, nachdem die Börsen in Europa bereits geschlossen, die amerikanischen jedoch noch offen gewesen seien, sei der Diskontsatz für Termingeschäfte mit der italienischen Lira um 25 v.H. gestiegen, und einige New Yorker Banken hätten den Handel mit Liren sogar eingestellt. Carli, der sich gerade in New York aufgehalten habe, hätte das Gefühl gehabt, es müsse schnell etwas geschehen, oder sonst hätte die Lira wahrscheinlich am folgenden Montag oder Dienstag abgewertet werden müssen. Die Spekulationen seien nicht mehr zu bremsen gewesen. Die USA hätten sich schnell entschlossen, vorübergehend Hilfe zu gewähren, es sei jedoch nicht so viel, wie es aussehe. Diese Hilfe sei am Sonntag angekündigt worden. Danach habe das Federal Reserve Board sich mit der Bundesbank und der Bank von England ins Benehmen gesetzt und deren Mitwirkung erhalten. Die USA wollten nur kurzfristige Hilfe geben, so daß die EWG-Staaten die Zeit hätten, sich über langfristige Hilfe, z.B. für zwei bis drei Jahre zu einigen. Herr Dillon fuhr fort, er sei sicher, daß alles getan werde, damit Italien die Hilfe auch verdiene. Carli habe beschrieben, was er bereits getan habe, und das sei doch mehr als man in Amerika und in anderen Ländern gewußt habe, wenn auch nicht genug. Carli habe ein sehr beachtliches Programm[18] erstellt, dessen Auswirkung in Italien bereits zu spüren sei, denn die Preise seien in den letzten zwei bis drei Monaten nicht mehr gestiegen. Italien müsse jedoch noch mehr tun. Einen Vorwurf könne man dem Land auch nicht ersparen, nämlich daß das Problem nicht schon früher und offener mit anderen Ländern erörtert worden sei. Warum Italien das nicht getan habe, wisse er nicht. Jetzt werde man wohl in Brüssel auch Entscheidungen ausarbeiten. Dabei sei die Führung Deutschlands wichtig. Er stimme mit dem Herrn Bundeskanzler darin überein, daß Deutschland in diesem Punkt in Europa als Beispiel vorangehen müsse, denn ohne diese Führung werde Europa den leichten Weg nehmen. Das aber wäre gefährlicher, ja würde zur Katastrophe führen. Er sei aber sicher, daß sich mit Hilfe der Sechs die Lage in Italien festigen würde. Die politische Situation in Italien sei ja die gefährlichste in Europa, weil die Regierung nicht stark genug sei, daher die Unterstützung Frankreichs und Deutschlands brauche. Die USA hätten keine langfristige Hilfe gegeben, nur einige Swap-Geschäfte[19] getätigt. Für den Einkauf von amerikanischen Waren in den USA habe die Export-Import-Bank Kredite zu dem nicht

[18] Zu den Maßnahmen der italienischen Regierung im Frühjahr 1964 zur Eindämmung der Inflation und zur Stabilisierung der Zahlungsbilanz vgl. die Drahtberichte des Botschafters Blankenhorn, Rom, vom 24. Februar und 21. März 1964 sowie den Drahtbericht des Botschaftsrats I. Klasse Weinhold, Rom, vom 23. April 1964; Referat III A 5, Bd. 388. Vgl. dazu auch AdG 1964, S. 11090.

[19] Devisentermingeschäfte mit kurzfristigen Laufzeiten, die auch zur Stützung einer bestimmten Währung eingesetzt werden konnten.

sehr attraktiven Satz von 5 3/4 v.H. bereitgestellt. Italien habe sich nun beklagt, daß die Export-Import-Bank zu streng sei und verlange, daß die in Amerika gekauften Waren auch auf amerikanischen Schiffen, folglich zu höheren Frachtraten, transportiert werden müßten. Italien habe gesagt, wenn sich das nicht ändere, könne es die Kredite nicht in Anspruch nehmen und müßte sich an seine Freunde in Europa wenden. Die USA sähen nichts lieber als das; wenn Italien die Kredite nicht nehmen wolle, würden die USA es sicher nicht dazu drängen. Es sei eben nur zu einer Krise gekommen, und man habe das Gefühl gehabt, daß die Sechs nicht schnell genug gehandelt hätten oder sich nicht schnell genug auf ein Verfahren geeinigt hätten, daß andererseits Hilfe aber dringend geboten gewesen wäre.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte zu dieser Frage, daß er ebenfalls mit Gouverneur Carli gesprochen und ihm geraten habe, etwas zu tun. Dieser habe jedoch entgegnet, man dürfe nicht von ihm erwarten, die Regierung zu stürzen. Dazu habe er ihn auch nicht ermutigen wollen; wenn die Inflation aber in Italien um sich griffe, würde die Regierung viel schneller gestürzt. Er habe den Eindruck, daß man in Italien gespannt auf Großbritannien und die bevorstehenden Wahlen[20] blicke. In Italien gäbe es einen linken Flügel, der sich, so habe man den Eindruck, über eine Labour Regierung in Großbritannien nur freuen würde. Danach wäre das Problem wohl weniger wirtschaftlicher oder währungspolitischer Art, als vielmehr politischer Natur. Worauf es dann ankomme, sei die Haltung Englands gegenüber Europa, der NATO und der MLF. Wilson habe bereits erklärt, er werde der MLF nicht zustimmen.[21] In diesem Fall würde sich auch Italien nicht dazu bekennen, und selbst die skandinavischen Länder, bei denen man sonst wenigstens mit einer symbolischen Unterstützung rechnen könne, würden sich dann zurückziehen. Es ergäbe sich also eine Kettenreaktion, deren Folgen sich noch gar nicht absehen ließen.

Herr *Dillon* kam noch einmal auf das Währungsproblem und die Untersuchungen des IMF zurück. Er meinte, die Gespräche dort seien sehr nützlich, und dankte für die positive Haltung des deutschen Vertreters[22]. Ein gutes Ergebnis hätte die Diskussion gezeitigt, nämlich die Erkenntnis, daß das gegenwärtige System so schlecht nicht sei.[23] Man sei übereingekommen, daß multilaterale Konsultationen in größerem Ausmaß als bisher erforderlich seien, und habe von einer kollektiven Disziplin gesprochen, die nunmehr in multilaterale Lenkung umbenannt worden sei. Der IMF habe es für notwendig erachtet, die Beiträge zum Fonds zu erhöhen, und zwar aus zweierlei Gründen und auf zweierlei Art und Weise.

[20] Die Wahlen zum britischen Unterhaus vom 15. Oktober 1964 führten zu einer Regierungsmehrheit für die Labour Party.

[21] Zur ablehnenden Haltung des britischen Oppositionsführers gegenüber der MLF vgl. Dok. 29, Anm. 21.

[22] Als deutsche Vertreter gehörten Ministerialdirektor Gocht, Bundesministerium für Wirtschaft, und Direktor Emminger, Deutsche Bundesbank, dem Stellvertreter-Ausschuß des Zehnerclubs an.

[23] Zu den Untersuchungsergebnissen des Stellvertreter-Ausschusses vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Sachs vom 30. Juni 1964 sowie den veröffentlichten Bericht vom 10. August 1964; Referat III A 1, Bd. 66.

Einmal habe man an eine selektive Erhöhung gedacht, die gewisse Länder betreffe, europäische Länder und darunter natürlich Deutschland, deren Beiträge nach Kriegsende festgesetzt worden seien, aber inzwischen angesichts ihrer veränderten Wirtschaftslage in keinem Verhältnis mehr zu ihrer wirklichen Lage stünden. Das gelte übrigens, wenn auch in geringerem Maße, für Frankreich. Es sei wichtig, daß dadurch die Sechs, ja ganz Europa nicht nur ein größeres Gewicht bekämen, sondern auch die zur Verfügung stehenden Währungsreserven des Fonds erhöht würden. Die Lage des Fonds sei ja nicht mehr so wie früher. Die USA nähmen ihn begrenzt in Anspruch, und es werde noch zwei bis drei Jahre dauern, bis die amerikanische Zahlungsbilanz sich soweit erholt habe, daß man an Rückzahlungen an den Fonds denken könne. So könnten Dollars gegenwärtig nicht verwendet werden. Das gleiche gelte auch für den Sterling und die italienische Lira. So blieben außer der Deutschmark und dem französischen Franken nur noch ein paar kleinere Währungen übrig.

Zum zweiten werde man sich nach der alle fünf Jahre stattfindenden Überprüfung auf eine allgemeine Erhöhung der Beiträge um 50 v.H. einigen. Wenn die selektive Erhöhung durchgeführt würde, genügte vielleicht auch ein geringerer Prozentsatz, der ungefähr bei 30 v.H. liegen könnte. Darüber müßte jedoch gesprochen werden.

In der Studiengruppe der zehn Länder müßte man sich aber einigen, daß eine gewisse Erhöhung notwendig sei, denn es wäre recht dumm, wenn die Gruppe nach einjähriger Arbeit keine Stellung bezöge und andere Mitglieder des Fonds aus Lateinamerika oder Afrika ihnen dann die Notwendigkeit einer solchen Erhöhung vor Augen halten würden. Es handle sich dabei auch um eine politische Erhöhung. Er habe am Freitag mit Giscard d'Estaing in Paris gesprochen. Die Franzosen stimmten, ohne einen Beitrag genannt zu haben, sowohl der selektiven als auch der allgemeinen Beitragserhöhung zu. Das wäre schon sehr hilfreich, weil sie früher immer dagegen gewesen seien.

Hinsichtlich aller anderen Punkte sei keine so große Eile geboten, man werde sie sorgfältig untersuchen und keine seltsamen Entscheidungen treffen. Er sei z.B. gegen eine feste Höchstgrenze der Dollarguthaben, denn man glaube in den Vereinigten Staaten, daß dann die Länder der ganzen Welt die Härte des Dollars oder den Gold-Standard in Frage stellten. Das habe er auch in Frankreich vorgebracht und es sei dort auch anerkannt worden, obwohl man ursprünglich an eine Begrenzung der Dollarguthaben gedacht habe. Auch Privatpersonen verlören dann eventuell ihr Vertrauen in den Dollar.

Der Herr *Bundeskanzler* antwortete, er sei zur Zusammenarbeit bereit, glaube aber nicht, daß der IMF gegenwärtig eine Veränderung vornehmen würde. Er werde die kollektive Disziplin unterstützen. Im übrigen komme er ja im Juni nach Washington.[24]

Das Gespräch ging um 16.20 Uhr zu Ende.

Bundeskanzleramt, AZ: 21-301 00 (56), Bd. 8

[24] Zu den deutsch-amerikanischen Regierungsbesprechungen am 12. Juni 1964 in Washington vgl. Dok. 160 und Dok. 161.

135

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jansen

I B 1-80.11/4/638/64 geheim **22. Mai 1964**[1]

Betr.: Mitgliedschaft der Bundesrepublik Deutschland in den Vereinten Nationen

Bezug: Weisung des Herrn Staatssekretärs vom 22. April 1964 gemäß beiliegender Aufzeichnung des Herrn D I[2] betreffend die Anregung von Herrn Botschafter von Braun in der Botschafterkonferenz[3]

I. Sollen wir die Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen anstreben?

a) Die „Vorteile" der Nicht-Mitgliedschaft, die angeblich darin bestehen, daß wir uns aus den politischen Kontroversen heraushalten können, weil wir an den Abstimmungen nicht teilzunehmen brauchen, und daß wir nicht zur Teilnahme an den Befriedungsaktionen verpflichtet sind, sind illusorisch. In Wirklichkeit sind wir in alle großen Kontroversen des Ost-West-Konfliktes und des Post-Kolonialismus involviert, weil diese Kontroversen in den Sonderorganisationen, Regionalkommissionen und dergleichen, in denen wir Sitz und Stimme haben[4], in gleicher Weise ausgetragen werden. Auch an Befriedungsaktionen haben wir unter moralischem Zwang bisher schon indirekt[5] teilnehmen müssen (Suez[6], Kongo[7], Zypern[8]).

b) Die Vorteile der Mitgliedschaft sind dagegen evident:

1) Wir könnten, wenn wir den Vereinten Nationen angehörten, unsere Interessen dort selbst vertreten.

2) Wir könnten jetzt politisch kapitalisieren, was wir durch unsere jahrelange praktische Mitarbeit an den Aufgaben der Vereinten Nationen materiell bereits investiert haben.

3) Unser Alleinvertretungsanspruch würde ohne Zweifel gefestigt werden,

[1] Die Aufzeichnung wurde von der Vortragenden Legationsrätin I. Klasse von Puttkamer und Legationsrat Dröge konzipiert.

[2] Ministerialdirektor Jansen hielt am 22. April 1964 den Beschluß der Botschafterkonferenz vom 20. bis 22. April 1964 fest, daß ein Beitritt der Bundesrepublik zur UNO näher erörtert werden solle. Staatssekretär Carstens habe angeordnet, das zuständige Referat solle sich „erneut mit dem ganzen Fragenkomplex beschäftigen und möglichst bald ein Votum vorlegen". Vgl. Abteilung I (I B 1), VS-Bd. 177; B 150, Aktenkopien 1964.

[3] Vgl. dazu Dok. 105.

[4] Die Bundesrepublik gehörte allen Anfang 1964 bestehenden Sonderorganisationen der UNO an, wie etwa der Weltgesundheitsorganisation (WHO) oder der Organisation für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO).

[5] Dieses Wort wurde hervorgehoben. Dazu handschriftliche Bemerkung: „Eben!"

[6] Zur Suez-Krise von 1956 vgl. Dok. 70, Anm. 20.

[7] Zur Krise im Kongo vgl. Dok. 70, Anm. 21.
Zur Frage einer Entsendung von Bundeswehreinheiten in den Kongo vgl. auch Dok. 232.

[8] Zur finanziellen Unterstützung der UNO-Friedenstruppe auf Zypern durch die Bundesrepublik vgl. Dok. 71 und Dok. 123, Anm. 6.

wenn wir (außer in den Sonderorganisationen) nun auch in den politischen Gremien allein für Deutschland sprechen könnten.

4) Unsere Teilnahme an den Abstimmungen in den Organisationen der Vereinten Nationen würde nicht nur Belastungen mit sich bringen, sondern auch Chancen bieten (do ut des).

5) Der Status und das Gewicht unserer VN-Delegation in New York würden gesichert sein. Der VN-Botschafter würde ein vollwertiger Gesprächspartner seiner Kollegen werden und dadurch eine bessere Ausgangsposition für vielfältige diplomatische Aufgaben gewinnen, die einem „bilateralen" Botschafter oft unmöglich sind (z.B. Kontakte zu Staaten, mit denen wir keine Beziehungen pflegen).

II. Pro und Contra eines Beitrittsgesuches

a) Rechtslage

Die in Art. 4, 1 der VN-Charter[9] für den Beitritt geforderten Voraussetzungen sind erfüllt (wir sind friedliebend, haben bereits wesentliche Verpflichtungen aus der Charter übernommen und können sie erfüllen). Die Hürde liegt in Art. 4, 2[10] (Empfehlung des Sicherheitsrats, die gemäß Art. 27, 3[11] der Zustimmung sämtlicher ständiger Mitglieder bedarf).

b) Chancen eines Beitrittsgesuches

1) Der Sicherheitsrat setzt sich bis Ende 1964 zusammen aus den

– ständigen Mitgliedern: China; Frankreich; Großbritannien; Sowjetunion; USA;

– nicht-ständigen Mitgliedern: Bolivien; Brasilien; Elfenbeinküste; Marokko; Norwegen; Tschechoslowakei.

(Vom 1. Januar 1965 an werden Brasilien, Norwegen, Marokko und die Tschechoslowakei ausscheiden. Die drei erstgenannten Staaten werden durch neu zu wählende Mitglieder ersetzt werden. Die Tschechoslowakei hatte sich die – zweijährige – Wahlperiode mit Malaysia geteilt, das seinen Sitz am 1. Januar 1965 einnehmen wird.)

2) Die Zustimmung – oder wenigstens Stimmenthaltung – der Sowjets (und der Tschechoslowakei) ist nur im Rahmen eines großen politischen „Geschäftes" denkbar, das mit Hilfe unserer Verbündeten langfristig einzuleiten wäre.

Die Möglichkeit, daß sich einmal anläßlich eines sogenannten „package deal"

[9] Artikel 4,1 der UNO-Charta (Fassung vom 26. Juni 1945): „Membership in the United Nations is open to all other peaceloving states which accept the obligations contained in the present Charter and, in the judgment of the Organization, are able and willing to carry out these obligations." Vgl. CHARTER OF THE UNITED NATIONS, S. 585.

[10] Artikel 4,2 der UNO-Charta (Fassung vom 26. Juni 1945): „The admission of any such state to membership in the United Nations will be effected by a decision of the General Assembly upon the recommendation of the Security Council." Vgl. CHARTER OF THE UNITED NATIONS, S. 585.

[11] Artikel 27,3 der UNO-Charta (Fassung vom 26. Juni 1945): „Decisions of the Security Council on all matters shall be made by an affirmative vote of seven members including the concurring votes of the permanent members; provided that, in decisions under Chapter VI, and under paragraph 3 of Article 52, a party to a dispute shall abstain from voting." Vgl. CHARTER OF THE UNITED NATIONS, S. 590.

dazu eine Gelegenheit ergibt, ist nicht auszuschließen. Ob davon Gebrauch gemacht werden kann, muß allerdings von der in diesem Zeitpunkt gegebenen Situation abhängig gemacht werden. Eine solche Chance könnte sich zum Beispiel im Zusammenhang mit den Bemühungen der UdSSR um eine Änderung der Vertretung Chinas[12] in den Vereinten Nationen bieten. Bei der gegenwärtigen Verstimmung zwischen den beiden Großmächten des Ostblocks ist es jedoch unwahrscheinlich, daß die UdSSR auf die Präsenz Rotchinas in den Vereinten Nationen so großen Wert legt, daß sie als Gegenleistung ihre bisherige Haltung in der Frage der deutschen VN-Mitgliedschaft revidiert. Wäre sie aber zu einer solchen vollständigen Revision nicht bereit, so könnte die Verbindung der China-Frage mit der Deutschlandfrage gerade die für uns verhängnisvolle Folge haben, daß hierdurch bei manchen jungen Staaten der falschen Analogie „zwei chinesische Staaten – zwei deutsche Staaten" Vorschub geleistet würde.

3) Der einzige einigermaßen vergleichbare Fall, an dem man die Haltung der Sowjetunion zu unserem Beitrittsgesuch prüfen könnte, ist der Japans[13]; denn alle anderen Fälle der Neuaufnahmen, selbst die Italiens und Spaniens[14], stießen nicht auf den gleichen Widerstand der UdSSR. Im Falle Japans gab die Sowjetunion ihre jahrelange negative Haltung im Sicherheitsrat erst auf, nachdem es im Herbst 1956 zu einem Friedensvertrag zwischen ihr und Japan[15] gekommen war. In unserem Fall wäre es deshalb vorstellbar, daß die UdSSR ihre Zustimmung von dem vorhergehenden Abschluß eines Friedensvertrages „mit beiden deutschen Staaten" abhängig machen würde. Es ist allerdings durchaus auch eine andere sowjetische Reaktion denkbar. Die Sowjetunion weiß, welches große Gewicht die Bundesrepublik Deutschland heute – anders als Japan vor 1956 – in der Welt besitzt. Je nach ihrer eigenen gesamtpolitischen Lage wird sie womöglich davor zurückscheuen, die Weltöffentlichkeit mit einem Veto im Sicherheitsrat zu brüskieren.

c) Risiken eines Beitrittsgesuches

1) Im Mittelpunkt der Diskussionen im Sicherheitsrat, die sich aus unserem Beitrittsgesuch ergeben würden, stände voraussichtlich der Status der SBZ. Der sowjetische Standpunkt dazu (Zweistaatentheorie)[16] würde natürlich von der Tschechoslowakei unterstützt werden. Wenn – wie zu erwarten – die Sowjetunion ihre Zustimmung zum Beitritt der Bundesrepublik Deutschland verweigern sollte, würde die sowjetische Alternativlösung (Beitritt „beider deutscher Staaten") über den Sicherheitsrat hinaus in den Vereinten Nationen diskutiert werden und in neutralistischen Kreisen sicherlich manche Befürworter finden. Die Sowjets würden diese Lösung vor dem Sicherheitsrat

[12] Zur Frage einer Aufnahme der Volksrepublik China in die UNO vgl. Dok. 11, Anm. 5, und Dok. 17, Anm. 36.

[13] Japan wurde am 18. Dezember 1956 in die UNO aufgenommen.

[14] Italien und Spanien wurden am 14. Dezember 1955 in die UNO aufgenommen.

[15] In der gemeinsamen sowjetisch-japanischen Erklärung vom 19. Oktober 1956 über die Beendigung des Kriegszustands und die Wiederherstellung gutnachbarlicher Beziehungen verpflichtete sich die UdSSR, das Ersuchen Japans um Aufnahme in die UNO zu unterstützen. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1956, S. 9287 f.

[16] Zur sowjetischen Zwei- bzw. Drei-Staaten-Theorie vgl. besonders Dok. 13, Anm. 10 und 15.

zur Entscheidung stellen; gegen ein solches „package deal" müßten die Alliierten ihrerseits ihr Veto einlegen. In den Augen der Welt könnte dieses Veto, das sich praktisch dann auch gegen die Aufnahme eines Verbündeten auswirken würde, einen ungünstigen Eindruck hervorrufen.

2) Darüber hinaus wären die Vereinten Nationen nunmehr mit der Deutschland-Frage „befaßt". Jeder VN-Delegierte, der glaubt, Patentlösungen für die Deutschland-Frage parat zu haben, würde damit aufwarten. „Wiedervereinigungspläne", die wir bisher sorgfältig niedergehalten haben, würden sich nun in Resolutionsentwürfen niederschlagen, die von den Alliierten abgelehnt werden müßten. In der Sicht des Ostens (und der Neutralisten) würden die Alliierten der Bundesrepublik Deutschland damit „gegen die Wiedervereinigung Deutschlands" stimmen. Diesem Risiko ständen wir allerdings auch gegenüber, wenn die Deutschland-Frage auf sowjetische Initiative in den Vereinten Nationen diskutiert würde. In diesem Fall wäre jedoch ein Widerspruch des Westens gegen derartige Pläne optisch weniger ungünstig.

III. Vorschlag

Da die Vorteile einer Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen trotz allem erheblich sind[17] und die mit einem Beitrittsgesuch verbundenen Risiken ohnedies nicht ganz ausgeschaltet werden können, sollten wir wenigstens die Möglichkeit eines Beitritts durch diplomatische Sondierungen prüfen. Diese Prüfung sollte sich – im Einvernehmen mit den drei Alliierten – auch auf den „Mindestpreis" erstrecken, den die Sowjets für ihre Zustimmung zu unserem Beitritt voraussichtlich fordern würden. Sind erst einmal die Bedingungen für eine Aufnahme der Bundesrepublik Deutschland in die Vereinten Nationen genau geprüft und sind wir uns im Ergebnis mit den Alliierten einig, kann die Auslösung der hierzu notwendigen Schritte jederzeit erfolgen.[18]

Hiermit dem Herrn Staatssekretär[19] vorgelegt.

Abteilung I (I B 1), VS-Bd. 177

[17] Die Wörter „Vorteile" und „erheblich sind" wurden von Staatssekretär Carstens hervorgehoben. Dazu handschriftliche Bemerkung: „r[ichtig]".

[18] Am 7. Juli 1964 unterrichtete die Vortragende Legationsrätin I. Klasse von Puttkamer die Vertretung bei der UNO in New York: „Staatssekretär hält Zeitpunkt für Sondierungen noch nicht für gekommen und hat Wiederaufnahme der Angelegenheit nach Jahresbeginn 1965 verfügt." Vgl. Abteilung I (I B 1), VS-Bd. 177; B 150, Aktenkopien 1964.
Zur Frage einer Mitgliedschaft der Bundesrepublik in der UNO vgl. auch Dok. 275.

[19] Hat Staatssekretär Carstens am 1. Juli 1964 vorgelegen, der für Ministerialdirektor Jansen handschriftlich vermerkte: „Ich sehe nur eine Chance. Zusammen mit China. Doch sind die US zur Zeit noch kategorisch gegen die Aufnahme Chinas. Daher ist der Moment f[ür] d[ie] Sondierung m[eines] E[rachtens] besonders ungünstig (Laos, Vietnam!). Vorschlag: W[ieder]v[orlage] 10.1.65."

136

Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit dem amerikanischen Botschafter McGhee

MB 789/64 geheim **23. Mai 1964**[1]

Aufzeichnung über das Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit Botschafter McGhee am 23.5.1964, 11.00 Uhr

An dem Gespräch nahmen Staatssekretär Westrick und Ministerialdirigent Osterheld teil. Die nachfolgende Aufzeichnung beruht auf Stichworten der Dolmetscherin Thoenes und des Unterzeichneten[2].

Botschafter *McGhee* übermittelte den Dank von Präsident Johnson für den Brief des Herrn Bundeskanzlers vom 8. Mai[3]. Der Präsident sei sehr dankbar, daß er in den meisten Fragen mit dem Herrn Bundeskanzler einer Meinung sei. Was die deutsche Initiative[4] angehe, worüber Botschafter McGhee und der Herr Bundeskanzler früher gesprochen hätten, so habe die Diskussion im Haag[5] die Schwierigkeiten aufgezeigt; wichtig sei aber, daß über diese Initiative in der Botschaftergruppe weiter gesprochen und eine gemeinsame Grundlage erarbeitet werde. Die amerikanische Regierung sei weiterhin für das Selbstbestimmungsrecht und die Wiedervereinigung. In der Botschaftergruppe und gemeinsam mit den Alliierten solle geprüft werden, was wirklich getan werden könne, um in der Deutschlandfrage voranzukommen.[6]

Der Präsident habe sich auch sehr anerkennend über die deutsche Haltung während des Besuchs von Herrn McNamara[7] gezeigt. Er sei sehr zufrieden mit den Offset-Käufen. Auch mit der Einstellung der Bundesregierung zur Südvietnam-Frage, so wie sie im Kommuniqué erschien[8], sei er sehr einverstan-

[1] Durchdruck.

[2] Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Leiter des Außenpolitischen Büros im Bundeskanzleramt, Osterheld, gefertigt.
Hat Staatssekretär Carstens und Bundesminister Schröder am 11. Juni 1964 vorgelegen.

[3] Vgl. Dok. 123.

[4] Für den Wortlaut der Deutschland-Initiative (Fassung vom 10. April 1964) vgl. Dok. 3 mit den Änderungen in Anm. 5, 9, 11–20 und 22.
Aufgrund zwischenzeitlicher Beratungen in der Washingtoner Botschaftergruppe wurde am 6. Mai 1964 eine englischsprachige Neufassung der Deutschland-Initiative erstellt, die gegenüber der Fassung vom 10. April im wesentlichen redaktionelle Änderungen enthielt. Vgl. Abteilung II (II 1), VS-Bd. 64; B 150, Aktenkopien 1964.

[5] Zur Besprechung vom 11. Mai 1964 in Den Haag vgl. Dok. 120.

[6] Zur Frage einer Initiative in der Deutschland-Frage vgl. weiter Dok. 153.

[7] Zum Besuch des amerikanischen Verteidigungsministers vom 9. bis 11. Mai 1964 in der Bundesrepublik vgl. Dok. 125.

[8] Im Kommuniqué vom 11. Mai 1964 hieß es: „Die Minister führten einen Gedankenaustausch über die Verteidigungspolitik der freien Welt. Dabei drückte Verteidigungsminister McNamara die Hoffnung der USA aus, bei ihrer Politik gegen die kommunistische Bedrohung in anderen Teilen der Welt – wie z.B. in Südvietnam – die Unterstützung der anderen NATO-Partner zu finden. Beide Minister waren sich darin einig, daß die Verteidigung der freien Welt unteilbar sei und daß ihre Sicherheit erhalten werden müsse, wo immer sie gefährdet sei." Vgl. BULLETIN 1964, S. 689.

den; und er hoffe, daß die Bundesregierung der Hospital-Frage[9] ernsthaft nachgehe und sie in der einen oder anderen Form verwirkliche.

Sehr zufrieden sei er auch mit dem, was der Herr Bundeskanzler über die Entwicklungshilfe geschrieben habe; die beiden Regierungen sollten eng zusammenarbeiten, um festzustellen, wie man den anderen Ländern helfen könne. Er wolle darüber auf dem Besuch im Juni sprechen. Die Arbeit der Konsortien für Griechenland[10], Indien[11] und Pakistan[12] erschiene ihm sehr wichtig. Da er gehört habe, daß die Entscheidung über die Höhe der Entwicklungshilfe 1965 in den deutschen Haushaltsgremien bald fallen werde, bitte er, mit der Entscheidung bis zu dem Zusammentreffen im Juni[13] zu warten.

Was die Lieferung von Panzern an Israel[14] angeht, so stehe Amerika in vielen Gegenden der Welt unter Druck und hoffe sehr, daß hinsichtlich Israels von englischer und deutscher Seite geholfen werden könne, um dessen Armee zu modernisieren. Er kenne unsere besondere Lage. Andererseits hätten alle eine große Verantwortung für die Aufrechterhaltung des Gleichgewichts im Vorderen Orient. Wegen der bevorstehenden Ableitung des Jordans[15] seien sowieso Komplikationen zu erwarten. Den USA würden dabei von den Arabern Vorwürfe gemacht. Alles, was Amerika tue, werde sehr genau unter die Lupe genommen. Was die Deutschen und Engländer täten, falle nicht so auf.[16]

Hier warf der Herr *Bundeskanzler* ein, daß eine Zusammenarbeit mit den Engländern für Deutschland nicht gerade vorteilhaft sei; denn Großbritannien habe in den arabischen Ländern nichts mehr zu verlieren, Deutschland aber sehr viel. Er wolle offen sagen, daß noch keine endgültige Entscheidung wegen der Panzerlieferung getroffen sei, daß man sich in Amerika aber keine Hoffnungen machen sollte. Die Aussichten für ein derartiges Geschäft seien gleich Null. Wenn die Araber Israel den Zugang zum Jordanwasser absperrten, dann müßten die Israelis das Meerwasser mit Hilfe kostspieliger Anlagen entsalzen. In einem derartigen Fall könne man helfen, obwohl auch das indirekt gegen die arabischen Länder wirke. Ein Eingreifen sei dann vertretbar; über dieses Thema könne er mit Präsident Johnson sprechen.

Herr *McGhee* bat, bis zu der Begegnung in Washington jedoch auch hinsichtlich der Panzerlieferung keine Entscheidungen zu treffen, was der Herr Bun-

9 Zur Überlegung der Bundesregierung, ein Lazarett in die Republik Vietnam (Südvietnam) zu entsenden, vgl. Dok. 129.

10 Zum OECD-Konsortium für Griechenland vgl. den Bericht des Generalsekretärs der OECD, Kristensen, vom 30. Oktober 1963; Referat III B 1, Bd. 366.

11 Zum Konsortium für Hilfen an Indien vgl. Dok. 65, Anm. 13.

12 Im Konsortium zur Vergabe von Kapitalhilfen an Pakistan waren Belgien, die Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien, Japan, Kanada, die Niederlande, Großbritannien, die USA sowie die Weltbank und die Internationale Entwicklungsorganisation (IDA) vertreten. Zu den Verhandlungen um den Konsortialbeitrag für 1964/65 vgl. Referat III B 7, Bd. 161.

13 Zu den deutsch-amerikanischen Regierungsbesprechungen am 12. Juni 1964 in Washington vgl. Dok. 160 und Dok. 161.

14 Vgl. dazu die Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens vom 6. Mai 1964; Büro Staatssekretär, VS-Bd. 446.
Zur deutschen Ausrüstungshilfe für Israel vgl. auch Dok. 54, besonders Anm. 5.

15 Zum Konflikt um das Jordanwasser vgl. Dok. 88, Anm. 2.

16 Dazu Fragezeichen des Staatssekretärs Carstens.

deskanzler zusagte, wenngleich, was er wiederholen wolle, die Aussichten fast Null seien.

Herr Staatssekretär *Westrick* warf ein, daß das Geschäft, wenn überhaupt, wohl nur über Dritte gemacht werden könne, beispielsweise über Waffenlieferanten in der Schweiz. Der Herr *Bundeskanzler* erwähnte Frankreich, die Türkei oder Griechenland. Auf jeden Fall komme eine direkte Lieferung von deutscher Seite kaum in Frage, da die Beziehungen zu Israel der neuralgische Punkt für unser Verhältnis zu den Arabern seien.[17]

Im Anschluß hieran kam Herr *McGhee* auf die Korrespondenz zu sprechen, die zwischen Präsident Johnson und Ministerpräsident Chruschtschow in den letzten Monaten[18] stattgefunden habe. Er könne dem Herrn Bundeskanzler nicht alles berichten, da der Briefwechsel ganz vertraulich bleiben müsse. Eine Angelegenheit aus einem Brief Chruschtschows von Mitte April möchte er jedoch erwähnen, da sie Deutschland betreffe. Chruschtschow habe damals geschrieben, daß die Produktionseinstellung von spaltbarem Material[19] keine Abrüstungsmaßnahme sei, daß sie aber doch einen praktischen Schritt „in gegenseitigem Beispiel"[20] darstelle, so wie die Kürzung der Militärhaushalte. Solle man nun nicht darangehen, in gegenseitigem Beispiel auch Truppen aus fremden Ländern zurückzuziehen? Er kenne die Erklärung Johnsons wegen der Zurücknahme von 7500 Soldaten[21], die 1961 zusätzlich nach Deutschland verlegt worden seien. Er heiße diese Erklärung willkommen und bitte Johnson, nun aber noch weiterzugehen. Unter der Bedingung, daß die Bundesrepublik Deutschland ihre Truppen nicht weiter verstärkt (die in letzter Zeit sehr stark angestiegen seien), wären die Sowjets dann bereit, ebenfalls Truppen zurückzuziehen. Hierauf habe Präsident Johnson geantwortet: Es tue ihm leid, ihm, Chruschtschow, mitteilen zu müssen, daß dieses Thema im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht mit Aussicht auf Erfolg besprochen werden könne. Die US-Truppen dienten lediglich Verteidigungsaufgaben, und ihre Anwesenheit sei für Deutschland von großer Bedeutung; auch für das übrige Westeuropa. Die Spannung in Mitteleuropa sollte verringert werden. Die deutsche Frage sei aber eine sehr schwierige Frage, und jede Lösung sollte den rechtmäßigen Interessen des deutschen Volkes und aller anderen Völker dienen. Chruschtschow habe diese Äußerung Johnsons wohl verstanden; er sei nicht mehr darauf zurückgekommen. Inzwischen sei ja auch wiederholt erklärt worden, daß ein Abkommen über Deutschland nur mit deutscher Zustimmung zustande kommen könne.

[17] Zur möglichen Lieferung von Panzern an Israel vgl. weiter Dok. 138.

[18] Unmittelbar nach seinem Amtsantritt am 22. November 1963 setzte Präsident Johnson den bereits von Präsident Kennedy eingeleiteten streng vertraulichen Briefwechsel mit Ministerpräsident Chruschtschow fort. Vgl. dazu DER SPIEGEL, Nr. 18 vom 29. April 1964, S. 83.

[19] Präsident Johnson gab am 20. April 1964 in New York bekannt, daß er eine wesentliche Reduzierung der Produktion von spaltbarem Material innerhalb der nächsten vier Jahre angeordnet habe. Für den Wortlaut der Rede vgl. PUBLIC PAPERS, JOHNSON 1963/64, S. 493–500.
Am selben Tag gab Ministerpräsident Chruschtschow eine analoge Erklärung ab. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1964, D 418 f.

[20] Zum sowjetischen Vorschlag des „agreement by mutual example" vgl. auch Dok. 132.

[21] Zur Rückführung amerikanischer Truppen aus der Bundesrepublik vgl. Dok. 72.
Präsident Johnson bezeichnete am 3. Mai 1964 den Abzug der Truppen als „Routineangelegenheit". Vgl. dazu AdG 1964, S. 11204.

Hierauf erklärte der Herr *Bundeskanzler*, er begrüße es, daß der amerikanische Präsident eine so klare Haltung eingenommen habe. Dies sei nicht nur für Deutschland, sondern auch für Westeuropa und die NATO von Bedeutung. Der Vorschlag Chruschtschows sei sehr durchsichtig. Wenn die Sowjetunion ihre Truppen aus der Sowjetzone abzöge, ja, wenn sie sie auch aus Polen zurückzöge, so sei das ohne große Bedeutung. Die Truppen würden lediglich einige 100 km nach Osten verlegt, seien also für die BRD weiterhin eine Gefahr ersten Rangs. Wenn die USA jedoch ihre Truppen abzögen, so stünden diese 6000 km im Westen und es sei eine Illusion, daß dann im Ernstfall ein wirkliches Gleichgewicht der Kräfte herrschte. Deutschland habe sich wiederholt für eine allgemeine und kontrollierte Abrüstung ausgesprochen; es meine jedoch eine wirkliche Abrüstung und keine Verlegung. Auch dieses Thema wolle er bei seinen Gesprächen in Washington zur Sprache bringen. Für all diese wichtigen Punkte seien aber mehr als 1–1 1/2 Stunden nötig, wahrscheinlich mindestens 3–4 Stunden. Ihm liege daran, mit Präsident Johnson ausführlich zu sprechen; das sei wichtiger als viele Gespräche mit 15–20 Leuten.

Auf die Frage des Botschafters nach den Eindrücken, die Brandt von seiner USA-Reise[22] mitgebracht habe, antwortete der Herr Bundeskanzler, der Herr Regierende Bürgermeister habe keine Sensationen berichtet.[23] Auf die weitere Frage nach den de Gaulle-Erklärungen Brandts[24] sagte der Herr Bundeskanzler, der Regierende Bürgermeister habe erläutert, daß seine Erklärungen kein Bekenntnis zu de Gaulle gewesen seien; er wolle lediglich den politischen Raum offenhalten, so daß man manövrieren könne, und daher begrüße er die Initiative de Gaulles, ohne sich damit zu identifizieren. Brandt habe nicht das Gefühl gehabt, daß die Amerikaner über seine Äußerungen verärgert gewesen seien.

Ministerbüro, VS-Bd. 8511

[22] Zum Besuch vom 13. bis 21. Mai 1964 vgl. Dok. 132.

[23] Der Regierende Bürgermeister unterrichtete den Bundeskanzler am 22. Mai 1964 über seinen Aufenthalt in den USA. Vgl. dazu den Artikel „Brandt heute bei Erhard und Lübke"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 117 vom 22. Mai 1964, S. 3.

[24] Der Regierende Bürgermeister vertrat am 15. Mai 1964 vor der Foreign Policy Association in New York die Ansicht, man dürfe den französischen Staatspräsidenten nicht für alle Schwierigkeiten verantwortlich machen. Vielmehr müsse man anerkennen, daß de Gaulle, wenn auch oft schwer verständlich, „mit Kühnheit und Eigenwilligkeit" Folgerungen aus der weltpolitischen Lage ziehe. Weiter erklärte Brandt: „Das Gleichgewicht des Schreckens, ausbalanciert von den beiden Supermächten, gibt einen Spielraum, die starren Fronten in Bewegung zu setzen. Der französische Präsident macht hiervon auf seine Weise Gebrauch. Und manchmal frage ich mich als Deutscher: warum eigentlich nur er?" Vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Krapf vom 25. Mai 1964; Referat II 6, Bd. 21.

137

Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit dem britischen Schatzkanzler Heath

Z A 5-66.A/64 VS-vertraulich **25. Mai 1964**[1]

Der Herr Bundeskanzler empfing am 25. Mai 1964 um 12 Uhr den britischen Schatzkanzler Heath zu einem Gespräch, bei dem außerdem zugegen waren: Bundesminister Schmücker und Ministerialdirigent Dr. Osterheld, Gesandter Melville und Mr. Brown vom britischen Schatzkanzleramt.

Mr. *Heath* erkundigte sich einleitend nach näheren Einzelheiten des deutschen Vorschlags einer einseitigen Zollsenkung um 25 v.H.[2] als Vorleistung zur Kennedy-Runde.

Bundesminister *Schmücker* wies darauf hin, daß er nach den vorbereitenden Gesprächen seiner Mitarbeiter in Brüssel für diesen Wunsch Verständnis zu finden hoffe. Vor allem glaube er, daß angesichts der deutschen Vorleistung[3] die Sache ziemlich schnell gehen könnte. Er könne natürlich noch nicht sagen, ob die übrigen Gemeinschaftsländer ebenfalls diesen Vorschlag sich zu eigen machen würden.

Der Herr *Bundeskanzler* erklärte, man müsse diesen Vorschlag unter einem doppelten Aspekt sehen. Wenn Deutschland seine Zölle innerhalb der Gemeinschaft senke, so sei dies natürlich eine Geste der Solidarität, gleichzeitig aber werde dadurch das Gefälle zu Drittländern erhöht. Deswegen sei der Gedanke aufgekommen, daß auch die übrigen Gemeinschaftsländer sich diesem deutschen Vorschlag anschließen könnten. Da es sich um eine Vorleistung auf die Kennedy-Runde handle, sei eine Erörterung mit Drittländern nicht notwendig gewesen, die sicherlich diesen Vorteil gerne für sich akzeptieren würden. Es lasse sich natürlich noch nicht mit Bestimmtheit sagen, ob die übrigen Länder der Gemeinschaft sich diesem deutschen Schritt anschließen würden, obschon die Kommission eine recht aufgeschlossene Haltung einnehme.

Mr. *Heath* fragte dann, ob der Herr Bundeskanzler glaube, daß dieser Schritt ausreiche, um der Inflation in den anderen EWG-Ländern Herr zu werden.

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte, mit handelspolitischen Maßnahmen könne man natürlich nie die inflationäre Tendenz meistern. Dazu gehöre vor allem die eigene Anstrengung jedes Landes, d.h. ein ausgeglichener Haushalt, eine vernünftige Kreditpolitik usw. Internationale Mittel könnten zu diesem Heilungsprozeß nur beitragen. Holland habe inzwischen auch aufgeholt

[1] Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Kusterer am 29. Mai 1964 gefertigt.
Hat dem Leiter des Außenpolitischen Büros im Bundeskanzleramt, Osterheld, am 1. Juni 1964 vorgelegen.

[2] Zum Vorschlag der Bundesregierung hinsichtlich der Senkung der EWG-Außenzölle vgl. auch Dok. 110.

[3] Zum Beschluß der Bundesregierung vom 13. Mai 1964 über Zollsenkungen vgl. Dok. 134, Anm. 14.

(Preissteigerungen)[4], was zu beträchtlichen Preissteigerungen geführt habe. Auch Frankreich sei über den Punkt hinweg, wo es noch die Wirtschaft als einen nebensächlichen Punkt betrachtet habe. Die italienische Regierung sei jedoch so weit gespannt[5], daß es höchst schwierig und teuer sei, die Ansprüche der einzelnen Parteien zu befriedigen. Es stelle sich die Frage, ob die italienische Regierung genügend politische Kraft besitze, um sich durchzusetzen. Was Frankreich anbelangt, könne man hoffen, daß die Inflation dort wieder eingedämmt werde.

Bundesminister *Schmücker* wies darauf hin, daß auch sein Haus die Entwicklung in Frankreich mit relativer Ruhe betrachte. Kopfschmerzen bereite dagegen Italien.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, er glaube nicht, daß man Italien wirklich helfe, wenn man ihm nur finanziell unter die Arme greife, damit es seine derzeitige Politik fortsetzen könne.[6] Man müsse Italien vielmehr zwingen, die richtige Politik zu verfolgen.

Mr. *Heath* fragte, ob die EWG-Kommission in diesem Zusammenhang mehr Vollmachten für die allgemeine Wirtschaftspolitik erhalten werde.

Der Herr *Bundeskanzler* erklärte, die Kommission könne auf keinen Fall mehr Kompetenzen erhalten, als der Vertrag vorschreibe. Es sei immer sehr schwer, eine gemeinsame Politik durchzuführen, wenn keine zentrale Gewalt vorhanden sei.

Bundesminister *Schmücker* bemerkte, die Kommission könne zwar initiativ mit den einzelnen Ländern verhandeln, doch müsse die Debatte darüber nachher im Ministerrat stattfinden. Die Bundesrepublik habe im übrigen immer schon erklärt, daß in der EWG nur der Anfang gemacht werden sollte, die Dinge jedoch so bald wie möglich auf den OECD-Rahmen erweitert werden sollten, da Währungsprobleme grundsätzlich im weitestmöglichen Rahmen erledigt werden müßten.

Der Herr *Bundeskanzler* unterstrich diese Auffassung ausdrücklich. Wahrscheinlich werde sich auch der Internationale Währungsfonds im Herbst mit dieser Frage befassen.

Mr. *Heath* fragte dann nach dem Getreidepreis.[7]

Der Herr *Bundeskanzler* erklärte, die Kennedy-Runde werde in keinem Fall am Getreidepreis scheitern. Auch sei der Getreidepreis nicht das einzige Problem der Kennedy-Runde.

Der Herr Bundeskanzler fragte dann, ob das Interesse an Europa in England[8] immer noch wach sei.

Mr. *Heath* bestätigte dies, fügte jedoch hinzu, in der Öffentlichkeit werde dar-

[4] Die Klammer wurde von Ministerialdirigent Osterheld handschriftlich eingefügt.

[5] Zu der seit dem 5. Dezember 1963 amtierenden Koalitionsregierung unter Ministerpräsident Moro vgl. Dok. 23, Anm. 5.

[6] Zu den Maßnahmen zur Stützung der italienischen Währung vgl. auch Dok. 134.

[7] Zur Regelung des Getreidepreises vgl. Dok. 59, Anm. 45–47, und zuletzt Dok. 110.

[8] Zur britischen Haltung in bezug auf die Bemühungen um eine neue europapolitische Initiative vgl. besonders Dok. 12, Dok. 14 und Dok. 15.

über wenig gesprochen, was vielleicht für manche Freunde in Europa verwirrend sein möge. Man sei jedoch der Auffassung, daß es nicht sehr sinnvoll sei, sich in öffentliche Auseinandersetzungen einzulassen, solange de Gaulle und das Veto[9] fortbestünden. Bei seinen zahlreichen Reisen und Kontakten mit Industriellen habe er jedoch festgestellt, daß das Interesse überall sehr groß sei.

Der Herr *Bundeskanzler* betonte, daß sich die deutsche Haltung in keiner Weise geändert habe, doch habe er das Gefühl, daß Großbritannien im Augenblick auf dieses Problem lieber nicht angesprochen werden wolle. Die Frage sei, wie das Gespräch wieder in Gang gebracht werden könnte. Bei den Sechs sei das Gefühl vorhanden, daß man nicht recht wisse, was in Großbritannien komme. Man wolle natürlich nicht eine Einladung aussprechen, um dann nur auf Ablehnung zu stoßen.

Mr. *Heath* erklärte, England könnte sich natürlich nicht erlauben, ständig an eine verschlossene Tür zu klopfen.

Der Herr *Bundeskanzler* bezeichnete es als wünschenswert, in der Kennedy-Runde zwischen der EWG und der EFTA eine möglichst weitgehende Harmonisierung zu erreichen[10], damit Europa in den Verhandlungen mehr Profil gewinne.

Mr. *Heath* stimmte dieser Auffassung zu und sagte, man spreche verständlicherweise immer von Europa und Amerika. Die Bedeutung des eigenen europäischen Gesichts werde dabei von manchen Leuten unterschätzt.

Bundesminister *Schmücker* kam dann auf die Konferenz der Vereinten Nationen über Handel und Entwicklung zu sprechen und bemerkte, die Zusammenarbeit des Westens sei ziemlich mangelhaft gewesen.[11] Es stelle sich die Frage, was man tun könne, um diesen Zustand zu verbessern.

Der Herr *Bundeskanzler* erklärte, es sollte auf keinen Fall eine neue Institution[12] geschaffen werden. Das GATT sei völlig ausreichend. Es wäre gefährlich, wenn die Entwicklungsländer, die manchmal recht seltsame Auffassungen über Handelsprinzipien hätten, zu bestimmen hätten, wie der Welthandel gestaltet werden solle.

Mr. *Heath* teilte diese Auffassung und äußerte seine Sorge über den augenblicklichen Stand der Konferenz. Es scheine, daß die Entwicklungsländer immer stärker unter die Führung der extremen Gruppe, vor allem Ägyptens, gerieten, während andererseits der Westen seine Haltung nicht abgesprochen

[9] Zur ablehnenden französischen Haltung, Großbritannien an Verhandlungen über eine europäische politische Union zu beteiligen, vgl. besonders Dok. 7.

[10] Zum Gedanken von Kontakten zwischen EWG und EFTA zur gemeinsamen Vorbereitung der Kennedy-Runde vgl. Dok. 59, besonders Anm. 18.

[11] In einer Aufzeichnung des Bundesministeriums für Wirtschaft vom 14. Mai 1964 zum Stand der Verhandlungen wurde festgehalten: „Der bisherige Verlauf der Welthandelskonferenz hat gezeigt, daß die hochgespannten Forderungen der Entwicklungsländer intensiver geltend gemacht werden, als die Bundesregierung erhofft hatte. Angesichts weitgehender Zugeständnisse der übrigen Industrieländer hat sich die Gefahr ergeben, daß eine Isolierung der deutschen Delegation auf der Konferenz und eine für die wirksame Vertretung der deutschen Anliegen im internationalen Bereich folgenschwere Verstimmung der Entwicklungsländer entsteht, wenn die Bundesregierung nicht zu gewissen Zugeständnissen bereit ist." Vgl. Referat III A 2, Bd. 6.

[12] Zur Frage einer Institutionalisierung der Welthandelskonferenz vgl. Dok. 28, Anm. 28 und 29.

habe. Es wäre tragisch und ironisch zugleich, wenn die Russen, die nichts anzubieten hätten, aufgrund dieser westlichen Uneinigkeit als einzige Gewinn aus dieser Konferenz ziehen würden. Er halte es auch für bedauernswert, daß die Amerikaner auf dieser Konferenz ziemlich weich gewesen seien. Seines Erachtens würden die Amerikaner durch die Überlegung beeinflußt, daß die Sowjetunion nunmehr ja schwächer sei, und sie infolgedessen sich nicht mehr so um die Entwicklungsländer zu kümmern brauchten. Dies wäre aber eine falsche und bedauerliche Einstellung. Glücklicherweise bestehe eine enge Verbindung zwischen der deutschen und der britischen Delegation. Er glaube, in den noch verbleibenden 14 Tagen sollte man versuchen, Einigungspunkte auf dem Gebiet des Handels zu finden, um zu retten, was noch zu retten sei. Wenn es gelinge, die Amerikaner dazu zu überreden, daß sie in den kommerziellen Fragen etwas entgegenkommender wären, wäre dies eine gute Sache.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, er glaube nicht, daß die Amerikaner etwa die Bedeutung der Entwicklungshilfe unterschätzten. Im Gegenteil übten sie einen sehr soliden Druck auf die Bundesrepublik aus, auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe doch mehr zu tun.[13] Eines könne man wohl feststellen, daß die Entwicklungsländer allmählich erkennten, daß sie immer weniger von den Russen bekämen. Die große Schau in Kairo[14] habe mit einer Enttäuschung der Araber geendet, die sich sehr viel mehr versprochen hätten. Dieses Gefühl finde man bei allen Entwicklungsländern. Dies sollte den Westen aber gerade zu noch größeren Anstrengungen anspornen. Dabei dürfe natürlich der Welthandel nicht ruiniert werden. Er hoffe, daß der Westen in den verbleibenden 14 Tagen einiger sein werde.[15]

Mr. *Heath* wies darauf hin, daß Großbritannien natürlich dem Wunsch der Entwicklungsländer, große versteckte Subventionen zu erhalten, keineswegs entsprechen wolle. Es wolle den Entwicklungsländern aber die Möglichkeit einräumen, ihre Produkte in größerem Umfang absetzen zu können.

Mr. Heath bedankte sich abschließend für die entgegenkommende Haltung der Bundesregierung in der Frage der Wiedergutmachung.[16]

Das Gespräch endete gegen 13 Uhr.

Bundeskanzleramt, AZ: 21-301 00 (56), Bd. 8

[13] Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit Präsident Johnson am 28. Dezember 1963; AAPD 1963, III, Dok. 486 und Dok. 488.
Zur amerikanischen Forderung nach verstärkten Anstrengungen der westeuropäischen Staaten auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe vgl. auch Dok. 51, Anm. 22.

[14] Zum Besuch des sowjetischen Ministerpräsidenten Chruschtschow vom 9. bis 25. Mai 1964 in der VAR vgl. Dok. 105, Anm. 8.

[15] Zur Welthandelskonferenz in Genf vgl. weiter Dok. 144.

[16] Die Bundesrepublik verpflichtete sich, eine Million Pfund Sterling an britische Staatsangehörige zu zahlen, die in der Zeit des Dritten Reiches verfolgt wurden. Ein entsprechendes Abkommen wurde am 9. Juni 1964 unterzeichnet. Zu den Verhandlungen vgl. Referat V 2, Bd. 922 und Bd. 1106.

138

Vermerk des Staatssekretärs Carstens

St.S. I 20/64 streng geheim **26. Mai 1964**

Betr.: Panzerlieferungen an Israel[1]

Bundesminister Krone rief mich an und teilte mit, daß Herr Peres bei ihm gewesen sei. Er sei auch bei Herrn Westrick gewesen und habe sehr gedrängt, daß das Geschäft durchgeführt würde. Er, Herr Krone, habe nunmehr den Eindruck, daß die vorgesehenen Lieferungen über Italien erfolgen sollten.

Ich wies darauf hin, daß sich in dem Gespräch am Tegernsee[2] sowohl der Herr Bundeskanzler wie der Herr Bundesaußenminister gegen eine derartige Lieferung über ein drittes Land ausgesprochen hätten. Herr Krone meinte jedoch, die Angelegenheit sei mit Herrn Westrick abgestimmt worden.

Ich neige weiterhin dazu, einen solchen Weg über ein drittes Land für gangbar zu halten, und meine nur, daß bei der technischen Durchführung größte Sorgfalt angewendet werden müßte. In diesem Sinne möchte ich mich in die weiteren Verhandlungen einschalten.

Hiermit dem Herrn Minister[3] mit der Bitte um Zustimmung.[4]

Carstens

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 446

[1] Der Betreff wurde von Staatssekretär Carstens handschriftlich eingefügt.
Zur Frage einer Lieferung von Panzern an Israel vgl. auch Dok. 136.

[2] Vgl. dazu den Vermerk des Staatssekretärs Carstens vom 22. Mai 1964; Büro Staatssekretär, VS-Bd. 446.
Zur Besprechung von Vertretern der CDU und CSU am 19./20. Mai 1964 in Gmund am Tegernsee vgl. auch Dok. 121, Anm. 12.

[3] Hat Bundesminister Schröder am 28. Mai 1964 vorgelegen, der für Staatssekretär Carstens handschriftlich vermerkte: „1) Ich bin nach wie vor nicht einverstanden. 2) Der B[undes]k[anzler] hat mir seine mit 1) übereinstimmende Haltung ausdrücklich und wiederholt erklärt. 3) R[ücksprache]."

[4] Vgl. dazu weiter Dok. 151.

139

Staatssekretär Carstens an Botschafter Blankenhorn, Rom

St.S. 1018/64 geheim **26. Mai 1964**[1]

Lieber Herr Blankenhorn!

Gelegentlich des Zusammenseins am Tegernsee[2] kam auch die Rede auf die Möglichkeiten einer deutsch-französischen Zusammenarbeit auf dem atomaren Gebiet, die sich im Jahre 1958 abgezeichnet haben sollen. Herr Strauß berichtete, daß die Regierung Gaillard Anfang 1958 (etwa im Februar) bereit gewesen sei, mit uns zusammenzuarbeiten.[3] Als dann jedoch de Gaulle Regierungschef geworden sei, seien die Herren Wormser und Laloy zu ihm, Strauß, gekommen und hätten ihm dargelegt, daß der Plan nicht sofort verwirklicht werden könnte, man müsse mindestens noch ein Jahr darüber vergehen lassen.

Dieses Gespräch Strauß – Wormser – Laloy habe in Ihrer Wohnung stattgefunden.

Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie mir mitteilen könnten, welche Erinnerungen Sie an den Gesprächsverlauf haben. Zwar hat die ganze Sache heute im wesentlichen nur noch historische Bedeutung, dennoch würde ich es für wertvoll halten, daß wir auch zurückliegende Fakten so exakt wie möglich festzuhalten suchen.

Es mag sein, daß sich ein Bericht über den Vorgang bei unseren Akten[4] befindet. Bevor ich aber danach anfange zu suchen, würde ich gern von Ihnen wissen, was Sie von der Sache noch erinnern. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie die Antwort an mich persönlich richten würden.[5]

Mit meinen besten Grüßen bin ich

Ihr Carstens[6]

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 419

[1] Durchschlag als Konzept.

[2] Zur Besprechung von Vertretern der CDU und CSU am 19./20. Mai 1964 in Gmund am Tegernsee vgl. auch Dok. 121, Anm. 12.

[3] Zu den Plänen für eine militärisch-nukleare Zusammenarbeit zwischen Frankreich, der Bundesrepublik und Italien vgl. STRAUSS, Erinnerungen, S. 313–319. Vgl. dazu auch DDF 1957, Bd. II, Dok. 359.

[4] Zu dem Vorhaben einer nuklearen Zusammenarbeit 1957/58 vgl. Abteilung II (II 7), VS-Bd. 993.

[5] Botschafter Blankenhorn, Rom, antwortete am 9. Juni 1964, daß er über den Inhalt des Gesprächs nichts Näheres wisse. Er erinnere sich lediglich, „daß sowohl Wormser als auch Laloy eine deutsch-französische Zusammenarbeit auf atomarem Gebiet damals als verfrüht bezeichnet haben". Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 419; B 150, Aktenkopien 1964.
Vgl. dazu auch Dok. 292.

[6] Paraphe.

140

Ministerialdirektor Krapf an die Vertretung bei der NATO in Paris

II 5-82.00/94.27/738/64 VS-vertraulich **Aufgabe: 27. Mai 1964, 19.26 Uhr[1]**
Fernschreiben Nr. 1967 Plurex
Citissime

Auf Drahtbericht Nr. 743 vom 25.5.[2]

Bei der Konsultation einer Antwort unserer Verbündeten auf die Note der tschechoslowakischen Regierung vom 12. Mai[3] bitte ich Sie, folgende Haltung einzunehmen:

1) Allgemein

Nach unserer Ansicht sollten unsere Verbündeten die tschechoslowakische Note vom 12. Mai – wenn überhaupt – nur kurz beantworten und auf die einzelnen in der Note enthaltenen Vorwürfe allenfalls summarisch eingehen.[4]

Für diese Form der Antwort spricht: Die Note ist in Form und Sprache ein durchsichtiger Versuch, die NATO-Staaten gegen die Bundesrepublik Deutschland zu beeinflussen. Sie scheint uns mit dem angeblichen Wunsch der Tschechoslowakei, gutnachbarliche Beziehungen zur Bundesrepublik

[1] Der Drahterlaß wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Luedde-Neurath konzipiert.

[2] Botschafter Grewe, Paris (NATO), berichtete am 25. Mai 1964, daß die Tschechoslowakei verschiedenen NATO-Staaten eine gegen die MLF gerichtete Note habe zukommen lassen. Es sei im Ständigen NATO-Rat beschlossen worden, Konsultationen über eine Beantwortung aufzunehmen. Vgl. Abteilung II (II 5), VS-Bd. 265; B 150, Aktenkopien 1964.

[3] In der Note verwies die tschechoslowakische Regierung auf die angebliche Bedrohung durch „Angriffsstreitkräfte" der Bundesrepublik. Die „Hauptanstrengungen des deutschen Militarismus" seien jedoch darauf gerichtet, in den Besitz von Atomwaffen zu gelangen. Die Bemühungen zur Realisierung des MLF-Projekts seien lediglich ein Mittel, der Bundesrepublik unmittelbaren Zugang zu Atomwaffen zu verschaffen. Weiterhin nahm die Note zu „revanchistischen" Tendenzen Stellung; so fordere die Bundesregierung „die Wiederherstellung der deutschen Grenzen von 1937 und habe sich bisher nicht vom verbrecherischen Diktat von München distanziert und keine klare Anerkenntniserklärung über dessen Ungültigkeit abgegeben". Vgl. die am 27. Mai 1964 vom Referat II 2 vorgelegte Zusammenfassung der Note an die USA; Abteilung II (II 5), VS-Bd. 265; B 150, Aktenkopien 1964.
Die anderen NATO-Staaten, mit Ausnahme der Bundesrepublik, erhielten inhaltsgleiche Noten. Vgl. Abteilung II (II 5), VS-Bd. 265.

[4] Für die Antwortnoten der NATO-Partner vgl. Abteilung II (II 5), VS-Bd. 265.
Dazu hielt Vortragender Legationsrat I. Klasse Luedde-Neurath am 29. Juli 1964 fest: „Die Behandlung der tschechoslowakischen Note ist von den NATO-Staaten im Politischen Ausschuß der NATO abgestimmt worden. Soweit die Regierungen eine Beantwortung der Note überhaupt in Erwägung zogen, teilten sie unsere Auffassung, daß die Antwort kurz sein und auf die tschechoslowakischen Vorwürfe allenfalls summarisch eingegangen werden sollte. Nur der amerikanische Vertreter legte einen ausführlichen Antwortentwurf seiner Regierung vor. Die amerikanische Antwort ist dem tschechoslowakischen Botschafter in Washington am 10. Juli 1964 überreicht worden. Sie weist insbesondere die tschechoslowakischen Anschuldigungen gegen die Bundesrepublik Deutschland nachdrücklich und mit ausführlicher Begründung zurück." Vgl. Abteilung II (II 5), VS-Bd. 265; B 150, Aktenkopien 1964.

Deutschland zu entwickeln[5], nur schwer vereinbar, zumal sie sich bloßer Propagandathesen bedient, für die sie Beweise schuldig bleibt.

2) „Entspannungspolitik"

Die in der tschechischen Note zu Beginn genannten Maßnahmen auf dem Gebiete der Rüstungskontrolle und Entspannung sind nicht durch tschechisches Bemühen zustande gekommen, sondern durch eine amerikanisch-sowjetische Verständigung, und werden von der Bundesregierung ebenso aufrichtig begrüßt wie von der tschechischen. Die Bundesregierung will diese Entspannungspolitik nicht stören oder sich ihr widersetzen. Sie ist im Gegenteil bestrebt, diese Politik, die noch nicht einmal die internationale Atmosphäre merklich verbessern konnte, wie gerade der Inhalt der tschechischen Note beweist, an die wahren Ursachen der Spannung heranzuführen und eine für alle Seiten befriedigende Regelung der deutschen Frage zu erreichen.

3) MLF[6]

a) Wir würden es begrüßen, wenn unsere Verbündeten – soweit sie eine Beantwortung der Note für angezeigt halten – im allgemeinen Teil der Antwort betonen würden, daß über die Frage der Vereinbarkeit einer multilateralen Atomstreitmacht der NATO mit dem Grundsatz der Nichtverbreitung von Kernwaffen ausführlich in der Genfer Abrüstungskonferenz, an der die Tschechoslowakei auch teilnimmt, gesprochen worden sei[7] und daß eine Erörterung dieses Themas in propagandistischer Form außerhalb des Konferenzrahmens die Genfer Verhandlungsatmosphäre nur stören müsse.

b) Die NATO-Staaten sollten unter allen Umständen vermeiden, in einen Dialog mit der Tschechoslowakei über die MLF einzutreten, weil sonst die Gefahr besteht, daß andere Ostblockstaaten und auf deren Betreiben möglicherweise auch nicht gebundene Staaten in ähnlicher Form bei den NATO-Staaten gegen die MLF intervenieren.

c) Die tschechische Note ist sowohl an MLF-Staaten wie an NATO-Staaten, die sich an der MLF nicht beteiligen, gerichtet. Je kürzer die Antwort ist und je weniger sie auf die tschechoslowakische Kritik an der MLF eingeht, desto mehr kann eine einheitliche Antwort aller Empfänger sichergestellt werden.

d) Die Vereinigten Staaten, Großbritannien und die Bundesrepublik Deutschland haben bereits in ihren Antwortnoten vom 18. Mai 1963[8] auf die sowjetischen Noten vom 8. April 1963[9] eingehend zu der Kritik des Ostblocks an der MLF und der deutschen Beteiligung an der MLF Stellung genommen. Die drei Antwortnoten wurden im NATO-Rat am 14. Mai 1963 zur Konsultation ge-

[5] Zwischen der Bundesrepublik und der Tschechoslowakei fanden zu dieser Zeit Sondierungen über die Aufnahme amtlicher Kontakte in Form von Handelsvertretungen statt. Vgl. dazu Dok. 100.

[6] Zum Stand der MLF-Verhandlungen vgl. Dok. 104.

[7] Auf der Konferenz der 18-Mächte-Abrüstungskommission in Genf äußerte sich der ägyptische Delegierte Hassan am 9. April 1964 zur Problematik der Vereinbarkeit einer multilateralen Atomstreitmacht mit dem Ziel der Nichtverbreitung von Kernwaffen. Vgl. dazu DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1964, S. 142–152.

[8] Für den Wortlaut vgl. DzD IV/9, S. 357-367.

[9] Vgl. dazu Dok. 59, Anm. 24.

stellt.[10] Durch einen einfachen Verweis auf die Antwortnoten, die nach Übergabe veröffentlicht wurden, würde klargestellt, daß die NATO-Staaten die Tschechoslowakei nicht für legitimiert halten, sich in interne Verhandlungen zwischen NATO-Staaten über die Verbesserung ihres gemeinsamen Verteidigungspotentials einzumischen.

4) NATO

a) Der tschechoslowakischen Regierung ist bekannt, daß Zweck und Ziel der NATO ausschließlich die gemeinsame Verteidigung der Freiheit der NATO-Staaten sind. Ihr ist ferner bekannt, daß die Bundesrepublik Deutschland ihre Streitkräfte in die integrierte Verteidigungsstruktur der NATO eingliedert und freiwillig Beschränkungen unterworfen hat.

b) Die tschechoslowakische Regierung ist nicht legitimiert, sich in die Bemühungen der NATO-Staaten einzumischen, ihr Verteidigungspotential zu verbessern. (siehe oben 3d)[11]

5) „Revanchismus"

Die als expansionistisch bezeichnete Äußerung des Bundeskanzlers vom 22. März 1964[12], in der das Recht der Bundesregierung, für alle Deutschen zu sprechen, betont wird, wiederholt nur einen Grundsatz, der in der Berliner Erklärung der Regierungen der drei Westmächte und der Bundesregierung vom 29. Juli 1957[13] niedergelegt ist. Wenn die tschechische Note hiermit die auch von allen NATO-Staaten unterstützte Wiedervereinigungspolitik der Bundesregierung als eine revisionistische und expansionistische Politik bezeichnet, so charakterisiert dies treffend die von der Einstellung unserer Verbündeten verschiedene Auffassung der tschechoslowakischen Regierung zur deutschen Frage.

Wir sehen keinen Revanchismus darin, daß die Bundesregierung an den von den Alliierten 1945 getroffenen[14] und im Deutschlandvertrag vom 26. Mai 1952 ausdrücklich bestätigten Abmachungen[15] festhält, daß bis zu einer endgültigen Regelung der Ostgrenzfrage in einem Friedensvertrag die Grenzen vom 31. Dezember 1937 die völkerrechtlich gültigen Grenzen Deutschlands sind.

[10] Zur Konsultation über die Antwort der NATO auf die gegen die MLF gerichtete sowjetische Note vom 8. April 1963 vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Krapf vom 16. Mai 1963; Abteilung II (II 7), VS-Bd. 1321; B 150, Aktenkopien 1963.

[11] An dieser Stelle wurde von Ministerialdirektor Krapf gestrichen: „c) Die Vereinigten Staaten, Großbritannien und die Bundesrepublik Deutschland haben in ihren Antwortnoten vom 18. Mai 1963 auf die sowjetische Note vom 8. April 1963 zu den Behauptungen der tschechoslowakischen Note eingehend Stellung genommen. Die Antwortnoten sind veröffentlicht und der tschechoslowakischen Regierung bekannt."

[12] Vgl. dazu Dok. 131, Anm. 11.

[13] Vgl. dazu Dok. 124, Anm. 17.

[14] Zu den Grenzvorbehalten im Kommuniqué vom 2. August 1945 über die Konferenz von Potsdam (Potsdamer Abkommen) vgl. Dok. 108, Anm. 6.

[15] Im Deutschland-Vertrag vom 23. Oktober 1954 bestätigten die drei Westmächte, „daß ein wesentliches Ziel ihrer gemeinsamen Politik eine zwischen Deutschland und seinen ehemaligen Gegnern frei vereinbarte friedensvertragliche Regelung für ganz Deutschland ist, welche die Grundlage für einen dauerhaften Frieden bilden soll. Sie sind weiterhin darüber einig, daß die endgültige Festlegung der Grenzen Deutschlands bis zu dieser Regelung aufgeschoben werden muß." Vgl. DOKUMENTE DES GETEILTEN DEUTSCHLAND, Bd. 1, S. 232.

Die Note vergißt in diesem Zusammenhang den wesentlichen, von deutscher Seite wiederholt ausgesprochenen Verzicht auf Gewaltanwendung[16] sowie die Tatsache, daß schon aus der Begrenzung der noch zu regelnden territorialen Fragen auf das Gebiet innerhalb der Grenzen vom 31. Dezember 1937 Gebiete der Tschechoslowakei überhaupt nicht betroffen sein können.

6) „Münchner Abkommen"

Die Polemik gegen das Münchner Abkommen[17] ist nach unserer Auffassung gegenstandslos, weil wir uns auf die Grenzen Deutschlands vom 31.12.1937 beziehen und deshalb keine territorialen Forderungen an die Tschechoslowakei haben. In diesem Sinne haben sich der Sprecher der Bundesregierung in der Pressekonferenz am 22.5.1964[18] und Bundeskanzler Erhard am 25.5.1964[19] klar von den Äußerungen Seebohms[20] distanziert (vgl. Informationsfunk der Bundesregierung vom 25.5.64 Meldung Nr. 2505-286).[21]

Krapf[22]

Abteilung II (II 5), VS-Bd. 265

[16] Zum Gewaltverzicht der Bundesrepublik gegenüber anderen Staaten vgl. Dok. 36, Anm. 24, und Dok. 68, Anm. 5.

[17] Für den Wortlaut des Münchener Abkommens vom 29. September 1938 vgl. ADAP, D, II, Dok. 675. Zur Frage der Gültigkeit des Münchener Abkommens vgl. auch Dok. 147.

[18] Zur Pressekonferenz vgl. den Artikel „Deutschland hat keine territorialen Forderungen an Prag"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 118 vom 23. Mai 1964, S. 1.

[19] Vgl. dazu den Artikel „Erhard beanstandet Seebohms Rede"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 119 vom 25. Mai 1964, S. 1. Vgl. dazu auch DzD IV/10, S. 588.

[20] Auf dem Pfingsttreffen der Sudetendeutschen Landsmannschaft in Nürnberg forderte deren Sprecher, Bundesminister Seebohm, am 17. Mai 1964 die Rückgabe des Sudetenlandes an das „sudetendeutsche Heimatvolk" und beharrte auf der Gültigkeit des Münchener Abkommens. Für den Wortlaut der Rede vgl. DzD IV/10, S. 566–585.

[21] An dieser Stelle wurde von Ministerialdirektor Krapf gestrichen: „Zur internen vertraulichen Unterrichtung: Im Auswärtigen Amt wird zur Zeit geprüft, ob wir einem etwaigen tschechoslowakischen Wunsch auf eine förmliche Stellungnahme zum Münchener Abkommen in irgendeiner Form entsprechen könnten. Im Rahmen der deutsch-tschechoslowakischen Kontakte über die Aufnahme amtlicher Beziehungen ist die Frage auf unseren Wunsch bisher von tschechoslowakischer Seite nicht angeschnitten worden."

[22] Paraphe vom 27. Mai 1964.

141

Botschafter Klaiber, Paris, an das Auswärtige Amt

Z B 6-1/4261/64 VS-vertraulich **Aufgabe: 27. Mai 1964, 20.20 Uhr**
Fernschreiben Nr. 858 **Ankunft: 27. Mai 1964, 21.00 Uhr**

Auf der Rückfahrt von der Moselkanal-Einweihung[1] bat mich General de Gaulle, den das ausgedehnte Festprogramm des Tages doch sichtlich ermüdet hatte, in seinem Salonwagen zu einem längeren Gespräch unter vier Augen. Bei dieser Gelegenheit kam der Staatspräsident auf folgende Punkte zu sprechen:

1) Politische europäische Union

De Gaulle begrüßte die Hartnäckigkeit des Herrn Bundeskanzlers, die Bemühungen um die politische Einigung Europas fortzusetzen[2] und werde darüber auch gern in Bonn am 3./4. Juli[3] mit dem Herrn Bundeskanzler sprechen. Allerdings sei er etwas skeptisch, ob eine neue Initiative, etwa in der Form der Wahrnahme einer Brüsseler EWG-Sitzung durch die Ministerpräsidenten, einen Widerhall bei den anderen Partnern fände.

2) Reform der NATO[4]

Der General erklärte, er habe die Rede von Bundestagspräsident Gerstenmaier in Tokio[5] zu diesem Problem mit großer Aufmerksamkeit gelesen. Die Auffassung von der Notwendigkeit einer Reform der NATO und einer besseren Verteilung der Gewichte zwischen den USA und Europa im atlantischen Verteidigungsbündnis gewinne auch in Washington an Boden. Allerdings seien ernste politische Gespräche darüber vor den amerikanischen und britischen Wahlen[6] nicht möglich. Der Wunsch nach einer Reform der NATO bedeute keineswegs eine Beeinträchtigung der Solidarität Frankreichs gegen-

[1] Die Arbeiten zur Kanalisierung der Mosel waren im deutsch-französisch-luxemburgischen Mosel-Vertrag vom 27. Oktober 1956 vereinbart. Die Einweihung des neuen Schiffahrtswegs wurde durch Großherzogin Charlotte von Luxemburg, Staatspräsident de Gaulle und Bundespräsident Lübke am 26. Mai 1964 gemeinsam vorgenommen. Vgl. dazu BULLETIN 1964, S. 753–757 und S. 789–792.

[2] Zu den Bemühungen des Bundeskanzlers Erhard um eine neue europapolitische Initiative vgl. besonders Dok. 27, Dok. 44 und Dok. 59.

[3] Zu den deutsch-französischen Regierungsbesprechungen vgl. Dok. 180–188.

[4] Vgl. dazu auch Dok. 127.

[5] Im Rückblick führte Bundestagspräsident Gerstenmaier zur Rede vom 19. Mai 1964 aus: „Danach entwickelte ich mein ‚Konzept der NATO-Reform': vom Kreis zur Ellipse. Bislang könne man sich die NATO als einen Kreis vorstellen, dessen Mittelpunkt in Washington liege ... Als Weltmacht Nummer eins müßten die USA neben dem europäisch-atlantischen Bereich aber auch den amerikanisch-pazifischen im Auge behalten, und die Europäer hätten über kurz oder lang mehr für die Verteidigung des europäisch-atlantischen aufzubringen. Deshalb empfehle es sich, bei der NATO-Reform von der Vorstellung des Kreises abzugehen und sich mit einer Ellipse zu befreunden. In ihrem einen Brennpunkt werde zweifellos Washington, in ihrem anderen aber Paris oder Brüssel stehen müssen." Vgl. GERSTENMAIER, Streit und Friede, S. 510. Zur Asien-Reise von Gerstenmaier vgl. auch BULLETIN 1964, S. 833 f.

[6] Die Wahlen zum britischen Unterhaus fanden am 15. Oktober, die amerikanischen Präsidentschaftswahlen am 3. November 1964 statt.

über seinen westlichen Verbündeten. Diese Solidarität stehe nach wie vor außer jeder Frage.

3) Rotchina und Südost-Asien

In den nächsten Tagen werde nach Mitteilung de Gaulles der französische Botschafter in Peking eintreffen[7] und habe die Weisung, über die Haltung Rotchinas zu den Problemen der Länder des alten französischen Indo-China zu sondieren. Es bestehe immerhin die politische Möglichkeit, daß Rotchina, angesichts seines Konflikts mit Sowjetrußland[8] und seiner eigenen internen Schwierigkeiten, die es zu einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit den westlichen Ländern drängen[9], geneigt sei, in Südost-Asien eine Politik der Neutralisierung[10] dieser Länder, wenigstens für die nächsten Jahre, in Erwägung zu ziehen. Ob hier eine echte politische Chance bestehe, könne allerdings noch niemand voraussagen.

Was Laos anbetreffe, so halte er eine Konferenz der 14 Signatarmächte des Genfer Abkommens[11] für nötig, da auch die USA nicht an eine militärische Intervention in Laos dächten.[12] Vielleicht könnte durch eine solche Konferenz noch einiges gerettet werden. Das schlimmste wäre, die Dinge in Laos einfach treiben zu lassen. Frankreich sei durchaus bereit, die Konferenz auf das Laos-Problem zu beschränken und nicht zu einer Neutralitätskonferenz für ganz Indochina ausweiten zu lassen.

4) Lateinamerika

De Gaulle betonte erneut politische Notwendigkeit, die lateinamerikanischen Länder ohne jede Spitze gegen die Vereinigten Staaten verstärkt wirtschaftlich zu unterstützen. Er halte dies für eine echte deutsch-französische Aufgabe[13], da unsere anderen Partner hierfür praktisch ausfielen. Bekanntlich wird der General vom 15. September bis 15. Oktober über zehn lateinamerikanische Länder besuchen[14] und möchte dort sicher gern als Sprecher Europas auftreten. Ich halte es für wahrscheinlich, daß der französische Staatspräsident darüber am 3./4. Juli mit dem Herrn Bundeskanzler sprechen will und eine Abstimmung der deutsch-französischen Entwicklungshilfe für Lateinamerika vorschlagen wird.

[7] Vgl. dazu Dok. 75, Anm. 58.

[8] Zum sowjetisch-chinesischen Konflikt vgl. Dok. 112, Anm. 14.

[9] Zum Interesse der Volksrepublik China an einer Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen zur Bundesrepublik Deutschland vgl. Dok. 131.

[10] Zu den Vorstellungen des französischen Staatspräsidenten über eine Neutralisierung von Vietnam, Kambodscha und Laos vgl. besonders Dok. 44.

[11] Zum Genfer Laos-Abkommen vom 23. Juli 1962 vgl. Dok. 44, Anm. 37.

[12] Da die Einheit des laotischen Staates ernsthaft gefährdet sei, schlug Frankreich am 20. Mai 1964 die Einberufung einer Konferenz der Unterzeichnerstaaten des Genfer Laos-Abkommens von 1962 vor. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1964, Z 130.
Zur Lage in Laos vgl. auch Dok. 132, Anm. 11, und Dok. 160, Anm. 13.

[13] Zu den Überlegungen für eine gemeinsame deutsch-französische Entwicklungspolitik in Lateinamerika vgl. Dok. 49 und Dok. 97.

[14] Vom 21. September bis 16. Oktober 1964 besuchte der französische Staatspräsident zehn südamerikanische Staaten. Vgl. dazu L'ANNÉE POLITIQUE 1964, S. 297 f.

5) Wahl Altbundeskanzlers Adenauer zum „membre de l'académie des sciences morales et politiques"

Der General sagte mir, er habe mit besonderer Freude das Dekret über die Wahl Adenauers zum Mitglied der Akademie unterzeichnet. Er denke sich, daß der Altbundeskanzler etwa gegen Ende Oktober zu seiner Investitur[15] nach Paris kommen sollte und möchte ihn dann bei dieser Gelegenheit ausführlich sprechen.[16]

[gez.] Klaiber

Abteilung I (I A 3), VS-Bd. 38

142

Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Wieck, Washington

II 7-82.-1236/64 geheim **28. Mai 1964**[1]

Betr.: Deutsche Kontingente für friedenssichernde Operationen der Vereinten Nationen

I. 1) Deutschland gehört den Vereinten Nationen noch nicht an.[2] Gleichwohl ist die Bundesrepublik in allen Sonderorganisationen der VN und in zahlreichen Unterorganen, z.B. ECE, UNICEF, Mitglied und trägt damit dazu bei, das hinsichtlich Deutschlands in dieser Weltorganisation bestehende Vakuum in dem Maße auszufüllen, in dem das unter den obwaltenden Umständen möglich ist.

2) In der Frage von deutschen finanziellen Beiträgen zu VN-Fonds hat sich die Bundesregierung bisher von der Überlegung leiten lassen, daß sie zu dem eigentlichen Budget der Vereinten Nationen keinen Beitrag leisten kann, da sie mit Sitz und Stimme in dieser Organisation nicht vertreten ist. Außerdem hat sich die Bundesregierung auch nicht entschließen können, zu den Fonds für friedenssichernde VN-Operationen Beiträge zu leisten. Mit der Übernahme von Kosten der in Zypern stattfindenden Friedenssicherungs-Operation[3] hat die Bundesrepublik ihren bisherigen Standpunkt revidiert, wahrscheinlich deshalb, weil die Beitragsleistung dieser Operation auf freiwilliger

[15] Zur Aufnahme des ehemaligen Bundeskanzlers Adenauer am 9. November 1964 in die Académie Française in Paris vgl. BULLETIN 1964, S. 1503 f. und S. 1519.

[16] Zu den Gesprächen des ehemaligen Bundeskanzlers Adenauer am 9./10. November 1964 mit Staatspräsident de Gaulle vgl. Dok. 318 und Dok. 321.

[1] Durchdruck.
Die Aufzeichnung wurde am 9. Juli 1964 von Botschafter Knappstein, Washington, an das Auswärtige Amt übermittelt.

[2] Zur Frage einer Mitgliedschaft der Bundesrepublik in der UNO vgl. Dok. 135.

[3] Zur finanziellen Unterstützung der UNO-Friedenstruppe auf Zypern durch die Bundesrepublik vgl. Dok. 71 und Dok. 123, Anm. 6.

Grundlage und nicht auf dem Prinzip der „Besteuerung" der VN-Mitgliedstaaten beruht.

3) Im Zusammenhang mit der Kongo-Aktion[4] und mit der VN-Operation in Zypern, die bekanntlich zunächst im NATO-Rahmen hatte stattfinden sollen[5], ist in der Bundesrepublik die Frage der Bereitstellung und Entsendung deutscher Streitkräfte für solche Aufgaben diskutiert worden. Die ablehnenden Stimmen überwogen.[6] Die negative Einstellung gründet sich vor allem darauf, daß

a) die deutschen Streitkräfte sämtlich der NATO unterstellt sind und deshalb für solche Einsätze nicht abgezogen werden können;

b) der Einsatz deutscher Truppen bei den griechischen Bevölkerungsteilen auf Zypern und in Griechenland unliebsame Erinnerungen an den Weltkrieg hervorrufen würde;

c) rechtliche Voraussetzungen für einen solchen Einsatz fehlten oder jedenfalls fraglich wären.

In verstärktem Umfang haben sich negative Stimmen bei der Diskussion der Frage eines etwaigen deutschen militärischen Engagements innerhalb oder außerhalb der Vereinten Nationen in Südvietnam[7] erhoben.

4) Die Vereinigten Staaten verfolgen seit längerem das Ziel, die Funktionsbereitschaft der Vereinten Nationen für friedenssichernde Aufgaben zu verbessern. Dieses Ziel wird sehr stark mit pragmatischen Mitteln und weniger mit umfassenden Plänen, die etwa die Bildung einer bestehenden VN-Streitmacht vorsehen würden, verfolgt. Präsident Kennedy hat sich in seinen Reden vor den Vereinten Nationen[8] dafür ausgesprochen, daß die einzelnen Staaten Kontingente ihrer Streitkräfte für VN-Operationen vorbereiteten und zur Verfügung stellten, ohne sie allerdings gewöhnlich einem VN-Kommando zu unterstellen. Dieser Aufforderung haben einzelne Mächte entsprochen, andere haben schon vorher solche Vorbereitungen getroffen. Zu nennen sind insbesondere Schweden, Finnland, Dänemark, Norwegen, Irland, Kanada.[9] Auch Präsident Johnson hat diesen Plan im Dezember 1963 in seiner VN-Rede[10] gefördert.

[4] Zur Krise im Kongo vgl. Dok. 70, Anm. 21.

[5] Zur vorgesehenen Beteiligung von Bundeswehreinheiten an einer Friedenstruppe aus Kontingenten einzelner NATO-Staaten vgl. Dok. 37.

[6] Zur Auseinandersetzung um die mögliche Entsendung von Bundeswehrsoldaten nach Zypern vgl. OSTERHELD, Außenpolitik, S. 63 f.; STRAUSS, Erinnerungen, S. 429.

[7] Zur Überlegung der Bundesregierung, ein Lazarett in die Republik Vietnam (Südvietnam), zu entsenden vgl. Dok. 129.

[8] Präsident Kennedy erklärte zuletzt am 20. September 1963 vor der UNO-Generalversammlung: „I also hope that the recent initiative of several members in preparing standby peace forces for United Nations call will encourage similar commitments by others. This Nation remains ready to provide logistic and other material support." Für den Wortlaut der Rede vgl. PUBLIC PAPERS, KENNEDY 1963, S. 693–698.

[9] Am 1. Oktober 1963 gab UNO-Generalsekretär U Thant bekannt, daß Dänemark, Finnland, die Niederlande, Norwegen und Schweden angeboten hätten, Streitkräfte für die Durchführung von friedenssichernden Aktionen der UNO bereitzuhalten. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1963, Z 229.
Zu den Überlegungen für eine ständige Friedenstruppe der UNO vgl. auch Dok. 159.

[10] Für den Wortlaut der Rede vom 17. Dezember 1963 vgl. PUBLIC PAPERS, JOHNSON 1963/64, S. 61–63.

5) Bei den friedenssichernden Operationen der Vereinten Nationen haben sich in der Vergangenheit stets Schwierigkeiten ergeben, die notwendigen Truppenstärken und die logistische Struktur zu beschaffen und über längere Zeit hin zu erhalten. Angesichts des erheblichen deutschen Militär-Potentials ist deshalb in verstärktem Maße in der Zukunft damit zu rechnen, daß die Frage einer deutschen Beteiligung immer häufiger gestellt werden wird. Es muß fraglich erscheinen, ob wir wirklich auf die Dauer in allen Fällen abseits stehen können. Es ist deshalb vorzuschlagen, daß alle mit diesem Fragenkomplex zusammenhängenden Fragen frühzeitig geprüft werden und daß der Versuch gemacht wird, Voraussetzungen für die Übernahme von solchen Funktionen auch durch die Bundesrepublik zu schaffen.

II. Konzept eines deutschen VN-Kontingents

Es wäre an folgendes Konzept zu denken:

1) Die Bundesrepublik bildet mit Einwilligung der NATO einen Truppenteil (Regiment, evtl. Kompanie als Versuchsprojekt) für solche Einsätze aus (Sprachenfrage, internationales Recht, VN-Vorschriften, Satzungen, „Rules of Conduct"). Für diesen Zweck könnten die Amerikaner oder Engländer sicherlich beratende Offiziere, die im VN-Stab New York tätig gewesen sind, zur Verfügung stellen.

Es könnte auch daran gedacht werden, eine Einheit des Bundesgrenzschutzes dafür auszubilden. Es könnte ebenfalls erwogen werden, Vorbereitungen für logistische Hilfestellung zu treffen.

2) Es werden die rechtlichen Voraussetzungen, soweit sie fehlen bzw. soweit sie im Wege des Verordnungswesens zustande gebracht werden können, vorbereitet, um im Notfall sofort verkündet zu werden.

3) Zu gegebener Zeit wird eine allgemeine Grundsatzerklärung, wie sie auch von anderen Regierungen (siehe Ziffer 4) abgegeben worden ist, unter sorgfältiger Festlegung der Bedingungen veröffentlicht bzw. den interessierten Regierungen und dem VN-Generalsekretär bekanntgemacht. Es wäre festzustellen, daß wir prinzipiell bereit seien, an friedenssichernden VN-Operationen mitzuwirken, vorausgesetzt, daß wir die Frage in jedem akuten Fall prüfen müßten, und vorausgesetzt, daß die betroffenen Regierungen dies ausdrücklich wünschen bzw. keine Einwendungen erheben.

Es wäre festzustellen, daß wir für diesen besonderen Fall entweder das Stimmrecht im Sicherheitsrat wünschten (was wohl nicht durchzusetzen ist) oder aber die Zusicherung, im Sicherheitsrat gehört zu werden. Damit würde ein Präzedenzfall eines deutschen Auftretens auch in originären VN-Organen ohne gleichzeitige Anwesenheit von SBZ-Vertretern geschaffen.

III. Die Verteidigungsaufwendungen der Bundesrepublik gehören zu den umfangreichsten in der freien und ungebundenen Welt. Wenn wir uns bereit erklären, auch unsererseits einen Beitrag zu friedenssichernden Funktionen zu leisten, sofern die Umstände des besonderen Falles es wünschenswert erscheinen lassen, können wir m.E. einen wesentlichen Beitrag dazu leisten, daß das Unbehagen und die Unsicherheit in anderen Teilen der Welt über die Zweck-

bestimmung unserer Streitkräfte reduziert werden und daß unsere Streitkräfte auch in anderen Teilen der Welt Anerkennung und Vertrauen erwerben.

gez. Dr. Wieck

Abteilung I (I B 1), VS-Bd. 179

143

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Krapf

II 5-82.50/92.08/350/64 geheim **30. Mai 1964**

Betr.: I. Ergebnis des ersten Sondierungsgesprächs mit der Botschaft der Volksrepublik China in Bern[1]
II. Vorschlag über das weitere Procedere

I. LR I Hansen hat weisungsgemäß[2] den Geschäftsträger a.i., Botschaftsrat Tsui Chi-yuan, aufgesucht, um zu sondieren, ob und inwieweit er die Vorschläge, die nichtamtlichen deutschen Persönlichkeiten gegenüber gemacht worden waren, in einem offiziellen Gespräch aufrechterhalten und präzisieren werde.

Die Unterredung ist, wie LR I Hansen hier berichtet hat, von beiden Seiten sehr vorsichtig geführt worden. Sie konzentrierte sich bald auf die Frage, ob der deutsch-chinesische Warenaustausch durch ein Regierungsabkommen gefördert werden könne. Offensichtlich waren die Chinesen nicht darauf vorbereitet, zu den beiden anderen Themen, die Herr Kirchner dem Auswärtigen Amt genannt hatte (Kulturaustausch und „Sonstiges"), etwas Konkretes zu sagen. Das Gespräch gab im übrigen Gelegenheit, die Haltung der Bundesregierung zur Deutschlandfrage klarzulegen und die chinesische Einstellung gegenüber der SBZ zu ermitteln.

Der chinesische Geschäftsträger erklärte einleitend, seine Regierung führe eine selbständige Politik. Sie diene den Interessen des chinesischen Volkes und dem Weltfrieden. China beabsichtige nicht, die jetzt aufgenommenen Kontakte mit der Bundesregierung propagandistisch auszunutzen oder die Bundesregierung damit irgendwie anderweitig in Schwierigkeiten zu bringen. Die Kontakte würden, selbst wenn deren Resultate schließlich nicht den Erwartungen entsprächen, für die Bevölkerung der Volksrepublik China und der Bundesrepublik Deutschland von Nutzen sein und zum gegenseitigen Verständnis beitragen.

[1] Zur Frage einer Aufnahme von Verhandlungen mit der Volksrepublik China über ein Warenabkommen vgl. zuletzt Dok. 131.

[2] Vgl. den Erlaß des Staatssekretärs Carstens vom 23. Mai 1964 an die Botschaft in Bern (mit Anlage); Abteilung II (II 5), VS-Bd. 234; B 150, Aktenkopien 1964.

Tsui führte aus, man habe den Gesprächen mit Herrn Wolff von Amerongen[3] entnommen, die Bundesregierung sei zum Abschluß eines Handelsabkommens mit der chinesischen Regierung bereit. Die chinesische Regierung strebe eine Erweiterung des gegenseitigen Handels an, dessen Volumen – wie die chinesischen Gesprächspartner ausdrücklich erklärten – im vergangenen Jahr zugenommen habe. Besonderes Interesse habe China z.B. an Präzisionsmaschinen. Über konkrete Einzelfragen sollte später gesprochen werden. Herr Tsui bat um Bestätigung, daß die Bundesregierung zu Verhandlungen über ein solches Abkommen bereit sei.

Ihm wurde erklärt, in dieser Hinsicht lägen noch keine Instruktionen vor; die Frage werde aber unserer Regierung sogleich zur Prüfung unterbreitet. Zweck der Fühlungnahme sei deutscher Auffassung nach, vorerst festzustellen, ob Peking tatsächlich – wie dies die Herren Wolff von Amerongen und Kirchner in Bonn berichtet hatten – an einem Warenabkommen gelegen sei. (Deutscherseits wurde stets von „Warenabkommen", chinesischerseits von „Handelsabkommen" gesprochen.)

Herr Tsui gab deutlich seiner Enttäuschung darüber Ausdruck, daß die Bundesregierung heute noch nicht ihre grundsätzliche Bereitschaft zu Verhandlungen über ein Abkommen erklären könne. Nachdem er einer klaren Antwort auf die ihm gestellte Gegenfrage zunächst auszuweichen versucht hatte, erklärte er schließlich, seine Regierung sei daran interessiert, mit der Bundesregierung über ein Abkommen zu verhandeln, das unseren Abkommen mit verschiedenen osteuropäischen Staaten[4] entspräche oder doch ähnlich sei.

Der Geschäftsträger wurde darauf aufmerksam gemacht, daß die Bundesrepublik Deutschland außenpolitisch auch Berlin vertrete und daß die Einbeziehung Berlins in ein solches Abkommen deshalb selbstverständlich sei. Tsui, auf dieses Problem offensichtlich vorbereitet, fragte, ob die Bundesregierung auch über ein Abkommen zu verhandeln bereit sei, in dem Westberlin als „Währungsgebiet DM-West" umschrieben werde (deutscherseits wurde stets von „Berlin", chinesischerseits von „Westberlin" gesprochen). Ihm wurde erwidert, daß wir, wie gesagt, hinsichtlich der grundsätzlichen Bereitschaft der Bundesregierung zu Verhandlungen über ein Warenabkommen heute keine verbindliche Antwort geben könnten. Unserer Auffassung nach beständen aber deutliche Unterschiede zwischen den osteuropäischen Staaten und der Volksrepublik China. Während diese ersteren aus Rücksicht auf Moskau das Wort „Berlin" umschreiben müßten, hätten wir den Eindruck, daß China in seiner Außenpolitik frei und ungebunden sei und solche Rücksichten nicht zu nehmen brauche.

[3] Der Vorsitzende des Ostausschusses der Deutschen Wirtschaft nahm Anfang März 1964 Kontakt mit der Botschaft der Volksrepublik China in Bern auf und deutete an, „daß ein Beamter mittleren Ranges aus dem Auswärtigen Amt zu einem unverbindlichen Gespräch mit den Chinesen bereit sei". Vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Krapf vom 10. April 1964; Abteilung II (II 5), VS-Bd. 234; B 150, Aktenkopien 1964.

[4] Im Laufe des Jahres 1963 schloß die Bundesrepublik Abkommen mit Polen, Rumänien und Ungarn über den Handelsverkehr bzw. den Austausch von Handelsvertretungen. Vgl. dazu Dok. 13, Anm. 20.
Zum Abkommen mit Bulgarien vom 6. März 1964 über den Waren- und Zahlungsverkehr und den Austausch von Handelsvertretungen vgl. Dok. 62.

Auf diese Bemerkung wiederholte Herr Tsui mit großem Nachdruck, die chinesische Regierung ließe sich in der Tat keinerlei Vorschriften machen und verfolge lediglich eine Politik, die den Interessen des eigenen Volkes und dem Weltfrieden diene. „Keine Macht kann den Standpunkt der chinesischen Regierung ändern." Er hoffe, daß wir gerade auch darüber nach Bonn berichten würden.

Seine Regierung werde die Frage, ob und gegebenenfalls in welcher Form Berlin in ein eventuelles Abkommen einbezogen werden könne, im Lichte der heute vorgebrachten Argumente prüfen. Er schien jedoch Schwierigkeiten für den Fall zu sehen, daß wir Berlin *ausdrücklich und ohne Umschreibung* in einem Abkommen erwähnt haben wollten.

Die Errichtung von Handelsmissionen wurde von Tsui nicht erwähnt. Deutscherseits wurde die Frage nicht angesprochen, da ja der stellvertretende Ministerpräsident Chen Yi in seinem Interview vom 3. April[5], auf das Herr Tsui anspielte und dessen Formulierungen er gelegentlich benutzte, die Errichtung von Handelsvertretungen für nicht akut erklärt hatte.

Zusammenfassend gab Herr Tsui der Hoffnung Ausdruck, daß die Kontakte fortgesetzt würden und daß beim nächsten Zusammentreffen verbindlich erklärt werden könne, daß die Bundesregierung zu Verhandlungen über ein Handelsabkommen bereit sei. Er sagte gleichzeitig zu, er werde seine Regierung um Weisung zu der Frage bitten, ob und in welcher Form Berlin in ein eventuelles Abkommen einbezogen werden könne.

Auf die Frage, welche Vorstellungen seine Regierung mit dem Herrn Kirchner gegenüber erwähnten Thema eines Kulturaustauschs verbinde, erklärte Herr Tsui lediglich in allgemeinen Wendungen, gegenseitige kulturelle Beziehungen seien grundsätzlich wertvoll; Einzelheiten müßten noch geprüft werden. Er könne sich denken, daß Verhandlungen über ein Kulturabkommen schwieriger sein würden als solche über ein Handelsabkommen. Herr Tsui wurde vorsorglich darauf hingewiesen, daß die Bundesregierung in *allen* Abkommen auf der Einbeziehung Berlins bestehen werde.

Zu dem von Herrn Kirchner ebenfalls mitgeteilten Thema „Sonstige Fragen" hatten die chinesischen Gesprächspartner auf Befragen nichts zu sagen.

Die Deutschlandfrage kam in der Unterredung verschiedentlich zur Sprache. Dies gab Gelegenheit, die Haltung der Bundesregierung darzulegen und vor allem auf deren Alleinvertretungsanspruch für Gesamtdeutschland, auf das Selbstbestimmungsrecht und die friedlichen Ziele unserer Politik hinzuweisen. Herr Tsui bezeichnete die Spaltung des deutschen Volkes als anormal. Auch China befürworte die Wiedervereinigung, über die „die beiden Teile" Deutschlands verhandeln müßten.[6]

[5] Auf einer Pressekonferenz vom 4. Mai 1964 drückte der chinesische Außenminister und stellvertretende Ministerpräsident Chen Yi das Interesse an einer Erweiterung der Handelsbeziehungen mit der Bundesrepublik aus. Die Errichtung von Handelsmissionen sei allerdings noch nicht in Betracht zu ziehen. Ein solcher Schritt komme erst in Frage, wenn die Voraussetzungen herangereift seien. Vgl. DzD IV/10, S. 539.

[6] Zu entsprechenden Äußerungen des chinesischen Außenministers Chen Yi vgl. Dok. 121, Anm. 9.

Es wurde darauf hingewiesen, daß die Spaltung Deutschlands am einfachsten überwunden werden könne, wenn der Bevölkerung in der sowjetisch besetzten Zone das Selbstbestimmungsrecht gewährt würde. Verhandlungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem moskauhörigen Regime von Pankow seien ausgeschlossen. Die dortigen Machthaber seien nicht gewählt, sondern von einer fremden Macht eingesetzt. Die SBZ sei besetztes Gebiet. Tsui sagte, hierüber könne man verschiedener Ansicht sein. Es sei zwar ein offenes Geheimnis, daß „Pankow" im ideologischen Konflikt[7] der chinafeindlichen Linie Moskaus folge. Dennoch werde die Volksrepublik China ihren „bisherigen korrekten Standpunkt" der „DDR" gegenüber nicht ändern. China unterhalte diplomatische Beziehungen zur „DDR" und habe sie als Staat anerkannt. Peking werde die beiden Teile Deutschlands „nicht gegeneinander ausspielen". Ihm wurde gesagt, daß auch die Bundesrepublik Deutschland mit den jetzigen Kontakten nicht beabsichtige, den Konflikt im Weltkommunismus zu verschärfen.

Taiwan wurde in der Unterredung nicht erwähnt.

Beide Seiten waren sich darüber einig, daß die heutigen Gespräche nur als erster Kontakt, jedoch nicht etwa als „Verhandlungen" angesehen werden könnten. Die Chinesen sagten Geheimhaltung ohne Rücksicht auf das Resultat der Gespräche fest zu; jedenfalls beständen auf ihrer Seite in dieser Hinsicht keinerlei Schwierigkeiten. Ihnen wurde erklärt, daß uns an einer Geheimhaltung gelegen sei und daß wir von uns aus über die Kontakte nichts verlauten lassen würden.

Die Unterredung wurde zwar zurückhaltend, aber trotz der erwähnten Meinungsverschiedenheiten stets in höflicher und verbindlicher Form geführt.

II. Zum weiteren Procedere schlage ich folgendes vor:

a) Wir sollten die Amerikaner jetzt sofort, und zwar in Bonn, über das Ergebnis dieser ersten Sondierung unterrichten.[8] Dabei sollten wir noch einmal unser starkes Interesse daran bekunden, mit den Chinesen zu einer Vereinbarung über den Warenverkehr unter Einbeziehung Berlins zu gelangen. Wir sollten ferner sagen, daß wir den Chinesen bald unsere Bereitschaft zur Aufnahme von Gesprächen über ein Warenabkommen mitteilen wollen. Zu den amerikanischen Bedenken wegen des „Timing" könnten wir sagen, die[9] Erfahrungen mit den osteuropäischen Ländern hätten uns gezeigt, daß ohnehin für

[7] Zum sowjetisch-chinesischen Konflikt vgl. Dok. 112, Anm. 14.

[8] Ministerialdirektor Krapf informierte am 5. Juni 1964 die Botschaft in Washington, die amerikanische Botschaft in Bonn sei „streng vertraulich" über den Stand der Überlegungen zur China-Frage unterrichtet worden. Dabei sei darauf hingewiesen worden, daß ein bloßes Warenabkommen „keine ins Gewicht fallende Aufwertung des chinesischen Prestiges" bedeuten würde. Dagegen könne die Einbeziehung von Berlin (West) ein „erheblicher politischer Gewinn" für die Bundesrepublik sein. Vgl. Abteilung II (II 5), VS-Bd. 234; B 150, Aktenkopien 1964.

[9] Der Passus „Zu den amerikanischen Bedenken wegen des ‚Timing' könnten wir sagen, die" ging auf Streichungen und handschriftliche Einfügungen des Staatssekretärs Carstens zurück. Vorher lautete er: „Die amerikanischen Bedenken wegen des ‚Timing' könnten wir dadurch berücksichtigen, daß der Abschluß eines solchen Abkommens einige Zeit – etwa bis nach den amerikanischen Wahlen – hinausgezögert würde. Die".

solche Gespräche mit einer Dauer von mehreren Monaten gerechnet werden müsse. Mit den Chinesen würde es nicht schneller gehen.[10]

Daß die amerikanische Haltung in dieser Frage nicht durchwegs ablehnend ist, ergibt sich aus einem neuerlichen Bericht der Botschaft Washington Nr. 1590 vom 26. Mai VS-vertraulich[11] sowie aus einer Mitteilung, die mir Botschaftsrat Kidd am 26. Mai, also nach der Demarche von Botschafter McGhee[12], machte. Er sagte, daß die politische Abteilung der hiesigen amerikanischen Botschaft zu der Auffassung gelangt sei, daß der Abschluß eines Warenabkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der VR China die amerikanischen Interessen nicht nachteilig beeinflusse und daß er vom Standpunkt der Deutschlandpolitik aus positiv zu beurteilen sei.

b) Der chinesischen Botschaft in Bern sollte erst nach Rückkehr des Herrn Bundeskanzlers aus Washington[13] mitgeteilt werden, daß wir bereit sind, Besprechungen über den Abschluß eines Warenabkommens aufzunehmen, vorausgesetzt, daß wir in Washington nicht auf sehr ernsten Widerstand stoßen[14].

c) Gleichzeitig sollten unsere wichtigeren Botschaften mit einer Sprachregelung versehen werden.[15] Dabei ist besonders zu beachten, daß wir nicht ein

[10] Dieser Satz wurde von Staatssekretär Carstens handschriftlich eingefügt.

[11] Am 26. Mai 1964 gab Botschafter Knappstein, Washington, den Eindruck wieder, daß man auf amerikanischer Seite „grundsätzlich keine Einwendungen gegen eine Intensivierung des Chinahandels mit nichtstrategischen Gütern haben würde, solange keine Aufnahme diplomatischer Beziehungen der Bundesrepublik mit Rotchina beabsichtigt ist". Im amerikanischen Außenministerium sei man der Ansicht, daß die politischen Vorteile eines Handelsvertrages mit der Volksrepublik China überwiegen würden, wenn eine Berlin-Klausel durchgesetzt werden könne. Dies führe zu einem Gegensatz zwischen der sowjetischen und der chinesischen Deutschlandpolitik und unterstütze die amerikanische Politik der Auflockerung gegenüber den osteuropäischen Staaten. Man lege allerdings Wert darauf, daß eine entsprechende Initiative der Bundesregierung nicht vor den Präsidentschaftswahlen und möglichst auch nicht vor Ende der nächsten Sitzungsperiode der UNO zu konkreten Vereinbarungen führe. Vgl. Abteilung II (II 5), VS-Bd. 272; B 150, Aktenkopien 1964.

[12] Der amerikanischer Botschafter brachte gegenüber Staatssekretär Carstens zum Ausdruck, daß die USA den Abschluß eines deutsch-chinesischen Warenabkommens für „untimely" hielten. McGhee betonte, ein solcher Schritt würde „als moralische Unterstützung der aggressiven Politik Pekings" aufgefaßt werden und die entgegengerichtete amerikanische Politik durchkreuzen. Demgegenüber scheine der deutschlandpolitische Gewinn, der aus der Einbeziehung von Berlin (West) in ein solches Abkommen resultiere, gering. Vgl. den Drahterlaß des Ministerialdirektors Krapf vom 25. Mai 1964 an die Botschaft in Washington; Abteilung II (II 5), VS-Bd. 234; B 150, Aktenkopien 1964.

[13] Zu den deutsch-amerikanischen Regierungsbesprechungen am 12. Juni 1964 in Washington vgl. Dok. 160 und Dok. 161.

[14] Der Passus „vorausgesetzt, daß wir in Washington nicht auf sehr ernsten Widerstand stoßen" wurde von Ministerialdirektor Krapf handschriftlich eingefügt.

[15] Als Sprachregelung für die Öffentlichkeit wurde den Botschaften in Washington, Paris und London mitgeteilt: „Wir sind mit der Frage einer maßvollen Ausweitung unseres Handels mit der VR China befaßt. Die Überlegungen hierzu sind noch nicht abgeschlossen. Die Frage der Einrichtung von Handelsvertretungen ist nicht aktuell." Vgl. den Drahterlaß des Ministerialdirektors Krapf vom 5. Juni 1964; Abteilung II (II 5), VS-Bd. 234; B 150, Aktenkopien 1964.
Die Botschaft in Tokio wurde angewiesen, die japanische Regierung von dem Vorhaben, ein Warenabkommen mit der Volksrepublik China abzuschließen, in Kenntnis zu setzen. Dabei solle betont werden, daß die in Aussicht genommenen deutsch-chinesischen Gespräche über diese Frage „viele Monate" dauern würden. Vgl. den Drahterlaß des Ministerialdirektors Krapf vom 8. Juni 1964; Abteilung II (II 5), VS-Bd. 234; B 150, Aktenkopien 1964.

Wettrennen zwischen den Japanern und uns auslösen und dadurch nachträglich die von Botschafter Thompson geäußerten Besorgnisse[6] rechtfertigen.

Hiermit über den Herrn Staatssekretär[7] dem Herrn Bundesminister[8] mit der Bitte um Kenntnisnahme und Zustimmung vorgelegt.

Krapf

Abteilung II (II 5), VS-Bd. 234

144

Bundesminister Schröder an Bundeskanzler Erhard

1. Juni 1964[1]

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,

ich darf Ihre Aufmerksamkeit nochmals auf die Abstimmung lenken, die am 29. Mai im III. Ausschuß der Welthandelskonferenz über den Resolutionsentwurf betr. Zielsetzung für das Wachstum und die Hilfeleistungen[2] erfolgt ist.

Wie Ihnen bekannt ist, hat die deutsche Delegation sich bei dieser Abstimmung zusammen mit Kuba und den Ostblockstaaten der Stimme enthalten[3], während sämtliche anderen Delegationen sich für die Annahme dieses Entwurfs ausgesprochen haben. Die deutsche Delegation hat bei dieser Abstimmung darauf hingewiesen, daß die Prüfung der Empfehlung durch ihre Regierung noch nicht abgeschlossen sei. Es herrscht daher in Konferenzkreisen allgemein die Meinung, daß wir bei den am Donnerstag, dem 4.6., vorgesehenen Abstimmungen im Plenum der Konferenz über die verschiedenen Resolu-

6 Zu den Äußerungen des amerikanischen Botschafters Thompson vom 12. Mai 1964 vgl. Dok. 126.

7 Hat Staatssekretär Carstens am 30. Mai 1964 vorgelegen.

8 Hat Bundesminister Schröder am 1. Juni 1964 vorgelegen.

1 Durchdruck.

2 Kernaussage war: „Believing that each economically advanced country should make a sustained effort to assist the developing countries, the conference further recommends that: each of them should endeavour to supply ... financial resources to the developing countries of minimum net amount approaching as nearly as possible to 1 per cent of its national income." Für den Wortlaut des Resolutionsentwurfs vgl. den Drahtbericht des Leiters der Delegation der Bundesrepublik Deutschland bei der Welthandelskonferenz, Klein, vom 25. Mai 1964; Referat III A 2, Bd. 6.

3 Der Leiter der Delegation der Bundesrepublik Deutschland bei der Welthandelskonferenz berichtete am 30. Mai 1964 über die Abstimmung im Ausschuß. Wenn die Bundesrepublik, so warnte Klein, auf ihrer Stimmenthaltung beharren sollte, „würde dies ungeachtet der bisherigen großen Leistungen der BRD auf diesem Gebiet eine negative Einstellung der Entwicklungsländer zu unseren sonstigen auf der Konferenz zur Diskussion stehenden Belangen zur Folge haben. Sowohl bei den institutionellen Fragen wie auch bei den zahlreichen sonstigen Ansatzpunkten für die Versuche, die SBZ ins Spiel zu bringen, würde [die] bisher mit großer Mühe aufrechterhaltene Front der für die BRD eintretenden Entwicklungsländer ins Wanken geraten." Klein empfahl, die Frage der Zustimmung zur Resolution zu prüfen und möglichst im positiven Sinn zu entscheiden. Vgl. Referat III A 2, Bd. 6.

tionsentwürfe doch noch unsere Zustimmung zu diesem Resolutionsentwurf geben werden. Es wird bei dieser Gelegenheit über die wichtigsten Vorschläge der Ausschüsse namentlich abgestimmt, so daß die Stimmabgaben der einzelnen Delegationen erheblich größere Beachtung als ihr Votum in den Ausschüssen finden werden.

Zum Inhalt der Resolution[4] selbst darf ich zunächst bemerken, daß er einen Kompromiß aufgrund langwieriger Verhandlungen zwischen den westlichen Industrieländern und den Entwicklungsländern darstellt. In Ziffer 1 des Resolutionsentwurfs wird besonders auf die von uns immer betonte Tatsache hingewiesen, daß den Entwicklungsländern selbst die Hauptaufgabe bei der Erschließung der notwendigen Hilfsquellen für ihre Entwicklung zufällt. Im übrigen ist die Formulierung der Ziffer 4 und 5 so elastisch gehalten, daß aus ihnen keine direkte rechtliche Verpflichtung zu erhöhten finanziellen Leistungen auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe abgeleitet werden kann. Auch ein verbindliches Schema für die Vergleichbarkeit der Leistungen der einzelnen Geberländer – ein Gedanke, gegen den wir uns immer ausgesprochen haben – ist ausdrücklich vermieden worden. Die Tatsache, daß Industrieländer, wie z.B. Norwegen, die Schweiz, Holland und Italien, die gegenwärtig einen wesentlich geringeren Teil ihres Bruttosozialprodukts als wir selbst für Zwecke der Entwicklungshilfe bereitstellen, die Resolution angenommen haben, beweist, daß auch sie die Resolution in vorstehendem Sinne interpretieren und in erster Linie als einen moralischen Appell an ihre Bereitwilligkeit zu erhofften Leistungen ansehen. Einer solchen Bereitschaft, uns nach besten Kräften zu bemühen, den angestrebten Prozentsatz von 1% des Bruttosozialprodukts zu erreichen, könnten wir uns im übrigen auch dann nicht entziehen, wenn wir bei unserer Stimmenthaltung bleiben würden, es sei denn, wir würden auf eine Mitgliedschaft in der künftigen Organisation[5] überhaupt verzichten, was mir völlig unmöglich erscheint.

Die Konferenz befindet sich gegenwärtig in einem Stadium, welches dadurch charakterisiert werden kann, daß es den Entwicklungsländern nicht gelungen ist, in den entscheidenden Fragen die erhofften Zugeständnisse von den Industrieländern zu erwirken.[6] Weder in der Frage des Grundstoffhandels noch in der der Präferenzen für Industriewaren sind sie mit ihren für uns sehr bedenklichen Wünschen durchgedrungen. Auch ihre weitgehenden Forderungen auf Finanzierung der Zahlungsbilanzlücke sind mit den allgemeinen Formulierungen der in Rede stehenden Resolution, die eigentlich mehr als eine good-

[4] Für den Wortlaut der Resolution „Growth and aid", die von der Konferenz mit 107 Stimmen bei 9 Enthaltungen angenommen wurde, vgl. auch PROCEEDINGS OF THE UNITED NATIONS CONFERENCE ON TRADE AND DEVELOPMENT. Geneva, 23 March–16 June 1964, Bd. I, New York 1964, S. 43 f.

[5] Zur Frage einer Institutionalisierung der Welthandelskonferenz vgl. Dok. 28, Anm. 28 und 29.

[6] Der Leiter der Delegation der Bundesrepublik Deutschland bei der Welthandelskonferenz, Klein, berichtete am 28. Mai 1964, die Entwicklungsländer seien „tief" enttäuscht, „daß ihnen der Westen auf handelspolitischem Gebiet so gut wie keine Zugeständnisse gemacht hat. Sie sind insbesondere darüber verärgert, daß die Vereinigten Staaten auf dem Gebiet der Präferenzen nach wie vor eine unnachgiebige Haltung zeigen. Sie sind auch enttäuscht darüber, daß die Amerikaner gegenüber Vorschlägen zur Stabilisierung der Rohstoffmärkte sehr zurückhaltend eingestellt sind. Um so stärker richtet sich ihr Druck auf die Erzielung eines Konferenzerfolges auf finanziellem Gebiet, wo die Vereinigten Staaten als Ausgleich für ihre sonst ablehnende Haltung ihnen entgegenkommen." Vgl. Referat III A 2, Bd. 6.

will-Erklärung angesehen werden muß, abgewehrt worden. Um so mehr Bedeutung legen die Entwicklungsländer dieser Resolution bei, die ihnen wenigstens eine gewisse Steigerung des Gesamtvolumens der Hilfe im Laufe der Zeit in Aussicht stellt.

Wenn wir durch unsere Haltung zu erkennen geben, daß wir nicht bereit sind, an den gemeinsamen Anstrengungen in angemessener Weise mitzuwirken, würden wir nicht nur die Entwicklungsländer, sondern auch unsere westlichen Verbündeten und Freunde stark enttäuschen. Es ist dem Westen gelungen, den Ostblock in dieser Frage von den Entwicklungsländern zu trennen. Dieser Tatsache wird im Verhältnis der westlichen freien Welt zu den Entwicklungsländern auf längere Sicht sicherlich große Bedeutung zukommen. Unsere endgültige Stimmenthaltung in Gesellschaft mit den Ländern des Ostblocks würde diese höchst wünschenswerte Demonstration der gesamten freien Welt zugunsten der Entwicklungsländer vereiteln. Letztere würden es im übrigen auch nicht verstehen, wenn Länder, z.B. Frankreich, Japan, Holland, Italien, Kanada u.a., diese Resolution annehmen, während die Bundesrepublik Deutschland mit ihrem hohen Lebensstandard, ihrem bedeutenden Platz im Weltaußenhandel und ihren Devisenreserven sich dieser gemeinsamen Aufgabe entzieht.

Unsere ohnehin schon schwierige Situation als Nichtmitglied der Vereinten Nationen[7] sollten wir nicht durch unsere Stimmabgabe noch belasten; insbesondere auch, weil wir zur Abwehr der Bemühungen der SBZ um Mitwirkung in den ständigen Organisationen weitgehendst auf die Stimmen der Entwicklungsländer angewiesen sind.

Ich wäre Ihnen dankbar, sehr geehrter Herr Bundeskanzler, wenn Sie die Angelegenheit im Lichte meiner vorstehenden Ausführungen, die, wie ich annehme, von den Kollegen Schmücker und Scheel geteilt werden, nochmals überprüfen und eine abschließende Entscheidung vor Donnerstag treffen würden.[8]

Mit freundlichen Grüßen

gez. Ihr Schröder

Ministerbüro, Bd. 265

[7] Zur Frage einer Mitgliedschaft der Bundesrepublik in der UNO vgl. Dok. 135.

[8] Am 5. Juni 1964 erteilte Bundesminister Schröder der Delegation der Bundesrepublik Deutschland bei der Welthandelskonferenz die Weisung, dem Resolutionsentwurf zuzustimmen. Vgl. Referat III A 2, Bd. 6.

145

Vermerk des Staatssekretärs Carstens

St.S. 1042/64 geheim **1. Juni 1964**[1]

Bundesminister von Hassel war am 27. und 28. Mai in London.[2] Bei dieser Gelegenheit hat der britische Verteidigungsminister sehr auf die Devisenhilfe[3] gedrängt. Vor allem hat er sich darauf berufen, daß wir den Amerikanern den vollen Ausgleich ihrer durch die Truppenstationierung entstehenden Devisenausgaben zugesagt hätten.[4] Thorneycroft hat auch vorgeschlagen, daß man ein Abkommen über einen längeren Zeitraum als zwei Jahre schließen müßte.[5]

Ich habe Herrn von Hassel gegenüber die Meinung vertreten, daß wir von dem Prinzip des vollen Ausgleichs wieder wegkommen müssen, auch gegenüber den Amerikanern; dieser Grundsatz binde uns zu stark die Hände.

Hiermit Herrn D III[6].

Carstens[7]

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 437

146

Staatssekretär Carstens an die Vertretung bei der NATO in Paris

St.S. 1048/64 geheim **Aufgabe: 1. Juni 1964, 13.18 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 2013 Plurex

Bundesminister von Hassel hat während seines Londonaufenthalts am 27./28. Mai[2] mit dem britischen Verteidigungsminister eingehend über die MLF gesprochen. Thorneycroft hat erklärt, in der gegenwärtigen Form sei die MLF für Großbritannien nicht akzeptabel. Man möge doch bitte die englischen Vorschläge vom April[3] sorgfältig prüfen.

1 Durchschlag als Konzept.
2 Vgl. dazu auch die Aufzeichnung des Bundesministers von Hassel vom 16. Juni 1964; Abteilung II (II 7), VS-Bd. 699; B 150, Aktenkopien 1964.
3 Zur Frage einer Devisenhilfe für Großbritannien vgl. zuletzt Dok. 115.
4 Zum deutsch-amerikanischen Protokoll vom 11. Mai 1964 über einen Devisenausgleich für die Jahre 1965/66 und 1966/67 vgl. Dok. 125, besonders Anm. 2.
5 Vgl. dazu weiter Dok. 208.
6 Ministerialdirektor Sachs.
7 Paraphe.

1 Hat Ministerialdirektor Krapf am 1. Juni 1964 vorgelegen.
2 Vgl. dazu auch Dok. 145.
3 Vgl. dazu Dok. 104, besonders Anm. 14.

Ich habe Herrn Bundesminister von Hassel gegenüber den Standpunkt vertreten, daß man eine Prüfung der britischen Vorschläge sicherlich nicht ablehnen könne, daß aber ein Eingehen auf diese Vorschläge nach meiner Auffassung eine völlige Umgestaltung der MLF zur Folge haben würde, was weder im wohlverstandenen Gesamtinteresse der NATO und noch weniger im deutschen Interesse liege.[4]

Ich bitte Natogerma, sich auf der von mir gegenüber Herrn von Hassel eingenommenen Linie zu halten.[5]

Carstens[6]

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 432

147

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Meyer-Lindenberg

V 1-80.28/1 **1. Juni 1964**[1]

Betr.: Frage der Rechtswirksamkeit des Münchener Abkommens vom 29. September 1938[2]

Zur Frage der Rechtswirksamkeit des Münchener Abkommens vom 29. September 1938 wird wie folgt Stellung genommen:

I. Die im Sprachgebrauch allgemein als „Münchener Abkommen" bezeichneten Vereinbarungen zwischen dem Deutschen Reich, dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland, Frankreich und Italien über die Sudetenfrage vom September 1938 setzen sich zusammen aus:

1) dem am 29. September 1938 in München unterzeichneten Abkommen[3] selbst (RGBl. 1938 II S. 853), das indes lediglich die „Bedingungen und Modalitäten" für die bereits grundsätzlich vereinbarte Abtretung der Sudetengebiete regelte;

[4] An dieser Stelle wurde von Staatssekretär Carstens gestrichen: „Die Briten wollten ihre alten Bomber in die MLF einbringen. Dadurch wollten sie nach ihrer Vorstellung einen unverhältnismäßig großen Einfluß auf die Streitmacht gewinnen."

[5] Zur Diskussion der britischen Vorschläge in der MLF-Arbeitsgruppe vgl. Dok. 172.

[6] Paraphe vom 1. Juni 1964.

[1] Vervielfältigtes Exemplar.
Die Aufzeichnung wurde mit Runderlaß vom 15. Juni 1964 an alle Auslandsvertretungen und alle Arbeitseinheiten des Auswärtigen Amts übermittelt.

[2] Insbesondere die Äußerungen des Bundesministers Seebohm vom 17. Mai 1964 über die angebliche Gültigkeit des Münchener Abkommens, aber auch die anstehenden Verhandlungen mit der Tschechoslowakei über einen Austausch von Handelsvertretungen gaben Anlaß für die Prüfung dieser Frage. Vgl. dazu Dok. 100 und Dok. 140, besonders Anm. 18–20.

[3] Für den Wortlaut des Münchener Abkommens vom 29. September 1938 vgl. ADAP, D, II, Dok. 675.

2) verschiedenen Erklärungen[4], die vor Vertragsschluß abgegeben worden waren und in der Präambel zum Abkommen vom 29. September 1938 als das „Abkommen" bezeichnet werden, „das hinsichtlich der Abtretung des sudetendeutschen Gebietes bereits grundsätzlich erzielt wurde";

3) mehreren, zusammen mit dem Abkommen unterzeichneten Zusätzen[5].

II. Die völkerrechtliche Wirksamkeit des britisch-französisch-italienischen Einverständnisses mit der Einverleibung der Sudetengebiete in das Deutsche Reich ist in der völkerrechtlichen Literatur fast unbestritten. Ebenso wird die Frage der völkerrechtlichen Wirksamkeit der von der tschechoslowakischen Regierung am 21. September 1938[6] zu dem britisch-französischen Vorschlag vom 19. September 1938[7] gegebenen Zustimmung und der tschechoslowakischen Annahmeerklärung zum Münchener Abkommen vom 30. September 1938[8] vom überwiegenden Teil der Literatur bejaht. Es kann somit davon ausgegangen werden, daß das Münchener Abkommen am 29. September 1938 gültig zustande gekommen ist.

Für die heutige Beurteilung des Münchener Abkommens kommt es hierauf jedoch nicht mehr entscheidend an. Denn wenn auch das Abkommen zunächst wirksam zustande gekommen war, so wurde ihm doch später, mit der Einverleibung Böhmens und Mährens am 16. März 1939 als Reichsprotektorat in das Deutsche Reich[9], die Grundlage entzogen, auf der es beruhte. Hitlers Zusicherung, nach Regelung der Sudetenfrage bestünden keine weiteren territorialen Forderungen mehr, die Anlaß zu Konflikten Deutschlands mit anderen Ländern geben könnten, sowie die in den Zusätzen zum Abkommen versprochene Respektierung der neuen Grenze und Konsultierung mit den Regierungen der übrigen Vertragspartner für den Fall des Scheiterns unmittelbarer deutsch-tschechoslowakischer Verhandlungen[10] sind mit dem Einverständnis der drei Vertragspartner und der Tschechoslowakei mit der Besetzung des Sudetenlandes untrennbar verbunden.

Es haben denn auch die britische wie die französische Regierung gegen die Errichtung des Protektorats unverzüglich protestiert und das deutsche Vorgehen als einen Bruch des Münchener Abkommens bezeichnet.[11] Im Jahre 1942 erklärten beide Regierungen in Noten an die tschechoslowakische Exilregie-

[4] Von völkerrechtlicher Bedeutung war insbesondere der britisch-französische Vorschlag vom 19. September 1938 zur Lösung der Sudetenfrage, der bereits eine Abtretung tschechoslowakischer Gebiete an das Deutsche Reich vorsah und am 21. September 1938 von der tschechoslowakischen Regierung akzeptiert wurde. Vgl. dazu Anm. 6 und 7.

[5] Für den Wortlaut der verschiedenen Zusatzerklärungen zum Münchener Abkommen vgl. ADAP, D, II, Dok. 675, S. 813 f.

[6] Für den Wortlaut der tschechoslowakischen Erklärung vgl. ABKOMMEN VON MÜNCHEN 1938, Dok. 210.

[7] Für den Wortlaut vgl. DBFP, 3. Serie, Bd. II, Dok. 937.

[8] Vgl. dazu DBFP, 3. Serie, Bd. II, Dok. 1229.

[9] Für den Wortlaut der Proklamation vom 16. März 1939 über die Errichtung des Protektorats Böhmen und Mähren vgl. ADAP, D, IV, Dok. 246.

[10] Zu den deutsch-tschechoslowakischen Beziehungen nach dem Münchener Abkommen vgl. ADAP, D, IV, Dok. 1–245; ABKOMMEN VON MÜNCHEN 1938, Dok. 250–318.

[11] Zur britischen und französischen Reaktion vgl. DBFP, 3. Serie, Bd. IV, Dok. 308; DDF, 2. Serie, Bd. XV, Dok. 75.

rung[12], daß sie sich an das Abkommen nicht mehr gebunden betrachteten, da das Deutsche Reich seine Grundlagen vorsätzlich zerstört habe. Spätestens seit dieser Zeit gehört die Rückgängigmachung der im Oktober 1938 vollzogenen Gebietsveränderungen zu den Kriegszielen der Alliierten.[13]

Die Alliierten haben dieses Kriegsziel auch verwirklicht. Die Sudetengebiete wurden im Anschluß an den Zweiten Weltkrieg von vornherein in das Staatsgebiet der wiedererrichteten Tschechoslowakei einbezogen. Im Einklang hiermit steht auch die Berliner Erklärung der vier Besatzungsmächte Deutschlands vom 5. Juni 1945[14], die auf den Gebietsbestand Deutschlands am 31. Dezember 1937 abstellt und die nach diesem Zeitpunkt inkorporierten Gebietsteile als außerhalb Deutschlands gelegen behandelt.

Die Bundesregierung hat die von den Alliierten im Jahre 1945 vollzogene Revision der Grenzen Deutschlands gegenüber der Tschechoslowakei bislang zwar nicht ausdrücklich anerkannt; sie hat andererseits jedoch auch niemals eine Rechtsverwahrung gegen die seit 1945 unangefochtene Grenzziehung gegenüber der Tschechoslowakei eingelegt. Das aber wäre unter den gegebenen rechtlichen und tatsächlichen Umständen für den Fall, daß nach Meinung der Bundesregierung das Münchener Abkommen noch über den Krieg hinaus rechtlich Bestand gehabt haben sollte, unerläßlich gewesen.

Das Münchener Abkommen muß danach heute endgültig als überholt angesehen werden.

III. Da die Bundesregierung – in Übereinstimmung mit der Berliner Erklärung der vier Besatzungsmächte vom 5. Juni 1945 – immer nur auf den Gebietsbestand Deutschlands vom 31. Dezember 1937 abgestellt und die gegenwärtige deutsch-tschechoslowakische Grenze niemals als unter dem Vorbehalt einer künftigen friedensvertraglichen Regelung stehend bezeichnet hat, erscheint eine definitive Stellungnahme der Bundesregierung zur Frage der Gültigkeit des Münchener Abkommens an sich nicht erforderlich.

Sollte es gleichwohl wünschenswert erscheinen, eine Stellungnahme der Bundesregierung zum Münchener Abkommen abzugeben, so bestehen keine rechtlichen Bedenken dagegen, zu erklären, daß das Münchener Abkommen heute

[12] Für den Wortlaut des diesbezüglichen Schreibens des britischen Außenministers Eden vom 5. August 1942 an den Außenminister der tschechoslowakischen Exilregierung, Masaryk, vgl. DzD I/3, S 649.
Für den Wortlaut der Note des Französischen Nationalkomitees vom 29. September 1942 an die tschechoslowakische Exilregierung vgl. WAR AND PEACE AIMS OF THE UNITED NATIONS, hrsg. von Louise W. Holborn, Boston 1943, S. 574.

[13] Vor dem britischen Unterhaus erklärte Außenminister Eden am 5. August 1942 dazu: „I added that as Germany had deliberately destroyed the arrangements concerning Czechoslovakia reached in 1938, His Majesty's Government regarded themselves as free from any engagements in this respect, and that at the final settlement of the Czechoslovak frontiers to be reached at the end of the war His Majesty's Government would not be influenced by any changes effected in and since 1938." Vgl. DzD I/3, S. 651.

[14] Mit der Berliner Erklärung vom 5. Juni 1945 übernahmen die Regierungen der USA, Großbritanniens, Frankreichs und der UdSSR die oberste Gewalt in Deutschland. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1946, S. 215.

endgültig überholt sei und daß Deutschland daher nicht beabsichtige, irgendwelche Rechte aus diesem Abkommen geltend zu machen.[15]

In der öffentlichen Diskussion wird immer wieder behauptet, eine Anerkennung der Tatsache, daß das Münchener Abkommen seine Gültigkeit verloren habe, würde den deutschen Interessen erhebliche Nachteile zufügen. Insbesondere wird geltend gemacht, daß

1) die Gültigkeit der in Ausführung des Münchener Abkommens getroffenen staatsangehörigkeitsrechtlichen Regelungen[16] in Frage gestellt sei und die Sudetendeutschen vom tschechoslowakischen Staat daher – wegen ihrer Teilnahme an den deutschen Kriegshandlungen – als „Deserteure" und „Hochverräter" in Anspruch genommen werden könnten;

2) vermögensrechtliche Ansprüche der Sudetendeutschen gegen den tschechoslowakischen Staat preisgegeben werden würden;

3) die Heimkehr deutscher Menschen aus der Tschechoslowakei im Wege der Familienzusammenführung[17] gefährdet sei.

Diese Behauptungen sind unzutreffend. Im einzelnen ist dazu folgendes zu bemerken:

Zu 1:
Die Frage nach der Gültigkeit der die sudetendeutschen Bevölkerung betreffenden Staatsangehörigkeitsgesetze muß unabhängig von der Frage nach der Gültigkeit des Münchener Abkommens bejaht werden. Sie ergibt sich aus allgemeinen Grundsätzen des Völkerrechts, nach denen die effektive Rechtsordnung eines nicht unter den besonderen Gesetzen des Kriegsrechts und der Haager Landkriegsordnung[18] stehenden Okkupanten sui generis als gültig anzusehen ist.

Zu 2:
Die Zwangsaussiedlung der Bevölkerung des Sudetengebietes war ein völkerrechtliches Delikt, das den tschechoslowakischen Staat schadensersatzpflichtig macht und ihm eine Pflicht zur Wiedergutmachung auferlegt. Diese Pflicht besteht, unabhängig von der Staatsangehörigkeit der Vertriebenen und unabhängig von der Frage der Gültigkeit des Münchener Abkommens. Es mag da-

[15] Vor dem Council on Foreign Relations in New York führte Bundeskanzler Erhard am 11. Juni 1964 dazu aus: „Der einzige unmittelbare Nachbar der Bundesrepublik unter den osteuropäischen Staaten ist heute die Tschechoslowakei. Die Politik der Bundesrepublik Deutschland diesem Staat gegenüber ist in letzter Zeit bedauerlicherweise ins Zwielicht geraten. Ich erkläre daher hier ausdrücklich und eindeutig: Das Münchener Abkommen vom Jahre 1938 ist von Hitler zerrissen worden. Die Bundesregierung erhebt gegenüber der Tschechoslowakei keinerlei territoriale Forderungen und distanziert sich ausdrücklich von Erklärungen, die zu einer anderen Deutung geführt haben." Für den Wortlaut der Rede vgl. BULLETIN 1964, S. 849–852, hier S. 851.

[16] Für den Wortlaut der verschiedenen infolge des Münchener Abkommens erlassenen Reichsgesetze und Verordnungen zur Regelung der Staatsangehörigkeitsverhältnisse vgl. Karin SCHMID, Staatsangehörigkeitsprobleme der Tschechoslowakei. Eine Untersuchung sowie Dokumente zur Staatsangehörigkeit der deutschen Volkszugehörigen, Berlin 1979, S. 74–95.

[17] Zum Gedankenaustausch mit der Tschechoslowakei über Fragen der Familienzusammenführung vgl. Referat II 5, Bd. 278.

[18] Für den Wortlaut der Schlußakte der Haager Friedenskonferenz vom 18. Oktober 1907, vgl. DEUXIÈME CONFÉRENCE INTERNATIONALE DE LA PAIX. Actes et documents, Bd. 1, Den Haag 1907, S. 604–701.

hingestellt bleiben, ob die Tschechoslowakei jemals ihre Wiedergutmachungspflicht anerkennt; in keinem Falle würde diese Verpflichtung durch eine deutsche Erklärung bezüglich der nicht mehr vorhandenen Rechtswirksamkeit des Münchener Abkommens aufgehoben werden.

Zu 3:
Die Frage der Familienzusammenführung ist ebenfalls von der gegenwärtigen Staatsangehörigkeit der zusammenzuführenden Personen unabhängig. Die Tschechoslowakei nimmt in jedem Fall die in ihrem Staatsgebiet ansässigen Personen deutscher Volkszugehörigkeit als tschechoslowakische Staatsbürger in Anspruch. Die derzeit nur in Einzelfällen erteilte Erlaubnis für Angehörige dieses Personenkreises, zum Zwecke der Familienzusammenführung aus der Tschechoslowakei auszureisen, würde von einer deutschen Erklärung, daß das Münchener Abkommen nicht mehr gültig sei, nicht berührt werden. Auch für die Rumäniendeutschen rumänischer Staatsangehörigkeit erfolgt eine, wenn auch schleppende, Familienzusammenführung.[19]

gez. Meyer-Lindenberg

Büro Staatssekretär, Bd. 412

[19] Zur Familienzusammenführung Deutschstämmiger aus Rumänien vgl. Dok. 367.

148

Vermerk des Staatssekretärs Carstens

St.S. 726/64 **4. Juni 1964**

Betr.: Besuch des Abgeordneten Blumenfeld in Warschau[1]

Herr Blumenfeld bestätigte in seinem gestrigen Gespräch den von Herrn Mumm vermittelten Eindruck.[2] Danach haben sich die politischen Kreise Warschaus sehr zurückgehalten. Zu Gesprächen mit ihnen ist es nicht gekommen.

Herr Blumenfeld erzählte weiter, daß er in seinem Gespräch mit dem polnischen Außenhandelsminister[3] die Möglichkeit angedeutet habe, daß man vielleicht eine Assoziierung zwischen Polen und der EWG zustande bringen könne. Der polnische Gesprächspartner habe sich daran sehr interessiert gezeigt. Ich habe darauf hingewiesen, daß eine Assoziierung in absehbarer Zeit kaum in Betracht kommen würde, da weder wir noch unsere Partner eine solche Verbindung zwischen der EWG und den kommunistischen Staaten ins Auge fassen könnten. Dagegen solle man den Polen gegenüber betonen, daß wir uns nachdrücklich für eine Ausweitung des Handels zwischen der EWG und Polen einsetzen würden.[4] In welcher Weise dieses Ziel erreicht werden könnte, müsse geprüft werden.

Herr Blumenfeld stimmte dieser Formulierung zu.

Herr Blumenfeld erwägt, im Herbst erneut nach Warschau zu fahren, wenn

[1] Im Vorfeld des für Ende Mai vorgesehenen Besuchs der CDU-Abgeordneten Blumenfeld und Majonica in Polen bezeichnete der Leiter der Handelsvertretung in Warschau, Mumm von Schwarzenstein, den Zeitpunkt als ungünstig. Die polnische Seite sei enttäuscht über die bisher ergebnislosen Verhandlungen zur Festsetzung der Warenlisten für den deutsch-polnischen Handel. Hinzu komme eine Verärgerung über die Rede des Bundeskanzlers Erhard am 22. März 1964 auf dem Kongreß Ostdeutscher Landesvertretungen in Bonn. Dies habe zu einer Abkühlung des Klimas geführt. Den Mitarbeitern der Handelsvertretung begegne man mit größerer Reserve als bisher. Für den Bericht vom 30. April 1964 vgl. Abteilung II (II 5), VS-Bd. 261; B 150, Aktenkopien 1964.

[2] Der Leiter der Handelsvertretung in Warschau, Mumm von Schwarzenstein, faßte am 1. Juni 1964 seinen Eindruck von dem Besuch zusammen: „Wenn es auch diesmal nicht gelungen war, Kontakte mit dem Außenministerium und mit Sejm-Abgeordneten anzuknüpfen, und wenn auch insgesamt eine deutliche Zurückhaltung bei der Presse zu spüren war ... so kann doch dieser erste Besuch eines Bundestagsabgeordneten in Polen seit Errichtung der Handelsvertretung im großen und ganzen positiv gewertet werden. Entscheidend zu diesem, wenn auch bescheidenen ersten Erfolg hat zweifellos die Bereitschaft der Bundesregierung beigetragen, Polen handelspolitisch sowohl im GATT als auch bilateral entgegenzukommen, wie ganz gewiß auch die gewinnende und überzeugende Persönlichkeit des Abgeordneten Blumenfeld, der überdies als Nazi-Verfolgter hier zweifellos von vornherein ein ‚préjugé favorable' genießt." Vgl. Abteilung II (II 5), VS-Bd. 261; B 150, Aktenkopien 1964.

[3] Witold Trąmpczyński.

[4] Staatssekretär Carstens hielt am 22. Mai 1964 fest, Bundeskanzler Erhard habe sich für eine großzügigere Gewährung von Kontingenten an Polen im Rahmen des Warenabkommens ausgesprochen. Ebenso befürworte er eine Ausweitung des Handels der EWG-Länder mit Polen. Vgl. Büro Staatssekretär, Bd. 407.

bis dahin sichergestellt wird, daß er ein Gespräch mit den politischen Kreisen führen kann.[5]

Dem Herrn Minister[6] vorzulegen.

Carstens

Büro Staatssekretär, Bd. 401

149

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Krapf

II 7-81.33/56/64 streng geheim **4. Juni 1964**[1]

Betr.: Besuch des Leiters der amerikanischen Abrüstungsbehörde William C. Foster bei dem Herrn Staatssekretär am 5. Juni 1964[2]

Bezug: Aufzeichnung der Abteilung II – II 8-82.01-5/2711/64 geh. vom 3.6.64[3]

I. Mr. Magill von der hiesigen amerikanischen Botschaft hat angeregt, daß der Herr Staatssekretär in seinem Gespräch mit Mr. Foster darlegt, aus welchen Gründen wir die MRBM-Anforderungen SACEURs[4] unterstützen und daher den amerikanischen Einfrier-Vorschlag[5], der die Erfüllung dieser Anforderungen unmöglich machen würde, für bedenklich halten.

In Ergänzung der Bezugsaufzeichnung werden nachstehend die wichtigsten Argumente für die MRBM-Ausstattung des Befehlsbereichs von SACEUR aufgeführt.

II. 1) Es ist eine unbestrittene Tatsache, daß die Sowjets der NATO auf dem Gebiet der Mittelstreckenraketen weit überlegen sind. Dadurch wird die Überlegenheit der Vereinigten Staaten auf dem Gebiet der interkontinentalen strategischen Waffen ausgeglichen. Die Sowjets verfügen über mindestens 600 teils fest eingebaute und verbunkerte, teils bewegliche, auf Selbstfahrlafetten montierte MRBM mit einer Reichweite von etwa 1700 km. Dagegen verfügt der Westen nicht über ein vergleichbares landgebundenes MRBM-System.

5 Der CDU-Abgeordnete besuchte Polen erneut Anfang Februar 1965.

6 Hat Bundesminister Schröder am 4. Juni 1964 vorgelegen.

1 Durchdruck.
Die Aufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Scheske konzipiert.

2 Zum Ablauf des Besuchs vgl. den Drahterlaß des Ministerialdirektors Krapf vom 5. Juni 1964; Abteilung II (II 8), VS-Bd. 284; B 150, Aktenkopien 1964.

3 Am 3. Juni 1964 unterbreitete Ministerialdirektor Krapf bereits erste Gedanken für das anstehende Gespräch mit dem Leiter der amerikanischen Abrüstungsbehörde, Foster. Vgl. Abteilung II (II 8), VS-Bd. 278; B 150, Aktenkopien 1964.

4 Zur Bedrohung Westeuropas durch sowjetische Mittelstreckenraketen und zur Forderung von SACEUR, der NATO entsprechende Systeme zur Verfügung zu stellen, vgl. auch Dok. 14, Anm. 39.

5 Zum „freeze"-Vorschlag des amerikanischen Präsidenten vom 21. Januar 1964 vgl. zuletzt Dok. 120.

Diese Lücke in der westlichen Abschreckung ist für die europäischen NATO-Staaten besonders beunruhigend, weil die sowjetischen MRBM ausschließlich Ziele in Europa bedrohen. Der sowjetische Versuch, durch Installation von beweglichen MRBM auf Kuba diese Bedrohung auf die Vereinigten Staaten auszudehnen, ist durch die entschlossene Reaktion der Vereinigten Staaten vereitelt worden.[6] Die Kuba-Krise hat die Gefährlichkeit des sowjetischen beweglichen MRBM-Systems erwiesen.

2) Die Notwendigkeit der Ausfüllung dieser Lücke in der Abschreckung durch Einführung eines Systems beweglicher teils land-, teils seegebundener MRBM in das Arsenal des Alliierten Kommandos Europa ist von SACEUR (General Norstad und General Lemnitzer) immer wieder betont und im Dokument MC 26/4[7] (Militärische Anforderungen der NATO bis 1966) begründet worden. Diese Anforderungen sind vom Militärausschuß der NATO gebilligt und werden auch von den amerikanischen Joint Chiefs of Staff für berechtigt gehalten.

Wir halten die Argumente der NATO-Militärbehörden für die Einführung von MRBMs für überzeugend, insbesondere folgende Argumente:

a) Die „priority target list" SACEURs enthält mehr als 600 Ziele (MRBM-Abschußbasen, Flugplätze, Nuklearwaffenlager), die in einem Nuklearkrieg unverzüglich ausgeschaltet werden müssen, da von ihnen aus vernichtende Angriffe gegen Westeuropa geführt werden können. Die Mehrzahl dieser Ziele liegt außerhalb der Reichweite der SACEUR zur Verfügung stehenden Nuklearwaffen. Soweit uns bekannt ist, ist nur ein Teil der Ziele der „priority target list" in der Zielplanung der strategischen Streitkräfte der Vereinigten Staaten berücksichtigt.

b) Für die nukleare Bekämpfung von Zielen im Hinterland des Gegners stehen SACEUR zur Zeit im wesentlichen nur Jagdbomber (Strike-Flugzeuge) zur Verfügung. Diese bemannten Flugzeuge entsprechen nicht mehr dem militärischen Erfordernis der Unverwundbarkeit und werden bis 1970 durch Raketen ersetzt werden müssen. Schon heute beträgt die Wahrscheinlichkeit der Erfüllung des Auftrags beim Einsatz von Jagdbombern 30%, beim Einsatz von MRBM 85%. Mit der ständigen Vervollkommnung der Luftabwehr gegen tieffliegende Flugzeuge wird sich in den nächsten Jahren die Erfolgsaussicht bei Jabo-Einsätzen weiter vermindern. Außerdem ist damit zu rechnen, daß schon in der konventionellen Anfangsphase eines Krieges die Mehrzahl der Jabo-Flugplätze zerstört werden und die Jabos beim Übergang in die nukleare Phase nicht mehr einsetzbar sein werden. Es ist daher dringend erforderlich, ein MRBM-System bereitzustellen, das in der Zukunft die Aufgaben der taktischen Luftwaffe („counterair": Niederkämpfung der feindlichen Luft- und Raketenangriffe am Boden, und „interdiction": Abriegelung der feindlichen Logistik und des Nachschubs feindlicher Heeresverbände in der Kampfzone) übernehmen kann.

[6] Zur Kuba-Krise im Oktober 1962 vgl. Dok. 17, Anm. 2.

[7] Zur MC 26/4 vgl. auch AAPD 1963, I, Dok. 12.

c) Wir erkennen die großen Anstrengungen der Vereinigten Staaten zur Verstärkung ihres strategischen Potentials durch Vermehrung ihrer ICBM[8] an. Die ICBM können jedoch nicht alle Aufgaben der Strike-Flugzeuge und der MRBM übernehmen. Wegen ihres im Vergleich zu MRBM größeren Streuungs-Radius (circular error probability) müssen ICBM Nuklearköpfe mit sehr großer Sprengwirkung mitführen, um ihr Ziel zerstören zu können. Nach Berechnungen SACEURs ist beim Einsatz einer ICBM auf ein strategisches Ziel, das 7 km von einer Stadt mit 130000 Einwohner entfernt liegt, mit dem Verlust von 99000 Menschen zu rechnen, beim Einsatz einer MRBM mit einem Verlust von 4400 Menschen. Der Einsatz von ICBM gegen Punktziele ist nach unserer Ansicht mit der auch von der amerikanischen Regierung befürworteten Politik der „constraints" in einem Nuklearkrieg nicht zu vereinbaren. Aus politischen Gründen sollten gerade in den osteuropäischen Staaten Verluste der Zivilbevölkerung im Nuklearkrieg auf das unvermeidliche Minimum beschränkt werden.

3) Wir erkennen an, daß die MLF[9] eine teilweise Erfüllung der MRBM-Anforderungen bedeuten würde. Wir teilen jedoch die Auffassung SACEURs, daß 200 Polaris-A 3 nicht ausreichen und daß eine Mischung seegebundener und landgebundener MRBM angestrebt werden sollte.[10] Bei der Polaris-A 3 ist der Streuungsradius und damit der Zerstörungsradius geringer als bei ICBM, jedoch immer noch etwa 60% höher als bei landgebundenen beweglichen MRBM.

III. Diese von den Militärbehörden der NATO vorgebrachten Argumente für die MRBM-Anforderungen erscheinen uns einleuchtend.[11] Solange sie nicht in überzeugender Weise widerlegt werden, befürchten wir, daß der Einfrier-Vorschlag zu einer Gefährdung der Sicherheit Europas führen kann.

Hiermit dem Herrn Staatssekretär mit der Bitte um Kenntnisnahme vorgelegt.

gez. Krapf

Abteilung II (II 8), VS-Bd. 6

[8] Präsident Johnson erklärte am 3. Juni 1964 in New London: „In the past 3 years we have increased our nuclear power on alert two and one-half times, and our nuclear superiority will continue to grow until we reach agreement on arms control. We have more than 1000 fully armed ICBM's and Polaris missiles ready for retaliation." Vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 50, 1964, S. 951.

[9] Zum Stand der MLF-Verhandlungen vgl. Dok. 104.

[10] Zur Bewertung des MLF-Projekts durch den Oberbefehlshaber der NATO-Streitkräfte in Europa, Lemnitzer, vgl. den Bericht des Botschafters Grewe, Paris (NATO), vom 6. März 1964; Abteilung II (II 7), VS-Bd. 1350; B 150, Aktenkopien 1964.

[11] Zur Forderung SACEURs, der NATO Mittelstreckenraketen zur Verfügung zu stellen, vgl. auch Dok. 269.

150

Staatssekretär Carstens an Botschafter Groepper, Moskau

II 3-88.10/311[II]/64 geheim **4. Juni 1964**[1]
Fernschreiben Nr. 349 **Aufgabe: 5. Juni 1964, 09.27 Uhr**
Citissime

Im Anschluß an 346 vom 4.6.[2]

Für Botschafter persönlich

Ich bitte Sie, so bald wie möglich einen Termin bei Ministerpräsident Chruschtschow zu erwirken und mit ihm ein Gespräch anhand des Ihnen mit Drahterlaß 346 übermittelten Textes[3] zu führen. Ihren Gesprächszettel, ohne den Teil, der nur für den mündlichen Vortrag bestimmt ist, bitte ich Sie, nach Beendigung des Gesprächs Herrn Chruschtschow zu überlassen.[4]

Die Botschaften der drei Westmächte sind in großen Zügen über den Inhalt des bevorstehenden Gesprächs unterrichtet worden. Wir haben dabei darauf Wert gelegt, ihnen gegenüber[5] die Erklärung der Bereitschaft des Herrn Bundeskanzlers, auch mit Chruschtschow zu sprechen, mehr als eine höfliche Erwiderung auf die durch Smirnow ausgesprochene Bereitschaft Chruschtschows zu einem solchen Gespräch[6] hinzustellen und nicht als eine förmliche Einladung an Chruschtschow zu einem Besuch in der Bundesrepublik Deutschland[7].

Ich bitte Sie, so bald wie möglich zu berichten, wann mit einem Termin gerechnet werden kann.[8]

Carstens[9]

Ministerbüro, VS-Bd. 8468

[1] Staatssekretär Carstens vermerkte handschriftlich: „Nach Abgang d[em] H[errn] Minister vorzulegen."

[2] Staatssekretär Carstens übermittelte am 4. Juni 1964 an Botschafter Groepper, Moskau, Unterlagen für ein Gespräch mit Ministerpräsident Chruschtschow. Hinsichtlich des Zeitpunkts für das vorgesehene Gespräch kündigte er eine weitere Weisung an. Vgl. Ministerbüro, VS-Bd. 8468; B 150, Aktenkopien 1964.

[3] Für den Wortlaut der überarbeiteten Fassung vgl. Dok. 155.

[4] Zum Gespräch vom 13. Juni 1964 vgl. Dok. 162.

[5] Die Wörter „ihnen gegenüber" wurden von Staatssekretär Carstens handschriftlich eingefügt.

[6] Zu dem durch Botschafter Smirnow am 11. März 1964 übermittelten sowjetischen Aide-mémoire vgl. Dok. 68 und Dok. 84.

[7] Zu den Überlegungen für ein Treffen des Bundeskanzlers Erhard mit Ministerpräsident Chruschtschow vgl. Dok. 84, Anm. 18.

[8] Vgl. dazu weiter Dok. 158.

[9] Paraphe vom 4. Januar 1964.

151

Bundesminister Schröder an Bundeskanzler Erhard

St.S. 23/64 streng geheim **5. Juni 1964**[1]

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler!

Wir sprachen in letzter Zeit über das amerikanische Ersuchen, daß wir deutsche Panzer an Israel liefern sollten, und ich sagte Ihnen, daß ich dagegen die allerschwersten Bedenken habe.[2] Inzwischen ist wohl der Gedanke aufgetaucht, daß die Panzer an Italien geliefert werden sollten und daß sie auch in der italienischen Armee Verwendung finden sollten. Dagegen würde ich keine Bedenken erheben, wenn sichergestellt ist, daß es sich nicht um eine verkappte Lieferung an Israel handelt.

Wie schwierig der ganze Komplex ist, geht aus zwei Vorgängen hervor, die mir gestern vorgelegt [worden] sind.

Der Militärattaché der Botschaft Kairo berichtet mit dem auch Ihnen vorliegenden Fernschreiben Nr. 543 vom 3. Juni 1964 geheim[3], daß der VAR Nachrichten über angebliche bedeutende Rüstungsgeschenke an Israel vorlägen. Es ist die Rede von 40 Fla-Batterien 40 mm L 70 einschließlich Feuerleitgeräten mit Radar.

Ein Angehöriger der britischen Botschaft hat dem Auswärtigen Amt mitgeteilt, daß nach einer Auskunft, die das Bundesverteidigungsministerium einem Mitglied des Militärattachéstabes der britischen Botschaft gegeben habe, die deutsche militärische Hilfe für Israel 240 Mio. DM betrage.

Die britische Botschaft glaubt, daß eine Weitergabe dieser Zahl in London möglicherweise Beunruhigung auslösen könnte, und hat das Auswärtige Amt um nähere Aufklärung gebeten.

Zu beiden Komplexen kann das Auswärtige Amt nicht Stellung nehmen, da es keinen Überblick über die Rüstungslieferungen der Bundeswehr an Israel hat.[4]

Ich halte diesen Zustand für untragbar und höchst gefährlich und möchte Ihnen daher vorschlagen, daß Sie sobald wie möglich zu einer Besprechung mit Herrn von Hassel und mir einladen, auf der der ganze Fragenkomplex erörtert

[1] Durchschlag als Konzept.
Das Schreiben wurde von Staatssekretär Carstens angeregt.

[2] Zur Frage der Lieferung von Panzern an Israel und zur Haltung des Bundesministers Schröder dazu vgl. Dok. 138, besonders Anm. 3.

[3] Dem Vorgang nicht beigefügt.

[4] Zur Ausrüstungshilfe für Israel im einzelnen vgl. Dok. 289.

und zugleich eine Antwort auf die an uns gerichteten Fragen festgelegt werden sollte.[5]

Mit meinen besten Empfehlungen

Ihr Dr. Schröder[6]

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 446

152

Botschafter Knappstein, Washington, an das Auswärtige Amt

Z B 6-1/4503/64 VS-vertraulich **Aufgabe: 5. Juni 1964, 20.00 Uhr**
Fernschreiben Nr. 1692 **Ankunft: 6. Juni 1964, 02.10 Uhr**

Betr.: Besuch von Bürgermeister Albertz in Washington, Unterredung mit Außenminister Rusk

Außenminister Rusk empfing Bürgermeister Albertz heute zu einer halbstündigen Unterredung, in deren Verlauf er sich über die Frage der deutschen Einheit in einem ähnlichen Sinne äußerte wie schon gegenüber dem Regierenden Bürgermeister[1]. Eine 17jährige Zeit der Spannung habe keine Antwort auf die deutsche Frage erbracht und die Einheit nicht um einen Millimeter näher rükken lassen. Ob eine Phase verminderter Spannung dies vermöge, lasse sich vorerst nicht beweisen. Man wisse eben nur, daß die Alternative, nämlich Spannung, uns nicht weiter brächte. Man müsse überlegen, ob sich nicht durch innerdeutsche Maßnahmen eine Art von De-facto-Wiedervereinigung herbeiführen ließe, die eine spätere Wiederherstellung der regelrechten Einheit Deutschlands erleichtern könnte. Rusk stellte in diesem Zusammenhang die Frage, ob man sicher sein könne, daß die Bevölkerung der sowjetischen Besatzungszone sich im Falle einer geheimen Abstimmung für die Wiedervereinigung aussprechen würde. Es sei ja nicht undenkbar, so begründete er diese Frage, daß die Sowjetunion sich in einem künftigen Zeitpunkt auf Grund übergeordneter Interessen (for broader issues) bereit finden könnte, einer solchen Abstimmung unter der Bedingung zuzustimmen, daß der Westen auch ein seinen eigenen Interessen zuwiderlaufendes Abstimmungsergebnis in der Zone honorieren und unterstützen würde. Wie schon bei früheren Gelegenheiten bezeichnete Rusk auch in diesem Gespräch den Abzug der sowjetischen Besatzungstruppen als ein Hauptinteresse des Westens.[2] Er stellte die

[5] Zur Frage von Waffenlieferungen an Israel vgl. weiter das Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit Präsident Johnson am 12. Juni 1964; Dok. 161.

[6] Paraphe vom 7. Juni 1964.

[1] Zum Besuch des Regierenden Bürgermeisters Brandt vom 13. bis 21. Mai 1964 in den USA vgl. Dok. 132.

[2] Zu einer entsprechenden Äußerung des amerikanischen Außenministers vom 15. Dezember 1963 vgl. AAPD 1963, III, Dok. 473.

Frage, ob Chruschtschow in diesem Falle Gefahr liefe, die sowjetische Machtstellung in Osteuropa zu verlieren. Dies wurde von Bürgermeister Albertz bejaht. Rusk bekräftigte ferner seine gleichfalls schon mehrfach geäußerte Überzeugung, daß die Verbesserung der Beziehungen zwischen Deutschland und den osteuropäischen Ländern und die Evolution im sowjetischen Machtbereich dazu beitragen könnten, die deutsche Frage lösbar zu machen. Er erwähnte dabei eine Äußerung, die Chruschtschow kürzlich einem Besucher gegenüber getan hätte, wonach die osteuropäischen Länder nunmehr zu erwachsen seien, um noch gezüchtigt zu werden (have grown up too much to be spanked).

Interesse zeigte Rusk für die Auswirkungen der Weihnachtsbesuche[3] in Ostberlin. Er gab Weisung, ihm den im State Department bereits vorliegenden Auszug zu der Analyse von Infratest München vorzulegen. Er äußerte die Hoffnung, daß diese Frage nicht zu einem Gegenstand parteipolitischer Auseinandersetzungen[4] werden möchte. Es wäre höchst unwillkommen, wenn eine solche Auseinandersetzung sich in Fragen entwickelte, die letztlich in die alliierte Verantwortung fielen. Man wünsche keinesfalls, in derartige Auseinandersetzungen hineingezogen zu werden. Bürgermeister Albertz, der schon in vorhergehenden Gesprächen in der Deutschlandabteilung nachdrücklich betont hatte, daß in diesen Fragen nur in voller Übereinstimmung zwischen Bundesregierung und Senat gehandelt werden könne, erwiderte, daß alle vernünftigen Leute in Deutschland die von Rusk geäußerte Meinung teilten. Dennoch müßte man realistischerweise zugeben, daß Fragen dieser Art sich kaum gänzlich aus dem Dialog zwischen den Parteien und innerhalb der Partei heraushalten ließen.

Weitere Fragen von Rusk bezogen sich auf die mutmaßlichen Gründe, aus denen Ulbricht der Passierscheinregelung zur Jahreswende zugestimmt habe, auf die Gründe für die Einstellung der Störsendungen[5], auf die mutmaßlichen Folgen einer Ablösung Ulbrichts und auf mögliche Störaktionen der Zone während der Bundesversammlung[6]. Auf die letzte der Fragen erwiderte Herr Albertz, daß ihm ernsthafte Störversuche unwahrscheinlich erschienen.

[gez.] Knappstein

Abteilung II (II 6), VS-Bd. 276

[3] Zur Passierschein-Vereinbarung vom 17. Dezember 1963 vgl. besonders Dok. 1 und Dok. 17.

[4] Zu den innenpolitischen Auseinandersetzungen über die Fortführung der Passierschein-Gespräche vgl. besonders Dok. 60 und Dok. 64.
Zum Stand der Passierschein-Gespräche vgl. Dok. 92.

[5] Zum Verzicht der UdSSR auf die Störung des Senders „Stimme Amerikas" („Voice of America") vgl. Dok. 5, Anm. 15.

[6] Am 1. Juli 1964 wählte die in Berlin (West) zusammengetretene Bundesversammlung Heinrich Lübke erneut zum Bundespräsidenten. Die UdSSR und die DDR beschränkten sich darauf, in Noten an die drei Westmächte gegen die Durchführung der Wahl in Berlin (West) zu protestieren. Vgl. dazu den Artikel „Brandt verwahrt sich gegen östliche Proteste"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 147 vom 29. Juni 1964, S. 3.

153

Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem französischen Außenminister Couve de Murville

Z A 5-76.A/64 geheim **8. Juni 1964**[1]

Der Herr Bundesminister des Auswärtigen empfing am 8. Juni 1964 um 10.00 Uhr den französischen Außenminister Couve de Murville zu einem Gespräch.

Auf die Frage des Herrn *Ministers*, ob General de Gaulle bei den nächsten Präsidentschaftswahlen wieder kandidieren werde, erwiderte *Couve de Murville*, die Wahrscheinlichkeit dafür betrage 80%, doch könne man 18 Monate vor dem Wahltag[2] natürlich keine endgültige Aussage machen.

Der Herr *Minister* kam dann auf die Antwort an Chruschtschow[3] zu sprechen und sagte in diesem Zusammenhang, es werde interessant sein, was aus dem Zusammentreffen zwischen Chruschtschow und Tito in Leningrad[4] herauskomme. Auch der bevorstehende Besuch Chruschtschows in den skandinavischen Ländern[5] werde sicherlich aufschlußreich werden. Er sei allerdings der Auffassung, daß es sich dabei mehr um eine Operation Charme handle.

Couve de Murville teilte diese Auffassung und erklärte, er glaube nicht, daß Chruschtschow im Augenblick in Berlin irgendwelche Schwierigkeiten machen wolle. Es sei vor allem die Frage, ob seine antideutschen Reden[6] nicht eher wegen der Chinesen als wegen sonst irgend jemand gehalten würden.

[1] Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Kusterer am 16. Juni 1964 gefertigt.
Hat Bundesminister Schröder vorgelegen.

[2] Bei der Stichwahl am 19. Dezember 1965 wurde Staatspräsident de Gaulle in seinem Amt bestätigt.

[3] Zur Antwort des Bundeskanzlers Erhard auf das sowjetische Aide-mémoire vom 11. März 1964 vgl. Dok. 155.

[4] Zum Treffen vom 8./9. Juni 1964 vgl. EUROPA-ARCHIV 1964, Z 141 f.
Vgl. dazu auch die Aufzeichnung des Botschafters Schlitter vom 26. Juni 1964; Abteilung III (III A 5), VS-Bd. 245; B 150, Aktenkopien 1964.

[5] Vom 16. Juni bis 4. Juli 1964 besuchte der sowjetische Ministerpräsident Dänemark, Schweden und Norwegen. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1964, Z 147 f., Z 153 und Z 168 f.
Ministerialdirektor Krapf legte am 6. Juli 1964 eine Analyse dazu vor. Er stellte fest, daß die Skandinavienreise von Chruschtschow aus westlicher Sicht nicht negativ zu beurteilen sei. Die skandinavischen Politiker hätten „in allen entscheidenden Fragen in kühler Gelassenheit und Festigkeit dem sowjetischen Gast den westlichen Standpunkt entgegengehalten". Vgl. Abteilung II (II 4), VS-Bd. 252; B 150, Aktenkopien 1964.

[6] Anläßlich einer sowjetisch-polnischen Freundschaftskundgebung am 15. April 1964 in Moskau äußerte der sowjetische Ministerpräsident beispielsweise: „In der Politik und in der ganzen Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland zeigt sich immer deutlicher der Geist des Revanchismus und des Militarismus, ein Erbe aus der Zeit des Dritten Reiches. Immer mehr Tatsachen sprechen dafür, daß die Leitsterne der heutigen Führung Westdeutschlands die Begierde nach Revanche und das Verlangen sind, koste es was es wolle, die Niederlage im Zweiten Weltkrieg in einen Sieg des deutschen Militarismus umzuwandeln." Für den Wortlaut der Rede vgl. DzD IV/10, S. 487–489 (Auszug).

Der Herr *Minister* bezeichnete dies als wahrscheinlich. Aus deutscher Perspektive ergebe sich aus dem Konflikt Moskau-Peking[7] ein stärkerer ideologischer Druck auf Chruschtschow. Das habe sich besonders nach Abschluß des Atomversuchsstopp-Abkommens[8] gezeigt. Der Bundesregierung habe immer am Herzen gelegen, deutlich zu machen, daß Pankow isoliert sei und folglich nur in Moskau unterzeichnen könne.[9] Gleichzeitig sei eine große chinesische Kampagne gelaufen, Moskau habe Pankow verraten.[10]

In diesem Zusammenhang stellte Außenminister *Couve de Murville* die Frage, ob an eine Reise Chruschtschows nach Deutschland oder eine Reise der Bundesregierung nach Moskau gedacht sei. Er wolle gleich hinzufügen, daß seit dem vor vier Jahren stattgehabten Besuch Chruschtschows in Paris[11] immer wieder die Frage gestellt werde, wann General de Gaulle diesen Besuch erwidern werde. General de Gaulle habe derzeit jedoch keinerlei derartige Absicht, da es weder notwendig noch opportun erscheine.

Der Herr *Minister* wies darauf hin, daß die Bundesregierung von einem Besuch des Bundeskanzlers in Moskau nichts halte. Im übrigen gebe es auch gar keine dahin gerichtete Einladung. Er selbst sei der Meinung, daß sich der Bundeskanzler dem Risiko eines solchen Besuches nicht aussetzen sollte. Anders läge die Frage, falls Chruschtschow irgendein Interesse an einem Besuch in Bonn zeigen würde. Da Adenauer 1955 in Moskau gewesen sei[12], wäre ein Besuch Chruschtschows hier ziemlich einfach zu bewerkstelligen, und falls Chruschtschow eine solche Neigung zeigen würde, würde er (der Herr Minister) dem ziemlich positiv gegenüberstehen. In einem solchen Falle würde nämlich Chruschtschow das Risiko tragen, da ein solcher Besuch die Möglichkeit geben würde, ihm von vielen Leuten die deutsche Haltung klarzumachen. Er kenne natürlich Chruschtschows Gedanken in dieser Beziehung nicht, doch sei Chruschtschow ein neugieriger und selbstsicherer Mann, und es sei daher nicht ausgeschlossen, daß er in einer bestimmten Konstellation ein solches Interesse haben könnte.

Außenminister *Couve* stimmte dieser Auffassung zu und sagte, ein solcher Besuch wäre wohl positiv zu beurteilen. Auch ihm werde immer wieder von den

[7] Zum sowjetisch-chinesischen Konflikt vgl. Dok. 112, Anm. 14.

[8] Für den Wortlaut des Teststopp-Abkommens vom 5. August 1963 vgl. DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1963, S. 291–293.

[9] Die DDR unterzeichnete das Teststopp-Abkommen am 8. August 1963 in Moskau, während die Bundesrepublik am 19. August 1963 in Moskau, Washington und London unterzeichnete. Vgl. dazu auch AAPD 1963, II, Dok. 308 und Dok. 314.

[10] In einem Artikel der chinesischen Zeitung „Renmin Ribao" vom 23. August 1963 wurde die Haltung der UdSSR zum Beitritt der Bundesrepublik zum Teststopp-Abkommen und zu den dabei abgegebenen Erklärungen der Westmächte über die Nichtanerkennung der DDR als „an extremely ignoble act of betrayal" bezeichnet. Die Hinnahme dieser Erklärungen durch die UdSSR bedeute die Annullierung des internationalen Status der DDR und eine De-facto-Anerkennung des Alleinvertretungsanspruchs der Bundesrepublik. Vgl. dazu PEKING REVIEW, Nr. 35 vom 30. August 1963, S. 12f. Vgl. dazu ferner AdG 1963, S. 10804.

[11] Ministerpräsident Chruschtschow hielt sich vom 23. März bis 3. April 1960 zu einem Staatsbesuch in Frankreich auf. Vgl. dazu DE GAULLE, Mémoires d'espoir. Le renouveau 1958–1962, S. 237–246.

[12] Zum Besuch des Bundeskanzlers Adenauer vom 8. bis 14. September 1955 in Moskau vgl. Dok. 99, Anm. 13.

Russen die Frage gestellt, wann er nach Moskau zu gehen beabsichtige. Er habe darauf nie eine Antwort gegeben und habe auch keine solche Absicht, weil aus einer derartigen Reise doch nichts Gutes herauskäme.[13]

Der Herr *Minister* erklärte dann, die Bundesregierung beobachte mit gewissem Interesse die sowjetische wirtschaftliche Lage und habe dabei den Eindruck, als umgehe die sowjetische Regierung Deutschland in gewissem Sinne. So hätten die Sowjets Kontakte mit Japan, England, Frankreich, Italien, wohl auch der Schweiz und anderen Ländern aufgenommen im Zusammenhang mit der Erstellung von chemischen und Kunststoffabriken.[14] Dabei stelle sich natürlich sofort das Problem der Kredite.[15] Er wisse nicht, ob die Verhandlungen mit Großbritannien schon zu einem endgültigen Abschluß gekommen seien. Jedenfalls aber habe England die Absicht, zehnjährige Garantien zu geben.[16] Der Herr Minister stellte dann die Frage, wie dieses Problem in Frankreich gesehen werde.

Außenminister *Couve de Murville* erklärte, es handle sich hier um ein höchst schwieriges Problem. Die Briten verhandelten zur Zeit in Moskau über den Verkauf von chemischen Fabriken, wobei die Kredite sich über 10 bis 15 Jahre erstrecken sollten. Sollte es zu einem solchen Abschluß kommen, befände sich Frankreich in einer höchst schwierigen Lage. Dies gelte für Rußland. Was die Satelliten anbelange, sei die Frage politisch weniger wichtig, und angesichts der fortschreitenden Emanzipation dieser Länder sei es vielleicht sogar nützlich, diesen Ländern zu helfen, damit sie mehr Freiheit für sich erringen könnten. Er hätte daher keine Skrupel, bei den Satellitenländern über die Kreditfrist von fünf Jahren[17] etwas hinauszugehen. Das sei zwar noch nicht tatsächlich eingetreten, doch fasse Frankreich diese Möglichkeit ins Auge. Was Rußland anbelange, liege die Frage sehr viel delikater. Herr Couve de Murville fragte dann den Herrn Minister, wie er die Sache sehe.

Der Herr *Minister* erklärte, das Verhalten der Bundesregierung gegenüber den Satellitenstaaten entspreche der französischen Auffassung, wobei auch hier sich noch kein konkreter Fall ereignet habe. Gegenüber der Sowjetunion bleibe die Bundesregierung jedoch weiterhin bei der Auffassung, die sie in der Debatte im NATO-Rat im vergangenen Herbst[18] eingenommen habe. Die Bundesregierung habe auch ihr Bestes versucht, um England zur Aufgabe seiner

[13] Der französische Außenminister besuchte vom 28. Oktober bis 2. November 1965 die UdSSR. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1965, Z 225.

[14] Zum Interesse deutscher und französischer Firmen an einem Petrochemieprojekt in der UdSSR vgl. Dok. 45, Anm. 22.

[15] Zu einer Vergabe langfristiger Kredite an die UdSSR vgl. besonders Dok. 2 und Dok. 5.

[16] Das Referat III A 6 wies am 4. Juni 1964 darauf hin, daß es – entgegen Aussagen aus französischen Industriekreisen – bisher anscheinend nicht zu vertraglichen Vereinbarungen zwischen sowjetischen und britischen Stellen über die Lieferung von chemischen Anlagen bei Einräumung von Krediten bis zu 15 Jahren gekommen sei. Allerdings sei darüber verhandelt worden. Vgl. Abteilung I (I A 1), VS-Bd. 139; B 150, Aktenkopien 1964.

[17] Zur Übereinkunft der EWG-Staaten vom Oktober 1962, keine staatlich verbürgten Lieferkredite mit einer Laufzeit von mehr als fünf Jahren an Ostblock-Staaten zu gewähren, vgl. Dok. 45, Anm. 20.

[18] Zur Sondersitzung des NATO-Rats vom 18. November 1963 über die Kreditfrage vgl. Dok. 2, Anm. 3, und Dok. 5, Anm. 7.

Haltung zu bewegen.[19] Bislang habe Frankreich die Meinung vertreten, daß langfristige Kredite nur die Entwicklung Rußlands fördern und seine Produktionskapazität erhöhen, damit also die Rüstung erleichtern würden. Wegen des starken Akzents auf der Rüstung hätten die Russen bisher den chemischen Sektor vernachlässigen müssen. Helfe man ihnen jetzt, so erleichtere man ihnen die Stärkung ihrer militärischen Möglichkeiten.

Außenminister *Couve de Murville* äußerte die Auffassung, daß die Frage nunmehr sehr viel schwieriger werden könnte. Man müsse daher in ständigem Kontakt bleiben, um die deutsche und französische Auffassung aufeinander abzustimmen.

Der Herr *Minister* verwies noch einmal darauf, daß die Russen im Augenblick Deutschland zu umgehen versuchten. Sie wollten den Eindruck erwecken, als könnten sie mit den anderen zu Abmachungen kommen, was natürlich Deutschland in eine höchst prekäre Situation hineinbringen würde. In diesem Zusammenhang wäre es natürlich schlecht, wenn ein weiterer Pfeiler zusammenbrechen würde. In Großbritannien werde man an der Regierungshaltung nicht viel ändern können, obwohl man weiterhin versuche, Druck auszuüben. Daher blieben als Pfeiler nur Frankreich, Amerika und Deutschland übrig. Italien stehe ohnehin schon wackelig in dieser Angelegenheit.[20]

Der Herr Minister kam dann auf den Briefwechsel zwischen General de Gaulle und dem Herrn Bundeskanzler über die Argoud-Angelegenheit[21] zu sprechen und erklärte, der Außenpolitische Ausschuß werde wahrscheinlich eine Veröffentlichung dieses Briefwechsels fordern[22], da die SPD in diesem Zusammenhang eine neue Kampagne starten wolle.

Außenminister *Couve de Murville* erwiderte, er könne diese Frage nicht beantworten, werde sie aber dem General unterbreiten, der selbst darüber zu befinden habe.

Der Herr *Minister* wies darauf hin, daß er persönlich nicht viel von einer Veröffentlichung halte.

Das Gespräch wandte sich dann dem Getreidepreis[23] zu. Außenminister *Couve de Murville* betonte eingangs das Verständnis Frankreichs für die Position Deutschlands und meinte, es wäre sicherlich nützlich, wenn die Schwierigkeiten, mit denen Deutschland hier zu kämpfen habe, in Brüssel immer wieder

[19] Vgl. dazu besonders die Ausführungen des Bundeskanzlers Erhard am 15./16. Januar 1964 gegenüber Premierminister Douglas-Home; Dok. 13 und Dok. 14.

[20] Zur Kreditfrage vgl. weiter Dok. 192.

[21] Vgl. dazu Dok. 87.

[22] In der Sitzung des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten legte Staatssekretär Carstens am 16. Juni 1964 dar, die französische Seite habe sich zu einer Veröffentlichung des Briefwechsels bisher nicht geäußert. Die Mehrzahl der Ausschußmitglieder, insbesondere die SPD-Abgeordneten Erler und Wehner, zeigten sich über die Beilegung der Affäre durch den Briefwechsel nicht befriedigt. Der Ausschuß beschloß daraufhin, „die Bundesregierung möge prüfen, ob im Hinblick auf eine erneute Behandlung der Angelegenheit im Parlament die Zustimmung der französischen Regierung zu einer ... Ergänzung des Briefwechsels herbeigeführt werden könne". Vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Meyer-Lindenberg vom 18. Juni 1964; Abteilung I (I A 1), VS-Bd. 139; B 150, Aktenkopien 1964.

[23] Zur Regelung des Getreidepreises vgl. Dok. 59, Anm. 45–47, und zuletzt Dok. 110.

dargelegt würden. Eines Tages aber werde man die Frage regeln müssen.[24] Er fragte den Herrn Minister, welche Möglichkeiten Deutschland dazu sehe.

Der Herr *Minister* erwiderte, dieses Problem habe einen sachlichen und einen innerpolitischen Aspekt. Sachlich könne man der Landwirtschaft kaum zumuten, die Preise zu senken, während alle anderen Preise anstiegen. Es bestehe daher die Gefahr, daß bei einer Preissenkung praktisch die Landwirtschaft verloren gehe. Man müsse infolgedessen wissen, wer bei einem geringeren Preisniveau den Unterschied bezahle. Die zweite Frage sei, welche Antwort auf das Problem die wirtschaftlich richtige sei. Diese Frage habe einen langfristigen und einen kurzfristigen Aspekt. Um den kurzfristigen Aspekt beantworten zu können, müsse man wissen, was getan werden könne, um die Verluste auszugleichen, das heißt was von deutscher und Gemeinschaftsseite getan werden könne. Die von der deutschen Delegation in Brüssel unterbreiteten Fragen[25] seien insofern pertinent, als man die Antwort darauf haben müsse, ehe man das Gesamtproblem den Bauern klarmachen könne. Dazu komme die Kennedy-Runde, die zeitlich gesehen einen immer stärkeren Druck ausübe, weil die Kenntnis des Preises von gewisser Bedeutung sei.[26] Sie sei vielleicht nicht so bedeutend, wie sie von manchen dargestellt werde. Die Bundesregierung sei der Auffassung, daß es einen Eindruck auf die deutsche Öffentlichkeit und die Bauern nicht verfehlen werde, wenn die von der deutschen Delegation gestellten Fragen befriedigend beantwortet würden und gleichzeitig die Bedeutung der ganzen Sache für die Kennedy-Runde klargemacht würde. Tatsächlich befinde man sich deswegen in einer schwierigen Situation, weil es bis zu den Wahlen[27] nur noch 15 Monate seien. Eine Entscheidung über den Getreidepreis, selbst wenn dieser erst ein Jahr nach den Wahlen tatsächlich praktiziert werden müßte, wäre heute folglich nicht einfach darzulegen. Dabei handle es sich nicht nur um den Eindruck bei der in der Landwirtschaft tätigen Bevölkerung selbst, sondern überhaupt um die Atmosphäre in ländlichen Kreisen, die sich verheerend auswirken würde. Es handle sich bei der Entscheidung nicht um etwas, was die Regierung einfach dekretieren könnte, vielmehr bedürfe sie der Unterstützung durch die Bauern.

Außenminister *Couve de Murville* erklärte, im Zusammenhang mit dem bäuer-

[24] Entgegen der ursprünglichen Absicht, bereits bis zum 15. April 1964 eine Regelung für die Einführung eines gemeinsamen Getreidepreises in der Gemeinschaft zu verabschieden, faßte der EWG-Ministerrat am 2. Juni 1964 den Beschluß, die Entscheidung darüber bis zum 15. Dezember 1964 zurückzustellen. Vgl. BULLETIN DER EWG 8/1964, S. 45 und S. 66.

[25] Am 14. April 1964 unterbreitete Bundesminister Schwarz dem EWG-Ministerrat einen Katalog von Fragen im Zusammenhang mit der anstehenden Regelung des Getreidepreises. Für den Wortlaut der Erklärung vgl. BULLETIN 1964, S. 581 f.
Zur Reaktion der EWG-Kommission vgl. die Aufzeichnung des Referats III A 2 vom 3. Juni 1964; Referat III A 2, Bd. 58.

[26] Mit Fernschreiben vom 4. Juni 1964 an Bundesminister Schröder monierte der Präsident der EWG-Kommission, daß die Vertagung der Entscheidung über die Angleichung der Getreidepreise bis zum 15. Dezember 1964 den Verpflichtungen entgegenstehe, „die der Rat zu wiederholten Malen eingegangen ist". Hallstein wies darauf hin, daß die Verschiebung die gesamte Kennedy-Runde gefährde. Außerdem werde „das gesamte Werk der gemeinsamen Agrarpolitik" in Frage gestellt. Vgl. Ministerbüro, Bd. 210.
Zu den Verhandlungen bei der Kennedy-Runde vgl. auch Dok. 122.

[27] Die Bundestagswahlen fanden am 19. September 1965 statt.

lichen Einkommen sei vielleicht ein Punkt zu berücksichtigen. Zwischen Deutschland und Frankreich bestehe hier ein großer Unterschied insoweit, als Frankreich den Bauern sehr viel stärkere staatliche Hilfen einräume als auf den ersten Blick erkennbar sei. Das beziehe sich insbesondere auf das Gebiet der Sozialversicherung, die für die Bauern in Frankreich bestehe und deren größter Teil vom Staat getragen werde. Etwas Ähnliches gebe es in Deutschland nicht. Trotz des niedrigeren Preisniveaus in Frankreich sei das Einkommen der Bauern dort infolgedessen ungefähr dem deutschen vergleichbar. Er habe sich immer wieder gefragt, ob hier nicht eine Möglichkeit zur Lösung des Problems für Deutschland gegeben sei.

Der Herr *Minister* sagte, die Bundesregierung wolle alles in ihrer Macht Stehende tun und gebe der Landwirtschaft im Rahmen des Grünen Plans[28] schon umfangreiche Hilfen. Dennoch werde sie auf eine Unterstützung der Gemeinschaft auf längere Zeit nicht verzichten können. Der Mansholt-Plan sehe dies auch vor.

Außenminister *Couve de Murville* bemerkte, vielleicht sollten Herr Lahr und Herr Wormser diese Frage einmal näher erörtern.[29]

Der Herr *Minister* begrüßte dies. Der Herr Minister kam dann auf die Frage China zu sprechen und erklärte, Nationalchina habe um Akkreditierung eines Botschafters beim Gemeinsamen Markt gebeten, und er wäre dankbar, wenn Frankreich entweder für diesen Antrag stimmen oder sich wenigstens enthalten würde.

Außenminister *Couve de Murville* erklärte, dies sei keineswegs einfach, da Formosa soeben die Beziehungen mit Frankreich abgebrochen[30] und Frankreich Beziehungen zu Peking aufgenommen[31] habe. Von den sechs Ländern gebe es drei, die keine Beziehungen zu Formosa hätten. Der Handel werde sicherlich nicht behindert, auch wenn Nationalchina keinen Botschafter in Brüssel hätte. Vor einem Jahr wäre es wohl für Frankreich noch möglich gewesen, diesem Schritt zuzustimmen. Heute sei es höchst schwierig. Es sei auch nicht etwa ein Zufall, daß Nationalchina gerade jetzt diesen Antrag stelle.

Der Herr *Minister* erwähnte, daß gelegentlich auch die Fassade eine Rolle spiele. So habe Bonn schon vor der französischen Anerkennung Rotchinas sich Gedanken gemacht, ob nicht die Möglichkeit eines Warenabkommens mit Peking bestehe.[32] Wenn ein solches Abkommen zum Beispiel eine Berlin-Klausel enthalten würde, wäre dies sicherlich für Deutschland gut. Angesichts des kürzlichen französischen Schritts erhalte jedoch jetzt jeder Schritt gegenüber Peking einen viel spektakuläreren Anstrich. Dem entgegenzuwirken wäre die

[28] Der Grüne Plan 1964 wurde am 5. Februar 1964 von seiten der Bundesregierung vorgelegt. Vgl. BT ANLAGEN, Bd. 88, zu Drucksache IV/1860.

[29] Zum Gespräch des Staatssekretärs Lahr mit dem Leiter der Wirtschaftsabteilung im französischen Außenministerium, Wormser, am 16. Juli 1964 vgl. Dok. 207.

[30] Die Republik China (Taiwan) gab am 10. Februar 1964 den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Frankreich bekannt. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1964, Z 44.

[31] Zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Frankreich und der Volksrepublik China am 27. Januar 1964 vgl. besonders Dok. 11 und Dok. 17.

[32] Zu den Sondierungen über die Möglichkeit eines Warenabkommens mit der Volksrepublik China vgl. zuletzt Dok. 143.

Zulassung eines nationalchinesischen Botschafters in Brüssel geeignet. Dies sei auch innenpolitisch nicht unwichtig, da es eine Reihe von Abgeordneten gebe, die Formosa große Sympathie entgegenbrächten.[33]

Außenminister *Couve de Murville* kam dann auf Amerika zu sprechen und erklärte, über den Erfolg Goldwaters[34] sei Frankreich keineswegs entzückt. Dies werde sicherlich keinen Einfluß auf den Ausgang der Wahlen haben, aber die nationalistische, isolationistische und rassistische Tendenz und gleichzeitig die Unkenntnis der übrigen Welt, wie sie von Goldwater repräsentiert werde, sei höchst unerfreulich, zumal Goldwater eine so starke Unterstützung bekommen habe.

Der Herr *Minister* erinnerte daran, daß Kennedy nur mit einer äußerst knappen Mehrheit gewählt worden sei[35] und viele, die damals Nixon gewählt hätten, möglicherweise Goldwater wählen würden. Die Frage sei natürlich, wer auf der republikanischen Konvention nominiert werde. In letzter Zeit hätten ihm viele Amerikaner gesagt, sie glaubten eher an Scranton oder Nixon, obwohl Goldwater schon sehr viel Unterstützung erhalten habe.

Der Herr Minister kam dann auf die Deutschland-Initiative[36] zu sprechen.

Außenminister *Couve de Murville* bemerkte dazu, der Herr Minister werde dieses wichtige Thema sicherlich in Washington[37] besprechen. Es handle sich darum, wie man die deutsche Frage und die Wiedervereinigung lebendig erhalten könne. Frankreich stehe dieser Frage sehr aufgeschlossen gegenüber und sei bereit, jegliche Formel zu prüfen. So habe es auch dem deutschen Vorschlag eines deutschen Entwurfs, der dann von den drei Westmächten unterstützt würde, zugestimmt. Inzwischen habe der Herr Minister seine Auffassung ja dahingehend geändert, daß er lieber eine Drei-Mächte-Manifestation haben möchte, und auch das werde Frankreich gerne prüfen. Daneben gebe es die Zwischenformeln, wie zum Beispiel den britischen Vorschlag einer Vier-Mächte-Kommission. Bei all diesen Vorschlägen gehe es weniger darum, bei den Russen tatsächlich etwas Bedeutsames zu erreichen, sondern vielmehr darum, die deutsche Frage nicht einschlafen zu lassen.

Der Herr *Minister* erinnerte daran, daß sein ursprünglicher Vorschlag eines deutschen Entwurfs, der dann von den drei Mächten unterstützt würde, keinesfalls fallen gelassen worden sei. Vielmehr sei er der Auffassung, daß bereits Einigkeit darüber bestehe, daß zu einem geeigneten Zeitpunkt ein solcher Schritt getan werden könnte. Alle übrigen Schritte müsse man unter dem Gesichtspunkt sehen, ob sie entweder erfolgversprechend oder in der interna-

[33] Beispielsweise sprach sich der CDU-Abgeordnete Majonica wiederholt für eine Intensivierung der Beziehungen zur Republik China (Taiwan) aus. Vgl. AAPD 1963, II, Dok. 210 und Dok. 364.

[34] Aufgrund des erfolgreichen Abschneidens bei den Vorwahlen wurde Senator Goldwater auf dem Parteikonvent der Republikanischen Partei vom 13. bis 16. Juli 1964 in San Franzisko zum Präsidentschaftskandidaten nominiert. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1964, Z 173. Vgl. Dok. 161, besonders Anm. 9.

[35] Bei den Präsidentschaftswahlen vom 8. November 1960 konnte John F. Kennedy nur rund 112000 Stimmen mehr auf sich vereinen als sein Gegenkandidat Richard M. Nixon. Vgl. dazu AdG 1960, S. 8822.

[36] Zu den Bemühungen der Bundesregierung um eine Initiative in der Deutschland-Frage vgl. besonders Dok. 124 und Dok. 126.

[37] Zu den deutsch-amerikanischen Regierungsbesprechungen am 12. Juni 1964 in Washington vgl. Dok. 160 und Dok. 161.

tionalen Diskussion nützlich seien. Er selbst nehme die Haltung ein, daß die Alliierten sich ganz klar zur Wiedervereinigung Deutschlands verpflichtet haben. Sein Bemühen gehe dahin, von den Westmächten multilateral und individuell erklärt zu sehen, daß die Wiedervereinigung Deutschlands ihr Ziel bleibe. In gewissen Fällen könne dies gemeinsam geschehen, und darin sehe er den Wert des NATO-Kommuniqués[38]. Die Aussichtslosigkeit einer Annahme solcher Vorschläge durch Rußland dürfe einen nicht daran hindern, derartige diplomatische Tätigkeiten zu entfalten. Natürlich müsse ein Nutzen dabei herausspringen. Dieser Nutzen dürfe jedoch nicht nur im tatsächlichen Erfolg gesehen werden, sondern eine bedeutsame und wertvolle Demonstration könne ebenso nützlich sein. Er wäre dankbar, wenn auch Frankreich Anregungen machen würde, welche Schritte denkbar seien.

Außenminister *Couve de Murville* erklärte, sicherlich dürfe man sich nicht in der Hoffnung wiegen, daß eine derartige Initiative im Augenblick bei den Russen auf Erfolg stoßen werde. Es gehe aber nicht nur darum. Frankreich sei gerne bereit, andere Möglichkeiten jederzeit zu prüfen. Er wäre dankbar, wenn der Herr Minister ihn über die in Washington besprochenen Möglichkeiten unterrichten würde. Wolle man einen richtigen Plan vorlegen, so könnten natürlich Schwierigkeiten mit den einzelnen Teilen dieses Plans unter den Alliierten auftauchen, da ein solcher Plan auch Aussagen über die Grenzen, über die Abrüstung und die europäische Sicherheit zum Inhalt haben müßte. Es wäre daher vielleicht nützlich, den britischen Gedanken einer Vier-Mächte-Kommission weiter zu erörtern.

Der Herr *Minister* wies darauf hin, daß es mehrere Möglichkeiten für ein aktiveres Vorgehen auf diesem Gebiet gebe. Es gebe den Gedanken der Vier-Mächte-Kommission, es gebe die Möglichkeit der Vorlagen eines detaillierteren Drei-Mächte-Planes und als dritte Möglichkeit eine spezifisch auf die drei Westmächte abgestellte Manifestation. So hätten die drei Westmächte ja den Deutschland-Vertrag unterschrieben, der klar die Verpflichtung zur Wiedervereinigung enthalte.[39] Er wäre dankbar, wenn von französischer Seite ebenfalls Vorschläge gemacht würden, welche anderen Möglichkeiten man in Frankreich sehe.

Außenminister *Couve de Murville* erinnerte daran, daß für die zweite Lösung das Sicherheits- und Grenzproblem schwierig sei. Für die Grenzen könne man sich immer auf den Friedensvertrag beziehen. Das Haupthindernis bilde vielmehr eine Einigung unter den Alliierten über die militärische Regelung in Mitteleuropa. Er werde aber gerne die französischen Überlegungen zu diesen Themen nach Bonn geben. Vielleicht könne das Thema bei dem bevorstehenden Besuch von General de Gaulle in Bonn[40] erneut angeschnitten werden.

Das Gespräch endete um 12.00 Uhr.

Ministerbüro, VS-Bd. 8511

[38] Zum Kommuniqué vom 14. Mai 1964 über die Tagung des NATO-Ministerrats vgl. Dok. 127, Anm. 11.

[39] Zur Verpflichtung der drei Westmächte im Deutschland-Vertrag vom 23. Oktober 1954 auf das Ziel der Wiedervereinigung Deutschlands vgl. Dok. 75, Anm. 14.

[40] Zu den deutsch-französischen Regierungsbesprechungen vom 3./4. Juli 1964 vgl. Dok. 180–188.

154

Gepräch des Bundesministers Schröder mit dem französischen Außenminister Couve de Murville

I A 1-80.11/765/64 geheim **8. Juni 1964**[1]

Teilnehmer: siehe Anlage.[2]

Am 8. Juni 1964 fand in Bonn die regelmäßige vierteljährliche Konsultation der beiden Außenminister Deutschlands und Frankreichs statt. Nach einem etwa zweistündigen Gespräch unter vier Augen[3] setzten die Minister ihre Besprechungen unter Hinzuziehung der beiden Delegationen fort.

Ministerialdirektor Dr. *Sachs* berichtete einleitend über die Besprechungen, die die beiden Delegationen in Abwesenheit der Außenminister geführt hatten (vgl. hierzu Ergebnisniederschrift vom 12. Juni 1964 – I A 1-80.11/1764/64 VS-vertraulich).[4]

Die Minister erörterten sodann folgende Themen:

- Lateinamerika;
- Spanien;
- Besuch des amerikanischen Unterstaatssekretärs Ball in Paris und in diesem Zusammenhang die Lage in Südostasien.

1) Lateinamerika

Der Herr *Bundesaußenminister* gab einen Bericht über den Besuch des Herrn Bundespräsidenten in Lateinamerika.[5] Der Herr Bundespräsident habe vier Länder besucht, Peru, Chile, Argentinien und Brasilien. Übereinstimmend für alle Länder könne festgestellt werden, daß

a) die Regierungen in sehr viel stärkerer Weise auf die Zusammenarbeit mit den USA eingestellt seien als dies oft angenommen werde. Der Grund hierfür liege vor allem darin, daß der Hauptteil der finanziellen Mittel für die Ent-

[1] Durchdruck.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde am 26. Juni 1964 von Ministerialdirektor Jansen über Staatssekretär Carstens an Bundesminister Schröder geleitet.

[2] Dem Vorgang beigefügt. Zur deutschen Delegation gehörten: Bundesminister Schröder, Staatssekretär Carstens, Ministerialdirektor Jansen, Ministerialdirektor Sachs, Ministerialdirektor Krapf, Botschafter Klaiber, Vortragender Legationsrat I. Klasse Simon, Legationsrat I. Klasse Kastl, Legationsrat I. Klasse Lang, Dolmetscherin Bouverat; zur französischen Delegation gehörten: Außenminister Couve de Murville, Abteilungsleiter Lucet, Abteilungsleiter Wormser, Botschafter de Margerie, der Kabinettschef des Außenministers, de Beaumarchais, Gesandter Lebel, Gesandter Graf d'Aumale und Unterabteilungsleiter Toffin.

[3] Vgl. Dok. 153.

[4] In der Besprechung der beiden Delegationen kamen die Themen Kennedy-Runde, Welthandelskonferenz, Kredite an Ostblock-Staaten, Entwicklungshilfe für Lateinamerika und Finanzhilfe für die Türkei zur Sprache. Vgl. Abteilung I (I A 1), VS-Bd. 15; B 150, Aktenkopien 1964.

[5] Bundespräsident Lübke stattete vom 24. April bis 14. Mai 1964 Peru, Chile, Argentinien und Brasilien Staatsbesuche ab. Vgl. dazu BULLETIN 1964, S. 603 f. und S. 778.

wicklung der Länder aus der von Präsident Kennedy ins Leben gerufenen „Allianz für den Fortschritt"[6] komme;

b) die Regierungen den deutschen Problemen gegenüber sehr aufgeschlossen seien und daß die von deutscher Seite hierzu abgegebenen Erklärungen bei ihnen eine sehr positive Resonanz gefunden hätten. Die Bundesrepublik habe eine gewisse Sorge im Falle Brasiliens gehabt, da einer der letzten brasilianischen Außenminister bei seinem Besuch in Bonn[7] recht negative Erklärungen zu den deutschen Problemen abgegeben habe;

c) die Regierungen an der Pflege der Beziehungen ihrer Länder zu Europa sehr interessiert seien und große Hoffnungen auf Europa und seine Hilfe setzten.

Der Herr Bundespräsident habe in seinen Reden und Erklärungen die Entwicklung und Vertiefung der Beziehungen zwischen Europa und Lateinamerika besonders hervorgehoben; er habe die deutsch-französische Zusammenarbeit in starker Weise unterstrichen, auf die Zugehörigkeit Lateinamerikas zur Freien Welt und die Gefahren, die hier von kommunistischer Seite drohten, hingewiesen. Auf deutscher Seite habe man den Eindruck gehabt, daß der Besuch für die Stärkung der demokratischen Kräfte in diesen Ländern sehr nützlich gewesen sei; dies gelte vor allem im Falle Chile.

Das überraschendste Land in mancher Beziehung sei Peru. Die sozialen und rassischen Verschiedenheiten seien außerordentlich stark, das soziale Niveau recht niedrig. In der Hauptstadt Lima seien allerdings einige kulturell recht beachtliche Leistungen festzustellen gewesen.

Chile stehe vor der Wahl eines neuen Präsidenten.[8] Frei sei der Kandidat der Christlichen Demokraten, allerdings decke sich diese Parteibezeichnung nicht ganz mit unseren Vorstellungen; die Christlich-Demokratische Partei Chiles habe eine stark sozialrevolutionäre Note. Sein Gegenkandidat sei der stärker links eingestellte Allende. Die größeren Chancen seien nach unserem Eindruck wohl Frei einzuräumen. Da wir verständlicherweise alle Kandidaten unter dem Gesichtspunkt ihrer Einstellung zu unseren deutschen Problemen sähen, würden wir eine Wahl des Christlich-Demokratischen Kandidaten vorziehen.

Argentinien habe unter dem Präsidenten Illia eine gutwillige und maßvolle Regierung, die allerdings noch nicht fest begründet sei und wohl auch noch auf Jahre hinaus nicht sehr stabil sein werde. Es gebe immer noch das Problem der Peronisten, und es sei schwer zu sagen, wie lange sich die Regierung halten werde. Im Augenblick brauchte man jedoch nicht mit einer allzu unruhigen Phase zu rechnen. Von deutscher Seite sei man besonders an den Devisenbestimmungen der argentinischen Regierung interessiert gewesen.[9] Es sei schwer zu sagen, wieweit die Besorgnisse hier ausgeräumt werden konnten.

[6] Vgl. dazu Dok. 49, Anm. 22.

[7] Vermutlich der Besuch des brasilianischen Außenministers Dantas in Bonn vom 17. bis 19. Mai 1962. Vgl. dazu BULLETIN 1962, S. 801 f. und S. 809 f.

[8] Bei der Wahl vom 4. September 1964 wurde der Kandidat der Christlich-Demokratischen Partei, Frei, zum neuen Präsidenten gewählt. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1964, Z 199.

[9] Am 13. April 1964 traten in Argentinien Bestimmungen über eine verschärfte staatliche Überwachung des Devisenmarkts in Kraft. Dies führte zu Besorgnissen ausländischer Anleger. Vgl. dazu AdG 1964, S. 11172. Vgl. ferner Referat III B 4, Bd. 2.

Für alle drei Länder gelte, daß die aufzubringenden Mittel für ihre Entwicklung gewaltig seien. Europa könne die amerikanische Hilfe deshalb nicht ersetzen, so erwünscht und nützlich seine Unterstützung auch sei. In allen Ländern bestehe der Wunsch, keine einseitigen finanziellen Bindungen an die USA einzugehen. Seltsamerweise habe sich bei diesem Besuch herausgestellt, daß diese Länder ihr eigenes Kapital weitgehend in Europa unterbringen und nicht zur Entwicklung im Lande selbst verwenden. Die Verbindung mit Europa sei also nicht nur kulturell und geistig, sondern auch wirtschaftlicher Art.

In Brasilien habe die große Gefahr einer kommunistischen Herrschaftsübernahme bestanden.[10] Der neue Ministerpräsident Branco werde als ein sehr integerer Mann beschrieben. Seine Regierung sei von einem starken Reformwillen beherrscht. Außenminister sei der uns allen bekannte brasilianische Berufsdiplomat Da Cunha. Die Regierung stütze sich nicht nur auf das Militär, sondern finde auch in der Öffentlichkeit eine breite Zustimmung.

Außenminister *Couve de Murville* dankte für den Bericht, der besonders interessant im Hinblick auf die bevorstehende Reise des französischen Staatspräsidenten nach Lateinamerika[11] sei. Präsident de Gaulle werde in der Zeit vom 15. September bis 15. Oktober nach Lateinamerika reisen und dabei sämtliche Länder besuchen, auch wenn er sich in dem einen oder anderen nur einen Tag aufhalten könne. Die Eindrücke, die man auf deutscher Seite von der Situation in Lateinamerika empfangen habe, entsprächen denen der französischen Regierung. Es sei normal, daß Lateinamerika zu den USA seine wichtigsten Beziehungen habe. Von den USA werde der Hauptteil der finanziellen und wirtschaftlichen Hilfe getragen; aber auch Europa habe hier eine wichtige Aufgabe wahrzunehmen. Zwar könne Europa finanziell nichts mit den USA Vergleichbares leisten. Im Bereich der Entwicklungshilfe würde Europa nur an zweiter Stelle nach den USA tätig werden können. Europa sei aber in der Lage, auf politischem, menschlichem und ideologischem Gebiet eine nützliche Aufgabe zu übernehmen und diesen Ländern das zu geben, was sie zu ihrer Entwicklung brauchten. Wichtiger als Geld sei die Bildung und Entwicklung der Bevölkerung. Auf kulturellem Gebiet könne Europa den lateinamerikanischen Staaten mehr geben als die USA. Es sei deshalb Unsinn, von einer Rivalität Europas mit den USA zu sprechen, wie man es gelegentlich in der amerikanischen Presse lesen könne. Die amerikanische Regierung sei sich der Bedeutung Europas für die Entwicklung des lateinamerikanischen Subkontinents bewußt. Für die lateinamerikanischen Staaten sei zudem die Präsenz anderer Gesprächspartner als nur der USA wichtig. Wenn der Herr Bundesaußenminister davon gesprochen habe, daß lateinamerikanische Kapitalien im Ausland investiert würden, so zeige dies nur den Beweis mangelnden Vertrauens in die eigene Regierung.

Der Herr *Bundesaußenminister* unterstützte die Ausführungen des französi-

[10] Angesichts eines sich ausbreitenden Aufstands flüchtete der brasilianische Präsident Goulart am 2. April 1964 nach Uruguay. In den folgenden Tagen wurden zahlreiche Kommunisten und linksgerichtete Politiker verhaftet. Am 11. April 1964 wurde General Castelo Branco von beiden Häusern des Kongresses zum neuen Präsidenten gewählt. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1964, Z 93.

[11] Vom 21. September bis 16. Oktober 1964 besuchte der französische Staatspräsident zehn südamerikanische Staaten. Vgl. dazu L'ANNÉE POLITIQUE 1964, S. 297 f.

schen Außenministers, daß es sich hier für Europa vor allem um ein politisches Problem handele, das zu lösen sei. Bei seinem Besuch in Chile habe er feststellen können, daß man dort eine Hilfe Europas vor allem auf dem Schul- und Erziehungsgebiet wünsche. Die Bundesrepublik habe aber auch durch die vielen deutschen Auswanderer sehr starke wirtschaftliche Beziehungen zu Lateinamerika. Innerhalb der EWG sei sie der wichtigste Handelspartner für die lateinamerikanischen Staaten, da sie etwas über die Hälfte der Ausfuhren abnehme. Diese Beziehungen könnten durch eine deutsch-französische Zusammenarbeit noch wirksamer werden.[12]

Auch der *französische Außenminister* hob die Wichtigkeit der deutsch-lateinamerikanischen Beziehungen hervor.

Ministerialdirektor Dr. *Jansen* wies darauf hin, daß die frühere Nervosität der lateinamerikanischen Staaten gegenüber dem Gemeinsamen Markt zurückgegangen sei. Die EWG werde heute als ein Faktum hingenommen.

2) Spanien

Außenminister *Couve de Murville* berichtete über seinen Besuch in Madrid.[13] Der Besuch sei seit Jahren geplant gewesen und habe im Zuge der Entwicklung des französisch-spanischen Verhältnisses gelegen. Er habe mit Außenminister Castiella und General Franco gesprochen. Konkrete Probleme habe man nicht erörtert. Der Besuch sei von beiden Seiten als eine politische Geste aufgefaßt worden. Seine Eindrücke seien nur allgemeiner Art, da er sich nur zwei Tage in Spanien und auch nur in Madrid aufgehalten habe. Wirtschaftlich befinde Spanien sich offenbar auf gutem Wege; insbesondere nach der Währungsreform[14] habe eine stärkere industrielle Entwicklung eingesetzt. Die politische Lage sei sehr schwierig zu beurteilen. 25 Jahre nach dem Bürgerkriege, d. h. beinahe eine Generation danach, beginne man heute vieles anders zu sehen. Die jüngere Generation betrachte die Dinge nicht mehr vom Standpunkt des Bürgerkrieges aus, sondern blicke in die Zukunft, und hierbei spiele vor allem die wirtschaftliche Entwicklung eine wichtige Rolle. Es sei ein Zufall, daß sein Besuch in Madrid mit der Behandlung des spanischen Antrages

[12] Zu den Überlegungen für eine gemeinsame deutsch-französische Entwicklungspolitik in Lateinamerika vgl. auch Dok. 49 und Dok. 97.

[13] Der französische Außenminister hielt sich vom 28. bis 30. Mai 1964 zu einem Besuch in Spanien auf. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1964, Z 132 f.
Botschafter Klaiber, Paris, berichtete am 2. Juni 1964, „daß der Zweck des Besuchs nicht in der Einleitung einer neuen französischen Politik gegenüber Spanien oder in dem Abschluß spektakulärer Abmachungen bestanden habe. Gleichwohl hätten die Spanier dem Besuch eine sehr große Bedeutung beigemessen, weil es sich um den ersten Besuch eines französischen Außenministers in Madrid seit dem spanischen Bürgerkrieg gehandelt habe." General Franco habe in seinem Gespräch mit Außenminister Couve de Murville das Thema Europa „mehr unter politischem Aspekt und kaum unter dem Thema der Assoziierung Spaniens an den gemeinsamen Markt behandelt und betont, „daß Spanien von seiner Seite keine Forderungen stelle. Es sei Sache der Sechser-Staaten zu entscheiden, ob sie Spanien bei Europa haben wollten oder nicht." Vgl. Abteilung I (I A 4), VS-Bd. 62; B 150, Aktenkopien 1964. Vgl. ferner den Drahtbericht des Botschaftsrats I. Klasse Breuer, Madrid, vom 31. Mai 1964; Referat I A 4, Bd. 284.

[14] Im Zusammenhang mit der Aufnahme Spaniens in die OEEC am 20. Juli 1959 wurde die Peseta erheblich abgewertet. Zugleich wurden weitere Maßnahmen zur besseren Einbindung der spanischen Währung in das internationale Währungssystem durchgeführt. Vgl. dazu AdG 1959, S. 7849 f.

auf Assoziierung mit der EWG[15] in Brüssel zusammengefallen sei. Die Verbindung Spaniens mit der EWG sei für Spanien und seine Außenpolitik ein essentielles Problem, da sie eine Öffnung nach außen bewirken würde. Es handele sich deshalb nicht nur um eine wirtschaftliche, sondern im besonderen Maße um eine politische Frage. Eine negative Reaktion der EWG auf den spanischen Antrag würde die Isolationisten und Reaktionäre in Spanien stärken. Die in Brüssel gefundene Regelung sei zunächst zufriedenstellend. Es sei allerdings keine Frage, daß es in den weiteren Verhandlungen auch zu Enttäuschungen für Spanien kommen würde.

Französisch-spanische Probleme seien nicht erörtert worden, da es in dem Verhältnis Frankreichs zu Spanien keine besonderen bilateralen Probleme gebe. In seinen Gesprächen mit Außenminister Castiella und General Franco sei allgemein über die Gefahren des Kommunismus, die Lage in Nordafrika und Südostasien gesprochen worden. General Franco habe eindringlich vor der kommunistischen Gefahr gewarnt und eine scharfe Haltung vertreten. Allerdings lege man auf spanischer Seite offenbar den Begriff „Kommunismus" weiter aus als in den anderen Ländern. Man verstehe darunter alle Strömungen, die gegen Spanien gerichtet seien. General Franco habe sich besonders für Fragen der Verteidigung und Sicherheit interessiert und die Absprachen mit den USA[16] hervorgehoben, die einem Allianzvertrag ähnlich seien. Aus seinen Ausführungen sei hervorgegangen, daß Spanien ein Mitspracherecht bei der Verteidigung und Sicherheit Europas wünsche. Die Frage, wie man Spanien an Europa binden könne, sei aber ein Problem auf lange Sicht.

Zur Lage in Nordafrika habe General Franco die Besorgnis geäußert, daß Algerien kommunistisch werden könnte. Es gäbe Gerüchte, wonach Ben Bella bei seinem Besuch in Moskau[17] sein Einverständnis erklärt habe, daß in Algerien ein Stützpunkt sowjetischer Unterseeboote errichtet würde. Auf französischer Seite betrachte man diesen Komplex jedoch nuancierter und habe General Franco erklärt, daß diese Gerüchte wohl lanciert seien. Ben Bella dürfte kaum daran interessiert sein, daß sich die Sowjetunion in dieser Weise am Mittelmeer festsetze. Er werde auch nach China reisen[18] und habe nicht so stark für Moskau optiert, wie man es in Spanien offenbar fürchte. General Franco habe ferner die guten Beziehungen zwischen Spanien und Marokko hervorgehoben.

Mit Bezug auf Südostasien habe sich General Franco zugunsten der amerikanischen Politik geäußert und seiner Verwunderung Ausdruck gegeben, daß

[15] Zum spanischen Wunsch nach einer Assoziierung mit der EWG vgl. Dok. 94.
Auf der Tagung vom 1. bis 3. Juni 1964 ermächtigte der Rat die EWG-Kommission, Besprechungen mit der spanischen Regierung über die wirtschaftlichen Beziehungen Spaniens zur EWG aufzunehmen. Vgl. BULLETIN DER EWG 8/1964, S. 22f.

[16] Am 26. September 1963 wurde das 1953 geschlossene amerikanisch-spanische Verteidigungsabkommen um weitere fünf Jahre verlängert. Zugleich einigten sich die beiden Staaten auf die Einsetzung eines Konsultativausschusses für Verteidigungsfragen sowie auf die Fortführung amerikanischer Militärhilfe für Spanien. Vgl. EUROPA-ARCHIV 1963, D 609–612.

[17] Zum Besuch des algerischen Präsidenten vom 25. April bis 7. Mai 1964 in der UdSSR vgl. EUROPA-ARCHIV 1964, Z 122.

[18] Vor seiner Absetzung empfing Präsident Ben Bella am 30./31. März 1965 den Ministerpräsidenten der Volksrepublik China, Chou En-lai, in Algier. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1965, Z 71.

Frankreich eine andere Lösung, nämlich die der Neutralisierung[19], befürworte. Er habe daraufhin versucht, General Franco die französische Politik zu erklären. Nach französischer Auffassung stelle sich die Frage so, ob die USA entschlossen seien, einen Krieg mit China zu riskieren, der ein umfassender Krieg, wenn nicht sogar ein Weltkrieg sein könnte. Frankreich würde eine derartige Entscheidung der USA nicht für richtig halten. General Franco habe die französischen Beweggründe offenbar verstanden.

In der Frage der russisch-spanischen Beziehungen sei man zwischen den beiden Botschaften in Paris seit längerer Zeit im diplomatischen Gespräch. Es bestehe auch seit einigen Monaten schon Einigkeit über die Wiederaufnahme der Beziehungen. Die Sowjets könnten sich jedoch offenbar nicht entschließen, weil Rotchina einen solchen Schritt in der sowjetisch-chinesischen Auseinandersetzung ausnützen könnte. Hier zeige sich, daß die Aktionsfreiheit der Sowjets durch den Konflikt mit Rotchina behindert sei.

Der Herr *Bundesaußenminister* erklärte, aus dem Verlauf der Verhandlungen in Brüssel sei bemerkenswert, wieviel Widerstand noch gegen eine Verbindung der EWG mit Spanien bestehe. Die Bundesregierung habe soeben den Besuch des Chefs der Präsidialkanzlei und des Direktors des Planungsamtes der spanischen Regierung[20] gehabt. Die beiden Herren hätten über den Entwicklungsplan[21] berichtet, der soziale und regionale Reformen vorsehe und für die Entwicklung der spanischen Wirtschaft daher von großer Bedeutung sei. Zwischen der deutschen und der französischen Regierung bestehe Einigkeit, den Wunsch der spanischen Regierung auf Verbindung mit der EWG im Ministerrat der EWG zu unterstützen. Bei dem Widerstand von italienischer Seite könne man sich fragen, ob dieser mehr auf politischen oder wirtschaftlichen Gründen beruhe.

Der *französische Außenminister* vertrat die Auffassung, daß die Gründe wohl in erster Linie politischer Natur seien. Die Sozialisten in der italienischen Regierung seien aus ihrer Erinnerung an den spanischen Bürgerkrieg gegen eine Verbindung Franco-Spaniens mit der EWG. Er habe schon darauf hingewiesen, daß die Einstellung gegenüber Spanien praktisch eine Generationenfrage sei. Während der Besuch, den er jetzt in Madrid gemacht habe, vor fünf Jahren in Frankreich noch undenkbar gewesen sei, habe es jetzt mit Ausnahme bei den Sozialisten und Kommunisten keine Schwierigkeiten gegeben.

Der Herr *Bundesaußenminister* ergänzte diese Bemerkungen mit dem Hinweis, daß auch die frühere christlich-demokratische italienische Regierung die gleiche Haltung eingenommen habe und daß, wie er bei seinem Besuch in

[19] Zu den Vorstellungen des Staatspräsidenten de Gaulle über eine Neutralisierung von Vietnam, Kambodscha und Laos vgl. besonders Dok. 44.

[20] Der Leiter der Präsidialkanzlei des spanischen Staatschefs, Carrero Blanco, und Planungskommissar López Rodó besuchten vom 5. bis 15. Juni 1964 die Bundesrepublik. Vgl. dazu Referat I A 4, Bd. 282.

[21] Am 1. Januar 1964 trat in Spanien ein Plan zur Entwicklung der Wirtschaft und Landwirtschaft, der Infrastruktur sowie der Einrichtungen im Sozial- und Bildungsbereich für die Jahre bis 1967 in Kraft. Vgl. dazu AdG 1964, S. 11036f.

Oslo[22] festgestellt habe, auch die Haltung der norwegischen Regierung gegenüber Spanien von der Vergangenheit bestimmt werde. Dieser Komplex werde in dem Maße abgebaut werden, in dem es gelinge, Spanien mit dem übrigen Europa enger zu verbinden.

3) Besuch des amerikanischen Unterstaatssekretärs Ball in Paris und in diesem Zusammenhang die Lage in Südostasien[23]

Der *französische Außenminister* berichtete über den Besuch, bei dem zwei Unterhaltungen mit ihm selbst und Präsident de Gaulle stattgefunden hätten. Es sei nur über Südostasien[24] gesprochen worden. Nach ihrem Eindruck habe der Besuch in Verbindung mit der Honolulu-Konferenz[25] gestanden, und es sei offenbar die Absicht der amerikanischen Regierung gewesen, die französische Regierung über etwaige Beschlüsse einer Ausdehnung der militärischen Operationen auf Nordvietnam zu unterrichten. Da derartige Beschlüsse nicht gefaßt worden seien, habe Ball nur noch einmal den amerikanischen Standpunkt vorgetragen. Nach amerikanischer Auffassung seien die Kämpfe in Vietnam und Laos von Hanoi gesteuert. Hanoi sei sozusagen der Chef der Subversion. Präsident Kennedy sei 1960/61 bereit gewesen, einem geeinten und neutralen Laos zuzustimmen. Dieser Versuch sei an der Haltung der Kommunisten gescheitert. Die USA seien auch heute bereit, einer Neutralisierung in diesem Raum zuzustimmen, aber zunächst müßten die Angriffe von kommunistischer Seite aufhören.

In zwei Punkten sei man sich auf französischer und amerikanischer Seite einig gewesen:

a) Bei den Vietcong und der Pathet Lao handle es sich um kommunistische oder kommunistisch inspirierte Bewegungen, die von Hanoi und vielleicht sogar von Rotchina gesteuert würden.

b) Beide Länder, Vietnam und Laos, dürften nicht in kommunistische Hand fallen.

Die Frage, die sich jetzt stelle, sei, wie man zu dem Stand der Verträge von

[22] Zum Besuch des Bundesministers Schröder vom 25. bis 27. Mai 1964 in Norwegen vgl. EUROPA-ARCHIV 1964, Z 132.
Vgl. dazu den Bericht des Botschafters von Holten, Oslo, vom 2. Juni 1964; Referat I A 4, Bd. 258.

[23] Vgl. dazu den Artikel „Ball bei de Gaulle"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 129 vom 6. Juni 1964, S. 1.
Gesandter Knoke, Paris, berichtete am 8. Juni 1964, in den Besprechungen des amerikanischen Staatssekretärs mit Staatspräsident de Gaulle und Außenminister Couve de Murville über die Lage in Südostasien „sei wieder einmal zutage getreten, daß die Verschiedenheit der französischen und der amerikanischen Auffassungen letzten Endes auf die verschiedene Beurteilung der Zielsetzung der chinesischen Politik zurückgehe. Während die Amerikaner fest an den Expansionismus des chinesischen Kommunismus glaubten, neigten die Franzosen dazu anzunehmen, daß die inneren Probleme Chinas, insbesondere seine wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die Pekinger Politik eher zur Vorsicht veranlaßten. De Gaulle habe Ball gegenüber keinen Zweifel gelassen, daß die Amerikaner nach seiner Meinung nicht um eine Erörterung des Indochina-Problems mit Peking herumkämen." Vgl. Abteilung I (I B 5), VS-Bd. 114; B 150, Aktenkopien 1964.

[24] Zur Lage in Südostasien vgl. Dok. 123, Anm. 9, und Dok. 160, Anm. 13.

[25] Am 1./2. Juni 1964 konferierten Außenminister Rusk und Verteidigungsminister McNamara mit hohen amerikanischen Beamten und Militärs über die Lage in Südostasien. Vgl. dazu DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 50, 1964, S. 926.

1954[26] zurückkommen könne. Damals seien Laos und Kambodscha unter neutralen Regierungen geeinigt worden; ebenfalls Südvietnam, während Nordvietnam unter kommunistischer Herrschaft verblieben sei. Eine Intervention ausländischer Mächte sei verboten worden. Nur Frankreich habe das Recht behalten, militärische Stützpunkte aufrechtzuerhalten und Kriegsmaterial zu lagern. Die Abkommen von 1954 hätten außer im Falle Kambodscha jedoch nicht gut funktioniert. In Laos und Vietnam hätten sowohl die USA als auch China es nicht aufgegeben zu intervenieren. Für eine Rückkehr zu dem Stand der Verträge von 1954 gäbe es heute zwei Möglichkeiten:

a) die gewünschte Befriedung durch einen Krieg herbeizuführen, der ein Krieg mit Nordvietnam und möglicherweise mit Rotchina sein würde. Nach französischer Auffassung biete diese Möglichkeit keine Chance. Die Bevölkerung in Vietnam und Laos sei gegen einen Krieg. Die südvietnamesische Armee schlage sich nur, weil sie gezwungen sei, und es sei eine Frage des Geldes, wie lange sich dieser Krieg noch führen lasse; der Aufwand sei sehr hoch. Frankreich habe eine siebenjährige Erfahrung mit einem Subversionskrieg in diesem Gebiet. Es habe 1954 keine Mittel gehabt, um einen Krieg mit China zu beginnen. Die USA seien in der Lage, mit Nordvietnam und China Krieg zu führen. Die USA müßten sich entscheiden, ob sie diesen Weg gehen wollten. Frankreich rate nicht zu einem solchen Krieg, da er in der Bevölkerung keine Zustimmung finden würde. Wenn man aber China nicht angreifen wolle, dann bleibe nur die zweite Möglichkeit,

b) der Weg der Verhandlungen mit Nordvietnam und Rotchina, um in Vietnam und Laos zu unabhängigen, neutralen Regierungen mit einem Verbot jeder ausländischen Intervention zu kommen. Wenn man zu einem solchen Abkommen kommen wolle, so müßten nach französischer Auffassung alle interessierten Mächte Garantien hierfür übernehmen. Dies könnte im Interesse des Westens liegen. China könnte durch seine innere Entwicklung und die Schwierigkeiten mit der Sowjetunion für eine Generation auf eine Expansion nach Südostasien verzichten. Dafür müßte es jedoch die Garantie erhalten, daß es nicht durch die USA bedroht werde. Die grundsätzliche Frage sei, ob man im pazifischen Raum zu einem Gleichgewicht kommen wolle; die USA seien dort, ausgenommen Südvietnam, militärisch überlegen. Der Westen könne daher bei derartigen Verhandlungen aus einer Position der Stärke heraus verhandeln. Auch Nordvietnam als Nachbar Chinas wolle unabhängig sein und könnte deshalb für eine Neutralität gewonnen werden. Ein großes Problem sei Südvietnam selbst, da es dort kein nationales Regime gebe, das für eine Unabhängigkeit einträte. Südvietnam sei seit 1954 ein amerikanisches Protektorat. Seine Regierung habe zwar eine Wandlung in Richtung auf nationale Unabhängigkeit durchgemacht, sei dann jedoch durch Generale abgelöst worden[27], die politisch nichts zu sagen hätten. Die einzige Volksbewe-

[26] Für den Wortlaut der Schlußakte der Indochina-Konferenz vom 21. Juli 1954 vgl. EUROPA-ARCHIV 1954, S. 6822–6824.

[27] Die Regierung des südvietnamesischen Präsidenten Ngo Dinh Diem wurde am 1. November 1963 durch General Duong Van Minh gestürzt, der das Präsidentenamt übernahm. Ministerpräsident wurde am 4. November 1963 Nguyen Ngoc Tho, dem am 8. Februar 1964 General Nguyen Khanh folgte. Vgl. dazu auch AAPD 1963, III, Dok. 409.

gung in Vietnam seien leider nur die Vietcong, die gegen die Regierung und die USA eingestellt seien. Nach französischer Auffassung könnte eine große internationale Konferenz aller beteiligten Staaten zu einer Lösung führen. In jedem Fall sei eine solche Konferenz besser, als einen Krieg gegen Rotchina zu beginnen. Es könnte eine de facto Einstellung der Kriegshandlungen erreicht, und es könnten politische Gruppierungen in der Bevölkerung gefördert werden, um zu Verfassungen in den Ländern zu kommen.

Auf die Frage des Herrn Bundesaußenministers nach der Reaktion Unterstaatssekretär Balls auf diese Ausführungen erwiderte der französische Außenminister, daß nach ihrem Eindruck die USA keine eigentliche Position hätten. Ball habe lediglich immer wiederholt, daß Südvietnam und Laos nicht kommunistisch werden dürften. Hiervon abgesehen, sei kein klarer Ausdruck eines politischen Willens erkennbar gewesen. Die amerikanische Regierung werde sich darauf beschränken, in der bisherigen Weise weiter zu verfahren. Bis zu den amerikanischen Wahlen sei mit Veränderungen nicht zu rechnen. Die amerikanische Öffentlichkeit sei allerdings recht unruhig. Während Senator Goldwater für einen Krieg mit China sei, habe sich Senator Mansfield für ein Verhandeln ausgesprochen. Inzwischen vergehe jedoch viel Zeit. Die Lage in Südvietnam werde immer schlechter. Praktisch seien dort heute schon die Kommunisten die Herren, und die Chinesen würden angesichts der Untätigkeit der USA immer unverschämter. Wenn Frankreich deshalb auf baldige Entschlüsse dränge, so deshalb, weil die Lage sich immer mehr verschlechtere.

Der Herr *Bundesaußenminister* erklärte, daß Frankreich den Problemen im südostasiatischen Raum sehr viel näher sei, weil es dort über entsprechende Erfahrungen verfüge. Für die Bundesrepublik sei die Frage, wie man den Kommunismus dort zum Halten bringen könne. Es seien drei Möglichkeiten vorstellbar:

a) die militärische Lösung,

b) die Unterstützung der einheimischen Bevölkerung in ihrer Widerstandskraft gegen den Kommunismus,

c) eine von allen Beteiligten akzeptierte Lösung, die jedoch kaum zu erreichen sei, da die Gegenseite nicht daran denke, sich an derartige Abmachungen zu halten.

Die Lösung müsse sicher außerhalb Südvietnams in größerem Rahmen gesucht werden, da es sich dort nicht um eine isolierte amerikanisch-kommunistische Auseinandersetzung handele. Dies sei ein Problem der westlichen Solidarität. Die Möglichkeiten einer Hilfe von seiten der Bundesrepublik seien allerdings begrenzt; sie könnten nur humanitärer und karitativer Art sein. Vor den amerikanischen Wahlen seien wenig Chancen für einen grundsätzlichen Entschluß der amerikanischen Regierung.

Außenminister *Couve de Murville* vertrat demgegenüber die Meinung, daß es sich hier nicht um eine amerikanisch-kommunistische Auseinandersetzung, sondern um eine Auseinandersetzung USA/China handele. Vietnam sei ein nationales Problem. Es sei die Frage, ob Vietnam unter chinesische Herrschaft komme. Die Sowjetunion sei ebenso wie wir nicht daran interessiert, daß Laos

und Vietnam von China beherrscht würden. Zu der von dem Herrn Bundesaußenminister hervorgehobenen Solidarität des Westens sei festzustellen, daß bei der letzten NATO-Ministerratssitzung in Den Haag[28] kaum über dieses Problem gesprochen worden sei. Außer einer kleinen Anmerkung in der Rede des niederländischen Außenministers sei niemand hierauf eingegangen. Er stelle die Frage, was der NATO-Rat tun würde, wenn die USA einen Krieg mit China begännen. Nach seiner Auffassung sei der beste Ausdruck der Solidarität der, daß man das sage, was man denke.

Der Herr *Bundesaußenminister* erwiderte, daß das kommunistische Problem durch das immer stärkere Hervortreten Rotchinas heute sehr viel komplexer geworden sei. Der Kommunismus beider Schattierungen sei gleich gefährlich.

Der Herr Bundesaußenminister teilte mit, daß die Bundesrepublik nunmehr Beziehungen mit Kambodscha aufgenommen habe.[29] Als Vertreter der Bundesrepublik sei zunächst der Gesandte Boltze und jetzt Herr Berendonck in Pnom Penh. Die Vertretung habe keinen diplomatischen Status. Wir hofften, auf diese Weise die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Kambodscha und der Sowjetzone zu verhindern. Er wäre dankbar, wenn der französische Missionschef unseren Vertreter in seiner Arbeit unterstützen würde.

Außenminister *Couve de Murville* sagte zu, daß die beiden Vertretungen enge Verbindung miteinander halten sollten.

Zum Abschluß der Besprechungen teilte der Herr *Bundesaußenminister* mit, daß in dem Gespräch der beiden Minister auch die Frage des EWG-Getreidepreises[30] erörtert worden sei. Man sei sich einig gewesen, daß dieses Problem in bilateralen Besprechungen weiterbehandelt werden solle und daß in Brüssel die Arbeit an den Vorfragen weitergehen sollte. Von den übrigen in der Tagesordnung vorgesehenen Themen könnte das Gespräch über die Lage in Afrika auf die nächste Sitzung verschoben werden. Ein eingehender Meinungsaustausch mit einem systematischen Vergleich der beiderseitigen Auffassungen könnte in absehbarer Zeit einmal über die NATO stattfinden. Da wir hier nicht in allen Überlegungen übereinstimmten, sei eine solche Diskussion nützlich.

Außenminister *Couve de Murville* erklärte sich mit einem bilateralen deutsch-französischen Gespräch über die Probleme der NATO einverstanden.

Der Herr *Bundesaußenminister* stellte anschließend die Frage, ob bei dem bevorstehenden Zusammentreffen des Herrn Bundeskanzlers mit dem französischen Staatspräsidenten[31] die Europäische Politische Union diskutiert werden solle. Die Situation sei hier seit der letzten Zusammenkunft im Februar d.J.[32] unverändert.

28 Zur Tagung des NATO-Ministerrats vom 12. bis 14. Mai 1964 vgl. Dok. 127.

29 Die Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in Kambodscha nahm am 19. Februar 1964 ihre Arbeit auf. Zu den vorangehenden Verhandlungen mit der kambodschanischen Regierung vgl. AAPD 1963, I, Dok. 160.

30 Zur Regelung des Getreidepreises vgl. zuletzt Dok. 153, besonders Anm. 23–26.

31 Zu den deutsch-französischen Regierungsbesprechungen vom 3./4. Juli 1964 vgl. Dok. 180–188.

32 Zu den deutsch-französischen Regierungsbesprechungen am 14./15. Februar 1964 in Paris vgl. Dok. 44–50.

Außenminister *Couve de Murville* bejahte, daß es in dieser Frage kein neues Element gebe. Die Europäische Politische Union sei jedoch ein wichtiges Thema, und da die beiden Staatsmänner über alle großen Themen sprechen würden, sollten sie auch dieses Thema behandeln. Eine Entscheidung oder Initiative sei jedoch nicht vorstellbar.

Der Herr *Bundesaußenminister* stimmte einem Meinungsaustausch über die Europäische Politische Union zu.

Abteilung I (I A 1), VS-Bd. 139

155

Sprechzettel für Botschafter Groepper, Moskau (Entwurf)

II 3/88.10-311/64 geheim **8. Juni 1964**

Betr.: Entwurf eines Schriftstücks[1], das Botschafter Groepper als Sprechzettel für ein Gespräch mit Chruschtschow verwenden und anschließend überlassen könnte unter Berücksichtigung der von Botschafter Groepper mit Fernschreiben Nr. 454 vom 5.6.1964 vorgetragenen Änderungen[2]

1) Am 7. März dieses Jahres wurden die Bundesregierung und die Bundesrepublik Deutschland in einer autorisierten Erklärung der amtlichen sowjetischen Nachrichtenagentur in ungezügelter Heftigkeit angegriffen.[3] Diese Angriffe wurden von uns als Zeichen dafür angesehen, daß ihr Urheber kaum Interesse an einer Verbesserung der deutsch-sowjetischen Beziehungen hat.

Wenige Tage später suchte der sowjetische Botschafter Smirnow den Herrn Bundeskanzler auf[4], um ihm im Namen seiner Regierung den Wunsch auszudrücken, keine Zeit mit fruchtloser Polemik zu verlieren, sondern die Beziehungen zwischen unseren Ländern sachlich und konstruktiv zu erörtern. Der Herr Bundeskanzler nahm diese Mitteilung mit Befriedigung zur Kenntnis.

2) Der Herr Bundeskanzler ist bereit – und war es stets – alles, was in seinen Kräften steht, zu einer Verbesserung der deutsch-sowjetischen Beziehungen

[1] Als Antwort des Bundeskanzlers Erhard auf das sowjetische Aide-mémoire vom 11. März 1964 vorgesehen und Ministerpräsident Chruschtschow in der vorliegenden Form am 13. Juni 1964 übergeben. Lediglich den mündlich vorgetragenen Schlußteil des Sprechzettels mußte Botschafter Groepper, Moskau, aufgrund aktueller Ereignisse modifizieren. Vgl. dazu Anm. 12.
Zur weiteren Vorbereitung und zum Gespräch selbst vgl. Dok. 158 und Dok. 162.

[2] Eine erste Fassung des Sprechzettels war Botschafter Groepper, Moskau, am 4. Juni 1964 übermittelt worden. Vgl. dazu Dok. 150, Anm. 2.
Mit Drahtbericht vom 5. Juni 1964 brachte Groepper eine Reihe von Änderungsvorschlägen vor. Vgl. Ministerbüro, VS-Bd. 8468; B 150, Aktenkopien 1964.

[3] Zur TASS-Erklärung vom 7. März 1964 vgl. Dok. 67, Anm. 16.

[4] Zum Gespräch vom 11. März 1964 vgl. Dok. 68.

beizutragen. Auch er empfindet den gegenwärtigen Zustand im deutsch-sowjetischen Verhältnis als unbefriedigend.

Die Bundesrepublik Deutschland hat von Anfang an das Ziel verfolgt, ein gutes Verhältnis zu ihren Nachbarstaaten herbeizuführen. Das beste Beispiel hierfür ist unser Verhältnis zu Frankreich. Frankreich und Deutschland galten Jahrhunderte lang als Erbfeinde. Nach 1945 standen zwischen unseren Völkern nicht nur die Erinnerung an den Krieg, seine Zerstörungen und zahllosen Opfer, sondern auch ungelöste territoriale Fragen, wie die des Saargebiets. Die französische Regierung und die Bundesregierung sind gemeinsam daran gegangen, diese Hindernisse zu beseitigen. Es ist ihnen gelungen, die Vorurteile von Generationen zu überwinden; die Erbfeindschaft wurde durch eine dem Wohl beider Völker dienende Zusammenarbeit abgelöst. Kriege zwischen unseren beiden Völkern sind heute nicht mehr denkbar.

Die Bundesregierung will auch das Verhältnis zu den östlichen Nachbarn des deutschen Volkes verbessern, und zwar grundlegend und nicht nur für befristete Zeit. Es wäre ein historisches Versäumnis, wenn wir diese Aufgabe nicht zu lösen versuchten.

3) Die Auffassungen, die wir über bestimmte Fragen haben, weichen allerdings stark voneinander ab. Es wird also notwendig sein, erst einmal die gegenseitigen Standpunkte zu vergleichen. Bevor wir über die Verbesserung der gegenseitigen Beziehungen sprechen, sollten wir uns mit den Gedanken, Absichten und Möglichkeiten des anderen genau vertraut machen. Die Bundesregierung hat in dem Memorandum vom 21.2.1962[5] die Grundsätze ihrer Politik, insbesondere unserer Politik gegenüber der Sowjetunion, ausführlich dargelegt. Ich bitte, dieses Dokument, das die einmütige Billigung aller Parteien des Bundestages fand, auf das aber die sowjetische Regierung nicht eingegangen ist, zur Ergänzung meiner Ausführungen heranzuziehen.

Vielleicht wären auch persönliche Begegnungen, wie Herr Botschafter Smirnow sie vorschlug, und eigene Anschauung in der Tat geeignete Mittel, um Mißdeutungen zu vermeiden und Vorurteile aus dem Wege zu räumen.

4) Sowjetische Äußerungen über den angeblich in der Bundesrepublik Deutschland weitverbreiteten „Revanchismus", „Militarismus" und Angriffsgeist sind nicht zutreffend.

Der Bundeskanzler bittet zu bedenken, daß bei Kriegsende viele Millionen Flüchtlinge und Heimatvertriebene auf unser Gebiet strömten, ja, daß nach dem Kriege jeder fünfte Einwohner der sogenannten DDR zu uns floh. Es war nur unter großen Anstrengungen möglich, alle diese Deutschen in den Wirtschaftsprozeß einzuordnen. Es war zu befürchten, daß radikale Elemente von diesen Schwierigkeiten profitieren würden. Irgendein radikaler Einfluß hat sich aber dank der besonnenen Haltung der Bevölkerung nicht entfalten können. Dies ist ein Erfolg der Bundesregierung und der politischen Parteien, aber ebenso sehr ein Beweis für die politische Nüchternheit unseres Volkes.

Die Bundesregierung hat auch oft genug bewiesen, wie sie zu Hitler und sei-

[5] Für den Wortlaut des Memorandums der Bundesregierung an die UdSSR vgl. BULLETIN 1962, S. 315–318. Vgl. auch DzD IV/8, S. 162–171.

ner Gewaltpolitik steht. Unsere Justiz führt Gerichtsverfahren gegen alle diejenigen durch, die unter dem Nationalsozialismus Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen haben. Wir haben es auf uns genommen, daß mit diesen Prozessen auch im Ausland die Erinnerung an die von Deutschen unter Hitler begangenen Grausamkeiten wieder auflebt und daß unser Ansehen darunter leidet. Wie lassen dennoch nicht davon ab, das Unrecht, das damals begangen worden ist, zu sühnen. In der Sowjetunion wird, wie sich schon hieraus ergibt, ein schiefes Bild von der Haltung der Bundesregierung vermittelt, wenn man dieser eine nationalistische Einstellung vorwirft. Ein wahres Bild von der politischen Wirklichkeit in der Welt zu gewinnen und dieses wahre Bild auch im eigenen Volk zu verbreiten, ist aber eine wesentliche Voraussetzung für bessere internationale Beziehungen.

5) Das Haupthindernis, das der Verbesserung und der Normalisierung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion entgegensteht, ist zweifellos die Spaltung des deutschen Volkes. Der gegenwärtige Zustand ist unnatürlich und nur mit Gewalt aufrechtzuerhalten.

Der Bundeskanzler bittet Ministerpräsident Chruschtschow zu bedenken, daß keine deutsche Regierung einer Friedensregelung zustimmen wird, ja dazu überhaupt in der Lage wäre, die von der Beibehaltung der derzeitigen Spaltung Deutschlands ausgeht.

6) Herr Botschafter Smirnow wiederholte den Wunsch der Sowjetregierung, die Bundesregierung sollte mit den Machthabern der sogenannten DDR unmittelbar über die nationalen Fragen verhandeln.[6] Wir können aber mit diesem Regime über die Wiedervereinigung und Berlin nicht verhandeln, da es nicht den Willen der Bevölkerung in seinem Machtgebiet repräsentiert. Unsere Ansicht über dieses Regime hat die Bundesregierung in dem Memorandum vom 21.2.1962 ausführlich dargelegt. Wir möchten uns auf diesen Hinweis beschränken.

7) Die Bundesregierung kann sich nur eine einzige Lösung vorstellen, die das Problem der Spaltung des deutschen Volkes löst: Das Volk selbst darüber in wirklich freien Wahlen entscheiden zu lassen. Das Prinzip der Selbstbestimmung ist international anerkannt und von der Sowjetunion selbst wiederholt bejaht worden. Noch im sowjetischen Memorandum an die Bundesregierung vom 27.12.1961[7] steht der Satz, es sei „Sache jedes einzelnen Volkes, das Gesellschaftssystem zu wählen, das seiner Ansicht nach am besten zu ihm paßt". Wenn diese Worte ernst gemeint sind, dann sollte man daraus auch die Konsequenzen ziehen. Warten wir ab, wie das Volk in der sogenannten DDR sich in wirklich freien Wahlen entscheidet! Dies ist unserer Ansicht nach die einzige gerechte Lösung und auch die einzige Lösung, die auf die Dauer gesehen auch für die Sowjetunion die beste ist. Niemand könnte, wenn die Wahl für uns günstig ausfiele, der Sowjetregierung vorwerfen, sie habe „ihre brüderlichen Beziehungen zur DDR zum Opfer gebracht", wenn sie einem Grundsatz, der

[6] Zur sowjetischen These, die beiden deutschen Staaten seien für die Lösung der Deutschland-Frage zuständig, vgl. auch Dok. 13, Anm. 15.

[7] Für den Wortlaut vgl. DzD IV/7, S. 1211–1222.

heute als Grundprinzip internationaler Ordnung gilt, in Mitteleuropa zur Anwendung verhilft.

8) Die sowjetische Regierung wünscht eine Friedensregelung für Deutschland. Auch wir wünschen sie; Aufgabe eines Friedensvertrages muß aber sein, eine dauerhafte Ordnung in Mitteleuropa herzustellen. Er darf nicht im Widerspruch zu den berechtigten Wünschen der Bevölkerung stehen. Er soll nicht ungelöste Probleme verfestigen, sondern sie lösen. In ihrer Botschaft vom 31.12.1963[8] über einen Verzicht der Staaten auf Gewaltanwendung erwähnt die sowjetische Regierung auch das Problem der Wiedervereinigung der geteilten Länder. Wir können es nur begrüßen, wenn sie dabei sagt, daß der Sehnsucht dieser Völker nach Wiedervereinigung Verständnis und Achtung entgegengebracht werden sollte, und daß ihnen die Möglichkeit gegeben werden sollte, das Problem der Wiedervereinigung mit friedlichen Mitteln zu lösen. Gibt es ein friedlicheres Mittel hierzu, als die Bevölkerung selbst nach ihren Wünschen zu fragen und sich dann danach zu richten? Beispiele aus der Geschichte zeigen uns, daß Verträge, die die Spaltung eines Volkes festlegen wollen, nicht von Dauer sein können.

9) Die Bundesrepublik Deutschland ist bestrebt, ihr Verhältnis zu den osteuropäischen Staaten weiterhin zu verbessern. Sie hofft, daß in einem Friedensvertrag die Grundlage für dauerhafte gute Beziehungen, die jede Gewaltanwendung ausschließt, zu diesen Staaten gelegt werden kann.

Der Bundeskanzler hat mit Befriedigung die Äußerung des sowjetischen Botschafters zur Kenntnis genommen, daß der Abschluß von Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und einigen osteuropäischen Staaten[9] nach Ansicht der Sowjetregierung ein Schritt in der richtigen Richtung sei. Die Bundesregierung ist gewillt, auf diesem Wege fortzufahren. Der Bundeskanzler hat dies in seiner Rede vom 1. Mai 1964[10] erneut bekräftigt.

10) Der Bundeskanzler ist der Ansicht, daß aus der Wiedervereinigung des deutschen Volkes weder der Sowjetunion noch den osteuropäischen Staaten Schaden entstehen darf. In einem Friedensvertrag müßten daher die Sicherheitsbedürfnisse der osteuropäischen Staaten einschließlich der Sowjetunion, aber auch das deutsche Sicherheitsbedürfnis berücksichtigt werden.

11) Der Bundeskanzler hat mit Interesse von Herrn Smirnows Äußerungen Kenntnis genommen, daß die Sowjetunion für die Herstellung fester wirt-

[8] Zum Schreiben des sowjetischen Ministerpräsidenten an alle Staats- und Regierungschefs betreffend einen Verzicht auf Gewaltanwendung bei territorialen Streit- und Grenzfragen vgl. Dok. 15, Anm. 2, und Dok. 16.

[9] Im Laufe des Jahres 1963 schloß die Bundesrepublik Abkommen mit Polen, Rumänien und Ungarn über den Handelsverkehr bzw. den Austausch von Handelsvertretungen. Vgl. dazu Dok. 13, Anm. 20.
Zum Abkommen mit Bulgarien vom 6. März 1964 über den Waren- und Zahlungsverkehr und den Austausch von Handelsvertretungen vgl. Dok. 62.

[10] Auf der Kundgebung zum 1. Mai 1964 in Berlin (West) führte Bundeskanzler Erhard aus: „Wir sind bereit, auch mit der Sowjetunion und den osteuropäischen Staaten zu einem guten Verhältnis zu gelangen, zu einem Einvernehmen, das ein friedliches Miteinanderleben ermöglicht ... Wir wissen und vergessen es nicht, was an Schrecklichem unter dem Nationalsozialismus geschehen ist; und wir wissen dazu, daß genauso wie wir auch die Sowjetunion und die osteuropäischen Länder legitime nationale Interessen haben." Für den Wortlaut der Rede vgl. BULLETIN 1964, S. 646f.

schaftlicher Bindungen im Handelsaustausch mit der Bundesrepublik Deutschland auf mehrere Jahre im voraus eintritt.[11] Der Bundeskanzler glaubt, daß dieses Thema eingehend erörtert werden könnte; er glaubt ferner, daß Vereinbarungen, die auf diesem Gebiet getroffen werden könnten, unseren beiden Staaten große Vorteile bringen können. Selbstverständlich muß dabei eine Regelung gefunden werden, die sicherstellt, daß auch Berlin an dem deutsch-sowjetischen Warenaustausch partizipiert.

12) Ich habe mit diesen Worten die Absichten und Möglichkeiten unserer Politik dargestellt und die Grenzen bezeichnet, über die die Bundesregierung nicht hinausgehen kann. Das Kernproblem, das sich unmittelbar auf die deutsch-sowjetischen Beziehungen auswirkt, ist die Spaltung des deutschen Volkes und sein Wunsch nach Wiedervereinigung. Wenn die Sowjetregierung zuließe, daß dieses Problem gemäß dem freien Willen des deutschen Volkes gelöst wird, würde sie in beredter Weise zum Ausdruck bringen, daß ihr nicht nur an einer befristeten, sondern an einer dauerhaften friedlichen Koexistenz gelegen ist.

Der Bundeskanzler ist gewiß, daß eine Lösung dieser Frage große Möglichkeiten für die Beziehungen zwischen dem sowjetischen und dem deutschen Volke eröffnen würde.

(Das folgende nur mündlich:)[12]

[11] Zur Frage einer neuen Vereinbarung mit der UdSSR über den gegenseitigen Handelsaustausch vgl. auch Dok. 68, Anm. 8.

[12] Aufgrund des Freundschaftsvertrags vom 12. Juni 1964 zwischen der UdSSR und der DDR wandelte Botschafter Groepper, Moskau, diesen nur mündlich vorgetragenen Schlußteil im Gespräch mit Ministerpräsident Chruschtschow am 13. Juni 1964 ab: „Der Herr Bundeskanzler verkennt nicht, daß im Augenblick die Möglichkeiten zu einer grundlegenden Verbesserung der deutsch-sowjetischen Beziehungen begrenzt sind. Seiner Ansicht nach wird die Bewegungsfreiheit auf diesem Gebiet durch die von der Sowjetregierung vertretene Zweistaaten-Theorie eingeengt. Durch den Vertrag, den die Sowjetregierung gestern unterzeichnet hat, ist hierin sicherlich keine Erleichterung eingetreten. Was diesen Vertrag anbetrifft, so ist die Bundesregierung mit ihren Alliierten sich darüber einig, daß der Abschluß oder die Durchführung dieses Vertrags durch die Sowjetunion keinesfalls sowjetische Verpflichtungen oder Verantwortungen auf Grund von Verträgen oder Abmachungen zwischen den drei Mächten mit der Sowjetunion über Deutschland einschließlich Berlin berühren kann. Die Sowjetunion bleibt an die Verpflichtungen gebunden, die sie gegenüber den drei Mächten eingegangen ist, und ist nach wie vor für die Erfüllung ihrer Verpflichtungen ihnen gegenüber verantwortlich. Ergänzend möchte ich zu diesem Vertrag noch folgendes sagen: In ihm ist von der Bedrohung der internationalen Sicherheit und des Friedens durch revanchistische und militaristische Kräfte und der bestehenden Gefahr eines Aggressionskrieges die Rede. Jeder, der die Bundesrepublik Deutschland kennt, weiß, daß es dort solche Bestrebungen nicht gibt und daß unser Staat in seiner Friedensliebe durch keinen anderen Staat übertroffen wird.
Wir haben davon Kenntnis genommen, daß die Sowjetunion davon ausgeht, daß die USA, Großbritannien und Frankreich nach wie vor eine gewisse Verantwortung mit Bezug auf Deutschland haben. Dies trifft zu, soweit es sich um die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands handelt. Das Korrelat dieser Verantwortung der drei Westmächte ist die entsprechende Verantwortung der Sowjetunion für die Wiederherstellung Deutschlands. Wir begrüßen es in diesem Zusammenhang, daß sich auch die Sowjetunion zu dem Ziel einer Wiedervereinigung Deutschlands bekennt, wenn wir auch hinsichtlich der Methoden und Wege zur Erreichung dieses Ziels bekanntlich eine andere Auffassung als die sowjetische Regierung vertreten. Der Herr Bundeskanzler erkennt, daß die Sowjetregierung eine Lösung der Deutschland-Frage vermeiden möchte, die ihr den Vorwurf eintragen könnte, sie gäbe wesentliche Grundsätze des Sozialismus preis. Er bittet Sie jedoch, Herr Ministerpräsident, ernsthaft zu prüfen, ob den Deutschen in der sogenannten DDR

Der Herr Bundeskanzler verkennt nicht, daß im Augenblick die Möglichkeiten zu einer grundlegenden Verbesserung der deutsch-sowjetischen Beziehungen begrenzt sind. Seiner Ansicht nach wird die Bewegungsfreiheit auf diesem Gebiet durch die von der Sowjetregierung vertretene Zweistaatentheorie[13] eingeengt. Er erkennt, daß die Sowjetregierung eine Lösung der Deutschland-Frage vermeiden möchte, die ihr den Vorwurf eintragen könnte, sie gäbe wesentliche Grundsätze des Sozialismus preis. Er bittet jedoch Herrn Ministerpräsidenten Chruschtschow, ernsthaft zu prüfen, ob den Deutschen in der sogenannten DDR des Selbstbestimmungsrecht zu gewähren, wirklich als Preisgabe sozialistischer Grundsätze angesehen werden kann.

Schließlich bittet der Bundeskanzler den Ministerpräsidenten zu bedenken, welche realen politischen Vorteile eine Lösung des Deutschland-Problems in Verbindung mit beiderseitigen Sicherheitsgarantien und einer deutsch-sowjetischen wirtschaftlichen Zusammenarbeit für beide Völker haben könnte.

Wenn Ministerpräsident Chruschtschow glaubt, daß es nützlich sein könnte, die in unseren Beziehungen sich ergebenden Fragen in persönlichen Gesprächen zu erörtern, würde der Herr Bundeskanzler sich freuen, wenn Herr Ministerpräsident Chruschtschow eine Einladung zu einem Besuch in der Bundesrepublik Deutschland zu einem Meinungsaustausch annehmen würde.

Ministerbüro, VS-Bd. 8468

Fortsetzung Fußnote von Seite 629

das Selbstbestimmungsrecht zu gewähren, wirklich als Preisgabe sozialistischer Grundsätze angesehen werden kann. Allgemein bittet schließlich der Bundeskanzler zu bedenken, welche realen politischen Vorteile eine Lösung des Deutschland-Problems für beide Völker in Verbindung mit beiderseitigen Sicherheitsgarantien und einer deutsch-sowjetischen wirtschaftlichen Zusammenarbeit haben könnte. Wenn Sie glauben, daß es nützlich sein könnte, die in unseren Beziehungen sich ergebenden Fragen in persönlichen Gesprächen zu erörtern, würde der Herr Bundeskanzler sich freuen, wenn Sie, Herr Ministerpräsident, eine Einladung zu einem Besuch in der Bundesrepublik Deutschland und einem Meinungsaustausch annehmen würden." Vgl. den Drahtbericht von Groepper vom 14. Juni 1964; Ministerbüro, VS-Bd. 8468; B 150, Aktenkopien 1964.

[13] Zur sowjetischen Zwei- bzw. Drei-Staaten-Theorie vgl. besonders Dok. 13, Anm. 10 und 15.

156

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Meyer-Lindenberg

V 5-87 SK 28/2 8. Juni 1964[1]

Betr.: Abkommen über ein europäisches Patentrecht;
hier: Versuch des niederländischen Botschafters bei der EWG, Spierenburg, den Herrn Bundesminister zu bindenden Erklärungen über die Assoziierung Großbritanniens mit der EWG und dem Abkommen über ein europäisches Patentrecht zu veranlassen

Wie die mit der Ausarbeitung eines europäischen Patentrechts befaßte Arbeitsgruppe Patente vertraulich erfahren hat, beabsichtigt der niederländische Botschafter bei der EWG, Herr Spierenburg, den Herrn Bundesminister im Zusammenhang mit dem Abkommen über ein europäisches Patentrecht auf die deutsche Haltung in der Frage der Assoziierung Großbritanniens mit der EWG anzusprechen und ihn zu bindenden Erklärungen zu veranlassen. Bei welcher Gelegenheit Herr Spierenburg seine Absicht verwirklichen will, ist der Arbeitsgruppe Patente nicht bekannt.

Anlaß dieser niederländischen Initiative ist eine zwischen Deutschland, Frankreich und Italien einerseits und den Niederlanden sowie Belgien andererseits bestehende Meinungsverschiedenheit über die Zielsetzung des Abkommens über ein europäisches Patentrecht.[2] Die drei großen EWG-Staaten treten für ein echtes Patent der Gemeinschaft ein, d.h. Vertragsparteien wären die gegenwärtigen oder zukünftigen Mitgliedstaaten der EWG. Das Patent der Gemeinschaft würde es, wie schon die Bezeichnung zu erkennen gibt, erlauben, alle gegenwärtigen und zukünftigen Bedürfnisse der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zu berücksichtigen. Es wäre auch möglich, die nationalen Patente ganz durch das Patent der Gemeinschaft zu ersetzen, sofern die Regierungen dies einmal beabsichtigen. Außerdem stünde es den Staaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft frei, die Verwaltungs- und Rechtsprechungsorgane zu integrieren und dabei die bereits bestehenden Organe der Gemeinschaft heranzuziehen.

Eine möglichst weitgehende territoriale Ausdehnung des Patentschutzes könnte dadurch erreicht werden, daß eine Beteiligung von Drittstaaten an dem geplanten Abkommen durch Assoziierung vorgesehen würde.

Die Niederlande und Belgien haben sich dagegen bisher für ein sogenanntes abgewandeltes internationales Patent ausgesprochen:

Alle beitrittswilligen europäischen Staaten sollten die Möglichkeit des Beitritts zur Konvention haben. Die beim echten Gemeinschaftspatent bestehende Möglichkeit der Assoziation von Drittstaaten sei ungenügend. Es sollen

[1] Durchdruck.
Die Aufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Hecker und von Legationsrat I. Klasse Steinmann konzipiert.

[2] Zu den Beratungen innerhalb der EWG über ein europäisches Patentrecht vgl. besonders Referat V 5, Bd. 670.

zwei Abkommen geschlossen werden. Hiervon würde das erste – von allen interessierten Staaten zu zeichnende Abkommen – sämtliche Vorschriften materiellen und prozessualen Rechts enthalten, die *bis* zur Erteilung eines internationalen Patents zu beobachten wären. Zusätzlich würden in einem zweiten – allein von den EWG-Staaten zu schließenden Abkommen – einheitliche Vorschriften materiellen und prozessualen Rechts stipuliert werden, denen das Patent nach seiner Erteilung unterläge. Dazu würden insbesondere Vorschriften wirtschaftlichen Charakters gehören, die von den Staaten der Gemeinschaft zur Verwirklichung der Ziele des Gemeinsamen Marktes als für notwendig erachtet werden (Zwangslizenzen, Besonderheiten hinsichtlich der vertraglichen Lizenzen, Umfang des Patentschutzes).

Nach niederländischer Auffassung würde das sog. abgewandelte internationale Patent den Interessen Großbritanniens Rechnung tragen, während das echte Gemeinschaftspatent eine Einbeziehung Großbritanniens in die europäische Integration erschweren würde. Herr Spierenburg meint demzufolge, daß das deutsche Eintreten für ein Gemeinschaftspatent mit den früheren deutschen Zusagen unvereinbar sei, sich nach Kräften für eine Einbeziehung Großbritanniens in die EWG einzusetzen.

Herrn Spierenburg wäre zu erklären, daß sich die Bundesregierung für ein echtes Gemeinschaftspatent ausgesprochen habe, weil nur so die Ziele der Römischen Verträge[3] erreicht werden könnten. Es werde Wert darauf gelegt, daß sich möglichst viele europäische Staaten assoziieren und die Assoziation erleichtert werde. Würde ein abgewandeltes internationales Patent geschaffen, so bedürfe es dafür der erwähnten beiden Abkommen. Dann aber würde das gesamte Recht, soweit es zum Inhalt des ersten Abkommens in Beziehung stehe, der Herrschaft der Mitgliedstaaten der EWG entzogen sein, da sie nur eine Minderheit unter den Abkommenspartnern wären. Entsprechend könnten die EWG-Staaten keine ausreichenden Befugnisse für die Organisation der notwendigen Verwaltungsbehörden erlangen. Die Errichtung eines eigenen Patentamts der Gemeinschaft wäre vielmehr ebenso ausgeschlossen wie eine Inanspruchnahme von bereits bestehenden Organen der Gemeinschaft für Aufgaben, die zum Bereich des ersten Abkommens gehören.

Den wirtschaftlichen und patentrechtlichen Interessen Großbritanniens könnte bei entsprechender Ausgestaltung des Gemeinschaftspatents auch im Wege einer Assoziation genügt werden. Den britischen Sachverständigen würde demgemäß nach Klärung der Grundsatzfragen innerhalb der Sechs alsbald dargelegt werden, wie man sich eine Beteiligung Großbritanniens denke.[4]

Nach Ansicht der Rechtsabteilung sollte vermieden werden, sich bindend für eine Assoziation Großbritanniens mit dem Abkommen über ein europäisches Patentrecht auszusprechen. Derartige Erklärungen würden das Mißfallen Frankreichs erregen, das eine Beteiligung Großbritanniens am europäischen

[3] Zu den Römischen Verträgen vom 25. März 1957 vgl. Dok. 7, Anm. 7.

[4] Der britischen Seite wurde am 24. September 1964 dargelegt, daß es nicht möglich sei, „Großbritannien vor seinem Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften anders als im Wege der Assoziation an dem Abkommen über ein Europäisches Patentrecht zu beteiligen". Vgl. das Schreiben des Staatssekretärs Lahr vom 2. November 1964 an Botschafter Harkort, Brüssel (EWG/EAG); Büro Staatssekretär, Bd. 413.

Patent zu verhindern sucht, sie müßten das mühsam erlangte Einverständnis mit einem echten Gemeinschaftspatent, für das sich nunmehr auch Frankreich entschieden hat, wieder in Frage stellen. Die Übereinstimmung der deutschen und der französischen Auffassung ist auch deshalb wesentlich, weil die Unterstützung Frankreichs für den deutschen Wunsch, München möge der Sitz des europäischen Patentamts werden, notwendig sein wird.

Hiermit über den Herrn Staatssekretär dem Herrn Bundesminister[5] mit der Bitte um Kenntnisnahme vorgelegt.

gez. Meyer-Lindenberg

Ministerbüro, Bd. 414

157

Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit Ministerpräsident Pearson in Ottawa

629/64 geheim **10. Juni 1964**[1]

Aufzeichnung über das Gespräch des Bundeskanzlers mit dem kanadischen Ministerpräsidenten Pearson am 10.6.64 (10.15–11.15 Uhr)[2]

Der *Bundeskanzler* begann das Gespräch damit, er greife gern Herrn Pearsons Worte über die Rolle der „mittleren Mächte" auf, die auch eine Stimme gegenüber den ganz großen haben müßten. Dieser Auffassung pflichte er bei; das gelte insbesondere auch für die NATO. Die Frage ihrer Reorganisation stelle sich seit geraumer Zeit. Ihm läge, betonte der Bundeskanzler, vor allem daran, eine stärkere Bindung zwischen beiden Kontinenten der atlantischen Welt herbeizuführen. Das wichtigste Instrument dafür sei eine fortlaufende

[5] Die erste Ausfertigung der Aufzeichnung hat Bundesminister Schröder am 19. Juni 1964 vorgelegen, der handschriftlich für Staatssekretär Lahr vermerkte: „Diese Sache ist sehr wichtig. Sie sollte bei Gelegenheit auch dem B[undes]k[anzler] vorgetragen werden." Vgl. den Vermerk auf dem vorliegenden Durchdruck.

[1] Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Botschaftsrat I. Klasse Hartlieb, Ottawa, am 12. Juni 1964 gefertigt.

[2] Zu den deutsch-kanadischen Regierungsbesprechungen vom 9./10. Juni 1964 vgl. auch den Drahtbericht des Botschaftsrats I. Klasse Hartlieb, Ottawa, vom 12. Juni 1964; Abteilung II (II 5), VS-Bd. 274; B 150, Aktenkopien 1964.
In einem Gespräch mit dem kanadischen Außenminister Martin am Nachmittag des 10. Juni 1964 äußerte sich Bundesminister Schröder zu möglichen Auswirkungen des angekündigten Freundschaftsvertrags zwischen der UdSSR und der DDR. Der Vertrag solle vermutlich die Position des Staatsratsvorsitzenden Ulbricht stärken, könne aber auch als Gegenzug zu den Bemühungen der Bundesrepublik um eine Auflockerung im Verhältnis zu den osteuropäischen Staaten interpretiert werden. Martin wies auf die besondere Bedeutung der Entspannungspolitik für Kanada hin und sprach sich für einen Ausbau der wirtschaftlichen Kontakte mit den Ostblock-Staaten und eine Aufnahme der Volksrepublik China in die UNO aus. Für die Gesprächsaufzeichnung vgl. Abteilung II (II 5), VS-Bd. 274; B 150, Aktenkopien 1964.

Konsultation der Partner. Die letzte NATO-Ratstagung[3] habe nicht in allem die erwarteten Ergebnisse erbracht, obwohl der die deutsche Frage betreffende Teil der Schlußerklärung[4] uns sehr befriedige. Doch habe sie noch deutlicher als in den vergangenen Jahren das Bedürfnis nach verstärkter Konsultation erkennen lassen. Im Grunde sei eben die politische, militärische und wirtschaftliche Zusammenarbeit der Bündnispartner unteilbar.

In diesem Zusammenhang müsse er, fuhr der Bundeskanzler fort, auf den Osthandel zu sprechen kommen. Den Weizen[5] hätte man den Russen wohl nicht vorenthalten können, und es stehe den Deutschen auch nicht zu, das zu monieren. Doch gebe es bestimmte Grenzen, und man müsse wissen, wie weit man zu gehen habe, sonst werde die westliche Allianz unterlaufen. Zweifellos erhalte Chruschtschow durch den Osthandel, wie man ihn jetzt praktiziere, eine wirksame Entlastung. Man dürfe ihm aber keinesfalls das Instrumentarium verschaffen, mit dem er seine nie aufgegebenen Aggressionspläne wieder aufnehmen könne. Es sei ein Irrtum anzunehmen, daß der Kommunismus von seinem Ziel der Welteroberung abgegangen sei bzw. abgehen werde.

Naturgemäß seien wir Deutsche, betonte der Bundeskanzler, hierin empfindlicher. Wir wären uns durchaus dessen bewußt, daß wir nicht der Nabel des Weltgeschehens seien und Geduld und Rücksicht zu üben hätten. Wenn aber die deutsche öffentliche Meinung den Eindruck gewönne, das Problem der deutschen Teilung werde immer wieder auf die lange Bank geschoben und die Frage unserer Wiedervereinigung komme immer zu spät daran, dann müßte sich bei uns auf die Dauer ein Vertrauensschwund gegenüber dem Westen bemerkbar machen. Einer solchen Entwicklung sollte unter allen Umständen vorgebeugt werden.

Herr *Pearson* erwiderte, es sei zweifellos wünschenswert, die deutsche Frage einer durchgreifenden, konstruktiven Lösung zuzuführen, wenn auch im Augenblick eine erfolgreiche Initiative wenig aussichtsreich erscheine.[6] Doch müßte Deutschlands primäres Anliegen seitens der NATO unbedingt respektiert werden. Der Bundeskanzler könne darauf vertrauen, daß Kanada den Anspruch der Bundesrepublik, alle Deutschen in Frieden und Freiheit zu vereinigen, stets uneingeschränkt unterstützen werde. Kanada strebe ferner an, daß sich die Gemeinschaft der freien Völker über den Atlantik erstrecke und sich Europa nicht von seinen nordamerikanischen Partnern absondere, damit kontinentale Blockbildungen vermieden würden.

Hinsichtlich der Handelspolitik, fuhr Herr Pearson fort, stimme er mit dem Bundeskanzler weitgehend überein. Was die Weizenlieferungen anbelange,

[3] Zur Tagung des NATO-Ministerrats vom 12. bis 14. Mai 1964 vgl. Dok. 127.

[4] Zum Kommuniqué vom 14. Mai 1964 über die Tagung des NATO-Ministerrats vgl. Dok. 127, Anm. 11.

[5] Am 16. September 1963 schloß die UdSSR mit Kanada ein Abkommen über umfängliche kanadische Weizenlieferungen innerhalb der nächsten drei Jahre ab. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1963, Z 212f.
Zu den amerikanischen Weizenverkäufen an die UdSSR im gleichen Zeitraum vgl. Dok. 14, Anm. 9.

[6] Zu den Bemühungen der Bundesregierung um eine Initiative in der Deutschland-Frage vgl. besonders Dok. 124 und Dok. 126.

wolle er offen zugeben, daß es Kanada dabei vor allem um ein gutes Geschäft gegangen sei. Der Weizenverkauf sei für Kanada lebenswichtig. Wenn der kanadische Getreideabsatz nicht mehr ginge, würden große wirtschaftliche Schwierigkeiten eintreten, und dann hieße es: „Laßt uns bei unseren überseeischen Verpflichtungen einsparen, und zwar vor allem bei der Brigade in Deutschland"[7] („cut down the brigade!").

Doch sollte man im Osthandel Maß halten und Chruschtschow nicht alle Vorteile gewissermaßen auf einem silbernen Tablett offerieren. In der NATO könnten durchaus die Grundzüge einer gemeinsamen Handelspolitik gegenüber dem Osten ausgearbeitet werden, und Kanada sei dazu bereit. Dabei könnte man über so verschiedene Standpunkte wie den britischen und den amerikanischen diskutieren und einen Kompromiß finden. Kanada halte sich im übrigen strikt an die Verbotslisten[8] und gehe bei Kreditgewährung an den Ostblock nicht über 18 Monate hinaus.

Der *Bundeskanzler* bemerkte dazu, es komme darauf an, daß die Zusammenarbeit des Westens in einem weit gesteckten Rahmen erfolge. Je enger die handelspolitische Gemeinschaft sei und je kleiner ihr Kreis bleibe, desto größer werde die Gefahr einer Aufsplitterung westlicher Einheit. Das Risiko, daß [die] NATO durch einen schrankenlosen Osthandel ausgehöhlt werde, sei jedenfalls vorhanden und sollte unbedingt vermieden werden. [Die] NATO könnte jenen Rahmen bilden, innerhalb dessen neben der politischen und militärischen auch eine wirtschaftliche Verklammerung der freien Völker herbeigeführt würde, und sich damit als das ordnende Element in der westlichen Welt erweisen.

Herr *Pearson* erwiderte, der Handel mit dritten Ländern außerhalb einer derartigen Gemeinschaft bereite immer gewisse Schwierigkeiten. Beispielsweise treibe Kanada mit so verschiedenen Ländern wie der Türkei und Schweden Handel. Mit dem NATO-Partner Türkei bestünde längst nicht ein so bedeutender Warenaustausch wie mit dem Kanada in vielem verwandten neutralen Schweden. Kritisch würden Handelsfragen naturgemäß, wenn es sich um Warenverkehr mit dem Ostblock handele, aber vom Getreide abgesehen, sei Kanadas Anteil an ihm unbedeutend.

Auf den europäischen Zusammenschluß übergehend betonte der *Bundeskanzler*, der Gedanke der politischen Union sei an sich gut und werde auch Fortschritte machen. Allerdings sei die Beschränkung auf die EWG eher ein Hemmnis. Die politische Verklammerung Europas sollte derjenigen entsprechen, die wir uns auf wirtschaftlichem Gebiet zum Ziel gesetzt hätten. Hinsichtlich letzterer halte er es für wünschenswert, daß die EWG um die EFTA-Länder erweitert werde. Das Festhalten am Zipfelchen „Souveränität", das gewisse Staaten heute noch betrieben, sei unzeitgemäß. Eigentliche bilaterale

[7] Kanada hatte eine verstärkte Infanterie-Brigade mit rund 6000 Mann in der Bundesrepublik stationiert, die den NATO-Landstreitkräften Europa Mitte zugeordnet war.

[8] Gemäß der Embargo-Liste des 1951 unter Vorsitz der USA gegründeten Coordinating Committee for East-West Trade Policy (COCOM) war die Ausfuhr bestimmter Güter an kommunistische Staaten untersagt bzw. einer strengen Kontrolle und Kontingentierung unterworfen.

Politik im alten Sinne gebe es nicht mehr. Wenn die MLF[9] erst einmal zustande kommen werde, sei ein großer Schritt nach vorn getan. Würden wir die USA nicht fester an Europa binden, könnte eines Tages die „force de frappe" der entscheidende Faktor werden und das bedeutete die französische Hegemonie.

In diesem Zusammenhang betonten *Bundeskanzler* und *Ministerpräsident* gleichzeitig, daß die deutsch-französische Verständigung das entscheidende geschichtliche Ereignis der Nachkriegszeit sei, dessen segensreiche Auswirkungen gerade auch im Hinblick auf die Zukunft Europas unbedingt gewahrt werden müßten.

Der europäische Einigungsprozeß, fuhr der *Bundeskanzler* fort, sei nun einmal mühsam und vollziehe sich vorerst vornehmlich über die wirtschaftliche Zusammenarbeit. Er müsse liberal gestaltet werden und einen immer größeren Kreis freier Länder umfassen. Dabei handele es sich sowohl um wirtschaftliche Zwangsläufigkeiten als auch um eine moralische Verpflichtung. Für Kanada als traditionellen Getreideexporteur sei das von besonderer Wichtigkeit.

Der Bundeskanzler richtete dann an Herrn Pearson die konkrete Frage, was ihm im Hinblick auf die europäische Gemeinschaft lieber sei, eine Abnahmequote (die in letzter Zeit als kanadischer Wunsch genannt worden sei) oder ein vernünftiger Getreidepreis.[10]

Herr *Pearson* antwortete, ihm gehe es nicht so sehr, wie vielfach angenommen, um Absatzgarantien, die schwer zu erlangen und noch schwerer aufrechtzuerhalten seien, als vielmehr um eine Preisgestaltung, die dem kanadischen Getreide weiterhin den Wettbewerb ermögliche und ihm den Zugang zum europäischen Markt offenhalte. Hierfür möchte Kanada gern Zusicherungen (assurances) haben.

Dazu bemerkte der *Bundeskanzler*, die europäischen Länder hätten immer Getreide importiert und würden mit zunehmender Industrialisierung zweifellos noch mehr Getreide einführen, so daß Kanada sicher auf seine Rechnung käme. In der Bundesrepublik seien im letzten Jahrzehnt etwa 2 Millionen Menschen aus der Landwirtschaft in die Industrie abgewandert. Man müsse aber auf die Gefühle der deutschen Bauern, die leben wollten und bei den Wahlen eine große Rolle spielten, Rücksicht nehmen.

Herr *Pearson* bejahte das und meinte, die Landwirte seien überall gleich, ob in Deutschland oder in Kanada. Scherzhaft meinte er, der Bundeskanzler möge doch 500 000 tüchtige Bauern nach Kanada schicken. Gutes Ackerland hätten sie hier in Hülle und Fülle.

Der *Bundeskanzler* entgegnete scherzhaft, er würde gern 500 000 deutsche Bauern schicken, wenn er dafür 500 000 kanadische Facharbeiter erhielte. Einen schwierigen Komplex bilde die Kennedy-Runde[11], der er zu vollem Erfolg verhelfen möchte. Voraussetzung dafür sei ein verbindlicher europäi-

[9] Zum Stand der MLF-Verhandlungen vgl. Dok. 104.

[10] Zur Regelung des Getreidepreises vgl. zuletzt Dok. 153, besonders Anm. 23–26.

[11] Zu den Verhandlungen bei der Kennedy-Runde vgl. Dok. 122.

scher Getreidepreis. Dessen Festsetzung wiederum hinge von der Einigung der Sechs ab, die einen gemeinsamen Beschluß fassen müßten. Er werde alles tun, um im Brüsseler Ministerrat den Gedanken liberaler Preisgestaltung zur Geltung zu bringen.

Der Bundeskanzler leitete dann das Gespräch auf die MLF über. Ihm liege das Projekt sehr am Herzen. Wir seien frei von nuklearen Ambitionen und nationalistischen Hintergedanken. Doch sei es angesichts der permanenten Bedrohung durch den Osten wichtig, daß die Integrierung der Verteidigung des Westens Fortschritte mache. Dabei sei es natürlich, daß auch wir hinsichtlich der entscheidenden Waffen ein angemessenes Mitspracherecht haben wollten.

Herr *Pearson* erwiderte, der kanadische Standpunkt gegenüber der MLF sei der gleiche, wie er ihn im Juni vorigen Jahres dargelegt habe.[12] Kanada werde sich nicht an der MLF beteiligen. Es werde aber in der NATO auch nichts unternehmen, was ihr Zustandekommen hindere. Er verstünde den deutschen Standpunkt und stehe ihm mit Sympathie gegenüber. Es sei zweifellos ein richtiger Gedanke, mit der MLF die desintegrierenden Wirkungen der „force de frappe" aufzufangen.

Man dürfe bei alledem nicht vergessen, fügte der *Bundeskanzler* hinzu, daß die Bundesrepublik mit ihrem Verzicht auf ABC-Waffen[13] einen wichtigen Beitrag zur Entspannung geleistet habe. Doch seien wir vor allen anderen Partnern primär dem sowjetischen Druck ausgesetzt. Die Zustände in der Zone hielten jetzt bald 20 Jahre an. Bei den Deutschen müsse sich zunehmend Ungeduld bemerkbar machen, wenn ständig von Entspannung geredet, jedoch nicht zugleich auch die deutsche Frage in die Hand genommen werde.

Wenn erst einmal die Wiedervereinigung, betonte der Bundeskanzler, ermöglicht sei, dann könne man verhältnismäßig leicht über die Ostgrenzen und die Modalitäten der Sicherheit reden. Er möchte ausdrücklich betonen, daß ungeachtet der kürzlichen Rede des Bundesministers Seebohm[14] die Bundesrepublik keine territorialen Ansprüche gegen die Tschechoslowakei erhebe.[15]

Herr *Pearson* erklärte, er schätze diese Erklärung sehr und habe volles Verständnis für die deutsche Haltung. Auch lege er vereinzelten nationalistischen Äußerungen keineswegs übertriebene Bedeutung bei. Jedes Land habe seine Extremisten, Kanada habe solche in Quebec, und zwar ausgerechnet noch mit separatistischem Einschlag. Das sei der innenpolitische Preis, den man für die dem Einzelnen gewährte Freiheit zu zahlen habe.

Die deutsche Frage müsse, betonte Herr Pearson, in den Entspannungsprozeß unter allen Umständen einbezogen werden. Wenn Chruschtschow wirklich Entspannung wolle, müsse er auch zur deutschen Frage Stellung nehmen. Was die atlantische Allianz und die in ihr zu treffenden Entscheidungen anbelange, müßten die Deutschen, wie er schon gestern (9.6.64 nachmittags) ge-

[12] Zur kanadischen Haltung zur MLF im Frühjahr 1963 vgl. die Äußerungen des Außenministers Martin vom 20. Mai 1963 gegenüber Bundesminister Schröder; AAPD 1963, I, Dok. 175.

[13] Zum Verzicht der Bundesrepublik auf die Herstellung von atomaren, biologischen und chemischen Waffen vgl. Dok. 27, Anm. 27.

[14] Zur Rede des Bundesministers Seebohm vom 17. Mai 1964 vgl. Dok. 140, Anm. 20.

[15] Zur Frage der Gültigkeit des Münchener Abkommens vom 29. September 1938 vgl. auch Dok. 147.

sagt habe, das Gefühl haben, wirklich als freie und gleichberechtigte Partner behandelt zu werden. Eine Diskriminierung dürfe nicht stattfinden und es dürfe auch bei den Deutschen gar nicht das Gefühl aufkommen, diskriminiert zu werden. Nach allen Erfahrungen der letzten Jahrzehnte wäre es fatal, wenn in Deutschland auch nur rein psychologisch ein solcher Eindruck entstünde.

Der *Bundeskanzler* fragte daraufhin Herrn Pearson, ob er Chruschtschow persönlich kenne.

Herr *Pearson* bejahte das und sagte, er habe mit Chruschtschow einmal ein Wochenende verbracht[16], „ein zäher schlauer Bauer! Wenn er von Zusammenarbeit spricht, meint er solche im Sowjetsinne!" („A tough intelligent peasant. If he speaks of cooperation, he means Soviet cooperation!")

Schließlich fragte der *Bundeskanzler*, ob es nicht eine Möglichkeit gäbe, China zu einer friedlicheren Haltung zu veranlassen, und man es nicht mittels eines Preises, beispielsweise diplomatischer Anerkennung, zum Verzicht auf seine Aggressionspolitik bewegen könne.

Herr *Pearson* verneinte das ausdrücklich. In ihrer gegenwärtigen Geistesverfassung würden die Chinesen durch nichts, auch nicht durch diplomatische Anerkennung dazu gebracht werden können, ihrer aggressiven Expansionspolitik zu entsagen. Diese sei ein wesentliches Element ihrer Doktrin und ihres Machtanspruchs in Asien.

Abteilung II (II 5/II 6), VS-Bd. 235

[16] Zum Besuch des damaligen kanadischen Außenministers in der UdSSR und zum Treffen mit dem Ersten Sekretär des ZK der KPdSU, Chruschtschow, am 11./12. Oktober 1955 vgl. Lester B. PEARSON, Memoirs 1948–1957. Bd. 2: The international years, London 1974, S. 191–211.

158

Botschafter Groepper, Moskau, an Bundesminister Schröder, z.Z. Washington

Z B 6-1/4653/64 geheim
Fernschreiben Nr. 465
Citissime mit Vorrang

Aufgabe: 11. Juni 1964, 12.30 Uhr[1]
Ankunft: 11. Juni 1964

Nur für Minister, StS und D II[2]; (Telko, bitte sofort an Minister weiterleiten nach Washington)

Auf Privatdienstschreiben MD Krapf vom 8.6.64 (hier eingegangen am 10.6.64, 22.00 Uhr) und mit Beziehung auf Drahtbericht Washington Nr. 1728 vom 10.6.64 VS-vertraulich[3] (hier eingegangen 11.6.64, 9.25 Uhr)

1) Ich habe am Montagmorgen, 8.6., über Protokoll Außenministeriums gebeten, von Ministerpräsident Chruschtschow „zur Übermittlung einer persönlichen Botschaft des Herrn Bundeskanzlers" empfangen zu werden.[4] Daß bislang keine Antwort eingegangen ist, dürfte in erster Linie auf Begegnung mit Tito in Leningrad[5], Schlußphase Ulbricht-Besuch[6] und Vorbereitung Skandinavien-Reise[7] Chruschtschows, die sich in dieser Woche zusammendrängen, zurückzuführen sein.

2) Die auch von mir geteilte Auffassung, daß sowjetische Seite heute – mit den von MD Krapf erwähnten Argumenten – an Dringlichkeit des Termins erinnert werden soll, hat durch Mitteilungen Tylers über Vertrag mit SBZ neue Aspekte erhalten, die mich davon Abstand nehmen lassen, auf Termin noch in dieser Woche zu drängen:

a) Ulbricht-Besuch erhält atmosphärisch-politisch durch den Vertragsab-

[1] Hat Bundesminister Schröder vorgelegen.

[2] Ministerialdirektor Krapf.

[3] Botschafter Knappstein, Washington, berichtete am 10. Juni 1964, der Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Tyler, habe ihn informiert, „daß am 12. Juni zwischen der Sowjetunion und der sogenannten DDR ein Vertrag über Freundschaft, gegenseitige Hilfe und Zusammenarbeit ... unterzeichnet werden würde". Von amerikanischer Seite sei dazu geäußert worden, die DDR erhalte damit einen Freundschaftsvertrag, wie ihn alle übrigen Ostblock-Staaten schon seit Jahren hätten. Die sowjetische Regierung habe dem Staatsratsvorsitzenden Ulbricht einen „Trostpreis" geben wollen, damit er etwas von seinem Besuch in der UdSSR mitbringen könne. Außerdem sei der Vertrag „natürlich ein weiterer Schritt in den Bemühungen der Sowjetunion, den Status quo in Mitteleuropa zu festigen". Vgl. Abteilung II (II 1), VS-Bd. 16; B 150, Aktenkopien 1964.

[4] Zur Vorbereitung des Gesprächstermins vgl. auch Dok. 150.

[5] Zum Treffen vom 8./9. Juni 1964 vgl. Dok. 153, Anm. 4.

[6] Staatsratsvorsitzender Ulbricht hielt sich vom 29. Mai bis 13. Juni 1964 zu einem Staatsbesuch in der UdSSR auf. Vgl. dazu DOKUMENTE ZUR AUSSENPOLITIK DER DDR XII, S. 966–1025; EUROPA-ARCHIV 1964, Z 142.

[7] Zum Besuch des sowjetischen Ministerpräsidenten vom 16. Juni bis 4. Juli 1964 in Dänemark, Schweden und Norwegen vgl. Dok. 153, Anm. 5.

schluß[8] ein Gewicht, das es mir im Grunde mißlich erscheinen läßt, gerade am Tage der Unterzeichnung oder einen Tag später Botschaft des Herrn Bundeskanzlers sowie damit verbundene Einladung[9] zu übermitteln. Auf sowjetische Seite und Weltöffentlichkeit könnte unsere Initiative als eine unmittelbar durch den Vertrag ausgelöste Reaktion wirken und dadurch ihr Eigengewicht verlieren.

b) Unter diesem Gesichtswinkel wäre ein später liegender Termin zu begrüßen. Im Hinblick auf die von den USA erwünschte deutsche Initiative sowie auf die Tatsache, daß der einmal ausgesprochene Terminwunsch nicht rückgängig gemacht werden kann, sollten wir die Entscheidung Chruschtschows über Termin auf uns zukommen lassen. Risiko, daß Botschaft des Herrn Bundeskanzlers ausgerechnet in diesen Tagen übermittelt wird, muß trotz möglicher Fehlinterpretationen in der Öffentlichkeit in Kauf genommen werden.

3) Werde hiernach wegen eines Termins noch in dieser Woche nicht weiter insistieren, sofern nicht eine gegenteilige Weisung eingeht.[10]

[gez.] Groepper

Ministerbüro, VS-Bd. 8529

159

Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit Generalsekretär U Thant, UNO, in New York.

Z A 5-79.A/64 VS-vertraulich **11. Juni 1964[1]**

Der Herr Bundeskanzler führte am 11. Juni 1964 gegen 18 Uhr ein Gespräch mit dem Generalsekretär der Vereinten Nationen U Thant im Hauptquartier der Vereinten Nationen in New York.

Einleitend bedankte sich *U Thant* für die beträchtliche Unterstützung der UNO durch die Bundesrepublik, vor allem in finanzieller Form, und bezeich-

[8] Zum Freundschaftsvertrag vom 12. Juni 1964 zwischen der UdSSR und der DDR vgl. Dok. 160, Anm. 4, und Dok. 170.

[9] Vgl. dazu den Sprechzettel vom 8. Juni 1964 für Botschafter Groepper, Moskau; Dok. 155.

[10] Staatssekretär Carstens, z. Z. Washington, erteilte am 12. Juni 1964 Weisung, den Gesprächstermin wahrzunehmen. Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 428; B 150, Aktenkopien 1964.
In einem weiteren Drahterlaß vom 12. Juni 1964 an Botschafter Groepper gab Carstens ergänzende Hinweise zur Gesprächsführung. Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 428; B 150, Aktenkopien 1964.
Zum Gespräch von Groepper mit Ministerpräsident Chruschtschow am 13. Juni 1964 vgl. Dok. 162.

[1] Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Kusterer am 16. Juni 1964 gefertigt.

nete dies als einen Beweis für das Vertrauen, das Deutschland in die Vereinten Nationen setze.

Der Herr *Bundeskanzler* versicherte U Thant, die Bundesrepublik sei den Prinzipien der Vereinten Nationen ergeben.[2] Er hoffe vor allem, daß es U Thant gelingen werde, zur Verteidigung der Freiheit in der Welt beizutragen.

U Thant verwies auf die Vielschichtigkeit der Aufgaben und die zahllosen Enttäuschungen, die es bei der Abstimmung der Auffassungen der Mitgliedstaaten gebe.

Der Herr *Bundeskanzler* betonte noch einmal die besonders wichtige Aufgabe der Vereinten Nationen bei der Wahrung von Freiheit, Sicherheit und Frieden, die untrennbar seien. Er kam dann auf die Deutschlandfrage zu sprechen und gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Vereinten Nationen nicht mit ihr befaßt würden. Deutschland erstrebe die Lösung dieses Problems auf der Grundlage des in der Charta der Vereinten Nationen niedergelegten Selbstbestimmungsrechts[3]. Der Herr Bundeskanzler sprach dann seine Genugtuung darüber aus, daß die Vereinten Nationen häufig gefährliche Entwicklungen in der Welt verhindern konnten und nannte das Zypernproblem einen weiteren Testfall in dieser Beziehung. Er bemerkte dabei, daß im Zusammenhang mit materieller und finanzieller Unterstützung in der Zypernfrage die Vereinten Nationen auf die Bundesrepublik zählen könnten.[4]

Generalsekretär *U Thant* pflichtete der Auffassung des Herrn Bundeskanzlers bei, daß das Deutschlandproblem nicht in die Vereinten Nationen gehöre. Hinsichtlich des Zypernproblems erklärte er, der letzte Bericht aus Nicosia werde am Montag dem Sicherheitsrat zugehen, der dann wahrscheinlich am 17. zusammentreten werde.[5] Hinsichtlich der wichtigsten Frage, nämlich der Verlängerung der Anwesenheit der Vereinten Nationen um weitere drei Monate, scheine allgemeine Einigkeit zu bestehen. Dann aber stelle sich die Frage der Finanzierung, und er sei heute schon dankbar für das Hilfeversprechen, das der Herr Bundeskanzler soeben abgegeben habe.[6] Großbritannien und die Vereinigten Staaten hätten bereits zu erkennen gegeben, daß sie bereit seien, auf derselben Basis wie für die ersten drei Monate daran mitzuwirken.

[2] Zur Anerkennung der Prinzipien der UNO-Charta durch die Bundesrepublik vgl. Dok. 36, Anm. 24.

[3] In Artikel 1 der UNO-Charta (Fassung vom 26. Juni 1945) war als Ziel festgelegt, „to develop friendly relations among nations based on respect for the principle of equal rights and self-determination of peoples". Vgl. CHARTER OF THE UNITED NATIONS, S. 583.

[4] Zur finanziellen Unterstützung der UNO-Friedenstruppe auf Zypern durch die Bundesrepublik vgl. Dok. 71 und Dok. 123, Anm. 6.

[5] Der UNO-Sicherheitsrat faßte am 20. Juni 1964 den Beschluß, das Mandat für die Friedenstruppe auf Zypern um drei Monate zu verlängern. Die Mitgliedstaaten der UNO wurden um weitere finanzielle Unterstützung gebeten. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1964, Z 155.

[6] Die Bundesrepublik unterstützte die Aktion der UNO-Truppen auf Zypern zunächst mit einem weiteren Beitrag von 500 000 Dollar. Ein entsprechender Scheck wurde Generalsekretär U Thant am 14. August 1964 übergeben. Vgl. dazu die Drahtberichte des Botschaftsrats I. Klasse Caspari, New York (UNO), vom 14. und 17. August 1964; Referat I B 1, Bd. 375.
Zur Zypern-Frage vgl. weiter Dok. 235.

Der Herr *Bundeskanzler* fragte dann U Thant, wie er zu dem Vorschlag von Ministerpräsident Pearson über die Schaffung einer ständigen Friedensstreitmacht der Vereinten Nationen[7] stehe.

U Thant erläuterte zunächst seinen im Juni vergangenen Jahres vor der Harvard Universität gemachten Vorschlag[8], wonach eine Friedensstreitmacht der Vereinten Nationen so organisiert werden sollte, daß einige Mitgliedstaaten einen Teil ihrer Streitkräfte zur Verfügung der Vereinten Nationen halten, sie während der Zeit ihres Nichteinsatzes weiterbezahlen und jederzeit den Vereinten Nationen die Verfügungsgewalt darüber übertragen, wobei die Vereinten Nationen von diesem Augenblick an die Finanzierung zu übernehmen hätten. Kanada, die skandinavischen Länder und Holland hätten sich höchst interessiert gezeigt.[9] Im vergangenen März habe in Oslo eine Konferenz stattgefunden, an der Politiker, Militärs, Schriftsteller und Journalisten aus 22 Ländern teilgenommen hätten. Ministerpräsident Pearson habe dann vor zwei Wochen den Vorschlag gemacht, eine Vorkonferenz unter Beteiligung Kanadas, der skandinavischen Länder und Hollands stattfinden zu lassen. Gleichzeitig hätten aber insbesondere Finnland und Schweden darauf hingewiesen, daß die Zahl der eingeladenen Länder zu gering sei und der Teilnehmerkreis auf alle Staaten ausgedehnt werden sollte, die in der Vergangenheit schon einmal an Streitkräften der Vereinten Nationen beteiligt gewesen seien. Sonst könnte zu leicht der Eindruck entstehen, als träfen sich NATO-Länder und nur zwei Nicht-NATO-Länder unter sich. Die ursprünglich für Anfang Juli vorgesehene Konferenz sei folglich auf September/Oktober verschoben worden.[10] Die Aufstellung einer echten UNO-Streitmacht würde natürlich noch zahlreiche andere Probleme mit sich bringen, wie zum Beispiel die Ausbildung sowie die nicht sehr einfache Bezahlung der Streitkräfte, da die Unterschiede im Sold zwischen den einzelnen Staaten außerordentlich hoch seien.

[7] Ministerpräsident Pearson machte am 19. April 1964 den Vorschlag, eine ständige internationale Friedenstruppe zu bilden. Diese sollte der UNO unterstellt sein, ihr Einsatz jedoch nicht dem Vetorecht einzelner Mitglieder des Sicherheitsrats unterliegen. Kanada verhandelte darüber mit den skandinavischen Staaten. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1964, Z 111.
Am 7. Mai 1964 griff Pearson den Gedanken erneut auf und kündigte an, mit anderen interessierten Staaten Besprechungen über die Bildung einer ständigen UNO-Friedenstruppe führen zu wollen. Vgl. dazu den Drahtbericht des Botschafters Oppler, Ottawa, vom 9. Mai 1964; Referat I B 1, Bd. 373. Vgl. dazu ferner den Drahtbericht des Botschaftsrats I. Klasse Hartlieb, Ottawa, vom 27. Mai 1964; Referat I B 1, Bd. 365.

[8] Vgl. dazu den Artikel „A Creeping U.N. Veto"; THE NEW YORK TIMES, International Edition, Nr. 38496 vom 18. Juni 1963, S. 6.

[9] In einem Interview vom 3. März 1964 führte Generalsekretär U Thant zur Frage einer ständigen UNO-Friedenstruppe aus: „It will be recalled that I made a brief reference to the idea of a stand-by peace force in my speech at Harvard University last year. Since then, many Member States have shown a very great interest in this idea, and many countries – particulary the Scandinavian countries and some Western European countries – have informed me that they are ready to set up, or are in the process of setting up, such stand-by peace forces ... I think a very good start has been made and that, first of all, it is very desirable for us to arouse the interest of all Member States in this concept. Once a good start has been made, I believe that the idea of a permanent United Nations peace-keeping force will be a matter of perhaps a few years." Vgl. die UNO-Presseinformation vom 3. März 1964; Referat I B 1, Bd. 365.
Zur Frage einer ständigen Friedenstruppe der UNO vgl. auch Dok. 142.

[10] Die Konferenz fand vom 2. bis 6. November 1964 in Ottawa statt. Vgl. dazu den Bericht des Botschafters Oppler, Ottawa, vom 10. November 1964; Referat I B 1, Bd. 373.

Der Herr *Bundeskanzler* bedankte sich für diese Ausführungen und erklärte, Deutschland werde immer auf Seiten der Vereinten Nationen stehen, wenn es sich um ein Grundziel, ein Prinzip und ein Ideal der Vereinten Nationen handle.

U Thant bedankte sich noch einmal für das ihm ausgesprochene Vertrauen und erklärte, er werde sich stets bemühen, nichts zu tun, was in irgendeiner Weise den Klauseln der Charta widerspreche. Zum Abschluß bezeichnete er Botschafter von Braun als einen der fähigsten nationalen Vertreter bei den Vereinten Nationen.

Bundeskanzleramt, AZ: 21-301 00 (56), Bd. 8

160

Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit dem amerikanischen Außenminister Rusk in Washington

Geheim **12. Juni 1964**[1]

Betr.: Besprechung zwischen dem Herrn Bundeskanzler und Außenminister Rusk am 12. Juni 1964, 10.30–11.10 Uhr

Anwesend: Bundeskanzler; Bundesaußenminister; Staatssekretär Dr. Westrick; Staatssekretär Prof. Carstens; Staatssekretär von Hase; Ministerialdirektor Dr. Krapf; Ministerialdirektor Dr. Hohmann; Ministerialdirigent Dr. Osterheld; Ministerialdirigent Dr. Seibt; Botschaftsrat I. Klasse von Staden.

Secretary of State Rusk; Undersecretary of State Harriman; Assistant Secretary Tyler; Assistant Secretary of State Mr. Manning (Public Affairs); Ambassador McGhee; Mr. Robert Creel, Director German Affairs; Mr. Charles Johnson, Office of German Affairs.

Außenminister *Rusk* hieß den Bundeskanzler willkommen und bemerkte, daß der Präsident dem Zusammentreffen mit besonderem Interesse entgegensehe.[2] Er wies auf die sehr nützlichen informellen Gespräche hin, die er selbst schon mit dem Bundesaußenminister gehabt hätte. Leider sei der Besuch des Bundeskanzlers viel zu kurz[3], und man müsse alles tun, um ihn so gut wie möglich auszunutzen. Er wolle zunächst fragen, ob der Herr Bundeskanzler Vorschläge machen wolle, wie zu verfahren sei.

[1] Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Botschaftsrat I. Klasse von Staden, Washington, am 12. Juni 1964 gefertigt.

[2] Zum anschließenden Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit Präsident Johnson vgl. Dok. 161.

[3] Hinsichtlich der Dauer der Gespräche mit der amerikanischen Regierung notierte der Leiter des Außenpolitischen Büros im Bundeskanzleramt, Osterheld, man habe von deutscher Seite „um drei, mindestens aber um zwei Unterredungen" mit dem amerikanischen Präsidenten „von zusammen drei bis vier Stunden" gebeten. Bundeskanzler Erhard sei mit Johnson jedoch nur einmal für etwa 40 Minuten zusammengekommen. Vgl. OSTERHELD, Außenpolitik, S. 90.

Der Herr *Bundeskanzler* dankte für die Begrüßung. Die Gespräche fänden gerade im richtigen Zeitpunkt statt und das nicht zuletzt wegen des Freundschaftvertrages[4] zwischen Chruschtschow und Ulbricht. Dieser Vertrag verbreite ein gewisses Gefühl der Unsicherheit. Die Bundesregierung könne er allerdings nicht erschüttern. Er berühre auch nicht das Verhältnis zwischen den Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik, das unerschütterlich sei. Nur in engster Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern im Rahmen der NATO könnten Freiheit, Frieden und Sicherheit garantiert werden.

Es werde aber gefragt werden, ob der Moskauer Freundschaftsvertrag etwa eine Frucht der Entspannungspolitik sei. Dies sei nicht die Meinung der Bundesregierung. Ihrer Meinung nach kontrahiert Chruschtschow mit sich selbst. Gründe dafür seien möglicherweise die größere Selbständigkeit der Satellitenstaaten und die Verbesserung des Verhältnisses der Bundesrepublik zu diesen Ländern. Man wolle Ulbricht ein Trostpflaster geben. Es sei aber dennoch damit zu rechnen, daß diese oder jene Gruppe in Deutschland sagen würde, dieser Vertrag ist eine Folge der Entspannungspolitik, das also ist die Entspannung. Darauf müsse man nach Möglichkeit eine gemeinsame Antwort geben.[5] Die Erklärung in Den Haag[6] sei eine gute Erklärung gewesen, aber sie könne nicht hindern, daß in Deutschland gefragt werde, wann die deutsche Frage nun eigentlich an die Reihe komme. Die Bundesregierung wünsche keine Abenteuer und bestünde nicht auf sofortigen Aktionen, aber die Frage sei eben da. So habe eine deutsche Zeitung kürzlich gemeint, in einer Zeit der Spannung, so heiße es, sei keine Initiative möglich, aber in einer Zeit der Entspannung werde diese Möglichkeit ebenfalls verneint.[7] Es frage sich also, wann es überhaupt zu einer Initiative kommen könne. Um dieser Art von Argumentationen ein Ende zu bereiten, sollte eine Antwort auf die Frage gegeben werden. Dies könne man vielleicht gerade bei Gelegenheit des Freundschaftsvertrages tun.

Außenminister *Rusk* erwiderte, daß das Zusammentreffen zwischen Bundeskanzler und Präsident auch seiner Meinung nach gerade im richtigen Zeitpunkt erfolge. Man könne sich fragen, ob der Freundschaftsvertrag aus Anlaß des Besuches von Ulbricht in Moskau[8] oder aus Anlaß des Besuches des Herrn Bundeskanzlers in Washington abgeschlossen würde. Doch – im Ernst gesprochen – halte man diesen Vertragsabschluß nicht für harmlos (innocent), sondern für eine ernst zu nehmende Angelegenheit. Die amerikanische Haltung zur Wiedervereinigung sei im übrigen sehr klar.

Der Begriff der Entspannung (detente) bedürfe einer Erklärung. Was bedeute

[4] Für den Wortlaut des Vertrags vom 12. Juni 1964 zwischen der UdSSR und der DDR über Freundschaft, gegenseitigen Beistand und Zusammenarbeit vgl. DzD IV/10, S. 717–723.
Zur politischen Wertung des Vertrags vgl. besonders Dok. 170.

[5] Zur Frage einer gemeinsamen Erklärung der drei Westmächte und der Bundesrepublik zum Freundschaftsvertrag zwischen der UdSSR und der DDR vgl. Dok. 166 und Dok. 167.

[6] Für den Wortlaut der deutschlandpolitischen Erklärung der Drei Mächte und der Bundesrepublik vom 11. Mai 1964 vgl. BULLETIN 1964, S. 689.

[7] Vgl. dazu auch die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Krapf vom 24. Februar 1964; Dok. 53.

[8] Zum Besuch des Staatsratsvorsitzenden Ulbricht vom 29. Mai bis 13. Juni 1964 vgl. Dok. 158, Anm. 6.

er eigentlich? Die amerikanische Regierung glaube nicht, daß die Entspannung bisher sehr weit geführt hätte. Ganz abgesehen von Deutschland und Berlin, gebe es zwei hochgradig kritische Situationen. In Kuba könne es jeden Tag zum bewaffneten Konflikt kommen. Die Kubaner seien im Begriff, die sowjetischen Bodenluftraketen zu übernehmen. Die amerikanische Luftwaffe andererseits setze jede Woche ihre Erkundungsflüge fort[9], und sie müsse das tun, um die Entwicklung unter Kontrolle zu haben. Wenn die Kubaner ein Erkundungsflugzeug abschießen sollten, würde man von amerikanischer Seite zurückschießen, und zwar sehr energisch. Er wolle in diesem Zusammenhang daran erinnern, daß Chruschtschow Krag gegenüber kürzlich geäußert hätte[10], wenn die Vereinigten Staaten Kuba angreifen sollten – und Chruschtschow habe nicht „besetzen", sondern „angreifen" gesagt –, dann werde die Sowjetunion Berlin nehmen, und wenn das nicht genüge, den Iran, und wenn das nicht genüge, Dänemark. Man habe es also mit einer hochexplosiven Lage zu tun.

In Südost-Asien würden die Verträge von 1954[11] und 1962[12] durch Peking und Hanoi gröblichst verletzt. In Laos befänden sich 9–12 nordvietnamesische Bataillone, und der Guerillakrieg in Südvietnam werde von den kommunistischen Staaten genährt. Diese müßten aber anerkennen, daß sie ihre Nachbarn in Frieden zu lassen hätten. Die Vereinigten Staaten seien entschlossen, hier nicht nachzugeben.[13] So käme man insgesamt zum Ergebnis, daß man keine Entspannung habe, sondern eine höchst gefährliche Lage.

In Europa könne es natürlich keine Politik des Status quo geben, die die deutsche Frage ignoriere. Andererseits seien wichtige Vorgänge zu beobachten, und man stände vor einer sich wandelnden Lage in Osteuropa. Man müßte sich fragen, welche Auswirkungen diese Wandlungen sowie die verbesserten Beziehungen der Bundesrepublik zu den Satellitenstaaten und schließlich Ulbrichts zunehmendes Gefühl, isoliert zu sein, auf die deutsche Frage haben könnten.

Eine Initiative in der deutschen Frage stelle kein Problem dar, soweit es sich um die Zielsetzung der amerikanischen Politik handele, soweit es darum gehe, wohin man gelangen wolle. Es handele sich vielmehr um die Frage der Me-

[9] Zu den amerikanischen Kontrollflügen über Kuba vgl. Dok. 124, Anm. 12.

[10] Der dänische Ministerpräsident hielt sich vom 19. bis 28. Februar 1964 zu Gesprächen in der UdSSR auf. Vgl. dazu Dok. 59, Anm. 48.

[11] Für den Wortlaut der Schlußakte der Indochina-Konferenz vom 21. Juli 1954 vgl. EUROPA-ARCHIV 1954, S. 6822–6824.

[12] Zum Genfer Laos-Abkommen vom 23. Juli 1962 vgl. Dok. 44, Anm. 37.

[13] Zur amerikanischen Haltung in der Vietnam-Frage vgl. Dok. 123, Anm. 9.
Zur Lage in Laos berichtete Botschafter Knappstein, Washington, am 23. Juni 1964, die USA hätten die Forderung bekräftigt, „daß Nordvietnam seine Truppen aus Laos abziehe, daß es aufhöre, die kommunistischen Pathet Lao mit Weisung und Unterstützung zu versehen und über das Territorium von Laos und Kambodia Nachschub für den Guerillakrieg in Südvietnam zu befördern". Um der Forderung Nachdruck zu verleihen, wolle die amerikanische Luftwaffe ihre Erkundungsflüge über Laos fortsetzen und die – auch öffentlich bekanntgegebene –Bombardierung ausgesuchter Ziele auf laotischem Gebiet beibehalten. Vgl. Abteilung I (I B 5), VS-Bd. 118; B 150, Aktenkopien 1964. Vgl. dazu auch den Drahtbericht von Knappstein vom 19. Juni 1964; Abteilung I (I B 5), VS-Bd. 119; B 150, Aktenkopien 1964.

thode und der Mittel. Man sei bereit, die vorgelegten Vorschläge[14] auf das intensivste zu prüfen und wisse im übrigen, daß die deutsche öffentliche Meinung von einer verständlichen Sorge (anxiety) um die deutsche Frage erfüllt sei. Worauf es in erster Linie ankäme, sei, daß man das, was man tut, gemeinsam tue. Was man beginne, müsse so angelegt sein, daß man den Weg gemeinsam gehen könne und nicht im weiteren Verlauf getrennt würde und auseinanderginge.

Der Herr *Bundeskanzler* erwiderte, er glaube nicht, daß der Freundschaftsvertrag Berlin berühren würde, da Chruschtschow sich damit ja in einen Widerspruch zu seiner eigenen derzeitigen Politik setze.

Wenn vom Westen her gesehen Entspannungspolitik einen Sinn haben sollte, dann müßte sie allerdings zum inneren Kern vorstoßen. Wann ist der Zeitpunkt gekommen, so müßte man fragen, in dem dies geschehen könne. Diese Frage hindere nicht, daß auch nach deutscher Ansicht die mitteleuropäischen Probleme nicht isoliert gesehen werden könnten. Man müsse Komplexe, wie Kuba oder Vietnam, selbstverständlich im Auge behalten.

Von einem besonderen Interesse sei das Problem China. Wohin könne die durch General de Gaulle eingeleitete Politik[15] führen? Er glaube persönlich nicht an die praktische Möglichkeit der Neutralisierung[16], aber er wäre interessiert zu wissen, wie China nach amerikanischer Auffassung reagieren könnte. Ob man es etwa überzeugen könnte, sich um einiges aus Südostasien zurückzuziehen. Natürlich würde es in diesem Raum immer präsent bleiben, aber vielleicht nicht mehr so aktiv die kommunistischen Kräfte in Laos und Südvietnam unterstützen.

In Osteuropa habe Chruschtschow fraglos echte Sorgen wegen der Unabhängigkeitstendenzen der osteuropäischen Staaten. Sie seien keine Satelliten mehr. In diesem Zusammenhang wolle er aber den unangenehmen Zwischenfall der Rede von Bundesminister Seebohm[17] erwähnen. Er habe das Äußerste getan, um davon abzurücken und den Standpunkt der Bundesregierung ganz

[14] Zu den Bemühungen der Bundesregierung um eine Initiative in der Deutschland-Frage vgl. besonders Dok. 124 und Dok. 126.
Während des Aufenthalts in Washington faßte Staatssekretär Carstens gegenüber Mitarbeitern der Botschaft die Alternativen für die weitere Beratung einer deutschlandpolitischen Initiative in der Botschaftergruppe zusammen. Der Gedanke, einen Plan entweder durch die Bundesregierung mit Unterstützung der Westmächte oder gemeinsam mit ihnen vorzulegen, könne ebenso weiterverfolgt werden wie der Vorschlag, zunächst ein Viermächte-Gremium zur Behandlung der Deutschland-Frage ins Leben zu rufen. Aufgrund des Freundschaftsvertrags zwischen der UdSSR und der DDR rücke jedoch die Alternative in den Vordergrund, eine den Willen zur Wiedervereinigung verdeutlichende Erklärung zu veröffentlichen. Darin solle auch die Bindung von Berlin (West) an die Bundesrepublik zum Ausdruck kommen. Zu prüfen sei, ob die Drei Mächte diese Erklärung allein oder gemeinsam mit der Bundesrepublik abgeben sollten. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Legationsrats Graf zu Rantzau, Washington, vom 13. Juni 1964; Abteilung II (II 1), VS-Bd. 64; B 150, Aktenkopien 1964.

[15] Zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Frankreich und der Volksrepublik China am 27. Januar 1964 vgl. besonders Dok. 11 und Dok. 17.

[16] Zu den Vorstellungen des französischen Staatspräsidenten über eine Neutralisierung von Vietnam, Kambodscha und Laos vgl. besonders Dok. 44.

[17] Zur Rede des Bundesministers Seebohm vom 17. Mai 1964 vgl. Dok. 140, Anm. 20.

klar gemacht.[18] Es sei völlig klar, daß die Bundesregierung nicht daran denke, die Ansprüche aus Gewaltakten von Hitler herzuleiten.

Leider sei einiger Schaden angerichtet worden, und es werde viel guter Wille nötig sein, um das zu heilen. Wie gesagt, denke die Bundesregierung gar nicht daran, sich auf eine solche Politik einzulassen, aber man müsse auf der anderen Seite auch duldsam sein. Wenn es in einer Nation 12 Millionen Vertriebene gäbe, dann spielten eben Gefühle ein Rolle. Außenpolitisch aber sei die Linie ganz klar.

Zur Deutschlandinitiative sei zu sagen, daß die Bundesregierung es begrüßen würde, wenn die Botschaftergruppe zu Ergebnissen käme, die im gemessenen Zeitpunkt verwandt werden könnten. Natürlich sei das nur in einer dichtgeschlossenen Zusammenarbeit möglich, in der keiner seinen eigenen Weg gehen könnte. Das erschwere die Dinge zwar, mache das Handeln des Westens aber auch überzeugender.

Während einer Vorwahlperiode sei die öffentliche Meinung natürlich sehr empfindlich. Die Vereinigten Staaten wählten 1964[19], die Bundesrepublik 1965[20]. Für Deutschland könne man mit einem Ergebnis rechnen, das die jetzige Regierung fortsetzt. Das scheine auch in den Vereinigten Staaten der Fall zu sein. Man könne also Politik auf lange Sicht planen. Dabei sei am Rande zu bemerken, daß der politische Dialog innerhalb seiner eigenen Partei[21] in der Öffentlichkeit sehr übertrieben worden sei.

Bei alldem bliebe aber, daß in einer solchen Zeit jedes Wort genau verfolgt und auf die Goldwaage gelegt werde.

Außenminister *Rusk* erwiderte zum Zeitpunkt möglicher Verhandlungen, daß Chruschtschow offenbar der Meinung sei, vor den amerikanischen Wahlen könne nichts Wesentliches mehr geschehen.

Der Herr Bundeskanzler käme übrigens in einer wirklich sehr interessanten Zeit der inneren Auseinandersetzung. Dabei träfe es zu, daß die Position des Präsidenten überaus stark sei.

Dann wolle er kurz über China sprechen. Wichtig sei vor allem, was Peking im Sinn habe und wie die Pläne Pekings durch das beeinflußt würden, was andere täten. Soweit man beobachten könne, sei Peking aggressiv, und zwar nicht nur theoretisch, sondern auch in der Praxis. Das habe sich in Korea[22], Indien[23] und Südostasien gezeigt. Ebenso hätten die Warschauer Ge-

[18] Zur Stellungnahme des Bundeskanzlers Erhard hinsichtlich der Rechtsunwirksamkeit des Münchener Abkommens vom 29. September 1938 vgl. Dok. 147, Anm. 15.

[19] Bei den amerikanischen Präsidentschaftswahlen vom 3. November 1964 wurde Präsident Johnson in seinem Amt bestätigt.

[20] Die Bundestagswahlen fanden am 19. September 1965 statt.

[21] Zur Auseinandersetzung innerhalb von CDU und CSU über den außenpolitischen Kurs vgl. Dok. 121, Anm. 3, und Dok. 194, Anm. 1.

[22] Im Korea-Krieg (1950–1953) wurden die nordkoreanischen Truppen massiv durch „Freiwillige" aus der Volksrepublik China unterstützt.

[23] Im Herbst 1962 kam es zu einem Grenzkonflikt zwischen Indien und der Volksrepublik China. Nach der Besetzung der beanspruchten Gebiete durch eigene Truppen gab die chinesische Regierung am 21. November 1962 die Einstellung der Kampfhandlungen bekannt. Indien hielt die Waffenruhe ein, blieb aber bei der Forderung nach Wiederherstellung des Status quo ante.

spräche[24] eine völlig unbeugsame Haltung in der Frage von Formosa ergeben, indem Peking an der Forderung festhielte, daß die USA Formosa fallen ließen. Wenn nun Peking zur Meinung gelangt, daß diese militante Politik als eine normale Politik akzeptiert wird, etwa durch Akte, wie die diplomatische Anerkennung durch Frankreich einer war, dann würde es in seiner Tendenz nur bestärkt und noch weitergehen. Eine Fortsetzung dieses aggressiven Kurses aber könnte eine Frage von Krieg und Frieden in Ostasien sein. Um zu ermessen, was das bedeute, müsse man sich doch einmal die Frage vorlegen, wie man sich der Sowjetunion gegenüber verhalten würde, wenn sie Berlin blockierte. Man dürfe nicht vergessen, daß in Südostasien Amerikaner getötet würden, daß die Vereinigten Staaten dort vielleicht vor der Erweiterung des bewaffneten Konflikts ständen, vor einer Lage, die äußerst ernst sei.

Es sei nach amerikanischer Auffassung auch ein Irrtum zu glauben, daß eine UNO-Mitgliedschaft[25] erzieherisch auf China wirken würde, oder daß man durch Anerkennung weiterkäme. Das Problem für Amerika sei nicht Mangel an Kontakten; man habe alle paar Wochen Kontakte in Warschau, und man habe Kontakte auf dem Gefechtsfeld. Das Hauptziel sei es vielmehr, Hanoi und Peking klarzumachen, daß der Weg der Aggression in den Krieg hineinführe. Solange diese Staaten nicht bereit seien, ihre Nachbarn in Frieden zu lassen, seien keine normalen Beziehungen möglich. Man würde damit nur den Appetit weiter anreizen. Dies seien Fragen, in denen man mit der Bundesregierung im engsten Kontakt bleiben wolle.

Der Herr *Bundeskanzler* erwiderte, daß man deutscherseits keineswegs an eine diplomatische Anerkennung Rotchinas denke. Es bestehe Interesse daran, den zur Zeit minimalen Handel zu verstärken[26], und man wolle dabei in bezug auf Zeitplan und Inhalt der Vereinbarungen in engem Einvernehmen mit den Vereinigten Staaten handeln. Es sei in diesem Zusammenhang übrigens zu bemerken, daß der Streit Chruschtschows mit China[27] den sowjetischen Premier eher zu größerer Härte etwa in der Deutschlandfrage zwinge, um dem Vorwurf vorzubeugen, er sei zu nachgiebig.

Der Herr Bundeskanzler fuhr fort, daß er noch eine andere Frage anschneiden wolle im Zusammenhang mit seinem gestrigen Gespräch mit U Thant[28]. Die Grundsätze der UNO-Charter über Freiheit und Selbstbestimmung seien unantastbar. Aber es zeigten sich doch bedenkliche Erscheinungen und Verzerrungen. Auf der Genfer Welthandelskonferenz[29] würde der Westen immer mehr von den Entwicklungsländern beherrscht. 90% der Mitglieder repräsentierten nur 10% des wirtschaftlichen Potentials und gebärdeten sich dabei, als

[24] Zu den Kontakten zwischen den USA und der Volksrepublik China in Warschau vgl. Dok. 131, Anm. 22.

[25] Zur möglichen Aufnahme der Volksrepublik China in die UNO vgl. Dok. 11, Anm. 5, und Dok. 17, Anm. 36.

[26] Zu den Sondierungen über die Möglichkeit eines Warenabkommens mit der Volksrepublik China vgl. Dok. 143.

[27] Zum sowjetisch-chinesischen Konflikt vgl. Dok. 112, Anm. 14.

[28] Vgl. dazu Dok. 159.

[29] Zur Welthandelskonferenz in Genf vgl. Dok. 144.

ob sie das Recht hätten, dem Westen ihre Grundsätze über Weltpolitik, Entwicklungspolitik usw. aufzuzwingen. Angesichts dieser Lage müsse man sich fragen, ob nicht im Rahmen der NATO und im Rahmen der OECD eine intensivere politische und wirtschaftliche Koordination stattfinden könne. Der Westen sei zu seinem eigenen Schaden ohne ausreichende Abstimmung in die Welthandelskonferenz gegangen. NATO und OECD erschienen als die einzigen Gremien, wo man sich koordinieren könne, um eine gemeinsame Politik daraus abzuleiten.

Außenminister *Rusk* erwiderte, daß der Abstimmungsmodus in den Vereinigten Staaten seit langem Gegenstand von Untersuchungen sei, und daß man sich im klaren darüber wäre, daß es sich hier um eine Verzerrung der Wirklichkeit handele. 5% der Beiträge ergäben 2/3 der Stimmen. Man habe deshalb an ein gewogenes Stimmrecht gedacht und etwa 25 verschiedene Formeln hypothetisch auf die 200 wichtigsten Entscheidungen der letzten Jahre angewandt. Es habe sich allerdings gezeigt, daß die Ergebnisse nicht wesentlich von dem abwichen, was tatsächlich geschehen sei. Natürlich läge das daran, daß eben doch die meisten Länder mit der Freien Welt stimmten, was sich zugegebenermaßen ändern könnte.

Auf der Welthandelskonferenz habe [...][30] eine energische Rede gehalten und darauf gedrängt, daß die Arbeiten beschleunigt und realistischer angefaßt würden. Eine Verstärkung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit des Westens sei tatsächlich von Interesse und die OECD wohl der richtige Rahmen. In der NATO seien solche Versuche bisher enttäuschend verlaufen. Selbst in den begrenzten Bereichen des Ost-West-Handels, des Embargo, der Kreditgewährung an Ostblockstaaten, dort also, wo sich Probleme der Wirtschaft und Sicherheit berühren, habe man keine Fortschritte machen können.[31] Die OECD sei auch deshalb der bessere Rahmen, weil man in der NATO zu Komplikationen mit Ländern wie Japan oder den europäischen Neutralen gelangte.

Der Herr *Bundeskanzler* ging dann auf die Frage der deutsch-arabischen Beziehungen über und hob einleitend hervor, daß die Lösung des Wiedergutmachungsproblems mit Israel[32] als eine gute bezeichnet werden könne. In der weiteren Gestaltung der Beziehungen aber stieße man auf Probleme wie z.B. die bevorstehende Konferenz der blockfreien Staaten[33]. Zwar sehe man keine unmittelbare Gefahr einer Anerkennung der SBZ durch diese Staaten, doch müsse man die Entwicklung mit größter Aufmerksamkeit verfolgen. Dabei aber dürfe man nicht aus den Augen lassen, daß Nasser heute die führende Persönlichkeit in dieser Welt sei. Die Bundesregierung habe den Gedanken,

[30] Auslassung in der vorliegenden Gesprächsaufzeichnung.

[31] Zum Dissens innerhalb der NATO in der Frage einer Vergabe von Krediten an Ostblock-Staaten oder eines Embargos gegenüber Kuba vgl. besonders Dok. 2 und Dok. 42.

[32] Zum Wiedergutmachungsabkommen mit Israel vom 10. September 1952 vgl. Dok. 54, Anm. 4. Zur Frage einer Fortführung der Wiedergutmachung an Israel bzw. an die jüdischen Organisationen vgl. Dok. 42, Anm. 36, und Dok. 276.

[33] Zu der für Oktober 1964 geplanten Konferenz der blockfreien Staaten in Kairo vgl. Dok. 65, Anm. 6. Vgl. dazu auch Dok. 275.

ihn einzuladen, auf britischen Wunsch zunächst zurückgestellt.[34] Man müsse sich aber über diese Probleme und die deutschen Beziehungen zu Israel unterhalten.

Außenminister *Rusk* wies darauf hin, daß der Präsident die Absicht habe, diesen Gegenstand aufzunehmen. Man sei im übrigen beunruhigt über die Tendenz der Politik Nassers in der arabischen Welt, im Verhältnis etwa zu Syrien, dem Libanon, dem Irak, Jordanien und Saudi Arabien. Nasser sei ein Mann mit großen Ambitionen, die von seinen arabischen Nachbarn nicht geteilt würden. Andererseits stelle die Feindschaft gegenüber Israel das einzige Element des Zusammenhalts unter den arabischen Staaten dar. Man halte die ganze Lage für ernst, aber man müsse präsent bleiben und Einfluß behalten, teils um die arabischen Staaten voreinander zu schützen, teils um Israel zu schützen, teils um ein Überwiegen des Moskauer Einflusses zu verhindern. Man müsse also Elemente des Einflusses in der Hand behalten.

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte dazu abschließend, daß Deutschland in den arabischen Ländern eine starke Position einnehme, weil es nie Auseinandersetzungen zwischen Deutschland und diesen Ländern gegeben habe. Es bestehe ein Interesse daran, diese Position nicht zu beeinträchtigen, und das setze den deutschen Möglichkeiten gegenüber Israel Grenzen. In jedem Falle würde der Schaden bei einer Störung des deutsch-arabischen Verhältnisses den möglichen Vorteil auf anderer Seite überwiegen und letztlich zu einer Stärkung des kommunistischen Einflusses führen.

Abteilung II (II 6), VS-Bd. 237

[34] Zu den Überlegungen für eine Einladung des ägyptischen Präsidenten in die Bundesrepublik vgl. Dok. 95.
Botschafter von Etzdorf, London, berichtete am 4. Mai 1964, der britische Außenminister Butler habe davon abgeraten, Nasser zum augenblicklichen Zeitpunkt einzuladen. Dadurch werde dieser in seiner anti-britischen Haltung bestärkt und ermutigt, „in seiner Aggressivität fortzufahren". Vgl. Abteilung I (I B 4), VS-Bd. 214; B 150, Aktenkopien 1964.

161

Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit Präsident Johnson in Washington

Z A 5-77.A/64 geheim **12. Juni 1964**[1]

Der Herr Bundeskanzler wurde am 12. Juni 1964 um 11.30 Uhr in Washington im Weißen Haus von Präsident Johnson zu einem Gespräch unter vier Augen empfangen.

Der Herr *Bundeskanzler* gab zunächst seiner Freude darüber Ausdruck, so bald wieder[2] mit dem Präsidenten zusammentreffen zu können, und bekräftigte, daß die unverbrüchliche Freundschaft mit den Vereinigten Staaten und der Zusammenhalt zwischen den beiden Ländern innerhalb der NATO die einzige Politik sei, die den Frieden und die Sicherheit gewährleisten könne. Diese Politik werde seine Regierung fortführen. Er wolle dabei hervorheben, daß sich die Freundschaft zwischen den beiden Ländern nicht nur im bilateralen Bereich erschöpfe, sondern darüber hinaus ein stärkendes Element im atlantischen Raum überhaupt sei. In Europa kämpfe man derzeitig gegen inflationistische Strömungen[3], die Europa zu zerreißen drohten. Die Bundesregierung betrachte es als ihre Aufgabe, Deutschland als ein Element der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Stabilität in Europa zu erhalten.

Er halte die Zeit seines Besuches auch insofern für wichtig, als der Freundschaftsvertrag zwischen der Sowjetunion und der SBZ[4] gerade abgeschlossen worden sei. Er betrachte die Angelegenheit aber als nicht zu dramatisch, doch könnte sie geeignet sein, eine gewisse Unruhe hervorzurufen. Deshalb sei er über die Möglichkeit dieses Besuchs so glücklich und hoffe, daß die Erklärungen[5] und das Kommuniqué[6] eine beruhigende Wirkung hätten.

[1] Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Weber am 16. Juni 1964 gefertigt.

[2] Zu den vorangehenden deutsch-amerikanischen Regierungsbesprechungen am 28./29. Dezember 1963 in Stonewall, Texas, vgl. AAPD 1963, III, Dok. 486–491.

[3] Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit dem amerikanischen Finanzminister Dillon am 22. Mai 1964; Dok. 134.

[4] Für den Wortlaut des Freundschaftsvertrags vom 12. Juni 1964 vgl. DzD IV/10, S. 717–723.
Zur politischen Wertung des Vertrags vgl. besonders Dok. 170.

[5] Die drei Westmächte gaben am 12. Juni 1964 inhaltlich übereinstimmende Erklärungen im sowjetischen Außenministerium ab. Insbesondere stellten sie heraus, daß durch den Freundschaftsvertrag vom 12. Juni 1964 die vertraglichen Verpflichtungen der UdSSR in bezug auf Deutschland einschließlich Berlins nicht berührt würden. Sie bekräftigten den Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik und betonten, daß die Wiedervereinigung Deutschlands nur in Frieden und Freiheit auf der Grundlage der Selbstbestimmung zu verwirklichen sei. Vgl. dazu den Drahtbericht des Botschafters Groepper, Moskau, vom 12. Juni 1964; Ministerbüro, VS-Bd. 8529; B 150, Aktenkopien 1964. Vgl. auch AdG 1964, S. 11275.
In ähnlicher Weise bezog auch die Bundesregierung Stellung. Vgl. BULLETIN 1964, S. 866.
Zur Frage einer umfassenderen gemeinsamen Erklärung der drei Westmächte und der Bundesrepublik zum Freundschaftsvertrag zwischen der UdSSR und der DDR vgl. Dok. 166 und Dok. 167.

[6] Im deutsch-amerikanischen Kommuniqué vom 12. Juni 1964 wurde festgehalten: „Der Präsident und der Bundeskanzler nahmen Kenntnis von der Erklärung der Sowjetregierung, daß sie heute

Der Präsident werde aus der deutschen Presse wissen, daß die Frage, wann im Rahmen der Entspannungsbemühungen die Zeit gekommen sei, um auch zu dem härteren Kern der Problematik, nämlich dem Deutschlandproblem, vorzudringen, in der deutschen Öffentlichkeit diskutiert werde. Was in diesem Zusammenhang gelegentlich gesagt werde, dürfe keinesfalls überschätzt werden und habe auch keine Auswirkung auf die deutsche Politik, die ihre bisherige Linie weiterverfolgen werde. Nichtsdestoweniger sei diese Frage in Deutschland im Gespräch. Man dürfe nicht vergessen, daß neun Monate nach den amerikanischen Wahlen[7] Bundestagswahlen[8] stattfänden. Das deutsche Volk wünsche von ihm, dem Kanzler, eine Antwort. Er wolle aber dem Präsidenten versichern, daß mit dieser Frage natürlich keineswegs die deutsch-amerikanische Freundschaft angesprochen sei. Je klarer und deutlicher er sich äußern könne, desto mehr würde das zur Beruhigung beitragen und gewisse nationalistische Strömungen unterdrücken helfen.

Er müsse auch sagen – ohne daß er sich damit in die internen Angelegenheiten des anderen Landes einmischen wolle –, daß gewisse Äußerungen Senator Goldwaters[9] eine Schockwirkung ausgelöst und dazu beigetragen hätten, auch in Deutschland Gefühle neu zu beleben, die unterbunden werden müssen.

Er denke nicht daran, und es sei auch nicht die Absicht des Besuches, nun etwa eine Aktion zu starten. Über das im Anschluß an die NATO-Ministerkonferenz im Haag veröffentlichte Kommuniqué[10] sei man sehr befriedigt gewesen, und er hoffe, daß die Prüfung der Frage der deutschen Wiedervereinigung[11] fortgesetzt werde. Dies genüge im Augenblick schon, um bedenklichen nationalen Strömungen Einhalt zu gebieten.

Neben den Ost-West-Problemen sehe man sich aber auch der Frage der NATO und ihrer Zukunft gegenüber. Die deutsche Haltung zur MLF[12] sei unverändert. Man halte sie nach wie vor für wünschenswert und erforderlich. Seit seiner Amtsübernahme habe er die wichtigsten europäischen Hauptstädte[13] besucht und nicht überall Begeisterung für die MLF festgestellt. Im Verlauf der Gespräche habe sich aber schließlich doch eine gewisse Bereitschaft zur Be-

Fortsetzung Fußnote von Seite 651

einen Vertrag über Freundschaft, gegenseitige Hilfe und Zusammenarbeit mit der sogenannten DDR unterzeichne. Sie stimmten darin überein, daß keine einseitige Maßnahme der Sowjetregierung in irgendeiner Weise die Rechte der drei Westmächte berühren oder die Verpflichtungen oder die Verantwortung der Sowjetunion in Hinsicht auf Deutschland und Berlin modifizieren könne ... Sie stellten auch erneut fest, daß bis zur Einigung Deutschlands nur die freigewählte und legitime Regierung der Bundesrepublik Deutschland und niemand anders für das deutsche Volk sprechen kann." Vgl. BULLETIN 1964, S. 865.

7 Die amerikanischen Präsidentschaftswahlen fanden am 3. November 1964 statt.

8 Die Bundestagswahlen fanden am 19. September 1965 statt.

9 Senator Goldwater stand aufgrund seiner teilweise „grob vereinfachenden" politischen Ansichten im Ruf eines „Extremisten". Vgl. DER SPIEGEL, Nr. 25 vom 17. Juni 1964, S. 52. Vgl. Dok. 153.

10 Zum Kommuniqué vom 14. Mai 1964 über die Tagung des NATO-Ministerrats vgl. Dok. 127, Anm. 11.

11 Zum Stand der Überlegungen für eine Initiative in der Deutschland-Frage vgl. Dok. 160, Anm. 14.

12 Zum Stand der MLF-Verhandlungen vgl. Dok. 104.

13 Seit der Amtsübernahme am 16. Oktober 1963 besuchte Bundeskanzler Erhard bereits Frankreich, Großbritannien, Italien, die Niederlande, Belgien und Luxemburg.

teiligung an der MLF gezeigt, weil die Sorge spürbar gewesen sei, daß, wenn die MLF nicht zustande komme, de Gaulle seine Force de frappe nicht so sehr als militärisches, sondern als politisches Instrument benützen könne, um eine unabhängige europäische Politik zu verfolgen.

Eine weitere wichtige Frage sei das Verhältnis der Bundesrepublik zu Israel und zu der arabischen Welt. Dies sei ein sehr heikles Problem. Der Herr Bundeskanzler wies darauf hin, daß die Bundesrepublik sehr viel für Israel getan habe, und die Wiedergutmachung trotz bereits erfüllter großer Leistungen noch nicht abgeschlossen sei.[14] Daneben habe man Israel auch militärische Hilfe gegeben.[15] Die Bundesregierung müsse jedoch sehr vorsichtig zu Werke gehen, um keine negativen arabischen Reaktionen auszulösen. Im Herbst finde die Konferenz der blockfreien Länder in Kairo[16] statt, und man befürchte, daß eine negative Reaktion seitens der arabischen Welt das Problem einer Anerkennung der Zone neu beleben könnte. Er habe über diese Frage bereits mit Außenminister Rusk gesprochen[17] und darauf hingewiesen, daß die Bundesrepublik ein besonders gutes Verhältnis zu den arabischen Ländern habe, da es zwischen ihnen und Deutschland nie kriegerische Auseinandersetzungen oder sonstige Konflikte gegeben habe. Ferner habe dazu beigetragen, daß niemals territoriale Fragen zwischen Deutschland und den arabischen Ländern gestanden hätten. Deshalb glaube er, daß man Israel eine neue Unterstützung nicht zu laut, zu deutlich und zu schnell gewähren dürfe. Der Bundeskanzler hoffe, daß man einen Weg finden werde, um die Angelegenheit befriedigend zu lösen: Die Panzer[18] (ohne Geschütze) würden zunächst an Italien geliefert und dort einige Zeit bleiben. In Italien würden sie dann auch mit den nötigen Waffen ausgerüstet werden. Zu einem späteren Zeitpunkt würden die Italiener die Fahrzeuge an Israel weiterliefern. Auf diese Weise sei es vielleicht doch möglich, die Bundesrepublik nicht unmittelbar in Erscheinung treten zu lassen.

Der Herr Bundeskanzler betonte, er wolle keineswegs den Eindruck erwecken, als ob die Bundesrepublik nur an sich selbst denke und als ob dies ihre einzige Einstellung zu weltpolitischen Fragen sei. Als Mitglied eines Bündnisses sei man sich bewußt, daß die Sorgen der Freunde auch die eigenen Sorgen seien. Deshalb nehme man auch inneren Anteil an jenen Fragen, welche die Vereinigten Staaten besonders beunruhigten: Kuba und Südvietnam. Was die Handelsbeziehungen zu Kuba angehe, so existierten sie praktisch nicht[19], und die Bundesregierung werde diese Politik auch fortsetzen. Hinsichtlich Südvietnams sei die Bundesrepublik bereit, einen politischen, wirtschaftlichen und finanziellen Beitrag zu leisten. Ferner werde geprüft, ob auch ein humani-

[14] Zum Wiedergutmachungsabkommen mit Israel vom 10. September 1952 vgl. Dok. 54, Anm. 4. Zur Frage einer Fortführung der Wiedergutmachung an Israel bzw. an die jüdischen Organisationen vgl. Dok. 42, Anm. 36, und Dok. 276.

[15] Zur Ausrüstungshilfe für Israel vgl. bereits Dok. 54, besonders Anm. 5.

[16] Zu der für Oktober 1964 geplanten Konferenz der blockfreien Staaten vgl. Dok. 65, Anm. 6. Vgl. dazu auch Dok. 275.

[17] Vgl. Dok. 160.

[18] Zur Frage einer Lieferung von Panzern an Israel vgl. zuletzt Dok. 151.

[19] Zur Handelspolitik der Bundesrepublik gegenüber Kuba vgl. Referat III B 4, Bd. 41 und Bd. 42; VS-Bd. 8812 (III B 4).

tärer Beitrag geleistet werden könne, wobei man z. B. an die Entsendung eines Lazarettschiffs denke.[20]

Zu Rotchina führte der Herr Bundeskanzler aus, daß man nicht an die Aufnahme diplomatischer Beziehungen denke.[21] Die Bundesregierung wolle jeden einzelnen Schritt mit den Vereinigten Staaten koordinieren. Bezüglich des Handels bemerkte der Herr Bundeskanzler, daß der bisherige Handelsaustausch äußerst gering gewesen sei, und wenn man ihn etwas ausdehne, so werde man dies nicht tun, ohne sich vorher hinsichtlich des Ausmaßes und der Zeit mit den Vereinigten Staaten abgestimmt zu haben. Schließlich denke man auch nicht an die Errichtung einer Handelsmission.

Präsident *Johnson* dankte dem Herrn Bundeskanzler für seine Ausführungen und sagte, es sei ihm eine Ehre und Freude zugleich, den Herrn Bundeskanzler wieder in Washington begrüßen zu können, da er in den Vereinigten Staaten hochgeschätzt sei und bewundert werde. Seine Probleme seien auch die Probleme Amerikas. Die Vereinigten Staaten würden in den Deutschland betreffenden Fragen nichts unternehmen, ohne ihre Auffassungen zuvor sorgfältig mit denen der Bundesregierung erörtert zu haben. Er sei über die Äußerungen des Herrn Bundeskanzlers hinsichtlich einer Anerkennung Chinas und der Handelsbeziehungen mit China sehr erfreut gewesen. Hinsichtlich Chinas sei die amerikanische Position besonders schwierig und in der amerikanischen Öffentlichkeit werde es immer mit besonderem Mißfallen zur Kenntnis genommen, wenn andere Länder Handel mit China betrieben oder ihren Handel ausweiteten. Das gleiche gelte für Kuba. Die britischen Omnibuslieferungen hätten ihm beispielsweise sehr große Unannehmlichkeiten verursacht.[22]

Der Präsident hob mit Nachdruck hervor, daß die bevorstehenden Monate sehr kritisch würden, und die ersten sechs Monate seiner Amtszeit[23] auch für ihn persönlich sehr schwierig gewesen seien. Die führenden Republikaner wie Eisenhower, Nixon, Scranton, Romney und Goldwater hätten alle die Rolle kritisiert, welche die Vereinigten Staaten in der Weltpolitik spielten. In weiten Kreisen der Öffentlichkeit mache sich so etwas wie ein Märtyrerkomplex bemerkbar, weil die Vereinigten Staaten ihr Bestes zu geben versuchten, aber in der Welt doch nicht beliebt und anerkannt seien. Andererseits sei dies vielleicht 20 Jahre nach dem Krieg eine nicht unnatürliche Reaktion. Wenn aber Präsident Kennedy den Kongreß um die Gewährung von fünf Milliarden Dollar für Auslandshilfe gebeten habe und nur vier Milliarden erhalten habe[24] und wenn in diesem Jahr er selbst noch mehr beantragen müsse, dann wisse

[20] Zur Überlegung der Bundesregierung, ein Lazarett in die Republik Vietnam (Südvietnam) zu entsenden, vgl. Dok. 129.

[21] Zu den Sondierungen über die Möglichkeit eines Warenabkommens mit der Volksrepublik China vgl. Dok. 143.

[22] Zum britisch-amerikanischen Dissens hinsichtlich der Lieferung von Fahrzeugen an Kuba vgl. Dok. 47, Anm. 4.

[23] Präsident Johnson war seit dem 22. November 1963 im Amt.

[24] Zur Kürzung der Auslandshilfe vgl. die Erklärung des Präsidenten Kennedy vom 23. August 1963; PUBLIC PAPERS, KENNEDY 1963, S. 641 f.

er heute schon, daß er sich nicht nur im Kongreß, sondern auch in der Öffentlichkeit sehr starker Kritik aussetzen werde.

Was Südvietnam angehe, so seien die Vereinigten Staaten bereits seit zehn Jahren in diesem Gebiet engagiert. Während des vergangenen halben Jahres habe Südvietnam drei Regierungen gehabt.[25] Obgleich ganz Südostasien vom Kommunismus umzingelt werde, und diese Aggression ein weltpolitisches Problem ersten Ranges darstelle, seien die Vereinigten Staaten praktisch die einzigen, die etwas dagegen täten. Der Präsident verwies darauf, daß amerikanische Flugzeuge abgeschossen und amerikanische Soldaten getötet würden. Er erinnerte ferner daran, daß die Verschuldung der Vereinigten Staaten erheblich angestiegen sei und seit Kriegsende insgesamt mehr als 100 Milliarden Dollar an Auslandshilfe gewährt worden seien.

Der Präsident führte insbesondere Klage über die Franzosen, die nicht nur Waren nach Kuba lieferten, sondern den Vereinigten Staaten auch Schwierigkeiten in Südostasien bereiteten. Er erwähnte die Anerkennung Rotchinas[26] und sagte, die Franzosen verursachten nicht nur für seine Regierung sehr viele Schwierigkeiten, sondern schafften auch Probleme, die zwischen ihm und seinem Volke stünden. Was Großbritannien angehe, so habe man zu diesem Land zwar ein enges Verhältnis, da es eine Art Mutterland sei, doch lösten die wirtschaftlichen Lieferungen Großbritanniens nach Kuba starke Kritik in Amerika aus. Andere Länder lieferten dorthin sogar Waffen. Im übrigen verstehe er jetzt auch die deutsche Haltung in der Hähnchen-Frage[27] besser, nachdem die Neuseeländer und Australier damit angefangen hätten, ihr Fleisch auf dem amerikanischen Markt zu Dumping-Preisen abzusetzen. Dies habe zur Folge gehabt, daß der Fleischpreis von 30 auf 15 Cent pro Pfund gesunken sei. Auch der Preis von Rindvieh sei von 300 auf 150 Dollar gefallen, weshalb die amerikanischen Viehzüchter sehr erbost seien. Dies erkläre, warum sich sehr viele Amerikaner als Märtyrer fühlten, und die Republikanische Partei nütze dies aus und bestärke die Bevölkerung in diesen Empfindungen. Er glaube, die Nation als Ganzes erwarte, daß sich auch andere Länder an den Lasten beteiligten, die den Vereinigten Staaten aufgebürdet seien. Er sei sicher, daß sich die allgemeine Haltung in den Abstimmungen im Kongreß über die Auslandshilfe und in den Präsidentenwahlen niederschlagen werde. In der vergangenen Woche habe er verschiedene politische Führer der Republikaner bei sich gehabt, um ihnen darzulegen, daß er für Südostasien mehr Mittel brauche. Daraufhin sei ihm gleich die Frage gestellt worden, welche anderen Länder sich ebenfalls beteiligten. Aus diesen Überlegungen hätten ihn die Äußerungen des Herrn Bundeskanzlers sehr ermutigt, und was Südostasien angehe, so hoffe er zuversichtlich, daß die Bundesrepublik den Vereinigten Staaten werde helfen können, was nicht nur Südostasien selbst, sondern

[25] Vgl. dazu Dok. 154, Anm. 27.

[26] Zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Frankreich und der Volksrepublik China am 27. Januar 1964 vgl. besonders Dok. 11 und Dok. 17.

[27] Ausgelöst durch die Verordnung des EWG-Ministerrats vom 20. Juni 1962 über die „Festsetzung des Einschleusungspreises für geschlachtete Enten, Puten, Gänse, Perlhühner und Legehühner" entwickelte sich ein Konflikt zwischen den USA und der EWG über die von der Gemeinschaft erhobenen Einfuhrabgaben für amerikanisches Geflügel. Zum „Hähnchen-Krieg" vgl. AAPD 1963, II, besonders Dok. 346.

auch der Haltung und Einstellung der amerikanischen Öffentlichkeit zugute kommen werde. Er selbst werde fest und entschlossen den Kurs verfolgen, den er für richtig halte, doch Senator Goldwater[28] profitiere von all den Unzufriedenen im Lande. Wer immer gegen irgend etwas sei, schließe sich Senator Goldwater an.

Er habe über dieses Thema mit noch niemandem gesprochen, doch wollte er dem Herrn Bundeskanzler seine Gedanken und Empfindungen darlegen, weil zwischen beiden eine enge persönliche Beziehung bestehe. Dies sei vielleicht nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß sie beide fast gleichzeitig ihr verantwortungsvolles Amt angetreten hätten. Die größte Aufgabe, die es zu lösen gelte, sei, das amerikanische Volk zusammenzuschließen. Er sei nicht sicher, ob er derjenige wäre, der dies schaffen könne.

Der Präsident teilte dem Herrn Bundeskanzler streng vertraulich mit, daß er während der nächsten 60 Tage tiefgreifende und weitreichende Entscheidungen werde treffen müssen, die nicht nur die Vereinigten Staaten von Amerika berührten. Soweit er könne, wolle er dieserhalb mit dem Herrn Bundeskanzler in Verbindung bleiben. Viele der Probleme, um die es sich drehe, hätten sich allerdings noch nicht in ihrer endgültigen Form herauskristallisiert.

Präsident Johnson erklärte weiter, es sei wichtig, daß der Herr Bundeskanzler die Schwierigkeiten erkannt habe, denen sich die Vereinigten Staaten auch im Nahen Osten gegenübersähen. Er sprach ihm seinen Dank und seine Anerkennung dafür aus, daß ein Weg gefunden worden sei, wie die Panzerangelegenheit im Zusammenwirken mit den Italienern gelöst werden könne. Er hoffe, dieser Weg sei gangbar. Er wies auf die Bedeutung hin, welche diese Frage für die Vereinigten Staaten habe, und wenn die Italiener eingeschaltet und die Angelegenheit damit geregelt werden könnte, so werde sich dies günstig und nützlich für die Vereinigten Staaten auswirken. Wenn die Hintergründe dieser Angelegenheit bekannt werden sollten, so werde darüber sicher eine gewisse Zeit vergehen[29], und in der Zwischenzeit könnten die Vereinigten Staaten den Arabern gewisse Hilfeleistungen gewähren. Verglichen mit den Beträgen, die Chruschtschow bei seinem letzten Besuch[30] Nasser angeboten habe, sei diese Frage ein Tropfen auf einen heißen Stein.

Wie Präsident Johnson weiter bemerkte, seien in den Vereinigten Staaten viele Leute in Sorge, ob die Bundesregierung ihren Verteidigungshaushalt und ihre Entwicklungshilfe auf dem derzeitigen Stand werde halten können. Gerüchtweise sei verlautet, daß der Verteidigungshaushalt nicht gestatte, in den Vereinigten Staaten militärisches Material in dem Umfang zu kaufen, der für die Erfüllung der zwischen McNamara und von Hassel getroffenen Abmachungen[31] erforderlich wäre. Der Präsident erinnerte daran, daß er über dieses Thema mit dem Herrn Bundeskanzler in Texas gesprochen habe. Er hoffe,

[28] Zur Nominierung des Senators Goldwater zum Präsidentschaftskandidaten vgl. Dok. 153, Anm. 34.

[29] Zur Frage der Waffenlieferungen an Israel vgl. weiter Dok. 164.

[30] Zum Besuch des sowjetischen Ministerpräsidenten Chruschtschow vom 9. bis 25. Mai 1964 in der VAR vgl. Dok. 105, Anm. 8.

[31] Zum deutsch-amerikanischen Protokoll vom 11. Mai 1964 über einen Devisenausgleich für die Jahre 1965/66 und 1966/67 vgl. Dok. 125, besonders Anm. 2.

daß die bisherigen Voraussagen und Schätzungen sich als falsch erwiesen, und das Verteidigungsbudget es gestatten werde, die genannte Abmachung in vollem Umfang zu erfüllen.

Niemand verstehe die psychologischen Schwierigkeiten besser als er, da er dafür geschimpft werde, daß sich 15000 amerikanische Soldaten in Vietnam befänden. Die Öffentlichkeit und die Politiker der Opposition träten dafür ein, daß diese Streitkräfte in die Vereinigten Staaten zurückkehren sollten. Er selbst halte es aber für unumgänglich, ihre Zahl noch zu erhöhen. Er erwähnte dabei, daß in diesem Jahr bereits 36 amerikanische Soldaten in Südvietnam ums Leben gekommen seien.[32]

Der Präsident erklärte sodann, er verstehe die psychologischen Schwierigkeiten, die für das deutsche Volk durch die Unterzeichnung des Freundschaftsvertrages zwischen der Sowjetunion und der Zone entstanden seien. Er verstehe ferner, daß der Herr Bundeskanzler zu Recht oder zu Unrecht mit einer psychologischen Reaktion in seinem Lande zu rechnen habe. Er betonte jedoch, daß nichts die Vereinigten Staaten von ihrer entschlossenen und treuen Freundschaft dem deutschen Volk gegenüber abbringen werde. Ferner bekräftigte er, daß nur die Bundesrepublik für Deutschland sprechen könne, und daß die amerikanische Regierung an die Notwendigkeit und das Zustandekommen der Wiedervereinigung glaube. Er habe seinen Mitarbeitern Weisung erteilt, aufs engste mit den Deutschen zusammenzuarbeiten, um bei der Überwindung psychologischer Schwierigkeiten in Deutschland zu helfen.

Der Herr *Bundeskanzler* dankte für das Vertrauen und die Freundschaft, die in den Worten des Präsidenten zum Ausdruck gekommen seien. Er sei darüber sehr glücklich, und er bat den Präsidenten, ihm glauben zu wollen, daß ihn die gleichen Gefühle bewegten. Diese engen persönlichen Beziehungen halte er für sehr wichtig, weil er glaube, daß sie ein stabilisierendes Element in der freien Welt und insbesondere in der atlantischen Partnerschaft seien.

Der Herr Bundeskanzler sagte, er verstehe eine gewisse Verbitterung darüber, daß die Vereinigten Staaten, die nach dem letzten Kriege so viel getan hätten, um in der Welt nicht nur die Ordnung wiederherzustellen, sondern auch am moralischen und materiellen Aufbau mitzuwirken, von den anderen so wenig Dank und Anerkennung erführen. Es sei aber wie im zivilen Leben. Der Gläubiger sei nie beliebt, und Wohltaten würden bald vergessen. Deshalb sei er um so glücklicher, daß im deutschen Volk die Dankbarkeit für die Hilfe Amerikas unverlierbar und unzerstörbar sei. Dieses Gefühl der Dankbarkeit sei die Grundlage einer loyalen Freundschaft. Wenn gelegentlich falsche Töne erklängen, und man von einer Spaltung in Deutschland zwischen Gaullisten und Atlantikern rede[33], so sei dies in dieser Form nicht zutreffend. Sicher gebe es gewisse Nuancen, doch im letzten wäre doch allen Deutschen an der Stärkung des Atlantischen Bündnisses gelegen. Das deutsche Parlament in seiner Gesamtheit wisse jedenfalls, daß das Bündnis und die Freundschaft mit den Vereinigten Staaten von Amerika eine Frage von Leben und Tod sei. Die Erfül-

[32] Zur Vietnam-Frage vgl. weiter Dok. 169.

[33] Zu den gegensätzlichen außenpolitischen Ansichten innerhalb der Regierungskoalition vgl. Dok. 194, Anm. 1.

lung des deutschen Anliegens sei nur im Zusammenwirken mit den Vereinigten Staaten und mit ihrer Unterstützung möglich. Er sei sich durchaus darüber im klaren, daß es sich hier um keine einzelne Aktion, sondern um einen langfristigen Prozeß handle.

Über die Äußerungen des Präsidenten zur derzeitigen innenpolitischen Lage sei er etwas überrascht gewesen, vor allem aber über die Bemerkung, daß der Präsident seines eigenen Wahlsiegs nicht so sicher zu sein scheine wie alle Welt. Wo immer er bisher gewesen sei, habe niemand den leisesten Zweifel an seiner Wiederwahl gehabt. Er wisse aus eigener Erfahrung, daß das Amt des Regierungschefs keineswegs einfach und leicht sei, was beim Präsidenten der Vereinigten Staaten um so mehr zutreffe, als er auch noch das Staatsoberhaupt sei. Er selbst habe aber den Eindruck, wenn er dies sagen dürfe, daß die Position des Präsidenten so unangefochten sei, daß die Entscheidung bereits gefallen sein dürfe. Am Vortage sei er mit Rockefeller, den er seit langen Jahren kenne, in New York zusammengetroffen.[34] Rockefeller sei über die Lage innerhalb der Republikanischen Partei entsetzt gewesen und habe gesagt, Goldwater sei die Garantie für einen sicheren Sieg Johnsons und für die Spaltung der Republikanischen Partei. Er wolle sich gewiß nicht in die inneren Angelegenheiten eines anderen Landes einmischen, doch stärke das Auftreten Goldwaters in Europa jene Elemente, die glaubten, gewisse Gefühle der Vergangenheit wieder aufleben lassen zu sollen. Damit gerieten auch die Vereinigten Staaten selbst in ein ungünstiges Licht. Er müsse sich dafür entschuldigen, diese Dinge gesagt zu haben, doch halte er es für seine Pflicht, auch darüber im persönlichen Vertrauen zu dem Präsidenten zu sprechen.

Präsident *Johnson* teilte die Auffassung des Herrn Bundeskanzlers hinsichtlich des Eindrucks, der in Europa entstehen müsse. Er könne aber nicht die Auffassung des Herrn Bundeskanzlers hinsichtlich der bevorstehenden Wahlen und ihres Ergebnisses teilen. Er berichtete, daß Scranton inzwischen seine Bereitschaft erklärt habe, sich als Kandidat der Republikaner aufstellen zu lassen. Er selbst (Johnson) habe sich über seine eigenen Absichten bisher noch nicht geäußert. Wenn Goldwater der republikanische Kandidat und er der demokratische Kandidat sein sollten, würden die Wahlen schwierig werden, und ein Ergebnis lasse sich nicht voraussagen.

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte, auf Senator Goldwater anspielend, daß man keine Wahlen mit einer nur negativen Einstellung gewinnen könne. Er habe eine sechzehnjährige Erfahrung, und gewiß sehe es im voraus oft anders aus, aber je näher die Wahl heranrücke, desto mehr realisierten die Wähler, daß eine negative Einstellung keine Grundlage einer fruchtbaren Politik sein könne.

Präsident *Johnson* gab sodann seiner Hoffnung Ausdruck, daß die MLF zustande kommen werde.

Er schlug sodann dem Herrn Bundeskanzler vor, das Gespräch im größeren Kreise fortzusetzen, da nur 15 Minuten für die Unterhaltung unter vier Augen vorgesehen gewesen seien. Er habe aber über all die Fragen ungestört und in brüderlichem Geiste mit dem Herrn Bundeskanzler sprechen wollen. Er hoffe,

[34] Zum Treffen mit dem Gouverneur des Staates New York vgl. OSTERHELD, Außenpolitik, S. 89.

daß der Herr Bundeskanzler die Möglichkeit habe, über die handelspolitischen Fragen mit Herrn Herter, über die politischen Auswirkungen des Freundschaftsvertrages mit Außenminister Rusk und über die Offsetkäufe und die Angelegenheit der Panzer mit Herrn McNamara zu sprechen.[35]

Der Herr *Bundeskanzler* sagte abschließend, was die Offset-Abmachungen angehe, so sei er davon überzeugt, daß die volle Leistung der amerikanischen Ausgaben durch Bestellungen gedeckt werden könne. Wenn die deutsche Seite etwas zögere, zu laut von dieser Regelung zu sprechen, so deshalb, weil sie die Reaktion anderer Länder befürchte. Wünsche in dieser Richtung seien bereits von den Engländern geäußert worden.[36] Deutscherseits sei aber die deutsche Handelsbilanz so gut, daß keine Devisenschwierigkeiten bestünden. Andererseits sei die deutsche Industrie in einem Maße überbeschäftigt, daß er Herrn von Hassel bereits gesagt habe, es wäre auch aus konjunkturellen Gründen besser, nach Möglichkeit mehr Material in den Vereinigten Staaten zu kaufen. Er selbst sehe keinerlei Grund für irgendwelche Beunruhigung.

Die Unterredung endete um 12.30 Uhr.

Bundeskanzleramt, AZ: 21-301 00 (56), Bd. 8

162

Gespräch des Botschafters Groepper mit Ministerpräsident Chruschtschow in Moskau

Z B 6-1/4764/64 geheim **13. Juni 1964**[1]

Betr.: Mein Besuch bei Chruschtschow[2]

Nachstehend folgt Inhaltsangabe des Gesprächsverlaufs anhand Dolmetscher-Protokolls:

Schon bei Vortrag des festgelegten Textes[3] machte Chruschtschow verschiedene Einwendungen.

Chruschtschow (Einwurf bei Erwähnung des Zustroms von Heimatvertriebenen und Flüchtlingen aus der SBZ: Punkt 4 des schriftlich niedergelegten Tex-

35 Zur Behandlung der weiteren Themen vgl. auch den Runderlaß des Staatssekretärs Carstens vom 16. Juni 1964; Abteilung I (D I/Dg I A), VS-Bd. 123; B 150, Aktenkopien 1964.
Zum Gespräch mit dem amerikanischen Verteidigungsminister vgl. die Aufzeichnung des Botschaftsrats I. Klasse Blomeyer-Bartenstein, Washington, vom 13. Juni 1964; Büro Staatssekretär, VS-Bd. 446.

36 Zur Frage einer Devisenhilfe für Großbritannien vgl. zuletzt Dok. 115.

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Botschafter Groepper, Moskau, mit Drahtbericht vom 13. Juni 1964 übermittelt.

2 Zur Vorbereitung des Gesprächs vgl. zuletzt Dok. 158.

3 Vgl. Dok. 155.

tes): In der Sowjetunion seien 20 Millionen Menschen durch unsere Schuld getötet worden. Nicht die Sowjetunion trage dafür die Verantwortung, sondern wir, die wir, ohne den Krieg zu erklären, die Sowjetunion überfallen hätten. Für diese Dinge sei deutscherseits bisher nichts bezahlt worden.

Botschafter: Man könne nicht ungeschehen machen, was geschehen sei. Diese Dinge würden von der Bundesregierung und vom ganzen deutschen Volk zutiefst bedauert. Die verbrecherischen Befehle Hitlers hätten hierzu geführt.

Chruschtschow: Nicht von Hitler, sondern von den Deutschen seien diese Verbrechen begangen, die Deutschen hätten somit die Verantwortung hierfür zu tragen.

Botschafter: Das damalige Deutschland sei kein demokratischer Staat, sondern ein unter der Diktatur Hitlers und der Nationalsozialisten stehendes Land gewesen. Das Volk könne für das, was unter dieser Diktatur geschehen sei, nicht verantwortlich gemacht werden.

Chruschtschow: Gegenwärtige Bundesregierung bestehe zur Hälfte aus ehemaligen Nazis und sei deshalb für damalige Geschehnisse durchaus mitverantwortlich.

Botschafter: Demgegenüber müsse er feststellen, die gesamte Bundesregierung bestehe aus Persönlichkeiten, deren Vergangenheit in jeder Hinsicht untadelig sei.

Chruschtschow (Einwurf bei Feststellung, daß keine deutsche Regierung einer Friedensregelung auf Grundlage fortdauernder Spaltung Deutschlands zustimmen werde): Eine solche Regierung werde es doch geben.

Nach Beendigung Vortrages des schriftlich übergebenen Textes:

Chruschtschow: Unser Vorschlag laufe also darauf hinaus, in der DDR sog. freie Wahlen zu veranstalten. Freie Wahlen hätten dort bereits stattgefunden. Im Gegensatz dazu verliefen die Wahlen in der Bundesrepublik unter Einfluß und Druck der Presse und des Kapitals. Allgemein müsse er sagen, daß der Sinn des hier Vorgetragenen nicht recht zu sehen sei. Die Ausführungen enthielten keinen gesunden Kern, sie seien unfruchtbar wie die früheren Memoranden der Bundesregierung und das heutige Gespräch erscheine ihm ohne rechten Sinn.

Botschafter: Aus den noch folgenden Sätzen werde der Vorsitzende erkennen, daß dieses Gespräch keineswegs unnütz sei.

Chruschtschow (im Anschluß an die ergänzenden Ausführungen[4] des Botschafters): Sowjetregierung sei nicht der Adressat für das, was man sich da ausgedacht habe, darüber müsse wohl richtiger mit der DDR gesprochen werden. Er wisse nicht, was er auf das nichts Neues enthaltende Dokument antworten solle. Unsere Auslegung der Wiedervereinigungsfrage werde sowjetischerseits nicht akzeptiert. Keine Regierung, auch nicht Sowjetregierung, habe das Recht, sich in Fragen einzumischen, die ausschließlich die DDR be-

[4] Zum mündlich vorgetragenen Schlußteil vgl. Dok. 155, Anm. 12.

träfen. Sowjetregierung sei weder ermächtigt noch willens, mit uns über solche Fragen zu sprechen.[5]

Botschafter: Er wisse, daß die beiderseitigen Standpunkte voneinander abwichen: Trotzdem glaube er, daß Gespräche zwischen beiden Seiten – wie dies auch Herr Smirnow gegenüber dem Herrn Bundeskanzler zum Ausdruck gebracht habe[6] – nützlich seien. Er erinnere an das Sprichwort „d'un choc des opinions jaillit la verité". In diesem Sinne sei er fest von der Nützlichkeit eines Meinungsaustauschs über alle Fragen des deutsch-sowjetischen Verhältnisses überzeugt. Dieser Standpunkt liege auch der Botschaft des Herrn Bundeskanzlers zugrunde.

Chruschtschow: Sowjetischerseits habe man niemals einen Meinungsaustausch abgelehnt oder als an sich unnütz bezeichnet. So habe man sich seinerzeit auch mit Bundeskanzler Adenauer getroffen[7]; dieses Treffen habe gewisse Hoffnungen auf eine Verbesserung der beiderseitigen Beziehungen geweckt, nur habe sich später diese Hoffnung leider nicht [als] gerechtfertigt erwiesen. Er bäte, dem Herrn Bundeskanzler zu übermitteln, die Sowjetregierung könne mit der Bundesregierung nicht über Fragen sprechen, die Funktionen der DDR beträfen. Irgendwelche Hoffnungen in dieser Richtung seien falsch. Gespräche über diese Fragen kämen nicht in Betracht. Wenn die Bundesregierung Verhandlungen zur Wiedervereinigung Deutschlands führen wolle, solle sie dies mit der Regierung der DDR tun. Wenn die Bonner Regierung den Anspruch erhebe, das gesamte deutsche Volk zu vertreten, so sei das ebenso irreal, als wenn zum Beispiel die Sowjetregierung den Anspruch erhebe, eine Regierung für die ganze Welt zu sein. Der erwähnte Anspruch müsse als eine Phantasterei betrachtet werden, die einem kranken Hirn entsprungen sei. Die Bundesrepublik als Staat sei mit der gleichen Berechtigung geschaffen worden wie die DDR. An sie als ihren Partner habe sich daher die Bundesrepublik zu wenden, wenn sie die Frage der Wiedervereinigung Deutschlands klären wolle. Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR hätten jedenfalls mit denen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik nichts zu tun. Unter dem Blickwinkel *dieser* Überlegungen sei er gern zu einer Begegnung und zu Gesprächen bereit.

Botschafter: Er wolle daran erinnern, daß bei Aufnahme der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion im Jahre 1955 klar zum Ausdruck gebracht worden sei, die Aufnahme von Beziehungen zwischen beiden Ländern könne für die Wiedervereinigung Deutschlands nur von

[5] Botschafter Groepper, Moskau, berichtete am 13. Juni 1964 ergänzend: „Die Haltung Chruschtschows in der Deutschland-Frage ist unverändert hart und unnachgiebig. Insbesondere vertritt er fast noch dezidierter als bisher den Standpunkt, Gespräche über die Wiedervereinigung Deutschlands bzw. – wie er sich an anderer Stelle des Gesprächs ausdrückte – über ‚Funktionen der DDR' könnten von uns nur mit der Regierung der ‚DDR' geführt werden und schieden deshalb als Gesprächsthema zwischen uns und der Sowjetregierung aus." Vgl. Ministerbüro, VS-Bd. 8468; B 150, Aktenkopien 1964.

[6] Zum Gespräch vom 11. März 1964 vgl. Dok. 68.

[7] Zum Besuch des Bundeskanzlers Adenauer vom 8. bis 14. September 1955 in Moskau vgl. Dok. 99, Anm. 13.

Vorteil sein.[8] Auch in der Ansprache Herrn Woroschilows anläßlich der Überreichung des Beglaubigungsschreibens durch Botschafter Haas sei dieser Gedanke zum Ausdruck gebracht worden.[9] Er glaube daher, es sei nicht unbillig, wenn sich die Bundesrepublik in der Frage der Wiedervereinigung Deutschlands an die Sowjetunion wende, die als eine der vier Siegermächte die Verwirklichung der Wiedervereinigung ihrerseits hierzu nicht in Abrede gestellt habe.

Chruschtschow: Die Sowjetunion habe eine solche Verpflichtung niemals anerkannt; es sei nirgendwo schriftlich fixiert, daß eine solche Verpflichtung der Sowjetunion bestehe; eine solche Verpflichtung könne auch aus der ganzen historischen Entwicklung dieser Frage nicht hergeleitet werden. Er bäte, ihm ein Dokument zu zeigen, aus dem sich eine solche Verpflichtung ableiten lasse.

Botschafter: Eine solche Verpflichtung gäbe es; er erinnere nur an die Genfer Direktive vom Juli 1955[10].

Chruschtschow: Die Sowjetunion sei durchaus bereit, eine friedliche Wiedervereinigung Deutschlands zu fördern und habe dies auch gesagt; eine Einigung in dieser Frage müßten wir jedoch mit der Regierung der DDR erzielen.

Botschafter: Er wolle noch einmal auf die Bemerkung des Herrn Vorsitzenden zurückkommen, die Wahlen in der Bundesrepublik verliefen in Unfreiheit unter Druck des Kapitals und der Herrschaft der Monopole. Dazu sei zu sagen: Die Bundesrepublik Deutschland sei bereit, bei freien gesamtdeutschen Wahlen den gleichen Kontrollmaßnahmen zuzustimmen, wie wir sie für den anderen Teil Deutschlands wünschten. Alsdann könne doch niemand mehr behaupten, bei uns verliefen Wahlen unter Druck der Monopole. Der Herr Vorsitzende habe in seiner gestrigen Rede bemerkt, der eine Teil Deutschlands sei kapitalistisch, der andere sozialistisch; daher sei es unmöglich, diese beiden Teile zu vereinigen.[11] Dies sei nur dann richtig, wenn man unterstelle, daß die Bevölkerung in einem Teil Deutschlands ganz anders denke als die im anderen. Durch die von uns gewünschten freien Wahlen und kontrollierten Wahlen

[8] Im deutsch-sowjetischen Kommuniqué vom 13. September 1955 zum Abschluß der Verhandlungen des Bundeskanzlers Adenauer in Moskau wurde im Hinblick auf die bevorstehende Aufnahme diplomatischer Beziehungen bemerkt: „Beide Seiten gehen davon aus, daß die Herstellung und Entwicklung normaler Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion zur Lösung der ungeklärten Fragen, die das ganze Deutschland betreffen, beitragen und damit auch zur Lösung des nationalen Hauptproblems des gesamten deutschen Volkes – der Wiederherstellung eines deutschen demokratischen Staates – verhelfen werden." Vgl. DzD III/1, S. 333.

[9] Botschafter Haas übergab sein Beglaubigungsschreiben am 12. März 1956. Für den Wortlaut der dabei gehaltenen Ansprachen vgl. MEISSNER, Moskau–Bonn I, S. 166 f. (Auszüge).

[10] In der Direktive der Regierungschefs der Vier Mächte vom 23. Juli 1955 an die Außenminister hieß es: „Die Regierungschefs sind in Erkenntnis ihrer gemeinsamen Verantwortung für die Regelung des deutschen Problems und der Wiedervereinigung Deutschlands mittels freier Wahlen übereingekommen, daß die Lösung der deutschen Frage und die Wiedervereinigung Deutschlands im Einklang mit den nationalen Interessen des deutschen Volkes und den Interessen der europäischen Sicherheit herbeigeführt werden soll." Für den Wortlaut der Direktive vgl. DzD III/1, S. 213–219.

[11] Für den Wortlaut der Rede des sowjetischen Ministerpräsidenten vom 12. Juni 1964 vgl. DzD IV/10, S. 687–699.

müsse daher zuerst klargestellt werden, wie die Bevölkerung in beiden Teilen Deutschlands über diese Frage *wirklich* dächte.

Chruschtschow: Auch Hitler sei bei seinem Krieg gegen die Sowjetunion davon ausgegangen, daß die Sowjetbevölkerung ihre Regierung hasse und somit ihn, Hitler, als Befreier des Volkes begrüßen werde. Wie dieser Versuch Hitlers ausgegangen sei, sei dem Botschafter bekannt. Er stelle uns anheim, erneut einen Versuch dieser Art zu unternehmen, wolle uns aber nicht dazu raten.

Botschafter: Einen solchen Vergleich könne man wirklich nicht ziehen; denn wir wünschten unter internationaler Kontrolle durchzuführende *Wahlen*, während Hitler einen Krieg angezettelt habe. Könne es ein demokratischeres Verfahren geben, als das von uns vorgeschlagene?

Chruschtschow: Wir sollten wegen dieser Frage nach Berlin fahren und mit der Regierung der DDR sprechen. Er sei zu diesem Gespräch nicht berechtigt.

Botschafter: Die Machthaber im anderen Teil Deutschlands seien gegen freie Wahlen und Wiedervereinigung. Er frage den Herrn Vorsitzenden, was er dazu sagen würde, wenn sein Land in gleicher Weise geteilt wäre. Wir in der Bundesrepublik seien weder Militaristen noch Revanchisten. Wir wollten ein ausgezeichnetes Verhältnis zur Sowjetunion, und wir gäben die Hoffnung nicht auf, daß auch dem deutschen Volk Gelegenheit zur Ausübung des Selbstbestimmungsrechts gegeben werde.

Chruschtschow: Er bäte, mit ihm darüber nicht mehr zu sprechen; es seien dies Dinge, die nicht ihn beträfen. *Er* trage lediglich die Verantwortung für die Politik *seiner* Regierung. Man müsse sich tatsächlich gut überlegen, was der Bundeskanzler mit seinem Schritt bezwecke und ob er dafür absichtlich den Zeitpunkt der Anwesenheit Ulbrichts in der UdSSR[12] ausgewählt habe. Zwischen der DDR und der Sowjetunion sei ein Vertrag[13] abgeschlossen worden, den beide Seiten zu erfüllen gedächten.

Botschafter: Zwar habe er heute einiges zum gestrigen Vertrag bemerkt. Die Botschaft des Herrn Bundeskanzlers habe mit dem erwähnten Besuch jedoch nichts zu tun; sie stelle eine Antwort auf die von Herrn Smirnow im März d.J. übermittelte Botschaft[14] dar; andererseits hätten wir uns aber durch jenen Besuch nicht von der Übermittlung der Botschaft im jetzigen Zeitpunkt abhalten lassen.

Chruschtschow: Gut, man werde die Botschaft prüfen und sich danach entscheiden. Zuvor jedoch müsse man bei uns aus einem lethargischen Schlaf erwachen; man müsse die Atmosphäre, in der wir lebten, erkennen und von der Sowjetunion nicht irreale Dinge erwarten. Die Sowjetunion wolle herzliche Beziehungen zur Bundesrepublik – sei es auf wirtschaftlichem Gebiet, sei es auf kulturellem Gebiet, sei es in der Frage eines Friedensvertrages. Wenn man

[12] Zum Besuch des Staatsratsvorsitzenden Ulbricht vom 29. Mai bis 13. Juni 1964 vgl. Dok. 158, Anm. 6.

[13] Für den Wortlaut des Freundschaftsvertrags vom 12. Juni 1964 vgl. DzD IV/10, S 717–723. Zur politischen Wertung des Vertrags vgl. besonders Dok. 170.

[14] Zu dem durch Botschafter Smirnow am 11. März 1964 übermittelten sowjetischen Aide-mémoire vgl. Dok. 84.

jedoch von *ihr* erwarte, daß sie gewissermaßen auf einer Schüssel die Wiedervereinigung Deutschlands serviere, dann sei man im Irrtum. Die Wiedervereinigung zu erreichen, liege bei uns. Genosse Ulbricht habe seinen Vorschlag einer Konföderation[15] sowie weitere Vorschläge hierzu unterbreitet. Alles weitere sei nun unsere Sache. Er meine, durch diese Vorschläge sei die einzuhaltende Richtung angezeigt. Die Bundesrepublik aber wolle die DDR schlucken. Wenn sie meine, daß sie einen guten Magen habe, solle sie es ruhig einmal versuchen.

Botschafter: Wir wollten den anderen Teil Deutschlands nicht schlucken. Was wir wollten, seien Wahlen unter internationaler Kontrolle. Von Schlukken könne man nur dann sprechen, wenn versucht würde, einen Teil eines Landes wider seinen Willen anzugliedern. Davon aber könne keine Rede sein. Wir wollten lediglich, daß das ganze deutsche Volk Gelegenheit habe, seinen Willen zu bekunden. Gerade, wenn der Herr Vorsitzende der Auffassung sei, daß bei uns in Deutschland Monopole herrschten, müsse er doch die Auffassung vertreten, daß international kontrollierte Wahlen unter solchen Verhältnissen das richtige seien. Andererseits wünschten aber wir auch für den anderen Teil Deutschlands freie Wahlen, wie es sie bei uns tatsächlich heute schon gebe.

Chruschtschow (in ironischem Ton): „Wie bei Ihnen?" Nun, es werde die Zeit kommen, in der die deutsche Arbeiterklasse hierzu ihre Meinung sagen werde. Doch habe es damit keine Eile.

Botschafter: In den von uns angestrebten gesamtdeutschen Wahlen habe auch die Arbeiterklasse Gelegenheit zu sagen, was sie wolle. Er, der Botschafter, glaube auch bestimmt, daß zu solchen Wahlen auch die Kommunistische Partei Deutschlands zugelassen werde.

Chruschtschow: Derzeit säßen in der Bundesrepublik alle Kommunisten in Gefängnissen, während die Nazis frei herumliefen. Es bestehe sogar für Nazis die Möglichkeit, aus dem Gefängnis hinauszubrechen[16]; es sei bekannt, wie so etwas vor sich zu gehen pflege, nämlich mit Hilfe von auf freiem Fuß befindlichen Gesinnungsgenossen.

Botschafter: Es sei keineswegs richtig, daß bei uns alle Kommunisten im Gefängnis sitzen. Daß es jemandem gelinge, aus einem Gefängnis auszubrechen, sei etwas, was überall vorkommen könne. Zur Frage der Willensbekundung der Arbeiterklasse wolle er noch daran erinnern, daß in Westberlin die KPD –

[15] Am 30. Dezember 1956 schlug der Generalsekretär des ZK der SED, Ulbricht, erstmals die Bildung einer Konföderation beider deutscher Staaten als Zwischenlösung vor, bis es möglich sei, „die Wiedervereinigung und wirklich demokratische Wahlen zur Nationalversammlung zu erreichen". Dies wurde im Verlauf des Jahres 1957 dahingehend konkretisiert, daß nach dem Ausscheiden beider deutscher Staaten aus der NATO bzw. dem Warschauer Pakt und dem Abzug der Truppen der Vier Mächte ein völkerrechtlicher Vertrag zwischen der Bundesrepublik und der DDR geschlossen und ein paritätisch besetzter Gesamtdeutscher Rat geschaffen werden sollte. Für den Wortlaut des Vorschlags vom 30. Dezember 1956 vgl. DzD III/2, S. 1002–1012. Vgl. dazu auch Dok. 13, Anm. 10.

[16] Der wegen NS-Verbrechen zu vier Jahren Zuchthaus verurteilte Hans-Walter Zech-Nenntwich konnte am 22. April 1964 aus der Justizvollzugsanstalt Braunschweig entkommen. Vgl. dazu DER SPIEGEL, Nr. 18 vom 29. April 1964, S. 135; Nr. 19 vom 6. Mai 1964, S. 32–34; Nr. 21 vom 20. Mai 1964, S. 50f.

in der Form der SED – zu den Wahlen zugelassen sei, aber weniger als 5 Prozent der Stimmen habe.

Chruschtschow: Es habe Zeiten gegeben, in denen auch die Kommunistische Partei Deutschlands weniger als 5 Prozent der Stimmen auf sich habe vereinigen können. Jedoch habe er sich mit dem Botschafter nicht getroffen, um darüber mit ihm zu diskutieren. Daß beide Seiten in diesen Fragen verschiedene Auffassungen hätten, sei bekannt; die übermittelten Memoranden bestätigten diese Tatsache. Eines jedoch wolle er festhalten: Wenn man sich seitens der Bundesrepublik auf Verpflichtungen berufe, die aus Potsdam resultierten, dann sei festzuhalten, daß die Bundesrepublik es sei, die dieses Abkommen[17] verletze – durch Aufbau einer Armee, durch Herstellung von Waffen, durch die Produktion von Flugzeugen und Raketen[18]. Nur dem Umstand, daß die Bundesrepublik Verbündeter der westlichen Alliierten des 2. Weltkrieges sei, habe sie es zu verdanken, daß ihr dies gelungen sei. Sie wolle jetzt der Sowjetunion die Verpflichtung zuschreiben, Bedingungen einzuhalten, die nicht existieren. Sie ihrerseits aber dächte nicht daran, sich an die Verpflichtungen zu halten, die wirklich vorhanden seien.

Botschafter: In der heutigen Botschaft des Bundeskanzlers komme doch zum Ausdruck, daß eine Lösung der deutschen Frage gerade auch in Verbindung mit *beiderseitigen* Sicherheitsgarantien für beide Völker von Vorteil sein werde.

Chruschtschow: Auf diese Weise wolle man wohl einen Druck ausüben und mit dem Knüppel drohen. Diese Methode sei gegenüber der Sowjetunion unangebracht; diese Zeiten seien vorbei, und die Sowjetunion habe keine Angst. Wenn die Bundesrepublik einen Krieg gegen die Sowjetunion führen wolle, müsse er sagen, die Sowjetunion habe bereits im letzten Krieg 20 Millionen Menschen verloren; eine solche Drohung könne sie nicht erschrecken. Sollte die Bundesrepublik an ein kriegerisches Vorgehen gegen die Grenzen der Sowjetunion oder der DDR denken, so würde sie mit Sicherheit vernichtet werden.

Botschafter: Der Ministerpräsident müsse ihn wohl mißverstanden haben. Er wolle festhalten und unterstreichen, daß wir alle Fragen nur mit friedlichen Mitteln lösen wollten. Dies habe die Bundesregierung auch immer bewiesen. Die Bundesrepublik sei im übrigen ein kleines Land und militärisch unbedeutend. Die Sowjetunion brauche vor ihr sicherlich keine Angst zu haben. Das Entscheidende aber sei unsere Friedensliebe. Nur ein Narr oder ein Verbrecher könne an einen Krieg denken. Das deutsche Volk habe zwei Kriege erlebt und wisse, was Krieg bedeute. Das Wort „Krieg" existiere in unserem Vokabular nicht. Wenn er, der Botschafter, zuvor von Sicherheitsgarantien gesprochen habe, so habe er lediglich daran gedacht, daß die Sowjetunion so großen Wert auf *formelle* Sicherheitsgarantien lege.

Chruschtschow: Es gäbe keine Familie in der Sowjetunion, die nicht zumin-

[17] Für den Wortlaut des Kommuniqués vom 2. August 1945 über die Konferenz von Potsdam (Potsdamer Abkommen) vgl. DzD II/1, S. 2101–2148.

[18] Vgl. in diesem Zusammenhang den Protest der UdSSR gegen die angebliche Produktion von Raketen in der Bundesrepublik; Dok. 36.

dest ein Mitglied verloren habe. Auch Hitler habe seinerzeit davon gesprochen, er sehe seine Aufgabe in der Sicherung des Friedens.

Botschafter: Hitler sei ein Verbrecher gewesen; er, der Botschafter, müsse sich entschieden gegen Vergleiche zwischen Hitler und der demokratischen und friedliebenden Politik der Bundesregierung verwahren. Im übrigen gebe es auch bei uns kaum eine Familie, die nicht einen Toten aus dem letzten Kriege zu beklagen habe.

Chruschtschow: Was machten denn in der Bundesrepublik die Generale, die auch unter Hitler gedient hätten? Diese Generale befählen heute bei uns.

Botschafter: Die Soldaten des letzten Krieges hätten – ob es sich nun um Hauptleute, Generale oder einfache Soldaten handele – lediglich ihre soldatische Pflicht getan, von Einzelfällen abgesehen, in denen wirklich Verbrechen begangen worden seien. Man dürfe solche Pflichterfüllung nicht mit der hitlerischen Führung verwechseln, die den Krieg entfesselt habe.

Chruschtschow: Er entnehme aus allem, daß es sinnlos sei, sich weiter zu unterhalten; er habe daher nicht die Absicht, das Gespräch fortzusetzen. Er könne nur bedauern, daß eine Aussicht auf gute Beziehungen zwischen beiden Ländern kaum zu erkennen sei. Das, was derzeit von der Bundesregierung hierzu gesagt werde, und die Form, in der es gesagt werde, könne er nur bedauern. Er wolle ein herzliches Gespräch über die Fragen, die beide Länder beträfen. Er überlege sich, ob das heutige Dokument und der heutige Kontakt nicht als ein Mittel der Wahlpropaganda zu betrachten sei. Man wisse in der Sowjetunion sehr wohl, daß die Mehrheit des deutschen Volkes den Frieden wolle und für herzliche Beziehungen zum Vorteil beider Seiten sei. Aus der übermittelten Botschaft sei dies jedoch nicht zu erkennen.

Botschafter: Die Botschaft des Herrn Bundeskanzlers sei keine Wahlpropaganda, vielmehr ein sehr ernst gemeintes Dokument. Sie sei die Antwort des Bundeskanzlers auf das, was Herr Smirnow diesem im März übermittelt habe.

Chruschtschow: Wenn er in die Bundesrepublik kommen solle, dann müsse er auch das Gefühl haben, daß ein solcher Besuch sinnvoll sei. Es interessiere ihn zu erfahren, warum die Frage des Besuchs nicht in das eigentliche Dokument aufgenommen worden sei, sondern nur hinterher mündlich vorgetragen werde, ohne daß man dann über diesen mündlichen Vortrag etwas Schriftliches hinterlasse. Er, Chruschtschow, kenne sich in solchen diplomatischen Feinheiten nicht aus und könne das nicht recht verstehen.

Botschafter: Was er über die Botschaft des Bundeskanzlers hinterlasse, sei nur eine formlose Gesprächsunterlage entsprechend der seinerzeit von Herrn Smirnow dem Bundeskanzler überlassenen. Bei der vorerwähnten Einladung handele es sich um etwas offizielles, das für die Aufnahme in einen formlosen Sprechzettel, der weder Datum noch Unterschrift trage, nicht geeignet gewesen sei.

Chruschtschow (den diese Auskunft sichtlich befriedigte) bat, ihm noch einmal die russische Übersetzung der Ausführungen des Botschafters zur Frage der Einladung wiederzugeben.

Chruschtschow (nachdem dies geschehen war): Er bedanke sich für die Einladung. Er werde diese Frage prüfen und danach seine Antwort erteilen. Grundsätzlich sei er der Meinung, daß es durchaus nützlich sein könne, Gespräche zu führen, wenn das Bedürfnis, solche zu führen, herangereift sei.

Botschafter: Er werde diese Stellungnahme des Herrn Vorsitzenden dem Herrn Bundeskanzler weiterleiten.[19]

Zum Verlauf des Gesprächs möchte ich noch nachtragen, daß Chruschtschow mich, als ich die Botschaft des Herrn Bundeskanzlers entsprechend allgemeiner Übung zunächst im deutschen Originaltext vortrug, unterbrach, sich unter Hinweis auf die Länge des Vortrags und seine Unkenntnis der deutschen Sprache höchst ungehalten zeigte und Anstalten machte, das Gespräch vorzeitig abzubrechen. Er fand sich dann jedoch bereit, die Unterhaltung fortzusetzen, als ich ihm erklärte, das Gesagte werde selbstverständlich auch in russischer Sprache vorgetragen; wenn er dies wünsche, könne es sofort geschehen.

Bei der Verabschiedung kam Chruschtschow auf diesen Vorgang zurück, er versuchte, sein Verhalten zu erklären, und bat mich, indem er mir nochmals die Hand reichte, es nicht übelzunehmen und zu entschuldigen.

Abteilung II (II 4), VS-Bd. 227

163

Botschafter Groepper, Moskau, an Bundesminister Schröder

Z B 6-1/4767/64 geheim
Fernschreiben Nr. 480
Citissime mit Vorrang

Aufgabe: 14. Juni 1964, 04.45 Uhr
Ankunft: 14. Juni 1964, 05.05 Uhr

Nur für Minister[1], StS und D II

Auf Drahterlaß Nr. 1783 Plurex vom 13.6.64 geh. (aus Washington)[2]

1) Der 3. Absatz des Bezugserlasses, wonach eine etwaige Frage, ob ich eine Einladung des Herrn Bundeskanzlers an Ministerpräsident Chruschtschow übermittelt habe, klar verneint wird, ist geeignet, die Bundesregierung gegen-

[19] Zur Frage eines Besuchs des sowjetischen Ministerpräsidenten in der Bundesrepublik vgl. weiter Dok. 163.

[1] Hat Bundesminister Schröder vorgelegen.

[2] Staatssekretär Carstens, z.Z. Washington, informierte am 13. Juni 1964 über die vorgesehene Pressemitteilung zum Gespräch zwischen Botschafter Groepper und Ministerpräsident Chruschtschow. Es solle bestätigt werden, daß Groepper eine Nachricht des Bundeskanzlers übermittelt habe. Eine etwaige Frage, ob der Botschafter eine Einladung zum Besuch der Bundesrepublik ausgesprochen habe, solle „klar verneint" werden. Am Schluß bat Carstens den Botschafter, „jede dortige Äußerung striktestens im wörtlichen Einklang mit den hier abgegebenen Erklärungen zu halten und keine weiteren Erklärungen abzugeben". Vgl. Ministerbüro, VS-Bd. 8468; B 150, Aktenkopien 1964.

über der Sowjetunion in eine außerordentlich bedenkliche Situation zu bringen.

Ich habe Chruschtschow im letzten Absatz meiner vorbereiteten ausschließlich mündlichen Erklärungen[3] zu diesem Punkt folgenden, vom Herrn Bundeskanzler genehmigten Passus vorgetragen: „Wenn Sie glauben, daß es nützlich sein könnte, die in unseren Beziehungen sich ergebenden Fragen in persönlichen Gesprächen zu erörtern, würde der Herr Bundeskanzler sich freuen, wenn Sie, Herr Ministerpräsident, eine Einladung zu einem Besuch in der Bundesrepublik Deutschland und einem Meinungsaustausch annehmen würden."

Chruschtschow hat gegen Ende des Gesprächs[4] darum gebeten, ihm diesen Satz nochmals zu wiederholen. Im Anschluß daran gab er die von mir bereits berichtete Stellungnahme zur Einladung ab. Aus dieser Stellungnahme geht klar hervor, daß er sich bereits jetzt als eingeladen betrachtet, da er sich für die Einladung bedankte. Es wäre undenkbar gewesen, ihm darauf etwa zu entgegnen, er sei nach dem Wortlaut des ihm vorgelesenen Textes in Wahrheit noch gar nicht eingeladen, es handele sich vielmehr zunächst nur um die Vorankündigung einer eventuellen Einladung. Dies um so weniger, als er ja im Prinzip die Nützlichkeit von Gesprächen im Sinne des Wunsches des Herrn Bundeskanzlers anerkannte, wenngleich er dabei den Vorbehalt machte, daß die Zeit dafür herangereift sein müsse.

Sollte eine Auskunft im Sinne des Bezugsberichts zu dieser Frage gegeben werden, so halte ich es für durchaus möglich, daß Chruschtschow sich nach dem Verlauf des Gesprächs brüskiert fühlt, da sein persönliches Prestige wie das der Sowjetunion hierbei erheblich involviert ist.[5]

2) Auf wiederholte Bitten meiner drei westlichen Kollegen[6], habe ich diesen eine Unterrichtung über den Gesprächsverlauf für Sonntag, 14.6., 11.30 Uhr hiesiger Zeit (9.30 Uhr Bonner Zeit), zugesagt.

Ich bitte um umgehende Weisung, daß der Schlußabsatz des Bezugserlasses nicht etwa eine Unterrichtung meiner Kollegen über den Verlauf (in großen Zügen) ausschließt. Dies gilt auch für die Einladungsfrage.[7] Bisher haben wir vier Botschafter uns über alle uns interessierenden Fragen in regelmäßigen Zusammenkünften unterrichtet; so zum Beispiel auch über den Verlauf des

[3] Für den Wortlaut des mündlich vorgetragenen Schlußteils vgl. Dok. 155, Anm. 12.

[4] Zum Gespräch vom 13. Juni 1964 vgl. Dok. 162.

[5] In der Presse wurde hervorgehoben, daß nach Auskunft der Bundesregierung eine Begegnung des Bundeskanzlers Erhard mit dem sowjetischen Ministerpräsidenten nicht Gegenstand des Gesprächs zwischen Botschafter Groepper und Chruschtschow gewesen sei. Gleichwohl wurde die Möglichkeit eines solchen Treffens damit in Zusammenhang gebracht. Vgl. dazu den Artikel „Ein Brief Erhards an Chruschtschow in Moskau übergeben"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 136 vom 15. Juni 1964, S. 1.
Zur Vorbereitung eines Besuchs des sowjetischen Ministerpräsidenten in der Bundesrepublik vgl. weiter Dok. 209.

[6] Humphrey Trevelyan (Großbritannien), Foy D. Kohler (USA), Philippe Baudet (Frankreich).

[7] Mit Drahterlaß vom 14. Juni 1964 an die Botschaft in Moskau bestätigte Ministerialdirektor Jansen, daß „bis auf weiteres als Sprachregelung nach außen" gelte, „daß auf Fragen nach einer an Chruschtschow gerichteten offiziellen Einladung verneinend geantwortet werden soll". Vgl. Abteilung II (II 4), VS-Bd. 228; B 150, Aktenkopien 1964.

Gespräches von Sir Humphrey mit Chruschtschow vom März 1963[8]. Ich würde die Fortsetzung der gerade in Moskau besonders wichtigen Zusammenarbeit aufs Spiel setzen, wenn ich meine Kollegen in diesem Falle nicht unterrichtete.

Da ich die von mir erbetene Weisung nicht mehr bis zu dem von mir angesetzten Termin erhalten kann, werde ich den Termin kurzfristig absagen müssen, würde jedoch in eine äußerst peinliche Situation geraten, wenn ich nicht spätestens heute nachmittag das Treffen stattfinden lassen könnte.

[gez.] Groepper

Ministerbüro, VS-Bd. 8468

164

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jansen

I B 4-84.00/90.35/1772/64 VS-vertraulich **14. Juni 1964**[1]

Betr.: Deutsche Wissenschaftler in Ägypten[2]

Auf Veranlassung des Bundesinnenministeriums hat am Montag, den 8. Juni, eine Besprechung der Referenten des Innen-, des Justiz-, des Wirtschafts-, des Verteidigungs-, des Forschungsministeriums sowie des Bundeskanzleramts und des Auswärtigen Amts stattgefunden.[3] Die gemeinsame Prüfung aller beteiligten Ressorts hat ergeben, daß Bedenken bestehen gegen jede mögliche Form von gesetzgeberischen Maßnahmen.

Am 12. Juni ist ein Redaktionsausschuß der Ministerien zusammengetreten, an dem das Innenministerium, das Justizministerium, das Bundeskanzleramt und das Auswärtige Amt teilgenommen haben. Der Redaktionsausschuß hat die in der Anlage beigefügte Erklärung[4] gemeinsam ausgearbeitet. Die Erklä-

8 Zum Gespräch vom 6. März 1963 vgl. AAPD 1963, I, Dok. 117.

1 Durchschlag als Konzept.
Die Aufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Schirmer konzipiert.

2 Zur Tätigkeit deutscher Experten in der ägyptischen Rüstungsindustrie vgl. zuletzt Dok. 88.

3 Für eine Niederschrift der Besprechung vgl. Referat I B 4, Bd. 17.

4 Dem Vorgang beigefügt. In der Erklärung sollte herausgestellt werden, daß kein Anhaltspunkt dafür existiere, „daß deutsche Staatsangehörige an der Herstellung von atomaren, biologischen und chemischen Kampfmitteln in Spannungsgebieten arbeiten. Soweit deutsche Staatsangehörige in solchen Gebieten bei der Entwicklung und Herstellung anderer Waffen mitwirken, hat die Bundesregierung von jeher darauf hingewirkt, daß sie in das Bundesgebiet zurückkehren. Die Bundesregierung hat in den zurückliegenden Monaten eingehend geprüft, ob sich solche Vorgänge durch weitere gesetzliche oder Verwaltungsmaßnahmen verhindern lassen ... Dabei hat sich herausgestellt, daß gegen jede in Frage kommende Lösung rechtliche oder rechtspolitische Bedenken bestehen. Außerdem läßt sich im voraus übersehen, daß jede Regelung nur schwer oder gar nicht praktikabel wäre, insbesondere weil es sich dabei um Vorgänge im Ausland handelt, die einer genauen Feststellung weitgehend entzogen sind." Vgl. Abteilung I (I B 4), VS-Bd. 221; B 150, Aktenkopien 1964.

rung stützt sich auf einen vom Auswärtigen Amt früher ausgearbeiteten, vom Herrn Staatssekretär I und dem Herrn Bundesminister genehmigten Textentwurf, der durch einen Zusatz ergänzt wurde.

Über die rechtlichen und rechtspolitischen Bedenken werden das Bundesinnenministerium und das Bundesjustizministerium im Rahmen ihrer Zuständigkeit berichten.

Zusätzlich zu den bekannten Argumenten gegen eine einseitige Diskriminierung eines befreundeten Landes und die Gefährdung der außenpolitischen Interessen, wenn auf Grund eines allgemein gefaßten Gesetzes jedes Land die Forderung erheben kann, daß die Bundesregierung ihm unliebsame Deutsche aus dem Nachbarland abrufen soll, ist festzustellen, daß in den letzten Wochen in den arabischen Staaten eine verstärkte Unruhe über deutsche Leistungen an Israel bemerkbar wurde.

Vor allem ist die Rüstungshilfe der Bundesregierung für Israel[5] den arabischen Staaten nicht verborgen geblieben. Der jordanische Botschafter[6] hat VLR I Dr. Schirmer am 9.6. darauf angesprochen, daß an der Grenze Jordaniens von der Bundesregierung gelieferte Flugabwehrgeschütze in Israel aufgestellt seien.[7] Der deutsche Militär-Attaché aus Kairo hat berichtet, daß er von ägyptischer Seite auf die Luftabwehr Israels angesprochen worden sei.[8] Die „Jerusalem Post" vom 7.6. zitiert die „New York Times", nach welcher die Bundesregierung durch ihre Verpflichtung zur Geheimhaltung daran gehindert sei, gegenüber den israelischen Angriffen wegen mangelnder Aktivität in der Expertenfrage auf ihre beachtliche Militärhilfe für Israel hinzuweisen. Die „New York Times" hebt hervor, daß das Programm bereits seit fünf Jahren besteht und als wesentlich anzusprechen sei.[9]

Die arabischen Staaten haben trotz dieser ihnen bekannten Tatsachen bisher davon abgesehen, offiziell bei der Bundesregierung vorstellig zu werden. Es kann mit Sicherheit unterstellt werden, daß ein wesentlicher Grund hierfür in der Tatsache zu sehen ist, daß deutsche Rüstungsexperten in der VAR tätig sind. Über die Art und das Ausmaß der Tätigkeit deutscher Wissenschaftler in der VAR wird auf die in der Anlage beigefügte Aufzeich-

Fortsetzung Fußnote von Seite 669

Die Erklärung wurde anscheinend nicht veröffentlicht. Allerdings äußerte sich Bundeskanzler Erhard wenige Tage später skeptisch hinsichtlich der Wirksamkeit eines Gesetzes. Er betonte, daß die rechtlichen Möglichkeiten, Deutsche zurückzuholen, beschränkt seien. Die Souveränität der Bundesregierung ende an den Grenzen der Bundesrepublik, und man könne „darüber hinaus eben nicht durch irgendwelche konkrete Handhabe dann auch tatsächlich sicherstellen, daß der gewünschte Erfolg erreicht wird". Für einen Auszug der Pressekonferenz vom 19. Juni 1964 vgl. Referat I B 4, Bd. 17.

5 Zur Ausrüstungshilfe für Israel vgl. Dok. 54, besonders Anm. 5, sowie zuletzt Dok. 161.

6 Madhat Juma.

7 Vgl. dazu auch die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Böker vom 18. Juni 1964; Abteilung I (I B 4), VS-Bd. 222; B 150, Aktenkopien 1964.

8 Militärattaché Kriebel, Kairo, berichtete am 10. Juni 1964, „ägyptische Offiziere hielten die Lieferung deutscher Flak an Israel für erwiesen und hätten sich entrüstet über deutsche ‚Doppelzüngigkeit' geäußert". Vgl. Abteilung I (I B 4), VS-Bd. 222; B 150, Aktenkopien 1964.

9 Vgl. den Artikel „Bonn Ponders Nasser Suggestion That He Be Invited For a Visit"; THE NEW YORK TIMES, International Edition, Nr. 38849 vom 5. Juni 1964, S. 1.

nung von I B 4 vom 3. Juni[10] aus der USA-Mappe des Herrn Bundeskanzlers[11] hingewiesen.

Hiermit über den Herrn Staatssekretär dem Herrn Minister vorgelegt.[12]

Jansen[13]

Abteilung I (I B 4), VS-Bd. 221

165

Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem britischen Botschafter Roberts

MB 591/64 **15. Juni 1964**[1]

Der britische Botschafter hatte den Herrn Bundesminister gebeten, ihn zur Übermittlung einer persönlichen Botschaft des britischen Außenministers Butler zu empfangen.

Der *britische Botschafter* teilte mit der Bitte um vertrauliche Behandlung mit, daß Außenminister Butler eine Einladung des sowjetischen Außenministers Gromyko, die Sowjetunion zu besuchen, erhalten habe. Außenminister Butler werde Anfang August dieses Jahres die Sowjetunion besuchen.[2] Diese Tatsache werde Außenminister Butler in der morgigen außenpolitischen Unterhausdebatte bekanntgeben.[3] Es sei die erste außenpolitische Debatte seit der Ernennung Butlers zum Außenminister[4]. Außenminister Butler sei daran gelegen, die Bundesregierung vorher zu unterrichten. Der britische Botschafter brachte als seine persönliche Meinung zum Ausdruck, daß die sowjetische Regierung offenbar den Eindruck vermeiden wolle, daß sie ganz auf den Führer der Labour Party Wilson setze.

Der britische Botschafter übergab dem Herrn Bundesminister außerdem die

[10] Dem Vorgang nicht beigefügt. Für die Aufzeichnung vgl. Referat I B 4, Bd. 17.

[11] Zum Besuch des Bundeskanzlers Erhard am 11./12. Juni 1964 in den USA vgl. Dok. 159–161.

[12] Vgl. dazu weiter Dok. 179.

[13] Paraphe vom 15. Juni 1964.

[1] Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Simon am 15. Juni 1964 gefertigt.
Hat Bundesminister Schröder am 16. Juni 1964 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Kopie an Ref[erat]."

[2] Der britische Außenminister besuchte vom 27. Juli bis 1. August 1964 die UdSSR. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1964, Z 183.

[3] Der britische Außenminister erklärte am 16. Juni 1964 vor dem Unterhaus: „I ought to tell the House that Mr. Gromyko has extended an invitation to me on behalf of the Soviet Government to visit the Soviet Union. I look forward to going to Moscow for talks with him as my fellow co-Chairman and with Mr. Khrushchev some time around the beginning of the Summer Recess." Vgl. HANSARD, Bd. 696, Sp. 1139.

[4] Richard A. Butler wurde am 20. Oktober 1963 zum britischen Außenminister ernannt.

Antwort der britischen Königin auf die an sie ergangene Einladung, die Bundesrepublik zu besuchen,[5] mit der Bitte, die Antwort dem Herrn Bundespräsidenten zu übermitteln.

Herr *Bundesminister* dankte für die Mitteilung des Herrn Botschafters und betonte, daß die Annahme der Einladung der britischen Königin in die Bundesrepublik von der deutschen Öffentlichkeit sehr herzlich begrüßt worden sei.

Der *britische Botschafter* bestätigte dies auch für die englische öffentliche Meinung.

Der Herr *Bundesminister* schnitt im Anschluß hieran einige politische Fragen an.

Auf die Frage, welchen Eindruck der *britische Botschafter* von dem Freundschaftsvertrag zwischen der Sowjetunion und der SBZ[6] habe, antwortete dieser, man habe den Eindruck, daß der Zweck des Vertrages aus Moskauer Sicht sei, Ulbricht zu helfen, ohne die eigene Politik zu ändern. Soweit man bisher erkennen könne, seien keine Schwierigkeiten in Berlin zu erwarten.

Der Herr *Bundesminister* erklärte, daß er die Auffassung im wesentlichen teile, allerdings lägen verschiedene Nachrichten vor, die Anlaß zur Sorge in der Frage des zivilen Berlin-Verkehrs gäben.

Der Herr Bundesminister erklärte, daß Botschafter Groepper den Besprechungstermin bei Ministerpräsident Chruschtschow[7] dazu benutzt habe, den deutschen Standpunkt zu dem abgeschlossenen Freundschaftsvertrag zu erläutern. Die Unterredung mit Chruschtschow habe zweierlei gezeigt:
1) Für Chruschtschow sei das Wiedervereinigungsproblem ein Problem zwischen Bonn und Pankow.
2) Unabhängig von diesem Zentralproblem wünsche die Sowjetunion angenehme Beziehungen zur Bundesrepublik.

Der *britische Botschafter* erklärte, daß er über den Verlauf des Gesprächs eine Unterrichtung vom britischen Botschafter in Moskau[8] habe. Ihm sei berichtet worden, daß Chruschtschow zögere, eine Einladung in die Bundesrepublik im gegenwärtigen Zeitpunkt anzunehmen. Im übrigen hielte er den Zeitpunkt des Gesprächs Botschafter Groeppers mit Chruschtschow für gut gewählt. Der britische Botschafter erkundigte sich nach den Ergebnissen der Besprechungen in Washington[9].

[5] Elisabeth II. kam vom 18. bis 28. Mai 1965 zu einem Staatsbesuch in die Bundesrepublik. Zur möglichen Einbeziehung von Berlin (West) in das Besuchsprogramm vgl. den Drahtbericht des Botschafters von Etzdorf, London, vom 10. Juni 1964; Büro Staatssekretär, VS-Bd. 436; B 150, Aktenkopien 1964.

[6] Für den Wortlaut des Abkommens vom 12. Juni 1964 vgl. DzD IV/10, S 717–723.
Zur politischen Wertung vgl. besonders Dok. 170.

[7] Zum Gespräch vom 13. Juni 1964 vgl. Dok. 162.

[8] Botschafter Groepper unterrichtete die drei westlichen Botschafter in Moskau, darunter den britischen Botschafter Trevelyan, nach seinem Gespräch mit Ministerpräsident Chruschtschow. Vgl. dazu Dok. 163.

[9] Zu den deutsch-amerikanischen Regierungsbesprechungen vom 12. Juni 1964 vgl. Dok. 160 und Dok. 161.

Der Herr *Bundesminister* verwies auf das bekannte Abschlußkommuniqué[10] und erklärte, daß es gut gewesen sei, daß die Fragen, die mit dem Abschluß des Freundschaftsvertrages zwischen der Sowjetunion und der SBZ zusammenhingen, gleich an Ort und Stelle behandelt werden konnten. Aus deutscher Sicht sei es erforderlich, außer der kurzen Stellungnahme, die die Regierungen der Drei Mächte bereits abgegeben hätten[11], einen weiteren Schritt der Drei zu unternehmen. Die Drei Mächte müßten noch einmal in einem einheitlichen Dokument zu dem Freundschaftsvertrag Stellung nehmen. Die Mitverantwortung der Sowjetunion für die Lösung des Deutschlandproblems müsse klar herausgestellt werden. Die Botschaftergruppe arbeite im Augenblick an dieser Erklärung.[12]

Der *britische Botschafter* erkundigte sich danach, ob irgendwelche weiteren Initiativen[13] zu erwarten seien.

Der Herr *Bundesminister* erklärte, er vermeide gern das Wort „Initiative". Es werde weiter zu diskutieren sein, ob man dem britischen Vorschlag entsprechend ein Vier-Mächte-Gremium schaffen und welchen Auftrag dieses bekommen sollte.[14] Die amerikanische Regierung habe zu dem Plan des Vier-Mächte-Gremiums noch nicht Stellung genommen. Diese Fragen würden aber in der Botschaftergruppe weiter behandelt.[15] Eine Erklärung der Drei Mächte sei auch für die internationale Diskussion wichtig.

Der *britische Botschafter* erklärte, daß die britische Regierung zur Diskussion dieser Frage immer bereit sei. Er gratulierte dem Herrn Bundesminister zur einstimmigen Verabschiedung des Atomteststoppabkommens.[16] Er erwähnte, daß der Abgeordnete Majonica ihm einen Brief übermittelt habe, in dem er sich für seine Äußerungen über Wilsons Erklärungen in Moskau entschuldige. Er sei von falschen Berichten ausgegangen.[17]

[10] Für den Wortlaut des Kommuniqués vom 12. Juni 1964 vgl. BULLETIN 1964, S. 865 f.

[11] Zu den Erklärungen der Drei Mächte vom 12. Juni 1964 vgl. Dok. 161, Anm. 5.

[12] Vgl. dazu Dok. 166.

[13] Zum Stand der Überlegungen für eine Initiative in der Deutschland-Frage vgl. Dok. 160, Anm. 14.

[14] Zum britischen Vorschlag für ein Vier-Mächte-Gremium vgl. besonders Dok. 124 und Dok. 126.

[15] Zu den Bemühungen um eine Initiative in der Deutschland-Frage vgl. weiter Dok. 377.

[16] Zur Ratifizierung des Teststopp-Abkommens am 5. Juni 1964 vgl. Dok. 121, Anm. 6.

[17] Der britische Oppositionsführer besuchte vom 13. Mai bis 4. Juni 1964 die UdSSR. Dabei bezeichnete Wilson auf einer Pressekonferenz einseitige Aktionen, die auf eine Änderung des Status quo in Deutschland abzielten, als „unerwünscht und gefährlich". Außerdem gab er seiner Überzeugung Ausdruck, daß weder die USA noch die UdSSR an einer gewaltsamen Lösung der Deutschland-Frage interessiert seien. Zugleich bekräftigte Wilson den Widerstand der Labour Party gegen ein deutsches Kernwaffenpotential. Vgl. den Drahtbericht des Botschafters Groepper, Moskau, vom 9. Juni 1964; Abteilung II (II 4), VS-Bd. 252; B 150, Aktenkopien 1964.
Zur Kritik des CDU-Abgeordneten Majonica an den Äußerungen von Wilson nahm am 5. Juni 1964 ein Sprecher der Labour Party Stellung: „Herr Ernst Majonica hat entweder einen ungenauen Bericht über die Ansichten Mr. Wilsons in den Händen gehabt oder er hat einen genauen Bericht falsch verstanden. Mr. Wilsons Bemerkung, eine Änderung der gegenwärtigen Lage in Deutschland sei unerwünscht und gefährlich, bezog sich lediglich auf die wiederholte Forderung Chruschtschows nach Abschluß eines Friedensvertrages mit Ostdeutschland. Mr. Wilson hat klar gemacht, daß die Labour-Partei fest an der Seite der Bürger Westberlins stehe und daß, obwohl die Lage Berlins unglücklich sei und Gefahren in sich berge, jedem Versuch, die Lage Berlins mit Gewalt zu ändern oder den gegenwärtigen Zustand durch den Abschluß eines Friedensvertrages zu stören, starker Widerstand geleistet werden solle. Indem er Mr. Wilsons Bemerkung aus dem

Abschließend erwähnte der britische Botschafter noch kurz das große Interesse der britischen Regierung an den Fragen des europäischen Patentrechts und des Patentamts.[18]

Nachdem der britische Botschafter sich vom Herrn Bundesminister verabschiedet hatte, teilte er mir auf dem Wege zum Wagen noch mit, daß die britische Regierung in Kürze Vorschläge über eine mögliche Erweiterung der MLF machen wollte.[19] Die britische Regierung wisse, daß die US-Regierung und die Bundesregierung an einem baldigen Abschluß der Verhandlungen interessiert seien.[20] Die britische Regierung wolle die Verhandlungen nicht verzögern. Man wisse andererseits, daß sie auf den Wahlkampf Rücksicht nehmen müsse.

Ministerbüro, Bd. 242

166

Staatssekretär Carstens an die Botschaft in Washington

II 1-467/64 geheim **Aufgabe: 15. Juni 1964, 13.03 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 896
Citissime mit Vorrang

Auf Drahtbericht 1786 vom 13.6.[2]

Für die heutige Sitzung der Botschaftergruppe wird nachstehend der Entwurf einer Erklärung zur sowjetisch-sowjetzonalen Vereinbarung vom 12. Juni 1964[3] übermittelt.

Wir neigen dazu, einer Viermächte-Erklärung, d.h. die drei Westmächte plus Bundesrepublik Deutschland, gegenüber einer Dreimächte-Erklärung den Vorzug zu geben.[4]

Fortsetzung Fußnote von Seite 673

Zusammenhang riß, hat Herr Majonica versucht zu unterstellen, daß Labour gegen ein wiedervereinigtes demokratisches Deutschland sei. Mr. Wilson hat wiederholt erklärt, daß seine Partei für ein wiedervereinigtes demokratisches Deutschland eintrete." Vgl. den Drahtbericht des Botschafters von Etzdorf, London, vom 6. Juni 1964; Referat I A 5, Bd. 263.

18 Vgl. dazu Dok. 156.

19 Zu den britischen MLF-Vorschlägen vgl. Dok. 104, besonders Anm. 14, sowie Dok. 172.

20 Zu den deutsch-amerikanischen Erwägungen für eine Beschleunigung der MLF-Verhandlungen vgl. besonders Dok. 104.

1 Der Drahterlaß wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Oncken konzipiert.

2 Botschafter Knappstein, Washington, übermittelte am 13. Juni 1964 einen in der Botschaft erstellten Entwurf für eine Erklärung zum Freundschaftsvertrag zwischen der UdSSR und der DDR. Vgl. Abteilung II (II 1), VS-Bd. 56; B 150, Aktenkopie 1964.

3 Für den Wortlaut des Freundschaftsvertrags vgl. DzD IV/10, S 717–723.
Zur politischen Wertung vgl. besonders Dok. 170.

4 Vgl. dazu auch Dok. 160, Anm. 14.

Folgt Text des Entwurfs:

„Am 12. Juni 1964 hat die Sowjetunion mit der sogenannten ‚DDR' eine Vereinbarung getroffen, die Fragen betreffend Deutschland als Ganzes und Berlin insbesondere berührt. In diesem Zusammenhang ist folgendes festzustellen:

1) Die Sowjetunion kann sich durch einseitige Akte oder durch Vereinbarungen mit der sogenannten ‚DDR' nicht den Verpflichtungen und Verantwortungen entziehen, die sie in bezug auf Deutschland einschließlich Berlins und der Verbindungswege nach Berlin in Vereinbarungen und Arrangements gegenüber den Vereinigten Staaten von Amerika, Frankreich und Großbritannien eingegangen ist.

Die Sowjetunion wird in allen diesen Fragen auch in Zukunft für die Erfüllung der von ihr eingegangenen Verpflichtungen verantwortlich sein.[5]

Die Regierung der UdSSR ist hierauf im übrigen auch vor Abschluß der neuen Vereinbarungen mit der sogenannten ‚DDR' aufmerksam gemacht worden.

2) West-Berlin ist keine selbständige politische Einheit. Die vier Mächte haben vielmehr im Rahmen ihrer Verantwortung für Gesamtdeutschland Berlin, d.h. Gesamt-Berlin, unter ihre gemeinschaftliche Verwaltung gestellt. Dies geschah niemals in der Absicht, Berlin den Status einer selbständigen politischen Einheit zu geben, sondern um seiner Stellung als Hauptstadt ganz Deutschlands Rechnung zu tragen.

Nachdem die Sowjetunion Ost-Berlin aus der gemeinsamen Verwaltung Gesamt-Berlins zu lösen versucht hatte, hat die alliierte Kommandantur, vertreten durch die drei Westmächte, in Ausübung ihrer Befugnisse der Bundesrepublik Deutschland die Möglichkeit eingeräumt, eine identische Entwicklung in Berlin und im übrigen freien Teil Deutschlands sicherzustellen und insbesondere die Vertretung Berlins und der Berliner Bevölkerung nach außen wahrzunehmen.[6] Diese engen Bindungen tragen zur Sicherung der Lebensfähigkeit West-Berlins entscheidend bei. Sie werden aufrechterhalten bleiben.

3) Es gibt in Deutschland nur einen Staat, nämlich die Bundesrepublik Deutschland, deren Regierung frei und rechtmäßig gebildet wurde und daher allein berechtigt ist, für Deutschland als Vertreter des deutschen Volkes in internationalen Angelegenheiten zu sprechen. Demgegenüber ist die sogenannte ‚DDR' kein Staat. Sie wird weder von der überwiegenden Mehrheit der Völkerrechtsgemeinschaft als ein Staat anerkannt, noch ist sie unabhängig oder selbständig. Weder hat sie ein Staatsvolk oder ein eigenes Staats- oder Nationalbewußtsein, noch hat sie Staatsgrenzen. Das Potsdamer Abkommen, auf das die Vereinbarung vom 12. Juni 1964 sich beruft, bestimmt ausdrücklich,

[5] An dieser Stelle wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Oncken gestrichen: „(adaptierter Text der Erklärung vom 3.10.1955 und der Erklärung vom 11.6.1964)".

[6] Die Befugnis der Bundesrepublik Deutschland, Berlin (West) außenpolitisch zu vertreten, ging zurück auf das Statut der Alliierten Kommandantur vom 7. März 1951 und die Erklärung der Alliierten Kommandantur vom 21. Mai 1952. Für den Wortlaut vgl. DOKUMENTE ZUR BERLIN-FRAGE 1944–1966, S. 161–163 und S. 175–177.

daß die Grenzen Deutschlands erst nach Wiederherstellung der deutschen Einheit in einer friedensvertraglichen Regelung endgültig festgelegt werden.[7]

4) Es entbehrt jeder Grundlage, wenn die Übereinkunft vom 12. Juni 1964 an die Behauptung anknüpft, daß ‚revanchistische und militaristische Kräfte eine Revision der Ergebnisse des zweiten Weltkrieges anstreben'. Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland hat sich in ihrer Erklärung vom 3. Oktober 1954 verpflichtet, die Wiedervereinigung Deutschlands oder die Änderung der gegenwärtigen Grenzen der Bundesrepublik Deutschland niemals mit gewaltsamen Mitteln anzustreben.[8] Ihre Politik steht mit dieser Erklärung in Übereinstimmung.

5) Die in Moskau am 12. Juni unterzeichnete Vereinbarung enthält indessen nicht nur eine Anzahl unzutreffender Unterstellungen und Behauptungen, sondern leistet auch keinerlei Beitrag zu einer Lösung der vordringlichen Probleme in Europa. Im offenen Widerspruch zur Charta der Vereinten Nationen, auf die sie sich beruft, und zu den feierlichen Verpflichtungen, die die Sowjetunion übernommen hat[9], geht die Vereinbarung nicht vom Prinzip des Selbstbestimmungsrechts aus, sondern versucht, die von der Sowjetunion betriebene Teilung Deutschlands zu zementieren.

Diese Politik stellt eine Ungerechtigkeit gegenüber dem deutschen Volk dar, dem die Regierung der UdSSR das auch von der Charta der Vereinten Nationen gewährleistete Recht der Selbstbestimmung und Freiheit von Fremdherrschaft[10] versagt, und dies in einer Zeit, in der dieses Recht in der ganzen übrigen Welt anerkannt wird.

Indem die Vereinbarung dem deutschen Volk sein Recht auf freie Selbstbestimmung vorenthält, stellt sie sich zugleich auch dem wichtigen Interesse in den Weg, das allen europäischen Völkern gemeinsam ist, nämlich der Gewährleistung der Stabilität und eines dauernden Friedens in Europa. Entgegen den Thesen der Vereinbarung vom 12. Juni wird nämlich die Sicherung des Friedens in Europa nicht durch die Politik der drei Mächte oder der Bundesrepublik Deutschland gefährdet, sondern durch die Fortdauer der von der Sowjetunion erzwungenen unnatürlichen Spaltung Deutschlands und seiner Hauptstadt, die eine ständige Quelle internationaler Spannung ist und es unmöglich macht, das Ziel einer dauerhaften Entspannung in Europa zu erreichen.

6) Aus diesen Gründen haben die Regierungen der drei Westmächte und der Bundesrepublik Deutschland stets erklärt und bekräftigen hiermit erneut, daß die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts eine vordringliche Aufgabe und ein grundlegendes Ziel ihrer Politik ist. Sie appellieren an die Regierung der UdSSR, mit ihnen gemeinsam jede geeignete Möglichkeit auszunutzen, um diesem Ziel näherzu-

[7] Zu den Grenzvorbehalten im Kommuniqué vom 2. August 1945 über die Konferenz von Potsdam (Potsdamer Abkommen) vgl. Dok. 108, Anm. 6.

[8] Zum Gewaltverzicht der Bundesrepublik gegenüber anderen Staaten vgl. Dok. 36, Anm. 24, und Dok. 68, Anm. 5.

[9] Der Passus „und zu den feierlichen Verpflichtungen, die die Sowjetunion übernommen hat," wurde von Staatssekretär Carstens handschriftlich eingefügt.

[10] Zu den entsprechenden Bestimmungen der UNO-Charta vgl. Dok. 59, Anm. 31, und Dok. 159, Anm. 3.

kommen und einen Prozeß der Wiedervereinigung Deutschlands in die Wege zu leiten. Sie sind sich dabei bewußt, daß das Verfahren zur Wiederherstellung der Einheit Deutschlands Schritt um Schritt von Maßnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit für ganz Europa begleitet sein sollte, die den ausgewogenen Interessen aller Beteiligten Rechnung tragen.

Auf der Grundlage dieser Prinzipien, die allein zu einer gerechten Lösung der deutschen Frage und damit zur Gewährleistung von Stabilität und dauerhaftem Frieden in Europa hinleiten können, sind die drei Mächte jederzeit bereit, in Gespräche mit der Regierung der UdSSR einzutreten."[11]

Carstens[12]

Abteilung II (II 1), VS-Bd. 56

167

Botschafter Knappstein, Washington, an das Auswärtige Amt

Z B 6-1/4813/64 geheim
Fernschreiben Nr. 1807
Citissime

Aufgabe: 15. Juni 1964, 20.45 Uhr[1]
Ankunft: 16. Juni 1964, 04.45 Uhr

Auf Drahterlaß 896[2] und 897[3] vom 15. Juni 1964

1) Botschaftergruppe hat in Sitzung am 15. Juni beschlossen, auf der Grundlage des deutschen Entwurfs für eine alliierte Erklärung zum Moskauer Abkommen vom 12. Juni[4] Beratung über Inhalt, Form und Teilnehmerkreis der Erklärung als auch über Frage der Präsentation in Moskau aufzunehmen. Die anstehenden Fragen sollen möglichst schnell entschieden werden.

Sitzung vermittelte den Eindruck, daß auch die anderen drei Mächte unsere Auffassung teilen, daß eine westliche offizielle Erklärung zu dem Moskauer

[11] Zur Behandlung des Entwurfs in der Washingtoner Botschaftergruppe vgl. Dok. 167.

[12] Paraphe vom 15. Juni 1964.

[1] Hat Bundesminister Schröder am 16. Juni 1964 vorgelegen, der handschriftlich für Ministerialdirektor Krapf vermerkte: „Eilt! D II. 3-Mächte-Erklärung – und schnell."

[2] Vgl. Dok. 166.

[3] Staatssekretär Carstens leitete mit Drahterlaß Nr. 897 vom 15. Juni 1964 einen amerikanischen „Vorentwurf" für eine Erklärung zum Freundschaftsvertrag zwischen der UdSSR und der DDR an die Botschaft in Washington weiter. Er legte dar, der Vorentwurf berücksichtige die Interessen der Bundesrepublik nicht in vollem Umfange. Deshalb solle man sich darum bemühen, den eigenen Entwurf in der Botschaftergruppe zuerst zu unterbreiten. Vgl. Abteilung II (II 1), VS-Bd. 56; B 150, Aktenkopien 1964.

[4] Für den Wortlaut des Freundschaftsvertrags vom 12. Juni 1964 zwischen der UdSSR und der DDR vgl. DzD IV/10, S. 717–723.
Zur politischen Wertung vgl. besonders Dok. 170.

Vertragswerk notwendig sei. Beratungen werden am 16. Juni, 16.00 Uhr Washingtoner Zeit, in CCG[5] fortgesetzt.[6]

2) Ich habe zunächst den von uns schon vor der Sitzung zirkulierten Entwurf eingeführt und weisungsgemäß darauf hingewiesen, daß wir dabei dem Gedanken eines Vier-Mächte-Schrittes zuneigten. Als meine Meinung setzte ich hinzu, daß man an ein zur Veröffentlichung bestimmtes Memorandum denken könnte, das die Botschafter in Moskau übergeben würden. Dabei sei es uns darauf angekommen, die Erklärung nicht allein auf den negativen Aspekt der Erwiderung auf den Abschluß der Moskauer Vereinbarung zu beschränken. Vielmehr sei uns daran gelegen, damit ein positives Element zu verbinden, die Grundsätze der westlichen Wiedervereinigungspolitik zu bekräftigen und eine allgemeine Bereitschaft zum Gespräch auf dieser Grundlage zu bekunden.

Im einzelnen gaben die Vertreter der Drei Mächte zu unserem Entwurf folgende vorläufige Stellungnahme ab:

Botschafter Alphand: Paris ziehe eine Drei-Mächte-Erklärung vor, weil auch die Drei Mächte vorher von den Sowjets angesprochen worden seien[7] und weil es sich in erster Linie um die Frage der Verpflichtungen der Sowjets gegenüber den Drei Mächten handle. Er hoffe, zu der CCG-Sitzung am 16. Juni weitere Instruktionen von Paris erhalten zu haben. Von Interesse sei der Absatz 6 des deutschen Entwurfs betreffend die allgemeine, wenn auch qualifizierte Sprechbereitschaft des Westens.

Botschafter Lord Harlech: Der deutsche Entwurf werfe die Frage auf, in welcher Beziehung diese alliierte Erklärung, wenn sie etwa in der vorliegenden Form verabschiedet worden sei, zu den verschiedenen Projekten stehe, die im Haag von den vier Mächten als weitere Möglichkeiten für eine Initiative in der Deutschlandfrage ins Auge gefaßt worden seien[8]. Insbesondere richte er folgende Fragen an uns:
- ob diese Erklärung an die Stelle weiterer Initiativen treten solle,
- ob sie eine Einleitung zu weiteren Schritten darstelle,
- ober aber, ob man in dieser Erklärung einen in sich geschlossenen Vorgang sehen solle, der mit den allgemeinen Beratungen der Botschaftergruppe über die Deutschland-Initiative nicht direkt verbunden sei.

Nach seinem Eindruck deute der letzte Satz des Papiers darauf hin, daß man noch einen weiteren alliierten Schritt zu erwarten habe. Außerdem wies Lord

[5] Die Contingency Coordinating Group war der Washingtoner Botschaftergruppe untergeordnet und befaßte sich mit Planungsaufgaben in der Deutschland- und Berlinpolitik.

[6] Zur weiteren Vorbereitung der Erklärung vgl. Dok. 175.

[7] Die drei Westmächte wurden am 10. Juni 1964 von der UdSSR über den bevorstehenden Abschluß des Freundschaftsvertrags unterrichtet. Vgl. dazu den Drahtbericht des Botschafters Knappstein, Washington, vom 10. Juni 1964, den Drahtbericht des Botschafters Klaiber, Paris, vom 11. Juni 1964 sowie den Drahtbericht des Botschafters von Etzdorf, London, vom 11. Juni 1964; Abteilung II (II 1), VS-Bd. 16; B 150, Aktenkopien 1964.

[8] Zu den Erörterungen am 11./12. Mai 1964 in Den Haag über Möglichkeiten für eine Initiative in der Deutschland-Frage vgl. Dok. 124 und Dok. 126.

Harlech darauf hin, daß der Absatz 2 des deutschen Entwurfs betreffend die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Berlin eine besonders sorgfältige Prüfung, auch durch die völkerrechtlichen Sachverständigen, notwendig mache.

Ich habe dazu vorläufig dargelegt, daß durch dieses Dokument weitere Initiativen nicht überflüssig gemacht würden, da man sich ja darin auf eine knappe Darlegung der allgemeinen westlichen Grundsätze für die Lösung der deutschen Frage beschränkt habe. Dies aber sei notwendig, da ja der sowjetisch-sowjetzonale Vertrag die sowjetische Deutschlandpolitik der Teilung zu rechtfertigen suche und deshalb nicht nur eine Zurückweisung seiner Unterstellungen und irrigen Behauptungen, sondern auch eine Darlegung unserer eigenen Prinzipien erforderlich mache.

Im übrigen bitte ich um eine Sprachregelung zu der von Lord Harlech aufgeworfenen grundsätzlichen Frage.[9]

Assistant Secretary Tyler: Das State Department neige der französischen Auffassung zu, das Papier als Drei-Mächte-Dokument vorzubereiten, und zwar aus den auch von Botschafter Alphand vorgebrachten Gründen. Das State Department setze sich für die rasche Herbeiführung von Entscheidungen über alle mit dem Dokument im Zusammenhang stehenden Fragen ein. Es sei vielleicht zu erwägen, den Teil der Erklärung, der sich mit der Zurückweisung des Moskauer Abkommens beschäftige, etwas zu kürzen, und den Teil, der sich mit der westlichen Deutschland-Politik befasse, etwas auszudehnen. Insgesamt halte man die jetzige Gesamtlänge für zweckmäßig.

Im Verlauf der Sitzung unterbreitete Botschafter Alphand noch den Vorschlag, die Aide-mémoires, die am 12. Juni von den drei westlichen Botschaftern in Moskau vor Unterzeichnung des Abkommens übergeben worden waren[10], jetzt zu veröffentlichen.

Dagegen habe ich mit dem Hinweis Bedenken erhoben, daß eine solche Veröffentlichung die Formulierung der jetzt zur Beratung stehenden Erklärung erschweren und ihr Gewicht vermindern könnte.

Der britische Botschafter erklärte sich ebenfalls gegen diese Anregung, weil es sich im britischen Fall um einen Briefwechsel mit Chruschtschow[11] handle, den man nicht ohne weiteres veröffentlichen könne.

[9] Mit Drahterlaß vom 16. Juni 1964 nahm Ministerialdirektor Krapf dazu Stellung: „a) Wir sehen in der ‚Erklärung' einen Vorgang, der mit der Frage der Deutschlandinitiative nicht unmittelbar in Verbindung steht. Wir haben jedoch unseren Arbeitsvorschlag so formuliert, daß er in seinem letzten Satz eine Brücke zu der von uns angeregten westlichen Deutschlandinitiative schlägt und andeutet, daß die diesbezüglichen Bemühungen fortgehen. b) In der Frage Beziehungen Bundesrepublik Deutschland/Berlin (Absatz 2 unseres Entwurfs) halten wir an unserer Formulierung fest. Wir sind nach der Veröffentlichung des sowjetzonalen Vertrages, der u.a. auf eine Störung der Bindungen Berlin/übriges Bundesgebiet abzielt, daran interessiert, daß das besondere und enge Verhältnis Bundesrepublik/Berlin klar herausgestellt wird." Vgl. Abteilung II (II 1), VS-Bd. 56; B 150, Aktenkopien 1964.

[10] Zu den Erklärungen der Drei Mächte vom 12. Juni 1964 vgl. Dok. 161, Anm. 5.

[11] Zum Schreiben des Ministerpräsidenten Chruschtschow an Premierminister Douglas-Home vgl. den Drahtbericht des Botschafters Grewe, Paris (NATO), vom 11. Juni 1964; Abteilung II (II 1), VS-Bd. 56; B 150, Aktenkopien 1964.

Auch Tyler zeigte keine Sympathie für den Vorschlag.
Alphand ließ erkennen, daß er voraussichtlich nicht insistieren werde.

[gez.] Knappstein

Abteilung II (II 1), VS-Bd. 56

168

Botschafter Klaiber, Paris, an das Auswärtige Amt

Z B 6-1/4816/64 VS-vertraulich **Aufgabe: 16. Juni 1964, 11.00 Uhr**
Fernschreiben Nr. 960 **Ankunft: 16. Juni 1964, 11.15 Uhr**

I. Neuer Referent für außenpolitische Fragen bei Präsident de Gaulle, de Saint-Legier, äußerte in vertraulichem Gespräch mit Mitarbeiter, die jüngste deutsche Friedensplan-Initiative[1] sei im wesentlichen an der negativen amerikanischen Haltung gescheitert. Auf die Bemerkung meines Mitarbeiters, vor Präsidentenwahlen[2] sei die amerikanische Politik hinsichtlich größerer Initiativen doch wohl immer etwas gehemmt, meinte Saint-Legier, diese Gehemmtheit in der deutschen Frage sei keineswegs „saisonbedingt", sondern schon fast grundsätzlicher Natur: Sie hänge mit der von Washington und Moskau betriebenen Entspannungspolitik zusammen, die Präsident Johnson auch nach der zu erwartenden Erneuerung seines Mandats weiterführen werde. Hinzu komme, daß die breite Masse in den USA sich für die Wiedervereinigungsfrage (Berlin ausgenommen) nicht interessiere oder sie sogar als störend empfinde, und da Johnson seiner Neigung und Begabung nach Innenpolitiker sei, könne man von ihm in der Deutschlandfrage auch nichts anderes erwarten als ein „Quick"-Interview[3]. Dieses Interview sei verräterisch gewe-

[1] Für den Wortlaut der Deutschland-Initiative (Fassung vom 10. April 1964) vgl. Dok. 3 mit den Änderungen in Anm. 5, 9, 11–20 und 22.
Zur Erörterung der Initiative mit den drei Westmächten am 11./12. Mai 1964 in Den Haag vgl. Dok. 124 und Dok. 126.

[2] Die amerikanischen Präsidentschaftswahlen fanden am 3. November 1964 statt.

[3] In dem Interview äußerte Präsident Johnson hinsichtlich der Stationierung amerikanischer Truppen in der Bundesrepublik, „eine Menge Leute" in den USA verstünden nicht, „warum wir so viele Soldaten in Deutschland stationiert halten. Eine Menge Leute glauben, daß ihr selbst genug junge Männer aufzieht, um uns das abzunehmen. Sie glauben, wir sollten nicht so viel Geld für die Verteidigung Westdeutschlands ausgeben." Zur Fortführung der Entspannungspolitik erklärte er: „Wir werden auch in Zukunft jeden Weg zum Frieden erproben. Wir werden beweglich bleiben. Schließlich stehen wir mit unseren Füßen ja nicht im Beton. Das sollten auch die Deutschen nicht tun ... Wenn es um den Frieden geht, werden wir den Russen auf halbem Wege entgegenkommen – und sogar mehr als auf halbem Weg, wenn es nötig ist. Als Kanzler Erhard hier war, sagte ich ihm: ‚Versetzen Sie sich mal in die Lage der Russen. Versuchen Sie, ihre Gefühle zu verstehen. Die machen sich wegen der Deutschen Sorgen, und das ist verständlich. Die Russen haben Furcht.' Ich bat Erhard, alles zu versuchen, um mit den Russen ein besseres Verhältnis zu bekommen und vor allem ihre Sorgen zu zerstreuen." Vgl. QUICK, Nr. 18 vom 3. Mai 1964, S. 8–13 und S. 138–142.

sen. Auf den Einwand, man dürfe doch solche „ins unreine gesprochene" Äußerungen nicht überbewerten, erwiderte Saint-Legier: Es sei bezeichnend, daß sich Johnson gar nicht die Mühe gemacht habe, seine Ausführungen bei späterer Gelegenheit zu berichtigen oder wenigstens zurechtzurücken, sondern daß er sie sogar bestätigt habe, obwohl doch anzunehmen sei, daß seine Berater ihn inzwischen über so wesentliche Dinge wie Viermächte-Verantwortung, Verzicht der Bundesrepublik auf die Herstellung von ABC-Waffen[4] usw. aufgeklärt hätten. An der amerikanischen Entspannungspolitik sei so beklagenswert, daß sie den Sowjets in Zentraleuropa Zugeständnisse mache oder machen wolle, ohne dafür eine Gegenleistung zu erhalten. Dem Einwand, daß gerade auch die USA in den entscheidenden Augenblicken der Berlinkrise durch ihre Festigkeit die Gefahr gebannt hätten und auch in den wesentlichen Fragen des Deutschlandproblems fest geblieben seien, begegnete Saint-Legier mit der skeptischen Frage: Wie lange werden die amerikanischen Truppen noch in Europa bleiben?

II. In den Äußerungen Saint-Legiers könnte man den Versuch sehen, uns mißtrauisch gegenüber der amerikanischen Politik zu machen, andererseits spricht aber daraus sicher auch die echte Sorge, die amerikanische Entspannungspolitik berücksichtige nicht genügend die kontinentaleuropäischen Interessen, wozu auch die Frankreichs in der Deutschlandfrage gehören. Auf jeden Fall dürften die Äußerungen ein Gradmesser für die in der Umgebung de Gaulles herrschende Meinung und Stimmung sein.[5]

[gez.] Klaiber

Abteilung I (I A 3), VS-Bd. 42

Fortsetzung Fußnote von Seite 680

Am 2. Mai 1964 teilte Staatssekretär Carstens Bundesminister Schröder, z.Z. Santiago de Chile, mit, daß in der deutschen Presse Kritik an dem Interview laut geworden sei. Weiter führte Carstens aus: „Wie mir Westrick sagt, hat sich auch Herr Strauß dieserhalb in einem vertraulichen Gespräch mit ihm besonders empört geäußert. Bundy hat Westrick und mir inzwischen eine Botschaft zukommen lassen, in der gesagt wird, daß Präsident Johnson mit dem Quick-Vertreter ein informelles Gespräch geführt habe und daß er nichts hätte sagen wollen, was er nicht bei anderen Gelegenheiten auch gesagt hätte. Selbstverständlich habe der Präsident volles Verständnis für die legitimen Interessen und für das Sicherheitsbedürfnis der Bundesrepublik Deutschland. Quick habe die Ansicht des Präsidenten ganz unvollständig wiedergegeben. Ihm habe nichts ferner gelegen, als etwa auf diesem Wege irgendeinen Druck ausüben zu wollen." Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 442; B 150, Aktenkopien 1964.

[4] Zum Verzicht der Bundesrepublik auf die Herstellung von atomaren, biologischen und chemischen Waffen vgl. Dok. 27, Anm. 27.

[5] Zum französisch-amerikanischen Verhältnis vgl. auch Dok. 66.

169

Gespräch des Bundesministers Schröder mit Generalsekretär Khonti, SEATO

Z A 5-80.A/64 VS-NfD **16. Juni 1964**[1]

Der Herr Bundesminister des Auswärtigen empfing am 16. Juni 1964 um 17.30 Uhr den Generalsekretär der SEATO. Bei der Unterredung waren außerdem der thailändische Botschafter[2] und Ministerialdirigent Dr. Böker zugegen.

Mr. *Khonti* sagte, er befinde sich auf einer Besuchsreise bei den Mitgliedstaaten der SEATO[3]. In Washington habe Präsident Johnson erneut die Entschlossenheit bekundet, die SEATO zu unterstützen. Dasselbe habe er in London vorgefunden. Dort habe natürlich das Malaysia-Problem[4] eine besondere Rolle gespielt, obschon Malaysia nicht Mitglied der SEATO sei. Was Frankreich anbelange, so bringe der Gedanke de Gaulles, Südostasien zu neutralisieren[5], die SEATO in gewisse Schwierigkeiten. Er habe jetzt in Paris versucht, etwas Näheres über die dortige Vorstellung einer Neutralisierung zu erfahren, jedoch nichts Neues und Präzises feststellen können. Frankreich sei lediglich der Auffassung, daß das Südostasien-Problem nur auf dem Wege der Verhandlung geregelt werden könne. Die Minister Couve de Murville und Messmer hätten selbst erklärt, daß Verhandlungen möglicherweise zu keinem Ergebnis führen könnten. Deswegen müsse man es aber trotzdem versuchen. Er selbst habe versucht darzulegen, daß die Bedrohung der Sicherheit von Rotchina ausgehe und daß alles, was die kommunistischen Regierungen in jenen Ländern stärke, die Interessen der südostasiatischen Staaten beeinträchtige. Ein besonderes Problem sei das Vorhandensein mehrerer Millionen Chinesen in allen südostasiatischen Ländern, die sich, falls Mao Tse-tung als offizieller Gesprächspartner vom Westen angesehen werde, sicherlich auf dessen Seite schlagen würden.

Der Herr *Minister* wies darauf hin, daß die Bundesregierung die amerikanische Auffassung in dieser Frage teile. Sie betrachte auch die kommunistische Gefahr möglicherweise intensiver als es Frankreich heute tue, das in dieser Beziehung etwas risikofreudiger zu sein scheine. In Gesprächen mit der Bundesregierung habe die französische Seite auch zu erkennen gegeben, daß nach ihrer Auffassung Amerika noch auf lange Zeit in der Lage sein werde, die

[1] Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Kusterer am 22. Juni 1964 gefertigt.
Hat Bundesminister Schröder am 26. Juni 1964 vorgelegen.

[2] Direck Jayanama.

[3] Mitgliedstaaten der SEATO: Australien, Frankreich, Großbritannien, Neuseeland, Pakistan, die Philippinen, Thailand und die USA.

[4] Zum Konflikt zwischen Malaysia und Indonesien vgl. Dok. 15, Anm. 47.

[5] Zu den Vorstellungen des französischen Staatspräsidenten über eine Neutralisierung von Vietnam, Kambodscha und Laos vgl. besonders Dok. 44.

augenblickliche Situation aufrechtzuerhalten.[6] Habe man aber zwischen kommunistischer Überschwemmung oder Aufrechterhaltung der augenblicklichen Situation zu wählen, so wäre das letztere zweifellos vorteilhafter. Bei seinem Gespräch mit dem thailändischen Außenminister im Jahre 1962[7] habe er den Eindruck gewonnen, daß dieser die Gefahr einer chinesischen Überschwemmung nicht so hoch einschätze. Der Herr Minister fragte dann, ob der thailändische Außenminister diese Auffassung immer noch habe.

Mr. *Khonti* sagte, bisher habe Thailand ja keine gemeinsame Grenze mit Rotchina gehabt. Gingen jedoch Laos und Südvietnam verloren, würde die Gefahr für Thailand sehr viel größer. Auch jetzt schon seien Zeichen der Infiltration und Subversion im Nordosten Thailands festzustellen, so daß Gegenmaßnahmen ergriffen werden müßten. Dabei handle es sich insbesondere um die Entsendung von Teams, welche ohne Propaganda durch tatkräftige Unterstützung der Landbevölkerung den Thesen entgegenwirken, welche von den Kommunisten verbreitet würden. Diese Teams seien sehr erfolgreich gewesen. Sie bedürften natürlich der Ausrüstung und materiellen Mittel.

Der Herr *Minister* stellte abschließend die Frage, wie Generalsekretär Khonti die Aussichten für die nächsten ein bis drei Jahre in Vietnam beurteile.

Generalsekretär *Khonti* bemerkte, der häufige Regierungswechsel in Südvietnam[8] habe sicherlich geschadet. Die jetzige südvietnamesische Regierung bedürfe der Unterstützung der freien Welt, um dadurch die öffentliche Meinung hinter sich bringen und somit den Guerillas besser entgegentreten zu können. Wichtig sei, daß alle Welt wisse, daß die freie Welt Südvietnam nicht aufgeben werde.

Der Herr *Minister* fragte noch, welche freie Welt Mr. Khonti meine.

Mr. *Khonti* bemerkte, an erster Stelle stehe natürlich Amerika, doch zähle er alle Länder der freien Welt dazu, das heißt England, Deutschland, Australien, Neuseeland, Thailand usw. Wenn er von Unterstützung spreche, so meine er nicht nur militärische Hilfe, sondern auch politische, wirtschaftliche und soziale Unterstützung.[9]

Das Gespräch endete gegen 18.00 Uhr.

Ministerbüro, Bd. 242

[6] Vgl. dazu die Ausführungen des französischen Außenministers Couve de Murville vom 8. Juni 1964 gegenüber Bundesminister Schröder; Dok. 154.

[7] Bundesminister Schröder, der Bundespräsident Lübke nach Thailand begleitete, traf Außenminister Thanat Khoman am 22. November 1962. Vgl. dazu BULLETIN 1962, S. 1862.

[8] Vgl. dazu Dok. 154, Anm. 27.

[9] Zur Frage einer Unterstützung der Republik Vietnam (Südvietnam) vgl. weiter Dok. 196 und Dok. 245.

170

Botschafter Knappstein, Washington, an das Auswärtige Amt

Z B 6-1/4847/64 geheim
Fernschreiben Nr. 1820
Cito

Aufgabe: 16. Juni 1964, 20.15 Uhr
Ankunft: 17. Juni 1964, 04.00 Uhr

Betr.: Bewertung des Moskauer Abkommens vom 12.6.[1]

Botschaftergruppe trat heute 16.30 Uhr zusammen, um über Bewertung der Moskauer Vereinbarung vom 12.6. sowie auf Grundlage unseres Entwurfs[2] über Reaktion des Westens zu beraten.

Der nachfolgende Bericht hat Bewertung der Vereinbarung vom 12.6. zum Gegenstand. Über den anderen Punkt der Tagesordnung wurde gesondert berichtet.[3]

1) Nach der von Botschafter Alphand vorgetragenen vorläufigen französischen Analyse habe die Moskauer Vereinbarung zum Ziel, Stellung der SBZ zu verstärken und ihr Prestige zu erhöhen. Sie diene zugleich der Konsolidierung der Teilung Deutschlands, ohne jedoch die gegenwärtige bestehende Situation wesentlich zu ändern. Die Vereinbarung biete keinen Anhaltspunkt für die Annahme, daß die Sowjets ihre Ansichten über die deutsche Frage nunmehr durchsetzen wollten; sie unterstreiche aber wiederum die sowjetische Auffassung, daß eine Wiedervereinigung nur durch Verhandlung zwischen den zwei deutschen Staaten bewirkt werden könne.[4]

Folgende Punkte verdienten besondere Beachtung: Die Vereinbarung erwähne nicht die sowjetische Forderung, Berlin zu entmilitarisieren[5]; obwohl die Vereinbarung von Staatsgrenzen spreche, gebe sie keine Definition dieser Grenzen. Die Vereinbarung verwende die Beistandsformel des Warschauer

[1] Für den Wortlaut des Freundschaftsvertrags zwischen der UdSSR und der DDR vgl. DzD IV/10, S. 717–723.
Am 15. Juni 1964 bezeichnete Ministerialdirektor Krapf als Ziel des Vertrags die Sicherung des sowjetischen Besitzstands in Europa. Dabei liege der Akzent auf einer Sicherung der Grenzen der DDR. Mit dem Vertrag gestehe die UdSSR ein, daß ihre Bemühungen um eine westliche Anerkennung der kommunistischen Deutschland- und Berlinpolitik gescheitert seien. Andererseits stehe außer Frage, daß die Position der Bundesrepublik durch den Vertrag beeinträchtigt werde: „Der Vertragsinhalt könnte geeignet sein, Tendenzen in der verbündeten und in der nichtgebundenen Welt zu verstärken, man solle die Deutschlandfrage wegen ihrer Unlösbarkeit einstweilen zu den Akten legen." Vgl. Ministerbüro, VS-Bd. 8529; B 150, Aktenkopien 1964. Zur Beurteilung des Vertrags durch Bundesminister Schröder vgl. auch Dok. 181.

[2] Für den Wortlaut des Entwurfs einer Erklärung über den Freundschaftsvertrag zwischen der UdSSR und der DDR vgl. Dok. 166.

[3] Zu den Beratungen über den Entwurf einer Erklärung vgl. auch den Drahtbericht des Botschafters Knappstein, Washington, vom 15. Juni 1964; Dok. 167.

[4] Zur sowjetischen These, die beiden deutschen Staaten seien für die Lösung der Deutschland-Frage zuständig, vgl. auch Dok. 13, Anm. 15.

[5] Die UdSSR unterbreitete bereits in der Note vom 27. November 1958 (Berlin-Ultimatum) die Forderung, Berlin (West) in eine „Freistadt" umzuwandeln und zu vereinbaren, „daß das Gebiet der Freistadt entmilitarisiert werde und daselbst keinerlei Streitkräfte stationiert werden". Vgl. DzD IV/1, S. 174f.

Pakts[6], die schwächer sei, als die in den von der Sowjetunion mit den anderen osteuropäischen Staaten bilateral abgeschlossenen Verträgen verwandte Formel.

Die Art und Weise, in welcher von Berlin als einer selbständigen politischen Einheit gesprochen werde, lasse erkennen, daß die Sowjetunion gegenwärtig nicht beabsichtige, es über der Berlinfrage zu einer neuen Krise kommen zu lassen.

Art. 9 der Vereinbarung[7] bestätige bilaterale und andere Vereinbarungen, einschließlich des Potsdamer Abkommens[8].

2) Auch der britische Botschafter[9] trug eine vorläufige Beurteilung der Vereinbarung vor, da die offizielle Analyse aus London noch nicht eingetroffen sei.

Nach britischer Ansicht stelle die Vereinbarung mehr ein „joint-policy statement" als ein rechtlich verbindliches Dokument (legal document) dar. Weder der Vertrag noch das im Anschluß an die Vertragsunterzeichnung herausgegebene Kommuniqué[10] enthalte einen Anspruch der SBZ auf Berlin oder eine Infragestellung alliierter Rechte mit Bezug auf Berlin. Die vorher in den drei westlichen Hauptstädten von den Sowjets vorgenommene Ankündigung des Vertrags[11] zeige, daß die Sowjets keine Absicht hätten, eine neue Spannungssituation hervorzurufen.

Das Hauptziel der Vereinbarung sei es, den Status der SBZ zu verbessern und auf diese Weise mehr Druck auf die Bundesrepublik auszuüben, direkt mit der SBZ zu verhandeln.

Es sei bemerkenswert, daß das Kommuniqué sich im wesentlichen mit wirtschaftlichen Fragen und weniger mit der politischen Problematik beschäftige.

3) Die ebenfalls als vorläufig bezeichnete, jedoch bereits eingehende amerikanische Analyse der Vereinbarung und des Kommuniqués wurde von Tyler vorgetragen:

Das Kommuniqué spiegele die divergierenden Interessen der Vertragspartner wider; der Hauptzweck sei, dem Pankower Regime die Versicherung zu geben, daß die Sowjetunion sich weiterhin zur Aufrechterhaltung der Teilung Deutschlands verpflichtet fühle. Ulbrichts Hauptgewinn bestehe eben darin,

[6] Artikel 5 des Freundschaftsvertrags: „Im Falle eines bewaffneten Überfalls irgendeines Staates oder irgendeiner Staatengruppe auf eine der Hohen Vertragschließenden Seiten in Europa wird die andere Hohe Vertragschließende Seite dieser in Übereinstimmung mit den Bestimmungen des Warschauer Vertrages über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand sofortigen Beistand erweisen." Vgl. DzD IV/10, S. 719.
Für den Wortlaut des Warschauer Vertrages vom 14. Mai 1955 vgl. DzD III/1, S. 37–44.

[7] Artikel 9 des Freundschaftsvertrags: „Dieser Vertrag berührt nicht Rechte und Pflichten der beiden Seiten aus geltenden zweiseitigen und anderen internationalen Abkommen einschließlich des Potsdamer Abkommens." Vgl. DzD IV/10, S. 720.

[8] Für den Wortlaut des Kommuniqués vom 2. August 1945 über die Konferenz von Potsdam (Potsdamer Abkommen) vgl. DzD II/1, S. 2101–2148.

[9] Lord William David Harlech.

[10] Für den Wortlaut des Kommuniqués vom 12. Juni 1964 über die Verhandlungen zwischen den Delegationen der UdSSR und der DDR in Moskau vgl. DzD IV/10, S. 723–729 (Auszug).

[11] Vgl. dazu Dok. 167, Anm. 7.

daß Moskau sich wiederum an die Teilung Deutschlands gebunden und ihm damit zugesichert habe, daß das Pankower Regime nicht im Zuge der allgemeinen Entspannung fallen gelassen werde.

Auf der anderen Seite habe Moskau Ulbricht dazu gebracht, in der Deutschlandfrage etwas zurückhaltender aufzutreten und einer weiteren Hinausschiebung erneuter Vorstöße in der Berlin- und Deutschlandfrage zuzustimmen, ohne daß die Sowjetunion hiermit jedoch etwaige weitere Verhandlungen mit den USA oder auch mit der Bundesrepublik damit ausgeschlossen habe.

Die Vereinbarung bestätige ausdrücklich das Potsdamer Abkommen, den Vertrag von 1955[12] sowie den sich daran anschließenden Bolz-Sorin-Briefwechsel[13], woraus der Schluß gezogen werden könne, daß die Sowjetunion gegenwärtig nicht eine neue Krise heraufbeschwören wolle.

Dennoch hätten die Sowjets nicht auf Hauptanliegen ihrer Politik, wie z.B. den Abschluß eines separaten Friedensvertrags, und auch nicht auf die Möglichkeit der Bereitung neuer Schwierigkeiten, z.B. im Berlinverkehr, verzichtet.

Das Kommuniqué erwähne nicht die Möglichkeit einer Truppenverminderung in der SBZ, enthalte aber Ulbrichts Lob für das Vorgehen durch gegenseitiges Beispiel[14], womit die Möglichkeit für eine Truppenverringerung offen gelassen sei. Die Möglichkeit weiterer neuer Vorstöße auf dem Gebiet der Sicherheit lasse sich nicht ausschließen; das Kommuniqué verurteile ferner wiederum die MLF[15] und kündigt hierzu geeignete sowjetische Schritte an, ohne sie zu nennen.

Der Vertrag garantiere die Grenzen der SBZ, ohne sie jedoch zu definieren, so daß der Garantie nicht eine endgültige rechtliche Bedeutung zukomme und daher die Regelung im Friedensvertrag offen bleibe[16]. Der Vertrag enthalte des weiteren keine auf die Inkorporierung Ostberlins in das Gebiet der Zone gerichtete Bestimmungen und spreche ebenfalls nicht von einem separaten Friedensvertrag. Im Hinblick auf die innere Struktur des Ostblocks könne Ulbricht den sich auf Berlin beziehenden Vertragstext als eine Nichtanerkennung der in den Verträgen der Bundesrepublik mit osteuropäischen Staaten

[12] Für den Wortlaut des Vertrags vom 20. September 1955 über die Beziehungen zwischen der UdSSR und der DDR vgl. DzD III/1, S. 371–374.

[13] Im Briefwechsel vom 20. September 1955 zwischen dem Außenminister der DDR und dem sowjetischen Stellvertretenden Außenminister wurden der DDR weitgehend die Grenzkontrollfunktionen übertragen. Für den Wortlaut vgl. DzD III/1, S. 375–377.

[14] Im Kommuniqué vom 12. Juni 1964 hieß es dazu: „Der Erste Sekretär des Zentralkomitees der SED und Vorsitzende des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik, Genosse Walter Ulbricht, hob die großen Verdienste hervor, die sich die Führung der KPdSU und die Regierung der UdSSR im Kampf um die allgemeine und vollständige Abrüstung einschließlich erfolgreicher Teilmaßnahmen, um die Durchsetzung der friedlichen Koexistenz, um die erfolgreiche Verwirklichung der ersten Schritte einer Politik des gegenseitigen Beispiels und um die Minderung der internationalen Spannungen für die Sicherung des Friedens erworben haben." Vgl. DzD IV/10, S. 725.
Zum sowjetischen Gedanken einer Politik des gegenseitigen Beispiels vgl. Dok. 132 und Dok. 136.

[15] Zum Stand der MLF-Verhandlungen vgl. Dok. 104.

[16] Zu den Grenzvorbehalten im Kommuniqué vom 2. August 1945 über die Konferenz von Potsdam (Potsdamer Abkommen) vgl. Dok. 108, Anm. 6.

aufgenommenen Berlinklausel[17] auslegen, ohne jedoch die Möglichkeit zu haben, diese Auslegung allgemein verbindlich durchzusetzen. Das Kommuniqué enthalte keine Anspielung auf die Situation in Sansibar[18]; diese Auslassung sei offenbar vorgenommen, um die sowjetische Position in der Tanganjika-Sansibar-Union, besonders hinsichtlich des Gegensatzes zu Rotchina, zu stützen.

Wenn auch die Bundesrepublik kritisiert werde, so fänden sich in dem Kommuniqué doch keine gegen Bundeskanzler Erhard direkt gerichteten persönlichen Angriffe Chruschtschows. Womit offenbar bewußt die Möglichkeit eines Zusammentreffens zwischen dem Bundeskanzler und Chruschtschow[19] nicht erschwert werden solle.

Die Unterstreichung der angeblichen Souveränität der SBZ solle diese in eine bessere Lage versetzen, direkt mit der Bundesrepublik in Verhandlungen zu kommen.

4) In der vorläufigen Beurteilung, die ich in der Botschaftergruppe vortrug, unterstrich ich die Bedeutung des Vertrags als eines Mittels, die Zone mit den anderen osteuropäischen Satelliten jetzt auf eine Ebene zu stellen. Man müsse beachten, führte ich weiter aus, daß die Vereinbarung nebst Briefwechsel von 1955 noch von der „Demarkationslinie" und von internationalen Vereinbarungen über „Deutschland als Ganzes" gesprochen habe, während der neue Vertrag nur noch von „Staatsgrenzen" spreche und der Begriff „Deutschland als Ganzes" fehle. Von besonderer Bedeutung erscheine uns auch eine Zweckbestimmung dieses Vertrags in der augenblicklichen Entwicklung im Ostblock selbst. Der Vertrag könne als ein Instrument zur Eindämmung der nationalistischen Bewegungen in anderen osteuropäischen Staaten dienen. Darauf deute auch die Betonung der wirtschaftlichen Integration und Zusammenarbeit hin. Wir sähen an dem Umstand, daß der Vertrag nur noch von „Staatsgrenzen" der SBZ spreche, Gefahren für weitere Störungen des zivilen Verkehrs von und nach Berlin. Es könne aus diesem Vertrag leicht eine Formalisierung des zivilen Verkehrs im Sinne des Paß- und Sichtvermerkzwanges[20] abgeleitet werden. Schließlich sei es interessant festzustellen, daß der Vertrag nunmehr alle, d.h. nicht nur die Deutschen, die eine Änderung der „Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges" anstrebten, als „Revanchisten und Militaristen" bezeichne. Das sei bis jetzt noch in keinem amtlichen Dokument der sowjetischen Seite geschehen.

[gez.] Knappstein

Ministerbüro, VS-Bd. 8529

[17] Zur Einbeziehung von Berlin (West) in die Abkommen mit Polen, Rumänien und Ungarn vgl. AAPD 1963, I, Dok. 183; AAPD 1963, II, Dok. 339; AAPD 1963, III, Dok. 380.
Zur Einbeziehung von Berlin (West) in das Abkommen mit Bulgarien vgl. Dok. 62.

[18] Vgl. dazu Dok. 118.

[19] Vgl. dazu zuletzt Dok. 163.

[20] Zur möglichen Einführung eines Paß- und Sichtvermerkzwangs im Berlin-Verkehr durch die DDR vgl. Dok. 35, Anm. 8.

171

Runderlaß des Staatssekretärs Carstens

II 1-80.00 VS-NfD **18. Juni 1964**[1]

Betr.: Alleinvertretungs-Politik der Bundesregierung;
hier: neue Maßnahmen zu ihrer Durchsetzung

I. Der im Januar d.J. gefaßte Entschluß der ceylonesischen Regierung, mit der Sowjetzone konsularische Beziehungen aufzunehmen[2], hat Veranlassung gegeben, die Frage zu prüfen, ob das derzeitige Instrumentarium unserer gegen die SBZ gerichteten Nichtanerkennungspolitik ausreicht.

1) Bisher hatten wir uns darauf beschränkt, die diplomatischen Beziehungen abzubrechen, falls dritte Länder diplomatische Beziehungen zu Pankow aufnahmen.[3] Im allgemeinen hat dieses Mittel abschreckend gewirkt. Es hat freilich nicht verhindert, daß unsere Position im „Vorfeld" der diplomatischen Beziehungsaufnahme beeinträchtigt wurde, z.B. durch die Errichtung sowjetzonaler Handelsvertretungen, konsularischer Vertretungen ohne Exequatur, konsularischer Vertretungen mit Exequatur usw. in dritten Ländern.

2) Wir müssen also mit der Möglichkeit rechnen, daß die Zone im nichtkommunistischen Ausland zwar kein diplomatisches, dafür aber ein konsularisches Vertretungsnetz ausbaut. Uns zugegangene Informationen lassen erkennen, daß der Ostblock in dem Ausbau eines solchen konsularischen Netzes[4] ein neues Mittel für einen Durchbruch zur allgemeinen Anerkennung oder zumindest zur Aufwertung Pankows erblickt. Der Ostblock dürfte bei dieser Politik von der Annahme ausgehen, daß zum Beispiel eine gemeinsame diplomatische Anerkennung der SBZ durch mehrere Neutrale sich leichter verwirklichen ließe, wenn wir uns mit dem Bestehen eines SBZ-Konsularnetzes in diesen Ländern abgefunden haben. Dieser Gefahr müssen wir auch deshalb besonderes Gewicht beimessen, weil eine zweite Konferenz der Neutralen[5] bevorsteht.

3) Eine Überprüfung des Instrumentariums unserer Alleinvertretungs-Politik hat sich unter diesen Umständen als zweckmäßig erwiesen. Bei dieser Überprüfung haben wir die Erfahrung berücksichtigt, daß die nichtgebundenen Länder bisher von der Aufnahme diplomatischer Beziehungen abgesehen haben, obschon aus ihrer Sicht gelegentlich gewichtige Gründe für einen solchen Schritt sprachen: so sowjetischer Druck, der innenpolitische Druck kom-

[1] Vervielfältigtes Exemplar.

[2] Zur Einstellung der Entwicklungshilfe an Ceylon als Reaktion auf die Errichtung eines Generalkonsulats der DDR in Colombo vgl. Dok. 53, Anm. 8.

[3] Eine solche Maßnahme – am 19. Oktober 1957 gegenüber Jugoslawien und am 14. Januar 1963 gegenüber Kuba praktiziert – wurde gemäß der Hallstein-Doktrin vollzogen.
Zur Hallstein-Doktrin vgl. Dok. 46, Anm. 15.

[4] Zum Aufbau von Auslandsvertretungen durch die DDR vgl. Dok. 59, Anm. 41.

[5] Zu der für Oktober 1964 geplanten Konferenz der blockfreien Staaten in Kairo vgl. Dok. 65, Anm. 6. Vgl. dazu auch Dok. 275.

munistischer Parteien, antideutsche Ressentiments und andere Gründe mehr; wenn diese Länder von der Aufnahme diplomatischer Beziehungen absahen, dann im allgemeinen deshalb, weil sie den Entzug oder die Reduzierung wirtschaftlicher Vorteile durch uns befürchteten.

4) Die gleiche Überlegung hat aber in einzelnen Fällen dazu geführt, daß der Kontakt mit Pankow unterhalb der Ebene diplomatischer Beziehungen gesucht wurde. Dabei wirkte auch mit, daß kommunistische Länder immer wieder dritten Ländern eine Annäherung an Pankow unter Hinweis darauf nahelegten, dies werde keine wirtschaftlichen Nachteile nach sich ziehen, da die Bundesrepublik Deutschland zum Beispiel im Fall Jugoslawiens die Wirtschaftsbeziehungen nicht abgebrochen habe.[6]

5) Unter diesen Umständen konnten wir uns einer Prüfung der Frage nicht mehr entziehen, ob es zweckmäßig ist, unsere Politik, daß unsere Wirtschaftshilfe an keine politischen Bedingungen geknüpft ist, in dem bisherigen Umfang beizubehalten. Wir haben dabei auch den Erfahrungssatz, daß jede politische Beziehung auf einem vernünftigen Verhältnis von Leistung und Gegenleistung beruhen muß, berücksichtigt. Im Falle unserer Nichtanerkennungspolitik ergab sich hieraus die Folgerung: Wenn dritte Länder trotz der von uns geleisteten Hilfe unsere elementaren Interessen nicht respektieren, dann geben sie selbst zu erkennen, daß ihnen an wirtschaftlichen Leistungen der Bundesrepublik Deutschland nicht gelegen ist. Im wohlverstandenen Interesse der Pflege unserer Beziehungen zu diesen Ländern scheint es uns daher zweckmäßig, bereits in dem erwähnten „Vorfeld" der Aufnahme diplomatischer Beziehungen jedes Mißverständnis darüber auszuschließen, daß wir entschlossen sind, unseren gesamtdeutschen Verpflichtungen nachzukommen. Wir haben daher in Aussicht genommen, in Zukunft die Aufnahme amtlicher Kontakte dritter Staaten zu Pankow, je nach dem Grad der amtlichen Kontakte, im Rahmen der Möglichkeiten mit einer Reduzierung unserer wirtschaftlichen Hilfsmaßnahmen zu beantworten.

6) Wir übersehen in keiner Weise die Tragweite dieses Entschlusses und wissen, daß wir uns mit dem Einwand auseinanderzusetzen haben werden, aus einer solchen Politik könnten sich auch Nachteile ergeben, vor allem könnten die betroffenen Länder noch stärker unter den Einfluß kommunistischer Länder geraten.

Hierzu wäre freilich zu bemerken:

Die Möglichkeiten des Ostblocks, für uns einzuspringen, sind beschränkt. Seine gesamte Entwicklungshilfe betrug bisher ohnehin nur knapp ein Zehntel der westlichen Entwicklungshilfe; seine eigenen wirtschaftlichen Schwierigkeiten[7] erlegen ihm überdies eine Reduzierung – seit 1960 um mehr als die Hälfte! – auf.[8] Die Ankündigung der Zone, sie werde für uns einspringen, kann

[6] Zu den wirtschaftlichen Kontakten mit Jugoslawien nach Abbruch der diplomatischen Beziehungen vgl. Dok. 107.

[7] Zu den wirtschaftlichen Schwierigkeiten in der UdSSR vgl. Dok. 13, Anm. 6.

[8] Zur Entwicklungshilfe der Ostblockstaaten in den Jahren 1954 bis 1963 im Vergleich zu den Leistungen des Westens im gleichen Zeitraum vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Pauls vom 7. August 1964; Referat III B 1, Bd. 336.

nicht darüber hinwegtäuschen, daß ihre Wirtschaftshilfe bisher nur etwa eineinhalb Prozent der unsrigen betragen hat.[9] In diesem Zusammenhang sei an das Beispiel des kommunistischen Kuba erinnert, das insgesamt etwa zehn Prozent der gesamtkommunistischen Finanzhilfe erhält. Der Manövrierfähigkeit des Ostblocks sind also Grenzen gesetzt; hierüber müssen sich die meisten Entwicklungsländer klar werden.

7) Nach unserer Ansicht jedenfalls überwiegen die Vorteile der ins Auge gefaßten Politik die etwaigen Nachteile:

Unsere Nichtanerkennungspolitik würde durch ein wesentliches Element, nämlich eine entsprechende Steuerung unserer wirtschaftlichen Hilfsmaßnahmen, erweitert und abgesichert. Der Neigung dritter Staaten zur Kontaktherstellung unterhalb der diplomatischen Anerkennung würde vorgebeugt.

Wir würden damit unser Wirtschaftspotential verstärkt in den Dienst unserer Deutschland-Politik stellen: Während wir auf der einen Seite mit der Reduzierung unserer wirtschaftlichen Hilfsmaßnahmen operieren würden, könnten wir auf der anderen Seite unsere wirtschaftlichen Mittel in Zukunft denjenigen Ländern in besonderem Umfang zuteil werden lassen, die für unseren Standpunkt in der Deutschland-Frage besonderes Verständnis zeigen.

Wir gewönnen dadurch größere politische Bewegungsfreiheit.

II. Die unter I. dargestellte politische Linie hat selbstverständlich *nicht* zur Folge, daß wir uns von vornherein auf eine bestimmte *Automatik* festlegen. Wir müssen uns die Feststellung der Zweckmäßigkeit, der Art und des Umfangs etwaiger Wirtschaftsmaßnahmen in jedem Einzelfall vorbehalten. Dabei wird unter anderem zu prüfen sein, ob die Maßnahmen auf dem Gebiet der Finanzhilfe oder der technischen Hilfe oder in anderen Bereichen bilateraler Wirtschaftsbeziehungen getroffen werden. In jedem Einzelfall wird es darauf ankommen, daß unsere Maßnahmen wirksam sind und daß sich für uns keine überwiegenden politischen Nachteile ergeben, d.h. jede Entscheidung wird unter Abwägung unserer politischen *Gesamt*interessen zu treffen sein.[10]

III. Sollte es dort notwendig werden, unser Vorgehen zu erläutern, so könnte hierzu die Darstellung unter I. in vorsichtiger, den dortigen Verhältnissen angepaßter Weise herangezogen werden. In den Mittelpunkt der Darlegung wäre die Überlegung zu stellen, daß wir es gegenüber dem deutschen Volk nicht verantworten können, solche Länder wirtschaftlich zu unterstützen, die durch Unterstützung der kommunistischen Zwei-Staaten-Theorie[11] zur Vertiefung der deutschen Spaltung und zur Aushöhlung des allgemein anerkannten Prinzips des Selbstbestimmungsrechts der Völker beitragen.

IV. In der deutschen Presse und in gelegentlichen Äußerungen einzelner deutscher Politiker wird von Zeit zu Zeit an unseren politischen Leitsätzen,

– daß die Bundesregierung allein legitimiert ist, für Deutschland und das deutsche Volk zu sprechen und

[9] Zur Entwicklungshilfe der DDR vgl. auch Dok. 231.

[10] Zur neuen politischen Linie gegenüber Ceylon und Zypern vgl. Dok. 191 und Dok. 365.

[11] Zur sowjetischen Zwei- bzw. Drei-Staaten-Theorie vgl. besonders Dok. 13, Anm. 10 und 15.

– daß wir jedem Versuch der SBZ entgegentreten, internationale Anerkennung zu erhalten oder ihren Status international zu verbessern,

Kritik geübt. Dadurch soll sich niemand täuschen lassen. Die beiden genannten politischen Leitsätze werden von der überwältigenden Mehrheit der die Bundesregierung tragenden politischen Kräfte *und* der Opposition in Deutschland gebilligt. Es kann keine Rede davon sein, daß sie aufgegeben oder modifiziert werden.

Auch diese Tatsache bitte ich, dort – soweit dies notwendig erscheint – deutlich hervorzuheben.

In Vertretung

gez. Carstens

Büro Staatssekretär, Bd. 397

172

Botschafter Grewe, Paris (NATO), an Bundesminister Schröder

Z B 6-1/4905/64 geheim
Fernschreiben Nr. 902
Cito

Aufgabe: 18. Juni 1964, 21.00 Uhr[1]
Ankunft: 18. Juni 1964, 21.45 Uhr

Bitte Bundesminister und Staatssekretär vorzulegen

Auf Drahterlaß Plurex 1968 geh. vom 27.5.[2]

Betr.: MLF
hier: britische Vorschläge zur Beratung anderer Waffensysteme für die MLF[3]

I. Britischer Botschafter Shuckburgh stellte der MLF-Arbeitsgruppe in ihrer 29. Sitzung am 18.6. praktisch ein Ultimatum, die britischen Vorschläge zur Erörterung anderer Waffensysteme als der bisher für die MLF vorgesehenen seegebundenen Polaris A 3-Raketen anzunehmen; anderenfalls werde man ernste Folgen nicht nur für die künftige britische Teilnahme an der MLF-Arbeitsgruppe, sondern auch für die Einheit der gesamten Allianz heraufbeschwören.

[1] Hat Bundesminister Schröder am 19. Juni 1964 vorgelegen, der handschriftlich für Staatssekretär Carstens vermerkte: „Wir müssen hier eine eindeutige Stellung beziehen. R[ücksprache]."
Hat Carstens am 22. Juni 1964 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „R[ücksprache] erl[edigt]. D[raht]B[ericht] 22.6."

[2] Mit Drahterlaß vom 27. Mai 1964 erteilte Ministerialdirektor Krapf der Vertretung bei der NATO Instruktionen für die weitere Behandlung des britischen Vorschlags über eine Ausdehnung des MLF-Projekts auf andere Trägersysteme. Nur wenn sichergestellt sei, daß das ursprüngliche Projekt nicht verzögert werde, habe man gegen eine Einführung weiteren Materials in die MLF-Arbeitsgruppe nichts einzuwenden. Gegebenenfalls könne eine Untergruppe zum Studium dieses Materials eingesetzt werden. Vgl. Abteilung II (II 7), VS-Bd. 1358; B 150, Aktenkopien 1964.

[3] Vgl. dazu zuletzt Dok. 146.

Shuckburgh teilte der Arbeitsgruppe unter Bezugnahme auf seine Erklärungen vom 7. und 16.4.[4] mit, daß die britische Regierung detaillierte Pläne über die multilaterale Verwendung der darin vorgeschlagenen Trägerwaffen ausgearbeitet habe[5]. (Bei den damals angekündigten Vorschlägen handelt es sich um die Einführung der Flugzeugtypen TSR 2 und TFX sowie der Pershing-Rakete, zu einem späteren Zeitpunkt eventuell auch des Missile X.)

Er machte folgende Verfahrensvorschläge:

a) Am 2. Juli sollten die britischen Vorschläge von dem Assistant Chief of Defence Staff, Air Vice Marshall Foxley Norris, der Arbeitsgruppe präsentiert und möglichst in Anwesenheit von militärischen Experten aus den Hauptstädten (in erster Linie von Experten für landgebundene Missiles und „strike aircraft weapons") erörtert werden. Sie würden gleichzeitig in den Hauptstädten überreicht werden.

b) Nach dem 13. Juli sollte in London eine neue militärische Untergruppe zusammentreten, um diese Vorschläge im einzelnen zu prüfen.

II. Die Reaktion auf die britischen Vorschläge war durchweg negativ, mit Ausnahme des niederländischen Vorsitzenden[6], der ihnen offensichtlich mehr Sympathien und Verständnis entgegenbrachte und darauf hinwies, daß seine Instruktionen sich nicht auf das Studium einer ausschließlich seegebundenen MLF beschränkten.

Unter der Voraussetzung, daß die Teilnahme an der Sitzung vom 2. Juli[7] keinerlei Bindung in bezug auf eine weitere Teilnahme am Studium über dieses neue Projekt impliziere, stimmten alle Mitglieder der Gruppe dem britischen Verfahrensvorschlag zu a) zu.

Offensichtlich war jedoch niemand bereit, schon im jetzigen Stadium irgendeine Bindung in bezug auf die Einsetzung einer neuen militärischen Untergruppe zum Studium der britischen Vorschläge einzugehen. Mehrere Delegationen betonten nachdrücklich, daß sich ihre Instruktionen auf das Studium einer seegebundenen MLF beschränkten. Der belgische Botschafter[8] ließ kei-

[4] Vgl. dazu Dok. 104, Anm. 14.

[5] Für die britische Studie (A Study of the Mixed-Manning, Joint Ownership and Multilateral Control of Land-Based Nuclear Weapon Systems) vgl. Abteilung II (II 7), VS-Bd. 1358.

[6] Botschafter Grewe, Paris (NATO), erläuterte am 19. Juni 1964, daß der niederländische Botschafter instruiert gewesen sei, die britischen Vorschläge zu unterstützen. Persönlich stehe Boon den Vorschlägen jedoch sehr skeptisch gegenüber und sei deshalb froh gewesen, daß er in der Rolle des Vorsitzenden habe zurückhaltend agieren können. Vgl. Abteilung II (II 7), VS-Bd. 1358; B 150, Aktenkopien 1964.

[7] Botschafter Grewe, Paris (NATO), berichtete am 3. Juli 1964, die MLF-Arbeitsgruppe habe sich in ihrer Sitzung am Tag zuvor dazu bereitgefunden, „die britischen Vorschläge durch eine Untergruppe auf ihren militärischen Wert prüfen zu lassen. Alle Vertreter verlangten jedoch von den Engländern die Zusicherung, daß die Prüfung dieser Vorschläge keine Verzögerung der Behandlung des seegebundenen Projekts bewirken und daß diese Vorschläge keine Alternative zu dem ursprünglichen Projekt darstellen dürfen." Trotz gegenteiliger Aussagen des britischen Vertreters bestehe der Eindruck, daß der Vorstoß Großbritanniens einen Verzögerungsversuch, wenn nicht sogar einen Versuch zur Denaturierung des bisherigen MLF-Projekts darstelle. Vgl. Abteilung II (II 7), VS-Bd. 1358; B 150, Aktenkopien 1964.

[8] André de Staercke.

nen Zweifel daran, daß seine Regierung aus politischen Gründen sich keinesfalls an einer anderen als einer seegebundenen MLF beteiligen werde.

Ich nahm Bezug auf die von mir bereits am 16.4. abgegebene Erklärung[9], daß sich auch meine Instruktionen auf das seegebundene Projekt beschränkten. Eine deutsche Beteiligung am Studium der britischen Vorschläge werde in Bonn ohne Zweifel als eine politische Entscheidung von erheblicher Tragweite betrachtet und ich vermöchte im Augenblick jedenfalls nicht zu sagen, wie sie ausfiele.

III. Anknüpfend an eine Bemerkung Shuckburghs, daß sich britische Vorschläge auf bereits existierende oder fest eingeplante Waffensysteme bezögen und daher keine zusätzlichen Kosten verursachen würden, stellte amerikanischer Botschafter Finletter die Frage, ob britische Vorschläge auf eine Ergänzung des seegebundenen Projekts oder auf seine Ersetzung durch andere Waffensysteme zielten.

Shuckburghs Antwort war ausweichend, erweckte jedoch bei Finletter sowohl wie bei mir den Eindruck, daß überwiegend an eine Ersetzung der seegebundenen durch andere Waffensysteme gedacht ist.

Eine weitere Frage Finletters nahm die Bemerkung Shuckburghs auf Korn, daß britische Vorschläge keine Verzögerung der Arbeiten an dem seegebundenen Projekt bewirken sollten. Shuckburgh bestätigte diese Ansicht, ließ jedoch keinen Zweifel daran, daß es sich nur um eine Absicht handele und er nicht garantieren könne, ob das Studium des neuen Projekts nicht im Endergebnis doch zu gewissen Verzögerungen führen würde. Er betonte, daß es wichtiger sei, zu einem vernünftigen Ergebnis zu kommen, als einen bestimmten Zeitplan innezuhalten, der dieses Ergebnis möglicherweise nicht verbürge.

IV. In einem kurzen Gespräch nach der Sitzung war ich mit Finletter darüber einig, daß die MLF-Beratungen durch das britische Vorgehen nunmehr in eine kritische Phase eingetreten sind, die für die britische Beteiligung oder Nichtbeteiligung entscheidend sein wird.

Wenn das MLF-Projekt nicht auf unabsehbare Zeit verschleppt oder in seinem Charakter entscheidend verändert und verwässert werden soll, werden sich die übrigen Beteiligten nunmehr entschließen müssen, Farbe zu bekennen und eindeutig zu sagen, daß sie an dem britischen Projekt nicht interessiert sind; daß es daher auch keinen Zweck habe, mit seinem Studium Zeit zu vergeuden. Nur eine solche klare Stellungnahme wird auch die Briten letztlich davon überzeugen, daß ihr Vorschlag keine Sympathien findet und daß es daher besser ist, sich an dem ursprünglichen Projekt zu beteiligen. Die niederländische Delegation wird angesichts einer geschlossenen Front der Ablehnung der britischen Vorschläge kaum ausscheren.[10]

[gez.] Grewe

Ministerbüro, VS-Bd. 8481

[9] Vgl. dazu auch Dok. 104, Anm. 18.

[10] Zur Erörterung der britischen MLF-Vorschläge vgl. weiter Dok. 199.

173

Runderlaß des Staatssekretärs Carstens

St.S. 1172[I]/64 VS-vertraulich **Aufgabe: 19. Juni 1964, 18.45 Uhr**
Fernschreiben Nr. 1 Infex

Besuch Genfer Abrüstungskonferenz[1], wo ich mit den vier westlichen Delegationsleitern (Foster, General Burns, Sir Paul Mason, Cavaletti) sowie indischem und arabischem Vertreter (R. K. Nehru, Hassan[2]) zu längeren Unterredungen zusammentraf, diente der Information über Stand und Aussichten der Verhandlungen und Erörterung Deutschlandproblems in Verbindung mit Abrüstungsmaßnahmen[3]. Zugleich sollte das große Interesse unterstrichen werden, mit dem wir Genfer Verhandlungen verfolgen.

I. Westmächte zeigen übereinstimmend vorsichtigen Optimismus und hoffen auf Abschluß eines weiteren Abkommens auf dem Gebiet der Rüstungskontrolle noch dieses Jahr. Schon Entsendung Sorins sowie seine zuvorkommende und sachliche Einlassung[4] werden zur Begründung angeführt. Auch hat Sorin geäußert, Präsident Johnson würde vielleicht neues Abkommen im Hinblick auf die amerikanischen Wahlen[5] begrüßen. (Vorstehender Satz nur zu Ihrer Information.) Erstmals seit mehr als einem Jahr ist Einigung über Tagesordnung (5 Punkte) erzielt worden.[6] Sowjets haben Erörterung amerikanischer Vorschläge über

1) Nichtvermehrung der Zahl und Nichtveränderung der Typen (freezing) der vorhandenen Kernwaffenträger,

2) Einstellung der Produktion spaltbaren Materials für militärische Zwecke (cut off) zugestimmt.

[1] Staatssekretär Carstens vermerkte am 2. April 1964: „Wir sollten versuchen, auf die Abrüstungsverhandlungen in Genf einen größeren Einfluß zu nehmen, und gleichzeitig das Interesse der Bundesregierung an diesen Verhandlungen stärker unterstreichen. Ich erwäge daher, zu einem noch zu bestimmenden Zeitpunkt für drei bis vier Tage nach Genf zu fahren und dort Gespräche mit den Delegationsführern der USA, Großbritanniens, Italiens, Kanadas und der Neutralen zu führen." Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 436; B 150, Aktenkopien 1964.

[2] Im Mittelpunkt des Gesprächs mit dem ägyptischen Delegationsführer Hassan standen die sowjetischen Einwände gegen die MLF sowie die Unterstützung der Bundesrepublik für Israel. Staatssekretär Carstens betonte, Israel erhalte keine militärische Hilfe. Als Resümee des Gesprächs hielt er fest: „Auch in Genf ergibt sich also eine Situation, in der wir in für uns vitalen Fragen die Unterstützung der VAR brauchen. Um so mehr sollten wir uns nach meiner Ansicht Zurückhaltung bei solchen Leistungen an Israel auferlegen, die uns die erbitterte Gegnerschaft der Araber eintragen würden." Vgl. das Schreiben von Carstens vom 20. Juni 1964 an den Chef des Bundeskanzleramtes, Westrick; Büro Staatssekretär, VS-Bd. 446; B 150, Aktenkopien 1964.

[3] Vgl. dazu auch Dok. 105, Anm. 39.

[4] Mit Beginn der neuen Session der Konferenz der 18-Mächte-Abrüstungskommission in Genf am 9. Juni 1964 übernahm der Stellvertretende Außenminister Sorin die Führung der sowjetischen Delegation. Für den Wortlaut der Ausführungen von Sorin an diesem Tag vgl. DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1964, S. 210–213.

[5] Die amerikanischen Präsidentschaftswahlen fanden am 3. November 1964 statt.

[6] Am 18. Juni 1964 gaben die sowjetische und die amerikanische Delegation die gemeinsam beschlossene Tagesordnung bekannt. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1964, Z 157.

Amerikaner sind bereit, sowjetische Vorschläge über

3) Reduzierung der Rüstungshaushalte,

4) Zerstörung veralteter Bomber zu diskutieren.

Ferner besteht Einvernehmen über Erörterung

5) der Nichtverbreitung nuklearer Waffen.

Nicht erörtert werden vorerst die von uns als bedenklich angesehenen Vorschläge über Errichtung von Bodenbeobachtungsposten zur Verhinderung von Überraschungsangriffen[7] und über Nichtangriffsarrangement zwischen NATO und Warschauer Pakt[8].

II. Unsere Haltung zu [den] fünf Projekten ist folgende:

Zu 1) (Nur zu Ihrer Information) zurückhaltend. Wir fragen: Wird Kontrolle bei Sowjets möglich sein? Wird nicht die MLF behindert werden? Wird nicht Teilüberlegenheit der Sowjets im Bereich der Mittelstreckenraketen in Europa mit eingefroren? Auf alle diese Fragen haben Amerikaner Antworten gegeben, die wir unsererseits noch prüfen.[9]
Zu 2) keine Bedenken.
Zu 3) Kontrolle bei Sowjets erscheint unmöglich.
Zu 4) keine Bedenken.
Zu 5) Wir können uns an einem solchen Abkommen erst beteiligen, nachdem die MLF verwirklicht worden ist[10] (mehrfache Erklärung des Herrn Ministers).

Westmächte halten in erster Linie Vereinbarung über 4) für aussichtsreich. Hier akzeptieren Sowjets eine Kontrolle. Westmächte denken eventuell daran, außer den Bombern gewisse „Beigaben" an sonstigem obsoletem Kriegsmaterial zur Zerstörung anzubieten.

III. Zur Deutschlandfrage habe ich in meinen Gesprächen mit westlichen Delegierten folgendes erklärt:

1) Es sei offensichtlich, daß in Zeiten starker Spannung unser Bemühen um Wiedervereinigung erfolglos bleiben müsse; daher unser Interesse an politischer Klimaverbesserung.

2) Keine Maßnahme der Rüstungskontrolle dürfe die SBZ in ihrem Status aufwerten oder Teilung Deutschlands festigen.

3) Problematisch sei, ob Deutschlandfrage so in Konferenz eingeführt werden könne, daß Maßnahmen der Rüstungskontrolle mit Schritten zur Wiedervereinigung verbunden würden.

Westliche Delegierte stimmten mit mir überein, daß – wie bisher – Deutschlandfrage in Genf nicht erörtert werden solle, da Prinzip der Viermächteverantwortung nicht verlassen werden dürfe und Konferenz – wegen Teilnahme

[7] Zum Vorschlag einer Errichtung von Bodenbeobachtungsposten vgl. besonders Dok. 43.

[8] Zu Überlegungen für ein Nichtangriffsabkommen zwischen NATO und Warschauer Pakt vgl. Dok. 13, Anm. 37.

[9] Zur Haltung gegenüber dem „freeze"-Vorschlag des amerikanischen Präsidenten vom 21. Januar 1964 vgl. besonders Dok. 120.

[10] Vgl. dazu auch Dok. 39.

der 8 Neutralen und von insgesamt 5 Ostblockstaaten – keine ausreichende Gewähr für Verlauf in unserem Sinne biete. Hinzu kommt, daß keine Delegation Neigung zeigt, die riesigen Schwierigkeiten, vor denen Konferenz ohnehin steht, durch Einbeziehung Deutschlandfrage noch beträchtlich zu vergrößern.

4) Ich habe angeregt, im Rahmen vertraulicher Gespräche mit Neutralen auf Dringlichkeit Lösung des deutschen Problems auf Grundlage Selbstbestimmungsrechts hinzuweisen. Westliche Delegationen griffen diese Anregung auf. Sie werden Neutralen den Gedanken zu vermitteln suchen, Wiedervereinigung Deutschlands würde auch Lösung des Abrüstungsproblems erleichtern.

IV. Sowjets benutzen Konferenz, um uns regelmäßig anzugreifen. Hauptkritik richtet sich gegen unser Eintreten für MLF. Ich habe Nehru und Hassan, die beide danach fragten, unsere MLF-Politik[11] wie folgt erläutert:

1) Sowjets sind dem Westen im Bereich der Mittelstreckenraketen weit überlegen. Dadurch ist insbesondere Westeuropa bedroht.[12]

2) Dies löst natürlich Forderung der westeuropäischen Staaten nach besserem nuklearen Schutz aus.

3) Bundesregierung strebt an, daß dieser Schutz durch eine integrierte, von mehreren Nationen gemeinsam aufgestellte Streitmacht gewährt wird, über die keine Nation Alleinverfügungsrecht hat.

4) Bundesregierung unterstützt Forderung nach Nichtverbreitung nuklearer Waffen an einzelne Staaten. Gerade deshalb ist sie für MLF.

5) Haltung Bundesregierung stimmt überein mit ihrer seit 1950 konsequent verfolgten Politik des Zusammenschlusses des freien Teiles Deutschlands mit anderen freien Völkern zu einer festen Gemeinschaft. Diese Politik wird jetzt von allen politischen Parteien unterstützt.

6) Sowjetische Behauptung, wir strebten Alleinverfügungsrecht über nukleare Waffen an, ist daher absolut falsch.

V. Ich ermächtige Sie, von diesem Erlaß (außer den als besonders vertraulich gekennzeichneten Stellen unter I. und II.) nach Ihrem Ermessen in dortigen vertraulichen Gesprächen Gebrauch zu machen.

[gez.] Carstens

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 436

[11] Zum Stand der MLF-Verhandlungen vgl. Dok. 104.

[12] Zur Bedrohung Westeuropas durch sowjetische Mittelstreckenraketen und zur Forderung von SACEUR, der NATO entsprechende Systeme zur Verfügung zu stellen, vgl. Dok. 14, Anm. 39, sowie Dok. 149.

174

Bundesminister Schröder an Bundeskanzler Erhard

St.S. 782/64 **22. Juni 1964**[1]

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler!

In den bevorstehenden Gesprächen mit unseren österreichischen Gästen[2] werden naturgemäß die Beziehungen zwischen Österreich und der EWG[3] eine große Rolle spielen. Wir sollten den Österreichern nach meiner Ansicht sagen, daß wir im Kreise der Sechs die Hauptbefürworter der Assoziation mit Österreich seien, wenn wir auch aus verständlichen Gründen davon in der Öffentlichkeit möglichst wenig Aufhebens machten.

Zum anderen müßten wir aber den Österreichern, falls sie dieses Thema berühren, sagen, daß eine Fortdauer ihrer Mitgliedschaft in der EFTA mit einer etwaigen Assoziation mit der EWG nicht vereinbar sein würde. Dies ist die eindeutige Meinung unserer Partner in der EWG; sie ist den Österreichern mehrfach deutlich gemacht worden.[4] In Österreich selbst setzt sich die gleiche Ansicht mehr und mehr durch.[5] Auch wir sollten daher nach meiner Meinung in unseren Gesprächen keine Zweifel daran aufkommen lassen, daß die EWG in dieser Frage auf dem von ihr bisher eingenommenen Standpunkt bestehen wird.[6]

Mit meinen besten Empfehlungen

Schröder[7]

Büro Staatssekretär, Bd. 388

[1] Durchschlag als Konzept.
Staatssekretär Carstens verfügte am 22. Juni 1964 handschriftlich: „Dem H[errn] Minister vorzulegen."

[2] Bundespräsident Schärf kam vom 23. bis 26. Juni 1964 in Begleitung des österreichischen Außenministers Kreisky zu einem Staatsbesuch in die Bundesrepublik. Vgl. dazu BULLETIN 1964, S. 911 f.

[3] Die EWG führte seit 1963 Sondierungsgespräche mit Österreich über die Voraussetzungen für eine Assoziierung. Am 5. Juni 1964 legte die EWG-Kommission einen Zwischenbericht vor. Vgl. dazu BULLETIN DER EWG 7/1964, S. 21.

[4] Vgl. dazu etwa die Äußerungen des Staatssekretärs Lahr vom 5. Februar 1963 gegenüber dem österreichischen Botschafter Schöner; AAPD 1963, I, Dok. 81.

[5] Mitte Juni 1964 führte der österreichische Handelsminister Bock zur Frage einer Doppelmitgliedschaft in EFTA und EWG aus, es „habe keinen Sinn, diesem Wunschtraum nachzujagen, da Brüssel eindeutig erklärt habe, daß er nicht erfüllt werden könne. Österreich werde daher gut beraten sein, wenn es seine Verhandlungsposition in Brüssel nicht dadurch erschwere, daß es eindeutig feststehende Fakten zu verwischen trachte." Vgl. den Bericht des Botschaftsrats I. Klasse Hoffmann, Wien, vom 24. Juni 1964; Referat I A 2, Bd. 1247.

[6] Im Gespräch vom 24. Juni 1964 erklärte sich Bundesminister Schröder gegenüber dem österreichischen Außenminister Kreisky bereit, darauf hinzuwirken, daß bei Verhandlungen zwischen der EWG und Österreich die Frage des zukünftigen Verhältnisses zur EFTA vorläufig ausgeklammert werde. Hierdurch solle der österreichischen Regierung „die Lage außen- wie innenpolitisch" erleichtert werden. Vgl. das Schreiben des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Stempel vom 30. Juni 1964 an die Abteilung E des Bundesministeriums für Wirtschaft; Referat I A 2, Bd. 1247.
Zur weiteren Entwicklung der Beziehungen zwischen der EWG und Österreich vgl. Referat I A 2, Bd. 1248.

[7] Paraphe vom 22. Juni 1964.

175

Bundesminister Schröder an den französischen Außenminister Couve de Murville

St.S. 1192/64 geheim **22. Juni 1964**[1]

Sehr geehrter Herr Kollege!

Wegen der besonderen Eilbedürftigkeit wende ich mich in der nachfolgenden Angelegenheit unmittelbar an Sie. Wie ich höre, besteht in der Botschaftergruppe in Washington inzwischen Einigkeit über den Text der Dreimächteerklärung zum Moskauer Abkommen[2] mit Ausnahme zweier Sätze in Ziffer 5 und 6 des ursprünglichen Entwurfs[3], gegen die die französische Delegation Bedenken erhoben hat.

In diesen Sätzen wird einmal zum Ausdruck gebracht, daß das Abkommen vom 12. Juni die unnatürliche Teilung Deutschlands zu verewigen suche, die eine fortdauernde Quelle internationaler Spannung und ein Hindernis für eine friedliche Regelung der europäischen Probleme sei.

In dem anderen noch umstrittenen Satz wird der Wunsch der drei Mächte zum Ausdruck gebracht, bei einer Regelung des deutschen Problems schrittweise Lösungen zu suchen, die die deutsche Wiedervereinigung und Sicherheit in Europa herbeiführen würden.

Von unserem Standpunkt wäre die Beibehaltung beider Sätze erwünscht wie der Zusatz in Ziffer 2 des Entwurfs, in dem die Ermächtigung der Bundesregierung, Berlin und seine Bevölkerung nach außen zu vertreten, ausgedrückt wird und dem die französische Delegation ebenso wie die beiden anderen inzwischen zugestimmt hat.

Wie ich höre, teilen die amerikanische und jetzt auch die britische Delegation unseren Standpunkt hinsichtlich der Ziffern 5 und 6. Die Bundesregierung legt großen Wert auf eine möglichst beschleunigte Verabschiedung des Textes. Das Bundeskabinett hatte die Erklärung der drei Westmächte bereits für das Wochenende erwartet. Dementsprechend waren auch die Fraktionen des Bundestages unterrichtet worden. Nunmehr hoffen wir, daß es möglich sein wird, die Erklärung morgen zu veröffentlichen. Ich wäre Ihnen zu sehr großem Dank verpflichtet, wenn Sie die Zustimmung der französischen Regierung auch zu den Ziffern 5 und 6 in der von den drei ande-

[1] Durchschlag als Konzept.
Hat Staatssekretär Carstens am 22. Juni 1964 vorgelegen.
Der Wortlaut wurde der Botschaft in Paris am 22. Juni 1964 abends übermittelt.

[2] Für den Wortlaut des Freundschaftsvertrags vom 12. Juni 1964 zwischen der UdSSR und der DDR vgl. DzD IV/10, S. 717–723.
Zu den Beratungen in der Washingtoner Botschaftergruppe über eine Erklärung zum Freundschaftsvertrag vgl. Dok. 167.

[3] Für den Wortlaut des deutschen Entwurfs vgl. Dok. 166.

ren Partnern vorgeschlagenen Fassung möglichst noch heute erklären könnten.[4]

Mit meinen besten Grüßen und Dank für Ihre Bemühungen bin ich

Ihr ergebener

Dr. Schröder[5]

Ministerbüro, VS-Bd. 8529

176

Gespräch des Staatssekretärs Carstens mit dem sowjetischen Botschafter Smirnow

Z A 5-81.A/64 **22. Juni 1964**[1]

Aufzeichnung über ein Gespräch zwischen dem Staatssekretär des Auswärtigen Amts, Professor Dr. Carstens, und dem sowjetischen Botschafter Smirnow anläßlich der Überreichung einer Verbalnote der Bundesregierung[2] zur Frage der Repatriierung deutscher Staatsangehöriger aus der Sowjetunion. Das Gespräch fand am 22. Juni 1964 im Büro des Herrn Staatssekretärs statt. Es dauerte von 17.00 bis 18.00 Uhr.

Der Herr *Staatssekretär* begann das Gespräch mit der allgemeinen Feststellung, der Botschafter wisse, daß die Bundesregierung stets bemüht sei, die Beziehungen zwischen den beiden Ländern zu verbessern. In letzter Zeit seien dabei auch gewisse Erfolge erzielt worden. Er denke dabei an die Reise einer Gruppe sowjetischer Journalisten durch die Bundesrepublik[3] und habe den Eindruck, daß diese Reise nützliche Ergebnisse gehabt habe. Im übrigen wisse der Botschafter ja von den Gesprächen, die zur Zeit auf hoher Ebene geführt würden. So habe Botschafter Groepper in Moskau im Auftrage des Herrn Bundeskanzlers mit dem sowjetischen Premierminister Chruschtschow ge-

[4] Nach einem weiteren Meinungsaustausch über die Formulierung des Textes konnten sich die drei Westmächte und die Bundesrepublik erst am 25. Juni 1964 auf eine von den Drei Mächten abzugebende Erklärung einigen. Vgl. dazu den Drahtbericht des Botschafters Knappstein, Washington, vom 24. Juni 1964 und den Drahtbericht des Botschafters Klaiber, Paris, vom 25. Juni 1964; Ministerbüro, VS-Bd. 8529; B 150, Aktenkopien 1964.
Für den Wortlaut der gemeinsamen Erklärung der Regierungen Frankreichs, Großbritanniens und der USA vom 26. Juni 1964 vgl. DzD IV/10, S. 774–776.

[5] Paraphe vom 23. Juni 1964.

[1] Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Dolmetscher Richter am 23. Juni 1964 gefertigt.
Hat Staatssekretär Carstens am 28. Juni und Bundesminister Schröder am 18. Juli 1964 vorgelegen.

[2] Für die Verbalnote vgl. Referat V 6, Bd. 1469.

[3] Die sowjetischen Journalisten wurden am 19. April 1964 von Bundeskanzler Erhard empfangen. Vgl. dazu BULLETIN 1964, S. 589.

sprochen.[4] Auch darin komme der Wunsch der Bundesregierung nach einer Verbesserung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern deutlich zum Ausdruck. Er bitte daher den Herrn Botschafter, auch im Rahmen dieses Gespräches von dieser Grundlage auszugehen. Natürlich gebe es viele Fragen, die zwischen den beiden Ländern noch offen seien, große Fragen, mittlere Fragen, kleine Fragen. Viele dieser Fragen seien schwierig und ließen sich nur langsam lösen, doch sei auf seiten der Bundesregierung die Bereitschaft zur Erörterung von Möglichkeiten zur Lösung all dieser Fragen jederzeit vorhanden.

Heute nun habe er den Botschafter zu sich gebeten, um ein sehr altes Problem mit ihm zu erörtern, und daß es ein altes Problem sei, beweise allein schon, daß seine Lösung sicherlich nicht einfach sei. Auch der Botschafter sei mit diesem Fragenkomplex schon mehrfach befaßt worden. Er werde sich trotzdem erlauben, das Problem noch einmal in aller Ausführlichkeit vorzutragen, und im Anschluß ein Papier überreichen, das den wesentlichen Inhalt seiner Ausführungen wiedergebe.

Am 20. Mai 1963 habe er (der Herr Staatssekretär) dem Botschafter eine vom 10. Mai 1963 datierte Verbalnote überreicht, mit der die Bundesregierung erneut auf das unbefriedigende Ergebnis der Rückführung von deutschen Staatsangehörigen aus der Sowjetunion hingewiesen habe.[5] Die Note habe sich mit den heute noch in der Sowjetunion wohnenden Personen befaßt, die gemäß der zwischen der Regierung der UdSSR und der Bundesregierung getroffenen Vereinbarung vom 8. April 1958[6] als deutsche Staatsangehörige repatriiert werden sollten, oder die in Würdigung humanitärer Gesichtspunkte mit ihrer in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Familie zusammengeführt werden sollten.

Wie in der Note zum Ausdruck gebracht worden sei, wolle die Bundesregierung bei der Regierung der UdSSR jeden Zweifel darüber beseitigen, daß die von der Bundesregierung genannten Zahlen etwa auf bloßen Schätzungen beruhten. Die Bundesregierung besitze vielmehr genaue Unterlagen, die sie gemäß dem bekannten Vorschlag des Ministerpräsidenten der UdSSR, Herrn Chruschtschow[7], zusammengestellt habe. Die Bundesregierung habe in diese

[4] Zum Gespräch vom 13. Juni 1964 vgl. Dok. 162.

[5] Zum Gespräch vom 20. Mai 1963 vgl. AAPD 1963, I, Dok. 174.
Für den Wortlaut der Note vom 10. Mai 1963 vgl. BULLETIN 1963, S. 789 f.

[6] Zur Vereinbarung mit der UdSSR über die Repatriierung deutscher Staatsangehöriger vgl. DzD III/4, S. 979–981.
Mit Privatdienstschreiben vom 26. März 1964 an Staatssekretär Carstens wies Botschafter Groepper, Moskau, auf die Notwendigkeit hin, „in allen künftigen Gesprächen die Rechtsgrundlage für unsere Repatriierungswünsche mit besonderer Deutlichkeit herauszuarbeiten, und zwar gerade deshalb, weil es sich nicht um eine von beiden Seiten akzeptierte, sondern um eine von sowjetischer Seite bestrittene Basis handelt. Wenn wir auch künftig die Repatriierungsvereinbarung nicht oder nicht mit genügendem Nachdruck erwähnen, werden die Sowjets hieraus den Schluß ziehen, daß wir angesichts der sowjetischen Opposition auf sie stillschweigend verzichten, und sie würden uns diesen Verzicht entgegenhalten." Vgl. Referat V 6, Bd. 1469.

[7] Die Frage einer Repatriierung von Deutschen aus der UdSSR stand im Mittelpunkt der Gespräche des Bundeskanzlers Adenauer während des Aufenthalts in der UdSSR vom 9. bis 13. September 1955. Dabei erklärte der Erste Sekretär des ZK der KPdSU, Chruschtschow: „Es war für uns eine Überraschung, daß in Ihrer Erklärung – ich weiß nicht, auf welches Material sie sich stützt,

Listen nur Personen aufgenommen, die am 21. Juni 1941 bereits die deutsche Staatsangehörigkeit besessen hätten und die noch in letzter Zeit mit deutschen Behörden oder mit ihren in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Angehörigen wegen ihrer Rückführung in brieflichem Verkehr gestanden hätten. Ihr jetziger Aufenthalt in der Sowjetunion sei also durch sowjetische Poststempel dokumentiert.

Er, der Herr Staatssekretär, erlaube sich daher, dem Botschafter anliegend die ersten drei Bände dieser Listen zu übergeben, die je 1000 Namen von deutschen Staatsangehörigen enthielten, die noch heute in der Sowjetunion lebten.[8] Alle die in diesen Dokumentationsbänden genannten Personen seien dem Auswärtigen Amt, der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Moskau und dem Deutschen Roten Kreuz namentlich bekannt. Sie alle hätten sich um die Genehmigung ihrer Ausreiseanträge bemüht. Das Auswärtige Amt werde der Botschaft der UdSSR weitere je drei Exemplare dieser Dokumentationsbände in deutscher und russischer Sprache zur Verfügung stellen. Ferner werde die Bundesregierung in kürzeren Abständen der Botschaft der UdSSR noch einige weitere Bände mit jeweils ebenfalls 1000 Namen von deutschen Staatsangehörigen, die bisher die sowjetische Ausreisegenehmigung nicht erhalten hätten, übersenden.[9]

Bei den in diesen Dokumentationsbänden aufgeführten Personen könnten in einzelnen Fällen während der Bearbeitungszeit Änderungen in der Anschrift oder im Personenstand eingetreten sein. Den zuständigen sowjetischen Behörden werde es ohne größere Schwierigkeiten gewiß möglich sein, in diesen Fällen den letzten Stand zu ermitteln. Die Bundesregierung gebe der Erwartung Ausdruck, daß die Übergabe dieser Dokumentationsbände den sowjetischen Behörden, in deren Bereich die betreffenden Deutschen jeweils lebten, die Überprüfung und Bearbeitung der Anträge auf Ausreise in die Bundesrepublik Deutschland erleichtern würden.

Die Anträge der in den Listen aufgeführten Personen seien in den letzten Jahren vielfach wiederholt abgelehnt worden. Da die örtlichen Milizbehörden einen erneuten Antrag in der Regel erst nach Ablauf eines Jahres nach einer Ablehnung entgegenähmen, sei es möglich, daß in einer Reihe von Fällen der Milizbehörde zur Zeit kein Antrag vorliege. Daraus könne jedoch nicht gefol-

Fortsetzung Fußnote von Seite 700

Herr Kanzler – die Zahl der Deutschen, die sich noch in der Sowjetunion befinden, mit 130000 angegeben ist. Diese Erklärung bleibt auf Ihrer Verantwortung. Über diese 130000 Personen, die angeblich in der Sowjetunion zurückgehalten sind, haben wir keine Unterlagen, um Ihre Angaben zu widerlegen. Deshalb müssen wir ehrlich diese Angaben prüfen lassen. Damit wir hierzu imstande sind, bitten wir, daß Sie uns angeben, wo diese Personen sich befinden. Wir geben Ihnen unser Wort, daß die Personen, die nach diesen Listen gefunden werden, falls sie deutsche Staatsbürger sind, Ihnen zur Verfügung gestellt werden." Vgl. ADENAUER, Erinnerungen II, S. 551.

[8] Die Dokumentation wurde vom Deutschen Roten Kreuz zusammengestellt. Insgesamt sollte sie zehn Bände – mit je 1000 Namen von in der UdSSR lebenden deutschen Staatsangehörigen – umfassen. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Meyer-Lindenberg vom 21. April 1964; Referat V 6, Bd. 1469.

[9] Eine weitere Liste mit 1000 Namen wurde der sowjetischen Botschaft mit Verbalnote vom 28. August 1964 übermittelt. Für die Verbalnote vgl. Referat V 6, Bd. 1469.

gert werden, daß die betreffenden Personen an einer Rückführung in die Bundesrepublik Deutschland nicht mehr interessiert seien.

Die Bundesregierung wiederhole ihren Vorschlag, zwischen einer deutschen und einer sowjetischen Expertengruppe Gespräche aufzunehmen, um Zweifel und Mißverständnisse hinsichtlich der Repatriierung und der Familienzusammenführung zu beseitigen und günstigere Verhältnisse und Voraussetzungen für eine schnelle Abwicklung der Repatriierung und der Familienzusammenführung zu schaffen und so einen Beitrag der deutsch-sowjetischen Beziehungen zu leisten.

Dies sei, so erklärte der Herr Staatssekretär, die Erklärung, die er namens der Bundesregierung abzugeben habe. Er überreiche hiermit dem Botschafter diese Erklärung in Form einer Verbalnote und schlage gleichzeitig vor, ihm die Listen in die Botschaft zu übersenden, um ihn nicht selbst damit zu belasten.

Botschafter *Smirnow* erwiderte, er habe mit Befriedigung zur Kenntnis genommen, was der Herr Staatssekretär über den Wunsch der Bundesregierung nach einer Normalisierung, ja nach einer Verbesserung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern gesagt habe. Der Herr Staatssekretär wisse sehr gut, daß die sowjetische Regierung stets das größte Interesse daran gezeigt habe, die Beziehungen zwischen den beiden Ländern in möglichst großem Umfange zu normalisieren. Man hoffe auf sowjetischer Seite, daß der nunmehr begonnene Meinungsaustausch zwischen dem Bundeskanzler und der sowjetischen Regierung mit der Zeit Früchte tragen werde.

So sehr er also begrüße, was der Herr Staatssekretär zu Anfang des Gespräches gesagt habe, so bedenklich stimme ihn die nunmehr von ihm namens der Bundesregierung abgegebene Erklärung, denn die Behauptung von einer angeblich großen Zahl noch in der Sowjetunion lebender deutscher Staatsangehöriger werde von der Bundesregierung immer dann vorgebracht, wenn ihr daran liege, die Beziehungen zwischen den beiden Ländern zu komplizieren und neue Momente der Spannung in sie hineinzutragen.

Er selbst habe diesen Gedanken dem Herrn Staatssekretär gegenüber schon früher geäußert und erklären müssen, daß es ein Problem dieser Art nicht gebe[10], daß die Bundesregierung es erfunden habe. Dasselbe sei auch der deutschen Botschaft in Moskau von zuständiger Seite immer wieder gesagt worden. Er wiederhole: Es gebe in der Sowjetunion keine deutschen Staatsangehörigen, die aus irgendwelchen Gründen dort zurückgehalten würden. Wohl sei es richtig, daß in der Sowjetunion mehr als 1 Million deutsche Volkstumszugehörige wohnten, diese fielen aber unter gar keinen Umständen unter die Kategorie von Personen, die in der Erklärung der Bundesregierung angesprochen sei. Der sowjetische Ministerpräsident Chruschtschow selbst habe deutschen Gesprächspartnern gegenüber wiederholt erklärt, daß es Personen dieser Art in der Sowjetunion nicht mehr gebe, daß die Sowjetunion kein Interesse daran habe, fremde Staatsangehörige zurückzuhalten.

[10] Ministerialdirektor von Haeften vermerkte noch am 20. Dezember 1963, daß die UdSSR „hartnäkkig" behaupte, die Repatriierungsvereinbarungen seien erfüllt. Vgl. AAPD 1963, III, Dok. 480.

Es bestehe daher kein Anlaß, erneut irgendwelche Listen zu überprüfen. Auf ähnliche Bitten habe die sowjetische Seite bereits früher geantwortet, man wisse in der Sowjetunion am besten, wer an fremden Staatsangehörigen noch in der Sowjetunion lebe. Man habe aufgrund der nach dem Kriege durchgeführten Volkszählung ein sehr klares und genaues Bild über den Stand der Bevölkerung. Eine Notwendigkeit einer nochmaligen Überprüfung bestehe daher in gar keinem Falle.

Daß die Bundesregierung diese Frage erneut aufwerfe, stimme ihn daher aus den bereits genannten Gründen pessimistisch.

Um so mehr, als dies in einem Augenblick geschehe, wo ein Meinungsaustausch über die wirklich wichtigen Fragen, die zwischen den beiden Ländern noch offen seien, in Gang gekommen sei, über Fragen, die gelöst werden müßten und gelöst werden könnten.

Der Herr *Staatssekretär* erwiderte, er müsse es zunächst mit Entschiedenheit zurückweisen, daß die Bundesregierung, dadurch, daß sie diese Frage erneut vorbringe, die Beziehungen zwischen den beiden Ländern komplizieren oder ein Element der Spannung in sie hineintragen wolle. Auf diese Art und Weise könne man nicht argumentieren. Er habe eingangs ausdrücklich von dem Wunsch der Bundesregierung nach einer Verbesserung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern gesprochen und sei erfreut gewesen, bei dem Botschafter ein so positives Echo zu finden. Er sei auch froh, daß die sowjetische Seite sich den deutschen Hoffnungen anschließe, der Meinungsaustausch zwischen dem Herrn Bundeskanzler und der sowjetischen Regierung werde zu günstigen Ergebnissen führen.

Keinesfalls könne man jedoch so verfahren, daß, wenn eine Seite ein Thema aufgreife, die andere Seite erkläre, schon die Tatsache, daß dieses Thema berührt werde, stelle eine Komplizierung der Beziehungen dar. Im übrigen sei er der Ansicht, daß im Gegenteil die öffentliche Meinung in der Bundesrepublik sehr positiv beeinflußt werden würde, wenn das fragliche Thema zwischen den beiden Seiten diskutiert und noch mehr, wenn es im positiven Sinne gelöst werden könne.

Der Botschafter habe den sowjetischen Ministerpräsidenten Chruschtschow zitiert, der gesagt haben solle, es gebe keine ausreisewilligen Deutschen mehr in der Sowjetunion. Er aber könne ein anderes Zitat Chruschtschows aus dem Jahre 1955 anführen. Damals habe Chruschtschow gesagt: Gebt uns Listen mit Namen. Solche Listen lege die Bundesregierung nunmehr vor. Was hindere die sowjetische Seite, diese Fälle zu prüfen? Weder er noch der Botschafter kennten alle relevanten Umstände, die in den einzelnen Fällen für die Frage der Staatsangehörigkeit maßgebend seien. Eine Prüfung durch die sowjetischen Behörden aber werde ohne weiteres ergeben, ob es sich um Deutsche handle, um deutsche Staatsangehörige handle, wie die deutsche Seite behaupte, oder nicht. Komme die sowjetische Seite zu der Ansicht, daß dies nicht der Fall sei, so werde man auf deutscher Seite in dem betreffenden Fall seine Meinung überprüfen müssen und umgekehrt.

Botschafter *Smirnow* erwiderte, von der Botschaft in Moskau seien Listen bereits in großer Zahl vorgelegt worden, große Listen, kleine Listen, Einzelfälle.

Alle diese Fälle seien an Ort und Stelle sorgfältig überprüft worden, die Unterlagen seien nach Moskau gesandt worden, und in allen Fällen sei festgestellt worden, daß es sich nicht um deutsche Staatsangehörige, sondern lediglich um deutsche Volkstumszugehörige sowjetischer Staatsangehörigkeit gehandelt habe. Eine neuerliche Überprüfung sei deshalb nur überflüssige Arbeit. Wenn der Herr Staatssekretär einen Ausspruch Chruschtschows aus dem Jahre 1955 zitiere, so habe dieser heute keine Gültigkeit mehr, weil das Problem längst erledigt sei. Die deutschen Generale, die deutschen Offiziere und Soldaten seien längst heimgekehrt.[11] Dasselbe gelte auch für die übrigen deutschen Staatsangehörigen, die sich im Ergebnis des Krieges in der Sowjetunion befunden hätten. Von diesen Personen sei niemand mehr übrig. Im übrigen sei es auch so, daß die sowjetischen Behörden unter bestimmten Umständen auch sowjetische Staatsangehörige nicht an der Ausreise hinderten, zum Beispiel wenn eine sowjetische Staatsangehörige einen Deutschen heirate. Er wiederhole daher, das ganze Problem existiere nicht, es gebe in der Sowjetunion keine ausreisewilligen fremden Staatsangehörigen, denn es sei nach dem Kriege die erste Sorge der sowjetischen Regierung gewesen, alle fremden Staatsangehörigen, die infolge des Krieges dort verblieben seien, möglichst schnell in ihre Heimat zu entlassen, da sie für die sowjetische Regierung nur ein Gegenstand der Sorge gewesen seien.

Im übrigen dürfe er auf die gute Zusammenarbeit zwischen den Rotkreuzgesellschaften der beiden Länder hinweisen, die gemeinsam Suchanzeigen, Vermißtenschicksale usw. aufzuklären sich bemühten. Das seien Arbeiten, die gewiß noch lange dauern würden, weil die Klärung vieler Fälle nicht einfach sei. Eine Überprüfung der hier von der Bundesregierung vorgelegten Listen sei dagegen in keiner Weise notwendig. Alles, was überprüft werden könne, sei längst bekannt, und die Antworten auf alle Fragen seien längst gegeben worden.

Der Herr *Staatssekretär* erwiderte, bei den vorliegenden Listen handele es sich nicht um die gleichen Listen, die von der Botschaft in Moskau der sowjetischen Regierung vorgelegt worden seien. Im übrigen wiederhole er, daß es sich bei den Personen, die in diesen Listen aufgeführt seien, um deutsche Staatsangehörige, nicht etwa um deutsche Volkstumszugehörige anderer Staatsangehörigkeit handle. Die Listen wären dann ja wohl auch sehr viel größer.

Der Herr Staatssekretär verlas hierzu die auf dem Deckblatt der Listen abgedruckte Erklärung über den Status der darin aufgeführten Personen. Er fuhr dann fort:

Daß die sowjetische Regierung die deutschen Kriegsgefangenen vollständig repatriiert habe, sei von deutscher Seite stets anerkannt worden. Auch daß deutsche Staatsangehörige, die nicht Soldaten gewesen seien, ihm schwebe eine Zahl von 15000 Personen vor, repatriiert worden seien, sei von der Bundesregierung stets dankbar anerkannt worden. Eine Meinungsverschiedenheit bestehe aber offensichtlich darüber, ob es noch weitere deutsche Staatsange-

[11] Zwischen 1955 und 1963 wurden rund 15000 deutsche Kriegsgefangene bzw. andere „Reichsdeutsche" in die Bundesrepublik entlassen.

hörige in der Sowjetunion gebe. Nach deutscher Auffassung seien die in den vorliegenden Listen aufgeführten Personen eben solche noch in der Sowjetunion verbliebenen deutschen Staatsangehörigen.

Was der Botschafter über die gute Zusammenarbeit zwischen den beiden Rotkreuzgesellschaften gesagt habe, könne er durchaus bestätigen. Er wolle nichts weniger, als diese gute Zusammenarbeit beeinträchtigen. Wenn der Botschafter vorschlage, auch die Bearbeitung der vorliegenden Listen den Rotkreuzgesellschaften zu übertragen, so sei das ein Vorschlag, über den sich diskutieren lasse.

Botschafter *Smirnow* erwiderte, er müsse auch dies ablehnen. Es gebe kein Problem ehemaliger deutscher Staatsangehöriger des Dritten Reiches in der Sowjetunion. Auf alle entsprechenden früheren Anfragen seien von sowjetischer Seite klare Antworten erteilt worden. Wohl gebe es auf beiden Seiten immer wieder einzelne Fälle, wo die betreffenden Personen nach eingehender Prüfung der relevanten Umstände repatriiert würden. Es handle sich, wenn er sich recht erinnere, um 10 bis 15 Personen jährlich in beiden Richtungen.

Der Herr *Staatssekretär* erklärte, er bedaure, daß der Botschafter auf seinem Standpunkt beharre. Er überreiche ihm jedoch weisungsgemäß hiermit die Verbalnote der Bundesregierung und werde ihm die Listen an die Botschaft zustellen.

Botschafter *Smirnow* liest inzwischen, offensichtlich um Zeit zu gewinnen, die Verbalnote langsam durch und erklärt dann, es wäre das Beste, man einigte sich dahin, diese Frage aus dem Spiel zu lassen und sich der Lösung der wirklich wichtigen Fragen zuzuwenden. Die von der Bundesregierung immer wieder aufgeworfene Frage der angeblichen deutschen Staatsangehörigen in der Sowjetunion habe sich in den 20 Jahren, die seit dem Kriege vergangen seien, von selbst gelöst. Werfe man sie wieder auf, so müsse das notwendig die Spannung zwischen den beiden Ländern erhöhen statt sie zu verringern.

Der Herr *Staatssekretär* erwiderte, es gebe ein deutsches Sprichwort, das heiße, man könne das eine tun und das andere nicht lassen. Gewiß solle man versuchen, die großen Fragen zu lösen, aber man dürfe deswegen die Augen vor anderen Problemen nicht verschließen, um so mehr, wenn dahinter menschliche Schicksale ständen. Die Bundesregierung würde diese Frage nicht zur Debatte stellen, wenn sie nicht überzeugt wäre, daß diese Menschen in die Bundesrepublik zurück wollten. Sie verstehe nicht, warum die sowjetische Regierung sich weigere zu prüfen, ob es sich bei diesen Menschen um deutsche Staatsangehörige handle, die ein Recht auf diese Rückkehr hätten. Im übrigen sei er, der Staatssekretär, jederzeit bereit, mit dem Botschafter auch über andere Probleme zu sprechen.

Botschafter *Smirnow* erwiderte, menschliche Schicksale gingen ihm ebenso nahe wie dem Herrn Staatssekretär. Gerade das Schicksal aller der Menschen, die durch den Krieg von ihrer Heimat losgerissen worden seien, habe seinerzeit die sowjetische Regierung bewogen, dieses Problem vordringlich zu lösen. Dies habe besonders auch für die Deutschen in der Sowjetunion gegolten. Schon vor Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen der Bun-

desrepublik und der Sowjetunion[12] seien mehr als 1 Million Deutsche nach Hause zurückgekehrt. Der Rest sei dann nach Aufnahme der diplomatischen Beziehungen gefolgt. Sollte es immer noch einzelne Personen geben, die glaubten, aufgrund ihrer Staatsangehörigkeit ein Anrecht auf Repatriierung zu haben, so hätten sie jederzeit die Möglichkeit, einen Antrag zu stellen, und sollte sich die Berechtigung ihres Anspruchs nach sorgfältiger Prüfung erweisen, so würde ihnen die Ausreise selbstverständlich genehmigt werden. So sei bisher verfahren worden, und so werde auch weiterhin verfahren werden.

Der Herr *Staatssekretär* sagte, er nehme diese Erklärung dankend zur Kenntnis.

Auf die erneute Frage des Herrn Staatssekretärs nach der Beantwortung der Verbalnote und der Übersendung der Listen erklärte der *Botschafter* nach einigem Ausweichen und Zögern, er sei damit einverstanden, daß der Herr Staatssekretär ihm die Verbalnote und die Listen in die Botschaft sende. Er tue dies, obwohl er ausdrücklich wiederhole, daß es das von der Bundesregierung angeschnittene Problem für die sowjetische Regierung nicht gebe, und zwar nur deshalb, weil die sowjetische Seite keine Gelegenheit versäumen möchte, um die Beziehungen zur Bundesrepublik zu normalisieren.

Der Herr *Staatssekretär* dankte dem Botschafter und erklärte sodann, er habe noch einen Einzelfall zu besprechen, der mit der Frage der Listen nichts zu tun habe. Es handle sich um die beiden Studenten Naumann und Sonntag[13], die noch in der Sowjetunion zurückgehalten würden, und er möchte doch bei dem Botschafter anfragen, ob in dieser Angelegenheit eine neue Entwicklung eingetreten sei.

Botschafter *Smirnow* (sichtlich verlegen, wie immer, wenn diese Frage angesprochen wird) erwiderte, er habe seinerzeit dem Wunsche des Staatssekretärs entsprechend diese Frage in Moskau vorgebracht und jetzt auch während seines Urlaubs Gelegenheit genommen, bei den zuständigen Behörden vorzusprechen und Erkundigungen einzuziehen. Man habe ihm jedoch dort erklärt, man sehe bisher keine Möglichkeit zur Freilassung der beiden Personen. Wenn der Staatssekretär dies wünsche, werde er jedoch noch einmal in Moskau deswegen rückfragen.

Der Herr *Staatssekretär* sagte, er bitte den Herrn Botschafter, bei dieser Gelegenheit zum Ausdruck zu bringen, daß die Bundesregierung nach wie vor sehr großes Interesse an der Freilassung der beiden Studenten habe. Es gehe hierbei nicht um die Frage ihrer Schuld, die er hier nicht erörtern wolle, sondern darum, daß es sich um sehr junge Menschen handle. Es sei die Ansicht der

[12] Die Bundesrepublik und die UdSSR nahmen am 13. September 1955 diplomatische Beziehungen auf.

[13] Walter Naumann und Peter Sonntag befanden sich seit September 1961 wegen Spionagetätigkeit in sowjetischer Haft. Im Juni 1962 verständigten sich Staatssekretär Carstens und Botschafter Smirnow darauf, daß – als Gegenleistung für die Freilassung eines sowjetischen Spions – die beiden Deutschen in die Bundesrepublik zurückkehren sollten. Vgl. die Aufzeichnung von Carstens vom 24. Juli 1964; Büro Staatssekretär, Bd. 400. Vgl. dazu auch AAPD 1963, I, Dok. 174, und AAPD 1963, III, Dok. 384.
Naumann und Sonntag wurden erst im Februar 1969 aus der Haft entlassen und gegen den 1963 wegen Spionage für die UdSSR verurteilten ehemaligen Mitarbeiter des Bundesnachrichtendienstes, Felfe, ausgetauscht. Vgl. dazu AdG 1969, S. 14501. Vgl. ferner Referat II 4, Bd. 769.

Bundesregierung, daß auch in der sowjetischen Praxis in solchen Fällen die Möglichkeit eines Gnadenerweises gegeben sei.

Auf die Frage des Herrn Staatssekretärs, ob der Botschafter von sich aus noch ein Anliegen vorzubringen habe, erklärte Botschafter *Smirnow*, die wichtigen Angelegenheiten würden ja zur Zeit in Moskau beraten, so daß er von sich aus hier zunächst nicht eingreifen könne. Er nehme aber an, daß nach der Rückkehr Ministerpräsident Chruschtschows von seiner Skandinavienreise[14] eine Antwort auf die Botschaft des Herrn Bundeskanzlers erfolgen werde, und daß dann vielleicht neue Schritte in Richtung auf eine Fortsetzung des Meinungsaustausches oder aber auch praktische Schritte ergriffen werden würden.[15]

Das Gespräch war hiermit beendet.

Büro Staatssekretär, Bd. 400

177

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Krapf

II 5-82.01/94.27/329/64 **22. Juni 1964**[1]

Betr.: Deutsch-tschechoslowakische Verhandlungen über den Austausch von Handelsvertretungen[2]
hier: deutscher Gegenvorschlag auf den tschechoslowakischen Entwurf vom 14.4.1964[3]

Die Prüfung des tschechoslowakischen Gegenentwurfs einer Vereinbarung über den Austausch von Vertretungen durch die Abteilungen II und V hat ergeben, daß wir der dort vorgeschlagenen schriftlichen Fixierung konsularischer Befugnisse nicht zustimmen sollten. Nach den von der Wiener Konsularkonvention[4] gesetzten völkerrechtlichen Normen würde die Verleihung konsularischer Befugnisse an die Handelsvertretungen im Ergebnis der Errichtung konsularischer Vertretungen gleichkommen. Damit würden wir indirekt die Bemühungen der SBZ, ihrerseits ein Netz konsularischer Vertretungen aufzubauen[5], erleichtern. Unser neues Arbeitspapier[6] unterscheidet sich

[14] Zum Aufenthalt des sowjetischen Ministerpräsidenten vom 16. Juni bis 4. Juli 1964 in Dänemark, Schweden und Norwegen vgl. Dok. 153, Anm. 5.

[15] Zum weiteren Meinungsaustausch mit der UdSSR vgl. Dok. 209.

[1] Die Aufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Luedde-Neurath konzipiert.

[2] Vgl. dazu bereits Dok. 100.

[3] Für den tschechoslowakischen Entwurf vgl. Abteilung II (II 5), VS-Bd. 232.

[4] Für den Wortlaut des Abkommens vom 24. April 1963 vgl. UNTS, Bd. 596, S. 261–323.

[5] Vgl. dazu auch Dok. 171.

[6] Dem Vorgang ist ein „Entwurf einer deutsch-tschechoslowakischen Vereinbarung über den Austausch von Handelsvertretungen" vom 19. Mai 1964 beigefügt. Vgl. Abteilung II (II 5), VS-Bd. 232; B 150, Aktenkopien 1964.

deshalb von dem tschechoslowakischen Vorschlag vor allem dadurch, daß es von der Aufnahme eines Katalogs konsularischer Befugnisse absieht.

Wir können aber andererseits andeuten, daß wir in den kommenden Verhandlungen bereit wären, eine mündliche Absprache über die Ausübung von Paß- und Sichtvermerksbefugnissen durch die Handelsvertretungen zu treffen.

Im Hinblick auf den zunehmenden Reiseverkehr mit der Tschechoslowakei könnte ferner mündliches Einverständnis darüber erzielt werden, daß in Not geratene Touristen sich an die Handelsvertretungen wenden können. Hierbei müßte aber klargestellt werden, daß die Hilfe der Handelsvertretung sich in diesem Fall auf innerdienstliche Maßnahmen, z.B. Gewährung eines Darlehens, zu beschränken hat und nicht eine Vertretung gegenüber den Behörden des Empfangsstaates umfaßt.

Schließlich bestünden unsererseits auch keine Bedenken dagegen, die Förderung kultureller und wissenschaftlicher Beziehungen in den Aufgabenbereich der Handelsvertretungen aufzunehmen.[7] Auf diese Weise könnten wir versuchen, zu einer Berlin-Klausel auf diesem Gebiet zu gelangen. Gerade deshalb müssen wir jedoch damit rechnen, daß die tschechoslowakische Seite ihren Vorschlag nicht aufrechterhält.

Der neue deutsche Vorentwurf versucht, so weitgehend wie möglich, Gliederung und Formulierungen des tschechoslowakischen Papiers beizubehalten. Dabei wurden sogar zunächst einige sprachliche Unschönheiten in Kauf genommen[8], um die Abweichungen von dem tschechoslowakischen Arbeitspapier nicht allzu sichtbar werden zu lassen.

Mit der tschechoslowakischen Seite soll nunmehr ein neuer vertraulicher Gesprächstermin – nach Möglichkeit in Bonn, notfalls auf Referentenebene in Prag – vereinbart werden, bei dem unser Gegenentwurf übergeben und erläutert wird. Ziel dieser nächsten Vorbesprechung wird es sein, zu klären, ob auf der Grundlage der bisherigen Entwürfe – einschließlich Berlin-Klausel – Verhandlungen über den Austausch von Handelsvertretungen begonnen werden können oder ob es sich empfiehlt, diese Verhandlungen in die Wirtschaftsverhandlungen einmünden zu lassen, die etwa für September/Oktober 1964 vorgesehen sind und für die ab Mitte September Herr Botschafter von Mirbach zur Verfügung steht.[9]

Hiermit dem Herrn Staatssekretär[10] mit der Bitte um Zustimmung vorgelegt.

[7] Gemäß dem Entwurf vom 19. Mai 1964 sollten die Handelsvertretungen auch „für den weiteren Ausbau der kulturellen und wissenschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern zuständig sein". Vgl. Abteilung II (II 5), VS-Bd. 232; B 150, Aktenkopien 1964.

[8] Die Wörter „Unschönheiten in Kauf genommen" wurden von Staatssekretär Carstens hervorgehoben. Dazu handschriftliche Bemerkung: „Das sollten wir nicht tun." Vortragender Legationsrat I. Klasse Luedde-Neurath vermerkte daraufhin handschriftlich: „Wird in Neufassung berücksichtigt."

[9] Zu den weiteren Gesprächen mit der Tschechoslowakei vgl. Dok. 256.

[10] Hat Staatssekretär Carstens am 23. Juni 1964 vorgelegen, der handschriftlich für Ministerialdirektor Krapf vermerkte: „Eilt. 1) Einverst[anden]. 2) D II z[ur] w[eiteren] V[erwendung]. 3) Dem H[errn] Minister z[ur] g[efälligen] K[enntnisnahme]."
Hat Bundesminister Schröder am 26. Juni 1964 vorgelegen.

Unser neuer Vorentwurf und Ablichtung des tschechoslowakischen Entwurfs liegen bei.

Abteilungen III und V haben mitgezeichnet.

Krapf

Abteilung II (II 5), VS-Bd. 232

178

Drahterlaß des Staatssekretärs Carstens

St. S. 1245/64 VS-vertraulich **Aufgabe: 28. Juni 1964, 11.03 Uhr[1]**
Fernschreiben Nr. 2374 Plurex
Citissime

1) Bundesregierung ist nach wie vor sehr daran interessiert, alle vorhandenen Möglichkeiten zur Verstärkung der europäischen politischen Zusammenarbeit zu nutzen. Einmal sind wir der Überzeugung, daß der im Gang befindliche Integrationsprozeß in den Europäischen Gemeinschaften eine Ergänzung in anderen Bereichen, vor allem dem der allgemeinen auswärtigen Politik, erfordert. Zum anderen sehen wir gewisse Resignations- oder Ermüdungserscheinungen in der öffentlichen Meinung, denen nach unserer Ansicht entgegengetreten werden sollte. Für eine groß aufgezogene Aktion wie etwa eine Regierungschefkonferenz[2] ist der Augenblick offensichtlich noch nicht gekommen. Das schließt nicht aus, daß man vielleicht in behutsamer Weise Fortschritte machen kann.

2) Wir erwägen daher, unseren 5 Partnern vorzuschlagen, daß eine Kommission von Regierungsbeamten der 6 Länder die verschiedenen Möglichkeiten zu einer Verstärkung der europäischen politischen Zusammenarbeit untersuchen sollte.[3] Der Sache nach würde es sich um eine Wiederbelebung des Fouchet-(später Cattani-)Ausschusses[4] handeln.

[1] Drahterlaß an die Botschaften in Rom, Den Haag, Brüssel und Luxemburg, nachrichtlich an die Botschaft in Paris.

[2] Die Möglichkeit eines Treffens des Regierungschefs der sechs EWG-Staaten wurde insbesondere im Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit Staatspräsident de Gaulle am 15. Februar 1964 erörtert. Vgl. dazu Dok. 49.

[3] Der Gedanke einer unabhängigen Kommission wurde auch vom belgischen Außenminister Spaak vertreten. Vgl. dazu Dok. 112, Anm. 8.

[4] Christian Fouchet übernahm im September 1961 den Vorsitz des von den EWG-Staaten eingesetzten Sachverständigenausschusses zur Ausarbeitung der Statuten für eine europäische politische Union; nach seiner Ernennung zum französischen Erziehungsminister übernahm im Frühjahr 1962 Attilio Cattani den Vorsitz.
Zu den im Ausschuß erarbeiteten Fouchet-Plänen vom 2. November 1961 bzw. 18. Januar 1962 vgl. Dok. 7, Anm. 10.

Das Mandat dieser Kommission müßte so weit gefaßt sein, daß auch die Prüfung der Möglichkeit der Herstellung einer Verbindung mit Nichtmitgliedstaaten der EWG darunter fällt.

3) Bevor wir einen derartigen Schritt unternehmen, möchten wir bei unseren Partnern deren voraussichtliche Reaktion durch Sondierungen ermitteln.

Ich bitte Sie, mit einer Persönlichkeit des dortigen Außenministeriums, die nach Ihrer Ansicht für diese Gedankengänge aufgeschlossen ist, umgehend Fühlung zu nehmen und noch vor dem 3. Juli zu berichten.[5]

4) Zusatz nur für Den Haag: Auf Anregung Ittersums habe ich die Angelegenheit gestern abend hier mit Luns erörtert. Seine sofortige Reaktion war, man könne den Briten nicht noch einmal den Stuhl vor die Tür setzen. Die britische Regierung habe mehrfach gebeten, bei allen neuen Initiativen von vornherein beteiligt zu werden. Man müsse bis nach den britischen Wahlen warten.

Ich bitte Sie trotzdem, die vorstehende Weisung auszuführen.[6]

5) Zusatz nur für Paris: MD Jansen hat die vorstehenden Gedanken bereits in der Konsultationsbesprechung am 27. Juni[7] erörtert.

[gez.] Carstens

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 417

[5] Botschafter Siegfried, Brüssel, berichtete am 2. Juli 1964, der belgische Außenminister beurteile die Erfolgschancen des deutschen Vorschlags skeptisch. Spaak sei der Meinung, daß Italien und die Niederlande an der Nichtbeteiligung Großbritanniens Anstoß nehmen würden. Zudem mangele es den Politikern an neuen Ideen, mit deren Untersuchung die Kommission beauftragt werden könnte. Vgl. Abteilung I (I A 1), VS-Bd. 11; B 150, Aktenkopien 1964. Zur reservierten Haltung des Generalsekretärs im italienischen Außerministerium, Cattani, gegenüber dem deutschen Vorschlag vgl. den Drahtbericht des Botschafters Blankenhorn, Rom, vom 30. Juni 1964; Abteilung I (I A 1), VS-Bd. 11; B 150 Aktenkopien 1964.

[6] Botschafter Berger, Den Haag, bestätigte am 1. Juli 1964, daß der niederländische Außenminister dem Vorschlag, eine Expertenkommission zur Erörterung der europäischen politischen Zusammenarbeit einzusetzen, ablehnend gegenüberstehe. Mit der WEU existiere bereits ein geeignetes Forum, und jede „Ersatzorganisation" sei gegen Großbritannien gerichtet. Luns habe erklärt, daß eine Intensivierung der europäischen Kooperation aufgrund der französischen Haltung momentan nicht möglich sei. Vgl. Abteilung I (I A 1), VS-Bd. 11; B 150, Aktenkopien 1964.
Zur niederländischen Haltung vgl. auch den Drahtbericht von Berger vom 30. Juni 1964; Abteilung I (I A 1), VS-Bd. 11; B 150, Aktenkopien 1964.

[7] In der Konsultationsbesprechung erklärte Ministerialdirektor Jansen, man wolle bei den übrigen Partnerstaaten sondieren, „ob sie bereit seien, einer Wiederaufnahme der Verhandlungen der Fouchet-Kommission zuzustimmen". Der Abteilungsleiter im französischen Außenministerium, Lucet, zeigte sich skeptisch. Die Reaktion der Niederlande werde sicher negativ ausfallen, und mit einer Stellungnahme Italiens sei aufgrund des Rücktritts der Regierung Moro kaum zu rechnen. Für das Protokoll der Besprechung vom 27. Juni 1964 vgl. Referat I A 1, Bd. 536.

179

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Böker

I B 4-84.00/92.-796/64 geheim **29. Juni 1964**[1]

Betr.: Waffenlieferungen in den Nahen Osten

Die Durchführung der grundsätzlichen Weisung, daß in den Nahen Osten als Spannungsgebiet keine Waffen geliefert werden sollen[2], stößt in letzter Zeit zunehmend auf Schwierigkeiten.

Einerseits hat sich ergeben, daß das Bundesverteidigungsministerium offensichtlich mannigfaltige Bindungen mit Israel eingegangen ist, die dem obigen Grundsatz entgegenstehen.[3] Als Beispiel sei auf den anliegenden Vorgang verwiesen, einem Antrag der Firma Junghans auf Genehmigung der Ausfuhr von 24 000 Mörsergranatzündern nach Israel, der im Februar d.J. auf Weisung des Herrn Staatssekretärs abgelehnt worden war. Nunmehr hat das Bundesverteidigungsministerium die Angelegenheit erneut aufgegriffen und mitgeteilt, daß Israel im Auftrag der Bundeswehr an der Entwicklung neuer Granaten arbeite und die 24 000 Mörsergranatzünder für Erprobungszwecke benötige. Um eine nachträgliche Ausfuhrgenehmigung wurde gebeten. Unter diesen Umständen mußten die ursprünglichen Bedenken gegen die Lieferung zurückgestellt werden.[4]

Andererseits geht aus verschiedenen Informationen hervor, daß den arabischen Staaten offensichtlich genauere Einzelheiten über die deutsch-israelischen Rüstungsbeziehungen bekannt sind.[5] Es erscheint deshalb unmöglich, die bisher allerdings nur in kleinem Umfang eingegangenen Anträge arabischer Regierungen auf Genehmigung von Rüstungskäufen in der Bundesrepublik[6] weiterhin unter Hinweis darauf abzulehnen, daß wir in den Nahen Osten keine Waffen liefern. Eine solche Begründung würde uns als bewußte Unwahrheit und einseitige Bevorzugung Israels ausgelegt werden und unsere Beziehungen zu den arabischen Staaten auf die Dauer auf das schwerste belasten.

II. Nach Auffassung von Abteilung I erscheint es im Prinzip nach wie vor richtig, daß wir an Nahost-Staaten keine Waffen liefern und keine sonstigen Beziehungen auf dem Rüstungssektor unterhalten. Die Erfahrung hat gezeigt,

[1] Die Aufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Schirmer konzipiert.

[2] Staatssekretär Carstens bestätigte noch am 26. Februar 1964 diesen Grundsatz. Vgl. dazu Dok. 54, Anm. 1.

[3] Zur Ausrüstungshilfe für Israel vgl. Dok. 54, besonders Anm. 5, sowie zuletzt Dok. 161.

[4] Vgl. dazu bereits Dok. 54, besonders Anm. 2.

[5] Vgl. dazu Dok. 164, besonders Anm. 8 und 9.

[6] So zeigte etwa Saudi-Arabien Interesse am Ankauf von Waffen in der Bundesrepublik. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jansen vom 1. Oktober 1964; Abteilung I (I B 4), VS-Bd. 222; B 150, Aktenkopien 1964.

daß uns hieraus nur Schwierigkeiten in unserem Verhältnis zur arabischen wie zur israelischen Seite erwachsen.[7]

Entsprechend diesem Grundsatz sollte ferner angestrebt werden, daß wir uns aus allen bereits eingegangenen Bindungen auf militärischem Gebiet schrittweise wieder herauslösen.

In der Praxis ist die Durchführung einer solchen Politik allerdings gegenwärtig schwierig. Die Tätigkeit deutscher Fachkräfte in der Flugrüstungsindustrie und der Raketenforschung der VAR ist einer Einflußnahme durch die Bundesregierung weitgehend entzogen.[8] Der Abzug dieser Fachkräfte aus der VAR würde überdies zu einem unerwünschten größeren Einfluß der Sowjetunion in der VAR führen. Eine einseitige Einschränkung der militärischen Zusammenarbeit mit Israel wäre politisch ebenso unmöglich. Der kürzliche Besuch einer Delegation hoher Offiziere der Bundeswehr in Israel zeigt außerdem, daß das Bundesverteidigungsministerium dieser Zusammenarbeit besonderen Wert beimißt.

Solange sich das Prinzip, keine Waffen in den Nahen Osten zu liefern, nicht durchführen läßt, erscheint es zumindest erforderlich, eine gewisse Gleichbehandlung beider Seiten anzustreben. Es wird daher um Zustimmung gebeten, daß in Einzelfällen und nach sorgfältiger Überprüfung auch gegenüber den arabischen Staaten Ausnahmen zugelassen werden.

Abteilung III hat mitgezeichnet.

Hiermit dem Herrn Staatssekretär II/I[9] vorgelegt.

i.V. Alexander Böker

Abteilung I (I B 4), VS-Bd. 222

[7] Dieser Satz wurde von Staatssekretär Lahr hervorgehoben, der handschriftlich vermerkte: „r[ichtig]".

[8] Zur skeptischen Haltung der Bundesregierung gegenüber gesetzgeberischen Maßnahmen gegen eine Tätigkeit der deutschen Experten in der VAR vgl. Dok. 164, besonders Anm. 4.

[9] Hat Staatssekretär Lahr am 8. Juli 1964 vorgelegen, der handschriftlich für Ministerialdirektor Jansen vermerkte: „B[itte] R[ück]sp[rache] (gemeinsam mit VLR I Schirmer)".

180

Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit Staatspräsident de Gaulle

Z A 5-87.A/64 geheim **3. Juli 1964**[1]

Der Herr Bundeskanzler führte am 3. Juli 1964 um 11 Uhr ein erstes Gespräch unter vier Augen mit dem französischen Staatspräsidenten de Gaulle.

Der Herr *Bundeskanzler* gab einleitend seiner Freude über das Treffen Ausdruck und bedankte sich bei General de Gaulle für die von Frankreich bewiesene Freundschaft, insbesondere anläßlich des neulich zwischen Pankow und Moskau abgeschlossenen Freundschaftsvertrages[2]. Es sei gesagt worden, daß es sich bei dem vorliegenden Treffen um ein reines Routinegespräch handle.[3] Er wehre sich jedoch gegen diese Auffassung, denn dazu sei der Rang des französischen Staatspräsidenten zu hoch und die Freundschaft zu wertvoll. Andererseits könne man die Schwierigkeiten nicht verkennen. Niemand aber habe das Recht, der Bundesregierung vorzuwerfen, sie habe irgend etwas versäumt, um im Rahmen der Sechs zu einer politischen Form zu kommen. Seine ursprüngliche Absicht, ein Treffen der Regierungschefs der Sechs herbeizuführen, sei leider fehlgeschlagen.[4] Dennoch erwarte man in Deutschland, daß der Gedanke nicht verfalle. Er glaube, daß im Rahmen des deutsch-französischen Vertrages[5] eine gemeinsame Prüfung angestellt werden soll, ob und in welcher Weise unseren Partnern neue, nicht vorgeprägte Formen einer engeren politischen Zusammenarbeit vorgeschlagen werden könnten. Es brauche sich dabei um nichts Spektakuläres zu handeln. Niemand aber könne es Deutschland und Frankreich im Rahmen ihres Vertrages verwehren, erneut

[1] Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Kusterer am 6. Juli 1964 gefertigt.
Vgl. zu dem Gespräch auch OSTERHELD, Außenpolitik, S. 94–96.

[2] Für den Wortlaut des Freundschaftsvertrags vom 12. Juni 1964 zwischen der UdSSR und der DDR vgl. DzD IV/10, S. 717–723.
Zur Reaktion der drei Westmächte vgl. Dok. 167 und Dok. 175, besonders Anm. 4.

[3] Mit Drahtbericht vom 1. Juli 1964 informierte Botschafter Klaiber, Paris, über die nüchterne Beurteilung der Reise des Staatspräsidenten de Gaulle durch die Presse in Frankreich: „Die deutsch-französischen Treffen seien nun Routine geworden, man erwarte in französischen Kreisen keine besonderen Ergebnisse". Vgl. Referat I A 1, Bd. 531.
Für ähnliche Einschätzungen in der Presse der Bundesrepublik vgl. die Artikel „De Gaulles Besuch am Rhein" und „Die deutsch-französische Konferenz in Bonn beginnt"; DIE WELT, Nr. 152 vom 3. Juli 1964, S. 1 und 4, bzw. FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 151 vom 3. Juli 1964, S. 1 und 4.

[4] Im Bemühen, einer europäischen politischen Union durch eine Konferenz der Staats- und Regierungschefs der EWG näherzukommen, besuchte Bundeskanzler Erhard nach der Amtsübernahme am 16. Oktober 1963 Frankreich, Großbritannien, Italien, die Niederlande, Belgien und Luxemburg. Vgl. dazu Dok. 12, Dok. 27, besonders Anm. 29, Dok. 49, Dok. 59 und Dok. 112. Zu den deutsch-französischen Regierungsbesprechungen am 21. November 1963 in Paris vgl. AAPD 1963, III, Dok. 421 und Dok. 423.

[5] Für den Wortlaut des deutsch-französischen Vertrags vom 22. Januar 1963 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 706–710.

eine Analyse anzustellen, wie neue Formen und Ideen eines politischen Europa wiederbelebt werden könnten.[6]

General *de Gaulle* erklärte, er sei zu diesem Treffen gekommen, weil es einmal der Vertrag vorschreibe[7], zum zweiten aber ein solches Treffen an sich schon wichtig sei, selbst wenn daraus keine spektakulären Entscheidungen sich ergäben. Es sei bereits bedeutsam, daß die beiden Regierungen organische Kontakte hätten. Allerdings sehe er im Augenblick nicht, was man auf dem politischen Gebiete tun könne. Hinsichtlich des Europa der Sechs gestatte sicherlich der derzeitige Zerfall in Italien[8] und die Voreingenommenheit der Holländer und in gewissem Maße auch der Belgier im Augenblick nicht, selbst den Anfang einer Konstruktion zu machen.[9] Diese Länder wollten am liebsten überhaupt nichts. Die erste Ausflucht sei England gewesen, nach der Wahl[10] würden sie eine weitere Ausflucht finden. In Wirklichkeit wollten sie eben kein politisches Europa, das tatsächlich europäisch wäre, denn sie wollten sich nicht Deutschland und Frankreich gegenüberfinden, vor allem nicht der geballten Macht dieser beiden Länder. Sie befürchteten, das deutsch-französische Gewicht in einer solchen Organisation würde sie verpflichten, Deutschland und Frankreich zu folgen, was sie nicht wollten. Infolgedessen würden die Partner nicht mitmachen. Gleichgültig, welche Vorschläge man mache oder welche Verbesserungen man an den früheren Vorschlägen anbringe, würden sie den entscheidenden Schritt nicht tun. So sehe er die Lage, die er bedaure. Was Deutschland und Frankreich anbelange, so könnten diese beiden Länder ebenfalls im derzeitigen Zeitpunkt hinsichtlich ihrer politischen Zusammenarbeit nichts Wesentliches unternehmen, denn in Wirklichkeit habe Deutschland nicht „gewählt". Er kenne und verstehe die Gründe, die Deutschland dafür habe, und er respektiere diese Gründe. Er wisse nur zu gut, was es mit der Politik eines großen Staates auf sich habe, und wisse, daß Deutschland sich derzeit nicht entschließen könne, zu wählen. Deutschland nehme zwar gerne Frankreichs Freundschaft entgegen, die Frankreich auch gerne gebe. Darüber hinaus fasse Deutschland ins Auge, daß man sich über gewisse Themen abspreche. In der Alternative aber, entweder eine den Vereinigten Staaten untergeordnete Politik zu betreiben, oder eine wirklich europäische Politik zu betreiben, d.h. eine von Amerika unabhängige, wenn auch nicht gegen Amerika gerichtete Politik, sei Deutschland nicht entschlossen. Er respektiere die Gründe dafür, müsse andererseits aber diesen Tatbestand feststellen. Auf politischem Gebiet könnten daher Deutschland und Frankreich im Augenblick nichts besonders Wesentliches unternehmen. Sie könnten zwar gute Beziehungen haben, die sie auch hätten, sie könnten Kontakte

[6] Zu den Vorstellungen der Bundesregierung für eine Intensivierung der europäischen politischen Zusammenarbeit vgl. Dok. 178.

[7] Nach dem deutsch-französischen Vertrag vom 22. Januar 1963 waren mindestens zweimal jährlich Konsultationen der Staats- und Regierungschefs vorgesehen.

[8] Am 26. Juni 1964 war die Regierung des Ministerpräsidenten Moro zurückgetreten. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1964, Z 151.
Zu den wirtschaftlichen Schwierigkeiten Italiens vgl. Dok. 134.

[9] Zur Haltung der Niederlande und Belgiens gegenüber den Bemühungen um eine europäische politische Union vgl. zuletzt Dok. 178, besonders Anm. 5 und 6.

[10] Die Wahlen zum britischen Unterhaus fanden am 15. Oktober 1964 statt.

haben, sich in der einen und anderen Frage abstimmen, was tatsächlich auch geschehe, im wesentlichen aber lägen Deutschland und Frankreich nicht auf derselben Linie. Er erkenne die Schwierigkeiten, die es dafür gebe. Frankreich seinerseits stelle sich auf diesen Tatbestand ein, wobei es natürlich den Wunsch habe, daß dieser Tatbestand nicht immer fortdauern möge. Solange aber die Tatsachen so lägen, werde Frankreich nicht versuchen, der Natur oder dem Geschick Gewalt anzutun. Dies um so weniger, als in Wirklichkeit trotz der Tatsache, daß es immer noch Risiken und Gefahren in der Welt, in Europa und für Deutschland und Frankreich gebe, diese beiden Länder sich nicht mehr so unmittelbar bedroht fühlten, als noch vor einiger Zeit. Daher erscheine es weder Deutschland noch Frankreich als übermäßig schwerwiegend, wenn sie nicht zu einer gemeinsamen Politik kämen. Wie gesagt, ziehe Frankreich daraus seine Schlußfolgerungen (es tue es ungern und hoffe, daß dieser Tatbestand nicht definitiv sei) für den Augenblick, ohne recht zu sehen, was man tatsächlich tun könne.

Der Herr *Bundeskanzler* erwiderte, er sei etwas enttäuscht, denn wenn er an sein erstes Gespräch mit General de Gaulle in Paris[11] zurückdenke, so habe er damals dem General dargelegt, daß Deutschland sich in einer Lage befinde, in der es auf das Bündnis mit Amerika nicht verzichten könne. Er habe damals darauf hingewiesen, daß dies keineswegs im Gegensatz zu der Freundschaft mit Frankreich stehe, über die Deutschland, ja auch Europa sehr glücklich seien. General de Gaulle habe damals wörtlich erwidert, daß er es als einen „schlechten Witz" betrachten würde, Deutschland vor die Wahl zwischen einer Freundschaft mit Amerika oder mit Frankreich zu stellen.[12] Er halte dies auch heute noch für die einzige Haltung, die denkbar sei, und wäre glücklich, wenn General de Gaulle diese Haltung auch weiterhin einnehmen würde.

Die Interessenlage binde Deutschland insbesondere angesichts seiner Teilung an die Vereinigten Staaten. Gleichzeitig versucht Deutschland wie auch Frankreich, in der Kennedy-Runde[13], auf wirtschaftlichem Gebiet, Europa und die Vereinigten Staaten enger zusammenzubinden. Bei der Welthandelskonferenz habe sich herausgestellt, daß die freien industrialisierten Länder des Westens sich keineswegs abgestimmt hätten.[14] Er sei immer noch überzeugt, daß für eine politische Zusammenarbeit, trotz der noch bestehenden Weigerung anderer EWG-Partner, neue Überlegungen am Platze wären. So habe er sich zum Beispiel schon seit langem die Frage gestellt, ob denn notwendigerweise jene Länder, die wirtschaftlich zusammenarbeiteten, identisch sein müßten mit denen, die sich politisch verständigen möchten. Er könne diese Frage heute nicht beantworten, habe aber den Eindruck, daß diese Fragen einmal systematisch und gemeinsam durchdacht werden müßten. Deutschland wolle keine Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten, obwohl es der Auffassung sei, daß es auf den amerikanischen Schutz nicht verzichten könne. Es sei auch

[11] Zu den deutsch-französischen Regierungsbesprechungen am 21. November 1963 in Paris vgl. AAPD 1963, III, Dok. 421 und Dok. 423.

[12] Vgl. dazu Dok. 8, Anm. 5.

[13] Zu den Verhandlungen bei der Kennedy-Runde vgl. Dok. 122.

[14] Zur Haltung der Industriestaaten auf der Welthandelskonferenz in Genf vgl. Dok. 137, Anm. 11. Vgl. auch Dok. 144.

keineswegs mehr amerikafreundlich als frankreichfreundlich. Deutschland habe eine originäre europäische Aufgabe. Wenn General de Gaulle zu dieser Sachlage sage, er ziehe daraus seine Schlußfolgerung, so könne dies doch nur darin bestehen, daß man stehenbleibe. Dann aber erlösche der Glanz, der von den beiden Ländern ausgehend auf Europa ausstrahlen sollte.

General *de Gaulle* erklärte, er halte diese Darstellung für absolut richtig. Sogar auf dem wirtschaftlichen Gebiet werde es immer schwieriger werden, in Europa die Konstruktion zum Ende zu führen und insbesondere gemeinsam weiterzuentwickeln, wenn man nicht politisch organisiert sei. Aus denselben Gründen, aus denen die sechs Staaten sich entschlossen hätten, ihr Wirtschaftsleben gemeinsam zu gestalten, müßten sie sich ebenfalls entschließen, ihr politisches Leben gemeinsam zu gestalten. Sonst könne selbst die EWG nicht auf die Dauer bestehen. Es sei aber denkbar, daß der Tag komme, wo die Dinge sich änderten und man tatsächlich Fortschritte erzielen könne. Im Augenblick sehe er diesen Zeitpunkt allerdings noch nicht für gekommen. Was Amerika anbelange, so habe ihm der Gedanke fern gelegen, als müsse man zwischen der einen und der anderen Freundschaft wählen. Auch Frankreich sei stets Freund der Vereinigten Staaten gewesen, sei es schon sehr lange und werde es auch bleiben. Deswegen habe es aber noch lange nicht die Absicht, zumal es inzwischen eigene Kraft habe, seine Politik der amerikanischen unterzuordnen. Es wolle weder seine Europapolitik noch seine Deutschlandpolitik noch seine Weltpolitik (Asien, Entwicklungsländer usw.) Amerika unterordnen. Damit stelle man sich nicht etwa gegen Amerika und kämpfe nicht gegen Amerika, denn dies wäre absurd und ungerechtfertigt. Frankreich aber vermenge seine Politik immer weniger mit der amerikanischen. Dies sei natürlich, dies sei das Leben, und so sei es immer schon gewesen. Wenn man Freund eines Landes sei, brauche man deswegen seine Politik diesem Lande noch lange nicht unterzuordnen. Er sehe ein, daß dasselbe für Deutschland heute noch nicht gelte; er sehe die Gründe dafür und nehme sie an. Keinen Grund sehe er jedoch, die Notwendigkeit der Freundschaft etwa mit einer Notwendigkeit der Abhängigkeit zu verbinden. Amerika habe zahlreiche Qualitäten, habe viel Kraft und viel Macht und habe den europäischen Ländern zu einem gegebenen Zeitpunkt sehr viel geholfen. Das hätten die europäischen Länder dadurch zurückgegeben, daß sie Amerika die Führung in der freien Welt zugestanden hätten. Keine Seite habe sich also über die andere zu beklagen. Die Zeit sei jedoch gekommen, wo die Fundamente, auf denen man nach dem Kriege aufgebaut habe, sich verändert hätten und wo man neue Fundamente brauche, um darauf seine Politik neben Amerika aufzubauen. Er persönlich sehe für Europa das Kriterium darin, ob es sich entschließen könne, ein in allen Bereichen (Sicherheit, Politik, Wirtschaft) unabhängiges Europa aufzubauen. Nicht als wolle Europa keine Beziehungen mit Amerika haben. Es wolle lediglich nicht von Amerika abhängig sein, oder aber dieses Europa könne niemals werden. Dann aber müßte man ein weiteres Weltdrama abwarten, bis in den Herzen und Gemütern wieder klar die Gründe erschienen, die für den Aufbau eines wirklichen Europa sprächen.

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte, er brauche General de Gaulle nicht zu versichern, daß er in erster Linie Deutscher sei, daß aber der nächst weitere Rah-

men für ihn Europa darstelle. Wer die Tragödie der Geschichte erlebt habe, wisse, daß Europa einen Eigenwert besitze, der nicht nur in der Wirtschaftsgemeinschaft seinen Ausdruck finde, sondern der sich in einer geistigen, kulturellen und sittlichen Kraft darstelle. Diese müsse geformt werden, und zwar nach einem anderen Modell als in der Vergangenheit. Er habe es daher schmerzlich empfunden, daß so viele Ansätze in Richtung auf Europa nicht weitergekommen seien. Er selbst wolle nicht von Amerika abhängig sein, er wolle aber auch von keinem anderen Staat abhängig sein. Er glaube auch nicht, daß Europa Amerika die Führung zugesprochen, es sozusagen inthronisiert habe. Vielmehr habe die ganze politische und wirtschaftliche Entwicklung zur Konsequenz gehabt, daß Amerika die stärkste Macht geworden sei.

Er müsse aber die Frage stellen, ob man denn wirklich sicher sein könne, daß es keinen Krieg geben werde, daß die Russen keine aggressiven Absichten mehr hätten und daß Europa allein sich gegen einen Angriff verteidigen könne. Wenn diese Fragen mit Sicherheit bejaht werden könnten, dann veränderten sich die politischen Relationen. Deutschland glaube in seiner Lage, angesichts der Teilung der Welt und der feindlichen Haltung des Kommunismus gegenüber der Bundesrepublik, nicht, daß Europa in sich selbst diese Kraft besitze. Die Frage sei, wie man Europa stärken könne. Wirtschaftlich werden sich sicherlich noch große Fortschritte erreichen lassen, und es könnte sogar eine Zeit kommen, da Europa wirtschaftlich mit den Vereinigten Staaten gleichziehen könne. Die Frage aber bleibe, wie man das „politische" Europa stärken könne, und davon sei der militärische Teil natürlich nicht zu trennen. Dies werfe gleichzeitig das Problem der NATO auf. Wenn er (der Herr Bundeskanzler) wüßte, wie man innerhalb der NATO Europa stärken könnte, würde er alles daransetzen, um das zu erreichen. Heute bestehe die NATO in der uns bekannten Form; einen Reformplan, über den Einigkeit erzielt werden könnte, gäbe es nicht. Er wäre dem General daher dankbar, wenn er ihm einmal sagen würde, wie er sich die Entwicklung der NATO vorstelle bzw. wie er glaube, daß die europäische Sicherheit ohne die derzeitige Organisation der NATO gewährleistet werden könnte. Vor allem aber möge sich der General von dem Gedanken freimachen, daß er (der Herr Bundeskanzler) ein Höriger der Vereinigten Staaten sei. Seine Haltung sei dadurch bestimmt, daß er in der Sicherheitsfrage Deutschland, ja ganz Europa an Amerika gebunden erachte. Speziell die Sicherheit Deutschlands sei in der Welt von heute ohne amerikanischen Schutz undenkbar. Dies mache unsere Bindung, aber nicht sklavische Abhängigkeit von Amerika aus, dessen Bundestreue wir voll vertrauen. Er selbst sei auch in erster Linie Europäer und erstrebe fruchtbare europäische Lösungen.

General *de Gaulle* erklärte, er werde gerne dem Herrn Bundeskanzler seine tiefsten Gedanken über die NATO darlegen. Der Nordatlantikvertrag[15], d.h. ein Bündnis, sei zwischen einer Reihe von Staaten geschlossen worden, die im Verteidigungsfalle den Krieg gemeinsam führen wollten. Über diesem Bündnis sei eine Organisation konstruiert worden, die NATO, d.h. die Integration unter amerikanischem Oberbefehl und nach amerikanischem Ermessen. Dies

[15] Für den Wortlaut des NATO-Vertrags vom 4. April 1949 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 289–292.

müsse sich ändern, wenn das Bündnis dauerhaft sein solle. In dem Bündnis habe man zwei Elemente: Europa und Amerika; genauer gesagt, sollte man zwei Elemente haben. Dazu bedürfte es eines Europa, das durch sich selbst und in sich selbst organisiert sei, durch seine Staaten und besonders durch Frankreich und Deutschland, für einen eventuellen Krieg. Dieses Gesamteuropa sollte einen Bündnisvertrag mit Amerika haben, damit im Kriegsfalle Amerika diesem Europa einen vorher bestimmten Beistand leiste und umgekehrt Europa Amerika einen vorher bestimmten Beistand leiste, falls Amerika angegriffen würde, was durchaus denkbar sei, denn er brauche nur an Kuba zu erinnern. Mit anderen Worten, es müßte sich handeln um ein Bündnis zwischen gleichberechtigten, gleich starken Partnern, zwischen Amerika und Europa. Bisher sei dies wegen der nuklearen Waffen kaum denkbar gewesen, da Amerika alleine über nukleare Waffen verfügt habe, mit anderen Worten, die heute erforderliche Verteidigungskapazität besessen habe, denn eine Verteidigung ohne nukleare Waffen gebe es heute nicht mehr. Dieser Tatbestand aber verändere sich derzeit. Frankreich sei dabei, gewisse Atomwaffen aufzubauen[16], die gerade zu dem Zeitpunkt einsatzfähig würden, an dem der derzeitige NATO-Vertrag auslaufe.[17] Dies sei ein neues Element der Veränderung. Er wiederhole, wenn das Atlantische Bündnis überhaupt eine Zukunft haben solle, dann müsse zunächst in Europa und insbesondere zwischen Deutschland und Frankreich ein Bündnis organisiert werden, das dann seinerseits einen Bündnisvertrag mit den Vereinigten Staaten abschließe, der auf voller Gleichberechtigung beruhe. In diesem Bündnisvertrag müßte Amerika einen bestimmten Teil seiner Streitkräfte zum Einsatz auf seiten Europas verpflichten, falls dieses angegriffen würde, und umgekehrt Europa einen bestimmten Teil seiner Streitkräfte auf seiten Amerikas, falls dieses zuerst angegriffen würde, was durchaus denkbar sei. All das wäre nicht möglich ohne europäische Atomwaffen, doch fange Europa an, eigene Atomwaffen zu haben.

Der Herr *Bundeskanzler* erinnerte an sein Gespräch mit Präsident Kennedy[18], der ihm gesagt habe, Amerika wünsche ein einiges und starkes Europa, das gleichberechtigter Partner der Vereinigten Staaten sein könne. Dies bedeute natürlich die Notwendigkeit einer Stärkung Europas und einer entsprechenden Aufteilung der Lasten. Er könnte sich vorstellen, daß in einem solchen Gespräch über die Aufteilung der Lasten Amerika mit sich reden ließe. Man müsse aber dann in Europa sich im klaren sein, was dies tatsächlich bedeute. Die derzeitige Anwesenheit von sechs amerikanischen Divisionen in Deutschland habe nicht nur eine militärische Bedeutung, sondern sie gewährleiste die

[16] Frankreich war seit den frühen fünfziger Jahren bestrebt, die Voraussetzungen für eine Produktion von Atomwaffen zu schaffen, und führte am 13. Februar 1960 den ersten Atomtest durch. 1964 umfaßte die nationale Atomstreitmacht „Force de frappe", deren Konzeption von Staatspräsident de Gaulle am 3. November 1959 in der französischen Militärakademie erläutert wurde, 20 nuklear bewaffnete Flugzeuge vom Typ Mirage IV. Für den Wortlaut der Rede des französischen Staatspräsidenten vgl. DE GAULLE, Discours et messages, Bd. 3, S. 125–129.

[17] Gemäß Artikel 13 des NATO-Vertrags konnte nach zwanzigjähriger Geltungsdauer, d.h. von 1969 an, „jede Partei aus dem Vertrag ausscheiden, und zwar ein Jahr, nachdem sie der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika die Kündigung mitgeteilt hat". Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 291 f.

[18] Das Gespräch fand vermutlich während des Besuchs des Präsidenten Kennedy vom 23. bis 26. Juni 1963 in der Bundesrepublik und Berlin (West) statt.

politische und soziale Ruhe in Deutschland, da die Menschen den Eindruck hätten, hinter diesem Schild in Ruhe arbeiten zu können. Andererseits sei nicht zu bezweifeln, daß die Welt in Bewegung geraten sei. Man müsse diese Dinge daher überlegen, und dabei hätten Deutschland und Frankreich eine besondere Verantwortung. Manche sagten, wenn Deutschland und Frankreich fest zusammenstünden, dann übten sie eine solche Anziehungskraft aus, daß die Zögerlichen (Italien, Holland, die skandinavischen Länder) sich anschlössen und Europa entstehen werde. Andere erklärten, ein enges deutsch-französisches Zusammengehen würde bei den kleineren Staaten eine Angst vor Unterdrückung auslösen. Er wisse nicht, welche Antwort die richtige sei. Er wisse aber, daß Deutschland und Frankreich für eine europäische Politik den Kern bildeten. Verzichteten diese beiden Länder auf umfassendere Verständigungen, dann werde Europa niemals entstehen können. Dieses Europa könne natürlich nicht rein militärisch gesehen werden, sondern es umfasse zugleich eine geistige, moralische und kulturelle Idee. Niemand anderer könne dieses Erbe antreten, als die Europäer selbst. Deswegen glaube er, daß man nicht aus dem Augenblick heraus resignieren sollte.

Er glaube doch, daß General de Gaulle irgendwann ein Gespräch mit dem amerikanischen Präsidenten über Europa und über das atlantische Bündnissystem führen werde. Zwischen Frankreich und Deutschland könnten Ideen erarbeitet werden, aber dabei müßten alle Probleme ausdiskutiert werden. Er identifiziere sich zum Beispiel keineswegs mit der amerikanischen Chinapolitik[19] und könne sich vorstellen, daß diese sich ändern werde. Dennoch fühle er sich in der derzeitigen Phase, in der es für Amerika um Leben und Tod gehe, zur moralischen Unterstützung Amerikas verpflichtet.[20]

Es gebe aber so viele andere europäische Fragen (Süd-Osteuropa, Polen usw.), die einer Plattform bedürften, um zu einem engeren Meinungsaustausch zu gelangen. Nehme man das Europabild des Generals, wobei Europa in allen Bereichen ein gleichberechtigter Partner sein solle, dann müsse man doch gerade den Versuch machen, das ganze Europa zusammenzuschweißen. Sonst wäre dies alles nicht glaubhaft. Europa muß also mehr sein als Frankreich und Deutschland, weil sonst die anderen europäischen Länder das Gefühl haben würden, anstatt von Amerika künftig von Frankreich und vielleicht auch Deutschland abzuhängen. Man müsse daher immer versuchen, die anderen Partner dazu zu bewegen, sich europäischen Lösungen anzuschließen. Der Kern der europäischen Verpflichtungen ruhe jedoch bei Frankreich und Deutschland, denn ohne diese beiden könne es wiederum kein Europa geben. Mit der Haltung und dem Willen Frankreichs und Deutschlands stehe und falle Europa. Falle es aber, so falle es zurück in Denkformen und Kategorien einer unglücklichen Vergangenheit, und das wäre keine Lösung.

General *de Gaulle* erklärte, jedesmal, wenn im Rahmen der Sechs Frankreich

[19] Zur Haltung der USA gegenüber der Volksrepublik China vgl. Dok. 160 und Dok. 161.
Im Gegensatz zu den USA war die Bundesrepublik zu begrenzten Kontakten mit der Volksrepublik China bereit. Zu den Sondierungen über ein Warenabkommen vgl. Dok. 143 und weiter Dok. 206.

[20] Zur Unterstützung der amerikanischen Vietnam-Politik durch die Bundesregierung vgl. Dok. 129 und Dok. 130.

und Deutschland sich einig gewesen seien (auch in Wirtschaftsfragen), habe die entsprechende Entscheidung stattgefunden und die anderen hätten sich angeschlossen. Was bislang den Anfang einer politischen europäischen Konstruktion verhindert habe, sei seiner Ansicht nach die Tatsache, daß Deutschland und Frankreich noch nicht entschlossen gewesen seien, klar darzulegen, welche politische Konstruktion sie für notwendig hielten. Sie hätten sich zwar über die von ihnen bevorzugte Form einer solchen Konstruktion geeinigt und die übrigen eingeladen, daran teilzunehmen, aber die Vorbedingung für ein Weiterkommen, auch auf dem wirtschaftlichen Gebiet, sei nicht erfüllt worden. Wäre sie erfüllt worden, dann wäre wahrscheinlich ein Anfang schon gemacht. Frankreich habe seinen Vorschlag des Anfangs einer politischen Zusammenarbeit gemacht, Deutschland habe sich damit einverstanden erklärt. In der Folgezeit aber hätten die beiden Länder nicht erklärt und gezeigt, daß dies auch die Bedingung für die Fortsetzung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit sein werde. Damit sei der Einigkeit zwischen Deutschland und Frankreich viel Überzeugungskraft verloren gegangen. Und dies gelte für alle übrigen Fragen. Es gelte für die europäische Politik und für die europäische Wirtschaft, die ohne politischen Zusammenschluß nicht lange fortleben könne. Es gelte für die Sicherheit, es gelte für das Vorgehen in der Entwicklungswelt. Wenn nicht Deutschland und Frankreich einen gemeinsamen Weg gingen, komme es niemals zu einer europäischen Politik. Gingen sie aber diesen Weg, dann habe man die wohl einzige Chance, Europa zu einigen. Dies sei auch der Grund gewesen, warum Frankreich und Deutschland ihren Freundschaftsvertrag geschlossen hätten: weil es nämlich nicht gelungen sei, die ins Auge gefaßte politische europäische Konstruktion zum Abschluß zu bringen. Die Frage sei nun, ob dieser Vertrag heute oder zu einem späteren Zeitpunkt den Kern, das Ferment, die Verpflichtung für eine europäische Einheit in allen Bereichen darstellen werde. Dies sei letztlich die Frage.

Der Herr *Bundeskanzler* erwiderte, er könne General de Gaulle nicht vollständig folgen. Er glaube aber, daß sie sich sehr nahe seien. Als er das Kanzleramt übernommen habe[21], sei von der Politischen Union überhaupt nicht mehr gesprochen worden. Er habe damals erklärt, es wäre eine Illusion zu glauben, daß man über den Wirtschaftsweg automatisch zum politischen Europa komme. Er habe sogar seine Überzeugung geäußert, daß man steckenbleiben werde, wenn nicht hinter dem wirtschaftlichen Zusammenschluß ein politischer Wille stehe.[22] Dies sei sein Ausgangspunkt gewesen. Er glaube auch, daß in einem politischen Europa Frankreich und Deutschland wohl den Kern dar-

[21] Nach dem Rücktritt von Konrad Adenauer am 15. Oktober 1963 wurde Ludwig Erhard am 16. Oktober 1963 zum Bundeskanzler gewählt.

[22] In der Regierungserklärung vom 18. Oktober 1963 führte Bundeskanzler Erhard aus: „Die europäische Integration ist in ein kritisches Stadium geraten. Die Ursache hierfür ist wohl zum Teil in interessengebundenen Differenzierungen zu suchen, aber vom Grundsätzlichen her kommen die Zweifel aus der Überlegung, ob eine nur wirtschaftliche Integration ohne politische Bindungen dem praktischen Leben und den staatspolitischen Gegebenheiten der beteiligten Länder gerecht zu werden vermag. Aus dieser Sicht ist mit jeder weiteren Übertragung nationaler Souveränitätsrechte auf europäische Organe die Frage zu stellen, ob nicht der Abbau der nationalen Zuständigkeit und Verantwortung, so wie es die Römischen Verträge wollen, in dem Aufbau einer europäischen politischen Gestalt mit parlamentarisch-demokratischer Verantwortung eine Entsprechung finden muß." Vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 53, S. 4197.

stellen, aber man brauche das ja nicht zu plakatieren. Man brauche sich auch nicht auf die Bereiche der Zusammenarbeit zu beschränken, die in unserem Freundschaftsvertrag angesprochen sind. Er sei überzeugt, daß ein engeres Zusammenwirken eine Eigengesetzlichkeit entwickeln werde und den Samen bilden könne für ein Europa, das sich aus gleichberechtigten Partnern zusammensetze. Diesen Weg würde er begeistert mitgehen. Seiner Ansicht nach stehe dieser Weg auch noch offen. Was die NATO-Interessen anbelange, so stelle man hinsichtlich der MLF[23] zum Beispiel fest, daß die meisten Partner sich mindestens dagegen wehren, MLF-Waffen auf ihrem Territorium zu stationieren. Die Ungewißheit hinsichtlich der NATO scheine heute in Europa und Amerika einen Höhepunkt erreicht zu haben. Und dies zu einer Zeit, in der die Spannungen in Südostasien, in Zypern, zwischen Rotchina, der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten teils gefährliche Ausmaße annehmen. Gerade zu einem Zeitpunkt, zu dem die größtmögliche Einigkeit notwendig wäre, zeigen sich Unsicherheit oder Passivität, ja leider auch große Gegensätzlichkeiten.

General *de Gaulle* bemerkte, Frankreich versuche, aus der Unentschlossenheit, insbesondere in der Asien- und Chinafrage herauszukommen. Auch hinsichtlich seiner Haltung und seines Vorgehens in Lateinamerika und Afrika versuche es, seine eigene Politik zu betreiben, die dem entspreche, was Frankreich für das Beste halte, ohne das zu opfern, was die amerikanische Politik an Gutem zum Inhalt habe. Diesen Versuch unternehme Frankreich derzeit. Er glaube, wenn es eines Tages ein politisches Europa gebe, dann müsse dieses Europa seine eigene Politik in erster Linie in Europa und ganz besonders in Osteuropa haben, aber auch in Asien und den anderen Bereichen.

Der Herr *Bundeskanzler* stellte die Frage, ob im Rahmen des deutsch-französischen Vertrages nicht die Akzente etwas verlagert werden sollten, ob man nicht darauf verzichten sollte, immer wieder festzustellen, was gut und was weniger gut sei und wie die Weltlage im Augenblick aussehe, sondern vielmehr gemeinsam die denkbaren Entwicklungen prüfen und die daraus zu ziehenden Konsequenzen festlegen sollte. Es wäre eine Art strategischen Spiels. In der Weltpolitik sei Deutschland natürlich nicht Frankreich in vollem Umfang vergleichbar, da Frankreich mehr originäre Eigenständigkeit besitze und Deutschland dies nicht in demselben Maße zum Ausdruck bringen könne wie Frankreich, selbst soweit es derselben Auffassung sei. Ihm scheine aber das Denken im Vertrag zu statisch zu sein. Man dürfe sich nicht damit begnügen festzustellen, daß der Jugendaustausch gut funktioniere und ähnliches. Wenn dies auch ermutigend sei, so sei dies nicht der eigentliche Zweck. Vielmehr müsse man gemeinsam nach vorne sehen und gemeinsame Positionen erarbeiten, zumindest sich bemühen, die Dinge mit denselben Augen zu sehen. Dann gewänne „Europa" auch mehr Strahlungskraft. Zweifellos lasse sich auch die Konsultation verbessern. Gewisse Unebenheiten und sogar Mißstimmungen dürften vermeidbar sein. Wäre zum Beispiel in der Chinafrage Deutschland von vornherein stärker beteiligt worden[24], so hätte Deutschland in den Ge-

[23] Zu den MLF-Verhandlungen vgl. zuletzt Dok. 172.

[24] Zur unterbliebenen Konsultation der Bundesregierung vor der Aufnahme diplomatischer Bezie-

sprächen mit Amerika[25] eine vielleicht stärkere Position gehabt. Dasselbe gelte für die Welthandelskonferenz. Er sei erschüttert gewesen festzustellen, daß die westlichen Industrieländer ohne jegliche Konzeption gewesen seien und sich auf der Anklagebank befunden hätten, obwohl doch gerade sie es seien, die ständig gäben. Wir wußten z.B. nichts von der französischen Initiative, und wir waren auch nicht mit den Vorschlägen einverstanden.[26] Die Israel-Arabische-Frage, der Zypernkonflikt und a.m. sollten vor nationalen Schritten mindestens zur Erörterung gestellt werden. Er glaube also, daß politische Entwicklungen gemeinsam gesehen und geprüft werden sollten. Auch hierin liege eine Möglichkeit noch engerer Zusammenarbeit. Man könne natürlich nicht alles gleichzeitig tun, doch solle man versuchen, Gebiete zu finden, auf denen sich die beiden Länder verständigen könnten.

General *de Gaulle* erklärte, dies sei nur allzu wahr. Wenn man einmal das, was sein könnte, mit dem vergleiche, was tatsächlich sei, so sei dies doch erschreckend wenig. Er wiederhole aber, daß man sich entscheiden müsse, wenn man noch einmal die Gelegenheit schaffen wolle, Europa herbeizuführen. In erster Linie müsse dabei Deutschland sich entscheiden. Er verstehe die Gründe, die Deutschland heute noch davon abhielten. Wenn aber Deutschland sich nicht entscheide, dann werde es in der jetzigen Epoche der Geschichte nicht zu einer Einigung Europas kommen.

Der *Bundeskanzler* erwiderte, Deutschland habe sich entschieden, mit allen Kräften ein politisches Europa zu entwickeln. General de Gaulle aber wüßte, noch besser als er selbst, daß die Politik nicht bruchartig vorangehe, sondern evolutionär. Jedenfalls sei jede bruchartige Entwicklung in Deutschland bisher ein Unglück gewesen.

General *de Gaulle* erklärte, auch er sei der Auffassung, daß Europa evolutionär werden müsse, doch müsse man zunächst einmal einen Anfang machen. Die einstigen Pläne, oder genauer gesagt Ideen, denn um konkrete Pläne habe es sich nicht gehandelt, seien in der Luft herumgeschwirrt und schwirrten noch umher. Vorstellungen, die davon ausgehen, das Problem sei schon gelöst,

Fortsetzung Fußnote von Seite 721

hungen zwischen Frankreich und der Volksrepublik China am 27. Januar 1964 vgl. Dok. 11, Anm. 7. Vgl. auch Dok. 44.

[25] Zu den deutsch-amerikanischen Regierungsbesprechungen am 12. Juni 1964 in Washington vgl. Dok. 160 und Dok. 161.
Die amerikanischen Gesprächspartner zeigten sich besorgt über die Sondierungen der Bundesregierung über ein Warenabkommen mit der Volksrepublik China. Außenminister Rusk äußerte die Erwartung, „daß wir in dieser Frage engste Verbindung halten würden. Sie stehe doch in einem sehr engen Zusammenhang mit der Lage in Süd-Ost-Asien. Das französische Beispiel habe dies gezeigt. Alles, was die Chinesen zur Annahme verleiten könne, daß sie sich auf dem richtigen Weg befänden, sei gefährlich." Vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Krapf vom 20. Juni 1964; Abteilung II (II 5), VS-Bd. 234; B 150, Aktenkopien 1964.

[26] Am 22. April 1964 gab der Leiter der französischen Delegation bei der Welthandelskonferenz in Genf, Philip, eine Erklärung zur Frage der Marktorganisation für Rohstoffe und Agrarprodukte der Entwicklungsländer ab. Als Steuerungsmechanismen schlug er Kontingentierungen oder an die Entwicklungsländer zurückzuführende Abschöpfungen beim Import vor. Letzteres stieß bei der Bundesregierung auf Ablehnung. Vgl. den Drahtbericht des Leiters der Delegation der Bundesrepublik Deutschland, Klein, vom 22. April 1964 bzw. den Drahterlaß des Staatssekretärs Lahr vom 16. Mai 1964; Referat III A 2, Bd. 6.

oder vorgeben, Europa könne geeint oder integriert werden nach vorgefaßten theoretischen Konzeptionen – diese Gedanken seien nicht akzeptabel. Sie seien im übrigen etwas zurückgegangen und besonders in Deutschland. In einer so komplizierten Konstruktion wie der Politik müsse man natürlich einen Anfang machen, der elementar und praktisch, nicht theoretisch sei. Deswegen habe Frankreich vorgeschlagen, und Deutschland sei damit einverstanden gewesen, den Anfang einer organisierten politischen Zusammenarbeit zu machen, denn dies verlange wohl der gesunde Menschenverstand. Hätte man es getan, hätte man die Partner davon überzeugt und sie zum Mitgehen gezwungen, was man hätte tun können, was man aber nicht tat, und hätte man es praktiziert, dann wäre ganz allmählich sehr vieles in Gang gekommen, was zu einer politischen Gemeinschaft geführt hätte. Man müsse aber mit dem Anfang anfangen. Letztlich handle es sich darum, daß man zu einem Anfang bereit sein müsse, unabhängig von allen, unabhängig von Amerika und von England, und mit dem festen Willen, die Partner zum Mitkommen zu bewegen. Falls diese Partner nicht mitkommen wollten, dann müsse man ihnen klar machen, daß man dann sogar auf die Wirtschaftsgemeinschaft mit ihnen verzichten müsse. Man müsse zunächst einmal wirklich wollen.

Der Herr *Bundeskanzler* erwiderte, er sei ja einverstanden gewesen, bei einem neuen Versuch zu einer politischen Union nicht in vorgefaßten Modellen zu sprechen, sondern neue Formen zu finden, die auch anderen Inhalt haben könnten. Daher auch sein Gedanke, dieses Problem auf möglichst hoher Ebene (Regierungschefs oder Außenminister) zu diskutieren. Dieser Vorschlag aber sei fehlgeschlagen. Wenn nun im Rahmen des deutsch-französischen Vertrages eine Arbeitsgruppe zusammentreten würde, die neu zu überlegen hätte, was notwendig sei, um eine europäische Politik zu gestalten, die nicht der Welt abgewandt, sondern weltoffen sei, und wenn ein solcher Vorschlag von Deutschland und Frankreich den Partnern vorgelegt würde und diese wiederum nein sagen würden, ohne selbst eine andere Initiative zu ergreifen, dann sollte die politische Lage neu überprüft werden.

General *de Gaulle* bedankte sich für die Ausführungen des Herrn Bundeskanzlers und versprach, sie sich zu überlegen. Er sei auf alle Fälle sehr glücklich über diese klare und freundschaftliche Aussprache.

Der Herr *Bundeskanzler* bat den General um Vertrauen und um den Glauben daran, daß er in seinem Herzen Europäer sei. Die Welt aber, in der wir lebten, und insbesondere das spezifisch deutsche Problem zwinge Deutschland in eine andere Situation. Er hoffe, noch einmal Gelegenheit zu haben, über diese Sache weiterzusprechen. Auch er sei glücklich über die Freimütigkeit der Aussprache. Weniger glücklich sei er über das immer noch ausstehende Ergebnis.

Dieses Gespräch endete um 12.35 Uhr.

Bundeskanzleramt, AZ: 21-301 00 (56), Bd. 9

181

Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem französischen Außenminister Couve de Murville

Z A 5-91.A/64 geheim **3. Juli 1964**[1]

Aufzeichnung über das Gespräch zwischen dem Herrn Bundesminister des Auswärtigen und dem französischen Außenminister, M. Couve de Murville, im Büro des Herrn Ministers am 3. Juli 1964 um 11.00 Uhr.

Nach der Begrüßung fragte der Herr *Minister* Herrn Couve de Murville, ob er sich Gedanken gemacht habe über die Punkte, die hier besprochen werden könnten und über deren Reihenfolge.

Herr *Couve de Murville* verwies auf die Aufstellung der Fragen, die während des französischen Besuchs in Bonn zu erörtern seien. Hierzu gehöre natürlich wie immer die Deutschland-Frage. Er wisse nicht, ob man auch über die europäischen Angelegenheiten und über die asiatischen Probleme sprechen wolle. Er wisse nicht, ob es in diesem Zusammenhang sehr viel Konkretes zu sagen gebe. Dies gelte auch für die Zypern-Frage[2].

Der Herr *Minister* schlug vor, mit der deutschen Frage zu beginnen, und berichtete in diesem Zusammenhang über die Reise des Herrn Bundeskanzlers nach Ottawa und Washington, an der er selbst auch teilgenommen habe.[3] Während des Aufenthalts in Ottawa sei die Nachricht von der Unterzeichnung des Freundschafts- und Beistandsvertrags zwischen Moskau und Pankow eingetroffen[4], was den weiteren Gesprächen natürlich einen besonderen Akzent gegeben habe. Der Herr Bundeskanzler habe seine Besuchsreise absichtlich in Kanada begonnen. Er habe den Eindruck, daß dieses Land ein gutes Selbstgefühl habe, es betrachte sich als eine mittlere Macht, die geeignet sei, denen, die über Ottawa nach Washington reisen, gute Ratschläge mit auf den Weg zu geben. Es sei interessant gewesen festzustellen, wie stark Kanada an der China-Politik interessiert sei und wie sehr es sich dabei bemühe, eine übereinstimmende Haltung mit den USA zum Ausdruck zu bringen. Im Grunde genommen sei es jedoch der Auffassung, daß Rotchina so bald wie möglich in den regulierten Gang der Weltgeschichte einbezogen werden müsse. Da die Nachricht über den Abschluß des Vertrags zwischen Moskau und Pankow während der Reise eingetroffen sei, habe sich die deutsche Dele-

[1] Die Gesprächsaufzeichnung wurde am 7. Juli 1964 von Dolmetscherin Bouverat gefertigt. Hat Bundesminister Schröder vorgelegen.

[2] Zur Zypern-Frage vgl. zuletzt Dok. 159, besonders Anm. 5. Vgl. dazu weiter Dok. 189.

[3] Bundeskanzler Erhard und Bundesminister Schröder hielten sich vom 9. bis 11. Juni 1964 in Kanada und vom 11. bis 13. Juni 1964 in den USA auf. Für die Gespräche in Ottawa, New York und Washington vgl. Dok. 157 und Dok. 159–161.

[4] Bundesminister Schröder wurde am 10. Juni 1964 durch einen Drahtbericht des Botschafters Knappstein, Washington, über die bevorstehende Unterzeichnung des Vertrags informiert. Vgl. dazu Dok. 158, Anm. 3.
Für den Wortlaut des Freundschaftsvertrags vom 12. Juni 1964 zwischen der UdSSR und der DDR vgl. DzD IV/10, S. 717–723.

gation ihre Reaktion darauf überlegen können. Der Besuch in Kanada sei in sehr freundlichen Formen verlaufen. Eine Frage, die die öffentliche Meinung dort besonders beschäftige, sei die Schaffung einer neuen Flagge.[5] In diesem Zusammenhang sei beschlossen worden, bei bestimmten Gelegenheiten die alte britische Landesflagge gleichzeitig mit der neuen zu hissen. Dies könne man als einen Versuch werten, die Stellung Kanadas als amerikanische Macht mit der Mitgliedschaft im Britischen Commonwealth zu verbinden. Man habe den Eindruck, daß Kanada Interesse an guten Beziehungen nicht nur zu Europa, sondern auch zu Amerika habe.

Der Besuch in Washington habe sehr stark unter dem Zeichen des Freundschaftsvertrags gestanden. Er (der Herr Minister) erinnerte daran, welch großen Wert er einer Dreier-Initiative[6] beigemessen habe; ohne daß man dies vorausgesehen habe, habe sich sehr schnell ein Anlaß dafür ergeben. Schon während des Aufenthalts in Washington seien die ersten Vorschläge besprochen worden, während die eigentlichen Arbeiten erst nach der Rückkehr nach Bonn durchgeführt worden seien. Die in der Erklärung[7] enthaltenen sechs Punkte erschienen ihm sehr nützlich. Nach einigem Hin und Her habe man eine recht gute Formulierung gefunden, die eine gute Aufnahme erhalten habe – ein Eindruck, der auch von Herrn *Couve de Murville* bestätigt wurde. Es ergebe sich nunmehr die Frage – fuhr der Herr *Minister* fort –, welche Verbreitung diese Erklärung erfahren sollte. Er stellte seinem französischen Kollegen die Frage, ob dieser es für nützlich halte, die Erklärung über die französischen Missionen im Ausland verbreiten zu lassen, ein Weg, der auch von den beiden anderen Beteiligten eingeschlagen werden könnte. Es erscheine ihm richtig, sich über diesen Punkt jetzt Gedanken zu machen, angesichts der Tatsache, daß in nächster Zeit mehrere Konferenzen bevorstünden, bei denen die deutsche Frage eine Rolle spielen werde: 1) eine Konferenz in Kairo am 17. und 18. Juli[8], 2) eine Konferenz der afro-asiatischen Neutralisten[9] und 3) die Konferenz der Bandung-Mächte[10]. Auch im Hinblick auf die Skandinavien-

[5] Die seit 1921 geführte Flagge des britischen Dominion of Canada zeigte auf rotem Grund den britischen Union Jack und ein Wappen, das aus den Wappenzeichen Englands, Schottlands, Irlands, der bourbonischen Könige Frankreichs und der für Kanada stehenden drei Ahornblätter gebildet war. Zur Betonung der nationalen Eigenständigkeit wurde 1964 die Neugestaltung der Fahne diskutiert. Am 18. Dezember 1964 beschloß das kanadische Parlament, den Union Jack als Staatssymbol neben einer neuen Flagge beizubehalten, die am 15. Februar 1965 offiziell eingeführt wurde. Sie zeigt zwischen zwei rotfarbigen Feldern das Ahornblatt auf weißem Grund.

[6] Zu den Bemühungen der Bundesregierung um eine Initiative in der Deutschland-Frage vgl. besonders Dok. 124 und Dok. 126.

[7] Für den Wortlaut der gemeinsamen Erklärung der Regierungen Frankreichs, Großbritanniens und der USA vom 26. Juni 1964 vgl. DzD IV/10, S. 774–776.

[8] Zu Vorgeschichte und Ergebnissen der ersten Konferenz der Staats- und Regierungschefs der Organisation der Afrikanischen Einheit (OAU) vom 17. bis 21. Juli 1964 in Kairo vgl. EUROPA-ARCHIV 1964, D 581–588. Zur Behandlung der Deutschland-Frage auf dieser Konferenz vgl. die Aufzeichnung des Legationsrats Jovy vom 24. Juli 1964; Abteilung I (I B 3), VS-Bd. 97; B 150, Aktenkopien 1964.

[9] Zur Konferenz der blockfreien Staaten vom 5. bis 10. Oktober 1964 in Kairo vgl. Dok. 65, Anm. 6. Vgl. auch Dok. 275.

[10] Zu der für 1965 geplanten zweiten Bandung-Konferenz vgl. Dok. 95, Anm. 17.

Reise Chruschtschows[11] und die Erklärungen, die dieser dort abgegeben habe, und seine bevorstehende Reise nach Polen[12] sei die Verbreitung der Erklärung von Bedeutung.

Ein Hauptthema der Gespräche bei dem Besuch in den Vereinigten Staaten sei die Südostasien-Frage gewesen – wozu Herr *Couve de Murville* bemerkte, dies sei nur natürlich, da es sich ja um einen Krieg der Amerikaner handle. Angesichts der Tatsache, daß die USA an zwei Weltmeeren liege, habe die Asien-Politik eine Bedeutung, die kaum hinter dem Interesse für Europa zurückstehe. Herr Couve de Murville sagte, dies gelte auch für Kanada.

Der Herr *Minister* sagte weiter, es habe keinen Zweck, die amerikanische Haltung im einzelnen zu entwickeln. Wichtiger scheine ihm zu erfahren, wie Herr Couve de Murville die Dinge heute sehe. Bei seinem letzten Besuch in Bonn[13] hätten die beiden Außenminister über die Möglichkeit eines Abschlusses von einer Art Warenabkommen zwischen der Bundesrepublik und Rotchina[14] gesprochen. Das Hauptinteresse einer derartigen Vereinbarung wäre eine Berlin-Klausel, weil die Bundesregierung gerne im kommunistischen Bereich außerhalb der Sowjetunion eine derartige Klausel verankert sähe. Die USA seien besorgt darum, daß nichts geschehen möge, was durch Peking[15] falsch interpretiert werden könnte: Peking[16] sollte nicht durch Akte, die aus seiner Perspektive[17] positiv bewertet würden, in seiner Angriffslust bestärkt werden. Die Bundesregierung habe nicht die Absicht, diplomatische Beziehungen zu Peking anzuknüpfen; sie gedenke auch nicht, eine Handelsvertretung zu eröffnen oder einen Handelsvertrag abzuschließen. Es könnte sich also[18] nur um eine begrenzte Vereinbarung handeln. Es sei auch nicht beabsichtigt, dafür einen Zeitpunkt zu wählen, der für die Wahlen in den USA[19] unbequem liegen könnte. Der Gedanke werde aber weiterverfolgt. In den Gesprächen des Herrn Bundeskanzlers und seinen eigenen Gesprächen in Amerika habe er (der Herr Minister) betont, das Hauptinteresse an einer derartigen Vereinbarung mit der Berlin-Klausel[20] decke sich auch mit den Interessen Amerikas, weil dadurch eine gewisse Auflockerung im kommunistischen Lager herbeigeführt werden könnte. Auf deutscher Seite werde man an diesem Gedanken weiterarbeiten und mit den USA weiterhin in Fühlung bleiben. Rotchina bemühe sich zur

[11] Zum Besuch des sowjetischen Ministerpräsidenten vom 16. Juni bis 4. Juli 1964 in Dänemark, Schweden und Norwegen vgl. Dok. 153, Anm. 5.

[12] Der sowjetische Ministerpräsident nahm vom 21. bis 23. Juli 1964 an den Feierlichkeiten zum 20. Jahrestag der Gründung der Volksrepublik Polen teil. Vgl. EUROPA-ARCHIV 1964, Z 169 f.

[13] Zum Gespräch vom 8. Juni 1964 vgl. Dok. 153.

[14] Zu den Sondierungen mit der Volksrepublik China über ein Warenabkommen vgl. Dok. 143. Vgl. dazu weiter Dok. 206.

[15] Dieses Wort wurde von Bundesminister Schröder handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „Chruschtschow".

[16] Dieses Wort wurde von Bundesminister Schröder handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „Chruschtschow".

[17] Der Passus „die aus seiner Perspektive" ging auf Streichungen und handschriftliche Einfügungen des Bundesministers Schröder zurück. Vorher lautete er: „die aus der Perspektive Pekings".

[18] Dieses Wort wurde von Bundesminister Schröder handschriftlich eingefügt.

[19] Die amerikanischen Präsidentschaftswahlen fanden am 3. November 1964 statt.

[20] Die Wörter „mit der Berlin-Klausel" wurden von Bundesminister Schröder handschriftlich eingefügt.

Zeit, in Bonn ein Nachrichtenbüro zu eröffnen.[21] Wenn bestimmte Vorbedingungen erfüllt würden, habe die Bundesregierung hiergegen keine Bedenken.

Der Herr Minister erinnerte dann daran, daß bei dem letzten Besuch von M. Couve de Murville in Bonn über die weitere Behandlung der Deutschland-Frage gesprochen worden sei: über Form, Bereiche und gegebenenfalls zu entwickelnde Aktivität, und fragte seinen Kollegen, ob dieser sich Gedanken hierüber gemacht habe. Er halte in diesem Zusammenhang die Dreiererklärung für wichtig als Demonstration der Tatsache, daß der Westen in dieser Frage geschlossen sei und dies an jeder geeigneten Stelle zum Ausdruck bringe.

Über die Auswirkungen des Freundschaftsvertrags zwischen Moskau und Pankow sei er sich nicht ganz sicher. Man könne darin – vom Moskauer Standpunkt aus betrachtet – ein Stück Konsolidierung sehen; andererseits aber auch eine gewisse Resignation, weil der angekündigte Friedensvertrag[22] nicht habe abgeschlossen werden können. Als dritten Faktor sehe er darin eine erkennbare Vorsicht der Russen in bezug auf die Berlin-Frage. Aus dem Inhalt des Vertrags könne man den Schluß ziehen, daß der UdSSR nichts an einem Konflikt mit den Westmächten gelegen sei; sie wünschten keine Konfrontation, sondern zeigten eher eine gewisse Zurückhaltung.[23] Auch in bezug auf die Zugangswege sei kein Zwischenfall provoziert worden, obwohl sehr laute Erklärungen abgegeben worden seien.[24] Nach dem Wortlaut des Vertrags zu schließen habe man eher den Eindruck, daß Chruschtschow Ulbricht bedeuten[25] wolle, daß der Vertrag nicht Anlaß für neue Konflikte bieten sollte. Es blieben natürlich immer Möglichkeiten, die Zugangsfrage zu aktivieren und zu erschweren.

[21] Das in Bonn unterhaltene Büro der staatlichen Nachrichtenagentur der Volksrepublik China war 1961 geschlossen und nach Ost-Berlin verlegt worden. Am 23. Juni 1964 meldete Hsinhua, die Bundesregierung habe der Neueröffnung eines Büros in Bonn zugestimmt. Vgl. AdG 1964, S. 11292. Vgl. auch Referat II 8, Bd. 296.

[22] Seit dem Berlin-Ultimatum vom 27. November 1958 drohte die UdSSR wiederholt – zuletzt im Oktober 1963 – mit dem Abschluß eines separaten Friedensvertrags mit der DDR, falls die drei Westmächte sich nicht zu Verhandlungen über einen Friedensvertrag mit beiden Teilen Deutschlands bereit erklärten. Für erste Äußerungen in diesem Sinne vgl. die Reden des Ministerpräsidenten Chruschtschow am 17. Februar 1959 in Tula und am 4. März 1959 in Leipzig sowie die Stellungnahme des Außenministers Gromyko am 10. Juni 1959 auf der Außenministerkonferenz der Vier Mächte in Genf; DzD IV/1, S. 890-893 und S. 1019-1021 (Auszüge) bzw. DzD IV/2, S. 525–534, besonders S. 531. Zur Erklärung des sowjetischen Außenministeriums vom 11. Oktober 1963 vgl. DzD IV/9, S.781–785.
Zum sowjetischen Vorschlag für einen Friedensvertrag mit der Bundesrepublik und der DDR vgl. auch Dok. 36, Anm. 18.

[23] Zur politischen Bewertung des Freundschaftsvertrags vom 12. Juni 1964 zwischen der UdSSR und der DDR vgl. auch Dok. 170.

[24] In einer Note vom 25. Juni 1964 protestierte die UdSSR gegen die Einberufung der Bundesversammlung nach Berlin (West) zur Wahl des Bundespräsidenten am 1. Juli 1964 und betonte, die drei Westmächte lüden „selbstverständlich die Verantwortung für alle eventuell daraus entspringenden unerwünschten Folgen auf sich". Vgl. DOKUMENTE ZUR BERLIN-FRAGE 1944–1966, S. 553 f.
Bereits am 20. Juni 1964 war in einer Note, die sich gegen die von der amerikanischen Fluggesellschaft „Pan American" eröffnete interkontinentale Direktfluglinie nach Berlin (West) wandte, betont worden, daß für die Sicherheit dieser Flüge nicht garantiert werden könne. Vgl. dazu DzD IV/10, S. 759, Anm. 1. Für den Wortlaut einer entsprechenden Erklärung der DDR vom 22. Juni 1964 vgl. DzD IV/10, S. 758.

[25] Dieses Wort wurde von Bundesminister Schröder handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „gegenüber bezeugen".

Zu den anderen Fragen, die in der Botschaftergruppe besprochen würden, erklärte der Herr Minister, der dort entwickelte Plan[26] sollte mit Zustimmung der drei anderen Partner in dem Moment publiziert werden, wo dies zweckmäßig erscheine. Die diesbezüglichen Erörterungen und Initiativen sollten weiter vorangetrieben werden. Man sollte also eine Art Generalstabsarbeit leisten, um genügend schnell reagieren zu können, wenn dies erforderlich sei. Zur Arbeitstechnik frage er sich, ob es nicht zweckmäßig wäre, im Falle von Schwierigkeiten unmittelbare Kontakte zwischen den Außenministern zu pflegen, wie dies durch das von ihm kürzlich an seinen französischen Kollegen gerichtete Schreiben[27] geschehen sei.

Herr *Couve de Murville* teilte diese Auffassung. Er unterstrich, daß die vor einiger Zeit aufgetauchten Schwierigkeiten[28] rein redaktioneller Art gewesen seien und sich nicht auf die Substanz bezogen hätten.

Der Herr *Minister* zeigte hierfür Verständnis, fügte jedoch hinzu, daß die Bundesregierung es gerne gesehen hätte, wenn die Erklärung ein paar Tage früher hätte veröffentlicht werden können wegen der Wirkung auf die öffentliche Meinung, die durch die Verzögerung etwas abgeschwächt worden sei. Er verwies auch auf den Wunsch des NATO-Rats nach einer vorhergehenden Konsultation.[29]

Herr *Couve de Murville* sagte, es würde gereicht haben, wenn der angekündigte Text in seinem Inhalt dem NATO-Rat zugeleitet worden wäre. Es könne sich nicht um eine Konsultation über jeden einzelnen Satz der Erklärung handeln. Im übrigen glaube er, daß der NATO-Rat nicht um eine Stellungnahme gebeten werden müsse. Das Problem sei hier nur, daß in dem Rat ein Belgier sitze, der meine, er müsse die atlantische Allianz selbst leiten.

Was die Analyse des Vertrags zwischen Chruschtschow und Ulbricht betreffe, erklärte sich Herr Couve de Murville mit dem Herrn Minister einverstanden. Er sei als eine Art Ersatz für den Friedensvertrag zu bewerten, den die UdSSR ursprünglich angekündigt hatte, den sie aber nicht beabsichtige abzuschließen. Herr Couve de Murville sagte zu, daß er prüfen werde, wie die Dreiererklärung verwertet werden solle, ob sie den Regierungen unterbreitet oder an-

[26] Für den Wortlaut der Deutschland-Initiative (Fassung vom 10. April 1964) vgl. Dok. 3 mit den Änderungen in Anm. 5, 9, 11–20 und 22. Zur englischsprachigen Neufassung vom 6. Mai 1964 vgl. Dok. 136, Anm. 4.

[27] Für den Wortlaut des Schreibens vom 22. Juni 1964 vgl. Dok. 175.

[28] Zu den Differenzen in der Washingtoner Botschaftergruppe über eine gemeinsame Erklärung der Drei Mächte zum Freundschaftsvertrag vom 12. Juni 1964 zwischen der UdSSR und der DDR vgl. Dok. 167 und Dok. 175.

[29] Nachdem bereits am 23. Juni 1964 im Politischen Ausschuß des Ständigen NATO-Rats der Wunsch nach einer Konsultation über die Drei-Mächte-Erklärung zum Freundschaftsvertrag zwischen der UdSSR und der DDR geäußert worden war, wurde die Erklärung dem Rat am Tag der Veröffentlichung vorgelegt. Dazu berichtete Botschafter Grewe, Paris (NATO) am 26. Juni 1964: „Die Botschafter der Mehrzahl der übrigen NATO-Staaten äußerten scharfe Kritik an dieser Art des Verfahrens, die jegliche Form von Konsultation außer acht lasse. Türkischer Botschafter erklärte – ähnlich wie niederländischer – ironisch, er werde das Papier per Post oder mit dem nächsten Kurier nach Ankara schicken, um Porto zu sparen, da der Inhalt doch vorher in der Zeitung stehe." Für die Drahtberichte von Grewe vom 23. und 26. Juni 1964 vgl. Abteilung II (II 1), VS-Bd. 56; B 150, Aktenkopien 1964.

läßlich der Konferenz in Kairo den Beteiligten zur Kenntnis gebracht werden sollte.[30]

Der Herr *Minister* dankte seinem französischen Kollegen für diese Bereitschaft und schlug vor, am Tage darauf auf diesen Punkt zurückzukommen. Die Erklärung möge zwar nichts Sensationelles darstellen, es sei aber wichtig, eine permanente Gegenwirkung zu den Erklärungen der anderen Seite zu schaffen.

Der *französische Außenminister* gab dem Herrn Minister dann einige Erläuterungen zu dem bevorstehenden Besuch des rumänischen Ministerpräsidenten Maurer in Paris.[31] Die Initiative hierzu sei von der rumänischen Regierung ausgegangen. Über die französische Botschaft in Bukarest habe der rumänische Außenminister[32] vor etwa einem Monat anfragen lassen, ob der Ministerpräsident mit einigen Regierungsmitgliedern Paris einen Besuch abstatten könne. Es sei ein sehr kurzfristiger Termin vorgeschlagen worden. Daraufhin habe die französische Regierung ihr grundsätzliches Einverständnis mit einem derartigen Besuch geäußert und ihrerseits zwei Termine – Ende Juli oder Ende Oktober – vorgeschlagen. Die rumänische Regierung habe sich für den ersteren entschlossen. In Paris warte man nunmehr ab, was der Ministerpräsident, der Außenminister und die anderen rumänischen Regierungsmitglieder wollten. Es sei kein Programm für die Gespräche aufgestellt worden. Natürlich werde man über die wirtschaftlichen Beziehungen, vielleicht über Warenkredite und sicher auch über den Verkauf von rumänischem Erdöl nach Frankreich sprechen. Es sei anzunehmen, daß auch allgemeinpolitische Fragen angeschnitten würden. Der rumänischen Demarche sei eine Mitteilung an die französische Regierung vorangegangen, wonach alle Gesuche um Ausreisegenehmigungen aus Rumänien, die von französischer Seite beantragt worden seien (etwa ein Dutzend)[33], erfüllt wurden. Gleichzeitig sei in Rumänien eine allgemeine Amnestie erlassen worden, infolge deren etwa 7000 politische Häftlinge freigelassen worden seien. Dies seien Anzeichen dafür, daß Rumänien, wie andere Länder des Ostblocks, versuche, sich von der sowjetischen Herrschaft zu befreien und einen eigenen Kurs zu steuern. Er habe Grund anzunehmen, daß in der Tschechoslowakei etwas Ähnliches im Gange sei, vielleicht nicht in so krasser Form wie in Rumänien. In bezug auf Ungarn seien

[30] Staatssekretär Carstens informierte am 3. Juli 1964 die Botschaften in Washington und London über diese Zusage des französischen Außenministers. Er bat um Sondierungen bei den jeweiligen Außenministerien zugunsten einer ähnlichen Unterstützung, da es wichtig erscheine, „den afrikanischen Staaten vor der Gipfelkonferenz in Kairo ... den gemeinsamen westlichen Standpunkt möglichst nachdrücklich nahezubringen". Vgl. Ministerbüro, VS-Bd. 8529; B 150, Aktenkopien 1964.
Mit Drahtbericht vom 13. Juli 1964 teilte Botschafter Knappstein, Washington, mit, daß das Thema in der Washingtoner Botschaftergruppe behandelt worden sei, „nachdem schließlich auch die Franzosen Weisungen erhalten hatten". Danach werde die Erklärung der Drei Mächte vom 26. Juni 1964 durch deren Botschaften den Regierungen aller auf der Konferenz von Kairo vertretenen Staaten übergeben und zugleich der Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik bekräftigt werden. Vgl. Abteilung I (I B 4), VS-Bd. 215; B 150, Aktenkopien 1964.

[31] Für eine Beurteilung dieses Besuchs vom 27. bis 31. Juli 1964 vgl. Dok. 227.

[32] Corneliu Manescu.

[33] Die Wörter „(etwa ein Dutzend)" wurden von Bundesminister Schröder handschriftlich eingefügt.

die Dinge vielleicht etwas anders gelagert, aber auch hier seien ähnliche Tendenzen sichtbar.

Der Herr *Minister* brachte sein Interesse für alle derartigen Bewegungen im osteuropäischen Raum zum Ausdruck, die auf günstige Veränderungen schließen lassen, und betonte, wie dankbar er für einen Informations- und Meinungsaustausch mit der französischen Seite sei, die in diesem Gebiet über größere Erfahrungen aus der jüngeren Zeit[34] verfüge. Er gab seinerseits einen Bericht über den Stand der Errichtung deutscher Handelsmissionen im Ostblock. Entsprechende Abkommen seien in der Zwischenzeit mit vier Ländern – Polen, Rumänien, Ungarn und Bulgarien – abgeschlossen worden.[35] Zu der Tschechoslowakei bestünden gewisse Kontakte.[36] Die Frage der Verhandlungen mit Prag[37] solle im kommenden September intensiviert werden[38], und man hoffe, dabei zu Ergebnissen zu gelangen. Die französische Regierung werde hierüber unterrichtet werden. In bezug auf die Tschechoslowakei stehe man vor einem doppelten Problem: Dieses Land neige dazu, den Status einer Vertretung eher erhöhen als abschwächen zu wollen, das heißt, es wünsche konsularische Beziehungen, wenn es schon nicht möglich sei, diplomatische Beziehungen anzuknüpfen. Aus den bekannten Gründen sei die Bundesregierung jedoch gegen die Erteilung konsularischer Befugnisse. Ferner könnte die Tschechoslowakei an der Behandlung des Münchner Abkommens[39] interessiert sein. An diesem Abkommen sei jedoch nicht Deutschland allein, sondern ebenso Frankreich, England und Italien beteiligt. Die Bundesregierung habe immer gesagt, dieses Abkommen sei in der Substanz ohne aktuelle Bedeutung.[40] Es könnte aber vielleicht doch als Nebenwirkung die Behandlung bestimmter Staatsangehörigkeitsfragen usw.[41] mit sich bringen, die aber nicht so diffiziler Natur seien. Die Bundesregierung habe immer erklärt, daß sie keine territorialen Forderungen an die Tschechoslowakei zu stellen habe. Die Lage sei etwas erschwert worden durch kürzliche Erklärungen der Sudetendeutschen Verbände.[42] Die eigentlichen Schwierigkeiten seien aber, wie gesagt, nur der tschechische Wunsch, sich größer zu etablieren, und die Schwierigkeiten aus dem Münchner Vertrag. Andererseits hätten die Tschechen ein großes

[34] Der Passus „über größere Erfahrungen aus der jüngeren Zeit" ging auf Streichungen und handschriftliche Einfügungen des Bundesministers Schröder zurück. Vorher lautete er: „über viel größere Erfahrungen".

[35] Im Laufe des Jahres 1963 schloß die Bundesrepublik Abkommen mit Polen, Rumänien und Ungarn über den Handelsverkehr bzw. den Austausch von Handelsvertretungen. Vgl. dazu Dok. 13, Anm. 20.
Zum Abkommen mit Bulgarien vom 6. März 1964 über den Waren- und Zahlungsverkehr und den Austausch von Handelsvertretungen vgl. Dok. 62.

[36] Zum Stand der Verhandlungen mit der Tschechoslowakei vgl. Dok. 177.

[37] Die Wörter „mit Prag" wurden von Bundesminister Schröder handschriftlich eingefügt.

[38] Vgl. dazu Dok. 256.

[39] Für den Wortlaut des Münchener Abkommens vom 29. September 1938 vgl. ADAP, D, II, Dok. 675. Zur Frage der Gültigkeit des Münchener Abkommens vgl. auch Dok. 147.

[40] Der Passus „sei in der Substanz ohne aktuelle Bedeutung" ging auf handschriftliche Einfügungen des Bundesministers Schröder zurück. Vorher lautete er: „sei ohne Bedeutung".

[41] Dieses Wort wurde von Bundesminister Schröder handschriftlich eingefügt.

[42] Zur Erklärung des Sprechers der Sudetendeutschen Landsmannschaft, Bundesminister Seebohm, auf dem Pfingsttreffen am 17. Mai 1964 in Nürnberg vgl. Dok. 140, Anm. 20.

Interesse an dem Zustrom deutscher Touristen, die Devisen in das Land brächten. Er hoffe, daß die Tschechoslowakei angesichts der sicheren Vorteile, die ihr aus einer Vereinbarung mit der Bundesrepublik erstehen würden, bereit sei, die Berlin-Klausel zu akzeptieren. Es sei zu hoffen, daß durch den separaten Vertrag zwischen Moskau und Pankow die Situation für die tschechische Regierung nicht erschwert werde.

Herr Minister *Couve de Murville* brachte sodann das Gespräch auf Jugoslawien und berichtete über den Besuch von Staatsminister Joxe in Belgrad.[43] Als Vorwand hierzu habe die Unterzeichnung eines französisch-jugoslawischen Kulturabkommens gedient. Seit dem Krieg habe sich kein Mitglied einer französischen Regierung zu einem offiziellen Besuch nach Belgrad begeben. Die Jugoslawen hätten darum gebeten, daß die Unterzeichnung in Belgrad durch ein Mitglied der französischen Regierung vorgenommen werde. Nach einigem Zögern habe diese sich damit einverstanden erklärt, weil es ihr wichtig erschien, an Ort und Stelle die Dinge zu sehen und andererseits die Verbreitung französischer Bücher in Jugoslawien eine große Rolle spiele. Herr Joxe habe mit verschiedenen Mitgliedern der dortigen Regierung, darunter dem Außenminister[44] und auch mit Marschall Tito Gespräche geführt. Dabei sei nichts sehr Wichtiges zur Sprache gekommen. Man habe über China und Rußland und all diese Fragen gesprochen. Im Verlauf der Gespräche sei Herrn Joxe gesagt worden, von jugoslawischer Seite würde man Wert darauf legen, wenn seine Regierung der Bundesregierung gegenüber zum Ausdruck brächte, daß Interesse an einem Engagement zwischen Jugoslawien und Deutschland bestehe. Herr Joxe habe hierzu nicht Stellung genommen, auch nicht die Zusage gegeben, daß er diesen Wunsch weiterleiten werde. Er (Couve de Murville) bringe ihn hiermit zur Kenntnis seines deutschen Kollegen. Frankreich sei immer der Auffassung gewesen, Jugoslawien habe mit der Anerkennung der DDR und dem darauffolgenden Bruch mit der Bundesrepublik[45] einen Fehler begangen. Es habe dadurch nichts gewonnen. Frankreich habe kein Interesse daran, daß sich die deutsch-jugoslawischen Beziehungen verschlechtern, ganz im Gegenteil.

Der Herr *Minister* erwiderte, das Hindernis auf diesem Wege sei die Anknüpfung von diplomatischen Beziehungen zwischen Belgrad und Pankow. Außerdem habe in letzter Zeit Jugoslawien eine starke Tätigkeit im Sinne Moskaus entfaltet.[46] Er erinnere in diesem Zusammenhang an das Treffen zwischen Chruschtschow und Tito in Leningrad[47] sowie an den Besuch des jugoslawi-

[43] Staatsminister Joxe hielt sich vom 18. bis 23. Juni 1964 zu Gesprächen mit der jugoslawischen Regierung in Belgrad auf. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1964, Z 151. Vgl. dazu auch den Drahtbericht des Botschafters Klaiber, Paris, vom 25. Juni 1964; Abteilung I (I A 3), VS-Bd. 43; B 150, Aktenkopien 1964.

[44] Koca Popović.

[45] Zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Jugoslawien am 19. Oktober 1957 vgl. Dok. 67, Anm. 21.

[46] Zur jugoslawischen Kampagne gegen die Politik der Bundesregierung vgl. Dok. 77.

[47] Der jugoslawische Staatspräsident traf am 8./9. Juni 1964 in Leningrad mit Ministerpräsident Chruschtschow zusammen. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1964, Z 141 f. Vgl. auch die Aufzeichnung des Botschafters Schlitter vom 26. Juni 1964; Abteilung I (D I/Dg I A), VS-Bd. 2; B 150, Aktenkopien 1964.

schen Staatschefs in Polen, der dort sehr für die sowjetischen Thesen eingetreten sei.[48] Offensichtlich habe Tito auch dem rumänischen Staatspräsidenten[49] zugeredet, nicht zu selbständig zu agieren – was sicher im Auftrage Moskaus geschehen sei. Es sei für die Bundesregierung nicht sehr angenehm festzustellen, wie sehr Jugoslawien sich für die Thesen der zwei deutschen Staaten[50] usw. einsetze. Die Grenzen eines deutschen Entgegenkommmens seien daher sehr eingeengt. Man könne ja schließlich Jugoslawien nicht dafür honorieren, daß es als erstes Pankow anerkannt habe.

Der Herr Minister sprach dann den Wunsch aus, mit seinem Kollegen über die Algerien-Frage und die Haltung U Thants zu sprechen. Es bestehe vielleicht eine gewisse Beziehung zwischen diesen beiden Punkten. Er habe gehört, daß Ben Bella beabsichtige, bei der nächsten oder übernächsten Konferenz in Kairo Länder wie Ägypten, Mali und Guinea zu einer Anerkennung Pankows zu bewegen.[51] Er frage Herrn Couve de Murville, ob er Näheres hierüber wisse, ob diese Nachricht exakt sei. Ein enger Freund Ben Bellas soll eine derartige Äußerung in einem Artikel getan haben.[52] Er wisse, daß die Algerien-Frage in französischer Sicht verschiedene Facetten aufweise, frage sich aber, ob die französische Regierung nicht in günstigem Sinne auf Ben Bella einwirken könne. In bezug auf U Thant seien ihm Informationen zugegangen, wonach der sogenannten DDR ein Beobachterstatus bei den Vereinten Nationen eingeräumt werden solle[53], und zwar soll dieser Gedanke aus der

[48] Staatspräsident Tito hielt sich vom 25. Juni bis 2. Juli 1964 zu einem Staatsbesuch in Polen auf. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1964, Z 169. Für die öffentlichen Äußerungen, in denen Tito für die sowjetische Zwei-Staaten-Theorie eintrat, vgl. den Artikel „Abschluß der Polenreise Marschall Titos"; NEUE ZÜRCHER ZEITUNG, Fernausgabe, Nr. 182 vom 4. Juli 1964, S. 2.

[49] Gheorghe Gheorghiu-Dej.

[50] Zur sowjetischen Zwei-Staaten-Theorie vgl. Dok. 13, Anm. 15.

[51] Am 27. Juni 1964 berichtete Botschafter Freiherr von Braun, New York (UNO): „Erfahre von zuverlässigem Vertrauensmann, daß Präsident Ben Bella sich vor einigen Tagen an die Staatsoberhäupter der VAR, Guineas, Malis, Kongo/Brazzaville und wahrscheinlich auch Jugoslawiens mit persönlichen Memoranden gewandt hat, in denen er die Behandlung der Frage der Anerkennung der SBZ auf der vom 17. bis 19. Juli in Kairo zusammentretenden Konferenz der Oberhäupter ungebundener Staaten vorschlägt. Behandlung solle nicht als Tagesordnungspunkt, sondern zunächst in kleinerem, wohl auf die angeschriebenen Staatsoberhäupter begrenztem Kreise erfolgen." Vgl. Abteilung I (I B 1), VS-Bd. 514; B 150, Aktenkopien 1964.

[52] In dem am 20. Juni 1964 in der algerischen Zeitschrift „Révolution africaine" veröffentlichten Artikel „Améliorons nos rélations avec la République Démocratique Allemande" trat das Mitglied des ZK der FLN, Zerdani, für eine baldige Verbesserung der Beziehungen Algeriens zur DDR ein und behauptete, Bundeskanzler Erhard habe selbst bereits die Problematik der Hallstein-Doktrin anerkannt. Vgl. dazu den Drahtbericht des Botschafters Richter, Algier, vom 19. Juni 1964; Referat I B 4, Bd. 59.
Richter unternahm bereits am 25. Juni 1964 eine Demarche im algerischen Außenministerium. Staatssekretär Carstens bestellte seinerseits den Botschafter Algeriens, Keramane, ein. Vgl. dazu den Drahterlaß vom 1. Juli 1964 an die Botschaft in Algier; Büro Staatssekretär, Bd. 393. Für den Drahtbericht von Richter vgl. Referat I B 4, Bd. 59.

[53] Am 27. Juni 1964 informierte Botschafter Freiherr von Braun, New York (UNO), über sowjetische Initiativen bei den Vertretungen blockfreier Staaten, um nach Abschluß des Freundschaftsvertrags vom 12. Juni 1964 zwischen der UdSSR und der DDR Unterstützung für die Gewährung eines Beobachterstatus der DDR in der UNO zu erwirken. Braun wies auf die Gefahr hin, daß auch der UNO-Generalsekretär bei seinem bevorstehenden Besuch in der UdSSR in diese Richtung gedrängt werden könnte, und bat um Ermächtigung für eine vorbeugende Demarche bei U Thant. Vgl. Abteilung I (I B 1), VS-Bd. 514; B 150, Aktenkopien 1964.

Umgebung U Thants stammen, in der viele sowjetische Kräfte tätig seien. U Thant könne mehr oder weniger frei eine derartige Entscheidung treffen, da dies zu den Rechten des Generalsekretärs der UNO gehöre.

Herr *Couve de Murville* antwortete, von derartigen Absichten habe er nie etwas gehört. Er habe aber Gelegenheit, U Thant am 20. Juli bei dessen Besuch in Paris[54] auf diese Frage anzusprechen. Was Algerien betreffe, habe er vor vier bis fünf Wochen Gespräche mit dem dortigen Außenminister[55] geführt. Im Zusammenhang mit der DDR und der deutschen Frage habe dieser spontan und sehr klar gesagt, seine Regierung habe nicht die Absicht, die DDR anzuerkennen. Dies überrasche ihn (Couve de Murville) im übrigen nicht, da die Politik Algeriens im wesentlichen eine Politik des non-commitments sei. Ben Bella sei zwar wohl in Rußland gewesen[56], und Rußland habe an Algerien, aus Gründen, die er im übrigen nicht verstehe, Waffen geliefert. Aber nach seiner Rückkehr aus Moskau habe Ben Bella einen Besuch in Rotchina für den kommenden Herbst angekündigt.[57] In den Beziehungen zwischen Frankreich und Algerien gebe es natürlicherweise Schwierigkeiten, die sich in Zukunft auf wirtschaftlichem Gebiet noch steigern könnten. Im politischen Bereich gebe es aber keine Schwierigkeiten und keine Anzeichen für einen schlechten Willen seitens der Algerier. Falls der Herr Minister es wünsche, werde er gelegentlich den Algeriern gegenüber die Frage der DDR anschneiden – allerdings nicht in Form einer wirklichen Demarche –, um zu sehen, ob der algerische Außenminister seinen damaligen Standpunkt auch weiterhin vertrete.

Der Herr *Minister* antwortete, daß er es für nützlich halten würde, wenn dies noch vor der Konferenz in Kairo geschehen könnte. In diesem Zusammenhang würde er es begrüßen, mit seinem französischen Kollegen noch einige Worte über Ägypten und Israel zu wechseln.

Minister *Couve de Murville* berichtete daraufhin über den Besuch von Ministerpräsident Eshkol in Paris.[58] Auch dieser habe selbst darum gebeten, der französischen Hauptstadt einen Besuch abzustatten. Ursprünglich habe er beabsichtigt, bei seiner Reise nach Washington[59] in Paris Station zu machen.

Fortsetzung Fußnote von Seite 732

Mit Drahterlaß vom 30. Juni 1964 teilte Ministerialdirektor Jansen mit, daß die Gefahr einer Aufwertung der DDR im Rahmen der UNO nicht überschätzt zu werden brauche, wies Braun jedoch an, U Thant den Standpunkt der Bundesregierung nochmals vorzutragen. Vgl. Abteilung I (I B 1), VS-Bd. 514; B 150, Aktenkopien 1964.

54 Der UNO-Generalsekretär führte am 21. Juli 1964 Gespräche mit Staatspräsident de Gaulle, Ministerpräsident Pompidou und Außenminister Couve de Murville. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1964, Z 164.

55 Abdelaziz Bouteflika.

56 Zum Besuch des algerischen Präsidenten vom 25. April bis 7. Mai 1964 in der UdSSR vgl. EUROPA-ARCHIV 1964, Z 122.

57 Präsident Ben Bella empfing am 30./31. März 1965 den Ministerpräsidenten der Volksrepublik China, Tschou En-lai, in Algier. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1965, Z 71.

58 Der israelische Ministerpräsident hielt sich vom 29. Juni bis 1. Juli 1964 zu einem Besuch in Paris auf. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1964, Z 163 f. Vgl. auch den Drahtbericht des Botschafters Klaiber, Paris, vom 1. Juli 1964; Referat I B 4, Bd. 115.

59 Der israelische Ministerpräsident hielt sich am 1./2. Juni 1964 zu einem Besuch in Washington auf. Für das Kommuniqué über die Gespräche mit Präsident Johnson vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 50, 1964, S. 959 f.

Dann habe er sich zu einem separaten Besuch entschlossen. Die französische Regierung habe sich hiermit einverstanden erklärt, jedoch betont, daß der Besuch keinen offiziellen Charakter haben könne, weil schon mehrere israelische offizielle Besuche in Paris stattgefunden hätten. Er glaube, daß dieser Besuch einen innerpolitischen Hintergrund habe. Die Beziehungen zwischen dem jetzigen israelischen Ministerpräsidenten und seinem Vorgänger Ben Gurion seien schlecht. Da dieser für eine Allianz mit Frankreich eingetreten sei, wolle Eshkol nicht den Eindruck erwecken, daß er – durch seine Reise in die USA – an Frankreich weniger interessiert sei als sein Vorgänger. Bei den Gesprächen in Paris habe Eshkol, abgesehen von der üblichen Tour d'horizon, zwei präzise Angelegenheiten angeschnitten: die Beziehungen zum Gemeinsamen Markt (Anwendung des Vertrags mit Israel[60], Orangenproblem[61]) und die Vereinbarung mit den USA über die Entsalzung des Meerwassers[62]. Er habe um eine französische Mitwirkung bei der ozeanographischen Forschung gebeten. Von französischer Seite habe man zugesagt, diese Frage zu prüfen. Im übrigen habe der israelische Besuch in Paris hauptsächlich dazu gedient, die Öffentlichkeit mit den israelischen Interessen und Anliegen vertraut zu machen. In bezug auf Ägypten sei nichts Besonderes zu sagen. Es hätten jetzt zum ersten Male nach dem Bruch wegen der Suezkrise[63] Handelsvertragsverhandlungen mit Ägypten begonnen. Auf bilateraler Ebene bestünden keine besonderen Probleme.

Der Herr *Minister* fragte, ob in den offiziellen Gesprächen auch die Deutschland-Frage angeschnitten worden sei, worauf Herr *Couve de Murville* antwortete, die Frage der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Israel sei nicht besprochen worden.

Der Herr *Minister* verwies abschließend auf den heiklen Charakter dieses Problems, das einerseits mit dem Blick auf die deutsche Vergangenheit und andererseits mit dem Blick auf die arabische Welt behandelt werden müsse. Leider machten die Israelis es der Bundesrepublik nicht immer leicht, da sie einerseits bereit seien, beträchtliche wirtschaftliche Unterstützung anzunehmen, andererseits aber die Bundesrepublik auch immer wieder öffentlich an-

[60] Am 1. Juli 1964 war das Handelsabkommen vom 4. Juni 1964 zwischen der EWG und Israel in Kraft getreten. Vgl. dazu BULLETIN DER EWG 7/1964, S. 15 f.
Für den Wortlaut des Abkommens vgl. Referat III A 2, Bd. 31.

[61] Mit Drahtbericht vom 1. Juli 1964 teilte Botschafter Klaiber, Paris, mit, Ministerpräsident Eshkol habe bei seinen Gesprächen in Paris „eine Erhöhung des Zitrusfrüchte-Exports in die EWG für wünschenswert erklärt, sei jedoch darauf hingewiesen worden, daß diese Frage mit allen Mittelmeerländern abgestimmt werden müsse". Vgl. Referat I B 4, Bd. 115.
In einem Protokoll zum Handelsabkommen vom 4. Juni 1964 zwischen der EWG und Israel war festgelegt, einen gemeinsamen Ausschuß einzuberufen, sofern die EWG „mit einem oder mehreren Drittländern mit großer Apfelsinenerzeugung ein Abkommen schließen sollte, das den Apfelsinenabsatz auf dem Markt der Gemeinschaft wesentlich beeinflussen könnte". Vgl. BULLETIN DER EWG 7/1964, S. 15 f.

[62] Eine entsprechende Vereinbarung war anläßlich der Gespräche des israelischen Ministerpräsidenten mit Präsident Johnson am 2. Juni 1964 in Washington getroffen worden. Für das Kommuniqué vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 50, 1964, S. 959 f.

[63] Vgl. dazu Dok. 95, Anm. 4.
Zur Suez-Krise von 1956 vgl. Dok. 70, Anm. 20.

klagten. Da die deutsche Hilfe an Israel[64] in der Öffentlichkeit nicht immer bekannt sei, könne die Bundesregierung auf derartige Anklagen auch nicht immer öffentlich antworten.[65]

Ministerbüro, VS-Bd. 8512

182

Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem französischen Außenminister Couve de Murville

Z A 5-85.A^{II}/64 geheim **3. Juli 1964**[1]

In dem Gespräch zwischen dem Herrn Bundesminister des Auswärtigen und dem französischen Außenminister, M. Couve de Murville, das am 3. Juli 1964 um 11 Uhr im Arbeitszimmer des Herrn Ministers stattfand, wurde zur Europafrage und der NATO folgendes erklärt:

Der Herr *Minister* führte aus, daß die deutsche Presse, der ehemalige Bundeskanzler Dr. Adenauer, das CDU-Präsidium immer wieder die Frage der Fortbehandlung der Europäischen Politischen Union[2] zur Sprache brächten. Dazu könne man natürlich die Antwort geben, daß Deutschland und Frankreich in ihrem Vertrag mehr oder weniger die Ziele des Fouchet-Planes[3] in bezug auf ihre Länder realisiert hätten[4]: Hinsichtlich der Außenpolitik, der Militärpolitik, der Kulturpolitik, der Beziehungen zwischen den Regierungen sei das Gerüst, das ursprünglich für die Sechs vorgesehen war, mehr oder weniger geschaffen – was von Herrn *Couve de Murville* bestätigt wurde.

Der Herr *Minister* sagte weiter, wenn die anderen nicht mitmachen wollten, so könne man sie nicht dazu zwingen, dies sei klar; aber ein großer[5] Teil der öffentlichen Meinung in Deutschland, seine eigene Partei usw. seien sehr stark von dem Europagedanken durchdrungen, sie hätten große Ideale und Hoff-

64 Zur geheimgehaltenen Gewährung von Krediten an Israel im Rahmen der „Aktion Geschäftsfreund" vgl. Dok. 76, besonders Anm. 1.
Zur Frage der Waffenlieferungen an Israel vgl. zuletzt Dok. 161.

65 Dolmetscherin Bouverat fügte folgenden Zusatz an: „Die Ausführungen über die europäische Frage und die NATO wurden am 3. Juli bereits in einer getrennten Aufzeichnung vorgelegt."
Vgl. dazu Dok. 182.

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde am 3. Juli 1964 von Dolmetscherin Bouverat gefertigt.
Hat Bundesminister Schröder vorgelegen.

2 Zu den Bemühungen um eine europapolitische Initiative vgl. zuletzt Dok. 178 und Dok. 180.
Vgl. auch Dok. 183.

3 Zu den von Frankreich initiierten Fouchet-Plänen vom 2. November 1961 bzw. 18. Januar 1962 vgl. Dok. 7, Anm. 10.

4 Die Wörter „realisiert hätten" wurden von Bundesminister Schröder handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „realisierten".

5 Dieses Wort wurde von Bundesminister Schröder handschriftlich eingefügt.

nungen und würden sehr enttäuscht, wenn in dieser Frage keine Fortschritte erzielt würden.

Der Herr Minister fragte Herrn Couve de Murville, was man bei der gegenwärtigen Konferenz nützlicherweise tun könnte, um in dieser Hinsicht weiterzukommen. Es sei zwar eine Tatsache, daß Italien und Holland nicht daran dächten, mitzumachen; bei Belgien wisse man nie so genau woran man sei, Luxemburg wünsche eine Einigung – daher bitte er den französischen Außenminister, sich Gedanken darüber zu machen, was man während dieser Konferenz oder als Ergebnis derselben sagen könnte. Vielleicht könnte man erklären, die jeweiligen Mitarbeiter seien erneut damit beauftragt worden und die Minister selbst hätten sich vorgenommen zu prüfen, ob und wann und in welcher Form Vorschläge an die anderen vier Partner im Gemeinsamen Markt gemacht werden könnten, um das Projekt der Politischen Union Europas wieder aufzugreifen. Er selbst (der Herr Minister) sei zu realistisch, um sich nicht im klaren darüber zu sein, daß dabei keine völlig neuen Gedanken entwickelt werden könnten, da ja bereits die verschiedensten Möglichkeiten durchgesprochen worden seien, aber es wäre für die politische Diskussion in Deutschland gut[6], wenn ein gewisser europäischer Fortschritt sichtbar würde. Es wäre gut, wenn bei den gemeinsamen Erklärungen zum Abschluß der deutsch-französischen Konferenz einige Worte in diesem Sinne geäußert werden könnten.[7] Mit ziemlicher Sicherheit werde Bundeskanzler Adenauer General de Gaulle am Nachmittag auf diese Frage ansprechen.[8] Daher hätte es ihn, den Herrn Minister, interessiert, die Reaktion von Herrn Couve de Murville hierüber zu erfahren.

Herr *Couve de Murville* antwortete, die Situation in bezug auf die Politische Union Europas sei ja bekannt: Die Partner Frankreichs und Deutschlands, im wesentlichen die Holländer und die Italiener, wollten nicht mitmachen. Sie wollten gar nichts tun. Zur Zeit schöben sie als Vorwand dafür die britischen Wahlen[9] vor, obwohl er – Couve – nicht recht einsehen könne, was für ein Zusammenhang zwischen den britischen Wahlen und den Sechs bestehe. Später würden sie andere Vorwände finden. Daher wisse er nicht, was für Texte, Organisationen oder Grundsätze man ihnen vorschlagen könnte. Bekanntlich könnte nur auf der Grundlage des deutsch-französischen Vertrags[10] etwas geschehen. Wie Herr Minister Schröder gesagt habe, habe dieser Vertrag zum Ziel, einen ersten Schritt in dieser Richtung darzustellen; man sei davon ausgegangen, daß er auch auf die anderen Partner des Gemeinsamen Marktes ausgedehnt werden könnte. Da die Dinge so lägen, frage er sich, was man jetzt nützlicherweise tun könne: wo kein gemeinsamer Wille vorhanden sei, könne man auch nichts tun.

[6] Der Passus „es wäre für die politische Diskussion in Deutschland gut" ging auf Streichungen und handschriftliche Einfügungen des Bundesministers Schröder zurück. Vorher lautete er: „für bestimmte Kräfte in Deutschland wäre es gut".

[7] Ein Kommuniqué über die deutsch-französischen Regierungsbesprechungen vom 3./4. Juli 1964 kam nicht zustande.

[8] Vgl. Dok. 184.

[9] Die Wahlen zum britischen Unterhaus fanden am 15. Oktober 1964 statt.

[10] Für den Wortlaut des deutsch-französischen Vertrags vom 22. Januar 1963 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 706–710.

Der Herr *Minister* sagte, er sei mit der Analyse seines französischen Kollegen einverstanden. Er frage sich aber, ob man nicht doch eine Geste machen könnte, die wenigstens[11] den Anschein erwecke, daß etwas geschehe. Es handele sich in der Tat für viele um ein ernstes Problem.

Herr Minister *Couve de Murville* stellte lächelnd die Frage, was man denn tun könne, damit es so aussehe, als ob man etwas tue („mais qu'est ce qu'on peut faire, pour avoir l'air de faire quelque chose?").[12]

Der Herr *Minister* sprach dann den Wunsch aus, mit Herrn Couve de Murville einen kurzen Meinungsaustausch über die NATO zu führen. Auf die Frage dieses letzteren, ob es hierzu denn etwas zu besprechen gebe, erwiderte der Herr Minister, er würde sehr gerne von seinem französischen Kollegen erfahren, was für Gedanken die französische Regierung, anknüpfend an die Ministerrats-Tagung der NATO im Haag[13], in bezug auf diese Organisation habe, ob Frankreich irgendwelche Reformvorschläge habe. Er, der Herr Minister, werde nämlich ständig, auch letzthin wieder in Berlin, vom Außenpolitischen Ausschuß des Bundestags[14] usw. auf diese Fragen angesprochen.

Herr *Couve de Murville* antwortete, im Moment habe Frankreich keine Pläne; seine Regierung werde keine Vorschläge machen.

Der Herr *Minister* betonte, wie wichtig es für ihn sei, den französischen Standpunkt wirklich zu kennen. Er könne sich mit dem Außenpolitischen Ausschuß usw. nur dann in geeigneter Weise auseinandersetzen, wenn er Genaueres wisse, als das, was in den Zeitungsartikeln stünde, wenn er sagen könne: der Standpunkt der französischen Regierung sei, wie er wisse, der und der.

Herr *Couve de Murville* erwiderte hierauf, Frankreich beabsichtige, sich aus der Integration herauszulösen und die Kommandogewalt selbst zu übernehmen.

Ministerbüro, VS-Bd. 8512

[11] Dieses Wort wurde von Bundesminister Schröder handschriftlich eingefügt.

[12] Zur Frage einer neuen Initiative für die europäische politische Zusammenarbeit vgl. weiter Dok. 197 und Dok. 198.

[13] Zur Sitzung des NATO-Ministerrats am 13. Mai 1964 in Den Haag und zu den Ausführungen des französischen Außenministers über eine Lockerung der militärischen Integration in Friedenszeiten vgl. Dok. 127.

[14] Der Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten tagte in gemeinsamer Sitzung mit dem Ausschuß für Verteidigung am 1. Juli 1964 in Berlin (West).

183

Deutsch-französische Regierungsbesprechung

I A 1-80.11/1963/64 VS-vertraulich 3. Juli 1964[1]

Ergebnisniederschrift über die Besprechungen des Herrn Bundeskanzlers mit dem französischen Staatspräsidenten unter Teilnahme der Minister am 3. Juli 1964 in Bonn

Teilnehmerliste: siehe Anlage[2]

I. Bundeskanzler *Erhard* eröffnet die Sitzung und heißt die französische Delegation willkommen. Er berichtet über sein Gespräch mit dem französischen Staatspräsidenten[3], in dessen Verlauf weltpolitische Probleme und insbesondere Fragen der europäischen Integration erörtert worden seien. Es sei noch zu früh, einen Überblick zu geben. Viele Fragen, insbesondere im Hinblick auf die Europäische Politische Union, seien noch offen geblieben. Er habe sich seit seiner Amtsübernahme redlich bemüht, die Bildung einer Politischen Union zu fördern, wobei er sich in allen Schritten eng mit dem französischen Staatspräsidenten abgestimmt habe. Selbst wenn die bisherigen Versuche als gescheitert angesehen werden müßten, sei er keineswegs der Meinung, daß sich dieses Ziel nicht erreichen ließe. Die Bundesregierung wünsche ein machtvolles und kraftvolles Europa zu bauen, das sich seiner Stärke bewußt sei. Er werde sein Gespräch mit dem französischen Staatspräsidenten am zweiten Tage fortführen[4] und in der abschließenden Plenarsitzung[5] darüber berichten.

Präsident *de Gaulle* dankt für die Begrüßung und äußert seine Freude über die Wiederaufnahme des direkten Kontaktes zwischen Mitgliedern der beiden Regierungen. Die französische Delegation sei ohne Hintergedanken und ohne Illusionen über das Ausmaß der Fragen, die gelöst werden könnten, nach Bonn gekommen, zugleich habe sie den festen Willen, in der Praxis die vertraglich festgelegte Zusammenarbeit zu stärken und damit unmerklich zu einer immer engeren Annäherung zwischen den beiden Regierungen zu gelan-

[1] Durchdruck.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde mit Begleitvermerk des Ministerialdirektors Jansen vom 6. Juli 1964 an Bundesminister Schröder geleitet.
Vgl. zu den Besprechungen auch OSTERHELD, Außenpolitik, S. 96 f.

[2] Teilnehmer auf deutscher Seite: Bundeskanzler Erhard, Bundesminister Schröder, Bundesminister Dahlgrün, Bundesminister Schmücker, Bundesminister Schwarz, Bundesminister von Hassel, Bundesminister Heck, Bundesminister Scheel, Bundesminister Krone, Bundesminister Westrick, Staatssekretär Carstens, Staatssekretär von Hase, Botschafter Klaiber; auf französischer Seite: Staatspräsident de Gaulle, Ministerpräsident Pompidou, Außenminister Couve de Murville, Verteidigungsminister Messmer, Finanzminister Giscard d'Estaing, Kooperationsminister Triboulet, Erziehungsminister Fouchet, Landwirtschaftsminister Pisani, Informationsminister Peyrefitte, Staatssekretär Herzog, Generalsekretär Burin des Roziers, Botschafter de Margerie, Abteilungsleiter Lucet.

[3] Vgl. Dok. 180.

[4] Zum Gespräch vom 4. Juli 1964 vgl. Dok. 187.

[5] Vgl. Dok. 188.

gen. In seinem Gespräch mit dem Bundeskanzler sei geprüft worden, in welchen Gebieten die beiden Regierungen zu einer gemeinsamen Aktion kommen könnten. Dieses Gespräch werde fortgesetzt.

Bundeskanzler *Erhard* stellt die deutsch-französischen Besprechungen unter folgende These: Je unklarer die Konturen Europas seien, um so stärker sollten die beiden Regierungen den Vertrag vom 22. Januar 1963[6] nach Möglichkeiten überdenken und ständig Wege suchen, wie die beiden Vertragspartner sich näher kommen und die übrigen europäischen Partner heranziehen könnten. Er bitte, hier nicht an dem Willen der Bundesregierung zu zweifeln. Deutschland wolle Europa, es denke nicht daran, in die Fehler der Vergangenheit zurückzufallen. Die fünfzigjährige Wiederkehr des Tages, an dem der Erste Weltkrieg ausbrach, mahne uns und müsse zugleich Ansporn sein.

Bundeskanzler Erhard schlägt vor, daß nunmehr die Minister über den Stand der Zusammenarbeit in ihren Arbeitsbereichen berichten sollten.

II. Außenpolitik

Bundesminister *Schröder* gibt einen Überblick über die Entwicklung seit der letzten deutsch-französischen Konferenz im Februar 1964 in Paris.[7] Seitdem sei eine Reihe wichtiger Ereignisse zu verzeichnen: die NATO-Ratssitzung in Den Haag[8], der Abschluß des Vertrages zwischen der Sowjetunion und der Sowjetzone[9] sowie die zu dem gleichen Zeitpunkt durchgeführte Reise des Herrn Bundeskanzlers in die Vereinigten Staaten[10]. Diesen Ereignissen komme eine besondere Bedeutung aus deutscher Sicht zu. Die deutsch-französische Abstimmung, die jeweils stattfand, werfe ein besonders gutes Licht auf die Art und die Festigkeit der Zusammenarbeit zwischen den beiden Regierungen. So sei die für uns besonders wichtige Deutschland-Initiative[11] von französischer Seite unterstützt worden. In der Sitzung der vier Außenminister unmittelbar vor der NATO-Ratssitzung und in der NATO-Ratssitzung seien für die Deutschland-Probleme sehr gute Formulierungen gefunden worden.[12] Damit sei eine gute Vorarbeit für den kurz darauf abgeschlossenen Vertrag von Pankow geleistet worden. Dieser Vertrag sei zwei Tage vorher den Regierungen der USA, Frankreichs und Großbritanniens bekanntgegeben und von britischer und französischer Seite sei daraufhin in Moskau interveniert wor-

6 Für den Wortlaut des deutsch-französischen Vertrags vom 22. Januar 1963 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 706–710.

7 Zu den deutsch-französischen Regierungsbesprechungen am 14./15. Februar 1964 vgl. Dok. 44–50.

8 Zur Tagung des NATO-Ministerrats vom 12. bis 14. Mai 1964 vgl. Dok. 127.

9 Für den Wortlaut des Freundschaftsvertrags vom 12. Juni 1964 zwischen der UdSSR und der DDR vgl. DzD IV/10, S. 717–723.
Zur politischen Wertung vgl. besonders Dok. 170.

10 Zu den deutsch-amerikanischen Regierungsbesprechungen vom 12. Juni 1964 vgl. Dok. 160 und Dok. 161.

11 Für den Wortlaut der Deutschland-Initiative (Fassung vom 10. April 1964) vgl. Dok. 3 mit den Änderungen in Anm. 5, 9, 11–20 und 22. Zur englischsprachigen Neufassung vom 6. Mai 1964 vgl. Dok. 136, Anm. 4.

12 Zu den Erörterungen am 11./12. Mai 1964 über Möglichkeiten für eine Initiative in der Deutschland-Frage vgl. Dok. 124 und Dok. 126.

den.[13] Die Erklärung der drei Westmächte, die nach Unterzeichnung veröffentlicht wurde[14], habe die deutsche Haltung in bezug auf die Wiedervereinigung, das Selbstbestimmungsrecht, das Alleinvertretungsrecht der Bundesrepublik und die Freiheit Berlins bekräftigt. Soweit diese Erklärung eine unmittelbare Antwort auf den Vertrag von Pankow darstelle, sei sie zufriedenstellend. Er habe mit dem französischen Außenminister die Frage besprochen[15], den französischen Vertretungen im Ausland eine Weisung zu geben, in der diese für ihr Gespräch im Gastlande auf die in der Dreiererklärung enthaltenen Prinzipien noch einmal hingewiesen werden. Dies könne sich vor den kommenden Konferenzen der nichtverpflichteten Staaten und des afro-asiatischen Blocks als sehr nützlich erweisen. Der französische Außenminister habe sich damit einverstanden erklärt.

Ein weiteres Gesprächsthema sei die dem algerischen Staatspräsidenten Ben Bella zugeschriebene Absicht gewesen, auf der Konferenz in Kairo einen Vorstoß zur Anerkennung der Sowjetzone zu unternehmen.[16] In Übereinstimmung mit seiner bisherigen Haltung werde Frankreich sich bemühen, seinen Einfluß geltend zu machen, daß dies nicht geschehe. Ähnliches gelte für die im UN-Generalsekretariat bestehende Tendenz, der Sowjetzone einen Beobachter-Status bei den Vereinten Nationen einzuräumen.[17] Bei dem bevorstehenden Besuch des UN-Generalsekretärs in Paris[18] werde die französische Regierung sich dafür verwenden, daß ein derartiger Schritt unterbleibe.

In Osteuropa mache der Differenzierungs- und Auflockerungsprozeß Fortschritte. Dies zeige insbesondere auch der Besuch der Rumänen in Paris.[19] Die Bundesrepublik habe mit vier Staaten Abkommen über Handelsmissionen abgeschlossen.[20] Sie beabsichtige, Verhandlungen mit der Tschechoslowakei aufzunehmen.[21] Die französischen Vertretungen seien bei der Einrichtung der Handelsmissionen sehr hilfreich gewesen. Die Bundesregierung sei dankbar, wenn diese französische Unterstützung auch in Zukunft gewährt werde.

In dem deutsch-jugoslawischen Verhältnis sei die Bundesregierung an guten Beziehungen interessiert. Aber es sei nicht zu übersehen, daß Jugoslawien als

[13] Zu den am 12. Juni 1964 im sowjetischen Außenministerium übergebenen Erklärungen der drei Westmächte vgl. Dok. 161, Anm. 5.

[14] Für den Wortlaut der gemeinsamen Erklärung der Regierungen Frankreichs, Großbritanniens und der USA vom 26. Juni 1964 vgl. DzD IV/10, S. 774–776.

[15] Zum Gespräch vom 3. Juli 1964 vgl. Dok. 181.

[16] Vgl. dazu Dok. 181, Anm. 51.

[17] Vgl. dazu Dok. 181, Anm. 53.

[18] Zum Besuch des Generalsekretärs der UNO, U Thant, am 21. Juli 1964 in Paris vgl. Dok. 181, Anm. 54.

[19] Zum Besuch des Ministerpräsidenten Maurer vom 27. bis 31. Juli 1964 in Paris vgl. Dok. 219, Anm 4.

[20] Im Laufe des Jahres 1963 schloß die Bundesrepublik Abkommen mit Polen, Rumänien und Ungarn über den Handelsverkehr bzw. den Austausch von Handelsvertretungen. Vgl. dazu Dok. 13, Anm. 20.
Zum Abkommen mit Bulgarien vom 6. März 1964 über den Waren- und Zahlungsverkehr und den Austausch von Handelsvertretungen vgl. Dok. 62.

[21] Zum Stand der Gespräche mit der Tschechoslowakei über den Austausch von Handelsvertretungen vgl. Dok. 177.
Vgl. dazu weiter Dok. 256.

erstes Land Pankow anerkannt und uns gezwungen habe, die diplomatischen Beziehungen abzubrechen.[22] Bei einer Wiederaufnahme der Wirtschaftsbeziehungen solle alles vermieden werden, was auch indirekt zu einer Anerkennung der Zweistaatentheorie[23] und dadurch zu einer Anerkennung der Sowjetzone führen würde. Frankreich habe für diese Haltung volles Verständnis gezeigt.

Bei dem kürzlichen Besuch des Bundeskanzlers in Amerika sei eines der Hauptthemen die China-Frage gewesen. Die USA betrachte mit Sorge die Entwicklung in Südostasien. Die Bundesregierung habe seit längerer Zeit die Möglichkeiten sondiert, mit China ein Warenabkommen abzuschließen.[24] Dabei käme der handelspolitischen Seite nicht die größte Bedeutung zu, denn der deutsche Chinahandel sei nicht sehr umfassend; wesentlich sei, daß ein solches Abkommen mit der klaren Zielsetzung einer Erklärung der chinesischen Regierung über den Einschluß Berlins abgeschlossen werde. Die Bundesregierung bemühe sich, von allen kommunistischen Staaten Berlin-Erklärungen zu erhalten, die sich von der Stellungnahme der sowjetischen Regierung und der sowjetischen Zone zu diesem Problem unterscheiden. Die Frage eines derartigen Abkommens mit China sei bei dem Besuch in Washington erörtert worden. Die Bundesregierung habe dabei zum Ausdruck gebracht, daß kein Zeitpunkt hierfür in Betracht käme, der für die USA besondere Schwierigkeiten bereiten würde. Zwei Probleme spielten dabei eine Rolle: die Verschärfung der Lage in Südostasien[25] und die bevorstehenden Wahlen[26]. Die Bundesregierung habe die amerikanische Regierung davon informiert, daß sie die Frage eines Abschlusses eines Warenabkommens mit China weiter verfolgen werde.

Im Laufe der Besprechungen seien außerdem noch Probleme Lateinamerikas und die Frage der Weiterentwicklung der europäischen politischen Zusammenarbeit behandelt worden, über die im Zusammenhang mit anderen Tagesordnungsfragen berichtet werden könne.

Abschließend sei festzustellen, daß zwischen Februar und Juli eine Fülle von Berührungen zwischen allen Ressorts und insbesondere zwischen den Auswärtigen Ämtern stattgefunden hätten; gerade in den vergangenen Monaten sei eine positive gemeinsame Arbeit geleistet worden.

Außenminister *Couve de Murville* fügt hinzu, daß in erster Linie die Deutschland-Frage sowie die Beziehungen zu Osteuropa behandelt worden seien. Die Aussichten der Europäischen Politischen Union seien lediglich berührt worden, wobei beide Gesprächspartner sich einer gewissen Melancholie nicht hätten erwehren können. Auf deutscher und französischer Seite beurteile man den Pankow-Vertrag übereinstimmend. Er sei ein Ersatz für den seit langem

[22] Zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Jugoslawien am 19. Oktober 1957 vgl. Dok. 67, Anm. 21.

[23] Zur sowjetischen Zwei- bzw. Drei-Staaten-Theorie vgl. besonders Dok. 13, Anm. 10 und 15.

[24] Zu den Sondierungen über ein Warenabkommen mit der Volksrepublik China vgl. zuletzt Dok. 143.
Vgl. dazu weiter Dok. 206.

[25] Zur Lage in Südostasien vgl. Dok. 123, Anm. 9.

[26] Die amerikanischen Präsidentschaftswahlen fanden am 3. November 1964 statt.

angedrohten Separat-Friedensvertrag[27]. Sein Ziel sei es, die Lage zu konsolidieren. Wenn auch die Sowjets zur Zeit keine Absicht hätten, in Berlin etwas zu unternehmen, so zeige jedoch die Schärfe der sowjetischen Protestnote gegen die Einberufung der Bundesversammlung nach Berlin[28], daß die Sowjetunion ihre grundsätzliche Position nicht aufgegeben habe.

In Osteuropa vollziehe sich eine rasche Entwicklung. Er habe den deutschen Außenminister über den bevorstehenden rumänischen Besuch sowie über die Ergebnisse der Reise von Staatsminister Joxe nach Jugoslawien[29] informiert. Nach ihrem Eindruck und nach den ihnen vorliegenden Informationen bahne sich in der Tschechoslowakei in den nächsten Monaten eine ähnliche Entwicklung an wie in Rumänien.

Präsident *de Gaulle* erklärt, daß man im Augenblick eine Wiedererneuerung der sowjetischen Politik gegenüber Europa und insbesondere gegenüber Deutschland verzeichnen könne. Die Sowjetunion verstärke ihre Beziehungen zu Pankow und gäbe damit der Sowjetzone ein größeres Gepräge. Dabei vermeide sie es, einen separaten Friedensvertrag abzuschließen, um die Zukunft nicht zu präjudizieren. Im Zusammenhang damit müsse die gleichzeitige Entwicklung in Osteuropa gesehen werden, wo die Sowjetunion ihre Position erschüttert sähe. Die Entwicklung Rumäniens, die sich andeutende Entwicklung in Prag und die Haltung Titos seien Beweise hierfür. Gerade aus diesen Gründen nehme die Sowjetunion in der Deutschland-Frage eine harte Haltung ein. Gegenüber einigen westeuropäischen Staaten führe sie eine Politik des Lächelns, so etwa anläßlich der Reise Chruschtschows nach Skandinavien[30], durch die neutralistische Tendenzen gefördert werden sollten.

In seinem Gespräch mit dem Bundeskanzler sei auch die China- und die Orientfrage erwähnt worden. Es sei schade, daß die beiden Länder und damit auch die sechs Staaten der Europäischen Gemeinschaften in all diesen großen Problemen der Weltpolitik und insbesondere auch in den europäischen Fragen keine gemeinsame Haltung einnähmen. Eine europäische Politik müsse in Europa und nicht in Washington, allerdings auch nicht gegen Washington, gemacht werden. Diese Tatsache werde immer klarer hervortreten.

Bundeskanzler *Erhard* bekräftigt, daß in der Beurteilung der sowjetischen Politik und der Lage in Osteuropa eine völlige Übereinstimmung zwischen beiden Regierungen bestehe. Eine gemeinsame europäische Politik werde allmählich gefunden werden, er sei in dieser Beziehung nicht so wehmütig gestimmt wie Außenminister Couve de Murville.

III. Verteidigung

Verteidigungsminister *von Hassel* berichtet über die Besprechungen, die auf der Ebene der Minister und der Generalstabschefs sowie der Kommandeure

[27] Vgl. dazu Dok. 181, Anm. 22.

[28] Am 1. Juli 1964 wurde Heinrich Lübke in Berlin (West) erneut zum Bundespräsidenten gewählt. Für den Wortlaut der gegen die Einberufung der Bundesversammlung nach Berlin (West) gerichteten Note der UdSSR vom 25. Juni 1964 vgl. DzD IV/10, S. 772f.

[29] Vgl. dazu Dok. 181, besonders Anm. 43.

[30] Zum Besuch des sowjetischen Ministerpräsidenten vom 16. Juni bis 4. Juli 1964 in Dänemark, Schweden und Norwegen vgl. Dok. 153, Anm. 5.

stattgefunden haben. Die Generalstabsbesprechungen, die seit 1961 stattfinden, seien seit der Vertragsunterzeichnung verstärkt worden; insgesamt hätten 12 Besprechungen stattgefunden. Auch zwischen den Generalstäben der beiden Heere seien bisher insgesamt 6 Besprechungen geführt worden. Alle diese Besprechungen hätten zu guten Ergebnissen in bezug auf taktische Führungsgrundsätze, Rüstungsfragen und Organisation geführt.

Zwischen den Streitkräften beider Staaten fänden gemeinsame Übungen statt und würden gemeinsame Ausbildungen durchgeführt. So sei ein Patenverhältnis zwischen deutschen und französischen Landstreitkräften im Bereich des 2. und 3. Korps aufgenommen worden. Die Ausbildungsstätten der Luftstreitkräfte beider Länder seien in enge Verbindung getreten, ein Austausch der Lehrsprachoffiziere würde in Kürze nach Unterzeichnung eines schon fertiggestellten Vertragsentwurfs in die Wege geleitet. Zwischen den Marinestreitkräften fänden gemeinsame Manöver statt; für 1965 sei eine längere deutsch-französische Verbandsausbildung von Minensuchbooten vorgesehen.

Der Truppenaustausch werde, wie im Vertrag vorgesehen[31], durchgeführt. Die erste deutsche und französische Kompanie sei 1963 ausgetauscht worden, allerdings bei Streitkräften, die in Deutschland stationiert seien; bei der Luftwaffe würden seit 1963 Flugzeugführer ausgetauscht. Nach französischem Vorschlag solle in Zukunft auch ein regelmäßiger Austausch bei der Marine vorgenommen werden.

Ein wichtiges Gesprächsthema sei die Frage der Depots in Frankreich gewesen. Im Einverständnis mit der französischen Regierung seien die ursprünglichen, weitergehenden deutschen Forderungen reduziert worden. Schwierigkeiten bestünden für die deutsche Seite auch bei Erprobungsstellen und Schießplätzen. Frankreich sei bereit, hier zu helfen.

Im Bereich der Wehrtechnik sei ebenfalls eine gute Zusammenarbeit aufgenommen worden. Dabei handle es sich vor allem um die Bereiche der Panzerabwehr, der modernen Flugkörper, den Einsatz von Flugkörpern Luft/Boden und die Entwicklung eines Transportflugzeuges. In diesem letzten Bereich sei während der kürzlichen Besprechungen der Minister eine positive Entscheidung erreicht worden.[32]

Weitere Themen seien Fragen der Verwaltung und des Rechts, der Depotplanung und der Verwendung der deutschen Soldaten in alliierten Stäben gewesen. Sie seien in gemeinsamer Arbeit gelöst worden.

Die Höhe der deutschen Rüstungsaufträge in Frankreich belaufe sich zur Zeit auf 2 1/2 Milliarden DM.[33] Weitere Aufträge in Höhe von 900 Millionen DM seien in Vorbereitung. Frankreich stünde demnach nach den USA an der

[31] Der deutsch-französische Vertrag vom 22. Januar 1963 sah einen Austausch zwischen den Streitkräften vor, der „die zeitweilige Abordnung ganzer Einheiten" ermöglichte. Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 708.

[32] Am 4. Juni 1964 erzielten der französische Verteidigungsminister Messmer und Bundesminister von Hassel in Bonn eine Einigung über die gemeinsame deutsch-französische Produktion des Transportflugzeugs „Transall". Vgl. BULLETIN 1964, S. 828.
Vgl. dazu weiter Dok. 251.

[33] Zu den Rüstungskäufen der Bundesrepublik in Frankreich vgl. Dok. 50, besonders Anm. 8, und weiter Dok. 260.

Spitze der liefernden Länder. Der Stand der deutschen Beschaffungen ließe die Vermutung zu, daß die Zusammenarbeit auf diesem Sektor sich nicht vermindern werde.

Nicht zu verkennen sei, daß sich innerhalb der NATO eine Reihe sehr schwerer Probleme stelle, bei denen Frankreich nicht immer die Wünsche der NATO unterstütze. Hierbei handle es sich u.a. um das elektronische Führungsnetz für moderne Luftabwehr. Die Bundesregierung sei dankbar, daß Frankreich diesem Projekt jetzt zustimme und daß der Ausbau dieses Systems seinen Fortgang nehmen könne.

Die Bundesregierung unterstütze im übrigen den Grundgedanken der NATO und setze sich für eine Verstärkung dieser Organisation ein, weil sie die Voraussetzung der Verteidigung der Freien Welt sei. Man habe sehr offen hierüber gesprochen, und er glaube, daß man sich einmal zusammensetzen müsse, um die Probleme für die Zukunft gemeinsam zu ordnen.

Armeeminister *Messmer* unterstreicht die befriedigende Zusammenarbeit, die sich in den regelmäßigen Besprechungen ergeben habe. Der menschliche Kontakt sei ausgezeichnet. Es sei festzustellen, daß bei Problemen des Austauschs und der Dislozierung die Ansichten oft übereinstimmten und daß es hier keine wirklichen, großen Schwierigkeiten gäbe. Die Schwierigkeiten, die sich in der Frage der Depots und der Manöver gezeigt hätten, rührten nicht von gegensätzlichen Konzeptionen her, sondern seien in der tatsächlichen Situation begründet gewesen.

Weniger optimistisch sei er allerdings im Unterschied zu seinem deutschen Kollegen für den Bereich der Rüstung. Zwar sei das Problem der gemeinsamen Produktion des Transportflugzeuges Transall nunmehr geregelt, und die Serienproduktion in beiden Ländern könne beginnen. Es sei aber festzustellen, daß über dieses Projekt fast fünf Jahre verhandelt wurde und daß man in dieser ganzen Zeit kein anderes gemeinsames Projekt aufgenommen habe. Die deutschen Rüstungskäufe in Frankreich könnten ebenso wenig wie die französischen Rüstungskäufe in Deutschland als ein Akt der Zusammenarbeit dargestellt werden. Der Mangel eines neuen gemeinsamen Rüstungsprojekts erfülle die französische Regierung mit großer Sorge für die weitere Zusammenarbeit auf diesem Gebiet.

IV. Wirtschaft

Bundesminister *Schmücker* berichtet, daß Bundesminister Dahlgrün und er mit dem französischen Minister Giscard d'Estaing die konjunkturelle Situation besprochen hätten.[34] In Frankreich sei inzwischen die Hauptgefahr überwunden worden. Die Ein- und Ausfuhr sei ausbalanciert. Auf französischer Seite sei man sehr stark vor allem an einer Ausfuhrsteigerung interessiert. Auf deutscher Seite habe man drei Maßnahmen getroffen: eine Einschränkung der Haushaltsausgaben, Maßnahmen auf dem Gebiete des Kapitalverkehrs und zollpolitische Maßnahmen. Die Bewährung dieser drei Maßnahmen stünde allerdings noch bevor. Die Entscheidung würde erst im Herbst

[34] Für eine Aufzeichnung über das Gespräch vom 3. Juli 1964 vgl. Referat I A 1, Bd. 531.

fallen. In jedem Falle sei die deutsche Seite an einer Importsteigerung interessiert, um durch ein erhöhtes Warenangebot den Preisdruck zu mildern.

Auf dem Gebiet der Zollpolitik habe die Bundesregierung die EWG-Zollsenkungen des kommenden Jahres ohne Ausnahmen und die Senkungen des übernächsten Jahres mit Ausnahmen zeitlich vorgezogen.[35] Diese Zollsenkungen erfolgten im Sinne der europäischen Integration, sie lägen aber auch im nationalen deutschen Interesse. Auf deutscher Seite befürchte man indessen, daß durch die deutschen Zollsenkungen die Güterproduktion in den EWG-Mitgliedstaaten ungebührlich strapaziert werden könne. Offensichtlich gelte dies jedoch nicht für Frankreich, das eine Exportsteigerung gern sähe. Immerhin müsse man auf deutscher Seite davon ausgehen, daß aus den EWG-Staaten das Warenangebot in Deutschland nicht so angereichert werden könne, wie wir es erhofften. Wir wünschten deshalb, auch den gemeinsamen Außentarif zu senken und im übrigen die Kennedy-Runde zu beschleunigen. Dieses Thema sei noch nicht zu Ende diskutiert. Hier bestünden unterschiedliche Standpunkte, die weitere Erörterungen erforderlich machten.

Ein weiteres Gesprächsthema sei der zum ersten Mal von Minister Bokanowski vorgetragene Wunsch nach französischer Beteiligung an der Ausbeutung des Nordseesockels[36] gewesen. Die Zustimmung der Mitglieder des dafür zuständigen Nordsee-Konsortiums konnte erfreulicherweise erlangt werden, nachdem sich bei den Bohrungen die ersten Erfolge einstellten.[37] Von deutscher Seite sei der Wunsch geäußert worden, bei französischen Projekten in entsprechender Weise beteiligt zu werden.

Bundeskanzler *Erhard* erklärt, die deutsche Zahlungsbilanzsituation ließe einen verstärkten Kapitalexport wünschenswert erscheinen. Er stellt die Frage, wie man sich in Frankreich zu deutschen Investitionen, seien sie selbständig oder mit französischer Beteiligung, verhalten würde.

Minister *Giscard d'Estaing* berichtet, daß die Unterhaltung außerordentlich freundschaftlich geführt worden sei, wenn die Resultate auch begrenzt blieben. Dafür sei teilweise die Tatsache verantwortlich, daß das Problem der Konjunktur nicht allein durch Regierungsmaßnahmen zu lösen sei. Jedenfalls sei die Konjunkturlage in Frankreich besser, als noch vor wenigen Monaten angenommen wurde. Das Ungleichgewicht vermindere sich in Frankreich ebenso wie in Deutschland, wobei Deutschland allerdings zu einem neuen Gleichgewicht nach oben strebe, während Frankreich ein solches nach unten herzustellen suche. Die Preisstabilisierung sei in Frankreich deutlich, die Preise stiegen zur Zeit weniger als in Deutschland.

[35] Zu den am 1. Juli 1964 in Kraft getretenen Zollsenkungen vgl. Dok. 134, Anm. 14.

[36] Zur geplanten Erforschung und Ausbeutung des Festlandsockels der Bundesrepublik Deutschland in der Nordsee vgl. Dok. 6, besonders Anm. 5, Dok. 52 und Dok. 93.

[37] Am 23. Juni 1964 wurden Probebohrungen zur Erschließung der Erdgasvorkommen vor der Küste der Bundesrepublik erstmals fündig. Vgl. den Artikel „Das erste deutsche Nordseegas"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 144 vom 25. Juni 1964, S. 15.
Gleichfalls am 23. Juni 1964 erklärten die im sogenannten Nordsee-Konsortium vertretenen Firmen ihre Bereitschaft, „eine französische Gruppe an der Zusammenarbeit als elften Partner mit gleichen Rechten und Pflichten zu beteiligen und ihr – jeder einzelne – von den bestehenden Quoten so viel abzutreten, daß fortan alle Beteiligten über eine gleich hohe Quote verfügen". Vgl. die Aufzeichnung des Referats III A 1 vom 30. Juni 1964; Referat I A 1, Bd. 531.

Unbefriedigend sei die Lage im Bereich des Außenhandels und besonders des deutsch-französischen Handels, der ein steigendes Defizit zuungunsten Frankreichs ausweise. Das Defizit im ersten Vierteljahr 1964 habe 520 Millionen Franken gegenüber einem Defizit im ersten Vierteljahr 1963 von 249 Millionen Franken und einem Gesamtdefizit im Jahre 1963 von 1 Milliarde Franken betragen. In den Vergleichszeiträumen sei fast eine Verdopplung eingetreten, die sich aus einer Erhöhung des deutschen Exports nach Frankreich erkläre. Hier seien auch die Motive für die französische Haltung, bei der augenblicklichen Wirtschaftslage keine Zollsenkungen vorzunehmen. Während derartige Zollsenkungen angesichts der deutschen Situation nützlich seien, ginge die französische Politik darauf aus, das Gleichgewicht durch Einwirkungen auf die Kreditpolitik, die öffentlichen Finanzen und den Verbrauch im Innern wiederherzustellen. Frankreich werde weder die Importe erhöhen, noch werde es allerdings Zollrestriktionen vornehmen. Sein Ziel sei vielmehr eine Bedarfsminderung gekoppelt mit einer Exporterhöhung.

Die französische Regierung sei außerordentlich besorgt durch die Stagnation im Prozeß der wirtschaftlichen Integration Europas. Er habe mit den deutschen Ministern besprochen, welche Maßnahmen hier getroffen werden könnten. Drei Möglichkeiten böten sich an: Eine Prüfung der konjunkturellen Maßnahmen innerhalb der sechs Mitgliedstaaten, eine Harmonisierung der Wirtschaftsgesetzgebung, insbesondere der Fiskalgesetzgebung, und die von Minister Schmücker vorgeschlagene Überprüfung der Struktur der deutschen und der französischen Wirtschaft im Hinblick auf notwendige Reorganisationsmaßnahmen.

Frankreich wisse die Bemühungen der Bundesregierung wohl zu würdigen, französische Unternehmen an der Ausbeutung der Erdgasvorkommen unter der Nordsee zu beteiligen.

In Beantwortung der Frage des Bundeskanzlers weist Minister Giscard d'Estaing darauf hin, daß trotz des französischen Handelsbilanzdefizits die Zahlungsbilanz Überschüsse aufweise. Im Mai 1964 seien Eingänge in Höhe von 150 Millionen Dollar verzeichnet worden, im Juni 1964 in Höhe von 100 Millionen Dollar. Trotz bevorstehender Rückzahlungen an das US-Schatzamt dürfte zum Ende des Jahres wiederum mit einer Erhöhung der Überschüsse und der französischen Reserven zu rechnen sein. Aus diesen Gründen ermutige die französische Regierung ebensowenig wie die deutsche die kurzfristige Kapitalinvestierung[38]. Anders sei die Frage langfristiger Investitionen zu beurteilen. Im Zusammenhang mit den schon angeregten Reorganisationsüberlegungen könne auch die Frage deutscher Investitionen in Frankreich und französischer Investitionen in Deutschland überprüft werden.

Bundeskanzler *Erhard* weist darauf hin, die Bundesregierung sei keineswegs daran interessiert, daß der deutsch-französische Handelsaustausch einen Überschuß zugunsten Deutschlands aufweise. Vielmehr läge ihr daran, diesen Überschuß abzubauen. Im übrigen seien die Gespräche über diese Themen fortzuführen.

[38] Korrigiert aus: „nicht die kurzfristige Kapitalinvestierung."

Präsident *de Gaulle* hebt den konstruktiven Geist der wirtschaftlichen Zusammenarbeit hervor. Hier ergäben sich Ansatzpunkte für eine gemeinsame Wirtschaftspolitik. Auf diesem Gebiet lägen die Dinge nicht so im argen wie auf manchen anderen Gebieten. Er wünsche nur, daß sich die gemeinsame Landwirtschaftspolitik in derselben Weise präzisieren werde, wie dies bei der Wirtschaftspolitik der Fall sei.

V. Landwirtschaft

Landwirtschaftsminister *Schwarz* gibt einen Überblick über sein Gespräch mit dem französischen Minister.[39] Zunächst habe man über Maßnahmen zur Begegnung der Schwierigkeiten in den von der Natur benachteiligten Gebieten gesprochen. Der Gedanke sei erwogen worden, die Mittel des Ausrichtungs- und Garantiefonds der EWG hierfür heranzuziehen. Im Anschluß an die letzte Sitzung in Brüssel[40] sei der Termin für die Inkraftsetzung der neuen Marktordnungen[41] sowie der noch dazu notwendige Erlaß von Durchführungsverordnungen erörtert worden. Auf deutscher Seite hätten sich wegen der zu befürchtenden Preissteigerungen bei Käse und insbesondere bei Butter Schwierigkeiten ergeben. Die Maßnahmen der Bundesregierung zur Preisstabilisierung dürften dadurch nicht durchkreuzt werden. Deutsche Wünsche für den Käseexport seien ebenfalls angemeldet worden. In der Frage der Referenzpreise[42] sei man übereingekommen, den EWG-Sonderausschuß erneut zu befassen.[43]

Bei der Behandlung der Frage der Getreidepreisannäherung[44] habe die deutsche Seite erneut die großen innerpolitischen Hindernisse erläutert. Da in Deutschland seit 12 Jahren derselbe Preis gehalten worden sei, erhielten die Bauern tatsächlich angesichts der Steigerung des allgemeinen Preisniveaus heute einen kleineren Erlös als früher. Landwirtschaftsminister Pisani habe

[39] Zum Gespräch des Bundesministers Schwarz mit Landwirtschaftsminister Pisani vgl. auch die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Sachs vom 7. Juli 1964; Referat III A 2, Bd. 28.

[40] Auf der Tagung der EWG-Landwirtschaftsminister am 30. Juni 1964 wurde beschlossen, die Inkraftsetzung der Marktordnungen für Rindfleisch, Reis sowie Milch und Milchprodukte vom 1. auf den 31. Juli 1964 zu verschieben. Vgl. BULLETIN DER EWG 8/1964, S. 45. Vgl. auch den Artikel „Einigung über die Marktordnungen erzielt"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 150 vom 2. Juli 1964, S. 4.

[41] Zu den am 23. Dezember 1963 vom EWG-Ministerrat beschlossenen Marktordnungen für Rindfleisch, Reis sowie Milch und Milcherzeugnisse vgl. Dok. 28, Anm. 4.

[42] In den Beschlüssen des EWG-Ministerrats vom 23. Dezember 1963 war bezüglich der geplanten Marktordnung für Milch und Milcherzeugnisse die Einführung einer Abschöpfungsregelung zum Ausgleich der Preisdifferenzen zwischen den Mitgliedstaaten vorgesehen. Zur Bestimmung der für die Abschöpfungsbeträge maßgebenden Schwellenpreise sollten gemäß der entsprechenden EWG-Verordnung vom 5. Februar 1964 jeweils Referenzpreise festgesetzt werden, die „unter Zugrundelegung des arithmetischen Mittels der im Jahre 1963 in den einzelnen Mitgliedstaaten festgestellten Preise ab Werk zuzüglich eines pauschal berechneten Betrages für die Transportkosten bis zum Großhandel" zu errechnen waren. Für den Wortlaut der Verordnung Nr. 13/64 über die schrittweise Errichtung einer gemeinsamen Marktorganisation für Milch und Milcherzeugnisse vgl. AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN 1964, S. 549–561.

[43] Die entsprechende Tagung des EWG-Sonderausschusses Landwirtschaft fand am 8./9. Juli 1964 in Brüssel statt.
Zum Problem der Festsetzung von Referenzpreisen für Milchprodukte vgl. weiter Dok. 205.

[44] Zur Regelung des Getreidepreises vgl. zuletzt Dok. 153, besonders Anm. 24.
Vgl. dazu weiter Dok. 207.

angeregt, die Frage des Getreidepreises im Zusammenhang mit der allgemeinen Preispolitik zu behandeln. Dabei sollen auch die Tendenzen der französischen Landwirtschaft berücksichtigt werden, die Produktion gewisser Güter in der Erwartung höherer Preise zu steigern und zu diesem Zweck Grünflächen umzugraben.

Landwirtschaftsminister *Pisani* weist darauf hin, daß die deutsch-französischen Gespräche in drei Bereichen stattgefunden hätten. In den Bereichen des Erfahrungsaustausches und der Behandlung beiderseitiger Probleme sei eine gute Arbeit geleistet worden. Bei der Ausarbeitung der Marktordnungen in Brüssel sei es verhältnismäßig einfach gewesen, sich über die dafür erforderlichen Mechanismen zu einigen. Schwierigkeiten träten jedoch auf, wenn diese Mechanismen konkret verwirklicht werden sollten. So sei bei der Milchmarktordnung schon das besondere deutsche Problem berücksichtigt worden.[45] Bei der Durchführung stünde man jedoch erneut vor einem deutschen Widerspruch.

Der Moment sei nunmehr gekommen, in dem aus Gründen der nationalen Politik der einzelnen Mitgliedstaaten, der europäischen Integrationspolitik und der Haltung gegenüber Drittländern das Problem der Annäherung zwischen den einzelnen so unterschiedlichen Landwirtschaften insgesamt aufgegriffen werden müsse. Dazu sei eine gemeinsame Analyse notwendig, die sich nicht mehr nur mit Fragen der Prozedur befasse. Keine Regierung könne im Inneren eine Landwirtschaftspolitik führen, solange sie nicht wisse, wie die gemeinsame europäische Landwirtschaftspolitik aussehen werde. Eine Hinauszögerung gemeinsamer Preise würde zu einer gefährlichen Situation im Jahre 1970 führen, da man dann gezwungen sein werde, die Annäherung in einem einzigen Zug zu vollziehen.[46] Für die Drittländer sei das Fehlen einer Definition der europäischen Preispolitik das größte Hindernis.

Präsident *de Gaulle* weist darauf hin, daß die Schwierigkeiten bei der Ausarbeitung einer gemeinsamen Landwirtschaftspolitik die französische Regierung wegen der schädlichen Auswirkungen auf die europäische Einheit außerordentlich beunruhigten. Die französische Regierung verkenne die Schwierigkeiten einer gemeinsamen Agrarpolitik nicht. Er müsse noch einmal darauf hinweisen, daß es keine Europäische Wirtschaftsgemeinschaft ohne Einschluß der Landwirtschaft geben könne. Auch für die Verhandlungen in der Kennedy-Runde sei er in diesem Zusammenhang besorgt.

[45] Im Kommuniqué des EWG-Ministerrats vom 23. Dezember 1963 war bezüglich der geplanten Marktordnung für Milch und Milcherzeugnisse eine Subventionsregelung erwähnt, die es den Mitgliedstaaten ermöglichen sollte, „den Erzeugern in den Fällen unmittelbare Beihilfen zu gewähren, in denen die Marktpreise diesen Erzeugern nicht das Einkommen gewährleisten würden, das sich aus dem Milchrichtpreis ergeben müßte." Vgl. EUROPA-ARCHIV 1964, D 16.
Staatssekretär Lahr hielt dazu in einer Aufzeichnung vom 4. Januar 1964 fest, die in der Bundesrepublik gewährten Milchsubventionen könnten „bis Ende der Übergangszeit aufrechterhalten werden, um in der Endphase auf produktionsneutrale Subventionen überführt zu werden". Vgl. Ministerbüro, Bd. 210.

[46] Nach Artikel 8 des Vertrags vom 25. März 1957 über die Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft war bis zur Vollendung des Gemeinsamen Marktes eine Übergangszeit vorgesehen, die zwölf Jahre nach Inkraftreten, d.h. am 31. Dezember 1969, endete. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 744 und S. 766.

Bundeskanzler *Erhard* erklärt sein volles Einverständnis mit den Ausführungen des französischen Präsidenten. Die Entscheidung sei bereits gefallen, daß eine gemeinsame europäische Landwirtschaftspolitik geführt werden müsse. Diese Entscheidung impliziere auch die Festlegung gemeinsamer Preise. Offen sei lediglich die Frage des Zeitpunktes und der Höhe. Er hoffe, es ließen sich technische Wege und Mechanismen entwickeln, mit deren Hilfe die Schwierigkeiten der Übergangszeit überwunden und eine gemeinsame Haltung für die Kennedy-Runde festgelegt werden könne. Die ungeklärte Frage der Landwirtschaft stelle auch für die Bundesregierung eine große Sorge dar, die ständig erörtert werde. Sie müsse gelöst werden, um es der Bundesregierung zu erlauben, mit konkreten Ergebnissen vor den Bundestag zu treten.

Abteilung I (I A 1), VS-Bd. 16

184

Gespräch des ehemaligen Bundeskanzlers Adenauer mit Staatspräsident de Gaulle

Z A 5-92.A/64 **3. Juli 1964**[1]

Der Vorsitzende der CDU, Herr Dr. Konrad Adenauer, führte am 3. Juli 1964 um 15.15 Uhr im Bundeshaus ein Gespräch mit dem französischen Staatspräsidenten de Gaulle.

Dr. Adenauer verwies eingangs auf die kürzlichen und derzeitigen Reisen Chruschtschows im Mittelmeer und in der Ostsee[2], wobei Chruschtschow versuche, Norwegen und Dänemark zum Verlassen der NATO zu überreden und ihnen zu sagen, sie sollten gemeinsam mit Schweden und Finnland einen neutralen Block bilden. Er sage dies eingangs, um dem General gleichzeitig zu erklären, daß er das ganze Entspannungsgerede für puren Bluff ansehe. Er sei auch weiterhin überzeugt, daß Chruschtschow und Rußland ihr Ziel nicht aufgegeben hätten, Westeuropa auf die Dauer zwar nicht zu ihrem Satelliten zu machen, aber doch auf ihre Linie zu bringen, weil Rußland dann viel stärker wäre als die Vereinigten Staaten.

General *de Gaulle* pflichtete dieser Auffassung bei.

Dr. Adenauer fuhr fort, leider seien viele Menschen kurzsichtig. Um so mehr habe Europa die Pflicht, dieser Entwicklung entgegenzuwirken. Dabei habe

[1] Durchdruck.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Kusterer am 8. Juli 1964 gefertigt.
Hat Bundesminister Schröder am 10. Juli 1964 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „AD[enauer]/d[e]G[aulle]".

[2] Zum Besuch des sowjetischen Ministerpräsidenten Chruschtschow vom 9. bis 25. Mai 1964 in der VAR vgl. Dok. 105, Anm. 8.
Zu den Besuchen in Dänemark, Schweden und Norwegen vgl. Dok. 153, Anm. 5.

Frankreich, vertreten durch General de Gaulle, nach seiner Auffassung eine historische Aufgabe an der Spitze Europas zu erfüllen. Die Frage sei nun, was man tun könne, um zu diesem Ziel zu gelangen. Er wolle gleich sagen, daß seine Partei und seine Fraktion mit großer Mehrheit für eine europäische Politik gemeinsam mit Frankreich seien, dasselbe gelte für die überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes. Das deutsche Volk habe jedoch eine schlechte Eigenschaft, die aus den Jahren nach dem Zusammenbruch stamme, es überschätze die Vereinigten Staaten. Er denke in diesem Zusammenhang nicht an die nuklearen Waffen. Vor kurzem hätten Bundeskanzler Erhard und Außenminister Schröder einen Besuch in Washington gemacht[3], der in Deutschland von der Mehrheit als ein Fehlschlag beurteilt werde. Man müsse sich fragen, wie Johnson sich entwickeln werde. Dies könne heute noch niemand sagen. Vor kurzem habe ein guter Freund Johnsons ihm gesagt, es gebe dreierlei Arten von Johnsons: erstens den amerikanischen Innenpolitiker, der gut sei, zweitens den Vizepräsidenten, der sehr unglücklich gewesen sei, da er keine Bedeutung gehabt habe, und drittens den Johnson, den man erst nach den Wahlen[4] kennenlernen werde. Man könne heute noch nicht sagen, wie dieser Johnson dann aussehen werde. England werde voraussichtlich eine Labour-Regierung bekommen[5], die sicherlich in ihr Programm manches Wasser gießen müsse, die aber doch nach Aussage eines Engländers selbst noch nicht verstanden habe, daß England einem verarmten Rittergutsbesitzer vergleichbar sei. Zu Italien brauche er nichts zu sagen außer der Tatsache, daß er befürchte, daß Italien noch weiter nach links rutschen werde. Er wolle daher dem General einen Vorschlag unterbreiten, den er seit langem reiflich überlegt habe. Im deutsch-französischen Vertrag sei unter Abschnitt I Absatz 4 eine Kommission genannt.[6] Seiner Auffassung nach sollten diese beiden nationalen Kommissionen gemeinsam tagen und die Stelle bilden, die prüfen könnte, wie der deutsch-französische Vertrag ausgedehnt werden und wie man zu einer Politischen Union gelangen könne. Dies sei ein absolut legaler Weg, gegen den nicht einmal Herr Luns etwas einwerfen könnte. Wenn General de Gaulle und Bundeskanzler Erhard sich entschließen könnten, dieser deutschen und französischen Kommission dieses Mandat zu geben, wäre dies ein guter Ansatzpunkt, um die europäische Idee wieder zu beleben. Im übrigen habe die WEU-Versammlung am 23. Juni ein ziemlich volles Programm für die europäische Union aufgestellt.[7] Dieses Programm habe die Zustimmung aller

[3] Zu den deutsch-amerikanischen Regierungsbesprechungen am 12. Juni 1964 in Washington vgl. Dok. 160 und Dok. 161.

[4] Die amerikanischen Präsidentschaftswahlen fanden am 3. November 1964 statt.

[5] Die Wahlen zum britischen Unterhaus vom 15. Oktober 1964 führten zu einer Regierungsmehrheit für die Labour Party.

[6] Der entsprechende Passus des deutsch-französischen Vertrags vom 22. Januar 1963 lautet: „In jedem der beiden Staaten wird eine interministerielle Kommission beauftragt, die Fragen der Zusammenarbeit zu verfolgen ... Ihre Aufgabe besteht darin, das Vorgehen der beteiligten Ministerien zu koordinieren und in regelmäßigen Abständen ihrer Regierung einen Bericht über den Stand der deutsch-französischen Zusammenarbeit zu erstatten. Die Kommission hat ferner die Aufgabe, zweckmäßige Anregungen für die Ausführung des Programms der Zusammenarbeit und dessen etwaige Ausdehnung auf neue Gebiete zu geben." Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 707 f.

[7] Am 23. Juni 1964 verabschiedete die in Rom tagende WEU-Versammlung eine Empfehlung zur In-

Vertreter aller Länder gefunden, wobei sich lediglich zwei Holländer und drei Labour-Abgeordnete der Stimme enthalten hätten. Die Arbeit sei insbesondere von Herrn von Merkatz gemacht worden. Damit stelle sich jedoch die Frage, daß in der WEU ja auch Großbritannien vertreten sei. Andererseits seien Spanien und Portugal nicht Mitglied der Westeuropäischen Union. Im Ratifikationsgesetz zum deutsch-französischen Vertrag[8] habe der Bundestag am 15. Juni 1963 folgende Entschließung in die Präambel aufgenommen: „Die Einigung Europas auf dem durch die Schaffung der europäischen Gemeinschaften begonnenen Wege unter Einbeziehung Großbritanniens und anderer zum Beitritt gewillter Staaten und die weitere Stärkung dieser Gemeinschaften". Da nunmehr die Westeuropäische Union, die ja Großbritannien mit umfasse, dieses Programm beschlossen habe, brauche man Großbritannien gar nicht eigens um seine Mitarbeit zu bitten. Tue man es dennoch, dann müsse man seines Erachtens auch die Frage prüfen, ob man nicht ebenfalls Spanien und Portugal dazu auffordern sollte. Er glaube, daß ein derartiger Schritt in ganz Westeuropa begrüßt würde, abgesehen von einigen verbohrten Leuten. Gleichzeitig würde ein solcher Schritt auch den Russen zeigen, daß Westeuropa noch lebendig sei. Wenn man Spanien und Portugal auffordere, so stelle sich die Frage, wie es dann um die skandinavischen Länder bestellt sei. Beschlösse man, Spanien, Portugal, die skandinavischen Länder und Großbritannien zur Mitarbeit aufzufordern, dann würde der Eindruck in der Welt vermieden, als ob das bloße Ja oder Nein Englands über die Politik entscheide. Jeder werde dann sehen, daß man ganz Westeuropa miteinbeziehen wolle. Er habe den früheren britischen Hochkommissar Lord Robertson einmal gefragt, warum Spanien denn nicht der NATO beitreten wolle. Lord Robertson habe darauf erwidert, er wünsche nichts sehnlicher, aber wenn man dem damaligen Außenminister Bevin nur von Franco-Spanien spreche, so bekomme er schon einen roten Kopf.

General *de Gaulle* wiederholte die Ausführungen von Herrn Dr. Adenauer noch einmal dahingehend, daß Chruschtschow bei seinen neulichen Reisen und insbesondere jetzt in Skandinavien nur den Anschein der Befriedung erwecken wolle, aber keineswegs auf seine ehrgeizigen Ziele verzichtet habe. Folglich dürfe man die Dinge nicht einfach treiben lassen, sondern müsse eine neue Anstrengung machen, um Europa zu einigen. In diesem Geiste habe der Herr Bundeskanzler geäußert, daß man in Deutschland seit langem und auch heute noch die Möglichkeiten Amerikas hinsichtlich der Beistandsleistung und ganz allgemein der amerikanischen Politik gegenüber Europa überschätze. Dennoch glaube der Herr Bundeskanzler, daß die Zeit gekommen sei, um etwas Aktives zu tun. In der Praxis glaube der Herr Bundeskanzler, daß man den einschlägigen Artikel des deutsch-französischen Vertrages über die deutsche und französische Kommission benutzen könnte, um alle zwischen den beiden Ländern bestehenden Fragen und insbesondere die Frage der gemeinsamen Politik zu prüfen. Gemeinsame Tagungen dieser Kommissionen

Fortsetzung Fußnote von Seite 750

tensivierung der europäischen Zusammenarbeit auf den Gebieten der Außenpolitik und der Verteidigung. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1964, D 493 f. Vgl. auch BULLETIN 1964, S. 1038 f.

[8] Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 705.

könnten zu praktischen Überlegungen führen, wie Europa geschaffen werden könnte. Bei der weiteren Betrachtung dieses Themas habe der Herr Bundeskanzler von der Resolution der Versammlung der Westeuropäischen Union gesprochen, die vorschlage, die europäische Frage erneut aufzugreifen. Dr. Adenauer glaube, daß man dann gleichzeitig sagen sollte, daß England und auch Spanien und Portugal sowie die skandinavischen Länder daran teilnehmen sollten. Auf diese Weise würde etwas ganz Neues geschaffen, von dem Herr Dr. Adenauer glaube, daß es Gewicht haben werde. Er selbst wolle sagen, daß diese Idee natürlich der Prüfung wert wäre. Er glaube jedoch, wenn man einen solchen Vorschlag mache, werde England nicht etwa nein sagen, sondern sogar gerne an den Sitzungen teilnehmen. Er wisse aber nicht, ob England dabei die Absicht habe, wirklich etwas Konstruktives zu leisten und vor allem sich mit Deutschland und Frankreich so zu verbinden, wie diese beiden Länder miteinander verbunden seien. Dessen sei er nicht sicher. Darüber hinaus gebe es immer noch die Amerikaner. Die Frage sei letzten Endes, ob man in Deutschland heute wirklich bereit sei, eine europäische Konstruktion anzufangen, ohne sich darum zu bekümmern, ob die Amerikaner damit einverstanden seien, und ohne sich um die Bedingungen zu kümmern, die Amerika gerne damit verbunden sehen würde. Die Frage sei, ob Deutschland wirklich eine so klare Wahl schon getroffen habe. Selbstverständlich sei er nicht der Auffassung, daß irgend jemand dieses Europa etwa gegen Amerika schaffen wollte. Dieses Europa aber müßte aus sich selbst bestehen und müßte von Amerika unabhängig sein, wobei es selbstverständlich ein Bündnis mit Amerika haben würde, jedoch nicht von Amerika abhängig wäre. General de Gaulle fragte, ob diese Wahl in Deutschland denn getroffen sei. Sei Deutschland dazu nicht entschlossen, so frage er sich, ob bei dem von Dr. Adenauer vorgeschlagenen Versuch, selbst wenn man England und Franco und Salazar dazu einlade, wirklich ein Europa herauskommen könnte, wie er (der General) es im Auge habe, d.h. ein von Amerika unabhängiges und unabhängig sein wollendes Europa. Er wiederholte die Frage, ob Deutschland diese Wahl denn getroffen habe.

Herr *Dr. Adenauer* wies zunächst noch einmal darauf hin, daß er bisher mit niemandem über diese Gedanken gesprochen habe. Was die Frage England anbelange, so wisse er nicht, ob England tatsächlich teilnehmen werde. Er habe seine Zweifel. Nehme es teil unter der augenblicklichen konservativen Regierung, so wisse man immer noch nicht, ob im Oktober eine neue britische Regierung diese Beteiligung auch wirklich fortsetzen werde. Jedenfalls aber wäre auf diesem Wege jenen in Deutschland, die zwar nicht sehr zahlreich seien, die es aber dennoch gebe, und die der Meinung seien, daß England unbedingt dabei sein müsse, der Wind aus den Segeln genommen, indem man England eine Teilnahme vorgeschlagen hätte. Dann aber müsse auch Spanien und Portugal dieser Vorschlag gemacht werden, denn nach seiner Auffassung bildeten diese beiden Länder [einen] Teil Europas. Auf die Frage, ob das deutsche Volk seine Wahl getroffen habe, wolle er antworten, daß das deutsche Volk jetzt reif sei, eine Wahl in diesem Sinne zu treffen.

General *de Gaulle* präzisierte noch einmal, daß es sich dabei um den Beginn völlig neuer Verhandlungen der Sechs sowie Englands, Spaniens und Portugals handeln würde. Dazu sei es natürlich nötig, daß zunächst Belgien, Hol-

land, England und Italien ein Dabeisein Spaniens und Portugals akzeptierten. Dann würde man eine große neue Verhandlung anfangen, aber er frage, welches Europa dabei organisiert werden sollte. Welches Europa könnte bei einer solchen Verhandlung zwischen den Sechs und England, Spanien, Portugal und möglicherweise den skandinavischen Ländern denn herauskommen? Kann dabei ein Europa herauskommen, das seine eigene Politik habe? Im Augenblick sehe er nicht, daß ein aus diesen Staaten zusammengesetztes Europa tatsächlich seine Politik haben werde. Es werde dann Konferenzen geben, europäische Kommissionen und Ministertreffen. Er frage aber, ob Dr. Adenauer glaube, daß dieses Europa seine eigene Politik haben könne, wo doch Deutschland und Frankreich, die einander schon so nahe seien, die einen Vertrag geschlossen hätten, in Wirklichkeit in vielen Fragen noch keine gemeinsame Politik hätten. Wie denn soll eine gemeinsame Politik dann herauskommen, wenn nicht nur Deutschland und Frankreich, sondern auch die anderen Staaten dazu eingeladen würden?

Herr *Dr. Adenauer* wies darauf hin, daß es ihm allmählich in der Gesellschaft der Belgier und Holländer unheimlich werde. Es sei einfach unmöglich, daß ein einziges Land alles blockiere.[9] Er glaube daher, wenn es mehr Länder wären, könnten Mehrheitsbeschlüsse gefaßt werden und wäre nicht mehr wie bei den Sechs die Einstimmigkeit erforderlich. Er wisse natürlich nicht, ob Spanien, Portugal und England tatsächlich wollten. Er könnte sich vorstellen, daß gerade Spanien und Portugal dazu bereit wären, da die Länder der iberischen Halbinsel sich etwas abseits vorkämen und gerne näher an das politische Geschehen heranträten. Er könnte sich andererseits auch vorstellen, daß letztlich nichts Neues herauskäme. Dann aber hätte man den Vorteil, daß etwas Altes endgültig begraben sei.

General *de Gaulle* bemerkte, er verstehe jetzt den Gedanken des Herrn Bundeskanzlers, der letztlich auch nicht sehr große praktische Ergebnisse aus dieser umfangreichen Initiative erwarte, außer der einen, daß man die europäische Idee wiederbelebt und möglicherweise sogar ein politisches Europa in Aussicht genommen habe. Dies könnte vielleicht auch jene zum Mitmachen zwingen, die immer gegen alles Einwände hätten und nichts zulassen wollten, indem sie auf diese Weise zu einer offenen Manifestation gezwungen würden, ob sie nun dafür oder dagegen seien. In diesem Zusammenhang könnte eine derartige Initiative auch seiner Auffassung nach wirksam sein.

Herr *Dr. Adenauer* wies darauf hin, das Europa von heute sei geradezu lächerlich. Nur weil es Herrn Luns nicht gefalle, stünden alle Räder still.

General *de Gaulle* bemerkte, er habe dem Herrn Bundeskanzler seine Gedanken schon bei Abschluß des deutsch-französischen Vertrages dargelegt: Wenn Deutschland und Frankreich wirklich entschlossen seien, Europa zu schaffen und in erster Linie für das Europa der Sechs eine gewisse politische Organisation auf die Beine zu stellen, sei es auch nur als einen Anfang, und wenn Deutschland und Frankreich entschlossen seien, den Sechs zu sagen, daß sie entweder mitmachen müßten, oder daß es sonst auch mit der Wirtschaftsge-

[9] Zur ablehnenden Haltung der niederländischen Regierung gegenüber einer neuen europapolitischen Initiative vgl. Dok. 178, Anm. 6.

meinschaft für sie aus sei, dann ginge alles gut. Wer keine politische Union wolle, könne auf die Dauer auch nicht erwarten, daß die Wirtschaftsgemeinschaft fortdauere. Man müsse also entweder bei der politischen Union mitarbeiten, oder auch die Wirtschaftsgemeinschaft ginge zu Ende. Seien Frankreich und Deutschland dazu bereit, dann sei er überzeugt, daß auch die anderen sehr schnell sich einem politischen Europa der Sechs anschließen würden. Er glaube nur nicht, daß man in Deutschland heute schon genügend entschlossen sei, eine so kategorische Politik zu betreiben. Das wüßten die anderen natürlich, und deswegen machten sie nicht mit.

Dr. Adenauer erklärte, wenn aus dem von ihm geäußerten Gedanken schließlich nur Frankreich und Deutschland hervorgingen, dann wäre er glücklich. So, wie die Dinge im Augenblick seien, sei es einfach unmöglich.

General *de Gaulle* sagte, die Dinge seien allerdings alles andere als glänzend. Man verliere seine Zeit, man trete auf der Stelle, und schließlich ergebe sich als einzige Schlußfolgerung, daß es keine europäische Politik gebe. Folglich gebe es nur eine amerikanische Politik, die unentschlossen sei in jeder Richtung, insbesondere aber hinsichtlich Europas. Immerhin aber sei das wenigstens eine Politik. Eine andere Politik gebe es nicht. Weder England noch Europa hätten eine Politik. Frankreich versuche, eine eigene Politik zu haben, aber alleine könne es natürlich nicht sehr weit kommen. Europa aber auf der Grundlage des deutsch-französischen Zusammenschlusses könnte eine eigene Politik haben, eine Politik in Europa, in Asien, in Afrika, in Lateinamerika, eine Verteidigungspolitik und natürlich auch eine Wirtschaftspolitik. Allem aber liege dieses eine zugrunde: der Zusammenschluß zwischen Frankreich und Deutschland. Das müsse als das Wesentliche von Deutschland und Frankreich gesehen werden, und alle übrigen würden sich dann anschließen. Einen anderen Weg, etwas Positives zu vollbringen, sehe er nicht. Sonst könnte man ebenso weiterleben wie im Augenblick, aber unter recht unbefriedigenden Bedingungen, wo es vor allem keine europäische Politik gebe.

Herr *Dr. Adenauer* betonte, er habe eben diesen Vorschlag gemacht, um aus diesem Marasmus herauszukommen.

General *de Gaulle* sagte, dieser Vorschlag, zwischen Deutschland und Frankreich die Frage der europäischen Politik wieder aufzugreifen, indem man sich des deutsch-französischen Vertrages bediene und insbesondere des im Vertrag vorgesehenen Organismus, der zusammentreten könne, dem man Weisungen erteilen könne, dieser Gedanke erschiene ihm annehmbar. Er wolle Herrn Dr. Adenauer sagen, daß Frankreich auf einen solchen deutschen Vorschlag hin zur Annahme dieses Vorschlages bereit sei. Er wisse natürlich nicht, was dabei herauskommen werde, doch könne man diesem Organ die Untersuchung der Frage übertragen, was in Europa geschehen könne. Wenn Deutschland dann in dieser Kommission den Vorschlag mache, auch Spanien und Portugal dazuzuziehen, so wolle er jetzt schon sagen, daß Frankreich nichts gegen eine Mithereinnahme von Spanien und Portugal habe. Im Gegenteil. Diese beiden Länder würden Deutschland und Frankreich nicht daran hindern, eine europäische Politik zu betreiben. Was England anbelange, sei er schon weniger sicher. Skandinavien habe keine rechte Konsistenz und werde nur Schwierig-

keiten machen, aber nichts Konstruktives beitragen. Die Skandinavier hätten vor allem und allen Angst, insbesondere vor den Russen. Was jedoch ein progressives Hereinnehmen von Spanien und Portugal anbelange, so sei er dafür. Frankreich habe auch keinerlei Einwände gegen die Assoziierung Spaniens im Rahmen des Gemeinsamen Marktes[10] vorgebracht.

Das Gespräch endete aus Zeitmangel um 16.05 Uhr.

Ministerbüro, VS-Bd. 8438

185

Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem französischen Außenminister Couve de Murville

Z A 5-86.A/64 geheim **4. Juli 1964**[1]

Aufzeichnung über das Gespräch zwischen dem Herrn Bundesminister des Auswärtigen und dem französischen Außenminister, M. Couve de Murville, im Büro des Herrn Ministers am 4. Juli 1964 um 9.30 Uhr

Der Herr *Minister* schlug vor, auf die am Vortage[2] angeschnittenen Themen zurückzukommen, und fragte den französischen Außenminister, ob er sich inzwischen Gedanken über die Fortbehandlung der Politischen Union gemacht oder etwas hierüber gehört habe.

Nachdem Herr *Couve de Murville* seinerseits betont hatte, daß dies das eigentliche Problem sei, wies der Herr *Minister* darauf hin, daß der ehemalige Bundeskanzler Adenauer in seinem Gespräch mit General de Gaulle[3] diesen auf die interministerielle Kommission aufmerksam gemacht habe, die in Kapitel I Absatz 4 des deutsch-französischen Vertrags vorgesehen sei, und über die es heiße: „In jedem der beiden Staaten wird eine interministerielle Kommission beauftragt, die Fragen der Zusammenarbeit zu verfolgen. In dieser Kommission, der Vertreter aller beteiligten Ministerien angehören, führt ein hoher Beamter des Außenministeriums den Vorsitz. Ihre Aufgabe besteht darin, das Vorgehen der beteiligten Ministerien zu koordinieren und in regelmäßigen Abständen ihrer Regierung einen Bericht über den Stand der französisch-deutschen Zusammenarbeit zu erstatten. Die Kommission hat ferner die Aufgabe, zweckmäßige Anregungen für die Ausführung des Programms der Zusammenarbeit und dessen etwaige Ausdehnung auf neue Gebiete zu geben."[4]

[10] Zur Frage einer Assoziierung Spaniens mit der EWG vgl. Dok. 154, Anm. 15.

[1] Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Dolmetscherin Bouverat am 7. Juli 1964 gefertigt.

[2] Zum Gespräch vom 3. Juli 1964 vgl. Dok. 182.

[3] Vgl. Dok. 184.

[4] Vgl. für diesen Passus im deutsch-französischen Vertrag vom 22. Januar 1963 BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 707 f.

Es könnten sich für diese Kommission neue Aufgabengebiete ergeben, wenn man sich auf die gemeinsame Erklärung zu Beginn des Vertrags berufe: „ – in der Erkenntnis, daß die Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern einen unerläßlichen Schritt auf dem Wege zu dem vereinigten Europa bedeutet, welches das Ziel beider Völker ist". Der Gedanke Adenauers sei, diese beiden Faktoren miteinander zu verbinden und daraus einen Auftrag an die Kommission abzuleiten. Im Grunde genommen handele es sich ja zwar nicht um eine juristische Frage, es gehe nicht so sehr darum, ob ein entsprechender Hinweis in dem Vertrag stehe oder nicht, sondern darum, ob der Kommission der Auftrag erteilt werden solle, nochmals zu prüfen, *ob* Vorschläge, *welche* Vorschläge und *zu welchem Zeitpunkt* Vorschläge für eine Politische Union gemacht werden könnten. Dazu müsse in aller Offenheit gesagt werden, daß alle sich schon lange mit diesen Fragen beschäftigten und daß die verschiedenen Möglichkeiten bereits genau untersucht worden seien. Der Herr Minister fragte dann den französischen Außenminister, ob dieser der Auffassung sei, daß es sich lohnen würde, einen derartigen Auftrag zu erteilen.

M. *Couve de Murville* erwiderte, diese Frage könne man sich natürlich stellen. Aber seiner Auffassung nach sei der Kern des Problems doch der, daß die anderen Partner nichts tun wollten. Bei seinen Gesprächen in Rom zum Beispiel habe der Herr Minister sicher selbst die sehr negative Reaktion Italiens zu spüren bekommen.[5] Dies gelte auch für Holland.[6] Was Italien betreffe, so existiere dieses Land zur Zeit sozusagen gar nicht, da es keine Regierung habe[7], wodurch seine Untätigkeit leicht zu begründen sei. Der Herr Minister habe recht, wenn er vorschlage, daß Deutschland und Frankreich zusammen prüfen und sehen sollten, was man tun könne; die große Schwierigkeit bestehe aber darin, die Partner dazu zu bringen, etwas zu tun. Im Falle einer gemeinsamen deutsch-französischen Untersuchung bestehe allerdings die Schwierigkeit, daß sofort seitens Italiens und der Benelux-Staaten die Kritik erhoben würde, der Europa-Gedanke werde von Deutschland und Frankreich im Alleingang verwirklicht, es solle ein deutsch-französisches Europa werden. All dies könnte sich entmutigend auswirken.

Der Herr *Minister* bestätigte, daß er im Grunde genommen die Lage so beurteile wie sein französischer Kollege. Seit einiger Zeit stelle man fest, daß bei allem guten Willen nichts daran zu ändern sei. Er habe allerdings das Gefühl, daß in seiner eigenen Partei viele nicht realistisch genug seien. Sie seien von glühender Begeisterung und großen Europa-Erwartungen erfüllt und sähen die Schwierigkeiten nicht. Er persönlich glaube, daß man sich jetzt in einer Phase befinde, in der man nur auf dem Wege des inneren Aufbaus Fortschritte erzielen könne, aber nicht durch optisch wirkungsvolle Schritte.

Herr *Couve de Murville* bemerkte, daß es auch in Frankreich Menschen gebe,

[5] Zu den deutsch-italienischen Regierungsbesprechungen am 27./28. Januar 1964 in Rom vgl. Dok. 27–29.

[6] Zur ablehnenden Haltung der niederländischen Regierung gegenüber einer neuen europapolitischen Initiative vgl. zuletzt Dok. 178, Anm. 6.

[7] Am 26. Juni 1964 war die Regierung des Ministerpräsidenten Moro zurückgetreten. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1964, Z 151.

die sich über die Realitäten nicht im klaren seien, worauf der Herr *Minister* sagte, er frage sich, ob man angesichts dieser Sachlage sehr darum kämpfen sollte, um diesen Kreisen die Dinge klar darzulegen, oder ob man weiter Hoffnungen pflegen sollte. Er selbst neige – wohl ähnlich wie sein französischer Kollege – eher zu einer klaren Erläuterung der Fakten als zum Weiternähren von Illusionen, die dann später enttäuscht würden.

Herr *Couve de Murville* betonte, daß Dr. Adenauer am Vortage mit General de Gaulle und auch mit ihm selbst über diese Frage gesprochen habe. Dabei habe er – Couve – Adenauer das Gleiche geantwortet, was er dem Herrn Minister soeben gesagt habe.

Der Herr *Minister* erklärte, er gebe Herrn Couve de Murville zu, daß er innerlich in der Sache recht habe, frage sich aber doch, ob nicht – auch wenn es über dieses Treffen kein Kommuniqué geben werde – eine gemeinsame Sprachregelung gefunden werden könne, etwa in dem Sinne, daß man bereit sei, alle Möglichkeiten zu prüfen und zu studieren, die zu Fortschritten in der europäischen Einigung führen können. Eine derartige Formel müßte sich doch wohl finden lassen.

Herr *Couve de Murville* unterstrich, daß dies nur eine Formel wäre, keine Realität. Im jetzigen Zeitpunkt sei wenig zu machen angesichts der Haltung der Partner und des englischen und amerikanischen Problems, das ja auch existiere. Seiner Meinung nach könne man mit großer Wahrscheinlichkeit nichts anderes tun als – wenn möglich – die deutsch-französische Zusammenarbeit vorantreiben und versuchen, dabei eine gemeinsame politische Haltung herauszuarbeiten. Wenn sich dies als möglich erweise, könnte es auf die anderen Partner einen Anreiz ausüben und sie veranlassen mitzumachen. Man könne nur auf Realitäten etwas aufbauen, in der Politik nur auf politischen Realitäten. Frage man sich, wie es damit in Europa aussehe, so stelle man fest, daß es nur den Gemeinsamen Markt gebe, der, wenn auch nur vom wirtschaftlichen Standpunkt betrachtet, sehr nützlich sei. Darüber hinaus gebe es keinerlei politische Bewegung, die konkret auf die politische Einigung hinziele. Viele Leute redeten zwar von Europa, viele Europäer und auch viele Amerikaner, aber niemand sehe klar, wie man dieses Ziel verfolgen solle. Die französische Regierung sage – und werde deswegen kritisiert –, daß eine europäische Union nur dann von Interesse sei, wenn sie politisch etwas Starkes, Unabhängiges darstelle. Sonst sei es unnütz, den bestehenden nationalen Schwierigkeiten noch anderen Ärger hinzuzufügen. Er wisse nicht, welches die Ziele Deutschlands seien, aber die französischen Ziele seien nicht die gleichen wie die der Benelux-Staaten und Italiens. Außerdem sei England und den Vereinigten Staaten nichts so zuwider wie ein geeintes Europa. Die Wünsche der öffentlichen Meinung, der Volksbewegungen, entsprächen manchmal nicht den Erfordernissen der Regierungen. Wenn die deutsche und die französische Regierung sich einig würden über das, was zu tun sei, wenn sie das, was sie für eine europäische Politik hielten, gemeinsam machten, so würden die anderen zwangsläufig mitgerissen. Dies sei seiner Auffassung nach das Ziel des deutsch-französischen Vertrags. In der Bundesrepublik sei dieser Vertrag 1963 aber nicht in dem gleichen Sinn aufgenommen worden, wie die Einfü-

gung der Präambel[8] und die ganze Atmosphäre gezeigt habe. Es sei dann zu der merkwürdigen Situation gekommen, daß ein Teil der Deutschen für Frankreich und ein Teil für Amerika seien. Dies sei in Wirklichkeit das Problem.

Hierauf erwiderte der Herr *Minister*, er lege Wert darauf, offen mit seinem französischen Kollegen zu sprechen und ihm zu sagen, wie er die Dinge sehe. Er glaube, ihm dies gerade auch in Durchführung des Vertrages schuldig zu sein. Man müsse versuchen, die Dinge so genau wie möglich zu betrachten, um die verschiedenen Argumente zu verstehen und beantworten zu können, wodurch man vielleicht zu gemeinsamen Schlußfolgerungen kommen werde. Jeder sehe die Probleme von seinem eigenen Standort aus und unter seinen eigenen Bedingungen. Ohne Zweifel gebe es in dieser Hinsicht Unterschiede zwischen Frankreich und Deutschland. Deutschland habe, wenn auch vor fast zwanzig Jahren, einen Krieg verloren, es sei noch geteilt, es habe noch zu tun, um seine richtige Gestalt zu finden. Dies sei eine konkrete Aufgabe, die viel politische Kraft und politischen Willen verlange. Daher müsse Deutschland seine Probleme im engeren Sinne einer nationalen Politik und in der weiteren europäischen Sicht lösen. Für Deutschland gälten besondere Bedingungen. Hierbei spielten verschiedene Faktoren eine Rolle, und Frankreich sei einer von mehreren. Deutschland habe die Situation Berlins, den Deutschland-Vertrag[9] und die Frage der Wiederherstellung seiner Einheit. Sowohl die Briten wie auch die Amerikaner seien nach dem Krieg nach Deutschland gezogen und hätten Verpflichtungen übernommen unter Einsatz bedeutender Kräfte: Die sechs in Deutschland stationierten amerikanischen Divisionen seien die besten, über die die USA[10] verfügten, die britische Rheinarmee sei der stärkste Truppenverband außerhalb des britischen Mutterlandes. Abgesehen von der besonderen Lage Berlins hätten sich die Briten und Amerikaner in Deutschland permanent engagiert. Dies sei ein Stück nicht nur der deutschen, sondern auch der europäischen Realität. Für diesen klaren Tatbestand, der in unmittelbarem Zusammenhang mit der Teilung Deutschlands und der Frage der Wiedervereinigung stehe, gebe es keinen Ersatz. Man könne den Deutschland-Vertrag nicht einfach aufheben.

Der Herr Minister führte weiter aus, er sei der echten Überzeugung, daß ein Europa mit isolierten Nationalstaaten auf die Dauer nicht leistungsfähig sein könne. Aber nur wenn es leistungsfähig sei, könne Europa sich wirtschaftlich und militärisch zwischen den beiden großen Gebilden in der Welt halten. Aus diesem Grund müsse es eine gemeinsame Politik finden und betreiben. Der Gemeinsame Markt habe sich zahlenmäßig und in bezug auf seine Auswirkung[11] als eine große Einrichtung erwiesen. Es sei dadurch ein permanenter Prozeß zur Stärkung der Lebensbedingungen in Europa und zur wirtschaftli-

[8] Für den Wortlaut der Präambel im Ratifizierungsgesetz zum deutsch-französischen Vertrag vgl. BUNDESGESETZBLATT, 1963, Teil II, S. 705.

[9] Für den Wortlaut des Deutschland-Vertrags vom 23. Oktober 1954 vgl. DOKUMENTE DES GETEILTEN DEUTSCHLAND, Bd. 1, S. 229–234.

[10] Die Wörter „über die die USA" gingen auf Streichungen und handschriftliche Einfügungen des Bundesministers Schröder zurück. Dafür wurde gestrichen: „über die das USA Potential".

[11] Dieses Wort wurde von Bundesminister Schröder handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „Einwirkung".

chen Verflechtung auch über die Grenzen der EWG hinaus eingeleitet worden. Es handle sich um einen organischen Wachstumsprozeß, den es früher nie gegeben habe. Was die politischen Konstruktionen betreffe, sei man bisher gescheitert oder hängengeblieben: zunächst 1954 mit der EVG[12], wo der Integrationsgedanke am intensivsten verankert gewesen sei. Mit der Politischen Gemeinschaft sei man damals auch nicht weitergekommen.[13] Dann habe man lange an dem Projekt für eine Politische Union gearbeitet. Dies sei am aussichtsreichsten gewesen, und auf Veranlassung Frankreichs seien die sogenannten Fouchet-Pläne[14] ausgearbeitet worden. Er – der Herr Minister – bedaure, daß diese nicht angenommen worden seien. Er sei mit der ersten Fassung, aber auch mit der zweiten einverstanden gewesen, weil er der Frage der Revisionsklausel[15] nie eine so große Bedeutung beigemessen habe. Er halte es für einen Fehler, daß der Fouchet-Plan auf der Grundlage der Sechs nicht angenommen worden sei. Er habe diese von Frankreich befürwortete politische Idee damals für richtig gehalten und halte sie noch heute für möglich und richtig. Er könne sich gegenwärtig keine andere Konstruktion vorstellen als einen Zusammenschluß nationaler Einheiten. Eine Nation Europa könne es vielleicht später einmal geben, sie sei aber heute nicht denkbar. Er glaube, daß man konsequent und realistisch an diesen konkreten Tatbeständen anknüpfen sollte.

Herr *Couve de Murville* antwortete, was die Analyse der deutschen Politik und Haltung betreffe, sehe er die Dinge nicht anders als sein deutscher Kollege. Dieser gehe davon aus, daß amerikanische und britische Divisionen in Deutschland stationiert sein müßten wegen der besonderen Situation Deutschlands, der Bedrohung durch die Russen, der Teilung des Landes und der Notwendigkeit seiner Wiedervereinigung. Deswegen sei Deutschland zu einem Bündnis mit den Engländern und Amerikanern gezwungen. Darin sei er sich völlig einig mit dem Herrn Minister. Wie dieser sei auch er der Auffassung, daß die Allianz mit den Briten und Amerikanern, also die NATO, in der jetzigen Weltlage notwendig sei, weil kein Zweifel darüber bestehe, daß Europa sich allein nicht verteidigen könne. Einen Unterschied sehe er vielleicht in einer Nuance: Wenn die Amerikaner sechs Divisionen in Europa stationiert hätten, so sei dies wohl nicht geschehen, um Deutschland eine Freude zu ma-

12 Zum Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft vgl. Dok. 14, Anm. 33.

13 Mit dem Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft verlor 1954 zugleich der Verfassungsentwurf seine Grundlage, der für die nach Artikel 38 des EVG-Vertrags vorgesehene Europäische Politische Gemeinschaft erarbeitet und von einem Ausschuß der Gemeinsamen Versammlung der EGKS am 10. März 1953 vorgelegt worden war. Für den Wortlaut des EVG-Vertrags vom 27. Mai 1952 sowie des Verfassungsentwurfs vom 10. März 1953 vgl. BT ANLAGEN, Bd. 19, Drucksache 3501, Anlage 1, bzw. EUROPA-ARCHIV 1953, S. 5669–5683.

14 Zu den Fouchet-Plänen vom 2. November 1961 bzw. 18. Januar 1962 vgl. Dok. 7, Anm. 10.

15 Nach Artikel 16 des ersten Fouchet-Plans vom 2. November 1961 war drei Jahre nach Inkrafttreten des Vertrags über die Gründung einer Europäischen Politischen Union eine Revision vorzunehmen. Deren Hauptziele sollten „in der Erarbeitung einer einheitlichen Außenpolitik und der progressiven Schaffung einer Organisation bestehen, die innerhalb der Union die in der Präambel zu diesem Vertrag genannten Europäischen Gemeinschaften zentralisiert". Im zweiten Fouchet-Plan vom 18. Januar 1962 wurden in diesem Artikel keine konkreten politischen Ziele mehr genannt, während im Gegenentwurf der Vertreter Belgiens, der Niederlande, Luxemburgs, Italiens und der Bundesrepublik noch ausführlicher auf diese eingegangen wurde als im ersten Fouchet-Plan. Für die verschiedenen Entwürfe der Revisionsklausel vgl. EUROPA-ARCHIV 1964, D 482 f.

chen oder Frankreich einen Gefallen, sondern aus Gründen der eigenen Sicherheit zeigten sie sich solidarisch. Sie hätten das gleiche Interesse wie die europäischen Staaten an dem Atlantischen Bündnis und an einer gemeinsamen Organisation der Verteidigung.

Der Herr *Minister* gab Herrn Couve de Murville hierin recht, verwies jedoch auf einen zusätzlichen Punkt: Durch den Deutschland-Vertrag und die Verpflichtung der drei westlichen Partner, sich mit Deutschland für die Wiedervereinigung einzusetzen[16], bestehe außer dem Atlantischen Bündnis noch ein weiterer Faktor, der unabhängig von der reinen Verteidigung zu betrachten sei.

Herr *Couve de Murville* sagte hierzu, dies sei wahr, er bestreite das nicht.

Der Herr *Minister* führte weiter aus, er habe am Vortage de Gaulle gegenüber geäußert, es würde oft so dargestellt – und leider durch die Presse verbreitet – als ob die Deutschen sich als Satelliten der Vereinigten Staaten fühlten. Er könne hierzu nur betonen, daß er sich nie auch nicht eine Sekunde lang als der Satellit von irgend jemandem gefühlt habe. Deutschland sei ein unabhängiges Land, das die Politik betreibe, von der es glaube, daß sie seinen nationalen Interessen entspreche; und er glaube, daß diese nationalen Interessen mit den Interessen Europas mehr oder weniger identisch seien. Die Bundesregierung sei kein Befehlsempfänger der Vereinigten Staaten. Wenn in der Welt etwas geschehe, womit sie einverstanden sei, sage sie „ja" dazu; wenn sie glaube, daß etwas gegen die deutschen Interessen verstoße, sage sie „nein". Die deutsche Regierung sei in dem, was sie tun wolle, nicht abhängig von den USA. Als Beispiel könne das Teststopp-Abkommen[17] angeführt werden: Deutschland habe es gebilligt, nicht um den USA, Großbritannien oder der Sowjetunion einen Gefallen zu tun, sondern weil es glaube, daß dies die richtige Politik sei. Deutschland schaue nicht unentwegt auf die Amerikaner, um zu sehen, ob seine Politik ihnen gefalle oder nicht.

Es stelle sich nunmehr die Frage, was zu tun sei, wenn man mit den anderen Partnern unter den Sechs und England nicht weiterkomme. Er – Couve de Murville – habe gesagt, man müsse versuchen, eine gemeinsame (deutsch-französische) Politik auszuarbeiten. Er glaube, daß dies schon im Gang sei und man daher gemeinsam nach konkreten Ansatzpunkten forschen sollte. Es dürfe nicht der Eindruck entstehen, daß die einen viel mehr täten als die anderen, wie etwa in einem Zeitungsartikel zu lesen sei, wonach maßgebliche französische Stellen behauptet hätten, die Deutschen seien nur mit halbem Herzen für den Vertrag.[18] Dies sei falsch, denn sonst hätte die Bundesregierung den Vertrag nicht unterzeichnet. Der Vertrag stehe aber mitten in einer be-

[16] Vgl. dazu Dok. 75, Anm. 14.

[17] Für den Wortlaut des Teststopp-Abkommens vom 5. August 1963 vgl. DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1963, S. 291–293.

[18] Am 3. Juli 1964 berichtete die Tageszeitung „Die Welt" aus diplomatischen Kreisen in Paris: „Man ist sehr zufrieden mit den menschlichen Kontakten und dem allgemeinen Klima zwischen beiden Völkern. Weniger zufrieden ist man mit der politischen Zusammenarbeit auf der Regierungsebene. Man vermißt vor allem beim deutschen Partner die Bereitschaft, nach einer gemeinsamen Politik zu suchen. Unter diesen Umständen hat man den Gedanken an eine deutsch-französische Zweier-Union als Vorstufe zu einer späteren Europa-Union fallenlassen." Vgl. den Artikel „Paris verstimmt über Stillstand in Europa"; DIE WELT, Nr. 152 vom 3. Juli 1964, S. 4.

stimmten Wirklichkeit, und nun seien die französische und die deutsche Lage und Wirklichkeit nicht immer identisch. Man müsse daher sehen, wo man die Dinge besser gestalten könne.

Herr *Couve de Murville* erwiderte, es treffe zu, daß die Stellung Frankreichs und die Stellung Deutschlands verschieden seien. Der Herr Minister habe gesagt, dies sei darauf zurückzuführen, daß Deutschland ein geteiltes Land sei und das Problem seiner Wiedervereinigung habe. Dies sei selbstverständlich ein großes nationales Problem, das natürlich den Vorrang vor allen anderen Fragen habe. Es stimme auch, daß Frankreich dieses Problem nicht habe, weil es ja ein deutsches Problem sei. Er glaube aber, daß die beiderseitigen Interessen deswegen nicht gegensätzlich zu sein brauchten. Frankreich habe sich frei dazu entschlossen, mit Deutschland Freundschaft zu schließen und mit ihm zusammenzuarbeiten; deshalb stehe es in der deutschen Frage auf der Seite Deutschlands. Nach dem letzten Krieg habe Frankreich die Wahl zwischen zweierlei Politik gehabt: Es hätte gemäß den nationalen Traditionen sich gegen Deutschland stellen und Bündnisse eingehen können, um ein Gegengewicht gegen Deutschland zu bilden, wie zum Beispiel eine gemeinsame Politik mit Rußland – oder aber das Gegenteil tun, sich mit Deutschland verständigen und mit ihm zusammenarbeiten. Diese letztere Politik betreibe Frankreich seit 1948, seit der Regierungszeit von Robert Schuman. General de Gaulle habe die Politik der vorhergehenden Regierungen bestätigt und weiterentwickelt und wolle sie auch in Zukunft betreiben. Dies stehe außer Frage, und zwar aus zwei Gründen: erstens, damit es mit Deutschland – und infolgedessen in Europa – nicht mehr zu Konflikten komme, und zweitens, weil Frankreich wie Deutschland den Wunsch habe, sich mit anderen westeuropäischen Ländern zusammenzuschließen, damit alle zusammen wieder eine entsprechende Rolle in der Welt spielten, selbst wenn nicht sofort eine Föderation gebildet werden könne, was vielleicht in 50 oder 100 Jahren erst möglich sein werde. Frankreich und Deutschland sollten hierzu den Anfang machen. Er – Couve – könne dem Herrn Minister versichern, daß dies die beiden großen Interessen Frankreichs seien: daß es nie wieder Krieg in Europa gebe und daß Frankreich zusammen mit Deutschland und Europa ganz allgemein ihren Platz in der Welt fänden. Dies bedeute nicht, daß irgend etwas gegen Amerika geschehen solle. Die Franzosen und Amerikaner seien immer miteinander befreundet gewesen und würden es auch bleiben. Deutschland sei zwar in einer anderen Situation als Frankreich, es habe sein eigenes großes Problem; es bestehe aber kein Widerspruch zwischen den deutschen und den französischen Anliegen.

Der Herr *Minister* betonte, daß sich all dies mit Gedanken decke, die er seit Jahren habe; diese Darstellung brauche daher nicht weiterentwickelt zu werden. Falls die anderen Partner nicht bereitwillig seien, irgendeine Art von politischer Institution ins Auge zu fassen, könne man nur auf dem gleichen Weg fortfahren wie bisher, denn der deutsch-französische Vertrag sei ja in einem Moment abgeschlossen worden, in dem mit den anderen Partnern die Dinge in größerem Rahmen hängengeblieben seien. Er sehe zur Zeit keine Möglichkeit für eine Erweiterung des Rahmens. Zur Prüfung der zusätzlichen Möglichkeiten glaube er, daß die im Rahmen des deutsch-französischen Vertrags vorgese-

henen Institutionen ausreichten. Der Mechanismus des Vertrags funktioniere zweifellos gut. Unbestreitbar sei er auch von einem guten Geist getragen. Alle Kontakte seien vertieft worden, das Gefühl, daß man eng aufeinander angewiesen sei, sei gewachsen, es seien viele gute persönliche Beziehungen angeknüpft worden. All dies sei sehr erfreulich. Es stelle sich nunmehr die Frage, welches die konkreten Themen und Projekte seien, über die keine Einigkeit bestehe und wo man etwas besser machen könne als bisher. Er (der Herr Minister) glaube, daß hinsichtlich der Zukunft der Atlantischen Allianz die Auffassungen beträchtlich auseinandergingen. Deutschland glaube, daß mit einer integrierten Form eine größere Abschreckungswirkung erzielt werden könne, während Frankreich für nationalere Akzente und Komponenten sei. Er glaube aber nicht, daß diese Meinungsunterschiede ewig dauern würden; die Situation werde sich weiterentwickeln. Eng verbunden sei damit die Frage der multilateralen Atomstreitmacht.[19] Nach den offiziellen Äußerungen seit Januar 1963[20] sei die französische Haltung hierzu nicht besonders positiv gewesen, es habe jedoch Verständnis für die deutsche Einstellung bestanden. Er wisse nicht, welches der jetzige Standpunkt der französischen Regierung sei. Persönlich glaube er, daß in fünf bis zehn Jahren auf atomarem Gebiet ganz andere Fakten gelten würden, es könne zu einer Verschmelzung mit der Force de Frappe kommen, die MLF könne europäisiert werden usw. Er glaube nicht, daß in diesem Bereich ein vitaler Gegensatz zwischen den beiden Ländern bestehe.

Eine der weiteren Fragen sei die Entwicklungshilfe. Die diesbezüglichen Möglichkeiten hingen natürlich stark von den finanziellen Voraussetzungen ab. Hierbei ergebe sich insbesondere die Möglichkeit einer miteinander abgestimmten Politik in bezug auf Afrika.

Was die Vereinten Nationen betreffe, denen die Bundesrepublik ja nicht als Mitglied angehöre, sei es schwierig für einen Außenstehenden, eine Rolle zu spielen. Eine gewisse Einflußnahme erscheine ihm aber erforderlich, zwar nicht auf die dortige Behandlung der Weltangelegenheiten, sondern um zu verhindern, daß die deutschen nationalen Angelegenheiten in den Vereinten Nationen eine schlechte Behandlung erführen. Er glaube, daß auch auf diesem Gebiet parallele Interessen zwischen Frankreich und Deutschland bestünden.

Hinsichtlich der Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Rotchina könne er nur sagen, daß diese beiden Mächte sich von ihm aus so sehr in den Haaren liegen könnten, wie sie es wollten. Deutschland habe kein Interesse daran, daß die kommunistische Welt geschlossen und einheitlich dastehe. Auch hier sehe er nichts, worin die beiderseitigen Interessen auseinandergingen, vielleicht mit Ausnahme dessen, was man in Vietnam für richtig halte oder nicht.[21] Er glaube aber, daß auch diese Frage in drei bis vier Jahren geregelt sein werde.

[19] Zu den MLF-Verhandlungen vgl. zuletzt Dok. 172.

[20] Die französische Ablehnung einer multilateralen Atomstreitmacht wurde erstmals in der Pressekonferenz des Staatspräsidenten de Gaulle vom 14. Januar 1963 deutlich. Vgl. dazu Dok. 20, Anm. 6.

[21] Zu den Differenzen zwischen Frankreich und der Bundesrepublik über die Haltung im Vietnam-Konflikt vgl. zuletzt Dok. 154.

Auch hier würden keine vitalen nationalen Interessen Deutschlands berührt. Sein einziges Interesse bestehe darin, daß der Kommunismus eingedämmt werde, um nicht weiterfluten zu können. Es bestünden also keine Unterschiede der Interessen zwischen Frankreich und Deutschland. Was die unterschiedlichen Auffassungen zwischen Frankreich und den USA betreffe, sei hierzu zu sagen, daß Frankreich in Indochina eine besondere Erfahrung besitze[22] und daß man von deutscher Seite die französische Politik in diesem Gebiet nicht beurteilen könne. Die Bundesregierung habe keine originäre deutsche Betrachtung über dieses Problem, das hier nur im Zusammenhang mit der Auseinandersetzung mit dem Kommunismus von Interesse sei.

Er sehe also keine konkrete Sache, in der es echte Meinungsverschiedenheiten zwischen Frankreich und Deutschland gebe. Wo unterschiedliche Auffassungen in außenpolitischen Fragen hervorgetreten seien, spielten sie keine große Rolle. Er würde es daher begrüßen, wenn nicht der Eindruck einer Sterilität oder Frustration hervorgerufen würde.

Herr Minister *Couve de Murville* erwiderte, in bezug auf das angeführte Beispiel, China und Vietnam, sage der Herr Minister zwar, Deutschland habe keine eigenen Interessen und keine eigene Meinung. Wenn aber öffentlich zu diesen Fragen Stellung genommen werde, so werde nicht die Haltung Frankreichs, sondern die der USA vertreten.

Der Herr *Minister* entgegnete, die Bundesregierung habe zu dieser Frage nie mehr gesagt, als daß sie dafür sei, daß dem Kommunismus keine zusätzlichen Chancen eingeräumt, sondern daß er eingedämmt würde.

Herr *Couve de Murville* betonte, daß die französische Regierung das gleiche sage, worauf der Herr *Minister* wiederholte, er könne nicht für alle deutschen Äußerungen verantwortlich gemacht werden und habe selbst, wie erwähnt, nie etwas anderes gesagt, als daß Deutschland ein Interesse daran habe, daß dieser Teil der Welt vom Kommunismus nicht überschwemmt werde. Bekanntlich habe die Bundesrepublik Südvietnam in den vergangenen Jahren wirtschaftliche Hilfe gewährt.[23] Wenn es sich nun herausstelle, daß einer ihrer[24] Verbündeten – die USA – sich dort tatsächlich in einer schwierigen Situation befinde, so fühle sich die Bundesregierung dazu verpflichtet, diesen Verbündeten zu unterstützen, statt ihn im Stich zu lassen. In Deutschland sei viel über die Frage der Neutralisierung[25] gesprochen worden. Er persönlich halte diesen

[22] Indochina war seit 1883, bis auf die Zeit der japanischen Besetzung während des Zweiten Weltkriegs, französisches Kolonialgebiet. Nach der Niederlage im Indochina-Krieg 1954 zog Frankreich seine Truppen zurück und legte am 10. Februar 1955 das militärische Kommando in die Hände der südvietnamesischen Behörden.

[23] Die Bundesrepublik leistete in den Jahren 1961 bis 1964 für die Republik Vietnam (Südvietnam) Entwicklungshilfe in Höhe von insgesamt etwa 95 Mio. DM. Vgl. dazu BULLETIN 1964, S. 1206. Vgl. auch das Schreiben des Bundesministers Schröder vom 4. September 1964 an den Chef des Bundeskanzleramtes, Westrick; Ministerbüro, Bd. 265.

[24] Korrigiert aus: „seiner".

[25] Zur Frage einer Neutralisierung der Republik Vietnam führte Staatssekretär Carstens in einer Aufzeichnung vom 1. Juli 1964 aus, daß eine entsprechende Initiative „im gegenwärtigen Zeitpunkt katastrophale Folgen haben würde ... Das schließt nicht aus, daß auf weite Sicht die Neutralisierung Südvietnams, wie sie General de Gaulle vorschwebt, eine Lösung sein könnte. Zunächst aber sollten wir die Amerikaner bei dem Versuch unterstützen, das in den letzten Mona-

Gedanken für einen Wunschtraum. Sollte er sich aber als realisierbar erweisen, so habe er nichts dagegen.

Der *französische Außenminister* machte dann einige Ausführungen zu der NATO-Frage; seine Regierung sei der Auffassung, daß die NATO sich von dem Integrationsgedanken trennen sollte. Die jetzige Lage, die für Frankreich 15 Jahre und für die Bundesrepublik 10 Jahre andaure, könne nicht für unbestimmte Zeit weiterdauern. Es sei nicht denkbar, daß in Friedenszeiten ein Land die Kontrolle über seine Armee und seine Verteidigung verliere. Deutschland dagegen fordere mehr Integration. Hieraus ergebe sich ein Meinungsunterschied zwischen den beiden Ländern. Von deutscher Seite werde gesagt, diese Fragen sollten nicht nur unter dem nationalen, sondern auch dem europäischen Gesichtspunkt betrachtet werden. Auch für Frankreich bestehe ein Zusammenhang zwischen dem Verteidigungsproblem und der europäischen Politik. Falls es eine wirklich europäische Politik gebe, das heißt eine gemeinsame Haltung der westeuropäischen Länder, könnte man vielleicht über eine Reform der NATO mit den Vereinigten Staaten diskutieren. Dann stünde den USA ein anderer großer Teil der Allianz, das heißt Europa, gegenüber. Dann könnte man sehen, wie ein besseres Gleichgewicht geschaffen werden könnte, damit Europa eine Chance bekomme. Er halte es aber für unnütz, mit Amerika über diese Fragen zu sprechen, solange die europäischen Länder unter sich uneinig seien, sich nicht verständigen könnten und keine echte europäische Politik betrieben. Ein Beispiel, wenn auch von untergeordneter Bedeutung, über derartige Erörterungen zwischen europäischen Ländern und den Vereinigten Staaten sei die Vereinbarung über die Fernmeldeverbindungen durch Satelliten.[26] In diesen wichtigen technischen Angelegenheiten sei es möglich gewesen, ein gewisses Gleichgewicht zu erreichen, weil die europäischen Länder eine gemeinsame Haltung eingenommen hätten. Hätten sie getrennt verhandelt, so wäre das Ganze eine amerikanische Sache geblieben, was sich ungünstig auf die europäischen Interessen ausgewirkt hätte. Die europäische Industrie habe ein großes wirtschaftliches Interesse daran, einen Anteil bei der Fabrikation, der Kontrolle und dem praktischen Betrieb der mit diesem Projekt verbundenen Telefon- und Fernsehanlagen zu erhalten. Wenn dieses Beispiel auch als etwas subaltern erscheinen möge, so könne man es doch auch auf andere Gebiete übertragen. Auf wirtschaftlichem Gebiet bestehe in dem Gemeinsamen Markt ein sehr nützlicher und wichtiger Faktor, der bei den Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten eine gewisse Macht darstelle. Dies wäre nicht möglich, wenn die Staaten unter sich geteilt wären.

Fortsetzung Fußnote von Seite 763

ten verlorengegangene Terrain zurückzugewinnen." Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 419; B 150, Aktenkopien 1964.

Zu den Vorstellungen des französischen Staatspräsidenten über eine Neutralisierung von Vietnam, Kambodscha und Laos vgl. besonders Dok. 44.

[26] Die „Europäische Konferenz über Fernmeldeverbindungen mittels Satelliten" billigte am 25./26. Juni 1964 in Rom das Ergebnis der mit den USA, Kanada, Australien und Japan geführten Verhandlungen über die Einrichtung eines weltweiten kommerziellen Systems für Fernmeldesatelliten. Für den Abkommensentwurf vom 22. Juni 1964 vgl. Referat I B 1, Bd. 322.

Zur Paraphierung des Abkommens über die Errichtung und den Betrieb eines Satelliten-Fernmeldesystems am 24. Juli 1964 vgl. BULLETIN 1964, S. 1141 und S. 1242.

Vielleicht lasse das Beispiel sich auch auf den militärischen Bereich übertragen.

Der Herr *Minister* betonte seinerseits, daß die NATO das wirkliche Problem sei. Rein theoretisch könne man sich an dem Bündnis manches anders vorstellen, aber der wesentliche Punkt für Deutschland sei die Überzeugung, daß, vom deutschen Standpunkt aus betrachtet, die NATO nicht existieren könne ohne eine enge Verklammerung mit den Vereinigten Staaten. Deutschland befinde sich an der vordersten Front, und angesichts dieser Lage brauche es die Garantie für den vollen Einsatz des gesamten Potentials der USA für seine Verteidigung. Er gebe zu, daß diese Anwesenheit amerikanischer Truppen in Europa auch im eigenen Interesse Amerikas stehe. Gleichzeitig bedeute diese Anwesenheit aber[27] die Einsatzbereitschaft auch des ganzen atomaren Potentials der Vereinigten Staaten nicht nur im Hinblick auf die Verteidigung, sondern sie stelle ein Engagement für die Wiedervereinigung dar. Die Lösung der Wiedervereinigungsfrage sei in der Tat nicht denkbar ohne dieses direkte Engagement der stärksten Macht der Welt. Ob ein gegenüber Amerika stark auf[28] sich zurückgezogenes Europa seine Verteidigung allein übernehmen könne, sei sehr zweifelhaft. Vom Standpunkt der Wiedervereinigung sei ein derartiger Rückzug noch bedenklicher. Er (der Herr Minister) sei einverstanden mit allem, was Europa einiger und stärker mache, jedoch nicht unter Schwächung der beiden für die deutsche Politik lebensnotwendigen Faktoren. Er glaube, daß dies auch nicht im Widerspruch zu den Lebensnotwendigkeiten der französischen Politik stehe. Diese Verbindung stelle ein zusätzliches Moment dar, bewirke aber nicht ein Abhängigkeitsverhältnis zu den Vereinigten Staaten. Es sei allerdings schwierig, die Probleme eines geteilten Landes nachzuempfinden. Deutschland wolle genauso unabhängig sein wie Frankreich und wünsche sich ein ebenso kräftiges Europa.

Herr *Couve de Murville* erklärte, er habe hierfür Verständnis, da er die deutschen psychologischen Schwierigkeiten, die sich aus dieser Situation ergäben, kenne. Er glaube aber, daß kein Widerspruch zwischen den Betrachtungen des Herrn Ministers und seinen eigenen Ausführungen bestehe. Seiner Auffassung nach könne man nicht durch Fügsamkeit (docilité) die Garantie für das Engagement Amerikas erhalten. Wenn Europa stark sei, werde Amerika an seiner Seite bleiben wollen. Aus diesem Grunde halte die französische Regierung es für gut, daß Frankreich wie auch England eigene Atomwaffen besitzen. Gerade dadurch könne man die Amerikaner in Europa stärker engagieren. Wenn man höre, daß die Amerikaner beabsichtigten, sich mit den Russen zu verständigen, während noch ein Drittel Deutschlands unter sowjetischer Herrschaft stehe, so erkenne man, daß die Politik der USA-Regierung eine amerikanische Politik sei und nichts anderes. Infolgedessen sei es gut, mit einer europäischen Politik ein Gegengewicht dazu zu schaffen.

Abschließend sprach der Herr *Minister* den Wunsch aus, dieses Gespräch mit seinem französischen Kollegen weiter zu vertiefen, da es ihm notwendig erscheine, daß man auf beiden Seiten klar sehe, welches die Standpunkte und

[27] Dieses Wort wurde von Bundesminister Schröder handschriftlich eingefügt.

[28] Dieses Wort wurde von Bundesminister Schröder handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „in".

die Vorstellungen seien. Es erscheine ihm richtiger, wenn man die Meinungen im anderen Land nicht über die Presse, sondern in einer klaren Unterhaltung zwischen den Regierungen erfahre.[29]

Ministerbüro, VS-Bd. 8512

186

Gespräche des Staatssekretärs Carstens mit Staatspräsident de Gaulle und dem französischen Außenminister Couve de Murville

St.S. 1291/64 geheim **4. Juli 1964**[1]

I. Nach dem Frühstück in der französischen Botschaft hatte ich zunächst ein längeres Gespräch mit Couve. Während dieser Zeit empfing der General in einem besonderen Raum nacheinander einzelne deutsche Gäste. Mir wurde bedeutet, daß der General auch mich zu sprechen wünsche.

Als ich in das Zimmer, in dem der General sich befand, eintrat, sprach er gerade mit Bundesminister Mende. Dieser verabschiedete sich nach einiger Zeit. Dann folgte ein Gespräch zwischen dem General und mir allein. Anschließend kam Staatssekretär Lahr hinzu. Als wir beide uns verabschiedeten, betrat Bundesminister Schmücker den Raum.

II. Das Gespräch mit Couve (in Stichworten):

Couve: Wir verstehen, daß Sie eine unabhängige Politik gegenüber den USA betreiben wollen; aber wir bedauern dies, denn dadurch kommen Deutschland und Frankreich in Wahrheit nicht zu einer gemeinsamen Außenpolitik.[2]

Je stärker China wird, desto mehr wird sich die Aufmerksamkeit der USA auf China konzentrieren und desto mehr werden die USA bestrebt sein, sich mit der Sowjetunion zu arrangieren, desto schwächer wird zugleich die amerikanische Unterstützung in der Wiedervereinigungsfrage werden.

Besonders enttäuscht waren wir über das Washingtoner Kommuniqué[3], in dem die Deutschen sich die amerikanischen Thesen in der Südostasien-Politik zu eigen gemacht haben, ohne daß dies irgendwie durch die deutsche Interessenlage begründet zu sein scheint.

[29] Zur Einschätzung der Bundesregierung hinsichtlich der Perspektiven für eine deutsch-französische Initiative zur europäischen politischen Zusammenarbeit vgl. weiter Dok. 193.

[1] Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Staatssekretär Carstens am 6. Juli 1964 gefertigt, der Bundesminister Schröder vorschlug, Bundeskanzlers Erhard zu unterrichten.
Hat Schröder am 8. Juli 1964 vorgelegen.
Vgl. zu dem Gespräch auch CARSTENS, Erinnerungen, S. 255 und S. 272.

[2] Der Passus „denn dadurch kommen ... gemeinsamen Außenpolitik" wurde von Bundesminister Schröder hervorgehoben. Dazu Ausrufezeichen am Rand.

[3] Für den Wortlaut des Kommuniqués über das Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit Präsident Johnson am 12. Juni 1964 in Washington vgl. BULLETIN 1964, S. 865 f.
Zu den deutsch-amerikanischen Regierungsbesprechungen vgl. Dok. 160 und Dok. 161.

Ich: Die USA sind eine der drei für die Wiedervereinigung verantwortlichen Mächte. Sie stehen mit sechs Divisionen zur Verteidigung Deutschlands in Deutschland. Das führt zwangsläufig zu einem engen deutsch-amerikanischen Verhältnis. Das Washingtoner Kommuniqué stand im Schatten der Moskauer Ereignisse (Vertrag zwischen Chruschtschow und Ulbricht[4], Demarche Groeppers bei Chruschtschow[5]), die uns völlig absorbierten. Man sollte einzelnen Formulierungen keine übermäßige Bedeutung beimessen.

Was das deutsch-französische Zusammengehen betrifft, so müßten sich die Franzosen über ein psychologisches Moment klar sein: die überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes will keine Politik betreiben, von der sie das Gefühl hat, daß sie sich gegen einen oder mehrere westliche Partner richtet.

Couve: Das wollen wir auch nicht.

Ich: Warum haben Sie die Verhandlungen mit England[6] abgebrochen?

Couve: Wir waren 1962 fest entschlossen, England aufzunehmen. Unsere Haltung hat sich geändert, als England unangemessene Bedingungen für seinen Eintritt in die EWG stellte.

Ich: Hat Nassau[7] keine Rolle gespielt?

Couve: Doch, Nassau kam hinzu. Dies war dann schließlich das auslösende Moment.[8]

III. Mein Gespräch mit General de Gaulle (in Stichworten):

de Gaulle: Sind Sie zufrieden mit dem Ergebnis der Gespräche?

Ich: Ja. Es gibt weite Bereiche, in denen wir übereinstimmen und gemeinsam handeln, z.B. Osteuropa, und das ist ein sehr wichtiger Bereich. Auch in der Beurteilung der relativen Gefährlichkeit der Sowjetunion und Chinas stimmen wir überein.

de Gaulle: Aber das Entscheidende, nämlich eine gemeinsame und selbständige europäische Politik Deutschlands und Frankreichs fehlt.

Ich: Es ist richtig, daß wir in der Beurteilung unseres Verhältnisses zu den USA nicht übereinstimmen. Nach unserer Auffassung ist die Zusammenarbeit mit den USA unerläßlich.

de Gaulle: Auch ich will auf das Bündnis mit den USA nicht verzichten. Aber jede Außenpolitik wird durch die Notwendigkeiten der Sicherheit und der Verteidigung bestimmt. Hier im Bereich der Verteidigung besteht keine Über-

[4] Für den Wortlaut des Freundschaftsvertrags vom 12. Juni 1964 zwischen der UdSSR und der DDR vgl. DzD IV/10, S. 717–723.
Zur politischen Wertung vgl. besonders Dok. 170.

[5] Zum Gespräch des Botschafters Groepper mit Ministerpräsident Chruschtschow am 13. Juni 1964 in Moskau vgl. Dok. 162.

[6] Zum Scheitern der Verhandlungen über einen Beitritt Großbritanniens zur EWG am 29. Januar 1963 vgl. Dok. 15, Anm. 40.

[7] Vom 18. bis 21. Dezember 1962 trafen in Nassau (Bahamas) Präsident Kennedy und Premierminister Macmillan zusammen. Ein Ergebnis ihrer Gespräche war die Vereinbarung, daß Großbritannien amerikanische Polaris-Raketen zur Ausrüstung von U-Booten erhalten werde. Vgl. auch Dok. 104, Anm. 17.

[8] In diesem Sinn äußerte sich auch Staatspräsident de Gaulle im Gespräch mit Bundeskanzler Adenauer am 22. Januar 1963 in Paris. Vgl. AAPD 1963, I, Dok. 43.

einstimmung zwischen Deutschland und Frankreich, und daher gibt es auch keine gemeinsame Außenpolitik. Sie zum Beispiel machen die MLF.

Ich: Wir hoffen, auf diese Weise ...

de Gaulle: Die Bombe bekommen Sie von den USA nie.

Ich: Das wollte ich auch nicht sagen. Wir hoffen, auf diese Weise Einfluß auf die nukleare Planung und auf die nuklearen Entscheidungen zu erhalten, die für die moderne Verteidigung notwendig sind.

de Gaulle: Warum gehen Sie nicht mit uns zusammen? Wir haben die Bombe auch. Bei uns können Sie einen weit größeren Anteil erhalten (oder: weit mehr beteiligt werden).[9]

Ich: Wir müssen sicher sein, daß die amerikanische Abschreckung funktioniert. Deswegen können wir auf die Zusammenarbeit mit den Amerikanern in diesem Bereich nicht verzichten.

Im Verlauf des Gesprächs sagte de Gaulle auch, worauf es ihm ankomme, sei eine Übereinstimmung zwischen Deutschland und Frankreich in den außenpolitischen und verteidigungspolitischen Fragen. An neuen Organisationsformen für die europäische Zusammenarbeit liege ihm nichts. Damit spielte der General nach meiner Ansicht deutlich auf die Pläne zur Schaffung einer europäischen politischen Union an.

Ministerbüro, VS-Bd. 8438

187

Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit Staatspräsident de Gaulle

Z A 5-88.A/64 geheim **4. Juli 1964**[1]

Der Herr Bundeskanzler führte am 4. Juli um 10.50 Uhr ein zweites Gespräch unter vier Augen mit dem französischen Staatspräsidenten de Gaulle.

Auf die Frage des Herrn *Bundeskanzlers,* ob General de Gaulle am Vorabend alle Leute habe sehen können, die er habe sehen wollen, erwiderte General *de Gaulle,* er habe sehr viele gesprochen, und das Bemerkenswerte sei, daß ja

[9] Am 9. Juli 1964, während des Besuchs des Bundeskanzlers Erhard in Dänemark, informierte Staatssekretär Carstens den Leiter des Außenpolitischen Büros im Bundeskanzleramt, Osterheld, über das Gespräch mit dem französischen Staatspräsidenten. Dazu hielt Osterheld im Rückblick fest: „De Gaulle habe ihm praktisch eine deutsche Beteiligung an der Force de frappe angeboten. Was wir denn bei der MLF wollten, die bringe uns nicht viel. Er habe uns mehr zu bieten, als uns die MLF geben könnte. Ich sagte sofort, fühlend, daß es sich um eine Sternstunde handele: ‚Da müssen wir, um der Zukunft Deutschlands willen, zupacken!' Und noch im Dom zu Roskilde sagte ich dasselbe zu Westrick, Schröder und zum Bundeskanzler, leidenschaftlich: ‚Wir müssen zugreifen!'" Vgl. OSTERHELD, Außenpolitik, S. 100.

[1] Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Kusterer am 7. Juli 1964 gefertigt.
Vgl. zu dem Gespräch auch OSTERHELD, Außenpolitik, S. 97 f.

zwischen Deutschland und Frankreich keine Berge stünden und der Kontakt in allen Themen sehr leicht sei. Schwierig sei nur das gemeinsame Handeln.

Der Herr *Bundeskanzler* wies darauf hin, daß seines Erachtens am Vortag[2] ein Ansatzpunkt sich herausgestellt habe. Er habe dem General gesagt, daß er sich immer die Frage gestellt habe, ob denn die EWG-Länder notwendigerweise identisch sein müßten mit der Gruppe der Länder, die zu stärkeren politischen Bindungen bereit wären. Er selbst wisse die Antwort noch nicht, doch habe er aus der Erfahrung gelernt, daß innerhalb der EWG in politischen Fragen nie volle Einigkeit bestanden habe. Daraus habe er die Lehre gezogen, daß ernsthaft geprüft werden müsse, ob es zwingend und unverzichtbar sei, daß alle Partner der EWG sich an einer solchen Konstruktion beteiligen, während es auch anderen, selbst wenn sie nicht der EWG angehörten, aber zur politischen Zusammenarbeit bereit seien, freistehen sollte, Mitglieder der Union zu werden. Diese Fragen erfordern aber reifliche Überlegung. Er komme noch einmal auf den deutsch-französischen Vertrag[3] zurück und stelle fest, daß dieser Vertrag beinahe den Auftrag dazu erteile, durch die Verstärkung der deutsch-französischen Zusammenarbeit eine für die Vereinigung Europas unerläßliche Etappe zurückzulegen. Organisatorisch sei nichts Neues erforderlich, vielmehr brauche man nur zu beschließen, daß die deutsche und französische Seite sich zusammensetze, um einmal frei von allen vorgefaßten Modellen zu überlegen, wie ein Europa aussehen könnte. Dabei sollte es sich natürlich nicht um ein bilaterales Europa handeln, doch würden in einem solchen Europa Deutschland und Frankreich den Kern bilden, gleichgültig, ob man das nun sage oder nicht.

General *de Gaulle* führte aus, man könne natürlich jederzeit eine Kommission zusammentreten lassen. Dies sei das traditionelle und klassische Mittel, wenn immer man selbst noch nicht entschlossen sei. Der Vertrag gestatte eine solche Kommission. Man könnte sie sogar ohne einen Vertrag zusammentreten lassen. Für ihn aber stelle sich vor allem die Frage, ob Frankreich und Deutschland entschlossen seien, eine gemeinsame Politik zu haben, das heißt eine Politik, die ihnen gehört und die keiner anderen Politik untergeordnet ist. Seien sie dazu entschlossen, so müßten sie es sagen und zeigen, und dann wären die vier übrigen Partner des Rom-Vertrages[4] gezwungen, mitzukommen. Sollten die anderen Partner nicht mitmachen wollen, dann müßten sie eben auch aufhören, Teil der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zu bilden, denn der Herr Bundeskanzler habe selbst wiederholt zu Recht erklärt, eine echte Wirtschaftsgemeinschaft sei ohne gemeinsame Politik nicht zu denken. Die Frage also stelle sich, ob Deutschland und Frankreich entschlossen seien, eine gemeinsame Politik zu haben, die die ihre sei, und zwar in Europa, in Asien, Lateinamerika, in Afrika, und natürlich auch eine eigene Wirtschaftspolitik, die keiner anderen untergeordnet sei. Ebenfalls eine Verteidigungspolitik, die ihnen eigen sei, selbstverständlich mit einem Bündnis, aber innerhalb dieses atlantischen Bündnisses müßten Frankreich und Deutschland

[2] Zum Gespräch vom 3. Juli 1964 vgl. Dok. 180.

[3] Für den Wortlaut des deutsch-französischen Vertrags vom 22. Januar 1963 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 706–710.

[4] Zu den Römischen Verträgen vom 25. März 1957 vgl. Dok. 7, Anm. 7.

eine gemeinsame Politik betreiben. Sei dies der Fall, dann lasse sich dies sehr leicht sagen und zeigen und lasse sich der Anfang der Zusammenarbeit machen mit der Aufforderung an die übrigen Vier, dasselbe zu tun. Seien sie nicht dazu bereit (und er bezweifle eben sehr, ob gerade Deutschland dazu bereit sei, aus sehr verständlichen Gründen, über die Deutschland im Augenblick einfach nicht hinwegzugehen glauben könne), dann könne man natürlich eine Kommission bilden, doch werde dies niemanden täuschen und am allerwenigsten die beiden Regierungschefs selbst. Vor allem aber würden die anderen Vier dadurch nicht nachgezogen, da diese sehr wohl wüßten, daß aus dem Spiel der Kommissionen nichts herauskommen werde und infolgedessen nichts sie stören könnte, sie also ihre Haltung nicht zu ändern brauchten.

Der Herr *Bundeskanzler* wies darauf hin, daß man diese Frage nicht so apodiktisch mit ja oder nein beantworten könne. Sie sei insofern mit einem klaren Ja zu beantworten, als Deutschland von der europäischen Idee fasziniert sei und wisse, daß diese Idee nur dann verwirklicht werden könne, wenn Frankreich und Deutschland eng zusammenstünden. Gestern habe er mit General de Gaulle über die NATO und deren Zukunft gesprochen. Deutschland sei Mitglied dieses Bündnisses und könne bzw. wolle sich daraus nicht lösen. Dies aber beantworte noch lange nicht die Frage, ob dieses Bündnis nicht so organisiert werden könne, daß man dennoch dem Ziel des Generals näherkomme. Er müsse sagen, daß die Amerikaner ja schließlich nicht die Feinde Europas seien, sondern vielmehr nach Aussage der Präsidenten Kennedy und Johnson immer wieder erklärt hätten, daß sie nicht an einem Netz von bilateralen Beziehungen zu europäischen Ländern interessiert seien, sondern es vielmehr vorzögen, ein einiges Europa anzusprechen. Dieses Europa aber gebe es leider nicht. Er glaube, daß man hier ansetzen und Europa ein Profil geben sollte. Doch stehe Deutschland nicht nur im Rom-Vertrag, es sei auch Mitglied des NATO-Vertrages[5] – es gibt vor allem einen Deutschland-Vertrag[6] –, und General de Gaulle habe selbst erklärt, er respektiere dies. Deutschland bedürfe dieses Bündnisses, weil ohne das Bündnis kein zureichender Schutz für Deutschland vorhanden sei. Deswegen sollte man seines Erachtens einmal klar feststellen, wie Europa aussehen sollte, und sollte dann fragen, wer zur Mitarbeit bereit sei. Man sollte sogar den Mut haben zu sehen, wie die NATO aussehen solle. Er könne aber nicht die Gegenwart verwerfen, ohne über die Zukunft Näheres zu wissen. Dies beantworte vielleicht die Frage von General de Gaulle nicht hundertprozentig, aber nach all den Gesprächen zwischen Deutschland und Frankreich sollte diese deutsche Auffassung doch zumindest respektiert werden.

General *de Gaulle* wiederholte noch einmal, was er am Vortage schon zu Beginn gesagt hatte, daß er die Haltung Deutschlands verstehe, daß er die Gründe Deutschlands für diese Haltung sogar respektiere. Das aber auch sei der Grund, warum er im Augenblick nicht zu erkennen vermöge, wie man etwas wirklich Wesentliches und Positives in der europäischen Frage, ja sogar

[5] Für den Wortlaut des NATO-Vertrags vom 4. April 1949 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 289–292.

[6] Für den Wortlaut des Deutschland-Vertrags vom 23. Oktober 1954 vgl. DOKUMENTE DES GETEILTEN DEUTSCHLAND, Bd. 1, S. 229–234.

in der Frage der deutsch-französischen Zusammenarbeit derzeit tun könnte. Man könne diese Zusammenarbeit natürlich perfektionieren auf dem wirtschaftlichen Sektor, könne gewisse Fortschritte in den kulturellen Verbindungen erzielen, könne sogar manche Einzelfrage weiterentwickeln, und dies geschehe auch. Man könne Kontakte aufrechterhalten, um immer genau über die Absichten und das Denken des anderen informiert zu sein, um sich nichts zu verheimlichen. Dies geschehe und werde auch weiter geschehen. Etwas wirklich Konstruktives für Europa heute zu schaffen, das heißt ein echtes Europa, das nicht nur dem Namen nach Europa wäre, sondern das eine gemeinsame Politik bedeuten würde, diese Möglichkeit sehe er derzeit nicht. Er habe am Vortage mit Dr. Adenauer gesprochen[7], der ihm den Gedanken der Kommission vorgetragen habe, wobei nach Dr. Adenauers Auffassung aus der Vorarbeit der Kommission eine Einladung an zahlreiche Länder ergehen sollte, zunächst an die anderen vier EWG-Partner, dann aber auch, eventuell sogar gleichzeitig, eine Einladung an Großbritannien, die skandinavischen Länder, Spanien und Portugal, doch dieser von den beiden Ländern vorgeschlagenen Organisation sich anzuschließen. Er habe diesen Gedanken mit Interesse zur Kenntnis genommen und wolle ihn sich gerne überlegen. Er sehe aber im Augenblick kaum die Möglichkeit dazu, da Deutschland und Frankreich ja nicht entschlossen schienen, eine gemeinsame Politik zu betreiben. Wenn schon Deutschland und Frankreich dazu nicht entschlossen seien, sei kaum anzunehmen, daß die anderen dazu bereit wären. Großbritannien liege eine gemeinsame Politik in keiner Weise am Herzen, und es habe dies deutlich gezeigt. Die skandinavischen Länder hätten kein Interesse daran und würden es zeigen. Spanien sei möglicherweise eher geneigt, etwas zu tun, doch liege Spanien fern und sei vor allem wirtschaftlich weit zurück. Damit sei dieser Gedanke eine Idee, doch glaube er nicht, daß sie im gegenwärtigen Augenblick zu einer praktischen Schlußfolgerung führen könne. Daher meine er, daß derzeit das Beste sei, die Hoffnung am Leben zu erhalten. Im übrigen sei er überzeugt, daß ganz automatisch man eines Tages zu einer politischen Gemeinschaft kommen werde. Man werde ganz einfach durch die Natur dazu gezwungen werden. Deutschland sei bedroht, sei geteilt und wolle sich wiedervereinigen, was Frankreich voll und ganz verstehe. Deutschland müsse sich wiedervereinigen, denn ohne eine solche Wiedervereinigung werde es in Europa und in der Welt niemals ein Gleichgewicht, niemals Frieden geben. Und ohne Wiedervereinigung werde auch Deutschland stets durch Unruhen bedroht sein, zwar nicht im Augenblick, aber im Zeitpunkt einer immer möglichen Krise. Wenn in einem solchen Zeitpunkt dann Deutschland nicht einmal in der Frage der Wiedervereinigung befriedigt sei, dann stünden neue Dramen für Deutschland bevor. Deswegen sei der französische Wunsch nach Wiedervereinigung Deutschlands aufrichtig, auch wenn durch diese Wiedervereinigung Deutschland an Gewicht gewinnen werde, auch im Verhältnis zu Frankreich, so sei Frankreich doch trotzdem für eine Wiedervereinigung. Diese Wiedervereinigung sei aber nicht zu erreichen ohne eine europäische Politik. Sie sei auf gar keinen Fall mit der amerikanischen Politik zu erreichen. Die amerikanische Politik sehe heute so aus, daß Amerika China am Horizont auftauchen

[7] Zum Gespräch vom 3. Juli 1964 vgl. Dok. 184.

sehe und daß Amerika jeden Tag dieses China ein bißchen größer vor sich sehe und somit jeden Tag Chruschtschow etwas freundlicher und angenehmer betrachte und ganz allmählich zu der Überzeugung gelange, daß nicht Chruschtschow, sondern China der Feind sei. Und da heute China von Rußland sich getrennt habe[8], werde mehr und mehr dieser Gedanke in Amerika erscheinen, daß der eigentliche Gegner China ist und nicht Rußland. Wo aber bleibe die Wiedervereinigung unter diesen Bedingungen? Eine Wiedervereinigung durch die Amerikaner werde Deutschland mit aller Bestimmtheit niemals erreichen. Vielleicht werde Deutschland eines Tages eine Wiedervereinigung erreichen, aber dann nur durch eine europäische Politik und nur, wenn diese europäische Politik die Wiedervereinigung wolle. Dies sei die Wahrheit. Deswegen glaube er, daß die Weltentwicklung Deutschland und Frankreich ganz automatisch zu einer gemeinsamen Politik zwingen werde, und diese Politik werde europäisch sein. Diesen Punkt aber habe Deutschland noch nicht erreicht, und dazu sei es noch nicht entschlossen. Solange jedoch Deutschland nicht dazu entschlossen sei, könne man zwar Kommissionen einsetzen, doch werde aus diesen Kommissionen nichts Positives herauskommen. In Erwartung dieser Entwicklung sei es aber gut, in Kontakt zu bleiben, in Beziehung zu bleiben und den Anfang der Zusammenarbeit zu machen. Dies sei an sich nützlich, und deswegen sei er gerne nach Bonn gekommen.

Der Herr *Bundeskanzler* erklärte, er könne mit den Ausführungen des Generals nicht einverstanden sein, wenn er am Ende seiner Erklärungen immer wieder zu resignieren scheine. Er selbst resigniere nicht. General de Gaulle habe gewisse Gedanken ausgeführt, die ihn selbst innerlich beschäftigten. Der Bundeskanzler sei keineswegs amerikahörig oder wolle auf seine Selbständigkeit verzichten. Es ist ja auch bekannt, daß sich auch das deutsche Volk ständig die Frage stelle, was das sogenannte amerikanische „Entspannungsgerede" bedeute. Es gebe die These der Wiedervereinigung durch Entspannung, der die Bundesregierung etwas dialektisch die Antithese gegenübergestellt habe: Entspannung durch Wiedervereinigung. Selbstverständlich wisse er, daß man praktisch nicht über Wiedervereinigung sprechen könne, ohne gleichzeitig Fragen der europäischen Sicherheit anzuschneiden. Aber bei genauerem Lesen der bedeutsamen deutschen Presse könne der General selbst feststellen, wie oft doch die Frage an Amerika gerichtet werde, wann denn die Wiedervereinigungsfrage aufgenommen werden solle. Bestehe keine Gefahr, dann heißt es, nun dürfe um Gottes willen das Deutschlandproblem nicht angerührt werden, weil sonst Unruhe entstehe. Sei andererseits die Lage politisch gespannt, dann erkläre man, nun könne man nicht auch noch die deutsche Frage in die Debatte werfen.[9] Somit stelle sich die Frage, wann denn das deutsche Problem überhaupt einmal debattiert werden solle. Es sei also keineswegs so, als ob das deutsche Volk keine Zweifel habe. Er wisse sehr wohl, daß das deutsche Anliegen nur dann zum Erfolg gebracht werden könne, wenn Europa entstehe, denn nur ein in Europa eingebettetes Deutschland könne den östlichen Völkern die Gewähr gegen eine neue deutsche Aggression bie-

[8] Zum sowjetisch-chinesischen Konflikt vgl. Dok. 112, Anm. 14.

[9] Zur amerikanischen Haltung hinsichtlich neuer Initiativen in der Deutschland-Frage vgl. auch Dok. 53.

ten. Somit sei die Suche nach Europa nicht nur von politischen Gründen diktiert, sondern stehe auch in einem vitalen deutschen Interesse. Er wolle ganz deutlich sagen, daß er keineswegs von Anfang an Europäer gewesen sei und seine Einstellung nicht etwa sentimental europäisch sei. Er habe sich durch alle Probleme ehrlich durchgerungen, aber darum sei er heute in seiner Überzeugung nur noch europäischer. Er sei auch nie der Meinung gewesen, daß die wirtschaftliche Integration der Sechs der Weisheit letzter Schluß sei.

Um aber im Bilde des Generals zu bleiben, d.h., sich eine Verteidigungsorganisation vorzustellen mit Amerika auf der einen und Europa auf der anderen Seite, wobei beide sich gegenseitigen Beistand versprächen, so sei dieses Bild doch nur dann realistisch und durchführbar, wenn ein wirkliches Gleichgewicht zwischen den beiden Polen bestehe, d.h., wenn Europa etwa dieselbe Kraft besitze wie die Vereinigten Staaten. Das aber müsse man militärisch, strategisch, politisch und finanziell klar erkennen. Er sei auch zu dieser Prüfung bereit. In diesem Zusammenhang aber könne Europa jedoch nicht nur in der Kategorie der Sechs gedacht werden, sondern müsse größer sein. Deutschland sei fest davon überzeugt, daß Europa nur dann erstehen könne, wenn Frankreich und Deutschland fest zusammenstünden, und daß dieses Europa immer wesentlich von der deutsch-französischen Zusammenarbeit geprägt sein werde. Dennoch dürfe man nicht den anderen das Gefühl geben, als würden sie unterdrückt bzw. sogar erdrückt. Zu der Vision des Generals könne man jedenfalls nicht ungeprüft sofort ja sagen. Er glaube, daß die beiden Länder, die so eng zusammenstünden und sich auch in der Politik in vielen Punkten nahestünden, die geborenen Partner seien, frei von jeder Beeinflussung einmal zu prüfen, wie dieses Europa wirtschaftlich, politisch und militärisch aussehen solle. Diese Vorarbeit sei unverzichtbar, denn man müsse etwas haben, was man sozusagen schwarz auf weiß nach Hause tragen könne, und das sei seine Bitte an den General.

General *de Gaulle* erwiderte, schon vor zwei Jahren sei etwas schwarz auf weiß niedergelegt worden, das im übrigen keineswegs sehr anspruchsvoll gewesen sei: der Anfang einer organisierten politischen Zusammenarbeit in Europa.[10] Deutschland und Frankreich seien sich einig gewesen, doch die anderen hätten nicht gewollt. Es sei eine Tatsache, daß Deutschland und Frankreich den anderen es zwar hätten aufzwingen können, es aber nicht taten. Man könne folglich sehr wohl Studien betreiben und theoretische Arbeit leisten. Dies könne nützlich sein, und er lehne diesen Gedanken keineswegs ab. Er glaube nur nicht, daß unter den augenblicklichen Bedingungen und ehe Deutschland sich entschlossen habe, eine gemeinsame Politik mit Frankreich zu besitzen, wirklich der Stein ins Rollen komme. Denn dann hätte man nicht genügend Kraft, nicht einmal ausreichend Gewicht, um die anderen zum Entschluß zu bringen. Es werde damit eben eine Debatte mehr in der Generaldebatte, die seit zwanzig Jahren vor sich gehe. Diese Generaldebatte habe einige Ergebnisse in der Praxis gezeitigt, insbesondere hinsichtlich der wirtschaftlichen Organisation, auch wenn diese noch recht zerbrechlich seien. Politisch habe sie nicht sehr viel hergegeben, außer der deutsch-französischen Annähe-

[10] Zu den von Frankreich initiierten Fouchet-Plänen vom 2. November 1961 bzw. 18. Januar 1962 vgl. Dok. 7, Anm. 10.

rung, die natürlich essentiell sei und die deswegen von Frankreich genährt und gestärkt werde.

Der Herr *Bundeskanzler* erwiderte, wenn General de Gaulle von einer gemeinsamen deutsch-französischen Politik spreche, dann sollte man seines Erachtens den deutsch-französischen Vertrag so ausbauen, daß er tatsächlich zu einer Harmonisierung der Politik führe, und zwar nicht nur in der Deutschlandfrage, in der Deutschland immer für den französischen Beistand dankbar gewesen sei. Es gebe aber auch das Beispiel China, Südostasien, das Verhältnis zwischen Israel und der arabischen Welt, das Zypernproblem usw., und es wäre höchst wünschenswert, wenn man gegenseitig mehr von der Haltung des anderen wüßte. Nur dadurch werde die Vorbedingung für eine gemeinsame Politik geschaffen. Er sehe die Dinge so, daß man ein europäisches Modell zwischen Frankreich und Deutschland ausarbeiten sollte und es dann den anderen europäischen Ländern vorschlagen. Dann könne jeder daran teilnehmen, der wolle, ohne dazu gezwungen zu sein. Er halte dies für den einzigen Weg. Er sei mit dem General einer Meinung, daß das Verfahren, das vor zwei Jahren eingeleitet wurde, immer zu einer vollen Einigung der Sechs zu kommen, sich als zeitraubend und wenig fruchtbar erwiesen hätte. Schlügen aber Frankreich und Deutschland ein Modell vor und erklärten sie, daß sie selbst bereit seien, dieses Modell zu praktizieren, aber den Wunsch hätten, daß möglichst viele europäische Länder daran teilnehmen, dann würden sich die Chancen wesentlich verbessern. Wenn insbesondere der EWG nicht angehörige Länder mitmachten, dann würden sicherlich auch die Zögerlichen unter den EWG-Partnern eher zu einer Teilnahme bereit sein. Er halte diese Methode der indirekten Beeinflussung für aussichtsreicher als den Versuch, einen Vertrag auszuarbeiten, bei dem zu jedem Absatz die Zustimmung aller EWG-Länder abgewartet werde.

General *de Gaulle* bezeichnete dies für richtig, vorausgesetzt daß die deutsch-französische Zusammenarbeit zu einer gemeinsamen Politik führe. Dann werde diese Zusammenarbeit die nötige Anziehungskraft auf die anderen nicht verfehlen. Kämen aber Frankreich und Deutschland, so wie es heute der Fall sei, nicht zu einer gemeinsamen Politik, weder hinsichtlich Chinas noch hinsichtlich der Verteidigung, noch hinsichtlich Zyperns, noch hinsichtlich Israels, dann gehe davon keine Ausstrahlungskraft aus. Die erste Vorbedingung sei die deutsch-französische Zusammenarbeit und eine gemeinsame Politik der beiden Länder. Nur dann wirke es anziehend. Sonst gebe man den Eindruck, als sei man auf ewig zu theoretischen Diskussionen bereit; und dann werde kein anderer kommen, werde Europa sich nicht einigen, werde nicht einmal Frankreich und Deutschland zu einer gemeinsamen Haltung kommen.

Der Herr *Bundeskanzler* betonte, er sei ja für eine möglichst enge Zusammenarbeit, er sei dafür, daß jeder immer vom andern wissen sollte, was der Partner vorhabe, so daß man es nicht mehr erst aus der Zeitung erfahre. Er glaube, daß Deutschland und Frankreich in dieser Richtung mehr tun müßten, um darlegen zu können, daß sie eine gemeinsame Politik hätten. General de Gaulle habe von den militärischen Fragen gesprochen. Er nehme noch einmal das Bild der Allianz zwischen Europa und Amerika und wolle die deutsche Haltung dazu darlegen. Deutschland hoffe und wünsche und vertraue darauf,

daß der Friede gewahrt werde. Es sei dessen aber nicht sicher und kann darum nicht auf den nuklearen Schutz verzichten. Man könne da natürlich die Frage stellen, ob man denn sicher sei, daß Amerika diesen nuklearen Schutz auch tatsächlich gewähren werde. Er habe dem General ja schon in Paris[11] erklärt, daß die Bundesrepublik der amerikanischen Bündnistreue voll vertraue. Er wolle aber fragen, wie denn in dem Bild des Generals von einem Europa, das seine eigene Politik habe und das auch stark genug zur Selbstverteidigung sei (mit Amerika durch einen Beistandspakt verbunden), die europäische nukleare Waffe aussehen würde: Wäre es die französische Nuklearmacht oder wäre es eine echte europäische Nuklearmacht?

General *de Gaulle* führte aus, der Tag werde kommen, wo Europa politisch und militärisch ausreichend organisiert sein werde, um seine eigene Atommacht zu besitzen. An diesem Punkte sei man aber noch nicht angelangt. Im Augenblick gebe es die amerikanische Nuklearmacht, die man beibehalten müsse, und deswegen sei es notwendig, daß Amerika zwar nicht engagiert sei (denn das sei es in Wirklichkeit nicht), daß es aber doch orientiert sei auf den Einsatz seiner nuklearen Macht zur Verteidigung Europas. Dies könne durch ein neues Bündnis genau in derselben Weise geschehen wie durch die Integration. Bis zu dem Zeitpunkt, da Europa verteidigungsmäßig einmal selbst bestehen kann, und bis zu dem Zeitpunkt, da seine politische Organisation so weit gediehen sei, daß eine wirklich europäische Regierung möglich werde, bis zu diesem Zeitpunkt gebe es die getrennten nuklearen Waffen Großbritanniens und Frankreichs (vielleicht einiger anderer). Aber durch die bloße Tatsache, daß es europäische Streitkräfte seien, werde auf alle Fälle die „französische" Atommacht automatisch für die Verteidigung Europas eingesetzt, da diese Verteidigung gleichbedeutend mit der Verteidigung Frankreichs sei. Es sei nämlich in keiner Weise vorzustellen, daß etwa Deutschland von Rußland angegriffen würde, ohne daß Frankreich gleichzeitig verloren ginge. Somit würde die französische Atommacht automatisch eingesetzt, weil es sich ja sofort um die Verteidigung Frankreichs handeln würde. Dasselbe gelte nicht für Amerika. Er dürfe also sagen, daß eines Tages Europa politisch genug organisiert sei, um eine gemeinsame Regierung zu haben (dieser Tag sei allerdings noch fern), und daß es dann seine eigene Atommacht haben werde. Bis zu diesem Zeitpunkt werde es nicht seine eigene Atommacht haben, werde aber in seiner Struktur die französische nationale Atommacht besitzen sowie eventuell auch die englische. Diese Atommacht werde automatisch eingesetzt für die Verteidigung Europas, weil es eine einem europäischen Staat selbst gehörige Atommacht sei. Dasselbe gelte leider nicht für Amerika, denn Amerika sei nun mal nicht in Europa.

Der Herr *Bundeskanzler* erklärte, dieses Gespräch zeige, daß, wenn man zum harten Kern vorstoße, man nicht plötzlich den Sprung ins kalte Wasser tun könne, sondern weitere Abklärungen zunächst brauche. Wenn Deutschland zum Beispiel jede Waffe und jeden Soldaten in der NATO integriert habe, wenn es auf eine nationale Armee verzichtet habe, so verstehe es doch, daß sich Frankreich in einer anderen Lage befinde. Für Deutschland aber stellen

[11] Zum Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit Staatspräsident de Gaulle am 14. Februar 1964 in Paris vgl. Dok. 44.

sich die Dinge anders dar, sowohl wegen seiner Vergangenheit als auch mit dem Blick auf die Ostvölker, die Hitler nicht vergessen hätten. Die Integration aller deutschen Streitkräfte in der NATO sei ein Beweis für die deutsche Friedensliebe und die Tatsache, daß Deutschland aus den Lehren der Vergangenheit lernen wolle. All diese Fragen aber seien seiner Meinung nach noch nicht ausdiskutiert. Dennoch sei er dankbar, daß der General und er den Mut gehabt hätten, diese neuralgischen Probleme anzufassen, und wolle sagen, niemand sei aufgeschlossener als er gegenüber jedem in die Zukunft weisenden Gedanken. Die Frage einer Neugestaltung der NATO müßte doch auch mit den USA besprochen werden, ehe europäische Lösungen im Sinne der Vorstellung möglich wären. Ein Vakuum wäre nicht zu verantworten. Der Herr Bundeskanzler kam dann auf die Resolution der WEU-Versammlung[12] zu sprechen, die eine politische Zusammenarbeit in Europa entworfen habe und der alle UNR-Abgeordneten beigestimmt hätten. Er erwähne dies nur, um zu sagen, daß in die europäischen Ideen Bewegung gekommen sei.

General *de Gaulle* erklärte, er freue sich auf jeden Fall über diese offenen Gespräche. Natürlich habe er von Anfang an nicht geglaubt, daß das Treffen in Bonn zu irgendwelchen spektakulären Ergebnissen führen werde. Hinsichtlich des gegenseitigen Verständnisses und der gegenseitigen Annäherung seien jedoch bedeutsame Schritte getan worden. Was Frankreich anbelange, so habe er in aller Offenheit dargelegt, was Frankreich wünsche und glaube, und er möchte gerne, daß der Herr Bundeskanzler diese Worte in seinem Herzen bewege. Gleichzeitig betone er noch einmal das volle Verständnis für die Lage, in der Deutschland sich heute befinde, und daß er die Gründe respektiere, warum Deutschland heute noch nicht dieselbe Linie wie Frankreich verfolgen könne. Dabei glaube er, daß die Ereignisse Deutschland ganz automatisch dazu führen würden, dieselbe Linie wie Frankreich anzunehmen. In Erwartung dieser Entwicklung müsse alles getan werden, um die Kontakte aufrechtzuerhalten und nach Möglichkeit zu erweitern. Wenn dies die Schlußfolgerung des Bonner Gesprächs sei, so sei die Zeit nicht verloren gewesen.

Der Herr *Bundeskanzler* bat eindringlich darum, doch eine falsche Vorstellung zerstreuen zu wollen: Es sei keineswegs so, als ob sich Deutschland von Amerika abhängig, als Vasall der amerikanischen Politik fühle und verpflichtet zu sein glaube, zu allem ja zu sagen, was die Amerikaner wollten. Dies sei sicherlich nicht der Fall. Er habe gestern gesagt, daß er in erster Linie Deutscher und Europäer sei, so wie der General in erster Linie Franzose und Europäer sei. Sein letztes Treffen mit General de Gaulle habe vor vier Monaten stattgefunden, und es scheine ihm doch, als seien die Probleme noch nie so klar wie heute herausgestellt worden. Dieses Treffen habe große Fragen nur ansprechen können. Es genüge wohl nicht, wenn die Regierungschefs und die Minister alle sechs Monate einmal zusammenträfen. Er denke daher in entscheidenden Fragen an fortdauernde Gespräche, insbesondere hinsichtlich der Überlegung, welche europäische Konstruktion gefunden werden könnte. Es sei sein Gedanke, daß deutsche und französische Persönlichkeiten dazu in einem permanenten Kontakt blie-

[12] Am 23. Juni 1964 verabschiedete die in Rom tagende WEU-Versammlung eine Empfehlung zur Intensivierung der europäischen Zusammenarbeit auf den Gebieten der Außenpolitik und der Verteidigung. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1964, D 493 f. Vgl. auch BULLETIN 1964, S. 1038 f.

ben. Dann könnten auch die Treffen zwischen den Regierungschefs häufiger stattfinden, um Fragen zu klären und Fortschritte festzustellen. Treffe man sich nur alle sechs Monate, dann entstehe in der Zwischenzeit ein Leerlauf. Wie sich zeigt, reichen diese wenigen Treffen für die Klärung so entscheidender Fragen nicht aus. Dies liege ihm am Herzen, und er bitte den General, diesen Gedanken nicht zurückzuweisen, denn zweifellos liege in einem permanenten Gespräch viel Nutzen und Möglichkeit.

General *de Gaulle* erwiderte, er lehne in keiner Weise ein permanentes Gespräch ab und bitte den Herrn Bundeskanzler, einen konkreten Vorschlag zu diesem Thema Frankreich vorzulegen, das dann diesen Vorschlag mit dem Wunsche prüfen werde festzustellen, wie man am besten und häufigsten zusammenkommen könne.

Das Gespräch endete um 12.07 Uhr.

Bundeskanzleramt, AZ: 21-301 00 (56), Bd. 9

188

Deutsch-französische Regierungsbesprechung

I A 1-80.11/1963/64 VS-vertraulich **4. Juli 1964**[1]

Ergebnisniederschrift über die Besprechungen des Herrn Bundeskanzlers mit dem französischen Staatspräsidenten unter Teilnahme der Minister[2] am 4. Juli 1964 in Bonn

Die Sitzung findet anfangs unter Vorsitz des Herrn Bundesaußenministers und des französischen Premierministers statt. Sie wird fortgesetzt mit den Berichten der Minister über den Stand der Zusammenarbeit in ihren Bereichen.

VI. Finanzen[3]

Bundesminister *Dahlgrün* berichtet über sein Gespräch mit dem Finanzminister Giscard d'Estaing im Beisein von Bundesminister Schmücker, in dem die

[1] Durchdruck.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde mit Begleitvermerk des Ministerialdirigenten Böker vom 8. Juli 1964 an Bundesminister Schröder geleitet.
Vgl. zu den Besprechungen auch OSTERHELD, Außenpolitik, S. 98 f.

[2] Teilnehmer auf deutscher Seite: Bundeskanzler Erhard, Bundesminister Schröder, Bundesminister Dahlgrün, Bundesminister Schmücker, Bundesminister Schwarz, Bundesminister von Hassel, Bundesminister Heck, Bundesminister Scheel, Bundesminister Krone, Bundesminister Westrick, Staatssekretär Carstens, Staatssekretär von Hase, Botschafter Klaiber; auf französischer Seite: Staatspräsident de Gaulle, Ministerpräsident Pompidou, Außenminister Couve de Murville, Verteidigungsminister Messmer, Finanzminister Giscard d'Estaing, Kooperationsminister Triboulet, Erziehungsminister Fouchet, Landwirtschaftsminister Pisani, Informationsminister Peyrefitte, Staatssekretär Herzog, Generalsekretär Burin des Roziers, Botschafter de Margerie, Abteilungsleiter Lucet.

[3] Zu den Punkten I bis V vgl. Dok. 183. Korrigierte Numerierung.

Haushaltslage beider Länder in bezug auf die Konjunktur besprochen worden sei. Die deutschen Steueränderungen für das Haushaltsjahr 1965[4] seien erläutert worden. Die Zeit habe jedoch gefehlt, um den französischen Finanzierungsplan zu erörtern.

Die Gespräche würden fortgesetzt.

VII. Wirtschaftliche Zusammenarbeit

Bundesminister *Scheel* berichtet, daß zwei Gruppen von Fragen behandelt worden seien, Fragen der allgemeinen Politik und einzelne konkrete Projekte.

Im Rahmen der allgemeinen Politik habe man über die Methoden gesprochen, wie die Zusammenarbeit der beiden Regierungen intensiviert werden könne. Die Fachreferate würden angewiesen werden, die Kontakte zwischen ihnen zu verstärken.

Ein weiteres Gesprächsthema sei die Abstimmung der Haltung beider Regierungen gegenüber Lateinamerika gewesen. Es sei vereinbart worden, im Rahmen der laufenden Konsultationen hierfür einen Unterausschuß zu bilden.

Sodann habe man über die Welthandelskonferenz[5] und ihre Auswirkungen gesprochen. Man habe vereinbart, sich weiterhin hier in allen Fragen abzustimmen, insbesondere soweit es das Abstimmungsverfahren der zukünftigen Konferenzen angehe. Da die Bundesregierung nicht in dem hierfür zuständigen Ausschuß vertreten sein werde, würde Frankreich darin die deutschen Belange wahren. Zu diesem Zweck würde ein besonders enger Kontakt zwischen den zuständigen Ministerien gehalten werden. Sie würden in Zukunft auch ihre Analysen über die Ergebnisse der Genfer Konferenz austauschen.

Bei einem Meinungsaustausch über die Rolle des Regierungsausschusses im Rahmen des Assoziationsvertrages zwischen der EWG und 17 Staaten Afrikas sowie Madagaskar[6] sei man sich einig gewesen, daß dieser Ausschuß einen wirklichen Einfluß auf die Programmgestaltung und Vergabe der Mittel durch den EWG-Entwicklungsfonds haben und nicht nur eine konsultative Funktion ausüben solle.

Die Prüfung der konkreten Projekte habe insbesondere in Afrika Fortschritte ergeben; so stünde man vor einer positiven Lösung bei dem geplanten gemeinsamen Aufbau einer Textilfabrikationsindustrie in Kamerun und im Tschad.[7]

[4] Das Bundeskabinett verabschiedete am 15. April 1964 den Entwurf eines Steueränderungsgesetzes für das Jahr 1965, das insbesondere eine Korrektur des Einkommensteuertarifs und eine Neuregelung der Sparförderung vorsah. Vgl. dazu BULLETIN 1964, S. 571 f.
Für den Wortlaut des Gesetzes zur Änderung des Einkommensteuergesetzes, des Spar-Prämiengesetzes und anderer Gesetze (Steueränderungsgesetz 1964) vom 16. November 1964 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1964, Teil I, S. 885–916.

[5] Zur Welthandelskonferenz in Genf vgl. Dok. 144.

[6] Im Abkommen über die Assoziierung der 18 afrikanischen Staaten mit der EWG war zur Koordination der Zusammenarbeit ein Assoziationsrat vorgesehen, der aus den Mitgliedern des EWG-Rats und der EWG-Kommission sowie je einem Regierungsvertreter jedes der assoziierten Staaten bestand. Für den entsprechenden Passus im Assoziierungsabkommen vom 20. Juli 1963 vgl. EUROPA-ARCHIV 1963, D 386; BULLETIN DER EWG 2/1963, S. 25.
Zur ersten Tagung des Assoziationsrats am 8. Juli 1964 in Brüssel vgl. EUROPA-ARCHIV 1964, Z 175; BULLETIN DER EWG 9,10/1964, S. 60–64.

[7] Auf der Grundlage eines Abkommens zwischen dem Tschad und Kamerun zum koordinierten

In den Besprechungen habe die deutsche Seite ihre Sorge über die Zukunft des Türkei-Konsortiums[8] zum Ausdruck gebracht. Die augenblickliche Lücke im Finanzierungsplan in Höhe von 48 Mio. US $ müsse gestopft werden, die französische Regierung sei gebeten worden, ihr bisheriges Angebot von 10 Mio. US $ zu erhöhen.[9] Eine Antwort sei bisher jedoch noch nicht erteilt worden.

Kooperationsminister *Triboulet* äußert seine Befriedigung darüber, daß die Prüfung der Methoden der Zusammenarbeit ergeben habe, wie eng die Verbindung in der Entwicklungspolitik gegenüber Afrika und Madagaskar schon sei. In der Politik gegenüber anderen Weltregionen sei man allerdings bisher über den Informationsaustausch noch nicht hinausgekommen. Er habe daher vorgeschlagen, die Konsultationsbesprechungen zu intensivieren. Frankreich sei bereit, die Bundesrepublik eingehend in allen Fragen auf dem laufenden zu halten, die mit der Welthandelskonferenz zusammenhängen. Der vereinbarte Austausch von Analysen sei begrüßenswert. Auf der Welthandelskonferenz sei zunächst der Eindruck entstanden, die frankophonen Staaten Afrikas seien gespalten. Im weiteren Verlauf hätten sie sich jedoch zusammengeschlossen und einen mäßigenden Einfluß ausgeübt. In Kamerun und im Tschad habe die Gefahr einer Unterwanderung durch die Hongkonger Textilindustrie bestanden.[10] Er hoffe jedoch, daß in den nächsten Tagen ein Abkommen zwischen den Regierungen und der deutsch-französischen Gruppe geschlossen werden könne.[11] In diesem Zusammenhang bat er die deutsche Seite, ihre Vorstellungen von einer administrativen Perfektion in solchen Verträgen etwas zurückzustellen und den Afrikanern gegenüber elastischer aufzutreten.

Außenminister *Couve de Murville* wünscht die Bedeutung zu unterstreichen,

Fortsetzung Fußnote von Seite 778

Aufbau einer Textilindustrie wurde über die Auftragsvergabe an eine Gruppe von Firmen der Bundesrepublik und Frankreichs verhandelt.
Bei den Gesprächen mit der Regierung von Kamerun kam es im Juni 1964 mit der an der Finanzierung beteiligten Deutschen Entwicklungsgesellschaft (DEG) zu Differenzen. In den deutsch-französischen Konsultationsbesprechungen am 22. Juni 1964 in Bonn über die Zusammenarbeit in der Entwicklungspolitik sagte die französische Seite Unterstützung zur Beseitigung der Schwierigkeiten zu. Vgl. den Vermerk des Legationsrats I. Klasse Török vom 2. Juli 1964; Referat III B 5, Bd. 240.

8 Zum Türkei-Konsortium vgl. Dok. 21, Anm. 16 und 17.

9 In der Sitzung des Türkei-Konsortiums am 24./25. Juni 1964 in Paris sagte die französische Seite einen Beitrag von 10 Mio. Dollar zu, lehnte jedoch darüber hinausgehende Zahlungen mit dem Hinweis ab, daß Frankreich bereits 1,2% des Bruttosozialprodukts für Entwicklungshilfe aufwende. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Oberregierungsrats von Schickfus, Bundesministerium für Wirtschaft, vom 26. Juni 1964; Referat III A 5, Bd. 368.

10 Zur Tätigkeit von Textilfabrikanten aus Hongkong in den der EWG assoziierten Staaten Afrikas vgl. Dok. 50, Anm. 30.

11 Die für den 10. Juli 1964 in Paris vorgesehene Unterzeichnung scheiterte an der Weigerung des Wirtschaftsministers von Kamerun, Kanga, die von der Deutschen Entwicklungsgesellschaft vorgelegten Kompromißvorschläge für die Beteiligung am Aufbau einer Textilindustrie zu akzeptieren. Vgl. den Drahterlaß des Ministerialdirigenten Pauls vom 15. Juli 1964; Referat III B 5, Bd. 240.
Nach weiteren Bemühungen der Bundesregierung konnte das Abkommen am 21. September 1964 in Paris unterzeichnet werden. Vgl. den Drahterlaß des Legationsrats I. Klasse Török vom 23. September 1964; Referat III B 5, Bd. 240.

die die französische Seite der Koordination der Haltung beider Regierungen gegenüber Lateinamerika beimesse. In diesem großen, so problemreichen Kontinent habe Europa eine wichtige Aufgabe zu erfüllen, die zunächst eine enge Zusammenfassung der deutschen und der französischen Bemühungen verlange. Selbstverständlich verfüge Europa nicht über die Finanzmittel, die Amerika besitze; der europäische Beitrag müsse deshalb im Zusammenhang mit den amerikanischen Leistungen stehen. Das erste Erfordernis bestünde in der engsten deutsch-französischen Koordinierung, die zu gemeinsamen Projekten führen könne.

Bundesminister *Schröder* stimmt einem abgestimmten Vorgehen zu. Der Meinungsaustausch über lateinamerikanische Probleme vor der Reise des Herrn Bundespräsidenten nach Südamerika[12] habe sich als außerordentlich nützlich erwiesen; ein weiterer Meinungsaustausch vor der Reise des französischen Präsidenten[13] dürfte ebenso wichtig sein.

Premierminister *Pompidou* mißt ebenfalls der Zusammenarbeit Deutschlands und Frankreichs in Lateinamerika großen Wert bei. Die französische Regierung würde es besonders begrüßen, wenn dort zunächst ein oder zwei gemeinsame Projekte verwirklicht werden könnten. Ein derartiges Unternehmen würde seine Ausstrahlungskraft auf die Industrien in Deutschland und Frankreich nicht verfehlen und einen Ansporn für ein gemeinsames Vorgehen bilden. Die Bedeutung der europäischen Leistung würde damit besonders deutlich in Erscheinung treten.

Bundesminister *Schröder* bestätigt, daß ein gemeinsames deutsch-französisches Firmenschild die beste Reklame für Europa sei.

VIII. Jugend

Bundesminister *Heck* berichtet, daß das Jugendwerk[14] nunmehr in der operativen Arbeit die ersten Ergebnisse erreicht habe. Es zeige sich dabei, daß das in den Meinungsumfragen zutage getretene Interesse der deutschen und der französischen Jugend keineswegs nur oberflächlich gewesen sei, sondern ein nachhaltiger Wunsch nach näheren Kontakten bestünde. Das Jugendwerk habe bereits so viele Anträge erhalten, daß eine doppelte Finanzausstattung zu ihrer Befriedigung erforderlich wäre. Er stimme mit seinem französischen Kollegen darin überein, daß eine Erhöhung der von beiden Regierungen zur Verfügung gestellten Finanzmittel im ersten und im zweiten Jahr nicht ins Auge gefaßt werden sollte, da zunächst mehr Erfahrungen gesammelt werden müßten.

Einem reibungslosen Funktionieren des Jugendwerkes stünden zwei Hindernisse entgegen, zu deren Überwindung die Mithilfe der übrigen Ressorts unerläßlich sei. In beiden Regierungen hätten sich Tendenzen gezeigt, alle bisheri-

[12] Bundespräsident Lübke stattete in der Zeit vom 24. April bis 14. Mai 1964 Peru, Chile, Argentinien und Brasilien Staatsbesuche ab. Vgl. dazu BULLETIN 1964, S. 603 f. und S. 778. Vgl. dazu auch Dok. 154.
Zum deutsch-französischen Gedankenaustausch vor der Reise vgl. Dok. 97.

[13] Vom 21. September bis 16. Oktober 1964 besuchte Staatspräsident de Gaulle zehn südamerikanische Staaten. Vgl. dazu L'ANNÉE POLITIQUE 1964, S. 297 f.

[14] Zum Deutsch-Französischen Jugendwerk vgl. Dok. 50, Anm. 17.

gen Ausgaben im Zusammenhang mit dem deutsch-französischen kulturellen Austausch auf das Jugendwerk abzuwälzen. Dies sei in den Bereichen des Studentenaustausches, der Erwachsenenbildung, des Schüleraustausches, der Städtepartnerschaften und der Sprachförderung im außerschulischen Bereich besonders sichtbar geworden. Er sei sich mit dem französischen Staatssekretär für Jugend und Sport darin einig, daß die Mittel des Jugendwerkes in Zukunft nur für die vertraglich festgelegte Steigerung des deutsch-französischen Jugendaustausches eingesetzt werden dürften und alle bisher schon durchgeführten Aufgaben des kulturellen Austausches von den Ressorts und Stellen weiter finanziert werden müßten, die sie in der Vergangenheit getragen hätten. Er bitte darum, daß dieser Gedanke von den Ressorts unterstützt werde.

Die zweite Sorge bezöge sich auf die sowjetzonalen Versuche, das Jugendwerk zu unterlaufen. Mit Hilfe österreichischer und belgischer kommunistischer Jugendorganisationen bemühe sich die FDJ, in die Veranstaltungen des deutsch-französischen Jugendwerks einzudringen.[15] Er habe mit Staatssekretär Herzog vereinbart, daß sie sich gegenseitig informiert halten würden, um diese Tendenzen zu bekämpfen.

Bundesminister *Schröder* regt an, daß bei der nächsten deutsch-französischen Konsultationsbesprechung eine Simultanübersetzungsanlage benutzt werden sollte, um die Zeit für Übersetzungen einzusparen.

Staatssekretär *Herzog* teilt mit, daß im Haushaltsjahr 1964 250000 deutsche und französische Jugendliche an den durch das Jugendwerk finanzierten Aktionen teilnehmen würden. Er bittet die deutschen und französischen Informationsstellen, den großen Veranstaltungen in diesem Rahmen eine breite Publizität zu geben.

Schwierigkeiten hätten sich offensichtlich in der Frage des Charakters des Jugendwerkes ergeben. Er sei sich mit Bundesminister Heck darin einig, daß es sich bei dem Jugendwerk um eine supranationale Organisation handele, der der Wert eines Modells für zukünftige deutsch-französische Institutionen zur Förderung der Zusammenarbeit zukomme. Aus diesem Charakter ergäbe sich, daß das Jugendwerk nicht den nationalen Bestimmungen in bezug auf Haushalts- und andere Fragen unterliege. Bei den aus der Sowjetzone kommenden Versuchen, die Arbeit des Jugendwerkes zu stören, sei offensichtlich angestrebt, ein zweites Jugendwerk zwischen sowjetzonalen und französischen Organisationen ins Leben zu rufen. Die kommunistischen französischen Organisationen spielten dabei eine große Rolle.

In diesem Zusammenhang fügt Staatssekretär Herzog hinzu, daß im Internationalen Olympischen Komitee Tendenzen aufgetreten seien, die „DDR" als Staat anzuerkennen. Als Anhänger der deutsch-französischen Verständigung

[15] In der Aufzeichnung über die Gespräche des Bundesministers Heck mit Staatssekretär Herzog am 3./4. Juli 1964 wurde dazu festgehalten: „Nach Informationen aus französischen Quellen treten sowjetzonale Jugendliche teilweise als Empfänger von finanziellen Zuwendungen des deutsch-französischen Jugendwerkes auf. Teilweise bemühen sie sich um die Bildung eines neuen Jugendwerkes zwischen der Sowjetzone und Frankreich." Vgl. Referat I A 1, Bd. 531.

habe er den Vorsitzenden des Komitees[16] auf die gefährlichen Folgen eines solchen Schrittes hingewiesen.

Eine weitere Vereinbarung zwischen Minister Heck und ihm betreffe den Aufbau eines deutschen Programms „Connaissance de l'Allemagne"[17] unter Verwertung französischer Erfahrungen und die Erweiterung des französischen Programms „Connaissance de la France", um sie für eine größere Anzahl Jugendlicher aufnahmefähig zu machen.

IX. Erziehung

Ministerpräsident *Kiesinger* berichtet, daß in den Besprechungen mit dem französischen Erziehungsminister zwei Probleme behandelt worden seien: die Förderung des Sprachunterrichts in Deutschland und Frankreich sowie die Äquivalenz der Hochschulzeugnisse. Dabei habe sich ergeben, daß die auf deutscher Seite getroffene Entscheidung, einen Bevollmächtigten der Bundesrepublik für kulturelle Angelegenheiten zu ernennen[18], eine wirkungsvolle Behandlung der Fragen ermögliche. Neben der Verhandlung mit der französischen Seite obliege ihm die Transformation der Beschlüsse auf die Länderebene, wobei er auf den guten Willen der Kultusminister zählen könne. Die Kultusminister hätten die ihnen von ihm vorgelegten Vorschläge weitgehend angenommen und zum großen Teil verwirklicht.

Bei der Förderung des Sprachunterrichts müsse davon ausgegangen werden, daß trotz unterschiedlicher Konstruktion des Erziehungswesens die englische Sprache hier wie dort den Vorrang genieße. Dennoch ließe sich für jede der beiden Sprachen im anderen Land ein guter Platz sichern. Wenn man sieben deutsche Gymnasium-Klassen mit dem siebenjährigen französischen Zyklus vergleiche, so ergäbe sich, daß 54% der deutschen Gymnasiasten Französisch lernten. Durch weitere Maßnahmen sollte eine Erhöhung dieser Zahl erreicht werden.

Die bereits getroffenen Maßnahmen hätten folgenden Inhalt:

- In Frankreich werde in der Mittelschule eine zweite Sprache eingeführt.
- Der Lehreraustausch einschließlich des Austausches von Volksschullehrern werde erhöht.
- In Deutschland sei beabsichtigt, in der Volksschule eine Fremdsprache einzuführen; auch dort werde die Tendenz zur englischen Sprache bestehen, dem Französischen solle aber ebenfalls ein guter Platz gesichert werden.
- Im außerschulischen Bereich sei man bestrebt, jedem Jugendlichen die Möglichkeit zu geben, Französisch zu erlernen.

[16] Avery Brundage.

[17] Im Rahmen des Programms „Connaissance de la France" veranstaltete das Deutsch-Französische Jugendwerk im Sommer 1964 erstmals Ferienkurse für 1000 Teilnehmer in der französischen Provinz. Vgl. PRESSEDIENST DES DEUTSCH-FRANZÖSISCHEN JUGENDWERKS, Nr. 2 vom Juli 1964; Referat I A 1, Bd. 698.

[18] Auf Vorschlag der Ministerpräsidentenkonferenz der Länder stimmte das Bundeskabinett am 3. Juli 1963 zu, den Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg, Kiesinger, zum „Bevollmächtigten der Bundesrepublik Deutschland für kulturelle Angelegenheiten im Rahmen des Vertrages über die deutsch-französische Zusammenarbeit" zu ernennen. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Voigt vom 5. August 1963; Referat I A 1, Bd. 695.

– Der Fernsehsprachunterricht, insbesondere durch Ausnutzung audiovisueller Methoden, solle auch auf die französische Sprache ausgedehnt werden.

Die Frage der Äquivalenz der Hochschulzeugnisse sei, soweit es die innere Gleichwertigkeit betreffe, von der deutsch-französischen Rektorenkonferenz für die Fächer Germanistik, Romanistik und die klassischen Sprachen gelöst werden. Die Kultusminister hätten mit Bezug auf die äußere Gleichwertigkeit auf seinen Vorschlag hin die notwendigen administrativen Maßnahmen vorgesehen. So könne ein französischer Lehrer heute in Deutschland zu den gleichen Bedingungen eingestellt werden wie ein deutscher. Das gleiche gelte im umgekehrten Sinn. Die anderen Studiengänge sollten ähnliche Regelungen finden, wobei zunächst Sachverständigenkommissionen hierfür eingerichtet werden sollten.

Erziehungsminister *Fouchet* ergänzt, daß die bisherige Zusammenarbeit auf diesem Gebiet zwar nicht spektakulär, aber auch nicht mittelmäßig gewesen sei. Jedes der vier Treffen zwischen Ministerpräsident Kiesinger und ihm habe einen kleinen Fortschritt erbracht.

Zum Deutsch-Unterricht in Frankreich bemerkt er, daß die deutsche Sprache immerhin den zweiten Platz unter den ersten Sprachen innehabe und inzwischen den ersten Platz unter den zweiten Sprachen errungen habe. Die spanische Sprache habe bis vor kurzem diesen Platz eingenommen. 300 000 französische Schüler an der Oberschule lernten zur Zeit Deutsch als erste oder zweite Sprache. Wenn Englisch in beiden Ländern am stärksten verbreitet sei, so habe in Frankreich jeder Schüler doch die Möglichkeit, Deutsch zu lernen. Die Einführung einer zweiten Sprache in der Mittelschule werde die Lage weiter verbessern. Auch der Lehreraustausch werde nützliche Folgen haben. Es sei bemerkenswert, daß immer mehr französische Lehrer Deutsch lernten.

Zur Stellung des Französischen in Deutschland erklärt er, daß die Lage schwierig sei; dank der Bemühung des Bevollmächtigten seien jedoch einige Fortschritte zu verzeichnen. Immerhin sei festzustellen, daß Universitäten und Schulen in steigendem Maße französische Lektoren einzustellen wünschten.

Abschließend dankt der Minister dem Bevollmächtigten für seine Einladung nach Stuttgart; bei dieser Gelegenheit werde er die einzelnen Kultusminister kennenlernen.

Vor Abschluß der deutschen Übersetzung übernehmen der Herr Bundeskanzler und der französische Staatspräsident wieder den Vorsitz.

X. Bericht über das persönliche Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit dem französischen Präsidenten[19]

Bundeskanzler *Erhard* teilt den von Präsident de Gaulle und ihm getroffenen Beschluß mit, die deutsch-französischen Konsultationen zu verstärken und zu einem permanenten Gespräch zu gestalten, mit dem Ziel der Herbeiführung eines geeinten Europa und einer gemeinsamen Politik auf politischem, militärischem und wirtschaftlichem Gebiet. Auf Wunsch des französischen Präsidenten werde die Bundesregierung der französischen Regierung in Kürze Vorschläge für die Einrichtung dieses ständigen Gesprächs zuleiten.

[19] Vgl. dazu Dok. 187.

Die Besprechungen in diesen beiden Tagen hätten bewiesen, wie eng die Zusammenarbeit der beiden Regierungen inzwischen geworden sei. Es habe ein offener Austausch der Meinungen stattgefunden, wobei sich ergeben habe, daß beide Länder in positiver Zielsetzung zusammenstünden.

Präsident *de Gaulle* dankt dem Bundeskanzler für die Würdigung des offenen Charakters der Gespräche. Beide Seiten hätten dieses Mal mehr denn je in aller Offenheit ihre politischen Vorstellungen dargelegt. Trotz des Vertrages und trotz geistiger Bereitschaft von beiden Seiten sei jedoch festzustellen, daß es noch keine gemeinsame Politik gäbe. Da Deutschland und Frankreich keine gemeinsame Politik hätten, habe auch Europa keine; Europa könne nur zu einer gemeinsamen Politik kommen, wenn Deutschland und Frankreich sie zunächst für sich entwickelten. Nur wenn Deutschland und Frankreich es wirklich wollten, würde Europa entstehen.

In der Zielsetzung bestünde Übereinstimmung, nicht jedoch über die Art und Weise, wie die Ziele zu verwirklichen seien. Frankreich verstehe die besondere Situation Deutschlands im gegenwärtigen Zeitpunkt und respektiere die Gründe, die Deutschland bisher daran gehindert hätten, die Politik zu führen, die auch Frankreich führe.

Dennoch sei er überzeugt, daß der Tag unabänderlich kommen werde, an dem beide Völker ihre Politik vereinigten und zwar zunächst im europäischen und sodann im Weltbereich. Alles dränge dorthin. Von Jahr zu Jahr wachse die Bedeutung Europas, sowohl auf wirtschaftlichem wie auf politischem Gebiet. Europa erhalte eine immer größere Konsistenz und werde zunehmend den Willen zur Eigenpersönlichkeit haben.

Weil Deutschland und Frankreich erkannt hätten, daß die beiden Völker zum ersten Mal in ihrer Geschichte unter Überwindung früherer Rivalitäten eng zusammenstehen müßten, seien sie sich auch in den großen Zielen ihrer Politik einig. An der Spitze stünde die Wiedervereinigung Deutschlands, ferner die Haltung gegenüber Asien, Afrika, Lateinamerika, der neutralen Welt, gegenüber dem Osten und insbesondere gegenüber jenen Staaten Osteuropas, die noch unter kommunistischer Herrschaft stünden, aber weder Kommunisten seien noch Moskau ergeben.

Das Geschehen in diesen Teilen der Welt dränge Deutschland und Frankreich darüber hinaus auch zur gemeinsamen Aktion. Insbesondere die Ereignisse außerhalb Europas würden die beiden Länder Tag für Tag ein bißchen mehr zueinander führen. Dabei denke er vor allem an China als eine werdende Großmacht mit riesigen Menschenmassen, einem unendlichen Bedarf, großen Quellen, ungeheuren Ambitionen sowie starken chinesischen Bevölkerungsgruppen in allen südostasiatischen Staaten. Der Eintritt Chinas in die Weltpolitik werde in Amerika unumgänglich zu einer neuen Geistesverfassung und einer neuen Einschätzung der amerikanischen Interessenlage und Verteidigungsfähigkeit führen. Die Amerikaner müßten in China die wesentliche Bedrohung für ihre Existenz und ihren eventuellen Gegner von morgen sehen. Zugleich werde Amerika damit die Sowjetunion als weniger bedrohlich empfinden. Deshalb werde sich die Tendenz verstärken, die sich schon heute abzeichne, gegenüber der Sowjetunion eine Politik des Eingehens auf die sowje-

tischen Vorstellungen zu führen, entgegenkommend zu sein und das Verhältnis zu Moskau zu entspannen. Die Sowjetunion werde diese Entwicklung auszunutzen verstehen. Sie werde sich auch ihrerseits darauf einstellen und sich gesittet aufführen.

Für Europa und für die Wiedervereinigung Deutschlands bedeute dies, daß, je länger die Entwicklung andauere, um so mehr das Erfordernis der europäischen Einigung hervortrete. Deutschland werde seine Zukunft nicht mehr nur in einem engen Zusammenhang mit der amerikanischen Politik sehen können. Deutschland werde sein politisches Handeln immer weniger allein auf die amerikanische Politik ausrichten können. Diese Erkenntnis werde Deutschland dazu führen, mit Frankreich gemeinsam eine europäische Politik aufzunehmen.

Diese europäische Politik, die sich auf die auswärtigen Angelegenheiten, auf die Verteidigung und die Kultur erstrecken würde, werde selbstverständlich im Bündnis erfolgen, aber unabhängig von Washington sein. Sie solle nicht gegen die USA gerichtet sein, sondern mit ihnen durchgeführt werden.

Dies sei die Entwicklung, wie die französische Regierung sie sehe. Sie sei daher nicht entmutigt und ungeduldig. Sie begrüße auch die gegenwärtigen Besprechungen. Die Kontakte zwischen Deutschland und Frankreich müßten aufrechterhalten und, wie vorgeschlagen, erweitert werden. Die französische Regierung akzeptiere den Vorschlag des Bundeskanzlers, die Konsultationen noch regelmäßiger und sogar permanent zu gestalten, insbesondere über Europa und seine Einigung. Sobald die Bundesregierung einen konkreten Vorschlag vorlegen werde, werde die französische Regierung ihn mit dem Willen zur Einigung prüfen. Dies sei das Fazit der Bonner Begegnung.

Es sei fast unglaubhaft und dennoch wahr, daß es für Frankreich heute keinen Staat auf der Welt gäbe, mit dem es aus Seelenneigung und natürlichen Gegebenheiten mehr zu einer Zusammenarbeit bereit sei, als mit dem heutigen Deutschland.

Nachdem die deutsche Übersetzung der Stellungnahme des französischen Erziehungsministers nachgeholt worden war[20], bittet der Herr *Bundeskanzler* den Leiter des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung um den Bericht über den Stand der Zusammenarbeit im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit.

XI. Öffentlichkeitsarbeit

Staatssekretär *von Hase* berichtet über die gemeinsame Arbeit auf dem Gebiet des Rundfunks, des Fernsehens und des Austausches demoskopischer Ergebnisse. In allen Bereichen seien erfreuliche Fortschritte zu verzeichnen.

Die Zusammenarbeit zwischen deutschen und französischen Rundfunk- und

[20] Im Rückblick berichtete dazu der Leiter des Außenpolitischen Büros im Bundeskanzleramt, Osterheld: „Nach diesen eindringlichen, bewegenden Ausführungen de Gaulles schauten alle auf den Kanzler. Der aber schwieg. Verwunderung, Beklommenheit breiteten sich aus, fast Lähmung, bis Schröder die peinliche Stille unterbrach und die Dolmetscherin ... aufforderte, den Bericht Fouchets, des französischen Bildungsministers, zu Ende zu übersetzen." Vgl. OSTERHELD, Außenpolitik, S. 99.

Fernsehanstalten habe trotz unterschiedlicher Struktur und trotz der Tatsache, daß die Bundesregierung die deutschen Anstalten keineswegs zwingen könne, das Stadium der gemeinsamen Realisationen erreicht. So werde vom 2. bis 7. September 1964 ein erster gemeinsamer deutscher Fernsehfilm über die Marne-Schlacht[21] gesendet werden. Für den Winter sei eine gemeinsame Unterhaltungssendung über Städte-Partnerschaften geplant. Die Manifestationen des deutsch-französischen Jugendwerks würden von beiden Fernsehen ausgestrahlt werden. Auf beiden Seiten würde der Fernsehsprachunterricht gefördert werden. Schließlich sei ein gemeinsamer Film über Heinrich Heine und ein Familienfilm unter dem Titel „Paul und Marianne" vorgesehen. Im Hörfunk würden gemeinsame Sprach- und Musiksendungen aufgenommen. Zwischen einzelnen Sendestationen sei ein Partnerschaftsverhältnis gebildet worden. Der hessische Rundfunk habe Sondersendungen für französische Touristen aufgenommen.

Die Ergebnisse kürzlicher demoskopischer Umfragen seien besonders positiv zu bewerten. So sei in Frankreich in den Jahren 1959 und 1964[22] eine Umfrage über die Einstellung zu der deutschen Wiedervereinigung durchgeführt worden. 1959 sei die Wiedervereinigung von 33% der Befragten als wünschenswert bezeichnet worden. 1964 hätten sich 55% in diesem Sinne geäußert.

Eine über mehrere Jahre in Frankreich durchgeführte Umfrage über das Vertrauen, das in Deutschland gesetzt werden könne, habe folgendes Ergebnis erbracht: 1957 hätten 8% der Befragten Deutschland für vertrauenswürdig erachtet, 1959 seien es 11% und 1964 18% gewesen. 70% der Befragten hätten sich in ihrer Vertrauensäußerung vorsichtig gezeigt.

In Deutschland sei kürzlich eine Befragung darüber durchgeführt worden, welcher Nutzen den deutsch-französischen Konsultationstreffen zukäme: 2/3 der Bevölkerung halte die Treffen für sehr wichtig, 18% für nicht so wichtig und nur 4% für unwichtig. Dabei führe die Berufsgruppe der Beamten und Behördenangestellten unter denjenigen, die die Treffen für wichtig hielten, während auf der anderen Seite der Skala die Bauern stünden. Die Beurteilung der Treffen als wichtig nähme mit dem Vermögens- und Bildungsstand zu.

Im deutsch-französischen Verhältnis sei der Zeitungsaustausch bisher unbefriedigend; so entspräche der französische Export nach Deutschland dem Export nach Portugal.

Informationsminister *Peyrefitte* bezeichnet den Stand der Zusammenarbeit, soweit es sich um Fragen handle, die auf Regierungsebene gelöst werden könnten, als befriedigend. Soweit es sich dagegen um Fragen handle, in denen die Regierungen nicht die Entscheidung hätten, sei Stagnation zu verzeichnen. In diese Kategorie falle der Zeitungsaustausch. Es sei festzustellen, daß die Verbreitung französischer Zeitungen in Deutschland besser sei als diejenige deutscher Zeitungen in Frankreich. Maßnahmen seien getroffen worden, die zu einer Erhöhung des Zeitungsaustausches führen würden.

[21] Die Marne-Schlacht vom 5. bis 10. September 1914 leitete eine militärische Wende im Ersten Weltkrieg ein.

[22] Korrigiert aus: „1960".

Unbefriedigend sei auch die Frage des Farbfernsehens.[23] Mächtige amerikanische Interessen und amerikanisches Kapital übten einen Druck zur Übernahme des amerikanischen Systems aus, dem nur durch einen entsprechenden politischen Gegendruck begegnet werden könne. Solange der politische Wille jedoch dazu fehle, werde weder zwischen Deutschland und Frankreich ein gemeinsames Farbfernsehen zustande kommen, noch ein europäisches System verwirklicht werden können.

Bei dem Programmaustausch seien die Schwierigkeiten, die auftreten könnten, nunmehr bekannt, und ihre Bedeutung könne deshalb jeweils eingeschätzt werden.

Wenn auch die Regelmäßigkeit und der Umfang der Konsultationen begrüßenswert sei und dank ihrer ein Rahmen für die Zusammenarbeit bestünde, so wünsche man jedoch auf französischer Seite, daß die notwendigen Impulse gegeben würden, um diesen Rahmen auszufüllen.

Schlußbemerkung des Bundeskanzlers: Bundeskanzler *Erhard* dankt für die Bereitschaft des französischen Präsidenten und seiner Regierung zur europäischen Zusammenarbeit sowie für die Geduld, die erneut bewiesen worden sei. Er drückt seine Genugtuung über die Konsultationsbesprechungen sowie seine Hoffnung aus, daß jede Begegnung einen neuen Schritt vorwärts zum gemeinsamen Ziel der Freundschaft bringen werde.

Abteilung I (I A 1), VS-Bd. 16

189

Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit dem amerikanischen Botschafter McGhee

Z A 5-89.A/64 geheim **6. Juli 1964**[1]

Der Herr Bundeskanzler empfing am 6. Juli 1964 um 12.00 Uhr den amerikanischen Botschafter, Herrn McGhee, zu einer Unterredung, an der Herr Bundesminister Dr. Westrick und Herr Ministerialdirigent Dr. Osterheld teilnahmen.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte einleitend, der Botschafter habe sicher schon das eine oder andere über den Besuch de Gaulles[2] gehört und erfahren. Das

[23] Für das Farbfernsehen konkurrierten drei Übertragungsverfahren um die Einführung in den westeuropäischen Staaten: das amerikanische NTSC-System und die in Frankreich bzw. der Bundesrepublik entwickelten Verfahren SECAM und PAL. Vgl. dazu auch Dok. 50, Anm. 35.

[1] Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Weber am 7. Juli 1964 gefertigt.
Vgl. zu dem Gespräch auch OSTERHELD, Außenpolitik, S. 101 f.

[2] Zu den deutsch-französischen Regierungsbesprechungen am 3./4. Juli 1964 in Bonn vgl. Dok. 180–188.
Zu den Gesprächen des Bundeskanzlers Erhard mit Staatspräsident de Gaulle vgl. Dok. 180 und Dok. 187.

ganze sei eine harte Auseinandersetzung gewesen, aber mit dem Ergebnis, daß die deutsche Seite den Vorstellungen de Gaulles hinsichtlich eines engen Zusammengehens zwischen Deutschland und Frankreich nicht zugestimmt habe. Auch die Vorstellungen hinsichtlich der Europapolitik wichen sehr stark voneinander ab. Der entscheidende Punkt sei aber das Verhältnis zu den Vereinigten Staaten von Amerika gewesen. Er wolle dem Botschafter streng vertraulich mitteilen, daß er de Gaulle gesagt habe, er tue so, als ob die Bundesrepublik ein Vasall der Vereinigten Staaten sei. Dies treffe gewiß nicht zu. Er habe auf die deutsche öffentliche Meinung hingewiesen und betont, daß in der deutschen Presse immer wieder die Frage gestellt werde, ob die Politik der Entspannung nicht dazu führe, daß die Deutschlandfrage auf Eis gelegt werde. Außerdem sei darauf hingewiesen worden, daß in Zeiten der Entspannung das Deutschlandproblem nicht angepackt werde und in Zeiten der Spannungen erst recht nicht. Dies sei ein Beweis dafür, daß man in Deutschland mit gesundem Realismus den Vereinigten Staaten gegenüberstehe. Auf der anderen Seite habe man aber Vertrauen zu den Vereinigten Staaten, das sich auf alles das stütze, was die Vereinigten Staaten seit dem Kriege getan hätten. Ihre Haltung verdiene dieses Vertrauen. Ohne die Vereinigten Staaten sei die Bundesrepublik schutzlos, und deshalb seien auch enge Beziehungen zu Amerika für Deutschland unverzichtbar.

De Gaulle habe gesagt, in Europa müsse man eine europäische und nicht eine amerikanische Politik betreiben. Darauf habe er erwidert, daß dies selbstverständlich sei, aber kein unüberbrückbarer Gegensatz sein brauche. Schließlich gehöre die ganze freie Welt zusammen. Er habe den General dann gefragt, was ihn denn zu der Auffassung veranlasse, daß die Bundesrepublik so völlig von den Vereinigten Staaten abhänge. De Gaulle habe auf die deutsche Haltung zur Chinafrage verwiesen. Er selbst habe dies als ein sehr treffendes Beispiel bezeichnet und bemerkt, daß die deutsche Seite von den Franzosen nicht konsultiert worden sei.[3] Nunmehr aber verlange de Gaulle, daß die Deutschen sich ihm anschlössen. Bei seinem Besuch in den Vereinigten Staaten[4] habe er festgestellt, mit welcher Sorge und mit welchem Ernst man in der amerikanischen Regierung die Chinafrage und das Problem Südostasiens betrachte[5], das für die Vereinigten Staaten eine Frage von Leben und Tod sei. Deshalb halte man es auch für ein Gebot der Pflicht und der Loyalität, einem Verbündeten alle politische und moralische Unterstützung zu gewähren. Gerade China sei ein krasses Beispiel dafür gewesen, wie weit die Auffassungen auseinandergingen.

De Gaulle habe darauf geantwortet, daß die Vereinigten Staaten in den Chinesen die größere Gefahr sähen, weil sie ihnen näher seien. Deshalb sei es denkbar, daß die Amerikaner eines Tages ihren Frieden mit Chruschtschow schlös-

Fortsetzung Fußnote von Seite 787

[3] Zur unterbliebenen Konsultation der Bundesregierung vor der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Frankreich und der Volksrepublik China am 27. Januar 1964 vgl. Dok. 11, Anm. 7. Vgl. auch Dok. 44.

[4] Zu den deutsch-amerikanischen Regierungsbesprechungen am 12. Juni 1964 in Washington vgl. Dok. 160 und Dok. 161.

[5] Vgl. auch Dok. 180, Anm. 25.

sen und die deutsche Frage dann vergessen werde. Am Ende stünde dann ein ausgesöhntes Rußland und ein ausgesöhntes Amerika. Ohne europäische Politik könne das deutsche Anliegen nicht seiner Erfüllung zugeführt werden.

Dem habe er (Bundeskanzler) entgegengehalten, wenn Amerika nicht der Verbündete der Bundesrepublik wäre, könnte für Chruschtschow die Versuchung sehr groß sein, sich auf ein europäisches Abenteuer einzulassen. Es wäre auch eine Illusion zu glauben, daß sich die Amerikaner nicht in vollem Umfang der von der Sowjetunion drohenden Gefahr bewußt seien. De Gaulle aber beurteile die Entspannungsversuche anders und sehe dahinter auch ganz andere Motive.

Wenn de Gaulle von Europa spreche, so denke er an ein Europa, das im wesentlichen aus Frankreich und Deutschland bestehe. Er habe auch deutlich gesagt, wenn die Deutschen eine diesbezügliche Entscheidung träfen, würden die übrigen europäischen Staaten in die Knie gezwungen werden.

Er selbst habe de Gaulle erwidert, daß er es nicht für möglich halte, daß sich die anderen europäischen Staaten in ein Abhängigkeitsverhältnis von einer europäischen Führungsmacht, die aus Deutschland und Frankreich bestünde bzw. im wesentlichen nur aus Frankreich, zwingen ließen. Wenn de Gaulle den Zustand der angeblichen Abhängigkeit Europas von den Vereinigten Staaten bedaure und kritisiere, so würde dies in noch größerem Maße für die noch kleineren europäischen Länder gegenüber einer französisch-deutschen Vormachtstellung gelten. Manches Mal habe die Unterhaltung fast eine dramatische Zuspitzung erfahren.

De Gaulle habe deutlich gesagt, man könne Europa haben, wenn die Deutschen bereit seien, eine politische Entscheidung zugunsten Frankreichs zu treffen. Er (der Bundeskanzler) glaube aber, wie de Gaulle ausgeführt habe, an die Allianz mit den Vereinigten Staaten und an eine Freundschaft mit Frankreich.

Der Herr Bundeskanzler bemerkte, hierauf habe er de Gaulle an die erste Begegnung vor sechs Monaten[6] erinnert, bei welcher Gelegenheit er ihm dargelegt habe, daß die Bundesrepublik das Bündnis mit den Vereinigten Staaten unbedingt brauche, was aber der Freundschaft zwischen Deutschland und Frankreich keinen Abbruch tun müsse. Damals habe de Gaulle selbst gesagt – und das habe er ihm jetzt entgegengehalten –, daß es ein schlechter Scherz wäre, wenn er (de Gaulle) die Bundesregierung vor die Alternative Amerika oder Frankreich stelle.[7] Er habe mit allem Nachdruck gesagt, daß dies auch völlig unmöglich sei.

De Gaulle habe darauf geantwortet, er wolle gar nichts gegen die Vereinigten Staaten unternehmen, im Gegenteil, er wolle ein Bündnis mit ihnen, doch sollten sich erst die Europäer untereinander einigen und zusammenfinden und Europa ein Ding in sich werden.

Auf die Frage einer gemeinsamen Außenpolitik eingehend, erklärte der Herr

[6] Zu den deutsch-französischen Regierungsbesprechungen am 21. November 1963 in Paris vgl. AAPD 1963, III, Dok. 421–424.

[7] Vgl. dazu Dok. 8, Anm. 5.

Bundeskanzler, eine solche Politik sei nicht möglich, solange keine Einigung über die NATO und deren Zukunft bestehe. Er habe de Gaulle gesagt, die Franzosen wünschten eine nationale Armee, während dies nicht der Wunsch der Deutschen sei, da eine deutsche nationale Armee von der Größe der derzeitigen Bundeswehr nur das alte Mißtrauen und die alte Furcht wieder aufleben lassen würde. Deshalb trete man auf deutscher Seite so nachhaltig für eine vollkommen integrierte NATO ein. Dies sei schon mal ein Punkt, über den keine Einigkeit bestehe.

Er habe den General weiter gefragt, wie er sich die Verteidigung der freien Welt vorstelle, wenn dies in einer Gemeinschaft zwischen Europa und Nordamerika geschehen solle, der General aber andererseits die Übermacht der Vereinigten Staaten von Amerika ungern sehe.

Im weiteren Verlauf des Gespräches habe er dem General gesagt, nach den amerikanischen Wahlen[8] werde er doch gewiß mit dem amerikanischen Präsidenten zusammentreffen. Dann müßten selbstverständlich auch die Fragen der NATO und ihrer künftigen Entwicklung geklärt werden. Er habe den General gebeten, ihm seine Ansichten zu dieser Frage darzulegen.

Es sei nun höchst aufschlußreich gewesen, was de Gaulle geantwortet habe, denn soviel er wisse, sei es das erste Mal gewesen, daß de Gaulle etwas deutlicher von seinen Ideen gesprochen habe.

De Gaulle sei davon ausgegangen, daß auf der einen Seite die Vereinigten Staaten stünden, auf der anderen Seite ein geeintes und in sich geschlossenes Europa. Die Europäer müßten Europa dann in einem Maße stärken, daß es ein gleichberechtigter Partner der Vereinigten Staaten würde. Dann könnten die Vereinigten Staaten und Europa ein Bündnis abschließen, das auch gegenseitigen Beistand vorsehe.

Er habe diese Ausführungen de Gaulles mit großem Interesse aufgenommen und sich auch bereit erklärt, an diesem Sandkastenspiel mitzuwirken. Er wollte aber wissen, wie sich dieses Projekt strategisch, politisch und finanziell auswirken werde, da er annehme, daß sich bei einer Prüfung unter diesen Aspekten sehr rasch zeigen werde, daß es sich um ein bare Illusion handle. Er habe gefragt, ob die Bundesrepublik dann zusätzlich zu den Lasten, die sie bereits jetzt zu tragen habe, auch noch für die Ausstattung der Griechen und Türken und anderer Länder aufkommen solle. Außerdem würde zu einer gleichberechtigten Partnerschaft neben den Vereinigten Staaten auch eine gleichstarke nukleare Rüstung gehören. Hier bestehe aber zwischen den Vereinigten Staaten und der französischen Force de frappe ein himmelweiter Unterschied.

De Gaulle habe darauf geantwortet, daß die Vereinigten Staaten für Europa nuklear einstehen sollten, wogegen Europa seinerseits bereit wäre, mit seiner nuklearen Macht an anderer Stelle für die Vereinigten Staaten einzustehen.

Er selbst habe diesen Versuch als unmöglich bezeichnet, denn es sei keineswegs realistisch, von den Vereinigten Staaten zu erwarten, daß sie ihr nukleares Potential einsetzten und dabei unerhört große Risiken auch für ihr eige-

[8] Die amerikanischen Präsidentschaftswahlen fanden am 3. November 1964 statt.

nes Land auf sich nähmen und den Europäern gestatteten, unterdessen ihre eigene europäische Politik zu betreiben.

Wie der Herr Bundeskanzler weiter berichtete, habe er sodann gefragt, wie eine europäische nukleare Verteidigung aussehen würde, und sich insbesondere danach erkundigt, ob die Force de frappe eine europäische Nuklearmacht wäre oder ob die Franzosen bereit wären, ihre Force de frappe im Falle einer Bedrohung Europas oder Deutschlands einzusetzen. Mit anderen Worten, die Frage sei darauf hinausgelaufen, ob es sich um eine französische oder europäische nukleare Macht handeln solle. Die deutliche Antwort de Gaulles sei gewesen, daß es eine französische Force de frappe wäre. Daraufhin habe er dem General geantwortet, wenn dies so wäre, bestünde für die Deutschen immer ein Abhängigkeitsverhältnis, sei es von den Franzosen, sei es von den Amerikanern. Wo mehr Schutz zu erwarten sei, bedürfe keiner ausdrücklichen Erwähnung.

De Gaulle habe gemerkt, daß seine Antwort etwas zu absolut formuliert gewesen sei, und habe dann versucht, sie etwas abzuschwächen, indem er von der Möglichkeit gesprochen habe, daß vielleicht auch die Engländer bereit wären, ihr nukleares Potential einzubringen. Eine weitere Möglichkeit sei, daß im Falle der Bildung einer europäischen Regierung auch eine europäische Force de frappe denkbar wäre.

Hierauf habe er (Bundeskanzler) erwidert, der General denke bekanntlich an ein Europa der Vaterländer und in einem solchen Europa werde es ja nie eine europäische Regierung und deshalb auch nie eine europäische Force de frappe geben. Damit sei das Thema mehr oder weniger abgeschlossen gewesen.

Der Herr Bundeskanzler fuhr fort, daß dies die wesentlichen Teile des Gespräches gewesen seien. Der Inhalt dieser Mitteilung sei nun so geheim, daß er es nicht gern sehen würde, wenn er in irgendeiner Akte des State Departments erscheinen würde. Am liebsten wäre es ihm, wenn dieser Bericht nur dem Präsidenten[9] vor die Augen käme und er ihn nach dem Lesen gleich verbrennen würde. Es sei der tiefste Beweis der Freundschaft, die er für den Präsidenten empfinde, daß er ihn über die Gespräche mit de Gaulle so genau informiere. In jedem Amt gebe es Beamte, die anderer Meinung seien, und wenn durch sie de Gaulle bekannt würde, daß er den amerikanischen Präsidenten so ausführlich unterrichtet habe, so wäre das in höchstem Maße bedauerlich. Es sei das erste Mal gewesen, daß de Gaulle sich etwas deutlicher über seine Vorstellungen über die Zukunft der NATO geäußert habe.

Der *Botschafter* fragte, ob sich de Gaulle ein auf der Grundlage des Fouchet-Plans[10] geeintes Europa vorstelle.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, was ihm vorschwebe sei ein politischer Zusammenschluß Deutschlands und Frankreichs, der nach de Gaulles Auffassung so stark wäre, daß die anderen auf die Knie gezwungen würden. Seine Vorstellungen von Europa würden aber Europa zerstören und nicht bauen.

[9] Lyndon B. Johnson.

[10] Zu den von Frankreich initiierten Fouchet-Plänen vom 2. November 1961 bzw. 18. Januar 1962 vgl. Dok. 7, Anm. 10.

Bundesminister *Dr. Westrick* erwähnte das von de Gaulle vorgebrachte Argument, daß die bisherigen Bemühungen zur Schaffung Europas erfolglos geblieben seien. In einem am 3. Juli 1964 in der „Welt" erschienenen Leitartikel des Pariser Korrespondenten dieses Blattes sei die gleiche Linie vertreten worden.[11] Wie man wisse, sei dieser Artikel von französischer Seite beeinflußt gewesen. Nachdem bisher bei der europäischen Einigung keine Erfolge erzielt worden seien, so werde argumentiert, liege jetzt die einzige Chance darin, daß Deutschland und Frankreich zusammengingen.

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte ergänzend, daß für die bisherigen Mißerfolge die Schuld und die Verantwortung den Deutschen zugeschoben würden.

Der *Botschafter* fragte dann, ob de Gaulle seine Ansichten zu anderen Problemen zu erkennen gegeben habe, wie beispielsweise Kennedy-Runde und Getreidepreis.

Wie der Herr *Bundeskanzler* erwähnte, sei über diese Themen nicht gesprochen worden, doch sei er sicher, daß die Fachminister diese Themen behandelt hätten.[12]

Der *Botschafter* erkundigte sich sodann, ob sich die französische Haltung gegenüber Großbritannien geändert habe.

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte hierzu, die Frage Großbritannien habe in der Unterhaltung keine große Rolle gespielt. Hinsichtlich des Kreises der an einer europäischen Einigung beteiligten Länder scheine de Gaulle vorzuschweben, daß der Kreis dieser Länder über die sechs in der EWG zusammengeschlossenen Staaten hinausgehen könne. Er habe den Gedanken, daß darin auch Nichtmitglieder der EWG vertreten sein könnten, wie umgekehrt nicht von Anfang an alle EWG-Länder vertreten zu sein brauchten. Ausgangspunkt seiner Überlegungen sei aber ein möglichst enges deutsch-französisches Zusammengehen, weil dann die anderen mehr oder weniger folgen müßten.

Wie der Herr Bundeskanzler ausführte, habe er selbst sich auch einmal die Frage vorgelegt, ob die Sechs unbedingt mit dem Kreis derjenigen Länder identisch sein müßten, die zur Bildung einer Politischen Union bereit seien. Der entscheidende Unterschied zwischen seiner und de Gaulles Auffassung sei aber der, daß er nicht von einer deutsch-französischen Hegemonie ausgehe bzw. von einer französischen Hegemonie mit Deutschland als Vasall.

Das Ergebnis der Gespräche sei sehr mager gewesen. De Gaulle wolle sich nicht von der Stelle rühren und habe klar zu erkennen gegeben, daß er keine weiteren Bemühungen zu unternehmen gedenke, um zu einer Politischen Union zu gelangen.

[11] In dem Artikel „Paris verstimmt über Stillstand in Europa" von Heinz Barth wurde dazu ausgeführt: „Man neigt in Paris gegenwärtig zu einer ausgesprochen nüchternen Beurteilung des Europa-Problems. Zweifel am Willen der Partner Frankreichs, auch der Bundesrepublik, zu einer politischen Union zu gelangen, werden gegenwärtig in einer noch schärferen Form geäußert als bisher ... Die Frage der Supranationalität ist nach Ansicht einflußreicher Kreise nur ein Vorwand für diejenigen Regierungen, die nicht bereit sind, ein vereintes Europa zu schaffen." Vgl. DIE WELT, Nr. 152 vom 3. Juli 1964, S. 1.

[12] Zu den Besprechungen der Finanz- und Wirtschaftsminister sowie der Landwirtschaftsminister vgl. Dok. 183.

Er selbst sei noch nicht bereit, völlig zu resignieren, und deshalb sei man übereingekommen, im Rahmen des deutsch-französischen Vertrages[13] von den zuständigen Gremien die Frage prüfen zu lassen, ob die Idee einer politischen Einigung Europas noch einmal geprüft und neu formuliert werden könnte, um eine Grundlage für neue Gespräche abzugeben. Nach alledem aber, was er von dem General gehört habe, glaube er nicht, daß in einem solchen Verfahren viel stecke. Zumindest hätten die Gespräche aber die gute Wirkung gehabt, daß sie Klarheit gebracht hätten, denn alle Gretchenfragen seien auf den Tisch gelegt worden.

Botschafter *McGhee* sagte sodann, er habe Weisung von Präsident Johnson, zwei Themen anzusprechen. Er teilte zunächst mit, daß Herr Acheson nach Genf entsandt worden sei, um an den Verhandlungen des Vermittlers der Zypernfrage teilzunehmen und sowohl den Griechen als auch den Türken[14] zu Gesprächen zur Verfügung zu stehen, wenn sie dies wünschten.[15]

Der Herr *Bundeskanzler* kam noch einmal auf die französische Vorstellung einer gemeinsamen deutsch-französischen Außenpolitik zurück und bemerkte, er habe de Gaulle gesagt, daß er nicht wisse, wie die französische Außenpolitik aussehe. Man erfahre die Dinge erst hinterher. Das gelte sowohl für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Frankreich und China, wie für den französischen Vorschlag für eine Neutralisierung Südostasiens[16], worüber er zum ersten Mal aus den Zeitungen erfahren habe. Andere offene Fragen seien das Verhältnis zwischen Israel und der arabischen Welt. Außerdem wisse er, daß de Gaulle mit den Griechen und den Türken verhandelt habe[17], kenne aber seine Auffassungen zu diesen Fragen nicht. Unter diesen Voraussetzungen könne er von ihm keinen Blankoscheck für eine gemeinsame Außenpolitik erwarten.

Der *Botschafter* sagte, die amerikanische Regierung sei weiterhin in großer Sorge wegen der Entwicklung auf Zypern und habe den griechischen und den türkischen Ministerpräsidenten nach Washington eingeladen in der Absicht, das Gespräch wieder in Gang zu bringen, das zwischen den beiden Ländern

[13] Für den Wortlaut des deutsch-französischen Vertrags vom 22. Januar 1963 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 706–710.

[14] Korrigiert aus: „sowohl die Griechen und den Türken".

[15] Das amerikanische Außenministerium gab am 4. Juli 1964 bekannt, daß der ehemalige Außenminister Acheson im Auftrag des Präsidenten Johnson nach Genf reisen werde, um die Verhandlungen des Vermittlers der UNO, Tuomioja, zur Beilegung des Zypern-Konflikts zu unterstützen. Vgl. dazu den Artikel „Jetzt soll Acheson im Zypern-Konflikt vermitteln"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 153 vom 6. Juli 1964, S. 1.
Zur Ernennung des Vermittlers der UNO in der Zypern-Krise vgl. Dok. 71, Anm. 7.

[16] Zu den Vorstellungen des französischen Staatspräsidenten über eine Neutralisierung von Vietnam, Kambodscha und Laos vgl. besonders Dok. 44.

[17] Der französische Staatspräsident empfing am 29. Juni 1964 den griechischen Ministerpräsidenten Papandreou und am 1. Juli 1964 den türkischen Ministerpräsidenten Inönü zu Gesprächen im Elysée-Palast. Vgl. EUROPA-ARCHIV 1964, Z 150 bzw. Z 164.
Botschafter Klaiber, Paris, berichtete am 10. Juli 1964, von französischer Seite sei bestätigt worden, daß Staatspräsident de Gaulle dem türkischen Ministerpräsidenten den „Gedankengang von einem Anschluß Zyperns an Griechenland unter Garantie der vier Großmächte USA, Frankreich, Großbritannien und Sowjetunion für den Schutz der türkischen Minderheit" unterbreitet habe. Vgl. Abteilung I (I A 4), VS-Bd. 420; B 150, Aktenkopien 1964.

abgebrochen sei. Die Türken schienen davon auszugehen, daß die Anwendung von Gewalt unvermeidlich sei, während die Griechen glaubten, daß jede Verhandlung eine Kapitulation vor ihrem endgültigen Ziel, einer Enosis[18], sei. Die amerikanische Regierung habe deswegen eine sehr deutlich formulierte Note an den türkischen Ministerpräsidenten gerichtet und ihn vor den Gefahren einer Invasion gewarnt.[19] Sie werde es nicht zulassen, daß etwas Derartiges geschehe, und durch die Entsendung von Herrn Acheson sei auch das amerikanische Engagement zum Ausdruck gekommen.[20]

Der Botschafter übermittelte sodann den Wunsch des amerikanischen Präsidenten, daß die Bundesregierung sobald wie möglich eine Erklärung über ihre Hilfsbereitschaft für Südvietnam veröffentlichen möge.[21] Dies würde die Position der südvietnamesischen Regierung stützen, und außerdem könnte die amerikanische Regierung gegenüber dem Kongreß darauf hinweisen, daß sich neben den Vereinigten Staaten auch andere Länder um eine aktive Hilfe für Südvietnam bemühten. Der Botschafter überreichte eine Liste, die Wünsche der südvietnamesischen Regierung enthielt[22], und bemerkte, daß das eine oder andere Projekt sicher mit Nutzen von den Deutschen übernommen werden könnte. Er betonte noch einmal, daß eine baldige öffentliche Erklärung sehr begrüßt würde, und wies darauf hin, daß ein erheblicher Bedarf an Wirtschaftshilfe bestehe und in erster Linie an Zuwendungen gedacht werden müsse, da die Möglichkeiten der südvietnamesischen Regierung, Anleihen aufzunehmen, sehr begrenzt seien.

Der Herr *Bundeskanzler* fragte sodann den Botschafter, ob die amerikanische Regierung oder der amerikanische Präsident schon konkrete Vorstellungen hätten darüber, wie sich die Differenzen zwischen den Vereinigten Staaten und Frankreich einmal lösen ließen.

[18] Griechisch: Vereinigung. Der Begriff geht in seiner politischen Bedeutung auf die im 19. Jahrhundert aus dem Widerstand gegen die osmanische Herrschaft entstandene Enosis-Bewegung der griechischen Bevölkerungsmehrheit auf Zypern zurück, die für eine staatliche Vereinigung mit Griechenland eintrat.

[19] Zu den Schreiben des Präsidenten Johnson vom 2. Juli 1964 an die Ministerpräsidenten der Türkei und Griechenlands, Inönü und Papandreou, vgl. den Artikel „Johnson Renews Plea to Premiers for Cyprus Talks"; THE NEW YORK TIMES, International Edition, Nr. 38880 vom 6. Juli 1964, S. 1 f.

[20] Am 7. Juli 1964 bekräftigte Botschaftsrat Kidd gegenüber Ministerialdirigent Böker die Besorgnisse der amerikanischen Regierung hinsichtlich Zyperns. Ein Scheitern der Vermittlungsbemühungen der UNO, so hielt Böker von den Ausführungen fest, „würde die NATO in eine schwere Krise stürzen. Die vereinte Einwirkung aller verantwortungsbewußten NATO-Mitglieder auf die beiden streitenden Parteien könne von entscheidender Bedeutung sein. Man werde in dieser Sache wohl bald wieder auf uns zukommen.". Für die Aufzeichnung von Böker vgl. Abteilung I (I A 4), VS-Bd. 48; B 150, Aktenkopien 1964.

[21] Vgl. dazu bereits Dok. 130.
In einem Gespräch mit Ministerialdirigent Böker wiederholte Botschafter McGhee am 8. Juli 1964 nachdrücklich den Wunsch nach einer Erklärung der Bundesregierung. Zu den Hintergründen äußerte bei derselben Gelegenheit der Unterstaatssekretär im amerikanischen Außenministerium, Harriman, „für Präsident Johnson sei eine öffentliche deutsche Unterstützung in der Vietnam-Frage im Hinblick auf die Wahlen von größter Bedeutung". Für den Vermerk von Böker vom 9. Juli 1964 vgl. Abteilung I (I B 5), VS-Bd. 121; B 150, Aktenkopien 1964.

[22] Vgl. VS-Bd. 8831 (III B 7).
Zum amerikanischen Drängen auf Unterstützung der Republik Vietnam (Südvietnam) durch die Bundesrepublik vgl. weiter Dok. 196.

Der *Botschafter* sagte, hierauf könne er noch nichts Konkretes sagen, doch wolle er aus Washington entsprechende Auskünfte einholen. Er betonte, daß die Amerikaner den Franzosen gegenüber immer aufgeschlossen gewesen seien und daß Präsident Kennedy gern mit Präsident de Gaulle zusammengetroffen wäre. Vor der Wahl werde dies für Präsident Johnson nicht möglich sein, doch glaube er, daß nach den Wahlen Johnson zu einer Begegnung mit de Gaulle bereit sein würde. Die bisherige Enttäuschung habe darin bestanden, daß de Gaulle starr und unnachgiebig gewesen sei und ein Eingehen auf seine Vorschläge bedeutet hätte, daß die amerikanische Regierung grundsätzliche und wesentliche eigene Positionen hätte aufgeben müssen.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, wenn de Gaulle erkenne, daß es ihm nicht gelinge, zu seinem Ziel zu gelangen, so halte er ihn für anpassungsfähig und pragmatisch genug, daß er sagen werde, er habe versucht, zusammen mit den Deutschen Europa aufzubauen, doch hätten diese nicht mitgespielt. Nunmehr wolle er versuchen, seinen Frieden mit den Vereinigten Staaten zu schließen. Dann stelle sich die Frage, wo Deutschland bleibe.

Der *Botschafter* erwiderte, er könne dem Herrn Bundeskanzler versichern, daß sich die Vereinigten Staaten niemals mit Frankreich auf Kosten der Bundesrepublik arrangieren würden. Die Amerikaner könnten de Gaulle nicht als Vertreter und Sprecher Europas akzeptieren. Daran seien bisher die Bemühungen gescheitert.

Der Herr *Bundeskanzler* führte weiter aus, wenn sich aus neuen Bemühungen eine Art besonderen Verhältnisses zwischen den Vereinigten Staaten, Großbritannien, Frankreich und der Bundesrepublik ergäbe, so wäre dies für die anderen europäischen Länder nicht so abstoßend wie ein deutsch-französischer Zusammenschluß, und sie würden sich unter dieser Konstruktion wahrscheinlich geborgen fühlen. Wenn es aber de Gaulle darum ginge, dann hätte er dies in der NATO schon längst haben können. Nachdem de Gaulle in dem Bonner Gespräch nun ganz klar geworden sei, daß die Deutschen sein Spiel nicht mitmachten, werde er sich nun andere Wege und Möglichkeiten überlegen.

Die Unterredung endete gegen 13 Uhr.

Bundeskanzleramt, AZ: 21-301 00 (56), Bd. 9

190

Staatssekretär Carstens an Bundesminister Dahlgrün

St.S. 846/64 6. Juli 1964[1]

Sehr geehrter Herr Bundesminister,

der britische Botschafter[2] sprach mich heute auf die Verhandlungen über ein neues Devisenhilfeabkommen mit Großbritannien an.[3] Er bat namens seiner Regierung dringend darum, daß die Bundesregierung der britischen Regierung möglichst bald eine Antwort auf den Abkommensentwurf[4] zuleiten möge, den Boyd Carpenter Ihnen am 21. Mai 1964 übergeben habe. Die englische Öffentlichkeit beginne wegen dieser Frage unruhig zu werden, zumal sie den Eindruck habe, daß wir sowohl mit den Amerikanern wie mit den Franzosen weitere Gespräche führten, während die Verhandlungen mit England stockten. Der Botschafter verwies in diesem Zusammenhang auf das Kommuniqué über den Washington-Besuch des Herrn Bundeskanzlers[5] und auf die Erklärungen des Sprechers der Bundesregierung, daß die Bundeswehr in Frankreich für 900 Mio. DM Waffen kaufen werde.[6] Schließlich übergab mir der Botschafter den beigefügten Sprechzettel[7], von dem er ausdrücklich betonte, daß es sich nicht um eine offizielle Mitteilung der britischen Regierung an die Bundesregierung handele, sondern um eine Aufzeichnung, die für ihn, den Botschafter, bestimmt sei, und die er an mich lediglich als Gedächtnisstütze weiterleite.

Ich habe dem Botschafter geantwortet, ich würde mich darum bemühen, daß die britische Regierung so bald wie möglich eine Antwort erhalte.

Die von dem Botschafter erwähnten Gespräche mit den Amerikanern und Franzosen hätten allerdings in der Substanz nicht Neues ergeben. Das Washingtoner Kommuniqué wiederhole lediglich eine bereits vorher zwischen Herrn Bundesminister von Hassel und Herrn McNamara getroffene Vereinba-

[1] Durchschlag als Konzept.
Das Schreiben wurde am 7. Juli 1964 auch an Bundesminister Schröder, an Staatssekretär Lahr und zur weiteren Veranlassung an Ministerialdirektor Sachs geleitet. Für Schröder vermerkte Staatssekretär Carstens: „Botschafter Roberts bat mich, Ihnen zu sagen, daß er beauftragt sei, auch Sie in dieser Angelegenheit aufzusuchen".

[2] Frank K. Roberts.

[3] Zur Frage einer Devisenhilfe für Großbritannien vgl. zuletzt Dok. 115.

[4] Für den britischen Vorschlag vom 21. Mai 1964 zur Formulierung eines Abkommens mit der Bundesrepublik über Devisenhilfe vgl. Referat III A 5, Bd. 385.

[5] Der entsprechende Passus des Kommuniqués vom 12. Juni 1964 lautete: „Der Präsident drückte dem Bundeskanzler seine Anerkennung für die deutsche Hilfe bei den Bemühungen der Vereinigten Staaten aus, ihre Zahlungsbilanz auszugleichen." Vgl. BULLETIN 1964, S. 866.

[6] Zur Erklärung des Chefs des Presse- und Informationsamtes, von Hase, vom 5. Juli 1964 vgl. den Artikel „Das Ziel: ein geeintes Europa"; DIE WELT, Nr. 154 vom 6. Juli 1964, S. 1.

[7] Dem Vorgang beigefügt. In dem Schriftstück wurden die wachsende Besorgnis der britischen Regierung wegen der stagnierenden Verhandlungen und die besondere Bedeutung einer baldigen Übereinkunft für die deutsch-britischen Beziehungen hervorgehoben. Vgl. Büro Staatssekretär, Bd. 390.

rung[8]. Auch die erwähnten Käufe der Bundeswehr in Frankreich seien nicht etwa während des de Gaulle-Besuchs in Bonn vereinbart worden, vielmehr handele es sich um eine ältere Planung. Außerdem sei nicht gesagt, auf welchen Zeitraum sich die genannte Ziffer von 900 Mio. DM beziehe.

Ich darf Sie, sehr geehrter Herr Bundesminister, von dem Verlauf dieses Gesprächs unterrichten, da, wie ich annehme, die Angelegenheit erneut im Kabinett behandelt werden wird.[9]

Dem Herrn Bundesminister der Verteidigung und dem Herrn Bundesminister Westrick übersende ich je einen Durchdruck dieses Schreibens.

Mit verbindlichen Empfehlungen

gez. Carstens

Büro Staatssekretär, Bd. 390

191

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jansen

I B 5-83.00/92.07/1964/64 VS-vertraulich **6. Juli 1964**[1]

Betr.: Politische Wünschbarkeit und evtl. Bedingungen einer Wiederaufnahme der deutschen Wirtschaftshilfe an Ceylon

Bezug: Drahtbericht Nr. 105 vom 22. Juni 1964 und Schriftbericht (mit Kurzfassung) vom 18. Juni 1964 aus Colombo[2]

I. Analyse und Petitum der Botschaft

1) Die Einstellung der deutschen Wirtschaftshilfe[3] in der Sicht der Botschaft

Nach Ansicht Botschafter Schwörbels war die Einstellung der deutschen Wirtschaftshilfe an Ceylon eine von vornherein zum Scheitern verurteilte, wirtschaftlich bedeutungslose und politisch in Ceylon wie in der übrigen

[8] Zum deutsch-amerikanischen Protokoll vom 11. Mai 1964 über einen Devisenausgleich in den Jahren 1965/66 und 1966/67 vgl. Dok. 125, besonders Anm. 2.

[9] In der Sitzung vom 10. Juli 1964 beschloß das Bundeskabinett, bei den weiteren die Devisenhilfe betreffenden Gesprächen mit Großbritannien von einem Gesamtvolumen von 700 Mio. DM für die Laufzeit von zwei Jahren auszugehen. Davon waren 500 Mio. DM für den Kauf von militärischen und 200 Mio. DM für den Kauf von zivilen Gütern veranschlagt, wobei hinsichtlich der letzteren ein Verhandlungsspielraum zur Erhöhung auf 300 Mio. DM vorgesehen wurde. Für die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Balken vom 23. Juli 1964 vgl. Referat III A 5, Bd. 385.
Zur Devisenhilfe für Großbritannien vgl. weiter Dok. 199.

[1] Die Aufzeichnung wurde von Legationsrat I. Klasse von Fischer-Lossainen und Legationsrat Hofmann konzipiert.

[2] Vgl. Referat I B 5, Bd. 8.

[3] Zur Einstellung der Entwicklungshilfe an Ceylon als Reaktion auf die Errichtung eines Generalkonsulats der DDR in Colombo vgl. Dok. 53, Anm. 8.

blockfreien Welt schädliche Maßnahme, die in Ceylon heute wie ein „Odium" wirkt, die SBZ geradezu „aufwertet" und die Botschaft zwingt, mit „ungleichen Waffen zu kämpfen". Der deutsche Rückzug ermögliche es der SBZ, ein Vakuum auszufüllen. Gleichzeitig habe man Ceylon in den Stand gesetzt, vor aller Welt zu demonstrieren, daß es sich recht gut auch ohne deutsche Wirtschaftshilfe auskommen läßt. Diese Situation könne – wenn man die ceylonesische Verärgerung und die sowjetische Lobby zugunsten der SBZ zusätzlich in Rechnung stellt – bald zu einer Vollanerkennung der Zone führen.

2) Die Petiten der Botschaft

Botschafter Schwörbel, der bereits vor seiner Ausreise[4] und zwischenzeitlich wiederholt eine Normalisierung des deutsch-ceylonesischen Verhältnisses befürwortet hatte, zieht in seinem als grundlegend angekündigten Schriftbericht den Schluß, daß es politisch erforderlich sei, die deutsche Wirtschaftshilfe alsbald wieder aufzunehmen. Gleichzeitig stellt er in dem Bezugsdrahtbericht die Frage, unter welchen Vorbedingungen ein deutsches Einlenken in Frage kommt. Für den Fall, daß die deutsche Ceylonpolitik nicht revidiert und die SBZ voll anerkannt werden sollte, befürwortet Botschafter Schwörbel bereits vorsorglich, mit unseren Alliierten die Maßnahmen gegen Ceylon abzustimmen; denn auch dann werde es nur möglich sein, bei eventuellem Abbruch der diplomatischen Beziehungen eine weitere Isolierung der Bundesrepublik Deutschland zu vermeiden, wenn der Westen „an einem Strang ziehe".

II. 1) Die politische Wünschbarkeit der Wiederaufnahme der deutschen Wirtschaftshilfe an Ceylon

Abteilung I teilt weder die Ansicht der Botschaft, daß die Einstellung der deutschen Wirtschaftshilfe versagt hat, noch daß es – das Versagen unterstellt – politisch wünschenswert wäre, das Steuer herumzureißen.

a) Hat die Einstellung der Wirtschaftshilfe versagt?

Ob die Einstellung der Wirtschaftshilfe versagt hat, kann nur ermessen werden, wenn die Ergebnisse der Maßnahme mit den von ihr verfolgten Zwecken verglichen werden. Bei Anlegung dieses Maßstabs scheint es nicht schlüssig zu sein, wenn die Botschaft darauf hinweist, daß die ceylonesische Wirtschaft nicht zusammengebrochen ist und die ceylonesische Regierung keinen Gesinnungswandel durchgemacht hat; denn beides wurde von uns gar nicht erwartet. Es war dem Bundeskabinett bei seinem Einstellungsbeschluß völlig klar, daß die sehr prestigebewußte jetzige ceylonesische Regierung sich durch wirtschaftliche Maßnahmen selbst dann nicht zur Umkehr zwingen lassen würde, wenn sie sehr viel bedeutender als die Einstellung der deutschen Wirtschaftshilfe wären; hatte doch Ceylon auch auf die Einstellung der gesamten übrigen westlichen Hilfe[5] (außer Kanadas[6]) zuvor nicht reagiert. Angesichts der dok-

[4] Botschafter Schwörbel traf am 7. April 1964 in Colombo ein.

[5] Dazu vermerkte Ministerialdirektor Jansen handschriftlich: „wegen Enteignungsmaßnahmen". Wegen der entschädigungslosen Verstaatlichung von Anlagen amerikanischer Ölfirmen, stellten die USA im Februar 1963 ihre Entwicklungshilfe für Ceylon ein. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1963, Z 54; AdG 1963, S. 10406.

[6] Zur kanadischen Entwicklungshilfe für Ceylon vgl. den Bericht des Botschafters Schwörbel, Colombo, vom 25. Juni 1964; Referat I B 5, Bd. 8.

trinären (sozialistischen), ideologischen (buddhistischen) und nationalistischen (singhalesischen) ceylonischen Politik war vielmehr sogar mit einer Gegenmaßnahme in Form der Anerkennung der SBZ gerechnet und dieses Risiko in Kauf genommen worden.

Die Einstellung der Wirtschaftshilfe bezweckte in erster Linie vielmehr durch Ausweitung des Instrumentariums der Hallstein-Doktrin[7] im Vorfeld der Anerkennung der SBZ eine günstige Rückwirkung auf diejenigen neutralen Staaten, die mit einer schrittweisen weiteren Aufwertung der SBZ nach dem Vorbild Ceylons liebäugelten. Gleichzeitig sollte die deutsche Politik der Eindämmung der SBZ ganz allgemein neue Glaubwürdigkeit gewinnen. Dieser Zweck wurde zumindest in einigen, nüchtern denkenden Staaten (besonders in Indien) erreicht. Gerade die blockfreien Länder haben nicht für Ceylon Partei ergriffen, weil es ihnen durchaus einleuchtete, daß die Bundesregierung ihrem Hilfsprogramm den Maßstab freundschaftlicher Beziehungen zugrundelegen muß und daß auch Deutschland ein Gesicht zu verlieren hat.

b) Die objektive Bedeutung der deutschen Wirtschaftshilfe an Ceylon

Im übrigen erscheinen die Darlegungen der Botschaft zur wirtschaftlichen Bedeutung der Einstellung der deutschen Wirtschaftshilfe auch nicht ganz frei von Widersprüchen zu sein.

Während Botschafter Schwörbel einerseits darlegt, die deutsche Wirtschaftshilfe sei ohnedies bedeutungslos gewesen und Ceylon habe eine gute Chance, einen Aufstieg aus eigenen Kräften zu erleben, impliziert er an anderer Stelle den Wert der deutschen Wirtschaftshilfe und die Ausweglosigkeit der ceylonesischen Situation. So geht er davon aus, daß der Wegfall der deutschen Hilfe ein „Vakuum" geschaffen hat und daß die SBZ mit ihrem Kreditangebot[8] eine „Waffe" besitzt. Die Botschaft würde auch kaum leugnen wollen, daß die deutsche Hilfe für Indien dort von erheblicher Bedeutung ist. Tatsächlich lag die deutsche Wirtschaftshilfe für Ceylon aber bisher (pro Kopf) höher als in Indien und höher als selbst das Kredit*angebot* der SBZ. Zusammen mit dem gleichzeitig ausgelösten Rückzug der deutschen Privatwirtschaft dürfte die Einstellung der Wirtschaftshilfe (sobald sie sich überhaupt erst richtig auswirkt) daher durchaus in Ceylon gespürt werden. Damit besitzt die Botschaft aber bereits jetzt dieselben Waffen wie die SBZ, die – wie die Botschaft – bisher lediglich mit der ceylonesischen Hoffnung auf künftige (bzw. wieder aufzunehmende) Wirtschaftshilfe operiert.

Die deutsche Wirtschaftshilfe hatte auch in der vorausgegangenen Berichterstattung eine andere Bewertung erfahren. Botschafter Schwörbel hatte bisher dargelegt, daß sie notwendig sei, um die ceylonesische Demokratie zu retten. Abteilung I schließt sich dieser Beurteilung des Botschafters und seiner Dar-

[7] Zur Hallstein-Doktrin vgl. Dok. 46, Anm. 15.

[8] Anläßlich des Besuchs des Stellvertretenden Ministerpräsidenten der DDR, Leuschner, vom 7. bis 14. Februar 1964 in Ceylon wurde der ceylonesischen Regierung ein Kredit in Höhe von 80 Mio. Rupien mit zehnjähriger Laufzeit angeboten. Vgl. dazu den Bericht des Legationsrats I. Klasse Ramisch, Colombo, vom 20. Februar 1964; Referat III B 7, Bd. 123.
Zum Besuch des Stellvertretenden Ministerpräsidenten der DDR in Ceylon vgl. Dok. 53, Anm. 7 und 8.

stellung auf S. 6[9] (nicht jedoch den auf S. 8 eingeräumten Prognosen[10]) an, wonach die gegenwärtige ceylonesische Wirtschaftslage so verfahren ist, daß jede noch so geringe devisenbringende westliche Hilfe zur Zeit für Ceylon von besonderem Wert ist. Dies wird um so deutlicher, wenn man bedenkt, daß Botschafter Schwörbel bei der Errechnung des prozentualen deutschen Beitrags (S. 3)[11] außer Ansatz ließ, daß es sich bei der übrigen westlichen Hilfe fast ausschließlich um in der Vergangenheit abgeschlossene Projekte handelt, während die Bundesrepublik Deutschland erst relativ spät, dann aber fast alleinstehend, die Entwicklungshilfe aufgenommen und noch unerfüllte Zusagen gegeben hatte.

Schließlich deutete Botschafter Schwörbel in der jüngeren Berichterstattung sogar an, daß die Wiederaufnahme der deutschen Wirtschaftshilfe (bzw. das Inaussichtstellen) von Ceylon auf der Kairoer Konferenz[12] honoriert werden könnte.[13] Auch dies setzt voraus, daß der deutschen Hilfe eine an anderer Stelle geleugnete Rolle zukam.

2) Die Bedingungen einer Aufnahme der deutschen Wirtschaftshilfe

a) Bedingungslose Wiederaufnahme

Die Einstellung der Wirtschaftshilfe war nach hiesigen Beobachtungen ein politischer Erfolg und hat vor allem neutrale Staaten aufhorchen lassen. Aber selbst dann, wenn die Einstellung der Wirtschaftshilfe bei Anlegen des entscheidenden Maßstabes (Wirkung auf dritte Staaten!) hätte als ein Versagen betrachtet werden müssen, hätte daraus durchaus nicht ohne weiteres der Schluß gezogen [werden] können, daß nunmehr ein Widerruf das politisch Richtige wäre. Es müßte dann vielmehr befürchtet werden, daß gerade der Widerruf von neuer Schädlichkeit wäre. Dies wäre bei Ceylon der Fall; denn die bedingungslose Wiederaufnahme der Wirtschaftshilfe liefe auf eine Einladung an alle neutralen Staaten hinaus, dem „mutigen" Vorgehen Ceylons zu folgen. Die Bundesregierung würde damit gerade das tun, wovon die Botschaft

[9] Auf Seite 6 des Berichts vom 18. Juni 1964 wurde lediglich dargelegt, daß wegen des Auslaufens bedeutender Entwicklungshilfe-Projekte im Jahr 1964 der Eindruck entstehe, „als ob die Bundesrepublik dabei sei, systematisch wichtige Positionen in Ceylon zu räumen". Ferner habe es den Anschein, „daß das Interesse der deutschen Wirtschaft am Handel mit Ceylon – auch am Export nach Ceylon – nicht mehr sonderlich groß ist". Vgl. Referat I B 5, Bd. 8.

[10] Auf Seite 8 des Berichts vom 18. Juni 1964 begründete Botschafter Schwörbel, Colombo, die von ihm für wahrscheinlich gehaltene Möglichkeit, „daß es Ceylon gelingt, seine wirtschaftliche Lage in absehbarer Zeit zu verbessern". Vgl. Referat I B 5, Bd. 8.

[11] Auf Seite 3 des Berichts vom 18. Juni 1964 wurde zu der insgesamt als „relativ unbedeutend" beurteilten Entwicklungshilfe der Bundesrepublik für Ceylon ausgeführt: „Sie hatte einen Gesamtwert von ca. 57 Mio. R[upie]s, das sind etwas weniger als 5% der ausländischen Wirtschaftshilfe, die Ceylon bis Mitte 1963 zugesagt worden war. In dem Betrag sind echte Geschenke ('grants') der Bundesrepublik nur mit 9 Mio. R[upie]s (= 2,3% aller 'grants') enthalten." Vgl. Referat I B 5, Bd. 8.

[12] Zu der für Oktober 1964 geplanten Konferenz der blockfreien Staaten vgl. Dok. 65, Anm. 6. Vgl. dazu auch Dok. 275.

[13] Mit Drahtbericht vom 9. Juni 1964 informierte Botschafter Schwörbel, Colombo, über ein Gespräch mit dem ceylonesischen Landwirtschaftsminister Felix R. D. Bandaranaike, in dem er einen Zusammenhang zwischen der Politik der Bundesregierung und der die Deutschland-Frage betreffenden Haltung Ceylons auf der geplanten Konferenz der blockfreien Staaten in Kairo herstellte. Vgl. Referat I B 5, Bd. 8.

abrät, wenn sie fordert, daß Drohungen Taten folgen müßten, um nicht auf den Drohenden zurückzuschlagen.

Im Falle eines deutschen Einlenkens wäre es nutzlos, eventuell Ceylons Stimme auf der Kairoer Konferenz erkauft zu haben; denn eine weiche deutsche Politik in Ceylon würde laut gegen uns sprechen, unser Vorgehen in der gesamten übrigen blockfreien Welt automatisch präjudizieren und damit einen etwa in Ceylon errungenen Vorteil zunichte machen.

Abteilung I rät daher von einer unbedingten Wiederaufnahme der Wirtschaftshilfe selbst auf die Gefahr hin ab, daß ein oder das andere Land aus Ceylons künftigem Kurs den Schluß ziehen sollte, daß es „auch ohne deutsche Hilfe geht". In dem Maße, in dem die uns treuen Länder nach den Grundsätzen des Runderlasses vom 18. Juni 1964 – II 1-80.00 VS-NfD[14] – im deutschen Hilfsprogramm auf Kosten der mit der SBZ kooperierenden Länder künftig bevorzugt werden, wird auch dieses Argument zum Schweigen kommen.

b) Bedingte Wiederaufnahme

Abteilung I begrüßt die Initiative der Botschaft insofern, als es ständiger Überlegungen wert ist zu prüfen, auf welche Weise es möglich wäre, dem deutsch-ceylonesischen Verhältnis erneut eine freundschaftliche Note zu geben, ohne gleichzeitig unserer Gesamtpolitik und unseren Beziehungen zur ceylonesischen Rechtsopposition zu schaden.

aa) Der Zeitpunkt der Annäherung

Der jetzige Zeitpunkt scheint für deutsche Einlenkungsversuche nicht glücklich gewählt zu sein, da
(i) die ceylonesische Regierung noch immer nicht offiziell auf die Einstellung der Wirtschaftshilfe reagiert hat,
(ii) die Kairoer Konferenz bevorsteht,
(iii) das für die Wirtschaftsbeziehungen jetzt maßgebliche Finanzministerium in Ceylon soeben von einem Kommunisten übernommen wurde.[15]

Es besteht zwar kein Zweifel daran, daß die ceylonesische Regierung (ebenso wie wir) grundsätzlich an einer Normalisierung der Lage interessiert ist. Ceylon würde wohl sogar auch dann noch gerne mit uns in einem guten Verhältnis stehen, wenn es die SBZ anerkannt haben würde. Gerade wegen dieses mangelnden Verständnisses für die deutsche Lage ist es jedoch besonders wichtig, vorzeitige Gesten politischer Wiederannäherung zu vermeiden; denn nach den bisherigen Erfahrungen mit der Denkweise Bandaranaikes und ihrer Umgebung muß sonst befürchtet werden, daß unsere ernstliche Verstimmung als eine sich von selbst normalisierende Angelegenheit angesehen wird, die Ceylon zu nichts verpflichtet.

Im übrigen sollte die Bundesrepublik Deutschland auch gerade im Hinblick auf die Kairoer Konferenz nicht vorleisten, sondern der ceylonesischen Regie-

[14] Vgl. Dok. 171.

[15] Am 11. Juni 1964 wurden in das bis dahin ausschließlich aus Mitgliedern der „Sri Lanka Freedom Party" bestehende Kabinett der Ministerpräsidentin Bandaranaike drei Minister der trotzkistischen „Lanka Sama Samaja Party" aufgenommen, darunter deren Vorsitzender Perera als Finanzminister. Vgl. dazu den Artikel „Trotskyites Get Key Posts in Ceylon Coalition"; THE TIMES, Nr. 56036 vom 12. Juni 1964, S. 9.

rung in Hoffnung auf künftige deutsche Hilfe die Chance geben, auf der Konferenz ohne den Eindruck eines Stimmenkaufs ihren guten Willen vorab unter Beweis zu stellen.

Das Anknüpfen freundlicher Beziehungen könnte schließlich von niederschmetternder moralischer Wirkung auf die ceylonesische Rechtspartei sein, da eine deutsch-ceylonesische Aussöhnung jetzt unmittelbar der Linkskoalition Bandaranaikes mit den Trotzkisten Dr. Pereras auf dem Fuße folgen würde, und dies im letzten Jahr vor den Parlamentswahlen[16]. Abteilung I erwartet daher nach wie vor, daß Botschafter Schwörbel sich dazu versteht, falsch zu interpretierende Gesten der Freundlichkeit bis auf weiteres zu unterlassen.[17]

bb) Die zu stellenden Bedingungen im einzelnen

Aus dem oben Gesagten ergibt sich, daß eine Normalisierung des deutsch-ceylonesischen Verhältnisses politisch nur wünschenswert ist, wenn sie
- nicht aufgrund deutscher Vorleistung erfolgt,
- die ceylonesische Regierung öffentlich und für eine gewisse Zeit festlegt,
- in der blockfreien Welt als eine uns günstige Standpunktveränderung der ceylonesischen Regierung in der Deutschlandfrage empfunden wird.

Sollte Ceylon daher die Initiative zu einer Normalisierung ergreifen, sollte deutscherseits im einzelnen folgendes erstrebt werden:

SBZ-Generalkonsulat

Oberstes Ziel unserer Ceylon-Politik muß die Beseitigung des SBZ-Generalkonsulats sein. Allerdings kann es von Frau Bandaranaike aus innenpolitischen Gründen wohl zur Zeit nicht erwartet werden, daß das Generalkonsulat sofort auf eine Handelsmission zurückgestuft wird. Hingegen erscheint es zumutbar, von der ceylonesischen Regierung zu verlangen, daß sie
(i) es dem SBZ-Generalkonsulat strikt verbietet, die Spalterflagge[18] zu zeigen und politisch zu agitieren,
(ii) zusichert, die Zulassung des SBZ-Generalkonsulats sofort zurückzuziehen, falls wir nachweisen, daß gegen das Verbot (oben i) verstoßen wird.

Als optimales Verhandlungsziel könnte auf eine vertrauliche Zusage hingearbeitet werden, bei einer künftigen Versetzung des SBZ-Generalkonsuls einen neuen Konsul nicht zuzulassen („Verfall" des Generalkonsulats).

Deutschlanderklärung

- Es müßte verlangt werden, daß Frau Bandaranaike bei nächster Gelegenheit eine öffentliche Erklärung abgibt, in der die Wiedervereinigung auf der Grundlage der Zuerkennung des Selbstbestimmungsrechts befürwortet wird;
- die ceylonesische Regierung sollte schließlich zusagen, die SBZ nicht mehr

[16] Die Wahlen zum ceylonesischen Parlament fanden am 22. März 1965 statt.

[17] Dieser Satz wurde von Ministerialdirektor Jansen hervorgehoben. Dazu Ausrufezeichen am Rand.

[18] Durch Gesetz vom 1. Oktober 1959 wurde das Wappen von Hammer und Zirkel im Ährenkranz Bestandteil der Flagge der DDR. Während bis dahin die Bundesrepublik und die DDR die gleiche Fahne geführt hatten, war seitdem die Spaltung Deutschlands auch in der Verschiedenheit der Flaggen sichtbar. Für das „Gesetz zur Änderung des Gesetzes über das Staatswappen und die Staatsflagge der DDR" vgl. DzD IV/3, S. 308 f.

als „Staat" oder ein sonstiges souveränes Gebilde und die Bundesregierung als die einzige frei gewählte und legitime Regierung in Deutschland zu bezeichnen.

Deutschlandbesuch

Der Besuch Bandaranaikes in Deutschland[19] sollte unter der Voraussetzung stattfinden, daß Frau Bandaranaike zusagt, die gewünschten Erklärungen in Deutschland zu wiederholen bzw. abzugeben.

Sollte im Verlauf eines Gespräches auf ceylonesischer Seite keine Bereitschaft zu erkennen sein, die deutschen Wünsche zu akzeptieren – etwa weil es einen zu großen „Gesichtsverlust" bedeuten würde – sollten die Gespräche vorläufig wieder mit dem Hinweis unterbrochen werden, daß auch die Bundesregierung „Gesicht" zu verlieren hat und daß für uns weit mehr auf dem Spiel steht als das deutsch-ceylonesische Verhältnis.[20]

cc) Das Prozedere

Erste Gespräche über die Bereitschaft zum gegenseitigen Einlenken und die deutschen Bedingungen hierfür sollten – wenn der richtige Zeitpunkt gekommen ist – von einer noch zu bestimmenden Stelle in Bonn geführt werden, unter anderem um dem hiesigen Botschafter[21] Gelegenheit zu geben, seine Position gegenüber seiner Regierung in Korrektur vergangener Fehler wieder aufzubauen.[22]

III. Abteilung I schlägt daher vor, der Herr Staatssekretär möchte der Botschaft Colombo die anliegende Drahtweisung[23] erteilen.

Abteilung III und Referat II 1 haben mitgezeichnet.

Hiermit dem Herrn Staatssekretär[24] vorgelegt.

Jansen

Abteilung I (I B 5), VS-Bd. 118

[19] Ministerpräsidentin Bandaranaike war am 4. Februar 1961 durch Bundesminister von Merkatz anläßlich seines Aufenthalts in Ceylon eine Einladung der Bundesregierung übermittelt worden. Nach mehrmaliger Verschiebung wurde der Besuch für den Juli 1964 in Aussicht genommen, jedoch wegen der gespannten deutsch-ceylonesischen Beziehungen erneut zurückgestellt. Vgl. dazu Referat I B 5, Bd. 30.
Ein Besuch der ceylonesischen Ministerpräsidentin in der Bundesrepublik kam bis zu ihrem Rücktritt nach den Parlamentswahlen am 22. März 1965 nicht mehr zustande.

[20] Der Passus „sollten die Gespräche ... deutsch-ceylonesische Verhältnis" wurde von Ministerialdirektor Jansen hervorgehoben. Dazu Ausrufezeichen am Rand.

[21] Benjamin F. Perera.

[22] Zur Frage einer Wiederaufnahme der Entwicklungshilfe der Bundesrepublik für Ceylon vgl. weiter Dok. 299.

[23] Dem Vorgang beigefügt. In dem am 4. August 1964 mit geringfügigen Änderungen abgesandten Drahterlaß wurde die Botschaft angewiesen, „gegenüber den Ceylonesen bis auf weiteres Gesten und Initiativen zu unterlassen, die als deutsche Einlenkungsversuche gedeutet werden könnten". Zu einer möglichen Wiederaufnahme der Entwicklungshilfe sollte erklärt werden, daß zuvor ein Entgegenkommen Ceylons in der Deutschland-Frage notwendig sei. Vgl. Abteilung I (I B 5), VS-Bd. 118; B 150, Aktenkopien 1964.

[24] Hat Staatssekretär Carstens am 4. August und Staatssekretär Lahr am 8. August 1964 vorgelegen.

192

Aufzeichnung des Staatssekretärs Lahr

St.S. 1313/64 geheim **9. Juli 1964**

Betr.: Französische Kreditpolitik gegenüber der Sowjetunion[1]

Aufgrund einer Verabredung zwischen Bundeswirtschaftsminister Schmücker und Minister Giscard d'Estaing suchte mich der französische Generaldirektor Bizard (entspricht etwa Ministerialdirektor Reinhardt im Bundeswirtschaftsministerium) am 8. Juli in Brüssel[2] auf, um mich über die jüngsten Überlegungen der französischen Regierung über die Kreditgewährung an die Sowjetunion zu unterrichten. Er teilte mit, daß sich seit einigen Wochen eine sowjetische Einkaufskommission in Paris aufhalte, um mit einer Reihe französischer Firmen, namentlich solcher der Investitionsgüterindustrie, über umfangreiche Bestellungen von Fabrikausrüstungen zu verhandeln. Vorverträge im Gesamtumfang von ungefähr 250 Millionen $ seien abschlußreif. Die französische Industrie, die sich an diesen Aufträgen in höchstem Maße interessiert zeige, übe einen starken Druck auf die französische Regierung aus, ihr die Unterzeichnung zu ermöglichen.

Das Hauptproblem, das sich dabei für die französische Regierung ergibt, ist, daß die Sowjets in ihren Gesprächen darauf bestanden haben, Kredite von siebenjähriger Dauer, gerechnet ab Lieferung, zu erhalten. Die Industrie glaubt, alle Möglichkeiten, die Sowjets zu einer Beschränkung ihrer Kreditwünsche auf fünf Jahre[3] zu veranlassen, erschöpft zu haben und kann auf den sowjetischen Wunsch nur mit staatlicher Unterstützung eingehen. Herr Bizard deutete an, daß in den maßgeblichen französischen Regierungskreisen Neigung bestehe, hierauf einzugehen.[4] Entscheidungen seien jedoch noch nicht ergangen. Im übrigen lege man Wert darauf, unsere Reaktion zu erfahren. Er verhehlte nicht, daß es sich im Falle der Zustimmung nicht um eine einmalige Maßnahme handeln würde, sondern sich damit die Kreditpolitik gegenüber der Sowjetunion überhaupt ändern werde. Es könne damit gerechnet werden, daß in den für den Herbst vorgesehenen französisch-sowjetischen Verhandlungen über

[1] Zur französischen Haltung in der Frage langfristiger Kredite an die UdSSR vgl. zuletzt Dok. 153.

[2] Staatssekretär Lahr nahm am 8. Juli 1964 als Vertreter des Auswärtigen Amts in der Delegation der Bundesrepublik an der ersten Sitzung des Assoziationsrats der EWG und der assoziierten afrikanischen Staaten in Brüssel teil.

[3] Zu den in der „Berner Union" vereinbarten Laufzeitbeschränkungen für staatlich verbürgte Kredite vgl. Dok. 50, Anm. 16.
Zur Übereinkunft der EWG-Staaten vom Oktober 1962, keine Lieferkredite mit einer Laufzeit von mehr als fünf Jahren an Ostblock-Staaten zu gewähren, vgl. Dok. 45, Anm. 20.

[4] Botschafter Klaiber, Paris, berichtete am 20. Juni 1964, daß das französische Finanz- und Wirtschaftsministerium vor den im Herbst 1964 geplanten Verhandlungen über eine Verlängerung des Handelsabkommens mit der UdSSR nicht an eine Änderung der Kreditpolitik denke. Allerdings bestünden innerhalb der französischen Regierung insofern Meinungsunterschiede, als das Außenministerium geneigt scheine, „die Kreditpolitik gegenüber den Ostblockländern nach politischen Zweckmäßigkeitserwägungen, wenn auch sehr vorsichtig, zu variieren". Vgl. Referat III A 6, Bd. 288.

die Verlängerung des französisch-sowjetischen Handelsabkommens[5], das an und für sich bis Ende 1965 laufe, jetzt aber schon bis Ende 1969 verlängert werden solle, ein weiterer Kreditrahmen von 250 bis 300 Millionen $ vereinbart werde.

Ich habe nachdrücklich ausgeführt, daß ich eine bejahende Entscheidung der französischen Regierung für unheilvoll hielte. Es bestehe für mich kein Zweifel, daß die Italiener dann sofort folgen würden. Auch Japan sei dann nicht mehr zu halten, wie überhaupt der siebenjährige Kredit dann die Norm bilden werde. Schließlich könnte sich auch die deutsche Regierung dann vor der Notwendigkeit sehen, ihrer Industrie entsprechende Konzessionen zu machen. Wir, d.h. Franzosen und Deutsche, seien uns bisher immer darin einig gewesen, daß eine großzügigere Kreditgewährung an die Sowjetunion (im Gegensatz zu den Satelliten-Ländern, denen beide Länder gewisse Kreditmöglichkeiten eingeräumt haben) politisch für den Westen nachteilig sei und daß sich auch wirtschaftliche Vorteile für uns hieraus nicht ergeben könnten. Frankreich könne sich vielleicht, wenn es jetzt vorpresche, einen kurzfristigen Vorsprung vor seinen Wettbewerbern verschaffen, aber die anderen würden sicherlich schnell folgen, so daß schließlich unter den westlichen Wettbewerbern die gleiche Konkurrenzlage wieder hergestellt sei, nur mit dem Unterschied, daß sich die Gesamtlage des Westens gegenüber dem Osten verschlechtert habe. Es werde im übrigen in Deutschland sicherlich besonders bedauert werden, wenn gerade Frankreich, mit dem wir uns in der Beurteilung der Sowjetpolitik besonders einig glaubten, die „course aux crédits" eröffnen würde.

Herr Bizard versuchte, sich damit zu verteidigen, daß Frankreich zu diesem neuen Verhalten durch das Großbritanniens[6] gezwungen werde. Ich bestritt demgegenüber, daß Großbritannien in der Lage sei, etwa alle die Aufträge zu übernehmen, die die Sowjets jetzt mit mehr als fünfjährigen Kreditfristen in den anderen europäischen Ländern unterzubringen sich bemühen. Dies erhelle am besten aus der Tatsache, daß Großbritannien bekanntlich Kredite bis zu 15 Jahren gewähre, die Sowjets sich also gar nicht in Paris um einen siebenjährigen Kredit zu bemühen brauchten, wenn sie das gleiche Geschäft in Großbritannien mit einem 15jährigen Kredit unterbringen könnten.

Staatssekretär Neef, der an den Besprechungen teilnahm, unterstützte mich nachdrücklich in meinen Ausführungen.

Das Gespräch endete damit, daß Herr Bizard versprach, unsere Überlegungen nach Paris getreulich zu übermitteln.

Frankreich ist offensichtlich im Begriff umzufallen. Ob wir dies noch verhindern können, ist fraglich, sollte aber nicht unversucht bleiben. Ich werde am 16. Juli im zeitlichen Zusammenhang mit der WEU-Konferenz[7] ein Konsulta-

[5] Am 6. Oktober 1964 begannen in Paris Verhandlungen über ein französisch-sowjetisches Handelsabkommen für die Jahre 1965 bis 1969, dessen Unterzeichnung am 30. Oktober 1964 erfolgte. Dabei wurden zur Finanzierung der französischen Exporte Kredite mit einer Laufzeit von sieben Jahren vorgesehen. Vgl. dazu L'ANNÉE POLITIQUE 1964, S. 298 f.; EUROPA-ARCHIV 1964, Z 232.
Zum Handelsabkommen vom 1. Februar 1963 zwischen Frankreich und der UdSSR vgl. Dok. 55, Anm. 3.

[6] Zur britischen Haltung in der Frage langfristiger Kredite an die UdSSR vgl. zuletzt Dok. 153, Anm. 16. Vgl. auch Dok 14.

[7] Am 16./17. Juli 1964 fand eine Sitzung des WEU-Ministerrats in Paris statt.

tionsgespräch mit Herrn Wormser führen[8] und möchte anregen, daß der Herr Minister mit Herrn Couve de Murville im gleichen Sinne spricht. Es dürfte sich empfehlen, Botschafter Klaiber schon vorher zu Herrn Couve de Murville zu schicken, um ihn zu bitten, vor diesem Gespräch jedenfalls keine Entscheidung zu treffen.

Hiermit dem Herrn Minister[9] vorgelegt.

Lahr

Ministerbüro, VS-Bd. 8438

193

Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens

St.S. 862/64 **10. Juli 1964**[1]

Betr.: Sprachregelung für den Komplex der Europäischen Politischen Union[2]

1) Das Projekt einer Europäischen Politischen Union, über das die sechs Mitgliedstaaten der EWG im Jahre 1961 und 1962 verhandelten[3], sah eine enge Zusammenarbeit und eine Angleichung der Politik im Bereich der auswärtigen Politik, der Verteidigungspolitik und der Kulturpolitik vor. In institutioneller Hinsicht waren regelmäßige Treffen der Regierungschefs und der für die einzelnen Fachgebiete zuständigen Minister vorgesehen.

8 Vgl. dazu Dok. 207.

9 Hat Bundesminister Schröder vorgelegen, der am 12. Juli 1964 handschriftlich für Staatssekretär Lahr vermerkte: „Eilt! Ich werde am 16./17. [Juli] nicht in Paris sein – bin mit Vorschlag einverstanden – zusätzlich: Schreiben B[undes]k[anzler] an d[e] G[aulle]!"
Botschafter Klaiber, Paris, überreichte am 16. Juli 1964 im Elysée-Palast einen Brief des Bundeskanzlers Erhard an Staatspräsident de Gaulle. Vgl. Dok. 200.

1 Die Aufzeichnung wurde von Staatssekretär Carstens am 10. Juli 1964 mit dem Vorschlag der Weiterleitung an den Chef des Presse- und Informationsamtes, von Hase, an Bundesminister Schröder geleitet.
Hat Schröder am 11. Juli 1964 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Ist wohl schon geschehen". Dazu Bestätigung von Carstens.

2 Die Frage einer Wiederaufnahme der Verhandlungen über eine europäische politische Union war ein wesentliches Thema der deutsch-französischen Regierungsbesprechungen am 3./4. Juli 1964 in Bonn. Vgl. dazu Dok. 180–188.

3 Die Regierungschefs der EWG-Staaten hatten während der Zusammenkunft in Paris am 10./11. Februar 1961 die Einsetzung einer vom französischen Botschafter Fouchet geleiteten Kommission beschlossen, die Vorschläge für die Durchführung der angestrebten Gründung einer europäischen politischen Union ausarbeiten sollte. Nachdem über die von Frankreich vorgelegten sogenannten Fouchet-Pläne vom 2. November 1961 bzw. 18. Januar 1962 keine Einigung erzielt worden war, verabschiedete die Kommission am 15. März 1962 einen Vertragsentwurf, in dem neben dem zweiten Fouchet-Plan als französischem Vorschlag zu einzelnen Artikeln alternative Textvorschläge der übrigen in der Kommission vertretenen Staaten aufgeführt waren. Zu den Streitpunkten gehörten die Frage der Einrichtung eines unabhängigen Generalsekretariats der geplanten Union und die Frage der Beziehungen zu Staaten außerhalb der EWG. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1964, D 467–485.

Keine volle Einigkeit war über die Bedeutung und die Funktion des Sekretariats der Union erzielt worden.

Offen geblieben war auch die Frage, welche Art von Verbindung zu dritten, nicht der EWG angehörenden Staaten hergestellt werden sollte.

2) Im April 1962 stellte sich heraus, daß einige Partner nicht bereit waren, das Projekt der Europäischen Politischen Union zu realisieren, bevor der Beitritt Englands zur EWG vollzogen worden war.[4] Die Verhandlungen wurden daher unterbrochen und sind seither trotz wiederholter Bemühungen, insbesondere der Bundesregierung[5], nicht wieder in Gang gekommen.

3) Im Januar 1963 schlossen Deutschland und Frankreich den Vertrag über die deutsch-französische Zusammenarbeit[6]. Dieser Vertrag sieht eine enge Zusammenarbeit der Regierungen mit dem Ziel, zu einer gleichgerichteten Haltung zu gelangen, im Bereich der auswärtigen Politik, der Verteidigungspolitik und der Kulturpolitik vor.

Er bestimmt weiter, daß sich die Regierungschefs und die für die einzelnen Gebiete zuständigen Minister in regelmäßigen Abständen treffen. Nach dem Vertrag ist ferner vorgesehen, daß in beiden Ländern interministerielle Ausschüsse zu bilden sind, die sich ausschließlich mit dem Komplex der deutsch-französischen Zusammenarbeit befassen. Die Leiter dieser beiden Ausschüsse treffen sich monatlich einmal, um alle anstehenden Fragen zu erörtern.

4) Daraus folgt, daß die Zusammenarbeit, die zwischen den sechs EWG-Mitgliedstaaten 1961 und 1962 im Rahmen der damals vorgesehenen Europäischen Politischen Union angestrebt wurde, im Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich bereits verwirklicht[7] ist.

Es hat also keinen Sinn zu verlangen, daß Deutschland und Frankreich bei der Schaffung einer politischen Union vorangehen sollten. Tatsächlich haben sie dies bereits getan.

Jetzt kommt es darauf an, die Verhandlungen mit den anderen Partnern wieder in Gang zu bringen. Die Bundesregierung wird nicht aufhören, in diesem Sinne bemüht zu bleiben.[8]

5) Naturgemäß ist das eigentliche Ziel unserer Bemühungen nicht nur die Schaffung eines institutionellen Rahmens, sondern die Herbeiführung einer einheitlichen und gemeinsamen Politik in den drei Bereichen, die der deutsch-französische Vertrag anspricht.

Insoweit sind teilweise sehr gute Fortschritte erzielt worden, so in gewissen

[4] Zu den im April 1962 gescheiterten Verhandlungen über eine europäische politische Union vgl. Dok. 7, Anm. 10.

[5] Zu den Bemühungen der Bundesregierung, einer europäischen politischen Union durch eine Konferenz der Staats- und Regierungschefs der EWG näherzukommen, vgl. Dok. 180, besonders Anm. 4.

[6] Für den Wortlaut des deutsch-französischen Vertrags vom 22. Januar 1963 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 706–710.

[7] Die Wörter „bereits verwirklicht" wurden von Bundesminister Schröder unterschlängelt.

[8] Zu den Bemühungen der Bundesregierung um eine Intensivierung der europäischen politischen Zusammenarbeit vgl. weiter Dok. 197 und Dok. 198.

Bereichen der auswärtigen Politik, im Bereich der Kulturpolitik, der Informationspolitik und des Jugendaustausches.

In anderen Bereichen decken sich die beiderseitigen Auffassungen noch nicht. Das gilt vor allem für zahlreiche Fragen aus dem NATO-Bereich, für die MLF, aber auch zum Beispiel für Fragen, die die gemeinsame Landwirtschaftspolitik der EWG betreffen.

Hier bedarf es geduldiger Anstrengungen beider Seiten, um die Standpunkte so weit wie möglich einander anzunähern. Der deutsch-französische Vertrag bietet dafür einen ausgezeichneten institutionellen Rahmen. Durch die Schaffung neuer deutsch-französischer Institutionen sind die Probleme, über die noch Meinungsverschiedenheiten bestehen, nicht zu lösen.

Dies ist die übereinstimmende Meinung der deutschen und der französischen Regierung.

Büro Staatssekretär, Bd. 382

194

Botschafter Klaiber, Paris, an das Auswärtige Amt

Z B 6-1/5493/64 VS-vertraulich **Aufgabe: 10. Juli 1964, 19.30 Uhr**
Fernschreiben Nr. 1100 **Ankunft: 10. Juli 1964, 20.25 Uhr**
Citissime

Betr.: Frankreichs Haltung zum Meinungsgegensatz innerhalb der CDU/CSU über die Europa-Politik der Bundesregierung[1]

Mit gespannter Aufmerksamkeit wird in Paris der Meinungsgegensatz über die Europa-Politik innerhalb der CDU/CSU zwischen der Gruppe Adenauer/Strauß und den in der außenpolitischen Regierungsverantwortung stehenden Politikern, d.h. dem Herrn Bundeskanzler und dem Herrn Bundesaußenminister, beobachtet. In allen Gesprächen, die ich mit französischen Politikern und hohen Beamten in den letzten Tagen geführt habe, wurde von französischer Seite peinlich vermieden, mir gegenüber zu diesem Meinungsgegensatz Stellung zu beziehen. Diese vorsichtige Haltung erklärt sich sicher damit, daß man auf französischer Seite befürchtet, durch Abgabe einer Stellungnahme sich dem Vorwurf der Parteinahme in einem innerdeutschen Streit auszusetzen. Diese Einstellung der Vermeidung einer Parteinahme findet sich vor al-

[1] In der Diskussion um die Fortführung der europäischen Politik standen sich innerhalb der CDU/CSU zwei Richtungen gegenüber. Während die „Gaullisten" – an ihrer Spitze der CDU-Vorsitzende und ehemalige Bundeskanzler Adenauer, der Geschäftsführende CDU-Vorsitzende Dufhues, der CSU-Vorsitzende Strauß sowie der CSU-Abgeordnete zu Guttenberg – für eine enge Anlehnung der Bundesrepublik an Frankreich ohne Abwendung von den USA eintraten, verlangten die „Atlantiker" – an ihrer Spitze Bundeskanzler Erhard sowie die Bundesminister Schröder und von Hassel –, daß das deutsch-französische Verhältnis nicht die deutsch-amerikanischen Bindungen beeinträchtigen dürfe.

lem bei den leitenden Beamten des hiesigen Außenministeriums. Der General selbst hat nach seiner Rückkehr von Bonn[2] verschiedentlich erklären lassen, daß kein Grund für eine Enttäuschung im Blick auf die *Zukunft* der deutsch-französischen Zusammenarbeit vorhanden sei.

Gleichwohl kann es keinem Zweifel unterliegen, daß namentlich im Elysée die inneren Sympathien der Konzeption der Gruppe Adenauer/Strauß über die Europa-Politik zuneigen, d.h. dem Nichtzurückscheuen vor einer politischen Zweierunion für den Fall, daß sich die übrigen Partner der EWG der politischen Union versagen sollten.

Um die Dinge in ihre richtigen Proportionen zu rücken, muß vorab festgestellt werden, daß seit der Hinwendung Frankreichs zu einer weltweiten Politik, wie sie General de Gaulle zum ersten Mal in seiner Lyoner Rede[3] aufgezeigt hat (vgl. Drahtbericht Nr. 1347 vom 30.9.1963[4]), das Interesse an der europäischen Union in Frankreich merklich nachgelassen hat. Man hat hier resigniert festgestellt, daß diese Union gegen den Widerstand der Niederlande, Belgiens und Italiens[5] gegenwärtig nicht zu verwirklichen ist. Diese Tatsache hindert General de Gaulle aber keineswegs, wie die Ereignisse inzwischen zur Genüge bewiesen haben, weltweite Politik zu treiben (Vorschlag der Neutralisierung Vietnams vom 29. August 1963[6] – Anerkennung Pekings vom 27. Januar 1964[7]). De Gaulle hatte naturgemäß gehofft, der Elysée-Vertrag vom 22. Januar 1963[8] werde sich dahin auswirken, daß das Gewicht der französischen weltpolitischen Aktionen verstärkt würde. In Wirklichkeit ist aber das französische Gewicht durch das deutsche Gegengewicht auf der anderen Seite der Waagschale eher vermindert worden. Ein kurzer Blick auf die Wirksamkeit des deutsch-französischen Vertrages in der französischen Sicht zeigt folgendes: Die Erwartungen, die General de Gaulle an diesen Vertrag geknüpft hat, haben sich bisher nicht erfüllt. So hatte de Gaulle seinen militärischen Teil als eines der beiden Kernstücke angesehen. Trotz [der] Hinweise wichtiger französischer Dienststellen gegenüber dem General vor Vertragsschluß auf die besondere militärische Situation der vom Nullpunkt mit *amerikanischer Hilfe* aufgerüsteten Bundesrepublik, hat er dieser Ausgangslage nicht Rechnung getragen. Er hat die Zwangslage, in der die Bundesrepublik sich gegenüber den Vereinigten Staaten und gegenüber Großbritannien befindet – stärkster amerikanischer Druck zur Bestellung von Rüstungsgütern in USA zwecks Verbesserung der amerikanischen Zahlungsbilanz und stärkster britischer Druck

[2] Staatspräsident de Gaulle hielt sich im Rahmen der deutsch-französischen Regierungsbesprechungen am 3./4. Juli 1964 in Bonn auf. Vgl. dazu Dok. 180–188.

[3] Für den Wortlaut der Rede, die Staatspräsident de Gaulle am 28. September 1963 zum Abschluß einer mehrtägigen Reise durch vier französische Departments in Lyon hielt, vgl. DE GAULLE, Discours et messages, Bd. 4, S. 134–138.

[4] Für den Drahtbericht des Botschafters Blankenhorn, Paris, vom 30. September 1963 vgl. Referat I A 1, Bd. 483.

[5] Zur Haltung der Niederlande, Belgiens und Italiens gegenüber den Bemühungen um eine europäische politische Union vgl. zuletzt Dok. 178, besonders Anm. 5 und 6.

[6] Vgl. dazu Dok. 11, Anm. 12.

[7] Vgl. dazu Dok. 11.

[8] Für den Wortlaut des deutsch-französischen Vertrags vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 706–710.

aus analogen Gründen[9] –, bei Abschluß des Elysée-Vertrages offenbar bewußt übersehen.

Ebenso ist General de Gaulle hinsichtlich der Verwirklichung des anderen Kernstücks des deutsch-französischen Vertrages, nämlich der Konsultation mit dem Ziele der Herbeiführung gemeinsamer politischer Entscheidungen, unzufrieden. Selbst auf dem Gebiete der Ost-West-Beziehungen, wo die beiderseitigen Ansichten kaum differieren, ist es z.B. in Ansehung des Moskauer Teststopp-Abkommens vom 5.8.1963[10] *nicht* zu einer gemeinsamen Haltung der beiden Länder gekommen. Während die Bundesrepublik Deutschland dem Abkommen beigetreten ist, hat Frankreich den Beitritt abgelehnt.[11]

Der Hauptvorwurf, den de Gaulle trotz eines gewissen Verständnisses für die von der Frankreichs manchmal abweichenden Interessenlage der Bundesrepublik gegen die Außenpolitik der Bundesregierung richtet, ist der einer mangelnden Eigenständigkeit ihrer Politik und der einer einseitigen Ausrichtung auf Washington. De Gaulle hat es nicht verstanden, daß z.B. der Herr Bundeskanzler in den letzten Washingtoner Besprechungen[12] das ureigene deutsche Interesse an dem Abschluß eines Handelsabkommens mit Peking[13] und an der Errichtung einer Handelsmission in Peking nach dem Muster von Warschau[14] nicht nachhaltig verteidigt habe, obwohl nach seiner Meinung das deutsche Interesse an einer Isolierung Pankows diese beiden Maßnahmen nahegelegt hätte. Als Ohrfeige für seine eigene Südostasien-Politik hat der General die Hervorhebung der Unterstützung des amerikanischen Standpunkts in der Südvietnam-Frage durch die Bundesregierung im Abschlußkommuniqué von Washington[15] empfunden. Nichts, so wird einem hier gesagt, hätte die Bundesregierung daran gehindert, in praxi die Amerikaner in Südvietnam zu unterstützen. Es war aber in den Augen de Gaulles völlig überflüssig, dies noch besonders nach außen zu betonen. Was das deutsche Verhalten hinsichtlich der gemeinsamen europäischen Agrarpolitik, insbesondere die Weigerung, in eine Festsetzung eines gemeinsamen europäischen Getreidepreises vor 1970 zu willigen[16], anbelangt, so scheint mir dieses weniger ursächlich für die französische

[9] Zum Devisenausgleich mit den USA vgl. Dok. 125.
Zur Frage einer Devisenhilfe für Großbritannien vgl. zuletzt Dok. 190. Vgl. dazu weiter Dok. 208.

[10] Für den Wortlaut vgl. DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1963, S. 291–293.

[11] Zur Unterzeichnung des Teststopp-Abkommens durch die Bundesrepublik am 19. August 1963 vgl. AAPD 1963, II, Dok. 308. Zur Ratifizierung am 5. Juni 1964 vgl. Dok. 121, Anm. 6.
Zur französischen Haltung vgl. AAPD 1963, II, Dok. 246.

[12] Zu den deutsch-amerikanischen Regierungsbesprechungen am 12. Juni 1964 in Washington vgl. Dok. 160 und Dok. 161.

[13] Zu den Sondierungen mit der Volksrepublik China über ein Warenabkommen vgl. Dok. 143 und weiter Dok. 206.

[14] Zum Handelsabkommen mit Polen vom 7. März 1963 und der bei diesem Anlaß vereinbarten Errichtung einer Handelsvertretung der Bundesrepublik in Warschau vgl. Dok. 13, besonders Anm. 20.

[15] Der entsprechende Passus im Kommuniqué vom 12. Juni 1964 lautete: „Die beiden Regierungschefs waren auch gemeinsam der Auffassung, daß die Regierung der Republik Vietnam in ihrem Widerstand gegen die Vietkong voll unterstützt werden muß. Der Bundeskanzler erklärte, daß seine Regierung die Hilfe für Südvietnam auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet erweitern würde." Vgl. BULLETIN 1964, S. 865 f.

[16] Zur Haltung der Bundesregierung in der Frage eines europäischen Getreidepreises vgl. zuletzt

Mißstimmung gegenüber Deutschland zu sein, als vielfach angenommen wird. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die mit der Festsetzung eines gemeinsamen Getreidepreises notwendig verbundene Heraufsetzung des Getreidepreises in Frankreich das seit zehn Monaten laufende Stabilisierungsprogramm der französischen Regierung[17] in Mitleidenschaft ziehen würde. Auch kommt hinzu, daß General de Gaulle im Grunde seines Herzens sehr froh darüber ist, daß der „schwarze Peter" wegen der Verzögerung der Kennedy-Runde, soweit sie überhaupt auf die Nichtfestsetzung eines gemeinsamen europäischen Getreidepreises zurückzuführen sein sollte, den Deutschen zugeschoben ist.

[gez.] Klaiber

Abteilung I (I A 1), VS-Bd. 11

195

Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit dem amerikanischen Botschafter McGhee

Z A 5-95.A/64 geheim **13. Juli 1964**[1]

Der Herr Bundeskanzler empfing am 13. Juli 1964 um 16.00 Uhr in Anwesenheit von Herrn Bundesminister Dr. Westrick und Herrn Ministerialdirigent Dr. Osterheld den amerikanischen Botschafter McGhee zu einer Unterredung.

Einleitend ging der *Botschafter* noch einmal auf die Botschaft von Präsident Johnson an den Herrn Bundeskanzler[2] ein, über die er Herrn Bundesminister Westrick bereits am 11. Juli berichtet hatte.

Der Herr *Bundeskanzler* berichtete sodann über seine Eindrücke von dem

Fortsetzung Fußnote von Seite 810

Dok. 153, besonders Anm. 25.
Vgl. dazu weiter Dok. 207.

17 Das Stabilisierungsprogramm, das von Ministerpräsident Pompidou am 12. September 1963 auf einer Pressekonferenz vorgestellt wurde, sah eine Eindämmung der Inflation durch eine strengere Kreditpolitik, Senkung der Staatsausgaben und eine erhöhte Besteuerung „der übermäßigen oder anomalen Gewinne, besonders auf dem Gebiet der Boden- und Immobilienspekulation", vor. Darüber hinaus waren Maßnahmen zur Förderung des Arbeitsmarktes sowie eine stärkere staatliche Kontrolle der Preise für Dienstleistungen und Industrieprodukte vorgesehen. Vgl. dazu AdG 1963, S. 10792.

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Weber am 15. Juli 1964 gefertigt.

2 Zur Mitteilung des Präsidenten Johnson erklärte Bundeskanzler Erhard am 12. Juli 1964 vor der Landesversammlung der CSU in München: „Er sagt, daß das Bündnis der freien Völker des Westens nicht fest und stark genug sein kann, um den Stürmen zu trotzen, die sich hinter dem Horizont verbergen. Diese unsere Welt ist zu klein, und die Gefahren sind zu groß, als daß sie von einem oder von einer kleinen Zahl von Völkern bewältigt werden könnten." Vgl. BULLETIN 1964, S. 1067.

Parteitag der CSU in München[3] und zog eine Parallele zwischen der geistigen, sittlichen, ideologischen, nationalen Einstellung, die dort zum Ausdruck gekommen sei, und den Ideen und Vorstellungen von Herrn Goldwater. Beides speise sich aus der gleichen Wurzel. Präsident Johnson habe ihm gesagt, um Goldwater sammelten sich alle diejenigen, die mit irgend etwas nicht zufrieden seien.[4]

Auf die Diskussion über die europäische politische Union eingehend bemerkte der Herr Bundeskanzler, er habe in München gesagt, wer immer sich zu einer europäischen politischen Union zusammenschließe, könne über Fragen der Verteidigung und Außenpolitik nicht sprechen, solange man nicht wisse, wie es um die NATO, um die MLF und andere entscheidende Fragen stehe. Nur wenn man darüber Bescheid wisse, sei eine gemeinsame Verteidigungs- und Außenpolitik im Rahmen der NATO möglich. Dies sei die Haltung, die von der überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes unterstützt werde.

Der amerikanische *Botschafter* sagte, er habe mit Interesse den Vorschlag des Herrn Bundeskanzlers gehört, daß eine Gipfelkonferenz zusammentreten solle.[5]

Wie der Herr *Bundeskanzler* hierzu bemerkte, habe er den Ansatzpunkt schon in dem Gespräch mit de Gaulle[6] gelegt, als er von der Wahrscheinlichkeit gesprochen habe, daß de Gaulle nach den amerikanischen Wahlen[7] doch sicher mit Präsident Johnson zusammentreffen werde. Dabei müsse dann auch über die NATO gesprochen werden.

Bundesminister *Westrick* sagte, vielleicht sollte man bei dem Versuch einer Zusammenfassung einiger Länder nicht bis zu den amerikanischen Wahlen warten.

Der Herr *Bundeskanzler* wies darauf hin, daß in Frankreich bis zum September praktisch Ferien seien und nichts geschehen werde.

Auf die Botschaft des Präsidenten eingehend sagte der *Botschafter*, die Anregung Präsident Johnsons, daß sich die Regierungschefs der fünf von ihm genannten Staaten treffen sollten, habe zum Ziel, die Idee einer Partnerschaft weiter zu entwickeln, und könne parallel zu den Bemühungen um eine europäische Union laufen.

Wie der Herr *Bundeskanzler* bemerkte, müsse man unterscheiden, ob die fünf genannten Länder sich allgemein über Fragen der NATO unterhalten oder ein institutionelles Organ innerhalb der NATO bilden sollten.

[3] Vom 10. bis 12. Juli 1964 fand in München die Landesversammlung der CSU statt, zu deren Abschluß Bundeskanzler Erhard eine Grundsatzrede zur Europapolitik hielt. Für den Wortlaut vgl. BULLETIN 1964, S. 1061–1067.

[4] Zum Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit Präsident Johnson am 12. Juni 1964 in Washington vgl. Dok. 161, besonders Anm. 9.

[5] Bundeskanzler Erhard erklärte am 12. Juli 1964 vor der Landesversammlung der CSU in München, „es könnte eine gute Sache sein, wenn sich nach den britischen und den amerikanischen Wahlen die Regierungschefs bedeutender NATO-Länder einmal zusammensetzten, um sich hinsichtlich der Gestalt der NATO, ihrer Um- oder Neuorganisation und der materiellen Ausfüllung zu einigen". Vgl. BULLETIN 1964, S. 1065.

[6] Zum Gespräch vom 3. Juli 1964 vgl. Dok. 180.

[7] Die amerikanischen Präsidentschaftswahlen fanden am 3. November 1964 statt.

Der *Botschafter* antwortete, er sei nicht sicher, daß der Präsident selbst diese Frage sich schon beantwortet habe, doch habe die Idee eines Exekutivausschusses innerhalb der NATO oder eines sogenannten Direktoriums gewisse Vorteile, wenn ihr auch sicher einige Nachteile anhafteten. Wenn Italien ausdrücklich erwähnt worden sei, so deshalb, weil es im Augenblick in einer sehr schwachen Position sei[8], und man Italien mit einbeziehen müsse, wenn man es halten wolle.

Der Herr *Bundeskanzler* wies darauf hin, daß bei einer solchen Konferenz der Fünf, auf der allgemein über NATO-Fragen gesprochen werden könnte, die Amerikaner, wie er hoffe auch die Engländer, und unter allen Umständen die Italiener sich für eine Konstruktion der NATO aussprechen würden, die eine Integration vorsehe. Die Deutschen müßten dann auch deutlich zum Ausdruck bringen – und hierin bestehe keinerlei Meinungsverschiedenheit mit Adenauer –, daß dies allein die Position der deutschen Seite sein könne. Wenn dies einmal klar ausgesprochen sei, müßten auch die Franzosen Farbe bekennen, und damit sei diese Frage zunächst einmal ausgestanden.

Botschafter *McGhee* fragte nach den Vorstellungen, die der Herr Bundeskanzler hinsichtlich des zeitlichen Ablaufs der Dinge habe.

Der Herr *Bundeskanzler* erwiderte, er wäre dafür, wenn etwas Derartiges vor den Wahlen zustande kommen könne. Der jetzige Präsident könne nicht für einen Zeitpunkt, der nach den Wahlen liege, einladen, und außerdem dürfte dann auch bald das Treffen mit de Gaulle zustande kommen. Er denke nicht an irgend etwas Spektakuläres, vielmehr schwebe ihm eine Zusammenkunft vor, auf welcher man offen über die Dinge sprechen würde. Was die Haltung der sogenannten Gaullisten in Deutschland angehe, so habe er sie in München zwar distanziert, doch wäre es irrig anzunehmen, daß sie nun wehrlos am Boden lägen. Die Auseinandersetzung[9] würde weitergehen.

Wie der *Botschafter* bemerkte, könne der Präsident vor den Wahlen keine Auslandsreise mehr unternehmen. Außerdem sei seine Position, wenn er erst einmal das Mandat der amerikanischen Bevölkerung erhalten habe, sehr viel besser.

Bundesminister *Westrick* schlug vor, daß der amerikanische Präsident die Konferenz inzwischen schon vorbereiten könnte. Wenn man bis zu den Wahlen warte, dann würden sicher noch Wochen vergehen, bis nach den Wahlen die ersten vorbereitenden Arbeiten aufgenommen würden.

Der Herr *Bundeskanzler* schloß sich diesem Vorschlag an und sagte, der Präsident könne bald nach seiner Wahl damit herauskommen.

Bundesminister *Westrick* erklärte weiter, eine Konferenz zwischen dem Herrn Bundeskanzler und Präsident Johnson und Präsident de Gaulle wäre sicher begrüßenswert, und wenn Italien und Großbritannien dabei wären, so wäre dies nur um so besser.

Der *amerikanische Botschafter* sagte, er rechne damit, daß nach den Wahlen

[8] Zur Lage in Italien vgl. Dok. 180, Anm. 8.

[9] Zur Auseinandersetzung innerhalb der CDU/CSU über die Europapolitik der Bundesregierung vgl. Dok. 194, Anm. 1.

Präsident Johnson nach Europa kommen werde, was ihm vor den Wahlen nicht möglich sei, und daß dann konkret an ein solches Treffen gedacht werden könne.

Der Botschafter fragte sodann, ob der Herr Bundeskanzler schon klare Vorstellungen über die Vorschläge habe, die er de Gaulle unterbreiten wolle.

Der Herr *Bundeskanzler* erklärte, von neuen Vorschlägen im eigentlichen Sinn des Wortes könne nicht die Rede sein. Er habe in München darauf hingewiesen, daß die Bundesregierung alle Bemühungen unternommen habe, um zu einem Übereinkommen unter den Sechs zu gelangen. Die Deutschen dächten aber nicht daran, einen Plan für die europäische politische Union nun vorzulegen. Die anderen täten so, als ob nur die Deutschen die Verantwortung für das bisherige Scheitern der Pläne hätten. De Gaulle müsse in den Verhandlungen auch mit am Tisch vertreten sein, und die deutschen Vorschläge würden sich auf die Methoden und die Technik der Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich beziehen. An eine Ausweitung oder Intensivierung des Vertrags[10] sei dabei nicht gedacht.

Was in München gespielt werde, sei sehr klar. Man sage, die Sechs sollten erneut aufgefordert werden, eine politische Union zu bilden.[11] Dabei rechne man aber von Anfang an mit einer Absage der Italiener und der Niederländer, wogegen die Luxemburger vielleicht mitgehen würden. Was die Belgier angehe, so sei er selbst nicht ganz sicher. Nach dem Fehlschlag eines erneuten Anlaufes könne man dann mit um so größerem Nachdruck argumentieren, nunmehr müßten Deutschland, Frankreich und Luxemburg eine politische Union bilden. Die Gaullisten wollten nur die Verbindungen zwischen Frankreich und Deutschland noch enger gestalten.

Wie Herr Bundesminister *Dr. Westrick* bemerkte, sei kein Vorschlag denkbar, der einerseits de Gaulle gefalle, andererseits den lebenswichtigen Interessen Deutschlands Rechnung trage.

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte ergänzend, es gehe de Gaulle nur darum, die Deutschen von Amerika zu lösen und in ihrer Politik unselbständig zu machen. Die Ziele de Gaulles und seiner Anhänger in Deutschland seien unvereinbar mit der Aufrechterhaltung enger freundschaftlicher Beziehungen zu den Vereinigten Staaten.

Der *Botschafter* sagte, die amerikanische Regierung wisse die deutsche Haltung zu würdigen, denn wenn Europa nur auf der Grundlage Deutschland–Frankreich aufgebaut würde, so komme dies einem Versuch de Gaulles gleich,

[10] Für den Wortlaut des deutsch-französischen Vertrags vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 706–710.

[11] Der Vorsitzende der CSU, Strauß, forderte in seiner Ansprache zur Eröffnung der Landesversammlung seiner Partei am 10. Juli 1964 in München, die EWG-Staaten sollten „eine politische Union eingehen in Gestalt einer Konföderation" und zu diesem Zweck einen Europäischen Rat der Staats- und Regierungschefs, ein Generalsekretariat und eine politische Kommission bilden. Dabei solle „kein Zweifel gelassen werden, daß die Weigerung des einen oder anderen Landes nicht zu einem Verzicht auf den Gesamtplan bei den anderen führen würde". Vgl. CSU-LANDESVERSAMMLUNG MÜNCHEN 1964, hrsg. vom Generalsekretariat der Christlich-Sozialen Union in Bayern, [München 1964], S. 22f.

die Politik dieser Union zu kontrollieren und die Amerikaner aus Europa hinauszudrängen.

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte, er habe in München ausdrücklich gesagt, je enger der Kreis der Länder sei, die eine politische Union bildeten, desto größer sei die Sorge aller anderen Länder vor einer deutsch-französischen Hegemonie, die niemand wolle. Deshalb sei ein solches Unterfangen von Anfang an hoffnungslos. Wenn andererseits alle EWG- und alle EFTA-Länder zusammenträten, um eine gemeinsame politische Plattform zu finden, dann könnte sich hieraus ein realistischerer Plan ergeben. Je geringer aber die Zahl der beteiligten Länder sei, desto unmöglicher sei ein solches Vorhaben.

Der *Botschafter* fragte sodann, ob der Herr Bundeskanzler daran denke, eine Initiative von sich aus zu ergreifen und Einladungen an die anderen ergehen zu lassen.

Der Herr *Bundeskanzler* antwortete, bei de Gaulle könne man nicht mit Zustimmung rechnen, wenn man nach den britischen Wahlen[12] die Verhandlungen über den Beitritt der Engländer aufnehmen wolle. Außerdem wisse man gar nicht, ob die Engländer selbst dann noch am Beitritt zum Gemeinsamen Markt interessiert seien. Wenn man aber die Gespräche von der EWG fernhalte und sich nur darum bemühe, Europa ein stärkeres politisches Profil zu geben, ohne eine unmittelbare Verbindung zur EWG herzustellen, dann wären die Engländer und andere Länder vielleicht aufgeschlossener.

Der *Botschafter* erwähnte sodann, daß er mit Bundeskanzler Adenauer zusammengetroffen sei.

Der Herr *Bundeskanzler* ging auf die Vorstellungen von Dr. Adenauer[13] ein und sagte, er denke auch noch daran, Länder wie Spanien und Portugal einzuladen. Das würde in der Praxis bedeuten, daß außer den Deutschen und Franzosen wahrscheinlich nur die Spanier und Portugiesen in einer politischen Union wären. Mit den beiden Diktatoren Europas[14] würde man sich dann in angenehmer und guter Gesellschaft befinden. Was die Vorstellungen und die Möglichkeit einer Zusammenarbeit mit Dr. Adenauer bei der Verwirklichung einer europäischen politischen Union angehe, so sei er mehr als skeptisch. In seinem Gespräch mit ihm habe Adenauer nur einen Gedanken aufgegriffen. Er selbst (Bundeskanzler) habe darauf hingewiesen, daß nach den bisherigen Vorstellungen der Kreis der Länder, welche eine politische Union bildeten, mit dem Kreis der EWG-Länder identisch sein müsse. Er selbst frage sich, ob dies unbedingt so sein müsse und ob eine politische Union nicht auch mit an-

[12] Die Wahlen zum britischen Unterhaus fanden am 15. Oktober 1964 statt.

[13] Zu den Vorstellungen des ehemaligen Bundeskanzlers Adenauer hinsichtlich einer Initiative für eine europäische politische Union vgl. Dok. 184.
Vgl. auch seine Rede vor dem Industrieklub und dem deutsch-französischen Kreis am 23. Juni 1964 in Düsseldorf; Konrad ADENAUER, Reden 1917–1967. Eine Auswahl, hrsg. von Hans-Peter Schwarz, Stuttgart 1975, S. 459–470. Die Rede wurde in gekürzter Fassung als Zeitungsbeitrag veröffentlicht. Vgl. den Artikel „Mit der Politischen Union endlich anfangen!"; RHEINISCHER MERKUR, Nr. 27 vom 3. Juli 1964, S. 4.

[14] Francisco Franco y Bahamonde, Antonio de Oliveira Salazar.

deren Ländern gebildet werden könne, wobei er zum Beispiel auch an die skandinavischen Länder denke.[15]

Wie Bundesminister *Westrick* erklärte, habe er vor einigen Tagen auch mit Dr. Adenauer gesprochen, und als er ihm gesagt habe, die Vereinigten Staaten, Frankreich, Deutschland und Großbritannien sollten zusammen marschieren, habe er ihm auf die Schulter geklopft und gesagt, dies sei genau das, was er sich vorstelle. Er habe den Eindruck, daß Dr. Adenauer selbst in seinen Ansichten etwas unsicher sei.

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte, einige ganz Verrückte in München hätten sogar vorgeschlagen, daß Polen und die Tschechoslowakei mit einbezogen werden sollten. Mit Staatshandelsländern eine derartige Union zu bilden sei völlig ausgeschlossen und wäre etwa so, wie wenn die Vereinigten Staaten mit China eine gemeinsame Handelspolitik betreiben wollten.

Der *Botschafter* ging sodann etwas auf sein Gespräch mit Dr. Adenauer ein und sagte, er würde es gerne sehen, wenn Einladungen an möglichst viele Länder ergingen. Der Frage, was geschehe, wenn die Antworten negativ ausfielen, gehe er aus dem Weg, indem er behaupte, die anderen Länder würden sich einer solchen Einladung nicht entziehen.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, Dr. Adenauer habe doch selbst fünfzehn Jahre lang Außenpolitik gemacht und sollte daher besser Bescheid wissen. Von seinem Standpunkt aus sei es sicher klug gedacht, wenn man zunächst den Eindruck erwecke, als ob man alle umarmen wolle, und dann zum Schluß nur die Deutschen und die Franzosen übrig blieben, was Dr. Adenauer von jeher am Herzen gelegen sei. Irgend etwas Neues sei ohnehin überflüssig, da der deutsch-französische Vertrag die gleichen Elemente enthalte, wie sie im Fouchet-Plan[16] und in früheren Konzeptionen einer politischen Union enthalten gewesen seien.

Der *Botschafter* erwähnte, er habe Dr. Adenauer gesagt, die Vereinigten Staaten könnten selbstverständlich nicht bestimmen, wie die europäische politische Union zu bilden sei. Diese Angelegenheit müßte von den Europäern selbst geregelt werden. Nach amerikanischer Auffassung müsse es sich aber um ein großes Europa handeln, und man könne sich nicht vorstellen, daß nur zwei Länder die Grundlage abgeben könnten. Außerdem müßte ein solches großes Europa Bestandteil der atlantischen Partnerschaft sein, da sonst keinerlei Hoffnungen für die NATO und eine Verteidigung Europas bestünden. Schließlich müßte ein solches großes Europa nicht nach innen gekehrt und auf sich selbst konzentriert, sondern weltoffen sein. Dem habe Dr. Adenauer zugestimmt. Seine Gedanken kreisten aber vorwiegend um das deutsch-französische Verhältnis, und er wolle offensichtlich die deutsch-französischen Beziehungen und Bande so permanent wie möglich gestalten, da er befürchte, die sich jetzt bietende Gelegenheit werde verpaßt.

[15] Diesen Gedanken äußerte Bundeskanzler Erhard bereits im Gespräch mit Staatspräsident de Gaulle am 4. Juli 1964 in Bonn. Vgl. Dok. 187.

[16] Zu den von Frankreich initiierten Fouchet-Plänen vom 2. November 1961 bzw. 18. Januar 1962 vgl. Dok. 7, Anm. 10.

Nach den Worten des Herrn Bundeskanzlers gehe es im Grunde darum, daß de Gaulle eine Rolle als Machtfaktor spielen wolle, wozu er aber die Deutschen brauche. Ein Zusammengehen mit Frankreich würde aber bedeuten, daß man die Politik de Gaulles unterstützen müsse.

Abschließend übergab der amerikanische Botschafter ein Aide-mémoire, in welchem die amerikanische Regierung ihre Besorgnis über angeblich geplante Erhöhungen der internen EWG-Präferenzen für landwirtschaftliche Erzeugnisse ausdrückt.[17]

Wie Bundesminister Dr. *Westrick* sagte, sei auch hier eine Lösung nur schwer vorstellbar, die gleichzeitig die französischen Wünsche und die deutschen Bedürfnisse erfülle. Vertraulich könne er sagen, die Bauern stellten eine solche politische Kraft dar, daß es nicht möglich sei, diejenige Lösung zu verwirklichen, die, rein wirtschaftlich gesehen, die vernünftigste wäre.

Das Gespräch endete gegen 16.45 Uhr.

Bundeskanzleramt, AZ: 21-301 00 (56), Bd. 10

196

Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem amerikanischen Botschafter McGhee

Z A 5-96.A/64 VS-vertraulich **14. Juli 1964**[1]

Der Herr Bundesminister des Auswärtigen empfing am 14. Juli 1964 um 9.00 Uhr den amerikanischen Botschafter, Herrn McGhee.

Der *Botschafter* überreichte dem Herrn Minister zunächst den Text eines Aide-mémoires, das er am Vortage bereits dem Bundeskanzleramt überreicht habe[2] und in welchem die amerikanische Regierung ihrer Sorge über eine angeblich geplante Erhöhung der internen EWG-Präferenzen für landwirtschaftliche Produkte Ausdruck verleihe. Die amerikanische Regierung sehe diese Angelegenheit als sehr ernst an, da sie unerfreuliche Rückwirkungen auf die Verhandlungen der Kennedy-Runde haben könnte. Ein solcher Schritt würde nur die bereits bestehenden Schwierigkeiten vermehren. Er gehe davon aus, daß die deutsche Seite hier einem gewissen Druck seitens der Franzosen ausgesetzt werde. Solche Maßnahmen würden eine weitere Diskriminierung gegenüber den Vereinigten Staaten darstellen.

[17] Vgl. Referat III A 2, Bd. 72.

[1] Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Weber am 15. Juli 1964 gefertigt.
Hat Bundesminister Schröder am 16. Juli 1964 vorgelegen.

[2] Vgl. dazu Dok. 195, besonders Anm. 17.

Der Botschafter ging dann auf die Situation auf Zypern ein, hinsichtlich derer die amerikanische Regierung ernste Sorge habe. Nach ihren Informationen zögen sowohl die Türken wie auch die Griechen Truppen auf der Insel zusammen, wobei es den Griechen in erster Linie darum gehe, mit ihrer Truppenmassierung eine mögliche türkische Invasion abzuwehren. Er dankte der Bundesregierung dafür, daß sie einer Sondersitzung des NATO-Rats über die Zypern-Frage zugestimmt habe[3], die zu einer Reduzierung der beiderseitigen Truppen führen solle.

Wie der Botschafter weiter bemerkte, habe er vor einiger Zeit dem Herrn Bundeskanzler eine Liste von Unterstützungswünschen überreicht, welche die südvietnamesische Regierung an die Regierung der Vereinigten Staaten gerichtet habe.[4] Darunter befänden sich manche Projekte, welche die Bundesregierung möglicherweise übernehmen könnte. Er fragte den Herrn Minister, ob er Gelegenheit gehabt habe, in jüngster Zeit mit dem vietnamesischen Botschafter[5] hierüber zu sprechen.

Der Herr *Bundesminister* verneinte diese Frage.

Der *Botschafter* wies auch auf die Schwierigkeiten hin, welche die amerikanische Regierung im Kongreß habe, wo sie immer wieder gefragt werde, welche anderen Staaten außer den USA sich an einer Hilfe für Südvietnam beteiligten.

Der Botschafter erkundigte sich sodann nach der weiteren Entwicklung der Europa-Politik.

Der Herr *Bundesminister* sagte zunächst, die Verwirrung sei so komplett wie möglich. Zunächst bestehe Verwirrung über die Vorschläge, die Frankreich unterbreitet werden sollen. Der Herr Bundeskanzler gehe davon aus, daß im Rahmen der deutsch-französischen Institutionen die Möglichkeiten erörtert werden sollten, ob und[6] welche Vorschläge den übrigen vier Staaten oder noch weiteren Staaten gemacht werden könnten. De Gaulle habe sich auch damit einverstanden erklärt, solche Vorschläge zu prüfen.[7] Die öffentliche Diskussion andererseits laufe aber so, als ob sich die deutsche Seite bereit erklärt habe, nicht nur verfahrenstechnische Vorschläge, sondern neue konkrete An-

[3] Vgl. dazu den Drahterlaß des Staatssekretärs Carstens vom 10. Juli 1964 an Botschafter Grewe, Paris (NATO); Abteilung I (I A 4), VS-Bd. 48; B 150, Aktenkopien 1964.
In der Sondersitzung des Ständigen NATO-Rats am 14. Juli 1964 in Paris nahmen die Vertreter der Türkei und Griechenlands zur Entsendung militärischen Materials und Personals durch ihre Staaten nach Zypern Stellung. Während ihre Antworten ausweichend blieben, wurden von amerikanischer, britischer, kanadischer und dänischer Seite Angaben gemacht, nach denen innerhalb weniger Wochen die türkischen Truppen auf Zypern um knapp 1000, die griechischen sogar um 4000 bis 6000 Soldaten erhöht worden seien. Auch seien schwere Waffen auf die Insel gebracht worden. Für den Drahtbericht des Botschaftsrats I. Klasse Sahm, Paris (NATO), vgl. Abteilung I (I A 4), VS-Bd. 163; B 150, Aktenkopien 1964.
Zur Zypern-Frage vgl. weiter Dok. 235.

[4] Vgl. dazu Dok. 189.

[5] Nguyen Qui Anh.

[6] Die Wörter „ob und" wurden von Bundesminister Schröder handschriftlich eingefügt.

[7] Die Frage intensivierter Konsultationen über eine europäische politische Zusammenarbeit war ein wesentlicher Gegenstand der deutsch-französischen Regierungsbesprechungen am 3./4. Juli 1964 in Bonn. Vgl. dazu besonders Dok. 187 und Dok. 188.

regungen für eine europäische politische Union zu unterbreiten. Man müsse unterscheiden zwischen dem, was die Franzosen tatsächlich wollten, und dem, was man jetzt richtigerweise zu tun habe. Die Franzosen hätten es ganz klar gemacht, daß sie sich von neuen Schritten zur Schaffung einer politischen europäischen Union nichts versprächen. Sie seien nur an einer Weiterentwicklung der deutsch-französischen Zusammenarbeit interessiert. Was sie sich darunter vorstellten, sei bekannt. Er nehme an, daß der Botschafter über die diesbezüglichen Gespräche von Staatssekretär Carstens, Minister Westrick und vom Herrn Bundeskanzler selbst informiert worden sei.

Die Franzosen sagten, man solle keine amerikanische Außenpolitik, sondern eine europäische Außenpolitik führen. Das heiße aber, man solle ihre französische Außenpolitik unterstützen. Es sei nicht die Absicht der Bundesregierung, von ihrer bisherigen Linie abzugehen, was insbesondere für Verteidigungsfragen gelte. Die Franzosen hätten deutlich zu erkennen gegeben, zumindest de Gaulle, daß sie keine integrierte NATO wollten, im Gegenteil, sie versuchten, sich aus der Integration zurückzuziehen.[8] Außerdem seien sie nicht für die MLF. Sie wollten zwar am Bündnis der NATO als solchem festhalten und betonten immer wieder, daß sie keine gegen die Vereinigten Staaten gerichtete Politik führen wollten. Was ihnen vorschwebe, sei eine sogenannte unabhängige Außenpolitik.

Die deutsche Seite sehe sich nunmehr der Frage gegenüber, was sie tun könne und welche Verfahrensvorschläge im Rahmen der deutsch-französischen Institutionen vorgelegt werden könnten. Darüber sei man sich noch nicht im klaren, und er glaube auch nicht, daß dieser Frage allzu große Bedeutung zukomme. In der öffentlichen Diskussion, in die sich seit dem Vortag auch die SPD eingeschaltet habe[9] und die sich in erster Linie in den Parteigremien abspiele, werde aber gesagt, die deutsche Seite sollte Vorschläge für eine politische Union unterbreiten. Das bringe nun möglicherweise die Bundesregierung dazu, tatsächlich solche Vorschläge einzubringen[10], sei es öffentlich, sei es den Franzosen gegenüber, die dann ein Gemisch aus Elementen des Fouchet- und des Monnet-Planes[11] seien, ohne daß er sich davon große Aussichten auf Fortschritte erhoffe. Er sei sich allerdings darüber im klaren, daß diese

[8] Zur französischen Haltung gegenüber der NATO vgl. zuletzt Dok. 181 und Dok. 182.

[9] Der Parteivorstand der SPD ließ am 13. Juli 1964 zu der Auseinandersetzung innerhalb der CDU/CSU um die Europapolitik der Bundesregierung verlauten, eine weitere Desintegration der NATO dürfe nicht hingenommen werden. Die SPD lehne eine deutsch-französische Union ab und befürworte als Bindeglied zwischen der EWG und den USA die Einrichtung eines gemeinsamen Ausschusses. Vgl. dazu FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 160 vom 14. Juli 1964, S. 1.

[10] Zur Europa-Initiative der Bundesregierung vgl. weiter Dok. 266.

[11] Das von Jean Monnet geleitete „Aktionskomitee für die Vereinigten Staaten von Europa" verabschiedete am 1. Juni 1964 anläßlich einer Tagung in Bonn eine Erklärung, in der insbesondere die Aufnahme Großbritanniens in die Europäischen Gemeinschaften, eine engere Zusammenarbeit mit den neutralen Staaten in Europa sowie die „schrittweise Verwirklichung einer Partnerschaft zwischen dem Vereinten Europa und den Vereinigten Staaten von Amerika auf der Grundlage der Gleichberechtigung" gefordert wurde. Vgl. EUROPÄISCHE POLITISCHE EINIGUNG, S. 253–259. Vgl. auch MONNET, Mémoires, S. 563 f. Zur politischen Wertung vgl. die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Stempel vom 2. Juli 1964; Referat I A 2, Bd. 883.
Zu den von Frankreich initiierten Fouchet-Plänen vom 2. November 1961 bzw. 18. Januar 1962 vgl. Dok. 7, Anm. 10.

Forderungen nach deutschen Vorschlägen nur gestellt würden, um nach deren Ablehnung durch andere Länder um so mehr für ein möglichst enges Zusammengehen zwischen der Bundesrepublik und Frankreich einzutreten. Dabei gebe es verschiedene Gruppen. Er wolle nicht bestreiten, daß gewisse Kreise von ehrlichen und guten Absichten bestimmt seien, während andere diese Forderung nur aus taktischen Gründen aufstellten. Die Vorstellungen der zweiten Gruppe seien zum Teil nicht sehr genau. Die Bundesregierung weise immer wieder darauf hin, daß alle Institutionen für eine enge Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich bereits bestünden, da in dem deutsch-französischen Vertrag[12] das sogenannte Fouchet-Schema schon eine Realität geworden sei. Die Schwierigkeiten lägen aber in den politischen Differenzen, die zwischen Frankreich und Deutschland in der NATO-Frage und einer Reihe anderer Probleme bestünden.

Der *Botschafter* bemerkte, daß es der französischen Propaganda gelungen sei, die deutsche Seite als unloyal in der Durchführung des Vertrages hinzustellen.

Der Herr *Bundesminister* bezeichnete dies als leider richtig. In Zusammenarbeit mit gewissen Kreisen in Deutschland behaupteten die Franzosen, die Bundesregierung erfülle nicht den deutsch-französischen Vertrag. In Wirklichkeit gehe es aber darum, daß die Bundesregierung gewisse Ziele der Franzosen nicht unterstützen könne und auch nicht unterstützen werde.

Der *Botschafter* bemerkte, die französische Politik habe sich seit Unterzeichnung des Vertrages verschiedentlich gewandelt, ohne daß die Deutschen darüber konsultiert worden wären. Demnach hätten die Deutschen ein stichhaltiges Argument, um ihrerseits den Franzosen vorzuwerfen, daß sie den Vertrag nicht eingehalten hätten.[13]

Wie der Herr *Bundesminister* bemerkte, sei dieses Argument zum Teil richtig, doch sei die tiefgreifende französische Entscheidung, gegen den Beitritt Großbritanniens zum Gemeinsamen Markt zu stimmen, bereits am 14. Januar 1963 bekannt gewesen[14], wogegen der Vertrag am 22. Januar unterzeichnet worden sei. Es treffe allerdings zu, was den Abzug französischer Streitkräfte aus der NATO und die Anerkennung Rotchinas angehe.[15] Was die MLF und die Inte-

[12] Für den Wortlaut des deutsch-französischen Vertrags vom 22. Januar 1963 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 706–710.

[13] Der Passus „die französische Politik ... nicht eingehalten hätten" wurde von Bundesminister Schröder hervorgehoben. Dazu handschriftliche Bemerkung: „EWG/GB, Vietnam, Rotchina, Desintegration".

[14] Zur Pressekonferenz vom 14. Januar 1963, auf der der französische Staatspräsident gegen den geplanten Beitritt Großbritanniens zur EWG Stellung bezog, vgl. Dok. 20, Anm. 6.

[15] Am 22. April 1964 wurde die Botschaft in Paris über die Anordnung des Staatspräsidenten de Gaulle informiert, die französischen Offiziere aus den NATO-Marinestäben zurückzuziehen. Die offizielle Unterrichtung der übrigen NATO-Staaten erfolgte erst fünf Tage später. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Referats II 7 vom 5. Juni 1964; B 150, Aktenkopien 1964. Vgl. auch Dok. 117, besonders Anm. 3.
Zur unterbliebenen Konsultation der Bundesregierung vor der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Frankreich und der Volksrepublik China am 27. Januar 1964 vgl. Dok. 11, Anm. 7. Vgl. auch Dok. 44.

gration der NATO betreffe, so sei auch hier bereits vor Unterzeichnung des Vertrages die französische Haltung klar gewesen. Dies sei auch der Grund dafür gewesen, daß der Bundestag einstimmig die Präambel zum Ratifizierungsgesetz[16] angenommen habe. Dies schienen aber einige Leute vergessen zu haben.

Der *Botschafter* vertrat die Auffassung, daß der Herr Bundeskanzler am vergangenen Sonntag einen Sieg errungen habe.[17] Er befürchte, daß sich die Opposition innerhalb der Christlichen Demokraten übernommen habe, und daß sie ihren Vorstoß während der Abwesenheit des Bundeskanzlers gemacht hätten[18], habe sich gegen sie ausgewirkt.

Der Herr *Bundesminister* betonte, daß die Bundesregierung eine sehr klare Position eingenommen habe, innerhalb der Partei werde allerdings die Verwirrung noch eine Zeitlang bestehen. Er sei sich außerdem darüber im klaren, daß man permanentem französischem Druck und permanentem französischem Propagandadruck ausgesetzt sein werde. Diejenigen, die an die Richtigkeit der französischen Haltung und Politik glaubten, würden in ihren Bemühungen sicher nicht nachlassen. Dann gebe es überall in Europa diejenigen Kreise, die versuchten, antiamerikanische Gefühle zu stimulieren.

Nach künftigen Aktionen Dr. Adenauers befragt, erklärte der Herr Minister, es sei schwierig, hier etwas vorauszusagen, doch glaube er, Dr. Adenauer würde es vorziehen, einen stillen Einfluß auf die Regierung auszuüben, um sie zu einer engeren deutsch-französischen Zusammenarbeit zu bewegen. Er wisse aber genau, wo die Schwierigkeiten auf militärischem Felde lägen, und was diese Frage angehe, so habe er immer auf die Amerikaner gesetzt.

Nach der vom Herrn Bundeskanzler in seiner Münchner Rede angedeuteten Initiative befragt, sagte der Herr Minister, es liege noch nichts Konkretes vor. Seine These sei die, daß man die Zusammenarbeit innerhalb der EWG fortsetzen, die Zusammenlegung der drei Exekutiven[19] durchführen und dann auf die britischen Wahlen[20] warten sollte. In der Zwischenzeit sollte man sich darum bemühen, eine gute europäische Atmosphäre zu schaffen und die Kennedy-

[16] Für den Wortlaut der Präambel im Ratifizierungsgesetz vom 15. Juni 1963 zum deutsch-französischen Vertrag vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 705.

[17] Für den Wortlaut der Rede des Bundeskanzlers Erhard vor der Landesversammlung der CSU am 12. Juli 1964 in München vgl. BULLETIN 1964, S. 1061–1067.

[18] Bundeskanzler Erhard hielt sich am 8./9. Juli 1964 in Begleitung der Bundesminister Schröder und Westrick zu einem Staatsbesuch in Dänemark auf. Während seiner Abwesenheit trafen sich die Vorsitzenden der CDU und der CSU, Adenauer und Strauß, am 8. Juli 1964 in Bonn zu einer Unterredung, nach der sie öffentlich für eine baldige Europa-Initiative der Bundesregierung und – sollte sie nicht die Zustimmung aller EWG-Staaten finden – für deren vorgreifende Umsetzung durch Frankreich und die Bundesrepublik eintraten. Für das Kommuniqué über die Gespräche des Bundeskanzlers Erhard mit Ministerpräsident Krag und weiteren Mitgliedern der dänischen Regierung vgl. BULLETIN 1964, S. 1029 f. Zur Initiative von Strauß und Adenauer vgl. den Artikel „Adenauer und Strauß dringen auf Vorschläge an Frankreich"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 156 vom 9. Juli 1964, S. 1.

[19] Zur Fusion der Exekutiven der drei Gemeinschaften vgl. Dok. 22, Anm. 5, sowie zuletzt Dok. 59. Vgl. dazu weiter Dok. 216.

[20] Die Wahlen zum britischen Unterhaus fanden am 15. Oktober 1964 statt.

Runde[21] zu einem erfolgreichen Abschluß zu bringen. Dann könnte man möglicherweise an eine neue Initiative denken.[22]

Die Unterredung endete gegen 9.30 Uhr.

Ministerbüro, VS-Bd. 8512

197

Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem belgischen Außenminister Spaak

Z A 5-94.A/64 geheim **14. Juli 1964**[1]

Der Herr Bundesminister des Auswärtigen empfing am 14. Juli 1964 um 11.20 Uhr den belgischen Außenminister Spaak zu einem Gespräch.

Zu der Möglichkeit der Ausarbeitung eines neuen Projekts[2] erklärte der Herr *Minister*, es stelle sich die Frage, welchen Inhalt ein solches Projekt haben soll, wie es ausgearbeitet werden, wer es vorlegen solle, sowie die Frage des Zeitpunkts und des Verfahrens. Die entscheidende Frage sei natürlich der Inhalt, d.h., ob etwas gefunden werden könne, worüber die Sechs einig sein könnten. Er sei nicht sicher, daß sich Frankreich heute noch auf den letzten Stand des zweiten Fouchet-Planes[3] festlegen lasse.

Außenminister *Spaak* wies darauf hin, daß er es für absolut notwendig halte, jetzt etwas zu tun. Die europäische Idee verliere an Anziehungskraft, wenn keine weiteren Fortschritte erzielt würden. Darüber hinaus bestehe die Gefahr eines gesteigerten Nationalismus in den einzelnen Ländern. Er sei zu einem neuen Anlauf bereit. Er habe auch einige Gedanken, was man möglicherweise tun könne. Vor den britischen Wahlen[4] könne man jedoch nicht die Hoffnung haben, irgend etwas Offizielles zu unternehmen, da Holland sicher-

21 Zur Kennedy-Runde vgl. weiter Dok. 207.

22 Zur Frage einer neuen Initiative für die europäische politische Zusammenarbeit vgl. weiter Dok. 197 und Dok. 198.

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Kusterer am 15. Juli 1964 gefertigt.
Hat Bundesminister Schröder am 16. Juli 1964 vorgelegen, der handschriftlich für Staatssekretär Carstens verfügte: „Keine weitere Verbreitung – Geheimhaltung".

2 Zur Frage einer neuen Initiative für die europäische politische Zusammenarbeit vgl. zuletzt Dok. 196.

3 Zu den von Frankreich initiierten Fouchet-Plänen vom 2. November 1961 bzw. 18. Januar 1962 vgl. Dok. 7, Anm. 10.
Die zweite Fassung wurde als französischer Alternativvorschlag in den Vertragsentwurf für eine europäische politische Union aufgenommen, den die von den Regierungen der EWG-Staaten eingesetzte Kommission am 15. März 1962 verabschiedete. Vgl. dazu Dok. 193, Anm. 3.

4 Die Wahlen zum britischen Unterhaus fanden am 15. Oktober 1964 statt und führten zu einer Regierungsmehrheit für die Labour Party.

lich nicht mitmachen würde.[5] Dennoch könnte mit der Vorarbeit begonnen werden, damit im Oktober einige Gedanken schon fertig ausgearbeitet seien. Man werde dann sehen, welche Haltung Großbritannien einnehme, und bei Vorlage präziser Gedanken möglicherweise die Holländer zum Mitmachen bewegen. Die Vorbereitungsarbeit könne bilateral zwischen Belgien und Deutschland beispielsweise erfolgen, wobei natürlich Holland, Italien und Frankreich auf dem laufenden gehalten würden, sobald sich irgendwelche präzisen Gedanken herausgebildet hätten.

Der Herr *Minister* bezeichnete einen Gedankenaustausch als nützlich. Die deutsche Seite habe sich am Samstag vor einer Woche von den Franzosen mit der Bemerkung verabschiedet, daß im Rahmen der deutsch-französischen Konsultation ein Gespräch über ein möglicherweise vorzuschlagendes Verfahren stattfinden solle.[6] Dieses Gespräch habe noch nicht stattgefunden. Die beiden Probleme seien, ein richtiges Verfahren zu finden sowie den Inhalt eines akzeptablen Vorschlages festzustellen. Im Augenblick neige er dazu, zunächst[7] dieses Prozedurgespräch mit Frankreich durchzuführen. Unabhängig davon aber ließen sich bereits Gedanken für einen neuen Entwurf vorbereiten. Dabei seien möglichst zahlreiche bilaterale Kontakte wertvoll, mit Belgien, aber auch mit Italien, Holland und Luxemburg, da niemand es wagen würde, einen Entwurf vorzulegen, der dann von den anderen abgelehnt würde. Gerade Deutschland befinde sich in einer Situation, wo es die Ablehnung einer Initiative kaum ertragen könnte. Das sei die Rolle, in der sich auch der Bundeskanzler augenblicklich befinde. Seit seiner Amtsübernahme[8] habe er in zahlreichen Hauptstädten vorgefühlt und sei schließlich mit der Überzeugung zurückgekehrt, daß es im Augenblick nicht möglich sei, eine Einigung über einen konkreten Anfang zu finden.[9] Dem entspreche die sehr skeptische und negative Analyse der Franzosen, die der Auffassung seien, es sei nutzlos, etwas Gemeinsames mit den vier anderen zu versuchen. Natürlich würden die Franzosen einen Vorschlag, der ihnen gemacht würde, prüfen. Sie glaubten aber nicht, daß solche Vorschläge möglich seien, weil das britische Problem dann sofort eine Rolle spiele. Die französische Schlußfolgerung sei demzufolge, nur eine deutsch-französische Zusammenarbeit könne Impuls und Motor für eine weitere europäische Einigung darstellen. Die Situation sei für Deutschland, das ernstlich an einer größeren Union interessiert sei, sehr schwierig. Die Situation werde für Deutschland insofern erschwert, weil der Fehlschlag einer neuen Initiative in vielen Kreisen in Deutschland die Reaktion auslösen würde, man sollte nicht auf alle anderen warten, sondern mit der Zusammenarbeit mit Frankreich beginnen in der Hoffnung, daß dieser Kreis eines Tages ausgeweitet werden könnte. Diese Kreise sähen nicht, daß die Zusammenarbeit mit Frankreich praktisch schon den Punkt erreicht habe, der angesichts der konkreten politischen Schwierigkeiten überhaupt denkbar sei.

[5] Zur ablehnenden Haltung der niederländischen Regierung gegenüber einer neuen europapolitischen Initiative vgl. zuletzt Dok. 178.

[6] Vgl. dazu Dok. 188.

[7] Dieses Wort wurde von Bundesminister Schröder handschriftlich eingefügt.

[8] Nach dem Rücktritt von Konrad Adenauer am 15. Oktober 1963 wurde Ludwig Erhard am 16. Oktober 1963 zum Bundeskanzler gewählt.

[9] Vgl. dazu bereits Dok. 180, besonders Anm. 4.

Ein Fehlschlag einer neuen Initiative würde Deutschland psychologisch stärker in eine Lage zwingen, aus der keine Ergebnisse zu erwarten seien.

Außenminister *Spaak* teilte die Auffassung, daß ein erneuter Fehlschlag dem europäischen Gedanken abträglich wäre. Ganz offen gestanden sei er jedoch der Meinung, daß die deutsch-französische Zusammenarbeit bereits das höchstmögliche Maß erreicht habe, da in zwei wesentlichen Punkten (allgemeine Beziehungen zur angelsächsischen Welt und insbesondere Amerika sowie militärische Organisation der NATO) ein tiefgreifender Meinungsunterschied zwischen Deutschland und Frankreich bestehe. Er könne sich nicht vorstellen, wie man in der außenpolitischen und verteidigungspolitischen Zusammenarbeit sehr viel weiter kommen könnte. Er glaube nicht, daß Deutschland ein vereinigtes Europa im Auge habe, das sich von Amerika entferne. Auf dem Verteidigungssektor werde Deutschland auch nicht den von Couve de Murville im Haag vorgetragenen Gedanken einer extremen militärischen Desintegration[10] akzeptieren. Er halte es nicht für möglich, in Europa heute Fortschritte zu machen, indem Deutschland und Frankreich gemeinsam eine Initiative ausarbeiteten und den anderen vorschlügen. Die anderen Vier wären wegen dieser im voraus zustande gekommenen Allianz sehr beunruhigt. Er wolle natürlich kein deutsch-französisches Gespräch verhindern, doch meine er, daß ein solches Gespräch nicht auf diese beiden Länder beschränkt sein dürfe, sondern Deutschland bilateral auch feststellen müsse, ob die anderen zum Mitmachen bereit wären. Bei solchen Gesprächen müsse man natürlich in konkrete Einzelfragen eingehen. Er sei weniger skeptisch als die Franzosen, denn in der europäischen Bewegung habe es immer den Wechsel von Auf und Ab gegeben. Er habe den Eindruck, daß denkende Menschen heute von der Notwendigkeit, etwas zu tun, überzeugt seien, denn sonst würde auch die EWG selbst in Gefahr kommen. Der Gemeinschaftsgeist habe in den letzten Monaten nachgelassen, und eine zu lange Stagnation der europäischen Anstrengungen würde sich sogar auf die Wirtschaftsgemeinschaft negativ auswirken. So sehe seines Erachtens die deutsche Regierung die Frage, so sehe er sie selbst. Er werde sicherlich kaum Mühe haben, die Italiener und Luxemburger davon zu überzeugen. Natürlich bleibe immer noch das englische Problem, das vor allem in Holland besonders deutlich empfunden werde. Was die französische Skepsis anbelange, so wisse er nicht, wie er sie auslegen solle. Wenn Frankreich wirklich glaube, daß man nur auf dem Wege einer Einigung mit Deutschland Europa zu Fortschritten verhelfen könne, so täusche es sich. Wäre Frankreich aber selbst zu einer gemäßigten Anstrengung bereit, dann sei er schon viel weniger pessimistisch.

Der Herr *Minister* wies darauf hin, wenn es in der Substanz eine gemeinsame Außen- und Verteidigungspolitik gebe, wäre es relativ einfach, den organisatorischen Rahmen dafür zu finden. Die letzte Wurzel der augenblicklichen Schwierigkeiten liege darin, daß es keine gemeinsame Politik gebe. Dies sei nach dem letzten deutsch-französischen Gespräch besonders deutlich geworden. Die Frage sei nun, ob alle Beteiligten trotz dieser Tatsache bereit genug wären, gewisse organisatorische Schritte zu tun, gewisse Einrichtungen zu

[10] Zu den Ausführungen des französischen Außenministers auf der Sitzung des NATO-Ministerrats am 13. Mai 1964 in Den Haag vgl. Dok. 127.

schaffen, die den Rahmen bilden könnten für weitergehende Bemühungen um eine gemeinsame Politik. Dies gelte auch in gewissem Sinne für den Gemeinsamen Markt, der Diskussionsforum für alle Probleme sei, auch für jene, wo noch keine gemeinsame Politik erarbeitet worden sei. Er selbst ziehe daraus die Schlußfolgerung, daß auch die Einrichtung gewisser Institutionen einen Beitrag zu einer gemeinsamen Außen- und Verteidigungspolitik leisten könnte. Das Nichtbestehen einer gemeinsamen Politik dürfe nicht zu der Schlußfolgerung führen, daß man keine gemeinsamen Institutionen einrichten könne. Man dürfe sich andererseits nicht täuschen, daß die französische Neigung zu gemeinsamen Institutionen sehr gering sei, wenn sie nicht gleich Null sei. Dies sei die Hauptschwierigkeit. Trotzdem müsse man den Versuch machen und gewisse gemeinsame Institutionen vorschlagen, und vielleicht könnte die Bundesrepublik diejenige sein, die einen solchen Vorschlag machen könnte, wenn bilateral genügend Vorarbeit geleistet worden sei.[11] Endgültig wolle er sich dazu allerdings noch nicht äußern.

Außenminister *Spaak* erwiderte, er könne diese Dinge natürlich sehr schwer beurteilen. Es klinge nach einer Versteifung der französischen Politik. Befinde sich Frankreich heute diesseits des zweiten Fouchet-Planes, dann seien die Schwierigkeiten natürlich erheblich. Er verstehe andererseits nicht, wohin diese Politik Frankreich denn führe. Frankreich könne doch kaum annehmen, daß die deutsche Regierung ihre Amerika- und Verteidigungspolitik ändern werde. Könnte Frankreich diese Hoffnung haben, dann könnte es allerdings eine deutsch-französische Allianz erwarten. Nach Lage der Dinge sei dies aber doch praktisch unmöglich. Er halte es daher für richtig, die Franzosen zu einer klaren Aussage zu zwingen. Mache man einen vernünftigen und gemäßigten Vorschlag über die Schaffung einer neuen Etappe auf dem Wege der europäischen Organisation, dann könne Frankreich nur schwerlich nein sagen. Selbst de Gaulle und alle französischen Sprecher in den internationalen Organisationen hätten immer wieder erklärt, sie seien für eine neue Etappe auf dem Wege nach Europa. Würde man nun einen Vorschlag machen, über den sich Belgien, Deutschland, Holland, Italien und Luxemburg geeinigt hätten, dann könnte Frankreich nicht nein sagen. Habe sich Frankreich jedoch sogar von dem Fouchet-Plan zurückgezogen und wolle nur noch mit Deutschland zusammenarbeiten, dann veränderte sich natürlich die Situation vollständig.

Der Herr *Minister* bemerkte, er würde zwar nicht ganz so weit gehen, wie die letzte Schlußfolgerung von Außenminister Spaak, doch befürchte er, daß die französische Haltung im Verhältnis zur Haltung am 17. April 1962[12] negativer geworden sei und sich versteift habe. Damals habe es einen französischen Elan gegeben, der weitergegangen sei, als wozu Frankreich heute bereit sei. In Frankreich komme immer mehr der Unwille auf, weil nicht gelungen sei, was

[11] Zur Europa-Initiative der Bundesregierung vgl. weiter Dok. 198.

[12] Auf der Konferenz der EWG-Außenminister am 17. April 1962 in Paris erklärte sich der französische Außenminister zu Konzessionen bereit, die insbesondere die Fortentwicklung der Integration sowie das Verhältnis der geplanten europäischen Union zur NATO betrafen. Vgl. dazu die Aufzeichnung der „Arbeitsgruppe Europäische politische Zusammenarbeit" vom 10. September 1964; Ministerbüro, VS-Bd. 8426; B 150, Aktenkopien 1964. Vgl. dazu auch ADENAUER, Erinnerungen IV, S. 196; Maurice COUVE DE MURVILLE, Une politique étrangère, Paris 1971, S. 375 f.

Frankreich als eine europäische Politik betrachte. Der Ausgangspunkt sei heute also schlechter als im April 1962. Trotzdem glaube er, daß man alle mit einem neuen positiven Projekt für die Entwicklung einer Politischen Union konfrontieren müsse. Er wage natürlich keine Voraussage darüber, wie ein solcher Gedanke in Frankreich aufgenommen werden würde. Man dürfe sich aber nicht täuschen, daß die französische Haltung heute negativer geworden sei, und er sehe keine Möglichkeit, diese aufzulockern. Es habe in Deutschland gewisse Ideen gegeben, man könnte möglicherweise mit vier Ländern (Frankreich, Luxemburg, Belgien, Deutschland) anfangen, um so dem italienischen und holländischen Problem aus dem Weg zu gehen. Er halte diesen Gedanken jedoch nicht für fruchtbar. Da ein vorbereitender Ausschuß der Sechs (wie die Fouchet-Kommission[13]) heute nicht möglich sei, werde es notwendig werden, daß ein Partner einen Vorschlag mache, der natürlich zuvor mit den Beteiligten abgestimmt werden müsse. Die sei der einzig praktische Weg, den er sehe.

Außenminister *Spaak* erklärte, der Vorschlag, mit vier Ländern zu beginnen, sei seines Erachtens unrealistisch. Im übrigen verstehe er nicht, warum man Italien dabei ausschließe. Italien habe zwar unmittelbare Schwierigkeiten[14], sei jedoch noch nie so atlantisch gewesen wie heute. Die pro-britischen Erklärungen Italiens hinderten jenes Land seiner Ansicht nach nicht daran, mitzumachen. Offen bleibe das holländische Problem. Er werde seinen holländischen Kollegen wieder treffen und ihn von den neuen Elementen in Kenntnis setzen.[15] Auch wenn man vor Oktober noch nichts Definitives unternehmen könne, so könne man doch in der Zwischenzeit bereits vorankommen. Was das Verfahren anbelange, so sei Deutschland vielleicht wirklich der geeignetste Partner, um einen solchen Vorschlag zu machen. Man könne Deutschland sehr wohl auf diplomatischem Wege gewisse Ideen auf der Grundlage des Fouchet-Planes zukommen lassen. Wenn man von Frankreich natürlich überhaupt nichts erhalten könne, sei die Sache hoffnungslos. Trotzdem halte er es für möglich, zu akzeptablen Kompromißlösungen zu kommen. Er werde sich gestatten, seine Gedanken in einem Memorandum der Bundesregierung zukommen zu lassen.[16] Bei diesen Gedanken sei er ausgegangen von dem letzten Fouchet-Plan. Damals habe es drei Schwierigkeiten gegeben: die Treue zum Atlantischen Bündnis, die Notwendigkeit einer Formel, welche die Vollmachten der Europäischen Wirtschaftskommission nicht einschränke, und drittens die zukünftigen Perspektiven. Letzteren Punkt halte er für überaus wichtig. Diese Frage sei im April 1962 überhaupt nicht angeschnitten worden. Zum Atlantischen Bündnis hätten die Italiener eine Formel ausgearbeitet, die wohl

[13] Zum Fouchet- bzw. Cattani-Ausschuß vgl. Dok. 178, Anm. 4.

[14] Zur Lage in Italien vgl. Dok. 180, Anm. 8.

[15] Mit Drahtbericht vom 27. Juli 1964 informierte Botschafter Siegfried, Brüssel, über die Mitteilung des belgischen Außenministers, „daß er inzwischen vertraulich über die Notwendigkeit, nicht untätig zu bleiben, auch mit dem holländischen Außenminister Luns gesprochen hätte, der sich rezeptiv verhalten, aber nicht widersprochen habe". Vgl. Ministerbüro, VS-Bd. 8419; B 150, Aktenkopien 1964.

[16] Für das Memorandum des belgischen Außenministers vom 27. Juli 1964 vgl. Abteilung I (I A 1), VS-Bd. 131.

das Problem beigelegt hätte.[17] Dasselbe gelte für die Frage der Befugnisse der Kommission. Der Hauptpunkt sei daher die zukünftige Entwicklung. Er habe sich nun gedacht, man sollte nicht unmittelbar einen Vertrag abschließen, sondern nur ein nicht ratifizierungsbedürftiges provisorisches Abkommen, das zur Probe auf drei Jahre gelten sollte. Man könne dann den Text des Fouchet-Planes nehmen. Das wichtigste für ihn sei dabei der Artikel 9. Artikel 9 habe eine Politische Kommission vorgesehen, die aus Vertretern der einzelnen Länder zusammengesetzt sei.[18] Er frage nun, ob es nicht möglich wäre, anstatt einer solchen Politischen Kommission aus sechs nationalen Vertretern eine Kommission mit nur drei Vertretern zu haben, die von den sechs Ländern zu bestellen wären, erneuert werden müßten, damit jedes Land im Laufe dieser drei Jahre irgendwann einmal in dieser Politischen Kommission vertreten sei. Dies hätte den Vorteil, diesem Organ einen klaren Gemeinschaftscharakter zu geben. Für ihn wäre dies ein bedeutsamer Fortschritt. Darüber hinaus könnte die Befugnis der Parlamente gestärkt werden, denen man eine freie Diskussion aller in die Zuständigkeit dieses neuen Organs fallenden Fragen zubilligen müßte. Diese Kommission könnte unter anderem den Auftrag erhalten, einen endgültigen Vertrag auszuarbeiten, der nach drei Jahren zu schließen wäre. Damit wäre den Ländern, die an dem Experiment keinen Gefallen gefunden hätten, die Möglichkeit gegeben, sich zurückzuziehen.

Der Herr *Minister* bezeichnete diesen Gedanken als höchst interessant. Besonders die Idee eines probeweisen provisorischen Abkommens gefalle ihm. Er fragte dann, welcher Art die drei Mitglieder einer Politischen Kommission sein sollten, welchen Rang sie haben und welche Aufgaben sie wahrzunehmen hätten.

Außenminister *Spaak* erklärte zu dem provisorischen Charakter des Abkommens, daß er glaube, hiermit die holländischen Schwierigkeiten überwinden zu können, da man den Holländern sagen könnte: Machen wir einen Anfang, eine endgültige Regelung wird erst in drei Jahren getroffen. Bis dahin werde man dann auch sehen, was England wolle. Was die Zusammensetzung der Kommission aus drei Mitgliedern anbelange, so würde dies den Anfang des Gemeinschaftsgeistes darstellen. Man müsse dann im einzelnen sehen, wie durch Losentscheidung ausgewählt würde, welche Länder zunächst in der Kommission vertreten wären, und wie die Ablösung im Laufe der drei Jahre erfolgen könnte. Jedes Land, das durch Losentscheid zur Entsendung eines Mitglieds in die Politische Kommission berechtigt wäre, könnte natürlich den Vertreter entsenden, den es wolle. Die Aufgaben seien die in Artikel 9 des Fouchet-Planes vorgesehenen Aufgaben mit dem Zusatz, daß die Politische Kom-

[17] Der italienische Ergänzungsvorschlag für die Präambel im Vertragsentwurf für eine europäische politische Union lautete: „In dem Bewußtsein, daß die Sicherheit durch ein gemeinsames Vorgehen auf dem Gebiet der Verteidigung, das zur Verstärkung des Atlantikpakts beitragen wird, aufrechterhalten werden muß". Vgl. Europa-Archiv 1964, D 486.

[18] Innerhalb des Abschnitts über die Institutionen der geplanten politischen Union bestimmte Artikel 9 des zweiten Fouchet-Plans vom 18. Januar 1962: „Die politische Kommission setzt sich aus Vertretern zusammen, die von jedem Mitgliedstaat benannt werden. Sie bereitet die Beratungen des Rates vor und wacht über die Ausführung seiner Beschlüsse. Sie nimmt alle weiteren Aufgaben wahr, die ihr der Rat zu übertragen beschließt. Sie verfügt über das erforderliche Personal und die erforderlichen Dienste." Vgl. Europa-Archiv 1964, D 474.

mission einen endgültigen Vertrag auszuarbeiten hätte. Wie sich der Herr Minister sicherlich erinnere, habe er (Spaak) nach dem 17. April 1962 gewisse Vorschläge für die Schaffung einer Politischen, Verteidigungs- und Kulturkommission als Gegenstück zur Europäischen Wirtschaftskommission gemacht.[19] Inzwischen sei er weniger ehrgeizig geworden und komme daher mit dem Vorschlag, eine Politische Kommission mit nur drei Mitgliedern zu ernennen. Weiterhin müßte natürlich die Befugnis des Parlaments vergrößert werden. Letztlich handle es sich um einen leicht abgeänderten Fouchet-Plan, gegen den kaum jemand sehr viel einwenden könnte. Falls das Experiment von irgendeinem Land als nicht gelungen angesehen werde, müsse dieses Land die Möglichkeit haben, sich nach drei Jahren ehrenvoll zurückzuziehen. Dasselbe gelte, falls ein Land sich mit dem von der Politischen Kommission ausgearbeiteten Vertragsentwurf nicht einverstanden erklären könnte. Dieser definitive Vertrag wäre etwa das, was Artikel 16 des Fouchet-Planes vorsehe, nämlich eine Revision im Lichte der Erfahrungen.[20]

Der Herr *Minister* bezeichnete diese Ausführungen erneut als sehr interessant. Zur Erhellung der Prognose müsse man natürlich einmal sehen, wie die französische, holländische und britische Reaktion aussehe. Was Frankreich anbelange, so bestehe dort sicherlich eine starke Opposition gegen jeden Gemeinschaftscharakter. Man könne jedoch einen Versuch wagen. Für Holland stelle sich die Frage, ob dieser Entwurf integrationistisch genug sei. Aber auch das könne man wohl positiv beantworten. Was England anbelange, so könnte er sich vorstellen, daß es zur Annahme eines solchen Vorschlages bereit wäre. Sollte England dazu bereit sein, so erhebe sich natürlich das Problem des Europäischen Parlaments, in dem England nicht vertreten sei. Er sehe nicht recht, wie man mit diesem Problem fertig werden könnte, es sei denn, man nehme die WEU-Versammlung. Das wäre insofern gut, als in diesem Rahmen ohnehin die Zusammenarbeit mit England stattfinde[21] und sich somit nicht sofort die Frage nach weiteren Beitritten stelle.

Außenminister *Spaak* bemerkte, für Frankreich werde sicherlich der Gedanke, eine Politische Kommission mit nur drei Mitgliedern zu haben, nicht

[19] Am 24. Juli 1962 unterbreitete der belgische Außenminister Staatspräsident de Gaulle schriftlich den Vorschlag, „im Rahmen des Fouchet-Plans eine politische Europakommission zu schaffen, die nicht aus Beamten besteht, die von ihren Regierungen abhängen, sondern deren Mitglieder, von allen Partnern gemeinsam ernannt, unabhängig wären und deren Aufgabe im wesentlichen darin bestünde, das Gemeinschaftsinteresse gegenüber den nationalen Regierungen zu vertreten und zu verteidigen". Bei seinen Gesprächen am 26. Juli 1962 in Bonn erläuterte Spaak diesen Gedanken Bundeskanzler Adenauer und Bundesminister Schröder. Für den Wortlaut des Schreibens an de Gaulle vgl. Paul-Henri SPAAK, Combats inachevés. Bd. 2: De l'espoir aux déceptions, Paris 1969, S. 372–375. Zu den Gesprächen mit Adenauer und Schröder vgl. BULLETIN 1962, S. 1177, sowie OSTERHELD, Kanzlerjahre, S. 137.
Vgl. auch Dok. 112, Anm. 8.

[20] Artikel 16 des zweiten Fouchet-Plans vom 18. Januar 1962: „Drei Jahre nach Inkrafttreten des vorliegenden Vertrags wird eine Revision vorgenommen, mit der die Maßnahmen geprüft werden, welche geeignet sind, die Union entweder ganz allgemein entsprechend den gemachten Fortschritten zu stärken oder insbesondere die verschiedenen Modalitäten der Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten zu vereinfachen, zu rationalisieren und zu koordinieren." Vgl. EUROPA-ARCHIV 1964, D 482.

[21] Zur Vereinbarung regelmäßiger Kontakte zwischen den EWG-Staaten und Großbritannien im Rahmen der WEU vgl. Dok. 12, Anm. 15.

sehr angenehm sein. Die Frage sei nur, ob Frankreich nicht doch zu einer bescheidenen Konzession zu bewegen sei. Die Holländer seien nicht ganz so integrationistisch, denn wenn sie England dabei haben wollten, dann müßten sie ohnehin sehr viel Wasser in ihren Integrationswein gießen. Für Holland sei es immer ein bißchen die Frage, ob eine solche Organisation mit oder ohne England gemacht werde. Der Vorteil des Experiments liege darin, daß man einen Anfang machen könne, ohne schon von vornherein gebunden zu sein. Was England anbelange, so könne man natürlich die parlamentarische Versammlung auswählen. Das Parlament habe ohnehin keine große Verantwortung. Es sei auch nicht ausreichend, dem Parlament nur das Recht zur Stellungnahme einzuräumen, wenn es darum vom Ministerrat gebeten werde. Man müsse ihm die Freiheit erlauben, über alle in die Zuständigkeit der neuen Institution fallenden Fragen zu beraten. Er glaube, daß England die Teilnahme an einem solchen Parlament akzeptieren werde. In gewisser Weise komme dies sogar der britischen These nahe, daß das Parlament in den europäischen Dingen nicht genügend Vollmachten habe. Das eigentliche Problem sei vielmehr, ob die Mitgliedschaft in der Politischen Union eine Mitgliedschaft in der EWG zur Voraussetzung habe.

Der Herr *Minister* verwies darauf, daß er schon im April 1962 erklärt habe, daß es sicherlich wünschenswert sei, daß ein Mitglied der Politischen Union auch Mitglied der EWG sei. Aber dies sollte nicht zwingend vorgeschrieben werden. Gerade wenn man an Fortschritte mit England denke, sollte man hier etwas elastischer sein.[22] Besonders faszinierend an den Gedanken von Herrn Spaak finde er die Idee des provisorischen Abkommens, welches viele dazu bewegen könnte mitzumachen, die sich noch nicht sofort festlegen wollten. Dieser Vorschlag sei gerade von deutscher Seite her gesehen höchst interessant.

Außenminister *Spaak* erklärte, er selbst wäre natürlich damit einverstanden, gegenüber England flexibler zu sein. Es werde aber äußerst schwer fallen, die Franzosen davon zu überzeugen. Letztlich wollten die Franzosen nicht, daß England an einem politischen Europa assoziiert sei, wenn es nicht gleichzeitig die wirtschaftlichen Verpflichtungen übernehme. Ein weiteres Element seien allerdings die britischen Wahlen im Oktober. Komme Labour an die Macht, so sei er keineswegs sicher, daß Labour etwa daran teilnehmen wolle.

Der Herr *Minister* faßte zusammen, daß Außenminister Spaak das Memorandum einsenden werde, wobei man sich deutscherseits dann Gedanken machen werde. Man sollte tatsächlich von der Arbeitshypothese ausgehen, daß bis Herbst (ohne die britischen Wahlen zu nennen) ein Projekt dieser Art ausgearbeitet werden sollte, das dann von einem der Partner öffentlich vorgeschlagen werde in der Hoffnung, daß jene, die in der bilateralen Vorbereitungsarbeit damit einverstanden waren, dann günstig darauf reagierten.

[22] Bundesminister Schröder erklärte am 18. April 1962 vor der Presse in Paris: „Einige der sechs Regierungen glauben, daß der Vertrag über die politische Union erst unterzeichnet werden sollte, wenn feststeht, daß Großbritannien der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft beitreten wird. Andere, und dazu gehören meine Regierung und die französische Regierung, möchten mit der politischen Union vorangehen in der sicheren Erwartung, daß Großbritannien sowohl der EWG wie dieser politischen Union beitreten wird." Vgl. BULLETIN 1962, S. 653 f.

Der Herr Minister kam dann auf die MLF zu sprechen und betonte, wie sehr es der Bundesregierung am Herzen liege, wenn Belgien hier eine positive Haltung einnähme.[22]

Außenminister *Spaak* sagte, er müsse ganz ehrlich sagen, daß er persönlich die MLF-Idee für sehr gut halte, im Augenblick aber in Belgien keine Mehrheit dafür finden könne. Möglicherweise würde es ihm gelingen, nach den im April nächsten Jahres stattfindenden Wahlen in Belgien[23] eine solche Mehrheit zusammenzutrommeln.

Das Gespräch endete um 13 Uhr.

Ministerbüro, VS-Bd. 8512

198

Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit dem belgischen Außenminister Spaak

Z A 5-97.A/64 geheim **14. Juli 1964**[1]

Der Herr Bundeskanzler empfing am 14. Juli 1964 um 15.30 Uhr den belgischen Außenminister Paul-Henri Spaak zu einem Gespräch.

Einleitend sagte der Herr *Bundeskanzler*, Außenminister Schröder habe Herrn Spaak bereits über das dramatische Gespräch mit de Gaulle berichtet[2], in dem der Gegensatz offen zutage getreten sei. Er habe am vergangenen Sonntag innerdeutsch dasselbe Problem in München zu behandeln gehabt.[3] Das Problem in Deutschland sei allerdings nicht so erregend, wie es von außen den Anschein haben könnte, denn die sogenannten Gaullisten[4] seien zwar sehr lautstark, doch hätten sie keine Resonanz. Sie bauten eine Fassade auf, hinter der keine Kraft und kein Impuls stehe. Die Deutschen wollten Europa genau so wie Herr Spaak, und die europäische Idee übe eine Faszination auf das deutsche Volk aus. Nach dem Zusammenbruch der falschen Werte der Vergangenheit brauche das deutsche Volk etwas für seine Phantasie und für

[22] Zur belgischen Haltung gegenüber der geplanten MLF vgl. Dok. 112.

[23] Die Wahlen zum belgischen Parlament fanden am 23. Mai 1965 statt.

[1] Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Kusterer am 15. Juli 1964 gefertigt.

[2] Zum Gespräch des Bundesministers Schröder mit Außenminister Spaak am 14. Juli 1964 vgl. Dok. 197.
Zu den deutsch-französischen Regierungsbesprechungen am 3./4. Juli 1964 in Bonn vgl. Dok. 180–188.

[3] Zur Rede des Bundeskanzlers Erhard auf der Landesversammlung der CSU am 12. Juli 1964 vgl. Dok. 195, Anm. 3.

[4] Zur Auseinandersetzung innerhalb der CDU/CSU zwischen „Atlantikern" und „Gaullisten" vgl. Dok. 194, Anm. 1.

seinen Glauben an die Zukunft. Dieses Europa aber sei nicht das Europa, das man Deutschland aufzwingen wolle. Ganz offen gesagt laufe es darauf hinaus, daß an die übrigen Sechs die Frage gestellt werden sollte, ob sie mitmachen wollten, und wenn sie dies verweigerten, würden Deutschland und Frankreich die moralische Legitimation haben, alleine zu bleiben. Dies aber sei eine unmögliche Politik, die er niemals mitmachen werde.

Auf Bitte des Herrn Bundeskanzlers erläuterte Herr *Spaak* dann seine Gedanken für eine Wiederaufnahme der europäischen Idee.[5] Zunächst wolle er sagen, daß jetzt etwas unternommen werden müsse, denn wenn die europäische Idee statisch bleibe, dann laufe man Gefahr, daß die Menschen ihr Vertrauen auf Europa verlören. Er habe daher den letzten Fouchet-Plan[6] vorgenommen, wo drei große Fragen den Widerspruch Frankreichs herausgefordert hätten. Erstens habe man nicht sagen wollen, daß ein vereinigtes Europa seinen Platz in einer atlantischen Gemeinschaft haben werde, zweitens wäre es notwendig gewesen, eine Formel zu finden, um dafür zu sorgen, daß die EWG neben der neu zu schaffenden Institution stehe, und drittens habe man einen klaren Ausblick auf die Zukunft haben wollen. Der dritte Punkt sei von besonderer Bedeutung, denn man könne zwar Kompromisse schließen und in Stufen vorgehen, brauche jedoch die Vision des Ziels. Auf der Grundlage des Fouchet-Plans habe er sich daher überlegt, ob man nicht anstelle eines Vertrages zunächst ein auf drei Jahre befristetes provisorisches und nicht ratifikationsbedürftiges Abkommen schließen könnte, sozusagen auf Probe. Nach Ablauf der drei Jahre wäre es notwendig, einen endgültigen Vertrag auszuarbeiten, um die Europäische Union stärker zu institutionalisieren. Der Vorteil liege darin, daß jemand, der nach drei Jahren feststelle, daß das Experiment nicht der Mühe wert sei, sich zurückziehen könne. Der zweite Vorteil sei darin zu sehen, daß auf diese Weise wahrscheinlich die Holländer am leichtesten zum Mitmachen überredet werden könnten, da man nach drei Jahren wissen werde, wie die britische Politik aussehe und Holland dann immer noch in seiner Entscheidung frei sei. Während der drei Jahre wäre eine Zuständigkeit des neuen Organs die Ausarbeitung des endgültigen Vertrages. Das provisorische Abkommen würde etwa dem letzten Fouchet-Plan entsprechen, wobei anstelle der ursprünglich aus sechs nationalen Vertretern zusammengesetzten Politischen Kommission eine nur aus drei Vertretern zusammengesetzte Politische Kommission treten würde, die von den sechs Regierungen ernannt wären. Damit wäre ein bescheidener Anfang einer Gemeinschaftsorganisation gemacht. Natürlich müßte eine gewisse Ablösung in der Mitgliedschaft vorgesehen werden, damit jedes Land während der drei Jahre irgendeinmal in der Kommission vertreten wäre. Diese Kommission hätte die Zuständigkeiten, die im Fouchet-Plan vorgesehen seien, außerdem die Aufgabe, den endgültigen Vertrag auszuarbeiten. Auf der Grundlage des Fouchet-Planes wäre es auch notwendig, die Rolle des Parlaments etwas zu stärken, das frei sein sollte, über alle in die Zuständigkeit des neuen Organs fallenden Fragen zu diskutieren. Der Herr Bundeskanzler erinnere sich vielleicht, daß er (Spaak) einmal als

[5] Vgl. dazu bereits Dok. 197.

[6] Zum zweiten Fouchet-Plan vom 18. Januar 1962 vgl. Dok. 7, Anm. 10. Vgl. dazu auch Dok. 193, Anm. 3.

Pendant zu der Europäischen Wirtschaftskommission die Schaffung einer Politischen Kommission vorgeschlagen habe.[7] Diesen Gedanken gebe er auf und setze an diese Stelle die aus drei Mitgliedern bestehende Politische Kommission im Rahmen des Fouchet-Planes. Diese Kommission hätte keine supranationalen Vollmachten und keine Entscheidungsbefugnisse, sei jedoch die Anerkennung eines kommunautären Interesses und der Beginn des Dialogs zwischen diesem Organ und den Regierungen. Angesichts des in weiten Kreisen vorhandenen Wunsches, jetzt etwas zu unternehmen, halte er dieses Experiment für der Mühe wert. Er glaube, daß man Luxemburg und Italien leicht zum Mitmachen bewegen könne. Etwas schwieriger werde es vielleicht mit Holland. Dank des experimentellen Charakters könnte man jedoch möglicherweise auch Holland für diese Anstrengung gewinnen.

Der Herr *Bundeskanzler* wies darauf hin, daß der Ausgangspunkt bei ihm derselbe gewesen sei wie bei Herrn Spaak. Bei Übernahme der Amtsgeschäfte als Bundeskanzler im Oktober vergangenen Jahres[8] habe er schon erklärt, wenn nun nichts auf dem europäischen Sektor unternommen würde, ginge die europäische Idee verloren, da der Automatismus der EWG nicht ausreiche, um zu Europa zu gelangen.[9] Er sei daraufhin in die verschiedenen Hauptstädte gereist, um dort Sondierungen anzustellen.[10] Wie Herr Spaak gesagt habe, wolle Frankreich nichts mit England unternehmen, Italien sei immer noch sehr ausgesprochen der Auffassung, daß es nichts ohne England unternehmen wolle. Die holländische Haltung sei klar. Seine Mission sei damit ein Fehlschlag gewesen. Sie habe jedoch das Gute gehabt, daß das Gespräch über Europa wieder eingesetzt habe und auch in Deutschland, wenn auch sehr umstritten, doch wieder begonnen habe. Weder de Gaulle noch Adenauer hätten seit 1962 irgend etwas in dieser Richtung unternommen. Er selbst könne sich sehr wohl vorstellen, was de Gaulle wolle, wozu er seine Zustimmung geben werde und wozu nicht. Wenn er es einmal drastisch sagen dürfe, so habe er den Eindruck, daß de Gaulle an einer Europäischen Union letztlich gar nichts gelegen sei. Er wolle lediglich, daß Deutschland möglichst eng an Frankreich gebunden sei. De Gaulle verlange, daß Deutschland eine zwar nicht Amerika-feindliche, aber doch von Amerika unabhängige europäische Politik betreibe, die es gemeinsam mit Frankreich betreiben solle. Alles übrige, was de Gaulle über Europa sage, sei reines Rankenwerk. Man müsse die Dinge ganz klar sehen. Er wolle gleich sagen, daß dies eine völlig unmögliche Vorstellung sei. In München habe er erklärt, je kleiner der Kreis der Länder um Frankreich und Deutschland sei, um so größer sei das Podium der Hegemonie. Deutschland wolle keine deutsche Hegemonie, wolle aber auch an keiner französischen Hegemonie sich beteiligen. Dies lehne er rundweg ab. In diesem Augenblick aber sei es für de Gaulle nicht mehr interessant. Sein (des Herrn Bundeskanzlers) Gedanke sei, daß man angesichts der von der WEU-Versammlung gefaßten

[7] Zu den Vorschlägen des Außenministers Spaak vom 24. Juli 1962 vgl. Dok. 197, Anm. 19.

[8] Nach dem Rücktritt von Konrad Adenauer am 15. Oktober 1963 wurde Ludwig Erhard am 16. Oktober 1963 zum Bundeskanzler gewählt.

[9] Für den entsprechenden Passus der Regierungserklärung vom 18. Oktober 1963 vgl. Dok. 180, Anm. 22.

[10] Vgl. dazu Dok. 180, Anm. 4.

Entschließung[11], der sich alle Mitglieder angeschlossen hätten mit einigen wenigen Enthaltungen, vielleicht etwas vorsehen könnte, wo England von vornherein mit drin sei. Er glaube jedoch nicht, daß England vor den Wahlen[12] sich entscheiden werde, und auch nach den Wahlen wisse man nicht, wofür England optieren werde. Bei seinen Gesprächen mit Herrn Erlander[13] und Herrn Krag[14] habe er festgestellt, daß für diese Länder Europa um so mehr an Schrecken verliere, je weniger das Zentrum bei Deutschland und Frankreich liege und je stärker eine demokratische Kräfteverteilung vorherrsche. Dann wäre für diese Länder Europa leichter zu akzeptieren. Je kleiner also Europa sei, um so unmöglicher werde es, von den andern eine Bereitschaft zu erwarten, insbesondere wenn dieses Europa mit de Gaulleschen Gedanken gespickt sei. Je größer Europa sei, desto einfacher wäre es auch für europäische EFTA-Länder mitzumachen. Er habe sich ohnehin gefragt, ob denn notwendigerweise ein politisches Europa identisch mit der EWG-Mitgliedschaft sein müsse, oder ob man in einem zweiten Stadium die Einbeziehung anderer europäischer Länder vorsehen könnte.[15] Dies sei der Wunsch der großen Mehrheit der deutschen Bevölkerung, wie aus einer Meinungsumfrage hervorgehe, wo sich 76 v.H. dafür ausgesprochen hätten, daß das gesamte freie Europa dabei sein solle, während nur ein sehr kleiner Prozentsatz sich mit einer Zweierlösung zufrieden geben würde. Man müsse nun sehen, wie man Fortschritte machen könne. Er werde die Gedanken von Herrn Spaak sorgfältig prüfen, wolle jedoch feststellen, daß je kleiner Europa sei, desto ausweglos er die Situation erscheine. Dies bedeute keine Ablehnung der Vorschläge von Herrn Spaak, sondern man müsse dann sehen, wie man innerhalb der drei Jahre Etappen für eine Vergrößerung des Kreises, insbesondere um Großbritannien, vorsehen könnte. Er habe in seinen Gesprächen in England[16] eine Klärung versucht, habe jedoch weder von den Konservativen noch von Labour eine Antwort erhalten. Seien einmal die britischen Wahlen vorbei, so würden die Dinge sicher leichter.

Herr *Spaak* wies darauf hin, daß weitgehend Einigkeit herrsche. Der Herr Bundeskanzler gehe genauso wie er von der Tatsache aus, daß etwas getan werden müsse, und zwar jetzt, wenn man die europäische Idee am Leben erhalten wolle. Er wäre dazu bereit, viel Wasser in seinen Wein zu gießen und manches zu akzeptieren, was seinem Ideal sehr fern liege. Das große Problem sei natürlich Großbritannien. Man wisse ganz und gar nicht, was Großbritan-

[11] Zur Entschließung der WEU-Versammlung vom 23. Juni 1964 vgl. Dok. 187, Anm. 12.

[12] Die Wahlen zum britischen Unterhaus fanden am 15. Oktober 1964 statt und führten zu einer Regierungsmehrheit für die Labour Party.

[13] Zum Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit dem schwedischen Ministerpräsidenten am 9. März 1964 vgl. Dok. 67.

[14] Bundeskanzler Erhard hielt sich am 8./9. Juli 1964 in Begleitung der Bundesminister Schröder und Westrick zu einem Staatsbesuch in Dänemark auf. Für das Kommuniqué über die Gespräche mit Ministerpräsident Krag und weiteren Mitgliedern der dänischen Regierung vgl. BULLETIN 1964, S. 1029 f.
Zu dem bei dieser Gelegenheit unterzeichneten Protokoll zur Verlängerung des Abkommens vom 22. Dezember 1958 über den deutsch-dänischen Warenverkehr vgl. Dok. 205, Anm. 1.

[15] Vgl. zu diesen Überlegungen bereits Dok. 180 und Dok. 187.

[16] Zu den deutsch-britischen Regierungsbesprechungen am 15./16. Januar 1964 in London vgl. Dok. 12–15.

nien vorhabe. Komme eine Labour-Regierung an die Macht, so wisse er nicht einmal, ob eine solche Regierung selbst ein politisches Europa der Art, wie der Herr Bundeskanzler und er es sähen, akzeptieren würde. Käme eine konservative Regierung an die Macht, so würde sie wahrscheinlich ja sagen, dann aber stelle sich sofort das Problem der EWG. Er fürchte, daß de Gaulle niemals damit einverstanden sein werde, Großbritannien an einer politischen Gruppierung zu beteiligen, wenn dieses nicht gleichzeitig auch die wirtschaftlichen Lasten der EWG mitübernehme. Dies alles aber seien Annahmen, welche die Ereignisse viel klarer beantworten würden, sobald das Problem selbst einmal wirklich in den Raum gestellt werde. Das Problem heute bestehe darin, daß man wissen müsse, ob die Sechs zu Fortschritten bereit seien, ohne deswegen die Tür zu Großbritannien zu verschließen. Er halte das eines Versuches wert. Er werde seine Gedanken schriftlich der Bundesregierung zuleiten.[17] Dann müsse man mit den Partnern der EWG Kontakt aufnehmen, und wenn man die Möglichkeit sehe, könne man offiziell im Oktober damit an die Öffentlichkeit treten. England werde dann Stellung zu nehmen haben, sage es nein, dann müsse man ohne England weitermachen. Sei England interessiert, dann stelle sich die Frage der EWG, da de Gaulle, wie bereits gesagt, eine britische Beteiligung an einem politischen Europa ohne Übernahme der EWG-Verpflichtungen sicherlich niemals zulassen werde. Jedenfalls aber sei es Pflicht, jetzt etwas zu versuchen.

Der Herr *Bundeskanzler* wies darauf hin, auch er habe General de Gaulle die Frage gestellt, ob denn eine politische Lösung nicht anders zusammengesetzt sein könnte als die Wirtschaftsgemeinschaft. De Gaulle habe natürlich keinen Zweifel daran haben können, daß er an Großbritannien denke. De Gaulle habe erwidert, er halte die Idee für überlegenswert, könne jedoch noch keine Antwort geben. Er glaube jedoch, daß man realistischerweise mit den Sechs beginnen müsse. Ganz vertraulich wolle er Herrn Spaak sagen, was ihm de Gaulle über seine Konzeption der NATO erklärt habe.[18] De Gaulle stelle sich ein nichtintegriertes Verteidigungsbündnis zwischen Amerika und Europa als gleichberechtigten Partnern vor. Er (der Herr Bundeskanzler) habe darauf erwidert, daß es sich dabei um sehr ungleiche Partner handle. Er habe dann die Frage gestellt, wer denn den Schutz übernehmen solle, denn man müsse natürlich wissen, was eine solche Vorstellung politisch, strategisch und finanziell bedeute. Deutschland sei absolut für friedliche Lösungen und habe aus diesem Grunde auf eine nationale Armee verzichtet, vielmehr auch den letzten Soldaten in der NATO integriert. Auch die MLF würde von deutscher Seite betrieben, weil Deutschland keine nationale Kontrolle über nukleare Waffen wolle. Andererseits könne Deutschland auf eine nukleare Verteidigung nicht verzichten. Gebe es ein nichtintegriertes Verteidigungsbündnis zwischen Amerika und Europa, so habe er de Gaulle gefragt, was würde dann die Force de frappe bedeuten. Würde sie französisch bleiben oder würde sie europäisch? De Gaulle habe darauf erwidert, die Force de frappe würde natürlich französ-

[17] Für das Memorandum des Außenministers Spaak vom 27. Juli 1964 vgl. Abteilung I (I A 1), VS-Bd. 131.

[18] Zum Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit Staatspräsident de Gaulle am 4. Juli 1964 in Bonn vgl. Dok. 187.

sisch bleiben, stünde jedoch Europa zur Verfügung. Als de Gaulle erkannt habe, daß er damit vielleicht etwas weit gegangen sei, habe er hinzugefügt, wenn es dann einmal eine europäische Regierung gebe, dann würde diese nukleare Streitmacht natürlich europäisch. Er (der Herr Bundeskanzler) habe darauf gesagt, de Gaulle sei ja gegen jede Hergabe irgendwelcher Souveränitätsrechte, also werde es niemals eine europäische Regierung geben, folglich werde die Force de frappe immer französisch bleiben. Wenn er aber zu wählen hätte zwischen dem amerikanischen oder dem französischen Schutz, so könne diese Wahl keinen Zweifel lassen. Ehe man das zukünftige Gesicht der NATO kenne, könne Deutschland auf keinen Fall eine gemeinsame Verteidigungspolitik in sehr engem Rahmen betreiben. Er selbst habe de Gaulle erklärt, er könne nicht auf die Gegenwart verzichten, ohne die Zukunft zu kennen. De Gaulle habe immer wieder seine These wiederholt, Deutschland fühle sich sehr stark gebunden an Amerika, und obwohl Frankreich nichts gegen Amerika habe, müsse Deutschland doch wählen, ob es diese Politik weitertreiben wolle oder ob es eine andere Politik treiben könne, nämlich mit Frankreich eine gemeinsame Verteidigungs- und Außenpolitik. Er (der Herr Bundeskanzler) habe darauf erwidert, er könne die Stellung einer solchen Frage überhaupt nicht zulassen. Der Herr Bundeskanzler bat Herrn Spaak um besonders vertrauliche Behandlung dieser Mitteilung. Sicherlich empfinde Herr Spaak mit ihm, wie dramatisch dieses Gespräch gewesen sei.

Herr *Spaak* erklärte, das Dramatische an der Sache sei, daß im Laufe der Jahre die Exzesse der de Gaulleschen Politik immer klarer zutage träten. Was die NATO anbelange, so sei de Gaulle heute schon weit von seiner Auffassung im Jahre 1958[19] entfernt. Was Europa anbelange, so habe er sich weit von dem Fouchet-Plan entfernt, und seine Konzeption sei jetzt eine Allianz mit Deutschland, was natürlich für Deutschland das Betreiben der französischen Politik bedeuten würde. Man könne aber sehr wohl für ein einiges Europa sein, ohne daß dieses Europa sich von Amerika zu entfernen brauche. Selbstverständlich werde dieses Europa, wenn es stärker werde, ein gültiger Partner für Amerika sein, aber man dürfe sich nicht von Amerika entfernen, denn man brauche Amerika für die Verteidigung und alle Probleme, denen sich die freie Welt gegenübersehe. Fahre de Gaulle in seiner Politik fort, so fürchte er, daß eines Tages sich Amerika unmittelbar mit Rußland verständigen werde, ohne daß Europa ein Wort zu sagen habe.

Der Herr *Bundeskanzler* verwies darauf, seiner Meinung nach könne de Gaulle diese Politik nur betreiben, wenn er von der These ausgehe, daß es keinen Krieg geben werde. De Gaulle habe ihm im übrigen gesagt, er könne warten. Amerika werde immer mehr Rotchina als den eigentlichen Gegner aufkommen sehen, als die eigentliche Gefahr, und werde dann seinen Frieden mit Chruschtschow machen, so daß dann das deutsche Anliegen nicht nur auf Eis gelegt, sondern völlig aufgegeben würde. Das deutsche Anliegen könne nur von Europa gelöst werden. Seine (des Herrn Bundeskanzlers) Antwort darauf sei gewesen, wenn er nicht mehr an die Bündnistreue Amerikas glaube, dann

[19] Zu den Vorschlägen des Ministerpräsidenten de Gaulle vom 17. September 1958 für eine Reform der NATO und ein von Frankreich, den USA und Großbritannien zu bildendes „Dreier-Direktorium" vgl. Dok. 59, Anm. 53, und weiter Dok. 264.

wäre es für jeden deutschen Bundeskanzler höchst schwierig, überhaupt eine Politik zu betreiben. De Gaulle selbst habe aufgrund seiner historischen Erfahrung keinen Anlaß, an Amerika zu zweifeln. Habe Chruschtschow jedoch aggressive Absichten und sei er nicht mehr so sicher, daß Amerika und Europa eine einzige gemeinsame Verteidigung bildeten, dann wären die Gefahren und Risiken viel zu groß. De Gaulle bestehe aber weiterhin auf seiner Idee, daß die Entwicklung in diesem Sinne laufen werde.

Herr *Spaak* bemerkte, dies sei völlig unrichtig, denn es sei sehr wohl möglich, daß das chinesische Problem ein entscheidendes Element für die Lösung der Deutschlandfrage darstellen werde. Es sei ohne weiteres denkbar, daß eines Tages Rußland die Vereinigten Staaten und Europa hinter sich brauche und daß man dann das deutsche Problem ganz anders sehen könne. Er halte die Ideen de Gaulles für höchst gefährlich und glaube, daß man ihnen entgegentreten müsse. Deswegen wäre es gut, wenn jetzt in der europäischen Frage ein gemäßigter Plan vorgelegt würde, der de Gaulle zu einer klaren Aussage zwinge.[20] Er könne andererseits die Haltung de Gaulles, nur ein Bündnis mit Deutschland zu suchen, sehr wohl verstehen, da er in einem Europa der Sechs mit seiner Außenpolitik allein und isoliert dastehen werde.

Der Herr *Bundeskanzler* betonte, die Politik de Gaulles sei für ihn völlig unmöglich, ganz abgesehen von machtpolitischen Fragen. Es wäre ein völliger Rückfall in die Vergangenheit. Eine Zweier-Allianz hätte auch machtpolitisch keinerlei Gewicht. Deutschland würde dabei auf jede Handlungsfreiheit gegenüber de Gaulle verzichten und gleichzeitig die Freundschaft der freien Welt verlieren.

Herr *Spaak* erklärte abschließend, man müsse daher jetzt versuchen, Deutschland zu helfen, daß es seine Position und Politik mit den anderen europäischen Ländern aufrechterhalten könne.

Das Gespräch wurde um 16.40 Uhr im größeren Kreise fortgesetzt.[21]

Bundeskanzleramt, AZ: 21-301 00 (56), Bd. 10

[20] Zur Frage einer neuen Initiative für die europäische politische Zusammenarbeit vgl. weiter Dok. 266.

[21] Dazu hielt Staatssekretär Carstens mit Runderlaß vom 15. Juli 1964 fest: „Spaak sieht mit großer Sorge die weitere Entwicklung in der NATO. Französische Ablehnung militärischer Integration in Friedenszeiten werfe besonders für kleine Länder, die nicht in der Lage seien, kostspielige moderne Waffensysteme aufzubauen, sehr schwierige Fragen auf. Möglicherweise sei Rückkehr zur Neutralität einzige Lösung für diese kleinen Länder, falls sich [die] französische These durchsetzen würde ... Bei Erörterung europäischer Landwirtschaftspolitik zeichnete sich die Möglichkeit ab, den zur Zeit unüberwindlichen Schwierigkeiten der Festsetzung eines einheitlichen Getreidepreises in der EWG dadurch zu entgehen, daß man für die Kennedy-Verhandlungen von einem fiktiven Getreidepreis ausgeht, der die Gemeinschaft nicht bindet, aber andererseits eine vorläufige Grundlage für die Zollverhandlungen bilden könnte. Damit würde man [den] Amerikanern Rechnung tragen, die mehrfach erklärt haben, sie könnten über industrielle Projekte nicht sprechen, wenn nicht die Gemeinschaft bereit wäre, auch über landwirtschaftliche Erzeugnisse zu verhandeln. Bundeskanzler Erhard erklärte nachdrücklich, daß die Kennedy-Runde unter keinen Umständen scheitern dürfe." Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 419; B 150, Aktenkopien 1964.

199

Gespräch des Staatssekretärs Carstens mit dem britischen Außenminister Butler in Paris

St.S. 1376/64 geheim **15. Juli 1964**[1]

Am 15. Juli 1964 empfing der britische Außenminister Mr. Butler Herrn Staatssekretär Carstens in der britischen Botschaft in Paris.[2] An dem Gespräch nahmen auf britischer Seite Sir Evelyn Shuckburgh und Mr. Barnes, auf deutscher Seite nahm Legationsrat I. Klasse Dr. Pfeffer teil.

Der *britische Außenminister* bedauerte zu Beginn des Gesprächs lebhaft, daß der Herr Minister nicht selbst habe nach Paris kommen können. Er wünsche dem Herrn Minister Glück gegen seine innenpolitischen Gegner.

Mr. Butler erkundigte sich sodann nach den Ergebnissen des Spaak-Besuchs in Bonn.[3]

Der Herr *Staatssekretär* führte aus, Herr Spaak sei der Ansicht, die politische Einigung Europas müsse vorwärts getrieben werden. Wegen der innenpolitischen Schwierigkeiten in Italien[4] und aus Rücksicht auf die britischen Wahlen[5] werde man jedoch in den nächsten zwei oder drei Monaten über vorbereitende Überlegungen nicht hinausgehen. Der Bundeskanzler teile Spaaks Ansicht und meine weiter, die deutsche Öffentlichkeit dürfe die Hoffnung auf Europa nicht verlieren. Die Arbeit für eine europäische Einigung sei eine der Grundlagen unserer Außenpolitik seit 1949.

Die Rede Couves in Den Haag, in der er sich gegen die militärische Integration in Friedenszeiten ausgesprochen habe[6], beurteile Spaak sehr kritisch. Die kleinen Länder Europas, die nicht in der Lage seien, sich je allein das ganze Waffenarsenal der modernen Kriegsführung anzuschaffen, würden nach Ansicht Spaaks durch die von Frankreich avisierte Entwicklung in die Neutralität getrieben. Die deutsche Seite habe betont, sie sehe auch in diesem Zusammenhang die MLF als einen entscheidenden Integrationsfaktor im Bündnissystem an. Spaak habe nachdrücklich zugestimmt, jedoch hinzugefügt, ihm fehle augenblicklich leider eine parlamentarische Mehrheit für die Beteiligung Belgiens an der MLF.

[1] Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Legationsrat I. Klasse Pfeffer am 15. Juli 1964 gefertigt.
Hat Staatssekretär Carstens am 22. Juli 1964 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Dem H[errn] Minister vorzulegen".
Hat Schröder am 26. Juli 1964 vorgelegen.

[2] Das Gespräch fand anläßlich der Sitzung des WEU-Ministerrats am 16./17. Juli 1964 in Paris statt.

[3] Zu den Gesprächen des belgischen Außenministers mit Bundeskanzler Erhard und Bundesminister Schröder vom 14. Juli 1964 vgl. Dok. 197 und Dok. 198.

[4] Zur Lage in Italien vgl. Dok. 180, Anm. 8.

[5] Die Wahlen zum britischen Unterhaus fanden am 15. Oktober 1964 statt.

[6] Zu den Ausführungen des französischen Außenministers auf der Sitzung des NATO-Ministerrats am 13. Mai 1964 in Den Haag vgl. Dok. 127.

Schließlich, so fuhr der Herr Staatssekretär fort, sei mit Spaak die Frage eines fiktiven Getreidepreises der EWG erörtert worden.[7] Diese Konstruktion könne vielleicht dazu beitragen, die Verhandlungen in der Kennedy-Runde zu erleichtern.

Mr. *Butler* lenkte sodann das Gespräch auf die am 16. Juli 1964 beginnende Ministerratssitzung der WEU und fragte den Herrn Staatssekretär, was er sich von ihr verspreche.

Der Herr *Staatssekretär* erwiderte, er glaube, daß man über eine ganze Reihe interessanter Themen einen sehr nützlichen Gedankenaustausch haben werde.

Mr. *Butler* erwähnte die Initiative des niederländischen Außenministers für eine verstärkte politische Konsultation innerhalb der WEU.[8] Großbritannien sei es leid, immer nur am Rande der politischen Konsultationen gehalten zu werden, und messe der Initiative deshalb große Bedeutung bei. Der britische Außenminister bat um Unterstützung insbesondere des Antrags, die Sache an den Ständigen WEU-Rat zu überweisen.

Der Herr *Staatssekretär* sagte die Unterstützung dieses Antrages zu, bemerkte aber einschränkend, es sei nach deutscher Auffassung zweckmäßiger, bestehende Verfahren weiterzuentwickeln, als neue hinzuzufügen.

Zur MLF verwies Mr. *Butler* einleitend auf sein Gespräch mit Botschafter von Etzdorf[9] und das vom britischen Botschafter in Bonn übergebene Aide-mémoire[10]. Er betonte, vor den britischen Wahlen dürfe auf gar keinen Fall eine

[7] Vgl. dazu Dok. 198, Anm. 21.

[8] In der Sitzung des WEU-Ministerrats am 23. Januar 1964 in London trat Außenminister Luns dafür ein, durch den Ständigen Rat Vorschläge für eine Intensivierung der politischen Konsultation ausarbeiten zu lassen. Da Bundesminister Schröder und Außenminister Couve de Murville Bedenken äußerten, wurde die Anregung zurückgestellt.
In einer Aufzeichnung des Referats I A 1 vom 13. Juli 1964 wurde dazu festgehalten: „Eine Erörterung des niederländischen Vorschlags würde zweifellos zu erheblichen Auseinandersetzungen führen. Es sollte uns aber daran gelegen sein, die gerade erst mühsam wieder zustande gebrachten WEU-Konsultationen nicht sofort zu gefährden. Wir sollten uns deshalb entsprechend der bereits von dem Herrn Minister vertretenen Auffassung dafür aussprechen, es bei dem bisherigen bewährten Verfahren zunächst zu belassen." Vgl. Referat I A 1, Bd. 513.
Vgl. dazu auch Dok. 277.

[9] Mit Drahtbericht vom 13. Juli 1964 informierte Botschafter von Etzdorf, London, über ein Gespräch mit dem britischen Außenminister. Butler habe im Hinblick auf die Unterredung mit Staatssekretär Carstens den Wunsch geäußert, über seinen bevorstehenden Besuch in der UdSSR, über die Frage einer Devisenhilfe sowie über den Stand der MLF-Verhandlungen zu sprechen. Vgl. Abteilung II (II 7), VS-Bd. 1358; B 150, Aktenkopien 1964.

[10] Für das von Botschafter Roberts anläßlich eines Gesprächs mit Bundesminister Schröder am 14. Juli 1964 übergebene Aide-mémoire vgl. Abteilung II (II 7), VS-Bd. 1359.
Daran anknüpfend führte Roberts aus, daß die MLF-Arbeitsgruppe eine Verfahrensregelung zur Prüfung der britischen Vorschläge für eine Einbeziehung landgestützter Systeme ausarbeiten sollte. Wenn Botschafter Grewe, Paris (NATO), erklärt habe, „er könne einer solchen Direktive nur unter der Bedingung zustimmen, daß die Streitmacht 200 Raketen und 25 Schiffe umfasse", so möge dies „vielleicht die Auffassung der Bundesregierung sein, stelle aber nicht notwendigerweise die Auffassung der britischen Regierung dar. Die Direktive sollte die Auffassungen aller Beteiligten berücksichtigen." Für die Gesprächsaufzeichnung vgl. Ministerbüro, VS-Bd. 8512; B 150, Aktenkopien 1964.
Dazu hielt Ministerialdirektor Krapf am 14. Juli 1964 fest, Grewe habe in der Sitzung der MLF-Arbeitsgruppe am 9. Juli 1964 lediglich erklärt, „daß nach unserer Ansicht die seegebundene Ver-

Entscheidung über die endgültige Größe und Zusammensetzung der MLF getroffen werden. Geschehe dies doch, so würde die Allianz dadurch einer großen Belastung ausgesetzt. Der amerikanische Außenminister[11] teile diese Meinung. Er, Mr. Butler, habe gehört, wir drängten auf eine schnelle Fertigstellung eines Vertragstextes, da unsere Gesetzgebungsmaschinerie rechtzeitig vor den deutschen Wahlen[12] befaßt werden müsse. Dazu könne er nur sagen, die britischen Wahlen stünden vor der Tür, die deutschen Wahlen dagegen seien noch über ein Jahr entfernt.

Der Herr *Staatssekretär* legte daraufhin dar, weshalb wir die Besprechungen vorantrieben. Wir hielten die MLF, wie schon gesagt, für einen besonders wichtigen Integrationsfaktor im Bündnissystem; die französische Haltung gegen die MLF scheine sich immer mehr zu versteifen; auch deutsche innenpolitische Gründe sprächen für eine zügige Weiterbehandlung. Aus diesen Gründen möchten wir an dem Zeitraum November/Dezember 1964 für die Fertigstellung eines Vertragstextes festhalten.

Mr. *Butler* wiederholte, daß vor den britischen Wahlen auf keinen Fall eine Entscheidung fallen dürfe. Im übrigen sei er der Meinung, die endgültige MLF solle eine Mischung aus dem bisher vorgesehenen Projekt und den britischen Vorschlägen[13] sein. Ein gemischtes Waffensystem werde die MLF militärisch und politisch stärken.

Auf die Frage des Herrn *Staatssekretärs*, ob die britischen Vorschläge nicht zusätzlich zu der Flotte von 25 Überwasserschiffen verwirklicht werden könnten, erklärte Sir Evelyn *Shuckburgh* mit Entschiedenheit, das Festhalten an der Zahl von 25 Schiffen bedeute die Ablehnung der britischen Vorschläge. Es sei auch unmöglich, die Mannschaften für 25 Schiffe aufzustellen.

Der Herr *Staatssekretär* hob demgegenüber hervor, die Zahl von 25 Schiffen sei wegen der „Überlebensfähigkeit" gewählt worden; jede Reduzierung gefährde die Überlebensfähigkeit. Die seegebundene Streitmacht solle eine zusätzliche nukleare Waffe über das Bestehende hinaus darstellen. Nicht taktische Atomwaffen, sondern die Mittelstreckenraketen würden der Streitmacht ihre militärische Kraft verleihen. Ein weiterer Vorteil des bisherigen Projekts liege darin, daß der Gegenschlag des Gegners gegen landgebundene atomare Streitkräfte vermieden werde, der zu viel größeren Verlusten führen würde als der Gegenschlag gegen seegebundene Streitkräfte. Wir würden im übrigen die britischen Vorschläge prüfen.[14]

Fortsetzung Fußnote von Seite 838

sion der MLF in sich selbst eine überlebensfähige, schlagkräftige und glaubwürdige Streitmacht darstellen müsse und eine evtl. Verringerung der Zahl der Schiffe oder der Flugkörper (zugunsten einer Realisierung des britischen Vorschlags) nur in Betracht kommen könnte, wenn diese Grundsätze gewahrt blieben." Einer Prüfung der britischen Vorschläge parallel zu den laufenden Beratungen habe Grewe nicht widersprochen. Vgl. Abteilung II (II 7), VS-Bd. 1358; B 150, Aktenkopien 1964.

11 Dean D. Rusk.

12 Die Bundestagswahlen fanden am 19. September 1965 statt.

13 Vgl. dazu zuletzt Dok. 172.

14 Im Drahtbericht vom 16. Juli 1964 hielt Staatssekretär Carstens über den die MLF betreffenden Teil seines Gesprächs mit dem britischen Außenminister für Bundesminister Schröder fest, daß

Mr. *Butler* kam noch einmal auf den Wunsch der britischen Regierung zurück, die deutsche Regierung möge sich auf keinen zu frühen Termin festlegen. Eine überhastete Entscheidung werde – und darin wisse er sich mit Mr. Rusk einig – die Allianz aufs Spiel setzen.

Mr. Butler erklärte sodann zur Frage der Devisenhilfe[15], er erwarte von uns ein wesentlich günstigeres Angebot als 700 Mio. DM. In diesem Zusammenhang erinnere er an den guten politischen Effekt, den das Wiedergutmachungsabkommen[16] im House of Commons hinterlassen habe.[17] Der Plan für ein solches Abkommen sei jahrelang verschleppt worden und eigentlich erst durch sein Gespräch mit dem Herrn Bundesminister wieder in Gang und zu einem guten Abschluß gekommen. Er sei dem Herrn Minister für diese Hilfe sehr dankbar. Um so bedauernswerter wäre es, wenn durch ein für die britische Seite unakzeptables Angebot in der Devisenhilfe dieser politische Erfolg wieder verloren ginge. Er dürfe ferner daran erinnern, daß wir die Amerikaner wesentlich besser behandelten.[18] Er wolle keine Zahlen nennen. Er erwarte einfach ein besseres Angebot.

Der Herr *Staatssekretär* erinnerte an die Schwierigkeiten in der Vergangenheit: Wir hätten mit der britischen Seite schon einmal höhere Offset-Käufe vereinbart, aber in der Praxis sei dann unser Verteidigungsministerium nicht in der Lage gewesen, für die vereinbarte Summe auch tatsächlich in Großbritannien einzukaufen. Auf dem zivilen Sektor habe sich das Auswärtige Amt große Mühe gegeben, die Bundesbahn und das Bundespostministerium zu überreden, in Großbritannien zu kaufen. Auch hier sei man auf erhebliche Schwierigkeiten gestoßen, von denen er z.B. die relativ hohen britischen Preise von einigen der in Betracht kommenden Güter erwähnen dürfe.

Mr. *Butler* erwiderte, es komme darauf an, daß der Herr Außenminister dem Herrn Bundesminister der Finanzen „einheize".

Der Herr *Staatssekretär* wies darauf hin, daß Herr Minister Dahlgrün in dieser Sache sehr verständnisvoll sei und daß man zunächst das Ergebnis eines neuen Gesprächs der Finanzminister in London abwarten müsse.[19]

Schließlich kam Mr. *Butler* auf seinen bevorstehenden Besuch in der Sowjetunion zu sprechen, der für die Zeit vom 27. Juli bis 3. August 1964 vorgesehen sei.[20] Er folge einer Einladung Gromykos, werde aber auch Chruschtschow sehen. Er habe sich sehr darum bemüht, die Reise etwas aufzulockern. Er wolle

Fortsetzung Fußnote von Seite 839

er „wenig befriedigend" verlaufen sei. Vgl. Abteilung I (I A 1), VS-Bd. 8425; B 150, Aktenkopien 1964.

15 Zur Frage einer Devisenhilfe für Großbritannien vgl. zuletzt Dok. 190.

16 Zum deutsch-britischen Abkommen vom 9. Juni 1964 über die Entschädigung von Opfern aus der Zeit der Herrschaft des Nationalsozialismus vgl. Dok. 137, Anm. 16.

17 Für die positive Resonanz im britischen Unterhaus auf das Abkommen vom 9. Juni 1964 vgl. HANSARD, Bd. 696, Sp. 917.

18 Zum deutsch-amerikanischen Protokoll vom 11. Mai 1964 über einen Devisenausgleich in den Jahren 1965/66 und 1966/67 vgl. Dok. 125, besonders Anm. 2.

19 Zur Frage einer Devisenhilfe für Großbritannien vgl. weiter Dok. 208.

20 Zum Besuch des britischen Außenministers vom 27. Juli bis 1. August 1964 in der UdSSR vgl. EUROPA-ARCHIV 1964, Z 183.

auch außerhalb Moskaus reisen. Fest stehe ein Besuch in Leningrad. Mrs. Butler werde ihn begleiten. Er werde sehr vorsichtig in der deutschen Frage und in bezug auf die europäische Sicherheit vorgehen und könne zur Beruhigung sagen, daß ihn ein Stab erfahrener Mitarbeiter begleiten werde, an der Spitze Sir Harold Anthony Caccia. Da es die Taktik der Sowjets sei, im Zusammenhang mit einem solchen Besuch Gerüchte auszustreuen, um den Zusammenhalt unserer Allianz zu stören, liege ihm viel an der vorherigen Offenlegung seiner Absichten: Er wolle nach Absprache mit Rusk zur deutschen Frage herauszufinden suchen, ob die Sowjets vielleicht bereit wären, eine Vier-Mächte-Maschinerie, ähnlich wie seinerzeit im Falle Österreichs, zu akzeptieren, die auf eine Wiedervereinigung hinarbeiten würde.[21] Er glaube nicht, daß er mit dieser Sondierung Erfolg haben werde. Komme es, wie er vermute, in der Deutschland-Frage zu der üblichen Konfrontation der beiderseitigen Standpunkte, dann wolle er die Abrüstungsthemen aufnehmen, u.a. die Zerstörung veralteter Bomber[22] und vor allem das Problem der Nichtverbreitung von Atomwaffen[23] „trotz der MLF".

Der Herr *Staatssekretär* wies darauf hin, daß wir keine Bedenken gegen die Zerstörung alter Bomber hätten, daß wir indessen befürchteten, eine Vereinbarung über die Nichtverbreitung von Atomwaffen vor der Verwirklichung der MLF werde das MLF-Projekt stören. Zu der beabsichtigten Sondierung in der Deutschland-Frage könne er sich vorstellen, daß die Sowjets womöglich ein Interesse daran hätten, unter Anknüpfung an die bedingungslose Kapitulation[24] und die zunächst vereinbarte vollständige Demilitarisierung Deutschlands[25] eine Vier-Mächte-Verantwortung für die Bundesrepublik Deutschland auf dem Rüstungsgebiet wieder herzustellen. Diesen Gedankengang habe der sowjetische Botschafter in Bonn[26] schon des öfteren gegenüber dem Herr Staatssekretär erkennen lassen.[27] Wir stellten uns demgegenüber auf den Standpunkt, daß durch die mit den drei Westmächten abgeschlossenen Verträge von 1954[28] eine völlig neue Entwicklung eingeleitet worden sei. Die in diesen Verträgen enthaltenen Rüstungsbeschränkungen bänden uns nur gegenüber unseren Verbündeten.

[21] Der Vorschlag zur Einrichtung eines Viermächte-Rats nach dem Vorbild der im April 1947 von den Außenministern der Vier Mächte eingesetzten Verhandlungskommission für einen österreichischen Staatsvertrag war Bestandteil der Deutschland-Initiative der Bundesregierung. Für den Wortlaut (Fassung vom 10. April 1964) vgl. Dok. 3 mit den Änderungen in Anm. 5, 9, 11–20 und 22. Zur englischsprachigen Neufassung vom 6. Mai 1964 vgl. Dok. 136, Anm. 4.
Vgl. auch Dok. 101.

[22] Vgl. dazu bereits Dok. 15, besonders Anm. 23.

[23] Vgl. dazu zuletzt Dok. 133.
Vgl. weiter Dok. 253.

[24] Zur Kapitulation der Deutschen Wehrmacht am 7. bzw. 9. Mai 1945 vgl. DOCUMENTS ON GERMANY UNDER OCCUPATION, S. 28 f.

[25] In Abschnitt III. A. 3. des Kommuniqués vom 2. August 1945 über die Konferenz von Potsdam (Potsdamer Abkommen) war als ein Ziel der alliierten Besatzungspolitik „die vollständige Entwaffnung und Entmilitarisierung Deutschlands" festgelegt. Vgl. DzD II/1, S. 2106.

[26] Andrej Smirnow.

[27] Vgl. auch das Gespräch des Staatssekretärs Carstens mit dem Gesandten Lawrow am 1. Februar 1964; Dok. 36.

[28] Für den Wortlaut der Pariser Verträge vom 23. Oktober 1954 vgl. EUROPA-ARCHIV 1954, S. 7127–7138 und S. 7171–7181.

Mr. *Butler* nahm diese Feststellungen zustimmend zur Kenntnis. Mr. Butler analysierte sodann kurz den zwischen der Sowjetunion und der SBZ abgeschlossenen Vertrag vom 12. Juni 1964[29]. Dieser Scheinvertrag („mock treaty") stelle nach seiner Ansicht einen absoluten Umschwung in der sowjetischen Deutschland-Politik dar. Die Sowjetunion erkenne in diesem Vertrag die Rechte der drei Mächte in West-Berlin und auf den Zugang nach West-Berlin an und lasse diese Rechte unberührt. Wenn man diese sowjetische Festlegung mit den früheren sowjetischen Absichten vergleiche, die auf eine Eingliederung West-Berlins in die SBZ gerichtet gewesen seien, so könne man den ganzen Fortschritt ermessen.

Der Herr *Staatssekretär* gab zu, daß die Sowjets in diesem Vertrag die Rechte der drei Mächte unberührt gelassen hätten, daß sie aber andererseits mit diesem Vertrag versuchten, die Dreiteilung Deutschlands festzuschreiben und damit die Bindungen West-Berlins an die Bundesrepublik Deutschland zu lokkern, wenn nicht zu zerstören. Insofern komme unseren Versuchen, in die Handelsverträge mit den Satellitenstaaten eine klare Berlin-Klausel einzuführen, eine besondere Bedeutung bei. Bekanntlich hätten Polen, Ungarn, Rumänien und Bulgarien diese Konzession an uns schon gemacht und seien insofern nicht der sowjetischen Linie gefolgt.[30] Interessant werde es sein, ob auch die Tschechoslowakei eine Berlin-Klausel akzeptieren werde[31], da die Tschechoslowakei dann das erste Land nach dem Abschluß des Vertrages zwischen der Sowjetunion und der SBZ wäre, das eine solche Klausel zuließe.

Mr. *Butler* erklärte, er werde den Herrn Minister unmittelbar nach seiner Rückkehr aus Moskau und vor Antritt seines Urlaubs, den er ab 6. August zu nehmen gedenke, durch den britischen Botschafter oder, falls sein Besuch etwas sehr Wichtiges ergeben habe, durch einen dazu nach Bonn zu entsendenden Mitarbeiter unterrichten.[32]

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 421

[29] Für den Wortlaut des Freundschaftsvertrags vom 12. Juni 1964 zwischen der UdSSR und der DDR vgl. DzD IV/10, S. 717–723.
Zur politischen Wertung vgl. besonders Dok. 170.

[30] Zur Einbeziehung von Berlin (West) in die Abkommen mit Polen, Rumänien und Ungarn vgl. AAPD 1963, I, Dok. 183; AAPD 1963, II, Dok. 339; AAPD 1963, III, Dok. 380.
Zur Einbeziehung von Berlin (West) in das Abkommen mit Bulgarien vgl. Dok. 62.

[31] Zum Stand der Gespräche mit der Tschechoslowakei über den Austausch von Handelsvertretungen vgl. Dok. 177.
Vgl. dazu weiter Dok. 256.

[32] Mit einem Schreiben, das Botschafter Roberts am 3. August 1964 Bundesminister Schröder übergab, teilte der britische Außenminister mit, Ministerpräsident Chruschtschow habe während der Gespräche in Moskau weder Berlin noch die Frage eines möglichen separaten Friedensvertrags mit der DDR angesprochen. Die ablehnende Reaktion auf seine, Butlers, Anregung neuer Vier-Mächte-Verhandlungen über die Deutschland-Frage habe gezeigt, daß dieser Gedanke gegenwärtig keine Erfolgschance besitze. Vgl. Ministerbüro, Bd. 218.

200

Bundeskanzler Erhard an Staatspräsident de Gaulle

St.S. 1348/64 geheim **16. Juli 1964**[1]

Sehr verehrter Herr Staatspräsident!

Gestatten Sie, daß ich mich in einer Angelegenheit an Sie wende, die mir für unsere gemeinsame Politik gegenüber der Sowjetunion von großer Bedeutung zu sein scheint.

Zwischen unseren beiden Regierungen hat bisher volles Einverständnis darüber bestanden, daß es nicht im Interesse Europas und der freien Welt liegen würde, der Sowjetunion Kredite von längerer Dauer als der von fünf Jahren zu gewähren, über die man sich im Kreise der westlichen Länder geeinigt hatte.[2] Die mit einer Einräumung längerfristiger Kredite verbundene Stärkung des Wirtschaftspotentials der Sowjetunion würde von dieser zweifellos für den Interessen des Westens widerstreitende Zwecke, wie die Vermehrung der Rüstung, die Ausweitung der Schwerindustrie und die finanzielle Beeinflussung unterentwickelter Länder, ausgenutzt werden. Die schweren Sorgen, die die sowjetische Zahlungsbilanzsituation dem Kreml gegenwärtig bereitet[3], würden diesem vom Westen abgenommen oder erleichtert werden. Das waren die Überlegungen, die unsere beiden Regierungen gemeinsam in internationalen Erörterungen, namentlich in der NATO, anderen Auffassungen entgegengehalten haben. Sie bilden einen wesentlichen Bestandteil unserer gemeinsamen Politik gegenüber der Sowjetunion.

Wie ich neuerdings erfahre, bemüht sich die Sowjetunion seit einiger Zeit bei einer Reihe französischer Firmen um umfangreiche Bestellungen von Fabrikausrüstungen auf der Grundlage siebenjähriger Kredite.[4] Vorverträge in einem Umfang von etwa 250 Millionen $ sollen vor der Unterzeichnung stehen und der französischen Regierung mit der Bitte um Genehmigung entsprechender staatlicher Garantien vorgelegt worden sein. In französischen Regierungskreisen soll, wie mir gesagt worden ist, eine gewisse Neigung bestehen, auf die

[1] Durchschlag als Konzept.
Hat Bundesminister Schröder am 16. Juli 1964 vorgelegen, der das Reinkonzept an Bundeskanzler Erhard weiterleitete. Eine Abschrift erhielt Staatssekretär Neef, Bundesministerium für Wirtschaft.
Das Schreiben wurde am 16. Juli 1964 von Botschafter Klaiber, Paris, im Elysée-Palast übergeben. Für einen Entwurf des Staatssekretärs Lahr vgl. Ministerbüro, VS-Bd. 8438; B 150, Aktenkopien 1964.

[2] Zur Übereinkunft der EWG-Staaten vom Oktober 1962, keine staatlich verbürgten Lieferkredite mit einer Laufzeit von mehr als fünf Jahren an Ostblock-Staaten zu gewähren, vgl. Dok. 45, Anm. 20.
Zur Diskussion auf der Sondersitzung des NATO-Rats am 18. November 1963 und zur französischen Haltung in der Frage einer Vergabe von Krediten an die UdSSR vgl. Dok. 2, Anm. 3, bzw. Dok. 5, Anm. 7.

[3] Zu den wirtschaftlichen Schwierigkeiten der UdSSR vgl. Dok. 13, Anm. 6.

[4] Vgl. dazu Dok. 192.

sowjetischen Kreditwünsche einzugehen. Es würde im Falle der Zustimmung wohl nicht bei einer einmaligen Maßnahme bleiben, zumal wenn es zutreffen sollte, daß für die bevorstehenden Verhandlungen über die Verlängerung des französisch-sowjetischen Handelsabkommens bis 1969[5] weitere siebenjährige Kredite in etwa gleichem Umfang in Aussicht genommen worden sind.

Damit würde sich die Kreditpolitik Frankreichs gegenüber der Sowjetunion grundsätzlich ändern.

Ich möchte Ihnen, sehr verehrter Herr Staatspräsident, nicht verhehlen, daß mir diese Entwicklung die größte Sorge bereitet. Italien würde dem französischen Vorgehen auf dem Fuße folgen, und gleichen Maßnahmen würden sich wohl bald auch die übrigen westlichen Lieferanten der Sowjetunion kaum noch entziehen können. Damit wäre also dieselbe Konkurrenzlage wie zuvor wiederhergestellt, nur mit dem Unterschied, daß sich die Gesamtlage des Westens gegenüber dem Osten verschlechtert hätte. Im übrigen würden die Sowjets, wenn sie sich erst einmal von der Schwäche des Westens überzeugt haben, ihr Spiel sicherlich beliebig fortsetzen.

Das Vorgehen Englands[6], das ich lebhaft bedauere und verurteile – ich habe den Engländern hierüber keinen Zweifel gelassen[7] –, stellt meines Erachtens für uns keinen Anlaß dar, in den gleichen Fehler zu verfallen. Großbritannien ist bei weitem nicht in der Lage, die umfangreichen Bezugswünsche der Sowjetunion allein zu erfüllen. So würden sich zum Beispiel die Sowjets jetzt sicherlich nicht in Frankreich um siebenjährige Kredite bemühen, wenn sie die gleichen Aufträge in England mit fünfzehnjähriger Kreditierung unterbringen könnten.

Ich komme also nach wie vor zu dem Ergebnis, daß sich die westlichen Länder auf einen höchst gefährlichen Weg begeben würden, wenn sie sich durch die Sowjets zu einer „course aux crédits" verleiten lassen würden. Wir schaden uns damit politisch und letztlich auch wirtschaftlich; wieder einmal würde Herr Chruschtschow aus der Schwäche des Westens einseitigen Nutzen ziehen. Ich darf Sie, sehr verehrter Herr Staatspräsident, bitten, sich dieser Frage persönlich anzunehmen, und wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie von einer Änderung unserer gemeinsamen Kreditpolitik gegenüber der Sowjetunion absehen würden.[8]

[5] Zum französisch-sowjetischen Handelsabkommen vom 1. Februar 1963 vgl. Dok. 55, Anm. 3.
Zu den Verhandlungen über eine Verlängerung des Abkommens vgl. Dok. 192, Anm. 5.

[6] Zur britischen Haltung in der Frage langfristiger Kredite an die UdSSR vgl. zuletzt Dok. 153, Anm. 16. Vgl. auch Dok 14.

[7] In den deutsch-britischen Regierungsbesprechungen am 15./16. Januar 1964 in London machte Bundeskanzlers Erhard seine Bedenken gegen eine Vergabe langfristiger Kredite an die UdSSR deutlich. Vgl. Dok. 13 und Dok. 14.

[8] Für das Antwortschreiben des Staatspräsidenten de Gaulle vom 29. Juli 1964 vgl. Charles DE GAULLE, Lettres, notes et carnets. Janvier 1964 – Juin 1966, Paris 1987, S. 80–82.
Der französische Gesandte d'Aumale äußerte dazu am 5. August 1964 gegenüber Staatssekretär Carstens, „daß die französische Haltung nicht nur, wie in dem Brief ausgeführt, durch das englische Verhalten beeinflußt worden sei, sondern vor allem auch durch das italienische Vorgehen". Für den Vermerk von Carstens vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 438; B 150, Aktenkopien 1964.
Vgl. dazu weiter Dok. 273.

Ich bin, sehr verehrter Herr Staatspräsident, mit dem Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung

Ihr stets ergebener
gez. Erhard

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 438

201

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Krapf

II 1-80.00/589/64 geheim **16. Juli 1964**

Betr.: Grundlagen der Deutschland-Politik der Bundesregierung 1964

Bezug: Weisung des Herrn Staatssekretärs vom 4. Juli 1964 auf dem Vermerk des Ref. L 1 (20/64 VS-Vertr.) vom 3. Juli 1964 betr. „Haltung der Zonenbevölkerung gegenüber dem Regime"[1]

Anlage: 1

Der vorgenannte Vermerk hat Veranlassung gegeben, die Grundlagen unserer Deutschland-Politik unter Berücksichtigung der Erfahrungen im außen- und innenpolitischen Bereich zu überprüfen, die Abteilung II bei der Durchsetzung von Einzelmaßnahmen der Deutschland-Politik in den letzten zwölf Monaten – seit dem Abschluß des Abkommens über den Kernwaffen-Versuchsstopp[2] – gemacht hat. Dabei wurde von der psychologischen Situation, wie sie derzeit in der SBZ besteht, ausgegangen. Das Ergebnis der Überprüfung wird als Anlage über den Herrn Staatssekretär[3] dem Herrn Bundesminister[4] vorgelegt.

Krapf

[1] Am 3. Juli 1964 vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Balken für Staatssekretär Carstens, der Chefredakteur des Nachrichtenmagazins „Der Spiegel", Jaene, habe ihm am Rande der Bundesversammlung in Berlin erklärt, „daß sich zunehmend auch Menschen, die nicht zu den Funktionärskadern der SED gehörten, mit dem Regime mehr oder weniger identifizierten. Dabei handele es sich um Personen, die ... gewisse Positionen erreicht hätten und daher ein starkes persönliches Interesse an der Erhaltung des für sich selbst Erreichten hätten." Dazu erbat Carstens am 4. Juli 1964 Aufklärung über die Haltung des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen und über eventuelle Reaktionsmöglichkeiten. Vgl. Abteilung II (II 1), VS-Bd. 55; B 150, Aktenkopien 1964.

[2] Für den Wortlaut des Teststopp-Abkommens vom 5. August 1963 vgl. DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1963, S. 291–293.

[3] Hat Staatssekretär Carstens am 5. August und Staatssekretär Lahr am 18. August 1964 vorgelegen.

[4] Hat Bundesminister Schröder am 23. August 1964 vorgelegen, der handschriftlich für Staatssekretär Carstens und Staatssekretär Lahr vermerkte: „Diese Gedankengänge sind im wesentlichen zutreffend. Man sollte sie noch einmal diskutieren und dann einen Entwurf für einen Kab[inetts]Beschluß machen."
Hat Lahr am 7. sowie Carstens am 18. September 1964 erneut vorgelegen, der Ministerialdirektor Krapf um Rücksprache bat.

Anlage

A. Vorbemerkung

1) Im Mittelpunkt der Wiedervereinigungs-Politik steht das Bemühen, den Deutschen in der Zone die Freiheit wiederzugeben. Das Endziel ist die Wiedervereinigung der Deutschen in einem freien Staat. Dieses Grundprinzip unserer Deutschland-Überlegungen steht seit Kriegsende fest. Die Methoden zu seiner Durchsetzung sind in den fünfziger Jahren entwickelt worden und berücksichtigen vielfach nicht genügend, daß die politische Gesamtsituation inzwischen komplizierter geworden ist.

2) Infolgedessen ist es auch schwieriger geworden, unsere Deutschland-Forderung zu verwirklichen. Das Gefühl verbreitet sich, wir befänden uns in der Deutschland-Frage in einer Phase der Stagnation. Wir haben unsere Wiedervereinigungs-Politik also an die Verhältnisse der sechziger Jahre anzupassen, ohne daß dabei das Grundprinzip der Wiedervereinigung in Freiheit aufgegeben wird.

3) Jede Analyse unserer Deutschland-Politik hat von zwei Fragen auszugehen:

– Welches ist die Haltung der Kommunisten, die die Wiedervereinigung verhindern?
– Welches ist die Haltung der Deutschen in der Zone, denen die Freiheit wiedergegeben werden soll?

Das Problem der kommunistischen Haltung ist dasjenige der Haltung Moskaus. Diese Größe ist bekannt. Sie kann bei der nachstehenden Studie ausgeklammert werden. In den Vordergrund tritt die Frage nach der Haltung der SBZ-Bevölkerung und unseres Verhältnisses zu ihr. Die nachstehende Analyse der Grundlagen der Deutschland-Politik geht daher von dieser Frage aus.

B. Die Frage der menschlichen Kontakte zur SBZ

I. Ein entscheidender Faktor unserer Wiedervereinigungs-Politik ist die Ablehnung, welche die SBZ-Bevölkerung in ihrer überwältigenden Mehrheit dem Pankower Regime zuteil werden läßt. Diese Ablehnung ist das bedeutsamste „Guthaben" unserer Wiedervereinigungs-Politik. Es gibt daher zum Nachdenken Anlaß, daß in letzter Zeit – so im Zusammenhang mit dem Pfingsttreffen der FDJ[5] – Zweifel laut geworden sind, ob wir diese Opposition nicht überschätzten und ob sich in der Zone nicht ein anderes Verhältnis zur eigenen „Staatsordnung" entwickele. Nachstehend wird der Versuch unternommen, dem tatsächlichen Sachverhalt nachzugehen, der für unsere Deutschland-Politik von entscheidender Bedeutung sein kann:

1) Wir haben nur wenige Anhaltspunkte, die eine objektive Lagebeurteilung ermöglichen. Der bisher beste Einblick ergibt sich aus hier vorliegenden Ergebnissen der Befragung von West-Berlinern über die Einstellung der ihnen

[5] Zum „Deutschlandtreffen der Jugend" vom 16./17. Mai 1964 in Ost-Berlin vgl. NEUES DEUTSCHLAND, Sonderausgabe vom 18. Mai 1964, S. 1–4.

nahestehenden Ostberliner, denen sie Weihnachten 1963[6] begegneten. Die Umfrage läßt folgendes erkennen:

a) Gewisse Anzeichen dafür, daß sich die Bevölkerung der Zone notgedrungen mit den „Grunderrungenschaften des sozialistischen Staates" abzufinden beginnt, sind bemerkbar. Die Kritik an der Verstaatlichung der Industrie und des Handels sowie an der Kollektivierung der Landwirtschaft ist – insbesondere in der Jugend – nicht mehr so stark wie früher.

Zur Veranschaulichung:

Verhältnis der Stimmen	Kollektivierung der Landwirtschaft Für : Gegen	Verstaatlichung der Industrie Für : Gegen
60jährige und Ältere	1 : 21	1 : 4,5
35–59jährige	1 : 3,4	1 : 2,6
bis 34jährige	1 : 2	1 : 1,5

b) Wenn auch die Ablehnung Ulbrichts, der durchweg für die Mißstände verantwortlich gemacht wird, unverändert andauert, so gibt es doch einen sehr erheblichen Prozentsatz von Stimmen, der nicht mehr auf die Beseitigung des Systems, sondern auf eine Besserung unter Ulbrichts Nachfolger hofft, ohne daß gleichzeitig die Liquidation des Systems gefordert wird.

Zur Veranschaulichung:

Von 100 Ostberlinern, die sich über Ulbricht äußerten, waren 60 der Meinung, daß auch ein Wechsel an der Spitze nichts am System ändern werde; 40 glaubten, unter einem neuen Mann könne eine Entspannung der Lage eintreten.

c) Von besonderer Bedeutung ist die Einstellung der Jugend. Bei ihr findet sich einerseits die offenste Opposition gegenüber dem Regime. Auf der anderen Seite läßt sich nicht übersehen, daß unter den 20–35jährigen der Anteil der für das Regime Eintretenden am höchsten ist und sogar den Prozentsatz der Gegner des Regimes übertrifft.

Zur Veranschaulichung:

Verhältnis zum System	60jährige	35–59jährige	bis 34jährige
entschiedene Anhänger	9%	14%	30%
politisch „Arrangierte"	24%	40%	12%
entschiedene Gegner	9%	23%	25%
politisch Desinteressierte	58%	23%	33%

d) Obwohl es der SED nicht gelingt, ein eigenes Staatsbewußtsein zu entwikkeln, läßt sich gerade im Verhältnis der Bevölkerung zur Bundesrepublik Deutschland eine gewisse Abkühlung feststellen. Den Westdeutschen wird häufig Wohlstandsdenken und mangelnde politische Zielsetzung vorgeworfen;

[6] Im Rahmen der Passierschein-Vereinbarung vom 17. Dezember 1963 konnten Bewohner von Berlin (West) in der Zeit vom 19. Dezember 1963 bis 5. Januar 1964 erstmals seit der Abriegelung der Sektorengrenze am 13. August 1961 wieder zum Besuch von Verwandten in den Ostteil der Stadt reisen. Für den Wortlaut vgl. DzD IV/9, S. 1023–1027. Vgl. dazu auch Dok. 1, Anm. 1.

die Zahl derer, die der Ansicht sind, die Westdeutschen hätten die Zone abgeschrieben, ist im Wachsen.

Zur Veranschaulichung:

100 Westberliner wurden gefragt, ob sie folgende Ansichten *häufig* in der Zone gehört haben:

„Die Westdeutschen haben uns abgeschrieben"	20% bejahend
„Bei anhaltender Trennung lebt man sich auseinander"	33% bejahend
„Für Westdeutsche ist hoher Lebensstandard das Wichtigste"	31% bejahend
„Wir sind nicht vergessen"	36% bejahend
(Frage wurde z. Z. der Passierscheinbesuche gestellt!)	
„Westdeutsche würden für die Wiedervereinigung Opfer bringen"	12% bejahend

e) Ob die Zonenbevölkerung ein positives Verhältnis zur eigenen politischen Ordnung gewinnt, hängt entscheidend davon ab, ob ihr Glaube an die Wiedervereinigung erhalten bleibt. Sollte dieser Glaube erlöschen und sich zum Beispiel bei den Bewohnern der SBZ das Gefühl verbreiten, daß die Bundesrepublik Deutschland daran nicht ohne Schuld ist, so dürfte dies nicht ohne ernste Rückwirkung auf den Anpassungsprozeß bleiben.

Zur Veranschaulichung:

49% der befragten West-Berliner haben in der Zone gehört, daß die Westdeutschen für die Wiedervereinigung nie Opfer bringen würden.

2) Die Presseberichterstattung über das Pfingsttreffen der FDJ und hier vorliegende Berichte aus besonderer Quelle (z. B. der letzte Bericht über die psychologische Lage)[7] ergänzen das Bild in folgender Hinsicht:

a) Unserer politischen Führungsschicht wird nationalistisch-militaristisches, d. h. im Sprachgebrauch der Zone rückschrittliches Denken vorgeworfen. Eine erhebliche Rolle spielt – auch bei entschiedenen Antikommunisten – der Vorwurf, in Westdeutschland machten sich nach wie vor nazistische Einflüsse breit.

b) Die Jugendlichen der Zone erwiesen sich in der Zeit des Pfingsttreffens in der Diskussion mit Jugendlichen aus Westdeutschland häufig überlegen.

3) Zusammenfassend wäre zu bemerken, daß wir bei einer Bewertung der Stellung des SED-Regimes nicht von den fünf bis fünfzehn Prozent Kommunisten ausgehen sollten, sondern von der Zahl von über dreißig bis vierzig Prozent Deutschen in der Zone, die sich zur Zeit damit abzufinden scheinen, daß sie in einem gespaltenen Deutschland leben. Hier liegt die Bedeutung des Ulbricht-Chruschtschow-Vertrages vom 12. Juni 1964[8]: Die gleichen Menschen könnten sich damit abfinden, daß sie in dem Reich Ulbrichts (und seiner Nachfolger) bis zum Ende ihrer Tage zu leben haben.

II. 1) Das geschilderte Stimmungsbild sollte gleichwohl in seiner Bedeutung nicht überbewertet werden. Nach wir vor überwiegt die Ablehnung des SED-

[7] Für den „Lagebericht SBZ" des Bundesnachrichtendienstes vom 19. Juni 1964 vgl. Abteilung II (II 1), VS-Bd. 55.

[8] Für den Wortlaut des Freundschaftsvertrags vom 12. Juni 1964 zwischen der UdSSR und der DDR vgl. DzD IV/10, S. 717–723.
Zur politischen Wertung vgl. besonders Dok. 170.

Regimes. Auch sollte die Tendenz zur Anpassung im richtigen Verhältnis gesehen werden. Zum Beispiel machten sich vor 1955[9] gewisse Abkühlungstendenzen in der Einstellung der Saar-Bevölkerung zum übrigen Deutschland bemerkbar, die später völlig überwunden wurden. Das gleiche gilt mit Sicherheit auch für die Zone. Ein guter Teil der Neigung zur Anpassungsfähigkeit dürfte – wie im Fall der Saar! – auf das Konto der derzeitigen Aussichtslosigkeit einer Wiedervereinigung kommen. Immerhin sollten wir gewisse Gefahren für unsere Wiedervereinigungs-Politik nicht übersehen:

– Die Zonenbevölkerung könnte sich stärker als bisher mit dem System abfinden.
– Das Regime könnte es besser als bisher lernen, sich das natürliche Begeisterungsbedürfnis der Jugend zunutze zu machen.
– Die Skepsis gegenüber Bundesrepublik und Westdeutschen könnte wachsen.

Das Ergebnis dieser Entwicklung wäre ein Auseinanderleben beider Teile Deutschlands.

2) Wenn diese Überlegung zutrifft, dann drängt sich die Frage der Folgerungen auf. Sicherung der Freiheit und Erhaltung der Menschenwürde sind unabdingbare Forderungen unserer Deutschland-Politik. Ebenso unabdingbar ist die Forderung, daß unsere Deutschland-Politik Erfolg haben soll. Eine Überprüfung der Methoden unserer Wiedervereinigungs-Politik liegt unter diesen Umständen nahe. Sie würde folgende Punkte betreffen:

a) Die gängige Annahme, die zu sehr von einer Einheitsfront der Westdeutschen und Mitteldeutschen gegenüber Pankow ausgeht, ist korrekturbedürftig.

Folgerung: Die Gewöhnung an ein Eigenbewußtsein der Zonenbevölkerung ist vorsorglich in Rechnung zu stellen.

b) Die Annahme, *alle* Deutschen in der Zone wären mit ihrer Lage und ihrer Position unzufrieden, trifft nicht zu (vgl. auch die Bezugsaufzeichnung).

Folgerung: Wir sollten bei uns auf Äußerungen der politischen Orthodoxie gegenüber einigen Erscheinungen des sowjetzonalen Lebens verzichten und zum Beispiel für den Fall einer Wiedervereinigung frühzeitig ankündigen, daß wir keine politische Säuberung („Ent-SED-fizierung") und keine Änderung in dem Status der in Wirtschaft usw. tätigen Deutschen in der Zone anstreben, *vorausgesetzt*, daß sich dies mit dem Schutz der Grundrechte verträgt.

c) Unsere Berichterstattung in Presse und Rundfunk über die Zone ist zu wenig differenziert und berücksichtigt nicht genügend die Möglichkeit, daß sich ein stärkeres Gemeinschaftsbewußtsein in der Zone entwickelt.

Folgerung: Wir sollten auch solche Nachrichten aus der Zone zu uns dringen lassen, die nicht unserer vorgefaßten Meinung entsprechen, wir sollten andererseits gegenüber der Zone jeden Anschein eigener Überheblichkeit vermeiden, Respekt vor der Leistung der dort lebenden Deutschen bezeigen und gleichzeitig die Ehrlichkeit unserer Bemühungen um ein von den Belastungen des Nationalsozialismus befreites Deutschland deutlich machen.

[9] In der Volksabstimmung vom 23. Oktober 1955 stimmte die Mehrheit der Bevölkerung des Saarlandes gegen das Saarstatut und damit für eine Angliederung an die Bundesrepublik.

d) Die Förderung menschlicher Begegnungen sollte stärker in den Mittelpunkt unserer Überlegungen gestellt werden, um die Zonenbevölkerung vor einem Sichabfinden mit dem Regime zu bewahren.

Folgerung: Wir sollten Selbstvertrauen zeigen, wenn sich Möglichkeiten menschlicher Begegnungen (Passierscheine[10]) und sonstiger Kontakte (Zeitungsaustausch[11]) anbieten. Solchen Begegnungen wäre nur dann aus dem Wege zu gehen, wenn sie eine Aufwertung des Regimes herbeiführen. In diesem Zusammenhang kommt der Passierscheinfrage die größte *aktuelle* Bedeutung zu (Weihnachten 1964 – Wahljahr 1965[12]). Es steht außer Zweifel, daß diese Frage in der Rangfolge der Prioritäten unserer Deutschland-Politik eine größere Bedeutung gewinnen muß, wenn wir mit der Möglichkeit eines Auseinanderlebens der Bevölkerung in beiden Teilen Deutschlands konfrontiert werden. Das heißt: Wir sollten bei den Gesprächen unter allen Umständen ein „Minus" durchsetzen. Wir sollten auch unter allen Umständen zu erreichen suchen, daß das „Minus" in der Unterschriftsfrage erzielt wird.[13] Gegebenenfalls wäre an die Grenze des Verhandlungsabbruchs zu gehen. Auf der anderen Seite sollten wir uns – wegen des Kontaktes mit der Zonenbevölkerung! – die Möglichkeit einer Fortführung des Gesprächs nicht völlig verbauen, wobei auch die innenpolitischen Überlegungen nicht übersehen werden sollten, die unter bestimmten Voraussetzungen eine Fortführung des Gesprächs nahelegen können.[14]

Die Frage, wie weit sich eine solche Politik mit den anderen Verpflichtungen unserer Deutschland-Politik vereinen läßt, wird unter C geprüft.

C. Voraussetzungen für eine Auflockerung der Kontaktpolitik

Eine Auflockerung unserer Haltung in der Kontaktfrage wird Mißverständnisse hervorrufen. Insbesondere das Ausland wird annehmen, die Bundesregierung sei bereit, ihre feste Haltung in der Frage der Nichtanerkennung Pankows aufzugeben. Diesem Eindruck haben wir vorzubeugen. Sicherung der Freiheit und Sicherung der Menschenwürde im gesamten Deutschland sind die Arbeitsgrundlagen unserer Deutschland-Politik. Wir haben also eine flexiblere Politik im Bereich der menschlichen Kontakte mit der Zone durch

[10] Zur Passierschein-Frage vgl. zuletzt Dok. 152.

[11] Staatsratsvorsitzender Ulbricht äußerte in einer Rede am 25. April 1964 in Bitterfeld die Bereitschaft, in der DDR den Verkauf ausgewählter Zeitungen aus der Bundesrepublik zu gestatten, sofern die Tageszeitung „Neues Deutschland" in der Bundesrepublik frei verkäuflich würde. Mit Schreiben vom 8. Juli 1964 regte der Leiter des Presseamtes beim Ministerpräsidenten der DDR, Blecha, gegenüber dem Chef des Presse- und Informationsamtes, von Hase, die Aufnahme entsprechender Verhandlungen über einen Zeitungsaustausch an. vgl. DzD IV/10, S. 508 bzw. S. 812 f. Zur Haltung der Bundesregierung vgl. das Rundfunkinterview des Staatssekretärs von Hase vom 16. Juli 1964; BULLETIN 1964, S. 1073.

[12] Die Bundestagswahlen fanden am 19. September 1965 statt.

[13] Die Unterzeichnungsformel des Passierschein-Abkommens vom 17. Dezember 1963 lautete: „Auf Weisung des Chefs der Senatskanzlei, die im Auftrage des Regierenden Bürgermeisters von Berlin gegeben wurde". Vgl. DzD IV/9, S. 1023.
Zur Passierschein-Frage vgl. weiter Dok. 240.

[14] Der Passus „wobei auch die innenpolitischen Überlegungen ... nahelegen können" wurde von Staatssekretär Carstens bei der Wiedervorlage gestrichen.

eine aktive Politik in anderen Bereichen abzusichern. Hierfür bieten sich an erster Stelle an:

- Gegenüber der Zone der Bereich des Interzonenhandels;
- gegenüber dem Ostblock der Bereich einer gemeinsamen aktiven[15] Ostpolitik des Westens;
- gegenüber den nichtgebundenen Ländern der Bereich unserer Nichtanerkennungspolitik.

Zu diesen Fragenkomplexen ist zu bemerken:

I. Die Kontaktfrage und der Interzonenhandel

1) Der Interzonenhandel ist *das* politische Mittel unserer Deutschland-Politik, das uns gegenüber Pankow – insbesondere auch im Hinblick auf seine wirtschaftlichen Schwierigkeiten – zur Verfügung steht. Es steht außer Frage, daß dieses Mittel, zumindest im Zusammenhang mit der Passierscheinpolitik, nicht genügend angewandt worden ist. Überhaupt läßt sich feststellen, daß seit Errichtung der Treuhandstelle für Interzonenhandel[16] – auch aus Kompetenzgründen – nie der Versuch gemacht worden ist, die Waffe des Interzonenhandels systematisch in eine Gesamtkonzeption unserer Deutschland-Politik einzugliedern. Wir haben meist nur an das Junktim „IZH – Zugang nach Berlin" gedacht.

2) Erst im März/April dieses Jahres wurde der Versuch unternommen, ein Junktim „Düngemittelverhandlungen – Passierscheinverhandlungen" anzustreben.[17] Diese Bemühungen haben keinen Erfolg gehabt, u.a. auch deshalb, weil wir nicht mit genügender Hartnäckigkeit die Idee des Junktims verfochten haben.

3) Es ist anzunehmen, daß der Versuch, ein sichtbares Junktim herzustellen, in Zukunft auf noch größere Widerstände bei der Zone stoßen wird. Gleichwohl könnte der von uns mit der Junktimforderung angestrebte Effekt erzielt werden, wenn systematisch darauf gedrungen würde, daß sich die Kontakte auf den Ebenen Korber/Wendt und Leopold/Behrendt wie „kommunizierende Röhren" verhalten. Das heißt: verlaufen die Passierscheingespräche in unserem Sinn, dann können die IZH-Gespräche stärker die Wünsche Pankows berücksichtigen (und umgekehrt). Damit ist eine bessere Gewähr gegeben, daß wir ein „Minus" in einem Passierscheinabkommen durchsetzen.

4) Das Prinzip der „kommunizierenden Röhren" sollte in bezug auf den Interzonenhandel konsequent angewandt werden. Dazu bedarf es einer straffen und regelmäßigen Steuerung weiter Kontakte durch das gleiche Gremium.

5) Die Folgerung lautet:

- Parallelschaltung der Passierscheingespräche (oder aller Kontaktgespräche) und der IZH-Gespräche (oder aller technischen Gespräche).
- Straffe Lenkung und Steuerung *aller* Gespräche mit der SBZ von *einer* Stelle oder von *einem* Gremium in Bonn.

[15] Dieses Wort wurde handschriftlich eingefügt.

[16] Die „Treuhandstelle für den Interzonenhandel" wurde am 2. November 1949 in Frankfurt gegründet.

[17] Vgl. dazu Dok. 96.

II. Die Kontaktfrage und das Problem einer aktiven westlichen Ostpolitik

1) *Unsere* Haltung in der Kontaktfrage geht aus B hervor.

2) Auch der Ostblock wünscht Kontakte, aber amtliche Kontakte, um die „Realität der deutschen Teilung" auf eine staats- und völkerrechtliche Ebene anzuheben. Während wir also Kontakte zur Beseitigung der Teilung Deutschlands wünschen, strebt die andere Seite Kontakte zur Vertiefung der deutschen Teilung an.

3) Wenn die Zone in der Passierscheinfrage menschliche Kontakte zuließ, so nur, weil in ihrer Kalkulation der für sie zweifellos vorhandene Nachteil einer Fühlungnahme durch den Vorteil einer internationalen Aufwertung Pankows ausgeglichen wurde, die ihrerseits wieder helfen soll, die Stellung des Regimes gegenüber der eigenen Bevölkerung zu festigen.

4) Wenn wir also in der Frage der menschlichen Kontakte unsere Bemühungen intensivieren und wenn die Vorteile dieser Kontaktpolitik die für uns bestehenden Nachteile (wie sie sich z.B. aus dem Bestehen des Kontaktes Korber/Wendt zweifellos ergeben haben) überwiegen sollen, dann dürfen diese Kontakte vom Ostblock nicht als Ausdruck einer Status-quo-Politik der Bundesregierung interpretiert werden. Die Fragestellung, vor die wir uns gestellt sehen, läßt sich auf nachstehende Formel bringen:

– Verfolgen Bundesregierung und Westmächte in der Deutschlandfrage eine defensive Politik, so wird der Ostblock jedes Bemühen um Herstellung menschlicher Kontakte als Ausdruck der Nachgiebigkeit interpretieren.
– Folgt der Westen einer offensiven Politik in der Deutschland- und Sicherheitsfrage, dann erhält das Problem der Kontakte ein anderes Gewicht, zumindest wird die Problematik von Gesprächen Bundesregierung– oder Berliner Senat–Pankow (nach Art der Gespräche Korber/Wendt) reduziert. Die Politik der Kontaktherstellung ist dann Ausdruck westlichen Selbstvertrauens.

Als Beispiel hierfür sei folgende theoretische Möglichkeit erwähnt: Sollten wir in eine Lage geraten, in der wir ein Passierscheinabkommen abzuschließen haben, das demjenigen vom 17. Dezember 1963 entspricht, dann wären sofort nach Abschluß die besonders engen Bindungen Berlin/Bund (z.B. durch Einberufung des Bundestages nach Berlin) oder die Entschlossenheit des Westens zu einer aktiven Deutschland-Politik zu demonstrieren (z.B. durch Vorbringen des Vorschlags eines Viermächterats zur Erledigung prozeduraler Deutschland-Aufgaben[18]).

5) An diesem letzteren Punkt berührt sich unser Interesse an einer Aktivierung der Deutschland-Politik des Westens (die in Den Haag nicht zum Zuge kam)[19] mit dem Interesse der Amerikaner und Briten an der Herstellung von

[18] Der Vorschlag zur Einrichtung eines Viermächte-Rats war Bestandteil der Deutschland-Initiative der Bundesregierung. Für den Wortlaut (Fassung vom 10. April 1964) vgl. Dok. 3 mit den Änderungen in Anm. 5, 9, 11–20 und 22. Zur englischsprachigen Neufassung vom 6. Mai 1964 vgl. Dok. 136, Anm. 4.
Vgl. auch Dok. 101.

[19] Dieser Einschub wurde von Staatssekretär Carstens bei der Wiedervorlage gestrichen.
Zur Erörterung der Deutschland-Initiative der Bundesregierung mit den drei Westmächten am 11./12. Mai 1964 in Den Haag vgl. Dok. 124 und Dok. 126.

Kontakten (die nach angelsächsischer Vorstellung zu einer Verminderung der Spannungen in Deutschland beitragen sollen). Wir können uns der „Leistung" der Kontaktpolitik – an der auch wir aus den unter B dargelegten Gründen Interesse haben – bedienen, um den Westen zu einer Aktivierung seiner Deutschland- und Sicherheitspolitik zu veranlassen. Wir könnten in Zukunft westliche Forderungen einer Kontaktpflege mit der Feststellung beantworten:

– Wir wären zu einer weniger restriktiven Politik in dieser Frage dann in der Lage, wenn der Westen in der Deutschland-Frage aktiver vorgehe.
– Eine aktive Deutschland-Politik des Westens sei jedenfalls eine der Voraussetzungen, um ausländischen Mißverständnissen, die sich aus einer Aktivierung unserer Kontaktbemühungen ergeben, vorzubeugen.

Unsere Passierscheinpolitik wird unter dieser Voraussetzung ein „Hebel", um der Lethargie bestimmter Kreise in Washington, London und Paris in der Deutschland-Frage entgegenzuwirken.

III. Die Kontaktfrage und unsere Nichtanerkennungspolitik

1) Zweifellos wird eine Politik der Intensivierung menschlicher Kontakte in der nichtgebundenen Welt als Abweichen von unserer Politik der Alleinvertretung interpretiert werden. Der Ostblock wird verstärkt versuchen, diese Länder zu einer Anerkennung Pankows zu bewegen. Diese Überlegung hat die Bundesregierung dazu veranlaßt, in der Passierscheinfrage Vorsicht an den Tag zu legen und das „Minus" zu fordern.

2) Es stellt sich die Frage, ob wir unsere Alleinvertretungspolitik so absichern können, daß auch bei einer flexibleren Kontaktpolitik Mißverständnisse vermieden werden. Ein Mittel ist bereits erwähnt: die Aktivierung der westlichen Deutschland-Politik.

3) Ein weiteres Mittel könnte die Erweiterung des Instrumentariums unserer Nichtanerkennungspolitik sein:

a) Bis Anfang dieses Jahres stand uns als Hauptmittel im Falle der Herstellung diplomatischer Beziehungen dritter Länder mit Pankow der Abbruch der diplomatischen Beziehungen (Fall Jugoslawien und Kuba)[20] zur Verfügung.

b) Unter dem Eindruck des Vorgangs Ceylon[21] haben wir uns im Februar 1964 dafür entschieden, bereits im Vorfeld der Aufnahme diplomatischer Beziehungen wirtschaftliche Gegenmaßnahmen zu treffen[22], etwa durch den Entzug von Wirtschaftshilfe usw.

Beide Mittel sind überwiegend negativer Natur: sie vergelten.

4) Es stellt sich die Frage, ob wir nicht mehr als bisher auch positive Mittel einsetzen sollten. In einem gewissen Umfang ist dies immer geschehen. So sol-

[20] Zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Jugoslawien am 19. Oktober 1957 vgl. Dok. 67, Anm. 21.
Zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Kuba am 14. Januar 1963 vgl. AAPD 1963, I, Dok. 19.

[21] Zur Einstellung der Entwicklungshilfe an Ceylon als Reaktion auf die Errichtung eines Generalkonsulats der DDR in Colombo vgl. Dok. 53, Anm. 8.
Zu den Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Ceylon vgl. zuletzt Dok. 191.

[22] Vgl. dazu Dok. 171.

len Entwicklungs- und Wirtschaftshilfe mit nichtgebundenen Ländern *positive Kontakte* herstellen, die der Kontaktaufnahme mit Pankow entgegenzuwirken haben. Im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit, des Besucheraustauschs usw. wird daran gearbeitet, „goodwill" in diesen Ländern sicherzustellen.

5) Es steht aber außer Frage, daß wir uns dieser Mittel nicht systematisch bedient haben.

a) Die Entwicklungshilfe:

Es ist bisher vielfach nicht gelungen, die wirtschaftliche Hilfe an der richtigen Stelle zum richtigen Zeitpunkt einzusetzen. Wer rasch gibt, gibt doppelt. Hier sind nach wie vor die bekannten, oft bürokratisch bedingten Widerstände festzustellen, die einer raschen Abwicklung der Wirtschaftshilfe entgegenstehen. Die Folgerung lautet:

– Der Komplex Wirtschafts- und Entwicklungshilfe sollte im übergeordneten Interesse unserer Deutschland-Politik stärker entbürokratisiert werden und hierzu die notwendigen Weisungen – etwa des Kabinetts – ergehen.

b) Die Besuche maßgeblicher Persönlichkeiten:

Diesen Reisen kommt erhebliche Bedeutung zu. Die besuchten Länder fühlen sich beachtet, ernst genommen und respektiert. Es steht außer Frage, daß das Instrument der Besuche hochgestellter Persönlichkeiten von uns nicht zweckentsprechend eingesetzt wird. Sie sind vor allem nicht planmäßig unter geographischen und zeitlichen Gesichtspunkten gestreut. Beispiel: Während der drei Monate, die das Tauziehen von Bonn und Pankow um die Union Tanganjika-Sansibar[23] währt, haben fünf führende SBZ-Politiker Sansibar besucht[24], während eine einzige führende Persönlichkeit der Bundesrepublik Deutschland – Bundesminister Höcherl – den Boden von Tanganjika betrat.[25] Die Folgerung lautet:

– Die Inaussichtnahme eines prominenten Besucherdienstes ist unerläßlich, um die Existenz *und* das Potential der Bundesrepublik Deutschland zu dem jeweils nützlichsten Zeitpunkt im Ausland unmittelbar in Erinnerung zu rufen.

[23] Zu der wegen der diplomatischen Anerkennung der DDR durch Sansibar entstandenen Frage, welche Haltung die am 27. April 1964 proklamierte Vereinigte Republik von Tanganjika und Sansibar zum Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik einnehmen würde, vgl. zuletzt Dok. 118. Vgl. dazu auch den Drahtbericht des Botschafters Schroeder, Daressalam, vom 3. Juli 1964; Abteilung I (I B 3), VS-Bd. 160; B 150, Aktenkopien 1964. Vgl. ferner den Drahterlaß des Staatssekretärs Carstens vom 6. Juli 1964; Büro Staatssekretär, VS-Bd. 421; B 150, Aktenkopien 1964.

[24] Im Frühjahr 1964 hielten sich mehrere DDR-Politiker in Sansibar auf, darunter der Stellvertretende Minister für Auswärtige Angelegenheiten Kiesewetter (19. bis 31. März 1964), der Stellvertretende Ministerratsvorsitzende Scholz (28. April bis 5. Mai 1964) und der Sonderbeauftragte der DDR, Gyptner, der am 17. Mai 1964 einen Vertrag über Freundschaft und gegenseitige Unterstützung zwischen der DDR und Sansibar unterzeichnete. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Krapf vom 29. September 1964; Abteilung II (II 1), VS-Bd. 16; B 150, Aktenkopien 1964. Vgl. auch DOKUMENTE ZUR AUSSENPOLITIK DER DDR XII, S. 882–884 und S. 1139.

[25] Der Bundesminister des Innern nahm am 5. Juli 1964 als Vertreter der Bundesregierung an den Unabhängigkeitsfeiern von Malawi, vormals Njassaland, teil und unterbrach am 4. Juli 1964 seine Anreise für einen Besuch in Daressalam. Vgl. dazu den Artikel „Malawi wird unabhängig"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 153 vom 6. Juli 1964, S. 1. Vgl. auch das Schreiben des Bundesministers Höcherl vom 5. Juli 1964 an den Verleger Axel Springer; Referat I B 3, Bd. 510. Zur Entwicklung in der Vereinigten Republik von Tanganjika und Sansibar vgl. weiter Dok. 228.

6) Die Mittel „Abbruch diplomatischer Beziehungen" und „Einleitung wirtschaftlicher Gegenmaßnahmen" sollten also durch die positiven Mittel „Entbürokratisierung unserer Wirtschaftshilfe" und „Ausbau eines prominenten Besucherdienstes" ergänzt werden. Aufeinander abgestimmt dürften sie geeignet sein, uns die Entlastung zu sichern, derer wir in der nichtgebundenen Welt im Hinblick auf die Durchführung unserer Politik der menschlichen Kontakte bedürfen.

D. Methoden und Ziele unserer Deutschland-Politik

1) Die unter B und C skizzierte Politik führt die Wiedervereinigung nicht herbei. Sie hält aber die Wiedervereinigungsfrage offen und sorgt in einer kompliziert gewordenen Situation dafür, daß wir nicht abgedrängt werden. Dies ist das Optimum, das wir derzeit angesichts des Verhaltens der Großmächte erreichen können.

2) Eine Überprüfung der Methoden unserer Deutschland-Politik ist jedenfalls unerläßlich.

a) Sehen wir davon ab, dann

- verlieren wir den Kontakt mit der Zonenbevölkerung;
- bröckelt unsere Position in der nichtgebundenen Welt weiter ab;
- verstärkt sich der internationale Trend zum Status quo in der Deutschland-Frage.

b) Folgen wir den Vorschlägen unter B und C, dann wirken wir dieser Entwicklung entgegen, ohne daß wir den Grundgedanken unserer Politik untreu werden, wie sie in den fünfziger Jahren entwickelt worden sind. Wir passen diese Politik lediglich den Bedingungen der sechziger Jahre an (was bisher in vieler Hinsicht unterblieben ist und was die Schwierigkeiten erklärt, in die wir hineinzugeraten drohen). Wir begegnen auch der innenpolitischen Kritik bestimmter Kreise (z.B. Kontaktfrage, Aktivierung der Deutschland-Politik), ohne auch nur ein Jota an den Grundsätzen unserer Wiedervereinigungspolitik zu ändern.

3) Das Endziel dieser Politik bleibt die Wiederherstellung der Freiheit. Die Gewährleistung der Freiheit in der Zone führt die Wiedervereinigung herbei.

4) Das Nahziel dieser Politik ist die Besserung der Lage. Es ist ein Problem für sich, ob wir in dieser Frage immer richtig vorgegangen sind. Sicher hat eine Politik der sehr weitgesteckten Ziele ihre Vorteile, insbesondere auch dann, wenn auch unsere Verbündeten eine solche Politik verfolgen oder doch für sie vorbehaltlos Verständnis haben. Aber eben das ist nicht der Fall. Es ist die Haltung der Amerikaner und Briten, die uns – vielfach gegen unseren Wunsch – zum Kurztreten veranlaßt. Ob uns das angenehm ist oder nicht: wir kommen an dieser Tatsache nicht vorbei.[26] Dann aber stellt sich die Frage, ob wir unsere Forderung in der Deutschland-Frage nicht zu weit gesteckt haben und ob wir nicht mehr berücksichtigen sollten, daß es neben dem Endziel auch Nahziele gibt, die anstrebenswert sein können, so z.B. eine Lockerung der Verhältnisse in der Zone.

[26] Der Passus „Es ist die Haltung ... nicht vorbei" wurde von Bundesminister Schröder hervorgehoben. Dazu handschriftliche Bemerkung: „Genauer!"

5) Die Folgerung lautet:

Wir sollten bei unseren internen Überlegungen mehr als bisher auch die Vorstadien der Wiedervereinigung als in sich selbst gerechtfertigte Ziele ansehen. Ein Mißverständnis dieser Politik – etwa im Sinne einer Aufgabe der Wiedervereinigungsidee – wäre dann unwahrscheinlich,

– wenn gleichzeitig für eine aktive westliche Politik in der Deutschland-Frage Sorge getragen wird;
– wenn wir gleichzeitig eine feste Haltung in der Nichtanerkennungsfrage einnehmen.

6) Der Vorteil der vorstehend skizzierten Überlegungen liegt darin, daß wir aus jenem Zustand der Frustrierung herausgelangen, der solange bestehen muß, als wir nur auf das Fernziel blicken, dann das unvermeidliche Mißverhältnis zwischen Forderung und Realisierbarem feststellen und die – eher möglichen – Zwischenlösungen für unsere Erfolgsrechnung nicht in Betracht ziehen. Nur so gewinnen wir die größere Beweglichkeit, die in der gegenwärtigen Lage notwendig ist, um unsere feststehenden Ziele – Freiheit und Einheit – weiterverfolgen zu können.

Abteilung II (II 1), VS-Bd. 55

202

Aufzeichnung der Politischen Abteilung II

II 1-82.00/0-800/64 VS-vertraulich **17. Juli 1964**

Betr.: Gegenmaßnahmen im Falle der Herstellung von Beziehungen zwischen dritten Ländern und Pankow (sog. Mob.-Plan[1])

Bezug: Weisung des Herrn Bundesministers in der Morgenbesprechung am 30. Juni 1964 an Abt. II;
Weisung des Ministerbüros an Herrn Dg I B – MB-723/64 – vom 17. Juli 1964[2]

Abteilung II hat es übernommen, denjenigen Teil der Weisung des Ministerbüros auszuführen, der einen Katalog von Gegenmaßnahmen gegen die Aufwertungsbestrebungen der SBZ betrifft (nachstehend als „Mob.-Plan" bezeichnet). Der „Mob.-Plan" hat von den Möglichkeiten einer Kontaktherstellung zwischen Pankow und dritten Staaten und von den in Frage kommenden Gegenmaßnahmen auszugehen.

[1] Mobilmachungsplan.

[2] Vortragender Legationsrat I. Klasse Simon bat Ministerialdirigent Böker am 17. Juli 1964 um eine Aufzeichnung, die Bundesminister Schröder als Grundlage für einen Vortrag im Kabinett über die deutschlandpolitischen Aspekte der für Oktober 1964 geplanten Konferenz der blockfreien Staaten dienen könnte. Dabei sollte „außer einer Analyse der Lage ein Katalog von Gegenmaßnahmen gegen die Bestrebungen, die SBZ aufzuwerten," erarbeitet und Abteilung II beteiligt werden. Vgl. Ministerbüro, Bd. 219.

A. Zwischen Pankow und dritten Staaten bestehen unter anderem folgende Möglichkeiten einer Kontaktherstellung:

I. Amtliche Beziehungen

1) Errichtung von Vertretungen der SBZ in fremden Staaten

- Errichtung eines amtlichen Reisebüros;
- Errichtung einer Handelskammervertretung;
- Errichtung einer Handelsvertretung;
- Errichtung einer Handelsvertretung mit konsularischen Befugnissen;
- Errichtung einer konsularischen Vertretung ohne gleichzeitige Erteilung eines formellen Exequaturs;
- Errichtung einer konsularischen Vertretung mit gleichzeitiger Erteilung eines förmlichen Exequaturs und gleichzeitiger Erklärung des dritten Staates, die Erteilung dieses Exequaturs bedeute keine Anerkennung der SBZ;
- Errichtung einer konsularischen Vertretung mit förmlichem Exequatur ohne gleichzeitige Erklärung des dritten Staates, die Erteilung des Exequaturs bedeute keine Anerkennung der SBZ;
- Errichtung einer Vertretung, die praktisch diplomatische Aufgaben wahrnimmt (Fall Kuba vor Aufnahme diplomatischer Beziehungen)[3];
- Errichtung einer Gesandtschaft;
- Errichtung einer Botschaft;
- ferner Höherstufung von bereits bestehenden Vertretungen (z.B. Umwandlung von Handelsvertretungen in Konsulate, von Konsulaten in Generalkonsulate usw.).

2) Errichtung von Vertretungen fremder Staaten in Pankow

(Hier bestehen die gleichen Möglichkeiten wie unter A I 1) erwähnt; wir haben die Errichtung von Vertretungen dritter Staaten in Pankow stets als besonders unfreundlichen Akt angesehen. Letzter Vorgang: Handelsvertretung von Ghana.[4])

3) Abschluß von Verträgen usw. zwischen der Zone und dritten Ländern.

II. Sonstige Kontakte

- Austausch von Ehrungen, Glückwunschadressen führender Persönlichkeiten;
- Besuchsaustausch führender Persönlichkeiten;
- Besuche von Persönlichkeiten im ausdrücklichen amtlichen Auftrag;
- offizielle Einladungen führender Persönlichkeiten und Annahme dieser Einladungen.

[3] Die DDR unterhielt seit dem Abkommen mit Kuba vom 29. Februar 1960 über den Waren- und Zahlungsverkehr eine Handelsvertretung in Havanna, die als „Vertretung", „diplomatische Residenz" oder „Botschaft" bezeichnet wurde und botschaftsähnliche Aufgaben wahrnahm, obwohl sie keinen diplomatischen Status besaß. Mit Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen Kuba und der DDR am 12. Januar 1963 wurde sie in eine reguläre Botschaft umgewandelt. Vgl. dazu DOKUMENTE ZUR AUSSENPOLITIK DER DDR VIII, S. 394, bzw. DOKUMENTE ZUR AUSSENPOLITIK DER DDR XI, S. 412. Zur Tätigkeit der Handelsvertretung der DDR in Havanna vgl. Referat 306, Bd. 186.

[4] Am 16. September 1963 wurde in Ost-Berlin eine ghanaische Handelsvertretung eröffnet. Vgl. dazu AAPD 1963, II, Dok. 347.
Zur Haltung Ghanas in der Deutschland-Frage vgl. weiter Dok. 233.

III. Erklärungen

– Erklärungen von Angehörigen der Staatspartei (in Einparteien-Staaten) über das faktische Bestehen zweier deutscher Staaten (Zwei-Staaten-Theorie);
– Erklärungen führender Persönlichkeiten über das faktische Bestehen zweier deutscher Staaten (Zwei-Staaten-Theorie);
– amtliche Erklärungen über das faktische Bestehen zweier deutscher Staaten (Zwei-Staaten-Theorie);
– amtliche Erklärung, daß die Deutschland-Frage zwischen den beiden deutschen Staaten geregelt werden solle (Zwei-Staaten-Theorie);
– amtliche Erklärungen, die auf eine Unterstützung der sowjetischen Berlin-These hinauslaufen (*Drei*-Staaten-Theorie[5]).

B. Als Gegenmaßnahmen kommen u.a. in Frage:

I. Politischer Bereich

– Warnungen, öffentliche Erklärungen;
– Demarchen;
– Abberufung unserer Auslandsvertreter zur Berichterstattung;
– Abbruch der diplomatischen Beziehungen;
– Abbruch der diplomatischen und konsularischen Beziehungen.

II. Wirtschaftliche Gegenmaßnahmen

– Warnungen, daß wirtschaftliche Gegenmaßnahmen ergriffen werden;
– Reduzierung oder Einstellung der Militärhilfe;
– Reduzierung oder Einstellung der Entwicklungshilfe;
– Reduzierung oder Einstellung der Wirtschaftshilfe;
– Reduzierung oder Einstellung der Handelsbeziehungen (z.B. durch Nichtgewährung von Hermes-Krediten).

III. Positive Interventionen

– Gewährung von Entwicklungshilfe;
– Gewährung von Wirtschaftshilfe;
– Gewährung von Militärhilfe;
– Besuche führender Persönlichkeiten aus der Bundesrepublik Deutschland;
– besondere Pflege der Beziehungen zu dritten Ländern unter besonderer Berücksichtigung der politischen Gesichtspunkte, die für diese von Bedeutung sind.

C. Der „Mob.-Plan"

I. Es ist nicht möglich, ein schematisches Vorgehen für jeden Einzelfall der Kontaktaufnahme dritter Staaten mit Pankow vorzusehen. Unsere Ausgangslage ist z.B. im Falle Indien anders als im Falle Kambodscha oder Ghana. Aus

[5] Die „Drei-Staaten-Theorie" ging aus der im Berlin-Ultimatum enthaltenen Forderung der UdSSR hervor, „daß die Frage Westberlin gegenwärtig durch Umwandlung Westberlins in eine selbständige politische Einheit – eine Freistadt – gelöst werde, in deren Leben sich kein Staat, darunter auch keiner der bestehenden zwei deutschen Staaten, einmischen würde". Für den Wortlaut der sowjetischen Note vom 27. November 1958 an die drei Westmächte vgl. DzD IV/1, S. 151–177, besonders S. 174.
Vgl. auch Dok. 13, Anm. 10 und 15.

den gleichen Gründen kann an dieser Stelle auch nicht das Problem des Anerkennungs-„Erdrutsches" behandelt werden.

II. Davon unabhängig läßt sich jedoch in größeren Zügen ein Vorgehen umreißen, das in folgenden Hauptfällen Anwendung finden könnte (oder bereits findet), wobei es darauf ankommt, die in Frage kommenden Gegenmaßnahmen so miteinander zu verbinden, daß ein Höchstmaß an politischer Wirkung erzielt wird:

1) Verhalten, solange keine Anzeichen einer Absicht der Kontaktaufnahme bestehen

Bereits in diesem Stadium ist es notwendig, unseren Standpunkt in der Nichtanerkennungs-Frage klarzustellen. Dies geschieht in zufriedenstellendem Umfang, z.B. durch Demarchen, Gespräche, Kontaktpflege usw.

2) Verhalten bei Anzeichen einer Absicht, den Kontakt zur SBZ auszubauen

In diesen Fällen ist das unter C II 1) erwähnte Verfahren verstärkt anzuwenden. Darüber hinaus hat es sich als zweckmäßig erwiesen, den in Frage kommenden Ländern unser Interesse durch größere Wirtschaftshilfe oder durch Entsendung von Persönlichkeiten, die besonderes Ansehen genießen, zu bezeigen. In diesem Zusammenhang sei auf die Staatsbesuche verwiesen, z.B. den Besuch, den der Herr Bundespräsident 1963 Indonesien abstattete[6] und der einen für uns günstigen Wandel des dortigen politischen Klimas hervorrief.

3) Vorgehen bei Bestehen ernster Anzeichen für die Bereitschaft einer Aufwertung der Zone

a) Fall 1: Errichtung von SBZ-Handelsvertretungen oder Austausch von Handelsvertretungen.

Hier bieten sich folgende Maßnahmen an:

aa) Vor Eintreten des Ereignisses:
- Demarchen unserer Auslandsvertretungen;
- „Zitierung" des in Bonn akkreditierten Vertreters des dritten Staates in das Auswärtige Amt;
- Warnungen.

bb) Nach Eintreten des Ereignisses:
- Zurückberufung unseres Botschafters zur Berichterstattung;
- Forderung, daß der dritte Staat amtlich erklärt, keine Anerkennung der Zone und keine Anerkennung der Teilung Deutschlands zu beabsichtigen.

b) Fall 2: Errichtung von konsularischen Vertretungen der SBZ oder Austausch von konsularischen Vertretungen.

Hier bieten sich folgende Maßnahmen:

aa) Vor Eintreten des Ereignisses:
- die Maßnahmen, die bereits unter der Rubrik „Handelsvertretungen" erwähnt wurden, ferner

[6] Zum Staatsbesuch des Bundespräsidenten Lübke vom 28. Oktober bis 3. November 1963 in Indonesien vgl. BULLETIN 1963, S. 1717 f.

– persönliche Botschaften des Herrn Bundeskanzlers, in Ausnahmefällen auch des Herrn Bundespräsidenten;
– ernste Warnungen, deren Eindruck durch Entsendung führender Persönlichkeiten verstärkt werden könnte;
– Ankündigung einer Reduzierung oder Einstellung von Wirtschaftshilfe, Entwicklungshilfe usw.;
– evtl. in geeigneter Weise Andeutung unserer Entschlossenheit, Gegenmaßnahmen auf anderen Gebieten einzuleiten (z.B. durch Ankündigung der Unterstützung von politischen Interessen der Gegner des dritten Landes).

bb) Nach Eintreten des Ereignisses:
– Gegenmaßnahmen wie unter der Rubrik „Handelsvertretungen", ferner
– Forderung, daß das Gastland kein förmliches Exequatur erteilt;
– Forderung, daß das Gastland erklärt, die Zulassung eines SBZ-Konsulats sei nicht als eine Anerkennung der Zone oder als eine Anerkennung der Teilung Deutschlands zu verstehen;
– Einstellung oder Reduzierung von Entwicklungshilfe, Wirtschaftshilfe usw.;
– demonstrative wirtschaftliche Förderung anderer Länder, auch von Nachbarländern;
– Unterstützung (soweit dies tunlich ist) von politischen Vorhaben etwaiger Gegner des in Frage kommenden Landes.

c) Fall 3: Vorgehen im Fall von Herstellung diplomatischer Beziehungen mit Pankow und im Fall der ausdrücklichen Anerkennung Pankows.

Hier bieten sich folgende Maßnahmen:

aa) Vor Eintreten des Ereignisses:
– Gegenmaßnahmen wie in der Rubrik „konsularische Vertretungen", ferner
– Androhung des Abbruchs der diplomatischen Beziehungen;
– Androhung des Abbruchs der Handelsbeziehungen.

bb) Nach Eintreten des Ereignisses:
– Abbruch der diplomatischen Beziehungen;
– Abbruch der konsularischen Beziehungen;
– Einstellung der Wirtschafts- und Entwicklungshilfe;
– Pflege der Handelsbeziehungen nur nach Maßgabe unserer eigenen handelspolitischen Interessen;
– Abbruch der Handelsbeziehungen;
– keine Zurückhaltung bei der Unterstützung der politischen Bestrebungen von Gegnern dieser Länder.

D. Schlußbetrachtung

Die unter III versuchte Darstellung eines „Mob.-Plans" für die Fälle einer Kontaktherstellung zwischen der SBZ und dritten Ländern gibt Veranlassung zu nachstehenden Überlegungen[7]:

I. Wir haben als „Gegenmaßnahmen" in diesen Fällen bisher
1) den Abbruch diplomatischer Beziehungen als ultima ratio (Fälle Jugoslawien und Kuba)[8] und

[7] Vgl. dazu bereits Dok. 201.

[8] Zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Jugoslawien am 19. Oktober 1957 vgl. Dok. 67,

2) die Reduzierung der Entwicklungshilfe (Fall Ceylon)[9]
angewandt. Wir erhoffen uns von der durch den Fall Ceylon hervorgerufenen Erweiterung unseres Instrumentariums, daß diese sich bereits in einem Vorfeld der Aufnahme von Beziehungen mit Pankow für uns günstig auswirkt. Es ist freilich nicht zu übersehen, daß beide Mittel negativer Natur sind; sie schrecken ab, oder sie vergelten.

II. Es stellt sich aber die Frage, ob wir nicht mehr als bisher andere positive Mittel einsetzen sollten. In einem gewissen Umfang ist dies bereits geschehen. Hierzu gehören positive politische Maßnahmen, deren Art von Fall zu Fall zu bestimmen ist. Darüber hinaus sollen Entwicklungs- und Wirtschaftshilfe positive Kontakte mit nichtgebundenen Ländern herstellen. Auch wird im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit, des Besucheraustauschs usw. daran gearbeitet, „goodwill" sicherzustellen.

III. Es steht aber außer Frage, daß wir uns dieser Mittel bisher nicht immer[10] systematisch bedient haben.

1) Die Entwicklungshilfe:

Es ist bisher vielfach nicht gelungen, unsere wirtschaftliche Hilfe an der richtigen Stelle zum richtigen Zeitpunkt einzusetzen. Wer rasch gibt, gibt doppelt. Hier sind nach wie vor die bekannten, meist technisch bedingten Widerstände in Bonn festzustellen, die einer raschen Bewilligung und Abwicklung der Wirtschaftshilfe entgegenstehen.

2) Besuchsaustausch maßgeblicher Persönlichkeiten:

Dem Besuchsaustausch kommt ganz erhebliche psychologische Bedeutung zu, um „goodwill" in anderen Ländern sicherzustellen. Diese fühlen sich beachtet, ernst genommen und respektiert. Es steht außer Frage, daß die Besuche hochgestellter Persönlichkeiten von uns nicht zweckentsprechend eingesetzt werden. Sie sind vor allem nicht planmäßig gestreut. Umgekehrt sollten prominente ausländische Besucher in der Bundesrepublik Deutschland ein Höchstmaß an Beachtung finden.[11]

IV. Es wird daher vorgeschlagen, im Rahmen der Überlegungen über einen „Mob.-Plan" nicht außer acht zu lassen, daß das Vorbeugen im Rahmen unserer Nichtanerkennungspolitik zweckmäßiger ist als das Vergelten.

V. Abteilung II regt daher an:

1) Der Komplex Wirtschafts- und Entwicklungshilfe sollte im übergeordneten

Fortsetzung Fußnote von Seite 860

Anm. 21.
Zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Kuba am 14. Januar 1963 vgl. AAPD 1963, I, Dok. 19.

9 Zu den als Reaktion auf die Errichtung eines Generalkonsulats der DDR in Colombo beschlossenen Maßnahmen zur Durchsetzung des Alleinvertretungsanspruchs der Bundesrepublik vgl. Dok. 171.

10 Dieses Wort wurde von Staatssekretär Carstens handschriftlich eingefügt.

11 Der Passus „Dem Besuchsaustausch kommt ... Höchstmaß an Beachtung finden" wurde von Staatssekretär Carstens gestrichen. Dazu handschriftliche Bemerkung: „Das müßte konkretisiert werden".

Interesse unserer Deutschland-Politik stärker entbürokratisiert werden; hierzu wären die notwendigen Weisungen durch das Kabinett zu geben.

2) Im Zusammenhang mit der Pflege des Besucheraustausches wäre der Frage der Reisen prominenter Persönlichkeiten in das Ausland besondere Aufmerksamkeit zu schenken, um die Existenz und das Potential der Bundesrepublik Deutschland zu dem jeweils nützlichsten Zeitpunkt im Ausland unmittelbar in Erinnerung zu rufen.

Die großen technischen Schwierigkeiten, die sich der Verwirklichung dieser Vorschläge in den Weg stellen, werden nicht verkannt. Es steht aber außer Frage, daß die zweckdienliche Verwendung der Mittel „Wirtschaftshilfe" und „prominente Besuche" die Durchschlagskraft unserer Politik der Alleinvertretung verstärken und es uns ermöglichen würde, dieser mit leichterer Hand zum Erfolg zu verhelfen.[12]

Hiermit über den Herrn Staatssekretär[13] dem Herrn Bundesminister[14] weisungsgemäß vorgelegt. Der Text der Aufzeichnung ist mit Referat I B 4, das bei Abteilung I für Fragen der Kairo- und Bandung-Konferenzen[15] zuständig ist, abgesprochen worden.

Abteilung II (II 1), VS-Bd. 15

[12] Zum Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik vgl. weiter Dok. 221.

[13] Hat Staatssekretär Carstens am 21. Juli 1964 vorgelegen.

[14] Hat Bundesminister Schröder am 26. Juli 1964 vorgelegen.

[15] Zur Konferenz der blockfreien Staaten vom 5. bis 10. Oktober 1964 in Kairo vgl. Dok. 65, Anm. 6. Vgl. auch Dok. 275.
Zu der für 1965 geplanten zweiten Bandung-Konferenz vgl. Dok. 95, Anm. 17.

203

Staatssekretär Carstens an die Botschaft in Tokio

St.S. 1364/64 geheim **18. Juli 1964**[1]
Fernschreiben Nr. 2647 Plurex **Aufgabe: 20. Juli 1964, 16.11 Uhr**

Japanischer Botschafter suchte mich [am] 18. Juli[2] auf und erklärte, japanische Regierung sei wegen unserer Verhandlungen mit Rotchina[3] besorgt (concerned).[4] Er sei gebeten worden, sich bei mir nach dem Stand der Angelegenheit zu erkundigen.

Ich habe geantwortet: Während des Besuchs des Bundeskanzlers in Washington[5] sei klar geworden, daß die Aufmerksamkeit der Amerikaner zur Zeit am stärksten durch die Ereignisse in Südostasien in Anspruch genommen werde. Dort sähen sie die Chinesen als ihren Hauptgegner an. Sie legten daher großen Wert darauf, daß ihre Bundesgenossen nichts täten, was die Chinesen als Unterstützung ihres Standpunktes betrachten könnten.[6]

Unsere Meinung dazu sei, daß man in dem Abschluß eines technischen Warenabkommens, und um mehr handele es sich nicht, keinesfalls eine politische Unterstützung erblicken könne. Andererseits seien wir daran interessiert, möglichst viele kommunistische Staaten zu der Anerkennung unserer Berlin-Politik zu bewegen. Dies sei uns im Falle Polens, Ungarns, Rumäniens und Bulgariens sowie auch Jugoslawiens gelungen.[7] Alle diese Staaten hätten die Berlin-Klausel in ihren Vereinbarungen mit uns akzeptiert. Wir hofften, auch mit den Tschechoslowaken in diesem Sinne zu einer Übereinkunft zu gelan-

[1] Der Entwurf des Drahterlasses hat Bundesminister Schröder am 20. Juli 1964 vorgelegen.

[2] Das Datum wurde handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „heute".

[3] Zu den Sondierungen mit der Volksrepublik China über ein Warenabkommen vgl. Dok. 143.

[4] Mit Privatdienstschreiben vom 28. Juli 1964 an Staatssekretär Carstens teilte Botschafter Dittmann, Tokio, aus einem Gespräch mit seinem australischen Kollegen McIntyre mit, daß dieser die japanischen Bedenken als „völlig verständlich" bezeichnet habe. Frankreichs „eigensüchtiges und wenig Gemeinsinn verratendes Vorpreschen" sei äußerst schädlich gewesen. „Wenn jetzt auch die Bundesrepublik Deutschland einen Alleingang nach Peking zu unternehmen gedenke, ... dann müsse das doch zwangsläufig Ablehnung, Kritik und Mißstimmung bei allen Ländern der Freien Welt Asiens und Ozeaniens hervorrufen. Das China-Problem könne und dürfe nur von allen freien Ländern gemeinsam und im Einvernehmen mit den Vereinigten Staaten, die die Sicherheit dieser Länder unter Einsatz gewaltiger finanzieller Mittel garantierten, gelöst werden." Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 430; B 150, Aktenkopien 1964.

[5] Zu den deutsch-amerikanischen Regierungsbesprechungen am 12. Juni 1964 in Washington vgl. Dok. 160 und Dok. 161.

[6] Vgl. dazu Dok. 180, Anm. 25.

[7] Zur Einbeziehung von Berlin (West) in die Abkommen mit Polen, Rumänien und Ungarn vgl. AAPD 1963, I, Dok. 183; AAPD 1963, II, Dok. 339; AAPD 1963, III, Dok. 380.
Zur Einbeziehung von Berlin (West) in das Abkommen mit Bulgarien vgl. Dok. 62.
Zu den Abkommen mit Jugoslawien vom 16. Juli 1964 über den Warenverkehr, den Straßenverkehr, die Regelung finanzieller Verbindlichkeiten und die Gewährung von Exportbürgschaften vgl. BULLETIN 1964, S. 1089. Vgl. dazu weiter Dok. 243.

gen.[8] Es würde für uns von großem Wert sein, wenn wir auch die Chinesen zur Anerkennung unseres Standpunktes bringen könnten.

Ob dies möglich sein würde, sei allerdings zur Zeit noch ungewiß. Im Augenblick fänden keine Kontakte mit den Chinesen statt. Ich glaubte nicht, daß in absehbarer Zeit mit dem Fortgang der Verhandlungen zu rechnen sei.

Aus dem, was ich gesagt habe, ging klar hervor, daß ich die Möglichkeit, daß es später doch zu einem deutsch-chinesischen Warenabkommen kommen könnte, nicht ausschließen wollte. Dies hat der japanische Botschafter auch zweifelsfrei verstanden.[9]

Auf seine Bitte habe ich Narita gesagt, daß wir die Japaner über den Fortgang der Angelegenheit unterrichten würden.[10]

[gez.] Carstens

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 438

[8] Zu den Verhandlungen mit der Tschechoslowakei über den Austausch von Handelsvertretungen vgl. zuletzt Dok. 177 und weiter Dok. 256.

[9] Laut Drahtbericht des Botschafters Dittmann, Tokio, vom 28. Juli 1964 äußerte sich der Leiter der Europa-Abteilung im japanischen Außenministerium, Hogen, zufrieden über die Erklärungen des Staatssekretärs Carstens, obwohl klar geworden sei, „daß es sich nicht um eine endgültige Entscheidung, sondern nur um eine Vertagung des Problems handele". Abweichend beurteilte er jedoch die politische Bedeutung eines Warenabkommens, da „durch Abschluß eines auch nur technischen Abkommens auf Regierungsebene die völkerrechtliche Anerkennung der Volksrepublik China ausgesprochen werde". Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 438; B 150, Aktenkopien 1964.

[10] Zu den Sondierungen mit der Volksrepublik China vgl. weiter Dok. 206.

204

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Krapf

II 8-82-30-0/3442/64 VS-vertraulich **20. Juli 1964**[1]

Betr.: Weitere Behandlung des Gomulka-Plans[2]

Anlage: 1

I. Auf unsere am 1. Mai in Neu-Delhi überreichte Antwort auf den Gomulka-Plan[3] hat die polnische Regierung mit einem Aide-mémoire vom 16. Juni geantwortet, das erst jetzt im Original hier eingegangen und übersetzt worden ist. Es ist in der Anlage beigefügt.[4]

Die polnische Erwiderung auf unsere Antwort hebt die drei von uns geltend gemachten Einwände, nämlich Unausgewogenheit, Kontrollschwierigkeit und fehlende Verbindung mit politischen Lösungen in Mitteleuropa heraus und versucht, sie zu entkräften. Die polnische Regierung weist vor allem darauf hin, daß die Wiedervereinigung Deutschlands „allein das Ergebnis eines Entwicklungsprozesses sein" könne und nicht mit Rüstungskontrollmaßnahmen verbunden werden dürfe.

An zwei Stellen läßt die polnische Regierung erkennen, daß sie zu einer Erörterung und einem „nüchternen Gedankenaustausch" mit der Bundesregierung über ihren Vorschlag bereit sei.

II. Die polnische Antwort ist durch die Nachrichtenagentur PAP einen Tag nach der Überreichung in Neu-Delhi im Wortlaut veröffentlicht worden.[5] Über ihren Inhalt und die Weiterbehandlung des Gomulka-Plans hat bisher im Politischen Ausschuß der NATO ein Meinungsaustausch stattgefunden.

Aus ihm ergibt sich, daß die Antworten der übrigen NATO-Partner von der polnischen Regierung bisher nicht erwidert worden sind. Das deutsche Aide-mémoire hat also insoweit eine Sonderbehandlung erfahren.

[1] Die Aufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Lahn konzipiert.

[2] Zum Memorandum der polnischen Regierung vom 29. Februar 1964 über das „Einfrieren" der nuklearen Rüstung in Mitteleuropa vgl. Dok. 59, Anm. 29, und Dok. 61.

[3] In dem von Botschafter Duckwitz, Neu Delhi, übergebenen Aide-mémoire wurde gegen den polnischen Plan vorgebracht, daß wegen der Beschränkung auf Mitteleuropa „das nukleare Potential der NATO-Streitkräfte in diesem Bereich eingefroren würde, während die auf Europa gerichteten nuklearen Waffen auf sowjetischem Gebiet jederzeit verstärkt werden könnten". Ferner wurde bemängelt, daß die Kontrollbestimmungen „nicht präzise genug" seien und der Vorschlag „von der Spaltung Deutschlands ausgeht". Für den Wortlaut vgl. BONN-WARSCHAU 1945–1991. Die deutsch-polnischen Beziehungen. Analyse und Dokumentation, hrsg. von Hans-Adolf Jacobsen und Mieczysław Tomala, Köln 1992, S. 123 f.
Für den Drahterlaß des Staatssekretärs Carstens vom 27. April 1964, mit dem Duckwitz zur Übermittlung des Aide-mémoires angewiesen wurde, vgl. Abteilung II (II 8), VS-Bd. 334; B 150, Aktenkopien 1964.

[4] Dem Vorgang beigefügt. Vgl. Abteilung II (II 8), VS-Bd. 335.
Für den Wortlaut vgl. DzD IV/10, S. 744–746.

[5] Vgl. dazu den Artikel „Warschau antwortet Bonn"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 139 vom 19. Juni 1964, S. 3.

Unsere Verbündeten neigen dazu, ihre Antworten nicht zu veröffentlichen, was auch wir bisher unterlassen haben. Der britische Vertreter äußerte die Meinung, daß durch eine Veröffentlichung der Antworttexte der allgemein bereits in den Hintergrund getretenen Angelegenheit nur erneut unnötiges Gewicht beigelegt würde.[6] Obwohl einige NATO-Staaten ihre Antworten zuvorkommend gehalten haben und eine nähere Diskussion mit den Polen nicht ausschließen wollten, haben solche Gespräche bisher auch nicht im Rahmen der Genfer Abrüstungskonferenz[7] stattgefunden und sind von keiner Seite gesucht worden.

III. Es ist die Frage geprüft worden, ob wir die polnische Anregung zum „nüchternen Gedankenaustausch" aufgreifen und uns zu einem Gespräch bereit erklären sollten.

Folgende Bedenken stehen einer solchen Erörterung, die im Sinne einer aktiven Ostpolitik auch gewisse Vorteile haben könnte, entgegen:

- Einige unserer Verbündeten, wie vor allem Frankreich und die Niederlande, haben eine Diskussion dieses Plans von vornherein abgelehnt. Frankreich hat nicht einmal schriftlich geantwortet.[8]
- Die Grundlage für etwaige Gespräche bildete der Gomulka-Plan, der in seiner Grundkonzeption, und nicht nur wegen geringwertiger Detailfragen, abzulehnen ist.
- Selbst eine Erweiterung des Vertragsgebiets auf die westliche Sowjetunion würde den Plan für uns ebenfalls nicht akzeptabel machen.
- Das Problem der notwendigen Kontrolle ist nicht zu lösen.
- Die Erörterung dieses Plans mit der polnischen Regierung würde unsere Verbündeten befremden, da sie annehmen müßten, daß sich unsere Einstellung gegenüber Disengagement-Plänen gewandelt hätte. Der Gomulka-Plan ist ja nur ein Teil des Rapacki-Plans[9].
- Polen würde durch ein solches Gespräch noch mehr ermutigt werden, das Projekt weiterzuverfolgen und möglicherweise auf der Genfer Abrüstungskonferenz zu behandeln.

Aus den dargelegten Gründen, zu denen noch innenpolitische Gründe hinzukommen, wird vorgeschlagen, das polnische Aide-mémoire einstweilen nicht zu beantworten und der polnischen Regierung lediglich auf Anfrage[10] mündlich mitzuteilen, daß die Bundesregierung aus der polnischen Erwiderung er-

[6] Der Passus „nur erneut unnötiges Gewicht beigelegt würde" wurde von Staatssekretär Carstens hervorgehoben. Dazu handschriftliche Bemerkung: „r[ichtig]".

[7] Zu der in Genf tagenden Konferenz der 18-Mächte-Abrüstungskommission vgl. zuletzt Dok. 173.

[8] Zur französischen Haltung stellte Ministerialdirektor Krapf am 27. Mai 1964 fest: „Frankreich hat den Gomulka-Plan in der NATO aus militärischen und politischen Gründen entschieden abgelehnt. Auch die mündliche Antwort Couve de Murvilles soll eindeutig ablehnend gewesen sein. Es ist auch im Hinblick auf die spätere Veröffentlichung der Noten zu bedauern, daß die Franzosen ihre Antwort nicht schriftlich fixiert haben." Vgl. Abteilung II (II 8), VS-Bd. 334; B 150, Aktenkopien 1964.
Zur Haltung der Niederlande vgl. Dok. 59. Vgl. auch den Drahtbericht des Botschafters Grewe, Paris (NATO), vom 26. Februar 1964; Abteilung II (II 8), VS-Bd. 334; B 150, Aktenkopien 1964.

[9] Zum Rapacki-Plan vgl. Dok. 61, Anm. 7.

[10] An dieser Stelle wurde von Ministerialdirektor Krapf gestrichen: „und über unsere Handelsvertretung in Warschau".

sehen habe, wie sehr die Meinungen auseinander gehen, und daß aus diesem Grunde bilaterale Gespräche mit der polnischen Regierung über dieses Thema im gegenwärtigen Zeitpunkt kaum Erfolg versprächen.

Es könnte bei dieser Antwort mündlich hinzugefügt werden, daß die Bundesregierung andererseits zu einem Meinungsaustausch über das Problem der europäischen Sicherheit und über abrüstungspolitische Fragen bereit sei.[11]

Hiermit über den Herrn Staatssekretär[12] dem Herrn Bundesminister[13] mit der Bitte um Genehmigung des Vorschlags vorgelegt.

Krapf

Abteilung II (II 8), VS-Bd. 335

[11] An dieser Stelle wurde von Staatssekretär Carstens folgender Satz gestrichen: „Als möglicher Gesprächsort könnte Warschau oder Bonn in Frage kommen."
Für den entsprechenden Drahterlaß des Ministerialdirektors Krapf vom 29. Juli 1964 an die Botschaft in Neu Delhi und die Handelsvertretung in Warschau vgl. Abteilung II (II 8), VS-Bd. 335; B 150, Aktenkopien 1964.
Zu den Überlegungen für ein Angebot an Polen hinsichtlich eines Nichtangriffsvertrags vgl. Dok. 270.

[12] Hat Staatssekretär Carstens am 23. Juli 1964 vorgelegen.

[13] Hat Bundesminister Schröder am 24. Juli 1964 vorgelegen.

205

Botschafter Harkort, Brüssel (EWG/EAG), an Bundesminister Schröder

Z B 6-1/5725/64 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 1303
Citissime mit Vorrang

Aufgabe: 20. Juli 1964, 11.09 Uhr
Ankunft: 20. Juli 1964, 12.05 Uhr

Nur für Minister und Staatssekretär

Betr.: Agrarpaket vom 16./17. Juli[1]

Ich erlaube mir, eine Darstellung der Lage aus meiner Sicht zu geben.

1) In seiner Nachtsitzung 16./17.7. hatte der deutsche Vertreter[2] dem Paket zugestimmt, unter dem Vorbehalt, daß die Bundesregierung ihre Zustimmung bis Freitag, 16.00 Uhr, widerrufen könne.[3]

Diese Widerrufsfrist ist nach stundenlanger Diskussion nur mit größter Schwierigkeit durchgesetzt worden. Versuche, eine längere Frist bewilligt zu bekommen, waren gescheitert; der deutsche Vertreter hatte nur die Wahl zwischen der Annahme der 16-Uhr-Frist und dem Scheitern des Paketversuchs.

2) Die Vertretung erhielt am 17.7. eine Weisung, die
a) feststellt, daß der Bundeskanzler und die zuständigen Bundesminister eine Entscheidung des Bundeskabinetts für erforderlich halten,
b) erklärt, daß der Termin von 16 Uhr Freitag um eine kurze Frist „verlängert werden muß".[4]

[1] Während auf der Tagung der EWG-Landwirtschaftsminister am 1. Juli 1964 in Brüssel über die Durchführungsbestimmungen für die geplanten Marktordnungen für Rindfleisch und Reis ein grundsätzlicher Konsens erzielt worden war, stand eine entsprechende Einigung für Milch und Milchprodukte noch aus. Nach ergebnislosen Verhandlungen des EWG-Ministerrats am 14./15. Juli 1964 legte die EWG-Kommission am 16. Juli 1964 einen Kompromißvorschlag vor, der jedoch wegen der Berechnungsgrundlagen für das Abschöpfungsverfahren kritisiert wurde. Nachteile für die Bundesrepublik waren insbesondere aus den Maßgaben für Schmelzkäse und für Tilsiter Käse zu erwarten, der größtenteils aus Dänemark importiert wurde. Vgl. dazu die Kabinettsvorlage des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten vom 20. Juli 1964; Referat III A 2, Bd. 68.
Die Bundesregierung und die dänische Regierung hatten sich in dem am 8. Juli 1964 unterzeichneten Dritten Protokoll zum Abkommen vom 22. Dezember 1958 über den deutsch-dänischen Warenverkehr verpflichtet, die herkömmlichen Warenströme ungeachtet der vorgesehenen EWG-Marktordnungen aufrechtzuerhalten und „alles in ihren Kräften Stehende [zu] tun, damit dieses Ziel erreicht wird". Für den Wortlaut vgl. BULLETIN 1964, S. 1022.

[2] Staatssekretär Hüttebräuker, Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

[3] Mit Drahtbericht vom 17. Juli 1964 teilte Ministerialrat Bömcke, Brüssel (EWG/EAG), dazu mit: „Rat kam um drei Uhr morgens in Sitzung nur unter den Ministern überein, genannten Vorschlag der Kommission anzunehmen. Deutsche Delegation erteilte Zustimmung nur unter der auflösenden Bedingung, ihre Zustimmung bis 17. Juli 1964, 16.00 Uhr, zurückziehen zu können. Rat faßte daraufhin den formellen Beschluß, Zustimmung zu Kommissionsvorschlag unter dieser auflösenden Bedingung zu erteilen." Vgl. Referat III A 2, Bd. 68.

[4] Bundeskanzler Erhard entschied am 17. Juli 1964 nach einem Gespräch, an dem Bundesminister Westrick, die Staatssekretäre Langer und Neef, Bundesministerium für Wirtschaft, sowie Staatssekretär Hüttebräuker, Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, teilnah-

3) Die Weisung kann nur verstanden werden als entweder ein Antrag auf Fristverlängerung oder als eine einseitige Verlängerung der durch Ratsbeschluß festgesetzten Frist. Es fehlt die Erklärung des Widerrufs.

4) Die Vertretung hat sofort das Fehlen des Widerrufs bemerkt und mit dem Büro Westrick (Neusel), Herrn Neef und Herrn Langer telefoniert; sie hat dringend gebeten, ihr die Klarstellung zu erlauben, daß die Erklärung der Bundesregierung als Widerruf gilt, wenn die Fristverlängerung abgelehnt wird.

Herr Neusel hat erklärt, die Fassung der Erklärung müsse unverändert bleiben, sie sei bewußt unklar gehalten. Neef und Langer haben bestätigt, daß keine Änderung möglich sei. Darauf ist das Fernschreiben an den Generalsekretär[5] in letzter Minute, 15.40 Uhr, abgegangen.

5) Das „Paket" ist damit am Freitag, 16.00 Uhr in Kraft getreten.

Eine einseitige Verlängerung der vom Rat gesetzten Frist scheidet als Möglichkeit aus.

6) Eine Verlängerung der Frist zu erhalten, war nach dem Verlauf der Ratsdebatte ohne Chance. Selbstverständlich konnte die Bundesregierung, nach vollzogenem Widerruf, erklären, daß sie hoffe, die Partner würden bei der nächsten Ratssitzung noch zu dem Paket stehen.

7) Herr Bömcke hat die anderen Ständigen Vertreter mit Ausnahme des unerreichbaren Italieners[6] vor der Sitzung der Ständigen Vertreter einzeln dringend gebeten, unter Hinweis auf die Bitte des Bundeskanzlers, sie möchten die Zustimmung ihrer Regierungen zu der Fristverlängerung einholen. Die Herren hatten das vor Beginn der Ausschußsitzung getan. Ihre negative Stellungnahme[7] war also nicht eine persönliche, sondern die ihrer Regierungen.

Fortsetzung Fußnote von Seite 868

men, daß die Zustimmung der Bundesregierung zum Kompromiß über die Marktordnung für Milch und Milcherzeugnisse zurückgezogen werden solle. Vgl. die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Graf von Hardenberg vom 17. Juli 1964; Referat III A 2, Bd. 68.
Eine entsprechende Weisung wurde durch Staatssekretär Hüttebräuker an die Vertretung bei der EWG übermittelt. Vgl. dazu den Drahtbericht des Ministerialrats Bömcke, Brüssel (EWG/EAG), vom 17. Juli 1964; Referat III A 2, Bd. 68.

[5] In dem Fernschreiben wurde dem Generalsekretär bei den Ministerräten der Europäischen Gemeinschaften, Calmes, mitgeteilt: „Der Bundeskanzler und die zuständigen Bundesminister halten es für unerläßlich, über die Zustimmung zum gestrigen Paketbeschluß des Ministerrates angesichts seiner agrarpolitischen und handelspolitischen Bedeutung eine Entscheidung des Bundeskabinetts herbeizuführen. Hierzu bedarf es noch einer kurzen Frist, so daß der gestern von der Bundesregierung hierfür angenommene Termin von heute 16 Uhr verlängert werden muß. Ich darf bitten, die anderen Mitgliedstaaten und die Kommission hiervon entsprechend zu unterrichten." Vgl. den Drahtbericht des Ministerialrats Bömcke, Brüssel (EWG/EAG), vom 17. Juli 1964; Referat III A 2, Bd. 68. Für den französischen Wortlaut vgl. das Fernschreiben des Generalsekretärs Calmes vom 17. Juli 1964 an die Ständigen Vertreter der EWG-Staaten und den Präsidenten der EWG-Kommission, Hallstein; Referat III A 2, Bd. 68.

[6] Antonio Venturini.

[7] In der von der Bundesregierung beantragten Sondersitzung der Ständigen Vertreter bei der EWG wurden die deutschen Einwände von seiten der übrigen Mitgliedstaaten mit dem Argument zurückgewiesen, der „Ratsbeschluß sei unter auflösender Bedingung zustande gekommen. [Die] Bundesregierung habe ausschließlich [die] Möglichkeit gehabt, ‚Nein zu sagen'. Da dies nicht erfolgt sei, sei Ratsbeschluß vom 17.7.1964, 02.55 Uhr, am gleichen Tag um 16 Uhr in Kraft getreten." Vgl. den Drahtbericht des Ministerialrats Bömcke, Brüssel (EWG/EAG), vom 17. Juli 1964; Referat III A 2, Bd. 68.

Auch der italienische Vertreter handelte auf fernmündliche Weisung von Rom.[8]

8) Streng juristisch ist es übrigens ausgeschlossen, daß ein Ratsbeschluß durch Zustimmung der einzelnen Mitglieder geändert wird. Es bedarf dazu eines neuen Ratsbeschlusses.

9) Ich halte es deshalb nicht für möglich, wie im Fernschreiben 408 vom 18.7.[9] vorgesehen,
a) die Erklärung der Bundesregierung als unmißverständlich zu bezeichnen; wenn die Erklärung unmißverständlich ein Widerruf sein sollte, warum wurde Herrn Bömcke nicht erlaubt, ihn zu erklären?
b) gegen die Interpretation der Herren Ständigen Vertreter zu protestieren, – es war die Interpretation der Regierungen,
c) sein Erstaunen darüber zu äußern, daß dem Wunsch des deutschen Regierungschefs nicht entsprochen wurde,
d) auf die Länge der bisherigen Verhandlungen hinzuweisen, – diese Vorgeschichte ist durch den Ratsbeschluß vom 17./18.7. erledigt, der Vertreter der Bundesregierung hat der kurzen Frist zugestimmt,
e) die Ablehnung, allen diesen Umständen zum Trotz, als nach Form und Inhalt unzulässig zu bezeichnen.

Ich schlage vor, durch mich die folgende Erklärung der Bundesregierung schriftlich an die anderen Vertretungen gehen zu lassen:

Die Bundesregierung bedauert die Situation, die dadurch entstanden ist, daß die von ihr erbetene Fristverlängerung abgelehnt worden ist. Sie wird die Angelegenheit innerhalb kurzer Frist im Bundeskabinett prüfen und behält sich je nach dem Ergebnis dieser Prüfung vor, im Ministerrat vom 29./30. Juli auf sie zurückzukommen.[10]

[gez.] Harkort

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 437

[8] Mit Drahtbericht vom 17. Juli 1964 führte Ministerialrat Bömcke, Brüssel (EWG/EAG), dazu aus: „Wie vertraulich nach Sitzungsschluß zu erfahren war, hatte italienischer Ständiger Vertreter ursprünglich [die] Absicht zu erklären, Beschluß des Rates sei nunmehr hinfällig. Er habe sich dann aber auf ausdrückliche telefonische Weisung aus Rom [der] Auffassung der anderen vier Ständigen Vertreter angeschlossen." Vgl. Referat III A 2, Bd. 68.

[9] Dem Vorgang nicht beigefügt.

[10] Auf telefonische Weisung des Staatssekretärs Lahr übermittelte Botschafter Harkort am 20. Juli 1964 ein Fernschreiben des Staatssekretärs Hüttebräuker an Generalsekretär Calmes. Darin wurde gegen die jüngsten Vorgänge protestiert und erklärt, die Ablehnung der Bitte um weiteren Aufschub widerspreche „den Regeln internationaler Courtoisie und der insbesondere unter Gemeinschaftspartnern gebotenen Rücksicht". Ferner wurde angekündigt, die Angelegenheit nach der geplanten Kabinettsberatung eventuell im EWG-Ministerrat erneut aufzugreifen. Vgl. den Drahtbericht des Botschafters Harkort, Brüssel (EWG/EAG), vom 21. Juli 1964; Referat III A 2, Bd. 68.
Das Bundeskabinett beschloß am 22. Juli 1964, die Bestimmungen für Schmelzkäse zu akzeptieren, für Tilsiter Käse jedoch eine Sonderregelung zu verlangen. Staatssekretär Hüttebräuker wurde beauftragt, mit dem Vizepräsidenten der EWG-Kommission, Mansholt, einen entsprechenden Kompromiß auszuhandeln. Vgl. dazu den Drahterlaß des Staatssekretärs Lahr vom 23. Juli 1964 an die Vertretung bei der EWG; Büro Staatssekretär, Bd. 383. Vgl. auch die Drahtberichte des Botschafters

206

Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Hansen, Bern

St.S. 1388/64 geheim **21. Juli 1964**[1]

Betr.: Kontakt mit der Botschaft der Volksrepublik China in Bern am 21. Juli 1964

Bezug: Erlaß vom 6. Juli 1964 – AZ. II 5-82.50/92.08/443/64 geheim[2]
Drahterlaß Nr. 57 vom 15. Juli 1964 geh.[3]

Weisungsgemäß suchte ich heute vormittag erneut Botschaftsrat Tsui Chiyuan in der hiesigen Botschaft der Volksrepublik China auf, um ihm die mit den Bezugserlassen übermittelten Mitteilungen zu machen.[4] Ich war von LR Dr. Eickhoff begleitet. Chinesischerseits nahmen an dem Gespräch, das vierzig Minuten dauerte, wieder Handelsrat Tien Li-chun sowie ein Dolmetscher, der gleichzeitig Protokoll führte, teil.

Ich teilte Herrn Tsui mit, daß wir es angesichts der zahlreichen Pressemeldungen über Kontakte zwischen Bonn und Peking im beiderseitigen Interesse für besser hielten, uns nach einem anderen Ort für die Gespräche umzusehen, und daß wir die Chinesen um Vorschläge für einen geeigneten Ort bäten.

Herr Tsui sprach sein Befremden über diese Pressemeldungen[5] aus und bemerkte, daß sie größtenteils aus Bonn, nie jedoch aus Peking stammten, wo sich bekanntlich ebenfalls mehrere ausländische Nachrichtenagenturen befänden. Ich wies darauf hin, daß sich die Meldungen zum guten Teil aus dem

Fortsetzung Fußnote von Seite 870

Harkort, Brüssel (EWG/EAG), vom 25. Juli 1964; Referat III A 2, Bd. 70, bzw. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 437; B 150, Aktenkopien 1964.
Die Durchführungsbestimmungen zur gemeinsamen Marktordnung für Milch und Milcherzeugnisse wurden auf der Tagung des EWG-Ministerrats am 30. Juli 1964 in Brüssel verabschiedet. Dem Anliegen der Bundesregierung wurde in der Weise Rechnung getragen, daß die Abschöpfung für Tilsiter Käse gesondert berechnet werden und daher geringer ausfallen sollte als ursprünglich vorgesehen. Vgl. dazu den Drahtbericht des Botschafters Harkort, Brüssel (EWG/EAG), vom 30. Juli 1964; Referat III A 2, Bd. 74. Vgl. auch BULLETIN 1964, S. 1172. Für den Wortlaut der Verordnungen vom 30. Juli 1964 vgl. AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN 1964, S. 2173–2189.

[1] Die Aufzeichnung wurde von Botschafter Freiherr von Welck am 21. Juli 1964 an Staatssekretär Carstens gesandt, der am 27. Juli 1964 handschriftlich für Staatssekretär Lahr und Bundesminister Schröder vermerkte: „Verschlossen. Über H[errn] St[aats]S[ekretär] II dem H[errn] Minister z[ur] g[efälligen] K[enntnisnahme] und unter Rückerbittung. Ich werde zusammen mit St[aats]S[ekretär] II den E[ntwurf] einer neuen Weisung vorlegen."
Hat Lahr und Schröder am 28. Juli 1964 vorgelegen.

[2] Vgl. Abteilung II (II 5), VS-Bd. 234; B 150, Aktenkopien 1964.

[3] Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 438; B 150, Aktenkopien 1964.

[4] Zu den Sondierungen mit der Volksrepublik China über ein Warenabkommen vgl. Dok. 143. Vgl. auch Dok. 203.

[5] Vgl. etwa die Artikel „Bonn an einem Regierungsabkommen mit China interessiert" und „Heikles Thema China-Handel"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 121 vom 27. Mai 1964, S. 1, bzw. Nr. 134 vom 12. Juni 1964, S. 5. Vgl. auch die Artikel „Erhard wird mit Johnson über die China-Frage sprechen"; DIE WELT, Nr. 129 vom 5. Juni 1964, S. 2, und „Both Red Camps Courting Bonn"; THE NEW YORK TIMES, International Edition, Nr. 38850 vom 6. Juni 1964, S. 1 und S. 3.

Grundsatz der Pressefreiheit erklärten, und deutete an, daß wir es in Bonn in dieser Hinsicht wohl schwerer hätten als die Chinesen in Peking und daß im übrigen in Bern ja nicht nur von Regierungsseite Gespräche geführt worden seien[6], was gewisse Mutmaßungen sicherlich erleichtert habe. Herr Tsui schien für diese Argumente Verständnis zu haben.

Der Botschaftsrat kam dann auf die Äußerungen des Herrn Bundeskanzlers zu den deutsch-chinesischen Beziehungen in den Vereinigten Staaten und in München zu sprechen.[7] Dabei sei, wie man habe zur Kenntnis nehmen müssen, Pressemeldungen zufolge „klipp und klar" davon die Rede gewesen, daß sowohl die Aufnahme diplomatischer Beziehungen und die Errichtung von Handelsvertretungen als auch die Normalisierung des gegenseitigen Handels auf Regierungsebene und langfristige Handelsabkommen nicht in Frage kommen könnten. Bundeskanzler Erhard habe offenbar weiter erklärt, daß er lediglich mit Handelsvereinbarungen auf nichtamtlicher Ebene einverstanden sei. Die Meldungen, die nie dementiert worden seien, hätten den Eindruck erweckt, daß die Bundesrepublik „dem Kurs der Vereinigten Staaten[8] folgend, Peking gegenüber eine feindselige Haltung einnehme".

Er müsse deshalb die bereits am 25. Mai an uns gerichtete Frage wiederholen, ob wir zu Verhandlungen über ein Regierungsabkommen bereit seien. Andernfalls sei die Fortsetzung der Gespräche an einem anderen Ort „undenkbar", da diese dann „keinen Zweck" hätten und „keinerlei Resultate" versprächen.

Ich erwiderte Herrn Tsui, daß mir der genaue Wortlaut der Äußerungen des Herrn Bundeskanzlers nicht bekannt sei, und bemerkte, daß Pressemeldungen gelegentlich Ungenauigkeiten enthielten. Ich könne ihm jedoch heute mitteilen, daß wir – wie unser Vorschlag für eine Fortsetzung des Kontaktes an einem anderen Ort zeige – „zu sachlichen Gesprächen über ein Warenabkommen bereit" seien. Auf die deutlich mißtrauisch klingende Frage, wie sich dies mit den erwähnten amtlichen Äußerungen vereinbaren lasse, bemerkte ich, daß meine Weisung aus Bonn zeitlich nach den in Frage stehenden – möglicherweise nicht in allen Punkten zutreffenden – Pressemeldungen ergangen sei.

Mein Gesprächspartner erklärte, er habe davon Kenntnis genommen, daß wir unsere Bereitschaft zu „Verhandlungen" über ein „Handelsabkommen" bekundet hätten. Die Volksrepublik sei an einer Ausweitung des gegenseitigen

[6] Erste Sondierungsgespräche mit der Botschaft der Volksrepublik China in Bern wurden von Vertretern des Ostausschusses der Deutschen Wirtschaft geführt. Vgl. dazu Dok. 131, Anm. 4, und Dok. 143, Anm. 3.

[7] Auf einer Pressekonferenz am 12. Juni 1964 in Washington erklärte Bundeskanzler Erhard, die Bundesregierung denke hinsichtlich der Beziehungen zur Volksrepublik China weder an einen Austausch von Handelsvertretungen noch an eine Aufnahme diplomatischer Beziehungen noch an die Gewährung langfristiger Kredite. Vgl. FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 163 vom 15. Juni 1964, S. 4.
In der Rede vor der Landesversammlung der CSU am 12. Juli 1964 in München führte Erhard aus, daß er bei seinem Besuch in Washington mit Präsident Johnson „eine gewisse Zurückhaltung in unserer Chinapolitik" vereinbart habe. Vgl. BULLETIN 1964, S. 1063.

[8] Zur amerikanischen Haltung gegenüber der Volksrepublik China vgl. Dok. 160 und Dok. 180, Anm. 25.

Handels sehr interessiert. Er fragte dann, ob die in Aussicht genommenen Verhandlungen nur ein Abkommen über den Handel als solchen oder auch andere Gegenstände betreffen sollten. Ich beschränkte mich darauf zu wiederholen, daß wir zu „sachlichen Gesprächen über ein Warenabkommen" bereit seien. (Wie schon am 25. Mai wurde deutscherseits stets von „Warenabkommen", chinesischerseits von „Handelsabkommen" gesprochen.)

Herr Tsui führte dann aus, er ziehe es vor, von uns Vorschläge für einen neuen „Verhandlungsort", die „Verhandlungsweise" sowie den Zeitpunkt der „Verhandlungen" zu erhalten. Auf meine Frage, was er unter „Verhandlungsweise" verstehe, präzisierte der Botschaftsrat, daß er damit die „Rangebene" meine, auf der verhandelt werden sollte. Das Problem der Geheimhaltung, dessentwegen wir ja einen anderen Ort als Bern vorzögen, biete für die chinesische Seite ohnehin keine Schwierigkeiten, und seine Lösung hänge nicht von ihr ab. Es liege deshalb nahe, daß entsprechende Anregungen von uns ausgingen. Auf seine Frage, ob wir Europa oder etwa Asien im Auge hätten und ob eventuell eine andere Schweizer Stadt (z.B. Genf, wo sich ein chinesisches Generalkonsulat befinde) denkbar sei, antwortete ich, daß ich mich zu diesem Punkt amtlich nicht äußern könne, daß mir persönlich indessen unter den gegebenen Umständen ein Ort in Europa[9] außerhalb der deutschen Schweiz und Deutschlands erwägenswert erscheine. Ich sagte, ich werde dem Auswärtigen Amt berichten, daß man chinesischerseits zu den erwähnten drei Punkten (Ort, Zeit, Ebene) von uns Vorschläge erwarte, bat Herrn Tsui jedoch, sich unabhängig davon über den Ort ebenfalls Gedanken zu machen.

Abschließend sagte ich Herrn Tsui, daß es mir aus Geheimhaltungsgründen zweckmäßig erscheine, wenn er im Falle von für uns bestimmten Mitteilungen mit mir über meine private Telefonnummer Verbindung aufnähme. Es sollte damit auch angedeutet werden, daß wir noch auf die – uns am 25. Mai in Aussicht gestellte – Rückäußerung Pekings zur Frage der Einbeziehung Berlins in ein eventuelles Abkommen warten, doch wurde dieses Problem in dem Gespräch ebensowenig erwähnt wie die bekannten kürzlichen Äußerungen der „Pekinger Volkszeitung".[10]

Hansen

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 438

[9] Die Wörter „in Europa" wurden von Staatssekretär Carstens hervorgehoben. Dazu handschriftliche Bemerkung: „London?"

[10] In einem Artikel der Zeitung „Renmin Ribao" vom 5. Juli 1964 wurde unter Hinweis auf die Bundespräsidentenwahl am 1. Juli 1964 in Berlin (West) der Vorwurf „revanchistischer Provokationen" gegen die Bundesrepublik erhoben und behauptet, die Bundesregierung betreibe eine Annexion der DDR, eine Wiedergewinnung der ehemaligen Sudetengebiete und eine Revision der Oder-Neiße-Linie. Bundeskanzler Erhard wurde die Absicht einer Beteiligung am amerikanischen „Kolonialkrieg in Südvietnam" unterstellt. Vgl. PEKING REVIEW, Nr. 28 vom 10. Juli 1964, S. 31. Vgl. dazu auch die Aufzeichnung der Legationsrätin I. Klasse Finke-Osiander vom 21. August 1964; Referat II 8, Bd. 297.
Mit Schreiben vom 3. August 1964 informierte Staatssekretär Carstens Botschafter von Etzdorf, London, über den Stand der Gespräche mit der Volksrepublik China und bat um Stellungnahme, „ob der chinesische Missionschef in London oder einer seiner Mitarbeiter ... ein geeigneter Ge-

207

Aufzeichnung des Staatssekretärs Lahr

St.S. 923/64 **24. Juli 1964**[1]

Betr.: Deutsch-französische Konsultation;
Gespräch mit Generaldirektor Wormser

Am Abend des 16. Juli[2] führte ich mit Generaldirektor Wormser vom Quai d'Orsay ein Konsultationsgespräch, bei dem dieser unter anderem folgendes zur Sprache brachte:

Man sei in Frankreich über die deutsche Haltung in der Getreidepreisfrage[3] außerordentlich besorgt. Das deutsche Zögern entwickle sich zu einer ernsteren Gefahr für die Kennedy-Runde.[4] Wenn bis zum Spätherbst eine Klärung dieser Frage nicht erfolgt sei, werde es auch auf den anderen Gebieten nicht weitergehen. Ich erwiderte ihm, daß er sich bezüglich unserer grundsätzlichen Haltung zur Kennedy-Runde keine Sorgen zu machen brauche, und was speziell den Getreidepreis angehe, so habe bekanntlich der Herr Bundeskanzler erklärt, daß an der deutschen Haltung zu dieser Frage die Kennedy-Runde sicherlich nicht scheitern werde.[5] Auf seine Frage, wie man zu einer Lösung gelangen könne, erinnerte ich ihn daran, daß der niederländische Sprecher im letzten Ministerrat der EWG die Kommission auf die Möglichkeit des sogenannten „fiktiven Getreidepreises" angesprochen und der Präsident der Kom-

Fortsetzung Fußnote von Seite 873

sprächspartner wäre". Etzdorf teilte darauf mit Privatdienstschreiben vom 10. August 1964 mit, daß die Botschaft in London bislang keine persönlichen Beziehungen zur chinesischen Botschaft besitze. Er schlug eine Kontaktaufnahme durch den Leiter der Wirtschaftsabteilung, Berlet, vor und kündigte einen Bericht über die Ergebnisse an. Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 438; B 150, Aktenkopien 1964.
Zu den Sondierungen mit der Volksrepublik China vgl. weiter Dok. 236.

1 Hat Bundesminister Schröder und Staatssekretär Carstens am 27. Juli 1964 vorgelegen.

2 Das Gespräch fand anläßlich der Sitzung des WEU-Ministerats am 16./17. Juli 1964 in Paris statt.

3 Zur Haltung der Bundesregierung in der Frage eines europäischen Getreidepreises vgl. zuletzt Dok. 183.

4 In einer Aufzeichnung vom 20. Juli 1964 notierte Staatssekretär Lahr, daß die Besorgnis über die Haltung der Bundesregierung auch auf der WEU-Ministerratstagung am 17. Juli 1964 zum Ausdruck gekommen sei, und stellte dazu fest: „Ich war betroffen, auch aus dem Mund sicherlich wohlwollender Beurteiler wie Rey, de Block und Butler zu entnehmen, daß man sich ernsthaft Gedanken über unsere Grundeinstellung zur Kennedy-Runde zu machen beginnt." Vgl. Büro Staatssekretär, Bd. 382.
Zu den Verhandlungen bei der Kennedy-Runde vgl. auch Dok. 122.

5 Bundeskanzler Erhard bekräftigte die Zusicherung, daß „am deutschen Verhalten ... die Kennedy-Runde unter gar keinen Umständen scheitern" werde, zuletzt in seiner Rede am 26. April 1964 zur Eröffnung der Hannover-Messe. Für den Wortlaut vgl. BULLETIN 1964, S. 638–642.

mission eine Prüfung dieser Frage zugesagt habe.[6] Auch bei uns sei eine Prüfung im Gange.[7] Herr Wormser erklärte hierzu zunächst ziemlich abrupt, derartiges werde die französische Regierung sicherlich nicht annehmen, sondern sie bestehe darauf, daß die gemeinsame Agrarpolitik erarbeitet werde, bevor über diese Fragen in der Kennedy-Runde verhandelt werde. Ich wies demgegenüber darauf hin, daß diese von früher her wohl bekannte französische These seit dem Ministerrat vom 23. Dezember als überholt anzusehen sei, denn der Ministerrat habe damals einstimmig Verhaltensmaßregeln für den Fall festgestellt, daß die gemeinsame Agrarpolitik auf einzelnen Gebieten noch nicht abgeschlossen sei. In diesem Zusammenhang sei damals der Gedanke des „fiktiven Getreidepreises" von der Kommission gebracht und allgemein gebilligt worden.[8] Wenn wir also in den weiteren Beratungen uns für eine solche Lösung einsetzen würden – was bei uns noch nicht entschieden sei –, hielten wir uns durchaus im Rahmen der gemeinsamen Beschlüsse. Herr Wormser wurde daraufhin etwas vorsichtiger. Sicherlich werden in dieser Frage weitere Auseinandersetzungen folgen.

Herr Wormser kam dann auf die Frage der Finanzierung der Agrarpolitik zu sprechen und meinte, wenn auf deutschen Wunsch der Getreidepreis relativ hoch festgesetzt werde, so müsse Frankreich darauf bestehen, daß die Finanzierung der Überschüsse und der Schlüssel für die Aufbringung der hierzu erforderlichen Mittel festgelegt würden. (Die Frage des Aufbringungsschlüssels war in den dramatischen Sitzungen der Jahreswende 1961/62[9], als es um den

[6] In der Sitzung des EWG-Ministerrats am 7. Juli 1964 in Brüssel gab der Staatssekretär im niederländischen Außenministerium, de Block, zu bedenken, ob nicht bei den Verhandlungen in der Kennedy-Runde von einem fiktiven Getreidepreis ausgegangen werden könne. Der Präsident der EWG-Kommission, Hallstein, verzichtete auf eine Stellungnahme, weil die Frage zunächst in der Kommission erörtert werden müsse. Vgl. den Drahtbericht des Botschafters Harkort, Brüssel (EWG/EAG), vom 8. Juli 1964; Referat III A 2, Bd. 50.

[7] Die Möglichkeit eines fiktiven Getreidepreises wurde am 10. und 27. Juli 1964 im interministeriellen Staatssekretärausschuß für Europafragen erörtert. Für die Sitzungsprotokolle vgl. Referat I A 2, Bd. 890.
Der Gedanke war auch bereits Gegenstand der Gespräche des belgischen Außenministers Spaak mit Bundeskanzler Erhard und Bundesminister Schröder am 14. Juli 1964. Vgl. dazu Dok. 198, Anm. 21.

[8] In einer Aufzeichnung vom 30. Dezember 1963 führte Ministerialdirigent Stedtfeld, Bundesministerium für Wirtschaft, zu den die Agrarfragen in der Kennedy-Runde betreffenden Ergebnissen der Tagung des EWG-Ministerrats vom 18. bis 23. Dezember 1963 in Brüssel aus: „Auf Vorschlag der deutschen Delegation wurde hinzugefügt, daß die Tatsache, daß für ein bestimmtes Agrarprodukt ein einheitlicher Preis noch nicht bestimmt werden konnte, nicht zu einem Ausschluß dieses Produkts aus den GATT-Verhandlungen führen darf. Der Rat soll über solche Fälle auf Grund eines Vorschlages der Kommission befinden. Die Kommission hat hierzu mitgeteilt, daß sie als einzige Alternative zur Festsetzung einheitlicher Preise die Festsetzung eines fiktiven Stützungsbetrages (Preises) als ‚Verhandlungstarif' in Vorschlag bringen werde." Vgl. Referat III A 2, Bd. 50.
Zu den die Verhandlungen in der Kennedy-Runde betreffenden Beschlüssen des EWG-Ministerrats vom 23. Dezember 1963 vgl. auch Dok. 14, Anm. 14, und Dok. 59, Anm. 45.

[9] Nach langwierigen Diskussionen kam es am 14. Januar 1962 im EWG-Ministerrat zu einer Einigung über den gemäß Artikel 8 des EWG-Vertrags vom 25. März 1957 vorgesehenen Übergang zur zweiten Stufe der Vorbereitungszeit für den Gemeinsamen Markt, rückwirkend vom 1. Januar 1962. Zur Finanzierung der Agrarpolitik wurde dabei die Schaffung eines europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft beschlossen. Dessen Einnahmen sollten für eine dreijährige Übergangszeit in Beiträgen der Mitgliedstaaten bestehen, deren Höhe nach dem in Artikel 200, Absatz 1 des EWG-Vertrags festgelegten Aufbringungsschlüssel und zusätzlich mit

Übergang in die zweite Phase der Vorbereitungszeit ging, die schwierigste und Gegenstand namentlich einer deutsch-französischen Kontroverse. Das französische Petitum lief darauf hinaus, daß Frankreich aus dem Agrarfonds den Löwenanteil erhielt, aber möglichst nichts hineinzahlte. Nur nach sehr mühseligen Verhandlungen gelang es, zu einem einigermaßen tragbaren Kompromiß in Gestalt einer provisorischen Regelung von dreijähriger Dauer zu gelangen; alles übrige blieb späteren Entscheidungen vorbehalten.) Auch wenn Herr Wormser es nicht ausdrücklich aussprach, zeichnet sich ein neues französisches Junktim ab: Frankreich stimmt einem höheren Getreidepreis als dem seinigen nur zu, wenn die Kosten der Agrarfinanzierung im wesentlichen von den anderen getragen werden. Ich erwiderte ihm folgendes:

a) Es gehe jetzt darum, für die Kennedy-Runde eine brauchbare Lösung der Getreidepreisfrage zu finden. Hiermit habe die vorbezeichnete Frage nichts zu tun. In den Beschlüssen von der Jahreswende 1961/62 sei gesagt, daß über diese Frage „vor dem 1. Juli 1965" wieder zu sprechen sei.[10] Auch vom innergemeinschaftlichen Standpunkt aus sei die Frage also heute nicht vordringlich.

b) Die Frage des Getreidepreises würde letztlich durch einen Kompromiß zu regeln sein. Offenbar erwarte man von uns ein Opfer in der Richtung, daß der Gemeinschaftspreis unter dem deutschen liege. Daß er zugleich über dem französischen liegen müsse, sei zwar in gewissem Sinne als französisches Opfer zuzuerkennen, jedoch wiege dieses Opfer offensichtlich sehr viel weniger schwer, und somit habe Frankreich wohl keine besonderen Forderungen an seine Partner zu stellen.

c) Wenn man den Fall unterstelle, daß der gemeinschaftliche Getreidepreis zu einer Mehrproduktion in Frankreich führe, so sei dies zwar vom Standpunkt der Gemeinschaft bedauerlich, weil es die Gemeinschaft allerhand Geld kosten könne. Inwiefern hierin jedoch für Frankreich ein besonderer Nachteil liege, sei schwer zu erkennen, denn für Frankreich bedeutet die zusätzlichen Mengen einen Produktionszuwachs, dessen Unterbringung in vollem Umfang aus Gemeinschaftsmitteln zu finanzieren sei. Finanziell gesprochen bedeute das, daß Frankreich 100% aus einem Fonds erhalte, für dessen Aufbringung es nur zu einem Teil beitrage.

Fortsetzung Fußnote von Seite 875

jährlich wachsenden Raten nach den Nettoeinfuhren der einzelnen Mitgliedstaaten aus Drittländern zu berechnen war. Vgl. dazu BULLETIN DER EWG 2/1962, S. 12–29. Vgl. auch FÜNFTER GESAMTBERICHT ÜBER DIE TÄTIGKEIT DER GEMEINSCHAFT (1. Mai 1961 – 30. April 1962), hrsg. von der EWG-Kommission, [Brüssel] 1962, S. 159–162. Zu den Verhandlungen im EWG-Ministerrat vom 18. Dezember 1961 bis 14. Januar 1962 in Brüssel vgl. auch LAHR, Zeuge, S. 353–355.

[10] In Artikel 7 der Verordnung des EWG-Ministerrats vom 4. April 1962 über die Finanzierung der gemeinsamen Agrarpolitik wurde hinsichtlich des Ausrichtungs- und Garantiefonds bestimmt: „Vor Ablauf des dritten Jahres legt der Rat anhand der Ergebnisse der in Artikel 4 vorgesehenen Gesamtprüfung nach dem Verfahren des Artikels 200, Absatz (3) des Vertrags die Regeln für die Einnahmen des Fonds ab 1. Juli 1965 bis zum Ende der Übergangszeit zur Gewährleistung der fortschreitenden Annäherung an das System des Gemeinsamen Marktes fest." Vgl. AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN 1962, S. 992.

Herr Wormser hatte hierauf nicht sehr viel zu erwidern, meinte aber, die französische Delegation müsse sich vorbehalten, diese Frage im Herbst zur Sprache zu bringen.[11]

Lahr

Büro Staatssekretär, Bd. 386

208

Aufzeichnung des Staatssekretärs Lahr

St.S. 1403/64 geheim **24. Juli 1964**

Betr.: Devisenhilfe Großbritannien[1]

Daß wir uns mit Großbritannien ohne ausdrückliche Fixierung eines Betrages einigen konnten[2], beruht offensichtlich darauf, daß Großbritannien unseren Erklärungen, den mit der Truppenstationierung verbundenen Devisenaufwand so weit wie möglich ausgleichen und auf weitere Sicht alle Möglichkeiten zur Verbesserung der britischen Zahlungsbilanz durch deutsche Rüstungskäufe nutzen zu wollen, Vertrauen entgegenbringt. Es würde sicherlich zu einer schweren Belastung des deutsch-britischen Verhältnisses führen, wenn Großbritannien den Eindruck gewinnen würde, daß wir zu allgemeinen Formulierungen Zuflucht genommen haben, um uns konkreten Verpflichtungen zu entziehen. Wir müssen daher diesen allgemeinen Erklärungen nach besten Kräften Rechnung tragen.

Eine kürzlich vom Bundesverteidigungsministerium übermittelte Aufstellung über die Aufteilung für Rüstungskäufe auf Lieferländer[3] gibt kein voll befriedigendes Bild. Während natürlich die USA bei weitem an der Spitze stehen und auch Frankreich mit einer ansehnlichen Summe erscheint, folgt eine Reihe von Ländern, die nicht die gleiche Dringlichkeit aufweisen wie Großbritannien. Alles in allem gewinnt man den Eindruck, daß unsere Politik der Vergabe von Rüstungsaufträgen nicht so straff geplant ist, wie es, jedenfalls vom außenpolitischen Standpunkt betrachtet, wünschenswert wäre. Wir sollten daher für die Zukunft auf eine straffere Planung nach außenpolitischen Kriterien – d.h. praktisch auf eine stärkere Konzentrierung unserer Einkaufspolitik auf die drei großen Verbündeten – hinwirken.

[11] Zur Regelung des Getreidepreises vgl. weiter Dok. 272.

[1] Vgl. dazu zuletzt Dok. 190 und Dok. 199.

[2] Nach Abschluß der am 20./21. Juli in London geführten Verhandlungen konnte am 27. Juli 1964 in Bonn das deutsch-britische Abkommen über einen Devisenausgleich für die Jahre 1964/65 und 1965/66 unterzeichnet werden. Vgl. dazu BULLETIN 1964, S. 1125 und 1136. Zum Verlauf der Verhandlungen vgl. Referat III A 5, Bd. 385.

[3] Dem Vorgang nicht beigefügt.

Ich habe dies in der Kabinettssitzung vom 22. Juli im Zusammenhang mit der Billigung des deutsch-britischen Abkommens über Devisenhilfe zur Sprache gebracht und fand hierzu allgemeine Zustimmung, auch von seiten des Herrn Staatssekretärs des Bundesverteidigungsministeriums[4], der sich für ein enges Zusammenwirken von Bundesverteidigungsministerium und Auswärtigem Amt in dieser Richtung aussprach.

Hiermit Herrn D III[5] mit der Bitte, hierüber zunächst mit Ministerialdirektor Knieper zu sprechen und gemeinsame Vorschläge für die Staatssekretäre der beiden Häuser auszuarbeiten.

Lahr

Abteilung III (III A 4), VS-Bd. 234

[4] Karl Gumbel.

[5] Hat Ministerialdirektor Sachs am 27. Juli 1964 vorgelegen, der Legationsrat I. Klasse Middelmann um Rücksprache bat.
Hat Middelmann am 29. Juli 1964 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Erledigt. Ich hatte bereits am 17. VII. auf Grund einer Rücksprache mit Dg III A mit Dr. Acker eine Besprechung für den 24. VII. verabredet, die er nicht einhalten konnte. Dr. Acker hatte aber am 20. VII. bei der Absage mitgeteilt, er sei gerade dabei, eine neue statistische Aufstellung anzufertigen (für die Rüstungskäufe der letzten fünf Jahre), deren Kopie er mir übersenden werde. Am 24. VII. teilte er mit, er gehe ab sofort für 3 Wochen in Urlaub. Am 29. VII. habe ich bei Herrn Sieg die Aufstellung angemahnt, der sich ‚darum kümmern' wollte. Mit Herrn D III wurde am 29. VII. abgesprochen, daß nach der Rückkehr von Dr. Acker (Mitte August) die Angelegenheit mit ihm und Dr. Knieper besprochen werden sollte. Dann Vorschläge für Herrn St[aats]s[ekretär] und vorher Unterrichtung von Herrn Dg III A, der wohl ab 18. VIII. wieder da ist."

209

Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit dem sowjetischen Botschafter Smirnow

Z A 5-100.A/64 **27. Juli 1964**[1]

Aufzeichnung über ein Gespräch zwischen dem Herrn Bundeskanzler und dem sowjetischen Botschafter Smirnow anläßlich der Überreichung einer Botschaft des sowjetischen Ministerpräsidenten Chruschtschow.[2] Auf deutscher Seite waren Bundesminister Dr. Westrick und Ministerialdirigent Dr. Osterheld anwesend.

Botschafter *Smirnow* erklärte, er habe um die Zusammenkunft gebeten, um die Antwort des sowjetischen Ministerpräsidenten Chruschtschow auf die ihm von Botschafter Groepper am 13. Juni überreichte Botschaft des Herrn Bundeskanzlers[3] zu überbringen.

Auf die Frage des Herrn *Bundeskanzlers* ob der Botschafter bei der morgigen Begegnung mit Herrn Adschubej[4] anwesend sein werde, antwortete der *Botschafter* verneinend. Herr Adschubej wünsche ein persönliches Gespräch mit dem Herrn Bundeskanzler, wozu er sich auch seinen eigenen Dolmetscher mitgebracht habe.

Botschafter Smirnow verlas sodann die indirekt gehaltene Antwort des sowjetischen Ministerpräsidenten auf die persönliche Botschaft des Herrn Bundeskanzlers in einer deutschen Courtoisieübersetzung.

Der Herr *Bundeskanzler* fragte den Botschafter im Anschluß daran, ob er glaube, daß Herr Adschubej bei dem morgigen Gespräch noch eine Interpretation zu dieser Botschaft geben könne.

Botschafter *Smirnow* erwiderte, diese Frage müsse der Herr Bundeskanzler

[1] Durchdruck.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Dolmetscher Richter am 27. Juli 1964 gefertigt.
Hat Bundesminister Schröder am 28. Juli 1964 vorgelegen, der handschriftlich für Staatssekretär Carstens vermerkte: „Von B[undes]K[anzler]".
Hat Carstens am 29. Juli 1964 vorgelegen, der handschriftlich die Weiterleitung an Ministerialdirektor Krapf verfügte.
Vgl. zu dem Gespräch auch OSTERHELD, Außenpolitik, S. 108 f.

[2] Botschafter Smirnow übergab ein Aide-mémoire über die Haltung des Ministerpräsidenten Chruschtschow gegenüber der Bundesrepublik. Darin wurde zur Deutschland-Frage auf die Notwendigkeit von Verhandlungen mit der DDR und des Abschlusses eines Friedensvertrags hingewiesen. Für die zukünftigen bilateralen Beziehungen wurde eine Abkehr von der „unsachlichen Linie" der Regierung des ehemaligen Bundeskanzlers Adenauer verlangt und ein Ausbau der wirtschaftlichen Zusammenarbeit angeregt. Vgl. Ministerbüro, VS-Bd. 8512; B 150, Aktenkopien 1964.
Zur Bewertung des Aide-mémoires vgl. die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Kutscher vom 31. Juli 1964; Abteilung II (II 1), VS-Bd. 22; B 150, Aktenkopien 1964.

[3] Vgl. Dok. 155.
Zum Gespräch des Botschafters Groepper, Moskau, mit Ministerpräsident Chruschtschow am 13. Juni 1964 vgl. Dok. 162.

[4] Vgl. dazu Dok. 212.

Herrn Adschubej selbst stellen. An sich wolle dieser, soviel er wisse, über ein anderes Thema sprechen.

Der Herr *Bundeskanzler* erklärte, er halte es sehr wohl für möglich, die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik zu regeln, doch könne man dabei das deutsche Problem nicht aussparen. Es habe keinen Zweck, immer nur die beiderseitigen Standpunkte zu wiederholen, den sowjetischen, wonach es zwei deutsche Staaten und den deutschen, wonach es nur einen deutschen Staat gäbe[5], usw. Nach deutscher Ansicht müsse Deutschland, wie es der Potsdamer Vertrag[6] vorgesehen habe, wiedervereinigt und dann seine Grenzen festgelegt werden. Auch fühle sich die Bundesregierung für Westberlin verantwortlich und vertrete es außenpolitisch. Eine Verbesserung der Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik sei nur möglich, wenn man von der statischen Behandlung des Deutschlandproblems abkomme, wenn die Dinge dort in Bewegung kämen. Von deutscher Seite sei immer wieder darauf hingewiesen worden, daß das Mittel dazu sei, dem deutschen Volk überall in Deutschland die Ausübung des Selbstbestimmungsrechts zu gewähren, wie es allen Völkern der Welt heute zuerkannt werde. Dies sei die Grundlage, auf der man allein aufbauen könne. Niemand wäre froher als er über eine Verbesserung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern, zwischen denen es ja außerhalb dieser einen Frage keine unüberwindlichen Gegensätze gebe. Wenn man auch in mancher Hinsicht verschiedener Meinung sei, brauche dies ein gutes Verhältnis nicht zu stören, wie man an zahlreichen Beispielen in der Welt sehen könne. Zwischen den beiden Ländern stehe im Grunde nur die eine einzige Frage. Niemals könne von deutscher Seite die Existenz zweier deutscher Staaten anerkannt werden, vielmehr werde Deutschland nach wie vor als nur durch besondere Umstände geteilt angesehen.

Der Herr Bundeskanzler fragte anschließend, ob der Botschafter noch etwas zur Interpretation des letzten Absatzes der Botschaft[7] sagen könne. Er habe doch durch Botschafter Groepper dem sowjetischen Ministerpräsidenten sagen lassen, wenn er sich von einem persönlichen Meinungsaustausch etwas verspreche, er in Erwiderung des Adenauerbesuchs in Moskau[8] in der Bundesrepublik willkommen sei.

Botschafter *Smirnow* erwiderte, er glaube, Herr Adschubej werde diese Frage beantworten können.

[5] Zur sowjetischen Zwei-Staaten-Theorie vgl. Dok. 13, Anm. 15.
Zum Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik und der damit verbundenen Nichtanerkennungspolitik gegenüber der DDR vgl. Dok. 46, Anm. 15.

[6] Für den Wortlaut des Kommuniqués vom 2. August 1945 über die Konferenz von Potsdam (Potsdamer Abkommen) vgl. DzD II/1, S. 2101–2148.

[7] Der Passus lautete: „N[ikita] S[ergejewitsch] Chruschtschow stimmt mit dem Bundeskanzler darin überein, daß sich unsere Auffassungen über bestimmte Fragen stark voneinander unterscheiden und daß ein Vergleich der Auffassungen der beiden Seiten, das gegenseitige Bekanntwerden mit den Gedanken, Absichten und Möglichkeiten des anderen als geeignete Mittel erscheinen können, Mißverständnisse zu vermeiden und Voreingenommenheit zu beseitigen." Vgl. Ministerbüro, VS-Bd. 8512; B 150, Aktenkopien 1964.

[8] Zum Besuch des Bundeskanzlers Adenauer vom 8. bis 14. September 1955 in Moskau vgl. Dok. 99, Anm. 13.

Bundeskanzler *Erhard* sagte, die Bundesregierung mache sich intensiv Gedanken darüber, wie die Beziehungen zwischen den beiden Ländern fruchtbar gestaltet werden könnten. Sie stoße aber dabei immer wieder auf das ungelöste Deutschlandproblem.

Botschafter *Smirnow* erwiderte, auch die sowjetische Regierung und vor allem Ministerpräsident Chruschtschow selbst beschäftige sich seit Jahren mit dem Deutschlandproblem. Die Frage sei jedoch durch die Nachkriegsentwicklung und spätere Ereignisse außerordentlich kompliziert worden. Außerdem berühre sie viele Staaten, so daß sie ohnehin nicht bilateral gelöst werden könne. Zur Zeit komme es darauf an, die Normalisierung der Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik aktiv in Angriff zu nehmen. Eine solche Normalisierung werde u. a. eine Beruhigung der Situation im Gesamtgebiet des ehemaligen deutschen Reiches zur Folge haben und dadurch die Lösung anderer Probleme erleichtern.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, das Problem, darin gebe er dem Botschafter recht, sei kein zweiseitiges. Auch er könne nicht für alle Staaten sprechen, die durch den Potsdamer Vertrag gebunden seien. Dies schließe aber eine Unterhaltung über das Problem nicht aus, denn dadurch würden keine rechtsverbindlichen Tatsachen geschaffen. Auf deutscher Seite wäre man froh, wenn im Blick nach Osten klare geordnete Verhältnisse geschaffen würden, und er könne sich vorstellen, daß es auch für den sowjetischen Ministerpräsidenten von Vorteil wäre, ebenso klare und geordnete Verhältnisse zu sehen, wenn er nach Westen blicke.

Botschafter *Smirnow* gab dem Gedanken des Herrn Bundeskanzlers eine andere Wendung und sagte, eine weitgehende Normalisierung des Verhältnisses der Bundesrepublik zu allen Ländern des Ostens würde einen wichtigen Beitrag zur Normalisierung der internationalen Lage darstellen und entspannend wirken. Er müsse jedoch offen sagen, daß es der sowjetischen Regierung und dem sowjetischen Ministerpräsidenten um mehr zu tun sei als lediglich um eine Klarstellung der Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik. Sie erstrebe vielmehr die Herstellung wirklich gutnachbarlicher Beziehungen und hoffe, ein neues Blatt in der Geschichte der beiden Völker aufzuschlagen. Ein gutes Verhältnis zwischen ihnen wäre ein stabilisierender Faktor und schüfe eine solide Grundlage für die Festigung des Friedens in Europa. Außerdem wäre man dabei weitgehender Zustimmung in aller Welt sicher. Eben deshalb mahne der sowjetische Ministerpräsident immer wieder, doch ja keine Möglichkeiten zu verpassen, sondern jede Gelegenheit zum Meinungsaustausch zu benutzen und an einer langfristigen Verbesserung der deutsch-sowjetischen Beziehungen zu arbeiten. Er, der Botschafter, nehme an, daß Herr Adschubej gerade über diesen Punkt einiges zu sagen haben werde.

Der Herr *Bundeskanzler* erwiderte, das sei schon richtig, aber es gebe eben einen Stein des Anstoßes.

Botschafter *Smirnow* sagte, Steine auf dem Wege ließen sich mit der Zeit vielleicht beseitigen, wenn mit der Normalisierung der Beziehungen erst einmal ein Anfang gemacht werde.

Der Herr *Bundeskanzler* meinte, man könne in diesem Falle sehr handgreiflich von Steinen sprechen, nämlich von der Berliner Mauer.

Botschafter *Smirnow* erwiderte, die Mauer sei die Folge einer viele Jahre hindurch betriebenen falschen Politik der Bundesregierung. Hätte es diese Politik nicht gegeben, hätte man die Steine für die Mauer sparen können.

Nach einem kurzen Wortwechsel, bei dem der Botschafter auf die deutsche Kriegsschuld und der Herr Bundeskanzler auf den Hitler-Stalin-Pakt[9] verwies, erklärte der Herr *Bundeskanzler*, es sei unfruchtbar, in dieser Weise zu polemisieren. Jedes Land müsse mit seiner Geschichte selbst fertig werden. Es gebe jedoch allgemein verbindliche Grundsätze, die im übrigen die Sowjetunion selbst auch vertrete. Ein solcher Grundsatz sei das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Man könne nicht ein Recht, das man allen Völkern zuerkenne, einem Volk mit dem Hinweis auf eine historische Schuld verweigern, wie dies von seiten der Sowjetunion im Falle Deutschlands geschehe.

Botschafter *Smirnow* entgegnete, die Bevölkerung habe in beiden Teilen Deutschlands frei[10] über ihr Schicksal entschieden. Das Ergebnis dieser Entscheidung seien die beiden deutschen Staaten, und dieses Ergebnis sei irreversibel. Ihm sei es verdächtig, wenn man sich anschicke, einem Staat die Segnungen einer Demokratie, wie sie der Westen verstehe, aufzudrängen. Auch die Sowjetunion habe man in zwei Weltkriegen demokratisch „umerziehen" wollen, man habe auch[11] sie 24 Jahre lang nicht anerkannt. Das Ergebnis liege klar zutage.

Der Herr *Bundeskanzler* erklärte, auf diese Art und Weise komme man nicht weiter. Wenn die Bundesrepublik und die Sowjetunion gute Nachbarn sein wollten, müsse man von dieser Art Polemik loskommen. Im übrigen könne man mit Fug bestreiten, daß die Bevölkerung in der sowjetisch besetzten Zone ihre Meinung frei habe äußern können. Wenn dies so wäre, so bräuchte die Sowjetunion ja einen Test nicht zu scheuen und dort wie auch in der Bundesrepublik unter internationaler Kontrolle abstimmen zu lassen.

Botschafter *Smirnow* erwiderte, dies sei ein Thema, das der Herr Bundeskanzler mit „seinen Freunden in der DDR" besprechen müsse.

Der Herr *Bundeskanzler* meinte, wenn das so wäre, so bedürfte es ja keiner Mauer und keiner Minenfelder, um die Bevölkerung von der Flucht aus dem Staate, der nach ihrem Wunsche geschaffen worden sei, abzuhalten.

Botschafter *Smirnow* erwiderte, er kenne das Thema „Flucht aus dem Paradiese" aus früheren Gesprächen mit dem Herrn Bundeskanzler. Vielleicht dürfe er darauf hinweisen, daß seit der Schaffung des ersten sozialistischen Staates inzwischen ganze Länder mit hunderten von Millionen Einwohnern in das Lager des Sozialismus übergegangen seien, das inzwischen weit mehr als eine Milliarde Menschen zähle. Gebe es etwas Vergleichbares in umgekehrter Richtung? Der Osten könne mit der Bilanz zufrieden sein.

[9] Für den Wortlaut des deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrags und des geheimen Zusatzprotokolls vom 23. August 1939 vgl. ADAP, D, VII, Dok. 228 und Dok. 229.

[10] Dieses Wort wurde von Staatssekretär Carstens hervorgehoben. Dazu Ausrufezeichen am Rand.

[11] Die Wörter „man habe auch" gingen auf Streichungen und handschriftliche Einfügungen zurück. Dafür wurde gestrichen: „ja, man habe".

Der Herr *Bundeskanzler* fragte, ob der Botschafter etwa Länder wie Ungarn und Rumänien meine.

Botschafter *Smirnow* erwiderte, wenn der Herr Bundeskanzler auf den Aufstand in Ungarn[12] anspiele: Aufstände habe man auch im Innern der Sowjetunion gehabt, z. B. seinerzeit in Kronstadt.[13] Sie bewiesen nur, daß es stets und überall Kräfte gebe, die dem Gestern verhaftet seien.

Der Herr *Bundeskanzler* kam noch einmal kurz auf das Thema „Flucht aus dem Paradies" zurück und sagte, der wesentliche Unterschied sei der, daß in der Bundesrepublik niemand daran gehindert werde, das Land zu verlassen, wann immer es ihm gefiele.

Abschließend meinte der Herr Bundeskanzler, auch dieses Gespräch habe ihm wieder gezeigt, wie notwendig es sei, den Dingen einmal wirklich auf den Grund zu gehen.

Botschafter *Smirnow* wiederholte zum Schluß noch einmal, daß es Herrn Adschubejs Wunsch sei, unter vier Augen – nur in Anwesenheit der Dolmetscher – mit dem Herrn Bundeskanzler zu sprechen. Seine, des Botschafters, Mission sei hiermit erfüllt. Er überlasse jüngeren Kräften das Feld und werde dem Wunsche Herrn Adschubejs entsprechend bei der morgigen Besprechung nicht anwesend sein.

Abteilung II (II 4), VS-Bd. 248

[12] Nach dem Sturz des Generalsekretärs der Partei der Ungarischen Werktätigen, Rakosi, im Oktober 1956 zogen sich die sowjetischen Truppen, die in die bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und ungarischer Geheimpolizei eingegriffen hatten, zunächst aus Budapest zurück und ließen die Bildung einer Koalitionsregierung unter Ministerpräsident Imre Nagy zu. Als sich jedoch abzeichnete, daß die Entwicklung in Ungarn auf ein Mehrparteiensystem mit demokratischen Wahlen hinauslief und Nagy zudem den Austritt Ungarns aus dem Warschauer Pakt erklärt hatte, begann am 4. November 1956 die militärische Niederschlagung der Freiheitsbewegung durch sowjetische Interventionstruppen.

[13] Am 2. März 1921 begann im russischen Ostseehafen Kronstadt ein Aufstand von Matrosen der Kriegsmarine gegen die zentralistische Herrschaftspraxis der Bolschewiki. In mehrtägigen Kämpfen wurde der Aufstand bis zum 18. März 1921 von der Roten Armee blutig niedergeschlagen.

210

Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens

St.S. 1415/64 geheim **27. Juli 1964**[1]

Betr.: Das deutsch-französische Verhältnis

I. Die letzten Wochen haben im Zeichen einer erheblichen Verschlechterung unserer Beziehungen zu Frankreich gestanden. Gewisse Gegensätze, die latent schon seit längerer Zeit vorhanden waren, sind offenkundig geworden. De Gaulle hat die Bundesregierung – wohl zum ersten Mal – öffentlich wegen ihrer Gesamtpolitik kritisiert.[2] Er und seine Minister haben bei ihrem Besuch am 3. und 4. Juli 1964 mit unverblümter Deutlichkeit eine Reihe von Forderungen an uns gerichtet, denen wir entgegengetreten sind.[3]

Durch diese Entwicklung wird eine der wichtigsten Grundlagen unserer bisherigen Außenpolitik, nämlich das enge deutsch-französische Einverständnis, berührt. Wir müssen uns daher eine Reihe von Fragen vorlegen:

– Was hat sich ereignet? (II)
– Was wollen die Franzosen? (III)
– Welche Haltung sollen wir gegenüber ihren Forderungen einnehmen? (IV)
– Welche Folgen können sich im Falle einer weiteren Verschlechterung des deutsch-französischen Verhältnisses ergeben? (V)
– Was können wir tun, um das deutsch-französische Verhältnis zu verbessern? (VI)

II. 1) Der de Gaulle-Besuch in Bonn wurde durch eine Reihe unfreundlicher, von der französischen Regierung inspirierter Kommentare in der deutschen und in der französischen Presse eingeleitet.

„Man vermißt vor allem beim deutschen Partner die Bereitschaft, nach einer gemeinsamen Politik zu suchen."
(Welt vom 3.7.1964)[4]

[1] Die Aufzeichnung wurde Bundesminister Schröder am 27. Juli 1964 mit dem Vorschlag der Weiterleitung an Bundeskanzler Erhard zugeleitet.
Eine redigierte Fassung vom 31. Juli 1964 wurde an alle Abteilungen sowie ausgewählte Auslandsvertretungen geleitet. Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 419; B 150, Aktenkopien 1964.
Zu den geänderten Passagen vgl. Anm. 6, 12, 25 und 26.
Staatssekretär Carstens nahm bereits am 6. Juli 1964 zum Stand der deutsch-französischen Beziehungen nach den Regierungsbesprechungen vom 3./4. Juli 1964 Stellung. Die Aufzeichnung blieb jedoch bei den Akten. Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 419; B 150, Aktenkopien 1964.

[2] Auf einer Pressekonferenz vom 23. Juli 1964 zog der französische Staatspräsident eine weitgehend negative Bilanz der außenpolitischen Zusammenarbeit zwischen Frankreich und der Bundesrepublik seit dem deutsch-französischen Vertrag vom 22. Januar 1963. Für den Wortlaut vgl. DE GAULLE, Discours et messages, Bd. 4, S. 222–237. Für Auszüge im deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1964, D 403–410.
Vgl. auch Dok. 218.

[3] Zu den deutsch-französischen Regierungsbesprechungen am 3./4. Juli 1964 in Bonn vgl. Dok. 180–188.

[4] Vgl. den Artikel „Paris verstimmt über Stillstand in Europa"; DIE WELT, Nr. 152 vom 3. Juli 1964, S. 4. Vgl. auch Dok. 185, Anm. 18.

„Es fehle ein Minimum an Harmonie. Während der französische Staatschef nicht müde werde, seine Auffassung von einem unabhängigen Europa zu verteidigen, übernehme der Bundeskanzler nuancenlos alle amerikanischen Richtlinien. Daher sei man im ‚Elysée', wo man Westdeutschland im Augenblick nur als einen Satelliten ansehe, über die Entwicklung der deutsch-französischen Zusammenarbeit enttäuscht."
(Le Monde vom 4.7.1964)[5]

2) In den Gesprächen, die de Gaulle und seine Begleiter am 3. und 4. Juli in Bonn führten, wiederholten sie immer wieder die folgenden Thesen und Fragen:

– Warum kann sich die Bundesregierung nicht entschließen, eine von den USA unabhängige Politik zu betreiben?

– Warum beteiligen sich die Deutschen an der MLF?

– Frankreich lehnt die militärische Integration in der NATO ab, es will seine Streitkräfte einem nationalen Kommando unterstellen.

– Warum unterstützt Deutschland die amerikanische Politik in Südost-Asien und gegenüber China?

– Die USA sind im Grunde gegen die Einigung Europas.

– Die USA werden sich mit der Sowjetunion auf der Basis des Status quo verständigen und das Ziel der Wiedervereinigung Deutschlands preisgeben.

– Die USA werden Europa auch im Falle eines sowjetischen Angriffs nicht schützen, jedenfalls nicht unter Einsatz ihrer Atomwaffen.

– Warum entschließt sich Deutschland nicht, mit Frankreich zusammenzugehen und eine europäische, von europäischen Interessen geleitete Außenpolitik zu betreiben?

– Frankreich ist für die Wiedervereinigung Deutschlands.

– Warum beteiligt sich Deutschland – anstatt an der MLF – nicht lieber an der französischen Force de Frappe? (Dies wurde einmal gesagt, in anderen Gesprächen waren die französischen Äußerungen wesentlich verschwommener; etwa: Eine europäische Atomstreitmacht setze ein Minimum einer europäischen politischen Einigung voraus.)[6]

– Warum kommen wir nicht endlich zu einer wirklichen Zusammenarbeit im Bereich der Verteidigung, vor allem der Rüstung? Ohne eine solche fehlt dem deutsch-französischen Zusammengehen das eigentlich entscheidende Moment.

– Warum üben Frankreich und Deutschland nicht gemeinsam einen Druck auf die vier anderen EWG-Partner aus, sich einer europäischen Politik anzuschließen? Man muß ihnen sagen, daß sie ohne eine politische Zusammenarbeit auch nicht an der EWG partizipieren können.

– Deutschland muß zwischen einer wirklichen, d.h. unabhängigen europäischen Politik und einer Politik der Abhängigkeit von den USA wählen.

[5] Vgl. den Artikel „Les risques du désenchantement"; Le Monde, Nr. 6055 vom 4. Juli 1964, S. 1.

[6] Dieser Abschnitt wurde nicht in die redigierte Fassung vom 31. Juli 1964 übernommen.

3) Auf einer ähnlichen Linie bewegte sich die Pressekonferenz de Gaulles vom 23. Juli. Er erklärte, es gebe keine gemeinsame Politik Deutschlands und Frankreichs in bezug auf

- ihre Verteidigung
- die Reform der NATO
- die den Satelliten Moskaus gegenüber einzunehmende Haltung
- „die Probleme der Grenzen und der Nationalitäten in Mittel- und Osteuropa" (!)
- China
- Indonesien
- Indochina
- die Entwicklungspolitik gegenüber den Völkern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas
- die Schaffung des gemeinsamen Agrarmarktes in der EWG.

Der Hauptgrund dafür sei, daß Deutschland im Gegensatz zu Frankreich nicht glaube, daß die europäische Politik europäisch *und unabhängig* sein müsse. Falls diese Dinge so blieben, würden Zweifel im französischen Volk aufkommen. Frankreich werde Geduld üben, „sofern nicht schwerwiegende äußere Geschehnisse alles in Frage stellen sollten und es veranlassen würden, seinen Kurs mehr oder weniger zu ändern".

Schließlich erteilte de Gaulle eine scharfe Absage an alle Vorstellungen, daß überstaatliche oder staatengemeinschaftliche Institutionen Mittel zur Herbeiführung der europäischen Einigung sein könnten. „Nur Regierungen von Nationen sind fähig und besitzen die Verantwortung, eine Politik zu machen."

Bemerkenswert an diesen Erklärungen de Gaulles ist einmal, daß er das Fehlen einer deutsch-französischen Zusammenarbeit auch in solchen Bereichen beklagt, wo die Zusammenarbeit tatsächlich gut funktioniert. Gegenüber den „Satelliten Moskaus", also den osteuropäischen Staaten, ist die deutsche und die französische Politik weitgehend die gleiche[7]; ebenso halten wir sehr enge Fühlung mit Frankreich in den Fragen der Entwicklungspolitik.[8] Zum anderen ist die Drohung, die in dem wörtlich zitierten Satz anklingt, unüberhörbar.

III. 1) Das eigentliche Ziel de Gaulles ist eindeutig, uns zu veranlassen, die engen Bindungen, die zwischen uns und den USA bestehen, zu lockern und statt dessen eine noch engere Bindung mit Frankreich einzugehen.

Wir sollen de Gaulle dabei helfen, daß die NATO in seinem Sinne umgestaltet wird. Europa – und das heißt nach de Gaulles Vorstellung, da er ja jede Art von europäischen politischen Gemeinschaftsorganen ablehnt: Frankreich – soll innerhalb des Bündnisses eine gleichberechtigte Rolle spielen. Die amerikanische Präponderanz soll beseitigt werden, der Oberbefehl, jedenfalls in Europa, soll auf einen Europäer übergehen. Die militärische Integration in der

[7] Zur weitgehenden Übereinstimmung zwischen der Bundesrepublik und Frankreich in Fragen der Politik gegenüber Osteuropa vgl. zuletzt Dok. 181.

[8] Zu den deutsch-französischen Konsultationen über die Entwicklungspolitik vgl. Dok. 188, besonders Anm. 7.

NATO soll verschwinden. Die MLF soll nicht zustande kommen.[9] Wenn das dazu führt, daß die Amerikaner sich weitgehend aus Europa zurückziehen, so muß es hingenommen werden; vielleicht ist es sogar erwünscht; im übrigen werden die Amerikaner so oder so Europa eines Tages verlassen.

Deutschland soll die französische Politik überall, so insbesondere auch gegenüber China und in Südost-Asien[10], unterstützen, wobei de Gaulle daran erinnert, daß die Sowjetunion unser Hauptgegner ist und daher eine Annäherung an China von unserem Standpunkt aus konsequent wäre.

De Gaulle bietet uns:

- Unterstützung unserer Wiedervereinigungspolitik;
- Schutz gegen einen sowjetischen Angriff, unter Verwendung der französischen Atomwaffen;
- vielleicht, das ist im Augenblick noch undeutlich, eine Beteiligung an der Force de Frappe.[11]

2) Gegenüber dem Hauptanliegen de Gaulles treten die anderen Wünsche, die er an uns richtet, zurück. Immerhin ist erwähnenswert, daß er auch unsere Unterstützung bei der von ihm beabsichtigten Ausübung eines massiven Drucks auf unsere europäischen Partner erwartet.

IV. Unsere Haltung gegenüber den französischen Forderungen muß durch die Gegebenheiten und Ziele unserer eigenen Politik bestimmt sein:

1) Unser oberstes Ziel, die Wiedervereinigung Deutschlands, können wir nur erreichen, wenn wir mit unseren *drei* westlichen Partnern zusammengehen. Durch eine deutsch-französische Union allein, ohne oder gegen die USA, ist es nicht erreichbar.

Es mag sein, daß die aktive Unterstützung unserer Wiedervereinigungspolitik durch die USA zu wünschen übrig läßt. Insbesondere sind die USA zur Zeit of-

[9] Zur ablehnenden Haltung des Staatspräsidenten de Gaulle gegenüber einer multilateralen Atomstreitmacht vgl. auch Dok. 20, Anm. 6.

[10] Zur französischen Haltung gegenüber der Volksrepublik China und der Entwicklung in Südostasien vgl. zuletzt Dok. 153 und Dok. 154.

[11] Vgl. dazu Dok. 186.
Am 24. Juli 1964 berichtete der Korrespondent der „New York Times" in Bonn, Olsen, Bundeskanzler Erhard habe während der deutsch-französischen Regierungsbesprechungen am 3./4. Juli 1964 eine Frage des Staatspräsidenten de Gaulle nach Mitwirkung der Bundesrepublik beim Aufbau der Force de frappe ablehnend beantwortet. Dies sei, hochrangigen Quellen zufolge, der eigentliche Grund für die französische Enttäuschung über die Besprechungen in Bonn. Vgl. den Artikel „Bonn Rebuffs de Gaulle on Atomic Partnership"; THE NEW YORK TIMES, International Edition, Nr. 38899 vom 25./26. Juli 1964, S. 1.
Außenminister Couve de Murville verlangte daraufhin nachdrücklich ein Dementi der Bundesregierung. Dazu führte Gesandter Knoke, Paris, mit Drahtbericht vom 30. Juli 1964 aus, „daß Paris die Möglichkeit einer ... Indiskretion von sehr hoher, wenn nicht höchster Bonner Stelle nicht ausschliesse" und „eine Krise in den deutsch-französischen Beziehungen bevorsteht, wenn es nicht gelingt, diese Angelegenheit aus der Welt zu schaffen". Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 419; B 150, Aktenkopien 1964.
Am 31. Juli 1964 teilte Legationsrat I. Klasse Kastl der Botschaft mit, der Chef des Presse- und Informationsamtes, von Hase, habe auf der Bundespressekonferenz vom 28. Juli 1964 erklärt, daß die Frage einer Beteiligung der Bundesrepublik an der Force de frappe bei den deutsch-französischen Regierungsbesprechungen am 3./4. Juli 1964 nicht erörtert worden sei. Vgl. Referat I A 1, Bd. 531.

fenbar nicht bereit, Druck auf die Sowjetunion auszuüben.[12] Das ändert nichts daran, daß eine Deutschland-Politik ohne oder gar gegen sie hoffnungslos ist. Wir müssen daher auf die USA immer wieder einwirken, um sie zu einer aktiven Unterstützung unseres Standpunktes zu bewegen. Dazu müssen wir unser bisheriges enges Verhältnis zu ihnen erhalten.

Es ist aber auch äußerst zweifelhaft, ob die Franzosen, falls wir uns an sie anschlössen, wirklich bereit wären, einen Druck auf die Sowjetunion auszuüben, um sie zu Konzessionen in der Deutschland-Frage zu veranlassen. Jedenfalls würde dieser Druck nicht stark genug sein, um die Sowjetunion zu einer Änderung ihrer Politik zu bewegen.

2) Zu den gleichen Schlußfolgerungen führen Überlegungen unserer Sicherheitspolitik. Unser Land und insbesondere Berlin kann ohne aktive amerikanische Unterstützung und ohne die ständige Bereitschaft der USA, ihre Engagements mit allen militärischen Mitteln zu erfüllen, nicht verteidigt werden.

Das erkennt auch de Gaulle an, und er meint daher, daß wir das Bündnis mit den USA aufrechterhalten sollten. Aber seine Interessenlage und vor allem seine geographische Position ist anders als die unsere. Er kann es zur Not in Kauf nehmen, daß die USA im Falle eines sowjetischen Angriffs einige Tage zögern, bevor sie zum atomaren Gegenschlag ausholen. Frankreich wird dann von den sowjetischen Truppen noch nicht erreicht sein. Wir können dieses Risiko unter keinen Umständen eingehen. Denn die Sowjets können in kurzer Zeit tiefe Einbrüche in unser Land erzielen und uns dadurch einen riesigen Schaden zufügen. Wir müssen daher in verteidigungspolitischen Fragen enger mit den Amerikanern zusammenarbeiten als die Franzosen.

Daher entspricht unser Eintreten für das Prinzip der militärischen Integration in der NATO und für die MLF unseren vitalen Interessen. Auf eine weitere Gefahr, die mit der Desintegration der NATO verbunden wäre, hat kürzlich Spaak hingewiesen[13]: Die kleineren Staaten wären dadurch gezwungen, zu einer Politik der *Neutralität* zurückzukehren. Ähnliche Stimmen sind in Italien laut geworden.[14]

3) Auch eine dritte Kette von Überlegungen führt zu demselben Ergebnis. Würden wir uns unter Vernachlässigung unseres Verhältnisses zu den USA in erster Linie mit Frankreich zusammenschließen, so bestünde die Gefahr, daß wir dadurch in eine Abhängigkeit zu Frankreich geraten würden. Die Franzosen sind uns auf atomarem Gebiet weit überlegen und werden es bleiben. Es ist ganz unwahrscheinlich, daß sie uns eine *gleichberechtigte* Partnerschaft hinsichtlich ihrer Force de Frappe anbieten werden.

De Gaulle sagt in seiner Pressekonferenz vom 23. Juli selbst: „ Man kann sagen, daß ein Land, welches über eine Atomrüstung verfügt, in der Lage ist,

[12] Der Passus „Es mag sein ... auf die Sowjetunion auszuüben" wurde in der redigierten Fassung vom 31. Juli 1964 geändert in: „Es ist richtig, daß die USA zur Zeit nicht bereit sind, in der Wiedervereinigungsfrage einen Druck auf die Sowjetunion auszuüben."

[13] Zu den Gesprächen des belgischen Außenministers mit Bundeskanzler Erhard und Bundesminister Schröder am 14. Juli 1964 vgl. Dok. 197 und Dok. 198, besonders Anm. 21.

[14] Vgl. dazu Dok. 257.

eine Nation, die nicht darüber verfügt, sich auf Gnade und Barmherzigkeit gefügig zu machen."

Nach unseren bisherigen Erfahrungen können wir nicht annehmen, daß de Gaulle unsere Interessen berücksichtigen wird, wenn einmal seine und unsere Interessen nicht miteinander übereinstimmen[15] (Beispiel: Abbruch der Verhandlungen über den Eintritt Englands in die EWG).[16]

4) Weiter muß beachtet werden, daß ein Eingehen auf die französischen Wünsche uns auch von unseren anderen europäischen Partnern trennen würde. Daß wir in einen scharfen Gegensatz zu England geraten würden, steht außer Zweifel. Aber auch Holland und Italien würden sich gegen uns stellen, ebenso die Skandinavier, Österreich und die Schweiz.

Darauf lautet die französische Antwort, daß es sich hier nur um eine vorübergehende Erscheinung handeln würde; auf längere Sicht würden sich die europäischen Staaten Frankreich und Deutschland anschließen. Dies beweise die bisherige Geschichte der europäischen Einigung. Stets hätten wenige begonnen, die anderen seien gefolgt.

Nach meiner Auffassung ist die französische Argumentation jedoch nicht schlüssig, denn die bisherige europäische Einigung wurde von den USA nachdrücklich unterstützt. Im Falle eines deutsch-französischen Alleingangs, noch dazu mit einer deutlichen Frontstellung gegen die USA, würden die USA ihren Einfluß in Europa gegen uns mobilisieren. Ich glaube daher nicht, daß die mit Sicherheit eintretende Entfremdung zwischen uns und den anderen europäischen Partnern eine bloß vorübergehende sein würde.

Außerdem würden, falls wir entsprechend dem französischen Vorschlag auf unsere vier anderen EWG-Partner Druck ausüben würden, in diesen Ländern die antideutschen Ressentiments mit voller Schärfe wieder aufleben. Eine solche Politik würde unserer seit 1949 konsequent verfolgten Linie widersprechen. Sie würde zudem – und wie ich glaube mit Recht – von dem deutschen Volke mißbilligt werden.

5) Ganz allgemein können wir die Methoden der de Gaulleschen Politik nicht übernehmen. Er, der mit großer Empfindlichkeit auf fremde Kritik reagiert und von seinen Bundesgenossen rückhaltlose Unterstützung in den für ihn vitalen Fragen verlangt (Algerien, Fall Argoud[17]), greift seinerseits in aller Öffentlichkeit seine Bundesgenossen an und kritisiert deren Politik in für sie vitalen Fragen.

Diese Art der Behandlung verbittert und verärgert. Man verzeiht sie vielleicht de Gaulle, uns würde man sie nicht verzeihen.

[15] In der Aufzeichnung vom 6. Juli 1964 stellte Staatssekretär Carstens dieser Feststellung folgende Beurteilung voran: „Es kommt hinzu, daß die Franzosen auch politisch viel beweglicher sind als wir, da die ungelöste Deutschland-Frage und der Berlin-Komplex uns ein freies außenpolitisches Manövrieren unmöglich macht. Wenn wir uns daher nicht mehr auf die Unterstützung der USA verlassen können, werden wir gegenüber Frankreich mit Sicherheit ins Hintertreffen geraten." Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 419; B 150, Aktenkopien 1964.

[16] Zum Scheitern der Verhandlungen über einen Beitritt Großbritanniens zur EWG am 29. Januar 1963 vgl. Dok. 15, Anm. 40.

[17] Zum Fall Argoud vgl. Dok. 45 und Dok. 49.

6) Schließlich müssen wir auch folgendes in Betracht ziehen:

Keiner der die augenblickliche Weltlage charakterisierenden Gegensätze erscheint auf die Dauer als völlig unüberbrückbar. Das gilt zweifellos von dem amerikanisch-französischen Gegensatz. Zwischen beiden Ländern bestehen zahlreiche Kontakte fort. Die Amerikaner werden, falls de Gaulle gewisse Konzessionen macht, immer bereit sein, ihn mit offenen Armen wieder aufzunehmen. Es gilt möglicherweise auch von dem amerikanisch-sowjetischen Gegensatz, wenn auch hier naturgemäß die Chancen eines Ausgleichs geringer sind. Die weitere Entwicklung hängt unter anderem von den künftigen Beziehungen beider Mächte zu China ab.

Bekanntlich gibt es auch starke Bestrebungen, die einen Ausgleich zwischen den USA und China herbeiführen wollen.[18] Hier scheinen die Chancen noch sehr gering. Die USA sehen China zur Zeit in der Tat als ihren Hauptgegner an. Immerhin gibt es aber Tendenzen, die für die Zeit nach dem Tode Tschiang Kai-scheks an eine Wiedervereinigung Chinas mit Formosa denken. Jedenfalls können wir nicht sagen, daß ein Ausgleich zwischen den USA und China mit Sicherheit auszuschließen ist.

Am wenigsten wahrscheinlich erscheint ein Ausgleich zwischen der Sowjetunion und China. Dennoch wird man zugeben müssen, daß die Sowjetunion möglicherweise auf die Seite Chinas treten würde, wenn es zu einem energischen militärischen Vorgehen der USA gegen China kommen sollte.

Jede der vorstehend als möglich skizzierten Entwicklungen berührt stärkstens auch deutsche Interessen, insbesondere die Wiedervereinigungsfrage. Wir müssen in der Lage sein, auf jede dieser Entwicklungen angemessen zu reagieren. Das können wir nur, wenn wir uns ein gewisses Maß an Bewegungsfreiheit erhalten und uns nicht von vornherein einseitig an einen einzigen Partner binden.

7) Alle diese Überlegungen führen zu dem Ergebnis, daß wir auf den französischen Vorschlag, mit ihnen, und zwar mit ihnen allein, eine gemeinsame Politik zu betreiben, nicht eingehen können. Wir können die Wahl, die Frankreich uns aufzwingen will, nicht vollziehen. Wir müssen vielmehr aus zwingenden Gründen zugleich

- das deutsch-amerikanische Verhältnis weiterentwickeln,
- für eine Verstärkung der NATO eintreten,
- uns wie bisher für die europäische Einigung zu sechs und darüber hinaus einsetzen und
- unsere Möglichkeiten im Bereich der Ostpolitik ausschöpfen.

Wir sollten auch das MLF-Projekt nachdrücklich weiterverfolgen.[19]

[18] Vgl. dazu Dok. 93, besonders Anm. 21.

[19] In der Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens vom 6. Juli 1964 wurden an diese Vorschläge folgende Schlußfolgerungen angefügt: „Wir sollten uns jedoch andererseits auch nicht in eine allzu große Abhängigkeit gegenüber den USA begeben. Dort, wo unsere Interessen mit denen der USA nicht übereinstimmen, sollten wir zwar vorsichtig, aber doch entschieden unseren eigenen Weg gegen, so in Südostasien oder gegenüber Rotchina. Wir sollten den Amerikanern vielleicht auch deutlicher als bisher zu verstehen geben, daß wir ein Abkommen über die Nichtverbreitung nuklearer Waffen ohne gleichzeitige Fortschritte in der Deutschland-Frage als unseren Interes-

V. Wenn wir demnach auf das wichtigste Anliegen de Gaulles nicht eingehen können, müssen wir uns dann auf weitere Veränderungen in den deutsch-französischen Beziehungen einstellen? Welche Möglichkeiten zeichnen sich ab?

Ein völliges renversement des alliances, d.h. ein Bündnis Frankreichs mit der Sowjetunion gegen uns halte ich nach wie vor für ausgeschlossen, da die damit verbundenen Gefahren auch für Frankreich sehr groß sind. Eine französisch-sowjetische Allianz wäre wohl für den Fall möglich, daß sich Frankreich durch Deutschland bedroht fühlen sollte. Eine solche Situation ist aber undenkbar.

Dagegen ist es möglich, daß es zu partiellen Verständigungen zwischen Frankreich und der Sowjetunion gegen uns kommen wird. In der Opposition beider Länder gegen die MLF[20] zeichnen sich solche Möglichkeiten bereits jetzt ab.

Ich halte es auch für möglich, daß Frankreichs praktische Unterstützung unserer Deutschland- und Berlin-Politik schwächer werden wird; ja, daß die Franzosen uns hier erhebliche Schwierigkeiten machen werden. Auch das zeichnete sich bei der Vorbereitung für die Deutschland-Erklärung der Drei Mächte[21] ab. Frankreich wird argumentieren, daß der deutsch-französische Vertrag[22] sich bisher ausschließlich zu unseren Gunsten auswirke und daß es an unseren Gegenleistungen fehle.

Zu der Frage der deutschen Ostgrenzen haben die Franzosen jahrelang geschwiegen[23], der oben (s. Seite 4) wiedergegebene Passus aus der Pressekonferenz de Gaulles zeigt, daß sie auch hier unseren Standpunkt öffentlich angreifen könnten.

Frankreich könnte auch seine Beziehungen zu England überprüfen, um uns von England zu trennen und dadurch Druck auf uns auszuüben. Sollte Labour die Wahlen[24] gewinnen, wird wahrscheinlich eine schwierige Phase der deutsch-englischen Beziehungen beginnen, so daß von daher gesehen die Möglichkeiten für eine englisch-französische Annäherung günstig wären.

Fortsetzung Fußnote von Seite 890

sen abträglich empfinden. Wir sollten den Amerikanern nicht den vollen Ausgleich ihrer Devisenaufwendungen für ihre in Deutschland stationierten Truppen zusagen, sondern uns die Möglichkeit größerer Waffenkäufe in Frankreich und England oder gemeinsamer Waffenentwicklungen mit diesen Ländern offenhalten. Wir sollten schließlich die französische Bereitschaft, uns an ihrer Force de frappe zu beteiligen, in vorsichtiger Weise näher explorieren." Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 419; B 150, Aktenkopien 1964.

20 Der sowjetische Standpunkt gegenüber der geplanten MLF kam zuletzt in einer Note vom 11. Juli 1964 zum Ausdruck, in der sich die Regierung der UdSSR in scharfer Form gegen den vorgesehenen Einsatz eines Demonstrationsschiffs mit gemischter Besatzung verschiedener Nationalität unter Beteiligung der Bundesrepublik wandte. Für den Wortlaut der Note an die Bundesrepublik sowie der entsprechenden Noten an die übrigen NATO-Staaten vgl. DzD IV/10, S. 814–818.

21 Für den Wortlaut der gemeinsamen Erklärung der Regierungen Frankreichs, Großbritanniens und der USA vom 26. Juni 1964 zum Freundschaftsvertrag vom 12. Juni 1964 zwischen der UdSSR und der DDR vgl. DzD IV/10, S. 774–776.
Zur Vorgeschichte der Erklärung vgl. Dok. 166, Dok. 167 und Dok. 175.

22 Für den Wortlaut des deutsch-französischen Vertrags vom 22. Januar 1963 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 706–710.

23 Vgl. dazu weiter Dok. 222.

24 Die Wahlen zum britischen Unterhaus fanden am 15. Oktober 1964 statt und führten zu einer Regierungsmehrheit für die Labour Party.

Doch halte ich es für unwahrscheinlich, daß Labour auf den anti-amerikanischen Kurs der de Gaulleschen Politik eingehen würde.

Es wäre schließlich auch denkbar, daß Frankreich sich wieder an die USA annähern würde. Doch brauchen wir eine solche Entwicklung nicht zu fürchten. Die USA werden unsere Interessen nicht preisgeben, und durch ein Zusammengehen mit den USA wird de Gaulle sein wichtigstes Ziel, nämlich eine gegenüber den USA unabhängige Politik zu betreiben, gewiß nicht erreichen.

Sind daher auch grundlegende Veränderungen in der derzeitigen politischen Gesamtkonstellation als Folge der Verschlechterung der deutsch-französischen Beziehungen nicht zu erwarten, so können doch in einzelnen Bereichen uns höchst abträgliche Änderungen eintreten. Auch ist bereits die Tatsache, daß die deutsch-französischen Beziehungen sich verschlechtern, bedauerlich genug. Jedenfalls sind die Sowjets darüber sehr befriedigt.

VI. Wir müssen uns daher ernsthaft fragen, ob wir etwas tun können, um mit den Franzosen wieder ein besseres Verhältnis herzustellen, und wir müssen prüfen, ob es nicht doch für ein Zusammengehen mit ihnen geeignete Bereiche gibt, auch wenn wir dem französischen Hauptpetitum, unsere Politik gegenüber den USA und der NATO auf eine neue Basis zu stellen, nicht folgen können. Hierzu mache ich folgende Vorschläge:

1) Öffentliche Erklärungen

Wir sollten uns in unseren öffentlichen Äußerungen gegenüber Frankreich weiterhin größte Zurückhaltung auferlegen. Die Bundesregierung sollte eine Kritik an der französischen Politik in der Öffentlichkeit vermeiden. Um so nachdrücklicher sollten wir von der Freundschaft sprechen, die uns mit Frankreich verbindet. Diese Linie sollten wir unbeirrt durchhalten, auch wenn de Gaulles Kritik an uns schärfer werden sollte, und selbst wenn er – wie ich es für möglich halte – in einzelnen Fragen einen uns abträglichen Standpunkt einnimmt. Wir sollten hier eine Politik auf lange Frist betreiben. Ich bin sicher, daß sie Früchte bringen wird.

2) Rüstungsproduktion

Wir sollten in einigen Bereichen eine gemeinsame Rüstungsproduktion mit Frankreich aufbauen. Wenn wir dabei geschickt vorgehen, können wir erreichen, daß auch Frankreich uns gegenüber in eine gewisse Abhängigkeit gerät.[25]

Nach meiner Ansicht haben wir uns gegenüber den USA übermäßig stark gebunden. Wir sollten hier in Zukunft Einschränkungen ins Auge fassen und dafür unsere Zusammenarbeit mit Frankreich ausbauen.[26]

3) China

Unsere Interessenlage ist tatsächlich der französischen sehr ähnlich. Wenn es

[25] Der Passus „daß auch Frankreich ... gerät" wurde in der redigierten Fassung vom 31. Juli 1964 geändert in: „daß nicht nur wir gegenüber Frankreich, sondern auch Frankreich uns gegenüber in eine gewisse Abhängigkeit gerät".

[26] An dieser Stelle wurde in der redigierten Fassung vom 31. Juli 1964 angefügt: „Allerdings wird es sich dabei nur um Modifikationen, nicht um eine grundlegende Änderung unserer bisherigen Politik handeln können."

uns gelingt, China in der Berlin- und in der Deutschland-Frage stärker auf unsere Seite zu ziehen, wäre das ein bedeutender Erfolg. Wir sollten daher versuchen, bald zum Abschluß eines Warenabkommens mit China[27] zu kommen.

4) Vietnam

Die uns bisher zugänglichen Informationen scheinen zu zeigen, daß die Franzosen die Lage richtig beurteilen. Wir sollten uns verstärkt bemühen, ein klares Bild zu gewinnen. Der vorgesehenen Botschafterkonferenz[28] kommt daher außerordentliche Bedeutung zu.

5) Force de Frappe

Die französischen Erklärungen über eine mögliche Europäisierung der Force de Frappe und über eine deutsche Beteiligung an ihr sind bisher sehr unklar. Wir sollten die Franzosen fragen, was sie sich vorstellen.

6) Getreidepreis[29]

Wir sollten ernsthafte Anstrengungen machen, um in dieser Frage voranzukommen. Jeder Fortschritt würde dem deutsch-französischen Verhältnis ebenso wie der europäischen Einigung insgesamt zugute kommen.

7) Europäische politische Union[30]

Hier sollten wir unsere bisherigen Bemühungen verstärkt fortsetzen. Wir müssen uns zwar darüber im klaren sein, daß durch eine Lösung dieser Frage die Hauptschwierigkeit im deutsch-französischen Verhältnis nicht ausgeräumt und das Hauptziel Frankreichs nicht erreicht werden wird. Aber die Franzosen werden sich unseren Bemühungen auch nicht widersetzen können; sollte es zu einem Abkommen unter den „6" kommen, so würde dadurch – jedenfalls vorübergehend – eine gewisse Beruhigung im deutsch-französischen Verhältnis eintreten.

8) Eingehen auf de Gaulles Pressekonferenz

Wir sollten de Gaulle sagen, daß wir einen vertraulichen Meinungsaustausch über die nach seiner Meinung zwischen Deutschland und Frankreich kontroversen Fragen begrüßen würden. Einige dieser Fragen seien bisher nicht erörtert worden. In anderen bestünde nach unserem bisherigen Eindruck volle Übereinstimmung[31].

gez. Carstens

Ministerbüro, VS-Bd. 8438

[27] Zu den Sondierungen mit der Volksrepublik China über ein Warenabkommen vgl. zuletzt Dok. 206.

[28] Vom 1. bis 4. Februar 1965 fand in Bonn eine Botschafterkonferenz über die Lage in Südostasien statt. Vgl. dazu BULLETIN 1965, S. 174.
Zur Planung vgl. die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Hoffmann vom 29. Oktober 1964; Büro Staatssekretär, VS-Bd. 441; B 150, Aktenkopien 1964.

[29] Zur Regelung des Getreidepreises vgl. zuletzt Dok. 207. Vgl. dazu weiter Dok. 272.

[30] Zur Frage einer neuen Initiative für die europäische politische Zusammenarbeit vgl. zuletzt Dok. 196 und Dok. 197. Vgl. dazu weiter Dok. 266.

[31] Zu der am 10. August 1964 übermittelten Stellungnahme des Bundeskanzlers Erhard an Staatspräsident de Gaulle vgl. Dok. 225.

211

Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens

St.S. 927/64 27. Juli 1964[1]

Betr.: Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit Adschubej[2]

Ich schlage vor, daß der Herr Bundeskanzler etwa folgendes ausführt:

Ich habe das Memorandum von Ministerpräsident Chruschtschow vom 27. Juli 1964[3], mit dem er mein Memorandum vom 13. Juni 1964[4] beantwortet, erhalten und mit großer Aufmerksamkeit gelesen. Ich werde, nachdem ich es genau geprüft habe, darauf antworten.

Als eine vorläufige Antwort möchte ich sagen, daß der sowjetische Ministerpräsident auf einen entscheidenden Punkt leider nicht eingeht, nämlich darauf, daß 17 Millionen Deutschen, die in der sogenannten DDR leben, das Selbstbestimmungsrecht vorenthalten wird. Dieses Problem ist ein legitimer Gegenstand für ein Gespräch zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion.

Auch in anderen Punkten kann ich der Auffassung des Ministerpräsidenten nicht zustimmen. Er übersieht z.B., daß die Fortsetzung eines Gastspiels sowjetischer Künstler deswegen unmöglich wurde, weil eine von sowjetischer Seite gegebene Zusage, daß die Künstler auch in Berlin auftreten würden, nicht eingehalten wurde.[5]

Ich begrüße das in dem Memorandum zum Ausdruck kommende Interesse des sowjetischen Ministerpräsidenten, über die Möglichkeit einer Verbesserung

[1] Durchschlag als Konzept.

[2] Vgl. Dok. 212.
Zur Vorbereitung des Gesprächs vgl. auch die Aufzeichnungen des Legationsrats I. Klasse Wikkert vom 23. Juli 1964 sowie des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Kutscher vom 24. Juli 1964; Abteilung II (II 4), VS-Bd. 227 bzw. VS-Bd. 248; B 150, Aktenkopien 1964.

[3] Zum Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit Botschafter Smirnow am 27. Juli 1964 und zu dem dabei überreichten Aide-mémoire vgl. Dok. 209, besonders Anm. 2 und 7.

[4] Vgl. Dok. 155.

[5] Am 28. April 1964 wurden einem Nachwuchsensemble des Bolschoi-Balletts Einreisevisa für die Bundesrepublik erteilt, nachdem ein Auftritt in Berlin (West) zugesichert worden war. Da diese Zusage während der Tournee zurückgenommen wurde, beschloß die Bundesregierung am 16. Juni 1964, die Aufenthaltsgenehmigung für die sowjetischen Künstler zu widerrufen, die daraufhin am 18. Juni 1964 nach Moskau zurückkehrten. Vgl. dazu Referat II 4, Bd. 241. Vgl. auch den Drahterlaß des Staatssekretärs Lahr vom 25. April 1964 an Bundesminister Schröder, z.Z. Lima; Büro Staatssekretär, VS-Bd. 442; B 150, Aktenkopien 1964. Vgl. ferner den Artikel „Das Bolschoi-Ballett abgereist"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 139 vom 19. Juni 1964, S. 1.
In dem am 27. Juli 1964 von Botschafter Smirnow überreichten Aide-mémoire wurde unter Hinweis darauf zu den bilateralen Kulturbeziehungen erklärt: „Diese Beziehungen werden gegenwärtig künstlich durch Versuche gehemmt, sie zur Bekräftigung rechtswidriger Ansprüche westdeutscher militaristischer und revanchistischer Kreise auf Westberlin auszunutzen. Es grenzt ans Lächerliche, wenn Gastspiele von Ballettkünstlern, Pianisten und Geigern beinahe zu einem Anschlag auf die Grundfesten des westdeutschen Staats erklärt werden und man ihr Auftreten sogar unter Verletzung abgeschlossener Verträge abbricht." Vgl. Ministerbüro, VS-Bd. 8512; B 150, Aktenkopien 1964.

der beiderseitigen Beziehungen zu sprechen, und ich bin auch meinerseits, wie ich mehrfach erwähnt habe, zu einer Erörterung dieses Themas gern bereit.

Selbstverständlich stimme ich mit Ministerpräsident Chruschtschow darin überein, daß alles getan werden sollte, um den Ausbruch eines neuen Krieges zu verhüten. Dies ist die erklärte Politik der Bundesregierung, die durch ihr gesamtes Verhalten seit 1949 zahlreiche Beweise ihres Friedenswillens gegeben hat.

Ich möchte das wiederholen, was Botschafter Groepper dem sowjetischen Ministerpräsidenten in meinem Auftrag am 13. Juni 1964 mitgeteilt hat[6]:

„Wenn Ministerpräsident Chruschtschow glaubt, daß es nützlich sein könnte, die in unseren Beziehungen sich ergebenden Fragen in persönlichen Gesprächen zu erörtern, würde ich mich freuen, wenn er eine Einladung zu einem Besuch in der Bundesrepublik Deutschland zu einem Meinungsaustausch annehmen würde, bei dem jede Seite die ihr wichtig erscheinenden Fragen zur Sprache bringen könnte."

Hiermit dem Herrn Minister vorgelegt mit dem Vorschlag der Weiterleitung an den Herrn Bundeskanzler.

gez. Carstens

Büro Staatssekretär, Bd. 400

[6] Zum Gespräch des Botschafters Groepper, Moskau, mit Ministerpräsident Chruschtschow am 13. Juni 1964 vgl. Dok. 162.

212

Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit Chefredakteur Adschubej

Z A 5-101.A/64 geheim **28. Juli 1964**[1]

Aufzeichnung über ein Gespräch zwischen dem Herrn Bundeskanzler und dem Chefredakteur der „Izvestija", Adschubej[2], am 28.7.1964 im Bundeskanzleramt; auf deutscher Seite waren der Bundesminister des Auswärtigen, Dr. Schröder, und Bundesminister Dr. Westrick anwesend.

Herr *Adschubej* bedankte sich bei dem Herrn Bundeskanzler, daß er Zeit gefunden habe, ihn zu empfangen und bat, ihm die Grüße des sowjetischen Ministerpräsidenten Chruschtschow zusammen mit den besten Wünschen für das persönliche Wohlergehen des Herrn Bundeskanzlers übermitteln zu dürfen. Obwohl Chruschtschow den Herrn Bundeskanzler noch nicht persönlich kenne, seien diese Grüße und Wünsche ganz und gar aufrichtig gemeint.

Der Herr *Bundeskanzler* bedankte sich und meinte, er habe ja in letzter Zeit wiederholt Gelegenheit gehabt, Grußbotschaften mit dem sowjetischen Ministerpräsidenten auszutauschen, so zuletzt, als dieser bei seiner Skandinavienreise an den Küsten der Bundesrepublik entlanggefahren sei.[3] Wenn Herr Adschubej sage, daß Chruschtschow ihn bzw. er Chruschtschow nicht kenne, so gelte dies nur in strikt persönlichem Sinne, denn selbstverständlich

[1] Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Dolmetscher Keil am 28. Juli 1964 gefertigt und von Bundesminister Schröder in redigierter Fassung an das Bundeskanzleramt geleitet. Vgl. Bundeskanzleramt, AZ: 21-301 00 (56), Bd. 10; B 150, Aktenkopien 1964.
Zu den wesentlichen Änderungen vgl. Anm. 4, 7, 8, 10, 16 und 19–21.

[2] Der Schwiegersohn des sowjetischen Ministerpräsidenten hielt sich auf Einladung der Tageszeitungen „Münchner Merkur", „Rheinische Post" und „Ruhr-Nachrichten" vom 20. Juli bis 1. August 1964 in der Bundesrepublik auf. Nach längeren Sondierungen in Moskau war Mitte Juni 1964 überraschend die Annahme der Einladung erklärt und mit dem Wunsch verbunden worden, den Besuch noch im Juli 1964 durchzuführen und dabei eine Begegnung mit Bundeskanzler Erhard vorzusehen. Mit Aufzeichnung vom 19. Juni 1964 trat jedoch in Abstimmung mit Bundesminister Schröder der Chef des Presse- und Informationsamtes, von Hase, gegenüber Erhard für einstweilige Zurückhaltung ein und empfahl, ein Gespräch mit Adschubej von einer Antwort des Ministerpräsidenten Chruschtschow auf die durch Botschafter Groepper, Moskau, am 13. Juni 1964 übermittelte Einladung in die Bundesrepublik abhängig zu machen. Vgl. Ministerbüro, Bd. 225.
Zum Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit dem sowjetischen Botschafter am 27. Juli 1964, bei dem Smirnow eine Stellungnahme von Chruschtschow übermittelte, vgl. Dok. 209, besonders Anm. 2 und 7.
Zu Vorgeschichte und Vorbereitung des Gesprächs mit Adschubej vgl. auch Dok. 211 und Dok. 244, besonders Anm. 30.

[3] Während der Schiffspassage nach Kopenhagen sandte Ministerpräsident Chruschtschow Bundeskanzler Erhard am 16. Juni 1964 eine Mitteilung, in der er ausführte: „Bei der Vorbeifahrt an den Küsten der Bundesrepublik Deutschland übermittle ich Ihnen, Herr Bundeskanzler, und dem Volk Ihres Landes die besten Wünsche." Vgl. den Artikel „Chruschtschow in Kopenhagen kühl empfangen"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 138 vom 17. Juni 1964, S. 3.
Zum Besuch des sowjetischen Ministerpräsidenten vom 16. Juni bis 4. Juli 1964 in Dänemark, Schweden und Norwegen vgl. Dok. 153, Anm. 5.

kenne er den sowjetischen Ministerpräsidenten aus seinen Reden, Botschaften usw.

Herr *Adschubej* meinte, sich so zu kennen, sei gewiß notwendig, ja Pflicht der verantwortlichen Staatsmänner, insbesondere in diesem Falle, wo beide Kontrahenten durch den Willen ihrer Völker an die Spitze ihrer Staaten gestellt worden seien.

Der Herr *Bundeskanzler* bekräftigte dies mit dem Hinweis, es gelte dies um so mehr, als zwischen den beiden Staaten so viele wichtige Fragen zu besprechen seien.

Herr *Adschubej* nahm die Gelegenheit wahr, um in indirekter Form für persönliche Kontakte zwischen den beiden Regierungschefs zu werben, meinte aber gleichzeitig, es werde zwar häufig von dem Wunsche nach vermehrten Kontakten gesprochen, aber viele, die das täten, wollten solche Kontakte davon abhängig machen, daß man vorher eines bestimmten Ergebnisses dieser Kontakte sicher sein könne, während andere die Kontaktaufnahme von bestimmten Vorbedingungen abhängig machen wollten. Ein solches Verfahren müsse aber eventuelle Zusammenkünfte von vornherein erschweren.

Der Herr *Bundeskanzler* erwiderte, er sei durchaus dafür, alle Fragen offenzulassen, doch dürften bei einer solchen Begegnung auch nicht bestimmte Probleme von der Diskussion ausgeschlossen werden.

Herr *Adschubej* meinte, er hielte es für das Beste, wenn zwei Staatsmänner dieses Ranges das Programm für ihre Besprechungen selbst bestimmten und nicht auf dem Wege über ihre Gehilfen, und seien es auch die ehrenwerten Herren Außenminister.

Für ihn sei es wichtig zu erfahren, ob von seiten der Bundesrepublik im Augenblick überhaupt ein Interesse daran bestehe, die Beziehungen zur Sowjetunion zu verbessern.

Der Herr *Bundeskanzler* betonte, daß die Bundesregierung Wert darauf lege, mit der Sowjetunion in gutnachbarlichen Beziehungen zu leben. Zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik stehe jedoch das Problem des geteilten Deutschland.

Herr *Adschubej* schlug vor, von diesem Problem abzusehen und über die Möglichkeiten der Verbesserung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion bei der augenblicklichen Lage der Dinge zu sprechen.

Der Herr *Bundeskanzler* erwiderte, es liege ihm aber daran, der Sowjetunion klarzumachen, daß es auch im russischen Interesse sei, die in Mitteleuropa vorhandenen Konfliktstoffe zu beseitigen, und dazu gehöre in erster Linie die Frage der deutschen Wiedervereinigung und die Verweigerung des Selbstbestimmungsrechts an das deutsche Volk.[4]

Herr *Adschubej* wies darauf hin, daß von westdeutschen Politikern einerseits die Notwendigkeit von Gesprächen über die deutsche Frage unterstrichen

[4] Ursprüngliche Fassung des Dolmetschers Keil: „Der Herr Bundeskanzler erwiderte, das sei nicht so einfach. Es liege ihm jedoch daran, der Sowjetunion klarzumachen, daß es in ihrem Interesse liege, die in Mitteleuropa vorhandenen Konfliktstoffe zu beseitigen."

werde, andererseits aber die Existenz der „DDR" als souveräner Staat von ihnen geleugnet werde.[5] Diese Vorstellung sei unrealistisch.

Der Herr *Bundeskanzler* fragte, ob Herr Adschubej die „DDR" kenne.

Herr *Adschubej* antwortete, ja, das seien Freunde der Sowjetunion, und sie hätten auch kürzlich einen Freundschaftsvertrag mit der Sowjetunion abgeschlossen.[6]

Der Herr *Bundeskanzler* führte aus, daß die Wiedervereinigung Deutschlands mit einer Befriedung Mitteleuropas und gewissen Vereinbarungen über die Abrüstung verbunden sein werde; die Bundesregierung fühle sich für das Schicksal der 17 Millionen Deutschen im anderen Teil Deutschlands verantwortlich.[7]

Herr *Adschubej* erklärte, diese Haltung der Bundesregierung sei ihm bekannt, sie werde aber ein etwaiges Gespräch mit dem sowjetischen Ministerpräsidenten komplizieren.

Der Herr *Bundeskanzler* erwiderte, die Sowjetunion betrachte die „DDR" als souveränen Staat[8]; er müsse jedoch darauf hinweisen, daß nach allen Verträgen zwischen den vier Siegermächten diese die Verantwortung für die Wiedervereinigung Deutschlands übernommen haben und weiterhin tragen.

Selbst wenn die Sowjetunion kein Vertrauen zur Politik der Bundesregierung habe, weil sie – fälschlicherweise – annehme, daß diese von revanchistischen Absichten bestimmt sei, so müßte sie doch genügend Vertrauen zu den USA und den anderen Siegermächten haben, um zu wissen, daß sowohl die Macht der Sowjetunion als auch die der anderen Siegermächte eine Wiederbelebung faschistischer oder revanchistischer Strömungen in der Bundesrepublik unmöglich mache.

Herr *Adschubej* meinte, daß das Potsdamer Abkommen von seiten der Bundesregierung immer dann in Erinnerung gebracht werde, wenn es für ihre Ziele günstig sei. Dagegen müsse festgehalten werden, daß als erster souveräner Staat auf deutschem Gebiet nicht die „DDR", sondern die Bundesrepublik errichtet worden sei.[9]

Der Herr *Bundeskanzler* entgegnete, das sei eine historische Frage, zu deren Klärung man weit zurückgreifen müsse.

[5] Zum Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik und der damit verbundenen Nichtanerkennungspolitik gegenüber der DDR vgl. Dok. 46, Anm. 15.

[6] Für den Wortlaut des Freundschaftsvertrags vom 12. Juni 1964 zwischen der UdSSR und der DDR vgl. DzD IV/10, S. 717–723.
Zur politischen Wertung vgl. besonders Dok. 170.

[7] Ursprüngliche Fassung des Dolmetschers Keil: „Der Herr Bundeskanzler führte aus, daß die Wiedervereinigung Deutschlands nur nach einer Befriedung Mitteleuropas und gewissen Vereinbarungen über die Abrüstung zu erreichen sein werde, daß die Bundesregierung aber nicht umhin könne, sich für das Schicksal der 17 Millionen Deutschen im anderen Teil Deutschlands verantwortlich zu fühlen."

[8] Ursprüngliche Fassung des Dolmetschers Keil: „Der Herr Bundeskanzler erwiderte, die Sowjetunion betrachte die ‚DDR' als souveränen Staat, und er habe Verständnis für diese Haltung".

[9] Die Bundesrepublik Deutschland wurde mit der Verkündung des Grundgesetzes am 23. Mai 1949 gegründet, die Gründung der DDR erfolgte am 7. Oktober 1949.

Die Sowjetunion erkenne für alle Völker der Welt, ebenso wie die Bundesrepublik, das Selbstbestimmungsrecht an, mache jedoch für das deutsche Volk eine Ausnahme. Das sei unrealistisch. Konsequenterweise müßte vielmehr auch dem deutschen Volk sowohl in der Bundesrepublik wie auch in der „DDR" die Möglichkeit gegeben werden, unter schärfster internationaler Kontrolle in freien Wahlen zu entscheiden, wie es sein Schicksal gestalten wolle.

Herr *Adschubej* erwiderte, das sei eine Frage des politischen Geschmacks. Länder wie Polen, Rumänien, Ungarn, Albanien, Bulgarien und die Tschechoslowakei hätten sich für die sozialistische Gesellschaftsform entschieden.

Der Herr *Bundeskanzler* erklärte, wir wüßten und respektierten das und enthielten uns jeder Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder. Mit der „DDR" stehe es jedoch anders, dort lebten Deutsche, und zwar in einem System, das sie sich nicht selbst gewählt hätten. Es gebe doch dort die Mauer und Todesstreifen, Maßnahmen, die unnötig wären, wenn die Regierung der „DDR" tatsächlich den Willen der dort lebenden Deutschen repräsentierte. Das seien Tatsachen, die er ohne jede aggressive Absicht erwähne. Ebenso wie er selbst von jeglichem Faschismus oder Revanchismus frei sei, sei auch die Bundesregierung bereit, jede Garantie dafür zu geben, daß sie die offenen Fragen in Mitteleuropa niemals zum Anlaß einer Bedrohung des Friedens oder gar einer Aggression nehmen werde.

Herr *Adschubej* erklärte, der militärische Status der Bundesrepublik stelle für die Sowjetunion keine Beunruhigung dar, er könne deren westliche Verbündete eher erschrecken als die Sowjetunion. Immerhin gebe es aber in der Bundesrepublik revanchistische Tendenzen.

Der Herr *Bundeskanzler* erinnerte daran, daß die Bundesregierung dagegen sei, die Streitkräfte der einzelnen Länder in der NATO den nationalen Oberkommandos zu unterstellen. Die Bundesregierung lege vielmehr Wert darauf, daß die deutschen Streitkräfte vollständig in der NATO integriert werden, also kein Soldat unter deutschem Oberbefehl stehe.[10]

Herr *Adschubej* sagte, dafür wolle die Bundesrepublik auf dem Umweg über die NATO den Oberbefehl übernehmen.

Der Herr *Bundeskanzler* wies diesen Gedanken als völlig falsch zurück.

Herr *Adschubej* meinte, es bestehe doch die Tendenz, Schlüsselpositionen der NATO mit deutschen Offizieren zu besetzen.

Der Herr *Bundeskanzler* wies auch das zurück und betonte, daß der Anteil der Bundesrepublik an den Kommandostellen der NATO bei weitem nicht ihrem militärischen Potential entspreche.

[10] Ursprüngliche Fassung des Dolmetschers Keil: „Der Herr Bundeskanzler erinnerte daran, daß der französische Staatspräsident de Gaulle für eine Desintegration der NATO eintrete und die Streitkräfte der einzelnen Länder einem nationalen Oberkommando unterstellen wolle. Die Bundesregierung sei gegen diese Konzeption, sie lege vielmehr Wert darauf, daß die deutschen Streitkräfte vollständig in der NATO integriert werden, also kein Soldat unter deutschem Oberbefehl stehe."

Er fragte Herrn Adschubej nach dessen Eindrücken von seinem Besuch in der Bundesrepublik[11], insbesondere ob er Revanchisten angetroffen habe.

Herr *Adschubej* antwortete, er selbst habe keinen Revanchisten getroffen, wisse aber, daß es revanchistische Strömungen gebe.

Der Herr *Bundeskanzler* erklärte, wenn es im deutschen Volke eine Sehnsucht gebe, so sei es die nach Ruhe und Frieden, Sicherheit und Wohlstand.

Herr *Adschubej* wiederholte seine Frage, ob die Bundesregierung zur Zeit an Gesprächen mit der Sowjetunion interessiert sei oder ob man damit noch länger warten solle.

Der Herr *Bundeskanzler* verwies darauf, daß die Bereitschaft zu solchen Gesprächen von der Bundesregierung wiederholt zum Ausdruck gebracht worden sei.

Herr *Adschubej* wandte ein, daß ihm von zahlreichen westdeutschen Politikern gesagt worden sei, das Embargo werde von der Bundesregierung auch weiterhin aufrechterhalten, das heiße doch, daß z.B. die Handelsbeziehungen beider Länder eingeengt würden und nicht geregelt seien.[12]

Der Herr *Bundeskanzler* erwiderte, über eine allgemeine Verbesserung der Handelsbeziehungen könne man miteinander sprechen.

Herr *Adschubej* meinte, diese Äußerung sei für ihn sehr interessant.

Der Herr *Bundeskanzler* führte aus, für die Sowjetunion sei die „DDR" ein befreundeter und souveräner Staat. Auf Freunde könne man jedoch einen wohltuenden Einfluß ausüben.

Herr *Adschubej* meinte, unter Hinweis auf das Verhältnis USA–Frankreich, das sei manchmal nicht so einfach.

Der Herr Bundeskanzler sei in der Sowjetunion als ehemaliger Wirtschaftsfachmann[13] und real denkender Politiker bekannt. Es verstehe daher in der Sowjetunion niemand, weshalb er nicht wenigstens einmal mit der Regierung der „DDR" sprechen wolle. In der Politik käme es doch nicht darauf an, ob einem jemand gefällt oder nicht gefällt. Ob der Herr Bundeskanzler denn glaube, daß es Chruschtschow 1955[14] leicht gefallen sei, nach Jugoslawien zu fahren[15], nachdem man vorher Tito in der Sowjetunion auf jede Weise verunglimpft hatte?

Der Herr *Bundeskanzler* erwiderte, daß dieser Vergleich nicht passend sei, da es sich in einem Falle um zwei verschiedene Völker, im anderen Falle aber um ein und dasselbe Volk handle. Zudem seien Chruschtschow und Tito gewählte Vertreter ihrer Völker, während in der „DDR" 17 Millionen Deutsche gezwungen seien, in einem System zu leben, das sie nicht wünschen.

[11] Zur Bewertung des Besuchs durch Adschubej vgl. auch das Interview mit dem Nachrichtenmagazin „Der Spiegel"; DER SPIEGEL, Nr. 32 vom 5. August 1964, S. 18. Vgl. ferner Alexej I. ADSCHUBEJ, Wir sahen Westdeutschland, München 1964.

[12] Zu den deutsch-sowjetischen Handelsbeziehungen vgl. Dok. 19 und weiter Dok. 304.

[13] Bundeskanzler Erhard war vom 20. September 1949 bis zur Amtsübernahme am 16. Oktober 1963 Bundesminister für Wirtschaft.

[14] Korrigiert aus: „1956".

[15] Vgl. dazu Dok. 107, Anm. 12.

Herr *Adschubej* erklärte, er verstehe, daß man diese oder jene Regierung nicht möge; so möge z.B. die Sowjetunion die Regierung Franco nicht, während die Bundesrepublik mit ihm freundschaftliche Beziehungen habe.

Der Herr *Bundeskanzler* erklärte, die Bundesregierung unterhalte mit Franco normale diplomatische Beziehungen.[16]

Herr *Adschubej* sagte, ihm, dem Herrn Bundeskanzler, gefalle die Regierung der „DDR" nicht, der Sowjetunion gefalle die Regierung Brasiliens nicht.

Der Herr *Bundeskanzler* forderte Herrn Adschubej auf, sich dazu zu äußern, ob eine russische Regierung, falls Rußland durch irgendein historisches Ereignis geteilt worden wäre und 70 Millionen Russen unter einer aufgezwungenen Herrschaft lebten, bereit wäre, mit der vom Volke nicht gewählten Regierung des abgespaltenen Landesteiles zu verhandeln.

Herr *Adschubej* bejahte diese Frage und fuhr fort, die Weigerung der Bundesregierung, direkte Verhandlungen mit der Regierung der „DDR" aufzunehmen, würde die Lage in Mitteleuropa auf viele Jahre hinaus einfrieren.

Es bleibe aber die Frage offen, ob nicht selbst unter diesen Bedingungen ein konstruktiver Schritt zur Verbesserung der Lage in Mitteleuropa unternommen werden könnte.

Der Herr *Bundeskanzler* führte als Beispiel für die Stärke des Dranges nach nationaler Einheit die Geschichte Polens an.[17]

Herr *Adschubej* erwiderte, schließlich habe Polen seine Einheit aber doch auf dem Wege des Sozialismus gefunden.

Die Weigerung der Bundesrepublik, die bestehenden Grenzen anzuerkennen, werde in Polen und der Tschechoslowakei sehr ungern zur Kenntnis genommen.

Der Herr *Bundeskanzler* verwies auf das Potsdamer Abkommen[18], wonach bis zur endgültigen Regelung der Grenzfragen durch einen Friedensvertrag mit einem wiedervereinigten Deutschland die Grenzen des Deutschen Reichs nach dem Stande vom 31. Dezember 1937, d.h. vor Beginn der Aggressionen Hitlers, weiterbestehen.[19]

Herr *Adschubej* fragte, ob ein solcher Friedensvertrag nach Meinung des Herrn Bundeskanzlers dazu führen werde, daß die Sowjetunion Ostpreußen wieder aufgeben müsse.

Der Herr *Bundeskanzler* verwies nochmals auf einen Friedensvertrag.[20]

[16] Ursprüngliche Fassung des Dolmetschers Keil: „Der Herr Bundeskanzler erklärte, die Bundesregierung unterhalte mit Franco keineswegs freundschaftliche, wohl aber normale Beziehungen."

[17] Zu den Teilungen Polens und zur Staatsgründung von 1918 vgl. Dok. 4, Anm. 4.

[18] Zur vorläufigen Regelung der Grenzfrage im Kommuniqué vom 2. August 1945 (Potsdamer Abkommen) vgl. Dok. 13, Anm. 17.

[19] In der ursprünglichen Fassung des Dolmetschers Keil war folgender Passus angefügt: „Natürlich rechne in Deutschland niemand damit, daß in einem solchen Friedensvertrag diese alten deutschen Grenzen wiederhergestellt würden."

[20] Ursprüngliche Fassung des Dolmetschers Keil: „Der Herr Bundeskanzler erklärte nochmals, daß in Deutschland niemand mit der Wiederherstellung der alten deutschen Grenzen rechne, und fügte hinzu, daß Deutschland mit der Sowjetunion keine Grenzprobleme habe."

Herr *Adschubej* fragte nunmehr wieder danach, ob der Herr Bundeskanzler eine Begegnung mit dem sowjetischen Ministerpräsidenten wünsche.

Der Herr *Bundeskanzler* entgegnete, es sei das Bestreben der Bundesregierung, gutnachbarliche Beziehungen zur Sowjetunion zu pflegen. Dabei könne sie jedoch nicht darauf verzichten, sich für das Schicksal der 17 Millionen Deutschen im anderen Teil Deutschlands verantwortlich zu fühlen. Sie werde die Wiedervereinigung Deutschlands anstreben und dabei nach Lösungen suchen, die eine Gefährdung des Friedens ausschlössen.[21]

Herr *Adschubej* erklärte, die Sowjetunion kenne diesen Standpunkt, auf dessen Grundlage bis zur Wiedervereinigung sehr viel Zeit verstreichen werde. Die Sowjetunion sei keineswegs grundsätzlich gegen eine Wiedervereinigung, sie sei vielmehr bereit, in einen Friedensvertrag mit beiden deutschen Staaten eine Klausel einzubauen, die beiden Staaten die Vereinigung erlaubt.[22] Es sei aber für die Sowjetunion unverständlich, weshalb die Bundesregierung die Vorschläge einer Föderation oder Konföderation, die von seiten der ostdeutschen Freunde der Sowjetunion gemacht wurden[23], ablehne. Wenn der Bundesregierung so sehr an der Verbesserung der menschlichen Beziehungen gelegen sei, so dürfe sie doch eigentlich die Annäherung durch ihre Weigerung nicht verhindern.

Der Herr *Bundeskanzler* entgegnete, daß Begegnungen zwischen Deutschen nicht von unserer Seite unterbunden würden, sondern im Gegenteil von seiten der „DDR". Wenn die Sowjetunion schon die Machthaber der „DDR" als ihre Freunde bezeichne, so wäre es doch angebracht, daß sie sie beeinflußt und ihnen Ratschläge erteilt, etwa der Art, sie möchten die menschliche Begegnung der Deutschen aus beiden Teilen Deutschlands erleichtern, grobe Verleumdungen unterlassen, freiheitliche Meinungsäußerungen nicht mit schweren Strafen belegen usw. Dies alles seien keine staatsrechtlichen Fragen, sondern Fragen der Atmosphäre.

Herr *Adschubej* entgegnete, das sei etwas anderes, darüber ließe sich reden.

Die Vorstellung der Bundesregierung bedeute doch aber, daß bei einer Wiedervereinigung die „DDR" von der Bundesrepublik verschluckt werde.

Der Herr *Bundeskanzler* erklärte dazu, daß in einem Staate natürlich nicht zwei verschiedene Gesellschaftsordnungen nebeneinander existieren könnten

[21] Ursprüngliche Fassung des Dolmetschers Keil: „Der Herr Bundeskanzler entgegnete, es sei das Bestreben der Bundesregierung, auf der Grundlage der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten zur Schaffung stabiler Verhältnisse beizutragen und gutnachbarliche Beziehungen zur Sowjetunion zu pflegen. Dabei könne sie jedoch nicht darauf verzichten, sich auch für das Schicksal der 17 Millionen Deutschen im anderen Teil Deutschlands verantwortlich zu fühlen. Sie werde die Wiedervereinigung Deutschlands anstreben und weiter nach Lösungen suchen, jedoch käme keine Lösung in Frage, die eine Gefährdung des Friedens bedeute."

[22] Bereits im sowjetischen Vorschlag vom 10. Januar 1959 für einen Friedensvertrag mit der Bundesrepublik und der DDR wurde in Artikel 22 bestimmt: „Die verbündeten und vereinten Mächte erkennen das Recht des deutschen Volkes auf Wiederherstellung der Einheit Deutschlands an und bringen ihre Bereitschaft zum Ausdruck, den beiden deutschen Staaten jegliche Unterstützung zur Erreichung dieses Zieles auf der Grundlage der Annäherung und Verständigung zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Deutschen Bundesrepublik zu gewähren". Vgl. DzD IV/1, S. 560.

[23] Vgl. dazu Dok. 162, Anm. 15.

und fragte, welchen Eindruck Herr Adschubej, nachdem er in beiden Teilen Deutschlands gewesen sei, davon gewonnen habe, wo es den Menschen besser gehe.

Herr *Adschubej* erklärte, daß die Menschen in der „DDR" es zwar beim Wiederaufbau schwerer gehabt hätten, aber besser lebten als die in der Bundesrepublik. Der Herr Bundeskanzler möge sich davon überzeugen, indem er einen persönlichen Beauftragten inkognito in die „DDR" entsende.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte daraufhin, er habe gehört, daß Herr Adschubej über Ostberlin und Warschau heimreisen werde; er möge doch bei dieser Gelegenheit einmal die Anzahl der Autos auf den Straßen der „DDR" zählen und diese Zahl mit der in der Bundesrepublik vergleichen.

Herr *Adschubej* bezeichnete den Hinweis auf die Anzahl der Autos als Zynismus. Es komme nicht auf die Zahl der Autos an, in diesem Punkte seien auch die USA der Sowjetunion überlegen, aber die Sowjetunion habe dafür eine weit größere Anzahl von Studenten, eine bessere Sozialfürsorge und bessere Sportler als die USA. Auch in der „DDR" gebe es mehr Studenten als in der Bundesrepublik.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, er sei sich sehr wohl bewußt, daß die Bundesrepublik kein Paradies sei, es gebe viele Mängel, die offen kritisiert würden. Besonders auf dem Gebiet der Förderung von Wissenschaft und Forschung sei noch viel zu tun.

Herr *Adschubej* äußerte die Bitte, noch ein persönliches Gespräch mit dem Herrn Bundeskanzler führen zu dürfen.

Darauf verließen die Herren Bundesminister Schröder und Westrick das Arbeitszimmer des Herrn Bundeskanzlers.

Herr Adschubej bemerkte einleitend, die in der letzten Botschaft des Herrn Bundeskanzlers an den sowjetischen Ministerpräsidenten enthaltene Einladung sei nicht ganz in der Tonart offizieller Einladungen gehalten gewesen.[24]

Der Herr *Bundeskanzler* erwiderte, wenn die Einladung nicht ganz klar formuliert gewesen sei, so deshalb, weil er keine Ablehnung habe riskieren wollen. Wenn er aber sicher sei, daß der sowjetische Ministerpräsident wirklich nach Bonn kommen wolle, so sei es ihm eine Ehre und Freude, seine Einladung ausdrücklich und in aller Form zu wiederholen.

Herr *Adschubej* fragte, ob der Herr Bundeskanzler auch die Möglichkeit in Betracht ziehe, selbst nach Moskau zu kommen.

Der Herr *Bundeskanzler* antwortete, er denke zur Zeit nicht an eine solche Möglichkeit, einmal wegen der im nächsten Jahr bevorstehenden Wahlen[25], zum anderen aus protokollarischen Gründen, da seit dem Besuch von Dr. Adenauer in Moskau[26] ein Gegenbesuch ausstehe.

[24] Zur Einladung des Bundeskanzlers Erhard an Ministerpräsident Chruschtschow zu einem Besuch in der Bundesrepublik vgl. Dok. 155 und Dok. 162. Vgl. auch Dok. 211.

[25] Die Bundestagswahlen fanden am 19. September 1965 statt.

[26] Zum Besuch des Bundeskanzlers Adenauer vom 8. bis 14. September 1955 in Moskau vgl. Dok. 99, Anm. 13.

Herr *Adschubej* fragte weiter, wie sich der Herr Bundeskanzler zu einer Begegnung in einem dritten Lande, etwa in Wien, stelle; er habe von anderer Seite gehört, daß ein derartiger Wunsch bestehe.

Der Herr *Bundeskanzler* erklärte, seinerseits bestünde dieser Wunsch nicht, vielmehr würde er es begrüßen, wenn der sowjetische Ministerpräsident Gelegenheit fände, sich mit eigenen Augen vom Leben der Deutschen in der Bundesrepublik zu überzeugen.[27]

Das Gespräch dauerte von 10.00 Uhr bis 11.15 Uhr.

Bundeskanzleramt, AZ: 21-301 00 (56), Bd. 10

213

Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens

St.S. 1426/64 geheim **29. Juli 1964**

Betr.: Vorschläge für eine Friedensvertragskonferenz

Bezug: Weisung des Herrn Ministers vom 26.6.1964 – MB 633/64[1] –

Ich habe die Angelegenheit mit Herrn MD Müller-Roschach erörtert. Dieser verweist auf seine Aufzeichnung vom 9. August 1963, in der er die Ausarbeitung eines Friedensvertragsentwurfs vorgeschlagen hat.[2]

Dieser Vorschlag läuft auf eine Änderung unserer bisherigen Haltung hinaus. Bisher haben wir den Standpunkt vertreten, daß Friedensvertragsverhandlun-

[27] Zur Frage eines Besuchs des Ministerpräsidenten Chruschtschow in der Bundesrepublik und zur Unterrichtung des Staatspräsidenten de Gaulle über das Gespräch mit Adschubej vgl. weiter Dok. 225.

[1] Bundesminister Schröder teilte mit, daß der Vorsitzende des Aussschusses für auswärtige Angelegenheiten, Kopf, angeregt habe, „den Planungsstab mit einer Analyse zu den vom Abgeordneten Dr. Achenbach fast in jeder Sitzung vorgetragenen Vorschlägen betreffend Friedensvertragskonferenz zu beauftragen". Schröder bat um eine entsprechende Kontaktaufnahme mit Ministerialdirektor Müller-Roschach. Vgl. Ministerbüro, Bd. 224.

[2] Ministerialdirektor Müller-Roschach nahm am 9. August 1963 zu den Perspektiven der Deutschlandpolitik Stellung. Von der Voraussetzung ausgehend, daß sowohl die UdSSR als auch Großbritannien und die USA seit dem Abschluß des Teststopp-Abkommens vom 5. August 1963 eine Entspannung auf der Basis des europäischen Status quo suchten, konstatierte er: „Da weder die Nichtanerkennungs-Politik noch der deutsche Friedensplan in dieser neuen Phase der Entspannung irgendwelche Aussichten für die Wiedervereinigung des deutschen Volkes oder wenigstens gegen seine Teilung zu bieten scheinen, müssen wir eine neue und andere Initiative ergreifen. Sie sollte darin bestehen, daß wir einen großangelegten Versuch machen, die SBZ von den Sowjets durch entsprechende materielle Angebote ‚frei' zu kaufen." Müller-Roschach plädierte für einen Friedensvertragsvorschlag nach folgenden Grundsätzen: „Ausschaltung Deutschlands als Atommacht, Befriedigung des östlichen Sicherheitsbedürfnisses, vereinbarte deutsche Ostgrenzen, Wiedergutmachungsleistungen, verstärkter Warenaustausch und langfristige Warenkredite, langfristige Handelsverträge mit der EWG, Aufrechterhaltung gewisser sogenannter sozialistischer Errungenschaften in der SBZ." Vgl. Planungsstab, VS-Bd. 11576; B 150, Aktenkopien 1963.

gen nur durch eine gesamtdeutsche Regierung geführt werden könnten, daß also gesamtdeutsche Wahlen am Anfang des Wiedervereinigungsprozesses stehen müßten und daß die Bundesregierung zu den materiellen Fragen eines Friedensvertrages, insbesondere zu der Grenzfrage, nicht Stellung nehmen könne. Eine gewisse Auflockerung dieser Haltung stellt bereits der Genfer Friedensplan von 1959 dar, in dem wir uns zu bestimmten, den militärischen Status Gesamtdeutschlands betreffenden Festlegungen bereit erklärt haben.[3]

MD Müller-Roschach steht auf dem Standpunkt, daß wir in dieser Richtung weitergehen müssen und daß wir insbesondere der Sowjetunion klarmachen müßten, welches unsere Vorstellungen von dem materiellen Inhalt des Friedensvertrages seien. Er macht, wohl mit Recht, geltend, daß die bisherigen Thesen die Sowjetunion nicht zu einer Änderung ihres Standpunktes veranlassen werden.

Ich möchte zu dem Fragenkomplex noch nicht abschließend Stellung nehmen. Ich zweifele, ob der Vorschlag, den wir über einen künftigen deutschen Friedensvertrag machen werden, geeignet sein wird, die Sowjetunion zu einer Änderung ihrer Haltung in der Deutschland-Frage zu veranlassen. Vor allem aber fürchte ich, daß, wenn wir die These, es müßten gesamtdeutsche Wahlen am Anfang der Entwicklung stehen, preisgeben, das Zonenregime früher oder später am Verhandlungstisch erscheinen wird, um über die Gestaltung des künftigen deutschen Friedensvertrages mitzubestimmen. Jedenfalls wird es schwerer, diesen Tendenzen entgegenzutreten, sobald man in eine materielle Erörterung des Friedensvertrags[4] eintritt.

Indessen glaube ich, daß der Fragenkomplex erneut gründlich untersucht werden sollte. Ich möchte mich daher dafür aussprechen, dem Planungsstab den Auftrag zu erteilen,

a) materielle Vorschläge für eine gesamtdeutsche Friedensregelung auszuarbeiten und
b) dazu entsprechende Verfahrensvorschläge zu machen.

MD Müller-Roschach weist darauf hin, daß der Planungsstab während der nächsten Monate mit einer Reihe von Studien im nuklearen Bereich (Force de Frappe, britische Atomstreitkräfte, amerikanische Atomstrategie, Maßnahmen der Atomkontrolle) beschäftigt sein wird. Er wird jedoch Herrn VLR I

[3] In dem auf der Außenministerkonferenz der Vier Mächte in Genf am 14. Mai 1959 vorgelegten Friedensplan der Westmächte (Herter-Plan) waren die vorgeschlagenen Stufen für eine deutsche Wiedervereinigung jeweils mit Sicherheitsregelungen verknüpft, die auch den militärischen Status Deutschlands betrafen. Dazu gehörten Inspektions- und Kontrollvorkehrungen, die Begrenzung von Truppenstärken sowie – je nach Bündniszugehörigkeit des wiedervereinigten Deutschlands – „besondere Maßnahmen ... in bezug auf die Verteilung militärischer Kräfte und Anlagen in dem Gebiet, das den Grenzen zwischen einem wiedervereinigten Deutschland und Mitgliedstaaten eines anderen Sicherheitspaktes am nächsten liegt". Für den Wortlaut des Herter-Plans vgl. EUROPA-ARCHIV 1959, D 224–228.

[4] Die Wörter „des Friedensvertrags" wurden von Staatssekretär Carstens handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „der Friedensvertragsverhandlungen".

Schnippenkötter für die hier zur Erörterung stehende Aufgabe freistellen können.

Hiermit dem Herrn Minister[5] mit der Bitte um Zustimmung vorgelegt.

Carstens

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 425

214

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schirmer

I B 4-82.00/92.19 **29. Juli 1964**

Betr.: Deutsch-israelische Beziehungen
hier: Frage der Einrichtung einer Abwicklungsstelle für Wiedergutmachungsforderungen[1] in Israel

Am 28. Juli hatte Referatsleiter I B 4[2] eine allgemeine Lagebesprechung über die deutsch-israelischen Probleme mit Botschaftsrat Leo Savir. Botschaftsrat Savir ist soeben von einem dreiwöchigen Aufenthalt aus Israel zurückgekehrt.

Das Gesamturteil Botschaftsrat Savirs über die derzeitige Haltung der israelischen Regierung gegenüber der Bundesrepublik läßt sich dahin zusammenfassen, daß nach der krisenhaften Verschlechterung im Zusammenhang mit der Frage deutscher Experten in der VAR[3], die zu Beginn des Jahres zu verzeichnen war, eine gewisse Beruhigung eingetreten sei.

Ministerpräsident Eshkol habe sich bemüht, in seinen amtlichen Stellungnahmen in der Knesset dem Problem die Schärfe zu nehmen, und vor allem alles vermieden, was als direkter Angriff auf die Bundesrepublik ausgelegt werden könnte. Trotzdem spiele das Problem der deutschen Experten vor allem bei der Rechts- und Linksopposition nach wie vor eine große Rolle und bereite der israelischen Regierung in ihrer positiven Politik gegenüber der Bundesrepublik Schwierigkeiten.

Botschaftsrat Savir betonte, daß nach seiner Auffassung eine deutsche

[5] Hat Bundesminister Schröder zunächst am 1. August 1964 vorgelegen, der am 4. September 1964 handschriftlich für Staatssekretär Carstens vermerkte: „Am besten besprechen wir diese Sache in Verbindung mit den anderen Ost-Problemen".
Carstens bat am 7. November 1964 handschriftlich Ministerialdirektor Müller-Roschach um Rücksprache.
Die Aufzeichnung wurde von Carstens mehrfach zur Wiedervorlage bestimmt, ehe sie am 1. Oktober 1965 zu den Akten genommen wurde.

[1] Zur Frage der Fortführung der Wiedergutmachung an Israel bzw. an die jüdischen Organisationen vgl. Dok. 42, Anm. 36, und weiter Dok. 276.

[2] Vortragender Legationsrat I. Klasse Schirmer.

[3] Zur Tätigkeit deutscher Experten in der ägyptischen Rüstungsindustrie vgl. zuletzt Dok. 88.

Grundsatzerklärung, die eindeutig gegen jeden Versuch einer Vernichtung Israels Stellung bezöge, nach wie vor in Israel von großer Wirkung sein würde. Seine unverbindliche persönliche Meinung gehe dahin, daß durch eine solche offene Stellungnahme die Frage des umstrittenen Expertengesetzes[4] unter Umständen aus der Welt geschafft werden könnte.

Botschaftsrat Savir deutete an, daß die verantwortlichen Kreise zu einer realistischen Einschätzung der Lage neigten und sich dessen bewußt seien, daß die Bundesregierung in den Grundsatzfragen keinen großen Spielraum habe. Man sei allerdings der Auffassung, daß die Zwangslage der Bundesrepublik hinsichtlich der arabischen Drohung einer Anerkennung der SBZ dadurch entstanden sei, daß wir in den vergangenen Jahren allzu bereitwillig den Drohungen der arabischen Staatsmänner nachgegeben hätten. Dadurch sei aus den zunächst versuchsweise ausgesprochenen Drohungen heute eine harte Tatsache geworden, was besser vermieden worden wäre.

In diesem Zusammenhang warf Referat I B 4 die Frage auf, wie in Israel als Zwischenlösung die Errichtung einer Abwicklungsstelle für Wiedergutmachungsfragen beurteilt werde, die dem Ziele dienen sollte, eine deutsche Präsenz in Israel zu etablieren, um zugleich die Basis für einen laufenden amtlichen Gedankenaustausch zu verbreitern. Botschaftsrat Savir, der über das Gespräch von Referat I B 4 mit Oberrabbiner Perlzweig[5] ebenfalls unterrichtet war, warnte eindringlich davor, die israelischen Empfindlichkeiten durch derartige Vorschläge zu strapazieren. Nach wie vor sei es im Interesse der pfleglichen Behandlung der deutsch-israelischen Beziehungen am besten, nichts zu tun, solange die diplomatischen Beziehungen nicht aufgenommen werden könnten. Jede Ersatzlösung würde von der Mehrheit der israelischen Öffentlichkeit als Provokation aufgefaßt werden und würde daher nur eine Belastung darstellen. Er erwähnte in diesem Zusammenhang ausdrücklich die Pläne des der CDU nahestehenden Journalisten Rolf[6] Vogel und warnte ein-

[4] Die Bundesregierung hatte Bedenken gegen eine gesetzliche Regelung zur Unterbindung einer Beteiligung deutscher Staatsbürger an der Waffenproduktion fremder Staaten. Vgl. dazu Dok. 164.
Dessenungeachtet brachte die SPD-Fraktion, nachdem eine interfraktionelle Einigung gescheitert war, am 25. Juni 1964 im Bundestag einen Antrag für ein Zweites Ausführungsgesetz zu Artikel 26, Absatz 2 des Grundgesetzes ein, demzufolge es Deutschen grundsätzlich verboten sein sollte, „im Ausland zur Kriegführung bestimmte Waffen zu entwickeln, herzustellen, an ihrer Herstellung mitzuwirken oder in den Verkehr zu bringen". Vgl. BT ANLAGEN, Bd. 91, Drucksache IV/2355.

[5] Am 15. Juni 1964 empfing Vortragender Legationsrat I. Klasse Schirmer den stellvertretenden Präsidenten des World Jewish Congress. Perlzweig zeigte Verständnis für die schwierige Lage der Bundesregierung sowohl hinsichtlich der Rüstungsexperten in der VAR als auch der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel und äußerte sich positiv zu dem Gedanken der Entsendung eines Beauftragten für Wiedergutmachungsfragen. Als Fazit hielt Schirmer Übereinstimmung darüber fest, „daß die bisherige Politik des ‚Alles oder Nichts' nicht geeignet sei, aus dem gegenwärtigen Impasse herauszuführen. Man müsse pragmatisch nach einem Weg suchen, trotz aller Schwierigkeiten, in Richtung auf eine Normalisierung der Beziehungen weiterzukommen und zugleich eine Brücke herzustellen, die es möglich mache, daß die israelische Regierung aus eigener Kenntnis in verstärktem Maße die Auffassung der Bundesregierung kennenlernen könne." Vgl. Referat I B 4, Bd. 111.

[6] Korrigiert aus: „Klaus".

dringlich vor deren Verwirklichung.[7] Er fügte hinzu, daß er hier nicht nur seine eigene Auffassung wiedergebe, sondern der amtlichen Haltung der israelischen Regierung Ausdruck verleihe.

Hiermit über Herrn Dg I B[8] Herrn D I[9] vorgelegt.

Schirmer

Referat I B 4, Bd. 111

215

Aufzeichnung des Staatssekretärs Lahr

St.S. 962/64 **31. Juli 1964**

Betr.: Beziehungen Algerien/SBZ[1]

Ich habe heute den Abgeordneten Wischnewski gefragt, ob nach seiner Auffassung den Algeriern klar sei, welche Folgen sich für sie aus einer Anerkennung der SBZ in bezug auf ihre künftigen Beziehungen zur EWG ergeben könnten. Für Algerien sei im Rom-Vertrag, bei dessen Abschluß es von Frankreich noch abhängig gewesen sei[2], ein Sonderstatus vorgesehen, der einen freien Warenverkehr zwischen dem europäischen Teil des französischen Mutterlandes und den algerischen Departements zugelassen habe.[3] Diesen freien Warenverkehr duldeten die fünf Gemeinschaftspartner auch heute noch, ob-

[7] In einer dem Auswärtigen Amt zugeleiteten Ausarbeitung vom 15. April 1964 trat der Journalist und Herausgeber der „Deutschland-Berichte", Vogel, für die Errichtung eines „Verbindungsbüros zur Hilfe bei der Abwicklung der persönlichen Wiedergutmachung in Israel" ein. Als „Zwischenlösung" bis zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen könne so durch einen „Public-Relations-Fachmann" eine Kontaktstelle geschaffen werden, die auch von Israel gewünscht werde. Vogel bezog sich dabei auf Gespräche mit dem Leiter der Israel-Mission, Shinnar, und dem israelischen Botschafter in Paris, Eytan. Shinnar habe erklärt „daß er bisher 11 Jahre den Standpunkt vertreten habe, man könne nur die vollen Beziehungen aufnehmen, daß er aber heute einsehen müsse, daß das falsch sei"; Eytan habe versichert, daß auch Außenministerin Meir diese Ansicht nicht mehr vertrete. Vgl. Referat I B 4, Bd. 111.

[8] Hat Ministerialdirigent Böker am 30. Juli 1964 vorgelegen, der die Aufzeichnung mit Begleitvermerk an Staatssekretär Carstens weiterleitete.
Hat Carstens am 30. Juli 1964 vorgelegen.

[9] Ein Durchdruck hat Ministerialdirektor Jansen am 31. Juli 1964 vorgelegen.

[1] Zur Haltung Algeriens gegenüber der DDR vgl. auch Dok. 181, Anm. 51 und 52.
Am 30. Juli 1964 führte bereits Staatssekretär Carstens ein Gespräch mit dem SPD-Abgeordneten Wischnewski. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schirmer vom 31. Juli 1964; Referat I B 4, Bd. 69.

[2] Algerien war bis 1962 Teil der Französischen Republik. Aufgrund des Abkommens von Evian vom 18. März 1962 erlangte es im Juli 1962 die Unabhängigkeit.

[3] Nach Artikel 227, Absatz II des Vertrags vom 25. März 1957 zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft galten alle wesentlichen Vertragsbestimmungen ausdrücklich auch „für Algerien und die französischen überseeischen Departements". Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, II, S. 894 f.

wohl ihm mit der Verselbständigung Algeriens die Grundlage entzogen sei. Die algerische Regierung wisse, daß die französisch-algerischen Wirtschaftsbeziehungen, die für den algerischen Export von größter Bedeutung seien, auf einer schwachen Grundlage stehen, und bemühe sich seit einiger Zeit um die Schaffung einer neuen Grundlage, die im übrigen nicht nur die ungehinderte Fortsetzung des Warenverkehrs mit Frankreich sichern, sondern zugleich auch einen erleichterten Zugang zu den übrigen Märkten der Gemeinschaft schaffen solle. Offenbar denke Algerien an eine Assoziierung.[4] Bisher hätten wir diesem Gedanken positiv gegenübergestanden, aber die Lage werde sich für uns wohl grundlegend ändern, wenn Algerien die SBZ anerkenne. In diesem Fall müsse mit einem deutschen Veto gerechnet werden. Ein solches Veto würde an den Lebensnerv der algerischen Wirtschaft rühren.

Herr Wischnewski erwiderte, hierüber seien sich die Algerier wohl nicht im klaren, jedenfalls diejenigen nicht, auf die es letztlich ankomme, und das seien Ben Bella und seine nächsten Vertrauten. Er stimme mit mir darüber überein, daß es notwendig sei, dies Ben Bella rechtzeitig und klar vor Augen zu führen.

Ich sagte ihm, daß wir es gegenwärtig nicht für zweckmäßig hielten, eine offizielle Demarche zu unternehmen, weil dies angesichts der emotionalen Natur Ben Bellas leicht zum Gegenteil des gewünschten Erfolges führen könne. Für um so wichtiger hielte ich es, ihm diese Kenntnis auf anderen Kanälen zukommen zu lassen, und bitte ihn hierbei um seine Mitwirkung.

Herr Wischnewski wird noch vor seiner Abreise nach Ostafrika[5], die in der nächsten Woche erfolgt, in dieser Richtung tätig werden. Er ist auch bereit, nach seiner Rückkehr aus Ostafrika, d.h. Ende August, erneut nach Algerien zu fliegen, um seine Bemühungen dort fortzusetzen. Ich bin mit ihm übereingekommen, daß er nach seiner Rückkehr zunächst erneut mit mir Verbindung aufnimmt.

Im übrigen ist die Botschaft Algier gebeten worden, zwar nicht durch eine offizielle Demarche, aber in anderer Weise dafür zu sorgen, daß Ben Bella die nötige Aufklärung erhält.[6]

[4] Die EWG-Kommission führte am 25./26. Februar und 13./14. Mai 1964 in Brüssel Gespräche mit einer Delegation der algerischen Regierung über das zukünftige Verhältnis zwischen Algerien und der EWG. Dabei wurde der algerische Wunsch nach einem umfassenden Abkommen mit Präferenzcharakter deutlich. Vgl. dazu die Drahtberichte des Botschafters Harkort, Brüssel (EWG/EAG), vom 22. und 29. Mai 1964; Referat III A 2, Bd. 19. Vgl. auch die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Stempel vom 28. Dezember 1964; Referat I B 4, Bd. 70.

[5] Der SPD-Abgeordnete Wischnewski besuchte Kenia und Somalia und kehrte nach einem Aufenthalt in der VAR am 18. August 1964 in die Bundesrepublik zurück. Vgl. dazu den Erlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Balken vom 31. Juli 1964 an die Botschaft in Kairo; Referat I B 4, Bd. 77.
Im September 1964 hielt sich Wischnewski erneut in Algerien auf. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Luedde-Neurath vom 20. Oktober 1964; Abteilung II (II 1), VS-Bd. 16; B 150, Aktenkopien 1964.

[6] Mit einem am 31. Juli 1964 konzipierten Drahterlaß sollte die Botschaft in Algier angewiesen werden, in „geeignet erscheinender Form ohne direkten Hinweis auf die uns vorliegenden Informationen unmißverständlich klarzustellen, daß die Bundesregierung unter keinen Umständen gewillt ist, eine Aufwertung der SBZ durch die algerische Regierung hinzunehmen". Von einer Übermittlung wurde jedoch nach dem Besuch des Direktors der algerischen Entwicklungsbank, Mahroug, in Bonn abgesehen. Vgl. zu dem Vorgang Referat I B 4, Bd. 59.

Wir werden auch an Paris herantreten müssen, einmal, um um eine Unterstützung unseres Anliegens bei Ben Bella zu bitten, und weil auch nicht unbeträchtliche französische Interessen involviert sind.[7]

Hiermit 1) dem Herrn Minister[8], Herrn Staatssekretär I[9] mit der Bitte um Kenntnisnahme, 2) Herrn D I[10] mit der Bitte um weitere Veranlassung.

Lahr

Abteilung I (I A 2), VS-Bd. 32

Fortsetzung Fußnote von Seite 909

Zum Gespräch des Staatssekretärs Carstens mit Direktor Mahroug am 5. August 1964 vgl. Dok. 224.

7 Am 1. September 1964 beauftragte Ministerialdirigent Voigt die Botschaft in Paris, im französischen Außenministerium entsprechende Sondierungen vorzunehmen. Dabei sollten Erkundigungen über den Stand der algerisch-französischen Wirtschaftsverhandlungen, über die Beurteilung eines denkbaren Abkommens zwischen Algerien und der EWG sowie darüber eingezogen werden, „welche Konsequenzen die französische Regierung aus einer möglichen Anerkennung oder Aufwertung der SBZ durch die algerische Regierung zu ziehen bereit wäre". Vgl. Abteilung I (I A 2), VS-Bd. 32; B 150, Aktenkopien 1964.

8 Hat Bundesminister Schröder am 13. August 1964 vorgelegen.

9 Karl Carstens.

10 Hat Ministerialdirektor Jansen am 21. August 1964 vorgelegen.

216

Botschafter Harkort, Brüssel (EWG/EAG), an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 1370 **Aufgabe: 31. Juli 1964, 14.00 Uhr**
Ankunft: 31. Juli 1964, 16.00 Uhr

Betr.: Tagung der Räte der Europäischen Gemeinschaften.[1] Zahl der Mitglieder der vereinheitlichten Kommission[2]

Zu Punkt II/3 und 4 der Tagesordnung[3]:

Fusion der Organe und Stärkung des Europäischen Parlaments[4]

I. Zahl der Mitglieder

Die niederländische und belgische Delegation sprachen sich für 14 Mitglieder aus. Außenminister Spaak bat, auch den Wunsch der Gewerkschaften auf eine Vertretung in der Kommission zu prüfen. Eine Erhöhung auf 15 Mitglieder hielt er dafür nicht für unerläßlich.

Die vier anderen Delegationen sprachen sich für 9 Mitglieder aus. Der Präsident der EWG-Kommission[5] befürwortete 9 Mitglieder. Der Präsident der EAG-Kommission[6] befürwortete 14 Mitglieder, u.a. unter Hinweis auf die vermehrten Aufgaben in der Übergangszeit.

Der Präsident der Hohen Behörde der EGKS[7] befürwortete 14 Mitglieder und ein zu kooptierendes 15. Mitglied.

Eine Einigungsmöglichkeit zeichnete sich schließlich auf folgender Grundlage ab:

1) Die Kommission besteht aus 9 Mitgliedern.

2) Bis zur Fusion der Gemeinschaften, höchstens für 3 Jahre, besteht die Kommission aus 14 Mitgliedern.

[1] Die gemeinsame Tagung der Ministerräte von EWG und EAG fand vom 28. bis 30. Juli 1964 in Brüssel statt. Zu den Ergebnissen vgl. den Runderlaß des Ministerialdirektors Jansen vom 31. Juli 1964; Referat I A 2, Bd. 952.
Auf der gemeinsamen Ratstagung am 7. Juli 1964 war ein von den Ständigen Vertretern erarbeiteter Vorentwurf eines Vertrags über die „Einsetzung eines gemeinsamen Rates und einer gemeinsamen Kommission der Europäischen Gemeinschaften" verabschiedet worden. Offen blieben noch die Fragen der Mitgliederzahl einer vereinheitlichten Kommission, der örtlichen Unterbringung der Institutionen und des Ausgleichs für den Verlust haushaltsrechtlicher Kompetenzen des Europäischen Parlaments. Vgl. dazu den Drahtbericht des Botschafters Harkort, Brüssel (EWG/EAG), vom 7. Juli 1964, sowie die Aufzeichnung des Referats I A 2 vom 21. Juli 1964; Referat I A 2, Bd. 883.
Zur Fusion der Exekutiven der drei Gemeinschaften vgl. auch Dok. 22, Anm. 5, sowie ACHTER GESAMTBERICHT (1965), S. 23–26.

[2] Zur Frage der Mitgliederzahl einer gemeinsamen Kommission nach der geplanten Fusion von EWG, EURATOM und EGKS vgl. bereits Dok. 59.

[3] Für die vollständige Tagesordnung der Ratstagung vgl. Referat I A 2, Bd. 952.

[4] Zur Frage einer Stärkung des Europäischen Parlaments vgl. bereits Dok. 56.

[5] Walter Hallstein.

[6] Pierre Chatenet.

[7] Rinaldo del Bo.

3) Das Amt aller Mitglieder endet nach dieser Frist, die Kommission wird dann neu ernannt.

II. Parlament

Es wurde nur noch die Frage erörtert, ob dem Parlament für den Fortfall des Vier-Präsidenten-Ausschusses[8] ein Ausgleich gewährt werden soll. Die niederländische Delegation erklärte sich bereit, den Vorschlag der belgischen Präsidentschaft[9] – Seite 3 des Dokuments S/437/64 (F 9/Ass 10)[10] – anzunehmen. Damit liegt die Zustimmung von fünf Delegationen zu diesem Vorschlag vor. Außenminister Spaak bemerkte allerdings, daß eine wirkliche Verstärkung der Befugnisse des Parlaments erst im Zusammenhang mit der Fusion der Gemeinschaften möglich sei.

Wenn er sich auch der Annahme des Vorschlages der belgischen Präsidentschaft nicht widersetzen wolle, so erscheine es ihm doch zweifelhaft, ob man eine so geringfügige Verstärkung der Befugnisse des Parlaments beschließen solle, wie sie im Vorschlag der Präsidentschaft enthalten sei.

Außenminister Couve hielt an der französischen Ablehnung auch dieses Vermittlungsvorschlags fest. Mit einem französischen Nachgeben kann nicht gerechnet werden.

III. Örtliche Unterbringung der Institutionen

Der Rat beriet im engsten Rahmen die Frage der Implantation. Es wurde beschlossen, die Presse über den Verlauf dieses Teils der Beratung nicht zu unterrichten, um den sehr vertraulichen Charakter der Aussprache zu wahren.

Der luxemburgische Ministerpräsident und Außenminister Werner gab einen kurzen historischen Überblick über die Arbeit der Organe der EGKS in Luxemburg.[11]

[8] Nach Artikel 78 des Vertrags vom 18. April 1951 über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl wurde der aus den Voranschlägen der einzelnen Organe zusammengestellte Haushaltsplan der Gemeinschaft durch einen Ausschuß verabschiedet, der aus den Präsidenten des Gerichtshofs, des Rats, der Hohen Behörde und der Beratenden Versammlung bestand. Darüber hinaus besaß der Ausschuß haushaltsrechtliche Befugnisse für außerordentliche Ausgaben und konnte Übertragungen innerhalb der Kapitel oder zwischen den Kapiteln des Haushalts genehmigen. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1952, Teil II, S. 471 f.

[9] Vom 1. Januar bis 30. Juni 1964 hatte Belgien den Vorsitz im gemeinsamen Rat der Europäischen Gemeinschaften inne.

[10] Der entsprechende Passus des Dokuments vom 15. Juni 1964 lautete: „Es wäre zunächst davon auszugehen, daß die vom Europäischen Parlament am Haushaltsplanentwurf vorgenommenen Änderungen im Rahmen des derzeitigen Verfahrens nicht nur Gegenstand einer Aussprache und einer globalen Stellungnahme, sondern Punkt für Punkt Gegenstand einer Prüfung und einer Stellungnahme sein müßten; der allgemeine Aufbau des Haushaltsverfahrens würde nicht geändert. Der Haushaltsplanentwurf würde weiterhin vom Rat mit qualifizierter Mehrheit aufgestellt. Sodann würde dieser Entwurf wie bisher dem Europäischen Parlament vorgelegt, das daran die Änderungen vornehmen würde, die ihm zweckmäßig erscheinen. Hingegen wird vorgeschlagen, daß der Rat, der gegenwärtig den so geänderten Haushaltsplanentwurf erhält und ihn mit qualifizierter Mehrheit endgültig feststellt, den so vom Europäischen Parlament geänderten Entwurf mit einer Mehrheit von 10 Stimmen nach der in den Verträgen von Rom vorgesehenen üblichen Wägung endgültig feststellt." Vgl. Ministerbüro, Bd. 211.

[11] Zur Haltung der luxemburgischen Regierung in der Frage einer Fusion der Exekutiven der Europäischen Gemeinschaften vgl. auch Dok. 59, Anm. 33.

Luxemburg sei zwar nur provisorischer Sitz der EGKS. Das Verbleiben europäischer Behörden sei für Luxemburg jedoch von größter Bedeutung. Luxemburg leite zwar keinen Rechtsanspruch auf den Sitz der Organe aller Gemeinschaften her, jedoch bliebe der Anspruch Luxemburgs, europäische Hauptstadt zu werden, aufrechterhalten. Die Fusion der Organe der Gemeinschaften sei im übrigen nicht mit einer Entscheidung über den Sitz der Europäischen Gemeinschaften verbunden. Es ginge nicht an, gewisse Organe der EGKS von Luxemburg ersatzlos abzuziehen. Man könne die Opfer für die Fusion auch nicht allein dem kleinsten Partner der Gemeinschaften auferlegen.

Ministerpräsident Werner stellte sodann folgende Forderungen auf:

1) Der Sitz der Organe der Europäischen Gemeinschaften ist sowohl Luxemburg wie Brüssel.

2) Die Exekutivorgane (Rat und Kommission) haben ihren Sitz in Brüssel.

3) Gerichtshof und Sekretariat des Parlaments bleiben in Luxemburg.

4) Das Parlament hält seine Tagungen grundsätzlich in Luxemburg ab. Die jährliche gemeinsame Tagung des Europäischen Parlaments mit der beratenden Versammlung des Europarats findet weiterhin in Straßburg statt.

5) Außerdem werden nach Luxemburg verlegt der Wirtschafts- und Sozialausschuß, die europäische Investitionsbank, das gemeinsame Statistische Amt der Gemeinschaften, der Veröffentlichungsdienst (service de publications) sowie andere Dienststellen der Gemeinschaften, die nicht gezwungen sind, am Ort des Sitzes der Kommission zu arbeiten.

Luxemburg ist bereit, ein Parlamentsgebäude zu errichten.

Ministerpräsident Werner lehnte ausdrücklich den Gedanken ab, daß der Rat, die Assoziationsräte und die Kommission jährlich einige Tagungen in Luxemburg abhalten. Das würde praktische Probleme stellen und gegen den Rationalisierungsgedanken der Fusion verstoßen.

Schwerpunkt der nachfolgenden Ratsdiskussion war die Frage der Sitzverlegung des Europäischen Parlaments nach Luxemburg.

Spaak und Couve de Murville erhoben Bedenken gegen eine Anhörung des Europäischen Parlaments zu der Frage der Sitzverlegung, da sich das Parlament möglicherweise weder für Straßburg noch für Luxemburg entscheiden werde.

Es wurde aber beschlossen, daß jede Regierung ihre Mitglieder des Europäischen Parlaments in geeigneter Weise mit den Gedanken einer Sitzverlegung des Europäischen Parlaments nach Luxemburg vertraut macht und anhört.[12]

[12] Mit Vermerk vom 7. August 1964 wies Staatssekretär Lahr Ministerialdirektor Jansen an, derartige Konsultationen mit Abgeordneten aus der Bundesrepublik durchzuführen. Vgl. Referat I A 2, Bd. 883.
Am 29. August 1964 notierte Jansen über entsprechende Gespräche mit Parlamentariern der CDU, SPD und FDP: „Bei allen Abgeordneten war eine starke Abneigung gegen den Gedanken, das Parlament nach Luxemburg zu verlegen, festzustellen. Als Argument wurde angegeben, daß Luxemburg keine europäische Atmosphäre besitze ... Die CDU-Abgeordneten gingen nicht so weit wie die Abgeordneten der Opposition, daß sie nämlich eine Verweigerung der Ratifizierung

Der Vorschlag von Spaak, die Versammlung der WEU nach Straßburg zu verlegen als Ausgleich für die Sitzverlegung des Europäischen Parlaments nach Luxemburg, wurde von Staatssekretär Lahr mit Sympathie aufgenommen.

Der luxemburgische Vorschlag auf Verlegung des Wirtschafts- und Sozialausschusses von Brüssel nach Luxemburg stieß bei Cattani, Spaak und de Block auf Bedenken. Der Erklärung von Cattani, daß mit der Verteilung der Organe der Europäischen Gemeinschaften auf Luxemburg und Brüssel die Frage der Bestimmung des endgültigen Sitzes der europäischen Institutionen nicht präjudiziert werde, wurde nicht widersprochen.

IV. Weiteres Verfahren

Die Ständigen Vertreter wurden beauftragt, zu den drei nunmehr als Paket bezeichneten politischen Fragen der Fusion
a) Zahl der Mitglieder
b) Ausgleich für das Europäische Parlament bei den Budget-Befugnissen für den Fortfall des Vier-Präsidenten-Ausschusses
c) Sitzfrage (materielle Kompensation für Luxemburg)
eine Entscheidung des Rats für den 18. September vorzubereiten.[13]

[gez.] Harkort

Ministerbüro, Bd. 211

Fortsetzung Fußnote von Seite 913

des Fusionsabkommens in Aussicht stellten. Von den SPD- und FDP-Abgeordneten ist diese Verweigerung zu erwarten." Vgl. Referat I A 2, Bd. 883.

[13] Zu den Beratungen im Ausschuß der Ständigen Vertreter vgl. den Drahtbericht des Botschafters Harkort, Brüssel (EWG/EAG), vom 16. September 1964; Ministerbüro, Bd. 211.
Auf der Tagung vom 18. September 1964 einigten sich die Ministerräte von EWG und EAG über die Mitgliederzahl der gemeinsamen Kommission. Danach sollte die Kommission aus neun Mitgliedern bestehen, jedoch für eine Übergangszeit, deren Dauer umstritten blieb, 14 Mitglieder umfassen. Über die Fragen des Sitzes der Institutionen und der Kompetenzen des Europäischen Parlaments kam keine Einigung zustande. Vgl. dazu die Drahtberichte des Botschafters Harkort, Brüssel (EWG/EAG), vom 19. und 21. September 1964; Referat I A 2, Bd. 884.
Vgl. weiter Dok. 273, besonders Anm. 12.

217

Botschafter Knappstein, Washington, an das Auswärtige Amt

Z B 6-1/6008/64 VS-vertraulich **Aufgabe: 31. Juli 1964, 19.00 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 2280 **Ankunft: 1. August 1964, 01.15 Uhr**

Auf Plurex 2729 vom 27.7.64 VS-vertraulich[2]

Betr.: amerikanische Reaktion auf Pressekonferenz des Präsidenten de Gaulle vom 23.7.64[3]

I. In seiner Pressekonferenz vom 24.7.[4] nahm Präsident Johnson zu den Ausführungen Präsident de Gaulles Stellung, ohne sich direkt auf die Pressekonferenz des Vortages zu beziehen. Er wies die Äußerungen de Gaulles zurück, indem er betonte, daß die USA niemals ein Interesse gehabt hätten, Europa zu dominieren, sondern sich stets für die Stärkung des freien Europas eingesetzt hätten. Er wies auf die gemeinsamen Interessen und Verpflichtungen Europas und der Vereinigten Staaten hin. Man habe niemals angenommen, daß irgendein europäischer Staat gezwungen sei, zwischen seinen Verbindungen zu Europa und denen zu den USA zu wählen. Hierin stimmten seine Ansichten mit denen von Premierminister Home, Bundeskanzler Erhard und Präsident Segni sowie von vielen Europäern überein, die in diesem Jahr in Washington gewesen seien. Präsident Johnson wies weiterhin die Äußerungen de Gaulles über Südostasien zurück, indem er die bisherige amerikanische Politik auf diesem Gebiet bestätigte.[5]

II. Gespräche mit McGeorge Bundy, Rostow und anderen Beamten des State Department ergeben folgendes Bild:

Die innenpolitische Auseinandersetzung in der Bundesrepublik in der Frage der Europa- und atlantischen Politik[6] wird in Washington aufmerksam verfolgt. Die Erklärung der Bundesregierung nach der Pressekonferenz de Gaulles[7] wurde von Präsident Johnson „mit Genugtuung" aufgenommen. Sie hat

[1] Hat Ministerialdirigent Voigt am 3. August 1964 vorgelegen.

[2] Dem Vorgang nicht beigefügt.

[3] Zur Pressekonferenz des französischen Staatspräsidenten vgl. Dok. 210, besonders Anm. 2, und Dok. 218.

[4] Für den Wortlaut vgl. PUBLIC PAPERS, JOHNSON 1963/64, S. 887–894.

[5] Die Stellungnahme des Präsidenten Johnson zur amerikanischen Vietnam-Politik lautete: „Other friends suggest that this problem must be moved to a conference table and, indeed, if others would keep the solemn agreements already signed at a conference table, there would be no problem in South Viet-Nam ... But we do not believe in a conference called to ratify terror, so our policy is unchanged. For 10 years ... the United States has been committed to the freedom and the independence of South Viet-Nam, helping others to help themselves ... We shall stick to that policy and we shall continue our effort to make it even more effective." Vgl. PUBLIC PAPERS, JOHNSON 1963/64, S. 888.

[6] Zur Auseinandersetzung innerhalb der CDU/CSU zwischen „Atlantikern" und „Gaullisten" vgl. Dok. 194, Anm. 1.

[7] In der Erklärung vom 24. Juli 1964 erinnerte der Chef des Presse- und Informationsamtes, von Hase, an den Wortlaut der Präambel im Ratifizierungsgesetz zum deutsch-französischen Vertrag vom 22. Januar 1963 und stellte für die Bundesregierung fest: „Die deutsche Seite wird fortfah-

überall Anklang gefunden. Es hieß, man bedauere die Einmischung de Gaulles in die innenpolitische deutsche Auseinandersetzung und seine Kritik an Bundeskanzler Erhard sowie die Tatsache, daß diese deutsch-französischen Meinungsverschiedenheiten jetzt an die Öffentlichkeit getragen würden. Die Erklärung der Bundesregierung sei fest, würdig und ohne jede unnötige Schärfe. Sie sei gleichzeitig eine Klarstellung der deutschen Haltung, die bei der amerikanischen Regierung und der Öffentlichkeit zweifellos eine gute Wirkung gehabt habe. Man fürchte, daß Präsident de Gaulle sich mehr und mehr isoliere. Außer der Kritik an der Politik der Bundesregierung, die man nicht erwartet habe, habe die Pressekonferenz an sich nichts Neues gebracht und nur die bekannte politische Linie de Gaulles bestätigt. Man stellt fest, daß die letzte Pressekonferenz kein so großes Interesse mehr erregt habe wie die früheren Pressekonferenzen de Gaulles und hält es für möglich, daß sie in Vergessenheit gerate.

III. Von der hiesigen Presse wurden sehr negative Kommentare abgegeben. Auf die Pressefernschreiben der Botschaft vom 24. und 27.7.[8] wird verwiesen. Die Presse hebt die „außergewöhnlich scharfe Kritik" an der Bundesregierung hervor, kommentiert die Politik de Gaulles als „Traum", „Illusion", „Alptraum", „gefährliche Naivität" oder „unrealistisch".

Die Kommentare betrachten einerseits die deutsch-französischen Meinungsverschiedenheiten mit Sorge und heben andererseits die zunehmende Isolierung Frankreichs hervor.

[gez.] Knappstein

Abteilung I (I A 3), VS-Bd. 38

Fortsetzung Fußnote von Seite 915

ren, den Vertrag in diesem Sinne auszuschöpfen. Sie wird alles in ihren Kräften Stehende tun, um ihn zu dem zu machen, was er sein soll: ein Weg, mit der deutsch-französischen Freundschaft den Zusammenhalt innerhalb der freien Welt insgesamt zu verstärken." Vgl. BULLETIN 1964, S. 1125.

[8] Für die Drahtberichte des Botschafters Knappstein, Washington, vom 24. und 27. Juli 1964 vgl. Referat II 6, Bd. 10, bzw. Referat I A 3, Bd. 399.

218

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jansen

I A 3-81.00/2/94.07 **1. August 1964**

Betr.: Pressekonferenz General des Gaulles vom 23. Juli 1964[1]
hier: Außenpolitischer Teil

Analyse und Stellungnahme

I. Allgemeiner Eindruck

Bei der Pressekonferenz General de Gaulles vom 23. Juli 1964, der 11. seit seiner Regierungsübernahme im Jahre 1958, standen außenpolitische Fragen im Vordergrund.

Hauptthemen waren:

- Die Europäische Einigung und die deutsch-französische Zusammenarbeit
- Die Stellung Frankreichs und Europas in der Welt
- Die französische Atomstreitmacht
- Die Lage in Südostasien

In gewohnt eindringlicher Art entwickelte de Gaulle seine außenpolitischen Vorstellungen[2], deren Kernstück ein in seiner Politik unabhängiges einiges Europa ist, das, angesichts der gemeinsamen atlantischen Interessen, solange die sowjetische Bedrohung andauert, durch ein Bündnis mit den Vereinigten Staaten von Amerika verbunden sein muß.

Allgemein ist festzustellen, daß de Gaulle sich im Ton und in der Sache präziser ausdrückte als bei früheren Pressekonferenzen. Der Präsident machte einen frischen und ausgeruhten Eindruck[3]. Sein Auftreten läßt den Schluß zu, daß er sich darauf eingestellt hat, noch lange das Amt des Präsidenten der französischen Republik auszuüben.

II. Europäische Einigung und deutsch-französische Zusammenarbeit

Ausgehend von der Konferenz von Jalta[4], auf der die Zweiteilung der Welt begründet wurde, legte de Gaulle die seitherige Entwicklung der Weltpolitik dar:

Amerika habe bisher die Führung der politischen und strategischen Geschäfte der freien Welt gegenüber den Sowjets auf allen Gebieten der Erde übernommen. In den letzten Jahren habe sich die Lage jedoch grundlegend geändert. Europa sei wirtschaftlich und militärisch erstarkt, und Frankreich habe Zugang zur Atomenergie[5] – der Grundlage für eine eigenständige Politik

[1] Vgl. dazu bereits Dok. 210, Anm. 2. Vgl. auch Dok. 217.

[2] Zu den außenpolitischen Vorstellungen des französischen Staatspräsidenten vgl. zuletzt Dok. 210.

[3] Dieser Satz wurde von Bundesminister Schröder hervorgehoben. Dazu handschriftliche Bemerkung: „Hat Verfasser ihn gesehen?"

[4] Auf der Konferenz von Jalta vom 4. bis 11. Februar 1945 trafen die USA, Großbritannien und die UdSSR wesentliche Vorentscheidungen über die Nachkriegsordnung in Europa.

[5] Zu den französischen Bemühungen um eine nationale Atomstreitmacht vgl. Dok. 180, Anm. 16.

in der Welt von heute. Die Aufteilung der Welt in zwei Lager entspräche nicht mehr der heutigen Lage, zumal Europa auf Grund des zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten bestehenden atomaren Abschreckungsgleichgewichts sich nicht auf fremden Schutz verlassen könne, sondern aufgerufen sei – auch im Interesse Amerikas –, seinen Teil der Verantwortung zu tragen, und zu *seiner* von europäischen Interessen geleiteten Politik finden müsse. Angesichts der gemeinsamen nordatlantischen Interessen müsse Europa mit den Vereinigten Staaten – solange die sowjetische Bedrohung andauere – in beiderseitigem Interesse in einem auf Gleichberechtigung beruhenden Bündnis verbunden sein.

Wesentlich für die Einigung Europas sei die Herbeiführung einer gemeinsamen europäischen Politik, die nicht durch die Konstruktion supranationaler Institutionen begründet werden kann, denn „Politik ist Handeln, d.h. eine Gesamtheit von Entschlüssen, die gefaßt werden, Dinge, die getan werden, Risiken, die man auf sich nimmt ... Nur Regierungen von Nationen sind fähig und besitzen die Verantwortung, eine Politik zu führen. Es ist natürlich nicht verwehrt zu hoffen, sich vorzustellen, daß einmal der Tag kommt, an dem die Völker unseres alten Kontinents ein einziges bilden werden und es dann vielleicht *eine* Regierung Europas geben kann. Doch es wäre lächerlich, wenn man so tun wollte, als ob dieser Tag bereits gekommen sei."

De Gaulle bedauerte es, daß die europäischen Einigungsbemühungen auf politischem Gebiet bisher zu keinem Erfolg geführt haben[6] und daß Großbritannien sich durch das Abkommen von Nassau[7] in seiner strategischen Konzeption gegen Europa entschieden habe.

Was die deutsch-französische Zusammenarbeit angeht, erklärte de Gaulle mit überraschender Offenheit, der deutsch-französische Vertrag[8] habe bis zur Stunde nicht zu einer Linie gemeinsamen Verhaltens geführt, obwohl es einen eigentlichen Gegensatz zwischen Bonn und Paris nicht gäbe und auch nicht geben könne. Den Grund hierfür sieht de Gaulle in einer Befangenheit der Bundesrepublik, die im Gegensatz zu Frankreich *noch* nicht erkannt habe, daß Europa eine *europäische* Politik führen müsse.[9]

Als Beleg hierfür führte er einzelne Punkte auf[10]:

6 Zu den Bemühungen um eine Intensivierung der europäischen politischen Zusammenarbeit vgl. zuletzt Dok. 197 und Dok. 198. Vgl. dazu weiter Dok. 266.

7 Zum Nassau-Abkommen vom 21. Dezember 1962 vgl. Dok. 186, Anm. 7.

8 Für den Wortlaut des deutsch-französischen Vertrags vom 22. Januar 1963 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 706–710.

9 Zur Beurteilung der deutsch-französischen Beziehungen durch Staatspräsident de Gaulle vgl. auch Dok. 180, Dok. 187 und Dok. 188.

10 Wörtlich erklärte der französische Staatspräsident: „Mais, qu'il s'agisse de la solidarité effective de la France et de l'Allemagne quant à leur défense; ou bien de l'organisation nouvelle à donner à l'alliance atlantique; ou bien de l'attitude à prendre et de l'action à exercer vis-à-vis de l'Est, avant tout des satellites de Moscou; ou bien, corrélativement, de la question des frontières et des nationalités en Europe centrale et orientale; ou bien de la reconnaissance de la Chine et de l'oeuvre diplomatique et économique qui peut s'offrir à l'Europe par rapport à ce grand peuple; ou bien de la paix en Asie et, notamment, en Indochine et en Indonésie; ou bien de l'aide à apporter aux pays en voie de développement, en Afrique, en Asie, en Amérique latine; ou bien de la mise sur pied du Marché commun agricole et par conséquent, de l'avenir de la Communauté des Six, on ne saurait

– Mangelnde Solidarität auf dem Gebiet der Verteidigung
Es ist anzunehmen, daß de Gaulle hierbei insbesondere an die in der Tat ungenügende Zusammenarbeit[11] auf dem Gebiet der gemeinsamen Rüstungsproduktion denkt.

– NATO
De Gaulle bedauert, daß es bisher noch nicht zur Erarbeitung einer gemeinsamen deutsch-französischen Einstellung zur NATO, auch zu Fragen ihrer eventuellen Reform, gekommen ist. In dieser Frage bestehen echte Divergenzen zwischen französischer und deutscher Haltung, die aus der Verschiedenartigkeit der Interessenlage der beiden Länder folgt. Das Fehlen realer Zusammenarbeit auf anderen Gebieten, wie sie mit dem deutsch-französischen Vertrag geplant war, macht diese Divergenz besonders spürbar. Bestände diese Zusammenarbeit, könnte die Divergenz in dieser Frage eher beiderseits toleriert werden[12].

– Keine gemeinsame Haltung gegenüber den osteuropäischen Satellitenstaaten und den Grenzen und Nationalitäten in Mittel- und Osteuropa
Wie ganz dezidiert[13] vom französischen Außenministerium erklärt wurde, gehen alle Spekulationen über diesen Teil der Pressekonferenz fehl. De Gaulle hat hier die bekannte Seebohm-Rede ansprechen wollen.[14] Da Herr Seebohm Bundesminister geblieben ist[15], scheint hier nach de Gaulles Meinung bezüglich der Grenzen der Tschechoslowakei eine Differenz zwischen deutscher und französischer Ansicht zu bestehen.

– Anerkennung Chinas
De Gaulle dürfte besonders über die durch das atomare Abschreckungsgleichgewicht sich herausbildende Parallelität gewisser Interessen zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion besorgt sein, die zu einer Fixierung des Status quo führen kann. Dies muß seiner Ansicht nach auch dazu führen, daß in der deutschen Frage ein Fortschritt und eine Lösung nur zu erzielen

Fortsetzung Fußnote von Seite 918

dire que l'Allemagne et la France se soient encore accordées pour faire ensemble une politique ..." Vgl. DE GAULLE, Discours et messages, Bd. 4, S. 230.

11 Der Passus „in der Tat ungenügende Zusammenarbeit" wurde von Bundesminister Schröder hervorgehoben. Dazu handschriftliche Bemerkung: „Worauf stützt sich diese Behauptung des Verfassers?"

12 Der Passus „Das Fehlen realer Zusammenarbeit ... beiderseits toleriert werden" wurde von Bundesminister Schröder hervorgehoben. Dazu Ausrufezeichen am Rand.

13 Die Wörter „Wie ganz dezidiert" wurden von Bundesminister Schröder hervorgehoben. Dazu handschriftliche Bemerkung: „Diese französische Schutzbehauptung ist für Leichtgläubige überzeugend."

14 In einer Aufzeichnung vom 4. August 1964 über die deutsch-französische Konsultationsbesprechung am 30. Juli 1964 in Paris hielt Ministerialdirektor Jansen fest, der Leiter der Politischen Abteilung im französischen Außenministerium, Lucet, habe betont, „daß die meisten Spekulationen über diesen Passus der Pressekonferenz nicht begründet seien. Er könne mir verbindlich sagen, daß einzig und allein der Komplex angesprochen werden sollte, der mit der bekannten Seebohm-Rede aufgerissen worden sei." Vgl. Büro Staatssekretär, Bd. 386.
Zur Rede des Bundesministers Seebohm vom 17. Mai 1964 vgl. Dok. 140, Anm. 20.
Zur Kontroverse um die Frage französischer öffentlicher Stellungnahmen zur Oder-Neiße-Linie vgl. weiter Dok. 222.

15 Der Passus „Da Herr Seebohm Bundesminister geblieben ist" wurde von Bundesminister Schröder hervorgehoben. Dazu handschriftliche Bemerkung: „Was ist das für eine Ausdrucksweise!"

sind, wenn Europa eine Politik führt, die nicht nur ein strategisches Anhängsel der Vereinigten Staaten darstellt. Neben der französischen force de frappe sieht de Gaulle in Rotchina – dem Rivalen der Sowjetunion – einen wichtigen Ansatzpunkt für die Durchbrechung des Europa lähmenden Status quo. In diesem Zusammenhang sieht de Gaulle die im Washingtoner Schlußkommuniqué[16] vom vergangenen Juni enthaltene deutsche Zusage einer Unterstützung der amerikanischen Südostasienpolitik[17] als eine „Unterordnung" der deutschen Politik unter amerikanische Ziele, wozu nach seiner Ansicht keine Notwendigkeit bestand.

– Gemeinsame deutsch-französische Entwicklungspolitik
De Gaulle sieht in einem gemeinsamen Auftreten Deutschlands und Frankreichs in der ungebundenen Welt eine große Chance für Europa und für die gesamte freie Welt, die bisher noch weitgehend ungenutzt ist. Während das kommunistische Lager der „dritten Welt" in Form des sowjetischen Bolschewismus, des rotchinesischen Kommunismus, des in Lateinamerika besonders gefährlichen „Castrismus" und des kommunistisch bestimmten „Neutralismus" jugoslawischer Prägung verschiedene Köder anbietet, steht dem auf westlicher Seite wenig gegenüber. Ein nicht gegen Amerika gerichtetes, wohl aber unabhängiges, stärkeres europäisches Engagement in der „dritten Welt", besonders in Gebieten wie etwa Lateinamerika[18], wo den Vereinigten Staaten von der einheimischen Bevölkerung nur zu leicht hegemoniale Bestrebungen unterstellt werden, läge nach de Gaulle im gemeinsamen Interesse der freien Welt.

– Die Zukunft der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft
Hier kommt die französischerseits bestehende Besorgnis zum Ausdruck, daß die Bundesrepublik einer Ausweitung des Sechserrahmens ihr Hauptinteresse[19] widmet, daß dagegen die in dem weiteren und vollen Ausbau der Sechsergemeinschaft liegenden Aussichten und Chancen nicht gesehen oder abgelehnt werden.

III. Die französische Atomstreitmacht

De Gaulle betont, daß die Verfügung über Kernwaffen die unabdingbare Voraussetzung für die Führung einer im Weltkräfteverhältnis ins Gewicht fallenden Außenpolitik ist: „Man kann sagen, daß ein Land, welches über eine Atomrüstung verfügt, in der Lage ist, eine Nation, die nicht darüber verfügt, sich auf Gnade und Barmherzigkeit gefügig zu machen. Und man kann weiterhin sagen, daß ein Land, welches eine Atomrüstung besitzt, damit über das Mittel verfügt, eine andere Nation, die ebenfalls eine besitzt, von einem Angriff abzuhalten, weil dieser für sie darauf hinausliefe, den Tod zu verbreiten, gleichzeitig aber selber mit in den Tod gerissen zu werden."

[16] Korrigiert aus: „Schlußkomitee".

[17] Für den Wortlaut des entsprechenden Passus im Kommuniqué vom 12. Juni 1964 über das Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit Präsident Johnson vgl. Dok. 194 Anm. 15.

[18] Zur deutsch-französischen Konsultation über die Politik gegenüber Lateinamerika vgl. Dok. 188, besonders Anm. 12.

[19] Das Wort „Hauptinteresse" wurde von Bundesminister Schröder hervorgehoben. Dazu handschriftliche Bemerkung: „Wieso?"

Das amerikanisch-sowjetische Abschreckungsgleichgewicht ist in den Augen de Gaulles ein direkter Schutz für die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion, nicht aber für dritte Länder, auch dann nicht, wenn diese mit einer der beiden atomaren Großmächte verbündet sind. Die Verfügung über Kernwaffen gibt andererseits diesen beiden Großmächten die Grundlage für die Ausübung ihrer Hegemonie innerhalb ihres jeweiligen Lagers. Frankreich hat, „seit es zu sich selber fand"[20], alles daran gesetzt, um seinerseits Atommacht zu werden, um dadurch in der Lage zu sein – solange die übrigen europäischen Länder noch nicht von der Notwendigkeit einer eigenständigen europäischen Politik überzeugt sind –, allein in der Welt eine Politik zu verfolgen, „wie eine unabhängige europäische Politik sein kann und sein muß".

De Gaulle kündigte an, daß Frankreich bereits 1966 genügend Mirage-IV und die notwendigen Versorgungsflugzeuge haben werde, um über Tausende von Kilometern hinweg Geschosse tragen zu können, deren Gesamtzerstörungskraft die von 150 Hiroshima-Bomben[21] übertreffen wird. Weiterhin kündigte er die ersten französischen Versuche mit Wasserstoffbomben an. Wenn auch das französische atomare Potential mit dem der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion nicht zu vergleichen sei, genüge es doch für eine wirksame und glaubhafte Abschreckung. De Gaulle wendet sich gegen die französischen Kritiker an der nuklearen Rüstung und erklärt, die Kosten hierfür betrügen nicht ein Hundertstel des Nationaleinkommens, nicht ein Viertel der Militärausgaben und nicht die Hälfte der Summe, die Frankreich für die Altersversorgung ausgäbe. Frankreich werde „auf kurze, auf mittlere und auf lange Sicht" seine Bemühungen um eine Atomrüstung fortsetzen, um hierdurch seine Sicherheit und Unabhängigkeit zu gewährleisten und so seine Rolle in der Welt zur Erhaltung des Gleichgewichts und des Friedens ausfüllen zu können.

IV. Die Lage in Südostasien

De Gaulle erinnert an die Genfer Verträge von 1954[22], die die Kämpfe in Indochina beendeten und die jegliches, von außen kommende Eingreifen im indochinesischen Raum ausschlossen. Nur in bezug auf Kambodscha ist diese Haltung gewahrt worden. Da Südvietnam der Gefahr kommunistischer Aggression ausgesetzt war, fühlten sich die Vereinigten Staaten berufen, in Indochina den früheren Platz Frankreichs einzunehmen. Das Regime Ngo Dinh Diems hielt in Südvietnam die vorgesehenen freien Wahlen nicht ab und folgte in seiner Politik der Linie Washingtons. Später versuchte Diem, sich von der immer unpopulärer werdenden amerikanischen Politik zu lösen, wurde jedoch durch einen Militärputsch beiseite geschafft und durch einen

[20] An dieser Stelle folgende Fußnote in der Aufzeichnung: „Hier muß angemerkt werden, daß die französische Entscheidung zur Bildung der ‚force de frappe' bereits von der 4. Republik unter maßgeblicher Beteiligung der französischen Sozialisten gefällt worden ist."
Wichtige Weichenstellungen beim Aufbau der Force de frappe, darunter der Entschluß zum Bau einer nuklearen Anreicherungsanlage, fielen in die Regierungszeit des von der Sozialistischen Partei geführten Kabinetts Mollet in den Jahren 1956/57.
Zur Force de frappe vgl. auch Dok. 180, Anm. 16.

[21] Am 6. August 1945 erfolgte auf die japanische Stadt Hiroshima der erste Abwurf einer Atombombe. Ihre Sprengkraft betrug 20 000 t TNT.

[22] Für den Wortlaut der Schlußakte der Indochina-Konferenz vom 21. Juli 1954 vgl. EUROPA-ARCHIV 1954, S. 6822–6824.

weiteren Putsch durch einen neuen Mann ersetzt[23], der der amerikanischen Politik ergeben ist. Die Bevölkerung Südvietnams ist immer weniger geneigt, eine Sache zu unterstützen, die, welcher Ansicht über den Kommunismus man auch immer sei, ihr mit der eines ausländischen Staates identisch zu sein scheint. Daher erscheint heute einerseits eine lokale militärische Lösung des Vietnam-Konflikts nicht möglich. Andererseits haben die Vereinigten Staaten wohl die Mittel, eine Lösung durch die militärische Ausweitung des Konflikts nach Norden anzustreben; doch ist es kaum anzunehmen, daß sie dieses „ungeheure Abenteuer eines allgemeinen Konflikts" auf sich nehmen wollen.

Da durch Krieg nichts entschieden werden kann, muß man den Frieden herbeiführen. Wenn man nicht Asien und vielleicht eines Tages die ganze Welt in sehr schwere Konflikte stürzen will, muß man sobald wie möglich eine Friedenskonferenz „von der gleichen Art und im Prinzip mit den gleichen Teilnehmern, wie dies seinerzeit bei der Genfer Konferenz der Fall war[24]", einberufen, um die erforderlichen Regelungen zu treffen. Für eine Befriedung Südostasiens müssen zwei Bedingungen erfüllt werden:

1) Frankreich, China, die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten dürfen sich nicht mehr in Südostasien einmischen.

2) Vietnam, Kambodscha und Laos müssen zu ihrem friedlichen Aufbau Wirtschaftshilfe erhalten.

Frankreich ist bereit, beide Bedingungen zu erfüllen.

V. Zusammenfassung und Schlußfolgerung

A. De Gaulle ist davon überzeugt, daß die Sicherheit und eine friedliche Zukunft Europas nur gewährleistet werden können, wenn Europa bereit ist, hierfür selbst die Verantwortung zu tragen und – solange die sowjetische Bedrohung anhält – in atlantischer Partnerschaft *gleichberechtigt* neben den Vereinigten Staaten steht. Hierzu gehört auch die Vorstellung, daß Europa überall dort selbständig handelt, wo seine Interessen mit denen der Vereinigten Staaten nicht übereinstimmen. Die Möglichkeit der politischen Selbstbehauptung in der heutigen Welt hängt von der Verfügung über Kernwaffen ab. Die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion – beide außereuropäische Mächte – paralysieren sich weitgehend gegenseitig durch das bestehende Abschreckungsgleichgewicht. Solange alle in Westeuropa stationierten Kernwaffen von amerikanischem – also rein geographisch nicht-europäischem – Einsatzbefehl abhängig sind, ist die Sicherheit Europas vor einem sowjetischen Zugriff nicht gewährleistet.

Durch das Abkommen von Nassau hat Großbritannien sich zunächst für die Vereinigten Staaten und gegen eine gemeinsame mit Frankreich mögliche europäische Politik entschieden. So sieht de Gaulle in der französischen force de frappe die einzige Möglichkeit für die volle Gewährleistung der europäi-

[23] Zu den Regierungswechseln in der Republik Vietnam vgl. Dok. 154, Anm. 27.

[24] An der Indochina-Konferenz, die vom 26. April bis 21. Juli 1954 in Genf stattfand, nahmen Frankreich, Großbritannien, die UdSSR, die USA, die Volksrepublik China, Kambodscha, Laos sowie die Republik Vietnam (Südvietnam) und die Demokratische Republik Vietnam (Nordvietnam) teil.

schen Sicherheit und die Grundlage für eine unabhängige europäische Politik.

Als Inhaber der einzigen unabhängigen europäischen Abschreckungsmacht fühlt sich de Gaulle als Sprecher Europas. Durch die sowjetisch-amerikanischen Entspannungsbestrebungen sieht er sich in seiner Konzeption bestätigt und ist von der politischen Notwendigkeit überzeugt, daß sich auch das übrige Westeuropa über kurz oder lang zu seinen Auffassungen bekennen muß, da die Sicherheit der westeuropäischen Staaten schon aus geographischen Gründen nur durch eine europäische Abschreckungsmacht gewährleistet sein kann.

Die loyale Erfüllung der Römischen Verträge[25] zeigt, daß de Gaulle auch supranationalen Institutionen gegenüber Zugeständnisse macht. Doch ist er nicht bereit, solchen Instanzen die letzte Entscheidung über Fragen der Selbstbehauptung und des Überlebens, über Außenpolitik und Verteidigung anzuvertrauen, solange nicht „die Völker unseres alten Kontinents ein einziges bilden werden und es dann vielleicht *eine* Regierung Europas geben kann".

Nach dem Scheitern der politischen Einigungsbemühungen Europas im April 1962[26] sollte der deutsch-französische Vertrag im Januar 1963 einen Fortschritt auf dem Wege der Einigung Europas bilden. Daß trotz des Vertrages auf wesentlichen politischen Gebieten eine Übereinstimmung, insbesondere eine praktische Zusammenarbeit auf verschiedenen Gebieten, nicht erzielt worden ist, hat de Gaulle enttäuscht, denn er sieht in einem engen Zusammenwirken Frankreichs und Deutschlands die wesentliche Grundlage europäischer Politik. Die Hoffnung auf eine Änderung der deutschen Einstellung zu den Notwendigkeiten einer europäischen Politik gibt de Gaulle nicht auf. Er ist überzeugt, daß sich seine Konzeption durchsetzen wird, und er versichert, daß Frankreich gefestigt und seiner selbst sicher genug ist, um Geduld üben zu können. Er sieht der von dem Herrn Bundeskanzler angekündigten deutschen Initiative[27] entgegen und will, „bis sich der Himmel erhellt", in der Welt eine Politik verfolgen, wie eine unabhängige europäische Politik sein kann und sein muß.

B. Dem optimistischen Vertrauen de Gaulles, man werde sich seiner Ansicht anschließen müssen, da die politische Entwicklung nun einmal in die von ihm bezeichnete Richtung laufe, muß aber auch die Möglichkeit gegenübergestellt werden, daß Deutschland und Frankreich sich nicht einander annähern, sondern daß sie sich noch weiter voneinander entfernen werden. Wenn das eingetreten ist[28], helfen keine Erklärungen darüber, daß wir schuldlos an diesem Zustand sind, daß vielleicht de Gaulle durch seine psychologisch schlechte Art, Politik zu machen, die Hauptschuld trifft. Wir werden uns dann mit der

[25] Zu den Römischen Verträgen vom 25. März 1957 vgl. Dok. 7, Anm. 7.

[26] Zu den im April 1962 gescheiterten Verhandlungen über eine europäische politische Union vgl. Dok. 7, Anm. 10. Vgl. auch Dok. 193.

[27] Vgl. dazu Dok. 266.

[28] Die Wörter „Wenn das eingetreten ist" wurden von Bundesminister Schröder unterschlängelt.

Situation auseinanderzusetzen haben. Dabei muß pflichtgemäß schon jetzt auf folgendes[29] hingewiesen werden:

Es darf nicht verkannt werden, daß Frankreich sich gegenüber Deutschland in einer stärkeren Position befindet. Deutschland bedarf der Hilfe Frankreichs mehr als Frankreich der Unterstützung Deutschlands. Deutschland hat territoriale Probleme, die es unter Wahrung seiner Freiheit nur mit der Hilfe von Partnern lösen kann; Frankreich hat solche Probleme nicht. Deutschland muß noch auf lange Zeit bemüht sein, sich nach dem Geschehen des Dritten Reiches das Vertrauen der Welt wiederzugewinnen; Frankreich genießt den ungebrochenen Kredit einer großen Kulturnation und Vorkämpferin der Freiheit. Gerade der Abschluß des deutsch-französischen Vertrages hat das Ansehen Deutschlands überall in der Welt – in der Sowjetunion, in den Satellitenländern, in der ungebundenen Welt und nicht zuletzt besonders in den Vereinigten Staaten – gesteigert, nicht etwa nur, weil Deutschland und Frankreich 3/4 des EWG-Potentials darstellen, sondern nicht zuletzt, weil der Widerstandskämpfer de Gaulle sich ausdrücklich zum „großen deutschen Volk" bekannt hat. Wenn nächstens in der Welt der Eindruck entstehen sollte, daß der Stand der deutsch-französischen Zusammenarbeit unbefriedigend ist und absinkt, muß dies daher dem deutschen Ansehen in der Welt und besonders dem deutschen Gewicht in den Vereinigten Staaten mehr schaden als Frankreich. Wir sollten uns dabei durch Äußerungen des Tages, insbesondere seitens der amerikanischen Presse, nicht beirren lassen. Aus seiner Stellung als Atommacht heraus steht es Frankreich frei und ist es mit der Konzeption de Gaulles durchaus vereinbar, sein Interesse anderen Mächten stärker als bisher zuzuwenden. Die „entente cordiale"[30] hat eine ältere Tradition als der deutsch-französische Vertrag, und manches spricht dafür, daß man sich in England dessen wieder stärker bewußt wird. De Gaulle erstrebt auch ausdrücklich eine Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten – er hatte bei der Kuba-Krise als erster[31] den USA seinen Rückhalt zugesichert[32], – und vieles spricht dafür, daß er sie zu seinen Bedingungen[33] haben kann, wenn die amerikanischen Wahlen[34] vorüber sind und wenn man in den Vereinigten Staaten daran geht, einen neuen Anfang zu machen. Diese Ziele kann er notfalls auch ohne Deutschland erreichen.

Für Deutschland ist eine enge Zusammenarbeit mit Frankreich jedoch eine Frage von höchster Bedeutung. Noch kann Deutschland gleichberechtigter Partner Frankreichs sein und bei einer engen Zusammenarbeit immer mehr an Gewicht gewinnen. Wird jedoch die Bundesrepublik eines Tages durch ein Arrangement zwischen Frankreich, den Vereinigten Staaten und Großbritan-

[29] Dazu handschriftliche Bemerkung des Bundesministers Schröder: „Ziemlich krauses Gedankengut!"

[30] In der „Entente cordiale" legten Frankreich und Großbritannien 1904 ihre kolonialpolitischen Differenzen in Afrika bei.

[31] Dieses Wort wurde von Bundesminister Schröder hervorgehoben. Dazu Fragezeichen am Rand.

[32] Zur französischen Erklärung vom 24. Oktober 1962 vgl. Dok. 66, Anm. 40.

[33] Die Wörter „zu seinen Bedingungen" wurden von Staatssekretär Carstens hervorgehoben. Dazu Fragezeichen und handschriftliche Bemerkung: „Das glaube ich nicht, jedenfalls nicht, soweit dadurch unsere Interessen verletzt würden."

[34] Die amerikanischen Präsidentschaftswahlen fanden am 3. November 1964 statt.

nien der Möglichkeit enthoben, ihr politisches Gewicht in die Waagschale zu werfen, wird sie keinen Preis mehr haben.[35]

Für uns darf es nicht darum gehen, zwischen Washington und Paris zu wählen. Beiden, den Vereinigten Staaten und Frankreich, müssen wir glaubwürdige Partner sein und beiden gegenüber in gleicher Weise unsere Interessen vertreten. Daß Frankreich uns dabei sehr nahesteht, ergibt sich nicht aus der Person oder der Konzeption de Gaulles, sondern aus den geographischen Voraussetzungen, die durch die militärtechnische Entwicklung heute ihre besondere Bedeutung haben. Wir müssen im eigensten Interesse das Gewicht Frankreichs stärken, um eine zu große Gemeinsamkeit sowjetischer und amerikanischer Interessen zu verhindern, oder anders ausgedrückt: Wenn man die freie Welt als eine Einheit betrachtet, deren Sprecher die Vereinigten Staaten sind, muß Europa durch eine konstruktive Opposition der „Regierung" bei ihrem Gespräch mit dem sowjetischen Verhandlungspartner den Rücken stärken. Nur so können die Vereinigten Staaten veranlaßt werden, die europäischen und hiermit auch die deutschen Belange politisch und strategisch zu berücksichtigen. Der deutsch-französische Vertrag *muß* deshalb aktiviert werden. Es kann sich hierbei selbstverständlich nicht um ein einfaches Einschwenken auf französische Positionen handeln. Je mehr wir aber auf Frankreich zugehen, um so mehr Recht und Gelegenheit haben wir, Konsultation und Berücksichtigung unserer Ansichten zu fordern. Je stärker und zielbewußter wir eine solche Politik wollen und durchführen, desto chancenreicher wird sie für uns sein.[36]

Hiermit dem Herrn Staatssekretär[37] mit dem Anheimstellen der Zuleitung[38] an den Herrn Bundesminister[39] vorgelegt.

Jansen

Büro Staatssekretär, Bd. 386

[35] Dazu folgende Fußnote in der Aufzeichnung: „Hiermit soll gesagt werden, 1) daß wir die Bedeutung der zwischen den USA und Frankreich bestehenden derzeitigen Unstimmigkeiten nicht überschätzen dürfen. 2) Wenn die USA und Frankreich ihre derzeitigen Unstimmigkeiten unter sich bereinigen zu einem Zeitpunkt, da der Versuch einer deutsch-französischen Zusammenarbeit gescheitert sein sollte, verlieren wir die französische Unterstützung für den Fall, daß in den USA das Interesse an uns nachläßt."

[36] Zur Reaktion der Bundesregierung auf die Pressekonferenz des Staatspräsidenten de Gaulle vgl. weiter Dok. 225.

[37] Hat Staatssekretär Carstens am 11. August 1964 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Schröder verfügte.

[38] Die Wörter „Anheimstellen" und „Zuleitung" wurden von Bundesminister Schröder unterschlängelt. Dazu handschriftliche Bemerkung: „Was sind das für Formulierungen?"

[39] Hat Bundesminister Schröder am 13. August 1964 vorgelegen, der mit der Bitte um Rücksprache handschriftlich für Staatssekretär Carstens vermerkte: „(nach Rückkehr) 1) War Ihre Würdigung dem Verfasser noch nicht bekannt? 2) So unausgegorene Darstellungen richten Schaden an, wenn sie frei herumlaufen, ohne korrigiert zu werden."
Für den Wortlaut der Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens vom 27. Juli 1964 vgl. Dok. 210.

219

Aufzeichnung des Staatssekretärs Lahr

St.S. 959/64 3. August 1964[1]

Betr.: Warenverkehr mit Rumänien

Der Leiter der deutschen Handelsvertretung in Bukarest, Graf York, hat in seinem Bericht vor der Missionschefkonferenz[2] darauf hingewiesen, daß Rumänien große Pläne für den Ausbau seiner chemischen Industrie verfolge und hierbei beabsichtige, an westliche Länder Aufträge im Werte von etwa 550 Millionen $ zu vergeben.[3] Ich habe schon im Anschluß an die Konferenz darauf hingewiesen, daß wir uns bemühen sollten, hieran angemessen zu partizipieren, auch wenn dies mit einer wesentlichen Erweiterung des für Rumänien vorgesehenen Hermes-Plafonds verbunden sei.

Die Besprechungen, die seitdem in Paris anläßlich des Besuchs des Ministerpräsidenten Maurer stattfanden, haben gezeigt, daß Frankreich im Begriff steht, seine Handelsbeziehungen zu Rumänien zu intensivieren.[4] Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß hierbei auch die vorerwähnten Pläne zur Sprache gekommen und auf französisches Interesse gestoßen sind. Dies sollte für uns ein weiterer Anlaß sein, unsere eigenen Bemühungen zu verstärken. Hierbei wäre daran zu denken, das eine oder andere Geschäft gemeinsam mit den

[1] Durchschlag als Konzept.

[2] Am 23./24. Juli 1964 fand im Auswärtigen Amt eine Arbeitstagung über die Politik gegenüber den Ostblock-Staaten statt, an der auch die Leiter der Handelsvertretungen in Bukarest, Warschau und Budapest, Graf York von Wartenburg, Mumm von Schwarzenstein und Brückner, sowie der Leiter der „Abteilung für die Wahrnehmung der Interessen der Bundesrepublik Deutschland" bei der französischen Botschaft in Belgrad (Schutzmachtvertretung), Bock, teilnahmen. Vgl. dazu BULLETIN 1964, S. 1126. Für das Tagungsprotokoll vom 5. August 1964 vgl. Abteilung II (II 5), VS-Bd. 269; B 150, Aktenkopien 1964.

[3] Vortragender Legationsrat I. Klasse Graf York von Wartenburg führte dazu am 23. Juli 1964 auf der Arbeitstagung aus: „Man setze in Rumänien größte Hoffnungen auf den Aufbau der Industrie. In den nächsten 6 Jahren solle ein Milliardenprogramm allein für die chemische Industrie verwirklicht werden. Die Hälfte davon, etwa 2 Milliarden DM, solle im Westen angeschafft werden. Wir Deutsche hätten die größten Chancen, daran maßgeblich beteiligt zu werden ... Eine Verbesserung der Beziehungen zu Rumänien sei in erster Linie auf wirtschaftlichem Gebiet möglich. Der gut eingeführte deutsche Kaufmann müsse aber schon heute mit harter Konkurrenz kämpfen, und es sei daher absolut notwendig, daß wir unsere Kaufleute im gleichen Maße unterstützten, wie dies die Engländer und Franzosen täten." Vgl. das Tagungsprotokoll vom 5. August 1964; Abteilung II (II 5), VS-Bd. 269; B 150, Aktenkopien 1964.

[4] Mit Drahtbericht vom 31. Juli 1964 übermittelte Gesandter Knoke, Paris, das Kommuniqué über den Besuch des rumänischen Ministerpräsidenten vom 27. bis 31. Juli 1964 in Paris. Darin wurde das gemeinsame Interesse an einer Intensivierung des bilateralen Handels betont und erklärt: „Les deux Gouvernements sont convenus de traiter l'ensemble de ces questions à l'occasion de négociations qui seront engagées pour la conclusion d'un nouvel accord commercial franco/roumain dont la durée pourrait eventuellement être plus longue que celle de l'accord présentement en vigueur." Knoke zog den Schluß, „daß der Besuch des rumänischen Ministerpräsidenten in Paris im wesentlichen wirtschaftliche und kulturelle, nicht dagegen politische Fragen zum Gegenstand gehabt hat". Vgl. Referat III A 6, Bd. 267.
Vgl. dazu weiter Dok. 227.

Franzosen durchzuführen.[5] Dies wäre meines Erachtens sowohl vom Standpunkt der beiden Länder als vom europäischen Standpunkt zu begrüßen. Ich bitte, über diese Frage mit dem Ostausschuß der Deutschen Wirtschaft und dem Bundeswirtschaftsministerium zu sprechen. Die Handelsvertretung Bukarest sollte um weitere Angaben gebeten werden.[6] Unmittelbare Kontakte zwischen deutschen Interessenten und den zuständigen rumänischen Stellen sollten eingeleitet werden.

Hiermit Herrn D III[7] mit der Bitte, das Weitere zu veranlassen und mich auf dem laufenden zu halten.

Lahr[8]

Büro Staatssekretär, Bd. 407

220

Vortragsexposé des Bundesministers Schröder

II 7-81/08-0/1916/64 VS-NfD[1] **4. August 1964[2]**

Probleme der NATO

I. Die öffentliche Meinung in Deutschland wie in den anderen westlichen Staaten beschäftigt sich zunehmend mit dem Zustand des NATO-Bündnisses, oft mit skeptischen Prognosen über ihr Schicksal, die sich unter dem Schlagwort „Krise der NATO" zusammenfassen lassen.

Weil dadurch eine übertriebene Besorgnis in unsere Öffentlichkeit getragen wird, möchte ich versuchen, hier die Entwicklungen, welche zur Kritik Anlaß

[5] Mit Schreiben vom 24. August 1964 sprach sich auch der Leiter der Handelsvertretung in Bukarest, Graf York von Wartenburg, für eine Intensivierung der Handelsbeziehungen zu Rumänien aus und regte ein deutsch-französisches Zusammenwirken an, weil dies „nicht allein im Interesse der deutschen Industrie zu liegen, sondern politisch gefordert zu sein" scheine. Vgl. Abteilung II (II 5), VS-Bd. 262; B 150, Aktenkopien 1964.

[6] Am 11. August 1964 wies Vortragender Legationsrat I. Klasse Klarenaar die Handelsvertretung an, „die konkreten Absichten der rumänischen Regierung für Bestellungen von Großprojekten im westlichen Ausland, insbesondere in der Bundesrepublik Deutschland, in geeignet erscheinender Weise zu klären und hierher zu berichten". Vgl. Referat III A 6, Bd. 179.
Mit Bericht vom 1. Oktober 1964 informierte der Leiter der Handelsvertretung in Bukarest, Graf York von Wartenburg, über ein Gespräch mit dem rumänischen Stellvertretenden Außenhandelsminister. Petri habe im Rahmen des neuen rumänischen Fünfjahresplans ein Auftragsvolumen von 1 Mrd. Dollar für das westliche Ausland angekündigt, an dem die Bundesrepublik mit der bisherigen Quote von 25%, d.h. 1 Mrd. DM, beteiligt werden könnte. Vgl. Referat III A 6, Bd. 179.

[7] Ministerialdirektor Sachs.

[8] Paraphe vom 3. August 1964.

[1] Geschäftszeichen des Runderlasses vom 4. August 1964, mit dem das Exposé den Auslandsvertretungen zur Kenntnis gebracht wurde.

[2] Vervielfältigtes Exemplar.
Der Vortrag wurde in der gemeinsamen Sitzung der Bundestagsausschüsse für auswärtige Angelegenheiten und für Verteidigung am 1. Juli 1964 in Berlin (West) gehalten.

geben, in ihren Auswirkungen auf die NATO abzuwägen und sie in die richtige Dimension zu bringen.

Ich möchte dabei zunächst die Entwicklung des Bündnisses von 1949 bis heute kurz umreißen, sodann die gegenwärtigen Probleme und Spannungen in der NATO darstellen und schließlich erläutern, wie nach Ansicht der Bundesregierung diese Probleme gemildert oder beseitigt werden können.

II. 1) Die NATO wurde 1949 unter dem Eindruck der sowjetischen Bedrohung Europas und insbesondere des kommunistischen Staatsstreichs in der Tschechoslowakei gegründet.[3] Die Allianz war damals als ein klassisches Verteidigungsbündnis angelegt.

Nach dem Vertrag wird die Art des dem Angegriffenen zu leistenden Beistands von dem hilfeleistenden Partner selbst bestimmt[4]; es gibt – anders als im WEU-Vertrag[5] – keine automatische militärische Beistandspflicht.

Seit 1949 hat sich die NATO weit über die ursprünglichen Ziele der Signatar-Staaten hinaus entwickelt. Ohne Änderung des NATO-Vertrages ist die NATO von einer lockeren Militärallianz zu einem festgefügten Instrument des politischen und militärischen Zusammenwirkens der Bündnispartner gewachsen.

2) Auf militärischem Gebiet hat die NATO seit 1951 ein integriertes Verteidigungssystem geschaffen. Die Etappen auf dem Wege zur Integration der Verteidigungsmittel der NATO waren:

– Die Einrichtung integrierter NATO-Kommandos bis zur Ebene der Heeresgruppen.
– Verpflichtung der NATO-Staaten, die Masse ihrer auf dem europäischen Festland stehenden Truppen zu assignieren. Dies bedeutet, daß die NATO-Befehlshaber in einem bestimmten Spannungszustand den operativen Befehl über diese Verbände übernehmen und sie nach gemeinsam ausgearbeiteten Operationsplänen einsetzen.

[3] Der NATO-Vertrag wurde am 4. April 1949 von Belgien, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Island, Italien, Kanada, Luxemburg, den Niederlanden, Norwegen, Portugal und den USA unterzeichnet. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 289–292.
Nach dem Rücktritt von 12 nichtkommunistischen Ministern aus der nach Kriegsende in der Tschechoslowakei gebildeten Regierung der Nationalen Front übernahm am 25. Februar 1948 die Kommunistische Partei die Führung im neuen Kabinett unter Ministerpräsident Gottwald. Aufgrund der Gleichschaltung von Presse, Rundfunk und Verwaltung errang sie in den 1949 auf der Grundlage von Einheitslisten durchgeführten Wahlen die absolute Mehrheit der Stimmen und setzte eine neue Verfassung durch.

[4] Artikel 5 des NATO-Vertrags vom 4. April 1949: „Die Parteien vereinbaren, daß ein bewaffneter Angriff gegen eine oder mehrere von ihnen in Europa oder Nordamerika als ein Angriff gegen sie alle angesehen werden wird; sie vereinbaren daher, daß im Falle eines solchen bewaffneten Angriffs jede von ihnen ... der Partei oder den Parteien, die angegriffen werden, Beistand leistet, indem jede von ihnen unverzüglich für sich und im Zusammenwirken mit den anderen Parteien die Maßnahmen, einschließlich der Anwendung von Waffengewalt, trifft, die sie für erforderlich erachtet, um die Sicherheit des nordatlantischen Gebiets wiederherzustellen und zu erhalten." Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 290.

[5] Artikel 5 des Brüsseler Vertrags vom 17. März 1948 (Fassung vom 23. Oktober 1954): „Sollte einer der Hohen Vertragschließenden Teile das Ziel eines bewaffneten Angriffs in Europa werden, so werden ihm die anderen Hohen Vertragschließenden Teile im Einklang mit den Bestimmungen des Artikels 51 der Satzung der Vereinten Nationen alle in ihrer Macht stehende militärische und sonstige Hilfe und Unterstützung leisten." Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 286.

– Verpflichtung der NATO-Staaten, ihre Verteidigungsplanung an den gemeinsam erarbeiteten militärischen Anforderungen der NATO auszurichten und sie der gemeinsamen Prüfung durch die NATO-Staaten im Jahreserhebungsverfahren zu unterwerfen.
– Gemeinsame Planung und Finanzierung der Infrastruktur; gemeinsame Waffenentwicklungen und Koordinierung der Produktionsprogramme für Rüstungsgüter.

Für uns bedeutet die Integration der Verteidigung konkret, daß auf deutschem Boden amerikanische, britische, französische, belgische, kanadische und niederländische Einheiten in Stärke von insgesamt fast 400 000 Mann stehen, die im Ernstfall zusammen mit der Bundeswehr unter gemeinsamem Befehl und nach gemeinsamen Operationsplänen zur Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland eingesetzt werden.

Die NATO ist somit auf militärischem Feld weit über die 1949 gegründete lokkere Verteidigungsallianz hinausgewachsen. Zwar bestimmt gemäß Art. 5 des Vertrages de jure jeder Partner seinen Beitrag im Angriffsfall selbst. De facto liegt aber der Beitrag mit den assignierten Verbänden und mit der auf dem Konzept der Vorwärtsverteidigung beruhenden gemeinsamen Operationsplanung bereits fest. Die Bundesrepublik Deutschland als der am meisten exponierte und gefährdete NATO-Staat muß aus ihrer nationalen Interessenlage heraus auf der Beibehaltung und Intensivierung der militärischen Integration bestehen, die für uns unverzichtbare Voraussetzung unserer Sicherheit ist.

3) Auch im politischen Bereich ist das Bündnis im Laufe der Jahre weit über die im NATO-Vertrag vorgesehene Zusammenarbeit hinausgewachsen. Grundlage der politischen Zusammenarbeit in der NATO sind die Empfehlungen der „Drei Weisen" (Martino, Lange, Pearson), die vom NATO-Rat im Dezember 1956 angenommen wurden.[6] Die Empfehlungen sehen vor, daß die Mitgliedstaaten die Konsultationen im Rahmen der NATO zu einem „integralen Bestandteil ihrer nationalen Politik" machen.

Sowohl der Umfang wie die Intensität der Konsultationen haben seit 1956 ständig zugenommen. Die Konsultation ist heute weltweit und keinen geographischen Grenzen mehr unterworfen. Dennoch bleibt die Praxis der politischen Konsultation noch hinter den hohen Anforderungen des „Berichts der Drei Weisen" zurück. Der Grund für gelegentlich auftretende Mängel der politischen Zusammenarbeit liegt in der mangelnden Konsultationsbereitschaft einzelner Staaten. Die Regeln und die Instrumente der politischen Zusammenarbeit sind vorhanden; es liegt an den NATO-Regierungen, sie zu beachten und anzuwenden.

III. Welches sind nun die Meinungsverschiedenheiten und Spannungen innerhalb der NATO, die das Schlagwort von der „Krise der NATO" entstehen ließen? Sie bestehen auf drei Gebieten:

1) auf dem Gebiet der Ost-West-Politik,
2) in anderen politischen Fragen, insbesondere der Beziehung zu den Staaten Asiens, Afrikas und Lateinamerikas,

[6] Vgl. dazu Dok. 127, Anm. 6.

3) in der Frage der politischen und militärischen Beziehungen der NATO-Staaten untereinander und der Struktur des Bündnisses.

1) Auf dem für uns entscheidend wichtigen Gebiet der Ost-West-Beziehungen bestehen keine eigentlichen Meinungsverschiedenheiten, sondern mehr Tendenzen zu unterschiedlicher Beurteilung. Einige NATO-Staaten (Belgien, Kanada, Dänemark und Norwegen) sind optimistischer in der Beurteilung der Möglichkeiten einer Entspannung.

Diese unterschiedlichen Tendenzen waren jedoch bisher nicht so tiefgreifend, daß sie die Erarbeitung einer gemeinsamen Position unmöglich gemacht und den Zusammenhalt der Allianz gefährdet hätten.

Auf dem Gebiet der Ost-West-Fragen bestehen auch keine schwerwiegenden Mängel der politischen Zusammenarbeit. Die Konsultation über alle Probleme der Abrüstung, der Sicherheit, der Deutschland- und Berlin-Frage ist intensiv und von dem Wunsch aller NATO-Staaten geprägt, eine gemeinsame Position zu erarbeiten.

Die einzige Frage, an der sich unvereinbare Positionen gegenüberstehen und in der auf dem Gebiet der Ost-West-Fragen gewisse Spannungen innerhalb der NATO entstanden sind, ist das Randgebiet der Handels- und Kreditpolitik gegenüber dem Ostblock.[7]

Auf dem Gebiet der Deutschland- und Berlin-Politik ist dagegen die Bilanz der NATO positiv. Die Durchsetzung des Alleinvertretungsanspruchs der Bundesregierung für ganz Deutschland[8] und die Isolierung der SBZ in allen nichtkommunistischen Ländern und internationalen Organisationen wären ohne die Unterstützung aller NATO-Staaten nicht möglich gewesen. Im Kommuniqué der letzten Minister-Konferenz in Den Haag haben die Außenminister der NATO-Staaten erneut bekräftigt, daß die Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit, die Durchsetzung des Selbstbestimmungsrechts für alle Deutschen ihr Ziel bleibe. Sie haben weiter bekräftigt, daß die Bundesregierung allein berechtigt ist, das deutsche Volk zu vertreten.[9] Damit bleibt die Deutschlandpolitik der NATO-Staaten seit unserem Beitritt zur NATO im Jahre 1955[10] unverändert. Diese Erklärung ist ein wertvoller Rückhalt unserer Politik.

Ebenso hat die feste und einmütige Haltung der NATO in der Berlin-Frage

[7] Zum Dissens innerhalb der NATO über die Frage einer Vergabe von Krediten an Ostblock-Staaten vgl. besonders Dok. 2. Zu den Bemühungen der Bundesregierung, eine Ausweitung der Kreditlaufzeiten zu verhindern, vgl. zuletzt Dok. 200 und weiter Dok. 273.

[8] Zum Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik und der damit verbundenen Nichtanerkennungspolitik gegenüber der DDR vgl. Dok. 46, Anm. 15.

[9] Der entsprechende Passus im Kommuniqué vom 14. Mai 1964 lautete: „Der Rat bekräftigte erneut, daß eine gerechte und friedliche Lösung der Deutschland-Frage nur auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts erreicht werden kann ... Der Rat bekräftigte ebenfalls erneut, daß die Regierung der Bundesrepublik Deutschland die einzige deutsche Regierung ist, die frei und rechtmäßig gebildet wurde und daher berechtigt ist, für Deutschland als Vertreterin des deutschen Volkes in internationalen Angelegenheiten zu sprechen." Vgl. BULLETIN 1964, S. 721.

[10] Mit Hinterlegung der Ratifizierungsurkunde bei der amerikanischen Regierung trat der NATO-Vertrag am 6. Mai 1955 für die Bundesrepublik in Kraft. Für die Bekanntmachung des Auswärtigen Amts vom 9. Mai 1955 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 630.

einen wesentlichen und vielleicht entscheidenden Beitrag zur Verteidigung der Freiheit West-Berlins geleistet. Um nur einige Beispiele zu nennen:

- Angesichts des Ultimatums Chruschtschows vom November 1958 hat sich die gesamte NATO zu ihrer Verantwortung für die Sicherheit und Wohlfahrt Berlins bekannt[11];
- auf dem Höhepunkt der Berlin-Krise im Herbst 1961 beteiligten sich alle NATO-Staaten an einem Programm der vorübergehenden Verstärkung der NATO-Streitkräfte und an militärischen Bereitschaftsmaßnahmen.

Die einmütige Bereitschaft aller NATO-Staaten, zur Verteidigung Berlins das höchste Risiko auf sich zu nehmen, ist den Sowjets nicht verborgen geblieben. Sie hat entscheidend dazu beigetragen, daß die Sowjets ihre Politik der militärischen Bedrohung zur Durchsetzung ihrer Ziele in Berlin zumindest vorübergehend aufgegeben haben.

Schließlich darf ich noch an die Solidarität aller NATO-Staaten mit den Vereinigten Staaten in der Kuba-Krise im Jahre 1962[12] erinnern, die ebenfalls ihren Eindruck auf die Sowjets nicht verfehlte.

2) In anderen weltpolitischen Fragen ist die Übereinstimmung unter den NATO-Staaten geringer. Hier treten oft unvereinbare Meinungsverschiedenheiten auf, die zu ernsten Spannungen in der NATO führen können. Ich erinnere nur an die Suez-Krise des Jahres 1956[13], welche die NATO zu sprengen drohte, an die Landung amerikanischer Truppen im Libanon im Juli 1958[14], an den Algerien-Krieg[15], der zu einer weitgehenden Isolierung Frankreichs in der NATO führte, an die Vorbehalte vieler NATO-Staaten gegenüber der niederländischen Indonesien-Politik vor der Regelung der West-Neuguinea-Frage[16], an die ernsten Spannungen zwischen Portugal und der Mehrzahl der NATO-Partner, die aus der portugiesischen Afrika-Politik[17] entstanden.

Diese Spannungen sind eine natürliche Folge des unterschiedlichen politischen Engagements der NATO-Staaten in außereuropäischen Gebieten. Sie werden in dem Maße an Aktualität und Gefährlichkeit verlieren, in dem der

[11] Zum sowjetischen Berlin-Ultimatum vom 27. November 1958 vgl. Dok. 202, Anm. 5.
Für den Wortlaut der Erklärung des NATO-Ministerrats vom 16. Dezember 1958 zur Berlin-Frage vgl. DzD IV/1, S. 382f.

[12] Zur Kuba-Krise im Oktober 1962 vgl. Dok. 17, Anm. 2.

[13] Zur Suez-Krise von 1956 vgl. Dok. 70, Anm. 20.

[14] Im Frühjahr 1958 brachen im Libanon blutige Unruhen aus. Nach einem Hilfeersuchen des Präsidenten Chamoun an die Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs landeten am 15. Juli 1958 amerikanische Marineinfanteristen im Hafen von Beirut. Die Einheiten wurden im Oktober 1958 wieder abgezogen, nachdem der Bürgerkrieg durch die Ablösung des Präsidenten und die Bildung einer neuen Regierung beendet werden konnte. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1958, S. 11044 und S. 11264.

[15] Der Algerien-Krieg begann im November 1954 mit Aufständen nationalistischer Gruppierungen und wurde am 18. März 1962 durch das Abkommen von Evian beendet, aufgrund dessen Algerien im Juli 1962 die Unabhängigkeit von Frankreich erhielt.

[16] Während die Niederlande 1949 auf ihre Kolonialgebiete in Indonesien verzichtet hatten, blieb der westliche Teil Neuguineas zunächst unter ihrer Herrschaft. Als deshalb 1962 ein bewaffneter Konflikt mit Indonesien auszubrechen drohte, kam es durch Vermittlung der USA zu einer Einigung, gemäß der West-Neuguinea unter UNO-Verwaltung gestellt und am 1. Mai 1963 Indonesien übergeben wurde. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1962, Z 220, und EUROPA-ARCHIV 1963, Z 116.

[17] Vgl. dazu Dok. 127, Anm. 20.

Prozeß der Entkolonialisierung fortschreitet und in dem die jungen Staaten Afrikas und Asiens an Stabilität gewinnen und ihren politischen Weg finden.

Vor allem werden diese Gegensätze durch die großen Fortschritte in der politischen Konsultation über Gebiete außerhalb des NATO-Bereichs, die seit 1956 erzielt wurden, gemildert. Seit 1957 finden im NATO-Rat, im politischen Ausschuß der NATO und in regelmäßig stattfindenden Experten-Konferenzen eingehende politische Konsultationen über den Mittleren Osten und den Fernen Osten statt. 1959 wurden diese Konsultationen auf unsere Initiative auf Afrika ausgedehnt, 1961 aufgrund einer von den Amerikanern aufgegriffenen deutschen Anregung auf Lateinamerika. Diese Konsultationen werden geheim gehalten, um bei der Empfindlichkeit der jungen Staaten den nachteiligen Anschein zu vermeiden, daß die NATO über ihre Geschicke entscheidet. Durch diesen Ausbau der politischen Konsultation ist sichergestellt, daß künftige Meinungsverschiedenheiten zwischen den NATO-Staaten, die sich bereits abzeichnen, entschärft werden und nicht im gleichen Maße zu einer Krise in der NATO führen wie vor einigen Jahren. Solche Probleme sind insbesondere der amerikanisch-französische Gegensatz in der Vietnam- und Laos-Frage[18], das amerikanische Bestreben, die NATO-Partner in Vietnam zu engagieren[19], die britische Politik in Südarabien[20] und die Malaysia-Frage[21].

In diesen Zusammenhang gehört auch die Zypern-Frage[22], die zu scharfen Gegensätzen zwischen zwei NATO-Partnern – Griechenland und Türkei – geführt haben. Für diesen Konflikt, dessen Wurzeln weit in die Geschichte der beiden Staaten zurückreichen, kann die NATO schwerlich verantwortlich gemacht werden. Der Möglichkeit der NATO, hier schlichtend tätig zu werden, sind enge Grenzen gesetzt, weil Zypern der NATO nicht angehört.[23]

3) Während die bisher behandelten Meinungsverschiedenheiten unter den NATO-Staaten Probleme der Abstimmung ihres Handelns gegenüber dritten Staaten betrafen, ist der dritte Bereich von Spannungsfaktoren aus unterschiedlichen Ansichten über die Art und Weise ihrer politischen und militärischen Zusammenarbeit untereinander entstanden und berührt die Struktur der NATO.

a) Die schwierigsten Probleme dieser Art sind aus der eigenwilligen NATO-Politik de Gaulles entstanden. Die Elemente dieser Politik sind:

[18] Zu den Differenzen zwischen Frankreich und den USA über die Politik in Südostasien vgl. besonders Dok. 154.

[19] Zur Erklärung des amerikanischen Außenministers Rusk im NATO-Ministerrat am 12. Mai 1964 in Den Haag vgl. Dok. 127, Anm. 12.

[20] Im Bestreben, die südarabischen Protektoratsgebiete und die Kronkolonie Aden als Staatenbund in die Unabhängigkeit zu entlassen, unterstützte Großbritannien die 1959 gegründete „Föderation der Südlichen Arabischen Emirate" und setzte am 28. März 1964 in deren bewaffneten Auseinandersetzungen mit der Arabischen Republik Jemen seine Luftwaffe ein. Diese Aktion wurde am 9. April 1964 im UNO-Sicherheitsrat mit den Stimmen der NATO-Staaten Frankreich und Norwegen verurteilt. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1964, Z 84 und Z 104.

[21] Zu den Grenzstreitigkeiten zwischen Malaysia und Indonesien vgl. Dok. 15, Anm. 47.

[22] Zur Zypern-Frage vgl. zuletzt Dok. 159.

[23] Zur Behandlung des Zypern-Konflikts innerhalb der NATO vgl. zuletzt Dok. 196, Anm. 3, und weiter Dok. 235.

– die mangelnde Bereitschaft, die außenpolitische Handlungsfreiheit Frankreichs durch die Pflicht zur Konsultation in der NATO einschränken zu lassen und auf die besonderen Interessen der USA Rücksicht zu nehmen. (Beispiel: Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Volksrepublik China)[24];
– Ablehnung der aus der Machtsituation gegebenen Führungsposition der Amerikaner; Streben nach einer eigenständigen Verteidigung Europas;
– Ablehnung des Prinzips der Integration der Verteidigungsmittel der Allianz;
– Priorität für den Aufbau eines nationalen strategischen Potentials (Force de Frappe); Vernachlässigung der NATO-Aufgaben der französischen Streitkräfte;
– Festhalten am überholten strategischen Konzept der massiven Vergeltung[25], wohl auch, um den Aufbau der Force de Frappe zu rechtfertigen;
– Streben nach einer bevorrechtigten Stellung Frankreichs innerhalb der Allianz.

b) Weitere Spannungen sind aus der amerikanischen Politik entstanden:

– aus der Tatsache, daß die Amerikaner praktisch allein über das große Kernwaffenpotential verfügen. Ihr Bemühen, die europäischen Partner an dieser Verantwortung zu beteiligen, steht noch in den Anfängen. Die MLF[26] ist jedoch ein bedeutungsvoller Ansatz hierzu;
– aus der amerikanischen Forderung an die europäischen NATO-Partner, ihre konventionellen Streitkräfte in einem Maß zu verstärken, das über deren wirtschaftliche und politische Möglichkeiten hinausgeht;
– aus der gelegentlichen amerikanischen Neigung, extreme strategische Theorien zu vertreten, die an manchen Orten Ungewißheit über den amerikanischen Beistand hervorrufen.

c) Schließlich ist auch die unklare nukleare Politik Großbritanniens, sein Bestreben, trotz der Einbringung seiner nuklear gerüsteten Bomberflotte in die NATO ein möglichst großes Maß an nuklearer Eigenständigkeit beizubehalten, ein Spannungsfaktor in der NATO.

Während die französische NATO-Politik sehr rigide ist und sich kaum bemüht, Kompromisse zu finden, die Briten ihre Sonderinteressen mit großer Hartnäckigkeit verfolgen, sind die Amerikaner bemüht, nachteilige Auswirkungen ihrer Politik auf die NATO abzufangen und Lösungen zu finden, die für alle NATO-Partner annehmbar sind.

IV. Ehe ich auf die Möglichkeit der Überwindung dieser Gegensätze eingehe, möchte ich kurz die deutsche NATO-Politik skizzieren. Ich möchte dabei die Probleme der Vorwärtsverteidigung[27], der NATO-Strategie und andere militärische Fragen, auf die der Herr Bundesminister der Verteidigung[28] eingehen wird, ausklammern und mich auf die grundsätzlichen Ziele unserer NATO-Po-

[24] Zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Frankreich und der Volksrepublik China am 27. Januar 1964 vgl. besonders Dok. 11 und Dok. 17.
[25] Zur Auseinandersetzung um das strategische Konzept der NATO vgl. Dok. 14, Anm. 34.
[26] Zur geplanten multilateralen Atomstreitmacht vgl. zuletzt Dok. 172 und weiter Dok. 238.
[27] Zum Konzept der Vorwärtsverteidigung vgl. Dok. 117, Anm. 8.
[28] Kai-Uwe von Hassel.

litik beschränken. Diese Ziele, die wir seit unserer Eingliederung in die NATO beharrlich vertreten haben, sind:

1) Sicherung und weiterer Ausbau der Integration der Verteidigungsmittel der Allianz. Die militärische Integration ist für uns die Voraussetzung unserer Sicherheit. Sie ist die militärisch zweckmäßigste Organisationsform der NATO-Streitkräfte, sie ist das beste Bindemittel der Allianz, und sie bildet die wirksame Garantie dafür, daß bei einem sowjetischen Angriff das gesamte Potential der NATO zur Verteidigung unserer Freiheit eingesetzt wird.

2) Wir wollen die Vereinigten Staaten nicht aus Europa herausdrängen, sondern im Gegenteil Nordamerika politisch und militärisch mit Europa verklammern. Wir wollen die Vereinigten Staaten in Europa unlösbar engagieren und die Unteilbarkeit der Verteidigung Europas und Nordamerikas so fest wie möglich in der militärischen Planung der NATO verankern.

3) Wir sind der Ansicht, daß das strategische nukleare Potential der Vereinigten Staaten der wirksamste Schutz unserer Sicherheit ist. Wir haben keinen Anlaß zu zweifeln, daß die Vereinigten Staaten dieses Potential einsetzen werden, sobald es zur Verteidigung Europas erforderlich ist.

4) Wir treten für die Beteiligung der europäischen NATO-Staaten an der Verantwortung für die Zielplanung und den Einsatz der strategischen Waffen der Allianz ein. Dabei soll jedoch die letzte Verantwortung des Präsidenten der Vereinigten Staaten für die Freigabe nuklearer Waffen nicht beseitigt werden.

5) Wir lehnen die Bildung eines Dreier-Direktoriums in der NATO[29] ab. Das politische Gewicht und der militärische Beitrag der Bundesrepublik Deutschland schließen es aus, daß wir uns mit einer zweitrangigen Position in der NATO abfinden.

6) Wir halten eine enge deutsch-französische Zusammenarbeit und eine aktive Mitarbeit Frankreichs in der NATO für unerläßlich. Es ist daher unsere Aufgabe beizutragen, daß die Gegensätze zwischen den Vereinigten Staaten und Frankreich und zwischen Frankreich und der NATO sich nach Möglichkeit entschärfen.

7) Wir sind zurückhaltend gegenüber Bestrebungen, den geographischen Bereich für die Beistandspflicht aus dem NATO-Vertrag[30] über das NATO-Gebiet hinaus auszudehnen.

V. 1) Wie können wir die oben skizzierten Spannungen innerhalb der NATO beseitigen und die Ziele der deutschen NATO-Politik durchsetzen?

Diese Frage wird oft mit der Empfehlung beantwortet, die NATO zu reformieren und den NATO-Vertrag zu revidieren. Dabei wird in der öffentlichen Mei-

[29] Zum Vorschlag des Staatspräsidenten de Gaulle vom 17. September 1958 für ein von Frankreich, den USA und Großbritannien zu bildendes „Dreier-Direktorium" innerhalb der NATO vgl. Dok. 59, Anm. 53, und weiter Dok. 264.

[30] Artikel 6 des NATO-Vertrags vom 4. April 1949: „Im Sinne des Artikels 5 gilt als bewaffneter Angriff auf eine oder mehrere Parteien jeder bewaffnete Angriff auf das Gebiet einer der Parteien in Europa oder Nordamerika, auf die algerischen Departements Frankreichs, auf die Besatzungsstreitkräfte einer Partei in Europa, auf die der Gebietshoheit einer Partei unterstehenden Inseln im nordatlantischen Gebiet nördlich des Wendekreises des Krebses oder auf die Schiffe oder Flugzeuge einer der Parteien in diesem Gebiet." Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 290.

nung oft von der irrigen Annahme ausgegangen, daß der NATO-Vertrag ohnehin 1969 auslaufe oder überprüft werden müsse. Dies trifft nicht zu. Nach Artikel 12 des Vertrages kann jeder Partner nach 10 Jahren (d.h. ab 1959) eine Überprüfung des Vertrages beantragen. Gemäß Artikel 13 kann nach 20jähriger Laufzeit (d.h. 1969) jeder NATO-Staat mit einjähriger Kündigungsfrist aus der NATO ausscheiden.[31] Die Gültigkeitsdauer des Vertrages ist jedoch nicht begrenzt.

Außenminister Butler erinnerte in Den Haag[32] daran, daß anläßlich der Aufnahme Deutschlands in die NATO alle auf der Neun-Mächte-Konferenz im Oktober 1954[33] vertretenen Regierungen (der WEU-Staaten, Kanadas und der USA) der Ansicht waren, der Nordatlantikpakt gelte auf unbegrenzte Dauer. Butler fügte hinzu, dies sei eine feierliche und bedeutungsvolle Verpflichtung, „zu der wir stehen".

Bisher hat kein NATO-Staat den Antrag gestellt, den NATO-Vertrag zu ändern oder die Struktur der NATO zu reformieren. Ebensowenig hat irgendein NATO-Staat zu erkennen gegeben, daß er beabsichtigt, nach 1969 aus der NATO auszuscheiden.

2) Dies gilt auch für Frankreich. Zwar ist Frankreich als einziger NATO-Staat der Auffassung, daß die Struktur der NATO reformbedürftig ist. Frankreich geht es vor allem darum, die Integration der NATO-Verteidigung zu beseitigen und damit die Allianz zu dem locker gefügten klassischen Verteidigungsbündnis zurückzuentwickeln, als das sie ursprünglich 1949 konzipiert war.[34]

Präsident de Gaulle ist sich jedoch darüber im klaren, daß Frankreich mit diesen Reformplänen allein steht und nicht mit ihrer Unterstützung durch die übrigen NATO-Partner rechnen kann. De Gaulle hat daher vorläufig darauf verzichtet, eine Reform der NATO nach seinen Vorstellungen durchzusetzen. Anstatt dessen hat er seit 1959 Frankreich Schritt für Schritt aus der militärischen Integration herausgelöst. Etappen auf diesem Wege waren die Herauslösung der Mittelmeerflotte (im Jahre 1959), der Atlantikflotte (im Jahre 1963) und von Teilen der Luftwaffe (1963) aus der NATO-Unterstellung[35], die Ausgliederung der französischen Marine aus der NATO-Kommando-Struktur (1964)[36], das Verbot, nukleare Sprengköpfe für NATO-Truppen auf französi-

31 Vgl. dazu bereits Dok. 180, Anm. 17.

32 Zur Sitzung des NATO-Ministerrats am 13. Mai 1964 vgl. Dok. 127.

33 Nach dem Scheitern der EVG wurde auf der Neun-Mächte-Konferenz vom 28. September bis 3. Oktober 1954 in London beschlossen, die Bundesrepublik sowohl in die NATO als auch in die WEU aufzunehmen. Teilnehmerstaaten der Konferenz waren Belgien, die Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Kanada, Luxemburg, die Niederlande und die USA. Für den Wortlaut der Schlußakte vom 3. Oktober 1954 vgl. EUROPA-ARCHIV 1954, S. 6978–6987. Vgl. dazu auch Dok. 14, Anm. 33.

34 Zur französischen Haltung gegenüber der NATO vgl. besonders Dok. 127, Dok. 180 und Dok. 182.

35 Im August 1963 wurden 6 Staffeln des in der Bundesrepublik stationierten 1. Korps der französischen Luftwaffe dem Oberbefehl der NATO entzogen. Vgl. dazu AAPD 1963, III, Dok. 395.
Zum Rückzug der Mittelmeerflotte und der Atlantikflotte Frankreichs aus der NATO-Assignierung vgl. Dok. 117, Anm. 5.

36 Vgl. dazu Dok. 196, Anm. 15.

schem Boden zu lagern (1959)[37], und die Weigerung, seine aus Algerien zurückgeführten Divisionen wieder der NATO zu assignieren.[38]

Diese Maßnahmen bedeuten eine ernstliche Schwächung des gemeinsamen Verteidigungspotentials der NATO. Sie können aber zur Not noch hingenommen werden, solange Frankreich

a) seine in Deutschland stationierten Heerestruppen (etwa 69000 Mann) und die zu ihrer Unterstützung erforderlichen Teile der französischen Luftwaffe in der NATO-Assignierung beläßt;
b) durch Vereinbarung mit den NATO-Befehlshabern eine enge Zusammenarbeit der national unterstellten französischen Streitkräfte mit den NATO-Truppen im Kriege sicherstellt;
c) Fortschritte in der NATO-Planung nicht behindert, auch wenn es sich selbst nicht oder nicht voll daran beteiligen will.

Diese Politik ist nur ein Notbehelf. Sie hat aber den Vorzug, daß sie durchführbar ist. Wir müssen danach streben, Frankreich in einer Art „Koexistenz" mit der NATO zu halten, um gefährlich werdende Spannungen zu vermeiden.

Wir haben gegenüber der französischen Regierung seit Ende 1958 stets eindeutig klargestellt, daß wir mit der NATO-Politik Frankreichs nicht einverstanden sind. Die französische Regierung zeigt Verständnis für unsere abweichende Auffassung und hat uns zugesichert, daß Frankreich den Status der im Bundesgebiet stationierten assignierten Truppen und Luftwaffenverbände nicht ändern wird.

Ich bin überzeugt, daß die von Frankreich gestellten Probleme der NATO-Struktur zur Zeit nicht lösbar sind. Sie können jedoch mit Geduld und mit pragmatischem Vorgehen so weit entschärft werden, daß sie die Geschlossenheit und die Vitalität der Allianz nicht gefährden.

3) Die anderen Probleme des politischen und militärischen Verhältnisses der NATO-Staaten untereinander sind dagegen leichter lösbar und zum Teil bereits gelöst. In der deutschen Öffentlichkeit wird oft die Ansicht vertreten, daß die NATO in eine Sackgasse geraten und handlungsunfähig geworden sei. Dies ist keineswegs der Fall.

Um nur einige Beispiele aus den letzten Jahren für wichtige Fortschritte zur Lösung offener Fragen zu nennen:

a) Die von der Minister-Konferenz in Athen im Jahre 1962 beschlossenen sogenannten „Guidelines"[39], in denen sich die Vereinigten Staaten und Groß-

[37] Vgl. dazu Dok. 66, Anm. 9.

[38] In einer Aufzeichnung vom 21. Oktober 1963 führte Botschafter Blankenhorn, Paris, zur Entscheidung des Staatspräsidenten de Gaulle über die Verwendung der 1962 aus Algerien zurückkehrenden Truppen aus: „Nach Beendigung des Algerienkrieges sah er davon ab, die seinerzeit mit Genehmigung des NATO-Rats nach Algerien verlegten französischen Divisionen nach ihrer Rückverbringung in das Mutterland der NATO wieder zu unterstellen. Als Folge hiervon hat Frankreich gegenwärtig nur seine beiden in Deutschland stationierten Divisionen sowie das 1. CATAC der NATO unterstellt. Damit bleibt Frankreich gegenüber der ursprünglichen NATO-Forderung von 14 französischen NATO-Divisionen im Vergleich zu 12 deutschen NATO-Divisionen weit im Rückstand." Vgl. AAPD 1963, III, Dok. 395.

[39] Vgl. dazu Dok. 127, Anm. 14.

britannien verpflichteten, nukleare Waffen zur Verteidigung Europas bereitzustellen und ihren Einsatz bestimmten Regeln zu unterwerfen;

b) die Beschlüsse der Minister-Konferenz in Ottawa im Jahre 1963[40] über die NATO-Unterstellung des britischen Bomber-Kommandos, die Reorganisation der nuklearen Streitkräfte SACEURs und die Einrichtung eines Verfahrens der langfristigen Streitkräfteplanung;

c) die weitgehende Angleichung der strategischen Vorstellungen der Vereinigten Staaten und der europäischen NATO-Staaten (mit Ausnahme Frankreichs). Die strategische Konzeption ist heute weniger ein Problem der Beziehungen der Vereinigten Staaten zu Europa, als ein Problem der Beziehungen Frankreichs zur NATO;

d) die Anordnung der Vorwärtsverteidigung durch SACEUR im Jahre 1963[41];

e) die Internationalisierung des Stabes der Standing Group.[42] Diese im Juni 1964 durchgeführte Maßnahme bedeutet eine Verstärkung des Einflusses der Nicht-Standing-Group-Nationen und insbesondere Deutschlands, das den ersten Direktor des Stabes stellt[43];

f) schließlich das Projekt der MLF. Die Bundesregierung ist überzeugt, daß dieses Projekt, das sich seiner Verwirklichung nähert, der NATO neue Perspektiven eröffnet und den Weg zu einer sinnvollen Zusammenarbeit der europäischen NATO-Staaten mit den Vereinigten Staaten auf nuklearem Gebiet weist. Die MLF ist
- militärisch sinnvoll. Sie erfüllt eine militärische Anforderung SACEURs. Eingehende Untersuchungen haben ergeben, daß die MLF-Schiffe weitgehend unverwundbar sind;
- die MLF steht im gemeinsamen Eigentum der MLF-Staaten. Sie wird in erster Linie zur Verteidigung Europas bereitstehen. Sie begründet ein unlösbares militärisches Engagement der Vereinigten Staaten in Europa;
- die MLF sieht eine neue Form der Integration bis in die unterste Einheit vor, eine Integration der Soldaten und nicht nur oberster Stäbe;
- sie verwirklicht für einen Teil des Kernwaffenpotentials die nukleare Mitverantwortung der europäischen Partner.

VI. Wie können die offenen Probleme der NATO, die den Zusammenhalt der NATO gefährden, gelöst oder zumindest entschärft werden? Ich glaube nur dann, wenn wir eine klare Konzeption Schritt für Schritt im geduldigen Bemühen, widerstreitende Interessen in Einklang zu bringen, verwirklichen.

Das Problem der nuklearen Mitbestimmung kann nicht dadurch geregelt wer-

[40] Zu den Ergebnissen der Sitzung des NATO-Ministerrats vom 22. bis 24. Mai 1963 in Ottawa vgl. AAPD 1963, II, Dok. 190.

[41] Im Oktober 1963 ordnete der Oberbefehlshaber der NATO-Streitkräfte in Europa (SACEUR), General Lemnitzer, an, daß die potentielle Verteidigungslinie der NATO in Mitteleuropa in die Nähe der Demarkationslinie in Deutschland vorverlegt werden solle. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Scheske vom 21. August 1964; Abteilung II (II 7), VS-Bd. 1323; B 150, Aktenkopien 1964.

[42] Zur Neuorganisation des Planungsstabs der Standing Group vgl. Dok. 50, Anm. 5.

[43] Zum ersten Direktor des internationalisierten Planungsstabs wurde Brigadegeneral Ferber bestimmt. Vgl. dazu NATO-BRIEF, Juli/August 1964, S. 26.

den, daß jeder NATO-Staat sich unter Duplizierung der Anstrengungen anderer NATO-Partner eine eigene Nuklearstreitmacht aufbaut. Wir sind der Ansicht, daß die MLF der zweckmäßigere, billigere, militärisch sinnvollere und allianzkonforme Weg zu einer nuklearen Mitbestimmung ist.

Die Struktur der Allianz ist gesund. Sie darf jedoch nicht stillstehen, sondern muß auf dem seit 1949 beschrittenen Weg fortfahren, sich Schritt für Schritt weiterzuentwickeln und den an sie gestellten Anforderungen anzupassen. Die Probleme der Allianz sind aus widerstreitenden nationalen Interessen entstanden. Sie können nicht durch Organisationsschemata gelöst werden. Es gibt keine Blaupause der NATO-Struktur, welche die Interessen-Gegensätze zwischen souveränen Staaten verschwinden lassen könnte. Diese Gegensätze können nur durch eine geduldige Arbeit des Ausgleichens, des Suchens nach Kompromissen und des schrittweisen Vorgehens aufgelöst werden. Die Bundesregierung sieht ihre Aufgabe darin, hier aktiv mitzuwirken und Möglichkeiten einer Verbesserung und Stärkung der NATO zu finden und zu unterstützen.

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 403

221

Aufzeichnung des Generalkonsuls Ruete

II 8-82/01-4/3748/64 VS-vertraulich **4. August 1964**[1]

Betr.: Einbeziehung der SBZ in weitere Abkommen auf dem Gebiete der Rüstungskontrolle

Bezug: 1) Anliegende Weisung des Staatssekretärs vom 20.6.64 auf FS Nr. 429 vom 19.6.64 VS-vertraulich[2];
2) Wiederbeigefügte Aufzeichnung der Abteilung II vom 27. September 1963 – II 8-82/07/4639/63 VS-vertraulich[3]

I. Es besteht die Möglichkeit, daß weitere in Genf[4] zur Zeit erörterte Vorschläge auf dem Gebiet der Rüstungskontrolle demnächst zu Vereinbarungen führen und durch eine offene Beitrittsklausel auch der SBZ den Weg zur Teilnahme an diesen Abkommen eröffnen.

Zur Zeit stehen folgende Projekte im Vordergrund, die nach westlicher Auffassung Aussicht auf eine Vereinbarung bieten, nämlich

[1] Die Aufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Lahn konzipiert.

[2] Dem Vorgang nicht beigefügt.
Für den Drahtbericht des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Lahn vom 19. Juni 1964 vgl. Abteilung II (II 8), VS-Bd. 284, B 150, Aktenkopien 1964.

[3] Dem Vorgang nicht beigefügt. Vgl. Abteilung II (II 8), VS-Bd. 293; B 150, Aktenkopien 1963.

[4] Zu den Verhandlungen auf der Konferenz der 18-Mächte-Abrüstungskommission in Genf vgl. zuletzt Dok. 173.

1) ein Abkommen über die Einstellung der Produktion spaltbaren Materials für militärische Zwecke (Cut-off), das über den Kreis der Nuklearmächte hinaus erweitert und auch auf die Nichtnuklearmächte ausgedehnt werden soll. Die SBZ könnte daran interessiert sein, einen Verzicht auf Kernwaffenproduktion auszusprechen und dem Abkommen beizutreten;

2) ein Abkommen über die Vernichtung von veralteten Bomberflugzeugen vom Typ B-47 und den sowjetischen TU-16[5], das durch die „Beigabe" von anderem veralteten Kriegsmaterial erweitert und möglicherweise anderen Staaten zum Beitritt angeboten werden soll. Die SBZ könnte auch hier ein Interesse daran haben, sich zur Vernichtung einigen alten Kriegsgeräts bereitzufinden und dem Abkommen beizutreten;

3) ein Abkommen über die Nichtverbreitung von Kernwaffen.

II. Im Bereich weltweit angelegter Rüstungskontrollmaßnahmen werden wir bei unseren Verbündeten – im Gegensatz zu anderen multilateralen Verträgen – nicht die Forderung durchsetzen können, daß die SBZ ausgeschlossen bleiben müsse. Dies gilt vor allem für Maßnahmen, die eine effektive Reduzierung der Rüstungen zum Gegenstand haben. Man wird, wenn etwa teilweise abgerüstet würde, nicht mit dem Argument Gehör finden, die SBZ werde durch ihre Teilnahme an dem Abrüstungsprozeß aufgewertet oder gar anerkannt und müsse daher der betreffenden Abrüstungsmaßnahme fernbleiben.

1) Abteilung II hatte bereits in der beigefügten Aufzeichnung vom 27.9.1963 die Ansicht geäußert, daß man bei einem künftigen multilateralen Vertrag auf dem Abrüstungsgebiet

a) auf die Konstruktion der drei Depositarmächte (wie beim Teststoppvertrag)[6] werde zurückgreifen müssen, und
b) daß man die offene Beitrittsklausel[7] im Vertrag selbst aus Gründen der Klarheit und zwecks Festlegung aller rechtlichen und politischen Konsequenzen möglichst durch einen Vorbehalt dahin ergänzen sollte, daß durch die „Teilnahme" nichtanerkannter Gebiete keine Anerkennungswirkung eintritt.

2) Referat V 1 hat in einer Zuschrift vom 28. Juli 1964[8] in Anlehnung an eine im Zusammenhang mit dem Teststopp-Abkommen ausgearbeitete Formulie-

[5] Vgl. dazu bereits Dok. 15, besonders Anm. 23.

[6] Artikel 3, Ziffer 2 des Teststopp-Abkommens vom 5. August 1963: „This Treaty shall be subject to ratification by signatory States. Instruments of ratification and instruments of accession shall be deposited with the Governments of the Original Parties – the United States of America, the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, and the Union of Soviet Socialist Republics – which are hereby designated the Depositary Governments." Vgl. DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1963, S. 292.

[7] Artikel 3, Ziffer 1 des Teststopp-Abkommens vom 5. August 1963: „This Treaty shall be open to all States for signature. Any State which does not sign this Treaty before its entry into force in accordance with paragraph 3 of this Article may accede to it at any time." Vgl. DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1963, S. 292.

[8] Für die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Schenck vom 28. Juli 1964 vgl. Abteilung II (II 8), VS-Bd. 284; B 150, Aktenkopien 1964.

rung (vgl. Drahterlaß an die Botschaft Washington vom 29.7.1963 – StS-1321/63 geheim)[9] folgende Nichtanerkennungsklausel vorgeschlagen:

„Die Abgabe von Ratifikations- oder Beitrittserklärungen durch Gebiete oder Behörden, die nicht allgemein als Staaten oder Regierungen anerkannt sind, bewirkt keine Änderung des allgemeinen völkerrechtlichen Status solcher Gebiete oder Behörden und erzeugt keine Vertragsbeziehungen im Verhältnis zu Vertragsstaaten, die jene Gebiete oder Behörden nicht anerkannt haben."

Diese Formel, die voraussichtlich auch die Zustimmung nicht nur unserer Verbündeten, sondern wohl auch der Sowjets finden würde (vgl. das Problem der Teilnahme Taiwans am Teststoppvertrag)[10], hätte auch im Hinblick auf die Registrierung künftiger Abrüstungsvereinbarungen beim Generalsekretär der Vereinten Nationen den Vorteil der Klarstellung der Rechtslage.

3) Referat V 1 hat weiter darauf hingewiesen, daß es vom Inhalt des Vertrages abhängen werde, ob eine solche generelle Nichtanerkennungsklausel ausreichend sei. Falls nämlich der Vertrag und seine Durchführung eine enge Zusammenarbeit und Mitwirkung aller Parteien nötig macht, wie es z.B. bei der Errichtung von Beobachtungsposten[11] oder bei der Beteiligung an Kontrollorganen der Fall wäre, könnte eine Anerkennungswirkung – wenn überhaupt – nur durch einen ganz konkreten Vorbehalt vermieden werden.

III. Obwohl eine abschließende Stellungnahme zu diesen Fragen erst dann möglich ist, wenn Form und Inhalt der neuen Vereinbarungen bekannt sind, sollte doch versucht werden, eine interne grundsätzliche Entscheidung über die Form der Beteiligung der SBZ an den in Rede stehenden multilateralen Abkommen anzustreben.

Die amerikanische Abrüstungsdelegation in Genf ist davon unterrichtet, daß das fragliche Problem nicht ohne weiteres in derselben Form wie beim Teststoppvertrag gelöst werden könne, sondern daß bessere Möglichkeiten gesucht werden müssen. Sie erwartet hierzu unsere Vorschläge.

Dabei sollte jedoch bedacht werden, daß keine wie auch immer geartete Formel gewisse Rückwirkungen auf eine Aufwertung der SBZ ganz ausschließen könnte; aus diesem Grunde sollte auch den Amerikanern keine Formulierung als eine generelle Lösung angeboten werden, durch die für uns die Einbeziehung der SBZ in multilaterale Abrüstungsverträge allgemein annehmbar ge-

[9] Staatssekretär Carstens übermittelte am 29. Juli 1963 ein Schreiben des Bundesministers Schröder an den amerikanischen Außenminister Rusk. Darin wurde gebeten, das Teststopp-Abkommen durch ein Protokoll folgenden Wortlauts zu ergänzen: „Die Ratifizierung des Abkommens oder der Beitritt zu ihm durch Gebiete oder Behörden (territories or authorities), die nicht allgemein als Staaten anerkannt sind, erzeugen Vertragsbeziehungen nur zu solchen Vertragsstaaten, die jene Gebiete oder Behörden (territories or authorities) bereits als Staaten anerkannt haben." Vgl. AAPD 1963, II, Dok. 244.

[10] Die Regelung über die Depositarmächte in Artikel 3 des Teststopp-Abkommens vom 5. August 1963 entsprach dem Wunsch der UdSSR, eine Anerkennung der Republik China (Taiwan) zu vermeiden. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Lahn vom 31. Juli 1963; Abteilung II (II 8), VS-Bd. 291; B 150, Aktenkopien 1963.

[11] Zum Vorschlag einer Errichtung von Bodenbeobachtungsposten vgl. Dok. 43, besonders Anm. 14.

macht würde. Unsere endgültige Stellungnahme würden wir uns für jeden Einzelfall gesondert vorbehalten.[12]

Hiermit über den Herrn Staatssekretär[13] dem Herrn Bundesminister[14] mit der Bitte um Entscheidung vorgelegt.

Abteilung V hat mitgezeichnet.

Ruete

Abteilung II (II 8), VS-Bd. 284

[12] Mit Drahterlaß vom 27. August 1964 übermittelte Generalkonsul Ruete der Botschaft in Washington Richtlinien für entsprechende Konsultationen, die auch der amerikanischen Delegation bei der Konferenz der 18-Mächte-Abrüstungskommission in Genf zur Kenntnis gebracht werden sollten. Danach sollte die zitierte Nichtanerkennungsklausel als Möglichkeit für den Fall vorgeschlagen werden, daß ein Ausschluß der DDR von etwaigen Vereinbarungen nicht erreichbar wäre. Ruete betonte: „In jedem Fall muß [den] Amerikanern klargemacht werden, daß keine Formel gewisse Aufwertungswirkungen für [die] SBZ ausschließen und daher [die] Einbeziehung der SBZ in offene multilaterale Rüstungskontrollverträge für uns generell annehmbar machen kann. Wir müssen daher für jeden Einzelvertrag unsere endgültige Stellungnahme vorbehalten und auf möglichst frühzeitige Beteiligung Wert legen." Vgl. Abteilung II (II 8), VS-Bd. 284; B 150, Aktenkopien 1964.

[13] Hat Staatssekretär Carstens am 11. August 1964 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Wir sollten den Amerikanern jetzt sagen, daß bei etwaigen weiteren offenen Abkommen geprüft werden sollte, ob die SBZ ausgeschlossen werden könne. Andernfalls müßte nach unserer Ansicht die Teststopplösung (3-Depositarmächte) durch eine Nichtanerkennungsklausel ergänzt werden."

[14] Hat Bundesminister Schröder am 13. August 1964 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Mit Vorschlag einverstanden".

222

Staatssekretär Carstens an die Botschaft in Paris

St.S. 1472/64 VS-vertraulich **5. August 1964**
Fernschreiben Nr. 768 **Aufgabe: 6. August 1964, 10.38 Uhr**

Zur eigenen Unterrichtung

Graf d'Aumale suchte mich auf und bat mich um Aufklärung über einen Satz in einer Pressekonferenz, die Staatssekretär von Hase am 30. Juli abgehalten hat.[1] Auf Fragen deutscher Journalisten, die sich auf die Pressekonferenz de Gaulles vom 23. Juli[2] bezogen, hat Herr von Hase geantwortet:
Die französische Regierung vertrete den Standpunkt, daß das Problem der deutschen Grenzen auf einer Friedenskonferenz mit Gesamtdeutschland zu regeln sei. Irgendwelche vorherigen Andeutungen ihres materiellen Standpunktes in dieser Frage habe die französische Regierung nicht gegeben.

Ich habe erklärt, Herr von Hase habe diese Erklärung abgegeben, um die französische Regierung gegen den Vorwurf zu schützen, daß sie in der Frage der deutschen Ostgrenzen einen materiell unseren Interessen abträglichen Standpunkt einnähme.

Graf d'Aumale erwiderte, daß er dies verstehe, er sei aber beauftragt worden, darauf hinzuweisen, daß Herr von Hase den französischen Standpunkt nicht ganz richtig wiedergegeben habe. Die französische Regierung habe sich einmal zu der materiellen Frage geäußert. Sie beabsichtige, diese Äußerungen nicht öffentlich zu wiederholen, doch bleibe sie bei dem, was damals gesagt worden sei.

Meine Frage, ob der Gesandte auf die Erklärungen General de Gaulles aus dem Jahre 1959[3] anspiele, bejahte d'Aumale.

[1] Der Chef des Presse- und Informationsamtes, von Hase, nahm am 30. Juli 1964 zur französischen Haltung hinsichtlich der Oder-Neiße-Linie Stellung. Unter Bezugnahme auf eine 1959 zwischen Staatspräsident de Gaulle und dem damaligen Bundeskanzler Adenauer getroffene Vereinbarung erläuterte er: „Die Situation ist auf der höchstmöglichen Ebene geklärt worden. Seitdem ist dies vollkommen klar zwischen der deutschen und französischen Regierung. Es gibt unzählige Gremien, in denen dauernd diese Fragen besprochen werden und auch zu Protokoll gegeben werden müssen ... Es besteht nicht der geringste Anlaß, ... irgendeinen Zweifel in die Haltung der französischen Regierung zu stellen. Ich möchte das mit aller Entschiedenheit zurückweisen." Ausdrücklich verneinte Hase auch die Frage, ob in den jüngsten Äußerungen des Staatspräsidenten de Gaulle eine Änderung des französischen Standpunkts gesehen werden könne. Vgl. den Vermerk des Legationsrats I. Klasse Bock vom 21. August 1964; Abteilung II (II 2), VS-Bd. 224; B 150, Aktenkopien 1964.
Zum „Schweigeabkommen" zwischen Staatspräsident de Gaulle und dem ehemaligen Bundeskanzler Adenauer hinsichtlich der Oder-Neiße-Linie vgl. Dok. 248, Anm. 7.

[2] Zur Pressekonferenz des französischen Staatspräsidenten vgl. Dok. 210, besonders Anm. 2, und Dok. 218.

[3] Auf einer Pressekonferenz am 25. März 1959 erklärte der französische Staatspräsident: „La réunification des deux fractions en une seule Allemagne, qui serait entièrement libre, nous paraît être le destin normal du peuple allemand, pourvu que celui-ci ne remette pas en cause ses actuelles frontières, à l'ouest, à l'est, au nord et au sud ..." Vgl. DE GAULLE, Discours et messages, Bd. 3, S. 84 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. DzD IV/1, S. 1268.

Ich habe den Gesandten gebeten, eine zugleich dringende und herzliche Bitte der Bundesregierung der französischen Regierung zu übermitteln. Diese Bitte gehe dahin, unter keinen Umständen zu der materiellen Regelung der Grenzfrage Stellung zu nehmen. Die Formel sollte lauten, daß die Regelung der Grenzfrage den Friedensvertragsverhandlungen mit einer gesamtdeutschen Regierung vorbehalten bleiben müsse. Jede Erklärung über das angestrebte materielle Ergebnis der Friedensvertragsverhandlungen schwäche die künftige Position der gesamtdeutschen Regierung (ausgenommen natürlich, wenn die Forderung erhoben würde, an den Grenzen vom 31.12.1937 festzuhalten) und sei daher den deutschen Interessen abträglich.[4]

Der Gesandte erklärte, er werde meine Bitte der französischen Regierung alsbald übermitteln.[5]

Carstens[6]

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 425

223

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jansen

I A 1-80.00/2262/64 VS-vertraulich **5. August 1964**

Botschafter Guidotti wünschte mich heute zu sprechen. Das Gespräch wandte sich schon bald der Pressekonferenz de Gaulles[1] zu. Aus früheren Gesprächen mit Herrn Guidotti wußte ich, daß er dem französischen Präsidenten mit Mißtrauen gegenübersteht. Auch heute gab er seiner Überzeugung Ausdruck, daß de Gaulle es darauf angelegt habe, die Amerikaner aus Europa zu verdrängen.

[4] In einem Vermerk vom 14. August 1964 hielt Staatssekretär Carstens fest, der Chef des Bundeskanzleramtes, Westrick, habe um Prüfung gebeten, ob eine weitere Klarstellung gegenüber der französischen Regierung notwendig sei. Dazu vermerkte Bundesminister Schröder handschriftlich am 19. August 1964: „Frankreich kennt unseren Standpunkt genau – noch einmal kontroverse Standpunkte formell festzuhalten, erscheint mir wenig nützlich." Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 425; B 150, Aktenkopien 1964.

[5] Am 14. August 1964 berichtete Gesandter Knoke, Paris, über Informationen aus dem französischen Außenministerium, daß die Frage öffentlicher Stellungnahmen zur Oder-Neiße-Linie geprüft werde: „Die diesbezügliche, sehr allgemein gehaltene Äußerung des Generals sei in erster Linie wohl als eine Warnung (avertissement) aufzufassen, mit der angedeutet werden sollte, daß auch Frankreich gegebenenfalls in den deutschen Ostfragen eine für die Bundesrepublik unangenehme Haltung einnehmen könnte. Andererseits sei darin der Versuch einer klimatischen Annäherung an die Polen zu sehen". Knoke resümierte: „Sicher ist der Quai d'Orsay bemüht, einen Ausweg aus diesem Dilemma zu finden. Ob das Elysée ihm hierbei behilflich ist, bleibt abzuwarten." Vgl. Abteilung II (II 2), VS-Bd. 224; B 150, Aktenkopien 1964.

[6] Paraphe vom 5. August 1964.

[1] Zur Pressekonferenz des französischen Staatspräsidenten vgl. Dok. 210, besonders Anm. 2, und Dok. 218.
Zur Reaktion in den USA vgl. Dok. 217.

Ich habe mich darauf beschränkt, hierzu zu bemerken, daß die Problematik vielleicht nicht ganz so einfach sei, und habe versucht, aus dem Botschafter herauszuholen, warum, von Italien aus gesehen, eine enge Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich gefährlich sein könne. Die Äußerungen des italienischen Botschafters lauteten wie folgt:

Es sei ganz sicher, daß de Gaulle eine deutsche Beteiligung an der französischen Atomwaffe anstrebe. Als ich hierzu bemerkte, daß es hierfür keinen Beweis gebe und daß uns de Gaulle stets nur eine Zusammenarbeit auf dem Gebiet der konventionellen Rüstungsindustrie angeboten habe, wies Botschafter Guidotti auf die Pressekonferenz des Präsidenten vom 14. Januar 1963[2] hin. Auf die Frage eines Journalisten, ob die deutsche Armee seiner Meinung nach mit nuklearen Waffen ausgestattet werden solle, habe de Gaulle geantwortet, es sei Sache Deutschlands, zu sagen, was es wolle, und seine Politik zu führen.[3] Diese Äußerung sei italienischerseits damals sofort als eine Einladung de Gaulles an die Bundesrepublik interpretiert worden. Auf meine Bemerkung, daß dies bei uns nicht so gesehen worden sei, meinte Herr Guidotti, daß es für ihn evident sei, was de Gaulle wolle. Er wolle nicht nur die Bereitstellung finanzieller Mittel, sondern die wirkliche Beteiligung der Bundesrepublik an der Nuklearwaffe.[4] Auf meine Bemerkung, daß wir hierfür keinerlei Anzeichen besäßen, und auf meine weitere Frage, ob er denn glaube, daß de Gaulle uns ein Entscheidungsrecht über die Waffe einräumen würde, antwortete der Botschafter, daß de Gaulle bereit sei, den Deutschen eigene Atomwaffen zuzugestehen. „De Gaulle ist der einzige westliche Staatsmann, der heute bereit ist, den Deutschen den Zugang zu eigenen Atomwaffen zu ermöglichen."

Vielleicht hat Herr Guidotti diese Feststellungen mit so großer Bestimmtheit gemacht, um aus meinen Reaktionen gewisse Schlüsse zu ziehen und in Erfahrung zu bringen, ob wir wirklich in einem atomaren Gespräch mit de Gaulle sind. Der Hinweis auf die Pressekonferenz vom 14. Januar 1963 jedoch scheint mir zu beweisen, daß die Italiener schon seit langem Ausschau halten nach irgendwelchen Anzeichen für eine atomare Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich, daß sie voller Verdacht sind, daß hier etwas vor sich geht. Aus den Äußerungen des Botschafters ging hervor, daß Italien eine solche Entwicklung für bedauerlich halten würde. Er bemerkte übrigens auch noch, daß die Sowjets das deutsch-französische Verhältnis mit höchstem Argwohn beobachteten, besonders im Hinblick auf eine eventuelle atomare Zusammenarbeit; „denn die Russen wissen, daß die Deutschen die Atomwaffen z. Z. nur durch die Amerikaner oder durch die Franzosen bekommen können".

Ich habe Herrn Guidotti durch meine Antworten auf seine Fragen sehr deutlich zu verstehen gegeben, daß von einer atomaren Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich keine Rede sein kann, daß selbst in der Zusam-

[2] Vgl. dazu Dok 20, Anm. 6.

[3] Der Passus „es sei Sache Deutschlands ... seine Politik zu führen" wurde von Staatssekretär Carstens hervorgehoben. Dazu handschriftliche Bemerkung: „Der Quai d'Orsay hatte diese Erklärung allerdings sofort eingeschränkt."

[4] Zur Frage einer Mitwirkung der Bundesrepublik beim Aufbau der Force de frappe vgl. Dok. 210, besonders Anm. 11.

menarbeit auf dem Gebiet der konventionellen Rüstungsindustrie nur allererste Anfänge zu verzeichnen seien.[5]

Die Äußerungen des italienischen Botschafters sind m.E. beachtlich, weil sie ein weiterer Beweis dafür sind, welche Gewichtigkeit der deutsch-französischen Zusammenarbeit im Ausland zugemessen wird. Dies stellt m.E. in sich einen Wert dar, den es für uns gilt, diplomatisch auszunutzen, ganz abgesehen von dem, was sich aus der Realisation der Befürchtungen des Botschafters für uns ableiten ließe.

Hiermit dem Herrn Staatssekretär[6] vorgelegt.

Jansen

Abteilung I (I A 1), VS-Bd. 11

224

Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens

St.S. 976/64 **6. August 1964**

Der Direktor der algerischen Entwicklungsbank und Berater des algerischen Wirtschaftsministers, Herr Staatssekretär Mahroug, suchte mich am 5. August 1964 auf.[1] Aus dem Gespräch sind folgende Hauptpunkte festzuhalten.

1) Herr Mahroug betonte, daß Algerien großen Wert auf eine enge wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik Deutschland lege.[2] Insbesondere hoffe man auf deutsche Hilfe beim Ausbau der petrochemischen Industrie. An einer solchen Zusammenarbeit sei seinem Land um so mehr gelegen, als Algerien besonders enge wirtschaftliche und politische Beziehungen zu

[5] Zur deutsch-französischen Rüstungszusammenarbeit vgl. Dok. 50, besonders Anm. 8, und Dok. 183, besonders Anm. 32. Vgl. dazu weiter Dok. 251.

[6] Hat Staatssekretär Carstens am 7. August 1964 vorgelegen.

[1] Mit Drahtbericht vom 4. August 1964 führte Legationssekretär I. Klasse Hoffmann, Algier, über die Hintergründe des kurzfristig anberaumten Besuchs aus, der Direktor der algerischen Entwicklungsbank, Mahroug, wolle im persönlichen Auftrag des algerischen Präsidenten Ben Bella die Möglichkeiten für eine Kapitalhilfe aus der Bundesrepublik sondieren. Hoffmann resümierte: „Habe [den] Eindruck, daß von höchster Stelle [ein] Versuch [zur] Neubelebung politischer deutsch-algerischer Beziehungen angeordnet wurde ... Weitestgehendes Entgegenkommen bei Finanzierung [des] Wiederaufbau[s] [des] Hafen[s] Annaba könnte Angelpunkt für günstigere Einstellung Ben Bellas zu Bundesrepublik und Deutschlandfrage darstellen." Vgl. Referat III B 6, Bd. 427.
Bereits am 4. August 1964 führte Staatssekretär Lahr ein Gespräch mit Mahroug. Für die Gesprächsaufzeichnung vgl. Referat III B 6, Bd. 427.
Mahroug wurde darüber hinaus von Staatssekretär Vialon, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, und Ministerialdirektor Reinhardt, Bundesministerium für Wirtschaft, empfangen. Vgl. den Erlaß des Ministeraldirigenten Pauls vom 12. August 1964 an die Botschaft in Algier; Referat III B 6, Bd. 427.

[2] Zu den deutsch-algerischen Beziehungen vgl. zuletzt Dok. 215.

Frankreich unterhalte, die Algerien aber aus seinem Unabhängigkeitsstreben[3], auch und gerade auf wirtschaftlichem Gebiet, neutralisieren wolle. Außerdem sei der algerischen Seite klar, daß man sich auf die beiden Hauptpfeiler des Gemeinsamen Marktes, nämlich Deutschland und Frankreich, stützen müsse, um in Brüssel voranzukommen.[4] Algerien betrachte sich „als einen integralen Teil Europas", der auch in der Zusammenarbeit mit der EWG anders behandelt werden müsse, als bestimmte unterentwickelte Staaten behandelt würden.

2) Er habe den Eindruck, daß die deutsch-algerischen Beziehungen durch folgende Momente belastet würden:

Seine Regierung habe aus der Pipeline-Affäre[5] den Schluß gezogen, die Bundesrepublik Deutschland betrachte Algerien als französische „chasse gardée".

In ähnlicher Weise habe es ihn erstaunt, von einem hohen französischen Beamten in Paris zu hören, die deutsche Seite werde in Algerien nichts unternehmen, was nicht Paris wisse und billige.[6] Die algerische Regierung sei der Ansicht, daß ein unmittelbarer Dialog zwischen Deutschen und Algeriern stattfinden sollte.

3) Schließlich sei bedauerlich, daß die großen deutschen Firmen nicht unmittelbar mit ihren Gesprächspartnern in Algerien verhandelten, sondern sich Mittelsmänner bedienten, die zum Teil sehr fragwürdige Methoden (Bestechung) anwendeten. Derartige Methoden taugten vielleicht für sehr rückständige Länder im Nahen Osten, nicht aber für Algerien. Er möchte deshalb anregen, daß deutsche Firmen eigene Verbindungsbüros in Algerien errichteten.

Ich habe zu 1) und 2) erklärt, daß uns an einer engen wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Algerien liege. Wir hätten auch durchaus Verständnis dafür, daß Algerien nach der politischen Unabhängigkeit nun die wirtschaftliche Unabhängigkeit anstrebe. Herr Mahroug habe das Beispiel der Pipeline gewählt, um seine These zu untermauern, daß Deutschland zu sehr auf Frankreich höre. Ich dürfe aber meinerseits daran erinnern, daß schon vor der Unabhängigkeit Algeriens Deutschland darauf bestanden habe, zu finanziellen Projekten der EWG, die für Algerien bestimmt gewesen seien, auch die Zustimmung der algerischen Seite zu erlangen. Um so mehr wünschten wir einen

[3] Zur Unabhängigkeit Algeriens von Frankreich vgl. Dok. 215, Anm. 2.

[4] Zu den algerischen Bemühungen um ein Handelsabkommen mit der EWG vgl. Dok. 215, besonders Anm. 4.

[5] Nachdem Frankreich im Februar 1964 Einwände gegen die Beteiligung von Firmen aus der Bundesrepublik am Bau einer dritten Ölleitung in Algerien erhoben hatte, wurden deren Anträge auf Gewährung von Hermes-Kreditbürgschaften am 4. März 1964 abgelehnt. Mit Drahtbericht vom 6. April 1964 teilte Botschafter Richter, Algier, mit, daß der Auftrag an ein britisches Unternehmen vergeben worden sei, und erklärte, das deutsche Verhalten werde „als Beweis für [den] schwer zu bekämpfenden Argwohn gewertet, [die] Bundesregierung betrachte Algerien als französisches Reservat". Vgl. Referat III B 6, Bd. 383.
Der Direktor der algerischen Entwicklungsbank, Mahroug, führte dazu am 4. August 1964 gegenüber Staatssekretär Lahr aus: „Eine große Enttäuschung habe es für Algerien und Ben Bella persönlich bedeutet, daß wir nicht die Bürgschaft für den Lieferauftrag für die 3. Pipeline übernommen hätten, die Phoenix-Rheinrohr Algerien angeboten habe." Vgl. Referat III B 6, Bd. 427.

[6] Der Passus „In ähnlicher Weise habe ... was nicht Paris wisse und billige" wurde von Ministerialdirigent Pauls durch Ausrufezeichen hervorgehoben.

solchen Kurs auch nach der Unabhängigkeit Algeriens fortzusetzen. Voraussetzung dieser unserer Haltung sei allerdings, daß Algerien sich nicht der SBZ nähere.

Was das deutsch-französische Konsultationsabkommen[7] angehe, so begründe es gleiche Rechte und gleiche Pflichten für beide Vertragspartner. Deutschland und Frankreich seien also in gleichem Maße gebunden, aber auch in gleichem Maße unabhängig in ihren Beschlüssen.

Die Anregung unter 3) wolle ich sogleich prüfen und an die deutsche Industrie weitergeben lassen.[8]

Während des Gesprächs habe ich im übrigen erwähnt, daß wir die Arbeit Botschafter Richters sehr hoch eingeschätzt hätten. Ich ließ mein Befremden darüber durchblicken, daß der Botschafter bei seinem Abschied weder vom Staatsoberhaupt[9] noch vom algerischen Außenminister[10] empfangen worden sei.[11]

Hiermit Herrn Staatssekretär II[12].

Carstens

Referat III B 6, Bd. 427

[7] Für den Wortlaut des deutsch-französischen Vertrags vom 22. Januar 1963 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 706–710.

[8] Mit Schreiben vom 8. August 1964 wandte sich Staatssekretär Lahr an den Generaldirektor der Firma Phoenix-Rheinrohr, Mommsen. Aufgrund dessen Antwortschreibens vom 14. August 1964 wurde am 4. September 1964 verschiedenen im Handel mit Algerien stehenden Firmen ein Schreiben übermittelt, in dem Lahr auf die von Direktor Mahroug vorgetragenen Bedenken hinwies. Für den Vorgang vgl. Referat III B 6, Bd. 427.

[9] Mohammed Ahmed Ben Bella.

[10] Abdelaziz Bouteflika.

[11] Am 17. Juli 1964 führte Botschafter Richter, Algier, dazu aus: „Nicht zu leugnen ist allerdings, daß der Präsident einem Botschafter des Ostblocks eine ähnliche Behandlung wahrscheinlich nicht hätte zuteil werden lassen, so daß damit auf die allgemeine Linie der algerischen Regierung ein bezeichnendes Licht geworfen wird." Vgl. Referat I B 4, Bd. 69.
Botschafter Richter beendete seine Tätigkeit am 18. Juli 1964. Am 23. September 1964 übergab der neue Botschafter der Bundesrepublik in Algerien, Zapp, sein Beglaubigungsschreiben. Vgl. dazu den Bericht von Zapp vom 25. September 1964; Referat I B 4, Bd. 69.

[12] Hat Staatssekretär Lahr am 7. August 1964 vorgelegen.
Lahr hielt am 8. August 1964 als Fazit des Besuchs fest, „daß das wichtigste Anliegen der algerischen Regierung uns gegenüber in der Mitwirkung am Aufbau einer petrochemischen Industrie besteht. Die einschlägigen algerisch-französischen Verhandlungen scheinen sich gut entwickelt zu haben; Algerien wünscht jedoch, nicht allein von Frankreich abhängig zu sein, sondern weitere Partner zu finden, und setzt hierbei besondere Hoffnung auf uns. Ich habe den Eindruck, daß unser Verhalten in dieser Frage Ben Bella in seiner Einstellung uns gegenüber, namentlich in seiner Haltung gegenüber der Deutschland-Frage, stark, wenn nicht entscheidend bestimmen wird. Wir werden also alles tun müssen, um Algerien nicht zu enttäuschen." Vgl. Referat III B 6, Bd. 427.
Am 3. Oktober 1964 wurde in Algier ein Kapitalhilfeabkommen über 70 Mio. DM unterzeichnet. Vgl. dazu den Drahtbericht des Ministerialdirigenten Pauls, z. Z. Algier, vom 3. Oktober 1964; Referat III B 6, Bd. 428.

225

Staatssekretär Carstens an Gesandten Knoke, Paris

St.S. 1482/64 geheim **Aufgabe: 7. August 1964, 18.58 Uhr**
Fernschreiben Nr. 770
Citissime

Für Gesandten Knoke

Ich bitte Sie, den amtierenden französischen Premierminister Joxe aufzusuchen und folgendes zu erklären:

Der Herr Bundeskanzler habe den Wunsch, Staatspräsident de Gaulle eine Mitteilung zuzuleiten.[1] Die Botschaft hätte sich um einen Termin für Botschafter Klaiber bei dem Staatspräsidenten bemüht, jedoch werde der Staatspräsident am 14. August nur so kurzfristig in Paris anwesend sein, daß der Termin nicht zustande kommen würde.[2] Sie seien daher beauftragt worden, Herrn Joxe die für den Staatspräsidenten bestimmte Mitteilung des Herrn Bundeskanzlers zu übermitteln.[3] Sie seien ausdrücklich beauftragt worden, dies mündlich zu tun, doch könnten Sie Herrn Joxe ein Papier hinterlassen, in dem der wesentliche Inhalt dessen, was Sie zu sagen hätten, festgehalten sei.

Ich bitte Sie, sodann den Inhalt der Anlage vorzutragen und anschließend die Anlage Joxe zu übergeben.

Falls Joxe erklären sollte, er sei sehr wohl in der Lage, ohne eine Gedächtnisstütze die Mitteilung an Staatspräsident de Gaulle weiterzuleiten, so bitte ich Sie, nicht auf der Übergabe des Papiers zu bestehen. Uns liegt nur daran, daß der General möglichst genau über das informiert wird, was Sie Joxe sagen werden.

Carstens[4]

[1] Die Mitteilung des Bundeskanzlers Erhard an Staatspräsident de Gaulle sollte ursprünglich in Form eines persönlichen Schreibens übermittelt werden. Für die von Ministerialdirektor Müller-Roschach und Staatssekretär Carstens konzipierten Entwürfe vgl. Büro Staatssekretär, Bd. 386.

[2] Mit Drahtbericht vom 5. August 1964 informierte Gesandter Knoke, Paris, über ein Gespräch mit dem Generalsekretär beim französischen Staatspräsidenten, Burin des Roziers. Dieser habe den erbetenen Gesprächstermin für Botschafter Klaiber als ungünstig bezeichnet, da Staatspräsident de Gaulle seinen Urlaub in Colombey-les-deux-églises verbringe und am 14. August 1964 nur zur Teilnahme an einer Ministerratssitzung in Paris sein werde. Er werde anschließend sofort nach Toulon weiterreisen, wo er zum 20. Jahrestag der Landung der Alliierten in der Provence sprechen wolle. Burin de Roziers habe daher empfohlen, die Mitteilung des Bundeskanzlers Erhard dem amtierenden Premierminister Joxe zu übergeben, der sie an Staatspräsident de Gaulle weiterleiten werde. Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 419; B 150, Aktenkopien 1964.

[3] Die Mitteilung wurde am 10. August 1964 übermittelt. Vgl. den Drahtbericht des Gesandten Knoke, Paris, vom 10. August 1964; Büro Staatssekretär, VS-Bd. 419; B 150, Aktenkopien 1964.

[4] Paraphe vom 7. August 1964.

Anlage:

1) Der Bundeskanzler hat die Ausführungen des Staatspräsidenten de Gaulle auf seiner Pressekonferenz vom 23. Juli[5] und insbesondere diejenigen seiner Bemerkungen, die sich auf das deutsch-französische Verhältnis beziehen, selbstverständlich mit größter Aufmerksamkeit gelesen.

Der Staatspräsident hat dabei herausgestellt, daß es selbstverständlich keinen eigentlichen Gegensatz zwischen Bonn und Paris gäbe und daß es ihn nicht geben könne, daß der deutsch-französische Vertrag aber auch noch nicht zu einer gemeinsamen Haltung geführt habe.

Sodann hat der Staatspräsident sieben oder acht Punkte genannt, bei denen es an einer solchen Solidarität fehle.[6] Der Bundeskanzler ist der Meinung, daß ein Teil der Punkte, die der Staatspräsident genannt hat, tatsächlich noch nicht zwischen beiden Regierungen behandelt worden ist, so etwa die Frage des Friedens in Indonesien[7] und vor allem die Probleme der Grenzen und der Nationalitäten in Mittel- und Osteuropa, auf die der Staatspräsident hingewiesen hat. In diesen Fragen kann man daher nicht gut von einem Mangel an Solidarität sprechen.

Hinsichtlich anderer Fragen, die der Staatspräsident in diesem Zusammenhang erwähnt hat, steht der Bundeskanzler unter dem Eindruck, daß die französische und die deutsche Haltung weitgehend miteinander übereinstimmen, so etwa hinsichtlich unserer Politik gegenüber den osteuropäischen Staaten und in Afrika sowie in Lateinamerika.

Am Schluß seiner auf das deutsch-französische Verhältnis bezüglichen Bemerkungen erklärte der Staatspräsident, daß Frankreich seiner selbst sicher genug sei, um Geduld üben zu können, sofern nicht schwerwiegende äußere Geschehnisse alles in Frage stellen sollten und es veranlassen würden, seinen Kurs mehr oder weniger zu ändern.[8] Der Bundeskanzler wäre dankbar, wenn ihm der Staatspräsident diese Äußerung näher erklären könnte. Der Bundeskanzler nimmt nicht an, daß der Staatspräsident damit die Möglichkeit einer Änderung der deutsch-französischen Beziehungen hat andeuten wollen. Der Bundeskanzler ist fest entschlossen, den deutsch-französischen Vertrag weiterzuentwickeln mit dem Ziel, „soweit wie möglich zu einer gleichgerichteten

[5] Korrigiert aus: „23. Juni".
Zur Pressekonferenz des französischen Staatspräsidenten vgl. Dok. 210, besonders Anm. 2, und Dok. 218.

[6] Vgl. dazu Dok. 218, Anm. 10.

[7] Dieses Wort wurde von Legationsrat I. Klasse Pfeffer handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „Indochina".
Da die Korrektur in der vom Gesandten Knoke, Paris, als Aide-mémoire übergebenen Fassung nicht mehr berücksichtigt werden konnte, wurde sie der französischen Regierung gesondert mitgeteilt. Vgl. dazu den Drahtbericht des Gesandten Knoke, Paris, vom 18. August 1964; Büro Staatssekretär, VS-Bd. 419; B 150, Aktenkopien 1964. Vgl. auch Dok. 234, Anm. 11.

[8] Der französische Staatspräsident erklärte: „En voulant et en proposant l'organisation d'une Europe ayant sa propre politique, la France est certaine de servir l'équilibre, la paix et le progrès l'univers. Au surplus, elle est maintenant assez solide et sûre d'elle-même pour pouvoir être patiente, sauf grands changements extérieurs qui remettraient tout en cause et pourraient l'amener, de ce fait, à modifier son orientation." Vgl. DE GAULLE, Discours et messages, Bd. 4, S. 230.

Haltung zu gelangen"[9]. Der Bundeskanzler ist auch der Meinung, daß die bisher erzielten Ergebnisse positiver zu beurteilen sind, als der Staatspräsident es getan hat. Vor allem hat das innere Zusammenwachsen der beiden Völker ein Element der Stabilität in die europäische Lage, ja in die Weltpolitik gebracht, das nicht hoch genug zu veranschlagen ist. Der Bundeskanzler möchte seine Bereitschaft ausdrücklich erklären, über alle von dem Staatspräsidenten angeschnittenen Themen, besonders auch die, die zwischen ihm und dem Staatspräsidenten bisher noch nicht behandelt worden sind, ein gründliches Gespräch zu führen, das von den Außenministerien, wenn der Staatspräsident es für richtig halten sollte, vorbereitet werden könnte. Ebenso wie dem Staatspräsidenten liegt dem Bundeskanzler sehr daran, daß im deutsch-französischen Verhältnis keine Unsicherheit über die Ziele und den Wert unseres Vertrages entsteht.

2) Der Bundeskanzler möchte den Staatspräsidenten ferner über den Besuch Adschubejs in Deutschland unterrichten.[10] In den zahlreichen Gesprächen, die Adschubej geführt hat, betonte er immer wieder, daß er in erster Linie in die Bundesrepublik Deutschland gekommen sei, um sich einen persönlichen Eindruck von den deutschen Verhältnissen zu machen.

In politischen Gesprächen vertrat er grundsätzlich die offizielle sowjetische Linie. Er fragte, warum man nicht mit Ost-Berlin sprechen wolle, und verteidigte uneingeschränkt die sowjetische Zwei-Staaten-Theorie.

Mit Nachdruck wies Adschubej bei mehrfachen Gelegenheiten darauf hin, daß eine Verstärkung der deutsch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen wünschenswert und möglich sei.

Zu den Kulturbeziehungen sagte er, daß man sie nicht durch politische Bedingungen belasten solle. Adschubej ließ aber in keiner Weise erkennen, daß die Sowjets einer Einbeziehung Berlins in den deutsch-sowjetischen Kulturaustausch[11] zustimmen würden.

Auffallend war die Offenheit, mit der sich Adschubej über den sowjetisch-chinesischen Konflikt äußerte. Mehrere Gesprächsteilnehmer von Adschubej hatten den Eindruck, daß er an eine Beilegung des Konflikts nicht mehr glaubt. Adschubej bemühte sich wiederholt, seine deutschen Gesprächspartner von der Gefährlichkeit der chinesischen Politik zu überzeugen, und warnte indirekt vor Anknüpfung von Beziehungen mit China.[12] Man solle im Westen nicht aus den Augen verlieren, daß „Rußland schon vor Jahrhunderten Europa vor den Mongolen gerettet hätte".

[9] Abschnitt II. A. 1. des deutsch-französischen Vertrags vom 22. Januar 1963: „Die beiden Regierungen konsultieren sich vor jeder Entscheidung in allen wichtigen Fragen der Außenpolitik ..., um so weit wie möglich zu einer gleichgerichteten Haltung zu gelangen." Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 708.

[10] Zum Besuch des Chefredakteurs der Zeitung „Izvestija", Adschubej, vom 20. Juli bis 1. August 1964 in der Bundesrepublik vgl. Dok 212.
Die folgenden Ausführungen gehen auf eine Aufzeichnung des Referats II 4 vom 3. August 1964 zurück. Vgl. Referat II 4, Bd. 764.

[11] Zur Frage einer Einbeziehung von Berlin (West) in den deutsch-sowjetischen Kulturaustausch vgl. Dok. 126, besonders Anm. 14. Vgl. auch Dok. 211, Anm. 5.

[12] Zu den Beziehungen der Bundesrepublik zur Volksrepublik China und zu den Sondierungen über ein Warenabkommen vgl. zuletzt Dok. 206. Vgl. dazu weiter Dok. 236.

Dem Empfang Adschubejs bei dem Bundeskanzler am 28. Juli war am Tage vorher ein Besuch des sowjetischen Botschafters vorausgegangen[13], der dem Bundeskanzler eine Antwort auf das von Botschafter Groepper an Chruschtschow übergebene Memorandum vom 13. Juni[14] übermittelte. Das von Smirnow übergebene Schriftstück[15] enthält sich polemischer Ausführungen, läßt aber keine Änderung der sowjetischen Haltung zur Deutschlandfrage erkennen. Auch die Unterredung mit Smirnow ergab keine neuen Gesichtspunkte. Die Frage einer Einladung Chruschtschows in die Bundesrepublik Deutschland wurde von Adschubej in der persönlichen Unterhaltung mit dem Bundeskanzler angeschnitten. Der Bundeskanzler legte in dem Gespräch die deutsche Auffassung zur Deutschlandfrage dar. Er bestätigte die deutsche Bereitschaft zu einem Gespräch mit dem sowjetischen Ministerpräsidenten in Bonn über einen uneingeschränkten Themenkreis, und das heißt selbstverständlich von unserem Standpunkt vor allem über die Wiedervereinigung Deutschlands. Adschubej versprach, dem sowjetischen Ministerpräsidenten über die in Bonn geführten Gespräche zu berichten.

3) Der Bundeskanzler hat den Eindruck gewonnen, daß Chruschtschow an einem Besuch in Deutschland interessiert ist, doch dürfte eine Entscheidung darüber, ob und wann die Reise stattfinden soll, in Moskau noch nicht gefallen sein.

Der Bundeskanzler macht sich keine Illusionen über die Chancen, zu einer Annäherung des deutschen und des sowjetischen Standpunkts in der deutschen Frage zu kommen, doch kann nach seiner Meinung der Besuch Chruschtschows in Deutschland einen zweifachen Nutzen haben: Einmal wird Chruschtschow mit der Tatsache konfrontiert werden, daß der Wille des deutschen Volkes und aller politischen Kräfte nach der Wiedervereinigung Deutschlands stark ist und daß keine Aussicht besteht, daß das deutsche Volk sich mit dem gegenwärtigen Zustand der Trennung abfinden wird. Dies Chruschtschow deutlich zu machen, erscheint notwendig, da er immer wieder erklärt, im Grunde wolle niemand außer ein paar Revanchisten in Bonn die Wiedervereinigung Deutschlands.

Zum anderen erscheint es nützlich, Chruschtschow die deutsche Wirklichkeit vor Augen zu führen. Er wird sicherlich nicht zugeben, daß die Behauptungen über den angeblichen deutschen Militarismus und Revanchismus falsch sind, aber er wird vielleicht doch durch gewisse Tatsachen beeindruckt werden.[16]

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 419

[13] Zum Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit Botschafter Smirnow am 27. Juli 1964 vgl. Dok. 209.

[14] Zum Gespräch des Botschafters Groepper, Moskau, mit Ministerpräsident Chruschtschow am 13. Juni 1964 und zu dem dabei übergebenen Aide-mémoire vgl. Dok. 162.

[15] Vgl. dazu Dok. 209, Anm. 2.

[16] Zur Frage eines Besuchs des sowjetischen Ministerpräsidenten in der Bundesrepublik vgl. weiter Dok. 244.
Zur Reaktion der französischen Regierung auf die Mitteilung des Bundeskanzlers Erhard vgl. Dok. 234.

226

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Müller-Roschach

Pl-186/64 VS-vertraulich **7. August 1964**

Betr.: Verträge zwischen der SBZ und den osteuropäischen Staaten

Bezug: Vorbereitung der St.S.-Besprechung am 7. August 1964[1] (vgl. Aufzeichnung St.S.I vom 3. August 1964 – St.S.-1457/64 VS-vertraulich[2] –) und im Anschluß an Pl-Aufzeichnung vom 30. Juli 1964 – Pl-232/64 geheim[3] –

I. Eine aktive und konstruktive Politik der Bundesrepublik Deutschland gegenüber den osteuropäischen Staaten muß sich der Grenzen bewußt sein, die dem außenpolitischen Handeln dieser Staaten gesetzt sind. „Limits of change" bilden vor allem 1) der Fortbestand der Herrschaft der kommunistischen Parteien in den osteuropäischen Staaten, 2) die Zugehörigkeit zum Warschauer Pakt und 3) die auf Teilung gerichtete sowjetische Deutschland-Politik.[4] Teils sorgt die Sowjetunion dafür, daß diese Grenzen (limits of change) eingehalten werden, teils werden sie aus eigenständigem Interesse der einzelnen osteuropäischen Staaten eingehalten.

Innerhalb der so gesetzten Grenzen müssen unsere eigenen Anstrengungen dahin gehen, das gegen uns bestehende Mißtrauen in diesen Ländern allmählich abzubauen (Beseitigung der Unterscheidung zwischen „friedliebenden" und „revanchistischen" Deutschen) und ihr Deutschlandbild so zu verändern, daß sie aus wohlverstandenem Eigeninteresse in Moskau auf die Deutschland-Politik mit dem Ziel Einfluß nehmen, daß ihnen mehr Spielraum in ihrer Deutschland-Politik eingeräumt wird und daß sich auch die sowjetische Deutschland-Politik in einem für uns günstigeren Sinne ändert.

[1] Der Passus „Vorbereitung der St.S.-Besprechung am 7. August 1964" wurde von Ministerialdirektor Müller-Roschach hervorgehoben. Dazu handschriftliche Bemerkung: „Terminsache. St[aats] S[ekretär]-Besprechung 7.8. 15 h."

[2] Mit Aufzeichnung vom 3. August 1964 bat Staatssekretär Carstens Generalkonsul Ruete, Ministerialdirektor Müller-Roschach und Gesandten Thierfelder zu einer Besprechung über den Eventualfall, daß die DDR mit weiteren Ostblock-Staaten Verträge nach dem Vorbild des Freundschaftsvertrags vom 12. Juni 1964 mit der UdSSR abzuschließen versuchen könnte. Zur Vorbereitung stellte er folgende Fragen: „Welche Möglichkeiten sehen Sie, um diesen Tendenzen entgegenzuwirken? Wie sollen wir uns verhalten, falls es tatsächlich zum Abschluß derartiger Verträge kommt?" Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 428; B 150, Aktenkopien 1964.
Als weitere Besprechungsgrundlage diente eine Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Luedde-Neurath vom 7. August 1964. Vgl. Abteilung II (II 1), VS-Bd. 16; B 150, Aktenkopien 1964.

[3] Dem Vorgang nicht beigefügt. In der Aufzeichnung erörterte Ministerialdirektor Müller-Roschach die deutschlandpolitischen Nachteile, die aus einem polnisch-sowjetischen Vertrag nach dem Vorbild des Freundschaftsvertrags vom 12. Juni 1964 zwischen der UdSSR und der DDR entstehen könnten. Er plädierte für eine Initiative, in der „Bereitschaft zu großen Opfern gegenüber Polen und der Sowjetunion im Zusammenhang mit einer gesamtdeutschen Friedensregelung" bekundet und zugleich vor einer neuerlichen Festschreibung des Status quo in Europa gewarnt werden sollte. Vgl. Planungsstab, VS-Bd. 11573; B 150, Aktenkopien 1964.

[4] Zur Haltung der UdSSR in der Deutschland-Frage vgl. zuletzt Dok. 209, besonders Anm. 2, und Dok. 212.

Solche Schritte der osteuropäischen Staaten in Moskau sind gegenwärtig und in absehbarer Zukunft noch nicht zu erwarten.

II. Heute ständen die osteuropäischen Staaten vielmehr, falls von ihnen verlangt würde, einen dem Freundschaftsvertrag zwischen der SBZ und der SU vom 12. Juni 1964[5] ähnlichen oder gleichen Vertrag zu schließen, vor der Wahl zwischen einer gebotenen Demonstration der Solidarität mit Moskau und eines vermeintlichen nationalen Eigeninteresses am Fortbestand der Teilung Deutschlands einerseits und einer mit ungewissen politischen Perspektiven belasteten Rücksichtnahme auf uns andererseits.

Wenn es trotzdem keine eindeutige Antwort auf die Frage gibt, wie das Ergebnis solcher Wahl aussehen würde, so liegt dies daran, daß sich die osteuropäischen Länder als Einzelstaaten uns gegenüber in einer ungleich schwächeren Position als die Sowjetunion befinden und daß sich Moskau in einem Streit mit China von schwer absehbaren Ausmaßen und Rückwirkungen auf die osteuropäischen Länder befindet. Auch gibt es latente Abneigungen gegen die gewaltsame Teilung Deutschlands, gegen die künstliche Spaltung der natürlichen Einheit des Volkes, gegen die Etablierung der ohnedies erdrückenden sowjetischen Militärmacht in Mitteldeutschland, gegen das dortige Reservat des Stalinismus und gegen eine Deutschland-Lösung, die sich der Sanktionierung durch die gesamte Staatengemeinschaft niemals erfreuen wird. Es könnte den osteuropäischen Ländern daher daran gelegen sein, sich nicht alle Möglichkeiten für politische Gespräche mit uns ohne zwingende Notwendigkeit für lange Zeit im voraus zu verbauen. In diesem Zusammenhang könnte auch bedeutsam werden, daß das Verhältnis der osteuropäischen kommunistischen Führer zu Moskau unterschiedliche Grade von Abhängigkeit aufweist und daß das Interesse einiger Länder an langfristigen guten wirtschaftlichen Beziehungen mit uns sehr stark werden kann.

III. Unter diesen Umständen sollte von uns der Versuch gemacht werden, auf die osteuropäischen Staaten in geeigneter Weise einzuwirken[6], um ihnen klarzumachen, daß langfristig gesehen es in ihrem eigenen nationalen Interesse liege, die Tür für politische Gespräche zwischen uns und ihnen offenzuhalten und solche Gespräche nicht durch eine langfristige Festlegung im Sinne der gegenwärtigen sowjetischen Deutschland-Politik zu erschweren.

Solche Einwirkung würde allerdings nur Aussicht auf Erfolg haben, wenn hinzugefügt würde, daß wir unsererseits zu Gesprächen über vernünftige Lösungen für die deutschen Ostgrenzen, Wiedergutmachungsleistungen und langfri-

[5] Für den Wortlaut vgl. DzD IV/10, S. 717–723.
Zur politischen Wertung vgl. besonders Dok. 170.

[6] Dieses Wort wurde von Staatssekretär Carstens hervorgehoben. Dazu handschriftliche Bemerkung: „Eine solche Aktion wird vorbereitet (durch Abt[eilung] II). Sie soll vorab in Paris, London, Washington konsultiert werden."
Mit Erlaß vom 17. September 1964 informierte Generalkonsul Ruete die Handelsvertretungen in Budapest und Bukarest, daß aufgrund einer Vereinbarung in der Washingtoner Botschaftergruppe die Botschaften der drei Westmächte in den Ostblock-Staaten Weisung erhalten würden, „die Gastregierungen an die Deutschland-Erklärung der Drei Mächte vom 26. Juni 1964 und die darin bestätigten Grundsätze der alliierten Deutschland-Politik zu erinnern". Amerikanische Bedenken, „die Demarche könne sich gegen ihre Urheber auswirken", seien überwunden worden. Vgl. Abteilung II (II 1), VS-Bd. 16; B 150, Aktenkopien 1964.

stige wirtschaftliche Vereinbarungen bereit seien.[7] Diese deutsche Bereitschaft solle nicht von seiten der osteuropäischen Staaten durch Verharren auf ihren jetzigen Standpunkten oder durch langfristige vertragliche Fixierung solcher Standpunkte im Keim erstickt werden. Die Bundesrepublik Deutschland hoffe nämlich, auf die Dauer auch die Sowjetunion an Verhandlungen über friedensvertragliche Regelungen für Gesamtdeutschland interessieren zu können.

IV. Kontakte dieser Art mit den osteuropäischen Regierungen könnten mit dem Hinweis verbunden werden, daß der zwischen Moskau und Pankow abgeschlossene Vertrag eine flagrante Verletzung des in der UN-Charter festgelegten Selbstbestimmungsrechts der Völker[8] sei. Die weitere Entwicklung der von uns gewünschten Politik der guten Nachbarschaft mit den osteuropäischen Staaten könne nur Schaden leiden, wenn sie sich zu der Moskauer Interpretation dieses fundamentalen Grundrechts der Völker mißbrauchen lassen würden und nicht wenigstens in den ihre Existenz als unabhängiger Staat betreffenden Fragen des Selbstbestimmungsrechts und der Nichteinmischung eine Politik verfolgten, die nicht von Moskau vorgeschrieben sei.

Um Mißdeutungen unseres Anspruchs auf Selbstbestimmungsrecht für das deutsche Volk bei den kommunistischen Regierungen der osteuropäischen Staaten vorzubeugen, sollte zugleich zum Ausdruck gebracht werden, daß wir als Deutsche uns für das Selbstbestimmungsrecht der ganzen deutschen Nation einsetzen, daß wir aber nicht beabsichtigen, uns in die inneren Angelegenheiten der osteuropäischen Staaten einzumischen.[9]

Hiermit dem Herrn Staatssekretär[10] vorgelegt.

Müller-Roschach

Abteilung II (II 1), VS-Bd. 14

[7] Die Wörter „bereit seien" wurden von Staatssekretär Carstens hervorgehoben. Dazu handschriftliche Bemerkung: „Das wird nicht gehen."

[8] Artikel 1 der UNO-Charta (Fassung vom 26. Juni 1945): „The Purposes of the United Nations are: ... 2. To develop friendly relations among nations based on respect for the principle of equal rights and self-determination of peoples, and to take other appropriate measures to strengthen universal peace ..." Vgl. CHARTER OF THE UNITED NATIONS, S. 583.

[9] Dazu führte Staatssekretär Lahr am 1. September 1964 aus: „Damit entsteht ein Zwiespalt in unserer Argumentation, der nicht unbemerkt bleiben und nicht dazu beitragen wird, das o[ben] g[enannte] Mißtrauen zu überwinden". Er plädierte statt dessen für das Argument des Rechts auf nationale Einheit und resümierte: „Die Begründung unserer Forderung nach Wiedervereinigung im Gespräch mit den osteuropäischen Regierungen allein mit dem Recht auf nationale Einheit und Unabhängigkeit dürfte es diesen Regierungen, die zur Zeit ebenfalls nach größerer nationaler Eigenständigkeit streben, leichter machen, mit uns im Gespräch zu bleiben und für unser Anliegen Verständnis zu zeigen, als ein Pochen auf ein noch so rücksichtsvoll eingeschränktes Selbstbestimmungsrecht." Vgl. Abteilung II (II 1), VS-Bd. 14; B 150, Aktenkopien 1964.
Vgl. dazu weiter Dok. 391.

[10] Hat Staatssekretär Carstens am 7. August 1964 vorgelegen, der handschriftlich die Weiterleitung an Staatssekretär Lahr und Bundesminister Schröder verfügte.

227

Gesandter Knoke, Paris, an Staatssekretär Carstens

I A 3-0/1078/64 geheim **10. August 1964**[1]

Sehr verehrter Herr Staatssekretär!

Erlauben Sie mir bitte, daß ich mich des privatdienstschriftlichen Weges bediene, um Ihnen eine Angelegenheit vorzutragen, die sich nach meiner Auffassung nicht für die Akten eignet:

Nach dem Besuch des rumänischen Ministerpräsidenten Maurer in Paris[2] ist hier die Frage aufgeworfen worden, ob diesem Besuch in absehbarer Zeit, vielleicht 1965, nicht Besuche leitender Staatsmänner anderer europäischer Satellitenstaaten der Sowjetunion in Paris folgen werden. Solche Besuche würden durchaus in der Linie der gegenwärtigen Politik de Gaulles liegen. Nach seiner Auffassung sind die beiden Blöcke in Ost und West in der Auflösung begriffen. Schon hinter dem Besuch von Maurer in Paris stand die klar erkennbare Absicht des Generals, den Prozeß der Auflösung des Ostblocks zu fördern und die Sowjetunion, die bei de Gaulle zur Zeit nach wir vor eine schlechte Presse hat, zu isolieren. Aus einer Quelle, deren Glaubwürdigkeit ich nicht in Zweifel ziehen möchte, habe ich erfahren, daß de Gaulle als nächsten Besuch aus den Satellitenstaaten an einen polnischen Besuch[3] denkt. Sofern Gomulka nach dem Tode von Zawadzki[4] sich entschließen könnte, den Posten des ersten Vorsitzenden des polnischen Staatsrats zu übernehmen, würden protokollarische Schwierigkeiten beseitigt sein und Gomulka der französische Staatsgast werden können.

Für die Absicht de Gaulles, einen führenden Vertreter Polens – wenn nicht heute, so doch später – einzuladen, spricht der Umstand, daß de Gaulle in seiner Pressekonferenz vom 23. Juli die Grenz- und Nationalitätenfrage in Ost- und Mitteleuropa ohne allen sichtbaren Anlaß als einen Differenzpunkt zwischen Bonn und Paris aufgeführt hat.[5] Da bei de Gaulle alles genau überlegt ist und er es liebt, neue Themen zwecks Herbeiführung eines ihm vorschwe-

[1] Privatdienstschreiben.
Hat Staatssekretär Carstens am 12. August 1964 vorgelegen, der handschriftlich die Weiterleitung an Bundesminister Schröder, Staatssekretär Lahr und Ministerialdirektor Jansen verfügte.
Hat Schröder am 13. August 1964 sowie Lahr und Jansen am 20. August 1964 vorgelegen.
Hat Carstens am 15. September 1964 erneut vorgelegen.

[2] Zum Besuch vom 27. bis 31. Juli 1964 vgl. Dok. 219, Anm. 4.

[3] Die Wörter „polnischen Besuch" wurden von Staatssekretär Carstens hervorgehoben. Dazu handschriftliche Bemerkung: „Frage am 15.9. mit Lucet erörtert. Antwort: Nein."
Zur Stellungnahme des Leiters der Politischen Abteilung im französischen Außenministerium, Lucet, in der deutsch-französischen Konsultationsbesprechung am 15. September 1964 vgl. Dok. 247.

[4] Der Vorsitzende des Staatsrats der Polnischen Volksrepublik, Zawadzki, verstarb am 7. August 1964. Am 12. August 1964 wurde Edward Ochab zu seinem Nachfolger gewählt. Vgl. AdG 1964, S. 11367f.

[5] Zur Pressekonferenz des französischen Staatspräsidenten vom 23. Juli 1964 vgl. Dok. 210, besonders Anm. 2, und Dok. 218.
Zum Passus über die Frage der Grenzen und Nationalitäten in Mittel- und Osteuropa vgl. Dok. 218, Anm. 10.

benden Ergebnisses in zunächst undeutlicher Form anzusprechen (vgl. die Lösung des Algerienproblems), spricht alles dafür, daß die Aufführung dieses Punktes in dem deutschen Sündenregister ein gutes Klima für eine Einladung an einen führenden Polen nach Paris schaffen soll.

Mit der in Paris nicht nur uns (Lucet gegenüber MD Dr. Jansen am 30. Juli)[6], sondern auch anderen gegenüber dargebotenen Interpretation, das Anschneiden der Grenzfrage habe sich gegen den Herrn Bundesverkehrsminister Dr. Ing. Seebohm gerichtet, schlägt de Gaulle gleich zwei Fliegen mit einer Klappe.

Im Zuge seiner Politik der Auflockerung des Ostblocks ist Frankreich gegenwärtig bemüht, auch alles zu vermeiden, was sein Verhältnis zur Tschechoslowakei trüben könnte. In diesen Zusammenhang gehört es, daß Frankreich es ablehnt, für das 11. US-Kavallerieregiment eine entsprechende Einheit in den deutsch-tschechoslowakischen Grenzraum zu legen[7]. Selbst wenn alle Kasernen pp. Unterkünfte für die zwei französischen Divisionen in Niederbayern und der Oberpfalz von uns bereitgestellt sein werden, sehe ich diese noch nicht ihre gegenwärtigen Stationierungsräume (Trier, Freiburg) verlassen. Ich habe den Verdacht, daß General de Gaulle über Maurer die Tschechen hat wissen lassen, daß er ihnen in Deutschland keine französischen Truppen gegenüberstellen werde. In diesem Verdacht werde ich durch die Tatsache bestärkt, daß der Inhalt der Unterredung de Gaulle–Maurer von französischer Seite völlig geheim gehalten wird. Selbst das Außenministerium ist anscheinend über sie nicht unterrichtet (vgl. Schriftbericht Nr. II 5-1075/64 VS-Vertraulich vom 7. August 1964)[8].

Mit dem Wunsch, daß dieser Krisenmonat nicht für Sie, sehr verehrter Herr Staatssekretär, zu heiß werden möge, bin ich

Ihr sehr ergebener
Knoke

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 419

[6] Zur Stellungnahme des Leiters der Politischen Abteilung im französischen Außenministerium, Lucet, in der deutsch-französischen Konsultationsbesprechung am 30. Juli 1964 in Paris vgl. Dok. 218, Anm. 14.

[7] In einer Aufzeichnung vom 13. Juli 1964 gab Ministerialdirektor Krapf die Mitteilung des französischen Verteidigungsministers Messmer wieder, der französische Generalstab habe gegen eine solche Vorverlegung „erhebliche militärische Bedenken. Die Brigade würde weit vorausgeschoben und losgelöst von ihren logistischen Verbindungen an der tschechoslowakischen Grenze allein stehen ‚comme un enfant perdu' und im Ernstfall bald verlorengehen." Vgl. Abteilung I (I A 1), VS-Bd. 139; B 150, Aktenkopien 1964.
Zur geplanten Verlegung des in Straubing stationierten amerikanischen Kavallerieregiments in die USA vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Krapf vom 28. Juli 1964; Abteilung II (II 7), VS-Bd. 934; B 150, Aktenkopien 1964.

[8] Am 7. August 1964 gab Gesandter Knoke, Paris, Informationen des Referatsleiters im französischen Außenministerium, Emmanuel de Margerie, über die Unterredungen des rumänischen Ministerpräsidenten in Paris wieder: „De Gaulle habe ihm ein einstündiges Gespräch gewährt, was (ohne Dolmetscher!) eine ungewöhnlich lange Zeit gewesen sei. Der General habe sich hinterher sehr angetan über Maurer als ‚tüchtigen, maßvollen' Staatsmann geäußert. Über den Inhalt des Gesprächs sei freilich nichts bekannt geworden." Vgl. Abteilung II (II 5), VS-Bd. 264; B 150, Aktenkopien 1964.

228

Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens

St.S. 1501/64 VS-vertraulich **11. August 1964**

Betr.: Tanganjika–Sansibar[1]

Ich habe den Herrn Minister von dem Ergebnis der Hausbesprechung vom 10. August 1964[2] wie folgt unterrichtet:

Botschafter Schroeder werde in Kürze nach Daressalam zurückkehren. Er werde Nyerere und Kambona aufsuchen und zunächst die von uns geplanten weiteren Schritte im Bereich der Entwicklungshilfe[3], vor allem der militärischen Ausbildungshilfe[4], ankündigen. Die Einzelheiten würden auf einer Besprechung mit dem Verteidigungsministerium am 11. August festgelegt werden.[5]

Ferner würde Botschafter Schroeder seine Gesprächspartner in Daressalam dringend bitten, die Vertretung der SBZ in Sansibar zu isolieren und auf Sansibar zu beschränken. Er könne dabei durchblicken lassen, daß wir uns auch noch einige weitere Monate damit abfinden würden, daß die sogenannte Botschaft der SBZ auf Sansibar unter dieser inzwischen offensichtlich absurd gewordenen Bezeichnung weiter tätig sei. Dagegen solle er sich gegen die

[1] Zur Lage in der Vereinigten Republik von Tanganjika und Sansibar vgl. zuletzt Dok. 118.

[2] Die Besprechung bei Staatssekretär Carstens wurde durch einen Vortrag des Botschafters Schroeder, Daressalam, eingeleitet. Schroeder gab einen Überblick über die Beziehungen der Bundesrepublik zu Tanganjika und Sansibar im Jahr 1964 und führte zum Problem der diplomatischen Vertretung der DDR aus: „Wir hätten eine Handelsvertretung auf Sansibar konzediert und schließlich beim Besuch von Herrn Minister Höcherl ein Konsulat als Provisorium auf Sansibar vorgeschlagen. Die Sansibaris seien aber auf solche Lösungen nicht eingegangen. Als letzter Schritt sei nun von Nyerere und Kambona der Vorschlag gemacht worden, die Frage nach dem Kairoer Modell zu lösen; dabei habe eine Anerkennung der SBZ außer Frage gestanden. Es sei aber keine klare Formulierung erfolgt. Kambona habe wohl an ein Generalkonsulat der SBZ in Daressalam gedacht, mit Amtsbereich für die ganze Union." Für das Protokoll der Besprechung vom 10. August 1964 vgl. Abteilung I (I B 3), VS-Bd. 90; B 150, Aktenkopien 1964. Vgl. auch den Artikel „Hilfe für Tanganjika"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 186 vom 13. August 1964, S. 1.
Zum Besuch des Bundesministers Höcherl am 4. Juli 1964 in Daressalam vgl. Dok. 201, Anm. 25.

[3] Zum Stand und zur weiteren Planung der Entwicklungshilfe für die Vereinigte Republik von Tanganjika und Sansibar vgl. die Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Török vom 23. Juli 1964; Abteilung I (I B 3), VS-Bd. 90; B 150, Aktenkopien 1964.

[4] Am 28. Juli 1964 unterzeichneten Bundesminister von Hassel und der Staatsminister für Verteidigung der Vereinigten Republik von Tanganjika und Sansibar, Sijaona, ein Abkommen über Ausbildungs- und Ausrüstungshilfe. Vgl. dazu den Artikel „Militärhilfevertrag mit Tanganjika unterzeichnet"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 173 vom 29. Juli 1964, S. 3.

[5] In der Besprechung, die am 11. August 1964 unter Vorsitz des Ministerialdirektors Jansen im Auswärtigen Amt stattfand, wurden Umfang und Lieferzeiten der Ausrüstungshilfe für die Vereinigte Republik von Tanganjika und Sansibar – darunter Küstenwachboote, Flugzeuge und gepanzerte Fahrzeuge – erörtert. Vgl. Abteilung III (III A 4), VS-Bd. 252; B 150, Aktenkopien 1964.
Zu Einwänden der portugiesischen Regierung gegen die Ausrüstungshilfe der Bundesrepublik für die Vereinigte Republik von Tanganjika und Sansibar vgl. Dok. 237.

Errichtung einer Vertretung der SBZ in Daressalam, insbesondere gegen die Errichtung eines Generalkonsulats, wenden.

Er solle schließlich erklären, daß die Bundesregierung den dringenden Wunsch zu einem persönlichen Gespräch zwischen den maßgebenden Persönlichkeiten der beiden Länder habe. Hierzu könne er anbieten: entweder einen kurzen Besuch des Bundesaußenministers in Daressalam in der zweiten Oktoberhälfte (im Zusammenhang mit der Reise des Herrn Bundespräsidenten nach Addis Abeba)[6] oder eine Einladung Nyereres und Kambonas zu einem Arbeitsbesuch nach Bonn.

Der Herr Minister erklärte sich mit diesem Vorgehen einverstanden.

Hiermit Herrn D I[7].

Ich bitte, 1) Herrn Botschafter Schroeder entsprechend zu instruieren[8], 2) mit Bundespräsidialamt und Bundeskanzleramt – durch das Protokoll – die Voraussetzungen dafür herzustellen, daß Herr Botschafter Schroeder die ins Auge gefaßte Eventualeinladung aussprechen kann.[9]

Carstens

Abteilung I (I B 3), VS-Bd. 90

[6] Zum Staatsbesuch des Bundespräsidenten Lübke vom 20. bis 26. Oktober 1964 in Äthiopien vgl. BULLETIN 1964, S. 1443 f., S. 1469, S. 1495–1498 und S. 1504 ff.

[7] Hat Ministerialdirektor Jansen am 13. August 1964 vorgelegen, der handschriftlich die Weiterleitung an Ministerialdirigent Voigt sowie Referat I B 3 verfügte und vermerkte: „Eilt".
Hat Voigt am 13. August 1964 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Bitte Herrn D I u[nd] mich laufend über d[as] Veranlaßte zu unterrichten od[er] einzuschalten!"

[8] Laut handschriftlichem Vermerk des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Graf von Posadowsky-Wehner vom 13. August 1964 erhielt Botschafter Schroeder, Daressalam, einen Durchdruck der Aufzeichnung.

[9] Mit Drahtbericht vom 25. August 1964 informierte Botschafter Schroeder, Daressalam, über Unterredungen mit dem Außenminister der Vereinigten Republik von Tanganjika und Sansibar, Kambona, und Präsident Nyerere, die beide die Bereitschaft der Bundesregierung zur weiteren Duldung der DDR-Vertretung auf Sansibar sehr begrüßt hätten. Zum Gespräch mit Kambona führte Schroeder aus, dieser habe die Hoffnung ausgedrückt, daß der Präsident von Sansibar, Karume, durch entäuschende Erfahrungen mit der Entwicklungshilfe der DDR zu einem Kurswechsel bewegt werde: „Er bat uns, mit den Maßnahmen zur militärischen und wirtschaftlichen Stärkung der Union beschleunigt fortzufahren, damit sie aus einer Position der Stärke verhandeln könne, worauf ich ihm unsere Pläne in dieser Hinsicht erläuterte. Über den für Ende Oktober in Aussicht gestellten Besuch des Herrn Bundesministers des Auswärtigen war er sehr erfreut und zieht diese Begegnung einem eigenen Besuch in Bonn vor." Vgl. Abteilung I (I B 3), VS-Bd. 90; B 150, Aktenkopien 1964.
Bundesminister Schröder nahm aus gesundheitlichen Gründen an der Afrika-Reise des Bundespräsidenten nicht teil. Ein Besuch in Daressalam kam daher nicht zustande. Vgl. dazu den Vermerk des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Simon vom 5. Oktober 1964; Abteilung I (I B 3), VS-Bd. 90; B 150, Aktenkopien 1964.

229

Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens

St.S. 1514/64 VS-vertraulich **12. August 1964**

Betr.: Niedersächsisches Konkordat

Der Apostolische Nuntius[1] suchte mich auf seinen und meinen gleichzeitig geäußerten Wunsch heute auf. Er unterrichtete mich zunächst über den Stand der Verhandlungen. Noch seien zwei wichtige Fragen, die die Schulverhältnisse beträfen, ungelöst.[2] Man könne daher nicht davon sprechen, daß eine Einigung herbeigeführt worden sei. Auch habe der Heilige Stuhl den Entwurf noch nicht abschließend geprüft, ebenso wie die Stellungnahme der Bundesregierung noch ausstehe. Aber der Nuntiatur und dem Heiligen Stuhl liege sehr viel daran, daß das Konkordat möglichst bald geschlossen würde. Man würde es nicht für gut halten, wenn sich die Verhandlungen bis in das Jahr 1965 und damit bis in die Nähe der Bundestagswahlen[3] hinzögen. Zwar sei in Niedersachsen auch die zur Zeit in Opposition stehende CDU mit dem Konkordat einverstanden, dennoch wolle der Heilige Stuhl jedes Risiko, daß das Konkordat im Wahlkampf eine Rolle spielen könnte, nach Möglichkeit vermeiden.

Ich dankte dem Nuntius für seine Mitteilung und erklärte, daß ich zu dem Entwurf, der uns übergeben worden sei[4], für die Bundesregierung noch nicht Stellung nehmen könne. Insbesondere hätten sich die inneren Ressorts, denen der Entwurf zugeleitet worden sei, noch nicht geäußert. Aber ich hätte den Wunsch gehabt, den Nuntius zu sprechen, weil dem Auswärtigen Amt bei der näheren Prüfung der Texte Bedenken hinsichtlich des ersten Absatzes der Präambel gekommen seien. Dort werde gesagt, daß durch das Konkordat die Rechtslage der Katholischen Kirche in Niedersachsen, die sich namentlich aus den Konkordaten mit Preußen und dem Deutschen Reich[5] ergäbe, den veränderten Verhältnissen angepaßt und zeitgemäß fortgebildet werden solle.

So sehr wir es begrüßten, daß in der Präambel die Fortgeltung des Preußischen und des Reichskonkordats bestätigt würde, so erschiene uns die in dem letzten Teil des Satzes gebrauchte Formulierung bedenklich. Könnte nicht Polen aus dieser Formulierung das Argument herleiten, daß auch ihm gegenüber

[1] Monsignore Corrado Bafile.

[2] Als Anlage zu einem Schreiben vom 21. Juli 1964 übermittelte der Apostolische Nuntius den in Verhandlungen mit dem Land Niedersachsen erarbeiteten Entwurf eines Konkordats, in dem für zwei Artikel unterschiedliche Formulierungen vorgeschlagen wurden. In Artikel 5 war die Frage der Lehre der katholischen Religion an der Pädagogischen Hochschule Osnabrück, in Artikel 6 die Frage der Einrichtung von Bekenntnisschulen strittig. Vgl. Referat V 1, Bd. 1099.

[3] Die Bundestagswahlen fanden am 19. September 1965 statt.

[4] Vgl. dazu die Schreiben des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Schenck vom 5. August 1964 an das Bundesministerium des Innern und das Bundesministerium der Finanzen; Referat V 1, Bd. 1099.

[5] Für den Wortlaut des Vertrags vom 14. Juni 1929 zwischen dem Freistaat Preußen und dem Heiligen Stuhl vgl. PREUSSISCHE GESETZSAMMLUNG 1929, S. 152–160.
Für den Wortlaut des Konkordats vom 20. Juli 1933 zwischen dem Deutschen Reich und dem Heiligen Stuhl vgl. REICHSGESETZBLATT 1933, Teil II, S. 679–690.

das Reichskonkordat bzw. das Polnische Konkordat[6] den veränderten Verhältnissen angepaßt und zeitgemäß fortgebildet werden müsse, und könne nicht daraus eine Beeinträchtigung der gesamtdeutschen Position erwachsen?[7]

Der Nuntius zeigte sich meinen Erwägungen gegenüber aufgeschlossen. Er hob zwar hervor, daß es zur Zeit keine Beziehungen zwischen dem Heiligen Stuhl und Polen gäbe und daß die derzeitige polnische Regierung auch das Konkordat zwischen Polen und dem Heiligen Stuhl nicht anerkenne, aber man müsse an die Zukunft denken, und es sei daher wohl nicht ausgeschlossen, daß unter veränderten Verhältnissen Polen einmal die von mir befürchteten Argumente verwenden könnte.

Ich sagte darauf dem Nuntius, daß wir uns überlegt hätten, wie man die Präambel so fassen könne, daß unseren Bedenken Rechnung getragen würde.[8] Vielleicht könne man folgende Formel ins Auge fassen:

„... haben beschlossen, über die Rechtslage der Katholischen Kirche in Niedersachsen, die sich namentlich aus den Konkordaten zwischen dem Heiligen Stuhl und dem Freistaat Preußen vom 14. Juni 1929 und dem Deutschen Reich vom 20. Juli 1933 ergibt, eine feierliche Übereinkunft zu treffen, die den besonderen Verhältnissen im Land Niedersachsen Rechnung trägt."

Ich übergab dem Nuntius einen Text dieser Formel, wobei ich betonte, daß meine Mitteilung nur als eine Anregung zu betrachten sei. Ich könnte nicht für die Bundesregierung erklären, daß wir die von mir genannte Formel endgültig gutheißen würden, denn die Frage sei dem Bundesminister des Auswärtigen und der Bundesregierung noch nicht vorgetragen worden. Immerhin könne die von mir übergebene Formulierung vielleicht die Überprüfung des Entwurfs durch die Nuntiatur erleichtern.

Ich teilte dem Nuntius abschließend mit, daß ich den Wunsch hätte, auch die niedersächsische Regierung zu unterrichten. Der Nuntius erwiderte, daß es sich hier um eine delikate Situation handele. Die niedersächsische Regierung habe bisher nicht anerkannt, daß das Konkordat der Zustimmung der Bundesregierung bedürfe[9], während er, der Nuntius, auf dem Standpunkt stehe, daß

[6] Für den Wortlaut des Feierlichen Abkommens vom 10. Februar 1925 zwischen der Republik Polen und dem Heiligen Stuhl vgl. DZIENNIK USTAW RZECZYPOSPOLITEJ POLSKIEJ 1925, S. 1083–1094. Für den deutschen Wortlaut vgl. KONKORDATE SEIT 1800, hrsg. von Lothar Schöppe, Frankfurt a.M. 1964, S. 319–330.

[7] In den 1945 der polnischen Verwaltung unterstellten Ostgebieten des Deutschen Reiches bestand die im Reichskonkordat vom 20. Juli 1933 bestätigte Diözesanorganisation und -zirkumskription der katholischen Kirche fort. Änderungen der Diözesangrenzen waren nach einer jährlich wiederholten Verlautbarung des Vatikans nur dann vorgesehen, wenn territoriale Veränderungen völkerrechtliche Anerkennung erlangt hatten. Vgl. dazu ANNUARIO PONTIFICIO 1964, S. 1409. Zum Standpunkt der Bundesregierung vgl. auch Dok. 346.

[8] In einer Aufzeichnung vom 11. August 1964 stellte Ministerialdirektor Thierfelder fest, daß die Präambel im Entwurf des Konkordats „an sich einwandfrei" sei, jedoch dahin präzisiert werden könne, „die Beschränkung des räumlichen Geltungsbereiches und der sachlichen Bedeutung des geplanten Konkordats auf das Land Niedersachsen noch stärker zu betonen". Thierfelder schlug zwei alternative Formulierungen vor, von denen Staatssekretär Carstens eine zur Übermittlung an den Apostolischen Nuntius auswählte. Vgl. Referat V 1, Bd. 1099.

[9] Dazu führte Staatssekretär Müller, Kultusministerium des Landes Niedersachsen, am 30. September 1964 gegenüber Ministerialdirigent Meyer-Lindenberg aus: „Niedersachsen sei ... der Ansicht, daß Artikel 32, Absatz 3 GG (Zustimmung der Bundesregierung zum Abschuß von Verträ-

im Hinblick auf die ausdrückliche Bestimmung des Reichskonkordats die Zustimmung der Bundesregierung eingeholt werden müsse.[10] Er habe die Tatsache, daß er den vorliegenden Entwurf dem Auswärtigen Amt zuleiten würde, dem niedersächsischen Kultusminister Dr. Mühlenfeld gegenüber in einem persönlichen Gespräch erwähnt, doch sei die niedersächsische Regierung über diese Tatsache nicht förmlich unterrichtet worden. Er glaube daher, daß es zunächst besser sei, wenn er selbst die von mir aufgeworfene Frage mit der niedersächsischen Regierung erörtern würde. Er würde mich über den Fortgang dieser Gespräche unterrichten.

Ich antwortete, daß wir zunächst so verfahren könnten. Ich müßte mir aber vorbehalten, mich in einem späteren Zeitpunkt mit der niedersächsischen Regierung unmittelbar in Verbindung zu setzen, um so mehr als es über den von mir erwähnten Punkt zwischen Niedersachsen und der Bundesregierung sicherlich keine Meinungsverschiedenheiten geben würde. Die Wahrung der gesamtdeutschen Interessen liege der niedersächsischen Regierung sicherlich ebenso am Herzen wie der Bundesregierung.

Ich teilte dem Nuntius abschließend mit, daß während meines Urlaubs Ministerialdirektor Dr. Thierfelder und VLR I Dr. von Schenck für etwaige Gespräche, die die Nuntiatur zu führen wünsche, zur Verfügung ständen. Der Nuntius erwiderte, daß derjenige seiner Mitarbeiter, der mit der Materie besonders vertraut sei, erst Anfang September aus dem Urlaub zurückkehren würde.[11]

Hiermit dem Herrn Minister[12] vorgelegt[13].

Carstens

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 439

Fortsetzung Fußnote von Seite 960

gen der Länder mit fremden Staaten) auf Länderkonkordate nicht anwendbar sei. Denn der Heilige Stuhl als Vertragspartner sei zwar Völkerrechtssubjekt, nicht aber ein fremder Staat. Diese Frage brauche aber nicht vertieft zu werden, weil nach Artikel 2, Absatz 2 des Reichskonkordats der Abschluß von Länderkonkordaten nur im Einvernehmen mit der Reichsregierung erfolgen könne. Die Zustimmung der Bundesregierung sei also auch nach Auffassung der Landesregierung ... erforderlich. Es sei zweckmäßig, daß die Bundesregierung in ihrem Zustimmungsbeschluß ... keinen Hinweis auf Artikel 32, Absatz 3 GG, dem das Land widersprechen müßte, aufnehme." Für die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Meyer-Lindenberg vom 30. September 1964 vgl. Referat V 1, Bd. 1099.

10 Artikel 2, Absatz 2 des Reichskonkordats vom 20. Juli 1933: „In Zukunft wird der Abschluß von Länderkonkordaten nur im Einvernehmen mit der Reichsregierung erfolgen." Vgl. REICHSGESETZBLATT 1933, Teil II, S. 680.

11 Zu den weiteren Verhandlungen vgl. Referat V 1, Bd. 1099.
Die Unterzeichnung des Konkordats konnte am 26. Februar 1965 vollzogen werden. Sie führte zum Austritt der FDP aus der Regierung des der SPD angehörenden Ministerpräsidenten Diederichs und zur Bildung einer Koalitionsregierung der SPD mit der CDU. Vgl. EUROPA-ARCHIV 1965, Z 56 f. und Z 103.

12 Hat Bundesminister Schröder am 13. August 1964 vorgelegen.

13 Staatssekretär Carstens vermerkte am 15. September 1964 handschriftlich für Ministerialdirektor Thierfelder: „Wie steht diese Sache?"
Thierfelder verfügte am 16. September 1964 die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse von Schenck und Legationsrat I. Klasse Sympher.
Hat Schenck und Sympher am 16. September 1964 vorgelegen.

230

Aufzeichnung des Staatssekretärs Lahr

St.S. 1528/64 geheim **13. August 1964**

Betr.: Hilfe für Israel[1]

Botschafter Shinnar suchte mich heute auf, um sich nach dem Stand der Israel-Hilfe zu erkundigen. Ich teilte ihm mit, daß die Beratungen im Kreis der zuständigen Bundesressorts soweit gediehen seien, für das zweite Halbjahr 1964 den Betrag von 74,8 Millionen DM zu den bisherigen Konditionen ins Auge zu fassen. Der weiterreichende israelische Wunsch (165 Millionen DM für 1964, nach Abzug der im ersten Halbjahr bereitgestellten 75 Millionen DM also etwa 90 Millionen DM) könne nicht erfüllt werden. Im Gegenteil, wir hätten ernsthaft prüfen müssen, die Vorjahreszahl von 150 Millionen DM um etwa 20% zu kürzen, da sich der Gesamtrahmen der uns für die Entwicklungshilfe zur Verfügung stehenden Mittel von 1963 auf 1964 in etwa diesem Umfange verringert habe. Es verdiene somit als besonderes Entgegenkommen gewürdigt zu werden, wenn wir am Vorjahresbetrag festhalten würden. Ferner sei zu berücksichtigen, daß der finanzielle Teil der auf einem anderen Gebiet erfolgenden Leistung[2] ja wohl ebenfalls als eine Art Finanzhilfe gewertet werden könne.

Ich führte dann weiter aus, daß die Finanzhilfe nicht als isoliertes Problem, sondern im Zusammenhang mit den deutsch-israelischen Beziehungen im allgemeinen zu betrachten sei, und sich bei dieser Betrachtung für uns ernste Sorgen ergäben.

Ich brachte hiermit zunächst die Beschwerde der AEG über eine gegen sie gerichtete israelische Boykottaktion zur Sprache (die AEG glaubt festgestellt zu haben, daß israelische Kreise in dritten Ländern dort gegen sie mit der Behauptung Stimmung machten, daß die AEG aus politischen Gründen mit Israel kein Geschäft machen wolle, während in Wirklichkeit die Israelis die Beziehungen zu ihr abgebrochen hätten, weil sie, die AEG, – aus guten Gründen – die Hergabe von Lizenzen an Israel abgelehnt habe)[3]. Botschafter Shinnar

[1] Zur geheimgehaltenen Gewährung von Krediten an Israel im Rahmen der „Aktion Geschäftsfreund" vgl. zuletzt Dok. 88.

[2] Zum finanziellen Umfang der Ausrüstungshilfe für Israel vgl. Dok. 289.

[3] Am 16. August 1964 übermittelte der Leiter der Israel-Mission, Shinnar, Staatssekretär Lahr einen Briefwechsel mit dem stellvertretenden Aufsichtsratsvorsitzenden der Firma AEG, Osterwind. Mit Schreiben vom 16. Juli 1964 erläuterte Osterwind die Krise in den Geschäftsbeziehungen mit Israel aus der Sicht des Unternehmens: „Ich habe mich für die Ursachen dieser unerwünschten Entwicklung ... interessiert und erfahre, daß es gewiß nicht Mangel an Entgegenkommen oder Geschäftsfreudigkeit unserer Gesellschaft ist, die zu dieser Situation geführt haben. Ich höre, daß man erst vor kurzem Kreditangebote bis zu 15 Jahren erstellt hat, obwohl die Hermes-Deckung diesen Termin keineswegs absichert. Man glaubt in leitenden Kreisen der AEG, diese wenig freundliche Einstellung auf israelischer Seite auf die Ablehnung gewisser Wünsche nach der Vergabe von Lizenzen und Zurverfügungstellung von know-how zurückführen zu müssen. Man versichert mir, daß die AEG zu dieser Haltung gezwungen war, um nicht ihr traditionelles Geschäft in den arabischen Staaten zu gefährden." Vgl. Referat III B 6, Bd. 395.

bemerkte hierzu, daß seine Regierung in der Tat keine Geschäfte mehr mit der AEG zu machen wünsche, weil die AEG die arabische Boykottklausel unterschrieben habe[4] und mit Rücksicht auf ihre arabischen Geschäftsinteressen in einem Verzeichnis der ausländischen Filialen und Agenturen die[jenige] in Israel nicht aufgeführt werde.[5] Unrichtig seien jedoch die Behauptungen über eine gegen die AEG gerichtete „Flüsterpropaganda". Ich bemerkte hierzu, daß die AEG mir noch schriftliches Material[6] zugesagt habe und über die Angelegenheit dann weiter gesprochen werden müsse.

Ich kam dann auf die Äußerungen des Ministerpräsidenten Eshkol über die Oder/Neiße-Grenze[7] zu sprechen. Botschafter Shinnar verteidigte sich damit, daß der Ministerpräsident nur habe zum Ausdruck bringen wollen, daß Israel gegen eine nichtfriedliche Austragung von Grenzstreitigkeiten eingestellt sei.

[4] Arabische Staaten verlangten bei Geschäftsabschlüssen mit ausländischen Firmen die Aufnahme einer Klausel, die den Vertragspartner verpflichtete, keine Beziehungen zu Israel zu unterhalten oder Geschäfte mit israelischen Firmen zu tätigen.
Am 31. August 1964 übermittelte das Vorstandsmitglied der Firma AEG, Schmitt, Staatssekretär Lahr ein Memorandum über den israelischen Boykott gegen die Firmen AEG und Telefunken. Darin wurde zum Vorwurf der Unterzeichnung der arabischen Boykott-Klausel erklärt: „Bei den letzten größeren Geschäften mit Ägypten ... hat die AEG die arabische Boykottklausel hartnäkkig abgelehnt ... Bei dem Großauftrag Kraftwerk Damanhour, Ägypten, ist es uns dagegen zwar gelungen, eine harte Boykottklausel gegen Israel abzulehnen, jedoch mußte die AEG trotz aller Bemühungen eine gewisse weiche Klausel akzeptieren, wenn sie den Auftrag nicht an ausländische Konkurrenten verlieren wollte. Der Inhalt dieser Klausel ... verpflichtet die AEG aber keineswegs, ihren Geschäftsverkehr mit Israel aufzugeben. Dagegen würde wohl die Erteilung von Lizenzen und Know-how einen Verstoß bedeuten." Vgl. Referat III B 6, Bd. 395.

[5] Mit Schreiben vom 31. August 1964 an Staatssekretär Lahr wies das Vorstandsmitglied der Firma AEG, Schmitt, den Vorwurf hinsichtlich der Nichterwähnung Israels im Verzeichnis der Auslandsverbindungen der AEG zurück: „Wir haben in diesen Verzeichnissen Israel nicht absichtlich herausgelassen, sondern es verhält sich so, daß die AEG Resident Engineer-Büros darin nirgends aufgeführt sind. Das trifft für Israel wie für Thailand, Montevideo, Lagos und andere Plätze genauso zu." Vgl. Referat III B 6, Bd. 395.

[6] In dem am 31. August 1964 Staatssekretär Lahr übermittelten Memorandum der Firma AEG wurde dazu ausgeführt: „Der israelische Botschafter, Herr Dr. Shinnar, hat in jüngster Zeit kategorisch von AEG und Telefunken wiederum gefordert, Herstellungslizenzen und Know-how an israelische Unternehmungen zu erteilen, andernfalls müsse Israel die ‚diplomatischen Beziehungen' zwischen Israel einerseits und AEG und Telefunken andererseits abbrechen ... Die AEG hat zuverlässig erfahren, daß erstens israelische Gesellschaften mit staatlicher Beteiligung die strikte Anweisung erhalten haben, alle Beziehungen zu AEG und Telefunken abzubrechen. Durch eine generelle Importlizenzsperre für AEG- und Telefunken-Material soll zweitens die geschäftliche Verbindung auch mit privaten Abnehmern endgültig unterbrochen werden. Damit aber nicht genug, versucht Israel drittens, jüdische Abnehmerkreise in anderen Ländern zu bewegen, keine Geschäfte mehr mit AEG und Telefunken zu tätigen ..." Vgl. Referat III B 6, Bd. 395.

[7] Auf einer Pressekonferenz am 29. Juli 1964 erklärte der israelische Ministerpräsident zur Frage der Grenze zwischen Polen und Deutschland: „Jedes Verlangen nach Grenzveränderung in diesem delikaten Gebiet im Herzen Europas könnte die politische Stabilität und den Weltfrieden gefährden ... Der Zweite Weltkrieg hat eine Anzahl Veränderungen der Grenzen zwischen den Staaten und der Siedlungsgebiete ihrer Bevölkerung mit sich gebracht. Durch diese Entwicklung haben sich die Deutschen, die ursprünglich östlich der Oder-Neiße-Linie lebten, in ihrer großen Mehrheit in das Gebiet des heutigen Deutschlands begeben, in dessen Wirtschaft und Gesellschaft sie aufgegangen sind, während das Gebiet östlich der Oder-Neiße-Linie seitdem von Polen besiedelt worden ist." Vgl. die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schirmer vom 30. Juli 1964; Referat I B 4, Bd. 111. Vgl. auch EUROPA-ARCHIV 1964, Z 166.
Der Leiter der Israel-Mission, Shinnar, wurde wegen dieser Äußerungen bereits am 3. August 1964 einbestellt. Für die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jansen über das Gespräch vgl. Referat I B 4, Bd. 111.

Hieraus habe Herr Eshkol wohl den Schluß gezogen, daß man sich mit dem gegenwärtigen Zustand abzufinden habe. Ich erwiderte, daß wir über den ersten Punkt einig seien und dies selbst schon wiederholt ausgedrückt hätten.[8] Die hieraus von israelischer Seite gezogene Folgerung sei jedoch wohl abwegig, da es auch friedliche Mittel zur Austragung von Grenzstreitigkeiten gebe, und dies müsse nach deutscher Auffassung in einem mit einer gesamtdeutschen Regierung abzuschließenden Friedensvertrag geschehen. Im übrigen sei schwerlich einzusehen, wozu solche israelischen Äußerungen gegenwärtig gut seien; hier hätten sie jedenfalls erhebliche Verstimmung hervorgerufen. Herr Shinnar erklärte, daß er seiner Regierung genau das gleiche gesagt habe. Er werde bei einem für die nächste Woche vorgesehenen Besuch in Israel die Frage dort weiter besprechen.

Unter Hinweis auf uns gegenüber unfreundliche israelische Pressestimmen bemerkte ich weiter, daß sich nach den Beobachtungen des Bundespresseamtes die Haltung der israelischen öffentlichen Meinung uns gegenüber verschlechtere.[9] Wir gäben uns unsererseits Mühe, Israel im äußerst möglichen Umfange die gewünschte Hilfestellung zu geben. Da sich diese aber auf Gebieten vollziehe, die für eine Behandlung in der Öffentlichkeit ungeeignet seien, seien wir gegenüber in der Öffentlichkeit vorgetragenen israelischen Angriffen wehrlos.[10] Es sei Sache der israelischen Regierung, auf die öffentliche Meinung des Landes so einzuwirken, daß dies unterbliebe. Sie müsse sich hierbei darüber im klaren sein, daß die sich jetzt abzeichnende Situation den Vereinbarungen, auf Grund deren wir handelten, den Boden zu entziehen drohe, denn diese Vereinbarungen beruhten ja wohl auf dem Grundgedanken, im Rahmen der durch verschiedene Fakten begrenzten Möglichkeiten beiderseits das beste für die Entwicklung guter Beziehungen zu tun.

Ich verwies besonders auf die maßlosen Angriffe im Zusammenhang mit der Beschäftigung deutscher Wissenschaftler in Ägypten.[11] Es werde nicht nur die Zahl der dort Beschäftigten ungeheuer übertrieben, es werde auch offensichtlich planmäßig verschwiegen, daß es sich keineswegs nur um Deutsche aus der Bundesrepublik, sondern auch um Personen aus der Schweiz, Österreich und der SBZ handele. Unsere Schwierigkeiten, an einer ohne Verschulden einer deutschen Stelle entstandenen Situation etwas zu ändern, würden überse-

[8] Zum Gewaltverzicht der Bundesrepublik gegenüber anderen Staaten vgl. Dok. 36, Anm. 24, und Dok. 68, Anm. 5.

[9] In einer für Bundeskanzler Erhard bestimmten Aufzeichnung vom 23. Juli 1964, die am 7. August 1964 dem Ministerbüro übermittelt wurde, nahm der Chef des Presse- und Informationsamtes, von Hase, unter Bezugnahme auf Äußerungen in der israelischen Presse zur Verschlechterung des Verhältnisses zwischen der Bundesrepublik und Israel Stellung. Als Ursachen nannte er das Fehlen diplomatischer Beziehungen, die Tätigkeit deutscher Experten in der ägyptischen Rüstungsindustrie, die ungeklärte Fortführung der Wiedergutmachungsleistungen und die Art und Weise der Verfolgung von Verbrechen aus der Zeit des Nationalsozialismus. Hase konstatierte: „Die negativen Auswirkungen aller vier Komplexe beeinflussen und steigern sich gegenseitig ... Besonders bedenklich ist, daß die Verschlechterung des politischen Klimas mit dem Wechsel an der Spitze der Bundesregierung in Verbindung gebracht wird." Vgl. Abteilung I (I B 4), VS-Bd. 205; B 150, Aktenkopien 1964.

[10] Die Wörter „Angriffen wehrlos" wurden von Bundesminister Schröder unterschlängelt.

[11] Zur Tätigkeit deutscher Rüstungsexperten in der VAR vgl. zuletzt Dok. 88.
Zur Haltung der israelischen Presse vgl. Referat I B 4, Bd. 17.

hen, die Frage, was nach einem Abzug der Deutschen, sofern überhaupt möglich, geschehe, sei offenbar nicht bedacht. Die Behandlung des Problems in der israelischen Öffentlichkeit sei also offensichtlich unsachlich. Für die israelische Regierung fügte ich noch hinzu, daß es im Hinblick auf gewisse Vorgänge ja wohl auch völlig unbegründet sei, von einer einseitigen Unterstützung der Gegner Israels zu sprechen.

Botschafter Shinnar verteidigte sich damit, daß – nicht zuletzt dank seinem ständigen Einwirken auf seine Regierung – diese die Situation klar erkenne und wie wir beurteile und daß auch die öffentliche Meinung Israels keineswegs einmütig so negativ eingestellt sei, wie wir es offenbar annähmen. Die von mir zitierten Pressestimmen dürften nicht verallgemeinert werden. Andererseits dürften wir nicht übersehen, daß die deutsch-israelischen Probleme nicht rein rational zu werten seien, sondern jedenfalls in seinem Land auch starke emotionale Reaktionen auslösten. Er werde seinerseits alles tun, um auf seine Regierung in unserem Sinne einzuwirken, und diese auch zu veranlassen, im Rahmen ihrer Möglichkeiten die öffentliche Meinung des eigenen Landes zu beeinflussen. Ich erwiderte ihm hierzu, daß ich von der Aufrichtigkeit und Intensität seiner eigenen Bemühungen überzeugt sei, es der Bundesregierung jedoch darauf ankomme, durch ihn von der israelischen Regierung die Erklärung zu erhalten, daß sie sich gegenüber der öffentlichen israelischen Meinung in dem von uns angeregten Sinne verhalten werde. Der Botschafter versprach, sich bei dem bevorstehenden Besuch hierfür zu verwenden.

Das Gespräch wird nach der Rückkehr des Botschafters, also in etwa 10 Tagen, fortgesetzt werden.

Hiermit dem Herrn Minister[12] mit der Bitte um Kenntnisnahme.

Lahr

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 444

[12] Hat Bundesminister Schröder am 19. August 1964 vorgelegen.
Staatssekretär Lahr informierte am 13. August 1964 den Chef des Bundeskanzleramtes, Westrick, über das Gespräch mit dem Leiter der Israel-Mission. Shinnar habe betont, die israelische Regierung wisse die Unterstützung der Bundesrepublik sehr wohl zu schätzen, und geraten, anderslautende Pressestimmen nicht überzubewerten. Lahr zog den Schluß: „Es hat immer schon weitreichende israelische Wünsche gegeben, die wir nicht oder jedenfalls nicht zu Gänze erfüllen konnten, und die Israelis sind immer geschickt genug gewesen, hierüber eine gewisse Unzufriedenheit zur Schau zu tragen. Andererseits wissen sie auch, was sie an uns haben, und sind auch ihrerseits daran interessiert, daß sich das gegenseitige Verhältnis nicht verschlechtert." Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 422; B 150, Aktenkopien 1964.
Mit Schreiben vom 20. Oktober 1964 äußerte Shinnar gegenüber Lahr sein Bedauern, daß es zu dem in Aussicht genommenen Gespräch nicht gekommen sei, und erklärte: „Auf Grund meiner bisherigen informatorischen Eruierungen möchte ich annehmen, daß das, was ich Ihnen am 13. August als erste Entgegnung erwiderte, die hier bestehende Einstellung in etwa richtig widerspiegelt; d.h., daß meine Regierung an der Einstellung der Bundesregierung all das würdigt, was Würdigung verdient, und daß sich an den Beziehungen, wie sie Bundeskanzler Erhard verschiedentlich und insbesondere in der Pressekonferenz vom 6. Dezember 1963 schilderte und wie sie sich in den letzten zwölf Jahren entwickelt haben, nichts geändert hat." Vgl. Abteilung I (I B 4), VS-Bd. 104; B 150, Aktenkopien 1964.

231

Aufzeichnung des Staatssekretärs Lahr

St.S. 1022/64 13. August 1964

Betr.: Entwicklungspolitik der SBZ

Nachrichten aus einigen afrikanischen Ländern zeigen, daß die SBZ offenbar im Begriff steht, ihre Entwicklungspolitik zu aktivieren. Zu den bekannten Maßnahmen in Sansibar[1] sind in letzter Zeit Angebote, Malawi Kapitalhilfe in Höhe von etwa 100 Millionen DM und Ghana in Höhe von etwa 50 Millionen DM zu gewähren, hinzugetreten.[2] Das politische Raisonnement liegt auf der Hand. Die SBZ setzt an einigen wenigen schwachen Stellen in Afrika an, konzentriert ihre insgesamt nicht allzu großen Anstrengungen auf diese wenigen Punkte und hofft, damit dort eine beträchtliche Wirkung zu erreichen. Sie kann dabei unschwer unsere Angebote überbieten, da sich unsere insgesamt unvergleichlich viel höheren Mittel praktisch auf die Gesamtheit der Entwicklungsländer verteilen, und geht in dieser Beziehung insofern nicht ungeschickt vor, als sie sich vorzugsweise kleine Gebiete wie Sansibar und Malawi aussucht, wo sie mit ihrem massierten Angebot mehr Eindruck macht als in größeren Ländern. Sie hofft, dadurch Einbruchstellen in Afrika zu erzielen, die sie dann, ohne daß es dabei unbedingt des laufenden Einsatzes weiterer Mittel bedarf, ausweiten könnte. Diese Politik ist so naheliegend, daß man sich fragen muß, warum die SBZ hierauf nicht schon längst verfallen ist. Sollte sich der Eindruck einer solchen neuen politischen Aktivität der SBZ bestätigen, werden wir vor nicht einfache Probleme gestellt werden. Wir können nicht unsererseits die gleiche Politik verfolgen, unsere Mittel auf eine begrenzte Anzahl von Ländern zu beschränken, denn die Gefahr eines Einbruchs seitens der SBZ ist mehr oder weniger in allen Entwicklungsländern gegeben. Am wenigsten können wir die Länder auslassen, bei denen eine solche Gefahr relativ am geringsten ist, d.h. die uns befreundeten Länder.

Hieraus ergibt sich,
1) daß der bei uns seit zwei Jahren sich abzeichnende Prozeß einer Reduzierung der Entwicklungspolitik unsere Deutschland-Politik in Gefahr bringt, wir also wieder zu ausreichenden Verfügbarkeiten gelangen müssen,

[1] Die Entwicklungshilfe der DDR für Sansibar belief sich insgesamt auf ca. 30 Mio. DM. Mit diesem Geld sollten ein Elendsviertel saniert sowie ein Krankenhaus und eine weiterführende Schule gebaut werden. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Steltzer vom 5. Mai 1964; Referat I B 3, Bd. 511.

[2] Am 31. Juli 1964 teilte der malawische Ministerpräsident Banda Botschafter Balser, Blantyre-Limbe, mit, daß die DDR Malawi eine Soforthilfe in Höhe von 10 Mio. britischen Pfund für den Fall ihrer Anerkennung angeboten habe. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Referats III B 5 vom 12. August 1964; Referat III B 5, Bd. 299.
Mit Drahtbericht vom 22. August 1964 informierte Botschafter Steltzer, Accra, über die bevorstehende Eröffnung einer von der DDR erbauten Großdruckerei im Wert von 4 Mio. britischen Pfund. Vgl. Abteilung I (I B 3), VS-Bd. 94; B 150, Aktenkopien 1964.
Zur Entwicklungshilfe der Bundesrepublik für Ghana vgl. auch Dok. 233.

2) daß unsere Entwicklungspolitik von einem immer krasser werdenden Perfektionismus, der sich in einer zunehmenden Verlangsamung der Aktionen auswirkt, befreit und noch stärker als bisher unter außenpolitischen Gesichtspunkten betrieben werden muß.

Dies sollten in der Zukunft die beiden Leitgedanken des Auswärtigen Amts in den entwicklungspolitischen Auseinandersetzungen mit den anderen Ressorts, einschließlich der Kabinettsberatungen, sein.

Unser Botschafter in Malawi ist angewiesen worden, Ministerpräsident Banda beruhigende Mitteilungen über unsere eigenen Absichten zu machen.[3] Botschafter Steltzer wird in Accra das gleiche tun.

Im Laufe der Zeit wird sich herausstellen, daß unsere Entwicklungshilfe von größerer Qualität ist als die der SBZ. In Sansibar beginnt sich dies bereits abzuzeichnen.[4] Aber vorerst[5] bleibt uns nichts anderes übrig, als mit qualitativ vergleichbaren Aktionen zu antworten.

Hiermit dem Herrn Minister[6] vorgelegt.

Lahr[7]

Büro Staatssekretär, Bd. 405

[3] Mit Drahterlaß vom 13. August 1964 unterrichtete Staatssekretär Lahr Botschafter Balser, Blantyre-Limbe, über die vorgesehene Fortsetzung der Entwicklungshilfe für Malawi im Wert von bis zu 100 Mio. DM. Als Einzelprojekte nannte Lahr ein Straßenbauprogramm, den Ausbau des Rundfunks und den Bau eines Krankenhauses. Vgl. Referat III B 5, Bd. 299.
Am 24. September 1964 schlossen die Bundesrepublik und Malawi ein Abkommen über Kapitalhilfe. Vgl. dazu BUNDESANZEIGER, Nr. 67 vom 7. April 1965, S. 1.

[4] Zu den Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Vereinigten Republik von Tanganjika und Sansibar vgl. Dok. 228.

[5] Dieses Wort wurde von Staatssekretär Lahr handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „sonst".

[6] Hat Bundesminister Schröder am 19. August 1964 vorgelegen, der handschriftlich für Staatssekretär Lahr vermerkte: „Ich stimme den Gedankengängen zu."

[7] Staatssekretär Lahr bat am 20. September 1964 Ministerialdirektor Sachs um Rücksprache.

232

Staatssekretär Carstens an Bundesminister Westrick, Bundeskanzleramt

St.S. 1533/64 geheim **14. August 1964**[1]

Lieber Herr Westrick,

soeben suchte mich der amerikanische Botschafter[2] auf und übermittelte unter Bezugnahme auf die vorangegangene Besprechung zwischen Herrn Harriman und Botschafter Knappstein[3] die Bitte der amerikanischen Regierung, daß sich die Bundesregierung an einer Streitmacht beteiligen möge, die zur Verteidigung der Position der Regierung Tschombé in den Kongo entsandt werden solle.[4] Die amerikanische Regierung mache sich wegen der Entwicklung im Kongo große Sorge. Die Rebellen erzielten schnelle Fortschritte. Es lägen Nachrichten darüber vor, daß sie seitens des Ostblocks, insbesondere seitens der Chinesen, unterstützt würden.[5] Allerdings könne man nach amerikanischer Auffassung noch nicht eindeutig sagen, daß es sich bei den Rebellen um Kommunisten handele. Die amerikanische Regierung stände mit der belgischen Regierung in Verbindung.[6] Die Belgier würden sich an einer militä-

[1] Durchschlag als Konzept.

[2] George C. McGhee.

[3] Mit Drahtbericht vom 13. August 1964 informierte Botschafter Knappstein, Washington, über ein Gespräch mit dem Unterstaatssekretär im amerikanischen Außenministerium. Harriman habe die bewaffneten Auseinandersetzungen im Kongo (Léopoldville) sowie die Bemühungen um eine Befriedung erläutert und erklärt, „daß die Lage immer noch so kritisch sei, daß es notwendig werden könne, weitere westliche Nationen um Hilfe zu bitten ... Im Namen und auf Weisung von Präsident Johnson und Außenminister Rusk bitte er daher die Bundesregierung, ernsthaft zu erwägen, ob – im äußersten Notfall – etwa ein deutsches Bataillon zur Unterstützung der kongolesischen Nationalregierung entsandt werden könnte." Knappstein berichtete weiter, er habe als seine persönliche Ansicht den Standpunkt vertreten, daß er eine Entsendung von Bundeswehreinheiten für ausgeschlossen halte, und bat um Weisung. Vgl. Abteilung I (I B 3), VS-Bd. 185; B 150, Aktenkopien 1964.

[4] Zur Krise im Kongo vgl. Dok. 70, Anm. 21.
Nach dem Abzug der UNO-Truppen im Juni 1964 besetzten am 5. August 1964 Aufständische unter der Führung von Gaston Soumaliot Stanleyville und am 11. August 1964 Manano in Nord-Katanga. Am 14. August 1964 begann ein Gegenangriff der Regierungstruppen. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1964, Z 182.
Ministerpräsident Tschombé erklärte am 9. August 1964, daß es zur Niederwerfung der Rebellion keiner ausländischen Intervention bedürfe, jedoch weitere Ausrüstungshilfe notwendig sei. Vgl. dazu THE NEW YORK TIMES, International Edition, Nr. 38915 vom 10. August 1964, S. 1.

[5] Am 19. August 1964 informierte Botschafter Siegfried, Brüssel, über ein Gespräch mit dem Leiter der Kongo-Abteilung im belgischen Außenministerium. De Bassompierre bezweifelte, daß die kongolesischen Rebellen durch die Volksrepublik China wirkungsvoll unterstützt würden. Er äußerte die Vermutung, „die Vereinigten Staaten dramatisierten die Lage zu sehr und überschätzten auch den rotchinesischen Einfluß. Das Auffinden von Handbüchern rotchinesischen Ursprungs über den Guerillakrieg bei gefangenen Rebellen besage nicht viel. Derartige Schriften gebe es überall zu kaufen, und man könne sie auch in Buchhandlungen in Brüssel bekommen." Vgl. Abteilung I (I B 3), VS-Bd. 82; B 150, Aktenkopien 1964.

[6] Am 7./8. August 1964 hielt sich der Unterstaatssekretär im amerikanischen Außenministerium, Harriman, zu Gesprächen mit der belgischen Regierung in Brüssel auf. Dazu gab Botschafter Siegfried, Brüssel, am 11. August 1964 Informationen des belgischen Außenministers wieder, de-

rischen Streitmacht beteiligen. Die Franzosen und Engländer seien gleichfalls um Beteiligung gebeten worden, jedoch sei es eher unwahrscheinlich, daß sie dieser Bitte entsprechen würden. Man sei in Washington der Auffassung, daß die Bundesregierung etwa ein Bataillon entsenden solle.

Es handele sich nicht um eine Aktion, die unter der Oberleitung der Vereinten Nationen stände.

Ich wies den Botschafter auf die großen Schwierigkeiten hin, die der Erfüllung der amerikanischen Bitte entgegenständen. Einmal sei es grundsätzlich für uns sehr schwer, deutsche Soldaten außerhalb des NATO-Territoriums einzusetzen. Dies habe sich schon gezeigt, als die englische und die amerikanische Regierung uns um die Entsendung eines deutschen Kontingents nach Zypern gebeten hatten.[7] Die Bundeswehr stehe auf dem Standpunkt, daß sie zur Verteidigung des NATO-Territoriums bestimmt sei. Sie berufe sich dabei auf die Erklärungen, die während der schweren Auseinandersetzungen, die der Aufstellung deutscher Streitkräfte vorangingen, abgegeben worden seien. Trotzdem sei die Bundesregierung im Falle Zypern grundsätzlich bereit gewesen, der vorgetragenen Bitte zu entsprechen.

Es sei unverkennbar, daß die damals aufgetretenen Schwierigkeiten sich gegenüber einem Einsatz deutscher Streitkräfte im Kongo verstärken würden.

Hinzu komme, daß die Bundesregierung auf ihre Interessen in den anderen schwarz-afrikanischen Staaten Rücksicht nehmen müsse. Wir ständen zur Zeit in einer sehr schwierigen Auseinandersetzung in Tanganjika-Sansibar.[8] Wenn wir jetzt Truppen in den Kongo entsenden würden, würden sich unsere Chancen, in Tanganjika unseren Standpunkt durchzusetzen, sofort wesentlich vermindern. Das gleiche gelte von mehreren anderen afrikanischen Staaten.

Der amerikanische Botschafter erwiderte, die Europäer möchten doch bedenken, daß die Amerikaner nicht überall die Last der auftretenden Konflikte allein tragen könnten. Die USA hätten im Kongo keinerlei besondere Interessen. Andererseits habe Europa stets betont, daß Afrika und Europa zusammengehen müssen. Mit dieser Begründung seien 18 afrikanische Staaten, dar-

Fortsetzung Fußnote von Seite 968

nen zufolge Differenzen in der Beurteilung der Lage im Kongo (Léopoldville), „die von den Amerikanern für gefährlicher gehalten werde als von Spaak", aufgetreten seien. Spaak halte einen Einsatz nichtafrikanischer Truppen für riskant und habe erklärt, „er sei mit Harriman übereingekommen, auch bei den Verbündeten zu fragen, was sie dächten. Dabei würden bei Informationen, die unser Botschafter in Washington erhalte, die amerikanischen Gesichtspunkte vielleicht mehr in den Vordergrund treten." Siegfried resümierte: „Ich hatte den Eindruck, daß Spaak daran lag, das dadurch möglicherweise entstehende Bild zu korrigieren." Vgl. Abteilung I (I B 3), VS-Bd. 185; B 150, Aktenkopien 1964.

[7] Zum britisch-amerikanischen Plan, eine Friedenstruppe aus Kontingenten einzelner NATO-Staaten nach Zypern zu entsenden, und zur Frage einer Beteiligung der Bundesrepublik vgl. Dok. 34 und Dok. 37.
Zur finanziellen Unterstützung der UNO-Friedenstruppe auf Zypern durch die Bundesrepublik vgl. Dok. 70 und Dok. 123, Anm. 6.

[8] Zu den Differenzen mit der Vereinigten Republik von Tanganjika und Sansibar wegen der DDR-Vertretung auf Sansibar vgl. Dok. 228.

unter der Kongo, mit der EWG assoziiert worden.[9] Es liege daher nahe, daß sich auch die europäischen Staaten um die Beilegung der in Afrika entstehenden Konflikte und Schwierigkeiten bemühten.

Ich antwortete, daß ich volles Verständnis für die amerikanische Auffassung hätte. Ich würde auch selbstverständlich die von dem Botschafter übermittelte Bitte der amerikanischen Regierung sofort an den Herrn Bundesminister des Auswärtigen und an den Herrn Bundeskanzler weiterleiten, und ich würde Herrn Staatssekretär Lahr bitten, dem Botschafter so bald wie möglich eine endgültige Antwort zukommen zu lassen, da ich selbst im Begriff sei, in Urlaub zu fahren. Der Botschafter erklärte, er fahre auch in Urlaub, und bat, seinen Vertreter[10] zu unterrichten.

Ich glaube, daß aus den von mir genannten Gründen eine deutsche Beteiligung an einer militärischen Aktion im Kongo nicht in Betracht kommt, und schlage daher vor, die amerikanische Botschaft in Bonn in höflicher und vorsichtiger Form in diesem Sinne zu bescheiden. Der Herr Bundesminister des Auswärtigen, mit dem ich telefonisch gesprochen habe, ist der gleichen Auffassung.

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie zu meinem Vorschlag die Zustimmung des Herrn Bundeskanzlers einholen würden.

Mit meinen besten Empfehlungen bin ich

Ihr
gez.Carstens

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 432

[9] Am 20. Juli 1963 wurde zwischen der EWG und 18 afrikanischen Staaten in Jaunde (Kamerun) ein Assoziierungsabkommen geschlossen. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1963, D 383–387.

[10] Martin J. Hillenbrand.

233

Vermerk des Staatssekretärs Lahr

St.S. 1035/64 **15. August 1964**

Betr.: Ghana

Der ghanaische Botschafter erschien heute bei mir, um mir im Anschluß an die in letzter Zeit mit ihm geführten Gespräche[1] eine, wie er sagte, „inoffizielle Botschaft von Präsident Nkrumah auszurichten." Der Präsident lasse mir sagen, daß er das im Frühjahr mit mir geführte Gespräch[2] keineswegs vergessen habe und daß das, was er mir damals gesagt habe, weiterhin volle Gültigkeit behalte. Der wesentliche Inhalt meiner Ausführungen gegenüber Nkrumah hatte darin bestanden, daß, wer den Wunsch des deutschen Volkes nach Wiedervereinigung billige, nichts tun dürfe, um die internationale Position der sogenannten DDR zu verstärken. Das letztere beschränke sich nicht darauf, die sogenannte DDR nicht anzuerkennen und zu ihr keine diplomatischen Beziehungen aufzunehmen, sondern schließe auch jede andere irgendwie geartete Aufwertung dieses Regimes ein. Nkrumah hatte dazu erklärt, daß er diese Zusammenhänge wohl verstehe und daß er, da er für die Wiedervereinigung des deutschen Volkes eintrete, seine Politik dementsprechend bestimmen werde.

Der Botschafter erwähnte ferner, daß sein Präsident ihm gegenüber gesagt habe, gemessen an der Tatsache, daß Ghana nach Äthiopien und Liberia der erste selbständige Staat Afrikas[3] und im Kreis der Afrika-Staaten einer der wichtigsten sei, sollte die deutsche Hilfe größer sein als bisher. Er, der Botschafter, habe daraufhin seinem Präsidenten erwidert, daß dies vielleicht zu erreichen sei, [aber] Verständnis Ghanas für unseren Standpunkt in der deut-

[1] Aus Anlaß einer überraschend angekündigten Reise des ghanaischen Außenministers Botsio nach Ost-Berlin wurde Botschafter Doe am 27. Juli 1964 zunächst von Ministerialdirigent Böker einbestellt. Am 1. August 1964 folgte ein Gespräch mit Staatssekretär Lahr, in dem Doe erklärte, daß Botsio lediglich ärztlich behandelt werde und keine offiziellen Kontakte mit Vertretern der DDR gehabt habe. In einem weiteren Gespräch am 11. August 1964 bekräftigte er diese Aussage und bestätigte darüber hinaus die bisherige Haltung Ghanas in der Deutschland-Frage. Für die Aufzeichnung von Böker vom 27. Juli 1964 vgl. Abteilung I (I B 3), VS-Bd. 94; B 150, Aktenkopien 1964. Für die Aufzeichnungen von Lahr vom 1. und 14. August 1964 vgl. Büro Staatssekretär, Bd. 392.
Zur Verlautbarung der DDR, nach der Außenminister Botsio an einem ihm vom Ersten Stellvertretenden Minister für Auswärtige Angelegenheiten, Winzer, gegebenen Essen teilnahm, vgl. den Artikel „Minister Botsio in der DDR"; NEUES DEUTSCHLAND, Nr. 207 vom 29. Juli 1964, S. 1.

[2] Zum Besuch des Staatssekretärs Lahr vom 28. bis 30. April 1964 in Ghana und zum Gespräch mit Präsident Nkrumah vgl. Dok. 116.

[3] Ghana erhielt 1957 die Unabhängigkeit von Großbritannien und wurde Mitglied des Commonwealth.

schen Frage voraussetze. Er habe den Eindruck, daß sein Präsident dies wohl begriffen habe.[4]

Hiermit dem Herrn Minister[5] mit der Bitte um Kenntnisnahme.

Lahr

Büro Staatssekretär, Bd. 392

234

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jansen

I A 1-80.11/1041/64 geheim **18. August 1964**

Betr.: Stand der deutsch-französischen Beziehungen;
hier: Erste Bemerkungen zu dem französischen Aide-mémoire vom 17. August 1964[1]

Bezug: Fernschreiben Nr. 1276 geh. vom 17. August 1964 der Botschaft Paris[2]

1) Der Stil des französischen Aide-mémoires berechtigt zu der Vermutung, daß der Text aus der Feder General de Gaulles stammt bzw. Couve de Murvilles[3].

2) Der kühle Ton läßt einen Rückschluß darauf zu, welche Distanz der französische Präsident nunmehr gegenüber Deutschland einnimmt.

[4] Als Möglichkeiten für eine weitere Unterstützung Ghanas nannte Botschafter Doe die Mitwirkung der Bundesrepublik an der Errichtung einer Berufsschule für Frauen sowie einer medizinischen Ausbildungs- und Forschungseinrichtung. Ferner trat er für eine Beteiligung der Firma AEG beim Bau eines Staudamms am Volta-Fluß und für eine Teilnahme der Bundesrepublik an der internationalen Handelsmesse in Ghana ein. Vgl. die Aufzeichnung des Staatssekretärs Lahr vom 15. August 1964; Büro Staatssekretär, Bd. 392.

[5] Hat Bundesminister Schröder am 19. August 1964 vorgelegen.
Der Vermerk wurde ferner an Staatssekretär Carstens und Ministerialdirektor Sachs sowie an Ministerialdirektor Jansen zur Unterrichtung des Botschafters Steltzer, Accra, weitergeleitet. Für den entsprechenden Drahterlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Graf von Posadowsky-Wehner vom 20. August 1964 an die Botschaft in Accra vgl. Referat I B 3, Bd. 485.

[1] Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 419.
Mit dem Aide-mémoire beantwortete die französische Regierung die Mitteilung des Bundeskanzlers Erhard an Staatspräsident de Gaulle, die Gesandter Knoke, Paris, am 10. August 1964 übermittelt hatte. Vgl. dazu Dok. 225.

[2] Mit Drahtbericht vom 17. August 1964 übermittelte Gesandter Knoke, Paris, das Aide-mémoire der französischen Regierung. Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 419.
Am 18. August 1964 hielt Knoke fest, daß die Übergabe des Schriftstücks durch den Abteilungsleiter im französischen Außenministerium, Lucet, „sicher nicht höflich genannt werden" könne, da sie angemessenerweise durch den amtierenden Premierminister Joxe oder nach Rückkehr des Premierministers Pompidou durch diesen selbst hätte erfolgen müssen. Knoke vertrat die Ansicht, daß das Verfahren auf eine Verärgerung des Staatspräsidenten de Gaulle zurückgehe, weil „der Herr Bundeskanzler nicht die vom General so bevorzugte Form des persönlichen Briefes gefunden hat, sondern sich des amtlichen diplomatischen Kanals bedient hat". Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 419; B 150, Aktenkopien 1964.

[3] Die Wörter „bzw. Couve de Murvilles" wurden von Ministerialdirektor Jansen handschriftlich eingefügt.

3) Hinter den Äußerungen zu den einzelnen Problemen läßt sich als verbindendes Element ein Vertrauensschwund gegenüber der deutschen Politik, so wie sie in Paris beurteilt wird, vermuten. Dieser Umstand dürfte auf zwei Überlegungsreihen zurückgehen:

a) Die französische Regierung scheint zu befürchten, daß die Bundesregierung – möglicherweise im Zusammenhang mit amerikanisch-sowjetischen Sondierungsgesprächen – eine Neuorientierung ihrer Politik gegenüber der Sowjetunion vorbereitet. Die bisherige französische Rußlandpolitik und die klare Unterstützung, die sie dem deutschen Wiedervereinigungsverlangen zuteil werden ließ, könnte damit völlig isoliert werden. Zugleich könnte sich daraus der in französischen Augen seit 1945 immer als größte Gefahr betrachtete deutsche Alleingang nach Moskau ergeben. Mit Befürchtungen dieser Art könnten die kurz bemessene Antwort auf die deutschen Informationen über den Besuch Adschubejs[4] und der überraschende Vorschlag zusammenhängen, daß eine Aussprache über die Grenzen des wiedervereinigten Deutschlands[5], falls von der Bundesregierung gewünscht, mit den Vereinigten Staaten und Großbritannien geführt werden sollte. Die französische Regierung scheint damit daran erinnern zu wollen, daß die Bundesregierung, sollte sie sich den Verpflichtungen aus dem deutsch-französischen Vertrag[6] entziehen wollen, weiterhin durch das Potsdamer Abkommen[7] und den Deutschlandvertrag[8] gebunden ist.

b) Die französische Regierung betrachtet offensichtlich die deutsche Politik gegenüber den Vereinigten Staaten nicht als die natürliche Folge unseres besonderen Sicherheitsbedürfnisses, sondern vermutet andere Gründe dahinter.[9] Sie erkennt ihrerseits das deutsche Sicherheitsbedürfnis voll an, sie hat auch keinen Zweifel daran gelassen, daß sie die amerikanische Unterstützung für die Verteidigung Europas als unerläßlich betrachtet, solange der sowjetische Druck anhält. Mit ihrem Wunsch, Europa als Partner Amerikas zu stärken und dem Kontinent im Rahmen der Partnerschaft zu einer eigenständigen Politik zu verhelfen, glaubt de Gaulle, den berechtigten deutschen Interessen nicht zuwiderzuhandeln, sondern vielmehr eine in der europäischen Bewegung immer bestehende Entwicklungslinie, allerdings ohne supranationale Vorzeichen, zu verfolgen. Wenn in französischen Augen die deutsche Seite diesem Gesichtspunkt kein Verständnis entgegenbringt und darüber hinaus die amerikanischen Interessen ohne ersichtlichen Grund in Fragen wie Indochina und China unterstützt, so glaubt der französische Präsident anscheinend, dahinter eine Abkehr der deutschen Politik von der Konzeption eines geeinten Europa, gestützt auf die Europäischen Gemeinschaften und eine Po-

[4] Zum Besuch des Chefredakteurs der Zeitung „Izvestija" vom 20. Juli bis 1. August 1964 in der Bundesrepublik vgl. Dok 212.

[5] Zur französischen Haltung in der Frage der Oder-Neiße-Linie vgl. Dok. 222.

[6] Für den Wortlaut des deutsch-französischen Vertrags vom 22. Januar 1963 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 706–710.

[7] Für den Wortlaut des Kommuniqués vom 2. August 1945 über die Konferenz von Potsdam (Potsdamer Abkommen) vgl. DzD II/1, S. 2101–2148.

[8] Für den Wortlaut des Deutschland-Vertrags vom 23. Oktober 1954 vgl. DOKUMENTE DES GETEILTEN DEUTSCHLAND, Bd. 1, S. 229–234.

[9] Vgl. dazu bereits Dok. 218.

litische Union[10], zugunsten eines engen bilateralen Verhältnisses zu Amerika vermuten zu müssen.

4) Das Aide-mémoire deutet an verschiedenen Stellen die Überzeugung des französischen Präsidenten an, daß auf deutscher Seite die Bereitschaft zu eingehenden Konsultationen mit Frankreich im Rahmen des Vertrages vom 22. Januar 1963 mangelt. Die Erklärung hierfür könnte in französischer Sicht in der vermuteten Neuorientierung der deutschen Politik liegen. Der letzte Absatz des Abschnitts 2, in dem der seit Vertragsabschluß bestehende französische Wunsch nach einer gemeinsamen deutsch-französischen Politik hervorgehoben wird, die Darstellung der Besprechung über Indochina[11] in den Konsultationen vom 8. Juni[12] und die Formulierung des Abschnitts 6 lassen diesen Schluß zu.

5) Auf den beigefügten Schriftbericht der Botschaft Paris vom 17. August 1964 – Pol I A 3-0-1118/64 geheim – über die Gründe für die Krise im deutsch-französischen Verhältnis in französischer Sicht wird verwiesen.[13]

6) Bei den kommenden deutsch-französischen Kontakten sollte den vermutlich auf französischer Seite bestehenden Gründen für den Vertrauensschwund gegenüber Deutschland Rechnung getragen werden.[14]

Hiermit über den Herrn Staatssekretär[15] dem Herrn Minister[16] mit der Bitte um Kenntnisnahme vorgelegt.

Jansen

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 419

[10] Zu den Bemühungen um eine europäische politische Zusammenarbeit vgl. zuletzt Dok. 196 und Dok. 197. Vgl. dazu weiter Dok. 266.

[11] Daß das Thema Indochina angesprochen wurde, obwohl der französischen Regierung bekannt war, daß mit dem auf einen Schreibfehler zurückgehenden Stichwort „Indochina" in der Mitteilung des Bundeskanzlers Erhard eigentlich „Indonesien" gemeint war, wertete Gesandter Knoke, Paris, als „schikanös" und regte an, der französischen Botschaft in Bonn das Befremden der Bundesregierung mitzuteilen. Für den Drahtbericht vom 18. August 1964 vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 419; B 150, Aktenkopien 1964.

[12] Korrigiert aus: „8. Januar".
Zu den Gesprächen des Bundesministers Schröder mit dem französischen Außenminister Couve de Murville am 8. Juni 1964 in Paris vgl. Dok. 153 und Dok. 154.

[13] Dem Vorgang nicht beigefügt. Gesandter Knoke, Paris, faßte am 17. August 1964 Stellungnahmen von Mitarbeitern des französischen Außenministeriums zusammen. Danach wurden als Gründe für die Haltung des Staatspräsidenten de Gaulle genannt: „Mangelnde Konsequenz der deutschen Politik gegenüber der Sowjetunion", die sich besonders im Empfang des Chefredakteurs der Zeitung „Izvestija", Adschubej, durch Bundeskanzler Erhard ausgedrückt habe; „mangelndes Verständnis für die Politik des französischen Partners", wie es hinsichtlich des Verhältnisses zu den USA, hinsichtlich Südostasiens und hinsichtlich der Volksrepublik China erkennbar sei; „Unterschätzung der Möglichkeiten der französischen Politik", die gerade für eine deutsche Wiedervereinigung von Bedeutung seien; „mangelnde deutsche Bereitschaft zum Dialog", die sich in den deutsch-französischen Regierungsbesprechungen am 3./4. Juli 1964 gezeigt habe. Vgl. Abteilung I (I A 1), VS-Bd. 139; B 150, Aktenkopien 1964.

[14] Zu den deutsch-französischen Beziehungen vgl. weiter Dok. 244.

[15] Hat Staatssekretär Lahr am 18. August 1964 vorgelegen, der handschriftlich für Bundesminister Schröder vermerkte: „Ich darf mich morgen telefonisch äußern."

[16] Hat Schröder am 19. August 1964 vorgelegen.

235

Botschafter Grewe, Paris (NATO), an Bundesminister Schröder

Z B 6-1/6451/64 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 1121
Cito

Aufgabe: 18. August 1964, 19.50 Uhr
Ankunft: 18. August 1964, 21.10 Uhr

Bitte Außenminister und Staatssekretär vorzulegen

Betr.: Zypern und Zurückziehung griechischer Truppen aus NATO-Unterstellung

I. Unter dem Eindruck neuester Entwicklungen in der Zypern-Frage[1] berief Generalsekretär Brosio Sondersitzung aller Ratsmitglieder mit Ausnahme der Griechen und Türken und einiger kleinerer Länder (Island, Luxemburg, Portugal) ein, um zu treffende Maßnahmen zu beraten. Als Anlaß für Sondersitzung bezeichnete er drei Elemente neuester Entwicklung:

1) Hilfsersuchen der zypriotischen Regierung an die Sowjetregierung und deren Antwort hierauf (TASS-Verlautbarung)[2];
2) griechische Ankündigung der Zurückziehung griechischer Streitkräfte aus der NATO-Unterstellung mit der ausdrücklichen Begründung, daß dieser Schritt im Hinblick auf türkische Drohung erforderlich geworden sei[3];
3) Erklärung griechischen Regierungssprechers, der sowjetische Antwort auf Makarios' Hilfsersuchen als „bedeutenden Beitrag zum Frieden" bezeichnet hat.

Brosio betonte, daß alle diese Ereignisse geeignet seien, die Allianz in höchstem Maße zu kompromittieren. Was die sowjetische Antworterklärung anlange, so erscheine sie auf den ersten Blick als vorsichtig redigiert[4], da z.B. die in Aussicht gestellte Hilfe nicht ausdrücklich als militärische Hilfe qualifi-

[1] Als Reaktion auf die Vertreibung türkischer Zyprioten aus dem nordwestlichen Küstengebiet Zyperns bombardierten türkische Luftstreitkräfte am 8. August 1964 griechisch-zyprische Ortschaften. Während die Türkei bilaterale Verhandlungen mit Griechenland zur Lösung des Konflikts verlangte, bestanden der zyprische Präsident Makarios und die griechische Regierung auf einer Einschaltung der UNO. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1964, Z 181, Z 185 und Z 188.

[2] Zum Hilfeersuchen der zyprischen Regierung vom 9. August 1964 vgl. THE NEW YORK TIMES, International Edition, Nr. 38915 vom 9. August 1964, S. 1.
Die sowjetische Regierung bekräftigte in ihrer Antwort vom 15. August 1964 ihre Forderung an die am Zypern-Konflikt beteiligten Mächte, die Souveränität und territoriale Unversehrtheit Zyperns zu respektieren. Ferner warnte sie vor einer ausländischen Invasion Zyperns und bot ihre Vermittlung in dem Konflikt an. Vgl. PRAVDA, Nr. 229 vom 16. August 1964, S. 1.
Zur sowjetischen Zypern-Politik vgl. auch den Drahtbericht des Gesandten Sante, Moskau, vom 17. August 1964; Abteilung II (II 7), VS-Bd. 689; B 150, Aktenkopien 1964.

[3] Am 17. August 1964 unterrichtete Generalsekretär Brosio den Ständigen NATO-Rat von dem Entschluß der griechischen Regierung, einen Teil ihrer Truppen aus der NATO-Assignierung sowie aus dem NATO-Hauptquartier in Izmir zurückzuziehen. Vgl. dazu den Drahtbericht des Botschafters Grewe, Paris (NATO), vom 18. August 1964; Abteilung II (II 7), VS-Bd. 690; B 150, Aktenkopien 1964.

[4] Zur abwartenden Haltung der UdSSR im Zypern-Konflikt vgl. den Bericht des Gesandten Sante, Moskau, vom 20. August 1964; Referat II 4, Bd. 619.

ziert werde. Das eigentlich gefährliche Element der sowjetischen Antwort liege in dem Verhandlungsangebot, dessen sich die zypriotische Regierung sofort bemächtigt habe[5].

Brosio erwähnte, daß der Gedanke eines Außenministertreffens erneut an ihn herangetragen worden sei, daß er einen solchen Schritt jedoch immer noch für verfrüht halte. Dagegen beabsichtige er, noch am heutigen Abend eine ernste Botschaft an die griechische und türkische Regierung zu richten.[6] In dieser Botschaft wolle er beide Regierungen auffordern, ihre Entschlüsse in bezug auf die Zurückziehung ihrer Truppen aus der NATO-Unterstellung rückgängig zu machen. Ferner wolle er andeuten, daß die für September und Oktober geplanten Manöver in der Türkei und Griechenland („Eastern Express" und „Deep Furrow")[7] voraussichtlich undurchführbar würden. Endlich wolle er an die beiden Regierungen appellieren, jede Hereinziehung dritter Mächte in den Zypern-Konflikt zu unterlassen und vielmehr auf die zypriotische Regierung einzuwirken, daß sie auch ihrerseits davon Abstand nehme, sich um die Hilfe dritter Länder außerhalb der Allianz zu bemühen.

II. Aussprache ergab allgemeine Besorgnis über neueste Entwicklung des Zypern-Konflikts. Mehrfach wurde von der unmittelbar bevorstehenden Gefahr einer direkten Konfrontation zwischen NATO und Sowjetunion über Zypern-Frage gesprochen. Die vom Generalsekretär beabsichtigte Botschaft an die beiden Regierungen wurde einmütig gebilligt. Ich habe zum Ausdruck gebracht, daß ich keine ausdrücklichen Instruktionen hätte, jedoch davon überzeugt sei, daß auch Bundesregierung diesen Schritt billige. Auf meine und niederländische Anregung wurde jedoch Erwähnung möglicher Absage der geplanten NATO-Manöver wieder fallen gelassen. Entscheidung darüber soll, wie vorgesehen, erst am 21. unter Mitwirkung griechischen und türkischen Vertreters getroffen werden.[8]

III. Sonstige in der Aussprache berührte Ideen, die in der Botschaft des Generalsekretärs jedoch noch keinen Ausdruck finden werden: Bemühungen in New York, um die UN-Streitmacht auf Zypern[9] mit weiterreichenden Befug-

[5] Zur Verschärfung der „intransigenten Stimmung" der griechischen Zyprioten als Reaktion auf das sowjetische Vermittlungsangebot vgl. NEUE ZÜRCHER ZEITUNG, Fernausgabe, Nr. 227 vom 18. August 1964, S. 1.

[6] Für den Wortlaut vgl. den Drahtbericht des Botschafters Grewe vom 19. August 1964; Abteilung II (II 7), VS-Bd. 690; B 150, Aktenkopien 1964.

[7] Mit Drahtbericht vom 24. August 1964 teilte Botschafter Grewe, Paris (NATO), den Beschluß des Ständigen NATO-Rats mit, das ursprünglich vom 2. bis 17. September 1964 in der Türkei geplante Manöver „Eastern Express" auf den frühestmöglichen Zeitpunkt im folgenden Jahr zu verschieben. Für die Verlegung wurden in erster Linie Schwierigkeiten genannt, „die im UN-Sicherheitsrat entstehen könnten, falls die Übung durch die Sowjets und durch Makarios propagandistisch hochgespielt würde". Vgl. Abteilung II (II 7), VS-Bd. 713; B 150, Aktenkopien 1964.
Am 3. September 1964 berichtete Gesandter Sahm, Paris (NATO), über die Verschiebung des für den 1. bis 4. Oktober im Raum Saloniki geplanten NATO-Manövers „Deep Furrow" auf unbestimmte Zeit. Vgl. Abteilung II (II 7), VS-Bd. 713; B 150, Aktenkopien 1964.

[8] Auf Antrag des amerikanischen Botschafters bei der NATO, Finletter, verschob der Ständige NATO-Rat am 21. August 1964 die Entscheidung über die Durchführung der beiden Manöver auf den 24. August 1964. Vgl. dazu den Drahtbericht des Botschafters Grewe, Paris (NATO); Abteilung II (II 7), VS-Bd. 713; B 150, Aktenkopien 1964.

[9] Zur UNO-Friedenstruppe auf Zypern vgl. Dok. 159, besonders Anm. 5.

nissen auszustatten; Demarche bei U Thant zu diesem Zwecke; Überprüfung der NATO-Militärhilfe an Griechenland und die Türkei[10], insbesondere der Priorität, die diesen Hilfeleistungen eingeräumt worden ist; Einwirkung auf die türkische und griechische Regierung, so rasch wie möglich in direkte Verhandlungen über die Zypern-Frage einzutreten, da jede Verzögerung nur zur Versteifung der Haltung von Makarios und zu einer Komplizierung der Lage auch für diese beiden Regierungen führen könne.

IV. Während der Sitzung wurde eine Mitteilung des türkischen Botschafters[11] an den Generalsekretär bekannt, wonach die Türkei die beschlossene Zurückziehung ihrer Truppen aus der NATO-Unterstellung rückgängig macht. (Die Mitteilung, die Brosio formlos übermittelt wurde, bedarf noch der Bestätigung.)

Türkischer Botschafter hat laut Mitteilung des Generalsekretärs Verlangen angemeldet, zu morgiger Ratssitzung[12] auf die erneute gefährliche Zuspitzung der Lage in Zypern hinweisen zu können.

V. Brosio beeindruckt Ratsmitglieder durch das Tempo, mit dem er sich einarbeitet[13], und durch zielbewußte, energische und umsichtige Art, mit der er in den letzten Tagen besonders in Zypern-Frage operiert hat.

[gez.] Grewe

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 432

10 Mit Drahtbericht vom 28. August 1964 berichtete Botschaftsrats I. Klasse Sahm, Paris (NATO), über Pläne des Generalsekretärs Brosio, „im Falle einer dramatischen Zuspitzung" der Zypern-Krise Griechenland und die Türkei aus der NATO auszuschließen. Vgl. Abteilung II (II 7), VS-Bd. 690; B 150, Aktenkopien 1964.
Dazu vertrat Vortragender Legationsrat I. Klasse Scheske am 29. August 1964 die Ansicht, daß eine solche Maßnahme lediglich der UdSSR zu dem Ziel verhülfe, „das NATO-System in diesem Bereich zum Einsturz zu bringen". Er schlug statt dessen vor, zunächst Druck auf die griechische Regierung auszuüben, damit sie die griechisch-zyprische Regierung zur Annahme eines Kompromißvorschlags bewege. Als letzten Schritt erwog er, „aus der Gesamtverpflichtung der NATO eine Polizei-Aktion mehrerer Verbündeter zur Befriedung der Insel zu unternehmen, nachdem die UNO-Aktion gescheitert ist. Die griechische Regierung müßte veranlaßt werden, dieser Aktion zuzustimmen". Vgl. Abteilung II (II 7), VS-Bd. 690; B 150, Aktenkopien 1964.

11 Muharrem Nuri Birgi.

12 In der Sitzung des Ständigen NATO-Rats am 19. August 1964 gab der türkische Botschafter eine Erklärung ab, in der er vor einer Anlehnung Zyperns an die UdSSR warnte und die NATO-Verbündeten aufforderte, die türkische Position in dem Konflikt zu unterstützen. Vgl. dazu den Drahtbericht des Botschafters Grewe, Paris (NATO); Abteilung II (II 7), VS-Bd. 690; B 150, Aktenkopien 1964.

13 Manlio Brosio nahm am 1. August 1964 seine Geschäfte als Generalsekretär der NATO auf.

236

Botschafter von Etzdorf, London, an Staatssekretär Carstens

St.S. 1566/64 geheim **20. August 1964**[1]

Lieber Herr Carstens,

die angekündigte Unterhaltung zwischen Herrn Berlet und dem rotchinesischen Handelsrat, Herrn Li Meng Hou, hat heute vormittag stattgefunden.[2] Über den Verlauf unterrichtet die beigefügte Aufzeichnung Herrn Berlets.[3] Wir haben danach den Eindruck, daß auch Herr Li Meng Hou daran interessiert ist, den Faden weiterzuspinnen. Er hätte sonst die Möglichkeit gehabt, der Anregung Herrn Berlets, sich wiederzusehen, auszuweichen, z.B. mit dem Hinweis, daß er hier nur für bilaterale chinesisch-britische Handelsinteressen tätig sei. Herr Berlet hat den eigentlichen Grund unserer Initiative nicht erkennen lassen. Es könnte daher auch bei dem nächsten Treffen die Unterhaltung im allgemeinen Rahmen fortgeführt werden, d.h., man könnte sich auf eine Erörterung der bisherigen Entwicklung der deutsch-chinesischen Handelsbeziehungen beschränken. Man könnte aber auch bereits konkreter werden. Hierzu müßten wir jedoch substantiell instand gesetzt werden, was bisher nicht der Fall ist.[4]

Sollten Sie dem zustimmen, möchte ich die Anregung, die ich bereits telefonisch gab, wiederholen, nämlich, einen Herrn aus der Zentrale herzuschicken. Es wäre dann zu überlegen, ob dieser uns nur ins Bild setzt und das nächste Gespräch wiederum zwischen Herrn Berlet und dem chinesischen Handelsrat allein geführt wird oder ob dies bereits in seiner Anwesenheit geschehen soll. Ich möchte das letztere empfehlen, zumal Herr Berlet bekanntlich nach dem September nicht mehr zur Verfügung steht.[5]

Ohnehin würde ich es begrüßen, wenn wir Gelegenheit hätten, mit einem in der Materie, namentlich in der Vorgeschichte, bewanderten Kollegen aus Bonn den ganzen Komplex mündlich zu besprechen.

Mit besten Grüßen

Ihr H. v. Etzdorf

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 438

[1] Privatdienstschreiben.

[2] Zu den Sondierungen über ein Warenabkommen mit der Volksrepublik China vgl. zuletzt Dok. 206.

[3] Dem Vorgang beigefügt. Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 432; B 150, Aktenkopien 1964.

[4] Mit Privatdienstschreiben vom 24. August 1964 teilte Staatssekretär Lahr mit, daß vorläufig kein weiteres Gespräch zu führen sei. Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 438; B 150, Aktenkopien 1964.

[5] Am 30. September 1964 schied Legationsrat I. Klasse Berlet aus dem Auswärtigen Dienst aus.

237

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Voigt

I B 3-84.00/90.34/2415/64 VS-vertraulich **20. August 1964**[1]

Betr.: Portugiesische Demarche wegen Lieferung deutscher militärischer Ausrüstung nach Tanganjika

Der portugiesische Botschafter suchte mich heute auf, um weisungsgemäß „in liebenswürdiger und freundschaftlicher Form" eine mündliche Demarche wegen der deutschen Militärhilfe für die Unionsregierung Tanganjika/Sansibar zu machen. An der Unterhaltung nahm der Afrikareferent Graf von Posadowsky-Wehner teil.

Botschafter Homem de Mello führte aus, daß seine Regierung wegen der deutschen Militärabkommen und Waffenhilfe für einige afrikanische Staaten[2] – insbesondere wegen der neuen Vereinbarungen mit der Unionsregierung[3] – große Sorgen habe. Moçambique sei ein ganz friedliches, geordnetes Land, wie gerade auch der kürzliche Besuch des Staatspräsidenten[4] gezeigt habe. Andererseits erklärten viele afrikanische Staatsmänner, insbesondere Politiker der Unionsregierung, immer wieder ihre Absicht, die Bevölkerung der portugiesischen Territorien in ihrem Kampf gegen die Portugiesen aktiv und mit allen Mitteln zu unterstützen. Man habe große Sorge vor Kommandoaktionen und subversiver Tätigkeit von draußen.[5]

Nach portugiesischen Informationen würden u.a. etwa 20 Aufklärungsflugzeuge, etwa 18 Noratlas, etwa 25 DO-27 und DO-28 von uns an die Union geliefert, ferner Küstenwachboote.[6] Außerdem würden bei uns 80 Fallschirmjäger

[1] Die Aufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Graf von Posadowsky-Wehner konzipiert.

[2] Zur Ausrüstungshilfe für afrikanische Staaten vgl. auch Dok. 41.

[3] Zum Abkommen vom 28. Juli 1964 vgl. Dok. 228, Anm. 4.

[4] Am 19. August 1964 berichtete Konsul I. Klasse Heibach, Lourenco Marques, über den Besuch des Präsidenten Tomas vom 23. Juli bis 7. August 1964 in Mosambik. Heibach hob hervor, daß es die portugiesischen Behörden vermocht hätten, „unter beachtlichem materiellem Aufwand ... dem Besuch eine über die Grenzen des Landes hinausreichende publizistische Wirkung zu geben". Der Besuch habe der innenpolitischen Stabilisierung des Landes dienen und dem Ausland die Verbundenheit zum portugiesischen Mutterland demonstrieren sollen. Vgl. Referat I B 3, Bd. 517.

[5] Am 21. August 1964 informierte Botschafter Schaffarczyk, Lissabon, über die Bedenken des portugiesischen Verteidigungsministers Araújo hinsichtlich weiterer deutscher Waffenlieferungen an die Vereinigte Republik von Tanganjika und Sansibar. Portugal habe bislang das Grenzgebiet zwischen Mosambik und der Vereinigten Republik von Tanganjika und Sansibar mit geringem Aufwand sichern können. Es müsse „nach dem nunmehr zu erwartenden Einsatz von Flugzeugen und Küstenwachbooten jedoch erheblich stärkere militärische und finanzielle Mittel aufwenden ... Nach seiner Auffassung bedeute die Militärhilfe im Hinblick auf das enge freundschaftliche Verhältnis zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Portugal eine sehr ernste Belastung für Portugal und damit auch für die deutsch-portugiesischen Beziehungen." Vgl. Abteilung I (I B 3), VS-Bd. 200; B 150, Aktenkopien 1964.

[6] Zum Ausbildungs- und Ausrüstungsprogramm für Guinea vgl. AAPD 1963, I, Dok. 166.

für Guinea ausgebildet.[7] Andere Meldungen gäben sogar noch höhere Zahlen an.

Wir erwiderten dem Botschafter, daß bei allem Verständnis für die portugiesischen Besorgnisse die Lage aus unserer Sicht sich anders verhalte.

Die neuen afrikanischen Staaten hätten heute zwar die Souveränität erlangt, jedoch stehe der bisherige Schutz durch die Truppen der Kolonialmächte nicht mehr zur Verfügung. Die Regierungen müßten aber zur Sicherung des inneren Friedens in ihren sehr ausgedehnten Gebieten und vereinzelt auch zum Schutz vor den Nachbarn über ein gewisses militärisches Potential verfügen.

Insbesondere bei den ehemals englischen Kolonien bestehe vielfach der Wunsch, die bisherige Abhängigkeit von Großbritannien allmählich zu verringern. Die amerikanische Hilfe werde wegen der dortigen Rassenspannung nur soweit erforderlich angenommen. Der Mitarbeit Israels seien gewisse Schranken gesetzt, da auch in Schwarzafrika ein großer Teil der Bevölkerung mohammedanisch sei. Eine Zusammenarbeit mit Indien begegne in Ostafrika erheblichen Widerständen und sei seit der Krise mit China[8] auch nicht mehr möglich. Die kleineren neutralen Staaten zeigten wenig Bereitschaft, für Militärhilfe nennenswerte personelle oder materielle Beiträge zu liefern.

Wenn man das Feld nicht den kommunistischen Staaten überlassen wolle, bleibe der Bundesregierung gar nichts anderes übrig, als in besonderen Fällen Hilfe zu leisten. Wir ließen uns bei dieser Militärhilfe jedoch stets von den Gesichtspunkten leiten, daß keine für einen Krieg gegen einen Nachbarstaat geeigneten Waffen gegeben würden, nicht mehr als unbedingt erforderlich zur Verfügung gestellt würde, keine Lieferungen in akute Spannungsgebiete gingen (Beispiel Indonesien/Malaysia)[9] und wir nur im Einverständnis mit der früheren Kolonialmacht handelten.

Es scheine uns im Interesse der westlichen Welt, daß die gemäßigten Regierungen in Afrika von uns und unseren Alliierten unterstützt würden, gegebenenfalls auch auf dem Militärsektor. Eine solche Haltung schiene auch für die portugiesischen Besitzungen in Afrika von Vorteil.

Eine wirkliche Gefahr stellten dagegen die umfangreichen kommunistischen Waffen- und Munitionslieferungen nach Afrika dar. Allein von der Sowjetunion wären nach unseren Unterlagen in den letzten Jahren Kriegsmaterial für rd. 20–25 Mrd.[10] DM geliefert worden. Wir wären gern bereit, dem Bot-

Fortsetzung Fußnote von Seite 979

Vgl. dazu auch die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Böker vom 14. Juli 1964; Abteilung II (II 1), VS-Bd. 17; B 150, Aktenkopien 1964.

7 Zur Ausbildung von 89 guineischen Fallschirmspringern in der Bundesrepublik vgl. den Drahterlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Graf von Hardenberg vom 15. September 1964; Abteilung III (III A 4), VS-Bd. 207; B 150, Aktenkopien 1964.

8 Zum Grenzkonflikt zwischen der Volksrepublik China und Indien vgl. Dok. 160, Anm. 23.

9 Zum Konflikt zwischen Malaysia und Indonesien vgl. Dok. 15, Anm. 47.

10 Dieses Wort wurde von Ministerialdirektor Jansen handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „Mio.".

schafter entsprechende Unterlagen bei seinem nächsten Besuch zu zeigen (vgl. Anlage[11]).

Im übrigen schienen die Angaben des Botschafters über den Umfang deutscher Lieferungen an die Unionsregierung wesentlich überhöht. Genaue Zahlen würden ihm beim nächsten Besuch mitgeteilt werden.[12] (Es handelt sich um 8 Piaggo-Trainingsflugzeuge, 8 DO-27 Mehrzweckflugzeuge, 4 DO-28 und 6 Noratlas. Diese Lieferungen beginnen aber erst 1965 und ziehen sich bis Mitte 1966 hin.)

Der portugiesische Botschafter dankte für die Ausführungen, betonte aber nochmals die großen Besorgnisse seiner Regierung und teilte mit, daß er am Montag Herrn Ministerialdirektor Dr. Jansen aufsuchen wolle, um das Gespräch fortzuführen.

Hiermit Herrn D I[13] zur Kenntnisnahme und als Unterlage zum Besuch am Montag vorgelegt.

Voigt

Abteilung I (I B 3), VS-Bd. 99

[11] Dem Vorgang nicht beigefügt.

[12] Am 10. September 1964 wies Vortragender Legationsrat I. Klasse Steltzer die Botschaft in Lissabon an, die Anzahl der an die Vereinigte Republik von Tanganjika und Sansibar zu liefernden Flugzeuge „nur global" mitzuteilen. Zudem seien mit Rücksicht auf die afrikanischen Staaten keine näheren Angaben zum Militärhilfeabkommen zu machen. Vgl. Abteilung I (I A 4), VS-Bd. 64; B 150, Aktenkopien 1964. Vgl. dazu auch den Vermerk des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Graf von Posadowsky-Wehner vom 24. August 1964; Abteilung I (I B 3), VS-Bd. 99; B 150, Aktenkopien 1964.

[13] Hat Ministerialdirektor Jansen am 20. August 1964 vorgelegen.

238

Generalkonsul Ruete an die Botschaft in Neu Delhi

II 7-81-08-5/4097/64 VS-vertraulich **24. August 1964**[1]

Auf Nr. 342 vom 20. August 1964[2]

Betr.: MLF

I. Das Prinzip der Nichtverbreitung von Atomwaffen[3] verbietet die Übertragung der Verfügungsgewalt über Kernwaffen an Staaten, die solche Waffen nicht besitzen (UNO-Resolution 1665/XVI vom 4.12.1961)[4]

Der Aufbau der MLF widerspricht aus folgenden Gründen nicht diesem Prinzip:

a) Die MLF wird im multilateralen Eigentum stehen und die Freigabe ihrer Waffen einer multilateralen Kontrolle unterworfen sein.[5] Es werden Vorkehrungen getroffen, die den Einsatz ihrer Waffen allein nach dem Willen eines Staates ausschließen. Damit erhält kein einzelner Staat, der diese Waffen bisher nicht besitzt, Verfügungsgewalt über die Waffen der MLF.

b) Bei jeder der Formeln für die Freigabe der Waffen, welche zur Zeit beraten werden – ob Einstimmigkeitsregel oder Entscheidung der Mehrheit der Teilnehmer – ist ein amerikanisches „blocking vote" vorgesehen. Dieses rechtfertigt sich aus der Größe und der Art des amerikanischen Beitrages (Lieferung der Raketen und nuklearen Sprengköpfe). Damit können die Waffen der MLF nicht ohne amerikanische Zustimmung freigegeben werden. In der MLF entsteht also keine neue Nuklearmacht, deren Einsatz von dem Willen der Nuklearmacht USA unabhängig wäre.

Eine Einsatzformel, welche das amerikanische Veto ausschließt, steht nicht zur Diskussion, ebensowenig eine Formel, bei der eine Minderheit der Teilnehmer, welche eine Mehrheit der Anteile repräsentieren, die Waffen freigeben könnten (dies ist vor einigen Tagen im Londoner „Sunday Telegraph" behauptet worden)[6].

[1] Durchdruck.

[2] Mit Drahtbericht vom 20. August 1964 bestätigte Botschafter Duckwitz, Neu Delhi, Äußerungen des Leiters der indischen Delegation bei der Konferenz der 18-Mächte-Abrüstungskommission, Nehru, denenzufolge die indische Regierung die MLF mit dem Prinzip der Nichtverbreitung von Kernwaffen für unvereinbar halte. Duckwitz führte aus, daß die indische Regierung ausschließlich für eine Argumentation offen sei, „wenn man nämlich nachweisen könnte, daß die Verfügungsgewalt über die atomaren Sprengköpfe auch im Rahmen der MLF ausschließlich und allein bei dem amerikanischen Präsidenten verbleibt". Vgl. Abteilung II (II 8), VS-Bd. 284; B 150, Aktenkopien 1964.

[3] Zur Frage der Nichtverbreitung von Atomwaffen vgl. zuletzt Dok. 133.

[4] Vgl. dazu Dok. 39, Anm. 4.

[5] Zur Frage der Modalitäten für einen Einsatz der MLF vgl. auch Dok. 104, besonders Anm. 22.

[6] Am 16. August 1964 berichtete der Bonner Korrespondent des „Sunday Telegraph", Brook-Shepherd, in dem Artikel „German Powers in Nuclear Fleet: N.A.T.O. Shock", daß die Bundesrepublik mit Unterstützung der USA für einen Einsatz der geplanten MLF einen Abtimmungsmodus anstrebe, der es diesen beiden Staaten gestatten würde, Polaris-Raketen ohne Zustimmung der übri-

Der Unterschied der Einsatzregelung der MLF zu der des taktischen nuklearen Potentials der NATO-Streitkräfte ist folgender:

– das letztere kann vom amerikanischen Präsidenten (bzw. vom britischen Premierminister für die britischen V-Bomber) – auf Antrag des NATO-Oberbefehlshabers Europa[7] (SACEUR) und nach Konsultation im NATO-Rat – allein freigegeben werden;
– der Einsatz der MLF ist dagegen darüber hinaus an die Zustimmung zumindest[8] der Mehrheit der Mitglieder gebunden.

Die amerikanische Regierung kann demnach in beiden Fällen den Einsatz der Kernwaffen verhindern (abgesehen von dem sehr theoretischen Fall des alleinigen Einsatzes der britischen V-Bomber). Sie kann aber den Einsatz der MLF nicht allein anordnen.

II. Die früher auf dem europäischen Festland (in der Türkei, Italien und Großbritannien) stationierten flüssigkeitsgetriebenen Mittelstreckenraketen sind vor einem Jahr abgezogen worden.[9] SACEUR[10] verfügt in seinem Befehlsbereich nicht über landstationierte[11] Mittelstreckenraketen. In diesen Waffen haben die Sowjets eine bedeutende Überlegenheit[12], die sie wiederholt für atomare Drohungen gegen Westeuropa benutzt haben. Mit dem zunehmenden „stale-mate" auf dem Gebiete der[13] interkontinentalen Raketen gewinnt die Situation im MRBM-Bereich besondere Bedeutung. Der Aufbau der MLF wird

Fortsetzung Fußnote von Seite 982

gen beteiligten Staaten einzusetzen. Vgl. Abteilung II (II 7), VS-Bd. 1362; B 150, Aktenkopien 1964.
Am 20. August 1964 informierte Botschafter von Etzdorf, London, Brook-Shepherd habe anläßlich eines Gesprächs erläutert, daß er seine Ausführungen mit „maßgebenden konservativen Politikern abgesprochen" und mit dem Ziel veröffentlicht habe, „die Amerikaner zu einer Stellungnahme zu bewegen". Darüber hinaus habe er bezweckt, „der britischen Öffentlichkeit klarzumachen, daß Großbritannien in der MLF nicht nur mitarbeiten, sondern sich daran in einer finanziellen und materiellen Größenordnung beteiligen müsse, die es in den Stand setzen würde, auch für sich eine Sperrminorität und damit ein Veto-Recht gegen ein von Großbritannien nicht gewolltes Abfeuern von MLF-Nuklearwaffen zu erlangen." Für den Drahtbericht vgl. Abteilung II (II 7), VS-Bd. 1362; B 150, Aktenkopien 1964.

7 Der Passus „des NATO-Oberbefehlshabers Europa (SACEUR)" ging auf Streichungen und handschriftliche Einfügungen zurück. Vorher lautete er: „von SACEUR".

8 Der Passus „dagegen darüber hinaus an die Zustimmung zumindest" ging auf Streichungen und handschriftliche Einfügungen zurück. Vorher lautete er: „dagegen zumindest an die Zustimmung".

9 Die USA rüsteten im Jahr 1957 Stützpunkte in Großbritannien, der Türkei und Italien mit flüssigkeitsgetriebenen Mittelstreckenraketen vom Typ „Thor" bzw. „Jupiter" aus, die jedoch wegen großer Verwundbarkeit als „second strike"-Waffen untauglich waren und nach 1960 durch „Polaris"-Raketen ersetzt wurden. Aus der Türkei wurden die „Jupiter"-Raketen im Zuge der Beilegung der Kuba-Krise Anfang 1963 abgezogen. Vgl. dazu auch George W. Ball, The Past Has Another Pattern. Memoirs, New York/London 1982, S. 306.

10 An dieser Stelle wurde gestrichen: „Der NATO Oberbefehlshaber Europa (SACEUR)".

11 Die Wörter „nicht über landstationierte" gingen auf Streichungen und handschriftliche Einfügungen zurück. Dafür wurde gestrichen: „über keine landstationierten".

12 Zur Bedrohung Westeuropas durch sowjetische Mittelstreckenraketen und zur Forderung von SACEUR, der NATO entsprechende Systeme zur Verfügung zu stellen, vgl. Dok. 14, Anm. 39 und Dok. 149.

13 Die Wörter „auf dem Gebiete der" gingen auf Streichungen und handschriftliche Einfügungen zurück. Dafür wurde gestrichen: „in den".

hier ein Gegengewicht bieten, das den Sowjets jeden Anreiz zu atomaren Erpressungen und begrenzten nuklearen Angriffen nehmen soll.

Runderlaß über Aufgabe und Form der MLF folgt.[14]

[gez.] Ruete

Abteilung I (D I/Dg I A), VS-Bd. 2

239

Aufzeichnung des Generalkonsuls Ruete

II 1-83.10/682/64 geheim **27. August 1964**

Betr.: „Kontaktstellen" zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der SBZ

Bezug: Weisung des Herrn Staatssekretärs vom 25. August 1964 (in der Direktoren-Besprechung)

I. 1) Die Diskussion vorgenannter Angelegenheit hat drei Ausgangspunkte:

a) einmal die kommunistischen Vorschläge, gesamtdeutsche Räte usw. aus Vertretern „beider deutscher Staaten" zu bilden und auf diese Weise das Konzept einer deutschen Konföderation zu realisieren[1] (dieser Punkt kann bei nachstehender Darstellung ausgeklammert werden);

b) dann die westlichen Deutschland-Pläne:

aa) westlicher Friedensplan vom 14. Mai 1959[2]: Bildung eines gemischten Ausschusses (25 Mitglieder aus der Bundesrepublik Deutschland – 10 Mitglieder aus der sogenannten DDR) zur Koordinierung und Erweiterung technischer Kontakte zwischen den beiden Teilen Deutschlands;
bb) revidierter westlicher Friedensplan vom September 1961[3] (nicht veröffentlicht): Bildung gemischter technischer Kommissionen (Verhältnis 1:1), unter anderem zur Koordinierung und Ausweitung technischer Kontakte zwischen beiden Teilen Deutschlands;
cc) der von uns überarbeitete revidierte Friedensplan vom August 1963[4] (ebenfalls nicht veröffentlicht): Der Plan übernahm in der Kommissionsfrage die Vorschläge des Planes von 1961.

[14] In Absprache mit dem Bundesministerium für Verteidigung konzipierte Referat II 7 einen Runderlaß, der am 17. September 1964 allen Auslandsvertretungen übermittelt wurde und besonders zur Information der neutralen Staaten über die MLF dienen sollte. Vgl. Ministerbüro, Bd. 228.

[1] Zum Vorschlag der DDR für eine Konföderation mit der Bundesrepublik vgl. Dok. 162, Anm. 15.

[2] Zu dem auf der Genfer Konferenz vorgelegten Herter-Plan vom 14. Mai 1959 vgl. Dok. 9, Anm. 8, und Dok. 13, Anm. 14.

[3] Zum revidierten Friedensplan vgl. AAPD 1963, I, Dok. 69.

[4] Für den Wortlaut des Vorschlags des Auswärtigen Amts vom 13. August 1963 zur Lösung des Deutschland-Problems vgl. AAPD 1963, II, Dok. 296.

c) der in der innerdeutschen Diskussion gemachte Vorschlag, eine Stelle zu schaffen, die alle bestehenden Kontakte zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Zone zusammenfassen solle.

Die Diskussion läßt erkennen, daß die Überlegungen unter b) [und] c) vielfach durcheinander geworfen werden, so daß die einzelnen Vorschläge zur Kontaktfrage oft Elemente der Friedenspläne und der deutschen Überlegungen zur Koordinierungsfrage enthalten. Dies ist insbesondere der Fall gewesen, seitdem Vizekanzler Mende im Herbst letzten Jahres, wohl in Kenntnis des im BMG vorliegenden überarbeiteten revidierten Friedensplanes von 1963, die Möglichkeit gemischter Ausschüsse im Verhältnis 1:1 andeutete.[5]

2) Zur Frage der Bildung einer Kontaktstelle der Bundesrepublik Deutschland liegen nachstehende Vorschläge amtlicher Stellen oder der Parteien vor:

a) Der Antrag der Fraktion der SPD im Deutschen Bundestag vom 30. September 1958 betreffend Schaffung eines Amts für innerdeutsche Regelungen (vgl. Anlage 1)[6]. Dieser Vorschlag faßt die Überlegungen, die der Diskussion über die Kontaktstelle zugrunde liegen, bisher am vollständigsten zusammen.

b) Ein ergänzender Vorschlag der FDP vom 26. Oktober 1958, bei dem Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen eine Koordinierungsstelle zu schaffen (Anlage 2)[7].

c) Die Regierungserklärung des Berliner Senats vom 18. März 1963[8], in der es hieß:
– „Er (der Senat) bekräftigt seine Bereitschaft, technische Fragen innerhalb Gesamt-Berlins vernünftig regeln zu helfen. Hierfür bieten sich vor allem bereits bestehende, ausbaufähige Institutionen zwischen den beiden deutschen Währungsgebieten an."

d) Die Tutzinger Rede des Berliner Senatspressechefs Egon Bahr vom 15. Juli 1963[9]: Eine Behörde solle geschaffen werden, „die sich nicht nur mit den Fra-

[5] Auf der Jahrestagung des Kuratoriums „Unteilbares Deutschland" in Berlin (West) äußerte sich Bundesminister Mende am 30. November 1963 zur Regierungserklärung von Bundeskanzler Erhard vom 18. Oktober 1963: „Der Bundeskanzler hat dabei auf die Entschließung des Deutschen Bundestages vom 9. Oktober 1962 verwiesen, in der eine ständige Deutschlandkonferenz der vier Mächte vom Bundestag gefordert wurde und innerhalb dieser ständigen Deutschlandkonferenz gemischte technische Kommissionen, um die Frage des Personenverkehrs im geteilten Deutschland, des Warenverkehrs, um viele Fragen technischer, aber auch wahlgesetzmäßiger Art zu diskutieren." Vgl. DzD IV/9, S. 957.
Vgl. auch das Radiointerview des Bundesministers Mende vom 8. Dezember 1963; DzD IV/9, S. 985–993.

[6] Dem Vorgang beigefügt. Danach sollte das vorgeschlagene Amt in Berlin (West) errichtet und von einem überparteilichen und von der Regierung unabhängigen Vorsitzenden im Rang eines Ministers geleitet werden. Es sollte die Aufgabe haben, „alle Dienststellen der Bundesrepublik, die mit innerdeutschen Regelungen (Interzonenhandel, Verkehr, Justiz, Post usw.) betraut sind, zusammenzufassen und deren Arbeit zu koordinieren". Innerdeutsche Angelegenheiten sollten mit allen beteiligten Stellen und Personen erörtert und Lösungsvorschläge für weitere innerdeutsche Probleme erarbeitet werden. Vgl. BT ANLAGEN, Bd. 58, Drucksache III/549.

[7] Dem Vorgang beigefügt. Für den Wortlaut vgl. AdG 1958, S. 7360.

[8] Für den Wortlaut der Erklärung des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Brandt, vor dem Abgeordnetenhaus von Berlin am 18. März 1963 vgl. DzD IV/9, S. 202–209 (Auszug).

[9] Für den Wortlaut des Vortrags vom 15. Juli 1963 in der Evangelischen Akademie Tutzing vgl.

gen des Interzonenhandels beschäftigt, sondern mit allen Fragen, die zwischen beiden Teilen Deutschlands von praktischem Interesse sind; dann würde ich darin um so weniger eine Änderung der heutigen Situation erblikken, als die Treuhandstelle für den IZH ja auch schon bisher nicht ausschließlich Handelsfragen besprochen hat".

e) Vorschläge von Vizekanzler Mende seit Ende November 1963, die innerdeutsche Politik durch Bildung gesamtdeutscher gemischter Kommissionen zu aktivieren (Wiederholung solcher Vorschläge am 14. Januar 1964 durch die Bundestagsfraktion der FDP in Berlin)[10].

f) Im März 1964 Vorschläge von Wilhelm Wolfgang Schütz, sämtliche Verhandlungen mit dem Zonenregime im freien Teil Deutschlands systematisch zu koordinieren. Eine Erweiterung der Treuhandstelle in Berlin wäre dabei zu prüfen (Anlage 3)[11].

g) Seite Mitte März 1964 stärkere Aufnahme vorstehender Gedanken in der Presse: so in der „Zeit" vom 20. März 1964[12] (Schaffung eines „Geisteramtes" für innerdeutsche Beziehungen, um Kontakte zu bündeln).

h) Der in der Presse zitierte Beschluß von Bundesvorstand und Hauptausschuß der FDP vom 10. April 1964[13]. Dieser FDP-Beschluß steht gegenwärtig im Mittelpunkt der Erörterung. Der nordrhein-westfälische Innenminister Weyer (FDP) rief ihn am 23. August 1964 mit folgenden Worten in Erinnerung[14]:
– „Wir haben im Bundesvorstand der FDP – auch im Zusammenhang mit den Passierscheinverhandlungen – die Frage erörtert, ob man nicht die Treuhandstelle in Berlin aufwerten und daraus ein innerdeutsches Amt schaffen sollte, das für alle technischen Kontakte mit der Sowjetzone zuständig wäre. Es gibt darüber einen klaren Beschluß ... Daher muß Dr. Mende als Vorsitzender der FDP zur Erfüllung dieses Parteiauftrags – der Beschluß kann ja nur an ihn

Fortsetzung Fußnote von Seite 985

DzD IV/9, S. 572–575.
Vgl. dazu auch AAPD 1963, II, Dok. 233.

[10] In einer Entschließung vom 14. Januar 1964 appellierte die FDP-Bundestagsfraktion an die Bundesregierung, auf die Einrichtung einer „Ständigen Viermächte-Deutschland-Konferenz" hinzuwirken, deren Aufgabe es sein müsse, durch gesamtdeutsche technische Kommissionen die Voraussetzungen für die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands zu schaffen. Vgl. dazu FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 12 vom 15. Januar 1964, S. 4.

[11] Der Artikel „Die Einheit ist keine leere Phrase", den der Vorsitzende des Kuratoriums „Unteilbares Deutschland" in der „Saarbrücker Zeitung" vom 28. März 1964 veröffentlichte, ist dem Vorgang beigefügt. Vgl. Abteilung II (II 1), VS-Bd. 57; B 150, Aktenkopien 1964.

[12] In einem Artikel von René Bayer in der Wochenzeitung „Die Zeit" wurde unter der Überschrift „Geister-Amt" konstatiert: „Ein ‚Amt für innerdeutsche Beziehungen' wird es nicht geben. Es würde allzusehr den Eindruck eines Auswärtigen Amtes speziell für die Beziehungen zur DDR erwecken, glaubt man nicht nur in der Regierungs-, sondern auch in der Oppositionspartei. Die Notwendigkeit, die vielerlei Drähte, die von hüben nach drüben gehen, zu bündeln, scheint von allen erkannt zu werden. Keine Klarheit herrscht jedoch darüber, wie das Problem administrativ zu lösen ist." Vgl. DIE ZEIT, Nr. 12 vom 20. März 1964, S. 2.

[13] Zum Beschluß des Bundesvorstands und des Hauptausschusses der FDP vom 10. April 1964 vgl. DIE WELT, Nr. 86 vom 13. April 1964, S. 2.

[14] Vgl. dazu FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 196 vom 25. August 1964, S. 3. Vgl. ferner DIE WELT, Nr. 197 vom 25. August 1964, S. 2.

gerichtet sein – unseren Vorschlag in der Koalition und im Bundeskabinett zur Diskussion stellen. Nach Meinung der FDP sollte dieses innerdeutsche Amt dem Minister für gesamtdeutsche Fragen unterstehen. Damit würde er durch eine Erweiterung seiner Kompetenz auch eine Aufwertung in der Kabinettstätigkeit erfahren, die auch aus unserer Sicht begrüßenswert wäre."

3) Aus vorstehender Übersicht geht hervor, daß die Anregungen, eine zentrale Kontaktstelle für technische Gespräche mit der Zone zu schaffen, im allgemeinen von Kreisen getragen werden, die der FDP und SPD nahestehen.

II. Eine erste Wertung des Vorschlags einer zentralen Kontaktstelle ergibt:

1) Unter außenpolitischen Gesichtspunkten kann die Errichtung dieser Stelle nachteilig sein. Zweifellos liegt in ihr ein Element der Aufwertung Pankows. Zumindest wird der Ostblock behaupten, daß die Zusammenfassung der Kontakte an einer Stelle Ausdruck der sich nunmehr auch in der Bundesrepublik Deutschland durchsetzenden Erkenntnis sei: die Existenz der Zone sei eine „Realität", es sei nicht mehr zweckmäßig, sich mit dem bisherigen Provisorium der zersplitterten Kontakte abzufinden.

2) Unter technischen Gesichtspunkten könnte sich die Errichtung einer solchen Kontaktstelle jedoch empfehlen. Pankow versteht es mitunter meisterhaft, die verschiedenen Auffassungen unserer Ressorts in Kontaktfragen gegeneinander auszuspielen. In Verkehrsfragen instruiert das Verkehrsministerium, in Interzonenhandelsfragen das Bundeswirtschaftsministerium, in Fragen der Postleitzahlen gibt das Postministerium Empfehlungen (alle an Herrn Leopold), in Fragen der Passierscheine erteilt das Staatssekretärs-Gremium[15] an Herrn Korber Weisungen, bestimmte Verkehrsfragen werden von der Deutschen Bundesbahn mit der „Deutschen Reichsbahn" (sprich sowjetzonales „Verkehrsministerium") erledigt.[16] Es ist öfter vorgekommen, daß bei uns die eine Hand nicht wußte, was die andere tat, während auf der anderen Seite das Vorgehen in den zur Diskussion anstehenden Einzelproblemen sorgfältig aufeinander abgestimmt und offensichtlich von einer Stelle straff koordiniert wurde. Herr Leopold hat sich gegenüber Angehörigen der Abteilung II dahingehend ausgesprochen, daß ihm unter diesen Voraussetzungen die Zentralisierung der technischen Kontakte bei einer „Treuhandstelle für technische Kontakte" zweckmäßig erscheine.

3) Ob bei der endgültigen Entscheidung über die Frage einer Zentralisierung der Kontakte den Überlegungen unter 1 oder 2 der Vorrang beizumessen ist, vermag Abteilung II im Hinblick auf die innenpolitischen Implikationen nicht zu beurteilen. Es steht aber außer Frage, daß eine Koordinierung der Gespräche mit der anderen Seite unerläßlich ist. Es gibt keine Stelle in Bonn, die vollständig über die Details der Gespräche unterrichtet ist. Zum Beispiel gelangen die Berichte von Herrn Leopold über seine Gespräche mit Herrn Beh-

[15] Dem Gremium gehörten außer Staatssekretär Carstens und dem Chef des Bundeskanzleramtes, Westrick, die Staatssekretäre Langer, Bundesministerium für Wirtschaft, Schäfer, Bundesministerium des Innern, Krautwig, Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, und der Bevollmächtigte des Landes Berlin in Bonn, Schütz, an.

[16] Zum Protokoll über die Neuregelung im Eisenbahngüterverkehr zwischen der Deutschen Bundesbahn und dem Ministerium für Verkehrswesen der DDR vom 9. September 1964 vgl. Dok. 255, Anm. 14.

rendt, die wertvolles Material über die Tendenzen der sowjetzonalen Deutschland-Politik enthalten, nur sehr selten zur Kenntnis des Auswärtigen Amts. Wir sind auch nicht unterrichtet über die letzten Gespräche, die Herr Leopold mit den Herren Behrendt und Kasper in der Brücken-Frage[17] geführt hat. Diese Umstände beeinträchtigen immer wieder unsere Situation bei den Auseinandersetzungen mit der Zone, weil es sich als unmöglich erwiesen hat, z. B. die Behandlung der Komplexe „Düngemittel-Lieferungen"[18], „Passierscheine"[19], „Beseitigung des Zugstaus an der Demarkationslinie"[20], „Befreiung politischer Häftlinge"[21] so aufeinander abzustimmen, wie das in unserem Interesse zweckmäßig gewesen wäre.

4) Aus vorstehenden Überlegungen ergibt sich, daß für den Fall der Ablehnung einer zentralen „Treuhandstelle für technische Kontakte" unter allen Umständen eine zentrale Stelle beauftragt werden sollte, die die Instruktion der verschiedenen Kontaktstellen koordinieren und der alle Informationen über die Gespräche, die von diesen Stellen geführt werden, zugehen sollten. Die koalitionspolitischen Probleme, die sich in diesem Zusammenhang ergeben können, werden von Abteilung II freilich nicht verkannt.

[17] Am 14. August 1964 unterzeichneten der Leiter der Treuhandstelle für den Interzonenhandel, Leopold, und der Stellvertreter des Leiters der Hauptverwaltung Straßenwesen der DDR, Kasper, ein Abkommen über den Wiederaufbau der im Zweiten Weltkrieg zerstörten Autobahnbrücke über die Saale bei Hof. Zu den Verhandlungen und zum Abschluß des Abkommens vgl. die Aufzeichnung des Generalkonsuls Ruete vom 17. August 1964; Abteilung II (II 1), VS-Bd. 57; B 150, Aktenkopien 1964.
Vgl. dazu auch BULLETIN 1964, S. 1214 bzw. DzD IV/10, S. 856.

[18] Die Bundesrepublik machte die Genehmigung eines im Februar 1964 abgeschlossenen Vertrags zwischen der DDR und einer Firma aus der Bundesrepublik über die Lieferung von jährlich 400000 t Düngemittel und die Erhöhung von Phosphatlieferungen von Fortschritten bei den Passierschein-Gesprächen abhängig. Vgl. dazu den Entwurf einer Kabinettsvorlage vom 10. Juli 1964; Abteilung II (II 1), VS-Bd. 61; B 150, Aktenkopien 1964.

[19] Zu den Passierschein-Gesprächen vgl. Dok. 240.

[20] In einer von Staatssekretär Langer, Bundesministerium für Wirtschaft, am 26. Oktober 1964 übermittelten Aufzeichnung wurde konstatiert, daß sich die Reisezeiten zwischen Städten in der Bundesrepublik und der DDR im Zugverkehr seit 1939 mehr als verdoppelt hätten. Eine Verbesserung sei nur durch den Ausbau des zweiten Gleises in der DDR und durch eine vollständige Überholung des ersten Gleises zu erreichen. Vgl. Abteilung II (II 1), VS-Bd. 57; B 150, Aktenkopien 1964.
Zu den Gesprächen zwischen der Bundesbahn und der Reichsbahn über den Abbau des Zugstaus vgl. das Schreiben des Generalkonsuls Ruete vom 7. September 1964 an das Bundesministerium für Verkehr; Abteilung II (II 1), VS-Bd. 22; B 150, Aktenkopien 1964.

[21] Bei den Verhandlungen über die Lieferung von Düngemitteln wurde von seiten der DDR hervorgehoben, daß sie als Vorleistung bereits politische Häftlinge freigelassen habe. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Leiters der Treuhandstelle für den Interzonenhandel, Leopold, vom 2. Juni 1964; Abteilung II (II 1), VS-Bd. 57; B 150, Aktenkopien 1964.
Zu den auf insgesamt 12000 geschätzten politischen Häftlingen in der DDR vgl. die Erklärung des Kuratoriums „Unteilbares Deutschland" vom 24. Februar 1964 an die UNO-Menschenrechtskommission; DzD IV/10, S. 270f.
Vgl. auch Dok. 300.

Hiermit über den Herr Staatssekretär[22] dem Herrn Bundesminister[23] weisungsgemäß vorgelegt.

Ruete

Abteilung II (II 1), VS-Bd. 57

240

Aufzeichnung des Generalkonsuls Ruete

II 1-85.50/1-685/64 geheim **28. August 1964**

Betr.: Vergleich der Passierscheinregelung vom 17. Dezember 1963[1] und der bisherigen Ergebnisse der letzten Phase der Gespräche Korber/Wendt[2]

Bezug: Weisung des Herrn Bundesministers (über VLR I Dr. Simon) an Abteilung II vom 27. August 1964[3]

Anlagen: 4

I. Vergleich

Vorbemerkung

Die neue Passierscheinregelung liegt bisher noch nicht vor. Wenn nachstehend von der „neuen" Regelung gesprochen wird, dann ergibt sie sich aus den Besprechungsergebnissen, wie sie in den verschiedenen Protokollen der Gespräche Korber/Wendt vorliegen.

Ein Vergleich beider Passierscheinregelungen hat von folgenden Überlegungen auszugehen:

1) Humanitärer Nutzen

Die neue Regelung bedeutet unter humanitären Gesichtspunkten einen Fortschritt gegenüber der Passierscheinregelung vom 17. Dezember 1963.

Gegenüberstellung

a) Dauer: Die alte Regelung erstreckte sich auf die Weihnachts- und Neujahrstage, die neue Regelung erstreckt sich auf ein ganzes Jahr.

[22] Hat Staatssekretär Lahr am 7. September 1964 vorgelegen, der handschriftlich für Bundesminister Schröder vermerkte: „Ich finde die Gedanken des Vizekanzlers – Erweiterung der Treuhandstelle Interzonenhandel – nicht schlecht. Aber nicht Unterstellung unter B[undes]M[inisterium für] G[esamtdeutsche] F[ragen], sondern Koordinierung durch ein nur gemeinsam auszuübendes Weisungsrecht A[uswärtiges] A[mt], B[undes]M[inisterium für] Wi[rtschaft] und B[undes]M[inisterium für] G[esamtdeutsche] F[ragen]."

[23] Hat Bundesminister Schröder am 8. September 1964 vorgelegen.

[1] Für den Wortlaut der Passierschein-Vereinbarung vom 17. Dezember 1963 vgl. DzD IV/9, S. 1023–1027.

[2] Die vorangehenden Passierschein-Gespräche fanden am 19., 26. und 27. August 1964 statt. Für die Aufzeichnungen des Regierungsrats Kroll vgl. Abteilung II (II 1), VS-Bd. 388.

[3] Dem Vorgang nicht beigefügt.

b) Zahl der Besuchszeiträume: Die alte Regelung betraf einen Besuchszeitraum, die neue Regelung vier Besuchszeiträume (Weihnachten, Ostern, Pfingsten, Zeitabschnitt im Oktober).

c) Beantragungsmodus: Die alte Regelung sah vor, daß die Passierscheine nur für einen Besuchszeitraum beantragt werden konnten, die neue Regelung sieht vor, daß bei einer Gelegenheit für zwei Besuchszeiträume Passierscheine beantragt werden können.

d) Härtefälle: Die alte Regelung sah keine Lösung für Härtefälle (Todesfall, schwere Erkrankung) vor, die neue Regelung tut dies.

2) Politischer Nutzen

Unter politischen Gesichtspunkten ist keine grundlegende Verbesserung in unserem Sinne festzustellen. Ein „Minus" für die andere Seite wurde lediglich durch das eher unbedeutende Pankower Zugeständnis einer gemischten Besetzung der Passierscheinstellen durch Postbeamte aus West- und Ostberlin (anstelle der Besetzung nur durch Ostberliner Postbeamte) erzielt.[4] Alle anderen grundlegenden politischen Fragen sind offen geblieben. Sie betreffen:

a) die von uns geforderte Umformulierung der im Protokoll zu leistenden Unterschriften. Die andere Seite beharrt auf einer Wiederholung der Formel in der Regelung vom 17. Dezember 1963[5];

b) die Frage der Bezeichnungen auf den Antragsformularen und auf den Passierscheinen selbst. Wir verlangen u.a., daß auf den Passierscheinen nicht eine Besuchsberechtigung der „Bürger West-Berlins" (dies impliziert u.U. eine völkerrechtliche Sonderstellung Berlins), sondern eine solche der „Einwohner der Westsektoren Berlins" o.ä. erwähnt wird.

II. Wertung

1) Unsere Passierscheinpolitik strebte in den letzten Monaten an, den politischen Gehalt der neuen Regelung gegenüber dem der alten Regelung zu reduzieren (um den Eindruck eines Zurückweichens der Zone hervorzurufen). Wenn es daher gelingt, ein „Minus" zu erzielen, dann bestehen aus der Sicht von Abteilung II keine Bedenken gegen den Abschluß einer neuen Abmachung. Dieses „Minus" kann sich ergeben aus einem bedeutenden Erfolg in einem Bereich, z.B. durch eine eklatante Reduzierung des politischen Gewichts der Unterschriftsformel[6], oder aus mehreren kleineren Erfolgen in verschiedenen Bereichen (z.B. Präsenz, Protokolltext, Bezeichnungen auf Passierscheinen usw.), die zusammen den Eindruck erwecken, daß die Zone zurückweichen mußte.

[4] Zur Besetzung der Ausgabestellen für die Passierscheine vgl. Dok. 64, besonders Anm. 15.

[5] Zur Unterschriftsformel der Passierschein-Vereinbarung vom 17. Dezember 1963 vgl. Dok. 201, Anm. 13.

[6] In einer Aufzeichnung vom 27. August 1964 wies Generalkonsul Ruete auf das „erhebliche politische Interesse" hin, das an der Erwähnung der „für Berlin zuständigen Stellen" in der Unterschriftsformel bestehe: „Auf diese Weise wäre ... klargestellt, daß Berlin nicht als ‚dritter deutscher Staat' mit der Zone kontrahiert, [und es wäre] eine politische Zuständigkeit der Bundesregierung für Berlin festgestellt worden." Vgl. Abteilung II (II 1), VS-Bd. 61; B 150, Aktenkopien 1964.

2) Im Augenblick erweckt der Gang der Verhandlungen nicht den Eindruck, als stände der Gewinn erheblicher Vorteile in Aussicht. Nachstehende Untersuchung geht daher von der Frage aus, ob eventuell das derzeit vorliegende Resultat der letzten Verhandlungen Korber/Wendt (unter Zugrundelegung des alten Textes für die strittigen Fragen) akzeptabel sein könnte.

3) Die Untersuchung ergibt:

a) Die humanitären Gesichtspunkte sprechen für den Abschluß. Auch eine politisch unbefriedigende Regelung ist in ihrer humanitären Wirkung besser als der jetzige Zustand der Unterbrechung fast aller menschlichen Beziehungen in Berlin.

b) Unter politischen Gesichtspunkten gibt es Überlegungen, die gegen und für den Abschluß sprechen.

aa) Gegen:

– Die zu erwartende Propaganda Pankows, trotz des Widerstrebens der „reaktionären Bonner Kreise" einen Erfolg erzielt zu haben.[7]

– Die Tatsache, daß der Vorgang eventuell in der nichtgebundenen Welt mißverstanden wird.

– Die Möglichkeit, daß der Eindruck einer schwankenden Haltung der Bundesregierung zurückbleibt.

– Die Tatsache, daß sich in der Passierscheinfrage eine Art Dauerkontakt Senat/Berlin herausgebildet hat (Problem der Verlängerung des Abkommens!).

– Je nach Zahl und Art der noch zu gewährenden Konzessionen – ohne die wohl eine Einigung nicht zu erzielen ist – Gefahren einer Stärkung entweder der sowjetzonalen Drei-Staaten-Theorie[8] oder der politischen Aufwertung der SBZ.[9]

bb) Für:

– Eventuell eine Entspannung im innenpolitischen Klima der Bundesrepublik Deutschland.

– Gewiß eine Stärkung der politischen Widerstandskraft der von der Passierscheinregelung unmittelbar betroffenen Menschen in Ostberlin und in der Zone.

– Jedenfalls ein frischer politischer Luftzug für die Menschen in der Zone.

– Die Vermittlung des (politisch sehr bedeutsamen) Gefühls für die Deutschen in der Zone, daß die Deutschen im Westen an sie denken und sie nicht vergessen haben.

4) Bei einer Abwägung aller Vor- und Nachteile spricht viel dafür, daß das Ergebnis der derzeitigen Verhandlungen über die Passierscheinfrage noch nicht

[7] Zur propagandistischen Darstellung der Passierschein-Vereinbarung in der DDR vgl. den Artikel „Erfolg unserer Politik der Verständigung. Alexander Abusch: ‚Es handelt sich um eine offizielles Abkommen zwischen Regierung der DDR und Senat von Berlin (West)'"; NEUES DEUTSCHLAND, Nr. 265 vom 25. September 1964, S. 1.

[8] Zur sowjetischen Drei-Staaten-Theorie vgl. Dok. 202, Anm. 5.

[9] Dieser Absatz wurde von Staatssekretär Lahr handschriftlich eingefügt.

ausreicht. Freilich sollten wir die Angelegenheit nicht nur unter staats- und völkerrechtlichen Gesichtspunkten sehen. Nach Ansicht von Abteilung II ist bei den Überlegungen der Bundesregierung vielfach nicht genügend berücksichtigt worden, daß sich in der Zone einmal eine Art staatlichen Sonderbewußtseins – trotz Ablehnung des Kommunismus – entwickeln könnte. Das wichtigste Guthaben unserer Deutschland-Politik ist die Ablehnung, die die Zonenbevölkerung dem eigenen Regime zuteil werden läßt. Der Fortbestand dieser Ablehnung setzt voraus, daß sich die Menschen in der Zone nicht verlassen fühlen und daß sie in Kontakt mit den Deutschen im freien Deutschland bleiben. Bricht dieser Kontakt ab, dann vergrößert sich die Gefahr der Entwicklung eines Sonderlebens. Abteilung II hat hierauf mit Aufzeichnung vom 16. Juli 1964 – II 1-80.00/589/64 geheim –, Abschnitt B, I und II (im Doppel beigefügt)[10], eingehend aufmerksam gemacht. Wir sollten jedenfalls im Auge behalten, daß ein Passierscheinabkommen auch für unsere Deutschland-Politik politischen Wert haben kann.

5) Abteilung II kommt – auch unter Berücksichtigung der Tatsache, daß gewisse innenpolitische Überlegungen den Abschluß eines neuen Abkommens notwendig erscheinen lassen könnten – zu folgendem Ergebnis:

a) Die Verhandlungen sollten nicht überstürzt abgeschlossen werden. Es sollte weiter angestrebt werden, das „Minus" zu vergrößern oder die Zahl der „Minus" zu vermehren. Wenn dies im Bereiche der Unterschriftsformel nicht realisierbar ist, dann ist es in anderen Bereichen, u.a. im Bereich der Antragsformulare notwendig. Sollte dies gelingen, dann könnte das Ergebnis der Gespräche unter Abwägung der humanitären Vorteile und der politischen Vor- und Nachteile ggf. akzeptiert werden.

b) Von Bedeutung ist in diesem Zusammenhang die Art und Weise, wie wir dann das Abkommen unserer Öffentlichkeit präsentieren. Leisten wir uns den Luxus einer innenpolitischen Auseinandersetzung über Wert und Unwert des neuen Abkommens, dann entsteht mit Sicherheit der Eindruck einer Niederlage. Verstehen wir es dagegen, durch zielbewußte und planmäßige Öffentlichkeitsarbeit den Abschluß des Abkommens als einen Erfolg für uns darzustellen, dann wäre den etwa möglichen nachteiligen Wirkungen des neuen Abkommens wenigstens teilweise vorgebeugt. Vor Abschluß einer neuen Abmachung scheint eine Absprache der im Bundestag vertretenen Parteien unbedingt zweckmäßig.

c) Die beste Absicherung gegen die negativen Effekte einer neuen Passierscheinregelung liegt zweifellos in der Fortführung einer aktiven Deutschland-Politik. Abteilung II hat in der o.a. Aufzeichnung (Abschnitt C, II) darauf aufmerksam gemacht, daß nichtamtliche Kontakte mit Pankow dann weniger gefährliche Auswirkungen haben, wenn eine gleichzeitige aktive Deutschland-Politik der Bundesregierung und des Westens klarstellt, daß diese Kontaktherstellung (oder -hinnahme) der Ausdruck politischen Selbstbewußtseins und nicht Ausdruck einer defensiven Grundhaltung des Westens war. Je geringfügiger das „Minus" in dem neuen Abkommen über die Passierscheine ist, desto stärker stellt sich die Notwendigkeit einer Aktivierung unserer Deutsch-

[10] Dem Vorgang beigefügt. Vgl. Dok. 201.

land- und Berlin-Politik, z.B. im Bereich einer Festigung der Beziehungen Berlin-Bund.[11]

III. Als Unterlagen für die Bewertung des letzten Passierscheinabkommens werden beigefügt:

1) die Erklärung der Alliierten Kommandantur vom 17. Dezember 1963[12];

2) die Erklärung der Bundesregierung vom 17. Dezember 1963[13];

3) Ablichtung des Dipex Nr. 9 vom 18. Dezember 1963, das unsere Auslandsvertretungen über die Passierscheinregelung vom 17. Dezember 1963 unterrichtete[14].

Hiermit über den Herrn Staatssekretär[15] dem Herrn Bundesminister[16] vorgelegt.

Ruete

Ministerbüro, VS-Bd. 8519

241

Rundschreiben des Bundesministers Schröder

4. September 1964[1]

Betr.: Die internationalen Konferenzen der Entwicklungsländer und die Deutschlandfrage[2]

Im Verlauf dieses Jahres und der ersten Hälfe des kommenden Jahres findet eine Reihe von internationalen Konferenzen der Entwicklungsländer statt. Vom 17.–21. Juli tagten in Kairo bereits die Staatsoberhäupter der afrikanischen Länder.[3] Folgende weitere Konferenzen stehen noch aus:

1) die zweite arabische Gipfelkonferenz in Alexandrien vom 5.–12. September[4];

11 Vgl. dazu weiter Dok. 258.

12 Dem Vorgang beigefügt. Für den Wortlaut der Erklärung der Stadtkommandanten der drei Westmächte in Berlin vom 17. Dezember 1963 vgl. DzD IV/9, S. 1030.

13 Dem Vorgang beigefügt. Für den Wortlaut der Erklärung der Bundesregierung und des Senats von Berlin vom 17. Dezember 1963 vgl. DzD IV/9, S. 1029.

14 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. Ministerbüro, VS-Bd. 8519; B 150, Aktenkopien 1963.

15 Hat Staatssekretär Lahr am 29. August 1964 vorgelegen.

16 Hat Bundesminister Schröder am 31. August 1964 vorgelegen.

1 Rundschreiben an alle Bundesminister.

2 Vgl. dazu auch die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jansen vom 20. Juli 1964; Referat I B 4, Bd. 94.

3 Zur Konferenz der Staats- und Regierungschefs der Organisation der Afrikanischen Einheit (OAU) vgl. Dok. 181, Anm. 8.
Vgl. dazu auch Dok. 95, Anm. 16.

4 Zur Konferenz der Arabischen Liga vom 5. bis 12. September 1964 in Kairo vgl. EUROPA-ARCHIV 1964, Z 208f.

2) die Gipfelkonferenz der ungebundenen Staaten („Zweite Belgrad-Konferenz") in Kairo ab 10. Oktober[5];

3) die Gipfelkonferenz der afro-asiatischen Staaten („Zweite Bandung-Konferenz") im März 1965 in einer noch zu bestimmenden afrikanischen Hauptstadt[6].

Die Konferenzen zeigen das verstärkte Gewicht, das die neutralistische Welt in der internationalen Politik für sich in Anspruch nimmt. Sie dienen zwar in erster Linie der Erörterung der besonderen Probleme der Entwicklungsländer, werden sich aber auch mit allen wichtigen weltpolitischen Fragen befassen. Bereits heute steht fest, daß auch das Deutschlandproblem auf der Neutralistenkonferenz im kommenden Oktober und wahrscheinlich auch auf der afro-asiatischen Konferenz im März 1965 Gegenstand der Tagesordnung sein wird.[7]

Alle Anzeichen sprechen dafür, daß die Sowjetunion diese Gelegenheit auszunutzen gedenkt, um ihrer Deutschlandpolitik zum Durchbruch zu verhelfen und zum mindesten einen Teil der neutralistischen Länder zur Aufnahme diplomatischer oder konsularischer Beziehungen mit der Sowjetzone zu veranlassen. Mit Hilfe von Memoranden an die Entwicklungsländer, besonderen Demarchen bei einzelnen Regierungen oder günstigen Wirtschaftsangeboten suchen der Ostblock und die SBZ die Haltung der angesprochenen Staaten zu beeinflussen.[8] Die Konferenzen und die vor uns liegenden Monate werden daher von wesentlicher Bedeutung für unsere Politik und die Aufrechterhaltung unseres Alleinvertretungsrechts sein.

Unsere bisherigen Beobachtungen haben ergeben, daß eine Reihe von Staaten die Bereitschaft zeigt, die Bestrebungen des Ostblocks zu unterstützen oder zumindest indirekt zu fördern. Dies gilt insbesondere für Jugoslawien.[9]

[5] Zur Konferenz der blockfreien Staaten vom 5. bis 10. Oktober 1964 vgl. Dok. 275 und Dok. 280.

[6] Die für 1965 geplante zweite Bandung-Konferenz kam nicht zustande. Vgl. dazu auch Dok. 95, Anm. 17.

[7] Die Botschafterkonferenz der blockfreien Staaten, die vom 23. bis 28. März 1964 in Colombo stattfand, beschloß am 28. März 1964 für die Konferenz der blockfreien Staaten eine Tagesordnung, die u. a. die Achtung der Souveränität und der territorialen Integrität von Staaten, die Probleme geteilter Nationen, die friedliche Schlichtung von Streitigkeiten in Übereinstimmung mit den Prinzipien der Charta der Vereinten Nationen und besonders das Recht auf Selbstbestimmung beinhaltete. Vgl. dazu den Drahtbericht des Legationsrats I. Klasse Ramisch, Colombo, vom 2. April 1964; Referat I B 3, Bd. 563.

[8] Zu den Versuchen der Ostblock-Staaten, die DDR international aufzuwerten, vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Voigt vom 24. Juni 1964; Abteilung I (I B 4), VS-Bd. 111; B 150, Aktenkopien 1964.
Zur Wirtschaftshilfe der DDR für afrikanische Staaten vor dem Hintergrund der Konferenz der blockfreien Staaten vom 5. bis 10. Oktober 1964 in Kairo vgl. Dok. 231. Vgl. auch den Artikel „Zur 2. Konferenz der nichtpaktgebundenen Staaten"; NEUES DEUTSCHLAND, Nr. 222 vom 13. August 1964, S. 5.
Vgl. ferner den Runderlaß des Generalkonsuls Ruete vom 3. September 1964 über die „Widerlegung der sowjetzonalen Argumente und unsere Argumentation"; Referat I B 3, Bd. 563.

[9] Generalkonsul Ruete vermutete am 27. August 1964, daß der Staatsratsvorsitzende der DDR, Ulbricht, bei seinem bevorstehenden Besuch in Belgrad am 19./20. September 1964 „seinen Einfluß dahin geltend machen wird, Jugoslawien zu einer entschiedenen Unterstützung der Aufwertungsbestrebungen der Zone auf der Kairoer Neutralisten-Konferenz ... zu veranlassen". Vgl. Abteilung I (I B 4), VS-Bd. 111; B 150, Aktenkopien 1964.

Das Auswärtige Amt hat deshalb in den vergangenen Monaten seine Bemühungen zur Aufrechterhaltung unserer Position besonders auf mögliche Gefahrenpunkte konzentriert. In Ghana sind seit den Gesprächen von Staatssekretär Lahr mit Präsident Nkrumah im Mai[10] die Presseangriffe gegen die Bundesrepublik weitgehend eingestellt worden. Aufgrund von Demarchen unseres Botschafters[11] hat Präsident Sukarno erklärt, daß die dem Herrn Bundespräsidenten beim Staatsbesuch im vergangenen Jahr gegebene Zusicherung über die indonesische Haltung in der Deutschlandfrage[12] auch heute noch gültig sei.[13] Mit der algerischen Regierung wurden eingehende Gespräche über eine Beschleunigung der deutschen Entwicklungshilfe in diesem Lande geführt.[14] Nach den deutsch-jugoslawischen Wirtschaftsgesprächen[15] scheint ferner die ursprünglich zu beobachtende jugoslawische Aktivität zur Unterstützung der sowjetischen Thesen nachgelas-

10 Zum Gespräch des Staatssekretärs Lahr mit Präsident Nkrumah am 30. April 1964 vgl. Dok. 116.

11 Gerhart Weiz.

12 Zum Abschluß des Besuchs des Bundespräsidenten Lübke in Indonesien bekräftigte Präsident Sukarno am 27. Oktober 1963 seine „volle Unterstützung für die Wiedervereinigung Deutschlands" und erklärte, daß „die friedliche Zusammenführung der beiden getrennten Teile Deutschlands eine moralische Verpflichtung und ein Gebot der Menschlichkeit" sei. Vgl. BULLETIN 1963, S. 1717.
Der indonesische Gesandte in Bonn, Malaju, erklärte am 29. Juli 1964 gegenüber Ministerialdirigent Böker, Präsident Sukarno werde „zur Zeit von kommunistischer Seite wieder aufs schwerste bedrängt, die SBZ anzuerkennen. Der Druck käme sowohl von der kommunistischen Partei Indonesiens wie von ausländischen kommunistischen Mächten ... Auf Grund innerpolitischer Schwierigkeiten und außenpolitischer Isolierung sei ... die Gefahr nicht von der Hand zu weisen, daß er dem doppelten Druck von innen und außen ... eines Tages erliegen könnte. Das indonesische Auswärtige Amt kämpfe mit allen Mitteln und zur Zeit auch noch mit Erfolg gegen diese Tendenz. Es sei aber unerläßlich, daß es dabei die Unterstützung eines deutschen Botschafters habe." Vgl. Abteilung II (II 1), VS-Bd. 57; B 150, Aktenkopien 1964.

13 Eine Klarstellung der indonesischen Haltung schien nötig, nachdem Präsident Sukarno am 27. Januar 1964 erklärt hatte, daß die Deutschland-Frage „auf der Grundlage der bestehenden Realitäten, d. h. der Existenz von zwei deutschen Staaten, und auf dem Wege friedlicher Verhandlungen zwischen ihnen gelöst werden muß und daß der Abschluß eines deutschen Friedensvertrages und die darauf beruhende Umwandlung Westberlins in eine Freie Stadt wesentliche Beiträge zur Entspannung der Lage in Europa wären". Vgl. DOKUMENTE ZUR AUSSENPOLITIK DER DDR XII, S. 779 f.
Am 31. März 1964 berichtete Legationsrat I. Klasse Ramisch, Colombo, über die Forderung der indonesischen Vertreterin auf der Botschafterkonferenz der blockfreien Staaten in Colombo, Madame Soepeni, die Probleme geteilter Nationen unter besonderer Berücksichtigung der Souveränität und territorialen Integrität der betroffenen Staaten auf die Tagesordnung der Konferenz der blockfreien Staaten zu setzen. Vgl. Referat I B 4, Bd. 94.

14 Vgl. dazu auch das Gespräch des Staatssekretärs Carstens mit dem Direktor der algerischen Entwicklungsbank, Mahroug, am 6. August 1964; Dok. 224.

15 Nach längeren Verhandlungen einigten sich Botschafter Schlitter und der Abteilungsleiter im jugoslawischen Außenministerium, Drndić, am 16. Juli 1964 auf die 5. Zusatzvereinbarung zum Abkommen vom 11. Juni 1952 über den Warenverkehr zwischen der Bundesrepublik und Jugoslawien. Das Abkommen diente der Anpassung von Warenlisten und sonstigen Bestimmungen über den Warenverkehr an die in den letzten Jahren eingetretene Entwicklung. Zusätzlich wurden eine Straßenverkehrsvereinbarung sowie zwei Abkommen zur Regelung ausstehender finanzieller Verbindlichkeiten und über die Gewährung von Ausfuhrbürgschaften unterzeichnet. In einem begleitenden Briefwechsel wurde darauf hingewiesen, daß die bestehenden Möglichkeiten für eine wirtschaftliche und technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit genutzt werden sollten. Für den Wortlaut vgl. BUNDESANZEIGER, Nr. 17 vom 27. Januar 1965, S. 1–3. Vgl. dazu ferner BULLETIN 1964, S. 1089.
Vgl. auch Dok. 243.

sen zu haben.[16]

Deutlich zeichnet sich ab, daß für die Haltung der neutralistischen Länder Präsident Nasser als Führer des arabischen Blocks ein immer größeres Gewicht gewonnen hat, insbesondere seit dem Tode Nehrus[17]. Der Pflege der Beziehungen zur VAR wurde daher besondere Beachtung geschenkt und jede Belastung unseres Verhältnisses zu den arabischen Ländern durch Parteinahme in den politischen Fragen des Nahen Ostens vermieden. Den Erfolg dieser Politik zeigte der Besuch Chruschtschows in Kairo im Mai d.J.[18] Es gelang Chruschtschow nicht, Nassers Haltung in der Deutschlandfrage zu beeinflussen.

Neben unseren eigenen Maßnahmen unterstützen auch unsere westlichen Alliierten unseren Standpunkt gegenüber den Entwicklungsländern durch Demarchen ihrerseits. Die Dreimächteerklärung zur Deutschlandfrage[19], die von unseren Vertretungen bereits allen an den kommenden Konferenzen teilnehmenden Ländern überreicht worden war, ist von den Alliierten den betreffenden Regierungen nochmals nachdrücklich zur Kenntnis gebracht worden.[20] Die französische Regierung hat besonders die Regierungen ihrer ehemaligen Kolonien angesprochen, während die britische Regierung gegenüber den Commonwealth-Ländern und die amerikanische Regierung gegenüber sonstigen Staaten als Sprecher auftraten. Aufgrund unseres besonderen Ersuchens hat der britische Außenminister[21] auf der kürzlichen Commonwealth-Konferenz in London[22] die ceylonesische Ministerpräsidentin[23] im Sinne unserer Politik vor einer Förderung der Ziele der SBZ gewarnt.[24]

Ferner muß darauf hingewiesen werden, daß zwischen der Nichtanerkennungspolitik gegenüber der SBZ und unserer Entwicklungspolitik eine enge Verbindung besteht.[25] Wenn es uns bisher weithin gelungen ist, unsere Position zu halten, so nicht zuletzt deshalb, weil wir den Entwicklungsländern Hilfe anbieten konnten. Solange wir solche Hilfe weiter in Aussicht stellen

[16] Zur positiven Entwicklung des Verhältnisses zu Jugoslawien seit Juli 1964 vgl. auch die Aufzeichnung des Leiters der „Abteilung für die Wahrnehmung der Interessen der Bundesrepublik Deutschland" bei der französischen Botschaft in Belgrad (Schutzmachtvertretung), Bock, vom 1. Oktober 1964; Referat I B 4, Bd. 96.

[17] Der indische Ministerpräsident starb am 27. Mai 1964.

[18] Zum Besuch des sowjetischen Ministerpräsidenten vom 9. bis 25. Mai 1964 in der VAR vgl. Dok. 105, Anm. 8.

[19] Für den Wortlaut der gemeinsamen Erklärung der Regierungen Frankreichs, Großbritanniens und der USA vom 26. Juni 1964 vgl. DzD IV/10, S. 774–776.
Zur Vorgeschichte der Erklärung vgl. Dok. 166, Dok. 167 und Dok. 175.

[20] Vgl. dazu auch den Runderlaß des Generalkonsuls Ruete vom 7. September 1964; vgl. Referat I B 4, Bd. 96. Vgl. auch Dok. 181, Anm. 30.
Vgl. ferner Dok. 302.

[21] Richard A. Butler.

[22] Die Konferenz der Regierungschefs der Commonwealth-Staaten fand vom 8. bis 15. Juli 1964 statt. Für das Kommuniqué vgl. EUROPA-ARCHIV 1964, D 429–436.

[23] Sirimavo Bandaranaike.

[24] Zur Intervention des britischen Außenministers vgl. den Drahtbericht des Botschafters von Etzdorf, London, vom 15. Juli 1964; Abteilung II (II 1), VS-Bd. 57; B 150, Aktenkopien 1964.

[25] Vgl. dazu auch Dok. 171.

können, dürfen wir annehmen, auch in Zukunft unsere Position halten zu können.

Es besteht kein Zweifel, daß der Ostblock in seinen Bemühungen nicht nachlassen wird. In den kommenden Wochen vor der Neutralistenkonferenz wird das Auswärtige Amt deshalb weiteren Abwehrmaßnahmen sein besonderes Augenmerk schenken. Für deren Durchführung ist im Auswärtigen Amt eine regelmäßig zusammentretende besondere Arbeitsgruppe gebildet worden.[26]

Im Anschluß an die Tagung der Interparlamentarischen Union in Kopenhagen Ende August sind etwa einhundert Parlamentsmitglieder aus Entwicklungsländern zu einem Besuch Berlins eingeladen worden.[27] Auch die in diesem Sommer ins Ausland reisenden Bundestagsabgeordneten und andere Persönlichkeiten sind gebeten worden, in ihren Gesprächen besonderes Gewicht auf die Darlegung unserer Deutschlandpolitik zu legen. In Schwerpunktländer sollen unmittelbar vor der Konferenz Sonderbeauftragte entsandt werden.[28]

Ich wäre Ihnen sehr verbunden, wenn Sie im Hinblick auf die bevorstehenden Konferenzen alle Gespräche mit Politikern und anderen Persönlichkeiten der neutralen Welt dazu benutzten, unseren Standpunkt in der Deutschland- und Berlin-Frage zu erläutern, da die Kenntnis der Tatsachen trotz aller Bemühungen unserer Öffentlichkeitsarbeit und der deutschen Presse in manchen Kreisen oft noch ungenügend ist. Ich bitte Sie, das Auswärtige Amt zu verständigen, sobald Ihnen in Gesprächen wichtige Hinweise zu den oben dargestellten Problemen gegeben werden.

Im übrigen wäre ich dankbar für Anregungen, wie die Bemühungen der Bundesregierung über die bisher getroffenen Maßnahmen hinaus in den besonders kritischen Ländern auf dem Gebiet Ihres Ressorts wirkungsvoll unterstützt werden könnten.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Ihr Schröder

Ministerbüro, Bd. 265

[26] Die Arbeitsgruppe beschäftigte sich mit den „Gefahrenmomenten für die deutsche Frage" und erörterte die Entsendung einer Beobachterdelegation der Bundesrepublik zur Konferenz in Kairo. Sie tagte monatlich zwischen dem 23. April und dem 3. September 1964 unter Vorsitz des Ministerialdirigenten Böker. Vgl. Referat I B 4, Bd. 94.

[27] Die Interparlamentarische Union tagte vom 20. bis 28. August 1964. Vgl. BULLETIN 1964, S. 1313 f. Vgl. ferner EUROPA-ARCHIV 1964, Z 198.
Zur Einladung der Parlamentarier nach Berlin (West) vgl. den Runderlaß vom 14. Mai 1964; Abteilung L 1, Bd. 8. Vgl. auch die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schirmer vom 17. Juli 1964; Abteilung I (I B 4), VS-Bd. 111; B 150, Aktenkopien 1964.

[28] Zum Katalog der bereits durchgeführten und geplanten „Gegenmaßnahmen gegen die Bestrebungen, die SBZ aufzuwerten" vgl. die Aufzeichnung des Referats „Süd- und Südostasien" vom 17. Juli 1964; Referat I B 4, Bd. 94.
Vom 2. bis 19. September 1964 bereisten die Abgeordneten Böhme und Storm (CDU/CSU), Dröscher und Lautenschlager (SPD) sowie Mießner (FDP) den Senegal, Mauretanien und Guinea. Die Abgeordneten Schmidt (CDU/CSU) und Seuffert (SPD) reisten im gleichen Zeitraum durch Tansania, Kenia und Uganda. Für die „Zusammenstellung der Besuchsreisen prominenter Persönlichkeiten aus der Bundesrepublik Deutschland in afro-asiatische Länder" vom 20. Oktober 1964 vgl. Abteilung II (II 1), VS-Bd. 16; B 150, Aktenkopien 1964.

242

Botschafter Federer, Kairo, an Staatssekretär Carstens

St.S. 1102/64 **4. September 1964**[1]

Lieber Herr Carstens,

Ihren Brief vom 22. Juli[2] beantworte ich erst heute, da er hier eintraf, als ich bereits auf meiner Informationsreise mich befand, und da ich mich auf Ihrem Büro vergewissert hatte, daß seine Beantwortung nicht vor Ihrer Rückkehr aus dem Urlaub notwendig sei.

Es läßt sich nicht leugnen, daß die Ostzone in ihrem Bemühen um Anerkennung in diesem Jahr sehr tätig gewesen ist und daß den in Ihrem Brief erwähnten Besuchen ostzonaler Prominenz in Kairo[3] ein freundlicher Empfang zuteil wurde. Was den Besuch der achtköpfigen Delegation der Volkskammer vom 16. bis 24. Juni d.J. angeht, so wird von ägyptischer amtlicher Seite zwar erklärt, daß diese Delegation nicht eingeladen gewesen sei, sondern sich unerwartet auf dem Flugplatz in Kairo eingefunden habe, worauf man ihr das Einreisevisum nicht gut habe verweigern können. Dem ist aber entgegenzuhalten, daß die „ungebetenen Gäste" einen sehr freundlichen Empfang, sogar von Präsident Nasser, erhalten haben.[4]

Ich habe diese, uns mißfallende rege Tätigkeit der SBZ gestern bei meinem Antrittsbesuch bei Unterstaatssekretär Farid Abou Shadi, dem derzeitigen Vertreter des Außenministers[5], erwähnt und dabei darauf hingewiesen, daß sie zwar keinen Zweifel bei uns erwecke über die Haltung der VAR-Regierung zur Frage unseres Alleinvertretungsrechtes, daß aber andere Staaten der „neutralen" Welt verführt werden könnten, sich nach dem ägyptischen Vor-

[1] Privatdienstschreiben.
Hat Staatssekretär Carstens am 12. September 1964, Ministerialdirigent Böker am 18. September und Vortragendem Legationsrat I. Klasse Schirmer am 19. September 1964 vorgelegen.

[2] Mit Privatdienstschreiben vom 22. Juli 1964 bat Staatssekretär Carstens Botschafter Federer um Stellungnahme zu der Frage, ob der ägyptische Botschafter wegen der Besuche von DDR-Delegationen in der VAR ins Auswärtige Amt einbestellt werden sollte. Vgl. Büro Staatssekretär, Bd. 393. Vgl. dazu auch die Aufzeichnung des Referats I B 4 vom 6. Juli 1964; Büro Staatssekretär, Bd. 393.
Zu den Aktivitäten der diplomatischen Vertreter der DDR in der VAR vgl. auch Dok. 32.

[3] Staatssekretär Carstens bezog sich in seinem Privatdienstschreiben vom 22. Juli 1964 auf die Besuche des Staatssekretärs für Jugendfragen der DDR, Neumann, des Stellvertretenden Ministerpräsidenten und Gesundheitsministers Sefrin, des Stellvertretenden Ministerpräsidenten Paul Scholz und des Stellvertretenden Verkehrsministers Weitprecht im April 1964. Vgl. Büro Staatssekretär, Bd. 393.
Zu Reisen von Vertretern der DDR in die VAR vgl. auch DOKUMENTE ZUR AUSSENPOLITIK DER DDR XII, S. 179, 1134f., 1145 und S. 1160.

[4] Die Delegation unter Leitung des Oberbürgermeisters von Leipzig, Kresse, wurde außerdem vom Generalsekretär der Arabischen Liga, Hassouna, dem Präsidenten der Nationalversammlung, Sadat, dem Vizepräsidenten El-Schafii, der Sozialministerin Abu Zeid, dem Gesundheitsminister El-Muhandis und Forschungsminister Turki empfangen. Vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Böker vom 6. Juli 1964; Büro Staatssekretär, Bd. 393.

[5] Mahmoud Fawzi.

bild zu richten.[6] Seine Antwort war dem Sinne nach: Der Mann auf der Straße wisse nicht zwischen Bundesrepublik und der Ostzone zu unterscheiden. Für ihn sind beide Deutschland. Die VAR-Regierung aber werde weiterhin daran festhalten, nur in der Bundesrepublik diplomatische Beziehungen zu unterhalten und der Ostzone lediglich eine Betätigung zu erlauben. Daß dies einer de-facto-Anerkennung recht nahe komme, wenn nicht gar gleichbedeutend sei, wollte er nicht anerkennen. Ich hielt es aber bei diesem ersten Besuch[7] nicht für angebracht, diese Frage zu vertiefen.

Ich erzähle diesen Vorgang deshalb so ausführlich, weil ich vermute, daß der neue VAR-Botschafter in Bonn[8] ähnlich antworten wird. Wahrscheinlich würde er auch, was mir nicht geschah, auf die Stellung der Israel-Mission in Bonn hinweisen, deren Leiter[9] eine bessere protokollarische Stellung hat als der hiesige Vertreter der Ostzone[10], der nicht auf der Diplomatenliste erscheint und der zu keinen offiziellen Veranstaltungen eingeladen wird.

Daß die VAR in dieser Frage unter sowjetischem Druck steht, ist sicher.[11] Sie versucht, ihm durch den Hinweis auszuweichen, daß man die Ostzone und ihre Funktionäre praktisch doch so behandle, als ob man die DDR anerkannt habe. Man glaubt, auf diese Weise am besten durch die beiden sich widersprechenden Thesen in der deutschen Frage sich hindurchlavieren zu können. Dabei möchte ich glauben, daß Präsident Nasser und seine Umgebung einer deutschen Wiedervereinigung den Vorzug vor einem Fortbestand der Teilung geben, aus verschiedenen Gründen, auf die ich hier nicht eingehen will. Nicht zu übersehen ist natürlich auch, daß die Regierung in Kairo in ihrem Verhalten gegenüber der DDR einen Hebel in der Hand zu haben glaubt, mit dem sie unsere Beziehungen zu Israel beeinflussen kann.

Ich meine daher, daß man sich von Vorstellungen im Sinne Ihrer Frage keine praktischen Erfolge versprechen kann, vor allem nicht von Vorwürfen über vergangene „Sünden". Aber selbstverständlich werden meine Mitarbeiter und ich hier ständig aufpassen und keine Gelegenheit versäumen, um die Aktivität der Zone zu versuchen einzuschränken. Dabei glaube ich, daß wir dieses Ziel weniger mit logisch-juristischen Argumenten, für die die Menschen hier mir weniger zugänglich erscheinen als anderswo, verfolgen sollten als mit politisch-emotionalen.

Wirkungsvoller als eine zu ängstliche Beobachtung der im ganzen doch eher bescheidenen Bemühungen der Ostzone hier scheint mir in diesem Lande ein offen zur Schau getragenes Selbstbewußtsein zu sein, das, verbunden mit unseren unbestreitbaren wirtschaftlichen Leistungen, unseren Anspruch, Deutschland zu vertreten, bei der hiesigen öffentlichen Meinung völlig außer Frage stellen sollte. In diesem Zusammenhang möchte ich auch warnen vor ei-

6 Zur Führungsrolle der VAR innerhalb der Bewegung der blockfreien Staaten vgl. auch Dok. 241.

7 Georg Federer war seit dem 29. Juni 1964 Botschafter in Kairo.

8 Gamal E. Mansour war seit dem 16. April 1964 ägyptischer Botschafter in Bonn.

9 Felix E. Shinnar führte den persönlichen Titel eines Botschafters trotz der fehlenden diplomatischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Israel.

10 Ernst Scholz nannte sich „Außerordentlicher und Bevollmächtigter Botschafter und Beauftragter der DDR-Regierung in der Vereinigten Arabischen Republik".

11 Zum Einfluß der UdSSR auf die VAR vgl. bereits Dok. 105, Anm. 8.

ner in ihrer Nervosität sichtbaren Behandlung der kommenden Neutralistenkonferenz.[12] Ein oder zwei Herren des Auswärtigen Amts, sozusagen zu unserer Verstärkung oder auf „zufälliger" Durchreise, können sehr nützlich sein.[13] Mehr könnte mehr schaden als nützen!

Vor allem aber müßte der politische Kontakt mit der VAR, und das heißt in diesem Falle mit Präsident Nasser, verstärkt werden. Ich bin überzeugt, daß Präsident Nasser und die Männer um ihn herum unter dem Eindruck stehen, vom Westen nicht die gebührende Beachtung zu finden. Daher würde ich mir gerade auch in der Frage, die Ihr Brief behandelt, sehr viel davon versprechen, wenn die geplante Einladung in die Bundesrepublik zustande kommt.[14] Präsident Nasser würde die Einladung an sich schon als eine Anerkennung seiner Leistungen betrachten. Darüber hinaus würden Gespräche mit dem Herrn Bundeskanzler und deutschen führenden Persönlichkeiten – auf der Ebene Gleich zu Gleich – und der Besuch einiger deutscher Landschaften ihn und seine Umgebung besser als jede juristische Argumentation davon überzeugen, daß die Bundesrepublik, und nicht die Zone, die hier immer noch geachtete Tradition Deutschlands repräsentiert.

Natürlich kann auch die Botschaft hier einiges tun, um mit der Zeit die hiesige Zonenvertretung an die Wand zu spielen. Dafür müßte sie allerdings erheblich besser ausgestattet sein – personell wie sachlich. Hierüber werde ich demnächst einen Bericht an die Personalabteilung machen[15], dem ich Sie sehr bitten möchte, Ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Mit den besten Grüßen bin ich stets

Ihr ergebener
Georg Federer

Büro Staatssekretär, Bd. 393

[12] Zur Konferenz der blockfreien Staaten vom 5. bis 10. Oktober 1964 in Kairo vgl. Dok. 275.

[13] Ministerialdirigent Böker reiste zu Beginn der Konferenz nach Kairo. Vgl. dazu auch den Drahterlaß des Ministerialdirektors Jansen vom 2. Oktober 1964; Referat I B 4, Bd. 96.
Zu den Gesprächen von Böker in Kairo vgl. auch Dok. 280 und Dok. 282.

[14] Zu den Überlegungen, den ägyptischen Präsidenten in die Bundesrepublik einzuladen, vgl. Dok. 95.
Vgl. dazu weiter Dok. 312.

[15] Am 23. Oktober 1964 forderte Botschafter Federer eine personelle Aufstockung des Pressereferats und des politischen Referats in der Botschaft in Kairo, um „den verstärkten Bemühungen der SBZ in Ägypten entgegentreten und die Möglichkeiten, die Kairo als eines der führenden Zentren in der afro-asiatischen Welt für unsere außenpolitische Arbeit bietet, voll ausschöpfen" zu können. Vgl. Referat Z B 1, Bd. 270.

243

Aufzeichnung des Staatssekretärs Lahr

St.S. 1619/64 geheim **8. September 1964**[1]

Betr.: Gespräch mit dem jugoslawischen Staatssekretär Nikesić in Belgrad vom 4. September d.J.

Ich führte mit Staatssekretär Nikesić, der gegenwärtig den Außenminister[2] vertritt, im Hotel Metropol am Nachmittag des 4. September ein 2 1/2stündiges Gespräch, an das sich nach einem Höflichkeitsbesuch beim französischen Botschafter[3] eine ausgedehnte Abendunterhaltung anschloß. Nikesić ist ein Gesprächspartner von durchaus westlichem Habitus, intelligent, aufgeschlossen, ohne Komplexe und Tabus, hört gut zu und ist um kein Argument verlegen. Der Inhalt der Gespräche läßt sich wie folgt zusammenfassen.

Nachdem ich ausgeführt hatte, daß die „Wohlverhaltensklausel" des Handelsabkommens vom 16. Juli („Die beiden Regierungen werden bemüht sein, politische Störungen im Verhältnis beider Länder zu vermeiden")[4] präzisiert werden sollte, um den mit dem Abkommen verbundenen Erwartungen zu möglichst vollständiger Verwirklichung zu verhelfen, und hierbei insbesondere gefordert hatte, daß Jugoslawien nichts zur Aufwertung der SBZ tun solle und Pressekampagnen vermieden werden müßten, erklärte Herr Nikesić:

1) Wenn Ulbricht, der in den nächsten Tagen in Belgrad erwartet wird[5], die Forderung erheben sollte, die bestehenden Gesandtschaften in den Rang von Botschaften zu erheben, werde die jugoslawische Regierung antworten, daß sie dies nicht für notwendig halte, um die Beziehungen zur „DDR" in dem Umfange zu pflegen, wie sie dies wünsche.

2) Die Deutschland-Frage werde auf der bevorstehenden Neutralistenkonferenz in Kairo[6] nach Auffassung der jugoslawischen Regierung keine Rolle spielen, weil der Teilnehmerkreis (etwa 50 Delegationen an Stelle der etwa

[1] Das Treffen zwischen dem Staatssekretär im jugoslawischen Außenministerium, Nikesić, und Staatssekretär Lahr war nötig geworden, nachdem die Verhandlungsdelegation der Bundesrepublik während der Wirtschaftsverhandlungen mit Jugoslawien im Juli 1964 angekündigt hatte, erst nach einem bilateralen Gespräch auf hoher Ebene die Zustimmung der Bundesregierung zu dem Abkommen einholen zu können. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Generalkonsuls Ruete vom 27. August 1964; Abteilung II (II 1), VS-Bd. 23; B 150, Aktenkopien 1964. Vgl. auch den Artikel „Geheime Mission Lahrs in Belgrad"; DIE WELT, Nr. 209 vom 8. September 1964, S. 1.

[2] Koca Popović.

[3] Jean Binoche.

[4] Die sogenannte „Wohlverhaltensklausel" war in Artikel 1 des „Mantelprotokolls" zum Wirtschaftsabkommen niedergelegt. Für den Wortlaut der 5. Zusatzvereinbarung zum Abkommen vom 11. Juni 1952 vgl. BUNDESANZEIGER, Nr. 17 vom 27. Januar 1965, S. 1–3. Vgl. dazu auch Dok. 241, Anm. 15.

[5] Der Staatsratsvorsitzende der DDR, Ulbricht, hielt sich am 19./20. September 1964 in Belgrad auf. Vgl. dazu DOKUMENTE ZUR AUSSENPOLITIK DER DDR XII, S. 820f.

[6] Zur Konferenz der blockfreien Staaten vom 5. bis 10. Oktober 1964 in Kairo vgl. Dok. 275.

25 Delegationen der ersten Belgrader Konferenz[7]) und die Bedeutung der allgemeinen Themen die Behandlung spezieller Themen schon aus technischen Gründen praktisch ausschließe. Die jugoslawische Regierung habe jedenfalls ganz gewiß nicht die Absicht, in der Deutschland-Frage auf der Konferenz initiativ zu werden.[8] Sollte dies eine andere Regierung tun, so werde sie ihren allgemein bekannten Standpunkt vortragen, ohne aber damit dieses Thema hochzuspielen.

3) Wenn Herr Ulbricht die Bitte an die jugoslawische Regierung richten werde, sie möge bei der UNO einen Vorstoß dahin unternehmen, daß die „DDR" den gleichen Beobachterstatus erhalte wie die Bundesrepublik, so werde seine Regierung hierauf nicht eingehen. Sollte eine andere Regierung eine solche Initiative übernehmen und es hierüber zu einer Abstimmung kommen, werde die jugoslawische Regierung nicht umhin können, für einen solchen Antrag zu stimmen, werde sich aber hierauf beschränken.

4) Was die Presse angehe, hätten wir wohl gemerkt, daß es in den letzten Wochen und Monaten nicht zu einer Pressekampagne gekommen sei.[9] Hieran werde sich sicherlich nichts ändern, es sei denn, daß unerwartet Themen auftauchten, die die öffentliche Meinung Jugoslawiens erregten.

Herr Nikesić insistierte stark in der Wiedergutmachungsfrage mit den bekannten humanitären Argumenten, auf die ich mit unseren völkerrechtlichen und politischen Argumenten antwortete.[10] Die Erörterung verlief ergebnislos. Was die grundsätzliche Einstellung zur Deutschland-Frage angeht, ergaben sich keine Anzeichen dafür, daß die jugoslawische Regierung etwa im Begriffe

[7] Die erste Konferenz der blockfreien Staaten fand vom 1. bis 6. September 1961 in Belgrad statt. Vgl. EUROPA-ARCHIV 1961, D 585–604.

[8] Mit Drahtbericht vom 30. September 1964 berichtete Botschaftsrat I. Klasse Caspari, New York (UNO), der jugoslawische Gesandte habe bestätigt, daß Jugoslawien keine Initiative in der Deutschland-Frage ergreifen werde. Bernardić habe weiter ausgeführt: „Sollte es von anderer Seite vorgebracht oder auf die Tagesordnung gesetzt werden, so erwarte Jugoslawien, als einziges dort vertretenes europäisches Land vorher um seine Meinung befragt zu werden. Es werde in diesem Fall seinen Einfluß dahin geltend machen, entweder eine öffentliche Diskussion zu verhindern oder sie in Bahnen zu lenken, die für uns nicht unangenehm seien." Vgl. Abteilung I (I B 4), VS-Bd. 111; B 150, Aktenkopien 1964.

[9] Zur jugoslawischen Pressekampagne gegen die Politik der Bundesregierung im Frühjahr 1964 vgl. Dok. 77, Anm. 2.

[10] Zur Frage der Wiedergutmachung vgl. Dok. 77 und Dok. 107.
Ministerialdirektor Thierfelder faßte am 28. August 1964 die rechtlichen Argumente der Bundesregierung zusammen: „Zunächst ist es zweifelhaft, ob Wiedergutmachungsansprüche von Opfern nationalsozialistischer Verfolgungsmaßnahmen unter den Begriff ‚reparations' im Sinne des Potsdamer Abkommens fallen könnten. In jedem Falle stellen die Potsdamer Absprachen aber eine ‚res inter alies acta' dar, die im übrigen durch die IARA-Beschlüsse längst ihre Erledigung gefunden haben ... Die Bundesrepublik Deutschland hat eine moralische Verpflichtung zur Wiedergutmachung nie bestritten. Eine wesentliche und unverzichtbare Grundlage für die Übernahme derartiger Verpflichtungen besteht für sie jedoch in der Anerkennung ihrer rechtlichen Identität mit dem ehemaligen Deutschen Reich. Dieses in der Präambel des Grundgesetzes hervorgehobene Prinzip hat Jugoslawien aber durch die Anerkennung der Sowjetzone negiert." Vgl. Abteilung II (II 1), VS-Bd. 23; B 150, Aktenkopien 1964.
In diesem Sinne hatte Staatssekretär Carstens am 30. Juni 1964 bereits den jugoslawischen Gesandten Drndić unterrichtet. Vgl. Abteilung II (II 5), VS-Bd. 258; B 150, Aktenkopien 1964. Vgl. dazu auch BULLETIN 1964, S. 1158.

wäre, die seit dem Jahre 1957[11] eingenommene Haltung zu revidieren. Herr Nikesić bezeichnete es als das Ziel der jugoslawischen Außenpolitik, zu einer Entspannung der Weltlage auch durch eine positive Politik gegenüber den „beiden deutschen Staaten" beizutragen. Gegenüber meinen Ausführungen, daß eine Unterstützung der Trennung Deutschlands die Spannung eher vertiefe als vermindere, entwickelte er ein sehr optimistisches Bild über die Zukunft der „DDR", etwa in dem Sinne, daß wir zu stark auf eine einzige Person (Ulbricht) sähen, während sie, die Jugoslawen, sichere Anzeichen dafür zu besitzen glaubten, daß neue Kräfte nach vorne drängten, deren Ansichten stark mit ihren eigenen, den jugoslawischen, übereinstimmten und uns die Möglichkeit geben würden, zu einer Annäherung im nationalen Sinne zu gelangen. Ich erwiderte ihm, daß wir selbst, die wir glaubten, die Verhältnisse in der SBZ sehr gut zu übersehen, hiervon nichts wahrgenommen hätten und wir uns auf die Situation einstellen müßten, mit der wir konfrontiert seien.

Herr Nikesić insistierte stark wegen einer gemeinsamen Presseunterrichtung. Ich habe dies mit der Begründung abgelehnt, daß die Neugier der Journalisten durch das wenige, was wir allenfalls sagen könnten, eher angereizt als beschwichtigt werde. (Es müßte meines Erachtens vermieden werden, den Eindruck entstehen zu lassen, als ob es für die Art und Weise, wie sich Kontakte zwischen hohen Beamten abspielen, ohne Belang sei, ob zwischen den beiden betreffenden Staaten diplomatische Beziehungen bestehen oder nicht.)

Mein Gesamteindruck war der, daß den Jugoslawen daran gelegen ist, die gegenwärtige Lage sich nicht nur nicht verschlechtern zu lassen, sondern zu einer Verbesserung zu gelangen, daß sie begriffen haben, was hierzu von ihrer Seite aus erforderlich ist, und daran interessiert sind, diesen ersten Kontakt auf hoher Ebene auch für uns nicht zu einem Mißerfolg werden zu lassen. Wenn letztlich auch erst die nächsten Monate zeigen werden, was von den Erklärungen des Herrn Nikesić zu halten ist, so spricht meines Erachtens zunächst eine Vermutung dafür, daß sich die Jugoslawen gemäß ihren Erklärungen verhalten werden.[12]

Ich habe Herrn Nikesić zum Abschluß erklärt, er könne damit rechnen, bis Ende dieser Woche eine offizielle Benachrichtigung über die Genehmigung des Abkommens seitens der Bundesregierung zu erhalten.[13]

Hiermit dem Herrn Minister[14] mit dem Anheimstellen der Unterrichtung des Herrn Bundeskanzlers[15] vorgelegt.

Lahr

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 430

[11] Seit der Anerkennung der DDR am 10. Oktober 1957 unterstützte Jugoslawien die Zwei-Staaten-Theorie.

[12] Zur „außergewöhnlichen" Zurückhaltung der offiziösen jugoslawischen Presse bei der Kommentierung des deutsch-jugoslawischen Verhältnisses vgl. den Bericht des Leiters der „Abteilung für die Wahrnehmung der Interessen der Bundesrepublik Deutschland" bei der französischen Botschaft in Belgrad (Schutzmachtvertretung), Bock, vom 1. Oktober 1964; Referat I B 4, Bd. 96.

[13] Die Wirtschaftsvereinbarung trat am 23. September 1964 in Kraft. Vgl. dazu den Runderlaß des Bundesministeriums für Wirtschaft vom 31. Oktober 1964; Referat III A 6, Bd. 249.

[14] Hat Bundesminister Schröder am 9. September 1964 vorgelegen.

[15] Hat Bundeskanzler Erhard vorgelegen.

244

Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit dem französischen Botschafter de Margerie

Z A 5-106.A/64 VS-vertraulich **10. September 1964**[1]

Der Herr Bundeskanzler empfing am 10. September 1964 um 11 Uhr im Palais Schaumburg den französischen Botschafter, M. de Margerie, in Anwesenheit von Herrn Minister Westrick und Herrn Ministerialdirigent Osterheld zu einer Unterredung.

Der Herr *Bundeskanzler* teilte dem Botschafter mit, er habe ihn zu sich gebeten, um mit ihm über zwei Problemkreise zu sprechen, den Chruschtschow-Besuch und die deutsch-französischen Beziehungen.[2]

Was den Besuch des sowjetischen Regierungschefs betreffe, sei General de Gaulle informiert[3]: es handle sich nicht um irgendeine politische Aktion, sondern nur darum, den Versuch zu unternehmen, durch eine persönliche Aussprache, die er in aller Offenheit zu führen gedenke, die gegenseitigen Standpunkte auszuloten. Er habe erreicht, daß Chruschtschow sich bereit erklärt habe, die Gespräche ohne Einschränkung der zu behandelnden Punkte zu führen, was bedeute, daß die Deutschland- und Berlinfrage mit in den Mittelpunkt der Betrachtungen gezogen werden könnte. Es liege natürlich keine originäre deutsche Initiative vor und es gebe auch keine konkreten Ideen auf deutscher Seite; die Bundesregierung wolle ganz im Gegenteil in engstem Einvernehmen mit ihren Verbündeten, nicht zuletzt mit Frankreich, die Lage vorher ganz sorgfältig abklären, damit nicht das geringste Zwielicht entstehe (etwa im Sinne eines zweiten „Rapallo"[4]) oder der Besuch mit angeblichen französisch-sowjetischen Kontakten in Zusammenhang gebracht werde. Im übrigen sei der Besuch eine Erwiderung des Moskaubesuchs von Bundeskanzler Adenauer im Jahr 1955.[5] Es werde auf deutscher Seite ein Arbeitsstab zur Vorbereitung des Besuchs gebildet. Er (der Herr Bundeskanzler) habe die herzliche Bitte nach ausreichenden Möglichkeiten, um die Dinge mit der französischen Regierung und General de Gaulle zu erörtern, damit auch nicht der geringste Zwischenraum entstehen könne, der nicht durch gegenseitige Ver-

[1] Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Dolmetscherin Bouverat am 14. September 1964 gefertigt. Hat dem Leiter des Außenpolitischen Büros im Bundeskanzleramt, Osterheld, am 14. September 1964 vorgelegen.

[2] Zur Einladung des sowjetischen Ministerpräsidenten in die Bundesrepublik vgl. Dok. 209 und Dok. 212.
Zum Stand der deutsch-französischen Beziehungen vgl. zuletzt Dok. 234.

[3] Vgl. dazu Dok. 225.

[4] Im Vertrag von Rapallo vom 16. April 1922 verzichteten das Deutsche Reich und die Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik auf alle gegenseitigen Forderungen, die aus dem Ersten Weltkrieg resultierten, und beschlossen die Aufnahme diplomatischer Beziehungen. Der Vertragsabschluß überraschte die europäische Öffentlichkeit und weckte Befürchtungen über eine weitergehende deutsch-sowjetische Verständigung.

[5] Zum Besuch des Bundeskanzlers Adenauer vom 8. bis 14. September 1955 in Moskau vgl. Dok. 99, Anm. 13.

ständigung ausgefüllt sei.[6] Es stelle sich die Frage, was man in dieser Hinsicht tun könne. Vielleicht wäre eine persönliche Begegnung zwischen dem französischen Staatspräsidenten und ihm (dem Herrn Bundeskanzler) vor dem Chruschtschow-Besuch fruchtbar, auch aus anderen Gründen. Er wäre dankbar, hierzu die Meinung der französischen Regierung zu erfahren.

Auf die Frage von M. *de Margerie*, ob man auf deutscher Seite schon eine vage Idee von dem Zeitpunkt des Chruschtschow-Besuchs habe, antwortete der Herr *Bundeskanzler*, man müsse den Termin noch auf diplomatischem Weg vereinbaren, er denke jedoch etwa an das Ende dieses oder den Anfang des nächsten Jahres.[7] In diesem Zusammenhang wies Herr Minister *Westrick* darauf hin, daß Chruschtschow in der zweiten Dezemberhälfte den großen Kongreß der kommunistischen Parteien[8] habe.

Der Herr *Bundeskanzler* fragte dann, ob man die nächste Begegnung im Rahmen des deutsch-französischen Vertrags[9], die ja zeitlich nicht genau[10] festgelegt sei, nicht so arrangieren könnte, daß sie vor dem Chruschtschow-Besuch stattfinde. Über die russischen Terminvorstellungen sei ihm nichts bekannt; es sei nur die grundsätzliche Zustimmung mitgeteilt worden. Er (der Herr Bundeskanzler) lege Wert darauf, daß General de Gaulle genau informiert werde über den deutschen Standpunkt. Es handle sich, wie gesagt, nicht um einen originären Schritt und nicht eigentlich um eine deutsche Initiative, sondern es gehe nur um das Sichkennenlernen, um ein Ausloten der Standpunkte in der Sache. Soweit Deutschland und Berlin berührt würden, wünsche die Bundesregierung engsten Kontakt mit seinen Verbündeten. Dies gelte besonders für Frankreich. Er glaube, daß man vor der Welt deutlich machen sollte, daß der Freundschaftsvertrag bestehe und daß er seinen Sinn und Wert behalten soll. Er sei nicht glücklich über das, was in der Öffentlichkeit seit dem letzten Besuch de Gaulles in Bonn[11] verbreitet worden sei. Die Dinge seien maßlos übertrieben und vereinfacht worden. Er wisse natürlich, wo beim letzten Gespräch kein Einvernehmen bestanden habe[12], aber der Sinn des deutsch-französischen Vertrags sei ja, daß man in solchen Fällen versuchen soll, die Dinge zu klären, gerade auch bei Fragen, über die nicht a priori völliges Einverständnis bestehe. Wenn die Standpunkte sich nicht in jeder Frage völlig deckten, so sei dies kein Verstoß gegen den Vertrag, denn diese Möglichkeit sei darin mit enthalten. Er glaube, man sollte es an neuen Bemühungen nicht fehlen lassen. Er wolle aber die Kontroverse nicht vertiefen und weiter analysieren,

6 Zur Befürchtung einer französischen Mißstimmung vgl. Dok. 234.

7 Zur weiteren Diskussion um die Festlegung eines Termins für den geplanten Besuch des Ministerpräsidenten Chruschtschow in der Bundesrepublik vgl. auch Dok. 252.

8 Die für den 15. Dezember 1964 geplante Tagung der Redaktionskommission zur Vorbereitung einer internationalen Konferenz der kommunistischen und Arbeiter-Parteien wurde am 12. Dezember 1964 auf den 1. März 1965 verschoben. Vgl. Dok. 247, Anm. 37.

9 Für den Wortlaut des deutsch-französischen Vertrags vom 22. Januar 1963 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 706–710.

10 Der Passus „die ja zeitlich nicht genau" wurde von Ministerialdirigent Osterheld handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „der ja nicht".

11 Zu den deutsch-französischen Regierungsbesprechungen vom 3./4. Juli 1964 vgl. Dok. 180–188.

12 Zur Bewertung des Gesprächs mit Staatspräsident de Gaulle durch Bundeskanzler Erhard vgl. auch Dok. 189.

halte es aber für schlecht und nicht im Sinne der Freundschaft zwischen den beiden Ländern, wenn man – wie es geschehen sei – das deutsche Volk in „Gaullisten" und „Antigaullisten" teile.[13] Er halte dies für „einen vollendeten Unsinn"; es dürfe nicht sein, daß die Freundschaft zu Frankreich zur Angelegenheit einzelner Gruppen in Deutschland gestempelt werde, denn sie entspreche dem ehrlichen Wunsch und Willen des deutschen Volkes, und er selbst möchte dabei mit der Bundesregierung nicht ausgeschlossen werden.

Der Herr Bundeskanzler brachte dann das Gespräch auf die bevorstehenden Wahlen in den USA[14] und fragte den Botschafter, ob wohl im Anschluß daran die Bereitschaft zu einem Treffen zwischen dem neuen Präsidenten und General de Gaulle bestehen werde.

Der *französische Botschafter* wies darauf hin, daß der amerikanische Botschafter McGhee in einer Unterhaltung mit ihm sehr stark betont habe, daß die amerikanische Diplomatie nach den Wahlen ihre Freiheit wiedergewinnen werde und daß der Präsident der Vereinigten Staaten dann die Möglichkeit habe zu reisen und seine Kollegen unter den Staats- und Regierungschefs in Europa zu sehen.

Der *Bundeskanzler* betonte, daß er sehr glücklich wäre, wenn es nach den Wahlen zu einer wirklichen Verständigung zwischen Frankreich und den USA im Hinblick auf die künftige Gestaltung der NATO und die Zusammenarbeit auf militärischem Gebiet kommen würde.[15] Er glaube, daß die Freundschaft zwischen Frankreich und Deutschland sich noch vertiefen könne, wenn eine gleichartige Form der Verständigung zwischen Frankreich und den USA gefunden würde. Herr Minister *Westrick* fügte hinzu, dies würde auch auf andere Länder eine zentripetale Wirkung ausüben, insbesondere – wie der Herr *Bundeskanzler* bemerkte – auf die Länder, die der Politischen Union Europas reserviert gegenüberstünden, wie Holland und Italien.[16] Auch hier würde eine Wendung eintreten.

Herr *de Margerie* erwähnte in diesem Zusammenhang die neuen Vorschläge von Außenminister Spaak[17] die er als interessant bezeichnete, da sie eine pragmatische Zwischenlösung darstellten.

[13] Zum innenpolitischen Konflikt zwischen „Gaullisten" und „Atlantikern" vgl. Dok. 194, Anm. 1.

[14] Die amerikanischen Präsidentschaftswahlen fanden am 3. November 1964 statt.

[15] Zum französisch-amerikanischen Verhältnis vgl. bereits Dok. 66.

[16] Zu den Bemühungen um eine europäische politische Union vgl. zuletzt Dok. 210.
Zur niederländischen Haltung hinsichtlich einer europäischen politischen Union vgl. Dok. 266.
Zur Haltung Italiens vgl. Dok. 178, Anm. 7.

[17] Am 10. September 1964 berichtete Botschafter Klaiber, Paris, über die Vorschläge, die der belgische Außenminister am Vortag auf der gemeinsamen Sitzung des Politischen Ausschusses der WEU-Versammlung mit den Vorsitzenden der außenpolitischen Parlamentsausschüsse in Paris vorgetragen hatte. Spaak regte an, so Klaiber, „daß man die im April 1962 abgebrochenen Verhandlungen über den Fouchet-Plan wieder aufnehmen solle, wobei er zwar offengelassen hat, an welche Version des Fouchet-Plans er dabei denkt, jedoch jetzt offensichtlich bereit ist, auch die zweite Version zu aktzeptieren. Er hat ferner vorgeschlagen, eine Dreierkommission zu bilden, die Einzelfragen aushandeln und wohl auch die Rolle eines Sekretariats spielen sollte, das die Keimzelle für ein gemeinsames Organ bilden könnte. Nach einer prinzipiellen, provisorischen Einigung solle dann – und das ist das Wesentliche des Vorschlags – eine Probezeit von drei Jahren beginnen, ohne daß ein formeller Vertrag geschlossen worden sei." Vgl. Referat I A 1, Bd. 521.
Zu den Vorschlägen des belgischen Außenministers vgl. auch Dok. 197.

Der Herr *Bundeskanzler* teilte diese Meinung: Wenn die Zusammenarbeit nicht sofort auf der Grundlage eines Vertrags gestaltet werden könne, biete das von Spaak vorgeschlagene praktische Verfahren eine Möglichkeit, die Zögernden und Widerstrebenden zur Mitwirkung zu gewinnen. Spaak habe mit ihm über diese Pläne gesprochen[18], aber keinen konkreten Zeitraum genannt. Die Zustimmung Belgiens fände am ehesten ein Modus vivendi, der Holland und Italien nicht abstoße. Er (der Herr Bundeskanzler) habe allerdings die kürzlichen Erklärungen eines Labour-Mannes in Brüssel – und die entsprechende holländische Reaktion – als störend empfunden.[19]

Herr Minister *Westrick* erklärte, wenn Frankreich und Deutschland mit den USA zusammengingen, dann würde die Politische Union sofort zustande kommen.

Der Herr *Bundeskanzler* fügte hinzu, wenn die USA, Frankreich und Deutschland im Rahmen der NATO eine gemeinsame Grundlage hätten, so würden die Dinge in Europa – selbst wenn sich die Ansichten nicht vom ersten Tag an deckten – in Bewegung kommen und eine Sogwirkung haben, was, wie Minister *Westrick* sagte, nach den Wahlen in den USA möglich sein sollte.

Botschafter de *Margerie* antwortete, dies sei wahrscheinlich eine Frage der Zeit. Der Präsident der Vereinigten Staaten werde allerdings nicht unmittelbar nach den Wahlen tätig werden, worauf der Herr *Bundeskanzler* bemerkte, daß im Falle einer Wiederwahl von Präsident Johnson kein Vakuum entstünde.

M. *de Margerie* sagte, er werde am folgenden Tag in Paris mit Außenminister Couve de Murville über diese Fragen sprechen können, bevor dieser zu der einmonatigen Reise von Präsident de Gaulle nach Südamerika aufbreche.[20] Premierminister Pompidou mache sich im übrigen große Sorgen wegen der bevorstehenden Strapazen. Der General habe aber einen französischen Kreuzer in die südamerikanischen Gewässer bestellt, um sich zweimal drei Tage lang darauf zur Erholung und zum Unterschreiben von Schriftstücken aufhalten zu können, da er sich dann auf französischem Boden befinde. Couve de Murville werde besonders dann Gelegenheit haben, den General viel zu sehen. Er (der Botschafter) sei daher froh, daß der Herr Bundeskanzler ihn vorher zu sich gerufen habe.

Der Herr *Bundeskanzler* unterstrich, daß er großen Wert darauf lege, der französischen Regierung gegenüber zu betonen, daß die Bundesregierung zum deutsch-französischen Vertrag stehe und das Beste daraus holen wolle. Alle Bemerkungen über angeblich „tiefgekühlte, auf Eis gelegte, zerbrechende Be-

[18] Zum Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit dem belgischen Außenminister am 14. Juli 1964 vgl. Dok. 198.

[19] Der britische Labour-Abgeordnete Mayhew erklärte am 10. September 1964 zu den Vorschlägen des belgischen Außenministers, er glaube nicht, daß eine Labour-Regierung einem Beitritt Großbritanniens zu einer europäischen politischen Union zustimmen werde. Auch die niederländischen Vertreter äußerten sich ablehnend. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Referats I A 1 vom 2. Oktober 1964; Abteilung I (I A 1), VS-Bd. 132; B 150, Aktenkopien 1964. Vgl. auch FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 211 vom 11. September 1964, S. 4.

[20] Vom 21. September bis 16. Oktober 1964 besuchte Staatspräsident de Gaulle zehn südamerikanische Staaten. Vgl. dazu L'ANNÉE POLITIQUE 1964, S. 297 f.

ziehungen"[21] träfen auf seine Einstellung absolut nicht zu. Auch was die menschlichen Beziehungen zwischen ihm und dem General betreffe, habe er nicht das Gefühl, daß eine derartige Auslegung möglich sei.

Der *Botschafter* erwiderte, „er möchte nicht versuchen zu leugnen, daß bei dem General eine gewisse Enttäuschung bestehe". Dies wäre falsch.

Der Herr *Bundeskanzler* entgegnete, es sei aber klar zum Ausdruck gekommen, wieweit Einverständnis bestanden habe und wo nicht.

M. *de Margerie* erklärte, er glaube, daß den Äußerungen von Minister Peyrefitte[22] – der kein Wort ohne die Zustimmung de Gaulles sage – vor einigen Tagen große Bedeutung beizumessen sei.

Der Herr *Bundeskanzler* räumte ein, daß vielleicht „auf deutscher Seite mehr gesündigt worden sei" als in Frankreich.

Herr *de Margerie* meinte, Deutschland habe den Vor- oder vielleicht auch Nachteil[23], noch eine Innenpolitik zu besitzen, im Gegensatz zu Frankreich, wo die Opposition ausgeschaltet sei. Nachdem er zugesagt hatte, daß er Herrn Couve de Murville über die verschiedenen Punkte seines Gesprächs mit dem Herrn Bundeskanzler berichten werde, wies der französische Botschafter darauf hin, daß der General etwas enttäuscht gewesen sei über die unterschiedliche Behandlung von Adschubej in Bonn und Paris[24]: Weder de Gaulle noch Pompidou oder Couve de Murville hätten den Schwiegersohn Chruschtschows empfangen. Nur Peyrefitte habe ihm ein Essen gegeben.[25]

Hier warf Herr Bundesminister *Westrick* ein, daß, soweit wir unterrichtet wären, damals die Herren Pompidou und Couve gar nicht in Paris, sondern auf Auslandsreise gewesen seien.[26]

Der Herr *Bundeskanzler* erläuterte die näheren Umstände des Adschubej-Besuchs in der Bundesrepublik und betonte, daß die Einladung ohne Wissen und gegen den Willen der Bundesregierung von drei Zeitungen ausgegangen sei.[27] Herr Minister *Westrick* unterstrich, daß der Herr Bundeskanzler erst nach Aussendung der Einladung davon unterrichtet worden sei. Der Herr *Bundes-*

[21] Vgl. den Artikel „Les alliances en question. Le refroidement"; LE MONDE, Nr. 6107 vom 3. September 1964, S. 1.

[22] Anläßlich des fünfzigsten Todestages des im Ersten Weltkrieg gefallenen französischen Schriftstellers Charles Péguy verwies der französische Informationsminister am 7. September 1964 auf den positiven Wandel der deutsch-französischen Beziehungen. Vgl. LE MONDE, Nr. 6111 vom 8. September 1964, S. 7.

[23] Der Passus „habe den Vor- oder vielleicht auch Nachteil" ging auf Streichungen und handschriftliche Einfügungen des Ministerialdirigenten Osterheld zurück. Vorher lautete er: „habe den Vorteil".

[24] Zum Besuch des Chefredakteurs der sowjetischen Zeitung „Izvestija" vom 20. Juli bis 1. August 1964 in der Bundesrepublik vgl. Dok. 212.

[25] Zum Besuch des Chefredakteurs der Zeitung „Izvestija" vom 25. bis 31. März 1964 in Paris vgl. die Drahtberichte des Botschafters Klaiber, Paris, vom 8. und 10. April 1964; Referat I A 3, Bd. 409.
Zur französischen Kritik an dem Empfang von Adschubej in Bonn vgl. auch Dok. 234, Anm. 13.

[26] Dieser Satz wurde von Ministerialdirigent Osterheld handschriftlich eingefügt.

[27] Vgl. dazu Dok. 212, Anm. 2.

kanzler fuhr fort[28], er habe daraufhin die Lage mit Außenminister Schröder besprochen mit dem Ergebnis, daß der Besuch nur durch Verweigerung des Einreisevisums noch hätte verhindert werden können, was einen schweren Affront bedeutet hätte. Er habe im Bundeskabinett aber die Bitte geäußert, daß kein Minister private Einladungen anläßlich des Besuchs annehmen möchte, und eine entsprechende Empfehlung auch an die Vertreter der Wirtschaft gerichtet. Er habe alles getan, um „die Dinge niedrig zu halten" und habe Adschubej unter keinen Umständen empfangen wollen.[29] Er habe keine diesbezügliche Zusage gemacht, bevor Adschubej sich auf deutschem Boden befunden habe. Auch auf eine leise Drohung von russischer Seite habe er nicht reagiert. Erst nachdem der Gesandte Lawrow dreimal und Botschafter Smirnow einmal bei Herrn Minister Westrick vorstellig geworden seien, habe er diesen beauftragt, den Termin vom Dienstag um 10 Uhr anzukündigen; vor allem, weil Lawrow gesagt habe[30], Adschubej habe dem Herrn Bundeskanzler eine persönliche Botschaft Chruschtschows zu überbringen.

Herr Minister *Westrick* präzisierte, da der Herr Bundeskanzler Smirnow[31] vorher erklärt habe[32], „Chruschtschow könne nach Bonn kommen, wenn er eine Begegnung[33] für nützlich halte", habe man gedacht, die persönliche Botschaft stehe in Zusammenhang mit dieser Äußerung.

Der Herr *Bundeskanzler* fuhr fort, Adschubej habe dann auch tatsächlich eine persönliche Botschaft gehabt: Chruschtschow möchte wissen, ob die etwas verklausulierte Formel „wenn er es für nützlich halte" einer ernst gemeinten Einladung gleichkomme. Er (der Herr Bundeskanzler) habe geantwortet, dies treffe zu unter der Bedingung, daß nicht irgendein Gesprächsthema ausgespart werde, sondern im Gegenteil alle Fragen angeschnitten und besonders die Deutschland angehenden in den Mittelpunkt gerückt werden könnten. Von russischer Seite habe man dann vier Wochen nichts hören lassen.

Minister *Westrick* fügte hinzu, der Besuch habe sich zwar in den Formen diplomatischer Höflichkeit, jedoch außerordentlich kühl abgewickelt. Es seien keine Photographen zugelassen worden, und man habe z.B. auch einer Bitte von Frau Adschubej, den Herrn Bundeskanzler begrüßen zu dürfen, nicht stattgegeben.

[28] Die Wörter „Der Herr Bundeskanzler fuhr fort," wurden von Ministerialdirigent Osterheld handschriftlich eingefügt.

[29] Erst am 21. Juli 1964 konnten der Leiter des Außenpolitischen Büros im Bundeskanzleramt, Osterheld, und der Chef des Bundeskanzleramtes, Westrick, den Bundeskanzler von der Notwendigkeit des Empfangs überzeugen. Gegen das Treffen wurde vor allem vorgebracht, „daß die ‚Izvestija' einen unfreundlichen Artikel gegen den Bundespräsidenten gebracht habe und daß der dpa-Korrespondent aus Moskau ausgewiesen wurde". Vgl. OSTERHELD, Außenpolitik, S. 108.

[30] Der Passus „vor allem ... habe" wurde von Ministerialdirigent Osterheld handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „im übrigen habe Lawrow gesagt".

[31] Dieses Wort wurde von Ministerialdirigent Osterheld handschriftlich eingefügt.

[32] Zum Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit Botschafter Smirnow am 27. Juli 1964 vgl. Dok. 209.

[33] Die Wörter „eine Begegnung" wurden von Ministerialdirigent Osterheld handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „es".

Herr *de Margerie* fragte anschließend, ob man in Bonn irgendwelche Vorstellungen über den Termin der nächsten deutsch-französischen Begegnung auf der Ebene der Regierungschefs habe.

Der Herr *Bundeskanzler* antwortete, nach dem bisherigen Rhythmus wäre das nächste Treffen Anfang Januar 1965 fällig. Er sei jedoch der Auffassung, daß man keine feste Planung vornehmen sollte, gerade auch wegen des bevorstehenden Chruschtschow-Besuchs. Er selbst würde es begrüßen, wenn vorher[34], trotz völliger diplomatischer Unterrichtung der französischen Seite, eine Begegnung zwischen ihm und General de Gaulle stattfinden könnte, nicht in spektakulärer Form, sondern im normalen Rahmen des deutsch-französischen Vertrages.

Herr *de Margerie* bat den Herrn Bundeskanzler, ihn möglichst schnell informieren zu lassen, sobald der Termin mit den Russen festgelegt worden sei.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte zu, die französische Botschaft werde, wie auch bei anderen Gelegenheiten, die erste Stelle sein, die davon in Kenntnis gesetzt würde, und erwähnte dann, daß die deutsch-französische Zusammenarbeit auf vielen Gebieten in die Tat umgesetzt werde,[35] so habe z. B. anläßlich der Konferenz der europäischen Rektoren in Göttingen der Rektor der Universität Dijon eine hervorragende Rede gehalten.[36]

Herr *de Margerie* bestätigte dies und verwies insbesondere auf den in diesem Jahr stark angestiegenen Jugendaustausch[37] sowie auf die Verbrüderung von deutschen und französischen Städten[38], wie kürzlich die von Osnabrück mit

[34] Dieses Wort wurde von Ministerialdirigent Osterheld handschriftlich eingefügt.

[35] Der Passus „und erwähnte dann ... umgesetzt werde," ging auf Streichungen und handschriftliche Einfügungen des Ministerialdirigenten Osterheld zurück. Vorher lautete er: „und unterstrich dann, auf wievielen Gebieten die deutsch-französische Zusammenarbeit in die Tat umgesetzt worden sei."

[36] Die III. Europäische Rektorenkonferenz fand vom 2. bis 8. September 1964 in Göttingen statt. In der Eröffnungsrede hob der amtierende Präsident der Rektorenkonferenz und Rektor der Universität Dijon, Bourchard, die für Europa vorbildhafte deutsch-französische Zusammenarbeit bei der Studienangleichung hervor. Vgl. dazu DIE WELT, Nr. 205 vom 3. September 1964, S. 6. Zum Ablauf der Rektorenkonferenz vgl. auch EUROPA-ARCHIV 1964, Z 210.

[37] Die Teilnehmerzahl am Jugendaustausch zwischen Frankreich und der Bundesrepublik verdoppelte sich im Jahr 1964 gegenüber 1963. Insgesamt verbrachten jeweils 59 Jugendliche die Sommerferien in deutschen bzw. französischen Familien. Darüber hinaus belegten französische Soldatenfamilien 65 Plätze in den Ferienheimen des Bundeswehr-Sozialwerks, während 139 Deutsche ihren Urlaub in französischen Militär-Erholungsheimen verbrachten. Vgl. dazu BULLETIN 1964, S. 1492.
Zum Deutsch-Französischen Jugendwerk vgl. auch Dok. 188, Anm. 14, 15 und 17.

[38] Am 4. Juni 1964 erörterte Referat I A 1 die Einschätzung der deutsch-französischen Partnerschaften durch die Internationale Bürgermeister-Union, wonach „seit Abschluß des deutsch-französischen Vertrages und der Gründung des deutsch-französischen Jugendwerkes die ohnehin schon große Zahl deutscher Interessenten für Städtepartnerschaften weiter angestiegen sei. Leider sei jedoch bei den Städten und Gemeinden in Frankreich noch nicht das gleiche Interesse festzustellen. Während die ‚Warteliste' deutscher Interessenten eine große Anzahl deutscher, vor allem mittlerer und großer Städte umfaßt, seien aus Frankreich fast nur kleine Gemeinden und kleine Städte als Interessenten bekannt. Diese lägen zudem noch meist im Süden Frankreichs." Vgl. Referat I A 1, Bd. 508.

Angers.[39] Offensichtlich hätten bestimmte Kreise nie etwas von einer Verstimmung gehört.

Der Herr *Bundeskanzler* wies darauf hin, daß diesmal die Verständigung wirklich eine Angelegenheit der beiden[40] Völker geworden sei im Gegensatz zu früher, z.B. 1925, wo sie – wie Herr *de Margerie* bemerkte – von der Elite und den Politikern betrieben worden sei.[41]

Herr Minister *Westrick* fragte dann im Zusammenhang mit der Reise des französischen Staatspräsidenten nach Südamerika, ob man nicht die Gelegenheit ergreifen sollte, um gemeinsame deutsch-französische Entwicklungsvorhaben[42] aufs Tapet zu bringen.

Der Herr *Bundeskanzler* betonte, schon in Paris im Januar d.J.[43] hätten sich unmittelbare Ansätze hierfür ergeben[44] und sei der Grundstein für eine engere Zusammenarbeit auf diesem Gebiet gelegt worden.

Herr *de Margerie* sagte, der General sei sehr dafür, aber bis jetzt seien weder von deutscher noch von französischer Seite konkrete Vorschläge gemacht worden.

Herr *Osterheld* erinnerte an bestimmte Projekte, wie z.B. einer Bewässerungsanlage für Peru, landwirtschaftliche und technische Schulen usw., über die bereits zwischen deutschen und französischen Dienststellen verhandelt werde[45].

Herr Minister *Westrick* fragte ferner, ob nicht der Versuch zu irgendeiner gemeinsamen Rüstungsproduktion gemacht werden sollte.[46] Dies sei zwar nicht leicht, insbesondere wenn man mit der militärischen Integration nicht vorankomme.

Der *französische Botschafter* erwiderte, dies sei zweifellos ein Gebiet, das den General interessiere. Vielleicht könnte das Bundesverteidigungsministerium

[39] Am 3. September 1964 schlossen Osnabrück, Angers und die niederländische Stadt Haarlem eine gemeinsame Städtepartnerschaft. Vgl. CHRONIK DER STADT OSNABRÜCK, bearb. von Heinrich Koch, 4. Auflage, Osnabrück 1982, S. 723.

[40] Dieses Wort wurde von Ministerialdirigent Osterheld handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „beiderseitigen".

[41] Am 16. Oktober 1925 schlossen das Deutsche Reich und Frankreich den Vertrag von Locarno. In Anerkennung ihres Einsatzes für die deutsch-französische Verständigung erhielten die Außenminister beider Länder, Briand und Stresemann, 1926 den Friedensnobelpreis.

[42] Zu den Überlegungen für eine gemeinsame deutsch-französische Entwicklungspolitik in Lateinamerika vgl. Dok. 188.
Vgl. dazu weiter Dok. 273.

[43] Die Wörter „im Januar d.J." wurden von Ministerialdirigent Osterheld handschriftlich eingefügt.

[44] Zu den deutsch-französischen Konsultationen am 30. Januar 1964 über Fragen der Entwicklungshilfe im Jahr 1963 vgl. BULLETIN 1964, S. 184.
Zum Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit Staatspräsident de Gaulle und zur deutsch-französischen Regierungsbesprechung am 15. Februar 1964 vgl. Dok. 49 und Dok. 50.

[45] Der Passus „über die ... werde" wurde von Ministerialdirigent Osterheld handschriftlich eingefügt.
Für die zweite Ausbaustufe des von der Bundesrepublik mit 80 Mio. DM unterstützten Bewässerungssystems bei Tinajones bewarben sich französische Firmen um eine Beteiligung. Vgl. das Protokoll der „Deutsch-französischen Konsultation über die Zusammenarbeit im Bereich der Entwicklungshilfe" am 29. September 1964 in Paris; Referat I A 3, Bd. 405. Vgl. dazu ferner BULLETIN 1964, S. 1072.

[46] Zur deutsch-französischen Rüstungszusammenarbeit vgl. Dok. 50, besonders Anm. 8, und Dok. 183, besonders Anm. 32. Vgl. dazu weiter Dok. 251.

prüfen, ob konkrete Möglichkeiten in bezug auf den französischen Hubschrauber „Frelon" bestünden. Zwar seien die Arbeiten für den amerikanischen Hubschrauber vom Typ „Sikorsky" schon weit gediehen. Es habe aber in diesem Zusammenhang anscheinend Enttäuschungen gegeben, so daß vielleicht doch ein Interesse am „Frelon" auftreten könnte[47], um so mehr als ein gutes Drittel dieses Typs amerikanischen Ursprungs sei.

Herr Minister *Westrick* sagte zu, daß er diese Frage mit dem Bundesverteidigungsminister[48] besprechen werde.[49]

Bundeskanzleramt, AZ: 21-301 00 (56), Bd. 10

245

Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem australischen Botschafter Blakeney

Z A 5-104.A/64 VS-vertraulich **11. September 1964**[1]

Der Herr Bundesminister des Auswärtigen empfing am 11. September 1964 um 10 Uhr den australischen Botschafter, Herrn Blakeney.

Der *Botschafter* überreichte zunächst dem Herrn Minister ein Schreiben des australischen Außenministers.[2]

Der Herr *Bundesminister* erwiderte, er glaube, den Inhalt des Schreibens richtig in sich aufgenommen zu haben, und die Frage, um die es gehe, sei der

47 Zur französischen Bitte, neben der vorgesehenen Erprobung des amerikanischen Hubschraubers „Sikorsky" durch die Bundeswehr auch das französische Modell „Frelon" zu testen, vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jansen vom 27. Juli 1964; Abteilung II (II 7), VS-Bd. 981; B 150, Aktenkopien 1964.

48 Kai-Uwe von Hassel.

49 Am 11. September 1964 wies Generalkonsul Ruete auf die Schwierigkeiten hin, die sich einstellen würden, „wenn die Erprobung der ‚Super-Frelon' gleich gute oder gar bessere Ergebnisse erbringt als die der amerikanischen ‚Sikorsky'. Das Bundesministerium der Verteidigung steht einmal unter einem starken Druck, da es seine Verpflichtung, 1964 wie 1965 für je 650 Mio. Dollar Rüstungsgüter in den USA zu beschaffen, ohne den großen Posten der mittleren Hubschrauber kaum wird erfüllen können." Staatssekretär Carstens vermerkte dazu am 16. September 1964, daß er nach einem Gespräch mit Staatssekretär Lahr und Staatssekretär Gumbel, Bundesministerium der Verteidigung, die Erprobung des französischen Hubschraubers befürworte. Gleichzeitig führte er aus, „daß, falls die Wahl auf ihn fällt, wir genau überlegen sollten, welche Kompensationsforderungen wir stellen sollten. (Verlegung einer fr[an]z[ösischen] Brigade nach Straubing?)"; Vgl. Abteilung II (II 7), VS-Bd. 981; B 150, Aktenkopien 1964.
Vgl. dazu weiter Dok. 351, Anm. 9.

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Weber am 11. September 1964 gefertigt.
Hat Bundesminister Schröder am 14. September 1964 vorgelegen, der Staatssekretär Carstens um Rücksprache bat.
Hat Carstens am 21. September 1964 vorgelegen, der die Weiterleitung an Staatssekretär Lahr, Ministerialdirektor Jansen und Ministerialdirektor Sachs verfügte.
Hat den Ministerialdirigenten Voigt und Böker am 22. September 1964 vorgelegen.

2 Das Schreiben des australischen Außenministers Paul Hasluck ist dem Vorgang nicht beigefügt.

australische Wunsch, daß die Bundesregierung ihre Unterstützung für Südvietnam fortsetzen möge. Dies sei auch ihre Absicht. Der Botschafter kenne die Linie der Bundesregierung[3], die im wesentlichen mit der australischen übereinstimme.

Der *Botschafter* wies darauf hin, daß seine Regierung dieser Angelegenheit die größte Bedeutung beimesse und daß es das erste Mal innerhalb seiner Botschaftertätigkeit[4] sei, daß er ein persönliches Schreiben seines Außenministers an den deutschen Außenminister überbringe. Für Australien sei die Angelegenheit derzeit das wichtigste nationale Problem. Man befürchte den Verlust von ganz Südostasien, wenn Südvietnam verlorengehe.[5] Auch über die Gefahr, die sich aus einer solchen Entwicklung für Malaysia ergeben würde, sei man sich völlig im klaren. Australien wäre in einem solchen Fall auch isoliert. Überdies müsse man bedenken, daß die Wirkung auf die Vereinigten Staaten und das Ansehen der Vereinigten Staaten in der gesamten Welt sehr schlecht wäre. Seine Regierung erkenne durchaus an, was die Bundesregierung bisher für Südostasien und insbesondere für Südvietnam geleistet habe.[6] Die australische Regierung ihrerseits habe bisher Mittel in Höhe von 35 Millionen DM als Hilfe zur Verfügung gestellt, außerdem habe sie 80 Militärs als Berater entsandt und bisher drei der modernsten Transportflugzeuge zur Verfügung gestellt und werde drei weitere Flugzeuge dieser Art in Bälde liefern. Der wirkungsvollste Beitrag, den die Bundesrepublik leisten könnte, wäre die Entsendung von Personal, wobei selbstverständlich nicht an militärisches Personal gedacht sei. Es sei aber wichtig, daß an Ort und Stelle Leute seien, die einen unmittelbaren Beitrag leisten können. Man sei sich durchaus bewußt, daß die Bundesregierung einer ganzen Reihe von anderen wichtigen Fragen sich gegenübersehe, doch fürchte man, daß der Verlust von Südvietnam katastrophal für die gesamte westliche Welt wäre. Seine Regierung hoffe deshalb, die Bundesregierung werde sich in der Lage sehen, über das Bisherige noch hinauszugehen.

Der Herr *Bundesminister* versicherte dem Botschafter, daß trotz aller Fragen und Probleme, die man selbst habe, kein Tag vergehe, an dem die Frage Südvietnam nicht lebendig vor den Augen der Bundesregierung stehe. Er unterstreiche alles, was der Botschafter gesagt habe und wisse um die Bedeutung, die das Problem Südvietnam für Australien, für die Vereinigten Staaten und damit auch für den Rest der Welt und insbesondere für Deutschland habe. Deshalb überlege sich die Bundesregierung ständig, wie man materiell und psychologisch einen effektvollen Beitrag leisten könne. In der Tat sei aber die

[3] Zur Südostasien-Politik der Bundesrepublik vgl. BULLETIN 1964, S. 1182. Vgl. auch Dok. 169.

[4] Frederick Joseph Blakeney war seit dem 27. September 1962 Botschafter in der Bundesrepublik.

[5] Die Spannungen im Vietnam-Konflikt verschärften sich im August 1964 durch den sogenannten Tongking-Zwischenfall. Ein Angriff auf den amerikanischen Zerstörer „Maddox" am 2. und 4. August 1964 im Golf von Tongking, der angeblich von nordvietnamesischen Schiffen geführt wurde, provozierte amerikanische Vergeltungsangriffe gegen militärische Stützpunkte in der Demokratischen Republik Vietnam (Nordvietnam). Am 7. August 1964 ließ sich Präsident Johnson vom Kongreß umfassende Handlungsvollmachten für den Einsatz amerikanischer Truppen in Indochina erteilen.

[6] Zur Entwicklungshilfe der Bundesrepublik für die Republik Vietnam (Südvietnam) vgl. Dok. 185, Anm. 23.

Entsendung von deutschem Personal nach Südvietnam das schwierigste Problem. Die von Australien und den Vereinigten Staaten entsandten Berater seien im Grunde doch Militärpersonen. Die Bundesregierung ihrerseits habe eine gewisse Zurückhaltung und Scheu, deutsches Personal außerhalb des NATO-Bereichs einzusetzen, weil man glaube, daß dies eher einen schädlichen als nützlichen Effekt haben könnte. Was an Ort und Stelle positive Wirkung haben könnte, sowohl materiell wie psychologisch, könnte sich an anderen Orten durchaus negativ auswirken, da Deutschland heute noch nicht überall mit jener Unbefangenheit betrachtet würde, die ein solches Vorgehen als ganz normal erscheinen ließe. Dies hänge damit zusammen, daß das deutsche Problem, d.h. die Teilung Deutschlands, politisch, psychologisch und militärisch ein Problem für die gesamte Welt darstelle. Von dieser eigenen Hypothek rühre also die Schwierigkeit, der man sich bei der Entsendung von Personal gegenübersehe. Man halte es deshalb für ratsam, sowohl im eigenen Interesse wie in dem der befreundeten Länder, einen deutschen Beitrag nicht auf militärischem Gebiet sichtbar werden zu lassen. Man habe aber geprüft und prüfe noch, ob nicht Personal anderer Art entsendet werden könne. Dabei habe man an gewisse medizinische Einrichtungen gedacht, doch böte sich hier die Schwierigkeit, daß die Zahl der verfügbaren Ärzte und sonstigen Hilfspersonals knapp bemessen sei.[7] Außerdem komme noch das Problem der Sprachenfrage hinzu.

Zusammenfassend sagte der Herr Minister, was die Beurteilung der Lage, die Würdigung der Schwierigkeiten und die eigene Hilfsbereitschaft angehe, so bestehe zwischen der Auffassung der australischen Regierung und der der Bundesregierung Übereinstimmung, und man werde sich weiterhin um eine Prüfung dessen bemühen, was getan werden könne, um die deutsche Hilfe noch wirkungsvoller zu machen.

Der *Botschafter* sagte abschließend, man dürfe nicht vergessen, daß die Bundesrepublik eine der beiden[8] Großmächte Europas sei und daß die Anwesenheit einer Handvoll Menschen, wenn es auch beispielsweise nur 20 Leute seien, einen stärkeren und überzeugenderen Beweis für die Anteilnahme Europas darstelle als die Bereitstellung von 200 Millionen DM.

Die Unterredung endete um 10.15 Uhr.

Ministerbüro, VS-Bd. 8512

[7] Zur Entsendung von Personal aus der Bundesrepublik nach Vietnam vgl. Dok. 129 und Dok. 130.

[8] Dieses Wort wurde von Ministerialdirigent Böker hervorgehoben. Dazu Fragezeichen am Rand.

246

Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem amerikanischen Botschafter McGhee

Z A 5-109.A/64 geheim **15. September 1964**[1]

Der Herr Bundesminister des Auswärtigen empfing am 15. September 1964 um 11.00 Uhr den amerikanischen Botschafter McGhee zu einem Gespräch.

Im Verlauf des Gesprächs sagte der Herr *Minister* zum Chruschtschow-Besuch[2], daß ein Datum noch nicht festgelegt worden sei. Ganz persönlich würde er ein möglichst frühes Datum bevorzugen, da sonst die Spekulationen immer weiter wüchsen.

Der Herr Minister sagte dann, er halte es für sehr wichtig, daß die neue amerikanische Regierung nach der Wahl[3] im Gesamtzusammenhang des Ost-West-Konfliktes in der Frage der Wiedervereinigung[4] eine klare Aktion unternehme. Er benutze absichtlich nicht den Ausdruck Initiative, da dieser zu speziell sei. Man müsse daher heute schon anfangen, darüber nachzudenken, wie man sich dann am besten verhalten könnte. Man dürfe nicht den Eindruck erwecken (auch nicht indirekt durch das Verhalten der Verbündeten), als ob der Chruschtschow-Besuch ein erwünschter Beitrag zur Stabilisierung des Status quo sei. Die Bundesregierung erwarte von der amerikanischen Regierung eine klare, gegen den Status quo gerichtete Haltung. Die Politik sei darauf gerichtet, den Status quo zu überwinden, und nicht etwa ihn zu zementieren. Das müsse die neue amerikanische Regierung klar zum Ausdruck bringen, damit sie bei der Behandlung dieses Problems weiterhin führend sei. Geschähe dies nicht, so könnte eine Art schleichende Ungewißheit sich einstellen.

Botschafter *McGhee* warf ein, diese Haltung der amerikanischen Regierung sei völlig klar.

Der Herr *Minister* bemerkte, man müsse sich überlegen, was anderes man noch tun könne, und sei es auch nur eine erneute Demonstration dieses Willens. Er wisse nicht, welche Reiseabsichten der neugewählte Präsident haben werde. Er wolle aber an den letzten Kennedy-Besuch und seine Rede in Berlin erinnern.[5] Man dürfe in diesen Dingen nicht davon ausgehen, daß all das ja

[1] Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Kusterer am 16. September 1964 gefertigt.
Hat Bundesminister Schröder am 20. September 1964 vorgelegen.
Ein Durchdruck der Aufzeichnung hat Staatssekretär Carstens am 22. September 1964 vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirektor Krapf und Ministerialdirektor Thierfelder verfügte.

[2] Zum geplanten Besuch des sowjetischen Ministerpräsidenten vgl. zuletzt Dok. 244.

[3] Bei den amerikanischen Präsidentschaftswahlen am 3. November 1964 wurde Präsident Johnson in seinem Amt bestätigt.

[4] Zur amerikanischen Haltung in der Deutschland-Frage vgl. zuletzt Dok. 161, besonders Anm. 5. Vgl. dazu weiter Dok. 353.

[5] Präsident Kennedy besuchte vom 23. bis 26. Juni 1963 die Bundesrepublik Deutschland. Vgl. dazu AAPD 1963, II, Dok. 206–208.

schon vor Jahren gesagt worden sei. Selbst wenn man nur als Verbalakteur auftrete, könne dies, wenn es nur eindrucksvoll genug geschehe, schon zu einem politischen Faktum werden. Er glaube zu wissen, daß der Präsident möglicherweise einen Europa-Besuch ins Auge fasse.

Botschafter *McGhee* fragte, ob der Herr Minister den Gedanken eines Gipfeltreffens vorantreiben wolle.

Der Herr *Minister* erwiderte lachend, wenn bei einem solchen Gipfeltreffen die Bundesrepublik beteiligt wäre, Pankow aber ausgeschlossen bliebe, wäre er wohl damit einverstanden.

Der Herr Minister fuhr dann fort, er wolle nur noch einmal betonen, daß die Vereinigten Staaten deutlich erkennbar für die Überwindung des Status quo eintreten müßten. In welcher Form dies geschehen könne, wolle er heute noch nicht sagen. Man sollte aber auf beiden Seiten Überlegungen darüber anstellen und sie dann miteinander besprechen.

Botschafter *McGhee* übergab dem Herrn Minister dann eine Darstellung der Ereignisse vom 13. und 14. September in Saigon.[6]

Botschafter McGhee kam anschließend auf die kürzlich übergebene Note über die Form der Ratifizierung des Atomversuchsstopp-Abkommens[7] zu sprechen. Die Bundesregierung würde es anscheinend vorziehen, bei der Hinterlegung der Ratifikationsurkunde gleichzeitig die Berlin-Klausel zu hinterlegen. Amerikanischerseits habe man dagegen Bedenken, weil dadurch die Gefahr bestünde, daß die Ratifikationsurkunde von den Russen zurückgewiesen würde, wodurch die Bundesregierung in dieselbe Lage käme wie Pankow, daß sie nämlich nicht an allen drei Hinterlegungsstellen ihre Ratifikationsurkunde hinterlegen könnte. Amerikanischerseits wäre man eher dafür, daß die Berlin-Klausel später gesondert nachgereicht würde. Diese würde sicherlich von den Sowjets zurückgewiesen, doch änderte sich dann nichts mehr an der bereits erfolgten Hinterlegung der Ratifikationsurkunde.

Der Herr *Minister* erwiderte, man müsse hier das Für und Wider der beiden Verfahren sorgfältig abwägen.

Botschafter *McGhee* wies dann noch darauf hin, daß am 5. November ein Bataillon in Berlin rotiert werde. Er erwarte keine Schwierigkeiten. Die Sowjets

Fortsetzung Fußnote von Seite 1015

Für den Wortlaut der Reden des Präsidenten Kennedy am 26. Juni 1963 vor dem Schöneberger Rathaus in Berlin (West) und in der Freien Universität Berlin vgl. PUBLIC PAPERS, KENNEDY 1963, S. 524f. bzw. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 49, 1963, S. 125. Für den deutschen Text vgl. DzD IV/1, S. 460f. bzw. S. 463–467.

[6] Am 13./14. September 1964 scheiterte ein Putschversuch von südvietnamesischen Offizieren. Der amerikanische Außenminister Rusk rief daraufhin am 14. September 1964 die militärischen Führer Südvietnams auf, ihre Konflikte zu beenden, „um den Krieg gegen die kommunistischen Vietcong mit Aussicht auf Erfolg fortsetzen zu können". Vgl. THE NEW YORK TIMES, International Edition, Nr. 38950 vom 14. September 1964, S. 1, bzw. Nr. 38951 vom 15. September 1964, S. 1.

[7] Zum amerikanischen Memorandum vom 9. September 1964 vgl. Dok. 250.
Zur Ratifizierung des Teststopp-Abkommens vom 5. August 1963 vgl. bereits Dok. 78 und Dok. 121.

würden erst wenige Stunden vor Anlaufen der Aktion in der bisher üblichen Weise unterrichtet.

Das Gespräch endete um 12.00 Uhr.

Ministerbüro, VS-Bd. 8512

247

Deutsch-französische Konsultationsbesprechungen

I A 1-80.11/2793/64 VS-vertraulich **15. September 1964**[1]

1) Besuch Chruschtschows in Bonn

Staatssekretär Professor *Carstens* ging zunächst noch einmal auf die Vorgeschichte des geplanten Besuchs von Chruschtschow in der Bundesrepublik[2] ein. Im Juni dieses Jahres habe ein Gespräch zwischen Botschafter Groepper und Chruschtschow in Moskau stattgefunden[3], in dem dieser Chruschtschow die deutsche Haltung in der Deutschland- und Berlinfrage dargelegt habe. Am Schluß dieses Gesprächs habe Botschafter Groepper erklärt, daß Bundeskanzler Erhard bereit sei, ihn in Bonn zu empfangen, wenn Chruschtschow dies für nützlich erachten sollte. Später habe dann der Besuch Adschubejs und dessen Gespräch mit dem Bundeskanzler in Bonn stattgefunden.[4] Der Bundeskanzler habe Adschubej mehr oder weniger dasselbe erklärt, was Botschafter Groepper in Moskau bereits Chruschtschow selbst gesagt habe. Am 2. September 1964 habe Botschafter Smirnow in Bonn Minister Westrick mitgeteilt, daß Chruschtschow die Anregung eines Besuchs in Bonn positiv aufgenommen habe.[5] Die Bundesregierung betrachte diese Mitteilung als eine Erklärung Chruschtschows, daß er im Prinzip mit einem Gespräch in Bonn einverstanden sei.[6] Über den Termin für den Besuch Chruschtschows sei indessen bisher nichts bestimmt.[7] Es sei offen, ob der Besuch noch in diesem Jahr oder erst Anfang nächsten Jahres stattfinden solle. Dies hänge von anderen Terminverpflichtungen ab, die der Bundeskanzler bereits eingegangen sei. Der Wert dieses Besuches – wenn er stattfinden sollte – würde nach deutscher

[1] Die Aufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Jansen gefertigt und mit Begleitvermerk vom 6. Oktober 1964 an Staatssekretär Carstens geleitet.
Hat Carstens am 8. Oktober 1964 vorgelegen.

[2] Zum geplanten Besuch des sowjetischen Ministerpräsidenten vgl. zuletzt Dok. 246.

[3] Zum Gespräch vom 13. Juni 1964 vgl. Dok. 162.

[4] Zum Gespräch vom 28. Juli 1964 vgl. Dok. 212.

[5] Vgl. dazu auch BULLETIN 1964, S. 1269.

[6] An dieser Stelle wurde von Staatssekretär Carstens gestrichen: „Es sei daher jetzt der Augenblick gekommen, eine formelle Einladung auszusprechen."

[7] Zur Diskussion um die Festlegung eines Termins für den geplanten Besuch des Ministerpräsidenten Chruschtschow in der Bundesrepublik vgl. auch Dok. 252.

Auffassung von zwei Überlegungen bestimmt: Es würde Gelegenheit gegeben sein, Chruschtschow selbst die Haltung der Bundesregierung in der Deutschland- und Berlinfrage darzulegen und ihm deutlich zu machen, daß das deutsche Volk nicht gewillt sei, sich mit dem gegenwärtigen Zustand abzufinden. In der Bundesrepublik Deutschland[8] lebten 53 Millionen Deutsche, die die Wiedervereinigung wollten. Es könne daher nur von Vorteil sein, wenn Chruschtschow mit diesem Faktum konfrontiert werde. Außerdem würde Chruschtschow aber auch einen unmittelbaren persönlichen Eindruck von der Bundesrepublik bekommen. Auch hierin könne ein Vorteil dieses Besuches liegen.

M. *Lucet* dankte Staatssekretär Professor Carstens für diese Unterrichtung. Die französische Regierung sehe den Besuch Chruschtschows in Bonn als eine deutsche Angelegenheit an.[9] Sie habe keine Einwände gegen ihn und auch keine Rapallo-Furcht[10]. Sie wisse, welche politischen Gründe die Bundesregierung bei diesem Besuch bewegten, daß sie mit Chruschtschow über die Frage der Wiedervereinigung Deutschlands sprechen wolle.

M. Lucet stellte anschließend die Frage, ob der Bundesregierung Näheres über das kürzliche Treffen in Prag bekannt sei, bei dem Chruschtschow mit den Außenministern der Tschechoslowakei, Polens und Rumäniens zusammengetroffen sei.[11]

Generalkonsul *Dr. Ruete* erwiderte, daß sich diese Konferenz mehr mit sinosowjetischen Fragen und weniger mit den Problemen Deutschlands beschäftigt habe.

M. *Puaux* unterrichtete die deutsche Delegation sodann von dem Ergebnis der Rundfragen des französischen Außenministeriums bei den Vertretungen Frankreichs in den mittel- und osteuropäischen Staaten nach einem etwaigen Abschluß von Freundschaftsverträgen zwischen der SBZ und diesen Staaten, ähnlich dem Vertrag zwischen der SBZ und der Sowjetunion[12]. Die Vertretungen hätten hierzu folgendes berichtet:

– Prag: Der Botschaft sei hierüber nichts bekannt; von tschechischer Seite habe man hierzu nichts in Erfahrung bringen können.

[8] Das Wort „Deutschland" wurde von Staatssekretär Carstens handschriftlich eingefügt.

[9] Zur französischen Haltung hinsichtlich des Besuchs des sowjetischen Ministerpräsidenten vgl. Dok. 244.

[10] Vgl. dazu Dok. 244, Anm. 4.

[11] Das Treffen fand am 31. August 1964 während des Besuchs des Ministerpräsidenten Chruschtschow vom 27. August bis 5. September 1964 in der Tschechoslowakei statt. Es nahm außer dem tschechoslowakischen Außenminister David und dem polnischen Außenminister Rapacki nicht der rumänische, sondern der bulgarische Außenminister Baschew teil.
Vortragender Legationsrat I. Klasse Luedde-Neurath hielt dazu am 11. September 1964 fest: „Die Konsultationen mit den Außenministern Polens, Ungarns und Bulgariens, die überraschend während der Anwesenheit Chruschtschows in Prag stattfanden, dürften generell Fragen der außenpolitischen Abstimmung gegolten haben. Ob die Abwesenheit Rumäniens auf rumänischen Wunsch zurückgeht, oder ob der rumänische Außenminister bewußt nicht eingeladen wurde, ist nicht bekannt. Es bleibt auch offen, aus welchen Gründen der Außenminister der Zone nicht an dem Treffen teilnahm." Vgl. Referat II 5, Bd. 280.

[12] Für den Wortlaut des Freundschaftsvertrags vom 12. Juni 1964 zwischen der UdSSR und der DDR vgl. DzD IV/10, S. 717–723.
Zur politischen Wertung vgl. besonders Dok. 170.

– Warschau: Nach Auffassung der Botschaft würde es wohl keine großen Schwierigkeiten bereiten, Polen zum Abschluß eines solchen Vertrages zu bewegen.

– Bukarest: Die Rumänen hätten sich in einem Gespräch eines Angehörigen der französischen Botschaft mit einem hohen Beamten des Außenministeriums absolut negativ gezeigt. Es handele sich in dieser Frage allein um eine Angelegenheit zwischen Pankow und Moskau. Die rumänische Regierung wolle von einem solchen Vertrag nichts wissen.

– Budapest: Die Ungarn hätten sehr zurückhaltend reagiert und darauf hingewiesen, daß sie nicht Nachbarn der SBZ seien.

– Sofia: In Sofia gebe es zwar gewisse Gerüchte über den Abschluß eines derartigen Vertrages; etwas Genaues sei jedoch nicht bekannt. Nach Auffassung der Botschaft könne hier am ehesten damit gerechnet werden, daß es zu einem Vertragsabschluß mit der SBZ komme.

2) Errichtung von Handelsvertretungen der Bundesrepublik Deutschland in den mittel- und osteuropäischen Staaten

Staatssekretär Professor *Carstens* gab der französischen Delegation einen Überblick über den gegenwärtigen Stand der Errichtung von Handelsvertretungen der Bundesrepublik in den mittel- und osteuropäischen Staaten.[13] Er wies darauf hin, daß die wichtigste und zugleich schwierigste Beziehung das Verhältnis der Bundesrepublik Deutschland[14] zu Polen sei.[15] Die Situation der Handelsvertretung in Warschau sei sehr schwierig. Die Arbeit dort erfordere viel Geduld, unmittelbare Ergebnisse seien zunächst nicht zu erwarten. Besser sei die Situation in Bukarest.[16] Dort habe man unsere Handelsvertretung gut empfangen. Auch in Budapest sei die Lage jetzt besser, allerdings könne man bisher nicht zuviel Schlüsse daraus ziehen. Mit Prag befände man sich noch im Stadium der Vorgespräche.[17] Dabei gehe es um die Einfügung der Berlin-Klausel in das Abkommen und um die Frage der Gültigkeit des Münchner Abkommens[18], die von tschechischer Seite vorgebracht worden sei. Auf deutscher Seite sei man dagegen, die Frage des Münchner Abkommens in diesem Zusammenhang zu erörtern, da es sich hier um den Abschluß eines Handelsabkommens handele und man nicht politische Probleme mit Handelsfragen ver-

[13] Im Laufe des Jahres 1963 schloß die Bundesrepublik Abkommen mit Polen, Rumänien und Ungarn über den Handelsverkehr bzw. den Austausch von Handelsvertretungen. Vgl. dazu Dok. 13, besonders Anm. 20.
Zum Abkommen mit Bulgarien vom 6. März 1964 über den Waren- und Zahlungsverkehr und den Austausch von Handelsvertretungen vgl. Dok. 62.
Zu den Abkommen mit Jugoslawien vom 16. Juli 1964 über den Warenverkehr, den Straßenverkehr, die Regelung finanzieller Verbindlichkeiten und die Gewährung von Exportbürgschaften vgl. BULLETIN 1964, S. 1089. Vgl. dazu auch Dok. 243.

[14] Das Wort „Deutschland" wurde von Staatssekretär Carstens handschriftlich eingefügt.

[15] Zum Verhältnis der Bundesrepublik zu Polen vgl. auch Dok. 122 und 148.

[16] Zum Austausch von Handelsvertretungen mit Rumänien vgl. AAPD 1963, III, Dok. 380.

[17] Zu den Verhandlungen mit der Tschechoslowakei über den Austausch von Handelsvertretungen vgl. zuletzt Dok. 177. Vgl. weiter Dok. 256.

[18] Für den Wortlaut des Münchener Abkommens vom 29. September 1938 vgl. ADAP, D, II, Dok. 675. Zur Frage der Gültigkeit des Münchener Abkommens vgl. auch Dok. 147. Vgl. dazu weiter Dok. 256.

mischen wolle. Eine Einbeziehung der Frage der Gültigkeit des Münchner Abkommens in die Erörterungen würde zu einer politischen Diskussion führen, bei der dann auch die Frage der Anerkennung der SBZ und andere politische Fragen diskutiert werden müßten.

M. *Puaux* wies darauf hin, die Tschechoslowakei wünsche offenbar eine ausdrückliche Erklärung der Bundesregierung, daß das Münchner Abkommen juristisch nie existiert habe. Er bat um Erläuterung der deutschen Auffassung hierzu.

Staatssekretär Professor *Carstens* erwiderte, daß es sich hierbei um zwei Fragen handele. Zunächst stelle sich die Frage, welches der adäquate Zusammenhang sei, in dem über die Frage der Gültigkeit des Münchner Abkommens gesprochen werden könne. Nach deutscher Auffassung sei der Abschluß eines Handelsabkommens kein adäquater Zusammenhang. Eine andere Frage sei die materielle Beurteilung des Münchner Abkommens. Hier stehe die Bundesregierung auf dem Standpunkt, daß aus dem Abkommen keine rechtlichen, insbesondere keine territorialen[19] Folgerungen gezogen werden könnten. Offen bleibe dabei, ob das Abkommen als von Anfang an ungültig zu betrachten sei. In der Bundesrepublik gäbe es Äußerungen, wonach eine Bejahung dieser Frage die Lage der Sudetendeutschen[20] verschlechtern würde. Dabei denke man ebenso an vermögensrechtliche Folgen, die sich hieraus für die Sudetendeutschen ergeben könnten, wie an die Möglichkeit, daß Sudetendeutsche nachträglich von der tschechischen Regierung für den Kriegsdienst zur Verantwortung gezogen werden könnten, den sie auf deutscher Seite geleistet hätten. Er wolle sich mit diesen Äußerungen nicht identifizieren, sondern nehme sie zunächst nur zur Kenntnis. Die Frage der Gültigkeit des Münchner Abkommens müsse noch sorgfältig geprüft werden, und die Bundesregierung wünsche daher nicht, sie jetzt zu entscheiden.

M. *Lucet* dankte für diese Unterrichtung. Er berichtete, daß der tschechische Außenminister David auf dem Wege zur Vollversammlung der Vereinten Nationen demnächst einen kurzen Besuch in Paris machen werde.[21] Spektakuläres sei von diesem Besuch nicht zu erwarten. Auch der jugoslawische Außenminister werde in Erwiderung auf den kürzlichen Besuch von Minister Joxe in Belgrad[22] im Herbst diesen Jahres nach Paris kommen[23]. Mit Rumänien würden nach dem Besuch von Ministerpräsident Maurer in Paris[24] engere Kontakte auf wirtschaftlichem, technischem und kulturellen Gebiet angestrebt. Selbstverständlich seien auch die Rumänen nach wie vor Kommunisten, sie suchten aber die Verbindung mit dem Westen und man sollte sie, ebenso wie die Tschechen, darin ermutigen.

19 An dieser Stelle wurde von Staatssekretär Carstens gestrichen: „rechtlichen".

20 An dieser Stelle wurde von Staatssekretär Carstens gestrichen: „außerordentlich".

21 Außenminister David hielt sich vom 25. bis 28. November 1964 in Paris auf, ehe er zur Eröffnung der 19. UNO-Generalversammlung am 1. Dezember 1964 nach New York reiste. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1964, Z 253 f.

22 Zum Besuch vom 18. bis 23. Juni 1964 vgl. Dok. 181, Anm. 43.

23 Der jugoslawische Außenminister Popović hielt sich vom 24. bis 27. November 1964 in Paris auf. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1964, Z 253.

24 Zum Besuch vom 27. bis 31. Juli 1964 vgl. Dok. 219, Anm. 4.
Zu den französisch-rumänischen Beziehungen vgl. auch Dok. 227.

M. *Puaux* berichtete über Informationen, wonach in Prag Anzeichen für eine ministerielle Krise bestünden.

Staatssekretär Professor *Carstens* bat unter Hinweis auf die Bedeutung, die für die Bundesregierung das Verhältnis Deutschlands zu Polen habe, um frühzeitige Information über etwaige Kontakte, die zwischen Paris und Warschau aufgenommen würden. Auch für die öffentliche Meinung in Deutschland sei es wichtig, daß man auf deutscher und französischer Seite in dieser Frage eine gemeinsame Sprache finde.

M. *Lucet* erklärte, daß ihm über eine Aufnahme derartiger Kontakte nichts bekannt sei.

Staatssekretär Professor *Carstens* machte abschließend den Vorschlag, daß über das deutsch-jugoslawische Verhältnis Herr Staatssekretär Lahr berichten solle, der vor wenigen Tagen in Belgrad gewesen sei und mit dem Staatssekretär im jugoslawischen Außenministerium gesprochen habe.[25]

3) Passierschein-Verhandlungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der SBZ

Staatssekretär Professor *Carstens* berichtete, daß in den letzten Tagen erneut Gespräche mit dem Vertreter der SBZ stattgefunden hätten.[26] Senatsrat Korber habe Staatssekretär Wendt eine Reihe von Wünschen vorgetragen; sie beträfen die zeitliche Dauer des Abkommens – die Bundesregierung lege Wert auf einen längeren Zeitraum, um zu verhindern, daß die Verhandlungen zu einer permanenten Einrichtung würden –, die Unterschriftsformel – das Auswärtige Amt habe immer starke Bedenken gegen die Unterschriftsformel der Dezember-Übereinkunft gehabt[27], weil die Bezugnahme auf den Regierenden Bürgermeister von Berlin den Anschein der Selbständigkeit Berlins erwecke –, die Formulare der Antragsteller. Die Reaktion von Staatssekretär Wendt sei[28] rezeptiv gewesen. Ein neues Gespräch würde an einem der nächsten Tage stattfinden.[29]

Zu dem Komplex der Passierscheingespräche sei allgemein zu bemerken, daß die Bundesregierung das Abkommen vom Dezember vorigen Jahres[30] vornehmlich unter humanitären Gesichtspunkten gesehen habe. Inzwischen sei aber klar geworden, daß dieses Abkommen auch eine große politische Bedeutung gehabt habe. Es sei zu einer menschlichen Begegnung weiter Teile der

[25] Zum Gespräch vom 4. September 1964 vgl. Dok. 243.

[26] Für die Gespräche zwischen Senatsrat Korber und dem Beauftragten der DDR, Staatssekretär Wendt, vom 5. bis 7. September 1964 vgl. den Vermerk des Berliner Senators für Bundesangelegenheiten, Schütz, vom 8. September 1964; Abteilung II (II 1), VS-Bd. 388.
Für das Gespräch vom 14. September 1964 vgl. die Aufzeichnung von Korber vom 14. September 1964; Abteilung II (II 1), VS-Bd. 388.

[27] Zur Unterschriftsformel der Passierschein-Vereinbarung vom 17. Dezember 1963 vgl. Dok. 240.

[28] An dieser Stelle wurde von Staatssekretär Carstens gestrichen: „absolut".

[29] Das nächste Gespräch zwischen Senatsrat Korber und dem Beauftragten der DDR, Staatssekretär Wendt, fand am 16. September 1964 statt. Vgl. den Vermerk des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Oncken vom 19. September 1964; Abteilung II (II 1), VS-Bd. 61; B 150, Aktenkopien 1964.

[30] Für den Wortlaut der Passierschein-Vereinbarung vom 17. Dezember 1963 vgl. DzD IV/9, S. 1023–1027.
Vgl. dazu auch Dok. 1, Anm. 1.

Bevölkerung, auch aus der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands, gekommen. Nach den Berichten, die der Bundesregierung vorlägen, sei von diesen Begegnungen eine tiefe Wirkung ausgegangen, die[31] positiv zu bewerten sei. Das Interesse der Menschen in der sowjetischen Zone an der Wiedervereinigung Deutschlands sei dadurch[32] belebt worden, und die Bundesregierung habe daher jetzt auch ein politisches Interesse daran, daß es zu dem Passierschein-Abkommen komme.

M. *Lucet* erklärte, daß die französische Regierung die humanitären Gesichtspunkte verstehe, die für die Bundesregierung bei den Passierschein-Verhandlungen maßgebend seien. Mit der von der Bundesregierung vorgeschlagenen Unterschriftsformel[33] sei man auf französischer Seite einverstanden.

Gesandter *Graf d'Aumale* wies darauf hin, daß von der SBZ eine vagere Formulierung vorgeschlagen worden sei.[34]

M. *Puaux* äußerte Zweifel, daß die SBZ die von der Bundesregierung vorgeschlagene Formel akzeptieren werde. Er habe außerdem Bedenken gegen das darin enthaltene Wort „Behörden". Man werde auch eine ausdrückliche Erklärung abgeben müssen, daß dieses Abkommen nicht die Engagements der Alliierten in Berlin beeinträchtige.

Staatssekretär Professor *Carstens* erwiderte, daß auch er Zweifel habe, ob die SBZ die Formel annehmen werde, denn dort wolle man den Staatscharakter des Abkommens betonen. Das deutsche Wort „Behörden" sei präziser als der englische Ausdruck „authority" und die französische Bezeichnung „autorité". In dem deutschen Wort „Behörde" komme zum Ausdruck, daß es sich um eine der Regierung nachgeordnete Dienststelle handele. Eine Regierung würde man in der deutschen Sprache nicht mit dem Ausdruck „Behörde" bezeichnen. Hinsichtlich der von M. Puaux für erforderlich gehaltenen Erklärung über die Befugnisse und Aufgaben der Alliierten in Berlin verstehe er die Überlegun-

[31] An dieser Stelle wurde von Staatssekretär Carstens gestrichen: „sehr".

[32] An dieser Stelle wurde von Staatssekretär Carstens gestrichen: „stark".

[33] Der ursprüngliche Vorschlag der Bundesregierung zur Unterschriftsformel lehnte sich an die Vereinbarung vom 14. August 1964 zwischen der Bundesrepublik und der DDR über den Wiederaufbau der Autobahnbrücke bei Hirschberg an und lautete: „Die Herren Korber und Wendt erklärten, auf Weisung der von ihnen vertretenen zuständigen Behörden zu handeln". Vgl. die Aufzeichnung des Generalkonsuls Ruete vom 10. September 1964; Abteilung II (II 1), VS-Bd. 61; B 150, Aktenkopien 1964.
Am 14. September 1964 verzichtete die Bundesregierung auf Drängen der Alliierten auf den Begriff „zuständig". Vgl. die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Oncken vom 14. September 1964; Abteilung II (II 1), VS-Bd. 61; B 150, Aktenkopien 1964.

[34] Am 26. August 1964 schlug der Verhandlungsführer der DDR, Wendt, vor, „alle komplizierten Momente in der Unterschriftsformel wegzulassen und statt dessen nur von der Vollmacht der Regierung der DDR sowie des Regierenden Bürgermeisters zu reden". Vgl. die Aufzeichnung vom 27. August 1964 über das Gespräch zwischen Staatssekretär Wendt und Senatsrat Korber; Abteilung II (II 1), VS-Bd. 388; B 150, Aktenkopien 1964.
Am 16. September 1964 erklärte Wendt, „daß sowohl im Interesse unserer als auch seiner Seite die im Dezember gefundene Unterschriftsformel beibehalten werden solle. Diese Unterschriftsformel sei von seiner Seite aus der äußerste Kompromiß gewesen, und sie sei auch jetzt wieder das äußerste Zugeständnis". Vgl. die Aufzeichnung des Regierungsrats Kroll vom 16. September 1964; Abteilung II (II 1), VS-Bd. 388; B 150, Aktenkopien 1964.

gen auf französischer Seite. Über die Formulierung einer solchen Erklärung werde man aber noch sprechen müssen.[35]

4) Sowjetisch-chinesische Beziehungen; Politik der Bundesrepublik Deutschland und Frankreichs gegenüber China

Zu den sowjetisch-chinesischen Beziehungen vertrat Staatssekretär Professor Carstens die Auffassung, daß sie sich[36] weiter verschlechtern würden. Der Entschluß der chinesischen Kommunisten, an der für den 15. Dezember 1964 vorgesehenen Konferenz in Moskau nicht teilzunehmen[37], würde zu einer Verschärfung des sowjetisch-chinesischen Streits, unter Umständen sogar zu einer Spaltung des Weltkommunismus führen.

Über die Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zu China sei zu verschiedenen Gelegenheiten schon gesprochen worden. Die Bundesregierung habe die Absicht, auf Regierungsebene ein Warenabkommen mit China zu schließen.[38] Die ersten Kontakte mit China hätten in Bern stattgefunden. Die Verwirklichung dieses Gedankens sei jedoch durch Veröffentlichungen, die hierüber in der Presse erschienen seien[39], außerordentlich erschwert. Die Bundesregierung müsse jetzt[40] langsamer und behutsamer in dieser Sache vorgehen. Die Angelegenheit werde sich daher verzögern, ohne daß man in Deutschland das generelle Ziel preisgäbe.[41]

Die Haltung Chinas gegenüber der Bundesrepublik sei sehr schwer zu beurteilen. In dem Bestreben, die Politik Chruschtschows herabzusetzen, mache sich China zum Protagonisten der SBZ. Diese Politik Chinas gegenüber der SBZ richte sich in erster Linie gegen die Sowjetunion, sie treffe aber auch uns. Das Klima für Verhandlungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und China würde dadurch nicht gerade günstiger. Es würde auf deutscher

[35] Vgl. dazu auch die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Oncken vom 14. September über die Besprechung der Bonner Vierergruppe am 13. September 1964; Abteilung II (II 1), VS-Bd. 61; B 150, Aktenkopien 1964.
Zur Erklärung der Bundesregierung anläßlich der Unterzeichnung der Passierschein-Vereinbarung vgl. Dok. 258, Anm. 6.

[36] An dieser Stelle wurde von Staatssekretär Carstens gestrichen: „sicher".

[37] Die Kommunistische Partei Chinas lehnte am 30. August 1964 die für den 15. Dezember 1964 geplante Tagung der Redaktionskommission zur Vorbereitung einer internationalen Konferenz der kommunistischen und Arbeiter-Parteien ab. Gleichzeitig warf sie der KPdSU die Spaltung des Weltkommunismus und mangelnde Unterstützung der Demokratischen Republik Vietnam (Nordvietnam) im Krieg gegen die USA vor. Die Konferenz wurde am 12. Dezember 1964 auf den 1. März 1965 verschoben. Vgl. dazu AdG 1964, S. 11397 f.; EUROPA-ARCHIV 1965, Z 8 und Z 70.

[38] Zu den Sondierungen mit der Volksrepublik China über ein Warenabkommen vgl. zuletzt Dok. 236.

[39] Zu den Pressemeldungen über ein Warenabkommen mit der Volksrepublik China in Bern vgl. Dok. 206, besonders Anm. 5.

[40] An dieser Stelle wurde von Staatssekretär Carstens gestrichen: „sehr viel".

[41] Ein Abkommen zwischen der Bundesrepublik und der Volksrepublik China kam nicht zustande. Am 29. September 1965 erklärte der chinesische Außenminister Chen Yi, „daß offizielle Handelsbeziehungen nicht aufgenommen werden könnten, da die Bundesrepublik den Militarismus wieder einführe, die Sicherheit Europas bedrohe und nicht auf den Plan verzichte, die DDR zu annektieren." Vgl. EUROPA-ARCHIV 1965, Z 186.

Seite interessieren, welche Erfahrungen man in Paris aus den ersten Monaten der Tätigkeit der Botschaft in Peking habe.[42]

M. *Lucet* erwiderte, daß es sich bei dem sowjetisch-chinesischen Streit tatsächlich um zwei Probleme handele: das eine Problem sei die Frage, wer die Vormachtstellung im Weltkommunismus habe. Dies sei heute nicht nur Moskau; inzwischen sei Peking an seine Stelle getreten. Auch auf französischer Seite halte man es für möglich, daß die Konferenz im Dezember in Moskau zu einem Schisma führen könne. Die Rumänen hätten sich geäußert, daß die Konferenz in Moskau zu einer Exkommunizierungskonferenz werden könne.[43] Auch unter den Kommunisten in Frankreich gäbe es chinafreundliche Tendenzen. In Paris erscheine eine besondere Zeitung der Kommunisten, „Revolution", in der die Politik Chinas vertreten werde. Von den kommunistischen Parteien in Asien stünde keine auf der Seite Chruschtschows. Wenn Asien für Chruschtschow verloren gehen sollte, dürfte dies nach französischer Auffassung zu einer harten Haltung der Sowjets in Europa führen. Das zweite Problem im sowjetisch-chinesischen Streit sei ein nationales Problem, nämlich die Frage der Grenzen zwischen den beiden Ländern.

Der sowjetisch-chinesische Streit innerhalb des Kommunismus werde zu einem immer größeren Konflikt unseres Jahrhunderts. China sei eine große Macht, aber es sei schwer zu sagen, was die Chinesen wirklich wollten. Für die Vereinigten Staaten verkörperten sie den Teufel in Person und seien der potentielle Aggressor. Es sei aber nicht gesagt, daß die Chinesen tatsächlich eine allgemeine Aggressionspolitik verfolgten; sicher seien sie keine Pazifisten. Möglicherweise wünschten sie aber nur die Schaffung einer intermediären Zone in Asien, die für sie eine gewisse Sicherheitsgarantie bilde, um zunächst ihre eigene Wirtschaft zu entwickeln. Die Beurteilung der innerchinesischen Verhältnisse sei außerordentlich schwierig. Es sei nicht einfach, innerhalb des Landes zu reisen, um eigene Eindrücke zu sammeln. Gewisse Beobachtungen vermittelten den Eindruck, daß die junge Generation in China nicht mehr so begeistert für den Kommunismus sei. Im Rahmen der industriellen Kontakte zwischen Frankreich und China würde demnächst eine weitere Begegnung in Peking stattfinden; dabei handele es sich aber um ein Zusammentreffen auf privater industrieller Ebene.

Abteilung I (I A 1), VS-Bd. 16

[42] Zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Frankreich und der Volksrepublik China am 27. Januar 1964 vgl. besonders Dok. 11 und Dok. 17.

[43] Die Kritik der rumänischen Kommunistischen Partei richtete sich vor allem gegen Spaltungstendenzen innerhalb der kommunistischen Bewegung. Sie gab wiederholt zu erkennen, daß sie nur bei Teilnahme aller Parteien an der Vor- und Hauptkonferenz der kommunistischen Parteien teilnehmen würde. Vgl. dazu AdG 1964, S. 11398.

248

Gespräch des Bundesministers Schröder mit Abteilungsleiter Lucet, französisches Außenministerium

Z A 5-110.A/64 geheim **15. September 1964**[1]

Der Herr Bundesminister des Auswärtigen empfing am 15. September 1964 um 15.30 Uhr den Leiter der politischen Abteilung im Quai d'Orsay, M. Lucet, zu einem Gespräch.

Der Herr *Minister* wies darauf hin, daß die publizistische Behandlung des deutsch-französischen Verhältnisses im Augenblick nicht gerade glücklich zu nennen sei.[2] Ein zu großer Teil der Öffentlichkeit spiele sein eigenes Spiel, was für die Arbeit der Regierungen höchst unerfreulich sei. Bei einem freundschaftlichen Verhältnis sei die Diskretion sehr viel wichtiger. Es sollte daher seines Erachtens von beiden Seiten das Bestmögliche getan werden, um diese Fragen der öffentlichen Diskussion zu entziehen. Er wisse sehr wohl, daß es Fragen gebe, die heute befriedigend gelöst werden könnten, andere, die vielleicht morgen oder übermorgen eine solche Lösung erfahren könnten, und schließlich vielleicht auch Fragen, die auch übermorgen noch nicht befriedigend geregelt werden könnten. Deswegen solle man in voller Kenntnis dieser Sachlage weiter an den Fragen arbeiten, die heute, dann morgen, dann übermorgen gelöst werden könnten, ohne sich ständig zu beklagen, daß der Idealzustand noch nicht erreicht sei. Für die weitere Entwicklung des deutsch-französischen Verhältnisses auf der bestehenden soliden Grundlage sei es das Beste, offen und illusionslos und mit bestem Willen alle Fragen zu erörtern, ohne Verärgerung darüber zu verspüren, wenn gewisse Fragen noch nicht gelöst werden könnten. In diesem Sinne wolle er einige Anmerkungen zu der

[1] Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Kusterer am 16. September 1964 gefertigt.
Hat Bundesminister Schröder am 20. September 1964 vorgelegen.

[2] Die Verschlechterung der deutsch-französischen Beziehungen wurde in der deutschen und französischen Presse in unmittelbaren Zusammenhang mit der „betont herzlichen Botschaft de Gaulles an Chruschtschow" gebracht, die der französische Staatspräsident als Antwort auf Glückwünsche des sowjetischen Ministerpräsidenten zum 20. Jahrestag der Befreiung von Paris übermittelt hatte. Das Bekanntwerden eines möglichen Besuchs von Chruschtschow in der Bundesrepublik verstärkte die Spekulationen über die deutsch-französischen Differenzen. Vgl. DIE WELT, Nr. 204 vom 2. September 1964, S. 1. Vgl. auch LE MONDE, Nr. 6106 vom 2. September 1964, S. 1, bzw. Nr. 6109 vom 5. September 1964, S. 1. Vgl. dazu ferner die Stellungnahme des Bundesministers Schröder in einem Interview am 1. September 1964; BULLETIN 1964, S. 1269f.
Referat L 4 nahm in einer undatierten Aufzeichnung zur Vorbereitung der Konsultationsbesprechung vom 15. September 1964 zur französischen Presse Stellung: „Das deutsch-französische Verhältnis wird seit Monaten durch einen amtlich gelenkten französischen Pressefeldzug gefährdet. Durch diesen Pressefeldzug sollen offensichtlich die öffentliche Meinung in Deutschland und damit die Bundesregierung eingeschüchtert werden." Da der „Tiefstand der Presseberichterstattung" nunmehr aber überwunden zu sein scheine, empfahl Referat L 4, die französischen Gesprächspartner auf die Presse hinzuweisen und ansonsten eine „diskrete, sachliche und gelassene Diskussion der zwischen beiden Regierungen anstehenden Fragen" zu suchen. Vgl. Referat I A 3, Bd. 401.

Pressekonferenz von General de Gaulle machen.[3] Er könne sehr wohl verstehen, daß ein Politiker, wenn er ein vollständiges Bild der Lage geben wolle, nicht an dem deutsch-französischen Verhältnis vorbeigehen könne, das ja wichtig sei. Vielleicht aber sei die Präsentation und die Liste der von de Gaulle behandelten Punkte etwas zu vollständig gewesen. So habe diese Liste zum Beispiel einen Punkt umfaßt, der noch niemals Gegenstand der deutsch-französischen Gespräche gewesen sei, nämlich Indonesien.[4] Diese Liste liege aber nun einmal vor, und man sollte nicht zu ängstlich sein und sich nicht durch Mißtrauen irritieren lassen. Er könne jedoch nicht daran vorbeigehen, daß in den Ausführungen des Generals ein Punkt enthalten gewesen sei, der während der ganzen Zeit seiner Amtsführung niemals behandelt worden sei, nämlich die Erwähnung der Grenzen und Nationalitätsfragen.[5] General de Gaulle habe bekanntlich im März 1959 eine allgemeine Betrachtung angestellt[6], wie er sich eines Tages die Wiedervereinigung Deutschlands vorstelle. Der damalige Bundeskanzler Dr. Adenauer habe nach dessen eigenen Worten General de Gaulle gebeten, auf diese Frage nicht öffentlich zurückzukommen[7], weil man sich im Deutschland-Vertrag[8] geeinigt habe, daß die Grenzfragen erst in einem Friedensvertrag ausgehandelt werden sollten und daß natürlicherweise man dann in der Zwischenzeit nicht darüber sprechen sollte. Die Bundesregierung habe bei ihren amerikanischen und besonders britischen Freunden große Bemühungen unternommen, um diese dazu zu bewegen, in der Öffentlichkeit nichts über diese Frage zu sagen. Diese beiden Länder hätten sich auch seines Wissens glücklicherweise an diese Verabredung gehalten. Herr Lucet werde verstehen, daß aus diesem Grunde die Bundesregierung den Hinweis des Generals in seiner Pressekonferenz als schwerwiegend und möglicherweise folgenreich betrachte. Dabei habe de Gaulle keineswegs etwa eine endgültige Regelung bereits vorgeschlagen, doch sei infolge des Hinweises auf eine Meinungsverschiedenheit zwischen Frankreich und Deutschland in die-

[3] Zur Pressekonferenz des französischen Staatspräsidenten vom 23. Juli 1964 vgl. Dok. 210, Anm. 2.

[4] Auf der Pressekonferenz beklagte Staatspräsident de Gaulle die fehlende Abstimmung zwischen der Bundesrepublik und Frankreich bei den „Fragen des Friedens in Asien und insbesondere in Indonesien und Indochina". Diese Uneinheitlichkeit lag – so de Gaulle – daran „daß Deutschland im Unterschied zu unseren Vorstellungen bisher noch nicht meint, daß die europäische Politik, die Politik Europas, europäisch und unabhängig sein muß". Vgl. DE GAULLE, Discours et messages, Bd. 4, S. 230; für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1964, D 406.

[5] Zum entsprechenden Passus der Pressekonferenz vom 23. Juli 1964 vgl. Dok. 218, Anm. 10.

[6] Zur Pressekonferenz des Staatspräsidenten de Gaulle vom 25. März 1959 vgl. Dok. 222, Anm. 3.

[7] Am 4. August 1964 ging der ehemalige Bundeskanzler Adenauer zum ersten Mal in der Öffentlichkeit auf das „Schweigeabkommen" vom 2. Dezember 1959 zwischen ihm und Staatspräsident de Gaulle ein. Vor Vertretern der internationalen Presse erklärte er, „de Gaulle habe einmal die Oder-Neiße-Linie als zukünftige Grenze Polens bezeichnet. Er sei von deutscher Seite darauf aufmerksam gemacht worden, daß Grenzfragen bis zum Friedensvertrag zurückgestellt werden müßten. Daran halte sich de Gaulle nun." Vgl. DIE WELT, Nr. 180 vom 5. August 1964, S. 2. Vgl. auch ADENAUER, Erinnerungen IV, S. 18.
Am 21. August 1964 erläuterte Legationsrat I. Klasse Bock, warum diese Begebenheit keinen Niederschlag in den Akten des Auswärtigen Amts fand. Demnach habe es „politischer Takt" geboten erscheinen lassen, dem Staatspräsidenten keine „ausdrückliche öffentliche Zusicherung abzuverlangen", so daß „sich über dieses Gentlemen's Agreement keine aktenmäßige Festlegung finden läßt". Vgl. Abteilung II (II 2), VS-Bd. 224; B 150, Aktenkopien 1964.

[8] Zu Artikel 7, Absatz 1 des Deutschland-Vertrages vom 26. Mai 1952 in der Fassung vom 23. Oktober 1954 vgl. Dok. 140, Anm. 15

ser Frage die öffentliche Diskussion gewachsen. Das erste Ergebnis sei eine Erklärung von M. Baumel in Kopenhagen[9] gewesen sowie neulich die Ausführungen von Herrn Palewski in Polen[10]. Das seien nur zwei Beispiele, doch sei seither die Frage natürlich virulent geworden. Es sei daher der Wunsch der Bundesregierung, daß alles Erdenkliche getan werde, um diese Frage aus den offiziellen, offiziösen und parlamentarischen Stellungnahmen herauszunehmen. Er wisse sehr wohl, daß dies schwierig sei.

Der Herr Minister fuhr fort, in der Frage der deutschen Vorstellungen über die Weiterentwicklung der EWG und eine mögliche politische Union[11] sei ein Abschluß noch nicht erreicht worden. Die Angelegenheit habe auch noch nicht ausreichend im Regierungskreise erörtert werden können. Was den Terminkalender anbelange, so sehe es im Augenblick so aus, daß diese Angelegenheit wohl spruchreif werde für ein mögliches Gespräch zwischen Herrn Couve de Murville und ihm selbst nach Rückkehr von Herrn Couve de Murville aus Lateinamerika[12], daß heißt etwa Ende Oktober. Zu den neuen Gedanken von Herrn Spaak[13] wolle er nur dies sagen, daß Herr Spaak vor einigen Monaten hier schon darüber gesprochen habe[14], und er glaube, daß man diesen guten Willen Belgiens, der vielleicht gewisse günstige Nebenwirkungen auf Holland und Italien haben werde, benutzen sollte. Jedenfalls werde die Bundesregierung dies versuchen.

Der Herr Minister sagte dann, der letzte Punkt, den er berühren wolle, sei der Chruschtschow-Besuch.[15] Bis jetzt habe die Bundesregierung noch kein Datum vorgeschlagen, zumal die Angelegenheit durch den neulichen Zwischenfall in Sagorsk[16] etwas schwieriger geworden sei. Sei aber dieser Zwischenfall

9 Der Generalsekretär der französischen Regierungspartei UNR, Baumel, erklärte auf einer Pressekonferenz am 27. August 1964 in Kopenhagen: „Wir fordern eine deutsche Wiedervereinigung auf demokratischer Grundlage, d.h. durch eine freie und geheime Volksabstimmung. Die Oder-Neiße-Grenze aber erkennen wir an." Vgl. den Drahtbericht des Botschafters Buch, Kopenhagen, vom 28. August 1964; Referat I A 3, Bd. 400. Vgl. dazu auch DIE WELT, Nr. 201 vom 29. August 1964, S. 4.
Dagegen versicherte der französische Botschafter de Margerie am 29. August 1964 gegenüber Ministerialdirektor Jansen, daß ungeachtet der Äußerungen von Baumel die Haltung seiner Regierung in dieser Frage unverändert sei. Vgl. die Aufzeichnung von Jansen vom 29. August 1964; Abteilung I (I A 3), VS-Bd. 42; B 150, Aktenkopien 1964.

10 Jean-Paul Palewski, UNR-Abgeordneter und Mitglied einer vierköpfigen französischen Parlamentariergruppe, die auf Einladung des polnischen Parlaments Polen besuchte, erklärte am 12. September 1964 in Warschau, daß sich die französische Regierung „in der Stunde des Friedensvertrages im Interesse Polens für die Oder-Neiße-Grenze einsetzen" werde. Vgl. die Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Lahusen vom 29. September 1964; Abteilung I (I A 3), VS-Bd. 42; B 150, Aktenkopien 1964.

11 Zu den Bemühungen um eine europäische politische Union vgl. zuletzt Dok. 198.

12 Der französische Außenminister begleitete Staatspräsident de Gaulle auf seiner Südamerika-Reise vom 21. September bis 16. Oktober 1964. Vgl. dazu L'ANNÉE POLITIQUE 1964, S. 297 f.

13 Zu den Vorschlägen des belgischen Außenministers vom 9. September 1964 vgl. Dok. 244, Anm. 17. Vgl. auch Dok. 197.

14 Zum Gespräch des Bundesministers Schröder mit Außenminister Spaak am 14. Juli 1964 vgl. Dok. 197.

15 Zum geplanten Besuch des Ministerpräsidenten Chruschtschow in der Bundesrepublik vgl. zuletzt Dok. 244. Vgl. weiter Dok. 263 und Dok. 286.

16 Zum Giftgasanschlag auf Legationssekretär Schwirkmann, Moskau, am 6. September 1964 vgl. Dok. 252.

einmal beigelegt, werde die Bundesregierung sich mit dem Vorschlag eines Datums befassen. Zur Substanz brauche er nicht zu betonen, daß die Bundesregierung in diesem Besuch weder eine sensationelle Veränderung der deutschen Haltung noch eine zu erwartende sensationelle Veränderung der sowjetischen Haltung sehe. Vor dem Besuch werde zweifellos noch mit Frankreich und den übrigen Verbündeten eine eingehende Konsultation stattfinden, weil gegenüber der Sowjetunion die einzig mögliche Politik eine gemeinsame Politik sei.

M. *Lucet* erwiderte, er wolle sich erlauben, auf diese Fragen kurz zu antworten und entschuldige sich schon jetzt für die Offenheit, mit der er sprechen wolle. Die Pressekonferenz vom 23. Juli habe die deutsche Seite wohl kaum überraschen dürfen, denn der General habe dort nur einige der Punkte noch einmal aufgenommen, die bereits in den Gesprächen in Bonn am 3. und 4. Juli[17] zum Ausdruck gebracht worden seien.

Der Herr *Minister* warf ein, es seien einige Punkte mehr gewesen.

M. *Lucet* erwiderte, falls der Herr Minister an Indonesien denke, so sei er gerne bereit, sich sofort mit seinen deutschen Kollegen zu einer Diskussion dieser Frage zusammenzusetzen. Das Wichtigste seien aber die Grenzfragen gewesen. Tatsächlich habe de Gaulle in einer Pressekonferenz am 25. März 1959 schon erklärt (und dies dürfte für die Bundesregierung ebenfalls nicht überraschend gekommen sein), daß Frankreich die derzeitigen Grenzen Deutschlands im Osten, Westen, Norden und Süden anerkenne. Seither habe de Gaulle niemals wieder davon gesprochen, mit Ausnahme seines Hinweises in der letzten Pressekonferenz. Frankreich, Großbritannien und Amerika hätten erklärt, daß eine Regelung dieser Frage erst im Friedensvertrag erfolgen könne. Wenn de Gaulle nun diese Frage angesprochen habe, so sei es im Zusammenhang zu sehen mit kürzlichen Erklärungen von deutscher Seite (die er in vollem Umfange verstehe und respektiere aufgrund der innenpolitischen Notwendigkeiten und des grausamen Schicksals, von den Brüdern getrennt zu sein). In den letzten Monaten seien derartige Erklärungen aber etwa auf allen Ebenen erfolgt und hätten durchblicken lassen, daß die Grenzfrage aufgerollt werden könnte.[18] Dies aber stehe nun in Verbindung mit der Haltung Frankreichs gegenüber den europäischen Satellitenstaaten. Es gebe keinerlei Anhaltspunkt dafür, daß Frankreich in irgendeiner Weise seine Politik zu ändern gedenke oder sich gar dem Osten zuwenden wolle. Dies stehe außer Frage. In den Satellitenstaaten habe jedoch eine interessante Entwicklung eingesetzt, die zeige, daß diese Länder sich allmählich von Moskau loszulösen versuchten, wobei sie gleichzeitig kommunistisch blieben. Diese Länder würden aber sehr beunruhigt, wenn man durchblicken lasse, daß die Grenzen wieder in Frage gestellt werden könnten.[19] In diesem Zusammenhang habe die Er-

[17] Zu den deutsch-französischen Regierungsbesprechungen vgl. Dok. 180–188.

[18] Zu entsprechenden Äußerungen des Sprechers der Sudetendeutschen Landsmannschaft, Bundesminister Seebohm, vgl. Dok. 140, Anm. 20.

[19] Dazu erklärte Mitte September 1964 der Staatssekretär im französischen Außenministerium, Habib-Deloncle, gegenüber dem Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages, Kopf, „in aller Offenheit, daß die französische Haltung zur Oder-Neiße-Frage nicht mit der deutschen übereinstimme. Die französische Regierung verfolge die Absicht, die osteuropäischen Staaten in

klärung des Herrn Ministers große Beachtung gefunden, daß das Münchner Abkommen keinerlei juristischen Wert besitze.[20] In einer halbamtlichen Mitteilung[21] sei der Bundesregierung der Vorschlag gemacht worden, auch die Grenzfrage sollte einmal vertieft behandelt werden, und zwar ohne jegliche Kenntnis der Öffentlichkeit. Diese Erörterung sollte zusammen mit den Vereinigten Staaten und Großbritannien erfolgen, die ebenfalls betroffen seien. Von den Erklärungen von Herrn Baumel sei ihm nichts bekannt gewesen, und er habe in diesen Tagen in der Zeitung von den Ausführungen von Herrn Palewski in Polen gelesen.[22] Dabei bitte er zu berücksichtigen, daß Herr Palewski sich gerade in Polen befunden habe und wohl auf eine Frage eines Journalisten Antwort gegeben habe, denn es würde ihn sehr überraschen, wenn Herr Palewski aus eigener Initiative darüber gesprochen hätte. Im übrigen erlaube er sich den Hinweis, daß die Abgeordneten, auch wenn sie der Mehrheit angehörten, eine manchmal mehr, manchmal weniger geschätzte Redefreiheit besäßen.

M. Lucet fuhr fort, zur Frage der möglichen zukünftigen politischen Union sowie des Chruschtschow-Besuchs habe er keinen Kommentar abzugeben. Er wolle dem Herrn Minister nur sagen, daß Frankreich durch die kürzlichen Äußerungen von Herrn Spaak insofern glücklich überrascht gewesen sei, als Herr Spaak nunmehr anerkenne, was Frankreich schon während der England-Verhandlungen immer erklärt habe, daß nämlich Großbritannien noch keine europäische Berufung verspüre.[23] Dies sei gerade jetzt von den Labour-Abgeordneten im WEU-Parlament[24] erneut bestätigt worden. Natürlich könne er zu dem Plan Spaak noch keine endgültige Stellungnahme abgeben, doch habe Frankreich sofort nach Bekanntwerden dieser Gedanken erklärt, daß sie interessant und der Prüfung wert seien.[25] Hinsichtlich des Chruschtschow-Besuchs bedankte sich M. Lucet für die Ausführungen des Herrn Ministers und betonte, daß Frankreich der Bundesrepublik volles Vertrauen schenke und

Fortsetzung Fußnote von Seite 1028

ihrem Unabhängigkeitsbestreben gegenüber der Sowjetunion zu unterstützen und damit eine Entwicklung einzuleiten, die auf die Dauer gesehen die Gegensätze zwischen Ost- und Westeuropa zum Verschwinden bringe. Diese Haltung der französischen Regierung sei seit langem festgelegt. Man sei sich bewußt, daß dies für die Deutschen äußerst schmerzlich sei, ähnlich wie seinerzeit das Algerien-Problem für die Franzosen." Vgl. die Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Lahusen vom 29. September 1964; Abteilung I (I A 3), VS-Bd. 42; B 150, Aktenkopien 1964.

20 Vgl. hierzu auch die Stellungnahme des Bundeskanzlers Erhard hinsichtlich der Rechtsunwirksamkeit des Münchener Abkommens vom 29. September 1938; Dok. 147, Anm. 15.

21 Zum Aide-mémoire der französischen Regierung vom 17. August 1964 vgl. Dok. 234.

22 Zu den Pressemeldungen über die Ausführungen des französischen UNR-Abgeordneten Palewski in Polen vgl. FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 213 vom 14. September 1964, S. 3; LE MONDE, Nr. 6118 vom 16. September 1964, S. 3.

23 Zu den Einwänden des Staatspräsidenten de Gaulle gegen einen britischen EWG-Beitritt vgl. AAPD 1963, I, Dok. 21.

24 Zur Äußerung des britischen Abgeordneten Mayhew vgl. Dok. 244, Anm. 19.

25 In der Diskussion, die sich unmittelbar an den Vortrag des belgischen Außenministers anschloß, zeigte sich der Vorsitzende des Ausschusses der französischen Nationalversammlung, Schumann, „interessiert" und offen für die Vorschläge. Vgl. die Aufzeichnung des Referats I A 1 vom 2. Oktober 1964; Abteilung I A 3, VS-Bd. 132; B 150, Aktenkopien 1964. Vgl. auch den Artikel „Paris will Spaaks Vorschläge prüfen. Verhalten-positive Reaktionen am Quai d'Orsay"; DIE WELT, Nr. 212 vom 11. September 1964, S. 4.

wisse, in welchem Geiste Deutschland Herrn Chruschtschow empfangen werde, damit dieser sich nämlich einmal die deutsche Realität ansehe. Frankreich hoffe mit Deutschland, daß Herr Chruschtschow davon nicht unbeeindruckt bleibe. Es erhebe gegen diesen Besuch keinerlei Einwände, sei andererseits aber auch nicht sicher, daß ungewöhnliche Ergebnisse davon zu erwarten seien. Jedenfalls stehe Frankreich in dieser Beziehung keinerlei Kritik zu.

M. Lucet bat dann um die Erlaubnis, noch einige andere Bemerkungen machen zu dürfen. Zunächst wolle er betonen, daß die französische Regierung sich in keiner Weise in die deutsche Innenpolitik[26] einmischen wolle. Sie empfinde die größte Hochachtung für Bundeskanzler Erhard und den Herrn Minister genauso, wie sie für den früheren Bundeskanzler Adenauer eine große Hochachtung fühle. Sie habe aber in keiner Weise den Wunsch, sich irgendwie in die deutsche Innenpolitik einzumischen. Unglücklicherweise erscheine es heute, als ob die deutsch-französische Zusammenarbeit zu einem innerdeutschen Problem geworden sei, was ganz und gar nicht im Sinne Frankreichs liege. Andererseits habe Frankreich unglücklicherweise feststellen müssen, daß der deutsch-französische Vertrag[27] und die deutsch-französische Zusammenarbeit, auf die es so große Stücke gesetzt habe, nicht die guten Ergebnisse gezeitigt habe, die Frankreich ursprünglich erwartet habe. Frankreich habe die Absicht gehabt, aufbauend auf der unzerstörbaren deutsch-französischen Aussöhnung und in dem Bestreben, Europa zu schaffen, ohne jegliche Hegemoniegedanken zu zweien das Beispiel zu geben, wie zwei große europäische Länder zusammenarbeiten können, damit die anderen dann freiwillig und ohne jeglichen Zwang sich einer ideal funktionierenden Gemeinschaft anschließen könnten. Leider habe man nach achtzehnmonatiger Erfahrung feststellen müssen, daß diese Zusammenarbeit weniger ergiebig sei als erwartet. Sie sei praktisch gleich null im militärischen Bereich[28] (mit Ausnahme der menschlichen Beziehungen), sie sei etwas weniger schlecht im kulturellen Gebiet[29]. Jedenfalls gebe es viele Gebiete, wo diese Zusammenarbeit eher Anschein als Wirklichkeit sei. Was die Konsultation anbelange, so habe Frankreich den Eindruck, als ob Deutschland etwas Angst habe, sich mit Frankreich zu kompromittieren, als wolle man nicht zugeben, mit Frankreich einer Meinung zu sein. Folglich spreche man nicht immer die gleiche Sprache und habe Angst vor den Reaktionen von Washington[30], obschon doch Frankreich[31] wisse (zumindest sagten die Amerikaner dies), daß Europa nur mit einer soliden deutsch-französischen Grundlage geschaffen werden könne. Nun sei das Stichwort Washington gefallen, und es sei nichts schrecklicher, als glauben zu wollen, daß Frankreich Deutschland vor die Wahl zwischen Amerika und Frankreich stelle. Dies sei absolut falsch. Auch Amerika stelle Deutschland nicht vor diese Wahl. Im übrigen sei die französisch-amerikanische Meinungsverschiedenheit keineswegs so tiefgreifend wie es manchmal den Anschein

[26] Zum innenpolitischen Konflikt zwischen „Gaullisten" und „Atlantikern" vgl. Dok. 194, Anm. 1.

[27] Für den Wortlaut des deutsch-französischen Vertrags vom 22. Januar 1963 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 706–710.

[28] Zur deutsch-französischen Rüstungszusammenarbeit vgl. weiter Dok. 251.

[29] Vgl. dazu Dok. 188.

[30] Zum französisch-amerikanischen Verhältnis vgl. zuletzt Dok. 168.

[31] Dieses Wort wurde unterschlängelt. Dazu handschriftliche Bemerkung: „Amerika?"

habe. Frankreich glaube fest an das Bündnis mit Amerika, weil für Europa sonst keine Rettung gegeben sei. Oft aber bestehe ein Interesse daran, mit den amerikanischen Freunden ganz offen zu sprechen, denn damit tue man den Amerikanern selbst einen Dienst. Er wolle mit den Worten de Gaulles schließen, daß Europa nämlich seine Beschlüsse mit Washington fällen müsse, daß aber nicht Washington die europäischen Beschlüsse fasse. So sei es unter Freunden üblich, und daraus erwachse kein Dilemma. De Gaulle wolle ein europäisches Europa. Das bedeute, daß dieses Europa seine eigene Persönlichkeit, seine eigene Politik haben und sich als das durchsetzen müsse, was es sei, nämlich etwas Beträchtliches in der Welt. Dies sei nur vereinbar mit der engstmöglichen Allianz mit den Vereinigten Staaten, und eine atlantische Partnerschaft sei nur möglich mit einem vereinigten Europa, weil sonst trotz allen guten amerikanischen Willens das Gewicht Amerikas zu schwer sei und die einzelnen europäischen Nationen ersticken würde.

Der Herr *Minister* sagte, aus Zeitmangel könne er nur mit Stichworten antworten. Die Bundesrepublik habe nicht seit 14 Jahren die europäische Politik, die auf ein starkes Europa abziele, verfolgt, um sie heute zu ändern. Dieses Prinzip der deutschen Politik habe schon bestanden noch bevor der deutsch-französische Vertrag geschlossen worden sei. Deutschland wolle ein starkes Europa. Von allen aktiven deutschen Politikern sei er der einzige, der den deutsch-französischen Vertrag unterschrieben habe, und er habe ein großes, wenn man wolle sogar persönliches Interesse daran, daß dieser Vertrag ein Erfolg werde. Dies habe er nie aus dem Auge verloren. Was die anderen Punkte anbelange, so könne er sich sehr wohl vorstellen, daß es viele Gebiete gebe, wo noch intensivere und noch präzisere Gespräche möglich seien, damit man mit Gründlichkeit die möglichen Fortschritte und Gemeinsamkeiten finde. Er sei keineswegs der Auffassung, daß der Idealzustand der Konsultation schon erreicht worden sei. Dazu aber sei notwendig Diskretion, Entschlossenheit, Offenheit und Geduld. Nichts wäre abträglicher als Ungeduld, und er habe heute den Eindruck, daß etwas mehr Ungeduld vorhanden sei, als einer gesunden Entwicklung zuträglich sei. Ihm persönlich liege an einer weiteren Stärkung dieser Konsultation.

M. *Lucet* bemerkte, es habe eine gewisse Ungeduld gegeben, insbesondere in der Presse, doch sei dies vielleicht darauf zurückzuführen, daß der August ein besonders heißer Monat sei. Er habe es aber für seine Pflicht gehalten, einmal darauf hinzuweisen, wie sehr Frankreich auf Ergebnisse des deutsch-französischen Vertrages hoffe. Die Offenheit unter Freunden fordere, daß man klar sage, wenn irgendwo etwas nicht stimme. Dann könne man die wirkliche Form der Zusammenarbeit finden, die jene Zukunftsperspektiven eröffne, welche Frankreich wünsche. Er glaube, daß dieses offene Gespräch vielleicht der Anstoß dazu sein könne.

Abschließend bedankte sich M. Lucet für die Freundlichkeit des Herrn Ministers, ihn zu empfangen.

Das Gespräch endete um 16.30 Uhr.

Ministerbüro, VS-Bd. 8512

249

Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens

St.S. 1649/64 geheim **15. September 1964**

Betr.: Mein heutiges Gespräch mit Lucet

Wir unterhielten uns zunächst fünfviertel Stunden unter vier Augen. Ich leitete das Gespräch damit ein, daß ich sagte, ich wolle mit Lucet unter vier Augen sprechen und ihm zu einigen Fragen meine persönliche Meinung sagen und wollte auch ganz offen mit ihm sprechen. Ich fuhr dann fort, wir müßten uns bemühen, die deutsch-französischen Beziehungen zu verbessern, und gemeinsam nach Wegen suchen, dies in solchen Gebieten zu tun, in denen eine Zusammenarbeit nützlich und möglich sei. Es habe keinen Zweck, Fragen, in denen zur Zeit ein Zusammengehen offensichtlich nicht möglich sei, öffentlich zum Gegenstand von Kontroversen zu machen.[1]

Lucet sagte, auch er wolle in aller Offenheit mit mir sprechen. Man sei in Paris über den deutsch-französischen Vertrag[2] und über das, was mit ihm erreicht worden sei, tief enttäuscht.[3] Man habe sich außer einer Besiegelung der deutsch-französischen Freundschaft, die selbstverständlich nach wir vor bestehe, ein Zusammengehen in konkreten politischen Fragen erhofft, das als Beispiel für die anderen europäischen Staaten hätte dienen und sie hätte veranlassen können, sich uns anzuschließen. Statt dessen bestünden zahlreiche Meinungsverschiedenheiten. Man habe in Paris den Eindruck, daß wir uns des Vertrages schämten. Dies sei schon darin zum Ausdruck gekommen, daß ihm das Parlament eine Präambel vorangestellt habe.[4]

Auch fehle es an konkreten Realisationen, so insbesondere im Bereich der Rüstung.[5]

Schließlich verstehe man in Paris nicht, warum wir in der Indochina-Frage, in der wir doch offenbar nicht unmittelbar interessiert seien, den amerikanischen Standpunkt gegen Frankreich unterstützten.[6]

Ich antwortete, es gebe einen Punkt in der französischen Politik, den wir unter keinen Umständen akzeptieren könnten, und das sei die öffentliche Kritik, die Frankreich an den Amerikanern übte. Auch wir hätten mit den Amerikanern Meinungsverschiedenheiten. Wir pflegten ihnen unsere Ansicht so deut-

[1] Zu Presseberichten über die deutsch-französischen Differenzen vgl. Dok. 248, Anm. 2.

[2] Für den Wortlaut des deutsch-französischen Vertrags vom 22. Januar 1963 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 706–710.

[3] Zur französischen Enttäuschung über die Entwicklung der deutsch-französischen Beziehungen vgl. auch Dok. 234.

[4] Das Ratifizierungsgesetz vom 15. Juni 1963 zum deutsch-französischen Vertrag enthielt eine Präambel, in der die Rolle der europäisch-amerikanischen Partnerschaft sowie die Bedeutung der NATO für die Bundesrepublik besonders herausgestellt wurde. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 705.

[5] Zur deutsch-französischen Rüstungszusammenarbeit vgl. auch Dok. 251.

[6] Zur Haltung der Bundesrepublik in der Indochina-Frage vgl. zuletzt Dok. 185, besonders Anm. 24.

lich mitzuteilen, wie dies nötig sei, aber wir posaunten dies nicht in alle Welt hinaus. Darüber freuten sich schließlich nur unsere gemeinsamen Gegner, vor allem die Sowjets.

Auch wir seien über das französische Verhalten enttäuscht. Wir hätten den Eindruck, daß Frankreich in wichtigen Fragen die früher gemeinsame Plattform verlassen habe, ohne uns zu konsultieren.[7] Das gelte für den Abbruch der Verhandlungen mit Großbritannien über den Eintritt in die EWG.[8] Dieses Ereignis habe wie ein Schatten auf dem Zustandekommen des deutsch-französischen Vertrages gelegen. Es erkläre vieles, was sich seitdem ereignet hätte.

Zum anderen erwähnte ich die MLF. Es sei bei Abschluß des deutsch-französischen Vertrages nach meiner Meinung völlig klar gewesen, daß die Franzosen und wir in der Frage der atomaren Rüstung je einen eigenen Weg gehen würden. Die Franzosen würden die Force de frappe und wir die MLF zu verwirklichen suchen. Es sei ganz klar gewesen, daß wir uns gegenseitig nicht im Wege stehen wollten. Jetzt plötzlich übe die französische Regierung Kritik daran, daß wir die MLF zu realisieren suchten.[9]

Lucet bestritt dies zunächst, ich hielt ihm aber vor, was de Gaulle zum Herrn Bundeskanzler und auch zu mir anläßlich seines letzten Besuchs in Bonn gesagt hatte.[10]

Zum Thema Indochina sagte ich, es sei für uns in der Tat schwer, die Situation eindeutig zu beurteilen. Es möge sein, daß die Franzosen in manchem Recht hätten. Aber auch hier müsse man sich fragen, ob ein öffentliches Auftreten gegen die Amerikaner in einem Augenblick, in dem diese in einen schweren Abwehrkampf verwickelt seien, die richtige Politik darstelle. Wir glaubten dies nicht.

Aus dem übrigen Gesprächsverlauf ist folgendes festzuhalten:

Ich hielt Lucet die Äußerungen von Palewski zur Oder-Neiße-Frage[11] und von Sanguinetti über das Deutschland Karls des Großen[12] sowie den Artikel von

[7] Zur unterbliebenen Konsultation der Bundesregierung vor der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Frankreich und der Volksrepublik China am 27. Januar 1964 vgl. Dok. 11, Anm. 7. Vgl. auch Dok. 44.

[8] Zu den Einwänden des Staatspräsidenten de Gaulle gegen einen britischen EWG-Beitritt vgl. AAPD 1963, I, Dok. 21.
Zum Abbruch der Verhandlungen mit Großbritannien und der Stellungnahme der Bundesrepublik vgl. auch AAPD 1963, I, Dok. 60 und Dok. 63.

[9] Vgl. dazu auch Dok. 210.

[10] Vgl. dazu Dok. 186 und Dok. 187.

[11] Zu den Äußerungen des französischen UNR-Abgeordneten am 12. September 1964 in Warschau vgl. Dok. 248, Anm. 10.

[12] Am 21. Juni 1964 erklärte der französische UNR-Abgeordnete Sanguinetti in einem Interview für die „Kölner Rundschau am Sonntag": „Ich bin nicht gegen die deutsche Wiedervereinigung. Im Gegenteil! Aber ich finde es unter den gegebenen Bedingungen unrealistisch, daß die Bundesrepublik wie gebannt nach Osten schaut, als werde Deutschlands Schicksal ausschließlich dort besiegelt. Ich könnte mir vorstellen, daß der Weg zur Wiedervereinigung über die erst einmal notwendige Rückkehr zum alten Deutschland führen wird, zum Deutschland des Tacitus, Karls des Großen, des Heiligen Römischen Reichs Deutscher Nation, zum Rheinbund. Ich wünschte mir eine enge schicksalhafte Verbindung der Gallier und Germanen." Für den Artikel vgl. Referat I A 3, Bd. 400.

Fontaine in „Le Monde“[13] über eine unerwünschte deutsche Aktivität in der Türkei vor.

Lucet distanzierte sich von allen drei Äußerungen und stimmte mir vor allem darin zu, daß es unzweckmäßig sei, wenn Frankreich eine von uns abweichende Ansicht zur Oder-Neiße-Frage öffentlich bekanntgebe.[14]

Lucet griff mit großer Emphase ein anderes Thema auf und erklärte, es sei absolut falsch, daß die französische Regierung den innenpolitischen Gegensatz in Deutschland[15] zu schüren suche. Sie nähmen auf die deutsche Innenpolitik überhaupt keinen Einfluß.

Ich antwortete, ich wollte das gern glauben. Im übrigen sollte man die innenpolitischen Kontroversen bei uns nicht überschätzen. Bei jedem der in letzter Zeit geführten außenpolitischen Gespräche habe sich volle Einigung zwischen allen Gesprächspartnern ergeben. Ich erwähnte besonders das Gespräch bei dem Herrn Bundeskanzler am Tegernsee im Mai dieses Jahres.[16]

Hiermit dem Herrn Minister[17] vorgelegt.

Carstens

Ministerbüro, VS-Bd. 8512

[13] In der Artikelserie „Les alliances en question“ stellte der Journalist André Fontaine am 3. September 1964 die Politik der Bundesrepublik gegenüber der Türkei als ein Beispiel für die unterschiedlichen Interessen beider Länder heraus: „Les intérêts contradictoires des deux agricultures ne suffisent pas à l'expliquer, non plus que la manière dont l'Auswärtiges Amt poursuit, en Turquie par exemple, une politique économique et culturelle que menace nos positions ou que le peu d'empressement avec lequel nos partenaires ont répondu à nos suggestions pour une politique d'investissements commune en Amérique latine.“ Vgl. LE MONDE, Nr. 6107 vom 3. September 1964, S. 2.

[14] Zur deutsch-französischen Kontroverse um die Frage der öffentlichen französischen Stellungnahmen zur Oder-Neiße-Linie vgl. Dok. 248.

[15] Zum innenpolitischen Konflikt zwischen „Gaullisten“ und „Atlantikern“ vgl. Dok. 194, Anm. 1.

[16] Zur Besprechung von Vertretern der CDU und CSU am 19./20. Mai 1964 in Gmund am Tegernsee vgl. Dok. 121, Anm. 12.

[17] Hat Bundesminister Schröder am 16. September 1964 vorgelegen, der handschriftlich für Vortragenden Legationsrat I. Klasse Simon vermerkte: „R[ücksprache] (+ meine Unterhaltung)“.

250

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Krapf

II 8-82-07/4436/64 geheim **17. September 1964**[1]

Betr.: Berlin-Klausel auf den Ratifikationsurkunden zum Teststopp-Vertrag[2]; hier: A. Demarche des amerikanischen Geschäftsträgers[3] bei St.S. II vom 9.9.1964
B. Verfahren bei der Hinterlegung der Ratifikationsurkunde in Moskau

A. I. Der amerikanische Geschäftsträger hat am 9.9. Herrn Staatssekretär Lahr ein Memorandum[4] übergeben, in dem starke Bedenken gegen unseren Entschluß, die Berlin-Klausel auf den Ratifikationsurkunden zum Teststopp-Vertrag anzubringen, erhoben werden. Nach dem sonst üblichen Verfahren wird die Berlin-Erklärung durch eine gesonderte Verbalnote notifiziert.

II. Unser Vorschlag, Berlin-Erklärung und Ratifikationsurkunden untrennbar miteinander zu verbinden, ist in der Bonner Vierer-Gruppe seit dem 19.2.1964 wiederholt konsultiert[5] worden. Vor allem die Briten, weniger die Amerikaner, haben dagegen Bedenken erhoben.[6] Beide haben uns empfohlen, ein Verfahren zu wählen, das unsere Hinterlegung in Moskau sicherstellt. Die Sowjets hätten sonst eine Möglichkeit, Argumente gegen unsere volle Vertragspartnerschaft vorzubringen, und könnten ihren Standpunkt in der Berlin-Frage propagandistisch unterstreichen. Diesen Hinweisen ist der Vertreter des Auswärtigen Amts jeweils mit den gebotenen Argumenten entgegengetreten.

Die Briten haben ausdrücklich und bis zuletzt davon abgeraten, Ratifikationsurkunde und Berlin-Erklärung miteinander zu verbinden. Die Amerikaner haben sich in den letzten Monaten nicht mehr geäußert, lediglich am 15. Juli noch eine Stellungnahme des State Departments in Aussicht gestellt.[7]

Die Franzosen, die sich als Nichtunterzeichnerstaat zurückhalten, haben eher Verständnis für unseren Vorschlag gezeigt.

III. Die Bedenken der Briten und Amerikaner haben uns nicht davon abhalten können, an unserem Vorschlag festzuhalten.

[1] Die Aufzeichnung wurde von den Legationsräten I. Klasse Gaerte und Hauber konzipiert.

[2] Für den Wortlaut des Teststopp-Abkommens vom 5. August 1963 vgl. DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1963, S. 291–293.
Zur Frage einer Einbeziehung von Berlin (West) vgl. bereits Dok. 78.

[3] Martin J. Hillenbrand.

[4] Dem Vorgang nicht beigefügt.

[5] Zur Konsultationsbesprechung vom 19. Februar 1964 vgl. die Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Oncken vom 20. Februar 1964; Abteilung II (II 8), VS-Bd. 294; B 150, Aktenkopien 1964.

[6] Großbritannien schlug wiederholt vor, die Ratifizierungsurkunde und die Berlin-Erklärung jeweils getrennt in Moskau zu übergeben. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Oncken vom 15. August 1964; Abteilung II (II 8), VS-Bd. 294; B 150, Aktenkopien 1964.

[7] Zur Konsultationsbesprechung mit Vertretern der Drei Mächte vom 15. Juli 1964 vgl. die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Oncken vom 16. Juli 1964; Abteilung II (II 8), VS-Bd. 294; B 150, Aktenkopien 1964.

Abteilung II hat dies in einer Aufzeichnung vom 7.4.1964 – II 8-82-07/1699/64 geheim – (Anlage 1)[8], die der Herr Minister genehmigt hat, u.a. wie folgt begründet:

1) Eine konsequente Vertretung unseres Berlin-Standpunktes läßt es nicht zu, auch nur eine der drei deutschen Ratifikationsurkunden ohne Berlin-Erklärung zu hinterlegen. Die Bundesregierung sollte eher auf die Hinterlegung in Moskau verzichten, als die Abweisung der Berlin-Erklärung hinnehmen.

2) Eine feste Verbindung von Ratifikationsurkunde und Berlin-Erklärung ist notwendig, um den Sowjets eine separate Zurückweisung der Berlin-Erklärung unmöglich zu machen.

3) Es erscheint sehr fraglich, ob die Sowjetunion, im Anschluß an eine etwaige Zurückweisung unserer Ratifikationsurkunde, der Bundesrepublik Deutschland die volle Vertragspartnerschaft abzusprechen versucht, denn die Sowjetunion ist daran interessiert, Konsequenzen für den Vertragsstatus der SBZ, die weder in Washington noch in London hinterlegen kann, zu vermeiden.

4) Eine Polemik der Sowjets zur Berlin-Frage ist auf jeden Fall zu erwarten, gleichgültig, ob wir die Berlin-Erklärung als gesonderte Verbalnote oder untrennbar mit der Ratifikationsurkunde verbunden übergeben.

5) Eine Belastung unseres Verhältnisses zu den Alliierten braucht nicht befürchtet zu werden. Die Briten und die Amerikaner haben auf Befragen in der Vierer-Gruppe erklärt, daß sie uns mit ihren Stellungnahmen in keiner Weise binden wollten. Uns stehe es frei, in Moskau zu verfahren, wie es uns richtig erscheine. (Punkt 5 wurde aufgrund der Konsultationsprotokolle ergänzt.)

IV. Die mit der Berlin-Klausel versehenen Ratifikationsurkunden sind inzwischen vom Herrn Minister gegengezeichnet worden. Die Ausfertigung durch den Herrn Bundespräsidenten sollte unmittelbar nach dessen Wiederaufnahme der Dienstgeschäfte (14.9.)[9] erfolgen.

V. In diesem fortgeschrittenen Stadium des Verfahrens erfolgte die amerikanische Demarche. Zu ihr nimmt Abteilung II wie folgt Stellung:

1) Das amerikanische Memorandum (Anlage 2)[10] wiederholt zum großen Teil früher – insbesondere von den Briten – vorgebrachte Bedenken, die sich an die mögliche Zurückweisung unserer Ratifikationsurkunde durch Moskau knüpfen. (Sowjetische Propagandamöglichkeiten gegen die Bundesrepublik, deren volle Vertragspartnerschaft, SBZ-Parallele etc.) Neu und überraschend sind jedoch der Nachdruck („strong hope"), mit dem die Amerikaner ihre Bedenken vorbringen, und das Gewicht, daß sie der Angelegenheit durch Entsendung ihres Geschäftsträgers gegeben haben.

[8] Die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Krapf vom 7. April 1964 wurde dem Vorgang beigefügt. Vgl. Abteilung II (II 8), VS-Bd. 294; B 150, Aktenkopien 1964.

[9] Bundespräsident Lübke nahm am 14. September 1964 nach einer vierwöchigen Kur in Bad Kissingen seine Dienstgeschäfte wieder auf. Vgl. dazu FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 213 vom 14. September 1964, S. 1.

[10] Dem Vorgang nicht beigefügt.

2) Die amerikanischen Argumente vermögen nicht zu überzeugen.[11] Es kann heute als gesicherte Meinung gelten, daß auch diejenigen Staaten, die nur bei einer Depositarmacht hinterlegen, als Vertragsparteien mit voller Rechtsstellung anzusehen sind.[12] Das ist auch von den Briten und Amerikanern nicht bestritten worden. Die SBZ-Parallele ist abwegig. Wir haben in allen drei Hauptstädten unterzeichnet[13], die SBZ hat in London und Washington nicht einmal einen Unterzeichnungsversuch unternommen. Abgesehen von der mangelnden Staatseigenschaft der SBZ fehlt es schon aus diesem Grunde für einen SBZ-Versuch, in Washington und London Ratifikationsurkunden zu hinterlegen, an der erforderlichen vertragsprozeduralen Voraussetzung.

Wir brauchen ferner keinesfalls zu befürchten, daß die Stellung der Bundesrepublik Deutschland als allein berechtigter Sprecherin des deutschen Volkes durch das vorgesehene Verfahren gefährdet würde. Im übrigen sind die unter III. 1) – 4) angeführten Argumente durch das amerikanische Memorandum nicht entkräftet worden; sie sind vielmehr voll aufrecht zu erhalten. Aus optischen Gründen wäre es zwar schöner, wenn wir auch in Moskau hinterlegten, mit dieser Frage sind aber keine Konsequenzen für unsere Rechtsstellung verbunden.

3) Die Frage ist vielmehr ausschließlich unter politischen Gesichtspunkten zu entscheiden. Sie läuft darauf hinaus, ob wir zu einem erneuten Versuch, unsere Berlin-Politik zu aktivieren, bereit sind, auch wenn wir dafür eine gewisse (wohl nur leichte) amerikanische Verstimmung in Kauf nehmen müssen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Amerikaner in ihrem Memorandum unsere Entscheidungsbefugnis anerkennen.

Referat II 1 weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß sich die Amerikaner seit Abschluß des Teststopp-Vertrages wiederholt unseren Initiativen in der Deutschland- und Berlin-Politik in den Weg gestellt haben, und zwar u.a.:

a) Anfang August 1963 Bekanntgabe unserer Absicht, einen eigenen Deutschland-Plan[14] – den überarbeiteten revidierten Friedensplan von 1963 – zu publizieren.

[11] Am 11. September 1964 nahm Vortragender Legationsrat I. Klasse Oncken eingehend zum amerikanischen Memorandum Stellung: „Das amerikanische Verhalten ist zu bedauern. Referat II 1 stellt fest, daß sich die Amerikaner seit Abschluß des Teststopp-Vertrages wiederholt unseren Bemühungen um eine Aktivierung der Deutschland- und Berlin-Politik in den Weg gestellt haben ... Referat II 1 schlägt vor, es aus grundsätzlichen Erwägungen bei der ursprünglichen Planung zu belassen, d.h. die Berlin-Klausel auf dem ersten Blatt des Ratifikations-Instruments zu vermerken. Aus seiner Zuständigkeit heraus hat Referat II 1 schwere Bedenken dagegen, daß den Sowjets eine Möglichkeit gegeben wird, eine gesondert vorgelegte Berlin-Klausel zurückzuweisen, während sie unser Ratifikations-Instrument annehmen. Ein Eingehen auf den amerikanischen Vorschlag würde bedeuten, daß wir uns auch in diesem Fall die Möglichkeit eines offensiven Vorgehens in Deutschland- und Berlin-Fragen durch die eigenen Verbündeten nehmen lassen, nachdem bereits die Sowjets tatkräftig bemüht sind, den Status quo in Deutschland und Berlin zu festigen." Vgl. Abteilung II (II 8), VS-Bd. 294; B 150, Aktenkopien 1964.

[12] Der Passus „als Vertragsparteien ... anzusehen sind" wurde von Staatssekretär Carstens hervorgehoben. Dazu handschriftliche Bemerkung, die wieder gestrichen wurde: „Die SBZ doch gerade nicht!"

[13] Vgl. dazu AAPD 1963, II, Dok. 308 und Dok. 314.

[14] Zum „Vorschlag des Auswärtigen Amts zur Lösung des Deutschland-Problems" vom 13. August 1963 vgl. AAPD 1963, II, Dok. 296.

Außenminister Rusk äußerte in einem Schreiben an den Bundesminister vom 28. August 1963[15] Bedenken. Auf die Einleitung dieser Initiative wurde verzichtet.[16]

b) Januar – Mai 1964 unsere Bemühungen, eine Deutschland-Initiative durch Vorlage des „Deutschland-Plans"[17] durch die drei Verbündeten einzuleiten.
Die Amerikaner (wie auch die Briten) erklärten dem Herrn Bundesaußenminister am 11. Mai 1964 in Den Haag, hierzu nicht in der Lage zu sein.[18] Von der Fortführung der Deutschland-Initiative in der von uns geplanten Form mußte abgesehen werden.

c) Im August 1964 unsere Bemühungen, in der Passierscheinfrage die Unterschriftsformel für Senatsrat Korber durch den Zusatz „Mit Zustimmung der für Berlin zuständigen Stellen" politisch zu „entschärfen".[19]
Die Amerikaner trugen am 20. August 1964 Bedenken vor, unter anderem mit der Begründung, diese Formel impliziere ein Tätigwerden der Bundesregierung in Berlin.[20] Der Zusatz mußte fallengelassen werden.

Vorschlag
Abteilung II ist der Meinung, daß wir im vorliegenden Falle auf unserem Standpunkt beharren und uns die Möglichkeit eines offensiven Vorgehens in der Berlin-Frage nicht nehmen lassen sollten.

Wir nehmen dabei in Kauf, bei der späteren Auseinandersetzung mit den Sowjets über die Pflichten einer Depositarmacht die Unterstützung unserer Verbündeten nicht in Anspruch nehmen zu können.

Da eine schriftliche Beantwortung des amerikanischen Memorandums nicht zweckmäßig erscheint, schlage ich vor, daß der Herr Staatssekretär dem amerikanischen Geschäftsträger mündlich unseren Standpunkt darlegt.[21]

15 Korrigiert aus: „1964".
Zum Schreiben des amerikanischen Außenministers vom 28. August 1963 an Bundesminister Schröder vgl. AAPD 1963, II, Dok. 322, besonders Anm. 3.

16 Vgl. dazu ADAP 1963, II, Dok. 319 und Dok. 321.

17 Für den Wortlaut der Deutschland-Initiative (Fassung vom 10. April 1964) vgl. Dok. 3 mit den Änderungen in Anm. 5, 9, 11–20 und 22. Zur englischsprachigen Neufassung vom 6. Mai 1964 vgl. Dok. 136, Anm. 4.

18 Zur Besprechung des Bundesministers Schröder mit den Außenministern der Drei Mächte vgl. Dok. 124.

19 Zum Versuch des Auswärtigen Amts, mit Hilfe der Unterschriftsformel zum Ausdruck zu bringen, „daß Korber mit Zustimmung sowohl der drei Verbündeten als auch der Bundesregierung gehandelt habe", vgl. die Aufzeichnung des Generalkonsuls Ruete vom 7. September 1964; Abteilung II (II 1), VS-Bd. 388; B 150, Aktenkopien 1964.
Zur Problematik der Unterschriftsformel vgl. auch Dok. 247, Anm. 33 und 34.

20 Generalkonsul Ruete wies am 24. August 1964 auf die Bedenken der Vertreter der Drei Mächte hin, „daß die Bundesregierung als eine ‚für Berlin zuständige Stelle' in Erscheinung tritt". Er bemerkte dazu, daß dies insofern im Sinne der Bundesrepublik sei, „als die jüngsten Erklärungen Ulbrichts, nur die drei Westmächte hätten ein Recht auf Beeinflussung der Passierscheingespräche, darauf abzielen, die Bundesregierung in Berlin auszuschalten. Eben in der indirekten Unterstreichung der Kompetenz der Bundesregierung für Berlin würde daher ein ‚Minus' für Pankow liegen, das anzustreben Inhalt und Ziel unserer Passierscheinpolitik seit Januar d.J. war."; Vgl. Abteilung II (II 1), VS-Bd. 61; B 150, Aktenkopien 1964.

21 Die Besprechung war für den 10. Oktober 1964 vorgesehen. Vgl. den Vermerk der Sekretärin des Staatssekretärs Carstens, Berner, vom 8. Oktober 1964; Abteilung II (II 8), VS-Bd. 294; B 150, Aktenkopien 1964.

B. Bei der Hinterlegung in Moskau ergibt sich noch folgendes Problem. Unsere Planung ist darauf gerichtet, die mit Berlin-Klausel versehenen Ratifikationsurkunden bis zur Hinterlegung geheim zu halten, um der Sowjetregierung die Vorbereitung von Gegenmaßnahmen zu erschweren. Es ist jedoch möglich, daß die Sowjets bereits bei der Vorbereitung des Hinterlegungsprotokolls Einsicht in unsere Ratifikationsurkunde fordern. Botschafter Groepper warnt davor, einer solchen Bitte nicht zu entsprechen.[22] Er sieht sonst die Gefahr, daß sich die Sowjetregierung durch die Berlin-Klausel „überrumpelt" fühlt und deshalb besonders heftig reagiert. Eine dadurch zu befürchtende Belastung der deutsch-sowjetischen Beziehungen müsse auch im Hinblick auf den Besuch Chruschtschows[23] vermieden werden. Für die Wahrung unseres Berlin-Standpunktes könne es keinen Unterschied machen, ob die Ratifikationsurkunde beim Termin selbst zurückgereicht werde, oder ob die Sowjets (bei vorheriger Einsichtnahme) von vornherein ihre Entgegennahme ablehnten.

Stellungnahme:
Bei dem Hinterlegungsverfahren ist entscheidend, daß wir vor der Weltöffentlichkeit unseren Willen bekunden, in allen drei Hauptstädten nur zu ratifizieren, wenn die Berlin-Klausel akzeptiert wird. Die Modalitäten der sowjetischen Zurückweisung spielen demgegenüber eine sekundäre Rolle. In jedem Falle können wir den Sowjets Verletzung ihrer Depositarpflichten vorwerfen. Jedoch sollte die Botschaft Moskau versuchen, nach Möglichkeit den taktischen Vorteil zu wahren, der in einer Geheimhaltung der Ratifikationsurkunde bis zum Hinterlegungstermin liegt, ohne dabei soweit zu gehen, den Sowjets einen Vorwand zu liefern, von einem „Überrumpelungsversuch" zu sprechen.

Vorschlag
Der Botschaft Moskau wird eine eingehende Weisung entsprechend obiger Stellungnahme erteilt.[24]

Hiermit dem Herrn Staatssekretär[25] mit der Bitte um Entscheidung vorgelegt.

Abteilung V hat mitgezeichnet.

gez. Krapf

Abteilung II (II 8), VS-Bd. 294

[22] Vgl. das Privatdienstschreiben des Botschafters Groepper, Moskau, vom 10. September 1964 an Generalkonsul Ruete; Abteilung II (II 8), VS-Bd. 294; B 150, Aktenkopien 1964.

[23] Zum geplanten Besuch des sowjetischen Ministerpräsidenten in der Bundesrepublik vgl. zuletzt Dok. 244. Vgl. weiter Dok. 263 und Dok. 286.

[24] Für den Drahterlaß vom 13. Oktober 1964 an Botschafter Groepper, Moskau, vgl. Abteilung II (II 8), VS-Bd. 294; B 150, Aktenkopien 1964.
Die UdSSR verweigerte die Annahme der Ratifizierungsurkunde. Vgl. dazu Dok. 366, Anm. 8.

[25] Hat Staatssekretär Carstens am 18. September 1964 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Ich stimme den Vorschlägen zu. Dem H[errn] Minister m[it] d[er] B[itte] um Zustimmung."
Hat Bundesminister Schröder am 20. September 1964 vorgelegen.

251

Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens

St.S. 1718/64 VS-vertraulich **19. September 1964**[1]

Betr.: Deutsch-französische Rüstungszusammenarbeit

Staatssekretär Gumbel berichtete in dem Gespräch mit Staatssekretär Lahr und mir am 16. September 1964 über die außergewöhnlichen Schwierigkeiten, die sich bei der Realisierung des Transall-Projekts[2] ergeben haben.

Zunächst war vorgesehen, daß Frankreich 200 Stück des neuen Typs einführen wollte und wir 120. Da jedoch die französischen Haushaltsmittel mehr und mehr auf die Force de frappe konzentriert werden, sank der französische Anteil im Laufe der Zeit immer weiter ab. Jetzt hat Frankreich es übernommen, 50 Stück der Transall bei sich einzuführen. Aber es ist zweifelhaft, ob diese Zahl eingehalten wird.

Damit verstößt das Projekt gegen den seitens des Verteidigungsministeriums mit Recht geforderten Grundsatz, daß wir im Ausland nur solche Rüstungsgüter kaufen sollten, die das betreffende Land auch in großem Umfang für seine eigenen Zwecke produziert. Andernfalls entsteht die sehr unerwünschte Situation, daß eine ausländische Industrie mehr oder minder ausschließlich von deutschen Bestellungen lebt.

Eine zweite Schwierigkeit beim Transall besteht darin, daß die Franzosen unserem Wunsch nach Zulieferung von Ausrüstungsteilen durch die deutsche Industrie sehr reserviert gegenüberstehen. Wir hatten den Wunsch, daß die elektronische Anlage durch deutsche Firmen hergestellt und geliefert werden sollte. Die Franzosen haben sich dem so hartnäckig widersetzt, daß am Schluß kaum noch eine nennenswerte deutsche Beteiligung zustande kam.

Es ist klar, daß die Kombination der beiden Entwicklungstendenzen (Reduzierung der von Frankreich zu übernehmenden Anzahl von Flugzeugen und Verminderung des deutschen Anteils an der Gesamtproduktion) im Ergebnis für uns sehr unbefriedigend ist.[3]

gez. Carstens

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 419

[1] Durchschlag als Konzept.

[2] Zum Projekt eines deutsch-französischen Transportflugzeugs vgl. bereits Dok. 183, Anm. 32.

[3] Am 23. September 1964 hielt Staatssekretär Carstens ein Gespräch mit dem französischen Botschafter fest. De Margerie habe erklärt, ihm sei von Verteidigungsminister Messmer gesagt worden, „daß Frankreich in immer größerem Umfang Vereinbarungen über militärische Zusammenarbeit mit Großbritannien treffe. Dadurch werde der Raum für eine Zusammenarbeit mit Deutschland leider immer kleiner. Wenn man überhaupt etwas Ernsthaftes unternehmen wolle, müsse dies bald geschehen." Carstens vermerkte, er habe demgegenüber auf die Schwierigkeiten hingewiesen, „die sich bei dem Transall-Geschäft ergeben hätten", und gebeten, „dafür zu sorgen, daß die französischen Behörden in der Frage der Rüstungszusammenarbeit eine konstruktivere und vor allem eine auf weitere Sicht zugeschnittene Politik betrieben." Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 419; B 150, Aktenkopien 1964.
Vgl. weiter Dok. 260.

252

Gespräch des Staatssekretärs Carstens mit dem sowjetischen Botschafter Smirnow

Z A 5-114.A/64 **21. September 1964**[1]

Am 21. September 1964 empfing der Staatssekretär des Auswärtigen Amts Professor Dr. Carstens den sowjetischen Botschafter Smirnow zu einer Unterredung, die auf Wunsch des Herrn Staatssekretärs zustande gekommen war.

Nach einleitenden Worten sagte der Herr *Staatssekretär*, daß ihn der Fall Schwirkmann[2] mit großer Sorge erfülle. Er wolle ausdrücklich darauf hinweisen, daß die Bundesregierung diesem Zwischenfall große Bedeutung beimesse. Wie dem Botschafter sicherlich bekannt sei, habe auch die westdeutsche Presse wiederholt zu dieser Angelegenheit Stellung genommen.[3] Der Gesundheitszustand Schwirkmanns habe sich nach einer anfänglichen Besserung in den letzten Tagen wieder verschlechtert, und Schwirkmann habe große Schmerzen zu ertragen. Die Bundesregierung erwarte, baldigst[4] eine Antwort von der sowjetischen Regierung auf ihren Protest[5] zu erhalten, was im Interesse der Beziehungen zwischen den beiden Ländern läge.

Botschafter *Smirnow* antwortete, er habe bereits im Gespräch mit dem Herrn Bundesaußenminister seine Ansicht zu diesem Fall dargelegt[6], doch sei er gern bereit, seine Ausführungen noch einmal zu wiederholen und zu ergänzen.

[1] Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Legationsrat Buring gefertigt.

[2] Am 6. September 1964 wurde auf Legationssekretär Schwirkmann, Moskau, während eines Gottesdienstes in Sagorsk ein Giftgasanschlag verübt. Mit schweren Verletzungen wurde er am 8. September 1964 in die Bundesrepublik gebracht.
Zum Ablauf des Geschehens vgl. auch die Aufzeichnung des Referats II 4 vom 1. Oktober 1964; Abteilung II (II 4), VS-Bd. 249; B 150, Aktenkopien 1964. Vgl. dazu ferner DER SPIEGEL, Nr. 39 vom 23. September 1964, S. 31 f.

[3] Presseberichten zufolge war Legationssekretär Schwirkmann damit beauftragt, die Räume der Botschaft in Moskau auf etwaige Abhöranlagen zu untersuchen. Diese Tätigkeit wurde als Hinweis darauf gewertet, daß es sich bei dem Anschlag um eine Aktion des sowjetischen Geheimdienstes gehandelt haben könnte. Vgl. DIE WELT, Nr. 214 vom 14. September 1964, S. 1. Vgl. auch FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 215 vom 16. September 1964, S. 2.

[4] Die Worte „erwarte, baldigst" wurden von Staatssekretär Carstens handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „hoffe, recht bald".

[5] Am 11. September 1964 übergab Bundesminister Schröder dem sowjetischen Botschafter Smirnow eine Protestnote, in der eine Aufklärung des Vorfalls verlangt wurde. Für den Wortlaut vgl. Ministerbüro, VS-Bd. 8420; B 150, Aktenkopien 1964.

[6] Das Gespräch des Bundesministers Schröder mit Botschafter Smirnow fand am 11. September 1964 statt. Smirnow lehnte eine Stellungnahme zu den Vorfällen in Sagorsk ab und wandte sich gegen Mutmaßungen, wonach „irgendwelche politischen Stellen mit einem solchen Anschlag etwas zu tun hätten". Er erläuterte seine Bemerkungen mit der Feststellung, „nach dem Kriege hätten leider viele verbrecherische Elemente, die während der Besatzungszeit mit den deutschen Behörden, insbesondere der deutschen Polizei, zusammengearbeitet hätten, in der russischen orthodoxen Kirche Zuflucht gefunden, wo sie leider trotz aller Bemühungen nicht immer ausfindig gemacht werden könnten. Auf jeden Fall könne es sich bei dem Anschlag, wenn er tatsächlich stattgefunden habe, nur um den Akt eines Kriminellen handeln." Vgl. die Aufzeichnung vom 14. September 1964; Ministerbüro, Bd. 242.

Anmerkung: Anschließend verlas der Botschafter eine Erklärung in deutscher Sprache (Text siehe Anlage[7]).

Der Herr *Staatssekretär* antwortete, er habe von der Erklärung Kenntnis genommen, daß sowjetische Behörden nichts mit der Sache zu tun hätten. Dennoch müsse er die Erklärung als unbefriedigend bezeichnen[8], und zwar aus folgenden Gründen: 1) In der Erklärung fehle die Zusicherung, daß die sowjetischen Behörden bestrebt sein werden, den Täter ausfindig zu machen, und daß sie ihn nach seiner Ergreifung bestrafen werden. 2) In der Erklärung vermisse er den Ausdruck des Bedauerns von seiten des sowjetischen Botschafters bzw. der sowjetischen Regierung über diesen ernsten Zwischenfall. Man dürfe schließlich nicht vergessen, daß der Betroffene einen diplomatischen Status habe. Aufgrund dieser Tatsache habe er ein Anrecht auf den Schutz von seiten der sowjetischen Behörden während seines Aufenthalts in der Sowjetunion.

Botschafter *Smirnow* erwiderte, daß Schwirkmann, dessen Zustand von dem Herrn Staatssekretär als sehr ernst bezeichnet werde, immerhin in der Lage gewesen sei, einer bayerischen Illustrierten gewisse Einzelheiten über den Zwischenfall mitzuteilen, die demnächst veröffentlicht werden sollen. Was den Schutz ausländischer Diplomaten in der Sowjetunion anbelange, so wolle er feststellen, daß wohl in keinem anderen Lande der Welt dieser Schutz in einem derartigen Umfange sichergestellt sei wie in der Sowjetunion. Der Fall Schwirkmann sei für die zuständigen sowjetischen Behörden ein Rätsel, und seine Aufklärung werde ganz besonders durch den Umstand erschwert, daß keine sowjetische Behörde in Moskau, weder unmittelbar nach dem Zwischenfall noch in den darauffolgenden Tagen, von der Angelegenheit unterrichtet worden sei. Vielmehr sei der Vorfall von der Botschaft der Bundesrepublik in Moskau so streng geheim gehalten worden, daß in Moskau ansässige deutsche Journalisten und sogar deutsche Botschaftsangehörige, wie ihm bekannt geworden sei, erst am 13. September aus der Presse davon erfahren hätten. Hätte sich hier in Bonn etwas Ähnliches ereignet, so hätte er selbstverständlich unverzüglich dem Auswärtigen Amt und den zuständigen Polizeibehörden Meldung gemacht mit dem Ziel, die Aufklärung des Falles dadurch zu erleichtern.

Die ganze Angelegenheit sei jedenfalls sehr rätselhaft. Im Augenblick könne er nichts weiter dazu sagen, sondern lediglich versprechen, daß er sofort mit dem Auswärtigen Amt Fühlung aufnehmen werde, falls er irgendwelche Nachrichten über diesen Fall aus Moskau erhalten sollte. Gerade jetzt, wo in Moskau sehr ernste Überlegungen über das Verhältnis zwischen den beiden Ländern angestellt würden, sei die Nachricht über diesen Zwischenfall wie ein Blitz aus heiterem Himmel gekommen.

[7] Dem Vorgang beigefügt. Vgl. Büro Staatssekretär, Bd. 400.

[8] Der Passus „antwortete, er habe ... bezeichnen" ging auf Streichungen und handschriftliche Einfügungen des Staatssekretärs Carstens zurück. Dafür wurde gestrichen: „dankte für die Erklärung und stellte sodann fest, daß er sie, wenngleich auch darin versichert werde, daß sowjetische Behörden nichts mit der Sache zu tun hätten, als unbefriedigend bezeichnen müsse".

Der Herr *Staatssekretär* sagte darauf, auch er habe den Vorfall als außerordentlich störend empfunden, und er stelle sich jetzt die Frage, wie man die Sache aus der Welt schaffen könnte. Über die beabsichtigten Veröffentlichungen Schwirkmanns in einer bayerischen Illustrierten, von denen der Botschafter gesprochen habe, sei ihm auch nur das bekannt, was aus einer kürzlich in der Presse erschienenen Notiz zu entnehmen sei. Der Botschafter wisse jedoch genauso gut wie er selbst, daß keineswegs alles, was die Presse berichte, zutreffend sei.

Zu dem Vorwurf der sowjetischen Seite, die Deutsche Botschaft habe es unterlassen, sich sofort nach dem Zwischenfall an die sowjetischen Behörden zu wenden, wolle er folgendes feststellen: Erstens habe Schwirkmann, als er in der Kirche in Sagorsk den leichten Schlag an seinem linken Oberschenkel verspürt habe, gar nicht wissen können, worum es sich dabei eigentlich handele. Dies sei ihm und seiner Begleitung erst später klar geworden. Daß er nach einiger Zeit, als die Schmerzen immer stärker wurden, den Wunsch geäußert habe, in ein deutsches Krankenhaus eingeliefert zu werden, sei doch durchaus verständlich. Zweitens habe es die Bundesregierung bewußt vermieden, sofort eine offizielle[9] Erklärung zu dem Fall abzugeben, weil sie eine leichtfertige Belastung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern vermeiden und sich daher zunächst[10] Klarheit über den Fall verschaffen wollte. Sie habe bei ihren Ermittlungen ein großes Maß an Sorgfalt walten lassen, bevor sie eine offizielle Erklärung zu dieser Angelegenheit abgegeben habe.

Zu der Andeutung des Botschafters, daß man sich zur Zeit in Moskau sehr ernsthaft mit den Beziehungen zwischen den beiden Ländern befasse, wolle er feststellen, daß auch ihn die Frage einer eventuellen Zusammenkunft zwischen den beiden Regierungschefs[11], auf die der Botschafter ja zweifellos angespielt habe, sehr stark beschäftige. Er bitte daher den Botschafter der sowjetischen Regierung klarzumachen, daß die Bundesregierung eine voll befriedigende Erklärung der sowjetischen Seite zu dem Fall Schwirkmann erwarte. Die heute von dem Botschafter abgegebene Erklärung müsse er als unbefriedigend bezeichnen, da sie, wie schon erwähnt, weder die Zusage enthalte, daß man sowjetischerseits bestrebt sein werde, den Täter zu ergreifen und einer gerechten Bestrafung zuzuführen, noch den Ausdruck des Bedauerns über diesen ungewöhnlichen Vorfall.

Er hoffe, daß der Fall Schwirkmann nicht zu einer nachhaltigen Belastung der Beziehungen und zu einem Hindernis bei dem geplanten Treffen der Regierungschefs werde. Was nun den Termin für ein eventuelles Treffen anbelange, so wolle er den sowjetischen Botschafter fragen, ob sowjetischerseits schon irgendwelche diesbezüglichen Vorstellungen vorhanden seien. Deut-

[9] Die Wörter „sofort eine offizielle" gingen auf Streichungen und handschriftliche Einfügungen des Staatssekretärs Carstens zurück. Dafür wurde gestrichen: „sofort an die zuständigen sowjetischen Behörden zu wenden bzw. eine offizielle".

[10] Die Worte „daher zunächst" wurden von Staatssekretär Carstens handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „erst einmal".

[11] Zum geplanten Besuch des Ministerpräsidenten Chruschtschow in der Bundesrepublik vgl. zuletzt Dok. 244. Vgl. weiter Dok. 263 und Dok. 286.

scherseits halte man einen Termin in der zweiten Januarhälfte oder[12] in der letzten Januardekade für geeignet.

Botschafter *Smirnow* antwortete, ihm sei über sowjetische Terminvorstellungen nichts bekannt. Er werde die soeben von dem Herrn Staatssekretär erhaltene Anregung unverzüglich nach Moskau weitermelden und nach Erhalt einer Antwort diese sofort dem Auswärtigen Amt mitteilen.

Der Herr *Staatssekretär* sagte, er schlage vor, sich auf diesem Wege über den Termin zu verständigen, worauf dann die formelle Einladung zu dem vereinbarten Termin erfolgen werde.

Botschafter *Smirnow* erklärte sich mit diesem Vorschlag einverstanden und versicherte nochmals, daß er sich, falls er aus Moskau etwas Neues über den Fall Schwirkmann oder in der Terminfrage betreffend den Besuch Chruschtschows erfahren sollte, umgehend an das Auswärtige Amt wenden werde.[13]

Die Unterredung dauerte von 16.00 Uhr bis 16.40 Uhr.

Büro Staatssekretär, Bd. 400

[12] An dieser Stelle wurde von Staatssekretär Carstens gestrichen: „genauer gesagt".

[13] Am 23. September 1964 überreichte Botschafter Smirnow Bundesminister Schröder eine weitere Erwiderung auf den Protest der Bundesregierung. Vgl. Ministerbüro, VS-Bd. 8420.
Mit Verbalnote vom 29. September 1964 wiederholte die Bundesregierung „ihr dringendes Ersuchen um volle Aufklärung des Attentats und um Bestrafung der Schuldigen". Vgl. Abteilung II (II 4), VS-Bd. 249; B 150, Aktenkopien 1964.
In der Antwort vom 10. Oktober 1964 bekräftigte die sowjetische Regierung die bisherige Darstellung, daß keine Dienststellen mit dem Anschlag auf Legationssekretär Schwirkmann in Verbindung zu bringen seien. Die Note schloß mit der Formulierung: „Sicherlich kann man es nur bedauern, wenn derartige Taten begangen werden, die man schwerlich anders einschätzen kann denn als Versuch, die Beziehungen zwischen beiden Ländern zu komplizieren." Vgl. AdG 1964, S. 11496.
Am 19. Oktober 1964 erklärte Bundeskanzler Erhard, daß er den Fall Schwirkmann als „erledigt" betrachte. Vgl. BULLETIN 1964, S. 1441.

253

Botschafter von Keller, Genf (Internationale Organisationen), an das Auswärtige Amt

Z B 6-1/7277/64 VS-vertraulich **Aufgabe: 21. September 1964, 11.00 Uhr**
Fernschreiben Nr. 605 **Ankunft: 21. September 1964, 18.15 Uhr**

Betr.: Die Nichtverbreitung von Kernwaffen[1], die MLF und die Rolle der Bundesrepublik Deutschland in der Sicht der Neutralen
Die Genfer Abrüstungskonferenz als Gradmesser für die Haltung der Neutralen während der 19. VN-Vollversammlung[2]

Die Nichtverbreitung von Kernwaffen (NV) ist seit langem Gegenstand bilateraler amerikanisch-sowjetischer Besprechungen. Beide Länder haben ihre Gesetzgebung – McMahon-Act[3] – und Politik an dem Grundsatz der NV ausgerichtet und diesem Prinzip auch in ihren beiden, der Genfer Abrüstungskonferenz vorliegenden Abrüstungsplänen Ausdruck gegeben.[4] Sie befinden sich dabei in Übereinstimmung mit der überwältigenden Mehrheit der Staaten der Welt, was sich in der einstimmigen Annahme der Resolution Nr. 1665, der sogenannten irischen Resolution, durch die 16. VN-Vollversammlung am 4.12.1961 niederschlug.[5]

Schon bei der Abfassung der irischen Resolution hatten die Westmächte, voran die USA, auf einen Text Wert gelegt, der multilaterale oder ähnliche Konstruktionen einer gemeinsamen, nicht nationalen Einsatzbefugnis und Verfügungsgewalt von Kernwaffen innerhalb der NATO gestatten könnte (... relinquishing control ... *to states*; ... *states* ... would undertake not to ... acquire control of such weapons). Als dann das MLF-Projekt sich konkretisierte, machten die Sowjets den Amerikanern von vornherein klar, daß sie dieses als nicht in Übereinstimmung mit der irischen Resolution ansahen und ein NV-Abkommen nur abschließen würden, wenn auch die MLF dadurch unmöglich gemacht würde.[6]

[1] Zur Frage der Nichtverbreitung von Atomwaffen vgl. auch Dok. 133.

[2] Die 19. UNO-Generalversammlung wurde am 1. Dezember 1964 in New York eröffnet.

[3] Vgl. dazu Dok. 66, Anm. 16.

[4] Zur Botschaft des Präsidenten Johnson vom 21. Januar 1964 an die Konferenz der 18-Mächte-Abrüstungskommission vgl. Dok. 38, Anm. 2.
Für den Wortlaut des sowjetischen Memorandums vom 28. Januar 1964 über „Maßnahmen zur Abschwächung des Wettrüstens und zur Verringerung der internationalen Spannung" vgl. EUROPA-ARCHIV 1964, D 173–176.

[5] Zur UNO-Resolution vom 4. Dezember 1961 vgl. Dok. 39, Anm. 4.

[6] Während der Gespräche mit dem amerikanischen Außenminister Rusk und dem britischen Außenminister Lord Home am 3. Oktober 1963 äußerte der sowjetische Außenminister Gromyko, „daß die multilaterale Atomstreitmacht dem Grundsatz der Nichtverbreitung widerspreche". Auch in der Unterredung mit Präsident Kennedy am 10. Oktober 1963 blieb der Verzicht auf die MLF für Gromyko „nach wie vor die Voraussetzung für Vereinbarungen" über die Nichtverbreitung von Kernwaffen. Vgl. die Drahtberichte des Botschafters Freiherr von Braun, New York (UNO), vom 4. Oktober 1963 und des Gesandten von Lilienfeld, Washington, vom 11. Oktober 1963; Abteilung V (V 1), VS-Bd. 187, und Abteilung II (II 4), VS-Bd. 196; B 150, Aktenkopien 1963.

Auf Drängen der Sowjets und ursprünglich gegen den Willen der Amerikaner wurde das Thema NV schließlich aus dem bilateralen Gesprächsrahmen herausgenommen und Gegenstand der Verhandlungen der letzten Sitzungsperiode der Genfer Abrüstungskonferenz.[7] Die hier anwesenden 8 Neutralen[8] wurden daher mit den Ansichten der beiden Antagonisten konfrontiert und gezwungen, Stellung zu nehmen. Obwohl sie das ungern taten und sich in der Debatte versuchten zurückzuhalten, gelang es den Sowjets immer mehr, einige der wichtigsten ungebundenen Länder von ihrem Standpunkt zu überzeugen, das geschah hauptsächlich durch die Androhung der Möglichkeit, daß ein NV-Abkommen verweigert werden würde, wenn es zur Schaffung einer MLF käme. Die Sowjets rechnen nun damit, für ihren Standpunkt immer mehr Unterstützung zu finden. Sie werden das besonders in der 19. VN-Vollversammlung auszuwerten versuchen. Daß dabei die Bundesrepublik, wie schon während der Genfer Verhandlungen, in die erste Schußlinie geraten wird, ist leider nur allzu deutlich. Jedenfalls haben wir uns damit auseinanderzusetzen, daß die Schaffung der MLF nicht mehr nur ein Problem innerhalb der NATO oder der Ost-West-Auseinandersetzung ist, sondern eines, das unser Verhältnis zu jedem einzelnen Staat der ungebundenen Welt berührt.

I. Die von den Sowjets in Genf vertretenen Argumente lassen sich wie folgt zusammenfassen:

– Die MLF ist eine Form der Verbreitung von Kernwaffen; sie wird ähnliche Arrangements in allen Teilen der Welt nach sich ziehen.
– Die MLF und die NV sind daher nicht vereinbar; die MLF steht im Widerspruch zur irischen Resolution.[9]
– Die MLF ist selbst im Westen umstritten: nur die Hälfte der NATO-Staaten hat sich zu Vorverhandlungen bereit erklärt, davon sind Belgien, Großbritannien, Italien und die Niederlande noch unentschieden, Griechenland und die Türkei haben andere Sorgen, somit bleiben nur die USA und die Bundesrepublik. Da die USA die MLF nicht brauchen, verbleibt nur die Bundesrepublik, deren „nuklearen Durst" es zu löschen gilt.
– Die Bundesrepublik ist bereit, 40 Prozent der Kosten der MLF zu bestreiten.[10] Das tut sie nicht, um nur an den Sicherheitshebel und nicht an den Abzugshebel zu gelangen. Die Bundesrepublik wird eventuelle Einschränkungen des MLF-Vertrages abzuschütteln und schließlich die alleinige Verfügungsgewalt über Kernwaffen zu erlangen wissen.

[7] Die Genfer Abrüstungskonferenz beriet bis zum 17. September 1964 und vertagte sich dann bis zum Frühjahr 1965.

[8] Brasilien, Birma, Äthiopien, Indien, Mexiko, Nigeria, Schweden und die VAR.

[9] Zum Verhältnis zwischen dem Prinzip der Nichtverbreitung von Atomwaffen und der MLF vgl. auch Dok. 238 und Dok. 263.

[10] Der Bundesverteidigungsrat beschloß am 7. Juli 1964 eine Beteiligung der Bundesrepublik an der MLF in Höhe von 30% der Gesamtkosten. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Krapf vom 8. Juli 1964; Abteilung II (II 7), VS-Bd. 688; B 150, Aktenkopien 1964.

– Die Haltung der Amerikaner ist widersprüchlich. Sie behaupten, daß die MLF die beste Alternative zu weiteren nationalen Kernstreitkräften in Europa darstelle. Damit beweisen sie, daß sie den Deutschen, denen Vertrauen entgegenzubringen die Sowjets aufgefordert werden, selbst nicht trauen: eine nationale Kernmacht der Deutschen könnte doch keine wirkliche Alternative sein, wenn die Amerikaner den deutschen Verzichten auf ABC-Waffen, Gewaltanwendung usw. wirklich vertrauen.

Deswegen wird die Sowjetunion ein NV-Abkommen nicht abschließen und geeignete Gegenmaßnahmen ergreifen, wenn die MLF geschaffen wird.

II. Die Amerikaner haben folgende Argumente in Genf vertreten:

– Die MLF ist defensiv.
– Sie stellt eine verantwortlich kontrollierte Abschreckung gegen die von den Sowjets aufgebaute Bedrohung Europas durch MRBMs dar.[11] Sie ist dabei noch weit davon entfernt, ein Gleichgewicht in Europa in diesem Bereich herzustellen.
– Die MLF ist konzipiert in Übereinstimmung mit der amerikanischen Politik der NV von Kernwaffen unter der irischen Resolution, weil keine Kernwaffen in die nationale Verfügungsgewalt dritter Staaten übergehen.
– Die MLF soll die politischen Bindungen zwischen den Mitgliedern der NATO verstärken.
– Die Bundesrepublik, die auf Gewaltanwendung als Mittel der Politik und auf die Produktion von ABC-Waffen verzichtet hat[12] und dem Moskauer Teststoppabkommen beigetreten ist[13], wird an der nuklearen Verantwortung für die Verteidigung Europas im Rahmen des Bündnisses beteiligt, ohne daß sie die Einsatzbefugnis über die Waffen erhält oder die Möglichkeit hat, sie über die MLF zu erwerben.

Wir haben in Gesprächen mit den Neutralen hier die Auffassung vertreten, daß wir mit der Beteiligung an der MLF einen Beitrag zum Zusammenhalt des Bündnisses und zur Verteidigung Europas in der unserer Lage und Bedeutung angemessenen Weise leisten, ohne nationale Einsatzbefugnis zu erhalten. Wir wünschen diese Einsatzbefugnis nicht und streben sie nicht an. Wir sind bereit, ein NV-Abkommen auf der Basis der irischen Resolution abzuschließen, wenn

1) die MLF oder ein gleichwertiges Arrangement gesichert ist;
2) die Beteiligung aller „potential nuclear powers" gesichert ist;

[11] Zur Bedrohung Westeuropas durch sowjetische Mittelstreckenraketen und zur Forderung von SACEUR, der NATO entsprechende Systeme zur Verfügung zu stellen, vgl. Dok. 14, Anm. 39, und Dok. 149.

[12] Zum Gewaltverzicht der Bundesrepublik gegenüber anderen Staaten vgl. Dok. 36, Anm. 24, und Dok. 68, Anm. 5.
Zum Verzicht auf die Herstellung von atomaren, biologischen und chemischen Waffen vgl. Dok. 27, Anm. 27.

[13] Für den Wortlaut des Teststopp-Abkommens vom 5. August 1963 vgl. DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1963, S. 291–293.
Zur Unterzeichnung durch die Bundesrepublik vgl. AAPD 1963, II, Dok. 308 und Dok. 314.

3) die SBZ nur in einer Weise in die Verpflichtungen einbezogen wird, die eine Statusverbesserung ausschließt.[14]

(Das Argument, die MLF sei geeignet, nationale Atomwaffen zu verhindern, hat die Vertretung im Interesse der Glaubwürdigkeit unseres ABC-Verzichtes zu verwenden gezögert, um nicht den Sowjets Schützenhilfe dabei zu leisten, die Bundesrepublik zu verdächtigen. – Siehe oben I. am Ende –)

Die Briten, Kanadier und Italiener haben die Amerikaner in den Verhandlungen unterstützt.

III. Die Neutralen sahen es nicht gern, in dieser west-östlichen Auseinandersetzung Stellung beziehen zu sollen. Sie hatten wohl auch die Absicht, sich möglichst herauszuhalten. Einige sahen sich schließlich zu Stellungnahmen und Vermittlungsvorschlägen genötigt, weniger wohl wegen der massiven Angriffe gegen die MLF und den Westen, besonders die Bundesrepublik, als vielmehr in Anbetracht der Drohung, die Sowjetunion werde im Falle der Schaffung der MLF ein NV-Abkommen verweigern und geeignete Gegenmaßnahmen ergreifen. Die Stellungnahmen lassen sich etwa folgendermaßen zusammenfassen:

– Es ist nicht eindeutig zu klären, ob die MLF in Übereinstimmung mit der irischen Resolution ist oder nicht (Mexiko, Indien, VAR, Nigerien). Es ist jedoch klar, daß die irische Resolution in der weitest möglichen Form auszulegen ist, so daß auch die Weitergabe an Staaten oder Staatengruppen unter gemeinsamer Kontrolle darunter fällt (Indien). Die MLF ist in jedem Falle eine Veränderung der bestehenden nuklearen Verhältnisse (the present nuclear arrangements) (Indien, VAR) und widerspricht daher dem Geiste der NV-Verhandlungen. MLF-Verhandlungen und NV-Verhandlungen vertragen sich nicht.
– Eine Notwendigkeit zur Schaffung der MLF wird nicht anerkannt. Die vorhandene Abschreckung genügt, der circulus vitiosus von Abschreckung und Gegenmaßnahmen muß durchbrochen werden (Indien); siehe hierzu Schriftbericht Nr. 166/64 VS-vertraulich vom 27.7.64[15] über die Ansichten Nehrus.
– Zwar ist die MLF wahrscheinlich keine Verbreitung von Kernwaffen an Staaten, aber sie ist eine Verbreitung von Kernwaffen (Nigerien).
– Eine in Sicht erscheinende VN-Vereinbarung ist durch die MLF blockiert. Es ist daher gar nicht so wichtig, zu entscheiden, ob die MLF Verbreitung ist oder nicht, denn die Tatsache bleibt, daß die Ostblockstaaten die MLF als Verbreitung betrachten und entsprechend reagieren.
– Die Westmächte sollten die MLF-Verhandlungen wenigstens für eine fest zu bestimmende Periode unterbrechen, um einen ungestörten Verlauf der NV-Verhandlungen zu gewährleisten und ihnen eine Chance zu geben (VAR, In-

[14] Zu den Bemühungen der Bundesrepublik, eine Statusverbesserung der DDR zu vermeiden, vgl. auch Dok. 221.

[15] Am 27. Juli 1964 hielt Legationsrat I. Klasse Diesel die Äußerungen des Leiters der indischen Abrüstungsdelegation, Nehru, fest, der an die Bundesregierung appelliert habe, „sie könne einen sehr großen Beitrag zur Entspannung, zur Abrüstung, für die Genfer Verhandlungen und für das gesamte weltpolitische Klima leisten, wenn sie zwar nicht auf die MLF ausdrücklich verzichte, aber doch erkläre, solange erfolgversprechende Nicht-Verbreitungs-Verhandlungen liefen, verzichte sie auf MLF-Verhandlungen". Vgl. Abteilung II (II 8), VS-Bd. 284; B 150, Aktenkopien 1964. Vgl. auch Dok. 238.

dien, Mexiko, Nigerien). Während dieser Pause könnte eine Expertengruppe klären, ob die MLF Verbreitung ist oder nicht (VAR, von Indien abgelehnt).

IV. Prognosen und Anregungen für die 19. VN-Vollversammlung

Die in Genf geleistete Vorarbeit garantiert den Sowjets, daß das Thema NV und MLF nicht nur auf die Tagesordnung gesetzt werden wird, sondern ein breites, voraussehbares Echo unter den Neutralen auslösen wird. Das Ausmaß ihres Erfolges hängt nur noch von ihrer Taktik ab.

Die Sowjets können wohl nicht damit rechnen, daß ein Resolutionsentwurf, der sich eindeutig und ausdrücklich gegen die MLF wendet, eine klare Reaktion der Neutralen erzielen wird. Ebensowenig scheint eine Resolution, die auf eine Interpretation oder Ergänzung der irischen Resolution abzielt, sehr wahrscheinlich, denn es widerspricht den Gepflogenheiten, einmal verabschiedete Resolutionen wieder aufzugreifen (der indische Delegierte Nehru äußerte sich in diesem Sinn). So bleibt als wahrscheinliche, auch in Gesprächen mit den Neutralen hier bestätigte Möglichkeit, daß ein Resolutionsentwurf eingebracht wird, der die NV neu dergestalt definiert, daß auch die Weitergabe von Kernwaffen an Staatengruppen unter deren gemeinsamer Kontrolle oder Einsatzbefugnis ausgeschlossen ist. Ein solcher Resolutionsentwurf kann mit mindestens der erforderlichen Zweidrittelmehrheit rechnen, vielleicht sogar mit überwältigender Mehrheit unter Isolierung der NATO-Länder, von denen [sich] womöglich auch noch einige der Stimme enthalten werden. – Die bevorstehende Konferenz in Kairo[16] wird wahrscheinlich einigen Aufschluß über die Vorstellungen der Neutralen hierzu ergeben.

Die Aussicht, daß bis zum Beginn der Debatten im Ersten Politischen Ausschuß der VN-Vollversammlung, mit dem spätestens Anfang Januar 1965 zu rechnen ist, die Pariser Verhandlungen[17] zum Abschluß geführt haben und die Sowjets sich dann mit der neuen Situation abfinden und auf ihrer Grundlage schließlich doch einen NV-Vertrag abschließen würden, ist keine große Hoffnung. Auch wenn die MLF bis dahin in Paris vereinbart sein sollte, bleibt bis zu ihrer Ratifizierung genügend Zeit, die öffentliche Meinung zu mobilisieren und Druck auf die Parlamente auszuüben. Es wäre also wohl nicht mit einem Nachlassen der sowjetischen Agitation, sondern mit ihrer Zunahme auf Grund der neuen Resolution zu rechnen.

Unsere Befürchtungen werden von den westlichen Delegationen hier voll geteilt. Mr. Foster, der amerikanische Delegationsleiter und Direktor der Arms Control and Disarmament Agency, meinte, daß der Westen während der nächsten Vollversammlung einen besonders schweren Stand haben werde. Es stehe dabei nur fest, daß die USA nicht beabsichtigen, die MLF-Verhandlungen aufzugeben, nur weil die Sowjetunion sie als Vorwand für ihre Weigerung zum Abschluß eines NV-Abkommens auf der Basis der irischen Resolution benutze. Die Vorschläge, die in Paris diskutiert werden, würden nicht auf den Verhandlungstisch in Genf gelegt. Es gebe Sicherheitsbelange, über die die Großmacht USA mit ihrer weltweiten Verantwortung nicht mit sich reden lasse.

[16] Zur Konferenz der blockfreien Staaten vom 5. bis 10. Oktober 1964 in Kairo vgl. Dok. 275.

[17] Zum Stand der MLF-Verhandlungen vgl. Dok. 254.

Trotz dieser gewiß beruhigenden Zusicherung ist zu erwarten, daß der Westen eine fast einhellige Ablehnung durch die VN-Mehrheit wird in Kauf nehmen müssen und daß sich die Ablehnung weniger gegen die USA oder andere NATO-Staaten als gegen uns richten wird, weil wir als die eigentlichen Interessenten und Förderer der MLF betrachtet werden. Auch eine ausgiebige Aufklärungsarbeit unter den nichtgebundenen Staaten wird kaum mehr Erfolg haben können, als es der Aufklärungsarbeit hier unter den wesentlich differenzierter denkenden neutralen Delegierten der Abrüstungskonferenz beschieden war. Ein Verzicht auf die MLF wird um so mehr von den meisten Neutralen als für uns tragbar empfunden werden, als die meisten von ihrer militärischen Notwendigkeit nicht überzeugt sind (siehe oben II). Aus vielen Gesprächen mit ihnen ergibt sich außerdem, daß sie glauben, die MLF sei unter Voraussetzungen konzipiert worden, die heute nach ihrer Auffassung nicht mehr existieren:

Die Besorgnis Amerikas vor einer zu weitgehenden Einigung Europas unter Einschluß Großbritanniens mit der Folge einer Verselbständigung Europas und Lockerung der Bindungen an die USA; die Möglichkeit einer auch nuklearen deutsch-französischen Zusammenarbeit auf Grund des deutsch-französischen Vertrages.[18]

Es wäre von großem Wert, wenn es uns gelänge,
a) die NATO-Länder soweit zu koordinieren, daß sie geschlossen gegen Resolutionen der befürchteten Art stimmen werden,
b) einige Neutrale zu gewinnen, sich dem Westen anzuschließen oder wenigstens sich der Stimme zu enthalten.

Zu diesem Zweck schlägt die Vertretung vor:

1) Das Thema sollte im NATO-Rat zur Diskussion gestellt werden im Hinblick auf eine gemeinsame Haltung in New York;
2) einige ausgewählte Länder der ungebundenen Welt, bei denen Aussicht auf Erfolg besteht, sollten mit der Bitte um Unterstützung angesprochen werden (evtl. Brasilien, Argentinien, Venezuela, Ecuador, Thailand, Marokko, Iran, Irak, Madagaskar, Schweden, u.a.);
3) die Konferenz von Kairo sollte besonders darauf hin beobachtet werden, welche Marschroute von den Neutralen zu erwarten ist (hierfür ist wahrscheinlich die Haltung Indiens[19] maßgebend) und welche Länder eher zögern, dieser Marschroute zu folgen;
4) während der Abrüstungsdebatte im Ersten (Politischen) Ausschuß der VN-Vollversammlung sollte enge Verbindung zu den westlichen und neutralen Delegationen gehalten und Koordination angestrebt werden.

Vielleicht ist es auf diese Weise möglich, eine Zweidrittelmehrheit für die zu erwartende Resolution zu verhindern oder wenigstens die Stimmenzahl so niedrig zu halten, daß der Wert der Resolution erheblich gegenüber der ein-

[18] Für den Wortlaut des deutsch-französischen Vertrags vom 22. Januar 1963 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 706–710.
Zur Frage einer deutsch-französischen nuklearen Zusammenarbeit vgl. auch Dok. 210, besonders Anm. 11.

[19] Zur Haltung Indiens auf der Konferenz der blockfreien Staaten vgl. Dok. 280, Anm. 8.

stimmig angenommenen irischen Resolution gemindert würde. Es könnte während der Debatte im Ersten Politischen Ausschuß außerdem in Zusammenarbeit mit den westlichen Delegationen versucht werden, Resolutionsentwürfe durch Zusätze (amendments) zu entschärfen.[20]

[gez.] Keller

Abteilung II (II 8), VS-Bd. 284

254

Memorandum des Botschafters Grewe, Paris (NATO)

22. September 1964[1]

I. In dem Augenblick, in dem die MLF-Arbeitsgruppe nach der Sommerpause ihre Beratungen wieder aufnimmt[2], ist das MLF-Projekt an einen kritischen Punkt gelangt. Der auf einer deutsch-amerikanischen Verständigung[3] beruhende Terminkalender (der von Präsident Johnson und Bundeskanzler Erhard sanktioniert worden ist)[4], wonach bis Ende November/Anfang Dezember 1964 ein für die entscheidende Verhandlungsphase geeigneter Entwurf eines Vertragstextes fertiggestellt werden soll, ist von allen beteiligten 8 Nationen[5] (nach einigem Widerstreben auch von den Briten) akzeptiert worden.[6] Zu-

[20] Am 10. Oktober 1964 beantragte Indien die Aufnahme des Punktes „Nichtverbreitung von Atomwaffen" in die Tagesordnung für die 19. UNO-Generalversammlung. Zu einer Behandlung dieser Frage kam es jedoch nicht, so daß auch keine Resolution verabschiedet wurde. Am 18. Februar 1965 wurde die Frage auf die nächste Generalversammlung vertagt. Vgl. YEARBOOK OF THE UNITED NATIONS 1964, S. 69 f.
Zur Befürchtung, die MLF könnte Thema der UNO-Generalversammlung werden, vgl. auch die Aufzeichnung des Referats II 7 vom 24. September 1964; Abteilung II (II 7), VS-Bd.158; B 150, Aktenkopien 1964.

[1] Ablichtung.
Datiert nach GREWE, Rückblenden, S. 624; dort auch ein Auszug.
Botschafter Grewe, Paris (NATO), legte das Memorandum bei seinen Besprechungen am 22./23. September 1964 in Bonn Bundeskanzler Erhard sowie den Bundesministern Schröder und von Hassel vor. Die Gespräche dienten der Vorbereitung eines Besuchs in Washington, den Grewe vom 1. bis 6. Oktober 1964 zur Sondierung der amerikanischen Haltung gegenüber der geplanten MLF unternahm. Vgl. dazu auch Dok. 261 und Dok. 262.

[2] Nach einer vierwöchigen Tagungspause trat die MLF-Arbeitsgruppe am 1. September 1964 wieder zusammen.

[3] Zu den Erwägungen für eine Beschleunigung der MLF-Verhandlungen vgl. besonders Dok. 104.

[4] Im Kommuniqué über das Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit Präsident Johnson am 12. Juni 1964 in Washington wurde Übereinstimmung hinsichtlich der militärischen und politischen Bedeutung der geplanten MLF sowie darüber festgehalten, „daß weiterhin alle Anstrengungen unternommen werden sollten, um zum Ende dieses Jahres ein Abkommen zur Unterzeichnung fertigzustellen". Vgl. BULLETIN 1964, S. 865.

[5] Zur Zusammensetzung der MLF-Arbeitsgruppe vgl. Dok. 12, Anm. 12.

[6] Zum entsprechenden Beschluß der MLF-Arbeitsgruppe, der am 15. Juli 1964 einstimmig verab-

gleich hat jedoch von mehreren Seiten eine gegen die schließliche Verwirklichung des Projektes gerichtete Offensive begonnen, deren Gefährlichkeit nicht unterschätzt werden darf.

Sie wird in erster Linie von der Sowjetunion vorangetragen – auf dem Genfer Forum der Abrüstungskonferenz[7], in bilateralen Gesprächen, in einer weit gestreuten Notenkampagne[8], wahrscheinlich Ende dieses oder Anfang nächsten Jahres vor dem Forum der Vollversammlung der Vereinten Nationen. Die sowjetische Anti-MLF-Kampagne ist um so gefährlicher, als sie bei den nicht-gebundenen Staaten auf bereitwilliges Gehör rechnen kann und darüber hinaus sogar einigen Partnern der Atlantischen Allianz nicht unwillkommen sein dürfte.

Die auf der Genfer Abrüstungskonferenz vertretenen neutralistischen Staaten haben bereits deutlich erkennen lassen, daß sie einer Interpretation der Irischen Resolution[9] zuneigen, die dem MLF-Projekt einen Riegel vorschieben würde (vgl. Abrüstungstelegramm Nr. 51/64, Intergerma Genf Nr. 562 vom 28.8.64).[10] Hätte wahrscheinlich selbst eine solche Interpretation erhebliche Aussicht auf Resonanz in der VN-Vollversammlung, so würde das erst recht für einen Resolutionsentwurf gelten, der den vom Genfer Vertreter der Vereinten Arabischen Republik[11] propagierten und von den Sowjets unterstützten Gedanken verwirklichen würde, die MLF-Verhandlungen so lange zu stoppen, wie noch Verhandlungen über ein non-dissemination Abkommen schweben (vgl. meinen Drahtbericht Nr. 1258 vom 18.9.64)[12].

Zu dem sowjetischen Vorstoß gegen die MLF gesellt sich der indirekte, jedoch nicht weniger gefährliche Vorstoß der Engländer, die dabei vielleicht auch ein Zusammenspiel mit den Sowjets nicht scheuen (die Gespräche Butlers in Moskau[13] deuten darauf hin, noch eindeutiger jedoch der britische Antwortent-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1051

schiedet wurde, vgl. den Drahtbericht des Botschaftsrats I. Klasse Sahm, Paris (NATO), vom 16. Juli 1964; Abteilung II (II 7), VS-Bd. 1358; B 150, Aktenkopien 1964.

7 Vgl. dazu Dok. 253.

8 Zu den sowjetischen Noten vom 11. Juli 1964 an alle NATO-Staaten vgl. Dok. 210, Anm. 20.

9 Zur UNO-Resolution vom 4. Dezember 1961 vgl. Dok. 39, Anm. 4.

10 Am 28. August 1964 informierte Botschafter von Keller, Genf (Internationale Organisationen), über die Sitzung der Konferenz der 18-Mächte-Abrüstungskommission vom Vortag. Er hielt fest, der Leiter der indischen Delegation, Nehru, habe mit seinem nachdrücklichen Plädoyer für eine Nichtverbreitung von Atomwaffen „klar zu verstehen gegeben, daß Indien Bestrebungen, die Irische Resolution so auszulegen, daß auch die MLF betroffen wird, unterstützen wird". Vgl. Abteilung II (II 7), VS-Bd. 1361; B 150, Aktenkopien 1964.
Vgl. dazu auch Dok. 238, Anm. 2.

11 Abdel Fatah Hassan.

12 Am 18. September 1964 gab Botschafter Grewe, Paris (NATO), Ausführungen des Leiters der amerikanischen Delegation bei der Konferenz der 18-Mächte-Abrüstungskommission vor dem Ständigen NATO-Rat wieder. Er betonte den Hinweis von Foster, „daß die acht neutralistischen Staaten einstimmig den von den Sowjets unterstützten Vorschlag der Vereinigten Arabischen Republik begrüßt hätten, wonach keine weiteren Schritte zur Schaffung der MLF unternommen werden sollten, solange über eine non-dissemination-Vereinbarung verhandelt werde". Vgl. Abteilung II (II 7), VS-Bd. 1361; B 150, Aktenkopien 1964.

13 Der britische Außenminister hielt sich vom 27. Juli bis 1. August 1964 in Moskau und Leningrad auf. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1964, Z 183.
Mit Drahtbericht vom 3. August 1964 gab Gesandter Sante, Moskau, Informationen des briti-

wurf auf die sowjetische MLF-Note, der[14] das Bestreben erkennen läßt, sich den Sowjets gegenüber mit dem Prinzip der non-dissemination zu binden[15]). Die Briten bedienen sich bei ihrem Versuch, das MLF-Projekt zu denaturieren, in erster Linie der Methode „konstruktiv" aufgemachter Gegenvorschläge (Multilateralisierung der TSR 2 und Pershing-Waffensysteme unter Reduzierung der Polaris-Überwasserschiff-Komponente)[16]. Diese Gegenvorschläge sind geeignet,

1) die Beratungen in die Länge zu ziehen (evtl. solange, bis der Zeitpunkt verpaßt ist, in dem noch Realisierungschancen für das Projekt bestehen);

2) dem Projekt einen grundsätzlich veränderten Charakter zu geben (die Komponente strategischer Kernwaffen – Polaris A 3 – wäre auf ein Minimum reduziert; die Pershing-Rakete würde aus der bilateralen deutsch-amerikanischen in eine multilaterale Kontrolle überführt; für das unausgereifte und kostspielige Modell TSR 2 würden multilaterale Finanzierungsquellen und Operationsbasen auf dem Festland erschlossen).

Alle Anzeichen sprechen dafür, daß die Briten uns unter stärksten politischen und moralischen Druck setzen werden, nicht im Vertrauen auf die amerikanische Unterstützung auf dem Projekt der seegebundenen MLF zu insistieren. Dabei wird auch die Drohung benutzt werden, daß man England dadurch in eine bilaterale Verständigung mit de Gaulle treiben könne (ausgesprochen bereits in dem MLF-Memorandum von Alastair Buchan, „Die kommende MLF-Krise"[17]).

Einen dritten Vorstoß gegen die MLF hat – wenn auch erst in vagen Andeutungen – de Gaulle eingeleitet (gewisse Bemerkungen bei der Begegnung in

Fortsetzung Fußnote von Seite 1052

schen Botschafters Trevelyan über die Gespräche von Butler mit Ministerpräsident Chruschtschow und Außenminister Gromyko wieder. Zum Thema der Nichtverbreitung von Atomwaffen hielt er fest: „Grundsätzlich hätten die Sowjets ihr Interesse an einem Abkommen über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen gezeigt, aber gleichzeitig unterstrichen, solange man an der Verwirklichung der MLF arbeite, könnten sie ein solches Abkommen nicht in Erwägung ziehen." Vgl. Abteilung II (II 4), VS-Bd. 251; B 150, Aktenkopien 1964.

14 Korrigiert aus: „die".

15 Für den britischen Antwortentwurf vom 27. Juli 1964 auf die sowjetische Note vom 11. Juli 1964 vgl. Abteilung II (II 7), VS-Bd. 1367.
Am 6. August 1964 berichtete Botschaftsrat I. Klasse Sahm, Paris (NATO), über die Diskussion in der MLF-Arbeitsgruppe hinsichtlich der Formulierung der Antwortnoten an die UdSSR. Gegen die britischen Vorschläge sei vor allem eingewandt worden, „daß es äußerst gefährlich sei, der non-dissemination übermäßigen Raum" zu geben. Demgegenüber habe die britische Seite auf innenpolitische Rücksichten verwiesen und erklärt: „Namentlich auf Grund von Butlers Moskauer Sondierungen sei man in Großbritannien davon überzeugt, daß bei den Sowjets eine echte Besorgnis darüber vorherrsche (serious concern), die MLF könne eines Tages unter die Kontrolle einer kleinen Gruppe ohne Mitwirkung der USA geraten." Vgl. Abteilung II (II 7), VS-Bd. 1367; B 150, Aktenkopien 1964.

16 Zu den britischen Vorschlägen vgl. Dok. 172.
Zur britischen Haltung gegenüber der geplanten MLF vgl. auch Dok. 199.

17 Für eine redigierte und gekürzte Fassung des Memorandums vom 24. Juni 1964, das der Direktor des britischen „Institute for Strategic Studies" ausgewählten Regierungsvertretern aus den NATO-Staaten übergab, vgl. Alastair BUCHAN, The Multilateral Force. An Historical Perspective (Adelphi-Papers, Nr. 13), London 1964.

Bonn Anfang Juli[18]; abfällige Beurteilung der MLF durch General Gallois in der August/September-Ausgabe der Revue „Forces aériennes Françaises" Nr. 206[19]; gaullistische Zeitungen und Parlamentarier). Mit einer indirekten französischen Kampagne gegen die MLF muß jedenfalls gerechnet werden.

Von italienischer Seite kann mit einer entschlossenen Unterstützung des Projekts nicht gerechnet werden.[20] Das Optimum des zu Erwartenden liegt bei einer Bereitschaft, sich zu beteiligen und nicht den Anschluß zu verpassen, wenn es zur Verwirklichung des Projektes kommen sollte. Ebensowenig kann im Falle einer Verhandlungskrise mit entschiedener Unterstützung der Belgier und Holländer gerechnet werden.[21] Das MLF-Projekt geht daher einer kritischen Phase entgegen. Ein débacle – ähnlich dem Scheitern des EVG-Projekts vor 10 Jahren, 1954[22], – liegt jedenfalls nicht gänzlich außerhalb des Möglichen.

II. Angesichts dieser Situation muß die Frage untersucht werden, was die MLF uns wert ist; wie stark wir uns für ihr Zustandekommen engagieren wollen; was ein Scheitern des Projekts für uns bedeutet. Vorweg muß darüber Klarheit bestehen, daß diese Fragen im Herbst 1964 anders zu beurteilen sind als noch vor einem Jahr.

Die Bundesregierung hat sich bereits erheblich engagiert. Jedermann weiß, daß wir zusammen mit den Amerikanern in den letzten 10 Monaten die treibenden Kräfte waren. Scheitert die MLF im Feuer sowjetischer Kritik (gleichviel ob dieses für ihr Scheitern kausal ist oder nicht), so würde das einen schweren Rückschlag für die deutsche Politik und alle ihre künftigen Bemühungen auf nuklearem Gebiet bedeuten. Der Eindruck würde unweigerlich entstehen, daß die Welt im Jahre 1964 noch nicht bereit war, den Deutschen auch nur den bescheidensten Anteil an der Mitverantwortung für nukleare Waffen einzuräumen.

Innenpolitisch würde die Bundesregierung mit dem Odium belastet werden, sich auf ein fragwürdiges Unternehmen eingelassen und damit Zeit, Kraft und Prestige vergeudet zu haben. Nach den Schwierigkeiten, die im deutsch-französischen Verhältnis aufgetaucht sind, würde der Vorwurf erhoben werden, daß sie sich mit ihrer Politik zwischen alle Stühle gesetzt habe.

Abgesehen von diesen augenblicks-bedingten Nachteilen würde das Scheitern des MLF-Projekts uns aller jener Vorteile berauben, die uns bisher veranlaßt haben, das Projekt zu verfolgen, und die hier nur stichwortmäßig noch einmal wiederholt zu werden brauchen:

[18] Vgl. dazu die Ausführungen des Staatspräsidenten de Gaulle am 3./4. Juli 1964 gegenüber Bundeskanzler Erhard und Staatssekretär Carstens; Dok. 180, Dok. 186 und Dok. 187.

[19] In dem Beitrag wurde das amerikanische Motiv zur Verwirklichung des Konzepts einer seegestützten MLF in dem Interesse vermutet, im Konfliktfall eine direkte nukleare Bedrohung der USA möglichst lange zu vermeiden. Vgl. Pierre GALLOIS, Défense et sécurité dans un monde „multipolaire", in: Forces aériennes françaises Nr. 206 (1964), S. 219–252, hier S. 251 f.

[20] Zur italienischen Haltung gegenüber der geplanten MLF vgl. Dok. 271.

[21] Zur Haltung Belgiens und der Niederlande gegenüber der geplanten MLF vgl. Dok. 112, Dok. 197 und Dok. 266.

[22] Vgl. dazu Dok. 14, Anm. 33.

1) Die MLF ist der einzige in absehbarer Zukunft für Deutschland gangbare Weg, näher an die Nuklearwaffen heranzukommen und wenigstens ein gewisses Mitbestimmungsrecht über das westliche Abschreckungspotential zu erlangen.

2) Sie ist ein politisches Instrument, das einen Weg zu der unerläßlichen „Nuklearisierung" der NATO eröffnet und überhaupt geeignet ist, der NATO einen neuen Stabilisationskern zu verschaffen.

3) Sie ist geeignet, sowohl der erneuten Verklammerung der Vereinigten Staaten mit Europa als auch einer künftigen Entwicklung zu einem politisch und militärisch eigenständigen vereinigten Europa zu dienen.

4) Die MLF verstärkt das Abschreckungspotential des Westens – nicht so sehr durch die absolute Zahl der Raketen, die sie dem vorhandenen Arsenal hinzufügt, als vielmehr durch ihre organisatorische und politische Struktur und ihren Einsatzmechanismus, der (trotz des bestehenbleibenden amerikanischen Vetos[23]) das Risiko gerade in Fällen begrenzter sowjetischer Aktionen in Europa erhöht und für die Sowjets einen schwer kalkulierbaren zusätzlichen Unsicherheitsfaktor schafft.

5) Die MLF ist der einzige im Augenblick gangbare Weg, um wenigstens zu einer Teilerfüllung des von uns stets als berechtigt anerkannten MRBM-Programms von SACEUR[24] zu gelangen.

6) Strategische Nuklear-Waffen unter dem Befehl von SACEUR, gerichtet gegen Ziele, die das europäische NATO-Gebiet unmittelbar bedrohen, gewährleisten aus den verschiedensten, z.T. schon aus rein militär-technischen Gründen, eine höhere Wahrscheinlichkeit der rechtzeitigen Ausschaltung dieser Ziele.

III. Da erhebliche politische und militärische Gründe für die Schaffung der MLF sprechen und ein Scheitern des Projekts in seinem jetzigen, bereits fortgeschrittenen Verhandlungsstadium jedenfalls äußerst fatale Folgen für uns hätte, sollten wir alles in unseren Kräften stehende tun, um sein Zustandekommen zu sichern.

Die anfangs geschilderten Krisenelemente können nur zu der Schlußfolgerung führen, daß rasches Handeln geboten ist und daß eine weitere Verzögerung gleichbedeutend mit einem Fehlschlag der Bemühungen um die Verwirklichung des Projektes sein könnte.

Konkret gesprochen: Der MLF-Vertrag muß unterzeichnet sein, bevor in der Generalversammlung der Vereinten Nationen die Debatte über das Prinzip der non-dissemination beginnt. Diese Debatte ist für Januar/Februar 1965 zu erwarten.[25] Der Vertrag sollte auch unterzeichnet sein, bevor es zu der Begegnung Erhard – Chruschtschow[26] kommt, da der sowjetische Regierungschef

[23] Zu den Modalitäten für einen Einsatz der MLF und zum Vetorecht der USA vgl. Dok. 238. Vgl. dazu auch Dok. 265.

[24] Vgl. dazu Dok. 149.

[25] Vgl. dazu Dok. 253, Anm. 20.

[26] Zum geplanten Besuch des sowjetischen Ministerpräsidenten in der Bundesrepublik vgl. zuletzt Dok. 252.

nicht zögern wird, bei dieser Gelegenheit die stärksten Pressionsmittel anzuwenden. Es war auch für die erste deutsch-sowjetische Begegnung im September 1955 in Moskau[27] von größter Bedeutung, daß der Beitritt der Bundesrepublik zur NATO nach dem Beginn der Aufstellung der Bundeswehr ein fait accompli war[28], über das zu reden für Chruschtschow nicht mehr lohnend war. Auch diese Überlegung spricht für einen Unterzeichnungstermin Ende dieses Jahres.

IV. Die Amerikaner sind erst ab Mitte November aktionsfähig.[29] In England wird sich keine Regierung – mag sie konservativ oder Labour sein – schon einen Monat nach den Wahlen (15. Oktober)[30] zu einer positiven Entscheidung für die MLF aufraffen können. In Belgien zögert Spaak, sich vor den im April 1965 bevorstehenden Wahlen[31] zu entscheiden. Griechen und Türken sind durch die Zypern-Krise[32] gelähmt.

Unter diesen Umständen bleibt nur die Möglichkeit, alle Bemühungen auf die Niederlande und Italien zu konzentrieren und eines dieser beiden Länder oder beide für eine Unterzeichnung zusammen mit uns und den Amerikanern zu gewinnen.

Wir dürften uns nicht scheuen, notfalls allein mit den Vereinigten Staaten zu unterzeichnen. In diesem Falle könnte an eine Vertragsklausel gedacht werden, die das Inkrafttreten des Vertrages von dem Hinzutritt eines dritten oder weiterer Partner abhängig macht. Die Unterzeichnung würde jedoch vor dem Beginn der VN-Debatten und vor dem Chruschtschow-Besuch ein fait accompli schaffen; sie würde auch mehr als alles andere diejenigen Staaten zum Beitritt nötigen, die noch schwanken, aber nicht den Anschluß verpassen wollen.[33]

Abteilung II (II 7), VS-Bd. 1351

[27] Zum Besuch des Bundeskanzlers Adenauer vom 8. bis 14. September 1955 in Moskau vgl. Dok. 99, Anm. 13.

[28] Am 23. Juli 1955 wurden mit dem Gesetz über die vorläufige Rechtsstellung der Freiwilligen in den Streitkräften (Freiwilligengesetz) die Voraussetzungen für die Einstellung der ersten 6000 Soldaten der Bundeswehr geschaffen. Vgl. dazu BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil I, S. 449 f.
Zum Inkrafttreten des NATO-Vertrags für die Bundesrepublik am 6. Mai 1955 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 630.

[29] Am 3. November 1964 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen statt.

[30] Die Wahlen zum britischen Unterhaus führten zu einer Regierungsmehrheit für die Labour Party.

[31] Die Wahlen zum belgischen Parlament fanden am 23. Mai 1965 statt.

[32] Zur Zypern-Frage vgl. zuletzt Dok. 235, besonders Anm. 1.

[33] Vgl. dazu weiter Dok. 263.

255

Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens

St.S. 1706/64 geheim **23. September 1964**[1]

Betr.: Mein Gespräch mit den drei westlichen Botschaftern am 23. September 1964

Anwesend: Botschafter de Margerie, Botschafter McGhee, Gesandter Tomkins.

Folgende Themen wurden erörtert:

1) Passierscheinvereinbarung[2]

Ich unterrichtete die Botschafter über den letzten Stand der Angelegenheit. Sie baten darum, ihnen möglichst umgehend das Datum der Unterzeichnung mitzuteilen (Referat II 1 ist inzwischen gebeten worden, das Notwendige zu veranlassen).[3]

2) Status von Berlin

Botschafter de Margerie verwies auf Erklärungen des Berliner Senators Hoppe und des Regierenden Bürgermeisters von Berlin[4], in denen eine Änderung des gegenwärtigen Status von Berlin im Sinne einer Verstärkung der Bindungen zwischen dem Bund und Berlin, einer Vereinfachung gewisser Verfahren und direkter Wahlen Berliner Abgeordneter vorgeschlagen worden sei. Der Botschafter erklärte auch zugleich namens seiner beiden Kollegen, daß alle drei Regierungen großen Wert darauf legten, an dem gegenwärtigen Status von Berlin nichts zu ändern. Er glaube, die Bundesregierung kenne und würdige die Gründe.

Ich antwortete, daß wir mit den Alliierten insoweit übereinstimmten, als an der Anwesenheit alliierter Truppen in Berlin und an der Rechtsgrundlage dafür unter keinen Umständen etwas geändert werden sollte. Wir seien uns auch darüber im klaren, daß die Frage der direkten Wahl der Berliner Abgeordneten für die Westmächte schwierige Fragen aufwerfe, da sie insoweit 1949 einen Vorbehalt zum Grundgesetz gemacht hätten.[5]

[1] Durchdruck.

[2] Zu den Passierschein-Gesprächen vgl. zuletzt Dok. 247.

[3] Die Passierschein-Vereinbarung wurde am 24. September 1964 unterzeichnet. Zur Stellungnahme der westlichen Stadtkommandanten in Berlin vom gleichen Tag vgl. DzD IV/10, S. 986 f.

[4] Der Regierende Bürgermeister Brandt forderte am 17. September 1964 vor dem Abgeordnetenhaus eine weitere „Festigung der Stellung und der Mitwirkung Berlins im Gefüge der Bundesrepublik". Vgl. DzD IV/10, S. 971.

[5] Die Alliierten formulierten ihren Vorbehalt zur direkten Wahl der Berliner Abgeordneten im „Letter of Approval of the Basic Law" vom 12. Mai 1949: „We interpret the effect of Articles 23 and 144 (2) of the Basic Law as constituting acceptance ... that while Berlin may not be accorded voting membership in the Bundestag or Bundersrat nor be governed by the Federation she may, nevertheless, designate a small number of representatives to attend the meetings of those legislative bodies." Vgl. DOKUMENTE DES GETEILTEN DEUTSCHLAND, Bd. 1, S. 130.
Vgl. dazu auch Dok. 323.

Andererseits möchte ich aber klar aussprechen, daß die Bundesregierung grundsätzlich für eine Verstärkung der Bindungen zwischen Berlin und dem Bund sei, soweit dadurch der alliierte Status in Berlin nicht tangiert würde. Ich sei auch der Meinung, daß es Möglichkeiten dieser Art gäbe. Wir hätten nicht die Absicht, im Augenblick dahingehende Vorschläge zu machen, doch schien es mir wichtig zu sein, diese Möglichkeiten für die Zukunft eindeutig offen zu halten.

3) TTDs[6]

Die drei westlichen Botschafter wiesen auf die Praxis der Zonenbehörden hin, durch die die TTD-Sperre durchlöchert und umgangen würde. In Frankreich und Italien hätten kommunistische Funktionäre aus der SBZ an den Trauerfeierlichkeiten von Thorez[7] und Togliatti[8] teilgenommen. Andererseits hätten evangelische Geistliche aus der Zone Island[9] und katholische Geistliche Rom anläßlich des Vatikanischen Konzils[10] besucht, ohne daß sie im Besitz von TTDs gewesen seien. Selbstverständlich hätten die letzteren auf Antrag TTDs erhalten, jedoch sei ihnen von den Zonenbehörden untersagt worden, einen dahingehenden Antrag zu stellen.[11] Soviel man wisse, seien die katholischen Geistlichen mit Identitätskarten nach Rom gereist, die vom Vatikan ausgestellt worden seien.

Ich erklärte, die beiden letztgenannten Beispiele seien mir neu. Ich würde veranlassen, daß die Angelegenheit bei uns geprüft würde[12], und ich schlüge vor,

6 Vgl. dazu zuletzt Dok. 91.

7 Zur Teilnahme von Funktionären aus der DDR an der Beerdigung des Generalsekretärs der Kommunistischen Partei Frankreichs, Thorez, am 16. Juli 1964 in Paris vgl. NEUES DEUTSCHLAND, Nr. 195 vom 17. Juli 1964, S. 1; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 163 vom 17. Juli 1964, S. 5.

8 Anläßlich der Teilnahme von Funktionären aus der DDR an der Beerdigung des Generalsekretärs der Kommunistischen Partei Italiens, Togliatti, am 25. August 1964 hielt Staatssekretär Lahr am 26. August 1964 fest, daß das Vorgehen der italienischen Behörden „die Grundlagen der TTD-Politik der NATO in Frage" stelle. Vgl. Abteilung I (D I/Dg I A), VS-Bd. 3; B 150, Aktenkopien 1964.

9 Zur Einreise von Geistlichen aus der DDR nach Island ohne „Temporary Travel Documents" anläßlich der Tagung des Lutherischen Weltbundes in Reykjavik vom 27. August bis 6. September 1964 vgl. den Drahterlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Oncken vom 14. August 1964; Referat II 1, Bd. 180.

10 Das Vatikanische Konzil tagte seit dem 11. Oktober 1962.

11 Zur Praxis der DDR, kirchlichen Persönlichkeiten den Gebrauch von „Temporary Travel Documents" als Reiseausweis zu verbieten, vgl. die Aufzeichnung des Generalkonsuls Ruete vom 17. August 1964; Abteilung II (II 1), VS-Bd. 20; B 150, Aktenkopien 1964.

12 Zur Frage der Einreise von DDR-Bewohnern in die NATO-Staaten ohne Einreisegenehmigungen (Temporary Travel Documents) vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Krapf vom 29. September 1964; Abteilung II (II 1), VS-Bd. 20; B 150, Aktenkopien 1964.
Am 15. Oktober 1964 bestätigte Vortragender Legationsrat I. Klasse Luedde-Neurath, daß katholische Bischöfe aus der DDR keine DDR-Pässe zur Einreise nach Italien benutzt hätten. Abschließend hielt er fest: „Die Benutzung vatikanischer Dienstpässe als Reisedokumente zur Einreise nach Italien stellt nach Auffassung der Botschaft beim Heiligen Stuhl die bestmögliche Lösung der schwierigen paß- und sichtvermerksrechtlichen Situation dar, in der sich die Bischöfe vor ihrer Abreise zum Vatikanischen Konzil befanden. Abteilung II pflichtet unter den gegebenen Umständen dieser Ansicht bei. Unter politischen Gesichtspunkten kann diese Lösung sogar als Mißerfolg der verstärkten Bemühungen des SBZ-Regimes gewertet werden, die Aner-

daß wir in Beratungen über den Komplex einträten, sobald wir den Sachverhalt hinlänglich geklärt hätten.[13]

4) Vereinbarung zwischen der Bundesbahn und den sowjetzonalen Verkehrsdienststellen[14]

Ich berichtete, daß beabsichtigt sei, die getroffenen Vereinbarungen in folgender Richtung zu ergänzen:

a) es solle klargestellt werden, daß die interalliierten Vereinbarungen auf dem Verkehrssektor unberührt blieben;
b) es solle klargestellt werden, daß man sich über Bezeichnungen und Namen nicht geeinigt habe.

5) Flucht aus der Zone

Botschafter de Margerie bedauerte, daß der Flucht einer Familie in einem Kühlwagen eine solche Publizität gegeben worden sei.[15] Dadurch sei dieser offenbar besonders sichere Fluchtweg für die Zukunft abgeschnitten.

6) Soldat Puhl[16]

Botschafter McGhee berichtete, daß er mit Puhl gesprochen habe. Dieser sei der Meinung, daß die sowjetzonalen Polizisten absichtlich an ihm und dem Flüchtling vorbeigeschossen hätten, als der letztere über die Mauer gezogen wurde. Dies werfe die Frage auf, ob die Volkspolizei Anweisung habe, nicht mehr auf den Mann zu schießen.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1058

kennung seiner Paßhoheit durch NATO-Staaten durchzusetzen." Vgl. Abteilung II (II 1), VS-Bd. 20; B 150, Aktenkopien 1964.

[13] Am 4. November 1964 erörterte die Bonner Vierergruppe mögliche Gegenmaßnahmen gegen die Politik der DDR, Privatreisende und Kirchenvertreter daran zu hindern, mit einem TTD ins westliche Ausland zu reisen. Vortragender Legationsrat I. Klasse Oncken hielt dazu am 6. November 1964 fest, „daß wir bei einer Politik der wirksamen Aufrechterhaltung der TTD-Sperre bei den Verbündeten mit erheblichen Schwierigkeiten zu rechnen haben. Bei der unverhohlenen Abneigung der Briten gegen jede Gegenmaßnahme und bei der unsicher gewordenen Haltung der Franzosen können wir uns allein auf die Amerikaner verlassen. Es ist festzuhalten, daß die Franzosen uns bis in den Sommer in TTD-Fragen vorbehaltlos unterstützt hatten." Vgl. Abteilung I (I A 3), VS-Bd. 42; B 150, Aktenkopien 1964.

[14] Am 9. September 1964 wurde das Protokoll über die Neuregelung im Eisenbahngüterverkehr zwischen der Deutschen Bundesbahn und dem Ministerium für Verkehrswesen der DDR unterzeichnet. Die Vereinbarung sah eine Erhöhung der Zugzahlen und Verbesserungen im Berlin-Verkehr vor. Vgl. dazu DzD IV/10, S. 964–966.
Zu den Kontakten zwischen Bundesbahn und Reichsbahn vgl. auch die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Krapf vom 19. September 1964; Abteilung II (II 1), VS-Bd. 22; B 150, Aktenkopien 1964

[15] In der Nacht vom 9. auf den 10. September 1964 gelang zwei Ost-Berliner Familien die Flucht in einem Kühlwagen, der im Rahmen des Interzonenhandels eine Ladung Fleisch nach Berlin (West) bringen sollte. Vgl. dazu FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 211 vom 11. September 1964, S. 5, und DIE WELT, Nr. 212 vom 11. September 1964, S. 1.

[16] Der amerikanische Soldat Hans Puhl hatte am 13. September 1964 den bei einem Fluchtversuch schwerverletzten Ostberliner Flüchtling Michael Mayer über die Mauer nach Berlin (West) gerettet. Bei der Aktion war es zu einem Schußwechsel zwischen Grenzsoldaten der DDR und alliierten Sicherheitskräften gekommen. Vgl. dazu FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 213 vom 14. September 1964, S. 1, und Nr. 214 vom 15. September, S. 2f. Vgl. auch DER SPIEGEL, Nr. 39 vom 23. September 1964, S. 26.

7) Kontakte mit Abrassimow

Botschafter de Margerie und Botschafter Roberts werden in Kürze wiederum jeweils anläßlich eines Berlin-Besuchs mit Abrassimow zusammentreffen.[17]

8) Bulgarien

Botschafter de Margerie und Gesandter Tomkins gaben der Meinung Ausdruck, daß die bulgarische Unterstützung gegenüber der Zone über verbale Erklärungen nicht hinausgehen werde.[18] Der französische Botschafter in Sofia[19] habe einen optimistischen Bericht gegeben. Er sei der Ansicht, daß die Deutschen noch beträchtliche Sympathien in Bulgarien genössen und daß diese Sympathien der Bundesrepublik Deutschland zugute kämen.

9) Äthiopien

Ich wurde gefragt, ob wir Nachrichten hätten, daß der Kaiser von Äthiopien[20] die SBZ besuchen wolle. Ich verneinte dies.

Hiermit Herrn D II[21] zur weiteren Veranlassung. In der TTD-Frage bitte ich um Vorschläge.[22] Der Information über angebliche Reiseabsichten des Kaisers von Äthiopien bitte ich in geeigneter Weise nachzugehen, wenn dies von Abteilung I für erforderlich gehalten wird.[23]

gez. Carstens

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 425

[17] Zum Gespräch des britischen Botschafters Roberts mit dem sowjetischen Botschafter in Ost-Berlin am 19. Oktober 1964 vgl. die Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens über die Besprechung mit den Botschaftern der Drei Mächte am 29. Oktober 1964; Abteilung II (II 1), VS-Bd. 57; B 150, Aktenkopien 1964.

[18] Am 28. September 1964 wies der Leiter des Vorkommandos der Handelsvertretung, Kruse, darauf hin, daß es zwischen der amtlichen und der inoffiziellen bulgarischen Haltung zur Deutschland-Frage wesentliche Unterschiede gäbe. Vgl. Abteilung II (II 1), VS-Bd. 62; B 150, Aktenkopien 1964.

[19] Jacques Coiffard.

[20] Haile Selassie.

[21] Ministerialdirektor Krapf.

[22] Vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Krapf vom 29. September 1964; Abteilung II (II 1), VS-Bd. 21; B 150, Aktenkopien 1964.
Vgl. weiter die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Luedde-Neurath zur Vorbereitung für das Gespräch des Staatssekretärs Carstens mit den drei alliierten Botschaftern am 29. Oktober 1964; Abteilung II (II 1), VS-Bd. 57; B 150, Aktenkopien 1964.

[23] Ein Besuch des äthiopischen Kaisers in der DDR fand nicht statt.
Mit Drahtbericht vom 2. Oktober 1964 teilte Botschafter Schubert, Addis Abeba, mit: „Halte Gerücht, daß Kaiser beabsichtige, SBZ zu besuchen, für völlig aus der Luft gegriffen, besonders da sich Kaiser ... augenblicklich zur Erholung in Genf aufhält, ab 5. Oktober an Neutralistenkonferenz in Kairo teilnehmen wird und anschließend Besuch Bundespräsidenten unmittelbar bevorsteht." Vgl. Abteilung II (II 1), VS-Bd. 62; B 150, Aktenkopien 1964.

256

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Krapf

II 5-82.01/94.27/584/64 geheim **23. September 1964**[1]

Betr.: Vertrauliche Vorbesprechungen im Tschechoslowakischen Außenministerium vom 18. bis 21. September 1964[2]

I. Von tschechoslowakischer Seite nahmen teil: Herr Dr. Novotny, der unter Vizeaußenminister Klička die Sektion Deutschland, Österreich und die Schweiz leitet; Herr Dr. Zak; Herr Dr. Nettewar; Herr Simaček.

Die Gespräche verliefen in höflicher und verbindlicher Form, jedoch in der Sache hart und ohne Herzlichkeit.

II. 1) Der deutsche Gegenentwurf einer Vereinbarung über den Austausch von Handelsvertretungen[3] wurde überreicht.

2) Nach flüchtiger Durchsicht erwiderte Dr. Novotny, von tschechoslowakischer Seite wünsche man nach wie vor eine Normalisierung der Beziehungen und den Austausch diplomatischer Missionen.[4] Jedenfalls strebe man mehr an als reine Handelsvertretungen. Wenn die Vertretung andere als reine Handelsaufgaben wahrnehmen solle, müsse man sie auch anders bezeichnen als „Handelsvertretung". Vielleicht könne man an die Bezeichnung „Wirtschafts- und kulturelle Mission" denken.[5]

Wenn man sich nur auf eine reine Handelsvertretung einigen könne, müsse diese auch einen geringeren Status haben, als in den beiderseitigen Entwürfen bisher vorgesehen sei.

[1] Die Aufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Luedde-Neurath konzipiert.

[2] Zu den Verhandlungen mit der Tschechoslowakei über einen Austausch von Handelsvertretungen vgl. zuletzt Dok. 177.

[3] Für den deutschen Entwurf vom 8. September 1964 vgl. Abteilung II (II 5), VS-Bd. 265.
Für den tschechoslowakischen Entwurf vom 14. April 1964 zu einem „Abkommen über den Austausch von Vertretungen zwischen der ČSSR und der BRD" vgl. Abteilung II (II 5), VS-Bd. 232. Vgl. dazu auch den Vermerk der Abteilung II vom 29. April 1964 zum tschechoslowakischen Entwurf; Abteilung II (II 5), VS-Bd. 232; B 150, Aktenkopien 1964.

[4] Zum tschechoslowakischen Wunsch nach Aufnahme diplomatischer Beziehungen vgl. bereits Dok. 100.

[5] Dieser Satz wurde von Staatssekretär Carstens hervorgehoben. Dazu handschriftliche Bemerkung: „Bitte St[ellungnahme] dazu."
Dazu bemerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Luedde-Neurath am 8. Oktober 1964, daß die Tschechoslowakei angesichts des Beharrens der Bundesregierung auf der Berlin-Klausel bestrebt sei, „der Handelsvertretung möglichst geringe Zuständigkeiten und Vorrechte zu gewähren". Es sei daher unwahrscheinlich, daß die CSSR an ihrem Vorschlag, die Vertretungen als „Wirtschafts- und kulturelle Mission" zu bezeichnen, festhalten werde. Sollte sie „wider Erwarten ... eine Bezeichnung der Handelsvertretungen als ‚Wirtschafts- und kulturelle Vertretung' mit entsprechenden Zuständigkeiten wünschen, dann könnten wir dem zustimmen, weil ... die Vorteile einer Berlinklausel für eine ‚Wirtschafts- und kulturelle Vertretung' ... im Hinblick auf die SBZ denkbare Nachteile überwiegen würden. Eine Bezeichnung als ‚Mission' sollte jedoch in jedem Fall unterbleiben." Vgl. Abteilung II (II 5), VS-Bd. 232; B 150, Aktenkopien 1964.

Eine Währungsgebietsklausel[6] passe nur in ein Handelsabkommen, jedoch nicht in eine Vereinbarung über den Austausch von Handelsvertretungen.

3) Die deutsche Seite machte deutlich, daß die Frage des Austausches von Handelsvertretungen spätestens mit dem Abschluß des neuen Warenabkommens gelöst werden müsse. Herr Novotny sagte umgehende Prüfung zu.

Von deutscher Seite wurde nochmals betont, daß Berlin auch in eine Vereinbarung über den Austausch von Handelsvertretungen einbezogen werden müsse.

Herr Novotny ließ durchblicken, daß man – wenn auch nicht ohne Schwierigkeiten – bereit sein werde, für das Warenabkommen eine DM-West-Klausel zu akzeptieren. Für den Austausch von Vertretungen sei dies jedoch nicht möglich.

Wir wiesen demgegenüber darauf hin, daß die Einbeziehung Berlins in das Handelsvertretungsabkommen erforderlichenfalls durch eine Kopplung der beiden Abkommen erreicht werden müsse.

III. Eine Bemerkung, daß auch die Errichtung einer reinen Handelsvertretung und die damit verbundene Aufnahme amtlicher Beziehungen Gelegenheit biete, beiderseits interessierende politische Fragen zu erörtern, nahm Herr Novotny sofort zum Anlaß, vom „Problemkreis des Münchner Diktats“[7] zu sprechen. Er führte aus, daß die Regelung dieser Frage keine Vorbedingung für den Abschluß von Handelsabkommen und Vereinbarung über Handelsvertretungen sei. Es handele sich hier jedoch um eine grundsätzliche Frage für die Weiterentwicklung der gegenseitigen Beziehungen, deren Lösung in Angriff genommen werden müsse. Man wolle jetzt kein Ultimatum stellen, halte es aber doch für unerläßlich mit Überlegungen zu beginnen, in welcher Form die Bundesregierung bereit sei, eine die Tschechoslowakei zufriedenstellende Erklärung zum Münchner Abkommen abzugeben.

Man wünsche von der Bundesregierung, daß sie die Nichtigkeit des Münchner Abkommens ex tunc[8] feststelle und hieraus dann die notwendigen Folgerungen auf politischem und rechtlichem Gebiet ziehe. Der „deutsche Revanchismus“ fordere auf Grund der seinerzeitigen Gültigkeit des Münchner Abkommens das Recht auf Rückkehr in die Heimat und die Ausübung des Selbstbestimmungsrechts mit dem Ziel einer erneuten Gebietsabtretung. Die Bundesregierung trete diesen Gedanken nicht entgegen, sondern unterstütze sie[9].

[6] Durch eine solche Klausel war Berlin (West) in die Abkommen mit Ungarn vom 10. November 1963 und mit Bulgarien vom 6. März 1964 über den Waren- und Zahlungsverkehr sowie die Errichtung von Handelsvertretungen einbezogen. Vgl. dazu Dok. 62, besonders Anm. 3 und 5.

[7] Als Folge des Münchener Abkommens vom 29. September 1938 mußte die Tschechoslowakei die sudetendeutschen Gebiete an das Deutsche Reich abtreten. Für den Wortlaut des Abkommens vgl. ADAP, D, II, Dok. 675.
In seiner Rede vom 11. Juni 1964 bekräftigte Bundeskanzler Erhard die Rechtsunwirksamkeit des Münchener Abkommens. Vgl. dazu Dok. 147, Anm. 15.

[8] Die Wörter „ex tunc“ wurden von Staatssekretär Carstens hervorgehoben. Dazu handschriftliche Bemerkung: „Nein.“

[9] Die Wörter „unterstütze sie“ wurden von Staatssekretär Carstens hervorgehoben. Dazu handschriftliche Bemerkung: „Nein.“

Wir verwiesen demgegenüber nachdrücklich auf die deutschen amtlichen Erklärungen und nahmen zur Kenntnis, daß es sich bei einer Erörterung dieser Fragen nicht um eine Vorbedingung für die Aufnahme von Verhandlungen über Warenabkommen und Handelsvertretungen handele.

IV. 1) Am letzten Verhandlungstag faßte Herr Novotny das Besprechungsergebnis wie folgt zusammen:

a) Die tschechoslowakische Seite habe zur Kenntnis genommen, daß die Bundesrepublik Deutschland vorerst nicht in der Lage sei, diplomatische oder konsularische Beziehungen aufzunehmen. Unter diesen Umständen sei die tschechoslowakische Regierung auch zum Austausch von reinen Handelsvertretungen bereit, die in diesem Falle nur als Instrument zur Ausführung des Handelsabkommens verstanden werden sollten. Name und Status der Vertretungen sowie der Katalog der Privilegien und Immunitäten müßten dann gegenüber den bisher vorliegenden Entwürfen modifiziert werden.

b) Die tschechoslowakische Seite habe den Gesprächen entnommen, daß die deutsche Seite ihre Bereitschaft andeute, sich mit den Problemen des Münchner Abkommens zu befassen. Die tschechoslowakische Regierung stelle kein Ultimatum und mache die Frage einer deutschen Erklärung zum Münchner Abkommen nicht zur Vorbedingung der Verhandlungen über ein Warenabkommen und die Errichtung von Handelsvertretungen. Sie würde es jedoch sehr begrüßen, wenn die deutsche Seite zu Beginn der Verhandlungen eine befriedigende Stellungnahme zum Münchner Abkommen abgeben würde, um eine allmähliche Normalisierung der Beziehungen zur Tschechoslowakei herbeizuführen.

c) Die tschechoslowakische Regierung glaube, daß es logisch wäre, zunächst das Warenabkommen zu schließen und dann in Verhandlungen über die Errichtung einer Handelsvertretung einzutreten, zumal dies zwischen den beteiligten wirtschaftlichen Ressorts schon abgesprochen worden sei. Sie habe jedoch den Wunsch der Bundesregierung zur Kenntnis genommen, eine Vereinbarung über die Errichtung von Handelsvertretungen nicht später zu unterzeichnen als das neue Warenabkommen, und sie glaube, daß es möglich sei, beide Auffassungen zu vereinen.

2) Deutscherseits wurde entgegnet:

a) Beim gegenwärtigen Stand der deutsch-tschechoslowakischen Beziehungen sollten wir uns zunächst mit dem Austausch von Handelsvertretungen begnügen, zumal Berlin in diese Vereinbarungen in einer Weise einbezogen werden müsse, die keinem Zweifel Raum ließe. Eine Einigung über den räumlichen Geltungsbereich lasse sich wahrscheinlich leichter erzielen, wenn man das Warenabkommen und die Errichtung von Handelsvertretungen in irgendeiner Weise miteinander koppele. Vorbehaltlich höherer Entscheidung[10] werde die Verhandlungsführung deutscherseits beim Auswärtigen Amt liegen.

b) Zu den von tschechoslowakischer Seite angeschnittenen Fragen des Münchner Abkommens und des „Revanchismus" müsse nochmals betont wer-

[10] Die Worte „vorbehaltlich höherer Entscheidung" wurden von Staatssekretär Carstens hervorgehoben. Dazu handschriftliche Bemerkung: „Unnötige Einschränkung."

den, daß die deutschen Unterhändler im Augenblick nicht beauftragt seien, hierüber zu sprechen. Auf der anderen Seite müsse man auch einmal auf die ständige Flut von Verleumdungen hinweisen, die seitens der Tschechoslowakei und vor allem seitens der Sowjetunion und Polens laufend über die Bundesrepublik Deutschland und die Bundesregierung ausgesprochen würden. Das jüngste Beispiel hierfür sei das sowjetisch-tschechoslowakische Kommuniqué vom 8. September 1964.[11] Wenn die Bundesregierung Verständnis für die tschechoslowakischen Sorgen und Befürchtungen aufbringen solle, dann könne sie zumindest auch erwarten, daß man den offiziellen Verlautbarungen der Bundesregierung Glauben schenke und nicht nur einzelnen nichtamtlichen Äußerungen.[12] Die tschechoslowakische Seite müsse ihrerseits auch einmal einsehen, daß die Bundesrepublik Deutschland in Wirklichkeit anders aussehe, als es in der kommunistischen Propaganda dargestellt werde. Man höre hier nur Hinweise auf den angeblichen „deutschen Revanchismus". Aber offensichtlich registriere man nicht unsere amtlichen Erklärungen, so vor allem die Rede unseres Bundeskanzlers vom 11. Juni 1964, in der er sich deutlich und mit Nachdruck von gewissen Reden und Äußerungen über das Münchner Abkommen distanziert hatte. Wir nähmen mit Bedauern zur Kenntnis, daß wir in Prag zwar Vorwürfe, aber kein anerkennendes Wort über die New Yorker Rede von Bundeskanzler Erhard vernommen hätten. Eine Stellungnahme zum Münchner Abkommen zu Beginn der Verhandlungen erscheine uns nicht notwendig, nachdem die unmißverständliche Erklärung unseres Bundeskanzlers vom 11. Juni 1964 vorliege. Die Erörterung dieser sehr schwierigen Fragen solle besser zurückgestellt werden, bis amtliche Beziehungen aufgenommen seien und ein Minimum von gegenseitigem Vertrauen hergestellt sei.

c) Deutscherseits könne man einen Termin für die Verhandlungen und den Namen eines Verhandlungsleiters[13] erst nennen, wenn die tschechoslowakische Bereitschaft erklärt sei, über Warenabkommen und Handelsvertretungen gleichzeitig zu verhandeln.

V. Die abschließende Unterhaltung erbrachte noch folgende Punkte:

1) Herr Novotny stellte zum ersten Male einen gewissen Zusammenhang zwischen der Frage der Berlin-Klausel und dem Problem des Münchner Abkommens her, indem er bemerkte, daß die tschechoslowakische Seite eine deutsche Erklärung zum Münchner Abkommen nicht zur Vorbedingung für die

[11] In dem sowjetisch-tschechoslowakischen Kommuniqué wurde u. a. auf „den westdeutschen Militarismus, der mit seinen unverhüllten revanchistischen Forderungen erneut eine Bedrohung vor allem der Sicherheit in Europa darstellt", hingewiesen. Darüber hinaus stellten beide Seiten zur Politik der Bundesrepublik fest: „Die revanchistischen Forderungen sind ein Bestandteil des offiziellen Kurses der Politik der Regierung der Bundesrepublik Deutschland geworden. Im Zusammenhang mit dieser gefährlichen Politik verweigert die Regierung der Bundesrepublik den Abschluß eines Friedensvertrages auf der Grundlage der Anerkennung der realen Lage, das heißt des Bestehens zweier deutscher Staaten, sie erhebt Ansprüche auf das Territorium anderer Staaten und strebt mit allen Kräften danach, die Herabsetzung der internationalen Spannung zu hindern." Für den Wortlaut vgl. NEUE ZÜRCHER ZEITUNG, Fernausgabe, Nr. 250 vom 10. September 1964, S. 1 (Auszug).

[12] Zur innenpolitischen Diskussion über die Politik der Bundesregierung gegenüber der Tschechoslowakei vgl. auch Dok. 274, besonders Anm. 6.

[13] Verhandlungsleiter wurde Botschafter Freiherr von Mirbach.

Aufnahme von Verhandlungen und den Abschluß von Vereinbarungen gemacht habe, doch ebensowenig könne sie es akzeptieren, wenn von deutscher Seite schon jetzt erklärt werde, es könne ohne befriedigende Regelung der Berlin-Frage kein Abkommen über den Austausch von Handelsvertretungen geben.

2) Herr Novotny interessierte sich besonders für die Frage, ob man vielleicht das Warenabkommen schon paraphieren und alsdann über die Errichtung von Handelsvertretungen verhandeln könne und ob man die Verhandlungen nicht teilweise in Bonn und teilweise in Prag führen könne. Wir haben dies nur dann als denkbar bezeichnet, wenn die Verhandlungen etwa gleichzeitig in Angriff genommen und abgeschlossen würden.

VI. Die tschechoslowakischen Äußerungen und die Art der Verhandlungsführung an beiden Tagen erlauben folgende Schlußfolgerungen:

1) Die tschechoslowakische Seite will die Verhandlungen über das Warenabkommen nicht an einer Erklärung zum Münchner Abkommen oder an der Berlin-Klausel scheitern lassen.

2) Sie ist bestrebt, die Verhandlungen über das Warenabkommen voranzutreiben, um bei einer Trennung beider Probleme für den Austausch von Handelsvertretungen weiteren Verhandlungsspielraum zu haben. Bei einer Trennung beider Komplexe müssen wir damit rechnen, daß man uns im Rahmen der Verhandlungen über die Errichtung von Handelsvertretungen[14]
a) zur Berlin-Klausel Schwierigkeiten macht und
b) Erklärungen zum Münchner Abkommen abverlangt.[15]

3) Unsere Forderung nach der Verbindung beider Verhandlungspunkte stellt für die tschechoslowakische Seite ein Novum dar, das zwar zwischen den beiden Besprechungstagen wahrscheinlich vom Außenministerium mit dem Außenhandelsministerium erörtert wurde, für das aber die Marschrichtung noch nicht festgelegt ist.

4) Wir müssen mit weiteren Versuchen der tschechoslowakischen Seite rechnen, doch noch eine Trennung der Verhandlungen über das Warenverkehrsabkommen und die Handelsvertretungen zu erreichen.

5) Wir können die Möglichkeit nicht ausschließen, daß die tschechoslowakische Seite den Termin für den Beginn kombinierter Verhandlungen hinauszieht.

6) Auch im Falle der Verbindung beider Verhandlungen müssen wir mit tschechoslowakischen Bemühungen rechnen
a) die Berlin-Klausel wenigstens für die Handelsvertretungen zu vermeiden,
b) zu Besprechungen über „Münchner Abkommen", „Revanchismus" und das „Heimatrecht" zu gelangen.

VII. Unsere Aufgabe wird es demgegenüber sein, in Abstimmung mit dem Wirtschaftsministerium

[14] An dieser Stelle wurde gestrichen: „sowohl".

[15] Der Passus „Trennung beider Komplexe ... Münchner Abkommen abverlangt" wurde von Staatssekretär Carstens hervorgehoben. Dazu handschriftliche Bemerkung: „r[ichtig]".

a) die tschechoslowakische Antwort auf unseren Vorschlag nach Verbindung der Verhandlungen über das Warenverkehrsabkommen und die Handelsvertretungen abzuwarten[16];
b) keine Besprechungen über den Zeitpunkt der Verhandlungen mit der tschechoslowakischen Seite zu führen, bevor die tschechoslowakische Zustimmung zur Aufnahme kombinierter Verhandlungen vorliegt;
c) auf etwaige tschechoslowakische Anfragen zu antworten, daß beide Verhandlungen unter Leitung von Botschafter Freiherrn von Mirbach stehen werden und daß ihr Zeitpunkt von der gleichzeitigen Aufnahme der Besprechungen über die Errichtung von Handelsvertretungen abhängt.

Hiermit über den Herrn Staatssekretär[17] dem Herrn Minister[18] im Anschluß an die Aufzeichnung der Abteilung II vom 23.9.1964 – II 5-82.01/94.27/1457[I]/64 VS-vertraulich[19] – mit der Bitte um Kenntnisnahme vorgelegt.

Krapf

Abteilung II (II 5), VS-Bd. 232

257

Botschafter Blankenhorn, Rom, an Staatssekretär Carstens

328/64 geheim **24. September 1964**[1]

Sehr verehrter, lieber Herr Carstens,

ich habe Ihre Aufzeichnung vom 31.7.64 (geheim)[2] mit großer Aufmerksamkeit gelesen und darf Ihnen sagen, daß ich der Analyse des gegenwärtigen deutsch-französischen Verhältnisses und den sich daraus für unsere Politik ergebenden Folgen in vollem Umfange beistimme.

Wenn wir den Wünschen des Generals auf Lösung von den Vereinigten Staaten unter Ausübung eines gemeinsamen deutsch-französischen Druckes auf unsere europäischen Partner im Sinne eines von England und Amerika unab-

16 Am 8. Oktober 1964 berichtete Vortragender Legationsrat I. Klasse Luedde-Neurath über ein Gespräch mit dem Leiter des tschechoslowakischen Außenhandelsbüros in Frankfurt. Urban signalisierte Bereitschaft, über ein Warenabkommen und die Einrichtung von Handelsvertretungen gleichzeitig zu verhandeln. Vgl. Abteilung II (II 5), VS-Bd. 232; B 150, Aktenkopien 1964.
Vgl. weiter Dok. 344, besonders Anm. 43.

17 Hat den Staatssekretären Carstens und Lahr am 26. September 1964 vorgelegen.

18 Hat Bundesminister Schröder am 14. Oktober 1964 vorgelegen.

19 Für die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Luedde-Neurath vgl. Abteilung II (II 5), VS-Bd. 265; B 150, Aktenkopien 1964.

1 Privatdienstschreiben.
Hat Staatssekretär Carstens am 26. September 1964 vorgelegen, der die Weiterleitung an Staatssekretär Lahr und an Bundesminister Schröder verfügte.
Hat Lahr am 29. September und Schröder am 2. Oktober 1964 vorgelegen.

2 Vgl. Dok. 210 mit den Änderungen in den Anm. 6 und 12.

hängigen politischen Europas stattgeben, so müßten wir in Italien mit erheblichen Widerständen rechnen, ja wir würden sogar das Risiko laufen, damit die bisher unbestreitbar enge Verknüpfung Italiens mit Europa und mit NATO zu gefährden. Der in der italienischen Linken schwelende Neutralismus würde starken Auftrieb gewinnen.

Wir dürfen nicht vergessen, daß Europa, die Europäische und Atlantische Gemeinschaft für Italien die Bedeutung einer Garantie haben, in der freien Welt nicht nur als ein gleichberechtigter Partnerstaat anerkannt zu werden, sondern in dieser auch als ein solcher an allen wichtigen Entscheidungen mitwirken zu können. Außerdem würden die in der historischen Tradition begründeten engen Beziehungen Italiens zur angelsächsischen Welt, insbesondere zu den Vereinigten Staaten, jeden derartigen deutsch-französischen Versuch zum Scheitern bringen.

Aber ein solches Beginnen hätte auch auf die Position der Bundesrepublik in Italien äußerst nachteilige, wenn nicht sogar gefährliche Wirkungen. Denn wenn man dem General de Gaulle eine solche Politik noch verzeihen würde, einfach weil man sein militärisches und politisches Potential nicht ganz ernst nimmt, so würde man ein solches Zusammengehen der Bundesrepublik mit Frankreich in der Weise interpretieren, daß die Bundesrepublik als gegenwärtig wirtschaftlich und militärisch stärkster europäischer Partnerstaat sich nun zum Ziele gesetzt habe, auf dem europäischen Kontinent zusammen mit dem schwächeren Frankreich eine Vormachtstellung zu erringen. Wir würden erleben, daß sehr schnell all die Ressentiments, alle die feindschaftlichen Gefühle wieder aufleben, die hier immer noch unter der Decke schlummern.[3] Es wäre ein Leichtes für die kommunistische, aber auch für die sozialistische Propaganda, der italienischen Öffentlichkeit das Bild eines Deutschland zu vermitteln, das kein anderes Ziel hat, als mit seinem Übergewicht den Kontinent egoistischen und revisionistischen Zielen dienstbar zu machen. Mit einer solchen Politik würden wir all das zerstören, was wir hier in Italien in den letzten Jahren an goodwill mit großer Mühe aufgebaut haben und was wir in der Zukunft nur erhalten können, wenn wir glaubwürdig bleiben, d.h. unsere gegenwärtige europäische und atlantische Politik mit Geduld, Konsequenz und Zähigkeit weiterführen.

Mit freundlichen Grüßen

stets Ihr
Blankenhorn

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 419

[3] Am 7. Juli 1964 berichtete Botschafter Blankenhorn über den Rückgang der bis dahin „üblichen Verunglimpfungen Deutschlands" im italienischen Fernsehen. Dies sei vor allem eine Folge der „massiven Kritik" gewesen, „die in der italienischen Presse in letzter Zeit am italienischen Fernsehen geübt" worden sei und die zu einer Umbesetzung in der Leitung des Fernsehens geführt habe. Vgl. Büro Staatssekretär, Bd. 386.

258

Runderlaß des Ministerialdirektors Krapf

II 1-85.50/1 **24. September 1964**

Betr.: Neues Passierscheinabkommen vom 24. September 1964[1]

Bezug: Dipex Nr. 5 vom 24. September 1964[2] (nur für Dipex-Empfänger)

Anlagen: 2

I. 1) a) Die Passierscheingespräche, die zwischen Senatsrat Korber und dem sowjetzonalen „Staatssekretär" Wendt in den letzten Monaten geführt wurden, haben am 24. September 1964 zum Abschluß einer neuen Passierscheinvereinbarung geführt. Wir waren bei den Passierscheinverhandlungen bemüht, eine politisch tragbare Lösung des humanitären Problems der Begegnungen von Ost- und West-Berlinern zu finden. Wir gingen dabei davon aus, daß wir ein politisches Interesse haben, die menschlichen Begegnungen zwischen allen Deutschen zu fördern, um das Zusammengehörigkeitsgefühl der Nation zu stärken.

b) Auf der anderen Seite hatten wir den Eindruck zu vermeiden, wir würden der Erpressungspolitik Pankows nachgeben. Ein solcher Eindruck hätte nahegelegen, wenn es der Zone gelungen wäre, eine einfache Wiederholung des Abkommens vom 17. Dezember 1963[3] – eventuell mit einigen technischen Verbesserungen – durchzusetzen. Unsere Politik in der Passierscheinfrage konzentrierte sich daher seit dem Winter darauf, ein rechtliches und materielles „Minus" zuungunsten der Zone zu erzielen.[4] Dies ist gelungen. In keinem Fall konnte die Zone für sich eine Verbesserung verbuchen.

2) Über den Inhalt der Passierscheinregelung sind die Auslandsvertretungen bereits durch den Informationsfunk, ferner durch die dort vorliegende Presseberichterstattung (deutsche Zeitungen usw.) unterrichtet. Unter II. wird zur ergänzenden Unterrichtung eine Zusammenstellung der Verbesserungen mitgeteilt, die gegenüber der Passierscheinübereinkunft vom 17. Dezember 1963 erreicht wurden.

II. 1) Zahl und Dauer der Besuchsmöglichkeiten

a) Die erste Übereinkunft vom 17. Dezember 1963 sah einen Besuchszeitraum von achtzehn Tagen in der Zeit vom 19. Dezember 1963 bis zum 5. Januar 1964 vor.

[1] Für den Wortlaut vgl. DzD IV/10, S. 987–900.

[2] Mit Runderlaß vom 24. September 1964 unterrichtete Staatssekretär Carstens die Auslandsvertretungen über den Abschluß der Passierschein-Gespräche. Vgl. Abteilung II (II 1), VS-Bd. 388; B 150, Aktenkopien 1964.

[3] Für den Wortlaut vgl. DzD IV/9, S. 1023–1027.
Zu den Verhandlungen über die Vereinbarung vgl. Dok. 1, Anm. 1.

[4] Für eine Gegenüberstellung der alten Passierschein-Vereinbarung vom 17. Dezember 1963 mit der neuen Passierschein-Vereinbarung vgl. Dok. 240.

b) Die neue Übereinkunft sieht vier Besuchszeiträume von je 14/16 Tagen Dauer (Oktober 1964, Weihnachten/Neujahr 1964/65, Ostern 1965, Pfingsten 1965) vor. Während des Besuchszeitraums Weihnachten/Neujahr kann ein zweiter Besuch erfolgen. Außerdem ist zugesichert, daß jeder, der seine Verwandten während der Weihnachtstage (24.–27. Dezember) besuchen will, an einem dieser Tage die Erlaubnis dazu erhält.

2) Besuche in dringenden Familienangelegenheiten

a) Die erste Übereinkunft sah nur die Möglichkeit von allgemeinen Verwandtenbesuchen vor.

b) Die neue Übereinkunft sieht vor:

– Besuche in dringenden Familienangelegenheiten (Geburten, Eheschließungen, lebensgefährliche Erkrankungen und Todesfälle). Es ist zugesagt, daß auch bei Geburten und Eheschließungen, die in West-Berlin stattfinden, Besuche in Ostberlin abgestattet werden können.
– Besuche von getrennt lebenden Ehegatten zur gemeinsamen Beantragung der Familienzusammenführung. Die eigentliche Familienzusammenführung ist zwar nicht Gegenstand der Vereinbarung, jedoch ist sichergestellt, daß die Zusammenführung, falls gewünscht, auch nach West-Berlin erfolgen kann.

Beide Besuchsmöglichkeiten sollen das ganze Jahr hindurch bestehen, unabhängig von den Besuchszeiträumen für allgemeine Verwandtenbesuche. Dabei kann die Besuchszeit auf Antrag über 24.00 Uhr hinaus verlängert werden.

3) Verfahren in den Passierscheinstellen

a) Die erste Übereinkunft sah vor, daß die Ausgabe der Antragsformulare, ihre Entgegennahme nach Ausfüllung und die Ausgabe der Passierscheine durch Ostberliner Postangestellte zu erfolgen hatte. Über das dabei zu beachtende Verfahren wurden von der Ostseite Merkblätter ausgegeben. Die vom Senat eingesetzten Postbeamten hatten zwar das Hausrecht in den Passierscheinstellen, ihre Tätigkeit war jedoch darauf beschränkt, den Besucherandrang zu regeln.

b) Die neue Übereinkunft sieht vor, daß die vom Senat eingesetzten Postbeamten in den Passierscheinstellen sowohl das Hausrecht innehaben als auch einen wesentlichen Teil der anfallenden Arbeit erledigen sollen. Im einzelnen sind folgende Verbesserungen des Verfahrens erreicht worden:

– In den Passierscheinstellen werden Postangestellte aus Ost- und West-Berlin im Verhältnis 50:50 tätig (gemischte Präsenz).
– Die vom Senat eingesetzten Postbeamten haben das Recht, in die ausgefüllten Anträge vor Abgabe und in sonstige Unterlagen Einsicht zu nehmen, um festzustellen, ob die Angaben vollständig sind, ob der Antragsteller zum Kreis der Antragsberechtigten gehört, und um Fehler zu beseitigen.
– Merkblätter über das Verfahren in den Passierscheinstellen werden vom Senat ausgegeben.

Dieses Verfahren verhindert die – falsche – Auslegung der Übereinkunft, daß von den östlichen Postangestellten „konsularische" Funktionen in West-Berlin wahrgenommen würden. Insofern kommt der Neuregelung der Präsenzfrage politische Bedeutung zu.

4) Keine sofortige Zurückweisung von Anträgen

a) Die erste Übereinkunft sah vor, daß Anträge sofort zurückgewiesen werden konnten.

b) Die neue Übereinkunft sieht vor, daß Anträge auch dann nicht sofort zurückgewiesen werden können, wenn kein Verwandtschaftsverhältnis vorliegt.

5) Nur zweimalige Öffnung der Passierscheinstellen für vier Besuchszeiträume

a) Die erste Übereinkunft sah eine einmalige Öffnung der Passierscheinstellen für einen Besuchszeitraum vor.

b) Die neue Übereinkunft sieht vor, daß die Beantragung und Ausgabe der Passierscheine jeweils gleichzeitig für zwei Besuchszeiträume erfolgen soll, so daß die Passierscheinstellen für allgemeine Verwandtenbesuche nur zweimal für die vier Besuchszeiträume geöffnet zu sein brauchen. Damit wird die Präsenz der östlichen Postangestellten in West-Berlin reduziert.

6) Form der Antragsformulare

a) Die erste Übereinkunft sah vor, daß die Antragsformulare die Formulierung „Hauptstadt der DDR" enthielten, ohne daß auf die Nichteinigungsklausel im Protokoll Bezug genommen war.

b) Die neue Übereinkunft sieht vor, daß hinter die Überschrift auf dem Antragsformular die Worte vermerkt sind „(gemäß Protokoll vom ...)". Insofern trägt die neue Formulierung unserer politischen Interessenlage Rechnung. Darüber hinaus sollen die vom Antragsteller auszufüllenden Angaben optisch von der Überschrift getrennt werden. Die Unterschrift des Antragstellers würde sich demnach allein auf die ausgefüllten Angaben, nicht aber auf die Überschrift beziehen.

7) Erleichterungen für die Bevölkerung

Außerdem sind auf Grund der Erfahrungen von Weihnachten/Neujahr 1963 einige Erleichterungen hinsichtlich des Verfahrens der Erteilung von Passierscheinen vorgesehen, so z. B.

- längere Öffnung der Passierscheinstellen;
- für nicht gehfähige Personen Möglichkeit der Vertretung bei der Beantragung und Abholung der Passierscheine;
- in den volkreichen Bezirken Kreuzberg, Neukölln, Reinickendorf und Wedding Öffnung einer zweiten zusätzlichen Passierscheinstelle (Weihnachten 1963 nur eine Passierscheinstelle in jedem Bezirk).

8) Langfristigkeit der Übereinkunft

Im Gegensatz zur Passierscheinregelung von 1963 ist nunmehr eine Verlängerung der Übereinkunft vorgesehen. Die andere Seite hat bei den letzten Gesprächen ein vereinfachtes Verlängerungsverfahren der neuen Regelung zugesagt. Bei den hierfür notwendigen Gesprächen wird nur die Frage der Besuchszeiträume neu zu regeln sein.

III. 1) Bei der Unterzeichnung der Passierscheinvereinbarung am 24. September 1964 hat Senatsrat Korber die mündliche Erklärung abgegeben, er unter-

zeichne mit Zustimmung der für Berlin zuständigen Stellen.[5] Diese Erklärung wurde abgegeben, um klarzustellen, daß der Berliner Senat bei den Verhandlungen nicht als „Staat" tätig geworden sei. Die Feststellung impliziert eine Zuständigkeit der drei Schutzmächte und der Bundesregierung für Berlin. Der mündlichen Erklärung Herrn Korbers waren schriftliche Erklärungen der Bundesregierung und der drei Verbündeten vorausgegangen, die ihn zu der mündlichen Erklärung in Stand setzten. Text dieser Erklärungen ist als Anlage 1 und 2 beigefügt.[6]

2) Die Unterschriftsformeln[7] der neuen Vereinbarung entsprechen denjenigen der Weihnachtsvereinbarung. Sie stellen zweifellos einen Schönheitsfehler dar. Wir bitten daher, bei etwaigen Darlegungen zur Bedeutung dieser Unterschriftsformel klarzustellen, daß Herr Korber nicht auf Weisung und im Auftrag der vorgesetzten „Landes"-Behörden, sondern der städtischen Berliner Behörden unterschrieben habe. Sollte von dortigen Gesprächspartnern die Frage gestellt werden, wie es möglich sei, im Falle Berlins zwischen Land und Stadt zu unterscheiden, so wäre auf den Artikel 1, Ziffer 1 der Verfassung von Berlin vom 1. September 1950 zu verweisen. Hier heißt es: „Berlin ist ein deutsches Land und zugleich eine Stadt".

IV. Es wird anheimgestellt, die vorstehenden Informationen bei der dortigen Gesprächsführung und in der dortigen Öffentlichkeitsarbeit zu verwenden. In diesem Zusammenhang wird jedoch gebeten, zur Passierscheinfrage nur dann besonders Stellung zu nehmen, wenn diese nach den dortigen Feststellungen im Gastlande besondere Aufmerksamkeit findet. Sollte die Passierscheinvereinbarung unbeachtet bleiben, so wäre von dort aus nichts zu veranlassen.

Im Auftrag

Krapf

Abteilung II (II 1), VS-Bd. 388

[5] Senatsrat Korber erklärte: „Ich möchte davon absehen, zum Inhalt der soeben unterschriebenen Passierscheinübereinkunft eine Erklärung abzugeben oder sie gar zu werten. Das werden unsere verantwortlichen Stellen in Kürze tun." Vgl. die Aufzeichnung des Regierungsrats Harthun vom 24. September 1964; Abteilung II (II 1), VS-Bd. 388; B 150, Aktenkopien 1964.

[6] Dem Vorgang beigefügt. Vgl. Abteilung II (II 1), VS-Bd. 388; B 150, Aktenkopien 1964.
Die Bundesregierung hielt in der Erklärung zur Unterzeichnung der Passierschein-Vereinbarung am 23. September 1964 u.a. fest: „Der Status der deutschen Hauptstadt Berlin wird durch die Übereinkunft weder berührt noch verändert. Dies gilt auch für die engen Bindungen des Landes Berlin an den Bund." Vgl. BULLETIN 1964, S. 1341. Vgl. auch DzD IV/10, S. 986.
Für den Wortlaut der Erklärung der westlichen Stadtkommandanten vom 24. September 1964 anläßlich der Unterzeichnung der Vereinbarung vgl. auch DzD IV/10, S. 986 f.

[7] Senatsrat Korber unterzeichnete mit der Formel: „Auf Weisung des Chefs der Senatskanzlei, die im Auftrage des Regierenden Bürgermeisters von Berlin gegeben wurde". Vgl. DzD IV/10, S. 990.
Der Verhandlungsführer der DDR, Wendt, unterzeichnete mit der Formel: „Auf Weisung des Stellvertreters des Vorsitzenden des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik". Vgl. DzD IV/10, S. 990.

259

Gesandter von Lilienfeld, Washington, an Bundesminister Schröder

Z B 6-1/7438/64 geheim **Aufgabe: 25. September 1964, 12.15 Uhr**
Fernschreiben Nr. 2826 **Ankunft: 25. September 1964, 19.40 Uhr**

Nur für Minister und Staatssekretär I[1]

Bezug: Drahterlaß Plurex 3287 vom 17.9.64[2] –

I. Zusätzlich zu den mit Drahtbericht Nr. 2817 VS-vertraulich vom 24.9. übermittelten Ratschlägen zur psychologischen Behandlung Chruschtschows bei seinem Besuch in Bonn[3] gab Botschafter Thompson mir noch nachfolgende Hinweise zum möglichen sachlichen Inhalt der Gespräche mit dem Herrn Bundeskanzler:

1) Ob bei den Gesprächen in Bonn auch nur ein bescheidener Erfolg in den großen politischen Fragen erzielt werden könne, hinge weitgehend von dem Ausgang der Dezember-Tagung der kommunistischen Parteien und dem sich daraus ergebenden zukünftigen Verhältnis der Sowjetunion zu Rotchina ab.[4] Sollte dieses in einer Weise geregelt werden, die Chruschtschow das Gefühl größerer Bewegungsfreiheit gegenüber dem Westen gebe, dann sei ein gewisser Fortschritt auch in den uns berührenden politischen Problemen nicht ausgeschlossen. Thompson, der an sich die Begegnung begrüßt, macht sich jedoch – wie er sagte – gewisse Sorgen, daß bei einem ergebnislosen Ausgang der Gespräche die bestehende Spannung verhärtet werde. Dieses Risiko müsse man jedoch tragen.

2) Das größte Interesse habe Chruschtschow zweifellos auf dem Gebiet der Abrüstung; hier bestehe wohl die beste Aussicht, zu einem gewissen Fortschritt zu gelangen und Chruschtschow zu fragen, unter welchen Sicherheitsvereinbarungen eine deutsche Wiedervereinigung für ihn tragbar sein könnte. Zweifellos sei Chruschtschow an einer Verringerung der sowjetischen Trup-

[1] Hat Staatssekretär Carstens am 28. September 1964 vorgelegen, der Ministerialdirektor Krapf um Rücksprache bat.
Hat Ministerialdirektor Krapf vorgelegen, der verfügte: „z[u] d[en] A[kten,] da überholt."

[2] Mit Drahterlaß vom 16. September 1964, der am 17. September 1964 abging, erbat Generalkonsul Ruete zur Vorbereitung des geplanten Besuchs des sowjetischen Ministerpräsidenten Informationen für die „Ausarbeitung einer Studie über das Charakterbild Chruschtschows". Vgl. Referat II 4, Bd. 764.

[3] Am 24. September 1964 gab Gesandter von Lilienfeld, Washington, die Empfehlung des amerikanischen Sonderbotschafters Thompson weiter, jegliche Äußerungen zu vermeiden, „die von Chruschtschow als Drohung oder Druck aufgefaßt werden könnten. Er sei in dieser Hinsicht besonders empfindlich und es entspräche auch seiner Taktik, eine sich hierzu anbietende Bemerkung seines Gesprächspartners absichtlich mißverstanden aufzugreifen, um ihn in die Defensive zu drängen." Vgl. Abteilung II (II 4), VS-Bd. 250; B 150, Aktenkopien 1964.
Zum geplanten Besuch von Chruschtschow in der Bundesrepublik vgl. zuletzt Dok. 252.

[4] Dieser Satz wurde vom Legationsrat I. Klasse Pfeffer hervorgehoben. Dazu handschriftliche Bemerkung: „Nach heutiger Presse besteht Möglichkeit der Absage der Dezember-Tagung."
Vgl. dazu auch Dok. 247, Anm. 37.

penstärke in der Zone interessiert, da er die Menschen und die finanziellen Mittel zur Behebung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu Hause benötige. Eine Erwähnung der „unnötig hohen" Rüstungsausgaben durch den Bundeskanzler und ein Hinweis, daß er sich bemühe, die Forderungen der Militärs zu begrenzen, würde bei Chruschtschow psychologisch sicher gut wirken. Den Schwierigkeiten, die für die Amerikaner darin liegen, daß eine Verringerung ihrer Truppen in der Bundesrepublik deren Transport nach dem amerikanischen Kontinent bedinge, während die sowjetischen Truppen sich lediglich hinter die polnische Ostgrenze zurückzuziehen brauchten, könnte vielleicht dadurch begegnet werden, daß die Bundesrepublik eine Reduzierung deutscher Einheiten in Erwägung ziehe, damit würden die auf dem Gebiet der Bundesrepublik stationierten westlichen Truppen reduziert, ohne daß amerikanische Einheiten abgezogen zu werden brauchten. (Siehe hierzu auch Drahtbericht Nr. 818 vom 20.3.64 geheim Punkt 10, wo diese Frage – wenn auch in anderer Form – zum ersten Mal von Thompson angesprochen wurde.)[5] Auch die alten russischen Vorstellungen eines Nichtangriffsarrangements zwischen NATO und Warschauer Pakt[6], der Nichtweitergabe von nuklearen Waffen[7] und der Schaffung von denuklearisierten Zonen[8] würden sicherlich von Chruschtschow ins Gespräch gebracht werden – falls dieses überhaupt so weit vertieft würde.

Thompson meinte, der Bundeskanzler sollte auf diese Gedanken nicht zu negativ reagieren, sondern Chruschtschow ruhig unseren Standpunkt in einer Form auseinandersetzen, die diesem den Eindruck hinterlasse, daß wir zu einer weiteren Diskussion dieser Fragen bereit seien. Russische Proteste wegen der MLF[9] sollten wir wie bisher durchaus fest zurückweisen.

3) In der Frage der Wiedervereinigung werde Chruschtschow sicherlich die These vertreten, daß keiner der deutschen Verbündeten – außer vielleicht den USA – diese wirklich anstrebe. Hier sollte der Bundeskanzler versichern, Chruschtschow davon zu überzeugen, daß eine Wiedervereinigung auch seinen Interessen und der russischen Sicherheit entspreche und eine wirkliche Entspannung – auch mit den USA – ohne Lösung der deutschen Frage nicht möglich sei; auch daß die Frage der Wiedervereinigung ein Faktor von starker politischer Bedeutung besonders für die junge Generation in Deutschland sei. Allerdings müsse der Bundeskanzler vorsichtig sein, sich hier jeglichen Anscheines einer Drohung zu enthalten. Sollte das diesbezügliche Gespräch eine

[5] Bei der Behandlung des Deutschland-Plans warf der amerikanische Sonderbotschafter Thompson am 19. März 1964 in der Washingtoner Botschaftergruppe „in lockerer Form die Frage auf, ob es zweckmäßig sei ... eine Verringerung der Truppen in Deutschland vorzunehmen, wobei allerdings sowohl die deutschen als auch die nicht-deutschen Kontingente in Betracht zu ziehen seien, da man andernfalls kaum zu Veränderungen kommen könnte, die das Gleichgewicht nicht verschöben". Vgl. den Drahtbericht des Botschafters Knappstein, Washington, vom 20. März 1964; Abteilung II (II 1), VS-Bd. 63; B 150, Aktenkopien 1964.

[6] Zu Überlegungen für ein Nichtangriffsabkommen zwischen NATO und Warschauer Pakt vgl. Dok. 13, Anm. 37.

[7] Vgl. dazu AAPD 1963, I, Dok. 100.

[8] Eine denuklearisierte Zone in Mitteleuropa sah bereits der Rapacki-Plan vom 2. Oktober 1957 vor. Vgl. dazu Dok. 61, Anm. 7.

[9] Zur sowjetischen Haltung gegenüber der geplanten MLF vgl. Dok. 210, Anm. 20.

sehr offene Form annehmen, so könnte der Bundeskanzler – vielleicht unter vier Augen – darauf hinweisen, daß er eine Verbesserung des Verhältnisses ehrlich anstrebe, die gegenwärtige Situation der Teilung Deutschlands jedoch eine ständige Quelle der Gefahr sei, und daß er sich auch seinem Volke gegenüber in einem Dilemma befinde, Fortschritte in der Wiedervereinigungsfrage erzielen zu müssen. Deutschland habe zwar den Krieg verloren und sei sich klar, dafür einen Preis zahlen zu müssen – dieser könne jedoch nicht im Auseinanderreißen von ethnisch zusammengehörigen Volksgruppen bestehen; je mehr sich das Verhältnis zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik nach außen verbessere, desto stärker würde auch der Eindruck werden, als ob sich die Bundesregierung und das deutsche Volk mit der Teilung abgefunden hätten; gerade diesem Eindruck müsse er – Erhard – entgegenarbeiten, da er nicht den „Realitäten" entspräche.

Da sich Chruschtschow auf die Erhaltung der sogenannten „Errungenschaften" in der Zone mehrfach öffentlich festgelegt habe[10], könnte man ihm vielleicht andeuten, daß mit den ersten Schritten zu einer Wiedervereinigung keine volle Entnationalisierung der Wirtschaft verbunden zu sein brauche. Hinsichtlich der Frage des Ulbricht-Regimes meinte Thompson, daß auch unter einem Nachfolger Ulbrichts sich das System kaum wesentlich ändern werde und es sich für uns kaum lohnen würde, etwa einen Preis für den Weggang Ulbrichts zu zahlen. Auch müsse man sich darüber klar sein, daß Chruschtschow auf das Zonenregime – zum mindesten in öffentlichen Äußerungen – Rücksicht nehmen müsse; wahrscheinlich werde er die Zone noch zu weiteren kleinen Zugeständnissen vor seinem Besuch in Bonn zur Verbesserung der Atmosphäre veranlassen.

4) Die Frage der Oder-Neiße-Linie bereite Chruschtschow – wie er, Thompson, mehrfach Gelegenheit gehabt habe, sich zu überzeugen – größte Sorge. Er habe ein schlechtes Gewissen wegen Ostpreußen und gegenüber Polen und wolle alles daransetzen, die Oder-Neiße-Linie zu zementieren; dies sei neben dem ideologischen Streit mit anderen kommunistischen Ländern seine größte Sorge. Sollte er während seines Besuches in Deutschland den Eindruck erhalten, daß wir das Bestreben hätten, die Oder-Neiße-Grenze zu verändern, könnte dies seine gesamte Einstellung zur Bundesrepublik stark beeinflussen. Als deutsche Haltung zu dieser Frage riet Thompson, Chruschtschow zu fragen, ob er etwa in unserer Lage sich bereitfinden könne, die Oder-Neiße-Grenze jetzt vor einer Friedenskonferenz anzuerkennen und damit eine der wenigen Karten, die wir hätten, vorzeitig aus der Hand zu geben – ihm jedoch erneut zu versichern, daß es uns mit unserem Verzicht auf Gewaltanwendung[11] in allen Grenz- und sonstigen Fragen tiefster Ernst sei.

[10] Am 12. Juni 1964 bekräftigte Ministerpräsident Chruschtschow auf einer Kundgebung im Kreml die wirtschaftlichen, sozialen und politischen „hervorragenden Erfolge" der DDR, die es zu bewahren gelte. Der „Arbeiter- und Bauernstaat" sei in den 15 Jahren seines Bestehens zu einer „festen Bastion des Friedens, zu einem starken Vorposten des Sozialismus in Mitteleuropa geworden". Vgl. DzD IV/10, S. 687–699 (Auszug).

[11] Zum Gewaltverzicht der Bundesrepublik gegenüber anderen Staaten vgl. Dok. 36, Anm. 24, und Dok. 68, Anm. 5.

5) Zum Fall Schwirkmann[12] meinte Thompson, daß der Bundeskanzler – unter vier Augen – die kürzlich von einigen deutschen Zeitungen (Rheinischer Merkur)[13] erhobene Forderung, den Chruschtschow-Besuch wieder abzusagen, dazu benutzen könnte, diesen darauf hinzuweisen, in eine wie schwierige Lage er – der Bundeskanzler – durch dieses Attentat geraten sei, jedoch trotz aller interner Kritik auf dem Zusammentreffen bestanden habe, da er an dessen Nützlichkeit glaubte.

6) Hinsichtlich der ideologischen Auseinandersetzung im kommunistischen Bereich – insbesondere auch zum sowjetischen Verhältnis zu Rotchina – empfahl Thompson größte Zurückhaltung. Allenfalls könnte von deutscher Seite ein allgemeiner Kommentar über die Friedensgefährdung durch Rotchina angebracht werden. Die Möglichkeit einer vertraglichen Regelung des deutschen Handels mit Rotchina[14] sollte s.E. überhaupt nicht erwähnt werden.

7) Chruschtschow werde sicherlich versuchen, Mißtrauen gegen die Verbündeten zu säen. Daß von deutscher Seite dem nachdrücklich entgegengetreten werde, sei ihm klar.

8) Zusammenfassend meinte Thompson, daß der Besuch schon als Erfolg zu werten sein würde, wenn es gelänge, Chruschtschow vom Friedenswillen und der Ehrlichkeit des deutschen Wunsches nach einer Verbesserung des Verhältnisses zur Sowjetunion zu überzeugen und ihm die Realität und Stärke des deutschen Strebens nach Wiedervereinigung – mit friedlichen Mitteln und ohne „Revanche"-Gedanken – nahezubringen. Dies könnte vielleicht dazu beitragen, daß Chruschtschow eines Tages doch einsehen würde, daß eine wirkliche Entspannung mit dem gesamten Westen ohne Fortschritte in der Frage der Wiedervereinigung nicht möglich sei.

II. Trotz des mehrfachen Hinweises von Thompson, daß es sich bei seinen Äußerungen um seine rein „persönlichen, ins unreine gesprochenen" Gedanken und keineswegs um Ansichten oder gar die Position der amerikanischen Regierung handele, bestätigte das Gespräch mit ihm doch Tendenzen, die meinen Mitarbeitern und mir in letzter Zeit hier aufgefallen sind. Thompsons Äußerungen – wenn auch zum Teil in die Form von Chruschtschow zu erwartender Gedankengänge gekleidet – scheinen mir symptomatisch für die Richtung, in der sich manche Überlegungen bewegen, die zur Zeit hier für die Wiederaufnahme des Gesprächs mit den Sowjets und die Aktivierung einer von Johnson mehr persönlich geprägten Außenpolitik nach den Novemberwahlen[15] angestellt werden, jedoch noch nicht endgültige oder auch nur konkrete Form angenommen haben. Daß die deutschen und europäischen Probleme hierbei wieder eine bedeutende Rolle spielen werden, steht außer Frage. Es wird versucht werden, hierzu noch genauer zu berichten, sobald einige der z.Z. in Arbeit befindlichen diesbezüglichen, bisher noch recht unkoordinierten Studien vorlie-

[12] Vgl. dazu Dok. 252.

[13] Vgl. den Artikel von Carl Gustav von Ströhm „Gelbkreuz in Sagorsk"; CHRIST UND WELT, Nr. 38 vom 18. September 1964, S. 1.

[14] Zu den Sondierungen mit der Volksrepubik China über ein Warenabkommen vgl. zuletzt Dok. 236.

[15] Die amerikanischen Präsidentschaftswahlen fanden am 3. November 1964 statt.

gen.[16] Vielleicht könnte auch der Gedanke einer Einladung an Botschafter Thompson nach Bonn, der er, glaube ich, ganz gern Folge leisten würde, wieder aufgegriffen werden.

Ich darf bitten, die Äußerungen Thompsons, die in einem Gespräch unter vier Augen gemacht wurden, mit größter Vertraulichkeit, vor allem auch gegenüber der US-Botschaft in Bonn, zu behandeln.

[gez.] Lilienfeld

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 428

260

Staatssekretär Carstens an Botschafter Klaiber, Paris

St.S. 1741/64 geheim **Aufgabe: 28. September 1964, 17.18 Uhr[1]**

Fernschreiben Nr. 932

Für Botschafter

1) In meinen Gesprächen mit Lucet[2] und dem französischen Botschafter[3] während der letzten Wochen ist mehrfach von dem Umfang der Rüstungszusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich[4] die Rede gewesen. In der Zwischenzeit habe ich mir die Zahlen geben lassen. Daraus geht hervor, daß innerhalb des Verteidigungsbereichs während der letzten acht Jahre 4 Milliarden DM nach Frankreich geflossen sind. Damit steht Frankreich nach den USA an zweiter Stelle. Alle anderen[5] Staaten, insbesondere Großbritannien, folgen erst in weitem Abstand.

Die Franzosen meinten zunächst, daß die Entwicklung anfänglich zwar befriedigend, in den letzten Jahren jedoch ungünstig gewesen sei. Auch dies trifft nicht zu. Tatsächlich sind die Zahlen folgende:

Das Bundesministerium der Verteidigung hat für Rüstungskäufe in Frankreich ausgegeben:

1956	300 Mio. DM
1957	138 Mio. DM
1958	75 Mio. DM
1959	331 Mio. DM

[16] Zu den Perspektiven für die amerikanische Deutschland-Politik nach den Präsidentschaftswahlen vgl. Dok. 353.

[1] Hat Staatssekretär Lahr am 28. September 1964 vorgelegen.

[2] Zum Gespräch vom 15. September 1964 vgl. Dok. 249.

[3] Zum letzten Gespräch des Staatssekretärs Carstens mit Botschafter de Margerie am 23. September 1964 vgl. Dok. 251, Anm. 3.

[4] Zur deutsch-französischen Rüstungszusammenarbeit vgl. auch Dok. 244, besonders Anm. 49.

[5] An dieser Stelle wurde von Staatssekretär Carstens gestrichen: „weiteren".

1960		457 Mio. DM
1961		212 Mio. DM
1962		131 Mio. DM
1963		786 Mio. DM
1964 (bis 1.7.)		700 Mio. DM
	Summe	3130 Mio. DM
Hinzu kommen für Entwicklungsaufträge an Frankreich im gesamten Zeitraum		350 Mio. DM
Sonstige Ausgaben der Bundeswehr in Frankreich (Logistik, Truppenübungsplätze, Stäbe)		rund 500 Mio. DM
	Summe	3980 Mio. DM

2) Ich bitte Sie, Lucet dieses Zahlenmaterial im Anschluß an mein[6] Gespräch mit ihm[7] zur Verfügung zu stellen. Gleichzeitig bitte ich Sie, jedoch hervorzuheben, daß wir selbstverständlich, ungeachtet dieser nach unserer Auffassung nicht unbefriedigenden[8] Zahlen, auf das intensivste bemüht bleiben, um die Rüstungszusammenarbeit zu erweitern und um insbesondere zu[9] gemeinsamen Vorhaben der[10] Rüstungsproduktion zu gelangen.

3) In diesem Zusammenhang ist von Bedeutung, was mir der französische Botschafter berichtete. Danach hat sich die Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Großbritannien auf dem Gebiet der Rüstungsproduktion sehr verstärkt. Der Botschafter erklärte, die geschlossenen Kontrakte deckten weit größere Summen als diejenigen, die von mir genannt worden seien. Vor allem beträfen sie die gemeinsame Entwicklung eines Flugzeuges[11], das zwar in erster Linie für zivile Zwecke Verwendung finden würde, doch seien die militärischen Rückwirkungen unverkennbar.

Wir werden diesen Nachrichten, die ich Ihnen zunächst nur zu Ihrer eigenen Unterrichtung übermittele, nachgehen.[12]

Carstens[13]

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 437

[6] Dieses Wort wurde von Staatssekretär Carstens handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „unser".

[7] Die Worte „mit ihm" wurden von Staatssekretär Carstens handschriftlich eingefügt.

[8] Die Wörter „nicht unbefriedigenden Zahlen" gingen auf Streichungen und handschriftliche Einfügungen des Staatssekretärs Carstens zurück. Dafür wurde gestrichen: „doch recht befriedigenden Zahlen".

[9] An dieser Stelle wurde von Staatssekretär Carstens gestrichen: „einer".

[10] Die Wörter „Vorhaben der" wurden von Staatssekretär Carstens handschriftlich eingefügt.

[11] Im November 1962 vereinbarten Großbritannien und Frankreich die gemeinsame Entwicklung des Überschall-Verkehrsflugzeugs „Concorde".

[12] Mit Drahterlaß vom 2. Oktober 1964 unterrichtete Staatssekretär Carstens Botschafter Klaiber, Paris, daß der französische Botschafter de Margerie die deutschen Zahlen über die Rüstungskäufe der Bundesrepublik in Frankreich im wesentlichen bestätigt habe. Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 437; B 150, Aktenkopien 1964.

[13] Paraphe vom 28. September 1964.

261

Botschafter Grewe, Paris (NATO), an das Auswärtige Amt

Z B 6-1/7496/64 geheim
Fernschreiben Nr. 1320
Cito

Aufgabe: 28. September 1964, 19.05 Uhr[1]
Ankunft: 28. September 1964, 19.43 Uhr

Im Anschluß an Nr. 1316 vom 28.9. geheim[2]

Betr.: MLF

Im folgenden übermittele ich den angekündigten Entwurf eines kurzen Aide-mémoires zu der im Brief des Herrn Bundeskanzlers an Präsident Johnson[3] berührten Frage der Konsultation über die Gesamtstrategie. Der Text ist dazu gedacht, je nach Verlauf der Gespräche beim Präsidenten oder beim Außenminister in Washington[4] hinterlassen zu werden.

[gez.] Grewe

Folgt Anlage:

„1) Da die MLF SACEUR assigniert werden soll, wird in den ‚terms of assignment' auch die Koordination der Zielplanung zu regeln sein.

2) Abgesehen von dieser Koordination auf der rein militärisch-operativen Ebene, erscheint es jedoch wünschenswert, daß diejenigen Staaten, die einen wesentlichen Beitrag zur MLF leisten, Gelegenheit zu einer verbesserten und vertieften Konsultation über die Fragen der Gesamtstrategie erhalten.

3) Eine solche verbesserte Konsultation über die Gesamtstrategie wird von

[1] Hat Bundesminister Schröder vorgelegen.

[2] Mit Drahtbericht vom 28. September 1964 übermittelte Botschafter Grewe, Paris (NATO), eine Aufzeichnung über die Möglichkeiten einer verstärkten Beteiligung der Bundesrepublik an der nuklear-strategischen Planung. Von der Voraussetzung ausgehend, daß ein Einfluß nur auf den höchsten Entscheidungsebenen in den USA – Präsident, Sicherheitsrat und Vereinigte Stabschefs – wirkungsvoll wäre, hielt Grewe fest: „Ob eine Einflußnahme auf diese Entscheidungen überhaupt möglich ist, hängt weitgehend von der Bereitwilligkeit der Amerikaner ab, anderen Staaten irgendeinen Einfluß einzuräumen. Fest institutionalisierte Vorkehrungen allein gewähren die Mitsprachemöglichkeit nicht ... Vorzuziehen wäre eine lockere Konsultationsmaschinerie etwa in Form von ein- bis zweimal jährlich stattfindenden Konsultationssitzungen der Außenminister, der Verteidigungsminister und der Stabschefs der beteiligten Staaten ... An dieser Konsultation sollten, um sie effektiv zu gestalten, nur die wichtigsten an der MLF teilnehmenden Staaten beteiligt werden (USA, Deutschland, UK, Italien). Die Konsultationsmaschinerie wäre deshalb nicht zu einer MLF-Institution zu machen und würde in der MLF-Charta besser nicht erwähnt werden. Sie ist vielmehr als eine Art Gegenleistung der Amerikaner an diejenigen Staaten gedacht, die bereit sind, sich im wesentlichen Umfang an der MLF zu beteiligen, ohne von den USA die Aufgabe ihres Vetorechtes zu verlangen." Vgl. Ministerbüro, VS-Bd. 8481; B 150, Aktenkopien 1964.

[3] Vgl. Dok. 263.

[4] Zum Besuch des Botschafters Grewe, Paris (NATO), vom 1. bis 6. Oktober 1964 in Washington und zu den Gesprächen mit Außenminister Rusk und weiteren Mitgliedern der amerikanischen Regierung vgl. Dok. 281.
Zur Vorbereitung des Besuchs vgl. auch Dok. 254.

vielen als unerläßliches Korrelat für die Aufrechterhaltung des Veto-Rechts der USA bei der Entscheidung über den Feuerbefehl[5] angesehen.

4) Auf jeden Fall würde [es] nicht nur der Bundesregierung, sondern ohne Zweifel auch der britischen und der italienischen Regierung bei der Vertretung des MLF-Projekts gegenüber ihren Parlamenten und ihrer öffentlichen Meinung wesentlich helfen, wenn sie darauf hinweisen könnten, daß im Zeitpunkt des Inkrafttretens der MLF-Charter auch verbesserte Konsultationsverfahren in bezug auf die Gesamtstrategie wirksam werden.

5) Es kann nicht beabsichtigt sein, in irgendeiner Weise die souveräne Entscheidung der US-Regierung über die Grundsatzfragen der nationalen Verteidigung der USA anzutasten. Auf der anderen Seite sollten jedoch die Bündnispartner, deren eigene nationale Sicherheit von gewissen strategischen Entscheidungen der US-Regierung abhängt, verbesserte Möglichkeiten erhalten, die der gemeinsamen Verteidigung dienende Strategie in einem angemessenen Konsultationsverfahren zu erörtern.

6) Selbstverständlich bleibt es Sache der US-Regierung, die Grenzen der Konsultationsgespräche selbst zu bestimmen. Es wird daher nichts von ihr verlangt, was ihrer nationalen verfassungsmäßigen Verantwortung gegenüber dem Kongreß der Vereinigten Staaten widersprechen würde.

7) Zu erwägen wäre demgemäß ein Konsultationsverfahren, das sich etwa auf folgender Absprache aufbauen würde: ‚The parties agree to consult twice annually on questions of overall strategic nuclear planning. The foreign ministers, ministers of defense and chiefs of staff will participate in these consultative meetings. The meetings shall be jointly prepared. The parties undertake to exchange on a regular basis all information pertaining to the subjects of their consultations.'

8) Da es nicht zweckmäßig und erforderlich erscheint, zu viele Regierungen an diesem Konsultationsverfahren zu beteiligen, dürfte es sich empfehlen, diese Absprache außerhalb der MLF-Charter in einem Briefwechsel oder Protokoll mit den in Frage kommenden Regierungen niederzulegen."[6]

Ministerbüro, VS-Bd. 8481

[5] Zu den Modalitäten für einen Einsatz der MLF und zum Vetorecht der USA vgl. Dok. 238. Vgl. dazu auch Dok. 265.

[6] Am 29. September 1964 äußerte Ministerialdirektor Krapf Bedenken gegen eine Übergabe des vorgeschlagenen Aide-mémoires, da die Frage einer engeren Konsultation auf nuklearem Gebiet alle NATO-Staaten betreffe. Krapf erinnerte daran, daß die Bundesrepublik den Vorschlag des Staatspräsidenten de Gaulle vom 17. September 1958 für ein von Frankreich, den USA und Großbritannien zu bildendes „Dreier-Direktorium" innerhalb der NATO mit dem Hinweis auf den Gleichheitsgrundsatz abgelehnt habe, und führte aus: „Es würde sich merkwürdig ausnehmen, wenn wir jetzt eine Sonderstellung für Großbritannien, Italien und uns forderten. Dies könnte uns nicht nur in einen eklatanten Widerspruch zu den NATO-Partnern – besonders zu Frankreich – bringen; wir könnten die politische Unterstützung verlieren, die das gesamte Bündnis uns bisher in der Deutschland- und Berlinfrage gewährt." Vgl. Ministerbüro, VS-Bd. 8481; B 150, Aktenkopien 1964. Zur ablehnenden Reaktion des Staatssekretärs Carstens auf die Vorschläge des Botschafters Grewe, Paris (NATO), vgl. Dok. 262.

262

Staatssekretär Carstens an die Vertretung bei der NATO in Paris

St.S. 1753/64 geheim **Aufgabe: 29. September 1964, 22.03 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 1105
Citissime

Auf 1316[2] und 1320 geheim[3] vom 28.9.64

Betr.: Konsultation über nukleare Gesamtstrategie im Zusammenhang mit dem Abschluß des MLF-Vertrages

Ich habe gegen Ihre Vorschläge folgende Bedenken:

1) Ich fürchte, wenn wir in dieser Frage jetzt in Washington zu stark drängen, werden wir den Elan der amerikanischen Regierung in Richtung auf eine baldige Unterzeichnung des MLF-Vertrages eher bremsen als verstärken[4]. Ich habe nicht den Eindruck, daß die Amerikaner gewillt sind, für das rasche Zustandekommen der MLF noch einen weiteren Preis zu bezahlen.[5]

2) Wenn wir so deutlich zu erkennen geben, daß die kleinen MLF-Partner an den Konsultationen nicht teilnehmen sollen, werden wir deren Neigung zum Beitritt vermindern.[6]

3) Wir müßten im Auge behalten, daß schließlich auch Frankreich in die Konsultation über nukleare Strategie einbezogen werden sollte. Frankreich wird gewiß der MLF nicht beitreten.[7] Doch erscheint es denkbar, daß zwischen MLF und Force de Frappe Verbindungen hergestellt werden, die eine Mitwirkung Frankreichs auch an der Konsultation über die nukleare Strategie ermöglichen.

4) Für Ihre Gesprächsführung[8] zur Frage der Konsultation über die Gesamt-

[1] Staatssekretär Carstens verfügte die Weiterleitung an Bundesminister Schröder.
Hat Schröder am 29. September 1964 vorgelegen.

[2] Vgl. Dok. 261, Anm. 2.

[3] Vgl. Dok. 261.

[4] Die Wörter „bremsen als verstärken" wurden von Ministerialdirektor Krapf handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „erschweren als erleichtern".

[5] Dieser Satz wurde von Ministerialdirektor Krapf handschriftlich eingefügt.

[6] An dieser Stelle wurde von Staatssekretär Carstens folgender, von Ministerialdirektor Krapf handschriftlich eingefügter Satz gestrichen: „Wir würden uns damit auch in einen bedenklichen Gegensatz zu unsrer Haltung zur Frage des Dreierdirektoriums begeben."

[7] Die französische Ablehnung einer multilateralen Atomstreitmacht wurde bereits in der Pressekonferenz des Staatspräsidenten de Gaulle vom 14. Januar 1963 deutlich. Vgl. dazu Dok. 20, Anm. 6.
Zur französischen Haltung vgl. auch Dok. 180, Dok. 186 und Dok. 187.

[8] Zum Besuch des Botschafters Grewe, Paris (NATO), vom 1. bis 6. Oktober 1964 in Washington und zu den Gesprächen mit Außenminister Rusk und weiteren Mitgliedern der amerikanischen Regierung vgl. Dok. 281.
Zur Vorbereitung des Besuchs vgl. auch Dok. 254.

strategie erhalten Sie besondere Weisung.[9] Ein Memorandum sollten Sie nicht übergeben.

Carstens[10]

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 432

263

Bundeskanzler Erhard an Präsident Johnson

AB-37921/689IV/64 geheim **30. September 1964**[1]

Sehr geehrter Herr Präsident!

Im April d.J. übermittelten Sie mir durch Ihren Ständigen Vertreter bei der NATO, Botschafter Finletter, eine Botschaft[2], in der Sie Ihre feste Absicht zum Ausdruck brachten, in den Vereinigten Staaten alle notwendigen Maßnahmen einzuleiten, um ein Abkommen über die Multilaterale Atomstreitmacht (MLF) noch vor Ende dieses Jahres unterzeichnen zu können. Ich habe Ihnen damals durch Botschafter Finletter sagen lassen, daß ich mit Ihren Auffassungen und Absichten in dieser Frage voll übereinstimmte. Wir haben bei unserer Begegnung im Juni[3] diese Übereinstimmung bekräftigt und sie auch in unserem Kommuniqué[4] ausdrücklich festgestellt.

[9] Der Passus „Für Ihre Gesprächsführung ... besondere Weisung" wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Scheske handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „Diesen Gedanken sollten Sie in Ihrem Gespräch Rechnung tragen."
Mit Drahterlaß vom 30. September 1964 bat Staatssekretär Carstens Botschafter Grewe, Paris (NATO), der amerikanischen Seite folgendes vorzutragen: „Die an der MLF interessierten Regierungen stimmten überein, daß die MLF dem operativen Befehl von SACEUR unterstehen und einen Teil der Zielpläne SACEUR's übernehmen soll. Hierbei würden wir davon ausgehen, daß der MLF nicht nur Ziele zugeteilt werden, welche SACEUR in eigener Verantwortung festgelegt hat. Der Board of Governors müßte wohl bei der Aufstellung der Zielpläne SACEUR's Einsicht und Einfluß erhalten. Diese Gesamtzielpläne müßten wiederum im Einklang mit denen der amerikanischen Strategic Forces aufgestellt werden. Wir würden gern die amerikanischen Ansichten erfahren, wie diese Koordinierung der Gesamtstrategie sich gestalten soll. Wir seien der Ansicht, daß eine befriedigende Lösung dieses Problems einen großen Anreiz für die noch zögernden Staaten bieten würde, der MLF beizutreten." Vgl. Ministerbüro, VS-Bd. 8481; B 150, Aktenkopien 1964.

[10] Paraphe vom 29. September 1964.

[1] Durchdruck.
Das Schreiben wurde von Botschafter Grewe, Paris (NATO), am 2. Oktober 1964 dem amerikanischen Außenminister Rusk übergeben. Es ging auf einen Entwurf von Grewe zurück, der Staatssekretär Carstens und Bundesminister Schröder am 25. September 1964 übermittelt wurde. Für den Drahtbericht von Grewe vgl. Ministerbüro, VS-Bd. 8481; B 150, Aktenkopien 1964.
Zu den wesentlichen Änderungen vgl. Anm. 6, 10, 12, 13 und 15.

[2] Zum Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit dem amerikanischen Botschafter bei der NATO am 16. April 1964 vgl. Dok. 98.

[3] Zum Gespräch vom 12. Juni 1964 vgl. Dok. 161.

[4] Vgl. dazu Dok. 254, Anm. 4.

Unsere Delegationsleiter in Paris[5] haben sich bemüht, die Gespräche in der Arbeitsgruppe der acht interessierten Staaten so zu fördern, daß der Vertrag zu dem von uns gewünschten Termin unterzeichnet werden könnte. Leider hat die Arbeitsgruppe nicht so rasche Fortschritte gemacht, wie ich gehofft hatte. So wie die Dinge stehen[6], ist kaum damit zu rechnen, daß diese Gruppe bis Ende des Jahres einen Vertragsentwurf zu erarbeiten vermag, dem alle beteiligten Regierungen alsbald ihre Zustimmung geben könnten.

Inzwischen haben unsere beiden Delegationsleiter in Paris einen ersten Arbeitsentwurf für eine MLF-Charta ausgearbeitet.[7] Dieser Entwurf bedarf sicher noch der Überarbeitung, doch sollte er nach meiner Ansicht sobald als möglich den übrigen interessierten Regierungen vorgelegt werden. Dies erscheint mir umso wichtiger, als uns die neueste politische Entwicklung Veranlassung gibt, den vorgesehenen Termin der Unterzeichnung wenn möglich einzuhalten.

Der hauptsächliche Grund für diese Beurteilung ist die Gefahr, daß die bevorstehende Generalversammlung der Vereinten Nationen[8] eine Resolution beschließt, die uns auffordern würde, bis zum Abschluß eines Abkommens über die Nichtverbreitung von Atomwaffen alle Verhandlungen und sonstigen Dispositionen zu unterlassen, die den Status quo auf dem Gebiet der Kontrolle über Atomwaffen in irgendeiner Weise verändern könnten.[9] Auch andere, gegen das Zustandekommen der MLF gerichtete Resolutionen liegen im Bereich des Möglichen. In Genf haben sich unter den nichtgebundenen Staaten deutliche Tendenzen in dieser Richtung abgezeichnet.

Ich halte es daher für wichtig, daß wir das Zustandekommen der MLF in gewissem Umfang sicherstellen[10], bevor es in der Generalversammlung zu einer solchen Resolution kommt – was schon im Januar 1965 möglich ist.

Ein anderer Grund kommt für mich hinzu: ich würde es vorziehen, vor meiner eventuellen Begegnung mit Herrn Chruschtschow[11] bereits einige vollendete Tatsachen in bezug auf die MLF geschaffen zu sehen.

5 Wilhelm G. Grewe und Thomas K. Finletter.

6 Der Passus „So wie die Dinge stehen" lautete im Entwurf des Botschafters Grewe, Paris (NATO), vom 25. September 1964: „Da es in ihrer Mitte auch gewisse retardierende Kräfte gibt".

7 Für den Entwurf einer „Charter of the North Atlantic Multilateral Force" vom 1. September 1964 vgl. Abteilung II (II 7), VS-Bd. 1369.
Zur Bewertung vgl. auch die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Müller-Roschach vom 30. September 1964; Planungsstab, VS-Bd. 11569; B 150, Aktenkopien 1964.

8 Die 19. UNO-Generalversammlung wurde am 1. Dezember 1964 in New York eröffnet. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1965, Z 9f.

9 Vgl. dazu Dok. 253, Anm. 20.
Zur Frage der Nichtverbreitung von Atomwaffen vgl. auch Dok. 133.

10 Der Passus „Ich halte ... sicherstellen" lautete im Entwurf des Botschafters Grewe, Paris (NATO), vom 25. September 1964: „Ich halte es daher für unerläßlich, ein gewisses fait accompli zu schaffen".

11 Zum geplanten Besuch des sowjetischen Ministerpräsidenten in der Bundesrepublik vgl. zuletzt Dok. 259.

Aus diesen Erwägungen heraus halte ich es für wünschenswert, den MLF-Vertrag bereits Ende November oder Anfang Dezember dieses Jahres zu unterzeichnen.[12]

Es ist leider nicht zu erwarten, daß zu diesem Zeitpunkt alle acht interessierten Regierungen unterschriftsbereit sind. Vielleicht können wir noch die eine oder die andere Regierung veranlassen, mit uns zu unterzeichnen. Wir müssen jedoch die Möglichkeit in Rechnung stellen, daß keine dritte oder vierte Regierung zu diesem Zeitpunkt den Entschluß zur Unterzeichnung zu fassen vermag. Ich möchte glauben, daß wir auch dann vorangehen sollten, um durch unser Beispiel andere[13] zu einem Beitritt anzuspornen.[14] Für diesen Fall sollten wir jedoch prüfen, wie wir durch eine geeignete Vertragsklausel Mißdeutungen und den Eindruck vermeiden könnten, wir wünschten die MLF allein auf eine amerikanisch-deutsche Grundlage zu stellen.

Wir haben uns darüber Gedanken gemacht, die Botschafter Grewe, der Überbringer dieses Briefes, erläutern könnte.

Botschafter Grewe wird bei dieser Gelegenheit auch unsere Überlegungen zu der Frage vortragen können, wie wir im Zusammenhang mit dem Abschluß des MLF-Vertrages zu einer verbesserten Koordination und Konsultation zwischen den Vereinigten Staaten und ihren Partnern auf dem Gebiet der nuklearen Gesamtstrategie gelangen und damit vielleicht einigen noch zögernden Staaten den Beitritt zur MLF erleichtern könnten.[15]

Ich hoffe, daß wir bald in der Lage sein werden, die MLF auf eine feste Grund-

[12] Der Passus „Aus diesen Erwägungen ... zu unterzeichnen" lautete im Entwurf des Botschafters Grewe, Paris (NATO), vom 25. September 1964: „Aus diesen Erwägungen heraus halte ich es für dringend erwünscht, daß die MLF-Charter wenn irgend möglich bereits Ende November oder Anfang Dezember dieses Jahres unterzeichnet wird."

[13] Der Passus „Ich möchte glauben ... Beispiel andere" lautete im Entwurf des Botschafters Grewe, Paris (NATO), vom 25. September 1964: „Ich gehe davon aus, daß wir selbst auch in diesem äußersten Falle entschlossen sind, voranzugehen und durch unser Beispiel die anderen Partner".

[14] Auf einer Pressekonferenz am 6. Oktober 1964 in Berlin (West) äußerte Bundeskanzler Erhard auch öffentlich die Bereitschaft, einen MLF-Vertrag noch vor Jahresende und eventuell allein mit den USA zu unterzeichnen. Vgl. dazu DIE WELT, Nr. 234 vom 7. Oktober 1964, S. 1.

[15] Der Passus „Botschafter Grewe wird ... erleichtern könnten" lautete im Entwurf des Botschafters Grewe, Paris (NATO), vom 25. September 1964: „Bis zur Unterzeichnung sind unter unseren Delegationen noch verschiedene Sachfragen zu klären. Unter diesen ist eine Frage, die bisher noch keine Lösung gefunden hat, der wir jedoch eine sehr große Bedeutung beimessen – unter innenpolitischen Gesichtspunkten sogar beimessen müssen: Es handelt sich um die Frage, wie wir im zeitlichen und sachlichen Zusammenhang mit dem Abschluß des MLF-Vertrages zu einer verbesserten Koordination und Konsultation zwischen den Vereinigten Staaten einerseits und den die MLF hauptsächlich tragenden Staaten andererseits auf dem Gebiete der nuklearen Gesamtstrategie (‚overall strategic planning') gelangen können. Auch hierzu habe ich Botschafter Grewe instandgesetzt, Ihnen meine Gedanken zu erläutern. Ich messe einer befriedigenden Lösung dieser Frage große Bedeutung bei, insbesondere auch für eine positive Beurteilung der MLF-Projekte durch die britische und die italienische Regierung."

lage zu stellen, und wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie mir Ihre Auffassungen zu dieser Frage übermitteln könnten.[16]

Mit freundlichen Grüßen

gez. Ludwig Erhard

Ministerbüro, VS-Bd. 8481

264

Botschafter Knappstein, Washington, an das Auswärtige Amt

Z B 6-1/7562/64 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 2858

Aufgabe: 30. September 1964, 11.00 Uhr
Ankunft: 30. September 1964, 17.45 Uhr

Auf Drahterlaß Plurex 3201 vom 9.9.64[1]

Betr.: Beziehungen USA zu Frankreich und Großbritannien

1) Den beiden Artikeln James Restons in der New York Times vom 1.4. und vom 3.5.1964 (New Yorker Ausgabe)[2] sowie dem Artikel von Werner Imhoof in der Neuen Zürcher Zeitung vom 8.5.[3] liegt ein Memorandum zugrunde, das Anfang des Jahres in der Westeuropa-Abteilung des State Department ausgearbeitet worden ist. Das Memorandum wurde inzwischen nach seiner Fertigstellung Ende April den beiden Journalisten von leitender Stelle des State Department (vermutlich von Außenminister Rusk selber) zugänglich gemacht.

[16] Am 6. Oktober 1964 berichtete Botschafter Grewe, z.Z. Washington, über ein Gespräch mit dem Staatssekretär im amerikanischen Außenministerium, Ball, der eine erste Reaktion auf den Brief des Bundeskanzlers Erhard übermittelte. Ball betonte das entschiedene Interesse des Präsidenten Johnson an einem baldigen Zustandekommen der MLF. Er versicherte: „Die in dem Briefe des Herrn Bundeskanzlers entwickelten Gesichtspunkte seien mit Aufmerksamkeit und Verständnis aufgenommen worden", und kündigte eine schriftliche Antwort an. Vgl. Ministerbüro, VS-Bd. 8481; B 150, Aktenkopien 1964.
Für das Antwortschreiben des Präsidenten Johnson vom 7. Oktober 1964 an Bundeskanzler Erhard vgl. Abteilung II (II 7), VS-Bd. 1353.
Zur Bewertung der amerikanischen Reaktion durch Botschafter Grewe, Paris (NATO), vgl. Dok. 281.

[1] Ministerialdirigent Voigt erbat am 8. September 1964 Informationen über Pressemeldungen, denenzufolge Staatspräsident de Gaulle 1958 dem amerikanischen Präsidenten Eisenhower ein Memorandum über den Einsatz von Atomwaffen vorgelegt und sich nach dem britisch-amerikanischen Nassau-Abkommen vom 21. Dezember 1962 zugunsten kontinentaleuropäischer Lösungen und gegen eine Zusammenarbeit mit den angelsächsischen Staaten entschieden habe. Vgl. Ministerbüro, VS-Bd. 10106; B 150, Aktenkopien 1964.
Vgl. dazu auch die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Müller-Roschach vom 17. August 1964; Abteilung I (I A 3), VS-Bd. 42; B 150, Aktenkopien 1964.

[2] Vgl. die beiden Artikel „Why U.S. and de Gaulle Have Disagreed"; THE NEW YORK TIMES, International Edition, Nr. 38815 vom 2./3. Mai 1964, S. 6, bzw. Nr. 38817 vom 4. Mai 1964, S. 4.

[3] Vgl. den Artikel „De Gaulles Forderung nach strategischer Mitbestimmung"; NEUE ZÜRCHER ZEITUNG, Fernausgabe, Nr. 126 vom 8. Mai 1964, S. 1.

Zweck der Aufzeichnung war es, in detaillierter Form zunächst für den eigenen Gebrauch die Genesis der französisch-amerikanischen Entfremdung[4] aufzuzeichnen. Es sollte aber auch Material für eine Abwehr der französischen Propaganda zusammengetragen werden, die durch eine verzerrte Darstellung der Ereignisse den Engländern und Amerikanern die Schuld an dem Zerwürfnis der letzten Jahre zuzuschieben bestrebt war. Diese Propaganda war auch auf amerikanische Journalisten – vor allem auf die in Frankreich stationierten – nicht ohne Wirkung geblieben. So bedurfte es z.B. bei Cyrus Sulzberger besonderer Information von offizieller amerikanischer Seite, ehe er in der New York Times vom 18.3.1964 eine korrekte Wiedergabe der Vorgänge[5] erscheinen ließ. Die amerikanischen Botschaften in den wichtigsten Hauptstädten erhielten Ende April 1964 Anweisung, auf diesen Artikel als eine zutreffende Schilderung der Vorgänge hinzuweisen.

2) Die Artikel Restons und Imhoofs stimmen, wie sich [ein] Mitarbeiter überzeugen konnte, sachlich völlig mit dem Memorandum des State Departments überein. Kleinere Ungenauigkeiten, die jedoch mit dem Ablauf der Ereignisse nichts zu tun haben, sind auf eine Kürzung des 6 Seiten langen Textes zurückzuführen (so handelt es sich, wie von Schoenbrun richtig wiedergegeben[6], bei der Botschaft de Gaulles vom 17. September 1958 um einen Brief *und* ein Memorandum)[7].

Nicht in dem amerikanischen Memorandum enthalten ist jedoch die Wertung, die Reston vornimmt. Sie stellt seine persönliche Auffassung dar und ist wohl aus journalistischen Gründen stärker zugespitzt, als dies bei einer gründlichen Analyse der Vorschläge de Gaulles gerechtfertigt wäre.[8] Sicherlich ist der Vorschlag des französischen Staatspräsidenten nicht förmlich auf ein NATO-Direktorat gerichtet, sondern auf eine weltweite Partnerschaft der drei Mächte auf dem Gebiete der gemeinsamen Politik außerhalb des NATO-Bereichs, der Zusammenfassung der vorhandenen Hilfsquellen und der nuklearen Strategie, insbesondere des Einsatzes der Nuklearwaffen. Diese weit über den Zweck und räumlichen Bereich der NATO hinausgehende Zielsetzung ist allen weiteren Vorstößen de Gaulles eigen. Dennoch dürfte beiden Seiten, Frankreich wie den Vereinigten Staaten und Großbritannien, klar gewesen

[4] Zu den amerikanisch-französischen Differenzen vgl. bereits Dok. 79. Vgl. auch AAPD 1963, III, Dok. 419.

[5] Vgl. dazu den Artikel „The Throbbing of Old Wounds"; THE NEW YORK TIMES, International Edition, Nr. 38747 vom 24. Februar 1964, S. 4.

[6] Vgl. den Artikel von David Schoenbrun „Der General ‚erobert' Deutschland"; DIE WELT, Nr. 175 vom 30. Juli 1964, S. 6.

[7] In dem Begleitschreiben vom 17. September zu dem Memorandum an Präsident Eisenhower 1958 bekräftigte Staatspräsident de Gaulle seine Bündnistreue: „... je tiens à vous assurer ... de ma sincère et confiante amitié. Je n'en souhaite que plus vivement que nous puissions travailler ensemble dans de meilleures conditions afin que notre alliance devienne plus cohérente et plus efficace." Vgl. DE GAULLE, Lettres, notes et carnets. Juin 1958 – décembre 1960, S. 82.
Zum Memorandum vom 11. September 1958 vgl. Dok. 59, Anm. 53.

[8] James Reston erläuterte, daß Staatspräsident de Gaulle nicht nur eine Vereinbarung vorgeschlagen habe, derzufolge die Drei Mächte ihre Außenpolitik so weit aufeinander abstimmen sollten, daß sie sich gegenseitig mit einem Veto blockieren könnten: „More important the de Gaulle memorandum of 1958 sought a specific agreement that the U.S. should not use atomic weapons anywhere in the world without the agreement of France, that is to say without de Gaulle's agreement." Vgl. THE NEW YORK TIMES, International Edition, Nr. 38815 vom 2./3. Mai 1964, S. 6.

sein, daß es sich hier um einen Vorschlag handelte, der schwerwiegende Rückwirkungen auf die Stellung der drei Mächte im Bündnissystem der NATO haben mußte. Dies zu erkennen hätte es nicht einmal der ausdrücklichen Erklärung de Gaulles bedurft, daß er eine weitere Mitwirkung Frankreichs von der Erwägung seiner Vorschläge abhängig mache.

Die französischen Vorstellungen liefen auf eine Änderung der Sonderstellung hinaus, die die Vereinigten Staaten im NATO-Bündnis als Nuklearmacht mit weltweiten Interessen und Verantwortlichkeiten einnehmen und die sich z.B. darin ausdrückt, daß die Verteidigung des Bündnisses überwiegend auf externen, der NATO nicht unterstehenden Nuklearwaffen in amerikanischer Hand beruht. Diese Stellung schafft für die anderen Mitglieder des Bündnisses, die von politischen Vorgängen und Entscheidungen abhängig werden, an denen sie nicht mitwirken können, eine auf die Dauer unbefriedigende Situation. Es ist ein durchaus einleuchtender Gedanke, wenn Paris als Lösung dieses für das Bündnis schwerwiegenden Problems eine echte Beteiligung anderer Verbündeter an der „NATO-externen" Seite der amerikanischen Politik vorschlug. Nichts lag vom Standpunkt de Gaulles aus näher, als hierbei an die beiden anderen NATO-Mächte mit weltweiten Verpflichtungen zu denken: England und Frankreich, die zudem über eine eigene Nuklearkapazität verfügten bzw. sie entwickelten. Frankreich als kontinental-europäischer Macht mußte dabei ganz von selbst die Rolle des Sprechers für Europa zufallen. Die verantwortliche Beteiligung an der amerikanischen Politik außerhalb des NATO-Bereichs mußte England und Frankreich nicht nur eine besondere Stellung hinsichtlich einer weltweiten Außenpolitik der drei führenden NATO-Mächte, sondern auch eine dominierende Rolle nach innen geben. Auf nuklearem Gebiet ergibt sich zudem aus der Forderung nach einem Vetorecht jeder der drei Mächte – außer im Falle der Selbstverteidigung –, daß wohl auch der amerikanische Einsatz zur Verteidigung Europas dem englischen oder französischen Veto unterliegen würde. Auch hieraus mußte sich notwendigerweise eine besondere Stellung der drei Mächte im Bündnis ergeben.

3) Restons Wiedergabe der amerikanischen Haltung gegenüber der französischen Forderung ist korrekt: Unter Hinweis auf die Interessen anderer NATO-Staaten, von denen ausdrücklich Deutschland und Italien genannt werden, schlug Präsident Eisenhower eine erweiterte Konsultation unter den NATO-Verbündeten über Fragen außerhalb der NATO vor[9], ein Gedanke, der noch heute einer der Grundbestandteile der amerikanischen NATO-Reformpolitik ist. Die Absichten, die Frankreich mit seinem Memorandum vom 17.9.1958 verfolgte, wurden also in Washington, aber auch in London klar erkannt und von amerikanischer Seite in einer Weise beantwortet, die nach hie-

[9] James Reston führte ein Schreiben des amerikanischen Präsidenten vom 20. Oktober 1958 an, in dem Eisenhower den Vorschlag des französischen Staatspräsidenten hinsichtlich der Konsultation von NATO-Partnern aufgegriffen habe: „Accordingly he approved the idea of broader consultation among the NATO allies on world problems beyond the NATO area, but insisted that this consultation should not be limited to Paris and London but must include all members of NATO." Vgl. THE NEW YORK TIMES, International Edition, Nr. 38815 vom 2./3. Mai 1964, S. 6. Vgl. auch Dok. 66, besonders Anm. 6 und 7.
Für den Wortlaut des Schreibens von Eisenhower vgl. Edward WEINTAL/Charles BARTLETT, Facing the brink. A study of crisis diplomacy, London 1967, S. 101 f.

siger Auffassung zu einer Festigung des Bündnisses anstelle der aus dem französischen Plan resultierenden Gefährdung führen mußte. Diesem Verhalten lag eine Überlegung zugrunde, die Rusk immer wieder etwa so formuliert: Es ist Sache der Europäer, wie sie ihre Zusammenarbeit innerhalb der NATO organisieren wollen. Die Vereinigten Staaten sähen es gern, wenn Europa mit einer Stimme spräche. Sie wollen und können jedoch nicht einem einzelnen Staat als Führungsmacht von außen in den Sattel helfen.[10]

De Gaulles Antwort auf den für ihn unbefriedigenden Verlauf der ersten Gespräche war bezeichnend: Er entzog die französische Mittelmeerflotte dem NATO-Oberbefehl für den Kriegsfall[11], was die Vereinigten Staaten ihrerseits zu einem Abbruch der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Entwicklung nuklearer U-Boote veranlaßte.[12]

4) Die Angaben, die Schoenbrun in seiner Artikelserie in der Welt (Nr. 171–181 vom 25.7. bis 6.8.1964)[13] über das französische Memorandum macht, dürften korrekt sein. Sie gehen allerdings aller Wahrscheinlichkeit nicht auf eine Unterrichtung von amerikanischer Seite zurück, da sie eine Reihe von Einzelheiten enthalten, die in dem amerikanischen Memorandum nicht enthalten sind. Es muß angenommen werden, daß Schoenbrun in Paris Zugang zu dem Schriftwechsel im Originaltext erhalten hat, nachdem die Veröffentlichungen Restons und Imhoofs erfolgt waren. Schoenbruns Darstellung ist deshalb, z.B. was das Aufhören des Briefwechsels de Gaulle/Kennedy im Januar 1962 anbelangt[14], noch etwas präziser als das amerikanische Memorandum und demzu-

[10] Im Rückblick hielt der amerikanische Außenminister Rusk zum französischen Memorandum vom 17. September 1958 fest: „Eisenhower turned that down, not because of France but because he was not prepared to nominate the United States for such a presumptuous role. After all, we had to consider the views of Canada, Germany, Japan, Brazil, Mexico, and many other countries both in Europe and outside the continent. De Gaulle repeated his proposal to President Kennedy, and for the same reason, Kennedy turned him down. We were prepared to consult with de Gaulle and his government on all matters, but it wasn't consultation he wanted as much as our acknowledgment of a special position for France. De Gaulle never forgave us. Some years later we asked for his cooperation on another issue, and he said, ‚I told you how you could have the cooperation of France and you rejected it. Now it's too late'." Vgl. Dean Rusk, As I Saw It. A Secretary of State's Memoirs, London/New York 1990, S. 241 f.

[11] Die französische Mittelmeerflotte wurde am 11. März 1959 dem NATO-Oberbefehl entzogen und von Toulon nach Brest verlegt. Vgl. dazu L'Année Politique 1959, S. 344–346.

[12] Vgl. dazu den Artikel „General Eisenhower bläst zum Gegenangriff"; Die Welt, Nr. 177 vom 1. August 1964, S. 5.
Am 4. September 1964 berichtete Botschafter Klaiber, Paris, daß ihm zu dieser Frage zwar keine Erkenntnisse vorlägen, daß er aber „aufgrund der politischen Lage die Behauptung für zutreffend" halte. Vgl. Planungsstab, VS-Bd. 11569; B 150, Aktenkopien 1964.

[13] Die Artikelserie stand unter dem Obertitel „De Gaulle und die Angelsachsen. Der Streit eines Vierteljahrhunderts".

[14] David Schoenbrun wies darauf hin, „daß der de-Gaulle-Brief vom Januar 1962 technisch keine Initiative de Gaulles darstellt, sondern eine Antwort auf Kennedys Brief vom Dezember 1961. Es war eine totale Umkehrung des feststehenden Rituals der langjährigen Briefverhandlungen. Seit dem ersten Brief an Eisenhower, am 17. September 1958, hatte die Initiative immer auf der Seite de Gaulles gelegen. De Gaulle schrieb, Eisenhower antwortete. Das paßte nicht in Kennedys Stil. Er war nicht absichtlich unhöflich und spielte auch nicht; aber seiner Ansicht nach enthielt de Gaulles erster Brief an ihn nichts Neues, und er sah keinen Sinn darin, nur den Empfang zu bestätigen ... Im Dezember schrieb Kennedy, weil seiner Meinung nach die Diskussionen auf anderer Ebene nichts Bedeutsames über die Probleme Berlins und des Atomkonflikts ergeben hatten und er daher meinte, eine Unterhaltung auf Präsidentenebene sei dringend erforderlich. De Gaul-

folge auch genauer als Reston. Schoenbrun stellt mit recht fest, daß man Kennedy keinen Vorwurf daraus machen könne, wenn er das angekündigte Memorandum de Gaulles – das nie in Washington eintraf – abgewartet habe.

Schoenbrun dürfte aus hiesiger Sicht auch insofern recht haben, als die Gewichtsverlagerung der Politik de Gaulles zugunsten der „europäischen" Lösung wohl in den Anfang des Jahres 1962 fällt[15] und damit in einem Zusammenhang mit der Aufgabe des Versuchs, das französische Ziel auf dem Wege über eine Vereinbarung mit Washington und London zu erreichen, steht. Sie fand ihren Ausdruck in der demonstrativen Hinwendung de Gaulles zu Deutschland (vgl. Schoenbrun in Nr. 180 der „Welt" vom 5.8.1964).[16]

Unter diesen Umständen kommt den Ereignissen von Rambouillet[17] und Nassau[18] wohl nicht die entscheidende Bedeutung zu, die ihnen von einer gewissen Propaganda zugemessen wird. Allenfalls wird man annehmen können, daß de Gaulle zu diesem Zeitpunkt noch einen letzten Versuch gemacht hat, England in sein europäisches Programm einzubeziehen. Inwieweit dies tatsächlich seine Absicht war und ob er wirklich die Hoffnung hatte, England ernsthaft in sein Europa-Bild einzufügen, wird sich wohl erst bei der Öffnung der Archive sagen lassen. Der Eindruck in Washingtoner Regierungskreisen war jedenfalls, daß der französische Staatspräsident dem Beitritt Englands zum Gemeinsamen Markt mit deutlicher Abneigung, zumindest aber mit größter Reserve gegenüberstand.[19] Wenn es bei dieser Lage der Dinge wirklich zu einem Angebot an England gekommen sein sollte, auf dem nuklearen Gebiet zusammenzuarbeiten, so könnte dies allenfalls als ein Test dafür angesehen werden, ob Großbritannien, dessen wirkliche Absichten bei seinem Beitrittsersuchen zum Gemeinsamen Markt in Paris mißtrauisch betrachtet wurden, ernsthaft bereit wäre, in das europäische Boot zu steigen. Auf englischer Seite wird

Fortsetzung Fußnote von Seite 1087

les Brief vom Januar 1962 aber schien ihm keine Antwort zu erheischen, ehe nicht das angekündigte Memorandum gefolgt war." Vgl. den Artikel „Das Trauma des Generals"; DIE WELT, Nr. 179 vom 4. August 1964, S. 5.
Für den Wortlaut des Briefes des Staatspräsidenten de Gaulle an Präsident Kennedy vom 11. Januar 1962 vgl. DE GAULLE, Lettres, notes et carnets. Janvier 1961–décembre 1963, S. 191–194.

15 Nach Schoenbrun war der Abbruch des Briefkontakts der Anlaß für de Gaulle, seine Außenpolitik umzuorientieren: „Ein brillanter Schachspieler wie de Gaulle benutzt nicht mehr die gleichen Wege und Züge, sobald er merkt, daß der Gegenspieler seine Taktik geändert hat. Eisenhower hatte ein passives Verteidigungsspiel gespielt; Kennedy hatte einen aktiven offensiven Stil: Sein Stil ließ de Gaulle erkennen, daß die Zeit für eine neue Entwicklung gekommen war. Er brach den Federkrieg ab und änderte überhaupt das ganze Muster des Wettstreites." Vgl. DIE WELT, Nr. 179 vom 4. August 1964, S. 5.

16 Vgl. den Artikel „Dialog der Schwerhörigen"; DIE WELT, Nr. 180 vom 5. August 1964, S. 5.

17 Zu den Gesprächen des Premierministers Macmillan mit Staatspräsident de Gaulle am 15./16. Dezember 1962 vgl. Harold MACMILLAN, Memoirs. Bd. VI: At the End of the Day 1961–1963, London 1973, S. 345–355. Für das Kommuniqué vgl. EUROPA-ARCHIV 1963, D 30.
Zur negativen Bewertung des Treffens durch de Gaulle vgl. AAPD 1963, I, Dok. 37 und 43.

18 Vom 18. bis 21. Dezember 1962 trafen Präsident Kennedy und Premierminister Macmillan zusammen. Vgl. dazu Dok. 186, Anm. 7.

19 Auf der Ministerkonferenz der EWG am 28./29. Januar 1963 scheiterten die Verhandlungen über eine Aufnahme von Großbritannien in die EWG. Vgl. dazu AAPD 1963, I, Dok. 60 und Dok. 63.
Zu den Einwänden des Staatspräsidenten de Gaulle gegen einen britischen Beitritt vgl. AAPD 1963, I, Dok. 21.

ein Angebot de Gaulles auf nukleare Zusammenarbeit immer wieder bestritten. Welche Seite recht hat, mag dahinstehen. Sicher ist aber, daß Macmillan sich dessen bewußt war, daß England seine militärisch verwendbaren nuklearen Kenntnisse nicht ohne amerikanische Genehmigung an Frankreich hätte weitergeben können. Diese Tatsache war im übrigen auch de Gaulle bekannt und läßt das von Frankreich gemachte Angebot in einem besonderen Lichte erscheinen.

5) Eine Beurteilung der französischen Haltung – insbesondere nach dem Treffen de Gaulles mit Macmillan in Rambouillet Ende 1962 – durch unsere Botschaft in Paris würde im Lichte der obigen Darlegungen hier sehr interessieren.

[gez.] Knappstein

Ministerbüro, VS-Bd. 10106

265

Staatssekretär Carstens an Botschafter Blankenhorn, Rom

St.S. 1764/64 geheim **Aufgabe: 30. September 1964, 12.11 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 3429
Cito

Für Botschafter

Der italienische Geschäftsträger, Gesandter Paulucci, hat am 25. September 1964 im Auftrag von Staatssekretär Cattani Herrn Krapf[2] und am 28. September mir[3] gegenüber die Verwunderung der italienischen Regierung über ein Interview zum Ausdruck gebracht, das der Bundesminister der Verteidigung der „Neuen Rheinzeitung", Ausgabe vom 23. September 1964, gegeben hat.[4]

[1] Der Drahterlaß wurde von Legationsrat I. Klasse Pfeffer am 30. September 1964 konzipiert.

[2] Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Krapf vom 25. September 1964; Büro Staatssekretär, VS-Bd. 432; B 150, Aktenkopien 1964.

[3] Für die Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens vom 30. September 1964 über das Gespräch mit dem italienischen Gesandten vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 432; B 150, Aktenkopien 1964.

[4] Bundesminister von Hassel verwies in dem Interview u.a. darauf, daß sich die Bundesrepublik zu etwa 30% an den Kosten der MLF beteiligen werde. Auf die Frage, wie er die britischen Bedenken gegen die MLF beurteile, antwortete er: „Das hat vor allem wirtschaftliche Gründe. Unser Ziel ist, daß nicht durch das Veto eines einzelnen und auch finanziell schwach beteiligten Staates, wie etwa Italien, der Einsatzbefehl für die Polarisraketen aufgehalten werden kann." Vgl. den Artikel „Hassel: Veto verhindern"; NEUE RHEIN-ZEITUNG, Nr. 222 vom 23. September 1964, S. 2.
Am 25. September 1964 hielt Ministerialdirektor Krapf für Staatssekretär Carstens fest: „Nachdem ich inzwischen das ... Interview gelesen habe, möchte ich doch anregen, daß Sie Minister von Hassel hierauf ansprechen. Das Interview enthält Angaben, z.B. die Mitteilung der 30-Prozent-Beteiligung, die wir bisher der Öffentlichkeit nicht zugänglich gemacht haben. Durch den letzten Absatz kann sich die italienische Regierung zu Recht getroffen fühlen, zumal bisher angenommen wird, daß die Italiener sich nächst den Amerikanern und uns mit etwa 15–20% als dritt-

Bundesminister von Hassel hat mir mitgeteilt, dieses Interview sei sinnentstellend wiedergegeben worden.

Es enthält in der veröffentlichten Form tatsächlich eine unglückliche Formulierung zur Frage der Mehrheiten, die „nach unseren Plänen" über den Einsatz der MLF zu beschließen haben.[5] „Unser Ziel ist, daß nicht durch das Veto eines einzelnen und auch finanziell schwach beteiligten Staates wie etwa Italien der Einsatzbefehl für die Polarisraketen aufgehalten werden kann."

Ich habe Gesandten Paulucci am 29. September gesagt, wir strebten keinen günstigeren Status in der MLF an als die Italiener, insbesondere verlangten wir auch für uns kein Vetorecht. Wir seien der Auffassung, daß keinem Staat außer den Vereinigten Staaten ein Veto gegen den Einsatzbefehl zustehen solle. Den Amerikanern müsse man auf Grund ihres besonderen Beitrages (Raketen und Sprengköpfe) ein solches Veto zugestehen.[6]

Carstens[7]

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 432

266

Deutsch-niederländische Regierungsbesprechungen

I A/I A 3-82.21/94.17/1282/64 geheim **30. September/1. Oktober 1964**[1]

I. Europäische Politische Zusammenarbeit[2]

Der *Bundeskanzler* führte dieses Thema mit dem Hinweis ein, daß die Zeit für die Erörterung eines konkreten Projekts noch nicht gekommen sei; die Vorstellungen der Bundesregierung seien noch nicht zur letzten Reife gediehen.[3] Es komme jetzt darauf an, die Grenzen abzustecken, innerhalb derer Be-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1089

stärkster Partner beteiligen werden. Dies ist besonders unglücklich, weil wir uns gerade bemühen, mit den Niederländern auch die Italiener zur Unterzeichnung des MLF-Vertrags zu bringen." Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 432; B 150, Aktenkopien 1964.

5 Vgl. dazu bereits Dok. 104, Anm. 22.

6 Am 5. Oktober 1964 wurde Staatssekretär Carstens der Entwurf eines Schreibens an den Chef des Presse- und Informationsamtes vorgelegt, mit dem von Hase um gelegentliche Klarstellung gegenüber der Presse gebeten werden sollte, daß „Deutschland in der MLF keinen Sonderstatus" anstrebe und ein Veto nur den USA „auf Grund ihres besonderen Beitrages" zustehe. Carstens wandte sich gegen eine Absendung des Schreibens und vermerkte: „Die Sache ist komplizierter. Die Italiener wollen für sich ein Veto." Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 432; B 150, Aktenkopien 1964.

7 Paraphe vom 30. September 1964.

1 Die Aufzeichnung wurde am 5. Oktober 1964 gefertigt.

2 Vgl. dazu zuletzt Dok. 197.
Zu den Vorstellungen der Bundesregierung hinsichtlich einer europäischen politischen Zusammenarbeit vgl. bereits Dok. 185.

3 Zur Vorbereitung der deutsch-niederländischen Regierungsbesprechung hielt Abteilung I am 23. September 1964 fest, daß der Besuch des Ministerpräsidenten Marijnen zu einem Zeitpunkt

wegungsfreiheit bestehe. Die Bundesregierung habe einige Grundgedanken mit der CDU-Fraktion[4] besprochen. Sie sei sich mit der Fraktion darüber einig, daß man sich zunächst mit einer mehr pragmatischen Lösung einverstanden erklären müsse; dies bedeute natürlich keinen Verzicht auf späteren Ausbau; vielmehr müsse das Ziel sein, im Laufe der Zeit mehr und mehr zu kommunitären Formen überzugehen.

Er begrüße die heutige Gelegenheit einer ersten Fühlungnahme mit der niederländischen Regierung.

Vor den britischen Wahlen[5] solle nach unserer Ansicht über Vorschläge nichts verlauten.

Staatssekretär *Carstens* erläuterte dann die deutschen Grundvorstellungen.[6]

Die Notwendigkeit einer engeren politischen Zusammenarbeit werde allseitig bejaht. Er wolle in die Erinnerung zurückrufen, daß bei Gründung der EWG nochmals die Absicht bekräftigt worden sei, hiermit einen ersten Schritt zur politischen Einigung Europas zu vollziehen.[7] Die Einigung Europas sei unter weltpolitischen Aspekten zu sehen; sie sei vor allem notwendig, um eine aktivere Politik gegenüber dem Weltkommunismus führen zu können.

Jetzt stellten sich vor allem drei Fragen:

a) Wann solle ein neuer Schritt erfolgen?
b) Zwischen wem?
c) Wie solle der Schritt aussehen?

Fortsetzung Fußnote von Seite 1090

erfolge, „zu dem die Bundesregierung noch nicht in der Lage ist, die von ihr für erforderlich gehaltene neue Initiative für eine europäische politische Zusammenarbeit im einzelnen zu diskutieren ... Sobald die deutsche Meinungsbildung abgeschlossen ist, sollte zunächst eine Konsultation mit der französischen Regierung stattfinden." Vgl. Abteilung I (I A 3), VS-Bd. 158; B 150, Aktenkopien 1964.

Vgl. dazu auch Dok. 273 und Dok. 297.

[4] Staatssekretär Carstens berichtete am 29. September 1964 vor dem außenpolitischen Arbeitskreis der CDU/CSU-Fraktion über die europäische politische Zusammenarbeit. Nach Absprache mit dem Vorsitzenden des Arbeitskreises, Majonica, machte Carstens jedoch nur allgemeine Ausführungen. Vgl. den Runderlaß von Carstens vom 30. September 1964; Büro Staatssekretär, VS-Bd. 417; B 150, Aktenkopien 1964.

[5] Die Wahlen zum britischen Unterhaus fanden am 15. Oktober 1964 statt und führten zu einer Regierungsmehrheit für die Labour Party.

[6] Am 28. Juli 1964 war von Bundesminister Schröder eine Arbeitsgruppe „Europäische Politische Zusammenarbeit" zur Vorbereitung einer Initiative der Bundesrepublik eingesetzt worden. Vgl. Büro Staatssekretär, Bd. 382.
Die Gruppe, der Legationsrat I. Klasse Lang und die Legationsräte Graf Huyn und Hillger angehörten, legte Staatssekretär Carstens am 18. September 1964 einen ersten „Entwurf eines Übereinkommens über die europäische politische Zusammenarbeit" vor. Vgl. Ministerbüro, VS-Bd. 8426; B 150, Aktenkopien 1964.
Am 26. September 1964 hielt Staatssekretär Carstens fest, daß er, nachdem Bundeskanzler Erhard die Vorschläge der Arbeitsgruppe am 25. September 1964 gebilligt habe, den französischen Botschafter als ersten der EWG-Partner unterrichtet habe. Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 417; B 150, Aktenkopien 1964.

[7] In der Präambel zum Vertrag über die Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft vom 25. März 1957 bekräftigten die Gründungsmitglieder ihren „festen Willen, die Grundlagen für einen immer engeren Zusammenschluß der europäischen Völker zu schaffen". Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 770.

Zu a): Gelegentlich werde der Einwand erhoben, zwischen den Sechs beständen derart unterschiedliche Auffassungen über wesentliche politische Fragen, daß nicht einzusehen sei, wie eine Zusammenarbeit zwischen ihnen zu Erfolgen führen könne. Damit sei die Frage aufgeworfen, ob es nicht sinnvoller wäre, zunächst eine Einigung über die materiellen politischen Fragen zu suchen, bevor mit der politischen Beratung begonnen werde. Wir teilten diese Auffassung nicht. Wir glaubten vielmehr, daß es durchaus sinnvoll sei, mit politischen Beratungen bald zu beginnen, da, wenn ein Anfang gemacht werde, Aussicht und Hoffnung bestehe, zu übereinstimmenden Auffassungen zu gelangen.

Zu b): Bedauerlicherweise sei an der Frage der Teilnahme Großbritanniens im April 1962 eine Einigung über eine erste politische Zusammenarbeit gescheitert.[8] Er wolle nochmals betonen, daß die deutsche Regierung sich stets für den Einschluß Großbritanniens in die europäischen Gemeinschaften und für die britische Teilnahme an der politischen Zusammenarbeit eingesetzt habe.[9] Dies sei auch die unveränderliche Auffassung der Bundesregierung und des Bundestages. Dennoch müsse man sich heute fragen, ob nicht die Forderung, in der politischen Zusammenarbeit keinen Anfang ohne Großbritannien zu machen[10], nicht zu der unerwünschten Konsequenz führen müsse, daß kein Anfang möglich sei.

Zu lösen sei diese Frage vielleicht dadurch, daß die politische Zusammenarbeit verschiedene Phasen durchlaufe. Die Anfangsphase wäre dann eine Zusammenarbeit der Sechs, wobei natürlich eine Erweiterung dieses Kreises von Anfang an ins Auge zu fassen wäre.

Zu c): Im Frühjahr 1962 habe ein hohes Maß an Einigkeit bestanden.[11] Es wäre angebracht, daran wieder anzuknüpfen und eine Zusammenarbeit auf den Gebieten der Außenpolitik, der Verteidigungs- und Kulturpolitik zu begründen in der Form regelmäßiger Treffen der Regierungschefs und der Fachminister, die von den fachlich zuständigen Beamten vorzubereiten wären. Das wäre eine intergouvernementale Zusammenarbeit. Wir glaubten allerdings, daß es nützlich wäre, schon in der ersten Phase ein kommunitäres (unabhängig von Instruktionen arbeitendes) Organ einzuschalten. Die Bezeichnung dieses Organs und seine Zusammensetzung sei im Augenblick weniger wichtig. Nach unseren Vorstellungen solle dieses Organ mitwirken an der Vorbereitung der zweiten Phase, an deren Beginn ein förmlicher Vertrag stehen solle. Es wäre jedoch zweckmäßig, das Organ an den Beratungen der Minister und der Regierungschefs teilnehmen zu lassen, damit es über die politischen Vorgänge ständig auf dem laufenden gehalten werde und die wünschenswerten Kontakte mit den Regierungen erhalte.

[8] Die Forderung der Niederlande nach einer sofortigen Beteiligung Großbritanniens trug auf der Außenministerkonferenz der EWG am 17. April 1962 zum Scheitern der Verhandlungen über eine europäische politische Union bei. Vgl. dazu Dok. 7, Anm. 10.

[9] Zum Eintreten der Bundesrepublik für eine Beteiligung Großbritanniens an einer europäischen politischen Union vgl. auch Dok. 198.

[10] Zu dieser von der niederländischen Regierung vertretenen Auffassung vgl. bereits Dok. 178.

[11] Zu den Erörterungen im Fouchet-Ausschuß vgl. Dok. 193, Anm. 3. Vgl. auch Dok. 344, Anm. 17.

Das Verhältnis zwischen dieser intergouvernementalen Zusammenarbeit und den europäischen Gemeinschaften müsse bestimmt werden durch den Grundsatz, daß Tätigkeit und Entwicklungsmöglichkeiten der Gemeinschaften nicht beeinträchtigt werden dürfen. Dieser Grundsatz sei notfalls durch eine Vereinbarung sicher zu stellen. Entsprechendes gelte für das Verhältnis zur NATO.[12] Unser Ziel müsse bleiben, das nordatlantische Bündnis weiter zu verstärken.

Diese Initiative im politischen Bereich sollte nach unseren Vorstellungen begleitet sein von Bemühungen um die Weiterentwicklung der drei Gemeinschaften.

Ministerpräsident *Marijnen* erklärte, er begrüße die Bemühungen der Bundesregierung; er sei sich bewußt, daß die von ihr gewünschte Diskussion berechtigt sei.

Außenminister *Luns* bekundete ebenfalls größtes Interesse für die Ausführungen des Bundeskanzlers und Staatssekretär Carstens. Es sei jedoch schwer, ja fast unmöglich, schon jetzt eine eingehende niederländische Stellungnahme abzugeben. Er müsse sich daher darauf beschränken, „laut zu denken".

Die Notwendigkeit engerer politischer Zusammenarbeit sei zu bejahen. Wenn sie bis heute noch nicht zustande gekommen sei, so treffe die Schuld daran nicht die Niederlande.

Auf eine Frage von Außenminister Luns, wann die Bundesregierung beabsichtige, Vorschläge vorzulegen, erklärte der *Bundeskanzler*, dies werde erst geschehen, wenn wir die Resonanz der anderen Regierungen kennengelernt hätten.[13]

Außenminister *Luns* erklärte weiter, die niederländische Regierung sei sich noch nicht klar über die Frage, ob eine Initiative im jetzigen Zeitpunkt gut oder schädlich sei. Sie werde die deutschen Anregungen sorgfältig prüfen. Für heute könne sie dazu weder ja noch nein sagen.

In erster Linie frage sich die niederländische Regierung, ob eine politische Zusammenarbeit angesichts der erheblichen Divergenzen zwischen den Sechs in wichtigen außenpolitischen Fragen zweckvoll wäre. Es beständen doch tiefgreifende Meinungsverschiedenheiten über das Verhältnis Europas zu den USA, in der NATO-Politik, in Fragen der nuklearen Verteidigung, über den Ost-West-Handel, über die Ost-Asien-Politik und andere Dinge mehr.

Zur Frage: Zwischen wem? wolle er zunächst darauf hinweisen, daß im April 1962 eine weitgehende Einigung über fast alle Punkte erzielt gewesen sei. Die Bemühungen wären damals an der Uneinigkeit über den späteren Übergang

[12] Im Rückblick auf das Jahr 1962 stellte die Arbeitsgruppe „Europäische Politische Zusammenarbeit" am 10. September 1964 zum Verhältnis zwischen den Mitgliedstaaten der EWG und der NATO fest: „Übereinstimmung bestand zwischen den sechs Staaten, die Zuständigkeit der Politischen Union auch auf das Gebiet der Verteidigung auszudehnen. Deutschland, Italien und die Benelux-Staaten legten jedoch Wert darauf, daß durch eine ausdrückliche Bestimmung im Vertrag eine Verbindung zwischen der gemeinsamen europäischen Verteidigungspolitik und der Zusammenarbeit innerhalb der Atlantischen Allianz hergestellt wurde." Vgl. Ministerbüro, VS-Bd. 8426; B 150, Aktenkopien 1964.

[13] Zur Veröffentlichung der Europa-Initiative der Bundesregierung vgl. Dok. 268.

zu supranationalen Formen gescheitert, nicht aber an der Frage des Teilnehmerkreises. Das sogenannte britische préalable sei für niemanden so stark, daß es in die Forderung auslaufe, keine europäische politische Zusammenarbeit dürfe ohne Großbritannien stattfinden.

Vorbehalte müsse er zunächst machen hinsichtlich der Erörterung der Verteidigungspolitik, deren Einbeziehung in den Themenkreis ihm sehr problematisch erscheine.

Im übrigen ergäben sich eine Reihe von Fragen, die noch durchdacht werden müßten:

Wem solle das kommunitäre Organ verantwortlich sein?
Welche Rolle solle das Europäische Parlament erhalten?
Wie lange solle die erste Phase dauern?

Das Verhältnis zur EWG, die auch nach seiner Meinung unter keinen Umständen beeinträchtigt werden dürfe, werde nicht leicht zu regeln sein. Er befürchte, daß in der Praxis trotz aller Abmachungen sich doch eine Beeinträchtigung ergeben könne.

Ministerpräsident *Marijnen* hält die Frage nach dem Zeitpunkt eines neuen Versuchs für die wichtigste. Er frage sich, ob nicht ein Bumerang-Effekt für die gesamte europäische Entwicklung zu befürchten sei, wenn regelmäßige Zusammenkünfte der Regierungschefs und der Minister keine Erfolge zeitigten. Vielleicht sei es doch besser, noch zu warten.

Von wesentlicher Bedeutung sei die demokratische Untermauerung einer künftigen politischen Zusammenarbeit. Unter anderem stelle sich die Frage nach dem Verhältnis zwischen dem vorgesehenen Organ und dem Europäischen Parlament. Nach niederländischer Auffassung müsse jede Konstruktion drei Erfordernissen gerecht werden: sie müsse kommunitär gestaltet, demokratisch und offen sein.

Angesichts bestehender Zusammenhänge zwischen noch zu verwirklichender EWG-Politik (gemeinsamer Außenhandelspolitik) und dem Tätigkeitsbereich der politischen Zusammenarbeit sei der Frage des Verhältnisses dieser zu den Gemeinschaften besondere Beachtung zu schenken. Hier stelle sich zum Beispiel die Einzelfrage des Verhältnisses der EWG-Kommission zur politischen Konstruktion.

Zum Schluß wolle er nochmals gegenüber der deutschen Vorstellung, daß die intergouvernementale Zusammenarbeit ein Anfangsstadium darstelle, die Befürchtung aussprechen, es könne bei diesem Anfang bleiben.

Der *Bundeskanzler* erwiderte, es sei selbstverständlich nicht unsere Absicht, eine Beeinträchtigung der EWG zuzulassen. Diese Gemeinschaft sei aber nicht in der Lage, eine Reihe von Fragen der internationalen Politik zu lösen, von deren Lösung sie jedoch Nutzen hätte. Im übrigen gäbe es ja auch keine reinliche Scheidung zwischen „EWG-Politik" und „sonstiger Politik", wie zum Beispiel die gemeinsame Außenhandelspolitik und insbesondere die Frage der Kredite für den Ost-Handel[14] bewiesen. Wir müßten den Mut haben, ein Po-

[14] Zur Übereinkunft der EWG-Staaten vom Oktober 1962, keine staatlich verbürgten Lieferkredite

dium zur Diskussion aller politischen Fragen zu schaffen, auch wenn wir uns nicht über ihre Lösungen einig seien.

Der Gedanke des sogenannten „Europa der Vaterländer" sei uns zu nationalistisch. Aber der Übergang zu supranationalen Konstruktionen werde nicht leicht sein, gerade weil Großbritannien für diese wenig Neigung zeige.

Zur Frage der Rolle des Parlaments gehe seine Auffassung dahin, daß in einem System lockerer Zusammenarbeit das Parlament keine wesentliche Rolle spielen könne; je mehr es aber gelinge, die Zusammenarbeit zu verstärken, desto mehr müsse die Mitwirkung des Parlaments angehoben werden.

Im übrigen sei doch wohl für das Scheitern der Bemühungen im Frühjahr 1962 nicht so sehr der Streit über die Revisionsklausel[15], als die Frage der Einbeziehung Großbritanniens ursächlich gewesen.

Staatssekretär Professor *Carstens* ergänzte diese Ausführungen. Uns schwebe auch schon in der ersten Phase eine Verbindung der politischen Zusammenarbeit mit dem Parlament vor; man könne an Berichte und Resolutionen denken. Dagegen sei das Verhältnis zwischen dem Organ und dem Parlament wohl eine Frage der zweiten Phase.

Zu der von niederländischer Seite zum Ausdruck gekommenen Skepsis hinsichtlich der Erfolgsaussichten regelmäßiger politischer Diskussionen sei zu bemerken, daß wir diese Skepsis nicht zu teilen vermöchten. Ein regelmäßiges Gespräch zwischen den Sechs werde die Chancen einer Einigung steigern; jedenfalls seien die Aussichten für eine Einigung durch Gespräche größer als ohne Gespräche. Nach seiner Ansicht hätten Diskussionen zwischen den Sechs auch größere Chancen für eine Einigung als Gespräche zwischen zwei oder drei Regierungen.

Warnen müsse er vor Tendenzen, alle Fragen in der ersten Phase lösen zu wollen; dadurch würde das Projekt nur erschwert.

Außenminister *Luns* erklärte demgegenüber, bei Beginn einer ersten Phase müsse doch wohl einige Klarheit über die Ausgestaltung der zweiten Phase erzielt sein.

Er stellte dann die Frage, wie die deutsche Antwort sein werde, falls Großbritannien nach der Wahl erneut die Forderung auf Beteiligung an der politischen Zusammenarbeit stelle.

Der *Bundeskanzler* erwiderte, wir würden versuchen, hierüber eine Erörterung und Einigung zwischen den Sechs herbeizuführen.

Staatssekretär *Carstens* erklärte, man solle sich auch Gedanken über vermittelnde Lösung machen (Unterrichtung Großbritanniens über Vorgänge in den Sechser-Beratungen, Verbindung durch die WEU)[16].

Fortsetzung Fußnote von Seite 1094

mit einer Laufzeit von mehr als fünf Jahren an Ostblock-Staaten zu gewähren, vgl. Dok. 45, Anm. 20.

15 Zur Revisionsklausel vgl. Dok. 197, Anm. 20.

16 Zur Vereinbarung regelmäßiger Kontakte zwischen den EWG-Staaten und Großbritannien im Rahmen der WEU vgl. Dok. 12, Anm. 15.

Der *Bundeskanzler* betonte, in erster Linie würden wir wünschen, daß eine Beteiligung Großbritanniens sich werde ermöglichen lassen. Aber wir sollten uns davor hüten, den Eindruck zu erwecken, als könnten die Sechs ohne England keine politischen Gespräche führen.[17]

Außenminister *Luns* erwiderte, das hätten auch die Niederländer niemals behauptet. Es sei nicht niederländische Schuld, wenn die Ende 1959 beschlossenen regelmäßigen Konsultationen zwischen den sechs Außenministern aufgehört hätten.[18]

Ministerpräsident *Marijnen* äußerte hierzu, daß Europa für den Fall einer britischen Absage oder einer verzögerten Stellungnahme nicht aus dem Grunde der Nichtbeteiligung Großbritanniens stillgelegt werden dürfe. Jedoch sollten die Sechs, bevor sie einen Anfang machten, formell Großbritannien zu einer Stellungnahme über Beteiligung oder Nichtbeteiligung auffordern.

Der *Bundeskanzler* führte aus, in der ersten Phase müsse vor allem auch die Prozedur für die Aufnahme anderer Staaten festgelegt werden. Ein Verfahren, nach dem ein Land allein deren Aufnahme blockieren könne, sei gefährlich.

An die niederländische Delegation möchte er jetzt noch die Frage richten, ob sie [eine] Mitgliedschaft Großbritanniens in den Gemeinschaften als Voraussetzung für seine Teilnahme an der politischen Zusammenarbeit ansähe?

Außenminister *Luns* erwiderte, die Antwort hänge von der politischen Konstruktion ab. Wenn diese sich auf lockere Zusammenarbeit beschränke, sei Identität der Mitgliedschaft nicht erforderlich.

Der *Bundeskanzler* warnte davor, zu viele Schwierigkeiten aufzutürmen. Das Sechser-Gespräch solle vielmehr eine neue politische Kraft bewirken; das werde die Lösung der noch offenstehenden Fragen erleichtern.

Staatssekretär *Lahr* führte aus, zusätzliche Argumente für eine neue politische Initiative ergäben sich von der EWG her. Diese könne nicht unbegrenzt ohne eine politische Ergänzung weiter arbeiten. Dies gelte insbesondere für die gemeinsame Außenhandelspolitik und für eine Gemeinsamkeit auf dem Gebiet der Entwicklungs- und Währungspolitik. In der ersten Halbzeit der EWG wäre die politische Ergänzung noch nicht so erforderlich gewesen, wie sie es in der zweiten Halbzeit, in der es um die Verwirklichung der Wirtschaftsunion gehe[19], werde.

Außenminister *Luns* erwiderte, es bestehe ja Einigkeit darüber, daß politische

[17] Im Rückblick hielt dazu der Leiter des Außenpolitischen Büros im Bundeskanzleramt, Osterheld, der an den Regierungsbesprechungen ebenfalls teilnahm, fest: „Der Kanzler meint, wir sollten uns durch die Abwesenheit Großbritanniens nicht abhalten lassen anzufangen. Er dringe und dränge auf das Europa der Sechs; denn er habe dafür das Europa der Zwei aufgegeben." Vgl. OSTERHELD, Außenpolitik, S. 111.

[18] Im Kommuniqué der EWG-Ministerratstagung vom 23. November 1959 wurde festgehalten: „Die sechs Außenminister sind übereingekommen, sich regelmäßig über die internationale Politik zu konsultieren. Diese Konsultationen werden sich gleichzeitig auf die politischen Auswirkungen der Tätigkeit der europäischen Gemeinschaften und auf die anderen internationalen Probleme beziehen. Die sechs Außenminister werden sich alle drei Monate an Orten treffen, die gemeinsam vereinbart werden." Für den Wortlaut vgl. EUROPÄISCHE POLITISCHE EINIGUNG, S. 90.
Die Konsultationen fanden regelmäßig bis zur Außenminister-Konferenz vom 17. April 1962 statt.

[19] Zur stufenweisen Vollendung des Gemeinsamen Marktes vgl. Dok. 183, Anm. 46.

Zusammenarbeit notwendig sei. Es wäre ein Irrtum gewesen zu glauben, der wirtschaftliche Zusammenschluß führe notwendigerweise zur politischen Einheit. Zu ihrer Herstellung bedürfe es eben eines besonderen politischen Willens, an dem es aber fehle. Der Fall der Kreditpolitik gegenüber dem Osten zeige doch wohl, daß sich eine Minorität im politischen Feld durchsetze.

Zum Schluß erklärte Außenminister Luns nochmals, das geführte Gespräch und die niederländischen Fragen präjudizierten die niederländische Haltung weder im positiven noch im negativen Sinne.

II. Weitere Entwicklung der europäischen Gemeinschaften

Staatssekretär *Lahr* gab einen Überblick über die deutschen Vorstellungen für die Weiterentwicklung der Gemeinschaften. Zum Ausbau der EWG gehöre die gemeinsame Energie-Politik, die Vollendung der Agrarpolitik, eine gemeinsame Währungspolitik, sowie der Ausbau europäischer Außenbeziehungen (Verhältnis EWG/EFTA, Atlantische Zusammenarbeit, gemeinsame Außenhandelspolitik, gemeinsame Entwicklungspolitik). Besondere Bedeutung komme den bevorstehenden Arbeiten an der Verschmelzung der drei Gemeinschaften[20] und einer Verstärkung der Funktionen des Europäischen Parlaments zu.

Außenminister *Luns* erklärte, seine Regierung erwarte die deutschen Vorschläge mit großem Interesse. Er glaube, daß in allen wesentlichen Fragen Einigkeit zwischen den beiden Regierungen bestehe. Er bat dann um Unterrichtung über unsere Vorstellungen zur Lösung der Getreidepreisfrage.[21] Bestehe die Hoffnung einer Einigung, insbesondere im Hinblick auf das Gelingen der Kennedy-Runde?

Der *Bundeskanzler* erklärte, er glaube, daß ein Weg gefunden werden könne, um durch die Kennedy-Runde zu kommen, ohne daß vor den deutschen Wahlen[22] ein gemeinsamer Getreidepreis genannt zu werden brauche. Zur Zeit werde bei uns geprüft, ob es für das Gelingen der Kennedy-Runde notwendig sei, schon an deren Anfang einen Vorschlag zu machen, oder ob dieser Vorschlag bis zum Ende der Runde zurückgestellt werden könne. Er könne nicht versprechen, daß die Bundesregierung vor den Wahlen der Festsetzung eines einheitlichen Getreidepreises zustimmen werde.[23] Er wiederhole jedoch, daß die Kennedy-Runde nicht an der Haltung der Bundesregierung scheitern werde.

III. Europäische Gemeinschaften, Einzelfragen

Diese wurden von niederländischer Seite vorgebracht.

1) Erweiterung der Befugnisse des Europäischen Parlaments[24]

Außenminister *Luns* schilderte die wachsende Beunruhigung im niederländischen Parlament darüber, daß das Europäische Parlament immer noch keine echten Befugnisse ausübte und die Aussichten für eine Stärkung der Rolle des

[20] Zur Fusion der Exekutiven der drei Gemeinschaften vgl. Dok. 216.

[21] Zur Regelung des Getreidepreises vgl. zuletzt Dok. 207.

[22] Die Bundestagswahlen fanden am 19. September 1965 statt.

[23] Vgl. dazu weiter Dok. 273.

[24] Vgl. dazu bereits Dok. 56.

Parlaments schwach seien. Es sei für viele niederländische Abgeordnete unvorstellbar, daß die EWG bald ohne parlamentarische Kontrolle über Riesensummen verfügen werde.

Ministerpräsident *Marijnen* ergänzte, daß niederländische Parlamentarier sich bereits die Frage vorlegten, ob der Weg zur Verschmelzung der Gemeinschaften ohne gleichzeitigen Kompetenzzuwachs des Europäischen Parlaments beschritten werden könnte. Diese Parlamentarier würden auch die Mitwirkung des Europäischen Parlaments bei einer politischen Zusammenarbeit fordern.

Der *Bundeskanzler* erklärte hierzu, die deutschen Abgeordneten hätten ähnliche Sorgen und Wünsche.[25] Die Bundesregierung sei wie die niederländische Regierung überzeugt, daß das Europäische Parlament echte Befugnisse erhalten müsse. Wir hätten unseren Willen, das Parlament zu stärken, durch eine Reihe von Vorschlägen bekundet, und wir würden unsere Bemühungen fortsetzen.

2) Zahl der Mitglieder der vereinheitlichten Kommission

Außenminister *Luns* erläuterte, seine Regierung wünsche aus parteipolitischen Erwägungen die 14er Lösung für eine Übergangszeit von 4 Jahren. Herr Mansholt gehöre der sozialistischen Partei an. Die KVP fordere ein Mitglied der vereinheitlichten Kommission aus ihren Reihen. Bei einer Neuner-Lösung werde es schwer sein zu entscheiden, welches niederländische Mitglied bleiben solle.

Staatssekretär *Lahr* erwiderte, er habe keine Hoffnung, daß eine vierjährige Übergangszeit in Brüssel durchkomme. Allein der von fünf Regierungen akzeptierte Kompromiß von drei Jahren habe eine Chance.[26]

IV. MLF

Der *Bundeskanzler* betonte den großen Wert, den wir der Verwirklichung dieses Projektes beimessen, aus politischen Gründen – Zusammenarbeit mit den USA – wie auch wegen des strategischen Gewichtes der Streitmacht.[27] Wir würden sie gern als europäisches Instrument sehen, auf möglichst breiter Grundlage.

Die britischen Vorschläge[28], soweit sie uns bekannt seien, trügen nicht zur Stärkung der MLF bei, sondern bedeuteten lediglich Umgruppierungen. Wir legten besonderen Wert auf die Teilnahme der Niederlande. Im Falle ihrer Zustimmung könnten wir wohl mit Beteiligung weiterer Staaten – vor allem Italiens[29] – rechnen.[30]

[25] Am 15. Mai 1963 verabschiedete der Deutsche Bundestag einstimmig einen Entschließungsantrag aller Fraktionen, mit dem die Bundesregierung aufgefordert wurde, „dafür zu sorgen, daß dem Europäischen Parlament möglichst bald die parlamentarische Kontrolle über den Haushalt der EWG, Euratom und Montanunion übertragen wird." BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 53, S. 3708 und S. 3732.

[26] Vgl. dazu weiter Dok. 273, besonders Anm. 12.

[27] Zur Haltung der Bundesregierung gegenüber der geplanten MLF vgl. zuletzt Dok. 263.

[28] Zu den britischen Vorschlägen vgl. Dok. 172.

[29] Zur italienischen Haltung gegenüber der geplanten MLF vgl. Dok. 27–29.

[30] Im Rückblick hielt der Leiter des Außenpolitischen Büros im Bundeskanzleramt, Osterheld, über

Staatssekretär Professor *Carstens* schilderte die Bemühungen der Sowjetunion, die MLF auf der Genfer Abrüstungskonferenz als Abweichung von dem angestrebten Grundsatz der Nichtverbreitung von Kernwaffen hinzustellen. Dies hätte bereits einige Neutrale beeindruckt. Es sei damit zu rechnen, daß diese Versuche in den UN fortgesetzt würden; sogar eine UN-Resolution gegen die MLF liege im Bereiche des Möglichen.[31] Das Projekt sollte daher zeichnungsreif sein, bevor die Attacken in den UN einsetzten.

Außenminister *Luns* erklärte, er habe über die MLF-Frage eingehend mit Chruschtschow gesprochen.[32] Sein Eindruck sei, daß dieser nicht so fanatisch gegen das Projekt eingestellt sei wie seine Mitarbeiter. Chruschtschow selbst habe ihm gesagt, er sähe ein, daß den Niederländern das gleiche Endziel vorschwebe wie den Sowjets, nämlich die Nicht-Proliferation.

In den Niederlanden gehe die Front der Befürworter und der Gegner jetzt durch alle Parteien. In der KVP habe sich [eine] Mehrheit für die MLF gebildet. In der sozialistischen Partei habe anscheinend bis Juli eine Mehrheit für die MLF bestanden, während jetzt die Mehrheit gegen das Projekt eingestellt zu sein scheine, möglicherweise eine Folge des Einflusses der Labour Party.[33] Im Kabinett bestehe keine einheitliche Auffassung, die niederländischen Militärs seien nicht gerade begeistert.

Staatssekretär *Carstens* erwähnte, auch bei uns sei der militärische Wert eine Zeitlang angezweifelt worden.[34] Heute bestünden diese Zweifel nicht mehr; die Überlebenschancen würden in Übereinstimmung mit den aufschlußreichen Darlegungen der US-Expertengruppe[35] doch als recht groß bewertet.

Außenminister *Luns* ergänzte seine Ausführungen dahingehend, daß er persönlich zunächst gegen die MLF eingestellt gewesen sei; heute gehöre er jedoch zu ihren Befürwortern, weil die politischen Vorteile, zumal angesichts der Tendenzen in Frankreich, ihn überzeugt hätten.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1098

diesen Gesprächsteil fest: „‚Ich habe gegen de Gaulle nicht nachgegeben', sagte Erhard nicht ohne Stolz. Er wolle die Holländer jetzt nicht unter unbilligen Druck setzen; ‚aber wir wollen die MLF! Wir wollen Sie nicht bedrängen; aber es wäre doch gut und schön, wenn Sie mitmachen würden'." Vgl. OSTERHELD, Außenpolitik, S. 111 f.

31 Vgl. dazu Dok. 253, Anm. 20.

32 Der niederländische Außenminister hielt sich vom 7. bis 14. Juli 1964 in der UdSSR auf. Luns erörterte mit dem sowjetischen Ministerpräsidenten die Deutschland-Frage und die geplante MLF, wobei es ihm nicht gelang, „die sowjetischen Befürchtungen bezüglich der Verteidigungspolitik der Bundesrepublik zu zerstreuen". Vgl. EUROPA-ARCHIV 1964, Z 171. Vgl. dazu auch den Drahtbericht des Botschafters Berger, Den Haag, vom 20. Juli 1964; Referat I A 3, Bd. 422.

33 Am 12. September 1964 veröffentlichte die Labour Party das Manifest „The New Britain", in dem sie u.a. die Verteidigungspolitik der konservativen Regierung hart kritisierte. Die im Nassau-Abkommen vom 21. Dezember 1962 mit den USA getroffene Vereinbarung diene nicht der Unabhängigkeit britischer Abschreckung. Das britische Beharren auf der MLF führe lediglich zur Verbreitung der Kernwaffen, wovon insbesondere die Bundesrepublik profitiere. Für den Fall der Regierungsübernahme nach den Wahlen zum Unterhaus am 15. Oktober 1964 kündigte die Labour Party an, das Abkommen von Nassau neu zu verhandeln, die Weiterentwicklung der atomaren Abschreckung zu stoppen und die von den USA vorgeschlagene MLF abzulehnen. Für den Wortlaut vgl. THE TIMES, Nr. 56115 vom 12. September 1964, S. 6 f.

34 Zu den militärischen Bedenken in der Bundesrepublik hinsichtlich der amerikanischen Pläne für eine MLF vgl. AAPD 1963, I, Dok. 2 und Dok. 120.

35 Vgl. dazu Dok. 104.

Staatssekretär *Carstens* gab seiner Auffassung Ausdruck, daß die Chancen eines späteren Arrangements mit Frankreich durch das Zustandekommen der MLF, zumal bei Beteiligung vieler europäischer Staaten, sich verbessern würden.

Außenminister *Luns* deutete schließlich noch an, die Bereitschaft der Niederlande, sich an der MLF zu beteiligen, würde gefördert werden, wenn die USA den Niederlanden Hilfe beim Bau mit Atomkraft getriebener U-Boote zuteil werden ließen.

Abschließend erklärte der niederländische Außenminister, seine Regierung werde bei ihrer Entscheidung auf die deutschen Wünsche Rücksicht nehmen.

Abteilung I (I A 3), VS-Bd. 158

267

Staatssekretär Carstens an Bundeskanzler Erhard

St.S. 1778/64 geheim **1. Oktober 1964**[1]

Sehr verehrter Herr Bundeskanzler,

soeben haben mich der französische Botschafter und der amerikanische und der britische Gesandte[2] von folgendem unterrichtet:

Die drei Westmächte halten es nicht für angebracht, ihre förmliche Zustimmung zu der beabsichtigten Sitzung des Bundeskabinetts in Berlin auszusprechen.[3] Sie sehen andererseits auch keine Veranlassung, diese Sitzung zu verhindern. Sie seien an unserer Meinung über die mutmaßliche Reaktion der Sowjets und der SBZ interessiert und bäten insbesondere über diesen Fragenkomplex um weitere Konsultation. Die Vertreter der drei Westmächte baten darum, der Kabinettssitzung vorher keine Publizität zu geben und nachher die notwendigen Mitteilungen an die Presse in einem möglichst sachlichen Ton zu halten.

Sie fragten schließlich nach der Tagesordnung.

Ich habe für die Erklärungen gedankt und geantwortet, ich würde sie der Bundesregierung sofort übermitteln.[4]

[1] Durchschlag als Konzept.

[2] Roland de Margerie, Martin J. Hillenbrand und Edward E. Tomkins.

[3] Die Kabinettssitzung war für den 7. Oktober 1964 im Bundeshaus in Berlin (West) vorgesehen. Vgl. dazu FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 234 vom 8. Oktober 1964, S. 1.

[4] Am 1. Oktober 1964 wies Staatssekretär Carstens Bundeskanzler Erhard darauf hin, „daß die Vertreter der drei Westmächte ferner erklärten, ihre heutige Mitteilung habe keine präjudizielle Wirkung. Der französische Botschafter erklärte, er sei beauftragt, darauf hinzuweisen, daß die Verantwortung für Berlin ausschließlich bei den drei Westmächten läge. Ich habe darauf geantwortet, daß, wie der Botschafter wisse, die Bundesregierung stets den Grundsatz vertrete, daß die Rechtsstellung der drei Westmächte in Berlin nicht angetastet werden dürfe." Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 425; B 150, Aktenkopien 1964.

Zu der Frage nach der vermutlichen Reaktion der Sowjets und der SBZ habe ich geantwortet, von dort würde selbstverständlich Kritik geübt werden, doch glaubten wir nicht, daß es zu dramatischen Aktionen kommen würde. Selbstverständlich würden wir die drei Westmächte über etwaige Informationen, die wir in den nächsten Tagen erhalten sollten, unterrichten.

Was die Frage der Publizität angeht, so erklärte ich, ich könne für die Bundesregierung dazu nichts sagen, doch sei meine persönliche Meinung, daß in der Tat die Sitzung vorher nicht öffentlich angekündigt werden sollte und daß man hinterher erklären solle, die Sitzung habe in Berlin stattgefunden, da eine Reihe von Kabinettsmitgliedern an diesem Tage in Berlin gewesen seien, um an den in Berlin stattfindenden Ausschuß- und Fraktionssitzungen des Bundestages[5] teilzunehmen. Die drei Vertreter erklärten, sie würden diese Art der Behandlung ebenfalls für die glücklichste halten.

Ich habe den Vertretern der drei Westmächte gesagt, daß ich sie über die Tagesordnung unterrichten würde, sobald sie mir bekannt sei.[6]

Auf Grund meines heutigen Gesprächs mit den Vertretern der drei Westmächte sehe ich keine Bedenken dagegen, daß die Kabinettssitzung nach Berlin einberufen wird. Ich möchte aber vorschlagen, daß die Öffentlichkeit entsprechend den von mir im Gespräch mit den drei Vertretern vorgetragenen Gedanken unterrichtet wird.

Mit meinen besten Empfehlungen

Ihr sehr ergebener
Carstens[7]

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 425

[5] Vom 5. bis 10. Oktober 1964 fanden in Berlin (West) Ausschußsitzungen des Bundestages statt. Am 7. Oktober 1964 tagte der Auswärtige Ausschuß. Vgl. dazu FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 231 vom 5. Oktober 1964, S. 1.

[6] Für die Kabinettssitzung wurde keine Tagesordnung erstellt.

[7] Paraphe.

268

Drahterlaß des Staatssekretärs Carstens

St.S. 1783/64 VS-vertraulich **Aufgabe: 2. Oktober 1964, 15.33 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 3459 Plurex
Cito

Nur zur eigenen Unterrichtung

Betr.: Europäische politische Zusammenarbeit[2]

1) In dem Außenpolitischen Arbeitskreis der CDU habe ich vor einigen Tagen unsere Gedanken über eine neue Initiative zur europäischen politischen Zusammenarbeit in großen Zügen vorgetragen.[3] Ich gebe Ihnen nachstehend die Hauptstichworte:

Die Notwendigkeit einer Verstärkung der europäischen politischen Zusammenarbeit wird allgemein anerkannt.

Problematisch sind drei Fragen: Wann, wie und zwischen wem?

Wann:

Hier hört man den Einwand, es hätte keinen Zweck, die Zusammenarbeit zu organisieren, solange in zahlreichen und wichtigen politischen und verteidigungspolitischen Fragen noch Meinungsverschiedenheiten unter den Sechs bestehen. Diese Bedenken teilen wir nicht. Auch wir verkennen die Schwierigkeiten nicht , die einer Überwindung der bestehenden Unterschiede entgegenstehen. Aber wenn man nicht wenigstens anfängt, darüber zu sprechen, wird es einem gewiß nicht gelingen.

Wie:

Unsere Vorstellung geht (in Anlehnung an die Arbeiten im Fouchet-Ausschuß 1961 und 1962)[4] dahin, daß sich die Zusammenarbeit auf Außenpolitik, Verteidigungspolitik und Kulturpolitik erstrecken sollte.

Um die bestehenden Schwierigkeiten schrittweise lösen zu können, denken wir an ein phasenweises Vorgehen.[5] In der ersten Phase würde die Zusammenarbeit im wesentlichen in einer regelmäßigen Konsultation der Regierungschefs, der Außenminister, der Verteidigungsminister und der Kultusminister bestehen.

Allerdings schwebt uns auch schon für die erste Phase die Einsetzung eines beratenden[6] Organs vor, welches die Gemeinschaftsinteressen repräsentieren

[1] Drahterlaß an die Botschaften in Paris, Rom, Brüssel, Den Haag und Luxemburg.

[2] Zur geplanten Europa-Initiative der Bundesregierung vgl. zuletzt Dok. 185.

[3] Zum Bericht des Staatssekretärs Carstens vom 29. September 1964 vgl. Dok. 266, Anm. 4.

[4] Zu den Erörterungen im Fouchet-Ausschuß vgl. Dok. 193, Anm. 3. Vgl. auch Dok. 344, Anm. 17.

[5] Der Passus „denken wir ... Vorgehen" ging auf Streichungen und handschriftliche Einfügungen des Staatssekretärs Carstens zurück. Vorher lautete er: „schlagen wir ein phasenweises Vorgehen vor".

[6] Dieses Wort wurde von Staatssekretär Carstens handschriftlich eingefügt.

würde. Seine Zusammensetzung und seine Kompetenzen lassen wir zunächst noch offen.

In einer zweiten Phase würde die Zusammenarbeit nach unserer Vorstellung intensiviert werden.

Wir denken in jedem Fall auch an eine Stärkung der Kompetenzen des Europäischen Parlaments im Zusammenhang mit der Organisierung einer politischen Zusammenarbeit.

Im Verhältnis zu den Europäischen Gemeinschaften und zum nordatlantischen Bündnis muß klargestellt werden, daß deren Tätigkeit nicht beeinträchtigt werden darf. Wir wünschen, daß die in den Gemeinschaftsverträgen liegenden Möglichkeiten voll ausgeschöpft werden. Wir wünschen weiter, daß das nordatlantische Bündnis durch die europäische politische Zusammenarbeit gestärkt wird.

Zwischen wem:

Dies ist offensichtlich eine besonders schwierige Frage. Nach unserer Vorstellung erleichtert das phasenweise Vorgehen die Lösung auch dieses Problems. Wir gehen davon aus, daß in einer ersten Phase die Sechs zusammenarbeiten und daß während dieser Zeit die Bedingungen und Voraussetzungen für den Hinzutritt weiterer Partner vereinbart werden. Wir werden uns dabei gemäß der von uns bisher eingenommenen Haltung für eine Einbeziehung Großbritanniens einsetzen.[7]

2) In ähnlicher Weise haben wir am 30. September und 1. Oktober den Ministerpräsidenten und Außenminister der Niederlande bei ihrem Besuch in Bonn[8] unterrichtet. Wir haben es bewußt vermieden, unsere Gedanken zu Detailfragen im einzelnen zu entwickeln, da wir uns eine gewisse Marge bewahren müssen. Auch Cattani, der am 5. Oktober in Bonn sein wird, werden wir in ähnlicher Weise unterrichten.[9] Keiner Stelle haben wir unsere Gedanken bisher schriftlich übermittelt. Die französische Regierung ist als erste durch ein Gespräch zwischen de Margerie und mir über unsere Gedanken unterrichtet worden.

Zusatz nur für Paris:

Ich habe de Margerie zweimal, und zwar am 26. September und 1. Oktober, empfangen und ihm als einzigem unsere Gedanken noch genauer mitgeteilt, als es in dem vorstehenden Erlaß der Fall ist.[10] Ich habe erklärt, wir hielten uns an die zwischen Bundeskanzler und de Gaulle getroffene Vereinbarung, daß wir uns zunächst mit den Franzosen abstimmen wollten.[11] Aber selbstver-

[7] Zum Eintreten der Bundesrepublik für eine Beteiligung Großbritanniens an einer europäischen politischen Union vgl. zuletzt Dok. 266.

[8] Zum Besuch des Ministerpräsidenten Marijnen und des Außenministers Luns vgl. Dok. 266.

[9] Zum Gespräch des Staatssekretärs Carstens mit dem Generalsekretär im italienischen Außenministerium, Cattani, am 5. Oktober 1964 vgl. Dok. 271.

[10] Staatssekretär Carstens informierte den französischen Botschafter am 26. September 1964. Vgl. dazu den Drahterlaß von Carstens vom 26. September 1964; Büro Staatssekretär, VS-Bd. 417; B 150, Aktenkopien 1964.

[11] Zu den Gesprächen des Bundeskanzlers Erhard mit Staatspräsident de Gaulle am 3. und 4. Juli 1964 vgl. Dok. 180 und Dok. 187.

ständlich müßten wir einige innen- und außenpolitische Kontakte herstellen, um uns ein Bild über die vorhandenen Möglichkeiten zu verschaffen. Auf seine Frage habe ich de Margerie gesagt, die Reaktion der Holländer sei nicht[12] negativ gewesen. Sie hätten einige sachliche Fragen gestellt, deren Berechtigung nicht bestritten werden könnte. Wir hätten uns aber in unseren Antworten nicht festgelegt. Unausgesprochen schimmere durch die niederländische Position weiter die Vorstellung durch, daß Großbritannien von vornherein an den Arbeiten beteiligt werden sollte. Die Holländer hätten es aber klar vermieden, dies als eine Bedingung[13] zu nennen.

Carstens[14]

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 417

269

Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens

St.S. 1800/64 geheim **3. Oktober 1964**

Betr.: Bundesverteidigungsrat am 2.10.1964

1) Bundesminister Krone kritisierte, daß der Bundesverteidigungsrat nicht ausreichend über die MLF unterrichtet worden sei, während die Presse offenbar Informationen erhalten habe.[1] Ich bedauerte das letztere und empfahl im übrigen, den Verteidigungsrat sobald wie möglich mit dem MLF-Projekt zu befassen.[2]

2) Bundesminister von Hassel hielt einen eingehenden Vortrag über die strategische Konzeption der NATO, der USA, Frankreichs, Großbritanniens und Deutschlands. Er bezeichnete die letzte in der NATO erarbeitete Fassung des

[12] Der Passus „de Margerie ... sei nicht" ging auf Streichungen und handschriftliche Einfügungen des Staatssekretärs Carstens zurück. Vorher lautete er: „ihm gesagt, die holländische Reaktion sei nicht".

[13] An dieser Stelle wurde von Staatssekretär Carstens gestrichen: „ausdrücklich".

[14] Paraphe vom 2. Oktober 1964.

[1] Am 2. Oktober 1964 wurde in der Presse berichtet, daß die MLF-Verhandlungen in eine „entscheidende Phase" getreten seien. Darüber hinaus wurden Einzelheiten über die Reise des Botschafters Grewe nach Washington und ein allgemeiner Überblick über den Stand der Verhandlungen gegeben. Vgl. den Artikel „Die Entscheidung über multilaterale Atommacht steht bevor"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 229, S. 1.
Zu den Einwänden des Bundesministers Krone, der Bundesverteidigungsrat werde nicht ausreichend konsultiert, vgl. den Vermerk des Staatssekretärs Carstens vom 19. Oktober 1964; Büro Staatssekretär VS-Bd. 432; B 150, Aktenkopien 1964.

[2] Der Bundesverteidigungsrat befaßte sich am 6. November 1964 ausführlich mit dem Stand der MLF-Beratungen. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Referats II 7 vom 4. November 1964 zur Vorbereitung der Sitzung; Abteilung II (II 7), VS-Bd. 979; B 150, Aktenkopien 1964.

neuen strategischen Dokuments 100/1[3] als befriedigend, wenn auch einige der Formulierungen mehrdeutig seien und daher außer der von uns vertretenen auch noch andere Auffassungen deckten. Dieser letzten Fassung haben jetzt alle NATO-Partner außer Frankreich zugestimmt.[4]

Bundesminister von Hassel hob ferner hervor, daß die von den Amerikanern entwickelte Vorstellung einer „flexible response" in Europa nur in sehr beschränktem Ausmaß anwendbar sei. Wir müßten auf dem frühzeitigen selektiven Einsatz nuklearer Waffen bestehen. Kein Raum dürfe kampflos aufgegeben werden. Eine lange konventionelle Kriegsphase sei für uns nicht akzeptabel.[5]

Wir müßten daher den amerikanischen Vorstellungen insoweit entgegentreten. Allerdings müßte man berücksichtigen, daß die amerikanische Haltung auch durch taktische Erwägungen gegenüber den eigenen Bundesgenossen motiviert würde. Es sei verständlich, daß die Amerikaner über das Nachlassen der westeuropäischen Verteidigungsanstrengungen beunruhigt seien. Die Vorstellung von der „flexible response" solle den Zweck haben, den Europäern die Notwendigkeit verstärkter Anstrengungen im Bereich der konventionellen Rüstung vor Augen zu führen.

In dem Vortrag von Herrn Minister von Hassel wurde deutlich, daß die Abgrenzung des Angriffstyps „aggression less than general war" ein entscheidendes Problem in den Auseinandersetzungen mit den Amerikanern bildet.[6] Hier ist es offenbar zu einer Annäherung, aber immer noch nicht zu einer vollen Deckung der Auffassungen gekommen.

Schließlich befaßte sich Bundesminister von Hassel mit der Frage der Einführung landgebundener beweglicher Mittelstreckenraketen. Es sei nicht zutreffend, daß die Amerikaner die Entwicklung eingestellt hätten, wohl aber seien die Mittel gekürzt worden.[7]

Wenn wir die Amerikaner in dieser Frage drängten, müßten wir uns selbst überlegen, ob wir bereit wären, die in Frage kommende Zahl von Raketen auf

[3] Zum Entwurf MC 100/1 vgl. Dok. 14, Anm. 34.

[4] Der französische Verteidigungsminister Messmer lehnte die amerikanische Strategie der flexiblen Verteidigung ab und plädierte für einen sofortigen strategischen Nuklearschlag selbst im Fall eines Angriffs in Europa mit bloß konventionellen Waffen. Vgl. dazu den Artikel „Frankreich für Soforteinsatz von Atomwaffen"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 175 vom 31. Juli 1964, S. 3.
Vgl. dazu weiter Dok. 319.

[5] Referat II 7 hielt dazu am 15. Oktober 1964 fest: „Flexibilität ist kein Prinzip an sich, sie hat – örtlich verschieden – bestimmte Grenzen. In Mitteleuropa gibt es nur wenige ‚Wahlmöglichkeiten'. Falls hier in einer konventionellen Anfangsphase die Front zu zerreißen droht oder falls lebenswichtige Gebiete unmittelbar bedroht sind, bleibt nur wenig Spielraum bis zum Einsatz nuklearer Waffen (mindestens der Gefechtsfeldwaffen)." Vgl. Abteilung II (II 8), VS-Bd. 311; B 150, Aktenkopien 1964.
Vgl. auch den Artikel des Bundesministers von Hassel „The Search for Consensus. Organizing Western Defense"; FOREIGN AFFAIRS 43 (1964), S. 209–216.

[6] Zur Strategie der „flexible response" vgl. weiter Dok. 290.

[7] Der amerikanische Kongreß bewilligte für den Haushalt 1964/65 anstatt der beantragten 110 Mio. Dollar nur 40 Mio. Dollar für die Entwicklung landgestützter beweglicher Mittelstreckenraketen. Vgl. die Aufzeichnung des Referats II 7 vom 4. November 1964; Abteilung II (II 7), VS-Bd. 979; B 150, Aktenkopien 1964.

unserem Territorium aufzustellen. Es handele sich um eine sehr große Zahl, und es kommen nur die Gebiete westlich des Rheins und gewisse Teile Süddeutschlands dafür in Betracht.

Hiermit dem Herrn Minister[8] nach Rückkehr vorgelegt.

Carstens

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 432

270

Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens

St.S. 1801/64 geheim **4. Oktober 1964**[1]

Betr.: Angebot des Abschlusses eines Nichtangriffsvertrages an Polen

1) Ein Angebot an Polen, einen Nichtangriffsvertrag mit der Bundesrepublik Deutschland zu schließen, wirft eine Reihe wichtiger Fragen auf. Die Fragen sind geprüft worden (auf die Studien von VLR I Schnippenkötter vom Juli 1964[2] und die Skizze vom 21. September 1964[3] wird Bezug genommen).

Die Prüfung hat ergeben, daß ein Nichtangriffsvertrag, dessen Verpflichtungen sich auch auf die ungelöste Grenzfrage und die Wiedervereinigung erstrecken, uns politische Vorteile einbringen würde. Die ausdrückliche Erstrekkung auf Wiedervereinigung und die damit verbundene Grenzfrage würde eine erste Abkehr der polnischen Deutschlandpolitik von ihrer bisherigen Linie bedeuten, daß nur die endgültige Teilung als Lösung des Deutschlandproblems in Frage komme.

Ein derartiger Einbruch in die einheitlich auf Teilung gerichtete Politik der kommunistischen Staaten wäre ein erstrebenswertes Zwischenziel einer reaktivierten westlichen Deutschlandpolitik. Es würde eine adäquate deutsche „Gegenleistung" rechtfertigen.

Die „Gegenleistung" würde nicht in einer Aufgabe bisheriger Positionen der Wiedervereinigungspolitik bestehen, sondern in einer Fortentwicklung einiger Aspekte dieser Politik.

Wir würden uns bereit erklären, zu einem weiteren wichtigen Teil eines gesamtdeutschen Friedensvertrages, nämlich zur Grenzfrage, schon vor der Bil-

[8] Hat Bundesminister Schröder am 6. Oktober 1964 vorgelegen.

[1] Durchschlag als Konzept.

[2] Auf Weisung des Staatssekretärs Carstens vom 27. Juni 1964 legte Vortragender Legationsrat I. Klasse Schnippenkötter am 27. Juli 1964 eine Studie über die Voraussetzungen für ein Angebot an Polen zum Abschluß eines Nichtangriffspakts mit der Bundesrepublik vor. Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 446.

[3] Für die vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Schnippenkötter konzipierte „Skizze für ein deutsches Angebot an Polen" vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 446; B 150, Aktenkopien 1964.

dung einer gesamtdeutschen Regierung Stellung zu nehmen. Wir würden damit gegenüber unserer bisherigen Haltung einen Schritt weitergehen. Bisher haben wir wohl zu anderen Teilfragen des Friedensvertrages Stellung genommen (insbesondere zum militärischen Status Gesamtdeutschlands)[4], nicht jedoch zur Grenzfrage.

Die entscheidende Formel unseres Vorschlags lautet, daß „die Regelung der Grenzfrage mit der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands einhergehen muß". Eine nähere Präzisierung dieses Gedankens scheint im gegenwärtigen Zeitpunkt verfrüht, ja bedenklich. Erst wenn wir sicher sind, daß die Polen auf unseren Vorschlag überhaupt eingehen, sollten wir ihn konkretisieren.

Auch ohne Annahme durch Polen – die Aussicht darauf ist gering – kann das Angebot in unserem Verhältnis zu Polen eine nützliche Wirkung haben. Außerdem wird dadurch die Bereitschaft Dritter, die Politik der Wiedervereinigung zu unterstützen, günstig beeinflußt werden.

Die Risiken des Angebots liegen nicht auf außenpolitischem Gebiet, sondern in der Innenpolitik. Für den Fall seiner öffentlichen Behandlung bedarf es einer überzeugenden Informationspolitik.

Die Übernahme des innenpolitischen Risikos wird durch die Gewinne, die für unsere Deutschlandpolitik nach innen und nach außen zu erwarten sind, gerechtfertigt.

2) Vor der offiziellen Übermittlung eines Angebots sollte auf dem Wege über Botschaftergespräche in einem dritten Land bei der polnischen Regierung sondiert werden, wie sie darauf reagieren würde. Die dafür nötigen Kontakte zwischen den in Frage kommenden Botschaften bestehen.[5]

3) Die drei westlichen Deutschlandmächte müßten vor Beginn der Initiative, und zwar schon vor den Sondierungsgesprächen, gemäß Ziffer 2 von der bevorstehenden Sondierung unterrichtet werden.[6] Dies sollte in der Form geschehen, daß VLR I Schnippenkötter den Außenministern Couve de Murville, Rusk und Butler ein Schreiben des Herrn Ministers überbringt und ihnen zu mündlichen Erörterungen zur Verfügung steht. Unsere Botschaften in Paris, Washington und London sollten *nicht* unterrichtet werden.

4) Bis auf weiteres ist bei allen Schritten in der Frage weiterhin strenge Geheimhaltung geboten.

[4] Zum Herter-Plan vom 14. Mai 1959 vgl. Dok. 213, Anm. 3.

[5] Botschafter von Walther, Ankara, bestätigte mit Privatdienstschreiben vom 24. September 1964 an Staatssekretär Carstens, daß eine Kontaktaufnahme in dieser Frage mit seinem polnischen Kollegen möglich sei, zumal sich Gebert gegenüber seiner Regierung „Entschlußfreudigkeit und -freiheit" bewahrt habe. Walther kündigte an, er wolle seine persönlichen Beziehungen zu ihm „in den nächsten Wochen unverbindlich so weit als möglich für alle Fälle anwärmen". Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 446; B 150, Aktenkopien 1964.

[6] Am 23. Dezember 1964 hielt Staatssekretär Carstens handschriftlich fest: „Der H[err] Minister hat mir am 23.XII.1964 mitgeteilt, Rusk, G[ordon] Walker, Couve hätten zugestimmt. Wir sollten den ins Auge gefaßten Schritt jetzt tun. Rusk habe ihm sogar in der NATO-Sitzung einen Zettel geschickt und gefragt, ob er im NATO-Rat darüber sprechen könne. Er, d[er] H[err] Minister, habe aber dringend gebeten, dies nicht zu tun." Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 446; B 150, Aktenkopien 1964.

5) Wegen der großen Bedeutung des Schrittes würde ich eine mündliche Erörterung des Komplexes mit MD Krapf, MD Müller-Roschach und MDg Meyer-Lindenberg für wünschenswert halten; dabei würde ich nicht die von uns beabsichtigte Initiative, sondern den Fragenkomplex abstrakt erörtern. Ich bitte dazu um die Zustimmung des Herrn Ministers.

6) Beigefügt sind

a) Entwurf eines Briefes an die 3 westlichen Außenminister[7];
b) Entwurf einer ersten Instruktion an denjenigen unserer Botschafter, der das Sondierungsgespräch führen soll[8];
c) Entwurf für eine zweite solche Instruktion[9];
d) Studie des VLR I Schnippenkötter vom Juli 1964;
e) Skizze des VLR I Schnippenkötter vom 21. September 1964.

Hiermit dem Herrn Minister vorgelegt.

gez. Carstens

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 446

[7] Dem Vorgang beigefügt. In dem Entwurf wurde der Zusammenhang zwischen der endgültigen Festlegung der polnisch-deutschen Grenze und der deutschen Wiedervereinigung erläutert: „Dazu gehört, daß es nicht unsere Vorstellung ist, Deutschland müsse zunächst wiedervereinigt werden, bevor zu der Frage seiner Ostgrenzen Stellung genommen werden kann, daß vielmehr die Regelung der Grenzfrage mit der Wiederherstellung der Einheit einhergehen muß. Dazu gehört ferner unsere Überzeugung, daß die Teilung Deutschlands nicht endgültig sein wird, da sie keine Aussicht hat, vom deutschen Volk und dem überwiegenden Teil der Staatengemeinschaft jemals als vollzogen anerkannt zu werden, und daß deswegen eine Anerkennung der Oder/Neiße-Linie durch die sogenannte ‚DDR' für eine Friedensordnung in Europa so viel oder so wenig Bedeutung und Wert hat wie die Separation Aussicht auf Dauer oder Beendigung. Schließlich gehört dazu unsere Vorstellung, daß in dem Maße, in dem Polen seine Einstellung zur Lösung des Deutschlandproblems modifiziert, es leichter werden wird, sich darüber näherzukommen, wo die polnisch-deutsche Grenze liegen soll." Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 446; B 150, Aktenkopien 1964.

[8] Dem Vorgang beigefügt. Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 446; B 150, Aktenkopien 1964.
Hat Staatssekretär Carstens am 29. Dezember 1964 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Instruktion abgeschickt an B[otschafter] v[on] Walther mit Schr[eiben des] B[undes]Min[isters des] Ausw[ärtigen] v[om] 23.XII.64 am 29.XII.64."
Für den endgültigen Wortlaut der Instruktion vgl. Dok. 397.

[9] Dem Vorgang beigefügt. Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 446; B 150, Aktenkopien 1964. Vgl. auch Dok. 397, Anm. 4.

271

Gespräch des Staatssekretärs Carstens mit Generalsekretär Cattani, italienisches Außenministerium

I A 1- 80.00/2887/64 VS-vertraulich **5. Oktober 1964**[1]

In den Besprechungen, die am 5. Oktober 1964 im Auswärtigen Amt zwischen Staatssekretär Professor Carstens und dem Generalsekretär im italienischen Außenministerium, Cattani, stattfanden, wurde auch das Projekt der MLF erörtert.

Staatssekretär Professor *Carstens* wies darauf hin, daß bei Abschluß des deutsch-französischen Vertrages am 22. Januar 1963[2] Klarheit zwischen Bonn und Paris bestanden habe, daß die beiden Regierungen in dieser Frage verschiedener Auffassung seien.[3] Die Bundesregierung habe bereits am 14. Januar 1963 dem amerikanischen Unterstaatssekretär Ball erklärt, daß sie für das Projekt der MLF sei.[4] Frankreich verfolge demgegenüber das Projekt der force de frappe. Die Bundesregierung habe hiergegen keine Einwände. Die von der französischen Regierung gewählte Lösung entspreche jedoch nicht den deutschen verteidigungspolitischen Vorstellungen. Die Bundesregierung werde an ihrer Entscheidung zugunsten der MLF festhalten. Hierfür seien zwei Gründe maßgebend: Aufrechterhaltung der engen Bindung zu den USA und Verstärkung der Atlantischen Verteidigungsallianz. Botschafter Grewe sei gegenwärtig in Washington, um die amerikanische Regierung über die deutschen Auffassungen zu unterrichten.[5] Die Bundesregierung würde, wenn irgend möglich, das Abkommen über die MLF sehr gern im Dezember dieses Jahres unterzeichnen.[6] Bei den neutralen Staaten beginne sich eine gewisse Opposition gegen die MLF bemerkbar zu machen.[7] Die Behauptung der Sowjets, die MLF stelle einen Verstoß gegen den Grundsatz der Nichtverbreitung von Atomwaffen dar[8], sei offenbar nicht ganz ohne Eindruck auf sie geblieben. Es sei deshalb möglich, daß es in der bevorstehenden Sitzung der

[1] Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Referat I A 1 gefertigt.
Hat Staatssekretär Carstens am 13. Oktober 1964 vorgelegen.

[2] Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 706–710.

[3] Vgl. dazu AAPD 1963, I, Dok. 35 und Dok. 37.

[4] Vgl. dazu Dok. 63, Anm. 10.

[5] Zu den Gesprächen vom 1. bis 6. Oktober 1964 in Washington vgl. Dok. 281.

[6] Vgl. dazu Dok. 263.

[7] Vgl. dazu bereits Dok. 253.

[8] Vgl. dazu bereits Dok. 210, Anm. 20.
Am 17. September 1964 erklärte der Leiter der sowjetischen Delegation bei der 18-Mächte-Abrüstungskommission in Genf, Zarapkin: „Auf die einhellige Forderung der Völker, die weitere Verbreitung von Kernwaffen zu verhindern, auf die praktischen und konkreten Vorschläge der sozialistischen Länder und der bündnisfreien Länder in der Kommission haben die Vertreter der Mitglieder der NATO-Staaten in dieser Kommission mit der Verkündung eines Kurses geantwortet, der auf die schnellstmögliche Schaffung multilateraler nuklearer Streitkräfte abzielt und damit den westdeutschen Revanchisten Zugang zu nuklearen Waffen, zu Massenvernichtungswaffen verschaffen würde." Vgl. EUROPA-ARCHIV 1964, D 539 f.

Vollversammlung der Vereinten Nationen zu einer Resolution gegen die MLF komme.[9] Die Bundesregierung würde deshalb eine möglichst baldige Unterzeichnung des Abkommens begrüßen. In Washington sei man offenbar ähnlicher Auffassung und möchte ebenfalls das Abkommen noch vor Ende des Jahres zum Abschluß bringen.[10]

Einige Probleme seien indessen noch zu lösen: Die britische Regierung habe Vorschläge gemacht, die eine völlige strukturelle Änderung des Projektes bedeuteten.[11] Ferner sei noch über die von der italienischen Regierung vorgelegte Europa-Klausel[12] zu sprechen. Auf deutscher Seite sei man sehr interessiert daran, die MLF im europäischen Sinn zu entwickeln.

Cattani erwiderte, daß die italienische Regierung die MLF als ein sehr wichtiges Projekt ansehe, dem große Bedeutung beizumessen sei. Minister Saragat sei positiv eingestellt. Eine Verwirklichung des Projekts würde nach italienischer Auffassung zu einer ganzen Reihe von Folgerungen führen: Die Abrüstungsverhandlungen mit der Sowjetunion würden konkreter geführt werden können, und möglicherweise würde sich auch die Haltung der französischen Regierung ändern.

Die italienische Regierung habe bereits unter Fanfani ihre grundsätzliche Zustimmung erklärt.[13] Die endgültige Stellungnahme werde allerdings von dem Wortlaut des Abkommens abhängen. Italien werde jedoch mit seiner Entscheidung nicht auf Großbritannien warten; auch mit der Ratifikation des Abkommens solle nicht auf Großbritannien gewartet werden. Italien wünsche, daß

9 Zu einer Resolution gegen die geplante MLF kam es nicht. Vgl. dazu Dok. 253, Anm. 20.

10 Botschafter Grewe berichtete nach einem Gespräch mit dem amerikanischen Außenminister Rusk am 2. Oktober 1964 in Washington, „daß sich die allgemeine positive Einstellung der amerikanischen Regierung zum MLF-Projekt offenbar nicht verändert" habe und daß man sich „den Zeitplan nicht zu sehr durch das Zögern der anderen Partner diktieren lassen sollte". Vgl. Ministerbüro, VS-Bd. 8481; B 150, Aktenkopien 1964.

11 Vgl. dazu Dok. 172.

12 Zum italienischen Vorschlag einer Europäisierungsklausel vgl. auch Dok. 23, Anm. 9.
Am 24. September 1964 übergab der italienische Gesandte im Auswärtigen Amt einen neuen Vorschlag für eine Europäisierungsklausel: „Should all or some of the European States parties to the present charter, as well as non-participating states, reach an agreement to establish a European Union, having authority in the field of defence, the contracting parties shall negotiate such adaptations to the Charter as will become advisable to meet the new political circumstances. In particular the European States which will have established the Union among themselves, while transforming their national participation in the MLF into a joint participation, may negotiate with the other members of the Force the appropriate modifications of the Charter directed to create a full partnership between the U.S. and the European Union in the organisation of a common defence in the field of nuclear weapons." Dabei erklärte Paulucci, „die italienische Regierung lehne – entgegen ihrer bisherigen Haltung – eine generelle Revisionsklausel (Revision nach grundlegenden politischen Veränderungen) ab und wünsche auch nicht, daß die von uns befürwortete Wiedervereinigungs-Klausel und die Europäisierungs-Klausel als gleichartige Revisions-Tatbestände in einer Klausel zusammengefaßt würden. Doch solle in der Europäisierungs-Klausel zusätzlich der Gedanke der vollen ‚atlantischen Partnerschaft auf dem Verteidigungssektor' zum Ausdruck kommen." Vgl. den Drahterlaß des Legationsrats I. Klasse Arnold vom 13. Oktober 1964 an Botschafter Grewe, Paris (NATO); Abteilung II (II 7), VS-Bd. 1369; B 150, Aktenkopien 1964.

13 Zum Abschluß der Gespräche des Ministerpräsidenten Fanfani mit dem Sonderbeauftragten des amerikanischen Präsidenten für Sicherheitsfragen, Merchant, am 3. und 4. März 1963 erklärte die italienische Regierung, daß sie die amerikanischen Vorschläge zur Bildung einer NATO-Atomstreitmacht unterstütze. Vgl. EUROPA-ARCHIV 1963, Z 71.

das Abkommen zu einer Verstärkung des Nordatlantischen Bündnisses führe, wobei der Grundsatz der Nichtverbreitung von atomaren Waffen beachtet bleibe, daß es den Europäern die Möglichkeit gebe, sich an der Formulierung der strategischen Überlegungen zu beteiligen, und daß jeder der beteiligten Staaten ein Veto-Recht erhalte. Auf ein solches Veto-Recht lege Italien Wert[14]; auch der NATO-Vertrag sehe keine automatische Beistandsverpflichtung vor[15]. Ferner lege die italienische Regierung Wert auf die Aufnahme einer Europa-Klausel.

Eine Unterzeichnung des Abkommens nur durch Deutschland und die USA[16] halte er persönlich nicht für politisch zweckmäßig. Nach seiner Meinung würde dies nicht im deutschen Interesse liegen.

Staatssekretär Professor *Carstens* erklärte, daß die Bundesregierung den Gedanken, jedem der beteiligten Staaten ein Veto-Recht zu geben, nicht befürworte, da dies zu einer Schwächung der MLF führen würde. Lediglich die USA sollten ein solches Veto-Recht erhalten, alle übrigen Partner sollten auf dieses Recht verzichten.[17] Ebenso wie die italienische Regierung sehe man aber auch auf deutscher Seite den besonderen Wert des Abkommens darin, daß es eine Beteiligung der Europäer an der Erarbeitung der strategischen Auffassungen ermögliche.[18]

Abteilung I (I A 1), VS-Bd. 11

[14] Vgl. dazu auch Dok. 265.

[15] Zu Artikel 5 des NATO-Vertrags vom 4. April 1949 vgl. Dok. 220, Anm. 4.

[16] Vgl. dazu Dok. 263.

[17] Vgl. dazu Dok. 261.

[18] Vortragender Legationsrat I. Klasse Luedde-Neurath erklärte hinsichtlich des italienischen Vorschlags einer Europäisierungsklausel am 9. Oktober 1964: „Wir haben Bedenken gegen diese gleichsam automatische Einbeziehung neuer Gebiete in die MLF und halten eine so weitgehende Spezifizierung für verfrüht. Wir halten deshalb an dem mit den Italienern ursprünglich vereinbarten Gedanken fest, daß bei Entstehen einer Europäischen Union die MLF-Partner darüber verhandeln sollen, welche Anpassungen der MLF-Satzung an die neuen Verhältnisse erforderlich sind." Vgl. Abteilung II (II 7), VS-Bd. 1369; B 150, Aktenkopien 1964.
Vgl. weiter Dok. 288.

272

Aufzeichnung des Staatssekretärs Lahr

St.S. 1792/64 geheim **5. Oktober 1964**

Betr.: Gemeinschaftlicher Getreidepreis[1]

In den deutsch-niederländischen Regierungsbesprechungen vom 30. September und 1. Oktober[2] ist von niederländischer Seite mehrfach die Frage nach der deutschen Haltung in der Getreidepreisfrage gestellt worden. In der offiziellen Besprechung vom 30. September erwiderte der Herr Bundeskanzler auf eine Frage von Außenminister Luns, ob die Bundesregierung vor den Bundestagswahlen 1965[3] wohl zu einem Entschluß in der Getreidepreisfrage kommen werde, daß „er nicht wage, ein solches Versprechen abzugeben".[4]

Noch deutlicher war eine Äußerung des Herrn Bundeskanzlers in einem Gespräch nach dem Abendessen des niederländischen Ministerpräsidenten vom 1. Oktober, in dem er sagte, daß es für ihn „politischer Selbstmord" sei, sich vor den Wahlen zu dieser Frage zu äußern. Die Kommunalwahlen des letzten Sonntags[5] hätten gezeigt, daß die Stimmen der CDU in den Städten empfindlich zurückgegangen seien, während die CDU auf dem Lande besser abgeschnitten habe. Er müsse daher auf die ländlichen Wähler besondere Rücksicht nehmen.

Die Ablehnung des Herrn Bundeskanzlers galt nicht nur dem Gedanken eines jetzt für 1966 oder 1967 festzusetzenden effektiven Preises, sondern auch der Idee des sogenannten „fiktiven" oder „Verhandlungspreises".[6] Er bemerkte zwar auch, daß er die Notwendigkeit des gemeinsamen Getreidepreises einsehe und daß an der deutschen Haltung zur Getreidepreisfrage die Kennedy-Runde[7] nicht scheitern solle, wies aber gleichzeitig darauf hin, daß die Amerikaner von der Gemeinschaft eine Äußerung in der Getreidepreisfrage vor Ende 1965 gar nicht erwarteten.

[1] Zur Regelung des Getreidepreises vgl. zuletzt Dok. 207.

[2] Zu den deutsch-niederländischen Regierungsbesprechungen vom 30. September und 1. Oktober 1964 vgl. Dok. 266.

[3] Die Bundestagswahlen fanden am 19. September 1965 statt.

[4] Nach einer Gesprächsaufzeichnung vom 1. Oktober 1964 erklärte Bundeskanzler Erhard: „Wir anerkennen die Notwendigkeit eines gemeinsamen Getreidepreises. Infolge der bevorstehenden Bundestagswahlen wird auf die Bundesregierung ein Druck wegen der Höhe des Getreidepreises ausgeübt. Vor den Wahlen kann er nicht genannt werden. Ein Verhandlungspreis wäre auch ein Preis. Zum Gelingen der Kennedy-Runde braucht über den Getreidepreis vielleicht nicht am Anfang diskutiert zu werden. Wir sind weltweit und offen. Die Bundesregierung kann nicht versprechen, daß sie vor den Wahlen einer Preisfixierung zustimmen kann. Die Kennedy-Runde wird jedoch an der Haltung der Bundesregierung nicht scheitern." Vgl. Abteilung I (I A 1), VS-Bd. 11; B 150, Aktenkopien 1964.

[5] Am 27. September 1964 fanden in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen Kommunalwahlen statt, aus denen die SPD als Sieger hervorging. Für das amtliche Wahlergebnis vgl. BULLETIN 1964, S. 1350.

[6] Vgl. dazu Dok. 207, besonders Anm. 6–8.

[7] Zu den Verhandlungen bei der Kennedy-Runde vgl. Dok. 122.

Staatssekretär de Block erzählte mir später hierzu, daß die Herren Marijnen und Luns hierüber einigermaßen entsetzt gewesen seien, denn sie hätten gehofft, daß der seinerzeit mit unserer Zustimmung gefaßte Beschluß, am 15. Dezember das Gespräch über den gemeinsamen Getreidepreis wieder aufzunehmen[8], von uns mit mehr Kooperationsbereitschaft befolgt würde. Auch für die Kommission werde das einen harten Schlag bedeuten, denn diese habe ihr ganzes Verhalten darauf eingestellt, daß es im Dezember mit Hilfe uns zu machender Konzessionen gelingen werde, zu einem positiven Ergebnis zu kommen.

Nach den Kommunalwahlen des letzten Sonntags besteht wohl keine große Hoffnung, jetzt noch zu einer Klärung der Getreidepreisfrage zu kommen. Allerdings müssen wir uns darüber im klaren sein, daß sich hieraus für uns mehrere empfindliche Nachteile ergeben:

1) Die Niederländer werden dafür sorgen, daß die ihnen hier gegebene Auskunft sofort auch unseren anderen Partnern bekannt wird. Wir werden harte Vorwürfe zu hören bekommen, durch einjähriges Zögern uns nunmehr in diese schwierige Lage gebracht zu haben und damit den Fortschritt der Gemeinschaft aufzuhalten. Das schafft denkbar ungünstige Voraussetzungen für unsere Vorschläge zur beschleunigten Durchführung und zum Ausbau der römischen Verträge.[9]

2) Daß wir uns jetzt in der Getreidepreisfrage, die von der Kommission und allen unseren Partnern als das Kardinalproblem der gemeinsamen Landwirtschaftspolitik angesehen wird, versagen, schwächt unsere Position auch in den sonstigen Erörterungen über Landwirtschaftsprobleme, einschließlich der Frage der Beziehungen zwischen Landwirtschaftspolitik und Handelspolitik. Die Aussichten, die von uns durchgesetzte sogenannte Formel „39/110"[10] zu konkretisieren, werden geringer. Wir werden zwar, sofern die Amerikaner bei ihrer bisherigen Haltung bleiben, die Kennedy-Runde nicht in Frage stellen, aber wir werden es noch schwerer als schon bisher haben zu verhindern, daß die Gemeinschaft im Agrarbereich einen streng protektionistischen Kurs steuert.

3) Auch Ende 1965 wird die Lösung der Getreidepreisfrage ein schwieriges Unternehmen sein. Es wird einige Zeit in Anspruch nehmen und damit über den 1. Januar 1966 hinausreichen, d.h. in die dritte Phase der Übergangszeit fallen, in der wir überstimmt werden können.[11] Es wird sich vielleicht verhin-

[8] Zum Beschluß des EWG-Ministerrats vom 2. Juni 1964, die Festsetzung eines einheitlichen Getreidepreises auf den 15. Dezember 1964 zu vertagen, vgl. Dok. 153, Anm. 24.

[9] Zur geplanten Europa-Initiative der Bundesrepublik vgl. Dok. 268.
Zu den Römischen Verträgen vom 25. März 1957 vgl. Dok. 7, Anm. 7.

[10] Bei der Genehmigung der Marktordnungen für Rindfleisch, Reis sowie Milch und Milchprodukte beschloß der EWG-Ministerrat am 5. Februar 1964, in jede dieser Verordnungen den Hinweis aufzunehmen, daß bei ihrer Durchführung zugleich den in den Artikeln 39 (Gemeinsame Agrarpolitik) und 110 (Ziele der Handelspolitik) des EWG-Vertrags genannten Zielen in geeigneter Weise Rechnung zu tragen sei. Vgl. ZEHNTER ÜBERBLICK ÜBER DIE TÄTIGKEIT DER RÄTE 1964, S. 45.

[11] Am 14. Januar 1962 legte der EWG-Ministerrat den Beginn der dritten Stufe der Vorbereitungszeit für den Gemeinsamen Markt auf den 1. Januar 1966 fest. Entscheidungen, die den Gemeinsamen Markt betrafen, sollten dann nur noch durch Mehrheitsbeschluß gefaßt werden. Vgl. dazu BULLETIN DER EWG 2/1962, S. 12.

dern lassen, daß die von Mansholt geforderte Preisangleichung[12] in einem Zuge, die ja eine recht harte Operation darstellt, gegen unsere Stimme beschlossen wird; aber mindestens werden die anderen dann zum ursprünglichen Gedanken der Preisangleichung in Etappen zurückkehren und uns etappenweise überstimmen. Am schmerzlichsten aber wird es sein, daß wir voraussichtlich dann mit unseren Gegenforderungen (Ausgleichszahlungen[13], Frachtenharmonisierung[14] usw.) wenig Erfolg mehr haben werden. Schon jetzt zeigt sich, daß die anderen von dem Gedanken der Ausgleichszahlungen immer mehr abrücken, während zu Jahresbeginn bei allen Aufgeschlossenheit für diesen Gedanken bestand[15]; im Jahr 1966 wird kaum noch etwas zu erreichen sein. Es ist auch zu befürchten, daß die Kommission von sich aus ihren Vorschlag zu unserem Nachteil verschlechtern wird, um jedenfalls die Zustimmung der anderen zu bekommen, so zum Beispiel in der Frage des Verhältnisses zwischen Weizen- und Roggenpreis. Den letzteren möchten die Italiener besonders niedrig festgesetzt haben (weil sie die Produktion nicht interessiert), während die Kommission mit Rücksicht auf uns vorläufig noch an einem höheren Roggenpreis festhält. Dafür, daß die Kurzsichtigkeit der für den Widerstand der Bauern Verantwortlichen uns zwingt, die Entscheidung noch

[12] Am 4. November 1963 schlug der Vizepräsident der EWG-Kommission, Mansholt, vor, bis zum 1. Juli 1964 einen gemeinsamen Getreidepreis in der EWG zu schaffen („Mansholt-Plan"). Dabei sollten die Preise für alle deutschen Getreidearten um 11 bis 15% gesenkt werden. Geringere Preissenkungen waren in Italien und Luxemburg erforderlich, während die Getreidepreise in Frankreich und den Niederlanden erhöht werden sollten. In Belgien sollten sich keine Veränderungen ergeben. Vgl. BULLETIN DER EWG 12/1963 (Sonderbeilage), S. 2–12. Vgl. dazu auch den Drahtbericht des Botschafters Harkort, Brüssel (EWG/EAG), vom 5. November 1963; Referat III A 2, Bd. 74. Vgl. ferner Dok. 14, Anm. 16.
Am 12. Mai 1964 schlug die EWG-Kommission in einer revidierten Fassung des „Mansholt-Plans" vor, für das Wirtschaftsjahr 1964/65 einen die Mitgliedstaaten bindenden Höchst- und einen Mindestpreis festzulegen. Ein gemeinsamer Getreidepreis sollte nun erst ab dem 1. Juli 1966 gelten. Vgl. BULLETIN DER EWG 6/1964 (Sonderbeilage), S. 23–30.

[13] Mit einer Senkung des Getreidepreises war für die deutsche Landwirtschaft ein Einnahmeverlust verbunden, dessen Höhe die EWG-Kommission mit 560 Mio. DM, das Bundesministerium für Landwirtschaft jedoch mit 900 Mio. DM bezifferte. Entsprechend dem „Mansholt-Plan" sollte der Einkommensverlust durch Zahlungen aus Gemeinschaftsmitteln von 1966 an drei Jahre lang ausgeglichen werden. Vgl. dazu das Schreiben des Bundesministeriums für Verkehr vom 9. Dezember 1963 an das Auswärtige Amt; Referat III A 2, Bd. 58.

[14] Da die EWG-Mitgliedstaaten den Transport von Getreide in unterschiedlicher Höhe subventionierten, ergaben sich große Diskrepanzen bei den finanziellen Belastungen der nationalen Eisenbahnen. Die Bundesregierung bemühte sich daher um eine Harmonisierung „bestimmter Vorschriften, die den Wettbewerb im Eisenbahn-, Straßen- und Binnenschiffsverkehr beeinflussen". Vgl. dazu das Schreiben des Bundesministeriums für Verkehr vom 9. Dezember 1963 an das Auswärtige Amt; Referat III A 2, Bd. 58.

[15] Am 5. März 1964 informierte der Präsident der EWG-Kommission, Hallstein, Bundeskanzler Erhard, daß die deutschen Forderungen nach Ausgleichszahlungen „nur dann Aussicht haben, vom Rat akzeptiert zu werden, wenn die Getreidepreisangleichung bald vollzogen wird. Je weiter dieser Termin auf das Ende der Übergangszeit hinrückt, um so weniger ist Anlaß – so wird argumentiert –, einem Mitgliedstaat besondere Ausgleichszahlungen von seiten der Gemeinschaft zu gewähren ... Mein persönlicher Eindruck ist, daß der Rat bei seinen künftigen Beschlüssen dieser Linie folgen wird. Ich halte es deshalb für gewagt für die Bundesrepublik, mit finanziellen Beiträgen der Gemeinschaft auch dann zu rechnen, wenn die Getreidepreisangleichung noch Jahre aufgeschoben wird." Vgl. Ministerbüro, Bd. 210.

ein Jahr vor uns herzuschieben (um dann letztlich doch nachgeben zu müssen oder überstimmt zu werden), werden die Landwirtschaft oder der Bundesfinanzminister – wahrscheinlich beide – einen gänzlich unangemessenen Preis in Gestalt auf die Dauer wirkender Nachteile zahlen müssen.

Hiermit dem Herrn Minister[16] mit der Anregung vorgelegt, demnächst mit dem Herrn Bundeskanzler darüber zu sprechen, ob dieser seine ablehnende Stellungnahme auch hinsichtlich des „fiktiven" oder „Verhandlungspreises" aufrechterhalten will.[17]

Lahr

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 437

273

Aufzeichnung des Staatssekretärs Lahr

St.S. 1202/64 **6. Oktober 1964**

Betr.: Besuch von Generaldirektor Wormser

Am 6. Oktober 1964 suchte mich Generaldirektor Wormser auf. In der fünfstündigen Aussprache wurden folgende Themen erörtert:

1) Die Europa-Initiativen
2) Fragen der Fusion
3) Agrarfragen der Kennedy-Runde
4) Österreich-Assoziierung
5) Afrikanische Assoziierungsfragen: Nigeria sowie 3 ostafrikanische Länder
6) Zusammenarbeit in Südamerika
7) Algerien
8) Französische Ostkredite und SBZ-Handel

Herr Wormser brachte seinerseits folgende Themen vor:

9) Abstimmung der wissenschaftlichen Forschung
10) Europäisches Patentrecht
11) Air-Union
12) Deutsch-französischer Warenverkehr
13) Kontaktbüro der EGKS in Südamerika

[16] Hat Bundesminister Schröder am 8. Oktober 1964 vorgelegen.

[17] Der Passus „mit der Anregung ... aufrechterhalten will" wurde von Staatssekretär Lahr hervorgehoben. Dazu handschriftliche Bemerkung: „Am 12.10. mit H[errn] B[undes]K[anzler] besprochen."
Zur Regelung des Getreidepreises vgl. weiter Dok. 287.

Zu 1) Ich erläuterte die Gedanken, die unserer Europa-Initiative[1] zugrundeliegen, und gab eine allgemein gehaltene Darstellung des Inhalts des wirtschaftspolitischen Teiles unserer Vorschläge.[2]

Herr Wormser stellte zunächst fest, daß diese Vorschläge – soweit sie vom sog. „Schmücker-Plan"[3] (Aussetzung des gemeinsamen Außenzolls für ein Jahr um 20%) unabhängig seien, was in der Tat der Fall ist, – insgesamt logisch und plausibel wären. Sie hätten jedoch mit der Hallstein-Initiative[4] die Schwäche gemeinsam, auf dem weniger problematischen industriellen Sektor voranzudrängen, ohne auf dem problematischeren der Landwirtschaft gleichzuziehen. Eine positive Aufnahme unserer Initiative durch die französische Regierung wäre sicher leichter zu erreichen, wenn eine Gleichmäßigkeit auf diesen beiden Sektoren zu erkennen wäre.

Im einzelnen ergab die Erörterung unserer Vorschläge folgendes:

a) Die Frage, ob Frankreich die vorgeschlagene Zollsenkung von 20% am 1.1.1965 unter der Voraussetzung akzeptieren könne, daß der Termin für die zweiten 20% zunächst noch nicht endgültig festgelegt würde, ließ Wormser offen; Frankreich lege großen Wert auf ein gleichmäßiges Vorgehen auf dem in-

[1] Vgl. dazu zuletzt Dok. 268.

[2] Im wirtschaftspolitischen Teil der Europa-Initiative erläuterte die Bundesregierung ihren Vorschlag zur vorzeitigen Verwirklichung einer Zollunion zwischen den EWG-Staaten. Auf dem gewerblichen Gebiet sollten die Zölle am 1. Januar 1965 auf 20% gesenkt und bis zum 1. Januar 1967 vollständig abgebaut werden. Zu diesem Zweck war die Angleichung der Umsatz- an die Verbrauchsteuern vorgesehen. Eine aus den drei bestehenden Gemeinschaften fusionierte Europäische Gemeinschaft sollte eine eigene Finanzhoheit erhalten. Zur Vollendung einer Währungsunion sah der Vorschlag die Ausarbeitung von gemeinsamen Leitlinien zur Währungs- und Haushaltspolitik der Mitgliedstaaten vor. Parallel dazu sollten die Rechte des Europäischen Parlaments gestärkt werden. Um das Verhältnis zwischen EWG und EFTA intensiver gestalten zu können, schlug die Bundesregierung schließlich die Ernennung eines Botschafters der Gemeinschaften bei der EFTA mit Dienstsitz in Genf vor. Für den am 12. Oktober 1964 Bundeskanzler Erhard zugeleiteten Entwurf der wirtschaftspolitischen Vorschläge vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 417; B 150, Aktenkopien 1964.

[3] Bundesminister Schmücker schlug am 25. September 1964 vor, „durch eine befristete Aussetzung der Sätze des Gemeinsamen Zolltarifs nach Art. 28 EWG-Vertrag die für die bisherige Angleichung maßgebenden Basiszollsätze um 25% herabzusetzen". Dadurch sollte eine optimale Auswirkung auf die nationalen Zolltarife erreicht werden, „die bei einer nur rechnerischen Kürzung wegen der Angleichungsvorschriften des EWG-Vertrages nicht eintreten könnte". Vgl. Referat III A 2, Bd. 92.

[4] Am 30. September 1964 verabschiedete die EWG-Kommission unter dem Titel „Initiative 1964" eine Vorlage an den EWG-Ministerrat und an die Regierungen der Mitgliedstaaten, in der sie die beschleunigte Verwirklichung der Zollunion bis zum 1. Januar 1967 forderte. Für Agrarprodukte war der Abbau der Zölle und der Abschöpfungen bis zum 1. Januar 1968 vorgesehen. Darüber hinaus unterbreitete die Kommission Vorschläge für die Schaffung eines gemeinschaftlichen Zollrechts beim Handel mit Drittländern und für die Abschaffung aller Grenzkontrollen im Warenverkehr zwischen den Mitgliedstaaten. Schließlich kündigte sie zusätzliche Vorschläge für die Verwirklichung einer Währungsunion an und schlug eine Ausweitung der Kompetenzen des Sozialfonds vor. Vgl. EUROPA-ARCHIV 1964, D 572–580.
Staatssekretär Lahr stellte am 2. Oktober 1964 große Ähnlichkeiten zwischen den in Vorbereitung befindlichen Vorschlägen der Bundesregierung und der „Initiative 1964" fest. Dazu bemerkte er: „Es ist nicht recht ersichtlich, weshalb die Europäische Kommission jetzt mit ihrer ‚Initiative 1964' hervortritt. Ich kann mich nicht des Eindrucks erwehren, daß dieser Schritt in einem gewissen Zusammenhang mit unserem Plan steht. Die Kommission, die sich immer als den Motor der Gemeinschaft angesehen hat, meint anscheinend, nicht untätig bleiben zu können, wenn eine Mitgliedsregierung eine Initiative vorbereitet." Vgl. Büro Staatssekretär, Bd. 383.

dustriellen und auf dem Agrarsektor; eine 10%ige Senkung sei im EWG-Vertrag[5] festgelegt; es sei aber fraglich, ob Frankreich darüber hinausgehen werde, wenn in der Frage des Getreidepreises bis zum 15.12.1964 kein Fortschritt zu erreichen sei.[6] Ich wies darauf hin, daß wir gerade mit Rücksicht auf die Bedeutung, die Frankreich der Getreidefrage beimesse, das Datum der zweiten Senkung offen gelassen hätten.

Die gemeinsame Konjunkturpolitik[7] ist bereits im Entstehen und wird keine größeren Schwierigkeiten bereiten.

b) Zu den institutionellen Fragen verwies ich auf die Notwendigkeit, den – von Wormser als unlogisch bezeichneten – Vorschlag von Herrn van der Meulen auf Einführung einer erleichterten Mehrheitsbildung im Ministerrat für Budgetfragen zu berücksichtigen, um dem Parlament entgegenzukommen, sowie auch auf die Notwendigkeit einer parlamentarischen Kontrolle der Exekutive. Hier, meinte Wormser, werde Frankreich wohl nicht mitmachen.[8]

Zum Punkt Währungs- und Budgetpolitik dagegen äußerte sich Wormser nicht ablehnend.

c) Hinsichtlich der Außenbeziehungen und insbesondere der GATT-Verhandlungen meinte Wormser, daß alles auf die politische Geschlossenheit der Sechs – als dem maßgeblichen Gesprächspartner der USA – ankomme; ein Rückschlag in der politischen Integration müsse auch wirtschaftliche Konsequenzen für die Sechs haben.

Im Verhältnis zur EFTA sei die frühere französische Anregung, eine Verbindungsstelle in Genf einzurichten[9], wohl nicht mehr aktuell, da die WEU bereits eine ausreichende Plattform für die Fühlungnahme mit Großbritannien abgebe.[10] Unser Vorschlag der Entsendung eines Botschafters sei jedoch zu prüfen.

Zu 2) Ich legte unsere Haltung in der Frage des künftigen Sitzes der Exekutive dar, und Wormser bestätigte die Notwendigkeit ausreichender materieller wie politischer Kompensationen für Luxemburg.[11] Parlamentstagungen in

[5] Vgl. Artikel 14, Absatz 3 des EWG-Vertrags vom 25. März 1957; BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 780.

[6] Zur Frage des Getreidepreises vgl. zuletzt Dok. 272.

[7] Zu den Empfehlungen des EWG-Ministerrats über ein gemeinsames Stabilisierungsprogramm vgl. Dok. 109, Anm. 8.
Am 30. Juli 1964 wies der EWG-Ministerrat auf die ersten positiven Ergebnisse hin und beschloß die Weiterführung des Stabilisierungsprogramms. Vgl. ACHTER GESAMTBERICHT, S. 136.

[8] Der französische Außenminister Couve de Murville lehnte eine Stärkung der Haushaltsbefugnisse des Europäischen Parlaments auf der Tagung des EWG-Ministerrats am 18. September 1964 in Brüssel grundsätzlich ab. Er stimmte lediglich dem Beschluß zu, wonach der EWG-Ministerrat die vom Parlament beschlossenen Änderungen am Haushalt einzeln und nicht wie bisher global behandeln mußte. Vgl. dazu den Runderlaß des Ministerialdirigenten Voigt vom 22. September 1964; Referat I A 2, Bd. 952.

[9] Am 9. April 1963 schlug der französische Außenminister Couve de Murville im Gespräch mit Bundesminister Schröder eine ständige Verbindungsstelle der EWG bei der EFTA in Genf vor. Vgl. AAPD 1963, I, Dok. 143.

[10] Zur Vereinbarung regelmäßiger Kontakte zwischen den EWG-Staaten und Großbritannien im Rahmen der WEU vgl. Dok. 12, Anm. 15.

[11] Am 3. Juni 1964 erklärte Staatssekretär Carstens, daß die Bundesrepublik die luxemburgische

Straßburg und Luxemburg, notfalls auch des Ministerrats, kämen hierfür in Frage. Wormser hatte zunächst hiergegen keine Einwände, erklärte sich jedoch für unzuständig. Wegen Abwesenheit Couves würden die Fusionsfragen auch am 12. Oktober wohl nicht abschließend behandelt werden können. Das Festhalten der Niederländer an einer vierjährigen Übergangszeit für die fusionierte Kommission dürfte eher innen- als außenpolitische Gründe haben, wie Wormser vermutete.[12]

Zu 3) Zur Frage des Getreidepreises erklärte ich, daß wir von der Notwendigkeit einer Einigung – und damit eines deutschen Beitrages – überzeugt seien und daß die Kennedy-Runde an dieser Frage nicht scheitern werde. Es könnte sich aber ein Hinausschieben der Entscheidung um ein Jahr aus innenpolitischen Gründen als notwendig erweisen.[13] Sowohl die Amerikaner als auch de Gaulle hätten zu erkennen gegeben, daß dies kein Unglück wäre.[14] In der Tat wäre doch erst ab Juli 1966 oder 1967 mit einer Anwendung des gemeinsamen Preises zu rechnen. Die Ungeduld der Kommission[15] allein genüge nicht, unsere Regierung in ein bedenkliches Risiko zu stürzen. Die Aussicht auf eine

Fortsetzung Fußnote von Seite 1117

Forderung nach Verlegung des Europäischen Parlaments von Straßburg nach Luxemburg nicht unterstützen werde, „sofern nicht die französische Regierung und die Mitglieder des Europäischen Parlaments dieser Verlegung zustimmen". Vgl. Abteilung I (I A 2), VS-Bd. 19; B 150, Aktenkopien 1964.

12 Zur Fusion der Exekutiven der Europäischen Gemeinschaften vgl. auch Dok. 216.
Am 14. Oktober 1964 hielt Ministerialdirektor Jansen als Ergebnis der Tagung des EWG-Ministerrats vom 12./13. Oktober 1964 in Brüssel fest, daß im Fusionsvertrag nur noch die Frage des Zeitpunktes der Ablösung der für eine Übergangszeit vorgesehenen, mit 14 Mitgliedern besetzten Kommission durch die endgültige, mit neun Mitgliedern besetzte Kommission offen sei: „Fünf Mitgliedstaaten sind sich über den Termin dieser Ablösung am 31.12.1967 einig. Niederländische Regierung besteht nach wie vor auf einer 4-jährigen Lebensdauer der 14er Kommission, gerechnet vom Inkrafttreten des Fusionsvertrages an. Zustimmung Luxemburgs zum Fusionsvertrag hängt davon ab, inwieweit Luxemburg politisch und wirtschaftlich für den Abzug der Hohen Behörde entschädigt werden kann. Die wirtschaftliche Entschädigung durch Belassung einer genügenden Zahl von Europäischen Beamten in der Stadt Luxemburg wird keine unüberwindlichen Schwierigkeiten bereiten. Dagegen erscheint die luxemburgische Forderung auf Verlegung des Sitzes des Europäischen Parlaments nach Luxemburg unerfüllbar. Man erwägt Abhaltung von einer gewissen Zahl von Sitzungen des Europäischen Parlaments sowie des Rates in Luxemburg." Vgl. Referat I A 2, Bd. 952.

13 Zu den innenpolitischen Schwierigkeiten der Bundesregierung hinsichtlich der Regelung des gemeinsamen Getreidepreises vgl. Dok. 272, besonders Anm. 4.

14 Zu französischen und amerikanischen Andeutungen, daß ein Hinausschieben der Getreidepreisregelung denkbar wäre, vgl. Dok. 287 und Dok. 307.
Am 23. Oktober 1964 zeigte Staatspräsident de Gaulle in Paris auch gegenüber Bundestagspräsident Gerstenmaier Verständnis für das Anliegen der Bundesregierung, die Regelung der Getreidepreisfrage bis nach den Bundestagswahlen hinauszuschieben. De Gaulle führte jedoch aus: „Ohne harmonisierten Agrarmarkt sei keine weitere europäische Entwicklung und auch kein Gespräch mit den USA in der Kennedy-Runde denkbar, und die Zukunft der EWG selbst sei gefährdet. Er deutete an, daß über Termine und Fristen für die Inkraftsetzung gemeinsamer Agrarpreise sowie über die Entschädigung an die deutsche Landwirtschaft durchaus zu sprechen sei, aber der politische Beschluß, nach dem industriellen nunmehr auch den agrarischen Sektor der EWG zu regeln, müsse baldmöglichst gefaßt werden." Vgl. den Drahtbericht des Botschafters Klaiber, Paris, vom 23. Oktober 1964; Abteilung I (I A 2), VS-Bd. 146; B 150, Aktenkopien 1964. Vgl. auch GERSTENMAIER, Streit und Friede, S. 519 ff.

15 Zum Schreiben des Präsidenten der EWG-Kommission, Hallstein, vom 4. Juni 1964 an die Außenminister der Mitgliedstaaten vgl. Dok. 153, Anm. 26.

Einigung auch auf einen „fiktiven" Preis[16] bis zum 15.12.1964 habe sich damit leider sehr verringert.

Herr Wormser meinte, wenn die Amerikaner nicht drängten, dann verstärke dies nur den Verdacht, daß sie auf eine mengenmäßige Absatzgarantie hinauswollten. Frankreich werde keinesfalls von der Entscheidung vom Dezember 1963 abgehen, in Genf auf Grund eines gemeinsamen Getreidepreises über Agrarfragen zu verhandeln.[17] Meinen Einwand, die Amerikaner würden Absatzgarantien zusätzlich fordern, auch wenn ein Preis festgesetzt sei, da ihnen jeder EWG-Preis zu hoch erscheinen werde, bezeichnete Wormser als Hypothese[18]; diese Forderung werde vielmehr gerade mit dem Nichtzustandekommen des gemeinsamen Preises begründet werden, und das müßte dann zum Scheitern der Verhandlungen führen. Die Bedenken gegen den Mansholt-Preis[19] innerhalb der Sechs könnten sicher ausgeräumt werden, wenn der Preis nur endlich zur Diskussion käme. Meine Frage, ob die anderen Fünf am 15.12.1964 den Mansholt-Vorschlag annehmen würden, beantwortete Wormser ausweichend.[20]

In der Frage des Umfangs der in die Marktordnung einzubeziehenden Agrarwaren, sagte ich, erschienen mir die USA recht vernünftig: für etwa drei Viertel aller landwirtschaftlichen Exportprodukte würden Stützungsbeträge in Frage kommen. Wormser bemerkte, Pisani dagegen sei der Meinung, daß sämtliche Produkte einbezogen werden könnten.

Die Verhandlungen über die Ausnahmelisten der EWG versprechen schwierig zu werden.[21] Wormser führte aus, daß in Brüssel am 9./10. November dem Ministerrat drei Listen vorgelegt würden[22]: die Liste der Waren, die in Genf gar

16 Zur Möglichkeit einer Einigung auf einen „fiktiven Getreidepreis" vgl. Dok. 207, besonders Anm. 6-8.

17 Zu den die Verhandlungen in der Kennedy-Runde betreffenden Beschlüssen des EWG-Ministerrats vom 23. Dezember 1963 vgl. Dok. 14, Anm. 14, und Dok. 59, Anm. 45.
Zur französischen Haltung in dieser Frage vgl. AAPD 1963, III, Dok. 463.

18 Der Passus „Absatzgarantien zusätzlich fordern ... als Hypothese" wurde von Bundesminister Schröder hervorgehoben. Dazu handschriftliche Bemerkung: „Aber ziemlich sichere."

19 Zum Vorschlag der EWG-Kommission vom 4. November 1963 betreffend die Verwirklichung eines gemeinsamen Getreidepreises („Mansholt-Plan") sowie zu den ergänzenden Vorschlägen vom 12. Mai 1964 („revidierter Mansholt-Plan") vgl. Dok. 272, Anm. 12.

20 Zum Ergebnis der Tagung des EWG-Ministerrats vom 15. Dezember 1964 vgl. Dok. 358, Anm. 18.

21 Die GATT-Mitgliedstaaten einigten sich am 6. Mai 1964 auf eine Auflistung von Produkten, die von der geplanten Zollsenkung um 50% ausgenommen werden konnten. Vgl. dazu auch Dok. 122.
Zu den Verhandlungen über die Ausnahmeliste der EWG für die Kennedy-Runde wies Ministerialdirektor Sachs am 31. Oktober 1964 darauf hin, daß eine Annahme der neuen „erheblichen zusätzlichen Ausnahmewünsche der Mitgliedstaaten ... den Umfang der Ausnahmen etwa verdoppeln würden ... Im Ausschuß nach Artikel 111 blieben die Auffassungen der einzelnen Delegationen unverändert: Frankreich und Italien, von denen zu je etwa 40% die zusätzlichen Vorschläge stammen, sind nach wie vor protektionistisch eingestellt, Holland und Deutschland streben eine möglichst kleine Liste an." Vgl. Referat III A 2, Bd. 290.

22 Am 15. November 1964 beschloß der EWG-Ministerrat eine gemeinsame Ausnahmeliste für die Kennedy-Runde. Nach ersten Berechnungen der EWG-Kommission betrugen die Ausnahmen etwa 19% der zu verzollenden Industrieeinfuhr bzw. etwa 10% der gesamten Industrieeinfuhr der Gemeinschaft. Vortragender Legationsrat I. Klasse Graf von Hardenberg hielt dazu am 16. November 1964 fest: „Obwohl Deutschland im Hinblick auf [das] Exportinteresse der Gemeinschaft weitere Kürzung der Ausnahmen angestrebt hatte, muß [das] Gesamtergebnis als befriedigend und im GATT präsentabel bezeichnet werden." Vgl. Referat III A 2, Bd. 50.

nicht verhandelt werden sollten, eine zweite, die einer geringeren als 50%igen Zollsenkung zugänglich, und eine dritte, die lediglich Kompensationsobjekt sein solle. Ich sagte, wir seien der Auffassung, daß die Ausnahmelisten tatsächlich Ausnahmen bleiben sollten; es sei jedoch zu befürchten, daß der Andrang zu den Listen groß sein werde. Die Erkundigungen der Skandinavier nach der Behandlung von Papier[23] zeigten den politischen Charakter dieser Frage. Wormser würde eine kürzere Liste – auf der Basis eines nur 30- statt 50%igen Kürzungssatzes – vorziehen.

In der Disparitätfrage[24] hingegen wären Schwierigkeiten nicht zu erwarten.

Zu 4) In der Österreich-Frage[25] bestand im Grundsätzlichen Einvernehmen. Ich verwies auf die Schwierigkeiten, die Belgien und vor allem Italien machten.[26]

Die niederländische Auffassung von der Vereinbarkeit einer EWG-Assoziation mit der EFTA-Mitgliedschaft verzeichnete Wormser als erstaunlich und als unrealistisch. Ich verwies auf mein Gespräch mit Bock[27], das klar erkennen ließ, daß Österreich seine Wahl für die EWG bereits getroffen habe. Ich betonte, daß die deutsche Regierung eine schnelle Verabschiedung des Mandats sehr begrüßen würde.

Zu 5) Über die Nigeria-Frage[28] bestand Übereinstimmung; es ist zunächst der Bericht der Kommission abzuwarten. Ferner ergab sich, daß Nigeria auf eine möglichst kurze Übergangszeit drängt, während Frankreich mit Rücksicht auf seine ehemaligen Kolonien zurückhaltend ist und wir in der Mitte stehen. Wormser glaubt jedoch, keine ernsten Schwierigkeiten vorauszusehen, wenn

[23] Am 16. September 1964 überreichte der finnische Generalkonsul Staatssekretär Lahr ein Memorandum über „die finnischen Sorgen wegen der Behandlung des Sektors Zellstoff und Papier in der Kennedy-Runde". Mäkelä erläuterte die finnische Befürchtung, „daß die EWG diesen gesamten Sektor auf die Ausnahmeliste setzt und von der Zollsenkung vollständig ausnimmt. Ein solches Verhalten würde ... zur Folge haben, daß sich die nordischen Länder aus der Kennedy-Runde zurückziehen." Vgl. die Aufzeichnung von Lahr vom 16. September 1964; Referat III A 2, Bd. 290.
Legationsrat Dittmann wies am 18. September 1964 darauf hin, daß die skandinavischen Staaten „zu den traditionellen und wichtigsten Ausfuhrmärkten Deutschlands gehören und daß die Bundesrepublik gerade im Handelsverkehr mit Skandinavien beachtliche Zahlungsbilanzüberschüsse aufweist. Im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten sollte sich die Bundesregierung deshalb für eine pflegliche Behandlung der skandinavischen Länder und insbesondere Finnlands im Rahmen der Kennedy-Runde einsetzen." Vgl. Referat III A 2, Bd. 290.

[24] Zur Frage der Disparitäten vgl. Dok. 14, Anm. 14 und Dok. 67, Anm. 43.

[25] Zum Verhältnis der EWG zu Österreich vgl. Dok. 174.

[26] Am 5. Oktober 1964 wies der Generalsekretär im italienischen Außenministerium, Cattani, in einem Gespräch mit Staatssekretär Lahr darauf hin, daß „kein italienisches Parlament ein Abkommen Österreichs mit der EWG ratifizieren [werde], wenn die bilateralen, sehr schwierigen Verhandlungen über die Südtirol-Frage scheiterten". Vgl. Abteilung I (I A 2), VS-Bd. 26; B 150, Aktenkopien 1964.

[27] Am 3. September 1964 erläuterte der österreichische Handelsminister Bock gegenüber Staatssekretär Lahr, daß ein „‚Arrangement spécial' Ziel der österreichischen EWG-Politik sei. Ein Handelsabkommen sei nicht ausreichend." Vgl. die Aufzeichnung von Lahr vom 9. September 1964; Büro Staatssekretär, Bd. 383.

[28] Vom 19. bis 22. Oktober 1964 fand in Brüssel die zweite Runde der Verhandlungen zwischen der EWG und Nigeria über ein Assoziierungsabkommen statt. Vgl. BULLETIN DER EWG 1/1964, S. 24 und 9-10/1964, S. 19 bzw. 12/1964, S. 44.

auch zu beachten sei, daß die bereits Assoziierten[29] nicht das Gefühl bekommen sollten, benachteiligt zu sein.

Es bestand Einvernehmen darüber, daß die Ausarbeitung des Mandats für die Verhandlungen mit den drei ostafrikanischen Ländern Kenia, Uganda und Tanganjika keine Probleme bietet, ebensowenig die Frage der Vereinbarkeit einer regionalen ostafrikanischen Wirtschaftsgruppierung mit der Assoziation.

Zu 6) Im Beisein von Botschafter de Margerie und von MD Sachs legte ich unsere Bereitschaft dar, in Lateinamerika mit Frankreich wirtschaftlich zusammenzuarbeiten.[30] Konkrete Vorschläge hatte Wormser nicht zu bieten. Zunächst müsse die Rückkehr de Gaulles[31] abgewartet werden. Meine Frage, was de Gaulle veranlaßt haben könnte, uns mangelnde Kooperationsbereitschaft vorzuwerfen, konnte Wormser nicht beantworten, hielt es aber für möglich, daß die deutscherseits gelegentlich gezeigte Zurückhaltung gegenüber dem französischen Gedanken, die Bank of International Development (BID) zum Träger der Entwicklungshilfe zu machen, zu einem Mißverständnis geführt haben könne. Ich betonte, daß wir aus den bekannten Gründen selbständiges Auftreten in den Entwicklungsländern in der Tat vorzögen[32], daß dies ein gemeinsames deutsch-französisches Vorgehen aber keineswegs ausschlösse und wir derartiges niemals gesagt hätten.[33]

Zu 13) In diesem Zusammenhang erwähnte Wormser die Absicht der Hohen Behörde, in Südamerika eine Kontaktstelle zu errichten.[34] Es sei nicht recht einzusehen, warum die EGKS erst jetzt die Errichtung einer „Gesandtschaft" für notwendig erachte. Die Hohe Behörde sei hierzu zwar befugt, dennoch habe del Bo der Anregung zugestimmt, erst den Ministerrat zu befassen. Ich erklärte, daß wir die Absicht der EGKS für unbedenklich hielten, sofern das Mandat und die Kosten vernünftig seien.

[29] Zwischen der EWG und 18 afrikanischen Staaten wurde am 20. Juli 1963 in Jaunde (Kamerun) ein Assoziierungsabkommen geschlossen. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1963, D 383–387.

[30] Zu den Überlegungen für eine gemeinsame deutsch-französische Entwicklungspolitik in Lateinamerika vgl. Dok. 188.

[31] Staatspräsident de Gaulle kehrte am 16. Oktober 1964 von seiner Reise in zehn südamerikanische Staaten zurück.

[32] Der Passus „Gründen selbständiges Auftreten ... vorzögen," wurde von Bundesminister Schröder hervorgehoben. Dazu handschriftliche Bemerkung: „r[ichtig]!"

[33] Die Bedenken der Bundesrepublik gegen eine deutsch-französische Zusammenarbeit mit der BID beruhten auf der Überlegung, daß eine „langfristige politische Wirkung einer derartigen multilateralen Transaktion auf die lateinamerikanischen Länder ... bedeutend geringer zu veranschlagen [ist], als die der direkten französischen und deutschen Hilfe". Vgl. die Aufzeichnung des Referats III B 3 vom 3. Juli 1964; Referat III B 1, Bd. 299.
Staatssekretär Lahr wies am 13. August 1964 auf die unterschiedlichen Grundsätze der deutschen und der französischen Entwicklungspolitik hin, weil „Frankreich eine regionale und wir eine weltweite Politik betreiben. Sie unterscheiden sich ferner dadurch, daß die französische Politik darauf abzielt, sich politischen Einfluß in den Gebieten der ehemaligen Communauté Française zu erhalten, während unsere Entwicklungspolitik ... nur insofern in den Dienst eines politischen Ziels gestellt ist, als wir sie zur Unterstützung unserer Deutschland-Politik verwenden." Vgl. Büro Staatssekretär, Bd. 386.

[34] Zum Beschluß des EGKS-Ministerrats, am Sitz der lateinamerikanischen Freihandelsvereinigung in Montevideo ein Presse- und Informationsbüro einzurichten, vgl. ACHTER GESAMTBERICHT (1965), S. 301.

Zu 7) Ich schilderte unsere Sorgen um Algerien[35], erwähnte die unglückliche Ölleitungsfrage[36] als ein negatives Beispiel und verwies auf Möglichkeiten gemeinsamer Unternehmungen auf dem Gebiet der Petrochemie.[37] Herr Wormser machte kein Hehl daraus, daß er die algerischen Zustände mit allergrößter Vorsicht beurteile und nannte Gründe, die einer privaten Investitionstätigkeit entgegenständen: unsichere politische Verhältnisse, starke Linksorientierung, Gefahr der Nationalisierung, dazu das Fehlen einer in algerischem Eigentum stehenden Rohstoffbasis.

Zu 8) Herr Wormser erklärte auf mein Befragen, daß beabsichtigt sei, anläßlich des neuen französisch-sowjetischen Handelsvertrages[38] die Kreditgrenze von fünf auf sieben bis neun Jahre hinauszuschieben. Die Briten hätten dazu mit ihrem 31 Mio. £-Projekt[39] den Anstoß gegeben; den Verbündeten werde durch Frankreich kein Konkurrenz-Nachteil entstehen, da die Sowjets ihre Aufträge an den Westen gleichmäßig zu streuen pflegten. Ich sagte, daß wir diese Entwicklung, die schließlich keinem nütze als den Sowjets, lebhaft bedauerten, und verwies auf den diesbezüglichen Brief des Bundeskanzlers an de Gaulle[40], der in seiner Antwort[41] auf unsere Argumente jedoch nicht eingegangen sei. Die Solidarität innerhalb der Sechs[42] sei nunmehr zerstört; Cattani habe bereits erklärt, daß Italien nicht das erste EWG-Land sein werde, das die Fünf-Jahres-Grenze überschritte.[43]

[35] Aus Protest gegen das Hissen der Flagge der DDR wurde der Pavillon der Bundesrepublik auf der internationalen Handelsmesse in Algier am 28. September 1964 geschlossen. Vgl. dazu DIE WELT, Nr. 227 vom 29. September 1964, S. 1.
Ministerialdirigent Pauls wies den algerischen Wirtschaftsminister Boumaza in einer Unterredung am 5. Oktober 1964 in Algier darauf hin, daß Algerien nur dann mit weiterer Wirtschaftshilfe rechnen könne, wenn die Wiedervereinigungspolitik der Bundesregierung respektiert werde. Vgl. dazu den Drahtbericht von Pauls vom 5. Oktober 1964; Abteilung I (I A 2), VS-Bd. 32; B 150, Aktenkopien 1964.
Zur Haltung Algeriens gegenüber der DDR vgl. auch Dok. 181, Anm. 51 und 52.

[36] Vgl. dazu bereits Dok. 224.
Am 29. September 1964 einigten sich die Teilnehmer der 5. deutsch-französischen Konsultation in Paris über die Zusammenarbeit im Bereich der Entwicklungshilfe darauf, den Ausgang der französisch-algerischen Verhandlungen über die Erdölfrage abzuwarten, bevor über eine deutsche Beteiligung in der Petrochemie beraten werden sollte. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Referats III B 3 vom 12. Oktober 1964; Referat III B 3, Bd. 299.

[37] Vgl. dazu Dok. 224, Anm. 5.

[38] Zum französisch-sowjetischen Handelsvertrag vom 30. Oktober 1964 vgl. Dok. 192, Anm. 5.

[39] Am 7. September 1964 schloß das britische Firmenkonsortium Polyspinners mit der sowjetischen Außenhandelsorganisation Techmaschimport einen Vertrag über die Lieferung einer Terylene-Anlage im Wert von 30 Mio. Pfund Sterling. Die Finanzierung dieses Projekts erfolgte über einen staatlich verbürgten Kredit von 24 Mio. Pfund Sterling mit bis zu 15jähriger Laufzeit. Vgl. dazu den Bericht des Gesandten Freiherr von Ungern-Sternberg, London, vom 9. September 1964; Referat III A 6, Bd. 288. Vgl. auch den Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Graf von Hardenberg vom 25. September 1964; Abteilung I (I A 2), VS-Bd. 32; B 150, Aktenkopien 1964.

[40] Zum Schreiben vom 16. Juli 1964 vgl. Dok. 200.

[41] Zum Schreiben vom 29. Juli 1964 vgl. Dok. 200, Anm. 8.

[42] Zur Übereinkunft der EWG-Staaten vom Oktober 1962, keine staatlich verbürgten Lieferkredite mit einer Laufzeit von mehr als fünf Jahren an Ostblock-Staaten zu gewähren, vgl. Dok. 45, Anm. 20.

[43] Am 4. Februar 1964 schlossen Italien und die UdSSR für die Jahre 1966 bis 1969 ein Handelsabkommen mit einem Zusatzprotokoll über die Erweiterung des Handelsvolumens für 1964/65 ab. Der im neuen Abkommen vorgesehene Handelsumfang sollte den bislang fixierten Warenumsatz um 50% übertreffen. Vgl. dazu AdG 1964, S. 11098.

Herr Wormser versicherte auf meine Frage, daß eine Ausweitung der Kreditfristen im Verkehr mit der SBZ für Frankreich nicht in Betracht komme.

Zu 9) Herr Wormser erwähnte einen Gedanken von Palewski, in Brüssel eine Verbesserung der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der wissenschaftlichen Forschung vorzuschlagen. Ergebnisse sollten ausgetauscht und Forschungsprogramme zur Vermeidung von Überschneidungen abgestimmt werden. Ich sagte unsere Bereitschaft zur Prüfung derartiger Projekte und die Verständigung des Bundesministers für wissenschaftliche Forschung zu.[44]

Zu 10) Herr Wormser erkundigte sich nach dem Ergebnis unserer Kontakte mit den Briten in der Frage des europäischen Patentrechts.[45] Ich sagte, daß die grundsätzliche Verschiedenheit unserer Auffassungen – „Typ Straßburg" britischer- und „Typ Brüssel" deutscherseits – erneut deutlich geworden sei.[46] Dabei hätten wir zu erkennen gegeben, daß wir Großbritannien von der gemeinsamen Regelung (erst Assoziierung, später Beitritt) nicht ausschließen wollten.

Zu 11) Herr Wormser fragte, was die zahlreichen kritischen Pressestimmen zum Air-Union-Projekt[47] zu bedeuten hätten; ich erwiderte, daß derartige Kritik tatsächlich zu hören sei. Botschafter von Mirbach habe jetzt die Delegationsleitung inne, und wir erhofften einen befriedigenden Ausgang der Verhandlungen.[48]

Zu 12) Schließlich erwähnte Herr Wormser die für Frankreich defizitäre Entwicklung des deutsch-französischen Warenverkehrs[49], die ihm in den letzten

[44] Für das Schreiben des Staatssekretärs Lahr vom 15. Oktober 1964 an Staatssekretär Cartellieri, Bundesministerium für wissenschaftliche Forschung, vgl. Referat I A 2, Bd. 856.

[45] Zum Abkommen über ein europäisches Patentrecht vgl. Dok. 156.

[46] Während die Bundesrepublik für ein „echtes Patent" der EWG eintrat, setzte sich Großbritannien für ein „abgewandeltes internationales Patent" ein, das allen europäischen Staaten den Beitritt ermöglichen sollte. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Referats V 5 vom 24. September 1964; Referat I A 2, Bd. 1110.
Am 24. September 1964 hielt sich eine britische Delegation zu Gesprächen über ein europäisches Patentrecht in Bonn auf. Die deutsche Delegation trat dabei erneut für eine Lösung im Rahmen der EWG ein, „wenn auch mit umfassenden Assoziationsmöglichkeiten für Drittländer wie besonders Großbritannien". Vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Meyer-Lindenberg vom 29. September 1964; Referat I A 2, Bd. 1110.

[47] An dem auf das Jahr 1959 zurückgehenden Air-Union-Projekt beteiligten sich die Luftverkehrsgesellschaften Air France, Lufthansa, Alitalia und Sabena, später auch die KLM und Luxair.
In der Bundesrepublik entzündete sich die Kritik am Air-Union-Projekt vor allem an den französischen Bestrebungen, das ursprünglich privatwirtschaftlich ausgerichtete Unternehmen staatlicher Kontrolle zu unterwerfen. Weitere strittige Punkte waren die Verteilung der Quoten und die sogenannte Materialklausel. Vgl. dazu FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 221 vom 23. September 1964, S. 29.

[48] Vom 15. bis 17. Oktober 1964 scheiterten neue Verhandlungen über die Air Union an den unterschiedlichen Auffassungen der Bundesrepublik und Frankreichs über die Staatsaufsicht. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Botschafters Freiherr von Mirbach vom 19. Oktober 1964; Referat I A 2, Bd. 887.
Mirbach hielt am 21. Oktober 1964 die Weisung des Bundeskanzlers Erhard fest, „daß der französischen Konzeption nachzugeben ist". Er fuhr fort, daß dies einen „gewissen Gesichtsverlust" für die Bundesrepublik und „die am gleichen Strange ziehenden Italiener bedeuten würde". Er schlage daher vor, „einen Vermittler zu bestimmen, der versuchen sollte, in der Frage der Staatsaufsicht und der (bisher ungelösten) Quotenverteilung ein ‚package deal'" zwischen der Bundesrepublik, Frankreich und Italien zu erzielen. Vgl. Referat I A 2, Bd. 887.

[49] Im Jahr 1964 nahmen die Ausfuhren der Bundesrepublik nach Frankreich um 16,3% gegenüber

Monaten Sorgen bereitet habe. Ich verwies auf die Handelsbilanz der letzten beiden Monate (Juli – August), die einen Umschwung des atypischen Trends des ersten Halbjahres erkennen lasse und meines Erachtens keinen Grund zur Beunruhigung gebe.

Hiermit dem Herrn Minister[50] vorgelegt.

Lahr

Büro Staatssekretär, Bd. 386

274

Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens

St.S. 1806/64 geheim **6. Oktober 1964[1]**

Betr.: Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit dem Sudetendeutschen Rat; hier: Liste der sudetendeutschen Erwartungen[2]

Bezug: Schreiben des Chefs des Bundeskanzleramtes vom 11. September 1964[3] – AB-83002-3037/64 –

Als Anlage wird eine im Auswärtigen Amt gefertigte Zusammenstellung zu der Liste von sudetendeutschen „Erwartungen" vorgelegt, die Herrn Bundesminister Westrick von Staatssekretär Nahm übersandt worden ist.

Die Aufzeichnung, mit Ausnahme der durchstrichenen Stellen[4], kann gleich-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1123

1963 zu. Der Export französischer Waren in die Bundesrepublik stieg um 15,3 %. Vgl. ACHTER GESAMTBERICHT (1965), S. 115.

50 Hat Bundesminister Schröder am 19. Oktober 1964 vorgelegen.

1 Durchschlag als Konzept.
Die Aufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Turnwald konzipiert und Vortragendem Legationsrat I. Klasse Simon am 6. Oktober 1964 zur Mitzeichnung vorgelegt.

2 Dem Vorgang beigefügt. In der Liste wurde die Gültigkeit des Münchener Abkommens betont und das „Recht der Sudetendeutschen auf ihre Heimat und auf Selbstbestimmung" gefordert. Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 425; B 150, Aktenkopien 1964.
Am 21. September 1964 hielt Vortragender Legationsrat I. Klasse Luedde-Neurath fest, daß Staatssekretär Nahm, Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte, die Liste persönlich zusammengestellt habe. Luedde-Neurath wies vor allem auf die „völlig unjuristischen Formulierung der ‚Erwartungen'" hin und bekräftigte die Notwendigkeit einer Stellungnahme des Auswärtigen Amts, um „die außenpolitischen Denkfehler der ‚Erwartungen' offenzulegen und Material zu ihrer Widerlegung zu liefern". Vgl. Abteilung II (II 2), VS-Bd. 214; B 150, Aktenkopien 1964.

3 In dem Schreiben bat der Leiter des Außenpolitischen Büros im Bundeskanzleramt, Osterheld, um eine Stellungnahme des Auswärtigen Amts zu den „sudetendeutschen Erwartungen". Vgl. Abteilung II (II 2), VS-Bd. 214; B 150, Aktenkopien 1964.

4 Die gestrichenen Stellen bezogen sich auf den Protest des Bundestages vom 14. Juli 1950 gegen die von der DDR und der Tschechoslowakei veröffentlichte Prager Erklärung vom 23. Juni 1950, in der die Vertreibung der Sudeten- und Karpatendeutschen als „unabänderlich, gerecht und endgültig" bezeichnet wurde. Der Bundestag betonte vor allem die Unvereinbarkeit des Vertrags „mit dem unveräußerlichen Anspruch des Menschen auf seine Heimat". Für die Prager Erklä-

zeitig als Grundlage für das Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit dem Sudetendeutschen Rat dienen.[5]

Folgender Gedanke sollte besonders hervorgehoben werden:

Die Sudetendeutschen können von der Bundesregierung nicht verlangen, daß sie das Gesamtinteresse des Staates dem der Sudetendeutschen unterordnet. Das oberste Ziel unserer Politik ist die deutsche Wiedervereinigung. Durch sudetendeutsche Äußerungen der jüngsten Zeit droht unsere Wiedervereinigungspolitik in Mißkredit zu geraten. Es ist der Verdacht aufgekommen, daß wir mit unserer Wiedervereinigungspolitik nicht nur auf die Wiedervereinigung mit den in der SBZ lebenden Deutschen abzielen, sondern auch auf Gebiete, die jenseits der Grenzen von 1937 liegen.[6] Der eingetretene Schaden könnte dadurch behoben werden, daß der Sudetendeutsche Rat seine Forderung auf Heimatrecht und Selbstbestimmungsrecht in einer mit der Politik der Bundesregierung übereinstimmenden Weise präzisiert. Dabei muß vor allem klargestellt werden, daß es *nicht* die Absicht der Sudetendeutschen ist, auf dem Wege über die Verwirklichung des Heimatrechts und die Ausübung des Selbstbestimmungsrechts die Abtretung des sudetendeutschen Gebiets an Deutschland anzustreben. Es liegt im Interesse der Sudetendeutschen selbst, daß sie klar zum Ausdruck bringen, daß sie für den Fall einer Rückkehr in ihre alte Heimat an nicht mehr als an ein Minderheitenstatut denken. Dabei sollten auch sie sich die Erklärung des Herrn Bundeskanzlers zu eigen machen, daß die Bundesrepublik Deutschland keine territorialen Forderungen an die Tschechoslowakei hat.[7]

Im übrigen möchte ich anregen, daß nach der Besprechung des Herrn Bundeskanzlers mit dem Sudetendeutschen Rat ein Kommuniqué des Herrn Bundeskanzlers herausgegeben wird, um allen möglichen Mißdeutungen vorzubeugen.[8]

Hiermit dem Herrn Bundeskanzler vorgelegt.

gez. Carstens

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 425

Fortsetzung Fußnote von Seite 1124

rung vgl. NEUES DEUTSCHLAND, Nr. 144 vom 24. Juni 1950, S. 1. Für die gemeinsame Erklärung des Bundestages vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 54, S. 2688 f.

[5] Am 16. Oktober 1964 empfing Bundeskanzler Erhard das Präsidium des Sudetendeutschen Rats. An dem Gespräch nahm auch Bundesminister Seebohm in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Bundesvorstands der Sudetendeutschen Landsmannschaft teil. Vgl. DOKUMENTE ZUR SUDETENFRAGE, hrsg. von Fritz Peter Habel, 2. Aufl., München 1984, S. 354.

[6] In diesem Zusammenhang verwies Referat II 5 am 28. September 1964 auf Pressemeldungen des „Deutschen Ost-Dienstes" vom 5. August 1964 und auf die Äußerung des Präsidenten des Bundes der Vertriebenen, Jaksch, der sich „gegen Haarspaltereien über die Auslegung unseres Heimatrechtes" wandte. Vgl. Abteilung II (II 2), Bd. 214; B 150, Aktenkopien 1964.
Zu den Äußerungen des Bundesministers Seebohm zur deutschen Ostgrenze vgl. Dok. 140, Anm. 20.

[7] Zur Rede des Bundeskanzlers Erhard vom 11. Juni 1964 vgl. Dok. 147, Anm. 15.

[8] Im Kommuniqué vom 20. Oktober 1964 wurde u.a. betont, „daß die Bundesrepublik Deutschland keine territorialen Forderungen an die Tschechoslowakei erhebt. Diese Feststellung schließt das Heimat- und Selbstbestimmungsrecht der Sudetendeutschen nicht aus." Vgl. BULLETIN 1964, S. 1434.

275

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Luedde-Neurath

II 1-SL/90.35-1244/64 VS-vertraulich **6. Oktober 1964**[1]

Betr.: Kairoer Neutralisten-Konferenz[2];
hier: SBZ-Memoranden an die zur Konferenz eingeladenen Regierungen und ihre Delegationen[3]

Bezug: Drahtbericht Nr. 871 aus Kairo vom 1. Oktober 1964[4];
Handschriftliche Weisung des Herrn Staatssekretärs (auf o.a. Drahtbericht) vom 2. Oktober 1964 (als Anlage 2 beigefügt)[5]

Anlagen: [4]

I. 1) Die SBZ hat am Vorabend der Kairoer Neutralisten-Konferenz den Kairoer Missionen der ungebundenen Länder zwei Memoranden zugestellt. Die Botschaft Kairo hat ihren Wortlaut mit dem als Anlage 2 beigefügten Drahtbericht übermittelt und Protest im Außenministerium der VAR gegen die politische Aktivität der SBZ angekündigt.

2) Uns liegen Nachrichten vor, die darauf hindeuten, daß SBZ-Memoranden auch einigen Regierungen der nach Kairo eingeladenen Staaten unmittelbar übersandt worden sind, so z.B. der indischen Regierung.

II. Zum Inhalt der beiden Memoranden ist zu bemerken:

1) Im ersten Memorandum wird die Kairoer Konferenz ersucht, eine Aufnahme der „beiden deutschen Staaten" in die VN zu befürworten:

Ein solcher Schritt setze – gemäß VN-Praxis – keinesfalls eine de-jure oder de-facto-Anerkennung der SBZ oder das Bestehen diplomatischer Beziehungen voraus. Auch sei ein solcher Schritt nicht als Votum für eine spätere Anerkennung der SBZ oder für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen aufzufassen. Dies sei die geltende VN-Praxis, die der Generalsekretär im Frühjahr 1950 – im Dokument S-1466 vom 8. März 1950[6] – niedergelegt habe.

2) Im zweiten Memorandum wird die Kairoer Konferenz ersucht, eine Lösung

[1] Die Aufzeichnung wurde von Referat II 1 konzipiert.

[2] Vom 5. bis 10. Oktober 1964 fand in Kairo die Konferenz der blockfreien Staaten statt. Vgl. EUROPA-ARCHIV 1964, Z 228.

[3] Für das Erste und Zweite Memorandum der DDR vom 4. September 1964 an die Teilnehmer der zweiten Konferenz der Staats- und Regierungschefs nicht-paktgebundener Staaten in Kairo vgl. DOKUMENTE ZUR AUSSENPOLITIK DER DDR XII, S. 592–598 und S. 599–601. Für das Erste Memorandum vgl. auch DzD IV/10, S. 954-958.

[4] Mit Drahtbericht vom 1. Oktober 1964 übermittelte Botschafter Federer, Kairo, den Wortlaut der beiden Memoranden und kündigte seinen Protest „gegen diese neuerliche und unzulässige politische Aktivität der SBZ in Kairo" an. Vgl. Referat II 1, Bd. 373.

[5] Dem Vorgang nicht beigefügt. Staatssekretär Carstens bat Referat II 1 um Stellungnahme zu den DDR-Memoranden. Vgl. Referat II 1, Bd. 373.

[6] Für den Wortlaut vgl. SECURITY COUNCIL. OFFICIAL RECORDS. 5th year. Supplement for 1 January through 31 May 1951, New York 1951, S. 18.

der deutschen Frage auf der Basis der „Existenz zweier deutschen Staaten" zu fördern. Dieses Ersuchen wird in längeren Ausführungen mit der angeblich friedfertigen Politik Pankows begründet sowie mit schweren Angriffen gegen die Politik der Bundesregierung verbunden. Zusammenfassend wird – im Hinblick auf den Tagesordnungspunkt „Geteilte Länder" der Kairoer Konferenz[7] – behauptet:

– In Deutschland bestünden heute zwei souveräne Staaten und das besondere Territorium West-Berlin. Dies habe der „Freundschaftsvertrag" zwischen der SBZ und der Sowjetunion vom 12. Juni 1964 erneut bestätigt.[8]

– Die „DDR" habe in „demokratischer Selbstbestimmung" den „sozialistischen" Weg gewählt.

– Angesichts des „Revanchismus" der Bundesregierung, die auf Eingliederung der SBZ abziele, sei im Interesse des Friedens eine internationale Lösung der deutschen Frage auf der Basis „zweier deutscher Staaten" erforderlich.

– Eine Wiedervereinigung Deutschlands sei nur durch Aufnahme „normaler Beziehungen" zwischen den „beiden deutschen Staaten" möglich. Die SBZ habe ihren Vorschlag einer „Konföderation" im Sinne einer Wiedervereinigung Deutschlands durch „friedliche und schrittweise Annäherung" gemacht.[9]

– Dritte Staaten sollten diesen Weg – um des Weltfriedens willen – durch Aufnahme gleichartiger, normaler Beziehungen zu „beiden deutschen Staaten" unterstützen.

III. Abteilung II nimmt zu den Memoranden wie folgt Stellung:

1) Die im zweiten Memorandum verwandten Argumente für die „Anerkennung zweier deutscher Staaten" sind nicht neu. Gleichwohl ist das Dokument insofern nicht ohne Bedeutung, als es in nicht ungeschickter Weise eine angebliche Interessengleichheit zwischen Pankow und den afro-asiatischen Ländern unterstreicht. Wir müssen damit rechnen, daß es auf mit der deutschen Situation nicht ausreichend vertraute Delegationen der neutralistischen Länder nicht ohne Wirkung bleibt.

2) a) Das Petitum Pankows um Aufnahme der SBZ in die VN (erstes Memorandum) ist ein nicht ungeschickter Zug wegen des Hinweises, daß ein Votum für die Aufnahme in die VN nicht notwendigerweise eine Anerkennung der SBZ bedeute. Pankow gibt damit den neutralen Staaten, die geneigt wären, eine Aufwertung der Zone zu fördern, ohne es gleichzeitig mit uns verderben

[7] Die Bundesregierung erhob im Vorfeld der Konferenz bei der VAR wiederholt Einwände gegen den auf einen jugoslawischen Vorschlag zurückgehenden Tagesordnungspunkt „Geteilte Staaten". Vgl. dazu den Drahtbericht des Botschafters Federer, Kairo, vom 21. September 1964; Abteilung I (I B 4), VS-Bd. 111; B 150, Aktenkopien 1964.

[8] So in Artikel 6: „Die Hohen Vertragschließenden Seiten werden Westberlin als selbständige politische Einheit betrachten". In Artikel 7 bekräftigten die DDR und die UdSSR „ihren Standpunkt, daß angesichts der Existenz zweier souveräner deutscher Staaten ... die Schaffung eines friedliebenden, demokratischen, einheitlichen deutschen Staates nur durch gleichberechtigte Verhandlungen und eine Verständigung zwischen beiden souveränen deutschen Staaten erreicht werden kann". Vgl. DzD IV/10, S. 719.

[9] Zum Vorschlag des Ersten Sekretärs des ZK der SED, Ulbricht, über eine Konföderation zwischen der Bundesrepublik und der DDR vgl. Dok. 162, Anm. 15.

zu wollen, ein gegenüber den zu erwartenden Gegenvorstellungen der Bundesregierung verwendbares Argument an die Hand.

b) Der Vorschlag der SBZ ist *rechtlich* wie folgt zu bewerten: Es trifft zu, daß die Aufnahme eines Staates in die Vereinten Nationen nicht die Anerkennung der Mitgliedstaaten impliziert. Es ist, z. B. im Mongolei-Fall[10], vorgekommen, daß VN-Mitgliedstaaten für die Aufnahme eines Staates gestimmt haben, ohne ihn schon anerkannt zu haben oder sogar seine Anerkennung zu beabsichtigen. Voraussetzung dafür ist jedoch selbstverständlich, daß es sich überhaupt um einen Staat handelt. Da diese Voraussetzung nach Auffassung der überwältigenden Majorität der VN-Mitgliedstaaten nicht gegeben ist, stößt die SBZ mit ihrem Memorandum ins Leere.

c) Da für die Aufnahme eines neuen Mitglieds eine Empfehlung des Sicherheitsrats vorausgesetzt wird[11], ist *praktisch* – wegen des Vetorechts im Sicherheitsrat – die Aufnahme eines neuen Mitglieds nur möglich, wenn Konsens der Ständigen Mitglieder des Sicherheitsrats besteht. Im Falle der SBZ soll nach der Anregung des Memorandums der Konsens auf die Weise erzielt werden, daß gleichzeitig die Bundesrepublik Deutschland aufgenommen wird. Praktisch bedeutet das, daß sowohl die westlichen Ständigen Mitglieder[12] als auch die UdSSR für diesen „package deal" auf die Ausübung des Vetorechts verzichten müßten. Ein „package deal" auf der Basis SBZ – Bundesrepublik Deutschland ist nach der Auffassung unserer Verbündeten und erst recht nach unserer Auffassung unannehmbar. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen ist daher der Vorschlag der SBZ nicht zu verwirklichen.

d) Trotzdem ist dieser Vorstoß der SBZ nicht ungefährlich für uns. Die Koppelung der Aufnahme der SBZ mit der der Bundesrepublik Deutschland ist zwar keine neue Idee, aber bei den Neutralisten[13] populär. Es ist daher notwendig, der psychologischen Wirkung dieses Vorstoßes entgegenzuwirken.

In unserer Argumentation sollten wir uns auf nachstehende Punkte konzentrieren.

Die SBZ kann und darf nicht Mitglied der VN werden:

– weil die SBZ kein Staat ist. Zur Vertretung des deutschen Volkes ist allein die Bundesregierung berechtigt. Von dieser Linie abzugehen, widerspräche wahrhaft neutraler Haltung und stellte eine mögliche Entspannung in Frage, kann also nicht im Interesse der ungebundenen Länder liegen.

– weil der Sicherheitsrat eine Debatte über die Frage nicht zuläßt. Die Feststellung, bestehende *Staaten* könnten in die Vereinten Nationen aufgenom-

[10] Die Mongolische Volksrepublik wurde am 27. Oktober 1961 in die UNO aufgenommen, ohne daß sie von allen Staaten, die für die Aufnahme gestimmt hatten, auch anerkannt wurde. Vgl. dazu die Aufzeichnung der Vortragenden Legationsrätin I. Klasse von Puttkamer vom 5. Oktober 1964; Abteilung II (II 1), VS-Bd. 23; B 150, Aktenkopien 1964.

[11] Artikel 4, Absatz 2 der UNO-Charta (Fassung vom 26. Juni 1945): „The admission of any such state to membership in the United Nations will be effected by a decision of the General Assembly upon the recommendation of the Security Council." Vgl. CHARTER OF THE UNITED NATIONS, S. 585.

[12] Frankreich, Großbritannien und die USA.

[13] An dieser Stelle wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Luedde-Neurath gestrichen: „sehr".

men werden, ohne dadurch notwendigerweise von allen Mitgliedern völkerrechtlich anerkannt zu werden, ist aus dem Zusammenhang gerissen und irreführend, wenn nicht hinzugefügt wird, daß es einer vorhergehenden Einigung im Sicherheitsrat bedarf.

– weil ein solcher Vorstoß eine[14] Verschärfung der internationalen Lage zur Folge hätte. Da zunächst der Sicherheitsrat die Frage behandeln muß, würde es über diese Frage sogleich zu einer Steigerung der durch den Ost-West-Gegensatz bedingten Spannungen kommen. Ein Entschließungsentwurf über die Aufnahme der SBZ in die VN würde den Versuch darstellen, das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes auf unabsehbare Zeit auszuschließen. Dieser Versuch muß zwangsläufig eine gefährliche Lage im Zentrum Europas herbeiführen.

IV. Abteilung II hat den als Anlage 1 beigefügten Drahterlaß[15] entworfen, der für unsere Gesprächsführung über die beiden Memoranden während der Kairoer Konferenz bestimmt ist. (Die in dem Drahterlaß angeführten Runderlasse vom 6. Mai 1964[16] und vom 3. September 1964[17] sind als Anlagen 3 und 4 beigefügt.)

Hiermit dem Herrn Staatssekretär[18] mit der Bitte um Genehmigung des Drahterlasses vorgelegt. Abteilung II schlägt vor, unsere Argumentation im Hinblick auf die Frage „Zulassung beider deutscher Staaten zu den VN" ebenfalls unseren Botschaften bei den Regierungen zu übermitteln, die an der Kairoer Konferenz teilnehmen.[19] Referat I B 1 hat in seiner Zuständigkeit (vgl. Ziffer III 2 dieser Aufzeichnung) mitgewirkt.

Luedde-Neurath

Abteilung II (II 1), VS-Bd. 23

[14] An dieser Stelle wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Luedde-Neurath gestrichen: „gefährliche". Dazu handschriftliche Bemerkung: „Dieser Punkt erscheint zweischneidig."

[15] Dem Vorgang beigefügt. Für den Drahterlaß des Staatssekretärs Lahr vom 6. Oktober 1964 vgl. Abteilung II (II 1), VS-Bd. 23; B 150, Aktenkopien 1964.

[16] Dem Vorgang nicht beigefügt. Der Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Graf von Hardenberg stellte die Bedeutung der Bundesrepublik der Rolle gegenüber, die „die sowjetische Besatzungszone und auch die Sowjetunion tatsächlich für die Entwicklungsländer spielen". Vgl. Referat II 1, Bd. 373.

[17] Dem Vorgang nicht beigefügt. Der Runderlaß des Generalkonsuls Ruete befaßte sich mit den Argumenten der DDR, „um bestimmte Teilnehmerländer an der Kairoer Neutralisten-Konferenz in ihrem Sinne zu beeinflussen". Vgl. Referat II 1, Bd. 373.

[18] Hat den Staatssekretären Carstens und Lahr am 8. Oktober 1964 vorgelegen.

[19] Vgl. dazu den Runderlaß des Staatssekretärs Carstens vom 6. Oktober 1964 über die Position der Bundesregierung zur Deutschland-Frage im Hinblick auf die am 1. Dezember 1964 beginnende 19. UNO-Generalversammlung; Abteilung I (I B 4), VS-Bd. 111; B 150, Aktenkopien 1964.

276

Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit dem Vorsitzenden Goldmann, Jüdischer Weltkongreß

AB-30101/I 9-1092/64 VS-vertraulich **8. Oktober 1964**[1]

Der Herr Bundeskanzler empfing am 8.10., 12.15 Uhr, Herrn Dr. Nahum Goldmann und Dr. Katzenstein in Anwesenheit von Herrn Bundesminister Westrick und dem Unterzeichneten.

Herr Nahum *Goldmann* sagte, er wolle dem Herrn Bundeskanzler nur einige Punkte in aller Kürze vortragen.

Zunächst sagte Herr Nahum Goldmann, er möchte anregen, Ende November/Anfang Dezember eine kleine Besprechung abzuhalten, an der Bundesminister Dahlgrün und die Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden des Wiedergutmachungsausschusses[2] teilnehmen könnten, um im Wege des Kompromisses die Streitfragen zu bereinigen, die über einige Punkte des BEG[3] noch bestünden. Die jüdische Seite habe bereits Material für diese Besprechung zusammengetragen; Herr Katzenstein werde in den nächsten Tagen nach Israel fahren, um noch eingehenderes Material, besonders für die sogenannten Post-Fifty-Three-Fälle[4] zu besorgen. Die Konferenz sollte sich dann beispielsweise damit befassen, ob der Stichtag hinausgeschoben werden könnte, ob ein Fonds (und in welcher Höhe) gebildet werden solle usw.

Auf den Hinweis des Herrn *Bundeskanzlers*, daß die Angelegenheit z.Z. vom Parlament behandelt werde und ein anderes Gremium sich da nicht einmischen sollte, meinte Herr *Goldmann*, daß die Parlamentsausschüsse[5] erst im

[1] Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Leiter des Außenpolitischen Büros im Bundeskanzleramt, Osterheld, am 8. Oktober 1964 gefertigt.

[2] Martin Hirsch (SPD) und Franz Böhm (CDU).

[3] Zweites Gesetz zur Änderung des Bundesentschädigungsgesetzes (BEG-Schlußgesetz) vom 14. September 1965, BUNDESGESETZBLATT 1965, Teil I, S. 1315–1340. Vgl. auch Dok. 42, Anm. 36.

[4] Dabei handelte es sich um ca. 150000 jüdische Opfer, die erst nach dem 1. Oktober 1953 den Status des Verfolgten erwarben und daher nicht in die Entschädigungsregelung nach dem Bundesentschädigungsgesetz einbezogen wurden. Davon waren insbesondere Personen aus den Ostblock-Staaten betroffen.
Am 30. November 1964 hielt Regierungsdirektor Zorn, Bundesministerium der Finanzen, fest, daß im Regierungsentwurf eines Änderungsgesetzes zum Bundesentschädigungsgesetz für die sogenannten Post-Fifty-Three-Fälle ein Sonderfonds in Höhe von 600 Mio. DM vorgesehen sei. Der Gesetzentwurf sehe vor, daß dieser Sonderfonds unmittelbar an die einzelnen Wiedergutmachungsberechtigten verteilt werde. Globalleistungen an die Jewish Claims Conference seien nicht vorgesehen. Vgl. Referat V 2, Bd.1094.
Am 26. Mai 1965 beschloß der Bundestag, den Sonderfonds für die sogenannten Post-Fifty-Three-Fälle auf 1,2 Mrd. DM zu erhöhen. Vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 59, S. 9479f.
Für den Wortlaut des Bundesentschädigungsgesetzes vom 14. September 1965 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1965, Teil I, S. 1315–1340.

[5] Finanzausschuß und Ausschuß für Wiedergutmachung mit den Unterausschüssen „Bundesrückerstattungsgesetz" und „Bundesentschädigungsgesetz".

nächsten Jahr an die strittigen Punkte herankämen und daß an der „Konferenz" ja die wichtigsten Abgeordneten teilnähmen. Es werde die Arbeit sicher erheblich beschleunigen, wenn die o.a. Kommission die wichtigsten Fragen schon vorher bereinigt habe.

Der Herr *Bundeskanzler* las Herrn Goldmann aus einer Aufstellung sodann vor, welche Summen die Bundesregierung bereits im Rahmen des BEG geleistet habe und voraussichtlich noch leisten werde.[6] Herr *Goldmann* entgegnete, daß diese Summen sehr respektabel seien, was er immer gesagt habe. Um so mehr sei ihm daran gelegen, daß die gute Sache nicht wegen ein paar hundert Millionen ein unerfreuliches Ende nähme. Es werde sich dann wirklich um seine letzten Wünsche drehen.

Herr Bundesminister *Westrick* wandte ein, daß man dem Parlament und seinen Ausschüssen die Sache nicht gut aus der Hand nehmen könne. Herr *Goldmann* wiederholte, daß er glaube, daß man durch frühe Beteiligung der jüdischen Vertreter die Sache beschleunige und auch zu günstigeren Kompromissen komme; sonst gebe es langwierige und harte Auseinandersetzungen nach der parlamentarischen Verhandlung. Der Herr *Bundeskanzler* wies auch darauf hin, daß die Vorstellungen über die zu leistenden Beträge noch weit auseinander gingen. Herr *Goldmann* bestätigte das und sagte, daß er aus diesem Grunde so für die Kompromißgespräche der „Konferenz am runden Tisch" eintrete. Er werde zunächst sein Material vervollständigen und werde sich erlauben, wegen der o.a. Konferenz mit Herrn Bundesminister Westrick im November noch mal zu sprechen.

Als weiteren Punkt brachte Herr Goldmann sodann die Verjährung der KZ-Morde[7] zur Sprache. Er begrüße die Erklärung des Herrn Bundeskanzlers, die Verjährungsfrist für Morde gegebenenfalls generell zu verlängern.[8] Bundesminister Bucher habe sich dagegen ausgesprochen[9], ihm, Goldmann, aber in einem Brief mitgeteilt, daß praktisch fast alle Fälle sowieso erfaßt würden, da die Verjährung unterbrochen sei.[10] Auch das sehe er, Goldmann, ein; im Inter-

[6] Bei der Debatte zum Schlußgesetz des Bundesentschädigungsgesetzes am 26. Mai 1965 im Bundestag bezifferte Bundesminister Dahlgrün die bis zu diesem Zeitpunkt gezahlte Summe im Rahmen des BEG auf 18 Mrd. DM. Er kündigte an, daß das neue Gesetz einen weiteren Aufwand von 10 Mrd. DM erfordern würde. Vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 59, S. 9468f. Vgl. dazu auch den Runderlaß des Referats V 2 vom 3. Juni 1964 über die „Wiedergutmachungsschlußgesetzgebung"; Referat I B 4, Bd. 115.

[7] Der Ablauf der Verjährungsfrist für nationalsozialistische Gewaltverbrechen endete in der früheren britischen und französischen Zone am 8. Mai 1965 und in der ehemaligen amerikanischen Zone am 1. Juli 1965. Vgl. BULLETIN 1964, S. 1552f. Vgl. dazu auch den Schriftlichen Bericht der Bundesregierung vom 26. Februar 1965 über die Verfolgung nationalsozialistischer Straftaten; BT-ANLAGEN, Bd. 96, Drucksache IV/3124.
Vgl. weiter die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Krapf vom 2. Februar 1965; AAPD 1965.

[8] Am 25. September 1964 erklärte Bundeskanzler Erhard auf einer Pressekonferenz, nach Auskunft der Juristen gebe es keine Möglichkeit, die Verjährungsfrist zu umgehen, „aber es sei für ihn ein unerträglicher Gedanke, daß deswegen Massenmörder nicht mehr der Strafe unterlägen, und er denke daran, daß die Verjährungsfrist für Massenmorde verlängert werden könne und nicht mehr nach zwanzig Jahren ablaufe". Vgl. FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 224 vom 26. September 1964, S. 4.

[9] Vgl. dazu auch den Artikel „NS-Verjährung"; DER SPIEGEL, Nr. 51 vom 16. Dezember 1964, S. 20.

[10] Die Verjährungsfrist war in den Fällen unterbrochen, in denen bereits Ermittlungsverfahren ein-

esse der guten Beziehungen halte er aber eine Geste für angebracht, die auf die jüdische Öffentlichkeit günstig wirke. Die Oststaaten hätten mit ihrer Verjährungsverlängerung eine riesige Propaganda gemacht[11], und Goldmann hoffe, daß die Bundesregierung auch etwas tun könne.[12]

In diesem Zusammenhang wolle er auch noch einen anderen Punkt ansprechen; denn Herr Bucher habe ihn auch auf das Material hingewiesen, das über diese schrecklichen Ereignisse in der SBZ lagere. Dieses Material sei – wie er wohl wisse – der Bundesregierung trotz deren Ersuchens nicht gegeben worden. Die SBZ-Behörden benutzten es nur dann, wenn sie einem hohen Regierungsvertreter in der Bundesrepublik Deutschland schaden könnten. Er, Goldmann, habe daher schon einmal Herrn Crossman von der Labour-Party gebeten, sich um das Material zu bemühen, da Crossman in der SBZ sehr angesehen und auch ein guter Freund der Juden sei.[13] Herr Crossman habe aber abgelehnt, da er jetzt im Wahlkampf sei und, wenn Labour gewinne, anschließend wohl Minister werde.[14] Crossman habe geraten, er, Goldmann, möge sich als Präsident der Claims Conference oder des Weltkongresses selbst an die SBZ wenden. Israel könne es nicht tun, da darin eine Aufwertung der SBZ liege. Er, Goldmann, könne es aber wohl tun, ohne daß die SBZ daraus Kapital schlagen könnte.

Herr Bundesminister *Westrick* warf ein, daß er erhebliche Bedenken habe, ob dies nicht doch zu einer Aufwertung der SBZ führe. Diese Frage müsse bei uns sehr sorgfältig geprüft werden. Er bitte Herrn Goldmann, davon Abstand zu nehmen, bis die Prüfung bei uns abgeschlossen sei. Der *Unterzeichnete*[15] fügte hinzu, daß zu befürchten sei, daß die SBZ die Papiere nur zu bestimmten Bedingungen und nur stückweise herausgebe. Herr Bundesminister *Westrick*

Fortsetzung Fußnote von Seite 1131

geleitet worden waren. Ende 1964 traf dies auf über 30000 Personen zu. Vgl. BULLETIN 1964, S. 1539 und 1553.

11 Die Volkskammer der DDR verabschiedete am 1. September 1964 das „Gesetz über die Nichtverjährung von Nazi- und Kriegsverbrechen in der DDR". In ihrer Einbringungsrede unterbreitete Justizministerin Benjamin den Vorschlag, „eine Kommission aus Vertretern der Justizministerien beider deutscher Staaten zur Verfolgung von Kriegsverbrechern zu bilden". Vgl. DzD IV/10, S. 943f.
Die tschechoslowakische Nationalversammlung beschloß am 24. September 1964 die Aufhebung der Verjährungsfrist für nationalsozialistische Kriegsverbrechen. Justizminister Neumann warf der Bundesrepublik bei der Einbringung der Gesetzvorlage vor, sich nicht ausreichend um die Verfolgung und Bestrafung von Kriegsverbrechen zu bemühen. Vgl. dazu FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 224 vom 26. September 1964, S. 3.

12 Die Bundesregierung forderte am 20. November 1964 in einem öffentlichen Appell „alle Regierungen, Organisationen und Einzelpersonen im In- und Ausland auf, in ihrer Hand befindliches Material über Taten und Täter, die bisher in der Bundesrepublik noch nicht bekannt sind, ... unverzüglich zur Verfügung zu stellen". Vgl. BULLETIN 1964, S. 1569.

13 Richard Crossman unterstützte als Mitglied der britisch-amerikanischen Palästina-Kommission nach dem Zweiten Weltkrieg die Gründung des Staates Israel. Vgl. Richard CROSSMAN: Palestine Mission, New York 1947.

14 Die Wahlen zum britischen Unterhaus vom 15. Oktober 1964 führten zu einer Regierungsmehrheit für die Labour Party.
Richard Crossman wurde Minister für Wohnungsbau und Gemeindeverwaltung.

15 Horst Osterheld.

bat Herrn Goldmann nochmals, die Stellungnahme der Bundesregierung abzuwarten, was Herr Goldmann zusagte.[16]

Herr *Goldmann* kam dann auf die deutschen Wissenschaftler in Ägypten zu sprechen.[17] Die Stimmung in Israel sei schlecht. Herr Eshkol, der selbst ein sehr ruhiger und vernünftiger Mann sei, müsse am Montag, dem 12.10., eine Erklärung im Knesseth abgeben.[18] Er habe dann nicht nur die Opposition gegen sich, sondern auch einen Teil seiner Koalitionsparteien, die sich in diesem Punkte ausdrücklich freie Entscheidung ausbedungen hätten. Herr Eshkol werde in die Minorität geraten, wenn er nicht auf eine befriedigende Erklärung der Bundesregierung hinweisen könnte. Er, Goldmann, rege daher an, daß der Herr Bundeskanzler noch vor Montag eine Erklärung etwa des Inhaltes abgebe, daß die Bundesregierung die Anwesenheit deutscher Atom- und Raketentechniker in Ägypten bedauere und verurteile und daß sie alle Maßnahmen prüfe, die geeignet sind, die Weiterarbeit zu verhindern oder zu erschweren.

Der Herr *Bundeskanzler* wies darauf hin, daß er bei seiner letzten Pressekonferenz schon eine ähnliche Erklärung abgegeben habe, die, wie er erfahren habe, in Israel auch gut aufgenommen worden sei[19] (Herr Goldmann bestätigte das); diese Frage werde auch sicher in der kommenden Woche bei der Haushaltsdebatte[20] hochkommen. Da werde er erneut dazu Stellung neh-

16 Am 3. Dezember 1964 teilte der Vorsitzende des Jüdischen Weltkongresses, Goldmann, Staatssekretär Carstens mit, Bundesminister Bucher habe ihm nahegelegt, das in der DDR vorhandene Material gegen „Angehörige des nationalsozialistischen Regimes" entgegenzunehmen und es der Bundesregierung zur Verfügung zu stellen. Auch Bundeskanzler Erhard habe ihn in diesem Sinne ermuntert. Carstens erhob gegen den Vorschlag jedoch Einwände, denn das „Regime in der Zone würde einen Besuch Herrn Goldmanns in dieser Angelegenheit propagandistisch weidlich zu seinen Gunsten ausnutzen". Vgl. den Vermerk von Carstens vom 4. Dezember 1964; Büro Staatssekretär, VS-Bd. 439; B 150, Aktenkopien 1964.

17 Zur Tätigkeit deutscher Rüstungsexperten in der VAR vgl. zuletzt Dok. 230.
Am 27. Oktober 1964 verwies Botschafter Federer, Kairo, auf Schätzungen des Leiters des jüdischen Dokumentationszentrums in Wien, Wiesenthal, der die Zahl der deutschen Rüstungsexperten in der VAR mit 6000 angebe. Recherchen der deutschen Botschaft hätten aber ergeben, daß in der VAR insgesamt nicht mehr als 3000 bis 3500 Deutsche lebten: „In Wahrheit sind in hiesiger Rüstungsindustrie ca. 600–610 ausländische Experten (Spitzenkräfte, Ingenieure, Werkmeister, Facharbeiter) deutscher, österreichischer, spanischer und schweizerischer Nationalität beschäftigt. Davon sind ca. 320 Deutsche." Vgl. Abteilung I (I B 4), VS-Bd. 221; B 150, Aktenkopien 1964.

18 In einer Sondersitzung des israelischen Parlaments appellierte Ministerpräsident Eshkol am 12. Oktober 1964 an die Bundesregierung, gesetzliche Maßnahmen zu ergreifen, um die Tätigkeit deutscher Rüstungsexperten in der VAR zu beenden. Für den Wortlaut der deutschen Übersetzung vgl. Referat I B 4, Bd. 111.
In einer Aufzeichnung vom 14. Oktober 1964 wies Referat I B 4 darauf hin, daß die Rede „in der Diktion ausgesprochen gemäßigt" ausgefallen sei. Die „ablehnende Haltung des Bundeskanzlers Erhard und weiter Teile der deutschen Öffentlichkeit zur Tätigkeit der Wissenschaftler" in der VAR seien anerkannt worden. Schließlich habe der israelische Ministerpräsident auch „zugegeben, daß die Anzahl der deutschen Wissenschaftler in Ägypten gering ist und diese nicht zur ersten Garnitur gehören". Vgl. Abteilung I (I B 4), VS-Bd. 205; B 150, Aktenkopien 1964.
Vgl. weiter Dok. 313.

19 Am 25. September 1964 bedauerte Bundeskanzler Erhard auf einer Pressekonferenz zwar die Tätigkeit von deutschen Rüstungsexperten in der VAR, machte aber gleichzeitig juristische Vorbehalte gegen gesetzliche Maßnahmen geltend. Vgl. FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 224 vom 25. September 1964, S. 4.

20 Der Bundeshaushalt für das Jahr 1965 wurde am 13. Oktober 1964 eingebracht.

men.[21] Herr *Goldmann* begrüßte das sehr und sagte, er werde Herrn Eshkol noch heute abend oder morgen vormittag anrufen und ihn fragen, ob die Knesseth-Erklärung um eine Woche hinausgeschoben werden könne oder ob Herr Eshkol unter Hinweis auf eine spätere Bundestagserklärung des Herrn Bundeskanzlers um das Schlimmste herumkomme. Wenn das möglich sei, genüge – rein zeitlich gesehen – eine Erklärung des Herrn Bundeskanzlers im Bundestag. Sollte die Knesseth-Erklärung nicht verschoben werden können, werde er, Goldmann, Herrn Bundesminister Westrick morgen unterrichten und mit ihm überlegen, ob eine Erklärung des Herrn Bundeskanzlers noch vor Montag möglich sei.

Die Besprechung endete um 13.00 Uhr.

Bundeskanzleramt, AZ: 21-301 00 (56), Bd. 10

277

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Voigt

I A 1-87.21/2852/64 VS-vertraulich **8. Oktober 1964**

Betr.: Westeuropäische Union;
hier: Vorschlag des niederländischen Außenministers Luns zur Verbesserung der politischen Konsultationen im Ministerrat der WEU

Anlage: WEU-Dokument C (64) 115[1]

I. Anläßlich der WEU-Ministerratstagung am 23. Januar 1964 in London hat der niederländische Außenminister Luns vorgeschlagen, daß der Ständige Rat Überlegungen über Möglichkeiten zur Verbesserung der politischen Konsultationen im WEU-Ministerrat anstellt.[2] Der Herr Bundesminister ist den niederländischen Institutionalisierungsvorschlägen entgegengetreten und hat sich dafür ausgesprochen, es bei dem bisherigen Verfahren zu belassen, da die Wiederaufnahme der regelmäßigen Sitzungen auf Ministerebene ohnehin zu einem besseren gegenseitigen Verständnis führen würde und da der Ständige Rat auch gegenwärtig bereits eine zufriedenstellende Arbeit bei der Vorbereitung der Ministerratssitzungen leistet.

Auf der letzten WEU-Ministerratssitzung am 16. Juli 1964 stand die Frage der Verbesserung der politischen Konsultationen nicht auf der Tagesordnung.[3]

[21] Zur Erklärung des Bundeskanzlers Erhard vom 15. Oktober 1964 vor dem Bundestag vgl. Dok. 313.
Zu den Erwägungen, gesetzliche Maßnahmen gegen die Mitwirkung Deutscher an der Waffenproduktion fremder Staaten zu ergreifen, vgl. zuletzt Dok. 214, besonders Anm. 4. Vgl. weiter Dok. 315.

[1] Dem Vorgang beigefügt. Vgl. Abteilung I (I A 1), VS-Bd. 263.

[2] Vgl. dazu Dok. 199, Anm. 8.

[3] Zur Tagung des WEU-Ministerrats am 16./17. Juli 1964 in Paris vgl. die Aufzeichnung des Lega-

Der niederländische Außenminister hat sie jedoch unter dem Tagesordnungspunkt „Verschiedenes" erneut aufgegriffen. Der Ministerrat hat daraufhin den Ständigen Rat beauftragt, die Vorschläge des niederländischen Außenministers zu prüfen und der nächsten Ministerratssitzung einen Bericht über die Ergebnisse seiner Untersuchungen vorzulegen.

II. Im vergangenen Monat hat der Ständige Rat in London die Behandlung der Frage aufgenommen.[4] Das Generalsekretariat hat als Arbeitsgrundlage hierfür das beiliegende Dokument C (64) 115 vorgelegt.

In dem Arbeitsdokument geht der Generalsekretär[5] von folgenden Überlegungen aus:

1) Angesichts des Beschlusses vom 11. Juli 1963[6], der nach wie vor bindend sei, müsse eine stärkere Institutionalisierung der WEU-Ministerratssitzung vermieden werden.

2) Der Gedankenaustausch auf den Ministerratssitzungen müsse spontan und offen erfolgen. Eine zu große Formalisierung, die sich durch eine zu eingehende Vorbereitung durch den Ständigen Rat ergeben könne, würde einer solchen spontanen und offenen Aussprache nicht dienlich sein und könne sogar den Wert der Ministerratstagung in Frage stellen.

3) Die gegenseitigen fast ausschließlich formellen Bindungen zwischen den Ministerratssitzungen und der Organisation sollten verstärkt werden.

Diesen Überlegungen des Generalsekretärs sollten wir zustimmen. Sie entsprechen der von dem Herrn Bundesminister auf der WEU-Ministerratssitzung im vergangenen Januar[7] und der von dem Herrn Staatssekretär[8] auf der WEU-Ministerratssitzung im Juli 1964 vertretenen Linie.

III. An diese allgemeinen Überlegungen schließen sich in dem vom Generalsekretär vorgelegten Arbeitsdokument detaillierte Vorschläge, die der Verbesserung der Konsultationen dienen sollen, an. Wir sollten diesen Vorschlägen zustimmen, soweit sie sich im Rahmen der soeben erwähnten Vorbemerkungen des Generalsekretärs halten. Einige dieser Vorschläge sind jedoch geeignet, zu einer stärkeren Institutionalisierung des WEU-Konsultationsmechanismus beizutragen. Diese Vorschläge sollten von uns abgelehnt werden. Sie widersprechen nicht nur unserer bisherigen Haltung. Wir sollten einem Ausbau des politischen Konsultationsmechanismus im Rahmen der WEU aber auch besonders deswegen entgegentreten, weil wir gerade jetzt neue Vorschläge für

Fortsetzung Fußnote von Seite 1134

tionsrats I. Klasse Deutz, London, vom 10. August 1964; Abteilung I (I A 1), VS-Bd. 255; B 150, Aktenkopien 1964.

[4] Zum Verlauf der Sitzung des WEU-Ministerrats am 16. September 1964 in London vgl. den Bericht des Botschafters von Etzdorf, London, vom 17. September 1964; Abteilung I (I A 1), VS-Bd. 263; B 150, Aktenkopien 1964.

[5] Iweins d'Eeckhoutte.

[6] Zur Vereinbarung regelmäßiger Kontakte zwischen den EWG-Staaten und Großbritannien im Rahmen der WEU vgl. Dok. 12, Anm. 15.

[7] Zur Tagung des WEU-Ministerrats vom 23./24. Januar 1964 in London vgl. EUROPA-ARCHIV 1964, Z 41.

[8] Karl Carstens.

die europäische politische Zusammenarbeit im Rahmen der Sechs machen.[9] Ehe eine Einigung über die Art und Weise der europäischen politischen Zusammenarbeit unter den EWG-Staaten nicht erzielt ist, sollten wir uns der Verstärkung des politischen Konsultationsmechanismus im WEU-Rahmen widersetzen. Die als Anlage beigefügte Drahtweisung an die Botschaft London beruht auf diesen Überlegungen.[10]

Hiermit dem Herrn Staatssekretär[11] mit der Bitte um Genehmigung vorgelegt.

(i.V.) Voigt

Abteilung I (I A 1), VS-Bd. 263

[9] Zur geplanten Europa-Initiative der Bundesregierung vgl. Dok. 268 und Dok. 273.

[10] Dem Vorgang beigefügt. Mit Drahterlaß vom 8. Oktober 1964 nahm Ministerialdirigent Voigt insbesondere zum Vorschlag intensiverer Konsultationen in Wirtschaftsangelegenheiten Stellung: „Eine weitgehende Institutionalisierung oder gar ein koordiniertes Verfahren der Vorbereitung sind nicht wünschenswert. (Sie dürften zudem an dem Widerstand Frankreichs scheitern.) Wir würden ... vorschlagen, daß die in den informellen Kontakten in Brüssel erzielten Ergebnisse der Abstimmung, die auf keinen Fall ohne den französischen Ständigen Vertreter vorgenommen werden sollte, dem Ständigen Rat der WEU in London zur Billigung vorgelegt werden. Die in dem Beschluß vom 11. Juli 1963 liegende Möglichkeit fruchtbarer Diskussionen sollte durch gründlichere Vorbereitung voll genutzt werden." Darüber hinaus wandte sich Voigt gegen die Verlagerung von politischen Konsultationen vom WEU-Ministerrat in den Ständigen Rat und machte Einwände gegen die Bestellung eines Berichterstatters durch den Ständigen Rat geltend. Auch dieser Schritt würde – so Voigt – „zu einer unnötigen Institutionalisierung führen". Vgl. Abteilung I (I A 1), VS-Bd. 263; B 150, Aktenkopien 1964.

[11] Hat Staatssekretär Carstens am 13. Oktober 1964 vorgelegen.

278

Ressortbesprechung im Bundeskanzleramt

II 1-83.13/1-768/64 geheim **9. Oktober 1964**[1]

Betr.: Staatssekretärs-Besprechung über Interzonenhandel am 9. Oktober 1964;
hier: Instruktionen an Herrn Leopold wegen sowjetzonaler Vorschläge vom 24. September 1964[2]

Bezug: Schreiben des BMWi vom 5. Oktober 1964 – IV C 7-28 00 95/1086/64 VS-vertraulich[3] –

1) Am 9. Oktober 1964 fand unter Vorsitz von Bundesminister Westrick im Bundeskanzleramt eine Besprechung statt, an der folgende weitere Herren teilnahmen:

Ministerialdirektor Praß	Bundeskanzleramt
Oberregierungsrat Neusel	Bundeskanzleramt
Ministerialdirektor Woratz	Bundesministerium für Wirtschaft
Ministerialdirektor Risse	Bundesministerium für Wirtschaft
Ministerialdirigent Kalkhorst	Bundesministerium für Wirtschaft
Staatssekretär von Eckhardt	Bundesbevollmächtigter in Berlin
Staatssekretär Grund	Bundesministerium der Finanzen
Staatssekretär Krautwig	Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen
Senator Schütz	Vertretung Berlins beim Bund
Senatsdirektor Hartkopf	Vertretung Berlins beim Bund

[1] Die Aufzeichnung wurde von Legationsrat I. Klasse Jung konzipiert.

[2] Am 24. September 1964 übergab der Vertreter des Ministeriums für Außenhandel und innerdeutschen Handel der DDR, Behrendt, dem Leiter der Treuhandstelle für den Interzonenhandel, Leopold, unmittelbar vor der Unterzeichnung der Passierschein-Vereinbarung einen zwölf Punkte umfassenden schriftlichen Vorschlag für weitere Verhandlungen. Dazu gehörten u.a. Stickstoffeinfuhren in die DDR, die Erhöhung der Phosphatlieferungen von 30 auf 40 Mio. Verrechnungseinheiten und von Maschinenbauerzeugnissen für beide Richtungen um 100 Mio. Verrechnungseinheiten. Darüber hinaus forderte die DDR eine Swing-Erhöhung von 100 auf 500 Mio. Verrechnungseinheiten auf dem Unterkonto 1 sowie von 100 auf 200 Mio. Verrechnungseinheiten auf dem Unterkonto 2. Zusammen mit Mineralöl-Subventionen und Abnahmeverpflichtungen für Braunkohlelieferungen aus der DDR sollten diese Verhandlungspunkte bis zum 31. Oktober 1964 in Einzelbesprechungen geklärt werden. Bis zum 31. Dezember 1964 wollte die DDR über die Zusammenlegung der Unterkonten 1 und 2, die Neuregelung für ausländische Warenlieferungen und die gegenseitige Errichtung von Konsignationslagern verhandeln. Leopold erklärte am 30. September 1964 gegenüber Behrendt, „der überreichte Vertragsentwurf sei als Grundlage für eine Vereinbarung nicht geeignet". Der Entwurf werde allenfalls als Wunschliste angesehen und eingehend geprüft. Vgl. die Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Jung vom 30. September 1964; Abteilung II (II 1), VS-Bd. 17; B 150, Aktenkopien 1964.
Am 9. Oktober 1964 bestätigte das Auswärtige Amt die Instruktion des Bundesministeriums für Wirtschaft an Leopold für seine Besprechung mit Behrendt am 9. Oktober 1964. Vgl. Referat II 1, Bd. 383.

[3] Das Schreiben des Staatssekretärs Neef, Bundesministerium für Wirtschaft, an den Chef des Bundeskanzleramtes, Westrick, wurde dem Vorgang beigefügt. Vgl. Abteilung II (II 1), VS-Bd. 17; B 150, Aktenkopien 1964.

Staatssekretär Lahr Auswärtiges Amt
Legationsrat I. Klasse Jung Auswärtiges Amt

2) Zunächst drückte Ministerialdirektor *Woratz* sein Bedauern über die doppelte „Panne" aus, die nach den letzten sowjetzonalen Vorschlägen vom 24. September 1964 entstanden sei. Sowohl die Nichtunterrichtung der beteiligten Ressorts als auch die Informierung der Presse über die sowjetzonalen Vorschläge beruhten auf bedauerlichen Versehen.[4]

3) Im Hinblick auf den Wechsel in der Leitung der Treuhandstelle (Leopold/Pollak)[5] wies Bundesminister *Westrick* die Vertreter des Bundeswirtschaftsministeriums nachdrücklich darauf hin, daß Ministerialrat Pollak „entbeamtet" werden müsse, bevor er die Leitung der Stelle übernehme. Die „Entbeamtung" müsse beschleunigt vollzogen werden. Die Teilnehmer waren sich darüber einig, daß das rechtlich durchaus möglich sei; verbindliche Zusagen für den späteren Wiedereintritt in das Beamtenverhältnis könnten gegeben werden. Die Vertreter des Bundesministeriums für Wirtschaft teilten mit, daß die Angelegenheit bereits in ihrem Hause geprüft werde. Bundesminister Westrick betonte, daß die Angelegenheit nicht erst mit der endgültigen Übernahme durch Herrn Pollak geklärt sein müsse, sondern schon mit der Übernahme der Geschäfte Ende Oktober/Anfang November.

Es wurde[6] erörtert, daß Klarheit geschaffen werden müsse, wie das Auftragsschreiben für den neuen Leiter der Treuhandstelle lauten solle. Herr Leopold sei durch zwei Vollmachtgeber, nämlich die Bundesregierung und den Senat von Berlin, für das Gebiet DM-West bevollmächtigt worden. Senator *Schütz* erklärte, es solle bei der alten Formel bleiben.[7]

4) Zum eigentlichen Thema des Interzonenhandels trug zunächst Ministerialdirektor *Woratz* Entwicklung und Stand des Interzonenhandels seit 1. Januar 1964 vor und hielt sich dabei an die Ausführungen in der Anlage zum Schrei-

[4] Der Vertreter des Bundesministeriums für Wirtschaft, Stern, hatte sich bereits am 30. September 1964 für die Vorabinformierung der Presse entschuldigt. Vgl. dazu den Vermerk von Legationsrat I. Klasse Jung; Abteilung II (II 1), VS-Bd. 17; B 150, Aktenkopien 1964.
Für die Pressemitteilung vgl. FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 227 vom 30. September 1964, S. 1.

[5] Der Leiter der Treuhandstelle für den Interzonenhandel, Leopold, trat am 31. Oktober 1964 in den Ruhestand. Ministerialrat Pollak, Bundesministerium für Wirtschaft, arbeitete sich bereits seit dem 1. September 1964 in die neuen Geschäfte ein. Vgl. dazu den Vermerk des Generalkonsuls Ruete vom 7. August 1964; Referat II 1, Bd. 383.

[6] An dieser Stelle wurde gestrichen: „daher".

[7] Vortragender Legationsrat I. Klasse von Schenck bestätigte am 21. Oktober 1964, daß sich die für den neuen Leiter der Treuhandstelle, Pollak, ausgestellten Vollmachten bis auf technische Details „genau an das Vorbild der beiden zuletzt ... für Herrn Leopold ausgestellten Vollmachten" hielten. Durch die Vollmacht des Bundesministers für Wirtschaft werde Pollak ermächtigt, „Vereinbarungen zum Abkommen ... vom 20. September 1951 abzuschließen und zu unterzeichnen". Davon hebe sich die Vollmacht des Regierenden Bürgermeisters von Berlin ab, der den Leiter der Treuhandstelle ermächtige, „Verhandlungen über den Abschluß von Warenlisten zum Abkommen ... vom 20.9.1951 zu führen". Diese Abweichung sei zwar aus Sicht des Auswärtigen Amts „grundsätzlich unerwünscht", aber – so führte Schenck weiter aus – eine „Änderung der schon seit Jahren festliegenden und von der anderen Seite niemals beanstandeten Fassungen der Vollmachtsurkunden könnte zu Auseinandersetzungen mit der anderen Seite führen, die im Augenblick nach Möglichkeit vermieden werden sollten". Vgl. Abteilung II (II 1), VS-Bd. 17; B 150, Aktenkopien 1964.

ben des Bundesministeriums für Wirtschaft vom 5. Oktober 1964 (unser Aktenzeichen: II 1-83.13/1-1333/64 VS-vertraulich). Zusätzlich führte er aus, daß Schwierigkeiten bestünden, unsere Verpflichtungen zur Abnahme von Briketts zu erfüllen; noch über eine Million Tonnen sei abzunehmen. Die Forderungen der Zone konzentrierten sich auf erhebliche Erhöhung der Swing-Beträge[8] und auf stärkere Lieferungen der Maschinenbau-Industrie[9].

Die Zonenseite behaupte, daß sie vorgeleistet habe,

- indem sie im Oster- und Pfingstverkehr großzügig verfahren sei[10];
- indem sie eine Stempelmaschine für das Genehmigungsverfahren in Berlin angeschafft habe;
- indem sie die Genehmigungsscheine für Binnenschiffer abgeschafft habe;
- indem sie Häftlinge entlassen habe[11];
- indem sie das Passierschein-Abkommen abgeschlossen habe[12];
- indem sie sich zum Bau der Saale-Brücke bereitgefunden habe.[13]

Das Kennzeichnende des Interzonenhandels sei, daß die Zone immer sehr schnell in ein Debet gerate. Das sei für uns nicht unbedingt von Nachteil, drohe aber immer, den Interzonenhandel kurzfristig zum Erliegen zu bringen, so daß er für uns als politisches Instrument ausfalle.

Staatssekretär *Krautwig* stellte die Forderung auf,

a) den Interzonenhandel auf seine ursprüngliche Funktion, nämlich die Sicherung des Verkehrs mit Berlin, zurückzuführen;

b) jeden zusätzlichen Wunsch der Zone politisch honorieren zu lassen.

Der *Vertreter Berlins* warf die Frage auf, ob Herr Leopold bei seinen Verhandlungen etwa Illusionen auf der anderen Seite erweckt habe.

Staatssekretär *Lahr* gab seiner Verwunderung Ausdruck, daß Herr Leopold die sowjetzonalen Forderungen überhaupt angenommen habe. Von Vorleistungen der Zone könne überhaupt keine Rede sei. Die Verpflichtungen des Interzonenhandels seien in sich ausgeglichen. Man könne eine korrekte Durchführung nicht noch honorieren. Der Interzonenhandel stehe allerdings nicht nur mit dem Verkehr mit Berlin in Verbindung, er könne auch dazu dienen, andere politische Vorteile zu fordern und zu erreichen. In unseren Beziehungen zur Zone sei der Interzonenhandel der wertvollste Trumpf.

Bundesminister *Westrick* bat das Bundeswirtschaftsministerium, eine Liste der Leistungen aufzuführen, die von uns im Interzonenhandel erbracht worden seien. Dann werde sich herausstellen, daß die angeblichen Vorleistungen der Zone gar nicht existieren. Die Saale-Brücke werde zum Beispiel nur von

[8] Der „Swing" im Interzonenhandel ermöglichte den Vertragspartnern die Überziehung des Verrechnungskontos um einen vereinbarten Betrag.

[9] Zum Interesse der DDR an einer Erhöhung der Maschinenlieferungen aus der Bundesrepublik vgl. auch die Meldung der ADN vom 1. Oktober 1964; Referat II 1, Bd. 383.

[10] Vgl. dazu bereits Dok. 96, besonders Anm. 7.

[11] Vgl. dazu Dok. 239, Anm. 21, und weiter Dok. 285.
Am 3. Oktober 1964 erließ der Staatsrat der DDR eine Amnestie für politische Häftlinge. Vgl. GESETZBLATT DER DDR 1964, I, S. 135 f.

[12] Vgl. dazu Dok. 240.

[13] Vgl. dazu Dok. 239, Anm. 17.

uns finanziert. Der jährliche Saldenausgleich sei eine gute Sache, da wir jedes Jahr eine neue Verhandlungsmöglichkeit hätten. Was die Erhöhung des Swings anbetreffe, so sei er, Bundesminister Westrick, anderer Ansicht als von ihm immer behauptet werde: Man müsse mit langfristigen Krediten an die Zone sehr behutsam umgehen, da eine innere Verbindung zwischen der Dauer der Kredite für die Zone und der Dauer der Kredite für den Ostblock[14] nicht von der Hand zu weisen sei.

Man war sich allseitig darüber einig, daß wir im Interzonenhandel unsere Verpflichtungen genau zu erfüllen hätten[15] und auf eine genaue Erfüllung der Zonenverpflichtungen bestehen könnten. Alles, was darüber hinausgehe, könne nur konzediert werden gegen Gegenleistungen politischer oder wirtschaftlicher Art. Der Interzonenhandel habe schon sein Optimum erreicht; Erweiterungen stellten bereits eine Konzession unsererseits dar.

Ein besonderer Diskussionspunkt war die Frage der Mineralöl-Subventionen. Eine einhellige Meinung konnte noch nicht erzielt werden.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen hält eine Verquickung von Interzonenhandel und Verhandlungen über die Erleichterung des innerstädtischen Verkehrs von Berlin für gefährlich.

5) Am Schluß der Sitzung wurde das Problem der finanziellen Unterstützung für ausreisende SBZ-Rentner besprochen.[16] Senator *Schütz* erwähnte den Vorschlag des Berliner Wirtschaftssenators Schiller über einen begrenzten Clearing-Verkehr zur Transferierung von Rentner-Geldern.[17] Das Bundeswirtschaftsministerium wies auf die Schwierigkeiten hin, die darin beständen, daß das Interzonenhandels-Abkommen nur ein Waren-Abkommen, nicht jedoch ein Zahlungs-Abkommen sei. Es gebe deshalb keine Möglichkeiten für einen Clearing, es sei denn, daß man die vier Bedingungen der Zone annehme:

- offizieller Kurs;
- keine Erlaubnis für Wechselstuben auf westlicher Seite;
- Clearing-Zwang;
- keine Saldenbildung, sondern sofortige Abrechnung.

Weiter wurde darauf hingewiesen, daß ein Rentner-Clearing die Möglichkeiten des Interzonenhandels noch weiter einschränke. Bundesminister *Westrick*

[14] Zur Vergabe von langfristigen Krediten an Ostblock-Staaten Dok. 273, Anm. 39–43.

[15] In der Instruktion an den Leiter der Treuhandstelle für den Interzonenhandel, Leopold, vom 9. Oktober 1964 hielt Ministerialdirektor Woratz, Bundesministerium für Wirtschaft, fest: „Unsere Seite wird alle ihre vertraglichen Verpflichtungen korrekt und pünktlich erfüllen ... Im übrigen sollte hart verhandelt werden, aber nur in Richtung korrekter Erfüllung der vertraglichen Verpflichtungen." Vgl. Referat II 1, Bd. 383.

[16] Mit Wirkung vom 2. November 1964 bestand für Rentner aus der DDR die Möglichkeit, Verwandte in der Bundesrepublik zu besuchen. Für den Beschluß des Ministerrats der DDR vom 8. September 1964 vgl. DzD IV/10, S. 963 f.

[17] Der Berliner Wirtschaftssenator Schiller schlug ein Verrechnungsabkommen zwischen der Bundesrepublik und der DDR vor, das Reisenden aus der DDR die Möglichkeit eines Umtauschs von bis zu 100 DM in Verrechnungs- oder Reiseschecks im Verhältnis 1:1 ermöglichen sollte. Vgl. DIE WELT, Nr. 236 vom 9. Oktober 1964, S. 1.
Auf der Staatssekretärsbesprechung vom 3. November 1964 wurde beschlossen, diesen Vorschlag nicht mehr weiter zu verfolgen. Vgl. die Aufzeichnung vom 6. November 1964, Referat II 1, Bd. 383.

erklärte, daß sich das Kabinett mit der Sache befassen werde.[18] Nach Auskunft von Senator *Schütz* erwartet West-Berlin allein 300000 Rentner, während für das gesamte Bundesgebiet mit 1,2–1,5 Millionen Rentner-Einreisen gerechnet werden könne. Man schätze, daß 70% der Rentner zurückgingen, aber nicht mehr als 30% im Bundesgebiet verblieben.

Man kam überein, daß es sich bei der Genehmigung zu den Rentner-Ausreisen keineswegs um eine humanitäre Aktion des Ulbricht-Regimes handele. Es sei vielmehr eine Rücksichtslosigkeit, diese Leute ohne einen Pfennig Geld auf die Bahn zu setzen.

Bundesminister *Westrick* schlug eine neue Rentner-Besprechung vor, nachdem zunächst eine Referenten-Besprechung stattgefunden habe. Herr *Krautwig* teilte mit, daß eine Sitzung mit Länder-Vertretern bereits stattgefunden habe.[19]

Abteilung II (II 1), VS-Bd. 57

279

Staatssekretär Carstens an die Botschaft in Den Haag

St.S. 1831/64 VS-vertraulich **Aufgabe: 9. Oktober 1964, 17.04 Uhr**
Fernschreiben Nr. 156

Der niederländische Botschafter[1] suchte mich heute auf und nahm auf die Pressekonferenz des Herrn Bundeskanzlers vom 6. Oktober 1964[2] Bezug. Darin habe der Herr Bundeskanzler von einer Modifizierung der holländischen Haltung mit Bezug auf die Beteiligung Großbritanniens an der europäischen politischen Zusammenarbeit gesprochen.[3] Tatsächlich hätten die holländischen Herren aber ausdrücklich erklärt, daß sie zu keiner der von uns aufgeworfenen Fragen Stellung nehmen könnten.[4] Es sei durchaus nicht so, daß die Niederlande unter allen Umständen einen Beitritt Englands als unerläßliche Vorbedingung für einen europäischen politischen Zusammenschluß ansähen, dann müsse es sich aber um einen supranationalen Zusammenschluß und nicht um ein Europa der Vaterländer handeln. Die holländischen Herren hät-

[18] Am 14. Oktober 1964 folgte das Kabinett dem Antrag des Bundesministers für gesamtdeutsche Fragen, Mende, und beschloß die Erhöhung der Bargeldhilfe für Besuchsreisende aus der DDR und aus Ost-Berlin von 15 auf 30 DM. Vgl. DIE WELT, Nr. 241 vom 15. Oktober 1964, S. 1.

[19] Zum Interzonenhandel vgl. weiter Dok. 366.

[1] Baron Gerhard Eliza van Ittersum.

[2] Vgl. dazu DIE WELT, Nr. 234 vom 7. Oktober 1964, S. 1.

[3] Bundeskanzler Erhard erklärte, der Bundesregierung sei es gelungen, „die Niederlande zu bewegen, ihre Haltung zu modifizieren. Den Haag ist zum Abschluß eines Abkommens über die politische Einigung Europas auch ohne England bereit, sofern nur der Beitritt Großbritanniens offengehalten wird." Vgl. DIE WELT, Nr. 234 vom 7. Oktober 1964, S. 1.

[4] Zur niederländischen Haltung hinsichtlich einer Beteiligung Großbritanniens an der europäischen politischen Zusammenarbeit vgl. Dok. 266.

ten auch klar zum Ausdruck gebracht, daß, wenn England den Wunsch haben sollte, an den Gesprächen über die politische Zusammenarbeit beteiligt zu werden, diesem Wunsch entsprochen werden sollte.

Ich antwortete, was das letztere beträfe, so hätte ich wohl eine dahingehende Frage der holländischen Herren in Erinnerung, nicht jedoch eine so klare Erklärung, wie der Botschafter sie mir gegenüber heute abgäbe. Im übrigen könne ich bestätigen, daß die holländischen Herren es ausdrücklich abgelehnt hätten, sich festzulegen. Sie hätten allerdings auch ganz klar erklärt, daß sie keinen der von uns geäußerten Gedanken etwa ablehnen wollten.

Dies letztere bestätigte der Botschafter.

Der Botschafter stellte die Frage, ob wir eine Möglichkeit sähen, die entstandenen Mißverständnisse durch eine öffentliche Erklärung richtig zu stellen. Ich sagte, wir würden dies prüfen.[5]

Carstens[6]

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 417

280

Gespräch des Ministerialdirigenten Böker mit dem ägyptischen Außenminister Fawzi in Kairo

I B 4-82.00/90.35/3210/64 VS-vertraulich **9. Oktober 1964**

Betr.: Gespräch mit Vizeministerpräsident für Auswärtige Angelegenheiten, Herrn Dr. Mahmoud Fawzi, Kairo, 9. Oktober 1964

Herr Mahmoud Fawzi empfing Botschafter Federer und mich am frühen Abend des 9. Oktober in einem Salon der Aula der Universität, während die Sitzungen der Konferenz[1] noch im Gange waren. Das Gespräch dauerte fast eine Stunde. Als Botschafter Federer und ich uns nach etwa 1/2 Stunde verabschieden wollten, bat uns Dr. Fawzi, noch länger zu bleiben, denn – wie er lächelnd hinzufügte – wir ersparten es ihm, den Reden im Sitzungssaal zuhören zu müssen.

Minister Fawzi leitete das Gespräch mit der Bemerkung ein, daß seine Regie-

[5] In einem Schreiben vom 9. Oktober 1964 an Bundesminister Westrick schlug Staatssekretär Carstens vor, der Chef des Bundespresse- und Informationsamtes, von Hase, sollte „bei einer sich bietenden Gelegenheit sagen, daß die holländischen Herren bei ihrem Besuch in Bonn jede Art von Festlegung vermieden hätten, und daß daher alle Kombinationen, als wenn es hier zu bindenden Absprachen gekommen sei, falsch seien. Allerdings hätten die holländischen Herren auch klar erklärt, daß sie keinen der Gedanken, die wir ihnen vorgetragen hätten, von vornherein ablehnten." Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 417; B 150, Aktenkopien 1964.

[6] Paraphe vom 9. Oktober 1964.

[1] Zur Konferenz der blockfreien Staaten vom 5. bis 10. Oktober 1964 in Kairo vgl. Dok. 275.

rung über die Entsendung von Botschafter Federer ganz besonders glücklich sei.[2] Der Botschafter habe sich in Kairo bereits eine sehr gute Stellung gemacht. Ich erwiderte, daß ich ähnliches über Botschafter Mansour aus Bonn berichten könne[3]; Herr Fawzi möge die Tatsache der Entsendung dieser beiden Botschafter als Zeugnis dafür nehmen, daß beide Regierungen beabsichtigten, die Beziehungen zwischen den beiden Ländern zu verbessern und zu intensivieren. Auf deutscher Seite sei dies ganz bestimmt der Fall. Herr Fawzi bestätigte, daß die ägyptische Regierung dieselbe Absicht habe.

Dieses Thema der Verbesserung der Beziehungen wurde dann von Herrn Fawzi in zwar positiver, aber vermutlich bewußt vager und nebulöser Form weiter gesponnen. Auffallend war nur, daß während des ganzen Gespräches auf den Problemkomplex Israel nicht einmal angespielt wurde. Statt dessen betonte Herr Fawzi die freundschaftlichen Empfindungen, die das ägyptische Volk allgemein für die Deutschen empfände. Konkreter wurde Herr Fawzi nur, als er die Verbesserung der Beziehungen auf wirtschaftlichem Gebiet aussprach. Hier sei noch viel zu tun übrig. Die VAR erwarte nicht so sehr große Kapitalanleihen, als vielmehr konkrete projektgebundene Kapitalhilfe, technische Hilfe und Lieferkredite zu günstigen Bedingungen. Wir täten gut daran, bei der Wirtschaftshilfe darauf zu achten, daß sie auch im Interesse des Empfängerlandes nutzbringend und erfolgreich sei. Ich erklärte, dies sei gerade der Zweck unserer projektgebundenen Kapitalhilfe[4], und ich sei freudig überrascht, daß er sich so positiv hierzu äußere; die meisten Empfängerländer schienen projektungebundene Kapitalhilfe vorzuziehen.

Ich erklärte Herrn Fawzi, daß meines Erachtens die Wirtschaftsbeziehungen, obwohl noch ausbaufähig, schon sehr intensiv seien; einer besonderen Vertiefung bedürften vor allem die politischen Beziehungen. Die VAR spiele eine sehr wichtige Rolle im arabischen wie im afrikanischen Lager und nunmehr auf dieser Konferenz im Kreise der nichtgebundenen Länder schlechthin. Wir unsererseits stellten einen wichtigen Faktor in Europa und in der Atlantischen Gemeinschaft dar. Wir sollten deshalb gegenseitig den Versuch machen, durch einen intensiven, politischen Gedankenaustausch unsere politischen Ideen und Ziele besser verstehen zu lernen. Minister Fawzi bejahte dies und begrüßte eine solche Entwicklung, vertiefte aber den Gedanken nicht weiter.

[2] Am 5. Oktober 1964 betonte der Leiter der Westeuropa-Abteilung im ägyptischen Außenministerium, Sarag El Din, „welchen positiven Eindruck Botschafter Federer in Kairo gemacht habe. Man sei sehr glücklich über seine Entsendung." Vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Böker vom 5. Oktober 1964; Abteilung I (I B 4), VS-Bd. 103; B 150, Aktenkopien 1964.

[3] Der ägyptische Botschafter Mansour war seit dem 16. April 1964 in Bonn akkreditiert. Ministerialdirektor Jansen hielt nach einer ersten Begegnung am 4. Juni 1964 fest: „Er macht einen guten Eindruck, scheint nicht so verschlagen zu sein wie sein Vorgänger." Vgl. Abteilung I (I B 4), VS-Bd. 103; B 150, Aktenkopien 1964.

[4] Die Bundesregierung plante, der VAR bis Ende 1964 eine Kapitalhilfe von 70 Mio. DM und einen langfristigen Hermes-Plafond in Höhe von 150 Mio. DM zu gewähren. Mit diesem Geld sollte u. a. ein Freihafenprojekt in Alexandria verwirklicht werden, für das deutschen Firmen – so betonte Präsident Sabri gegenüber dem CDU-Abgeordneten Martin am 13. August 1964 in Kairo – besondere Vorrechte eingeräumt werden sollten. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Böker vom 28. September 1964; Abteilung I (I B 4), VS-Bd. 103; B 150, Aktenkopien 1964.
Vgl. dazu weiter Dok. 345.

Der Minister wollte sodann wissen, was ich von der Konferenz hielte und ob ich mit dem bisherigen Verlauf und mit meiner eigenen Tätigkeit[5] zufrieden sei. Ich erwiderte, daß man eine Konferenz erst beurteilen könne, wenn sie zu Ende gegangen und ihr Resultat bekannt sei. Was meine Tätigkeit anlange, so müsse ich feststellen, daß diese nicht sehr erleichtert worden sei durch die ungewöhnliche Abschirmung nicht nur des Konferenzortes, sondern auch der Hotels der Delegierten.[6] Man stieße sich überall an undurchdringlichen samtenen Kissen. Der Minister schmunzelte und sagte, er hätte bereits von meinen Bemühungen gehört. Er machte keinerlei Anstalten zu leugnen, daß man die Delegationen bewußt von der Außenwelt abschirmte.

Hinsichtlich des Ausgangs der Konferenz, sagte ich, hätten wir noch eine große Sorge, die ich ihm vortragen wollte. Wir hätten gehört, daß zu dem uns besonders interessierenden Thema „Geteilte Nationen"[7] ein indischer Resolutionsentwurf vermutlich die Arbeitsgrundlage der Konferenz würde.[8] Dieser Entwurf gefiele uns im großen und ganzen. Er enthielte aber einen Hinweis auf die seit der Teilung eingetretenen Entwicklungen, die man berücksichtigen müsse. Dieser Hinweis störe uns aus offensichtlichen Gründen. Noch gefährlicher sei aber, daß einige Kräfte darauf hinarbeiteten, ganz deutlich von zwei Staaten oder Regierungen zu sprechen, die miteinander über die Wiedervereinigung ihres Landes verhandeln müßten. Wenn die Konferenz eine Resolution dieses Inhalts annähme, würde die Lösung der deutschen Frage ungeheuer erschwert und einem ständigen sowjetischen Veto unterworfen. Wir bäten daher unsere Freunde, sich dafür einzusetzen, daß dies unterbliebe. Die Regierung der VAR, die auf der Konferenz eine so entscheidende Rolle spiele, sei in einer besonders guten Lage, uns hierbei zu helfen. Herr Fawzi entzog sich geschickt einem konkreten Gespräch über diesen Punkt und versicherte uns nur allgemein des freundschaftlichen Wohlwollens seiner Regierung. Im übrigen meinte er, solle man Resolutionen auf solchen Konferenzen nicht allzu sehr auf die Waagschale legen und nichts in sie hineininterpretieren, was in ihnen nicht enthalten sei.

[5] Ministerialdirigent Böker führte eine Arbeitsdelegation des Auswärtigen Amts an, die sich anläßlich der Konferenz der blockfreien Staaten in Kairo aufhielt. Als Vertretung eines nicht-neutralen Landes stand der Delegation kein Beobachterstatus zu, so daß sie lediglich Zugang zu nichtgeheimen Konferenzsitzungen beantragen konnte. Vgl. dazu den Drahtbericht von Böker, z.Z. Kairo, vom 3. Oktober 1964; Referat I B 4, Bd. 96.
Vgl. dazu auch Dok. 242, Anm. 13.

[6] Bereits während der Konferenz der Organisation der Afrikanischen Einheit vom 13. bis 17. Juli 1964 in Kairo wurden die Hotels der Delegationen von der ägyptischen Polizei weiträumig abgesperrt. Botschafter Federer führte diese Maßnahmen darauf zurück, „daß die Delegationen die Elendsviertel nicht sehen sollten". Vgl. das „Protokoll der dritten Hausbesprechung über die kommende Neutralistenkonferenz" vom 31. Juli 1964; Referat I B 4, Bd. 94.

[7] Vgl. dazu Dok. 275, Anm. 7.

[8] Am 8. Oktober 1964 informierte Botschafter Federer, Kairo, über den indischen Resolutionsentwurf zum Tagesordnungspunkt „Geteilte Nationen". Darin hieß es: „The unhappy and artificial division of these countries is both the effect and the cause of the cold war and the political antagonisms which it has created. The Conference is of the view that it is essential to encourage all steps towards relieving international tension in general and encouraging rapproachment between the major powers of the world in particular. It is in the context of such an improvement in the international atmosphere that a stable and secure solution of the problem of divided countries can be found." Vgl. Referat I B 4, Bd. 96.

Ich bat den Minister sodann, ihn auf eine Beobachtung, die ich hier in Kairo hätte machen müssen, hinweisen zu dürfen: Ich hätte festgestellt, daß die SBZ sich hier in außerordentlicher Weise hätte festsetzen können und von hier aus eine unseren Interessen sehr abträgliche Tätigkeit nicht nur innerhalb der VAR, sondern im gesamten arabischen und afrikanischen Raume entfalte. Ganz besonders auffallend sei die Tätigkeit der SBZ im Zusammenhang mit dieser Konferenz.[9] Das Ganze sei nur möglich, weil die Behörden der VAR in Kairo die Einrichtung von drei Vertretungen der SBZ zugelassen hätten – eine Handelsvertretung, ein Generalkonsulat und die eines „Beauftragten der SBZ für die arabischen Staaten" mit dem persönlichen Titel „Botschafter".[10] Diese Behörden hätten einen gesamten Personalbestand von 120 bis 130 höheren Beamten und Angestellten, verglichen mit knapp 20 höheren Beamten und Angestellten an unserer Botschaft. Ich könne mir nicht vorstellen, daß es den Intentionen der Regierung der VAR entspräche, daß eine von ihr nicht anerkannte Regierung gegenüber der von der VAR anerkannten legitimen Regierung derart in die Vorderhand gerate. Wie er wisse, verträten die Pankower Behörden in keiner Weise den Volkswillen der 17 Millionen Deutschen in der SBZ, sondern nur den Willen der Besatzungsmacht. Selbst wenn man aber einmal annähme, der Pankower Vertretungsanspruch bestünde zu Recht, dann wäre das Mißverhältnis um so größer, denn in der Bundesrepublik lebten 3/4 aller Deutschen, in der SBZ nur 1/4.

Minister Fawzi, dem dieses Thema offensichtlich nicht sehr angenehm war, und dem die Zahlen wohl auch nicht vertraut waren, versuchte sich mit einigen liebenswürdigen Floskeln aus der Affaire zu ziehen. Ich erwiderte, daß ich selbstverständlich nie erwartet hätte, heute von ihm eine verbindliche Stellungnahme zu diesem Thema zu erhalten. Ich müßte ihn aber darauf aufmerksam machen, daß dies für uns eine Frage von wesentlicher Bedeutung sei, die im Laufe der beabsichtigten Intensivierung unserer Beziehungen weiter erörtert werden müßte. Die SBZ-Präsenz in Kairo stelle den hauptsächlichsten Störungsfaktor in den deutsch-ägyptischen Beziehungen dar. Wer diese Beziehungen verbessern wolle, müsse daher diesem Problem zu Leibe rücken. Wie ich ebenfalls in Kairo hätte feststellen können, wirke sich dieser Störungsfaktor nicht nur auf die deutsch-ägyptischen Beziehungen, sondern auch auf die deutsch-arabischen und auf die deutsch-afrikanischen aus. Von verschiedensten Seiten würden wir jetzt auf das „Beispiel Kairo" angesprochen, wenn es sich um die Frage der Zulassung von gewissen SBZ-Vertretungen in Drittländern handele.[11] Ich bäte ihn eindringlich, sich dieses schwerwiegende Problem einmal durch den Kopf gehen zu lassen.

[9] Vgl. dazu Dok. 275.

[10] Zur Kritik der Bundesrepublik an den Vertretungen der DDR in Kairo vgl. zuletzt Dok. 242.
Die Handelsvertretung der DDR wurde am 12. November 1955 in Kairo eröffnet. Eine Zweigstelle existierte seit 1956 in Alexandria. Im Dezember 1957 nahm der „Bevollmächtigte der DDR für die arabischen Länder" in Kairo seinen Dienst auf, und am 24. September 1959 wurde das Generalkonsulat der DDR errichtet. Vgl. dazu den Bericht des Botschafters Weber, Kairo, vom 22. Januar 1963; Referat I B 4, Bd. 61.

[11] Vgl. dazu auch die Ausführungen des Botschafters Schroeder, Daressalam, vom 10. August 1964 über das ägyptische Vorbild bei der Errichtung der Vertretung der DDR in Sansibar; Dok. 228, Anm. 2.

Das Gespräch, das durchweg in einer sehr angenehmen und ungezwungenen Atmosphäre stattgefunden hatte, ging dann in allgemeinen höflichen Floskeln seinem Ende zu.[12]

Abteilung I (I B 4), VS-Bd. 103

281

Botschafter Grewe, Paris (NATO), an Bundeskanzler Erhard

Z B 6-1/7851/64 geheim
Fernschreiben Nr. 1372
Citissime

Aufgabe: 10. Oktober 1964, 13.15 Uhr
Ankunft: 10. Oktober 1964, 16.00 Uhr

Bitte Bundeskanzler, Bundesaußenminister, Bundesverteidigungsminister und Staatssekretär Carstens sofort zuleiten

Betr.: MLF; Ergebnis der Washington-Gespräche[1]

1) Bei einem gemeinsamen Versuch, eine Bilanz meiner Washingtoner Besprechungen zu ziehen, vertrat Finletter die Auffassung, daß die Ergebnisse sehr wertvoll seien:

a) Die Administration in Washington, deren Arbeitskraft und Aufmerksamkeit in letzter Zeit durch den Wahlkampf[2], Vietnam[3] und andere Dinge vollkommen absorbiert gewesen sei, sei durch meinen Besuch gezwungen worden, sich plötzlich und intensiv mit dem MLF-Problem zu befassen.

b) Die latent schon vorher vorhanden gewesene Bereitschaft (die allerdings nicht von allen Stellen und allen Persönlichkeiten innerhalb der Regierung geteilt werde), daß man die Entwicklung zu einem multilateralen MLF-Vertrag notfalls durch eine bilaterale Vorabunterzeichnung vorantreiben müsse[4], sei durch unsere Argumente und die Diskussionen in Washington gefördert worden. Darüber sollten wir uns auch dadurch nicht hinwegtäuschen lassen, daß man mir keine völlig eindeutigen und präzisen Antworten in dieser Beziehung gegeben habe. Finletter betonte, daß der wichtigste und wertvollste Ab-

[12] Vgl. weiter Dok. 325 und 352.

[1] Zum Aufenthalt des Botschafters Grewe vom 1. bis 6. Oktober 1964 in Washington vgl. Dok. 261. Im Rückblick zog Grewe ein negatives Fazit seines Besuches in Washington. Er habe schon während seines Aufenthaltes in den USA den Eindruck gehabt, „daß sich die amerikanische Entschlossenheit zur Verwirklichung der [MLF-] Initiative stark abgeschwächt hatte. Ein Indiz dafür war die Tatsache, daß es Finletter nicht gelungen war, Präsident Johnson zu veranlassen, mich zu einem Gespräch zu empfangen." Vgl. GREWE, Rückblenden, S. 622.

[2] Die amerikanischen Präsidentschaftswahlen fanden am 3. November 1964 statt.

[3] Zum Vietnam-Konflikt vgl. zuletzt Dok. 245.

[4] Zu den Überlegungen der Bundesregierung, einen MLF-Vertrag zunächst allein mit den USA abzuschließen, vgl. Dok. 263, besonders Anm. 14.

satz im Schreiben des Herrn Bundeskanzlers an den Präsidenten[5] derjenige sei, in dem die eventuelle Notwendigkeit der Vorabunterzeichnung erwähnt werde und von gewissen Vertragsklauseln gesprochen werde, mit deren Hilfe man sich gegen Mißdeutungen schützen müsse. Er betrachte es als eine unserer dringendsten Aufgaben, sofort an die Formulierung einer solchen Klausel heranzugehen und schlage vor, daß wir uns in der nächsten Woche gemeinsam damit befaßten.

c) Der Besuch und die Beachtung, die er bei den übrigen MLF-Partnern[6] sowohl wie in der Presse[7] gefunden habe, hätten die beabsichtigte heilsame Schockwirkung auf die übrigen Partner durchaus erreicht. Daß das Pressebild uneinheitlich und zum Teil irreführend gewesen sei, störe ihn dabei wenig. Er sei erstaunt gewesen, daß sich der britische NATO-Botschafter Shuckburgh in den letzten Tagen ihm gegenüber als entschiedener Befürworter des MLF-Projekts aufgeführt habe, der sich nur bisher vergeblich bemüht habe, alle Zweifler in London zu überzeugen.[8]

Ich bewerte die Finletterschen Äußerungen wie folgt:

zu a) Ich kann diesen Eindruck nur bestätigen. Sowohl bei Rusk wie bei McNamara stieß ich auf Informationslücken und Unsicherheiten in der Bewertung der Pariser Beratungen und der Absichten der übrigen Verhandlungspartner, die deutlich erkennen ließen, daß sie sich in letzter Zeit wenig mit diesem Komplex befaßt hatten. Auf der anderen Seite haben wir feststellen können, daß zwischen den Besprechungen mit mir intensive Beratungen in Anwesenheit von Rusk und allen wichtigen Referenten und Abteilungsleitern begannen.

zu b) Daß schon vor meinem Besuch in amerikanischen Regierungskreisen wenigstens teilweise eine latente Bereitschaft vorhanden war, notfalls durch eine bilaterale Vorabunterzeichnung die Entwicklung voranzutreiben, entnehme ich auch aus Äußerungen, die Brosio gegenüber von hohen amerikanischen Regierungsstellen gemacht worden sind.[9] Wie mir Brosio gestern mitteilte (ohne allerdings den Namen seiner Quelle zu nennen), sei ihm von hoher Stelle in Washington ganz eindeutig gesagt worden, daß die Amerikaner notfalls im Dezember mit uns allein den MLF-Vertrag paraphieren würden.

Aus Finletters früheren Äußerungen hatte ich stets den Eindruck gewonnen, daß eine solche Bereitschaft vorhanden sein müsse. Nur auf dieser Grundlage und um die Authentizität der Finletterschen Ansichten zu kontrollieren, habe

[5] Zum Schreiben vom 30. September 1964 vgl. Dok. 263.

[6] Zur italienischen Reaktion auf den Besuch des Botschafters Grewe vom 1. bis 6. Oktober 1964 in Washington vgl. Dok. 283.

[7] Zu amerikanischen Pressestimmen vgl. den Drahtbericht des Botschafters Knappstein, Washington, vom 8. Oktober 1964; Abteilung II (II 7), VS-Bd. 1351; B 150, Aktenkopien 1964.
Für die Berichterstattung in der britischen Presse vgl. den Artikel von Norman Crossland „US and Bonn ready to ‚go it alone'"; THE GUARDIAN, Nr. 36781 vom 7. Oktober 1964, S. 1.
Zur „aufmerksamen" Beachtung, die der Besuch des Botschafters Grewe auch in französischen Zeitungen fand, vgl. den Drahtbericht des Botschafters Klaiber, Paris, vom 8. Oktober 1964; Abteilung II (II 7), VS-Bd. 1351; B 150, Aktenkopien 1964.

[8] Zur britischen Haltung gegenüber der geplanten MLF vgl. Dok. 199.

[9] NATO-Generalsekretär Brosio besuchte vom 27. bis 30. September 1964 die USA. Vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 51, 1964, S. 582.

ich bei meinem Bonner Besuch am 21. bis 23. September[10] meine Vorschläge für den Besuch in Washington vorgelegt.

Die Formulierungen, die Rusk auf seiner Pressekonferenz vom 8. Oktober gebraucht hat[11], scheinen mir zu bestätigen, daß Finletters oben wiedergegebene Auffassung zutreffend ist. Ich verweise auch auf den Bericht des Washingtoner Korrespondenten der „London Times" vom 8. Oktober[12], der erkennen läßt, daß andere Stellen des State Department sich noch deutlicher als Rusk ausgesprochen haben.

zu c) Auch in diesem Punkte kann ich Finletters Auffassung nur bestätigen. Shuckburgh hat sich mir gegenüber gestern ganz ähnlich ausgedrückt. Er vertrat zum ersten Mal (naturgemäß als seine persönliche Auffassung) die Ansicht, daß es vielleicht möglich sei, noch im Dezember einen Vertragstext zu unterzeichnen, wenn man sich nicht endgültig auf eine bestimmte Zahl von Schiffen festlege und Bestimmungen vorsehe, die eine gewisse künftige Berücksichtigung der britischen Vorschläge in bezug auf landgebundene Waffensysteme[13] enthielten.

2) Bei der Überlegung, welches unsere nächsten Schritte sein könnten, haben Finletter und ich folgendes Verfahren in Aussicht genommen: Wir beabsichtigen, bei einer ohnehin für Montag nachmittag anberaumten Besprechung der Delegationsleiter[14] mitzuteilen, daß wir in Washington übereingekommen seien, einen Appell an die Arbeitsgruppe zu richten, daß sie sich nunmehr beschleunigt mit der Umwandlung der bisherigen Diskussionsergebnisse in einen präzisen Vertragstext befassen möge. Wir hofften, daß alle Delegationen dazu einen Beitrag leisten und bei der Erörterung der einzelnen Abschnitte des Arbeitsprogramms konkrete Formulierungsvorschläge vorlegen würden. Wir, als Vertreter der beiden einzigen Regierungen, die sich bisher fest zur Verwirklichung des MLF-Projekts bekannt hätten, seien jedenfalls gemeinsam an die Arbeit gegangen und seien in der Lage, zu allen einzelnen Punkten Texte in konkreter Vertragssprache vorzulegen.

Finletter und ich glauben, auf diese Weise am raschesten und schmerzlosesten den amerikanisch-deutschen Text zum Beratungsgegenstand machen und ihn aus dem Dunkel der bilateralen Gespräche in das volle Licht der gemeinsamen Diskussion überführen zu können.[15] Sollte die Erörterung nur schlep-

[10] Vgl. dazu Dok. 254, besonders Anm. 1.

[11] Auf die Frage, ob die amerikanische Regierung mit der Bundesrepublik allein einen MLF-Vertrag unterzeichnen würde, erklärte der amerikanische Außenminister: „This is a contingency that has not yet arisen ... We still have the purpose of going ahead with that force with the participation of a considerable number of NATO countries, and I am sure that that is the objective both in NATO and both – in Bonn and in Washington. Therefore I think that these contingencies, alternative contingencies, have not arisen, our purpose continues to be the same, and I am optimistic about the outcome." Vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 51, 1964, S. 575.

[12] Vgl. den Artikel „Hint of M.L.F. Pact by Bonn and U.S."; THE TIMES, Nr. 56137 vom 8. Oktober 1964, S. 12.

[13] Zu den britischen Vorschlägen vgl. Dok. 172.

[14] Zum Fortgang der MLF-Beratungen vgl. Dok. 284.

[15] Botschafter Grewe, Paris (NATO), und sein amerikanischer Kollege Finletter einigten sich am 1. September 1964 auf den Entwurf einer „Charter of the North Atlantic Multilateral Force". Vgl. Abteilung II (II 7), VS-Bd. 1369. Vgl. dazu auch Dok. 263.

pend vorangehen, werden wir uns dadurch nicht hindern lassen, die Arbeit an dem Entwurf auch auf dem bilateralen Wege fortzusetzen.

3) Aus meinem gestrigen Gespräch mit Brosio zum gleichen Thema halte ich vor allem zwei Punkte fest:

a) Brosio ließ erkennen, daß ihn das Verhältnis der MLF zur NATO jetzt in wachsendem Maße beschäftigt und daß es ihm nicht unproblematisch erscheint. Ich sehe darin eine legitime Sorge des Generalsekretärs in bezug auf die Verzahnung der beiden Organisationen und die Verhütung einer desintegrierenden Wirkung der MLF. Ich habe daher mit Shuckburgh und Finletter Möglichkeiten erörtert, wie man Brosio nunmehr intensiv in die Diskussion einbeziehen könne, ohne daß er formell an den Sitzungen der Arbeitsgruppe teilnehmen müßte.

b) Brosio scheint über Informationen zu verfügen, die auf eine zunehmende kritische und alarmierte Haltung Frankreichs zur MLF hindeuten. Dies scheint vor allem dadurch ausgelöst zu sein, daß man in Paris erst jetzt anfängt, mit der Verwirklichung des MLF-Projekts ernstlich zu rechnen.[16]

Es scheint mir unter diesen Umständen zweifelhaft, ob die von Staatssekretär Carstens ins Auge gefaßte Konsultation mit Paris über die Europäisierungsklausel[17] ausreicht. Vielleicht sollte der Gedanke erwogen werden, ob nicht der Herr Bundeskanzler Präsident de Gaulle in einem Briefe in ganz unbefangenem Tone über den Stand der Dinge informiert.[18] Man könnte auf diese Weise wenigstens dem Vorwurf vorbeugen, daß wir unseren französischen Vertragspartner vor ein fait accompli stellten, das in seiner Darstellung eine ähnliche Rolle spielen könnte wie das Abkommen von Nassau.[19]

[gez.] Grewe

Ministerbüro, VS-Bd. 8481

Fortsetzung Fußnote von Seite 1148

Am 19. September 1964 erklärte Grewe zu dem Entwurf: „Der Entwurf ist auf beiden Seiten von den Delegationsleitern noch nicht gebilligt ... Die Regierungen sind mithin durch diesen Entwurf in keiner Weise gebunden. Es besteht jedoch bei der amerikanischen sowohl wie bei der deutschen Delegation der lebhafte Wunsch, so bald wie möglich über einen Vertragsentwurf zu verfügen, der das Maß der beiderseitigen Übereinstimmung widerspiegelt und dessen Bestimmungen Dritten gegenüber als gemeinsame Auffassung der US- und deutschen Delegation verfochten werden können. Im taktisch geeigneten Zeitpunkt sollte dieser Entwurf ernsthaft an der Teilnahme interessierten weiteren Regierungen oder auch der gesamten Arbeitsgruppe übermittelt werden, damit sich die bisherigen vagen und unverbindlichen Diskussionen auf die verbindliche Aushandlung eines konkreten Vertragstextes hin entwickeln." Vgl. Abteilung II (II 7), VS-Bd. 1353; B 150, Aktenkopien 1964.

16 Zur französischen Haltung gegenüber der geplanten MLF vgl. auch Dok. 262, Anm. 7.

17 Zur Europäisierungsklausel vgl. zuletzt Dok. 271. Vgl. weiter Dok. 288.

18 Mit Drahterlaß vom 16. Oktober 1964 informierte Staatssekretär Carstens Botschafter Grewe, Paris (NATO), daß er selbst „die Europaklausel der MLF mit den Franzosen ... konsultieren" wolle. Darüber hinaus kündigte er seine Absicht an, „das ins Auge gefaßte Gespräch mit Couve [zu] führen, bevor wir dem Gedanken eines Briefes des Bundeskanzlers an de Gaulle nähertreten". Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 432; B 150, Aktenkopien 1964.
Zu den deutsch-französischen Gesprächen über die MLF vgl. Dok. 296.

19 Zum britisch-amerikanischen Abkommen vom 21. Dezember 1962 vgl. Dok. 104, Anm. 17.

282

Ministerialdirigent Böker, z.Z. Kairo, an das Auswärtige Amt

Z B 6-1/7849/64 VS-vertraulich **Aufgabe: 10. Oktober 1964**
Fernschreiben Nr. 917 **Ankunft: 10. Oktober 1964, 13.48 Uhr**

Auf Nr. 675 vom 6.10. – I B 3-83.02-90.50/64 VS-NfD[1] –

Hatte soeben weisungsgemäß ein fast einstündiges Gespräch mit Staatspräsident von Dahome, Apithy, in Gegenwart eines seiner Mitarbeiter. Ich konnte einleitend auf sehr positive Äußerungen, die Apithy gestern vor Vollversammlung der Konferenz zur Deutschland-Frage gemacht hatte[2], Bezug nehmen und Freude Bundesregierung hierüber ausdrücken. Mein Auftrag sei, den Präsidenten zu bitten, nun auch auf praktischer politischer Ebene Konsequenzen aus dieser sehr schönen Erklärung zu ziehen, d.h. das Abkommen mit SBZ[3] nicht zu ratifizieren und nicht durchzuführen, da hierdurch nur Lösung Deutschland-Frage mittels Selbstbestimmung erschwert werde. Präsident erwiderte, seine gestrigen Äußerungen entsprächen nicht nur seiner persönlichen Überzeugung, sondern seien fester politischer Grundsatz fast aller afrikanischen Staaten. Die Afrikaner seien sich darüber klar, daß sie das Selbstbestimmungsrecht nicht für sich fordern könnten, ohne es gleichzeitig für alle Völker gelten zu lassen. Er könne mir daher versichern, daß seine Regierung überhaupt nicht daran denke, die SBZ anzuerkennen. Andererseits könne er nicht verstehen, weshalb wir uns über Unterzeichnung der bereits 1962 abge-

[1] Mit Drahterlaß vom 6. Oktober 1964 bat Ministerialdirektor Jansen Ministerialdirigent Böker, z.Z. Kairo, den dahomeischen Präsidenten „zur Abgabe einer eindeutigen Erklärung, daß Ratifizierung oder sonstige Inkraftsetzung und etwaige Durchführung der mit der Zonendelegation abgeschlossenen Abkommen durch ihn nicht gefördert wird, zu bewegen". Vgl. Referat I B 3, Bd. 540.

[2] Apithy erklärte am 9. Oktober 1964, er werde die Teilung Deutschlands so lange nicht anerkennen, wie sie nicht durch das Volk bestätigt würde. Er werde auch keine Schritte unternehmen, um den Status quo „einzufrieren". Vgl. dazu den Drahtbericht des Botschafters Federer, Kairo, vom 9. Oktober 1964, Referat I B 3, Bd. 563.

[3] Am 19. September 1964 unterzeichneten der Stellvertretende Ministerpräsident der DDR, Scholz, und der dahomeische Justizminister und geschäftsführende Außenminister, Adande, in Dahome ein Handels- und Kulturabkommen sowie ein Abkommen über die Errichtung von Wirtschafts- und Handelsmissionen. Vgl. dazu den Bericht des Botschafters von Kameke, Cotonou, vom 1. Oktober 1964; Referat I B 3, Bd. 540. Vgl. auch DOKUMENTE ZUR AUSSENPOLITIK DER DDR XII, S. 729f.
Am 30. September 1964 bestellte Staatssekretär Lahr den dahomeischen Botschafter ins Auswärtige Amt ein und protestierte gegen die Unterzeichnung der Abkommen zwischen Dahome und der DDR. Ewagnignon entgegnete, „das Abkommen mit der SBZ sei von dem Präsidenten und einem noch sehr unerfahrenen stellvertretenden Außenminister unterzeichnet worden, ohne daß dem Regierungschef vorher davon Mitteilung gemacht worden sei. Dieser sei hierüber sehr aufgebracht und werde alles tun, um das Inkrafttreten des Abkommens zu verhindern. Um das Abkommen wirksam werden zu lassen, müsse es dem Parlament zuvor zur Billigung vorgelegt werden. Die Vorlage an das Parlament könne aber nicht vom Präsidenten, sondern nur von dem Vizepräsidenten und Regierungschef vorgenommen werden. Bereits hieran werde also die weitere Aktion scheitern." Vgl. die Aufzeichnung von Lahr vom 1. Oktober 1964; Referat I B 3; Bd. 540.

schlossenen Abkommen mit SBZ[4] so aufregten. Er gab zu erkennen, daß er Ratifizierungsdurchführung kaum verhindern könne. Außerdem bestünden ja auch in anderen afrikanischen Ländern wie Ghana und Guinea Handelsvertretungen der SBZ.[5] Gleichzeitig legte er noch einmal klar, wie er vor einigen Monaten hier in Kairo von einer ADN-Vertreterin hereingelegt worden sei. Er habe von der Unverrückbarkeit der afrikanischen Grenzen gesprochen, auf die Frage der Korrespondentin, ob dies nicht auch auf Europa zutreffe, habe er ausdrücklich erklärt, er spräche nur von Afrika. Trotzdem hätte ADN dann seine Worte ins Gegenteil umgekehrt.[6]

Ich erklärte, daß Präsident damit genau einen der Gründe selbst angegeben habe, der gegen eine Einrichtung von SBZ-Vertretungen in afrikanischen Ländern spräche. Diese Vertreter gäben vor, nur dem Handel dienen zu wollen, hätten jedoch letztlich nur das Ziel, die deutsch-afrikanischen Beziehungen zu vergiften und die SBZ mit dem Ziel einer späteren Anerkennung aufzuwerten. Alle Länder, die bereits SBZ-Vertretungen zugelassen haben, hätten schon ihre schlechten Erfahrungen mit ihnen gemacht und bereuten wohl ihren ursprünglichen Schritt. Wie man schon an dem Beispiel der Scholz-Reise[7] sehe, würde die ständige Anwesenheit von SBZ-Vertretern in Dahome nur zu ständigen Reibungen zwischen Dahome und der deutschen Regierung führen. Einem Handelsverkehr mit der Zone stünde nichts im Wege, er könne auch ohne offizielle Vertretungen abgewickelt werden.

Im weiteren Verlauf des Gesprächs zeigte sich, daß Präsident Apithy sich gar nicht klar darüber war, daß die abgeschlossenen Abkommen ihn auch zur Zulassung SBZ-Konsulats und zur Errichtung von Konsulat und Handelsvertretung in Pankow verpflichten. Ich erklärte ihm, Dahome werde dann das erste schwarz-afrikanische Land sein, was so weitgehende Beziehungen zur SBZ aufnähme und sich damit in so flagranten Gegensatz zu den von ihm selbst proklamierten Grundsätzen in der Deutschland-Frage setze.

[4] Die Abkommen wurden zum Abschluß des Besuchs des damaligen Vizepräsidenten von Dahome, Apithy, am 18. Juni 1962 in Ost-Berlin paraphiert. Vgl. dazu DOKUMENTE ZUR AUSSENPOLITIK DER DDR X, S. 373 ff. Vgl. auch EUROPA-ARCHIV 1962, Z 144.

[5] Die DDR unterhielt Ende 1964 in folgenden afrikanischen Staaten Handelsvertretungen: Ghana, Guinea, Mali, Marokko, Sudan und Tunesien. Vgl. DOKUMENTE ZUR AUSSENPOLITIK DER DDR XII, S. 1116.
Zur Eröffnung der ghanaischen Handelsvertretung am 16. September 1963 in Ost-Berlin vgl. auch AAPD 1963, II, Dok. 347.
Zu den durch die Deutschland-Frage belasteten Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Guinea vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Böker vom 14. Juli 1964; Abteilung II (II 1), VS-Bd. 17; B 150, Aktenkopien 1964.

[6] Präsident Apithy wurde von ADN mit den Worten zitiert: „Wir unterstützen jede Initiative, die den Frieden im Herzen Europas und in aller Welt sichern hilft ... Die Regierungen sollten die Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges anerkennen, damit den Völkern neue tödliche Konflikte erspart bleiben." Vgl. NEUES DEUTSCHLAND, Nr. 203 vom 25. Juli 1964, S. 1.
Apithy dementierte am 19. August 1964, diese Aussagen gemacht zu haben. Vgl. den Drahtbericht des Botschafters von Kameke, Cotonou, vom 19. August 1964; Referat I B 3, Bd. 539.

[7] Der Stellvertretende Ministerpräsident der DDR, Scholz, bereiste in der Zeit vom 31. August bis 6. Oktober 1964 außer Dahome noch Guinea, Mali und Ghana.
Am 9. September 1964 protestierte der Botschafter der Bundesrepublik, von Kameke, in Cotonou gegen den Empfang von Scholz durch Präsident Apithy. Vgl. den Drahtbericht des Botschafters von Kameke, Cotonou, vom 11. September 1964; Referat I B 3, Bd. 540.

Apithy, der sichtlich um einen Ausweg bemüht war, meinte, die SBZ habe aber doch auch kommerzielle Beziehungen zu unseren westlichen Verbündeten. Ich erklärte, daß Handel zwar bestünde, aber daß in keinem Fall offizielle Handelsvertretungen auf Regierungsebene zugelassen worden seien. Nur in einigen westlichen Ländern seien 1 oder 2 Vertreter der ostzonalen Außenhandelskammer als ständige Kontaktmänner zugelassen worden.[8] Wenn ihm an der Ausweitung seines Handels mit der SBZ gelegen sei, könne er sich ja diesem Beispiel anschließen. Es müsse aber dann ganz klar gestellt sein, daß die Vertretung der Handelskammer auf 1 oder 2 Mann begrenzt und strikt auf kommerzielle Tätigkeit beschränkt sei. Auch müßte die Gegenseitigkeit vermieden werden. Apithy griff diese Anregung mit Interesse auf und meinte, ob man dann die Ratifizierung des Abkommens nicht in der von mir vorgeschlagenen Weise durchführen könne. Ich erwiderte, daß dies wohl nicht möglich sei, da die Abkommen unseres Wissens sehr viel weitergingen und die SBZ sich nach Ratifizierung mit einer derartig restriktiven Durchführung nicht zufrieden geben werde. Er würde nur Ärger damit haben.

Ich erklärte dem Präsidenten sodann, wie sehr die Wiedervereinigung Deutschlands auch im Interesse Afrikas sei. Sie würde notwendigerweise zu weitgehender Entspannung führen und damit den Weg zur Abrüstung und zu verstärkter Entwicklungshilfe eröffnen. Apithy stimmte dem voll zu und erkannte dankbar an, was wir bereits jetzt innerhalb und außerhalb der EWG für Afrika getan hätten. Ich erwiderte, daß wir diese Hilfe gerne leisteten, weil nach unserer Auffassung Afrika der natürliche Partner Europas sei und weil die Stabilität Afrikas für die Sicherheit Europas nötig sei. Der Präsident meinte darauf, er hoffe natürlich, daß wir auf entwicklungspolitischem Gebiet noch mehr für Dahome tun würden. Ich erwiderte, dies läge durchaus in unserem Sinne, setze aber ungestörte politische Beziehungen voraus.[9]

Der Präsident wiederholte daraufhin, daß die afrikanischen Staaten alles tun würden, um die Wiedervereinigung durch Selbstbestimmung zu fördern. Sie hofften aber auch für deutsches Verständnis der Südafrika-Frage. Er erwähnte in diesem Zusammenhang die angeblichen deutschen Waffenlieferungen an Südafrika.[10] Ich erklärte ihm nochmals eingehend unsere Südafrika-Politik, was er mit Befriedigung zur Kenntnis nahm. Besonders erfreut schien

[8] Die DDR unterhielt in Belgien, Dänemark, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Island, Italien, der Niederlande, Norwegen, Österreich, Schweden und der Türkei Vertretungen der Kammer für Außenhandel. Vgl. DOKUMENTE ZUR AUSSENPOLITIK DER DDR XII, S. 1116f.

[9] Vom 26. bis 29. Juni 1964 hielt sich der dahomeische Vizepräsident, Ministerpräsident Ahomadegbé, in der Bundesrepublik auf und führte mit Bundeskanzler Erhard und Bundesminister Schröder Gespräche, u.a. über die Möglichkeit einer Assoziierung seines Landes mit der EWG. In einem gemeinsamen Kommuniqué erklärte sich die Bundesrepublik bereit, die Entwicklung der Landwirtschaft zu unterstützen. Die Delegation aus Dahome betonte im Gegenzug Verständnis für den Wunsch nach der Wiedervereinigung Deutschlands. Vgl. die Aufzeichnung des Gesprächs des Bundesministers Schröder mit Ministerpräsident Ahomadegbé vom 30. Juni 1964; Ministerbüro, Bd. 242.

[10] Zum Vorwurf von afrikanischen Staaten, die Bundesrepublik liefere Waffen an Südafrika vgl. Dok. 58, Anm. 5.

er, daß wir auch mit Außenminister Muller[11] die Apartheidsfrage angeschnitten und den Fall des Dr. Alexander[12] aufgegriffen hätten.

Auf meine Frage, was ich nun meiner Regierung in Bonn berichten solle, erwiderte Apithy, ich möchte sagen, daß er unsere Bedenken und unsere Vorschläge seiner Regierung unterbreiten und mit ihr diskutieren werde. Er erkundigte sich sodann, wann Botschafter von Kameke nach Cotonou zurückkehren werde. Ich erwiderte, daß er wegen der Bedeutung, die wir dem SBZ-Problem beimäßen, zu Konsultationen nach Bonn berufen worden sei und seine Rückkehr nach Cotonou vom weiterem Verlauf der Dinge abhängen werde.[13]

Das Gespräch fand in sehr angenehmer und zum Schluß ausgesprochen freundschaftlicher Atmosphäre statt. Ich hatte den Eindruck, daß Apithy von unseren Argumenten stark beeindruckt war und nach einem Ausweg suchte. Hierbei wird alles davon abhängen, ob der begonnene Dialog gut fortgesetzt und durch Bereitschaft auf entwicklungspolitischem Gebiet unterstützt wird.[14]

[gez.] Böker

Abteilung I (I B 3), VS-Bd. 96

[11] Der südafrikanische Außenminister hielt sich vom 27. September bis 1. Oktober 1964 zu einem „Höflichkeitsbesuch" in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu Referat I B 3, Bd. 533.
Am 9. September 1964 bat Bundesminister Schröder Bundespräsident Lübke, Muller nicht zu empfangen. Er begründete seine Bitte mit der gleichzeitig tagenden Konferenz der blockfreien Staaten in Kairo: „Leider werden unsere engen Wirtschaftsbeziehungen und unsere freundlichen Gesten gegenüber Südafrika von der SBZ zum Schwerpunkt ihrer Verleumdungsangriffe gegen die Bundesrepublik Deutschland gewählt. Die SBZ findet in dieser Kampagne gegen uns leicht Helfer in nationalistischen oder linksstehenden Kreisen der afrikanischen und asiatischen Länder. Aus diesem Grunde wurde sogar bei uns erwogen, ob Außenminister Muller nicht eine Verschiebung des Besuchstermins nahegelegt werden sollte. Mit Rücksicht auf die südafrikanische Regierung ist hiervon jedoch abgesehen worden. Um so mehr müssen wir aber darauf bedacht sein, den Schaden, der uns durch diesen Besuch in Kairo entstehen kann, möglichst in Grenzen zu halten. Es erscheint uns daher geboten, bei aller Höflichkeit gegenüber Südafrika, den Besuch nicht besonders herauszustellen." Vgl. Ministerbüro, Bd. 265.

[12] Der ehemalige südafrikanische Stipendiat der Alexander-von-Humboldt-Stiftung, Alexander, wurde am 15. April 1964 wegen Hochverrats und Sabotage zu zehn Jahren Freiheitsstrafe verurteilt. Staatssekretär Carstens vermerkte dazu am 28. April 1964: „Nachdem ... das Strafmaß ... außergewöhnlich hart ausgefallen ist, sollte den südafrikanischen Stellen eine Begnadigung Dr. Alexanders oder zumindest eine Milderung des Urteils nahegelegt werden. Sicherlich würde eine solche Maßnahme ihren Eindruck in der deutschen Öffentlichkeit nicht verfehlen und auch im afrikanischen Raume nicht unbeachtet bleiben." Vgl. Referat I B 3, Bd. 529.

[13] Botschafter von Kameke wurde am 30. September 1964 zur Berichterstattung nach Bonn zurückberufen. Da er während seines Aufenthalts in Bonn erkrankte, verzögerte sich seine Rückkehr nach Cotonou. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Meyer-Lindenberg vom 1. Dezember 1964; Referat I B 3, Bd. 539.

[14] Am 17. November 1964 überreichte der dahomeische Botschafter Ewagnignon Staatssekretär Carstens ein Schreiben, in dem der dahomeische Außenminister Lozes versicherte, „daß nichts getan werden soll, was dem moralischen Interesse der Bundesrepublik schaden könne ... Aus diesem Grunde würden die mit Ostdeutschland abgeschlossenen Abkommen nicht ratifiziert werden." Vgl. dazu die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Graf von Posadowsky-Wehner vom 20. November 1964; Referat I B 3; Bd. 539.
Mit Schreiben vom 14. Dezember 1964 sprach Bundespräsident Lübke gegenüber Präsident Apithy seinen Dank aus und gab der Hoffnung Ausdruck, „daß auch in Zukunft allen Versuchen, die bewährte Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen unseren beiden Völkern zu gefährden, kein Erfolg beschieden sein wird". Vgl. Referat I B 3, Bd. 539.

283

Staatssekretär Carstens an die Botschaft in Rom

St.S. 1858/64 geheim **Aufgabe: 13. Oktober 1964, 13.52 Uhr**
Fernschreiben Nr. 3556 Plurex

Betr.: MLF

Gesandter Paulucci suchte mich heute auf und übermittelte mündlich folgende, wie er sich ausdrückte, persönliche Botschaft Cattanis an mich:

Cattani habe sehr große Bedenken gegen eine MLF, die nur von den USA und Deutschland gebildet werde.[1] Er zweifele auch, ob dadurch der Anreiz auf andere Staaten beizutreten, verstärkt würde. Es könne auch die gegenteilige Wirkung eintreten.

Cattani liege weiterhin sehr viel daran, daß über den Einsatz der MLF nur einstimmig beschlossen werden dürfe.[2] Jedenfalls müßten alle Hauptteilnehmerstaaten zustimmen. Auch der NATO-Vertrag überlasse jedem Mitgliedstaat die Entscheidung, ob er sich im Konfliktsfall mit militärischen Kräften engagieren wolle.[3]

Cattani sei nachdrücklich für einen möglichst baldigen Abschluß der Verhandlungen. Eine Paraphierung noch in diesem Jahre erscheine auch ihm sehr erwünscht.[4]

Ich habe geantwortet, auch wir strebten eine möglichst breite Basis für die MLF an.[5]

Den Vetogedanken hielte ich nicht für gut.[6] Die Lage bei der MLF sei anders als nach dem NATO-Vertrag. Nach dem NATO-Vertrag könnten wenigstens diejenigen Partner, die im Konfliktsfalle kämpfen wollten, dies tun, ohne daß sie von denjenigen, die sich militärisch nicht engagieren wollten, daran gehindert würden. Wenn man aber für die MLF Einstimmigkeit vorschreibe, so würde der Einsatz der gesamten Waffe blockiert.

Paulucci sagte darauf, es handele sich nach italienischer Auffassung mehr um ein psychologisches als um ein wirkliches Problem. Ich entgegnete, das schiene auch mir so zu sein. Deswegen sollte man nach einer Formel suchen, die den Italienern den Beitritt erleichtern würde.

Ich dankte Paulucci für die Mitteilung, daß sich Italien für einen schnellen Abschluß der Verhandlungen einsetzen wolle.

[1] Zur Haltung des Generalsekretärs im italienischen Außenministerium vgl. bereits Dok. 271.

[2] Zu den Modalitäten für einen Einsatz der MLF und zum Vetorecht der USA vgl. Dok. 238. Vgl. dazu auch Dok. 265.

[3] Zu Artikel 5 des NATO-Vertrags vom 4. April 1949 vgl. Dok. 220, Anm. 4.

[4] Zu den Bemühungen, einen MLF-Vertrag noch im Jahr 1964 zu unterzeichnen, vgl. Dok. 281.

[5] Der Passus „auch wir ... die MLF an" ging auf Streichungen und handschriftliche Einfügungen des Staatssekretärs Carstens zurück. Vorher lautete er: „auch wir wünschten keine deutsch-amerikanische MLF, sondern strebten eine möglichst breite Basis an".

[6] Vgl. dazu auch Dok. 265, besonders Anm. 6.

Zusatz nur für Natogerma Paris: Ich bitte Sie zu überlegen, ob es Formeln gibt, die den italienischen Vorstellungen in der Frage des Einsatzbefehls entgegenkämen, ohne daß die Schlagkraft der MLF dadurch in Frage gestellt wird. Eine Mitunterzeichnung des Vertrages durch Italien würde viele Schwierigkeiten ausräumen. Wir sollten uns daher in dieser Richtung bemühen.[7]

Carstens[8]

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 432

284

Botschafter Grewe, Paris (NATO), an das Auswärtige Amt

Z B 6-1/7897/64 VS-vertraulich **Aufgabe: 13. Oktober 1964, 16.30 Uhr**
Fernschreiben Nr. 1381 **Ankunft: 13. Oktober 1964, 19.20 Uhr**

Betr.: MLF

1) In gestriger Sondersitzung der acht MLF-Botschafter (ohne Begleiter) wurde die Frage des weiteren Prozedierens der Arbeitsgruppe in den nächsten zwei Monaten besprochen. Die Sitzung bot mir Gelegenheit, mit einigen knappen Worten zu erläutern, daß meine Reise nach Washington[1] in den Rahmen der üblichen und auch von anderen Mitgliedern der Arbeitsgruppe gepflegten bilateralen Kontakte gehöre und daß sie in erster Linie der Frage gegolten habe, wie das Zeitprogramm des Johnson-Erhard-Kommuniqués vom 12. Juni[2] innegehalten werden könne.

2) Gemäß vorheriger Abstimmung mit Finletter unterbreitete dieser Anwesenden sofort anschließend einige Vorschläge, die wir bewußt als Ergebnisse der Washingtoner Besprechungen hinstellten. In erster Linie schlug Finletter vor, nunmehr an die Formulierung konkreter Vertragstexte heranzugehen, wie dies bereits am 22. Juli von der Gruppe einstimmig mit der Zielsetzung beschlossen worden war, im November oder Dezember einen Text fertigzustellen, auf dessen Grundlage die letzten Entscheidungen getroffen werden könnten.[3] Finletter kündigte an, daß er in der Lage sei, für diese Erörterung jeweils zu den einzelnen Abschnitten konkrete Formulierungen in Vertragssprache vorzulegen. Er erwähnte nicht ausdrücklich, daß es sich dabei um einen ge-

[7] Zur geplanten MLF vgl. weiter Dok. 288.

[8] Paraphe vom 13. Oktober 1964.

[1] Zu den Gesprächen des Botschafters Grewe vom 1. bis 6. Oktober 1964 in Washington vgl. Dok. 281.

[2] Korrigiert aus: „13. Juni".
Vgl. dazu Dok. 254, Anm. 4.

[3] Ein entsprechender Beschluß der MLF-Arbeitsgruppe wurde am 15. Juli 1964 einstimmig verabschiedet. Vgl. dazu den Drahtbericht des Botschaftsrats I. Klasse Sahm, Paris (NATO), vom 16. Juli 1964; Abteilung II (II 7), VS-Bd. 1369; B 150, Aktenkopien 1964.

meinsamen deutsch-amerikanischen Text[4] handelte, jedoch dürfte kaum jemand daran einen Zweifel gehegt haben. Auch verband Finletter dieses Angebot mit der Bemerkung, daß er die anderen Mitglieder der Gruppe in die Diskussion einzubeziehen wünsche, die zwischen Deutschen und Amerikanern stattgefunden hätte und weiter stattfinden würde.

3) Finletters Vorschläge wurden akzeptiert. Gegenüber der Andeutung bilateraler deutsch-amerikanischer Gespräche machte nur der britische Botschafter[5] einen schwachen Versuch, die Gruppe zum Widerspruch anzureizen. Er fand jedoch keinen Widerhall und ließ den Punkt rasch fallen.

4) Ein anderer Vorschlag Finletters, die Gruppe solle in den nächsten zwei bis drei Wochen einen vorläufigen Bericht über den Stand der Arbeiten zur Vorlage an die Regierungen ausarbeiten, fand dagegen keinen Beifall. Besonders auf britischen und italienischen Widerspruch hin wurde dieser Gedanke einstweilen zurückgestellt.

5) Man war sich darüber einig, daß die Gruppe von jetzt an intensiver und häufiger tagen müsse. Es wurde erwogen, neben den bisherigen wöchentlichen Vollsitzungen einmal wöchentlich eine vertrauliche Sitzung der Delegationsleiter ohne Begleiter und eine dritte Sitzung der Gruppe auf der Ebene der Stellvertreter abzuhalten. Über diese Vorschläge wird am 15. Oktober endgültig beschlossen werden.[6]

6) Im Hinblick auf die unter 2) erwähnte Ankündigung Finletters bitte ich um beschleunigte Übermittlung der dortigen Stellungnahme zum deutsch-amerikanischen Charter-Entwurf, da evtl. Abweichungen von diesem Entwurf rechtzeitig vor Einbringung in die Arbeitsgruppe mit US-Delegation besprochen werden müssen.[7]

[gez.] Grewe

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 432

[4] Zum deutsch-amerikanischen Entwurf einer „Charter of the North Atlantic Multilateral Force" vom 1. September 1964 vgl. Dok. 281, Anm. 15.

[5] Sir Evelyn Shuckburgh.

[6] Ein entsprechender Beschluß wurde auf der Sitzung vom 15. Oktober 1964 nicht gefaßt. Vgl. den Drahtbericht des Botschafters Grewe, Paris (NATO), vom 16. Oktober 1964; Abteilung II (II 7), VS-Bd. 1368; B 150, Aktenkopien 1964.

[7] Hat Staatssekretär Carstens vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Antwort: Wie mündlich besprochen, bitte ich Sie, einen formulierten Text für eine Europäisierungs- und Revisionsklausel zunächst der Arbeitsgruppe nicht vorzulegen. Unsere Überlegungen dazu sind noch nicht abgeschlossen." Für den gleichlautenden Drahterlaß an Botschafter Grewe, Paris (NATO), vom 15. Oktober 1964 vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 432; B 150, Aktenkopien 1964.
Für einen „vorläufigen Entwurf einer MLF-Satzung" des Auswärtigen Amts vgl. den Drahterlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Luedde-Neurath vom 15. Oktober 1964; Abteilung II (II 7), VS-Bd. 1353; B 150, Aktenkopien 1964.
Vgl. weiter Dok. 288.

285

Runderlaß des Staatssekretärs Carstens

St.S. 1857/64 VS-vertraulich **Aufgabe: 13. Oktober 1964, 20.43 Uhr**
Fernschreiben Nr. 4

Den in der Presse erschienenen Darstellungen über den Loskauf politischer Gefangener aus der SBZ[1] liegt folgender Sachverhalt zu Grunde:

Im Laufe der letzten 14 Monate sind vier Aktionen durchgeführt worden. Zunächst wurde über acht Gefangene verhandelt, diese wurden freigelassen. Danach folgte eine Gruppe von 20, dann eine solche von 80[2] und schließlich eine solche von 800[3] Personen. Die Gespräche wurden nicht durch amtliche Stellen der Bundesrepublik Deutschland, sondern durch Anwälte geführt[4], die seit Jahren mit dem Rechtsschutz für die in der Zone aus politischen Gründen verfolgten Deutschen befaßt sind.[5]

Die Gegenleistung bestand in Warenlieferungen, wie Lebensmitteln und Verbrauchsgütern[6]. Die Mittel für die ersten Aktionen wurden von nichtstaatlichen Organisationen aufgebracht. Die Mittel für die letzte Aktion hat die Bundesregierung zur Verfügung gestellt; doch sind auch in diesem letzten Falle alle Gegenleistungen über nichtstaatliche Stellen (nur zu Ihrer Unterrichtung: vor allem[7] kirchliche Stellen) gelaufen.

Das Motiv der Aktion ist ein rein humanitäres; irgendeine Art von Anerken-

[1] Es wurde berichtet, daß der „SED-Anwalt Kaul" über die Freilassung von politischen Häftlingen „mit dem ehemaligen Generalbundesanwalt und jetzigen Bundestagsabgeordneten Güde gesprochen habe. Die Bundesregierung habe daraufhin den Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen Mende mit der Wahrnehmung ihrer Interessen beauftragt. Mende habe die Bedingungen für die Häftlingsentlassungen mit Hilfe von Rechtsanwälten geklärt, die in Ost-Berlin vorstellig geworden seien. Für die Freilassung habe die Bundesregierung pro Häftling eine große Wertsumme zur Verfügung gestellt ... Es habe sich bei der Aktion um 800 Häftlinge gehandelt." Vgl. FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 234 vom 8. Oktober 1964, S. 3.

[2] Diese Zahl wurde von Staatssekretär Carstens handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „70".

[3] Diese Zahl wurde von Staatssekretär Carstens handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „700".

[4] Der Passus „der Bundesrepublik Deutschland ... geführt" wurde durch Streichungen und handschriftliche Einfügungen des Staatssekretärs Carstens anfänglich verändert, später aber wiederhergestellt. Der wieder gestrichene Passus lautete: „der Bundesrepublik Deutschland, sondern zwischen Ostberliner Anwälten und West-Berlin".

[5] Im Frühjahr 1963 vermittelte der Hamburger Zeitungsverleger Springer den Kontakt zwischen Bundesminister Barzel und Ost-Berliner Anwälten mit dem Ziel des Freikaufs von politischen Häftlingen aus der DDR. Die Verhandlungen führten im September 1963 zur Freilassung der ersten acht Häftlinge in die Bundesrepublik. Am 14. August 1964 erfolgte ein weiterer Transport von fünfzig Häftlingen, nachdem sich die Bundesrepublik und die DDR auf einen einheitlichen Betrag von 40000 DM pro Häftling – zahlbar in Form von Warenleistungen – geeinigt hatten. Vgl. dazu Rainer BARZEL, Es ist noch nicht zu spät, München 1976, S. 31–41; REHLINGER, Freikauf, S. 37–67; MENDE, Von Wende zu Wende, S. 139–142.

[6] An dieser Stelle wurde von Staatssekretär Carstens gestrichen: „nicht jedoch von strategisch wichtigen Waren".

[7] Die Worte „vor allem" wurden von Staatssekretär Carstens handschriftlich eingefügt.

nung des Zonenregimes oder eine sonstige Änderung unserer Politik gegenüber der SBZ[8] ist damit nicht verbunden.

Sie können von diesem Erlaß, außer von dem Klammerzusatz, gegenüber dortigen Stellen Gebrauch machen, wenn Sie dies für nützlich halten.[9]

Carstens[10]

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 425

286

Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit dem sowjetischen Botschafter Smirnow

Z A 5-120.A/64 VS-vertraulich **16. Oktober 1964**[1]

Der Herr Bundeskanzler empfing am 16. Oktober 1964 um 13.00 Uhr in seinen Amtsräumen im Bundeshaus den sowjetischen Botschafter Smirnow auf dessen Wunsch zu einem Gespräch.[2]

Botschafter *Smirnow* erklärte, er sei beauftragt, dem Herrn Bundeskanzler anläßlich der jüngsten Änderungen in der sowjetischen Partei- und Regierungsspitze folgendes mitzuteilen:

Dem Plenum des Zentralkomitees[3] der KPdSU habe auf seiner Sitzung am 14.10. ein Antrag des bisherigen Ministerpräsidenten Chruschtschow vorgelegen, ihn von seinen Partei- und Regierungsämtern seines schlechten Gesundheitszustandes und seines vorgeschrittenen Alters wegen zu entbinden. Das Plenum habe nach Prüfung des Antrags in seiner gestrigen Sitzung der Bitte Chruschtschows entsprochen und ihn von seinen Pflichten als Erster Sekretär der KPdSU, als Mitglied des Parteipräsidiums und als Ministerpräsident entbunden. Zum neuen Ersten Sekretär der KPdSU sei auf Beschluß des Ple-

[8] Zum Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik und der damit verbundenen Nichtanerkennungspolitik gegenüber der DDR vgl. auch Dok. 46, Anm. 15.

[9] Am 14. Oktober 1964 stoppte Staatssekretär Carstens die weitere Absendung des Runderlasses und übermittelte folgenden Runderlaß an die Auslandsvertretungen, an die der vorliegende Erlaß bereits abgegangen war: „Unter Abänderung meines gestrigen Erlasses Infex 4 bitte ich Sie, von den darin enthaltenen Informationen keinen Gebrauch zu machen. Auch die Bundesregierung wird jede Stellungnahme zu dem Komplex ablehnen." Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 425; B 150, Aktenkopien 1964.
Zum Freikauf politischer Häftlinge durch die Bundesrepublik vgl. weiter Dok. 300.

[10] Paraphe vom 13. Oktober 1964.

[1] Durchdruck.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Dolmetscher Richter am 16. Oktober 1964 gefertigt.
Hat Bundesminister Schröder vorgelegen.

[2] Vgl. dazu auch BULLETIN 1964, S. 1434.

[3] Dieses Wort wurde handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „Parteipräsidiums".

nums des Zentralkomitees[4] Leonid Breschnew ernannt worden. Zum neuen Ministerpräsidenten habe das Präsidium des Obersten Sowjets Alexej Kossygin ernannt.[5]

Er, der Botschafter, sei weiterhin beauftragt, im Namen der neuen sowjetischen Regierung zu erklären, daß diese die bisherige Generallinie der sowjetischen Außenpolitik konsequent weiterverfolgen werde. Die sowjetische Außenpolitik beruhe nach wie vor auf den folgenden Grundlagen:

- Festigung des Friedens,
- friedliche Koexistenz zwischen den Staaten mit verschiedener Gesellschaftsordnung,
- Weiterverfolgung der bisherigen Entspannungspolitik,
- das Bestreben, die akuten politischen Probleme zu lösen,
- die Bemühungen um eine vollständige Abrüstung,
- die Fortsetzung der Versuche, das Wettrüsten zu begrenzen,
- die Stärkung der Vereinten Nationen als Garant der Zusammenarbeit der Nationen, des Friedens und der Sicherheit,
- die Unterstützung aller Staaten bei der Wahrung ihrer Souveränität und Unabhängigkeit und
- die Fortsetzung der schon bestehenden Kontakte und freundschaftlichen Beziehungen zu anderen Ländern mit dem Ziele der Festigung des Vertrauens und der Zusammenarbeit.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, er habe dem neuen sowjetischen Ministerpräsidenten bereits telegrafisch seine Glückwünsche zur Ernennung ausgesprochen.

Der Herr Bundeskanzler gab weiter der Hoffnung Ausdruck, daß im Sinne des von der neuen Regierung verkündeten Wunsches, die bisherige sowjetische Politik fortzusetzen, auch bei der Besserung der deutsch-sowjetischen Beziehungen unabhängig von den noch offenen Streitfragen Fortschritte erzielt würden.

Der Herr *Botschafter* sagte, dies sei auch der Wunsch der sowjetischen Regierung.

Der Herr *Bundeskanzler* fragte, ob über die vom Botschafter abgegebene Erklärung hinaus in Kürze mit einer außenpolitischen Grundsatzerklärung der neuen sowjetischen Regierung zu rechnen sei.

[4] Dieses Wort wurde handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „Parteipräsidiums".

[5] Nikita Chruschtschow wurde auf der Plenartagung des Zentralkomitees der KPdSU vom 14. Oktober 1964 von seinem Amt als Erster Sekretär des ZK der KPdSU enthoben. Am 15. Oktober 1964 folgte seine Absetzung als sowjetischer Ministerpräsident. Seine Nachfolger wurden der ehemalige Vorsitzende des Präsidiums des Obersten Sowjet der UdSSR, Breschnew, bzw. der Erste Stellvertretende Vorsitzende des Ministerrats der UdSSR, Kossygin. Vgl. EUROPA-ARCHIV 1964, Z 225.
Am 15. Oktober 1964 berichtete Botschafter Groepper, Moskau, über ein Gerücht, wonach Ministerpräsident Chruschtschow am folgenden Tag „einmal wegen seiner Mißerfolge in der Landwirtschaft, dann aber auch wegen des Vorwurfs des Personenkults" seiner politischen Ämter enthoben werden solle. Mit Drahtbericht vom 16. Oktober 1964 meldete Groepper die Absetzung des sowjetischen Ministerpräsidenten. Vgl. Ministerbüro, VS-Bd. 10064; B 150, Aktenkopien 1964.
Zu den Umständen, die zum Sturz von Chruschtschow führten, vgl. auch Dok. 317. Vgl. dazu auch ADSHUBEJ, Gestürzte Hoffnung, S. 326–331.

Botschafter *Smirnow* erklärte, bisher seien stets zum sowjetischen Staatsfeiertag am 7. November Erklärungen zu den Grundsätzen der sowjetischen Außen- und Innenpolitik[6] abgegeben worden. Er nehme an, daß das auch diesmal der Fall sein werde, und er könne sich denken, daß der neue Ministerpräsident Kossygin selbst die große politische Rede[7] halten werde.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte abschließend, falls die Sowjetunion die[8] bisherige Politik weiterverfolge, so bleibe es bei der seinerzeit gemeinsam getroffenen Feststellung, daß ein Gespräch zwischen den Regierungschefs nützlich sein könne.[9] Der Regierungswechsel in der Sowjetunion sei für die Bundesregierung kein Grund, auf dieses Gespräch zu verzichten.[10]

Botschafter *Smirnow* sagte[11], aus dem in der Erklärung der sowjetischen Regierung ausdrücklich ausgesprochenen Wunsch nach Fortsetzung der bestehenden Kontakte sei zu entnehmen, daß die sowjetische Regierung ihre Politik auch in dieser Hinsicht fortzusetzen gedenke.[12]

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 428

287

Staatssekretär Lahr an Botschafter Klaiber, Paris

St.S. 1256/64 **17. Oktober 1964**[1]

Betr.: Getreidepreis in der EWG

Lieber Herr Klaiber!

Herr Grewe spricht in seinem Fernschreiben Nr. 1401 vom 16. Oktober[2], von dem Sie einen Durchdruck erhalten haben, von einer Befürchtung Jean Monnets, aus dem zeitlichen Zusammentreffen einer Entscheidung über das MLF-Projekt und einem Fehlschlag in den Bemühungen um die Festsetzung des ge-

6 Der Passus „sowjetischen Außen- und Innenpolitik" ging auf Streichungen und handschriftliche Einfügungen zurück. Vorher lautete er: „sowjetischen Politik".

7 Die Rede hielt der Erste Sekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, am 6. November 1964. Vgl. dazu Dok. 344, Anm. 34, 35 und 37.

8 Dieses Wort wurde handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „ihre".

9 Der Passus „daß ein ... sein könne" ging auf Streichungen und handschriftliche Einfügungen zurück. Vorher lautete er: „von der Nützlichkeit eines Gesprächs zwischen den Regierungschefs".

10 Zum geplanten Besuch des sowjetischen Ministerpräsidenten Chruschtschow in der Bundesrepublik vgl. zuletzt Dok. 259.
Zur Bereitschaft, den neuen sowjetischen Ministerpräsidenten in Bonn zu empfangen, vgl. Dok. 310.

11 An dieser Stelle wurde gestrichen: „ausweichend".

12 Vgl. dazu weiter Dok. 291.

1 Privatdienstschreiben.
Durchschlag als Konzept.

2 Für den Drahtbericht des Botschafters Grewe, Paris (NATO), vgl. Abteilung II (II 7), VS-Bd. 1365; B 150, Aktenkopien 1964.

meinsamen Getreidepreises[3] könne sich eine feindselige Reaktion General de Gaulles ergeben. Ich möchte mich nicht zu mutmaßlichen Reaktionen de Gaulles in der MLF-Frage äußern und mich auf drei Bemerkungen zur Getreidepreisfrage beschränken.

Am Tage der Einweihung des Mosel-Schiffahrtsweges[4] wurde ich während der gemeinsamen Dampferfahrt zu einem Gespräch mit dem General gebeten, das unter vier Augen stattfand und etwa eine Viertelstunde dauerte. Der General kam hierbei auf Fragen der Kennedy-Runde und des Gemeinsamen Marktes zu sprechen, wobei er mir die Frage stellte, wann die Bundesregierung glaube, sich verbindlich zur Frage der Höhe des Getreidepreises äußern zu können. Ich sagte ihm, daß wir in dieser Frage vor sehr großen innerpolitischen Schwierigkeiten stünden, aber uns auch unserer Verpflichtungen gegenüber der Gemeinschaft und in bezug auf die Kennedy-Runde bewußt seien. Hierauf bemerkte der General zu meiner nicht geringen Überraschung, er verstehe es sehr wohl, daß der Bundeskanzler sich scheue, vor den Bundestagswahlen[5] in dieser Frage eine Entscheidung zu treffen, und Frankreich werde ihn infolgedessen nicht unangemessen drängen. Ich wies darauf hin, daß dies aber offensichtlich nicht die Meinung von Herrn Pisani sei, denn dessen Verhalten in Brüssel lasse nur den umgekehrten Schluß zu.[6] Hierauf wiederholte der General in sehr prononcierter Form: „mais je vous dis, la France n'est pas pressée".

Inzwischen sind die Beratungen im Brüsseler Agrarministerrat weitergegangen, und hierbei hat sich gezeigt, daß keineswegs nur auf deutscher Seite Hemmungen bestehen, die Vorschläge der Kommission[7] jetzt zu akzeptieren. Die Frage der Ausgleichszahlungen[8], die Frage des Verhältnisses zwischen Weizenpreis und Roggenpreis[9] und viele andere Fragen sind völlig offen. Auf Anregung des deutschen Präsidenten des Agrarministerrats, Staatssekretär Hüttebräuker, wird an einer Zusammenstellung der offenen Punkte, die die Grundlage der weiteren Erörterungen bilden soll, gearbeitet. Diese läßt mit einiger Sicherheit erwarten, daß der Gemeinschaft noch mannigfaltige Auseinandersetzungen bevorstehen und diese keineswegs nur durch die deutsche Delegation verursacht sind.

Bis vor kurzer Zeit war anzunehmen, daß die Gemeinschaft in der sogenannten Kennedy-Runde demnächst mit der Frage des Getreidepreises konfrontiert würde. Da wir es nicht auf uns hätten sitzen lassen wollen, die Kennedy-

3 Zur Regelung des Getreidepreises innerhalb der EWG vgl. zuletzt Dok. 273.

4 Zur Einweihung des Mosel-Kanals am 26. Mai 1964 vgl. auch Dok. 141.

5 Die Bundestagswahlen fanden am 19. September 1965 statt.

6 Der französische Landwirtschaftsminister Pisani trat auf der Tagung des EWG-Ministerrats am 21. und 22. September 1964 mit Nachdruck dafür ein, daß an dem vom EWG-Ministerrat vorgesehenen Termin des 15. Dezember 1964 für eine Entscheidung über den gemeinsamen Getreidepreis festgehalten werden müsse. Vgl. dazu das Dokumentationsblatt des Rates der EWG vom 7. Oktober 1964; Referat I A 2, Bd. 952.

7 Zum Vorschlag der EWG-Kommission vom 4. November 1963 betreffend die Verwirklichung eines gemeinsamen Getreidepreises („Mansholt-Plan") sowie zu den ergänzenden Vorschlägen vom 12. Mai 1964 („revidierter Mansholt-Plan") vgl. Dok. 272, Anm. 12.

8 Vgl. dazu Dok. 272, Anm. 13 und 15.

9 Während die Kommission mit Rücksicht auf die Bundesrepublik an einem höheren Roggenpreis festhielt, forderte Italien einen niedrigeren Getreidepreis. Vgl. dazu auch Dok. 272.

Runde in eine Krise oder gar zum Scheitern zu führen, hätte sich die Bundesregierung von dieser Seite einem starken Druck ausgesetzt sehen können. Inzwischen haben jedoch die Amerikaner, auf die es hierbei in Genf besonders ankommt, zu wiederholten Malen erklärt, daß sie es mit der Erörterung des Getreidepreises in der Kennedy-Runde keineswegs eilig hätten, sondern hiermit sehr wohl bis Ende 1965 warten könnten.[10]

Ich glaube, diese Hinweise sind für Sie von Interesse. Die Aussichten, daß wir intern zu einer Klärung der Getreidepreisfrage bis Jahresende gelangen, werden immer geringer. Der innenpolitische Druck auf den Bundeskanzler[11], dies nicht zu tun, wird immer größer, der von außen kommende Druck, es doch zu tun, hat sich verringert. Ich glaube also nicht, daß wir am 15. Dezember – zu dem nach einem früheren Ratsbeschluß[12] die Diskussion in Brüssel wieder aufgenommen werden soll – mit neuen Instruktionen antreten werden. Es wird dann nicht an Versuchen fehlen, uns den Schwarzen Peter zuzuschieben – das kündigt sich schon heute an –, aber dem sollten wir vorbeugen, indem wir auf die drei vorerwähnten Tatsachen hinweisen.[13]

Mit freundlichen Grüßen

Ihr Lahr[14]

Büro Staatssekretär, Bd. 405

[10] Zur amerikanischen Haltung in der Getreidepreisfrage vgl. Dok. 307.

[11] Zu den innenpolitischen Schwierigkeiten der Bundesregierung hinsichtlich der Regelung des gemeinsamen Getreidepreises vgl. Dok. 272, besonders Anm. 4.

[12] Zum Beschluß des EWG-Ministerrats vom 2. Juni 1964 vgl. Dok. 153, Anm. 24.

[13] Zur Regelung des Getreidepreises vgl. weiter Dok. 301.

[14] Paraphe vom 17. Oktober 1964.

288

Staatssekretär Carstens an Botschafter Grewe, Paris (NATO)

St.S. 1900/64 VS-vertraulich **Aufgabe: 19. Oktober 1964, 09.51 Uhr**
Fernschreiben Nr. 1183
Citissime mit Vorrang

Für Botschafter Grewe

Betr.: Europäisierungsklausel MLF[1]

1) Bundesminister von Hassel hat am 17. Oktober 1964 einer Klausel widersprochen, die sich bereits auf Vorstufen der Europäischen Politischen Union (erste Schritte dazu) bezieht. Auch mich stört an unserer bisherigen Formel, daß sie durch die Unterscheidung zwischen Politischer Union und Schritten dazu sehr kompliziert wird.[2] Hinzu kommt, daß niemand weiß, was unter einer europäischen politischen Union genau zu verstehen ist. Ich übermittle Ihnen daher nachstehend einen neuen Vorschlag, den die Abteilungen des Hauses noch nicht geprüft haben.

2) „Sollten alle oder einige der europäischen Partnerstaaten der MLF unter sich oder mit anderen europäischen Partnerstaaten der NATO eine engere europäische politische Verbindung herstellen, welche auch das Gebiet der Verteidigung umfaßt, so soll die MLF-Charter auf Antrag eines Partnerstaates dieser Charter mit dem Ziel revidiert werden, sie der veränderten Lage anzupassen.

Dabei kann auf Auftrag der europäischen Partnerstaaten, die sowohl dieser Charter wie auch der europäischen Verbindung angehören, vorgesehen werden, daß die in Betracht kommenden Organe der europäischen Verbindung die nach diesem Vertrag den genannten Partnerstaaten zustehenden Befugnisse übernehmen können."

3) Im Hinblick auf mein bevorstehendes Gespräch mit Couve[3] bitte ich um Ihre Stellungnahme zu diesem Entwurf bis Mittwoch.[4]

[gez.] Carstens

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 432

[1] Vgl. dazu Dok. 271 und zuletzt Dok. 284, Anm. 7.

[2] Zu den Vorschlägen für eine Europäisierungsklausel vgl. Dok. 23, Anm. 11 und 12.
Der Vorschlag der Bundesrepublik vom 24. August 1964 wurde den Delegationen Italiens und der Niederlande als Kompromiß übermittelt: „The Signatory States shall (also) review the terms of the present Charter and, if necessary, consider to adjust the present Charter to the new circumstances in the event of 1. the creation of a European political organisation having authority in the field of defense, particularly in the case of Signatory States declaring their intention to transform their national participation in the MLF into joint participation." Vgl. die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Luedde-Neurath vom 9. Oktober 1964; Abteilung II (II 7), VS-Bd. 1369; B 150, Aktenkopien 1964.

[3] Vgl. das Gespräch vom 24. Oktober 1964; Dok. 296.

[4] Am 20. Oktober 1964 bezeichnete Botschafter Grewe, Paris (NATO), den von Staatssekretär Carstens übermittelten Vorschlag einer Europäisierungsklausel als den bisher „einfachsten und besten". Der Entwurf entspräche „weitgehend der letzten italienischen Formel, ... vereinfacht und

289

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Pauls

III A 4-81.SR/4-92.19-132/64 streng geheim **21. Oktober 1964**[1]

Betr.: Sonderprojekt der Ausrüstungshilfe „Frank./Kol."[2]

Bezug: Handschriftliche Vermerke der Herren Staatssekretäre I und II auf Aufzeichnung D III i.V. vom 19. Oktober[3] und auf Drahtbericht der Botschaft Beirut Nr. 120 vom 16. Oktober[4]

I. Weisungsgemäß wurde die Angelegenheit heute im BMVtg mit Brigadegeneral Mühllener und Oberstleutnant Dr. Acker besprochen. Sie empfahlen nach Rücksprache mit dem Vertreter des St.S., MD Dr. Knieper, die Nachricht „hart zu dementieren"[5]. Das entspricht unserem bisherigen Ver-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1163

verbessert aber besonders deren 2. Absatz. Der dort zum Ausdruck gebrachte italienische Gedanke, daß die zu verhandelnden Modifikationen eine volle Partnerschaft zwischen den Vereinigten Staaten und der europäischen Union schaffen sollten, würde besser in die Präambel passen. Ich würde allerdings raten, in diesem Punkte flexibel zu bleiben, da die Erwähnung des Partnerschaftsgedankens sowohl für die Italiener wie auch für die Holländer wie schließlich auch für die hinter Monnet stehenden europäischen Kreise sehr attraktiv ist." Demgegenüber prognostizierte Grewe, daß nicht zuletzt die USA jeden Entwurf, der „automatisch für den Fall der Bildung einer europäischen Union gewisse Konsequenzen für die MLF vorweg" nähme, ablehnen würden. Es sei und bleibe aber „der wichtigste Zweck der Europäisierungsklausel ..., die Türen zu möglichst vielen Entwicklungsrichtungen offen zu halten". Vgl. Abteilung II (II 7), VS-Bd. 1369; B 150, Aktenkopien 1964.
Zur Europäisierungsklausel vgl. weiter Dok. 330.

[1] Die Aufzeichnung wurde von Legationsrat I. Klasse Middelmann konzipiert.

[2] Zur Ausrüstungshilfe für Israel, die unter dem Decknamen „Frank[reich]/Kol[onien]" lief, vgl. auch Dok. 164.

[3] Ministerialdirigent Graf von Hardenberg hielt am 19. Oktober 1964 fest: „Weder das Referat III A 4 noch D III und der Unterzeichnete wissen etwas von der in Frage stehenden Lieferung von 200 Flakgeschützen an Israel. Da es sich bei anderer Gelegenheit gezeigt hat, daß das Bundesverteidigungsministerium auf Referats- oder Abteilungsleiterebene keine Auskunft über Rüstungslieferungen nach Israel gibt, hält es die Abteilung III auch in diesem Fall nicht für erfolgversprechend, im Bundesverteidigungsministerium Erkundigungen einzuziehen." Mit handschriftlichem Vermerk vom 20. Oktober 1964 wies Staatssekretär Carstens Legationsrat I. Klasse Middelmann an, die Angelegenheit im Bundesverteidigungsministerium zu besprechen. Vgl. Abteilung III (III A 4), VS-Bd. 230; B 150, Aktenkopien 1964.

[4] Am 16. Oktober 1964 berichtete Botschafter Munzel, Beirut, über ein Gespräch mit einem libanesischen Journalisten, der ihm mitgeteilt habe, er wisse seit August 1964, „daß die Bundesrepublik 200 Luftabwehrkanonen an Israel liefern werde". Für den Fall einer Veröffentlichung dieser Meldung befürchtete Munzel einen „unübersehbaren Sturm der Entrüstung", der die Stellung der Bundesrepublik „im Libanon erheblich gefährden und zweifellos der ostzonalen Handelsvertretung Sympathien einbringen würde". Vgl. Abteilung III (III A 4), VS-Bd. 259; B 150, Aktenkopien 1964.

[5] Bereits am 9. Juli 1964 vermerkte Legationsrat I. Klasse Middelmann, Militärattaché Kriebel sei vom Bundesministerium der Verteidigung angewiesen worden, die Meldungen über deutsche Militärhilfe an Israel „hart zu dementieren". Vgl. Abteilung III (III A 4), VS-Bd. 259; B 150, Aktenkopien 1964.
Mit Drahterlaß vom 23. Oktober 1964 ermächtigte Ministerialdirigent Graf von Hardenberg die Botschaft in Beirut, „die behaupteten Waffenlieferungen uneingeschränkt zu dementieren". Vgl. Abteilung III (III A 4), VS-Bd. 259; B 150, Aktenkopien 1964.

halten in früheren Fällen (Anfragen aus Kairo und hiesiger Britischer Botschaft)[6] und ist auch die Haltung, die mit dem parlamentarischen Sondergremium[7] abgesprochen wurde.

II. Aus diesem und früheren mit dem BMVtg und dem BMF geführten Gesprächen ergibt sich folgendes – allerdings nicht an Hand von Akten überprüftes – Bild von Art und Umfang des „Projektes Frank./Kol.":

1) Das Projekt ist – mit der Wertangabe von 240 Mio. DM – auf Vorschlag des damaligen Herrn Bundesverteidigungsministers[8] durch den damaligen Herrn Bundeskanzler[9] im August 1962 genehmigt und mit den Herren Fraktionsvorsitzenden des Bundestages[10] im Dezember 1962 erörtert worden. Es war Gegenstand einer ausführlichen Darstellung in einer Besprechung zwischen dem Herrn Bundesverteidigungsminister und dem Herrn Bundesminister des Auswärtigen Mitte 1964, an der Herr Staatssekretär I[11] teilnahm.[12] Die vom Auswärtigen Amt von Anfang an geäußerten und bis heute aufrechterhaltenen Bedenken[13] sind im Kabinett überstimmt worden. Der jetzige Herr Bundeskanzler[14] hat der Aufstockung durch die Lieferung von 150 Panzern nordamerikanischen Typs zugestimmt. Das Projekt ist zuletzt im Frühjahr 1964 auch mit dem USA-Verteidigungsminister McNamara erörtert worden.[15]

2) Der Gesamtwert unserer Lieferungen beläuft sich auf etwa 270 Mio. DM, genehmigt sind bisher aber nur 240 Mio. DM. Davon werden bis Ende 1964

6 Am 29. Mai 1964 bat der britische Botschaftssekretär Newington um Aufschluß über ihm vorliegende Informationen, wonach die Bundesrepublik Waffen im Wert von 240 Mio. DM nach Israel liefere. Vgl. die Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Middelmann vom 2. Juni 1964; Abteilung III (III A 4), VS-Bd. 259; B 150, Aktenkopien 1964.
Am 3. Juni 1964 teilte Militärattaché Kriebel, Kairo, mit, daß der ägyptischen Regierung Nachrichten über „bedeutende deutsche Rüstungsgeschenke an Israel" vorlägen. Kriebel bat um eine Sprachregelung, „die besonders auf engen Zusammenhang mit Problem deutscher Techniker und Experten in der VAR Bedacht nehmen sollte". Vgl. Abteilung III (III A 4), VS-Bd. 259; B 150, Aktenkopien 1964. Vgl. dazu auch Dok. 164, Anm. 8.
Am 2. Juli 1964 entschied Staatssekretär Carstens, daß der britischen Botschaft „nichts Näheres" auf ihre Anfrage mitzuteilen sei. Vgl. den handschriftlichen Vermerk vom 2. Juli 1964 auf der Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Pauls vom 30. Juni 1964; Abteilung III (III A 4), VS-Bd. 259; B 150, Aktenkopien 1964.

7 Das „parlamentarische Sondergremium", das über Ausrüstungshilfe laufend unterrichtet wurde, setzte sich aus folgenden Abgeordneten zusammen: Thomas Dehler, Hans Georg Emde, Klaus Freiherr von Mühlen (alle FDP); Richard Jaeger (CSU); Georg Kliesing, Albert Leicht (beide CDU); Karl Mommer, Friedrich Schäfer, Hans-Jürgen Wischnewski (alle SPD).

8 Franz Josef Strauß.

9 Konrad Adenauer.

10 Heinrich von Brentano (CDU), Erich Ollenhauer (SPD) und Erich Mende (FDP).

11 Karl Carstens.

12 Am 7. Juli 1964 befaßte sich der Bundesverteidigungsrat ausführlich mit dem Projekt „Frank./Kol.". Bundesminister von Hassel „äußerte sich besorgt über die vom B[undes]M[inister der]F[inanzen] angehaltene Ausrüstungshilfe ... für die ‚französischen Kolonien' und bat um Freigabe der hierfür benötigten Mittel". Vgl. Abteilung III (III A 4), VS-Bd. 235; B 150, Aktenkopien 1964.

13 Vgl. dazu im einzelnen die Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens vom 4. Januar 1965; AAPD 1965.

14 Ludwig Erhard.

15 Zum Aufenthalt des amerikanischen Verteidigungsministers vom 9. bis 11. Mai 1964 in der Bundesrepublik vgl. auch Dok. 125.

Geräte aus Bundeswehrbeständen im Wert von rund 100 Mio. DM geliefert sein, ebensoviel sollen im Jahre 1965 in dritten Ländern gekauft werden; der Rest dürfte erst 1966 zu liefern sein (Jaguar-Boote). Als Ausgaben sind 1963 erst etwa 40 Mio. DM verbucht, im laufenden Jahre sind Verbuchungen von 60 Mio. DM vorgesehen, der Rest wird den Haushaltsansatz für Ausrüstungshilfe (Einzelplan 1402/964) der Jahre ab 1965 belasten.[16]

3) Die vorgesehenen Lieferungen – nur die wichtigsten sind bekannt – umfassen folgende Geräte:

a) aus deutschen Beständen oder deutscher Herstellung:

114	Flugzeugabwehrgeschütze „40 mm-L 70 mit Fledermaus-Feuerleitgerät" zur Ausrüstung von 2 Bataillonen (zum größten Teil bereits geliefert)	38 Mio. DM
24	Hubschrauber „Typ Sikorsky"	36 Mio. DM
12	Transportflugzeuge „Noratlas"	26 Mio. DM
250	Panzerabwehr-Raketen „Cobra" mit 1000 Schuß Munition	
1200	Fallschirme	
100	Krankenkraftwagen	
6	Schnellboote „Jaguar"	48 Mio. DM
4	Flugzeuge „Do 28"	2 Mio. DM

b) aus nordamerikanischen Beständen oder nordamerikanischer Herstellung:

2	Unterseeboote zu 350 t	?
150	Panzer M 48 A 1	30 Mio. DM

c) Außerdem wurden 10 Düsenflugzeuge „Fougamagister" gegen Zahlung zu Schulungszwecken zur Verfügung gestellt und eine noch nicht genannte Zahl Piloten und sonstiges Flugpersonal aus Israel bei der Bundeswehr ausgebildet.[17]

III. Die Flugzeugabwehrgeschütze sind schwedisches Fabrikat, die Unterseeboote werden aus Großbritannien bezogen. Von den Panzern werden 100 Stück zunächst in Italien überholt, 50 Stück zu Übungszwecken sofort direkt – wahrscheinlich über den Hafen Rotterdam – geliefert und später zur Überholung nach Italien geschickt. Bei allen Waffen und Waffenteilen sind – nach Angaben des BMVtg – alle Hinweise auf deutsche Herkunft entfernt worden. Bei den Geräten aus deutscher Produktion handelt es sich um Typen, die auch

[16] Bundesminister Dahlgrün lehnte am 24. Juni 1964 die politische und haushaltsrechtliche Verantwortung für das Vorhaben „Frankreich/Kol" ab, da er „nicht im einzelnen unterrichtet" sei. Vgl. Abteilung III (III A 4), VS-Bd. 235; B 150, Aktenkopien 1964.
Am 15. Dezember 1964 hielt Ministerialdirektor Sachs fest: „Bei der geplanten Einstellung der Waffenlieferungen in den Nahen Osten müßte ein Kabinettsbeschluß erreicht werden, daß alle bisher im Rahmen des Sonderprojektes ‚Frank./Kol.' vorgesehenen Zahlungen auf den Haushaltsplan des Finanzministeriums übernommen werden. Das würde zu einer beträchtlichen Entlastung des Haushaltstitels ‚Ausrüstungshilfe' des Bundesministeriums der Verteidigung führen und den benötigten Manövrierfonds schon für das kommende Haushaltsjahr sicherstellen." Vgl. Abteilung III (III A 4), VS-Bd. 235; B 150, Aktenkopien 1964.

[17] Zur Ausbildung israelischer Soldaten in der Bundesrepublik vgl. bereits Dok. 54, Anm. 5. Vgl. auch AAPD 1963, II, Dok. 199 und Dok. 202.

an zahlreiche andere Länder geliefert oder schon in anderen Ländern nachgebaut werden.

Hiermit dem Herrn Staatssekretär[18] mit der Bitte um Kenntnisnahme vorgelegt.

Pauls

Abteilung III (III A 4), VS-Bd. 230

290

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Frank

Pl 17/64 streng geheim **21. Oktober 1964**

Betr.: Probleme der Verteidigung

Die Nuklearmächte, die Mitglieder der NATO sind, haben die Tendenz, die wichtigen strategischen Entscheidungen wieder mehr in ihre nationale Entscheidungsbefugnis zu bekommen. Da eine gemeinsame politische Konzeption der NATO fehlt, ergreift der nationale Trend auch die nichtatomaren Mitgliedstaaten der NATO. Die Probleme der Verteidigung werden mehr und mehr unter nationalen Gesichtspunkten gesehen, statt wie bisher unter den Gesichtspunkten der Allianz.

Die nuklear-strategischen Konzeptionen der USA, Großbritanniens und Frankreichs haben vor allem dazu beigetragen, die militärische Integration der NATO zu stoppen und bei den nicht-nuklearen Mitgliedern Zweifel entstehen zu lassen, ob sie im Ernstfall wirklich verteidigt sind.

Die Bundesrepublik Deutschland wird von einer solchen Entwicklung stark in Mitleidenschaft gezogen, weil sie

a) ihre ganze Armee in die NATO integriert hat (keine deutschen operativen Stäbe oberhalb der Divisionen);

[18] Hat Staatssekretär Lahr am 23. Oktober 1964 vorgelegen.
Hat Staatssekretär Carstens am 26. Oktober 1964 vorgelegen, der handschriftlich verfügte: „1) Hier verschlossen z[u] d[en] A[kten]. 2) Auch [Abteilung] III soll die Vorgänge verschlossen z[u] d[en] A[kten] nehmen."
Hat Lahr am 3. Dezember 1964 erneut vorgelegen, der handschriftlich für Ministerialdirektor Sachs vermerkte: „1. Ist unentgeltliche Lieferung vereinbart? 2. Beinhaltet der Betrag von 270 Mio. auch die von B[undes]K[anzler] Erhard genehmigte Panzerlieferung?" Dazu hielt Sachs am 8. Dezember 1964 handschriftlich fest: „Zu 1: Ja, für alles. Zu 2: Im Gesamtwert von DM 270 Mio. (Ziffer II 2) l[au]t Angabe von General Mühllener enthalten."
Hat Lahr am 11. Dezember 1964 vorgelegen, der handschriftlich die Weiterleitung an Carstens verfügte. Carstens vermerkte dazu am 17. Dezember 1964 handschriftlich für Lahr: „Die Auskunft ist m[eines] E[rachtens] irreführend. Denn die Panzer werden ja vom Empfänger bezahlt. Der Betrag von 270 Mio. umfaßt offensichtlich die deutschen finanziellen Leistungen."
Vgl. weiter Dok. 396.

b) geographisch am stärksten exponiert ist;
c) nicht absolut glaubhaft in die Abschreckung der westlichen Abschrekkungs-Nuklearstreitmächte einbezogen ist.

Die Nuklearmächte sehen sich dem Dilemma gegenüber, ihrerseits die nukleare Abschreckung glaubhaft zu machen und andererseits es nicht zu einem nuklearen Einsatz kommen zu lassen, der die Selbstvernichtung bedeutet.

Die Androhung der massiven Vergeltung durch die USA schreckt relativ wenig ab, weil ihre tatsächliche Ausführung sofort zur gegenseitigen Vernichtung der USA und der SU führen würde.[1] Die Abschreckung durch die Androhung der „flexible response" ist relativ größer, weil die Wahrscheinlichkeit der Ausführung größer ist; die beiden Nuklearmächte (USA und Sowjetunion) können nämlich im Zeichen der „flexible response" Atomwaffen einsetzen, ohne sich selbst direkt „weh zu tun". Das Konzept der „flexible response" möchte den nuklearen Schlagwechsel örtlich und zeitlich so begrenzen, daß das nationale Territorium der USA und der SU unberührt bleibt.

Europa hat bei der Anwendung beider Konzeptionen mit der Zerstörung zu rechnen, einmal als Geisel der sowjetischen MRBM[2], zum anderen als Schlachtfeld der sich langsam (oder schnell) „hochschaukelnden" Eskalation.

Im Falle eines sowjetischen Angriffs mit konventionellen Mitteln gegen Westeuropa wissen wir nicht, wann und unter welchen Umständen von den Amerikanern (oder/und Franzosen und Engländern) Nuklearwaffen eingesetzt werden, d. h., wir wissen nicht, wie hoch die Atomschwelle liegt. Die Vorstellungen des Bundesministeriums der Verteidigung laufen daher darauf hinaus, die Amerikaner zur sofortigen Freigabe der nuklearen Gefechtsfeldwaffen und im Falle ihres erfolglosen Einsatzes zum sofortigen strategischen nuklearen Schlag gegen das sowjetische Hinterland zu bewegen.

Eine derartige Konzeption vermag aber das grundlegende Dilemma nicht zu beseitigen, denn auch dieser strategische Schlag (nach erfolglosem Einsatz von nuklearen Gefechtsfeldwaffen) löst u. U. die strategische Vergeltung des Gegners aus. Was man gegen die massive Vergeltung ins Feld führen kann, gilt auch für den vom Bundesministerium für Verteidigung geforderten strategischen Nuklearschlag der sog. dritten Stufe.

Wenn also massive Vergeltung (Selbstvernichtung der Amerikaner und Russen) und „flexible response" (Zerstörung Europas) keine adäquaten Konzeptionen zur Verteidigung Europas sind, welches sind dann die gültigen Alternativen? Die massive Vergeltung (oder der selektive strategische Vergeltungsschlag) werden glaubhaft und damit wirksame Abschreckung, wenn sie als Maßnahme der *nationalen Notwehr* angedroht werden, die die Selbstvernichtung gegebenenfalls in Kauf nimmt.

[1] Zur Umstellung des strategischen Konzepts der NATO von der „massive retaliation" zur „flexible response" vgl. Dok. 14, Anm. 34. Vgl. auch Dok. 269.

[2] Zur Bedrohung Westeuropas durch sowjetische Mittelstreckenraketen und zur Forderung von SACEUR, der NATO entsprechende Systeme zur Verfügung zu stellen, vgl. Dok. 14, Anm. 39, und Dok. 149.

Da eine nationale Abschreckungs-Streitmacht für die Bundesrepublik Deutschland aus den bekannten Gründen nicht in Frage kommt[3], muß die Bundesrepublik darauf bedacht sein, auf glaubhafte Weise in die Abschrekkung der bestehenden westlichen Nuklearpotentiale einbezogen zu werden. Dies kann in zuverlässiger und auch für den Gegner plausibler Weise nur durch eine Mitverfügung über einen ausreichenden Teil des bestehenden westlichen Abschreckungspotentials erreicht werden. Nur auf diese Weise wird die Bundesrepublik instand gesetzt, die nukleare strategische Vergeltung als Instrument der nationalen Notwehr einzusetzen und den Gegner entsprechend abzuschrecken.

Sollte es zur Bildung einer europäischen Union mit Souveränitätsverzichten auf dem Gebiet der Verteidigung kommen, so würde auch dort die Mitverfügung verwirklicht sein.[4]

Wenn die zentrifugalen Tendenzen in der NATO überwunden werden sollen, muß das Problem der nuklearen Mitverfügung nichtnuklearer Allianzpartner, d.h. allgemein das Verhältnis von nichtnuklearen und nuklearen Allianzpartnern, in den Mittelpunkt der Erörterungen gerückt werden. Die Mitverfügung nichtnuklearer Partner am westlichen nuklearen Abschreckungspotential bringt die Geschlossenheit der Allianz zurück. Die Geschlossenheit der Allianz schreckt den Gegner wieder stärker ab, bedeutet daher erhöhte Sicherheit für die Allianzpartner und vermindertes Risiko eines nuklearen Alleingangs seitens eines Partners.

Die Probleme der nuklearen Mitverfügung in der Allianz sind m.E. technisch lösbar.

Hiermit dem Herrn Leiter des Planungsstabs[5] vorgelegt.

Frank

Planungsstab, VS-Bd. 10422

[3] Zum Verzicht der Bundesrepublik auf die Herstellung von atomaren, biologischen und chemischen Waffen vgl. Dok. 27, Anm. 27.

[4] Zu den Bemühungen um eine europäische politische Union vgl. zuletzt Dok. 268.

[5] Hat Ministerialdirektor Müller-Roschach am 21. Oktober 1964 vorgelegen.

291

Botschafter Groepper, Moskau, an das Auswärtige Amt

Z B 6-1/8098/64 geheim
Fernschreiben Nr. 902
Citissime

Aufgabe: 21. Oktober 1964, 13.57 Uhr[1]
Ankunft: 21. Oktober 1964, 13.50 Uhr

Betr.: Führungswechsel im Kreml und Deutschland-Frage[2]

Am Schluß meines Drahtberichts Nr. 878 vom 16.10.[3] hatte ich gesagt, daß sich der künftige Kurs der sowjetischen Deutschlandpolitik heute noch nicht vorhersagen lasse, wir jedoch nach meiner Überzeugung einen in der Sache unnachgiebigeren Gegner als Chruschtschow schwerlich bekommen könnten. Hierzu bemerke ich unter gleichzeitiger Auswertung inzwischen bekannt gewordener Äußerungen von sowjetischer und dritter Seite ergänzend folgendes:

Gegenüber der im Westen und namentlich in der Bundesrepublik Deutschland immer wieder gehörten Ansicht, Chruschtschows Absetzung sei vom deutschen Standpunkt aus bedauerlich, da er letztlich doch eine versöhnliche Linie uns gegenüber vertreten habe, sowie dem damit im Grunde parallel liegenden Gedanken, Chruschtschow sei nicht zuletzt wegen einer befürchteten „weicheren" Haltung in der Deutschland-Frage gestürzt worden, scheint es mir notwendig zu sein, nachdrücklich auf folgendes hinzuweisen:

1) Die unversöhnliche, harte Linie, die die Sowjets insbesondere seit 1955 in zunehmendem Maße uns gegenüber in der Deutschland-Frage vertreten haben, geht nach meiner festen Überzeugung wesentlich auf Chruschtschow selbst zurück. Bis zur Genfer Konferenz im Juli 1955 bestand zwischen Ost und West grundsätzlich Einvernehmen darüber, daß die Deutschland- und die Sicherheitsfrage eng miteinander gekoppelt seien[4], und zwar erstere im Sinne der Wiedervereinigung Deutschlands auf der Grundlage freier Wahlen (wobei es eine andere Frage ist, von welchen Vorstellungen die Sowjets in Wirklichkeit oder tatsächlich bei solchen „freien Wahlen" ausgingen); formal ging der Meinungsstreit zwischen Ost und West im wesentlichen nur um die Prioritätenfrage zwischen Wiedervereinigung und Sicherheit. Seit Sommer 1955 hat sich dann jedoch eine entscheidende Wende in der sowjetischen Deutschlandpolitik abgezeichnet und mit dem immer deutlicher zutage getretenen Ziel, die

[1] Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Simon am 22. Oktober 1964 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Schröder verfügte.

[2] Zum Führungswechsel in der UdSSR vom 14./15. Oktober 1964 vgl. Dok. 286, besonders Anm. 5. Vgl. auch Dok. 317.

[3] Zum Drahtbericht des Botschafters Groepper, Moskau, vom 16. Oktober 1964 vgl. bereits Dok. 286, Anm. 5.

[4] Auf der Genfer Konferenz vom 17. bis 23. Juli 1955 forderten die Regierungschefs der Vier Mächte eine „enge Verbindung zwischen der Wiedervereinigung Deutschlands und dem Problem der europäischen Sicherheit". Zudem bekräftigten sie ihre „gemeinsame Verantwortung für die Regelung des deutschen Problems und der Wiedervereinigung Deutschlands mittels freier Wahlen". Vgl. DzD III/1, S. 218.

Teilung Deutschlands in zwei oder richtiger gesagt drei „selbständige Staaten"[5] zu fixieren und zu konsolidieren und gleichzeitig die größtmöglichen Garantien dafür zu erhalten, daß diese Situation später nicht wieder durch den angeblichen deutschen „Revanchismus" in Frage gestellt werden könne. Unter diesem Aspekt ist m.E. unter den politischen Initiativen der Sowjetregierung im Jahre 1955 vor allem a) der Vorschlag auf Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der Bundesrepublik Deutschland[6], b) der auf der Genfer Konferenz von Bulganin vorgebrachte Vorschlag eines Nichtangriffspakts zwischen NATO und Warschauer Pakt[7] und c) die Erklärung Chruschtschows auf dem Tempelhofer Flugplatz im Juli 1955, eine mechanische Wiedervereinigung Deutschlands könne wegen der in entgegengesetzter Richtung verlaufenden Entwicklung der „beiden deutschen Staaten" nicht in Betracht kommen[8], zu sehen.

Chruschtschow hat mir am 9. März selbst gesagt, daß er an der Bildung der sowjetischen Haltung in der Genfer Gipfelkonferenz von 1955 wesentlichen Anteil hatte.[9] Ich zweifele daher nicht daran, daß sowohl der Nichtangriffspakt-Vorschlag als auch der kurze Zeit vorher geäußerte Wunsch der Beziehungsaufnahme mit uns maßgeblich auf ihn zurückgingen. In der Folgezeit hat er nichts unversucht gelassen, um die Zwei- bzw. Drei-Staaten-Theorie weiter zu fördern und zu verankern. Dabei kommt namentlich seiner „Entspannungspolitik", insbesondere den von ihm immer wieder propagierten „gezielten" Entspannungsmaßnahmen des Freistadt-Projekts Westberlin (als Vorstufe: praktische Aufhebung des Besatzungsstatuts durch zeitweilige Unterstellung der westlichen Besatzungstruppen unter die UNO)[10], eines Nichtangriffspakts zwischen NATO und Warschau-Pakt und der Denuklearisierung Deutschlands grundlegende Bedeutung zu. Als wesentliches Mittel, seinem Ziel in der Deutschlandfrage näher zu kommen, hat er, wie er selbst Anfang 1963 in Ostberlin zu verstehen gab, die Möglichkeit angegeben, immer wieder auf das deutsche „Hühnerauge" zu treten, d.h. praktisch den freien westlichen Zugang nach Berlin willkürlichen Störungen auszusetzen.[11]

[5] Zur sowjetischen Drei-Staaten-Theorie vgl. auch Dok. 202, Anm. 5.

[6] Am 7. Juni 1955 unterbreitete die sowjetische Regierung der Bundesregierung den Vorschlag, diplomatische Beziehungen aufzunehmen. In einer offiziellen Stellungnahme begrüßte die Bundesregierung diesen Vorschlag am 8. Juni 1955. Vgl. BULLETIN 1955, S. 877 f.

[7] Zum Vorschlag eines Nichtangriffsabkommens zwischen der NATO und dem Warschauer Pakt vom 21. Juli 1955 vgl. DzD III/1, S. 191-195.

[8] Zur Äußerung des Ersten Sekretärs des ZK der KPdSU, Chruschtschow, vom 26. Juli 1955 über die Existenz zweier deutscher Staaten vgl. Dok. 13, Anm. 15.

[9] Das Gespräch fand bereits am 9. März 1963 statt. Vgl. AAPD 1963, I, Dok. 116.

[10] Zur sowjetischen Note vom 27. November 1958 vgl. Dok. 170, Anm. 5.

[11] Am 16. Januar 1963 erklärte der Erste Sekretär des ZK der KPdSU, Chruschtschow, vor dem VI. Parteitag der SED in Ost-Berlin: „Sie haben die Grenze mit West-Berlin Ihrer Kontrolle unterstellt. Und das war der wichtigste Schritt zur Festigung der Souveränität der Deutschen Demokratischen Republik." Die Verbindungswege zwischen der Bundesrepublik und Berlin (West) seien nun das „schmerzende Hühnerauge" des Westens: „Solange es keine auch nur einigermaßen verbindlichen internationalen Verpflichtungen gibt, die den Verkehr auf diesen Wegen regeln, hängt er im großen und ganzen von der Regierung der DDR ab, und so kann sie immer, wenn sie es nur will, den Druck verstärken oder abschwächen." Vgl. DOKUMENTE ZUR BERLIN-FRAGE 1944–1966, S. 367 f. (Auszug).

Die Chruschtschowsche „Entspannungspolitik" als Musterbeispiel einer Politik der friedlichen Koexistenz diente sonach vorzüglich den ureigensten sowjetischen Interessen, weil sie nach seiner Überzeugung die beste Gewähr dafür bot, den nach dem Kriege errungenen sowjetischen Besitzstand zu erhalten und zu festigen. Daß Chruschtschow andererseits nicht gewillt war, speziell in der deutschen Frage auch nur die geringste Konzession im Sinne einer späteren Ermöglichung der Wiedervereinigung zu machen, hat er zuletzt noch durch den Abschluß des „Freundschaftsvertrages" vom 12. Juni d.J. mit der SBZ[12] gezeigt. Auch seine Erklärungen mir gegenüber am 13. Juni d.J. ließen nicht den geringsten Zweifel daran.[13] In dieser Auffassung stimmten meine westlichen Kollegen mit mir überein, wie klar zum Ausdruck kam, als Kohler unter Zustimmung Baudets und Trevelyans in der Botschafterbesprechung vom 7. Oktober erklärte, daß Chruschtschow bei seinem vorgesehenen Besuch in Bonn[14] nicht die geringste Konzession in der Deutschlandfrage machen werde. Tatsächlich war er, wie ich zusammenfassend nochmals betonen möchte, der Initiator der harten Linie in der Deutschlandfrage und ihr unnachgiebiger, unermüdlicher Verfechter.

2) Ich halte es unter diesen Umständen für gänzlich unwahrscheinlich, daß der Vorwurf einer zu weichen Haltung in der Deutschlandfrage oder auch nur die Befürchtung, Chruschtschow könne in Zukunft zu einer solchen überwechseln, einer der Gründe für seinen Sturz gewesen sein könnte. Ein solcher Vorwurf könnte gegen Chruschtschow nach Lage der Dinge von den Mitgliedern des ZK-Präsidiums nur gegen besseres Wissen erhoben worden sein. Dem steht nicht entgegen, daß man Chruschtschow, wie von verschiedener Seite verlautet, die Einleitung und Vorbereitung seines Besuchs durch seinen Schwiegersohn Adschubej[15] als symptomatisch für seine Familienpolitik und gleichzeitig mangelnde Rücksichtnahme auf die Prärogativen des ZK-Präsidiums vorgeworfen hat. Adschubej soll, wie es heißt, die Reise nach Bonn ohne Billigung des Präsidiums unternommen haben; besonders verübelt habe man Chruschtschow sodann aber auch, daß er sich von Adschubej nach dessen Rückkehr allein habe berichten lassen und dann ohne Weitergabe des Berichts an das Präsidium eine längere Provinzreise angetreten habe.

Bei der heutigen Botschafterbesprechung stimmten Kohler und Baudet meiner Beurteilung des harten Deutschland-Kurses gerade Chruschtschows zu.

[gez.] Groepper

Ministerbüro, VS-Bd. 10064

[12] Für den Wortlaut vgl. DzD IV/10, S. 717–723.
Zur politischen Wertung vgl. besonders Dok. 170.

[13] Vgl. Dok. 162.

[14] Zum geplanten Besuch des sowjetischen Ministerpräsidenten Chruschtschow in der Bundesrepublik vgl. zuletzt Dok. 286.

[15] Zum Besuch des Chefredakteurs der Zeitung „Izvestija", Adschubej, vom 20. Juli bis 1. August 1964 in der Bundesrepublik vgl. Dok 212.

292

Botschafter von Etzdorf, London, an Bundesminister Schröder

Z B 6-1/37/64 streng geheim **Aufgabe: 21. Oktober 1964, 18.00 Uhr**
Fernschreiben Nr. 1062 **Ankunft: 21. Oktober 1964, 20.35 Uhr**

Nur für Minister[1] und Staatssekretär[2]

Im Anschluß an Drahtbericht 1061 vom 21.10.64[3]

Nach der Unterhaltung, die ich heute nachmittag mit Mr. Gordon Walker[4] hatte, bat mich Sir Harold Caccia zu sich, um mir, wie er sagte, auf ausdrücklichen Wunsch des neuen Außenministers folgendes mitzuteilen.

Mr. Gordon Walker wünsche mit uns wirklich gute Beziehungen zu haben. Hierauf könnten wir uns verlassen. Es könnte sich aber bald ein unangenehmer Rückschlag ergeben, wenn nicht in der folgenden Angelegenheit eine klare Linie eingehalten werde.

Gestern hätte Herr Stikker im Foreign Office vorgesprochen und seinem Herzen Luft gemacht über gewisse nukleare Pläne des früheren Verteidigungsministers Strauß, die ihm zu Ohren gekommen seien. Bald nachdem er, Stikker, seinen Posten als Generalsekretär von NATO niedergelegt hatte[5], hätte ihm der französische Verteidigungsminister Messmer folgendes erzählt. Herr Strauß hätte, als er noch Verteidigungsminister war, mit seinem Vorgänger Chaban-Delmas ein geheimes Abkommen getroffen, wonach die Bundesregierung der französischen Regierung Geld und Techniker für die Herstellung von nuklearen Waffen zur Verfügung stellen und die französische Regierung als Gegenleistung gewisse nukleare Waffen für die Bundesrepublik vorbehalten (earmark) sollte. Herr Strauß hätte bei ihm, Messmer, nachdem er sein Amt übernommen hatte, darauf gedrungen, daß dieses Abkommen ausgeführt werde. Er hätte dies verweigert und auf dieser Weigerung auch trotz zweier weiterer Vorstellungen von Herrn Strauß bestanden. Daraufhin hätte Herr Strauß verlangt, daß die Angelegenheit dem General de Gaulle vorgetragen würde. Der General hätte entschieden, daß ein derartiges geheimes Abkommen nicht in Frage käme.[6]

[1] Hat Bundesminister Schröder am 23. Oktober 1964 vorgelegen, der handschriftlich für Staatssekretär Carstens vermerkte: „Wir müssen diese Sache nach meiner Rückkehr weiter behandeln. (Auch B[undes]K[anzler], mit dem ich demnächst wieder sprechen will)." Vortragender Legationsrat I. Klasse Simon vermerkte dazu handschriftlich am 24. Oktober 1964: „Bereits am 22.10. an B[undes]K[anzler]A[mt] gegangen."

[2] Hat Staatssekretär Carstens am 27. Oktober 1964 vorgelegen, der handschriftlich die Wiedervorlage für Bundesminister Schröder nach dessen Rückkehr verfügte.

[3] Dem Vorgang nicht beigefügt.

[4] Nach den Wahlen zum britischen Unterhaus am 15. Oktober 1964 wurde die regierende Konservative Partei unter Premierminister Douglas-Home von der Labour Party abgelöst. Neuer Premierminister wurde Harold James Wilson.

[5] Vgl. dazu Dok. 127, Anm. 2.

[6] Am 25. November 1957 unterzeichneten die Verteidigungsminister Frankreichs, der Bundesrepublik und Italiens, Chaban-Delmas, Strauß und Taviani, ein Protokoll über militärische Rüstungs-

Herr Stikker hätte hiervon einige Zeit danach Herrn Bundesminister von Hassel unterrichtet. Herr von Hassel hätte erwidert, daß die Bundesregierung nukleare Pläne obiger Art auf keinen Fall hege; er könne ihm, Stikker, sein Ehrenwort geben, daß die Bundesregierung 1) nicht eigene Atomwaffen wolle, daß sie 2) auch nicht europäische nukleare Waffen wünsche, sondern mit dem amerikanischen atomaren Schutz auskommen wolle.

Dasselbe sei Herrn Stikker alsdann von dem Herrn Bundeskanzler bestätigt worden.

Am Ende der gestrigen Unterhaltung sei zwischen Herrn Stikker und Gordon Walker besprochen worden, wie die publizistische Seite dieser Angelegenheit behandelt werden könnte. Die Presse begänne sich bereits zu rühren, wie aus der New York Times vom 14. d.M. (Leitartikel Sulzberger)[7] und 15. d.M. (Dementi Strauß)[8] hervorgehe. Mr. Gordon Walker hätte Herrn Stikker geraten und Herr Stikker hätte dies auch akzeptiert, nichts in die Presse zu bringen, denn dies könnte Raum zu Spekulationen aller Art geben und namentlich in England einen schlimmen Eindruck hervorrufen. Andererseits machten sich aber Mr. Gordon Walker und das Foreign Office Sorge, daß die Angelegenheit in der Presse weiter schwele. Mr. Gordon Walker bäte mich daher auszurichten, daß er in unserm Interesse rate, schon jetzt eine Erklärung der Bundesregierung vorzubereiten, die evtl. abgegeben werden müßte, um das Ganze totzumachen. Es sollte hierbei ein für alle Mal klargemacht werden, daß die Bundesregierung nicht eine atomare Bewaffnung im europäischen Rahmen anstrebe, sondern diese im atlantischen Rahmen belassen wolle (not in the european but in the atlantic context). Dies werde vielleicht, wie Caccia hinzufügte, bedeuten, daß die Bundesregierung Herrn Strauß als früherem Verteidigungsminister desavouiere.[9]

Fortsetzung Fußnote von Seite 1173

zusammenarbeit, u.a. auf dem Gebiet der Nuklearrüstung. Vgl. DDF 1957, Bd. II, Dok. 380.
Aus den nachfolgenden Kontakten ging eine weitere Vereinbarung hervor, die u.a. eine gemeinsame Fertigung atomarer Waffen einschloß und von Strauß im April 1958 unterzeichnet wurde. Das Projekt wurde nach der Regierungsübernahme von Staatspräsident de Gaulle nicht weiter verfolgt. Vgl. dazu STRAUSS, Erinnerungen, S. 313 f.

[7] Vgl. den Artikel „A Trans-Atlantic Game of Chicken"; THE NEW YORK TIMES, International Edition, Nr. 38980 vom 14. Oktober 1964, S. 4. Vgl. auch den Artikel „‚Strauß wollte 1958 Atomwaffen'"; DIE WELT, Nr. 240 vom 14. Oktober 1964, S. 4.

[8] Vgl. den Artikel „French Atom Deal Denied by Strauss"; THE NEW YORK TIMES, International Edition, Nr. 38981 vom 15. Oktober 1964, S. 3.

[9] Am 28. Oktober 1964 wies Staatssekretär Carstens die Botschaft in London an, Staatssekretär Caccia für seine Mitteilungen zu danken und Presseberichte über entsprechende Absprachen zwischen dem damaligen Bundesminister Strauß und seinem französischen Kollegen Chaban-Delmas zu dementieren: „Die Bundesregierung strebt keine eigene Verfügung über Atomwaffen an. In Übereinstimmung mit ihren Verbündeten hält sie es aber für wünschenswert, daß auch die nichtnuklearen europäischen Partner an der nuklearen Verantwortung beteiligt werden ... Wir erblikken in einer Beteiligung möglichst zahlreicher Mächte an der MLF eine Stärkung der NATO, wobei wir die Klammer über den Atlantik für unerläßlich halten. Eine besondere Erklärung der Bundesregierung halten wir angesichts unserer völlig eindeutigen ... Haltung nicht für notwendig." Vgl. Ministerbüro, VS-Bd. 8420; B 150, Aktenkopien 1964.
Zur Erklärung der Bundesregierung vom 16. September 1964, „daß sie keine nationale Verfügungsgewalt über Atomwaffen zu erlangen wünscht", vgl. BULLETIN 1964, S. 1320.

Zum Schluß sagte Caccia, Stikker hätte dringend darum gebeten, daß sein Name in diesem Zusammenhang nicht genannt werde. Er, Stikker, hätte im übrigen volles Vertrauen in die Worte von Bundeskanzler Erhard und Herrn von Hassel.

Ich bat Caccia, Mr. Gordon Walker für diese Mitteilung zu danken, die, wie mir klar sei, freundschaftlicher Besorgnis entspränge.[10]

[gez.] Etzdorf

Ministerbüro,VS-Bd. 8420

293

Botschafter Haas, Conakry, an Staatssekretär Carstens

St.S. 1294/64
Fernschreiben Nr. 139
Citissime mit Vorrang

Aufgabe: 22. Oktober 1964, 18.20 Uhr
Ankunft: 23. Oktober 1964, 11.41 Uhr

Für StS Carstens o.V.i.A

Stellvertretender Generalstabschef aufsuchte mich in Residenz und teilte mir aufgeregt mit, daß nach einem Drahtbericht guineischen Botschafters in Bonn[1] hier erwartete Bereitstellung von 3 Noratlas zum Tag der Armee[2] zwecks Fallschirmabsprungvorführung nicht möglich sei. Verteidigungsministerium und Regierung kämen hierdurch in ganz außerordentliche Schwierigkeiten, da bereits veröffentlichtes Programm deutsch-guineische militärische Zusammenarbeit zum Hauptinhalt habe.

Dieses sehe vor: Vorbeimarsch von 2000 Soldaten in neuen deutschen Uniformen, Absprung von in Deutschland ausgebildeten Fallschirmjägern, Ansprache Staatspräsidenten Sekou Touré im Stadion, in der er unsere Militärhilfe[3] eingehend zu würdigen beabsichtige, schließlich im Rahmen großer Abendveranstaltung Vorführung eines Films mit gleichem Thema.

Als Ehrengäste seien u.a. geladen: algerischer Vizepräsident und zugleich Verteidigungsminister[4] und Außenminister und zugleich Verteidigungsmini-

[10] Am 17. Dezember 1964 hielt Legationsrat I. Klasse Behrends fest, daß die Pressemeldungen über das Geheimabkommen zwischen den Verteidigungsministern Strauß und Chaban-Delmas vermutlich auf den französischen Verteidigungsminister Messmer zurückzuführen seien. Behrends fuhr fort, Abteilung II habe keine Unterlagen über das Abkommen. Dennoch sei von weiteren Recherchen abzuraten, da „die Botschaft Paris ... dazu nur in der Lage [wäre], wenn sie zunächst Erkundigungen im französischen Außenministerium einholt. Derartige Erkundigungen würden wahrscheinlich zu neuen Spannungen mit Frankreich führen, weil Mißverständnisse auf französischer Seite über das Motiv dieser Erkundigungen kaum zu vermeiden sein werden." Vgl. Abteilung II (II 7), VS-Bd. 981; B 150, Aktenkopien 1964.

[1] Nabi Youla.

[2] 1. November 1964.

[3] Zur Ausrüstungshilfe für Guinea vgl. Dok. 237.

[4] Houari Boumedienne.

ster von Tanganjika[5]. Form unserer Militärhilfe hat Staatspräsident bereits vor 4 Wochen im „conseil national" als wertvollste Hilfe charakterisiert, die Guinea auf diesem Gebiet bisher zuteil wurde. Ich weiß, daß Sekou Touré und andere hochgestellte guineische Persönlichkeiten diese Art Hilfe als vorbildlich für ganz Schwarz-Afrika beurteilen. Interessant ist auch – wie mir Entwicklungsminister[6] heute in anderem Zusammenhang mitteilte –, daß Sowjets bereits dazu übergegangen sind, uns in Guinea zu „kopieren". Wenn deutsch-guineische militärische Zusammenarbeit im Mittelpunkt diesjährigen Armeetages stehen soll, so geschieht dies aus ehrlicher Anerkennung unserer Leistung und echter Überzeugung, uns gegenüber allen anderen Geberstaaten hervorheben zu wollen. Sollte es bei unserer Absage bleiben, so kämen wir zu einem guten Teil um die politische Ausnutzungsmöglichkeit unserer bisherigen Anstrengungen. Bei der täglich zu erlebenden Auseinandersetzung mit dem Osten darf gesagt werden, daß uns dieser um eine solche Chance, die ihm bisher noch nie geboten wurde, beneiden würde.

Bei dem Vertrauen, daß Sekou Touré in Bundespräsident setzt, würde Ausbleiben der Flugzeuge für ihn auch persönliche Enttäuschung bedeuten.

Ich habe stellvertretendem Generalstabschef erklärt, daß unsere Absage sicherlich nur technische Gründe habe und nicht an unserem guten Willen gezweifelt werden dürfe. Trotzdem würde ich nochmals berichten.

Ich bitte um Ihre persönliche Einflußnahme, daß guineischem Wunsch doch noch entsprochen wird.[7]

Nachsatz Verfassers: vorstehenden Drahtbericht bitte sofort StS Lahr[8] vorlegen.

[gez.] Haas

Büro Staatssekretär, Bd. 381

[5] Oscar S. Kambona.

[6] E. Ismael Touré.

[7] Ministerialdirigent Graf von Hardenberg hielt am 26. Oktober 1964 einen Anruf des Staatssekretärs Gumbel, Bundesministerium der Verteidigung, fest, der ihm mitgeteilt habe, „daß Staatssekretär Lahr sich ... bei ihm für die Entsendung von 3 Noratlas-Maschinen zum Nationalfeiertag nach Guinea eingesetzt habe. Er habe auch die politische Verantwortung für diesen Flug übernommen. Das Bundesverteidigungsministerium sei daher grundsätzlich bereit, seine Bedenken gegen die Beteiligung der Bundeswehr am Nationalfeiertag in Guinea zurückzustellen." Hardenberg führte weiter aus, daß Gumbel jedoch Schwierigkeiten mit Portugal befürchte und daher das Auswärtige Amt bitte, „einmal zu überlegen, ob es nicht zweckmäßig wäre, die Portugiesen von unserem Vorhaben vorher zu unterrichten, um späteren Mißstimmungen zuvorzukommen." Vgl. Referat III A 4, Bd. 356.
Mit Drahterlaß vom 27. Oktober 1964 unterrichtete Hardenberg Botschafter Haas, Conakry, daß Bundesminister von Hassel „mit Rücksicht darauf, daß die vorgesehenen Besatzungen der für Conakry bestimmten Flugzeuge nicht mehr wirksam gegen Gelbfieber geimpft werden können, Flug nunmehr doch abgesetzt" habe. Vgl. Referat III A 4, Bd. 356.

[8] Legationsrat I. Klasse Pfeffer vermerkte am 23. Oktober 1964 handschriftlich, daß ein Exemplar des Drahtberichts an Staatssekretär Lahr geleitet worden sei. Vgl. dazu Referat III A 4, Bd. 356.
Hat Staatssekretär Carstens am 23. Oktober 1964 vorgelegen, der Vortragenden Legationsrat I. Klasse Hoffmann handschriftlich bat, Botschafter Haas, Conakry, auf die widersprüchlichen Angaben „Für St[aats]S[ekretär] Carstens o[der] V[ertreter] i[m] A[mt]" und „vorstehenden Drahtbericht bitte sofort St[aats]S[ekretär] Lahr vorlegen" hinzuweisen.
Für das Privatdienstschreiben von Hoffmann vom 28. Oktober 1964 an Haas vgl. Büro Staatssekretär, Bd. 381.

294

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Voigt

I A 2-87.27/1334/64 geheim **23. Oktober 1964**[1]

Betr.: Euratom-Sicherheitskontrolle

Bezug: Drahtberichte der Ständigen Vertretung in Brüssel
Nr. 1255 vom 13. Juli 1964[2],
Nr. 1369 vom 31. Juli 1964[3],
Nr. 1699 vom 16. Oktober 1964[4] mit Randvermerk des Herrn Staatssekretärs (Bitte um Stellungnahme)

I. Frankreich hat sich seit 1959 unter Hinweis auf die Erfordernisse seiner Landesverteidigung geweigert, die in Kapitel VII des EURATOM-Vertrages enthaltenen Bestimmungen über die Sicherheitskontrolle[5] und die darauf beruhenden Ausführungsverordnungen Nr. 7 und 8[6] auf solche Kernanlagen anzuwenden, die auch für den militärischen Bereich arbeiten.[7] Um die zwischen der Kommission und der französischen Regierung in der Folge entstandenen Meinungsverschiedenheiten zu beheben, hat die Kommission den Mitgliedsregierungen im Dezember 1961 einen Entwurf zur Ergänzung der Verordnung

[1] Die Aufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse von Stempel und Legationsrat I. Klasse Ungerer konzipiert.

[2] Mit Drahtbericht vom 13. Juli 1964 berichtete Botschaftsrat I. Klasse Hädrich, Brüssel (EWG/EAG), von neuen Verhandlungen der EURATOM-Kommission mit Frankreich über die Sicherheitskontrolle für militärische Anlagen. Vgl. Abteilung I (I A 2), VS-Bd. 148; B 150, Aktenkopien 1964.

[3] Für den Drahtbericht des Botschafters Harkort, Brüssel (EWG/EAG), vom 31. Juli 1964 vgl. Abteilung I (I A 2), VS-Bd. 148; B 150, Aktenkopien 1964.

[4] Mit Drahtbericht vom 16. Oktober 1964 bestätigte Botschafter Harkort, Brüssel (EWG/EAG), „daß in der Tat zwischen der französischen Delegation und den Funktionären der Kommission Übereinstimmung erzielt worden" sei. Harkort führte aus, daß sich nach dieser Vereinbarung die obligatorische Meldepflicht über Anlagen zur Erzeugung spaltbarer Stoffe „auf die Meldung des Vorhandenseins von ‚Depots und Ateliers', die auch für militärische Zwecke arbeiten", beschränken solle. Dies gelte auch für „Meldungen über Kernstoffe auf den ‚Eingang' in den ‚militärischen Zyklus' und den ‚Ausgang' der für friedliche Verwendung bestimmten Stoffe aus diesem Zyklus". Vgl. Abteilung I (I A 2), VS-Bd. 148; B 150, Aktenkopien 1964.

[5] Artikel 77 des EURATOM-Vertrags vom 25. März 1957: „Die Kommission hat sich ... in den Hoheitsgebieten der Mitgliedstaaten zu vergewissern, daß a) die Erze, die Ausgangsstoffe und besonderen spaltbaren Stoffe nicht zu anderen als den von ihren Benutzern angegebenen Zwecken verwendet werden, b) die Vorschriften über die Versorgung und alle besonderen Kontrollverpflichtungen geachtet werden, welche die Gemeinschaft in einem Abkommen mit einem dritten Staat oder einer zwischenstaatlichen Einrichtung übernommen hat." Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 1062–1064.

[6] Für die Verordnungen der EURATOM-Kommission vom 12. März und 29. Mai 1959 vgl. AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN 1959, S. 288 f. bzw. 651–660.

[7] Die französische Regierung berief sich auf Artikel 84, Absatz 3 des EURATOM-Vertrags vom 25. März 1957, der diejenigen Stoffe von der Überwachung durch die Kommission ausnahm, „die für die Zwecke der Verteidigung bestimmt sind". Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT, Teil II, S. 1068.
Zur französischen Haltung im Jahr 1959 vgl. die Aufzeichnung des Botschafters Harkort, Brüssel (EWG/EAG), vom 26. November 1964; Abteilung I (I A 2), VS-Bd. 148; B 150, Aktenkopien 1964.

Nr. 8 vorgeschlagen, mit dem Art und Umfang der Verpflichtungen aus Artikel 79 des EURATOM-Vertrages[8] bestimmt werden sollten (siehe Anlage[9]). Dieser Vorschlag wurde von Frankreich nicht angenommen.

II. Die zwischen den Dienststellen der EURATOM-Kommission und französischen Regierungsstellen vereinbarte Neuregelung unterscheidet sich von dem Vorschlag der Kommission vom Dezember 1961 durch folgendes:

1) Sie schafft objektive Kriterien für den Anwendungsbereich der EURATOM-Kontrolle.

2) Sie läßt die Frage offen, wer den zivilen, militärischen oder gemischten Charakter einer Kernanlage bestimmt. Die französische Regierung hat dadurch die Möglichkeit, die Auskünfte über die Verwendung von Kernbrennstoffen zu manipulieren, indem sie gewisse Anlagen oder Teile bestimmter Anlagen als zum militärischen Zyklus gehörend bezeichnet. Der Kommission wird die Möglichkeit genommen, das Ausmaß der Ausnahmeregelung zu bestimmen.

3) Sie läßt die Zustimmung des Rates und damit der anderen Mitgliedstaaten überflüssig erscheinen, da sie den Wortlaut des Vertrages oder einer der beiden Durchführungsverordnungen nicht abändert.

Die Vereinbarung hat mit dem Kommissionsvorschlag vom Dezember 1961 gemeinsam, daß sie

a) juristisch anfechtbar ist, weil sie von den Bestimmungen des Vertrages und insbesondere Artikel 84, Absatz 3, nicht gedeckt wird;

b) faktisch eine Aushöhlung des Sicherheitssystems von EURATOM darstellt.

Beide Feststellungen bedürfen allerdings noch einer näheren juristischen und technischen Überprüfung sobald der genaue Wortlaut der Vereinbarung vorliegt.

III. Zum Verfahren und zu den politischen Aspekten der Angelegenheit ist folgendes zu bemerken:

[8] Artikel 79 des Vertrags über die Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft vom 25. März 1957: „Die Kommission verlangt, daß Aufstellungen über Betriebsvorgänge geführt und vorgelegt werden, um die Buchführung über verwendete oder erzeugte Erze, Ausgangsstoffe und besondere spaltbare Stoffe zu ermöglichen ... Die Betroffenen geben den Behörden des betreffenden Mitgliedstaates die Mitteilungen bekannt, die sie ... an die Kommission richten." Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 1064.

[9] Dem Vorgang beigefügt. Botschafter Harkort, Brüssel (EWG/EAG), erörterte am 12. Dezember 1961 den Vorschlag der Kommission: „Die EURATOM-Kommission macht sich mit ihrem Vorschlag nicht die Argumente der französischen Regierung zu eigen, daß die bisher im Mittelpunkt der Erörterung stehenden Betriebsvorgänge in Marcoule als ‚Einfügung in Sondergeräte' gemäß Artikel 84, Absatz 3 des EURATOM-Vertrags anzusehen seien und deshalb außerhalb der Kontrolle durch EURATOM stehen. Die Kommission versucht vielmehr, ein Verfahren einzuführen, welches einen allgemeinen Überblick über die Eingänge und Ausgänge von Kernstoffen bei derartigen Anlagen ermöglicht und aus der Differenz der Meldungen Schlüsse auf den Umfang des für militärische Zwecke abgezweigten Materials zuläßt. Diese Regelung soll nur ausnahmsweise und nur auf Antrag des betreffenden Mitgliedstaates die allgemeine Regelung ersetzen. Die Unterrichtung des Rates über die Anwendungsfälle dieser Sonderregelung soll es den übrigen Mitgliedstaaten ermöglichen, gegebenenfalls Einwendungen gegen die Zulassung dieses Verfahrens zu erheben oder notfalls den Rechtsweg zu beschreiten." Vgl. Abteilung I (I A 2), VS-Bd. 148; B 150, Aktenkopien 1961.

1) Mit der Vereinbarung wird eine Ausnahmeregelung zugunsten Frankreichs getroffen, die das Gleichgewicht der im Vertrag festgelegten Rechte und Pflichten beeinträchtigt. Die mit dieser Ausnahmeregelung verbundene Einschränkung der Gemeinschaftskontrolle stellt – wie auch immer die juristische Formulierung sein mag – eine Konzession von fünf Mitgliedstaaten an Frankreich dar, auch wenn dadurch nur ein De-facto-Zustand besiegelt wird.

Indem die Kommission die Ausnahmeregelung in Form einer schriftlichen Vereinbarung zwischen ihr und der französischen Regierung trifft, schließt sie die anderen Mitgliedstaaten von der Zustimmung und damit von der Möglichkeit aus, für ihre Konzessionen einen Preis zu verlangen. Sie setzt sich dafür dem Risiko aus, daß ihr Vorgehen als vertragswidrig bezeichnet und gegebenenfalls vor dem Europäischen Gerichtshof eingeklagt wird. Da jedoch bisher kein Mitgliedstaat bereit war, die französischen Versäumnisse auf dem Gebiet der Sicherheitskontrolle einzuklagen, und da die juristische Lage nicht so eindeutig sein dürfte, daß der Gerichtshof in jedem Fall der Klage stattgeben würde, ist dieses Risiko gering. Die Gefahr der Verärgerung einiger Mitgliedstaaten scheint die Kommission in Kauf zu nehmen.

Das Bestreben der Bundesregierung müßte daher zunächst dahingehen zu erreichen, daß die Kommission die anderen Mitgliedstaaten nicht nur informiert, sondern auch konsultiert. Zu diesem Zwecke wird vorgeschlagen, das deutsche Kommissionsmitglied[10] von den Bedenken der Bundesregierung zum Inhalt der Ausnahmeregelung und zum Verfahren zu unterrichten und ihm anheimzustellen, innerhalb der Kommission entweder auf eine Konsultation der Mitgliedstaaten vor Abschluß der Vereinbarung oder aber darauf zu dringen, der Ausnahmeregelung eine andere juristische Form zu geben (Änderung der Verordnungen 7 und 8). Die Änderung der beiden Verordnungen kann nämlich nur mit Billigung des Rates erfolgen. Durch Kontakte mit den Ständigen Vertretern der anderen Mitgliedstaaten müßte sichergestellt werden, daß die anderen nicht-französischen Kommissionsmitglieder in ähnlichem Sinne unterrichtet werden.

2) Wenn dies erreicht ist, stellt sich die Frage, ob die Bundesregierung eine Konzession zugunsten der Ausnahmeregelung machen soll und, wenn ja, welchen Preis sie dafür verlangen kann.

Die Konzession selbst dürfte nicht zu umgehen sein, da durch ein Nein in einer Angelegenheit, für die sich de Gaulle sehr interessiert, Frankreich nur verärgert würde, ohne daß sich an der französischen Weigerung, gewisse Kernanlagen durch EURATOM kontrollieren zu lassen, etwas ändern würde.

Der Preis, den die Bundesregierung für die Konzession verlangen kann, darf auch nicht sehr hoch sein, weil der deutsche Verhandlungsspielraum begrenzt ist und praktisch nur die Möglichkeit besteht, gegebenenfalls eine Normalisierung des vertragswidrigen De-facto-Zustandes zu verhindern oder der deutschen Verärgerung über das nicht-gemeinschaftskonforme Verhalten Frankreichs Ausdruck zu geben.

[10] Heinz Krekeler.

Es dürfte daher übertrieben sein, als Gegenleistung ein besonderes Verständnis Frankreichs für die deutsche Teilnahme an der MLF[11] oder das deutsche Zögern bei der Festsetzung des Getreidepreises[12] zu verlangen.

Angemessen wäre es dagegen, im Bereiche von EURATOM von Frankreich eine entgegenkommende und gemeinschaftsfreundliche Haltung zu erwarten. Folgende Möglichkeiten bieten sich hier an:

a) Frankreich hat bisher keine Bereitschaft gezeigt, auf die Erneuerung des im Jahre 1966 auslaufenden bilateralen Abkommens mit den USA[13] zugunsten der Überleitung auf EURATOM gemäß Artikel 106[14] zu verzichten, obwohl die amerikanische Regierung sich eindeutig zugunsten einer solchen Überleitung ausgesprochen hat und die Mitgliedstaaten im Rahmen des EURATOM-Abkommens mit den USA bessere Bedingungen für die Brennstoffversorgung und Sicherheitskontrolle vorfinden als im Rahmen ihrer bilateralen Abkommen.

b) Frankreich hat eine Neuorientierung der Forschungspolitik der Gemeinschaft anläßlich der Erörterung der Vorschläge der Kommission zur Anpassung des 2. Fünfjahresprogramms an die gestiegenen Kosten verlangt.[15] Dabei will es die Akzente so setzen, daß die Gemeinschaft mehr und mehr auf die in Frankreich entwickelten Gas-Graphit-Reaktoren festgelegt wird. Die Bundesregierung glaubt dagegen, daß die Forschungen über andere Reaktortypen (amerikanischer Herkunft) nicht aufgegeben werden sollten.

c) In der Industriepolitik sucht Frankreich die Gemeinschaft ebenfalls auf seine Reaktortypen festzulegen und hat daher seine Zusage zu den deutschen Anträgen auf Gewährung der Vergünstigungen eines gemeinsamen Unternehmens für zwei Reaktorprojekte von der Erörterung der Industriepolitik der Gemeinschaft abhängig gemacht.

11 Zur französischen Haltung gegenüber der geplanten MLF vgl. Dok. 296.

12 Zur Regelung des Getreidepreises vgl. zuletzt Dok. 287.

13 Artikel 2 des französisch-amerikanischen Vertrags vom 20. November 1956 über die Zusammenarbeit zur friedlichen Nutzung von Kernenergie begrenzte die Gültigkeit der Vereinbarung auf zehn Jahre. Vgl. UNITED STATES TREATIES AND OTHER INTERNATIONAL AGREEMENTS 1956, Bd. 7, III, Washington 1957, S. 3099.

14 Artikel 106 des Vertrags über die Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft vom 25. März 1957: „Die Mitgliedstaaten, die vor Inkrafttretung dieses Vertrags Abkommen mit dritten Staaten über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Kernenergie geschlossen haben, sind verpflichtet, gemeinsam mit der Kommission Verhandlungen mit diesen dritten Staaten zu führen, damit die Gemeinschaft soweit wie möglich die Rechte und Pflichten aus den Abkommen übernimmt. Jedes neue Abkommen, das sich aus diesen Verhandlungen ergibt, bedarf der Zustimmung des Mitgliedstaates oder der Mitgliedstaaten ... sowie der Genehmigung des Rates, der mit qualifizierter Mehrheit beschließt." Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 1078.

15 Zum Vorschlag des französischen Forschungsministers Palewski, auf dem Gebiet der Wissenschaft eine engere Zusammenarbeit innerhalb der EWG anzustreben, vgl. Dok. 273.
Dazu hielt Legationsrat I. Klasse Mühlen am 19. November 1964 fest: „Frankreich ist das auf dem Gebiet der Atomforschung und der industriellen Nutzung des Atoms am weitesten fortgeschrittene Land der Gemeinschaft. Es hat eigene Reaktortypen entwickelt; daher kann Frankreich nunmehr von EURATOM erwarten, daß EURATOM eine ‚europäische' Forschungs- und Industriepolitik treibt. Mit anderen Worten: Paris wünscht, daß die von Frankreich entwickelten Typen von der Gemeinschaft weiter entwickelt und auch industriell genutzt werden. Dies hat zur Voraussetzung, daß das Eindringen, insbesondere amerikanischer Reaktortypen, abgebremst oder zumindest nicht von der Gemeinschaft gefördert wird." Vgl. Referat I A 2, Bd. 856.

d) Auf dem Gebiet der Versorgungspolitik ist Frankreich zwar geneigt, für eine gemeinsame Versorgungspolitik, wie sie von der Kommission in ihrem Memorandum vom 17. Oktober 1963 skizziert worden war[16], einzutreten, doch im wesentlichen deshalb, weil eine solche Politik vorwiegend Frankreich zugute käme und die finanziellen Belastungen von allen Mitgliedstaaten getragen werden müßten. Falls es nicht zu einer gemeinsamen Versorgungspolitik käme, streben die Franzosen eine grundlegende Änderung des Versorgungssystems der Gemeinschaft an und zwar in Richtung eines Abbaus gemeinschaftlicher Befugnisse. Sie wollen dadurch sicherstellen, daß ihre nationale Versorgungspolitik durch die Gemeinschaft nicht behindert oder eingeengt werden kann.

e) Auf dem Gebiet der Patentanmeldungen behält sich Frankreich eine Sonderregelung vor, insofern als es alle Forschungsergebnisse, die für seine Verteidigung wichtig sind, dem normalen französischen Patentverfahren entzieht. Damit entfällt auch die Meldung dieser Forschungsergebnisse in Form von Patenten an die Kommission.[17]

3) Nachdem sichergestellt ist, daß die Kommission in der einen oder anderen Form die Meinungen der Mitgliedstaaten zu der konzipierten Ausnahmeregelung einholt, sollte die Frage der Sicherheitskontrolle in Verbindung mit den unter 2) erwähnten Problemen im Rahmen der deutsch-französischen Konsultation besprochen werden.[18]

Hiermit dem Herrn Staatssekretär[19] vorgelegt.

Referat II 7 hat mitgezeichnet.

(i.V.) Voigt

Abteilung I (I A 2), VS-Bd. 148

[16] Für das Memorandum der EURATOM-Kommission vom 17. Oktober 1963 über die Festlegung einer gemeinsamen Uranversorgungspolitik vgl. Referat I A 2, Bd. 841.
Die Kommission ging in dem Memorandum davon aus, daß für die Zeit nach 1970 „nicht genügend preisgünstiges Uran für die Gemeinschaft zur Verfügung stehen wird, da Uranprospektion und Uranförderung zur Zeit rückläufig sind". Aus diesem Grund forderte sie eine gemeinsame Versorgungspolitik, „die den Vertragsgrundsatz des gleichen Zugangs zu den Versorgungsquellen sichert". Vgl. den Drahtbericht des Botschafters Harkort, Brüssel (EWG/EAG), vom 24. Oktober 1963; Referat I A 2, Bd. 841.

[17] In den Artikeln 16 und 25 des EURATOM-Vertrags vom 25. März 1957 verpflichteten sich die Mitgliedstaaten, vorliegende Patentanmeldungen, die „für das Kerngebiet eigentümlich" sind, innerhalb von drei Monaten nach Eingang der EURATOM-Kommission mitzuteilen. Anmeldungen für geheimzuhaltende Forschungsergebnisse sollten ebenfalls der Kommission mitgeteilt werden. Ihre Nutzung wurde von der Zustimmung des Anmelders abhängig gemacht. Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 974 bzw. 982.

[18] Zur Sicherheitskontrolle im Bereich der Kernindustrie vgl. weiter Dok. 331.

[19] Hat Staatssekretär Carstens am 26. Oktober 1964 vorgelegen, der die Weiterleitung über Staatssekretär Lahr an Bundesminister Schröder verfügte und vermerkte: „Dieser Aufzeichnung kommt meines Erachtens erhebliche Bedeutung zu. Ich sehe einen Zusammenhang mit dem MLF-Komplex. Frankreich wird nicht erwarten können, daß wir in dieser Frage stillhalten, wenn es etwa gegen unsere Teilnahme an der MLF agieren sollte. Wir sollten Herrn Margulies ins Bild setzen. Er sollte auf Konsultation der Mitgliedstaaten dringen."
Hat Staatssekretär Lahr am 27. Oktober 1964 und erneut am 11. November 1964 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „H[err] Margulies wird sich hierfür einsetzen."
Hat Bundesminister Schröder am 29. Oktober 1964 vorgelegen.

295

Botschafter Federer, Kairo, an Staatssekretär Carstens

St.S. 1381/64 23. Oktober 1964[1]

Lieber Herr Carstens!

Ich habe mich in meinem Drahtbericht vom 22.10.64 (siehe Anlage)[2] bewußt zurückgehalten, da seine Grundlage einstweilen nur aus Vermutungen und Besorgnissen besteht. Da ich aber persönlich unter dem Eindruck stehe, daß die Bundesregierung zur Zeit einem schweren Druck Israels ausgesetzt ist[3], kann ich – aus der Kenntnis beider Lager sozusagen – nicht umhin, mir den „Kopf der Zentrale" zu zerbrechen. Darum erlaube ich mir diesen Weg, um meine Gedanken auszudrücken.

Ich gehe davon aus, daß die israelische Regierung an uns herangetreten ist oder herantreten wird, mit dem Verlangen, die bedeutende Wirtschaftshilfe des Israel-Vertrages[4] fortzusetzen. Ich kann mir vorstellen, daß die Bundesregierung nicht zuletzt im Hinblick auf die Opposition und Kreise in der CDU und FDP, vielleicht sogar unter dem Eindruck von Ratschlägen aus Washington, Bedenken trägt, dem israelischen Verlangen mit der Erklärung zu begegnen, daß die Periode der Wiedergutmachung zu einem Abschluß gekommen sei und daß Israel in Zukunft keine finanzielle Sonderbehandlung außerhalb unserer Entwicklungshilfe von uns erwarten kann. Eine solche Antwort wird uns – wie ich weiß – dadurch sehr erschwert, daß Israel uns mit zwei Argumenten unter Druck setzen kann, nämlich mit

[1] Privatdienstschreiben.
Hat Staatssekretär Carstens am 27. Oktober 1964 vorgelegen, der handschriftlich die Weiterleitung an Staatssekretär Lahr und Bundesminister Schröder verfügte und vermerkte: „Ich beabsichtige, B[undes]M[inister] Westrick Abschrift zuzuleiten."
Hat Staatssekretär Lahr am 28. Oktober 1964 vorgelegen, der für Carstens handschriftlich vermerkte: „Wie vorher besprochen (keine Alternative mehr)."
Hat Bundesminister Schröder am 14. November 1964 vorgelegen.
Hat Carstens am 16. November 1964 erneut vorgelegen, der Legationsrat I. Klasse Pfeffer um Rücksprache bat.

[2] Dem Vorgang beigefügt. Botschafter Federer erläuterte das „latente Mißtrauen", das in Kairo gegenüber der Israel-Politik der Bundesrepublik vorherrsche: „Ägypten hat sich seinerzeit ebenso wie die anderen arabischen Staaten mit dem Israel-Vertrag abgefunden unter dem Gesichtspunkt, daß es sich dabei um eine einmalige Finanzhilfe handelte, zu der sich die Bundesrepublik unter Hintanstellung der arabischen Einsprüche aus moralisch-politischen Gründen verpflichtet gefühlt hat. Eine neue finanzielle Vereinbarung mit Israel, die über den Rahmen unserer allgemeinen Entwicklungshilfe hinausginge, würde in der VAR und vermutlich in allen arabischen Staaten helle Empörung auslösen, die Präsident Nasser – ob er will oder nicht – zu einer Reaktion zwingen würde, die nicht nur unsere Bemühungen, ihn in der ‚deutschen Frage' auf unserer Linie zu halten, den Boden entziehen, sondern auch die durch den Abgang Chruschtschows neu belebte Chance, ihn in dem sich abzeichnenden Spiel der politischen Kräfte zu beeinflussen, zerstören würde." Vgl. Büro Staatssekretär, Bd. 393.

[3] Zu den israelischen Protesten gegen die Tätigkeit deutscher Rüstungsexperten in der VAR vgl. Dok. 276, besonders Anm. 18. Vgl. weiter Dok. 306.

[4] Für den Wortlaut des deutsch-israelischen Wiedergutmachungsabkommens vom 10. September 1952 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1953, Teil II, S. 37–54.

a) der Tätigkeit deutscher Wissenschaftler in Ägypten[5]
b) mit der Tatsache, daß wir uns nicht entschließen können, diplomatische Beziehungen aufzunehmen[6].

Da ich der festen Überzeugung bin (gerade weil ich mich in New York[7] so stark um die Herstellung eines normalen Verhältnisses zu den Juden bemüht habe), daß die Bundesregierung sich davor hüten muß, Wiedergutmachungsgrundsätze auf unser Verhältnis zum Staat Israel (der nicht identisch ist mit den Juden der Welt) anzuwenden, würde ich einen neuen „Israel-Vertrag" in welcher Form auch immer, für einen schweren Fehler halten – auch in innerpolitischer Hinsicht. Darum sollten wir versuchen, Israel die oben genannten Druckmittel aus der Hand zu nehmen:

zu a) die Frage der „Wissenschaftler" läßt sich meines Erachtens geräuschlos lösen. Ich möchte aber, aus Ihnen gewiß einleuchtenden Gründen, hierüber nichts zu Papier bringen;
zu b) die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel ist mit dem bekannten Risiko verbunden, daß Nasser und ihm folgend eine Anzahl weiterer arabischer Staaten – andere unsichere Kantonisten würden folgen – dann die SBZ anerkennen und damit unsere gesamte Deutschlandpolitik zu Fall bringen würden.[8]

Ich frage mich, ob man nicht ein Sich-Festlegen auf die israelischen Wünsche vor dem Besuch Nassers in der Bundesrepublik[9] vermeiden sollte. Bei diesem Besuch sollten der Herr Bundeskanzler und der Herr Bundesaußenminister mit Nasser ein Gespräch führen, etwa auf folgender Basis:

„Die Bundesregierung ist vor die Wahl gestellt, entweder diplomatische Beziehungen mit Israel aufzunehmen oder ihm nach Auslaufen des Israel-Vertrages eine erhebliche Wirtschaftshilfe zu geben. Entschließt sie sich zum ersten, dann tut sie nur, was außerhalb der arabischen Welt nicht beanstandet, sogar begrüßt werden würde und was darüber hinaus im Einklang mit den Beschlüssen der UNO steht.[10] In diesem Falle würde sich die Bundesrepublik wahrscheinlich in der Lage sehen, ihre Wirtschaftshilfe an die arabischen Länder erheblich zu erhöhen.

Entschließt sich die Bundesregierung zum zweiten Weg, nämlich Abschluß eines neuen Israel-Vertrages, würde sie bereit sein, den arabischen Ländern

5 Zur Tätigkeit deutscher Rüstungsexperten in der VAR vgl. zuletzt Dok. 276, besonders Anm. 17.

6 Zur Frage der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel vgl. zuletzt Dok. 214.

7 Generalkonsul Federer setzte sich während seiner Tätigkeit in New York intensiv für die Wiedergutmachung ein, so daß seine Versetzung nach Kairo am 29. Juni 1964 zunächst auf ägyptische Skepsis stieß.
Am 1. Mai 1964 kündigte Staatspräsident Nasser „sehr sorgfältige Prüfungen" über den zukünftigen Botschafter an und hob hervor, daß die VAR keinen „Zionistenfreund, der sich gegen die Araber eingesetzt hätte," akzeptieren würde. Vgl. NATIONAL-ZEITUNG UND SOLDATEN-ZEITUNG, Nr. 18 vom 1. Mai 1964, S. 2.

8 Vgl. dazu auch Dok. 280. Vgl. weiter Dok. 378.

9 Zu den Überlegungen für eine Einladung des ägyptischen Präsidenten in die Bundesrepublik vgl. bereits Dok. 160, Anm. 34, und weiter Dok. 326.

10 Dieser Satz wurde von Staatssekretär Carstens hervorgehoben. Dazu handschriftliche Bemerkung: „Fraglich, ob das geht."

mindestens in derselben Höhe eine Sonderwirtschaftshilfe zu geben, sofern sie von einer Anerkennung der SBZ Abstand nehmen."

Präsident Nasser hätte somit die Wahl, welche unserer beiden möglichen Entscheidungen ihm politisch erträglicher erscheint. Für die Bundesrepublik würde allerdings nach meiner Meinung der erste Weg, schon wegen seiner geringeren Kostspieligkeit, den Vorzug verdienen.

Ich vermag nicht, den Erfolg eines solchen Gespräches zu garantieren. Aber der Versuch sollte meines Erachtens gemacht werden, zumal wir, wenn wir einen zweiten „Israel-Vertrag" abschließen, ohne ihn durch das vorgeschlagene Gespräch mit Nasser abzusichern, die Gefahr laufen, daß Nasser die SBZ anerkennt.

Voraussetzung für dies Vorgehen ist aber, daß wir das Gespräch mit Israel bis dahin hinhaltend führen und uns nicht die Hände binden lassen.[11]

Vielleicht könnte auch der Herr Bundesaußenminister, wenn er im Januar zur Einweihung des Kalabscha-Tempels hierher kommt und dann natürlich auch eine Unterredung mit Präsident Nasser haben wird, das Thema aufgreifen. Wie Sie sehen, gehe ich aber davon aus, daß eine Einladung an Präsident Nasser, die Bundesrepublik zu besuchen, vielleicht im Juni oder Juli nächsten Jahres, ausgesprochen werden wird. Ich hoffe, daß es nicht nur eine Unterstellung ist.[12]

Mit den besten Grüßen bin ich

Ihr sehr ergebener
Georg Federer[13]

Büro Staatssekretär, Bd. 393

[11] Zum deutsch-israelischen Verhältnis vgl. weiter Dok. 313.

[12] Zu den deutsch-ägyptischen Beziehungen vgl. weiter Dok. 340.

[13] Staatssekretär Carstens teilte Botschafter Federer, Kairo, mit Privatdienstschreiben vom 3. November 1964 mit: „Sie können mir glauben, daß auch ich mir ständig über das Problem unserer Beziehungen zu Israel einerseits und zu den arabischen Staaten andererseits Gedanken mache. Sie ersehen aus einem heute von mir gezeichneten Drahterlaß, in welche Richtung meine Überlegungen gehen. Der Vorschlag, den Sie in Ihrem Brief machen, fürchte ich, wird nicht realisierbar sein. Die Gründe dafür möchte ich Ihnen gern bei Ihrem nächsten Besuch in Bonn mitteilen." Vgl. Büro Staatssekretär, Bd. 393.
Vgl. auch den Drahterlaß von Carstens vom 3. November 1964; Dok. 308.

296

Gespräch des Staatssekretärs Carstens mit dem französischen Außenminister Couve de Murville in Paris

St.S. 1948/64 geheim **24. Oktober 1964**[1]

Ich führte zunächst ein dreiviertelstündiges Gespräch mit Couve unter vier Augen (12.30–13.15 Uhr).[2] Dabei führte *ich* nach einigen einleitenden Bemerkungen Couves über die Reise des Generals nach Südamerika[3] aus:

MLF: Wir hätten uns schon im Januar 1963 mit den Franzosen über die Sache unterhalten.[4] Damals sei klar gewesen, daß Deutschland und Frankreich in der Frage der atomaren Bewaffnung nicht denselben Weg gehen könnten. General de Gaulle habe erklärt, daß er für unsere Entscheidung, uns an der MLF zu beteiligen, Verständnis habe. Dies sei auch in der Zwischenzeit mehrfach von französischer Seite erklärt worden. Jetzt seien die Verhandlungen weit fortgeschritten. Botschafter Grewe habe Botschafter Seydoux übrigens auf dem laufenden gehalten. Wir beabsichtigten, in den MLF-Vertrag eine Klausel einzufügen, die eine Revision für den Fall vorsehen sollte, daß die europäische Einigung fortschreite.[5] Einzelheiten könne ich noch nicht mitteilen, da unsere eigenen Vorstellungen noch nicht weit genug entwickelt seien, aber wir würden uns natürlich freuen, wenn die Franzosen uns etwaige Anregungen zu diesem Punkte mitteilen würden.

Couve antwortete: Es sei richtig, daß Frankreich 1963 keine Einwendungen gegen die MLF zu erheben gehabt habe. Damals sei das Projekt allerdings noch recht vage gewesen, und man habe vielleicht auch noch nicht mit seiner Realisierung gerechnet. Jetzt sehe es politisch so aus, als ob dies die wichtigste Frage der amerikanischen und der deutschen Außenpolitik sei. (Ich warf hier ein, wir hätten die Sache von Anfang an sehr wichtig genommen; der damalige Bundeskanzler Dr. Adenauer habe den Amerikanern erklärt, wir würden an dem Projekt mit ganzer Kraft mitarbeiten.)[6]

Die MLF mache das unmöglich, was Frankreich anstrebe: eine eigene europäische Politik, und das bedeute eben eine eigene europäische Verteidigungspolitik. Die Europaklausel sei in dieser Hinsicht kein Ausweg. Denn die Amerikaner würden niemals auf ihr Veto verzichten; Rusk habe ihm dies eindeutig gesagt, übrigens im Blick auf Deutschland, denn für die Amerikaner sei die MLF ein Mittel, um Deutschland von der Herstellung eigener Atomwaffen

[1] Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Staatssekretär Carstens am 25. Oktober 1964 gefertigt. Hat Bundesminister Schröder am 29. Oktober 1964 vorgelegen.

[2] Zum Gespräch im erweiterten Teilnehmerkreis vgl. Dok. 297.

[3] Vom 21. September bis 16. Oktober 1964 bereiste Staatspräsident de Gaulle zehn südamerikanische Staaten. Vgl. dazu L'ANNÉE POLITIQUE 1964, S. 297 f.

[4] Zum Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit Staatspräsident de Gaulle am 21. Januar 1963 in Paris vgl. AAPD 1963, I, Dok. 37.

[5] Zur Europäisierungsklausel vgl. zuletzt Dok. 288. Vgl. weiter Dok. 330.

[6] Vgl. dazu Dok. 63, Anm. 10.

abzuhalten. (Ich warf hier ein, dies sei uns durchaus klar, wir strebten aber auch keine eigene Verfügungsgewalt über Atomwaffen an.)

Couve fuhr fort, Rusk habe ihn gebeten, den Sowjets klarzumachen, daß die MLF die Ausbreitung von Atomwaffen in nationale Verfügung verhindere. Er, Couve, habe das aber abgelehnt, darauf habe Luns den Auftrag übernommen.[7]

Es sei im übrigen anzunehmen, daß die Amerikaner ihre europäischen MLF-Partner in einer Kommission, nach Art der EURATOM-Kommission, zusammenfassen wollten; dann hätten sie – wie im Falle von EURATOM – nicht mehr mit den nationalen Regierungen, sondern nur noch mit dieser Kommission zu tun, die ihnen immer zu Willen sein würde.

Ich erklärte, ich glaubte nicht, daß die Amerikaner solche Absichten hätten. Wir hätten sie ganz gewiß nicht; wir strebten vielmehr auf dem Wege über die Europaklausel des MLF-Vertrags eine echte Verstärkung des europäischen Elements der MLF an; und schließlich sei es unser Ziel, zwischen USA, Großbritannien, Frankreich und der MLF zu einem atomaren Gesamtarrangement und zu einer gemeinsamen nuklearen Strategie zu gelangen[8], und zwar im Rahmen des nordatlantischen Bündnisses. Das sei doch eine äußerst wichtige Angelegenheit. Ob die Amerikaner jemals auf ihr Veto verzichten würden, könne zur Stunde gewiß niemand sagen. Ganz sicher aber würden die Chancen dafür größer sein, wenn der Partner Amerikas ein geeintes Europa wäre.

Couve ging auf diese Argumente nicht ein, sondern blieb dabei, daß die MLF die Realisierung der politischen Pläne für Europa störe; man müsse sich fragen, was für einen Sinn unter diesen Umständen die europäische politische Union habe.

Couve erklärte übrigens auch, daß die MLF keine militärische Bedeutung habe. (Ich habe dem widersprochen und habe darauf hingewiesen, daß die Stationierung von Raketenwaffen auf See vom Standpunkt unserer dicht besiedelten Staaten große Vorteile hätte. Denn die Schläge des Gegners, die dieser Waffe gälten, würden nicht unser Territorium treffen.)

Ich entwickelte sodann unsere Gedanken über eine engere europäische politische Zusammenarbeit.[9] *Couve* bat mich, diese Frage am Nachmittag weiter zu behandeln.[10]

Ich sagte schließlich, wir wünschten ein Vierer-Außenministertreffen am Vorabend der NATO-Konferenz in Paris, möglichst am 14. Dezember 1964.[11] *Couve* erwiderte, er sei einverstanden. Es sei schon eine Art Gewohnheit geworden. Er wisse im Augenblick nicht, wer als Gastgeber an der Reihe sei. *Ich* erklärte, ich wisse es auch nicht. Wir würden es feststellen.

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 419

[7] Zum Besuch des niederländischen Außenministers Luns vom 7. bis 14. Juli 1964 in der UdSSR vgl. Dok. 266, Anm. 32.

[8] Zur Frage einer nuklearen Gesamtstrategie vgl. auch Dok. 261.

[9] Zur geplanten Europa-Initiative der Bundesrepublik vgl. Dok. 268.

[10] Vgl. Dok. 297.

[11] Vgl. Dok. 387.

297

Gespräch des Staatssekretärs Carstens mit dem französischen Außenminister Couve de Murville in Paris

St.S. 1957/64 geheim **24. Oktober 1964**[1]

Am 24. Oktober 1964 nachmittags empfing der französische Außenminister Herrn Staatssekretär Carstens im Quai d'Orsay. Auf französischer Seite nahmen der Generalsekretär des Außenministeriums de Carbonnel, die Herren Lucet und Wormser, auf deutscher Seite nahmen Botschafter Klaiber, Gesandter Knoke und Legationsrat I. Klasse Pfeffer teil.

Der Herr *Staatssekretär* trug zunächst in großen Zügen unsere Pläne für eine Verstärkung der politischen Zusammenarbeit in der Sechsergemeinschaft vor.[2]

Couve de Murville dankte für diese Darstellung. Es sei zur Zeit „Mode", daß jedermann von politischen Unions-Plänen spreche. Nach Ansicht der französischen Regierung sei der Gemeinsame Markt unsere Ausgangsbasis, und in ihm gelte es zunächst den Agrarmarkt zu vollenden. Sodann müsse man sich darüber einig werden, was man politisch gemeinsam erreichen wolle. Leider fehle es noch an einer solchen politischen Übereinstimmung sowohl in der Außenpolitik wie auch in der Verteidigungspolitik.

Der Herr *Staatssekretär* wies darauf hin, daß es wichtige Gebiete der Übereinstimmung gebe. Wir beurteilten zum Beispiel die Ost-West-Probleme gleich. Auch auf dem Gebiet der Rüstungspolitik sehe er gute Chancen für gemeinsames Voranschreiten. Sicher gebe es Bereiche, in denen man nicht übereinstimme. Aber wie sollte man zu einer solchen Übereinstimmung gelangen, wenn man nicht anfange, sich über die Probleme zu unterhalten?

Was den Getreidepreis angehe, so sehe er für uns keine Lösungsmöglichkeit innerhalb des nächsten und vielleicht auch des übernächsten Jahres. Wir hätten eine Zeitlang geglaubt, Frankreich habe es mit dieser Sache nicht eilig – so jedenfalls sei doch wohl das Gespräch zwischen de Gaulle und Staatssekretär Lahr bei der Einweihung des Moselkanals zu verstehen gewesen[3] –, hätten aber der Peyrefitteschen Äußerung gegenüber der Presse[4] entnommen, daß Frankreich jetzt anderer Ansicht sei. Er bitte Couve, ihm zu erklären, was mit diesen Äußerungen gemeint sei. Die Bundesregierung habe sich große Mühe

[1] Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Legationsrat I. Klasse Pfeffer gefertigt.
Hat Bundesminister Schröder am 29. Oktober 1964 vorgelegen.

[2] Zur geplanten Europa-Initiative der Bundesregierung vgl. Dok. 268.

[3] Zum Gespräch vom 26. Mai 1964 vgl. Dok. 287.

[4] Der französische Informationsminister Peyrefitte erklärte am 21. Oktober 1964: „Präsident de Gaulle, Premierminister Pompidou und die französische Regierung haben erneut unterstrichen, daß Frankreich aufhören würde, an der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft beteiligt zu sein, wenn der landwirtschaftliche Markt nicht wie vorgesehen organisiert wird." Vgl. FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 246 vom 22. Oktober 1964, S. 1.
Vgl. dazu auch den Drahtbericht des Botschafters Harkort, Brüssel (EWG/EAG), vom 26. Oktober 1964; Referat I A 1, Bd. 521.

gegeben, die erhitzten Gemüter in Deutschland zu beruhigen, er selbst habe dies im Bundestag getan.[5] Wir hofften auf eine Lösung in kommunautärem Geist. Wir würden den Rom-Vertrag[6] erfüllen, der ja auf landwirtschaftlichem Gebiet schon zu 86% verwirklicht sei.

Couve erwiderte, man komme im Gemeinsamen Markt offenbar „nur durch Krisen" weiter[7]. Wir sollten uns indessen nicht darüber täuschen, daß die EWG keinen Fortgang nehmen werde, wenn der gemeinsame Agrarmarkt nicht zustande käme. So sei Peyrefitte zu verstehen. Peyrefittes Erklärung drücke, vielleicht etwas abrupt, nur aus, was Frankreich seit langem sage. Frankreich werde ungeduldig.

Der Herr *Staatssekretär* erklärte mit Nachdruck, daß wir im Prinzip das gleiche Ziel hätten. Es ginge aber um die Frage des Zeitpunkts. Die Frage sei, ob man nicht besser ein oder zwei Jahre warten sollte, anstatt alles zu opfern: das bisher Erreichte und die Zukunft. Die zweite Alternative diene niemandem, weder Frankreich noch Deutschland noch den anderen vier Partnern der EWG.

Couve stellte daraufhin fest, wenn Deutschland das gleiche Ziel habe, dann sollte es sich doch jetzt zu einer Grundsatzerklärung durchringen, jedenfalls sollten wir die Frage jetzt diskutieren, sonst nehme diese Sache eine böse Wendung. Die Frage müsse in der nächsten Sitzung des Ministerrats in Brüssel vom 10. bis 12. November 1964 und vorher zwischen Herrn Wormser und Herrn Lahr besprochen werden.[8] Die Kennedy-Runde, das wolle er noch hinzufügen, sei nach französischer Ansicht unmittelbar mit der Agrarfrage verknüpft.[9] Man könne in der Kennedy-Runde nicht vorankommen, bevor der gemeinsame Agrarmarkt der Sechs „geregelt" sei.[10]

[5] Staatssekretär Carstens äußerte sich am 22. Oktober 1964 im Rahmen der Fragestunde des Bundestages zum deutsch-französischen Verhältnis. Auf die Dringlichkeitsfrage des SPD-Abgeordneten Erler, wie die Bundesregierung die französische Ankündigung beurteile, „Frankreich würde die EWG verlassen, falls bestimmte agrarpolitische Maßnahmen nicht getroffen würden", antwortete Carstens: „Es entspricht Sinn und Geist des Rom-Vertrages, den schwierigen Prozeß der Erarbeitung einer gemeinsamen Agrarpolitik so durchzuführen, daß hierbei auf die besonderen Gegebenheiten in der Landwirtschaft der einzelnen Länder Rücksicht genommen wird. Die Bundesregierung betrachtet die gegenwärtige Lage mit Ruhe, da sie der Überzeugung ist, daß es gelingen wird, das Ziel des Rom-Vertrages zu erreichen." Vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 56, S. 7005 f.

[6] Für den Wortlaut des EWG-Vertrags vom 25. März 1957 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 753–1020.

[7] Der Passus „Couve erwiderte ... weiter" wurde von Bundesminister Schröder hervorgehoben. Dazu Ausrufezeichen am Rand.

[8] Die Regelung des Getreidepreises wurde auf der Tagung des EWG-Ministerrats vom 10. bis 12. November 1964 nicht behandelt. Vgl. BULLETIN DER EWG 1/1965, S. 66.
Vgl. dazu weiter Dok. 301.

[9] Zur Verknüpfung der Kennedy-Runde mit den Fragen des Gemeinsamen Agrarmarktes vgl. auch Dok. 207.

[10] Staatssekretär Carstens hob am 27. Oktober 1964 hervor, er befürchte weniger, „daß die Franzosen die EWG verlassen werden, wenn es nicht zu einer Lösung der Getreidepreisfrage bis zum 15. Dezember 1964 kommen wird, wohl aber ist zu befürchten, daß sie einen Fortschritt in der Kennedy-Runde blockieren werden (obwohl die Verhandlungslage in Genf hierzu keinen Anlaß bietet). Wir sehen keine Möglichkeit, die Getreidepreisfrage bis zum 15. Dezember zu entscheiden ... Dennoch werden wir selbstverständlich bemüht sein, über den kritischen Punkt im Dezember

Im übrigen müsse er noch einmal auf die fundamentalen Auffassungsunterschiede in der deutschen und französischen Europa-Politik zurückkommen. Die Unterhaltung über die MLF vom Vormittag[11] habe ihm deutlich gemacht, wie weit wir verteidigungspolitisch auseinander stünden. Deutschland sei offenbar bereit, seine Verteidigung außerhalb Europas zu suchen. Was das in unserem Projekt über die politische Zusammenarbeit vorgesehene Konsultativorgan[12] angehe, so wollten wir offenbar eine Verbeugung vor der „Supranationalität" machen. Frankreich werde uns da nicht folgen. Richtig an unserem Plan erscheine ihm, daß wir die Sache zunächst nicht zu stark zu „formalisieren" versuchten. Vielleicht sollte man sich zunächst überhaupt auf regelmäßige Treffen der Außenminister und solche auf anderer Ebene beschränken. Auf mehr könne er sich zur Stunde eigentlich nicht einlassen.

Der Herr *Staatssekretär* antwortete, wir sähen eine Möglichkeit, die MLF und die europäische politische Einigung miteinander zu verbinden; dies sei der Grund dafür, daß wir eine Europäisierungsklausel[13] in den MLF-Vertrag einfügen wollten.

Der Herr Staatssekretär warnte im übrigen vor dem letzten Gedanken Couves, nämlich einer politisch formlosen Lösung. Man habe 1959 damit keinen Erfolg gehabt.[14] Die regelmäßigen Treffen seien schließlich ganz eingeschlafen. Das beratende Organ solle nach unserer Ansicht bei den Regierungskonferenzen zugegen sein, das gemeinschaftliche Element verkörpern und die zweite Phase vorbereiten helfen.

Couve entgegnete, die deutschen Illusionen und die Realitäten seien zwei verschiedene Dinge. Er sei Realist und könne sich vorstellen, wie die Dinge mit der MLF laufen würden. Die europäischen Teilnehmer der MLF würden vollständig abhängig von den USA werden. Ähnlich wie es der Sinn des deutsch-französischen Vertrages[15] gewesen sei, zu einer gemeinsamen Außenpolitik und Verteidigungspolitik zu kommen – die deutsch-französische Zusammenarbeit habe sich leider etwas anders entwickelt, aber immerhin gebe es auch da einige Resultate, zumindest psychologische –, so müsse seiner Ansicht nach auch Europa zuerst gemeinsam seine Politik definieren und dann eine solche gemeinsame Politik mit den USA abstimmen. Das werde zum Vorteil beider,

Fortsetzung Fußnote von Seite 1188

hinwegzukommen. In welcher Weise dies geschehen könnte, kann im Augenblick noch nicht gesagt werden." Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 419; B 150, Aktenkopien 1964.

11 Vgl. Dok. 296.

12 In Abschnitt 4 des die politische Zusammenarbeit betreffenden ersten Teils der Europa-Initiative vom 4. November 1964 wurde vorgeschlagen: „Zur Unterstützung der Staats- und Regierungschefs sowie der Minister bei der Erfüllung ihrer Aufgaben sollte ein beratender Ausschuß zur Verfügung stehen, dessen Mitglieder von den Regierungen im gegenseitigen Einvernehmen ernannt würden. Bei der Ausübung ihrer Tätigkeit würden sie allein dem gemeinsamen Interesse der an dem Übereinkommen beteiligten Staaten dienen. Der beratende Ausschuß sollte Vorschläge für den Vertrag zur Gründung einer Europäischen Politischen Union machen. Er sollte in den Konsultationen der Minister vertreten sein." Vgl. BULLETIN 1964, S. 1536.

13 Zur Europäisierungsklausel vgl. zuletzt Dok. 288. Vgl. weiter Dok. 330.

14 Zum Beschluß der EWG-Außenminister vom 23. November 1959 vgl. Dok. 266, Anm. 18.

15 Für den Wortlaut des deutsch-französischen Vertrags vom 22. Januar 1963 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 706–710.

Europas und Amerikas, sein. Es habe keinen Sinn, daß Europa immer nur folge. Er wolle dies an einem konkreten Beispiel erläutern. Viele Staaten, darunter wohl auch Deutschland, hielten es offenbar für einen guten Gedanken, diplomatische Beziehungen zu Rotchina aufzunehmen. Frankreich habe den Gedanken in die Tat umgesetzt.[16] Warum folgten nun die anderen Staaten nicht nach? Eine gemeinschaftliche Haltung der Europäer in dieser Frage[17] wäre auch für die USA vorteilhafter als der gegenwärtige Zustand, der sich aus der politischen Zerstreuung Europas ergebe. Die USA machten nämlich schlechte Politik gegenüber China.[18] Frankreich suche deshalb keinen Konflikt mit den USA. Europa und die USA brauchten eben nicht immer der gleichen Ansicht zu sein, weder in dem beschriebenen Beispiel noch in der Verteidigungspolitik.

Der Herr *Staatssekretär* entgegnete, Deutschland könne keine diplomatischen Beziehungen zu Rotchina[19] aufnehmen, da Rotchina die sowjetisch besetzte Zone Deutschlands anerkenne. Die Wendung in der französischen China-Politik habe ihn, wie er gestehen müsse, zunächst fasziniert. Er sei davon ausgegangen und habe die Franzosen auch so verstanden, daß Frankreich eine Lösung im Sinne der Zwei-China-Theorie gefunden habe. Der Ausgang, nämlich der Abbruch der Beziehungen zwischen Frankreich und Formosa[20], habe dann allerdings enttäuscht und naturgemäß das Bild erheblich verändert.

Was das Verhältnis Europas zu den USA betreffe, so fuhr der Herr Staatssekretär fort, so lägen die Dinge wohl etwas komplizierter, als der Herr Außenminister sie dargestellt habe. Alle europäischen Staaten praktizierten, und mit Recht, den inter-europäischen Dialog und *simultan* den Dialog mit Amerika. Der letztere schließe eine gemeinsame europäische Politik nicht aus. Wir hofften zum Beispiel auf eine grundsätzliche strategische Diskussion zwischen Europa und den USA. Er glaube im übrigen, daß uns, Frankreich und Deutschland, in manchen Fragen mehr die Methode als die Sache im Verhältnis zu den USA trenne. Die Bundesregierung sei zum Beispiel der Meinung, man solle Differenzen mit den USA, soweit möglich, nicht in der Öffentlichkeit erörtern. Die Amerikaner trügen nun einmal die größte Verantwortung und die größte Bürde für unsere Sicherheit. Wir legten entscheidenden Wert auf die Gegenwart amerikanischer Truppen in Deutschland und Europa.

Couve erklärte, auch Frankreich tue das. Nur sei es weniger nervös als Deutschland, denn nach französischer Auffassung seien die amerikanischen Truppen aus amerikanischem Interesse in Europa. Ihn störe etwas die deutsche Art, immer gleich freundlich zu seinen europäischen Partnern und den

[16] Zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Frankreich und der Volksrepublik China am 27. Januar 1964 vgl. besonders Dok. 11 und Dok. 17.

[17] Der Passus „Warum folgten ... in dieser Frage" wurde von Bundesminister Schröder hervorgehoben. Dazu handschriftliche Bemerkung: „Ein Teil hat sie doch längst – und wir die sog. ‚Hallstein-Doktrin'. Ist das C[ouve] d[e] M[urville] nicht bekannt?"

[18] Zur amerikanischen Politik gegenüber der Volksrepublik China vgl. Dok. 160.

[19] Zur Frage der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Volksrepublik China vgl. Dok. 206.

[20] Die Republik China (Taiwan) gab am 10. Februar 1964 den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Frankreich bekannt. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1964, Z 44.

USA zu sein. Manchmal habe man in Frankreich sogar den Eindruck, als entschuldigten wir uns gegenüber den USA wegen unserer Freundschaft zu Frankreich.

Der Herr *Staatssekretär* widersprach, wir seien überzeugt von der Notwendigkeit der deutsch-französischen Freundschaft, und er dürfe daran erinnern, daß er selbst nach dem Abschluß des deutsch-französischen Vertrages die Gründe für diesen Vertrag in Washington dargelegt habe.[21] Er habe damals absolut keine apologetische Haltung eingenommen.

Sodann schloß sich eine weltpolitische Tour d'horizon an, aus der folgendes festzuhalten ist:

Zu den Auswirkungen der Absetzung Chruschtschows[22] erklärte *Couve*, er sei überzeugt, daß der sowjetisch-chinesische Gegensatz[23], wenn auch in etwas diskreterer Form, fortbestehen werde: China wolle im sozialistischen System eben keine Befehle von Moskau hinnehmen. Auch machten sich die politischen Folgen des ersten, an sich noch primitiven, chinesischen Atombombenversuches[24] besonders in Asien schon erheblich bemerkbar. In Afrika seien die Sowjets und die Chinesen mit der Unterwühlung des Bestehenden beschäftigt, aber sie wühlten auch gegeneinander; die chinesische Gefahr sei dort die größere. Im Satellitenraum zeigten sich erhebliche Unterschiede in der Reaktion auf die Moskauer Ereignisse. Die kommunistischen Parteien im freien Europa seien unzufrieden über Chruschtschows Sturz oder zumindest

[21] Zum Gespräch des Staatssekretärs Carstens mit Präsident Kennedy am 6. Februar 1963 in Washington vgl. AAPD 1963, I, Dok. 83.

[22] Zum Führungswechsel in der UdSSR vom 14./15. Oktober 1964 vgl. Dok. 286, besonders Anm. 5. Vgl. auch Dok. 317.

[23] Zum Stand des sowjetisch-chinesischen Konflikts seit dem Sturz des Ministerpräsidenten Chruschtschow hielt Referat II 3 am 17. November 1964 fest, daß sowohl die UdSSR als auch die Volksrepublik China ihre gegenseitigen polemischen Presse- und Rundfunkkampagnen eingestellt hätten, ohne jedoch vom allgemeinen außenpolitischen Kurs abzuweichen. Das Referat kam zu dem Schluß, „daß sich die sowjetischen und chinesischen ideologischen wie machtpolitischen Positionen nach wie vor unversöhnlich gegenüberstehen, daß mit einer Überbrückung dieser Differenzen in absehbarer Zeit nicht zu rechnen ist, ja, daß ein Wiederaufleben der wechselseitigen Polemik schon in naher Zukunft nicht ausgeschlossen scheint". Vgl. Ministerbüro, VS-Bd. 8477; B 150, Aktenkopien 1964.

[24] Am 16. Oktober 1964 zündete die Volksrepublik China die erste Atombombe. Gleichzeitig sprach sie einen Verzicht auf den Ersteinsatz von Kernwaffen aus und lud alle Regierungschefs der Welt zu einer Konferenz zwecks völligen Verbots und völliger Zerstörung von Kernwaffen ein. Vgl. EUROPA-ARCHIV 1964, Z 229.
Zu den politischen Folgen des Kernversuchs hielt Referat II 4 in einem Beitrag für die Konferenzmappe zum Besuch des Bundesministers Schröder in Washington vom 22. bis 26. November 1964 fest: „Die politischen Wirkungen der chinesischen Versuchsexplosion auf asiatische und afrikanische Staaten dürfen nicht unterschätzt werden. Das chinesische Prestige und der Einfluß Pekings im afro-asiatischen Raum dürften zunehmen, wenn auch zugleich bei einer Reihe von Staaten die Furcht vor Rotchina neue Nahrung erhält ... Peking selbst wird eine gewisse Zeit benötigen, die sich aus seinem Kernwaffenversuch ergebenden Möglichkeiten für sein weiteres politisches Vorgehen abzuschätzen. Hervorzuheben sind die recht ruhige Reaktion Japans, das nüchterne Urteil Indiens und die zwiespältigen Stimmen in Indonesien. Nicht unbedenklich erscheinen vereinzelte afrikanische Äußerungen z.B. der überschwengliche Glückwunsch Conakrys an Peking." Vgl. Ministerbüro, VS-Bd. 8477; B 150, Aktenkopien 1964.
Vgl. dazu auch Dok. 303.

über die Form, in der er sich vollzogen habe. Über diese Tendenzen könne man sich nur freuen. Wenn erst die kommunistischen Parteien überall wirklich nationale Parteien geworden seien, lösten sich alle Probleme. Noch seien wir indessen nicht so weit, vielleicht erreiche man diesen Punkt in zehn oder zwanzig Jahren.

Auf eine Frage des Herrn *Staatssekretärs*, ob die französische Botschaft in Peking mehr oder weniger ungehindert arbeiten könne, gab *Couve* große Schwierigkeiten zu; vor allem kämen die Angehörigen der Botschaft außer an Funktionäre nicht an die Chinesen heran. Im übrigen habe der Austausch französischer und chinesischer Studenten und Professoren begonnen.

Der Herr *Staatssekretär* brachte sodann das Gespräch auf den möglichen Beitritt Rotchinas zu den Vereinten Nationen.[25] *Couve* betonte, Frankreich bejahe den rotchinesischen Beitritt, werde aber für ihn nicht werben. Großbritannien und die skandinavischen Länder verhielten sich ähnlich. Die Vereinigten Staaten würden in der nächsten Vollversammlung wohl noch gerade eine Mehrheit gegen den Beitritt Rotchinas zusammenbringen.[26]

Der Herr *Staatssekretär* stellte in diesem Zusammenhang die Frage, ob man nicht vielleicht den Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zur UNO im gegebenen Augenblick mit demjenigen Rotchinas koppeln und gegenüber der Sowjetunion betreiben könne.

Couve entgegnete, das setze voraus, daß die UdSSR Rotchina in der UNO haben wolle.

Der Herr *Staatssekretär* erläuterte: Wenn die Annahme zutreffe, daß es der Sowjetunion in der augenblicklichen Konstellation darauf ankomme, wenigstens die Formen des sowjetisch-chinesischen Streites zu entschärfen, könne sie einen Antrag Rotchinas um Aufnahme in die UNO nicht gut ablehnen. Aber natürlich komme alles darauf an, daß nicht die Sowjetunion unsere Aufnahme mit derjenigen der sowjetisch besetzten Zone verbinde.

Couve stimmte dem zu und erklärte, er wolle dieses Problem prüfen lassen.

Zum Abschluß einigten sich die deutsche und französische Seite darauf, der Presse gegenüber lediglich zu erklären, das Treffen, das der Herr Staatssekretär in Vertretung des erkrankten Herrn Bundesministers des Auswärtigen[27] wahrgenommen habe, sei im Rahmen des normalen Rhythmus erfolgt. Gegen-

[25] Zur möglichen Aufnahme der Volksrepublik China in die UNO vgl. Dok. 11, Anm. 5, und Dok. 17, Anm. 36.

[26] Am 20. Oktober 1964 forderte Kambodscha, die Aufnahme der Volksrepublik China auf die Tagesordnung der 19. UNO-Generalversammlung zu setzen. Am 17. November 1964 nahm die UNO-Generalversammlung einen Resolutionsentwurf an, der u.a. von den USA, Australien und Italien eingebracht wurde und die Aufnahme der Volksrepublik China als eine „wichtige Frage" bezeichnete, über die entsprechend der UNO-Charta nur mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit entschieden werden dürfe. Vgl. YEARBOOK OF THE UNITED NATIONS 1964 und 1965, S. 129 bzw. S. 177.
Die Volksrepublik China wurde von der 26. UNO-Generalversammlung am 26. Oktober 1971 als alleinige Vertretung Chinas anerkannt und in die UNO aufgenommen.

[27] Bundesminister Schröder nahm die Amtsgeschäfte am 9. November 1964 nach mehrwöchiger Erkrankung wieder auf. Vgl. dazu DIE WELT, Nr. 263 vom 10. November 1964, S. 4.

stand der Besprechungen sei die Europa-Politik, und zwar deren politische und wirtschaftliche Seite, gewesen.

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 419

298

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Luedde-Neurath

II 7-87-35/5141/64 VS-vertraulich **27. Oktober 1964**[1]

Betr.: Antwort auf die sowjetische Erklärung vom 1.2.1964 über die Herstellung von Raketen in der Bundesrepublik Deutschland[2]

Bezug: Beiliegende Aufzeichnung der Abteilung II vom 23.7.1964[3]

Der von dem Herrn Staatssekretär und dem Herrn Bundesminister am 1. August 1964 gebilligte Entwurf unserer Antwort auf die sowjetische Erklärung vom 1. Februar 1964 wurde den drei Alliierten zum Zwecke der Konsultation zur Kenntnis gegeben.

Das Augenmerk der drei Regierungen konzentrierte sich auf die Prüfung unserer Feststellung in Ziffer 2 des Entwurfs, daß die Bundesrepublik Deutschland auf militärischem Gebiet nur den Beschränkungen unterliegt, die sie gegenüber ihren Verbündeten in den Londoner und Pariser Verträgen von 1954 übernommen hat[4], und daß die sowjetische Regierung aus der Kapitulation von 1945 und den Gesetzen des Alliierten Kontrollrates nicht das Recht herleiten kann, Auskunft über Vorgänge in der Bundesrepublik Deutschland zu verlangen.

Parallel zu dieser Konsultation wurde in Paris unsere Antwort auf die sowjetische MLF-Note vom 11. Juli 1964 mit den MLF-Partnern (und mit dem Quai d'Orsay – M. Lucet) abgestimmt.[5] In unserer Antwortnote vom 2.9.1964[6] auf

[1] Die Aufzeichnung wurde von Legationsrat I. Klasse Arnold konzipiert.

[2] Zur sowjetischen Erklärung, die der Gesandte Lawrow am 1. Februar 1964 übermittelte, vgl. Dok. 36.

[3] Dem Vorgang beigefügt. Vgl. Abteilung II (II 7), VS-Bd. 960; B 150, Aktenkopien 1964.

[4] Zur Erklärung der Bundesrepublik vom 3. Oktober 1954 vgl. Dok. 36, Anm. 24.
Für den Wortlaut des Deutschland-Vertrags vom 23. Oktober 1954 vgl. DOKUMENTE DES GETEILTEN DEUTSCHLAND, Bd. 1, S. 229–234.

[5] Zur sowjetischen Note vom 11. Juli 1964 vgl. Dok. 210, Anm. 20.
Zur Konsultation mit dem Abteilungsleiter im französischen Außenministerium, Lucet, vgl. den Drahtbericht des Gesandten Knoke, Paris, vom 12. August 1964; Abteilung II (II 7), VS-Bd. 1367; B 150, Aktenkopien 1964.
Zur Abstimmung mit den übrigen MLF-Partnern vgl. den Drahtbericht des Botschaftsrats I. Klasse Sahm, Paris (NATO), vom 25. August 1964; Abteilung II (II 7), VS-Bd. 1367; B 150, Aktenkopien 1964.

[6] Für den Wortlaut vgl. FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 207 vom 7. September 1964, S. 5.

diese sowjetische Note ist in ausführlicher Form unsere Ansicht zu den Kontrollratsgesetzen und unseren WEU-Verpflichtungen dargelegt worden. Um gerade in diesem Punkt Mißdeutungen auszuschließen, haben wir den letzten Absatz der Ziffer 2 unseres Entwurfs[7] für eine Antwort auf die o.a. sowjetische Erklärung vom Februar durch den entsprechenden Text der MLF-Note vom 2.9.1964 ersetzt. Er lautet:

„Das deutsche Volk hat mit der Kapitulation der deutschen Wehrmacht im Jahre 1945 keineswegs für alle Zeiten auf das Recht der Selbstverteidigung verzichtet. Die von den vier Siegermächten erlassenen Demilitarisierungsbestimmungen sind bereits vor mehreren Jahren außer Wirksamkeit gesetzt worden, nachdem die UdSSR schon lange vorher in dem von ihr besetzten Teil Deutschlands deutsche bewaffnete Verbände aufgestellt hatte.[8] Die Bundesrepublik Deutschland unterliegt auf dem Gebiete der Verteidigung daher nur den in den Verträgen mit ihren Verbündeten niedergelegten Beschränkungen."

Obwohl dieser Text in der MLF-Note bereits von allen MLF-Partnern gebilligt worden war, konnten der britische und französische Vertreter nach mehrfacher Erinnerung erst am 19. Oktober endgültig ihr Einverständnis zu unserem Entwurf für die Antwort auf die sowjetische Erklärung vom Februar geben. Insbesondere aus Paris wurden Bedenken geäußert; es ist dort anscheinend in allen Einzelheiten nachgeprüft worden, ob unsere Feststellung zutrifft, daß die Demilitarisierungsbestimmungen des Kontrollrats sämtlich außer Wirksamkeit gesetzt worden sind.

Die nun abgeschlossene Konsultation war zwar langwierig, hat aber zu einer auch im Verhältnis zu unseren Verbündeten wichtigen Klärung der Rechtslage geführt.

Die Veränderungen in der sowjetischen Führung[9] lassen es einstweilen allerdings nicht ratsam erscheinen, die sowjetische Erklärung vom 1.2.1964 zu beantworten. Wir sollten nichts tun, was die neuen Machthaber automatisch zu Erben der Chruschtschowschen Politik macht. Abgesehen davon könnte der späte, durch die Konsultationen bedingte Zeitpunkt unserer Antwort von den Sowjets mißdeutet und als Beginn einer Offensive gegen die neuen Führer gewertet werden.

Es wird daher vorgeschlagen, die Beantwortung der sowjetischen Erklärung

[7] Ziffer 2 des Entwurfs der Abteilung II vom 23. Juli 1964: „Die Regierungen der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Frankreichs und die Regierung der UdSSR haben die vom Kontrollrat in Deutschland erlassenen Demilitarisierungsgesetze aufgehoben bzw. außer Wirksamkeit gesetzt. Die Bundesrepublik Deutschland unterliegt in dieser Hinsicht daher nur noch denjenigen Beschränkungen, die sie sich selbst freiwillig auferlegt hat." Vgl. Abteilung II (II 7), VS-Bd. 960; B 150, Aktenkopien 1964.

[8] Die Aufstellung der Kasernierten Volkspolizei begann bereits 1948.

[9] Zum Führungswechsel in der UdSSR vom 14./15. Oktober 1964 vgl. Dok. 286, besonders Anm. 5. Vgl. auch Dok. 317.

vom 1.2.1964 zurückzustellen und erneut zu überprüfen, wenn von sowjetischer Seite Angriffe gegen uns vorgebracht werden.

Hiermit dem Herrn Staatssekretär[10] vorgelegt.

i.V. Luedde-Neurath

Abteilung II (II 7), VS-Bd. 960

299

Ministerialdirigent Böker an Ministerialdirektor Jansen

28. Oktober 1964[1]

Lieber Herr Jansen!

Im Anschluß an unser Telefongespräch schreibe ich Ihnen diese Zeilen aus meiner großen Sorge wegen des Problems Puttalam (Ceylon)[2] heraus. Die von Staatssekretär Lahr in dieser Angelegenheit gefaßte Entscheidung[3] verursacht mir hier schlaflose Nächte und hat unter meinen Mitarbeitern Bestürzung, Mutlosigkeit und zum Teil Empörung hervorgerufen. Es handelt sich im Grunde um zwei Probleme:

1) Das sachliche Problem, d.h. den Inhalt der Entscheidung:

Alle beteiligten Personen innerhalb der Abteilung I wie übrigens auch der Abteilung II, die ebenfalls zuständig ist, sind tiefst davon überzeugt, daß die Entscheidung sachlich falsch war. Gleichgültig welche Wortspiele wir aufführen mögen, die Hermes-Garantien werden in den unterentwickelten Ländern als

[10] Hat Staatssekretär Carstens am 1. November 1964 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Ich folge dem Vorschlag. Eine Gefahr, daß wir uns verschweigen, besteht m[eines] E[rachtens] nicht. Ich habe die sowj[etischen] Erklärungen sofort mündlich zurückgewiesen. (Vgl. Aufz[eichnung] v[om] 9.6.64, S. 2) Dem H[errn] Minister m[it] d[er] B[itte] um Zustimmung."
Hat Bundesminister Schröder am 14. November 1964 vorgelegen.
Ministerialdirektor Krapf hatte in der Aufzeichnung vom 9. Juni 1964 die Äußerung von Carstens gegenüber dem sowjetischen Gesandten Lawrow vom 1. Februar 1964 hervorgehoben, wonach „die Regierung der UdSSR keinerlei Recht habe, sich in innerstaatliche Angelegenheiten der Bundesrepublik Deutschland einzumischen und Rechenschaft über die deutsche Rüstung zu verlangen". Vgl. Abteilung II (II 7), VS-Bd. 960; B 150, Aktenkopien 1964.

[1] Privatdienstschreiben.

[2] Am 7. September 1964 unterzeichnete die Firma Klöckner-Humboldt-Deutz einen Vertrag über den Bau einer Zementfabrik in Puttalam (Ceylon) im Wert von 25,7 Mio. DM. Im Auswärtigen Amt gab es Meinungsverschiedenheiten darüber, ob die für die Ausführung des Projekts benötigte Hermes-Bürgschaft erteilt werden sollte. Während Abteilung III die Genehmigung der Hermes-Bürgschaft mit Hinweis auf die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung des Einflusses der Bundesrepublik in Ceylon befürwortete, sprach sich Abteilung I dagegen aus, da dies „zumindest in der politischen Wirkung nach außen eine Wiederaufnahme der deutschen Wirtschaftshilfe" bedeuten würde, die am 19. Februar 1964 unterbrochen worden war. Vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jansen vom 28. Oktober 1964. Vgl. auch die Aufzeichnung von Jansen „zur Darstellung des hausinternen Streitstandes" vom 26. Oktober; Referat I B 5, Bd. 5.

[3] Am 24. Oktober 1964 entschied Staatssekretär Lahr, daß das Auswärtige Amt einer „Garantieübernahme" für das Zementwerk in Puttalam nicht widerspreche. Vgl. den Vermerk des Ministerialdirigenten Pauls vom 26. Oktober 1964; Referat I B 5, Bd. 5.

Wirtschaftshilfe aufgefaßt und werden von uns selbst als solche in der Statistik geführt und in unserer Propaganda verwertet. Das Bundeskabinett hat seinerzeit beschlossen und der Welt verkündet, daß wir auf Grund eines konkreten Verhaltens der Regierung von Ceylon die Fortführung der Wirtschaftshilfe[4] gegenüber diesem Lande nicht verantworten könnten. Es ist der ceylonesischen Regierung selbst erklärt worden, daß von einer Widerrufung dieses Beschlusses erst die Rede sein kann, wenn die ceylonesische Politik uns gegenüber sich geändert hat.[5] Von einer solchen Änderung kann trotz des einen oder anderen Anbiederungsversuches[6] bis jetzt keine Rede sein. Eine Wiederaufnahme unserer Wirtschaftshilfe mit einem so großen Projekt würde daher von Ceylon selbst und von allen neutralistischen Ländern als ein weiteres Beispiel der völligen Inkonsequenz unserer Politik in der Deutschlandfrage ausgewertet werden. In vorliegendem Falle ist dies um so gefährlicher, weil gerade unsere Ceylon-Politik ein neuer Ansatz einer verstärkten Deutschlandpolitik im neutralistischen Raume sein sollte. Die Folgen unserer Inkonsequenz sind daher meines Erachtens unabsehbar. Wir haben uns um des Handels willen gegen unsere Deutschlandpolitik entschieden. Über die Hintergründe dieser Entscheidung[7] hatten wir ja bereits telefonisch gesprochen.

2) Das Procedere:

Es ist mir unfaßlich, wie ein solcher Beschluß in einer hoch politischen Angelegenheit nicht nur ohne die Beteiligung der beiden Politischen Abteilungen gefaßt werden konnte, sondern sogar in dem Wissen, daß die beiden Politischen Abteilungen die entgegengesetzte Auffassung vertreten. Meines Erachtens liegt hierin ein klarer Verstoß gegen die gemeinsame Geschäftsordnung der Bundesregierung.[8] Schlimmer aber noch ist die Tatsache, daß damit jeder vertrauensvollen Zusammenarbeit mit der Abteilung III der Boden entzogen wird. Im neutralistischen Raum kann aber eine erfolgreiche deutsche Außenpolitik nur bei engster Zusammenarbeit der Abteilungen I, II und III geführt

[4] Zur Entwicklungshilfe der Bundesrepublik für Ceylon vgl. bereits Dok. 191.

[5] Zur Veröffentlichung des Beschlusses des Bundeskabinetts vom 19. Februar 1964, die Entwicklungshilfe an Ceylon einzustellen, vgl. Dok. 53, Anm. 8.

[6] Ministerialdirektor Sachs befürwortete am 14. Oktober 1964 die Übernahme der Hermes-Bürgschaft mit der Begründung, daß sich die ceylonesische Regierung zunehmend positiv zur Deutschland-Frage äußere. So habe Senator Nadesan auf der Konferenz der Interparlamentarischen Union in Kopenhagen das deutsche Selbstbestimmungsrecht anerkannt. Zudem habe Ceylon auf der Konferenz der blockfreien Staaten in Kairo keine Schritte unternommen, „die gegen die Interessen der Haltung der Bundesrepublik zur deutschen Frage verstoßen", und der ceylonesische Landwirtschaftsminister Bandaranaike habe hervorgehoben, „daß eine Anerkennung der SBZ nicht erfolgen wird, solange noch eine Hoffnung besteht, daß es zu einer deutschen Wiedervereinigung kommt". Vgl. Referat I B 5, Bd. 5.

[7] Am 3. November 1964 vermerkte Ministerialdirigent Böker auf einer Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Pauls vom 31. Oktober 1964, er fühle sich in seiner Annahme bestätigt, daß Abteilung III „nur dem ‚lobbying' von Klöckner-Humboldt-Deutz erlegen ist". Vgl. Referat I B 5, Bd. 5.

[8] Paragraph 28, Absatz 2, Satz 2 der Geschäftsordnung der Bundesregierung vom 11. Mai 1951: „Gegen die Auffassung der Bundesregierung zu wirken, ist den Bundesministern nicht gestattet." Vgl. GEMEINSAMES MINISTERIALBLATT 1951, S. 140.
Auch Ministerialdirektor Jansen hob am 26. Oktober 1964 hervor, daß sich eine „Neugestaltung des deutsch-ceylonesischen Verhältnisses" an den das Auswärtige Amt „bindenden Beschluß des Kabinetts vom 19. Februar 1964" zu halten habe. Vgl. Referat I B 5, Bd. 5.

werden. Ich muß Ihnen offen gestehen, daß ich nicht weiß, wie ich unter diesen Umständen meine eigene Aufgabe sinnvoll weiterführen kann.

Ich sehe im Augenblick keine Möglichkeit, das in den Brunnen gefallene Kind noch zu retten, und kann deshalb auch für das weitere Vorgehen keine Vorschläge machen. Auf alle Fälle müßte meines Erachtens in nicht zu ferner Zukunft (wenn möglich nach meiner Rückkehr in den Dienst) eine Besprechung unter dem Vorsitz von Staatssekretär Carstens oder des Herrn Bundesministers stattfinden. Vor allem aber müßte ab sofort eindeutig und aktenkundig festgelegt werden, welchen Personenkreis die *ausschließliche* Verantwortung für die zu befürchtenden schädlichen Auswirkungen auf unsere Deutschland-Politik trifft.

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie diese Gedankengänge in der Ihnen geeignet erscheinenden Form Herrn Staatssekretär Carstens unterbreiten wollten.[9] Persönlich würde ich keinen Einwand dagegen haben, wenn Sie dem Herrn Staatssekretär diesen Brief in seinem vollen Wortlaut vorlegten.[10]

Mit den besten Grüßen bin ich

Ihr dankbar ergebener
Alexander Böker

Büro Staatssekretär, Bd. 395

300

Staatssekretär Carstens an Bundesminister Mende

II 1-81.50/3-1332[I]/64 VS-vertraulich **29. Oktober 1964[1]**

Sehr geehrter Herr Bundesminister,

die Informationen, die Sie mir dankenswerterweise zu den Verhandlungen über die Freilassung politischer Häftlinge in der SBZ gegeben haben, waren für das Auswärtige Amt sehr wichtig.[2] Ich darf diese Gelegenheit benutzen, um Ihnen zu sagen, wie sehr das Auswärtige Amt darauf angewiesen ist, in

[9] Am 28. Oktober 1964 hielt Ministerialdirektor Jansen fest, daß Staatssekretär Carstens „Staatssekretär Lahr die Entscheidung des Falles auf der Grundlage des sich aus der Darstellung der beiderseitigen Positionen ergebenden Streitstandes" überlassen habe. Vgl. Referat I B 5, Bd. 5.
Am 12. November lehnte Jansen die Weiterleitung einer Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Böker vom 3. November 1964 über den „Testfall Puttalam" mit der Begründung ab, daß Carstens „die Angelegenheit als abgeschlossen" betrachte. Vgl. Referat I B 5, Bd. 5.

[10] Hat Ministerialdirektor Jansen am 30. Oktober 1964 vorgelegen, der für Staatssekretär Carstens handschriftlich vermerkte: „Ich muß bestätigen, daß die beteiligten Beamten außerordentlich betroffen sind."
Hat Carstens am 21. November 1964 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Mit Ministerialdirigent Böker besprochen. Z[u] d[en] A[kten] Büro St[aats]S[ekretär]."

[1] Durchschlag als Konzept.

[2] Vgl. dazu Dok. 285.

ähnlichen Fällen schon unterrichtet zu sein, bevor die Presse über die Dinge informiert wird[3], damit das Amt die Auslandsvertretungen frühzeitig unterrichten kann.

In diesem Zusammenhang darf ich die Frage stellen, ob die Anzahl der entlassenen Häftlinge einerseits und die bedeutenden wirtschaftlichen Gegenleistungen andererseits in einem angemessenen Verhältnis zueinander stehen. Wenn die Meldungen über einen Gesamtwert von 32 Mio. DM bei einer Entlassung von rund 900 Häftlingen[4] in etwa den Tatsachen entsprechen, scheint mir dieser Betrag sehr hoch zu sein. Man darf m.E. die Gefahr nicht übersehen, daß man durch Aktionen dieser Art unsere Rückführungsaktionen aus den osteuropäischen Staaten präjudizieren könnte, und zwar sowohl was das Faktum der wirtschaftlichen Gegenleistungen als solche als auch was die Höhe dieser Leistungen anbelangt.[5]

Ich glaubte, Ihnen diese Gedanken nicht vorenthalten zu sollen, und schließe mit der Bitte, das Auswärtige Amt möglichst frühzeitig von gemeinsam interessierenden Angelegenheiten in Kenntnis zu setzen.[6]

Mit verbindlichen Empfehlungen

gez. Carstens

Abteilung II (II 1), VS-Bd. 15

[3] Am 28. August 1964 gab Bundesminister Mende eine Presseerklärung ab, in der er ausführlich auf den Freikauf politischer Häftlinge aus der DDR einging. Vgl. dazu REHLINGER, Freikauf, S. 62.

[4] Vgl. dazu Dok. 285, Anm. 1.

[5] Am 9. November 1964 führte Staatssekretär Krautwig, Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, zu dem hohen Aufwand für die Freilassung politischer Häftlinge aus der DDR aus: „Ob er zu hoch ist, besser gesagt, ob er vertretbar ist, hängt entscheidend von dem Zweck dieses Aufwandes ab. Über diesen Zweck ist wohl nur wenig zu sagen. Daß jede nur mögliche Hilfe für die politischen Häftlinge in den Zonenzuchthäusern und Zonengefängnissen, insbesondere aber auch für die jugendlichen Fluchthelfer, eine Verpflichtung von hohem Rang ist, ist unbestritten. Stellt man eine Beziehung her zu anderen Leistungen, die in den vergangenen Jahren aus politischen Gründen erbracht wurden, so erscheint mir die hier durchgeführte Aktion ihrer Bedeutung nach in der Spitzengruppe zu rangieren. Die Gefahr, daß die Behandlung dieses ganz außergewöhnlichen Tatbestandes Rückführungsaktionen präjudizieren könnte, sehe ich nicht." Vgl. Abteilung II (II 1), VS-Bd. 15; B 150, Aktenkopien 1964.

[6] Am 9. Dezember 1964 vermerkte Staatssekretär Carstens, Bundesminister Mende habe im Bundeskabinett berichtet, daß z. Z. vertrauliche Verhandlungen mit der DDR über die Freilassung von 500 weiteren politischen Häftlingen aus der DDR geführt würden. Vgl. Abteilung II (II 1), VS-Bd. 15; B 150, Aktenkopien 1964.

301

Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens

St.S. 1987/64 geheim **30. Oktober 1964**

Ich führte heute ein etwa einstündiges Gespräch mit dem Herrn Bundeskanzler über die außenpolitische Lage. Wir erörterten insbesondere das deutsch-französische Verhältnis. Der Herr Bundeskanzler erklärte, er sei der Ansicht, daß wir uns bereiterklären müßten, einer Regelung des Getreidepreises[1] im Juli 1967 zuzustimmen, und er wolle dies de Gaulle auch mitteilen. Er denke daran, Bundesminister Westrick in besonderer Mission zu de Gaulle zu schikken.

Ich wies darauf hin, daß das deutsch-französische Verhältnis nicht nur durch den Getreidepreis, sondern auch durch den MLF-Komplex belastet sei.[2] In der MLF-Frage könnten wir meiner Ansicht nach den Franzosen nicht entgegenkommen. Die Vorstellung von Botschafter Klaiber, die Entscheidung über die MLF bis nach den deutschen Wahlen[3] zu verschieben[4], hielte ich für falsch. Das einzige, was man tun könnte, sei, die Frage zu stellen, was die Franzosen denn eigentlich als Alternative für die MLF vorschlügen, da sie doch immer behaupteten, die MLF störe oder behindere die Zusammenarbeit im Bereich der europäischen Verteidigung. Ich schlug vor, die Frage der Entsendung von Bundesminister Westrick mit dem Herrn Außenminister zu besprechen.

Der Herr Bundeskanzler rief dann in meiner Gegenwart den Herrn Minister an. Ich hörte das Gespräch mit. Der Herr Minister erklärte, eine Entscheidung der Art, daß wir im Juli 1967 an der Festsetzung eines gemeinsamen Getreidepreises mitwirken wollten, sei selbstverständlich zu begrüßen. Sie würde die Situation zweifellos etwas erleichtern. Es erscheine ihm jedoch nicht zweckmäßig, diese Angelegenheit durch Bundesminister Westrick mit de Gaulle erörtern zu lassen. Dadurch entstehe der Eindruck, als wenn wir beunruhigt seien. Diesen Eindruck sollten wir nicht erwecken. Ganz falsch wäre es, den MLF-Komplex jetzt mit den Franzosen aufzunehmen. Hier könnten wir nur unsere bisherige Linie fortsetzen.

[1] Vgl. dazu zuletzt Dok. 287.

[2] Zur französischen Haltung gegenüber der geplanten MLF vgl. zuletzt Dok. 296.

[3] Die Bundestagswahlen fanden am 19. September 1965 statt.

[4] Am 29. Oktober 1964 erläuterte Botschafter Klaiber, Paris, „Möglichkeiten zur Überwindung der Krise in den deutsch-französischen Beziehungen". Dazu führte er aus: „Neben der Frage der Getreidepreisfestsetzung spielt die MLF in den deutsch-französischen Beziehungen zunehmend eine Rolle erster Ordnung. Vorsichtigen Andeutungen von französischer Seite glaube ich entnehmen zu können, daß die französische Regierung bereit sein könnte, sich mit einem Ruhenlassen der Festsetzung des europäischen Getreidepreises bis über die Bundestagswahlen hinaus gegen ein Ruhenlassen der Arbeiten an der MLF ebenfalls bis über die Bundestagswahlen hinaus abzufinden. Bei der ohnehin vorliegenden Gefahr der Verwässerung der MLF aufgrund der zu erwartenden Gegenvorschläge der neuen britischen Labour-Regierung, die das ganze Projekt für uns vielleicht weniger anziehend machen könnte, wäre es der Überlegung wert, ob wir das MLF-Projekt – jetzt – gegen stärksten französischen Widerstand durchziehen sollten." Vgl. Abteilung II (II 7), VS-Bd. 1365; B 150, Aktenkopien 1964.

Ich sprach dann eine Weile mit dem Herrn Minister. In diesem Gespräch erschien folgende Lösung als die beste: Der Herr Bundeskanzler sollte sich, sobald wie möglich, bemühen, die Zustimmung der Regierungsfraktionen zu der von ihm ins Auge gefaßten Entscheidung in der Getreidepreisfrage zu erhalten. Sobald diese Zustimmung vorliege, sollte der Herr Bundeskanzler einen Brief an de Gaulle schreiben, in dem er allerdings nicht unsere Position zu den materiellen Fragen darlegen, sondern im wesentlichen nur sagen sollte, wir hätten uns sehr große Mühe gegeben und sehr große Anstrengungen gemacht, um in der Getreidepreisfrage unseren Partnern entgegenzukommen. Die deutsche Delegation für die nächste Ministerratssitzung in Brüssel[5] sei mit entsprechenden Instruktionen versehen worden. Der Bundeskanzler bitte de Gaulle, diese unsere Anstrengung als einen von uns aus gesehen großen Beitrag zur Lösung der Getreidepreisfrage zu würdigen. Die deutsche Delegation würde mit der französischen Delegation in Brüssel Fühlung nehmen.

Wenn ein solcher Brief geschrieben würde, würde sich die Übermittlung durch Bundesminister Westrick nicht empfehlen, da er naturgemäß einem Gespräch über die Substanz nicht ausweichen könnte. Ein solcher Brief sollte durch Botschafter Klaiber übermittelt werden.[6]

Dieses Vorgehen hätte den Vorteil, daß wir, ohne uns vorher gegenüber den Franzosen einseitig zu binden, in Brüssel besser operieren und insbesondere dort auch vielleicht die Zustimmung der Kommission oder anderer Partner gewinnen könnten.

Ich trug im Anschluß an mein Gespräch mit dem Herrn Minister diese Gedankengänge dem Herrn Bundeskanzler vor, der sie billigte.

Hiermit Herrn Staatssekretär II[7] zur ausschließlich persönlichen Unterrichtung.

Carstens

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 419

[5] Zur Tagung des EWG-Ministerrats vom 10. bis 12. November 1964 in Brüssel vgl. BULLETIN DER EWG 1/1965, S. 66.

[6] Ein entsprechendes Schreiben wurde nicht verfaßt.
Zur Regelung der Getreidepreisfrage vgl. weiter Dok. 316.

[7] Hat Staatssekretär Lahr am 30. Oktober 1964 vorgelegen.

302

Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Oncken

II 1-82.10/1348/64 VS-vertraulich **30. Oktober 1964**

Betr.: Deutschland-Erklärung der Drei Mächte vom 26. Juni 1964[1]
hier: Reaktion dritter Staaten auf Notifizierung der Erklärung

Anlage: Eine Übersicht[2]

I. In vorgenannter Angelegenheit sind drei Aktionen durchgeführt worden:

1) Ab Anfang Juli
Unsere Demarchen bei allen Ländern mit Ausnahme der NATO-Staaten, Finnlands und der kommunistischen Staaten.[3]

2) Ab Mitte Juli
Demarchen der drei Verbündeten bei den Teilnehmerländern an der afrikanischen Gipfelkonferenz (17.–21. Juli 1964).[4]

3) Im September
Demarchen der drei Verbündeten bei

a) den meisten Teilnehmerländern an der Kairoer Neutralistenkonferenz (5.–10. Oktober 1964)[5],
b) den anderen Ländern Asiens, Afrikas, Südamerikas mit Ausnahme der asiatischen Volksrepubliken und Kubas[6],
c) den neutralen europäischen und den Ostblockstaaten mit Ausnahme der Sowjetunion.[7]

II. Fast alle Vertretungen haben weisungsgemäß über das Ergebnis der drei Aktionen berichtet. Addis Abeba und Jaunde berichteten am 25. September[8], Nouakchott am 6. Oktober, Conakry am 16. Oktober, Warschau am 19. Oktober, daß die Botschafter der Drei Mächte noch keine entsprechende Weisung erhalten hätten.[9] In Rabat traf die Weisung erst auf Anfrage des dortigen fran-

[1] Zur Deutschland-Erklärung der Drei Mächte vom 26. Juni 1964 vgl. Dok. 175, besonders Anm. 4.

[2] Dem Vorgang beigefügt. Vgl. Abteilung II (II 1), VS-Bd. 16; B 150, Aktenkopien 1964.

[3] Mit Runderlaß vom 30. Juni 1964 wies Ministerialdirektor Krapf die diplomatischen Auslandsvertretungen an, die Deutschland-Erklärung der Drei Mächte „an möglichst hoher Stelle im Gastland zur Kenntnis" zu bringen und vor allem den Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik sowie die westliche Anerkennung politischer Bindungen zwischen Berlin (West) und der Bundesrepublik hervorzuheben. Vgl. Referat II 1, Bd. 338.

[4] Vgl. dazu den Runderlaß des Ministerialdirektors Krapf vom 8. Juli 1964; Referat II 1, Bd. 338.

[5] Vgl. dazu Dok. 181, Anm. 30.

[6] Vgl. dazu den Drahterlaß des Generalkonsuls Ruete vom 7. September 1964; Referat II 1, Bd. 339.

[7] Vgl. dazu den Drahterlaß des Generalkonsuls Ruete vom 17. September 1964; Abteilung II (II 1), VS-Bd. 16; B 150, Aktenkopien 1964.

[8] Vgl. dazu die Drahtberichte des Botschafters von Schubert, Addis Abeba, und des Legationsrats Freiherr Rüdt von Collenberg, Jaunde, vom 25. September 1964; Referat II 1, Bd. 339.

[9] Vgl. die Berichte des Legationsrats Graeve, Nouakchott, und des Botschafters Haas, Conakry; Referat II 1, Bd. 339.
Der Bericht der Handelsvertretung in Warschau wurde dem Vorgang nicht beigefügt.

zösischen Botschafters in Paris ein.[10] Die amerikanischen Demarchen fanden in Quito erst am 5., in Santiago am 7. Oktober statt.[11]

III. Die Demarchen fanden bis auf die unter IV erwähnten Fälle ein positives Echo. Der erneute Hinweis auf die Deutschland-Frage war angebracht. Er konnte bei einigen Regierungen Unkenntnis und Fehlurteile korrigieren. Nur in Ausnahmefällen wurde berichtet, daß ähnliche Demarchen künftig auf erlahmendes Interesse stoßen oder sogar als taktloser Mißtrauensbeweis empfunden werden könnten. Eine genaue Aufschlüsselung der Reaktionen in den Hauptstädten ist in der beigefügten Zusammenstellung enthalten.

IV. Die Regierungen in Algier, Accra, Bamako, Colombo, Djakarta, Kairo, New Delhi, Phnom Penh und Rangun, deren politische Haltung an sich von der Linie der Deutschland-Erklärung der Drei Mächte abweicht, betonten, daß sie nicht vorhätten, die SBZ anzuerkennen. Sie deuteten allerdings an, daß sie unsere Auffassung vom nichtstaatlichen Charakter der SBZ nicht überzeuge. Hierbei ließen einige Regierungen erkennen, daß sie im wesentlichen die wirtschaftliche Kraft der Bundesrepublik Deutschland von der Anerkennung der SBZ abhalte. In Accra wirkte sich das taktlose Vorgehen der Delegation des stellvertretenden SBZ-„Ministerpräsidenten" Scholz zu unseren Gunsten aus.[12] In Rangun wurde die Aufnahme der SBZ in die Sonderorganisationen der Vereinten Nationen befürwortet[13], in Bamako die These von der „Wiedervereinigung als Angelegenheit der Deutschen selbst" vertreten.[14] In Cotonou bestand eine gewisse Unklarheit[15], die später in dem Abschluß eines

[10] Vgl. den Drahtbericht des Legationsrats I. Klasse Sanne, Rabat, vom 28. September 1964; Referat II 1, Bd. 339.

[11] Vgl. die Berichte des Legationsrats I. Klasse Kopp, Quito, vom 6. Oktober 1964 und des Botschafters von Nostitz-Drzewiecki, Santiago de Chile, vom 8. Oktober 1964; Referat II 1, Bd. 339.

[12] Vgl. dazu den Drahtbericht des Botschafters Steltzer, Accra, vom 2. Oktober 1964; Referat II 1, Bd. 339.
Der Stellvertretende Ministerpräsident der DDR, Scholz, hielt sich vom 20. September bis zum 1. Oktober 1964 in Ghana auf. Steltzer berichtete am 1. Oktober 1964, daß beide Seiten den Ausbau der Handelsbeziehungen zwischen der DDR und Ghana vereinbart hätten. Der Versuch von Scholz, den ghanaischen Präsidenten zu eindeutigen Aussagen über die Deutschland-Frage zu bewegen, sei jedoch gescheitert. Nkrumah habe sich vielmehr darüber beklagt, „daß Scholz ihn durch Überrumpelungsversuch auf einseitige Stellungnahme zu Deutschlandfrage festlegen wollte, und deutete an, daß diese Handlungsweise für [die] SBZ noch unerfreuliches Nachspiel haben werde". Vgl. Abteilung II (II 1), VS-Bd. 23; B 150, Aktenkopien 1964. Für das gemeinsame Kommuniqué der DDR und Ghanas vom 30. September 1964 vgl. DOKUMENTE ZUR AUSSENPOLITIK DER DDR XII, S. 752f.

[13] Vgl. dazu den Bericht des Legationsrats Jungfleisch, Rangun, vom 8. Oktober 1964. Jungfleisch fügte dem Bericht eine Aufzeichnung des britischen Botschaftsrats Hebblethwaite über sein Gespräch mit dem Abteilungsleiter im birmanischen Außenministerium bei. U Aungh Myat habe die Kontinuität der birmanischen Politik gegenüber der Bundesrepublik und der DDR seit 1956 hervorgehoben und darauf hingewiesen, daß Birma die Beziehungen zu beiden deutschen Staaten ausbauen wolle: „This will not deter us from pursuing our present policy, he said. Within the framework of this policy we shall welcome both Germanys in the special agencies of the United Nations – e.g. the W.H.O." Vgl. Referat II 1, Bd. 339.

[14] Vgl. dazu den Drahtbericht des Attachés Rosengarten, Bamako, vom 17. Juli 1964; Referat II 1, Bd. 339.

[15] Botschafter von Kameke, Cotonou, berichtete am 2. Oktober 1964: „Präsident Apithy dürfte es nicht entgangen sein, daß dieses geschlossene Auftreten der westlichen Botschafter die Einigkeit der westlichen Welt in der Deutschlandfrage unterstrich, dürfte sich aber von seiner Liebäugelei mit dem Osten nicht abbringen lassen, weil er und seine Gefolgsleute um so eher in jedem Vorge-

Abkommens mit der SBZ über den Austausch von Handelsvertretungen[16] ihren Niederschlag gefunden hat.

V. Die deutsch-alliierte Aktion, die Deutschland-Erklärung der Drei Mächte – mit Ausnahme der NATO-Staaten, der Sowjetunion, der ostasiatischen Volksrepubliken und Kubas – in allen Ländern zu verbreiten, war für einen uns günstigen Ablauf der Kairoer Konferenz nicht ohne Bedeutung. Man muß davon ausgehen, daß die Aktion zu dem für uns vorteilhaften Ausgang der Konferenz[17] mit beigetragen hat. Andererseits hat auch diese Aktion wieder gezeigt, daß eine nicht einflußlose Gruppe neutralistischer Länder mit der SBZ sympathisiert.

Hiermit Herrn D II i.V.[18] mit der Bitte um Kenntnisnahme vorgelegt. Es wird angeregt, die Botschaft in Washington über das Ergebnis der Demarchen zu unterrichten und zu beauftragen, den in der dortigen Vierergruppe vertretenen Verbündeten den Dank der Bundesregierung für die bei dieser Aktion gewährte Unterstützung auszusprechen.[19]

Oncken

Abteilung II (II 1), VS-Bd. 16

Fortsetzung Fußnote von Seite 1202

hen des Westens einen Angriff auf seine non-alignment-Politik sehen, je deutlicher und geschlossener es unternommen wird." Vgl. Referat II 1, Bd. 339.

16 Zum Abkommen vom 19. September 1964 über den Austausch von Handelsvertretungen zwischen der DDR und Dahome vgl. Dok. 282, besonders Anm. 3.

17 Der Chef des Presse- und Informationsamtes, von Hase, teilte am 12. Oktober 1964 mit: „Die deutsche Regierung hat mit großer Befriedigung davon Kenntnis genommen, daß die Konferenz dem schweren Schicksal der geteilten Völker ihre Anteilnahme gezeigt und sich für gerechte und dauerhafte Lösungen auf der Grundlage der Wiedervereinigung ausgesprochen hat. Sie sieht darin eine Bestätigung des Rechts auf Selbstbestimmung auch der deutschen Nation. Sie dankt den Konferenzteilnehmern für das Verständnis, das sie in ihren Reden und Entschließungen der Lebensfrage des deutschen Volkes entgegengebracht hat." Vgl. BULLETIN 1964, S. 1418.
Vgl. auch die positive Einschätzung der Konferenz durch Bundeskanzler Erhard vom 15. Oktober 1964; BULLETIN, S. 1429.

18 Ministerialdirigent Ruete.
Mit handschriftlichem Vermerk vom 3. November 1964 regte Vortragender Legationsrat I. Klasse Oncken die Weiterleitung der Aufzeichnung an Staatssekretär Carstens an. Dazu vermerkte Ruete am 5. November 1964: „Garantiert nicht. Vielleicht später im Zusammenhang mit einer umfassenden Aufzeichnung."

19 Der Passus „den in der dortigen ... auszusprechen" wurde von Ministerialdirigent Ruete hervorgehoben. Dazu Bemerkung: „Ja, b[itte] Telegr[amm] E[ntwurf]."
Für den entsprechenden Drahterlaß an die Botschaft in Washington vom 9. November 1964 vgl. Abteilung II (II 1), VS-Bd. 16; B 150, Aktenkopien 1964.

303

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Luedde-Neurath

II 8-82-01-4/5264/64 geheim **31. Oktober 1964**[1]

Betr.: Künftige Zusammensetzung der Genfer Abrüstungskonferenz[2] und Frage einer deutschen Teilnahme

I. Es ist damit zu rechnen, daß im Zusammenhang mit der Behandlung des Antrages, Rot-China in die Vereinten Nationen aufzunehmen[3], unabhängig von dem Abstimmungsergebnis darüber auch eine andere Frage auf der nächsten Vollversammlung der VN[4] eine Rolle spielen wird, nämlich die Zusammensetzung der Genfer Abrüstungskonferenz.

Die erste chinesische Atombomben-Explosion am 16. Oktober[5] und die Erweiterung des Atom-Klubs auf 5 Staaten haben sehr vielen der in Genf vertretenen 17 Mächte deutlich vor Augen gestellt, wie irreal ihre Bemühungen um weltweite Abrüstung oder Rüstungskontroll-Vereinbarungen schon allein deshalb sein müssen, weil die zwei jüngsten Nuklearmächte an den Genfer Verhandlungen nicht teilnehmen, und weil über ihre Abrüstungskonzeptionen einfach hinweggegangen wird. Dabei haben Frankreich und China dem Sinne nach übereinstimmend erklärt, daß sie zu effektiven Abrüstungsgesprächen mit dem Ziel des völligen Verbots und der vollständigen Vernichtung der Kernwaffen bereit wären.

So unrealistisch ein solches Verhandlungsziel auch heute sein mag, so werden sich doch vor allem die in Genf vertretenen Neutralen, unter ihnen besonders Indien und Burma darüber klar sein, daß ohne eine Hinzuziehung Chinas zu den Verhandlungen z.B. ein weltweites Nichtverbreitungsabkommen[6] immer schwieriger zu erreichen sein werde. Das Problem eines Kernwaffenverzichts stellt sich für die asiatischen Länder und nicht zuletzt auch für Japan seit Mitte Oktober d.J. in einem neuen Lichte dar.

Die amerikanische Regierung hat während des gegenwärtigen Wahlkampfes[7] jede Äußerung vermieden, die als ein Abgehen von ihrer bisherigen China-Politik[8] gedeutet werden könnte. Sie hat auch auf die Anregung U Thants, eine Konferenz der 5 Atommächte einzuberufen, mit Bedingungen reagiert, die

[1] Die Aufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Lahn konzipiert.

[2] Zur Konferenz der 18-Mächte-Abrüstungskommission vgl. zuletzt Dok. 253.

[3] Zur möglichen Aufnahme der Volksrepublik China in die UNO vgl. zuletzt Dok. 297, Anm. 26.

[4] Die 19. UNO-Generalversammlung wurde am 1. Dezember 1964 in New York eröffnet. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1965, Z 9f.

[5] Zur Zündung der ersten Atombombe der Volksrepublik China am 16. Oktober 1964 vgl. Dok. 297, Anm. 24.

[6] Zur Frage der Nichtverbreitung von Atomwaffen vgl. Dok. 253.

[7] Die amerikanischen Präsidentschaftswahlen fanden am 3. November 1964 statt.

[8] Zur Haltung der USA gegenüber der Volksrepublik China vgl. Dok. 160 und Dok. 161.

praktisch einer Ablehnung dieses Vorschlages gleichkommen.[9] Andererseits jedoch haben Rusk und ein Sprecher des Außenministeriums die künftige Teilnahme Chinas an den Genfer Abrüstungsverhandlungen nicht als völlig ausgeschlossen bezeichnet und im Gegenteil hervorgehoben, daß in einem gewissen Stadium des Abrüstungsprozesses alle Länder von militärischer Bedeutung an den Abkommen über Rüstungskontrolle beteiligt sein müssen, wenn solche Abkommen überhaupt eine reale Bedeutung haben sollten. Der Sprecher des amerikanischen Außenministeriums hat am 23.10. erklärt, daß grundsätzlich kein Land von den Abrüstungsverhandlungen ausgeschlossen werden würde. Wenn die an der Genfer Konferenz teilnehmenden Staaten der Meinung sein sollten, daß eine Hinzuziehung Chinas nützlich wäre, so könnten die Vertreter Pekings vermutlich eingeladen werden, *obwohl* das kommunistische China nicht Mitglied der Vereinten Nationen sei.[10]

Man hält also in Washington offenbar die Teilnahme Chinas an den Genfer Verhandlungen auch dann für möglich, wenn die Herstellung diplomatischer Beziehungen und die Aufnahme in die Vereinten Nationen noch nicht vollzogen werden können.

Auch der britische Außenminister Gordon Walker erklärte am 27.10. in New York[11], daß eine Einladung Chinas zur Teilnahme an den Genfer Abrüstungsverhandlungen durchaus in Betracht kommen könnte.

II. Es mag sein, daß die vorbezeichnete Frage in den Vereinten Nationen nicht öffentlich ausgehandelt und zur Abstimmung gestellt werden wird, aber sie dürfte am Rande der Vollversammlung und bei den Genfer Verhandlungen in Zukunft eine stärkere Rolle spielen als bisher.

Für die Politik der Bundesregierung erhebt sich gleichzeitig mit der Möglichkeit einer Erweiterung des Genfer Konferenzrahmens die Frage einer eigenen deutschen Teilnahme an den Abrüstungsgesprächen. Sollte China zugelassen werden, so ist mit der Einladung einer zusätzlichen westlichen Macht ohnehin zu rechnen, da das bisherige Konferenzgleichgewicht nicht noch mehr gestört werden sollte, das schon jetzt durch das Fernbleiben Frankreichs den Osten begünstigt.

Aber selbst wenn China – wofür viele Anzeichen sprechen – vorläufig nicht nach Genf eingeladen werden sollte, dürfte sich in den kommenden Monaten

[9] Am 21. Oktober 1964 regte der UNO-Generalsekretär auf einer Pressekonferenz ein Gespräch zwischen den Atommächten USA, UdSSR, Großbritannien und Frankreich sowie der Volksrepublik China an. Vgl. THE NEW YORK TIMES, International Edition, Nr. 38989 vom 23. Oktober 1964, S. 1.
Der Pressesprecher des amerikanischen Außenministeriums, McCloskey, erklärte dazu am 23. Oktober 1964, die amerikanische Regierung sei zwar jederzeit offen für einen Dialog mit der Volksrepublik China, er bezweifele zum jetztigen Zeitpunkt aber die Nützlichkeit der von U Thant vorgeschlagenen Konferenz. Vgl. THE NEW YORK TIMES, International Edition, Nr. 38990 vom 24./25. Oktober 1964, S. 1.

[10] Am 23. Oktober 1964 erklärte der Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Manning, die grundsätzliche Bereitschaft der USA, mit der Volksrepublik China über nukleare Abrüstung zu verhandeln. Vgl. den Artikel „U.S. would talk with Red China on Atomic Arms"; THE NEW YORK TIMES, International Edition, Nr. 38990 vom 24./25. Oktober 1964, S. 1.

[11] Zum Besuch des britischen Außenministers in den USA am 26./27. Oktober 1964 vgl. Dok. 307, Anm. 5.

bald erweisen, daß weltweit angelegte Abrüstungsmaßnahmen nur schwerlich noch Aussicht auf eine Vereinbarung haben werden und daß sich aus diesem Grunde um so mehr das Interesse der Konferenz wieder den regionalen Maßnahmen, darunter auch den Vorschlägen für Mitteleuropa zuwenden wird. Die von westlichen und östlichen Wissenschaftlern auf der letzten Pugwash-Konferenz in Karlsbad entwickelten Gedanken[12] weisen ebenso in die genannte Richtung wie auch mögliche von der Labour-Regierung[13] zu erwartende Initiativen (NAP[14], BBP[15], Gomulka-Plan[16]).

Aus den vorstehenden Gründen und aus Anlaß der fast halbjährigen Genfer Verhandlungspause[17] sollte die Bundesregierung die Frage einer Prüfung unterziehen, ob eine aktive deutsche Teilnahme an den Genfer Verhandlungen – unabhängig von einer Zulassung Chinas – im deutschen Interesse läge und daher anzustreben sei und ob ein solches Ziel auch erreicht werden könnte.

III. 1) Für die Teilnahme an der Genfer Abrüstungskonferenz sprechen folgende Gründe:

a) Wir würden allein schon durch unseren Antrag und später durch unsere Aufnahme in die Konferenz vor der Welt deutlich machen, daß wir es mit den internationalen Abrüstungsbemühungen ernst meinen und daß die Propaganda des Ostblocks, die uns als Militaristen und Revanchisten in Verruf zu bringen sucht, unbegründet ist. Wir würden unsere Bereitschaft, einen Beitrag zum Weltfrieden zu leisten, eindrucksvoll dokumentieren.

b) Als stärkste konventionelle Militärmacht auf dem westeuropäischen Kontinent sollten wir die von uns im Oktober 1933 in Genf verlassenen Abrüstungsverhandlungen[18] durch unsere Initiative neu beleben. Wir sollten uns in die immer komplizierter werdenden Abrüstungsverhandlungen noch rechtzeitig aktiv einzuschalten suchen, ehe diese Gespräche über uns hinweggehen; die Konsultation allein genügt nicht.

c) Die Genfer Verhandlungen haben sich als ein ständiges politisches Gespräch, das oft über den Abrüstungsrahmen hinausgeht, zwischen Ost und West herausgebildet, an dem unmittelbar teilzunehmen wir interessiert sein

[12] Die Schlußerklärung der Pugwash-Konferenz für Wissenschaft und Weltangelegenheiten (13. bis 19. September 1964) beschäftigte sich unter dem Titel „Immediate steps toward disarmament" fast ausschließlich mit Maßnahmen, die sich auf Europa bzw. direkt auf Deutschland bezogen. Im einzelnen wurden die Anerkennung der gegenwärtigen Grenzen, ein Nichtangriffsabkommen zwischen NATO und Warschauer Pakt, die Zustimmung zum Gomulka-Plan sowie die Einstellung der Arbeiten an der MLF gefordert. Für den Wortlaut der Schlußerklärung vom 19. September 1964 vgl. Referat II 8, Bd. 12. Vgl. auch den Drahtbericht des Botschafters Knappstein, Washington, vom 23. Oktober 1964; Referat II 8, Bd. 12.

[13] Zum Regierungswechsel nach den Wahlen zum britischen Unterhaus am 15. Oktober 1964 vgl. Dok. 292, Anm. 4.
Die Labour Party hielt ihre verteidigungspolitischen Vorstellungen im Manifest vom 12. September 1964 fest. Vgl. dazu Dok. 266, Anm. 33.

[14] Zu Überlegungen für ein Nichtangriffsabkommen zwischen NATO und Warschauer Pakt vgl. Dok. 13, Anm. 37.

[15] Zum Vorschlag einer Errichtung von Bodenbeobachtungsposten vgl. besonders Dok. 43.

[16] Zum Gomulka-Plan vgl. Dok. 204.

[17] Die Genfer Abrüstungskonferenz beriet bis zum 17. September 1964 und vertagte sich dann bis zum 21. April 1965.

[18] Das Deutsche Reich verließ am 14. Oktober 1933 die Genfer Abrüstungskonferenz.

müßten. Wir könnten durch unsere Präsenz auch außerhalb des Verhandlungssaals bei den Delegationen des Ostblocks für Verständnis für unsere Deutschland-Politik werben und von den Sowjets ausgestreutes Mißtrauen allmählich abbauen.

d) Solange für Deutschland keine Aussicht besteht, in die Vereinten Nationen aufgenommen zu werden, würden wir in Genf in das einzige für uns erreichbare politische Gremium, das den Ost-Westkonflikt laufend behandelt, Eingang finden und von dort aus auch auf die Staaten der ungebundenen Welt Einfluß ausüben können.

e) Wir würden in die Lage versetzt werden, den weiter gegen uns zu erwartenden Angriffen des Ostblocks selbst entgegenzutreten oder sie zum großen Teil unschädlich zu machen. Die Tatsache, daß auf sowjetische Propagandareden sofort eine sachliche deutsche Erwiderung erfolgen würde, dürfte die Angriffe wahrscheinlich weitgehend unterbinden.

f) Es würde uns erleichtert werden, unsere Vorstellungen auf dem Gebiet der europäischen Sicherheit international zu vertreten und zur Geltung zu bringen und sie mit Lösungsvorschlägen für die deutsche Wiedervereinigung zu verbinden.

Obwohl aus vielerlei Gründen die Deutschland-Frage nicht zum Gegenstand der Genfer Verhandlungen gemacht werden sollte, dürften sich die Abrüstungsgespräche doch in erster Linie dafür eignen, die deutsche Frage weiterhin offenzuhalten. Die Tendenz der Stabilisierung des politischen Status quo ist gerade bei Rüstungskontrollvorschlägen am stärksten und gefährlichsten.

2) Gegen eine deutsche Teilnahme an der Genfer Konferenz könnten folgende Argumente vorgebracht werden:

a) Frankreich könnte uns möglicherweise eine Beteiligung an Verhandlungen, die de Gaulle bisher abgelehnt und nicht für ernst gehalten hat, verübeln.

Demgegenüber ist darauf hinzuweisen, daß Frankreich sich als Nuklearmacht in einer ganz anderen Position, auch in Fragen der Rüstungskontrolle, befindet als wir und daß es sehr wohl zu einem späteren Zeitpunkt seinen Platz am Genfer Verhandlungstisch wieder einnehmen könnte. Es wäre sogar denkbar, daß Frankreich allmählich ein Interesse an unserer Mitarbeit in Genf nehmen könnte, weil es sich durch diese ein in seinem Sinne liegendes Einwirken auf die amerikanische Abrüstungspolitik versprechen könnte.

b) Vom Bundesministerium der Verteidigung könnte möglicherweise eingewendet werden, daß ein zu starkes Eintreten für die Abrüstung dem allgemeinen Verteidigungswillen und der Bereitschaft zum Wehrdienst abträglich sein und neue Probleme der inneren Führung aufwerfen könnte.

Dem wäre entgegenzuhalten, daß unsere in Genf vertretenen Verbündeten diese Bedenken nicht hätten und daß durch eine bessere Aufklärungsarbeit über das Wesen der Rüstungskontrollpolitik die genannten Befürchtungen gegenstandslos gemacht werden könnten.

IV. Für die Beantwortung der Frage, ob das hier genannte Ziel auch erreichbar erscheint, muß von der Natur der Konferenz ausgegangen werden.

Die 18-Mächte-Abrüstungskommission (Eighteen Nation Disarmament Committee – ENDC) kann als Fortsetzung der im Juni 1960 abgebrochenen Zehnmächte-Abrüstungskommission[19] angesehen werden; sie geht auf eine amerikanisch-sowjetische Verständigung über den Fortgang der Abrüstungsverhandlungen zurück. Beide Mächte legten gemeinsam am 8. Dezember 1961 dem Ersten Ausschuß der Vollversammlung der Vereinten Nationen einen Entschließungsantrag über die Wiederaufnahme der Verhandlungen und die Bildung einer Abrüstungskommission aus 18 Staaten vor[20], der von der Vollversammlung am 20. Dezember 1961 durch die Entschließung 1722 (XVI)[21] einstimmig angenommen wurde. Der neuen 18-Mächte-Kommission sollten auf westlicher Seite die Vereinigten Staaten, Großbritannien, Frankreich, Italien und Kanada und auf östlicher Seite die Sowjetunion, Polen, die Tschechoslowakei, Bulgarien und Rumänien angehören. Zu diesen 10 Konferenzteilnehmern sollten folgende 8 Neutrale treten: Äthiopien, Birma, Brasilien, Indien, Mexiko, Nigeria, Schweden und die Vereinigte Arabische Republik.

Die Verhandlungen begannen in dieser Zusammensetzung, jedoch ohne Frankreich am 14. März 1962 in Genf. Am 5. März 1962 hatte das französische Außenministerium bekanntgegeben, daß Frankreich an den Arbeiten der Kommission nicht mehr teilnehmen werde, da sich nach französischer Auffassung keine Lösungen der Probleme finden lassen würden.[22]

Obwohl die Genfer Konferenz keine eigentliche von den Vereinten Nationen eingesetzte Sonderkommission ist, sondern allein der Vereinbarung zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion ihre Entstehung verdankt, steht sie doch unter der Schirmherrschaft der Vollversammlung der Vereinten Nationen, der sie jährlich Bericht erstattet und von wo aus sie auch neue Anregungen und Aufträge empfängt.

Wie schon aus der unter I. zitierten Erklärung des Sprechers des amerikanischen Außenministeriums für den Fall Chinas zu erkennen ist, bildet die Mitgliedschaft zu den Vereinten Nationen keine Voraussetzung für die Teilnahme an den Genfer Verhandlungen. Es wäre für die Aufnahme eines neuen Mitglieds in die Genfer Abrüstungskonferenz lediglich ein amerikanisch-sowjetischer Beschluß notwendig und ausreichend, dem sich die anderen Konferenzmitglieder anschließen würden.

Was die Teilnahme Deutschlands anbetrifft, erscheint es durchaus denkbar, daß sich eine solche amerikanisch-sowjetische Verständigung herbeiführen ließe.

[19] Am 27. Juni 1960 zogen sich die Ostblock-Staaten aus der Zehn-Mächte-Abrüstungskonferenz in Genf zurück. Der sowjetische Delegierte, Sorin, warf den Westmächten vor, die Verhandlungen in eine Sackgasse geführt zu haben. Vgl. DOKUMENTATION ZUR ABRÜSTUNG II, S. 42f.

[20] Zum amerikanisch-sowjetischen Entschließungsantrag vom 13. Dezember 1961 über die Wiederaufnahme der Verhandlungen und die Bildung einer Abrüstungskommission vgl. die Stellungnahmen des amerikanischen Vertreters bei der UNO, Stevenson, und seines sowjetischen Amtskollegen Sorin vom 13. Dezember 1961 vor dem Ersten Ausschuß der UNO-Generalversammlung; DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1961, S. 722–728.

[21] Für den Wortlaut der Entschließung vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Series I, Bd. VIII, S. 239f.

[22] Für den Wortlaut der Erklärung des französischen Außenministeriums vgl. EUROPA-ARCHIV 1962, D 188.

Von seiten der amerikanischen Regierung ist uns wiederholt nahegelegt worden, unser Interesse an den Genfer Verhandlungen und unsere Mitwirkung bei der Ausarbeitung von Rüstungskontrollvorschlägen zu verstärken, ohne uns allerdings ausdrücklich zum Beitritt zur Genfer Konferenz aufzufordern. In diesem Zusammenhang verdient auch eine Äußerung von Außenminister Rusk anläßlich des Besuches des Zerstörers „Claude V. Ricketts" in Washington am 20. Oktober Erwähnung. Er sagte in seiner Rede[23]: „And the MLF members, by virtue of their new role as owners and managers of nuclear weapons systems, could have an enhanced position in disarmament negotiations, as countries with active and responsible roles in nuclear deterrence."

Nach Aufbau der MLF würde sich in der Tat eine noch größere Berechtigung zur Teilnahme an den Genfer Verhandlungen begründen lassen, als sie ohnehin heute schon auf Grund unseres Beitrags zur westlichen Verteidigung besteht. Eine besondere positive Reaktion auf solche Gedanken dürfte von britischer Seite zu erwarten sein.

Die Sowjetregierung ihrerseits dürfte sich durch eine deutsche Teilnahme an den Genfer Verhandlungen nicht beschwert fühlen. Gerade sie hat einen Großteil der vergangenen Sitzungstage mit Angriffen gegen uns und mit der Behandlung der deutschen Verteidigungsanstrengungen angefüllt[24] und damit bewiesen, wie wichtig ihr eine deutsche Beteiligung an den Fragen der Rüstungskontrolle ist. Daß die Sowjetregierung versuchen würde, die SBZ ebenfalls an den Genfer Verhandlungstisch zu führen, ist wenig wahrscheinlich. Sollte sie jedoch diesen Versuch unternehmen, so könnte er leicht mit dem Hinweis auf das zwischen Ost und West bestehende Zahlenverhältnis der Konferenzteilnehmer und das fehlende Bedürfnis für einen solchen Beitrag sowie auf die Nichtanerkennung der SBZ abgewehrt werden.

V. Es wird folgendes vorgeschlagen:

1) Falls die dargelegten Gedanken gebilligt werden, sollte zunächst nach einer Abstimmung mit dem Bundesministerium der Verteidigung.[25]

2) Darauf würden in vertraulichen Gesprächen auf möglichst hoher Ebene die amerikanische und die britische Regierung von unseren Überlegungen zu unterrichten sein.

3) Bei einem positiven Echo von dieser Seite wäre die französische Regierung zu konsultieren.

[23] Für den Wortlaut der Rede vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 51, 1964, S. 661.

[24] Zu den Vorwürfen des Leiters der sowjetischen Delegation bei der 18-Mächte-Abrüstungskommisson in Genf, Zarapkin, vom 17. September 1964 vgl. Dok. 271, Anm. 8.

[25] An dieser Stelle wurde von Staatssekretär Carstens gestrichen: „die Angelegenheit im Bundesverteidigungsrat oder im Kabinett beraten werden." Dazu Bemerkung: „M[eines] E[rachtens] ja. Das B[undes]M[inisterium der] Vert[eidigung] sollte unterrichtet werden. Besprechung: sofort. Dann Besprechung Minister - Rusk."

4) Sodann sollten die Amerikaner um Sondierung bei der Sowjetregierung gebeten werden.

Hiermit dem Herrn Staatssekretär[26] mit der Bitte um Weisung vorgelegt.[27]

i.V. Luedde-Neurath

Abteilung II (II 8), VS-Bd. 278

304

Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens

St.S. 2009/64 geheim **2. November 1964**

Aus meinem Gespräch mit Botschafter Smirnow am 30. Oktober 1964 bei einem privaten Frühstück halte ich folgendes fest:

1) Kontakte

Smirnow: Das Memorandum vom Februar 1964[1], in dem von Kontakten die Rede ist, ist in Abwesenheit Chruschtschows unter dem Vorsitz Breschnews im Präsidium des Zentralkomitees verabschiedet worden. Smirnow glaubt,

[26] Hat Staatssekretär Carstens am 3. November 1964 vorgelegen, der handschriftlich die Weiterleitung an Bundesminister Schröder mit der Bitte um Zustimmung verfügte.
Hat Schröder am 14. November 1964 vorgelegen.
Am 20. November 1964 vermerkte Ministerialdirigent Ruete handschriftlich: „ 1. St[aats]S[ekretär] hat verfügt, daß die Angelegenheit erst gründlicher durchdacht und nicht jetzt schon mit Rusk besprochen werden soll. 2. Ref[erat] II 8 z[ur] g[efälligen] K[enntnisnahme], b[itte] R[ücksprache] n[ach] Rückkehr aus Washington (30.XI.)."
Am 3. Dezember 1964 hielt Ruete mit einem weiteren handschriftlichen Vermerk fest: „H[err] St[aats]S[ekretär] I hat in der heutigen Direktoren-Besprechung verfügt, daß VLR I Lahn bei seiner USA-Reise die Angelegenheit sondierend mit amerikanischen Stellen aufnehmen solle, allerdings ohne ein besonderes Engagement zu zeigen."

[27] Am 21. Dezember 1964 erklärte Vortragender Legationsrat I. Klasse Lahn, der Abteilungsleiter in der amerikanischen Abrüstungsbehörde, Beam, habe ihm gegenüber in Washington erklärt, „daß seine Regierung mit dem gegenwärtigen Teilnehmerkreis sehr zufrieden sei ... Man habe gegenwärtig keine Hoffnung, daß China, dessen Teilnahme man grundsätzlich begrüßen würde, seine negative Einstellung aufgeben und sich für die Genfer Verhandlungen interessieren könnte ... Beam erklärte ... weiter, daß man über das Fernbleiben Frankreichs sehr unglücklich sei. Wäre man davon überzeugt, daß das französische Desinteresse an der Genfer Abrüstungskonferenz definitiv sei, so würde man gern uns statt der Franzosen zur Teilnahme einladen. Ich nahm diese Bemerkung mit Interesse auf, ohne aber zu erkennen zu geben, daß sie sich mit unseren Überlegungen in gewisser Hinsicht traf. Im ganzen ... gewann ich den Eindruck, daß die Amerikaner bemüht sind, alles zu tun, um eine Annäherung an Frankreich auf dem strategischen und abrüstungspolitischen Gebiet zu fördern und umgekehrt alles zu unterlassen, was die französische Regierung als eine Zurückweisung oder von Amerika aus betriebene Isolierung auslegen könnte. Es wird vorgeschlagen, die Frage unserer Teilnahme an der Genfer Konferenz vorläufig auf sich beruhen zu lassen und sie gegebenenfalls bei späterer Gelegenheit wieder aufzugreifen." Vgl. Abteilung II (II 8), VS-Bd. 278; B 150, Aktenkopien 1964.

[1] Zum sowjetischen Memorandum vom 11. März 1964 vgl. Dok. 68 und Dok. 84.

daß die neuen Männer an einem Besuch in Deutschland[2] interessiert sind. Er will mit ihnen im Dezember in Moskau darüber sprechen.

Ich: Unser Interesse besteht unverändert fort.[3]

2) MLF[4]

Smirnow: Dies Projekt belastet die deutsch-sowjetischen Beziehungen. Warum verzichten Sie nicht darauf?

Ich: Ich kann das nicht verstehen. In der MLF haben die USA ein Veto.[5] Das ist doch vom Standpunkt der Sowjetunion die *beste* Lösung einer deutschen Beteiligung an nuklearen Waffen. Oder glaubt die Sowjetunion, daß die USA einen Krieg gegen sie provozieren wollen?

Smirnow: Nein.

3) Deutschland

Smirnow: Wir sind daran interessiert, die Beziehungen zu normalisieren.

Ich: Wir auch, aber leider sind unsere Ansichten zur Deutschland-Frage nach wie vor weit auseinander.

Smirnow: Wenn Sie sich an der MLF beteiligen, wird das noch schlimmer.

Ich: Wenn Sie daran interessiert sind, fügen wir eine Klausel in den MLF-Vertrag ein, daß das wiedervereinigte Deutschland aus dem Verband ausscheiden kann. Dann würde sich doch von Ihrem Standpunkte die Lösung des Deutschland-Problems sogar erleichtern.

Smirnow geht darauf nicht ein.

4) Handelsbeziehungen[6]

Smirnow: Zwei Momente haben sich ungünstig ausgewirkt: das Röhrenembargo[7] und die deutsche Haltung in der Kreditfrage.[8] Jetzt hat die Sowjetunion zuerst mit Großbritannien, Japan und Frankreich abgeschlossen.[9] Wenn Sie ins Geschäft kommen wollen, was von der Sowjetunion *begrüßt* würde, müssen Sie *bessere* Bedingungen als jene bieten.

Ich: Wir müssen vor allem eine Lösung für das *Berlin*-Problem finden.

Smirnow: Warum können wir es nicht so machen, wie beim ersten Mal?[10]

2 Vgl. dazu Dok. 286.

3 Vgl. dazu weiter Dok. 310.

4 Zur sowjetischen Haltung gegenüber der geplanten MLF vgl. Dok. 210, Anm. 20.

5 Zu den Modalitäten für einen Einsatz der MLF und zum Vetorecht der USA vgl. Dok. 238. Vgl. dazu auch Dok. 265.

6 Zu den deutsch-sowjetischen Handelsbeziehungen vgl. Dok. 68.

7 Zum Röhrenembargo gegen die UdSSR vgl. Dok. 19, Anm. 11.

8 Zur Haltung der Bundesrepublik hinsichtlich der Vergabe von Krediten an Ostblock-Staaten vgl. Dok. 200.

9 Zur britischen Vergabe von Krediten an die UdSSR vgl. Dok. 273, Anm. 39.
Am 10. Februar 1964 schloß die UdSSR mit Japan ein Abkommen, das gegenüber dem Vorjahr eine Ausweitung des gegenseitigen Handelsvolumens um ca. 8,3% vorsah. Vgl. dazu den Drahtbericht des Botschafters Dittmann, Tokio, vom 11. Februar 1964; Referat III A 6, Bd. 212.
Zum französisch-sowjetischen Handelsvertrag vom 30. Oktober 1964 vgl. Dok. 192, Anm. 5.

10 Das erste deutsch-sowjetische Abkommen vom 25. April 1958 über Allgemeine Fragen des Handels und der Seeschiffahrt enthielt keine Klausel über die Einbeziehung von Berlin (West). Der

Ich: Das genügt nach Ihrem Verhalten in der späteren Zeit nicht mehr. Sie müssen einen einwandfreien Brief annehmen und dürfen ihn bei der Ratifikation nicht zurückweisen.

5) DPA-Büro in Moskau

Smirnow hofft auf baldige Wiederzulassung.[11]

6) Naumann und Sonntag[12]

Smirnow: Die Sache war auf gutem Wege (er deutet an, daß Chruschtschow sie vor seinem Besuch in Deutschland entlassen haben würde). Smirnow hofft, daß die neuen Leute, vor allem Mikojan gleichfalls günstig gestimmt sind. Er wird sich weiter bemühen.

7) Breschnew und Kossygin

Smirnow kennt beide gut, viel besser als Chruschtschow. Es ist eine neue Generation solider Fachleute mit hervorragender Ausbildung und von abgewogenem Urteil.

Hiermit dem Herrn Bundeskanzler[13] vorgelegt.

Carstens

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 428

Fortsetzung Fußnote von Seite 1211

sowjetische Delegationsleiter Kumykin gab aber eine mündliche Erklärung ab, „daß die Abkommen stillschweigend auch in Berlin angewandt würden". Vgl. die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Schenck vom 4. November 1963; VS-Bd. 8380 (III A 6); B 150, Aktenkopien 1963. Für den Wortlaut des Abkommens vgl. BUNDESGESETZBLATT 1959, Teil II, S. 222–231. Am 31. Dezember 1960 wurde das Abkommen nach langwierigen Verhandlungen durch ein Protokoll verlängert. Die UdSSR lehnte jedoch das dem Protokoll beigefügte Schreiben ab, in dem die Bundesrepublik die Auffassung vertrat, daß das Handelsabkommen auch Berlin (West) einbeziehe. Vgl. auch AAPD 1963, III, Dok. 408.

11 Am 16. April 1964 verlangte die sowjetische Regierung die Schließung des Moskauer Büros der Deutschen Presseagentur. Gleichzeitig wurde der dpa-Korrespondent Wurzel des Landes verwiesen. Zur Begründung wurde angegeben, Wurzel sei für die am 13. April 1964 veröffentlichte Meldung, Ministerpräsident Chruschtschow sei gestorben, verantwortlich gewesen. Das dpa-Büro wurde am 24. Dezember 1964 wieder zugelassen. Vgl. AdG 1964, S. 11170 und 11612.

12 Vgl. dazu Dok. 176, Anm. 13.

13 Hat Bundeskanzler Erhard vorgelegen.
Hat dem Chef des Bundeskanzleramtes, Westrick, am 3. November 1964 vorgelegen.

305

Staatssekretär Carstens an Botschafter Blankenhorn, Rom

St.S. 2012/64 geheim **Aufgabe: 2. November 1964, 18.25 Uhr**
Fernschreiben Nr. 3801 Plurex
Citissime

Für Botschafter

Ich bitte Sie, noch vor der Abreise Saragats zu seinem Treffen mit Gordon Walker[1] einen Termin bei Saragat zu erwirken und ihm zum Thema MLF folgendes vorzutragen:

Wir stünden den jüngsten britischen Ideen[2] mit großer Skepsis gegenüber. Zwar hätten die Briten uns ebensowenig wie ihre anderen Partner über ihre neuen Vorstellungen im einzelnen informiert, doch scheine es[3], daß der am 23. Oktober in der „Times" erschienene Aufsatz des Verteidigungskorrespondenten (des jetzigen Abrüstungsministers Gwynne-Jones)[4] und einige in den folgenden Tagen dort erschienene Artikel[5] die Vorstellungen der Labour-

[1] Am 5. November 1964 hielt sich der italienische Außenminister Saragat zu Gesprächen mit seinem britischen Kollegen Gordon Walker in London auf. In einem Kommuniqué befürworteten beide Seiten eine „möglichst enge nukleare Interdependenz innerhalb des [Atlantischen] Bündnisses" und eine Modernisierung der NATO. Vgl. NEUE ZÜRCHER ZEITUNG, Fernausgabe, Nr. 307 vom 7. November 1964, S. 3.

[2] Am 27. Oktober 1964 berichtete Botschafter Grewe, Paris (NATO), von Pressestimmen über neue britische Vorschläge zur MLF. Er führte aus, daß die Presseberichte vermutlich „authentisch" seien. Als wichtigste Punkte der Artikel hob er die Reduzierung der Überwasserflotte von 25 auf 10 bis 15 Schiffen hervor, die ein „Element eines umfassenden alliierten nuklearen Kommandos bilden" sollten, dem auch alle in Europa stationierten Nuklearwaffen zu unterstellen seien. Die politische Kontrolle über „die Streitmacht solle nach einem System des ‚doppelten Vetos' ausgeübt werden, d.h., die Waffen könnten eingesetzt werden, wenn die USA einerseits und die Gesamtheit der europäischen Mitglieder andererseits dem Einsatz zustimmten. Die europäischen Stimmen würden in Form einer Kollektiventscheidung zustandekommen, wobei keiner der europäischen Teilnehmer ein eigenes Veto haben sollte. Diese Kollektiventscheidung könnte durch eine Abstimmung nach dem Mehrheitsprinzip oder nach einem System der Stimmenwägung, z.B. auf der Grundlage der Beiträge der einzelnen Staaten zur Streitmacht, getroffen werden." Vgl. Abteilung II (II 7), VS-Bd. 1363; B 150, Aktenkopien 1964.
Vortragender Legationsrat I. Klasse Luedde-Neurath hielt am 31. Oktober 1964 fest, es empfehle sich, „gegen die britischen Vorschläge nicht von vornherein eine generell ablehnende Haltung einzunehmen. Vielmehr sollte versucht werden, bei den bevorstehenden Verhandlungen a) die neuen britischen Vorschläge, soweit möglich, von dem amerikanischen Projekt einer seegebundenen MLF zu trennen, b) eine Realisierung des amerikanischen Projekts voranzutreiben." Vgl. Abteilung II (II 7), VS-Bd. 1370; B 150, Aktenkopien 1964.

[3] Der Passus „doch scheine es" ging auf Streichungen und handschriftliche Einfügungen des Staatssekretärs Carstens zurück. Vorher lautete er: „doch hätten wir Grund anzunehmen".

[4] Vgl. den Artikel von Alun Gwynne-Jones: „Britain Has New Ideas for Multilateral Forces"; THE TIMES, Nr. 56150 vom 23. Oktober 1964, S. 8.

[5] Vgl. die Artikel „U.S. Appeal to Britain on Defence Policy Changes in Multilateral Force if Principle is Accepted" und „Washington Welcome for British Measures"; THE TIMES, Nr. 56151 vom 24. Oktober 1964, S. 8 bzw. Nr. 56153 vom 27. Oktober 1964, S. 10. Vgl. auch den Artikel „Britain Weighs a New Nato Plan"; THE NEW YORK TIMES, International Edition, Nr. 38990 vom 24./25. Oktober 1964, S. 1.

Regierung ziemlich zutreffend widerspiegelten. Unsere nachstehenden Einwendungen richten sich gegen den Times-Artikel, da dies bisher die einzige schriftliche Unterlage ist, die wir in Händen haben.[6] Wir befürchten, daß, wenn wir uns auf diese[7] Ideen einließen, die Realisierung des MLF-Projekts nochmals sehr stark verzögert würde. Wir sehen außerdem eine besondere Gefahr in der Möglichkeit einer Verbindung dieser Ideen mit der uns bekannten britischen Tendenz, SACEUR seiner bisherigen strategischen, insbesondere seiner nuklear-strategischen Funktionen zu entkleiden. Während SACEUR aus seiner Situation und Sicht heraus stets für eine starke nukleare Verteidigung Europas eingetreten ist und dies sicher auch in Zukunft weiterhin tun wird, würde ein eventuell neben SACEUR stehender, für die Nuklearwaffen zuständiger Oberbefehlshaber in dieser Hinsicht möglicherweise ganz anderen Erwägungen zuneigen.

Es kommt weiter hinzu, daß, wenn die Briten auf Grund ihrer Vorschläge einen so starken Anteil an der MLF erhalten würden, wie sie es anstreben, und zwar offensichtlich ohne für die schwimmende multilaterale Streitmacht größere Leistungen zu erbringen, naturgemäß der Einfluß der anderen europäischen Partner unverhältnismäßig stark reduziert werden würde. Das würde gerade diejenigen Partner treffen, die, wie wir und die Italiener, einen erheblichen Beitrag zu der multilateralen und damit der eigentlich von uns angestrebten Streitmacht leisten.

Endlich haben wir starke Bedenken gegen die in den britischen Ideen sichtbar werdende Vorstellung, daß sich die MLF aus multilateralen und multinationalen Komponenten zusammensetzen könnte und Großbritannien sich rechtlich und faktisch die Möglichkeit vorbehält, seine national bemannte Komponente im Falle nationaler Notwendigkeit wieder zurückzuziehen.

(Zu Ihrer Unterrichtung über den Inhalt der britischen Ideen folgt Drahtbericht der NATO-Vertretung Paris Nr. 1456 geh. vom 27.10.)[8]

Carstens[9]

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 432

[6] Der Passus „Unsere nachstehenden Einwendungen ... in Händen haben" wurde handschriftlich von Staatssekretär Carstens eingefügt.

[7] An dieser Stelle wurde von Staatssekretär Carstens gestrichen: „britischen".

[8] Für den Drahtbericht des Botschafters Grewe, Paris (NATO), vgl. Abteilung II (II 7), VS-Bd. 1363; B 150, Aktenkopien 1964.
Am 3. November 1964 berichtete Botschafter Blankenhorn, Rom, der Generalsekretär im italienischen Außenministerium habe die Bedenken der Bundesregierung hinsichtlich der britischen Überlegungen „in vollem Umfang" geteilt. Cattani habe empfohlen, die Bundesregierung solle „in Washington, und zwar an höchster Stelle, auf die mit dem britischen Projekt verbundenen Gefahren aufmerksam machen und eine möglichst umgehende, eindringliche Intervention der amerikanischen Regierung in London erwirken". Vgl. Abteilung II (II 7), VS-Bd. 1363; B 150, Aktenkopien 1964.

[9] Paraphe vom 2. November 1964.

306

Aufzeichnung des Staatssekretärs von Hase, Bundespresseamt

2. November 1964[1]

Dem Herrn Bundeskanzler

Am 2. November um 10.00 Uhr bat Herr Savir, der zur Zeit Botschafter Shinnar vertritt, wie er ausdrücklich erwähnte, auf Weisung seiner Regierung, um eine sofortige Rücksprache mit mir. Ich habe Herrn Savir daraufhin um 12.30 Uhr empfangen. Hierbei hat er folgendes vorgetragen:

Auf die Pressespekulationen in der deutschen Presse über Waffenlieferungen an Israel[2] und auf die bisher weder bestätigenden noch dementierenden Stellungnahmen der Bundesregierung[3] sei von israelischer Seite ein Dementi erfolgt, in dem die Frage einer militärisch-wissenschaftlichen Zusammenarbeit glatt dementiert (flatly denied) und die Waffenlieferungen der Bundesrepublik an Israel als eine durchsichtige Zweckmeldung aus Kairo hingestellt werden.[4]

Seine Regierung habe davon Kenntnis genommen, daß die Bundesregierung in der Frage der weiteren Behandlung in der Öffentlichkeit mit dem Vertrauens-Gremium des Parlaments[5] Verbindung aufnehmen wolle. Man sei besorgt, welche Entscheidung dabei getroffen werde.

Ich habe Herrn Savir angedeutet, daß innerhalb der Bundesregierung das Problem der weiteren informationspolitischen Behandlung diskutiert worden ist und daß es für die Bundesregierung nicht möglich sei, der deutschen Öffentlichkeit gegenüber eine falsche amtliche Aussage zu machen, daß es fernerhin auf Grund zahlreicher Beschwerden und Anfragen aus den arabischen Ländern[6] notwendig sei, die offenbar weit über den tatsächlichen Sachverhalt – der mir nicht bekannt sei – hinausgehenden Pressemeldungen über die Waf-

[1] Durchdruck.

[2] Zur Ausrüstungshilfe für Israel vgl. zuletzt Dok. 289.
Am 26. Oktober 1964 gelangten erstmals Nachrichten an die Öffentlichkeit, daß neben der Zusammenarbeit zwischen deutschen und israelischen Nuklearwissenschaftlern auch Ausrüstungshilfe an Israel geleistet werde. Vgl. den Artikel „Deutsche Kernphysiker in Israel"; FRANKFURTER RUNDSCHAU, Nr. 249 vom 26. Oktober 1964, S. 1. Vgl. auch THE TIMES, Nr. 56156 vom 30. Oktober 1964, S. 8.

[3] Am 26. Oktober 1964 erklärte der Chef des Presse- und Informationsamtes, von Hase, auf die Frage nach deutscher militärischer Hilfe für Israel: „Wie Sie wissen, ist die Frage der Gewährung von Militärhilfen seitens der Regierung eng gekoppelt mit einem Sonderausschuß des Parlaments. Ich bin nicht in der Lage, Ihre Frage ohne Rückfrage zu beantworten." Vgl. Referat I B 4, Bd. 115. Vgl. auch den Artikel „Bonn schweigt über Waffenlieferungen an Israel"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 251 vom 28. Oktober 1964, S. 4.
Vgl. weiter Dok. 312, Anm. 6.

[4] Am 27. Oktober 1964 dementierte die israelische Regierung Meldungen über eine „angeblich deutsch-israelische wissenschaftliche Zusammenarbeit in Militärfragen". Gleichzeitig wurde gemutmaßt, daß diese Falschmeldungen von ägyptischer Seite verbreitet würden. Vgl. Referat I B 4, Bd. 115.

[5] Zum parlamentarischen Sondergremium vgl. Dok. 289, Anm. 7.

[6] Zu Anfragen aus arabischen Staaten über deutsche Ausrüstungshilfe für Israel vgl. Dok. 289, Anm. 4 und 5.

fenlieferungen in ihrer Proportion – nicht in Einzelheiten – richtig zu stellen. Zu einer Erklärung auf der Linie, daß die Bundesrepublik einer Reihe von Ländern – darunter auch Israel – zum Aufbau einer inneren Ordnung und Stabilität Waffen und Ausrüstung in begrenztem Umfang liefere, sei ich bereits ermächtigt. Gleichzeitig sei ich angewiesen richtigzustellen, daß die Meldungen in der Presse über Umfang und Art der Waffenlieferungen an Israel nicht zutreffen. Ich habe von dieser Ermächtigung bisher noch keinen Gebrauch gemacht, da der Kontakt mit den Parlamentariern in der letzten sitzungsfreien Woche des Parlaments in Bonn noch nicht zustande gekommen sei und mir dieser Umstand bereits zweimal auf der Pressekonferenz die Möglichkeit eines Ausweichens erlaubt habe. In dieser Woche sei aber damit zu rechnen, daß das Gespräch und damit eine gemeinsame Stellungnahme der Regierung und der Vertrauensleute des Parlaments zu der Frage zustande käme.

Herr Savir ließ keinen Zweifel daran, daß er den Auftrag seiner Regierung habe, um jeden Preis zu verhindern, daß eine amtliche Bestätigung von deutschen Waffenlieferungen an Israel, und sei es auch nur in kleinem Umfang, erfolge. Er würde seine Regierung über unser Gespräch unterrichten und dann sicher die Weisung erhalten, erneut vorstellig zu werden. Ich habe Herrn Savir zugesagt, daß ich bis einschließlich Mittwoch mittag in der Frage weiter wie bisher taktieren würde und ihn auf alle Fälle vor einer Entscheidung informativ unterrichten würde, damit eine Erklärung – von der ich noch nicht sagen könne, ob sie so ausfalle wie bisher konzipiert – ihn nicht unvorbereitet träfe.

Ich habe Herrn Savir im Laufe des Gesprächs mehrfach darauf hingewiesen, daß die israelische Kampagne gegen die Tätigkeit deutscher Wissenschaftler in Kairo[7] in hohem Maße dazu beigetragen habe, daß die deutschen Waffenlieferungen an Israel mehr und mehr in das Gespräch gekommen sind. Herr Savir sagte, daß er für diese Motivierung Verständnis habe. Ich habe Herrn Savir auch wissen lassen, daß ein großer Teil der Informationen aus arabischer Quelle stammt. Auf meinen weiteren Hinweis, daß in Bonn an mehreren Stellen behauptet wird, die Informationen kämen auch von israelischer Seite[8], um die Bundesregierung zu zwingen, die Beziehungen und das ganze Verhältnis zu Israel auf eine klarere Basis – Aufnahme diplomatischer Beziehungen – zu stellen, hat Herr Savir mit aller Entschiedenheit sofort erklärt, daß das nicht zuträfe. Niemand in Israel könne ein Interesse an der Bekanntgabe dieser Lieferungen haben, auch nicht, um damit weitergehende politische Wirkungen (Zwang zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen) zu erzielen.

[7] Zu den israelischen Einwänden gegen die Tätigkeit deutscher Rüstungsexperten in der VAR vgl. Dok. 276, besonders Anm. 18.
Am 9. September 1964 hielt Vortragender Legationsrat I. Klasse Schirmer fest, daß der Botschaft in Washington „von Ende Mai bis Ende Juli 1964 ... aus jüdischen Kreisen insgesamt 1028 Protestschreiben gegen die Tätigkeit deutscher Wissenschaftler in Ägypten – davon 90% aus Chicago – zugegangen sind. Es handelt sich um eine gesteuerte Aktion." Vgl. Referat I B 4, Bd. 18.

[8] Vgl. dazu den Artikel „Deutsche Militärhilfe für Israel"; SÜDDEUTSCHE ZEITUNG, Nr. 259 vom 28. Oktober 1964, S. 2.

Ich darf der Vollständigkeit halber dieser Aufzeichnung noch einmal anfügen, welche – bisher von mir noch nicht verwandte – Sprachregelung in der Kabinettssitzung vom 27. Oktober beschlossen wurde:

„Die Bundesrepublik hat eine Reihe von Ländern zum Aufbau ihrer inneren Ordnung und Stabilität mit Waffenlieferungen in begrenztem Umfang unterstützt, hierzu gehört auch Israel. Angesichts der besonderen moralischen, politischen und völkerrechtlichen (Nichtbestehen von diplomatischen Beziehungen) Situation gegenüber Israel ist bei der Behandlung dieses Problems besondere Sorgfalt und Zurückhaltung am Platze.

Die Meldungen in der Presse über Umfang und Art der Waffenlieferungen an Israel sind weit übertrieben. Neue Vereinbarungen sind von deutscher Seite nicht beabsichtigt."

Auf Grund der weiteren Entwicklung der Diskussion dieser Frage in der Öffentlichkeit und auf Grund der israelischen Reaktion scheint es mir zweifelhaft, ob diese Aussage uns weiterbringt. Sie wird die Israelis aus ihrer Sicht desavouieren, die arabischen Länder nicht befriedigen und zudem noch bei der deutschen Öffentlichkeit nicht das Gefühl vollständiger Unterrichtung bewirken. Ich hielte es daher für die beste Lösung, wenn mit den Vertrauensleuten des Parlaments eine Sprachregelung ausgehandelt werden könnte, die das Problem der Ausrüstungshilfe an Israel weiter aus der öffentlichen Bekanntgabe – wie sie zum Beispiel bei den afrikanischen Staaten erfolgt ist – ausklammert.

Eine offizielle Bestätigung durch den Sprecher der Bundesregierung, daß Israel – in welch begrenztem Umfang auch immer – Waffen erhält, wird zweifellos einen großen Sturm in der Presse mit nachfolgenden politischen Reperkussionen in Israel und den arabischen Ländern erzeugen.[9]

[gez.] von Hase

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 444

[9] Zum Fortgang vgl. Dok. 308.

307

Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit dem amerikanischen Botschafter McGhee

Z A 5-129.A/64 geheim **3. November 1964**[1]

Der Herr Bundeskanzler empfing am 3. November 1964 um 18.00 Uhr den amerikanischen Botschafter, Herrn McGhee, zu einer Unterredung, bei der Ministerialdirigent Dr. Osterheld anwesend war.

Der Herr *Bundeskanzler* dankte zunächst für die Botschaft Präsident Johnsons[2], auf die er bald antworten werde. Vom morgigen[3] Tage an werde die politische Situation anders sein und die Aufnahme einer engen politischen Zusammenarbeit wieder ermöglichen. Er hoffe, daß in Kürze direkte persönliche und diplomatische Beziehungen wiederhergestellt werden könnten. Er habe[4] daran gedacht, daß zunächst einmal der Bundesaußenminister zu Herrn Rusk reise und daß man dann zu Anfang des nächsten Jahres mit dem Besuch des neuen und alten Präsidenten rechnen dürfe.

Der Herr Bundeskanzler fragte den Botschafter, ob er noch weitere Informationen und Details habe, die über das hinausgingen, was in dem Brief des Präsidenten über die MLF und den Besuch Gordon Walkers[5] gesagt worden sei.

Der *Botschafter* bemerkte, er habe vor kurzem noch mit Staatssekretär Ball gesprochen, der ihm mitgeteilt habe, daß Gordon Walker keine spezifischen Details erörtert, sich vielmehr auf die generelle Linie beschränkt habe. Ameri-

[1] Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Weber am 5. November 1964 gefertigt.
Hat dem Leiter des Außenpolitischen Büros im Bundeskanzleramt, Osterheld, am 6. November 1964 vorgelegen.

[2] Für das Schreiben des Präsidenten Johnson vom 7. Oktober 1964 an Bundeskanzler Erhard vgl. Abteilung II (II 7), VS-Bd. 1353.

[3] Dieses Wort wurde von Ministerialdirigent Osterheld handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „folgenden".

[4] An dieser Stelle wurde von Ministerialdirigent Osterheld gestrichen: „ferner".

[5] Der britische Außenminister besuchte am 26./27. Oktober 1964 die USA. Botschafter von Etzdorf, London, hielt dazu am 30. Oktober 1964 Äußerungen des Staatssekretärs im britischen Außenministerium, Caccia, fest, der bestätigte, daß der Besuch lediglich „einer ersten Kontaktaufnahme" gegolten habe. Gordon Walker habe sich zur geplanten MLF nicht definitiv geäußert, da er noch nicht genügend Zeit gehabt habe, „um sich mit der Frage der MLF vertraut zu machen. Er müßte aber von vornherein sagen, daß ihm das Projekt nicht behage. Seine Partei hätte sich von Anfang an zur MLF negativ verhalten. Es werde der Regierung Wilson daher äußerst schwer fallen, ihre Ansichten zu ändern ... Er hätte aber in Washington versprochen, das Thema erneut zu durchdenken mit dem Ziel, daraus vielleicht etwas zu machen, was der gemeinsamen Verteidigung nützlich wäre. Mr. Gordon Walker hätte zumal darauf hingewiesen, daß die MLF den deutschen Interessen auf lange Sicht nicht genügen würde. Hierüber solle er sich, hätte Rusk erwidert, einmal in Bonn direkt unterhalten. Die amerikanische Position bliebe jedenfalls, hätte Rusk weiter ausgeführt, unverändert, so wie dies in Paris mehrfach zum Ausdruck gekommen sei." Vgl. Abteilung I (I A 5), VS-Bd. 174; B 150, Aktenkopien 1964.
Am 2. November 1964 unterrichtete Präsident Johnson Bundeskanzler Erhard über das Gespräch mit dem britischen Außenminister in New York. Für das Schreiben vgl. Abteilung II (II 7), VS-Bd. 1363.

kanischerseits sei der Eindruck entstanden, als ob Gordon Walker mit den technischen Einzelheiten der bisherigen Planungsarbeiten noch nicht ausreichend vertraut sei. Der Botschafter versicherte, daß kein spezifischer Plan erörtert worden sei und die Vereinigten Staaten auch keinerlei Verpflichtung eingegangen hätten.

Die Argumentation Gordon Walkers sei im wesentlichen darauf gerichtet gewesen, die Streitmacht (MLF)[6] zu vergrößern, und zwar durch Einbeziehung der britischen Polaris-Unterseeboote und V-Bomber[7]; den Engländern werde auf diese Weise auch mehr Zeit gegeben, die ganze Angelegenheit zu prüfen. Was die Beteiligung der britischen U-Boote und Bomber angehe, so schienen die Engländer[8] die Konzeption einer gemischten Besatzung nicht zu unterstützen. In den Gesprächen sei deutlich geworden, daß die Engländer wesentliche Aspekte der bisherigen Konzeption in ihrer Wirkung herabsetzen und sich selbst nur symbolisch beteiligen wollten. Offensichtlich sei die neue Regierung der Gefangene der eigenen Wahlpropaganda, denn nach außen hin wolle man zwar den Eindruck erwecken, als ob man die MLF im Grunde unterstütze, wolle sich aber andererseits von den Wahlversprechungen nicht entfernen.[9]

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte, daß dies zum Teil auch de Gaulles Haltung erklären könne, der offensichtlich fühle, daß die Engländer die MLF aufweichen und die Deutschen von einem allzu großen Einfluß innerhalb der MLF abdrängen wollten. So erkläre sich auch seine eigene Drohung – um eine solche handele es sich –, daß, wer die MLF unterstütze, Europa zerstöre und seine europäischen Pflichten verletze.[10]

[6] Das Kürzel „MLF" wurde von Ministerialdirigent Osterheld handschriftlich eingefügt.

[7] Zu den neuen britischen Vorschlägen vgl. auch Dok. 305.

[8] Der Passus „V-Bomber; den Engländern ... so schienen die Engländer" ging auf Streichungen und handschriftliche Einfügungen des Ministerialdirigenten Osterheld zurück. Vorher lautete er: „V-Bomber, um den Engländern auf diese Weise mehr Zeit zu geben, die ganze Angelegenheit zu prüfen. Was ihre Beteiligung angehe, schienen die Engländer".

[9] Der Passus „im Grunde unterstütze, ... nicht entfernen" ging auf Streichungen und handschriftliche Einfügungen des Ministerialdirigenten Osterheld zurück. Vorher lautete er: „im Grunde unterstütze, ohne sich aber von den Wahlversprechungen zu entfernen".

[10] Am 30. Oktober 1964 berichtete Botschaftsrat I. Klasse Sahm, Paris (NATO), über Pressemeldungen, denenzufolge „französische Diplomaten auf Weisung von General de Gaulle die Meinung verbreiteten, die Gründung der MLF sei unvereinbar mit weiteren europäischen Einigungsbestrebungen". Sahm führte weiter aus, er habe vertraulich Kenntnis davon erhalten, daß der französische Gesandte in Washington am 20. Oktober 1964 tatsächlich den Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Tyler, aufgesucht und sich „über die schädlichen Auswirkungen der MLF ausgelassen" habe. De Leusse habe besonders hervorgehoben: „a) Die MLF sei ein Faktor der Spaltung in Europa und werde die Bemühungen zur Einigung Europas verhindern. Sie verstoße gegen den Geist des EWG-Vertrages. b) Durch den Beitritt zur MLF binde die Bundesrepublik formell ihre Verteidigung an eine außereuropäische Macht und verstoße damit gegen ihre europäische Berufung ... c) Die deutsch-französischen Beziehungen würden durch den Beitritt der Bundesrepublik zur MLF eine Abkühlung erfahren." Am 2. November 1964 bestätigte Botschafter Knappstein, Washington, die „diplomatische Aktivität gegen die MLF". Vermutlich habe de Leusse aber seine Aussagen „etwas zu pointiert vorgebracht". Daher habe der französische Botschafter Alphand am 23. Oktober 1964 den amerikanischen Außenminister Rusk aufgesucht, um die Ausführungen von de Leusse etwas „abzuschwächen". Dazu hielt Legationsrat I. Klasse Arnold am 2. November 1964 fest, daß die französische Botschaft in Bonn eine entsprechende Demarche „kategorisch" dementiert habe, und daß „ein derartiger Schritt nicht mit der bekannten

Der Herr Bundeskanzler wies darauf hin, daß in seinen letzten Gesprächen mit dem Botschafter[11] und seiner letzten Unterredung mit Präsident Johnson[12] vereinbart worden sei, über die Angelegenheit bis nach den englischen Wahlen[13] nicht zu reden. Er wolle dem Botschafter versichern, daß die Haltung de Gaulles in keiner Weise die Haltung der Bundesregierung zur Frage der MLF beeinflusse, was immer sonst der Botschafter in Deutschland gehört haben möge. Es gebe bekanntlich einige Spekulanten und Querulanten. Die Bundesregierung ihrerseits hoffe aber, daß die Vereinigten Staaten in dieser Angelegenheit ebenso fest blieben, da sich die Bundesregierung[14] sonst blamieren würde. Es sei[15] unmöglich, sich das Gesetz des Handelns von de Gaulle aufzwingen zu lassen. Eine Alternative gebe es nicht, und es wäre leichtfertig, wollte man sich dem Druck beugen. Die Bundesregierung bleibe fest, wenn auch die Vereinigten Staaten fest blieben.

Er glaube nicht mehr, wie er ursprünglich angenommen habe, daß das Abkommen noch in diesem Jahr unterzeichnet werden könne.[16] Er halte es aber für um so wichtiger, daß der Besuch des Präsidenten in Europa so bald wie möglich nach der Inauguration[17] stattfinde, so daß der Präsident mit de Gaulle auch über die Frage des nuklearen Schutzes Europas sprechen könne. Vielleicht ließen sich dann auch Formen finden, wie die französische force de frappe in das[18] Koordinatensystem eingefügt werden könne. Dadurch würde manches leichter werden. Sollten die Bemühungen Präsident Johnsons aber scheitern und de Gaulle nein sagen, dann seien wir[19] politisch und moralisch völlig frei, mit den Vereinigten Staaten – und wie er hoffe mit einigen anderen Ländern – zur Tat zu schreiten.[20] Dabei sei klar[21], daß ein solcher Schritt nur innerhalb der NATO erfolgen könne und nicht zwischen desintegrierten Staaten.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1219

französischen Haltung gegenüber dem MLF-Projekt und insbesondere gegenüber einer deutschen Beteiligung an ihm in Einklang stehen würde". Für die Drahtberichte von Sahm und Knappstein sowie den Drahterlaß von Arnold vgl. Abteilung II (II 7), VS-Bd. 1365; B 150, Aktenkopien 1964.

Zur veränderten französischen Haltung gegenüber der geplanten MLF vgl. auch Dok. 296.

11 Zum Gespräch vom 13. Juli 1964 vgl. Dok. 195.

12 Zum Gespräch vom 12. Juni 1964 vgl. Dok. 161.

13 Die Wahlen zum britischen Unterhaus fanden am 15. Oktober 1964 statt. Vgl. dazu auch Dok. 292, Anm. 4.

14 Die Wörter „da sich die Bundesregierung" gingen auf Streichungen und handschriftliche Einfügungen des Ministerialdirigenten Osterheld zurück. Dafür wurde gestrichen: „da man sich".

15 An dieser Stelle wurde von Ministerialdirigent Osterheld gestrichen: „jedenfalls".

16 Zu den Bemühungen, einen MLF-Vertrag noch im Jahr 1964 zu unterzeichnen, vgl. Dok. 281.

17 Die Inauguration des Präsidenten Johnson fand am 20. Januar 1965 statt.

18 Dieses Wort wurde von Ministerialdirigent Osterheld handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „ein".

19 Die Worte „seien wir" wurden von Ministerialdirigent Osterheld handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „fühle man sich".

20 Zu den Überlegungen der Bundesregierung, einen MLF-Vertrag zunächst allein mit den USA abzuschließen, vgl. Dok. 281.

21 Die Wörter „Dabei sei klar" gingen auf Streichungen und handschriftliche Einfügungen des Ministerialdirigenten Osterheld zurück. Dafür wurde gestrichen: „Es müsse aber klar sein".

Wenn er gesagt habe, daß er an einen Abschluß des Abkommens in diesem Jahr nicht mehr glaube, so wolle er doch davor warnen, den Termin im nächsten Jahr lange[22] vor sich herzuschieben. Er halte es vielmehr für erforderlich, sehr bald die Angelegenheit unter Dach und Fach zu bringen, weil sich sonst die Bevölkerung an die Unentschlossenheit und Labilität gewöhne, was zu einem Verlust an politischem Willen führen würde.

Der *Botschafter* versicherte dem Herrn Bundeskanzler, daß Präsident Johnson genau so entschlossen wie früher sei, das MLF-Projekt durchzuführen. Er deutete die Möglichkeit an, daß der neue britische Außenminister bei seinem Besuch in Bonn am 14. November[23], nachdem er[24] bei den Amerikanern sondiert habe, mit konkreteren Vorschlägen aufwarten würde. Die amerikanische Regierung erwarte keineswegs, daß die Bundesregierung diese britischen Vorschläge annehme, und vertrete den Standpunkt, daß nur unter ständiger Mitwirkung[25] der Bundesregierung darüber verhandelt werden könne, welche Form der MLF zu geben sei. Die amerikanische Regierung finde es zwar ermutigend, daß die Briten den Anschein gäben, als wollten sie der MLF beitreten, doch lasse man es nicht zu, daß durch die Engländer der Charakter des Projekts geändert werde und bereits vereinbarte Konzeptionen fallen gelassen würden.

Der Herr *Bundeskanzler* war der Auffassung, daß der Besuch Gordon Walkers in Washington und in Bonn als Beweis dafür anzusehen sei, daß die Engländer nicht die Absicht hätten, auf nuklearem Gebiet einen Alleingang mit den Franzosen zu unternehmen.

Wie der *Botschafter* wiederholte, sei Präsident Johnson nach wie vor der Auffassung, daß Bonn an den Verhandlungen beteiligt werden müsse. Er verstehe durchaus, daß der Zeitfaktor ein wesentliches Element sei, und wenn es auch nicht möglich sein dürfte, noch in diesem Jahr eine Vereinbarung zu treffen, so wolle man andererseits die Angelegenheit doch nicht auf unbestimmte Zeit verzögern. Für die Bundesregierung sei dies im Hinblick auf den Bundestag und den Bundesrat sowie die Reaktion der Öffentlichkeit von besonderer Bedeutung.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, er müsse an die Wahlen[26] denken, und deshalb glaube er, daß die Angelegenheit bis 1. Februar unter Dach und Fach sein sollte.

Wie der *Botschafter* bemerkte, dächten die Engländer an März.

Der Herr *Bundeskanzler* äußerte sich erfreut über die positivere Haltung, die der niederländische Außenminister Luns in Washington in dieser Frage eingenommen habe.[27]

[22] Dieses Wort wurde von Ministerialdirigent Osterheld handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „ständig".

[23] Vgl. dazu Dok. 334.

[24] An dieser Stelle wurde von Ministerialdirigent Osterheld gestrichen „nun einmal".

[25] Die Worte „ständiger Mitwirkung" wurden von Ministerialdirigent Osterheld handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „Einbeziehung".

[26] Die Bundestagswahlen fanden am 19. September 1965 statt.

[27] Der niederländische Außenminister Luns hielt sich am 24. Oktober 1964 zu Gesprächen mit sei-

Der *Botschafter* berichtete, er sei gerade von einer Reise nach Rom zurückgekehrt. Der italienische Außenminister Saragat werde nach London zu Gesprächen reisen[28], und wenn die Engländer der MLF beiträten, würden die Italiener ebenfalls folgen. Ein italienischer Beitritt hänge zwar nicht von einem vorherigen Beitritt Londons ab, doch würde hierdurch die italienische Entscheidung wesentlich erleichtert werden.

Der Botschafter fragte sodann den Herrn Bundeskanzler, ob es ihm genehm wäre, wenn Staatssekretär Ball ihn am 16. November aufsuchen und mit ihm die Frage der MLF im Lichte der jüngsten amerikanisch-englischen Besprechungen erörtern würde.[29] Ball könnte im Rahmen der deutsch-amerikanischen Veranstaltung, die in Bonn und Berlin stattfinde[30], hierher kommen, so daß sein Besuch keinerlei Anlaß zu besonderen Spekulationen in der Presse zu bieten brauche.

Der Herr *Bundeskanzler* erklärte sich mit diesem Vorschlag einverstanden und bat den Botschafter, seine Einladung an Herrn Ball zu übermitteln.

Wie der *Botschafter* weiter bemerkte, sei es noch nicht ganz gewiß, ob Ball tatsächlich kommen werde, doch spreche sehr viel dafür.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, er habe mit dem Bundesaußenminister darüber gesprochen, ob es nützlich wäre, wenn Herr Schröder noch im Dezember zu Gesprächen nach Washington reisen würde. Wie er wisse, wolle Herr Schröder am kommenden Sonntag mit Herrn Rusk telefonieren.

Der *Botschafter* wies darauf hin, daß sich die Außenminister auf der NATO-Ministerratssitzung im Dezember in Paris[31] ohnehin sehen würden. Herr Rusk würde sich aber sicher freuen, Herrn Schröder auch in Washington zu empfangen. Während der ersten zehn Dezembertage nehme Herr Rusk allerdings an der Vollversammlung der Vereinten Nationen in New York[32] teil.

Auf den Europabesuch des Präsidenten eingehend bemerkte der Botschafter, er halte es für unwahrscheinlich, daß der Präsident diesen Besuch vor seiner Inauguration machen werde.

Der *Bundeskanzler* sagte, für die europäische Atmosphäre, die deutsche Position und die Stärkung der Position der EWG-Partner wäre der Besuch eine

Fortsetzung Fußnote von Seite 1221

nem amerikanischen Kollegen Rusk in Washington auf. Vgl. dazu NEUE ZÜRCHER ZEITUNG, Fernausgabe, Nr. 295 vom 26. Oktober 1964, S. 2.

[28] Zum Aufenthalt des italienischen Außenministers am 4./5. November in London 1964 vgl. Dok. 305, Anm. 1.
Zur italienischen Haltung gegenüber der geplanten MLF vgl. zuletzt Dok. 283.

[29] Vgl. dazu Dok. 338.

[30] Vom 13. bis 15. November 1964 fand die 4. deutsch-amerikanische Konferenz statt, an der führende Parlamentarier beider Länder teilnahmen. Vgl. FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 267 vom 16. November 1964, S. 4. Vgl. auch MCGHEE, An Ambassador's Account, S. 158 f.
Vgl. weiter Dok. 338 und Dok. 339.

[31] Die Sitzung des NATO-Ministerrats fand vom 15. bis 17. Dezember 1964 statt. Vgl. dazu auch Dok. 387.

[32] Die 19. UNO-Generalversammlung wurde am 1. Dezember 1964 in New York eröffnet. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1965, Z 9 f.

große Sache und würde auch dazu beitragen, daß die sogenannten Gaullisten[33] wieder etwas kleiner würden. Er habe aber keinerlei Angst vor ihnen.

Der *Botschafter* bemerkte, daß Herr Ball bei seinem Besuch mit dem Herrn Bundeskanzler neben der MLF auch die Frage der Entwicklung des Gemeinsamen Markts, des Getreidepreises[34] und der Kennedy-Runde erörtern könnte. Die jüngsten Ereignisse hätten die amerikanische Regierung mit gewisser Sorge erfüllt. Man dürfe sie zwar nicht zu ernst nehmen, doch schienen sie nicht gerade geeignet, Zuversicht und Hoffnung über die weitere Entwicklung zu verbreiten. Wie der Herr Bundeskanzler wisse, habe sich die amerikanische Regierung inzwischen bereit erklärt, ihre Ausnahmelisten vorzulegen, ohne auf eine Regelung der landwirtschaftlichen Probleme der Europäer zu warten.[35]

Auf die Frage des Herrn *Bundeskanzlers*, welche Ereignisse die amerikanische Regierung beunruhigten, antwortete der *Botschafter*, er denke an die Verbindung, die de Gaulle zwischen der Frage des Getreidepreises einerseits und der künftigen Entwicklung des Gemeinsamen Markts, seiner Bereitschaft, in der Kennedy-Runde mitzuarbeiten, und der Frage der MLF andererseits herzustellen drohe.[36] Spaak scheine sich in der Frage des Getreidepreises dem französischen Standpunkt angeschlossen zu haben.[37] Für Außenstehende sei es schwierig, die Bedeutung und Tragweite der Frage des Getreidepreises ge-

33 Zum innenpolitischen Konflikt zwischen „Gaullisten" und „Atlantikern" vgl. Dok. 194, Anm. 1.

34 Die Worte „des Getreidepreises" wurden von Ministerialdirigent Osterheld handschriftlich eingefügt.

35 Zu den Ausnahmelisten im Rahmen der Kennedy-Runde vgl. Dok. 273, Anm. 21.
Am 3. November 1964 gab die amerikanische Regierung bekannt, daß sie ihre Ausnahmelisten bis zum 16. November 1964 vorlegen werde. Vgl. dazu den Drahtbericht des Botschaftsrats I. Klasse Hädrich, Brüssel (EWG/EAG) vom 3. November 1964; Referat III A 2, Bd. 290.
Botschafter Knappstein, Washington, berichtete am 4. November 1964, die amerikanische Regierung sei trotz der „kaum ausreichenden Fortschritte" in Genf „zur Überzeugung gelangt, daß es nicht mehr möglich gewesen sei, den amerikanischen Vorbehalt (Vorlage der Ausnahmeliste nur bei genügendem Fortschritt auf dem Agrarsektor) aufrechtzuerhalten, wenn man nicht jedes Vorankommen in den GATT-Verhandlungen hemmen wollte ... Man sei dabei von der Voraussetzung ausgegangen, daß bis zum Anfang nächsten Jahres noch weitere positive Ergebnisse auf dem Agrarsektor erzielt werden würden; ferner, daß die Ausnahmeliste der EWG nicht nur zeitgerecht vorgelegt werden würde, sondern auch – wie die kurze amerikanische Liste – nur ein Minimum an Ausnahmen enthalten würde." Vgl. Referat III A 2, Bd. 290.

36 Zur französischen Verknüpfung der Fragen des Gemeinsamen Marktes mit der Kennedy-Runde vgl. Dok. 297.
Zu den Versuchen des Staatspräsidenten de Gaulle, zwischen der MLF und der Regelung des Getreidepreises eine Verbindung herzustellen, vgl. Dok. 301.

37 Der belgische Außenminister Spaak führte am 29. Oktober 1964 Gespräche mit Staatspräsident de Gaulle, Ministerpräsident Pompidou und Außenminister Couve de Murville in Paris. Botschafter Klaiber, Paris, hielt dazu am 30. Oktober 1964 die Mitteilung seines belgischen Kollegen, Baron Jaspar, fest, „Spaak habe vollkommen den französischen Standpunkt geteilt, daß jeder Fortschritt in der Frage der europäischen politischen Union von einer zufriedenstellenden Regelung der Agrarfrage abhänge. Die Auffassung de Gaulles, daß ohne europäische Agrarmarktordnung es keine Kennedy-Runde geben könne, habe Spaak zur Kenntnis genommen. Dabei hätte de Gaulle klargemacht, daß er dabei nicht nur an die Kennedy-Runde hinsichtlich der Agrarerzeugnisse denke, sondern an die Kennedy-Runde überhaupt. Zur Frage der europäischen politischen Union habe Spaak dem französischen Standpunkt zugestimmt, daß man vor der formellen Seite des Mechanismus die materielle Seite, d.h. die substantielle Frage klären müsse, ob die Sechs sich auf eine gemeinsame europäische Außen- und Verteidigungspolitik überhaupt einigen könnten." Vgl. Abteilung I (I A 1), VS-Bd. 132; B 150, Aktenkopien 1964.

nau zu analysieren, doch schienen sie viele Leute für sehr wichtig zu halten. Der Botschafter versicherte dem Herrn Bundeskanzler, daß die Vereinigten Staaten bereit seien, alles zu tun, um für ihn die Lage zu erleichtern, wie immer seine und der Bundesregierung Entscheidung ausfallen würde.

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte, daß in der deutschen Politik die schwächste Stelle die Landwirtschaftspolitik und dabei wiederum die Frage des Getreidepreises sei. Nach dem Römischen Vertrag[38] habe man keine Verpflichtung, vor Ablauf der Interimszeit Ende 1969[39] einen gemeinsamen Getreidepreis festzulegen, doch wenn man die Entscheidung immer vor sich herschiebe, gelange man in den Geruch, keine Entscheidung treffen zu wollen und damit den Verlauf der Kennedy-Runde zu gefährden. Wahrscheinlich würden solche Überlegungen nicht so sehr bei den Amerikanern angestellt werden, doch könnte de Gaulle dies als Vorwand und Trumpf benutzen, um unter dem Hinweis, daß die Deutschen nicht bereit seien, einem gemeinsamen Getreidepreis zuzustimmen, die Kennedy-Runde scheitern zu lassen. Persönlich und vertraulich glaube er, wenn es gelänge, mit den Amerikanern und Franzosen eine Abmachung zu treffen, und ihnen zu sagen, sie sollten der Bundesregierung vor den Wahlen weder einen Termin noch eine Höhe des Preises abnötigen, daß dann bis zum 1. Juli 1967 wahrscheinlich die Frage geregelt sein könnte.[40] Dann wäre man in einer guten Position. De Gaulle werde aber versuchen, eine Verbindung zwischen der Frage des Getreidepreises und den deutschen Vorschlägen über die europäische Einheit[41] herzustellen. Er drohe ferner damit, sich aus der EWG zurückzuziehen[42], sabotiere die MLF und versuche offensichtlich, die Beziehungen mit Moskau enger zu gestalten.[43] Er persönlich

[38] Für den Wortlaut des EWG-Vertrags vom 25. März 1957 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 744–766.

[39] Zum Ablauf der Übergangszeit bis zur Vollendung des Gemeinsamen Marktes am 31. Dezember 1969 vgl. Dok. 183, Anm. 46.

[40] Zur Bereitschaft des Staatspräsidenten de Gaulle, die Regelung des Getreidepreises zu verschieben, vgl. Dok. 273, Anm. 14.

[41] Zur geplanten Europa-Initiative der Bundesregierung vgl. Dok. 268. Vgl. weiter Dok. 311.

[42] Botschafter Klaiber, Paris, betonte am 29. Oktober, für Frankreich sei „die europäische Agrarmarktordnung das A und O der europäischen Politik". Er führte weiter aus: „Zu meiner Überraschung habe ich von dem Präsidenten des Bundesverbandes der deutschen Industrie, Fritz Berg, hier erfahren, daß ... der Herr Bundeskanzler ... die Dinge weit weniger gravierend ansehe. Sicher kann Frankreich juristisch gesehen nicht aus der EWG austreten, und es würde dies auch keineswegs im französischen Interesse liegen. Es kann aber gleichwohl in Brüssel die Politik des Leeren Stuhls betreiben und auf diese Weise, von der Blockierung der Arbeiten an der europäischen politischen Union ganz zu schweigen, die Arbeiten an der weiteren wirtschaftlichen Einigung Europas zum Stillstand bringen. Ferner würde Frankreich ohne Aussicht auf Lösung der Getreidepreisfrage ... mit Sicherheit die Mitarbeit an der Agrarseite der Kennedyrunde verweigern." Vgl. Abteilung II (II 7), VS-Bd. 1365; B 150, Aktenkopien 1964.

[43] Am 2. November 1964 berichtete Botschafter Klaiber, Paris, über die Entwicklung der französisch-sowjetischen Beziehungen. Er hob hervor, Staatspräsident de Gaulle habe dem Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, Mikojan, anläßlich des 40. Jahrestages der Aufnahme diplomatischer Beziehungen ein „schwungvolles" und „bemerkenswert langes" Telegramm geschickt, in dem er die dauerhafte Freundschaft zwischen beiden Völkern hervorgehoben habe. Darüber hinaus, fuhr Klaiber fort, sei es auch „gewiß kein Zufall, daß mit dem 40. Jahrestag der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Frankreich und der Sowjetunion die Unterzeichnung des neuen sowjetisch-französischen Handelsabkommens in Paris zusammengefallen ist. Wenn de Gaulle sonach sowjetischen Annäherungsbemühungen keineswegs die kühle

halte dies alles für Bluff. Er glaube nicht, daß sich de Gaulle aus der EWG zurückziehen werde, da er, und nicht die Deutschen, der Hauptleidtragende wäre. Der Bundesregierung gehe es darum, Europa nicht zu zerstören. De Gaulle bedeute Europa aber nichts. Alles was er darüber sage, sei Schaum. De Gaulle werde behaupten, er könne den deutschen Vorschlägen nicht zustimmen, wenn die Deutschen ihrerseits nicht einen klaren Beweis ihrer Unterstützung der europäischen Konzeption durch die Annahme des Getreidepreises lieferten. Er arbeite ferner mit der Drohung, eine Verbindung zwischen dem Getreidepreis und der MLF herzustellen. Auch dieses Argument ziehe nicht, denn die MLF werde so oder so zustande kommen. Er habe auch keine Angst vor der Drohung eines Alleingangs mit Moskau, weil de Gaulle sich das einfach nicht leisten könne.

Der *Botschafter* sagte, der Herr Bundeskanzler brauche sich wegen der Haltung der amerikanischen Regierung keine Sorgen zu machen. Sie lasse sich von de Gaulle keineswegs beeinflussen, und bei ihr könne de Gaulle keinerlei Hebel ansetzen. Die amerikanische Regierung habe einen gemeinsamen Getreidepreis nie zu einer unerläßlichen Voraussetzung gemacht und werde in dieser Frage den Herrn Bundeskanzler auch nie unter Druck setzen. Die Entscheidung liege beim Herrn Bundeskanzler allein, und Herr Ball wolle darüber ausführlich mit ihm sprechen. Wenn der Herr Bundeskanzler an eine Formel denke, die es ermögliche, in der Kennedy-Runde Fortschritte und einen erfolgreichen Abschluß zu finden, dann wären die Amerikaner nur zu gern bereit, ihn dabei zu unterstützen.

Der Herr *Bundeskanzler* betonte, die von ihm vorgetragenen Überlegungen seien noch rein persönlicher Art, und er müsse sie noch einmal in einem kleinen vertrauten Kreis erörtern. Er wisse nicht, ob sie durchführbar seien, doch würde er sich freuen, wenn sie in die Tat umgesetzt werden könnten, weil man sonst Gefahr laufe, unglaubwürdig zu werden. Er sei sich jedoch absolut sicher, daß wenn der Getreidemarkt so geordnet würde, wie dies von der Kommission der EWG vorgeschlagen werde[44], die Vereinigten Staaten diskriminiert würden, da dies ohne Zweifel die Absicht de Gaulles sei.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1224

Schulter zeigt, so wäre es nach meiner Auffassung andererseits falsch, in dem Eingehen auf diese Annäherungsbemühungen die Absicht eines ‚Renversement des alliances' von seiten de Gaulles zu sehen. Ein neues Bündnis mit der Sowjetunion könnte Frankreich keinen Ersatz für die von ihm angestrebte Führungsrolle in Europa bieten. Auch wäre der für Frankreich so eminent wichtige Absatz seiner agrarischen Überschußproduktion mit einem solchen Bündnis noch nicht gesichert, da die Sowjetunion kaum imstande sein dürfte, Frankreich interessierende Gegenlieferungen zu erbringen. Ich glaube vielmehr, daß das Eingehen bis zu einem gewissen Grade von de Gaulle auf sowjetische Liebeswerbungen Teil eines wohlkonzipierten französischen Nervenkrieges gegen die Bundesrepublik in Sachen europäischer Getreidepreis und – wenn auch in etwas vermindertem Grade – MLF ist." Vgl. Abteilung I (I A 3), VS-Bd. 160; B 150, Aktenkopien 1964. Zum französisch-sowjetischen Handelsvertrag vom 30. Oktober 1964 vgl. Dok. 192, Anm. 5.

[44] Zum Vorschlag der EWG-Kommission vom 4. November 1963 betreffend die Verwirklichung eines gemeinsamen Getreidepreises („Mansholt-Plan") sowie zu den ergänzenden Vorschlägen vom 12. Mai 1964 („revidierter Mansholt-Plan") vgl. Dok. 272, Anm. 12.

Der *Botschafter* sagte, wie immer die Regelung aussehe, es müßte sichergestellt werden, daß dritte Länder weiterhin Zugang zum europäischen Markt hätten, weil sonst die Amerikaner nicht in der Lage seien, ihren Beitrag zu leisten und ihren Verpflichtungen den eigenen Bauern gegenüber nachzukommen. Wenn de Gaulle versuche, eine Verbindung herzustellen zwischen dem Getreidepreis und der MLF, so entbehre dies jeglicher Logik. Das gleiche gelte für eine Verbindung zwischen den europäischen Einigungsbemühungen und dem Getreidepreis. Ob sich eine Verbindung zur EWG herstellen lasse, sei zweifelhaft. Die beste Möglichkeit für ihn scheine sich noch im Zusammenhang mit der Kennedy-Runde zu bieten. Deswegen müsse man hierbei besonders aufpassen.

Der Herr *Bundeskanzler* gab zu, daß eine gewisse Verbindung zwischen dem Getreidepreis und der Kennedy-Runde bestehe und vielleicht auch noch mit der Frage der deutschen Vorschläge über die politische Einigung. Alles andere sei aber Bluff. Er traue de Gaulle zwar alles zu, da er ein Mann sei, der sich mit den üblichen rationalen Maßstäben nicht erfassen lasse, doch sollte man andererseits annehmen, daß er nüchtern genug sei, die Interessen Frankreichs nie aus dem Auge zu verlieren. Er sei ja nicht der Erste, der mit de Gaulle Schwierigkeiten habe. Eisenhower und Churchill sei es vor ihm nicht anders gegangen.

Der *Botschafter* versicherte abschließend dem Herrn Bundeskanzler noch einmal, daß seine Regierung ihm keinerlei Vorwürfe mache. Sie habe nie auf einem gemeinsamen Getreidepreis bestanden und sei auch bereit, den Herrn Bundeskanzler bei seinen Bemühungen zu unterstützen.

Die Unterredung endete gegen 19.00 Uhr.

Bundeskanzleramt, AZ: 21-301 00 (56), Bd. 11

308

Runderlaß des Staatssekretärs Carstens

St.S. 2022/64 geheim **Aufgabe: 3. November 1964, 20.19 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 3830 Plurex
Citissime

Für Botschafter

1) Ich bin mir über die schwierige Lage völlig im klaren, in der sich unsere Missionen angesichts der Pressenachrichten über[2] deutsche Waffenlieferungen an Israel[3] befinden. Wir versuchen hier, eine Lösung aus der[4] Schwierigkeit zu finden, für die übrigens das Auswärtige Amt selbst keinerlei Verantwortung trägt.

2) Ein kategorisches Dementi erscheint nach Sachlage nicht möglich, wohl aber könnte unser Sprecher jegliche Erklärungen zu dem ganzen Komplex ablehnen.[5]

3) Sodann schwebt mir vor, bei den arabischen Regierungen eine vertrauliche Demarche grundsätzlicher Natur zu machen, bei der alle wesentlichen Aspekte des deutsch-israelischen und des deutsch-arabischen Verhältnisses berührt und der Versuch einer Klärung und Bereinigung der Situation gemacht werden sollte.

Einer solchen von mir ins Auge gefaßten Demarche möchte ich folgenden Inhalt geben:

a) Wir werden keine neuen[6] Verpflichtungen zur Lieferung von Waffen, gleich welcher Art, gegenüber Israel und seinen arabischen Nachbarstaaten übernehmen. (Zu Ihrer Unterrichtung: Lieferungen aus schon bestehenden Verpflichtungen würden durchgeführt werden).[7]

b) Es werden keine Vereinbarungen über den Bezug von Waffen oder Munition getroffen werden.

[1] Der Runderlaß hat vor Abgang am 3. November 1964 Staatssekretär Lahr sowie den Ministerialdirektoren Jansen, Sachs und Thierfelder zur Mitzeichnung vorgelegen.
Jansen vermerkte handschriftlich: „Die Demarche scheint mir etwas Überhang zu Ungunsten Israels zu haben; die Handelsvertretung werden die Israelis kaum annehmen."
Sachs vermerkte handschriftlich: „1. Ich darf anregen, nochmals die Frage eines Lieferstopps zu prüfen. 2. Die arabischen Länder sollten darauf hingewiesen werden, daß ein großer Teil des Materials nicht aus deutscher Fertigung stammt. Insofern vielleicht Teildementi?"
Thierfelder vermerkte handschriftlich: „Das Wort ‚angeblich' im 1. Absatz beeinträchtigt m[eines] E[rachtens] die Klarheit des Erlasses."

[2] An dieser Stelle wurde gestrichen: „angebliche".

[3] Zur Ausrüstungshilfe für Israel vgl. zuletzt Dok. 306.

[4] Dieses Wort wurde von Staatssekretär Carstens handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „einer".

[5] Vgl. dazu bereits Dok. 306.

[6] Dieses Wort wurde von Staatssekretär Lahr handschriftlich eingefügt.

[7] Der Passus „(Zu Ihrer Unterrichtung ... durchgeführt werden)" wurde von Staatssekretär Lahr handschriftlich eingefügt.

c) Es werden keine Vereinbarungen über die Ausbildung von Soldaten bei der Bundeswehr getroffen werden.[8]

d) Gegen die in Ägypten tätigen deutschen Wissenschaftler werden keine gesetzlichen[9] Maßnahmen ergriffen werden.[10] Falls ein deutsches Gesetz gegen die Beteiligung Deutscher an der Waffenherstellung im Ausland erlassen werden sollte[11], würde klargestellt werden, daß es sich nicht auf Deutsche bezieht, die bereits jetzt im Ausland tätig sind. Das würde nicht ausschließen, daß sich die in Ägypten tätigen Wissenschaftler entschließen, nach Deutschland zurückzukehren.[12]

e) Die arabischen Staaten und Israel sollen an der deutschen Entwicklungshilfe in angemessener Weise beteiligt werden.

f) Für das Jahr 1965 fassen wir den Abschluß eines Abkommens mit Israel ins Auge, worin wir die Errichtung von Handelsvertretungen mit konsularischen Befugnissen vereinbaren.

4) Diesen Gedankengängen haben der Herr Minister und der Herr Bundeskanzler grundsätzlich zugestimmt, jedoch fehlt noch deren endgültige Billigung. Außerdem müßte[13] durch uns sichergestellt werden, daß das Parlament bei der Verabschiedung eines Gesetzes gegen die Waffenherstellung durch Deutsche im Ausland sich an die vorstehend unter 3 d) skizzierte Linie halten wird, wofür ich zur Zeit keine Gewähr übernehmen kann.[14]

5) Mein heutiger Erlaß bezweckt, Sie mit unseren Gedankengängen und der Problematik, vor der wir stehen, vertraut zu machen. Ich bitte Sie um eine möglichst umgehende Äußerung darüber, ob nach Ihrer Auffassung die von mir skizzierte Linie durchgehalten werden kann. Ich bin mir darüber im klaren, daß vieles darin steht, was die Araber schwer schlucken werden. Andererseits übernehmen wir aber[15] beträchtliche Engagements, die den Arabern will-

[8] Zur Ausbildung israelischer Offiziere in der Bundesrepublik vgl. bereits Dok. 289, besonders Anm. 17. Vgl. auch den Artikel „Deutsche Militärhilfe für Israel"; SÜDDEUTSCHE ZEITUNG, Nr. 259 vom 28. Oktober 1964, S. 2.

[9] Dieses Wort wurde von Ministerialdirektor Thierfelder handschriftlich eingefügt.

[10] Zur Tätigkeit deutscher Rüstungsexperten in der VAR vgl. zuletzt Dok. 295 und Dok. 276, besonders Anm. 17. Vgl. weiter Dok. 313.

[11] Zu den Überlegungen, gesetzliche Maßnahmen gegen die Mitwirkung Deutscher an der Waffenproduktion fremder Staaten zu ergreifen, vgl. zuletzt Dok. 214, besonders Anm. 4.
In einer Kabinettsvorlage des Bundesministeriums des Innern vom 6. November 1964 wurden gegen den Antrag der SPD-Fraktion vom 25. Juni 1964 für ein Zweites Ausführungsgesetz zu Artikel 26, Absatz 2 des Grundgesetzes Bedenken erhoben. Dabei wurde auf nachteilige außenpolitische Konsequenzen hingewiesen, insbesondere hinsichtlich der Haltung der arabischen Staaten in der Deutschland-Frage. Das Bundeskabinett schloß sich dieser Stellungnahme am 11. November 1964 an. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Koch vom 24. November 1964; Abteilung I (I B 4), VS-Bd. 221; B 150, Aktenkopien 1964. Für die Kabinettsvorlage vgl. Referat I B 4, Bd. 17.
Vgl. weiter Dok. 315.

[12] Der Passus „Das würde nicht ... zurückzukehren" wurde von Ministerialdirektor Thierfelder handschriftlich eingefügt.

[13] An dieser Stelle wurde von Staatssekretär Carstens gestrichen: „natürlich".

[14] Der Passus „wofür ich ... übernehmen kann" wurde von Ministerialdirektor Thierfelder handschriftlich eingefügt.

[15] An dieser Stelle wurde von Staatssekretär Carstens gestrichen: „auch".

kommen sein müßten. Vor allem liegt in unserer Erklärung auch der Verzicht zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel in der[16] vor uns liegenden Phase.[17]

6) Es wird einige Tage dauern, bis die Entscheidung bei uns getroffen wird. Ich überlasse es Ihnen, wie Sie sich in der Zwischenzeit gegenüber Ihren Gastregierungen helfen wollen. Vielleicht könnten Sie sagen, der ganze Fragenkomplex würde hier zur Zeit geprüft und es sei eine grundsätzliche Erklärung der Bundesregierung in dieser Angelegenheit zu erwarten.

Carstens[18]

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 422

309

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jansen

I-82.00/1403/64 geheim **4. November 1964**

Betr.: Deutsch-französisches Verhältnis

In dem vorgestern geführten Gespräch[1] habe ich angeregt zu prüfen, ob ein größerer Kredit an Frankreich möglich ist, und zwar in der Form, ihn als Vorauszahlung auf die in der Zukunft zu verwirklichende Zusammenarbeit in der Rüstungsindustrie[2] zu betrachten. Für den Fall, daß sich hier Möglichkeiten eröffnen sollten, müßte in den zu führenden Gesprächen nicht nur von dieser unserer Leistung gesprochen werden. Wir müßten diese Gespräche so anlegen, daß es zu einer neuen Absprache zwischen uns und den Franzosen kommt. Dabei sollten wir anstreben, bezüglich der Wiedervereinigung und der Ostpolitik neue feste Zusagen und Bindungen seitens Frankreichs zu erhalten.

Es darf m.E. nicht dazu kommen, daß die augenblicklich bestehende Mißstimmung zwischen uns und Frankreich[3] zu Leistungen unsererseits führt, die nur den Zweck haben zu beschwichtigen.[4] Diese Mißstimmung muß vielmehr zu

16 An dieser Stelle wurde von Staatssekretär Carstens gestrichen: „nächsten".

17 Am 4. November 1964 beantwortete Staatssekretär Carstens im Bundestag die Frage des CDU-Abgeordneten Friedensburg, ob die Bundesregierung „dem wachsenden Drängen vieler deutscher Staatsbürger" auf Herstellung diplomatischer Beziehungen zu Israel entsprechen werde, mit der Feststellung, daß eine solche Initiative bis auf weiteres nicht beabsichtigt sei. Vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 56, S. 7095.

18 Paraphe vom 3. November 1964.

1 Es handelte sich vermutlich um eine Unterredung mit Staatssekretär Carstens.

2 Zur deutsch-französischen Rüstungszusammenarbeit vgl. zuletzt Dok. 260.

3 Zu den deutsch-französischen Differenzen vgl. zuletzt Dok. 297.

4 Dieses Wort wurde von Staatssekretär Carstens hervorgehoben. Dazu handschriftliche Bemerkung: „r[ichtig]".

einem neuen Gespräch führen, das mit neuen, festen gegenseitigen Absprachen abgeschlossen wird.

Hiermit Herrn Staatssekretär Professor Carstens[5] vorgelegt.

Jansen

Abteilung I (D I/Dg I A), VS-Bd. 122

310

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Ruete

II 4-8221/94.29-685/64 geheim **4. November 1964**

Betr.: Einladung Kossygins nach Bonn

Botschafter Groepper schlägt in seinem Drahtbericht Nr. 953 vom 3. November 1964[1] vor, Ministerpräsident Kossygin in Form einer „Voreinladung" mitzuteilen, daß die Bereitschaft des Herrn Bundeskanzlers, Ministerpräsident Chruschtschow in Bonn zu empfangen[2], dem sowjetischen Ministerpräsidenten als Inhaber dieses Amtes gegolten habe[3] und daß der Herr Bundeskanzler sich daher grundsätzlich freuen würde, Herrn Kossygin zu einem später zu vereinbarenden Zeitpunkt in Bonn zu empfangen, falls auch Herr Kossygin ein solches Gespräch im beiderseitigen Interesse für nützlich halten würde.[4]

Botschafter Groepper begründet seinen Vorschlag wie folgt:

1) Die Übermittlung einer derartigen „Voreinladung" würde unseren Wunsch deutlich machen, den Draht nach Moskau auch nach dem Führungswechsel[5] zu pflegen und die beiderseitigen Beziehungen zu verbessern.

2) Wir würden klarstellen, daß die Einladung Chruschtschows nicht auf dessen Person gemünzt war.

[5] Hat Staatssekretär Carstens am 5. November 1964 vorgelegen, der handschriftlich die Weiterleitung an Staatssekretär Lahr verfügte.
Hat Lahr am 6. November 1964 vorgelegen.
Hat Carstens erneut am 6. November 1964 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Wir müssen die Sache zurückstellen, bis wir in den konkreten Fragen (Frelon) klarer sehen."
Zur möglichen Beschaffung des französischen Kampfhubschraubers „Super-Frelon" vgl. Dok. 244, Anm. 50. Vgl. weiter Dok. 351, Anm. 9.

[1] Vgl. Abteilung II (II 4), VS-Bd. 228; B 150, Aktenkopien 1964.

[2] Zum geplanten Besuch des sowjetischen Ministerpräsidenten Chruschtschow in der Bundesrepublik vgl. zuletzt Dok. 259.

[3] Der Passus „daß die Bereitschaft ... gegolten habe" ging auf Streichungen und handschriftliche Einfügungen zurück, die von Staatssekretär Carstens veranlaßt wurden. Vorher lautete er: „daß die Einladung des Herrn Bundeskanzlers an Ministerpräsident Chruschtschow dem sowjetischen Ministerpräsidenten als Inhaber dieses Amtes gegolten habe".

[4] Zum sowjetischen Interesse an einem Besuch des Ministerpräsidenten Kossygin in der Bundesrepublik vgl. Dok. 304.

[5] Zum Führungswechsel in der UdSSR vom 14./15. Oktober 1964 vgl. Dok. 286, besonders Anm. 5.

3) Es würde einer möglicherweise laut werdenden Kritik begegnet, daß die Bundesregierung nicht alle Chancen wahrgenommen hätte, um mit der neuen sowjetischen Führungsspitze des Kreml ins Gespräch zu kommen.

4) Wir würden dem von Präsident Johnson mehrfach geäußerten Wunsch Rechnung tragen, daß die Entspannungsbemühungen mit den neuen Machthabern in Moskau fortgesetzt werden sollten[6], was unser Anliegen an unsere Alliierten unterstützen würde, in ihrem Dialog mit den Sowjets eine unseren Vorstellungen entsprechende Lösung der Deutschlandfrage mit größerer Intensität zu vertreten.

Die von Botschafter Groepper angeführten Gründe erscheinen zutreffend. Es dürfte insbesondere zweckmäßig sein, der neuen Führungsspitze in Moskau bald zu erkennen zu geben, daß von deutscher Seite nach wie vor ein Interesse an der Weiterführung der angebahnten Kontakte besteht. Andererseits sollten wir alles vermeiden, was uns als ein „Anbiedern" oder als Zeichen eines zu starken Eigeninteresses an einem Besuch Kossygins ausgelegt werden könnte, zumal es, worauf auch Botschafter Groepper zutreffend hinweist, sehr unwahrscheinlich sein dürfte, daß Kossygin sich schon in absehbarer Zeit zu der Realisierung eines von ihm grundsätzlich angenommenen Besuchs in Bonn entschließt. Botschafter Groepper sollte daher keinesfalls einen Termin bei Kossygin zum Zweck der Überbringung einer „Voreinladung" erbitten, sondern lediglich um einen Termin zu einer ersten allgemeinen Aussprache in ähnlicher Form nachsuchen, wie dies der amerikanische Botschafter Kohler vor einer Woche getan hat.[7] Bei dieser ersten Aussprache sollte Botschafter Groepper sich darauf beschränken, allgemeine Grundsätze der deutschen Außenpolitik (Erhaltung des Friedens, Verminderung der Spannungen usw.) darzulegen und die bilateralen deutsch-sowjetischen Beziehungen zu erörtern. Das Deutschland- und Berlin-Problem sollte hierbei nur mit äußerster Vorsicht berührt werden, um Kossygin keinen Anlaß zu geben, sich in der Lebensfrage des deutschen Volkes auf der Linie Chruschtschows festzulegen. Im Rahmen dieses ersten allgemeinen Gesprächs sollte Botschafter Groepper beiläufig, in einer möglichst noch „leichteren" Form als im Drahtbericht Nr. 953 vorgeschlagen, die Bereitschaft des Herrn Bundeskanzlers erwähnen, Herrn Kossygin, falls auch dieser ein Gespräch für nützlich halten sollte, zu einem Besuch in Bonn zu empfangen.

Botschafter Groepper bittet, ihm eine Weisung so rechtzeitig zu übermitteln, daß seine Bitte um einen Termin bei Kossygin diesem noch vor dem 7. Novem-

[6] In einer Fernsehansprache erläuterte Präsident Johnson am 18. Oktober 1964 die amerikanische Politik gegenüber der UdSSR nach der Absetzung des Ministerpräsidenten Chruschtschow: „The new Soviet Government has officially informed me through Ambassador Dobrynin ... that it plans no change in basic foreign policy ... I told him that the quest for peace in America had never been more determined than it is now ... I told him that any Soviet Government which is ready to work for peace will find us ready in America. I said to the Ambassador that I would be ready to talk to anyone when it would help the cause of peace. I believe this was a good beginning on both sides." Vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 51, 1964, S. 611.

[7] Ministerpräsident Kossygin empfing den amerikanischen Botschafter Kohler am 23. Oktober 1964 zu einer allgemeinen Aussprache. Am 28. Oktober 1964 überbrachte Kohler eine mündliche Botschaft von Kossygin an Präsident Johnson. Vgl. dazu THE NEW YORK TIMES, International Edition, Nr. 38995 vom 29. Oktober 1964, S. 1.

ber vorliegt. Eine Begründung für diese Eilbedürftigkeit gibt Botschafter Groepper nicht. Es ist möglich, daß er damit rechnet, aus Anlaß des Kreml-Empfangs am 7. November[8] Gelegenheit zu einem Gespräch mit Kossygin zu haben, bei dem er gern schon Kenntnis von der Aufnahme seines im Drahtberichts Nr. 953 gemachten Vorschlags hätte. Es erscheint zwar angezeigt, Botschafter Groepper noch vor dem 7. November über unsere Einstellung zur Frage der Einladung zu unterrichten; jedoch dürfte es nicht zweckmäßig sein, daß Botschafter Groepper noch vor dem 7. November um einen Termin bei Kossygin nachsucht, da ein solcher Schritt mitten in den Revolutionsfeiertagen in Moskau leicht den Eindruck eines starken deutschen Drängens hervorrufen könnte, was aus den oben angeführten Gründen vermieden werden sollte.

Es wird daher vorgeschlagen, Botschafter Groepper zu beauftragen, dem sowjetischen Außenministerium seine Bitte um einen „Antrittsbesuch" bei Ministerpräsident Kossygin erst nach den Revolutionsfeiertagen zu übermitteln, diese Weisung aber so beschleunigt an die Botschaft Moskau zu geben, daß Botschafter Groepper bei dem Kreml-Empfang am 7. November schon Kenntnis von unserer grundsätzlichen Zustimmung zu seinem Vorschlag hinsichtlich der „Voreinladung" hat.

Hiermit dem Herrn Staatssekretär[9] mit der Bitte um Genehmigung vorgelegt.

Entwurf für einen entsprechenden Drahterlaß an die Botschaft Moskau liegt bei.[10]

Ruete

Abteilung II (II 4), VS-Bd. 228

[8] Am 7. November 1964 fand im Kreml anläßlich des 47. Jahrestags der Oktoberrevolution ein Empfang statt, an dem auch die Vertreter der westlichen Staaten teilnahmen. Vgl. den Drahtbericht des Botschafters Groepper, Moskau, vom 9. November 1964; Referat II 4, Bd. 608.

[9] Hat Staatssekretär Carstens am 5. November 1964 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Eine Einladung haben wir m[eines] W[issens] nicht ausgesprochen. Bitte Terminologie zu prüfen."
Hat Ministerialdirigent Ruete am 6. November 1964 vorgelegen, der handschriftlich für Carstens vermerkte: „Terminologie ist geändert."
Hat Bundesminister Schröder am 9. November 1964 vorgelegen.

[10] Dem Vorgang beigefügt. Vgl. den Drahterlaß des Staatssekretärs Carstens vom 6. November 1964; Abteilung II (II 4), VS-Bd. 228; B 150, Aktenkopien 1964.
Mit Drahtbericht vom 5. November 1964 änderte Botschafter Groepper, Moskau, seinen „Vorschlag dahin ab, die Einladung des Herrn Bundeskanzlers an Kossygin erst zu einem späteren Zeitpunkt zu übermitteln". Dazu führte Groepper aus, „daß die diesjährigen Revolutionsfeierlichkeiten ... ein außergewöhnliches Gepräge erhalten" und daß eine Einladung zum gegenwärtigen Zeitpunkt „von den Sowjets möglicherweise als Gegenzug unsererseits und damit vornehmlich als Störmanöver aufgefaßt werden [könnte]. Damit könnte das Positivum, das von unserem Standpunkt grundsätzlich schon in der Übermittlung der Einladung liegt, wirkungslos verpuffen und der klimaverbessernde Effekt ... sogar in sein Gegenteil verkehrt werden." Vgl. Abteilung II (II 4), VS-Bd. 228; B 150, Aktenkopien 1964.

311

Botschafter Klaiber, Paris, an das Auswärtige Amt

Z B 6-1/8546/64 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 1723
Citissime

Aufgabe: 4. November 1964, 19.00 Uhr[1]
Ankunft: 4. November 1964, 20.35 Uhr

Auf Drahterlaß Plurex 3758 vom 30.10. – AZ: I B 1-8021-2934[I]/64 VS-vertraulich[2] – und Schrifterlaß vom 3.11. – St.S. 2020/64 –[3]

Habe heute weisungsgemäß um 15.30 Uhr dem französischen Außenminister die deutschen Vorschläge zur Europapolitik[4] übergeben. Couve sagte ein genaues Studium unserer Vorschläge zu, wiederholte jedoch – was er gestern in der Kammer erklärte[5] –, daß diese Vorschläge nach französischer Ansicht nicht gesondert für sich behandelt werden könnten, sondern daß vorher die gemeinsame Agrarpolitik verwirklicht und eine Definition der gemeinsamen europäischen Außen- und Verteidigungspolitik erarbeitet sein müsse.[6] Ich erwiderte ihm, er solle sich den Abs. 3 des Teils II unserer Vorschläge über die gemeinsame Agrarpolitik[7] genau durchlesen. Er werde daraus ersehen, daß der oft erhobene französische Vorwurf durchaus ungerechtfertigt sei, die Bundesrepublik wolle sich der Verwirklichung des gemeinsamen Agrarmarktes entziehen. Wir seien durchaus der Auffassung, daß ein gemeinsamer

[1] Hat Staatssekretär Carstens am 5. November 1964 vorgelegen.

[2] Mit Drahterlaß des Staatssekretärs Carstens vom 30. Oktober 1964 wurden die Botschaften in den EWG-Staaten angewiesen, am 4. November 1964 um 15.30 Uhr die Europa-Initiative der Bundesregierung zu unterbreiten. Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 417; B 150, Aktenkopien 1964.

[3] Für den Erlaß des Staatssekretärs Carstens vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 417; B 150, Aktenkopien 1964.

[4] Zur Europa-Initiative der Bundesregierung vgl. Dok. 268 und Dok. 273, besonders Anm. 2. Vgl. dazu weiter Dok. 344.
Die Europa-Initiative wurde am 13. November 1964 veröffentlicht. Vgl. BULLETIN 1964, S. 1535–1539. Vgl. auch EUROPA-ARCHIV 1964, D 562–572.

[5] Für den Wortlaut der Erklärung des französischen Außenministers am 3. November 1964 vor der Nationalversammlung vgl. EUROPA-ARCHIV 1964, D 608–617.

[6] Vgl. dazu auch Dok. 297.

[7] Absatz 3 des die wirtschaftlichen Fragen betreffenden zweiten Teils der Europa-Initiative der Bundesregierung: „Mit der Annahme der bisherigen Agrarmarktordnungen ist ein beachtlicher Schritt zu einer gemeinsamen Agrarpolitik getan worden ... Ein Gemeinsamer Markt ist nicht ohne gemeinsamen Agrarmarkt und ein gemeinsamer Agrarmarkt nicht ohne gemeinsame Preise denkbar. Die bei der Erarbeitung gemeinsamer Preise zu bewältigenden politischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten sind im Zusammenhang mit den Bemühungen um die Festsetzung eines gemeinsamen Getreidepreises sichtbar geworden. Sie erfordern, soweit sie politischer Natur sind, gegenseitige Rücksichtnahme unter den Gemeinschaftspartnern und, soweit sie wirtschaftlicher Art sind, geeignete Vorkehrungen der Gemeinschaft. In letzterer Beziehung hat sich gezeigt, daß neben den im landwirtschaftlichen Bereich selbst liegenden Problemen Faktoren, die außerhalb der Agrarpolitik liegen, von erheblicher Bedeutung sind. Die gemeinsamen Bemühungen der Partnerregierungen sollten darauf gerichtet sein, diese Schwierigkeiten rechtzeitig genug zu überwinden, um weder die sogenannte Kennedy-Runde noch den harmonischen Fortschritt des Integrationsprozesses in Gefahr zu bringen. Die deutsche Regierung wird hierbei zu ihren Verpflichtungen aus dem Rom-Vertrag stehen und aktiv an der Bewältigung der vor der Gemeinschaft liegenden schwierigen Aufgaben mitwirken." Vgl. BULLETIN 1964, S. 1537.

Markt nicht ohne gemeinsamen Agrarmarkt und ein gemeinsamer Agrarmarkt nicht ohne gemeinsame Preise denkbar sei. Im Prinzip seien wir also völlig einig; es handele sich nicht um die Frage „ob", sondern um die Frage „wann". Wir bedauerten die starre Haltung des französischen Partners, der unsere innerpolitischen Schwierigkeiten[8] doch kennen müsse. Ich könne dem französischen Außenminister auch nicht verschweigen, daß die robusten Pressionen und Drohungen nach meinem Eindruck nur die deutsche Haltung versteift haben. Hierüber werde sicher auch der Altbundeskanzler den General am 9. November gebührend unterrichten.[9] Wir hätten es begrüßt, daß Couve bei seiner gestrigen Kammerrede ein erneutes Bekenntnis zur deutsch-französischen Versöhnung und zur Notwendigkeit der engen deutsch-französischen Zusammenarbeit abgelegt habe und daß er auch von dem ungerechten Vorwurf abgerückt sei, als ob der deutsch-französische Vertrag[10] bisher praktisch überhaupt keine Ergebnisse gezeitigt habe.[11]

Couve erwiderte, leider sei aber auf den wichtigsten Gebieten, nämlich der Außen- und Verteidigungspolitik keine gemeinsame europäische Linie gefunden worden. Ich konnte Couve darauf hinweisen, daß gerade unsere Vorschläge für die Durchführung der europäischen Einigung auf den Gebieten der Außenpolitik, der Verteidigungspolitik und Kulturpolitik das Ziel hätten, durch eine Vereinbarung der sechs Partnerländer über regelmäßige Konsultationen ein solches Einverständnis auf diesen wichtigen Gebieten herzustellen, und daß ich nicht recht verstände, weshalb vor der Erörterung unserer Vorschläge noch gesondert ein Versuch gemacht werden solle, über die gemeinsame Außen- und Verteidigungspolitik eine Definition zu finden. Couve meinte, wir wüßten ja gar nicht, ob wir unsere Partner, vor allem auch Holland[12], überhaupt zu einer solchen gemeinsamen europäischen Politik gewinnen könnten. Falls dies nicht möglich sei, habe die vorgeschlagene Regierungsvereinbarung zur Fortführung der europäischen Einigung keinen realen Boden.

Was die MLF anbelange, erklärte ich Couve, daß ich seine Ausführungen in der Kammer, niemand habe Frankreich über die wirklichen Ziele dieser geplanten Atomstreitmacht unterrichtet[13], nicht verstehen könne. Über die

[8] Zu den innenpolitischen Schwierigkeiten der Bundesregierung hinsichtlich der Regelung des gemeinsamen Getreidepreises vgl. Dok. 272.

[9] Zum Gespräch des ehemaligen Bundeskanzlers Adenauer mit Staatspräsident de Gaulle vgl. Dok. 318.

[10] Für den Wortlaut des deutsch-französischen Vertrags vom 22. Januar 1963 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 706–710.

[11] Der französische Außenminister zeigte sich überzeugt, „daß die Wiederversöhnung und dann die Errichtung einer freundschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Deutschland eine unerläßliche Voraussetzung für eine solche [Europa-] Politik ist. Das war und ist noch immer das ehrliche Gefühl der Regierung, und für sie gibt es für das Bestehen des Vertrages vom Januar 1963 keinen anderen Grund. Die Wiederversöhnung ist verwirklicht ... Zwischen den Verwaltungen beider Seiten besteht eine gute Zusammenarbeit, und die Regierungskontakte finden regelmäßig statt." Vgl. EUROPA-ARCHIV 1964, D 612.

[12] Zur niederländischen Haltung gegenüber einer Europa-Initiative der Bundesrepublik vgl. Dok. 266.

[13] Zur geplanten MLF führte der französische Außenminister aus: „Niemand hat uns noch gesagt, welche wirklichen Ziele sie hat. Alle sind sich darin einig, daß ihre Bedeutung vom militärischen Standpunkt bei weitem nicht erwiesen ist. Worin bestünde also vom politischen Standpunkt ihre

Frage sei zwischen beiden Regierungen laufend gesprochen worden, nur habe sich die französische Regierung früher desinteressiert gezeigt und erst neuerdings Bedenken angemeldet.[14] Couve meinte, wenn man die europäische politische Union wolle, so müsse man auch über eine gemeinsame europäische Verteidigungspolitik sprechen, dazu gehörten zweifellos auch Fragen wie die Errichtung einer MLF. Bisher sähe die französische Regierung in der MLF nur einen Versuch der USA, ihren militärischen und politischen Einfluß in Europa zu verstärken und den europäischen Zusammenschluß zu stören. Diesem Argument habe ich energisch widersprochen und hinzugefügt, soweit ich wisse, habe uns die französische Regierung bisher keine andere Alternative zur MLF vorgeschlagen.[15]

[gez.] Klaiber

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 417

312

Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit dem Leiter der Israel-Mission, Shinnar

Ge 28/53/64 geheim **4. November 1964**[1]

Am 4. November 1964, 18.30 Uhr, empfing der Herr Bundeskanzler Herrn Botschafter Shinnar zu einem Gespräch, an dem Herr Bundesminister Westrick und der Unterzeichnete teilnahmen.

An Hand von Notizen trug Herr Botschafter *Shinnar* eine mündliche Botschaft von Ministerpräsident Eshkol an den Herrn Bundeskanzler vor.[2]

Fortsetzung Fußnote von Seite 1234

Nützlichkeit? Es ist verständlich, daß Deutschland daraus vielleicht psychologisch einige Genugtuung ziehen könnte. Man sieht, daß die Sowjets, zu Recht oder zu Unrecht, darüber beunruhigt wären. Man spürt, daß sich daraus innerhalb der NATO eine Spaltungsursache entwickeln könnte, deren Schuld man schwerlich Frankreich aufbürden könnte. Vor allem aber, und das ist für uns vielleicht das Wesentlichste, welche Folgen hätte sie für die Schaffung einer wirklichen europäischen Union?" Vgl. EUROPA-ARCHIV 1964, D 616.

14 Zur veränderten französischen Haltung gegenüber der geplanten MLF vgl. Dok. 296.

15 Anläßlich der deutsch-französischen Regierungsbesprechungen am 3./4. Juli 1964 in Bonn deutete Staatspräsident de Gaulle gegenüber Staatssekretär Carstens die Möglichkeit einer Mitwirkung der Bundesrepublik beim Aufbau der Force de frappe an. Vgl. Dok. 186. Vgl. dazu auch Dok. 210, besonders Anm. 11.

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Leiter des Außenpolitischen Büros im Bundeskanzleramt, Osterheld, am 5. November 1964 gefertigt.
Hat Bundeskanzler Erhard vorgelegen.

2 Für den Wortlaut der mündlich vorgetragenen Botschaft des israelischen Ministerpräsidenten vgl. auch Felix E. SHINNAR, Bericht eines Beauftragten. Die deutsch-israelischen Beziehungen 1951–1966, Tübingen 1967, S. 146 f. (Auszug).

In dieser Botschaft wurden die Tätigkeit deutscher Wissenschaftler in Ägypten[3] erwähnt sowie der Versuch Eshkols, diese Frage aus der öffentlichen Diskussion herauszuhalten. Veröffentlichungen in der deutschen Presse[4] hätten jedoch dazu geführt, daß der ganze Komplex der deutsch-israelischen Beziehungen in der Öffentlichkeit debattiert werde. Bei den Israelis stehe im Augenblick die Besorgnis im Vordergrund, der Sprecher der Bundesregierung[5] werde eine Erklärung abgeben, in der die deutsche Verteidigungshilfe an Israel als äußerst beschränkt dargestellt und gleichzeitig öffentlich versichert werde, daß in diesem Zusammenhang keine Absicht bestehe, neue Vereinbarungen einzugehen.[6] Für den ersten Teil dieser Erklärung habe Israel Verständnis; der zweite Teil könne aber Konsequenzen schwerwiegenden Charakters haben. Die israelische Regierung bitte, diesen Teil wegzulassen. Er sei unnötig und unzweckmäßig. Er werde in der gesamten arabischen Welt als Ergebnis des arabischen Druckes auf Deutschland bezeichnet werden und werde dementsprechend Vergleiche mit den negativen Ergebnissen israelischer Bemühungen provozieren, die Tätigkeit deutscher Wissenschaftler in Ägypten einzustellen. Das könne schwerwiegende Reaktionen in der Weltöffentlichkeit zufolge haben. Die Angelegenheit sei Herrn Eshkol so wichtig erschienen, daß er Herrn Shinnar eigens nach Bonn gesandt habe, um dem Herrn Bundeskanzler die israelischen Ansichten und Gefühle zu übermitteln. Die Bitte also gehe dahin, den zweiten Teil der in Aussicht genommenen Erklärung wegzulassen.

Der Herr *Bundeskanzler* entgegnete, daß auch er sich bemüht habe, die deutsch-israelischen Fragen aus der öffentlichen Diskussion herauszuhalten. Von dem zweiten Teil der Erklärung würden auch schon laufende Angelegenheiten, wie die Panzersache[7], nicht mehr berührt werden. Was die Wissenschaftler in Ägypten angehe, so wisse Herr Shinnar, daß wir keine rechte Handhabe gegen sie hätten, daß wir sie am nationalen Portepee faßten, sie teilweise praktisch zurückkauften und uns darüber hinaus mit der Absicht trügen, ein Gesetz zu machen, wonach derartige Tätigkeiten in Spannungsgebieten genehmigungspflichtig würden.[8]

Herr *Shinnar* betonte die große psychologische Bedeutung, die ein derartiges Gesetz haben würde. Eshkol habe deshalb in der letzten Zeit drei Mißtrauensanträge in der Knesseth bekommen. Es sei den Israelis bekannt, daß in Ägyp-

[3] Zur Tätigkeit deutscher Rüstungsexperten in der VAR vgl. zuletzt Dok. 308 und weiter Dok. 313.

[4] Zu den deutschen Pressemeldungen über die Waffenlieferungen der Bundesrepublik an Israel vgl. Dok. 306, Anm. 2.

[5] Karl-Günther von Hase.

[6] Zur Erklärung des Chefs des Presse- und Informationsamtes, von Hase, vom 26. Oktober 1964 vgl. Dok. 306, Anm. 3.
Am 6. November 1964 hielt Legationsrat I. Klasse Pfeffer fest, Bundesminister Westrick werde Bundeskanzler Erhard vorschlagen, „Staatssekretär von Hase solle bei sich bietender Gelegenheit vor der Pressekonferenz ausführen, die Mitteilungen über Militärlieferungen an Israel träfen zu; diese Militärlieferungen hielten sich jedoch in engen Grenzen. Es sei nichts bekannt darüber, daß zur Zeit Verhandlungen über weitere Militärlieferungen an Israel schwebten." Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 422; B 150, Aktenkopien 1964.

[7] Zur Ausrüstungshilfe für Israel vgl. Dok. 289.
Zur Frage einer Lieferung von Panzern an Israel vgl. auch Dok. 151.

[8] Vgl. dazu zuletzt Dok. 308, Anm. 11.

ten drei Arten von Raketen verschiedener Reichweite konstruiert würden. Auf die Zwischenfrage des Herrn *Bundeskanzlers*: „mit Atomköpfen?", sagte Herr *Shinnar*, daß es soweit noch nicht sei, daß die Raketen aber auch nicht für Satelliten bestimmt seien. Außerdem gingen neue Deutsche nach Ägypten. Er werde morgen dem Auswärtigen Amt melden, daß 12 Angehörige einer Firma Helligen (?) aus Baden in Ägypten neu eingetroffen seien und daß 23 weitere Angehörige dieser Firma folgten.[9] Er wisse, welche Schwierigkeiten hier das Grundgesetz mache.[10] Der Herr *Bundeskanzler* erwähnte, daß sich gerade diejenigen Bestimmungen nunmehr für Israel ungünstig auswirkten, die man aufgrund der schlechten Erfahrungen aus der nationalsozialistischen Zeit in das Grundgesetz eingeführt habe. Herr Bundesminister *Westrick* sagte, es gebe auch deutsche Wissenschaftler in Israel. Hierauf erwiderte Herr *Shinnar*, das stimme, und zwar hinsichtlich des Weizmann-Instituts.[11] Die Deutschen hätten hierfür mehrere Millionen DM gegeben, aber auch auf dem Austausch von Wissenschaftlern bestanden. Zwei dieser deutschen Wissenschaftler[12] seien nun Atomfachleute gewesen. Sie hätten aber nur einige Zeit in Israel gelehrt, sie hätten nicht gearbeitet.

Der Herr *Bundeskanzler* fragte sodann, ob man an Stelle künftiger Waffenhilfe nicht vielleicht einiges mit Geld machen könne, womit Israel an anderer Stelle Waffen kaufen könne. Herr *Shinnar* hielt dies durchaus für eine Möglichkeit. Gleichwohl sollte der o.a. zweite Teil einer deutschen Erklärung weggelassen werden. Herrn Eshkol sei an guten Beziehungen zu Deutschland in hohem Maße gelegen. Vielleicht könne hierzu ein baldiges Treffen der beiden Regierungschefs beitragen. Herr Bundesminister *Westrick* warf ein, daß die Einladung Nassers[13], von der er Herrn Shinnar schon vor einiger Zeit unterrichtet habe, akuter geworden sei. Diese Einladung erfolge ja auch, um im Sinne Israels positiv zu wirken. Den zweiten Teil der Erklärung wolle das Auswärtige Amt aber – aus Gründen, die er nicht genau kenne – nicht fallen lassen.[14]

Herr *Shinnar* erwiderte, daß Israel wohl nicht erfahren werde, was das Auswärtige Amt intern den Arabern mitteile. Für Israel sei es jedoch von entscheidender Bedeutung, daß die Erklärung in der vorgesehenen Form nicht in der

[9] Zum Gespräch des Staatssekretärs Lahr mit dem Leiter der Israel-Mission am 5. November 1964 vgl. Dok. 314, besonders Anm. 10.

[10] Artikel 26, Absatz 1 des Grundgesetzes (Fassung vom 23. Mai 1949): „Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig. Sie sind unter Strafe zu stellen."

[11] Das Weizmann-Institut, gegründet 1949 in Rehovoth (Israel), war ein wissenschaftliches Zentrum für Kernforschung. Zur finanziellen Unterstützung durch die Bundesrepublik vgl. Dok. 313, Anm. 11.

[12] Die Professoren Hans J. D. Jensen und Wolfgang Gentner waren Kernphysiker an der Universität Heidelberg. Vgl. dazu auch den Artikel „Deutsche Kernphysiker in Israel"; FRANKFURTER RUNDSCHAU, Nr. 249 vom 26. Oktober 1964, S. 1.

[13] Zu den Überlegungen, den ägyptischen Präsidenten in die Bundesrepublik einzuladen, vgl. zuletzt Dok. 242.
Vgl. weiter Dok. 326.

[14] Vgl. dazu weiter Dok. 315.

Öffentlichkeit abgegeben werde. Das führe zu großen Schwierigkeiten. Nasser habe Waffen für 800 Mio. DM von der Sowjetunion erhalten. Jeden Tag gebe er 1 Mio. DM für seinen Krieg im Jemen.[15] Israel sei der einzige verläßliche Teil der freien Welt im vorderen Orient. Das militärische Gleichgewicht sei noch für 1 bis 2 Jahre gewahrt. Ein Präventivkrieg könne vieles zugunsten von Israel entscheiden. Israel werde ihn aber nicht beginnen; es wisse, daß ein Tag eines solchen Krieges mehr koste, als der Sieg einbringen könne. Aber Nasser erkläre täglich, daß er sich als im Krieg mit Israel befindlich betrachte und daß er es zerstören wolle. Wenn er angreifen werde, dann werde Israel nicht noch einmal in der Geschichte sang- und klanglos untergehen. Der dortige Krieg könne dann nicht mehr lokalisiert werden.

Der Herr *Bundeskanzler* fragte dann, ob die USA den Arabern nicht sagen könnten, sie sollten Israel in Ruhe lassen.

Herr *Shinnar* antwortete, daß dies geschehe. Amerika helfe auch in anderer Hinsicht. 1970 werde Israel mit Atomenergie Süßwasser aus dem Meere destillieren.[16] Er möchte übrigens noch ein Wort zu Nassers Besuch in Deutschland sagen; wenn der Besuch nur Bonn gelte, so sei das sehr spektakulär. Am besten sei es wohl, wenn die Reise Nassers durch mehrere europäische Länder führe. Schließlich bitte er, Shinnar, nochmals, den zweiten Teil der deutschen Erklärung wegzulassen.

Der *Bundeskanzler* sagte, er wolle darüber nochmals mit dem Auswärtigen Amt sprechen. Er müsse aber Herrn Shinnar auf die Gefahren hinweisen, daß die arabischen Staaten eines Tages die SBZ anerkennen könnten, was natürlich unabsehbare Folgen hätte. Von verschiedenen Seiten werde von der Bundesregierung alles mögliche zugunsten Israels verlangt, was aber für die Deutschlandfrage äußerst nachteilig sei und damit auch Israel nicht helfe.

Hierzu sagte Herr *Shinnar*, daß er von diesen verschiedenartigen Pressionen auf die Bundesregierung wisse; der Herr Bundeskanzler möge dann ruhig immer nein sagen. Die israelische Regierung wünsche diesen Druck nicht und sei durchaus der Auffassung, daß die Bundesregierung alle derartigen Versuche ablehnen sollte. Was andererseits aber die Gefahr einer SBZ-Anerkennung durch Nasser angehe, so brauche man davor keine Angst zu haben. Er, Shinnar, garantiere, daß Nasser die SBZ nicht anerkennen werde. Praktisch habe er ja Beziehungen mit ihr[17], und er sei viel zu klug, wegen einer Geste gegenüber der Sowjetunion oder der SBZ die bedeutende Hilfe aufs Spiel zu setzen, die er von der Bundesrepublik erhalte[18].

Abschließend bat Herr Shinnar nochmals, ein Treffen des Herrn Bundeskanzlers mit Eshkol möglichst in den ersten Monaten des nächsten Jahres ins Auge zu fassen.

[15] Zur militärischen Unterstützung der Arabischen Republik Jemen durch die VAR vgl. Dok. 32, Anm. 9.

[16] Vgl. dazu Dok. 181, besonders Anm. 62.

[17] Zum Verhältnis zwischen der VAR und der DDR vgl. zuletzt Dok. 280.

[18] Zur geplanten Kapitalhilfe der Bundesrepublik für die VAR vgl. Dok. 280, Anm. 4. Vgl. weiter Dok. 345.

Der Herr *Bundeskanzler* wiederholte seinen Wunsch, sich mit Herrn Eshkol auszusprechen, sagte aber, daß er noch keinen Zeitpunkt nennen könne und daß man darüber in Kontakt bleiben solle.

Bundeskanzleramt, AZ: 21-301 00 (56), Bd. 11

313

Bundeskanzler Erhard an Ministerpräsident Eshkol

700-AB-30101 A 10-800/64[4] geheim **4. November 1964[1]**

Sehr verehrter Herr Ministerpräsident!

In Ihrem Schreiben vom 9. September 1964, das Botschafter Shinnar Ende September überreichte[2], haben Sie mir in eindringlicher Form die große Sorge dargelegt, die Sie selbst und die israelische Öffentlichkeit gegenüber einer Bedrohung durch die arabische Welt empfinden, und darauf hingewiesen, daß die Tätigkeit der deutschen Sachverständigen in der VAR[3] die Entwicklung von Kriegs- und Vernichtungsmitteln unterstütze.

Sie werfen die Frage auf, ob die Regierung der Bundesrepublik Deutschland alles tue, was in ihrer Macht steht, um durch gesetzliche, wirtschaftliche und erzieherische Mittel eine aktive Teilnahme ihrer Bürger an solchen Plänen zu verhindern.

Ich kann Ihnen versichern, daß die deutsche Regierung von jeher bemüht gewesen ist, im Rahmen der ihr zu Gebote stehenden Möglichkeiten in dieser Richtung zu wirken.[4] Ich darf in diesem Zusammenhang auf die von Ihnen in

[1] Durchdruck.
Hat Bundesminister Schröder am 14. November 1964 vorgelegen.
Hat den Staatssekretären Carstens und Lahr am 16. bzw. 17. November 1964 vorgelegen.
Das Schreiben ging auf einen Entwurf des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schirmer vom 20. Oktober 1964 zurück und wurde laut handschriftlichem Vermerk von Schirmer am 26. Oktober 1964 über Carstens an das Bundeskanzleramt weitergeleitet. Vgl. Abteilung I (I B 4), VS-Bd. 205; B 150, Aktenkopien 1964.

[2] Vortragender Legationsrat I. Klasse Schirmer hielt am 21. Oktober 1964 aus dem Inhalt des Schreibens fest, daß es sich ausschließlich mit der Frage der deutschen Rüstungsexperten in der VAR befasse. Ministerpräsident Eshkol habe betont, „daß das Problem seit eineinhalb Jahren anstehe und ... daß er sich bei seinen Besuchen in den USA und Frankreich große Mäßigung auferlegt habe" in der Hoffnung, daß die Bundesregierung dieses Problem bald lösen könne. Schließlich habe Eshkol auch auf die „Beunruhigung in der israelischen Öffentlichkeit und die Forderungen der Knesset" hingewiesen. Er habe das Schreiben mit einem „pathetischen Appell an das deutsche Gewissen" geschlossen. Vgl. Abteilung I (I B 4), VS-Bd. 205; B 150, Aktenkopien 1964.

[3] Zur Tätigkeit deutscher Rüstungsexperten in der VAR vgl. zuletzt Dok. 308.

[4] Der Passus „daß die deutsche Regierung ... zu wirken" lautete im Entwurf des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schirmer: „daß diese Frage positiv zu beantworten ist. Die Bundesregierung ist von jeher bemüht, im Rahmen der ihr zu Gebote stehenden Möglichkeiten diesem Ziele zu dienen". Zu den Überlegungen, gesetzliche Maßnahmen gegen die Mitwirkung Deutscher an der Waffenproduktion fremder Staaten zu ergreifen, vgl. Dok. 308, Anm. 11.

der Knesseth-Rede vom 12. Oktober[5] erwähnten Stellungnahmen der deutschen Regierung und des deutschen Parlaments[6] hinweisen und möchte auch meine Erklärung vor dem Deutschen Bundestag vom 15. Oktober erwähnen, in der ich mich hierzu bekannt habe.[7]

Ich habe vor dem Deutschen Bundestag am 15. Oktober folgendes gesagt: „Unser Verhältnis zum Staate Israel ist nicht nur von politischen Erwägungen bestimmt. Es läßt sich nicht von der Bürde trennen, die der Nationalsozialismus dem deutschen Volke auferlegt hat. Wir haben versucht zu heilen, was mit Menschenkraft geheilt werden kann. Aber wir wissen, daß kein noch so guter Wille das Geschehene vergessen läßt. Die Bundesregierung bedauert es aufrichtig, daß gewisse Vorgänge die fortschreitende Verbesserung des deutsch-israelischen Verhältnisses gestört und in Israel Gefühle der Besorgnis ausgelöst haben ... Wir verstehen sehr wohl, daß die Tätigkeit gerade deutscher Wissenschaftler in Ländern, deren Verhältnis zu Israel außerordentlich gespannt ist, dort Bitterkeit und Erregung wachruft ... In diesem Zusammenhang bedauert und mißbilligt die Bundesregierung jede Tätigkeit von Deutschen im Ausland, die zu einer Gefahr für den Frieden werden könnte. Ich füge dem hinzu, daß wir alle Möglichkeiten ausschöpfen werden, die dazu beitragen, dem israelischen Volke das Gefühl der Bedrohung durch Deutsche zu nehmen".

Trotz Ihrer zum Teil kritischen Anmerkungen[8], die Sie diesen meinen Ausführungen in der Knesseth-Rede vom 19. Oktober nach den mir vorliegenden Presseberichten haben angedeihen lassen[9], werde ich von dieser grundsätzlich positiven Einstellung nicht abweichen. Ich darf Sie jedoch daran erinnern, daß die Politik der deutschen Regierung bestimmt wird von dem Bewußtsein der Verantwortung gegenüber dem Schicksal und der Zukunft des gesamten deutschen Volkes und daß wir das deutsch-israelische Verhältnis, das zweifelsohne hierbei eine wichtige Rolle spielt, nicht isoliert sehen können, sondern gezwungen sind, es in Beziehung zu setzen zu der Schicksalsfrage der deutschen Nation, der Wiedervereinigung aller Deutschen in Frieden und Freiheit. Die Bundesregierung würde schwerlich Maßnahmen verantworten können, die einer Verwirklichung des wichtigsten deutschen Anliegens, nämlich der Wiedervereinigung unseres Volkes, noch zusätzliche Hindernisse bereiten würden.[10]

[5] Zur Rede des Ministerpräsidenten Eshkol vgl. Dok. 276, Anm. 18.

[6] Zum gemeinsamen Antrag aller Fraktionen vom 28. Juni 1963 vgl. Dok. 88, Anm. 6.

[7] Vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 56, S. 6787.

[8] Der Passus „Trotz Ihrer zum Teil kritischen Anmerkungen" lautete im Entwurf des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schirmer: „Trotz der scharfen Kritik".

[9] Ministerpräsident Eshkol begrüßte am 19. Oktober 1964 die Stellungnahme des Bundeskanzlers zur Tätigkeit der deutschen Rüstungsexperten in der VAR. Er fügte jedoch hinzu, „daß es für das deutsche Volk nicht unmöglich sein sollte, seinem Willen einen konkreten gesetzlichen Ausdruck zu geben ... Nur ein wirkliches Handeln läßt sich mit dem Versuch vereinbaren, von dem Professor Erhard sprach, , zu heilen, was mit Menschenkraft geheilt werden kann'. Ohne einen solchen Versuch findet der Schrecken des jüdischen Volkes und alles, was in ihm liegt, neue Nahrung." Für eine deutsche Übersetzung der Rede vgl. Referat I B 4, Bd. 111.

[10] Der Passus „Die Bundesregierung ... bereiten würden" lautete im Entwurf des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schirmer: „Es ist nicht im Sinne einer verantwortungsbewußten deutsch-is-

Ich möchte Sie bitten, sehr verehrter Herr Ministerpräsident, Verständnis dafür zu haben, daß die Bundesregierung als Vertreterin eines geteilten Volkes in ihren Entschlüssen genötigt ist, Rücksichten zu nehmen, die unter normalen Gegebenheiten nicht erforderlich wären. Wir gehen in der Pflege des deutsch-israelischen Verhältnisses und auch in der Hilfe, die wir Israel zuteil werden lassen[11], nach unserer Auffassung bis an die Grenzen unserer Möglichkeiten; wir werden auch weiterhin in diesem Geiste alle Möglichkeiten prüfen, um Ihre uns bekannten Sorgen auszuräumen, soweit sich das ohne schweren Schaden mit den Lebensinteressen unseres eigenen Volkes vereinbaren läßt.

Ich hoffe, daß sich in nicht zu ferner Zukunft die Gelegenheit bieten wird, in einer vertrauensvollen Begegnung zwischen Ihnen und mir auch diese Frage in einer von gegenseitigem Verständnis getragenen Atmosphäre zu beraten.[12]

Mit dem Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung

gez. Ludwig Erhard

Abteilung I (I B 4), VS-Bd. 205

Fortsetzung Fußnote von Seite 1240

raelischen Politik, von der Bundesregierung Maßnahmen zu erwarten, die hierzu im Widerspruch stehen".

[11] Zur geheimgehaltenen Gewährung von Krediten an Israel im Rahmen der „Aktion Geschäftsfreund" vgl. zuletzt Dok. 88.
Zur Ausrüstungshilfe für Israel vgl. Dok. 289.
Zu den Wiedergutmachungsleistungen für Israel vgl. Dok. 276.
Der Chef des Presse- und Informationsamtes, von Hase, teilte am 26. Oktober 1964 mit, daß die Bundesrepublik das israelische Weizmann-Institut mit bislang etwa 15,5 Mio. DM unterstützt habe. Vgl. dazu den Runderlaß des Vortragenden Legationsrats Schirmer vom 28. Oktober 1964; Referat I B 4, Bd. 111.

[12] Der Passus „Wir gehen in der Pflege ... zu beraten" lautete im Entwurf des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schirmer: „Trotzdem sind wir in der Pflege des deutsch-israelischen Verhältnisses nach unserer Auffassung stets bis an die Grenzen unserer Möglichkeiten gegangen, und ich kann Ihnen versichern, daß wir dies auch künftig tun werden."

314

Aufzeichnung des Staatssekretärs Lahr

St.S. 2056/64 geheim **6. November 1964**

Betr.: Israel

Botschafter Shinnar suchte mich heute auf seinen Wunsch auf, um gegenüber dem Auswärtigen Amt wie schon zuvor gegenüber dem Bundeskanzler[1] und gegenüber Staatssekretär von Hase[2] den dringenden Wunsch seiner Regierung zum Ausdruck zu bringen, die Waffenlieferungen nach Israel[3] entweder zu dementieren oder Erklärungen hierüber gegenüber der Öffentlichkeit abzulehnen. Er fügte hinzu, daß es äußerstenfalls seiner Regierung tragbar erscheine, von geringfügigen Lieferungen zu sprechen, keinesfalls aber die Absicht zu bekunden, künftig keine Vereinbarungen über Waffenlieferungen mehr mit Israel zu schließen. Dies würde von der israelischen Regierung als ein sehr unfreundlicher Akt empfunden werden und zweifellos große Erregung in der israelischen Öffentlichkeit hervorrufen.[4] Ich sagte dem Botschafter, daß ich es für ausgeschlossen halte zu dementieren, da dies sehr wahrscheinlich weitere Enthüllungen zur Folge haben werde, an denen weder Israel noch uns gelegen sein könne. Was wir statt dessen tun würden, stehe noch nicht fest. Deshalb könne ich keine Zusicherungen geben. Aber sicherlich würden wir die israelischen Vorstellungen in unsere Überlegungen einbeziehen.

Ich erwiderte ferner, daß es ja nicht nur um die momentane Pressepolitik ginge, sondern sich für uns die große Frage stelle, wie wir uns mit der Problematik, die sich aus den arabisch-israelischen Spannungen für unsere Beziehungen zu Israel einerseits und den arabischen Staaten andererseits ergeben, auseinandersetzen wollen. Mit dieser Frage seien wir eben beschäftigt.[5]

Zum Inhalt des vom Bundeskabinett ins Auge gefaßten Pressekommuniqués, den Staatssekretär von Hase Botschafter Shinnar mitgeteilt hatte, führte ich aus, daß es uns völlig fern gelegen habe, damit eine Unfreundlichkeit gegenüber Israel begehen zu wollen, sondern der Schlußabsatz, der die Absicht, keine weiteren Vereinbarungen abzuschließen, behandle, auf der simplen Erkenntnis beruhe, daß eine solche Sache gut gehe, solange sie geheim gehalten werde, sich mit der Preisgabe des Geheimnisses die Lage aber ändere. Botschafter Shinnar sagte mir zu, daß die Frage weiterer Vereinbarungen ein

[1] Vgl. das Gespräch vom 4. November 1964; Dok. 312.

[2] Zum Gespräch des Chefs des Presse- und Informationsamtes mit Botschaftsrat Savir, Israel-Mission, am 2. November 1964 vgl. Dok. 306.

[3] Zu den Pressemeldungen über die Waffenlieferungen der Bundesrepublik an Israel vgl. Dok. 306, Anm. 2.
Zur Ausrüstungshilfe für Israel vgl. Dok. 289.

[4] Der Passus „keinesfalls aber die Absicht zu bekunden ... in der israelischen Öffentlichkeit hervorrufen" wurde von Ministerialdirigent Böker hervorgehoben. Dazu Ausrufezeichen am Rand.

[5] Vgl. dazu weiter Dok. 315.

Problem für sich sei und es ihm jetzt nur darauf ankomme, eine negative publizistische Wirkung zu vermeiden.

Er kam auch auf die Frage des Status der Beziehungen zwischen beiden Ländern zu sprechen und erwähnte hierbei, daß der 31. März 1966 der Termin sei, zu dem eine irgendwie geartete neue Lösung gefunden werden müsse.[6]

Zur Frage der Beschäftigung deutscher Wissenschaftler in der VAR[7] übergab er mir das beiliegende, streng vertrauliche Aide-mémoire[8], in dem darauf hingewiesen wird, daß von ägyptischer Seite Bemühungen im Gange seien, neue Fachleute in der Bundesrepublik Deutschland anzuwerben.

Hiermit über Herrn Staatssekretär I[9] Herrn D I[10] mit der Bitte um weitere Behandlung des Aide-mémoire. Meines Erachtens müssen wir alles, was in unseren Kräften steht, tun, um eine Erschwerung des Problems der deutschen Fachleute durch weitere Anwerbung zu verhindern.

Lahr

Abteilung I (I B 4), VS-Bd. 222

6 Die Tätigkeit der Israel-Mission in Köln beruhte auf dem Wiedergutmachungsabkommen vom 10. September 1952. Mit der sich abzeichnenden Abwicklung des Abkommens zum 31. März 1966 entfiel die bisherige formelle Grundlage im Verhältnis zu Israel.

7 Vgl. dazu zuletzt Dok. 313.

8 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. Abteilung I (I B 4), VS-Bd. 222.

9 Hat Staatssekretär Carstens am 10. November 1964 vorgelegen.

10 Hat Ministerialdirektor Jansen am 12. November 1964 vorgelegen, der handschriftlich die Weiterleitung an Referat I B 4 verfügte.
Hat Ministerialdirigent Böker am 23. November 1964 vorgelegen, der handschriftlich für Referat I B 4 vermerkte: „Sind die in dem Aide-Mémoire aufgestellten Behauptungen geprüft worden? B[itte] R[ücksprache]."
Am 14. Dezember 1964 führte Böker dazu aus, Nachforschungen des Referats I B 4 hätten ergeben, daß in der Tat Fachkräfte einer Freiburger Firma für elektronische Steuerungssysteme von Flugzeugen Arbeitsverträge mit der VAR geschlossen hätten. Vgl. Abteilung I (I B 4), VS-Bd. 221; B 150, Aktenkopien 1964.

315

Bundesminister Schröder an Bundeskanzler Erhard

St.S. 48/64 streng geheim **9. November 1964**[1]

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,

die Entwicklung der Beziehungen zwischen den arabischen Staaten und uns bereitet mir sehr große Sorge. Das starke Drängen einiger Kreise in Deutschland auf Herstellung diplomatischer Beziehungen mit Israel[2] und die Haltung, die die deutsche Öffentlichkeit und große Teile des Bundestages in der Frage der Tätigkeit deutscher Wissenschaftler in Ägypten einnehmen[3], haben unser Verhältnis zu den arabischen Staaten schon seit mehreren Monaten erheblich belastet. Nun kommt seit kurzem die Tatsache hinzu, daß Meldungen über deutsche Waffenlieferungen an Israel verbreitet worden sind.[4] Sie haben zu einer sehr starken Beunruhigung im arabischen Raum und zu feindseligen Reaktionen gegen uns geführt.[5]

[1] Durchschlag als Konzept.
Das Schreiben wurde von Staatssekretär Carstens konzipiert und im Entwurf an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Schirmer geleitet. Gemäß den handschriftlichen Korrekturen von Carstens und Schirmer wurde das Reinkonzept erstellt und Bundesminister Schröder mit Begleitvermerk vom 9. November 1964 vorgelegt. Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 446; B 150, Aktenkopien 1964.
Der Geheimhaltungsgrad wurde von Ministerialdirigent Simon am 10. März 1965 in „VS-Vertraulich" geändert.
Ende März/Anfang April 1965 wurde in der Presse anläßlich der Diskussion um die Nahost-Politik der Bundesregierung auf das Schreiben Bezug genommen. Dazu vermerkte der Leiter des Außenpolitischen Büros im Bundeskanzleramt, Osterheld, am 28. März 1965: „Schröder lanciert einen Streng-Geheim-Brief vom 9. November 1964 an den Bundeskanzler in die öffentliche Diskussion. Von diesem Brief soll es nur drei Exemplare geben, eines bei uns, eines bei Schröder und eines wohl bei Carstens. Darin habe er, Schröder, so ließ er verlauten, entscheidende Warnungen vor einer gefährlichen Entwicklung der Nahost-Politik ausgesprochen – was übrigens nur zum geringen Teil zutrifft! Schröder wurde nun vom Kanzleramt um Stellungnahme gebeten, wie dieser Brief in die Presse kommen konnte." Vgl. OSTERHELD, Außenpolitik, S. 182. Zur Diskussion in der Presse vgl. besonders QUICK, Nr. 13 vom 28. März 1965, S. 40–44; SÜDDEUTSCHE ZEITUNG, Nr. 75 vom 29. März 1965, S. 3; STERN, Nr. 15 vom 11. April 1965, S. 202.

[2] Am 26. Oktober 1964 wandte sich der Vorsitzende des Rats der Evangelischen Kirche in Deutschland, Scharf, mit der Bitte an Bundespräsident Lübke und die Bundesregierung, „diplomatische Beziehungen zu Israel aufzunehmen und gleichzeitig den arabischen Staaten deutlich zu machen, daß dieser Schritt nicht gegen sie gerichtet ist". Vgl. Büro Staatssekretär, Bd. 393.
Zur ablehnenden Stellungnahme des Staatssekretärs Carstens am 4. November 1964 im Bundestag vgl. Dok. 308, Anm. 17.

[3] Zur Tätigkeit deutscher Experten in der ägyptischen Rüstungsindustrie vgl. zuletzt Dok. 312.
Zu den Überlegungen, gesetzliche Maßnahmen gegen die Mitwirkung Deutscher an der Waffenproduktion fremder Staaten zu ergreifen, vgl. zuletzt Dok. 308, besonders Anm. 11.

[4] Zu den Pressemeldungen über die Waffenlieferungen der Bundesrepublik an Israel vgl. Dok. 306, Anm. 2.
Zur Ausrüstungshilfe für Israel vgl. Dok. 289.

[5] Mit Aufzeichnung vom 3. November 1964 informierte Ministerialdirektor Jansen über die Reaktionen in den arabischen Staaten. Während in der Öffentlichkeit die Bundesregierung „einer unehrlichen Politik bezichtigt und eine Überprüfung der arabischen Haltung zur Deutschlandfrage angeregt" werde, lägen offizielle Stellungnahmen noch nicht vor. Dies dürfe jedoch, so erläuterte Jansen, „nicht darüber hinwegtäuschen, daß wir vor einer sehr ernsten Krise in den deutsch-ara-

Wenn wir in dieser Lage nicht die notwendigen Schritte, und zwar schnell, ergreifen, droht der deutschen Position schwerer Schaden. Wir haben bei den arabischen Staaten bisher trotz mancher Schwierigkeiten, die im Verhältnis zu ihnen aufgetreten sind, große Sympathien genossen, und wir müssen vor allem feststellen, daß sie in der deutschen Frage im großen und ganzen eine uns entgegenkommende Haltung eingenommen haben. Das gilt besonders von der jüngsten Neutralistenkonferenz in Kairo, wo vor allem Präsident Nasser negativen Tendenzen, die von anderer Seite ausgingen, entgegengetreten ist.[6]

Unsere Politik gegenüber den arabischen Staaten und gegenüber Israel bedarf dringend der Klarstellung. Sie befindet sich zur Zeit in einem Zwielicht, das unseren Interessen gegenüber beiden Seiten höchst abträglich ist. Sie wird als unaufrichtig und hinterhältig empfunden. Das ist bis zu einem gewissen Grade verständlich, wenn man bedenkt, daß unsere Botschafter in den arabischen Staaten seit Jahren immer wieder erklärt haben, die Bundesregierung liefere keine Waffen in Spannungsgebiete und liefere insbesondere auch keine Waffen an Israel, während jetzt plötzlich Nachrichten verbreitet werden, aus denen das Gegenteil hervorzugehen scheint.

Es ist daran gedacht worden, durch den Sprecher der Bundesregierung[7] eine öffentliche Erklärung abgeben zu lassen, in der Waffenlieferungen in begrenztem Umfang an Israel in der Vergangenheit zugegeben werden, aber zugleich erklärt wird, daß derartige Lieferungen in Zukunft unterbleiben werden.[8] Ich kann verstehen, daß Sie Bedenken dagegen haben, den letzten Teil dieser Erklärung öffentlich abzugeben.[9] Wenn das aber so ist, kann der erste Teil der Erklärung, nämlich daß wir in der Vergangenheit Waffen geliefert haben, un-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1244

bischen Beziehungen stehen. Die öffentlich bekannt gewordenen Fakten stehen zu sehr im Widerspruch zu allen amtlichen und halbamtlichen Äußerungen während der letzten Jahre, in denen immer wieder als einer der Grundsätze unserer Nahostpolitik herausgestellt wurde, daß wir in Spannungsgebiete keine Waffen liefern. Die Glaubwürdigkeit unserer Botschafter und der Bundesregierung ist erschüttert worden." Vgl. Abteilung I (I B 4), VS-Bd. 222; B 150, Aktenkopien 1964.

6 Zur Konferenz der blockfreien Staaten vom 5. bis 10. Oktober 1964 und zu den Rückwirkungen auf die Deutschland-Frage vgl. Dok. 275 und Dok. 280.
Zur ägyptischen Haltung vgl. auch Dok. 326, Anm. 2.

7 Karl-Günther von Hase.

8 Für den Wortlaut der am 27. Oktober 1964 im Bundeskabinett beschlossenen Sprachregelung vgl. Dok. 306.

9 Am 6. November 1964 gab Legationsrat I. Klasse Pfeffer eine Mitteilung des Leiters des Außenpolitischen Büros im Bundeskanzleramt, Osterheld, über entsprechende Bedenken des Chefs des Bundeskanzleramtes, Westrick, wieder. Unter Bezugnahme auf eine Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jansen, in der ein Junktim zwischen einer öffentlichen Festlegung gegen weitere Waffenlieferungen an Israel und der Rückkehr der in der VAR tätigen Rüstungsexperten hergestellt werde, habe Westrick erklärt: „Da die letztere Bedingung nicht oder noch nicht von uns erfüllt werden könnte, könnten wir uns auch nicht oder noch nicht öffentlich verpflichten, in Zukunft keine weiteren Militärlieferungen mit Israel zu vereinbaren." Für den Vermerk von Pfeffer vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 422; B 150, Aktenkopien 1964. Zur Aufzeichnung von Jansen vom 3. November 1964 vgl. auch Anm. 5 und 18.
Bedenken gegen eine öffentliche Erklärung der Bundesregierung, daß keine weiteren Waffenlieferungen an Israel erfolgen sollten, wurden vor allem auch von israelischer Seite erhoben. Vgl. dazu Dok. 306, Dok. 312 und Dok. 314.

ter keinen Umständen abgegeben werden, sondern dann bleibt nichts anderes übrig, als daß sich unser Sprecher in völliges Schweigen hüllt.

Diese Linie werden wir aber nur durchhalten können, wenn wir den arabischen Staaten in vertraulichen Gesprächen etwas sagen, und das setzt wiederum eine Entscheidung über unsere Gesamtpolitik gegenüber Israel und den arabischen Staaten voraus.

Die wichtigste Forderung, die ich in dieser Hinsicht erheben möchte, ist die strikte Einstellung jeglicher militärischer Zusammenarbeit mit Israel in der Zukunft. Diese Zusammenarbeit habe ich von Anfang an, wie Sie wissen, für falsch gehalten.[10] Es zeigt sich immer mehr, wie gefährlich sie ist. Die Israelis honorieren unsere Großzügigkeit nicht, sondern setzen uns in anderen Fragen unter sehr starken Druck, wohl wissend, daß wir von der Tatsache unserer Waffenlieferungen an sie nicht sprechen und ihnen daher dieses Argument nicht entgegenhalten können. Wir sollten die militärische Zusammenarbeit mit Israel daher in Zukunft einstellen.[11]

Wie weit davon die noch laufenden Dinge betroffen werden sollen, muß ich Ihrer Entscheidung überlassen. Mir ist berichtet worden, daß 40 israelische Offiziere in Kürze in Deutschland eintreffen, um angeblich an bestimmten Waffen, die Israel von uns erhalten soll, ausgebildet zu werden.[12] Ich kann nicht beurteilen, ob diese Nachrichten zutreffen. Sollten sie richtig sein, so kann man sich unschwer ausmalen, daß auch davon die Öffentlichkeit sehr bald Kenntnis haben wird.

Dagegen sollten wir die finanziellen und wirtschaftlichen Leistungen, die wir gegenüber Israel ins Auge gefaßt haben[13], fortsetzen. Ob wir davon und gegebenenfalls in welchem Umfange wir davon öffentlich sprechen sollten, müßte einer weiteren Überprüfung unterzogen werden.

Wir sollten auch ins Auge fassen, im nächsten Jahr mit Israel ein Abkommen über den Austausch von Handelsvertretungen mit konsularischen Befugnissen zu schließen. Die Israelis haben zwar mehrfach erklärt, sie wollten alles, das heißt volle diplomatische Beziehungen, oder nichts.[14] Es bleibt aber abzu-

[10] Bundesminister Schröder gab seinen Bedenken bereits mit Schreiben vom 5. Juni 1964 an Bundeskanzler Erhard Ausdruck. Vgl. Dok. 151.

[11] Der Passus „Die Israelis honorieren ... in Zukunft einstellen" ging auf Streichungen und handschriftliche Einfügungen des Staatssekretärs Carstens zurück. Im ursprünglichen Entwurf von Carstens lautete er: „Die Israelis honorieren unsere Großzügigkeit nicht, sondern setzen uns in anderen Fragen unter sehr starken Druck, wohlwissend, daß wir von der Tatsache unserer Waffenlieferungen an sie nicht sprechen können und ihnen daher dieses Argument in der Diskussion über die Frage der Aufnahme diplomatischer Beziehungen oder der deutschen Wissenschaftler in Ägypten nicht entgegenhalten können. Die militärische Zusammenarbeit mit Israel ist vom deutschen Interesse her gesehen sinnlos und schädlich. Wir sollten sie daher in Zukunft einstellen." Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 446; B 150, Aktenkopien 1964.

[12] Laut handschriftlichem Vermerk des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schirmer vom 7. November 1964 auf dem Entwurf des Schreibens war die Ankunft der israelischen Offiziere für den 9. November 1964 vorgesehen. Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 446; B 150, Aktenkopien 1964.

[13] Zur geheimgehaltenen Gewährung von Krediten an Israel im Rahmen der „Aktion Geschäftsfreund" vgl. zuletzt Dok. 88.

[14] Vgl. dazu Dok. 214.

warten, ob dies die definitive Haltung Israels sein wird. Die Aufnahme voller diplomatischer Beziehungen zu Israel würde nach der einmütigen Auffassung unserer Botschafter in den arabischen Ländern die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen diesen Ländern und Pankow zur unmittelbaren Folge haben. Sie würden also einen schweren Einbruch in wichtigste Positionen unserer Deutschland-Politik mit sich bringen. Sie kann daher nach meiner Auffassung nach wie vor nicht ins Auge gefaßt werden.[15]

Es wird schon schwierig genug sein, die Reaktionen der arabischen Staaten auf den Austausch von Handelsvertretungen mit konsularischen Befugnissen zwischen Israel und uns abzufangen. Aber das müssen wir versuchen, und dafür bestehen vielleicht auch gewisse Chancen.

Der arabischen Seite gegenüber müßten wir nach meiner Auffassung ebenfalls in beträchtlichem Ausmaß Entwicklungshilfe leisten.[16] Die Einzelheiten müßten noch geklärt werden. Die in Frage kommenden Projekte sind noch nicht reif, aber im Grundsatz müssen wir uns darauf einstellen, auch den arabischen Staaten eine Hilfe zuteil werden zu lassen, die einem Vergleich mit unserer Israel-Hilfe standhält.

Wir sollten Präsident Nasser zu einem Besuch nach Deutschland einladen. Der Entwurf eines entsprechenden Briefes ist Ihnen bereits zugeleitet worden.[17]

Schließlich müssen wir hinsichtlich der Frage deutscher Wissenschaftler in Ägypten einen Weg finden. Hier möchte ich vorschlagen, daß wir mit den Fraktionen des Bundestages in folgendem Sinne sprechen:

Welche gesetzlichen Maßnahmen auch immer der Bundestag gegenüber Deutschen ergreifen will, die im Ausland an der Waffenherstellung mitwirken, sie sollten sich nicht auf die Deutschen beziehen, die schon jetzt in Ägypten tätig sind; mit anderen Worten, die Gesetze sollten nur für die Zukunft Geltung erhalten. Das Problem der deutschen Wissenschaftler in Ägypten muß mit leichter Hand gelöst werden. Es gibt Anhaltspunkte dafür, daß eine Lösung möglich sein wird.[18] Am besten wäre es freilich, wenn ein Gesetz überhaupt ver-

[15] Vgl. dazu bereits Dok. 308.
Am 3. Dezember 1964 erklärte Bundesminister Schröder vor dem Bundestag zur Frage der künftigen Beziehungen zu Israel: „Lösungen müssen nicht immer hundertprozentige Lösungen sein. Es gibt auch Lösungen, die unter hundert Prozent sind und trotzdem befriedigend sein können. Ich halte es für ganz sicher, daß man zu befriedigenden Lösungen kommt." Vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 56, S. 7362.
Zum Plädoyer des Bundeskanzlers Erhard am 15. Dezember 1964 für einen Austausch von Handelsvertretungen mit Israel vgl. Dok. 394, Anm. 5.

[16] Vgl. dazu auch Dok. 295.
Zu den Überlegungen der Bundesregierung, mit Rücksicht auf die Krise in den deutsch-arabischen Beziehungen bei der Errichtung einer atomar betriebenen Meerwasserentsalzungsanlage in der VAR mitzuwirken, vgl. Dok. 332.

[17] Vgl. dazu Dok. 326, besonders Anm. 1.

[18] Ministerialdirektor Jansen wies am 3. November 1964 darauf hin, daß einige der in der VAR tätigen Rüstungsexperten bereits in die Bundesrepublik zurückgekehrt seien oder vor der Abreise stünden. Er zog den Schluß: „Es bietet sich daher das Junktim an, der arabischen Seite zu versichern, keine Waffen mehr nach Israel zu liefern, dafür aber zu erwarten, daß diese dem Abzug der deutschen Raketenexperten keinerlei Hindernisse in den Weg stellt. Der israelischen Seite könnte die Rückrufung der deutschen Raketenexperten als teilweise Kompensation für die Ein-

mieden würde, da es uns mit der gesamten ungebundenen Welt in Schwierigkeiten bringen wird.[19]

Wenn wir uns auf einer solchen Linie festlegen und durch entsprechende Gespräche mit den Fraktionen sicherstellen, daß wir sie durchhalten werden, sehe ich gewisse Chancen, die im arabischen Bereich eingetretene Verschlechterung unserer Position wieder auszugleichen.

Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie so bald wie möglich eine Entscheidung in dem von mir erbetenen Sinne treffen könnten.

Mit freundlichen Grüßen

Schröder[20]

Ministerbüro, VS-Bd. 8420

316

Botschafter Klaiber, Paris, an Bundesminister Schröder

Z B 6-1/8664/64 geheim
Fernschreiben Nr. 1751
Citissime

Aufgabe: 9. November 1964, 10.00 Uhr
Ankunft: 9. November 1964, 10.30 Uhr

Für Bundesaußenminister und Staatssekretär Carstens[1]
Auf Drahterlaß Nr. 1104 vom 6. November 1964 – AZ: St.S. 1387/64[2] –

Altbundeskanzler hier gestern 17.30 mit Militärflugzeug eingetroffen. Französisches Protokoll hat sehr darauf geachtet, daß er zwar mit aller Ehrerbietung, aber nicht als Regierungschef mit den hierfür üblichen zivilen und militärischen Ehren empfangen wurde. Von französischer Seite waren als Vertreter der Regierung Staatsminister Joxe auf Flugplatz erschienen, der dazu als ehemaliger Botschafter in Bonn[3] besonders prädestiniert schien. Außer Joxe

Fortsetzung Fußnote von Seite 1247

stellung weiterer Waffenlieferungen angeboten werden." Vgl. Abteilung I (I B 4), VS-Bd. 222; B 150, Aktenkopien 1964.
Vgl. dazu weiter Dok. 340.

19 Dieser Satz ging auf eine Anregung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schirmer zurück. Für den handschriftlichen Vermerk vom 7. November 1964 vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 446; B 150, Aktenkopien 1964.

20 Paraphe vom 9. November 1964.

1 Hat Staatssekretär Carstens am 7. November 1964 vorgelegen, der handschriftlich die Vorlage im Ministerbüro verfügte und eine Weiterleitung an das Bundeskanzleramt vorschlug.

2 Vortragender Legationsrat I. Klasse Hoffmann bat am 6. November 1964 um Berichterstattung über den Besuch des ehemaligen Bundeskanzlers Adenauer am 9./10. November 1964 in Paris. Vgl. Büro Staatssekretär, Bd. 386.

3 Louis Joxe war 1955/56 französischer Botschafter in Bonn.

waren Protokollchef des Außenministeriums[4] und zuständiger Präfekt am Flugplatz anwesend. Vom Elysée ist die Zeit der heutigen Audienz des Altbundeskanzlers beim Staatspräsidenten[5] zwar von 30 auf 45 Minuten verlängert worden, aber doch darauf hingewiesen worden, daß es sich um einen Privatbesuch handele und es bei dem General liegen müsse, ob die Unterhaltung morgen vormittag eine Fortsetzung finden werde.[6]

Bundesminister Krone war bereits am Vorabend eingetroffen, um an einem Abendessen teilzunehmen, das ich für den ehemaligen Minister Michelet aus Anlaß der Überreichung des Schulterbands des Verdienstordens an diesen veranstaltet habe. Bundesminister Krone ist mit Michelet seit Jahren befreundet.

Aus meinen Gesprächen mit Altbundeskanzler und Minister Krone ging hervor, daß beide nach Rücksprache mit Bundeskanzler Erhard den Franzosen die Sorge nehmen wollen, die MLF sei eine Frage von unmittelbar bevorstehender Entscheidung. Vielmehr werde nach der britischen Bereitschaft, die MLF-Vorschläge zu prüfen und evtl. Gegenvorschläge zu unterbreiten[7], dieses ganze Problem einer monatelangen Überlegung bedürfen und könne durchaus noch Gegenstand deutsch-französischer Konsultationen werden. Die Reise von Bundesminister von Hassel und General Trettner nach den USA[8] hätte keineswegs das Ziel, die MLF zu beschleunigen, sie seien vielmehr beauftragt, unsere Sorgen wegen der amerikanischen Idee der Eskalation im Konfliktfall[9] vorzutragen.

Dagegen schien mir die Auffassung des Altbundeskanzlers und des Bundesministers Krone in der Frage der Festsetzung gemeinsamer Getreidepreise nicht ganz konform zu sein. Während der Altbundeskanzler – auch auf eine Äußerung von Bundeskanzler Erhard[10] fußend – von der Notwendigkeit eines deutschen Nachgebens in dieser Frage überzeugt ist, glaubt Bundesminister Krone noch versuchen zu müssen, gegen ein Nachgeben in der MLF-Frage Verständnis für unsere ablehnende Haltung in der Frage der Getreidepreise aus innerpolitischen Gründen bei seinem heutigen Gespräch mit Pompidou[11] verlangen zu müssen. Jedenfalls haben Krone und ich den Altbundeskanzler dringend gebeten, bei seinen Gesprächen mit General de Gaulle diesem noch keine Aussicht auf unser Einlenken in der Agrarpreisfrage zu machen.

4 Pierre Siraud.

5 Zum Gespräch des ehemaligen Bundeskanzlers Adenauer mit Staatspräsident de Gaulle am 9. November 1964 vgl. Dok. 318.

6 Zum Gespräch vom 10. November 1964 vgl. Dok. 321.

7 Zu den Vorstellungen der neuen britischen Regierung hinsichtlich der geplanten MLF vgl. Dok. 305 und weiter Dok. 334.

8 Zum Besuch des Bundesministers der Verteidigung und des Generalinspekteurs der Bundeswehr vom 12. bis 14. November 1964 in Washington vgl. Dok. 327, besonders Anm. 1.

9 Zu den Bedenken der Bundesregierung gegenüber der Strategie der „flexible response" vgl. Dok. 269.
Zur Strategie der „flexible response" vgl. auch Dok. 290.

10 Vgl. dazu Dok. 318, besonders Anm. 4.

11 Vgl. dazu Dok. 320.

Leider übersehe ich die innerpolitische deutsche Situation zu wenig, um beurteilen zu können, ob wir in der Getreidepreisfrage zu einem Kompromiß bereit sind. Das Interview Gerstenmaier in der Bildzeitung[12] hat in dieser Beziehung naturgemäß hier größtes Aufsehen erregt. Sollte hier ein Kompromiß möglich sein, so wären die Weiterentwicklung der EWG und die Verhandlungen der Kennedy-Runde gesichert. Andererseits müßten wir aber sicher dann von den Franzosen verlangen, daß sie nunmehr auch die Vorschläge über die politische europäische Union[13] positiv behandeln und auch der geplanten Kommission der von den Regierungen ernannten, aber unabhängigen Vertretern zustimmen.[14]

Weitere Berichte über Gespräche Bundeskanzlers mit de Gaulle und Bundesminister Krone mit Pompidou folgen.

[gez.] Klaiber

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 419

317

Botschafter von Walther, Ankara, an das Auswärtige Amt

Z B 6-1/8702/64 VS-vertraulich **9. November 1964**[1]
Fernschreiben Nr. 898 **Aufgabe: 10. November 1964**
Ankunft: 10. November 1964, 10.55 Uhr

Suchte heute Erkin zu einem Gespräch über Eindrücke und Ergebnis seiner Moskauer Reise[2] auf. In einstündigem Gespräch stellte Erkin, dem ich zunächst zu seinem Erfolg gratulierte und der im Gefühl seines Erfolgs ungewöhnlich aufgelockert und mitteilungsfreudig war, folgendes dar:

I. Erkin hat in einer eineinhalbstündigen Unterredung mit Kossygin alle schwebenden politischen Probleme in Gegenwart von Gromyko besprochen. Sein Eindruck von der Person Kossygins ist sehr positiv. Er leitete seine Schilderungen mit den Worten ein: „C'est un monsieur, un vrai monsieur". Er

12 In dem Interview unterstützte der Bundestagspräsident den französischen Wunsch nach einer baldigen Regelung des EWG-Getreidepreises und stellte fest: „Die Getreidepreisfrage muß gelöst werden. Das ist eine todernste Sache." Vgl. BILD-ZEITUNG, Nr. 261 vom 7. November 1964, S. 4. Vgl. dazu auch GERSTENMAIER, Streit und Friede, S. 523 f.

13 Zur Europa-Initiative der Bundesregierung vom 4. November 1964 vgl. zuletzt Dok. 311.

14 Zu dem in der Europa-Initiative der Bundesregierung vorgeschlagenen beratenden Ausschuß und zur französischen Haltung vgl. Dok. 297, besonders Anm. 12.

1 Hat Staatssekretär Carstens vorgelegen, der Botschafter von Walther, Ankara, am 11. November 1964 für die Ausführungen dankte und sie als „sehr instruktiv" bezeichnete. Für das Privatdienstschreiben vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 420; B 150, Aktenkopien 1964.

2 Der türkische Außenminister hielt sich vom 30. Oktober bis 6. November 1964 in der UdSSR auf. Vgl. dazu auch den Drahtbericht des Botschafters Groepper, Moskau, vom 12. November 1964; Referat I A 4, Bd. 293.

sei besonders intelligent, von guten Formen, offen und bereit, jedes Thema zu besprechen. Erkin leitete die Unterhaltung mit ihm durch die Bemerkung ein, daß das türkisch-russische Verhältnis sich im Laufe der Jahre leider ständig verschlechtert habe. Kossygin antwortete, daß diese Verschlechterung durch den Eintritt der Türkei in die NATO[3] bedingt gewesen sei. Erkin gab ihm daraufhin eine eingehende historische Darstellung über die Gründe, die nach türkischer Auffassung zu der Verschlechterung der Beziehungen geführt hatten. Diese Darstellung begann mit den sowjetischen Aspirationen auf die Meerengen im Jahre 1945/46.[4] Ich möchte annehmen, daß die Darstellung Erkins, der über ein vorzügliches Gedächtnis und eine gute Darstellungsfähigkeit verfügt, durchschlagkräftig war. Nachdem Erkin geendet hatte, fiel Gromyko ein und versuchte, ohne daß seine Ausführungen gedolmetscht wurden, offenbar Kossygin zu überzeugen, daß die Erkinsche Darstellung irrig sei. Nach einigen Minuten unterbrach dieses Zwiegespräch Erkin mit der Bemerkung, „falls irgendwelche Unklarheiten über meine Darstellung bestehen, bin ich gern bereit, Aufklärung zu geben". Im darauf folgenden dreiseitigen Gespräch zog sich Gromyko darauf zurück, daß er die Ausführungen Erkins mißverstanden habe. Kossygin habe diesen Teil des Gespräches mit den Worten abgeschlossen, es habe ihn sehr interessiert, den türkischen Standpunkt über die Gründe der Verschlechterung der russisch-türkischen Beziehungen kennenzulernen, die ihm bisher unbekannt gewesen seien. Er habe aus dieser Darstellung neue Anregung gewonnen. Auf meine Zwischenfrage, ob Erkin Kossygin für fähig halte, komplizierte außenpolitische Probleme zu durchschauen, erwiderte Erkin: Es fehlen ihm bisher die Detailkenntnisse über die politische Geschichte der letzten 20 Jahre. Auf Grund seiner hohen Intelligenz würde er aber in der Lage sein, sich in Kürze die notwendigen Kenntnisse anzueignen.

Im weiteren Verlauf des Gespräches habe Kossygin seinem Bedauern Ausdruck gegeben, daß die Türkei der NATO beigetreten sei. Nachdem aber dieser Beitritt nun einmal geschehen sei, müsse man diese Mitgliedschaft als gegebene Tatsache hinnehmen. Das solle aber die Sowjetunion nicht hindern, die alten freundschaftlichen Beziehungen zur Türkei wiederherzustellen und aufrechtzuerhalten. Immerhin wäre es vielleicht zu erwägen, daß die Türkei ihre Aufrüstung nicht mit derselben Vehemenz weiterführe und insbesondere von ihren NATO-Partnern nicht so viel Waffen entgegennehme.[5] Erkin habe ihm daraufhin erwidert, daß die Türkei die Möglichkeit eines Eintritts in die NATO seinerzeit als Akt der „défence légitime" gegen die russische Bedrohung benutzt habe; sie müsse jetzt alles tun, ihre Verteidigungsmöglichkeiten zu verbessern. Im übrigen sei ja bekannt, daß auch die Sowjetregierung ihre

[3] Die Türkei trat am 18. Februar 1952 gemeinsam mit Griechenland der NATO bei. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1952, S. 5382.

[4] Nachdem die UdSSR auf der Konferenz von Potsdam eine Revision der Meerengen-Konvention vom 20. Juli 1936 verlangt hatte, schlug sie der türkischen Regierung am 7. August 1946 eine Neuregelung vor. Danach sollten die Dardanellen für Kriegsschiffe der Anrainer-Staaten grundsätzlich geöffnet sein und die Türkei und die UdSSR „mit ihren eigenen Mitteln die Verteidigung der Engen organisieren mit dem Ziel, zu verhindern, daß andere Staaten sie für den Schwarzmeermächten feindliche Zwecke benutzen". Vgl. EUROPA-ARCHIV 1947, S. 986f. Zur Behandlung der Frage auf der Potsdamer Konferenz vom 17. Juli bis 2. August 1945 vgl. DzD II/1, S. 2172.

[5] Zur Verteidigungshilfe für die Türkei vgl. Dok. 18, besonders Anm. 2–5, und weiter Dok. 333, besonders Anm. 2.

Partner im Warschauer Pakt in reichem Maße mit konventionellen Waffen ausstatte.

Sehr interessant scheint mir die Äußerung Erkins über seine Eindrücke hinsichtlich der zukünftigen russisch-chinesischen Beziehungen, die im Laufe eines Gespräches mit Mikojan über die Gründe für die Absetzung Chruschtschows[6] zur Sprache kamen: Der Hauptgrund für die Absetzung Chruschtschows sei seine fortschreitende Arteriosklerose gewesen. Auf diese Krankheit seien seine plötzlichen, einsamen Entschlüsse zurückzuführen gewesen, mit denen er seine Kollegen vor vollendete Tatsachen gestellt hatte.

Hinzugekommen sei sein Nepotismus, seine häufige Abwesenheit von Moskau und sein unqualifizierbares Auftreten. Sachlich sei das stärkste Inzentiv zu seiner Absetzung seine Politik gegenüber China gewesen. Er habe vorgehabt, auf der kommenden Konferenz der kommunistischen Parteien[7] den Ausschluß der chinesisch-kommunistischen Partei zu verlangen. Ein derartiger Bruch innerhalb der kommunistischen Welt und der daraus resultierende endgültige Bruch zwischen Rußland und China sei für die Sowjetunion unerträglich. Gewiß sei es im Augenblick kaum möglich, die Beziehungen zu China zu verbessern. Man müsse die chinesisch-russischen Beziehungen in „den Kühlschrank legen und eineisen" (wörtlich Mikojan), um vielleicht in der Zukunft eine neue Basis der Verständigung zu finden.[8]

Zum Sturz Chruschtschows habe Mikojan weiterhin erklärt, bereits vor 6 Wochen hätten die Mitarbeiter Chruschtschows ihm nahegelegt, sich auf mindestens 3 bis 4 Monate von der Arbeit zurückzuziehen, um seine Gesundheit wiederherzustellen.

Chruschtschow habe dies scharf abgelehnt. Als man ihn jetzt aus dem Kaukasus zurückgeholt hätte, habe man ihm nochmals die Unmöglichkeit dargelegt, bei seinem jetzigen Gesundheitszustand die Regierung weiterzuführen. Er habe daraufhin widerspruchslos zugegeben, daß sein Gesundheitszustand schlecht sei, und seine Abdankungsurkunde unterzeichnet.

Erkin hält diese Darstellung für zuverlässig.

Ich frug daraufhin Erkin, ob die Russen im Zusammenhang mit dem Gespräch über die NATO auch auf die MLF zu sprechen gekommen seien. Erkin glaubt bestimmt sagen zu können, daß die Russen in der MLF die einzige wirkliche große drohende Gefahr sähen.[9] Erkins Einwand, daß es doch den Russen angenehmer sein müßte, sich einer multilateralen Waffe und einer multilateralen Entscheidung anstatt einer Reihe einzelner mit nuklearen Waffen ausgestatteter Regierungen gegenüberzusehen, hätten sie nur ganz allgemein damit beantwortet, daß für sie die MLF die wirkliche Gefahr sei.

Mit wem Erkin das Gespräch über die MLF hatte, konnte ich nicht erfahren,

[6] Zum Führungswechsel in der UdSSR am 14./15. Oktober 1964 vgl. Dok. 286, besonders Anm. 5.

[7] Zu der für den 15. Dezember 1964 in Moskau geplanten Tagung der Redaktionskommission zur Vorbereitung einer internationalen Konferenz der kommunistischen und Arbeiter-Parteien vgl. Dok. 247, Anm. 37.

[8] Zu den sowjetisch-chinesischen Beziehungen nach dem Führungswechsel in der UdSSR vgl. auch Dok. 297, Anm. 23.

[9] Zur sowjetischen Haltung gegenüber der geplanten MLF vgl. zuletzt Dok. 304.

da er nach der obigen Äußerung trotz meiner Fragen nicht auf weitere Details eingehen wollte.

Ob die Russen den Versuch gemacht haben, sich ihre Konzessionen in der Zypernfrage mit der türkischen Zurückhaltung in der MLF-Frage haben bezahlen lassen, konnte ich nicht feststellen.

In seinem Gespräch mit Kossygin ist Erkin auch direkt auf die Deutschland-Frage eingegangen und hat auf die Notwendigkeit der Lösung des Berlin-Problems und des Wiedervereinigungsproblems hingewiesen. Kossygin habe ihm erwidert, daß diese Fragen bald gelöst werden müßten. Auf den Einwurf Erkins, daß eine solche Lösung doch am besten durch freie allgemeine Wahlen erreicht werden könne, antwortete Gromyko nervös, allgemeine Wahlen seien eine überholte Sache, „sie röchen nach Naphtalin"; die Russen könnten eine solche Lösung nicht ins Auge fassen. Gromyko versuchte übrigens, eine Parallele mit der Volksabstimmung in Zypern[10] zu ziehen, offenbar um Erkin von seinem Deutschland-Gespräch abzubringen. Erkin erwiderte scharf, daß es sich in Zypern nicht um ein Volk, sondern um zwei Völker handele, und daß der Vergleich nicht stimme.

Als ich Erkin darauf ansprach, daß, wie er wisse, zu Chruschtschows Zeiten ein Besuch Chruschtschows in Bonn vorgesehen gewesen sei[11], und ihn über seine Meinung fragte, ob er glaube, daß auch mit Kossygin ein Gespräch nützlich sein könne[12], antwortete er uneingeschränkt positiv. In keinem Falle solle man sich allerdings auf eine Beschränkung der Gesprächsthemen aufs Kulturelle einlassen, sondern solle im Falle eines Gespräches eine uneingeschränkte Agenda verlangen. Es sei kein Zweifel, daß der jetzigen russischen Regierung an einer Bereinigung der Atmosphäre mit dem Westen viel gelegen sei. Etwas mysteriös fügte er hinzu: Die Russen wollen „gewisse Fragen" schnell klären. Es gelang mir nicht festzustellen, ob er hiermit speziell auf die Deutschland-Frage anspielte.

II. Das Kernstück der Erkinschen Unterhaltung in Moskau war die Zypernfrage. Hier hat er einen Erfolg nach Hause gebracht. Den Wortlaut des Kommuniqués darf ich als bekannt voraussetzen.[13] Nach der augenblicklichen Lage hofft Erkin, daß die Russen in der UNO eine Föderallösung unterstützen

[10] Am 13. Mai 1964 übermittelte Präsident Makarios dem Vermittler der UNO, Tuomioja, ein Memorandum zur Lösung des Zypern-Konflikts, in dem die Forderung nach Gewährung des Selbstbestimmungsrechts bekräftigt und eine Volksabstimmung über eine neue Verfassung verlangt wurde. Vgl. dazu AdG 1964, S. 11301.
Ein solches Plebiszit hätte eine Majorisierung der türkisch-zyprischen Bevölkerungsminderheit bedeutet.

[11] Zum geplanten Besuch des sowjetischen Ministerpräsidenten in der Bundesrepublik vgl. zuletzt Dok. 259.

[12] Die Bundesregierung vertrat die Auffassung, daß ihre Einladung an Ministerpräsident Chruschtschow ebenso seinem Amtsnachfolger Kossygin gelte. Vgl. dazu Dok. 310 und Dok. 336.

[13] Im Kommuniqué vom 6. November 1964 wurde laut Meldung der sowjetischen Nachrichten-Agentur TASS festgestellt: „Die beiden Seiten erklärten sich für [eine] friedliche Lösung der Zypern-Frage auf der Grundlage der Achtung der Souveränität und territorialen Integrität der Republik Zypern und der Respektierung der legitimen Rechte der beiden nationalen Volksgruppen der Insel." Vgl. Nachrichtenspiegel des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung; Referat I A 4, Bd. 293.

werden. Die Enosis[14] oder doppelte Enosis wird von den Russen definitiv abgelehnt. Über Einzelheiten der Lösung ist nicht gesprochen worden. Seinen Haupterfolg sieht Erkin darin, daß er in das Kommuniqué im letzten Augenblick mit großen Schwierigkeiten den Begriff der territorialen Integrität hineingebracht habe.

Er ist der Ansicht, daß dieser Begriff der „territorialen Integrität" einer eventuellen türkischen Landung nicht entgegensteht. Dagegen habe die Bezeichnung der türkischen Bevölkerung als „Volksgruppe" und nicht als „Minorität" keine besonderen Schwierigkeiten gemacht.

Erkin stellte im Laufe der Gespräche übrigens an Gromyko die Frage, wie weit die Nachrichten in der griechischen und zypriotischen Presse zuträfen, wonach die Sowjetregierung der Regierung Makarios Waffen aller Art in großem Umfang zur Verfügung stelle.[15] Gromyko habe daraufhin geantwortet, diese Meldungen seien genau so wahr, wie eine Meldung, Herr Gromyko habe zwei Hörner auf dem Kopf und einen Schwanz. „Ich kann Ihnen nur versichern, fuhr Gromyko fort, daß die zypriotische Delegation außerordentlich deprimiert von Moskau abgefahren ist."[16]

III. Auf wirtschaftlichem Gebiet sind verhältnismäßig geringe Ergebnisse erzielt worden. Das Terrain war nach Erkins Ansicht auch noch nicht weit genug vorbereitet. Man sei übereingekommen, eine türkische Delegation in die Sowjetunion zu senden, um festzustellen, welche für die Türkei wichtigen Industrieprodukte in der Sowjetunion zu kaufen sind. Eine sowjetische Delegation wird mit gleicher Aufgabe in die Türkei kommen. Die Russen hätten sich an allen großen türkischen Industrieprojekten, auch am Kebandamm[17], interessiert gezeigt. Erkin hat in schwierigen Verhandlungen mit Mikojan durchgesetzt, daß die Russen sich dem türkischen Ausschreibungsverfahren unterwerfen müssen. Mikojan habe auf die Schwierigkeiten hingewiesen, der sowjetischen Verwaltung dieses neue Verfahren beizubringen; er habe aber versichert, daß die russischen Außenhandelsorganisationen sich an dieses in der

[14] Zum Begriff der Enosis vgl. Dok. 189, Anm. 18.

[15] Mit Drahterlaß vom 17. Oktober 1964 an die Vertretung bei der NATO informierte Vortragender Legationsrat I. Klasse Steg über griechische Presseberichte, denenzufolge die Lieferung sowjetischer Torpedoboote bereits erfolgt sei. Ferner teilte Steg mit: „Kampf- und Jagdflugzeuge (nicht Bomber) sowie Radaranlagen und Flakgeschütze werden laut Presse erwartet, gerüchtweise auch Boden-Luft-Raketen. Militärflugplatz mit unterirdischen Anlagen wird auf Zypern mit Sowjethilfe gebaut. SU-Techniker sollen als Touristen getarnt kommen." Vgl. Abteilung I (I A 4), VS-Bd. 49; B 150, Aktenkopien 1964.

[16] Nach geheimgehaltenen Verhandlungen einer zyprischen Delegation Mitte September 1964 in der UdSSR wurde zum Abschluß des Besuchs des Außenministers Kyprianou vom 26. September bis 1. Oktober 1964 in Moskau eine Vereinbarung über sowjetische Hilfeleistungen an Zypern getroffen. Vgl. dazu den Artikel „Unterzeichnung eines Abkommens in Moskau"; NEUE ZÜRCHER ZEITUNG, Fernausgabe, Nr. 271 vom 2. Oktober 1964, S. 2.
Über den Inhalt der nicht veröffentlichten Übereinkunft teilte Botschafter Knappstein, Washington, am 16. Oktober 1964 aus Informationen des amerikanischen Außenministeriums mit: „Das Abkommen beinhaltet fast nur Wirtschaftshilfe. Soweit militärische Hilfe gewährt wird, (es handelt sich wohl um Flakgeschütze und Patrouillenboote), müsse diese von den Zyprioten bezahlt werden. Man sieht eine Bestätigung darin, daß die Sowjetunion betont vorsichtig agiert hat und glaubt, daß Makarios über den Erfolg der Mission unzufrieden ist." Vgl. Referat I A 4, Bd. 302.

[17] Die Türkei plante, zur Energiegewinnung einen Euphrat-Staudamm in der Nähe der Stadt Keban zu errichten.

Welt übliche Verfahren gewöhnen müßten. Er würde dafür sorgen, daß dieses geschähe. Auf diesen Erfolg ist Erkin mit Recht außerordentlich stolz.

IV. Ob die Beurteilung Erkins, der auf Grund seines Erfolges geneigt ist, die Ergebnisse und die Äußerungen der sowjetischen Machthaber rosiger zu sehen, als sie vielleicht gemeint sind, immer mit der rauhen Wirklichkeit übereinstimmt, lasse ich dahingestellt. Ich glaube aber, daß er seinen Gesprächspartnern gegenüber in aller Härte und Klarheit seinen Standpunkt auseinandergesetzt hat. Er glaubt auch, daß seine Worte durch den aserbeidschanischen Dolmetscher, der türkisch mit Istanbuler Akzent sprach, vollkommen einwandfrei wiedergegeben wurden.

[gez.] Walther

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 420

318

Gespräch des ehemaligen Bundeskanzlers Adenauer mit Staatspräsident de Gaulle in Paris

Z A 5-130.A/64 **9. November 1964**[1]

Der CDU-Vorsitzende Dr. Konrad Adenauer führte am 9. November 1964 um 12.00 Uhr im Palais de l'Elysée in Paris ein Gespräch mit dem französischen Staatspräsidenten General de Gaulle.

Einleitend übergab *Dr. Adenauer* ein Exemplar der Bildzeitung mit dem Interview des Bundestagspräsidenten Dr. Gerstenmaier[2] und fügte hinzu, nach den üblichen Zählungen werde dieses Blatt von etwa 48% aller Deutschen gelesen. Dem stehe gegenüber, daß das Interview des Bundesaußenministers vom gleichen Tage in einer Lokalzeitung erschienen sei.[3] Er selbst habe Herrn Bundeskanzler Erhard telegrafiert, und dieser habe ihn daraufhin im Hotel angerufen und ihm gesagt, es bleibe bei dem, was er mit Dr. Adenauer am Freitag besprochen habe[4], und er wolle auch weiterhin mit Dr. Adenauer die Sachen

[1] Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Kusterer am 11. November 1964 gefertigt.

[2] Vgl. dazu Dok. 316, Anm. 12, sowie Dok. 320, Anm. 7.

[3] In dem Interview mit der in Mainz erscheinenden „Allgemeinen Zeitung" nahm Bundesminister Schröder am 8. November 1964 zur öffentlichen Diskussion um die Außenpolitik der Bundesregierung Stellung und kritisierte Äußerungen des ehemaligen Bundeskanzlers Adenauer. Zu den deutsch-französischen Beziehungen erklärte er: „Selbstverständlich bin ich für eine enge Freundschaft und Zusammenarbeit, aber einiges, was wir in der letzten Zeit aus Paris hören mußten, widerspricht dem Geist der Freundschaft ... eine Alternative zu konstruieren, Getreidepreis gegen Schutz durch die Vereinigten Staaten oder gegen eine Zusammenarbeit mit einer Anzahl von Partnern im Rahmen der MLF, das scheint mir wenig sachlich." Vgl. ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 261 vom 9. November 1964, S. 1 f.

[4] Im Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit dem ehemaligen Bundeskanzler Adenauer am 5. November 1964 wurde die Frage des Getreidepreises erörtert. Dazu hielt Staatssekretär Car-

zusammen machen. Über den letzten Satz sei er so erstaunt gewesen, daß er geglaubt habe, nicht recht verstanden zu haben, und auf seine Bitte hin habe Bundeskanzler Erhard diesen Satz wiederholt. Er könne nun sagen, daß die Bundesrepublik Mitte Dezember (möglicherweise vorher) den Vorschlag der Hallstein-Kommission über den Getreidepreis[5] annehmen werde.[6] Diese Mitteilung solle jedoch zunächst noch vertraulich behandelt werden, da Bundeskanzler Erhard natürlich die Frage erst mit den Bauern besprechen wolle.[7]

Dr. Adenauer fuhr fort, er möchte nun etwas über die multilaterale Streitmacht sagen. Als Herr Ball nach Bonn gekommen sei, habe er (Dr. Adenauer) damals noch als Bundeskanzler erklärt, Deutschland werde bei der MLF mittun.[8] Dies habe er General de Gaulle auch gesagt.[9] Damals sei er nicht sicher gewesen, daß aus der MLF jemals wirklich etwas werde, habe aber befürchtet, daß angesichts der allgemeinen und weltweiten Tendenz in Richtung auf nukleare Bewaffnung auch Deutschland eines Tages dazu gezwungen sein könnte. Er habe deshalb vermeiden wollen, in einem solchen Augenblick von den Amerikanern gesagt zu bekommen: Hättest du damals diesen Weg eingeschlagen, dann wäre es möglich gewesen, du hast aber diesen Weg abgelehnt, nun tut es uns leid. Bei dem Besuch des neuen britischen Außenministers in Washington habe nunmehr England Forderungen an die Amerikaner gestellt.[10] Er wisse nicht, ob die Amerikaner diese Forderungen akzeptieren würden. Jedenfalls werde die Bundesrepublik unter den neuen Bedingungen nicht

Fortsetzung Fußnote von Seite 1255

stens am 9. November 1964 fest: „Die Quintessenz dieser Überlegungen war, daß der Getreidepreis schon jetzt festgesetzt werden, daß er aber erst am 1. Juli 1967 in Kraft treten sollte. Weiter sollten sich alle Partner verpflichten, einander in der Getreidepreisfrage nicht zu majorisieren. Die Kommission sollte Ausgleichszahlungen leisten. Eventuell sollten die deutschen Bauern zusätzliche Ausgleichszahlungen von der Bundesregierung erhalten. Schließlich sollte vorgesehen werden, daß der jetzt festzusetzende Preis noch einmal überprüft werden könnte, falls in den ihm zugrunde liegenden Faktoren eine wesentliche Änderung eintreten sollte." Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 419; B 150, Aktenkopien 1964.

5 Zum Vorschlag der EWG-Kommission vom 4. November 1963 betreffend die Verwirklichung eines gemeinsamen Getreidepreises („Mansholt-Plan") sowie zu den ergänzenden Vorschlägen vom 12. Mai 1964 („revidierter Mansholt-Plan") vgl. Dok. 272, Anm. 12.

6 Gemäß dem Beschluß des EWG-Ministerrats vom 2. Juni 1964 sollte die Regelung für einen gemeinsamen Getreidepreis der Gemeinschaft am 15. Dezember 1964 erneut erörtert werden. Vgl. dazu BULLETIN DER EWG 8/1964, S. 45 und S. 66. Zur Haltung der Bundesregierung vgl. zuletzt Dok. 307 und weiter Dok. 347.
Am 12. November 1964 teilte der Chef des Bundeskanzleramtes, Westrick, Bundesminister von Hassel, z. Z. Washington, mit: „In den Gesprächen des französischen Staatspräsidenten mit Dr. Adenauer sind keine Festlegungen über Getreidepreis oder MLF erfolgt ... In der Getreidepreisfrage hat Dr. Adenauer die Möglichkeit einer Kompromißlösung angedeutet, wobei unterstellt wird, daß in Fragen der europäischen Einigung Fortschritte erzielt werden können." Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 432; B 150, Aktenkopien 1964.

7 Am 13. November 1964 empfing Bundeskanzler Erhard den Präsidenten des Deutschen Bauernverbands, Rehwinkel, zu einem Gespräch. Vgl. dazu FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 265 vom 13. November 1964, S. 1. Vgl. dazu auch die Ausführungen von Erhard gegenüber dem Staatssekretär im amerikanischen Außenministerium, Ball, am 16. November 1964; Dok. 338.

8 Vgl. dazu Dok. 63, Anm. 10.

9 Zum Gespräch vom 22. Januar 1963 vgl. AAPD 1963, I, Dok. 43.

10 Zum Besuch des Außenministers Gordon Walker am 26./27. Oktober 1964 und zu den Vorstellungen der neuen britischen Regierung hinsichtlich der geplanten MLF vgl. Dok. 307, besonders Anm. 5.

teilnehmen und werde auf keinen Fall etwas Bilaterales mit den Vereinigten Staaten machen.[11]

General *de Gaulle* erwiderte, die Frage des Gemeinsamen Marktes sei eine alte Geschichte, über die er sich häufig mit Herrn Dr. Adenauer unterhalten habe. Er könne nur wiederholen, daß hier zwei Dinge zu berücksichtigen seien. Erstens könne Frankreich wirklich die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft nicht praktizieren, wenn nicht auch die Landwirtschaft eingeschlossen werde. Frankreich sei durch seine Landwirtschaft noch mehr als die Bundesrepublik belastet, und wenn die Landwirtschaft außerhalb des Gemeinsamen Marktes bliebe, wäre Frankreich gezwungen, viel Geld für die Landwirtschaft aufzubringen, was wiederum die Industrie belasten würde. Somit könnte dann im Gemeinsamen Markt die Industrie auf die Dauer nicht mit der deutschen Industrie konkurrieren, ja nicht einmal mit der Industrie der anderen Länder. Es sei unerläßlich für Frankreich, daß die Landwirtschaft im Gemeinsamen Markt mit drin sei. Er verstehe natürlich, daß Deutschland hinsichtlich des Getreidepreises Schwierigkeiten habe und wisse, daß die deutschen Bauern hier sehr empfindlich seien und daß dies gerade angesichts der bevorstehenden Bundestagswahlen[12] für die Bundesregierung höchst unangenehm sei. Würde man jedoch für die Vollendung des Gemeinsamen Marktes immer nur abwarten, würde man insbesondere die Regelung der landwirtschaftlichen Frage immer weiter hinausschieben, dann werde der Gemeinsame Markt eben nicht zustande kommen. Wenn es nämlich zu lange dauere, so werde man schließlich nach anderen Lösungen suchen. Vor allem Deutschland wäre sicher das erste Land, nach anderen Lösungen zu suchen, das heißt die Beziehungen mit Amerika, mit der EFTA und insbesondere Großbritannien auf eine neue Grundlage zu stellen. Frankreich wäre seinerseits dann gezwungen, auch den industriellen Gemeinsamen Markt zu verlangsamen, weil die französische Industrie zu stark durch die Landwirtschaft belastet wäre. Das alles würde darauf hinauslaufen, daß letzten Endes der Gemeinsame Markt nicht zustande komme, etwas, was Frankreich zutiefst bedauern würde. Deswegen sei Frankreich der festen Auffassung, daß man über die Vorbehalte hinweggehen und den Gemeinsamen Markt einschließlich der Landwirtschaft vollenden müsse. Was die deutschen Wahlen anbelange, so verstehe er sehr wohl deren Bedeutung, denn er hege den festen Wunsch, daß in Deutschland kein politischer Wechsel stattfinde. Frankreich kenne die CDU und ihre führenden Persönlichkeiten, angefangen mit Dr. Adenauer, und wolle alles andere als die Sozialisten am Ruder sehen. Dies im Interesse Deutschlands, im Interesse Frankreichs und im Interesse der Welt. Wenn es aber nicht gelänge, den Gemeinsamen Markt und somit Europa zu schaffen, dann sei er nicht sicher, daß die CDU es bei den Wahlen sehr leicht haben werde, da ihr das große Vorhaben Europa dann eben mißlungen wäre. Gelinge es andererseits der CDU, Europa zusammen mit Frankreich zu schaffen, dann glaube er, daß sogar der Getreidepreis kaum der Anlaß sein könnte, die CDU von der Macht zu bringen, weil sie dann ja etwas Entscheidendes erreicht hätte, was sowohl das deutsche

[11] Zu den Überlegungen der Bundesregierung, einen MLF-Vertrag zunächst allein mit den USA abzuschließen, vgl. Dok. 263.

[12] Die Bundestagswahlen fanden am 19. September 1965 statt.

als auch das französische Volk als entscheidend ansähe. Letzten Endes gehe es darum, wie er schon früher und auch beim letzten Zusammentreffen mit Bundeskanzler Erhard gesagt habe[13], daß der Gemeinsame Markt einschließlich der Landwirtschaft vollendet werden müsse. Was nun den Getreidepreis angehe, so gebe Frankreich zu, daß man ihn in der Praxis nicht sofort zu senken brauche. Es sei aber der Auffassung, daß die Entscheidung über eine Annahme des gemeinsamen Getreidepreises jetzt gefällt werden müsse, wobei für die Durchführung durchaus Phasen und gewisse Bedingungen festgelegt werden könnten. Es müsse aber entschieden werden, daß man innerhalb einer gewissen Frist zu einem Abschluß komme. Was die übrigen Fragen (Milch und Milchprodukte, Fleisch, Zucker, Gesamtfinanzregelung) anbelange, so müsse in den vorgesehenen Fristen eine Regelung erreicht werden.[14] Soweit er sich erinnere, sei die vorgesehene Frist das nächste Frühjahr.

Zur MLF erklärte General de Gaulle, auch darüber habe er mit Herrn Dr. Adenauer des öfteren gesprochen. Als Amerika den Vorschlag der MLF gemacht habe[15], sei Frankreich der Auffassung gewesen, daß dieser Vorschlag für Amerika eine Methode gewesen sei, um die Deutschen zur Geduld zu bewegen. Amerika habe eine sogenannte atomare Organisation schaffen wollen, die eine Beteiligung anderer Länder und insbesondere Deutschlands ermögliche und den Deutschen den Gedanken, ja sogar die Illusion einflöße, daß sie an dem Beschluß über den Einsatz der amerikanischen Atomwaffen beteiligt seien. Frankreich habe diesen Vorschlag nicht sehr ernst genommen, weil es geglaubt habe, daß weder Amerika noch Deutschland diesem Vorschlag eine große Bedeutung zumessen. In der Praxis sei dieser Vorschlag ja auch nicht von großer Bedeutung. Auch innerhalb dieses Vorschlages würden die Atomwaffen immer noch amerikanisch sein, und es mache keinen großen Unterschied, ob sie zur Hälfte von Amerikanern und zur anderen Hälfte von Europäern oder nur von Amerikanern bedient würden. Letztlich blieben die Atomwaffen amerikanisch, und Amerika werde es nie zulassen, daß diese Atomwaffen eingesetzt würden, es sei denn nach den Plänen und auf den Befehl der Amerikaner selbst hin. Dies sei auch ganz natürlich. Inzwischen habe die Angelegenheit allerdings einen anderen Aspekt gewonnen.[16] Frankreich habe den Eindruck, daß die MLF für die Amerikaner eine Möglichkeit zur Isolierung Frankreichs darstelle, Frankreichs, das seine eigenen Atomwaffen aus be-

[13] Zu den deutsch-französischen Regierungsbesprechungen am 3./4. Juli 1964 in Bonn vgl. Dok. 180–188.

[14] Am 1. September bzw. 1. November 1964 waren die EWG-Verordnungen über die schrittweise Errichtung gemeinsamer Marktorganisationen für Reis, Rindfleisch sowie Milch und Milcherzeugnisse in Kraft getreten. Jedoch standen die Preisregelungen für das Wirtschaftsjahr 1965/66 noch aus. Vgl. dazu ACHTER GESAMTBERICHT (1965), S. 178f.
Für eine Verordnung über die Errichtung einer Zucker-Marktordnung lag lediglich der Vorschlag der EWG-Kommission vom 12. März 1964 vor. Für den Wortlaut vgl. BULLETIN DER EWG 5/1964 (Sonderbeilage), S. 3–22.
Mit Ablauf der dreijährigen Übergangszeit mußten die Einnahmeregelungen für den europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft bis zum 30. Juni 1965 neu festgesetzt werden. Vgl. dazu und zur französischen Haltung Dok. 207, besonders Anm. 10.

[15] Zur amerikanischen Initiative für die Bildung einer multilateralen Atomstreitmacht vgl. Dok. 8, Anm. 7.

[16] Zur französischen Haltung gegenüber der geplanten MLF vgl. auch Dok. 307, Anm. 10.

kannten Gründen hergestellt habe und weiter herstelle.[17] Dies gefalle den Amerikanern nicht, genausowenig wie ihnen eine eigene britische Atomwaffe gefalle. Sie täten daher alles, um Frankreich und auch England in ein amerikanisches System hineinzuführen, damit Amerika alleine über den Einsatzbefehl verfügen könne.[18] Genau das aber wolle Frankreich nicht. Folglich versuche Amerika, Frankreich zu isolieren, indem es die Deutschen, die Italiener, die Belgier und sogar die Engländer in die MLF hineinzuziehen versuche. Dann könne Amerika Frankreich sagen: Ihr seht, es gibt die MLF mit Amerikanern und Europäern, ihr seid die einzigen, die nicht dabei sind, ihr seid also isoliert. Amerika hoffe, auf diese Weise Frankreich zu einer Meinungsänderung zu bewegen. Diese Tendenz sei höchst unangenehm und keineswegs dazu geeignet, die Fortdauer des Bündnisses zu stärken. Auf deutscher Seite scheine auch in gewissen Kreisen und in gewissem Umfang die Auffassung vorzuherrschen, daß Deutschland durch einen Eintritt in die MLF tatsächlich, wenn auch indirekt, über Atomrüstung verfüge. Er halte dies für einen Irrtum, denn Deutschland werde nicht darüber verfügen, weil Amerika sich immer die Verfügungsgewalt vorbehalten werde. Der Effekt aber sei sogar in Frankreich, und um wieviel mehr also bei den Polen, den Tschechen und Rumänen, äußerst schlecht. Gegen einen sehr schlechten Effekt tausche man nun wiederum keinerlei militärische Vorteile ein. Die militärische Frage laufe nämlich ganz einfach darauf hinaus, ob im Falle eines Angriffs auf Europa Amerika sofort all seine taktischen und strategischen Atomwaffen zur Verteidigung Europas einsetzen werde. Diese Frage aber sei ungelöst und bleibe auch durch die MLF ungelöst. Frankreich glaube sogar, daß die Frage schon negativ beantwortet sei, und auch darüber habe er mit Dr. Adenauer wiederholt gesprochen. Die Amerikaner sähen zwar die sogenannte „escalation" vor (eine stufenweise ansteigende Verteidigung[19]), nicht aber einen sofortigen Gegenschlag mit allen Atomwaffen, um den Angreifer zu zerstören. Dies aber bedeute, daß Europa schon zerstört sein werde, ehe Amerika mit dem tatsächlichen Einsatz seiner Atomwaffen beginne, denn Amerika werde (im übrigen genau wie Rußland) Atomwaffen nur zur eigenen Verteidigung einsetzen. Im Kriegsfalle würde also Europa zerstört. Frankreich halte es aber für besser zu überleben, und deswegen baue es seine eigene Atomrüstung, um sie in jedem Falle einsetzen zu können, gleichgültig, ob Amerika nun damit einverstanden sei oder nicht, falls Frankreich angegriffen würde.

Herr *Dr. Adenauer* kam zunächst auf die Frage der Landwirtschaft zurück und erklärte, er teile die Auffassung von General de Gaulle, denn die Bauern würden immer schreien, gleichgültig, ob vor oder nach den Wahlen. General de Gaulle kenne die französischen und die deutschen Bauern nur zu gut. Er glaube daher, daß man kurzen Prozeß machen müsse, und wie er meine, auch machen werde.

Zur Frage der MLF erklärte Dr. Adenauer dann, Foster Dulles habe einmal in einer Rede gesagt, Amerika treibe in Europa keine deutsche und keine französische, sondern amerikanische Politik. Diesen Satz habe er nie vergessen. Dul-

17 Zur Force de frappe vgl. Dok. 180, Anm. 16.

18 Zu den Modalitäten für einen Einsatz der MLF und zum Vetorecht der USA vgl. Dok. 238.

19 Zur Strategie der „flexible response" vgl. auch Dok. 290.

les sei ein sehr ernst zu nehmender Amerikaner gewesen. Auch er (Dr. Adenauer) sei von Anfang an mehr als von Zweifeln erfüllt gewesen, ob Amerika, falls nur Europa auf dem Spiele stehe, seine nuklearen Waffen einsetzen werde. Deswegen meine er, man sollte die MLF verkümmern lassen, denn er sei im übrigen der Auffassung, daß sie niemals tatsächlich zustande kommen werde. Was die Gründe für den damaligen amerikanischen Vorschlag anbelange, so sei die Auslegung von General de Gaulle richtig. Auch Deutschland empfinde tiefes Mißtrauen. Dr. Adenauer las dann den Beschluß des Bundesverteidigungsrats vom 6.11.1964 vor, der lautete, in der Sitzung vom 6.11. sei die nukleare Politik Amerikas und die strategische Konzeption McNamaras überprüft worden mit dem Ergebnis, daß Deutschland tatsächlich nicht geschützt sei. Bundesminister von Hassel und General Trettner seien gebeten worden, nach Washington zu reisen, um dort die deutschen Auffassungen vorzutragen.[20] Dr. Adenauer fuhr fort, General de Gaulle sehe, daß nicht alle Deutschen von den Amerikanern so berückt seien, wie es manchmal scheine. Er persönlich glaube, daß Amerika in den kommenden Jahren sehr viele soziale Fragen zu lösen haben werde und man nicht wissen könne, wie die Lage in Amerika in mehreren Jahren aussehen werde. Er wolle nun eine delikate Frage stellen, und wenn General de Gaulle sie nicht beantworten wolle, gebe er sich damit zufrieden. Ganz persönlich aber möchte er doch einmal fragen, wie es denn mit der französischen Atomwaffe stehe und ob es möglich wäre, daß auch andere Länder an ihr teilhätten.[21]

General *de Gaulle* erwiderte, ein Grund, warum Frankreich der MLF nicht sehr zugetan sei, liege gerade darin, daß die MLF die Europäer und insbesondere die Deutschen von der europäischen Organisation Europas und seiner Verteidigung ablenke. Sei man der Auffassung, daß außer über Amerika nichts für die Verteidigung Europas getan werden könne, dann komme man automatisch zu dem Schluß, daß man Europa verteidigungsmäßig nicht organisiere. Damit aber auch politisch, denn der erste Punkt einer europäischen Politik sei ja gerade die Verteidigung Europas. Dr. Adenauer habe nun eine sehr direkte Frage über die französische Atomwaffe gestellt. Die französische Atomwaffe werde gerade jetzt einsatzfähig, und innerhalb etwa der nächsten sechs Monate werde Frankreich absolut sicher sein, wie immer die Umstände liegen mögen, am gleichen Tag Moskau, Leningrad, Odessa, Stalingrad und Kiew zerstören zu können. Darüber hinaus sei er sicher, daß die Russen dies wüßten. Er glaube, daß dieser Anfang einer Abschreckungsmacht (die sich natürlich weiterentwickeln werde, denn was er eben gesagt habe, beziehe sich auf den Zeitraum der nächsten sechs Monate) schon jetzt für die Russen ein Element der Vorsicht sei in der Art und Weise, wie sie ihre Europa-Strategie betrachteten. Damit sei es unausweichlich ein Element des Friedens. Heute, zu einer Zeit, wo tatsächlich zwischen Deutschland und Frankreich keine an-

[20] Zum Besuch des Bundesministers der Verteidigung und des Generalinspekteurs der Bundeswehr vom 12. bis 14. November 1964 in Washington vgl. Dok. 327, besonders Anm. 1.

[21] Anläßlich der deutsch-französischen Regierungsbesprechungen am 3./4. Juli 1964 in Bonn deutete Staatspräsident de Gaulle gegenüber Staatssekretär Carstens die Möglichkeit einer Mitwirkung der Bundesrepublik beim Aufbau der Force de frappe an. Vgl. Dok. 186. Vgl. dazu auch Dok. 210, besonders Anm. 11.

dere politische oder militärische Solidarität bestehe als die Solidarität der NATO, das heißt über Amerika, könne er nicht sagen, daß Frankreich andere Länder an seiner atomaren Kapazität teilhaben lassen könne. Was er aber sagen könne, sei dies, daß an dem Tag, da eine wirkliche politische Organisation in Europa bestehe, die eine kollektive Verantwortung trage und kollektiv Politik und Verteidigungspolitik betreibe, daß an jenem Tag die französische Atomwaffe zu einem Teil der Verteidigungsmittel Europas werde und unumgänglich für die Verteidigung Europas, das heißt an erster Stelle natürlich die Verteidigung Deutschlands, eingesetzt werde. Zu der Frage, ob Frankreich Deutschland die Mittel an die Hand geben könnte, um Atombomben herzustellen, wolle er sagen, daß diese Frage uninteressant sei, denn Deutschland besitze sowohl die wissenschaftliche als auch die industrielle Kapazität, Atombomben herzustellen, wenn es das nur wolle. Bislang habe Deutschland dies nicht gewollt[22], und auch er halte dies als für die bisher richtige Auffassung. An dem Tage aber, an dem eine wirklich gemeinsame Politik und eine gemeinsame Verteidigung in Europa vorhanden seien, müsse Deutschland diese Frage erneut überprüfen.

Dr. Adenauer bezog sich auf das kürzliche längere Gespräch zwischen Herrn Messmer und Herrn von Hassel über die Zusammenarbeit beim Bau von Flugzeugen[23] und fragte, ob das diese Frage berühre.

General *de Gaulle* erwiderte, in Wirklichkeit hänge alles zusammen. Eine Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Verteidigung[24] habe tatsächlich noch nicht begonnen. Man habe zwar Höflichkeiten ausgetauscht, insbesondere Schießplätze zur Verfügung gestellt und sogar gewisse gemeinsame Herstellungen ins Auge gefaßt. Zusammenarbeit aber könne man das nicht nennen. Alles, was an Zusammenarbeit bisher erfolge, spiele sich im Rahmen der NATO ab, das heißt unter amerikanischem Oberbefehl.

Herr *Dr. Adenauer* betonte, daß er auf eine Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich hinarbeite und die Gespräche zwischen den Herren Messmer und von Hassel für ihn höchst interessant seien, da sie denselben Weg verfolgten. Er bitte General de Gaulle, ihm zu glauben, daß Deutschland ernsthaft eine Verteidigungssolidarität mit Frankreich erstrebe, denn seine Auffassung von Amerika sei der de Gaulles sehr ähnlich.

General *de Gaulle* unterstrich die Notwendigkeit einer Fortdauer des Bündnisses mit Amerika. Dieses Bündnis aber müsse so aussehen, daß auf der einen Seite Amerika, auf der anderen Seite Europa stehe, ein Europa, das über

[22] Die Bundesrepublik verzichtete in den Pariser Verträgen vom 23. Oktober 1954 auf die Herstellung von Atomwaffen. Vgl. dazu Dok. 27, Anm. 27.

[23] Bundesminister von Hassel hielt sich am 19. Oktober 1964 zu Gesprächen mit dem französischen Verteidigungsminister in Paris auf. Neben Fragen der Strategie und Struktur der NATO wurden dabei verschiedene Projekte der Rüstungszusammenarbeit – darunter die gemeinsame Produktion des Transportflugzeugs „Transall" – sowie die Möglichkeit einer französischen Kapitalbeteiligung an der Firma Bölkow erörtert. Für die Gesprächsaufzeichnung von Hassel vom 21. Oktober 1964 vgl. Ministerbüro, VS-Bd. 8419; B 150, Aktenkopien 1964. Für das Kommuniqué vom 20. Oktober 1964 vgl. BULLETIN 1964, S. 1442.

[24] Zur Rüstungszusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und Frankreich vgl. zuletzt Dok. 260.

sich selbst verfüge, genauso wie Amerika über sich selbst verfüge und immer verfügen werde.

Das Gespräch endete um 12.50 Uhr.[25]

Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus, Bestand II/106

319

Bundesminister Krone, z.Z. Paris, an Bundeskanzler Erhard

Z B 6-1/8680/64 geheim **Aufgabe: 9. November 1964, 18.00 Uhr[1]**
Fernschreiben Nr. 1754 **Ankunft: 9. November 1964, 18.05 Uhr**
Citissime

Bitte sofort dem Herrn Bundeskanzler vorlegen

In meinem heutigen Gespräch mit Armeeminister Messmer wurden folgende Fragen behandelt:

1) Strategische Fragen

Messmer äußerte hierzu, die französische Regierung habe mit Besorgnis festgestellt, wie sehr sich die amerikanische Haltung in den vergangen Jahren zu der Frage des Einsatzes von Atomwaffen in Europa gewandelt habe. Norstad habe die Stationierung von Mittelstreckenraketen in Europa verlangt[2], sei aber abgelöst worden.[3] Seit die Strategie der abgestuften Abschreckung[4] in Amerika an Boden gewinne, wisse man in Europa jedoch nicht mehr, wann und in welcher Form die Amerikaner wirklich zum nuklearen Einsatz bereit seien. Die letzten NATO-Übungen in Deutschland (Fallex) hätten dies zu deut-

[25] Der ehemalige Bundeskanzler Adenauer führte am 10. November 1964 über das Ende des Gesprächs aus: „Damit war die Zeit abgelaufen, die für die Unterredung festgesetzt war, und ich sagte dem General, ich sei noch nicht fertig, und ich bäte ihn, mir für den anderen Tag noch Gelegenheit zu einer Unterredung unter vier Augen zu geben. Der General erwiderte mir darauf in aller Freundschaft und aller Höflichkeit, er müsse mir leider sagen, daß es, nachdem der Bundesaußenminister Schröder in der Mainzer Zeitung dieses Interview gegeben habe, nicht möglich sei, daß er mir eine weitere Unterredung ermöglichen könne. Ich bliebe ja bis zum anderen Tage noch in Paris, und er werde mir bis zum Abend eine Mitteilung zukommen lassen." Vgl. Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus, Bestand II/106; B 150, Aktenkopien 1964.

[1] Hat Bundesminister Schröder vorgelegen, der handschriftlich die Weiterleitung an das Büro Staatssekretär verfügte.

[2] Zur Forderung von SACEUR, der NATO im Hinblick auf die Bedrohung Westeuropas durch sowjetische Mittelstreckenraketen entsprechende Systeme zur Verfügung zu stellen, vgl. Dok. 14, Anm. 39, sowie Dok. 149.

[3] General Norstad wurde am 2. Januar 1963 durch General Lemnitzer im Amt des Oberbefehlshabers der NATO-Streitkräfte in Europa (SACEUR) abgelöst.

[4] Zur Strategie der „flexible response" vgl. Dok. 290.

lich gezeigt.[5] Das Oberkommando der verteidigenden Streitkräfte sei bei diesen Manövern zum Einsatz der Atomwaffen erst geschritten, als bereits das Gebiet der halben Bundesrepublik besetzt gewesen sei. Eine bessere Demonstration, welche Folgen die amerikanischen strategischen Auffassungen für Europa und Deutschland hätten, sei kaum möglich gewesen.[6] Er, Messmer, habe deswegen General Lemnitzer geschrieben, daß Frankreich im Jahre 1965 nicht bereit sei, sich nochmals an derartigen Manövern zu beteiligen, falls diese wiederum solche strategischen Vorstellungen zur Grundlage hätten. Ich habe darauf erwidert, daß auch bei uns diese Fragen sehr erörtert würden. Verteidigungsminister von Hassel werde bei seinen bevorstehenden Gesprächen in Amerika[7] ganz besonderen Wert auf die Klärung dieser strategischen Fragen legen.

2) MLF

Ursprünglich, so sagte mir Messmer, habe man in Frankreich ein gewisses Verständnis für die Beteiligung der Bundesrepublik und anderer europäischer Länder an diesen Plänen gehabt. Nunmehr gebe die Entwicklung und ein näheres Studium der vorliegenden Projekte jedoch zu Besorgnis Anlaß.[8] Die MLF führe zu einer Teilung der NATO in zwei Gruppen unterschiedlicher Verteidigungskonzeptionen. Sie sei militärisch schlecht, da sie keine neue Sicherheitsgarantie für Europa erbringe. Norstad sei gegen solche Pläne gewesen.

Ich habe hierauf erwidert, daß auch bei uns die Diskussion über diese Fragen voll im Gange sei. Auch wir dächten nicht an eine deutsch-amerikanische,

[5] Bei der NATO-Stabsübung „Fallex 64" vom 7. bis 26. September 1964 wurde die höchste Alarmstufe „general alert" selbst nach erheblichem Vordringen des gedachten Gegners auf das Gebiet der Bundesrepublik nicht ausgelöst, trotz entsprechender Forderungen der die Bundesregierung vertretenden Übungsteilnehmer. Mit Drahterlaß vom 29. Oktober 1964 an Botschafter Grewe, Paris (NATO), hielt Staatssekretär Carstens dazu fest, die Bundesregierung halte „einen derartigen Ablauf einer militärischen NATO-Übung für bedenklich, da er zu unzutreffenden Rückschlüssen auf die Haltung unserer Alliierten im Ernstfalle führen kann". Vgl. Abteilung II (II 7), VS-Bd. 716; B 150, Aktenkopien 1964.

[6] In einer Aufzeichnung vom 16. November 1964 bezeichnete Ministerialdirigent Ruete diese Beurteilung als „sachlich unzutreffend", weil der Übungsplan bewußt eine längere Phase konventioneller Kriegführung vorgesehen habe und daher Rückschlüsse auf das Vorgehen im Ernstfall nicht zulasse. Ruete resümierte: „Dem französischen Armeeminister wird dieser Unterschied zwischen der Anlage eines Manövers zum Durchspielen bestimmter Aufgaben und der Planung für den Ernstfall bekannt sein. Er scheint hier einen willkommenen Anlaß zu sehen, Kritik an den amerikanischen strategischen Vorstellungen zur ‚flexible response' zu üben." Vgl. Abteilung II (II 7), VS-Bd. 716; B 150, Aktenkopien 1964.
Botschafter Klaiber, Paris, berichtete am 10. November 1964 aus hochrangiger vertraulicher Quelle, „es sei reine Heuchelei, wenn Armeeminister Messmer ... Anstoß an der Fallex-Übung 1964 genommen habe, weil die Amerikaner bei dieser Übung erst nach Verlust des halben Gebiets der Bundesrepublik Kernwaffen eingesetzt hätten. General de Gaulle und Armeeminister Messmer würden nach Ansicht des Gewährsmannes Kernwaffen erst nach Verlust des gesamten Bundesgebietes und erst nach Grenzübertritt der Angreifer auf französischen Boden anwenden!" Vgl. Abteilung I (D I/Dg I A), VS-Bd. 123; B 150, Aktenkopien 1964.

[7] Zum Besuch des Bundesministers der Verteidigung vom 12. bis 14. November 1964 in Washington vgl. Dok. 327, Anm. 1.

[8] Zur französischen Haltung gegenüber der geplanten MLF vgl. auch Dok. 296 und Dok. 318.

bilaterale MLF.[9] Wir drängten im übrigen auch nicht mehr auf einen schnellen Abschluß und verhielten uns abwartender.[10]

3) Europäische Atomstreitmacht

Messmer äußerte sich persönlich nicht gegen derartige Pläne. Ihre Verwirklichung setze jedoch eine europäische politische Autorität voraus, die noch nicht bestehe und deren Schaffung noch eine längere Entwicklung voraussetze.

4) Concorde[11]

Messmer äußerte sich sehr interessiert an einer intensiven Zusammenarbeit der europäischen Luftfahrtindustrie, und zwar auch zwischen England, Deutschland und Frankreich. Die französische und die britische Luftfahrtindustrie seien übereinstimmend der Meinung, daß nur eine enge Zusammenarbeit die europäische Luftfahrtindustrie vor der amerikanischen Konkurrenz retten könnte.[12] Was dagegen die Concorde angehe und eine eventuelle Ersetzung der englischen Beteiligung[13] durch einen entsprechenden deutschen Beitrag, sei er pessimistisch. Er glaube nicht, daß die deutsche Regierung bereit sei, hierfür einen Beitrag von 1200 Mio. DM, der erforderlich sei, aufzubringen. Außerdem bestehe in Deutschland keine Industrie, die die Triebwerke herstellen könnte.

5) NATO-Reform

Messmer sagte mir, daß hierzu in seinem Ministerium ein Ausschuß geschaffen worden sei, der allerdings noch längere Studien betreiben müsse, bis man

[9] Zu den Überlegungen der Bundesregierung, einen MLF-Vertrag zunächst allein mit den USA abzuschließen, vgl. Dok. 263.

[10] Die Bundesregierung hielt die von ihr ursprünglich vor Jahresende 1964 gewünschte Unterzeichnung eines MLF-Vertrags nicht mehr für durchführbar. Vgl. dazu Dok. 307.
In einer Aufzeichnung vom 9. November 1964 notierte Staatssekretär Carstens, daß er dem amerikanischen Botschafter McGhee als neuen Termin, bis zu dem ein Vertragsabschluß angestrebt werden solle, den 1. Februar 1965 genannt habe. Laut Mitteilung des Leiters des Außenpolitischen Büros im Bundeskanzleramt, Osterheld, vom 13. November 1964 vermerkte Bundeskanzler Erhard dazu: „Das ist meine Meinung auch, aber wir müssen wissen, was wir unterschreiben." Für die Aufzeichnung von Carstens und das Schreiben von Osterheld an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Simon vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 432; B 150, Aktenkopien 1964.

[11] Bezeichnung des französisch-britischen Projekts für den Bau eines Überschall-Verkehrsflugzeugs, das im November 1962 vereinbart wurde.

[12] Bereits im Gespräch mit Bundesminister von Hassel am 19. Oktober 1964 in Paris gab der französische Verteidigungsminister seiner Befürchtung Ausdruck, daß es ohne eine Kooperation „keine europäische Luftfahrtindustrie mehr geben würde". Er erklärte darüber hinaus, „daß die Franzosen keine andere Chance hätten, als entweder mit der deutschen oder der englischen Luftfahrtindustrie zu gehen". Für die Aufzeichnung von Hassel vom 21. Oktober 1964 vgl. Ministerbüro, VS-Bd. 8419; B 150, Aktenkopien 1964.
Referat II 7 erläuterte dazu am 4. November 1964: „Die von Minister Messmer warnend ausgesprochene Alternative, entweder mit der deutschen oder der britischen Luftfahrtindustrie zusammenzuarbeiten, hat durch die Absage der Labour-Regierung für das ‚Concorde'-Projekt inzwischen wohl etwas an Bedeutung verloren." Vgl. Abteilung II (II 7), VS-Bd. 979; B 150, Aktenkopien 1964.

[13] Die nach den Unterhaus-Wahlen vom 15. Oktober 1964 von der Labour-Party gebildete neue britische Regierung kündigte am 26. Oktober 1964 eine Überprüfung des Flugzeug-Projekts mit der französischen Regierung an. Vgl. dazu THE TIMES, Nr. 56153 vom 27. Oktober 1964, S. 10. Vgl. dazu ferner L'ANNÉE POLITIQUE 1964, S. 305 und S. 321.

Ergebnisse von ihm erwarten könne. Zudem beträfen diese Studien nicht nur eine Reform der NATO, d.h. der militärischen und zivilen Verwaltungsorganisation der Allianz, sondern das ganze System der westlichen Allianz.

gez. Krone

Ministerbüro, VS-Bd. 8512

320

Bundesminister Krone, z.Z. Paris, an Bundeskanzler Erhard

Z B 6-1/8686/64 geheim
Fernschreiben Nr. 1756
Citissime

Aufgabe: 9. November 1964, 18.15 Uhr[1]
Ankunft: 9. November 1964, 19.10 Uhr

Bitte sofort dem Herrn Bundeskanzler vorlegen.

In meinem heutigen Gespräch mit Premierminister Pompidou, das etwa 45 Minuten dauerte, hatte ich Gelegenheit zu einer eingehenden Erörterung der aktuellen, die deutschen und französischen Interessen berührenden politischen Fragen, insbesondere MLF und Landwirtschaftsprobleme.

Die MLF streifte Pompidou nur kurz. Sie erbringe nach seiner Auffassung militärisch nichts, da sie ihrer Struktur nach den Europäern keine Aktionsfreiheit (liberté d'action européenne) gebe. Politisch enthalte sie die Gefahr einer Auflösung Europas.[2]

Ich habe hierauf erwidert, daß auch bei uns die Diskussion über diese Fragen voll im Gange sei und daß wir die von ihm aufgeworfenen Fragen wohl sähen. Auch wir drängten zur Zeit nicht auf eine schnelle Realisierung und verhielten uns abwartender.[3]

Zu Landwirtschaftsfragen im Gemeinsamen Markt äußerte Pompidou sich eingehender. Man solle nicht alles auf den Getreidepreis abstellen. Die EWG müsse vielmehr in ihrer Gesamtheit betrachtet werden. Wenn die deutsche Regierung sage, daß keine juristische Verpflichtung bestehe, bis zum 15. Dezember den Getreidepreis festzusetzen, so sei dies richtig. Man müsse aber bedenken, daß noch viele andere Detailfragen bestünden. Nach dem Mansholt-Plan[4] müßten sich die Regierungen bis zum 15. Dezember zum Getreidepreis äu-

[1] Hat Bundesminister Schröder vorgelegen, der handschriftlich die Weiterleitung an das Büro Staatssekretär verfügte.

[2] Zur französischen Haltung gegenüber der geplanten MLF vgl. auch Dok. 307, Anm. 10.

[3] Vgl. dazu auch Dok. 319, Anm. 10.

[4] Zum Vorschlag der EWG-Kommission vom 4. November 1963 betreffend die Verwirklichung eines gemeinsamen Getreidepreises („Mansholt-Plan") sowie zu den ergänzenden Vorschlägen vom 12. Mai 1964 („revidierter Mansholt-Plan") vgl. Dok. 272, Anm. 12.

ßern.[5] Hinsichtlich Fleisch-, Zucker- und Milchprodukten sei man mit der Verwirklichung der Marktregelung im Rückstand.[6] Alle diese Fragen müsse man in ihrer Gesamtheit betrachten. Auch er habe einmal, wie Präsident Gerstenmaier[7], für die EWG das Beispiel des Radfahrers gebraucht, der fahren müsse, um nicht umzufallen. So sei auch die Haltung der französischen Regierung zu verstehen, und von den Fortschritten im Gesamtbereich der EWG hinge auch die Einstellung der französischen Regierung bei den laufenden Verhandlungen in Brüssel ab.

Ich habe hierauf erwidert, daß wir uns uneingeschränkt zur Durchführung der Römischen Verträge[8] bekennen. Ich bäte jedoch, unsere Schwierigkeiten, die elementar seien, zu verstehen. Man müsse eine Zwischenlösung finden, um die Hürde der nächsten Wahlen[9] bestehen zu können. Pompidou sagte hierauf, die französische Regierung sei bereit, uns im Rahmen ihrer Möglichkeiten zu helfen. Sie wolle nicht, daß die CDU die Wahlen in Deutschland verliere, sie müsse aber darauf bestehen, daß die EWG, auch im landwirtschaftlichen Bereich, ihrer Verwirklichung entgegengehe. Von den hierbei gemachten Fortschritten hinge ihre Haltung ab.

Abschließend bekräftigte Pompidou noch einmal den Willen, auf der Grundlage der deutsch-französischen Verständigung[10] auf dem europäischen Wege fortzuschreiten. Er äußerte den Wunsch, das Jahr 1965 möge hierzu konkrete Ergebnisse erbringen. Er sei gewiß, daß die öffentliche Meinung der beiden Länder gern bereit sei, den Regierungen auf dem von General de Gaulle und Altbundeskanzler Adenauer vorgezeichneten Weg der deutsch-französischen Versöhnung und Freundschaft zu folgen.

[gez.] Krone

Ministerbüro, VS-Bd. 8512

[5] Der Termin ging auf einen Beschluß des EWG-Ministerrats vom 2. Juni 1964 zurück. Vgl. dazu Dok. 153, Anm. 24.

[6] Vgl. dazu Dok. 318, Anm. 14.

[7] In einem Interview mit der „Bild-Zeitung" erklärte der Bundestagspräsident: „Ich habe noch nie einen Radfahrer gesehen, der umgestürzt wäre, wenn er sich vorwärts bewegt. Und sei es auch nur ein klein wenig. Und die Franzosen glauben nun: Das Europa-Fahrrad, die EWG, wird umfallen, wenn es nicht vorwärtsgeht." Vgl. BILD-ZEITUNG, Nr. 261 vom 7. November 1964, S. 1.

[8] Zu den Römischen Verträgen vom 25. März 1957 vgl. Dok. 7, Anm. 7.

[9] Die Bundestagswahlen fanden am 19. September 1965 statt.

[10] Für den Wortlaut des deutsch-französischen Vertrags vom 22. Januar 1963 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 706–710.

321

Gespräch des ehemaligen Bundeskanzlers Adenauer mit Staatspräsident de Gaulle in Paris

Z A 5-131.A/64 **10. November 1964**[1]

Der CDU-Vorsitzende Dr. Adenauer führte am 10. November 1964 um 10.15 Uhr in Paris ein zweites Gespräch mit dem französischen Staatspräsidenten de Gaulle.[2]

Zunächst sagte *Dr. Adenauer*, die französische und deutsche Industrie wolle nunmehr stärker auf allen Gebieten zusammenarbeiten. Er übergab General de Gaulle ein Exposé des Präsidenten des Bundesverbandes der deutschen Industrie, Berg, und bemerkte, er habe sich am Vortage einige Minuten mit Premierminister Pompidou unterhalten, der sich über die mangelnde Organisationsfähigkeit der französischen Industrie beklagt habe. Da er dieser Angelegenheit großes und politisches Interesse beimesse, wolle er General de Gaulle bitten, diese wichtige Frage vielleicht einmal mit Herrn Pompidou sowie mit Herrn Villiers zu besprechen.

General *de Gaulle* erklärte, er halte diese Sache für sehr wichtig. Es stimme, daß die französische Industrie weder die Gewohnheit noch die Fähigkeit zur Organisation und insbesondere zur Konzentration besitze. Deutschland sei auf diesem Gebiet sehr viel weiter. Er halte es für sehr gut, wenn die deutsche Industrie und insbesondere der BDI und das Patronat français zusammenarbeiten. Die französische Arbeitgebervereinigung sei unglücklicherweise nicht so gut organisiert wie die große deutsche Industrie, die sehr viel konzentrierter sei und auch eher zu gemeinsamem Vorgehen fähig. In Frankreich gebe es mehr mittlere und kleinere Industrielle, und die Großindustrie sei häufig gespalten, so zum Beispiel auf dem Automobilsektor. Es bedürfe einer großen internen französischen Anstrengung, um etwas mit der deutschen Industrie organisieren zu können. Eine solche Organisation sei aber notwendig, wenn der Gemeinsame Markt überhaupt weitergehe.

Dr. Adenauer betonte, in Deutschland sei die Großindustrie tatsächlich viel geschlossener und kameradschaftlicher und besitze einen großen Einfluß. Er hielte es für gut, wenn General de Gaulle einmal die Herren Berg und Villiers empfangen könnte.

General *de Gaulle* griff diese Anregung erfreut auf.

Dr. Adenauer kam dann auf Sowjetrußland zu sprechen. Er erinnerte an sei-

[1] Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Kusterer am 11. November 1964 gefertigt.

[2] Staatspräsident de Gaulle erklärte sich zu der zunächst nicht vorgesehenen zweiten Unterredung erst nach mehrstündiger Bedenkzeit am Vorabend bereit. Vgl. dazu den Drahtbericht des Botschafters Klaiber, Paris, vom 10. November 1964; Büro Staatssekretär, VS-Bd. 419; B 150, Aktenkopien 1964.
Zum Gespräch vom 9. November 1964 vgl. Dok. 318.

nen Besuch in Moskau im Jahre 1955[3] und insbesondere an sein Gespräch mit Chruschtschow unter vier Augen, das dieser in höchst ernsthafter Weise geführt habe und wo er sich sehr besorgt über das weitere Anwachsen Chinas geäußert habe.[4] Seit dieser Zeit erhoffe er im Laufe der Jahre eine Entwicklung zwischen Rußland und China, welche die Sowjetunion dazu zwingen werde, darauf zu achten, im Westen keine Feinde mehr zu haben. Man könne natürlich noch nicht wissen, ob nach Chruschtschows Absetzung[5] und den direkten Verhandlungen mit China[6] irgendeine Veränderung eintrete. Persönlich glaube er jedoch, daß der materielle Gegensatz zwischen Rußland und China hinsichtlich des Machtanspruches so groß sei, daß kaum zu erwarten sei, daß es zu einer russisch-chinesischen Verständigung komme, weil dies eine Unterwerfung Rußlands unter China bedeuten würde. Er habe die wirtschaftliche Entwicklung in Sowjetrußland sehr eingehend studiert. Dr. Adenauer bezog sich insbesondere auf die höchst wertvollen Ausarbeitungen der deutschen Ostinstitute, welche den Botschaften deswegen überlegen seien, weil sie die Provinzpresse und vor allem die Fachzeitschriften sehr genau verfolgten. Aus diesen Übersichten habe er den festen Eindruck gewonnen, daß die Sowjetunion in außergewöhnlichen wirtschaftlichen Schwierigkeiten[7] stecke und von Chruschtschow, möglicherweise auch von Stalin, der gesamte Aufbau falsch gemacht worden sei, so daß es viele Jahre brauche, bis Rußland einen normalen wirtschaftlichen Standard erreicht habe. Die einzige Ausnahme dazu bildeten die militärischen Dinge. Die Kolchosenwirtschaft sei ein absolutes Fiasko. Er wisse natürlich nicht, ob die Sowjetunion eines Tages die kommunistischen Theorien beiseite lege. Letzten Endes sei Sowjetrußland genauso wie das Zarenreich das aggressivste Land der Welt. Dr. Adenauer fuhr fort, in diesem Zusammenhang halte er die amerikanische Politik für völlig falsch. Europa sei auch heute noch für die Sowjetunion das wichtigste Ziel. Gelänge es Rußland, die Bundesrepublik, Frankreich und Italien zwar nicht zu Satelliten zu machen, sie aber doch in ihre politische und wirtschaftliche Bahn zu ziehen, wäre Rußland den Vereinigten Staaten mehrmals überlegen. Gleichzeitig stiege dadurch seine Widerstandskraft gegen Rotchina. Von Moskau aus gesehen sei die einzig vernünftige Politik die, als erstes Ziel die Einbeziehung Europas in den eigenen Machtbereich zu erstreben. Dr. Adenauer erinnerte an den Besuch von Guy Mollet im Oktober vergangenen Jahres in Moskau[8] und seinen Bericht über diese Reise in der Gesellschaft für Auswär-

[3] Zum Besuch des Bundeskanzlers Adenauer vom 8. bis 14. September 1955 in Moskau vgl. Dok. 99, Anm. 13.

[4] Zum Gespräch vom 10. September 1955, an dem auch der sowjetische Ministerpräsident Bulganin und Bundesminister von Brentano teilnahmen, vgl. ADENAUER, Erinnerungen II, S. 527 f.

[5] Zum Führungswechsel in der UdSSR am 14./15. Oktober 1964 vgl. Dok. 286, besonders Anm. 5.

[6] Zu den sowjetisch-chinesischen Beziehungen nach dem Führungswechsel in der UdSSR vgl. Dok. 317.

[7] Zu den wirtschaftlichen Schwierigkeiten in der UdSSR vgl. Dok. 13, Anm. 6.

[8] Der Vorsitzende der Section Française de l'Internationale Ouvrière (SFIO) besuchte vom 26. Oktober bis 4. November 1963 mit einer Delegation seiner Partei die UdSSR. Vgl. dazu den Drahtbericht des Botschafters Groepper, Moskau, vom 13. November 1963; Abteilung II (II 4), VS-Bd. 196; B 150, Aktenkopien 1963.

tige Politik.[9] Dabei habe Guy Mollet erklärt, Chruschtschow habe ihm gesagt, er erwarte eine Entwicklung, die zur Herrschaft des Sozialismus auch in der Bundesrepublik führe, worauf er dann mit der Bundesrepublik eine gemeinsame Politik machen könne. Er erwarte eine Einsetzung eines kommunistischen Ministerpräsidenten in der Bundesrepublik. Dasselbe habe auch Chruschtschow dem deutschen Botschafter in Moskau bei einem Gespräch gesagt.[10] Diese Politik sei vom russischen Standpunkt sicherlich viel klüger, als all die asiatischen Angelegenheiten. Es liege im übrigen in der Natur der Sache, daß Chruschtschow die SBZ als Lockspeise für die Bundesrepublik zurückhalte, denn sonst gebe es keinen vernünftigen Grund für sein Festhalten an der SBZ, da Rußland doch wisse, daß die Bundesrepublik sehr viel zahlen und tun würde, um die Zone zurückzugewinnen. Vor einigen Monaten sei Robert Kennedy bei ihm gewesen[11], dem er ebenfalls gesagt habe, daß Amerika eine falsche Politik betreibe, denn auch für Amerika sei Europa wichtiger und entscheidender als Asien. Robert Kennedy habe sich schließlich dieser Auffassung angeschlossen. Er selbst sei mehr und mehr davon überzeugt, daß auch für Amerika Europa viel wichtiger sei als Asien. Er wolle daher den General bitten, das Problem doch einmal unter diesem Aspekt zu prüfen. Er wisse nicht, ob durch Darlehen der Art, wie sie Frankreich und England an Rußland gewährten[12], die Schwenkung der russischen Politik tatsächlich forciert werde. Die Bundesrepublik werde jedenfalls an ihrem Standpunkt festhalten, daß sie der Sowjetunion keine Kredite gewähre[13], eher noch an Rotchina, bis Rußland durch die Tat beweise, daß es in seinem eigenen Interesse gegenüber Rotchina eine Politik mit dem Ziel verfolge, im Westen keine Feinde mehr zu haben. General de Gaulle kenne sicher die ungeheuren Mittel, die Rußland für die Entwicklung Ostsibiriens eingesetzt habe, um eine Infiltration durch China zu vermeiden.[14] Diese Sache liege ihm sehr am Herzen. Das Problem China/Sowjetunion/Europa sei das entscheidende Problem der Zukunft. Dr. Adenauer schloß noch die Empfehlung an, sich über die Situation in Rußland nicht nur mittels der Botschaftsberichte und der Geheimdienste zu orientieren, die alle in der Chruschtschow-Affäre versagt hätten. Er halte es für höchst gefährlich, daß in Rußland eine Angelegenheit wie der Sturz Chruschtschows vorbereitet werden konnte, ohne daß irgend jemand dies bemerkt habe.

[9] Zu dem am 9. Januar 1964 in Bonn gehaltenen Vortrag vgl. auch EUROPA-ARCHIV 1964, S. 71.

[10] Vgl. dazu das Gespräch des Botschafters Groepper, Moskau, mit dem sowjetischen Ministerpräsidenten am 9. März 1963; AAPD 1963, I, Dok. 116.

[11] Das Gespräch fand vermutlich während des Besuchs des amerikanischen Justizministers vom 25. bis 27. Juni 1964 in der Bundesrepublik statt.

[12] Zum französisch-sowjetischen Handelsabkommen vom 30. Oktober 1964 vgl. Dok. 192, Anm. 5. Zur Kreditierung des britisch-sowjetischen Geschäftsabschlusses vom 7. September 1964 über die Lieferung einer Terylene-Anlage vgl. Dok. 273, Anm. 39.

[13] Zur Haltung der Bundesregierung in der Frage langfristiger Kredite an die UdSSR vgl. zuletzt Dok. 273.

[14] Zur Bedeutung der Industrialisierung Ostsibiriens für die UdSSR nahm Bundeskanzler Adenauer bereits im Gespräch mit Staatspräsident de Gaulle am 21. September 1963 in Paris ausführlich Stellung. Vgl. AAPD 1963, II, Dok. 355.

General *de Gaulle* sagte, der Herr Bundeskanzler habe völlig recht, Rußland sei auch heute noch so unzugänglich wie je zuvor. Die Arbeit der Ostinstitute in Deutschland sei sicherlich von großem Nutzen für eine Erfassung der wirklichen Wirtschaftslage in der Sowjetunion. Andererseits hätten die Ostinstitute ebenfalls den Sturz Chruschtschows nicht vorausgesagt. Sicher sei richtig, daß Rußland sich heute (und das widerspreche auch nicht den Berichten der Botschaften und Geheimdienste sowie der Journalisten) in einer grundsätzlich schwierigen Wirtschaftslage befinde. Dies könne natürlich nicht ewig anhalten. Die Frage sei, wie Rußland sich an die Gegebenheiten anpasse. Er glaube wie Dr. Adenauer, daß es eines Tages für Rußland notwendig werde, die Wahl zu treffen und entweder das Regime aufzugeben (in der Praxis und ohne es laut zu sagen) oder einen Krieg zu beginnen. Das sei die ewige Geschichte der unlöslichen Wirtschaftsprobleme, daß man entweder das Regime wechseln oder Krieg führen müsse, und diese Entscheidung komme eines Tages auch auf Rußland zu. Deswegen sei er mit Dr. Adenauer einer Auffassung, daß man auf der Hut sein müsse. Was die französischen Kredite an Rußland anbelange, so gingen sie nicht sehr weit, seien hinsichtlich ihrer Zweckbestimmung sehr begrenzt und überschritten auf alle Fälle nicht sieben Jahre. Man könne auch der Auffassung sein, daß ein gewisses Interesse daran bestehe (und viele in Deutschland teilten diese Auffassung), die Wirtschaftsbeziehungen mit Rußland etwas zu verbessern, und sei es auch nur, um Rußland eher in Richtung auf die Liberalisierung als auf einen Krieg zu orientieren.

Dr. Adenauer wies darauf hin, daß die Ostinstitute keine politischen Artikel veröffentlichten und es deswegen verständlich sei, daß sie über die Chruschtschow-Affäre wenig ausgesagt hätten. Sie befaßten sich hauptsächlich mit der Wirtschaftslage. Jedenfalls könne man aus den etwa vierzehntägig erscheinenden Heften Wesentliches über die Lage in Rußland lernen.

Dr. Adenauer fuhr fort, er habe irgendwo gelesen, General de Gaulle bedaure es, daß er und Dr. Adenauer unterschiedlicher Meinung seien in der Behandlung der Sowjetunion. Er wisse nicht, ob solche Meinungsverschiedenheiten tatsächlich vorlägen. Er sei immer der Auffassung gewesen, daß man Rußland an den Punkt bringen müsse, wo ihm die Augen aufgingen und es erkenne, daß seine wirkliche Zukunft im Frieden mit Europa liege. Schon als Bundeskanzler habe er verschiedentlich erklärt, wenn Rußland der Bevölkerung in der Zone ein menschenwürdiges Dasein erlauben würde, wäre Deutschland zu vielem bereit.[15] Er habe darauf aber kein Echo bekommen. Den einzi-

[15] Am 25. März 1958 erläuterte Bundeskanzler Adenauer vor dem Bundestag: „Wir wollen von Rußland doch nur das, was uns speziell angeht, daß es diese 17 Millionen Deutschen nach ihrem eigenen Willen leben läßt." Am 9. Oktober 1962 präzisierte er: „Ich erkläre erneut, daß die Bundesregierung bereit ist, über vieles mit sich reden zu lassen, wenn unsere Brüder in der Zone ihr Leben so einrichten können, wie sie es wollen ... Überlegungen der Menschlichkeit spielen hier für uns eine noch größere Rolle als nationale Überlegungen." Vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 40, S. 1103, bzw. Bd. 51, S. 1639.

gen Anhaltspunkt, den er gehabt habe, sei sein Moskauer Gespräch mit Chruschtschow gewesen.

General *de Gaulle* bemerkte, über Rußland sei seine Auffassung nicht weit von der von Dr. Adenauer entfernt. Sie seien sich einig hinsichtlich der Tatsache, daß aufgrund der Möglichkeit eines Krieges beide Länder in der Lage sein müßten, gemeinsam zu kämpfen, wenn Rußland wirklich Krieg führen sollte. Diese Auffassung werde er niemals ändern. Gerade darum wünsche er ja eine stärkere politische und militärische Solidarität zwischen Frankreich und Deutschland, und gerade darum baue Frankreich seine atomare Rüstung aus, um sich gegen Rußland verteidigen zu können. In diesem Punkt sei er mit Dr. Adenauer also einer Meinung. Was die weitere Entwicklung in Rußland anbelange, so könne er darüber natürlich kein Urteil abgeben. Sicherlich wäre Rußland glücklich, wenn es seinen Einfluß auf Deutschland, Frankreich und Italien ausdehnen könnte, und dazu seien die Kommunisten ja da. Andererseits glaube er nicht, daß die Kommunisten Erfolg haben würden, weder in Deutschland noch in Frankreich noch auch in Italien. Er glaube nicht, daß der Kommunismus gewinne. Damit er gewinne, müßte schon Rußland Krieg führen und diese Länder besetzen, was unter allen Umständen zu vermeiden sei. Folglich bleibe Rußland sich selbst überlassen, und zwar sowohl hinsichtlich seiner unglücklichen und beunruhigenden Wirtschaftsentwicklung als auch hinsichtlich seiner Beziehungen mit China. Er glaube nicht, daß diese Beziehungen sich verbesserten, selbst wenn man sich in der Öffentlichkeit umarme, weil in Wirklichkeit der Interessengegensatz sehr tief sitze. Er habe keinen Zweifel, daß die Uneinigkeit zwischen den beiden kommunistischen Ländern weiter sich vertiefe und eines Tages sogar zum Konflikt führen könne. Wie Rußland sich weiterentwickle, wisse er nicht. Deutschland befinde sich in unmittelbarer Berührung mit Rußland, Rußland habe Deutschland die Zone abgenommen, nehme eine bedrohliche Haltung ein und verfehle es nicht, die Deutschen zu beschimpfen. Es sei also ganz natürlich, daß Deutschland der Sowjetunion gegenüber eine ganz besonders oppositionelle Haltung heute und in Zukunft einnehme. Für Frankreich sei dies etwas weniger der Fall, aus klaren historischen und geographischen Gründen. Im Grunde sei Frankreich nicht gegen Rußland, hege allerdings ein tiefes Mißtrauen gegen Rußland. Insofern bestehe ein gewisser Unterschied der Auffassungen zwischen Frankreich und Deutschland in einigen Punkten, wie zum Beispiel der Kreditfrage, denn Deutschland gebe noch keine Kredite an die Sowjetunion. Er halte diese unterschiedliche Auffassung aber nicht für tiefgehend. Wesentlich sei, daß Deutschland und Frankreich sich abstimmten und in ihrem Verhältnis mit Sowjetrußland nicht unabhängig vorgingen. Das sei auch der Hauptgrund, warum Frankreich eine wirkliche politische Gemeinschaft wolle, falls es überhaupt jemals dazu kommen könne.

Dr. Adenauer sagte, General de Gaulle dürfe überzeugt sein, daß er seine ganze Kraft und seinen ganzen Einfluß einsetze für die Solidarität und die Anerkennung dieser Gemeinschaft.

Abschließend bedankte sich Dr. Adenauer bei General de Gaulle, von dem er wisse, daß er der Urheber der Anregung für seine Aufnahme in das Institut de France[16] sei. Er sei von Herzen dafür dankbar und betonte, wie tief ihn die große Tradition des Institut beeindruckt habe.

General *de Gaulle* bedankte sich für den Besuch von Dr. Adenauer, der in ganz Frankreich einen tiefen Widerhall gefunden habe, ganz besonders was die Person Dr. Adenauers anbelange, der, das könne er mit gutem Gewissen sagen, noch nie so hoch im Kurs gestanden habe in Frankreich wie heute. Was die deutsch-französischen Beziehungen anbelange, so habe dieser Besuch alles andere als schaden können. Nunmehr müsse man sehen, was sich in der Praxis, d.h. dem Gemeinsamen Markt und der Verteidigung, damit also der gesamten Politik, tue. Jedenfalls sei das harmonische Verhältnis und die Bereitschaft der beiden Länder, sich gegenseitig abzustimmen, ein fait nouveau von historischer Tragweite, zu dem Dr. Adenauer einen entscheidenden Beitrag geleistet habe. Diese Tatsache werde auch bestehen bleiben. Das sei der Punkt, an dem nunmehr das Verhältnis der beiden Länder angelangt sei. In Paris werde man nunmehr zwar ohne Angst, doch aber mit gewisser Sorge abwarten, was weiter geschehe.

Dr. Adenauer betonte noch, er habe nie so stark wie am Vorabend in der Association France-Allemagne gespürt, wie herzlich Deutsche und Franzosen verbunden seien. Er habe am vergangenen Abend auch noch ein Telegramm von Bundeskanzler Erhard erhalten, aus dem klar werde, daß in Bonn eine gewisse Wendung eingetreten sei. Dr. Adenauer schloß mit den Worten, daß er sich gefreut habe, General de Gaulle in so guter Gesundheit anzutreffen.

General *de Gaulle* sagte zum Schluß, der physische Eindruck von Dr. Adenauer sei einfach außergewöhnlich, und er sei ganz der alte geblieben.

Das Gespräch endete um 11.05 Uhr.

Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus, Bestand II/106

[16] Der ehemalige Bundeskanzler Adenauer wurde am 9. November 1964 in Anwesenheit des französischen Staatspräsidenten als assoziiertes Mitglied in die Académie des Sciences Morales et Politiques aufgenommen. Vgl. dazu FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 262 vom 10. November 1964, S. 1.
Zur Vorgeschichte vgl. den Bericht des Botschafters Klaiber, Paris, vom 2. Oktober 1964; Referat I A 3, Bd. 403.

322

Vermerk des Staatssekretärs Lahr

St.S. 1990[I]/64 VS-vertraulich **11. November 1964**

Betr.: Leipziger Frühjahrsmesse 1965[1]

Die Einstellung der deutschen Industrie gegenüber der Leipziger Frühjahrsmesse 1965 befriedigt nicht vom Standpunkt unserer Deutschland-Politik. Den wenig erfreulichen Beispielen der Gutehoffnungshütte bzw. der Firma Ferrostaal[2] folgend geben die Firmen mehr und mehr ihre bisherige Zurückhaltung gegenüber der Leipziger Messe auf. Es sollen in erheblicher Anzahl Stände von 100 qm und mehr von westdeutschen Firmen bereits gemietet worden sein. Dabei bestehe innerhalb der Industrie keinerlei Illusion darüber, daß das Auftreten in Leipzig kaufmännisch wenig verspricht. Es handle sich mehr um eine Psychose, dorthin zu gehen, wo „die Konkurrenz schon ist".

Leider hat hierzu das wenig loyale Verhalten des Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft Interzonenhandel (Dr. Matthias Schmitt, AEG) beigetragen.[3] Staatssekretär Langer (BMWi) und ich sind bemüht, dem entgegenzuwirken.[4]

Herr Bundesminister Westrick hat mit einigen Industriellen ein Gespräch geführt, in dem er nach seinen Angaben der „neuen Richtung" energisch widersprochen hat.[5]

[1] Die traditionelle Industrieausstellung in Leipzig, die aus Anlaß der 800-Jahr-Feier der Stadt als Jubiläumsmesse veranstaltet wurde, fand vom 28. Februar bis 9. März 1965 statt.

[2] Die Firma Ferrostaal/Gutehoffnungshütte plante im Gegensatz zu den übrigen Messeteilnehmern aus der Bundesrepublik, die zur Bildung von Gemeinschaftsständen bereit waren, den Aufbau eines eigenen Messestands.

[3] Obwohl das Vorstandsmitglied der AEG am 7. August 1964 von Staatssekretär Lahr über die unverändert restriktive Haltung der Bundesregierung hinsichtlich der Leipziger Messe informiert worden war, berichtete Schmitt den Mitgliedern der Arbeitsgemeinschaft Interzonenhandel mit Rundschreiben vom 14. August 1964, einer Messeteilnahme stehe nichts mehr entgegen; es sei jedoch angebracht, „diese Dinge nicht zu plakatieren, sondern möglichst geräuschlos in die neue Richtung zu bringen". Für das Schreiben von Schmitt sowie den daraus resultierenden Schriftwechsel mit Lahr vom 28. August bzw. 2. September 1964 vgl. Referat III A 6, Bd. 208. Für den Gesprächsvermerk von Lahr vom 7. August 1964 vgl. Büro Staatssekretär, Bd. 407.

[4] Am 29. Oktober 1964 regte Staatssekretär Langer, Bundesministerium für Wirtschaft, gegenüber Staatssekretär Lahr eine Initiative bei Bundeskanzler Erhard an, weil der Vorsitzende Schmitt in einer Sitzung der Arbeitsgemeinschaft Interzonenhandel am 27. Oktober 1964 in Berlin seinen Standpunkt im Sinne des Rundschreibens vom 14. August 1964 bekräftigt habe. Lahr schlug daraufhin am 11. November 1964 ein gemeinsames Vorgehen vor und teilte mit, er habe sich bereits an den Chef des Bundeskanzleramtes, Westrick, gewandt. Am 7. Dezember 1964 übermittelte Langer seinerseits ein Schreiben an Westrick, in dem er sich für ein Gespräch von Erhard mit führenden Vertretern der Wirtschaft einsetzte. Vgl. dazu Büro Staatssekretär, VS-Bd. 438; B 150, Aktenkopien 1964.

[5] Am 21. Oktober 1964 teilte Staatssekretär Carstens Staatssekretär Lahr mit, der Chef des Bundeskanzleramtes habe „den in Betracht kommenden Industriellen in aller Deutlichkeit vom Besuch der Leipziger Messe abgeraten". Vgl. VS-Bd. 8387 (III A 6); B 150, Aktenkopien 1964.

Es ist jedoch fraglich, ob diese Bemühungen noch zum Erfolg führen. Wenn überhaupt, ist ein solcher Erfolg nur von einem Einwirken des Herrn Bundeskanzlers auf einige maßgebliche Industrielle zu erwarten. Der Herr Bundesminister hat dieserhalb am 17. September an den Herrn Bundeskanzler geschrieben[6]; es ist jedoch noch nichts geschehen.[7] Herr Bundesminister Westrick hat mir kürzlich versprochen, den Herrn Bundeskanzler erneut zu erinnern.

Hiermit dem Herrn Minister[8] mit der Bitte vorgelegt, ebenfalls mit dem Herrn Bundeskanzler noch einmal zu sprechen.[9]

Lahr

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 438

[6] Für das Schreiben vom 17. September 1964 vgl. Büro Staatssekretär, Bd. 407.

[7] In Abwesenheit des Bundeskanzlers Erhard sprach sich das Bundeskabinett am 23. September 1964 für ein Gespräch zwischen Erhard und führenden Vertretern der Wirtschaft über die Frage einer Teilnahme an der Leipziger Frühjahrsmesse 1965 aus. Am 19. Oktober 1964 gab Ministerialdirigent Graf von Hardenberg eine Mitteilung des Ministerialdirektors Mercker, Bundeskanzleramt, wieder, Erhard sei „nicht sehr erfreut über diesen Auftrag gewesen. Er habe die Aussicht, die Industrie beeinflussen zu können, für sehr gering eingeschätzt und sich deshalb bisher noch nicht entschlossen, den Kabinettsbeschluß ... durchzuführen. Es sei auch wohl kaum daran zu denken, daß der Herr Bundeskanzler in Zukunft ohne besonderen Anlaß auf diese Sache zurückkommt." Vgl. VS-Bd. 8387 (III A 6); B 150, Aktenkopien 1964.

[8] Hat Bundesminister Schröder am 6. Dezember 1964 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Für Kab[inetts]sitzung."

[9] Mit Schreiben vom 18. Dezember 1964 wandte sich Bundesminister Schröder erneut an Bundeskanzler Erhard. Er hob hervor: „Nachdem die bisherigen Bemühungen, auf die betreffenden Industriellen einzuwirken, nicht den gewünschten Erfolg gehabt haben, sehe ich die einzige Möglichkeit, eine vom Standpunkt unserer Deutschland-Politik sehr bedenkliche Entwicklung aufzuhalten, in einer Fühlungnahme zwischen Ihnen und einigen maßgebenden Vertretern der deutschen Industrie. Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie diesen Gedanken aufgreifen würden." Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 438; B 150, Aktenkopien 1964.
Eine entsprechende Unterredung kam nicht zustande. Vgl. dazu weiter das Schreiben von Erhard vom 5. Februar 1965 an Schröder; AAPD 1965.

323

Ministerialdirektor Thierfelder an Bundesminister Westrick, Bundeskanzleramt

V 3-80.24/1/2376/64 VS-vertraulich **11. November 1964**[1]

Betr.: Vorschläge
1) zur Verabschiedung eines „Globalgesetzes" für die vereinfachte Übernahme von Bundesgesetzen durch das Land Berlin[2];
2) zur unmittelbaren Wahl der Berliner Bundestagsabgeordneten durch die Bevölkerung von Berlin

Bezug: Ihr Schnellbrief vom 21. Oktober 1964 – 4-16103-3168/64[3] –

I. Das Auswärtige Amt hat gegen den Entwurf eines sogenannten „Globalgesetzes" zur Vereinfachung des Verfahrens der Übernahme von Bundesgesetzen durch das Land Berlin keine rechtlichen Bedenken.

Bei einem eingehenden deutsch-alliierten Meinungsaustausch über die Frage der Verabschiedung eines derartigen „Globalgesetzes" im Frühjahr 1964[4] hat das Auswärtige Amt darauf hingewiesen, daß die Alliierte Kommandantura in Berlin bereits am 1. September 1955 mit BK/L (55) 28 dem Entwurf des „Globalgesetzes" zugestimmt hatte.[5] (Die Gesetzesvorlage war damals dann doch

[1] Durchdruck.

[2] Gemäß den Bestimmungen der Alliierten Kommandatura Berlin und des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 wurden Bundesgesetze innerhalb eines Monats nach Verkündung jeweils durch Mantelgesetze in Berlin (West) übernommen. Diese Regelung sollte durch ein „Globalgesetz" abgelöst werden, aufgrund dessen Bundesgesetze unmittelbar durch Verkündung im Gesetz- und Verordnungsblatt für Berlin in Kraft treten sollten. Zum Mantelgesetzverfahren vgl. DOKUMENTE ZUR BERLIN-FRAGE 1944–1966, S. 166–169. Für den Wortlaut des Dritten Überleitungsgesetzes vgl. BUNDESGESETZBLATT 1952, Teil I, S. 1–4.

[3] Mit Schreiben vom 21. Oktober 1964 bat der Chef des Bundeskanzleramtes um Stellungnahme zu der vom Vorsitzenden der CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin geäußerten Auffassung, „daß es, insbesondere im Hinblick auf den sogenannten Freundschaftspakt zwischen der Sowjetunion und der SBZ, nötig ist, für eine stärkere, ins Volksbewußtsein gehende Verklammerung Berlins mit dem Bund zu sorgen". Amrehn denke dabei an eine Direktwahl der von Berlin (West) zu entsendenden Bundestagsabgeordneten und an eine Regelung zur unmittelbaren Übernahme von Bundesgesetzen durch das Land Berlin. Vgl. Referat II 1, Bd. 393.

[4] Auf Bitten des Senators für Bundesangelegenheiten des Landes Berlin, Schütz, wurde in der Bonner Vierergruppe am 19. Februar und 18. März 1964 ein Entwurf für ein Globalgesetz zur Übernahme von Bundesgesetzen durch das Land Berlin beraten. Dabei räumten die Vertreter der drei Westmächte ein, daß rechtliche Gesichtspunkte nicht entgegenständen, äußerten jedoch erhebliche politische Bedenken, da die UdSSR mit der vollständigen Inkorporation Ost-Berlins in die DDR reagieren könnte. Sie hoben ferner hervor, daß der besondere Status von Berlin (West) gerade durch die zurückliegende Berlin-Krise gerechtfertigt worden sei. Für die Aufzeichnungen des Ministerialdirektors Krapf vom 24. Februar 1964 und des Legationsrats I. Klasse Oncken vom 20. März 1964 vgl. Abteilung II (II 1), VS-Bd. 19; B 150, Aktenkopien 1964.

[5] Mit BK/L (55) vom 1. September 1955 wurde dem Regierenden Bürgermeister von Berlin mitgeteilt, „daß die Alliierte Kommandatura Berlin, vorbehaltlich der Prüfung des ‚Globalgesetzes' durch den Verfassungsausschuß des Abgeordnetenhauses und vorbehaltlich der Beschließung dieses Wortlauts durch das Abgeordnetenhaus mit 2/3 Mehrheit, keine Einwände gegen die Verkündung eines ‚Globalgesetzes' in Berlin in der von den Vertretern der Kommandatura und des Senats in ihrer Sitzung vom 23. Juli d.J. vereinbarten Form erheben wird". Vgl. Referat II 1, Bd. 393.

nicht eingebracht worden, da sich starke Kräfte der Berliner SPD dagegen ausgesprochen hatten.[6] Diese Widerstände sind inzwischen fortgefallen.)

Die drei Alliierten haben jedoch dabei zu erkennen gegeben, daß sie sich angesichts der seit dem Jahre 1955 eingetretenen Entwicklung heute nicht mehr damit einverstanden erklären könnten, daß das bisher reibungslos funktionierende „Mantelgesetzverfahren" durch die in dem Entwurf des „Globalgesetzes" vorgesehene vereinfachte Regelung ersetzt werde.

Nach Kenntnis des Auswärtigen Amts ist mit einer Änderung der alliierten Haltung in dieser Frage vorerst nicht zu rechnen. Dies wurde auch dem Regierenden Bürgermeister von Berlin bei seinen im Mai d.J. im US-State Department in Washington geführten Gesprächen deutlich gemacht.[7] Gleichwohl wird versucht werden, in bilateralen Gesprächen mit jeder der drei Westmächte doch noch den Boden für eine Genehmigung des „Globalgesetzes" durch die Kommandantura vorzubereiten. Hierbei muß jedoch behutsam und mit Geduld vorgegangen werden.

II. Eine Änderung des Bundeswahlgesetzes vom 7. Mai 1956[8] dahingehend, daß die Berliner Abgeordneten des Deutschen Bundestages künftig nicht mehr vom Abgeordnetenhaus, sondern unmittelbar von der Berliner Bevölkerung gewählt werden, ist weder durch die Bestimmung des Art. 144 Abs. 2 des Grundgesetzes[9] noch durch den Wortlaut des alliierten Genehmigungsschreibens vom 12. Mai 1949[10] ausgeschlossen. Rechtliche Bedenken seitens des Auswärtigen Amts gegen eine solche Änderung des Bundeswahlgesetzes bestehen nicht.

Anläßlich der Beratungen des Bundeswahlgesetzes vom 7. Mai 1956 im Deutschen Bundestag hat jedoch der Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika am 10. März 1956 ein Schreiben an den Bundeskanzler gerichtet (abgedruckt in „Dokumente zur Berlinfrage 1944–1962", 2. Auflage, München

Fortsetzung Fußnote von Seite 1275

Für den Entwurf eines „Globalgesetzes" vom 12. September 1955 vgl. DRUCKSACHEN DES ABGEORDNETENHAUSES VON BERLIN, 2. Wahlperiode, Nr. 325.

6 Dazu hielt Legationsrat Wentker am 27. Februar 1964 Informationen des Mitarbeiters beim Bevollmächtigten des Landes Berlin in Bonn, Meichsner, fest: „Die Vorlage sei schließlich zurückgenommen worden, da sich starke Kräfte der Berliner SPD (Franz Neumann und Umgebung) dagegengestellt hätten. Der Kreis habe argumentiert, daß das Abgeordnetenhaus sich durch das Globalgesetz der Möglichkeit beraube, Änderungen an den Bundesgesetzen vorzunehmen." Vgl. Abteilung II (II 1), VS-Bd. 19; B 150, Aktenkopien 1964.

7 Der Regierende Bürgermeister von Berlin hielt sich vom 13. bis 21. Mai 1964 in den USA auf. Zum Gespräch mit dem stellvertretenden Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Davis, am 20. Mai 1964 teilte Gesandter von Lilienfeld, Washington, mit, die amerikanische Seite habe sich gegenüber dem von Brandt vorgetragenen Plädoyer für ein „Globalgesetz" zurückhaltend gezeigt, jedoch später zu erkennen gegeben, „daß bis auf weiteres keine Aussicht auf eine amerikanische Zustimmung bestünde". Vgl. Abteilung II (II 1), VS-Bd. 19; B 150, Aktenkopien 1964.

8 Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1956, Teil I, S. 383–392.

9 Artikel 144, Absatz 2 des Grundgesetzes (Fassung vom 23. Mai 1949): „Soweit die Anwendung dieses Grundgesetzes in einem der in Artikel 23 aufgeführten Länder oder einem Teile dieser Länder Beschränkungen unterliegt, hat das Land oder der Teil des Landes das Recht, gemäß Artikel 38 Vertreter in den Bundestag und gemäß Artikel 50 Vertreter in den Bundesrat zu entsenden."

10 Zum entsprechenden Passus des „Letter of Approval of the Basic Law" vgl. Dok 255, Anm. 5.

1962, Seite 136 f.), in dem er den alliierten Vorbehalten zum Grundgesetz eine Auslegung gab, die eine Zustimmung der amerikanischen Regierung zu einer unmittelbaren Wahl der Berliner Bundestagsabgeordneten durch die Bevölkerung von Berlin ausschließen mußte.[11] Wie aus der Behandlung des Vorschlages der Verabschiedung eines „Globalgesetzes" zu ersehen, hat sich die alliierte Haltung in allen Fragen, die eine weitere Angleichung des Status von Berlin an den Status der anderen Bundesländer betreffen, seit dem Jahre 1958[12] erheblich versteift. Mit einer Zustimmung der alliierten Kommandantura zu der vorgeschlagenen Änderung des Wahlmodus in Berlin, die bereits im Jahre 1956 von amerikanischer Seite als nicht durchführbar bezeichnet wurde, kann daher zur Zeit nicht gerechnet werden. Gleichwohl wird auch diese Frage weiterhin mit den drei Alliierten erörtert und der Versuch gemacht werden, eine Änderung der alliierten Haltung herbeizuführen.

Im Auftrag
gez. Dr. Thierfelder

Abteilung II (II 1), VS-Bd. 19

324

Ministerialdirektor Thierfelder an die Botschaft in Paris

V 1-80.23/1-F 7-2345/64 VS-vertraulich **11. November 1964**[1]

Betr.: Beitrittsklausel zum Abkommen über die Bergung von Astronauten und Raumschiffen[2]

I.1) Sowjets haben für obiges Abkommen, das im Weltraumausschuß der Vereinten Nationen ausgearbeitet wird, Beitrittsklausel nach Muster des Moskauer Teststopp-Vertrages (All-Staaten-Klausel in Verbindung mit drei Depositarmächten) vorgeschlagen.[3] Sie haben durchblicken lassen, daß sie zu Kon-

[11] Unter Hinweis auf die Berlin betreffenden Vorbehalte im Genehmigungsschreiben der Militärgouverneure der Drei Mächte vom 12. Mai 1949 zum Grundgesetz stellte der amerikanische Botschafter Conant am 10. März 1956 fest: „Meines Erachtens hat sich hinsichtlich dieser Angelegenheit weder die Rechtslage noch die politische Lage geändert. Ich hoffe aber, daß die Haltung der Bundesregierung einer Ausdehnung des Bundeswahlgesetzes auf Berlin gegenüber ablehnend bleibt, sowohl was die Art der Benennung von Berliner Vertretern zum Bundestag als auch deren Nichtstimmberechtigung in den gesetzgebenden Körperschaften der Bundesrepublik betrifft." Vgl. DOKUMENTE ZUR BERLIN-FRAGE 1944–1966, S. 137.

[12] Am 27. November 1958 wurde mit einer sowjetischen Note, in der die UdSSR die Rechte der drei Westmächte in Berlin in Frage stellte, die Berlin-Krise eingeleitet.

[1] Der Drahterlaß wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse von Schenck konzipiert.

[2] Gemäß der UNO-Resolution vom 13. Dezember 1963 befaßte sich der Rechtsausschuß des UNO-Ausschusses für die friedliche Nutzung des Weltraums vom 9. bis 26. März 1964 in Genf und vom 5. bis 23. Oktober 1964 in New York mit Vorschlägen für ein Abkommen über die Bergung von Astronauten und Raumschiffen. Vgl. dazu YEARBOOK OF THE UNITED NATIONS 1964, S. 73–80.

[3] Der sowjetische Vorschlag lautete: „This agreement shall be open for signature by all states. Any

zessionen in den übrigen noch offenen Fragen bereit wären, wenn Amerikaner All-Staaten-Klausel akzeptieren. Amerikaner scheinen bereit zu sein, auf dieses Angebot einzugehen.[4]

2) Gegen Wiederholung der Moskauer Formel haben wir aus folgenden Gründen Bedenken:

a) Die Klausel würde es der SBZ wiederum ermöglichen, zum mindesten bei einem der Depositare des Abkommens zu unterzeichnen und ihre Ratifikationsurkunde zu hinterlegen. Wenn damit auch keine Anerkennungswirkung verbunden ist, so würde dies doch eine politische Aufwertung der SBZ bedeuten, falls nicht wieder wie beim Moskauer Vertrag die überwiegende Mehrzahl aller Vertragsparteien Erklärungen in unserem Sinne über die Stellung der SBZ abgibt.[5] Ob das gelingen wird, erscheint uns ungewiß.

b) Diese Wirkung würde noch verstärkt, wenn als dritte Depositarmacht nicht Großbritannien, sondern ein neutraler Staat eingesetzt wird und die SBZ dadurch ihre Ratifikationsurkunde u.U. bei zwei Depositarmächten hinterlegen kann. Diese Möglichkeit wollen zwar die Amerikaner ausschließen. Doch kann man nicht sicher sein, ob es gelingt. Im Gegensatz zum Teststopp-Vertrag, der zwischen den drei Atommächten allein ausgehandelt wurde, bedarf das Raumfahrerabkommen der Verabschiedung durch die Vollversammlung

Fortsetzung Fußnote von Seite 1277

state which does not sign this agreement before its entry into force in accordance with article 9 may accede to it at any time. This agreement shall be subject to ratification by the states which have signed it. Instruments of ratification and of accession shall be deposited with the governments of the Union of Soviet Socialist Republics, the United States of America, and (a third government) which are hereby appointed the depositary governments." Vgl. den Drahtbericht des Botschafters Knappstein, Washington, vom 20. Oktober 1964; Abteilung V (V 1), VS-Bd. 279; B 150, Aktenkopien 1964.

Zur Beitrittsklausel und zur Regelung über die Depositarmächte im Teststopp-Abkommen vom 5. August 1963 vgl. Dok. 221, Anm. 6 und 7.

[4] Am 27. Oktober 1964 übermittelte Botschafter Freiherr von Braun, New York (UNO), Informationen des Vorsitzenden des UNO-Ausschusses für die friedliche Nutzung des Weltraums, Matsch, „daß die Sowjets ihn gebeten hätten, den Amerikanern folgendes mitzuteilen: Die Sowjetunion sei bereit, in allen noch strittigen Punkten des Abkommensentwurfs nachzugeben, wenn die Amerikaner die Moskauer Beitrittsklausel akzeptierten." Aus Mitteilungen der amerikanischen Vertretung bei der UNO schloß Braun, die USA planten, „sich noch vor Beginn der Vollversammlung mit [den] Sowjets über [einen] Abkommensentwurf zu einigen und den Entwurf der Vollversammlung vorzulegen". Vgl. Abteilung V (V 1), VS-Bd. 279; B 150, Aktenkopien 1964.

Dazu berichtete Botschafter Knappstein, Washington, am 28. Oktober 1964 nach einem Gespräch mit dem Staatssekretär im amerikanischen Außenministerium, Ball: „Ich fand den Eindruck bestätigt, daß man sich mit den Sowjets bereits über fast alle Punkte des Abkommens geeinigt hat mit Ausnahme der Beitrittsklausel, und daß man sich gemäß der Mitteilung unseres Beobachters in New York auch über diesen Punkt in den nächsten Tagen sehr schnell einigen will, möglicherweise um den bevorstehenden Abschluß dieses sicher sehr populären Vertrages (Schutz für die Raumfahrer) noch vor den Wahlen dem amerikanischen Publikum bekanntgeben zu können." Vgl. Abteilung V (V 1), VS-Bd. 279; B 150, Aktenkopien 1964.

[5] Nach Abschluß des Teststopp-Abkommens vom 5. August 1963 wurden die Auslandsvertretungen angewiesen, bei den jeweiligen Regierungen um Aufrechterhaltung der Nichtanerkennung der DDR im Zusammenhang mit einer Unterzeichnung des Abkommens nachzusuchen. Von 98 angesprochenen Regierungen reagierten 96 positv, 20 Regierungen publizierten darüber hinaus eine entsprechende offizielle Erklärung. Für die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Reinkemeyer vom 17. September 1963 vgl. Abteilung V (D V), VS-Bd. 139; B 150, Aktenkopien 1963. Vgl. dazu auch AAPD 1963, II, Dok. 279, und AAPD 1963, III, Dok. 435.

der Vereinten Nationen. In einer Debatte hierüber könnte es zu Anträgen kommen, als dritten Depositar neben den USA nicht einen weiteren westlichen Staat, sondern einen Staat aus dem neutralistischen Lager einzusetzen. Wird ein solcher Antrag angenommen, so wäre das Raumfahrerabkommen in seinen praktischen Konsequenzen sehr viel bedenklicher als der Teststopp-Vertrag. Eine derartige Lösung könnten wir unter keinen Umständen akzeptieren.

c) Eine weitere Gefahr liegt[6] darin, daß eine solche Beitrittsklausel in alle künftigen UN-Abkommen übernommen werden könnte. Beim Teststopp-Vertrag ist es uns mit großen Anstrengungen gelungen, eine große Mehrheit der Vertragsstaaten dazu zu bewegen, in eigenen Erklärungen klarzustellen, daß sie die SBZ auch weiterhin nicht als Staat anerkennen, oder die sowjetischen Noten über eine Teilnahme der SBZ unbeantwortet zu lassen. Ein solches Verfahren läßt sich jedoch nicht beliebig oft wiederholen. In künftigen Fällen würde daher die Behauptung der SBZ, sie sei durch ihre Teilnahme an UN-Abkommen als souveräner Staat anerkannt, ein stärkeres Gewicht erhalten.

II.1) Die Amerikaner haben sich unseren Bedenken nicht angeschlossen und sind auch nicht auf unseren Vorschlag eingegangen, die Wirkung der All-Staaten-Klausel durch eine in den Text des Abkommens aufzunehmende „disclaimer-clause" – mit der sich die Sowjets möglicherweise im Hinblick auf Formosa einverstanden erklären würden[7] – abzuschwächen.[8] Sie sind offensichtlich sehr daran interessiert, sich so bald wie möglich mit den Sowjets zu einigen. Sie weisen zudem zu Recht darauf hin, daß wir durch unsere Argumente nicht nachträglich die Moskauer Formel diskreditieren dürfen.

2) Ein Telefongespräch, das Staatssekretär Carstens in dieser Angelegenheit mit Unterstaatssekretär Ball[9] führte, endete damit, daß Staatssekretär Carstens unter Aufrechterhaltung unserer Bedenken unser Einverständnis dazu gegeben hat, daß die amerikanische Regierung über die Beitrittsklausel des neuen Vertrages auf der Grundlage der Moskauer Teststopp-Formel Sondierungen bei den übrigen Beteiligten anstellt. Er hat jedoch darum gebeten, jede sich bietende Möglichkeit auszunutzen, um die von uns primär gewünschte

[6] An dieser Stelle wurde von Ministerialdirektor Thierfelder gestrichen: „jedoch".

[7] Am 23. Oktober 1964 erläuterte Gesandter von Lilienfeld, Washington, dem Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Tyler, die Bedenken der Bundesregierung und übermittelte den Vorschlag für eine Klausel, die eine Anerkennungswirkung zugunsten der DDR im Zuge eines Abkommensbeitritts durch dritte Staaten ausschließen sollte. Tyler sagte eine Prüfung der Anregung zu, räumte jedoch ein, „daß ihm die Möglichkeit, eine solche Klausel in das Abkommen selbst aufzunehmen, zweifelhaft erscheine". Für den Drahtbericht des Botschafters Knappstein, Washington, vgl. Abteilung V (V 1), VS-Bd. 279; B 150, Aktenkopien 1964.

[8] Vgl. dazu auch Dok. 221, Anm. 10.

[9] Über das Gespräch vom 29. Oktober 1964 teilte Staatssekretär Carstens am selben Tag der Botschaft in Washington mit, Ball habe darauf hingewiesen, daß – sollte eine „disclaimer-clause" nicht durchzusetzen sein – doch wieder auf die Beitrittsklausel des Teststopp-Abkommens vom 5. August 1963 zurückgegriffen werden müßte, „die damit deutlich den Stempel der schlechteren Lösung tragen würde ... Er müsse mir außerdem sagen, daß nach seiner Auffassung die Gefahr bestünde, daß die Generalversammlung eine Nichtanerkennungsformel, auf die man sich möglicherweise im Ausschuß einigen könnte, wieder herausstreichen würde, und dann stünden wir mit völlig leeren Händen da." Carstens und Ball kamen überein, die Frage auf Sachverständigenebene weiter zu beraten. Vgl. Abteilung V (V 1), VS-Bd. 279; B 150, Aktenkopien 1964.

Formel, nämlich eine All-Staaten-Klausel mit einer „disclaimer-clause" durchzusetzen.[10]

III.1) Hiesige französische Botschaft hat am 10. November auf Weisung des Quai d'Orsay um Erläuterung unseres Standpunktes in der Frage der Beitrittsklausel gebeten. Der Vertreter der Botschaft wurde in großen Zügen über die gegen eine Wiederholung der Moskauer Teststopp-Formel bestehenden Bedenken – auf die er übrigens auch selbst hinwies – sowie über das oben erwähnte Gespräch zwischen Staatssekretär Carstens und Unterstaatssekretär Ball unterrichtet.

2) Der französischen Botschaft wurde ferner der Text der von uns vorgeschlagenen „disclaimer-clause" zugeleitet. Sie lautet folgendermaßen:

„Die Abgabe von Ratifikations-, Annahme- oder Beitrittserklärungen durch Gebiete oder Behörden, die nicht allgemein als Staaten oder Regierungen anerkannt sind, bewirkt keine Änderung des allgemeinen Status solcher Gebiete oder Behörden und hat insbesondere auch nicht ihre Anerkennung durch solche Staaten zur Folge, von denen sie nicht bereits anerkannt sind."

IV. Dieser Erlaß ist nur zur dortigen Unterrichtung bestimmt. Eine Demarche bei der französischen Regierung ist im Hinblick auf die deutsch-amerikanische Absprache bis auf weiteres nicht beabsichtigt.[11]

Thierfelder[12]

Abteilung V (V 1), VS-Bd. 279

[10] Vgl. dazu auch das Schreiben des Staatssekretärs Carstens vom 5. November 1964 an den Staatssekretär im amerikanischen Außenministerium, Ball; Büro Staatssekretär, VS-Bd. 439; B 150, Aktenkopien 1964.

[11] An dieser Stelle wurde von Ministerialdirektor Thierfelder gestrichen: „Für den Fall, daß die Botschaft von französischer Seite in dieser Angelegenheit angesprochen werden sollte, wird um sofortigen Bericht, im übrigen aber um Zurückhaltung gebeten, da Prüfung hier noch nicht abgeschlossen ist."
Zur Fortsetzung der Beratungen über die Frage der Beitrittsklausel hielten sich Thierfelder und Vortragender Legationsrat I. Klasse von Schenck vom 23. bis 25. November 1964 in den USA auf. Zu den Gesprächen in New York und Washington vgl. die Aufzeichnung von Thierfelder vom 3. Dezember 1964; Abteilung V (V 1), VS-Bd. 279; B 150, Aktenkopien 1964. Vgl. dazu auch Dok. 353, Anm. 35.
Die Verhandlungen innerhalb der UNO wurden mit dem Vertrag über die friedliche Erforschung und Nutzung des Weltraums abgeschlossen, der am 19. Dezember 1966 von der UNO-Generalversammlung gebilligt wurde und hinsichtlich der Beitrittsmodalitäten dem Teststopp-Abkommen vom 5. August 1963 entsprach. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1967, D 1–5.

[12] Paraphe.

325

Bundestagspräsident Gerstenmaier an Bundeskanzler Erhard

MB 1115/64 VS-vertraulich **12. November 1964**[1]

Sehr verehrter Herr Bundeskanzler!

Wie Sie wissen, habe ich einem dringenden Wunsch des Auswärtigen Amts entsprechend schon vor Monaten eine Einladung des Präsidenten der Vereinigten Arabischen Republik zu einem persönlichen Besuch und Gespräch in Kairo angenommen.[2] Diese Entscheidung entsprach nicht unbedingt meinem persönlichen Wunsch, ich habe mich aber aus Gründen, die ich respektieren muß, dem Votum des Auswärtigen Amts[3] angeschlossen und die Einladung angenommen. In der Zwischenzeit gab es wegen eines Presseinterviews, das Herr Nasser einer rechtsradikalen deutschen Zeitung gegeben hat, erneute Schwierigkeiten[4], die aber ebenfalls im Laufe der vergangenen Monate beigelegt wurden. Vor einigen Wochen trat der Botschafter der VAR[5] hier erneut und dringlich an mich heran und mahnte die Verwirklichung der Zusage an. Ich habe daraufhin die Sache erneut zum Gegenstand eines Gesprächs im Ältestenrat des Bundestags gemacht und schließlich auch noch in einer Präsidialsitzung des Bundestags um das Votum jedes einzelnen Vizepräsidenten gebeten. Die-

[1] Ablichtung.
Das Schreiben wurde vom Leiter des Außenpolitischen Büros im Bundeskanzleramt, Osterheld, am 13. November 1964 Vortragendem Legationsrat I. Klasse Simon mit der Bitte um baldige Vorlage eines Antwortentwurfs zugeleitet.
Hat Bundeskanzler Erhard am 13. November sowie Bundesminister Schröder und Staatssekretär Carstens am 14. November 1964 vorgelegen. Carstens verfügte handschriftlich die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Schirmer.
Vgl. zu dem Schreiben auch GERSTENMAIER, Streit und Friede, S. 498.

[2] Am 24. März 1964 übermittelte der ägyptische Botschafter Sabri eine Einladung des Präsidenten Nasser an Bundestagspräsident Gerstenmaier, der darauf einen Besuch in der VAR für den „Spätherbst" zusagte. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Böker; Referat I B 4, Bd. 77.

[3] Mit Schreiben vom 23. März 1964 übermittelte Ministerialdirektor Jansen Bundestagspräsident Gerstenmaier eine Aufzeichnung über die Haltung der Bundesregierung im Hinblick auf die in Kairo bevorstehenden Konferenzen der Organisation der Afrikanischen Einheit (OAU) und der blockfreien Staaten. Darin wurde konstatiert: „Aus diesem Grund empfiehlt sich gegenwärtig eine besonders sorgfältige Pflege unserer Beziehungen zu Nasser. Es sollte vermieden werden, eine Einladung abzulehnen; falls der Herr Bundestagspräsident jetzt nicht nach Ägypten reisen will, könnte der Zeitpunkt eines Besuches offen gelassen werden." Vgl. Referat I B 4, Bd. 77.

[4] Dazu erläuterte Bundestagspräsident Gerstenmaier mit Schreiben vom 9. September 1964 an Bundesminister Schröder, nach der Annahme der Einladung des Präsidenten Nasser habe es „so etwas wie eine Pressepolemik" gegeben. Auf seine, Gerstenmaiers, Äußerungen im Deutschen Fernsehen zugunsten Israels sei ein Interview von Nasser für die „Deutsche National-Zeitung" gefolgt, in dem dieser „kaum verhüllt den Angriffskrieg auf Israel angekündigt" habe. Vgl. Referat I B 4, Bd. 77.
Für das Interview von Nasser vgl. den Artikel „Krieg mit Israel ist unvermeidbar"; NATIONAL-ZEITUNG UND SOLDATEN-ZEITUNG, Nr. 18 vom 1. Mai 1964, S. 1–4.
Zum Plädoyer von Gerstenmaier vom 3. April 1964 für eine Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Israel vgl. Dok. 88, Anm. 17.

[5] Gamal E. Mansour.

ses Votum entsprach Ihrem eigenen Wunsch ebenso wie dem des Herrn Bundesaußenministers.

Ich sah danach keine Möglichkeit mehr, den Besuch in Kairo abzusagen, und zwar vor allem auch deshalb, weil inzwischen der Militärhilfevertrag mit Israel bekannt geworden war.[6] Der Große Arbeitskreis der CDU/CSU-Fraktion, der sich mit der Sache ebenfalls befaßt hatte, bestürmte mich desgleichen, die Reise nunmehr auf keinen Fall abzusagen.

Ich möchte ausdrücklich auch jetzt noch sagen, daß ich lediglich deshalb bereit bin, die Reise zu machen, weil ich in der ohnehin gespannten Situation keine Möglichkeit mehr sehe, von der Sache abzugehen, ohne Herrn Nasser nicht nur zu verärgern, sondern geradezu zu beleidigen. Auf der anderen Seite aber kann ich nicht nach Kairo gehen, wenn ich keine Möglichkeit habe, mich in einigen Sachfragen mit der Bundesregierung zu verständigen, die ganz sicher in dem Gespräch mit Herrn Nasser angesprochen werden. Unbeschadet der von mir immer respektierten Tatsache, daß nicht das Parlament und der Parlamentspräsident mit fremden Regierungen verhandeln, sondern die Regierungen das tun, besteht kein Schatten eines Zweifels darüber, daß das Gespräch mit Herrn Nasser sich nicht nur in Allgemeinheiten bewegen und auf Atmosphäre abgestellt werden kann.

Vor allem möchte ich mich unter keinen Umständen mehr einer Situation aussetzen, wie sie mir bei meinem Besuch in Israel[7] entgegentrat. Ich folgte seinerzeit, wiederum im Einvernehmen mit der Bundesregierung, einer Einladung Israels und stellte mich übrigens als erster Deutscher im Amt einem großen Auditorium in der Hebräischen Universität von Jerusalem.[8] In den Gesprächen mit den Mitgliedern der israelischen Regierung hatte ich jedoch keine Ahnung davon, daß es einen Militärhilfevertrag meines Landes mit Israel gibt. Hätte ich den Vertrag gekannt, dann bin ich überzeugt, daß wir heute nicht mehr vor den Schwierigkeiten stünden, die sich aus der Frage der diplomatischen Beziehungen ergeben, weil ich dann seinerzeit mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit das Einverständnis der Israelis zu der Errichtung von Handelsvertretungen erreicht hätte, wie Sie sie selber z. Z. erwägen.[9] Herr Nasser wird mich mit Sicherheit auf den Militärhilfevertrag ansprechen. Ich halte es für unmöglich, mich einer solchen Situation auszusetzen, ohne den Vertrag selber zu kennen. Meine erste Bitte an Sie geht deshalb dahin anzuordnen, daß ich

a) von dem Wortlaut des Vertrags in Kenntnis gesetzt werde;

b) über etwaige damit verknüpfte Zusatzabkommen informiert werde;

c) eine hinreichende Information darüber erhalte, welche Lieferungen erbracht sind und welche noch erbracht werden sollen;

[6] Zu den Pressemeldungen über die Waffenlieferungen der Bundesrepublik an Israel vgl. Dok. 306, Anm. 2.
Zur Ausrüstungshilfe für Israel vgl. Dok. 289.

[7] Bundestagspräsident Gerstenmaier hielt sich vom 19. bis 29. November 1962 in Israel auf. Vgl. dazu DEUTSCH-ISRAELISCHER DIALOG I/1, S. 198–214; GERSTENMAIER, Streit und Friede, S. 489–496.

[8] Für den Wortlaut der Rede vom 21. November 1962 vgl. BULLETIN 1962, S. 1835–1840.

[9] Vgl. dazu Dok. 315.

d) erfahre, ob die Bundesregierung u.U. auch an eine vorzeitige Auflösung des Vertrags denkt oder ob sie sich, was ich verstehen würde, auf jeden Fall an die termingerechte und vollständige Einhaltung des Vertrags gebunden fühlt.

Bei dem allem gehe ich davon aus, daß die Bundesregierung weitere Verträge dieser Art nicht mehr zu schließen beabsichtigt. Das entspräche jedenfalls, soweit ich sehe, der z.Z. im Parlament herrschenden Stimmung in dieser Sache. Ich rechne jedenfalls damit, daß im Zusammenhang mit der Behandlung der SPD-Vorlage zu Art. 26 GG[10] der Bundestag ein Gesetz beschließen wird, das militärische Hilfeleistungen an Staaten außerhalb der NATO untersagt.

Abgesehen von diesen Fragen sollte ich natürlich wissen, ob die Bundesregierung der VAR weitere Zusagen zu machen bereit oder in der Lage ist hinsichtlich der Entwicklungshilfe.[11] Ich erlaube mir deshalb, Ihnen die Frage vorzulegen, ob z.B. ein Projekt, von dem ich in vagen Umrissen etwas gehört habe, von der Bundesregierung ernsthaft erwogen oder im Grundsatz gar beschlossen ist, nämlich die Errichtung und Finanzierung einer Meerwasserentsalzungsanlage auf atomarer Basis.[12] Es ist nicht meine Absicht, dazu in irgendeiner Weise Stellung zu nehmen. Aber für das Gespräch scheint es mir immerhin von Bedeutung zu sein zu wissen, ob etwas Derartiges beabsichtigt wird oder realisiert würde, oder ob Vorschläge oder Angebote dieser Art von der Bundesregierung nicht gemacht werden sollen.

Ich fürchte, daß, falls man Überlegungen dieser Art nicht nähertritt, es praktisch unmöglich sein wird, Herrn Nasser auf seine bisherige Zurückhaltung gegenüber dem Militärhilfevertrag festzulegen, und ihn gleichzeitig mit dem Gedanken der Errichtung einer deutschen Handelsvertretung in Israel vertraut zu machen.

Ich habe den Wunsch, meinem Besuch in Deutschland wie in Kairo so wenig als möglich offizielles Gepräge zu geben. Aber es wäre besser, gleich zu Hause zu bleiben und die Konsequenzen hinzunehmen, als nach Kairo zu gehen, ohne daß über die vorstehenden Fragen hier zuvor Klarheit geschaffen wird. In Anbetracht der Eilbedürftigkeit der Sache – ich muß am 20. November reisen[13] – wäre ich Ihnen für eine Äußerung bis Anfang der nächsten Woche aufrichtig dankbar. Ich muß diese Äußerung jedenfalls so rechtzeitig haben, daß ich schließlich von der Reise auch noch zurücktreten kann.[14]

Mit verbindlicher Begrüßung bin ich

Ihr ganz ergebener
Gerstenmaier

Abteilung I (I B 4), VS-Bd. 105

[10] Zum Antrag der SPD-Fraktion vom 25. Juni 1964 vgl. Dok. 214, Anm. 4.

[11] Zur Wirtschaftshilfe für die VAR vgl. Dok. 280, Anm. 4, und weiter Dok. 345, besonders Anm. 6.

[12] Vgl. dazu Dok. 332.

[13] Die Abreise wurde auf Wunsch des Bundestagspräsidenten Gerstenmaier auf den 19. November 1964 vorverlegt. Vgl. dazu den Drahterlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schirmer vom 16. November 1964; Referat I B 4, Bd. 77.

[14] Zum Antwortschreiben des Bundeskanzlers Erhard vgl. Dok. 340.

326

Bundeskanzler Erhard an Präsident Nasser

30 105-1154^{IV}/64 geheim **12. November 1964**[1]

Sehr geehrter Herr Präsident!

Durch den deutschen Botschafter in Kairo habe ich Ihrer Regierung bereits den offiziellen Dank der Bundesregierung übermitteln lassen für die Unterstützung, die die VAR auf der vergangenen Konferenz der ungebundenen Staaten unseren Anliegen in der Deutschlandfrage gewährte.[2] Ich möchte Ihnen mit diesem Schreiben nochmals zum Ausdruck bringen, wie sehr die Bundesregierung Ihr persönliches Eintreten für das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes und seinen Anspruch auf Einheit zu würdigen weiß. Ich betrachte Ihre Haltung als Ausdruck der traditionellen Freundschaft zwischen Deutschland und der arabischen Welt, der gerade heute, in einer politisch so spannungsvollen Zeit, besondere Bedeutung zukommt. Es liegt mir daran, das Meine zu tun, um diese Freundschaft zu erhalten und trotz aller Schwierigkeiten auszubauen.

Der Herr Bundespräsident und die Bundesregierung hoffen, daß es Ihnen möglich sein wird, im kommenden Jahr zu einem Staatsbesuch in die Bundesrepublik zu kommen, um dieser Verbundenheit zwischen unseren Völkern weiteren Ausdruck zu verleihen.[3] Botschafter Dr. Federer hat Weisung erhalten,

[1] Durchdruck.
Das Schreiben wurde vom Leiter des Außenpolitischen Büros im Bundeskanzleramt, Osterheld, am 9. November 1964 auf der Grundlage eines Entwurfs des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schirmer konzipiert. Für den Entwurf von Schirmer vom 5. November 1964 vgl. Abteilung I (I B 4), VS-Bd. 214; B 150, Aktenkopien 1964.
Der Wortlaut wurde Botschafter Federer, Kairo, am 20. November 1964 übermittelt, der ihn Präsident Nasser anläßlich des Gesprächs mit Bundestagspräsident Gerstenmaier am 22. November 1964 in englischer Übersetzung überreichte. Vgl. dazu Dok. 352.

[2] Mit Drahtbericht vom 14. Oktober 1964 resümierte Botschafter Federer, Kairo, die VAR habe auf der Konferenz der blockfreien Staaten vom 5. bis 10. Oktober 1964 „nicht nur alles unterlassen, was unsere Deutschlandpolitik hätte gefährden können, sondern ... positiv in unserem Sinne gewirkt". Federer erläuterte, Präsident Nasser rechne nun mit einer Einladung zu einem Besuch in der Bundesrepublik, und gab zu bedenken: „Ein Ausbleiben oder Hinauszögern dieser Einladung würde tiefe Verstimmung hervorrufen und von ägyptischer Seite zweifellos auf israelische Einflußnahme zurückgeführt werden. Außerdem würde der Eindruck entstehen, unser Interesse an der VAR ginge wieder zurück, nachdem die Konferenz ohne Beeinträchtigung unserer Deutschlandpolitik verlaufen ist." Vgl. Abteilung I (I B 4), VS-Bd. 106; B 150, Aktenkopien 1964.
Zur Konferenz der blockfreien Staaten und zu den Rückwirkungen auf die Deutschland-Frage vgl. Dok. 275 und Dok. 280.

[3] Bundeskanzler Erhard hatte die Einladung erstmals bereits anläßlich des Antrittsbesuchs des ägyptischen Botschafters Mansour am 18. Juni 1964 ausgesprochen. Mit Rücksicht auf britische Einwände wegen der Zeitplanung des Besuchs der Königin Elisabeth II. in der Bundesrepublik war ein entsprechendes Schreiben jedoch nicht abgesandt worden. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Böker vom 4. September 1964; Abteilung I (I B 4), VS-Bd. 214; B 150, Aktenkopien 1964.
Zur Einladung durch Bundespräsident Lübke vgl. auch BULLETIN 1964, S. 1585.
Zur Vorgeschichte vgl. auch Dok. 95 und Dok. 242.

Ihnen die offizielle Einladung des Herrn Bundespräsidenten in Kürze zu übermitteln.[4]

Ich freue mich darauf, Sie in der Bundesrepublik willkommen heißen zu dürfen.

Mit verbindlichen Empfehlungen
und mit besten Wünschen

[gez.] Ludwig Erhard

Ministerbüro, VS-Bd. 8448

327

Bundesminister von Hassel, z.Z. Washington, an Bundesminister Schröder

Z B 6-1/8796/64 geheim **Aufgabe: 12. November 1964, 21.45 Uhr**
Fernschreiben Nr. 3331 **Ankunft: 13. November 1964, 04.00 Uhr**
Cito

Für Minister und Staatssekretär

Betr.: MLF

Bei meinem heutigen Gespräch mit Rusk[1], an dem auf amerikanischer Seite auch Unterstaatssekretär Ball, auf deutscher Seite Botschafter Knappstein und Gesandter von Lilienfeld teilnahmen, kam es zu einem erneuten Gedankenaustausch über das MLF-Problem.

Ich legte dar, daß die Briten ein Anrecht darauf hätten, daß ihre Vorschläge[2], sowie sie vorlägen, sorgfältig geprüft würden. Dies könne eine Verzögerung des Abschlußtermins um vier bis sechs Wochen bis in den Januar oder Fe-

[4] Staatssekretär Carstens bat Botschafter Federer, Kairo, am 20. November 1964 anläßlich der Übermittlung des Schreibens des Bundeskanzlers Erhard, Präsident Nasser mitzuteilen, daß Bundespräsident Lübke die Einladung nach interner Abstimmung des Besuchstermins baldmöglichst aussprechen werde; jedoch würde die Bundesregierung eine vorherige Information über die Terminvorstellungen von Nasser begrüßen. Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 422; B 150, Aktenkopien 1964.
Die formelle Einladung durch Bundespräsident Lübke erfolgte nicht. Vgl. dazu das Schreiben des Bundestagspräsidenten Gerstenmaier vom 11. Januar 1965 an Bundesminister Schröder; AAPD 1965.

[1] Bundesminister von Hassel hielt sich gemeinsam mit dem Generalinspekteur der Bundeswehr, Trettner, vom 10. bis 17. November 1964 in den USA auf. Für das Kommuniqué über die Gespräche mit dem amerikanischen Verteidigungsminister McNamara und dem Vorsitzenden der Vereinigten Stabschefs, General Wheeler, vgl. BULLETIN 1964, S. 1557 f. Vgl. dazu auch Dok. 338, Anm. 5.

[2] Zu den Vorstellungen der neuen britischen Regierung hinsichtlich der geplanten MLF vgl. Dok. 305 und weiter Dok. 334.

bruar hinein notwendig machen.[3] Sodann wies ich auf unsere grundsätzlichen Bedenken gegen gewisse Aspekte der britischen Überlegungen hin; Einbringen von Pershings und Jagdbombern würde mit der Aufgabe der MLF in Widerspruch stehen; Errichtung eines besonderen nuklearen Oberkommandos außerhalb SACEURs würde SACEURs Aufgabe erschweren und die europäische Position der NATO schwächen. Hier liege auch ein politisches Problem. Dagegen ließe sich u.U. hinsichtlich des Einbringens der Polaris-U-Boote ein Kompromiß finden.

Außenminister Rusk zeigte sich im Gegensatz zu der besorgten Haltung, die er gestern abend angesichts der Nachrichten aus Deutschland[4] an den Tag gelegt hatte, sichtlich beruhigt. Er betonte zunächst, daß Gerüchte, die offenbar in Bonn umliefen, wonach Gordon Walker in Washington[5] eine Bedenkzeit von sechs Monaten bis zu einem Jahr zugestanden worden sei, absolut falsch seien. Man habe ihm allerdings gesagt, daß nach hiesigem Eindruck der Abschluß nicht mehr in diesem Jahr erfolgen könne. Rusk sprach sich hinsichtlich des Zustandekommens der MLF hoffnungsvoll aus und rechnete damit, daß sie sich aus amerikanischen, deutschen, britischen, niederländischen, italienischen und möglicherweise auch einigen griechischen und türkischen Beiträgen zusammensetzen würde. Auch Spaak persönlich sei für einen Beitritt Belgiens.[6] Ich fügte hinzu, daß auch der belgische Verteidigungsminister[7] hinter Spaak stehe.

Rusk betonte, es sei für die Annahme der Charta im Kongreß notwendig, daß Europa die MLF wünsche. Es dürfe auf keinen Fall so aussehen, als ob sie nur auf amerikanischen Druck zustande komme.

[3] Am 6. November 1964 äußerte der amerikanische Botschafter gegenüber Staatssekretär Carstens, er habe Bundeskanzler Erhard informiert, „daß die Briten ihre Vorschläge zur MLF erst Anfang März 1965 vorlegen wollten". McGhee wandte sich gegen eine solche Verzögerung und unterstützte den Vorschlag von Carstens, die Ausarbeitung eines MLF-Vertrags bis zum 1. Februar 1965 abzuschließen. Für die Aufzeichnung von Carstens vom 9. November 1964 vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 432; B 150, Aktenkopien 1964. Vgl. dazu auch Dok. 319, Anm. 10.
Der britische Vorschlag einer „Atlantic Nuclear Force" wurde anläßlich des Gesprächs des Bundesministers Schröder mit Außenminister Gordon Walker am 11. Dezember 1964 in London vorgelegt. Vgl. Dok. 382.
Zu den Bemühungen, einen MLF-Vertrag noch im Jahr 1964 zu unterzeichnen vgl. zuletzt Dok. 281.

[4] In Presseberichten wurde vermutet, daß die amerikanische Regierung mit Rücksicht auf Großbritannien zu einer Vertagung des MLF-Projekts bereit sei und daß in der Bundesrepublik trotz anderslautender offizieller Stellungnahmen eine veränderte Bewertung der geplanten MLF einsetze. Vgl. dazu DIE WELT, Nr. 262 vom 9. November 1964, S. 1, und FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 261 vom 9. November 1964, S. 3. Vgl. ferner den Artikel „Bonn still backing Mixed-Man Force, Defense Aide says"; THE NEW YORK TIMES, International Edition, Nr. 39008 vom 11. November 1964, S. 1.

[5] Zum Besuch des britischen Außenministers am 26./27. Oktober 1964 vgl. bereits Dok. 307.

[6] Der belgische Außenminister hielt sich am 8./9. November 1964 zu Gesprächen in Washington auf. Dazu berichtete Botschafter Knappstein, Washington, am 13. November 1964 anhand von Mitteilungen aus dem amerikanischen Außenministerium, Spaak habe es „sorgsam vermieden, eine Wertung der MLF vorzunehmen oder irgendetwas Näheres über die belgischen Absichten zu sagen. Offenbar habe Spaak mit der MLF in Belgien intern große Probleme." Vgl. Abteilung I (I A 1), VS-Bd. 11; B 150, Aktenkopien 1964.
Zur Haltung von Spaak gegenüber der geplanten MLF vgl. auch Dok. 197 und weiter Dok. 381, Anm. 13.

[7] Paul-Willem Segers.

Zur britischen Haltung bemerkte Rusk, daß man den britischen Vorschlag, die gesamte Nuklearmacht, unter Verzicht auf Rücknahme, der NATO zu unterstellen, doch sehr ernsthaft prüfen müsse. Nichtsdestoweniger müsse Großbritannien auch einen wirklichen Beitrag zur MLF leisten. Den Widerstand Admiral Mountbattens[8] bezeichnete er als eine bürokratische Position, die gegenüber der politischen Entscheidung der Regierung nichts bedeuten könne.

Zum Abschluß des Themas teilte Rusk mit, es sei von seiten der britischen Regierung nichts darüber gesagt worden, daß sowjetische Reaktionen gegen die MLF befürchtet würden.[9] Rusk bezeichnete dies als ein hoffnungsvolles Indiz für die britische Position.

[gez.] von Hassel

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 432

[8] Der Chef des britischen Verteidigungsstabs lehnte das Konzept der geplanten MLF ab. Vgl. dazu Philip ZIEGLER (Hrsg.), From Shore to Shore. The Tour Diaries of Earl Mountbatten of Burma 1953–1979, London 1989, S. 106.

[9] Zur sowjetischen Haltung gegenüber der geplanten MLF vgl. Dok. 210, Anm. 20. Vgl. auch Dok. 304.
Am 14. November 1964 veröffentlichte die sowjetische Nachrichtenagentur TASS eine Erklärung, in der vor den Folgen einer Verwirklichung der geplanten MLF gewarnt wurde: „Die Gefahren für den Frieden in Europa und in der ganzen Welt ergeben sich gerade daraus, daß über den Mechanismus der multilateralen Atomstreitmacht der NATO die revanchistischen und militaristischen Kreise Westdeutschlands, die die Verwirklichung ihrer Pläne einer Revision der Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges direkt mit dem Besitz von Atomwaffen verknüpfen, Zugang zu Atomwaffen erhalten würden." Vgl. AdG 1964, S. 11532.

328

Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens

St.S. 1433/64 **13. November 1964**

Betr.: Gespräch mit dem Arbeitskreis Oder-Neiße am 13. November 1964[1]

Das Gespräch, welches unter Vorsitz des Herrn Bundeskanzlers stattfand, machte deutlich, daß sich die Sprecher der Landsmannschaften unter einem zunehmenden Druck extremer Gruppen, vor allem der Soldatenzeitung[2], sehen. Sie können sich durch eine Wiederholung unserer bisherigen Formulierungen (Deutschland besteht in seinen Grenzen von 1937 fort; die Ostgrenzen können erst in einem Friedensvertrag mit Gesamtdeutschland festgelegt werden)[3] nicht mehr durchsetzen, denn es wird behauptet, daß diese Formulierungen zweideutig seien und in Wirklichkeit nur einen Schirm darstellten, hinter dem die Bundesregierung ihren Rückzug zu kaschieren suchte.

Die Vertriebenen forderten daher, daß die Bundesregierung erklären solle, sie werde um jeden Fußbreit deutschen Bodens ringen. In der Diskussion sagten der Herr Bundeskanzler und auch ich, daß man eher sagen sollte, die Bundesregierung werde sich für die Wiederherstellung des Rechts einsetzen. Einigen der Vertriebenenvertreter genügte diese Formel nicht. Ich habe darauf erklärt, man solle sich nicht über die Formulierung im einzelnen unterhalten. Aber ich hätte die Schwierigkeiten verstanden, in denen die Vertriebenenvertreter sich befänden, und ich wollte mich bemühen, dem Wunsch der Vertriebenen Rechnung zu tragen.[4]

Ich glaube in der Tat, daß eine Hinzufügung der oben genannten Formulierung vertretbar wäre.

[1] In dem innerhalb des Bundes der Vertriebenen gebildeten Arbeitskreis waren die Landsmannschaften aus den 1945 der polnischen Verwaltung unterstellten Ostgebieten des Deutschen Reiches vertreten.
Am 12. November 1964 übermittelte der Vorsitzende des Arbeitskreises zur Gesprächsvorbereitung eine Stellungnahme, in der er bezüglich der Oder-Neiße-Linie den Hinweis auf die ausstehende Friedensvertragsregelung als „in zunehmendem Maße bedenklich" bezeichnete. Von Bismarck konstatierte: „Unsicherheit und Mißtrauen im Ausland und Inland werden gefördert, wenn nicht auch das selbstverständliche Recht jeder deutschen Regierung ausgesprochen wird, mit allen friedlichen Mitteln um die nach Völkerrecht deutschen Territorien zu ringen. Wir halten es für die gemeinsame Aufgabe, nach geeigneten Wegen zu suchen, wie diese unseres Erachtens nicht länger aufschiebbare Verpflichtung in die weltpolitischen Gegebenheiten angemessen eingeordnet werden kann." Vgl. Abteilung II (II 2), VS-Bd. 224; B 150, Aktenkopien 1964.
Am 16. Oktober 1964 hatte Bundeskanzler Erhard bereits das Präsidium des Sudetendeutschen Rats empfangen. Vgl. dazu Dok. 274, besonders Anm. 5.

[2] Vgl. dazu etwa die Artikel „Noch ist Schlesien nicht verloren", „Verrät der Kanzler das Recht der Vertriebenen?" und „Erhard – Totengräber der CDU?"; NATIONAL-ZEITUNG UND SOLDATEN-ZEITUNG, Nr. 42, Nr. 44 und Nr. 45 vom 16. und 30. Oktober bzw. 6. November 1964.

[3] Zur Haltung der Bundesregierung in der Frage der Ostgrenzen Deutschlands vgl. auch Dok. 212, besonders Anm. 19, und Dok. 270.

[4] Zu einer ersten, dieser Zusage entsprechenden Initiative des Staatssekretärs Carstens vgl. Dok. 346.

Einer Anregung des Abgeordneten Rehs, die Bundesregierung möge doch einmal eine Dokumentation zum Thema Oder-Neiße-Linie zusammenstellen, in der alle Erklärungen der Bundesregierung zu dieser Frage und die Resolutionen des Bundestages enthalten seien[5], habe ich zugestimmt.

Hiermit dem Herrn Minister[6] mit der Bitte um Zustimmung vorgelegt, daß so verfahren wird, wie ich es angeregt habe.

Carstens

Büro Staatssekretär, Bd. 397

329

Aufzeichnung des Staatssekretärs Lahr

St.S. 2116/64 geheim **13. November 1964**

Betr.: Gespräch Präsident Hallstein mit Außenminister Couve de Murville

Präsident Hallstein unterrichtete mich am 11. d.M.[1] über den wesentlichen Inhalt eines am Vorabend mit Minister Couve de Murville geführten Gesprächs.

Den Hinweis Hallsteins auf die mit der Getreidepreisfrage[2] für die Bundesregierung verbundenen Risiken habe Couve de Murville damit beantwortet, daß der französischen Regierung ein Regierungswechsel in Bonn unerwünscht sei. Man könne in Paris nur hoffen, daß die Bundesregierung der um die Getreidepreisfrage betriebenen Demagogie, insbesondere der der FDP[3], Herr werden möge. Auf die von Präsident Hallstein aufgezeigten Möglichkeiten, jetzt zu einer Lösung zu gelangen, habe sich Couve de Murville wie folgt verhalten: Paris wünsche eine Regelung in der Art, wie sie die Kommission vorgeschlagen habe.[4] Ob die Einführung des Getreidepreises für 1966 oder 1967 beschlossen werde, spiele keine entscheidende Rolle. Mit dem Gedanken des „fiktiven Ge-

[5] Eine solche Sammlung war für die Zeit bis 1959 im Auswärtigen Amt bereits für den Dienstgebrauch zusammengestellt worden. Vgl. DOKUMENTATION „ODER-NEISSE-LINIE". Urkundentexte und zusätzliche Erklärungen zur Frage der deutschen Ostgebiete. Vom Potsdamer Abkommen (2.8.1945) bis April 1959, 2. verbesserte und erweiterte Auflage, Bonn 1959.

[6] Hat Bundesminister Schröder am 18. November 1964 vorgelegen, der dem Vorschlag zustimmte.

[1] Das Gespräch fand anläßlich der Tagung des EWG-Ministerrats vom 10. bis 12. November 1964 in Brüssel statt.

[2] Zur Regelung des Getreidepreises vgl. zuletzt Dok. 318.

[3] Die FDP wandte sich gegen eine Senkung des deutschen Getreidepreises zugunsten einer Harmonisierung innerhalb der EWG. Entsprechende Beschlüsse waren von der Bundestagsfraktion bereits am 14. Januar und 29. Februar 1964 verabschiedet worden. Vgl. dazu das Schreiben des FDP-Fraktionsvorsitzenden Freiherr von Kühlmann-Stumm vom 9. März 1964 an Bundeskanzler Erhard; Referat III A 2, Bd. 58. Vgl. auch den Artikel „Die FDP widersetzt sich der Senkung des Getreidepreises"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 274 vom 25. November 1964, S. 3.

[4] Zum Vorschlag der EWG-Kommission vom 4. November 1963 betreffend die Verwirklichung eines gemeinsamen Getreidepreises („Mansholt-Plan") sowie zu den ergänzenden Vorschlägen vom 12. Mai 1964 („revidierter Mansholt-Plan") vgl. Dok. 272, Anm. 12.

treidepreises“[5] könne Paris nicht viel anfangen, da die Sicherheit der Durchführung fehle. Der Vorschlag Hallsteins einer Verwirklichung des einheitlichen Getreidepreises in Stufen – Hallstein hatte von drei Stufen, 1966, 1968 und 1970, gesprochen – blieb ohne Reaktion von Couve de Murville.

Couve de Murville hat dann weiter eine Einigung über die wichtigsten der einzelnen noch offen stehenden Agrarprobleme (Milchpreis, Rinderpreis, Marktordnung für Zucker, Marktordnung für Ölsaaten und Finanzierung der Agrarpolitik)[6] für die nächste Zeit gefordert.

Auf den Hinweis von Hallstein, daß die nackte Annahme der französischen Forderungen für den Bundeskanzler sicherlich nicht zumutbar sei, sondern dies nur im Rahmen einer weiterreichenden Einigung erfolgen könne[7], habe Couve Verständnis gezeigt. Die von Hallstein kritisierte Erklärung des Ministers Peyrefitte[8] habe auch Couve de Murville als „ungeschickt“ bezeichnet. Auf die Kennedy-Runde[9] und die deutsche Europainitiative[10] angesprochen habe sich Couve de Murville jedenfalls zu letzterer reserviert gezeigt. Er habe bemerkt, der deutsch-französische Vertrag[11] beweise, daß Institutionen nicht genügten.

Den Hinweis Hallsteins, daß Bundeskanzler Erhard es mit der deutsch-französischen Freundschaft ehrlich meine und überhaupt als ein durchaus aufrichtiger Politiker anzusehen sei, habe Couve de Murville positiv aufgenommen.

Hiermit dem Herrn Minister[12] mit der Bitte um Kenntnisnahme vorgelegt.

Lahr

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 418

[5] Vgl. dazu Dok. 207, besonders Anm. 6–8.

[6] Zu den ausstehenden Entscheidungen innerhalb der EWG bezüglich Milch und Milchprodukten, Rindfleisch, Zucker und der Finanzierung der gemeinsamen Agrarpolitik vgl. Dok. 318, Anm. 14.
Für eine Verordnung über die Errichtung einer gemeinsamen Marktorganisation für Fette, die eine Regelung für Ölsaaten einschloß, legte die EWG-Kommission dem Rat am 2. Dezember 1964 einen Entwurf vor. Für den Wortlaut vgl. BULLETIN DER EWG 1/1965 (Sonderbeilage), S. 9–23.

[7] Mit Aufzeichnung vom 13. November 1964 regte Staatssekretär Lahr gegenüber Bundesminister Schröder an, ein mit Rücksicht auf die Verhandlungen bei der Kennedy-Runde kaum länger vermeidbares Einlenken in der Frage des Getreidepreises mit Gegenforderungen an die übrigen EWG-Staaten zu verknüpfen, die darauf hinausliefen, „daß die von uns vorgeschlagene Europa-Initiative von den anderen gebilligt und verwirklicht wird“. Lahr resümierte: „Die Zustimmung zum Getreidepreis gibt uns jetzt noch einmal – nach meiner Auffassung zum letzten Mal – die Chance, wesentliche deutsche Anliegen in der EWG durchzusetzen und zugleich der Gemeinschaft als solcher einen bedeutenden Auftrieb zu geben. Indem wir ‚die Flucht nach vorn‘ antreten, können wir in der EWG und in der Europapolitik wieder eine führende Rolle übernehmen, während wir im Falle des Versagens mehr Objekt als Subjekt der Europapolitik sein werden.“ Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 437; B 150, Aktenkopien 1964.
Schröder bat um den Entwurf eines entsprechenden Schreibens an Bundeskanzler Erhard. Vgl. Dok. 347.

[8] Zur Erklärung des französischen Informationsministers vom 21. Oktober 1964 vgl. Dok. 297, Anm. 4.

[9] Zu den Verhandlungen bei der Kennedy-Runde und zu den diesbezüglichen Beratungen innerhalb der EWG vgl. Dok. 273, besonders Anm. 21 und 22.

[10] Zur Europa-Initiative der Bundesregierung vom 4. November 1964 vgl. Dok. 311.

[11] Für den Wortlaut des deutsch-französischen Vertrags vom 22. Januar 1963 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 706–710.

[12] Hat Bundesminister Schröder am 14. November 1964 vorgelegen.

330

Aufzeichnung des Botschafters Grewe, z.Z. Bonn

VS-vertraulich **13. November 1964**

Betr.: MLF-Europäisierungsklausel[1]

I. Am 12. November habe ich mit dem Generalsekretär des italienischen Außenministeriums, Herrn Cattani, die Gespräche über die Europäisierungsklausel fortgesetzt. In dem Bestreben, Fortschritte zu erzielen, habe ich die Italiener veranlaßt, in ihrem bisherigen Formulierungsentwurf[2] zwei Änderungen vorzunehmen, die vor allem auch den niederländischen Wünschen[3] Rechnung tragen würden. Es handelt sich vor allem um:

1) die Beseitigung der Anfangsformel „Should all or some of the European states";

2) die Änderung desjenigen Satzteils, der die Einfügung der Monnet-Klausel[4] („transforming their national participation into a joint participation") betrifft.

Die bisherige italienische Formulierung zu 2) erweckte den Eindruck, daß dieses ein gleichsam obligatorisches Ziel künftiger Anpassungsverhandlungen sein müsse. Demgegenüber habe ich auf eine Formulierung gedrängt, die dieser Klausel einen fakultativen Charakter gibt.

[1] Vgl. dazu zuletzt Dok. 288.

[2] Für den Wortlaut des am 24. September 1964 dem Auswärtigen Amt übermittelten italienischen Vorschlags vgl. Dok. 271, Anm. 12.

[3] Die niederländische Regierung kritisierte die italienischen Vorstellungen für eine Europäisierungsklausel, weil sie eine Entwertung der miltärischen Integration zwischen Europa und den USA befürchtete. Der niederländische Vertreter bei der NATO, Boon, hatte daher bereits am 15. Juli 1964 eine allgemeinere Formulierung vorgeschlagen: „The signatory states will also review the terms of the present charter in any other circumstances which would imply a change of a fundamental character in the general situation prevailing at the time of the signature of the charter. This applies in particular in the event of a peace settlement for Germany, or the creation of a european political organisation having authority in the field of defence." Vgl. den Drahtbericht des Botschaftsrats I. Klasse Sahm, Paris (NATO), vom 16. Juli 1964; Abteilung II (II 7), VS-Bd. 1369; B 150, Aktenkopien 1964.

[4] In der Erklärung des von Jean Monnet geleiteten „Aktionskomitees für die Vereinigten Staaten von Europa" vom 1. Juni 1964 wurde im Hinblick auf die geplante MLF u.a. ausgeführt: „Das Statut dieser Organisation muß sich in der Weise entwickeln können, daß es sich den Änderungen in den Erfordernissen der atlantischen Allianz und in der Technik sowie den späteren Fortschritten bei der Einigung Europas und den tatsächlichen Fortschritten der atomaren Abrüstung anpassen kann; – Die Partnerschaft zwischen dem Vereinigten Europa und den Vereinigten Staaten auf der Grundlage der Gleichberechtigung muß eine europäische Organisation einbegreifen, die mit der Organisation der Vereinigten Staaten eng assoziiert ist; die europäischen Länder, die die erforderlichen gemeinsamen Institutionen schaffen, können zu diesem Zweck beschließen, ihren nationalen Beitrag in einen gemeinsamen Beitrag umzuwandeln; – In diesem Falle ist zwischen den Vereinigten Staaten und dem Vereinten Europa ein Vertrag abzuschließen, der sowohl für ihre Atomwaffen als auch in bezug auf die ihnen zur Verfügung stehenden wissenschaftlichen und industriellen Mittel und Möglichkeiten das gemeinsame Vorgehen regelt." Vgl. EUROPÄISCHE POLITISCHE EINIGUNG, S. 258 f.
Vgl. zu der Erklärung auch Dok. 196, Anm. 11.

Das Ergebnis des Gesprächs ist die in der Anlage I beigefügte italienische Formel[5], die mir nach dem Gespräch übermittelt wurde. Diese Formel enthielt nicht die in Klammern gesetzten Worte, deren Einfügung mir jedoch noch notwendig scheint, um diesen fakultativen Charakter deutlich zu machen.

Ich bitte um Weisung, ob die Formel in dieser ergänzten Form für annehmbar gehalten wird.

II. Ich habe Cattani gegenüber keinen Zweifel gelassen, daß wir diese Europäisierungsklausel nur im Zusammenhang mit einer allgemeinen Revisionsklausel anzunehmen bereit seien, die auch den Fall der Wiedervereinigung erwähnt. Den Italienern liegt hierfür der in Anlage II beigefügte Entwurf eines anderen Artikels vor.[6] Cattani ließ abermals die italienische Zurückhaltung gegenüber dem letzten Satz dieses Artikels erkennen. Er nahm jedoch zur Kenntnis, daß ich diesen Satz als unverzichtbar bezeichnete und ihm auseinandersetzte, daß er für uns unentbehrlich sei, um uns gegen den Vorwurf zu schützen, es werde hier ein neues Hindernis für die Wiedervereinigung errichtet. Er stellte mir eine endgültige Stellungnahme hierzu in Aussicht.

Hiermit dem Herrn Staatssekretär[7] vorgelegt.

Grewe

Abteilung II (II 7), VS-Bd. 1369

[5] Dem Vorgang beigefügt. Der Vorschlag lautete: „Should the European States, parties to the present Charter, as well as non-participating states, reach an agreement to establish an European Union having authority in the field of defence, the contracting parties shall negotiate such adaptations to the Charter as will become advisable to meet the new circumstances. In particular, the European parties who are also members of such Union shall negotiate with the other members of the force the appropriate modifications of the Charter directed to create a partnership between the U.S. and the European Union in the organization of a common defence in the field of nuclear weapons (with a view of) transforming their national participation in the MLF into a joint participation." Vgl. Abteilung II (II 7), VS-Bd. 1369; B 150, Aktenkopien 1964.

[6] Dem Vorgang beigefügt. Der Vorschlag lautete: „The Signatory States will also review the terms of the present Charter in any other circumstances which would imply a change of a fundamental character in the general situation prevailing at the time of the signature of the Charter. This applies in particular in the event of the reunification of Germany." Vgl. Abteilung II (II 7), VS-Bd. 1369; B 150, Aktenkopien 1964.

[7] Hat Staatssekretär Carstens am 13. November vorgelegen, der am 14. November 1964 handschriftlich die Weiterleitung an Ministerialdirektor Krapf verfügte und um Stellungnahme nach Abstimmung mit den Ministerialdirektoren Müller-Roschach und Jansen bis zum 20. November 1964 bat. Hat Krapf am 16. November 1964 vorgelegen, der Referat II 7 um Rücksprache bat.

331

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Müller-Roschach

Pl-318/64 geheim **13. November 1964**[1]

Betr.: Amerikanisches und sowjetrussisches Interesse im Rahmen von Abrüstungsvorschlägen (Gomulka-Plan)[2] an Kontrollen der Internationalen Atom-Energie-Agentur (IAEA) für die friedliche Kernindustrie; Europäische Kontrollen im Rahmen von EURATOM[3]

I. 1) Die im Sommer d.J. in Genf vorgelegten amerikanischen Pläne für ein Einstellen (cut-off) der nuklearen Produktion von Brennelementen sehen eine Kontrolle durch die IAEA/Wien (eine Unterorganisation der UNO) vor, die nach amerikanischen Vorstellungen offenbar auf nukleare Abrüstungs- und Rüstungskontrollmaßnahmen ausgedehnt werden soll (Washington VS-vertraulich Nr. 1784 vom 13. Juni 1964[4]).

2) In verschiedenen Wahlreden Ende Oktober d.J. hat Präsident Johnson im Zusammenhang mit einer Verhinderung der nuklearen Proliferation wiederum auf die Kontrollfunktionen der IAEA/Wien hingewiesen (Reden vom 23. Oktober und 26. Oktober 1964).[5]

3) Die neue britische Regierung hat ihr Interesse an Abrüstungsmaßnahmen durch die Ernennung eines Abrüstungsministers[6] zu erkennen gegeben. Es kann damit gerechnet werden, daß sie den geschilderten Vorstellungen der amerikanischen Regierung auf dem Abrüstungsgebiet und den erwähnten Ge-

[1] Folgender maschinenschriftlicher Vermerk wurde von Staatssekretär Carstens gestrichen: „Terminsache: Besuch des britischen Außenministers in Bonn, Amerika-Reise des Herrn Bundesministers des Auswärtigen." Dazu notierte Carstens am 14. November 1964 auf einem gesonderten Blatt handschriftlich für Bundesminister Schröder: „Wir haben keine Anhaltspunkte dafür, daß Walker oder Ball die Sache besprechen wollen."

[2] Zum Memorandum der polnischen Regierung vom 29. Februar 1964 über das „Einfrieren" der nuklearen Rüstung in Mitteleuropa vgl. Dok. 59, Anm. 29, und Dok. 61.
Zur Haltung der Bundesregierung vgl. auch Dok. 204.

[3] Vgl. dazu bereits Dok. 294.

[4] Dem Vorgang nicht beigefügt. Vgl. Abteilung II (II 8), VS-Bd. 311; B 150, Aktenkopien 1964.
Im amerikanischen Vorschlag vom 25. Juni 1964 wurde einleitend ausgeführt: „The possibility should be explored of application by the IAEA of the procedures described below for the inspection of declared facilities, as might be agreed in consultation with that organization. It is recognized that such a programme would require the strengthening of IAEA organization and procedures." Vgl. DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1964, S. 235.

[5] Die Rede vom 23. Oktober 1964 wurde vom Leiter der amerikanischen Abrüstungsbehörde und Delegationsleiter bei der Konferenz der 18-Mächte-Abrüstungskommission vor dem „Economic Club" in Detroit gehalten. Foster erläuterte die Bemühungen um ein Abkommen über die Nichtverbreitung von Kernwaffen und nannte als einen der anzustrebenden Grundsätze die internationale Anerkennung der Sicherheitsregelungen der IAEO. Vgl. Nachrichtenspiegel des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung; Abteilung I (I A 2), VS-Bd. 148; B 150, Aktenkopien 1964.
Für den Wortlaut der Rede, die Präsident Johnson am 26. Oktober 1964 in Columbia (South Carolina) hielt, vgl. PUBLIC PAPERS, JOHNSON 1963/64, S. 1454–1459.

[6] Alun Gwynne-Jones.

danken Präsident Johnsons, die IAEA als Kontrollorgan einzusetzen, positiv gegenübersteht.

II. 1) Die Polen haben den Amerikanern gegenüber bei erläuternden Gesprächen am Rande der Genfer Abrüstungskonferenz zu verstehen gegeben, daß auch sie an Kontrollen der IAEA bei den Vorschlägen des Gomulka-Plans zum Einfrieren der nuklearen Waffen in Mitteleuropa denken. Hier zeigte sich ein erstes Eingehen des Ostblocks auf die amerikanischen Vorstellungen, die IAEA-Kontrollen für Rüstungskontrollzwecke einzusetzen.

2) Gromyko hat am 26. Oktober gegenüber dem britischen Botschafter in Moskau erklärt, „die UdSSR unterstütze die Gomulka-Vorschläge für ein nukleares Einfrieren in Mitteleuropa in der Form, in der sie von der polnischen Regierung gemacht worden sind" (Drahtbericht Natogerma Paris Nr. 1489 VS-vertraulich vom 4. November 1964[7]). Hierdurch gewinnen die erwähnten polnischen Vorstellungen, die Kontrollorgane der IAEA im Rahmen des Gomulka-Plans in Mitteleuropa einzusetzen, an Gewicht.

III. 1) Nach den erwähnten Vorstellungen würde der Aufgabenbereich der Kontrollorgane der IAEA erheblich erweitert werden. Zur Zeit kann die IAEA im Prinzip nur Reaktoren und Material kontrollieren, die von ihr für die friedliche Nutzung der Kernenergie geliefert werden. Um diese Kontrollen im Laufe der Zeit einem größeren Anwendungsbereich zu erschließen, haben die USA vier für friedliche Zwecke bestimmte nukleare Leistungsreaktoren in den Vereinigten Staaten bereits freiwillig der IAEA-Kontrolle geöffnet. Sie hoffen, durch dieses Beispiel im Laufe der Zeit auch Ostblockstaaten und schließlich auch die UdSSR zu einer Öffnung ihres Gebietes für IAEA-Kontrollen zu bewegen. Dies erscheint den USA u.a. wichtig, weil im Gegensatz zur freien und ungebundenen Welt bisher keiner der für friedliche Zwecke bestimmten Nuklearreaktoren im Ostblock einer formellen Kontrolle gegen einen Mißbrauch für militärische Zwecke unterliegt. Die USA sehen sich in diesem ihrem Bestreben dadurch ermutigt, daß die UdSSR seit etwa einem Jahr bei der Ausarbeitung von Prinzipien, nach denen die IAEA ihre Kontrollen durchführen soll, aktiv mitarbeitet. Sie hat u.a. einen russischen Wissenschaftler der IAEA als Kontrolleur benannt. Hierin sehen sie ein erstes Entgegenkommen der UdSSR auf dem für weltweite Abrüstungsmaßnahmen entscheidenden Gebiet für weltweite Kontrollen.

2) Der Generalgouverneur der IAEA, der Schwede Eklund, hat im Sommer dieses Jahres auf Veranlassung der USA der Bundesregierung nahegelegt, zusätzlich zu den bereits bestehenden EURATOM-Kontrollen auf nuklearem Gebiet in der Bundesrepublik auch noch einige der für friedliche Zwecke bestimmten deutschen Reaktoren der IAEA-Kontrolle zu unterwerfen, um dadurch die Bestrebungen der USA, die IAEA zu stärken und den IAEA-Kontrollen weltweite Anerkennung (vgl. oben III 1) zu verschaffen, zu unterstützen. Die Vorschläge Eklunds wurden unter Hinweis auf die bereits bestehenden EURATOM-Kontrollen hinhaltend beantwortet.[8]

[7] Dem Vorgang nicht beigefügt.

[8] In einer Aufzeichnung des Bundesministeriums für wissenschaftliche Forschung über den Besuch des Generaldirektors der IAEO vom 10. bis 17. Mai 1964 in der Bundesrepublik wurde ein Gespräch mit Staatssekretär Cartellieri, Bundesministerium für wissenschaftliche Forschung, zu-

IV. Die Kernindustrie der sechs kontinentaleuropäischen Länder unterliegt den sehr strikten Kontrollen von EURATOM. Diese sind umfassender als die IAEA-Kontrollen; denn sie beziehen sich nicht nur auf die Kontrolle zur Verhütung militärischen Mißbrauchs von für friedliche Zwecke gelieferten Geräten und Materialien (wie bei der IAEA), sondern auf die gesamte Produktion in den EURATOM-Staaten; die militärische Produktion ist von der EURATOM-Kontrolle ausgenommen.

Die französische Regierung hat zu erkennen gegeben, daß sie einer Ausdehnung der IAEA-Kontrollen auf das Gebiet der Mitgliedstaaten von EURATOM ablehnend gegenübersteht. Es liegt nicht im Interesse Frankreichs, sein Gebiet den IAEA-Kontrollen zu öffnen; denn dann würden russische Inspektoren in gewissem Umfang Einblick in die französische Kernindustrie, also in die Basis, von der aus die „force de dissuasion"[9] entwickelt wird, und damit mittelbar auch in die Möglichkeiten der französischen militärischen Nuklearindustrie bekommen.

V. Eine Ausdehnung der IAEA-Kontrollen auf Mitgliedstaaten von EURATOM ist in der Hauptsache ein politisches und nicht etwa nur ein technisches Problem. Es berührt die Zukunft von EURATOM, unseren Verhandlungsspielraum bei Rüstungskontrollen und Abrüstungsmaßnahmen (Gomulka-Plan, Non-Proliferation[10]) und unser Verhältnis zu Frankreich.

1) EURATOM ist eine der Einigung Europas dienende Einrichtung mit integrierender Wirkung.[11] Die Kontrollbefugnisse bilden als solche und insbesondere im Zusammenhang mit der Versorgungs-Agentur[12] einen wesentlichen Bestandteil EURATOMs. Ihr Fortfall oder ein steigendes Desinteresse einzelner Mitglieder an solchen Kontrollen würde EURATOM zwangsläufig aushöhlen. Da die Mitgliedstaaten von EURATOM, wie mit Sicherheit vorauszusehen ist, doppelte Kontrollen auf ihrem Gebiet (von EURATOM und von IAEA) ablehnen werden, muß damit gerechnet werden, daß sie bei einer Ausdehnung der IAEA-Kontrollen auf ihr Gebiet im Laufe der Zeit EURATOM-Kontrollen als überflüssig empfinden und ablehnen werden, und daß somit die geschilderte unerwünschte desintegrierende Wirkung eintreten wird.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1294

sammengefaßt. Cartellieri wies Eklund „auf das geltende bilaterale Kontrollsystem unter unserem Abkommen mit den USA und Großbritannien sowie auf die EURATOM-Kontrolle" hin und erklärte: „Da diese zufriedenstellend funktionierten und unsere Leistungsreaktorprojekte sich noch in einem sehr frühen Stadium befänden, sei die aufgeworfene Frage noch nicht näher geprüft worden." Vgl. Referat I B 1, Bd. 276.

9 Zur französischen Atomstreitmacht vgl. Dok. 180, Anm. 16.

10 Zur Frage der Nichtverbreitung von Atomwaffen vgl. zuletzt Dok. 253.

11 Die Wörter „integrierender Wirkung" wurden von Staatssekretär Carstens hervorgehoben. Dazu handschriftliche Bemerkung: „Diese ist schwach. Die ganze Konstruktion ist weitgehend verfehlt."

12 Gemäß Artikel 52, Absatz 2 des EURATOM-Vertrags vom 25. März 1957 verfügte die unter Aufsicht der EURATOM-Kommission stehende Agentur „über ein Bezugsrecht für Erze, Ausgangsstoffe und besondere spaltbare Stoffe, die im Gebiet der Mitgliedstaaten erzeugt werden, sowie über das ausschließliche Recht ..., Verträge über die Lieferung von Erzen, Ausgangsstoffen oder besonderen spaltbaren Stoffen aus Ländern innerhalb oder außerhalb der Gemeinschaft abzuschließen". Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 1050.

2) Die deutsche Bereitschaft zur Teilnahme an den Rüstungskontrollen und den Abrüstungsmaßnahmen muß unserer Wiedervereinigungspolitik nutzbar gemacht werden. Dies gilt insbesondere für den Fall, daß mit ihnen nukleare Verpflichtungen verbunden sind, die wir bisher nur gegenüber unseren Verbündeten eingegangen sind oder zukünftig eingehen könnten.[13] Es wäre daher falsch, auf dem Gebiet der Kontrolle Vorleistungen zu machen, die unseren Verhandlungsspielraum für die Zukunft einengen würden. Wenn wir einmal die IAEA-Kontrolle und damit russische Kontrolleure auf deutschem Gebiet zugelassen haben, dürfte es kaum mehr möglich sein, die Ausdehnung dieser Kontrolle in anderem Zusammenhang (Non-Proliferation, Gomulka-Plan) auf unser Gebiet abzulehnen.[14]

3) Frankreich wird im Interesse einer ungestörten Entwicklung seiner militärischen Umrüstung und besonders seines Aufbaus der „force de dissuasion" IAEA-Kontrollen auf dem Gebiet Frankreichs ablehnen. Falls wir eine andere Haltung einnehmen sollten, würden wir nicht nur – wie oben dargelegt – EURATOM und damit dem weiteren Ausbau der Gemeinschaften zu einem politischen Zusammenschluß schaden können, sondern unnötig auch auf diesem Gebiet noch in einen Gegensatz zu Frankreich geraten.

Aufgrund der dargestellten Überlegungen sollten wir etwaige Aufforderungen der Amerikaner oder Engländer, Deutschland den IAEA-Kontrollen zu öffnen, ablehnen und die Übernahme von IAEA-Kontrollen jeweils im Zusammenhang mit konkreten Projekten der Rüstungskontrollen und Abrüstungsmaßnahmen zu prüfen bereit sein.

Gegenüber den Engländern und Amerikanern könnte zur Begründung der Ablehnung angeführt werden, daß
a) die Kernindustrie der Bundesrepublik Deutschland bereits den sehr strikten Kontrollen von EURATOM unterliegt, und daß
b) die Erstreckung der IAEA-Kontrollen auf Mitgliedstaaten von EURATOM deren Kontrollen im Laufe der Jahre überflüssig machen[15], EURATOM aushöhlen und damit einen der Einigung Europas dienenden Faktor entscheidend schwächen würde.

Hiermit über den Herrn Staatssekretär[16] dem Herrn Minister[17] vorgelegt.

Presseauszüge über die Reden Präsident Johnsons vom 23. Oktober 1964, 26. Oktober 1964 und 2. November 1964, eine Ablichtung des Gomulka-Plans (Auszug FS New Delhi vom 29. Februar 1964) sowie die Ablichtung eines

[13] Dieser Satz wurde von Staatssekretär Carstens hervorgehoben. Dazu handschriftliche Bemerkung: „r[ichtig]".

[14] Dieser Satz wurde von Staatssekretär Carstens hervorgehoben. Dazu handschriftliche Bemerkung: „r[ichtig]".

[15] Korrigiert aus: „EURATOM, deren Kontrollen im Laufe der Jahre EURATOM überflüssig".

[16] Hat Staatssekretär Carstens am 14. November 1964 vorgelegen.

[17] Hat Bundesminister Schröder am 15. November 1964 vorgelegen.

Schreibens der NATO vom 20. Februar 1964 (polnische Antwort auf amerikanische Fragen) sind in der Anlage beigefügt.[18]

Müller-Roschach

Abteilung I (I A 2), VS-Bd. 148

332

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jansen

I B 4-82.50/90.35/3362/64 VS-vertraulich **13. November 1964**[1]

Betr.: Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland bei der Errichtung eines Atomkraftwerks in der VAR

Bezug: Rückfrage der Abteilung III auf Bericht der Botschaft Kairo vom 5. November 1964[2]

Die Botschaft Kairo hat mit Bericht vom 5. November 1964 mitgeteilt, daß Dr. Dewidar vom Wirtschaftsministerium der VAR die Frage gestellt habe, ob die Bundesregierung bereit sei, mit einem künftigen Infrastrukturkredit auch die Finanzierung eines Atomreaktors zu übernehmen. Er bat ausdrücklich darum, hierzu eine Stellungnahme einzuholen.

Abteilung I nimmt hierzu wie folgt Stellung:

Die durch das Bekanntwerden der deutschen Waffen- und Rüstungslieferungen an Israel hervorgerufene akute Krise in den deutsch-arabischen Beziehungen[3] bedarf optisch wirksamer Gegenmaßnahmen der Bundesregierung, um negative Auswirkungen auf unsere Deutschlandpolitik zu verhindern. Die Bereitstellung von zusätzlichen Hermes-Krediten für den Fünfjahresplan ist hierfür nicht ausreichend. Die grundsätzliche Bereiterklärung, im Rahmen eines künftigen Infrastrukturkredits auch die Finanzierung eines Atomreaktors für zivile Zwecke (z.B. Süßwassergewinnung) zu übernehmen, erfüllt hingegen in besonderem Maße die Voraussetzungen, die für die politische Wirksamkeit notwendig sind. Abteilung I befürwortet daher grundsätzlich eine positive Beantwortung der ägyptischen Anfrage, sofern die nachfolgend genannten Gesichtspunkte Berücksichtigung finden:

Jede Maßnahme, die wir in der VAR ergreifen, muß zugleich im Zusammenhang mit ihrer Auswirkung auf das deutsch-israelische Verhältnis gesehen

[18] Dem Vorgang beigefügt. Vgl. Abteilung I (I A 2), VS-Bd. 148; B 150, Aktenkopien 1964.

[1] Durchdruck.

[2] Für den Bericht des Botschafters Federer, Kairo, vom 5. November 1964 vgl. Referat III B 6, Bd. 386.

[3] Zu den Pressemeldungen über die Waffenlieferungen der Bundesrepublik an Israel vgl. Dok. 306, Anm. 2.
Zur Reaktion der arabischen Staaten vgl. Dok. 315, Anm. 5.

werden. Die Übernahme der Finanzierung eines Atomreaktors durch die Bundesrepublik allein ist in Anbetracht der besonderen Empfindlichkeit Israels daher nicht zu befürworten. Es ist jedoch möglich und erwünscht, daß die Bundesregierung zusammen mit einer anderen westlichen Macht, vorzugsweise Frankreich, sich an einem solchen Projekt finanziell und mit deutschen Firmen beteiligt. Da die israelischen Vorhaben auf atomarem Sektor weitgehend von Frankreich aufgebaut und gefördert worden sind, würde ein Zusammengehen mit Frankreich von vornherein ausschließen, daß ein deutsches Aktivwerden auf diesem Gebiet in Israel zu Angriffen gegen die Bundesrepublik mißbraucht werden könnte. Andererseits hat Frankreich im Zuge der Bestrebungen zur Normalisierung seiner Beziehungen zur arabischen Welt nach Beilegung des Algerien-Konflikts[4] ein gesteigertes Interesse daran, durch Förderung nuancierter Projekte seine Position in Ägypten zu stärken. Ein gemeinsames deutsch-französisches Unternehmen würde daher in drei Richtungen positiv wirken:

1) dem ägyptischen Wunsch entgegenkommen und für uns eine wertvolle Kompensation gegenüber unseren Waffenlieferungen an Israel bieten;

2) diese Tätigkeit gegenüber Israel absichern und vor Mißdeutungen schützen;

3) auch für Frankreichs Nahost-Politik erwünscht sein und sich daher im Sinne der deutsch-französischen Zusammenarbeit günstig auswirken.

Wie bereits in früheren Aufzeichnungen dargelegt, ist eine deutsch-französische Hilfe für die VAR durch Errichtung einer Süßwassergewinnungsanlage auf atomarer Basis von den CDU-Abgeordneten Dr. Martin und Werner als Möglichkeit bereits mit dem Ministerpräsidenten der VAR, Ali Sabri, und dem stellvertretenden Präsidenten, Feldmarschall Amer, besprochen worden.[5] Durch inoffizielle Firmenkontakte wurde auch das französische Interesse bereits vorgeklärt.[6] Es wäre nunmehr notwendig,

[4] Vgl. dazu Dok. 220, Anm. 15.

[5] Dazu berichtete Botschafter Federer, Kairo, am 6. Oktober 1964: „In den vergangenen Monaten haben die CDU-Abgeordneten Dr. Martin, Werner und Gewandt teils einzeln, teils gemeinsam, vertrauliche Gespräche in Kairo auf höchster Ebene ... geführt, über welche die Botschaft, soweit sie informiert wurde, berichtet hat. Hierbei sind im Rahmen einer geplanten Zusammenarbeit auf industriellem und technologischem Gebiet auf VAR-Seite verbindliche Erwartungen geweckt worden, u.a. auf Errichtung eines Atom-Reaktors zur Gewinnung von Süßwasser aus dem Meere für Irrigation und Trinkwasserzwecke. Dieser Sachverhalt war der Botschaft bisher nicht bekannt." Federer resümierte, es bestehe die Gefahr, „daß sich die auf Grund der vielfältigen Besprechungen der Abgeordneten erhoffte Verbesserung der Beziehungen zwischen uns und der VAR-Regierung in das Gegenteil verwandelt, wenn keines der in Aussicht gestellten Projekte verwirklicht wird." Vgl. Abteilung I (I B 4), VS-Bd. 106; B 150, Aktenkopien 1964.

[6] Am 12. November 1964 hielt Vortragender Legationsrat I. Klasse Keiser Informationen des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schirmer über das Projekt der Errichtung eines ägyptischen Atomreaktors fest. Schirmer habe erklärt, „daß deutsche Firmen, und zwar in erster Linie Hochtief, Siemens und AEG, mit französischen Firmen über die gemeinsame Lieferung einer solchen Anlage in einem Gedankenaustausch ständen. Der Gesamtlieferwert betrage etwa 250–300 Mio. DM. Mit dem Projekt befasse sich auch der Conseiller Économique in der Präsidial-Kanzlei im Elysée, der offenbar die Absicht habe, das französische Industrieministerium anzuweisen, mit deutschen Gesprächspartnern über die Möglichkeit eines gemeinsamen Vorhabens auf diesem Gebiet Kontakt aufzunehmen." Vgl. Referat III B 6, Bd. 386.

1) grundsätzlich zu entscheiden, daß die Bundesrepublik im oben dargelegten Sinn tätig werden will;

2) durch die deutsche Botschaft Paris offiziell bei der französischen Regierung rückzufragen, ob diese bereit ist, sich an einem solchen Vorhaben zu beteiligen.

Nach Klärung dieser beiden politischen Voraussetzungen müßte die Verbindung mit den interessierten Firmengruppen hergestellt werden, um die technischen Einzelheiten zu erörtern. Soweit hier bekannt, wird für das Gesamtprojekt der Betrag von 250 Mio. DM benötigt, der, über mehrere Jahre verteilt, aufgebracht werden müßte. Auf die deutsche Seite würden 50% = 125 Mio. DM entfallen, von denen ein Teilbetrag im nächsten Jahr fällig wird.

Hiermit dem Herrn Staatssekretär[7] vorgelegt.

Abteilung III hat mitgezeichnet.

Ein Telegrammentwurf für die Botschaft Paris ist beigefügt.[8]

gez. Jansen

Abteilung I (I A 2), VS-Bd. 34

333

Botschafter von Walther, Ankara, an das Auswärtige Amt

Z B 6-1/8803/64 VS-vertraulich **Aufgabe: 13. November 1964**
Fernschreiben Nr. 912 **Ankunft: 13. November 1964, 11.05 Uhr**

Vor 10 Tagen, d.h. vor meiner Reise nach Bonn und vor der Rückkehr Außenminister Erkins aus Moskau[1], bat Inönü mich anläßlich einer gesellschaftlichen Veranstaltung, ihn aufzusuchen, um von mir, wie er sagte, meine persönliche Ansicht über den Stand und Möglichkeiten der Lösung des Zypernproblems zu hören. Als ich ihm mitteilte, daß ich in den nächsten Tagen nach Bonn fahren würde, bat er mich, den Besuch bis nach meiner Rückkehr aufzuschieben. Inönü hat mich heute zu sich gebeten; die Unterredung dauerte etwas über eine Stunde.

[7] Karl Carstens.

[8] Dem Vorgang beigefügt. Vgl. Abteilung I (I A 2), VS-Bd. 34; B 150, Aktenkopien 1964.
Am 23. Dezember 1964 führte Legationsrat Redies aus, daß die Frage einer Zusammenarbeit bei der Errichtung eines Atomreaktors in der VAR während der deutsch-französischen Konsultationsbesprechungen am 17. Dezember 1964 in Bonn diskutiert worden sei. Der Abteilungsleiter im französischen Außenministerium, Soutou, habe das Projekt begrüßt und eine Erörterung anläßlich der nächsten deutsch-französischen Regierungsbesprechungen vorgeschlagen. Vgl. Referat III B 6, Bd. 386.

[1] Zum Besuch des türkischen Außenministers vom 30. Oktober bis 6. November 1964 in der UdSSR vgl. Dok. 317.

1) Inönü leitete das Gespräch damit ein, Verteidigungsminister Sancar habe ihm einen außerordentlich positiven Bericht über seinen Besuch in Bonn, insbesondere über die Militärhilfslieferungen, gegeben.[2] Ich wies darauf hin, daß ursprünglich nicht daran gedacht gewesen sei, die Militärhilfe schon im Jahre 1965 zu wiederholen, daß man aber, wie ich in Bonn erfahren habe, auf Grund des Besuchs Sancars daran denke, beim Bundestag schon für das kommende Jahr eine Militärhilfe zu beantragen. Ob dieser Versuch in Anbetracht der Notwendigkeit zum Sparen gelingen würde, könne ich jetzt noch nicht beurteilen. Eine Entscheidung sei nicht vor April zu erwarten.

2) Inönü kam sodann auf die, wie er sich ausdrückte, Krisis in den deutsch-französischen Beziehungen zu sprechen. Er bat, ihm einen Kommentar zu dieser Frage zu geben. Ich teilte ihm einleitend mit, daß nach den heutigen Meldungen der Deutschen Welle die Fraktion der CDU/CSU einstimmig beschlossen habe, die Behandlung des MLF-Projekts nicht zu beschleunigen.[3] Dieser Beschluß sei gemäß der Meldung ein Entgegenkommen gegenüber Präsident General de Gaulle. Ich glaubte hieraus und aus meinen Eindrücken in Bonn entnehmen zu können, daß General de Gaulle außerordentlich viel daran liege, das MLF-Problem vorläufig zurückzustellen[4], und daß mit diesem Fraktionsbeschluß die Behandlung des Problems der Ermäßigung des Getreidepreises, des zweiten Steins des Anstoßes, voraussichtlich erleichtert werden würde.[5]

Der Vortrag Adenauers bei Bundeskanzler Erhard nach seinem Pariser Besuch[6] habe wohl eine maßgebende Rolle für diese Wendung gespielt.

[2] Der türkische Verteidigungsminister besuchte vom 25. Oktober bis 1. November 1964 die Bundesrepublik und Berlin (West). In Gesprächen mit Staatssekretär Lahr und Staatssekretär Gumbel, Bundesministerium der Verteidigung, am 27. Oktober 1964 in Bonn setzte sich Sancar für eine Fortsetzung der Verteidigungshilfe der Bundesrepublik an die Türkei im Jahr 1965 ein. Die deutsche Seite sagte eine Prüfung zu, wünschte jedoch als Grundlage eine Befürwortung durch die NATO. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Middelmann vom 5. November 1964; Abteilung I (I A 4), VS-Bd. 63; B 150, Aktenkopien 1964. Vgl. dazu auch BULLETIN 1964, S. 1490.
Zur Verteidigungshilfe für die Türkei im Jahr 1964 vgl. Dok. 18, besonders Anm. 2–5.

[3] Im Kommuniqué vom 11. November 1964 über die Sitzung des Vorstands der CDU/CSU-Bundestagsfraktion wurde zur geplanten MLF konstatiert: „Im Augenblick besteht wegen schwebender Verhandlungen in dieser Sache kein Anlaß, auf die Beschleunigung des Abschlusses entsprechender Abkommen über die MLF, an deren Entwicklung wir interessiert sind, von deutscher Seite in besonderer Weise zu drängen." Vgl. AdG 1964, S. 11523.

[4] Zur Haltung des französischen Staatspräsidenten gegenüber der geplanten MLF vgl. zuletzt Dok. 318.

[5] Mit Drahterlaß vom 14. November 1964 an Botschafter von Walther, Ankara, kritisierte Staatssekretär Carstens diese Ausführungen: „Wir streben weder eine längere Verschiebung der Entscheidung über die MLF noch derjenigen über den Getreidepreis an. Im Gegenteil bemüht sich die Bundesregierung zur Zeit besonders intensiv um eine Lösung der letzteren Frage bis zum 15. Dezember 1964 ... Eine Verbindung der beiden Komplexe (Getreidepreis und MLF) lehnen wir nachdrücklich ab." Carstens bat, Ministerpräsident Inönü entsprechend zu unterrichten. Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 432; B 150, Aktenkopien 1964.
Zur Regelung des Getreidepreises vgl. zuletzt Dok. 329 und weiter Dok. 347.

[6] Zum Besuch vom 9./10. November 1964 vgl. Dok. 316, Dok. 318 und Dok. 321.

Die Gegenfrage Inönüs, wie sich Präsident Johnson zu dieser Lösung verhalten würde, beantwortete ich mit einem Hinweis auf die Vorschläge Wilsons zur MLF-Frage[7], die ja auch bereits eine neue Diskussion des Gesamtproblems bedingt hätten. Ich nähme daher an, daß Präsident Johnson diese vorläufige Lösung begrüßen würde. Unvermittelt sagte daraufhin Inönü: „Unter den augenblicklichen Umständen wäre es auch für uns nicht ganz einfach gewesen, unseren bescheidenen Beitrag zur MLF zu leisten."

Ich glaube, aus dieser Bemerkung und den Äußerungen Erkins (siehe Drahtbericht Nr. 898 VS-vertraulich[8]) einwandfrei zu ersehen, daß die Russen auf die Türken hinsichtlich der MLF einen Druck auszuüben versucht haben.

3) Inönü ging sodann auf das Zypernproblem ein, wobei er im Gegensatz zu früheren Gesprächen optimistischer war. Er deutete an, daß durch die Gespräche Erkins in Moskau die Stellung der Türkei verbessert, die Stellung Makarios geschwächt worden sei. Auf seine Frage nach meiner Meinung führte ich aus, daß, nachdem die Türkei die UNO als Schiedsrichter anerkannt habe[9], sie nunmehr auch gezwungen sei, den Schiedsspruch der UNO anzuerkennen. Inönü stimmte mir zögernd zu, gab aber der Hoffnung Ausdruck, daß die Russen in der UNO ihren Einfluß zugunsten der Türkei geltend machen könnten. Sehr abfällig waren wieder seine Äußerungen über Papandreou; er hat sich aber offenbar inzwischen davon überzeugt, daß Papandreous Einwirkungsmöglichkeiten auf Makarios sehr gering sind und daß eine Lösung der Zypernfrage im türkischen Sinne auf anderem Wege erreicht werden muß.

4) Inönü kam dann zu der Frage, die ihm ganz offenbar am meisten am Herzen lag. Er frug mich, ob ich glaube, daß die Moskauer Gespräche in Bonn, London und Washington eine negative Reaktion hervorrufen könnten. Für Bonn glaubte ich sagen zu dürfen, daß man jede Erleichterung der Zypernfrage im türkischen Sinne begrüße, selbst wenn diese mit Hilfe der Russen herbeigeführt würde. Man wisse in Bonn, daß zwar die gemeinsame Gegnerschaft gegen die Enosis[10] in Ankara und Moskau eine gewisse Parallelität der Interessen begründe, man wisse aber auch, daß die Basis dieser Gegnerschaft völlig grundverschieden sei. Auch die groteske Situation, daß gerade die Sowjetregierung rebus sic stantibus die einzige ist, die den Türken erfolgreich Beistand in der Zypernfrage leisten könne, sei in Bonn bekannt. Auch eine Erleichterung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Türkei durch Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen mit der Sowjetunion würde man in Bonn durchaus verständnisvoll beurteilen. Andererseits kenne man in Bonn die unwandelbare NATO-Treue der Türken.

[7] Zu den Vorstellungen der neuen britischen Regierung hinsichtlich der geplanten MLF vgl. Dok. 305 und weiter Dok. 334.

[8] Vgl. Dok. 317.

[9] Nachdem die türkische Regierung zunächst auf bilateralen Verhandlungen mit Griechenland zur Lösung des Zypern-Konflikts bestanden hatte, erklärte Ministerpräsident Inönü am 3. September 1964 vor dem Parlament, die Türkei strebe eine Lösung mit Hilfe der UNO an, behalte sich jedoch nötigenfalls ein militärisches Eingreifen vor. Vgl. dazu AdG 1964, S. 11465.

[10] Zum Begriff der Enosis vgl. Dok. 189, Anm. 18.

Ähnlich glaubte ich die Lage in London beurteilen zu können, um so mehr als die Engländer im Hinblick auf ihre Basis auf Zypern die Enosis nur mit geteilter Freude sehen müßten.

Als eine der vordringlichsten Aufgaben Inönüs sähe ich es an, eine eventuelle, wenn auch unwahrscheinliche negative Reaktion in Washington zu verhindern. Es sei immer sehr schwer, die Reaktionen der Amerikaner und eines emotionellen Mannes wie Johnson vorauszusehen. Bei dem hohen Ansehen, das er, Inönü, jedoch auch in Washington genieße, müsse es möglich sein, jede Wahrscheinlichkeit einer negativen Reaktion von vornherein auszuschließen. Inönü nahm meine Ausführungen mit offenbarer Erleichterung entgegen. Aus seinen Zwischenfragen ersehe ich, daß er in seiner Beurteilung über die Person Johnson unsicher ist und gewisse Befürchtungen vor plötzlichen Stimmungswechseln bei Johnson hat. Hierzu sagte ich, daß wir in Johnson einen zuverlässigen Freund Deutschlands kennengelernt hätten.

5) Im Anschluß daran kam Inönü auf die von Bundesminister von Hassel vorgeschlagene Schaffung des militärischen Übungsgeländes in der Türkei zu sprechen.[11] Er wisse als General genau, welche unschätzbaren Auswirkungen ein solcher militärischer Übungsplatz in der Türkei auf die türkische Armee haben würde. Von allen anderen, auch wirtschaftlichen Vorteilen wolle er gar nicht sprechen. Trotzdem glaube er, daß man den Plan vorläufig zurückstellen müsse. Gerade bei der jetzigen Lage in Zypern seien die Türken darauf angewiesen, bei den Russen keine Verärgerung hervorzurufen. Die Schaffung eines Übungsplatzes aber und die rollende Verlegung von jeweils einer Brigade in die Türkei würde zweifellos auf sowjetischer Seite größte Erregung hervorrufen. Er bäte daher um Verständnis, wenn die türkische Regierung vorschlüge, sich eine Entscheidung in der Frage für später vorzubehalten.

6) Als ich im weiteren Verlauf des Gespräches glaubte zum Ausdruck bringen zu können, daß die außenpolitische Lage der Türkei, die in den letzten 9 Monaten durch die Zypernfrage teilweise außerordentlich labil gewesen sei, sich im letzten Monat gebessert zu haben schiene, bestätigte Inönü meine Ansicht. Er fuhr fort, daß aber die wirtschaftliche Lage der Türkei für Ende dieses Jahres zu allerschwersten Befürchtungen Anlaß gebe. Wenn die Freunde der Türkei nicht helfend einsprängen, wisse er nicht, welche Maßnahmen ergriffen werden müßten. Die Türkei selber habe alles getan, um durch Einengung ihres Budgets von dieser Seite her die Gefahren auszuschließen. (Tatsächlich ist es Finanzminister Melen gelungen, durch drastische Einschränkungen während des Budget-Jahres in diesem Jahr ein Budgetdefizit zu vermeiden.)

Er hoffe aber aufrichtig, daß durch die Hilfe der Deutschen, Engländer und Amerikaner eine Überbrückung bis zum nächsten Jahr möglich sein würde, so daß die schlimmsten Folgen vermieden werden könnten. Ich nehme an, daß,

[11] Am 19. Oktober 1964 gab Staatssekretär Carstens eine Mitteilung des Bundesministers von Hassel wieder, wonach „das Bundesministerium der Verteidigung erwäge, Übungsgelände für die Bundeswehr in der Türkei zu erwerben". Carstens hielt fest, er habe erklärt, daß von seiten des Auswärtigen Amts keine Bedenken bestünden. Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 446; B 150, Aktenkopien 1964.

obwohl Inönü über die Einzelheiten der Konsortialverhandlungen[12] nicht im Bilde ist, er einen Schritt Deutschlands anregte, um die Freigabe der ganzen von England versprochenen Hilfe zu erreichen.[13]

7) Ich kam daraufhin auf die in der gestrigen türkischen Presse gemeldete Absicht Inönüs zu sprechen, im Zusammenhang mit den Feierlichkeiten anläßlich der Assoziierung der Türkei in Brüssel auch Bonn zu besuchen.[14] Aus der Antwort Inönüs ersehe ich, daß auch sein Besuch in Brüssel in keiner Weise beschlossene Sache ist. Er habe zwar den Wunsch, in Brüssel bei der Zeremonie anwesend zu sein. Sein Kalender sei aber außerordentlich überfüllt, und er wisse noch nicht, ob er seine Absicht durchführen könne. Wenn er allerdings in Brüssel sei, so schiene es ihm eine angenehme Pflicht der Höflichkeit, auch Bonn zu besuchen. Ich habe zum Ausdruck gebracht, daß die Regierung in Bonn sicherlich seinen Besuch besonders begrüßen würde, ich wüßte allerdings nicht, ob die maßgeblichen Mitglieder der Regierung um diese Zeit in Bonn sein würden.

8) Inönü frug mich, wie schon früher, nochmals nach meinem persönlichen Urteil über die amerikanische Einstellung zum Kebandamm.[15] Ich versicherte ihm wieder, daß nach allen Äußerungen der amerikanischen Delegierten anläßlich der letzten Kebandamm-Sitzung mit einer sehr positiven Mitarbeit der Amerikaner am Kebandamm zu rechnen sei, vorausgesetzt, daß die Batelle-Institut-Gutachten positiv ausfielen.[16] Ich könne ihm versichern, daß auch Deutschland entschlossen sei, an diesem für die Türkei lebenswichtigen Projekt mitzuarbeiten. Man beabsichtige in Bonn, das Projekt unter die Führung der Weltbank zu stellen, die in diesen Dammbau-Projekten über eine große und sicher auch für die Türkei nützliche Erfahrung verfüge.

9) Punkt 5) habe ich geglaubt, an Verteidigungsminister von Hassel in

[12] Zum Türkei-Konsortium vgl. Dok. 21, Anm. 16 und 17.

[13] Entgegen früher zugesagten Finanzhilfen über 10,8 Mio. britische Pfund bot Großbritannien zur Deckung des im Jahr 1964 noch verbleibenden Zahlungsbilanzdefizits der Türkei auf der Tagung des Türkei-Konsortiums vom 27. bis 29. Oktober 1964 in Paris nur einen Beitrag von 2,8 Mio. Pfund an. Dazu führte Legationsrat I. Klasse Reufels am 4. November 1964 aus, eine Erhöhung der britischen Zusagen sei bei gleichzeitiger Erhöhung der Beiträge der übrigen Konsortiumsmitglieder denkbar; jedoch müßten entsprechende Berechnungen „im Hinblick auf die derzeitigen Zahlungsbilanzschwierigkeiten Großbritanniens und die englische Einstellung zur Kapitalhilfe für die Türkei als unsicher angesehen werden". Vgl. Referat III A 5, Bd. 368 A.

[14] Am 1. Dezember 1964 trat das Assoziierungsabkommen vom 12. September 1963 zwischen der EWG und der Türkei in Kraft. An der aus diesem Anlaß anberaumten ersten Sitzung des Assoziationsrats nahm als türkischer Vertreter Außenminister Erkin teil. Vgl. dazu BULLETIN DER EWG 1/1965, S. 20–22.

[15] Zum Staudamm-Projekt bei Keban vgl. Dok. 317, Anm. 17.

[16] Am 2. Oktober 1964 berichtete Botschafter von Walther, Ankara, über die zweite Konferenz der am Staudamm-Projekt bei Keban beteiligten Staaten vom 28. bis 30. September 1964. Der Botschafter erläuterte, entgegen den türkischen Befürchtungen bedeute der amerikanische Wunsch nach einer neuerlichen gutachterlichen Prüfung der Vorausberechnungen des zukünftigen Strombedarfs der Türkei keine Distanzierung von dem Bauvorhaben; die USA seien unverändert bereit, die Hälfte der Kosten zu übernehmen. Aus Gesprächen mit der amerikanischen Delegation schloß Walther: „Die neue Studie selbst wird von den Amerikanern auch für die Türkei für nützlich gehalten, und offensichtlich rechnen sie bereits damit, daß diese keine wesentlichen Änderungen des Projekts nach sich ziehen wird." Vgl. Referat III A 5, Bd. 368 A.

Washington[17] direkt durchgeben zu sollen, der bereits gestern von New York aus telefonisch nach der Entscheidung der türkischen Regierung fragen ließ.[18]

[gez.] Walther

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 420

334

Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem britischen Außenminister Gordon Walker

II 7-81-08-5/5634/64 geheim **15. November 1964[1]**

Notiz über das Gespräch zwischen dem Bundesaußenminister und dem britischen Außenminister zum Thema „Multilaterale Atomstreitmacht" am 15. November 1964

Es waren zugegen:

auf britischer Seite Außenminister Gordon Walker, Sir Harold Caccia, Sir Frank Roberts, Mr. Ledwidge; auf deutscher Seite der Bundesminister, Staatssekretär Carstens, Staatssekretär Lahr, Botschafter von Etzdorf, Vortragender Legationsrat I. Klasse Scheske, Vortragender Legationsrat Weber.

Der *Bundesminister* legte die Entwicklung des MLF-Projektes dar. Der frühere[2] Bundeskanzler habe am 14. Januar 1963 der amerikanischen Regierung versichert, wir seien bereit, mit voller Kraft an dem MLF-Projekt mitzuarbeiten.[3] Die gleiche Position gelte auch heute.

Die Motive für unsere Mitarbeit seien:

[17] Zum Besuch des Bundesministers von Hassel vom 10. bis 17. November 1964 vgl. Dok. 327, besonders Anm. 1.

[18] Am 30. November 1964 informierte Staatssekretär Carstens Bundesminister von Hassel über eine Mitteilung des Botschafters von Walther, Ankara, daß der türkische Generalstab die Frage der Einrichtung eines Übungsplatzes der Bundeswehr in der Türkei erneut diskutiert habe: „Man stehe dem deutschen Wunsch im Prinzip positiv gegenüber und habe auch zwei Plätze in Süd- und Südost-Anatolien in die engere Wahl genommen. Doch habe man sich auf den Standpunkt gestellt, daß das Projekt erst nach Beendigung der Zypern-Krise realisiert werden sollte." Ferner, berichtete Carstens, sei „die Frage aufgetaucht, ob es zweckmäßiger sein könnte, den Truppenübungsplatz der NATO zur Verfügung zu stellen". Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 446; B 150, Aktenkopien 1964.

[1] Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Scheske am 17. November 1964 gefertigt.
Hat Staatssekretär Carstens am 18. November 1964 vorgelegen, der handschriftlich die Weiterleitung an Bundesminister Schröder verfügte.
Hat Schröder am 18. November 1964 vorgelegen.

[2] Dieses Wort wurde von Bundesminister Schröder handschriftlich eingefügt.

[3] Vgl. dazu Dok. 63, Anm. 10.

– Eine enge Verbundenheit, d.h. eine Integration in allen Waffenbereichen, den konventionellen wie den nuklearen, innerhalb des Bündnisses herzustellen; wir strebten im Bündnis keine spezielle Rolle oder einen Alleingang an. Das ganze Bündnis sei uns wichtig.

– Die MLF sei militärisch gesund und biete ein wirksames Pendant zu den sowjetischen MRBM-Streitkräften.

Der Minister erinnerte an die von Norstad und Lemnitzer erhobenen MRBM-Anforderungen, die sich sowohl auf see- wie auf landgebundene MRBM erstreckten.[4] Es sei jedoch schwierig, landbasierte MRBM in Westeuropa aufzustellen. Deshalb gäben wir dem seegebundenen Projekt den Vorzug.

– Die geplante MLF in ihrer integrierten Form biete auch eine wichtige Verklammerung für den Fall, daß später einmal die Frage der Reduzierung der verbündeten Streitkräfte in Deutschland diskutiert werden sollte. Wenn die MLF einmal stehe, würden[5] solche Probleme sich leichter behandeln lassen. Um kein Mißverständnis aufkommen zu lassen, betone er aber, daß Deutschland weiterhin das Verbleiben der verbündeten Streitkräfte wünsche.

Der *britische Außenminister* legte dar, seine Regierung brauche etwas Zeit, um ihre neuen Ideen zur MLF auszuarbeiten[6], und sie brauche auch etwas Zeit, um diese Pläne mit den Alliierten zu diskutieren. Die neuen Ideen würden sehr bald in klarer Form präsentiert werden.[7] Es sei nicht die Absicht der britischen Regierung, damit den Fortgang der Arbeiten zu verzögern.

Die britische Regierung beabsichtige nicht, den Alliierten ein „fixed settlement" vorzulegen. Das ganze Thema müsse zwischen den „Drei" (gemeint sind UK, USA und D) diskutiert werden.

Der britische Außenminister stimmte voll mit den deutschen Motiven zur MLF überein. Die britische Regierung halte es für wesentlich, daß Deutschland gleichberechtigt und voll integriert an all diesen Dingen teilnehme. Außerdem sollte Sorge getragen werden, daß die Franzosen zu gegebener Zeit ebenfalls als gleichberechtigtes Mitglied teilnehmen könnten.

Er betonte aber wiederholt, daß die britische Regierung dem bisherigen „Flot-

[4] Zur Bedrohung Westeuropas durch sowjetische Mittelstreckenraketen und zur Forderung von SACEUR, der NATO entsprechende Systeme zur Verfügung zu stellen, vgl. Dok. 14, Anm. 39, sowie Dok. 149.

[5] Die Wörter „stehe, würden" wurden von Staatssekretär Carstens handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „steht, werden".

[6] Zu den Vorstellungen der neuen britischen Regierung hinsichtlich der geplanten MLF vgl. Dok. 305.
Zum Regierungswechsel nach den Wahlen zum britischen Unterhaus am 15. Oktober 1964 vgl. Dok. 292, Anm. 4.

[7] Mit Runderlaß vom 16. November 1964 teilte Staatssekretär Carstens dazu mit, in privaten Gesprächen hätten die britischen Gäste angedeutet, „daß sie ihre Vorschläge im Januar 1965 unterbreiten werden". Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 421; B 150, Aktenkopien 1964.
Der britische Vorschlag einer „Atlantic Nuclear Force" wurde anläßlich des Gesprächs des Bundesministers Schröder mit Außenminister Gordon Walker am 11. Dezember 1964 in London vorgelegt. Vgl. Dok. 382.

tenkonzept"[8] keinen Geschmack abgewinnen könne, und zwar aus folgenden Gründen:

– Die MLF würde Deutschland nicht befriedigen, solange Deutschland keine volle Gleichbehandlung erhält. Es würden sich bald in Deutschland Kräfte regen, die nach einem größeren Mitspracherecht drängten. Die Amerikaner verlangten ein volles Veto[9], die anderen nicht. Dies würde keine Gleichberechtigung und keine volle Teilnahme an den Entscheidungen bedeuten.

– Die britische Regierung sei äußerst knapp an geeignetem Personal für die britische Marine. Sie sehe keine Möglichkeit, ausgebildete Leute für die maritime MLF abzustellen. Dies würde die britische Marine „verkrüppeln".

– Die britische Regierung müsse auch auf ihre anderen militärischen Verpflichtungen Rücksicht nehmen.

Bei den bisherigen MLF-Partnern bestünde kein großer Enthusiasmus für das maritime Projekt, und es hätte wenig Sinn, eine widerstrebende Allianz in ein solches Unternehmen „hineinzutreiben".

Man müsse daher einen Weg suchen, den deutschen Motiven und Bedürfnissen Genüge zu tragen.

Die britische Regierung schlage deshalb als vorläufige Überlegung vor, eine größere „atlantische nukleare Streitmacht" aufzubauen. Die britische Regierung würde ihre gesamten nuklearen Kräfte unwiderruflich in diese Streitmacht einbringen. Dies sei ein beträchtlicher politischer und finanzieller Beitrag. Einen gleichen Beitrag erwarte sie von der amerikanischen Regierung.

Wenn die britische Regierung auch gegen das Flotten-Konzept sei, so unterstütze sie doch das Prinzip der gemischten Besatzungen. Diese könnte man auch bei Flugzeugen, bei Pershing-Batterien etc. anwenden.

Wesentlich sei die Autorität über die Streitmacht. Die Briten wollten hier auf gleicher Stufe mit den Amerikanern und den Deutschen stehen. Was wirklich zähle, sei die Entscheidungsgewalt über die Streitmacht und die Zielplanung. Es sei wichtig, hier Deutschland eine gleiche Stellung einzuräumen. Die britische Regierung wünsche eine voll integrierte Streitmacht, welche in der Planung mit dem amerikanischen nuklearen Potential eng verbunden ist. Dies würde uns die größeren Möglichkeiten geben, an der gesamten strategischen Planung für die nuklearen Waffen und besonders an der Zielplanung teilzuhaben.

Zur Europa-Klausel[10] führte Minister Gordon Walker aus, daß für ihn alle annehmbar seien mit Ausnahme einer rein europäischen Lösung, welche die USA ausschließt. Er sprach sich gegen das „Zwei-Pfeiler"-Konzept aus, welches zwei voneinander unabhängige Zentren in den USA und in Europa sucht.

Er regte weiterhin an, im Zusammenhang mit der MLF oder in einer weltwei-

[8] Zur Konzeption der geplanten MLF vgl. Dok. 8, Anm. 7.
Zur britischen Ablehnung einer ausschließlich seegebundenen Atomstreitmacht vgl. bereits Dok. 172 und Dok. 199.

[9] Zu den Modalitäten für einen Einsatz der MLF und zum Vetorecht der USA vgl. Dok. 238. Vgl. dazu auch Dok. 265.

[10] Zur Diskussion um eine Europäisierungsklausel in einem MLF-Vertrag vgl. zuletzt Dok. 330.

ten Form ein Abkommen über „non-proliferation" und „non-acquisition" atomarer Waffen zu schließen.[11]

Der Minister betonte nochmals seine Abneigung gegen ein reines Flotten-Konzept und meinte, man solle entweder zur Hälfte oder zu einem Drittel oder zu einem Viertel andere Elemente einführen.

Der *Bundesminister* entgegnete, es sei schwierig, ein gereiftes Projekt gegen ein weniger gereiftes einzutauschen. Wir würden aber über die britischen Vorstellungen nachdenken. Er stimme darin überein, daß es nicht zwei Verteidigungsbündnisse, ein europäisches und die gesamte Allianz, geben solle; der Zusammenhalt des ganzen Bündnisses müsse gewahrt bleiben. Das gegenwärtige maritime MLF-Projekt hätte die Faszination des einheitlichen Entwurfs. Die Personalschwierigkeiten bestünden auch bei uns; doch glaubten wir, im Laufe der Jahre genügend Personal für unseren Beitrag zu finden, das auch aus anderen Bereichen als der Marine gewonnen werden könne.

Minister *Gordon Walker* warf hier ein, er sehe für die britische Marine dauernde Personalschwierigkeiten voraus.

Der *Bundesminister* fuhr fort, er verstehe den britischen Beitrag als definitiv eingegliedert und eine Rücknahme der britischen Elemente nur für den Fall der Auflösung der MLF vorgesehen. (Der britische Minister bestätigte diese Auffassung.) Auch wir sähen die MLF in engem Zusammenhang mit der gesamten strategischen Planung.[12] Er begrüße den britischen Wunsch nach deutscher Gleichberechtigung; ein alleiniges amerikanisches Veto sei auch für uns auf die Dauer nicht ganz befriedigend.

Andererseits könne die amerikanische Regierung nicht zulassen, daß ein europäischer Staat in der Lage sei, als „Zünder" einen nuklearen Krieg auszulösen. Dies würde für den auslösenden Staat selbstmörderische Folgen haben.

Eine umfassende und einheitliche Strategie sei erforderlich, um einen Gegner von einem Angriff abzuschrecken und für den Fall, daß die Abschreckung versagt, den Krieg zu führen.

Der Minister betonte, daß das bisherige Konzept der MLF uns abschlußreif erscheint.

Zu der britischen Anregung, im Zusammenhang mit dem MLF-Vertrag ein Abkommen über Nichtverbreitung und Nichterwerb von Nuklearwaffen zu schließen, bemerkte der Bundesminister, dies hinge eng mit dem Deutschlandproblem und dem Sicherheitssystem in Europa zusammen. Deutschland würde nicht eher eine Erklärung dieser Art abgeben, als nicht das MLF-Projekt un-

[11] Zur Frage der Nichtverbreitung von Atomwaffen vgl. zuletzt Dok. 253.
Zur britischen Haltung hielt Ministerialdirigent Ruete am 16. November 1964 fest: „Die neue britische Regierung hat bereits in ihrem Wahlmanifest vom 11.9.1964 unter den von ihr zu ergreifenden Maßnahmen die Behandlung des Problems der N[icht]V[erbreitung] an erster Stelle genannt. Es ist anzunehmen, daß sie auch in der VN-Vollversammlung für den Abschluß eines derartigen Abkommens eintreten wird. In ihrer Thronrede vom 3.11.1964 hat die Königin dieses Problem als das einzige aus der Reihe der Rüstungskontrollmaßnahmen erwähnt." Vgl. Abteilung II (II 7), VS-Bd. 693; B 150, Aktenkopien 1964.

[12] Zu den Überlegungen der Bundesregierung, über die Mitwirkung an der geplanten MLF einen größeren Einfluß auf die strategische Planung zu erhalten, vgl. Dok. 261 und Dok. 262.

ter Dach gebracht ist. Zuerst müßten wir eine befriedigende Regelung unserer atomaren Verteidigung sichergestellt sehen.

Außenminister *Gordon Walker* erklärte, diese Haltung sei ihm verständlich. Zum MLF-Komplex zurückkommend, unterstrich er, daß die britische Regierung gegen eine deutsch-amerikanische MLF[13] sei. Auch im Zusammenhang mit einer möglichen späteren Reduzierung der verbündeten Streitkräfte in Deutschland würde eine umfassendere MLF nützlicher sein als das gegenwärtige rein maritime Projekt. Er stellte Übereinstimmung darüber fest, daß MRBM nicht auf dem europäischen Festland stationiert werden sollten.

Staatssekretär *Carstens* warf die Frage auf, ob man nicht die britischen Ideen mit dem maritimen MLF-Konzept kombinieren könnte.[14] Das Projekt der MLF-Flotte und die britischen Ergänzungsvorschläge verlangten einen „nuklearen Überbau".[15]

Gordon Walker entgegnete, daß er die Idee der MLF-Flotte nicht sehr schätze und daß es aus technischen Gründen für die Briten außerordentlich schwierig sei, an dieser Flotte teilzunehmen. Die Flotte sollte nicht das einzige Element der MLF sein.[16]

Schließlich fragte er nach dem deutschen Zeitplan für die weiteren Arbeiten.

Der *Bundesminister* entgegnete, er sehe ein, daß die britische Regierung Zeit zur Klärung ihrer Position brauche. Das Projekt vertrüge es aber nicht, au fond neu studiert zu werden. Wie bei uns, so bestehe auch bei den Amerikanern eine gewisse Eilbedürftigkeit. Er verwies auf die deutschen Wahlen im nächsten Herbst[17] und erklärte, innenpolitische und psychologische Gründe zwängen uns, ein gewisses Tempo einzuhalten. Eine längere Verschiebungsperiode könne dem MLF-Projekt abträglich sein. Er möchte jedenfalls eine innenpolitische Auseinandersetzung über die MLF vermeiden und daher möglichst vor dem Wahlkampf eine tragfähige Basis für die MLF erreichen, auch wenn noch nicht alle Einzelheiten ausgearbeitet seien.

Der *britische Außenminister* bemerkte, er beabsichtige nicht eine Verschiebung bis zu den deutschen Wahlen. Seine Regierung sei bereit, ihre Pläne schnell zu entwickeln.

[13] Zu den Überlegungen der Bundesregierung, einen MLF-Vertrag zunächst allein mit den USA abzuschließen, vgl. Dok. 263.

[14] Dieser Satz ging auf Streichungen und handschriftliche Einfügungen des Staatssekretärs Carstens zurück. Vorher lautete er: „Staatssekretär Carstens warf die Frage auf, ob und wie die britischen Ideen mit dem maritimen MLF-Konzept kombiniert werden könnten, und wie auch die Ideen zur Europa-Klausel in Einklang zu bringen seien."

[15] Zum Konzept eines „Atlantischen Nuklear-Rats" als übergeordneter Institution für die strategische Planung vgl. Dok. 337.

[16] Zu diesem Abschnitt handschriftliche Bemerkung des Staatssekretärs Carstens: „Hierzu gab Caccia am 15.11. mittags eine ergänzende Erklärung. Vgl. meine Aufz[eichnung] v[om] 18.11."
In der Aufzeichnung hielt Carstens fest, der Staatssekretär im britischen Außenministerium habe am 15. November 1964 zur Frage einer Verbindung des MLF-Konzepts mit den neuen britischen Vorschlägen erklärt, „er möchte nicht, daß der Eindruck entstünde, als wenn diese Möglichkeit von den Briten ausgeschlossen würde. Es werde eine Frage sein, über die man sich in England bei den bevorstehenden internen Gesprächen sehr gründlich unterhalten werde." Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 432; B 150, Aktenkopien 1964.

[17] Die Bundestagswahlen fanden am 19. September 1965 statt.

Er verwies auf den beträchtlichen Positionswechsel gegenüber der früheren britischen Regierung, der darin liege, daß er bereit sei, den früher verlangten Vorbehalt des Rückzugs des britischen Elements im Fall des nationalen Notstandes aufzugeben.[18] Er hoffe, die dauernde Bindung des britischen Elements ohne Rückzugsrecht durchsetzen zu können, müsse aber hierzu noch die endgültige britische Entscheidung vorbehalten.

Ministerbüro, VS-Bd. 8512

335

Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem britischen Außenminister Gordon Walker

I A 5-82.00/94.09/1448/64 geheim **15. November 1964**[1]

Aufzeichnung über die Besprechung mit dem britischen Außenminister Gordon Walker im Auswärtigen Amt am 15. November 1964 von 12.15 bis 13.15 Uhr

(Liste der Teilnehmer siehe Anlage)[2]

Nach Abschluß der vorausgegangen Besprechung über das Thema „Multilaterale Atomstreitmacht"[3] fragte Außenminister *Gordon Walker*, ob etwas zu einer eventuell beabsichtigten neuen Initiative in der Deutschlandfrage zu sagen sei.

Bundesminister *Schröder* dankte für die Erklärung der britischen Regierung zum Zeiss-Prozeß.[4] Diese Erklärung sei sehr wertvoll zur internationalen Illu-

[18] In Abschnitt 8 des Nassau-Abkommens vom 21. Dezember 1962 war hinsichtlich der Beteiligung Großbritanniens an einer multilateralen Atomstreitmacht festgelegt, daß die mit amerikanischen Polaris-Raketen ausgerüsteten britischen Kontingente nur unter dem Vorbehalt eingebracht würden, daß sie zurückgezogen werden könnten, falls „höchste nationale Interessen auf dem Spiele" stünden. Vgl. EUROPA-ARCHIV 1963, D 32.

[1] Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse von Plehwe am 16. November 1964 gefertigt und mit Begleitvermerk an Staatssekretär Carstens geleitet.
Hat Carstens am 18. November 1964 vorgelegen, der handschriftlich die Weiterleitung an Bundesminister Schröder verfügte.
Hat Schröder am 18. November 1964 vorgelegen.

[2] Teilnehmer auf deutscher Seite: Bundesminister Schröder, Staatssekretär Carstens, Staatssekretär Lahr, Botschafter von Etzdorf, Vortragender Legationsrat I. Klasse von Plehwe, Vortragender Legationsrat Weber; auf britischer Seite: Außenminister Gordon Walker, Staatssekretär Caccia, Botschafter Roberts, Referatsleiter Ledwidge.

[3] Vgl. Dok. 334.

[4] Die Carl-Zeiss-Stiftung, Jena, machte der Firma Zeiss, Heidenheim, und ihren britischen Vertriebsunternehmen vor einem Gericht in London die Berechtigung zur Führung des Markennamens streitig. Am 6. November 1964 ließ der britische Außenminister auf eine gerichtliche Anfrage erklären, daß im Gebiet der DDR die Regierungsgewalt unverändert von der UdSSR ausgeübt und die Bundesregierung als einzige legitime Regierung in Deutschland anerkannt werde. Mit Aufzeichnung vom 13. November 1964 konstatierte Ministerialdirektor Thierfelder, dadurch

strierung des deutschen Standpunktes. Im übrigen könnte über die Deutschlandfrage zweckmäßigerweise am 14.12.1964 in Paris[5] und auch schon am 11.12.1964 bei der erneuten Begegnung in London[6] gesprochen werden. Vor diesen beiden Daten werde im übrigen auch mit der amerikanischen Regierung über die Deutschlandfrage gesprochen werden.[7] Wir brauchten Hilfe, damit der Wille des Westens zur Regelung der Deutschlandfrage zum Ausdruck kommt. Hierzu würde man vielleicht bei den Besprechungen in London am 11.12.1964 ein paar Formulierungen finden können.

Außenminister *Gordon Walker* regte an, daß deutscherseits hierfür zu den Besprechungen am 11.12.1964 Anregungen (preliminary suggestions) vorbereitet werden.

Bundesminister *Schröder*: Der Ausdruck „Initiative" ist wahrscheinlich nicht recht am Platze. Was not tut, sind Bekräftigungen, weil man keine Erosionen durch Zeitablauf zulassen darf. Es soll also am 11.12.1964 darüber gesprochen werden.

Außenminister *Gordon Walker* schlägt vor, angesichts der am 16.11.1964 beginnenden WEU-Tagung[8] über Europa-Probleme zu sprechen.

Bundesminister *Schröder* gab eine längere Erklärung über die derzeitige Ansicht der Bundesregierung zu diesem Problemkreis ab: In der EWG sind wir vor eine spannungsreiche Periode gestellt, weil Freunde auf die Regelung des Getreidepreises dringen. Der Mansholt-Plan[9] liegt auf dem Tisch. Es ist die Frage, wann er realisiert werden kann. Für uns stellt sich das innenpolitische Problem, auch innerhalb der Koalition[10], wann und zu welchen Bedingungen wir den Getreidepreis herabsetzen können. Jede deutsche Partei ist bemüht, das Wohlwollen der Landwirtschaft nicht zu gefährden. Anders als früher legt auch die SPD hierauf jetzt großen Wert. Es besteht Hoffnung, daß es der Regierung gelingen wird, annehmbare Vorschläge zu machen.

Wir verbinden aber damit das Ziel, in Brüssel zweierlei zu erreichen,

Fortsetzung Fußnote von Seite 1309

habe sich Gordon Walker „mit einer Eindeutigkeit, wie sie schon lange nicht mehr zu verzeichnen gewesen ist, zu den rechtlichen Grundlagen der gemeinsamen deutsch-alliierten Deutschlandpolitik bekannt", und schlug vor, ihm anläßlich seines Besuchs in Bonn zu danken. Vgl. Referat V 1, Bd. 767. Zur Stellungnahme des britischen Außenministers vgl. auch den Runderlaß des Ministerialdirektors Jansen vom 7. Dezember 1964; Referat I A 5, Bd. 268.

5 Zur Besprechung des Bundesministers Schröder mit den Außenministern der Drei Mächte vgl. Dok. 387.

6 Zum Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem britischen Außenminister am 11. Dezember 1964 in Dorneywood vgl. Dok. 381.

7 Zum Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem amerikanischen Außenminister Rusk am 23. November 1964 in Washington vgl. Dok. 353.

8 Zur Tagung des WEU-Ministerrats am 16./17. November 1964 in Bonn vgl. EUROPA-ARCHIV 1964, Z 258. Vgl. dazu auch den Runderlaß des Ministerialdirektors Jansen vom 23. November 1964; Abteilung I (I A 3), VS-Bd. 39; B 150, Aktenkopien 1964.

9 Zum Vorschlag der EWG-Kommission vom 4. November 1963 betreffend die Verwirklichung eines gemeinsamen Getreidepreises („Mansholt-Plan") sowie zu den ergänzenden Vorschlägen vom 12. Mai 1964 („revidierter Mansholt-Plan") vgl. Dok. 272, Anm. 12.

10 Zur Haltung der FDP in der Frage eines gemeinsamen Getreidepreises der EWG-Staaten vgl. Dok. 329, Anm. 3.

a) die Entwicklung der Kennedy-Runde zu verbessern und zu stabilisieren,

b) die inneren Fortschritte der Gemeinschaft (vor allen Dingen den Zollabbau) zu fördern und auch Fortschritte hinsichtlich der ergriffenen politischen Initiativen zu machen.

Zu den Kontakten innerhalb der WEU[11] ist folgendes zu sagen: Die regelmäßigen Zusammenkünfte wurden seinerzeit als ein Kompromiß vereinbart. Die Franzosen waren immer zurückhaltend, haben sich dann aber doch diesen regelmäßigen Zusammenkünften nicht entziehen können. Die Zusammenkünfte haben den Vorteil, daß man sich an sie gewöhnt. Auch wir sind nicht hellauf begeistert von dem Verlauf aller bisher stattgehabter Zusammenkünfte. Aber sie sollten jedoch von allen Seiten als eine Demonstration des guten Willens gewertet werden. Man sollte ferner hoffen, daß die Franzosen in Zukunft auch kooperativer werden. Man muß sich bemühen, im Rahmen des Möglichen Verbesserungen zu erzielen, jedoch dürfte es schwierig sein, derartige Verbesserungen zu forcieren.

Es ist gut und wichtig, daß es gelungen ist, an einem Tage der Zusammenkünfte die Kommission hinzuzuziehen.[12] Die Kommission stellt ein Gremium dar, welches die Verpflichtung in sich fühlt, zu Fortschritten zu verhelfen und zu koordinieren. Es sollte also dieser Gewöhnungsprozeß fortgesetzt werden. Dies ist das einzige Band zwischen Großbritannien und den Sechsen, und es erscheint unerheblich, ob alle Teilnehmer diese Kontakte gleich hoch bewerten. Wir müssen versuchen, den französischen Partner zu vermehrter Mitarbeit zu gewinnen. Dies müssen wir allein schon aufgrund des deutsch-französischen Vertrages[13] tun.

Es ist uns bekannt, daß die britische Regierung mit den Ergebnissen der Zusammenkünfte unzufrieden ist. Man sollte aber die Zusammenkünfte doch nicht als zwecklos bezeichnen und etwa durch zweiseitige Gespräche zu ersetzen versuchen. Es wird ja wohl der Tag kommen, da die britische Politik zu den Europafragen plastischer formuliert werden wird. Bis dahin gilt es, die Kontakte beizubehalten.

Außenminister *Gordon Walker* führte hierzu aus, daß das britische Interesse in erster Linie der Stärkung der atlantischen Gemeinschaft und dem Erfolg der Kennedy-Runde gelte. Mit Rücksicht auf das Commonwealth, die EFTA und die gesamte Öffentlichkeit sei es in ihrer Lage schwer, jetzt Erklärungen zur Europapolitik abzugeben.

Staatssekretär *Lahr* schilderte die in der vergangenen Nacht in Brüssel erzielte Einigung über die Ausnahmelisten zur Kennedy-Runde, welche nun-

[11] Zur Vereinbarung regelmäßiger Kontakte zwischen den EWG-Staaten und Großbritannien im Rahmen der WEU vgl. Dok. 12, Anm. 15.
Zu den Überlegungen für eine Intensivierung der politischen Konsultation vgl. Dok. 277.

[12] Gemäß dem auf der Tagung des EWG-Ministerrats vom 10./11. Juli 1963 verabschiedeten Vorschlag regelmäßiger Kontakte zwischen den Mitgliedstaaten der EWG und Großbritannien im Rahmen der WEU wurde zu den Konsultationen über wirtschaftliche Fragen auch die EWG-Kommission eingeladen.

[13] Für den Wortlaut des deutsch-französischen Vertrags vom 22. Januar 1963 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 706–710.

mehr am 16.11.1964 hinterlegt werden.[14] Die Kommission hätte erfreulicherweise vernünftige Ausnahmelisten vorgeschlagen, welche noch als kleine Listen angesehen werden können, wenn sie auch nicht so klein sind, wie wir es wollten. Es sei möglich, daß das Einlenken der Franzosen auf die Sorge zurückging, die Bundesregierung würde bei der Regelung des Getreidepreises weiterhin sehr stark zögern, wenn die Franzosen in der Frage der Ausnahmeliste hart bleiben würden. Nunmehr sei hinsichtlich der Ausnahmelisten bei 19% abgeschlossen worden, was einen Kompromiß bedeutet, der recht nahe an der deutschen Vorstellung (15%) liegt. Diese 19% werden sicherlich ziemlich nahe an der amerikanischen Liste liegen, über die Einzelheiten nicht bekannt seien.[15]

Außenminister *Gordon Walker*: Die Amerikaner haben eine sehr gute Liste!

Staatssekretär *Lahr*: Es besteht nun volle Aussicht, daß die Kennedy-Runde zu einem guten Erfolg kommt. Es verbleibt das Problem der Landwirtschaft.

Bundesminister *Schröder*: Über dieses Problem hat Bundeskanzler Erhard inzwischen mit der deutschen Landwirtschaft, insbesondere Herrn Rehwinkel, gesprochen.[16] Weitere Gespräche werden folgen. Ein gewisser Kompromiß bahnt sich an. Das Auswärtige Amt sieht diese Angelegenheit nicht mehr so schwarz an. Auch die deutschen Bauern möchten nicht gern diejenigen sein, die das Scheitern der europäischen Objekte auf sich zu nehmen haben. Zudem gibt es da wahrscheinlich gewisse Ausgleichsmöglichkeiten.

Außenminister *Gordon Walker*: Dies sind gute Neuigkeiten, die optimistisch für die Kennedy-Runde stimmen. Trotzdem bereitet die gesamte französische Haltung zu den landwirtschaftlichen Problemen weiterhin Sorge.

Staatssekretär *Lahr*: Die Franzosen sind wie wir der Ansicht, daß über industrielle Zölle in der Kennedy-Runde nicht verhandelt werden kann, wenn nicht auch über landwirtschaftliche Zölle verhandelt wird. Nur unterscheiden sich die Franzosen dabei durch eine restriktive Haltung nach außen. Wir sind mit dem Problem bisher im allgemeinen gut fertig geworden, indem wir einerseits unsere Landwirtschaft genügend geschützt haben und trotzdem erhebliche landwirtschaftliche Einfuhren gehabt haben. Für die Gemeinschaft kann ein Kompromiß erhofft werden, der auch Bestehendes einigermaßen erhält.

Außenminister *Gordon Walker* ging zu einer Kritik an den Kontakten innerhalb der WEU über. Hier seien keinerlei Fortschritte gemacht worden. Man könne sogar von einem völligen Versagen bei der politischen Konsultation sprechen. Die Zusammenkünfte hätten nur einen allzu formalen Austausch von Ansichten ergeben. Es ist zuzugeben, daß diese Zusammenkünfte das erwähnte einzige Band zwischen Großbritannien und den Sechsen bilden; aber wenn diese Kontakte nicht besser würden, dann schadeten sie mehr als sie

[14] Zur Verabschiedung der gemeinsamen Ausnahmeliste der EWG für die Kennedy-Runde vgl. Dok. 273, Anm. 22. Vgl. dazu auch den Drahtbericht des Botschafters Harkort, Brüssel (EWG/EAG), vom 16. November 1964; Referat III A 2, Bd. 290.

[15] Die von den USA am 16. November 1964 hinterlegte Ausnahmeliste umfaßte, gemessen am Einfuhrvolumen des Jahres 1961, 8,2% der zu verzollenden Industrie-Importe. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Pauls vom 27. November 1964; Referat III A 2, Bd. 290.

[16] Zum Gespräch vom 13. November 1964 vgl. Dok. 318, Anm. 7.

nützten. Dann sei es besser, zu zweit oder zu dritt zu verhandeln, wobei man dann wenigstens zur Sache reden könnte.

Im übrigen sei freimütig zu sagen, daß es bei den deutschen Vorschlägen für die politische Einigung Europas[17] für die britische Seite enttäuschend sei, daß sie von den Beratungen hierzu ausgeschlossen sei. Das bereite Sorge, und diese Sorge werde noch dadurch erhöht, daß es in der WEU so schlecht um die Kontakte bestellt sei. Die britische Seite wolle nicht weiterhin ungenügend in der WEU orientiert werden wie bisher. Es wären dann Informationen vorzuziehen, die man aus Gesprächen zu zweit oder zu dritt erhalten könnte.

Bei der bevorstehenden Tagung des WEU-Ministerrates sollte der britische Handelsminister Jay am zweiten Tage die britische Delegation führen.[18] Es stände wohl jeder Regierung frei, Kabinettsminister mit dieser Aufgabe zu betrauen. Es gebe hierfür keine feststehende Regel. Jede Regierung müsse selbst entscheiden können, wer für sie spricht. Zudem sei es gelegentlich sehr ratsam, einen Fachmann hiermit zu beauftragen.

Bundesminister *Schröder*: Es ist nicht zu verstehen, warum – unter Beibehaltung genügender Beteiligung der Außenministerien – nicht Fachmänner teilnehmen sollten.

Staatssekretär *Carstens* erklärte kurz, wie bisher der Antrag der britischen Regierung, Minister Jay zuzulassen, behandelt und verlaufen sei.

Außenminister *Gordon Walker*: Wir müssen darauf bestehen, daß Minister Jay am zweiten Tage die britische Delegation leiten kann.[19]

Bundesminister *Schröder*: Einwände hiergegen erscheinen etwas lächerlich. Es muß gewiß auf Formen geachtet werden, aber die Hauptsache bleibt die Substanz.

Zurückkommend auf die Europagespräche in der WEU: Es ist nochmals festzustellen, daß es immer unser Wunsch war und bleibt, Großbritannien als Mitglied in der EWG und einer politischen Union zu sehen. Aber in der Zwischenzeit hat sich nun viel bürokratische Substanz in der EWG angesammelt. Es ergibt sich die Frage, wie man diese Substanz jetzt um die anderen Themen (Außenpolitik, Verteidigung, Kultur) erweitern kann. So beginnen diese Unterhaltungen über die politische Union zunächst von innen und müssen aus diesem Kreise heraus erst etwas realisieren.

[17] Zur Europa-Initiative der Bundesregierung vom 4. November 1964 vgl. Dok. 311.

[18] In einer Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Voigt vom 14. November 1964 wurde dazu ausgeführt: „Von britischer Seite war angeregt worden, daß am zweiten Tag der WEU-Ratstagung der Direktor des Board of Trade, Minister Jay, zu dem zweiten Punkt der Tagesordnung (britische Importrestriktionen) als Sprecher der britischen Delegation auftritt. Wir haben dieses Ersuchen als einen einmaligen Ausnahmefall – vorbehaltlich der Zustimmung der anderen Delegationen – befürwortet. Die anderen Delegationen, auch die französische, äußerten keine Bedenken. Heute vormittag nun teilte der britische Gesandte Melville mit, daß von britischer Seite beabsichtigt sei, Minister Jay für den ganzen zweiten Tag als Leiter der britischen Delegation auftreten zu lassen und daß Minister Padley bereits am Abend des ersten Tages zusammen mit dem britischen Außenminister nach London zurückkehren werde." Vgl. Referat I A 1, Bd. 513.

[19] Großbritannien wurde an dem der Erörterung von Wirtschaftsfragen gewidmeten zweiten Sitzungstag des WEU-Ministerrats am 17. November 1964 durch Handelsminister Jay vertreten. Vgl. dazu den Runderlaß des Ministerialdirektors Jansen vom 23. November 1964; Abteilung I (I A 3), VS-Bd. 39; B 150, Aktenkopien 1964.

Die Mitgliedschaften in der EWG und der politischen Union müssen nach unserer Ansicht nicht übereinstimmen. Aber man darf das Schwergewicht, die Macht des Faktischen bei dieser Entwicklung nicht verkennen. Daraus muß man den Schluß ziehen, daß die Informationsgespräche mit der britischen Seite immer etwas schwierig sein werden, solange nicht die britische Europapolitik klarer erkennbar ist. Wir können die britische Seite über jeden Satz unterrichten, der im übrigen auch in den meisten Fällen in den Zeitungen zu lesen ist. Jedoch vom Gewicht und vom Faktischen her sind Schwierigkeiten dadurch aufgebaut, daß die Verhandlungen mit Großbritannien bisher gescheitert sind und keine britische Europainitiative in Sicht ist. Unter diesem Handicap werden die Gespräche in der WEU immer leiden. Nur unser guter Wille bleibt unverändert. Offen bleibt die Frage nach dem Grundriß der britischen Politik.

Es wäre einerseits gut zu verstehen, wenn die britische Seite jetzt sagen würde, die Zusammenkünfte in der WEU sollten nur alle sechs Monate stattfinden. Aber das wäre wahrscheinlich nicht glücklich. Die Europapolitik geht jetzt durch eine wichtige Phase. Es wäre daher sicherlich nützlicher, wenn man sich häufiger sprechen würde. Die Entscheidung hierfür liegt auf britischer Seite. So unbefriedigend die derzeitigen Verhältnisse in dieser Beziehung sein mögen, so ist es doch besser durchzuhalten, als nichts zu tun.

Außenminister *Gordon Walker* wiederholte Bedauern und Sorge, daß Großbritannien nicht von Anfang an an den Diskussionen über die politische Einigung Europas teilnehmen kann. Es sei nicht angenehm, zu den WEU-Zusammenkünften zu kommen, wenn dort keine nützliche Aussprache stattfindet. Das sei dann vielmehr eine Belastung (a strain).

Bundesminister *Schröder*: Wenn man auch diese Gefühle verstehen kann, so sind die Gespräche in der WEU doch nicht ganz so negativ zu beurteilen. „Wenn Sie erst das Gremium und die einzelnen Personen bei den Kontaktgesprächen in der WEU kennengelernt haben werden, werden Sie vielleicht etwas anders darüber denken."

Wenn die Franzosen es wollten, dann könnten die Kontakte in der WEU viel erbringen, auch auf politischem Gebiet. Für die Franzosen bestehen dabei aber Schwierigkeiten, weil sie auf dem Standpunkt stehen, es hätte keinen Zweck, eine politische Form zu haben, solange nicht eine Einigung über die Substanz erfolgt ist. Unsererseits werden diese französischen Vorstellungen von der Substanz nicht geteilt, vor allen Dingen, weil Frankreich eine andere Verteidigungspolitik vertritt, die sich insbesondere hinsichtlich des Verhältnisses zu den USA unterscheidet.[20]

Welchen Platz nun Großbritannien dabei einnehmen soll, ist von den Franzosen nicht ausgesprochen. Somit bleibt die Verteidigungspolitik der Mittelpunkt und auch ein entscheidendes Hindernis für alle anderen Randgespräche. Es ist daher zuzugeben, daß wir um diese wichtige Frage herumspielen und dabei versuchen, in diesen oder anderen Fragen Fortschritte zu machen. Es wird erhebliche Auseinandersetzungen um die MLF geben. Es ist zu hoffen, daß die Franzosen in irgendeiner Weise mitmachen werden. Natürlich

[20] Zur französischen Verteidigungspolitik vgl. zuletzt Dok. 318.

bleibt es fraglich, ob General de Gaulle dies tut. Dabei spielt sein Charakter eine große Rolle. Er hat seine Ansichten bisher nie geändert. Unsere Öffentlichkeit hat von den wirklichen Schwierigkeiten keine Ahnung. Aus Rücksicht auf Frankreich haben wir unsere Schwierigkeiten niemals offen herausgestellt. Daraus ergeben sich unsere Begrenzungen, Schwierigkeiten und Hoffnungen. Wir lassen von der MLF nicht ab. Täten wir dieses, dann würden nämlich auch die anderen Verteidigungsprobleme nicht gelöst.

Staatssekretär *Carstens*: Es gab doch aber immerhin nützliche Gespräche in der WEU über andere Themen, z.B. über Lateinamerika, die Politik der Sowjetunion usw. Zudem ist dieses das einzige Band zwischen Großbritannien und der Sechser-Gemeinschaft.

Außenminister *Gordon Walker* will abwarten, welchen persönlichen Eindruck er bei den Tagungen der WEU erhält. Es gäbe aber eine Kontinuität im Foreign Office, und man dürfe nicht übersehen, daß sein Vorgänger, Außenminister Butler, bereits dieselben unguten Gefühle gegenüber den WEU-Zusammenkünften gehabt habe.[21]

Bundesminister *Schröder* betonte nochmals den Wert der Zusammenkünfte in der WEU für das Übergangsstadium. Eine ungeheuere wichtige Rolle wird die Stellung der neuen britischen Regierung gegenüber Europa spielen. Es wird unendlich viel darauf ankommen, welche Erklärung sie darüber abgibt, ob sie Initiative ausstrahlen wird. Hier geht bisher jedermann davon aus, daß die Haltung der neuen britischen Regierung gegenüber Europa zurückhaltender sein würde, als die der vorangegangenen Regierung. Man nimmt an, daß die Politik der neuen Regierung mehr in andere Richtungen gehen wird. Man hört immer wieder die Vorwürfe, warum in Europa auf England gewartet würde, das sich ja gar nicht zu diesem Europa hinwenden wolle.

Außenminister *Gordon Walker*: Großbritannien habe eine Abfuhr (rebuff) erhalten[22] und könne sich nicht erniedrigen. Aber für den Fall, daß eines Tages neue Schritte möglich werden, müsse Großbritannien laufend über die Entwicklung orientiert sein. Großbritannien betrachte sich als ein Teil von Europa und wolle in der Zwischenzeit seine Beziehungen zu Europa verbessern. Es sei aber unmöglich, in Verhandlungen einzutreten, wenn wieder die Gefahr eines Fehlschlages bestehe. Es mag sein, daß man sich später im politischen Bereich näherkomme. Wenn die deutsche Seite in dieser Hinsicht zuversichtlich bleibe, würde diese Entwicklung erleichtert werden. Es sei für die britische Regierung sehr schwierig, vor der Öffentlichkeit zu diesen Fragen Stellung zu beziehen.

Bundesminister *Schröder*: Auch für unsere Seite bleibt dies alles schwierig, solange wir nicht ein strahlenderes Bild von der britischen Politik gegenüber Europa haben.

[21] Vgl. dazu auch Dok. 199.

[22] Zum Scheitern der Verhandlungen am 29. Januar 1963 über einen Beitritt Großbritanniens zur EWG vgl. Dok. 15, Anm. 40.

Zum Abschluß wurde kurz die Frage des deutsch-englischen Jugendaustausches[23] behandelt.

Botschafter *Sir Frank Roberts* äußerte, daß hierbei in erster Linie nur noch praktische Schwierigkeiten für die Durchführung beständen.

Bundesminister *Schröder* schnitt die Geldfrage an. Es seien 150000 £ für jede Seite vorgesehen. Es sei zu hoffen, daß das Foreign Office diese Summe zur Verfügung stellen werde.[24]

Ministerbüro, VS-Bd. 8512

336

Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem britischen Außenminister Gordon Walker

I A 5-82.00/94.09/3395/64 VS-vertraulich **15. November 1964**[1]

Aufzeichnung über die Besprechung mit dem britischen Außenminister Gordon Walker in der Wohnung von Herrn Bundesminister Schröder am 15. November 1964 von 15–15.50 Uhr

(Teilnehmerliste siehe Anlage)[2]

Außenminister *Gordon Walker* erklärte, daß der Führungswechsel in Moskau[3] keine substantiellen Änderungen in der sowjetischen Außenpolitik nach sich ziehen würde. Allenfalls sei mit einem Wechsel in den Methoden gegenüber

[23] Dazu erläuterte Referat IV 5 am 4. Dezember 1964: „Im April dieses Jahres hatte die Gemischte Deutsch-Britische Kulturkommission einen verstärkten deutsch-britischen Jugendaustausch befürwortet. Danach sollten beide Länder ab 1965 jeweils 1800000 DM (150000 £) hierfür bereitstellen. Das Bundesministerium für Familie und Jugend hat auf Grund des Kommissionsberichts und auf Grund des Beschlusses des Bundestagsausschusses für Familie und Jugend vom 11. Juni 1964 einen Austausch-Plan ... ausgearbeitet, der von der Kulturabteilung des Foreign Office positiv aufgenommen wurde." Für die Aufzeichnung sowie die Ausarbeitung des Bundesministeriums für Familie und Jugend vgl. Abteilung I (I A 5), VS-Bd. 173; B 150, Aktenkopien 1964.

[24] Vortragender Legationsrat I. Klasse von Plehwe fügte folgenden Zusatz an: „Die Besprechung wurde ohne Inanspruchnahme des Dolmetschers geführt. Die Teilnehmer bedienten sich ihrer Muttersprache, die jeweils von der anderen Seite verstanden wurde."

[1] Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse von Plehwe am 17. November 1964 gefertigt und mit Begleitvermerk des Ministerialdirektors Jansen an Staatssekretär Carstens geleitet.
Hat Carstens am 19. November 1964 vorgelegen, der handschriftlich die Weiterleitung an Bundesminister Schröder verfügte.
Hat Schröder am 28. November 1964 vorgelegen.

[2] Teilnehmer auf deutscher Seite: Bundesminister Schröder, Staatssekretär Carstens, Botschafter von Etzdorf, Ministerialdirektor Jansen, Ministerialdirektor Sachs, Vortragender Legationsrat I. Klasse von Plehwe, Vortragender Legationsrat Weber; auf britischer Seite: Außenminister Gordon Walker, Staatssekretär Caccia, Botschafter Roberts sowie weitere Mitarbeiter des britischen Außenministeriums.

[3] Zum Führungswechsel in der UdSSR am 14./15. Oktober 1964 vgl. Dok. 286, besonders Anm. 5.

China zu rechnen. Die Aussichten auf eine echte Aussöhnung mit China seien jedoch sehr gering.[4]

Die neuen Machthaber im Kreml werden sich voraussichtlich bemühen, die Verbindungen mit den kommunistischen Parteien in den westlichen Ländern enger zu gestalten.

Im übrigen hätten die Sowjets nunmehr gelernt, wie man sich einer führenden Persönlichkeit ohne Gewalt (smoothly) entledigen könne.

Bundesminister *Schröder*: Unsere Beurteilung stimmt hiermit überein. Auch wir glauben nicht, daß eine definitive Änderung in dem Verhältnis zwischen Moskau und China im Gange ist.

Der Stil Chruschtschows entsprach für die Sowjets schließlich nicht mehr genügend dem dogmatischen Kommunismus. Wir erlebten bereits bei dem Besuch Adschubejs[5], daß dieser hier mehr als Exponent seines Schwiegervaters und weniger als kommunistischer Agent auftrat. Der zu persönliche Stil Chruschtschows war daher gewiß eine mitwirkende Ursache für seinen Abtritt. Ein derartiger persönlicher Stil ist nur möglich, wenn ständig Erfolge aufgewiesen werden, anderenfalls wirkt er als Beleidigung. Chruschtschow hat es somit seinen Widersachern nicht schwer gemacht, ihn loszuwerden, unabhängig von der Frage, wieweit sein Alter oder sein Gesundheitszustand mitgewirkt haben.

Von Interesse ist die Reaktion in den Satellitenstaaten. Es ist erstaunlich, daß sie Rechenschaft von Moskau verlangten, während es sonst nur üblich war, daß sie Rechenschaft zu geben hatten.

Über das Verhältnis der neuen Männer im Kreml zu Pankow wissen wir noch nichts Sicheres.

Der Wunsch Chruschtschows, einen Besuch in Bonn zu machen[6], ging sicherlich u.a. auch darauf zurück, daß er – zumindest psychologisch – eine Abdekkung gegenüber China suchte. Dabei war er gewiß nicht bereit, uns etwa Konzessionen zu machen. Vielleicht schwenken auch seine Nachfolger eines Tages auf den Plan ein, mit dem Westen wegen der notwendigen Rücksichtnahme auf China auf besseren Fuß zu kommen. Heute sind sie offensichtlich noch nicht so weit. Es scheint, daß Chruschtschow die Notwendigkeit, sich gegenüber China abzudecken, früher und stärker empfand als die heutigen Machthaber. Diese werden aber immerhin im ganzen auf einer vorsichtigen Linie taktieren. Das weitere müssen wir abwarten, auch in der Berlinfrage. Seit dem Ultimatum von 1958[7] ist diese Frage ja allmählich immer mehr ihrer Brisanz verlustig gegangen. Es wird abzuwarten sein, ob jetzt womöglich das Pankowregime die Berlinfrage zu verschärfen versuchen wird.

[4] Zu den sowjetisch-chinesischen Beziehungen nach dem Führungswechsel in der UdSSR vgl. Dok. 317.

[5] Zum Besuch des Chefredakteurs der Zeitung „Izvestija" vom 20. Juli bis 1. August 1964 in der Bundesrepublik vgl. Dok 212.

[6] Zum geplanten Besuch des sowjetischen Ministerpräsidenten Chruschtschow in der Bundesrepublik vgl. zuletzt Dok. 259.

[7] Zum sowjetischen Berlin-Ultimatum vom 27. November 1958 vgl. Dok. 202, Anm. 5.

Das getroffene Passierscheinabkommen[8] werten wir wegen seiner menschlichen Auswirkungen positiv. Politisch und rechtlich bleibt es neutral und ohne Folgen.

Außenminister *Gordon Walker*: Liegen irgendwelche Anzeichen dafür vor, daß Sie einen Besuch aus Moskau erwarten können?

Bundesminister *Schröder*: Es gab eine Nachricht, daß Kossygin an die Stelle Chruschtschows treten wird und nicht etwa Breschnew. Wenn nun die Sowjets anfangen sollten, Besuche zu machen, so wird Deutschland dabei gewiß nicht an erster Stelle stehen. Kossygin würde dann Verbindung mit den USA, vielleicht mit Großbritannien usw. suchen. Immerhin stehen wir auf dem Standpunkt, daß die ausgesprochene Einladung auch für Kossygin als Nachfolger Chruschtschows gilt.[9]

Außenminister *Gordon Walker*: Wird ein Besuch in Bonn womöglich vor den deutschen Wahlen[10] stattfinden?

Bundesminister *Schröder*: Das ist kaum anzunehmen. Die neuen Männer in Moskau sind bedächtiger und schematischer.

Außenminister *Gordon Walker*: Je mehr Löcher die deutsche Politik in die Berliner Mauer schlagen kann, desto vorteilhafter wird damit bewiesen, daß Berlin eine zusammengehörige Stadt ist.

Bundesminister *Schröder*: Die Linien, bis zu denen wir gehen können, sind bekannt. Es muß immer die Gefahr beachtet werden, daß sich eine Anhebung der Anerkennung der SBZ ergeben könnte.

Außenminister *Gordon Walker*: Es waren aber die anderen, die die Mauer geschaffen haben. Die westliche Seite kann nur gewinnen, wenn die Mauer durchlöchert wird.

Bundesminister *Schröder*: Jedenfalls hinsichtlich des Passierscheinabkommens kann gesagt werden, daß es per saldo nützlich war und das Zusammengehörigkeitsgefühl gefördert wird. Entgegen einer häufigen hier im Westen gehörten Annahme bestehen aber nicht viele andere Möglichkeiten für derartige Maßnahmen.

Außenminister *Gordon Walker* erwähnte sodann das Devisenausgleichsabkommen[11] und sprach die Hoffnung aus, daß alles getan würde, um es zu erfüllen.

Botschafter *Sir Frank Roberts*: Es ist dazu eine gewisse Hilfe seitens des Auswärtigen Amtes erforderlich.

Ministerialdirektor *Sachs* wies darauf hin, daß die nächste Sitzung des gemeinsamen Ausschusses für die Durchführung des Devisenausgleichsabkom-

[8] Zur Passierschein-Vereinbarung vom 24. September 1964 vgl. Dok. 258.

[9] Vgl. dazu auch Dok. 310.

[10] Die Bundestagswahlen fanden am 19. September 1965 statt.

[11] Zum deutsch-britischen Abkommen vom 27. Juli 1964 über einen Devisenausgleich für die Jahre 1964/65 und 1965/66 vgl. Dok. 208, besonders Anm. 2.

mens am 8. Dezember 1964 in London stattfinden wird.[12] Es seien schon mehrere Schritte eingeleitet, um die Durchführung voranzubringen. Es müsse insbesondere auch auf die Möglichkeiten hingewiesen werden, durch Beteiligungen britischer Firmen an Entwicklungshilfeprojekten Aufträge nach Großbritannien zu legen. Bei der Entwicklungshilfe für den Sudan sei bereits ein derartiges Projekt in der Verhandlung.[13] Darüber hinaus seien mehrere Einzelvorhaben angelaufen, um das Abkommen zu erfüllen. Die Aussichten seien daher nicht ungünstig.

Bundesminister *Schröder* verwies auf die Bemühensklausel, welche in dem Abkommen enthalten ist.[14] Die deutsche Seite werde ihre Bestes tun. Es wäre ratsam, diese Angelegenheit auch bei dem Besuch von Außenminister Gordon Walker bei dem Herrn Bundeskanzler[15] zur Sprache zu bringen, da daß Auswärtige Amt bei der Durchführung des Abkommens auch auf die anderen Ressorts angewiesen sei.

Außenminister *Gordon Walker* berührte kurz die Atomexplosion in China.[16] Sie sei eine Überraschung gewesen und mache nun die Anstrengungen zur Verhinderung der Weiterverbreitung von Atomwaffen noch wichtiger. Die US-Regierung bemühe sich sehr, auf diesem Gebiet etwas zu tun.

Die Tatsache dieser Versuchsexplosion in China werfe die Frage auf, wieweit nun auch Großbritannien atomare Waffen in Asien bereitstellen müßte.

Staatssekretär *Carstens* lenkte das Gespräch auf die Kreditpolitik gegenüber dem Osten.

Außenminister *Gordon Walker* erklärte hierzu, daß Großbritannien hier nur nach der „normalen Praxis" handele. In Großbritannien empfände man es als hart und ungewöhnlich, den Handel von Sympathien und Antipathien gegenüber den Handelspartnern abhängig zu machen. Handel sei nun einmal lebenswichtig. Es sei allerdings nicht zu leugnen, daß hinsichtlich der Kreditpolitik gegenüber dem Osten eine unterschiedliche Doktrin zwischen Großbritannien und Deutschland vorliege.[17] Man begrüße es in Großbritannien sehr,

[12] Zu den Ergebnissen vgl. den Drahtbericht des Botschafters von Etzdorf, London, vom 8. Dezember 1964; Referat III A 5, Bd. 385.

[13] Die Bundesregierung beabsichtigte, britische Firmen am Ausbau des Wasserkraftwerks im sudanesischen Roseires zu beteiligen und die auf 60 Mio. DM veranschlagten Kosten als Beitrag zum deutsch-britischen Devisenausgleich anzurechnen. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Sachs vom 27. November 1964; Referat III A 5, Bd. 385.

[14] Artikel 1 des deutsch-britischen Devisenausgleichsabkommens vom 27. Juli 1964: „Der Unterhalt britischer Truppen in der Bundesrepublik Deutschland führt zu einem Devisenaufwand in der Bundesrepublik Deutschland, der weiterhin eine Belastung der Zahlungsbilanz des Vereinigten Königreichs mit sich bringt. Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland beabsichtigt, diesen Devisenaufwand soweit wie möglich auszugleichen". Vgl. Referat III A 5, Bd. 385.

[15] Im Rückblick hielt der Leiter des Außenpolitischen Büros im Bundeskanzleramt, Osterheld, über das Gespräch vom 15. November 1964 fest: „Die Briten, sagte Gordon Walker, seien nicht sehr für die MLF in der derzeit geplanten Form; wir erhielten sicher nur ein Vetorecht, und Rusk habe sich noch nicht festgelegt." Vgl. OSTERHELD, Außenpolitik, S. 121.

[16] Zur Zündung der ersten Atombombe der Volksrepublik China am 16. Oktober 1964 vgl. Dok. 297, Anm. 24.

[17] Zum Dissens über die Frage einer Vergabe von Krediten an Ostblock-Staaten vgl. besonders Dok. 2. Zu den Bemühungen der Bundesregierung, eine Ausweitung der Kreditlaufzeiten zu verhin-

daß Deutschland seinen Handel mit den osteuropäischen Ländern vermehre. Die deutschen Ansichten zur Kreditpolitik seien hinreichend bekannt. Es wäre zweckmäßig, bei deutsch-britischen Begegnungen von Zeit zu Zeit an dieses Thema zu erinnern und es zu besprechen.

Staatssekretär *Carstens* unterstrich zwei Argumente für die deutsche Haltung:

1) Die Gewährung der langfristigen Kredite gibt den Sowjets die Möglichkeit, ihre Rüstung und ihre Entwicklungshilfe an andere Länder aufrechtzuerhalten.

2) Es besteht die Gefahr einer laufenden Verlängerung der Kredite, wenn die Sowjets an den Fälligkeitsterminen nicht zurückzahlen.

Außenminister *Gordon Walker* verweist demgegenüber auf die Regierungsgarantien.

Botschafter *Sir Frank Roberts* unterstrich, daß bisher nur sehr wenige langfristige Kredite gewährt seien und daß man auch darauf geachtet habe, Kredite nur für Vorhaben zu geben, welche anderenfalls von den Sowjets selbständig durchgeführt werden könnten. Es entstände in der deutschen Öffentlichkeit auch ein etwas übertriebenes Bild dadurch, daß hier immer nur die Höchstgrenzen der Kredite erwähnt würden, während es gar nicht sicher sei, ob diese Höchstgrenzen ausgeschöpft würden.

Ministerbüro, VS-Bd. 8512

337

Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Pfeffer

St.S. 2133/64 geheim **16. November 1964**[1]

Herr Staatssekretär Carstens hielt am 11. November 1964 eine Besprechung über die MLF und Fragen der nuklearen Verteidigungspolitik ab. An der Sitzung nahmen teil: Herr Staatssekretär Carstens, Herr MD Müller-Roschach, Herr VLR I Truckenbrodt, Herr MD Jansen, Herr LR I Fischer, Herr MD Thierfelder, Herr VLR I von Schenck, Herr MDg Ruete, Herr VLR I Scheske, Herr LR I Pfeffer.

Der Herr Staatssekretär gab zunächst bekannt, daß eine Studiengruppe aus Vertretern des Auswärtigen Amts und des Bundesministeriums der Verteidi-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1319

dern, sowie zur Gewährung eines langfristigen britischen Kredits an die UdSSR vgl. Dok. 273, besonders Anm. 39.

[1] Durchschlag als Konzept.
Ein Entwurf hat Staatssekretär Carstens vorgelegen. Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 432; B 150, Aktenkopien 1964.
Zu den Änderungen vgl. Anm. 5, 6 und 11.

gung eingesetzt werden soll. Als Vertreter des Auswärtigen Amts werde er Herrn Staatssekretär Gumbel die Herren Scheske und Truckenbrodt benennen. Herr Scheske soll – im Falle der Verhinderung – durch Herrn Vogeler vertreten werden.

Auch die folgenden vorläufigen Überlegungen sollten möglichst bald mit den Fachleuten des Bundesministeriums der Verteidigung erörtert werden.

Es gehe hauptsächlich um zwei Problemkreise:

I. Die Schaffung einer Institution, die als eine Art „Überbau" alle an der nuklearen Bewaffnung beteiligten Länder der westlichen Welt miteinander verbinden soll[2];

II. den Zusammenhang zwischen der MLF und dem europäischen Einigungswerk (Europäisierungsklausel[3]).

zu I.
Der Herr Staatssekretär skizzierte folgende Struktur für den „Überbau":

Es wird ein „Atlantischer Nuklear-Rat" (ANR) gebildet, dem die Vereinigten Staaten, Großbritannien, die anderen Mitgliedstaaten der MLF und Frankreich angehören.

Der ANR hat folgende Zuständigkeiten:

1) Die Mitgliedstaaten verpflichten sich zur gegenseitigen Konsultation vor dem Einsatz nuklearer Waffen. Diese Konsultationspflicht erstreckt sich auf alle den Mitgliedstaaten zur Verfügung stehenden nuklearen Waffensysteme einschließlich der „external forces".

2) Der ANR arbeitet Richtlinien für gewisse Fälle aus, in denen, analog zum Modell der Athener Guidelines[4], der Einsatz nuklearer Waffen erfolgt.

Eine solche Konstruktion käme den Interessen aller Teilnehmerstaaten aus folgenden Gründen entgegen:

Großbritannien und vor allem Frankreich würden mit den Vereinigten Staaten Mitglieder des ANR sein, die sich als Eigentümer einer eigenen nationalen Atomwaffe von denjenigen Mitgliedern abheben, die nur Kraft ihrer Eigenschaft als Mitglieder der MLF am ANR teilnehmen. Die Vereinigten Staaten wären vielleicht deshalb für den Plan zu gewinnen, weil sie dadurch die nationale Atomstreitmacht Frankreichs durch Zusammenarbeit in einer Dachorganisation „binden" könnten.

[2] Zu Überlegungen für eine engere Konsultation über die nuklear-strategische Planung vgl. bereits Dok. 261 und Dok. 262, besonders Anm. 9.
Am 10. November 1964 hielt Staatssekretär Carstens ein Gespräch mit dem Unterstaatssekretär im britischen Außenministerium, Lord Hood, fest, der in Verbindung mit der geplanten MLF eine „regelmäßige Konsultation der globalen Probleme, vor allem auch der globalen nuklearen Probleme", gewünscht habe. Carstens notierte, er habe dazu erläutert, daß auch die Bundesregierung sich bemühe, „einen Rahmen zu finden, in dem sowohl die MLF wie die britische wie die amerikanische Nuklearstreitmacht und sogar schließlich, wenn möglich, auch die Force de frappe einen Platz finden könnten. In diesem Rahmen könnten dann auch die von Lord Hood vorgeschlagenen und von mir für sehr zweckmäßig angesehenen Konsultationen stattfinden." Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 421; B 150, Aktenkopien 1964.

[3] Vgl. dazu zuletzt Dok. 330.

[4] Vgl. dazu Dok. 127, Anm. 14.

Vor allem aber werde einem fundamentalen deutschen Interesse entsprochen: Deutschland würde in die Lage versetzt, seine verteidigungspolitischen Vorstellungen im nuklearen Bereich stärker als bisher geltend zu machen. In der Phase der „Planung im Frieden" würde Deutschland an der strategischen Planung aller nuklear gerüsteten westlichen Staaten beteiligt. Welche neuen Möglichkeiten für die Phase der „Diplomatie während der kritischen Phase", d.h. in der Phase vor einer drohenden nuklearen Auseinandersetzung, uns dadurch eröffnet würden, wäre noch näher zu prüfen. In der dritten möglichen Phase schließlich, der Phase der Entscheidung über den Einsatz nuklearer Waffen, erhielten wir durch die Konsultationspflicht unserer Partner im ANR die Gelegenheit, hauptsächlich in zwei Richtungen zu wirken: Wir könnten die frühzeitige Anwendung nuklearer Waffen fordern[5], sofern unser nationales Interesse einen solchen Einsatz gebiete; wir würden umgekehrt aber auch dem Einsatz nuklearer Waffen oder gewisser nuklearer Waffen im Interesse unseres nationalen Überlebens widersprechen[6] können. So hätten wir unter Umständen ein Interesse daran, von der Anwendung der atomaren Gefechtsfeldwaffen zur gleichzeitigen Anwendung der taktischen und strategischen, die sowjetischen Nuklearwaffen in der Sowjetunion abdeckenden Atomwaffen überzugehen.

Unsere Position würde noch günstiger, wenn sich die unter I. 1) umschriebene Zuständigkeit des ANR in folgender Weise abwandeln ließe:

Der ANR erhält für den europäischen Kriegsschauplatz Entscheidungsbefugnis über den Einsatz nuklearer Waffen. Für alle übrigen Kriegsschauplätze bleibt es bei der Konsultationspflicht.

Der Herr Staatssekretär bezweifelte, ob die USA schon jetzt bereit seien, einer solchen Maximalforderung zu entsprechen. Er werde diese Frage mit Mr. Ball bei dessen nächstem Besuch in Bonn aufnehmen[7] und zwar mit folgender Begründung, die auf die amerikanischen Interessen zugeschnitten sei:

Die USA würden durch eine solche Differenzierung erreichen, daß die bisher nationale Einsatzgewalt Großbritanniens und Frankreichs mit Bezug auf den europäischen Kriegsschauplatz multilateralisiert würde. Auf den außereuropäischen Kriegsschauplätzen, wie zum Beispiel bei einer Auseinandersetzung mit China, würden die USA hingegen ihre nukleare Handlungsfreiheit mehr oder weniger wahren, da sie nur zur Konsultation mit den übrigen Mitgliedstaaten des ANR verpflichtet wären.

Die Interessen der übrigen Mitglieder des ANR, die wie Deutschland kraft ihrer Mitgliedschaft in der MLF dem ANR angehörten, lägen ähnlich wie die deutschen. Man dürfe deshalb sogar hoffen, daß die Bildung des ANR einen Anreiz für die zögernden Staaten bilden werde, der MLF beizutreten.

Schwieriger sei es hingegen, die Reaktionen derjenigen Mitgliedstaaten der NATO abzuschätzen, die nicht Mitglieder des ANR würden und damit von der

[5] Im Entwurf wurde an dieser Stelle von Staatssekretär Carstens gestrichen: „wenn nicht sogar veranlassen".

[6] Im Entwurf wurde an dieser Stelle von Staatssekretär Carstens gestrichen: „und ihn womöglich verhindern".

[7] Vgl. das Gespräch vom 16. November 1964; Dok. 339.

Mitwirkung an den nuklearen Planungen und Konsultationen, wenn nicht sogar Entscheidungen, ausgeschlossen bleiben. Hier lasse sich allerdings einwenden, daß ein Teil dieser Länder, zum Beispiel die skandinavischen, vielleicht gar kein Interesse an einer solchen Mitwirkung hätten und jedenfalls durch die Weigerung, nukleare Waffen auf ihrem Territorium zu stationieren, kein Recht zur Mitwirkung besäßen.

Trotzdem müsse man die Gefahr sehen, daß die Bildung des ANR eine sprengende Wirkung auf den NATO-Verband insgesamt ausüben könnte. Dieser Gefahr müsse man durch eine entsprechende organisatorische Verklammerung zwischen ANR und NATO-Rat zu begegnen suchen. So sei zum Beispiel zu überlegen, ob der ANR sich als Unterausschuß des NATO-Rates konstituieren sollte. Gegen diese Konstruktion würde indessen sprechen, daß dadurch die Aussicht, Frankreich einzubeziehen, sehr viel geringer würde: de Gaulle werde den Eindruck haben, daß der Vorschlag sich in den bisherigen Linien bewege und keine wirkliche Umgestaltung des Bündnisses gemäß neuer atomarer Gegebenheiten mit sich bringe.

Außerdem empfehle es sich wohl, den Gouverneursrat der MLF[8] durch weitgehende Personalunion mit dem ANR zu verknüpfen.

Schließlich sei zu untersuchen, wie der ANR rein technisch am besten mit der amerikanischen nuklearen Führungsstruktur verzahnt werden könne. Die zur Zeit technisch einfachste Lösung, nämlich den Sitz des ANR nach Omaha[9] zu verlegen, sei politisch nicht erwünscht. Vielleicht könne man, wenigstens vorläufig, einen Ausweg in der Richtung suchen, daß die Stellvertreter der Regierungsvertreter im ANR ihren Sitz in Omaha nähmen, während die Regierungsvertreter Paris zu ihrem Sitz wählten. Dann bliebe nur noch die Frage, wie eine einwandfreie Verbindung zwischen den Regierungsvertretern in Paris und deren Stellvertretern in Omaha zu gewährleisten sei.

zu II.

Was den Zusammenhang zwischen MLF und europäischem Einigungswerk angehe, so kreuzten sich hier zwei Interessenlinien: Frankreich fordere in sehr allgemeiner Form das alleinige europäische Verfügungsrecht über atomare Waffen. Wenn in einer Europäisierungsklausel der zukünftigen politischen Union ein solches Recht eingeräumt werde, dann stiegen die Aussichten, Frankreich für diese Formel zu gewinnen. Die Vereinigten Staaten würden umgekehrt für eine solche Formel kaum zu gewinnen sein, denn mit ihr falle eine entscheidende Funktion der MLF weg: die verteidigungspolitische Verklammerung Europas und der Vereinigten Staaten.

Eine kurze, sehr allgemeine Europäisierungsklausel entspreche dieser Situation wohl am ehesten.

Eine Möglichkeit, den Vereinigten Staaten die Europäisierung der MLF akzeptabel zu machen, könnte darin liegen, daß die MLF-Partner auf ihr Kündi-

[8] Als oberstes Führungsorgan der angestrebten Atomstreitmacht war in den Planungen der MLF-Arbeitsgruppe ein „Board of Governors" vorgesehen.

[9] In Omaha, Nebraska, befanden sich das Befehlszentrum des Strategischen Bomberkommandos (SAC) der amerikanischen Luftstreitkräfte sowie der mit der Ausarbeitung der nuklearen Zielplanung befaßte „Joint Strategic Target Planning Staff".

gungsrecht gemäß Art. 13 des NATO-Vertrags[10] verzichteten und damit sich auf Dauer an die Allianz bänden.

Es sei aber problematisch, diese Frage schon jetzt zur Diskussion zu stellen.[11]

Schließlich müßten die skizzierten Konstruktionen mit dem Gedanken der Nichtverbreitung von Atomwaffen konfrontiert werden. Beide Komplexe seien aber prima facie miteinander vereinbar.

Abschließend bat der Herr Staatssekretär zu prüfen, ob in Zukunft ein Vertreter des Bundesnachrichtendienstes an derartigen Besprechungen teilnehmen könnte.

gez. Pfeffer

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 432

338

Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit Staatssekretär Ball, amerikanisches Außenministerium

Z A 5-134.A/64 geheim **16. November 1964**[1]

Der Herr Bundeskanzler empfing am 16. November 1964 um 10.15 Uhr den Staatssekretär im amerikanischen State Department, Herrn Ball, zu einem Gespräch, in dessen Verlauf er folgende Ausführungen machte:

Zunächst gab der Herr *Bundeskanzler* seiner Freude über die Wahl Präsident Johnsons[2] Ausdruck und hoffte auf eine Fortsetzung der freundschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den beiden Regierungen. In den allermeisten Fragen stünden die Amerikaner und die Deutschen ganz dicht beieinander.

Auf die MLF eingehend betonte der Herr Bundeskanzler, daß sich die Haltung der Bundesregierung nicht geändert habe. Wenn eine gewisse Verzögerung eintrete, so sei dies auf die Wahlen in Großbritannien[3] zurückzuführen. Gordon Walker habe bei seinem Besuch[4] allerdings versichert, daß die neue Regierung keine Verzögerungstaktik betreiben wolle. Die deutsche Regierung wolle keine Schwächung der Wirksamkeit der MLF sehen, vielmehr müsse sie

[10] Vgl. dazu Dok. 180, Anm. 17.

[11] Im Entwurf wurde dieser Satz von Staatssekretär Carstens handschriftlich eingefügt.

[1] Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Weber am 23. November 1964 gefertigt.
Hat dem Leiter des Außenpolitischen Büros im Bundeskanzleramt, Osterheld, am 23. November 1964 vorgelegen.
Vgl. zu dem Gespräch auch OSTERHELD, Außenpolitik, S. 122.

[2] Bei den amerikanischen Präsidentschaftswahlen am 3. November 1964 wurde Präsident Johnson in seinem Amt bestätigt.

[3] Die Wahlen zum britischen Unterhaus fanden am 15. Oktober 1964 statt und führten zu einer Regierungsmehrheit für die Labour Party.

[4] Zum Besuch am 15. November 1964 in Bonn vgl. Dok. 334–336.

in die gesamte strategische Konzeption eingebettet sein, um bei der deutschen Bevölkerung keine Unsicherheit aufkommen zu lassen, sondern, im Gegenteil, ihren Schutz zu erhöhen. Die Öffentlichkeit und auch das Parlament wollten sicher darüber sein, daß die Strategie der besonderen Lage Deutschlands Rechnung trage. In einem so schmalen geographischen Gürtel bestehe nicht die Möglichkeit vieler Schwellen oder Pausen. Auch aus diesem Grund liege der Bundesregierung daran, die MLF als wirksames Instrument möglichst bald entstehen zu sehen. Wenn die von Herrn von Hassel in den Vereinigten Staaten vorgetragenen Thesen akzeptiert würden, sei man auf deutscher Seite zufrieden.[5] Natürlich sei klar, daß durch irgendeine Kurzschlußhandlung eines subalternen Mannes kein nuklearer Krieg ausgelöst werden dürfe, andererseits müsse aber die deutliche Absicht in Erscheinung treten, auf einen entsprechenden Angriff bald und wirksam zu reagieren. An der Zweckbestimmung der MLF dürfe kein Zweifel bestehen. Ihre Hauptwirkung bestehe nicht so sehr im Einsatz als in der Abschreckung. Die Vorstellung, daß bei einer Auseinandersetzung der Gegner zunächst einmal 20 km nach Deutschland hinein vorrücke, daß dann die Dinge stehen blieben, daß nach gewisser Zeit ein weiteres Vorrücken um 20 km erfolge, sei nicht akzeptabel. Dies käme einer Annexion in Raten gleich.[6]

Der Herr Bundeskanzler erwähnte sodann, daß die von Gordon Walker entwickelten Vorstellungen noch ziemlich vage gewesen seien. Er fragte, ob man sich in den Vereinigten Staaten bereits Gedanken darüber gemacht habe, ob nicht ein nukleares System denkbar sei, das sowohl die amerikanische Macht, die multilaterale Streitmacht und die französische force de frappe unter einem gemeinsamen Dach umfasse.[7] Er glaube, daß die Vereinigten Staaten auf

[5] Zum Besuch des Bundesministers der Verteidigung vom 10. bis 17. November 1964 vgl. Dok. 327, besonders Anm. 1.
Über die Erörterungen der europäischen Verteidigungsstrategie berichtete Botschafter Knappstein, Washington, am 18. November 1964, es habe Einigkeit darüber bestanden, „daß die erste Phase einer militärischen Auseinandersetzung konventionell geführt werden müsse ... und daß ein frühzeitiger Einsatz von nuklearen Gefechtsfeldwaffen notwendig sei, falls die konventionelle Phase nicht zum Erfolg führe". Ferner sei übereinstimmend festgestellt worden, „daß die NATO den Krieg möglichst in der ersten Phase gewinnen müsse und daß die NATO-Streitkräfte entsprechend ausgerüstet, disloziert und eingesetzt werden müßten". Schließlich sei man darüber einig gewesen, „daß der Aufbau einer Befestigungslinie entlang der Demarkationslinie politisch nicht zu verantworten und militärisch nur von geringem Nutzen sein würde". Kein Konsens sei jedoch erzielt worden im Hinblick auf die „genauere Definition des Zeitpunktes des Einsatzes nuklearer Waffen, die Verbesserung der Kampfkraft konventioneller Streitkräfte, die Rolle der Luftwaffe in der konventionellen Anfangsphase eines Krieges, den Einsatz von ‚interdiction'-Waffen durch SACEUR und die Beurteilung der Möglichkeiten, einen feindlichen Aufmarsch zu erkennen". Hierzu habe man weitere Beratungen vereinbart. Vgl. Abteilung II (II 7), VS-Bd. 699; B 150, Aktenkopien 1964.

[6] Mit Runderlaß vom 16. November 1964 gab Staatssekretär Carstens die Stellungnahme des Staatssekretärs im amerikanischen Außenministerium wieder. Ball habe betont, „daß die Gespräche mit Herrn von Hassel in Amerika gut verlaufen seien. Man müsse immer wieder darauf hinweisen, daß die sogenannte Pause unter Umständen nur wenige Minuten betragen würde, aber eine gewisse Überlegungszeit müsse sich der Westen erhalten, sonst werde die Abschreckungsstrategie den Sowjets gegenüber unglaubwürdig." Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 432; B 150, Aktenkopien 1964.

[7] Zu entsprechenden Überlegungen der Bundesregierung vgl. Dok. 337.
Der Staatssekretär im amerikanischen Außenministerium regte seinerseits eine verbesserte Konsultation innerhalb der NATO an. Dazu teilte Staatssekretär Carstens am 16. November 1964 mit:

Großbritannien einen beachtlichen Einfluß ausüben könnten, sei es wegen der Tradition, sei es wegen der besonderen Lage, in der sich nunmehr die Labour-Regierung befinde. Er glaube ferner, daß Großbritannien daran interessiert sei, den Anschluß an Europa nicht zu verlieren.[8] Die größeren Schwierigkeiten lägen aber bei den Franzosen. Nichtsdestoweniger müsse er betonen, daß man deutscherseits die Freundschaft mit Frankreich pflegen wolle, wie schwierig de Gaulle als Partner auch sein möge. Ohne eine Aussöhnung zwischen Deutschland und Frankreich lasse sich kein Fortschritt erzielen.

Der Herr Bundeskanzler verwies auf die jüngsten von der Bundesregierung vorgelegten Europa-Vorschläge[9] und deutete auch an, daß er glaube, eine Lösung der Getreidepreisfrage finden zu können.[10] Auf die jüngste Reise von Dr. Adenauer nach Paris[11] eingehend hob der Herr Bundeskanzler hervor, daß Dr. Adenauer nicht mit einer besonderen Mission oder als Überbringer eines Briefs nach Paris gefahren sei. Er habe ihm vor der Reise gesagt, Dr. Adenauer könne über alles sprechen, solle sich aber unter keinen Umständen auf die MLF einlassen und nicht den Eindruck erwecken, als ob die MLF ein Tausch- oder Handelsobjekt sei.[12] Die MLF müsse für sich allein betrachtet werden und habe nichts zu tun mit den wirtschaftlichen oder politischen Problemen der Einigung Europas. Mit den jüngsten Vorschlägen wolle man die Tür offen lassen. Er nehme aber an, daß de Gaulle keineswegs damit zufrieden sein werde. Wenn es zu einer Lösung kommen sollte, der die Vereinigten Staaten, Großbritannien, die Bundesrepublik und andere Länder zustimmen sollten, werde de Gaulle eine Einladung zur Teilnahme sicher nicht annehmen.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1325

„Es sollen sechs Treffen auf Minister- oder Ministerstellvertreter-Ebene pro Jahr stattfinden. Bei dieser Gelegenheit sollen alle weltweiten Fragen, an dem ein oder mehrere Mitgliedstaaten interessiert sind, erörtert werden. Der Bundeskanzler begrüßte diesen Gedanken." Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 432; B 150, Aktenkopien 1964.

8 Im Hinblick auf die britischen Vorstellungen bezüglich der geplanten MLF hielt Staatssekretär Carstens am 16. November 1964 folgende Stellungnahme des Staatssekretärs im amerikanischen Außenministerium fest: „Er glaube, es werde zu einer Einigung kommen. Der Grundsatz der Gleichberechtigung sei den Briten von den Amerikanern verdeutlicht worden. Die neue britische Regierung sähe die Chance, sich durch das MLF-Projekt mit Europa zu assoziieren. Man solle in Einzelheiten nicht doktrinär sein, zum Beispiel könne er sich vorstellen, daß britische U-Boote in die MLF eingebracht würden, wenn sie den für die MLF geltenden Regeln unterstellt werden, wobei allerdings die gemischte Bemannung schon aus technischen Gründen nicht sofort realisiert werden könnte, aber dennoch sollte man an diesem Prinzip festhalten. Allerdings dürften die fundamentalen Prinzipien des MLF-Projekts nicht tangiert werden." Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 432; B 150, Aktenkopien 1964.

9 Zur Europa-Initiative der Bundesregierung vom 4. November 1964 vgl. Dok. 311 und weiter Dok. 344.

10 Vgl. dazu Dok. 318, besonders Anm. 4.

11 Zu den Gesprächen mit dem französischen Staatspräsidenten am 9./10. November 1964 vgl. Dok. 318 und Dok. 321.

12 Am 12. November 1964 teilte der Chef des Bundeskanzleramtes Bundesminister von Hassel, z.Z. Washington, mit, der ehemalige Bundeskanzler Adenauer habe gegenüber Staatspräsident de Gaulle weder zur Getreidepreis-Frage noch zur MLF eine definitive Stellungnahme abgegeben. Westrick bekräftigte: „Diese beiden Fragen sind auch voneinander unabhängig und haben keine Verbindung miteinander. Die positive Haltung der Bundesregierung in der Frage der MLF bleibt unverändert." Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 432; B 150, Aktenkopien 1964.

Vielleicht könnte Präsident Johnson bei seinem Besuch in Europa[13] bei de Gaulle etwas erreichen. Immerhin sei es vorstellbar, daß in den Gesprächen der Knoten etwas gelockert werden könnte. Wenn man de Gaulle nur sage, er könne beitreten, dann seien die Aussichten sicher nicht allzu groß. Er wolle nicht den Eindruck erwecken, als ob man sich von Frankreich abhängig fühle, doch wäre eine Beteiligung Frankreichs im Interesse aller sehr begrüßenswert.

Für die Bundesregierung stelle sich dieses Problem nicht nur in außenpolitischem Zusammenhang, sondern auch unter einem innenpolitischen Aspekt dar. Die Regierung und die Mehrheit des Parlaments seien zwar in ihrer Haltung klar, andererseits würden aber auch einige nicht überhörbare emotionale Gründe vorgebracht, weshalb man die Freundschaft mit Frankreich pflegen müsse. Es sei aber völlig unakzeptabel, die Zusammenarbeit mit Europa und mit Frankreich vom Beitritt oder Nichtbeitritt der Bundesrepublik zur MLF abhängig zu machen. De Gaulle und Pompidou hätten klar zu verstehen gegeben, daß eine Beteiligung an der MLF ein gegen Europa und die europäischen Interessen gerichteter Akt wäre.[14] Dem könne die Bundesregierung nie zustimmen. Er wolle noch konzedieren, daß der Getreidepreis in einem gewissen Verhältnis stehen könnte zu der weiteren Entwicklung innerhalb der EWG und vielleicht auch noch mit den Verhandlungen über die europäische Einheit und mit der Kennedy-Runde. Die MLF hingegen könne nie ein Tausch- und Verhandlungsobjekt sein. Dies habe er unter Zeugen auch dreimal Dr. Adenauer vor seiner Reise nach Paris gesagt.

Am Vortag sei er mit Jean Monnet zusammengetroffen, und was dieser gesagt habe, sei interessant gewesen, weil es die Persönlichkeit de Gaulles ausleuchte. Er habe mit ihm über die Schwierigkeiten bei der Regelung der Getreidepreisfrage gesprochen, ihn aber doch darauf hingewiesen, daß er die Bauern etwas in die Knie gezwungen habe, vor allem mit dem Argument, daß in der Europa-Politik keine Fortschritte erzielt werden können, wenn sie unnachgiebig blieben. Monnet habe darauf geantwortet, selbst wenn man de Gaulle auf einem silbernen Tablett den Getreidepreis darbiete, werde er nicht bereit sein, die europäische Entwicklung mit vollem Herzen zu fördern. Monnet sei aber der Auffassung gewesen, daß, wenn es gelänge, eine Lösung in Form einer atlantischen multilateralen Verteidigungsstreitmacht zu finden, in der von Anfang an ein Platz für de Gaulle reserviert sei, dieser dann möglicherweise zustimmen werde.

Zur Getreidepreisfrage führte der Herr Bundeskanzler weiter aus, er halte eine Herabsetzung des Preises für richtig, wenn man sich einmal auf das Sy-

[13] Der amerikanische Präsident reiste erst 1967, anläßlich der Beisetzungfeierlichkeiten für den ehemaligen Bundeskanzler Adenauer am 25. April 1967, nach Europa.

[14] Zur Haltung des französischen Staatspräsidenten gegenüber der geplanten MLF vgl. zuletzt Dok. 318. Vgl. dazu auch Dok. 307, Anm. 10.
Ministerpräsident Pompidou erklärte am 5. November 1964 gegenüber französischen Journalisten: „En résumé nous pouvons nous demander si un tel projet, une telle force multilatérale n'est pas destructrice pour l'Europe, provocatrice pour certains autres pays et finalement dirigée plus ou moins contre la France." Vgl. LE MONDE, Nr. 6163 vom 7. November 1964, S. 2.

stem als solches eingelassen habe. Unter anderen[15] Voraussetzungen wäre es wahrscheinlich möglich gewesen, für Drittländer eine befriedigende Lösung durch die Gewährleistung von Kontingenten zu finden. Diese Möglichkeit sei nun aber vorbei, und man müsse auf dem anderen Weg vom Fleck kommen. In seinen Gesprächen mit Vertretern der Bauern[16] habe er auch die Möglichkeit angedeutet, den Bauern gegenüber einen politischen Preis zu zahlen.

Der Herr Bundeskanzler fragte sodann Staatssekretär Ball nach seiner Beurteilung der jüngsten Ereignisse in der Sowjetunion und deren mögliche Auswirkungen auf das Verhältnis zwischen Moskau und Peking.[17]

Sodann wandte sich der Herr Bundeskanzler der Israel-Frage zu. Die Israelis seien über die Tätigkeit deutscher Wissenschaftler in Kairo[18] erbost und auch etwas enttäuscht darüber, daß keine diplomatischen Beziehungen aufgenommen würden.[19] Andererseits sei in der Öffentlichkeit bekannt geworden, daß an Israel Waffen geliefert würden.[20] Hier den richtigen Ton und Weg zu finden, sei nicht einfach. Die jüngsten Ereignisse an der syrisch-israelischen Grenze[21] seien auch alles andere als beruhigend. Vielleicht gelinge es der neuen britischen Regierung, die Nasser und der arabischen Welt gegenüber aufgeschlossener sei, einen Beitrag zur Entspannung in jenem Teil der Welt zu leisten.

Zu der von Staatssekretär *Ball* angeschnittenen Frage der derzeitigen Stimmung in der Türkei bemerkte der Herr *Bundeskanzler*, es sei richtig, daß vielleicht die Deutschen am besten mit den Türken sprechen könnten[22], andererseits habe die Bundesrepublik auch nicht so viel Geld, um ihre Wünsche voll befriedigen zu können. Anläßlich des Besuchs des türkischen Verteidigungsministers[23] habe er mit diesem das Thema ebenfalls erörtert. Er wisse nicht, ob die Türken bereit sein würden, einer Lösung, die unter dem Schutz der NATO zustande kommen würde, zuzustimmen, und die vorsehen würde, daß der türkischen Minderheit ein echter Schutz seitens der NATO gewährt würde, die

[15] Dieses Wort wurde vom Leiter des Außenpolitischen Büros im Bundeskanzleramt, Osterheld, handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „diesen".

[16] Am 13. November 1964 empfing Bundeskanzler Erhard den Präsidenten des Deutschen Bauernverbands, Rehwinkel, zu einem Gespräch. Vgl. dazu FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 265 vom 13. November 1964, S. 1.

[17] Zum Führungswechsel in der UdSSR am 14./15. Oktober 1964 vgl. Dok. 286, besonders Anm. 5. Zu den Rückwirkungen auf die sowjetisch-chinesischen Beziehungen vgl. Dok. 317.

[18] Zur Tätigkeit deutscher Experten in der ägyptischen Rüstungsindustrie vgl. zuletzt Dok. 315.

[19] Zu der entsprechenden Erklärung des Staatssekretärs Carstens am 4. November 1964 vor dem Bundestag vgl. Dok. 308, Anm. 17.

[20] Zu den Pressemeldungen über die Waffenlieferungen der Bundesrepublik an Israel vgl. Dok. 306, Anm. 2.

[21] Die israelische Regierung gab am 13. November 1964 bekannt, es seien Einsätze gegen syrische Stellungen geflogen worden, nachdem von dort Grenzorte in Israel beschossen worden seien. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1964, Z 245.

[22] Dazu berichtete Staatssekretär Carstens mit Runderlaß vom 16. November 1964, der Staatssekretär im amerikanischen Außenministerium habe sich besorgt über die Lage in der Türkei gezeigt: „Die Türken seien enttäuscht und verbittert. Ball bat uns, ihnen aufgrund unserer besonders engen Beziehungen deutlich zu machen, welche ungeheuren Vorteile die westliche Allianz trotz allem für sie habe, vor allem auch in materieller Hinsicht." Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 420; B 150, Aktenkopien 1964.

[23] Zum Besuch von Ilhami Sancar vom 25. Oktober bis 1. November 1964 vgl. Dok. 333, Anm. 2.

Insel selbst aber Griechenland unterstellt würde.[24] Das Schlüsselproblem sei, daß Makarios zurückgezogen werden müßte. Der griechische Verteidigungsminister, mit dem er einige Zeit später zusammengetroffen sei[25], habe allerdings eine andere Auffassung vertreten. Die der Bundesregierung vorliegenden Informationen ließen ebenfalls auf eine bedenkliche Situation in der Türkei schließen. Er sei wegen der dortigen Lage besorgt, und die Bundesregierung werde alles tun, um eine Lösung zu unterstützen, die im Sinne des westlichen Bündnisses liege.

Der Herr Bundeskanzler sagte weiter, er habe gerüchteweise gehört, die neue britische Regierung denke daran, bald Neuwahlen abzuhalten.[26] Er wisse nicht, ob sich dies auf die Haltung zur MLF auswirken würde. Wie er Botschafter McGhee verschiedentlich gesagt habe, wolle man deutscherseits eine zu lange Verzögerung vermeiden, da man sonst zu nah an die Bundestagswahlen komme.[27] Er würde es nicht gerne sehen, wenn die MLF im Wahlkampf zu einer entscheidenden Frage würde, wenngleich die Mehrheit dafür sei. Innerhalb der CDU gebe es aber gewisse Schattierungen[28], die in diesem Fall zu stark in den Vordergrund treten könnten. Im übrigen hätten sich die Aspekte etwas verlagert, und es gehe nicht mehr allein um die MLF, sondern auch um die Strategie zur Verteidigung Europas. Wenn in dieser Frage eine befriedigende Antwort gegeben werden könnte, hätte dies in der Öffentlichkeit eine beruhigende Wirkung.

Die Unterredung endete gegen 11.50 Uhr.

Bundeskanzleramt, AZ: 21-301 00 (56), Bd. 11

[24] Zur türkischen Haltung in der Zypern-Frage vgl. auch Dok. 333.

[25] Pedros Garoufalias hielt sich vom 3. bis 7. November 1964 in der Bundesrepublik auf. Zu den Gesprächen mit Bundeskanzler Erhard und Bundesminister von Hassel vgl. BULLETIN 1964, S. 1511.

[26] In der Presse wurde vermutet, daß Premierminister Wilson wegen der knappen Mehrheit der Labour-Regierung im Unterhaus Neuwahlen im Frühjahr 1965 anstreben könnte. Vgl. dazu DIE WELT, Nr. 262 vom 9. November 1964, S. 4.

[27] Vgl. dazu auch das Gespräch vom 3. November 1964; Dok. 307.
Die Bundestagswahlen fanden am 19. September 1965 statt.

[28] Zur Auseinandersetzung zwischen „Atlantikern" und „Gaullisten" vgl. Dok. 194, Anm. 1.

339

Gespräch des Staatssekretärs Carstens mit Staatssekretär Ball, amerikanisches Außenministerium

St.S. 2157/64 geheim **16. November 1964**[1]

Am 16. November 1964 empfing Herr Staatssekretär Carstens den stellvertretenden amerikanischen Außenminister Ball. An dem Gespräch nahmen auf amerikanischer Seite der amerikanische Botschafter McGhee und Mr. George Springsteen, auf deutscher Seite nahm Herr Pfeffer teil.

Der Herr *Staatssekretär* schlug vor, das beim Herrn Bundeskanzler geführte Vormittagsgespräch über die MLF[2] noch in einigen Punkten zu vertiefen. Der britische Außenminister habe uns soeben in großen Zügen die britischen Vorstellungen vorgetragen.[3] Danach gehe es Großbritannien vor allem darum, am Prozeß der nuklearen Willensbildung in den Vereinigten Staaten stärker beteiligt zu werden. Er, der Staatssekretär, habe Gordon Walker gefragt, ob sich nicht beides miteinander verbinden lasse, die Errichtung der MLF in der geplanten Form und eine stärkere Teilnahme am amerikanischen nuklearen Entscheidungsprozeß. Man könne, was die zweite Komponente angehe, an eine Art organisatorischen „Überbau" denken, in dem alle westlichen Nuklearmächte und -gruppierungen miteinander verbunden würden und in dem auch für die force de frappe Platz sei.[4]

Mr. *Ball* erwiderte, die amerikanische Haltung lasse sich folgendermaßen zusammenfassen: Die „letzte" Entscheidung über den Einsatz nuklearer Waffen behielten sich die Vereinigten Staaten vor. Sie trügen eine weltweite Verantwortung und müßten weltweit abwehrbereit sein. Ganz abgesehen davon würden, falls die amerikanische Regierung eine europäische Teilhabe an dieser letzten amerikanischen Entscheidungsbefugnis je ins Auge fassen sollte, die gesetzgeberischen Schwierigkeiten wegen der Haltung des Kongresses so gut wie unüberwindbar sein. Von diesem Vorbehalt abgesehen, seien die Vereinigten Staaten bereit, in ihren Zugeständnissen an die Verbündeten sehr weit zu gehen. Wenn die MLF erst einmal errichtet sei, dann würde aus der Natur der Sache heraus die gesamte Nuklearstrategie einschließlich der Operations- und Zielplanung zu einer Gemeinschaftsaufgabe sich entwickeln. Die Zusammenarbeit werde im Laufe der Zeit immer enger werden und schließlich zu einer gemeinsamen Politik führen. Dies sei die Hoffnung, die man in der amerikanischen Regierung auf die MLF als politischen Integrationsfaktor setze.

[1] Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Legationsrat I. Klasse Pfeffer am 19. November 1964 gefertigt.
Hat Staatssekretär Carstens am 19. November 1964 vorgelegen, der handschriftlich die Weiterleitung an Bundesminister Schröder verfügte.
Hat Schröder am 20. November 1964 vorgelegen.

[2] Vgl. Dok. 338.

[3] Vgl. das Gespräch des Bundesministers Schröder mit Außenminister Gordon Walker am 15. November 1964; Dok. 334.

[4] Zum Konzept eines „Atlantischen Nuklear-Rats" als übergeordneter Institution für die strategische Planung vgl. Dok. 337.

Der Herr *Staatssekretär* dankte für diese Darstellung und Bestätigung der amerikanischen Position, die wir verstünden. Für uns sei es überaus wichtig, daß wir vor der Anwendung oder auch Nichtanwendung atomarer Waffen konsultiert würden. Im übrigen müsse man sehen, wie sich die britischen Vorstellungen weiterentwickeln.

Mr. *Ball* stellte fest, die Vereinigten Staaten seien sehr glücklich darüber, daß Gordon Walker nicht die früheren nuklearen Vorstellungen Labours[5] vertrete; vor allem sei heute von einer Fusion der britischen und amerikanischen Atomstreitkräfte nicht mehr die Rede.

Der Herr *Staatssekretär* erinnerte in diesem Zusammenhang an das de Gaullesche Argument, die USA benutzten die MLF, um Europa durch ihr erdrückendes faktisches Übergewicht und durch ihr formelles Veto in ständiger Abhängigkeit zu halten.[6] Viele Franzosen, die nicht oder nicht unbedingt Gaullisten seien, seien der gleichen Überzeugung.

Mr. *Ball* erwiderte, wichtiger als der endgültige Einsatzbefehl sei eine gemeinsame Politik, die schließlich einen solchen Befehl nötig oder unnötig mache.

Auf die Frage des Herrn *Staatssekretärs*, was von den britischen Klagen über Personalmangel für die MLF zu halten sei, erklärte *Ball*, diese britischen Bedenken seien ihm unverständlich. Schließlich seien, vom Vertragsabschluß gerechnet, noch etwa drei Jahre Zeit bis zur Aufstellung der MLF. Diese Zeitspanne lasse sich für die Ausbildung geeigneter Besatzungen nutzen. Die Vereinigten Staaten seien gern bereit, den Briten entsprechende Ausbildungsmöglichkeiten zu verschaffen.

Der Herr *Staatssekretär* wiederholte sodann die Punkte, die ihm aus der britischen Position positiv erschienen:

1) Großbritannien trete für das Gleichheitsprinzip in der MLF ein. Deutschland und Italien sollten wie Großbritannien behandelt werden. Das gleiche würde für Frankreich gelten, wenn es sich zum Zutritt entschlösse.

2) Die Briten seien inzwischen für das Prinzip der Integration und der gemischten Besatzungen gewonnen.

3) Großbritannien sei der Auffassung, daß die MLF Bestandteil der atlantischen Verteidigungsgemeinschaft bleiben müsse. Die Europäisierungsklausel[7] müsse entsprechend formuliert werden. Den vollständigen „Auskauf" der USA durch Europa lehne Großbritannien ab.

4) Den Briten schwebe eine gemeinsame Nuklearstrategie und Zielplanung vor. Sie dächten außerdem an nukleare Konsultationen für alle eventuellen Kriegsschauplätze in der Welt.

Ein weiterer Punkt, zu dem er, der *Staatssekretär*, noch nicht Stellung nehmen könnte, sei die britische Überlegung, eine Erklärung der Mitgliedstaaten über

[5] Vgl. dazu Dok. 266, Anm. 33.

[6] Zur Haltung des französischen Staatspräsidenten gegenüber der geplanten MLF vgl. zuletzt Dok. 318.
Zu den Modalitäten für einen Einsatz der MLF und zum Vetorecht der USA vgl. Dok. 238. Vgl. dazu auch Dok. 265.

[7] Vgl. dazu zuletzt Dok. 330.

die Nichtverbreitung von Atomwaffen mit dem Abschluß des MLF-Vertrages zu koppeln. Er habe – und dies sei seine persönliche Meinung – erhebliche Bedenken, eine solche Erklärung gegenüber der Sowjetunion abzugeben. In einer bindenden Erklärung dieser Art gegenüber der Sowjetunion sähen wir ein Atout, das wir als möglichen Preis oder Teilpreis für die Wiedervereinigung bis zur Lösung der deutschen Frage in der Hand behalten möchten.

Mr. *Ball* erwähnte, Herr Erler habe ihm über sein Gespräch mit Gordon Walker berichtet, in dem offenbar die Bezeichnung der multilateralen Streitmacht eine Rolle gespielt habe. Man wolle vielleicht statt des Namens MLF die Bezeichnung Atlantische Nuklearstreitmacht wählen. Herr Erler habe sich dagegen ausgesprochen.

Der Herr *Staatssekretär* sagte, er sehe hierin kein ernstes Problem.

Mr. *Ball* kam dann noch einmal auf die britischen Vorschläge zur MLF zurück. Diese seien für Deutschland vielleicht auch deshalb interessant, weil sie eine größere Chance eröffneten, Frankreich einzubeziehen.

Der Herr *Staatssekretär* bezweifelte dies. Die Franzosen würden wahrscheinlich auf eine nach britischen Vorstellungen abgewandelte MLF ebensowenig eingehen wie auf das Projekt in der gegenwärtigen Form. Er habe mit Couve über die Europäisierungsklausel gesprochen, aber ohne Erfolg. Couve habe immer wieder auf das amerikanische Veto hingewiesen.[8] Er, der Staatssekretär, erwarte deshalb auf kurze Sicht keine positive französische Reaktion. Aber natürlich müsse man die längerfristige Entwicklung im Auge behalten. Auch in Frankreich gebe es Kräfte, die unserer Betrachtungsweise nahestünden.

Mr. *Ball* erklärte, de Gaulle winke zwar in vager Form mit einer Alternative, nämlich mit einer europäischen Atomstreitmacht, aber man müsse sich fragen, was er darunter verstehe. Er, Ball, jedenfalls glaube, die Absicht hinter dieser Alternative zu kennen: de Gaulle wünsche keine von einem föderativen Europa, sondern eine von Frankreich kontrollierte Atomstreitmacht. De Gaulle wolle die nukleare Entscheidungsgewalt mit niemandem teilen. Deshalb ziele er nicht auf eine wirkliche europäische Atomstreitmacht, und deshalb wolle er auch Großbritannien „draußen halten".

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 432

[8] Vgl. das Gespräch vom 24. Oktober 1964; Dok. 296.

340

Bundeskanzler Erhard an Bundestagspräsident Gerstenmaier

AB-30104-1173[III]/64 VS-vertraulich **16. November 1964**[1]

Sehr geehrter Herr Bundestagspräsident!

Für Ihr Schreiben vom 12. November 1964[2] betr. Ihren geplanten Besuch in Kairo danke ich Ihnen verbindlich. Lassen Sie mich dazu zunächst sagen, daß mir ein Gespräch zwischen Ihnen und Staatspräsident Nasser im gegenwärtigen Zeitpunkt wichtig erscheint. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie dabei hervorheben wollten, daß die Bundesregierung dem Besuch Nassers in Deutschland mit großer Erwartung entgegensieht[3] und daß sie den ausführlichen Meinungsaustausch, der bei dieser Gelegenheit geführt werden wird, für sehr bedeutungsvoll ansieht.

Zwecks Beantwortung Ihrer Fragen nach einer Militärhilfe an Israel habe ich den Herrn Bundesminister der Verteidigung[4] gebeten, Sie über die deutsch-israelischen Abmachungen, soweit sie sein Ressort betreffen, zu unterrichten.[5] Ich bin allerdings nicht der Auffassung, daß Sie Herrn Nasser Ihrerseits über diese Vereinbarungen unterrichten sollten. Ich bitte Sie vielmehr, ihn darauf hinzuweisen, daß es sich um die Abwicklung von Vereinbarungen handelt, die schon vor längerer Zeit abgeschlossen wurden. Insofern fühlt sich die Bundesregierung an eine Einhaltung der Abmachungen gebunden. Die Bundesregierung sei jedoch grundsätzlich der Auffassung, daß ihre ursprüngliche Entscheidung, in Spannungsgebiete keine Waffen zu liefern[6], nach wie vor die beste Verhaltensweise darstelle. Im übrigen würde die Bundesregierung diesen Komplex mit Nasser bei dessen Besuch in Bonn erörtern wollen.[7] Präsi-

[1] Abschrift.
Vortragender Legationsrat I. Klasse Schirmer vermerkte handschriftlich: „Schlußfassung des Briefes".
Das Schreiben ging auf einen Entwurf von Schirmer vom 14. November 1964 zurück. Gemäß den handschriftlichen Korrekturen des Staatssekretärs Carstens wurde ein Konzept erstellt, das Carstens am 16. November 1964 dem Chef des Bundeskanzleramtes, Westrick, zuleitete. Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 422; B 150, Aktenkopien 1964. Für den Entwurf von Schirmer vgl. Abteilung I (I B 4), VS-Bd. 105; B 150, Aktenkopien 1964.
Zu den wesentlichen Änderungen vgl. Anm. 7, 11 und 16.

[2] Vgl. Dok. 325.

[3] Zum Einladungsschreiben des Bundeskanzlers Erhard vom 12. November 1964 vgl. Dok. 326.

[4] Kai-Uwe von Hassel.

[5] Zur Ausrüstungshilfe für Israel vgl. Dok. 289.
Im Rückblick hielt Bundestagspräsident Gerstenmaier zur Frage der erbetenen Informationen fest: „Den Militärhilfevertrag bekam ich nicht zu Gesicht. Ich habe ihn bis heute nicht gesehen. Der Ministerialdirektor Dr. Mercker hatte eine schwere, ja unmögliche Aufgabe, als ihn seine Obrigkeit zu mir schickte, um mich über den Vertrag zu informieren. Ich schickte ihn wieder fort, als er mir – etwas bedrückt – mitteilte, den Vertrag habe er nicht mitgebracht. Mit Franz Josef Strauß hatte ich danach ein um so ernsteres und instruktiveres Gespräch." Vgl. GERSTENMAIER, Streit und Friede, S. 499.

[6] Vgl. dazu Dok. 54, Anm. 3.

[7] Dieser Satz wurde von Staatssekretär Carstens handschriftlich in den Entwurf des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schirmer eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „Diese Auffassung ist von

dent Nasser wird Sie vermutlich ebenfalls auf die Frage der Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Israel ansprechen. Ich bitte, ihm hierauf zu antworten, daß die Bundesregierung immer der Auffassung gewesen sei, daß die Normalisierung der Beziehungen zwischen Deutschland und Israel im Grundsatz notwendig ist. Ich habe mich selbst öffentlich in diesem Sinne geäußert und es als eine Frage des Wann und nicht als eine Frage des Ob bezeichnet.[8] Von der Aufnahme voller diplomatischer Beziehungen hat die Bundesregierung bisher Abstand genommen, um die deutsch-arabischen Beziehungen nicht über Gebühr zu belasten und schädliche Auswirkungen auf unsere Deutschlandpolitik zu vermeiden. Sie sollten Präsident Nasser jedoch darauf aufmerksam machen, daß es in der deutschen Öffentlichkeit nicht verstanden werde, warum die Araber dem deutschen Volke die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel verübeln, während 83 Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen, darunter Marschall Tito, die Sowjetunion und verschiedene afro-asiatische Staaten, mit Israel diplomatische Beziehungen unterhalten, ohne daß die arabischen Staaten hieraus Konsequenzen gezogen hätten. Die Bundesregierung beabsichtige zwar, ihre bisherige Haltung zu der Frage der Aufnahme diplomatischer Beziehungen vorerst beizubehalten[9], erwäge jedoch den Austausch nichtdiplomatischer Missionen, der schon aus praktischen Gründen notwendig werden würde.[10] Im übrigen würde es die Bundesregierung begrüßen, hierüber mit Präsident Nasser in einen Meinungsaustausch einzutreten.[11]

Zu der Frage der deutschen Wissenschaftler bitte ich Sie, Herrn Präsident Nasser dahingehend zu unterrichten, daß die Bundesregierung aus grundsätz-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1333

dem Herrn Bundesminister des Auswärtigen von Anfang an vertreten worden, und es könne vorausgesetzt werden, daß die Bundesregierung weitere Verträge dieser Art nicht mehr abzuschließen beabsichtige. Sollte von diesem Grundsatz infolge besonderer Umstände nochmals abgewichen werden müssen, so werde eine solche Entscheidung in jedem Falle – sofern sie Israel betrifft – Staatspräsident Nasser auf vertraulichem Wege vorher bekanntgegeben werden."

8 Bundeskanzler Erhard führte auf einer Pressekonferenz am 3. Dezember 1963 aus: „Unser Verhältnis zu Israel ist weniger geprägt und gekennzeichnet durch und findet nicht so sehr seinen Ausdruck in der Aufnahme diplomatischer Beziehungen, als vielmehr in der Verpflichtung des deutschen Volkes und in der auch praktisch geübten Hilfeleistung für all das, was aus deutscher Schuld dem jüdischen Volke erwachsen ist ... Die Frage diplomatischer Beziehungen scheint mir demgegenüber von etwas untergeordnetem Rang zu sein. Es ist nicht die Frage, ob wir sie aufnehmen, sondern es ist die Frage, wann wir sie aufnehmen." Vgl. BULLETIN 1963, S. 1910.

9 Zur entsprechenden Erklärung des Staatssekretärs Carstens am 4. November 1964 vor dem Bundestag vgl. Dok. 308, Anm. 17.

10 Mit der sich abzeichnenden Abwicklung des Wiedergutmachungsabkommens vom 10. September 1952 entfiel zum 31. März 1966 die bisherige formelle Grundlage im Verhältnis zu Israel, auf der auch die Tätigkeit der Israel-Mission in Köln beruhte.
Zu den Überlegungen, Handelsvertretungen mit Israel auszutauschen, vgl. zuletzt Dok. 315, besonders Anm. 15.

11 Der Passus „Die Bundesregierung beabsichtige ... Meinungsaustausch einzutreten" lautete im Entwurf des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schirmer: „Die Bundesregierung beabsichtige zwar, ihre grundsätzliche Haltung zu der Frage der Aufnahme diplomatischer Beziehungen beizubehalten, erwäge jedoch in Richtung auf eine endgültige Normalisierung ihr Verhältnis zu Israel künftig so zu gestalten, wie Präsident Nasser seine Beziehungen mit Pankow geglaubt hat regeln zu müssen. Im übrigen würde es die Bundesregierung begrüßen, den hiermit begonnenen Meinungsaustausch mit Präsident Nasser fortzusetzen."

lichen Erwägungen, die mit den bilateralen deutsch-arabischen bzw. deutsch-israelischen Beziehungen zu tun haben, den Erlaß eines Sondergesetzes nicht für zweckmäßig halte.[12] Die Bundesregierung wisse allerdings nicht, wieweit es ihr möglich sein wird, im Hinblick auf die Stimmung im Bundestag diese Politik auch im Parlament mit Erfolg durchzusetzen.[13] Sie würde es begrüßen, wenn Nasser wegen der Schwierigkeiten, in welche die Bundesregierung innen- wie außenpolitisch geraten sei, ihr durch einen freiwilligen Verzicht auf die Weiterbeschäftigung der deutschen Wissenschaftler entgegenkommen könnte. Nach unserer Auffassung sollte die Trennung der VAR-Regierung von den Raketenspezialisten möglichst unauffällig vor sich gehen.

Die Bundesregierung wird ihrerseits bemüht sein, auf dem Wege der Kapitalhilfe und der Technischen Hilfe und durch das Einräumen von Hermes-Bürgschaften Nasser bei dem großen Werke des industriellen Aufbaus der VAR weiterhin nach Kräften zu helfen.[14] Auch darüber möchte die Bundesregierung mit Präsident Nasser bei seinem Besuch in Bonn ausführlich sprechen. Zu dem von Ihnen erwähnten Projekt der Gewinnung von Süßwasser aus dem Meer[15] kann zur Zeit noch nicht Stellung genommen werden.[16]

Sollten Sie auf einen der vielfältigen Aspekte der angeschnittenen Fragen noch näher eingehen wollen, so stehe ich Ihnen gern zur Verfügung.[17]

Mit verbindlichen Grüßen

Ihr
gez. Ludwig Erhard

Abteilung I (I B 4), VS-Bd. 105

[12] Zur Tätigkeit deutscher Experten in der ägyptischen Rüstungsindustrie und zu den Überlegungen, gesetzliche Maßnahmen gegen die Mitwirkung Deutscher an der Waffenproduktion fremder Staaten zu ergreifen, vgl. zuletzt Dok. 315.

[13] Die Opposition trat für entsprechende gesetzliche Maßnahmen ein und erhielt dabei Unterstützung aus Kreisen der Regierungsparteien. Zum Antrag der SPD-Fraktion vom 25. Juni 1964 für ein Zweites Ausführungsgesetz zu Artikel 26, Absatz 2 des Grundgesetzes vgl. Dok. 214, Anm. 4.

[14] Zur Wirtschaftshilfe für die VAR vgl. Dok. 280, Anm. 4, und weiter Dok. 345, besonders Anm. 6.

[15] Zu den Überlegungen der Bundesregierung, mit Rücksicht auf die Krise in den deutsch-arabischen Beziehungen bei der Errichtung einer atomar betriebenen Meerwasserentsalzungsanlage in der VAR mitzuwirken, vgl. Dok. 332.

[16] Der Passus „Auch darüber möchte ... Stellung genommen werden" lautete im Entwurf des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schirmer: „Was das von Ihnen erwähnte Projekt der Süßwassergewinnung auf atomarer Basis betrifft, ist die Bundesregierung der Auffasssung, daß sie – abgesehen von der Finanzierungsfrage – in Anbetracht der israelischen Empfindlichkeit alleine nicht in der Lage wäre, ein solches Vorhaben durch deutsche Firmen ausführen zu lassen. Es wäre für die Bundesregierung wichtig zu wissen, ob Präsident Nasser einem solchen Projekt erste Priorität gegenüber den anderen zahlreichen Projekten des Fünfjahresplanes einräumt. Nasser sollte weiter unterrichtet werden, daß, wenn überhaupt, die Bundesregierung nur zusammen mit einem anderen westlichen Lande, vorzugsweise mit Frankreich, an die Errichtung einer solchen Anlage denken könne. Auch hier wäre es wichtig zu wissen, ob Präsident Nasser eine solche Zusammenarbeit erwünscht wäre."

[17] Zum Besuch des Bundestagspräsidenten Gerstenmaier vom 20. bis 23. November 1964 in der VAR vgl. weiter Dok. 352.

341

Gespräch des ehemaligen Bundeskanzlers Adenauer mit dem ehemaligen amerikanischen Hohen Kommissar McCloy

Z A 5-137.A/64 **16. November 1964**[1]

Herr Dr. Adenauer empfing am 16. November 1964 um 15 Uhr Herrn McCloy zu einem Gespräch.

Im Verlauf der Unterhaltung führte Herr McCloy folgendes aus: Auf die derzeitigen innerdeutschen Meinungsverschiedenheiten betreffend die gegenüber de Gaulle zu verfolgende Politik[2] eingehend sagte Herr McCloy, er habe den Eindruck, daß sich seit Abschluß des deutsch-französischen Vertrags[3] bei Herrn Dr. Adenauer eine zunehmend kritische Haltung gegenüber der amerikanischen Position bemerkbar mache und daß seine Vorwürfe gegenüber der Bundesregierung vor allem darin bestünden, daß de Gaulle nicht rücksichtsvoll genug behandelt worden sei und einige von ihm vertretene Grundsätze hier nicht aufgegriffen worden seien. Es sei von jeher zwischen Dr. Adenauer und ihm üblich gewesen, die Dinge offen beim Namen zu nennen, und so wolle er es auch bei dieser Begegnung halten. Es wäre falsch, wollte man annehmen, daß die amerikanische Regierung und die amerikanische Öffentlichkeit etwas gegen eine Aussöhnung und Annäherung an Frankreich habe. Es wäre dumm, diese Haltung einzunehmen, da Frankreich einer der ältesten Verbündeten der Vereinigten Staaten sei. Zweimal hätten die Amerikaner ihre jungen Menschen nach Europa in einen Krieg geschickt, der zwischen Deutschland und Frankreich ausgebrochen sei. Dies wolle man unter allen Umständen in Zukunft verhindern, und deswegen habe man sich von Anfang an für eine deutsch-französische Aussöhnung und einen Zusammenschluß Europas ausgesprochen. Angesichts der Drohung durch die Sowjets und die Chinesen sei diese Forderung um so wichtiger. In diesem System spiele die deutsch-französische Aussöhnung eine besondere Rolle. Seiner Auffassung nach sei es aber mit dieser Vorstellung nicht vereinbar, wenn Frankreich, vertreten durch de Gaulle, eine Art Achse wiederherstellen wolle oder eine Hegemonie innerhalb Europas anstrebe. De Gaulles Vorstellungen[4] bewegten sich noch in der Gedankenwelt des 19. Jahrhunderts. Er habe deutlich zu verstehen gegeben, daß er von der NATO nicht viel halte, und mit seinem Rückzug aus der NATO gedroht, wenn seinen Vorstellungen nicht entsprochen werde.[5] In gleicher Weise habe er dem Osten langfristige Kredite gewährt.[6] Er wolle, daß sich die ameri-

[1] Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Weber am 24. November 1964 gefertigt.

[2] Zur Auseinandersetzung zwischen „Atlantikern" und „Gaullisten" vgl. Dok. 194, Anm. 1.

[3] Für den Wortlaut des deutsch-französischen Vertrags vom 22. Januar 1963 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 706–710.

[4] Zu den außenpolitischen Vorstellungen des französischen Staatspräsidenten vgl. auch Dok. 342.

[5] Zur Haltung des französischen Staatspräsidenten gegenüber der NATO vgl. besonders Dok. 180 und Dok. 187.

[6] Zum französisch-sowjetischen Handelsabkommen vom 30. Oktober 1964 vgl. Dok. 192, Anm. 5.

kanischen Streitkräfte aus Europa zurückzögen, andererseits wisse er aber, daß auch die Sicherheit Frankreichs und Europas von dem nuklearen Schutz der Vereinigten Staaten abhänge.

Seine Rückkehr zu einer Achsenpolitik und zu der von ihm vertretenen Form des Nationalismus sei heute viel zu gefährlich, da dies zu ernsthaften Abenteuern führen könnte. Die Wahrscheinlichkeit einer individuellen Annäherung an Moskau sei viel geringer, wenn die Integration zwischen den Staaten größer wäre. Über das Ausmaß der französischen Propaganda in Frankreich selbst, in Deutschland und auch in Großbritannien sei man entsetzt, denn im Grunde laufe sie auf die Behauptung hinaus, den Amerikanern sei nicht zu trauen. Dies sei auch der Tenor einer Veröffentlichung von General Gallois gewesen.[7]

Die Amerikaner stellten andere Länder bestimmt nicht vor die Entscheidung, zwischen den Vereinigten Staaten und Frankreich zu wählen. Die Wahl gehe vielmehr um zwei Arten der Politik, wovon die eine die Politik des 19. Jahrhunderts sei, die andere aber jene, die von 1948/49 an mit der Errichtung der Kohle- und Stahl-Gemeinschaft[8], des Gemeinsamen Marktes[9] usw. verfolgt worden sei. Die Wahl müsse nicht zwischen zwei Ländern oder zwei Personen getroffen werden, sondern zwischen zwei Konzeptionen: einem integrierten Europa, das ein Partner der Vereinigten Staaten sei, oder einem separierten Europa mit einer eigenen militärischen Streitmacht. Es sei der Mangel an Vertrauen, der in den Vereinigten Staaten Beunruhigung auslöse.

Bei seinem letzten Gespräch mit François-Poncet habe ihm dieser auch gesagt, man wisse ja gar nicht, was hinter dem Rücken der Verbündeten zwischen Amerika und der Sowjetunion vorgehe. Es sei nur bekannt, daß eine ganze Reihe von Botschaften ausgetauscht worden seien. Darauf habe er nur geantwortet, daß über den sogenannten heißen Draht[10] bisher nur Nachrichten ausgetauscht worden seien, die im Zusammenhang mit der Abrüstung und dem Abschluß des Teststoppabkommens[11] gestanden hätten. Was die Deutschlandfrage angehe, seien keinerlei Botschaften ausgetauscht oder Abmachungen getroffen worden.

Er habe den Eindruck, wenn er dies freimütig sagen dürfe, daß sich Herr Dr. Adenauer in seinem Urteil nicht so sehr von Prinzipien, sondern von Persönlichkeiten bestimmen lasse. Zu Dulles und Acheson habe er sicher ein besseres Verhältnis gehabt als zu Kennedy, der außerdem durch die ihn umgebenden Professoren von Harvard wahrscheinlich Mißtrauen in Dr. Adenauer erregt habe. De Gaulle wiederum genieße die volle Sympathie Dr. Adenauers. De Gaulles Politik aber sei überlebt und speise sich aus den Wurzeln des 19. Jahr-

[7] Vgl. dazu bereits Dok. 254, Anm. 19.

[8] Für den Wortlaut des Vertrags vom 18. April 1951 über eine Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl vgl. BUNDESGESETZBLATT 1952, Teil II, S. 447–504.

[9] Zu den Römischen Verträgen vom 25. März 1957 vgl. Dok. 7, Anm. 7.

[10] Am 31. August 1963 wurde zwischen Moskau und Washington eine direkte Fernschreibverbindung in Betrieb genommen, deren Einrichtung am 20. Juni 1963 vereinbart worden war. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1963, Z 193 f. und D 391–393.

[11] Für den Wortlaut des Teststopp-Abkommens vom 5. August 1963 vgl. DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1963, S. 291–293.

hunderts. Er kenne de Gaulle persönlich sehr gut seit langen Jahren und wisse, daß er ein sehr charmanter und eindrucksvoller Mann sein könne.

Abschließend erklärte sich Herr McCloy bereit, mit Herrn Dr. Adenauer in einen persönlichen Briefwechsel einzutreten, wann immer er ihm eine Nachricht zukommen lassen wolle. Er könne, falls dies Herr Dr. Adenauer für nützlich oder erforderlich halte, auch dafür sorgen, daß Vorstellungen und Überlegungen Herrn Dr. Adenauers an den Präsidenten[12] oder Mitglieder der Regierung gelangen.

Das Gespräch endete gegen 16.20 Uhr.

Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus, Bestand II/106

342

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jansen

I A 3-82.00/94.07/3363/64 VS-vertraulich **16. November 1964**[1]

Die Außenpolitik de Gaulles

I. Persönlichkeit de Gaulles

De Gaulle ist eine starke Persönlichkeit von ausgeprägtem, durch die Erfolge der Vergangenheit noch gesteigertem Selbstgefühl, reich begabt mit Intelligenz, Instinkt und Intuition und erfüllt von einem tiefen Glauben an seine historische Sendung und die Überlegenheit des französischen Wesens in der Welt. Es gehört zu seinen Grundsätzen, seine wahren Absichten solange wie möglich zu verschleiern, um auf diese Weise Unruhe und Furcht vor Überraschungen zu nähren, die er als wesentliche Mittel einer erfolgreichen Politik betrachtet. Brüske Erklärungen brauchen bei ihm nicht immer brüske Wendungen seiner Politik zu bedeuten. Sein Buch „Le fil de l'épée"[2], in dem er seine politische und militärische Philosophie darlegt, hat er mit dem Motto versehen "Etre grand, c'est soutenir une grande querelle".

[12] Lyndon B. Johnson.

[1] Die Aufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Steg als Beitrag für die Konferenzmappe zum Besuch des Bundesministers Schröder am 23./24. November 1964 in Washington konzipiert und mit Begleitvermerk des Ministerialdirektors Jansen an Staatssekretär Carstens geleitet.
Hat Carstens am 18. November 1964 vorgelegen, der handschriftlich die Weiterleitung an Schröder verfügte.
Hat Schröder am 18. November 1964 vorgelegen.

[2] Charles DE GAULLE, Le fil de l'épée, Paris 1932.

II. Grundlegende Orientierung der Außenpolitik de Gaulles

Die Niederlage von 1940[3] und der Verlust des Kolonialreichs haben nach de Gaulles Auffassung dem französischen Selbstgefühl schweren Schaden zugefügt. Seine Politik ist daher vornehmlich darauf gerichtet, die überkommenen französischen Positionen in neuen Formen zu halten oder zurückzugewinnen und dadurch den zutiefst getroffenen französischen Nationalstolz wieder zu stärken.

Zunächst erstrebt de Gaulle für Frankreich und genauso für ein geeintes „europäisches" Europa die Rolle einer weitaus stärkeren Kraft im atlantischen Bündnis, die auf voller Gleichberechtigung beruhen muß.[4] In diesem Europa soll Frankreich eine hervorragende Rolle spielen können. Da die USA nach seiner Auffassung nicht bereit sind, Europa diese Rolle zuzubilligen, muß sie erkämpft werden. Nach de Gaulles Vorstellungen dürfen die künftigen Beziehungen gegenwärtig nicht durch Abmachungen von weitreichender Wirkung zwischen den USA und einzelnen europäischen Ländern belastet werden.

Der Gaullismus sieht in der amerikanischen Politik kein Angebot einer auf wirklicher Gleichberechtigung beruhenden Zusammenarbeit, sondern den Versuch, die nach dem Krieg entstandene amerikanische Vorherrschaft in Europa zu institutionalisieren, um die Einigung und Verselbständigung Europas zu verhindern. Die USA tragen nach Ansicht de Gaulles den alten Traditionen, geschichtlichen Leistungen und den heutigen Möglichkeiten Europas zu wenig Rechnung.

Daher muß nach den Vorstellungen de Gaulles eine wirkliche europäische Politik angestrebt werden. Diese europäische Politik muß von der der USA unabhängig verlaufen können, falls die Amerikaner die europäischen Belange nicht hinreichend berücksichtigen. De Gaulle betont immer wieder die Notwendigkeit des Bündnisses mit den USA, solange die sowjetische Bedrohung andauert. Dieses Bündnis darf aber nach seiner Ansicht nicht über die Form einer klassischen Allianz hinausgehen; es darf nicht den Charakter der praktisch nicht mehr lösbaren Verschmelzung durch Integration der Streitkräfte annehmen.

Zu einer eigenständigen, von den USA weitgehend unabhängigen Politik werden aber Frankreich und das sich um Frankreich scharende Europa nach den Vorstellungen des Generals nur dann in der Lage sein, wenn sie über eine ausreichende eigene Macht verfügen. Diese kann heute nur in einer mit nuklearen Waffen ausgerüsteten Streitmacht gesehen werden.

Die Abneigung de Gaulles gegen ein von den USA abhängiges Europa findet ihre Begründung einerseits in seiner Vorstellung von dem Gewicht und dem Prestige dieses Kontinents, insbesondere aber Frankreichs, in dieser Welt. Sie gründet sich aber auch auf die Überlegung, daß weder der Schutz Europas

[3] Am 22. Juni 1940 wurde bei Compiègne der Waffenstillstand zwischen Frankreich und dem Deutschen Reich geschlossen. Für den Wortlaut vgl. ADAP, D, IX, Dok. 523.

[4] Zu den europapolitischen Vorstellungen des französischen Staatspräsidenten vgl. auch seine Stellungnahmen gegenüber Bundeskanzler Erhard am 3./4. Juli 1964; Dok. 180 und Dok. 187. Zu öffentlichen Ausführungen auf der Pressekonferenz am 23. Juli 1964 in Paris vgl. Dok. 218.

noch die Vertretung seiner Interessen gegenüber der kommunistischen Welt auf die Dauer den USA anvertraut werden können. Immer wieder weist er darauf hin, daß die Politik kommender USA-Präsidenten eine andere sein kann als die heutige. De Gaulle hat den Verlust der osteuropäischen Satelliten-Staaten an den kommunistischen Machtblock nicht verwunden. Er ist der Ansicht, daß die USA und Großbritannien am Ende des 2. Weltkrieges der Sowjetunion diese Gebiete geopfert haben, ohne daß Frankreich damals diese Wendung verhindern konnte. Auch heute scheint de Gaulle ein Arrangement USA/Sowjetunion zu befürchten, das auf eine Abgrenzung der Interessensphären der beiden großen nuklearen Mächte hinausläuft, wobei in Europa der jetzige Status – Satelliten-Staaten im kommunistischen Machtbereich, Teilung Deutschlands – mehr oder minder beibehalten werden würde.[5]

Gegenüber diesen Kräften der Beharrung und der Erhaltung des Status quo sieht de Gaulle die Möglichkeit einer pluralistischen Außenpolitik, bei der Europa seine eigenen Interessen und Ziele verfolgt. An die Stelle der Vorstellung von zwei weltbeherrschenden Machtblöcken tritt für de Gaulle das Bild mehrerer weltpolitischer Kräftefelder, deren Ströme von verschiedenen Zentren ausgehen. Diese dynamische Konzeption würde nach seiner Ansicht bessere Möglichkeiten eröffnen, die europäischen Satelliten-Staaten wieder der freien Welt zuzuführen und die deutsche Wiedervereinigung zu verwirklichen, als die eher statische der amerikanischen Regierung.

Die Forderung de Gaulles nach einer wirklichen europäischen Politik und seine Ansicht, daß sowohl seine Partnerstaaten in den europäischen Gemeinschaften wie Großbritannien deren Notwendigkeit noch nicht erfaßt haben, dürfte der Hauptgrund für seine Weigerung sein, die Formen der Integration auf die nicht von den Gemeinschaftsverträgen[6] erfaßten Gebiete anzuwenden. Frankreich muß nach Meinung de Gaulles, solange nicht eine für Frankreich akzeptable gemeinsame Politik erarbeitet ist, die Hände freibehalten; es muß stellvertretend für Europa handeln, solange die europäischen Staaten noch nicht bereit sind, die de Gaullesche Politik mitzumachen; Frankreich kann so lange nicht das Risiko eingehen, sich einer Mehrheit fügen zu müssen.

Trotz erheblicher Bedenken, die de Gaulle im Sommer 1960 gegen die integrierten Gemeinschaften erhob[7], ist die Haltung Frankreichs in den drei Gemeinschaften von Vertragstreue und Loyalität getragen, allerdings unter starker Betonung der spezifisch französischen Interessen (Agrarpolitik). Frankreich wacht darüber, daß die Organe der Gemeinschaften sich streng im Rahmen der ihnen durch die Verträge gesetzten Befugnisse halten. Es hat sich immer gegen Versuche gestellt, die Kompetenzen der Gemeinschaften durch großzügige Interpretation der Verträge auszuweiten. Frankreich zeigt sich ab-

[5] In dieser Weise äußerte sich der französische Staatspräsident in der deutsch-französischen Regierungsbesprechung am 4. Juli 1964. Vgl. dazu Dok. 188.

[6] Zu den Römischen Verträgen vom 25. März 1957 vgl. Dok. 7, Anm. 7.

[7] In den Gesprächen mit Bundeskanzler Adenauer am 29./30. Juli 1960 in Rambouillet sprach sich der französische Staatspräsident gegen eine verstärkte supranationale Entwicklung der EWG und gegen die militärische Integration in der NATO aus. Vgl. dazu ADENAUER, Erinnerungen IV, S. 59–67.
Am 5. September 1960 erläuterte er seine ablehnende Haltung auch öffentlich. Für den Wortlaut der Pressekonferenz vgl. DE GAULLE, Discours et messages, Bd. 3, S. 234–251.

lehnend gegenüber Versuchen, die Integration zu verstärken, wie z.B. durch Zuweisung echter parlamentarischer Befugnisse an das Europäische Parlament und dessen direkte Wahl.[8]

Dennoch wäre es wohl verfehlt anzunehmen, daß de Gaulle für Europa eine fortschreitende Integration, wie auch die Möglichkeit einer Gesamtintegration bis zu einer europäischen Konföderation und gar Föderation völlig ausschließt. Für solche Konstruktionen ist für ihn aber die Zeit noch nicht gekommen. Solche Lösungen dürften für ihn jedenfalls nur dann in Betracht kommen, wenn Europa sich über eine gemeinsame Außen- und Verteidigungspolitik geeinigt haben wird, die etwa den de Gaulleschen Vorstellungen entspricht. Letztlich dürfte de Gaulle für Europa die Rolle einer dritten Kraft anstreben, die, wenn es die europäischen Interessen erfordern, mit den USA verbündet ist, jedoch nicht immer und nicht unbedingt zu diesem USA-Bündnis zu stehen braucht. Jedenfalls dürfte es sein Bestreben sein, zumindest gegenüber den Sowjets als dritte Kraft aufzutreten, um eine neue Basis für eine europäische Ostpolitik zu gewinnen.

III. Verhältnis Frankreich/Sowjetunion

In der Betonung der Eigenständigkeit Europas und de Gaulles Auffassung von einem harmonischen Weltgleichgewicht zwischen mehreren politischen Kräftefeldern liegt ein gewisses Angebot an den Ostblock. Eine merkliche Besserung des Klimas der französisch-sowjetischen Beziehungen ist in der Tat in jüngster Zeit eingetreten.[9] Die Initiative zur Intensivierung der bilateralen Kontakte hat eindeutig bei der Sowjetunion gelegen.

De Gaulle dürfte eine gewisse Entspannung des französisch-sowjetischen Verhältnisses nicht unwillkommen sein:

– Die französische Industrie muß sich wegen nicht ausgenutzter Kapazitäten neue Absatzmärkte sichern;

– die im Jahre 1965 bevorstehenden Präsidentenwahlen in Frankreich[10] veranlassen ihn, den Linkskräften in seiner Außenpolitik möglichst wenig Angriffsfläche zu bieten;

– die amerikanisch-sowjetischen Entspannungsbemühungen lassen es ihm angezeigt erscheinen, sich stärker als bisher einzuschalten, um Frankreichs europäische Interessen zu wahren;

[8] Nach Artikel 138, Absatz 3 des EWG-Vertrags vom 25. März 1957 war die Einführung der Direktwahl des Europäischen Parlaments vorgesehen, sobald entsprechende Regelungen vom EWG-Ministerrat beschlossen und durch die Mitgliedstaaten angenommen wären. Vgl. dazu BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 859f.
Zur Haltung Frankreichs führte Botschafter Blankenhorn, Paris, bereits am 15. Februar 1963 aus, Staatspräsident de Gaulle wünsche „keinen Ausbau der Europäischen Versammlung zu einer echten, direkt gewählten parlamentarischen Körperschaft mit Gesetzgebungsrecht und erweiterten Kontrollfunktionen." Vgl. AAPD 1963, I, Dok. 94.
Zur französischen Ablehnung einer Ausdehnung der Haushaltsbefugnisse des Europäischen Parlaments vgl. Dok. 273, Anm. 8.

[9] Vgl. dazu auch Dok. 307, Anm. 43.

[10] Die Präsidentschaftswahlen fanden in zwei Wahlgängen am 5. und 19. Dezember 1965 statt.

– die französisch-sowjetische Klimabesserung erhöht in de Gaulles Augen Frankreichs Wert als Bündnispartner;

– eine weitere Auflockerung der westlichen Allianz durch Ausgestaltung bilateraler französisch-sowjetischer Kontakte soll auch im Ostblockbereich nationale Bestrebungen fördern und dessen weitere Auflockerung bewirken; sie zielt damit auf eine Schwächung des bipolaren Mächtesystems ab;

– Deutschland wird durch die Besserung des französisch-sowjetischen Verhältnisses der besondere Wert der deutsch-französischen Zusammenarbeit veranschaulicht[11];

– es wird eine weitere Sicherung gegen die in französischen Augen nie ganz beseitigte Gefahr geschaffen, daß Deutschland eines Tages eine Art Mittlerrolle zwischen West- und Osteuropa übernehmen könnte[12];

– der Tatsache, daß der Kommunismus als Ideologie weltweite Ambitionen hat, mißt de Gaulle keine wesentliche Bedeutung bei. Er neigt dazu, die reale politische Wirkung von Ideologien zu unterschätzen.

Ein Besuch de Gaulles in Moskau, auch wenn er gegenwärtig noch nicht in Frage steht, kann für eine absehbare Zeit nicht unter allen Umständen ausgeschlossen werden.[13] (Es würde sich dann um die Erwiderung des Chruschtschow-Besuches in Frankreich vom Frühjahr 1960[14] handeln.)

IV. Verhältnis Frankreich/Deutschland[15]

Eine der wesentlichen Voraussetzungen für die Durchführung seiner Politik ist für de Gaulle die deutsch-französische Einigung. Ohne sie sind seine Vorstellungen kaum durchzusetzen. Er braucht die deutsch-französische Zusammenarbeit, um Frankreichs Stimme gegenüber den USA und seinen europäischen Partnern größeres Gewicht zu verleihen. Zudem fürchtet die französische Politik eine Hinwendung Deutschlands zum Osten, die durch ein festes deutsch-französisches Bündnis verhindert werden soll.

De Gaulles Versuch, die Bundesrepublik Deutschland für seine Politik zu gewinnen und gleichzeitig wirksam mit Frankreich zu verbinden, war jedoch vorerst kein Erfolg beschieden. Er fürchtet nun, daß es der wirtschaftlich starken Bundesrepublik Deutschland mit ihrer zahlreichen Bevölkerung gelingen könnte, mit Hilfe der USA und anderer europäischer Staaten zu Lasten Frankreichs eine Schlüsselstellung in Europa zu erlangen. Dieser Entwicklung sucht er dadurch vorzubeugen, daß er Deutschland die politischen Vorteile entzieht, welche die deutsch-französische Zusammenarbeit und das entschiedene Eintreten de Gaulles für das deutsche Volk boten; diesem Versuch kommen die immer noch in vielen Ländern verbreiteten antideutschen Res-

[11] Dieser Passus wurde von Bundesminister Schröder hervorgehoben. Dazu Fragezeichen am Rand.

[12] Dieser Passus wurde von Bundesminister Schröder hervorgehoben. Dazu Ausrufezeichen am Rand.

[13] Der französische Staatspräsident hielt sich vom 20. Juni bis 1. Juli 1966 zu einem Staatsbesuch in der UdSSR auf.

[14] Der sowjetische Ministerpräsident hielt sich vom 23. März bis 3. April 1960 zu einem Staatsbesuch in Frankreich auf. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1960, Z 36 und Z 53 f. Vgl. auch DE GAULLE, Mémoires d'espoir. Le renouveau 1958-1962, S. 237–246.

[15] Vgl. dazu auch die Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens vom 27. Juli 1964; Dok. 210.

sentiments entgegen. Ein enges deutsch-französisches Verhältnis liegt für de Gaulle wohl nicht mehr im Zentrum seiner außenpolitischen Aktivität, bleibt aber als Chance einer vorausschauenden französischen Außenpolitik erhalten. Die Hoffnung auf eine Änderung der deutschen Einstellung zur französischen Politik hat er nicht aufgegeben.

V. Zukunftsperspektiven

Für unsere Überlegungen sollte nicht übersehen werden, daß de Gaulle keine Dauererscheinung des französischen politischen Lebens ist. Seine Nachfolger werden gemäßigter sein, sich im europäischen Bereich kooperativer zeigen und weltpolitische Alleingänge unterlassen. Allerdings ist kaum damit zu rechnen, daß die Nachfolger de Gaulles den Aufbau der französischen Atomstreitmacht einstellen und die Struktur der NATO in ihren ursprünglichen Formen ohne Einschränkung hinnehmen werden. Insoweit dürfte eine der Ursachen des amerikanisch-französischen Gegensatzes auch mit de Gaulles Nachfolgern bestehen bleiben.

Jansen

Abteilung I (I A 3), VS-Bd. 38

343

Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens

St.S. 2143/64 geheim **17. November 1964**

Betr.: Frankreich und die MLF[1]

Bei einem Essen, das ich am 16. November 1964 für die Liga für Selbstbestimmung[2] gab, saß der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses der französischen Nationalversammlung, Maurice Schumann, Mitglied des MRP, mit einer besonderen Vertrauensstellung zu de Gaulle, neben mir. Wir unterhielten uns lange über die MLF.

Schumann argumentierte unter anderem, die MLF zerstöre die europäische Zusammenarbeit. Ich antwortete, diese Behauptung sei für mich unverständlich; denn die Europäisierungsklausel des MLF-Vertrages[3] habe gerade den Zweck, dieses Projekt mit dem Projekt einer europäischen politischen Union in Einklang zu bringen. Im übrigen habe Frankreich niemals gesagt, wie es sich eine europäische Zusammenarbeit im Bereich der Verteidigung und speziell der nuklearen Verteidigung vorstelle. Herr Schumann gab zu, daß darin eine Schwäche der französischen Position liege, sagte dann aber, der General

[1] Zur französischen Haltung gegenüber der geplanten MLF vgl. zuletzt Dok. 319.

[2] Zur Tagung der Liga für Selbstbestimmung in Bonn vgl. den Artikel „Für aktivere Ostpolitik"; GENERAL-ANZEIGER, Nr. 22799 vom 17. November 1964, S. 2.

[3] Zur Europäisierungsklausel vgl. zuletzt Dok. 330.

habe doch einmal mit mir darüber gesprochen. Als ich ihn erstaunt ansah, sagte Schumann, er wisse genau Bescheid.[4] Man habe kürzlich erwogen, ob man den Inhalt der Unterhaltung zwischen dem General und mir öffentlich bekanntgeben sollte, habe aber dann doch davon abgesehen. (Es besteht für mich kein Zweifel, daß Schumann auf mein Gespräch mit dem General in Schloß Ernich anspielte, vgl. meine Aufzeichnung vom 6.7.1964 – St.S. 1291/64 geh[5]. –) Ich antwortete, die Äußerungen des Generals seien alles andere als präzise gewesen. Im Grunde habe er nur eine Frage gestellt.[6]

Im weiteren Verlauf unseres Gesprächs sagte Schumann, der General brenne darauf, die Frage einer Europäisierung der Force de frappe mit uns zu erörtern.

Ich wiederhole meinen Vorschlag vom 27. Juli 1964 – St.S. 1415/64 geh[7]. –, die Franzosen zu fragen, was sie sich unter einer Europäisierung der Force de frappe vorstellten.

Hiermit dem Herrn Minister[8] vorgelegt.

Carstens

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 432

[4] Im Rückblick führte Staatssekretär Carstens dazu aus, er sei nach den Andeutungen von Staatspräsident de Gaulle am 4. Juli 1964 über die Möglichkeit einer Mitwirkung der Bundesrepublik beim Aufbau der Force de frappe vom Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses der französischen Nationalversammlung angesprochen worden: „Maurice Schumann sagte, er wisse davon. Das sei doch eine sehr wichtige Erklärung gewesen. Aber mehr wollte auch Schumann nicht sagen." Vgl. CARSTENS, Erinnerungen, S. 272.

[5] Vgl. Dok. 186.

[6] Bereits am 13. November 1964 bat die SPD-Abgeordnete Strobel Bundesminister Schröder im Bundestag um Klärung, ob der Bundesregierung ein Ersuchen bekannt sei, „die französische Regierung finanziell beim Aufbau der französischen Atomstreitmacht zu unterstützen", und ob ihr Vorschläge unterbreitet worden seien, „die ein deutsches Einwirkungsrecht auf eine französisch-europäisch genannte Atomstreitmacht mindestens in dem Umfange vorsehen, wie es in der MLF für die Bundesregierung vorgesehen ist". Beide Fragen wurden von Schröder verneint. Vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 56, S. 7233.

[7] Vgl. Dok. 210.

[8] Hat Bundesminister Schröder am 18. November 1964 vorgelegen, der handschriftlich für Staatssekretär Carstens vermerkte: „R[ücksprache]. Erörterung mit dem Kanzler – die Franzosen können doch wohl kaum erwarten, daß wir zwei Jahre über MLF bis zur Unterschriftsreife verhandeln und dann auf vage Andeutungen hin abspringen!"
Carstens vermerkte am 21. November 1964 handschriftlich: „R[ücksprache] u[nd] Gespräch mit dem B[undes]k[anzler] hat am 19.11.[19]64 im Zuge nach Darmstadt stattgefunden."
Zur französischen Haltung gegenüber der geplanten MLF vgl. weiter Dok. 350.

344

Deutsch-französische Konsultationsbesprechungen

I A 1-80.11/3572/64 VS-vertraulich **17. November 1964**[1]

Betr.: Deutsch-französische Konsultationen auf der Ebene der Abteilungsleiter;
hier: Besprechungen zwischen den Leitern der beiden Politischen Abteilungen in Bonn am 17. November 1964

Teilnehmer: siehe Anlage[2]

Vor Eintritt in die Tagesordnung bestätigt Herr D I[3] den Wunsch des Herrn Ministers, den französischen Außenminister in Paris in den ersten Dezembertagen zu treffen.[4] Dieser Wunsch sei M. Habib-Deloncle bereits mitgeteilt worden.

I. Europäische Themen

1) Deutsche Vorschläge über die europäische politische Zusammenarbeit der EWG-Staaten

M. *Lucet* dankt für die während der Ausarbeitung der deutschen Vorschläge von der deutschen Seite gegebenen ausführlichen Informationen und für die Übermittlung des deutschen Memorandums.[5] Das deutsche Memorandum, von dem er nur den politischen Teil besprechen wolle, erscheine im allgemeinen als interessant und nützlich. Das besondere Verdienst der Vorschläge liege darin, daß sie auf eine baldige Konferenz der sechs Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften hinzielten.[6] Die diesbezügliche deutsche Erklärung sei wohl durch die Äußerungen des englischen Außenministers im Laufe der WEU-Ministerratssitzung[7] nicht geändert worden.

[1] Die Gesprächsaufzeichnung wurde durch Referat I A 1 gefertigt und mit Begleitvermerk des Ministerialdirektors Jansen vom 8. Dezember 1964 an Staatssekretär Carstens geleitet.
Hat Carstens am 11. Dezember 1964 vorgelegen.

[2] Dem Vorgang beigefügt. Teilnehmer auf deutscher Seite: Ministerialdirektor Jansen, Vortragender Legationsrat I. Klasse Luedde-Neurath, Legationsrat I. Klasse Lang, Legationsrat Fischer, Dolmetscherin Siebourg; auf französischer Seite: Abteilungsleiter Lucet, Gesandter Graf d'Aumale, Botschaftsrat de La Gorce, Botschaftsrat Henry.

[3] Ministerialdirektor Jansen.

[4] Vgl. das Gespräch des Bundesministers Schröder mit Außenminister Couve de Murville am 9. Dezember 1964; Dok. 377.

[5] Zur Europa-Initiative der Bundesregierung und zu ihrer Übermittlung an Außenminister Couve de Murville am 4. November 1964 vgl. Dok. 311.
Zu den vorangegangenen Konsultationen mit der französischen Regierung vgl. Dok. 268, besonders Anm. 10, und Dok. 273.

[6] In der Vorbemerkung zur Europa-Initiative regte die Bundesregierung an, den die Außen-, Verteidigungs- und Kulturpolitik betreffenden ersten Teil der Vorschläge „auf einer Regierungskonferenz der sechs Staaten zu erörtern". Vgl. BULLETIN 1964, S. 1536.

[7] Außenminister Gordon Walker erklärte am 16. November 1964 in Bonn, Großbritannien strebe keine Wiederaufnahme der Verhandlungen über einen EWG-Beitritt an, „wünsche jedoch von Anfang an an Gesprächen über [eine] politische Union beteiligt zu werden; er bedauere, daß dies

Das französische Außenministerium sei noch nicht in der Lage, eingehend zu den deutschen Vorschlägen Stellung zu nehmen. Dies erscheine im übrigen solange schwierig, als im Rahmen der Europäischen Gemeinschaften konkrete Sachprobleme, wie etwa die Frage des gemeinsamen Agrarmarktes, so umstritten seien.[8] Es müsse als zweifelhaft angesehen werden, ob vor der Lösung derartiger Streitfälle die vorgesehene Regierungskonferenz einberufen werden könne. Wenn auch keineswegs eine endgültige Lösung dieses Problems oder des Problems der MLF zuvor vorliegen müsse, so sei es doch unbestreitbar, daß eine gewisse Klärung erfolgt sein müsse, ehe mit Aussicht auf eine Einigung die deutschen Vorschläge unter den Sechs diskutiert werden könnten.

Unter diesen Vorbehalten sei von französischer Seite zur Zeit folgendes zum Teil I der deutschen Vorschläge zu bemerken:

Mit Dankbarkeit sei in Paris vermerkt worden, daß sich in den deutschen Vorschlägen das Ergebnis der deutsch-französischen Konsultationsgespräche niederschlüge. Die Erwähnung des deutsch-französischen Vertrages als eines der Grundsteine der angestrebten europäischen politischen Zusammenarbeit[9] sei ebenfalls begrüßt worden.

Zu Einzelfragen in den deutschen Vorschlägen sei folgendes zu bemerken:

Form der Übereinkunft

Das französische Außenministerium sähe nach wie vor eine Alternative zu dem deutschen Vorschlag einer förmlichen Regierungsübereinkunft in einer formlosen Aufnahme von Konsultationen. Man wisse wohl die in dem deutschen Vorgehen liegenden Vorteile einer die Regierungen eindeutiger verpflichtenden Abmachung zu schätzen, befürchte jedoch, daß die Verhandlungen über ein solches Übereinkommen die bekannten Streitpunkte in einer Weise aufleben lassen würden, die den Abschluß unmöglich machten.

Ministerialdirektor *Dr. Jansen* erwidert, daß wir die Streitpunkte aus den Verhandlungen über das Regierungsabkommen herauszuhalten gedächten, indem wir die Vorbereitung des Vertrages über die Union in einen späteren Zeitpunkt verlegten. Unter diesen Umständen erschien uns der Abschluß eines derartigen Übereinkommens vorteilhafter zu sein, da die sechs Regierungen damit immerhin in einen festen, nicht ohne weiteres zu sprengenden Rahmen eingefügt würden.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1345

in [den] deutschen Vorschlägen nicht vorgesehen sei". Vgl. den Drahterlaß des Ministerialdirektors Jansen vom 23. November 1964; Abteilung I (I A 3), VS-Bd. 39; B 150, Aktenkopien 1964.

[8] Zu den ausstehenden Entscheidungen im Bereich des EWG-Agrarmarkts vgl. Dok. 318, Anm 14.

[9] In der Vorbemerkung zur Europa-Initiative erklärte die Bundesregierung: „Die Initiative zu verstärkter politischer Zusammenarbeit in Europa muß eine multilaterale Bemühung sein, die primär den sechs Ländern obliegt. Sie wird nur zum Erfolge führen, wenn sie die besonderen Beziehungen nutzt, die durch den deutsch-französischen Vertrag vom 22. Januar 1963 zwischen diesen beiden Ländern bestehen." Vgl. BULLETIN 1964, S. 1535.
Für den Wortlaut des Vertrags vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 706–710.

Ausgangspunkt der deutschen Vorschläge

[M. *Lucet*:] Als Ausgangspunkt der deutschen Vorschläge sei neben den Ergebnissen früherer Verhandlungen die Anregung von Außenminister Spaak[10], die Empfehlung Nr. 104 der WEU-Versammlung[11] und die Entschließung des Europäischen Parlaments vom 21. Dezember 1961[12] genannt worden. Bedeute diese Nennung eine Identifizierung mit dem Inhalt der jeweiligen Vorschläge? Dies sei besonders angesichts der Tatsache verwunderlich, daß die WEU-Versammlung an die sieben WEU-Mitgliedstaaten gerichtet sei und somit eine politische Zuammenarbeit zu Sieben anstrebe.

Ministerialdirektor *Dr. Jansen* erwidert, daß bei der Ausarbeitung der deutschen Vorschläge gewisse Anregungen aus allen Überlegungen europäischer Gremien entnommen worden seien, ohne daß sich die Bundesregierung den Inhalt völlig zu eigen gemacht habe. Bei der Empfehlung der WEU-Versammlung gelte dies in erster Linie für die dort vorgeschlagene Einrichtung eines Rates der Weisen[13]; im übrigen sei zwar die Empfehlung an die sieben WEU-Staaten gerichtet; aus der Begründung des Berichterstatters, Herrn Dr. von Merkatz, gehe jedoch hervor, daß an eine Aufnahme der Zusammenarbeit im Rahmen der Sechs gedacht sei[14]. Die Entschließung des Europäischen Parlaments vom 21. Dezember 1961 beziehe sich auf den damaligen Stand der Verhandlungen in der Fouchet-Kommission[15] und behandle in erster Linie die Beteiligung des Europäischen Parlaments.

Verhältnis der politischen Zusammenarbeit zur atlantischen Allianz

[M. *Lucet*:] Das Verhältnis der in den deutschen Vorschlägen angestrebten europäischen politischen Zusammenarbeit zur atlantischen Allianz ginge nicht klar aus dem deutschen Memorandum hervor. In der Vorbemerkung sei vermerkt, daß die Verbundenheit zwischen dem sich einigenden freien Europa und Nordamerika sich in einer Stärkung des atlantischen Bündnisses ausdrücken müsse, während in Teil I unter § 6 vorgesehen sei, daß die europäische Zusammenarbeit der Stärkung des atlantischen Bündnisses dienen solle.[16]

Ministerialdirektor *Dr. Jansen* erwidert, daß wir davon ausgegangen seien, in den zu erarbeitenden Text des Übereinkommens den Wortlaut zu überneh-

[10] Zu den Vorschlägen des belgischen Außenministers für eine Intensivierung der europäischen politischen Zusammenarbeit vgl. Dok. 197, Dok. 198 und Dok. 244, besonders Anm. 17.

[11] Zur Empfehlung vom 23. Juni 1964 vgl. Dok. 187, Anm. 12.

[12] In der Entschließung legte das Parlament Grundsätze für einen Vertrag zur Bildung einer europäischen politischen Union vor. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1962, D 40–42.

[13] In der Empfehlung vom 23. Juni 1964 wurde die Ernennung eines Generalsekretärs der befürworteten politischen Union angeregt, „dem von den Mitgliedstaaten zu diesem Zweck abgestellte Beamte und ein aus wenigen hochqualifizierten, persönlich möglichst unabhängigen Mitgliedern bestehender Rat der Weisen zur Seite stehen". Vgl. EUROPA-ARCHIV 1964, D 493 f.

[14] Der CDU-Abgeordnete von Merkatz erklärte am 22. Juni 1964 vor der WEU-Versammlung in Rom: „I did not conceal in my report that I look upon the Six as forming the nucleus of Europe ... My proposals must therefore be directed primarily to the Six, without this having any implications as to the timing and nature of Britain's participation in the negotiations." Vgl. ASSEMBLY OF WESTERN EUROPEAN UNION. PROCEEDINGS. TENTH ORDINARY SESSION, Bd. 2, Rom 1964, S. 53. Vgl. dazu auch BULLETIN 1964, S. 1127.

[15] Zu den Erörterungen im Fouchet-Ausschuß vgl. Dok. 193, Anm. 3.

[16] Für den Wortlaut vgl. BULLETIN 1964, S. 1535 f.

men, der vor Unterbrechung der Verhandlungen über die Europäische Politische Union zwischen der französischen, italienischen und deutschen Regierung vereinbart worden sei.[17]

Beratender Ausschuß

[M. *Lucet*:] Bedenken bestünden auf französischer Seite weiterhin gegen den vorgeschlagenen beratenden Ausschuß.[18] Zwar seien die Funktionen des Ausschusses gegenüber den Anregungen von Außenminister Spaak begrenzt worden; dennoch sei der Wert dieses Organes nicht ersichtlich. Entweder handele es sich um Beamte, die in diesem Fall weisungsgebunden seien und deshalb nicht mit den Außenministern einen Dialog führen könnten, oder aber um Persönlichkeiten entsprechend den Mitgliedern der EWG-Kommission, was in den Augen der französischen Regierung dem Ausschuß einen zu starken gemeinschaftlichen Charakter gäbe. Man würde es in Paris vorziehen, wenn auf die Ernennung der Mitglieder dieses Ausschusses im gegenseitigen Einvernehmen verzichtet werden könne.

Ministerialdirektor *Dr. Jansen* weist darauf hin, daß der beratende Ausschuß im Rahmen von Richtlinien der Außenminister tätig werden würde. Es sei jedoch unerläßlich, für die Ausarbeitung des Vertrages und für die laufenden Konsultationen ein Organ zu schaffen, das den Regierungen vom Gesichtspunkt des übergeordneten gemeinsamen Interesses Vorschläge vorlegen könnte. Vielleicht könnte dadurch manche sonst unlösbare Meinungsverschiedenheit überwunden werden. Nationale Regierungen bedienten sich ebenso wie internationale Organisationen gern des Mittels, unabhängige Persönlichkeiten mit der Ausarbeitung von Stellungnahmen zu beauftragen. In ähnlicher Weise seien wir überzeugt, daß der beratende Ausschuß nützliche Arbeit leisten könnte. Im übrigen müsse bedacht werden, daß die Zustimmung der europäischen Kreise innerhalb der sechs Gemeinschaftsstaaten ebenso wie einiger Regierungen nur dann erwirkt werden könne, wenn ein mit einem eigenen Vorschlagsrecht ausgerüstetes Organ vorgesehen werde. Die kürzlichen Entschließungen des internationalen Exekutivrates der europäischen Bewegung und des Deutschen Rates[19] hätten erneut gezeigt, daß die Zustimmung

[17] Nachdem über die französischen Vertragsentwürfe im Fouchet-Ausschuß keine Einigung hatte erzielt werden können, gelang es in Gesprächen des Bundeskanzlers Adenauer und des Ministerpräsidenten Fanfani mit Staatspräsident de Gaulle am 15. Februar 1962 in Baden-Baden bzw. am 4. April 1962 in Turin, Kompromisse in wesentlichen Streitfragen zu erzielen. Dazu gehörte folgende für die Präambel vorgesehene Erklärung der präsumtiven Vertragspartner: „in dem Bewußtsein, daß ihre Sicherheit auch durch ein gemeinsames, zur Stärkung des atlantischen Bündnisses beitragendes Vorgehen im Bereich der Verteidigung gewahrt werden muß". Vgl. die Aufzeichnung der „Arbeitsgruppe Europäische politische Zusammenarbeit" vom 10. September 1964; Ministerbüro, VS-Bd. 8426; B 150, Aktenkopien 1964. Vgl. dazu auch ADENAUER, Erinnerungen IV, S. 141–150 und S. 158.
Zum Scheitern der Verhandlungen über eine europäische politische Union im April 1962 vgl. Dok. 7, Anm. 10.

[18] Vgl. dazu Dok. 297, Anm. 12.

[19] Das internationale Exekutivbüro und der Deutsche Rat der Europäischen Bewegung verabschiedeten anläßlich der Tagung vom 6. bis 8. November 1964 in Berlin Entschließungen, in denen die Fortsetzung der Bemühungen um eine europäische politische Union gefordert wurde. Ferner wurde die Europa-Initiative der Bundesregierung vom 4. November 1964 begrüßt und der darin

dieser Kreise von der Errichtung dieses Organs und seiner Beteiligung sowohl an der Vertragsausarbeitung als auch an den Konsultationen abhinge. In der Ernennung der Mitglieder des Ausschusses im gegenseitigen Einvernehmen läge die Gewähr dafür, daß sie in ihrer Arbeit das allgemeine Interesse im Auge behielten.

Beteiligung weiterer europäischer Staaten

[M. *Lucet*:] Die in den deutschen Vorschlägen niedergelegte grundsätzliche Einverständniserklärung der Mitgliedstaaten mit einer Beteiligung weiterer europäischer Staaten und die Verpflichtung, die Voraussetzungen hierfür in dem auszuarbeitenden Vertragsentwurf festzulegen, gingen über die diesbezüglichen Bestimmungen in den Verhandlungspapieren der Fouchet-Kommission[20] hinaus. Auf französischer Seite begrüße man die von der Bundesregierung vorgeschlagene Beschränkung der Verhandlungspartner auf die sechs EWG-Staaten bei einer Wiederaufnahme der Verhandlungen und würde es vorziehen, wenn über die Erweiterung dieses Kreises zunächst keine festen Absprachen getroffen werden müßten.

Ministerialdirektor *Dr. Jansen* weist darauf hin, daß Abmachungen über die europäische politische Zusammenarbeit in jedem Fall mindestens eine Klausel über den offenen Charakter enthalten müßten, wie es in den Gemeinschaftsverträgen der Fall sei.[21] Die von deutscher Seite gewählte Formulierung solle sicherstellen, daß im Laufe der Vertragsausarbeitung zwischen den sechs Verhandlungspartnern die Bedingungen im einzelnen festgelegt würden, die ein neu hinzukommender Staat erfüllen müsse. Dazu gehöre etwa der vorherige Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften im Sinne der gewünschten Identität zwischen den an der Verschmelzung der Volkswirtschaften und der Harmonisierung der Außen-, Verteidigungs- und Kulturpolitik beteiligten Staaten.

Einschluß der Verteidigungspolitik

[M. *Lucet*:] Auf französischer Seite lege man Wert darauf, daß in die politische Zusammenarbeit sowohl die Bereiche der Außenpolitik wie der Verteidigungspolitik und der Kulturpolitik einbezogen würden. Man habe es begrüßt, daß die deutschen Vorschläge hier eindeutig seien.

Ministerialdirektor *Dr. Jansen* weist darauf hin, daß in die deutschen Vorschläge selbstverständlich die gleichen Bereiche einbezogen seien wie in allen Verhandlungspapieren der Fouchet-Kommission.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1348

enthaltene Vorschlag eines unabhängigen beratenden Ausschusses hervorgehoben. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jansen vom 10. November 1964; Referat I A 1, Bd. 505.

20 In den vom Fouchet-Ausschuß 1961/62 diskutierten Vorschlägen wurde die Bereitschaft ausgedrückt, „andere Länder Europas, die gewillt sind, in allen Bereichen die gleichen Verantwortungen zu übernehmen", und die den bestehenden Gemeinschaften EGKS, EWG und EURATOM beiträten, in die Union aufzunehmen. Vgl. EUROPA-ARCHIV 1964, D 467.

21 In Artikel 98 des EGKS-Vertrags vom 18. April 1951 sowie in Artikel 237 des EWG-Vertrags und Artikel 205 des EURATOM-Vertrags vom 25. März 1957 wurde bestimmt, daß „jeder europäische Staat" den Beitritt zu der jeweiligen Gemeinschaft beantragen könne. Vgl. dazu BUNDESGESETZBLATT 1952, Teil II, S. 475, und BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 898 bzw. S. 1120.

Auf eine Frage von Ministerialdirektor Dr. Jansen nach dem Ablauf des Besuches von Außenminister Spaak bei General de Gaulle[22] antwortet Herr *Lucet*, der Besuch habe zu einer allgemeinen Annäherung der Standpunkte geführt. Außenminister Spaak habe seine Anregungen erläutert und auch auf den von ihm vorgesehenen unabhängigen Ausschuß hingewiesen, an dem er weiterhin festhielte; es habe sich dabei aber ergeben, daß Spaak eine Lösung der konkreten gegenwärtigen Streitfragen innerhalb der Gemeinschaften und im atlantischen Bereich für unerläßlich hält, ehe die europäische politische Zusammenarbeit aufgenommen werden könnte.

Auf eine weitere Frage von Ministerialdirektor *Dr. Jansen* nach dem Gespräch, zu dem General de Gaulle Herrn Monnet empfangen habe[23], antwortet *Lucet*, daß dieser Besuch nicht im Zusammenhang mit aktuellen Problemen gestanden habe.

Zu dem wirtschaftspolitischen Teil der deutschen Vorschläge sagt Herr Lucet lediglich, man habe auf französischer Seite das Fehlen von Erklärungen über die Angleichung des Agrarpreises[24] bedauert.

Ministerialdirektor *Dr. Jansen* erklärt, daß zur Zeit innerhalb der Bundesregierung intensive Beratungen über diese Frage stattfinden.[25]

2) Meinungsaustausch über die Einführung der deutschen und italienischen Sprache als Arbeitssprache im Europarat

Ministerialdirektor Dr. Jansen erläutert den Wert, der auf deutscher Seite – sowohl bei der Bundesregierung wie im Bundestag – dieser Frage beigemessen wird. Die Beschränkung der Sprachenregelung im Europarat erschwere die deutsche Teilnahme außerordentlich. Bewußt sei davon abgesehen worden, eine Anerkennung der deutschen Sprache als offizielle Sprache zu erreichen, was eine Änderung des Statuts mit nachfolgender Ratifizierung in allen Parlamenten erforderlich gemacht hätte.[26] Um so mehr müsse die Bundesregierung auf die Unterstützung ihrer Freunde bei dem bescheideneren Antrag rechnen, Deutsch als Arbeitssprache anzuerkennen. Da frühere Versuche in dieser Richtung an dem italienischen Veto gescheitert seien[27], sei nunmehr beabsichtigt, Italienisch neben dem Deutschen einzuführen und eine italieni-

[22] Zu den Gesprächen vom 29. Oktober 1964 vgl. 307, Anm. 37.

[23] Das Gespräch fand am 11. November 1964 im Elysée-Palast statt. Vgl. dazu LE MONDE, Nr. 6168 vom 13. November 1964, S. 1.

[24] Zum entsprechenden Passus in dem die wirtschaftlichen Fragen betreffenden zweiten Teil der Europa-Initiative der Bundesregierung vgl. Dok. 311, Anm. 7.

[25] Zu den Überlegungen der Bundesregierung hinsichtlich einer Angleichung der Getreidepreise in der EWG vgl. zuletzt Dok. 338. Vgl. dazu weiter Dok. 347.

[26] Amtsprachen des Europarats waren gemäß Artikel 12 der Satzung vom 5. Mai 1949 Französisch und Englisch. Satzungsänderungen waren nach Artikel 41 in einem Änderungsprotokoll festzuhalten, das vor Inkrafttreten der Ratifizierung durch zwei Drittel der Mitglieder bedurfte. Vgl. dazu BUNDESGESETZBLATT 1950, S. 265 bzw. S. 272.

[27] Am 29. September 1960 verabschiedete die Beratende Versammlung des Europarats eine Entschließung, mit der Deutsch zu einer der Arbeitssprachen erhoben werden sollte, sobald im Ausschuß der Ministerbeauftragten die erforderlichen Voraussetzungen geschaffen wären. Die von Oktober 1960 bis März 1961 durchgeführten Beratungen blieben jedoch wegen italienischer Einwände ohne Ergebnis; von einer Befassung des Ministerrats mußte daher gleichfalls abgesehen werden. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jansen vom 14. August 1964; Referat I A 1, Bd. 458.

sche Unterstützung zu erwirken.[28] Ein Erfolg könne erreicht werden, falls die vier Staaten, die den größten Anteil des Budgets des Europarates bereitstellten – Frankreich, Großbritannien, Italien und Deutschland –, in dieser Angelegenheit übereinstimmten. Besonders bedeutungsvoll sei uns in dieser Frage die französische Hilfe.

M. *Lucet* weist darauf hin, daß Frankreich die Bundesregierung bereits unterstützt habe, als es darum gegangen sei, Deutsch in der Europäischen Gemeindekonferenz als Arbeitssprache einzuführen.[29] Der damalige Vorstoß sei ebenfalls an dem italienischen Veto gescheitert. Der jetzige deutsche Vorschlag erscheine durch die Einbeziehung der italienischen Sprache aussichtsreicher. Er sagt zu, daß er sich für eine Unterstützung dieses Vorschlages durch das französische Außenministerium einsetzen werde; eine derartige Unterstützung sei wahrscheinlich, angesichts der Tatsache, daß ein ähnlicher deutscher Wunsch vor einiger Zeit bereits im Ministerausschuß des Europarates von französischer Seite unterstützt worden sei.[30]

II. Ost-West-Themen

1) Die Ost-West-Situation und das sino-sowjetische Verhältnis nach dem Sturz Chruschtschows[31]

Vortragender Legationsrat I. Klasse *Dr. Luedde-Neurath* erklärt, daß auf sowjetischer Seite keine Anzeichen erkennbar seien, die deutsche Frage ernstlich zu diskutieren. Offenbar sei man an einer solchen Diskussion auch nicht im Zusammenhang mit der Frage der europäischen Sicherheit interessiert. Die Sowjets wünschten offensichtlich zur Zeit auch nicht, über Berlin zu sprechen. Die Grundlage der sowjetischen Politik habe durch den Sturz Chruschtschows augenscheinlich keine Änderung erfahren. Mit Aufmerksamkeit beobachteten wir die Annäherungsversuche der Sowjets an Frankreich.[32]

[28] Am 2. September 1964 beauftragte Ministerialdirigent Voigt die Botschaft in Rom, „im italienischen Außenministerium ein gemeinsames deutsch-italienisches Vorgehen zur Einführung beider Sprachen als Arbeitssprachen im Europarat vorzuschlagen". Vgl. Referat I A 1, Bd. 458.
Zur italienischen Reaktion vgl weiter Dok. 375, Anm. 30.

[29] Nach Artikel 22 und 23 der Geschäftsordnung der Europäischen Kommunalkonferenz sollten Deutsch, Italienisch, Niederländisch und eine skandinavische Sprache neben Englisch und Französisch als Arbeitssprachen zugelassen werden, wobei der Europarat die Kosten der Übersetzungen tragen sollte. Diese Regelung scheiterte in der Sitzung des Ausschusses der Ministerbeauftragten vom 1. bis 5. April 1963 in Straßburg am Widerstand Frankreichs, Großbritanniens, Dänemarks, der Niederlande und der Türkei. Nach mehrfachen Konsultationen mit der französischen Regierung sagte der Abteilungsleiter im französischen Außenministerium, Lucet, Ministerialdirektor Jansen am 11. September 1963 eine entsprechende Unterstützung zu. Vgl. dazu die Aufzeichnungen des Referats I A 1 vom 10. bzw. 11. September 1963; Referat I A 1, Bd. 420.

[30] In der Sitzung des Ausschusses der Ministerbeauftragten beim Europarat vom 9. bis 17. März 1964 in Straßburg wurde einstimmig beschlossen, für die bevorstehende fünfte Tagung der Europäischen Kommunalkonferenz eine Sprachübertragung unter Kostenbeteiligung des Europarats zuzulassen. Dazu berichtete Gesandter Prill, Straßburg (Europarat), am 17. März 1964: „Letzten Endes ist der Erfolg meines Erachtens jedoch darauf zurückzuführen, daß es auf diplomatischem Wege gelang, Frankreich aus der Front der Nein-Sager herauszubrechen. Die Schwenkung Frankreichs hat die Niederländer mit veranlaßt, ihren ursprünglich völlig negativen Standpunkt zu überprüfen." Vgl. Referat I A 1, Bd. 462.

[31] Zum Führungswechsel in der UdSSR am 14./15. Oktober 1964 vgl. Dok. 286, besonders Anm. 5.
Zu den Rückwirkungen auf die sowjetisch-chinesischen Beziehungen vgl. Dok. 317.

[32] Zu den französisch-sowjetischen Beziehungen vgl. auch Dok. 342.

Im Verhältnis zu Großbritannien hielte sich die Sowjetunion noch zurück; mit Bedauern sei in Moskau allerdings vermerkt worden, daß die Labour-Regierung sich nicht negativer zu dem MLF-Projekt gestellt habe.[33] Gegenüber China sei die Stellung der neuen sowjetischen Regierung sicher schwächer. Falls sie zur Aufnahme von Verhandlungen gezwungen würde, so sei ihre Ausgangsbasis zur Zeit außerordentlich schlecht. Sie werde deshalb versuchen, Zeit zu gewinnen. Die Forderungen Chinas in derartigen Verhandlungen dürften die folgenden sein: Verzicht auf Ausgleich mit den USA, Verzicht auf weitere militärische Unterstützung Indiens, erneute Verurteilung des Revisionismus und wahrscheinlich auch des Konzepts der friedlichen Koexistenz. Da die Sowjets in allen diesen Fragen ihre Position bereits abgesteckt und diese Forderungen abgelehnt hätten[34], dürften sie voraussichtlich ungern auf Verhandlungen mit China eingehen. Die Sowjets würden sich wahrscheinlich bemühen, ihre Beziehungen zu China korrekter zu gestalten, aber keine ihrer Positionen aufgeben.

Herr *Lucet* hält die wahren Gründe für den Sturz Chruschtschows immer noch für undurchschaubar. Ebenso sei noch unklar, wer sein wirklicher Nachfolger werde. Chruschtschow habe in sich zwei widersprüchliche Tendenzen vereinigt. Er habe einerseits die innersowjetischen Verhältnisse zu liberalisieren versucht, andererseits habe er in seiner Außenpolitik, wie etwa in Berlin, zu einem ultimativen und aggressiven Vorgehen Zuflucht genommen. Die in Chruschtschows Politik liegenden Widersprüche würden nunmehr auch die Erben belasten. Sie hätten im innenpolitischen Bereich die den Bauern zur eigenen Bearbeitung überlassene Landfläche vergrößert[35] und eine Reihe von Strafmaßnahmen, so z.B. gegenüber dem Kreis um Pasternak, aufgehoben.[36] Gleichzeitig hätten sie auf anderen Gebieten eine härtere Haltung vertreten. Ähnliches sei in der Außenpolitik zu verzeichnen. Positiven Erklärungen über die Fortführung der Entspannungspolitik ständen drohende Äußerungen und in der Deutschlandpolitik Rückfälle in die frühere Orthodoxie gegenüber. So habe z.B. Breschnew erneut die Anerkennung der Realitäten in Deutschland gefordert.[37] Die Haltung der neuen sowjetischen Regierung gegenüber der

[33] Zur britischen Haltung gegenüber der geplanten MLF vgl. zuletzt Dok. 334.

[34] In einer Ansprache zum Jahrestag der Oktoberrevolution legte der Erste Sekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, am 6. November 1964 die außenpolitischen Grundlinien der neuen sowjetischen Führung dar und bekräftigte u.a. die „Leninsche Politik der friedlichen Koexistenz", die Bereitschaft zur Entwicklung der Beziehungen mit den USA und die „Freundschaft mit Indien" und anderen Nachbarstaaten. Vgl. NEUES DEUTSCHLAND, Nr. 308 vom 7. November 1964, S. 5.

[35] Dazu erklärte der Erste Sekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, am 6. November 1964: „Es wäre falsch, auch die Möglichkeiten der privaten Nebenwirtschaft der Kolchosbauern, Arbeiter und Angestellten für die Befriedigung ihrer Bedürfnisse geringzuschätzen. In den letzten Jahren wurden in dieser Hinsicht unbegründete Beschränkungen eingeführt, obwohl die ökonomischen Voraussetzungen für einen solchen Schritt noch nicht herangereift sind. Diese Beschränkungen wurden jetzt aufgehoben." Vgl. NEUES DEUTSCHLAND, Nr. 308 vom 7. November 1964, S. 5.

[36] Am 2. November 1964 wurde die Lebensgefährtin des russischen Dichters Pasternak, Olga Iwinskaja, aus der Haft entlassen. Vgl. dazu LE MONDE, Nr. 6159 vom 3. November 1964, S. 3.

[37] Zur Deutschland-Frage erklärte der Erste Sekretär des ZK der KPdSU am 6. November 1964: „Will man die europäische Sicherheit gewährleisten, so muß man vor allem die revanchistischen Doktrinen und Konzeptionen über Bord werfen, die Lage, wie sie sich im Herzen Europas herausgebildet hat, anerkennen und von der für jedermann augenfälligen Tatsache ausgehen, daß zwei deutsche Staaten bestehen: die Deutsche Demokratische Republik und die Bundesrepublik

dritten Welt werde sich am klarsten an ihrer Politik gegenüber Ägypten und Indien ablesen lassen. Erste Schwierigkeiten hätten sich in den Beziehungen zu den kommunistischen Parteien in Europa eingestellt. Während die Regimes in Ost-und Mitteleuropa über die zukünftige Orientierung Moskaus in Zweifel seien, hätten die französischen Kommunisten eine sehr reservierte Haltung eingenommen und die italienischen Kommunisten die kürzlichen Vorgänge in Moskau und ihre amtliche Interpretation offen abgelehnt. Gerüchte wollten wissen, daß die sowjetische KP dem Testament Togliattis[38] öffentlich widersprechen wolle, woraus sich ebenfalls eine Rückkehr zur Orthodoxie andeute. Im französischen Außenministerium sei mit Aufmerksamkeit der Unterschied zwischen einem Leitartikel der Prawda vom 1. November und einem früheren Artikel von Mitte September registriert worden.[39] In dem neuen Artikel werde die Möglichkeit der Koexistenz verschiedenartiger ideologischer Richtungen nicht mehr offen verurteilt, der sowjetischen Partei werde eine koordinierende und nicht so entscheidende Funktion zugeschrieben. In all diesen Punkten zeige das Bild bisher noch eine völlige Widersprüchlichkeit. China befinde sich da in einer besseren Position, auch dort sei allerdings eine abwartende Haltung gegenüber Moskau festzustellen. Rückschauend sei festzustellen, daß Chruschtschow bei seinem Wunsch, nach Deutschland zu reisen[40], sicher davon ausgegangen sei, daß er eine Anerkennung des Status quo erreichen wollte. Abschließend stellt Herr Lucet fest, die beiden Außenministerien müßten in der Überwachung der Vorgänge in der Sowjetunion und dem kommunistischen Block weiterhin eng zusammenarbeiten.

Ministerialdirektor *Dr. Jansen* teilt mit, daß die Einladung des sowjetischen Ministerpräsidenten von deutscher Seite erneuert worden sei[41], ohne daß allerdings über Einzelheiten gesprochen worden sei.

2) Unterrichtung über die deutsch-tschechischen Gespräche[42]

Vortragender Legationsrat I. Klasse *Luedde-Neurath* führt aus, daß bei diesen Gesprächen ein besonderes Problem die Einfügung der Berlin-Klausel in das Abkommen darstelle. Auf tschechischer Seite sei man bestrebt, der Erörterung dieses Problems auszuweichen. Seit dem Sturz Chruschtschows sei auf tschechischer Seite sogar eine größere Reserve zu verspüren. Wir hätten unsererseits klargemacht, daß der von den Tschechen gewünschte Abschluß eines

Fortsetzung Fußnote von Seite 1352

Deutschland. Es gibt keine andere Grundlage für die Gewährleistung des europäischen Friedens und kann sie auch gar nicht geben." Vgl. NEUES DEUTSCHLAND, Nr. 308 vom 7. November 1964, S. 5.

38 Am 4. September 1964 wurde in der italienischen Zeitschrift „Rinascità" eine Aufzeichnung des am 21. August 1964 verstorbenen Generalsekretärs der Kommunistischen Partei Italiens veröffentlicht. Darin wandte sich Togliatti gegen die ideologischen Auseinandersetzungen mit der Volksrepublik China, sprach sich für die Tolerierung verschiedener sozialistischer Anschauungen und für eine realistischere Selbstdarstellung der kommunistischen Staaten aus. Für den Wortlaut vgl. OST-PROBLEME 1964, Heft 23, S. 650–666.

39 Vgl. die Artikel „Velikoe znamja kommunistov" bzw. „Velikoe znamja stroitelej kommunizma"; PRAVDA, Nr. 255 vom 11. September 1964, S. 1, bzw. Nr. 306 vom 1. November 1964, S. 2–4.

40 Zum geplanten Besuch des sowjetischen Ministerpräsidenten in der Bundesrepublik vgl. zuletzt Dok. 259.

41 Zur Frage einer Einladung des Ministerpräsidenten Kossygin vgl. Dok. 310.

42 Vgl. dazu zuletzt Dok. 256.

neuen Warenabkommens von der Einrichtung der Handelsvertretung abhängt, die wir nur mit einer Berlin-Klausel einrichten würden.[43]

Herr *Lucet* teilt mit, daß der tschechische Außenminister David auf dem Wege zu den Vereinten Nationen Paris besuchen würde.[44] Die Vorgänge in der Tschechei seien nach französischer Ansicht undurchsichtig. Obwohl Novotny wiedergewählt worden sei[45], sei nicht klar erkennbar, welche Politik die tschechische Regierung zu verfolgen gedenke. Der Botschafter in Paris[46] äußere sich zur Zeit weit weniger offen als früher. Er habe bei einem kürzlichen Gespräch über den Stand der deutsch-tschechischen Verhandlungen Ähnliches geäußert wie Herr Luedde-Neurath; dabei seien allerdings von ihm sehr prononcierte antideutsche Äußerungen getan worden. Eine ähnliche Unsicherheit sei in allen ost- und mitteleuropäischen Staaten bemerkbar. Rumänien gehe allerdings unbeirrt seinen Kurs weiter.

Vortragender Legationsrat I. Klasse *Luedde-Neurath* weist darauf hin, daß die Tschechen sich eine 30%ige Handelssteigerung ausrechneten, ein Umstand, der von deutscher Seite als Lockmittel benutzt werde. Ursprünglich sei auf deutscher Seite die tschechische Zurückhaltung mit dem Sturz Chruschtschows erklärt worden. Allerdings sei auch seit dem Monat März im Zusammenhang mit den Verhandlungen über die MLF[47] und den Äußerungen in Deutschland über das Sudetengebiet[48] erkennbar geworden, daß in Prag eine gewisse Tendenz bestehe, die Zusage einer Berlinklausel gegen eine Ungültigkeitserklärung des Münchener Abkommens von 1938[49] einzutauschen.

[43] Mit Drahtbericht vom 21. Oktober 1964 gab Botschafter Schlitter, z. Z. Genf, eine Mitteilung des Leiters der tschechoslowakischen Delegation im Handelsausschuß der Economic Commission for Europe (ECE) wieder. Babaček erklärte, „daß man schon längere Zeit über Verhandlungen gesprochen habe. Die tschechische Seite ließe sich jedoch nicht in einer ultimativen Form in Verhandlungen drängen, die die Berlin-Klausel zur Voraussetzung hätten. Auch sonst habe sich die Atmosphäre in der letzten Zeit nicht günstig entwickelt, so daß im Augenblick die Voraussetzungen für die Aufnahme von Verhandlungen aus tschechischer Sicht nicht gegeben seien." Daraufhin bat Vortragender Legationsrat I. Klasse Luedde-Neurath am 22. Oktober 1964 die Vertretung bei den internationalen Organisationen in Genf, dem Vorwurf eines ultimativen Vorgehens entgegenzutreten, Babaček jedoch das Verständnis der Bundesregierung zu übermitteln und zu erklären, sie sei „jederzeit bereit, erneut über die Ingangsetzung der Verhandlungen zu sprechen". Für den Drahtbericht von Schlitter und den Drahterlaß von Luedde-Neurath vgl. Abteilung II (II 5), VS-Bd. 232; B 150, Aktenkopien 1964.
Am 21. November 1964 hielt Luedde-Neurath fest, der Leiter des tschechoslowakischen Außenhandelsbüros in Frankfurt, Urban, habe Bereitschaft zur Aufnahme der Verhandlungen „ab Anfang Dezember" geäußert. Vgl. Abteilung II (II 5), VS-Bd. 265; B 150, Aktenkopien 1964.
Vgl. dazu weiter Dok. 377, Anm. 4.

[44] Der tschechoslowakische Außenminister hielt sich vom 25. bis 28. November 1964 in Paris auf, ehe er zur Eröffnung der 19. UNO-Generalversammlung am 1. Dezember 1964 nach New York reiste. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1964, Z 253 f.

[45] Am 12. November 1964 wurde der tschechoslowakische Präsident durch die Nationalversammlung in Prag für weitere fünf Jahre in seinem Amt bestätigt. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1964, Z 247.

[46] Vaclav Pleskot.

[47] Zum Stand der MLF-Verhandlungen im Frühjahr 1964 vgl. Dok. 104.

[48] Zur Erklärung des Sprechers der Sudetendeutschen Landsmannschaft, Bundesminister Seebohm, vom 17. Mai 1964 vgl. Dok. 140, Anm. 20.

[49] Für den Wortlaut des Münchener Abkommens vom 29. September 1938 vgl. ADAP, D, II, Dok. 675. Zur Frage der Gültigkeit des Abkommens vgl. auch Dok. 147.

Allerdings sei nie etwas Derartiges offiziell in den Vorbesprechungen erwähnt worden. Auf deutscher Seite ginge man daher weiter davon aus, als sei nur der erste Grund der Absetzung Chruschtschows für ihre Zurückhaltung maßgebend.

M. *d'Aumale* fragt, ob die Studie über die Folgen des Münchener Abkommens, die sich seit einiger Zeit in Ausarbeitung befindet, schon abgeschlossen sei. Der französischen Seite sei eine sofortige Übermittlung versprochen worden.[50]

Vortragender Legationsrat I. Klasse *Luedde-Neurath* erwidert, die Studie läge noch nicht vor, mit dem baldigen Abschluß sei jedoch zu rechnen.[51]

M. *Lucet* sagt abschließend zu, die deutsche Seite über französisch-tschechische Gespräche zu unterrichten; hinsichtlich des Besuchs von David in Paris werde diese Unterrichtung möglichst noch am gleichen Tage erfolgen.[52]

III. Deutsch-französische Themen

Zuwendung beider Regierungen an die Gesellschaft für übernationale Zusammenarbeit in Köln und das Bureau International de Liaison et de Documentation, Paris.[53] Es wird vereinbart, daß die Stellungnahme der französischen Regierung auf die Bitte der deutschen Regierung, ihre jährliche Zuwendung an diese Institution zu erhöhen, dem Auswärtigen Amt durch die Botschaft in Bonn zugeleitet wird.

Abteilung I (I A 1), VS-Bd. 16

[50] Am 18. September 1964 berichtete Botschafter Klaiber, Paris, die französische Seite dränge auf eine Erläuterung der deutsch-tschechoslowakischen Differenzen über das Münchener Abkommen vom 29. September 1938. Darauf teilte Staatssekretär Carstens am 21. September 1964 mit, die sich aus dem Abkommen ergebenden Rechtsfragen würden derzeit einer Prüfung unterzogen, deren Ergebnis baldmöglichst übermittelt werde. Vgl. Referat V 1, Bd. 771.

[51] Das Rechtsgutachten wurde erst im August des Jahres 1965 fertiggestellt. Vgl. dazu Referat V 1, Bd. 1016.

[52] Am 27. November 1964 gab Botschafter Klaiber, Paris, Informationen des Abteilungsleiters im französischen Außenministerium, Lucet, über die Gespräche des Außenministers Couve de Murville mit dem jugoslawischen und dem tschechoslowakischen Amtskollegen am 25. bzw. 26. November 1964 weiter. Bei der Erörterung der Deutschland-Frage, so Lucet, seien beide der sowjetischen Linie gefolgt. Demgegenüber habe Couve de Murville erklärt, daß sich das Problem durch einen Rückzug der UdSSR „sofort von selbst regeln" würde. David habe er versichert, „daß der Bundeskanzler und der Außenminister eindeutige Erklärungen abgegeben hätten, es lägen im Verhältnis der Bundesrepublik zur Tschechoslowakei keine Gebietsforderungen vor. Dem habe der tschechoslowakische Außenminister allerdings das Stichwort ‚Seebohm' entgegengehalten." Vgl. Abteilung I (I A 3), VS-Bd. 42; B 150, Aktenkopien 1964.
Vgl. dazu auch die Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens vom 30. November 1964 über ein Gespräch mit dem französischen Botschafter de Margerie; Büro Staatssekretär, VS-Bd. 430; B 150, Aktenkopien 1964.

[53] Dazu hielt Legationsrat I. Klasse Lang am 16. November 1964 fest: „Diese Angelegenheit ist von deutscher Seite am 23. Oktober 1963, am 18. März 1964 und am 30. Juli 1964 vorgebracht worden. Die französische Seite ist jedesmal gebeten worden, der Gesellschaft eine jährliche Zuwendung in Höhe des deutschen Beitrages von DM 127 500,– zu machen. Bei der letzten Besprechung am 30. Juli 1964 hat die französische Delegation einen derartigen Beschluß von einer neuen Prüfung der Tätigkeitsgebiete der Gesellschaft und ihrer Finanzierung abhängig gemacht. Sie sollte nunmehr nach dem Ergebnis gefragt werden." Vgl Referat I A 1, Bd. 537.

345

Botschafter Federer, Kairo, an Bundesminister Schröder

St.S. 1451/64
Fernschreiben Nr. 1040
Cito

Aufgabe: 17. November 1964, 14.20 Uhr
Ankunft: 17. November 1964, 13.40 Uhr

Für Bundesminister und Staatssekretär[1]
Im Anschluß an Drahtbericht Nr. 1012 vom 6.[2]

Nach allgemeinem Eindruck befindet sich VAR zur Zeit in einer außerordentlich kritischen Devisenlage. Die Devisenreserven sind nahezu erschöpft. IMF[3] und Kuwait werden wahrscheinlich in absehbarer Zeit kein Geld mehr zur Verfügung stellen. Auch vom Ostblock ist auf diesem Gebiet nichts zu erwarten. Mehr als neue Infrastruktur- oder Warenlieferkredite benötigt die VAR im Augenblick einen Devisen-Kassen-Kredit, ähnlich wie ihn die Deutsche Giro-Zentrale im Jahre 1962 in Höhe von 80 Mio. DM zur Verfügung gestellt hat.[4] Ich möchte hiermit nicht eine finanzielle Katastrophe prophezeien, nehme vielmehr an, daß die hiesige Regierung es verstehen wird, sich irgendwie „durchzuwurschteln". Trotzdem würde ein Kassenkredit in Höhe von 50 bis 80 Mio. DM heute hier große Erleichterung schaffen und meines Erachtens honoriert werden.

Ich weise auf diese Tatsache hin, weil sie das Instrumentarium unserer politisch-wirtschaftlichen Mittel erweitert. Die bereits vorgesehene neue Kapitalhilfe[5] sollte hiervon freilich unberührt bleiben.

[1] Hat Staatssekretär Carstens am 18. November 1964 vorgelegen, der handschriftlich die Weiterleitung an Staatssekretär Lahr verfügte.
Hat Lahr am 20. November 1964 vorgelegen.

[2] Am 6. November 1964 übermittelte Botschafter Federer, Kairo, eine Stellungnahme zu den Bedingungen und Möglichkeiten der Nahost-Politik nach dem Bekanntwerden der Waffenlieferungen der Bundesrepublik an Israel. Er führte aus: „Ein positiver Aspekt für die arabische Seite liegt in dem Vorschlag, die arabischen Staaten und Israel in angemessener Weise an der deutschen Entwicklungshilfe zu beteiligen. Dies natürlich nur unter der Voraussetzung, daß das im kommenden Jahr auslaufende Israelabkommen nicht in der einen oder anderen – vielleicht verschleierten – Form Fortsetzung findet und ferner, daß der Schlüssel für die Entwicklungshilfe hinsichtlich Israels einerseits und der arabischen Staaten andererseits den Größenverhältnissen der Staaten annähernd entspricht. Verlocken könnte Präsident Nasser vielleicht der Gedanke: Sobald [die] B[undes]r[epublik] ihr Verhältnis zu Israel normalisiert hat, ist sie imstande und bereit zu großzügigen ‚common ventures' im Rahmen des hiesigen industriellen Aufbaus." Vgl. Abteilung I (I B 4), VS-Bd. 204; B 150, Aktenkopien 1964.

[3] International Monetary Fund.

[4] Der durch eine Bundesbürgschaft gesicherte Kredit wurde mit einem Zinssatz von 6,875% und einer Laufzeit von 10 Jahren vergeben. Für den Wortlaut des Darlehensvertrags vom 17. September 1962 vgl. Referat 416, Bd. 281.

[5] Vgl. dazu Dok. 280, Anm. 4.

Sofern mein Gedanke des Kassenkredits akzeptabel erscheint, müßte Entscheidung allerdings schnell gefällt werden und könnte vielleicht sogar dem Bundestagspräsidenten mitgegeben werden.[6]

[gez.] Federer

Büro Staatssekretär, Bd. 393

346

Staatssekretär Carstens an Botschafter van Scherpenberg, Rom (Vatikan)

St.S. 2151/64 VS-vertraulich **Aufgabe: 18. November 1964, 13.30 Uhr**
Fernschreiben Nr. 72
Citissime

Für Botschafter
auf FS 109 VS-Vertraulich vom 17.11.1964[1]

1) Ich bitte Sie, auch im ausdrücklichen Auftrag der Bundesregierung, im Päpstlichen Staatssekretariat vorstellig zu werden und dringendes deutsches Interesse an der Aufrechterhaltung des bisherigen Zustandes hinsichtlich der Frage der deutschen Ostdiözesen zum Ausdruck zu bringen.

2) Wir haben in den letzten Tagen eine Reihe von Gesprächen mit den Vertretern der deutschen Landsmannschaften geführt, die in der Zusage der Bundesregierung ausmündeten, daß die Bundesregierung nicht nur ihren Rechts-

[6] Zum Besuch des Bundestagspräsidenten Gerstenmaier vom 20. bis 23. November 1964 in der VAR vgl. Dok. 352.
Bei der Begegnung wurden Fragen der Entwicklungshilfe nicht erörtert. Vgl. dazu auch den Drahtbericht des Botschafters Federer, Kairo, vom 26. November 1964; Abteilung I (I B 4), VS-Bd. 214; B 150, Aktenkopien 1964.
In der Sitzung des Interministeriellen Ausschusses für Entwicklungspolitik am 26. November 1964 setzte sich Ministerialdirigent Pauls für weitere Kapitalhilfe für die VAR ein, fand jedoch nicht die Zustimmung der übrigen Ressorts. Für den Auszug aus dem Sitzungsprotokoll vgl. Referat III B 6, Bd. 433.

[1] Mit Drahtbericht vom 17. November 1964 informierte Botschafter van Scherpenberg, Rom (Vatikan), er habe gegenüber dem Abteilungsleiter im päpstlichen Staatssekretariat, Erzbischof Samore, die Erwartung geäußert, daß die im päpstlichen Jahrbuch bislang stets unverändert publizierte Stellungnahme zu den Diözesangrenzen auch 1965 wiederholt werde. Über die Reaktion führte er aus: „Samore antwortete ausweichend und wies auf außerordentlich starken Druck hin, dem er von allen Seiten ausgesetzt sei; er betonte besonders die schwierige Lage, in der Kardinal Wyszynski sich zur Zeit befinde. Die gewünschte Zusage gab Samore mir nicht, so daß Möglichkeit nicht von der Hand zu weisen ist, daß Staatssekretariat in einzelnen Punkten bei Neuausgabe des päpstlichen Jahrbuchs uns unerwünschte Formulierungen zu wählen beabsichtigt." Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 420; B 150, Aktenkopien 1964.
Zur jährlichen Verlautbarung des Vatikans und zur Bedeutung für die Diözesangrenzen in den 1945 der polnischen Verwaltung unterstellten Ostgebieten des Deutschen Reiches vgl. Dok. 229, Anm. 7.

standpunkt hinsichtlich des Fortbestehens Deutschlands in seinen Grenzen von 1937 aufrechterhalten, sondern daß sie außerdem für die Wiederherstellung des Rechts aktiv eintreten wird.[2]

Zu Ihrer persönlichen Unterrichtung:

Die Vertriebenenverbände befinden sich unter einem Druck rechtsextremer Gruppen[3], die vorerst unbedeutend sind, deren Propagandathesen aber frühzeitig und entschieden entgegengetreten werden muß.

3) Ich habe den Eindruck, als wenn die Haltung der polnischen Regierungs- und Parteistellen gegenüber der katholischen Kirche in letzter Zeit eher härter als entgegenkommender geworden ist. Doch überlasse ich es Ihnen, wie[4] Sie dieses Argument dort verwenden wollen.[5]

Carstens[6]

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 420

[2] Vgl. dazu Dok. 328.

[3] Vgl. dazu auch Dok. 328, Anm. 2.

[4] Dieses Wort wurde von Staatssekretär Carstens handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „ob".

[5] Am 19. November 1964 übermittelte Staatssekretär Carstens Botschafter van Scherpenberg, Rom (Vatikan), zusätzlich folgende Weisung: „Bei der Vorsprache sollte auch darauf hingewiesen werden, daß uns bei der Ernennung des Bischofs von Danzig ausdrücklich zugesichert worden ist, es werde bezüglich des Erzbistums Breslau und der übrigen Diözesen östlich der Oder-Neiße bei dem Grundsatz bleiben, wonach ‚der Apostolische Stuhl keine endgültigen Änderungen bezüglich der Diözesangrenzen vorzunehmen pflegt, solange eventuelle Fragen internationalen Rechts, die jene Gebiete betreffen, nicht mittels Verträgen, die volle Anerkennung erlangt haben, geregelt sind' ... Sie werden ferner gebeten, mit Nachdruck um Auskunft über die etwa in Erwägung gezogenen Änderungen im neuen Päpstlichen Jahrbuch zu drängen. Es muß dabei der Erwartung Ausdruck gegeben werden, daß der Vatikan die Bundesregierung von beabsichtigten Änderungen vorher unterrichtet und nicht ein fait accompli schafft, das die deutsche Öffentlichkeit aufs tiefste beunruhigen würde und die Beziehungen zum Vatikan sehr belasten würde." Vgl. Abteilung II (II 2), VS-Bd. 224; B 150, Aktenkopien 1964.
Am 30. November 1964 erklärte der Apostolische Nuntius, Monsignore Bafile, gegenüber Ministerialdirektor Jansen, „der Standpunkt des Heiligen Stuhles bezüglich der ostdeutschen Diözesen sei bekannt. Im Vatikan bestehe auch nicht die Absicht, den eingenommen Standpunkt zu ändern." Für die Aufzeichnung von Jansen vgl. Abteilung II (II 2), VS-Bd. 224; B 150, Aktenkopien 1964.
Im Päpstlichen Jahrbuch 1965 wurde die bisherige Stellungnahme unverändert wiederholt. Vgl. ANNUARIO PONTIFICIO 1965, S. 75.

[6] Paraphe vom 18. November 1964.

347

Bundesminister Schröder an Bundeskanzler Erhard

St.S. 2118[I]/64 geheim **19. November 1964[1]**

Betr.: EWG-Getreidepreis[2]

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler!

Die Erfahrungen der letzten Zeit bestärken mich in der Auffassung, daß wir in der Frage des EWG-Getreidepreises zu einem baldigen Entschluß kommen sollten. Die Franzosen haben in der Ministerratstagung der vorigen Woche das zeitweilig aufgestellte Junktim zwischen Ausarbeitung der Ausnahmeliste und Festlegung des Getreidepreises zwar fallengelassen und sich schließlich auch zur Annahme einer einigermaßen vernünftigen Ausnahmeliste bereitgefunden[3] – dies unverkennbar aber nur, um uns im Dezember[4] sagen zu können, daß, nachdem sie selbst einen für sie schwierigen Termin respektiert hätten, nunmehr die Reihe an uns sei. Folgen wir dem nicht, so werden sie jede Gelegenheit wahrnehmen, die Kennedy-Runde zu behindern oder zu blockieren, wozu eine so komplizierte Verhandlung wie diese Möglichkeiten genug bietet. Ebenso werden sich die Aussichten unserer Europa-Initiative[5], die ja ohnehin schon einen recht schwierigen Start haben, empfindlich verschlechtern, wenn wir in der Frage, in der die anderen von uns einen Beitrag zum Fortschritt Europas erwarten, uns dem entziehen.

Ich meine, daß wir nicht bis zum 15. Dezember mit unseren Erklärungen warten sollten. Wenn wir, wie ich hoffe, zu einer positiven Entscheidung gelangen, sollten wir diese nicht einfach auf den Brüsseler Verhandlungstisch legen, sondern sie in einen größeren Plan einbauen, in dem auch uns interessierende Teile enthalten sind. Um das in Brüssel vorzubringen und durchzusetzen, brauchen wir Zeit. Geraten wir in Zeitdruck, wie es bei einer Verschiebung der Aussprache bis zum 15. Dezember unvermeidlich wäre, würden wir die Leidtragenden sein. Die kurze, zur Verfügung stehende Zeit würde für die Getreidepreisfrage verwandt werden, für alles übrige wäre wahrscheinlich kaum noch Zeit.

Vom Standpunkt der deutschen Interessen aus betrachtet, müßte also die Diskussion bereits in dem davorliegenden Ministerrat vom 30. November und

[1] Durchschlag als Konzept.
Das Schreiben wurde von Staatssekretär Lahr konzipiert und Bundeskanzler Erhard am 20. November 1964 zugeleitet.
Zur Entstehung vgl. auch Dok. 329, Anm. 7.

[2] Vgl. dazu zuletzt Dok. 338.

[3] Zur Verabschiedung der gemeinsamen Ausnahmeliste der EWG für die Kennedy-Runde am 15. November 1964 vgl. zuletzt Dok. 335, besonders Anm. 14.

[4] Gemäß dem Beschluß des EWG-Ministerrats vom 2. Juni 1964 sollte die Regelung für einen gemeinsamen Getreidepreis der Gemeinschaft am 15. Dezember 1964 erneut erörtert werden. Vgl. dazu BULLETIN DER EWG 8/1964, S. 45 und S. 66.

[5] Zur Europa-Initiative der Bundesregierung vom 4. November 1964 vgl. zuletzt Dok. 344.

1. Dezember begonnen werden. Außerdem muß unbedingt vorher mit den Franzosen gesprochen werden, am besten wohl in der üblichen Weise eines Gedankenaustausches zwischen Herrn Lahr und Herrn Wormser. Hierfür ist unverbindlich der 27. November in Aussicht genommen worden.[6]

Was die Sache selbst angeht, so möchte ich meinen Standpunkt wie folgt präzisieren:

1) Wir sollten den Mansholt-Vorschlag[7] so vollständig wie möglich akzeptieren (einschließlich der von der Kommission schon beabsichtigten Modifizierung, daß der gemeinsame Getreidepreis nicht am 1. Juli 1966, sondern am 1. Juli 1967 in Kraft treten soll). Man muß dem Vorschlag der Kommission lassen, daß er von dem Bemühen bestimmt ist, zu einer wohlausgewogenen Lösung zu gelangen. Etwas wesentlich Besseres ist bisher niemandem eingefallen. Nehmen wir den Vorschlag im großen und ganzen an, verstärkt sich damit für uns die Möglichkeit, auf uns interessierenden Gebieten Vorteile für uns auszuhandeln.

2) Die in dem bekannten Papier der vier Staatssekretäre[8] behandelten Vorfragen, deren Erörterung in Brüssel schon weit gediehen ist, muß abgeschlossen werden. Hierbei müssen wir auf uns befriedigende Lösungen bestehen. Hierher gehören unter anderem die wichtigen Fragen nach der Höhe der Ausgleichszahlungen[9], der Anpassung des Getreidepreises an die allgemeine Preisentwicklung, der Frachtenharmonisierung[10] und der Sicherung des gemeinsamen Preises gegen Veränderungen der Wechselkurse.

3) Im übrigen muß aber auch eine Getreidepreisentscheidung, wie schon gesagt, Teil eines weiterreichenden Planes werden. Hierbei denke ich einmal daran, daß wir, wie es der von uns seit 1 1/2 Jahren verfolgten Linie entspricht, Garantien für den weiteren Ablauf der Kennedy-Runde fordern sollten. Hierbei wäre daran zu denken, die Gemeinschaft darauf festzulegen, daß der Satz der linearen Zollsenkung von 50%, der für die Gemeinschaft bisher nur eine Arbeitshypothese[11] ist, nunmehr das materielle Verhandlungsziel sein soll. Auch in der internen Vorbereitung des agrarpolitischen Teils der Kennedy-Runde könnte etwas geschehen.

Wenn wir jetzt die Verwirklichung des gemeinsamen Getreidemarktes für den 1. Juli 1967 beschließen (worauf wahrscheinlich binnen kurzem weitere Be-

[6] Im Mittelpunkt des Gesprächs vom 27. November 1964 stand die deutsch-französische Rüstungszusammenarbeit. Vgl. Dok. 373.

[7] Zum Vorschlag der EWG-Kommission vom 4. November 1963 betreffend die Verwirklichung eines gemeinsamen Getreidepreises („Mansholt-Plan") sowie zu den ergänzenden Vorschlägen vom 12. Mai 1964 („revidierter Mansholt-Plan") vgl. Dok. 272, Anm. 12.

[8] Auf Weisung des Kabinettsauschusses für Wirtschaft vom 31. Januar 1964 erarbeitete der interministerielle Staatssekretärausschuß für Europafragen eine Aufzeichnung zum Problem des EWG-Getreidepreises, die am 17. Februar 1964 dem Bundeskabinett vorgelegt wurde. Für den Wortlaut vgl. Referat III A 2, Bd. 58.
Die Aufzeichnung bildete eine Grundlage der Erklärung, die Bundesminister Schwarz am 14. April 1964 im EWG-Ministerrat abgab. Vgl. dazu Dok. 153, Anm. 25.

[9] Vgl. dazu Dok. 272, Anm. 13 und 15.

[10] Vgl. dazu Dok. 272, Anm. 14.

[11] Vgl. dazu Dok. 67, Anm. 43.

schlüsse folgen werden, die darauf hinauslaufen, den ganzen gemeinsamen Agrarmarkt am 1. Juli 1967 in Kraft treten zu lassen), so kann das meines Erachtens nicht ohne Rücksicht darauf erfolgen, was in den übrigen Teilbereichen der Wirtschaftsunion, die für uns ja fast durchweg von größerem Interesse sind als der gemeinsame Agrarmarkt, geschieht. Wir können das um so weniger, als wir mit unserer Zustimmung zum gemeinsamen Getreidepreis den letzten großen Trumpf verbrauchen, den wir in Brüssel haben. Das zwingt zu der Überlegung, was wir in den anderen Teilbereichen der Wirtschaftsunion jetzt fordern und mit unserem Zugeständnis in der Getreidepreisfrage verbinden müssen. Ich meine, hierher gehören auf jeden Fall die Forderungen, daß – im Innenverhältnis – zum gleichen Zeitpunkt, zu dem der gemeinsame Agrarmarkt verwirklicht wird, die Zoll- und Steuergrenzen wegfallen, und – im Außenverhältnis – daß die Kennedy-Runde zu einem positiven Abschluß gebracht sein muß – es sei denn, daß dies aus Gründen, die nicht von der Gemeinschaft zu vertreten sind, verhindert worden wäre. Im Ressortkreis wird gegenwärtig geprüft, ob und gegebenenfalls welche weiteren Forderungen in ein solches Programm einzubauen wären.[12] Hierüber werden Ihnen die beteiligten Ressorts über den Staatssekretärausschuß EWG im einzelnen noch berichten. Insgesamt sollte unser Vorschlag darauf hinauslaufen, daß die Gemeinschaft im Zusammenhang mit der Entscheidung über den gemeinsamen Getreidepreis einen kräftigen Schritt nach vorn tut.

Eröffnet sich eine solche Aussicht, wächst damit auch die Chance, die politische Zusammenarbeit in Gang zu bringen, wie von uns vorgeschlagen, und dies wäre ein weiteres Petitum, das wir zu stellen hätten.

Das italienische Vorbringen im letzten Agrarministerrat[13] (das einige für uns sehr abträgliche Wünsche enthält) zeigt, daß die anderen Delegationen ihre Verhandlungspositionen jetzt sorgfältig aufbauen, und jede sich in eine möglichst vorteilhafte Position zu bringen trachtet. Wir können deshalb meines Erachtens nicht zögern, das gleiche zu tun, weil sonst die Gespräche im Dezember zu unserem Nachteil auszugehen drohen.

Ich möchte daher die Bitte an Sie, Herr Bundeskanzler, richten, den Weg zu einem deutsch-französischen Gespräch in der nächsten Woche und zu einer deutschen Initiative im EWG-Ministerrat vom 30. November und 1. Dezember freizugeben.[14]

[12] In der Sitzung des interministeriellen Staatssekretärausschusses für Europafragen am 26. November 1964 wurde erwogen, zusätzlich eine Verbesserung der Finanzierungsregelungen für den gemeinsamen Agrarmarkt sowie die Beibehaltung der in der Bundesrepublik gewährten Subventionen für Milch zu verlangen. Vgl. dazu den Entwurf des Sitzungsprotokolls vom 27. November 1964; Referat I A 2, Bd. 890.

[13] Auf der Tagung des EWG-Ministerrats am 16./17. November 1964 in Brüssel wurden von der italienischen Delegation grundsätzliche Bedenken gegen den Mansholt-Plan zur Angleichung der Getreidepreise in der EWG vorgebracht und neue Vorbedingungen für seine Annahme erhoben, darunter die Forderung nach Entscheidungen über Marktordnungen für Obst und Gemüse sowie Fette. Vgl. dazu die Drahtberichte des Ministerialrats Bömcke und des Botschafters Harkort, Brüssel (EWG/EAG), vom 17., 18. und 20. November 1964; Referat III A 2, Bd. 74.

[14] Zur Entscheidung des Bundeskanzlers Erhard in der Sitzung des Bundeskabinetts am 24. November 1964 vgl. Dok. 358.

Den Herren Kollegen Schmücker und Schwarz übersende ich eine Abschrift dieses Schreibens.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr Schröder[15]

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 437

348

Gespräch des Bundesministers Schröder mit Generalsekretär Brosio, NATO

II 7-81-33/5892/64 geheim **19. November 1964**[1]

Der Herr *Bundesminister* eröffnete das Gespräch über die MLF mit dem Hinweis, daß die Bundesregierung bereits durch den damaligen Bundeskanzler[2] und vor der Unterzeichnung des deutsch-französischen Vertrages[3] den Amerikanern eine tatkräftige Mitwirkung bei der Verwirklichung des von ihnen vorgeschlagenen MLF-Projekts zugesagt hat.[4] Für diesen Entschluß sei maßgebend gewesen, daß die MLF militärisch wichtig ist (MRBM-Forderung von SACEUR[5]) und wir auch bei der Lösung der für das Bündnis schwierigsten, nämlich der nuklearen Frage für eine möglichst weitgehende Integration sind. Das gegenwärtig beratene Projekt (25 Schiffe; 200 Raketen) sei ausgewogen und nach deutscher Auffassung praktikabel. Wir seien zur Teilnahme bereit. Frankreich sei von uns laufend unterrichtet worden; es habe gegen unsere Beteiligung an der MLF bis vor kurzem nie Einwendungen erhoben und auch heute noch nicht gesagt, daß die MLF und die Force de Frappe unvereinbar

[15] Paraphe vom 20. November 1964.

[1] Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Legationsrat I. Klasse Arnold gefertigt und mit Begleitvermerk des Ministerialdirigenten Ruete vom 27. November 1964 an Staatssekretär Carstens und Bundesminister Schröder geleitet.
Hat Carstens am 1. Dezember und Schröder am 6. Dezember 1964 vorgelegen.
Anläßlich seines Antrittsbesuchs als Generalsekretär der NATO traf Brosio am 19./20. November 1964 auch mit Bundespräsident Lübke, Bundeskanzler Erhard und Bundesminister von Hassel zusammen. Zum Gespräch mit Hassel vgl. die Aufzeichnung des Kapitäns zur See Trebesch vom 24. November 1964; Abteilung II (II 7), VS-Bd. 699; B 150, Aktenkopien 1964. Zum Gespräch mit Erhard vgl. OSTERHELD, Außenpolitik, S. 122. Für das Kommuniqué über den Besuch vgl. BULLETIN 1964, S. 1570.

[2] Konrad Adenauer.

[3] Für den Wortlaut des deutsch-französischen Vertrags vom 22. Januar 1963 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 706–710.

[4] Vgl. dazu Dok. 63, Anm. 10.

[5] Zur Bedrohung Westeuropas durch sowjetische Mittelstreckenraketen und zur Forderung von SACEUR, der NATO entsprechende Systeme zur Verfügung zu stellen, vgl. Dok. 14, Anm. 39, sowie Dok. 149.

seien.[6] Die neuen britischen Vorschläge[7] seien noch nicht im einzelnen definiert. Nach den bisherigen britischen Äußerungen könne man davon ausgehen, daß die Briten

– bereit seien, ihre sämtlichen Nuklearwaffen in ein kollektives System einzubringen; sie verzichteten auf das Recht der Zurücknahme, so daß die Einbringung bedingungslos und endgültig wäre;

– eine geringe Begeisterung für eine größere Überwasserflotte und für gemischte Besatzungen auf diesen Schiffen haben;

– eine Lösung im Gesamtrahmen des Bündnisses und unter Einschluß von weiteren Waffensystemen wie Flugzeugen, Pershing-Raketen und Minute-Man-Raketen, anstreben.

Außenminister Gordon Walker habe bei seinem Besuch in Bonn[8] nachdrücklich erklärt, daß Großbritannien keine Verzögerungspolitik betreibe, sondern seine Vorschläge so bald wie möglich vorlegen wolle, hierzu jedoch etwas Zeit („a little time") benötige. Großbritannien strebe nach den Worten Außenminister Gordon Walkers innerhalb der MLF keine bedeutendere Stellung an, als sie z.B. Deutschland innehaben werde. Für uns sei der Wille Großbritanniens mitzuarbeiten sehr wertvoll. Wir würden es ebenso wie Großbritannien und die USA begrüßen, wenn Frankreich mitarbeiten würde. Aus den Ausführungen von Außenminister Gordon Walker habe sich der Eindruck ergeben, daß es das Ziel der britischen Nuklear-Politik sei,

– das nationale britische Nuklear-Potential abzuschaffen;

– eine Teilnahme an dem amerikanischen Potential zu erreichen.

Dies, nämlich eine Teilnahme an dem Nuklear-Potential der freien westlichen Welt, sei langfristig auch unser Ziel.[9]

Generalsekretär *Brosio* stellte nachdrücklich fest, daß nach seiner Ansicht Frankreich unter de Gaulle nie an der MLF teilnehmen werde. Es liege jedoch im Interesse der Allianz, daß Frankreich den Plan nicht ablehne. Da Frankreich den Eindruck gewonnen habe, daß das MLF-Projekt, ursprünglich ein rein militärischer Vorschlag, in seiner jetzigen Form auch politische Elemente enthalte, damit die Grundstruktur der NATO berühre und gegen Frankreich gerichtet sei[10], habe es seine bisherige Haltung jetzt in Richtung einer offenen Opposition gegen die MLF geändert, ohne jedoch eigene Gegenvorschläge zu machen. Es bleibe das Problem zu lösen, wie eine Koordination der französischen Nuklear-Streitkräfte mit den anderen Nuklear-Streitkräften innerhalb der NATO erreicht werden kann. Nach den Verhandlungen mit den Briten sollte die Angelegenheit daher in vorsichtiger Form mit den Franzosen erörtert werden. Es erhebe sich die Frage, ob und in welcher Form auf der

[6] Zur französischen Haltung gegenüber der geplanten MLF vgl. zuletzt Dok. 343. Vgl. dazu weiter Dok. 350.

[7] Vgl. dazu zuletzt Dok. 334.

[8] Zu den Gesprächen vom 15. November 1964 vgl. Dok. 334–336.

[9] Zur Haltung der Bundesregierung gegenüber der geplanten MLF vgl. weiter Dok. 360.

[10] Zu entsprechenden Äußerungen des Ministerpräsidenten Pompidou vgl. Dok. 338, Anm. 14.

NATO-Ministerkonferenz im Dezember[11] die MLF diskutiert werden solle. Frankreich werde das Thema von sich aus nicht ansprechen. Für eine Diskussion im einzelnen sei es wahrscheinlich auch noch zu früh. Die USA und Großbritannien könnten jedoch ihre Vorstellungen darlegen, und es könnte den anderen Partnern anheimgestellt bleiben, zu diesen Vorschlägen Stellungnahmen („statements") abzugeben. Anschließend an die Ministerkonferenz könnte das Thema dann bilateral und multilateral eingehender erörtert werden. Hierbei solle die MLF den Franzosen in erster Linie mit militärischen Argumenten erläutert werden, da ihnen weniger militärische als politische Gegenargumente zur Verfügung stehen. Eine Betonung der politischen Aspekte würde die französische Opposition verstärken.

Der Herr *Bundesminister* antwortete, er teile die Meinung, daß eine generelle MLF-Debatte während der NATO-Ministerkonferenz im Dezember nicht möglich sei. Für die weitere Behandlung des Projekts könne folgendes Verfahren ins Auge gefaßt werden:

1) Die an der MLF interessierten NATO-Partner sollen über das Projekt weiter beraten.

2) Die meisten der an dem Projekt interessierten Partner werden – wie schon die bisher bekannten Terminpläne zeigen – in nächster Zeit Kontakte mit Frankreich haben. Sie sollen diese zur Erläuterung des Projekts benutzen.

3) Anschließend könnte daran gedacht werden, auf der Basis eines abschlußreifen Projekts nochmals mit Frankreich zu sprechen.

Generalsekretär *Brosio* wiederholte, daß es für Frankreich um so schwieriger werde, gegen die MLF zu opponieren und daß die Schwierigkeiten für die MLF innerhalb der NATO um so geringer würden, je mehr die MLF als ein militärisches und nicht als ein politisches Projekt dargestellt werde.

Der Herr *Bundesminister* antwortete, daß einem entsprechenden Vorgehen an sich zuzustimmen sei.

Generalsekretär *Brosio* führte dann zur Zypern-Frage[12] aus:

Die Türken seien gegenüber dem NATO-Bündnis sehr verbittert.[13] Nachdem alle bisherigen Bemühungen fehlgeschlagen seien, habe Makarios eine immer stärkere Position erlangt. Die Griechen rechneten damit, auf Grund des Selbstbestimmungsrechts den Anschluß an Griechenland zu erlangen, ohne etwas dafür zahlen zu müssen. Er selbst halte dies nicht für wahrscheinlich, da Makarios einer Enosis[14] nie zustimmen werde. Dieser wolle die Unabhän-

[11] Die Tagung fand vom 15. bis 17. Dezember 1964 in Paris statt. Für das Kommuniqué vgl. BULLETIN 1964, S. 1725 f.

[12] Vgl. dazu zuletzt Dok. 317.
Generalsekretär Brosio hatte sich anläßlich seiner Antrittsbesuche vom 3. bis 5. November bzw. 5. bis 8. November 1964 in Athen und Ankara über den Stand der Zypern-Frage informiert. Vgl. dazu den Drahtbericht des Botschafters von Walther, Ankara, vom 11. November 1964; Referat I A 4, Bd. 302.

[13] Vgl. dazu auch das Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit dem Staatssekretär im amerikanischen Außenministerium, Ball, am 16. November 1964; Dok. 338, besonders Anm. 22. Zur Haltung der türkischen Regierung vgl. ferner Dok. 333.

[14] Zum Begriff der Enosis vgl. Dok. 189, Anm. 18.

gigkeit, und gerüchteweise verlaute, er denke auch an eine Neutralisierung und Entmilitarisierung. Eine Unabhängigkeit Zyperns sei jedoch eine schlechte Lösung, da

- für die NATO die Basen gefährdet würden;
- für Griechenland die Enosis fraglich würde;
- für die Türkei das Minderheiten-Problem nicht gelöst werde.

Außenminister Erkin sei bereit, mit Griechenland auf der Basis des ersten Acheson-Plans[15] zu verhandeln mit dem Ziel, daß

- fast ganz Zypern an Griechenland angeschlossen wird;
- der nordöstliche Teil Zyperns als türkische Militärbase einer bedingten türkischen Souveränität unterstellt wird.

Durch diese Lösung würde das Problem für die Türkei befriedigend gelöst. Durch eine starke NATO-Präsenz in den militärischen Basen würde die Befriedung auf lange Sicht garantiert. Außenminister Erkin bitte die Alliierten, auf Griechenland Druck auszuüben, um es verhandlungsbereit zu machen. Er, Brosio, zögere, ein derartiges Vorgehen zu empfehlen, da das Zypern-Problem in den Händen der Vereinten Nationen liege, Griechenland und Makarios sicher Widerstand leisten würden und Großbritannien zögere. Sollten jedoch die Türken offiziell bei den NATO-Partnern vorstellig werden, so sollte man nach seiner, Brosios, Auffassung doch gewisse Schritte gegenüber Griechenland erwägen, um zu dokumentieren, daß man wenigstens den Versuch, zu einer Lösung beizutragen, gemacht habe.[16]

Abteilung II (II 7), VS-Bd. 699

[15] Der vom ehemaligen amerikanischen Außenminister Acheson ausgearbeitete Vorschlag sah eine Vereinigung Zyperns mit Griechenland unter folgenden Bedingungen vor: Abtretung der griechischen Insel Megiste an die Türkei, Einrichtung eines türkischen Militärstützpunkts und besonderer Wohngebiete für die türkische Minderheit auf Zypern sowie finanzielle Unterstützung für die Bevölkerungsteile, die in die Türkei auszuwandern wünschten. Der Plan wurde bereits am 30. Juli 1964 von Präsident Makarios abgelehnt. Vgl. dazu den Artikel „U.S. Proposals for Cyprus rejected"; THE TIMES, Nr. 56078 vom 31. Juli 1964, S. 8.

[16] Am 27. November 1964 wies Ministerialdirektor Jansen die Vertretung bei der NATO in Paris an, gegen eine Initiative bei der griechischen Regierung zu votieren. Als Begründung gab er an: „Direkte türkisch-griechische Verhandlungen müssen zur Zeit als aussichtslos beurteilt werden. Amerikanischer Botschafter in Athen teilt die Ansicht, daß die Genfer Verhandlungsvorschläge überholt und nicht mehr realisierbar sind. Unsere Botschaften Ankara und Athen raten von deutschem Schritt ab. Botschaft Ankara betont aufgrund gestrigen Gesprächs klar, daß zur Zeit keinerlei Aussichten auf Einleitung ständigen direkten Gesprächs bestünden. Aufrechterhaltung der ständigen türkischen Forderung auf direkte Gespräche sei daher nur aus taktischen Gründen zu verstehen." Vgl. Abteilung I (I A 4), VS-Bd. 49; B 150, Aktenkopien 1964.
Zur Zypern-Frage vgl. weiter den Drahtbericht des Botschafters von Walther, Ankara, vom 19. Januar 1965; AAPD 1965.

349

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jansen

I A 4-83.00/94.05/3419/64 VS-vertraulich **19. November 1964**[1]

Betr.: Beziehungen Zyperns zur SBZ;
hier: Berichterstattung Botschafters Dr. Koenig in Bonn[2]

Als Vorbereitung für den auf Sonnabend, dem 21.11.1964, angesetzten Termin beim Herrn Staatssekretär[3] für die Berichterstattung Botschafters Dr. Koenig, Nicosia, hat am 17.11.1964 eine Hausbesprechung mit Herrn Dr. Koenig unter Teilnahme der Referate I A 4, II 1, III A 5, III B 3 und V 1 stattgefunden.

I. In seiner Darlegung zur Entwicklung des Verhältnisses Zypern/SBZ hob Botschafter Koenig folgende Punkte besonders hervor:

a) Luftverkehrsabkommen zwischen Nicosia und Ostberlin (Interflug) vom Mai 1964[4] mit zunächst großer Propagandawirkung für die SBZ; Flucht von bisher 5 Zonen-Interflugreisenden über Nicosia in die Bundesrepublik Deutschland war jedoch für unsere Position sehr vorteilhaft.

b) Verhandlungen und Abschluß eines Handelsabkommens Zypern/SBZ (7.11.1964) durch Briefwechsel zwischen zyprischem Handels- und Industrieminister Araouzos und Zonenaußenhandelsminister Balkow, der sich zur Unterzeichnung selbst nach Nicosia eingeladen hatte.[5] Mehrfache weisungsgemäße Demarchen unsererseits bei zyprischer Regierung; irreführende Auskünfte durch Makarios und zyprische Regierungsmitglieder über Wortlaut der Vereinbarungen.[6]

[1] Die Aufzeichnung wurde von Legationsrat Rötger konzipiert.

[2] Botschafter Koenig, Nikosia, hielt sich vom 15. bis 24. November 1964 in Bonn auf.

[3] Karl Carstens.

[4] Am 26. Mai 1964 hielt Vortragender Legationsrat Thomsen fest, die DDR-Fluggesellschaft Interflug habe eine befristete Landeerlaubnis für Zypern erhalten. Die zyprische Regierung habe jedoch gegenüber der Botschaft in Nikosia versichert, „daß mit dieser Genehmigung der Abschluß eines Luftverkehrsabkommens mit der für Interflug zuständigen Regierung nicht beabsichtigt sei". Vgl. Abteilung I (I A 4), VS-Bd. 59; B 150, Aktenkopien 1964.

[5] Die am 9. Oktober 1964 aufgenommenen Verhandlungen zwischen Zypern und der DDR über den gemeinsamen Handel wurden am 7. November 1964 durch den Austausch gleichlautender Schreiben abgeschlossen. Für den Wortlaut vgl. DOKUMENTE ZUR AUSSENPOLITIK DER DDR XII, S. 1107–1111.
Am 9. November 1964 teilte Botschafter Koenig, Nikosia, zur unmittelbaren Vorgeschichte mit: „Am Freitag, dem 6. November, unterrichtete mich der zyprische Industrie- und Handelsminister Andreas Araouzos davon, daß am Abend des gleichen Tages der Außenhandelsminister der SBZ, Balkow, nach Nikosia kommen werde, um die Handelsabmachungen zwischen Zypern und der Sowjetzone zu unterzeichnen. Der Minister sei dazu nicht eingeladen worden, sondern habe sich am Tag zuvor mit einem Telegramm angemeldet. Unter diesen Umständen sehe sich Araouzos gezwungen, namens der zyprischen Regierung die Unterschrift unter das Vertragswerk zu setzen." Vgl. Referat I A 1, Bd. 294.

[6] Ende Oktober und Anfang November 1964 wurde die Botschaft in Nikosia angewiesen, in Gesprächen mit dem zyprischen Präsidenten bzw. dem Handelsminister sowohl jeder Regierungsvereinbarung zwischen Zypern und der DDR als auch einer Unterzeichnung auf Ministerebene entgegenzuwirken und auf die schwerwiegenden Risiken für die Beziehungen zur Bundesrepublik

c) Durch Indiskretion zufälliges Bekanntwerden der beabsichtigten Zulassung einer Ständigen SBZ-Handelsvertretung (wahrscheinlich „Regierungs"-Vertretung) ab Januar 1965 in Nicosia, obgleich zyprische Regierung derartige Vereinbarung in Abrede gestellt hatte.[7] Grund für das Verhalten der zyprischen Regierung könnte die Verstimmung über die Anfeindungen durch unsere Presse sein und der Wunsch von Makarios, uns dafür eine „Lektion" zu erteilen.

Als Abwehrmaßnahmen schlägt Dr. Koenig vor: Sperrung der bereits zugesagten – allerdings bis zu einer Zypernlösung ausgesetzten – Kapitalhilfe von 14 Mio. DM[8] (unsere Technische Hilfe, die durch Wasserbohrungen äußerst erfolgreich war, läuft ohnehin aus[9]) sowie seine einstweilige Nichtrückkehr nach Nicosia.

II. Die rechtliche Würdigung des Briefwechsels Zypern/SBZ ergab die Möglichkeit einer elastischen Beurteilung. Das Rubrum und die Unterzeichnung der Handelsvereinbarung durch die Ressortminister sprechen für ein Ressortabkommen. Der Passus in der Eingangsformel „acting on behalf of their Governments" und die Ergänzung des Briefwechsels spricht dagegen für ein „Re-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1366

hinzuweisen. Makarios und Araouzos gaben daraufhin Erklärungen ab, die auf einen Abschluß der Handelsvereinbarungen in der Form eines rein sachbezogenen Schriftwechsels und nur durch Ministerialbeamte schließen ließen. Der Inhalt wurde im einzelnen nicht erörtert. Für die Drahterlasse des Staatssekretärs Carstens, des Ministerialdirektors Jansen und des Ministerialdirigenten Voigt vom 22. und 28. Oktober sowie 6. November 1964 und für die Drahtberichte des Botschafters Koenig, Nikosia, vom 26. und 30. Oktober sowie 7. November 1964 vgl. Abteilung I (I A 4), VS-Bd. 59; B 150, Aktenkopien 1964.

[7] Mit Drahtbericht vom 12. November 1964 teilte Botschafter Koenig, Nikosia, mit: „Durch vorzeitige Indiskretion [einer] Linkszeitung [ist] bekannt geworden, daß [die] SBZ [im] Januar 1965 hier [eine] ständige Handelsvertretung eröffnen wird. Minister Araouzos mußte auf Befragung meinerseits [diesen] Tatbestand zugeben." Vgl. Abteilung I (I A 4), VS-Bd. 59; B 150, Aktenkopien 1964.

Noch am 7. November 1964 war Koenig von Präsident Makarios versichert worden, daß mit der DDR lediglich eine Handelsvereinbarung geschlossen werde und weitergehende Abmachungen abgelehnt worden seien. Dazu berichtete Koenig am 9. November 1964: „Auf meine weitere Frage, ob in Zukunft damit zu rechnen sei, betonte Makarios, daß er nichts unternehmen werde, was in irgendeiner Form auf die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur deutschen Sowjetzone schließen lasse. Die Grundlinien seiner Politik seien absolut klar und unveränderlich. Er habe die Bundesrepublik als legale Vertreterin Deutschlands anerkannt und werde seinen Standpunkt nicht ändern." Vgl. Referat I A 4, Bd. 294.

[8] Dazu leitete Ministerialdirektor Sachs Ministerialdirektor Jansen am 26. November 1964 eine Aufzeichnung zu, in der folgende Einzelprojekte genannt wurden: „1) Kapitalhilfe für die Landwirtschaft in Höhe von 8 Mio. DM ... Hiervon sind 6,7 Mio. DM verbraucht; die Kreditanstalt für Wiederaufbau rechnet damit, daß demnächst ein neuer Abruf erfolgt. 2) 4 Mio. DM für die Errichtung einer Entwicklungsbank in Zypern für die Förderung kleiner Industrien. Hierüber wurde zwischen der Kreditanstalt für Wiederaufbau und Zypern noch kein Vertrag abgeschlossen. 3) Weiter sind für Zypern 10 Mio. DM Kapitalhilfe vorgesehen für die Wasserversorgung in der Provinz Cyrenia. Für dieses Vorhaben hat die Kreditanstalt für Wiederaufbau einen Prüfungsauftrag erhalten, der noch nicht durchgeführt worden ist, da das Gutachten einer nach Zypern entsandten Expertengruppe noch nicht vorliegt." Vgl. Referat I A 4, Bd. 294.

[9] Dazu wurde in der Ministerialdirektor Jansen am 26. November 1964 von Ministerialdirektor Sachs zugeleiteten Aufzeichnung ausgeführt: „Eine größere Gruppe deutscher Fachleute ist zu Vorarbeiten (u.a. in Zusammenhang mit der möglichen Trinkwasserversorgung der Stadt Limassol) nach Zypern entsandt worden. Mit der Beendigung dieser Arbeiten, für die etwa 1 Mio. DM bereitgestellt wurden, ist im Dezember 1964 zu rechnen." Vgl. Referat I A 4, Bd. 294.

gierungsabkommen". Bei einer mit den völkerrechtlichen Grundsätzen in diesem Falle durchaus zu vereinbarenden milderen Beurteilung sollte der zyprischen Regierung unser konkreter Vorwurf mit dem Hinweis auf die sehr weitgehenden Formulierungen des Briefwechsels nicht erspart bleiben.

III. Unsere Maßnahmen gegenüber der zyprischen Regierung müssen sich vor allem deutlich gegen den Dolus richten, mit dem der Briefwechsel und Ständige Vertretung der SBZ ausgehandelt wurden. Um einen Gesichtsverlust und weitergehende Folgen auch in anderen Ländern – abgesehen von Zypern – für uns zu vermeiden, ist ein energisches Auftreten notwendig. Dabei soll dadurch, daß wir die bereits eingeschaltete griechische Regierung[10] um entsprechende weitere Unterstützung für uns in Nicosia bitten, vermieden werden, unserer Aktion einen antigriechischen Charakter zu geben. Es müßte versucht werden, die SBZ-Vertretung nur als eine Kammervertretung in Erscheinung treten zu lassen.

Um Nicosia von der Entschlossenheit unseres Vorgehens zu überzeugen, sollte zu Besprechungen mit Makarios ein hochrangiger Sonderbotschafter entsandt werden, der folgende Erklärung des zyprischen Staatspräsidenten bewirken müßte:

1) Der Abschluß des Briefwechsels mit dem SBZ-Regime vom 7.11.1964 beinhaltet keine Aufwertung des SBZ-Regimes und beeinträchtigt nicht die Auffassung der zyprischen Regierung, daß es nur einen einzigen deutschen Staat gibt, nämlich die Bundesrepublik Deutschland.

2) Die zyprische Regierung wird keine Handelsvertretung der SBZ zulassen, sondern allenfalls eine Vertretung der Handelskammer.

Im Falle zyprischer Intransigenz sollte der Sonderbotschafter zur Bekanntgabe folgender Maßnahmen als Druckmittel ermächtigt werden[11]:

a) Kapitalhilfestopp;
b) Nichterneuerung der Technischen Hilfe[12];
c) bis zur Klärung des SBZ-Verhältnisses Nichtrückkehr unseres Botschafters Koenig (entsprechend der Tatsache, daß Zypern zur Zeit auch nur durch Geschäftsträger in Bonn vertreten ist[13]);
d) Androhung, das Verhalten Zyperns im Europarat zur Sprache zu bringen;
e) Inaussichtstellen von weiterer Kapital- und Technischer Hilfe – wofür bei

[10] Die Botschaft in Athen war erstmals am 6. November 1964 angewiesen worden, die griechische Regierung um Intervention bei der zyprischen Regierung zu bitten. Für den Drahterlaß des Ministerialdirektors Jansen vgl. Abteilung I (I A 4), Bd. 59; B 150, Aktenkopien 1964.

[11] Zu den folgenden Punkten vermerkte Staatssekretär Lahr am 20. November 1964 handschriftlich für Staatssekretär Carstens: „Ich halte es für unzulässig, daß Ihnen Vorschläge wie die zu a, b u[nd] e auf S[eite] 3 gemacht werden, ohne daß D III und ich hiervon wissen."
Daraufhin notierte Carstens am selben Tag handschriftlich für Lahr: „Abt[eilung] III hatte mitgezeichnet. Ihnen ging gleichzeitig ein [Durchdruck] zu. Wir werden über den Komplex: Zusammenarbeit [der Abteilungen] I, II und III bald sprechen müssen."
Dazu handschriftlicher Vermerk: „Erl[edigt]."

[12] Dazu handschriftliche Bemerkung: „Limassol".

[13] Botschafter Zaim war im Juli 1964 abberufen worden. Seitdem wurde Zypern durch Botschaftssekretär Pilavachi vertreten.

politischer Notwendigkeit Mittel zur Verfügung gestellt werden könnten – für den Fall zyprischer Rücksichtnahme auf unseren Standpunkt.[14]

Die Referate II 1, III A 5, III B 3 und V 1[15] haben mitgezeichnet.

Hiermit dem Herrn Staatssekretär[16] vorgelegt.

Jansen

Abteilung I (I A 4), VS-Bd. 59

350

Botschafter Klaiber, Paris, an das Auswärtige Amt

Z B 6-1/8933/64 geheim
Fernschreiben Nr. 1802
Citissime

Aufgabe: 19. November 1964, 14.30 Uhr
Ankunft: 19. November 1964, 14.35 Uhr

Französischer Feldzug gegen MLF nimmt zunehmend stärkere Formen an.[1] In dem Bewußtsein weitgehender Isolierung wird eifrig nach Verbündeten Ausschau gehalten, die den Standpunkt General de Gaulles, daß das Zustandekommen der MLF an einen einstimmigen NATO-Ratsbeschluß gebunden sei[2], teilen. Als Verbündeter für diese Auffassung wurde in der französischen Presse von rechts bis links, die insoweit diszipliniert einer amtlichen Sprachregelung folgte, insbesondere der Generalsekretär der NATO, Brosio, auf Grund seiner Rede vor der NATO-Parlamentarier-Konferenz bemüht.[3] Mein

[14] Die vorgeschlagene Intervention bei der zyprischen Regierung wurde von Botschafter Freiherr von Mirbach unternommen. Vgl. das Gespräch mit Präsident Makarios am 30. November 1964; Dok. 365.

[15] Die Kurzbezeichnungen wurden hervorgehoben. Dazu handschriftliche Bemerkung: „Mi[rbach], Pi[lavachi], Bö[ker]."

[16] Hat Staatssekretär Carstens am 20. November 1964 vorgelegen, der am 21. November 1964 handschriftlich die Weiterleitung an Ministerialdirigent Voigt verfügte und dazu vermerkte: „Gem[äß] R[ücksprache]."

[1] Zur französischen Haltung gegenüber der geplanten MLF vgl. zuletzt Dok. 343. Vgl. dazu auch Dok. 351.

[2] Dazu erfuhr der Korrespondent der „New York Times" in Paris, Middleton, am 10. November 1964 aus hochrangiger vertraulicher Quelle, daß die französische Regierung bereits die Einrichtung der MLF-Arbeitsgruppe beanstandete: „The establishment, at the suggestion of the United States, of an eight-power working group to frame the conditions of the mixed-manned force was termed a violation of the North Atlantic Treaty Organization principle of unanimity". Vgl. den Artikel „NATO violation seen by France in mixed fleet"; THE NEW YORK TIMES, International Edition, Nr. 39008 vom 11. November 1964, S. 1 f.
Zum Standpunkt der Bundesregierung vgl. auch Dok. 382, besonders Anm. 18.

[3] In der Rede vom 16. November 1964 führte Generalsekretär Brosio hinsichtlich der NATO aus: „Wir können diese Organisation nicht abbauen oder ihre Wirksamkeit einschränken, ohne die von uns eingegangenen Verpflichtungen zu verletzen und die Allianz zu schwächen. Aber ebensowenig können wir ohne die volle und einmütige Zustimmung aller Beteiligten diese Organisation ausdehnen oder so stark modifizieren, daß ihre Struktur nachhaltig verändert würde, gleichgül-

italienischer Kollege, Botschafter Fornari, sagte mir jedoch zu diesem Punkte, daß hier eine Mißdeutung vorläge. Brosio habe das Einstimmigkeitserfordernis nur in bezug auf die NATO-Reform, nicht dagegen in bezug auf die MLF angesprochen.

In Paris wird allgemein erwartet, daß die uneingeschränkte Ablehnung der MLF und die angebliche Unvereinbarkeit einer deutschen Beteiligung an ihr mit dem deutsch-französischen Vertrag[4] *das* Thema der Rede von General de Gaulle am 22. November in Straßburg aus Anlaß der 20. Wiederkehr des Tages der Befreiung der Stadt sein werde.[5] Das in Straßburg ebenfalls zu erwartende Bekenntnis zur unbeirrten Weiterverfolgung der nationalen französischen Force de Frappe wird überdies dadurch untermauert, daß auf Wunsch von General de Gaulle die ursprünglich für die Frühjahrs-Session 1965 vorgesehene Beratung der Loi-Programme Militaire nunmehr im Dringlichkeitsverfahren auf den 1. und 2. Dezember 1964 vorgezogen wird.[6] Mit diesem Verfahren soll erreicht werden, daß der französische Standpunkt in bezug auf seine nukleare Rüstung auch gesetzlich vor Beginn der NATO-Ratssitzung auf Ministerebene vom 15. Dezember[7] zementiert ist.

Um zu unterstreichen, daß Frankreich nicht allein dasteht, wird entgegen der sonstigen Gepflogenheit schon im voraus angekündigt, daß Couve den tschechoslowakischen Außenminister am 27. November nicht nur zu einer Besprechung empfängt, sondern ihn auch zum Frühstück einlädt.[8] Früher wurde über ein solches Ereignis hier erst nachträglich und dann an wenig auffallender Stelle berichtet.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1369

tig ob in Richtung auf mehr Integration oder auf weniger Integration." Vgl. EUROPA-ARCHIV 1964, D 630.

Zur Bewertung durch die französischen Presse vgl. etwa den Artikel „Les propos de M. Brosio sur la M.L.F provoquent une vive surprise à Washington"; LE MONDE, Nr. 6172 vom 18. November 1964, S. 2.

4 Für den Wortlaut des deutsch-französischen Vertrags vom 22. Januar 1963 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 706–710.

5 Der französische Staatspräsident plädierte am 22. November 1964 für die Schaffung einer europäischen politischen Union mit gemeinsamer Verteidigungspolitik und führte dazu aus: „Pour l'un ou l'autre d'entre eux, renoncer en fait à cette union et, moyennant un rôle d'auxiliaire, s'en remettre décidément de sa vie à une puissance, assurément amicale, mais située dans un monde différent et dont le destin, de par la nature et l'Histoire, ne saurait être identifié avec celui de l'Europe, ce serait blesser bien grièvement une grande espérance. Au demeurant, à l'époque des menaces et des ‚escalades' atomiques, il n'y a pas, pour assurer éventuellement la sauvegarde initiale de l'Ancien Continent et, par conséquent, justifier l'Alliance Atlantique, d'autre voie que l'organisation d'une Europe qui soit elle-même, notamment pour se défendre." Vgl. DE GAULLE, Discours et messages, Bd. 4, S. 315.

Zur Rede vom 22. November 1964 vgl. auch Dok. 359, besonders Anm. 3.

6 Die Gesetzesvorlage enthielt das französische Verteidigungsprogramm für die Jahre 1965 bis 1970, das insbesondere der weiteren Entwicklung der Force de frappe diente. Vgl. dazu L'ANNÉE POLITIQUE 1964, S. 102–105. Zur Beratung in der französischen Nationalversammlung vgl. Dok. 370, Anm. 2.

7 Die Tagung fand vom 15. bis 17. Dezember 1964 in Paris statt. Für das Kommuniqué vgl. BULLETIN 1964, S. 1725 f.

8 Zum Besuch des Außenministers David vom 25. bis 28. November 1964 in Paris vgl. Dok. 344, Anm. 52. Vgl. dazu auch Dok. 377.

Nach Auffassung weiter politischer und diplomatischer Kreise in der französischen Hauptstadt sind die weitere Verhärtung des ablehnenden französischen Standpunkts zur MLF und die aus ihr jetzt abgeleiteten Maßnahmen eine Folge des Kommuniqués über die von Hassel/McNamara-Abmachungen nach Abschluß des Besuchs des Herrn Bundesverteidigungsministers in Washington.[9] Trotz unserer beruhigenden Erklärungen[10] scheint die bei General de Gaulle entstandene erneute Mißstimmung nicht beseitigt. Wir müssen darauf gefaßt sein, daß nicht nur die schon bisher auf Eis liegenden revidierten Generalanforderungen der Bundeswehr (vgl. Erlaß Nr. II 7-81-02-6/68/64 vom 4.8.64[11]) weiterhin nicht bearbeitet werden, sondern daß Frankreich aus Verbitterung über die resultatlose deutsch-französische Zusammenarbeit auf dem Gebiete der Rüstungsproduktion dem Gedanken einer Kündigung der bestehenden Verträge über die Nutzung oder Mitbenutzung von Flugplätzen, Manövergelände, Depots usw.[12] nähertritt.

Auch in der Deutschland- und Berlin-Politik müßten wir wohl bei einer weiteren Abkühlung des deutsch-französischen Verhältnisses künftig zum mindesten eine weitgehende französische Passivität in Kauf nehmen.

Bei der Beantwortung der Frage, welche Konsequenzen General de Gaulle nicht nur im deutsch-französischen, sondern im Allianzbereich aus einem Zustandekommen der MLF ziehen wird, glaube ich nicht daran, daß der Präsident an ein Ausscheiden Frankreichs aus der atlantischen Allianz denkt, wohl aber wird er – und das entspräche nur seiner bisherigen Unterscheidung von atlantischer Allianz und NATO – die Mitarbeit Frankreichs in NATO weiter, vielleicht gar bis zum Nullpunkt reduzieren, vielleicht sogar für eine Weile die Politik des „empty chair" im NATO-Rat betreiben.

[gez.] Klaiber

Abteilung I (I A 3), VS-Bd. 152

[9] Zum Besuch des Bundesministers von Hassel vom 12. bis 14. November 1964 vgl. Dok. 327, Anm. 1. Im Kommuniqué vom 14. November 1964 wurden die wichtigsten Projekte der deutsch-amerikanischen Rüstungszusammenarbeit erläutert, darunter die gemeinsame Entwicklung eines Kampfpanzers und eines Jagdflugzeugs. Vgl. dazu BULLETIN 1964, S. 1557 f.

[10] Vgl. dazu auch Dok. 355.

[11] Mit Erlaß vom 4. August 1964 übermittelte Vortragender Legationsrat I. Klasse Scheske der Botschaft in Paris eine im Bundesministerium der Verteidigung gefertigte Aufstellung über die von Frankreich erbetene logistische Unterstützung im Frieden und im Verteidigungsfall. Für das Begleitschreiben vgl. Abteilung II (II 7), VS-Bd. 1323; B 150, Aktenkopien 1964.

[12] Das grundlegende deutsch-französische Logistikabkommen wurde am 25. Oktober 1960 in Paris geschlossen. Vgl. dazu BULLETIN 1960, S. 1969.

351

Drahterlaß des Staatssekretärs Carstens

St.S. 2179/64 geheim **Aufgabe: 22. November 1964, 16.34 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 4057 Plurex

Ich führte am Sonnabend ein Gespräch mit de Margerie.

1) Dabei unterrichtete ich ihn über unser MLF-Gespräch mit den Engländern[2], wobei ich die Akzente positiv setzte. Die Engländer hätten als ihre vorläufige Meinung eine Reihe recht verständiger Gedanken vorgetragen: Grundsatz der Gleichheit zwischen ihnen und uns, Unwiderruflichkeit ihres Beitrags, dauernde Verbindung zwischen USA und Europa, Bejahung des Prinzips der gemischten Besatzungen, Bejahung einer Konsultation zwischen Europäern und Amerikanern über die weltweite nukleare Strategie. In anderen Punkten (Frage der Unterstellung der MLF, Bereitstellung des technischen Personals für die MLF) sei die englische Haltung noch zögernd.

2) In dem weiteren Gespräch sagte ich dem Botschafter, er müsse sich darüber im klaren sein, daß Frankreichs Position zur MLF[3] zwei entscheidende Schwächen aufweise:

a) die plötzliche Schwenkung nach 18 Monaten[4],

b) das Fehlen jedes eigenen konstruktiven Vorschlags.

De Margerie hob hervor, daß sich alle politischen Gruppen in Frankreich in der Ablehnung der MLF einig seien.

3) Der Botschafter nannte 4 Komplexe, die im deutsch-französischen Verhältnis schwierig seien:

a) Getreidepreis
Hier hoffe er auf eine Lösung am 15. Dezember.[5] Es sei auch gut, daß der Bundeskanzler vorher nach Paris fahren wolle.[6] Denn dann werde die Einigung am 15. Dezember als das Ergebnis der deutsch-französischen Zusammenarbeit erscheinen. Er hoffe, am Dienstag einen Terminvorschlag de Gaulles übermitteln zu können.

[1] Der Drahterlaß wurde Bundesminister Schröder, z.Z. Washington, sowie den Botschaftern von Etzdorf, London, Grewe, Paris (NATO), und Klaiber, Paris, übermittelt.
Das Konzept wurde von Staatssekretär Carstens handschriftlich erstellt, der um schnellstmögliche Übermittlung an die Botschaft in Washington bat.

[2] Vgl. das Gespräch des Bundesministers Schröder mit Außenminister Gordon Walker am 15. November 1964; Dok. 334.

[3] Vgl. dazu zuletzt Dok. 350 und weiter Dok. 359.

[4] Zur französischen Haltung gegenüber der geplanten MLF im Jahr 1963 vgl. AAPD 1963, I, Dok. 168.

[5] Gemäß dem Beschluß des EWG-Ministerrats vom 2. Juni 1964 sollte die Regelung für einen gemeinsamen Getreidepreis der Gemeinschaft am 15. Dezember 1964 erneut erörtert werden. Vgl. dazu BULLETIN DER EWG 8/1964, S. 45 und S. 66.
Zum Stand der Beratungen innerhalb der Bundesregierung vgl. Dok. 347. Vgl. dazu weiter Dok. 358.

[6] Die Begegnung kam erst im folgenden Jahr zustande. Vgl. dazu Dok. 364, besonders Anm. 1.

b) Europäische politische Zusammenarbeit
Hier würden Fortschritte auf der Basis unserer Vorschläge[7] möglich sein, sobald man sich über den Getreidepreis einig geworden sei.

c) Rüstungszusammenarbeit
Hier sei man in Paris über das Kommuniqué Hassel–McNamara[8] enttäuscht gewesen, da mit den USA offenbar realisiert würde, was im Verhältnis zu Frankreich nicht möglich sei. Ich wiederholte die bekannten Argumente (riesige deutsche Rüstungskäufe in Frankreich; Erwägungen, auch die Frelon aus Frankreich zu beziehen).[9]

d) MLF
Ob man hier nicht durch ein Hinauszögern der Entscheidung eine gewisse Erleichterung finden könne? Ich legte dar, daß dies sehr schwierig sein würde. Man habe über das Projekt schon lange und eingehend diskutiert.

Carstens[10]

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 432

[7] Zur Europa-Initiative der Bundesregierung vom 4. November 1964 vgl. zuletzt Dok. 344.

[8] Zum Kommuniqué vom 14. November 1964 vgl. Dok. 350, Anm. 9.

[9] Zur deutsch-französischen Rüstungszusammenarbeit vgl. zuletzt Dok. 260 und weiter Dok. 373.
Zu den Überlegungen, den von Frankreich entwickelten Hubschrauber „Super-Frelon" für die Bundeswehr zu beschaffen, vgl. bereits Dok. 244, Anm. 49.
Am 21. November 1964 vermerkte Ministerialdirektor Jansen für Staatssekretär Carstens, daß das Bundesministerium der Verteidigung zwar noch unentschieden sei, aber eher zum Ankauf eines amerikanischen Hubschraubers neige. Jansen plädierte für einen Vorrang politischer Gesichtspunkte und resümierte: „Aus diesem Grunde besteht nach wie vor eine Chance, daß die Super-Frelon angeschafft werden kann, wenn wir dies für politisch wünschenswert halten und einen entsprechenden Druck auf das Bundesverteidigungsministerium ausüben." Vgl. Abteilung II (II 7), VS-Bd. 981; B 150, Aktenkopien 1964.

[10] Paraphe vom 22. November 1964 auf dem handschriftlichen Konzept.

352

Botschafter Federer, Kairo, an Staatssekretär Carstens

Z B 6-1/9089/64 VS-vertraulich **23. November 1964**
Fernschreiben Nr. 1053 **Aufgabe: 24. November 1964**
Cito **Ankunft: 24. November 1964, 13.03 Uhr**

Für Staatssekretär[1]

Nachstehend meine Aufzeichnung über das zweistündige Gespräch des Bundestagspräsidenten mit Präsident Nasser am 22. November.[2] Eine politische Wertung folgt gesondert[3]:

Auf die einleitende Bemerkung von Dr. Gerstenmaier, daß ihm der Assuan-Staudamm, den er gestern besichtigt habe, große Bewunderung abnötige, erwiderte Präsident Nasser mit einem Hinweis auf die großen Schwierigkeiten, dem der Aufbau Ägyptens im gegenwärtigen Zeitpunkt begegne. Die Kaufkraft der Bevölkerung sei stärker gewachsen als die Produktion, usw. Dr. Gerstenmaier bemerkte dazu, daß diese Schwierigkeiten allgemein seien im Bereich der sich entwickelnden Länder. Dabei kam er auf Algerien zu sprechen. Präsident Nasser nannte Ben Bella „a good man", der sich ehrlich um das Wohl seines Volkes bemühe. Dr. Gerstenmaier wies darauf hin, daß das äußere Bild, das seine Gestalt im chinesischen Rock biete, in der deutschen Öffentlichkeit den Eindruck erweckt habe, als ob Ben Bella zu den chinesischen Kommunisten übergegangen sei.[4] Präsident Nasser meinte hierzu, daß diese Schlußfolgerung falsch sei. Diese neuartige Bekleidung habe Nkrumah erfun-

[1] Hat Staatssekretär Carstens vorgelegen, der handschriftlich die Weiterleitung an die Ministerialdirektoren Jansen und Sachs verfügte.

[2] Bundestagspräsident Gerstenmaier hielt sich vom 20. bis 23. November 1964 in der VAR auf. Er führte Gespräche mit Präsident Nasser, Parlamentspräsident Sadat sowie weiteren Mitgliedern der ägyptischen Regierung und besuchte Luxor sowie Assuan. Vgl. dazu den Drahtbericht des Botschafters Federer, Kairo, vom 23. November 1964; Referat I B 4, Bd. 77. Vgl. dazu ferner EUROPA-ARCHIV 1964, Z 256.
Zur Vorbereitung des Besuchs vgl. Dok. 325 und Dok. 340. Zur Bewertung durch Gerstenmaier vgl. weiter Dok. 385.

[3] Mit Drahtbericht vom 25. November 1964 empfahl Botschafter Federer, Kairo, die zurückhaltende Reaktion von Nasser auf die Argumentation des Bundestagspräsidenten Gerstenmaier zugunsten einer Normalisierung der deutsch-israelischen Beziehungen nicht als Zeichen der Zustimmung zu werten, und verwies auf die ägyptischen Erwartungen hinsichtlich einer unverzüglichen Beendigung der Waffenlieferungen der Bundesrepublik an Israel. Gegebenenfalls hielt er es jedoch für möglich, „daß Präsident Nasser sich sogar mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel abfinden würde, sofern wir eine spektakuläre Wirtschafts- und Finanzhilfe gewähren, die auch in den Augen der anderen arabischen Staaten den Verlust ihres politischen Druckmittels wettmachen ... Die Art und Weise, wie Präsident Nasser nach Anhören von Dr. Gerstenmaier auf die Einladung des Bundespräsidenten reagiert hat, beweist, daß er den Willen hat, sich – vielleicht nur in der nächsten politischen Phase – mehr nach dem Westen zu orientieren." Vgl. Abteilung I (I B 4), VS-Bd. 214; B 150, Aktenkopien 1964.

[4] Der algerische Präsident bemühte sich um eine Intensivierung der Beziehungen zur Volksrepublik China. Ministerpräsident Tschou En-lai hielt sich bereits vom 21. bis 27. Dezember 1963 in Algerien auf und wurde von Ben Bella erneut am 30./31. März 1965 in Algier empfangen. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1964, Z 11, und EUROPA-ARCHIV 1965, Z 71.

den, sie sei auch von anderen afrikanischen Führern übernommen worden, als ein Ausdruck des einfachen Lebens.

Dr. Gerstenmaier leitete das Gespräch über auf Südkorea, General Park und sein Buch „South Korea, the Revolution and I", in welchem ein Kapitel sich in rühmender Weise mit Präsident Nasser befasse.[5] Präsident Nasser bemerkte dazu, daß Syngman Rhee sich im Jahre 1956 in der Suezkrise – nach seiner Auffassung völlig unnötigerweise – öffentlich gegen Ägypten ausgesprochen habe. Er schien hiermit eine Erklärung dafür geben zu wollen, daß Ägypten das kommunistische Nordkorea anerkannt habe.[6] Auf eine Bemerkung von Dr. Gerstenmaier hin sagte er, daß Nordkorea ein gut verwaltetes Land sei, das eine beträchtliche Stahlindustrie aufweise. (Der Präsident von Nordkorea war zur gleichen Zeit in Kairo.)[7]

Das Gespräch kam dann auf den Sudan. Dr. Gerstenmaier fragte Präsident Nasser, wie er die Lage dort beurteile. Präsident Nasser meinte, die Hauptschuld an dieser Entwicklung[8], deren Ende noch nicht abzusehen sei, trage Präsident Abboud und seine Offiziere. Abboud, den er gut kenne und auch persönlich sehr schätze, sei alles andere als ein politischer Mensch. Er glaube, man könne ein Land regieren und aufbauen allein durch Befehle und Gehorchen. Dies sei aber völlig unmöglich. Schon gar nicht könne man auf diese Weise auf die Dauer sich gegen die Intellektuellen durchsetzen. Die gegenwärtige labile Lage im Sudan sei dadurch gekennzeichnet, daß in der gegenwärtigen Regierung alle politischen Schattierungen von den Moslembrüdern bis zu den Kommunisten vertreten seien. Die Kommunisten seien zwar eine zahlenmäßig schwache Gruppe, aber wohl organisiert. Es seien aber im Grunde keine Vertreter der kommunistischen Weltanschauung, sondern linksstehende Politiker, die den Kommunismus als die beste Waffe gegenüber dem fremden Imperialismus betrachten. Er sei besorgt über eine fremde Einmischung im Sudan. Die Zustände im Südsudan seien unvorstellbar primitiv. Dies sei die Schuld der Engländer, die den Südsudan hermetisch vom Norden abgeschlossen hätten, um diesen eines Tages mit Uganda zu verbinden.

Nasser zog dann insofern eine Parallele zu Ägypten, indem er sagte, daß in der Welt vielfach geglaubt werde, in Ägypten regiere eine von ihm angeführte Offiziersclique. Dies sei aber keineswegs der Fall. Gewiß seien sie früher Offiziere gewesen, aber weder er noch seine Mitarbeiter bildeten sich ein, daß man nur durch Befehl und Gehorsam regieren könne. Sie seien vielmehr allesamt Politiker, die sich um die Einsicht des Volkes und seinen Willen zur Mitarbeit bemühen müßten.

Nach einigen Ausführungen über die Möglichkeiten der Demokratie in unse-

[5] Vgl. PARK, Country, S. 128–137.

[6] Am 26. August 1963 nahmen die VAR und die Demokratische Volksrepublik Korea diplomatische Beziehungen auf.

[7] Präsident Choi Yong Kun hielt sich vom 20. bis 26. November 1964 zu einem Staatsbesuch in der VAR auf. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1964, Z 256.

[8] Im Oktober 1964 kam es im Sudan, ausgehend von Studentenunruhen in Khartum, zu landesweiten Protesten gegen das Militärregime. Nach der Bildung einer Übergangsregierung erklärte Präsident Abboud am 15. November 1964 seinen Rücktritt. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1964, Z 236 und Z 247.

rer Welt von heute, deren gegenwärtig im Westen geübte Form keinesfalls auf jedes Land der Welt passe, kam Dr. Gerstenmaier auf die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Ägypten zu sprechen. Er wolle dabei ganz frei und offen sein. Er sei nicht hierher gekommen, um nur freundliche Worte zu reden. Denn es liege ihm wirklich am Herzen, nicht nur im eigenen Namen, sondern in dem des deutschen Volkes und der deutschen Regierung zu sagen und zu beweisen, daß wir an der Entwicklung Ägyptens und der Entwicklung der arabischen Staaten überhaupt und auch an der bedeutenden Leistung Präsident Nassers Anteil nähmen. Er habe, offen gestanden, den Eindruck, daß die Beziehungen zwischen den beiden Ländern besser sein könnten. Auf beiden Seiten gäbe es Schatten, die zu vertreiben man sich bis jetzt gescheut habe. Er aber glaube, daß nunmehr die Zeit gekommen sei, sich rückhaltlos auszusprechen und den Versuch zu machen, gegenseitig die Schwierigkeiten zu erkennen und wenn möglich sie zu beseitigen.

Auf der deutschen Seite sei der entschiedene Wille vorhanden, mit den arabischen Völkern und insbesondere zum Lande Präsident Nassers in jeder Hinsicht freundschaftliche Beziehungen zu unterhalten und sie weiter auszubauen. Gleichzeitig sei aber im deutschen Volk, und vor allem auch in ihm selbst als einem deutschen Patrioten, ein tiefes Gefühl der Schande lebendig, über das, was eine deutsche Regierung den Juden angetan habe. Man könne Millionen von Toten, die im Kriege gefallen seien, mit der Zeit zu ertragen lernen, aber nicht das, was den Juden von den Deutschen in der Ära des Dritten Reiches angetan worden sei. Er bäte Präsident Nasser, hierfür Verständnis zu zeigen. Gleichzeitig sei er aber auch der Auffassung, daß sowohl für Ägypten wie für die Bundesrepublik der Augenblick gekommen sei, einen Strich unter die Vergangenheit zu setzen und, wie gesagt, eine neue Ära zu eröffnen. Für die Deutschen würde dies bedeuten, daß sie davon befreit würden, daß das allgemeine Schuldgefühl gegenüber Israel, über das er gesprochen habe, noch vermehrt werde durch den von den Israelis zu Recht erhobenen Vorwurf, daß sich die Deutschen nunmehr weigern, die Beziehungen zu Israel zu normalisieren. Es sei nur natürlich, daß die Israelis diese Lage benützten, um gegenüber der Bundesrepublik zuweilen überdimensionale Forderungen zu erheben.

Präsident Nasser nahm diese von Dr. Gerstenmaier in den größeren Rahmen der Weltpolitik gestellten Gedanken ohne ein Zeichen der Abwehr auf, folgte ihnen vielmehr mit sichtbarem Interesse. Er erwiderte, daß die Nachricht über das geheime Waffenabkommen zwischen der Bundesrepublik und Israel[9] ihn tief enttäuscht habe. Sein Nachrichtendienst hätte ihn zwar schon seit langem darauf aufmerksam gemacht und ihn sehr eingehend über die verschiedenen geheimen militärischen Leistungen unterrichtet.[10] Er habe dies aber nicht glauben wollen, müsse jetzt allerdings erkennen, daß die Informationen seines Geheimdienstes richtig gewesen seien. Er sei von einigen seiner Mitarbeiter gedrängt worden, diese für Ägypten sehr ernste Angelegenheit in

[9] Zu den Pressemeldungen über die Waffenlieferungen der Bundesrepublik an Israel vgl. Dok. 306, Anm. 2.
Zur Ausrüstungshilfe für Israel vgl. Dok. 289.

[10] Vgl. dazu auch Dok. 289, Anm. 6.

seiner Rede zur Eröffnung des Parlaments zur Sprache zu bringen. Er habe aber, wovon sich der deutsche Botschafter habe überzeugen können, davon abgesehen.[11]

Natürlich würde er keinen Einspruch erheben, wenn Israel von anderen Ländern Waffen kaufe. Frankreich, England und die USA lieferten Israel Waffen gegen Bezahlung. Die Bundesregierung aber habe diese Waffen geschenkt. Warum? Er müsse die Waffen, die ihm die Sowjetunion geliefert habe, doch auch bezahlen, und zwar mit Jahresleistungen im Werte von 20 Millionen ägyptischen Pfund.[12] Dr. Gerstenmaier erwiderte, daß weder er, noch das Parlament, noch seines Wissens das Auswärtige Amt von einem geheimen Abkommen über die Lieferung von Waffen Kenntnis gehabt habe. Er halte es für vollkommen falsch und sei entschieden dagegen, daß die Bundesrepublik überhaupt Waffen an andere Länder liefere. Eine Ausnahme hiervon müsse man allerdings zulassen für Waffenlieferungen innerhalb des Bereichs der NATO. Darüber hinaus solle aber nach seiner Auffassung die Lieferung von Waffen durch Gesetz verboten werden. Er sei sich bewußt, daß ein solches Gesetz nicht einmal überall in Afrika begrüßt werden würde. Verschiedene Länder, z.B. Guinea, Tanganjika und andere, würden dadurch unangenehm betroffen werden.[13] Trotzdem würde er, und nach seiner Auffassung der überwiegende Teil des Bundestages, sich für Verabschiedung eines solchen Gesetzes einsetzen. Präsident Nasser nahm diese Erklärung mit Zustimmung auf.

Dr. Gerstenmaier stellte dann die Frage, ob denn eine solche Ansammlung von Waffen im nahöstlichen Raum notwendig sei, in Anbetracht der Tatsache, daß die arabischen Staaten und Israel im Hinblick auf ihre großen wirtschaftlichen Aufgaben es sich gar nicht leisten könnten, so große Teile ihres Volkseinkommens in Waffen zu investieren. Hierauf kam Präsident Nasser eingehend auf die Aggressionspolitik Israels zu sprechen im Jahre 1948 und 1956.[14] Er könne sich nur auf seine eigene Stärke verlassen und sei nicht bereit, Zusicherungen israelischer Staatsmänner in irgendeinem Punkt zu trauen.

Im Verlauf dieses Gesprächs sagte er, daß Israel für Ägypten und die arabischen Staaten überhaupt in zwei Punkten ein Problem darstelle.

[11] Am 13. November 1964 berichtete Botschafter Federer, Kairo, über die Eröffnung der zweiten Sitzungsperiode der ägyptischen Nationalversammlung durch Präsident Nasser am Vorabend. Über den außenpolitischen Teil der Rede von Nasser teilte Federer mit: „Die Bundesrepublik wurde auch nicht andeutungsweise kritisiert, sondern in der ganzen Rede nur einmal, und zwar in positivem Sinne unter den der VAR Wirtschaftshilfe gebenden Ländern genannt. Hinsichtlich Israel äußerte sich Nasser eher zurückhaltend als aggressiv." Vgl. Referat I B 4, Bd. 74.

[12] Im Rückblick führte Bundestagspräsident Gerstenmaier zu diesen Ausführungen des Präsidenten Nasser aus: „Höchst vorwurfsvoll hielt er mir vor, daß zwar auch andere Länder Israel mit Waffen belieferten, aber wenigstens gegen Bezahlung. Wir hingegen machten sie Israel zum Geschenk. Sein Ton reizte mich. Deshalb warf ich ein, daß er sich noch mehr Waffen aus dem Ostblock kommen lasse. Ja, antwortete er zornig, aber er müsse sie bezahlen. Ich fragte, womit denn? ‚With my best cotton', schrie er." Vgl. GERSTENMAIER, Streit und Friede, S. 500.

[13] Zur Ausrüstungshilfe für Guinea und die seit dem 29. Oktober 1964 in „Vereinigte Republik von Tansania" umbenannte Vereinigte Republik von Tanganjika und Sansibar vgl. Dok. 237 bzw. Dok. 228.

[14] Nach der Gründung des Staates Israel am 15. Mai 1948 kam es zum Krieg mit den Staaten der Arabischen Liga, der am 3. Juni 1949 durch einen Waffenstillstand beendet wurde.
Zur Suez-Krise von 1956 vgl. Dok. 70, Anm. 20.

Erstens hätten die Israelis ihr Land erobert und dabei 1,2 Millionen Palästinenser zu Flüchtlingen gemacht. Sie würden sich aber weigern, entsprechend dem Beschluß der UNO[15] diese Flüchtlinge zurückzunehmen. Solange Israel sich als ein rein jüdischer Staat betrachte, könne man dies auch nicht erwarten. In diesem Zusammenhang verwies er auf den Libanon und auch Ägypten, in denen Araber, Christen und auch Juden friedlich nebeneinander leben.

Zweitens beinhalte das Verhalten Israels die Gefahr einer Aggression, die bei jeder für Israel günstigen Gelegenheit zur Wirklichkeit werden könnte.

Nasser kam dann auf die beiden deutschen Wissenschaftler am Weizmann-Institut[16] zu sprechen. Er vertrat die Ansicht, daß es ihre Aufgabe sei, Israel zu einer Atomwaffe zu verhelfen. Dr. Gerstenmaier erwiderte, daß dies nach seinen Informationen nicht der Fall sei.

Dr. Gerstenmaier sagte, daß die Bundesrepublik sich nicht für legitimiert halte, das Problem Israel und die arabischen Staaten zu lösen. Er legte auch dar, daß genau so wie soeben Präsident Nasser von der Gefahr einer israelischen Aggression gesprochen habe, der israelische Botschafter in Köln[17] ihm gegenüber von der permanenten Gefahr einer ägyptischen Aggression gesprochen habe. Die Bundesregierung habe, so wie die Dinge im Augenblick seien, gar keine Möglichkeit, sich in Israel selbst durch einen amtlichen Vertreter ein Bild von der Lage zu verschaffen, geschweige denn auf die israelische Regierung einzuwirken. Diese Beschränkung der Bundesregierung nütze aber auch Ägypten nichts, ganz abgesehen davon, daß die Bundesrepublik, wie er schon gesagt habe, immer wieder dem Zwang ausgesetzt sei, für Israel finanziell unter Umständen mehr zu tun als im Hinblick auf eine gleichmäßige Behandlung des nahöstlichen Raumes zu tun möglich sei. Präsident Nasser schien dieses Argument mit besonderem Interesse aufzunehmen.

Dr. Gerstenmaier bat Präsident Nasser darum, zu überlegen, ob es nicht für ihn sowohl als Staatsmann seines Landes wie auch als politischer Führer afrikanischen Raumes einen Sinn haben könnte, die Beziehungen zur Bundesrepublik auf eine neue Grundlage zu stellen. Er, Dr. Gerstenmaier, schlage vor, daß man nunmehr außerhalb der Öffentlichkeit auf diplomatischem Wege sich mit den beiderseitigen Wünschen vertraut mache und prüfe, ob und wie weit sie von beiden Seiten erfüllt werden könnten. Gleichsam zum Zeichen eines erfolgreichen Abschlusses dieser Verhandlungen hoffe er, daß Präsident Nasser dann als Gast des Herrn Bundespräsidenten seinen Besuch der Bundesrepublik durchführen würde.

Hierauf unterrichtete ich Präsident Nasser gemäß Drahterlaß Nr. 784 vom 20.11. – Az.: StS 2172/64 geheim[18] – von der Botschaft des Herrn Bundeskanz-

[15] Für den Wortlaut der UNO-Resolution vom 11. Dezember 1948 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie I, Bd. II, S. 85–89.

[16] Vgl. dazu Dok. 312, Anm. 11 und 12.

[17] Felix E. Shinnar war Leiter der auf das Wiedergutmachungsabkommen vom 10. September 1952 zurückgehenden Israel-Mission.

[18] Am 20. November 1964 übermittelte Staatssekretär Carstens Botschafter Federer, Kairo, den Wortlaut des Einladungsschreibens des Bundeskanzlers Erhard vom 12. November 1964 an Präsident Nasser. Für den Drahterlaß vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 422; B 150, Aktenkopien 1964. Vgl. dazu auch Dok. 326, Anm. 4.

lers[19], deren telegrafischen Voraustext ich ihm in englischer Übersetzung übergab. Ich fügte hinzu, daß ich beauftragt sei, mich nach einem für Präsident Nasser in Frage kommenden Termin zu erkundigen.

Präsident Nasser las den englischen Wortlaut der Botschaft sehr sorgfältig und erklärte, daß er die Einladung gerne annehme. Was den Termin angehe, so wolle er deswegen mit mir in Fühlung bleiben. Er habe im nächsten Jahr, abgesehen von der nächsten afro-asiatischen Konferenz in Algier[20] und der afrikanischen Konferenz in Accra[21] keine Terminbindungen.

Dr. Gerstenmaier gab zu erwägen, ob Präsident Nasser seinen Besuch nicht so einrichten möchte, daß er während seines Aufenthalts in der Bundesrepublik die Hauptrede im Rahmen der von der deutschen Afrika-Gesellschaft veranstalteten „Afrika-Woche" halten könne. Präsident Nasser schien an diesem Gedanken Gefallen zu finden, machte aber, was den Termin angeht, ganz allgemein den Vorbehalt, daß er sich Ende März zur Wiederwahl stellen müsse[22] und daher für einen Zeitpunkt nach dieser Wahl heute noch keine bindenden Zusagen geben könne.[23]

Als Dr. Gerstenmaier scherzhaft bemerkte, der Ausgang der Wahl dürfe doch wohl nicht zweifelhaft sein, erwiderte Präsident Nasser, daß er heute noch nicht sagen könne, ob er im März imstande sein würde, die Wahl anzunehmen. Schon mancher sei durch einen Herzinfarkt hinweggeräumt worden.

Präsident Nasser bat dann Dr. Gerstenmaier, das Großkreuz des Ordens vom Nil entgegenzunehmen. Dr. Gerstenmaier nahm es unter den Blitzen der Fotografen mit herzlichen Dankesworten an.[24]

[gez.] Federer

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 422

[19] Vgl. das Schreiben vom 12. November 1964; Dok. 326.

[20] Die für den 29. Juni 1965 geplante Konferenz wurde am 26. Juni 1965, nach dem Sturz des algerischen Präsidenten Ben Bella, verschoben und fand vom 30. Oktober bis 2. November 1965 statt. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1965, Z 125 und Z 228.

[21] Die Konferenz der Staats- und Regierungschefs der Organisation der Afrikanischen Einheit (OAU) fand vom 21. bis 26. Oktober 1965 statt. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1965, Z 218.

[22] Am 15. März 1965 wurde Präsident Nasser in einer Volksabstimmung mit 99,99% der Stimmen im Amt bestätigt.

[23] Zum geplanten Besuch des Präsidenten Nasser in der Bundesrepublik vgl. weiter Dok. 394.

[24] Mit Drahtbericht vom 23. November 1964 erläuterte Botschafter Federer, Kairo: „Zum Abschluß des Gesprächs überreichte Nasser dem Bundestagspräsidenten den grand cordon de l'ordre du nil, den höchsten Orden, den die VAR an Persönlichkeiten, die nicht Staatschefs sind, verleiht, was als eine ganz ungewöhnliche und bisher deutschen Gästen noch nicht zuteil gewordene Ehrung anzusehen ist." Vgl. Referat I B 4, Bd. 77.

353

Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem amerikanischen Außenminister Rusk in Washington

MB 3241/64 geheim **23. November 1964**[1]

An der Besprechung des Herrn Bundesministers des Auswärtigen mit Secretary of State Rusk am 23. November nachmittags[2] nahmen auf amerikanischer Seite Mr. Rusk, Mr. Ball, Mr. Tyler, Botschafter Thompson, Botschafter McGhee, Mr. Puhan und Mr. Finn, auf deutscher Seite Bundesminister Dr. Schröder, Botschafter Knappstein, Ministerialdirigent Dr. Ruete, Gesandter von Lilienfeld, Vortragender Legationsrat Dr. Simon, Vortragender Legationsrat Dr. Scheske, Legationsrat I. Klasse Kastl und Legationsrat I. Klasse Behrends teil.

Folgende Themen wurden besprochen:

1) Auswirkungen des Regierungswechsels in der Sowjetunion[3]

Mr. *Rusk* führte aus, die amerikanische Regierung sei von dem Führungswechsel in Moskau ebenso überrascht worden wie Chruschtschow selbst. Nach amerikanischer Auffassung seien der Grund für die Absetzung Chruschtschows keine tiefgreifenden politischen Meinungsverschiedenheiten gewesen, sondern eher das Mißvergnügen einer Mehrheit des Politbüros über den Regierungsstil Chruschtschows und über die von Chruschtschow verfolgte Taktik bei der Behandlung bestimmter Fragen. Ferner hätten wahrscheinlich tiefgehende Differenzen über den Kurs der sowjetischen internen Wirtschaftspolitik[4] eine Rolle gespielt.

Die amerikanische Regierung sei sich noch nicht darüber im klaren, welche politische Linie die neue Regierung verfolgen werde. Es sei nicht damit zu rechnen, daß sie radikal neue Initiativen auf dem Gebiet der Außenpolitik einleiten werde. In den amerikanischen Kontakten mit der Sowjetunion nach dem Führungswechsel habe die sowjetische Seite betont, daß sie die bisherige

[1] Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Legationsrat I. Klasse Behrends am 23. November 1964 gefertigt.
Hat Bundesminister Schröder am 6. Dezember 1964 vorgelegen, der handschriftlich für Vortragenden Legationsrat I. Klasse Simon vermerkte: „Verteilung kann wie üblich vorgenommen werden – [D] I nicht."
Ein Durchdruck hat Staatssekretär Carstens am 12. Dezember 1964 vorgelegen.

[2] Bundesminister Schröder hielt sich vom 22. bis 27. November 1964 in Washington auf. Er führte Gespräche mit Außenminister Rusk, dem Sonderberater des amerikanischen Präsidenten für Handelsfragen, Herter, Sicherheitsberater Bundy sowie mit dem Staatssekretär im amerikanischen Außenministerium, Ball. Vgl. dazu Dok. 360, Dok. 361 und Dok. 363. Für das Kommuniqué vom 26. November 1964 vgl. BULLETIN 1964, S. 1623.
Zum Gespräch mit Herter am Vormittag vgl. den Drahtbericht des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Simon vom 26. November 1964; Abteilung III (III A 2), VS-Bd. 229; B 150, Aktenkopien 1964.

[3] Zum Führungswechsel in der UdSSR am 14./15. Oktober 1964 vgl. Dok. 286, besonders Anm. 5.

[4] An dieser Stelle wurde gestrichen: „innerhalb der sowjetischen Führung".

Politik der friedlichen Koexistenz fortführen werde.[5] Sie habe jedoch bisher keinerlei Vorschläge oder Anregungen vorgelegt. Wahrscheinlich werde der Besuch Gromykos in den Vereinigten Staaten anläßlich seiner Teilnahme an der Vollversammlung der Vereinten Nationen die erste Gelegenheit für ein ernsthaftes Gespräch mit der sowjetischen Regierung nach dem Führungswechsel sein.[6] Zentrales Thema der Gespräche mit Gromyko werde sicher die Frage der Anwendung des Artikels 19 der Satzung der Vereinten Nationen[7] sein. Bisher sei keinerlei Basis für eine Annäherung der Standpunkte erkennbar.[8]

Von besonderem Interesse sei für die Vereinigten Staaten die künftige Haltung der Sowjetregierung gegenüber Peking.[9] Es gebe Anzeichen dafür, daß die Sowjetunion schon mit Rücksicht auf ihre osteuropäischen Verbündeten nicht in der Lage sein werde, den Chinesen wesentliche Konzessionen zu machen. Der rumänische Botschafter[10] habe ihm kürzlich erklärt, daß der Abgrund zwischen Moskau und Peking nur geschlossen werden könne, wenn die Chinesen ihre Politik grundlegend änderten.

Abgesehen von dem Abkommen über die Zusammenarbeit bei der Entsalzung von Meerwasser[11] seien bisher keine wesentlichen Probleme zwischen der amerikanischen Regierung und der neuen Sowjetregierung behandelt worden. Die Verhandlungen über ein Luftverkehrsabkommen[12] seien seit dem Abtritt Chruschtschows nicht wieder aufgenommen worden.

Botschafter *Thompson* fügte hinzu, die neue sowjetische Führung scheine sich in erster Linie auf interne Probleme und in zweiter Linie auf Fragen der Beziehungen zu anderen Ländern des Ostblocks zu konzentrieren. Außenpoli-

[5] Zu den außenpolitischen Grundlinien der neuen sowjetischen Führung vgl. auch Dok. 344, Anm. 34.

[6] Der sowjetische Außenminister führte am 30. November 1964, am Vortag der Eröffnung der UNO-Generalversammlung in New York, sowie am 2. und 5. Dezember 1964 Gespräche mit dem amerikanischen Außenminister Rusk. Am 9. Dezember 1964 wurde er von Präsident Johnson empfangen. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1965, Z 9.

[7] Artikel 19 der UNO-Charta (Fassung vom 26. Juni 1945): „A Member of the United Nations which is in arrears in the payment of its financial contributions to the Organization shall have no vote in the General Assembly if the amount of its arrears equals or exceeds the amount of the contributions due from it for the preceding two full years. The General Assembly may, nevertheless, permit such a Member to vote if it is satisfied that the failure to pay is due to conditions beyond the control of the Member." Vgl. CHARTER OF THE UNITED NATIONS, S. 190.

[8] Am 8. Oktober 1964 übermittelte die amerikanische Regierung den Mitgliedstaaten der UNO ein Memorandum, in dem eine Anwendung des Artikels 19 der UNO-Charta auf die Staaten verlangt wurde, die ihren Zahlungsverpflichtungen für die UNO-Friedensmissionen im Nahen Osten und im Kongo nicht nachgekommen waren. Die UdSSR, die dabei in erster Linie angesprochen war, wies diesen Vorstoß bereits am 9. Oktober 1964 im UNO-Sicherheitsrat zurück. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1964, Z 226 f.
Zur Vorgeschichte und Fortsetzung der Auseinandersetzung im Rahmen der UNO vgl. auch YEARBOOK OF THE UNITED NATIONS 1964, S. 3–60.

[9] Zu den sowjetisch-chinesischen Beziehungen nach dem Führungswechsel in der UdSSR vgl. auch Dok. 317.

[10] Gesandter Balaceanu.

[11] Das Abkommen wurde am 18. November 1964 in Moskau unterzeichnet. Für den Wortlaut vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 51, 1964, S. 829.

[12] Vgl. dazu Dok. 132, Anm. 13.

tische Probleme schienen zur Zeit von geringerem Interesse für die neuen Führer der Sowjetunion zu sein.

Bundesminister *Schröder* erklärte, die amerikanische Beurteilung decke sich weitgehend mit der deutschen Auffassung. Es sei merkwürdig, daß Chruschtschow nicht als Folge einer Auseinandersetzung zwischen definierbaren Machtgruppen, sondern auf bürokratischem Wege abgesetzt worden sei. Daß dies möglich sei, erhöhe die Unsicherheit bei der Beurteilung der sowjetischen Politik. Der völlige Fehlschlag der sowjetischen Kuba-Aktion[13], die möglicherweise Chruschtschows Werk gewesen sei, könne zu seinem Sturz beigetragen haben.

Die Bundesrepublik Deutschland sei durch die Absetzung Chruschtschows insofern betroffen, als der vorgesehene Besuch Chruschtschows in der Bundesrepublik Deutschland hinfällig geworden sei.[14] Adschubejs offenherzige, wenn auch sehr leichtfertige Äußerungen in Bonn, die sicher zum Sturz Chruschtschows beigetragen hätten, seien ein interessanter Hinweis darauf gewesen, daß Chruschtschow das Gefühl gehabt habe, daß er auf lange Sicht im Westen und bei der Bundesrepublik Deutschland Abdeckung gegen China brauche.[15] Die Bundesregierung habe jedoch keine Illusionen gehabt, daß dieses Gefühl bereits bei dem Besuch Chruschtschows in Bonn zu sowjetischen Konzessionen in der Deutschlandfrage geführt haben würde. Nachdem die Nachfolger Chruschtschows ihrerseits Erfahrungen im Umgang mit China gesammelt haben würden, könnten sie zu der gleichen Folgerung wie Chruschtschow kommen, daß die Sowjetunion eine Abdeckung in Europa gegenüber China benötige.

2) Deutsche Politik in Osteuropa

Bundesminister Schröder wies darauf hin, daß die deutsche Ostpolitik beginne, ihre ersten Früchte zu tragen. Durch eine geduldige Arbeit der Verstärkung der wirtschaftlichen, kulturellen und menschlichen Kontakte zu den osteuropäischen Staaten werde die vereinzelt bereits feststellbare Erkenntnis sich durchsetzen, daß die Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik Deutschland mehr im Interesse der osteuropäischen Staaten liegt als die Unterstützung der SBZ. Diese langfristig angelegte Politik könne jedoch nur erfolgreich sein, wenn der Westen jede Maßnahme unterlasse, die dem Pankow-Regime auf internationaler Ebene ein größeres Gewicht geben könne. Die Bundesrepublik Deutschland sei für ein Höchstmaß an menschlicher Begegnung mit der Bevölkerung in der Zone, jedoch gegen jede Verbesserung des Status von Pankow auf der internationalen Ebene.

[13] Zur Kuba-Krise im Oktober 1962 vgl. Dok. 17, Anm. 2.

[14] Zum geplanten Besuch des sowjetischen Ministerpräsidenten vgl. zuletzt Dok. 259.

[15] Zum Besuch des Chefredakteurs der Zeitung „Izvestija" vom 20. Juli bis 1. August 1964 in der Bundesrepublik vgl. Dok 212.
In einer dem Auswärtigen Amt von privater Seite zugeleiteten Aufzeichnung vom 27. Juli 1964 wurde hinsichtlich des sowjetisch-chinesischen Konflikts folgende Äußerung von Adschubej wiedergegeben: „Jahrhundertelang haben wir Russen die Mongolenstürme gegen Europa abgefangen, indes Europa sich fortentwickeln konnte. China wird bald die Atombombe besitzen. Wir müssen wachsam sein und deshalb den Rücken frei haben." Vgl. Abteilung II (II 4), VS-Bd. 227; B 150, Aktenkopien 1964.

Mr. *Rusk* erkundigte sich nach dem Stand der Verhandlungen mit der Tschechoslowakei[16] und bat um eine Erläuterung der deutschen Haltung zum Münchener Abkommen von 1938.[17]

Bundesminister *Schröder* erwiderte, die Bundesrepublik Deutschland habe niemals territoriale Forderungen gegenüber der Tschechoslowakei geltend gemacht. Der Herr Bundeskanzler habe bereits öffentlich erklärt, daß das Münchener Abkommen von Hitler zerrissen worden sei und daher nicht mehr wirksam sei.[18] Die von den Tschechen geforderte Ungültigerklärung des Münchener Abkommens ab ovo sei jedoch nicht ohne weiteres akzeptabel. Einmal handele es sich nicht nur um ein bilaterales Abkommen, zum anderen seien aus dem Abkommen zahlreiche Rechtsfolgen erwachsen, die nicht einfach wieder beseitigt werden könnten. Schließlich sei eine einseitige Ungültigerklärung des Abkommens vor einem Friedensvertrag ein nicht unbedenkliches Präzedenz.

Das Problem könne vielleicht dadurch gelöst werden, daß mit der Tschechoslowakei im einzelnen über alle aus dem Abkommen entstandenen Rechtsfolgen verhandelt werde. Das andere noch offene Problem in den Verhandlungen mit den Tschechen, die Berlin-Klausel, werde wahrscheinlich keine unüberwindbaren Schwierigkeiten bereiten. Die Bundesrepublik Deutschland sei sehr daran interessiert, bald ein Abkommen mit der Tschechoslowakei abzuschließen.

Mr. *Rusk* stellte die Frage, ob damit zu rechnen sei, daß im kommenden Wahlkampf vor der nächsten Bundestagswahl[19] territoriale Forderungen erhoben werden würden, die unter Umständen die amerikanische Regierung dazu zwingen würden, eine negative Stellungnahme dazu abzugeben.

Bundesminister *Schröder* erwiderte, daß damit kaum zu rechnen sei. Die deutsche Öffentlichkeit werde sich für den Wahlkampf zwischen CDU und SPD sehr viel mehr interessieren als für Probleme der Friedensregelung.

3) Treffen der Senior Officials der Vier Mächte in Paris am 12. November[20]

Mr. *Rusk* teilte mit, er habe Außenminister Gordon Walker vorgeschlagen, das Working Dinner der vier Außenminister in Paris[21] durch eine Sitzung der Senior Officials der vier Außenministerien vorzubereiten. Diese Sitzung solle insbesondere die Auswirkungen des Führungswechsels in Moskau auf die sowjetische Außenpolitik diskutieren und versuchen, in dieser Frage einen gemeinsamen Standpunkt der Vier Mächte zu erarbeiten.

Bundesminister *Schröder* stimmte diesem Vorschlag zu.

16 Vgl. dazu Dok. 344, Anm. 43.

17 Für den Wortlaut des Münchener Abkommens vom 29. September 1938 vgl. ADAP, D, II, Dok. 675. Zur Haltung der Bundesregierung hinsichtlich der Gültigkeit des Abkommens vgl. auch Dok. 147.

18 Zur Rede vor dem Council on Foreign Relations in New York am 11. Juni 1964 vgl. Dok. 147, Anm. 15.

19 Die Bundestagswahlen fanden am 19. September 1965 statt.

20 Die Besprechung, die insbesondere der Erörterung der Deutschland-Frage diente, fand am 12. Dezember 1964 statt. Vgl. dazu Dok. 387, Anm. 4 und 5.

21 Vgl. das Gespräch vom 14. Dezember 1964; Dok. 387.

4) Präsentation der Deutschlandfrage in Gesprächen mit der Sowjetunion

Bundesminister Schröder wies darauf hin, daß die Haltung der amerikanischen Regierung für eine wirkungsvolle internationale Präsentation des Wiedervereinigungsproblems entscheidend sei. Für die Entwicklung der Stimmung in Deutschland sei es von großer Bedeutung, daß das aktive Eintreten der Vereinigten Staaten für die Wiedervereinigung immer wieder sichtbar gemacht werde. Er bitte daher, daß Präsident Johnson in seiner Inaugurationsansprache oder in seiner State-of-the-Union-Botschaft klar für die Wiedervereinigung Deutschlands eintrete.[22] Er bitte ferner, daß die Vereinigten Staaten in der Vollversammlung der Vereinten Nationen eine eindeutige Erklärung in diesem Sinne abgeben.[23]

Rusk führte aus, bezüglich der Substanz sei sich die amerikanische Regierung mit der Bundesregierung völlig einig. Lediglich die Frage der Prozedur sei schwierig. Die Amerikaner seien wenig geneigt, eine Initiative zu unternehmen, wenn sie sich nicht der vollen Unterstützung ihrer Verbündeten sicher seien.

Bundesminister *Schröder* wies darauf hin, daß die französische Regierung sich in Den Haag[24] in dieser Frage sehr kooperativ gezeigt habe.[25] Wenn Deutschland und die Vereinigten Staaten sich auf einen vernünftigen Vorschlag einigen könnten, würden die Franzosen sich dem nicht entgegenstellen. Es komme uns vor allem darauf an, den Gedanken der Viermächteverantwortung für die Wiedervereinigung Deutschlands wieder zu beleben. Man müsse zumindest versuchen, einen prozeduralen Fortschritt durch Einsetzung irgendeines Viermächtegremiums zu erzielen.[26]

[22] Bereits am 3. Dezember 1964 erklärte Präsident Johnson in einer Feierstunde der Universität von Georgetown: „In particular, our friends and comrades throughout Germany deserve assurance from their allies that there shall be no acceptance of the lasting threat to peace which is the forced division of Germany. No one seeks to end this grim and dangerous injustice by force. But there can be no stable peace in Europe while one part of Germany is denied the basic right to choose freely its own destiny and to choose, without threat to anyone, reunion with the Germans in the Federal Republic." Vgl. PUBLIC PAPERS, JOHNSON 1963/64, S. 1633.
Am 4. Januar 1965 erklärte er in der „State of the Union Message": „A great unfinished task is the reunification of Germany through self-determination." Vgl. PUBLIC PAPERS, JOHNSON 1965, S. 3.
In der Rede anläßlich seiner Amtseinführung am 20. Januar 1965 nahm der amerikanische Präsident zur Deutschland-Frage nicht Stellung. Vgl. dazu DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 52, 1965, S. 162–164.

[23] Der amerikanische Vertreter bei der UNO in New York, Stevenson, sprach am 26. Januar 1965 vor der Generalversammlung die Deutschland-Frage nicht an. Für die Rede vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 52, 1965, S. 198–206.

[24] Die Wörter „in Den Haag" wurden handschriftlich eingefügt.

[25] Die Wörter „sehr kooperativ gezeigt habe" wurden von Bundesminister Schröder unterschlängelt. Dazu Fragezeichen am Rand.
Zu den Erörterungen am 11./12. Mai 1964 in Den Haag über Möglichkeiten für eine Initiative in der Deutschland-Frage vgl. Dok. 124 und Dok. 126.

[26] Vor den Besprechungen des Bundesministers Schröder in Washington hielt Ministerialdirigent Ruete am 20. November 1964 fest: „Zur Vorbereitung etwaiger neuer Initiativen in der Deutschland-Frage glauben wir, daß es nützlich wäre, wenn sich die Washingtoner Botschaftergruppe mit der Frage der Bildung eines Viermächte-Rates für Deutschland befassen, sein Mandat und seine Wirkungsmöglichkeiten erörtern würde. Wir werden, falls die amerikanische Regierung einver-

Rusk erwiderte, es bereite der amerikanischen Regierung keine Schwierigkeiten, Vorschläge vorzulegen, die von der Sowjetunion sicherlich rundweg abgelehnt werden würden. Problematischer seien jedoch Vorschläge, die zu Rückfragen der Sowjets führen würden, auf die die Westmächte keine klare Antwort geben könnten.

Bundesminister *Schröder* erwiderte, wenn die Sowjets irgendeine Bereitschaft zeigten, auf die Einsetzung eines Viermächtegremiums einzugehen, brauche man nicht ein komplettes Programm der Wiedervereinigung vorzulegen. Vielleicht könnten sich die vier Minister in Paris auf eine prozedurale Initiative dieser Art einigen und die Botschaftergruppe beauftragen, die Einzelheiten auszuarbeiten. Es sei wichtig, gerade in der gegenwärtigen Übergangszeit die neuen Herren in Moskau auf die Wiedervereinigungsfrage anzusprechen.

Rusk stellte die Frage, ob die vier Alliierten auf das Projekt der Einsetzung von Ost-West-Kommissionen für humanitäre Fragen unter den Auspizien der Vier Mächte zurückkommen sollten.[27]

Bundesminister *Schröder* erwiderte, auch dieses Projekt könne zusammen mit anderen Ideen geprüft werden.

5) Einstellung Pankows zur Deutschlandfrage

Rusk stellte die Frage, wie die Bundesregierung die Einstellung des Pankower Regimes zur Deutschlandfrage beurteile.

Bundesminister *Schröder* erwiderte, Ulbricht habe sich als sehr anpassungsfähiger, superperfekter kommunistischer Funktionär erwiesen. Es sei nicht ausgeschlossen, daß die langsam heranwachsende jüngere Generation der Funktionäre mehr Verständnis für nationale Anliegen haben werde als Ulbricht.

6) Einstellung der britischen Regierung zur MLF

Während der Sitzung wurde Rusk eine erste Agenturmeldung über eine Rede Wilsons vorgelegt, in der sich Wilson anscheinend negativ zur MLF geäußert hat.[28] *Rusk* betonte, daß die amerikanische Regierung darüber nicht konsultiert worden sei und daß die Ausführungen, die Wilson anscheinend gemacht habe, nicht mit den Äußerungen übereinstimmten, die Außenminister Gordon Walker ihm gegenüber gemacht habe.[29]

Fortsetzung Fußnote von Seite 1384

standen ist, in diesem Gremium in Kürze ein entsprechendes Papier einbringen." Vgl. Abteilung II (II 1), VS-Bd. 14; B 150, Aktenkopien 1964.

27 Der Vorschlag zur Bildung gemischter Kommissionen war bereits Bestandteil der Deutschland-Initiative der Bundesregierung. Für den Wortlaut (Fassung vom 10. April 1964) vgl. Dok. 3 mit den Änderungen in Anm. 5, 9, 11–20 und 22. Zur englischsprachigen Neufassung vom 6. Mai 1964 vgl. Dok. 136, Anm. 4.

28 Zur Erklärung des britischen Premierministers am 23. November 1964 vor dem Unterhaus vgl. Dok. 354, Anm. 4.

29 Zum Besuch des britischen Außenministers am 26./27. Oktober 1964 in Washington und zu den Vorstellungen der neuen britischen Regierung hinsichtlich der geplanten MLF vgl. Dok. 307, besonders Anm. 5.

Bundesminister *Schröder* erklärte, die Äußerungen von Gordon Walker in Bonn[30] seien ebenfalls mit den angeblichen Äußerungen Wilsons nicht in Einklang zu bringen.

7) Beobachter der SBZ bei den Vereinten Nationen

Bundesminister Schröder wies darauf hin, daß der Generalsekretär der Vereinten Nationen zugesagt habe, daß er keine offizielle Beobachtermission der SBZ zu den Vereinten Nationen zulassen werde.[31] Es sei jedoch nicht ausgeschlossen, daß die SBZ versuchen werde, in New York eine Mission ohne offiziellen Status einzurichten. Die Bundesregierung hoffe, daß die Vereinigten Staaten dies durch Verweigerung von Visen verhindern werden.[32]

Rusk nahm zu dieser Bitte keine Stellung.

8) Beitrittsklausel zu internationalen Abkommen

Bundesminister *Schröder* wies auf die große Bedeutung hin, die die Formulierung der Beitrittsklausel zu internationalen Abkommen wie dem Testbannabkommen[33] für die deutsche Politik habe. Er schlage daher vor, gemeinsam die Frage zu prüfen, wie die Klausel formuliert werden kann, um sie politisch unschädlich zu machen.

Mr. *Ball* erklärte, er habe diese Frage während seines Besuches in Bonn mit Staatssekretär Carstens behandelt.[34] Er habe darauf hingewiesen, daß die Vereinigten Staaten im Falle des Abkommens über die Hilfeleistungen an Astronauten die Beitrittsklausel nicht als Präzedenz ansehe. Die amerikanische Regierung sei bereit, diese Probleme eingehend in den Gesprächen von Ministerialdirektor Dr. Thierfelder mit der Rechtsabteilung des State Department zu prüfen.[35]

[30] Vgl. das Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem britischen Außenminister am 15. November 1964; Dok. 334.

[31] Zur Frage eines Beobachterstatus der DDR in der UNO vgl. bereits Dok. 181, besonders Anm. 53. Am 19. November 1964 informierte Botschafter Freiherr von Braun, New York (UNO), er habe Generalsekretär U Thant auf eine Passage im Jahresbericht für die UNO-Generalversammlung hingewiesen, in dem der Wunsch nach engeren Kontakten zwischen nicht der UNO angehörenden Staaten und der Weltorganisation ausgedrückt werde. U Thant habe erklärt, damit nicht die DDR angesprochen zu haben, und versichert, „einem Antrag der SBZ auf Zulassung als Beobachter werde er nicht stattgeben, da es sich ... nicht um ein Land (country) handele". Vgl. Referat I B 1, Bd. 597.

[32] Ministerialdirektor Jansen beauftragte am 20. November 1964 die Botschaft in Washington, im amerikanischen Außenministerium darum zu bitten, „daß unter keinen Umständen Visen an SBZ-Angehörige erteilt werden, die zwecks Errichtung eines wie auch immer gearteten Büros bzw. einer Beobachter-Mission bei den VN Einreise in USA beantragen". Vgl. Referat I B 1, Bd. 597.

[33] Für den Wortlaut des Teststopp-Abkommens vom 5. August 1963 vgl. DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1963, S. 291–293.
Zur Beitrittsklausel vgl. Dok. 221, Anm. 7.

[34] Im Gespräch vom 16. November 1964 wurden lediglich Fragen der geplanten MLF besprochen. Vgl. Dok. 339.
Das Problem der Beitrittsklausel in dem im Rahmen der UNO verhandelten Abkommen über die Bergung von Astronauten und Raumschiffen erörterte der Staatssekretär im amerikanischen Außenministerium mit Staatssekretär Carstens bereits am 29. Oktober 1964 in einem Telefongespräch. Vgl. dazu Dok. 324, Anm. 9.

[35] In den Gesprächen vom 24./25. November 1964 suchte Abteilungsleiter Meeker die Besorgnisse der Bundesregierung hinsichtlich der Beitrittsklausel multilateraler Abkommen zu zerstreuen.

9) Afrika

Mr. *Rusk* wies darauf hin, daß die Vereinigen Staaten über die Entwicklung in Ostafrika (Tanganjika, Uganda, Kenia) sehr beunruhigt seien. In diesen Ländern und in anderen Gebieten Afrikas hätten die europäischen Staaten oft bessere Einwirkungsmöglichkeiten als die Vereinigten Staaten. Er halte es daher für wünschenswert, daß die Frage einer Koordinierung der Afrikapolitik im europäischen Rahmen besprochen werde.

Bundesminister *Schröder* sagte, in der letzten Sitzung des Ministerrats der WEU habe Großbritannien die Beziehungen Europas zu Südamerika und Afrika zur Sprache gebracht. Die Diskussion sei allerdings nicht sehr ergiebig gewesen.[36]

Ministerbüro, VS-Bd. 8512

Fortsetzung Fußnote von Seite 1386

Er plädierte für eine Verwendung der im Teststopp-Abkommen vom 5. August 1963 enthaltenen All-Staaten-Klausel und hielt die Einfügung einer „disclaimer-clause" für unnötig. Ministerialdirektor Thierfelder resümierte: „Die amerikanische Haltung ist offenbar entscheidend von dem politischen Ziel bestimmt, mit den Sowjets zu gewissen Abmachungen zu gelangen und damit die allgemeine Entspannung im Verhältnis zur Sowjetunion zu fördern. Da die Sowjets sich auf solche Abmachungen erwartungsgemäß nur auf der Basis der All-Staaten-Klausel einlassen wollen, während sie sich in anderen Fragen konzessionsbereit zeigen, sind die Amerikaner bereit, den Sowjets in der Frage der Beitrittsklausel entgegenzukommen. Auch die disclaimer-clause wird von den Amerikanern nicht aus überzeugenden juristischen Gründen, sondern deshalb abgelehnt, weil sie die erstrebten Abmachungen mit den Sowjets erschweren, wenn nicht unmöglich machen würde." Für die Aufzeichnung von Thierfelder vom 3. Dezember 1964 vgl. Abteilung V (V 1), VS-Bd. 279; B 150, Aktenkopien 1964.

36 Als Ergebnis des Meinungsaustauschs auf der Tagung des WEU-Ministerrats am 16. November 1964 in Brüssel hielt Ministerialdirektor Jansen fest, von französischer und belgischer Seite sei „die Notwendigkeit der in den Ansätzen bereits bestehenden gemeinsamen Politik der EWG-Staaten in der 3. Welt" betont worden. Für den Runderlaß vom 23. November 1964 vgl. Abteilung I (I A 3), VS-Bd. 39; B 150, Aktenkopien 1964.

354

Staatssekretär Carstens an Bundesminister Schröder, z.Z. Washington

St.S. 2192/64 geheim **Aufgabe: 24. November 1964, 13.32 Uhr**
Fernschreiben Nr. 1505
Citissime

Für den Herrn Minister[1]

Habe mit großem Bedauern von Ihrer Erkrankung[2] erfahren und wünsche Ihnen schnelle völlige Wiederherstellung Ihrer Gesundheit. Teilnehmer der Direktorenbesprechung, Bundeskanzler und Bundesminister Westrick senden gleichfalls beste Wünsche.

Nach meiner Auffassung versäumen Sie in dieser Woche außer dem Besuch des Königs von Jordanien[3] nichts Wesentliches in Bonn.

Bundeskanzler ist über Wilsonsche Erklärungen zur MLF beunruhigt.[4] Ich habe, da ich nach den bisherigen Äußerungen kein klares Bild gewinnen kann[5], Etzdorf gebeten, im Foreign Office um eine Interpretation zu bitten

[1] Bundesminister Schröder hielt sich vom 22. bis 27. November 1964 in Washington auf. Vgl. dazu Dok. 353, Dok. 360, Dok. 361 und Dok. 363.

[2] Wegen der plötzlichen Erkrankung des Bundesministers Schröder mußte der Besuchsablauf geändert werden. Die ursprünglich für den 24. November 1964 vorgesehene Rückreise wurde um drei Tage verschoben. Vgl. dazu FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 274 vom 25. November 1964, S. 1.

[3] König Hussein I. hielt sich vom 25. November bis 3. Dezember 1964 zu einem Staatsbesuch in der Bundesrepublik auf. Zum Kommuniqué vom 27. November 1964 vgl. Dok. 378, Anm. 16.

[4] Am 23. November 1964 gab der britische Premierminister vor dem Unterhaus eine Erklärung zur Verteidigungspolitik ab. Darin betonte er das Bemühen um Entspannung sowie um die Nichtverbreitung von Kernwaffen und führte im Hinblick auf die geplante MLF aus: „We have throughout the discussions over the past two years expressed our full support of the clause in the Nassau Agreement which envisages the collective principle, and equally, we have expressed our opposition to the particular proposal put forward under that Article which envisaged a mixed-manned surface fleet. We believe that a mixed-manned surface fleet adds nothing to Western strength, is likely to cause a dissipation of effort within the alliance, and may add to the difficulties of East-West agreement. There is the question whether the mixed-manned surface fleet ... involves a German finger on the trigger ... In its present form and so long as the American veto remains absolute, it does not mean, in our view, additional fingers on the trigger. I suspect and always have suspected that the Soviet fear relates not so much to the present proposal, but more to the possibility, sometimes canvassed, that the American veto might be replaced by a system of majority voting capable of overriding American opposition to the bomb being used. To such a development we are irrevocably opposed". Wilson kündigte eigene Vorschläge zur Stärkung der westlichen Verteidigung an. Für den Wortlaut der Erklärung vgl. HANSARD, Bd. 702, Sp. 930–948.
Vgl. dazu auch Dok. 356, Anm. 3.

[5] Zu diesem Zeitpunkt lagen über die Ausführungen des britischen Premierministers nur einige Pressemeldungen vor. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Luedde-Neurath vom 24. November 1964; Abteilung II (II 7), VS-Bd. 1370; B 150, Aktenkopien 1964. Vgl. dazu ferner DIE WELT, Nr. 274 vom 24. November 1964, S. 1.

und vor allem zu fragen, ob in der britischen Position gegenüber dem Gordon Walker-Besuch in Bonn eine Änderung eingetreten ist.[6]

Bundeskanzler ist der Meinung, daß britische Pläne, so wie sie sich jetzt abzeichneten, überhaupt kein europäisches Element mehr enthielten und daher für uns nicht akzeptabel seien. Dann sei der ursprüngliche amerikanische MLF-Vorschlag plus Europäisierungsklausel[7] bei weitem vorzuziehen.

Ich habe gesagt[8], ich sei der Meinung, daß die Amerikaner an den Grundzügen ihres ursprünglichen Projekts festhalten würden.

Bundeskanzler bittet Sie, nach Möglichkeit mit den Amerikanern über die MLF in vorstehendem Sinne zu sprechen, bevor Sie zurückkommen.[9]

Carstens[10]

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 432

355

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jansen

D I/I A 1-80.00/MLF/1489/64 geheim **24. November 1964**[1]

Betr.: Heutiges Gespräch des französischen Botschafters de Margerie mit dem Herrn Bundeskanzler

Botschafter de Margerie, der telefonisch vergeblich versucht hatte, Herrn Staatssekretär Carstens zu erreichen, um ihm über sein heutiges Gespräch mit dem Herrn Bundeskanzler zu berichten, machte mir folgende Angaben mit der Bitte, sie dem Herrn Staatssekretär zu übermitteln.

Die Unterredung hat 50 Minuten gedauert. In ihrem ersten Teil hat der Botschafter dargelegt, wie er die Situation nach seinem letzten Besuch in Paris beurteilt. Den Punkt MLF habe er nur gestreift, da ihm schiene, daß nach der gestrigen Rede des englischen Ministerpräsidenten die MLF einen harten

[6] Die Weisung wurde Botschafter von Etzdorf, London, von Staatssekretär Carstens telefonisch erteilt. Zum Ergebnis der Anfrage beim Unterstaatssekretär im britischen Außenministerium, Lord Hood, am 25. November 1964 vgl. Dok. 356, Anm. 5.
Zur Erörterung der geplanten MLF mit dem britischen Außenminister am 15. November 1964 vgl. Dok. 334.

[7] Zu dem der Bundesregierung am 18. Februar 1964 zugeleiteten amerikanischen Entwurf eines MLF-Vertrags vgl. Dok. 104, Anm. 3 und 21.
Zur Europäisierungsklausel vgl. zuletzt Dok. 330.

[8] An dieser Stelle wurde von Staatssekretär Carstens gestrichen: „auch".

[9] Vgl. das Gespräch des Bundesministers Schröder mit Außenminister Rusk am 26. November 1964; Dok. 360.

[10] Paraphe vom 24. November 1964.

[1] Durchdruck.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Scheske und Legationsrat I. Klasse Arnold am 27. November 1964 vorgelegen.

Schlag erhalten habe.[2] Der Bundeskanzler hat seinerseits ebenfalls gewünscht, jetzt nicht über die MLF zu reden, da die Lage völlig konfus sei und sich im Augenblick jedes Gespräch hierüber erübrige. Vielleicht könnte man später die Unterhaltung hierüber wieder aufnehmen. In der Umgebung des Bundeskanzlers ist man anscheinend der Meinung, wie der Botschafter bemerkte, daß man nach der jetzigen Lage vor den nächsten Wahlen[3] kaum mit einer aktiven Aufnahme neuer Verhandlungen in der MLF-Frage rechnen könne.

Im zweiten Teil der Unterredung hat der Bundeskanzler auf die Schwierigkeiten hingewiesen, die sich in gestrigen Unterhaltungen zur Getreidepreisfrage ergeben hätten.[4] Aus dem Kreis der Kabinettsmitglieder und der Parteien, insbesondere der FDP[5], seien plötzlich größere Schwierigkeiten geltend gemacht worden, als bisher angenommen wurde.[6] Nach dem Gespräch mit dem französischen Botschafter traf der Bauernführer Rehwinkel zu Verhandlungen beim Bundeskanzler ein. Bei der Schwierigkeit des Problems hält es der Herr Bundeskanzler deshalb für notwendig, daß er in Bonn bleibt.[7] Nur unter Einsatz seines ganzen persönlichen Prestiges sei es möglich, die Schwierigkeiten zu meistern. Die Absicht des Herrn Bundeskanzlers, eventuell noch vor dem 15.12. de Gaulle einen Besuch in Paris abzustatten, die in der vergangenen Woche Herrn de Margerie mitgeteilt und von diesem nach Paris übermittelt worden war, bleibt bestehen. Der Besuch ist aber nur dann realisierbar, wenn bis dahin die erwähnten Schwierigkeiten ausgeräumt sind.[8]

Es ist dann ausgemacht worden – und de Margerie hat dies inzwischen telegraphisch nach Paris übermittelt –, daß de Gaulle eine offene Einladung an den Herrn Bundeskanzler ausspricht. Je nach dem Verlauf der hiesigen Verhandlungen soll der Besuch dann früher oder später stattfinden.[9]

Der Botschafter betonte, daß die ganze Unterhaltung äußerst freundlich gewesen sei, mehrfach habe der Bundeskanzler betont, bei den vor ihm liegenden Schwierigkeiten werde es eine große Hilfe für ihn sein, wenn Paris auf die deutschen Vorschläge zur Politischen Union sofort etwas positiver eingehen

[2] Zur Erklärung des Premierministers Wilson am 23. November 1964 vor dem britischen Unterhaus und zur Bewertung durch die Bundesregierung vgl. Dok. 354, besonders Anm. 4, und Dok. 356.

[3] Die Bundestagswahlen fanden am 19. September 1965 statt.

[4] Zur Regelung des Getreidepreises vgl. zuletzt Dok. 347.
Zu den Konsultationen des Bundeskanzlers Erhard mit den Bundesministern Schwarz, Schmücker und Dahlgrün sowie zu den Koalitionsbesprechungen am 23. November 1964 vgl. den Artikel „Bedenken in Bonn gegen die Forderungen der Bauern"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 273 vom 24. November 1964, S. 1.

[5] Zur Haltung der FDP in der Frage eines gemeinsamen Getreidepreises der EWG-Staaten vgl. auch Dok. 329, Anm. 3.

[6] Zu den innenpolitischen Schwierigkeiten der Bundesregierung hinsichtlich der Regelung des gemeinsamen Getreidepreises vgl. bereits Dok. 272.

[7] Zu den Überlegungen für einen Besuch des Bundeskanzlers Erhard in Paris vgl. bereits Dok. 351.

[8] Zur Entscheidung in der Frage des Getreidepreises vgl. Dok. 358.

[9] Die Begegnung kam erst im folgenden Jahr zustande. Vgl. dazu Dok. 364, besonders Anm. 1.

würde.[10] Damit werde es ihm leichter sein, die Einigung zum Getreidepreis hier durchzusetzen.[11]

Der Bundeskanzler habe sich ferner in einigen Grundsatzfragen der deutsch-französischen Zusammenarbeit sehr positiv geäußert. Auch die Frage der mangelnden Zusammenarbeit auf dem Rüstungsgebiet sei erwähnt worden.[12] In dem Zusammenhang ist auch das Washingtoner Kommuniqué des Herrn Bundesverteidigungsministers besprochen worden.[13] Der Herr Bundeskanzler habe gebeten, dieses Kommuniqué nicht zu ernst zu nehmen.

Hiermit dem Herrn Staatssekretär[14] vorgelegt.

gez. Jansen

Abteilung II (II 7), VS-Bd. 981

356

Staatssekretär Carstens an Bundesminister Schröder, z. Z. Washington

St.S. 2197/64 geheim **Aufgabe: 25. November 1964, 13.31 Uhr**
Fernschreiben Nr. 1513
Citissime

Für Herrn Bundesminister[1]

Nach den immer noch unvollständigen Texten der Wilson-Rede[2], die uns vorliegen, scheint mir der bedenklichste Punkt, daß Wilson größte Hoffnungen auf einen Pakt über die Nichtverbreitung nuklearer Waffen zu setzen scheint, an den sich Maßnahmen zur Rüstungskontrolle in Europa anschließen könnten (vgl. FS London 1253 vom 24.11.1963[3]). Hier leben die früheren Vorstellun-

[10] Zur Europa-Initiative der Bundesregierung vom 4. November 1964 und zur französischen Bewertung vgl. Dok. 344.

[11] Dagegen machte die französische Regierung eine Fortentwicklung der europäischen politischen Zusammenarbeit von einer Einigung über den gemeinsamen Getreidepreis abhängig. Vgl. dazu Dok. 351.

[12] Zur deutsch-französischen Rüstungszusammenarbeit vgl. zuletzt Dok. 351 und weiter Dok. 373.

[13] Zum Kommuniqué vom 14. November 1964 über die Gespräche des Bundesministers von Hassel und zur französischen Bewertung vgl. Dok. 350, besonders Anm. 9.

[14] Karl Carstens.

[1] Bundesminister Schröder hielt sich vom 22. bis 27. November 1964 in Washington auf. Vgl. dazu Dok. 353, Dok. 360, Dok. 361 und Dok. 363.

[2] Zur Erklärung des britischen Premierministers am 23. November 1964 vor dem Unterhaus vgl. bereits Dok. 354, Anm. 4, und weiter Dok. 362.

[3] Mit Drahtbericht vom 24. November 1964 informierte Botschafer von Etzdorf, London, über die Erklärung des britischen Premierministers vor dem Unterhaus. Zum Passus über die Nichtverbreitung von Kernwaffen und Möglichkeiten der Rüstungskontrolle führte er aus: „Als zweites Ziel bezeichnete Wilson die Ermöglichung erfolgversprechender Verhandlungen zur Ost-West-

gen der Labour Party über militärisch verdünnte Zonen in Europa wieder auf, die sich damals eindeutig auf Deutschland, Polen und die Tschechoslowakei bezogen.[4]

Sobald die Erläuterungen des Foreign Office zur Wilson-Rede, um die Etzdorf bitten soll, vorliegen, werden hier entsprechende Weisungen für London ausgearbeitet werden.[5]

Für Ihre Gespräche in Washington möchte ich vorschlagen, den Amerikanern gegenüber zum Ausdruck zu bringen, daß wir irgendeine Art von Rüstungskontrollsystem, bei dem wir diskriminiert werden, nicht akzeptieren können.[6]

Carstens[7]

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 432

Fortsetzung Fußnote von Seite 1391

Entspannung. Die größte Hoffnung liege hier in einem Anti-Disseminations-Pakt; würde hierdurch das notwendige Vertrauen geschaffen, so könne dann mit Maßnahmen zur Rüstungskontrolle in Europa und mit dem Einfrierungsvorschlag für nukleare Trägerwaffen Präsident Johnsons fortgefahren werden." Vgl. Abteilung II (II 7), VS-Bd. 1370; B 150, Aktenkopien 1964.
Zur Bewertung der Erklärung von Wilson vgl. auch eine Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens vom 25. November 1964, die Bundeskanzler Erhard zugeleitet wurde; Büro Staatssekretär, VS-Bd. 432; B 150, Aktenkopien 1964.

4 Vorschläge für eine rüstungsverdünnte Zone in Mitteleuropa, in die außer Deutschland, Polen und der Tschechoslowakei auch Ungarn einbezogen werden sollte, legte der Vorsitzende der Labour Party, Gaitskell, bereits 1957 vor. Vgl. dazu DzD III/3, S. 505 f., S. 539–542 und S. 1195–1207.
Im Gespräch vom 27. November 1963 setzte sich der stellvertretende Parteivorsitzende Brown gegenüber Staatssekretär Carstens für diese Vorstellungen ein. Vgl. AAPD 1963, III, Dok. 434.

5 Mit Drahtbericht vom 25. November 1964 gab Botschafter von Etzdorf, London, die Stellungnahme des Unterstaatssekretärs im britischen Außenministerium, Lord Hood, wieder. Hood habe erklärt, „nach britischer Auffassung sei es notwendig, [die] Schaffung einer integrierten westlichen Nuklearstreitmacht von Grund auf neu zu verhandeln. An bisherigem Projekt gemischt bemannter Überwasserschiffe könne sich [die] britische Regierung nicht beteiligen. Auch wünsche sie darüber hinaus keine solche Streitmacht als eine von anderen Vertragspartnern eingebrachte Komponente." Andererseits habe Hood die Bereitschaft bekräftigt, in das von britischer Seite vorgeschlagene Alternativkonzept die eigenen Nuklearstreitkräfte „unwiderruflich für die Dauer des zu schließenden Abkommens einzubringen". Eine Änderung des britischen Standpunkts seit dem Besuch des Außenministers Gordon Walker am 15. November 1964 in Bonn sei in Abrede gestellt worden. Vgl. Abteilung II (II 7), VS-Bd. 1370; B 150, Aktenkopien 1964.
Gleichfalls am 25. November 1964 versicherte der britische Gesandte Tomkins gegenüber Staatssekretär Carstens, daß die Ausführungen des Premierministers Wilson vollständig mit den von Gordon Walker vorgetragenen Thesen übereinstimmten. Für den Drahterlaß von Carstens vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 432; B 150, Aktenkopien 1964.
Am 1. Dezember 1964 bat Carstens die Botschaft in London, Hood das Festhalten der Bundesregierung an der bisherigen MLF-Planung und die Ablehnung einer Einfügung landgestützter Nuklearsysteme mitzuteilen. Es bestehe jedoch Bereitschaft, die Möglichkeiten für eine Berücksichtigung der mit Polaris-Raketen ausgerüsteten britischen U-Boote zu prüfen, sofern deren gemischt-nationale Bemannung in Aussicht gestellt werde. Vgl. Abteilung I (I A 3), VS-Bd. 154; B 150, Aktenkopien 1964.

6 Vgl. dazu das Gespräch des Bundesministers Schröder mit Außenminister Rusk am 26. November 1964; Dok. 361.

7 Paraphe vom 25. November 1964.

357

Runderlaß des Staatssekretärs Carstens

St.S. 2196/64 geheim
Fernschreiben Nr. 4101
Citissime

Aufgabe: 25. November 1964, 13.43 Uhr

Betr.: MLF

1) Italienischer Botschafter[1] gab mir gestern Kenntnis von Instruktion an italienischen Botschafter in London, in der dieser gebeten wird, Engländern italienische Auffassung zu englischen Vorschlägen[2] zu übermitteln.

2) Wichtigste Punkte der Instruktion sind:

a) Die MLF muß SACEUR unterstellt werden.

b) Ein englisches Veto kann nicht akzeptiert werden.

c) Ein europäisches Element der MLF muß erhalten bleiben.[3]

d) Die MLF muß eine multilaterale schwimmende Überwasserstreitmacht bleiben. Die nationalen Elemente, die die Engländer einbringen wollen, verwischen und verwässern diesen Charakter.

3) Ich habe für Information gedankt und erklärt, wir sähen den Komplex ebenso wie Rom.

Allerdings hätten wir nicht den Eindruck gehabt, daß Gordon Walker ein englisches Veto anstrebe. Er habe im Gegenteil von einer Gleichstellung der europäischen Partner der MLF (England, Deutschland, Italien, eventuell auch Frankreich) gesprochen.[4]

Gegen die Einbringung britischer U-Boote solle man sich nach meiner Ansicht[5] dann nicht sträuben, wenn die Engländer mindestens für eine spätere Phase das Prinzip der gemischten Bemannung akzeptieren.[6]

4) Ich sagte dem Botschafter, unsere beiden Länder sollten in dieser Frage eng zusammenarbeiten. Ich bitte, dementsprechend an allen Plätzen, an die dieser Erlaß geht[7], mit den dortigen italienischen Stellen Verbindung zu

[1] Mario Luciolli.

[2] Zu den Vorstellungen der neuen britischen Regierung hinsichtlich der geplanten MLF vgl. zuletzt Dok. 354, besonders Anm. 4.

[3] Zu der in der MLF-Arbeitsgruppe beratenen seegebundenen Konzeption vgl. Dok. 8, Anm. 7.

[4] Vgl. das Gespräch mit Bundesminister Schröder am 15. November 1964 in Bonn; Dok. 334.

[5] Die Wörter „nach meiner Ansicht" wurden von Staatssekretär Carstens handschriftlich eingefügt.

[6] Zu dieser Beurteilung des Staatssekretärs Carstens vgl. auch Dok. 356, Anm. 5.

[7] Der Runderlaß wurde den Botschaften in Rom, London, Washington und Den Haag, der Vertretung bei der NATO in Paris sowie nachrichtlich der Botschaft in Paris übermittelt.

halten. London bitte ich, Guidotti nach dem Ergebnis seines Gesprächs zu fragen.[8]

Carstens[9]

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 432

358

Staatssekretär Lahr an Bundesminister Schröder, z. Z. Washington

St.S. 2198/64 geheim **Aufgabe: 25. November 1964, 14.07 Uhr**
Fernschreiben Nr. 1515
Citissime

Für Bundesaußenminister[1] ausschließlich

Der Herr Bundeskanzler teilte in gestriger Kabinettssitzung mit, daß er entschlossen sei, über Getreidepreisfrage jetzt zu entscheiden und deutsche Delegation bereits für EWG-Ministerrat vom 30. November und 1. Dezember mit erforderlichen Weisungen zu versehen.[2] Er geht hierbei davon aus, daß es ihm gelingen werde, durch ein großzügiges Hilfsprogramm für die Landwirtschaft deren Opposition zu überwinden und dann auch die FDP zum Einlenken zu veranlassen.[3] Beteiligte Ressorts unter Vorsitz Bundesfinanzministers[4] beraten in dieser Woche über Hilfsmaßnahmen zugunsten der Landwirtschaft.[5] Kommenden Montag vormittag sollen abschließende Gespräche in Kabinetts-

[8] Am 30. November 1964 gab Gesandter Freiherr von Ungern-Sternberg, London, Informationen aus der Berichterstattung des Botschafters Guidotti an das italienische Außenministerium wieder. Demzufolge habe der Unterstaatssekretär im britischen Außenministerium, Lord Hood, versichert, „daß Großbritannien im Fall einer Verwirklichung der MLF oder der ANF für sich keine bessere Stellung beanspruchen werde, als sie die anderen Hauptbeteiligten haben würden. Soweit er wisse, werde man in London auch nicht auf einem eigenen Vetorecht bestehen". Vgl. Abteilung II (II 7), VS-Bd. 1370; B 150, Aktenkopien 1964.

[9] Paraphe vom 25. November 1964.

[1] Bundesminister Schröder hielt sich vom 22. bis 27. November 1964 in Washington auf. Vgl. dazu Dok. 353, Dok. 360, Dok. 361 und Dok. 363.

[2] Bundesminister Schröder hatte eine solche Entscheidung mit Schreiben vom 19. November 1964 an Bundeskanzler Erhard angeraten. Vgl. Dok. 347.

[3] Zu den innenpolitischen Schwierigkeiten der Bundesregierung hinsichtlich der Regelung des gemeinsamen Getreidepreises der EWG vgl. auch die Ausführungen des Bundeskanzlers Erhard gegenüber dem französischen Botschafter de Margerie vom 24. November 1964; Dok. 355.

[4] Rolf Dahlgrün.

[5] Die interministerielle Besprechung fand am 26. November 1964 im Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten statt. Es wurden finanzielle Zuwendungen für das Haushaltsjahr 1965 beraten, darunter Zuschüsse zur Altersversorgung der Landwirte, Steuererleichterungen sowie die Senkung der Kreditzinsen und des Preises für Dieselkraftstoff. Für das Sitzungsprotokoll vom 16. Dezember 1964 vgl. Referat III A 2, Bd. 59.

ausschuß unter Vorsitz des Herrn Bundeskanzlers sowohl intern als mit Herrn Rehwinkel und dann mit Vertretern Koalitionsparteien stattfinden.[6]

Im einzelnen ist an folgendes gedacht:

a) Intern:

Deutsche Landwirtschaft erhält[7] finanzielle Entlastung auf steuerlichem Gebiet durch[8] Verbilligung Kapitalzins und Dieselölpreis sowie Aufbesserung auf sozialpolitischem Gebiet. Bauern werden also nicht auf Ausgleichsmaßnahmen aus Mansholt-Plan[9] verwiesen, die nach ihrer Ansicht unzureichend sind und auch wegen Degression kritisiert werden.[10] Deutsche Anteile an Ausgleichszahlungen der Gemeinschaft würden Einnahmen des Bundeshaushalts sein und teilweise die zusätzlichen Aufwendungen für die Landwirtschaft ausgleichen. (Dies besonders vertraulich)[11]. Bauern würden hierbei wohl mehr erhalten[12], als sie durch Preisherabsetzung auf Einnahmeseite verlieren, und dies auch über 1970[13] hinaus. Die zusätzlichen finanziellen Aufwendungen für die Landwirtschaft bzw. die zusätzlichen Entlastungen würden teilweise schon 1965 einsetzen, also zwei Jahre vor Inkrafttreten des gemeinsamen Getreidepreises.[14]

b) Nach außen:

Der Mansholt-Plan wird mit noch zu beschließenden Änderungen angenommen. Unsere Annahme wird Teil eines weiterreichenden Vorschlags zur Fort-

[6] Dieser Satz ging auf Streichungen und handschriftliche Einfügungen des Staatssekretärs Lahr zurück. Vorher lautete er: „Kommenden Montag sollen abschließende Gespräche in Kabinettsausschuß unter Vorsitz des Herrn Bundeskanzlers sowohl intern als mit Herrn Rehwinkel einerseits und mit Vertretern Koalitionsparteien andererseits stattfinden."
In den Beratungen vom 30. November 1964 wurde Einigkeit über die Angleichung des deutschen Getreidepreises sowie über die daraus resultierenden Ausgleichszahlungen für die Landwirtschaft der Bundesrepublik erzielt. Vgl. dazu BULLETIN 1964, S. 1626. Vgl. auch die Ausführungen des Bundeskanzlers Erhard am 2. Dezember 1964 vor dem Bundestag; BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 56, S. 7300–7302.

[7] An dieser Stelle wurde von Staatssekretär Lahr gestrichen: „zeitlich unbegrenzte".

[8] Dieses Wort wurde von Staatssekretär Lahr handschriftlich eingefügt.

[9] Zum Vorschlag der EWG-Kommission vom 4. November 1963 betreffend die Verwirklichung eines gemeinsamen Getreidepreises („Mansholt-Plan") und zu den ergänzenden Vorschlägen vom 12. Mai 1964 („revidierter Mansholt-Plan") sowie zu den vorgesehenen Ausgleichszahlungen vgl. Dok. 272, Anm. 12 und 13.

[10] Der Passus „und auch wegen Degression kritisiert werden" ging auf Streichungen und handschriftliche Einfügungen des Staatssekretärs Lahr zurück. Vorher lautete er: „und wegen Degression abgelehnt werden".

[11] Der Zusatz „(Dies besonders vertraulich)" wurde von Staatssekretär Lahr handschriftlich eingefügt.

[12] Der Passus „Bauern würden hierbei wohl mehr erhalten" ging auf Streichungen und handschriftliche Einfügungen des Staatssekretärs Lahr zurück. Vorher lautete er: „Bauern würden also wohl mehr bekommen".

[13] Zum Ende der Übergangszeit für die Schaffung des Gemeinsamen Marktes vgl. Dok. 183, Anm. 46.

[14] Die Bundesregierung beabsichtigte, der Einführung eines gemeinsamen Getreidepreises der EWG zum 1. Juli 1967 zuzustimmen. Vgl. dazu Dok. 318, Anm. 4.

entwicklung der Gemeinschaften, mit der wir unsere Europa-Initiative[15] auf den wichtigsten Gebieten der EWG[16] konkretisieren. Diese sind:

- Abschluß der Kennedy-Runde,
- Fortfall der Steuergrenzen und der internen Zollgrenzen,
- eventuell auch Osthandelspolitik.

Wir werden Erwartung ausdrücken, daß mit Öffnung des Weges für einen kräftigen Fortschritt der Gemeinschaften auch der Weg für die Zusammenarbeit im sogenannten politischen Bereich frei wird.

Die Erklärung, die wir am 1. Dezember in Brüssel abzugeben haben werden, wird wohl zu den wichtigsten seit Bestehen der Gemeinschaften gehören.[17] Sicherlich wäre es sehr zu begrüßen, wenn diese durch den Herrn Bundesaußenminister abgegeben würde.[18]

Lahr[19]

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 437

15 Zur Europa-Initiative der Bundesregierung vom 4. November 1964 vgl. zuletzt Dok. 344.

16 Die Wörter „der EWG" wurden von Staatssekretär Lahr handschriftlich eingefügt.

17 Dieser Satz ging auf Streichungen und handschriftliche Einfügungen des Staatssekretärs Lahr zurück. Vorher lautete er: „Die Erklärung, die wir am 1. Dezember in Brüssel abzugeben haben werden, wird zu den wichtigsten der bisherigen Geschichte der Gemeinschaften gehören."

18 Die Erklärung im EWG-Ministerrat wurde von Bundesminister Schmücker abgegeben. Schmücker äußerte die Bereitschaft, einer Senkung des deutschen Getreidepreises zum 1. Juli 1967 zugunsten einer Harmonisierung innerhalb der Gemeinschaft zuzustimmen, und verband damit die Erwartung auf Entgegenkommen der Partner hinsichtlich der Fortentwicklung der wirtschaftlichen und politischen Zusammenarbeit. Ergänzend erläuterte Bundesminister Schwarz die Vorstellungen der Bundesregierung, den zukünftigen gemeinsamen Richtpreis zunächst auf 440 DM pro Tonne festzulegen und neben nationalen Ausgleichsmaßnahmen für die Landwirtschaft Zahlungen aus Gemeinschaftsmitteln von insgesamt 2,1 Mrd. DM bis 1970 vorzusehen. Für den Wortlaut der Erklärung von Schmücker vgl. BULLETIN 1964, S. 1659 f. Zu den Ausführungen von Schwarz vgl. den Runderlaß des Ministerialdirektors Sachs vom 7. Dezember 1964; Referat III A 2, Bd. 59.
Am 15. Dezember 1964 wurde im EWG-Ministerrat in Brüssel eine Einigung über die Regelung des gemeinsamen Getreidepreises erzielt. Demzufolge sollte der Richtpreis, dem Mansholt-Plan vom 4. November 1963 bzw. 12. Mai 1964 entsprechend, 425 DM pro Tonne betragen, jedoch gemäß den Wünschen der Bundesregierung erst vom 1. Juli 1967 an gelten. Hinsichtlich der Ausgleichszahlungen für die Landwirtschaft der Bundesrepublik wurde ein Gesamtvolumen von 1,121 Mrd. DM beschlossen. Vgl. dazu den Drahtbericht des Botschafters Harkort, Brüssel (EWG/EAG), vom 15. Dezember 1964; Referat III A 2, Bd. 59.

19 Paraphe vom 25. November 1964.

359

Botschafter Klaiber, Paris, an das Auswärtige Amt

Z B 6-1/9135/64 VS-vertraulich **Aufgabe: 25. November 1964, 18.30 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 1848 **Ankunft: 25. November 1964, 19.59 Uhr**

Leiter Europa-Abteilung französischen Außenministeriums, Gesandter Puaux, äußerte Mitarbeiter gegenüber zur Straßburger Rede de Gaulles[2], ihm erschienen darin besonders zwei Elemente bemerkenswert: Einmal die Wiederaufnahme eines Deutschland gegenüber freundlichen Tones[3], der monatelang aus den Reden de Gaulles verschwunden gewesen sei, und zum anderen der Vorrang, den der General nunmehr einer Organisation der Verteidigung Europas gebe. Auf die Frage, ob bereits konkrete Vorstellungen hinsichtlich dieses zweiten Punktes bestünden, sagte Puaux, am Quai d'Orsay sei man bisher nicht mit dem Thema befaßt worden, vor allem bestünden keine Pläne hierzu. Dies sei aber nichts Außergewöhnliches und dürfe uns nicht dazu verleiten, de Gaulles Rede weniger Aufmerksamkeit zu schenken. De Gaulle bediene sich – wie schon oft – offenbar auch diesmal der Taktik, zunächst nur in vagen Formulierungen eine Idee oder einen Vorschlag zu lancieren, die Reaktionen abzuwarten und dann langsam einen konkreten Plan oder eine Entscheidung reifen zu lassen. Der Bundeskanzler möge nicht versäumen, bei seinen nächsten Treffen mit de Gaulle[4] diesen um Präzisierungen gerade zur Frage der europäischen Verteidigung zu bitten. Im übrigen könne er, Puaux, zu etwaigen Gedankengängen de Gaulles nur auf die Ausführungen von Staatssekretär Habib-Deloncle vor dem Europarat im September letzten Jahres[5] verweisen, wonach nach einer Stärkung der politischen Struktur Europas auch die Aufgabe anstehen werde, „zu definieren, wie die von Frankreich unternommene Anstrengung von der Gesamtheit der europäischen Nationen für die gemeinsame Verteidigung benutzt werden kann". Diese Äußerung sei seinerzeit von de Gaulle selbst redigiert worden und dürfte auch heute noch gelten. Auf die MLF zurückkommend, meinte Puaux, diese stoße nach wie vor auf den erbitterten Widerstand de Gaulles.[6] Auf die Frage, warum de Gaulle früher keine Einwände erhoben habe, äußerte Puaux, es sei zuzugeben, daß man die Angelegenheit lange Zeit nicht ernst genommen habe, es komme aber hinzu und sei

[1] Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Steg am 26. November 1964 vorgelegen.

[2] Zur Rede vom 22. November 1964 vgl. bereits Dok. 350, Anm. 5.

[3] Im Hinblick auf Deutschland führte der französische Staatspräsident am 22. November 1964 aus: „Inversement, la fidélité avec laquelle nous gardons vivant le capital moral de la France n'a rien qui contredise la vaste tentative politique que nous avons entreprise. Qui ne sait que celle-ci vise, au point de vue des sentiments que nous portons à l'Allemagne, à changer l'aversion en compréhension et l'esprit de vengeance en amitié ... Oui! la coopération des deux grands peuples réconciliés est désirée par notre pays pour cette raison qu'elle est la seule base sur laquelle puisse s'établir l'union de l'Europe occidentale." Vgl. DE GAULLE, Discours et messages, Bd. 4, S. 314 f.

[4] Zu den Überlegungen für einen Besuch des Bundeskanzlers Erhard in Paris vgl. zuletzt Dok. 355 und weiter Dok. 364, besonders Anm. 1.

[5] Zur Rede vom 23. September 1963 vgl. auch Dok. 133, Anm. 17.

[6] Zur Haltung des französischen Staatspräsidenten hinsichtlich der geplanten MLF vgl. auch Dok. 350.

schließlich entscheidend geworden, daß sich nach Auffassung de Gaulles der politische Sinn der MLF gewandelt habe. Daß man trotz aller Dementis zumindest zeitweilig zu einem Abschluß zu zweit (USA–Bundesrepublik) entschlossen gewesen sei[7], sei bezeichnend. Er, Puaux, sei auf Grund von Informationen ebenfalls überzeugt, daß maßgebliche Persönlichkeiten in den USA (Puaux nannte dabei Namen wie Tyler, Bowie, Rostow) die MLF mit dem politischen Ziel verbunden hätten, Frankreich zu isolieren. Gerade diese Persönlichkeiten hätten die Verwirklichung der MLF besonders forciert. Auch das Abschlußkommuniqué der Besprechungen des Bundesverteidigungsministers in Washington gehöre in diese Linie und sei deshalb von de Gaulle entsprechend aufgenommen worden.[8] NATO-Referent Ruffin äußerte sich in ähnlichem Sinn wie Puaux. Mit besonderer Eindringlichkeit warnte er nochmals vor einer Entscheidung für die MLF. Die MLF gebe uns keineswegs einen wirklichen atomaren Schutz. An der Grundsituation ändere auch sie nichts, nämlich daran, daß – wie allmählich immer klarer werde – die USA nicht (oder nicht mehr) entschlossen seien, Europa bei einem sowjetischen Angriff atomar zu verteidigen, zumindest nicht sofort.[9] Alles deute darauf hin, daß die Amerikaner Europa, insbesondere Deutschland, atomwaffenfrei machen wollten.[10] Es sei naiv zu glauben, daß die MLF – die doch angeblich fast unverwundbar sei – bei einem eventuellen späteren Übergang zu einer atomaren Kriegführung die sowjetischen Atombomben auf sich ziehen würde und daß Europa dann verschont bliebe. Die MLF gebe uns also keine zusätzliche Sicherheit, sondern verbaue den Weg zu einer eigenen europäischen Verteidigung mit Einschluß der französischen „force de dissuasion"[11], die im Laufe der Zeit Europa einen besseren Schutz bieten werde. Mit den USA müsse man natürlich nach wie vor[12] verbündet bleiben.

[gez.] Klaiber

Abteilung I (I A 3), VS-Bd. 38

[7] Zu den Überlegungen der Bundesregierung, einen MLF-Vertrag zunächst allein mit den USA abzuschließen, vgl. Dok. 263.

[8] Zum Kommuniqué vom 14. November 1964 über die Gespräche des Bundesministers von Hassel und des Generalinspekteurs der Bundeswehr, Trettner, mit dem amerikanischen Verteidigungsminister McNamara und dem Vorsitzenden der Vereinigten Stabschefs, General Wheeler, sowie zur französischen Bewertung vgl. Dok. 350, besonders Anm. 9.

[9] Dieser Satz wurde hervorgehoben. Dazu Fragezeichen am Rand.
Zur französischen Beurteilung der amerikanischen Verteidigungsbereitschaft für Europa vgl. auch die Ausführungen des Staatspräsidenten de Gaulle am 9. November 1964 gegenüber dem ehemaligen Bundeskanzler Adenauer; Dok. 318.

[10] Dazu Fragezeichen am Rand.

[11] Zur französischen Atomstreitmacht vgl. Dok. 180, Anm. 16.

[12] Die Wörter „natürlich nach wie vor" wurden hervorgehoben. Dazu Ausrufezeichen am Rand.

360

Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem amerikanischen Außenminister Rusk in Washington

MB 3240/64 geheim **26. November 1964**[1]

Aufzeichnung über das Gespräch des Herrn Bundesaußenministers mit Außenminister Rusk am 26. November 1964, 11.00 Uhr in Washington.[2]

Der Herr *Minister* fragte zunächst im Zusammenhang mit der Anregung von Staatssekretär Ball für eine langfristige Aktion zur Stützung des Pfundes[3], ob man dabei auf amerikanischer Seite an eine gemeinsame Aktion mehrerer Staaten oder an ein rein deutsches Vorhaben gedacht habe.

Außenminister *Rusk* sagte, es sei an eine Initiative unter deutscher Führung und mit starker deutscher Beteiligung gedacht, was nicht ausschließe, daß auch andere Staaten daran teilnähmen. Im übrigen meine er, daß diese Angelegenheit noch etwas Zeit habe, da nach Auffassung von Finanzminister Dillon die angelaufene kurzfristige Stützung das Problem wohl regeln werde. Er schlug vor, in engem Kontakt in dieser Frage zu bleiben.

Der Herr *Minister* kam dann auf die MLF zu sprechen und meinte, beim Besuch Gordon Walkers in Bonn sei ziemlich klar geworden, daß England von einer Überwasserflotte recht wenig halte.[4] Dies stehe allerdings ein bißchen im Widerspruch zu der weiteren britischen Erklärung, daß Großbritannien in einem solchen Vorhaben nicht mehr Rechte haben wolle als die übrigen Teilnehmerstaaten. Gordon Walker sei hinsichtlich der Überwasserflotte so negativ gewesen, daß später Sir Harold Caccia zu Staatssekretär Carstens gekommen sei und ihm gesagt habe, so schlimm seien die Ausführungen nicht gemeint gewesen.[5] Die neulichen englischen Erklärungen hinsichtlich der Überwasserflotte seien wiederum sehr negativ gewesen. Der Herr Minister verwies dabei auf eine Aufzeichnung über ein Gespräch zwischen Lord Hood und dem deutschen Gesandten in London, wo Lord Hood absolut klar gesagt habe, England wolle mit einer Überwasserflotte nichts zu tun haben, sondern denke le-

[1] Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Kusterer am 26. November 1964 gefertigt.
Gesandter Freiherr von Stackelberg, Washington, erhielt am 27. November 1964 zwei Exemplare zur Übermittlung an Außenminister Rusk und ein weiteres Exemplar zur Weiterleitung an Botschafter Knappstein.
Ein Durchdruck wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Simon am 30. November 1964 dem Leiter des Außenpolitischen Büros im Bundeskanzleramt, Osterheld, mit der Bitte um Übermittlung an Bundeskanzler Erhard zugeleitet.

[2] Bundesminister Schröder hielt sich vom 22. bis 27. November 1964 in Washington auf. Vgl. dazu bereits Dok. 353 und weiter Dok. 363.

[3] Zum Gespräch vom 25. November 1964 und zur Frage der Stabilisierung des britischen Pfunds vgl. Dok. 361.

[4] Vgl. das Gespräch vom 15. November 1964; Dok. 334.

[5] Vgl. dazu Dok. 334, Anm. 16.

diglich an eine Zusammenfassung der bestehenden anderen Elemente.[6] Dies wiederum entspreche fast genau dem, was Wilson im Unterhaus erklärt habe.[7] Lord Hood habe im übrigen erklärt, das Foreign Office arbeite zur Zeit Vorschläge aus. Angesichts der sehr negativen Äußerungen von Lord Hood könne man sich ungefähr vorstellen, wie diese Vorschläge aussehen würden. Die gegenwärtige Position erläuterte der Herr Minister wie folgt: Die Acht-Mächte-Arbeitsgruppe habe die Überwasserflotte als den wirklich neuen Gedanken erarbeitet, denn nur sie ließe nach Größe, Organisation und sonstigen Möglichkeiten eine wirklich gemischte Besatzung zu. Es könne sich daher die Frage stellen, ob Amerika 3 ohnehin SACEUR unterstellte Polaris-U-Boote einbringen könnte, was bedeuten würde, daß etwa 6 Überwasserschiffe weniger erforderlich wären. Auch England könnte 3 Polaris-U-Boote einbringen. Die Bundesregierung halte eine so geartete Kombination von Überwasserschiffen und U-Booten als möglich. Sie habe bisher die britischen Vorschläge als Zusatz zum jetzigen Projekt betrachtet, während England anscheinend an eine völlig neue Konstruktion denke, die für die Bundesrepublik absolut unannehmbar wäre.

Außenminister *Rusk* bemerkte, alle englischen Vorschläge zielten ganz einfach darauf ab, sich eine Erhöhung des britischen Verteidigungshaushalts ersparen zu können. Außerdem glaube er, daß England zur Zeit versuche, seine Verhandlungsposition möglichst stark zu machen.

Der Herr *Minister* faßte diesen Teil des Gesprächs dahingehend zusammen, daß er wohl davon ausgehen könne, daß Amerika weiterhin an der Grundvorstellung von 25 Überwasserschiffen festhalte, zur Erörterung gewisser Zusätze bereit sei, jedoch auf alle Fälle darauf bestehe, daß Großbritannien an der gemischten Besatzung beteiligt sein müsse.

Außenminister *Rusk* bestätigte diese Auffassung und fügte hinzu, Amerika sei bereit, bei Einbringung der britischen U-Boote eine mögliche Anpassung der Zahl der Überwasserschiffe zu prüfen, doch wolle es auf keinen Fall die multilaterale Atomstreitmacht so weit geschwächt sehen, daß diese Streitmacht unbedeutend würde.

Der Herr *Minister* stimmte dieser Auffassung absolut zu. Der heutige Gedanke der MLF stelle die einzige Möglichkeit dar, in gewisser Weise die sowjetische MRBM-Macht auszugleichen.[8]

Zur gemischten Bemannung bemerkte Außenminister *Rusk* noch, Amerika bestehe auf einer beträchtlichen britischen Beteiligung.

Der Herr *Minister* sagte, nach seiner Auffassung sei die britische Regierung an drei Dingen interessiert. Sie wolle eine Haushaltsbelastung vermeiden, ihr Wahlversprechen über die Beseitigung einer nationalen Abschreckungs-

[6] Zum Gespräch des Gesandten Freiherr von Ungern-Sternberg, London, mit dem Unterstaatssekretär im britischen Außenministerium vom 25. November 1964 vgl. Dok. 356, Anm. 5.

[7] Zur Erklärung des britischen Premierministers vom 23. November 1964 vgl. Dok. 354, besonders Anm. 4.

[8] Zur Bedrohung Westeuropas durch sowjetische Mittelstreckenraketen und zur Forderung von SACEUR, der NATO entsprechende Systeme zur Verfügung zu stellen, vgl. Dok. 14, Anm. 39, sowie Dok. 149.

macht[9] erfüllen und an möglichst hoher Stelle Einfluß auf die nukleare Gesamtstrategie gewinnen. Der erste Punkt bedürfe keiner weiteren Diskussion. Die Beseitigung der nationalen Abschreckungsmacht wäre einfach dadurch zu erzielen, daß England seine bestehenden nuklearen Waffen unwiderruflich SACEUR unterstelle. Der Herr Minister betonte, Deutschland könne auf keinen Fall einer Regelung zustimmen, wonach die MLF nicht SACEUR unterstellt würde.

Außenminister *Rusk* bemerkte, es sei von Anfang an amerikanische Auffassung gewesen, die MLF SACEUR zu unterstellen, teilweise deshalb, weil dadurch die Lösung des MRBM-Problems begünstigt werde. Man müsse allerdings mit der Möglichkeit rechnen, daß Frankreich gegen eine solche Unterstellung sein Veto einlegen und versuchen werde zu verhindern, daß die MLF einen NATO-Namen bekomme.[10]

Der Herr *Minister* sagte, das werde noch Jahre dauern, und er meine, man brauche sich darüber heute noch keine Gedanken zu machen.

Außenminister *Rusk* bezeichnete es als wichtig, daß Deutschland mit Italien in dieser Frage in enger Verbindung bleibe.

Der Herr *Minister* verwies auf das negative italienische Memorandum zur englischen Haltung und auf die italienische Demarche in London.[11]

Außenminister *Rusk* betonte, Amerika werde mit Deutschland in enger Verbindung bleiben. Im amerikanisch-britischen Meinungsaustausch gebe es nichts, was Deutschland nicht wisse. Er habe Gordon Walker die im Acht-Mächte-Ausschuß dargelegten amerikanischen Auffassungen vorgetragen.[12] Amerika habe auch gegen die Erklärungen im Unterhaus protestiert und werde bei dem bevorstehenden Besuch Wilsons[13] versuchen, dessen Gedanken zu ergründen. Er glaube, daß heute weder Gordon Walker noch Dennis Healey für Wilson sprechen könnten.

Der Herr *Minister* kam dann auf die britischen Andeutungen über mögliche Vorschläge für Abrüstungs- und Sicherheitsmaßnahmen in Europa zu sprechen und unterstrich, daß Deutschland niemals diskriminierenden Maßnahmen zustimmen könne.[14] Er habe das den Engländern auch klar gesagt. Deutschland erhebe keinerlei Einwände gegen Abrüstungsmaßnahmen, die auf alle Staaten gleichermaßen anwendbar wären, müsse aber jede Diskriminierung Deutschlands entschieden ablehnen. Es gebe in der europäischen Diskussion das Stichwort „Denuklearisierung Europas". Viele Kreise in Deutschland regten sich darüber auf.

[9] Die verteidigungspolitischen Vorstellungen der Labour Party wurden im Wahlmanifest vom 12. September 1964 zusammengefaßt. Vgl. dazu Dok. 266, Anm. 33.

[10] Zur französischen Haltung gegenüber der geplanten MLF vgl. zuletzt Dok. 359.

[11] Vgl dazu Dok. 357, besonders Anm. 8.

[12] Zum Besuch des britischen Außenministers am 26./27. Oktober 1964 in Washington vgl. Dok. 307, besonders Anm. 5.

[13] Zum Aufenthalt des britischen Premierministers vom 7. bis 9. Dezember 1964 in Washington vgl. Dok. 375, Anm. 18.

[14] Diese Ausführungen gingen auf eine Anregung des Staatssekretärs Carstens zurück. Vgl. dazu Dok. 356.

Außenminister *Rusk* betonte, selbst wenn man alle nuklearen Waffen aus Europa herauszöge, würde dies immer noch keine Denuklearisierung bedeuten, weil hunderte sowjetischer nuklearer Waffen weiterhin auf Europa gerichtet blieben. Man könne z.B. Lateinamerika denuklearisieren, nicht aber Europa.

Der Herr *Minister* erklärte dann, daß man sich oft große Sorgen mache, daß die Schaffung eines neuen Kommandos der mögliche Beginn der Abziehung aller taktischen Atomwaffen aus Europa sein könne.

Außenminister *Rusk* sagte, die Dislozierung nuklearer Waffen in Europa sei in den letzten Jahren sehr schnell angewachsen, und er mache sich eher Sorgen, daß die öffentliche Meinung in Europa, wenn sie dies entdecke, negativ reagieren könnte. Amerika habe jedenfalls nicht die Absicht, diese Waffen abzuziehen.

Der Herr *Minister* bemerkte, er könne sich die Verhandlungen mit Wilson recht schwierig vorstellen, da dieser sicherlich das wenige, was er habe, so teuer wie möglich zu verkaufen versuchen werde und vor allem über SACEUR hinaus einen Einfluß an der Spitze gewinnen wolle.

Außenminister *Rusk* erklärte, England habe nichts, was Amerika ihm abkaufen wolle. Amerika wolle lediglich eine britische Beteiligung an der MLF erreichen.

Der Herr *Minister* fragte, was zu tun sei, falls bis Mitte Dezember feststehe, daß man Wilson zu keiner Mitarbeit bewegen könne.

Außenminister *Rusk* erwiderte, Amerika werde es nicht so weit kommen lassen, daß Wilson nein sage. Er habe den Eindruck, daß Wilson, falls er nein sage, dennoch nicht „will tear up all his papers".

Der Herr *Minister* betonte, Deutschland sei für eine gründliche und deutliche Verhandlung mit England. Allerdings stellten sich für Deutschland gewisse Probleme in der Zeitplanung. Es gebe z.B. eine Meinung für eine Vertagung des MLF-Projekts, um de Gaulle zu gefallen.[15] Wie lange die Betreffenden das Projekt zu vertagen wünschten, wüßten sie wahrscheinlich selbst nicht genau. Diejenigen, welche für das Projekt seien, wüßten andererseits, daß dieses Vorhaben durch endlose Diskussionen (und die Erörterungen hätten schon sehr lange gedauert[16]) auch nicht besser würde. Falls das Projekt noch in dieser Legislaturperiode verabschiedet werden solle, dürfte die Unterzeichnung nicht später als März 1965 erfolgen, da sich der Bundestag Ende Juni verabschiede.[17]

[15] Am 11. November 1964 sprach sich der Vorstand der CDU/CSU-Bundestagsfraktion gegen eine Forcierung der MLF-Verhandlungen aus. Vgl. dazu Dok. 333, Anm 3.
Auch Bundeskanzler Erhard plädierte am 24. November 1964 gegenüber dem französischen Botschafter de Margerie für Zurückhaltung. Vgl. dazu Dok. 355.

[16] Die Verhandlungen in der MLF-Arbeitsgruppe in Paris wurden am 11. Oktober 1963 aufgenommen. Vgl. dazu AAPD 1963, III, Dok. 414.

[17] Am 19. September 1965 fanden die Bundestagswahlen statt.

Außenminister *Rusk* sagte, es gebe Berichte, daß Adenauer in seinem neulichen Gespräch de Gaulle zugesagt habe, daß vor Herbst nächsten Jahres nichts geschehen würde.[18]

Der Herr *Minister* erwiderte, er wisse natürlich nicht, was Adenauer tatsächlich gesagt habe. Wahrscheinlich habe er nur erklärt, daß die Sache nicht dränge.

Außenminister *Rusk* meinte, der Ursprung des Gerüchts, daß die amerikanische Regierung den Briten von einer Vertagung auf 6 bis 12 Monate gesprochen habe[19], könnte sehr wohl in einer diesbezüglichen Aussage Adenauers liegen. Amerika habe den Briten nichts Derartiges gesagt.

Der Herr *Minister* unterstrich noch einmal die Notwendigkeit, bis März nächsten Jahres zu einem Abschluß zu kommen. Die Briten hätten in Bonn erklärt, wenn sie einmal ihre Vorschläge gemacht hätten, käme es zwar zu einem „hard bargaining", doch wollten sie keine Verzögerungstaktik betreiben.

Das Gespräch endete um 12.05 Uhr.

Ministerbüro, VS-Bd. 8512

[18] Im Gespräch vom 9. November 1964 äußerte der ehemalige Bundeskanzler die Auffassung, daß die geplante MLF überhaupt nicht zustande kommen werde. Vgl. Dok. 318.

[19] Zu den Presseberichten über eine Bereitschaft der USA zur Verzögerung des MLF-Projekts vgl. Dok. 327, Anm. 4.

361

Bundesminister Schröder, z.Z. Washington, an Bundeskanzler Erhard

Z B 6-1/9187/64 geheim
Fernschreiben Nr. 3448
Citissime mit Vorrang

Aufgabe: 26. November 1964, 14.25 Uhr[1]
Ankunft: 26. November 1964, 20.52 Uhr

Für Bundeskanzler und Staatssekretär
sofort vorlegen

Mr. Ball kam mir gegenüber am 25. November 1964[2] auf die prekäre Lage des Pfund Sterling[3] zu sprechen und bemerkte, zwar sei zunächst eine kurzfristige Lösung gefunden worden[4], doch bestehe die Gefahr, daß Anfang des nächsten Jahres bei Ablauf der kurzfristigen Stützungsaktion eine neue Krise eintrete. Er regte an, man solle eine längerfristige Aktion ins Auge fassen, welche die kurzfristige Stützung ablösen könne. Er denke dabei an Wertpapiere mit einer Laufzeit von fünf bis sieben Jahren. Diese Papiere könnten von den Zentralbanken aufgekauft werden, so daß die Aktion nicht dem Haushalt zur Last falle. Das amerikanische Schatzamt habe die damit zusammenhängenden Fragen eingehend geprüft.[5] Mr. Ball stellte auf meine Bitte ein diesbezügliches Memorandum des Schatzamtes in Aussicht. Er vertrat die feste Auffassung,

[1] Der Drahterlaß wurde von Bundesminister Schröder anhand der Gesprächsaufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Kusterer vom 25. November 1964 konzipiert. Vgl. Ministerbüro, VS-Bd. 8512; B 150, Aktenkopien 1964.
Hat Ministerialdirigent Pauls am 27. November 1964 vorgelegen, der handschriftlich die Weiterleitung an Ministerialdirigent Graf von Hardenberg und Ministerialdirektor Sachs verfügte.
Hat Hardenberg am 27. November und Sachs am 30. November 1964 vorgelegen.

[2] Bundesminister Schröder hielt sich vom 22. bis 27. November 1964 zu Konsultationen mit der amerikanischen Regierung in Washington auf. Vgl. dazu bereits Dok. 353, Dok. 360 und weiter Dok. 363.

[3] Das britische Pfund war an den Kapitalmärkten wegen Spekulationen über eine bevorstehende Abwertung unter Druck geraten. Am 25. November 1964 übermittelte Staatssekretär Lahr Bundesminister Schröder die Mitteilung des Präsidenten der Bundesbank, Blessing, daß ein weiterer Kursverfall drohe, wenn nicht ein internationaler Stützungskredit unter maßgeblicher Beteiligung der Bundesrepublik zustande komme. Lahr teilte mit: „Ich habe mich für das Auswärtige Amt für die Gewährung des Kredits ausgesprochen. Die anderen befragten deutschen Stellen haben, soweit ich bisher feststellen konnte, im gleichen Sinne votiert." Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 442; B 150, Aktenkopien 1964.

[4] Am 25. November 1964 erklärten sich die Zentralbanken von Belgien, Frankreich, Italien, Schweden, Österreich, Kanada, Japan, der Bundesrepublik, der Schweiz, der Niederlande und der USA bereit, der Bank von England kurzfristige Kredite bis zu 3 Mrd. Dollar zur Stützung des britischen Pfunds zu gewähren. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1964, Z 254.

[5] Botschafter Knappstein, Washington, berichtete am 11. Dezember 1964 über geheimgehaltene Vorbereitungen der amerikanischen Regierung für eine langfristige Anleihe an Großbritannien, „um der britischen Wirtschaft die Möglichkeit einer durchgreifenden Modernisierung, die für eine dauernde Sanierung der Zahlungsbilanz erforderlich gehalten wird, zu geben". Vor einer Verwirklichung dieses Vorhabens wollten die USA jedoch „die von der Regierung Wilson in Aussicht gestellten Stabilisierungsmaßnahmen erst einmal zur Wirkung kommen lassen". Vgl. Abteilung III (III A 5), VS-Bd. 247; B 150, Aktenkopien 1964.

daß die Labour-Regierung alles Interesse habe, das Pfund zu halten, weil eine Abwertung im Hinblick auf die in etwa einem Jahr erforderlichen Wahlen[6] das Vertrauen in die Regierung erschüttern würde.

Mr. Ball unterstrich, daß möglichst Anfang Dezember auf höchster politischer Ebene (mit Wilson) Gespräche über eine solche Stützungsaktion geführt werden sollten.[7] Dabei sollte die Bundesregierung als Gegenleistung diejenigen politischen Maßnahmen fordern, die sie für richtig halte, so z.B. eine vorbehaltlose britische Unterstützung des MLF-Projekts.[8]

Ich erklärte mich im Prinzip für solche Gespräche auf höchster politischer Ebene, vorbehaltlich einer eingehenden haushalts- und währungstechnischen Prüfung in Deutschland.

In meiner Unterhaltung mit Dean Acheson[9] vertrat auch dieser energisch den Gedanken der Koppelung von politischen und wirtschaftlichen Gesprächen. Mr. Ball bestätigte mir diese Auffassung. In meiner heutigen Unterhaltung mit Mr. Rusk[10] meinte dieser, daß die Gefahr für das Pfund wohl zunächst für längere Zeit gebannt sei, daß aber der Gedanke langfristiger Sanierung in dem erwähnten Sinn verfolgt werden solle.

[gez.] Schröder

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 437

6 Zur Möglichkeit von Neuwahlen zum britischen Unterhaus im Jahr 1965 vgl. Dok. 338, Anm. 26.

7 Im Mittelpunkt der Konsultationen des Staatssekretärs im amerikanischen Außenministerium, Ball, am 30. November und 1. Dezember 1964 in London, des Besuchs des britischen Premierministers vom 7. bis 9. Dezember 1964 in Washington und des Gesprächs des Bundesministers Schröder mit Wilson am 11. Dezember 1964 in London standen die Planungen für die MLF bzw. ANF. Vgl. dazu Dok. 370, Anm. 3, Dok. 375, Anm. 18, und Dok. 383.
Anläßlich der Ministerratssitzung der OECD am 2./3. Dezember 1964 in Paris erklärte der britische Schatzkanzler Callaghan, daß die internationalen Stützungsmaßnahmen ausreichten und weitere Vorkehrungen in nationalem Rahmen getroffen würden. Vgl. dazu THE TIMES, Nr. 56185 vom 3. Dezember 1964, S. 10.

8 Vgl. dazu die Ausführungen des Staatssekretärs Carstens gegenüber dem britischen Botschafter Roberts am 26. November 1964; Dok. 362.

9 Zum Gespräch vom 23. November 1964 vgl. den Artikel „Schröder bei Rusk und Acheson"; SÜDDEUTSCHE ZEITUNG, Nr. 282 vom 24. November 1964, S. 2.

10 Vgl. Dok. 360.

362

Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens

St.S. 2218/64 geheim **26. November 1964**[1]

Soeben führte ich ein Gespräch mit dem britischen Botschafter, der, wie er sagte, mich persönlich und nicht im Auftrag seiner Regierung aufsuche. Er sei enttäuscht gewesen über die scharfe negative Reaktion deutscher Stellen (Barzel und von Hase) auf die Wilson-Rede[2], während man die Rede de Gaulles bei uns sehr behutsam kommentiert habe[3]. Dabei habe sich Wilson eindeutig auf den Boden der NATO gestellt, während de Gaulle doch Vorschläge gemacht habe, die mit der NATO nicht in Einklang zu bringen seien.

Ich sagte dem Botschafter, ich wollte mir das nicht zu eigen machen, was die deutsche Presse geschrieben habe[4], aber man müsse sich vergegenwärtigen, daß in de Gaulles Rede einige sehr freundschaftliche Passagen über Deutschland enthalten gewesen seien[5], während Mr. Wilson unter anderem zum Beispiel davon gesprochen habe, daß das Nassau-Abkommen den nuklearen Appetit Deutschlands angeregt hätte.[6] Solche Formulierungen würden natürlich hier nicht gerade Begeisterung erwecken.

[1] Durchschlag als Konzept.

[2] Zur Erklärung des britischen Premierministers am 23. November 1964 vor dem Unterhaus vgl. Dok. 354, Anm. 4.
Am 24. November 1964 erklärte der amtierende Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion, Barzel: „Aus der Unterhauserklärung des Premierministers geht hervor, daß die Erwartungen anscheinend nicht erfüllt werden. Wir können weder die politische noch die militärische Begründung für die Haltung der britischen Regierung annehmen, und ich sage offen, daß wir besorgt und beunruhigt sind." Vgl. GENERAL-ANZEIGER, Nr. 22805 vom 25. November 1964, S. 1.
Der Chef des Presse- und Informationsamtes, von Hase, erläuterte am 25. November 1964, er könne eine Enttäuschung der Bundesregierung über die Erklärung von Wilson nicht verhehlen: „Die etwas hellere Farbe, die der Besuch Gordon Walkers in Bonn hinterlassen hat, hat sich nicht ganz fortgesetzt auf der politischen Palette." Vgl. SÜDDEUTSCHE ZEITUNG, Nr. 284 vom 26. November 1964, S. 2.

[3] Zur Rede des französischen Staatspräsidenten am 22. November 1964 in Straßburg vgl. Dok. 350, Anm. 5.
Am 23. November 1964 gab der Chef des Presse- und Informationsamtes, von Hase, folgende Stellungnahme ab: „Die Bundesregierung sieht in der Rede des Generals de Gaulle ein erneutes Bekenntnis zu den großen Aufgaben der freien Welt, zur deutsch-französischen Freundschaft und zum europäischen Zusammenschluß ... Die Rede wirft Fragen auf, deren Bedeutung von der Bundesregierung nicht verkannt wird und die zwischen den beiden Regierungen im Geiste des deutsch-französischen Vertrages zu erörtern sind." Vgl. AdG 1964, S. 11546f. Vgl. dazu auch FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 273 vom 24. November 1964, S. 5.

[4] In der Presse wurde vor allem die Enttäuschung über die Rede des Premierministers Wilson vom 23. November 1964 betont. Vgl. etwa die Artikel „Enttäuschung in Bonn"; SÜDDEUTSCHE ZEITUNG, Nr. 283 vom 25. November 1964, S. 2, sowie „Bonn ist verärgert über Wilsons Rede"; DIE WELT, Nr. 275 vom 25. November 1964, S. 4.

[5] Vgl. dazu Dok. 359, Anm. 3.

[6] Der britische Premierminister führte am 23. November 1964 vor dem britischen Unterhaus zur Begründung seiner Kritik am Nassau-Abkommen vom 21. Dezember 1962 aus: „It stimulated nuclear appetites in other members of the alliance, including – I am bound to say; we have been told this many times – Germany, and this, of course, then led to the costly proliferation of efforts and energies in proposals for the mixed-manned surface fleet". Vgl. HANSARD, Bd. 702, Sp. 936.

Der Botschafter erwiderte, man müsse bedenken, daß Wilson sich gegen die Opposition zur Wehr setzen müsse, die ihm vorgeworfen habe, er wolle auf nationale britische Atomwaffen verzichten.[7]

Im übrigen erklärte Roberts, daß sich die britische Position seit dem Gordon Walker-Besuch nicht geändert hätte.[8] Er behauptete, daß Gordon Walker sich ganz grundsätzlich und unabhängig von der britischen Beteiligung daran gegen das bisherige MLF-Projekt ausgesprochen hätte. Ich sagte, dies sei mir nicht so deutlich geworden.

Im ganzen versuchte Roberts, den Eindruck zu erwecken, als wenn in der britischen Position noch eine beträchtliche Verhandlungsmarge stecke.[9]

Ich kam auf unsere Unterstützung für das britische Pfund[10] zu sprechen und erklärte, dies sei ein Akt von Solidarität gewesen, der zum Ausdruck gebracht habe, daß wir uns zu einem erheblichen Teil mit den britischen Interessen identifizierten. Wir hofften, daß die britische Regierung das Gleiche tue.

Der Botschafter dankte mit nachdrücklichen Worten für die Hilfsbereitschaft der Deutschen Notenbank während der verflossenen Wochen.

Hiermit dem Herrn Bundeskanzler vorgelegt.

Carstens[11]

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 421

[7] Der britische Oppositionsführer Douglas-Home erklärte am 23. November 1964 zu Beginn der Debatte im Unterhaus, er hoffe, Premierminister Wilson werde dem Parlament versichern, daß er keine Entscheidung zu Lasten der nationalen Kontrolle der britischen Nuklearwaffen getroffen habe: „But if he still insists that there is some alternative force which would justify him in discarding the right of the British Government and if he continues his insistence of the past that we must get rid of it, I must say to him, with great reluctance, that we should have to go into the Lobby against his Government on this issue, because this is a matter which concerns the life of the nation." Vgl. HANSARD, Bd. 702, Sp. 931.

[8] Entsprechende Versicherungen gab die britische Regierung bereits am 25. November 1964. Vgl. dazu Dok. 356, Anm. 5.
Zum Besuch des britischen Außenministers am 15. November 1964 in Bonn vgl. Dok. 334–336.

[9] Zur britischen Haltung gegenüber der geplanten MLF vgl. weiter Dok. 372.

[10] Vgl. dazu Dok. 361, besonders Anm. 3.

[11] Paraphe.

363

Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem amerikanischen Sicherheitsberater Bundy in Washington

Z A 5-137.A/64 geheim **27. November 1964**[1]

Der Herr Bundesminister des Auswärtigen empfing am 27. November 1964 um 15 Uhr in Washington[2] den Sonderberater des amerikanischen Präsidenten, McGeorge Bundy.

Der Herr *Minister* sagte einleitend, die Stimme der Vereinigten Staaten sei z.Zt.[3] nicht deutlich genug zu hören, und dadurch werde anderen Stimmen in Europa oft die Möglichkeit gegeben, lauter zu hallen, als ihrer wirklichen Bedeutung zukomme. Die Präsenz der Vereinigten Staaten in Europa dürfe sich nicht nur auf die Anwesenheit der amerikanischen Truppen und das umfangreiche nukleare Potential Amerikas, das in Europa lagere, beschränken. Reden allein seien nicht ausreichend, um die amerikanische Präsenz sichtbarer zu machen. Um diese Präsenz sichtbarer zu machen, bedürfe es nicht etwa umfangreicher Programme, sondern vielmehr einiger gut durchdachter konkreter Projekte. Ein solches Projekt sei zum Beispiel die MLF. Die Frage stelle sich, wie lange die Verhandlungen noch fortgeführt werden sollten. Nach der kürzlichen Stellungnahme der britischen Regierung[4] müsse nunmehr eine klare Diskussion stattfinden.

McGeorge *Bundy* war mit dem Herrn Minister der Auffassung, daß nach Kennedys Tod[5] und angesichts der bevorstehenden amerikanischen Wahlen[6] die Stimme der Vereinigten Staaten weniger klar und eindeutig erklungen sei. Auch er sei der Auffassung, daß es wichtig sei, konkrete Dinge zu tun. Hinsichtlich der MLF sei er ebenfalls der Auffassung, daß sie ein gutes Projekt sei, zumal kein besseres Projekt auf dem Tisch liege. Der Zeitplan für die MLF sei ihm aber nicht ganz klar. Es scheine, daß Amerika noch stärker auf Großbritannien einwirken müsse, als es nach dem ersten Gespräch mit Gordon Walker[7] ausgesehen habe. Er sei heute nicht mehr sicher, daß Gordon Walker tatsächlich die britische Meinung vertreten habe. Gordon Walker habe sich

[1] Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Kusterer am 1. Dezember 1964 gefertigt.
Bundesminister Schröder vermerkte am 2. Dezember 1964 handschriftlich auf dem Begleitvermerk von Kusterer: „Keine Verteilung."

[2] Bundesminister Schröder hielt sich vom 22. bis 27. November 1964 in Washington auf. Vgl. dazu bereits Dok. 353, Dok. 360 und Dok. 361.

[3] Diese Abkürzung wurde von Bundesminister Schröder handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „manchmal".

[4] Zur Erklärung des Premierministers Wilson am 23. November 1964 vor dem britischen Unterhaus vgl. Dok 354, Anm. 4.

[5] Der amerikanische Präsident wurde am 22. November 1963 in Dallas ermordet.

[6] Die amerikanischen Präsidentschaftswahlen fanden am 3. November 1964 statt.

[7] Zum Besuch des britischen Außenministers am 26./27. Oktober 1964 in Washington vgl. Dok. 307, besonders Anm. 5.

sehr vernünftig verhalten, während man Wilson nicht so sehr als vernünftigen Mann charakterisieren könne.

Der Herr *Minister* bemerkte, Gordon Walker habe bei seinem Besuch in Bonn[8] einen guten Eindruck gemacht. Seine Darstellung der britischen Haltung zur MLF sei keineswegs so hart gewesen wie die, die Wilson nunmehr im Unterhaus dargelegt habe. Man werde mit Wilson hart verhandeln müssen. Von italienischer und deutscher Seite sei die jeweilige Auffassung zur MLF in London auch geltend gemacht worden.[9] Was den Zeitplan anbelange, so müsse er sagen, daß es in Deutschland Kreise gebe, die eher für eine Verzögerung des MLF-Projekts sprächen.[10] Dies aber wäre eine gefährliche Strömung. Wenn das MLF-Projekt noch in dieser Legislaturperiode verabschiedet werden solle, müsse es spätestens Ende März unterzeichnet werden, da der Bundestag sich Ende Juni verabschiede.[11] Man könne natürlich sagen, das Projekt brauche nicht notwendigerweise in dieser Legislaturperiode ratifiziert werden, da die CDU ihre Haltung zur MLF nicht ändern werde und auch die SPD für die MLF sei. Der Nachteil bestände allerdings darin, daß bei einer so zeitraubenden Behandlung sich alle Gegner der MLF in Deutschland und in Europa sammeln würden. Jemand, der die MLF zu Fall bringen wolle, werde sicherlich versuchen, Zeit zu gewinnen. Dies sei der Grund für das Drängen der Bundesregierung.

McGeorge *Bundy* warf ein, entweder komme die MLF voran oder es nähme ein schlechtes Ende mit ihr.

Der Herr *Minister* fuhr fort, in der Frage der europäischen Verteidigung habe sicherlich eine gewisse Leichtfertigkeit sich breit gemacht, da der Druck von außen gesunken sei und manche sich fragten, warum denn Europa sich nicht alleine verteidigen könne, allerdings mit einer irgendwie gearteten Verbindung mit den Vereinigten Staaten. Es gebe drei Gründe für diese Haltung. Die tägliche russische Bedrohung sei heute keineswegs mehr so groß, und daher glaubten viele nicht mehr an eine wirkliche Gefahr. Des weiteren sei das Selbstbewußtsein der europäischen Länder gestiegen, und diese hielten sich heute für viel stärker, als sie tatsächlich seien. Beide Tatsachen zusammen bewirkten, daß die Europäer teilweise zu glauben anfingen, daß Europa sich doch alleine verteidigen könne. Natürlich wolle keiner dafür viel Geld ausgeben, vielmehr täten die Betreffenden so, als ob es nur eine Frage des Willens und der Organisation sei. Der dritte Grund sei de Gaulle und die ständige französische Propaganda, die nur davon spreche, daß Europa unabhängig und eigenständig sein müsse.[12] Wenn man dieses Argument eintausendmal gehört habe, neige man dazu, es zu bejahen. Tatsächlich solle ja Europa auch unabhängig und eigenständig sein. Das Argument werde bloß von den falschen Leuten mit falscher Absicht vorgebracht. Das amerikanische konventionelle

[8] Zum Besuch des britischen Außenministers am 15. November 1964 vgl. Dok. 334–336.

[9] Vgl. dazu Dok. 356, besonders Anm. 5, und Dok. 357.

[10] Vgl. dazu bereits Dok. 360, besonders Anm. 15.

[11] Am 19. September 1965 fanden die Bundestagswahlen statt.

[12] Zu den europapolitischen Vorstellungen des französischen Staatspräsidenten vgl. auch Dok. 342.

und nukleare Potential sei unendlich[13] viel größer als alles, was Frankreich darstelle. Das in Europa befindliche amerikanische nukleare Potential sei allerdings kaum bekannt. Vielmehr gewinne im Bewußtsein vieler Europäer die Theorie einer europäischen Selbstverteidigung an Boden, weil ständig die Schlagworte vorgebracht würden, daß Amerika auf die Dauer nicht in Europa bleiben werde, daß es keinen nuklearen Schlag führen werde, weil dadurch seine eigenen Städte gefährdet wären, daß es seine taktischen nuklearen Waffen nicht in Europa belassen werde und schließlich, daß die Entnuklearisierung Europas beabsichtigt sei. De Gaulle selbst betrachte seines Erachtens die Tatsachen nicht nüchtern genug. Er gehe davon aus, daß es zu keinem Krieg kommen werde, weil sowohl Amerika als auch die Sowjetunion ein Interesse daran hätten, einen solchen Krieg zu verhindern. Brauche man aber einen Krieg nicht zu befürchten, dann könne man die Organisation der europäischen Verteidigung völlig frei gestalten. Für de Gaulle sei daher die Verteidigung und die nationale Atommacht mehr ein politisches als ein militärisches Mittel. Er baue sein Potential nur mit dem Zweck auf, es nach drinnen und draußen politisch zu benutzen und um unter einer Anzahl kleinerer Länder der Größte zu sein. Da die wirkliche Abschreckung eines Aggressors durch die amerikanische Atommacht dargestellt werde, könne de Gaulle tatsächlich seine Politik nur betreiben, weil es Amerika gebe. Damit komme Deutschland in eine scheußliche Lage. Es handle sich nicht nur um die deutschen Meinungsverschiedenheiten mit de Gaulle, die tatsächlich existierten, sondern auch darum, daß es für Amerika nicht annehmbar wäre, wenn Europa über eine unabhängige Initialzündung verfüge. Es genügte dann ein einfaches Telegramm über den heißen Draht[14] nach Moskau, daß Amerika nicht einzugreifen beabsichtige, und schon wäre für Europa der Weg zum Selbstmord offen. Hinzu komme jedoch eine Angelegenheit, die man gar nicht offen diskutieren könne, daß für Deutschland nämlich die amerikanische Anwesenheit in Europa nicht nur eine militärische Frage sei, sondern daß sie größte Bedeutung habe in der Auseinandersetzung mit der Sowjetunion in der Wiedervereinigungsfrage. Die amerikanische Anwesenheit in Europa sei für Deutschland ein Symbol dafür, daß Berlin und Deutschland gehalten würden, bis den Deutschen die Möglichkeit der Wiedervereinigung gegeben sei. Er sei manchmal erschüttert, daß gewisse Kreise glauben könnten, Amerika könne Europa verlassen und dennoch die Wiedervereinigungspolitik fortsetzen. Die kleineren europäischen Länder hielten eine Wiedervereinigung absolut nicht für notwendig und wären gerne bereit, sich mit dem Status quo abzufinden. Es sei daher von größter Wichtigkeit, daß das Wiedervereinigungsinteresse die eindeutig erklärte amerikanische Politik sei. Im Kommuniqué werde davon gesprochen, daß jede Gesprächsmöglichkeit mit der Sowjetunion ausgenutzt werden solle, um die Wiedervereinigung zu fördern.[15] Er habe daher die Bitte,

[13] Dieses Wort wurde von Bundesminister Schröder handschriftlich eingefügt.

[14] Zur direkten Nachrichtenverbindung zwischen Washington und Moskau vgl. 341, Anm. 10.

[15] Der Passus im Kommuniqué vom 26. November 1964 über die Gespräche des Bundesministers Schröder mit dem amerikanischen Außenminister Rusk lautete: „Die beiden Minister waren sich einig, daß – gemäß der gemeinsamen Vier-Mächte-Verantwortung – in Gesprächen mit der Sowjetunion jede sich bietende Gelegenheit benutzt werden soll, um die Sowjets zur Mitarbeit bei der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands zu gewinnen." Vgl. BULLETIN 1964, S. 1623.

daß der Präsident in einer seiner bevorstehenden feierlichen Erklärungen möglichst eine positive Darstellung der amerikanischen Wiedervereinigungspolitik abgebe.[16]

McGeorge *Bundy* stimmte mit dem Gedankengang des Herrn Ministers überein. Ihm scheine (und der Präsident sei fest davon überzeugt), daß der Kern des europäischen Problems in der Spaltung Deutschlands liege. Eine echte Lösung werde erst möglich sein, wenn alle Deutschen das Gefühl hätten, daß sie tatsächlich eine eigene Wahl treffen konnten. Dies sei für ihn viel wichtiger, als etwa die Zahl der amerikanischen Truppen in Europa oder der auf dem europäischen Kontinent gelagerten nuklearen Waffen. Ganz persönlich befasse er sich sehr viel mehr mit dem politischen Aspekt der Wiedervereinigung als mit den anderen Projekten. Die MLF sei ein gutes Projekt, doch sei sie Mittel zum Zweck. Es sei schade, daß die Aufmerksamkeit zu sehr auf rein militärische Vorschläge konzentriert sei, gerade zu einer Zeit, wo niemand an der militärischen Seite so besonders interessiert sei.

Der Herr *Minister* stimmte mit dieser Auffassung voll und ganz überein und erklärte, er wäre dankbar, wenn McGeorge Bundy seinen ganzen Einfluß dahingehend geltend machen würde, daß dieses zentrale Problem als überzeugte amerikanische Politik dargestellt werde. Auch er sei der Auffassung, daß die MLF ein militärisches Projekt im Bündnis sei, jedoch die Lage nicht entscheidend verändern werde. Eines aber sei sicher: schlage dieses Projekt und die damit verbundene deutsche Beteiligung an der Planung und Kontrolle fehl, weil England nicht mitmachen wolle, die anderen nicht sehr scharf darauf seien und etwas Bilaterales nicht möglich sei[17], dann werde dies seine Wirkung nicht verfehlen. Dann werde de Gaulle vor der Tür stehen und erklären, warum Deutschland denn bei der MLF mitmachen, sehr viel Geld dafür ausgeben wolle, um im Endeffekt doch nicht die Bombe zu bekommen, warum Deutschland nicht viel lieber bei der Force de frappe mitmachen wolle, um dort einen größeren Einfluß zu gewinnen.[18] Natürlich werde sich de Gaulle immer die letzte Entscheidungsbefugnis über die Force de frappe vorbehalten. Schlage aber die MLF fehl, so würden viele Deutsche sagen, warum man denn nicht mit Frankreich darüber diskutieren solle, um zu einer engeren Zusammenarbeit auf diesem Gebiet zu gelangen. Er halte die MLF auch aus einem anderen Grund noch für sehr wichtig, nämlich zu einem fernen Zeitpunkt, der möglicherweise kommen könne, wo die amerikanische Anwesenheit in Deutschland vielleicht nicht mehr so aktiv sei wie heute. Dann wäre durch dieses Projekt eine viel bedeutsamere Bindung zwischen Deutschland und Amerika gegeben.

[16] Zu den Stellungnahmen des Präsidenten Johnson vom 3. Dezember 1964 und 4. Januar 1965 vgl. Dok. 353, Anm. 22.

[17] Zu den Überlegungen der Bundesregierung, einen MLF-Vertrag zunächst allein mit den USA abzuschließen, vgl. Dok. 263.

[18] Entsprechende Andeutungen machte der französische Staatspräsident bereits gegenüber Staatssekretär Carstens anläßlich der deutsch-französischen Regierungsbesprechungen am 3./4. Juli 1964 in Bonn. Vgl. Dok. 186.
Vgl. dazu auch Dok. 343.

McGeorge *Bundy* bemerkte, er habe den Engländern schon gesagt und werde dies auch weiter tun, daß die Hauptgefahr darin liege, eine enge Bindung Deutschlands als loyalen Bündnispartner zu vernachlässigen. London habe bisher in gewissem Umfang verfehlt, seinen Teil zu den Beziehungen zwischen den englischsprachigen Ländern und der Bundesrepublik beizutragen. England spreche von der Gefahr, einen deutschen Finger am Abzugshahn zu haben. Nach seiner Auffassung sei Deutschland im Gegenteil daran interessiert, stärkeres Vertrauen auf das nukleare Potential der Vereinigten Staaten haben zu können, und habe deswegen nicht wirklich ein Interesse daran, daß Amerika sein Vetorecht[19] aufgebe. Die MLF sei keine Verbreitung nuklearer Waffen, sondern im Gegenteil eine Eindämmung einer weiteren Verbreitung. Das britische Argument, die Deutschen versuchten die Finger an den Abzugshahn zu bekommen, sei falsch.

McGeorge Bundy fragte dann, wie die CDU die europäischen Dinge betrachte.

Der Herr *Minister* erwiderte, die CDU sei jene Partei, in der die Europabegeisterung von Anfang an am größten gewesen sei. Gewisse Schwierigkeiten ergäben sich nun daraus, daß Europa nicht so vorangekommen sei, wie mancher das in seiner idealistischen Betrachtung erwartet habe. Die Realitäten würden noch nicht nüchtern genug eingeschätzt. Ein politisch integriertes und vereinigtes Europa werde weder McGeorge Bundy noch er selbst erleben. Gerade de Gaulle habe hier sehr vieles zerstört, weil er den Nationalismus neu belebt habe. Dennoch glaube er, daß bei einer anderen Führung in Frankreich Deutschland auch heute noch sehr zu einer Zusammenarbeit unter Gleichberechtigten bereit sei. Diese Tendenz sei gerade in Deutschland vielleicht stärker als in irgendeinem anderen europäischen Land. Deutschland wolle nur nicht von einem anderen beherrscht werden und schon gar nicht von einem kleineren. De Gaulle werfe Deutschland vor, es sei ein Satellit der Vereinigten Staaten.[20] Darauf könne er nur erwidern, daß die Vereinigten Staaten viel zu groß seien, um Deutschland als Satelliten zu brauchen. Dies passe mit der amerikanischen Mentalität[21] überhaupt nicht zusammen. Derartige Überlegungen erschienen ganz natürlich, wenn man sie von Washington her betrachte. Angesichts des wachsenden europäischen Selbstbewußtseins erschienen sie leider nicht so natürlich, da Europa sich für stärker halte, als es tatsächlich sei. Für ihn sei erschütternd, daß Chruschtschow und de Gaulle gleichzeitig gegen die MLF Stellung bezogen hätten.[22] Das Schlagwort „Ami go home" sei von den Kommunisten erfunden, de Gaulle aber verfolge diese Politik. Natürlich habe de Gaulle eine andere Vorstellung von Europa, die von

[19] Zu den Modalitäten für einen Einsatz der MLF und zum Vetorecht der USA vgl. zuletzt Dok. 339.

[20] Eine entsprechende Andeutung machte der französische Staatspräsident zuletzt in seiner Rede am 22. November 1964 in Straßburg. Vgl. dazu Dok. 350, Anm. 5.

[21] Dieses Wort wurde von Bundesminister Schröder handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „Vitalität".

[22] Die französische Ablehnung einer multilateralen Atomstreitmacht wurde erstmals in der Pressekonferenz des Staatspräsidenten de Gaulle vom 14. Januar 1963 deutlich. Vgl. dazu Dok. 20, Anm. 6. Am 5. Februar 1963 wandte sich die UdSSR in der Note zum deutsch-französischen Vertrag vom 22. Januar 1963 nachdrücklich gegen jegliche Verfügungsgewalt der Bundesrepublik über Kernwaffen, auch im Rahmen einer multilateralen Atomstreitmacht der NATO. Für den Wortlaut vgl. DzD IV/9, S. 86–92.

deutscher Seite als falsch betrachtet werde. Deutschland halte es für notwendig, den Europäern wieder die wirklichen Machtverhältnisse klar zu machen. Dazu aber müsse Amerika viel stärker als die entscheidende Macht in Erscheinung treten. Schon Adenauer habe früher darauf bestanden, daß Amerika führen müsse.

McGeorge *Bundy* erklärte, dies liege im Interesse beider Länder.

Das Gespräch endete um 15.50 Uhr.

Ministerbüro, VS-Bd. 8512

364

Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens

St.S. 2233/64 geheim **30. November 1964**

Der französische Botschafter suchte mich heute auf und berichtete über seine letzte Unterredung mit dem Herrn Bundeskanzler folgendes:

Der Herr Bundeskanzler habe als Zeitpunkt für seinen Paris-Besuch den 15. Januar 1965 genannt.[1] Er habe im übrigen erklärt, daß, falls es zu einer Lösung der Getreidepreisfrage in Brüssel komme[2], er fest erwarte und damit rechne, daß anschließend auch Fortschritte in der Frage der politischen Einigung Europas gemacht würden.

Zur Rede des Generals de Gaulle in Straßburg[3] habe der Herr Bundeskanzler gesagt, er schätze und würdige sie.

Die MLF sei nur gestreift worden. Botschafter de Margerie habe auf die zunehmenden Widerstände gegen das Projekt hingewiesen und dem Herrn Bundeskanzler inzwischen auch die Reden von Norstad, Lord Kennet, Außenminister Martin und dem holländischen Berichterstatter in der WEU[4] übersandt[5], die sich alle gegen das Projekt ausgesprochen hätten.

Ich sagte, der Botschafter möge sich nicht täuschen; die Bundesregierung halte an dem Projekt weiter fest. Diese Frage würde uns noch beschäftigen.

[1] Zu den Überlegungen für einen Besuch des Bundeskanzlers Erhard in Paris vgl. zuletzt Dok. 355. Vgl. die Gespräche des Bundeskanzlers Erhard mit Staatspräsident de Gaulle und die deutsch-französischen Regierungsbesprechungen am 19./20. Januar 1965 in Rambouillet; AAPD 1965.

[2] Zu den Beratungen des EWG-Ministerrats am 1. Dezember 1964 über die Regelung des gemeinsamen Getreidepreises vgl. Dok. 358, Anm. 18.

[3] Zur Rede vom 22. November 1964 vgl. Dok. 350, Anm. 5, und Dok. 359, Anm. 3.

[4] A.E.M. Duynstee war Berichterstatter des Verteidigungsausschusses der WEU-Versammlung.

[5] Die Wörter „WEU übersandt" wurden von Bundesminister Schröder hervorgehoben. Dazu handschriftlicher Vermerk: „Als ob wir die nicht kennten!"

Ich berichtete sodann dem Botschafter über die Reise des Herrn Ministers nach Amerika[6] und hob insbesondere zwei Punkte hervor:

In der Frage der MLF seien wir und die Amerikaner uns einig. Insbesondere hielten wir an dem Projekt einer schwimmenden Überwasserstreitkraft fest.

In der Deutschland-Frage habe der Herr Minister in Washington die Möglichkeit einer neuen Initiative mit dem Ziel der Schaffung eines Vier-Mächte-Gremiums (Sowjetunion plus drei Westmächte) erörtert.

Zu der gleichen Frage würden wir bei den Zusammenkünften der vier Westmächte am 12. und 14. Dezember in Paris Stellung nehmen.[7]

Hiermit dem Herrn Minister[8] vorgelegt.

Carstens

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 419

365

Botschafter Freiherr von Mirbach, z. Z. Nikosia, an das Auswärtige Amt

Z B 6-1/9278/64 VS-vertraulich **Aufgabe: 30. November 1964, 17.40 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 98 **Ankunft: 30. November 1964, 21.44 Uhr**
Citissime mit Vorrang

Unterstützt von Botschafter Koenig hatte ich heute erste Unterredung mit Makarios.[2] Ich hinwies eingangs, daß zyprische Regierung im Verhältnis zu SBZ Tatbestände geschaffen habe, die außerordentlich gefährliche Rückwirkungen auf unser Verhältnis zu Zypern haben könnten. Im November abgeschlossenes Handelsabkommen Zypern/SBZ[3] sei als Regierungsabkommen anzusehen und könne wegen des im gegenseitigen Briefwechsel gebrauchten Ausdrucks „acting on behalf of the government" gemäß Völkerrecht als De-facto-Anerkennung der SBZ gewertet werden. Abkommen sei reines Politikum und habe wegen Geringfügigkeit Handelsaustausches mit SBZ keinerlei kommerziellen Wert. Hingegen seien wir am Import nach Zypern mit acht Prozent und am Export mit 16 Prozent beteiligt, was erheblichen Aktivsaldo für zypri-

6 Zu den Konsultationen des Bundesministers Schröder vom 22. bis 27. November 1964 in Washington vgl. Dok. 353, Dok. 360, Dok. 361 und Dok. 363.

7 Vgl. dazu Dok. 387, besonders Anm. 4 und 5.

8 Hat Bundesminister Schröder am 1. Dezember 1964 vorgelegen.

1 Hat Staatssekretär Carstens am 1. Dezember 1964 vorgelegen.

2 Botschafter Freiherr von Mirbach hielt sich vom 28. November bis 5. Dezember 1964 in Nikosia auf. Zur Vorgeschichte seiner Entsendung vgl. Dok. 349.

3 Zum Abkommen vom 7. November 1964 vgl. Dok. 349, Anm. 5.

sche Handelsbilanz bedeute.[4] Noch gefährlicher als dieser Tatbestand sei aber uns zu Ohren gekommene Absicht zyprischer Regierung, Austausch von Handelsvertretungen mit SBZ vorzunehmen.[5] Wir hätten gegen Handel Zypern/SBZ nichts einzuwenden, da wir keinen Handelskrieg führen. Dies müsse aber nicht in ständige Vertretung SBZ-Regimes in Zypern ausarten.[6] Kein europäisches Land habe eine SBZ-Handelsvertretung, sondern höchstens Handelskammervertretung.[7] Hinweis darauf, daß derartige SBZ-Vertretungen kurz nach Errichtung durch Handel gezogene Grenzen überschritten und zu handfester kommunistischer Propaganda übergingen, was eine Kette für Zypern höchst unerfreulicher Gegenmaßnahmen von unserer Seite zur Folge hätte. Ich bezog mich auf Erklärungen von Makarios anläßlich Deutschlandaufenthalt, in Belgrad und Kairo über Wiedervereinigung und Selbstbestimmungsrecht[8] und äußerte, daß jetzt von Zypern geschaffene Tatbestände mit diesen Prinzipien in Widerspruch stünden. Abschließend warnte ich Makarios, eine Situation zu schaffen, die uns zwingen könnte, Schritte der zyprischen Regierung als unerwünschte Einmischung in deutsche Angelegenheiten zu betrachten, und die zwangsläufig eine Überprüfung unserer politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu Zypern nach sich ziehen müßte.

In seiner Antwort kam Makarios hauptsächlich auf die aus der früheren Berichterstattung von Botschafter Koenig bekannten Argumente (Pression rus-

[4] Dazu teilte Staatssekretär Carstens am 22. Oktober 1964 – vor Abschluß des Handelabkommens zwischen Zypern und der DDR – der Botschaft in Nikosia mit: „Regierungsabkommen ist angesichts minimalen Handelsvolumens Zyperns mit SBZ selbst bei Versprechen gewisser Steigerung nicht notwendig. Während 1963 Bundesrepublik Deutschland an zyprischer Einfuhr mit 8% und zyprischer Ausfuhr mit 16% beteiligt [ist], beträgt SBZ-Volumen nur 1/54 bzw. 1/25 dieser Prozentsätze. Abkommen würde daher allein den politischen Interessen Pankows dienen." Vgl. Abteilung I (I A 4), VS-Bd. 49; B 150, Aktenkopien 1964.

[5] Vgl. dazu Dok. 349, Anm. 7.

[6] Dazu konstatierte Staatssekretär Lahr am 21. November 1964: „Wir haben uns bisher in keinem Fall gegen einen Warenverkehr zwischen der SBZ und einem ausländischen Staat gewandt. Auch für die Zukunft besteht kein Anlaß – und vor allem wohl auch keine Möglichkeit – dies zu tun. Daraus ergibt sich unvermeidlicherweise, daß wir handelspolitische Kontakte zwischen SBZ-Behörden und ausländischen Staaten dulden. Das gilt sowohl für den Abschluß handelspolitischer Vereinbarungen wie – notfalls – die Schaffung von Organen zur Durchführung des Warenverkehrs. Wir müssen aber dahin wirken, daß solche Kontakte so informell wie möglich sind ... Wenn wir den Eindruck gewinnen, daß eine Regierung eine SBZ-Vertretung bei sich zu haben wünscht, ist es dann wohl richtiger, sie auf die Kammervertretung hinzulenken, als es auf eine Konfliktsituation in Verbindung mit der Errichtung einer offiziellen Handelsvertretung ankommen zu lassen." Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 425; B 150, Aktenkopien 1964.

[7] Vertretungen der Kammer für Außenhandel der DDR bestanden in Belgien, Dänemark, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Island, Italien, den Niederlanden, Norwegen, Österreich, Schweden und der Türkei. Vgl. dazu DOKUMENTE ZUR AUSSENPOLITIK DER DDR XII, S. 1116f.

[8] Während der Konferenz der blockfreien Staaten vom 1. bis 6. September 1961 in Belgrad sprach sich der zyprische Präsident für eine Wiedervereinigung Deutschlands aus und trat für eine Volksbefragung unter Aufsicht der UNO ein. Vgl. dazu den Nachrichtenspiegel des Presse- und Informationsamtes vom 4. September 1961; Referat 700, Bd. 758.
Zur Bekräftigung des Selbstbestimmungsrechts für Deutschland anläßlich des Staatsbesuchs vom 21. bis 28. Mai 1962 in der Bundesrepublik vgl. BULLETIN 1962, S. 847.
Auf der Konferenz der blockfreien Staaten vom 5. bis 10. Oktober 1964 in Kairo erklärte Makarios, „daß die Wiedervereinigung der als Folge des Zweiten Weltkrieges geteilten Nationen auf dem Wege des Selbstbestimmungsrechts erzielt werden müsse". Für den Drahtbericht des Botschafters Federer, Kairo, vom 9. Oktober 1964 vgl. Referat I B 4, Bd. 96.

sischen Botschafters[9], Notwendigkeit Handelsaustauschs, Vorbild SBZ-Handelsvertretungen in anderen Ländern) zurück. Er werde Prinzip der diplomatischen Anerkennung allein der Bundesrepublik Deutschland nicht ändern, er werde auch keine zyprische Handelsvertretung in Ostberlin errichten. Im Verlauf der Unterhaltung ließ er scheinheilig durchblicken, ob denn Botschafter Koenig nicht den Brief kenne, den er wegen Errichtung einer SBZ-Handelsvertretung selbst verfaßt und an seinerzeit hier anwesenden SBZ-Vertreter gerichtet habe. Wir benutzten diese Verheimlichung, um Einsicht in das Schriftstück zu fordern, was er uns zusagte. Als Makarios zu seiner Rechtfertigung auch noch bemerkte, daß er in diesem Schreiben nichts von dem Recht einer Visaerteilung an SBZ-Handelsvertretung erwähnt habe, erklärte ich, daß solche Zuerkennung konsularischer Rechte die Situation endgültig verschlechtern würde. Derartige Maßnahmen zyprischer Regierung könnten unweigerlich von unserer Seite Schritte wie Stop Entwicklungshilfe, Hermesbürgschaften oder Stipendien für 65 nach sich ziehen.[10] Botschafter Koenig und ich haben alsdann so eindringlich auf Makarios eingeredet und ihm Gedanken einer SBZ-Kammervertretung nahegelegt, daß Makarios schwankend zu werden schien und mehrfach äußerte, er habe wohl einen Fehler begangen und stehe nun aus Prestigegründen vor schwieriger Frage, wie diesen ungeschehen zu machen. Er bat uns abschließend, Angelegenheit eingehend mit Handels- und derzeit stellvertretendem Außenminister Araouzos zu besprechen und nach Wegen zu suchen, wie man aus dieser Klemme herauskommen könne. Wir verabredeten neue Besprechung für Mittwoch, 2. Dezember, vormittags.

Im Gespräch mit Araouzos habe ich gleiche Argumente wie bei vorausgegangener Unterredung mit Makarios verwandt, nur schärfer in der politischen Betonung und in der Hervorhebung der wirtschaftlichen Nachteile für Zypern. Araouzos verteidigte seine Position mehrfach mit dem Hinweis, daß den SBZ-Vertretern mündlich und schriftlich mitgeteilt worden sei, daß mit dem Abschluß eines Handelsvertrages und der Zulassung einer Handelsvertretung unter keinen Umständen die (von der SBZ geforderte) diplomatische Anerkennung oder Zuerkennung diplomatischer Vorrechte verbunden werden könne. Auf unser Verlangen gab er schließlich Botschafter Koenig und mir Kopie eines Schreibens, das der Generaldirektor des Außenministeriums am 30. Oktober des Jahres an den SBZ-Vertreter Dr. Oeser gerichtet hat.[11] In diesem wird unter anderem mitgeteilt, daß „for enabling the trade mission to carry out more effectively its task for the promotion and development of trade tourism and communication between your country and Cyprus, the following facilities will be accorded to the mission". Unter den „facilities" wird für den Leiter der Handelsmission Freiheit von Verhaftung, Durchsuchung seiner Person, seines Büros zugesichert und ferner das Recht zugesprochen, Dokumente zu legali-

[9] Pawel K. Jermoschin.

[10] Zur Kapital- und Entwicklungshilfe der Bundesrepublik für Zypern vgl. Dok. 349, Anm. 8 und 9. Für 1965 waren Stipendien zur Ausbildung von 15 zyprischen Praktikanten vorgesehen. Vgl. dazu eine Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Brückmann, die am 26. November 1964 an Ministerialdirektor Jansen geleitet wurde; Referat I A 4, Bd. 294.

[11] Für den Wortlaut des Schreibens des Abteilungsleiters im zyprischen Außenministerium, Pelaghias, vgl. Referat I A 4, Bd. 294.

sieren, welche für die Durchführung der Handelsmission notwendig sind. Ich habe darauf sofort entgegnet, daß es sich hier ganz klar um die Zuerkennung konsularischer Vorrechte handele, die von der SBZ als Herstellung konsularischer Beziehungen frisiert würde, und daß die zyprische Regierung mit diesem Dokument ganz nahe bevor einer De-jure-Anerkennung der SBZ stehe. Im übrigen habe ich mich heftig darüber beschwert, daß die Abfassung eines solchen Schreibens nicht vorher mit Botschafter Koenig diskutiert worden sei; hieraus scheine mir der Wille der zyprischen Regierung, diese Angelegenheit vor uns zu verheimlichen, klar hervorzugehen. Botschafter Koenig und ich haben Araouzos heftigst zugesetzt und ihm schließlich die Abfassung eines neuen Schreibens nahegelegt, in dem entweder der SBZ vorgeschlagen wird, die Frage bis nach Behandlung der Zypernfrage vor den VN zurückzustellen oder zu klären, daß unter dem Ausdruck „trade mission" eine Kammervertretung der SBZ verstanden werde. Araouzos stellte Vortrag beim Staatspräsidenten und Behandlung des gesamten Themas im Ministerrat am 1. Dezember in Aussicht.

Beurteilung: Makarios hat sich zu dem Schritt einer SBZ-Handelsvertretung nicht nur aus Ärger über Angriffe durch die deutsche Presse, vielmehr besonders deswegen entschlossen, weil diese Zulassung nach seiner Auffassung ein Bestandteil seiner Nichtbindungspolitik ist. Auf Grund unserer Vorstellungen hat er wohl Eindruck gewonnen, daß Angelegenheit von uns ernster als erwartet aufgenommen wird und man jetzt auf zyprischer Seite in der Verlegenheit ist, wie aus den Schwierigkeiten herauszukommen.

Falls ich bis zum 2. früh keine andere Weisung erhalte und falls die Haltung von Makarios weiter störrisch bleibt, so halte ich mich für befugt, ihm zu erklären, daß nunmehr alle technischen und finanziellen Entwicklungshilfen von uns eingestellt würden, Hermesbürgschaften und die Erteilung von Stipendien für 65 gestoppt würden und daß Botschafter Koenig zurückgezogen werde.[12]

[gez.] Mirbach

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 420

[12] Am 1. Dezember 1964 bestätigte Staatssekretär Carstens das beabsichtigte Vorgehen. Für den Fall eines Einlenkens des zyprischen Präsidenten im Sinne der Einrichtung einer Handelskammervertretung der DDR sollte Botschafter Freiherr von Mirbach auf schriftliche Zusicherungen drängen: „Zyprische Regierung müßte sich darin verpflichten, keinerlei Funktionen und Attribute einer Regierungsvertretung für die SBZ zuzulassen." Für die Drahterlasse vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 420, bzw. Abteilung I (I A 4), VS-Bd. 59; B 150, Aktenkopien 1964.
Am 3. Dezember 1964 ergänzte Carstens die Weisung dahingehend, daß eine Sperrung staatlicher Kreditbürgschaften (Hermes-Bürgschaften) nicht angedroht werden solle. Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 420; B 150, Aktenkopien 1964.
Nachdem die zweite Demarche bei Präsident Makarios am 2. Dezember 1964 gleichfalls ohne Ergebnis geblieben war, gelang es nach weiteren Interventionen, die Herabstufung der geplanten DDR-Vertretung in Zypern auf eine Handelskammervertretung zu erreichen. Vgl. dazu die Drahtberichte von Mirbach vom 2. und 5. Dezember sowie den Drahterlaß des Ministerialdirektors Jansen vom 8. Dezember 1964; Abteilung I (I A 4), VS-Bd. 59; B 150, Aktenkopien 1964. Vgl. dazu ferner den Bericht des Botschafters Koenig, Nikosia, vom 12. Dezember 1964; Referat I A 4, Bd. 294.

366

Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens

St.S. 2248/64 geheim **1. Dezember 1964**

Betr.: Mein heutiges Frühstück mit den drei westlichen Botschaftern[1]

1) Erzwungener Geldwechsel an der Zonengrenze[2]

Die Botschafter wollten wissen, welche Maßnahmen wir ergreifen würden.

Ich sagte, ich könnte noch nichts Definitives sagen, doch nähme ich an, daß wir wohl über den Interzonenhandelkanal Einspruch erheben würden.

Botschafter Roberts sagte, er warne davor, im Interzonenhandel Gegenmaßnahmen zu ergreifen, da doch der Interzonenhandel ein Druckmittel für die Freihaltung des Berlinverkehrs sein solle.

Ich antwortete, ich teilte diese Ansicht.

Wir erörterten sodann die Frage, ob die drei Westmächte bei Abrassimow protestieren sollten. Ein Entwurf liegt vor[3], der mir brauchbar erscheint. Es war jedoch klar, daß die Westmächte, besonders die Engländer, es gern sehen würden, daß auch wir etwas täten.

Ich habe Herrn Ruete fernmündlich unterrichtet und ihn außerdem gebeten, die Alliierten umgehend über das Ergebnis der heutigen Staatssekretärsbesprechung zu unterrichten.[4]

2) Lietzenburgerstraße[5]

Die Engländer möchten sich mit einer Wiederherstellung des Gebäudes und mit einer Vermietung (jedoch nicht an sowjetische Dienststellen) einverstanden erklären. Sie wollen den Abschluß jedes Mietvertrages von ihrer Genehmigung abhängig machen. Sie bitten dazu um Zustimmung.

[1] George C. McGhee, Frank K. Roberts und Roland de Margerie.

[2] Mit Wirkung vom 1. Dezember 1964 wurde bei der Einreise in die DDR ein Mindestumtausch in Höhe von fünf DM für Besucher aus der Bundesrepublik und dem westlichen Ausland sowie drei DM für Bewohner von Berlin (West) eingeführt. Für den Wortlaut der Anordnung des Finanzministeriums der DDR vom 25. November 1964 vgl. DzD IV/10, S. 1143 f.

[3] Dem Vorgang nicht beigefügt.

[4] Dazu vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Oncken am 3. Dezember 1964 handschriftlich, daß die Botschaften der drei Westmächte informiert worden seien.
In der Staatssekretärbesprechung vom 1. Dezember 1964 wurde beschlossen, hinsichtlich des Mindestumtauschs einen Protest der Bundesregierung vorzubereiten und die drei Westmächte gleichfalls um entsprechende Interventionen zu bitten. Der Interzonenhandel sollte unberührt bleiben, jedoch zusätzlichen Wünschen der DDR nicht entsprochen werden. Für die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Ruete vom 3. Dezember 1964 vgl. Abteilung II (II 1), VS-Bd. 17; B 150, Aktenkopien 1964.
Am 7. Dezember 1964 richteten die Botschafter der drei Westmächte gleichlautende Protestschreiben an den sowjetischen Botschafter in Ost-Berlin, Abrassimow. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1965, Z 3.

[5] Das im britischen Sektor von Berlin (West) im Stadtteil Charlottenburg gelegene Gebäude Lietzenburgerstraße 11 befand sich in sowjetischem Besitz.

Die Amerikaner und Franzosen scheinen einverstanden zu sein.

Ich habe erklärt, wir müßten zunächst mit Berlin Fühlung nehmen.

Ich bitte Abteilung II, mit Berlin Fühlung zu nehmen, und zwar mit dem Ziel, daß auch wir zustimmen.[6]

3) Moskauer Teststoppabkommen[7]

Ich unterrichtete die drei Botschafter, daß die Sowjets die Entgegennahme der Ratifikationsurkunde abgelehnt hätten.[8]

4) Westliche Initiative in der Deutschland-Frage

Ich unterrichtete die drei Botschafter darüber, daß wir am 12. und 14. Dezember 1964 in Paris voraussichtlich anregen würden, den Sowjets die Bildung eines Vier-Mächte-Gremiums (Sowjetunion plus drei Westmächte) zur weiteren Behandlung der Deutschland-Frage vorzuschlagen.[9]

5) Direktflüge von Berlin nach England

Die Sowjets haben erneut eine Note gesandt[10], die als maßvoll bezeichnet wird.

Die Westmächte überlegen, ob sie nochmals antworten oder einfach weiter fliegen sollen.

6) Kulturelle Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Berlin

Auf Bitten von Botschafter Roberts erläuterte ich, warum der sowjetische Pianist Richter in Berlin nicht aufgetreten sei.[11] Es habe sich um eine sogenannte

[6] Dazu vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Oncken am 3. Dezember 1964 handschriftlich, die Vertretung des Landes Berlin beim Bund sei unterrichtet worden.
Am 17. Dezember 1964 informierte Vortragender Legationsrat I. Klasse Schwarzmann, Dienststelle Berlin, der Senat von Berlin bevorzuge einen Ankauf des Grundstücks. Sollte die sowjetische Seite dazu nicht bereit sein, wäre er auch mit einer Vermietung einverstanden, würde sich jedoch die Modalitäten vorbehalten. Vgl. Abteilung II (II 1), VS-Bd. 18; B 150, Aktenkopien 1964.

[7] Für den Wortlaut des Teststopp-Abkommens vom 5. August 1963 vgl. DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1963, S. 291–293.

[8] Am 28. November 1964 wurde Botschafter Groepper, Moskau, durch den sowjetischen Stellvertretenden Außenminister Semjonow mitgeteilt, daß die beabsichtigte Hinterlegung der Ratifizierungsurkunde abgelehnt werde, weil jene „in Verletzung der allgemein anerkannten Völkerrechtsnormen abgefaßt sei. Die Regierung der BRD suche in diesem Dokument ihre widerrechtlichen Ansprüche auf West-Berlin geltend zu machen." Für die Erklärung des sowjetischen Außenministeriums vgl. DzD IV/10, S. 1149f. Vgl. dazu auch die Erklärung der Bundesregierung vom 30. November 1964; BULLETIN 1964, S. 1625.
Zur Frage der Einbeziehung von Berlin (West) in die Ratifizierungurkunde vgl. zuletzt Dok. 250.

[9] Zu den Konsultationen mit den drei Westmächten am 12. und 14. Dezember 1964 vgl. Dok. 387, besonders Anm. 4 und 5.

[10] Nachdem sich die UdSSR bereits am 5. November 1964 gegen die Einrichtung einer direkten Flugverbindung zwischen London und Berlin (West) gewandt hatte, wurden den drei Westmächten am 28. November 1964 gleichlautende Noten übermittelt, in denen gegen die Benutzung der Luftkorridore für Linien dieser Art protestiert und jede Garantie für deren Sicherheit abgelehnt wurde. Für den Wortlaut vgl. Referat II 1, Bd. 417.
Zur sowjetischen Ablehnung von Direktfluglinen nach Berlin (West) vgl. bereits Dok. 181, Anm. 24.

[11] Am 5. Dezember 1964 hielt Legationsrat Wentker für Vortragenden Legationsrat I. Klasse Oncken fest: „Richters Auftreten in Berlin war untersagt worden, weil es sich um eine alleinige sowjetische Veranstaltung gehandelt hätte (die bilaterale Auswirkungen gehabt hätte). Demgegenüber ist das Auftreten eines anderen sowjetischen Musikers im September 1964 gestattet wor-

multilaterale Veranstaltung, d.h. um Festspiele gehandelt, an denen mehrere ausländische Nationen teilnahmen.

Aus dem weiteren Gespräch ergab sich, daß vor allem die Engländer, aber wohl auch die Amerikaner unsere Praxis in dieser Frage für falsch halten. Sie meinen, wir sollten Berlin als ein Schaufenster gegenüber dem gesamten Ostblock benutzen und so viel kulturelle Kontakte wie nur möglich herstellen.

Botschafter Roberts erklärte, er würde auf die Dauer sehr ungern alle diese Veranstaltungen verbieten, wie er es bisher mehrfach habe tun müssen.

Ich unterstrich in ziemlich kräftigen Ausdrücken, daß wir von den Sowjets die Anerkennung unserer These verlangen müssen, daß wir Berlin nach außen vertreten. Wenn die Sowjets dies nicht anerkennen wollten, werde es keine kulturellen Beziehungen, und zwar weder mit Berlin noch mit dem übrigen Bundesgebiet, geben.[12]

Es war aber deutlich, daß wir in dieser Frage demnächst mit zunehmenden Schwierigkeiten zu rechnen haben werden.

Wir sollten uns daher frühzeitig überlegen, welche Mittel wir haben, die von uns für richtig gehaltene Politik durchzusetzen. Brauchen wir dazu die Alliierten? Oder kann der Berliner Senat von sich aus unerwünschte sowjetische Kulturveranstaltungen verbieten oder den betreffenden sowjetischen Bürgern die Einreise nach Berlin verweigern?

Ich bitte die Abteilungen II, IV und V um eine gemeinsame Stellungnahme dazu.[13]

Hiermit Herrn D II[14].

Carstens

Abteilung II (II 1), VS-Bd. 57

Fortsetzung Fußnote von Seite 1419

den (Abrassimow war bei der Vorführung dabei!), weil dieses Auftreten in multilateralem Rahmen stattfand (also ungefährlich war)." Vgl. Abteilung II (II 1), VS-Bd. 58; B 150, Aktenkopien 1964.

[12] Zur Frage einer Einbeziehung von Berlin (West) in den deutsch-sowjetischen Kulturaustausch vgl. Dok. 126, besonders Anm. 14. Vgl. dazu auch Dok. 211, Anm. 5.

[13] Vortragender Legationsrat I. Klasse Oncken beauftragte am 3. Dezember 1964 handschriftlich Legationsrat Wentker mit der weiteren Veranlassung.
Mit einem von Wentker konzipierten Schreiben vom 7. Dezember 1964 bat Oncken Referat IV (ZAB), die Federführung in dieser Angelegenheit zu übernehmen. Vgl. Abteilung II (II 1), VS-Bd. 58; B 150, Aktenkopien 1964.

[14] Ministerialdirektor Krapf.
Hat Ministerialdirigent Ruete am 2. Dezember 1964 vorgelegen, der handschriftlich Referat II 1 um Rücksprache bat.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Oncken am 3. Dezember 1964 vorgelegen.

367

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Thierfelder

V 6-86.08/94.22 **3. Dezember 1964**

Betr.: Familienzusammenführung der Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben aus Rumänien

Bezug: a) Schreiben des Arbeits- und Sozialministers des Landes Nordrhein-Westfalen vom 17.11.1964[1]
b) Schriftliche Weisung des Ministerbüros vom 1. Dezember 1964 MB 1182/64[2]

I. In der Anlage wird der Durchdruck des Drahtberichts der Handelsvertretung Bukarest Nr. 53 vom 21.11.1964 an Herrn Staatssekretär Lahr sowie die Berichte der Handelsvertretung vom 21. November und 23. November 1964 vorgelegt.[3]

II. Aus der Berichterstattung ergibt sich:

1) Nach Überreichung der ersten Liste[4] haben 88 Personen die Ausreisegenehmigung erhalten; das sind etwa 18,7% der Anträge.

Der rumänische Vizeminister Macovei hat die Ausreisegenehmigungen für diese Personen dem Leiter der Handelsvertretung mit einer Liste übergeben, wobei er versicherte, daß die rumänische Regierung entschlossen sei, „bei der Lösung dieses humanitären Problems loyal mitzuarbeiten".

Graf York zieht daraus die Konsequenz, daß die Mitwirkung sich ausschließlich auf die Familienzusammenführung des Verwandtschaftsverhältnisses ersten Grades beschränkt (Bericht vom 23.11.1964).

[1] Mit Schreiben vom 17. November 1964 bat Arbeitsminister Grundmann Bundesminister Schröder, die Bemühungen um die Familienzusammenführung aus Rumänien zu verstärken. Vgl. Referat V 6, Bd. 1462.

[2] Am 1. Dezember 1964 bat Vortragender Legationsrat I. Klasse Simon die Vortragenden Legationsräte I. Klasse Luedde-Neurath und Werner um Unterrichtung über den Stand der Familienzusammenführung aus Rumänien und erläuterte: „Aus Journalistenkreisen wird geäußert, daß in Kreisen der deutsch-rumänischen Landsmannschaft das Unbehagen über die angeblich unbefriedigende Behandlung der Rückführungsfrage durch das Auswärtige Amt und die Handelsvertretung Bukarest wächst." Vgl. Referat V 6, Bd. 1462.
Zur Stellungnahme von Luedde-Neurath vgl. die Aufzeichnung vom 7. Dezember 1964; Ministerbüro, Bd. 416.

[3] Dem Vorgang beigefügt. Vgl. Referat V 6, Bd. 1462.
Mit Drahtbericht vom 21. November 1964 teilte der Leiter der Handelsvertretung in Bukarest, Graf York von Wartenburg, mit, es seien Ausreisegenehmigungen für 32 deutschstämmige Familien erteilt worden. Er konstatierte: „Völlige Übereinstimmung mit rumänischen Behörden, Familienzusammenführung raschestens zu verwirklichen." Vgl. Referat V 6, Bd. 1462.

[4] Am 17. September 1964 übergab der Leiter der Handelsvertretung in Bukarest, Graf York von Wartenburg, dem rumänischen Stellvertretenden Außenminister Pele eine Aufstellung über insgesamt 470 Personen, für deren Aussiedlung in die Bundesrepublik eine Genehmigung erbeten wurde. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Werner vom 9. September 1964 sowie den Bericht von York vom 17. September 1964; Referat V 6, Bd. 1462.

2) Der Leiter der Handelsvertretung hat persönlich dem rumänischen Rechtsanwalt Serbanescu ein Exemplar der Liste I übergeben. Als Begründung hierfür gibt er arbeitstechnische Erleichterungen an, weil Rechtsanwalt Serbanescu nicht nur als Korrespondenzanwalt deutscher Anwälte, sondern auch im Auftrag von Einzelpersonen sich um Ausreisegenehmigungen bei der rumänischen Regierung bemüht habe (Bericht vom 21.11.1964).

Rechtsanwalt Serbanescu gilt nach Auskunft des Bundesnachrichtendienstes als ein Mann des rumänischen Staatssicherheitsdienstes.

Die Übergabe der Liste an Rechtsanwalt Serbanescu hatte zur Folge, daß eine erhöhte Unruhe unter den Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben eingetreten ist.[5] Es haben nämlich sowohl Besucher aus dem Bundesgebiet in Bukarest als auch Rumäniendeutsche dortselbst die Liste I bei Rechtsanwalt Serbanescu eingesehen und offenbar daraus den Schluß gezogen, daß sie – da ihr Name nicht enthalten war – vergessen worden sind.[6] Die Liste I war nur als eine Testliste der rumänischen Regierung übergeben worden, um ihre Reaktion zu erfahren, die nunmehr mit dem Schriftbericht vom 23. November 1964 übermittelt wurde.

III. Im gegenwärtigen Zeitpunkt bleibt zunächst nichts anderes zu tun, als dem Wunsch von Graf York zu entsprechen und möglichst noch vor Ende Dezember eine weitere, umfangreichere Liste mit Angehörigen des ersten Verwandtschaftsgrades in Bukarest zu überreichen. Diese Liste ist beim Deutschen Roten Kreuz in Arbeit und wird insbesondere alle die Fälle aufnehmen, die in den letzten Wochen durch Interventionen von Bundestagsabgeordneten und anderen Kreisen an das Auswärtige Amt und das Deutsche Rote Kreuz herangetragen worden sind.[7]

Für die weitere Behandlung, insbesondere der nicht unter den ersten Verwandtschaftsgrad fallenden Ausreisewilligen, für die bereits Einreisegenehmigungen in der Bundesrepublik Deutschland vorliegen, wird ein neuer Weg beschritten werden müssen. Bereits vor einem Jahr sind sich die zuständigen Ressorts darin einig geworden, daß für diesen Personenkreis ein außerordent-

[5] Dieser Satz wurde von Staatssekretär Carstens hervorgehoben. Dazu handschriftliche Bemerkung: „Ich werde dieserhalb an Graf York schreiben."
Am 10. Dezember 1964 informierte Carstens den Leiter der Handelsvertretung in Bukarest: „Diese Beunruhigung hätte vermieden werden können, wenn Sie Ihre Absicht, die Liste an Herrn Serbanescu weiterzugeben, rechtzeitig dem Auswärtigen Amt mitgeteilt und um Weisung hierzu gebeten hätten. Das Amt hätte der Weitergabe der Liste widersprochen. Auf jeden Fall bitte ich Sie dringend, falls eine neue Liste zusammengestellt wird, diese weder dem genannten Anwalt noch anderen dritten Personen zugänglich zu machen." Vgl. Referat V 6, Bd. 1462.

[6] Der Vorsitzende der Landsmannschaft der Siebenbürger Sachsen, Plesch, wandte sich am 10. November 1964 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Werner und kritisierte die Weitergabe der Aussiedlerliste: „Die Möglichkeiten des Herrn Serbanescu, in der Familienzusammenführung etwas zu tun, waren zumindestens bisher äußerst begrenzt, er wird von uns lediglich als ‚Postbote' beurteilt. Außerdem erscheint es mir nicht richtig, daß diese Liste von Herrn Serbanescu Besuchsreisenden zur Einsichtnahme vorgelegt wird. Da diese Liste, wie die Besuchsreisenden feststellen konnten, nur 470 Personen enthält, löst sie in der Heimat großen Unmut aus." Für das Schreiben vgl. Referat V 6, Bd. 1462.

[7] Am 23. Dezember 1964 übermittelte das Deutsche Rote Kreuz eine Aufstellung über 877 Personen, für deren Aussiedlung in die Bundesrepublik bei der rumänischen Regierung um Genehmigung gebeten werden sollte. Für das Begleitschreiben vgl. Referat V 6, Bd. 1462.

licher Weg, notfalls durch Leistungen finanzieller oder wirtschaftlicher Art, erschlossen werden muß.[8] Es wird nicht zu umgehen sein, die rumänische Regierung hierauf direkt anzusprechen.

Es scheint zweckmäßig, unsere Handelsvertretung in Bukarest mit diesem Teil der Aktion mindestens zunächst nicht zu befassen. Dieses Gespräch sollte mit der rumänischen Handelsvertretung in Frankfurt/Main aufgenommen werden, deren Vertreter bereits zweimal in dieser Sache an das Auswärtige Amt herangetreten sind.[9] Auch im Hinblick auf die Haltung der Landsmannschaften und der Flüchtlingsverbände sind diese Gespräche, die zunächst nur sondierenden Charakter haben sollen, unvermeidlich.

Der Entwurf eines Antwortschreibens an Herrn Minister Grundmann wird ebenfalls mit vorgelegt.[10]

Hiermit über Herrn Staatssekretär[11] Herrn Bundesminister vorgelegt.

Thierfelder

Referat V 6, Bd. 1462

[8] Am 25. November 1963 hielt Staatssekretär Carstens fest, er habe Bundesminister Dahlgrün vorgeschlagen, einen Betrag von 100 Mio. DM zum Zweck der Rückführung von Rumänien-Deutschen vorzusehen. Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 439; B 150, Aktenkopien 1963.

[9] Entsprechende Kontakte fanden am 28. August und am 6. Oktober 1964 statt. Dazu hielt Ministerialdirigent Meyer-Lindenberg am 17. Oktober 1964 fest: „Aus beiden Gesprächen ergibt sich, daß die rumänische Seite über den Umfang der deutschen Wünsche und Absichten hinsichtlich der Familienzusammenführung von Deutschen aus Rumänien im Zweifel ist. Die Rumänen erwarten offenbar bei Zugeständnissen hinsichtlich der Familienzusammenführung wirtschaftliche Konzessionen." Vgl. Referat V 6, Bd. 1462.

[10] Dem Vorgang beigefügt. Mit dem Schreiben, das am 16. Dezember 1964 abgesandt wurde, informierte Staatssekretär Carstens stellvertretend für Bundesminister Schröder über den Stand der Familienzusammenführung aus Rumänien und wies auf die notwendige Behutsamkeit bei der Fortsetzung der Bemühungen hin. Vgl. Referat V 6, Bd. 1462.

[11] Hat Staatssekretär Carstens am 4. Dezember 1964 vorgelegen.

368

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jansen

I A 1-80.00/1568/64 geheim **3. Dezember 1964**

Betr.: Europäische politische Einigung;
hier: Vorschläge der italienischen Regierung vom 26. November 1964[1]

Bezug: Handschriftliche Weisung des Herrn Staatssekretärs I auf Fernschreiben Nr. 717 vom 27. November 1964 der Botschaft Rom[2]

Am 26. November 1964 übergab Außenminister Saragat Botschafter Blankenhorn die Vorschläge der italienischen Regierung für eine europäische politische Zusammenarbeit.

Zu den Vorschlägen wird folgendes bemerkt:

I. Gliederung der Vorschläge

II. Organisatorische Struktur der Zusammenarbeit

III. Aufgabe der Zusammenarbeit

IV. Verhältnis der europäischen politischen Zusammenarbeit zur Atlantischen Allianz

V. Verhältnis der europäischen politischen Zusammenarbeit zu den Europäischen Gemeinschaften

VI. Verhältnis der europäischen politischen Zusammenarbeit zu Großbritannien

VII. Weiteres Verfahren

VIII. Zusammenfassung

I. Gliederung der Vorschläge

1) Die Vorschläge der italienischen Regierung gliedern sich in zwei Teile:

– eine Deklaration der Staats- und Regierungschefs der sechs EWG-Staaten, die ähnlich der Erklärung vom 18. Juli 1961 in Bonn[3] eine Grundsatzerklärung darstellt;

– einen Beschluß der Staats- und Regierungschefs der sechs EWG-Staaten über die praktischen Maßnahmen für die Aufnahme einer europäischen politischen Zusammenarbeit während eines Versuchszeitraumes der Politischen Union.

[1] Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1965, D 8–11.

[2] Mit Drahtbericht vom 27. November 1964 übermittelte Botschafter Blankenhorn, Rom, den Wortlaut der italienischen Vorschläge. Staatssekretär Carstens bat Abteilung I um eine Analyse. Vgl. Abteilung I (I A 1), VS-Bd. 132; B 150, Aktenkopien 1964.

[3] Für den Wortlaut der zum Abschluß einer Konferenz der Regierungschefs der EWG-Staaten am 18. Juli 1961 veröffentlichten „Bonner Erklärung" vgl. BULLETIN 1961, S. 1289.

2) Im Unterschied zu den deutschen Vorschlägen[4] und zu den Vorschlägen des belgischen Außenministers Spaak[5] hält man es auf italienischer Seite offenbar für zweckmäßiger, weniger formell zu beginnen und der Zusammenarbeit in der ersten Phase eine Deklaration sowie einen Beschluß der sechs Staats- und Regierungschefs und nicht ein Übereinkommen zwischen den sechs Regierungen zugrunde zu legen.

Ähnlich haben auch die Franzosen auf unsere Vorschläge reagiert.[6] Zwar liegt eine endgültige, vom französischen Außenminister[7] gebilligte Stellungnahme noch nicht vor. In den Besprechungen, die hierüber bereits stattgefunden haben, hat sich jedoch gezeigt, daß man auch auf französischer Seite mehr einem formloseren Beginn zuneigt.

Maßgebend für unseren Vorschlag eines Übereinkommens zwischen den sechs Regierungen war die Überlegung, die Regierungen in einer verbindlicheren Form zu verpflichten. Wir wollten vermeiden, daß erneut ein nur formloser Beschluß über regelmäßige Konsultationen gefaßt wird, da sich in der Praxis gezeigt hat, daß die ebenfalls formlosen Beschlüsse vom 23. November 1959[8] und 18. Juli 1961 von den Regierungen schließlich nicht mehr respektiert wurden. Allerdings werden Wert und Bestand von Abmachungen – welche Form auch immer man für sie wählt – letztlich von dem politischen Willen abhängen. Die Form wird hierbei immer nur ein Hilfsmittel sein können. Wir könnten uns deshalb zu gegebener Zeit zu einem gewissen Nachgeben in diesem Punkt bereitfinden, wenn man auf unsere Vorstellungen in materieller Hinsicht eingehen sollte. Zunächst sollten wir jedoch an unserem Vorschlag eines Regierungsübereinkommens festhalten.

3) Dem Inhalt der vorgeschlagenen Deklaration wird sich grundsätzlich zustimmen lassen, soweit es sich um die Grundsätze zur politischen Einigung handelt. Die Absätze über die Kennedy-Runde, die unmittelbaren Wahlen zum Europäischen Parlament und die Verstärkung seiner Kontrollrechte[9] sollten dagegen fortfallen, da diese Fragen im Rahmen der Europäischen Gemeinschaften behandelt werden. Insgesamt wäre die Deklaration zu straffen und

[4] Für den Wortlaut der Europa-Initiative der Bundesregierung vom 4. November 1964 vgl. BULLETIN 1964, S. 1535–1539.

[5] Zu den Vorstellungen des belgischen Außenministers hinsichtlich einer Intensivierung der europäischen politischen Zusammenarbeit vgl. Dok. 197, Dok. 198 und Dok. 244, besonders Anm. 17.

[6] Zur französischen Bewertung der Europa-Initiative der Bundesregierung vom 4. November 1964 vgl. Dok. 344.

[7] Maurice Couve de Murville.

[8] Vgl. dazu Dok. 266, Anm. 18.

[9] Unter Ziffer 7 der vorgeschlagenen Erklärung der Staats- und Regierungschefs der EWG-Staaten wurden u.a. folgende Aufgaben als vorrangig genannt: „durch einen positiven Abschluß der Kennedy-Runde die Ausweitung des Welthandels, eine harmonische Entwicklung des innereuropäischen Handels und die Entwicklung engerer und ausgeglichenerer Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Gemeinschaft und den Vereinigten Staaten zu fördern; ... die erforderlichen Maßnahmen zu prüfen, um die Wahl der Mitglieder des Europäischen Parlaments ... aufgrund allgemeiner Wahlen durchzuführen; gleichzeitig mit der Verschmelzung der drei jetzigen Gemeinschaften die Befugnisse des Europäischen Parlaments zu stärken, indem ihm im besonderen die Kontrolle über die Ressourcen der Gemeinschaft übertragen wird, soweit sie nach und nach den nationalen Parlamenten entzogen wird, um so zu einer fortschreitenden Demokratisierung der Gemeinschaftsorgane beizutragen." Vgl. EUROPA-ARCHIV 1965, D 9.

politisch wirkungsvoller zu formulieren. Im einzelnen sollten wir uns deshalb in unserer Stellungnahme noch nicht festlegen.

Politisch nicht sehr zweckmäßig ist es, die erste Phase der Zusammenarbeit als „Versuchszeitraum der Politischen Union" (Période expérimentale de l'union politique) zu bezeichnen. Eine derart distanzierte und unverbindliche Beschreibung dieses Zeitraumes könnte den Eindruck erwecken, daß die Aufnahme der politischen Zusammenarbeit nur ein „Experiment" sei, das man wieder aufgeben werde, wenn es nicht gelingen sollte. Bei aller Bereitschaft zu einem pragmatischen Vorgehen sollten wir jedoch keinen Zweifel daran lassen, daß wir zur politischen Einigung Europas entschlossen sind und daß die von uns angestrebte Zusammenarbeit den ersten Schritt auf diesem Wege darstellt. Es sollte deshalb besser entsprechend unseren Vorschlägen von einer „vorbereitenden Phase" gesprochen werden.[10]

II. Organisatorische Struktur der Zusammenarbeit

1) Auch die italienische Regierung sieht in ihren Vorschlägen davon ab, der Zusammenarbeit in der ersten Phase bereits einen festen institutionellen Rahmen zu geben. Folgendes schlägt sie vor:

a) Regelmäßige Begegnungen der Staats- und Regierungschefs (mindestens einmal im Jahr oder häufiger, soweit die Entwicklung es erfordert);

b) vierteljährliche Konferenzen der Außenminister, an denen gegebenenfalls die Minister für Unterricht, Kultur und wissenschaftliche Forschung teilnehmen;

c) Bildung einer Politischen Kommission aus Regierungsvertretern,

– deren Aufgabe es ist, die Konsultationen der Staats- und Regierungschefs sowie der Minister vorzubereiten und zur Ausarbeitung der „gemeinsamen Politiken" beizutragen, und

– der ein Sekretariat zur Verfügung steht, hinsichtlich dessen Organisation und Zusammensetzung man sich von den in Ziffer 2 der Entschließung des Europäischen Parlaments vom 21. Dezember 1961 enthaltenen Grundsätzen leiten lassen könne. (Diese Grundsätze sind u.a. Unabhängigkeit des Generalsekretärs von den Regierungen, Rücktrittsverpflichtung im Falle eines Mißtrauensvotums des Europäischen Parlaments, Initiativbefugnis.)[11]

[10] In der Vorbemerkung zur Europa-Initiative vom 4. November 1964 erklärte die Bundesregierung: „Weiterreichenden Bemühungen sollte eine Phase der Vorbereitung vorangestellt werden, die es gestattet, an die bisherigen Erkenntnisse anknüpfend, in ausreichender Zeit neue Lösungen zu suchen und die in der Vorbereitungsphase gewonnenen Erfahrungen zu verwerten." Vgl. BULLETIN 1964, S. 1535.

[11] Der entsprechende Passus der Entschließung lautete: „Das Parlament ist dagegen überzeugt, daß die Ernennung eines von den Regierungen unabhängigen Generalsekretärs, der seine Mitarbeiter frei auswählt, einen positiven Faktor in der Struktur der Union bedeuten wird, vorausgesetzt, daß seine Aufgaben genau festgelegt sind. Der Generalsekretär müßte vor allem mit der Ausführung der Beschlüsse des Rates betraut werden. Er müßte ferner ständig die Aufgabe haben, das Parlament über den Fortgang dieser Ausführung in der Zeit zwischen den Jahresberichten des Rates an das Parlament zu unterrichten. Dem Generalsekretär müßte auch eine Initiativbefugnis eingeräumt werden. Er ist zum Rücktritt verpflichtet, falls das Parlament einen gegen ihn gerichteten Mißtrauensantrag annimmt." Vgl. EUROPA-ARCHIV 1962, D 41.

d) Beteiligung des Europäischen Parlaments durch Festlegung einer besonderen Sitzung im Rahmen des jährlichen Kolloquiums zwischen dem Parlament und den Exekutivorganen der Europäischen Gemeinschaften. Dabei sollen die Initiativen der Regierungen zur Förderung der politischen Einigung Europas geprüft und erörtert werden, und es soll – auf der Grundlage eines Berichts der Regierungen – eine Aussprache über die großen Entwicklungslinien der politischen Probleme Europas stattfinden.

2) Die vorgeschlagenen Konsultationen zwischen den Regierungen weichen in drei Punkten von unseren Vorschlägen ab:

a) Es sind keine Konsultationen der Verteidigungsminister vorgesehen.

Verteidigungsangelegenheiten können lediglich in den Konsultationen der Staats- und Regierungschefs sowie der Außenminister in dem Umfang behandelt werden, wie dies im Hinblick auf ihre Auswirkungen auf die allgemeine Außenpolitik angebracht erscheinen könnte.

Gegen diese Regelung und für Konsultationen auch der Verteidigungsminister sprechen folgende Gründe:

– Eine außenpolitische Übereinstimmung zwischen den beteiligten europäischen Staaten läßt sich erfahrungsgemäß nur erreichen, wenn der gesamte verteidigungspolitische Bereich und nicht nur seine Auswirkungen auf die allgemeine Außenpolitik in die Konsultationen einbezogen wird; dazu bedarf es auch eines Zusammenwirkens der Verteidigungsminister;

– der angestrebte spätere Abschluß des Vertrages über die Europäische Politische Union[12] erfordert es, daß auch im Bereich der Verteidigung in der Vorbereitungsphase schon Erfahrungen gesammelt werden;

– die Einigung über die Aufnahme einer europäischen politischen Zusammenarbeit dürfte bei einer nur sehr beschränkt vorgenommenen Einbeziehung der Verteidigungspolitik in die Konsultationen kaum zu erreichen sein. Frankreich legt auf eine europäische Zusammenarbeit im Bereich der Verteidigung besonderen Wert.[13]

b) Beratungen der Minister für Unterricht, Kultur und wissenschaftliche Forschung nur als Teilnehmer an den Konsultationen der Außenminister.

Gegen diese Regelung und für selbständige regelmäßige Treffen der Minister für Unterricht, Kultur und wissenschaftliche Forschung sprechen folgende Gründe:

– Die Zuständigkeiten der Außenminister und der Minister für Unterricht, Kultur und wissenschaftliche Forschung sind so verschieden, daß gemeinsame Beratungen kaum zu nützlichen Ergebnissen führen dürften;

– eine europäische Zusammenarbeit auf den Gebieten des Unterrichts, der

[12] Der Schlußsatz der europapolitischen Vorschläge der italienischen Regierung lautete: „Spätestens am 1. Januar 1968 ... sollte man ... zum Abschluß eines Vertrags gelangen, durch den dem europäischen Einigungsprozeß auch auf allgemeinpolitischer Ebene ein institutioneller Rahmen gegeben wird." Vgl. EUROPA-ARCHIV 1965, D 11.

[13] Zu den französischen Vorstellungen hinsichtlich einer europäischen Verteidigung vgl. zuletzt Dok. 359.

Kultur und der wissenschaftlichen Forschung ist für die Verwirklichung der europäischen Einigung von so großem Wert, daß auf eingehende Beratungen zwischen den hierfür zuständigen Ministern nicht verzichtet werden sollte.

Allerdings könnte zur Wahrung der außenpolitischen Grundlinie sowohl hier als auch bei den Verteidigungsministern an eine ähnliche Regelung wie im deutsch-französischen Vertrag vom 22. Januar 1963 gedacht werden, wonach die Außenminister bei den Sitzungen der übrigen Minister vertreten sind, um die Gesamtkoordinierung der Zusammenarbeit zu gewährleisten.[14]

c) Konsultationen der Außenminister am Sitz der Europäischen Gemeinschaften, wenn es für zweckmäßig angesehen wird, Vertreter der Organe der Gemeinschaften an den Beratungen zu beteiligen.

Die italienische Regierung möchte mit dieser Bestimmung die Teilnahme der Organe der Europäischen Gemeinschaften an Beratungen der Außenminister erreichen, sofern Fragen behandelt werden, die die Gemeinschaften berühren. Offenbar denkt sie daran, das hierfür notwendige Zugeständnis Frankreichs durch das Angebot zu erreichen, daß die Sitzungen der Außenminister im allgemeinen in Paris stattfinden. Gegen die Teilnahme der Organe der Europäischen Gemeinschaften an den Sitzungen der Außenminister haben wir keine Bedenken; die Sitzfrage sollte jedoch hiermit nicht verbunden, sondern weiterhin offengelassen werden.

3) Die italienische Regierung übernimmt nicht unseren Vorschlag der Schaffung eines beratenden Ausschusses[15], der in ähnlicher Weise auch in den Anregungen des belgischen Außenministers Spaak und in der Empfehlung Nr. 104 der WEU-Versammlung[16] enthalten ist.

Sie schlägt statt dessen eine „Politische Kommission" mit einem Sekretariat vor, dessen Leiter von den Regierungen unabhängig sein soll. Weder die Politische Kommission noch der von den Regierungen unabhängige Generalsekretär können jedoch die Rolle eines Organs übernehmen, dessen Aufgabe es ist, die gemeinsamen Interessen aller beteiligten Staaten zu vertreten. Die Politische Kommission ist hierzu nicht in der Lage, weil sie aus weisungsgebundenen Regierungsvertretern zusammengesetzt ist. Der Generalsekretär dürfte nach den Erfahrungen mit einer solchen Institution in anderen Organisationen als Einzelpersönlichkeit diese Aufgabe auch nicht erfüllen können, zumal in den italienischen Vorschlägen von einem Sekretariat der Politischen Kommission, also der weisungsgebundenen Regierungsvertreter, gesprochen wird. Eine derartige Konstruktion dürfte sich nicht mit einer unabhängigen Stellung des Generalsekretärs vereinbaren lassen.

Für unseren Vorschlag eines beratenden Ausschusses war die Überlegung maßgebend, daß die europäische Integration ihre Erfolge weitgehend der Exi-

[14] Ziffer I, Abschnitt 3 des deutsch-französischen Vertrags vom 22. Januar 1963: „Zwischen den zuständigen Behörden beider Staaten finden regelmäßige Zusammenkünfte auf den Gebieten der Verteidigung, der Erziehung und der Jugendfragen statt ... Die Außenminister sind bei diesen Zusammenkünften vertreten, um die Gesamtkoordinierung der Zusammenarbeit zu gewährleisten." Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 707.

[15] Vgl. dazu Dok. 297, Anm. 12.

[16] Zum entsprechenden Passus in der Empfehlung vom 23. Juni 1964 vgl. Dok. 344, Anm. 13.

stenz von Organen verdankt, die gegenüber den Regierungen das gemeinsame Interesse zu vertreten haben. Der damit gegebene ständige Dialog zwischen den Regierungen und einem solchen Organ erleichtert die Überwindung von Meinungsverschiedenheiten und ermöglicht es den Regierungen, aufgrund der Vorschläge, die dieses Organ macht, zu konstruktiven Entscheidungen zu gelangen. Hinzu kommt, daß die in der Europäischen Bewegung gruppierten Verbände die deutschen Vorschläge zur politischen Zusammenarbeit nur unter der ausdrücklichen Bedingung zu unterstützen bereit sind, wenn ein von den Regierungen unabhängiges Organ geschaffen wird.

Wir sollten deshalb an unserem Vorschlag festhalten.

4) Die Beteiligung des Europäischen Parlaments an der europäischen politischen Zusammenarbeit sollte gegenüber dem Stand der Verhandlungen in der Studienkommission der Sechs (1962)[17] nicht vermindert werden. Damals war vorgesehen, daß das Europäische Parlament in regelmäßigen Zeitabständen über den Fortgang der Arbeiten unterrichtet wird und daß in Gegenwart von Vertretern des Rates eine Debatte stattfindet. Ferner sollte das Parlament Anfragen und Empfehlungen an den Rat richten können.

Die italienischen Vorschläge zielen darauf hin, die Debatte über die politische Zusammenarbeit mit dem jährlichen Kolloquium zwischen dem Europäischen Parlament und den Ministerräten und Exekutivorganen der Europäischen Gemeinschaften zu verknüpfen.[18] Hiergegen bestehen keine Bedenken, jedoch sollte die Möglichkeit für das Parlament, Empfehlungen und Anfragen an die Regierungen zu richten, ausdrücklich genannt werden.

III. Aufgabe der Zusammenarbeit

In den italienischen Vorschlägen sind für den Versuchszeitraum lediglich Konsultationen zwischen den Regierungen vorgesehen mit dem Ziel, „gemeinsame Politiken" auszuarbeiten.

Die deutschen Vorschläge legen demgegenüber als Ziel des Übereinkommens neben den laufenden Konsultationen die Ausarbeitung des Vertrages über die Europäische Politische Union fest.[19] Dieser Vertrag wird am Schluß der italienischen Vorschläge zwar erwähnt, es wird jedoch nicht gesagt, daß er in dem Versuchszeitraum ausgearbeitet werden soll. Hierauf kann jedoch um so weniger verzichtet werden, nachdem wir uns gerade im Hinblick auf die Ausarbeitung dieses Vertrages zu einer vorbereitenden Phase entschlossen haben.

[17] Zu den Erörterungen im Fouchet-Ausschuß vgl. Dok. 193, Anm. 3.

[18] Der entsprechende Passus lautete: „Während des jährlichen ‚Kolloquiums' zwischen dem Europäischen Parlament und den Exekutiven der drei Gemeinschaften wäre eine Sitzung vorzusehen, auf der die von den Regierungen zur Förderung der politischen Einigung Europas unternommenen konkreten Initiativen geprüft und erörtert werden; über die großen Entwicklungslinien der politischen Probleme Europas unter Zugrundelegung eines von den Regierungen vorzubereitenden Berichts eine Aussprache stattfindet." Vgl. EUROPA-ARCHIV 1965, D 10.

[19] In Abschnitt 3 des die politische Zusammenarbeit betreffenden ersten Teils der Europa-Initiative vom 4. November 1964 wurde ausgeführt: „Das Übereinkommen sollte die Regierungen verpflichten, innerhalb eines bestimmten Zeitraumes einen Vertrag über die Europäische Politische Union auszuarbeiten und dabei auch die Voraussetzungen für den Beitritt weiterer europäischer Staaten festzulegen; zur Vorbereitung der in der Europäischen Politischen Union angestrebten Zusammenarbeit Konsultationen zwischen den Regierungen in den Bereichen der Außenpolitik, der Verteidigung und der Kultur einzuführen." Vgl. BULLETIN 1964, S. 1536.

IV. Verhältnis der europäischen politischen Zusammenarbeit zur Atlantischen Allianz

Entsprechend dem Verzicht auf eine Zusammenarbeit der Verteidigungsminister enthalten die italienischen Vorschläge keine Bestimmung über das Verhältnis der europäischen Zusammenarbeit zur Atlantischen Allianz.

In der Deklaration (Ziffer 2) wird lediglich gesagt, daß die Inangriffnahme eines schrittweisen politischen Einigungsprozesses „die Festigung enger Beziehungen zwischen Europa und den Vereinigten Staaten von Amerika auf dem Fuße der Gleichberechtigung" zeitigen müsse.

Diese Formulierung ist zu schwach, wenn entsprechend unseren Vorschlägen der Bereich der Verteidigung in die Zusammenarbeit einbezogen wird. Wir sollten deshalb den von uns vorgeschlagenen präziseren Wortlaut[20] verwenden, der im übrigen seinerzeit zwischen dem italienischen Ministerpräsidenten Fanfani und Staatspräsident de Gaulle vereinbart worden war.[21]

V. Verhältnis der europäischen politischen Zusammenarbeit zu den Europäischen Gemeinschaften

Das Verhältnis zwischen der europäischen politischen Zusammenarbeit und den Europäischen Gemeinschaften wird durch folgenden Absatz in der Deklaration (Ziffer 5) bestimmt:

„Dieser Prozeß (der politischen Einigung) muß, ohne der völligen und autonomen Durchführung der Verträge von Paris und Rom[22] Abbruch zu tun, unter Achtung der den Organen der Europäischen Gemeinschaften zustehenden Befugnisse und Kompetenzen weitergehen."

Auch wir sind der Meinung, daß eine derartige Bestimmung erforderlich ist. Wir würden jedoch die Formulierungen vorziehen, auf die man sich in den früheren Verhandlungen in der Studienkommission der Sechs bereits geeinigt hatte.[23] Sie sind präziser und bilden eine stärkere Sicherung für die Gemeinschaften.

VI. Verhältnis der europäischen politischen Zusammenarbeit zu Großbritannien

Die italienischen Vorschläge sehen vor, daß Großbritannien über die Zusammenarbeit unter den Sechs im Rahmen der vierteljährlichen Sitzungen des WEU-Ministerrats auf dem laufenden gehalten wird. Auf diese Weise werde es

[20] Abschnitt 6 des die politische Zusammenarbeit betreffenden ersten Teils der Europa-Initiative vom 4. November 1964: „Das Übereinkommen sollte vorsehen, daß die europäische Zusammenarbeit der Stärkung des atlantischen Bündnisses dient." Vgl. BULLETIN 1964, S. 1536.

[21] Zum Gespräch vom 4. April 1962 vgl. Dok. 344, Anm. 17.

[22] Für den Wortlaut der Pariser Verträge vom 23. Oktober 1954 vgl. EUROPA-ARCHIV 1954, S. 7127–7138 und S. 7171–7181.
Zu den Römischen Verträgen vom 25. März 1957 vgl. Dok. 7, Anm. 7.

[23] Die entscheidende Formulierung, über die nach bilateralen deutsch-französischen und italienisch-französischen Konsultationen auf der Konferenz der Außenminister der EWG-Staaten am 17. April 1962 in Paris Einigung erzielt wurde, lautete: „Dieser Vertrag ändert nicht die Bestimmungen der Verträge von Paris und Rom, insbesondere hinsichtlich der Rechte und Pflichten der Mitgliedstaaten, der Befugnisse der Organe und der Vorschriften für das Funktionieren der Gemeinschaften." Vgl. die Aufzeichnung der „Arbeitsgruppe Europäische politische Zusammenarbeit" vom 10. September 1964; Ministerbüro, VS-Bd. 8426; B 150, Aktenkopien 1964.

der britischen Regierung ermöglicht, an der Ausarbeitung der „gemeinsamen Politiken" teilzunehmen und, gegebenenfalls, sie zu akzeptieren und sich nach ihnen zu richten.

Wir könnten dieser Formulierung zustimmen. Sie entspricht unseren Überlegungen, die Tür für Großbritannien offen zu halten und seine spätere Beteiligung an der Zusammenarbeit zu ermöglichen.

VII. Weiteres Verfahren

Die italienische Regierung hält es für wünschenswert, daß im Laufe der nächsten Monate eine Zusammenkunft der Staats- und Regierungschefs der Sechs stattfindet. Als Ort schlägt sie Rom vor.

Die Zusammenkunft der Staats- und Regierungschefs sollte durch eine oder mehrere Treffen der Außenminister vorbereitet werden. Dabei sollten die Möglichkeiten geprüft werden, in pragmatischer und provisorischer Weise, und zwar während eines Versuchszeitraumes von drei Jahren, den Prozeß der politischen Integration Europas in Gang zu setzen. Ferner sollte Einigung über die Deklaration und den Beschluß über die praktische Durchführung der Zusammenarbeit in der vorbereitenden Phase erzielt werden.

Auch wir würden eine Konferenz der sechs Außenminister – etwa im Januar nächsten Jahres – für zweckmäßig halten, um die verschiedenen Vorschläge zu prüfen. Ein Treffen der Staats- und Regierungschefs sollte erst in Aussicht genommen werden, wenn die Besprechungen der Außenminister zu einer Einigung geführt haben.[24]

VIII. Zusammenfassung

Die Vorschläge der italienischen Regierung sind grundsätzlich zu begrüßen. Sie lassen den Willen auch der italienischen Regierung erkennen, mit der politischen Einigung Europas nicht mehr länger zu warten, sondern einen Anfang zu machen.

In der allgemeinen Grundhaltung entsprechen sie unseren Vorschlägen.

In vier Punkten zeigen sich allerdings wesentliche Unterschiede:

1) Formlose Aufnahme der politischen Zusammenarbeit auf der Grundlage einer Deklaration und eines Beschlusses der Staats- und Regierungschefs;

Deutscher Vorschlag: Regierungsübereinkommen

2) Verzicht auf eine Zusammenarbeit im Bereich der Verteidigung;

Deutscher Vorschlag: Einbeziehung des Bereichs der Verteidigung

3) Verzicht auf ein Organ, dessen Aufgabe es ist, die gemeinsamen Interessen der beteiligten Staaten zu vertreten;

Deutscher Vorschlag: Beratender Ausschuß

4) Verzicht auf eine Verpflichtung der Regierungen, während der vorbereitenden Phase den Vertrag über die Europäische Politische Union auszuarbeiten;

[24] Vgl. dazu weiter das Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit Staatspräsident de Gaulle am 19. Januar 1965 in Rambouillet; AAPD 1965.

Deutscher Vorschlag: Verpflichtung der Regierungen zur Ausarbeitung des Vertrages über die Europäische Politische Union

In allen vier Punkten sollten wir bei unseren Vorschlägen bleiben.

Sie bestimmen klarer und präziser die Entwicklung der politischen Zusammenarbeit zu einer Europäischen Politischen Gemeinschaft, bieten eher Ansatzpunkte für einen Kompromiß zwischen den verschiedenen Auffassungen unter den sechs Regierungen und sichern uns die Unterstützung der europäischen Parlamentarier und Organisationen. Zu einem Nachgeben könnten wir uns unter Umständen in der Frage der Form bereit finden, die für die Aufnahme der politischen Zusammenarbeit gewählt wird. Voraussetzung sollte jedoch sein, daß man auf unsere Vorstellungen in materieller Hinsicht eingeht.

Eine deutsche Übersetzung der Vorschläge der italienischen Regierung wird beigefügt.[25]

Hiermit über den Herrn Staatssekretär[26] dem Herrn Minister[27] vorgelegt.

Jansen

Abteilung I (I A 1), VS-Bd. 132

369

Botschafter Groepper, Moskau, an das Auswärtige Amt

II 1-80-2942/64 VS-vertraulich **3. Dezember 1964**[1]

Betr.: Konföderationsplan zur Wiedervereinigung[2];
hier: Sowjetische Aufforderung zu „stärkerem Selbstbewußtsein der Bundesrepublik Deutschland als größter deutscher Staat"

Meine Mitarbeiter und ich selbst stehen übereinstimmend unter dem Eindruck, daß bestimmte offiziöse sowjetische Gesprächspartner (beauftragte Vertrauensleute des Außenministeriums) in Einzelunterhaltungen uns gegenüber in letzter Zeit die Tendenz verfolgen, einen gewissen Respekt vor dem internationalen Prestige und der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Bundesrepublik betont herauszustellen. Dabei ist allerdings gleichzeitig jedesmal die Absicht unverkennbar, diese positive Realität des „größten deutschen

[25] Dem Vorgang beigefügt. Vgl. Abteilung I (I A 1), VS-Bd. 132; B 150, Aktenkopien 1964.

[26] Hat Staatssekretär Carstens am 5. Dezember 1964 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Eilt."

[27] Hat Bundesminister Schröder am 6. Dezember 1964 vorgelegen.

[1] Durchdruck.

[2] Die Bildung einer Konföderation der DDR mit der Bundesrepublik wurde erstmals am 30. Dezember 1956 vom Ersten Sekretär des ZK der SED, Ulbricht, vorgeschlagen und seitdem wiederholt, so im sowjetischen Friedensvertragsentwurf vom 10. Januar 1959, von der UdSSR aufgegriffen. Vgl. dazu Dok. 36, Anm. 18, bzw. Dok. 162, Anm. 15.

Staates" der „Realität des zweiten deutschen Staates" gegenüberzustellen, ohne daß die SBZ dabei im einzelnen gelobt wird. Bisweilen wird diese Schmackhaftmachung der Zwei-Staaten-Theorie[3] eindeutig ausgesprochen und mit einem Appell an Vernunft und Sachlichkeit verbunden. Zwei Sowjets – einer davon mir gegenüber, ein anderer im Gespräch mit einem Mitarbeiter – gingen soweit, daß sie in diesem Zusammenhang beim Anpreisen der Konföderationsidee erklärten, die Bundesrepublik solle als großer und starker Staat doch mehr Mut und Selbstbewußtsein gegenüber diesem Weg zur Wiedervereinigung aufbringen. Einem Botschaftsmitglied wurde ausdrücklich gesagt, schließlich sei die Bundesrepublik kraft ihrer dreimal größeren Bevölkerungszahl sowie ihrer wirtschaftlichen und militärischen (!) Potenz in einer solchen Konföderation doch der wesentlich stärkere Partner, so daß sie keine Sorge um ihre Stellung „wegen dieses kleinen Wichtes Ulbricht zu haben brauche". Mehrfach wurde betont, wir mögen gewiß sein, daß auch einzelne westliche Alliierte das „mangelnde Selbstbewußtsein der Bundesrepublik gegenüber der DDR" bedauerten. Im Zusammenhang eines Gesprächs über MLF meinte der gleiche Funktionär, der Bundesrepublik als souveränem Staat kämen bewaffnete Streitkräfte als wesentliches Attribut der Staatlichkeit durchaus zu. Auszunehmen sei nur jede Form deutscher Beteiligung an nuklearen Waffen; eine solche sei etwas qualitativ anderes, weil sie den Revanchismus fördere.[4]

Der gleiche sowie ein weiterer sowjetischer Funktionär, ganz offensichtlich ebenfalls zu offiziösem Kontakt mit uns beauftragt, wies ausdrücklich darauf hin, daß auf sowjetischer Seite „von Berlin zur Zeit nicht viel die Rede sei", wobei beide auf Breschnews Rede vom 6. November[5] hinwiesen. Beide Sowjets hatten zwei Botschaftsmitglieder bereits am 8. November daraufhin „getestet", wie wir auf die relative Zurückhaltung Breschnews in der Berlin- und Deutschland-Frage (sachlicher Ton; Nichterwähnung Berlins, der Friedensvertragsforderung und der Drei-Staaten-Theorie, bei nachdrücklicher Betonung der Zwei-Staaten-Theorie) reagierten.

Aus dem kurzen Gedankenaustausch eines Mitarbeiters mit einem deutschen Korrespondenten, der für besonders gute Kontakte zu sowjetischen Mittelsmännern bekannt ist, ergab sich der Eindruck, daß die Sowjets es „für gesund und vernünftig hielten", wenn sich ein spezifisch bundesrepublikanisches Staatsbewußtsein (ohne Wiedervereinigungsprogramm) entwickele. Der Korrespondent, der von den einem oberflächlichen deutschen Selbstbewußtsein schmeichelnden Gedanken angetan zu sein schien, meinte unter dem Eindruck der sowjetischen Argumentation, die Bundesrepublik solle die großen nationalen Fragen einmal „etliche Jahre auf Eis legen"; diese Argumentation weise auf die „spezifischen Interessen der Menschen der Bundesrepublik" hin und rate dieser, zunächst einmal ihre „Eigenstaatlichkeit und internationale

[3] Zur sowjetischen Zwei- bzw. Drei-Staaten-Theorie vgl. Dok. 13, Anm. 10 und 15. Vgl. auch Dok. 202, Anm. 5.

[4] Diese sowjetische Einschätzung kam auch in der Erklärung der Nachrichtenagentur TASS vom 14. November 1964 zur geplanten MLF zum Ausdruck. Vgl. dazu Dok. 327, Anm. 9.

[5] Zur Ansprache des Ersten Sekretärs des ZK der KPdSU zum Jahrestag der Oktoberrevolution und zu den Ausführungen über die Deutschland-Frage vgl. Dok. 344, Anm. 34, 35 bzw. 37.

Position" zu festigen; dies um so mehr, als ihre Verbündeten die Wiedervereinigung nur mit Worten forderten, im Grunde aber fürchteten oder für irrealisabel hielten. Die Frage eines anwesenden westlichen Diplomaten, ob der Journalist nicht glaube, die Sowjets betrieben bewußt eine Einschläferung des „revisionistischen" und heute noch prowestlichen deutschen Nationalgefühls, um es eines Tages nach Durchsetzung ihrer Realitätsthesen zu ihren Gunsten und gegen den Westen zu wecken, beantwortete dieser ausweichend.

Ich halte es – gerade nach Breschnews Rede vom 6. November und der ihr folgenden Propagandalinie der letzten Wochen – nicht für ausgeschlossen, daß die Sowjets im Sinne der oben geschilderten Argumente die Bundesrepublik in Zukunft noch stärker als bisher – auch in der Propaganda – in sachlicher, wenn nicht freundlicher Weise behandeln werden (was gelegentliche Angriffe aus bestimmten Anlässen nicht auszuschließen braucht).

Die Tendenz einer solchen Politik ist klar: Im gegenwärtigen Schwebezustand ihrer eigenen strategisch-taktischen Planungen wollen die Führer der Sowjetunion weder Positionen noch Forderungen grundsätzlich preisgeben; sie sind aber bemüht, nach dem Grundsatz „ever make the best of it" dabei kostenlos internationalen good-will und westliche Inaktivität zu erreichen. Gleichzeitig hoffen sie, die Bundesrepublik langsam vielleicht doch so weit zu bekommen, daß sie die Giftpille der Zwei-Staaten-Theorie (wenn nicht ausdrückliche Anerkennung, so doch Hinnahme) in einer Limonade von Freundlichkeiten und Komplimenten schluckt. Bei dieser Spekulation stützen sie sich, wie Äußerungen sowjetischer Gesprächspartner eindeutig ergeben, auf „realistische Tendenzen der deutschen Publizistik", einige vernünftige bürgerliche Kräfte der Bundesrepublik und auf den Eindruck, daß ihre wichtigsten westlichen Partner ihre rein defensive Konzeption gegenüber der Sowjetunion in der Deutschlandfrage so verstehen, daß außer den drei Berliner „essentials"[6] alle anderen Fragen, wenn nicht „non-essential", so doch auf keinen Fall akut sind. In diesem Eindruck werde ich dadurch bestärkt, daß Gromyko gegenüber Erkin (vgl. Plurex Nr. 3936 vom 11. November 1964 Drahtbericht Ankara 898 vom 9. November 1964[7]) wie fast wörtlich mit gegenüber (vgl. Drahtbericht Nr. 112 vom 7. Februar 1963[8]) die Forderung nach freien Wahlen in der SBZ in höhnischer Weise mit dem Bemerken, eine solche Vorstellung rieche schon nach Mottenpulver (Naphtalin), abgewiesen hat; so als ob er sagen wollte: unsere seriösen Gesprächspartner erwähnen diesen törichten Gedanken nicht einmal mehr.

Die innerdeutsche und innerwestliche Diskussion um Opportunität und Chancen neuer Initiativen in der Deutschland-Frage wird, wie es zuletzt die sowjeti-

[6] Am 25. Juli 1961 formulierte Präsident Kennedy in einer Rundfunk- und Fernsehansprache die „three essentials" der amerikanischen Berlin-Politik: das Recht auf Anwesenheit in Berlin (West), freien Zugang nach Berlin (West) „across East Germany" und die Verpflichtung, „to sustain – and defend, if need be – the opportunity for more than two million people to determine their own future and choose their own way of life". Vgl. PUBLIC PAPERS, KENNEDY 1961, S. 533–540, hier S. 533.

[7] Vgl. Dok. 317.

[8] Vgl. AAPD 1963, I, Dok. 86.

sche Kommentierung der Entschließungen der Haager NATO-Konferenz[9] deutlich zeigte, hier aufmerksam verfolgt. Den Sowjets entgeht auch nicht die Tatsache, daß es im Westen einflußreiche Kräfte gibt, die uns auf den Weg stärkerer Kontakte mit Pankow verweisen und dabei eine Argumentation benutzen, die den sowjetischen Argumenten zu „bundesrepublikanischem Selbstbewußtsein" ungewollt bedenklich nahe kommt.

gez. Groepper

Abteilung II (II 1), VS-Bd. 14

370

Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem amerikanischen Botschafter McGhee

Z A 5-140.A/64 geheim **4. Dezember 1964**[1]

Der Herr Bundesminister des Auswärtigen empfing am 4. Dezember 1964 um 11.15 Uhr den amerikanischen Botschafter McGhee zu einer Unterredung.

Zur MLF betonte der Herr *Minister*, wesentlich sei, daß die Regierungen in dieser Angelegenheit sich entschlössen und vorangingen. Seines Erachtens sei die französische Haltung in der kürzlichen Debatte in der Nationalversammlung klar geworden.[2] Es wäre daher falsch, mit Rücksicht auf eine noch

[9] Zu den Erörterungen der Deutschland-Frage anläßlich der Sitzung des NATO-Ministerrats vom 12. bis 14. Mai 1964 vgl. Dok. 124 und Dok. 126.
Am 15. Mai 1964 wurde in einem Kommentar der „Pravda" hervorgehoben, daß die Deutschland-Initiative der Bundesregierung nicht die Unterstützung der NATO-Staaten erhalten habe. Das Kommuniqué der NATO-Ministerratstagung enthalte lediglich „die allen seit langem zum Hals heraushängende, der Wirklichkeit nicht entsprechende" Bestätigung des Alleinvertretungsanspruchs der Bundesrepublik. Vgl. den Artikel „Iščut gorjučee. Sessija soveta NATO zakončila rabotu"; PRAVDA, Nr. 136 vom 15. Mai 1964, S. 6.

[1] Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Kusterer am 7. Dezember 1964 gefertigt.
Hat Bundesminister Schröder vorgelegen.

[2] Am 2. Dezember 1964 verabschiedete die französische Nationalversammlung nach zweitägiger Debatte das von der Regierung vorgelegte Gesetz über das Verteidigungsprogramm für die Jahre 1965 bis 1970. Vgl. dazu Dok. 350, Anm. 6.
Verteidigungsminister Messmer begründete den Gesetzentwurf am 1. Dezember 1964 mit der französischen Kritik an der NATO: „A nos yeux, pour un État souverain une alliance ne peut pas en temps de paix conserver organiquement la forme d'un système intégré. Il est utile qu'on étudie et qu'on prépare une meilleure organisation de notre alliance, en premier lieu avec nos voisins d'Europe mais notre devoir est d'abord de définir une politique de défense nationale et d'en réunir les moyens." Vgl. LE MONDE, Nr. 6185 vom 2. Dezember 1964, S. 3
Ministerpräsident Pompidou hob in seiner Rede vom 2. Dezember 1964 hervor, daß die Force de frappe „voll und automatisch Europa zugute" käme. Dazu forderte er ein „Minimum an europäischer politischer Organisation", lehnte aber jede Mitbestimmung über den Einsatz französischer Nuklearwaffen ab. Vgl. LE MONDE, Nr. 6186 vom 4. Dezember 1964, S. 2.
Zur französischen Haltung gegenüber der geplanten MLF vgl. weiter Dok. 374.

ungeklärte französische Stellungnahme die Arbeit an der MLF zu verlangsamen.

Botschafter *McGhee* berichtete über den Besuch von George Ball in London[3]; Ball sei überzeugt, daß Wilson ehrlich eine Einigung anstrebe und wisse, daß er dazu einen gewissen Kompromiß mit der gemeinsamen amerikanischen und deutschen Haltung schließen müsse.[4] Natürlich gebe es einige Hindernisse auf diesem Weg. So sei Wilson zum Beispiel gegen eine Überwasserflotte. Wilson habe jedoch erkennen lassen, daß ein Kompromiß zwischen der bisher vorgesehenen Zahl von 25 Überwasserschiffen und einer kleineren Zahl solcher Schiffe notwendig werde. Dies könne jedoch erst in Washington geklärt werden. Amerika wolle unter allen Umständen vermeiden, daß Wilson bei seinem Amerika-Besuch[5] angesichts der sehr starken amerikanischen Haltung zugunsten einer Überwasserflotte erkläre, er müsse die Frage noch einmal mit seinem Kabinett besprechen. Im übrigen sei Amerika der Auffassung, daß nach dem Besuch Wilsons in Washington die Gespräche auf hoher Ebene in einem multilateralen Rahmen unter Beteiligung der Schlüsselländer fortgeführt werden sollten. Dabei solle der Umfang der möglichen Lösungen festgelegt werden, so daß im Anschluß daran die Einzelheiten erarbeitet werden könnten.

Botschafter McGhee kam dann auf das Gespräch von George Ball mit dem Herrn Minister in Washington am 25. November[6] zurück und bemerkte, Ball halte es immer noch für sehr wertvoll, wenn die Bundesregierung auch weiterhin für eine langfristige Währungshilfe für Großbritannien bereit sei. Natürlich könne man dagegen nicht einfach eine britische Zustimmung zur MLF eintauschen, zumal England im Augenblick geholfen sei.[7] Dennoch werde die britische Haltung gegenüber Deutschland und der MLF günstig durch die Währungshilfe, die Deutschland gegeben habe, beeinflußt. Dies gelte erst recht für eine deutsche Beteiligung an einer möglichen langfristigen Stützungsaktion.

Botschafter McGhee fragte dann, ob der Herr Minister bei der bevorstehenden Viermächte-Zusammenkunft in Paris[8] konkretere Vorschläge für die Weiterbehandlung der Wiedervereinigungsfrage vorlegen werde.

[3] Der Staatssekretär im amerikanischen Außenministerium hielt sich am 30. November und 1. Dezember 1964 in London auf. Gesandter Freiherr von Ungern-Sternberg, London, wurde vom Abteilungsleiter im britischen Außenministerium, Barnes, am 2. Dezember 1964 über die Gespräche informiert. Er berichtete, daß der britische Entschluß, „sich an einer nuklearen Überwasserflotte selbst nicht zu beteiligen", nach seinem Eindruck endgültig sei, fügte jedoch hinzu: „Dagegen scheint mir der Widerstand der Briten gegen die nukleare Überwasserflotte als eine von anderen Bündnispartnern einzubringende Komponente nicht unwiderruflich zu sein. Allerdings wird Wilson als Ausgangslage seiner Besprechungen in Washington mit großer Wahrscheinlichkeit zunächst den Standpunkt vertreten, daß die Briten die Überwasserflotte überhaupt ablehnen." Für den Drahtbericht vgl. Abteilung II (II 7), VS-Bd. 1370; B 150, Aktenkopien 1964.

[4] Zur britischen Haltung gegenüber der geplanten MLF vgl. zuletzt Dok. 362. Vgl. weiter Dok. 372.

[5] Zum Aufenthalt des Premierministers Wilson vom 7. bis 9. Dezember 1964 in Washington vgl. Dok. 375, Anm. 18.

[6] Vgl. Dok. 361.

[7] Zu den internationalen Stützungsmaßnahmen für das britische Pfund vgl. Dok. 361, besonders Anm. 4.

[8] Zur Besprechung des Bundesministers Schröder vom 14. Dezember 1964 vgl. Dok. 387.

Der Herr *Minister* erwiderte, es werde wohl kaum möglich sein, schon vor dem 12. Dezember einen konkreten Plan vorzulegen. Er erwarte in etwa eine Wiederholung der NATO-Erklärung von Den Haag.[9] Es handle sich darum, wie man diese Frage als stets dringliche Angelegenheit der Weltmeinung vor Augen halten könne. Vielleicht sollte man auf den Gedanken zurückgreifen, unter Appell an die Viermächte-Verantwortung der Sowjetunion eine Viermächte-Einrichtung vorzuschlagen, die sich dann weiterentwickeln könnte.[10] Natürlich gebe es dagegen gewisse Einwände, die er in keiner Weise verkenne. Dennoch erscheine ihm ein solcher Vorschlag als einzig mögliche konkrete Idee, die am wenigsten Gefahren beinhalte.

Botschafter *McGhee* verwies darauf, daß Außenminister Rusk sich noch nicht festgelegt habe, dem Vorschlag jedoch aufgeschlossen gegenüberstehe.

Im Zusammenhang mit dem Vorschlag der Bundesregierung zur Regelung des Getreidepreises betonte Botschafter McGhee, Amerika sei besonders erfreut über den Hinweis der Bundesregierung auf den Zusammenhang mit der Kennedy-Runde.[11] Hinsichtlich der Höhe des Preises[12] sei Amerika allerdings weniger glücklich. Im übrigen mache sich die amerikanische Regierung Sorgen wegen der möglichen Entnahmen aus dem Verteidigungsbudget für Subventionen der deutschen Bauern. Eine solche Beschneidung des Verteidigungshaushalts könnte möglicherweise Rückwirkungen auf die Off-set-Einkäufe[13] Deutschlands in Amerika haben.

Der Herr *Minister* erklärte, er hielte es für sehr schlecht, wenn die betreffenden Beträge aus dem Verteidigungshaushalt genommen würden. Er teile nicht die Befürchtung, daß sich dies ungünstig auf die Off-set-Käufe auswirken könnte, sondern befürchte vielmehr die Rückwirkung auf die gesamte militärische Entwicklung. Natürlich befinde sich die Bundesregierung in einer schwierigen Lage, weil zusätzliche Mittel aus einem Gesamthaushalt aufgebracht werden müßten, dessen Höhe unverändert bleiben solle.

Botschafter *McGhee* verwies auf die amerikanische Erfahrung, daß ein Haushalt, der jährlich ein Defizit von 5 bis 10 Milliarden Dollar aufweise, dennoch keine inflationäre Wirkung gehabt habe.

Der Herr *Minister* erwiderte, dies möge zwar stimmen, doch sei gerade in

[9] Zur Erklärung des NATO-Ministerrats vom 14. Mai 1964 vgl. Dok. 127, Anm. 11.

[10] Zu den Überlegungen der Bundesregierung hinsichtlich der Einsetzung eines Viermächte-Rats zur Lösung der Deutschland-Frage vgl. Dok. 353, besonders Anm. 26. Vgl. weiter Dok. 387.

[11] Zum Entschluß der Bundesregierung, der Harmonisierung des Getreidepreises in der EWG zum 1. Juli 1967 zuzustimmen, vgl. Dok. 358.
Bundeskanzler Erhard erklärte dazu am 2. Dezember 1964 vor dem Bundestag: „Der Tag, an dem dieses Tor nun aufgestoßen wurde, soll ... ein bedeutendes Datum in der Geschichte der europäischen Einigung werden. Wenn es gelingt, die gemeinsame Agrarpolitik bis zum 1. Juli 1967 nahezu vollständig zu verwirklichen, wenn zum gleichen Zeitpunkt auf dem gewerblichen Sektor die Zollunion durch den Abbau der Zollgrenzen und die Anwendung des gemeinsamen Zolltarifs vollendet sein wird und die erforderlichen Beschlüsse über den Fortfall der Steuergrenzen gefaßt sind und dazu mit einem erfolgreichen Abschluß der Kennedy-Runde die Außenbeziehungen unserer Gemeinschaft eine feste Grundlage finden, dann kann niemand mehr die politische Bedeutung dieser Entwicklung verkennen." Vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 56, S. 7302.

[12] Vgl. dazu Dok. 358, Anm. 18.

[13] Vgl. dazu Dok. 399.

Deutschland die Lage anders, weil der Bundeshaushalt erfahrungsgemäß eine große Rückwirkung auf das Haushaltsgebaren der Länder und Gemeinden habe.

Botschafter *McGhee* fragte dann, ob schon irgendwelche Reaktionen der EWG-Regierungen über die Vorschläge der Bundesregierung zur europäischen Einheit[14] vorlägen.

Der Herr *Minister* verneinte dies und bemerkte, generell sei die Haltung der einzelnen Länder wie folgt zu charakterisieren. Frankreich meine, man müsse erst mit einigen politischen Problemen zu einer Verständigung kommen, ehe man an organisatorische Maßnahmen denken könne. In Frankreich gehe vor allem der Gedanke einer Außenministerkonferenz um. Andererseits erkenne die französische Regierung an, daß der deutsche Vorschlag mit dem Fouchet-Plan ziemlich verwandt sei.[15] Italien habe ein paar eigene Vorschläge gemacht, die ihm sehr vernünftig erschienen. Auch Italien tendiere stark zu einer Außenministerkonferenz.[16] Luxemburg habe nicht sehr viel gesagt, dürfte aber ziemlich positiv eingestellt sein. Belgien sei für eine Außenministerkonferenz, ohne sonstwie konkretere Aussagen gemacht zu haben. Am ungewissesten sei die Reaktion Hollands.[17] Im Grunde nehme Holland die gleiche Haltung wie Frankreich ein, daß Gespräche über Organisationsfragen erst nützlich wären, wenn man sich in den politischen Fragen geeinigt habe. Er wisse nicht, ob Holland für eine Außenministerkonferenz zu haben wäre. Er selbst erwarte nicht sehr viel von einer Außenministerkonferenz. Die große politische Debatte betreffe heute die Verteidigungsfragen, und angesichts der Meinungsverschiedenheiten mit de Gaulle in der Verteidigungspolitik wäre eine Institution relativ theoretisch. Bestehe jedoch eine gewisse Bereitschaft zur Zusammenarbeit und ließen sich Institutionen relativ leicht erreichen, so würde dies doch einen positiven psychologischen Einfluß auf die Europäer haben, ohne daß dadurch die Substanz schon weiter gebracht werde. Substantiell wisse jeder, daß im jetzigen Augenblick Fragen wie die MLF usw. viel dringlicher seien.

Botschafter *McGhee* fragte noch, ob de Gaulle in seiner Straßburger Rede[18], als er von einer europäischen Organisation gesprochen habe, auf die Vorschläge der Bundesregierung Bezug genommen habe.

Der Herr *Minister* erklärte, de Gaulle wisse natürlich, daß seine Verteidigungsideen attraktiver würden, wenn er eine gewisse Bereitschaft zu gemeinsamen Organisationen zeige.

[14] Zur Europa-Initiative der Bundesregierung vgl. zuletzt Dok. 368.

[15] Zur französischen Bewertung vgl. Dok. 344.

[16] Zu den europapolitischen Vorschlägen der italienischen Regierung vgl. Dok. 368. Vgl. dazu weiter Dok. 375.

[17] Botschafter Berger, Den Haag, berichtete am 16. November 1964 über die „zunehmende Zurückhaltung" in den Niederlanden gegenüber der Europa-Initiative der Bundesrepublik. Berger führte aus, daß selbst solche politischen Kreise, die der Europapolitik der Bundesrepublik grundsätzlich positiv gegenüberstünden, nun unterstellten, „die deutschen Europapläne sollten ... augenscheinlich aus den unangenehm gewordenen Bindungen des deutsch-französischen Vertrages heraushelfen". Zudem hielte sich der Verdacht, „die Bundesregierung sei an den Europaplänen hauptsächlich aus innenpolitischen Gründen interessiert". Vgl. Referat I A 1, Bd. 524.

[18] Zur Rede vom 22. November 1964 vgl. Dok. 359.

Botschafter *McGhee* fragte, ob de Gaulle vielleicht ein Außenministertreffen ablehnen würde, falls die MLF zustande käme.

Der Herr *Minister* sagte, er könne nicht wissen, ob de Gaulle tatsächlich so handeln würde. Es könnte auch passieren, daß, falls de Gaulle eine gewisse Bereitschaft zum Gespräch zeige, manche Kreise sofort sagten, man dürfe diese Bereitschaft nicht dadurch stören, daß man die MLF vorantreibe. Deswegen wisse er nicht, ob eine Außenministerkonferenz tatsächlich so erstrebenswert wäre. Der Herr Minister bat dann um eine Bewertung der neulichen Verteidigungsdebatte in der französischen Kammer aus amerikanischer Sicht.

Botschafter *McGhee* versprach eine solche Ausarbeitung.[19]

Das Gespräch endete um 12.05 Uhr.

Ministerbüro, VS-Bd. 8512

[19] Vgl. dazu auch Dok. 392.

371

Gespräch des Staatssekretärs Carstens mit dem paraguayischen Botschafter Moreira

Z A 5-139.A/64 VS-Nur für den Dienstgebrauch **4. Dezember 1964**[1]

Der Herr Staatssekretär des Auswärtigen Amts, Professor Dr. Carstens, empfing am 4. Dezember 1964 um 11.30 Uhr den paraguayischen Botschafter, Herrn Moreira, zu einem Gespräch.

Der paraguayische Botschafter übergab dem Herrn Staatssekretär ein Aide-mémoire[2] über den Standpunkt der paraguayischen Regierung zum Fall Mengele und zu den Schritten, die der deutsche Botschafter in Asunción in dieser Sache unternommen hat.[3]

Der Herr *Staatssekretär* erklärte, von diesem Memorandum Kenntnis genommen zu haben. Er müsse allerdings einige Abschnitte dieses Schreibens bedauern. In Deutschland habe man ein großes Interesse daran, daß die Verbrechen, die während der nationalsozialistischen Zeit sowohl hier wie in anderen Ländern begangen worden sind, gesühnt werden. Unter den von der Justiz gesuchten Verbrechern befände sich auch Joseph Mengele. Es bestünden Anzeichen dafür, daß Mengele in Paraguay lebe.[4] In dem Aide-mémoire werde erklärt, die paraguayische Regierung habe keine Kenntnis davon, daß Mengele sich dort aufhalte. Der Herr Staatssekretär bat die paraguayische Regierung zu untersuchen, ob Mengele sich in Paraguay befände. Falls dies zuträfe, so bitte die deutsche Regierung um entsprechende Benachrichtigung. Die Empörung über die unter dem nationalsozialistischen Regime begangenen Verbrechen sei in Deutschland allgemein und keineswegs Objekt innenpolitischer Diskussionen.

Der Herr Staatssekretär bedauerte aufs lebhafteste die von der paraguayischen Regierung gegen den deutschen Botschafter, Herrn Briest, erhobe-

[1] Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Dolmetscherin Engling am 4. Dezember 1964 gefertigt.
Hat Staatssekretär Carstens am 5. Dezember 1964 vorgelegen, der handschriftlich für Ministerialdirektor Jansen vermerkte: „B[otschafter] Briest anhören, danach antworten. (Ich möchte die Antwort vor Abgang sehen)."
Hat Ministerialdirigent Böker am 9. Dezember 1964 vorgelegen, der Vortragenden Legationsrat I. Klasse Graf zu Pappenheim handschriftlich um Rücksprache bat.

[2] Dem Vorgang beigefügt. Vgl. Referat I B 2, Bd. 365.

[3] Zum Fall Mengele vgl. bereits Dok. 74.

[4] Nach einem Gespräch mit dem paraguayischen Außenminister Sapena Pastor berichtete Botschafter Briest, Asunción, am 18. August 1964, daß zwar „der Aufenthaltsort des flüchtigen Mengele in Paraguay den hiesigen Behörden bekannt geworden sein" müsse und seine Verhaftung möglicherweise bevorstünde. Andererseits käme für die Regierung aber eine Auslieferung „unter keinen Umständen in Betracht". Briest hielt weiter fest, daß er nach dem Gespräch mit Sapena Pastor keinen Zweifel mehr daran habe, „daß M[engele] von der Regierung Stroessner geschützt wird. Das Verhalten von Außenminister Dr. Sapena Pastor kann nur dahin interpretiert werden, daß Staatspräsident Stroessner ihn strikt angewiesen haben dürfte, jegliche Stellungnahme und Äußerung zu unserem Auslieferungsersuchen zu vermeiden und abzuwehren." Vgl. Referat I B 2, Bd. 365.

nen Vorwürfe.[5] Er werde diese aber prüfen. Er fügte hinzu, nach seiner Kenntnis sei Herr Briest für die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Paraguay und Deutschland eingetreten, und er hege keinen Zweifel an der freundschaftlichen Einstellung des deutschen Botschafters zu Paraguay. Wenn Herr Briest sich bemüht habe, den Aufenthalt Mengeles ausfindig zu machen, so habe er damit die Instruktionen seiner Regierung befolgt.[6]

Der Herr Staatssekretär erklärte dann, von dem Absatz Kenntnis genommen zu haben, in dem erklärt werde, daß Paraguay stets Flüchtlinge aufgenommen habe und während der nationalsozialistischen Zeit auch einer großen Zahl von Juden Zuflucht gewährt habe. Solch eine Haltung verdiene Achtung. Er gab aber zu bedenken, daß der Fall Mengele völlig anders liege.

Der *Botschafter* dankte für den prompten Empfang durch den Herrn Staatssekretär. Er betonte, das Aide-mémoire habe vertraulichen Charakter, und fügte hinzu, er habe mit dessen Übergabe lediglich die Instruktionen seiner Regierung befolgt. Er persönlich glaube nicht, daß Mengele sich in Paraguay aufhielte. Er habe voriges Jahr in Asunción einen Höflichkeitsbesuch bei dem deutschen Botschafter gemacht. Bei dieser Gelegenheit habe man unter anderem auch von dem Fall Mengele gesprochen. Der deutsche Botschafter habe damals gesagt, nach den deutschen Informationen könne man nicht wissen, ob Mengele in Paraguay lebe oder nicht.

Die paraguayische Regierung sei ernstlich besorgt wegen gewisser deutscher Pressestimmen – besonders der des „Spiegel".[7] In mehreren Nummern des „Spiegel" seien Artikel erschienen, in denen kategorisch behauptet wurde, Mengele halte sich in Paraguay auf und genieße die Unterstützung der paraguayischen Regierung. Der Artikel erwähne auch den deutschen Botschafter in einer Weise, die den Eindruck entstehen ließe, der „Spiegel" unterhalte Kontakte zum deutschen Botschafter und habe von ihm entsprechende Infor-

[5] In der Note wurde Botschafter Briest, Asunción, insbesondere „Mangel an Taktgefühl in seinen Verhandlungen mit dem paraguayischen Minister des Auswärtigen und mit anderen Behörden" vorgeworfen. Weiter hieß es: „So hat er für den Fall, daß die von ihm gewünschten theoretischen Erklärungen nicht abgegeben würden, zu verstehen gegeben, daß politischer Druck oder wirtschaftliche Sanktionen angewandt werden könnten. Die paraguayische Regierung ist der Ansicht, daß Herr Botschafter Briest einen Übereifer an den Tag gelegt hat und unter Überschreitung seiner Aufgaben als Diplomat Handlungen vornimmt, die nicht von seinen diplomatischen Vorrechten gedeckt sind. So hat er beispielsweise von einer Anzahl von Personen, darunter auch von paraguayischen Staatsangehörigen, unter Eidesleistung verlangt, sich zur Zusammenarbeit mit ihm zu verpflichten. Es liegen bereits Klagen von drei dieser Personen vor, was Anlaß zu einer Ermahnung des Herrn Botschafters Briest gibt." Vgl. Referat I B 2, Bd. 365.

[6] Am 11. August 1962 stellte die Bundesrepublik einen Antrag auf Festnahme und Auslieferung von Joseph Mengele. Da nach paraguayischem Gesetz kein Bürger des Landes an einen fremden Staat ausgeliefert werden durfte, bat die Bundesrepublik am 31. Juli 1964 um Aufhebung der paraguayischen Staatsbürgerschaft und Festnahme von Mengele. Vgl. den Bericht des Botschafters Briest, Asunción, vom 31. Juli 1964; Referat I B 2, Bd. 365.

[7] Vgl. die Artikel „Mengele – Nr. 293 384", „Mengele – Immer ein Expreßboot" und „Ein halbes Schwein für den Totengräber"; DER SPIEGEL, Nr. 32 vom 3. August 1964, S. 58–60, sowie Nr. 39 vom 23. September 1964, S. 104–107, und Nr. 40 vom 30. September 1964, S. 116–122.
Bereits nach der ersten Reportage des Nachrichtenmagazins „Der Spiegel" richtete die paraguayische Botschaft am 7. August 1964 eine Verbalnote an das Auswärtige Amt, in der sie sich gegen die Veröffentlichungen verwahrte. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Meyer-Lohse vom 28. August 1964; Referat I B 2, Bd. 365.

mationen erhalten. Es sei klar, daß solche Artikel Paraguay enormen Schaden zufügen können. Daher wolle die paraguayische Regierung ihren Standpunkt zu Mengele und anderen Verbrechern klar zum Ausdruck bringen. Er sei davon überzeugt, daß die paraguayische Regierung ebenso wie die deutsche absolut dafür sei, daß man Verbrechen exemplarisch und streng bestrafe.

Der Herr *Staatssekretär* erklärte, der „Spiegel" sei eine unzuverlässige Informationsquelle. Manche Meldungen seien richtig, andere wiederum völlig unzutreffend, wie er selbst aus seiner eigenen Kenntnis häufig konstatieren konnte. Er kenne nicht die Einzelheiten des erwähnten Artikels und noch weniger die Informationsquellen des „Spiegel". Es sei aber völlig ausgeschlossen, daß der „Spiegel" Informationen[8] von dem deutschen Botschafter erhalten habe, zumal in dem Artikel ja auch der deutsche Botschafter angegriffen werde.[9] Er bedauerte den Gegenstand dieses Gesprächs, sagte aber eine Untersuchung der in dem Aide-mémoire aufgestellten Behauptungen zu[10] und versprach, das Schreiben vertraulich zu behandeln.

Zum Schluß erklärte der *Botschafter*, er stünde als Vertreter Paraguays in Deutschland ganz zur Verfügung der deutschen Behörden. Er erklärte sich außerdem solidarisch mit den Zielen der deutschen Regierung und den Regierungen der freien Welt. Er sei gerne bereit dazu beizutragen, daß Verbrecher vor ein Gericht gestellt würden und für ihre Taten entsprechende Strafen erhielten. Er wünsche der deutschen Regierung Erfolg bei diesem Vorhaben. Er sei auch davon überzeugt, daß seine Regierung die gleiche Haltung einnehme wie er.

Referat I B 2, Bd. 365

[8] Dieses Wort wurde von Staatssekretär Carstens hervorgehoben. Dazu handschriftliche Bemerkung: „Gemeint waren die von der paraguayischen Regierung beanstandeten Informationen."

[9] So wurde berichtet, Botschafter Briest, Asunción, habe den Journalisten John gefragt, was er tun werde, wenn er Mengele wirklich träfe. Auf die Antwort von John, „weggucken", habe Briest geantwortet: „Ich auch". Vgl. den Artikel „Ein halbes Schwein für den Totengräber"; DER SPIEGEL, Nr. 40 vom 30. September 1964, S. 122.
Mit Drahterlaß vom 9. Oktober 1964 forderte Staatssekretär Carstens Briest auf, zu dem Artikel Stellung zu nehmen. Dieser dementierte am 11. Oktober 1964 die Darstellung und wies darauf hin, „daß Herr John selbst diese Frage an mich richtete". Daraufhin habe er, Briest, geantwortet, „daß bei Auftauchen Mengeles, der paraguayischer Staatsangehöriger sei, nur der paraguayische Behördenapparat zu Festnahme und Auslieferung inganggesetzt werden könne". Vgl. Büro Staatssekretär, Bd. 391.

[10] Am 14. Dezember 1964 wies Legationsrat I. Klasse Meyer-Lohse Botschafter Briest, Asunción, an, zu den Ausführungen des paraguayischen Botschafters Stellung zu nehmen.
Am 29. Dezember 1964 teilte Legationsrat Engemann, Asunción, mit, daß Briest während seines Heimaturlaubes, den er Ende November 1964 angetreten habe, das Auswärtige Amt aufsuchen wolle. Vgl. Referat I B 2, Bd. 365.
Die Bundesrepublik beantwortete den paraguayischen Protest mit einer Note vom 31. März 1965.

372

Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem britischen Botschafter Roberts

Z A 5-141.A/64 geheim **4. Dezember 1964**[1]

Der Herr Bundesminister des Auswärtigen empfing am 4. Dezember 1964 um 12.10 Uhr den britischen Botschafter, Sir Frank Roberts, zu einem Gespräch.

Einleitend überreichte der *britische Botschafter* eine persönliche Botschaft des britischen Außenministers.[2] Er betonte, daß sich die britische Politik keineswegs geändert habe. Eine Beteiligung an der gemischten Besatzung sei für England deswegen schwierig, weil es nicht über genügend elektronisch geschulte Kräfte verfüge. Dies sei allerdings nur der Ausgangspunkt für Verhandlungen.[3]

Der Herr *Minister* erklärte, schlecht sei natürlich der Hinweis Wilsons, daß auf keinen Fall in Frage komme, daß Deutschland einen Finger am Abzugshahn habe. Andererseits habe doch gerade Wilson den Sowjets erklärt, nichts sei günstiger als dieses Vorhaben, um die Deutschen vom Abzugshahn fernzuhalten.[4] Er verstehe natürlich die innenpolitischen Schwierigkeiten, mit denen Wilson zu kämpfen habe. Leider aber seien durch Wilsons Ausführungen im Unterhaus einige Schatten auf den Besuch von Gordon Walker in Bonn[5] gefallen.

Der *britische Botschafter* verwies darauf, daß Gordon Walker in Bonn natürlich mehr von der Zukunft gesprochen habe, während der Premierminister im Unterhaus darüber habe nicht so sehr sprechen können.

[1] Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Kusterer am 7. Dezember 1964 gefertigt.
Hat Bundesminister Schröder vorgelegen.
Ein Durchdruck hat Staatssekretär Carstens vorgelegen, der am 15. Dezember 1964 Staatssekretär Lahr handschriftlich auf den letzten Absatz der Aufzeichnung hinwies. Vgl. Ministerbüro, VS-Bd. 8512.

[2] Dem Vorgang nicht beigefügt. Für den Wortlaut des Schreibens vgl. Abteilung II (II 7), VS-Bd. 1370.

[3] Zur britischen Haltung gegenüber der geplanten MLF vgl. zuletzt Dok. 370, Anm. 3.

[4] Am 23. November 1964 erklärte Premierminister Wilson vor dem britischen Unterhaus: „There is the question whether the mixed-manned surface fleet – and this is the proposal which at the moment holds the field – involves a German finger on the trigger. In Moscow ... my right hon[ourable] Friend, the Foreign Secretary, and I thought to dispel the Soviet view that the proposal in its present form meant, as they put it, a German finger on the trigger. In its present form and as long as the American veto remains absolute, it does not mean, in our view, additional fingers on the trigger." Vgl. HANSARD Bd. 702, Sp. 943. Zur Erklärung von Wilson vgl. auch Dok. 354, besonders Anm. 4.
Vom 31. Mai bis 4. Juni 1964 besuchte Wilson als Vorsitzender der Labour Party die Sowjetunion. Am 2. Juni 1964 betonte er gegenüber dem sowjetischen Ministerpräsidenten Chruschtschow seine Ablehnung der geplanten MLF. Gleichzeitig wies er jedoch die sowjetische Behauptung zurück, die Beteiligung der Bundesrepublik an diesem Projekt werde dazu führen, „daß Bonn eine Verfügung über Kernwaffen erhalte (get a finger on the nuclear trigger)". Vgl. den Drahtbericht des Botschafters von Etzdorf, London, vom 3. Juni 1964; Referat II 8, Bd. 13.

[5] Zum Besuch des britischen Außenministers am 15. November 1964 in Bonn vgl. Dok. 334–336.

Der Herr *Minister* fragte, ob Sir Frank Roberts irgendwelche Berichte über die Gespräche Balls in London[6] erhalten habe.

Sir Frank *Roberts* verneinte dies und sagte, er habe nur die für die Presse bestimmten Berichte gelesen, wonach die Gespräche gut verlaufen seien.

Auf die Frage von Sir Frank Roberts, ob ihm der Herr Minister aufgrund seines kürzlichen Amerikabesuchs[7] etwas Neues sagen könne, erklärte der Herr *Minister*, inzwischen sei der deutsche Gesandte in London schon bei Lord Hood gewesen.[8] Auch die Italiener hätten wiederholt eine ähnliche Auffassung wie die Bundesregierung in London vorgetragen.[9] Er sei sicher, daß die Vereinigten Staaten am Kern des Projekts festhalten werden, wobei sie natürlich bereit seien zu überlegen, ob die eine oder andere Änderung bzw. Ergänzung erfolgen könne. Dies sei auch die Haltung der Bundesregierung.

Auf die Frage des Herrn Ministers, wer vom linken Flügel der Labour Party von besonderer Bedeutung sei, erwiderte Sir Frank *Roberts*, vor allem Cousins sei hier wichtig, da er einen starken Einfluß auf die Gewerkschaften ausübe. Cousins sei auch ein aufgeschlossener Mann. Bei seinem kürzlichen Besuch in London habe ihn besonders beeindruckt, daß gerade die Leute in den Schlüsselministerien größten Wert auf eine gute Zusammenarbeit mit Deutschland legten. Es handele sich außer dem Premierminister und dem Außenminister vor allem um den Verteidigungsminister sowie um George Brown. Ein Grund für die Ausführungen des Premierministers im Unterhaus habe auch darin gelegen, daß Wilson vermeiden möchte, daß vom linken Flügel auf ihn geschossen werde, noch ehe er die Verhandlungen richtig aufgenommen habe.[10] Er glaube, daß weder der Premierminister noch Dennis Healey befürchteten, der linke Flügel könnte ihn daran hindern, eine vernünftige NATO-Lösung zu finden.

Zu den europäischen Fragen bemerkte Sir Frank Roberts, Gordon Walker habe auf die italienischen Vorstellungen erklärt, die britische Regierung wolle auch weiterhin bei Verhandlungen über eine politische Einigung Europas von Anfang an beteiligt sein. Sie wolle natürlich den Fortschritt der Sechs in ihren eigenen Angelegenheiten nicht behindern, doch sollten Beschlüsse über

[6] Zu den Gesprächen des Staatssekretärs im amerikanischen Außenministerium, Ball, am 30. November und 1. Dezember 1964 in London vgl. Dok. 370, Anm. 3.

[7] Zum Besuch des Bundesministers Schröder vom 22. bis 27. November 1964 in Washington vgl. Dok. 353, Dok. 360, Dok. 361 und Dok. 363.

[8] Zum Gespräch des Gesandten Freiherr von Ungern-Sternberg, London, mit dem Unterstaatssekretär im britischen Außenministerium, Lord Hood, am 25. November 1964 vgl. Dok. 356, besonders Anm. 5.

[9] Zur italienischen Haltung gegenüber der geplanten MLF vgl. Dok. 357.

[10] Am 4. Dezember 1964 berichtete Gesandter von Lilienfeld, Washington, von einer Unterhaltung mit seinem britischen Kollegen. Stewart habe ausgeführt: „Die Rede von Wilson sei weitgehend von innerparteilichen Gesichtspunkten bestimmt gewesen und stehe zweifellos in gewissem Gegensatz zu dem, was Gordon Walker hier – und wohl auch in Bonn – gesagt habe. Die hiesige britische Botschaft habe Auftrag erhalten, die Äußerungen Wilsons gegenüber dem State Department etwas abzuschwächen ... Erläuternd meinte Stewart ..., dieser stünde unter starkem Druck der extrem linksgerichteten Elemente seiner Partei, die im Grunde genommen antideutsch eingestellt und deswegen gegen jede Art der Beteiligung und des Mitspracherechts der Deutschen in nuklearen Fragen seien. Bei seiner knappen Mehrheit im Parlament sei Wilson auch auf diese Gruppe angewiesen." Vgl. Abteilung II (II 7), VS-Bd. 1370; B 150, Aktenkopien 1964.

ein politisches Europa auf einer breiteren Grundlage gefaßt werden. Großbritannien sei ein wesentlicher Teil Europas. Wolle man zu diesem Zweck die WEU einsetzen, dann müsse man diese Organisation stärker als in der Vergangenheit benutzen und nicht nur Informationen dort austauschen. Großbritannien liege die Stärkung des atlantischen Bündnisses am Herzen. Daher rühre auch sein Vorschlag für eine nukleare Reorganisation des Bündnisses mit dem Ziel, kein Mitglied der NATO auszuschließen. Er hoffe, daß auch bei Vorschlägen über die europäische Einheit niemand ausgeschlossen werde.

Der Herr *Minister* verwies auf seine neuliche Erklärung im Bundestag, daß die Bundesregierung keiner Formel zustimmen würde, die ein Vetorecht gegen die Zulassung weiterer Mitglieder vorsehen würde.[11]

Sir Frank *Roberts* fragte dann, ob angesichts der neuen deutschen Haltung in der Getreidepreisfrage[12] Frankreich nunmehr eher für eine Erörterung der europäischen Fragen bereit wäre.

Der Herr *Minister* verwies darauf, im Grunde seien Frankreich und Holland der Auffassung, daß es wichtiger sei, sich zunächst über einige politische Punkte zu einigen als über neue Einrichtungen zu sprechen. Für die Franzosen sei das Wichtigste die Verteidigung. Deswegen habe de Gaulle wenig Interesse an einer neuen Organisation, ehe man seiner Verteidigungskonzeption zugestimmt habe.[13]

Sir Frank *Roberts* verwies darauf, daß die Schlagkraft der V-Bomber ebenso groß sei wie die der vorgesehenen multilateralen Flotte.

Sir Frank Roberts sagte dann, die Königin und der Herzog von Edinburgh freuten sich sehr auf ihren Besuch in Deutschland.[14] Die Programmvorbereitungen liefen sehr gut. Er glaube auch, daß es wegen Berlin keine Schwierigkeiten geben werde.[15]

[11] Zur Frage der Einbeziehung Großbritanniens in die europäische politische Zusammenarbeit erklärte Bundesminister Schröder am 3. Dezember 1964 vor dem Bundestag: „Im übrigen möchte ich für die Bundesregierung ganz klarstellen, daß für uns diese Besprechungen über eine politische Union geführt werden mit dem Ziele der Erweiterung ... Wir werden uns bei einer politischen Union ganz sicherlich auf nichts einlassen, was sozusagen ein Veto gegen neue Mitglieder darstellen würde." Vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 56, S. 7359.

[12] Vgl. dazu Dok. 358.

[13] Zur französischen Haltung gegenüber der geplanten MLF vgl. zuletzt Dok. 364.
Am 1. Dezember 1964 berichtete Botschafter Berger, Den Haag, über ein Gespräch mit dem Abteilungsleiter im niederländischen Außenministerium, de Ranitz. Dieser habe erklärt, daß die niederländische Regierung „in der Frage der Beteiligung an [der] MLF ... noch keine Entscheidung getroffen habe ... Er betrachte das weitere Schicksal der MLF mit einer gewissen Skepsis. England habe im Grunde eine die MLF in ihrer ursprünglichen Gestalt ablehnende Haltung eingenommen. Es bleibe abzuwarten, wie weit der Druck der Vereinigten Staaten reiche, um Wilson bei seinem demnächstigen Besuch umzustimmen." Vgl. Abteilung II (II 7), VS-Bd. 1360; B 150, Aktenkopien 1964.

[14] Königin Elisabeth II. und der Herzog von Edinburgh besuchten vom 18. bis 28. Mai 1965 die Bundesrepublik. Vgl. dazu BULLETIN 1965, S. 689 f. und S. 753–755.

[15] Referat I A 5 wies am 8. Dezember 1964 darauf hin, daß sich Königin Elisabeth II. erst im Februar 1965 entscheiden wolle, ob auch Berlin (West) in das Besuchsprogramm aufgenommen werden solle. Vgl. Abteilung I (I A 5), VS-Bd. 173; B 150, Aktenkopien 1964.
Königin Elisabeth II. besuchte am 27. Mai 1965 Berlin (West).

Als letztes sagte Sir Frank Roberts, eine gute Möglichkeit für eine Devisenhilfe für Großbritannien[16] wäre es, wenn die Lufthansa beschlösse, den Flugzeugtyp BAC 1-11 zu kaufen. Technisch schienen dagegen keine Einwände zu bestehen. Er hinterließ dazu eine kurze für ihn selbst bestimmte Aufzeichnung.[17]

Das Gespräch endete um 13.00 Uhr.

Ministerbüro, VS-Bd. 8512

373

Aufzeichnung des Staatssekretärs Lahr

St.S. 2287/64 geheim **5. Dezember 1964**[1]

Betr.: Deutsch-französische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Entwicklung und Beschaffung von Rüstungsmaterial[2]

In meinem letzten Gespräch vom 27. November habe ich Herrn Wormser gesagt, wir hätten den Eindruck, daß die bisherigen Ergebnisse der Zusammenarbeit, namentlich auf dem Gebiet der Versorgung der Bundeswehr mit französischem Material, von der französischen Regierung nicht voll gewürdigt würden.[3] Nach unseren Feststellungen sei es zu sehr umfangreichen Geschäf-

16 Zum deutsch-britischen Abkommen vom 27. Juli 1964 über einen Devisenausgleich für die Jahre 1964/65 und 1965/66 vgl. Dok. 208, besonders Anm. 2.

17 Dem Vorgang nicht beigefügt. Vgl. Referat III A 4, Bd. 397.
Am 8. Dezember 1964 verhandelte in London ein Gemischter Ausschuß über den deutsch-britischen Devisenausgleich. Ministerialdirigent Graf von Hardenberg hielt dazu am 10. Dezember 1964 fest, die Besprechungen hätten die „große Schwierigkeit" aufgezeigt, „einen angemessenen Ausgleich für den britischen Devisenaufwand für die Rheinarmee" zu schaffen. Er führte weiter aus, daß „bei der derzeitigen Lage ... nur ein Ankauf der BAC 1-11 (22 Stück 276 Mio. DM) eine fühlbare Entlastung bringen" könne. Die Mitarbeiterin des Referats III A 4, Stübel, wies am 10. Dezember 1964 darauf hin, daß sich die Lufthansa jedoch aus technischen Gründen seit längerem für den Ankauf von amerikanischen Flugzeugen ausgesprochen habe. Zudem habe sie „die neu aufgelebten Auseinandersetzungen zum Anlaß genommen, sich gegen eine politische Beeinflussung ihrer wirtschaftlichen Entscheidungen über die Erneuerung ihres Flugzeugparks zu verwehren". Vgl. Referat III A 4, Bd. 397.
Vgl. dazu weiter Dok. 382, Anm. 31.

1 Ein Durchdruck der Aufzeichnung hat Bundesminister Schröder vorgelegen, der am 11. Dezember 1964 handschriftlich vermerkte: „Presseverwertung!?" Vgl. Ministerbüro, VS-Bd. 8440.

2 Zur deutsch-französischen Rüstungszusammenarbeit vgl. zuletzt Dok. 260.

3 Zur französischen Enttäuschung über die bilaterale Rüstungszusammenarbeit vgl. zuletzt Dok. 355.
Am 25. November 1964 hielt Ministerialdirigent Voigt fest, daß Frankreich von der Bundesrepublik nicht nur umfangreichere Rüstungsbestellungen, sondern auch eine Intensivierung der gemeinsamen Forschung und Entwicklung von Rüstungsgütern erwarte. Vgl. Abteilung I (I A 1), VS-Bd. 139; B 150, Aktenkopien 1964.
Dazu verwies Ministerialdirigent Ruete am 26. November 1964 auf entsprechende Klagen des

ten gekommen, denenzufolge Frankreich im Kreis unserer Lieferanten nach den USA einen hervorragenden Platz einnehme. Ich übergab ihm die beiliegende Aufstellung[4] und fügte erläuternd hinzu:

1) Mit einer Gesamtziffer von 4–5 Milliarden DM stehe Frankreich zwar wesentlich hinter den USA (etwa 13 Milliarden DM), jedoch erheblich vor allen anderen Lieferanten. Insbesondere sei es mit Abstand unser wichtigster europäischer Lieferant. Die auf Frankreich folgenden Lieferanten, Niederlande, Großbritannien und Italien, hätten sämtlich nur etwas über 1 Milliarde DM hinausgehende Beträge aufzuweisen.

2) Wenn die USA weitaus an der Spitze stünden, so erkläre sich das hauptsächlich aus der Tatsache, daß die Bundeswehr bei ihrer Aufstellung in den 50er Jahren[5], d.h. zu einer Zeit, in der von einer deutsch-französischen Zusammenarbeit der jetzt gewünschten Art nicht die Rede gewesen sei, praktisch mit einer amerikanischen Erstausstattung versehen worden sei, die notwendigerweise zahlreiche Folge-, Ergänzungs- und Erneuerungsaufträge nach sich gezogen habe. Daß es trotz dieser bei Abschluß des deutsch-französischen Konsultationsabkommens[6] vorhandenen und nicht mehr rückgängig zu machenden Tatsache zu sehr bedeutenden Aufträgen an die Franzosen gekommen sei, dürfte in seiner Bedeutung nicht unterschätzt werden.

3) Die von mir genannten Zahlen umfaßten die Zeit von 1958 bis 1. Oktober 1964. Über die Hälfte der Zahlen entfielen aber auf die Zeit nach Unterzeichnung des deutsch-französischen Abkommens, d.h. nur etwa 1 3/4 Jahre von insgesamt 6 3/4 Jahren.

Wir bedauerten es, daß im deutsch-französischen Verhältnis zu gewissen Meinungsverschiedenheiten, die auszuräumen in der Tat einige Zeit und Geduld

Fortsetzung Fußnote von Seite 1446

französischen Gesandten. Graf d'Aumale habe ausgeführt, „daß der möglicherweise vorhandene politische Wille zur Zusammenarbeit auf technischer Ebene zunichte gemacht würde. Die Techniker des Bundesverteidigungsministeriums ... seien völlig auf Amerika ausgerichtet und gingen sogar so weit, die Anforderungen des Ministeriums je nach den Lieferwünschen der amerikanischen Industrie ‚umzustellen'. Auch lögen sie bei ihren technischen Expertisen je nach Wunsch der amerikanischen Industrie. Dieses führe dann zu falschen Entschlüssen der politischen Führung." Vgl. Abteilung III (III A 4), VS-Bd. 234; B 150, Aktenkopien 1964.

4 Dem Vorgang beigefügt. Die Aufstellung vom 1. Oktober 1964 über die deutsch-französische Rüstungszusammenarbeit bezifferte den Wert der einzelnen Großprojekte mit 4,010 Mrd. DM. Die Summe aller Projekte betrug 4,832 Mrd. DM. Darin waren deutsche Lieferungen im Umfang von 800 Mio. DM enthalten, so daß sich der Gesamtwert der effektiven französischen Lieferungen auf etwa 4 Mrd. DM belief. Im einzelnen entfielen auf bereits abgewickelte Käufe in Frankreich 1,035 Mrd. DM, auf laufende Projekte 1,518 Mrd. DM und auf in Vorbereitung befindliche Aufträge 1,279 Mrd. DM. Vgl. Abteilung III (III A 4), VS-Bd. 234; B 150, Aktenkopien 1964.

5 Die ersten Verbände der Bundeswehr wurden vom 1. Januar 1956 an aufgestellt.

6 Abschnitt B, Absatz 3 des deutsch-französischen Vertrags vom 22. Januar 1963: „Auf dem Gebiet der Rüstung bemühen sich die beiden Regierungen, eine Gemeinschaftsarbeit vom Stadium der Ausarbeitung geeigneter Rüstungsvorhaben und der Vorbereitung der Finanzierungspläne an zu organisieren. Zu diesem Zweck untersuchen gemischte Kommissionen die in beiden Ländern hierfür betriebenen Forschungsvorhaben und nehmen eine vergleichende Prüfung vor. Sie unterbreiten den Ministern Vorschläge, die diese bei ihren dreimonatlichen Zusammenkünften prüfen und zu deren Ausführung sie die notwendigen Richtlinien geben." Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 708.

erfordere, Differenzpunkte hinzuträten, die in Wirklichkeit keine seien. Wir seien daher an einer Aufklärung lebhaft interessiert.

Herr Wormser nahm diese Mitteilungen mit großem Interesse entgegen und versprach, sich auch seinerseits um eine Aufklärung zu bemühen.

Ich empfehle, das weitere Gespräch vorzubereiten, indem wir die aufgeführten Ziffern spezifizieren.

Hiermit über Herrn Staatssekretär I[7] und Herrn D I[8] Herrn D III mit der Bitte um weitere Veranlassung.[9]

Lahr[10]

Abteilung III (III A 4), VS-Bd. 234

[7] Hat Staatssekretär Carstens am 8. Dezember 1964 vorgelegen.

[8] Hat Ministerialdirektor Jansen am 9. Dezember 1964 vorgelegen.

[9] Hat Ministerialdirektor Sachs am 9. Dezember 1964 vorgelegen, der die Weiterleitung über Ministerialdirigent Graf von Hardenberg an Legationsrat I. Klasse Middelmann veranlaßte.
Hat Hardenberg und Middelmann am 9. Dezember 1964 vorgelegen.
Am 17. Dezember 1964 legte Sachs einen „Leistungsvergleich" bei der deutsch-französischen rüstungswirtschaftlichen Zusammenarbeit vor. Dazu führte er aus: „Die Aufstellung bestätigt das bereits früher erstellte Zahlenbild ..., wonach sich eine Nettoleistung Deutschlands an Frankreich in Höhe von rund 4 Milliarden DM ergibt. Wie das Bundesministerium der Verteidigung dazu mitteilt, sind die Zahlen mit Herrn Robert Heymann, Stellvertreter des Attachés für wissenschaftliche und industrielle Wehrangelegenheiten, der bei der französischen Botschaft in Bonn diese Fragen bearbeitet, abgestimmt und werden von ihm anerkannt." Vgl. Abteilung III (III A 4), VS-Bd. 234; B 150, Aktenkopien 1964.

[10] Hat Staatssekretär Lahr am 18. Dezember 1964 erneut vorgelegen, der handschriftlich für Bundesminister Schröder vermerkte: „Die beiliegende Aufstellung bestätigt die oben genannten Ziffern."
Hat Schröder am 20. Dezember 1964 vorgelegen, der handschriftlich für Staatssekretär Carstens vermerkte: „Bei der Vorbereitung der nächsten Konsultation mit de Gaulle muß dieses Kapitel (klar gegliedert) berücksichtigt werden."
Hat Carstens erneut am 22. Dezember 1964 vorgelegen.

374

Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens

St.S. 2290/64 geheim **5. Dezember 1964**

Der französische Botschafter suchte mich auf und unterrichtete mich über das Gespräch zwischen Couve de Murville und Ball am 2. Dezember 1964.[1]

Ball hat bestätigt, sein Gespräch diene der Vorbereitung des Johnson-Besuchs.[2] Mit Bezug auf die MLF hat er erklärt, ein wichtiges Motiv dabei sei, daß man Deutschland nicht auf die Dauer diskriminieren wolle. Die Frage würde um so akuter, als nach der chinesischen Bombe[3] nun wohl auch Indien[4] und vielleicht sogar Japan die Herstellung eigener Bomben ins Auge fassen würden.

Couve habe geantwortet, die MLF störe die europäische Einigung.[5] Was Deutschland betreffe, so sei es in der Hauptsache an seiner Wiedervereinigung interessiert, und es wisse wohl, daß die Schaffung einer westdeutschen Atomstreitmacht die Wiedervereinigung noch weiter erschweren, ja vielleicht sogar unmöglich machen würde. Er glaube nicht an eine Ausbreitung der atomaren Waffen über einen begrenzten Kreis von Ländern hinaus; nur wenige würden die Möglichkeit haben, außer den Waffen selbst auch die erforderlichen Trägersysteme herzustellen.

Die MLF erfülle den entscheidenden europäischen Wunsch auf Mitsprache bei den amerikanischen atomaren Entscheidungen nicht. Präsident Kennedy habe hierzu gegenüber Präsident de Gaulle im Mai 1961 erklärt: „Wir werden Sie im Rahmen des Möglichen konsultieren".[6] Dies sei eine aufrichtige, aber eben unbefriedigende Antwort gewesen. Die MLF habe zudem den weiteren Nachteil, daß durch sie die gesamte NATO, auch die ihr nicht angehörenden

[1] Am 4. Dezember 1964 berichtete Botschafter Klaiber, Paris, über das Treffen zwischen dem Unterstaatssekretär im amerikanischen Außenministerium, Ball, und dem französischen Außenminister Couve de Murville am 2. Dezember 1964 in Paris. Dabei seien „die amerikanische und die französische Ansicht zur MLF erneut und kompromißlos aufeinander gestoßen. Beide Gesprächspartner konnten nur feststellen, daß keiner von beiden seine Ansichten geändert hatte." Nach einem Gespräch mit dem amerikanischen Geschäftsträger in Paris, McBride, ergänzte Klaiber am 8. Dezember 1964 seinen Bericht. Demnach habe Couve de Murville „als einzig neues Argument gegen die MLF" den Einwand vorgebracht, „daß die Beteiligung der Bundesrepublik an der MLF die deutsche Wiedervereinigung unmöglich machen würde". McBride habe gegenüber ihm, Klaiber, in diesem Zusammenhang daraufhin gewiesen, „daß dieses Argument den sowjetischen Propagandathesen gegen die MLF gefährlich nahekomme". Vgl. Abteilung II (II 7), VS-Bd. 1365; B 150, Aktenkopien 1964.
Vgl. dazu auch Dok. 389, Anm. 5.

[2] Ein Besuch des Präsidenten Johnson in Frankreich fand nicht statt.

[3] Zur Zündung der ersten Atombombe der Volksrepublik China am 16. Oktober 1964 vgl. Dok. 297, Anm. 24.

[4] Am 18. Mai 1974 zündete Indien den ersten Atomsprengsatz.

[5] Zu den französischen Einwänden, die geplante MLF widerspreche europäischen Einigungsbestrebungen, vgl. Dok. 307, Anm. 10.

[6] Zum Gespräch während des Besuchs des amerikanischen Präsidenten vom 31. Mai bis 2. Juni 1961 in Paris vgl. DE GAULLE, Mémoires d'espoir. Le renouveau 1958-1962, S. 271.

NATO-Partner, in einen nuklearen Krieg hineingezogen werden könnten. Die Europa-Klausel des MLF-Vertrages[7] sei unbefriedigend, denn hinsichtlich des entscheidenden Punktes der Abtretung der Streitmacht an die Europäer sage sie nichts.

Auf eine entsprechende Frage Balls erklärte Couve, eine europäische nukleare Streitmacht setze eine politische Autorität in Europa voraus, von einer solchen sei man naturgemäß noch weit entfernt, vorher könne man ja aber schon über die Angelegenheit sprechen. Ball habe abschließend noch einmal unterstrichen, daß die Amerikaner die MLF im Hinblick auf Deutschland vorgeschlagen hätten. Er hat bestätigt, daß die USA ihr Kontrollrecht an den Atomwaffen nicht aufgeben würden, aber die MLF habe den Vorteil, die Europäer mit den nuklearen Gegebenheiten vertraut zu machen. Entscheidend aber sei die Überlegung, daß die westliche Verteidigung unteilbar sei. Die Amerikaner würden zu ihren Verpflichtungen, die sie ihren europäischen Partnern gegenüber übernommen hätten, stehen, sie wünschten aber nicht, durch ihre europäischen Partner in einen Krieg hineingezogen zu werden, etwa in der Weise, daß die Europäer, z. B. Deutschland, eigene Atomwaffen zuerst einsetzten.[8]

In dem anschließenden Gespräch, welches ich mit dem Botschafter führte, brachte de Margerie Zweifel daran zum Ausdruck, ob die Rücksicht auf Deutschland wirklich bei dem MLF-Projekt von Anfang an eine so große Rolle gespielt habe. Ich widersprach dem und erklärte, nach meiner bestimmten Erinnerung sei es so gewesen, und was z. B. meine Person betreffe, so hätte ich gerade auch unter diesem Gesichtspunkt das Projekt für besonders wichtig gehalten. Der Botschafter möge bedenken, daß unser Atomverzicht 1954[9] unter den damaligen Verhältnissen abgegeben worden sei, als nämlich praktisch nur die Vereinigten Staaten über nukleare Waffen verfügten. Die Lage habe sich geändert und, wenn auch ganz gewiß niemand in Deutschland eigene Nuklearwaffen für Deutschland anstrebe, so sei es doch eine kluge Politik, die Anpassungen vorzunehmen, die sich aus der veränderten Sachlage ergäben.

Hiermit dem Herrn Minister[10] vorgelegt.

Carstens

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 432

[7] Zur Europäisierungsklausel vgl. zuletzt Dok. 330.

[8] Zu den Modalitäten für einen Einsatz der MLF und zum Vetorecht der USA vgl. zuletzt Dok. 339.

[9] Die Bundesrepublik verzichtete in den Pariser Verträgen vom 23. Oktober 1954 auf die Herstellung von Atomwaffen. Vgl. dazu Dok. 27, Anm. 27.

[10] Hat Bundesminister Schröder am 5. Dezember 1964 vorgelegen.

375

Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem italienischen Außenminister Saragat in Rom

Dg I A/I A 3-82.20/94.12/1641/64 geheim **8. Dezember 1964**[1]

Kurz-Niederschrift der Besprechungen zwischen Bundesaußenminister Dr. Schröder und Außenminister Saragat am 8.12.1964 in Rom.

I. Europäische Politische Zusammenarbeit

Außenminister *Saragat* erklärte, die Zeit sei gekommen, die Erörterungen hierüber wieder aufzunehmen. Der deutsche und der italienische Vorschlag wiesen einige Unterschiede auf[2], über die wir sprechen sollten, u.a. hinsichtlich Einschluß Verteidigungsangelegenheiten, der Begrenzung der ersten Phase, des Umfanges der Konsultationen und der Konstruktion der Organe (Italien: politische Kommission aus Vertretern der Regierungen; deutscher Vorschlag: Beratender Ausschuß weisungsungebundener Persönlichkeiten).

Bundesminister *Dr. Schröder* erwiderte, diese Differenzen seien wohl insgesamt nicht sehr tiefgehend.

Zur Frage des Verhältnisses Großbritanniens zu einer kommenden Sechser-Zusammenarbeit müsse er die Notwendigkeit von festen Regeln über die Aufnahme anderer europäischer Staaten herausstellen; es müßten Regeln sein, die verhinderten, daß ein Land durch sein Veto die Aufnahme vereiteln könne. Die Ausarbeitung solcher Regeln gehöre zu den Arbeiten der ersten Phase.

Bis zu einer Aufnahme Großbritanniens halte er das von uns und Italien vorgesehene Verfahren, England über die WEU auf dem laufenden zu halten[3], für angebracht.

Es sei mit Sicherheit anzunehmen, daß Frankreich dem Ausschluß der Verteidigungsangelegenheiten von den Beratungsthemen nicht zustimmen werde.

Im übrigen sei in Frankreich ein Meinungswandel festzustellen. Während der Verhandlungen über die Fouchet-Pläne[4] sei die französische Seite immer mit der Festlegung bestimmter Prozeduren und Institutionen einverstanden gewesen, ohne jemals zu verlangen, daß eine erste Einigung über die gemeinsame Politik Voraussetzung für den Beginn der politischen Zusammenarbeit sein müsse. Heute verlange Frankreich, daß zunächst eine Einigung über die großen Linien einer gemeinsamen Politik erzielt sein müsse. Hierzu gehörten natürlich auch die Verteidigungsfragen.

Da wir diesen Weg nicht für richtig halten, komme es darauf an, den Franzosen klarzumachen, daß nach unserer Meinung zunächst der Rahmen des Ver-

[1] Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Voigt am 17. Dezember 1964 gefertigt.

[2] Zum Vergleich des italienischen Vorschlags vom 26. November 1964 zur europäischen politischen Einigung mit der Europa-Initiative der Bundesregierung vom 4. November 1964 vgl. Dok. 368.

[3] Zur Vereinbarung regelmäßiger Kontakte zwischen den EWG-Staaten und Großbritannien im Rahmen der WEU vgl. Dok. 12, Anm. 15.

[4] Vgl. dazu Dok. 193, Anm. 3.

fahrens und der Institutionen vereinbart werden müsse. Wir seien auch nicht bereit, Konzessionen in den politischen Substanzfragen zu machen, um eine erste organisierte politische Zusammenarbeit zu erreichen. Zu befürchten sei vor allem, daß die französische Seite als Voraussetzung für die Aufnahme der ersten politischen Zusammenarbeit die Forderung stellen werde, keine weiteren Entscheidungen zu treffen, die die Sechs in ihrer politischen und verteidigungspolitischen Zielsetzung noch weiter voneinander entfernen, d.h. die Bemühungen um die MLF einzustellen.[5]

Außenminister *Saragat* erwiderte, Italien sei immer für die Aufnahme Großbritanniens[6] und anderer europäischer Staaten in die Gemeinschaften gewesen und trete nach wie vor für dieses Ziel ein. Eine politische Union, die nicht anderen europäischen Staaten offenstehe, sei für Italien ebensowenig denkbar. Ein weiterer Grundsatz der italienischen Außenpolitik sei und bleibe, daß eine europäische Verteidigungspolitik ohne Einbettung in das atlantische Bündnis nicht möglich sei.[7]

Die italienische Regierung glaube jedoch, daß die Vorschläge, die Spaak[8], die deutsche und die italienische Regierung jetzt gemacht hätten, Frankreich einen Weg aufzeigen sollten, auf dem es aus seiner jetzigen politischen Isolierung herauskommen könne. Im übrigen sei er hinsichtlich der künftigen Einstellung de Gaulles zu den europäischen und atlantischen Fragen nicht pessimistisch. Letzten Endes werde de Gaulle sich für eine realistische Politik entscheiden; hierzu müßten die anderen Regierungen ihm aber den Weg bereiten.

Bundesminister *Dr. Schröder* erwiderte, wir hätten zwar einige Bedenken gegen die italienischen Vorschläge. Wenn Frankreich jedoch morgen bereit wäre, diese Vorschläge anzunehmen, so würden wir alle unsere jetzigen Bedenken zurückstellen. Er befürchte jedoch, die französische Reaktion auf die deutschen und italienischen Vorschläge werde in der Antwort bestehen, daß Besprechungen über Prozeduren und Institutionen nicht sinnvoll seien, so lange keine Einigung über die wichtigen politischen Substanzfragen vorliege.

Außenminister *Saragat* erklärte, Italien wäre nicht bereit, an einer Außenministerkonferenz teilzunehmen, mit dem Gegenstand der Erörterung der politischen Streitfragen. Eine solche Konferenz wäre nichts als Zeitverlust. Er stimme also dem deutschen Außenminister voll und ganz zu, daß der Gegenstand einer Außenministerkonferenz auf die Diskussion des Rahmens der politischen Zusammenarbeit begrenzt sein solle. Er persönlich glaube, daß wir die Zustimmung der französischen Regierung zu einer solchen Konferenz auch erhalten würden.

Für sein Gespräch mit Couve am 14.12.[9] wäre er für rechtzeitige Unterrich-

[5] Zum französischen Argument, die geplante MLF widerspräche der europäischen politischen Einigung vgl. zuletzt Dok. 374.

[6] Zu den italienischen Bemühungen, Großbritannien an die EWG heranzuführen, vgl. Dok. 28.

[7] Zur italienischen Verteidigungspolitik vgl. zuletzt Dok. 357.

[8] Zu den Vorschlägen des belgischen Außenministers für eine europäische politische Zusammenarbeit vgl. Dok. 197, Dok. 198 und Dok. 244, besonders Anm. 17.

[9] Am 19. Dezember 1964 hielt Botschafter Blankenhorn, Rom, aus einem Gespräch mit dem Abtei-

tung über das Ergebnis der Besprechungen Dr. Schröders mit dem französischen Außenminister am morgigen Tage dankbar.[10]

Bundesminister *Dr. Schröder* bekräftigte zum Schluß nochmals, daß eine Außenministerkonferenz sich auf die prozeduralen Fragen beschränken müsse, diese Linie werde er morgen in seinem Gespräch mit Couve einnehmen.

II. MLF-Fragen

Außenminister *Saragat* erklärte, die italienische Regierung habe vor 2 Jahren ihre grundsätzliche Zustimmung zur MLF verlauten lassen.[11] Sie sehe in der französischen Force de frappe ein Element der Desintegration, in der MLF jedoch ein Mittel der Verstärkung der Allianz. Es sei schließlich ja auch gelungen, die Zustimmung der Sozialisten zu erhalten, die sich lange Zeit gegen das Projekt eingestellt hätten.[12]

Heute seien 2 der Regierungsparteien – die DC[13] und die Sozialdemokraten – uneingeschränkt für die MLF, selbst wenn diese nur zwischen den USA, Deutschland und Italien zustande komme. Ein Nein der britischen Regierung bedeute zwar nicht, daß in diesem Falle Italien seine Teilnahme versagen müßte; jedoch würde das britische Ja die Entscheidung für Italien, weil es die letzten Zweifel der Sozialisten beseitigen würde, sehr erleichtern. Überdies wäre das britische Ja eine für ganz Europa bedeutungsvolle Tatsache. Er habe bei seinen Gesprächen in London[14] den Eindruck erhalten, daß die neue Regierung[15] die Tür zur MLF offenhalten wolle. Die Wilson-Rede, die für viele enttäuschend gewesen sei, habe wohl mehr den praktischen Bedürfnissen einer

Fortsetzung Fußnote von Seite 1452

lungsleiter im italienischen Außenministerium, Toscano fest, daß das Treffen zwischen dem italienischen Außenminister und seinem französischen Kollegen in Paris „äußerst negativ" verlaufen sei. Während Saragat die Übereinstimmung der italienischen und deutschen Haltung gegenüber der geplanten MLF hervorgehoben habe, seien die Ausführungen von Couve von „starken antideutschen Akzenten" geprägt gewesen: „So habe er ... gesagt, daß das Ganze ein amerikanisches Manöver sei, die Verselbständigung Europas zu hintertreiben und die Deutschen endgültig der amerikanischen Politik unterzuordnen ... Er ließ durchblicken, daß Frankreich keine Bedenken habe, wenn auch Italien sich eine eigene atomare Waffe schaffe. Ausgeschlossen sei jedoch, daß man atomare Waffen in die Hände der Deutschen gebe, denn man könne nie wissen, ob diese in Zukunft nicht einmal ihre territorialen Ansprüche mit Gewalt zu lösen versuchten. Man müsse auf der Hut sein. Im übrigen habe er Herrn Saragat zu verstehen gegeben, daß, wenn die Verhandlungen über die Schaffung einer multilateralen Kraft zu positiven Ergebnissen führten, nur wenig Aussicht für eine Verwirklichung der europäischen politischen Organisation bestehe. Er habe, mit anderen Worten, damit drohen wollen, daß Frankreich in diesem Fall den Weg zur europäischen politischen Organisation blockieren werde." Vgl. Abteilung I (I A 1), VS-Bd. 132; B 150, Aktenkopien 1964.

10 Zur Unterrichtung des italienischen Außenministers Saragat vgl. Dok. 377, Anm. 1.

11 Zur italienischen Entscheidung vom 3./4. März 1963 für eine MLF vgl. Dok. 271, Anm. 13.

12 Am 26. November 1963 berichtete Botschafter Blankenhorn, Rom, über das Koalitionsprogramm der neuen italienischen Regierung. Dabei habe Ministerpräsident Moro die grundsätzliche Zustimmung des Generalsekretärs der Sozialistischen Partei, Nenni, zu einer MLF erhalten. Vgl. Abteilung II (II 7), VS-Bd. 1360; B 150, Aktenkopien 1963.

13 Democrazia Cristiana.

14 Zum Aufenthalt des italienischen Außenministers am 5. November 1964 in London vgl. Dok. 305, Anm. 1.
Zur italienischen Haltung gegenüber den britischen Vorschlägen zum MLF-Projekt vgl. Dok. 357.

15 Zum Regierungswechsel nach den Wahlen zum britischen Unterhaus am 15. Oktober 1964 vgl. Dok. 292, Anm. 4.

Partei entsprochen, die eine starke Opposition in den eigenen Reihen aufweise.[16] Gegenüber der britischen Regierung habe er das Argument gebraucht, eine Absage an die MLF werde die Reihe jener Kräfte stärken, die in reaktionären Alleingängen das Heil sähen. Damit stärke man nicht die Demokratie in Europa. Dieses Argument habe er, Saragat, übrigens auch mit Erfolg gegenüber Nenni und seinen Freunden gebraucht.[17]

Außenminister *Dr. Schröder* dankte Außenminister Saragat für seine Erklärungen. Was Großbritannien anbetreffe, so werde vieles von den Besprechungen zwischen Präsident Johnson und Premierminister Wilson[18] abhängen. Die deutschen Wünsche, die er in Washington formuliert habe[19], rekapitulier[t]e er wie folgt:

– Das Projekt der Überwasserschiffe muß bestehenbleiben; nur auf diesem Wege können nicht-nukleare Mächte eine Beteiligung an Entscheidungen über den Einsatz nuklearen Potentials erhalten.

– Großbritannien muß das Prinzip der gemischten Bemannung annehmen.

– Gegen einzelne Polaris-U-Boote bestehen keine Einwendungen, wenn sie später gemischt bemannt werden.

– Unterstellung unter SACEUR.

Außenminister *Saragat* erklärte, die italienische Regierung sei mit der allgemeinen Linie der deutschen Vorstellungen einverstanden. Sie wäre allerdings bereit, einer Verringerung der Zahl der Überwasserschiffe bis auf 12 zuzustimmen, zumal, da U-Boote auf jeden Fall eine Bereicherung der Streitmacht

[16] Zur Erklärung des Premierministers Wilson vom 23. November 1964 vor dem britischen Unterhaus vgl. Dok. 354, besonders Anm. 4, und Dok. 372, Anm. 4.

[17] Am 1. Dezember 1964 erklärte der italienische Außenminister Saragat gegenüber Bundesminister von Hassel, „die britische Beteiligung sei wesentlich für die italienische Regierung, weil die Nenni-Sozialisten sonst nicht zustimmten. Er wolle sich noch vor der Reise Wilsons nach Washington für eine positive Haltung der britischen Regierung einsetzen und beabsichtige weitere Gespräche mit Gordon Walker in Paris anläßlich der NATO-Konferenz." Vgl. die Aufzeichnung des Referats II 7 vom 7. Dezember 1964; Abteilung II (II 7), VS-Bd. 1360; B 150, Aktenkopien 1964.

[18] Premierminister Wilson hielt sich vom 7. bis 9. Dezember 1964 zu Gesprächen über den britischen Gegenvorschlag zur MLF, einer Atlantic Nuclear Force (ANF), in Washington auf. Für das Kommuniqué vgl. EUROPA-ARCHIV 1965, D 15 f.
Am 10. Dezember 1964 gab Gesandter von Lilienfeld, Washington, Äußerungen des Sicherheitsberaters des amerikanischen Präsidenten zum Besuch von Wilson wieder. Bundy hob hervor, daß Johnson eine deutsch-britische Verständigung über eine MLF/ANF als Voraussetzung einer „Konferenz auf höherer Ebene" ansehe, zumal sich Johnson „angesichts der zunehmend kritischen Haltung der amerikanischen Öffentlichkeit und gewisser Kongreßkreise gegenüber der ursprünglichen MLF jetzt auf keinen Fall klar für diese ... aussprechen" könne. Lilienfeld schloß daraus, „daß die Amerikaner jetzt von uns den entscheidenden Impuls in London erwarten ... Daß dabei die Briten ... bereit sein müßten, uns volle Gleichberechtigung zuzugestehen und gewisse Souveränitätsrechte auf nuklearem Gebiet auf eine gemeinsam zu schaffende Institution zu übertragen, wird hier voll anerkannt. Dieser erweiterte Rahmen würde nach amerikanischer Ansicht ohne zu großen Gesichtsverlust den Briten den Beitritt und den Franzosen vielleicht sogar eine Revision ihrer Gegnerschaft gegenüber der usprünglichen ‚MLF' ermöglichen. Die finanzielle Notlage der Briten und ihr ausgesprochener Wunsch nach Verhinderung einer Ausbreitung der Nuklearwaffen geben uns nach amerikanischer Ansicht eine starke Verhandlungsposition in London." Vgl. Abteilung II (II 7), VS-Bd. 1370; B 150, Aktenkopien 1964.
Vgl. dazu auch Dok. 382.

[19] Zum Besuch des Bundesministers Schröder vom 22. bis 27. November 1964 in Washington vgl. Dok. 353, Dok. 360, Dok. 361 und Dok. 363.

sein würden; hier komme eben die alte italienische Präferenz für U-Boote wieder zum Durchbruch.

Er möchte die deutsche Seite bitten, sich zu überlegen, ob es nicht für die Präsentation des MLF-Projektes günstig wäre, den Gesichtspunkt der MLF als eines Mittels der Nicht-Verbreitung von Kernwaffen einzubeziehen und sogar in den Vordergrund zu stellen.

Bundesminister *Dr. Schröder* erklärte zur Zahl der Überwasserschiffe, sie dürfe nicht unter 20 sinken, da nach Feststellungen der militärischen Experten die Überlebensgrenze bei 17 liege. Zu der Anregung, den Gesichtspunkt Nicht-Verbreitung von Kernwaffen herauszustellen, bitte er zu bedenken, daß diese Frage für Deutschland eine Rolle spiele im Zusammenhang mit einer Lösung der deutschen Frage und eines militärischen Sicherheitssystems der Zukunft. Wir könnten aber bereit sein, bei Abschluß des MLF-Abkommens eine Erklärung abzugeben gegenüber unseren Gesprächspartnern dahingehend, daß wir nicht von anderer Seite atomare Waffen beziehen würden.[20]

III. Initiative in der Deutschlandfrage

Bundesminister Dr. Schröder erläuterte unsere Absichten, insbesondere den Gedanken eines 4er-Gremiums und unseren Wunsch nach einer NATO-Verlautbarung.[21]

Außenminister *Saragat* erklärte hierzu, die italienische Regierung richte sich in dieser Frage in erster Linie nach den Wünschen der deutschen Regierung und der für die Deutschland- und Berlinfrage verantwortlichen drei Westmächte, wie sehr sie auch eine größere Solidarität des gesamten Westens in der Deutschlandfrage für wünschenswert halte.

IV. EWG-Getreidepreis

Bundesminister *Dr. Schröder* erläuterte unsere Vorschläge zu den gemeinsamen Getreidepreisen.[22] Mit dieser erheblichen deutschen Konzession im Interesse der Gemeinschaft verbänden wir den Wunsch, daß nunmehr aber auch in der Kennedy-Runde und im weiteren Ausbau der EWG auf anderen Gebieten, vor allem bei dem notwendigen Abbau der Steuergrenzen, Fortschritte erzielt würden.

Außenminister *Saragat* betonte mit einigem Nachdruck, daß jetzt Italien mit der notwendigen Härte seine Forderungen auf dem Gebiet der gemeinsamen Agrarpolitik vertreten werde. Schließlich seien in Italien 28% der Bevölkerung in der Landwirtschaft beschäftigt gegenüber 17% in Frankreich und 11% in Deutschland. Diese Forderungen seien:

1) einheitliches Preisniveau zum 1.7.1968;

2) höherer Hartweizenpreis als im Mansholt-Plan und in den deutschen Vorschlägen vorgesehen;

[20] Zur Frage der Nichtverbreitung von Atomwaffen vgl. zuletzt Dok. 253. Vgl. dazu auch die britischen Vorschläge einer ANF; Dok. 382.

[21] Zu den Überlegungen der Bundesregierung hinsichtlich der Einsetzung eines Viermächte-Rats zur Lösung der Deutschland-Frage vgl. Dok. 353, besonders Anm. 26. Vgl. weiter Dok. 387.

[22] Vgl. dazu Dok. 370, Anm. 11.

3) für Futtergetreide keine 10% übersteigende Preiserhöhung;

4) Revision der Verordnung über Obst und Gemüse mit dem Ziel, eine Präferenz innerhalb der EWG herzustellen, besonders auf dem deutschen Markt[23];

5) vorgezogene Prüfung der Verordnung Nr. 25[24].

V. EWG – Österreich[25]

Bundesminister *Dr. Schröder* trug unsere Gründe für die Lösung Zollunion/Freihandelszone und unsere Bedenken gegen die italienischen Vorstellungen einer Lösung vor.[26]

Außenminister *Saragat* versprach wohlwollende Überprüfung des bisherigen italienischen Standpunktes.[27]

[23] Am 4. Dezember 1964 empfahl Referat III A 2 in einem Beitrag für die Konferenzmappe zum Besuch des Bundesministers Schröder in Rom, daß den italienischen Wünschen, „gleichzeitig mit dem EWG-Getreidepreis auch die Grundsätze für die zukünftige Finanzierung der gemeinsamen Agrarpolitik und für eine Neuregelung des Einfuhrverfahrens bei Obst und Gemüse festzulegen", mit größter Zurückhaltung begegnet werden sollte: „Bei Obst und Gemüse kommt es Italien darauf an, das bisherige Zollsystem durch ein Abschöpfungssystem zu ersetzen und auf diese Weise den Schutz der Gemeinschaftserzeugung zu erhöhen. Dadurch werden nicht unbedeutende deutsche handelspolitische Interessen in Mitleidenschaft gezogen. (Apfelsineneinfuhr aus Israel und Spanien, Äpfeleinfuhren aus den USA und Südamerika). Auch würden hierdurch zweifellos die Verhandlungen im Rahmen der Kennedy-Runde belastet werden." Vgl. Ministerbüro, VS-Bd. 8439; B 150, Aktenkopien 1964.
Vgl. dazu auch Dok. 347, Anm. 13.

[24] Am 14. Januar 1962 beschloß der EWG-Ministerrat bei der Verabschiedung der Finanzierungsverordnung Nr. 25, daß die Regelung über die Finanzierung der gemeinsamen Agrarpolitik bis zum 1. Juli 1965 zu überprüfen und neu zu regeln sei. Vgl. dazu auch Dok. 207, Anm. 9 und 10.
Am 9. Dezember 1964 berichtete Botschafter Harkort, Brüssel (EWG/EAG), daß sich die Regelung der Finanzfragen äußerst schwierig gestalte, da Italien offenbar nur bei einer „angemessenen Lastenverteilung im Rahmen der Verordnung 25" bereit sei, den von der EWG-Mehrheit geforderten „Ausgleichszahlungen für die Getreidepreissenkung" zuzustimmen. Vgl. Referat III A 2, Bd. 74.

[25] Zum Verhältnis zwischen der EWG und Österreich vgl. zuletzt Dok. 273, Anm. 25–27.
Auf der Tagung des EWG-Ministerrats am 30. November 1964 in Brüssel erklärten sich die Delegationen außer Italien bereit, mit Österreich ein Abkommen nach Artikel XXIV des „General Agreement on Tariffs and Trade" (Freihandelszone oder Zollunion) auszuhandeln, das u.a. den Abbau der Handelsschranken zwischen Österreich und der Gemeinschaft, die Harmonisierung der österreichischen Außenzölle mit den Zollsätzen des Gemeinsamen Zolltarifs vorsehen sollte. Vgl. dazu den Drahterlaß des Ministerialdirektors Jansen vom 3. Dezember 1964; Abteilung I (I A 2), VS-Bd. 26; B 150, Aktenkopien 1964.

[26] Im Beitrag für die Konferenzmappe zum Besuch des Bundesministers Schröder am 8. Dezember 1964 in Rom wies Referat I A 2 darauf hin, daß Österreich an einer „möglichst weitgehenden Integration in den Gemeinsamen Markt und auf Teilnahme an der dynamischen Entwicklung der Gemeinschaft" interessiert sei. In der Überzeugung, daß „für Österreich allein eine Globallösung in Frage kommt", schlug Referat I A 2 vor, „daß der Herr Minister dem italienischen Außenminister eindringlich die politische und wirtschaftliche Notwendigkeit eines Abkommens nach Art. XXIV GATT mit Österreich vor Augen führt. Österreich ist der Testfall für die offene Haltung der Gemeinschaft. Die schleppende Behandlung des aus dem Jahre 1961 stammenden österreichischen Antrags ist dem Ansehen der Gemeinschaft abträglich und für Österreich politisch und wirtschaftlich untragbar." Vgl. Ministerbüro, VS-Bd. 8439; B 150, Aktenkopien 1964.

[27] Italien beharrte als einziges EWG-Mitglied darauf, mit „Österreich ein Handelsabkommen ‚sui generis' mit diskriminierenden Maßnahmen" abzuschließen. Zur Begründung wies Italien darauf hin, daß diese Lösung den österreichischen Neutralitätsstatus und die Mitgliedschaft in der EFTA am wenigsten beeinträchtige. Vgl. den Drahterlaß des Ministerialdirektors Jansen vom 3. Dezember 1964; Abteilung I (I A 2), VS-Bd. 26; B 150, Aktenkopien 1964.

VI. Deutsch und Italienisch als Arbeitssprachen in der Beratenden Versammlung des Europarats

Bundesminister *Dr. Schröder* erläuterte unser Anliegen[28] und bat um möglichst baldige italienische Zustimmung, worauf Außenminister *Saragat* ebenfalls unverzügliche wohlwollende Prüfung zusagte.[29]

Abteilung I (I A 3), VS-Bd. 155

376

Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit Präsident Park

Z A 5-148.A/64 VS-vertraulich **9. Dezember 1964**[1]

Der Herr Bundeskanzler empfing am 9. Dezember 1964 um 12.15 Uhr den Staatspräsidenten von Korea, Herrn Park, zu einem Gespräch in größerem Kreise.[2]

Nach der Begrüßung erinnerte der Herr *Bundeskanzler* an seinen Besuch in Korea im Jahre 1958[3] und bemerkte, er habe gehört, daß inzwischen große Erfolge bei der Aufbauarbeit erzielt worden seien, wenn auch noch viel zu tun übrig bleibe. Die Solidarität der freien Länder erfordere es, daß man einander

28 Zum Vorschlag der Bundesrepublik, Deutsch und Italienisch als Arbeitssprachen in der Beratenden Versammlung des Europarates einzuführen, vgl. Dok. 344, besonders Anm. 27 und 28.

29 Am 7. Dezember 1964 hielt Referat I A 1 fest, daß die italienische Regierung bisher positiv auf den deutschen Vorschlag reagiert habe. Allerdings sei eine endgültige Stellungnahme erst möglich, „wenn in Rom geklärt ist, ob die auf Italien anteilmäßig entfallenden Mehrkosten für die Einführung der deutschen und der italienischen Sprache als Arbeitssprache im hierfür zuständigen italienischen Schatzministerium untergebracht und bewilligt werden können". Vgl. Referat I A 1, Bd. 458.
Am 9. Dezember 1964 berichtete Botschafter Blankenhorn, Rom, daß die italienische Prüfung der finanziellen Auswirkungen für die Einführung von Deutsch und Italienisch noch nicht abgeschlossen sei. Der zuständige Referent habe „nochmals die Notwendigkeit eingehender Prüfung" betont, bevor offizielle Schritte unternommen würden. Vgl. Referat I A 1, Bd. 458.

1 Durchdruck.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Weber am 11. Dezember 1964 gefertigt.
Am 20. Dezember 1964 fertigte Botschafter Ferring, Seoul, eine weitere Aufzeichnung über das Gespräch an. Vgl. Referat I B 5, Bd. 83a.

2 Teilnehmer auf deutscher Seite: Bundeskanzler Erhard, der Chef des Bundeskanzleramtes, Westrick, sowie Staatssekretär Carstens, Botschafter Ferring und Vortragender Legationsrat Weber (als Dolmetscher); auf koreanischer Seite: Präsident Park, stellvertretender Ministerpräsident Chang Key Young, Außenminister Lee Tong Won, Handelsminister Park Choong Hoon, Generalsekretär des Präsidialamtes Lee Hu Rak, Botschafter Choi Duk-shin und Paik Young Noon (als Dolmetscher). Vgl. die Aufzeichnung des Botschafters Ferring, Seoul, vom 20. Dezember 1964; Referat I B 5, Bd. 83a.

3 Bundesminister Erhard besuchte die Republik Korea im Verlauf einer fünfwöchigen Asienreise im Oktober/November 1958. Vgl. BULLETIN 1958, S. 2213–2217.

beistehe. In gewisser Hinsicht habe Deutschland das gleiche Schicksal wie Korea, weshalb man so viel Verständnis und Sympathie für Korea aufbringe und das gleiche Anliegen wie die Koreaner vor der Weltöffentlichkeit vertrete.[4]

Präsident *Park* sprach seinen Dank für die Korea geleistete vielfältige Hilfe[5] sowie seine Hochachtung für die deutsche Aufbauleistung aus, deren Initiator der Herr Bundeskanzler sei.

Der Herr *Bundeskanzler* betonte, es sei den Deutschen daran gelegen, daß sich alle freien Länder eines größeren Wohlstandes und größerer sozialer Sicherheit erfreuten. Die gesamten freien Länder hätten nur einen Gegner und einen potentiellen Aggressor: die kommunistische Welt, sei es nun die Sowjetunion, sei es Rotchina. Gegenüber diesem Gegner müßten alle freien Länder ihre Freiheit bewahren. Im Westen habe man die NATO geschaffen, eine Einrichtung, die ein Maß an Sicherheit gewähre, das die Menschen ruhig schlafen und für friedliche Zwecke arbeiten lasse. Man würde es begrüßen, wenn auch die Völker im Osten enger zusammenrücken könnten. Er habe gehört, daß an die Schaffung einer NEATO gedacht sei.[6] Insbesondere begrüße er die Bemühungen des Präsidenten, in einer psychologisch nicht einfachen Situation eine Annäherung an Japan zu suchen.[7] Er wisse um die Schwierigkeiten und Reaktionen, doch müßten das koreanische Volk und seine Studenten einsehen, daß sie das eigene Leben und die eigene Zukunft aufs Spiel setzten, wenn man ungeschützt einem Aggressor gegenüberstehe.

[4] Zur Vorbereitung des Gesprächs zwischen Bundeskanzler Erhard und Präsident Park hielt Referat I B 5 am 1. Dezember 1964 fest: „Die deutsch-koreanischen Beziehungen sind durch weitgehende Interessengleichheit gekennzeichnet. Beiden Ländern wird durch die Kommunisten die Verwirklichung ihres Selbstbestimmungsrechts – Wiederherstellung ihrer staatlichen Einheit in Freiheit – verwehrt. Enge Zusammenarbeit mit den übrigen Ländern der Freien Welt im Rahmen der bestehenden Bündnissysteme stellt daher eine Grundvoraussetzung der deutschen wie der koreanischen Politik dar." Vgl. Referat I B 5, Bd. 83a.

[5] Die wirtschaftliche und technische Hilfe der Bundesrepublik für die Republik Korea bestand vor allem in einem 150 Mio. DM-Kredit, der Errichtung einer Gewerbeschule in Inchon sowie der Entsendung von Wirtschaftsberatern. Vgl. die Aufzeichnung des Referats I B 5 vom 1. Dezember 1964; Referat I B 5, Bd. 83a.

[6] Der südkoreanische Vorschlag, ein nordostasiatisches Verteidigungsbündnis (NEATO) unter Teilnahme der USA, der Republik China (Taiwan), der Philippinen, vor allem aber auch Japans zu gründen, ging auf Überlegungen des ehemaligen Präsidenten Rhee zurück. Die Anregung fand zwar amerikanische Unterstützung, scheiterte aber an japanischen Vorbehalten. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Botschafters Bünger, Seoul, vom 23. Oktober 1964; Referat I B 5, Bd. 83a.

[7] Seit 1951 fanden wiederholt südkoreanisch-japanische Konferenzen mit dem Ziel statt, die infolge der japanischen Besetzung Koreas zwischen 1910 und 1945 belasteten Beziehungen zu normalisieren. Die Verhandlungen betrafen vor allem japanische Entschädigungsleistungen in Höhe von 500 Mio. Dollar und die Abgrenzung der Fischereirechte. Ende März 1964 brach die südkoreanische Regierung die Ausgleichsverhandlungen ab. Vorausgegangen waren heftige Proteste von Studenten und der Oppositionspartei, die – so stellte Botschafter Bünger, Seoul, am 2. April 1964 fest – „die Arbeit der Regierung praktisch stillegten". Zum Charakter der Studentenunruhen führte Bünger weiter aus: „[Die] Demonstrationen sind nicht so sehr Ausdruck allgemeiner Abneigung gegen Japan, vielmehr vorherrschen Angst, Korea könne durch zu weite Zugeständnisse wieder in politische Abhängigkeit von Japan geraten, und Mißtrauen gegen eigene Verhändler, besonders Kim Jong Pil, der inzwischen aus Japan abberufen wurde." Vgl. Referat I B 5, Bd. 84 b. Vgl. dazu auch die Aufzeichnung des Referats I B 5 vom 23. November 1964; Referat I B 5, Bd. 83a.

Präsident *Park* wiederholte noch einmal seine Hochachtung vor der in Deutschland geleisteten Aufbauarbeit. Er habe seinen Ministern gesagt, daß man von Deutschland noch viel lernen müsse. Im Westen gebe es die NATO als militärisches Schutzbündnis und die EWG als wirtschaftlichen Zusammenschluß. Deutschland sei zwar immer noch geteilt, und die Bundesrepublik stehe an der Nahtlinie des Kommunismus, doch habe sie durch ihren Aufbau der kommunistischen Welt gezeigt, was die Freiheit wirklich bedeute und was sich in einem freien System erreichen lasse. Die Situation in Korea sei etwas anders. Man unterhalte annähernd 600000 Soldaten, und die militärische Position hänge weitgehend von amerikanischer Hilfe ab.[8] Eine militärische Organisation, die die Vereinigten Staaten, Japan und Korea umfasse, gebe es noch nicht, doch bemühe er sich darum. Der Präsident betonte, daß die 36jährige Besetzung durch die Japaner und der Korea-Krieg zu einem Verlust von 80% des Volksvermögens geführt hätten. Trotz dieser Schwierigkeiten versuchten er und seine Regierung, Korea auch zu einem Symbol der Freiheit und des Wohlstands zu machen. Am Vortage habe er mit dem Herrn Bundespräsidenten[9] darüber gesprochen, was die beiden Länder gemeinsam tun könnten. Man sehe sich aber stets der Gefahr einer kommunistischen Aggression gegenüber und dürfe deshalb den Verteidigungssektor nicht vernachlässigen. Er sei davon überzeugt, daß die Wiedervereinigung Koreas nicht durch militärische Mittel herbeigeführt werden könne und sollte. Vielmehr müsse sie friedlich erfolgen, wobei der in Südkorea zu schaffende Wohlstand gegenüber dem Norden eine beträchtliche Anziehungskraft ausüben würde. Aus diesem Grunde komme dem wirtschaftlichen Aufbau eine erhebliche Bedeutung zu.

Wie der Herr *Bundeskanzler* bemerkte, habe er die Äußerung des Präsidenten mit Freude vernommen. Sowohl die deutschen wie die koreanischen nationalen Probleme könnten nicht mit Gewalt gelöst werden. Würde man dies versuchen, so wäre man allein, verloren und isoliert. Er verstehe, daß in Korea noch starke Ressentiments gegen die Japaner lebendig seien. In der Bundesrepublik habe man 12 Millionen Flüchtlinge, die auch noch an ihrer Heimat hingen, und dies stelle ein Problem dar, mit dem man ebenfalls fertig werden müsse. Andererseits gebe es aber in Europa auch ein überzeugendes Beispiel für die Aussöhnung zwischen ehemaligen Gegnern. Er denke dabei an das neue Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich. Die Frage Elsaß-Lothringen sei schon lange dahingesunken, und sie gelte heute nichts mehr. Wenn die Einsicht in die Notwendigkeit einer Aussöhnung lebendig sei, könne ein Volk auch davon überzeugt werden. Es stelle sich die Frage, wie man die Menschen zur Beruhigung bringen [könne] und ihnen Ziele gebe, die ihnen zu

[8] Botschafter Bünger, Seoul, hielt am 23. Oktober 1964 zur amerikanischen Position in der Republik Korea fest: „Die Vereinigten Staaten mit ihren ca. 40000 Truppen und ihrer Wirtschaftshilfe sind die dominierende Macht in Südkorea. Sie werden von der Regierung in Seoul als solche geehrt und hofiert. Ein gutes Verhältnis zu ihnen wird heute noch als die sicherste Garantie des Bestehens Südkoreas angesehen. Die koreanische Regierung ist loyal bemüht, das amerikanische Interesse an Korea wachzuhalten. Sie nimmt dafür auch häufige und weitgehende Einmischungen der amerikanischen Behörden in die koreanische Innenpolitik in Kauf." Vgl. Referat I B 5, Bd. 83a.

[9] Zum Gespräch vom 8. Dezember 1964 vgl. die Aufzeichnung vom 11. Dezember 1964; Referat I B 5, Bd. 83a. Vgl. auch BULLETIN 1964, S. 1673 f.

Wohlstand und sozialer Sicherheit verhelfen. Im Grunde handle es sich um die Frage des wirtschaftlichen Aufbaus. Er könne natürlich nicht das deutsche Rezept für alle anderen Länder empfehlen, denn in der Bundesrepublik habe man ein wesentliches Kapital gehabt: die Menschen hätten über das technische Know-how verfügt, wenngleich sie im Augenblick nicht in der Lage gewesen seien, es anzuwenden. Entscheidend seien aber der Wunsch und die Bereitschaft gewesen, hart zu arbeiten. Dies habe man der Bevölkerung überzeugend klargemacht und ihre Arbeitswilligkeit in Kanäle geleitet, wo ihre Arbeit Sinn und Zweck gehabt habe. Daraus seien eine Einheit und Harmonie entstanden, weil jeder das deutliche Gefühl gehabt habe, einen Beitrag zum Aufbau des Landes zu leisten. Hier liege vielleicht auch ein Ansatzpunkt für Korea, da es dort Arbeitslose gebe. Es komme nicht darauf an, Mammutbetriebe zu errichten, sondern die kleinen und mittleren gewerblichen Betriebe zu fördern und auf diese Weise immer mehr Menschen in den Produktionsprozeß einzuschleusen. Dabei könne die Bundesrepublik mithelfen, weil dies eine Aufgabe sei, welche die Solidarität von allen freien Völkern erfordere. Diese Solidarität könne aber nur gewährleistet werden, wenn unter den freien Völkern das Gefälle zwischen reichen und armen Völkern nicht so stark sei wie gegenwärtig. Die Bundesrepublik gebe Entwicklungshilfe an alle Entwicklungsländer, doch gebe sie sie lieber an solche Länder, mit denen man eines Geistes und durch ethische Ideale verbunden sei.

Präsident *Park* dankte dem Herrn Bundeskanzler für seinen Rat und sagte, er sei von seinem Handelsminister über den freundschaftlichen Geist und das positive Ergebnis der von ihm geführten Verhandlungen[10] unterrichtet worden. Der Herr Bundespräsident habe ihm ebenfalls bereits gesagt, daß die Bundesrepublik mehr als 60 Entwicklungsländer unterstütze. Nach dem Zweiten Weltkrieg habe Korea viel Hilfe erhalten, besonders von den Vereinigten Staaten. Seit 1957 sei diese Hilfe aber ebenfalls begrenzt worden.[11] Nach dem Korea-Krieg hätten sich in dem Lande politische und soziale Unruhen bemerkbar gemacht, doch sei nunmehr die Lage wieder ruhiger geworden, und man beginne mit der Durchführung eines Fünfjahresplanes. Er hoffe, Korea werde nicht vergessen, wenngleich die Bundesrepublik mehr als 60 Länder unterstütze.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, es stehe ihm nicht zu, Ratschläge zu erteilen, doch wenn man von einem Wunder am Rhein spreche[12], was in Wirklichkeit

[10] Vom 23. November bis 4. Dezember 1964 fanden in Bonn Wirtschaftsverhandlungen zwischen der Bundesrepublik und der Republik Korea statt. Die Besprechungen führten zum Abschluß eines Handelsabkommens und eines Abkommens über die Gewährung von Kapitalhilfe. Zudem wurde ein Abkommen über die Gewährung technischer Zusammenarbeit vorbereitet. Die Bundesrepublik sicherte eine langfristige Kapitalhilfe von 54 Mio. DM und eine Bürgschaftshilfe bis zur Höhe von 105 Mio. DM zu. Vgl. dazu das Kommuniqué vom 8. Dezember 1964; BULLETIN 1964, S. 1663. Zum Verlauf der Verhandlungen vgl. Referat III B 7, Bd. 152.

[11] Referat I B 5 wies am 1. Dezember 1964 darauf hin, daß die amerikanische Wirtschaftshilfe von 232 Mio. Dollar im Jahr 1962 auf 90 Mio. Dollar im Jahr 1963 gekürzt worden sei. Vgl. Referat I B 5, Bd. 83.

[12] Unter der Kapitelüberschrift „Miracle on the Rhine" beschrieb Präsident Park in einem seiner Bücher den Wirtschaftsaufschwung der Bundesrepublik. Vgl. PARK, Country, S. 145–149. Vgl. dazu auch das Schreiben des Bundestagspräsidenten Gerstenmaier vom 16. Juli 1964 an Bundesminister Schröder; Referat I B 5, Bd. 83. Vgl. auch GERSTENMAIER, Streit und Friede, S. 511.

gar kein Wunder sei, so müsse er betonen, daß nichts ein Volk mehr zerstöre und mehr Unruhe schaffe als mangelnde Stabilität der Wirtschaft und der Währung. Es könne einem Lande besser oder schlechter gehen, doch sei dies nicht entscheidend. Ausschlaggebend sei vielmehr die Währungsstabilität. Die Regierung könne von sich aus keine Kaufkraft schaffen. Kaufkraft entstehe nur aus der Leistung, die Werte schaffe. Man könne nicht mehr geben als man habe. Deshalb wolle er sich den Rat erlauben, bald damit anzufangen, eigene Werte zu erzeugen, um so die Basis zu erlangen, auf welcher der Aufbau vollzogen werden könne. In der Bundesrepublik wäre man nicht in der Lage gewesen, die sozialen Fragen zu lösen, wenn man nicht die Wirtschafts- und Währungsstabilität vorangestellt und als Ordnungsprinzip erster Ordnung anerkannt hätte. Die Inflation zerstöre die Gemeinschaft der Menschen und sei der Keim für Unzufriedenheit, Unruhe und Widerstand. Er gebe zu, daß die Aufgabe schwierig sei, doch sei es die Pflicht der glücklicheren Völker, den weniger gesegneten dabei zu helfen und ihnen den Start zu erleichtern. Dazu bekenne man sich auch in Deutschland.

Der Herr Bundeskanzler wiederholte sein Anliegen, ein Anliegen aller freien Völker, daß die Länder Ostasiens, soweit sie den Segen der Freiheit genießen könnten, sich enger zusammenschließen. Die Welt sei heute so dynamisch geworden – was man in Europa jedoch noch stärker empfinde als in Asien –, daß heute nicht mehr gelte, was gestern gewesen sei. 1945 seien die Amerikaner mit der Absicht nach Europa gekommen, die Deutschen niederzuhalten und ihnen zu zeigen, was ein Sieger sei. Heute, 20 Jahre später, seien sie die besten Freunde und seien in Deutschland zum Schutz und zur Verteidigung der Deutschen. Die moderne Welt müsse dahinsinken lassen, was einmal gewesen sei, wenngleich dies nicht heiße, daß man es vergessen solle, doch dürfe die Vergangenheit nicht mehr das bewegende und entscheidende Element sein. Dies werde er in gleicher Freimütigkeit auch den japanischen Freunden sagen. Diese Angelegenheit gehe auch die Deutschen an, denn wenn in Ostasien ein Brand ausbrechen sollte, würde man in Europa nicht verschont bleiben. Insofern handle es sich um ein gemeinsames Interesse.

Präsident *Park* bekräftigte, daß in Korea auch versucht werde, die Beziehungen zu Japan zu verbessern. Er stimme mit der Philosophie des Herrn Bundeskanzlers überein, daß man die Vergangenheit vergessen und nur an die Zukunft denken sollte. Wenngleich Korea unter der japanischen Herrschaft sehr gelitten habe, wolle er dennoch sein Bestes versuchen. Es sei daran gedacht, Verhandlungen zwischen Korea und Japan aufzunehmen.[13]

Der Herr *Bundeskanzler* fragte, auf welchem Sektor der gewerblichen Wirtschaft die besten Ansätze für eine fruchtbare Entwicklung bestünden.

Handelsminister *Park* erwiderte, die koreanische Wirtschaftsstruktur sei in

[13] Nach längeren Verhandlungen paraphierten Japan und die Republik Korea am 2. April 1965 in Tokio mehrere Abkommen. Die Verhandlungspartner vereinbarten die Aufnahme diplomatischer Beziehungen, Entschädigungszahlungen für die während der japanischen Herrschaft in Korea angerichteten Schäden, die Gewährung öffentlicher und privater japanischer Anleihen an die Republik Korea sowie die Regelung der Rechtsstellung der Koreaner in Japan. Dagegen verzichtete die Republik Korea auf bisher beanspruchte Fischfanggebiete in internationalen Gewässern des Japanischen Meeres. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1965, Z 84.

erster Linie auf die Produktion von Konsumgütern orientiert, wogegen die Kapitalgüterindustrie unzureichend sei. Man sehe sich zwei Hauptaufgaben gegenüber: Förderung der Kapitalgüterindustrie und Schaffung von Arbeitsplätzen.

Auf die Frage des Herrn *Bundeskanzlers*, ob in Korea auch privates Auslandskapital investiert sei, antwortete der *Handelsminister*, dies sei nur in geringem Umfang der Fall. Er habe aber während seines Aufenthalts in Deutschland[14] mit verschiedenen deutschen Stellen darüber gesprochen.

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte, man sollte seine Anstrengungen auf diesen Bereich richten. Er selbst kenne die Erzeugnisse Koreas, die so künstlerisch und von so großem Geschmack seien, daß er eine gute Absatzchance auf dem deutschen Markt für sicher halte. Er regte deshalb an, eine Wanderausstellung mit hochwertigen koreanischen Konsumgütern in Deutschland zu zeigen. Da der Grundbedarf an Konsumgütern in Deutschland gedeckt sei, dränge sich der Bedarf nunmehr stärker nach hochwertigen und künstlerischen Erzeugnissen. Er sei davon überzeugt, daß sich hier gute Absatzmöglichkeiten böten.

Das Gespräch endete kurz nach 13.00 Uhr.

Abteilung I (I B 5), VS-Bd. 116

[14] Handelsminister Park Choong Hoon hielt sich als Leiter der Delegation der Republik Korea bei den Wirtschaftsverhandlungen mit der Bundesregierung seit dem 23. November 1964 in der Bundesrepublik auf.

377

Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem französischen Außenminister Couve de Murville in Paris

Z A 5-146.A/64 geheim **9. Dezember 1964**[1]

Der Herr Bundesminister des Auswärtigen führte am 9. Dezember 1964 um 15.30 Uhr in Paris ein Gespräch unter vier Augen mit dem französischen Außenminister Couve de Murville.

Einleitend kam der Herr *Minister* auf die Frage der osteuropäischen Länder zu sprechen und bemerkte, die Arbeitsbedingungen der deutschen Handelsmissionen in den osteuropäischen Ländern seien sehr schwierig. Er sei dankbar für die Hilfe, welche den deutschen Vertretern bisher von den befreundeten Diplomaten zuteil geworden sei. Das Bild werde erst vollständig, wenn entsprechende Vereinbarungen auch mit der Tschechoslowakei getroffen worden seien. Verhandlungen darüber hätten eingesetzt[2], seien natürlich sehr schwierig. Es gebe für die Bundesregierung dabei zwei Probleme: erstens die Berlin-Klausel und zweitens das Münchner Abkommen.[3] Hinsichtlich der Berlin-Klausel sei es bisher gelungen, mit unterschiedlichen Formulierungen, die jedoch dasselbe Ziel erreicht hätten, zu einer Einigung zu kommen. Es sei

[1] Durchdruck.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Kusterer am 10. Dezember 1964 gefertigt.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Simon vorgelegen, der am 10. Dezember 1964 handschriftlich für Bundesminister Schröder vermerkte: „Sie hatten Herrn Saragat eine Unterrichtung zugesagt. Wie soll diese erfolgen. Soll M[inisterial]d[iri]g[ent] Voigt anhand des Protokolls einen Erlaß an Botschaft Rom richten?"
Hat Schröder am 11. Dezember 1964 vorgelegen, der handschriftlich für Staatssekretär Carstens vermerkte: „Mit d[er] Bitte um weitere Veranlassung. B[undes]K[anzler] (Botschaft Paris 1 [Exemplar] ? Rom – siehe Notiz Dr. Si[mon]."
Hat am 11. Dezember 1964 Carstens vorgelegen, der für Ministerialdirigent Voigt handschriftlich vermerkte: „1) Ich habe B[otschafter] Blankenhorn heute fernm[ün]dl[ich] in großen Zügen unterrichtet (für Saragat). 2) Bitte Rom durch (vorsichtig dosierten) Erlaß unterrichten (ev[entuell] auch weitere Missionen). B[otschafter] Klaiber hat Exemplar erhalten." Carstens sandte die Aufzeichnung am 11. Dezember 1964 an Schröder zurück und unterrichtete ihn handschriftlich über seine Verfügung und darüber, daß Bundeskanzler Erhard ein Exemplar erhalten habe.
Hat Voigt am 12. und 14. Dezember 1964 vorgelegen, der für Simon handschriftlich vermerkte: „a) der Erlaß Rom am 12.12. über gem[einsame] europäische politische Zusammenarbeit b) Weiterer Erlaß vom 14.12. über MLF-Fragen (Rom, London, Wash[ington], Natogerma)."

[2] Zu den Verhandlungen mit der Tschechoslowakei über einen Austausch von Handelsvertretungen vgl. zuletzt Dok. 344, besonders Anm. 43.
Am 11. Dezember 1964 einigten sich die Verhandlungsdelegationen der Bundesrepublik und der Tschechoslowakei auf einen vorläufigen Entwurf einer Vereinbarung über den Austausch von Handelsvertretungen, in dem die schwierigsten Themenbereiche ausgeklammert waren. Dazu gehörten außer der Frage der Einbeziehung von Berlin (West) in das Abkommen auch das Problem des freien Zugangs zu den Handelsvertretungen und die tschechoslowakische Forderung, daß die Handelsvertretung dem Außenhandelsministerium und nicht dem Außenministerium unterzuordnen sein solle. Vgl. die Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Jestaedt vom 14. Dezember 1964 und den Entwurf über ein Außenhandelsabkommen vom 14. Dezember 1964; Abteilung III (III A 6), VS-Bd. 289; B 150, Aktenkopien 1964.

[3] Für den Wortlaut des Münchener Abkommens vom 29. September 1938 vgl. ADAP, D, II, Dok. 675.

noch nicht ganz abzusehen, wie Pankow und Prag in dieser Frage stünden. Er nehme an, daß auch die Tschechoslowakei eine Möglichkeit finden werde, eine Berlin-Klausel zu akzeptieren.[4] Hinsichtlich des Münchner Abkommens habe die Bundesregierung bisher den Standpunkt vertreten, daß Hitler selbst das Abkommen zerrissen habe und daher eine besondere Ungültigkeitserklärung nicht notwendig sei.[5] Die Bundesregierung leite aus dem Münchner Abkommen auch keinerlei territoriale Forderungen her. Schwierig sei eine Ungültigkeitserklärung deshalb, weil im Münchner Abkommen unter anderem Nationalitätsfragen und Fragen der Eigentumsverhältnisse geregelt worden seien, die dann für die Vertriebenen große Konsequenzen haben würden. Die Bundesregierung würde es daher vorziehen, diese Fragen in einem Friedensvertrag mit Gesamtdeutschland zu regeln. Möglicherweise gebe sich die Tschechoslowakei damit zufrieden, wenn die Bundesregierung erkläre, daß Hitler das Abkommen zerrissen und die Bundesregierung keine territorialen Forderungen daraus habe. Eventuell müßte man eines Tages die Nationalitäts-, Wehrdienst- und Eigentumsfragen getrennt behandeln. Dies sei jedoch unmöglich in einem Handelsvertrag. Der Herr Minister betonte, er wäre dankbar, wenn Außenminister Couve de Murville seine Auffassung zu diesen Ländern darlegen würde, um so mehr als in letzter Zeit manchmal gesagt worden sei, hinsichtlich Osteuropas hätten Deutschland und Frankreich keine gemeinsame Politik. Er selbst sei jedoch immer unter dem Eindruck gewesen, daß, abgesehen von der Kreditfrage[6], die Politik der beiden Länder gegenüber Osteuropa dieselbe sei.[7]

Außenminister *Couve de Murville* kam zunächst auf die Tschechoslowakei zu sprechen, da hier in gewisser Weise ein besonderer Fall vorliege. Nach seinen Gesprächen mit den Tschechen[8] habe er den Eindruck, daß die Tschechoslowakei wahrscheinlich dasjenige osteuropäische Land sei, das noch am stalinistischsten sei. Man höre von dort immer noch dieselben stereotypen Phrasen, und es sei im Gegensatz zu den übrigen osteuropäischen Ländern äußerst

[4] Am 22. Dezember 1964 hielt der Leiter der deutschen Delegation, Botschafter Freiherr von Mirbach, zu den Verhandlungen mit der Tschechoslowakei fest: „In der Frage der Einbeziehung Berlins in die Vereinbarungen, über die sehr offen gesprochen wurde, war keinerlei Fortschritt zu verzeichnen. Die Tschechen beharren nach wie vor auf ihrer Forderung, Berlin in den Vereinbarungen in keinerlei Form oder höchstens derart zu erwähnen, daß ein klarer Dissens erkennbar ist." Mirbach führte weiter aus, daß er dagegen auf einer „wirklichen Einigung über die Einbeziehung Berlins in die Vereinbarungen" bestanden habe. Andernfalls müsse die Bundesrepublik die Verhandlungen abbrechen. Vgl. Abteilung II (II 5), VS-Bd. 266; B 150, Aktenkopien 1964.

[5] Zur Erklärung des Bundeskanzlers Erhard vom 11. Juni 1964 über die Rechtsunwirksamkeit des Münchener Abkommens vgl. Dok. 147, Anm. 15.

[6] Zur Vergabe von langfristigen Krediten an Ostblock-Staaten vgl. Dok. 273, besonders Anm. 39–43.

[7] Am 2. Dezember 1964 hielt Botschafter Klaiber, Paris, die Ergebnisse einer Unterhaltung zwischen Bundesminister Mende und dem französischen Staatspräsidenten in Paris fest. Mende habe gegenüber de Gaulle ausdrücklich auf das „Verständnis der deutschen Regierung" hingewiesen, „daß sich Frankreich bemühe, durch Intensivierung der Kontakte mit den östlichen Satellitenländern zur Auflockerung des Ostblocks beizutragen. Gerade er als gesamtdeutscher Minister begrüße diese Politik." Schließlich habe Mende ausgeführt, daß die Bundesrepublik bestrebt sei, diese Politik durch die Einrichtung von Handelsvertretungen in osteuropäischen Staaten zu unterstützen. Vgl. Abteilung I (I A 3), VS-Bd. 151; B 150, Aktenkopien 1964.

[8] Zum Aufenthalt des tschechoslowakischen Außenministers am 26. November 1964 in Paris vgl. Dok. 344, Anm. 52.

schwierig, mit den Tschechen in ein wirkliches Gespräch zu kommen. Dennoch glaube er nicht, daß die Tschechoslowakei mit Pankow irgendwelche besonderen Beziehungen habe. Im übrigen sei er überhaupt der Auffassung, das keines der osteuropäischen Länder irgendeine besondere Wertschätzung für die „DDR" hege. Hinsichtlich der Tschechoslowakei gebe es natürlich das Problem des Münchner Abkommens. In den tschechischen Köpfen gehe ein gewisser Verdacht und einige Furcht um, die sich insbesondere dadurch erkläre, daß in der Bundesrepublik, wie in allen übrigen Ländern eben auch, sehr viel geredet werde. Das bringe die Tschechen auf die Idee, daß Deutschland die Grenzfrage aufwerfe. Tatsächlich sei dies jedoch nicht der Fall, wie der Herr Minister gesagt habe und wie er selbst (Couve de Murville) glaube. Dennoch müsse man diese tschechische Furcht in Rechnung stellen. Sein tschechischer Kollege[9] habe ihm dies im übrigen mit ähnlichen Worten dargelegt. Alles, was die Bundesregierung daher tun könne, um diese Sorge zu zerstreuen, sei sicherlich sehr nützlich, insbesondere in der Grenzfrage. Das Problem der Vertriebenen liege natürlich auf einer anderen, nämlich der menschlichen Ebene.

Außenminister Couve de Murville fuhr fort, notgedrungenerweise seien die unmittelbaren östlichen Nachbarn Deutschlands (Tschechoslowakei und Polen) etwas anderer Auffassung und seien ganz instinktiv stärker an die Sowjetunion gebunden, da sie das Gefühl hätten, stärker auf die Sowjetunion angewiesen zu sein. Er wolle ganz offen sprechen und wisse, daß der Herr Minister diese Gedanken teile. Gemeinsame Politik Frankreichs und Deutschlands sei es, ganz allgemein die Lage in Osteuropa zu entspannen, damit jene Länder unabhängiger werden könnten. Alles, was getan werden könne, um den Furchtkomplex in der Tschechoslowakei und in Polen zu beseitigen, sei daher nützlich und liege im Interesse Frankreichs und Deutschlands. Dabei sei es nützlich, das Problem der „DDR" zu isolieren. Offensichtlich hätten alle osteuropäischen Länder gegenüber Rußland wieder eine gewisse Bewegungsfreiheit gefunden. Dies sei normal und natürlich weitgehend auf die große Veränderung in der kommunistischen Welt zurückzuführen, nämlich den offenen Konflikt zwischen Rußland und China.[10] Das sei ein wesentlicher Faktor, welcher den bisherigen Satelliten im Westen Rußlands mehr Ellbogenfreiheit eingeräumt habe. Das bedeute natürlich noch lange nicht, daß diese Länder etwa nicht mehr kommunistisch seien. Sie seien kommunistisch und auch ihre Machthaber seien kommunistisch und hätten keinerlei Absicht, das System zu verändern, sei es auch nur, weil dann die dortigen Machthaber sofort abtreten müßten. Andererseits versuchten sie ganz vorsichtig, etwas Abstand zu Rußland zu gewinnen, ohne sich damit mit den Russen zu überwerfen oder in Schwierigkeiten zu geraten. Er hielte es auch nicht für richtig, wenn man den Versuch machen wollte, diese Länder in eine Opposition zu Rußland zu treiben. Dies wäre einerseits etwas künstlich angesichts der tatsächlichen Machtverhältnisse und liefe andererseits einer angestrebten Normalisierung der Lage zuwider. Es sei besser, sich auf eine langfristige Entwicklung des Regimes dieser Länder zu verlassen, die in Richtung auf stärkere Freiheit gehe.

[9] Vaclav David.

[10] Zum Konflikt zwischen der UdSSR und der Volksrepublik China vgl. Dok. 297, Anm. 23.

Was man in der Praxis tun könne (und darüber habe er mit den Rumänen[11], Tschechen, Bulgaren[12] und Jugoslawen[13] gesprochen), sei eine Entwicklung der wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen. Wirtschaftlich laufe es bei den kommunistischen Ländern immer auf dasselbe hinaus, daß man nämlich mittelfristige Abkommen treffe (drei bis fünf Jahre) und versuche, soweit überhaupt möglich, mehr von deren Erzeugnissen zu kaufen, andererseits auch mehr zu verkaufen, was natürlich sofort die Kreditfrage aufbringe. Im kulturellen Bereich versuche man Ähnliches. Frankreich habe ein Kulturabkommen mit Jugoslawien und Bulgarien geschlossen[14] und bereite ein gleiches Abkommen mit Rumänien[15] vor. Die Kulturabkommen sähen den Austausch von Professoren, den Sprachunterricht und eine gewisse technische Hilfe im industriellen Bereich vor. All das gehe nicht sehr weit. Es habe außer der Tatsache, daß es immer gut sei, wenn man miteinander im Geschäft sei, den Vorteil, daß diese Länder dann weniger exklusiv an Rußland gebunden seien. Gebe man ihnen [nicht] die Möglichkeit eines stärkeren Handels mit dem Westen, so werde die dortige Wirtschaft nur auf die russische Wirtschaft ausgerichtet, und kulturell gesehen könne man verhindern, daß diese Länder ausschließlich darauf abstellten, Russisch zu lernen und in allen Bereichen die russischen Methoden zu übernehmen. Dies habe langfristig gesehen Vorteile.

Außenminister Couve de Murville sagte dann, er habe sehr stark den Eindruck gewonnen, daß diese Länder nicht so sehr daran interessiert seien, ganz bestimmte Probleme mit Frankreich zu diskutieren, sondern daß ihr Interesse hauptsächlich der bloßen Tatsache der Diskussion gelte. Die Tatsache, daß ihre Minister nach Paris kämen und daß gelegentlich ein französischer Minister in diese Länder reise, gefalle der öffentlichen Meinung, da sie den Eindruck gewinne, daß die Dinge sich entspannen und sie nicht mehr unter der ausschließlichen Herrschaft Rußlands stünden. Dieses psychologische Phänomen spiele eine beachtliche Rolle.

[11] Vom 16. November bis zum 15. Dezember 1964 hielt sich der rumänische Stellvertretende Ministerpräsident Birladeanu zu Verhandlungen über ein rumänisch-französisches Wirtschaftsabkommen in Paris auf. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1965, Z 5.

[12] Am 28. November 1964 hielt sich der bulgarische Außenminister Baschew zu Gesprächen in Paris auf. Botschafter Klaiber, Paris, teilte am 1. Dezember 1964 mit, daß Baschew ausschließlich bilaterale Probleme angesprochen habe. In diesem Zusammenhang habe er „einige bulgarische Wünsche auf wirtschaftlichem Gebiet vorgebracht, die sich im üblichen Rahmen gehalten hätten". Vgl. Referat I A 3, Bd. 407.

[13] Vom 24. bis 27. November 1964 hielt sich der jugoslawische Außenminister Popović in Paris auf. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1964, Z 253.

[14] Nach neunmonatigen Verhandlungen schlossen Frankreich und Jugoslawien am 19. Juni 1964 ein auf fünf Jahre begrenztes Kulturabkommen. Botschafter Klaiber, Paris, hielt dazu am 21. November 1964 fest, daß der auf fünf Jahre geschlossene Vertrag „unleugbar eine Annäherung zwischen beiden Staaten auf kulturpolitischem Gebiet" darstelle. Dabei habe Jugoslawien die Verhandlungen „von vornherein als rein politische Verhandlungen gesehen". Vgl. Referat IV 1, Bd. 546.
Ein französisch-bulgarisches Kulturabkommen wurde erst am 16. Oktober 1966 geschlossen. Vgl. dazu NEUE ZÜRCHER ZEITUNG, Fernausgabe, Nr. 285 vom 17. Oktober 1966, S. 3.

[15] Am 11. Januar 1965 schlossen Frankreich und Rumänien ein Kulturabkommen, das den Austausch von Lehrern, Wissenschaftlern und Studenten sowie eine verstärkte Zusammenarbeit auf den Gebieten des Films, des Rundfunks, der Kunst und des Fremdenverkehrs vorsah. Vgl. EUROPA-ARCHIV 1965, Z 26.

Der Herr *Minister* stellte fest, daß die Auffassung der beiden Regierungen über diese Länder sowohl hinsichtlich des augenblicklichen Standes der Entwicklung als auch der Absichten und Möglichkeiten dieselben seien. Der Unterschied zwischen Frankreich und Deutschland liege natürlich darin, daß Deutschland noch keine diplomatischen Vertretungen dort habe. Alle jene Länder (mit Ausnahme Polens) würden es im übrigen begrüßen, wenn eine diplomatische Vertretung der Bundesrepublik eingerichtet werden könnte. Den Tschechen müsse man klarmachen, daß Grenzfragen nicht bestünden und auch nicht zu erwarten seien. Gegenüber Polen allerdings gebe es immer noch das ungelöste Grenzproblem, das endgültig erst in einem gesamtdeutschen Friedensvertrag geregelt werden könne.[16] Hier habe ja auch Frankreich die Auffassung unterschrieben, daß für die Verhandlung die Grenzen von 1937 der Ausgangspunkt sein sollen.[17] Natürlich wolle auch die Bundesregierung möglichst wenig Spannung mit den Polen haben. Sie wolle jedoch eine Entwicklung erreichen, welche diese Länder an einem gesamtdeutschen Friedensvertrag interessiert halte. Das bedeute, daß diese Länder an einer endgültigen Lösung mit Gesamtdeutschland interessiert bleiben müßten. Dies verlange eine Politik, welche die Bedeutung Pankows in den Augen jener Länder verringere. Er glaube, daß er mit der französischen Regierung in dieser Tendenz übereinstimme.

Außenminister *Couve de Murville* nickte.

Der Herr *Minister* fuhr fort, man müsse nun einmal sehen, wie die Dinge mit der Tschechoslowakei weiterliefen.[18] Auch mit Jugoslawien gebe es einige Handelsabmachungen.[19] Jugoslawien stelle ja noch Wiedergutmachungsforderungen[20], welche die Bundesregierung aus einem gesamtdeutschen Gesichtspunkt her nicht akzeptieren könne. Er wäre Herrn Couve de Murville dankbar, wenn er den Jugoslawen sagen würde, man könne nicht einerseits Pankow anerkennen, andererseits mit der Bundesrepublik über Wiedergutmachung reden.

Außenminister *Couve de Murville* sagte im Zusammenhang mit dem gesamtdeutschen Problem, in den Gesprächen mit jenen Ländern sei er besonders beeindruckt worden durch die Tatsache, daß für diese Länder genauso wie für Frankreich und Deutschland das eine große europäische Problem das

[16] Im Kommuniqué vom 2. August 1945 über die Konferenz von Potsdam (Potsdamer Abkommen) bekräftigten die USA, Großbritannien und die UdSSR, „daß die endgültige Festlegung der Westgrenze Polens bis zur Friedensregelung zurückgestellt werden soll". Vgl. DzD II/1, S. 2118. Zur Oder-Neiße-Linie vgl. Dok. 270. Vgl. weiter Dok. 397.

[17] Zu Artikel 7, Absatz 1 des Deutschland-Vertrages vom 26. Mai 1952 in der Fassung vom 23. Oktober 1954 vgl. Dok. 140, Anm. 15.

[18] Vgl. dazu weiter die Aufzeichnung des Botschafters Freiherr von Mirbach vom 16. Januar 1965; AAPD 1965.

[19] Zu den deutsch-jugoslawischen Wirtschaftsabkommen vom 16. Juli 1964 vgl. Dok. 241, besonders Anm. 15 und Dok. 243.

[20] Zur Haltung der Bundesrepublik gegenüber den jugoslawischen Forderungen nach Wiedergutmachung hielt Staatssekretär Carstens am 25. November 1964 fest, daß die Bundesrepublik auch „weiterhin daran festhalten werde, mit Jugoslawien kein Wiedergutmachungsabkommen zu schließen, solange sich die Deutschland-Politik der jugoslawischen Regierung nicht grundsätzlich geändert hat". Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 430; B 150, Aktenkopien 1964. Vgl. dazu auch Dok. 243, Anm. 10.

Deutschland-Problem sei. Diese Länder hätten keinen Zweifel daran, daß hier das Kernstück der Lage in Europa sitze. Das gelte nicht nur für die Tschechen, sondern auch für die Rumänen, Bulgaren und Jugoslawen. Natürlich verträten sie in dieser Frage die offizielle russische Doktrin.[21] Dennoch glaube er, wenn man an eine langfristige Lösung denke (die natürlich nicht über Nacht kommen könne), müsse man darauf aus sein, die Lage zu normalisieren und allmählich den Eisernen Vorhang abzubauen. Dies sei eine unerläßliche Voraussetzung, wolle man das deutsche Problem lösen.

Der Herr *Minister* sagte, hinsichtlich der langfristigen Beurteilung des Phänomens und der Hoffnung auf eine weitere Entwicklung scheine Einigkeit zu bestehen.

Außenminister *Couve de Murville* warf ein, dabei müsse man die „DDR" einfach beiseite lassen.

Der Herr *Minister* sagte, genau das sei die Aufgabe.

Der Herr Minister kam dann auf die Frage einer Initiative im Zusammenhang mit dem Deutschland-Problem zu sprechen. Er würde es gerne sehen, wenn die vier Westmächte sich einigen könnten, der Sowjetunion einen Vorschlag zu machen, an der Viermächte-Verantwortung anzuknüpfen und auf irgendeiner Ebene ein Viermächte-Gremium einzusetzen, das sich mit der Deutschland-Frage und ihren verschiedenen Aspekten zu befassen habe.[22] Er glaube zwar nicht, daß die Sowjets zur Zeit sehr zu einer Zustimmung geneigt seien, da ihre offizielle These ja laute, diese Frage sei zwischen den beiden Deutschlands zu diskutieren.[23] Die Sowjets leugneten zwar ihre Viermächte-Verantwortung, anerkennten jedoch mehr oder weniger gewisse Reste einer solchen Verantwortung.[24] Dennoch hielte er es für nützlich, einen solchen Vorschlag zu machen. Es wäre gut für die Weltmeinung, sicherlich aber für die öffentliche Meinung in beiden Teilen Deutschlands. Er halte einen solchen Vorschlag deswegen für nötig, um darzutun, daß man sich weiterhin ernsthaft bemühe, selbst wenn die Sowjetunion nicht mitarbeiten wolle. Dieser Wille müsse von Zeit zu Zeit sichtbar erscheinen. Die Frage sei natürlich, welches Mandat man einer solchen Viermächte-Einrichtung geben könnte. In diesem Zusammenhang stelle sich die Frage, ob man der Sowjetunion den Vorschlag nur in Verbindung mit einem klar definierten Mandat machen solle, oder ob man zu-

[21] Zur sowjetischen Zwei- bzw. Drei-Staaten-Theorie vgl. Dok. 13, Anm. 10 und 15. Vgl. auch Dok. 202, Anm. 5.

[22] Zu den Überlegungen der Bundesregierung hinsichtlich der Einsetzung eines Viermächte-Rates zur Lösung der Deutschland-Frage vgl. Dok. 353, besonders Anm. 26. Vgl. weiter Dok. 387.

[23] Vgl. dazu auch Dok. 162, besonders Anm. 5.

[24] Am 3. Dezember 1964 stellte Referat II 1 neue Tendenzen der sowjetischen Deutschlandpolitik fest: „Es hat den Anschein, daß die neue sowjetische Führung mit der Chruschtschowschen Konzeption, die Wiedervereinigung Deutschlands als ‚Angelegenheit der beiden deutschen Staaten' zu bezeichnen, nicht einverstanden ist. Verschiedene Äußerungen sprechen dafür, daß jetzt in Moskau eine Richtung mehr Gewicht bekommen hat, die darauf abzielt, die Mitteleuropa-Frage unter Einbeziehung der Sicherheitsgesichtspunkte auf Viermächte-Ebene (Status quo, disengagement) zu lösen. Diese Tendenzen könnten eventuell für die Wiederbelebung der deutschen Frage benutzt werden. Um den Gefahren vorzubeugen, die durch entsprechende sowjetische Vorschläge für uns entstehen könnten, müßte das Mandat des von uns vorgeschlagenen Viermächte-Rates sehr sorgfältig durchdacht werden." Vgl. Ministerbüro, VS-Bd. 8439; B 150, Aktenkopien 1964.

nächst mit dem Vorschlag beginnen solle und das Mandat erst dann festlegen, wenn die Sowjetunion danach frage. Natürlich könnte man darüber sprechen, welcher Auftrag möglich sei, denn es gebe mehrere Möglichkeiten eines solchen Auftrags. Der Vorschlag an die Sowjetunion sollte jedoch nur allgemein formuliert sein. Er sei daher der Ansicht, die vier Länder sollten sich darauf einigen, sobald wie möglich auf diplomatischem oder anderem Wege der Sowjetunion ein Viermächte-Gremium vorzuschlagen und dann die sowjetische Reaktion abzuwarten.

Außenminister *Couve de Murville* sagte, der Herr Bundesminister habe dieselbe Meinung ja schon im Mai in Den Haag vertreten[25], das heißt, die Frage einer Lösung des deutschen Problems lebendig zu erhalten. Darüber werde am Montag noch weiter zu sprechen sein.[26] Die Diskussion am Montag werde wahrscheinlich der vom Mai ähnlich sein. Er fragte den Herrn Minister, ob er schon von den Amerikanern eine Reaktion erhalten habe. Die französische Regierung verstehe voll und ganz die Haltung der Bundesregierung und deren Sorge, und wenn etwas Nützliches getan werden könne, sei Frankreich gerne dazu bereit, zusammen mit Deutschland und den übrigen Alliierten etwas zu tun.

Der Herr *Minister* erwiderte, er habe über die Frage in Washington nicht im Detail gesprochen, vielmehr nur darauf hingewiesen, daß er gewisse Gedanken am 12. und 14. Dezember vortragen werde.[27] Er habe den Eindruck, als legten die Amerikaner großen Wert darauf, auch das Mandat eines solchen Viermächte-Gremiums von vornherein festzulegen. Die Amerikaner möchten den zweiten und dritten Schritt schon diskutieren, ehe sie den ersten täten. Er sei dagegen der Auffassung, man solle erst den ersten Schritt tun, und falls dann eine positive Reaktion erfolge, könne man sehen, welches die beste Antwort darauf wäre. Er sehe es nicht so gerne, wenn ein großer theoretischer Plan ausgearbeitet würde, weil eventuelle in einem solchen Plan enthaltene Konzessionen dann schon als aktuelle Politik aufgefaßt würden. Das Dilemma wäre daher nicht so groß, wenn man der Sowjetunion etwas Vernünftiges vorschlage und dann zunächst die sowjetische Reaktion abwarte. Die Amerikaner sagten, nicht ohne Grund, in den Sondierungen mit den Sowjets hätten sie vieles versucht, sich jedoch manchmal etwas von den übrigen verlassen gefühlt.

Außenminister *Couve de Murville* wies darauf hin, niemand habe die Amerikaner gebeten, isolierte Positionen einzunehmen. Auch er halte es nicht für gut, präzise Wiedervereinigungspläne wie einst vorzulegen, da dies taktische Nachteile habe. Das einzige, was man sagen könne, sei, daß die Basis einer jeden Regelung die Selbstbestimmung sein müsse.

[25] Zur Erörterung der Deutschland-Initiative mit den drei Westmächten am 11./12. Mai 1964 in Den Haag vgl. Dok. 124 und Dok. 126.

[26] Zur Besprechung des Bundesministers Schröder mit den Außenministern der Drei Mächte am 14. Dezember 1964 vgl. Dok. 387.

[27] Zum Besuch des Bundesministers Schröder vom 22. bis 26. November 1964 in Washington vgl. Dok. 353, Dok. 360, Dok. 361 und Dok. 363.
Zur Tagung der leitenden Experten vom 12. Dezember 1964 und zur Besprechung mit den Außenministern der Drei Mächte am 14. Dezember 1964 in Paris vgl. Dok. 387, besonders Anm. 4 und 5.

Der Herr *Minister* bemerkte, er wäre dankbar, wenn Außenminister Couve de Murville seinen Vorschlag am nächsten Montag unterstützen würde.

Der Herr Minister kam dann auf die europäische politische Einigung zu sprechen. Er fragte, was Außenminister Couve de Murville vom deutschen und italienischen Vorschlag[28] halte.

Außenminister *Couve de Murville* erklärte, zunächst halte er es für notwendig, die zur Zeit anstehenden höchst schwierigen Fragen des Gemeinsamen Marktes (Getreidepreis, Finanzregelung usw.) zu erledigen. Er glaube, daß dies in den nächsten zwei bis drei Monaten möglich sein sollte. Die Getreidepreisfrage müßte bis Weihnachten geregelt werden[29] und anschließend die übrigen Fragen der Landwirtschaftspolitik sowie andere mögliche Themen, die von den Mitgliedsländern, insbesondere der Bundesrepublik, aufgeworfen würden.[30] Sei dies einmal geschehen, etwa bis Ostern 1965, dann habe man einen großen Schritt nach vorne getan und könne mit Ruhe an die Zukunft denken. Die Zukunft, das heiße die deutschen und italienischen Vorschläge. In dieser Beziehung meine er, man müsse bescheiden und realistisch sein und dürfe nicht zuviel und nicht zu schnell vorangehen wollen, vor allem nicht zu viele Fragen gleichzeitig regeln wollen. Genau diesen Merkmalen entspreche der deutsche Vorschlag. Der italienische Vorschlag dagegen sei schon ehrgeiziger, werfe zu viele Fragen auf und wolle zu vieles grundsätzlich regeln, worüber man sich unendlich unterhalten könnte. In der Praxis scheine ihm das Beste, mit einem Treffen anzufangen, zu diskutieren und diese Treffen regelmäßig fortzusetzen. Dabei sollte man versuchen, sich in einer möglichst großen Zahl von Fragen zu verständigen, ganz besonders hinsichtlich der politischen Alternativen, die heute bestünden. Man sollte dabei nicht zuviel grundsätzlich durch feierliche Erklärungen und Abkommen regeln wollen. Im Laufe der Jahre würden sich die Dinge dann herausschälen, und man könne an Institutionen denken. Sein Vorschlag laute daher, sofort mit dem Gespräch zu beginnen und eine allgemeine Übereinstimmung über den Anfang einer gemeinsamen Politik zu erzielen.

Der Herr *Minister* wiederholte, Couve de Murville denke offensichtlich an ein Treffen nach Ostern, das wahrscheinlich auf der Ebene der Außenminister oder der Regierungschefs erfolgen sollte, um über die Fortsetzung zu sprechen.

Außenminister *Couve de Murville* deutete durch eine Kopfbewegung an, daß ein solches Treffen sowohl auf Ebene der Außenminister als auch auf Ebene der Staats- und Regierungschefs stattfinden könne.

Der Herr *Minister* fuhr fort, um die Phantasie der Menschen und Organisationen, auch der Parlamentarier anzuregen, brauche man einen Rahmen. Für die Entwicklung sei ja die Resonanz im Volk sehr wesentlich, und diese ließe sich

[28] Zum Vergleich des italienischen Vorschlags vom 26. November 1964 zur europäischen politischen Einigung mit der Europa-Initiative der Bundesregierung vom 4. November 1964 vgl. Dok. 368.

[29] Zur Regelung der Getreidepreisfrage vgl. zuletzt Dok. 358.

[30] Zu den Forderungen der Bundesrepublik nach Gegenleistungen für ihre Zustimmung zur Harmonisierung des Getreidepreises vgl. Dok. 347, besonders Anm. 12.
Zu den ausstehenden Entscheidungen im Bereich des EWG-Agrarmarkts vgl. Dok. 318, Anm 14. Vgl. auch Dok. 375, Anm. 24 und 25.

leichter erreichen, wenn man irgendwelche Einrichtungen habe, selbst wenn diese nur vorläufiger Natur seien. Ein solcher Rahmen gebe für die Phantasie ein sehr viel konkreteres Objekt ab. Eine Schwierigkeit bei der weiteren Verfolgung der europäischen Einigungspläne liege darin, daß seiner Auffassung nach Frankreich seine Haltung verändert habe.[31] Zur Zeit des Fouchet-Planes[32] sei Frankreich noch bereit gewesen, einem institutionellen Rahmen zuzustimmen. Heute scheine die französische Haltung eher dahin zu gehen, daß man nicht mit der Erstellung gewisser Institutionen beginnen, sondern zuerst in gewissen politischen Fragen zu einer Verständigung kommen sollte. Er selbst würde es begrüßen, wenn man cum grano salis dort wieder anknüpfen würde, wo man am 17. April 1962[33] aufgehört habe. Deutscherseits wäre man daher dafür, wenn vor der Einrichtung regelmäßiger Tagungen eine Verständigung über ein Minimum an Prozedur erzielt würde. Dies sei auch der Inhalt des deutschen Vorschlages. Seines Erachtens sei ein Treffen erforderlich, das sich mit der Frage befasse, in welcher Form der Zusammenarbeit gewisse politische Probleme angegangen werden könnten.

Außenminister *Couve de Murville* erklärte, man könne nicht sagen, daß Frankreich seine Haltung geändert habe. Würde heute der Vorschlag gemacht, sich auf den Fouchet-Plan zu einigen, so würde Frankreich das annehmen. Die französische Auffassung habe sich lediglich insofern etwas weiterentwickelt, als die Erfahrung gezeigt habe, wie schwierig es sei, zu Abkommen zu gelangen. Fange man einmal an, über Texte zu diskutieren, so ergäben sich eine Menge realer oder irrealer Probleme. Dasselbe gelte, falls man nun den deutschen Vorschlag im einzelnen durchdiskutieren würde. Daraus entsprängen sicherlich monatelange Diskussionen, ob es denn nun gut sei oder nicht, auf politischem Gebiet eine Kommission ähnlich der Brüsseler Kommission ins Auge zu fassen. Solche Diskussionen hätten etwas Esoterisches an sich und wenig mit der Wirklichkeit zu tun. Darum sei er persönlich zu dem Schluß gelangt, das Praktischste und Einfachste wäre vielleicht, eine Tagung anzusetzen, ohne daß es dazu der Ausarbeitung des Wortlauts einer Erklärung bedürfe. Außenminister Couve de Murville fügte hinzu, der psychologische Aspekt eines bestimmten Rahmens entgehe ihm keineswegs. Ihm scheine jedoch, so wie unglücklicherweise die europäischen Dinge heute stünden, daß die einfache Tatsache eines Treffens der Außenminister oder Regierungschefs schon an sich ein außergewöhnliches Phänomen wäre, welches einen bedeutsamen Wandel versinnbildlichen würde.

Der Herr *Minister* erklärte, er sei nicht so optimistisch wie Couve de Murville zu glauben, daß ein einfaches Außenministertreffen zur Erörterung politischer Fragen die öffentliche Meinung sehr weit beeindrucken würde, da die Öffentlichkeit dieselben Außenminister alle paar Wochen zusammen sehe. Anders wäre es vielleicht mit einem Treffen der Staats- und Regierungschefs. Er

[31] Zur französischen Haltung gegenüber einer europäischen politischen Zusammenarbeit vgl. zuletzt Dok. 344.

[32] Zu den Erörterungen im Fouchet-Ausschuß 1961/62 vgl. Dok. 193, Anm. 3.

[33] Die Forderung der Niederlande nach einer sofortigen Beteiligung Großbritanniens trug auf der Außenministerkonferenz der EWG am 17. April 1962 mit zum Scheitern der Verhandlungen über eine europäische politische Union bei. Vgl. dazu Dok. 7, Anm. 10.

erblicke aber in der Erklärung von Herrn Couve de Murville, daß er dem Fouchet-Plan zustimmen könne, andererseits nur ein Treffen wolle, einen gewissen Widerspruch. Auch die Bundesrepublik wäre sofort bereit, den Fouchet-Plan anzunehmen. Die Schwierigkeiten hätten ja bei den anderen Ländern gelegen. Deswegen habe die Bundesregierung in ihrem jetzigen Vorschlag versucht, den damaligen Weg fortzusetzen mittels eines in etwa verringerten Fouchet-Planes. Er halte eine Einigung über diese Vorschläge für möglich. Couve de Murville habe von monatelangen Diskussionen über die Frage einer Kommission oder eines Beratenden Ausschusses oder eines Sekretariats gesprochen. Er wolle sofort sagen, daß für die Bundesrepublik diese Frage keine Conditio sine qua non sei. Sie sähe zwar gerne einen Beratenden Ausschuß oder etwas Derartiges, weil davon eine gewisse Faszination auf die Öffentlichkeit ausgehe. Er wolle aber ganz klar sagen, daß die Bundesregierung bereit wäre, mit einem minimalen Rahmen zu beginnen.[34] Er halte es für der Mühe wert zu überlegen, wie dies geschehen könne, ohne daß dazu monatelange Diskussionen erforderlich seien. Er stelle sich die Sache so vor, daß man möglichst schnell hierüber zu einer Einigung gelangen sollte, wobei die Möglichkeit einer weiteren Entwicklung ins Auge gefaßt werden sollte. Dann könnten die Staats- und Regierungschefs zusammentreten, um sich über diese Frage schon zu einigen, welche dann eine Basis für die Fortsetzung bilde. Ein Treffen nur über die Substanz zu arrangieren, wäre schwierig, weil möglicherweise hier keine große Einigung erreicht werden könnte. Das aber wäre schlecht.

Außenminister *Couve de Murville* erwiderte, er sage zu diesem Gedanken keineswegs nein. Er habe nur sagen wollen, welcher Regelung er aus praktischen Erwägungen den Vorzug geben würde. Er sei jedoch gerne bereit, über den deutschen Entwurf zu sprechen. Dies werde im übrigen sicherlich im Januar weiter besprochen werden zwischen den beiden Regierungen[35], so daß im Anschluß daran die Frage mit den übrigen Partnern aufgeworfen werden könnte. Er sei keineswegs doktrinär negativ, sondern überlege sich nur die beste Art und Weise, einen Schritt nach vorne zu tun, ohne die Schwierigkeiten am Anfang zu groß zu gestalten. Alle Länder seien natürlich nach den schlechten Erfahrungen der Vergangenheit recht vorsichtig geworden. Er wolle sofort betonen, daß die Schwierigkeiten in der Vergangenheit keineswegs mit Deutschland gewesen seien.

Der Herr *Minister* bemerkte, sicherlich dürfe man die Erfahrungen nicht in den Wind schlagen, müsse vielmehr aus ihnen lernen. Trotzdem halte er es nicht für ausgeschlossen, daß man sich über einen gewissen institutionellen Rahmen einigen könne. Deswegen sollte man dies bald tun, um die Grundlage

[34] Referat I A 1 resümierte am 4. Dezember 1964 die bis dahin vorliegenden Stellungnahmen französischer Beamter zu dem deutschen Vorschlag eines Beratenden Ausschusses: „Die Reaktion ist nicht absolut negativ; man befürchtet jedoch, daß die Einfügung eines Organs aus unabhängigen Persönlichkeiten der angestrebten Zusammenarbeit einen zu starken gemeinschaftlichen Charakter gibt. Außerdem würde es vorgezogen, wenn auf eine Ernennung der Mitglieder dieses Ausschusses in gegenseitigem Einvernehmen verzichtet werden könnte." Vgl. Ministerbüro, VS-Bd. 8439; B 150, Aktenkopien 1964. Vgl. dazu auch Dok. 344.

[35] Vgl. dazu die Gespäche des Bundeskanzlers Erhard mit Staatspräsident de Gaulle am 19./20. Januar 1965 in Rambouillet; AAPD 1965.

für eine Fortsetzung der politischen Diskussion zu schaffen. Schon die Gewohnheit sei hier sehr viel wert. Darüber aber werde im Januar sicherlich noch weiter zu sprechen sein.

Der Herr Minister kam dann auf die zur Zeit in der EWG anstehenden Fragen zu sprechen und betonte, die Bundesregierung wolle nicht, daß das Landwirtschaftsproblem ausschließlich behandelt werde, vielmehr sollte parallel auch versucht werden, die anderen Probleme voranzubringen. Dies gelte insbesondere für die Vorbereitung der Kennedy-Runde in den übrigen Sektoren und die Arbeiten an der Beseitigung der Steuergrenzen.[36]

Außenminister *Couve de Murville* sagte, er glaube nicht, daß in diesen Fragen irgendwelche Schwierigkeiten bestünden. Im November habe die französische Delegation großen Wert darauf gelegt, die Einigung über die Ausnahmelisten nicht von den Landwirtschaftsfragen abhängig zu machen.[37] Er persönlich habe darauf bestanden, daß in jener Verhandlung die Landwirtschaft nicht angesprochen werde, um zu zeigen, daß Frankreich zur bedingungslosen Diskussion bereit sei. Im Januar oder Februar werde man nun in Genf in die tatsächliche Verhandlung eintreten. Selbstverständlich würden diese Verhandlungen lang und schwierig, denn auf dem Handelssektor hänge immer alles zusammen. Er wolle jedoch die Versicherung abgeben, daß Frankreich keinerlei Schwierigkeiten machen wolle und sich freuen würde, wenn auf dem industriellen Gebiet eine zufriedenstellende, vernünftige und mit Gegenleistungen versehene Einigung erzielt würde, die eine echte Handelsliberalisierung ermögliche und insbesondere gestatte, den Zollschutz des Gemeinsamen Marktes zu verringern. Frankreich gehe mit positiver Haltung in diese Verhandlungen.

Außenminister Couve de Murville fuhr fort, bei den Steuerfragen handle es sich um ein technisch sehr vielschichtiges Problem. Frankreich sei aber zur Diskussion bereit. Im wesentlichen handle es sich darum, daß die einzelnen Länder ihr Steuerregime anpaßten. Dabei liege die Schwierigkeit nicht bei Frankreich, sondern bei den übrigen, da man sich wohl einig sei, das französische System für die Umsatzsteuer allgemein zu akzeptieren. Er wisse, daß auch die Bundesregierung dazu bereit sei. Die Schwierigkeiten lägen hauptsächlich daher bei den Beneluxländern und Italien. Die französische Regierung wisse, daß ein industrieller gemeinsamer Markt nur dann möglich sei, wenn die Steuern harmonisiert seien.[38]

Der Herr *Minister* wiederholte, daß die Probleme nicht isoliert voneinander behandelt werden, sondern möglichst auch zeitlich parallel erledigt werden sollten. Die Tatsache, daß dieses Jahr weniger über die anderen Fragen gesprochen worden sei, bedeute nicht, daß die Bundesregierung ihre Haltung geändert habe.

Außenminister *Couve de Murville* stimmte dem zu.

[36] Zu den Überlegungen der Bundesrepublik über die Fortführung der Arbeiten in der EWG vgl. Dok. 358.

[37] Zur Verabschiedung der gemeinsamen Ausnahmeliste der EWG für die Kennedy-Runde am 15. November 1964 vgl. Dok. 335, besonders Anm. 14.

[38] Zur Harmonisierung der Steuern in der EWG vgl. auch Dok. 358.

Der Herr *Minister* warf dann die Frage der nuklearen Politik und Strategie auf und betonte, nur ein ganz offenes Gespräch könne in diesen Fragen weiterbringen. Er erinnerte zunächst daran, während der Vorbereitung des deutsch-französischen Vertrages vor zwei Jahren habe die Bundesregierung immer klargemacht und offiziell erklärt, daß sie für das Projekt einer MLF sei. Auch der Herr Bundeskanzler habe dies im Januar 1963 in Paris wiederholt.[39] Die französische Reaktion habe immer darin bestanden, daß Frankreich verstehe, wenn Deutschland aufgrund seiner besonderen Lage und seines Verhältnisses zu den Vereinigten Staaten diesen Weg wähle. Frankreich dagegen wähle einen anderen Weg, doch könne es keine Störung darin entdekken, wenn Deutschland die andere Lösung verfolge. Noch im Februar dieses Jahres habe General de Gaulle erklärt, er wünsche der Bundesregierung bei diesem Unterfangen Glück.[40] Seit einiger Zeit nun habe Frankreich offensichtlich eine andere Haltung eingenommen.[41]

(Außenminister *Couve de Murville* warf an dieser Stelle ein, das sei etwa drei bis vier Monate her.)

Der Herr *Minister* fuhr fort, die Bundesregierung sei über diese Meinungsänderung in Frankreich nicht gerade glücklich, da vorher ja schon eine Aussprache über die damit zusammenhängenden Fragen mit Frankreich stattgefunden habe und keinerlei Schwierigkeiten vorhanden gewesen seien. Er selbst habe sich immer eine zukünftige Entwicklung vorgestellt, in der möglicherweise eines Tage die MLF und das französische Projekt kombiniert werden könnten.[42] Voraussagen auf die Zukunft seien natürlich immer schwer zu machen. Deswegen habe er jederzeit die Auffassung vertreten, daß die MLF zustande komme, Deutschland darin eine Rolle spiele und Frankreich jederzeit an diesem Projekt sich beteiligen könne. Er könne nicht ganz den Grund einsehen, warum Frankreich seine Haltung vor drei oder vier Monaten geändert habe. Selbst wenn er die Gründe dafür verstünde, würde dies nichts an der Tatsache ändern, daß Deutschland einen anderen Weg gewählt habe in der Hoffnung, daß eines Tages eine Kombination möglich werde. Zum klareren Verständnis wolle er die deutsche Haltung noch einmal umreißen. Angesichts eines Potentials, das von Wladiwostok bis Weimar reiche, genüge nicht eine Konzeption, die nur in Kategorien Berlin/Bonn und Straßburg/Paris denke, vielmehr müsse man dieser Bedrohung mit einem System begegnen, was von Berlin bis San Franzisko reiche. Ausgangspunkt sei immer, daß niemand beabsichtige, einen nuklearen Krieg zu führen, sondern ihn vielmehr abzuschrecken. Diese Abschreckung aber müsse überzeugend sein. Das bedeute für Deutschland, das diesen Tatbestand vielleicht deutlicher spüre als Frankreich, daß es die größte Macht der Welt an der vordersten Konfliktstelle engagieren müsse. Dies bedeute in anderen Worten, amerikanische Präsenz in Berlin und Präsenz der stärksten amerikanischen Armee an der Demarkationsli-

[39] Zum Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit Staatspräsident de Gaulle am 22. Januar 1963 vgl. AAPD 1963, I, Dok. 43.

[40] Zur deutsch-französischen Regierungsbesprechung am 15. Februar 1964 in Paris vgl. Dok. 50.

[41] Vgl. dazu zuletzt Dok. 364.

[42] Zu den Überlegungen der Bundesrepublik betreffend eine Anbindung der Force de frappe an die MLF vgl. 337, Anm. 2.

nie. Dies wiederum bedeute amerikanische Präsenz in Europa, das heißt größter Abschreckungsfaktor, das heißt größte Wahrscheinlichkeit der Verhinderung eines Krieges. Um überzeugend zu sein, müsse eine solche Abschreckung auch nuklear integriert sein und nicht erst im klassischen Allianzverfahren im Konfliktfalle eingesetzt werden. Nur wenn eine solche Verteidigung automatisch sei, könne sie wirklich überzeugen. Auf diese Frage aber sei die MLF die beste Antwort, da sie eine multilaterale Institution sei, die in ihrem Bestand integriert ist und möglichst nahe an der nuklearen Entscheidung stehe.[43] Darüber hinaus stünden im Westen Rußlands einige Hunderte sowjetische Mittelstreckenraketen, weshalb auch die NATO-Befehlshaber stets auf Land stationierte Raketen als Gegengewicht dazu gefordert hätten.[44] Die 200 Mittelstreckenraketen der MLF seien eine adäquate Antwort darauf. Hundertprozentig könne sie nur wirksam werden, wenn sie in Kombination zum strategischen Potential der Vereinigten Staaten stehe. Dies sei immer die deutsche Haltung gewesen, die von der deutschen Interessenlage her gesehen auch logisch sei. Er bedaure es, wenn die französische Haltung heute anders sei als vor zwei Jahren. Ganz offen müsse er fragen, ob es angesichts dieser Interessenlage und dieser Aufgabe irgendwelche Alternativen gebe, und wenn ja, welche. Es habe zwar viele Erklärungen in der Kammer und in Reden gegeben, aber der französische Weg sei ja immer schon klar gewesen.

Außenminister *Couve de Murville* erwiderte, um die französischen Auffassungen darlegen zu können, müsse man zunächst zwischen militärischen und politischen Gesichtspunkten unterscheiden. Militärisch habe der Herr Minister mit Recht gesagt, was Frankreich schon immer erklärt habe, daß das Gleichgewicht der Kräfte in der Welt zwischen West und Ost, das heißt mit anderen Worten der Friede, durch das Vorhandensein der nuklearen Streitkräfte Amerikas und Rußlands gesichert sei. Anders als vor 15 Jahren halte heute niemand mehr einen Weltkrieg für möglich, weil der durch dieses Kräftegleichgewicht verhindert werde. Außerdem wisse jeder, daß im Falle eines großen Krieges wahrscheinlich die ganze Welt zerstört würde. Die Abschreckung sei zum ersten Mal in Funktion getreten im Oktober 1962 in Kuba[45], da Russen und Amerikaner gleichermaßen überzeugt gewesen seien, falls es in Kuba zum Schlimmsten käme, würde ein Krieg, d.h. ein Atomkrieg ausgelöst. Sowohl Russen als auch Amerikaner seien über diese Entdeckung erschreckt gewesen. In dieser Frage bestehe also keine Meinungsverschiedenheit zwischen Deutschland und Frankreich. Beide Länder seien der Auffassung, daß das atlantische Bündnis, mit anderen Worten die nukleare Macht der Vereinigten Staaten, die Sicherheit des Westens garantiere. Das aber sei auch der Grund, warum das atlantische Bündnis nicht mehr viel Sinn hätte, falls nicht mit Sicherheit diese amerikanische Nuklearmacht eingesetzt würde. Aus diesem Grunde versuche Frankreich in der NATO den Gedanken des automatischen Gegenschlages aufrechtzuerhalten, während Amerika diese Auffassung än-

[43] Zu den Modalitäten für einen Einsatz der MLF und zum Vetorecht der USA vgl. zuletzt Dok. 339.

[44] Zur Bedrohung Westeuropas durch sowjetische Mittelstreckenraketen und zur Forderung von SACEUR, der NATO entsprechende Systeme zur Verfügung zu stellen, vgl. Dok. 14, Anm. 39, sowie Dok. 149.

[45] Zur Kuba-Krise vgl. Dok. 17, Anm. 2.

dern und sich nicht von vornherein auf den sofortigen Einsatz nuklearer Waffen einlassen wolle, diesen Einsatz vielmehr für den Zeitpunkt aufzusparen versuche, wo es um die eigene Verteidigung Amerikas gehe.[46] Stelle man nun die MLF als eine Stärkung der Verteidigung des Westens dar, so könne dies eigentlich nur aus dem Zweifel heraus entstehen, ob der Westen tatsächlich von Amerika verteidigt würde. Persönlich halte er diesen Zweifel nicht für richtig. Er meine, daß die amerikanische Atommacht groß genug sei, auch ohne die zusätzlichen 200 Polaris-Raketen, und daß die für diese Raketen vorgesehenen Ziele auch abgedeckt wären durch die in Amerika stationierten Waffen, selbst wenn General Lemnitzer nicht darüber zu verfügen habe. Sei das Interesse an der MLF aber nicht militärisch bzw. entspreche sie nicht einer rein militärischen Notwendigkeit, dann seien ihre Ziele politisch. Der Herr Minister habe diese Ziele wie folgt analysiert: Das Bestehen der MLF unter Beteiligung europäischer Länder und der Vereinigten Staaten bedeute eine stärkere Bindung Amerikas an die Verteidigung Europas, d.h. zusätzliche Garantien. Dies zeige aber schon, daß Deutschland gewisse Zweifel an den amerikanischen Verpflichtungen hege. Er (Couve de Murville) halte diese Zweifel im übrigen nicht für gerechtfertigt. Die MLF bedeute weiter nach deutscher Auffassung, daß die Europäer an dem Einsatzbefehl für Atomwaffen mitwirken könnten. Zu diesem Punkt sei er nicht überzeugt, daß die MLF die Lage verändern würde, da sie ja immer von der Zustimmung der Amerikaner abhängig sei. Dies sei natürlich, denn Amerika liefere die Sprengköpfe, und es sei unvorstellbar, daß es anderen Ländern das Einsatzrecht über diese Sprengköpfe einräumen würde. Ein Einsatz der MLF könne somit nicht ohne amerikanische Zustimmung herbeigeführt werden. Darüber hinaus verblieben immer noch 99 v.H. der westlichen Nuklearmacht in nationaler amerikanischer Hand. Es sei nicht vorstellbar, daß die MLF mit amerikanischer Zustimmung eingesetzt werde, wenn nicht gleichzeitig Amerika beschließe, auch seine nationalen Atomwaffen einzusetzen. Vorstellbar hingegen sei, daß Amerika seine nationalen Atomwaffen einsetze, ohne von der MLF Gebrauch zu machen, d.h. ohne die Europäer zu fragen. Die MLF verändere insoweit die Lage nicht. Frankreich protestiere auch nicht gegen diesen Tatbestand, da kaum eine andere Möglichkeit sichtbar sei. Ein Atomkrieg, ob mit oder ohne MLF, könne nur von Amerika beschlossen werden. Der Herr Minister habe nun gesagt, die Bindung Amerikas an Europa müsse gestärkt werden. Er wisse nicht, ob dies notwendig sei oder ob diese Einstellung nicht eher ein gewisses Mißtrauen gegen Amerika zum Inhalt habe. Tatsächlich binde man Amerika nicht mehr als bisher, da die Entscheidungsbefugnis letzten Endes immer noch bei den Amerikanern verbleibe. Andererseits aber würden die Europäer stärker abhängig von den Vereinigten Staaten, weil sie durch eine Beteiligung an der MLF ja keineswegs eine autonome Beschlußgewalt noch auch die dazu erforderlichen Waffen hätten. Er könne daher in der MLF keinen Vorteil sehen. Der Herr Minister habe gesagt, die MLF entwickle die Integration im Bündnis. Frankreich habe von den Vor- und Nachteilen der Integration aller-

[46] Zur französischen Kritik an der Umstellung des strategischen Konzepts der NATO von der „massive retaliation" zur „flexible response" vgl. Dok. 319.

dings eine andere Auffassung. Als ihm George Ball vor einigen Tagen[47] gesagt habe, vor den Franzosen dürfe man das Wort Integration gar nicht mehr in den Mund nehmen, habe er erwidert, man könne Integration so oder so sehen. Amerika habe integriert, die Europäer seien integriert.

Couve de Murville fügte hinzu, andere politische Erwägungen müßten ebenfalls in Betracht gezogen werden, so zum Beispiel die Frage, warum denn Amerika so an der MLF hänge. Diese Tatsache habe die französische Aufmerksamkeit auf sich gelenkt, als aus unerklärlichen Gründen im Sommer plötzlich festzustellen gewesen sei, daß die MLF ganz unvermittelt zu der einen großen Frage im Westen geworden sei, d.h. das oberste Ziel der amerikanischen Außenpolitik. Dies sei plötzlich gekommen, ohne daß die Amerikaner diese Tatsache den Franzosen jemals erklärt hätten. Die Franzosen seien angewiesen auf ihre Analyse dessen, was die Amerikaner zwar nicht Frankreich, doch aber den anderen Verbündeten über ihre Ziele gesagt hätten. Diese Ziele bestünden darin, vermittels der Integration die Länder Europas hinsichtlich der Verteidigung noch mehr in die Hand zu bekommen und letzten Endes jene, die sich daran nicht beteiligen, d.h. Frankreich, zu isolieren und es damit früher oder später dazu zu bewegen, auf seine eigene Atomwaffe zu verzichten. Damit wäre das gewährleistet, was die Amerikaner die Unteilbarkeit der Verteidigung nennen, d.h. das amerikanische Monopol zum Einsatz von Atomwaffen. Das sei aber schlecht, schlecht für Frankreich, das unmittelbar anvisiert sei, schlecht aber auch für den allgemeinen europäischen Gesichtspunkt. Die französische Auffassung von Europa sei, daß dieses Westeuropa sich einigen und entwickeln müsse, im Gemeinsamen Markt, in der gemeinsamen Politik sodann und in der Zusammenarbeit auf dem Verteidigungssektor, sofern hier nicht eine absolut gemeinsame Politik zu erreichen sei. Das bedeute keineswegs, daß die amerikanischen Waffen etwa ihre Bedeutung für die Verteidigung Europas verlören. Europa aber müsse seine Persönlichkeit, sein Gesicht, seine Unabhängigkeit haben bei und in aller Freundschaft mit den Vereinigten Staaten. Das In-die-Hand-bekommen der europäischen Länder, Deutschland, Italien, möglichst auch England, erscheine Frankreich als unmittelbar gegen diese Gestaltung Europas gerichtet.[48] Aus zwei Gründen, die erst in den letzten Monaten ersichtlich geworden seien, denn davor habe man recht wenig überzeugt von der MLF gesprochen, habe Frankreich seine Haltung geändert und sei zu dem Schluß gelangt, falls die MLF zustande käme, entstehe eine große Gefahr. Der Herr Minister habe die Frage gestellt, was für eine Alternative Frankreich für die MLF zu bieten hätte. Diese Frage könne er erst beantworten, wenn er die Ziele kenne, die angestrebt würden. Was solle mit der MLF erreicht werden? Die Frage des Herrn Ministers sei so lange nicht zu beantworten, als man nicht wisse, was man denn mit der MLF wolle. Er wisse, daß Deutschland eine gewisse Auffassung habe. Amerika habe eine andere Auffassung darüber und Englands Ziele lägen wieder anders. Die Ziele der einzelnen seien keineswegs die gleichen.[49]

[47] Zum Gespräch vom 2. Dezember 1964 vgl. Dok. 374, Anm. 1.

[48] Zum französischen Argument, die MLF sei unvereinbar mit der europäischen politischen Zusammenarbeit, vgl. zuletzt Dok. 359.

[49] Am 11. Dezember 1964 berichtete Botschafter Klaiber, Paris, der französische Informationsmini-

Angesichts des Zeitmangels bemerkte der Herr *Minister*, diese Diskussion müsse unbedingt fortgesetzt werden. Er wolle nur erklären, daß nach deutscher Überzeugung das atlantische Bündnis doppelt integriert sein müsse, nämlich konventionell sowohl wie nuklear. Der beste Weg, zu einer gewissen Integration im atlantischen Bündnis zu kommen, sei der multilaterale Besitz an einer sehr bedeutenden nuklearen Kapazität. Im übrigen betone er, daß Deutschland keinerlei Hintergedanken habe hinsichtlich der Ungewißheit des amerikanischen Engagements. Das deutsche Engagement im Bündnis sei total und Deutschland sei für die Integration, weil man auf deutscher Seite von dieser Notwendigkeit mehr überzeugt sei als irgendein anderes Land. Die amerikanische strategische Konzeption der „flexible response" halte die Bundesregierung für richtig[50], weil die Abschreckung insgesamt nur dann für einen möglichen Aggressor überzeugend sei, wenn auf alle Formen einer Aggression eine passende Antwort vorhanden sei. Im Grunde sei das amerikanische Angebot großzügig. Eine so bedeutende nukleare Kapazität, die größer sei als alles, was irgendein europäisches Land bis 1971 überhaupt aufstellen könnte, in multilateralen Besitz zu überführen, sei nach deutscher Auffassung äußerst wichtig. Couve de Murville habe erklärt, die Motive der einzelnen seien nicht dieselben. Natürlich gebe es Fälle, wo man dasselbe anstrebe, was jeder aus anderen Gründen für eine gute Lösung halte. Deutschland sehe darin jedoch die beste Befriedigung für die Notwendigkeiten Deutschlands als einer Nicht-Nuklearmacht. Ganz offensichtlich gelte dies auch für andere, so zum Beispiel Italien.[51] Deutschland sei auch nicht der Auffassung, daß dieser Versuch einiger europäischer Länder, Amerika stärker an sich selbst zu binden, gegen Europa gerichtet sei. Vielmehr halte die Bundesregierung diesen Gedanken [für] absolut vereinbar mit einem unabhängigen Europa. Offensichtlich seien die französische und die deutsche Auffassung eines unabhängigen Europa nicht ganz dieselben, und darüber müsse man noch weiter sprechen. Nach deutscher Auffassung könne ein solches Europa innerhalb des atlantischen Bündnisses sehr wohl eine unabhängige Rolle spielen. Wunsch Deutschlands sei es, das Bündnis stärker zu verklammern, nicht etwa zu spalten. Alles, woran Deutschland gedacht habe, sei immer in der Perspektive gesehen worden, daß es eines Tages eine Kombination mit dem unabhängigen Weg ermöglichen

Fortsetzung Fußnote von Seite 1477

ster Peyrefitte habe zu der Frage, „warum Außenminister Couve de Murville bei dem Treffen mit Bundesaußenminister [Schröder] keine konkreten Vorschläge zu einer europäischen Verteidigungsorganisation gemacht habe", vertraulich gesagt: „1) General de Gaulle sei überzeugt, daß die Verwirklichung des ursprünglichen MLF-Projektes immer unwahrscheinlicher werde. Die den Briten zu machenden Zugeständnisse würden das Projekt voraussichtlich so verwässern, daß es für die Bundesrepublik beträchtlich an Anziehungskraft verlieren werde. 2) Der General rechne mit einem baldigen Besuch Wilsons, außerdem sei ein Besuch Johnsons in Paris – vielleicht noch vor Ende Januar – nicht ausgeschlossen. Offenbar sei dem amerikanischen Präsidenten an einer Verbesserung des Klimas der französisch-amerikanischen Beziehungen gelegen ... 3) Der General habe sich vorbehalten, zu gegebener Zeit seine Vorschläge persönlich bekanntzugeben. Ob das auf der ursprünglich für den 15. Januar vorgesehenen Pressekonferenz geschehe, vermöge er, Peyrefitte, nicht zu sagen. Jedenfalls habe der General die Tendenz, diese Pressekonferenz möglichst auf einen Termin nach seiner Aussprache mit Johnson zu verschieben." Vgl. Abteilung II (II 7), VS-Bd. 1365; B 150, Aktenkopien 1964.

50 Vgl. dazu Dok. 290.

51 Zur italienischen Haltung gegenüber der geplanten MLF vgl. zuletzt Dok. 375.

sollte, den Frankreich eingeschlagen habe. Frankreich sei frei in seiner Entscheidung. Auch die Bundesrepublik sei in ihrer Entscheidung frei. All diese Beschlüsse aber veränderten in keiner Weise das gemeinsame Ziel der beiden Länder, ein starkes und unabhängiges Europa zu haben. In diesen Zusammenhang gehörten auch andere Fragen, so zum Beispiel, ob eine europäische Verteidigung ohne ein integriertes Europa möglich sei oder die Frage, ob eine Verteidigung Europas ohne amerikanische Präsenz in Europa denkbar sei oder welche Beziehung eine getrennte europäische Verteidigungsorganisation mit der Gesamtheit der NATO haben sollte. All diese Fragen stünden zur Debatte. Er habe heute nur mit dem französischen Außenminister aufrichtig sprechen wollen, da Deutschland von Anfang an eine klare Haltung eingenommen habe und nicht wünsche, daß irgendwelche Mißverständnisse entstünden. Er schlage vor, dieses Gespräch sobald wie möglich fortzusetzen, am besten wohl im Januar.[52]

Außenminister *Couve de Murville* betonte ebenfalls die Notwendigkeit der Fortsetzung dieses Gesprächs.

Der Herr *Minister* bemerkte, ihm liege es am Herzen, klarzumachen, daß hier ein Fall gegeben sei, wo die beiden Staaten zwar verschiedene Wege verfolgten, sich aber vorher darüber ausgesprochen hätten.

Außenminister *Couve de Murville* bemerkte, die MLF habe eine Wendung genommen, die anders sei, als es am Anfang ausgesehen habe. Diese Wendung sei im übrigen nicht auf die Bundesregierung zurückzuführen.

Der Herr *Minister* betonte, Deutschland habe seine Haltung in keiner Weise geändert. Er wolle mit allem Nachdruck unterstreichen, daß Deutschland ein starkes Europa ebenso am Herzen liege wie Frankreich.

Außenminister *Couve de Murville* sagte, die Differenzen lägen nur in der Wahl des Weges zu einem solchen Europa.

Der Herr *Minister* sagte abschließend, Deutschland habe keinerlei Interesse, der Satellit von irgend jemand zu sein. Im übrigen sei es tröstlich, daß man sich solche Diskussionen erlauben könne. Dies sei nur in Friedenszeiten möglich.

Außenminister *Couve de Murville* bemerkte dazu, alle Länder der Welt hätten in Friedenszeiten ihre Politik aufgrund der Tatsache betrieben, daß der Friede durch das Kräftegleichgewicht gesichert sei. Auch die Entwicklung Amerikas im 19. Jahrhundert habe nur stattfinden können unter dem Schutz der britischen Flotte.

Der Herr *Minister* sagte dazu, die Verhältnisse des 19. Jahrhunderts und heute seien vielleicht nicht absolut vergleichbar.

Das Gespräch endete um 18.10 Uhr.

Ministerbüro, VS-Bd. 8512

[52] Zum Gespräch vom 19. Januar 1965 vgl. AAPD 1965.

378

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Böker

Dg I B/I B 4-82.00/92.19-3681/64 VS-vertraulich **9. Dezember 1964**

Betr.: Unsere Beziehungen zu Israel und den Arabern[1]
hier: Vorsprache des Botschafters von Marokko

Der marokkanische Botschafter, Herr Abdeljalil, suchte mich heute auf, um im Auftrage seiner Regierung zu erfahren, welche Vorstellungen wir nunmehr hinsichtlich der Gestaltung unserer Beziehungen zu den arabischen Staaten und zu Israel[2] hätten. Diese Frage beschäftige seine Regierung sehr. Die in die Öffentlichkeit gedrungenen Meldungen seien widersprechend und geeignet, Unruhe auszulösen.[3] Die marokkanische Regierung wünsche die engsten und freundschaftlichsten Beziehungen zu Deutschland, dessen Anliegen sie immer ohne jeden Hintergedanken und mit großem Nachdruck unterstützt hätte. Eben deshalb beobachte sie mit Sorge, daß evtl. Ereignisse eintreten könnten, die diese guten Beziehungen schwer stören[4] müßten.

In Erwiderung machte ich dem Botschafter längere Ausführungen über unsere Einstellung sowohl gegenüber Israel wie gegenüber den arabischen Staaten. Meine Ausführungen bewegten sich in dem üblichen Rahmen. An neueren Gesichtspunkten fügte ich nur hinzu: Das Auswärtige Amt und weiteste deutsche Kreise seien mit der militärischen Zusammenarbeit mit Israel keineswegs einverstanden und strebten ihre baldige Beendigung an[5]; die Bundesregierung sei starkem innerem und äußerem Druck in Richtung auf irgendeine Normalisierung der Beziehungen zu Israel[6] ausgesetzt, und man könne schon im Hinblick auf die kommenden Wahlen[7] keine feste Zusicherung machen, wie lange es dem Auswärtigen Amt noch möglich sein werde, seine bisherige Politik, diplomatische Beziehungen mit Israel vorerst nicht aufzunehmen, durchzusetzen.

Bemerkenswert an der Reaktion des Botschafters war, daß er

1) sich gegenüber der erwähnten Möglichkeit der Errichtung einer Handelsvertretung in Tel Aviv[8] rein rezeptiv verhielt, und

[1] Zur Nahost-Politik der Bundesrepublik vgl. zuletzt Dok. 352.

[2] Dieses Wort wurde von Ministerialdirektor Jansen eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „den Israelen".

[3] Zu den Meldungen über Waffenlieferungen der Bundesrepublik an Israel vgl. Dok. 306.

[4] Die Wörter „schwer stören" wurden von Ministerialdirektor Jansen handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „zerstören".

[5] Die Rüstungshilfe für Israel ging auf eine Initiative des Bundesministers Strauß zurück. Vgl. dazu bereits Dok. 54, Anm. 5.

[6] Vgl. dazu Dok. 314 und Dok. 315.

[7] Die Bundestagswahlen fanden am 19. September 1965 statt.

[8] Zu den Überlegungen der Bundesrepublik, Handelsvertretungen mit Israel auszutauschen, vgl. Dok. 340.

2) den Gedanken des Bundestagspräsidenten, einer gesetzlichen Regelung, die die Ausfuhr allen Kriegsmaterials in Nicht-NATO-Länder verbietet[9], schroff ablehnte. Ein solches Gesetz würde von arabischer Seite dahingehend ausgelegt, daß Deutschland zunächst Israel militärisch stärken wollte, um dann die so entstandene militärische Überlegenheit Israels durch ein Verbot der Waffenausfuhr zu verewigen. Ich erwiderte dem Botschafter, daß dies weder unsere Absicht sei noch tatsächlich zuträfe, denn die Politik der Westmächte sei seit 15 Jahren darauf abgestellt, ein Rüstungsgleichgewicht zwischen Israel und den arabischen Staaten zu erhalten. Sobald die Waage nach der einen Seite sich neigte, versuchten sie, durch Lieferungen nach der anderen einen Ausgleich zu schaffen. Dies müßten sie schon im Interesse der Friedenserhaltung tun.

Der Botschafter wandte sich dann, offensichtlich im Auftrage seiner Regierung, gegen die Idee, daß wir unsere Israel-Probleme im Alleingang mit Nasser zu regeln versuchten. Viele Anzeichen schienen für eine derartige Absicht auf deutscher Seite zu sprechen. Wir riskierten hier aber, eine große Enttäuschung zu erleben, und zwar aus folgenden Gründen[10]:

a) Es sei zwar nicht ausgeschlossen, daß wir durch entsprechende erhebliche Gegenleistungen Nasser dazu bewegen könnten, einer Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen uns und Israel zuzustimmen. Nasser sei heute aber nicht mehr das unumstrittene Idol der arabischen Welt, wie in den ersten Jahren nach den Suez-Kämpfen.[11] Sein Prestige sei durch seine sinnlose Jemen-Politik[12] und durch den Fehlschlag der Union mit Syrien[13] stark angeschlagen. Außerdem sei ihm in Feisal ein ernsthafter Rivale entstanden; auch in Syrien, Tunesien und Marokko habe er ernstzunehmende Gegner. Diese würden alle nur auf die Gelegenheit warten, Nasser des Verrats an den Palästina-Arabern zu bezichtigen. Dies könnte für Nasser tödlich sein. Das Opfer einer solchen Entwicklung aber wäre dann nicht nur Nasser, sondern auch Deutschland.

b) Die Möglichkeit sei nicht von der Hand zu weisen, daß Nasser uns im Zusammenspiel mit den Sowjets in eine Falle locken wolle. Er könnte sich den Anschein geben, eine Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Deutschland und Israel ohne entsprechende Gegenreaktion hinzunehmen und uns dadurch zu diesem Schritt zu verleiten. Hätten wir den Schritt erst einmal getan, würde er erklären, daß seine eigene öffentliche Meinung und die anderen arabischen Länder gebieterisch als Gegenmaßnahme die Aufnahme diplo-

[9] Zum Vorschlag des Bundestagspräsidenten Gerstenmaier, Rüstungsexporte in Staaten außerhalb der NATO zu verbieten, vgl. Dok. 352.

[10] Dieser Absatz wurde von Ministerialdirektor Jansen durch Ausrufezeichen hervorgehoben.

[11] Zur Suez-Krise von 1956 vgl. Dok. 70, Anm. 20.
Zur Führungsrolle des Präsidenten Nasser vgl. auch Dok. 242.

[12] Zur militärischen Unterstützung der Arabischen Republik Jemen durch die VAR vgl. Dok. 32, Anm. 9.

[13] Am 17. April 1963 beschlossen Ägypten, Syrien und der Irak, einen gemeinsamen Bundesstaat „Vereinigte Arabische Republik" zu gründen. Am 22. Juli 1963 erklärte Präsident Nasser, die in Syrien herrschende Baath-Partei habe ein faschistisches Regime errichtet und die geplante Dreier-Föderation verraten. Eine Vereinigung der arabischen Staaten sei unter diesen Umständen nicht möglich. Vgl. EUROPA-ARCHIV 1963, Z 175.

matischer Beziehungen zur SBZ forderten. Damit wäre dann die Hallstein-Doktrin[14] zu Fall gebracht und die Sowjets hätten erreicht, was sie in 10 Jahren zäher Bemühungen nicht hätten bekommen können.

Zum Abschluß bat der Botschafter eindringlich, wir möchten unsere Israel-Politik nicht nur mit dem einen oder anderen arabischen Staat, sondern mit allen arabischen Staaten in freundschaftlichem Geiste besprechen[15], um zu verhindern, daß nicht wiedergutzumachender Schaden einträte. Ich erwiderte, daß wir derartige Besprechungen ja auch bereits mit König Hussein geführt hätten[16] und durchaus bereit seien, sie auch mit anderen arabischen Persönlichkeiten zu führen.

Der Botschafter fügte hinzu, seiner Regierung sei an einer engen Fühlungnahme mit uns in dieser Frage, vor allem im Hinblick auf die vermutlich um die Jahreswende stattfindende Konferenz der Arabischen Liga, gelegen, auf der die deutschen Beziehungen zu Israel das Hauptthema darstellen werden.[17]

Hiermit über Herrn D I[18] dem Herrn Staatssekretär[19] vorgelegt.

Alexander Böker

Abteilung I (I B 4), VS-Bd. 104

[14] Zur Hallstein-Doktrin vgl. Dok. 46, Anm. 15.

[15] Der Passus „Zum Abschluß ... besprechen" wurde von Ministerialdirektor Jansen durch Ausrufezeichen hervorgehoben.

[16] König Hussein von Jordanien hielt sich vom 25. November bis 3. Dezember 1964 in der Bundesrepublik auf. Im Kommuniqué vom 27. November 1964 wurde ausgeführt, die Gespräche mit Bundespräsident Lübke und Bundeskanzler Erhard hätten „in dem Geiste traditioneller und aufrichtiger deutsch-arabischer Freundschaft" stattgefunden: „Beide Seiten begegneten sich in dem Verständnis für die Lage des anderen sowie der Bereitschaft, sich im Interesse einer glücklichen Entwicklung beider Völker wie im Dienste des Weltfriedens gegenseitig zu unterstützen ... In diesem Zusammenhang wurde dem arabischen Problem und dem der arabischen Flüchtlinge sowie dem deutschen Problem gleiche Aufmerksamkeit geschenkt. Beide Seiten betonten erneut ihre Hoffnung, daß diese Probleme mit friedlichen Mitteln und auf der Grundlage von Gerechtigkeit und Freiheit gelöst werden." Vgl. BULLETIN 1964, S. 1619.

[17] Vom 9. bis 12. Januar 1965 fand die Konferenz der Ministerpräsidenten der arabischen Staaten in Kairo statt. Im Schlußkommuniqué erklärten die Regierungschefs ihre Absicht „einheitlich gegen jede fremde Macht vorzugehen, die versuchen sollte, neue Beziehungen zu Israel zu schaffen und dessen aggressive Pläne zu stärken". Vgl. EUROPA-ARCHIV 1965, Z 32.

[18] Hat Ministerialdirektor Jansen am 15. Dezember 1964 vorgelegen.

[19] Hat Staatssekretär Carstens am 16. Dezember 1964 vorgelegen, der handschriftlich die Weiterleitung an Bundesminister Schröder veranlaßte.
Hat Schröder am 20. Dezember 1964 vorgelegen.

379

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Ruete

II 1-84.20/1612/64 VS-vertraulich **10. Dezember 1964**[1]

Betr.: Sowjetischer Vorstoß zur Einrichtung ständiger Kontakte zwischen der Ostberliner Sowjetbotschaft und den drei verbündeten Missionen in Berlin

I. Die drei verbündeten Mitglieder der Bonner Vierergruppe brachten dem Vertreter des Auswärtigen Amts am 9. Dezember 1964 folgende Angelegenheit zur Kenntnis:

1) Ein Angehöriger der Ostberliner Sowjetbotschaft, Baronin, habe am 17. November 1964 den Leiter der britischen Mission in Berlin[2] zu einem Essen eingeladen. Dieser sei der Einladung gefolgt.

2) Am 24. November 1964 habe der Protokollbeamte der Ostberliner Sowjetbotschaft, Panin, gegenüber seinem amerikanischen Kollegen ausgeführt, daß die Sowjets an einer Ausdehnung informeller Viererkontakte in Berlin interessiert seien. Nach sowjetischer Vorstellung sollten an ihnen Baronin und Panin, auf westlicher Seite Beamte gleichen Ranges teilnehmen. Die Sowjets schlügen für eine erste Fühlungnahme folgendes Programm vor:

– Entweder Filmbesichtigungen bei der SOWEXPORT in West-Berlin mit anschließendem Gespräch oder

– Filmbesichtigungen bei der SOWEXPORT und Essen in einem West-Berliner Restaurant oder

– nur ein Essen in einem West-Berliner Restaurant – d.h. ohne vorherige Filmbesichtigung.

Diese Treffen sollten also nur in West-Berlin stattfinden.

3) Am 29. November 1964 hätten Panin und ein sowjetischer Presseattaché die vorstehenden Vorschläge gegenüber Angehörigen der französischen Mission wiederholt. Ergänzend hätten sie angeregt, daß an den Treffen auch die Leiter der Missionen in Berlin[3] teilnehmen sollten, damit neben kleineren Fragen auch wichtige Angelegenheiten behandelt werden könnten.

4) Am 1. Dezember 1964 habe Panin seinen amerikanischen Kollegen um baldige Stellungnahme zu diesen Vorschlägen gebeten.

II. Die Verbündeten teilten mit, daß die sowjetischen Vorschläge geprüft worden seien. Die Vermutung liege nahe, daß die Sowjets beabsichtigen, durch Beschränkung der vorgeschlagenen Treffen auf West-Berlin eine Viermächte-Verantwortung nur für West-Berlin vorzubereiten. Einer derartigen Entwick-

[1] Die Aufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Oncken und Legationsrat Wentker konzipiert.

[2] Peter T. Hayman.

[3] Die Leiter der amerikanischen und der französischen Missionen waren John A. Calhoun und Jean-Claude Winckler.

lung sei entgegenzuwirken. Auf der anderen Seite wollten die Verbündeten – bei aller Skepsis hinsichtlich der Erfolgschancen – den sowjetischen Vorschlag zu dem Versuch ausnutzen, die Sowjets wieder stärker auf die Viermächte-Verantwortung für ganz Berlin zu verpflichten. Die alliierte Entscheidung für das weitere Vorgehen sei daher folgende:

1) Die Alliierten würden den Sowjets mitteilen, daß ein Termin im Januar 1965 der nächstmögliche Termin für ein eventuelles Treffen sei.

2) Die Treffen sollten geschäftsmäßigen, nicht einen gesellschaftlichen Rahmen haben.

3) Die zur Diskussion gestellten Themen sollten ganz Berlin – nicht nur West-Berlin – betreffen.

4) Die Treffen sollten so organisiert werden, daß in West-Berlin stets einer der drei westlichen Missionen als Gastgeber fungieren würde. Eine sowjetische Gastgeberschaft komme nur in Ostberlin in Betracht.

5) Die Alliierten erwarteten, daß das westalliierte Personal bei eventuellen Treffen in Ostberlin die Sektorengrenze ohne Schwierigkeiten passieren könne.

Die Alliierten baten um unser Einverständnis mit diesem Verfahren.

III. 1) Der Vertreter des Auswärtigen Amts stellte fest, daß die alliierte Behandlung dieser Angelegenheit unseren grundsätzlichen Vorstellungen entspreche. Die Frage würde im Auswärtigen Amt geprüft werden. Es müsse darauf geachtet werden, daß den Sowjets im Zuge der Vorbereitung der erwähnten Treffen keine Möglichkeit zu der irreführenden Behauptung gegeben werde, die Westmächte hätten sich mit einer Viermächte-Verantwortung einverstanden erklärt, die sich lediglich auf West-Berlin beziehe.[4]

2) Die Alliierten stimmten dieser Überlegung zu. Sie bestätigten, daß sie vorsichtig verfahren würden. Sie erwähnten freilich, daß der Berliner Korrespondent der „Neuen Zürcher Zeitung" bereits Informationen über die Angelegenheit zu besitzen scheine.[5]

Hiermit dem Herrn Staatssekretär mit der Bitte um Zustimmung zu den alliierten Vorschlägen unter Ziffer II vorgelegt.[6] Es wird angeregt, das Bundes-

[4] Der Passus „die Westmächte hätten ... auf West-Berlin beziehe" wurde von Staatssekretär Carstens hervorgehoben. Dazu handschriftliche Bemerkung: „r[ichtig]".

[5] Mit Drahterlaß vom 18. Dezember 1964 unterrichtete Vortragender Legationsrat I. Klasse Kutscher Botschafter Knappstein, Washington, daß der französische Gesandte Winckler und der britische Gesandte Hayman den Korrespondenten der „Neuen Zürcher Zeitung", Frey, vertraulich unterrichtet hätten. Vgl. Abteilung II (II 1), VS-Bd. 18; B 150, Aktenkopien 1964.
Zum Bekanntwerden des sowjetischen Vorschlags vgl. den Artikel „Neue sowjetische Initiativen über Berlin"; NEUE ZÜRCHER ZEITUNG, Fernausgabe, Nr. 341 vom 11. Dezember 1964, S. 3. Vgl. auch „Kontakte der vier Mächte in Berlin?"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 289 vom 12. Dezember 1964, S. 4.

[6] Hat Staatssekretär Carstens am 10. Dezember 1964 vorgelegen, der handschriftlich die Weiterleitung an Bundesminister Schröder veranlaßte und dazu vermerkte: „Trotz gewisser Besorgnisse (III 1) schlage ich Zustimmung vor. Der Komplex muß sehr genau beobachtet werden."
Hat Bundesminister Schröder am 12. Dezember 1964 vorgelegen.
Hat Legationsrat Wentker am 15. Dezember 1964 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte, daß die Alliierten am gleichen Tag unterrichtet worden seien.

kanzleramt und das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen über die o.a. Angelegenheit zu unterrichten (der Berliner Senat ist am 9. Dezember 1964 bereits durch die AHK informiert worden).[7]

Ruete

Abteilung II (II 1), VS-Bd. 18

380

Ausführungen des Bundeskanzlers Erhard gegenüber dem amerikanischen Botschafter McGhee

Z A 5-150.A/64 geheim **11. Dezember 1964[1]**

Der Herr Bundeskanzler empfing am 11. Dezember 1964 um 11.00 Uhr den Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika zu einem Gespräch.

Interventionen des Herrn Bundeskanzlers

Nach seiner Unterredung mit Außenminister Schröder am gestrigen Abend sei er persönlich beruhigt, wenn es auch noch offene Fragen gebe. In der deutschen Presse jedoch seien die Gespräche zwischen Johnson und Wilson zweideutig angekommen[2], als ob der amerikanische Präsident volles Verständnis

[7] Am 15. Dezember 1964 dementierte die UdSSR, einen Vorschlag zur Einrichtung ständiger Kontakte der Vier Mächte in Berlin gemacht zu haben. Vgl. dazu NEUE ZÜRCHER ZEITUNG, Fernausgabe, Nr. 347 vom 17. Dezember 1964, S. 4.
Der stellvertretende Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Davis, bedauerte am 16. Dezember 1964, daß der sowjetische Vorschlag in die Öffentlichkeit gelangt sei. Er hob hervor, damit „dürfte die Angelegenheit ... ‚tot' sein. Obwohl man keinen Zweifel daran gehabt habe, daß hier von sowjetischer Seite versucht werden sollte, einen besonderen Viermächte-Status für Westberlin herzustellen, sei es doch sehr zu bedauern, daß eine vertrauliche Sondierung der sowjetischen Überlegungen und Absichten durch das vorzeitige Bekanntwerden des Vorgangs voraussichtlich unmöglich geworden sei." Vgl. den Drahtbericht des Gesandten von Lilienfeld, Washington, vom 16. Dezember 1964; Abteilung II (II 1), VS-Bd. 18; B 150, Aktenkopien 1964.
Am 21. Dezember 1964 hielt Ministerialdirigent Ruete fest, daß die sowjetische Botschaft in Ost-Berlin am 17. Dezember 1964 über die Stellungnahme der Alliierten unterrichtet worden sei. Der Protokollbeamte der sowjetischen Botschaft, Panin, habe „sich beschwert, daß sein ‚privater' Vorschlag zu inoffiziellen gesellschaftlichen Treffen als politischer Vorschlag verstanden worden sei. Er, Panin, sei in keiner Weise zur Abgabe offizieller Vorschläge ermächtigt gewesen. Botschafter Abrassimow, der sich nicht in Berlin befunden habe, sei nach seiner Rückkehr über die inzwischen eingetretene Entwicklung äußerst überrascht gewesen." Ruete wies schließlich auf die Presseerklärung der Drei Mächte vom 19. Dezember 1964 hin, in der sie hinsichtlich des sowjetischen Vorschlags erneut ihre Bereitschaft betonten, über die Verantwortung der Vier Mächte für ganz Berlin zu sprechen. Vgl. Abteilung II (II 1), VS-Bd. 18; B 150, Aktenkopien 1964.

[1] Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Dolmetscher Geithner am 15. Dezember 1964 gefertigt.
Hat dem Leiter des Außenpolitischen Büros im Bundeskanzleramt, Osterheld, am 23. Dezember 1964 vorgelegen.

[2] Zum Aufenthalt des Premierministers Wilson vom 7. bis 9. Dezember 1964 in Washington vgl. Dok. 375, Anm. 18. Vgl. auch die Artikel „Termin für MLF-Gründung verzögert" und „Der Schat-

für den britischen Standpunkt[3] gezeigt habe, der auf eine gewisse Verwässerung und Verminderung der MLF hinausliefe. Dies sei für die deutsche[4] Regierung, die unter allen Umständen und klar und treu zur Vereinbarung stehe, die die MLF für unerläßlich halte, etwas schwierig. Für Deutschland wäre es am besten, wenn eine möglichst schnelle, möglichst klare Entscheidung auf einer möglichst breiten Grundlage getroffen würde. Der Botschafter habe ja sicher gehört, daß die Kreise um Strauß gegen das Projekt seien[5], dies beeinflusse die Regierung jedoch nicht. Eine schnelle Entscheidung sei vonnöten, nicht nur wegen der Wahlen, sondern auch wegen gewisser Sentiments und Ressentiments.

Zur Frage der britischen Beteiligung

Die vorgesehene Überwasserflotte sei ein Minimum, um der sowjetischen Drohung zu begegnen. Sechs U-Boote wären wünschenswert, aber die britischen Boote müßten zudem erst noch gebaut werden.

Er befürchte, und das gelte für Großbritannien und könnte für Frankreich gelten (jedoch sei die Haltung Frankreichs[6] ja wohl negativ), daß Bomber eingebracht würden. Diese besäßen zwar zur Zeit einen gewissen Wert, wären aber in ein paar Jahren veraltet; Großbritannien wolle sich damit nur billig in die MLF[7] einkaufen, denn eigentlich wären die Bomber ziemlich wertlos[8] und zu teuer. Er, der Herr Bundeskanzler (lachend), würde sie höchstens[9] zu Marktpreisen, nicht zu Herstellungspreisen kaufen.

Zur Befehlsgewalt

Für Deutschland und die europäischen Länder wäre es leichter, den hier und dort anzutreffenden Widerstand zu überwinden, wenn der europäische Akzent etwas deutlicher würde. Die Mittelstreckenraketen (es handle sich ja nicht um

Fortsetzung Fußnote von Seite 1485

ten von Bonn und Rom liegt auf Wilsons Gespräch"; DIE WELT, Nr. 286 vom 8. Dezember 1964, S. 4, bzw. Nr. 288 vom 10. Dezember 1964, S. 1.

[3] Zum britischen Vorschlag einer Atlantic Nuclear Force (ANF) vgl. Dok. 382.

[4] Die Wörter „die deutsche" wurden von Ministerialdirigent Osterheld handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „eine".

[5] Auf der 2. internationalen Wehrkundetagung am 5./6. Dezember 1964 in München vertrat der Vorsitzende der CSU, Strauß, die Meinung, das vorerst einseitig auf den amerikanischen Schutz für Europa abgestellte NATO-Bündnis müsse in ein Schutzbündnis auf Gegenseitigkeit umgewandelt werden. Dazu führte er aus: „Warum greift man nicht das zu Anfang der fünfziger Jahre von den Amerikanern so sehr favorisierte Konzept der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft auf, das sich sicherlich nach den heutigen Erfordernissen der nuklearen Abschreckung modifizieren ließe? ... In ihr wäre Frankreich nicht mehr eine Atomstreitmacht auf dem Kontinent, sondern eine kontinentaleuropäische Force de frappe." Vgl. FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 284 vom 7. Dezember 1964, S. 5.
Zur Auseinandersetzung zwischen „Atlantikern" und „Gaullisten" vgl. auch Dok. 194, Anm. 1.

[6] Zur französischen Haltung gegenüber der geplanten MLF vgl. zuletzt Dok. 377.

[7] Die Wörter „billig in die MLF" wurden von Ministerialdirigent Osterheld handschriftlich eingefügt.

[8] Der Passus „eigentlich wären die Bomber ziemlich wertlos" ging auf Streichungen und handschriftliche Einfügungen des Ministerialdirigenten Osterheld zurück. Vorher lautete er: „eigentlich wären sie wertlos".

[9] Der Passus „Er, der Herr Bundeskanzler (lachend), würde sie höchstens" ging auf handschriftliche Einfügungen des Ministerialdirigenten Osterheld zurück. Vorher lautete er: „Er würde sie höchstens".

interkontinentale Raketen) dienten dem Schutz Europas (mit der Unterstützung Amerikas, das sei ganz klar), daher müsse der europäische Akzent stärker hervortreten. Dies werde bei der Unterstellung unter SACEUR deutlicher, als wenn eine neue Institution über Europa hinaus geschaffen würde. Wenn de Gaulle ein Veto einlegte[10], was noch zu prüfen wäre, müßte eine andere Form, die aber auf jeden Fall eng mit SACEUR verbunden wäre, gefunden werden. Man könne die Verteidigungsstrategie Europas nicht planen und sich kein Bild davon machen, ohne an den Einsatz von Atomwaffen zu denken.

Er würde, nur um de Gaulle einzufangen, mit Konzessionen bis an die Grenze des Möglichen gehen und nach der force de frappe nicht fragen.

Er hoffe, daß der amerikanische Präsident nach Paris, ja nach Europa überhaupt komme[11], denn das würde die Angelegenheit in Schwung bringen. Man brauche das amerikanische Portrait in Europa, es sei notwendig, daß der Präsident nach Europa reise, denn dadurch werde alles leichter. Er glaube, daß, wenn man richtig vorgehe und de Gaulle einen Prestigeverlust erspare, ja ihm vielmehr das Gefühl gebe, eine große und weise Entscheidung getroffen zu haben, dieser mit sich reden lasse.

Er sei überzeugt, daß Frankreich sich übernommen habe und nicht in der Lage sei, mit eigener Kraft weiterzumachen; daher kokettiere es mit Deutschland, das ihm helfen solle.[12] Dies sei jedoch nicht möglich, denn Deutschland lasse sich nicht auf ein solches Abenteuer ein. De Gaulle müsse das auch fühlen. Die französische Wirtschaft sei sehr labil, und mit seinen ehrgeizigen Plänen würde er Frankreich wirtschaftlich ruinieren. Dann könne er seine force de frappe in die Konkursmasse einbringen. Übrigens besuche Rusk de Gaulle ja am Montag[13], vielleicht könne er dabei in dieser Richtung wirken.

In den Gesprächen zwischen dem deutschen und dem französischen Außenminister[14] habe sich ergeben, daß die Haltung Frankreichs zur MLF absolut negativ sei, obwohl man auf französischer Seite zugegeben habe, daß die Sache vor vier Monaten anders gestanden habe.

Um auf die Franzosen einwirken zu können, erführe er natürlich gerne das Ergebnis der Gespräche zwischen Rusk und de Gaulle. Er bitte den Botschafter, dem Präsidenten zu sagen, daß die europäische Politik gestärkt und die

[10] Zur Möglichkeit eines französischen Vetos gegen die geplante MLF vgl. Dok. 350, besonders Anm. 2.

[11] Der amerikanische Präsident reiste erst im April 1967, anläßlich der Beisetzungsfeierlichkeiten für den ehemaligen Bundeskanzler Adenauer am 25. April 1967, nach Europa.

[12] Zum französischen Verteidigungsprogramm für die Jahre 1965 bis 1970 vgl. Dok. 370, Anm. 2. Zur Frage einer Mitwirkung der Bundesrepublik beim Aufbau der Force de frappe vgl. Dok. 210, besonders Anm. 11.

[13] Am Rande der NATO-Ministertagung trafen am 14. und am 16. Dezember 1964 der amerikanische Außenminister Rusk und der französische Staatspräsident de Gaulle in Paris zusammen. Rusk erklärte später, er sei mit dem Ergebnis der Gespräche, bei denen insbesondere die MLF und die Frage der Nichtverbreitung von Atomwaffen diskutiert worden sei, sehr zufrieden. Vgl. den Artikel „Rusk Reassures de Gaulle on Bid for NATO A-Fleet"; THE NEW YORK TIMES, International Edition, Nr. 39042 vom 15. Dezember 1964, S. 1. Vgl. auch den Artikel „Le général de Gaulle reçoit M. Dean Rusk"; LE MONDE, Nr. 6195 vom 15. Dezember 1964, S. 1.

[14] Zum Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem französischen Außenminister Couve de Murville am 9. Dezember 1964 vgl. Dok. 377.

Malaise gedämpft würde (man habe stets Angst, was de Gaulle jetzt wohl tue; das gebe eine gewisse Unsicherheit), wenn man nicht nur immer über de Gaulle spräche, sondern auch über Johnson. Zudem sei man der Reisepläne de Gaulles auch nicht sicher.

Herr Minister Westrick fügte hier ein, daß nach vertraulichen, noch unbestätigten Informationen de Gaulle erwäge, nach Moskau und eventuell nach Warschau zu reisen.[15] Er erinnerte in diesem Zusammenhang an eine Äußerung Dr. Adenauers, der auf den „Liebesbrief" de Gaulles an Mikojan (zum Jahrestag der Oktoberrevolution)[16] hingewiesen hatte.

Der Herr Bundeskanzler sagte, er würde eine Reise Johnsons im Januar natürlich begrüßen, sie aber spätestens Anfang März für wünschenswert halten. Je näher man einer Entscheidung in der MLF-Frage rücke, desto wichtiger sei ein solcher Besuch.

Zu den Gesprächsthemen der Unterhaltung Johnson – Wilson

Der zentrale Punkt sei sicher die MLF gewesen, jedoch sei sicherlich auch über die Lage des Pfundes[17] gesprochen worden. Das sei ganz selbstverständlich.

Am nächsten Montag treffe der Herr Bundesminister des Auswärtigen Außenminister Rusk in Paris im Rahmen der NATO-Tagung. Er selbst habe die Dolmetscher-Aufzeichnung über das Gespräch zwischen Bundesminister Schröder und dem Sonderkurier (Mr. Donald Spiers) des amerikanischen Außenministers[18] noch nicht gelesen, weil sie noch geschrieben werde. Erfreulich sei jedoch die Haltung Italiens[19], das sich positiv zur MLF ausgesprochen habe und im Hinblick auf Großbritannien so weit gegangen sei, daß sich seine Meinung mit der deutschen decke. Auch Holland werde man wohl überzeugen können.[20]

Der Herr Bundesminister des Auswärtigen werde natürlich auch[21] über die Frage der gemischten Besatzungen sprechen; er sei[22] bezüglich der Übernahme von Bombern skeptisch. In der Frage des Kommandos sei er nachgiebi-

[15] Staatspräsident de Gaulle besuchte die UdSSR vom 20. Juni bis 1. Juli 1966 und Polen vom 6. bis 12. September 1967. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1966, Z 130 bzw. 1967, Z 212.

[16] Die Wörter „Mikojan (zum Jahrestag der Oktoberrevolution)" wurden von Ministerialdirigent Osterheld handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „Moskau".
Zum Telegramm vom 30. Oktober 1964 vgl. Dok. 307, Anm. 43.
Am 1. November 1964 wies der ehemalige Bundeskanzler Adenauer in einem Interview darauf hin, daß die französisch-sowjetische Annäherung vermutlich auf die falsche Politik der Bundesregierung und insbesondere auf die schlechte Behandlung des Staatspräsidenten de Gaulle im Juli 1964 in Bonn zurückzuführen sei. Vgl. BILD AM SONNTAG, Nr. 44 vom 1. November 1964, S. 4.

[17] Zur britischen Währungskrise vgl. Dok. 361.

[18] Der Passus „die Dolmetscher-Aufzeichnung ... des amerikanischen Außenministers" ging auf Streichungen und handschriftliche Einfügungen des Ministerialdirigenten Osterheld zurück. Vorher lautete er: „die Aufzeichnung des Gesprächs zwischen Schröder und dem Sonderkurier des amerikanischen Präsidenten".
Zum Gespräch vom 9. Dezember 1964 in Paris vgl. Dok. 382, Anm. 9 und 12.

[19] Zur italienischen Haltung gegenüber der geplanten MLF vgl. Dok. 375.

[20] Zur niederländischen Haltung gegenüber der geplanten MLF vgl. Dok. 372, Anm. 13.

[21] Dieses Wort wurde von Ministerialdirigent Osterheld handschriftlich eingefügt.

[22] An dieser Stelle wurde von Ministerialdirigent Osterheld gestrichen: „aber".

ger. Die MLF, der Gedanke, der dahinter stehe (sie sei ja schließlich kein Spielzeug, sondern eine Abschreckungswaffe), solle nicht[23] verwässert werden.

Schröder und er selbst verstünden wohl zu wenig vom Funktionieren des Kommandos und von der Strategie, aber von Hassel würde sich wohl noch einschalten.

Zum Vetorecht[24]

In der Verteidigung solle man nicht jedem europäischen Land ein Vetorecht einräumen, sondern nur einem gewissen Prozentsatz dieser Länder. Man solle Ländern wie Frankreich, Großbritannien, Deutschland oder Italien aufgrund ihrer Stärke nach einem Schlüssel dieses Recht einräumen, es jedoch nicht jedem europäischen Land erteilen. Es sei außerdem eine gespenstische Frage; denn wenn die Sowjetunion Europa angriffe und auf den Knopf drückte, dann könne man sich hier nicht erst an den Konferenztisch setzen, sondern jemand müsse hier ebenfalls auf den Knopf drücken.[25]

Der Herr Bundeskanzler erläuterte ferner, der Botschafter habe wohl die Äußerungen von Strauß gelesen, die sich mit der Überzeugung de Gaulles deckten: wozu eine MLF? Ihrer Meinung nach seien die USA mit ihren interkontinentalen und strategischen Waffen in der Lage, bei einem sowjetischen Angriff die Mittelstreckenraketen zu zerstören. Daher fragten sich de Gaulle und Strauß, wozu das Ganze. Die beiden großen Giganten USA und Sowjetunion hielten sich selbst in Schach. Wenn die Sowjetunion einen Angriff startete, und die USA mit der Zerstörung antworteten, wozu dann eine MLF?

Man müsse aber anders[26] argumentieren. Wenn die Sowjetunion die Absicht habe, etwas zu annektieren, dann sage sie sich, ein auf Europa begrenzter Krieg sei denkbar, wobei man bezweifeln könne, ob die USA ihre Atomwaffen einsetzten, wodurch im Gegenschlag ihr eigenes Land zerstört werde[27]. Solche Zweifel würden die Sowjetunion in ihren Annektionsgelüsten bestärken. Daher brauche man in Europa Mittelstreckenraketen und diese Waffen, damit die Sowjetunion[28] nie ganz sicher sei, ob nicht wenigstens diese eingesetzt würden[29].

[23] An dieser Stelle wurde von Ministerialdirigent Osterheld gestrichen: „dadurch".

[24] Zu den Modalitäten für einen Einsatz der MLF und zum Vetorecht der USA vgl. zuletzt Dok. 339.

[25] Der Passus „dann könne man sich ... Knopf drücken" ging auf Streichungen und handschriftliche Einfügungen des Ministerialdirigenten Osterheld zurück. Vorher lautete er: „dann könne man sich nicht an den Konferenztisch setzen, sondern es müsse auf der anderen Seite ebenfalls jemand auf den Knopf drücken."

[26] Dieses Wort wurde von Ministerialdirigent Osterheld handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „so".

[27] Der Passus „sei denkbar, wobei man bezweifeln könne ... zerstören werde" ging auf Streichungen und handschriftliche Einfügungen des Ministerialdirigenten Osterheld zurück. Vorher lautete er: „sei denkbar, bezweifle aber gleichzeitig, ob die USA ihre Atomwaffen einsetzten, um ihr eigenes Land zu zerstören".

[28] An dieser Stelle wurde von Ministerialdirigent Osterheld gestrichen: „nur".

[29] Der Passus „nie ganz sicher sei, ... eingesetzt würden" ging auf Streichungen und handschriftliche Einfügungen des Ministerialdirigenten Osterheld zurück. Vorher lautete er: „nicht ganz sicher sei, daß sie nicht eingesetzt würden".

Theoretisch sei es also denkbar, daß ein Krieg das sowjetische Territorium[30] und die USA nicht berühre, sondern daß es nur[31] einen europäischen Krieg mit den an der Westgrenze der Sowjetunion stationierten Mittelstreckenraketen[32] gebe. In Europa brauche man, und dieser Gedanke ließe sich dem deutschen Volk verkaufen, die MLF, nicht für den großen Weltbrand, sondern für einen Krieg im Umkreis von vielleicht 500 km.

De Gaulles Politik sei nur möglich, weil es die USA gebe. Die Franzosen sagten auf der einen Seite[33], man brauche die USA mit ihrem großen Waffenpotential und ihren Schutz, auf der anderen Seite glaube man nicht, daß die USA ihr eigenes Leben riskieren würden.

Zusammenhang MLF – Getreidepreis

Der Herr Bundeskanzler führte aus, daß man im Frühjahr mit Frankreich harte Diskussionen führen werde, und um den Gaullisten in Deutschland nicht den Eindruck zu vermitteln, man sei gegen Frankreich eingestellt, habe er in der Getreidepreisfrage das Interesse Frankreichs besonders berücksichtigt[34]; ganz abgesehen davon, daß er die Lösung persönlich für richtig halte, habe er die Entscheidung im Hinblick auf das Frühjahr getroffen.

Einheit Europas

Couve de Murville sei in dieser Hinsicht nachgiebiger und verständnisvoller gewesen. Mit einem Minimum an gemeinsamen Institutionen sei wenigstens ein Anfang gemacht. Man setze sich wenigstens wieder auf Regierungsebene zusammen; die Angelegenheit habe wieder Auftrieb[35] erhalten. Die Spaltung bleibe nur in der Frage der MLF bestehen, wobei der Herr Bundeskanzler sagte, er sei überzeugt, daß de Gaulle auf diesem Gebiet alles[36] tun und auch die deutsche und französische Presse mobil machen werde, um Unruhe zu stiften.

Einen Austritt aus dem Gemeinsamen Markt erwäge de Gaulle letzten Endes wohl nicht[37], denn das würde die Isolierung Frankreichs bedeuten, was es sich wirtschaftlich nicht leisten könne, obwohl de Gaulle dafür kein Gefühl habe.

30 Dieses Wort wurde von Ministerialdirigent Osterheld handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „Festland".

31 Dieses Wort wurde von Ministerialdirigent Osterheld handschriftlich eingefügt.

32 Zur Bedrohung Westeuropas durch sowjetische Mittelstreckenraketen und zur Forderung von SACEUR, der NATO entsprechende Systeme zur Verfügung zu stellen, vgl. Dok. 14, Anm. 39, sowie Dok. 149.

33 Der Passus „Die Franzosen sagten auf der einen Seite" ging auf Streichungen und handschriftliche Einfügungen des Ministerialdirigenten Osterheld zurück. Vorher lautete er: „Es sei zweideutig, daß die Franzosen auf der einen Seite sagten".

34 Zum Entschluß der Bundesregierung, der Harmonisierung des Getreidepreises in der EWG zum 1. Juli 1967 zuzustimmen, vgl. Dok. 358.

35 Der Passus „die Angelegenheit habe wieder Auftrieb" ging auf Streichungen und handschriftliche Einfügungen des Ministerialdirigenten Osterheld zurück. Vorher lautete er: „so habe die Angelegenheit wieder Auftrieb".

36 Der Passus „der MLF bestehen, wobei der Herr Bundeskanzler ... auf diesem Gebiet alles" ging auf Streichungen und handschriftliche Einfügungen des Ministerialdirigenten Osterheld zurück. Vorher lautete er: „der MLF bestehen. Der Herr Bundeskanzler sagte, er sei überzeugt, daß de Gaulle alles".

37 Zu der Überlegung, Frankreich könne aus der EWG austreten, vgl. auch Dok. 307, Anm. 42.

Man habe auch aus Frankreich gehört, daß man dort etwas vorsichtiger geworden sei. Nach neuesten Informationen sei dementiert worden, daß eine deutsche Beteiligung an der MLF den Bruch der deutsch-französischen Freundschaft bedeute und Folgen für die EWG haben werde. Dieses Dementi sei sehr bedeutungsvoll. Eine Reaktion de Gaulles würde sich natürlich gegen Deutschland richten, denn er sei enttäuscht, daß man seine große Freundschaft nicht würdige.[38]

Der Herr Bundeskanzler meinte ferner, man müsse bedenken, daß in der Bundesrepublik im September Wahlen stattfänden.[39] Dafür seien große Diskussionen, innere Diskussionen nicht günstig. Er möchte daher wiederholen, je mehr man sich der Vorstellung, d.h. der Unterzeichnung des MLF-Projektes nähere, desto besser wäre es für die Bundesregierung, die deutsche öffentliche Meinung und die politische Durchsichtigkeit[40], wenn der amerikanische Präsident sich nicht nur in Deutschland, sondern auch in den anderen europäischen Ländern sehen ließe. So ein Besuch wäre sehr wichtig.

Er wolle, um ein Beispiel zu geben, die Opposition nicht verdächtigen oder schlechtmachen, aber er sei nicht sicher, daß es unter einer SPD-Regierung nicht zu Halbheiten in der Verteidigung und zu gewissen Abenteuern komme. Dies gelte nicht für die gegenwärtige Führung der SPD, sondern für die, die nachrücken, die Massen, die Funktionäre, die schon jetzt an Einfluß gewännen. Wie Wilson bezüglich einer europäischen Lösung geschwankt habe, könne er sich vorstellen, daß sich in einem sozialistischen Europa mit Wilson in Großbritannien und einer SPD-Regierung in Deutschland die Verteidigungskonzeption ändern würde.

Die deutsche Entscheidung sei gefallen, und sie sei eine politische Entscheidung der Regierungsparteien gewesen.[41]

Hier fügte Herr Minister Westrick ein, daß es nicht genüge, de Gaulle im gegenwärtigen Zustand einen Platz offen zu halten; das sei zu wenig, denn man dürfe de Gaulle nicht das Gefühl geben, einen Canossa-Gang gehen zu müssen; es ginge gegen seine Würde, wenn man ihm einen Platz offen hielte. Bei dem folgenden Vorschlag könnten die USA aktiv mitarbeiten, wenn man nämlich gewisse Produktionen[42] zwischen den USA, Frankreich und Deutschland koordinierte. Man habe z.B. über Boeing und Bölkow gesprochen.[43] Bölkow

[38] An dieser Stelle wurde von Ministerialdirigent Osterheld gestrichen: „Man habe wohl auch davon gesprochen, daß dann der deutsch-französische Vertrag gekündigt würde. Theoretisch sei das möglich, jedoch nicht denkbar."

[39] Die Bundestagswahlen fanden am 19. September 1965 statt.

[40] Dieses Wort wurde von Ministerialdirigent Osterheld handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „Klarheit".

[41] Der Passus „und sie ... sei gewesen" ging auf handschriftliche Einfügungen des Ministerialdirigenten Osterheld zurück. Vorher lautete er: „und eine politische Entscheidung gewesen".
Am 24. April 1963 billigte das Bundeskabinett grundsätzlich das Projekt einer integrierten Nuklearstreitmacht der NATO. Vgl. dazu den Drahterlaß des Staatssekretärs Carstens vom 25. April 1963 an Botschafter Knappstein, Washington; Ministerbüro, VS-Bd. 8489; B 150, Aktenkopien 1963.

[42] Die Wörter „nämlich gewisse Produktionen" wurden von Ministerialdirigent Osterheld handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „nämlich die Produktion".

[43] Am 19. Oktober 1964 thematisierte der französische Verteidigungsminister Messmer gegenüber

z.B. brauche das Geld der Bundesrepublik. Man würde dann z.B. Bölkow das Geld eher gewähren können[44], wenn es eine Zusammenarbeit zwischen drei, aber nicht nur zwei Staaten gebe.

Die USA könnten de Gaulle sehr viel wirksamer von der finanziellen Belastung des Baus einer Atommacht überzeugen als wir.[45] Großbritannien habe an dem Skybolt-Projekt gesehen, daß es wirtschaftlich überfordert sei. Man müsse Frankreich davon überzeugen, daß eine Beteiligung an der MLF anstelle einer selbständigen force de frappe auch wirtschaftlich[46] günstiger sei.

Der Herr Bundeskanzler meinte dazu, auch für die Bundesrepublik sei die MLF eine finanzielle Belastung, aber man sehe wenigstens die Wirkung, während man das Geld bei einer deutschen Beteiligung an Frankreichs Plänen in ein Faß ohne Boden[47] würfe.

Das Gespräch endete um 12.15 Uhr.

Bundeskanzleramt, AZ: 21-301 00 (56), Bd. 11

Fortsetzung Fußnote von Seite 1491

Bundesminister von Hassel die Kontaktaufnahme der Firma Bölkow mit der amerikanischen Firma Boeing und dem französischen Unternehmen Nord- und Sud Aviation. Messmer führte aus, Bölkow habe der französischen Firma eine Kapitalbeteiligung von 2 Mio. Dollar vorgeschlagen, und die französische Regierung werde dieser Aktion zustimmen, falls die Bundesregierung keine Einwände erhebe. Vgl. die Aufzeichnung vom 22. Oktober 1964; Ministerbüro, VS-Bd. 8419; B 150, Aktenkopien 1964.

44 Die Wörter „eher gewähren können" wurden von Ministerialdirigent Osterheld handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „zu gewähren".

45 Die Wörter „als wir" wurden von Ministerialdirigent Osterheld handschriftlich eingefügt.

46 Der Passus „anstelle ... auch wirtschaftlich" ging auf Streichungen und handschriftliche Einfügungen des Ministerialdirigenten Osterheld zurück. Vorher lautete er: „zusätzlich zur force de frappe".

47 Der Passus „Wirkung ... Faß ohne Boden" ging auf Streichungen und handschriftliche Einfügungen des Ministerialdirigenten Osterheld zurück. Vorher lautete er: „Auswirkung, während man das Geld bei einer Beteiligung an Frankreichs Plänen in einen Wolfsrachen".

381

Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem britischen Außenminister Gordon Walker in Dorneywood

St.S. 4544/64 geheim **11. Dezember 1964**[1]

Gordon Walker: Was schlagen Sie vor, in der Deutschlandfrage zu unternehmen?

Bundesminister: Wir glauben nicht, daß im Augenblick eine Aussicht besteht, zu einer Einigung mit der neuen sowjetischen Regierung[2] zu kommen. Gleichwohl halten wir es für erforderlich, die Vier-Mächte-Verantwortung für die Lösung der deutschen Frage zu betonen. Uns schwebt ein prozeduraler Vorschlag vor, nämlich die Einsetzung eines ständigen Vier-Mächte-Gremiums, das mit der Behandlung der deutschen Frage beauftragt wird.[3] Der Auftrag solle nicht gleich am Anfang sehr genau festgelegt werden. Es genüge eine allgemeine Formulierung. Die Bundesregierung sei im Augenblick nicht für die Vorlage eines Plans für die Lösung der deutschen Frage. Es bestehe bei solchen Plänen die Gefahr, daß gewisse Konzessionen, die in einem solchen Plan enthalten seien, selbst bei Scheitern des Planes verbraucht seien. Ein Schritt wie der von der Bundesregierung vorgeschlagene sei nötig, um die internationale und die deutsche Öffentlichkeit, insbesondere auch die Bevölkerung in der Zone, darauf hinzuweisen, daß die deutsche Frage gelöst werden müsse.

Gordon Walker: Befürchten Sie nicht, daß beim Scheitern dieses Schrittes die Enttäuschung sehr groß wäre?

Bundesminister: Wenn man keine zu großen Erwartungen wecke, sei die Gefahr der Enttäuschung auch nicht zu groß.

Gordon Walker: Gromyko habe bei dem Gespräch, das er mit ihm in Washington gehabt habe[4], auch den Vorschlag gemacht, die deutsche Frage erneut zu diskutieren. Er habe darauf hingewiesen, daß die Gespräche, die gewisse Fort-

[1] Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Simon am 16. Dezember 1964 gefertigt.
Hat Bundesminister Schröder am 20. Dezember 1964 vorgelegen.
Ein Durchdruck der Aufzeichnung hat Staatssekretär Carstens am 24. und 28. Dezember 1964 vorgelegen, der am 6. Januar 1965 die Weiterleitung an die Ministerialdirektoren Jansen und Krapf verfügte.

[2] Zum Führungswechsel in der UdSSR am 14./15. Oktober 1964 vgl. Dok. 286, besonders Anm. 5.

[3] Zu den Überlegungen der Bundesregierung hinsichtlich der Einsetzung eines Viermächte-Rats zur Lösung der Deutschland-Frage vgl. Dok. 353, besonders Anm. 26. Vgl. weiter Dok. 387.

[4] Zum Gespräch vom 9. Dezember 1964 hielt Botschafter Knappstein, Washington, am 11. Dezember 1964 Informationen fest, nach denen der sowjetische Außenminister Gromyko weitere Gespräche über die Deutschland-Frage mit Großbritannien angeregt habe. Er habe besonders die „Frage des freien Zugangs nach Berlin, die Respektierung der ‚Souveränität' der SBZ und den Rückzug aller fremden Truppen aus Deutschland aufgezählt". Außenminister Gordon Walker habe Gesprächsbereitschaft signalisiert und darauf hingewiesen, „daß die Anwesenheit von NATO-Truppen in der Bundesrepublik wesentlich auf die Tatsache zurückzuführen sei, daß die Sowjetunion die Spaltung Deutschlands aufrechterhalte". Vgl. Abteilung II (II 1), VS-Bd. 62; B 150, Aktenkopien 1964.

schritte gebracht hätten, vor einem Jahr abgebrochen worden seien.[5] Man solle dort wieder anfangen, wo man aufgehört habe. Er, Gordon Walker, frage sich, aus welchem Grund die Sowjets dies beabsichtigten. Er glaube, daß der Vorschlag nur gemacht worden sei, um die MLF zu verzögern. Die Sowjets seien ebenso wie de Gaulle sehr bemüht, die Lösung des MLF-Problems zu erschweren.[6]

Bundesminister: Der Westen müsse in der MLF-Frage wissen, was er wolle. Man solle in dieser Frage zügig weiterverhandeln und sehen, daß man die MLF möglichst bald zustande bringe. Die Frage über die Einsetzung des Vier-Mächte-Gremiums könne man bis zu diesem Zeitpunkt noch etwas hinausziehen.

Gordon Walker: Besteht nicht die Gefahr, daß deutsche und französische Kreise im Hinblick auf die deutsche Frage sagen könnten, man solle mit der MLF zunächst warten, um nicht Aussichten in der deutschen Frage zu zerstören?

Bundesminister: Man müsse sehen, daß die MLF-Verhandlungen nicht länger als drei Monate Zeit in Anspruch nähmen.

Gordon Walker: Es sei nicht mit Sicherheit zu sagen, ob diese Zeit ausreiche. Man wisse nicht, wie lange Zeit die Amerikaner, insbesondere der Kongreß, benötigten.

Bundesminister: Wenn Präsident Johnson entschlossen sei, die Sache durchzubringen, dann habe die Regierung die Möglichkeit, schnelle Verhandlungen zu führen, die Kongreßausschüsse würden erst später eingeschaltet.

Gordon Walker: Er habe den Eindruck, daß die Kongreßausschüsse die nuklearen Fragen schon früher prüften, nicht erst, wenn die Administration ein Abkommen gezeichnet habe. Er selbst wäre froh, wenn man Mitte Januar mit den Verhandlungen anfangen könnte. Wenn es gut ginge, könnte man dann Ende Februar fertig sein. Vielleicht sei er aber zu optimistisch.

Gromyko habe ihn auf die Reduktion der Streitkräfte aufmerksam gemacht. Er vermute, daß die Sowjetunion mit Abrüstungsvorschlägen im Zusammenhang mit der Deutschlandfrage käme. Es werde dann vielleicht Leute, auch in Großbritannien, geben, die für solche Ideen empfänglich seien.

Bundesminister: Die Bundesregierung habe immer den Standpunkt vertreten, daß im Fall der Wiedervereinigung Deutschlands auch Sicherheitsfragen geregelt werden könnten.[7] Die Einsetzung des Vier-Mächte-Gremiums sei aber lediglich ein erster Schritt. Störmanövern gegenüber der MLF sei durch schnelles Handeln am besten zu begegnen.

[5] Im März 1963 scheiterten amerikanisch-sowjetische Sondierungsgespräche über Berlin. Vgl. dazu AAPD 1963, I, Dok. 138.
Am 10. Oktober 1963 brach die UdSSR schließlich auch Abrüstungsgespräche mit dem Hinweis ab, daß für sie „eine Verbindung von Nichtangriffspakt mit einer Lösung des Berlin-Problems nicht annehmbar sei, da dies den Nichtangriffspakt zu einem Problem der Friedensregelung umwandeln würde". Vgl. den Drahtbericht des Gesandten von Lilienfeld, Washington, vom 11. Oktober 1963; Abteilung II (II 4), VS-Bd. 196; B 150, Aktenkopien 1963.

[6] Zur sowjetischen Haltung gegenüber der geplanten MLF vgl. Dok. 210, Anm. 20. Vgl. auch Dok. 304 und weiter Dok. 386.
Zur französischen Haltung gegenüber der geplanten MLF vgl. zuletzt Dok. 377.

[7] Vgl. dazu Dok. 213, Anm. 3.

Er habe aus Unterhaltungen den Eindruck, daß der britischen Regierung Schwierigkeiten von den Konservativen bereitet werden könnten, die gegen die Abschaffung einer nationalen Atomstreitmacht seien. Mit ihnen könnte sich der linke Flügel der Labour Party verbinden, der stets gegen eine MLF gewesen sei.[8]

Gordon Walker: Es sei richtig, daß der linke Flügel der Labour Party immer gegen eine Polaris-Flotte gewesen sei. Er glaube aber nicht, daß bei einer Abstimmung im Unterhaus eine Labour-Stimme gegen die Regierung abgegeben werde. Die Situation sei nicht einfach. Die Rede Wilsons am kommenden Mittwoch müsse die Schwierigkeiten berücksichtigen.[9] Für die britische Regierung sei das amerikanische Veto wichtig.[10] Außerdem sei seine Partei gegen eine Überwasserflotte. Im Kabinett sei die Unterstützung des ANF-Projekts einmütig gewesen. Es gebe gewisse Labour-Kreise, die gegen gute Beziehungen mit Deutschland seien; dies seien aber ganz wenige Abgeordnete.

Bundesminister: Er habe über den Schritt in der Deutschlandfrage mit den Franzosen gesprochen.[11] Diese waren dafür. Er nehme an, daß sie sich davon auch eine günstige Resonanz in Deutschland versprächen. Man müsse immer damit rechnen, daß auch die Franzosen mit dem Argument, die MLF störe die Vier-Mächte-Beratungen, arbeiten würden.

Gordon Walker: Die Straßburger Rede General de Gaulles[12] sei geschickt gewesen, da in ihr die Wichtigkeit der deutsch-französischen Freundschaft betont worden sei. Außenminister Spaak sei von de Gaulle offensichtlich beeinflußt worden.[13] Er habe ihm den Gedanken vorgetragen[14], die Regierungen der

[8] Zur Diskussion über die MLF/ANF in Großbritannien vgl. Dok. 372, Anm. 10.

[9] Am 16. Dezember 1964 erläuterte Premierminister Wilson vor dem britischen Unterhaus die verteidigungs- und sicherheitspolitische Konzeption der Regierung. Dabei stellte er zum ersten Mal den britischen Vorschlag einer Atlantic Nuclear Force (ANF) in der Öffentlichkeit vor. Für den Wortlaut vgl. HANSARD, Bd. 704, Spalten 415–443.
Botschafter von Etzdorf, London, hob dazu hervor, daß Wilson zum Abschluß seiner Erklärung der Opposition gemeinsame vertrauliche Besprechungen angeboten habe. Dadurch werde deutlich, „daß Wilsons Konzeptionen zum Teil weiter von den Überzeugungen des linken Flügels seiner eigenen Partei entfernt sind als von den Vorstellungen der Konservativen". Vgl. den Drahtbericht des Botschafters von Etzdorf, London, vom 17. Dezember 1964; Abteilung II (II 7), VS-Bd. 1370; B 150, Aktenkopien 1964.

[10] Zu den Modalitäten für einen Einsatz der MLF und zum Vetorecht der USA vgl. zuletzt Dok. 380.

[11] Zum Gespräch mit dem französischen Außenminister Couve de Murville am 9. Dezember 1964 vgl. Dok. 377.

[12] Zur Rede vom 22. November 1964 vgl. Dok. 359.

[13] Zum Gespräch des belgischen Außenministers mit dem französischen Staatspräsidenten am 29. Oktober 1964 vgl. Dok. 307, Anm. 37.
Zur Haltung von Spaak gegenüber der geplanten MLF vgl. zuletzt Dok. 327, Anm. 6.
Am 27. November 1964 berichtete Botschafter Siegfried, Brüssel, über Pressemeldungen, denenzufolge Spaak vor dem Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten des belgischen Senats erklärt habe, daß er die Bildung einer MLF nicht länger unterstütze. Dabei habe Spaak den störenden Einfluß des MLF-Projektes auf die politische Einigung Europas hervorgehoben. Siegfried führte aus, daß es nach Auskunft des belgischen Außenministeriums zwar kein Protokoll zur Rede von Spaak gebe. Aber es sei erklärt worden, daß sich die belgische Haltung zur geplanten MLF/ANF nicht geändert habe. Vgl. Abteilung II (II 7), VS-Bd. 1364; B 150, Aktenkopien 1964.

[14] Am 2. Dezember 1964 hielt sich der belgische Außenminister Spaak zu Gesprächen mit seinem britischen Amtskollegen in London auf. Dazu hielt Botschafter Siegfried, Brüssel, am 7. Dezember 1964 Informationen aus dem belgischen Außenministerium fest, nach denen Spaak „keinen

fünf EWG-Staaten sollten sich mit General de Gaulle treffen, um Verteidigungsfragen zu besprechen und ihn nach einer Alternative zur MLF zu fragen. Er habe ihm davon abgeraten, da er diesen Plan für gefährlich halte. Er sei aber überzeugt davon, daß Spaak darauf zurückkommen werde. Die Äußerungen Spaaks seien in sich widerspruchsvoll. Spaak habe angedeutet, daß de Gaulle Pessimist sei und alles gefährden könne. Auf die Frage nach einer Alternative habe er darauf verwiesen, daß dies später erörtert werden könne.

Bundesminister: Spaak habe ihm fast mit den gleichen Worten über sein Gespräch mit de Gaulle berichtet.[15] Er habe den Eindruck, daß Spaak fürchte, „sein Werk", nämlich die EWG und die NATO, könnten durch General de Gaulle zerstört werden. Als Spaak nach einer Alternative gefragt habe, habe de Gaulle geantwortet, „nous discuterons plus tard". Cattani habe Spaak ebenfalls gesagt[16], daß er seine Idee eines Treffens der fünf Regierungen mit General de Gaulle nicht für gut halte.

Gordon Walker: Er habe oft den Eindruck, daß de Gaulle mit den USA brechen wolle. Er befürchte manchmal, daß de Gaulle in Kauf nehme, in Verfolgung dieses Gedankens das Erreichte zu zerstören.

Bundesminister: Er schätze de Gaulle etwas anders ein. De Gaulle sehe seine Interessen. Seine Drohungen seien oft nicht so ernst zu nehmen, wie sie klängen. Er verhalte sich wie ein Pokerspieler.

Gordon Walker: Nach seiner Meinung könne de Gaulle die NATO verlassen, nicht aber die EWG.

Bundesminister: De Gaulle habe Besuchern gesagt, daß er die NATO 1969 kündigen wolle.

Gordon Walker: Wie stark die Ressentiments General de Gaulles gegen die Amerikaner seien, folge daraus, daß er die belgische Kongoaktion[17] deswegen kritisiert habe, weil die Belgier mit den Amerikanern zusammengearbeitet hätten. Er nehme auch an, daß General de Gaulle gegen die Einführung von Mehrheitsentscheidungen in der EWG sein werde.[18]

Fortsetzung Fußnote von Seite 1495

Zweifel über seine Auffassung gelassen [habe], daß die MLF-Konzeption der Engländer niemand befriedigen werde. Besonders habe er davor gewarnt, de Gaulle einen Anlaß zu liefern, sich aus dem jetzigen Bündnis zurückzuziehen. Er halte es für das Beste, ohne das Projekt aufzugeben, in der MLF-Frage nicht auf eine rasche Lösung zu drängen, die in naher Zukunft sicher nicht erreichbar sei." Vgl. Abteilung II (II 7), VS-Bd. 1364; B 150, Aktenkopien 1964.

15 Bundesminister Schröder und Außenminister Spaak trafen zuletzt anläßlich der WEU-Ministerratstagung am 16./17. November 1964 in Bonn zusammen.

16 Am 15. Oktober 1964 hielt sich der belgische Außenminister Spaak zu Gesprächen mit der italienischen Regierung in Rom auf. Vgl. dazu NEUE ZÜRCHER ZEITUNG, Fernausgabe, Nr. 285 vom 16. Oktober 1964, S. 6.

17 Zur Krise im Kongo vgl. zuletzt Dok. 232.
Am 24. November 1964 landeten, von amerikanischen Flugzeugen transportiert, belgische Fallschirmjäger im Raum Stanleyville (Kongo) und befreiten die weiße Bevölkerung, die dort von aufständischen Truppen gefangengehalten wurde. Vgl. dazu DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 51, 1964, S. 838–846; EUROPA-ARCHIV 1964, Z 251.

18 Vgl. dazu weiter den Drahtbericht des Botschafters Klaiber, Paris, vom 2. September 1965 an das Auswärtige Amt; AAPD 1965.

Bundesminister: Wir sollten noch ein Wort über den deutsch-britischen Jugendaustausch[19] sprechen.

Gordon Walker: Er habe über diesen Punkt mit dem Finanzminister gesprochen. Schwierigkeit sei noch die Finanzfrage. Die Verhandlungen dauerten noch an. Er sei aber optimistisch.

Bundesminister: Ein weiterer Punkt sei die Frage der deutsch-britischen Expertenbesprechungen über Sowjetangelegenheiten.[20]

Gordon Walker: Die Besprechungen hielte er für nützlich.

Bundesminister: Im Hinblick auf die starke Belastung der zuständigen Referenten und die Tatsache, daß diese Fragen in der gegenwärtigen NATO-Tagung[21] besprochen würden, sei ein sehr baldiger Termin nicht erforderlich.

Gordon Walker: Stimmte dem zu.

Bundesminister: Erkundigte sich nach den weiteren Terminverpflichtungen.

Gordon Walker: Zur UN-Generalvollversammlung werde Premierminister Wilson gehen.[22] Er selbst müsse im Januar seinen Wahlkampf führen[23] und werde dann im Februar kurz nach New York fahren. Wilson wolle Bonn im Januar und Paris im März einen Besuch machen.[24] Die sowjetische Regierung habe man für das kommende Jahr nach London eingeladen.[25] Der Besuch Chruschtschows und Bulganins liege 10 Jahre zurück.[26] Vor 5 Jahren sei Macmillan in Moskau gewesen.[27] Es sei ein Testfall, ob die sowjetische Regierung schon so gefestigt sei, daß sie sich eine Auslandsreise leisten könne. In Rom wolle Wilson im Sommer einen Besuch machen.[28]

Ministerbüro, VS-Bd. 8512

19 Vgl. dazu Dok. 335, Anm. 23.

20 Vgl. die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Luedde-Neurath vom 29. Oktober 1965; AAPD 1965.

21 Vom 15. bis 17. Dezember 1964 fand in Paris die Außenministerkonferenz der NATO-Staaten statt.

22 Am 14. April 1965 wurde Premierminister Wilson von UNO-Generalsekretär U Thant in New York zu einer Aussprache empfangen. Vgl. EUROPA-ARCHIV 1965, Z 89. Vgl. auch Harold WILSON, The Labour Government 1964–1970, London 1971, S. 94–96.

23 Außenminister Gordon Walker unterlag am 21. Januar 1965 bei der Nachwahl zum Unterhaus im Wahlkreis Leyton und erklärte daher am 22. Januar 1965 seinen Rücktritt. Sein Nachfolger wurde der bisherige Wissenschaftsminister Stewart. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1965, Z 36.

24 Premierminister Wilson hielt sich vom 6. bis 9. März 1965 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu den Runderlaß des Staatssekretärs Carstens vom 10. März 1965; AAPD 1965.
Am 2./3. April 1965 hielt sich Wilson zu Gesprächen mit Staatspräsident de Gaulle in Frankreich auf. Vgl. EUROPA-ARCHIV 1965, Z 82.

25 Vom 16. bis 20. März 1965 führte der sowjetische Außenminister Gromyko in London Gespräche mit Premierminister Wilson und Außenminister Stewart. Vgl. EUROPA-ARCHIV 1965, Z 74.

26 Der Erste Sekretär des ZK der KPdSU, Chruschtschow, und Ministerpräsident Bulganin besuchten vom 18. bis 27. April 1956 Großbritannien. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1956, S. 8877–8879. Vgl. auch CHRUSCHTSCHOW ERINNERT SICH, hrsg. von Strobe Talbott, Reinbek 1971, S. 404–416.

27 Premierminister Macmillan hielt sich vom 21. Februar bis 3. März 1959 in der UdSSR auf. Vgl. dazu Harold MACMILLAN, Memoirs. Bd. IV: Riding the Storm 1956–1959, London 1971, S. 598–634.

28 Premierminister Wilson führte vom 27. bis 29. April 1965 in Rom Gespräche mit Ministerpräsident Moro. Vgl. EUROPA-ARCHIV 1965, Z 95.

382

Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem britischen Außenminister Gordon Walker in London

II 7-81-33/6223/64 geheim **11. Dezember 1964**[1]

An der Besprechung, die heute von 15.00–17.00 Uhr im Foreign Office stattfand, nahmen teil von britischer Seite:

Außenminister Gordon Walker; Sir Harold Caccia, Permanent Under-Secretary of State; Lord Chalfont, Minister für Abrüstungsfragen; Lord Hood, Deputy Under-Secretary of State; Sir Frank Roberts, Britischer Botschafter in Bonn; B. Ledwidge, Leiter des Western Department; Mr. Henderson, Sekretär des Foreign Secretary; Mr. Barnes, Leiter des NATO-Departments; Mr. Holmer, Western Department.

Von deutscher Seite:

Bundesminister Dr. Schröder; Ministerialdirigent Voigt; Vortragender Legationsrat I. Klasse Simon; Vortragender Legationsrat I. Klasse Scheske; Vortragender Legationsrat Kusterer; Legationsrat I. Klasse Kastl; Botschafter von Etzdorf; Gesandter von Ungern-Sternberg; Legationsrat I. Klasse Schulte-Strathaus.

Nachstehend meine Notizen als Rohmaterial für Herrn Dr. Scheske, wie besprochen:

Gordon Walker: Ich schlage vor, kein offizielles Kommuniqué herauszugeben. Wir wollen die Angelegenheit nicht zu sehr formalisieren.

Bundesminister: Dank für freundliche Aufnahme. Ich sehe dies als die Fortsetzung unserer früheren Unterhaltung[2] und nehme an, daß das Gespräch auch später fortgeführt werden wird. Ich stimme der Anregung Mr. Gordon Walkers zu, auf ein Kommuniqué zu verzichten und statt dessen die Öffentlichkeit in der üblichen Weise über die wesentlichen Punkte zu unterrichten.[3]

Gordon Walker: Ich habe Außenminister Gromyko für den Monat März zu einem Besuch in London eingeladen.[4] Die Meldung wird heute veröffentlicht. Dem Besuch ist keine besondere Bedeutung beizumessen. Ich traf Gromyko in Washington und hielt es für vernünftig, ihn hier zu sehen. Ich werde Sie über das Ergebnis meiner Gespräche mit Gromyko unterrichten. Was wir in Washington besprachen[5], war nicht von besonderer Bedeutung.

[1] Durchdruck.

[2] Vgl. Dok. 381.

[3] Vgl. dazu den Artikel „Wilsons Atompläne zwischen Bonn und Brighton"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 289 vom 12. November 1964, S. 4.

[4] Vom 16. bis 20. März 1965 führte der sowjetische Außenminister Gromyko in London Gespräche mit Premierminister Wilson und Außenminister Stewart. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1965, Z 74.

[5] Zum Gespräch vom 9. Dezember 1964 vgl. Dok. 381, Anm. 4. Vgl. auch Dok. 387.

Unsere Gespräche über die Nuklear-Streitmacht in Washington[6] fanden in einer sehr freundschaftlichen und zufriedenstellenden Atmosphäre statt; sie waren informell und offen. Wir haben in den 48 Stunden konzentriert gearbeitet. Außer über die MLF bzw. ANF wurde auch noch über andere Dinge, wie China und Vietnam, gesprochen. Die Hauptsache aber war das Thema Nuklear-Streitmacht.

Ich erläuterte den Amerikanern unsere Position, so wie ich sie Ihnen in Bonn dargestellt habe.[7] (Die Briten übergaben uns das Papier „Atlantic Nuclear Force – Outline of Her Majesty's Government's Proposal".)[8] Wir betrachten es als einen Erfolg, daß die Amerikaner sich bereit erklärten, unsere Vorschläge neben ihrem eigenen MLF-Plan zu erwägen. Beide Konzeptionen wurden miteinander in Zusammenhang gebracht und gemeinsam diskutiert.

Wir sprachen zunächst über die allgemeine Weltlage. Die Amerikaner und wir stimmten darin überein, daß Großbritannien seiner Rolle in Übersee, insbesondere im Indischen Ozean, Priorität verleihe. Die Amerikaner zeigten großes Interesse daran („were very keen on that"), da die Briten in diesem Raum Aufgaben wahrnehmen können, die zu übernehmen sich die Vereinigten Staaten nicht in der Lage sehen.

Die Diskussion mit den Amerikanern über die ANF begann mit der Vorlage eines amerikanischen Papiers[9] als Gegenstück zu dem oben erwähnten britischen Plan. Die Amerikaner machten klar, daß sie sich das Recht vorbehalten müßten, ihre Zustimmung zum Einsatz der Nuklear-Waffen zu erteilen[10], ganz gleich, ob diese in einer MLF oder einer ANF enthalten seien. Die Amerikaner könnten sich jedoch drei Situationen vorstellen, in denen sie erwägen würden, gegebenenfalls auf ihr Veto-Recht zu verzichten:

a) im Falle einer Wiedervereinigung Deutschlands;

b) wenn es zu einer politischen Einigung Europas etwa unter einem europäischen Präsidenten komme, dem man die Entscheidung über den Einsatzbefehl anvertrauen könne;

c) wenn es gelinge, eine weltweite Übereinkunft über die allgemeine Abrüstung zustande zu bringen.

6 Zum Aufenthalt des Premierministers Wilson vom 7. bis 9. Dezember 1964 in Washington vgl. Dok. 375, Anm. 18.

7 Zum Gespräch vom 15. November 1964 vgl. Dok. 334.

8 Dem Vorgang nicht beigefügt. Vgl. Ministerbüro, VS-Bd. 8419.

9 Am 9. Dezember 1964 informierte der Mitarbeiter im amerikanischen Außenministerium, Spiers, Abrüstungsbehörde Bundesminister Schröder in Paris ausführlich über die Gespräche des Präsidenten Johnson mit Premierminister Wilson. Spiers führte aus, daß die britischen Vorschläge in Washington grundsätzlich begrüßt worden seien. In Einzelfragen wolle man sich durchaus flexibel verhalten. Er übergab Schröder ein Schreiben des amerikanischen Außenministers Rusk und eine eingehende Stellungnahme der amerikanischen Regierung zu den britischen ANF-Vorschlägen. Für die Gesprächsaufzeichnung vgl. Ministerbüro, VS-Bd. 8512; B 150, Aktenkopien 1964. Für die amerikanische Stellungnahme vom 8. Dezember 1964 zum britischen Vorschlag einer ANF vgl. Abteilung II (II 7), VS-Bd. 1587. Für das Schreiben von Rusk vom 8. Dezember 1964 vgl. Ministerbüro, Bd. 227.
Vgl. weiter Dok. 384.

10 Zu den Modalitäten für einen Einsatz der MLF und zum Vetorecht der USA vgl. zuletzt Dok. 380.

Von britischer Seite sei vorgeschlagen worden, der Nuklear-Streitmacht für die Dauer ihrer Existenz (also praktisch unbegrenzt) britische Polaris-U-Boote juristisch und physisch zu übereignen.

Das amerikanische Veto würde für alle Teile der Nuklear-Streitmacht, auch für nationale Komponenten, wirksam sein.

Wir bedrängten die Amerikaner sehr stark, eine gleiche Zahl von Polaris-U-Booten für die ANF zur Verfügung zu stellen wie wir, etwa im Verhältnis 4:4 oder 3:3. Sie wollten sich jedoch nicht binden. Ich glaube aber, daß sie sich schließlich doch dazu bereit finden werden. Von unserem Standpunkt ist es sehr wichtig, daß eine amerikanische nationale Komponente mit einbezogen wird. Der Grund ist: es Frankreich leichter zu machen, zu gegebener Zeit unter gleichen Bedingungen beizutreten.

Das gleiche Motiv treffe im übrigen auch für die Beibehaltung einer nationalen britischen Komponente zu.

Wir stimmten mit den Amerikanern überein, daß es bei dem gemischt-bemannten Prinzip bleiben soll, hauptsächlich, um den Deutschen, Italienern etc. die Beteiligung zu erlauben. Wir bleiben allerdings dabei, daß wir die gemischt bemannte Überseeflotte „nicht lieben", wohl aber dieses Prinzip bei Bomberbesatzungen für vertretbar halten.

Die Amerikaner bestanden darauf, daß eine Überwasserflotte notwendig sei.

Wir wollen keine Bomberverbände in die ANF einbringen, die wir in Fällen nationalen Notstandes wieder herausziehen müßten. Wenn wir sie einbringen und so weit wir dies tun, soll es von Dauer sein. Wir können daher nur einen Teil unserer Bomber der ANF überlassen und müssen den Rest für unsere Aufgaben im Indischen Ozean vorbehalten. (Etwa die Hälfte unserer Bomberbestände.)

Für die Amerikaner war attraktiv, daß eine Streitmacht dieser Art Deutschland die Möglichkeit gäbe, sich an der Aufstellung gemischt bemannter [Verbände] zu beteiligen, und gleichzeitig Deutschland die Gleichberechtigung mit den anderen Partnern verschaffe: „You have an equal share of control with us". Die Gleichberechtigung werde dadurch hergestellt, daß Großbritannien auf seine in die ANF einzubringenden Nuklear-Waffen endgültig verzichte und nicht mehr – wie es die frühe[re] konservative Regierung tat – sich vorbehalte, sie in Fällen nationalen Notstandes der ANF wieder zu entziehen.[11]

Wir haben uns in Washington sorgfältig davor gehütet, etwa ein Abkommen mit den Amerikanern zu treffen, das die übrigen Alliierten vor eine vollendete Tatsache stellen würde. Wir betrachten es für sehr wichtig, das ANF-Vorhaben frei mit unseren Bundesgenossen zu diskutieren. Wenn wir in Washington Übereinstimmung mit den Amerikanern feststellten, so nur „ad referendum".

Es gab auch Meinungsverschiedenheiten und zwar sowohl in der Substanz wie in der Prozedur. Zur Prozedur: Ich halte es für richtig, daß ein Land zu einer Konferenz über die ANF einlädt. Diese Einladung sollte am besten wohl an alle NATO-Mitgliedstaaten gerichtet werden. Wenn zwei Regierungen ge-

[11] Vgl. dazu Dok. 334, Anm. 18.

meinsam einladen, könnte es nach einer Kliquenbildung („ganging up") aussehen. Als Konferenzort wäre NATO – Paris – vielleicht zu empfehlen.

Als sehr schwieriges Problem erwies sich in Washington das Verhältnis zwischen ANF und SACEUR. Meine eigene Ansicht, der allerdings die Amerikaner nicht zustimmen, ist, daß es besser wäre, wenn die ANF nicht unmittelbar SACEUR unterstellt würde. Gegen eine solche Unterstellung sprechen drei Gründe:

a) Wenn man SACEUR eine Nuklear-Artillerie zur Verfügung stellt, mit der ein großer Teil der Sowjetunion zerstört werden kann, geht dies weit über die bisherige Rolle SACEURs hinaus.

b) Wenn wir die ANF SACEUR unterstellen, besteht die Gefahr eines französischen Vetos.

c) Es scheint mir sehr wichtig, eine von SACEUR abgesetzte neue Ebene zu schaffen, auf der sich Deutschland mit den anderen Bundesgenossen zusammen vollkommen gleichberechtigt fühlen kann. Es ist politisch und auch sonst sehr wünschenswert, daß diese Gleichberechtigung tatsächlich wie auch in der Form besteht. Die ANF wird viele, wenn nicht alle Eigenschaften einer souveränen Macht haben. Sie würde ihre Waffen „assign but not yield".[12]

Mit dem Gedanken einer Überwasserflotte können wir uns immer noch nicht anfreunden und wollen a fortiori nicht daran teilnehmen. Wir sehen in der Übereignung unserer U-Boote einen gewaltigen Beitrag. Er bedeutet an materiellem Wert und Machtfülle mehr als der ursprüngliche Vorschlag unserer Beteiligung an der MLF.

Man darf die innenpolitischen Probleme, denen wir uns gegenüber sehen, nicht aus den Augen verlieren: Die Polaris-U-Boote zunächst zu bauen und dann fortzugeben, wird uns den Angriffen der Konservativen Partei aussetzen, und es ist zu befürchten, daß solche Angriffe bei der Bevölkerung Großbritanniens Eindruck machen. Durch unseren U-Boot-Beitrag würde die Nuklear-Verteidigung Europas sehr viel mehr verstärkt werden, als es der ursprüngliche MLF-Plan vorsah.

Wir sind sehr interessiert an einer raschen Antwort auf unseren ANF-Plan.[13] Eine Verzögerung durch die USA oder die Bundesrepublik Deutschland würde uns außerordentlich ungelegen sein. Wir sehen ein, daß die Sache gründlich beraten werden muß, möchten aber dennoch auf eine möglichst bal-

[12] Dazu erklärte der Mitarbeiter im amerikanischen Außenministerium, Spiers, Bundesminister Schröder am 9. Dezember 1964 über Äußerungen des Premierministers Wilson bei dessen Aufenthalt in Washington: „Insgesamt sei Wilson der Auffassung, daß die Einsetzung eines besonderen Befehlshabers für die Atomstreitmacht die Bedeutung dieser neuen nuklearen Streitmacht stärken würde. Er würde daher einen unabhängigen Oberbefehlshaber vorziehen, welcher der politischen Behörde verantwortlich sei und in enger Zusammenarbeit mit der jetzigen NATO-Befehlsstruktur zu handeln hätte. Wilson habe dafür die Bezeichnung SACSTRAT (Supreme Allied Commander Strategic Force) vorgeschlagen ... Das Hauptquartier dieser Streitmacht solle in Europa liegen, und Wilson habe dafür England vorgeschlagen." Für die Gesprächsaufzeichnung vgl. Ministerbüro, VS-Bd. 8512; B 150, Aktenkopien 1964.

[13] Zur Haltung der Bundesrepublik gegenüber den britischen Vorschlägen vgl. Dok. 393.
Zur offiziellen Stellungnahme der Bundesregierung vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Krapf vom 18. Januar 1965; AAPD 1965.

dige Entscheidung drängen. Ich bin geneigt, Pressekommentaren, daß es besser sei, die Sache noch eine Zeitlang hinzuziehen, keinen Glauben zu schenken. Wir Briten haben unseren Entschluß gefaßt und wollen nun keine Zeit verschwenden.

Bundesminister: Dank für die ausführlichen und offenen Darlegungen Mr. Gordon Walkers. Ich werde genauso offen sein. Die Amerikaner haben sich sehr taktvoll verhalten. Sie haben es Ihnen überlassen, uns Ihren Standpunkt darzulegen. Aus Ihren Kommentaren zu der amerikanischen Reaktion sind wir auch über diese – wie in einem Rückspiegel – in etwa unterrichtet worden.

Grundsätzlich muß klargemacht werden, daß wir aus eigenen Überlegungen dazu gekommen sind, die geplante Nuklear-Streitmacht für eine gute und nützliche Sache zu halten. Wir begrüßen den Plan, weil er an sich gut ist und nicht etwa nur, um den Amerikanern einen Gefallen zu tun. Ich wüßte auch nicht, ob es wirklich ein Gefallen wäre, denn es handelt sich um ein schwieriges und für die Amerikaner außerordentlich kostspieliges Projekt.

Zu unseren Beweggründen gehörte, daß wir in der Allianz Schwierigkeiten entstehen sahen durch die Herausbildung von zwei Gruppen: einer konventionell bewaffneten und einer anderen, die sowohl konventionell wie auch nuklear bewaffnet ist. Für ein integriertes Kommando, unerläßlicher Bestandteil eines wirksamen Bündnisses, ist es nicht zuträglich, wenn die Teile der Allianz in so unterschiedliche Komponenten zerfallen. Das Bündnis verlangt die Integration sowohl im konventionellen wie auch im nuklearen Sektor. Wir mußten daher nach der bestmöglichen Form der Integration suchen unter Berücksichtigung der besonderen Verteidigungsaufgaben, die der Nuklear-Streitmacht gestellt sind.

Integration kann nicht nur theoretisch sein, sondern sie verlangt eine substantielle Basis. Außerdem muß sie sichtbar sein – das verlangt die politische Optik.

Diesen Erfordernissen entspricht die MLF in idealer Weise. Hier haben wir eine Integration durch gemeinsames Eigentum, gemeinsame Jurisdiktion etc. Auf der Basis der Gleichberechtigung beteiligt sich jeder Teilnehmer gleichmäßig. Dies ist auch bedeutsam für die Kostenfrage. Bei wirklicher Mitbeteiligung ist man eher zu finanziellen Opfern bereit. Die nukleare Streitmacht ist für uns ein großes Anliegen.Wir hegen den aufrichtigen Wunsch, mit Großbritannien zu einer Verständigung zu gelangen.

Der britische Wunsch, zu einer raschen Entscheidung zu gelangen, entspricht auch unseren Intentionen. Seit beinahe zwei Jahren wird jetzt verhandelt. Der Vertrag war fast schon unterschriftsreif. Als der Herr Bundeskanzler im vergangenen Sommer den amerikanischen Präsidenten sah, wurde ein Kommuniqué unterzeichnet, in welchem von einem Abschluß im Dezember des Jahres gesprochen wurde.[14]

[14] Zum Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit dem amerikanischen Präsidenten Johnson am 12. Juni 1964 in Washington vgl. Dok. 161. Zum entsprechenden Passus des Kommuniqués vgl. Dok. 254, Anm. 4.

Bei Verhandlungen dieser Art erreicht die öffentliche Meinung schließlich einen Punkt, an dem man zu einer Entscheidung gelangen muß, wenn die Sache selbst nicht Schaden leiden soll. Das gilt auch hier. In rund neun Monaten stehen in der Bundesrepublik die Wahlen bevor.[15] Es wäre uns angenehm, eine so schwierige Angelegenheit möglichst lange vor den Wahlen erledigt zu haben. Es besteht zwar keine zwingende Notwendigkeit, im Januar oder Februar fertig zu werden, es ist aber wünschenswert, es so schnell wie möglich zu schaffen.

Wir sind für die Überwasserflotte, weil auch andere Mächte mitmachen möchten, für die cum grano salis dieselben Bedingungen gelten werden wie für uns.

Der Gedanke der Briten, diese Überwasserflotte mit je drei oder vier amerikanischen oder britischen U-Booten zu kombinieren, ist schon deswegen naheliegend, weil die U-Boote mit denselben Polaris-Raketen ausgerüstet sind wie die Überwasserschiffe. Mr. Gordon Walker sagte, die Amerikaner hätten sich noch nicht festgelegt. Wir hätten gegen eine Kombination von Überwasser- und Unterseeboot-Komponenten keine Bedenken.

Andererseits halten wir es für unbedingt zwingend, daß es zu einer sichtbaren und nicht nur symbolischen Beteiligung Großbritanniens an der Überwasserflotte kommt, die sich auch auf die gemischte Bemannung erstreckt. Dies ist ein wesentlicher Punkt, auch für die politische Optik und die Darstellung nach außen.

Soweit es sich um britische und möglicherweise auch amerikanische U-Boote handelt, sollte auch dort auf die Dauer das Prinzip der gemischten Bemannung angestrebt werden. Es wird gewiß nicht ganz leicht zu verwirklichen sein, ist aber doch darzustellen. Innerhalb des Bündnisses sollte es möglich sein, in einem Prozeß der Auslese und Ausbildung, der Jahre dauern mag, das Ziel zu verwirklichen.

Ich fasse zusammen: Wir stimmen der Kombination der Überwasserflotte mit U-Booten zu. Wir wünschen eine britische Teilnahme an der gemischten Bemannung der Überwasserflotte und auf die Dauer auch der U-Boote.

Ich finde den Gedanken völlig richtig, daß man Konstruktionen suchen soll, die es erlauben, daß eines Tages auch Frankreich mitmacht. Man sollte dies beachten, erstens im Interesse des Bündnisses und zweitens auch als Folge des deutsch-französischen Verhältnisses. Da die Franzosen vielleicht eines Tages selbst Raketen-U-Boote besitzen werden, würden sie sich, wenn sie wollen, in eine Überwasser-U-Boot-Kombination zwanglos einfügen können.

Zu den britischen V-Bombern ist zu sagen, daß diese gewiß heute noch sehr stattlich aussehen, viel Geld kosten und einen großen Eindruck machen. Sie sind aber doch nicht mehr die Waffe von morgen oder übermorgen. Geht nicht beinahe jeder heute neu gebaute Bomber einer raschen Veralterung und einem schnellen Ende seiner Verwendungsfähigkeit entgegen? Die britische und die amerikanische Regierung sind sich ja wohl darüber im klaren, daß die Bomberverbände für die Zukunft nicht mehr sehr eindrucksvoll sind. Ich weiß, wie z.B. McNamara darüber denkt. Wir messen der Einbringung der Bomber in die ANF daher keine überzeugende Kraft bei. Die britischen V-

[15] Die Bundestagswahlen fanden am 19. September 1965 statt.

Bomber sind nach den Beschlüssen von Ottawa[16] ohnehin schon SACEUR unterstellt, und wir hätten keine Bedenken, daß es dabei bleibe.

Auf eine Frage des Herrn Bundesministers erläutert Mr. *Gordon Walker*, daß die mit Blue Steel ausgerüsteten Bomber der ANF unterstellt und die anderen Bomber der nationalen Verfügungsgewalt für Aufgaben in Übersee vorbehalten werden sollen.

Mr. Gordon Walker: Die Amerikaner würden es vorziehen, daß Großbritannien einen Teil seiner Bomber unwiderruflich der ANF gibt und den anderen Teil für sich selbst behält, statt daß es die ganze Bomberflotte „auf Zeit" und jederzeit widerruflich zur Verfügung stellt.

Bundesminister: Das Moment der Gleichberechtigung in der Kontrolle beurteilen wir positiv. Das verstehe ich auch hinsichtlich des Vetos. Die Frage, ob das amerikanische Veto – wie die Briten meinen – unwiderruflich aufrechterhalten bleiben soll oder ob man es – wie die Amerikaner meinen – unter gewissen Voraussetzungen (politische Einigung Europas etc., s.o.) aufgeben könnte, ist für uns kein Problem.

Hinsichtlich der Unterstellung der Nuklear-Streitmacht meinen wir, daß SACEUR die natürlichste Lösung wäre. Mehrere Gründe sprechen dafür: Der einzige wirklich potentielle Gegner ist die Sowjetunion, und darauf ist SACEUR eingestellt. SACEUR verfügt bereits über taktische Atomwaffen (die man jedenfalls dort lassen soll). Die neue Nuklear-Streitmacht soll mit ihren Mittelstreckenwaffen die gleichen Angriffsmittel der Sowjetunion bekämpfen. Der ursprüngliche Gedanke war ja, auf dem Land basierte Mittelstreckenraketen einzusetzen.[17] Da man die nicht hatte und die Aufstellung Schwierigkeiten gemacht hätte, entstand der Plan, die MLF zu schaffen. Wir neigen dazu, SACEUR als die richtige Stelle anzusehen.

Ihr Gegenargument, die MLF-Raketen könnten große Teile der Sowjetunion zerstören, trifft nur begrenzt zu: Die Raketen werden die Mittelstrecken-Geschosse im Westen der Sowjetunion bekämpfen.

Ihren zweiten Einwand betreffend die Möglichkeit eines französischen Vetos nehme ich durchaus ernst. Darüber muß man sprechen. Jedenfalls gehen die Meinungen in dieser Sache auseinander.[18]

Sie haben die Gleichberechtigung Deutschlands erwähnt, die bisher nur in

[16] Zu den Ergebnissen der Sitzung des NATO-Ministerrats vom 22. bis 24. Mai 1963 in Ottawa vgl. AAPD 1963, II, Dok. 190.

[17] Zur Bedrohung Westeuropas durch sowjetische Mittelstreckenraketen und zur Forderung von SACEUR, der NATO entsprechende Systeme zur Verfügung zu stellen, vgl. Dok. 14, Anm. 39, sowie Dok. 149.

[18] Am 9. Dezember 1964 erläuterte Ministerialdirigent Voigt dem Abteilungsleiter im französischen Außenministerium, Lucet, die Vorstellungen der Bundesregierung hinsichtlich der Frage, „ob die MLF schon im Stadium des Vertragsabschlusses der Zustimmung aller NATO-Mitglieder bedürfe". Voigt wies darauf hin, daß die MLF „gewissermaßen extra muros von den MLF-Partnern aufgebaut werde und daß erst nach einigen Jahren, wenn die Flotte oder Teile von ihr operativ sein werden, die Assignierung an SACEUR vorzunehmen sein wird". Für die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Scheske vom 10. Dezember 1964 vgl. Abteilung I (I A 3), VS-Bd. 154; B 150, Aktenkopien 1964.

SACEUR gegeben sei. Wenn aber SACEUR stärker und wichtiger wird, profitiert auch unsere Gleichberechtigung davon.

Für SACEUR spricht schließlich, daß eine einheitliche Befehlsführung dringend erwünscht ist. Zur Frage, wer soll wen wann und wohin zu einer ANF-Konferenz einladen, möchte ich folgendes sagen: Alle sollten eingeladen werden, die sich an der Multilateralen Nuklear-Streitmacht beteiligen wollen. Es würde sich also um eine gewisse Fortentwicklung der Pariser Acht-Mächte-Gruppe handeln. Das einzige Land, das zu den acht vielleicht hinzukommen würde, könnte Kanada sei. Konferenzteilnehmer sollten die Mitglieder der Pariser Gruppe sein. Man könnte statt der in Paris zusammenarbeitenden Botschafter auch eine Stufe höher gehen und auf der Ebene der Unterstaatssekretäre einladen.

Zur Frage, wer einladen soll, hätte ich keine Bedenken, wenn hier die größte der beteiligten Mächte, nämlich die Vereinigten Staaten einlüden. Niemand würde dies als arrogant empfinden. Als Tagungsort würde ich NATO – Paris zustimmen. Als Zeitpunkt könnte man an Mitte Januar denken: Das Projekt wird nicht dadurch besser, daß es lange dauert. Für die öffentliche Meinung muß ein konkreter Vorschlag sichtbar werden. Das gilt auch für die Vereinigten Staaten.

Gordon Walker: War der ursprüngliche MLF-Vorschlag wirklich vom deutschen Standpunkt ideal? Deutschland war zwar mit einigen Ländern gleichberechtigt, aber doch nicht mit denen, die außerhalb der MLF Nuklear-Waffen besitzen, wie USA, Großbritannien und Frankreich. Der ursprüngliche MLF-Vorschlag hätte Deutschland nur den Anschein der Gleichberechtigung gegeben, nicht aber diese selbst. Unser Vorschlag der ANF gibt Deutschland eine größere und echtere Gleichberechtigung.

Zur Bomber-Frage: Diese haben ein längeres Leben, als Sie annehmen. Es wäre doch besser für Deutschland, wenn Großbritannien seine Bomber einbringe, auch wenn dies wirklich nur für einige Jahre der Fall sei, statt daß sie draußen blieben und damit die Gleichberechtigung Deutschlands schwächten.

Zeitplan: Ich bin sehr froh, daß auch Sie die schon so lange sich hinziehende Debatte bald beenden wollen. Ich bezweifle allerdings, daß die Amerikaner in der Lage sind, schon für Mitte Januar eine ANF-Konferenz einzuberufen. Vielleicht paßt es ihnen besser, dies für etwa einen Monat später zu tun. Mit der von Ihnen vorgeschlagenen Ebene der Botschafter oder der Unterstaatssekretäre bin ich einverstanden. Zur Wahl des Ortes (Paris) ist zu bemerken, daß dort der Druck in Richtung auf eine Verzögerung der MLF sich stark bemerkbar machen wird.[19]

Die von Ihnen gewünschte britische Beteiligung an der Überwasserflotte lehnen wir ab. Die gemischte Bemannung von Bombern wird von den Amerikanern akzeptiert. Wir bleiben dabei, daß wir unsere Polaris-U-Boote als großen und starken Beitrag betrachten. Ob bei ihnen eine gemischte Bemannung durchführbar ist, müßten die Amerikaner entscheiden. Sie scheinen sich – ebenso wie wir – ablehnend zu verhalten.

[19] Zur französischen Haltung gegenüber der geplanten MLF/ANF vgl. zuletzt Dok. 377.

Zur Unterstellungsfrage ist zu sagen, daß SAC auch nicht SACEUR unterstellt ist, sondern mit SACEUR lediglich in der Zielplanung zusammenwirkt. Das Bestehen einer Nuklear-Streitmacht außerhalb SACEURs wäre daher nichts Neues. Natürlich müßte es eine gemeinsame strategische und Zielplanung geben.

Ob zu den bisher acht Teilnehmerstaaten Kanada hinzukommt, erscheint mir fraglich; Kanada sieht Europa zum Teil durch französische Augen und läßt sich wie sonst kein Land in seiner Außenpolitik durch innenpolitische Erwägungen beeinflussen. Immerhin, wir würden es begrüßen, wenn Kanada mitmachte.[20]

Ihrem Vorschlag, die Vereinigten Staaten sollten zu der ANF-Konferenz einladen, stimme ich zu.

Auf die letzte Seite des britischen Papiers verweisend, schlug Mr. Gordon Walker vor, daß bei Aufstellung der Nuklear-Streitmacht eine auf die NATO beschränkte feierliche Erklärung abgegeben werden solle, wonach die Nuklear-Mächte weder kollektiv noch individuell Atomwaffen an Nicht-Nuklearmächte abzugeben sich verpflichten. Die Erklärung soll die Sowjetunion und die übrige Welt überzeugen, daß es sich bei der Nuklear-Streitmacht nicht um eine verkappte Weitergabe von Nuklearwaffen (disguised dissemination) handelt.[21]

Lord *Chalfont*: Erläuterte, daß bei je drei bis vier amerikanischen und britischen Polaris-U-Booten die Feuerkraft der ANF sowie ihre Reichweite unter Berücksichtigung auch der V-Bomber und der TSR-2 sowie der F-111 (TFX) erheblich größer seien, als bei der MLF. Hinzu kämen die Minuteman-Missiles, bei denen die Amerikaner zwar jetzt noch zögerten, die sie aber späterhin möglicherweise ebenfalls zur Verfügung stellen würden.

Zur Frage, wie schnell die V-Bomber veralten, hat sich die Einstellung der Amerikaner in letzter Zeit geändert. Wenn man davon ausgehe, daß die Bomber „not obsolete, but obsolescent" seien, käme man zu langen Zeiträumen, bis die Bomber wirklich endgültig veraltet seien.

Die erwähnte Erklärung über die Nichtweitergabe von Atomwaffen würde vielleicht erreichen, daß die sowjetische Aversion gegen die Nuklear-Streitmacht sich abschwäche und die Sowjetunion einem Nichtweitergabe-Abkommen, das sie jetzt wegen der MLF von sich weise, schließlich doch näher trete.

[20] Vgl. dazu weiter den Runderlaß des Staatssekretärs Carstens vom 11. Januar 1965; AAPD 1965.

[21] Zu den sowjetischen Vorwürfen, die geplante MLF verstoße gegen das Prinzip der Nichtverbreitung von Kernwaffen, vgl. Dok. 253 und weiter Dok. 387.
Am 11. Dezember 1964 unterrichtete der Erste Botschaftsrat der britischen Botschaft, Taylor, Vortragenden Legationsrat I. Klasse Kutscher von einem sowjetisch-britischen Notenwechsel über die MLF. In einer Note vom 16. November 1964 habe die sowjetische Regierung Großbritannien beschuldigt, mit ihrer Haltung gegen das Prinzip der Nichtverbreitung von Atomwaffen zu verstoßen, wie es von Premierminister Wilson bei seinem Besuch in Moskau vor den Wahlen bekräftigt worden sei. Die britische Regierung, fuhr Taylor fort, habe in einer Antwortnote vom 9. Dezember 1964 den Vorwurf energisch zurückgewiesen und betont, daß die britischen Vorschläge zur „Erneuerung der Interdependenz des atlantischen Bündnisses auf dem Kernwaffengebiet" gerade der Nichtverbreitung dienen sollten. Zudem gewähre die MLF der Bundesrepublik keine Kontrolle über Kernwaffen. Für die Aufzeichnung vom 14. Dezember 1964 vgl. Abteilung II (II 7), VS-Bd. 1324; B 150, Aktenkopien 1964.

Bundesminister: Sind die Briten der Meinung, daß man auf Überwasserschiffe überhaupt verzichten soll oder wollen sie sich nur nicht an einer Überwasserflotte beteiligen? Für uns ist sie ein entscheidend wichtiges Element; eine Beteiligung Großbritanniens an den gemischten Besatzungen wäre ungeheuer wertvoll. Der Mangel an elektronisch geschultem Personal, der von britischer Seite ins Feld geführt worden ist, muß sich doch durch intensive Ausbildung in einer Reihe von Jahren beheben lassen.

Gordon Walker: In Washington haben wir uns nicht festgelegt (we reserved our position).

Bundesminister: Uns bewegt die Frage des politischen Erscheinungsbildes sehr. Es ist unvollständig, wenn die Briten nicht mitmachen. In Engagements dieser Art spielen die politischen und psychologischen Faktoren eine sehr große Rolle.

Sie sagten, daß die MLF uns nur den Anschein der Gleichberechtigung gegeben hätte. Ich verkenne nicht, daß das Draußenbleiben von nationalen Elementen außerhalb der MLF den Eindruck erweckt hätte, daß Deutschland nicht gleichberechtigt sei. Es wäre für uns ein gewisser Trost gewesen, daß es sich bei diesen nationalen Elementen um Waffen handelte, die „obsolescent" sind.

Über die Frage der gemischten Bemannung von Bombern haben wir nicht viel nachgedacht, weil wir das Bomber-Element für auslaufend hielten.

Französische Haltung: Die Franzosen haben uns zwei Jahre lang gesagt, die MLF sei kein Problem zwischen ihnen und uns. Es interessiere sie nicht[22]; sie hätten den Weg der Force de Frappe gewählt. Noch im Februar dieses Jahres wünschten uns die Franzosen viel Glück zur MLF.[23] Ich habe vorgestern M. Couve de Murville gefragt, ob er sich an alles das erinnere. Er sagte: „ Wir haben unsere Meinung seit drei bis vier Monaten geändert."[24] Bei näherer Untersuchung der Motive der Beteiligten hätte die französische Regierung die Überzeugung gewonnen, daß die MLF der Isolierung Frankreichs dienen solle. Ich habe M. Couve de Murville gesagt, die MLF bezwecke genau das Gegenteil.

Wir müssen uns wohl damit abfinden, daß nach französischer Ansicht eine neue Nuklear-Streitmacht unnötig ist: Das amerikanisch-sowjetische Gleichgewicht sichere den Frieden. Demgegenüber kann man nur feststellen, wenn es auf der anderen Seite eine Kombination gibt, die von Wladiwostok bis Weimar reicht, dann brauchen wir eine Kombination von Berlin bis San Francisco.

Ich gehe davon aus, daß Frankreich alles tun wird, was es kann, um die ANF-Konferenz möglichst zu verzögern und zu verhindern. Ich habe klar gemacht, daß unsere Politik den Franzosen zu jedem von ihnen gewünschten Augenblick die Möglichkeit bietet mitzumachen und daß dies auch die britische und amerikanische Politik sei.

[22] Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit Staatspräsident de Gaulle am 22. Januar 1963 in Paris; AAPD 1963 I, Dok. 43.

[23] Vgl. Dok. 50.

[24] Vgl. Dok. 377.

Bei den Überlegungen über die Nichtweiterverbreitungsklausel müssen wir nicht aus dem Auge verlieren, was sich zwischen uns und der Sowjetunion ereignet und wie es mit Fortschritten in der Wiedervereinigung aussieht.[25] Wir wollen keine Erklärungen mit weltweiter Wirkung abgeben, ich meine aber, daß wir bei dieser Klausel mitmachen. Sie sollte jedoch nicht ausschließen, daß wir uns an einer etwa entstehenden europäischen Atommacht beteiligen könnten.

Gegenüber den von Lord Chalfont erwähnten Angaben über die Feuerkraft der ANF weist der Bundesminister darauf hin, daß die sechs oder acht Polaris-U-Boote über weniger Megatonnen verfügen als die MLF, sobald die Lebensdauer der Bomber abgelaufen sei. Die Bedeutung der Erklärung über die non-dissemination ist anzuerkennen. Wir wollen gewiß keine Erschwerung in den Beziehungen mit der Sowjetunion, wir haben unsere Erfahrungen mit ihr gemacht: Immer wenn der Westen sich effektive Verteidigungsinstrumente schuf, kam die Sowjetunion mit einer Mischung aus Drohungen und Lockungen. Was soll man davon halten, wenn Gromyko vor den Vereinten Nationen jetzt erklärt, die MLF „verhindere" die Wiedervereinigung.[26] Wir sind jederzeit bereit, mit der Sowjetunion über das Selbstbestimmungsrecht zu sprechen, nicht aber über die MLF.

Gordon Walker: Gegenüber Ihrem Argument, daß es nicht so wichtig sei, wenn es nationale Nuklear-Kräfte außerhalb der MLF gebe, da ja auch die Force de Frappe existiere, möchte ich sagen, an der Force de Frappe können wir nichts ändern, wohl aber können wir unsere unabhängige Abschreckungswaffe in die ANF einbringen.

Wir akzeptieren das Prinzip der gemischten Bemannung für die Bomber. Auch wenn diese nur noch einige Jahre Lebensdauer haben, ist es doch besser, sie in der MLF zu wissen und nicht außerhalb.

Ich möchte Sie von einem gefährlichen Argument unterrichten, das M. Spaak uns gegenüber anwandte.[27] Er legte uns dringend nahe, keineswegs auf das Recht zu verzichten, unseren Anteil an der Nuklear-Streitmacht nötigenfalls wieder in die nationale Verfügungsgewalt zurückzunehmen. Dieses Recht zu behalten, sei das einzige Mittel, Präsident de Gaulle die Multilaterale Nuklear-Streitmacht attraktiv zu gestalten. Wir sind anderer Ansicht: Es würde

[25] Zur Frage der Nichtverbreitung von Atomwaffen vgl. zuletzt Dok. 253.
Zu den Überlegungen, die Zustimmung zur Nichtverbreitung von Atomwaffen mit Fortschritten in der Deutschland-Frage zu verbinden, vgl. Dok. 334.

[26] Am 7. Dezember 1964 erklärte der sowjetische Außenminister Gromyko vor der UNO-Generalversammlung in New York: „In condemning the plans for the establishment of a NATO multilateral nuclear force, the Soviet Union states quite frankly that the realization of those plans will make the unification of Germany still more difficult. Those who are really concerned about the unification of Germany and do not merely pay elaborate lip-service about it, must understand that the creation of multilateral nuclear forces would be a further obstacle to achieving rapprochement and agreement between the two German States. In short, a NATO multilateral nuclear force and the cause of German unification are incompatible." Vgl. UNITED NATIONS. OFFICIAL RECORDS OF THE GENERAL ASSEMBLY, Plenary Meetings, 19th Session, 1292nd Meeting, S. 8.

[27] Zum Gespräch des belgischen Außenministers Spaak mit dem britischen Außenminister Gordon Walker am 2. Dezember 1964 in London vgl. Dok. 381, Anm. 14.

unserer ganzen Konzeption zuwiderlaufen, wenn wir auf diesem Recht bestehen wollten.

BAOR und Stationierungskosten[28]

Gordon Walker: Wir sind besorgt über die Belastung unseres Devisenhaushalts durch die BAOR, die sich auf jetzt £ 85 Millionen (DM 950 Millionen) im Jahr beläuft und uns sehr schwer zu schaffen macht. Wir müssen unsere Ausgaben für die gesamte Verteidigung überprüfen. Nicht nur der Schatzkanzler[29], sondern die gesamte Regierung ist der Meinung, daß Einsparungen vorgenommen werden müssen. Wir bitten die Bundesregierung, sorgfältig zu prüfen, ob nicht wesentlich mehr gekauft werden kann als bisher geschehen, z.B. Flugzeuge des Typs BAC 1-11.[30] Es ist bitter zu wissen, daß wir besser und billiger liefern können als die Amerikaner, und daß dann die Deutschen – aus anderen Gründen – dennoch nicht bei uns, sondern in USA kaufen.

Bundesminister: Wir haben zugesagt, alles in unseren Kräften stehende zu tun, um in möglichst hohem Umfang in Großbritannien zu kaufen. Zu einem Teil liegt die Schwierigkeit darin, daß unsere Bundeswehr stark auf amerikanische Lieferungen eingestellt ist, weil sie ihren Aufbau in sehr enger Zusammenarbeit mit den Amerikanern durchführte.

Hinsichtlich des von Mr. Gordon Walker und Sir Frank Roberts erwähnten hydro-elektrischen Projekts der Firma Siemens in Peru wird Prüfung zugesagt.

Bei den BAC 1-11 Flugzeugen ist zu bedenken, daß die Lufthansa eine vergleichsweise recht selbständige Gesellschaft ist. Neben technischen Einwänden (Zellenbau) führt die Lufthansa an, sie sei bestrebt, die Zahl der verwendeten Typen zu verringern. Dennoch wird von uns geschehen, was möglich ist. Die Angelegenheit wird in Kürze im Kabinett behandelt werden.[31]

Abteilung II (II 7), VS-Bd. 699

[28] Dazu hielt Abteilung II am 8. Dezember 1964 fest, daß mit einem britischen Antrag auf Reduzierung der Sollstärke der Rheinarmee zu rechnen sei. Als Gründe für einen entsprechenden Vorstoß vermutete Abteilung II neben den hohen Stationierungskosten die zahlreichen militärischen Verpflichtungen in Übersee und allgemeine Rekrutierungsschwierigkeiten. Vgl. Abteilung I (I A 5), VS-Bd. 173; B 150, Aktenkopien 1964.
Zu den negativen militärischen Auswirkungen einer weiteren Verminderung der Sollstärke der Rheinarmee vgl. auch die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Ruete vom 9. Dezember 1964; Abteilung II (II 7), VS-Bd. 811; B 150, Aktenkopien 1964.

[29] James Callaghan.

[30] Zum britischen Interesse, Flugzeuge vom Typ BAC 1-11 an die Lufthansa zu verkaufen, vgl. bereits Dok. 372, Anm. 17.

[31] Mit Bezug auf das Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem britischen Außenminister Gordon Walker empfahl Ministerialdirigent Voigt am 14. Dezember 1964, „den Ankauf der britischen Maschinen der Lufthansa näherzubringen". Ministerialdirektor Sachs machte am 15. Dezember 1964 darauf aufmerksam, daß sowohl das Bundesministerium für Verkehr wie auch die Lufthansa selbst den Ankauf des amerikanischen Flugzeugtyps „Boeing 737" bevorzuge. Er führte weiter aus, daß Bundeskanzler Erhard beabsichtige, „am 15.12. dem Kabinett vorzuschlagen, eine unabhängige Sachverständigenkommission für die Auswahl eines Kurzstreckenflugzeugs einzusetzen". Vgl. Referat III A 4, Bd. 397.
Vgl. dazu weiter Dok. 399, besonders Anm. 9.

383

Gespräch des Bundesministers Schröder mit Premierminister Wilson in London

St.S. 2404/64 geheim **11. Dezember 1964**[1]

Der Herr Bundesminister des Auswärtigen führte am 11. Dezember 1964 um 17.00 Uhr in London ein Gespräch mit dem britischen Premierminister Wilson.

Premierminister *Wilson* sagte einleitend, anscheinend habe seine Rede im Unterhaus einige Verärgerung in Deutschland hervorgerufen.[2] Tatsächlich habe er jedoch nur davon gesprochen, daß Großbritannien sein nukleares Potential unwiderruflich in ein System einbringen wolle, das einem permanenten amerikanischen Veto unterworfen sei.

Der Herr *Minister* erklärte, in Deutschland habe vor allem die Erklärung Ärger verursacht, daß auf keinen Fall die Deutschen einen Finger am Abzugshahn haben dürften. Deutschland habe freiwillig auf die Herstellung von Atomwaffen verzichtet.[3] Dennoch habe es niemand gern, wenn etwas gesagt werde, was geringere Rechte bedeute. Damit würden tiefe Quellen aufgerissen.

Premierminister *Wilson* erwiderte, er habe im vergangenen Jahr in Moskau[4] alle Anstrengungen unternommen, um den Russen klar zu machen, daß die MLF eben keinen deutschen Finger am Abzugshahn bedeute. Im übrigen sei er überzeugt, daß die Russen für Deutschland zwar keine Haßliebe, aber eine Art Respekthaß empfänden. Im Zusammenhang mit den Ereignissen des Zweiten Weltkriegs habe diese Tatsache zu einer Art Komplex in Rußland geführt. Das sei es, was er im Unterhaus habe sagen wollen. Im übrigen werde er in den nächsten Tagen erklären, daß überhaupt niemand den Finger am Abzugshahn habe solle.[5]

[1] Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Kusterer am 13. Januar 1964 gefertigt.
Hat Bundesminister Schröder am 20. Dezember 1964 vorgelegen.

[2] Zur Erklärung des Premierministers Wilson vom 23. November 1964 vgl. Dok. 354, besonders Anm. 4. Zur Reaktion auf die Erklärung in der Bundesrepublik vgl. die Artikel „Wilson lehnt die MLF ab" und „Wilson gegen Atomflotte"; DIE WELT, Nr. 274 vom 24. November 1964, S. 1, bzw. FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 273 vom 24. November 1964, S. 1.

[3] Die Bundesrepublik verzichtete in den Pariser Verträgen vom 23. Oktober 1954 auf die Herstellung von Atomwaffen. Vgl. dazu Dok. 27, Anm. 27.

[4] Zum Besuch des Vorsitzenden der Labour Party, Wilson, vom 9. bis 15. Juni 1963 in Moskau vgl. AAPD 1963, II, Dok. 201.
Botschafter Groepper, Moskau, berichtete am 19. Juni 1963, Wilson habe gegenüber Ministerpräsident Chruschtschow geäußert, daß die Labour Party „absolut dagegen sei, daß Deutschland direkt oder indirekt einen Finger am Atomdrücker habe". Auf einer Pressekonferenz hatte der britische Oppositionsführer dem Vernehmen nach wörtlich erklärt: „Die Perspektive, daß Westdeutschland Atommacht wird, läßt mir das Blut in den Adern gerinnen." Vgl. Abteilung II (II 4), VS-Bd. 196; B 150, Aktenkopien 1963.
Zum Aufenthalt von Wilson in Moskau vom 31. Mai bis 4. Juni 1964 vgl. Dok. 372, Anm. 4.

[5] Zur Erklärung des Premierministers Wilson vor dem britischen Unterhaus am 16. Dezember 1964 vgl. Dok. 381, Anm. 9.
Zur Vereinbarkeit der vorgeschlagenen ANF mit dem Prinzip der Nichtverbreitung von Atomwaf-

Der Herr *Minister* betonte noch einmal die deutsche Anfälligkeit auf alles, was einer Diskriminierung ähnlich sähe.

Premierminister *Wilson* bezeichnete die britische Opposition als verantwortungslos, da sie ihm diese Debatte aufgezwungen habe.[6] Er habe versucht, so wenig wie möglich zu sagen, sei aber gezwungen gewesen, ohne vorherige Konsultation mit seiner Partei und seinen Kollegen größere Veränderung der ursprünglichen Politik seiner Regierung darzulegen. Dazu gehöre, daß das Polaris-U-Boot-Programm fortgesetzt werden solle, um diese Waffen dann unwiderruflich der NATO zur Verfügung zu stellen. Gerade deswegen habe er sehr stark die Frage der Nichtverbreitung von Atomwaffen herausstellen müssen. Interessant sei, daß die Nichtverbreitung von Atomwaffen in Washington heute stärker betont werde. Im Zusammenhang mit der chinesischen Atomexplosion[7] rücke auch das indische Problem[8] stärker in den Mittelpunkt. Er habe jedoch niemals angenommen, Deutschland wolle eine eigene Atommacht.

Der Herr *Minister* betonte, Deutschland wolle keine eigenen Atomwaffen, sondern vielmehr ein möglichst integriertes System zur Erzielung einer vollständigen Abschreckung. Für Deutschland handele es sich daher nicht darum, wer den Finger am Abzug habe, sondern darum, ein glaubwürdiges Abschrekkungssystem zu schaffen. Spreche man daher die Frage eines deutschen Fingers am Abzug direkt an, so liege dies außerhalb der eigentlichen deutschen Überlegungen und führe leicht dazu, daß derartige Erklärungen von Deutschland als diskriminierend empfunden würden.

Premierminister *Wilson* sagte, er kenne niemand[en] in Deutschland, der eine deutsche Atommacht wolle, ja nicht einmal eine deutsch-französische Atomwaffe. Er habe dies auch gesagt. Der neue britische Vorschlag ziele genau auf den deutschen Wunsch ab, eine glaubhafte, kollektive Abschreckung zu schaffen, bei der jeder ein Mitspracherecht, niemand aber den Finger am Abzugshahn habe. Die Aufgabe der nationalen britischen Abschreckung sei zentrales Thema des Wahlkampfes[9] gewesen und werde auch Mittelpunkt der britischen Politik bleiben. Die Times vom Vortage habe erklärt, in Washington sei der Anfang der bisher größten Selbstverleugnung gemacht worden.[10] Genau das

Fortsetzung Fußnote von Seite 1510

fen führte Wilson aus: „To ensure that the new arrangements could not result in, or be accused of leading to, dissemination of nuclear weapons, and in particular to ensure that they could not be represented as bringing any new fingers nearer to the nuclear trigger, the charter of the force should have clauses under which the nuclear members would undertake not to disseminate nuclear weapons, and the non-nuclear members would undertake not to acquire them or to acquire control over them." Vgl. HANSARD, Bd. 704, Spalte 435.

6 Zur Diskussion über die MLF/ANF in Großbritannien vgl. 372, Anm. 10.

7 Zur Zündung der ersten Atombombe der Volksrepublik China am 16. Oktober 1964 vgl. Dok. 297, Anm. 24.

8 Zum Grenzkonflikt zwischen der Volksrepublik China und Indien vgl. Dok. 160, Anm. 23.
Zu den Befürchtungen hinsichtlich des Baus einer indischen Atombombe vgl. Dok. 374, besonders Anm. 4.

9 Die Wahlen zum britischen Unterhaus fanden am 15. Oktober 1964 statt.
Zu den verteidigungspolitischen Aspekten des Wahlmanifests der Labour Party vom 12. September 1964 vgl. Dok. 266, Anm. 33.

10 Vgl. dazu den Artikel „Disposal of Britain's Deterrent": Darin hieß es: „The disposal of Britain's nuclear deterrent, an act of national abnegation surely unprecedented, appears to have begun.

sei der Inhalt der britischen Vorschläge in Washington. Gleichgültig, ob irgendeine gemischt bemannte Flotte zustande komme (von der England keineswegs begeistert sei) oder ob der britische Vorschlag angenommen werde, gehe es im wesentlichen darum, daß England und Deutschland absolut gleichberechtigt seien.

Der Herr *Minister* stellte klar, daß Deutschland aus eigenen Motiven für das Projekt der MLF sei und nicht etwa, weil die Amerikaner dies wollten. Deutschland wolle die Integration im Bündnis auf konventionellem und nuklearem Gebiet. Dazu bedürfe es eines brauchbaren Instruments. Nach deutscher Auffassung sei die MLF geradezu ideal dafür geeignet, weil sie eine neue, sichtbare, multilaterale Einrichtung darstelle. Dies habe nichts mit einem deutschen Wunsch zu tun, Atommacht zu werden.

Premierminister *Wilson* bemerkte, der britische Vorschlag ziele darauf ab (abgesehen von einigen britischen Aufgaben im Fernen Osten), die gesamte britische Abschreckungsmacht in Europa der NATO zu unterstellen. Dabei sollten die in Europa dislozierten V-Bomber sowie in Zukunft die britischen Polaris-U-Boote einbezogen werden. Es sei allerdings notwendig, daß die Amerikaner dieselbe Zahl an Polaris-U-Booten beisteuerten. Hinsichtlich der gemischt bemannten Überwasserflotte habe Großbritannien einen Alternativvorschlag gemacht.[11] Die Amerikaner hätten darauf erklärt, vielleicht ließen sich die beiden Vorschläge kombinieren. Die britische Haltung zu einer Überwasserflotte sei reserviert, noch reservierter jedoch hinsichtlich einer britischen Beteiligung an der gemischten Bemannung einer solchen Flotte. Es sei nun erforderlich, mit allen gemeinsam den besten Weg zum gemeinsamen Ziel zu suchen. Das Ziel sei eine glaubwürdige kollektive nukleare Abschreckung unter gleichzeitiger Vermeidung der Verbreitung von Atomwaffen. Dabei lägen der MLF-Vorschlag und der neue britische Vorschlag vor, wobei nach Auffassung Washingtons beide Projekte unter Verringerung der Zahl der Überwasserschiffe kombiniert werden könnten. Es sei zu berücksichtigen, daß die Einbringung der britischen Polaris-U-Boote und einer gleichen Zahl amerikanischer U-Boote die Feuerkraft wesentlich erhöhe.

Der Herr *Minister* unterstrich, für die nichtnuklearen Mächte der NATO sei die Überwasserflotte von besonderer Bedeutung. Großbritannien und Amerika verfügten bereits über eine nationale Kapazität, die sie einbringen könnten. Die Beteiligung der anderen Mächte sei nur glaubwürdig mittels eines geeigneten Instruments, und die Überwasserflotte sei die richtige Antwort darauf. Auch er befürworte daher eine mögliche Kombination der beiden Vorschläge. Für Deutschland sei eine gewisse britische Beteiligung an der gemischten Bemannung der Überwasserschiffe von ganz besonderer Bedeutung. Das neue Instrument dürfe nicht nur militärisch praktikabel sein, sondern

Fortsetzung Fußnote von Seite 1511

The point of no return has yet to be reached, and indeed a future new commitment might seem to require some nuclear capability; nevertheless a torturous process has been set in train in Washington in the past two days of talks between Mr. Wilson and President Johnson for such a historic departure"; THE TIMES, Nr. 56191 vom 10. Dezember 1964, S. 12.

[11] Vgl. dazu Dok. 381.

müsse auch politisch-psychologisch überzeugend das Mitwirken der nichtnuklearen Mächte zum Ausdruck bringen.

Premierminister *Wilson* bemerkte noch, er habe bei seinem Besuch in Washington[12] großen Wert darauf gelegt, eine Wiederholung von Nassau[13] zu vermeiden.

Nach einem kurzen Gedankenaustausch über den geplanten Besuch des britischen Premierministers in Bonn und Berlin[14] sagte Wilson noch, die neue britische Regierung sei in der Berlin-Frage ebenso engagiert wie ihre Vorgängerin.

Abschließend bedankte sich Wilson noch für die deutsche wirtschaftliche Unterstützung.[15]

Das Gespräch endete um 17.45 Uhr.

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 421

384

Staatssekretär Carstens an Bundesminister Schröder, z.Z. London

St.S. 2337/64 geheim **Aufgabe: 11. Dezember 1964, 12.38 Uhr**
Fernschreiben Nr. 708
Citissime mit Vorrang

Zu den britischen MLF-Vorstellungen, wie sie Ihnen am 9. Dezember in dem Spiers-Gespräch in Paris dargelegt wurden[1], nehme ich, in Ergänzung der Aufzeichnung der Abteilung II vom 10. Dezember[2], der ich beitrete, wie folgt Stellung:

12 Zum Aufenthalt des Premierministers Wilson vom 7. bis 9. Dezember 1964 in Washington vgl. Dok. 375, Anm. 18.

13 Zum Nassau-Abkommen vom 21. Dezember 1962 vgl. Dok. 186, Anm. 7.

14 Zum Besuch des Premierministers Wilson vom 6. bis 9. März 1965 in der Bundesrepublik vgl. Dok. 381, Anm. 24.

15 Zu den internationalen Stützungsmaßnahmen für das britische Pfund vgl. Dok. 361, besonders Anm. 4.

1 Zum Gespräch des Mitarbeiters im amerikanischen Außenministerium, Spiers, mit Bundesminister Schröder am 9. Dezember 1964 in Paris vgl. Dok. 382, Anm. 9 und 12.

2 Ministerialdirigenten Ruete lehnte am 10. Dezember 1964 die britischen Vorschläge mit dem Hinweis ab, daß sie auf eine „völlige Umgestaltung des MLF-Projekts" abzielten. Er wandte sich im einzelnen gegen die „Herauslösung der taktischen nuklearen Waffen aus der Befehlsgewalt SACEURs und ... die Schaffung eines multilateral regierten nuklearen Sonderkommandos", und erläuterte: „Dieser Umbau wird vor allem von deutscher militärischer Seite entschieden abgelehnt, weil er das gegenwärtige, im Zeitfaktor einigermaßen befriedigende System der Freigabe der taktischen Waffen ändert. Eine multilaterale Kontrolle, möglicherweise mit einem Vetorecht der beteiligten Regierungen, kann für den Bereich der taktischen Waffen nicht hingenommen werden." Ruete schloß mit dem Hinweis, daß sich die Bundesrepublik zu den britischen Vorschlägen zunächst abwartend verhalten solle. Die Arbeiten der MLF-Arbeitsgruppe in Paris sollten

1) Das Prinzip der Gleichberechtigung im Verhältnis zwischen England, Deutschland, Italien und eventuell Frankreich müßte eindeutiger zum Ausdruck gebracht werden, als dies bisher der Fall zu sein scheint.

2) Was die Verbindung der MLF mit einem Nichtverbreitungsvertrage betrifft, so möchte ich wie folgt Stellung nehmen:

a) Keinesfalls sollten wir Bindungen eingehen, die die künftige Bildung einer europäischen Nuklearstreitmacht unmöglich machen würden. Dieser Weg muß offenbleiben.

b) Gegenüber dem Osten sollten wir uns nuklear nur binden, wenn damit Fortschritte in der Wiedervereinigungsfrage verbunden sind.

c) Gegenüber unseren westlichen Bundesgenossen, insbesondere unseren MLF-Partnern, könnte eine Bindung ins Auge gefaßt werden. Die Einzelheiten, insbesondere die Frage, ob wir über die bereits übernommene WEU-Bindung[3] hinausgehen sollten, müssen allerdings noch[4] geprüft werden.

3) Die Einbeziehung von Pershing-Raketen in die MLF sollten wir ablehnen.

4) Das Argument, SACEUR dürfe nicht über Waffen verfügen, die in das Herz des Sowjetreiches reichen, ist nach meiner Auffassung[5] abwegig. Europa wird durch die Sowjetunion und nur durch diese bedroht.[6] Es muß daher in einem Kriege mit ihr in der Lage sein, die Sowjetunion zu treffen.

5) Ich finde es gut, daß die Amerikaner sich nicht für die Zukunft dahingehend festlegen wollen, daß sie ihr Vetorecht niemals aufgeben werden.[7]

6) Die britische Forderung, daß der amerikanische und der britische Beitrag gleich groß sein müßte, ist schwer vereinbar mit der These Gordon Walkers, daß England, Deutschland, Italien und eventuell auch Frankreich in der MLF gleichberechtigt sein müßten.[8]

Carstens[9]

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 432

Fortsetzung Fußnote von Seite 1513

fortgesetzt werden, zumal „ein Wiederaufrollen der Grundstruktur der MLF und eine völlig neue Konstruktion das ganze Projekt gefährden würde. Die britischen Vorschläge zur Änderung der Nuklearstruktur sind auch so weitreichend, daß der NATO-Rat im ganzen sich mit diesen Fragen beschäftigen müßte." Vgl. Abteilung II (II 7), VS-Bd. 1370; B 150, Aktenkopien 1964.

3 Die Bundesrepublik verzichtete in den Pariser Verträgen vom 23. Oktober 1954 auf die Herstellung von Atomwaffen. Vgl. dazu Dok. 27, Anm. 27.

4 Dieses Wort wurde von Staatssekretär Carstens handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „sehr sorgfältig".

5 An dieser Stelle wurde von Staatssekretär Carstens gestrichen: „völlig".

6 Zur Bedrohung Westeuropas durch sowjetische Mittelstreckenraketen und zur Forderung von SACEUR, der NATO entsprechende Systeme zur Verfügung zu stellen, vgl. Dok. 14, Anm. 39, sowie Dok. 149.

7 Zu den Modalitäten für einen Einsatz der MLF und zum Vetorecht der USA vgl. zuletzt Dok. 380. Vgl. weiter Dok. 393, Anm. 18.

8 Vgl. dazu Dok. 382.

9 Paraphe vom 11. Dezember 1964.

385

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jansen

I B 4-82.20/90.35/1609/64 geheim **11. Dezember 1964**[1]

Betr.: Bericht des Bundestagspräsidenten Dr. Gerstenmaier über seine Reise in die VAR[2] vor einem interfraktionellen Gremium des Bundestags

Bundestagspräsident Dr. Gerstenmaier erstattete am 10. Dezember 1964, 10.00 Uhr, einem interfraktionellen Gremium des Bundestags Bericht über seine Reise in die VAR. VLR I Dr. Schirmer, der ihn nach Kairo begleitet hatte, wurde von ihm zur Teilnahme an der Sitzung eingeladen.

Der Herr Bundestagspräsident schilderte die Vorgeschichte und den Verlauf seiner Besprechungen mit Staatspräsident Nasser. Inhaltlich deckte sich die Darstellung mit der Berichterstattung der Botschaft Kairo.

Bundestagspräsident Gerstenmaier betonte abschließend, daß bei aller Bereitschaft Nassers, für das besonders gelagerte Verhältnis Deutschlands zu Israel Verständnis aufzubringen, unsererseits nicht vergessen werden dürfe, daß Nasser in allen Israel betreffenden Fragen von der öffentlichen Meinung der arabischen Staaten abhängig sei und nicht frei entscheiden könne.[3] Im Interesse eines Fortschritts auf dem Wege zur Normalisierung der deutsch-israelischen Beziehungen richtete er den ausdrücklichen Appell an die Anwesenden, in allen das deutsch-arabisch-israelische Verhältnis betreffenden Fragen größte Diskretion zu wahren und alle öffentlichen Äußerungen zu unterlassen, die geeignet sein könnten, zu Mißdeutungen Anlaß zu geben.

Bundestagspräsident Gerstenmaier faßte zusammen, daß mit Nasser lediglich eine methodische Übereinstimmung erzielt worden sei. Die materielle Klärung der Möglichkeiten müsse auf diplomatischem Wege durch das Auswärtige Amt und unsere Botschaft erfolgen. Drei Punkte seien hierfür wesentlich:

[1] Die Aufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Schirmer konzipiert.

[2] Bundestagspräsident Gerstenmaier hielt sich vom 20. bis 23. November 1964 in der VAR auf. Zum Gespräch mit Präsident Nasser am 22. November 1964 vgl. Dok. 352.

[3] Zum Verhältnis der VAR zu den anderen arabischen Staaten vgl. auch Dok. 378.
Am 8. Dezember 1964 hob der ägyptische Botschafter Mansour gegenüber Vortragendem Legationsrat I. Klasse Schirmer „die positiven Auswirkungen" der Reise des Bundestagspräsidenten Gerstenmaier hervor. Die ägyptische Regierung richte jedoch an die Bundesrepublik die Bitte, „sich stets bewußt zu bleiben, daß Präsident Nasser in der arabischen Welt nicht allein dastehe und gezwungen sei, auf die Empfindlichkeiten seiner eigenen öffentlichen Meinung und der der anderen arabischen Staaten Rücksicht zu nehmen". Schließlich bat Mansour, „keine Maßnahmen [zu] ergreifen, die die VAR-Regierung und Staatspräsident Nasser zwingen könnten ..., ihrerseits Handlungen zu vollziehen, die der deutsch-arabischen Freundschaft abträglich wären". Für die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jansen vom 10. Dezember 1964 vgl. Abteilung I (I B 4), VS-Bd. 103; B 150, Aktenkopien 1964.
Zum Hinweis des jordanischen Botschafters Juma, „daß Nasser in der Israel-Frage kein freier Mann sei und auf die Reaktion der übrigen arabischen Welt Rücksicht nehmen müsse", vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Böker vom 15. Dezember 1964; Abteilung I (I B 4), VS-Bd. 205; B 150, Aktenkopien 1964.

1) Einstellung aller Waffenlieferungen in den Nahostraum, einschließlich der Waffenlieferungen an Israel.[4]

2) Diplomatische Klärung, welches Maß von Normalisierung der deutsch-israelischen Beziehungen für die arabische Seite, d.h. nicht nur für Kairo, ohne Gefährdung unseres Alleinvertretungsrechts akzeptabel sein könnte.[5]

3) Klärung, welche wirtschaftlichen Zugeständnisse zur Herbeiführung dieser arabischen Bereitschaft für uns tragbar wären.

Alle drei Punkte sollten nach Auffassung des Herrn Bundestagspräsidenten zusammen als „package deal"[6] behandelt werden.[7]

Der Herr Bundestagspräsident erwähnte, daß er dem Herrn Bundeskanzler bereits Vortrag gehalten und vorgeschlagen habe, ein Gesetz herbeizuführen, durch welches es der Bundesregierung verboten werde, Waffen außerhalb des NATO-Bereichs zu liefern.[8] Ein solches Gesetz könne einerseits durch Initiative der Bundesregierung oder durch Antrag des Parlaments eingeleitet werden. Der Bundeskanzler habe vorgezogen, daß das Parlament eine solche Initiative ergreife. Der Herr Bundestagspräsident regte an, den Antrag der SPD auf Erlaß eines zweiten Ausführungsgesetzes zu Artikel 26 Abs. 2 GG, der bisher nur die Mitarbeit an der Waffenproduktion im Ausland umfaßt[9], auf ein generelles Waffenausfuhrverbot auszudehnen.

In der anschließenden Diskussion wurde auf die negativen Folgen dieser Radikallösung vor allem im Hinblick auf Afrika hingewiesen. Der Herr Bundes-

[4] Zur Ausrüstungshilfe für Israel vgl. Dok. 289. Vgl. weiter Dok. 396.

[5] Zu den Überlegungen, Handelsvertretungen mit Israel auszutauschen, vgl. Dok. 315, Anm. 15.
Am 11. Dezember 1964 informierte Vortragender Legationsrat I. Klasse Schirmer Botschafter Federer, Kairo, über eine Pressemeldung, wonach Bundestagspräsident Gerstenmaier auf der interfraktionellen Besprechung mitgeteilt habe, „Präsident Nasser hätte gegen eine Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Israel nichts einzuwenden". Schirmer fuhr fort, er habe „auf Bitte Präsident Gerstenmaiers [den] ägyptischen Botschafter über wahren Sachverhalt unterrichtet und ihn gebeten, seiner Regierung offizielles Bedauern wegen böswilliger Verdrehung zu übermitteln". Es müsse daher „unterstellt werden, daß es sich bei Pressemeldung um bewußten Versuch handelt, den Erfolg der Reise des Bundestagspräsidenten in Ägypten zu gefährden und die sich anbahnende Verbesserung der deutsch-arabischen Beziehungen zu stören." Vgl. Referat I B 4, Bd. 77.
Für den Artikel „Nasser zu Bonn-Israel" vgl. FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 288 vom 11. Dezember 1964, S. 1.

[6] Die Wörter „package deal" wurden von Bundesminister Schröder unterschlängelt.

[7] Am 8. Dezember 1964 hielt Staatssekretär Carstens fest, daß Bundestagspräsident Gerstenmaier außerdem vorgeschlagen habe, die Verjährungsfristen zur Verfolgung von nationalsozialistischen Kriegsverbrechen zu verlängern und die Rückführung der in der ägyptischen Rüstungsindustrie tätigen deutschen Experten zu betreiben. Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 422; B 150, Aktenkopien 1964.

[8] Das Gespräch mit Bundeskanzler Erhard fand am 7. Dezember 1964 statt. Vgl. dazu GERSTENMAIER, Streit und Friede, S. 502.
Am 15. Dezember 1964 erklärte Erhard auf einer Pressekonferenz, daß er „grundsätzlich der Forderung des Bundestagspräsidenten Gerstenmaier ..., künftig keine Waffen an Staaten außerhalb der NATO zu liefern", zustimme. Vgl. DIE WELT, Nr. 293 vom 16. Dezember 1964, S. 2.
Am 12. Februar 1965 erklärte der Chef des Presse- und Informationsamtes, von Hase, daß „nach einer Entscheidung der Bundesregierung neue Verpflichtungen über Waffenlieferungen in Spannungsgebiete nicht eingegangen werden". Vgl. BULLETIN 1965, S. 219. Vgl. dazu auch die Erklärung der Bundesregierung vom 7. März 1965; BULLETIN 1965, S. 325.

[9] Zum Antrag der SPD-Fraktion vom 25. Juni 1964 vgl. Dok. 214, Anm. 4.

tagspräsident erkannte an, daß hier zwei Werte miteinander abzuwägen seien und gab seiner persönlichen Ansicht Ausdruck, daß die politische Entscheidung zugunsten der Radikallösung ihm richtig erscheine.

Aus dem Abgeordnetenkreise wurde angeregt, einen Unterausschuß einzusetzen, der die Gesamtfrage der Militärhilfe aus allgemein politischen, militärpolitischen und entwicklungspolitischen Aspekten überprüfen solle. Es wurde ebenfalls angeregt, gegebenenfalls den Geltungsbereich des Waffenausfuhrverbots auf kriegführende Staaten zu beschränken.[10]

Hiermit über den Herrn Staatssekretär[11] dem Herrn Bundesminister[12] vorgelegt.

Jansen

Abteilung I (I B 4), VS-Bd. 214

386

Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit dem sowjetischen Botschafter Smirnow

Geheim **14. Dezember 1964**[1]

Am 14. Dezember 1964 empfing der Herr Bundeskanzler den sowjetischen Botschafter Smirnow zu einem Gespräch im Palais Schaumburg, an dem auf deutscher Seite noch Herr Minister Dr. Westrick und Ministerialdirigent Dr. Osterheld teilnahmen.

Einleitend bedankte sich Botschafter *Smirnow* für die Glückwünsche zum sowjetischen Nationalfeiertag, die Herr Vizekanzler Mende im Namen des Herrn Bundeskanzlers und der Bundesregierung übermittelt habe.[2] Der Botschafter fuhr fort, daß die sowjetische Regierung nach dem 16. Oktober dieses Jahres wiederholt ihre grundlegenden Ziele auf außenpolitischem Gebiet dargelegt habe.[3] Zu diesen wichtigsten Zielen gehöre u.a. die Unterhaltung guter

10 Vgl. dazu weiter die Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens vom 4. Januar 1964; AAPD 1965.

11 Hat den Staatssekretären Carstens und Lahr am 16. Dezember 1964 vorgelegen.

12 Hat Bundesminister Schröder am 20. Dezember 1964 vorgelegen.

1 Durchdruck.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Legationsrat Buring gefertigt und mit Begleitschreiben des Leiters des Außenpolitischen Büros im Bundeskanzleramt, Osterheld, am 18. Dezember 1964 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Simon geleitet.
Hat Bundesminister Schröder am 21. Dezember 1964 vorgelegen.
Hat Staatssekretär Carstens am 22. Dezember 1964 vorgelegen.

2 Bundesminister Mende besuchte am 12. Dezember 1964 auf Einladung des Botschafters Smirnow die sowjetische Residenz. Vgl. dazu MENDE, Von Wende zu Wende, S. 164.

3 Zum Führungswechsel in der UdSSR am 14./15. Oktober 1964 vgl. Dok. 286, besonders Anm. 5. Zur Rede des Ersten Sekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 6. November 1964 vgl. Dok. 344, Anm. 34, 35 und 37.

Beziehungen zu allen Staaten, die Lösung wichtiger internationaler Probleme, wobei die sowjetische Regierung vor allem Fortschritte bei der Abrüstung, die Stärkung der europäischen Sicherheit und die Festigung der Position der Vereinten Nationen im Auge habe. Zu den angeschnittenen Fragen hätten in den letzten Wochen mehrere führende sowjetische Politiker, u.a. auch Breschnew und Kossygin, eindeutig Stellung genommen. In einem an die Vereinten Nationen gerichteten Memorandum sei die sowjetische Haltung in aller Klarheit dargelegt worden.[4] Er hoffe, daß der Bundesregierung diese Reden bzw. Dokumente bekannt seien. Sollte der Herr Bundeskanzler noch gewisse Erläuterungen hierzu wünschen, so stehe er jederzeit gern zur Verfügung.

Die sowjetische Regierung würde es sehr begrüßen, wenn die Bundesregierung die sowjetischerseits gemachten Vorschläge zur Lösung verschiedener akuter Probleme unterstützen würde. In den Reden der genannten sowjetischen Politiker sei auch über die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik sowie über die deutsche Frage ganz allgemein gesprochen worden. Die entsprechenden Ausführungen dürften der Bundesregierung bekannt sein.

Die sowjetische Regierung wünsche aber nicht nur Fortschritte auf dem Gebiet der Abrüstung, wobei sie sowohl an eine allgemeine als auch an eine Teilabrüstung denke, sondern sie setze sich ferner für eine Kürzung der Militärbudgets und für den Abzug aller ausländischen Streitkräfte ein, die heute noch auf fremdem Hoheitsgebiet stationiert sind. All diese Maßnahmen würden nach sowjetischer Ansicht zur internationalen Entspannung und zu einer Normalisierung der Lage nicht nur in Europa, sondern in der ganzen Welt beitragen. Sie würden auch der Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten dienen.

Zu einer anderen Frage übergehend, sagte der Botschafter, die sowjetische Regierung betrachte die Pläne zur Aufstellung einer multilateralen Atomstreitmacht und die Aktivität, die gerade die Bundesregierung auf diesem Gebiet entfalte, mit großer Sorge. Der Standpunkt der sowjetischen Regierung zu dieser Frage sei in mehreren offiziellen Erklärungen erläutert worden.[5] Die Schaffung der MLF bzw. die Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen

Fortsetzung Fußnote von Seite 1517

Am 9. Dezember 1964 hielt der sowjetische Ministerpräsident eine Grundsatzrede vor dem Obersten Sowjet. Kossygin warnte insbesondere vor der Schaffung der geplanten MLF: „Was würde die Verwirklichung dieser Pläne bedeuten? Sie bedeutet eine Untergrabung der europäischen Sicherheit, eine weitere Verbreitung der Kernwaffe und die faktische Zulassung der Bundesrepublik Deutschland zu ihr, eines Landes, wo Revanchisten und Militaristen den außenpolitischen Kurs sehr beeinflussen, sich für eine Revision der Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges, für eine Revision der in Europa bestehenden Grenzen einsetzen." Vgl. EUROPA-ARCHIV 1965, D 38 f.

[4] Am 7. Dezember 1964 erläuterte Außenminister Gromyko vor der UNO-Generalversammlung die sowjetische Außenpolitik und legte ein Memorandum über Maßnahmen zur weiteren internationalen Entspannung sowie zur Einschränkung des Wettrüstens vor. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1965, D 204–210. Zu den Ausführungen zur Deutschland-Frage vgl. auch Dok. 382, Anm. 26.

[5] Zur sowjetischen Haltung gegenüber der geplanten MLF vgl. zuletzt Dok. 327, Anm. 9.
Zum britisch-sowjetischen Notenwechsel vom 16. November und 9. Dezember 1964 über die MLF vgl. Dok. 382, Anm. 21.

würde ohne Zweifel zu einer Verschärfung der internationalen Lage führen und eine Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten außerordentlich komplizieren. Er hoffe, daß die Bundesregierung sich über die sowjetischen Ansichten zu dieser Frage im klaren sei und die entsprechenden sowjetischen Ratschläge und Warnungen nicht einfach ignorieren werde. Die sowjetische Regierung rate jedenfalls dringend, im Hinblick auf die MLF keine übereilten Entscheidungen zu treffen.

Der Botschafter fuhr fort, die sowjetische Regierung habe wiederholt betont, daß ihr an der Herstellung guter freundschaftlicher Beziehungen zur Bundesrepublik sehr gelegen sei. Die Schaffung der MLF würde jedoch die Erreichung dieses Zieles außerordentlich erschweren. Die MLF würde ferner eine Bedrohung der europäischen Sicherheit bedeuten und für alle friedliebenden Staaten eine neue Lage schaffen.

Der Botschafter sagte anschließend, daß er in der kommenden Woche seinen Urlaub antreten werde, den er in der Sowjetunion verbringen wolle. Da er bei dieser Gelegenheit der sowjetischen Regierung über den gegenwärtigen Stand der Beziehungen zwischen den beiden Ländern berichten werde, wäre er dem Herrn Bundeskanzler sehr dankbar, wenn dieser ihm den Standpunkt der Bundesregierung zu den soeben angeführten Fragen darlegen würde, damit er in Moskau entsprechend berichten könne.

Der Herr *Bundeskanzler* antwortete, er freue sich über die Feststellung des Botschafters, daß der Sowjetunion an guten Beziehungen zur Bundesrepublik gelegen sei. Es gebe seiner Ansicht nach im Grunde genommen auch keine Argumente, die das Zustandekommen solcher Beziehungen ausschlössen. Was die kontrollierte Abrüstung anbelange, so seien Schritte in dieser Richtung von der Bundesregierung seit jeher begrüßt und unterstützt worden. Die Abrüstung müsse jedoch wirksam und kontrollierbar sein und dürfe nicht zu einer Diskriminierung einzelner Länder führen. Die Entmilitarisierung nur bestimmter Räume sei keine Lösung dieses schwierigen Problems. Wichtig sei es, daß vor allem die hoch aufgerüsteten Mächte mit wirksamen Maßnahmen die Abrüstung einleiteten.

In den letzten Jahren, so fuhr der Herr Bundeskanzler fort, habe die Sowjetunion an ihrer Westgrenze ein großes Potential an Mittelstreckenraketen aufgebaut bzw. sogar eingebunkert.[6] Die Bundesrepublik wisse daher, welcher Bedrohung sie gegenüberstehe. Gemeinsam mit der NATO habe die Bundesregierung aus diesem Grunde beschlossen, diesem Potential zum Schutze Europas etwas gegenüberzustellen, und zwar in der Überlegung, daß ein Gleichgewicht der Kräfte erstrebenswert und nützlich sei. Schließlich sei es nicht zuletzt dem in etwa ausgeglichenen militärischen Potential der USA bzw. der Sowjetunion zu verdanken, daß der Weltfrieden bisher erhalten bleiben konnte. Da die westeuropäischen Staaten den sowjetischen Mittelstreckenraketen im Augenblick nichts Gleichwertiges entgegenzusetzen hätten, sei der Plan entstanden, ein Gegengewicht zu schaffen. Die deutsche Haltung zu dieser Frage sei

[6] Zur Bedrohung Westeuropas durch sowjetische Mittelstreckenraketen und zur Forderung von SACEUR, der NATO entsprechende Systeme zur Verfügung zu stellen, vgl. Dok. 14, Anm. 39, sowie Dok. 149.

keineswegs neu und dem Botschafter sicherlich schon seit längerer Zeit bekannt, zumal ja bereits der ehemalige Bundeskanzler Adenauer positiv zur Frage der MLF eingestellt gewesen sei.[7] Es sei nicht die Absicht der Bundesregierung, die Bundeswehr atomar auszurüsten, und er wolle betonen, daß die Bundeswehr über keinen einzigen atomaren Sprengkopf verfüge. Was die Bundesregierung jedoch anstrebe, sei der Schutz des eigenen Landes mit gleichwertigen Mitteln.

Der Westen werde, davon sei wohl auch der Botschafter überzeugt, die Sowjetunion nicht angreifen; er glaube aber auch nicht, daß die Sowjetunion die Absicht habe, den Westen anzugreifen. Seiner Ansicht nach werde durch ein Gleichgewicht der Kräfte eine Verringerung der Gefahren für den Frieden erreicht. Ob es gelingen werde, eine Verringerung des Atomwaffenpotentials in der ganzen Welt zu erreichen, sei leider ungewiß. Tatsache sei jedoch, daß die erwähnten sowjetischen Mittelstreckenraketen – schon wegen der Reichweite – nicht gegen die USA, sondern gegen europäische Staaten gerichtet seien. Daher sei das Bestreben einiger westeuropäischer Länder, hier ein Gegengewicht zu schaffen, etwas ganz Natürliches.

Botschafter *Smirnow* antwortete, er nehme mit Befriedigung die Feststellung des Bundeskanzlers zur Kenntnis, wonach dieser grundsätzlich keine unüberwindlichen Hindernisse zur Herstellung guter Beziehungen zwischen den beiden Ländern sehe. Zur Behauptung des Bundeskanzlers, die Sowjetunion habe an ihrer Westgrenze außergewöhnliche militärische Maßnahmen getroffen, könne er nur feststellen, daß in den letzten Jahren auf diesem Gebiet nichts passiert sei, was eine Bedrohung der Sicherheit westeuropäischer Länder bedeuten würde. Selbstverständlich verfüge die Sowjetunion zum Schutz ihres Landes über modern ausgerüstete Streitkräfte, doch habe die sowjetische Armee, den Grundsätzen der sowjetischen Außenpolitik folgend, keinerlei aggressive Absichten. Die Sowjetunion habe in den letzten Jahren ihre Streitkräfte wiederholt verringert und ihren Militärhaushalt im vergangenen wie auch in diesem Jahr gekürzt. Dies sei ein Beweis der friedliebenden sowjetischen Politik.

Wenn der Herr Bundeskanzler behaupte, die sowjetischen Streitkräfte bedrohten die europäische Sicherheit, so sei diese Behauptung nicht nur völlig abwegig, sondern sie zeige auch das Mißtrauen der Bundesregierung gegenüber der sowjetischen Außenpolitik. Statt solcher Mißtrauenskundgebungen täte die Bundesrepublik besser daran, die sowjetischen, auf eine internationale Entspannung gerichteten Vorschläge zu unterstützen.

Die Sorge der sowjetischen Regierung hinsichtlich der MLF werde auch von den Regierungen einiger anderer europäischer Staaten geteilt. Er denke hierbei z.B. an die englische Regierung und an die Regierungen der skandinavischen Länder.[8] Auch in den Beneluxländern zeige man große Zurückhaltung

[7] Vgl. dazu Dok. 63, Anm. 10.

[8] Am 11. Dezember 1964 veröffentlichte der norwegische Außenminister Lange in der Tageszeitung „Arbeiderbladet" den Artikel „MLF – Ein künstliches Gebilde". Darin sprach er sich gegen die MLF und für die unverminderte Erhaltung der bisherigen Stellung der USA als Atommacht aus. Vgl. den Drahtbericht des Botschafters Böx, Oslo, vom 11. Dezember 1964; Abteilung II (II 7), VS-Bd. 1364; B 150, Aktenkopien 1964.

in dieser Frage, und Frankreich lehne bekanntlich die MLF mit Entschiedenheit ab.[9] Dies beweise, daß die Sowjetunion mit ihrer Besorgnis keineswegs allein dastehe. Die Bundesregierung sei sehr aktiv, wenn es z.B. darum gehe, durch forciertes Rüsten ein – wie der Herr Bundeskanzler sich ausgedrückt habe – militärisches Gleichgewicht zwischen den Staaten herzustellen. Er wolle daher den Herrn Bundeskanzler fragen, warum denn die Bundesregierung nicht die gleiche Aktivität entfalte, wenn es beispielsweise um Abrüstungsfragen oder um die Verringerung der Militärbudgets gehe. Statt zum „atomaren Abzugshahn" zu drängen, sollte sich die Bundesregierung lieber um Fortschritte auf dem Gebiet einer allgemeinen oder teilweisen Abrüstung bemühen.

Der Herr *Bundeskanzler* erwiderte, er wolle dem Botschafter durchaus glauben, daß die sowjetischen Verteidigungsmaßnahmen an der Westgrenze der UdSSR keinen direkten aggressiven Zielen dienten. Der Botschafter möge aber auch bedenken, daß die NATO ein reines Verteidigungsbündnis sei und allein schon aufgrund dieser Tatsache keinerlei aggressive Absichten haben könne. Was nun die MLF anbelange, so sei dieser Plan aus der Sorge geboren, daß die westeuropäischen Staaten dem von der Sowjetunion an ihrer Westgrenze geschaffenen Potential an Mittelstreckenraketen nichts entgegenzustellen hätten. Was nun die Abrüstung ganz allgemein anbelange, so habe er im Hinblick auf die Erfahrungen, wie sie sich aus den Abrüstungsverhandlungen in den letzten Jahrzehnten ergeben hätten, wenig Hoffnung, daß in absehbarer Zeit ernsthafte Fortschritte gemacht werden könnten. Abgesehen davon, daß es sich hier um einen äußerst schwierigen Fragenkomplex handele, liege es nicht zuletzt an der starren sowjetischen Haltung, daß man mit der Abrüstung nicht vorankäme. Zur Feststellung des Botschafters, daß viele europäische Staaten sehr zurückhaltend in bezug auf die MLF-Pläne seien und daß manche diese Pläne sogar ablehnten, wolle er nur antworten, daß beispielsweise England kürzlich neue Pläne auf diesem Gebiet unterbreitet habe, die zur Zeit von der Bundesregierung geprüft würden.[10]

Botschafter *Smirnow* antwortete, er entnehme aus den Ausführungen des Herrn Bundeskanzlers, daß die Bundesregierung die Gleichberechtigung auf dem Gebiet der atomaren Bewaffnung anstrebe. Ihm sei sehr wohl bekannt, daß der ehemalige Bundeskanzler Adenauer die Ansicht vertreten habe, die Bundeswehr müsse mit Atomwaffen ausgerüstet werden. Er habe den ehemaligen Bundeskanzler in Gesprächen wiederholt auf die Gefahren hingewiesen, die mit derartigen Plänen verbunden seien. Bundeskanzler Erhard werde sich gewiß noch an das mit Herrn Mikojan geführte Gespräch erinnern[11], bei dem

Fortsetzung Fußnote von Seite 1520

Vgl. auch den Artikel „Die skandinavischen NATO-Staaten und die MLF. Ablehnung in Dänemark – Zurückhaltung in Oslo"; NEUE ZÜRCHER ZEITUNG, Fernausgabe, Nr. 296 vom 27. Oktober 1964, S. 3.

9 Zur französischen Haltung gegenüber der geplanten MLF/ANF vgl. zuletzt Dok. 377.

10 Zu den britischen Vorschlägen einer Atlantic Nuclear Force (ANF) vgl. Dok. 382.

11 Für die Aufzeichnung über das Gespräch des Bundesministers Erhard mit dem sowjetischen Stellvertretenden Ministerpräsidenten Mikojan am 27. April 1958 in Bonn vgl. Referat II 4, Bd. 764.
Am 26. April 1958 erklärte Mikojan gegenüber Bundeskanzler Adenauer, „daß die atomare Rü-

Mikojan vor einer atomaren Bewaffnung der Bundeswehr ausdrücklich mit dem Hinweis gewarnt habe, daß sich dadurch die Lage der Bundesrepublik ganz allgemein auf internationalem Gebiet erschweren würde. Er frage den Herrn Bundeskanzler nunmehr, warum man all diesen Ratschlägen bzw. Warnungen keine Beachtung schenken wolle. In der Einstellung der Bundesregierung zur atomaren Bewaffnung der Bundeswehr habe sich in den letzten Jahren nichts geändert.

Die Feststellung des Herrn Bundeskanzlers, die MLF sei geplant, um einer sowjetischen Bedrohung wirksam entgegenzutreten, müsse er als reine Erfindung bezeichnen. Die Politiker des Dritten Reichs hätten seinerzeit auch schon von einer Bedrohung durch die sowjetischen Streitkräfte gesprochen und auf dieser Grundlage einen Krieg entfesselt. Die Bundesregierung bediene sich gegenwärtig zur Begründung ihrer Militärpolitik sehr ähnlicher Thesen, indem sie der Sowjetunion aggressive Absichten unterstelle. Dabei sei es doch allgemein bekannt, daß die sowjetische Regierung im Sinne einer weltweiten Entspannung unter anderem vorgeschlagen habe, alle Massenvernichtungsmittel zu vernichten. Und worauf konzentriere die Bundesregierung ihre Aktivität? Vorzugsweise auf die forcierte Verwirklichung der MLF-Pläne.

Nachdem es 1963 gelungen sei, durch den Abschluß des Testbannabkommens[12] einen ersten Schritt auf dem Gebiet einer weltweiten Entspannung zu tun, bedeuteten die Pläne zur Schaffung der MLF und die Rolle, die die Bundesrepublik dabei spiele, einen Rückschritt auf dem Gebiet der internationalen Entspannung.

Der Herr *Bundeskanzler* antwortete, er müsse zunächst den von dem Botschafter angeführten historischen Vergleich als völlig abwegig zurückweisen. Dem Botschafter sei bekannt, daß die Streitkräfte der Bundesrepublik voll in der NATO integriert seien. Somit bestehe überhaupt keine Möglichkeit für die Bundeswehr, auf militärischem Gebiet selbständig aktiv zu werden, was im übrigen die USA, Frankreich und England auch ganz gewiß nicht zulassen würden. Mit den Plänen zur Schaffung der MLF strebe die Bundesrepublik keineswegs eine alleinige Verfügung über Atomwaffen an. Wenn der Botschafter behaupte, die an der sowjetischen Westgrenze stationierten Mittelstrekkenraketen stellten keine Bedrohung für die westeuropäischen Staaten dar, so wolle er klarstellen, daß er bei seiner diesbezüglichen Bemerkung auch nicht an eine direkte Bedrohung in einem aggressiven Sinne gedacht habe. Das von dem Botschafter wiederholt gebrauchte Wort „Warnung" könne er nur als ein schlechtes Wort bezeichnen.

Jede Regierung, so fuhr der Bundeskanzler fort, sei verpflichtet, für die Sicherheit ihres Landes zu sorgen. Die Bundesregierung tue dies im Bündnis mit ihren westlichen Partnern, die genauso wie die Bundesrepublik einen Ausgleich mit der Sowjetunion suchten. Von der Bundesrepublik gehe keinesfalls

Fortsetzung Fußnote von Seite 1521

stung der Bundesrepublik ganz gewiß zum Schaden gereichen und die Wiedervereinigung außerordentlich erschweren, wenn nicht unmöglich machen werde". Vgl. ADENAUER, Erinnerungen III, S. 388 f.

[12] Für den Wortlaut des Teststopp-Abkommens vom 5. August 1963 vgl. DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1963, S. 291–293.

eine Bedrohung der Sowjetunion aus. Andererseits gehöre es aber zur Verantwortung einer jeden Regierung, für die nationale Sicherheit Sorge zu tragen. Die Bundesregierung sei sich völlig darüber im klaren, daß ein Atomkrieg die allgemeine Vernichtung bedeuten würde. Er glaube jedoch, daß durch das Vorhandensein einer wirksamen Abschreckung das Kriegsrisiko sehr stark herabgemindert werden könne.

Der Herr Bundeskanzler ging nun zu einem anderen Thema über und fragte den Botschafter, ob er denn keine Ansätze sehe, um die Viermächteverantwortung für Deutschland neu zu beleben.[13] Bekanntlich hätten sich ja die vier Großmächte in Potsdam zur Wiedervereinigung Deutschlands verpflichtet.[14]

Botschafter *Smirnow* wich einer direkten Antwort zunächst aus und stellte fest, daß er aus den Ausführungen des Bundeskanzlers entnehmen müsse, daß die Bundesregierung fest entschlossen sei, aktiv an der Schaffung der MLF mitzuwirken. Andererseits sei sie offensichtlich nicht bereit, die von ihm erläuterten sowjetischen Entspannungsbemühungen zu unterstützen. Er wolle mit aller Klarheit sagen, daß die sowjetische Regierung in dem Wettrüsten eine gefährliche Bedrohung des Weltfriedens sehe. Zudem könne er sich durchaus vorstellen, daß die Schaffung internationaler Atomstreitkräfte Gegenmaßnahmen auslösen könnte. Dies sei eine recht gefährliche Entwicklung. Die maßgebenden Politiker hätten sich nun zu entscheiden: entweder für das Wettrüsten mit all seinen bedrohlichen Auswirkungen oder für eine weltweite Entspannung.

Auf die Bemerkung des Bundeskanzlers über die Viermächteverantwortung hinsichtlich der Wiedervereinigung eingehend, sagte Botschafter Smirnow, die sowjetische Regierung habe es stets als eines ihrer wichtigsten Rechte, aber auch als eine der wichtigsten Pflichten im Sinne dieser Verantwortung betrachtet, eine deutsche Wiederaufrüstung und die Aufstellung aggressiver deutscher Streitkräfte nicht zuzulassen. Durch die Schaffung der Bundeswehr und die geplante Ausrüstung derselben mit Atomwaffen sei nicht nur bei der Sowjetunion, sondern auch bei vielen anderen Ländern ein Mißtrauen wachgerufen worden. Die Bundesregierung habe es durchaus in der Hand, dieses Mißtrauen abzubauen. Ihr Bestreben, der MLF beizutreten, sei jedoch keineswegs der geeignete Weg dazu.

Der Herr *Bundeskanzler* erwiderte, die Bundesregierung habe keineswegs den Ehrgeiz, die Bundeswehr mit Atomwaffen auszurüsten. Sollte das Bundesgebiet jedoch mit Atomwaffen angegriffen werden, dann werde es durch die gesamte Macht der NATO-Verteidigungsstreitkräfte geschützt werden. Davon

[13] Zu Tendenzen der sowjetischen Politik, die Verantwortung der Vier Mächte für Deutschland wieder stärker zu betonen, vgl. Dok. 377, Anm. 24.
Zu den Überlegungen der Bundesregierung hinsichtlich der Einsetzung eines Viermächte-Rats zur Lösung der Deutschland-Frage vgl. Dok. 353, besonders Anm. 26. Vgl. weiter Dok. 387.

[14] Im Kommuniqué vom 2. August 1945 über die Konferenz von Potsdam (Potsdamer Abkommen) bekräftigten die USA, Großbritannien und die UdSSR, daß „die deutsche Bevölkerung in ganz Deutschland einer einheitlichen Behandlung" unterliege. Darüber hinaus verpflichteten sich die Siegermächte, „den späteren Wiederaufbau des deutschen politischen Lebens auf demokratischer Grundlage und eine spätere friedliche Mitarbeit Deutschlands im Leben der Völker vorzubereiten". Vgl. DzD II/1, S. 2106f.

zu reden, daß die Bundesrepublik von sich aus eventuell ein anderes Land angreifen wolle, sei völlig irreal. „Wir sind doch keine Selbstmörder!" sagte der Herr Bundeskanzler.

Im übrigen lasse sich jede Rüstung als eine Bedrohung deuten. Die Gründe, welche zu den MLF-Plänen geführt hätten, glaube er mit ausreichender Klarheit dem Botschafter erläutert zu haben. Er wolle nur noch ergänzend hinzufügen, daß das MLF-Gespräch angesichts der recht differenzierten Meinungen gegenwärtig noch offen sei.[15]

Botschafter *Smirnow* sagte, er müsse aus den Darlegungen des Bundeskanzlers leider recht düstere Perspektiven für das kommende Jahr entnehmen. Im Hinblick auf eine Verbesserung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern habe der Bundeskanzler heute nichts Positives anklingen lassen. Dagegen habe er wiederholt betont, daß die Bundesregierung entschlossen sei, die MLF-Konzeption weiter zu verfolgen.

Der Herr *Bundeskanzler* hielt dem Botschafter entgegen, daß die Bundesrepublik nur ein Partner unter vielen im Rahmen des westlichen Bündnisses sei. Wenngleich auch die Bundesrepublik an den Abrüstungsverhandlungen nicht direkt beteiligt sei, so unterstütze sie jedoch seit jeher jeden Schritt, der auf dem Gebiet der allgemeinen kontrollierten Abrüstung einen Fortschritt bedeuten könnte.

Botschafter *Smirnow* sagte, die Sowjetunion wünsche keinen Wettbewerb auf dem Gebiet des Wettrüstens, sondern einen Wettbewerb auf friedlichem Gebiet. Deutsche Politiker und vor allem auch Militärpolitiker hätten sich in der Vergangenheit, zum Teil aber auch in der Gegenwart, schon häufig zur Durchsetzung ihrer politischen Ziele frei erfundener und für sie sehr bequemer Thesen bedient. So habe es früher, als es noch keine sowjetischen Raketen gab, geheißen, Rußland sei ein riesiges Land mit starken Streitkräften und einem ungeheuren Menschenpotential, und all dies stelle an sich schon eine Bedrohung dar. Dabei habe Rußland in der jüngsten Geschichte kein Land angegriffen, genau so wenig wie dies die Sowjetunion getan habe. Jetzt werde behauptet, die sowjetischen Raketen seien eine Bedrohung. Dabei habe doch gerade die sowjetische Regierung den Vorschlag gemacht, alle Massenvernichtungswaffen zu vernichten.[16] Diesem Vorschlag werde von westlichen Politikern entgegengehalten, daß dann immer noch durch die 225 Millionen Menschen zählende Bevölkerung der Sowjetunion eine Bedrohung gegeben sei. Alle diese „Bedrohungen" von seiten der Sowjetunion seien eine reine Erfindung. Die jüngste Geschichte beweise klar, daß nicht Rußland bzw. die Sowjetunion die europäischen Staaten bedroht habe, sondern daß die Bedrohung stets von Deutschland ausgegangen sei.

[15] Zum Stand der Verhandlungen über eine MLF/ANF vgl. zuletzt Dok. 384.

[16] Im Memorandum vom 7. Dezember 1964 erklärte die UdSSR: „Die Kernwaffen verfügen über eine so ungeheuerliche Zerstörungskraft, daß ihr Einsatz für die Völker eine unermeßliche Katastrophe bedeuten würde. Die Sowjetunion ist, seit es diese Waffen gibt, für ihr bedingungsloses Verbot und für die Vernichtung aller von den Staaten angelegten Kernwaffenvorräte eingetreten und tut dies nach wie vor. Die völlige Vernichtung der Kernwaffen und aller dazugehörigen Träger ist das Kernstück des von der sowjetischen Regierung vorgelegten Programms für eine allgemeine und vollständige Abrüstung." Vgl. EUROPA-ARCHIV 1965, D 206.

Der Herr *Bundeskanzler* erwiderte, daß von einer Bedrohung der Sowjetunion durch die Bundesrepublik keine Rede sein könne. Allein dieser Gedanke sei völlig absurd. Die Bundesregierung unterstütze im Gegenteil sämtliche internationalen Entspannungsbemühungen.

Botschafter *Smirnow* erwiderte, wenn dem so sei, dann solle die Bundesregierung ihren Einfluß bei der amerikanischen Regierung geltend machen, um auf dem Gebiet der Abrüstung voranzukommen.

Nach Hinweis von Herrn Osterheld warf Herr Minister *Westrick* ein, daß die Lösung der Wiedervereinigungsfrage sicher sehr geeignet wäre, eine allgemeine Entspannung zu fördern.

Der Herr *Bundeskanzler* ergänzte diese Feststellung und sagte, daß im Falle einer Wiedervereinigung Deutschlands natürlich auch die Frage der MLF neu gestellt werden müßte.[17]

Der *Botschafter* erwiderte, die sowjetische Regierung habe kürzlich durch ihren Außenminister Gromyko erklären lassen, daß eine Beteiligung der Bundesrepublik an der MLF ein kaum zu überwindendes Hindernis für die Wiedervereinigung darstellen würde.

Der Herr *Bundeskanzler* entgegnete, man könne auch umgekehrt argumentieren, und Herr Minister *Westrick* ergänzte, daß die Sowjetunion auch vor Entstehen der MLF-Pläne die Zweistaaten-Theorie[18] in bezug auf Deutschland vertreten habe.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, daß er in der Anwendung des Selbstbestimmungsrechts für das deutsche Volk den geeignetsten Weg zur Wiedervereinigung sehe.

Der *Botschafter* erwiderte, die sowjetische Regierung und die Regierung der DDR betrachteten die geplante atomare Ausrüstung der Bundeswehr als ein großes Hindernis für die Herstellung normaler Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten. Wenn der Bundeskanzler vom Selbstbestimmungsrecht für das deutsche Volk spreche, so setze dies eine neue politische Konzeption der Bundesregierung voraus. Die Bundesregierung müsse ihr Verhältnis zur DDR-Regierung entsprechend regeln und dann mit dieser über die Zukunft Deutschlands sprechen. Die Wiedervereinigung sei eine Sache der beiden deutschen Staaten und müsse auf friedlichem demokratischem Wege erreicht werden. Die Sowjetunion sei bereit, derartige Bestrebungen voll zu unterstützen. Im Ergebnis des Zweiten Weltkrieges hätten sich nun einmal zwei deutsche Staaten gebildet mit verschiedenen sozialen Systemen. Dieser

[17] Im Rückblick hielt der Chef des Außenpolitischen Büros im Bundeskanzleramt, Osterheld, dazu fest: „Das Gespräch drehte sich eine Zeitlang im Kreise, bis ich den Kanzler durch eine Notiz auf das Thema Wiedervereinigung brachte. ‚Wenn wir sie bekommen', meinte der Kanzler, ‚könnten wir die MLF-Frage zurückstellen. Zwischen Ihnen und uns steht nur die Wiedervereinigung. Ich hatte gehofft, daß sich beim Besuch des sowjetischen Ministerpräsidenten gewisse Ansätze ergeben könnten. An der Frage der Wiedervereinigung hängt alles; und wir wären zu größten Opfern bereit.'" Vgl. OSTERHELD, Außenpolitik, S. 126.

[18] Zur sowjetischen Zwei- bzw. Drei-Staaten-Theorie vgl. Dok. 13, Anm. 10 und 15. Vgl. auch Dok. 202, Anm. 5.

Tatsache müsse man Rechnung tragen, wenn man von der Wiedervereinigung spreche.

Der Herr *Bundeskanzler* antwortete, die Wiedervereinigung sei eine Aufgabe der vier Siegermächte und fragte dann den Botschafter, ob er es nicht für nützlich hielte, wenn die vier Mächte die deutsche Frage erneut prüften. Sollten sich Chancen für die Wiedervereinigung ergeben, so ließe sich unter Umständen auch die MLF-Frage zurückstellen.

Minister *Westrick* ergänzte, daß sich bei Fortschritten auf dem Gebiet der Wiedervereinigung unter ganz anderen Gesichtspunkten über die MLF-Pläne sprechen ließe.

Botschafter *Smirnow* erwiderte, die sowjetische Regierung sei mit den Westmächten im Gespräch über verschiedene Fragen. Auch über eine friedliche Regelung der deutschen Frage werde gesprochen, so z. B. mit den USA und mit Frankreich.[19] Bei den Gesprächen mit den westlichen Ländern hätten Wirtschaftsfragen und der Handel eine große Rolle gespielt. Trotz der Querschüsse der Bundesregierung sei es gelungen, vor allem mit Frankreich, welches der Sowjetunion bedeutende Kredite eingeräumt habe, aber auch mit England zu beiderseits vorteilhaften Absprachen zu kommen.[20] Ebenfalls die Wirtschaftsgespräche mit den Vereinigten Staaten entwickelten sich günstig.[21] Es sei bedauerlich, daß die Bundesregierung immer wieder versuche, diese Gespräche zu stören.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, es sei doch eigentlich tragisch mit dem Verhältnis zwischen den beiden Ländern. Das Verhältnis zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion könnte im Grunde genommen doch recht gut sein, und es ließe sich über alles reden, über eine Verbesserung der Wirtschaftsbeziehungen, über umfangreiche Kredite etc., wenn hinsichtlich der Wiederver-

[19] Der sowjetische Außenminister Gromyko führte am 30. November sowie am 2. und am 5. Dezember mit dem amerikanischen Außenminister Rusk und am 9. Dezember 1964 mit Präsident Johnson Gespräche in Washington. Nach Informationen des Gesandten von Lilienfeld, Washington, habe Gromyko „wieder die ‚alte Platte' aufgelegt und keinerlei Hinweise darauf gegeben, daß irgendwelche neuen Gedanken oder eine Bereitwilligkeit zum Eingehen auf westliche Vorschläge vorhanden seien. Nach Rusks Eindruck habe Gromyko Weisung, in der deutschen Frage auf Zeit zu spielen, bis die neue sowjetische Führung sich über ihren Kurs klar geworden sei." Vgl. die Drahtberichte des Gesandten von Lilienfeld, Washington, vom 8. und vom 10. Dezember 1964; Ministerbüro, VS-Bd. 8477; B 150, Aktenkopien 1964.
Vgl. dazu auch Dok. 387.
Zur französisch-sowjetischen Annäherung vgl. zuletzt Dok. 380, besonders Anm. 16.

[20] Zum französisch-sowjetischen Handelsabkommen vom 30. Oktober 1964 vgl. Dok. 192, Anm. 5.
Zur Kreditierung des britisch-sowjetischen Geschäftsabschlusses vom 7. September 1964 über die Lieferung einer Terylene-Anlage vgl. Dok. 273, Anm. 39.

[21] Am 23. November 1964 berichtete Gesandter Freiherr von Stackelberg, Washington, über die Reise amerikanischer Bankiers und Industrieller nach Moskau. Eine Belebung des amerikanisch-sowjetischen Handels sei nicht zu erwarten, zumal die Reiseteilnehmer über die restriktiven Handelsbestimmungen mit der UdSSR informiert worden seien und sich unter ihnen zahlreiche Gegner des Osthandels befänden. Stackelberg hob hervor, daß im amerikanischen Außenministerium nichts darüber bekannt sei, „daß auf sowjetischer Seite der Versuch gemacht worden sei, [den] sowjetischen Handel mit den Vereinigten Staaten als Mittel der sowjetischen Politik zu einer Isolierung Deutschlands zu benutzen". Schließlich werde auch dem Angebot des Ministerpräsidenten Kossygin, über eine Regelung der aus dem Zweiten Weltkrieg stammenden „Lend-lease-Schulden" zu verhandeln, keine besondere Bedeutung beigemessen. Vgl. Referat III A 6, Bd. 198.

einigung eine befriedigende Regelung erreicht werden könnte. Dann würden Frieden und Eintracht zwischen den beiden Völkern herrschen und auch über militärische Fragen ließe sich viel leichter reden.

Der *Botschafter* antwortete, in den letzten 50 Jahren seien nicht nur die Welt und auch Europa, sondern auch einzelne Staaten gespalten worden. Mit den alten Rezepten ließen sich die gegenwärtigen schwierigen Probleme nicht mehr lösen. Man müsse neue, und zwar friedliche und demokratische Wege beschreiten.

Minister *Westrick* warf ein, es sei einfach nicht einzusehen, warum ein Volk nicht zusammengehören solle. Die sowjetische Regierung schlage Verhandlungen zwischen den beiden deutschen Regierungen vor. Dabei sei es doch völlig sinnlos, mit Ulbricht zu verhandeln, von dem man genau wisse, daß er ein kommunistisches Gesamtdeutschland anstrebe, was für die Bundesregierung völlig unannehmbar sei.

Botschafter *Smirnow* antwortete, je mehr Kontakte sich zwischen den beiden deutschen Staaten herstellen ließen, um so leichter ließe sich die Wiedervereinigung erreichen. Gegenwärtig gebe es ja schon eine Reihe technischer Kontakte, es fehlten eben nur noch die politischen. Er bedauere sehr, daß er bei seinem bevorstehenden Besuch in Moskau nichts Positives werde berichten können und daß all die von ihm erwähnten sowjetischen Entspannungsvorschläge bei der Bundesregierung offensichtlich kein Echo fänden.

Der Herr *Bundeskanzler* erwiderte, dies sei eine einseitige Darstellung. Sollte es gelingen, mit der allgemeinen Abrüstung voranzukommen, dann würden ja auch die sowjetischen Mittelstreckenraketen von der sowjetischen Westgrenze verschwinden. Im übrigen unterstütze die Bundesregierung nach Kräften die amerikanischen Entspannungs- und Abrüstungsbemühungen. Dessenungeachtet solle man aber doch den Versuch machen, in der Wiedervereinigungsfrage voranzukommen und dabei auch alle anderen politischen Probleme zu überdenken.

Herr Minister *Westrick* kam nun auf die Berliner Mauer zu sprechen und stellte fest, daß Ulbricht die Mauer niemals ohne sowjetische Zustimmung hätte bauen können. Anschließend forderte er, zwecks Erlangung der Wiedervereinigung dem deutschen Volk das Recht auf Selbstbestimmung zuzubilligen.

Der *Botschafter* antwortete, die Wiedervereinigung sei nicht von der Sowjetunion abhängig. Zur Mauer sagte er, die DDR-Regierung sei durch die Politik der Bundesrepublik herausgefordert und gezwungen worden, die Mauer zu bauen. Sollte es zu der geplanten atomaren Ausrüstung der Bundeswehr kommen, so sei es nicht ausgeschlossen, daß noch weitere „Hindernisse" entstehen könnten. Die Mauer habe übrigens der DDR nicht geschadet, sondern sie im Gegenteil wirtschaftlich und politisch stärker gemacht.

Minister *Westrick* hielt dem Botschafter entgegen, daß es der betonte Wille des deutschen Volkes zur Wiedervereinigung gewesen sei, der Ulbricht zur Errichtung der Mauer gezwungen habe.

Der Herr *Bundeskanzler* beendete das Gespräch mit der ausdrücklichen Feststellung, daß die Bundesrepublik bereit sei, große materielle und politische

Opfer zu bringen, um zu einer befriedigenden Lösung der Wiedervereinigungsfrage zu gelangen.

Das Gespräch dauerte von 12.40 Uhr bis 14 Uhr.

Abteilung II (II 4), VS-Bd. 229

387

Gespräch des Bundesministers Schröder mit den Außenministern Rusk, Gordon Walker und Couve de Murville in Paris

II 1-86.00/0-873/64 geheim **14. Dezember 1964**[1]

I. Die Besprechungen der Außenminister Schröder, Couve de Murville, Gordon Walker und Rusk[2] nahmen folgenden Verlauf:

Bundesaußenminister *Schröder* legte zunächst unseren Standpunkt in der Frage einer Deutschland-Initiative dar.[3] Er bezog sich dabei auf die Ergebnisse der Sitzung der leitenden Experten am 12. Dezember 1964.[4] Er könne nicht verhehlen, daß ihn diese Ergebnisse enttäuscht hätten. Unser Vorschlag sei ganz einfach: Die drei Westmächte sollten gemeinsam an die Sowjetunion herantreten und ihr die Bildung eines Viermächte-Gremiums zur Behandlung der deutschen Frage nahelegen.[5] Die andere Seite werde nicht müde zu erklä-

[1] Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Oncken am 16. Dezember 1964 gefertigt und vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Kutscher über die Staatssekretäre Carstens und Lahr an Bundesminister Schröder weitergeleitet.
Hat Lahr am 18. Dezember und Carstens am 24. Dezember 1964 vorgelegen.
Hat Schröder vorgelegen.
Vortragender Legationsrat I. Klasse Simon vermerkte am 9. Januar 1965 handschriftlich: „Verteiler soll nach Weisung des Herrn Ministers klein gehalten werden."

[2] Die Außenminister trafen sich anläßlich der NATO-Ministerratstagung vom 15. bis 17. Dezember 1964. Vgl. dazu Abteilung II (II 7), VS-Bd. 703 und Bd. 704.
Für das Kommuniqué vgl. BULLETIN 1964, S. 1725 f.

[3] Zu den Überlegungen der Bundesregierung hinsichtlich der Einsetzung eines Viermächte-Rats zur Lösung der Deutschland-Frage vgl. Dok. 353, besonders Anm. 26.

[4] Am 12. Dezember 1964 trug Ministerialdirigent Ruete dem amerikanischen Sonderbotschafter Thompson, dem Unterstaatssekretär im britischen Außenministerium, Lord Hood, und dem Abteilungsleiter im französischen Außenministerium, Lucet, die Vorschläge der Bundesregierung hinsichtlich der Einsetzung eines Viermächte-Rats vor. Ruete hielt dazu am 13. Dezember 1964 fest, daß die Überlegungen „eine eher kühle Aufnahme" fanden. Er führte weiter aus: „Die Abneigung der Amerikaner war am sichtbarsten. Das Vorgehen Thompsons ermöglichte es Lucet, seine ebenfalls bestehenden Bedenken ... mit geringerem Nachdruck vorzubringen. Lord Hood äußerte sich um einige Nuancen positiver. Es war aber unverkennbar, daß sich seine Interpretation des Vorschlags einer Vier-Mächte-Maschinerie von der unsrigen unterschied." Für den Drahtbericht vgl. Abteilung II (II 1), VS-Bd. 62; B 150, Aktenkopien 1964.

[5] Dazu unterbreitete Ministerialdirigent Ruete seinen Gesprächspartnern in Paris insgesamt drei Alternativvorschläge, von denen – so Ruete – lediglich der folgende eine „gewisse Chance" auf Annahme habe: „In order to contribute to a reduction of tension and in order to further the reestablishment of German unity, the four powers have agreed to establish a Standing Council of the four powers for Germany. The Standing Council shall prepare joint proposals for the solution of the problem of Germany." Vgl. den Drahtbericht von Ruete, z. Z. Paris, vom 13. Dezember 1964; Abteilung II (II 1), VS-Bd. 62; B 150, Aktenkopien 1964.

ren, die Regelung der deutschen Frage sei Sache beider deutscher Staaten.[6] Es sei deshalb zweckmäßig, den Fortbestand der Viermächte-Verantwortung für Deutschland festzustellen. Er vermöge Nachteile einer solchen Aktion nicht zu erkennen. Der negative Standpunkt der Sowjetunion läge ziemlich fest. Lehne sie ab, so ergäben sich daraus keine negativen Folgen. Er neige jedenfalls nicht zu der Illusion, die Sowjets könnten annehmen. Sollten die Sowjets freilich ja sagen, dann tauchten gewisse Probleme auf, aber kein Problem, das nicht bereits diskutiert worden sei und mit dem wir nicht fertig werden könnten.

Als Positiva einer etwaigen Aktion seien anzusehen:

– Es werde einen guten Eindruck in der Weltöffentlichkeit hinterlassen, wenn die drei Westmächte seit langer Zeit erstmalig wieder einen gemeinsamen Schritt in der Deutschland-Frage unternähmen.

– Insbesondere in der deutschen Öffentlichkeit würde eine Initiative gut aufgenommen werden. Er denke hierbei auch an die deutsche Öffentlichkeit in der SBZ.[7]

Um die deutsche Frage behandeln zu können, gebe es zwei Möglichkeiten: Einmal die Abgabe von grundsätzlichen Erklärungen, wie sie in der Rede von Präsident Johnson in Georgetown[8] zu verzeichnen seien, dann die Einleitung einer diplomatischen Aktion gegenüber den Sowjets. Unser Vorschlag ziele auf die letztere Möglichkeit ab. Es handele sich bei ihm nicht um einen vollständigen Plan. Es sei schwierig, sich über einen solchen zu einigen. Es handele sich lediglich um den leicht zu formulierenden Wunsch, den Sowjets ein Viermächte-Gremium vorzuschlagen, das sich mit Fragen befassen solle, die Deutschland als Ganzes beträfen. Wahrscheinlich würden die Sowjets auch diesen Vorschlag ablehnen. Aber auch dann habe ein solcher Vorschlag aus den von ihm erwähnten Gründen eine positive Wirkung. Dies habe er zur Einleitung zu bemerken.

Außenminister *Rusk* erklärte, es sei bekannt, daß die amerikanische Regierung dem Gedanken der Wiedervereinigung und der Selbstbestimmung des deutschen Volkes positiv gegenüberstände. Es sei auch bekannt, daß ein großer Teil des amerikanischen Verteidigungs-Budgets dafür aufgewandt werde, um einer Krise in Mitteleuropa vorzubeugen. Eine Regelung der Deutschland-Frage sei daher nur wünschenswert. Er wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß Gromyko bei seinem kürzlichen Amerika-Besuch das Deutschland-Problem zur Erörterung gestellt habe.[9] Er selbst – Rusk – habe nicht die Absicht gehabt, über die Deutschland-Frage zu sprechen, wohl aber Gromyko.

[6] Vgl. dazu zuletzt Dok. 386.

[7] Dazu hielt Staatssekretär Carstens am 3. Dezember 1964 fest: „Die deutsche Öffentlichkeit verlangt dringend eine Aktion in der Deutschland-Frage. Unsere Forderung nach einer aktiven Deutschland-Politik ist jedoch nicht eine Deklamation zur Befriedigung des deutschen innenpolitischen Bedarfs, sondern eine politische Konzeption, aus deren Berücksichtigung oder Nichtberücksichtigung sich weitreichende Folgerungen für den inneren Zusammenhalt des westlichen Bündnisses ergeben können." Vgl. Abteilung I (I A 3), VS-Bd. 154; B 150, Aktenkopien 1964.

[8] Zur Rede des Präsidenten Johnson vom 3. Dezember 1964 vgl. Dok. 353, Anm. 22.

[9] Zu den Gesprächen des sowjetischen Außenministers Gromyko mit dem amerikanischen Außenminister Rusk und Präsident Johnson am 30. November sowie am 2., 5. und 9. Dezember 1964 vgl. Dok. 386, Anm. 19.

Dies sei schon in der Tatsache seiner Begleitung durch den Deutschland-Spezialisten, Semjonow, zum Ausdruck gekommen. Gromyko habe angeregt, die Sondierungsgespräche zwischen Amerikanern und Sowjets dort wieder aufzunehmen, wo sie 1962 stehengeblieben seien.[10] Zu diesen Gesprächen sei zu bemerken, daß sie keine Ergebnisse erbracht hätten. Er – Rusk – müsse daher hinsichtlich der Erfolgschancen neuer Gespräche skeptisch sein. Immerhin habe Gromyko erwähnt, im Falle einer Wiederaufnahme der Gespräche sei es nicht ausgeschlossen, neue Elemente in den Meinungsaustausch hineinzutragen. Solche Elemente gingen vielleicht bereits aus dem kürzlichen sowjetischen Versuch hervor, eine Viermächte-Verantwortung nur für West-Berlin herzustellen.[11] Die Amerikaner würden ein sowjetisches Mitspracherecht in West-Berlin nicht akzeptieren. Wenn der Westen eine neue Initiative gegenüber der Sowjetunion einleiten solle, dann müsse man sich jedenfalls klar sein, wo der Weg hinführe. Die Sowjets würden Gegenvorschläge einbringen. Man habe sich daher bei der Vorbereitung einer westlichen Initiative über alle Implikationen klar zu sein.

Außenminister *Couve de Murville* faßte den bisherigen Gesprächsverlauf zusammen und stellte die Standpunkte von Außenminister Rusk und Außenminister Schröder einander gegenüber. Außenminister Schröder stelle die Frage einer politischen Demonstration in den Vordergrund. Für Außenminister Rusk sei die Frage entscheidend, ob eine solche Demonstration nützlich sei und im Lichte der bisher gemachten Erfahrungen eine Erfolgschance habe. Es sei schwierig, das Pro und Contra abzuwägen. Er regte an, daß zunächst Außenminister Gordon Walker über sein Gespräch mit Gromyko[12] berichten solle.

Außenminister *Gordon Walker* erklärte, man könne an den Argumenten von Außenminister Rusk nicht vorübergehen – dies um so weniger, als sich auch Gromyko ihm gegenüber für eine Wiederaufnahme der Ost-West-Gespräche über Deutschland ausgesprochen habe. Es sei sehr bemerkenswert, welche Themen Gromyko in diesem Zusammenhang genannt habe: den deutschen Friedensvertrag, die deutschen Grenzen, den Zugang nach West-Berlin, den internationalen Status der „DDR", die Frage zur atomaren Rüstung der Bundesrepublik Deutschland und einen Nichtangriffspakt zwischen NATO und Warschauer Pakt. Unabhängig hiervon könne man die Möglichkeit nicht von der Hand weisen, daß Gromyko mit seiner Anregung einer Kontaktaufnahme das Ziel verfolge, die westlichen Entscheidungen in der MLF-Frage zu verzögern. Die Schwierigkeiten, die im Falle von Gesprächen mit den Sowjets zu erwarten seien, ständen jedenfalls fest.

Außenminister *Schröder* bemerkte, er sei sich darüber klar, daß konkrete Vorschläge des Westens auf Gegenvorschläge der Sowjets stoßen würden. Diese

[10] In den Jahren 1961/62 fanden mehrfach amerikanisch-sowjetische Sondierungsgespräche über die Berlin-Frage statt, das letzte am 6. Oktober 1962 zwischen dem amerikanischen Außenminister Rusk und dem sowjetischen Außenminister Gromyko. Am 12. Dezember 1962 erklärten die Drei Mächte im Einvernehmen mit der Bundesrepublik, daß man zur Zeit keinen Anlaß für weitere Berlin-Gespräche mit der UdSSR sehe. Vgl. dazu AdG 1962, S. 10175 und S. 10308; GREWE, Rückblenden, S. 499–505.

[11] Vgl. dazu Dok. 379.

[12] Zum Gespräch vom 9. Dezember 1964 vgl. Dok. 381, Anm. 4.

würden die Zwei-Staaten-Theorie[13] vertreten. Es würde sehr überraschend sein, wenn sie auf den Vorschlag eines Viermächte-Gremiums eingingen. Er wolle die einzelnen Möglichkeiten der Entwicklung untersuchen.

– Wenn die Sowjets negativ reagierten, dann bleibe man dort stehen, wo man sich jetzt befände.

– Reagierten sie auf den Vorschlag eines Viermächte-Gremiums positiv, dann müsse man immer mit der Vorlage einer kompletten Wunschliste der Sowjets rechnen, wie sie gegenüber Außenminister Gordon Walker vorgetragen worden sei. Zur Beantwortung dieser Forderungen lägen die westlichen Standard-Antworten bereit.

– Sollten die Sowjets auch in der politischen Substanz positiv Stellung nehmen, dann dürfe man freilich einer Erörterung nicht ausweichen.

Es gebe jedenfalls keine Position, die die Sowjets beziehen könnten, für die keine westliche Antwort parat läge. Zur Frage der Erarbeitung einer gemeinsamen westlichen Viermächte-Position wolle er in aller Offenheit bemerken, daß dies, so wie die Dinge jetzt lägen, ausgeschlossen sei. Dies wäre an sich nicht erfreulich, aber auch nicht schädlich, wenigstens solange nicht, als keine Situation in Aussicht stehe, die in Anbetracht einigermaßen vernünftiger sowjetischer Deutschland-Vorschläge eine grundsätzliche Erörterung der Deutschland- und Sicherheitsfrage notwendig mache. Er schätze also das Risiko eines westlichen Schrittes nach wie vor gering ein.

Außenminister *Walker* richtete an Bundesaußenminister Schröder die Frage, wie er die Wirkung der gegenwärtigen Diskussion über nukleare Fragen einschätze.

Der Herr *Bundesaußenminister* erklärte, daß es sich bei diesem Problem um Fragen handele, die im Zusammenhang mit der generellen Prüfung der Sicherheitsfrage zu behandeln seien. Eine Änderung des westlichen Sicherheitssystems käme erst dann in Frage, wenn die Sowjets dem deutschen Volk die Selbstbestimmung zugeständen. Es sei dann der Mühe wert, nukleare Probleme zu vertagen.[14] Als zusätzliches Argument für die Initiative erwähnte er, daß sie der Gefahr weiterer UNO-Initiativen[15] vorbeuge. Der Vorschlag, die Deutschland-Frage durch die Vier Mächte zu klären, sei den unkontrollierten Aktionen der VN vorzuziehen.

Außenminister *Rusk* richtete an den Bundesaußenminister die Frage, welche Chancen er dem Zustandekommen eines Besuches von Kossygin in der Bundesrepublik Deutschland[16] beimesse. Er erkundigte sich ferner, wie sich eine

[13] Zur sowjetischen Zwei- bzw. Drei-Staaten-Theorie vgl. Dok. 13, Anm. 10 und 15. Vgl. auch Dok. 202, Anm. 5.

[14] Zur Bereitschaft der Bundesrepublik, die Beteiligung an der geplanten MLF/ANF bei Fortschritten in der Deutschland-Frage neu zu überdenken, vgl. Dok. 386, besonders Anm. 17.

[15] Zu Befürchtungen der Bundesrepublik, der DDR könne bei der UNO ein Beobachterstatus eingeräumt werden, vgl. zuletzt Dok. 353, Anm. 31.
Zum Zusammenhang zwischen der in der UNO behandelten Frage der Nichtverbreitung von Atomwaffen und der Deutschland-Frage vgl. Dok. 253 und Dok. 334.

[16] Zur Einladung des Ministerpräsidenten Kossygin vgl. Dok. 310.

eventuelle westliche Initiative auf unsere Kontakte zur Zone auswirken werde.

Außenminister *Schröder* erklärte, daß Kossygin – wenn er überhaupt nach Deutschland käme – dies zu einem Zeitpunkt in fernerer Zukunft tun würde. Chruschtschow wäre lieber heute als morgen angereist.[17] Seine Nachfolger hätten ein größeres Besuchsprogramm abzuwickeln. Der Sturz Chruschtschows[18] habe die Lage bedeutend verändert. Zur Frage der Kontakte zur SBZ bemerkte er, daß eine etwaige westliche Deutschland-Initiative diese nicht beeinträchtigen werde. Jede westliche Initiative habe eine positive Wirkung auf die SBZ-Bevölkerung. Es werde für das SBZ-Regime schwer sein, sich dieser Tatsache zu entziehen. Zur Frage unseres Vorschlages des Viermächte-Gremiums sei zu bemerken, daß die Führer der SBZ bei ihrer mit Sicherheit erfolgenden Ablehnung des Vorschlages von den Garantien des sowjetisch-sowjetzonalen Vertrages vom 12. Juni 1964 ausgehen würden, der ein Tätigwerden der Vier Mächte für Gesamtdeutschland ausschließe.

Außenminister *Couve de Murville* faßte zusammen, daß in kommunistischer Sicht eine Wiedervereinigung nur unter Zugrundelegung dieses Vertrages möglich sei.[19]

Außenminister *Walker* zeigte sich über die Möglichkeit besorgt, daß sich im Falle einer Wiederaufnahme der Diskussion mit den Sowjets und im Falle eines Fehlschlages dieser Bemühungen zunehmender Druck in der Weltöffentlichkeit – er denke auch an die britische Öffentlichkeit – geltend machen werde, es in der Deutschland-Frage bei dem jetzigen Zustand zu belassen. Mit solchen Erscheinungen sei zu rechnen.

Außenminister *Schröder* stellte fest, daß die Sowjets eigentlich nicht mehr frei seien in ihrer Antwort, nachdem sie das Abkommen vom 12. Juni 1964 abgeschlossen hätten. Unsere Forderung des Viermächte-Gremiums und die kommunistische Zwei-Staaten-Theorie ständen einander gegenüber. Wir müßten an unserer Forderung festhalten.

Außenminister *Walker* wies darauf hin, es bestände die Möglichkeit, daß die Russen den Vorschlag eines Viermächte-Gremiums annähmen und dann zu einer Verzögerungstaktik übergingen. Erscheine dem Bundesaußenminister unter diesem Gesichtspunkt eine sowjetische Annahme unseres Vorschlages wünschenswert?

Der Herr *Bundesaußenminister* erklärte, man müsse den Viermächte-Auftrag so formulieren, daß er sich unmißverständlich auf das Selbstbestimmungsrecht beziehe. In diesem Fall sei jede positive Stellungnahme der Sowjets zu begrüßen. Er wolle aber feststellen, daß er selbst eine redressierte Formel, die sich lediglich auf Deutschland als Ganzes beziehe, für tragbar hielte und in

[17] Zur Einladung des Ministerpräsidenten Chruschtschow, die Bundesrepublik zu besuchen, vgl. Dok. 155.

[18] Zum Führungswechsel in der UdSSR am 14./15. Oktober 1964 vgl. Dok. 286, besonders Anm. 5.

[19] Artikel 10 des Freundschaftsvertrags vom 12. Juni 1964: „Im Falle der Schaffung eines einheitlichen, demokratischen und friedliebenden deutschen Staates oder des Abschlusses eines deutschen Friedensvertrages kann dieser Vertrag vor Ablauf der Frist von zwanzig Jahren auf Wunsch jeder der Hohen Vertragschließenden Seiten überprüft werden." Vgl. DzD IV/10, S. 720.

diesem Fall keine Sorge vor einer Annahme des Vorschlages durch die Sowjets habe. Er sei auch dann bereit, mit ihnen zu sprechen. Im übrigen stehe fest, daß sie nein sagen würden.

Außenminister *Rusk* richtete an den Bundesaußenminister die Frage nach dem Zeitfaktor: Ob eine Deutschland-Initiative ihren Wert bereits nach einem Monat oder nach drei oder vier Monaten verliere. Unabhängig hiervon könnten einige schwierige Probleme zur Sprache kommen, z.B. die bereits von Gromyko berührte Frage der deutschen Grenzen. Sollten die Westmächte dann schweigen? Auf der einen Seite würden die westlichen Regierungen dann durch die eigene Öffentlichkeit gedrängt werden, ihre Position in der Grenzfrage zu klären. Dies sei auf der anderen Seite nicht angenehm für die deutsche Öffentlichkeit.

Außenminister *Schröder* erwiderte, er halte es nicht für sehr wahrscheinlich, daß die Grenzfrage ein Gegenstand des einsetzenden Wahlkampfes[20] sein werde. Man solle in dieser Frage die Linie einhalten, wie sie in dem Deutschland-Vertrag, der von allen unterschrieben sei, niedergelegt sei: Die Grenzfrage sei im Friedensvertrag zu regeln.[21] Dies sei ein gutes Argument, um Fragen zu begegnen, die innerhalb und außerhalb Deutschlands gestellt würden. Zum Zeitpunkt einer Aktion habe er zu bemerken, daß es besser sei zu handeln als diese hinauszuschieben. Wenn er die Wahl zwischen einer Aktion in vier Wochen oder vier Monaten habe, zöge er eine Aktion in vier Wochen vor. Die Entscheidung in dieser Frage hänge im übrigen von der Lagebeurteilung ab. Hierüber könne man noch sprechen.

II. Im Anschluß hieran fand das Abendessen statt. Die Besprechungen der vier Außenminister wurden dann ohne Hinzuziehung ihrer Begleiter fortgesetzt. Das Ergebnis dieser Besprechungen war der Beschluß, ein gemeinsames Kommuniqué der Vier vorzubereiten, das von den Experten am 15. Dezember ausgearbeitet, anschließend den Ministern zur Billigung und dem NATO-Ministerrat zur Kenntnis vorgelegt werden sollte.[22]

Abteilung II (II 1), VS-Bd. 62

[20] Die Bundestagswahlen fanden am 19. September 1965 statt.

[21] Zu Artikel 7, Absatz 1 des Deutschland-Vertrages vom 26. Mai 1952 in der Fassung vom 23. Oktober 1954 vgl. Dok. 140, Anm. 15.

[22] In dem Entwurf für ein Kommuniqué bekräftigten die vier Staaten das deutsche Recht auf Selbstbestimmung und bekundeten ihre Absicht, „eine Lösung der deutschen Frage durch Wiederaufnahme der Gespräche mit der Sowjetregierung zu suchen". Der deutsche Vorschlag, in das Kommuniqué die Erklärung aufzunehmen, wonach „es an der Zeit sei, ... mit der Sowjetunion geeignete Schritte zu unternehmen", scheiterte jedoch am französischen Widerstand. Bundesminister Schröder entschied daraufhin, eine eigene deutsche Presseerklärung zu veröffentlichen, die sich an den Wortlaut des Kommuniqués unter Einschluß des von Frankreich abgelehnten Zusatzes halten sollte. Vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Ruete vom 17. Dezember 1964; Abteilung II (II 1), VS-Bd. 62; B 150, Aktenkopien 1964.
Für den Wortlaut der Pressemitteilung der Bundesregierung vom 16. Dezember 1964 vgl. DzD IV/10, S. 1223.
Am 16. Dezember 1964 dementierte die französische Regierung, daß sie die Verabschiedung des gemeinsamen Kommuniqués verhindert habe. Vgl. dazu L'ANNÉE POLITIQUE 1964, S. 316. Vgl. dazu weiter Dok. 392, besonders Anm. 11.

388

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Böker

Dg I B/I B 4-84.00/92.19/1630/64 geheim **15. Dezember 1964**[1]

Betr.: Lieferung amerikanischer Tanks nach Israel[2]

In Vertretung von Botschaftsrat Kidd suchte mich heute Herr Sutterlin von der amerikanischen Botschaft auf Weisung seiner Regierung in folgender eiliger Angelegenheit auf:

Die amerikanische Botschaft in Kairo habe berichtet, daß einer der Begleiter des Bundestagspräsidenten Gerstenmaier während seines Aufenthaltes in Kairo[3] einem ägyptischen Gesprächspartner gegenüber erzählt habe, die Bundesregierung hätte sich unter starkem Druck der amerikanischen Regierung bereit erklärt, eine größere Anzahl amerikanischer Tanks an Israel zu liefern. Dieser Bericht der Botschaft Kairo sei bis ins Weiße Haus gelangt und habe dort einige Aufregung verursacht, da die Angelegenheit in Washington als „streng geheim" behandelt werde und es der amerikanischen Regierung sehr unangenehm sei[4], wenn die ägyptische Seite hiervon erfährt. Insbesondere wäre es für die amerikanische Regierung unangenehm, wenn die Ägypter von deutscher Seite den Eindruck gewännen, die amerikanische Regierung habe Druck ausgeübt.

Ich erklärte Herrn Sutterlin, ich würde dieser Sache nachgehen. Ich verstünde das amerikanische Interesse, die Sache geheim halten zu wollen und würde den in Frage kommenden Persönlichkeiten in der Bundesregierung den amerikanischen Wunsch auf Geheimhaltung übermitteln. Wir hätten aber festgestellt, daß die Araber und insbesondere die Ägypter durch ihre Nachrichtendienste sehr genau über unsere militärische Zusammenarbeit mit Israel Bescheid wüßten.[5] Es würde mich deshalb nicht wundern, wenn sie längst von anderer Seite über die Tankangelegenheit gehört hätten. Wir würden selbstverständlich nichts tun, um der Sache weitere Publizität zu geben. Im übrigen sei sich die amerikanische Regierung wohl darüber klar, wie einmütig deutsche politische Kreise die durch Indiskretion bekannt gewordene militärische Zusammenarbeit mit Israel[6] ablehnten. Auch die Reaktion bei dem besonders Israel-freundlichen Bundestagspräsidenten sei sehr scharf gewesen, wie ich persönlich hätte feststellen können. Möglicherweise werde dies auch in ge-

[1] Hat Bundesminister Schröder und Staatssekretär Carstens vorgelegen.

[2] Zur Frage einer Lieferung von Panzern an Israel vgl. zuletzt Dok. 161. Vgl. weiter Dok. 396.

[3] Zum Aufenthalt des Bundestagspräsidenten Gerstenmaier vom 20. bis 23. November 1964 in der VAR vgl. Dok. 352.

[4] Die Wörter „amerikanischen Regierung sehr unangenehm sei" wurden von Staatssekretär Carstens hervorgehoben. Dazu handschriftliche Bemerkung: „Uns auch!"

[5] Zur Ausrüstungshilfe für Israel vgl. Dok. 289.

[6] Zu den Pressemeldungen über Waffenlieferungen der Bundesrepublik an Israel vgl. Dok. 306, Anm. 2.

setzgeberischen Maßnahmen Niederschlag finden.[7] Es sei sehr zu bedauern, daß die amerikanische Regierung auf die seltsame Idee verfallen sei, ausgerechnet uns als Mittelsmann der amerikanischen Tanklieferungen zu benutzen. Herr Sutterlin erwiderte, daß diese Entscheidung wohl darauf zurückzuführen sei, daß sie vom Verteidigungsministerium und nicht vom State Department ausgegangen sei.

Hiermit zunächst Herrn VLR I Dr. Schirmer[8] mit der Bitte um Stellungnahme bzw. Rücksprache.[9]

Alexander Böker

Abteilung I (I B 4), VS-Bd. 222

389

Botschafter Klaiber, Paris, an Staatssekretär Carstens

Z B 6-1/9716/64 geheim **Aufgabe: 15. Dezember 1964, 20.00 Uhr**
Fernschreiben Nr. 1975 **Ankunft: 15. Dezember 1964, 20.01 Uhr**

Nur für Staatssekretär[1]

Der hiesige britische Gesandte Hohler unterrichtete die Botschaft an Hand eines von Walker verfaßten Telegramms von dem Verlauf der Unterredung zwischen Gordon Walker und Couve vom 14. Dezember, 18.00 Uhr, wie folgt:

Zu Beginn der Unterredung habe Walker das britische Memorandum über die Atlantic Nuclear Force (ANF) Couve übergeben und dabei bemerkt, daß dieses Memorandum auch der Bundesregierung[2] und der italienischen Regierung zugeleitet worden sei. Er habe dann auseinandergesetzt, daß Großbritannien eine französische Mitwirkung an diesem Plan sehr begrüßen würde. Couve habe daraufhin die Gründe dargelegt, die es Frankreich unmöglich machten, ebenso wenig wie an der MLF auch an der ANF mitzuwirken, weil es die sowohl der MLF wie der ANF zugrunde liegende Konzeption der integrierten at-

[7] Vgl. dazu bereits Dok. 385, Anm. 8.

[8] Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Schirmer am 19. Dezember 1964 vorgelegen.

[9] Am 22. Dezember 1964 bestätigte Vortragender Legationsrat I. Klasse Schirmer, daß die deutsche Delegation in Begleitung des Bundestagspräsidenten Gerstenmaier versucht habe, gegenüber der ägyptischen Regierung die Waffenlieferungen an Israel mit Hinweis auf die Interessen der Alliierten „besonders jenseits des Ozeans" zu erklären. Schirmer fuhr fort, die VAR sei sich ohnehin bewußt, „daß die Bundesregierung nicht ohne Einwilligung der amerikanischen Regierung dies hätte tun können. Die Gesprächsführung hat also nur bestätigt, was nach Lage der Dinge nicht mehr zu verheimlichen war." Vgl. Abteilung I (I B 4), VS-Bd. 222; B 150, Aktenkopien 1964.
Zu den deutsch-ägyptischen Beziehungen vgl. weiter Dok. 394.

[1] Hat Staatssekretär Carstens am 16. Dezember 1964 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Bitte Vorschlag für Verteilung (B[undes]K[anzler]A[mt] !)".

[2] Zum britischen Vorschlag einer ANF vgl. Dok. 382, besonders Anm. 8.

lantischen Verteidigung für falsch halte. Diese ganze Konzeption laufe nur darauf hinaus, die Vorherrschaft der Amerikaner zu sichern.

Den Amerikanern genüge es nicht, daß die Bundeswehr schon jetzt völlig von Amerika abhängig und eine Art von „foreign legion" sei.[3] Sie wollten mit der MLF die Integration Europas verhindern. Den Einwand von Gordon Walker, daß sowohl das amerikanische MLF- wie das britische ANF-Projekt darauf abziele, der Bundesrepublik einen Anteil an der Verantwortung für die „nuclear policy" einzuräumen, habe Couve nicht gelten lassen. Die Deutschen hätten einen solchen Anteil nicht gefordert. Das sei eine leere amerikanische Behauptung. Auch die Italiener beanspruchten keinen Teil an der Verantwortung.[4]

Walker habe dann Couve gefragt, welche Alternative Frankreich Deutschland und Italien zu bieten habe. Hierauf sei Couve die Antwort schuldig geblieben.[5] Die weitere Frage, ob Frankreich für den Fall des Zustandekommens der Europäischen Politischen Union bereit sei, der Bundesrepublik und Italien ein Mitspracherecht hinsichtlich der französischen „force de dissuasion" einzuräumen, habe Couve verneint. Italien begehre kein solches Mitspracherecht. Für die Bundesrepublik komme es im Hinblick auf die Teilung Deutschlands nicht in Frage.

Walker habe weiter gefragt, ob Frankreich im Falle des Zustandekommens einer ANF die NATO verlassen werde. Hierzu habe Couve erklärt, die Amerikaner hätten dieses Gerücht in die Welt gesetzt. Er könne aber nicht ausschließen, daß Frankreich, falls die Entwicklung innerhalb von NATO weiter für Frankreich unbefriedigend verlaufe, sich in einigen Jahren vor das Problem gestellt sehen könnte.

Zusammenfassend habe Couve gemeint, Walker müsse es verstehen, daß Frankreich sich an den ANF-Verhandlungen auch nicht als Zuhörer beteiligen möchte, da seine Anwesenheit die anderen nur in Verlegenheit brächte.

Zum Schluß habe Walker der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß der jetzt ein-

[3] Am 21. Dezember 1964 dementierte der Abteilungsleiter im französischen Außenministerium, Lucet, energisch Pressemeldungen, nach denen Couve de Murville die Bundeswehr als „Fremdenlegion" bezeichnet habe. Er kündigte gleichzeitig auch Proteste bei der britischen Botschaft an. Am 23. Dezember 1964 bestätigte der britische Gesandte Hohler gegenüber Botschafter Klaiber, Paris, den französischen Protest und fügte die Erläuterung von Lucet hinzu: „Walker müsse Couve völlig mißverstanden haben. Couve habe lediglich von der Abhängigkeit der Bundeswehr vom Pentagon gesprochen. Daraufhin sei das Informationstelegramm der hiesigen britischen Botschaft entsprechend abgeändert worden." Vgl. die Drahtberichte von Klaiber vom 21. und 23. Dezember 1964; Büro Staatssekretär, VS-Bd. 432; B 150, Aktenkopien 1964.
Vgl. auch den Artikel „Couve äußert sich scharf über Bonn", DIE WELT, Nr. 294 vom 17. Dezember 1964, S. 4.

[4] Zur italienischen Haltung gegenüber der geplanten MLF/ANF vgl. Dok. 375.

[5] Am 11. Dezember 1964 berichtete Botschafter Klaiber, Paris, daß er Einblick in ein Informationstelegramm des französischen Außenministers Couve de Murville über dessen Gespräch vom 2. Dezember 1964 mit dem Staatssekretär im amerikanischen Außenministerium, Ball, erhalten habe. Der entscheidende Satz in diesem Telegramm habe gelautet: „Quant à l'Europe, elle existera peut-être un jour, mais ne peut avant longtemps fournir les éléments d'une solution et tout ce qui se passe à l'heure actuelle ne peut que retarder son développement." Vgl. Abteilung II (II 7), VS-Bd. 1365; B 150, Aktenkopien 1964.
Zum Gespräch zwischen Ball und Couve de Murville vgl. auch Dok. 374, Anm. 1.

geleitete Meinungsaustausch zwischen ihm und Couve fortgeführt würde. Er würde sich z.B. sehr freuen, wenn er Couve demnächst in London begrüßen könnte.[6]

[gez.] Klaiber

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 432

390

Vermerk des Staatssekretärs Carstens

St.S. 59/64 streng geheim **16. Dezember 1964**[1]

Nach der heutigen Kabinettssitzung fragte mich Staatssekretär Gumbel, wie ich mich zu einem Projekt stellen würde, wonach die Bundeswehr einen ehemaligen amerikanischen Flugplatz in Spanien übernehmen sollte.[2]

Ich antwortete, in mancher Hinsicht würde ich Spanien[3] gegenüber Portugal den Vorzug geben. Widerstände seien zu erwarten: von der SPD, von Belgien und den skandinavischen Staaten sowie möglicherweise von Kanada. Ich ginge davon aus, daß die Sache mit den USA vorher geklärt werden würde.

Ich gab Staatssekretär Gumbel zu bedenken, ob man nicht mit der Realisierung dieses Projekts bis Ende 1965 warten könnte.

Hiermit dem Herrn Minister[4] zur gefälligen Kenntnis.

Carstens

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 446

[6] Zu einer Begegnung zwischen dem französischen Außenminister Couve de Murville und dem britischen Außenminister kam es wegen des Rücktritts von Gordon Walker am 22. Januar 1965 nicht. Vgl. dazu auch Dok. 381, Anm. 23.

[1] Ein Durchdruck hat Staatssekretär Lahr am 17. Dezember 1964 vorgelegen. Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 446.

[2] Am 19. Oktober 1964 hielt Staatssekretär Carstens eine Mitteilung des Bundesministers von Hassel fest, wonach die Bundeswehr beabsichtige, in Spanien einen Flugplatz von den USA zu übernehmen. Hassel habe weiter ausgeführt, daß „die Möglichkeiten, in Portugal weitere Anlagen zu schaffen, an die ursprünglich gedacht worden sei, ... leider nicht gegeben" seien. Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 446; B 150, Aktenkopien 1964.

[3] Dieses Wort wurde von Staatssekretär Lahr hervorgehoben. Dazu handschriftliche Bemerkung: „Ich neige auch dieser Auffassung zu."

[4] Hat Bundesminister Schröder am 18. Dezember 1964 vorgelegen.

391

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Müller-Roschach

Pl-256/64 VS-vertraulich **17. Dezember 1964**

Betr.: Kontakte zu osteuropäischen Regierungen[1];
hier: Das Selbstbestimmungsrecht der Völker in Osteuropa

Bezug: Handschriftliche Verfügung des Herrn St.S. I vom 7. Dezember 1964[2]

Unsere auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker gestützte Wiedervereinigungspolitik stößt bei den osteuropäischen Staaten auf die politische Schwierigkeit, daß das Selbstbestimmungsrecht neben seinem außenpolitischen Aspekt (Recht auf Einheit, Verbot der Einmischung) einen innenpolitischen Aspekt beinhaltet, nämlich das Recht, die gesellschaftspolitische Ordnung selbst zu bestimmen. Wir können auf dieses Recht für den in Unfreiheit lebenden Teil des deutschen Volkes in Mitteldeutschland nicht verzichten. Die kommunistischen Regierungen in Osteuropa hingegen können nicht zulassen, daß ein Erfolg unserer Berufung auf das Selbstbestimmungsrecht unter seinem innenpolitischen Aspekt, also freie Wahlen in der Zone, die Bevölkerung in Polen, Ungarn und anderen osteuropäischen Staaten zu vom kommunistischen Standpunkt unerfüllbaren Forderungen verleiten und damit ihre Herrschaft gefährden könnte, während sie dem Selbstbestimmungsrecht unter seinem außenpolitischen Aspekt (Einheit der Nation, Nichteinmischung Moskaus in die inneren Angelegenheiten der Staaten, in Osteuropa also der regierenden kommunistischen Parteien) aufgeschlossener gegenüberstehen dürften. Es kommt für unsere Osteuropapolitik daher darauf an, den osteuropäischen Regierungen diese Furcht zu nehmen und ihnen klarzumachen, daß unser Verlangen nach Anwendung des Selbstbestimmungsrechts auf das deutsche Volk nicht zwangsläufig auch bedeuten muß, daß wir die gesellschaftspolitische Ordnung der osteuropäischen Staaten in Frage stellen wollen.

Wir sollten die Regierungen der europäischen Ostblockstaaten in geeigneter Weise davon unterrichten, daß wir bereit seien, eine Politik zu treiben, die nicht auf eine[3] Gefährdung der gesellschaftspolitischen Ordnungen in den osteuropäischen Staaten abziele[4], unter der Voraussetzung, daß diese Staaten die UdSSR bewegen, die künstlich und mit Gewalt aufgerichteten Hindernisse zu beseitigen, die der Herstellung der staatlichen Einheit des deutschen Volkes im Wege stehen und durch die Mauer in Berlin symbolisiert werden, sowie un-

[1] Vgl. dazu zuletzt Dok. 226.

[2] Dem Vorgang beigefügt. Staatssekretär Carstens vermerkte handschriftlich auf einer Aufzeichnung des Ministerialdirektors Müller-Roschach vom 30. November 1964 über das Selbstbestimmungsrecht im Zusammenhang mit Oberschlesien, Nordschleswig, dem Saarland und Südtirol: „Was schlagen Sie vor? Bitte R[ücksprache]." Vgl. Abteilung II (II 1), VS-Bd. 14; B 150, Aktenkopien 1964.

[3] Die Wörter „nicht auf eine" wurden von Staatssekretär Carstens handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „alles unterläßt, was zu einer".

[4] Dieses Wort wurde von Staatssekretär Carstens handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „führen könne".

ter der Voraussetzung, daß sie Moskau veranlassen, Mitteldeutschland Zug um Zug mit der Beendigung des friedensvertragslosen Zustandes im Herzen Europas aus dem kommunistischen Lager zu entlassen. Eine derartige Politik nimmt unter den genannten Voraussetzungen die Fortdauer und die Festigung der Herrschaft der in einigen Ländern mit mehr, in anderen mit weniger offenkundiger Hilfe Moskaus an die Macht gekommenen und an der Macht gehaltenen kommunistischen Parteien in den osteuropäischen Staaten hin und erkennt als Ordnungsprinzip für Osteuropa den „sozialistischen Internationalismus" ausdrücklich an, der eine gegenseitige Pflicht aller sozialistischen Staaten zur Hilfeleistung, gegebenenfalls auch mit Gewalt, im Falle der Gefährdung der kommunistischen Ordnung in einem „sozialistischen Bruderland" beinhaltet (vgl. Anhang I)[5]. Die kommunistischen Parteien in Osteuropa sollen sich vor allem für den Fall einer Herausgabe der SBZ sicher fühlen können; hierdurch soll ihr Schicksal ausdrücklich vom Schicksal Ulbrichts und der SED getrennt werden. Je sicherer sich die regierenden kommunistischen Parteien in Osteuropa auch im übrigen fühlen können, um so größer wird ihre Bewegungsfreiheit im Verhältnis zu Moskau im Rahmen des kommunistischen Blocks nach dem Prinzip der „Gleichberechtigung der kommunistischen Parteien" (vgl. Anhang II)[6] und um so selbstbewußter werden sie Moskau gegenüber auftreten können.

Um die Berechtigung der Forderung nach Entlassung Mitteldeutschlands aus dem kommunistischen Lager zu unterstreichen, sollten wir daran erinnern, daß wir mit unserem Verlangen nach gesamtdeutschen freien Wahlen lediglich die Wiederherstellung der nationalen Einheit des deutschen Volkes im Rahmen einer von ihm frei gewählten sozialen Ordnung anstreben und daß wir uns mit dieser Forderung in Übereinstimmung befinden mit den politischen Grundsätzen der von allen Ostblockstaaten eingebrachten und mit ihren Stimmen angenommenen Resolution der UNO Nr. 1514 vom 14. Dezember 1960[7], in der es heißt:

„2. All peoples have the right to self-determination; by virtue of that right they freely determine their political status und freely pursue their economic, social and cultural development ...

6. Any attempt aimed at the partial or total disruption of the national unity and the territorial integrity of a country is incompatible with the purpose and principles of the Charter of the United Nations."

Zugleich sollte darauf hingewiesen werden, daß Ulbricht mit Unterstützung der UdSSR durch Verweigerung gesamtdeutscher freier Wahlen die zitierten

[5] Dem Vorgang beigefügt. Vgl. Abteilung II (II 1), VS-Bd. 14; B 150, Aktenkopien 1964.

[6] Dem Vorgang beigefügt. Auszug aus der Moskauer Erklärung der kommunistischen und Arbeiter-Parteien vom Dezember 1960. Darin hieß es weiter: „Alle marxistisch-leninistischen Parteien sind unabhängig und gleichberechtigt; sie arbeiten ihre Politik aus, indem sie von den konkreten Bedingungen ihrer Länder ausgehen und sich von den Prinzipien des Marxismus-Leninismus leiten lassen, und erweisen einander Unterstützung." Vgl. Abteilung II (II 1), VS-Bd. 14, B 150, Aktenkopien 1964; vgl. auch OST-PROBLEME 1961, Heft 3, S. 66–83.

[7] Für den Wortlaut vgl. „Declaration on the Granting of Independence to Colonial Countries and Peoples"; UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie I, Bd. VIII, S. 188.

Grundsätze der UNO-Resolution vom 14. Dezember 1960 ständig verletzt (vgl. auch Anhang III)[8].

Weiterhin könnte darauf hingewiesen werden, daß eine Ulbricht unterstützende Politik der kommunistischen Regierungen in Osteuropa uns zwangsläufig dazu führen muß, eine Politik zu treiben, die darauf abzielt, im Lager unserer Verbündeten alle Bestrebungen zu unterstützen, die dahin gehen, den innenpolitischen Aspekt des Selbstbestimmungsrechts, nämlich das Recht, die gesellschaftspolitische Ordnung selbst zu bestimmen, auch in allen osteuropäischen Ländern durchzusetzen.[9]

Es wird vorgeschlagen, im Anschluß an den Runderlaß vom 11. September 1963 der Abteilung II[10], der den Verkehr mit amtlichen Vertretungen kommunistischer Staaten regelt, die Leiter der größeren in Frage kommenden Botschaften, vor allem auch in neutralen Ländern wie Indien, Österreich und Schweden, anzuweisen, vorstehende Gedankengänge in Gesprächen im vorpolitischen Raum mit Angehörigen der Botschaften der europäischen Ostblockstaaten (außer UdSSR) auf möglichst hoher Ebene anklingen zu lassen. Entsprechende Gespräche sollten jedoch nur geführt werden, soweit bereits persönliche Beziehungen zu den in Frage kommenden Botschaften osteuropäischer kommunistischer Länder bestehen. Das Ergebnis derartiger Fühlungnahmen könnte dann gegebenenfalls mit den USA, Großbritannien und Frankreich erörtert werden.

Ferner wird vorgeschlagen, den amtlichen deutschen Handelsvertretungen in den osteuropäischen Ländern vorstehende Gedankengänge zur Information zuzuleiten. Zu einem späteren Zeitpunkt könnte dann erwogen werden, die Handelsvertretungen anzuweisen, die skizzierten Gedankengänge in Gesprächen auf möglichst hoher Ebene mit Funktionären der Außenhandels- und Wirtschaftsministerien sowie gegebenenfalls des Außenministeriums und der Kommunistischen Partei ihrer Gastländer zu verwerten.

Hiermit dem Herrn Staatssekretär erneut vorgelegt.[11] Die Aufzeichnung vom 30. November 1964 (Pl 188/64) ist wieder beigefügt.

Müller-Roschach

Abteilung II (II 1), VS-Bd. 14

[8] Dem Vorgang beigefügt. Ministerialdirektor Müller-Roschach führte als Beispiel an, daß die DDR 1952 die Arbeiten einer UNO-Kommission blockiert habe, die feststellen sollte, „ob die Bedingungen in Deutschland derart sind, daß sie die Abhaltung tatsächlicher freier und geheimer Wahlen gestatten". Vgl. Abteilung II (II 1), VS-Bd. 14; B 150, Aktenkopien 1964.

[9] Dieser Absatz wurde von Staatssekretär Carstens gestrichen.

[10] Vgl. AAPD 1963, II, Dok. 330.

[11] Hat Staatssekretär Carstens am 24. Dezember 1964 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Dies ist eine wichtige Frage: Weit kritischer ist allerdings die Implikation der Forderung nach Selbstbestimmung auf die Grenzfrage." Carstens bat Ministerialdirektor Krapf um Stellungnahme zum Vorschlag des Ministerialdirektors Müller-Roschach.
Vgl. weiter Dok. 400.

392

Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem amerikanischen Botschafter McGhee

Z A 5-156.A/64 geheim **19. Dezember 1964**[1]

Der Herr Minister empfing am 19. Dezember 1964 um 11.45 Uhr den amerikanischen Botschafter, Herrn McGhee, zu einem Gespräch.

Zur Militärdebatte in der französischen Kammer[2] führte der *Botschafter* aus, welche Beurteilung die USA dieser Debatte gäben: Es sei das erste Mal, daß die Kammer direkt über militärische Fragen abgestimmt habe. Das Resultat entspreche der französischen Auffassung und spiegle die Tatsache wider, daß eine starke Gruppe hinter General de Gaulle stehe. Pompidous Argument sei gewesen, die französische Streitmacht werde zuverlässiger für die Europäer sein, da die USA nun einmal nicht in Europa liegen.

Der Botschafter bat ferner, auch Deutschland möge seinen Beitrag für die Türkei von 43,5 Millionen $ auf 50 Millionen $ erhöhen, da die letzte Besprechung im Türkei-Konsortium[3] ergeben habe, daß für 1965 noch ein Defizit bestehe. Auch Japan sowie Italien, Frankreich und England werden um einen höheren Beitrag gebeten werden.

Zur Frage der MLF führte der Botschafter dann aus, die USA hätten einen neuen Vorschlag über die Zusammensetzung der Kontrolle ausgearbeitet, nach dem die übrigen Länder nun auch ihre Stimmen vereinen könnten zu einem Veto. Die Frage sei jedoch noch offen.

Der Herr *Minister* führte aus, daß Deutschland noch keine einheitliche Auffassung habe entwickeln können, zumal die Regierung noch nicht über die neuen Vorschläge der britischen Regierung habe diskutieren können. Die Gespräche in England[4] hätten zunächst zu einer Klärung der gegenseitigen Positionen geführt. Von dem *Botschafter* nach der britischen Stellung zur Frage der gemischten Bemannung der Flotte befragt, antwortete der Herr *Minister*, England sei zwar für eine gemeinsame Flotte, aber wohl auch jetzt noch nicht für eine gemischte Besatzung der Schiffe. Der Herr Minister wies dann darauf hin, daß in Deutschland Stimmen laut würden, die auf einen verminderten Enthusiasmus der Amerikaner für die MLF und eine sehr vorsichtige Haltung des amerikanischen Präsidenten hinwiesen.[5] Angesichts der vielen Gegner der

[1] Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Dolmetscherin Siebourg am 22. Dezember 1964 gefertigt.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Simon am 4. Januar 1965 vorgelegen, der für Bundesminister Schröder handschriftlich vermerkte: „Ich schlage vor, keine weitere Verteilung vorzusehen."
Hat Bundesminister Schröder am 7. Januar 1965 vorgelegen.

[2] Vgl. dazu Dok. 370, Anm. 2.

[3] Zum Türkei-Konsortium vgl. zuletzt Dok. 333.

[4] Zu den Gesprächen des Bundesministers Schröder mit dem britischen Außenminister Gordon Walker und Premierminister Wilson am 11. Dezember 1964 vgl. Dok. 381–383.

[5] Zur Modifizierung der amerikanischen Haltung gegenüber der geplanten MLF/ANF vgl. Dok. 401.

MLF auch in Deutschland[6] sei es aber nicht gut, wenn es so aussehe, als einigten die USA sich nun mit Frankreich über eine zukünftige Zusammensetzung[7].

Der *Botschafter* erwiderte, Präsident Johnson wolle dieses Projekt nicht erzwingen, sondern es müsse sich natürlich entwickeln. Er fragte, ob es den Herrn Minister unangenehm berühren könne, wenn in amerikanischen Zeitungen nun von einer amerikanischen „Anerkennung" der französischen force de frappe gesprochen werde.[8] Im Grunde sei hier die Frage gar nicht Anerkennung oder nicht, denn die force de frappe sei ja eine Tatsache.

Der Botschafter stellte dann die Frage, warum wohl Frankreich dem deutschen Vorschlag zur Wiedervereinigungspolitik nicht zugestimmt habe.[9] Der Herr *Minister* antwortete, man habe die französische Haltung in übertriebener Weise dargestellt. In Wahrheit sei die Haltung aller wohl ähnlich gewesen. Allerdings möge man vielleicht noch einen Hinweis auf französische Zurückhaltung in der Tatsache sehen, daß Frankreich gegen die Aufnahme des Wortes „Fortschritt" im Zusammenhang mit der deutschen Frage in das Kommuniqué war; es stehe nun aber dennoch darin.[10] In seiner Rede, erläuterte der Herr Minister weiter, sei wohl weniger Anstoß an einem bestimmten Satz genommen worden, als vielmehr an der ganzen Tendenz der Rede, die sich stark zur Integrationspolitik bekannt habe.[11]

Der *Botschafter* fragte abschließend, ob er Herrn Rusk während seines Weihnachtsurlaubs ein besonderes Wort des Herrn Ministers überbringen könne.

Der Herr *Minister* erwiderte, wir brauchten zwei Dinge: einmal Äußerungen Amerikas in der Weise, wie sie Präsident Johnson in seiner Rede vor der Georgetown Universität getan habe[12]; und zum anderen bezüglich der MLF

[6] Zu kritischen Äußerungen des CSU-Vorsitzenden Strauß und des ehemaligen Bundeskanzlers Adenauer vgl. Dok. 380, Anm. 5 und 16.

[7] Die Wörter „zukünftige Zusammensetzung" wurden von Bundesminister Schröder unterschlängelt. Dazu Fragezeichen am Rand.

[8] Vgl. dazu den Artikel „U.S. and France make Progress in Arms Dispute"; THE NEW YORK TIMES, International Edition, Nr. 39044 vom 17. Dezember 1964, S. 1.

[9] Vgl. dazu Dok. 387, besonders Anm. 22.

[10] Die Außenminister der NATO-Staaten betonten im Kommuniqué vom 17. Dezember 1964 die Notwendigkeit, „in der Erfüllung des legitimen Verlangens des deutschen Volkes, die Wiedervereinigung auf der Grundlage des Rechts auf Selbstbestimmung zu erreichen, Fortschritte zu machen". Vgl. BULLETIN 1964, S. 1725.

[11] Ministerialdirigent Ruete hielt am 17. Dezember 1964 fest, der Abteilungsleiter im französischen Außenministerium, Lucet, habe ihm erklärt, „daß Couve de Murville wütend (furieux) über die Rede des Herrn Bundesministers vor dem NATO-Rat sei. Der französische Außenminister habe entschieden, daß angesichts einer derartigen Rede keine deutschen Änderungswünsche für das Kommuniqué berücksichtigt werden könnten." Vgl. Abteilung II (II 1), VS-Bd. 62; B 150, Aktenkopien 1964.
Bundesminister Schröder führte in seiner Rede vom 15. Dezember 1964 zur geplanten MLF/ANF u.a. aus: „Die Bundesregierung steht nach wie vor positiv zu dem Projekt der MLF. Sie war und ist aber bereit, konkrete und konstruktive Alternativvorschläge zu prüfen. Dabei halte ich es nicht für ausgeschlossen, daß sich neue und wertvolle Kombinationen ergeben könnten. Nachdem acht Bündnispartner mit Kenntnis dieses Rates 14 Monate verhandelt haben, müssen von jedem Kritiker konstruktive Gegenvorschläge erwartet werden. Vage Zukunftsprognosen sind in diesem Zeitpunkt nicht mehr angebracht." Vgl. BULLETIN 1964, S. 1728.

[12] Zur Rede des Präsidenten Johnson vom 3. Dezember 1964 vgl. Dok. 353, Anm. 22.

und der Kombinierung der bestehenden mit den neuen britischen Vorschlägen[13] starke Hinweise darauf, daß die Amerikaner ernsthaft nach einer Lösung des Problems suchten und dieses ernsthafte Suchen nach Lösungen nicht Deutschland überließen. Es sei ein gemeinsames Projekt, und so müsse jeder daran mitarbeiten; aber die USA seien nun einmal der größte Partner und müßten also auch bei der Durchführung wesentlich mitwirken. Deutsche Überzeugung sei, daß dieses Projekt in aller Interesse liege, und deshalb müsse völlige Zusammenarbeit bestehen.

Der *Botschafter* führte noch einmal aus, Amerika wolle nichts erzwingen.

Der Herr *Minister* erklärte, es sei nicht eine Frage des Erzwingens, sondern eine Frage fortgeführter Diskussion. Nachdem zunächst England ablehnend gewesen sei, stehe nun Frankreich in erbitterter Gegnerschaft zu dem Projekt[14], und es gelte jetzt, die neuen britischen Vorschläge einzubauen. Man müsse versuchen, Konflikte zwischen den Verbündeten zu vermeiden, man müsse in aller Interesse zu einer Lösung beizutragen versuchen, und dies sei eher eine Frage der Psychologie. In Deutschland gebe es viele, zu viele, die jeglicher Meinungsverschiedenheit mit Frankreich zu diesem Punkt aus dem Wege gehen wollten. Ein Voranschreiten solle nicht aussehen, wie auf deutsches Verlangen erfolgt, sondern durch Zusammenarbeit aller beteiligten großen Mächte.

Der *Botschafter* fragte erneut nach dem Vorschlag zur Wiedervereinigung und ob diese Frage nun dem Botschafterausschuß überwiesen werde.

Der Herr *Minister* entgegnete, wenn der Ausschuß auch nützliche Arbeit geleistet habe, so wolle er gerade die weitere Behandlung dieser Frage der Optik wegen dem Ausschuß jetzt nicht zuweisen.[15]

Das Gespräch endete gegen 12.30 Uhr.

Ministerbüro, VS-Bd. 8512

[13] Zu den britischen Vorschlägen einer Atlantic Nuclear Force (ANF) vgl. Dok. 382.

[14] Zur französischen Haltung gegenüber der geplanten MLF/ANF vgl. zuletzt Dok. 377.

[15] Zur weiteren Behandlung der Deutschland-Frage vgl. die Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens vom 7. Januar 1965; AAPD 1965.

393

Aufzeichnung des Botschaftsrats I. Klasse Hartlieb, Paris (NATO)

MLF-10/1012/64 geheim **21. Dezember 1964**[1]

MLF/Britische Vorschläge

A. Die nunmehr vorliegenden britischen Vorschläge zur MLF[2] befassen sich mit den wesentlichen Elementen der Streitmacht;

- ihren Komponenten
- ihrer Organisation
- ihrer strategischen Einordnung
- ihrer politischen Kontrolle
- ihrem Verhältnis zur „non-dissemination"

Eine Anzahl anderer, für die Streitmacht wichtiger Punkte wird direkt oder indirekt gleichfalls angesprochen.

Eine erste amerikanische Stellungnahme (vom 8.12.64) liegt ebenfalls vor.[3]

Wir sind damit in der Lage, nunmehr auch eine erste deutsche Stellungnahme abzugeben.

B. I. Die Komponenten

Sie umfassen nach den britischen Vorschlägen:

1) Die britischen V-Bomber-Geschwader, mit Ausnahme derjenigen, die „for existing commitments" (wahrscheinlich „eastwards Suez") außerhalb NATO benötigt werden; 8 Geschwader zu insgesamt 64 Maschinen. Die gemischte Bemannung dieser Verbände wird in Aussicht gestellt.

2) Die britischen Polaris-U-Boote („when available") sowie („at least") eine gleiche Anzahl amerikanischer Polaris-U-Boote.

3) Eine Anzahl („possibly some") Minuteman-Raketen in den USA, die gemischt bemannt werden könnten.

4) Ein Element oder einige Elemente („some kind") gemischt bemannter und in gemeinsamem Eigentum stehender Einheiten der nicht-nuklearen Mitglieder.

5) Schließlich dazu die Streitkräfte („any forces"), die Frankreich der Streitmacht überstellen würde.

[1] Die Aufzeichnung wurde von Botschafter Grewe, Paris (NATO), am 22. Dezember 1964 an Staatssekretär Carstens geleitet.
Hat Carstens am 23. Dezember 1964 vorgelegen, der handschriftlich die Weiterleitung an Bundesminister Schröder veranlaßte und vermerkte: „Die anl[iegende] Stellungnahme von Herrn Hartlieb ist – trotz einiger Korrekturen in Einzelfragen, die ich anbringen würde, – ernst zu nehmen. Ich habe Abt[eilung] II einen Durchdruck für die dort herzustellende Aufzeichnung zugeleitet."
Hat Schröder am 10. Januar 1965 vorgelegen.

[2] Zu den Vorschlägen einer Atlantic Nuclear Force (ANF) vgl. Dok. 382.

[3] Zur amerikanischen Stellungnahme zum britischen Vorschlag einer ANF vgl. Dok. 382, Anm. 9.

Für die praktische Wertung dürfte die gemischte Bemannung der V-Bomber so gut wie ausscheiden, da sie nur symbolischen Wert hätte.

Ebenso wird der Anregung, eine Anzahl „Minuteman" in den USA mit gemischter Bemannung zu besetzen, kaum praktische Bedeutung zukommen, wenn auch die amerikanische Stellungnahme eine solche Lösung nicht von vornherein ganz ausschließt.[4]

Endlich dürfte auch die Vorstellung, daß de Gaulle die „force de dissuasion" zuteilt, unrealistisch sein. Die eben erfolgten Unterhaltungen des Generals mit Rusk[5] und seines Verteidigungsministers Messmer mit McNamara über „coordinating the targeting of the French nuclear strike force with the American Strategic Air Command"[6] zeigen den Weg, den Frankreich einzuschlagen beabsichtigt.

Daraus ergibt sich, daß nach den britischen Vorschlägen folgende Komponenten gegeben sind;

- eine britische V-Bomber-Komponente
- eine britisch-amerikanische Polaris-U-Boot-Komponente
- eine gemischt bemannte Überwasser-Komponente.

Zur britischen V-Bomber-Komponente wäre zu sagen, daß sie nur einen Teil der britischen strategischen Luftwaffe umfaßt (daher den britischen „independent deterrent" beläßt), daß sie von Amerikanern hingenommen wird (es ist die dritte britische Zuweisung dieser Art) und in einigen Jahren veraltet sein dürfte.

In den Erörterungen der Pariser Arbeitsgruppe der Acht war von einer Zuteilung der V-Bomber bis zum Sommer nicht die Rede. Die britischen Vorschläge vom Juli 1964[7] sahen in erster Linie die Zuteilung der noch nicht ausprobierten, immerhin hochmodernen TSR-2 vor. Diese dürfte jedoch allein schon aus Kapitalmangel[8] vom Labour-Kabinett nicht in Serie gegeben werden (es heißt, die Briten hätten sich hinsichtlich ihres eigenen Bedarfs für die amerikanische TFX entschieden).

Wie die Dinge liegen, könnten wir uns einer (ja schon existenten) britischen V-Bomber-Komponente schwerlich widersetzen. Jedoch sollten wir in den Verhandlungen keinen Zweifel darüber lassen, daß die Einbringung dieser Bomber dem von uns verfolgten Zweck, Schaffung einer „schwimmenden, glaub-

[4] Am 28. Dezember 1964 hielt Vortragender Legationsrat I. Klasse Kutscher fest, daß der amerikanische Verteidigungsminister McNamara am 15. Dezember 1964 gegenüber Bundesminister von Hassel erklärt habe, „daß er einer Einbeziehung der amerikanischen Minuteman-Raketen in das System der gemischt bemannten Atlantischen Kernwaffenstreitmacht unter keinen Umständen zustimmen werde. Maßgebend seien dabei in erster Linie Geheimhaltungsrücksichten, da die Minuteman-Raketen auf lange Sicht das Herzstück der amerikanischen Verteidigung seien." Vgl. Abteilung II (II 7), VS-Bd. 1352; B 150, Aktenkopien 1964.

[5] Zu den Gesprächen vom 14. und 16. Dezember 1964 vgl. Dok. 380, Anm. 13.

[6] Für das Zitat sowie zum Gespräch des amerikanischen Verteidigungsministers McNamara mit dem französischen Außenminister Messmer am 16. Dezember 1964 in Paris vgl. den Artikel „U.S. and France make Progress in Arms Dispute"; THE NEW YORK TIMES, International Edition, Nr. 39044 vom 17. Dezember 1964, S. 1.

[7] Vgl. dazu Dok. 172.

[8] Vgl. dazu Dok. 361.

würdigen, überlebensfähigen Überwasserstreitmacht", nicht genügt und daher die Briten hieraus keinen Anspruch auf ein besonderes politisches Gewicht in der Streitmacht ableiten könnten.

Die Bildung einer umfangreichen britisch-amerikanischen Polaris-U-Boot-Komponente muß, da man an 200 Polaris-Raketen als Feuerkraft festhalten will, die Überwasserflotte gleichfalls reduzieren. Die Amerikaner scheinen dem Gedanken, daß auch sie selbst Polaris-U-Boote zur Verfügung stellen, positiv gegenüberzustehen. („We would be prepared to consider a contribution to this new force of certain US-strategic weapons", was sich kaum auf die ja Grundlage des Ganzen bildende Zuteilung der Polaris-Ausrüstung für die Überwasserflotte und noch weniger auf die „Minuteman" beziehen dürfte, sondern auf die Bereitstellung von der Zahl der britischen entsprechenden Polaris-U-Boote.)

Wir müßten auch diese Komponente hinnehmen, sollten sie aber klein halten (die britischen U-Boote sind bis auf eines überhaupt noch nicht vom Stapel), um nicht gegenüber 96 bzw. 128 Polaris-U-Boot-Raketen mit der Überwasserflotte zu kurz zu kommen. Sollte diese Polaris-U-Boot-Komponente umfangreicher werden, müßten wir darauf drängen, daß ihre Raketen nicht auf die Überwasserflotte angerechnet werden.[9]

Hinsichtlich der gemischt bemannten, multilateral finanzierten und kontrollierten Überwasserflotte scheiden sich die Geister klar.

Die Briten erklären, sie wünschten nicht, an dieser Komponente teilzunehmen. Diese Weigerung benutzen sie gleichzeitig, um einen „land-based component" – gezielt wird damit auf die „Pershing" und F-104 der Bundeswehr – (in Fortsetzung des mit ihren Vorschlägen vom Juli 1964 verfolgten Planes) zu empfehlen.

Die britischen Mißfallensbekundungen gegenüber der Polaris-Überwasserflotte sind eindeutig und nicht zu übersehen. Es wäre das der „least desirable way of applying the mixed-manned principle" (!), und die Komponente wäre „superfluous to the requirements of the Alliance". Weiter werden politische und finanzielle Gründe sowie Rekrutierungsschwierigkeiten angeführt.

Unsere eigene Auffassung kann demgegenüber in folgendem zusammengefaßt werden:

Wir halten die Schaffung einer ausreichend starken Polaris-Überwasserflotte (mindestens 17 Schiffe à 8 Polaris-Raketen) für erforderlich, um den für die Verteidigung des mitteleuropäischen Raumes und damit Deutschlands zuständigen SACEUR instandzusetzen, mittels in die Sowjetunion hineinreichender MRBM jederzeit sowjetischer nuklearer Erpressung[10] und einer sowjetischen konventionell-nuklearen Invasion widerstehen zu können.

Die gesamten Erörterungen der Pariser Arbeitsgruppe der Acht sind von die-

[9] Dieser Absatz wurde von Staatssekretär Carstens hervorgehoben. Dazu handschriftliche Bemerkung: „U-Boote".

[10] Zur Bedrohung Westeuropas durch sowjetische Mittelstreckenraketen und zur Forderung von SACEUR, der NATO entsprechende Systeme zur Verfügung zu stellen, vgl. Dok. 14, Anm. 39, sowie Dok. 149.

ser Voraussetzung ausgegangen, und die Schaffung einer solchen Überwasser-Grundkomponente bildete bisher, ohne damit weitere Komponenten auszuschließen, den Ausgangspunkt und das Ziel der hiesigen Verhandlungen.

Diese Auffassung wird auch von der jüngsten amerikanischen Stellungnahme geteilt. Ausdrücklich heißt es in ihr, die Überwasserflotte sollte „substantially the characteristics – if not the size" des bisherigen Projekts haben. Ferner sollte sie „a size adequate to the needs and interests of non-nuclear powers" besitzen (womit in erster Linie unsere Bedürfnisse angesprochen sind), und die Gesamtstreitmacht sollte eine Stärke von nicht weniger als 200 Missiles besitzen, was die den bisherigen Erörterungen zugrunde liegende Mindestzahl an Überwasser-Einheiten unterstreicht.

Für die Briten ist die Zahl der Polaris-Überwassereinheiten Ausdruck eines in der ANF herzustellenden militärischen Gleichgewichts der Mitglieder. Im Streben, diese Zahl möglichst klein zu halten, offenbart sich die Absicht, einen präpondierenden deutsch-amerikanischen Einfluß in der Streitmacht zu verhindern.

Die Amerikaner legen auf eine effektive Streitmacht Wert (gerade was auch die Überwasser-Einheiten anbelangt). Das ergibt sich allein schon aus ihrer Feststellung, daß sie diese als ein „partial substitute" für einzusparende eigene Einheiten ansehen. Sie legen auch ausdrücklich Gewicht auf eine „substantial UK-contribution of manpower" für die Überwasserflotte.

Für uns ist eine ausreichend starke Polaris-Überwasserflotte angesichts der gegen uns gerichteten 700 bis 800 sowjetischen Mittelstreckenraketen und der 1200 sowjetischen Mittelstreckenbomber eine strategische und politische Lebensnotwendigkeit.

II. Die Organisation

Nach den britischen Vorschlägen soll die Streitmacht einer „Authority" unterstellt werden mit der Befugnis,

1) den „Force Commander" mit politischen Richtlinien zu versehen,

2) dessen „targeting and operational plans", die in engster Zusammenarbeit mit SAC aufzustellen wären, zu billigen,

3) über den Einsatz der Kernwaffen zu entscheiden,

4) eine „Doktrin" hinsichtlich des Einsatzes und des Zusammenwirkens aller Komponenten zu entwickeln,

5) sich hinsichtlich „contingencies anywhere in the world" zu beraten, mit dem Ziel, zu einem gemeinsamen militär-politischen Schema der Mitglieder zu kommen.

Die Behörde („Authority") sollte aus den Ständigen Vertretern der Mitglieder der ANF bei der NATO bestehen. Gleichzeitig wird für „emergency"-Fälle die Bildung eines „special consultative committee" in Washington empfohlen.

Auf die eigentlichen organisatorischen Aufgaben des „Board", wie sie in den Erörterungen der Arbeitsgruppe der Acht fixiert wurden, gehen die britischen Vorschläge nicht ein. Die Briten nehmen vermutlich an, die ANF werde ein derart lockerer Verband sein, daß sich diese Aufgaben gegebenenfalls leicht

umreißen ließen. Rein administrativ dürfte die Stellung der „Authority" von der des „Board" in der „organisational structure of the Force" der Pariser Arbeitsgruppe nicht sehr stark abweichen.

Die britischen Vorschläge schaffen aber bewußt einen Dualismus der leitenden Organe. Die aus den NATO-Botschaftern gebildete „Authority" und das aus den Washingtoner Botschaftern bestehende „special consultative committee" müssen nahezu zwangsläufig in Kompetenzkonflikte geraten. Jedenfalls ist dieser britische Gedanke geeignet, paralysierend zu wirken.

Man dürfte nicht fehlgehen in der Annahme, daß die Briten hoffen, über das „special consultative committee" und mittels der bestehenden „special relationship" zwischen Präsident und Premierminister sowie zwischen nationalem Sicherheitsrat und britischem Verteidigungsrat sehr stark die gemeinsame Politik und Strategie der Streitmacht in die Hand zu bekommen. Demgegenüber würde die eigentliche „Authority" mehr zu einem reinen Verwaltungsorgan (was durch die hiesigen britischen Organisationsschemata bestätigt wird).

In diese Richtung weist auch die Tatsache, daß die im Vorstehenden unter 1) – 5) aufgeführten Befugnisse der „Authority" fast ausschließlich Strategie und Planung betreffen, und zwar in weltweitem Rahmen (womit der eigentliche Anwendungsbereich der „Force" uferlos ausgeweitet wird). Hierauf wird noch einzugehen sein.

Auf einen besonderen Umstand muß im Zusammenhang mit der Organisation noch hingewiesen werden.

Während sich die Verhandlungen der Pariser Arbeitsgruppe der Acht ausgiebig mit dem wichtigen Thema der Finanzierung der Streitmacht befaßten und auch zu einem (noch unverbindlichen) Bild über die Kostenverteilung[11] gelangt sind, schweigen sich die britischen Vorschläge hierüber völlig aus.

In London scheint man dabei davon auszugehen, daß „over and above our national contribution" kein Finanzbeitrag zum Aufbau der Streitmacht geleistet würde. Statt dessen sollen die eingebrachten Sachwerte, nämlich die bald veralteten V-Bomber und die erst noch zu bauenden (und vermutlich mit einer amerikanisch-europäischen Anleihe zu finanzierenden) 5 Polaris-U-Boote als Investitionsbeitrag voll angerechnet werden.

III. Die strategische Einordnung

Die britischen Vorschläge gehen davon aus, die Mitglieder der Streitmacht sollten einen „greater influence on nuclear planning, policy and strategy" erhalten, wobei ausdrücklich auf Deutschland verwiesen wird.

Das ist von britischer Seite, namentlich seinerzeit auch von Labour als Opposition[12], stets betont worden. Insbesondere wird auch der bisherige Mangel an Konsultation hervorgehoben und darauf hingewiesen, es gäbe innerhalb der NATO keine „continuous consultation about deployment of nuclear weapons."

[11] Vgl. dazu auch Dok. 104.

[12] Die Labour Party übernahm nach den Wahlen zum britischen Unterhaus am 15. Oktober 1964 die Regierung. Zu den verteidigungspolitischen Aspekten ihres Wahlmanifests vom 12. September 1964 vgl. auch Dok. 266, Anm. 33.

Die in den britischen Vorschlägen aufgezeigte Art der Verwirklichung dieses Anliegens widerspricht allerdings auf das Entschiedenste dem, was wir anstreben.

1) Es soll ein „single unified control system" gebildet werden, das möglichst strategische und taktische Kernwaffen einbezieht. (Verteidigungsminister Healey sagte im Unterhaus allerdings, SACEUR solle die taktischen Kernwaffen behalten.)[13]

2) Das „Targeting" der ANF soll auf das Engste mit dem der US-Streitkräfte im atlantischen Bereich koordiniert werden.

3) Empfohlen wird ein „Separate Commander" der ANF, der die „importance" und die „new departure" der Streitmacht verkörpern und sowohl mit den „external strategic forces" als auch mit der NATO-Kommandostruktur eng zusammenarbeiten soll.

4) Hinsichtlich SACEUR wird (in Übereinstimmung mit den britischen Ausführungen im Washingtoner MC[14]) betont, er sei ein „theatre Commander", dessen Hauptaufgabe darin liege, die taktische Land-Luftschlacht in Europa zu führen. Diese besondere Verantwortlichkeit spräche dagegen (sic!), SACEUR die Mittel für eine strategische Offensive gegen die Sowjetunion in die Hand zu geben.

Allerdings wird auch in den britischen Vorschlägen zugegeben, daß SACEUR in den Augen der europäischen Länder eine „special position" habe und diese daher wohl daran festhalten würden, die neue Streitmacht ihm zuzuteilen.

Demgegenüber muß auf folgendes hingewiesen werden.

Den gesamten Erörterungen der Pariser Arbeitsgruppe der Acht liegt die bisher einmütig angenommene Voraussetzung zugrunde:

„that the Force shall function within the framework of the North Atlantic Treaty Organization and shall be assigned to the Supreme Allied Commander Europe under terms and conditions to be approved by the Board."[15]

Ausdrücklich wird das unter den für die politische Kontrolle ausgearbeiteten Bestimmungen wiederholt und festgestellt,

„the nuclear weapons of the Force shall be used by the Supreme Allied Commander Europe in accordance with his current nuclear programme."

[13] Der Passus „(Verteidigungsminister Healey ... Kernwaffen behalten)" wurde von Staatssekretär Carstens hervorgehoben. Dazu handschriftliche Bemerkung: „Eben".
Für den Wortlaut der Rede des britischen Verteidigungsministers am 17. Dezember 1964 vor dem Unterhaus vgl. HANSARD, Bd. 704, Spalten 600–618. Vgl. dazu auch den Drahtbericht des Botschafters von Etzdorf, London, vom 18. Dezember 1964; Abteilung II (II 7), VS-Bd. 1370; B 150, Aktenkopien 1964.

[14] Military Committee.

[15] Dazu hielt Ministerialdirektor Ruete am 21. Dezember 1964 erläuternd fest: „Nicht die gesamte MLF/ANF-Organisation, sondern lediglich ihr ‚military component', d.h. die eigentliche Streitmacht, soll dem SACEUR assigniert werden. Ein Einbau der MLF/ANF-Organisation in den NATO-Apparat ist nicht vorgesehen. So würde z.B. der ‚Board of Directors' außerhalb der NATO stehen und mit seiner Entscheidung über die Freigabe der Kernwaffen vergleichsweise die Funktion haben, die der amerikanische Präsident hinsichtlich der taktischen Kernwaffen der im NATO-Bereich stationierten Truppen hat." Vgl. Abteilung II (II 7), VS-Bd. 1352; B 150, Aktenkopien 1964.

In der amerikanischen Stellungnahme zu den britischen Vorschlägen wird die Frage offengelassen, allerdings bemerkt, man sei sich des starken Wunsches der anderen Verbündeten bewußt, daß die Streitmacht SACEUR unterstellt werden sollte.

Soweit hier über die amerikanische Einstellung dazu etwas in Erfahrung gebracht werden konnte, geben die Amerikaner SACEUR als Kommandostelle der Streitmacht unbedingt den Vorzug, allein schon aus politischen Rücksichten auf die kontinentaleuropäischen Staaten. (Daß im Pentagon auch gegenteilige Strömungen herrschen, ist bekannt.)

Wir sollten in den bevorstehenden Verhandlungen an SACEUR als der strategischen Leitstelle in Europa und als dem strategischen Koordinator für die verbündeten Armeen festhalten. Die Tendenz, SACEUR auszuleeren und damit den Sowjets die Gewähr zu verschaffen, der alliierte Befehlshaber in Europa verfüge nicht mehr über in die Sowjetunion hineinreichende MRBM und auch nicht einmal mehr über die zur Verteidigung des mitteleuropäischen Raumes notwendigen taktischen Kernwaffen, muß sich in der objektiven strategischen Beurteilung der militärpolitischen Lage am Eisernen Vorhang und im wehrpolitischen Denken der Deutschen und ihrer Nachbarn als ein nicht zu übersehendes Desinteressement unseres mächtigsten Verbündeten, der USA, niederschlagen.

Hinsichtlich der strategischen Planung ist daran zu erinnern, daß die Amerikaner selbst in den Verhandlungen der Arbeitsgruppe der Acht bereits Formeln angeboten haben, die, wenn sie uns auch nicht voll befriedigen, immerhin als geeigneter Ausgangspunkt für ausbaufähige Konsultationen auf diesem Gebiet angesehen werden können.

In der amerikanischen Stellungnahme zu den britischen Vorschlägen werden periodische Treffen der Verteidigungsminister angeregt („targeting policy, new nuclear and conventional weapons developments, nuclear dispersal plans, future force structure, resource allocation, strategy"). In Anbetracht der eminent politischen Bedeutung derartiger Planungs- und Koordinierungsgespräche sollten diese unter Beteiligung auch der Außenminister stattfinden.

IV. Die politische Kontrolle[16]

Die britischen Vorschläge sehen vor, daß die Vereinigten Staaten, Großbritannien und, falls es teilnimmt, Frankreich ein Veto „over the use of all elements in the Force and over any changes which might at any time be proposed in the control system" haben sollen.

Dieses „blocking vote" könnte auch jedes an der „mixed-manned" Komponente teilnehmende Mitglied erhalten. Vom britischen Standpunkt aus gesehen ist es augenscheinlich um so vorteilhafter, je mehr derartige Sperriegel gegen den Kernwaffeneinsatz und gegen eine Änderung des Kontrollsystems vorhanden sind. (Man rechnet dabei insbesondere auf Italien und die Niederlande.)

[16] Zu den Modalitäten für einen Einsatz der MLF und zum Vetorecht der USA vgl. zuletzt Dok. 380.

Ferner enthalten die britischen Vorschläge auch einen allerdings nur sehr vagen Hinweis, daß damit für später die Bildung einer „europäischen Stimme" nicht ganz ausgeschlossen werden sollte.

In den Verhandlungen der Pariser Arbeitsgruppe der Acht ist die politische Kontrolle als mit das wichtigste Problem der ganzen Materie angesehen und behandelt worden. Dabei hat man sich bis heute nicht auf eine Lösung geeinigt, sondern eine Reihe von Alternativen (insgesamt 7 mit einigen Unterteilungen) aufgestellt. Immerhin läßt sich aus den bisherigen Erörterungen folgendes festhalten:

1) Das „blocking vote" der Vereinigten Staaten und damit die Zustimmung des Präsidenten der USA zum Kernwaffeneinsatz der Streitmacht wird von allen Delegationen akzeptiert.

2) Die Neigung, darüber hinaus einem anderen Mitglied ein „blocking vote" einzuräumen, ist verschwindend, obwohl die Briten in Paris bereits einen Anspruch darauf geltend gemacht haben.

3) Nach Auffassung der Amerikaner, die völlig der unseren entspricht, sollte die politische Kontrolle so gestaltet sein, daß im Ernstfall der Einsatz der Streitmacht nicht unmöglich wird, sondern funktioniert. Das Erfordernis der Einstimmigkeit in der politischen Kontrolle ist daher bei den Amerikanern stets auf Skepsis gestoßen.

4) Als günstigste Lösung würde angesehen, wenn neben der amerikanischen Stimme eine Gesamtstimme der europäischen Mitglieder stünde, die aufgrund einer besonderen Stimmgewichtung zu bilden wäre (hierfür sind Zahlenmodelle vorhanden). Gedacht werden könnte auch an einfache Mehrheitsentscheidungen aller Teilnehmer (einschließlich USA).

5) Bisher haben die Amerikaner durchblicken lassen, ihr „blocking vote" brauchte nicht als „für alle Zeiten" zementiert angesehen werden. Sie wären durchaus bereit, später einmal über eine Revision der politischen Kontrolle zu sprechen.

In der amerikanischen Stellungnahme zu den britischen Vorschlägen findet sich nur die Bestätigung der bisherigen Haltung Washingtons:

1) Die USA verlangen für sich ein „blocking vote".

2) Unter dieser Bedingung sind die USA bereit, jeden Abstimmungsmodus zu akzeptieren, auf den sich die übrigen Mitglieder zu einigen vermögen.

Das Kennzeichen der in der Arbeitsgruppe der Acht ausgearbeiteten Vorschläge ist die Anerkennung der überragenden Stellung der USA als des Inhabers des gewaltigsten Kernwaffenarsenals und auf dieser Grundlage die Zuerkennung der Parität an alle übrigen Mitglieder (wobei naturgemäß wie in allen internationalen Organisationen und Gemeinschaften gewisse Unterschiede gegeben sein mögen).

Die britischen Vorschläge sind dadurch gekennzeichnet, daß sie in Gestalt der politischen Kontrolle ein angelsächsisches Zweier-Direktorium (sofern sich Frankreich nicht anschließt) innerhalb der Streitmacht errichten mit einer eindeutigen Diskriminierung der nicht-nuklearen Mitglieder.

Das Kennzeichen der britischen Vorschläge ist aber weiterhin die Irrevisibilität des gesamten Vertrages, zumindest solange die Briten selbst dies wünschen.

Demgegenüber hat die Arbeitsgruppe der Acht ausführliche Bestimmungen über „Review and Amendment" erörtert, insbesondere im Zusammenhang mit einer Europäisierungs- und einer Wiedervereinigungs-Klausel.[17] Auch in der amerikanischen Stellungnahme zu den britischen Vorschlägen heißt es ausdrücklich, der Vertrag sollte revidiert werden können, wenn Deutschland wiedervereinigt, eine europäische politische Union gebildet oder eine Verständigung über Rüstungskontrolle bzw. Abrüstung erzielt würde.

Man kann es geradezu als ein für die gesamten bisherigen Arbeiten charakteristisches Element bezeichnen, daß der Vertrag zumindest eine generelle Revisionsmöglichkeit enthalten sollte (so auch Bundy in seinem jüngsten Fernsehinterview[18], ferner eine Washingtoner Verlautbarung, daß die Nichtrevidierbarkeit des Vertrages eine „unnecessary extremity" darstellen würde).

Eine solche Möglichkeit der Revision des Vertrages wurde bisher von allen verhandelnden Delegationen darum als risikolos im Sinne der „non-dissemination" angesehen, weil das letzte Wort in der politischen Kontrolle beim amerikanischen Präsidenten liegen sollte und ohne seine Zustimmung keine Änderung des Vertrags, also auch keine „dissemination", möglich sein würde.

Bezeichnend ist, daß die Frage der „dissemination" bisher überhaupt nur in der Präambel zum Vertragsentwurf angesprochen wurde, wobei alle Delegationen das Gefühl hatten, die politische Kontrolle sei genügend ausgestaltet, um zusammen mit dem Rückfall der Kernwaffen an die USA bei Auflösung der „Force" eine „dissemination" zu verhindern.

V. Die „Non-Dissemination"

Die britischen Vorschläge bezüglich „non-dissemination" gehen weit darüber hinaus. Sie haben das Ziel, die vom Kabinett Wilson fieberhaft angestrebte Ost-West-Entspannung praktisch in Gang zu bringen, die Bundesrepublik zu entnuklearisieren, die Bildung einer europäischen Kernwaffe unmöglich zu machen und darüber hinaus eine faktische, später auch juristische Anerkennung des Status quo einzuleiten.

Im einzelnen sehen die britischen Vorschläge folgendes vor:

Die Kernwaffenmächte unter den Mitgliedern der Streitmacht erklären, daß sie weder direkt noch indirekt (auf dem Wege über den Vertrag oder auf andere Weise)

1) Kernwaffen in die nationale Verfügungsgewalt von nicht-nuklearen Mitgliedern,

[17] Vgl. dazu zuletzt Dok. 330.

[18] Am 13. Dezember 1964 bekräftigte der Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten im amerikanischen Fernsehen, daß „keine Vereinbarung in Angriff genommen werde ..., in der nicht klargestellt sei, daß eine Streitmacht, an welcher die Amerikaner teilnähmen und in der amerikanische Sprengköpfe eine Hauptrolle spielten, nicht ohne die Zustimmung des Präsidenten der Vereinigten Staaten zum Einsatz kommen werde. Dies sei die Form, in der die Streitmacht organisiert werde, und so werde sie unverändert bleiben bis zu einem künftigen Zeitpunkt, da ihre Mitglieder eine Änderung vereinbarten." Vgl. den Drahtbericht des Botschafters Knappstein, Washington, vom 14. Dezember 1964; Abteilung II (II 7), VS-Bd. 1352; B 150, Aktenkopien 1964.

2) Kernwaffen in die Verfügungsgewalt von Staatenverbindungen, denen sie nicht angehören oder in denen nicht alle der ANF angehörenden Nuklearmächte hinsichtlich des Einsatzes der Kernwaffen ein Veto haben,

übertragen werden.

Sie verpflichten sich, weder einzeln noch zusammen Nicht-Nuklearmächten bei der Fertigung von Kernwaffen zu helfen noch ihnen das dafür notwendige technische „Know-how" zu vermitteln.

Die Nicht-Nuklearmächte unter den Mitgliedern der Streitmacht erklären ihrerseits, daß sie

1) weder einzeln noch gemeinsam Kernwaffen herstellen werden;

2) weder direkt noch indirekt (auf dem Wege über den Vertrag oder auf andere Weise) nationale Verfügungsgewalt über Kernwaffen erlangen werden;

3) keine Kernwaffen in Staatenverbindungen einbringen werden, denen die Kernwaffenmächte nicht angehören oder in denen nicht die der ANF angehörenden Nuklearmächte hinsichtlich des Einsatzes der Kernwaffen ein Veto haben;

4) sich weder einzeln noch gemeinsam von anderen Staaten das für die Kernwaffenfertigung erforderliche technische „Know-how" verschaffen werden.

Dieser britische Entwurf eines „non-dissemination"-Vertrages ist von lückenloser Geschlossenheit. Er bedeutet, daß,

in welchem Umfang auch immer in Zukunft die Verbreitung von Kernwaffen unter den Mächten um sich greifen mag, Deutschland und die übrigen Nicht-Nuklearen der ANF permanent vom Kernwaffenbesitz ausgeschlossen bleiben[19]

und ferner, daß,

wie sich in Zukunft auch immer die Bildung einer europäischen politischen Union bzw. Föderation vollziehen mag, die Schaffung einer europäischen Kernwaffe praktisch unmöglich wird, da USA und Großbritannien hinsichtlich ihres Einsatzes, auch wenn sie nicht Mitglied sind, ein Veto erhalten würden.

Teilweise muten die Bestimmungen über die Unterdrückung der Verbreitung des technischen „Know-how" in einer Zeit, in der die Unterrichtung über die Ausnutzung der Kernenergie zu friedlichen und militärischen Zwecken immer weiter um sich greift (es sind schon eine Anzahl von physikalisch-technischen Lehrbüchern darüber erhältlich) geradezu grotesk an.

Es erübrigt sich, darauf hinzuweisen, daß die Pariser Arbeitsgruppe der Acht niemals derartige Formulierungen erwogen hat. In der amerikanischen Stellungnahme zu den britischen Vorschlägen heißt es nur,

„The nuclear members would agree not to disseminate nuclear weapons and the non-nuclear members would undertake not to acquire or obtain control over them."

Das könnte darauf hindeuten, daß die vom Präsidenten Johnson eingesetzte

[19] Dieser Absatz wurde von Staatssekretär Carstens hervorgehoben. Dazu ein Pfeil am Rand.

Studiengruppe unter Gilpatric[20] diesen Vorschlägen nicht ganz fern steht. Das in letzter Zeit auffällige Drängen verschiedener Washingtoner Stellen, von der Bundesrepublik eine Erläuterung ihrer Haltung zum „non-dissemination"-Problem zu bekommen, könnte gleichfalls darauf schließen lassen.

Diese Formulierungen enthalten keine gemeinschaftsfreundliche, sondern eine antiparitätische, schroff diskriminierende Zielsetzung. Wie könnte ihnen die Bundesrepublik begegnen?

1) Sie könnte anläßlich der Unterzeichnung des Vertrags eine Erklärung gegenüber ihren Partnern abgeben, „daß sie nicht beabsichtigt, Kernwaffen zu erwerben."

2) Sie könnte anläßlich der Unterzeichnung des Vertrages dieselbe Erklärung öffentlich abgeben.

3) Sie könnte geltend machen, sie werde einem solchen „non-dissemination"-Vertrag erst beitreten, wenn innerhalb der Vereinten Nationen das Problem der „non-dissemination" für die Gesamtheit der Staatenwelt vertraglich geregelt ist. Die Aussichten dafür sind nicht übermäßig groß.

4) Sie könnte schließlich erklären, sie werde erst dann solche Bindungen eingehen, wenn mit dem Sowjetblock ein Abkommen über kontrollierte Rüstungsbeschränkung zustande gekommen ist.

Zweifellos dürfte dieser Teil der Vertragsverhandlungen außerordentliche Schwierigkeiten bieten. Es handelt sich hierbei um einen auch von den Amerikanern getragenen Versuch des „mutual example", d.h. die Absicht, auch durch unilaterale Aktionen (hier zu Lasten Deutschlands) die Spannungen am Eisernen Vorhang abzubauen und damit der Sowjetunion eine faktische Garantie für die Erhaltung des Status quo zu geben.

Die britische Entspannungspolitik mag dabei noch weiter sehen und an einen „nuclear club of the big Five" denken; eine Art nukleares Weltdirektorium, ein Gedanke, an dem Washington allerdings im Hinblick auf China einiges auszusetzen haben würde. Jedenfalls deuten die britischen Vorschläge im Zusammenhang mit den bevorstehenden, zahlreichen Kontakten der Labour-Regierung mit den Ostblockstaaten[21] darauf hin, daß in der britischen MLF-Politik die „non-dissemination" in ihrer ausgedehntesten und für uns einschneidendsten Form absoluten Vorrang hat.

C. Die britischen Vorschläge sind darauf abgestellt, Großbritannien innerhalb der Streitmacht neben den USA eine ausschlaggebende Stellung zu sichern.

[20] Präsident Johnson setzte im Oktober 1964 eine Studiengruppe unter Vorsitz des ehemaligen Staatssekretärs im amerikanischen Verteidigungsministerium, Gilpatric, ein, um die Probleme der Nichtverbreitung von Atomwaffen zu untersuchen. Die Kommission kam im Juli 1965 zu dem Ergebnis, daß einem Nichtverbreitungsabkommen mit der UdSSR Vorrang vor der Bildung einer MLF/ANF[1] zu geben sei. Vgl. dazu den Artikel von John W. Finney: „Johnson urged to give Priority to Nuclear Pact"; THE NEW YORK TIMES, International Edition, Nr. 39240 vom 1. Juli 1965, S. 1.

[21] Vom 16. bis 21. Februar 1965 hielt sich der bulgarische Stellvertretende Ministerpräsident Todorow zu Gesprächen mit Premierminister Wilson in London auf. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1965, Z 57.
Vom 16. bis 20. März 1965 führte der sowjetische Außenminister Gromyko in London Gespräche mit Premierminister Wilson und Außenminister Stewart. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1965, Z 74.

Sie ermöglichen, allen gegenteiligen Zusicherungen zum Trotz, die Beibehaltung eines „independent deterrent" in Gestalt der verbliebenen Bomberverbände, sowie der national bemannten Polaris-U-Boote, deren „mixed-manning", auch wenn die Amerikaner eine solche Möglichkeit nicht ausschließen wollen, infolge Widerstandes des Kongresses auf absehbare Zeit kaum erfolgen dürfte. Auch daß die Zuweisung der nationalen Komponenten nur für die Dauer des Vertrages geschehen soll, läßt auf die Absicht schließen, die Kernwaffe in der Hand zu behalten.

Sie schaffen weiterhin keine echte multilaterale politische Kontrolle, sondern eine Art anglo-amerikanisches Direktorium innerhalb der Streitmacht, und zwar mit allen sich daraus ergebenden Eventualitäten wie des Einsatzes der „Force" als weltweiter mobiler Verfügungstruppe („eastwards Suez") und auch notfalls zur Wahrnehmung eigener nationaler Interessen.

Sie diskriminieren Deutschland auf dem wichtigsten militärischen Gebiet, dem der Kernwaffen, zwanzig Jahre nach Abschluß des Zweiten Weltkrieges in einer Weise, die mit der Stellung der Bundesrepublik als Faktor von europäischem und weltpolitischem Rang unvereinbar ist.

Es bleibt vorbehalten, ergänzende rechtliche und technische Betrachtungen vorzulegen.[22]

Hartlieb

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 432

394

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jansen

I B 4-82.21/90.35/1666/64 geheim **22. Dezember 1964**[1]

Betr.: Staatsbesuch Präsident Nassers[2]
hier: Gespräch zwischen VLR I Dr. Schirmer und Botschafter Mansour vom 18.12.64

Botschafter Mansour führte am 18. Dezember ein ausführliches Gespräch mit Referatsleiter I B 4 und warnte nochmals davor, daß die Bundesregierung durch die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel die VAR-Regierung in eine Lage hineinbringe, die ihr keine andere Wahl lasse, als die SBZ anzuerkennen.[3] Er bat eindringlich, die besondere Situation, in der sich Staatspräsident Nasser gegenüber den anderen arabischen Staaten und gegenüber seiner eigenen Öffentlichkeit befände, nicht falsch einzuschätzen. Er

[22] Zur geplanten MLF/ANF vgl. weiter Dok. 401.

[1] Die Aufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Schirmer konzipiert.

[2] Zur Einladung des Staatspräsidenten Nasser in die Bundesrepublik vgl. Dok. 326.

[3] Vgl. dazu zuletzt Dok. 385.

sagte wörtlich: „Falls die Bundesregierung diplomatische Beziehungen mit Israel aufnimmt, wird die VAR die SBZ anerkennen und diplomatische Beziehungen aufnehmen und zwar nicht warten, bis andere Staaten es tun werden, sondern als erster arabischer Staat."

Botschafter Mansour hob hervor, daß bei der engen Verknüpfung des SBZ-Problems mit dem Hauptanliegen der deutschen Außenpolitik und der besonderen Bedeutung der Israel-Frage für die arabische Politik ein Weg aus der gegenwärtigen Sackgasse nach seiner persönlichen Auffassung am besten dadurch gefunden werden könne, wenn die Bundesrepublik einerseits bestrebt sei, ihre Beziehungen zur SU und damit das Verhältnis zum Ostblock generell zu normalisieren, andererseits die VAR bemüht sein sollte, zusammen mit den arabischen Staaten auch in der Israel-Frage Fortschritte zu machen. Nach der persönlichen Auffassung von Botschafter Mansour wäre es denkbar, daß die arabische Seite und insbesondere Präsident Nasser uns gegenüber der SU diplomatische Hilfestellung leisten könne und vice versa die Bundesrepublik den Arabern gegenüber Israel.[4] Welcher Art Verhandlungen zwischen den Arabern und Israel geführt werden sollten, ließ Botschafter Mansour offen, er glaubte jedoch, daß ein Gespräch in dieser Richtung mit Staatspräsident Nasser während seines Besuchs in Bonn sinnvoll sein könnte.

Zum Besuch Nassers in der Bundesrepublik führte der Botschafter aus, daß man die Anwesenheit des Staatspräsidenten keinesfalls zu technischen Einzelverhandlungen benutzen sollte. Hierin läge eine Abwertung des eigentlichen Besuchs. Ein eventueller deutscher Schritt in Richtung auf die Normalisierung der Beziehungen zu Israel wie z.B. die Eröffnung von Handelsmissionen, über die der Herr Bundeskanzler kürzlich auf der Pressekonferenz sprach[5], sollte ebenfalls nicht in Verbindung mit dem Besuch Präsident Nassers in Deutschland erfolgen.

Das Gespräch ergab, daß Botschafter Mansour der Ansicht war, daß die Eröffnung von Handelsmissionen bereits mit Israel fest vereinbart sei und in Kürze durchgeführt würde, da andernfalls der Herr Bundeskanzler die Tatsache auf einer Pressekonferenz nicht amtlich bekanntgegeben hätte.

Zusammenfassend ergab das Gespräch, daß Botschafter Mansour

1) die in den Augen der Araber negativen deutschen Maßnahmen zweckmäßigerweise vor dem Nasser-Besuch erledigt haben will;

2) deutsche wirtschaftliche Hilfsmaßnahmen für die VAR[6], die während des

[4] Dieser Satz wurde von Staatssekretär Carstens durch Fragezeichen am Rand hervorgehoben.

[5] Zu den Überlegungen, Handelsvertretungen mit Israel auszutauschen, vgl. Dok. 315, Anm. 15. Bundeskanzler Erhard schlug auf der Pressekonferenz am 15. Dezember 1964 den Austausch von Handelsmissionen mit Israel als ersten Schritt auf dem Wege zu diplomatischen Beziehungen vor. Vgl. DIE WELT, Nr. 293 vom 16. Dezember 1964, S. 2.

[6] Zur geplanten Kapitalhilfe der Bundesrepublik für die VAR vgl. Dok. 280, besonders Anm. 4. Mit Drahterlaß vom 22. Dezember 1964 bat Staatssekretär Carstens Botschafter Federer, Kairo, festzustellen, „welche Zugeständnisse politischer, handelspolitischer und kultureller Art die VAR-Regierung der SBZ gemacht hat oder in Kürze machen wird ... Schwerwiegende Zugeständnisse an die SBZ, wie sie insbesondere die Eröffnung eines SBZ-Kulturinstituts in Kairo darstellen würde, sind nicht geeignet, das Klima für deutsche Initiativen zu verbessern. Sollte die VAR eine solche Einrichtung, die die Teilung sogar des deutschen Kulturlebens manifestiert, zulassen,

Nasser-Besuchs in der Unterzeichnung eines Protokolls Ausdruck finden könnten, vorher ausgehandelt sehen möchte;

3) den Staatsbesuch selbst von technischen Verhandlungen frei zu halten wünscht, um um so mehr Zeit für grundsätzliche politische Gespräche über die Möglichkeit einer ägyptisch-deutschen Verständigung zu gewinnen.[7]

Hiermit dem Herrn Staatssekretär[8] vorgelegt.

Jansen

Abteilung I (I B 4), VS-Bd. 214

395

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jansen

I B 4-84.00/92.19/3895/64 VS-vertraulich **22. Dezember 1964**[1]

Betr.: Kabinettsvorlage zu den Waffenlieferungen nach Israel[2]

In der Anlage sind weisungsgemäß neue Reinschriften für den Herrn Bundesminister beigefügt.[3]

Nach den vom Herrn Staatssekretär vorgesehenen Änderungen in der Kabinettsvorlage sollen die Waffenlieferungen nach Israel nur insoweit eingestellt werden, als nicht bereits eingegangene Verpflichtungen abzuwickeln sind.[4]

Fortsetzung Fußnote von Seite 1556

wäre die Bundesregierung an den für Januar in Aussicht genommenen Wirtschaftsverhandlungen nicht mehr interessiert." Vgl. Abteilung I (I B 4), VS-Bd. 204; B 150, Aktenkopien 1964.

7 Zur Frage eines Besuchs des Staatspräsidenten Nasser in der Bundesrepublik vgl. weiter den Drahtbericht des Botschafters Federer, Kairo, vom 21. Januar 1965; AAPD 1965.

8 Hat Staatssekretär Carstens am 23. Dezember 1964 vorgelegen, der die Weiterleitung an Staatssekretär Lahr sowie Bundesminister Schröder veranlaßte und handschriftlich vermerkte: „Mir scheinen die Vorschläge vernünftig."
Hat Lahr am 29. Dezember 1964 vorgelegen.
Hat Schröder am 7. Januar 1965 vorgelegen.

1 Die Aufzeichnung wurde von Legationsrat I. Klasse Seydel konzipiert.

2 Zur Ausrüstungshilfe für Israel vgl. Dok. 289.

3 Dem Vorgang beigefügt. Die Aufzeichnung des Referats I B 4 vom 21. Dezember 1964 erörterte die Krise der Nahost-Politik als Folge des Bekanntwerdens der Waffenlieferungen an Israel. Das Vertrauen der arabischen Staaten sei vor allem angesichts der „wiederholten amtlichen Erklärungen" der Bundesrepublik erschüttert worden, daß keine Waffen in den Nahen Osten geliefert würden. Als Reaktion müsse nun damit gerechnet werden, daß die DDR anerkannt werden könnte. Diese Situation würde durch die Aufnahme offizieller Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Israel noch verschärft werden. Resümierend schlug das Referat vor, „das Kabinett möge beschließen: In das Spannungsgebiet Nahost dürfen keine Waffen geliefert werden. Waffenlieferungen an Israel sind einzustellen, soweit nicht bereits eingegangene Verpflichtungen abzuwickeln sind." Vgl. Abteilung I (I B 4), VS-Bd. 113; B 150, Aktenkopien 1964.
Vgl. dazu auch Dok. 385, Anm. 8.

4 Vgl. dazu weiter die Kabinettsvorlage des Auswärtigen Amts vom 4. Januar 1965; AAPD 1965.

Soweit der Abteilung I bekannt ist[5], belief sich der finanzielle Umfang des Waffenabkommens mit Israel auf 350 Mio. DM, von denen erst 200 Mio. DM abgewickelt sind. Für den noch ausstehenden Betrag sollen vor allem U-Boote und Panzer geliefert werden, die noch in Großbritannien und den USA in der Produktion sind.[6]

Die Abwicklung der aus dem Waffenabkommen mit Israel noch bestehenden Lieferverpflichtungen würde somit bedeuten, daß wir noch für weitere 150 Mio. DM militärisches Ausrüstungsgut an Israel liefern und daß sich unsere Lieferungen auch über einen erheblich weiteren Zeitraum erstrecken werden. Eine Neuordnung unserer Beziehungen zu den arabischen Staaten wie zu Israel auf dieser Grundlage erscheint nicht möglich. Diese ist zu einem erheblichen Teil eine Frage der Rückgewinnung des Vertrauens der Araber in die Haltung der Bundesregierung.[7] Wir werden die Araber nicht von der Notwendigkeit, unsere Beziehungen zu Israel zu normalisieren, überzeugen können, wenn wir gleichzeitig Panzer und U-Boote an Israel liefern. Ebensowenig werden wir glaubwürdig sein, wenn wir Schritte gegen das Verbleiben der Raketenwissenschaftler in der VAR[8], seien sie gesetzlicher oder nichtgesetzlicher Art, damit begründen, daß wir nicht zu Kriegsvorbereitungen und einem militärischen Rüstungswettlauf im Nahen Osten beitragen wollen.

Hiermit dem Herrn Staatssekretär[9] vorgelegt.

Jansen

Abteilung I (I B 4), VS-Bd. 113

[5] Die Rüstungshilfe für Israel ging auf eine Initiative des Bundesministers Strauß zurück. Vgl. dazu bereits Dok. 54, Anm. 5.

[6] Ministerialdirigent Graf von Hardenberg wies am 11. Dezember 1964 auf die besonderen Schwierigkeiten hin, die sich aus der Verpflichtung der Bundesrepublik, Panzer und U-Boote an Israel zu liefern, ergäben, zumal diese Waffensysteme nicht von der Bundeswehr gebraucht werden könnten. Vgl. Abteilung III (III A 4), VS-Bd. 259; B 150, Aktenkopien 1964.
Zur Frage einer Lieferung von Panzern an Israel vgl. zuletzt Dok. 388. Vgl. weiter Dok. 396.

[7] Zur Verschlechterung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und den arabischen Staaten vgl. zuletzt Dok. 394.

[8] Zur Tätigkeit deutscher Experten in der ägyptischen Rüstungsindustrie und zu den Überlegungen, gesetzliche Maßnahmen gegen die Mitwirkung deutscher Staatsbürger an der Waffenproduktion fremder Staaten zu ergreifen, vgl. zuletzt Dok. 340.

[9] Hat Staatssekretär Carstens am 23. Dezember 1964 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „1) I B 4 [:] Ihre Zahlen stimmen mit denen von [Abteilung] III nicht überein. Bitte abstimmen. 2) D[er] H[err] Minister wünscht (für ihn) Darstellung des Gesamtkomplexes: III bitte beifügen. 3) Dann: W[ieder]V[orlage] zu meinem Gespräch: St[aats]S[ekretär] I, St[aats]S[ekretär] II, St[aats]S[ekretär] Gumbel, [Abteilung] I u[nd] III und Gen[eral] Mühllener."
Am 29. Dezember 1964 übersandte Referat I B 4 die Aufzeichnung an Abteilung III „zwecks Darstellung des Gesamtkomplexes" und bat um gemeinsame Abstimmung bei der Überprüfung der angegebenen Zahlen. Vgl. Abteilung I (I B 4), VS-Bd. 113; B 150, Aktenkopien 1964.
Zu den Angaben der Abteilung III über die Rüstungshilfe der Bundesrepublik für Israel vgl. Dok. 396.

396

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Sachs

III A 4-81.SR/4-92.19-132[I]/64 streng geheim **22. Dezember 1964**[1]

Betr.: Sonderprojekt der Ausrüstungshilfe „Frank./Kol."[2]

Bezug: Handschriftlicher Vermerk des Herrn Staatssekretärs I zur Aufzeichnung der Abteilung III vom 21. Oktober 1964 Nr. 132/64 streng geheim bzw. St.S.-0043/64 streng geheim (beigefügt)[3]

Bei einer Rücksprache mit General Mühllener erläuterte dieser die finanzielle Regelung der Panzerlieferung[4] wie folgt:

1) das Empfängerland leistet keine Zahlung, die Lieferung erfolgt unentgeltlich;

2) die Bundeswehr liefert gebrauchte Panzer aus ihren Beständen und ersetzt sie durch den Kauf verbesserter Modelle des gleichen Grundtyps aus den USA;

3) der Neukauf erfolgt zu Lasten des allgemeinen Beschaffungskontos des Bundesverteidigungsministeriums (Schätzwert etwa 42 Mio. DM);

4) die Ausbuchung der gebrauchten, im Rahmen des „Frank./Kol."-Projektes zu liefernden 150 Panzer (geschätzter Verkehrswert etwa 200000 DM pro Stück) geschieht zu Lasten des Titels „Ausrüstungshilfe";

5) das Bundesverteidigungsministerium ist bestrebt, diesen Betrag im Rahmen des für das Projekt „Frank./Kol." genehmigten Gesamtbetrages (240 – 250 Mio. DM) unterzubringen, doch erscheint es schon jetzt zweifelhaft, ob das möglich sein wird. Daher wird sich Gesamtbetrag eher auf DM 270 Millionen erhöhen.[5]

Hiermit dem Herrn Staatssekretär[6] mit der Bitte um Kenntnisnahme vorgelegt.

Sachs

Abteilung III (III A 4), VS-Bd. 230

[1] Die Aufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Middelmann konzipiert.

[2] Vgl. dazu Dok. 289.

[3] Dem Vorgang beigefügt. Für den handschriftlichen Vermerk des Staatssekretärs Carstens vom 17. Dezember 1964 vgl. Dok. 289, Anm. 18.

[4] Zur Frage einer Lieferung von Panzern an Israel vgl. zuletzt Dok. 388.

[5] Zur Rüstungshilfe für Israel vgl. weiter die Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens vom 4. Januar 1965; AAPD 1965.

[6] Hat Staatssekretär Lahr am 22. Dezember 1964 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Demnach bleibt es für die alte Aktion (Strauß) und das Panzergeschäft bei einem Gesamtlieferwert von 270 Mio. DM."
Hat Staatssekretär Carstens am 23. Dezember 1964 vorgelegen, der für Lahr handschriftlich vermerkte: „Ziffer 1 weicht von den uns bisher gegebenen Mitteilungen ab."
Hat Ministerialdirigent Pauls am 28. Dezember 1964 vorgelegen.

397

Bundesminister Schröder an Botschafter von Walther, Ankara

St.S. 63/64 streng geheim **23. Dezember 1964**[1]

1) Ich erwäge, Polen den Abschluß eines politischen Vertrages anzubieten.[2] Ob das Angebot gemacht wird, hängt unter anderem von dem Verlauf und dem Ausgang von Sondierungen ab, die der Entschließung der Bundesregierung über das Angebot vorausgehen sollen.

2) Zunächst beauftrage ich Sie hiermit festzustellen, ob die Sondierung bei der polnischen Regierung auf dem Wege über Gespräche, die Sie mit dem dortigen polnischen Botschafter[3] führen, stattfinden kann. Hierzu bitte ich Sie, mit Ihrem polnischen Kollegen vorab folgende Punkte zu klären:

a) Erhält der Botschafter von seiner Regierung die Zustimmung, die Gespräche zu dem beabsichtigten Zweck zu führen?

b) Ist die andere Seite bereit, über Absicht, Tatsache und Gegenstand der Sondierung strenge Diskretion zu wahren?

c) Wann können die Sondierungsgespräche beginnen?

Ich stelle Ihnen anheim, diesen Punkten weitere hinzuzufügen, wenn Sie deren Klärung vor Beginn der Sondierung aus dortiger Sicht für zweckmäßig erachten.

3) Es ist nicht ausgeschlossen, daß Sie diese Punkte nur klären können, wenn Sie bei der Andeutung, um was es sich bei der Sondierung handeln wird, über das in Ziffer 1 Gesagte hinausgehen.

Für den Fall, daß das notwendig sein sollte, erhalten Sie gleichzeitig mit dieser Weisung zu Ihrer persönlichen Information den Entwurf einer Instruktion für die Führung des späteren Sondierungsgesprächs.[4]

[1] Durchschlag als Konzept.
Hat Staatssekretär Carstens am 29. Dezember 1964 vorgelegen, der handschriftlich die Anrede einfügte: „S[ehr] g[eehrter] H[err] B[otschafter]". Ferner vermerkte Carstens: „Am 29.XII.64 an B[otschafter] v[on] Walther ausgehändigt."

[2] Vgl. dazu Dok. 270.

[3] Boleslaw Gebert.

[4] In der zweiten Instruktion wurde in Anlehnung an das Kommuniqué vom 2. August 1945 über die Konferenz von Potsdam (Potsdamer Abkommen) daran erinnert, daß nur eine Regierung Gesamtdeutschlands in der Lage wäre, die von Polen geforderte Anerkennung der Oder-Neiße-Linie auszusprechen. Gleichzeitig wurde anerkannt, „daß es nicht gleichgültig ist, welche Vorstellungen die Bundesrepublik Deutschland davon hat, wo und wie die ‚endgültige Festlegung' der polnisch-deutschen Grenze stattfindet ... Es ist nicht unsere Vorstellung, daß Deutschland zunächst wiedervereinigt werden muß und daß erst dann zu der Grenzfrage Stellung genommen werden kann. Vielmehr muß nach unserer Auffassung die Regelung der Grenzfrage mit der Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands einhergehen ... In dem Maße, in dem Polen daraus Folgerungen für seine Einstellung zur Lösung des Deutschlandproblems zieht, wird es auch leichter werden, sich darüber näherzukommen, wo die polnisch-deutsche Grenze liegen soll." Dieser Feststellung folgte ein Angebot zu einem generellen Gewaltverzichtsabkommen. Abschließend faßte die Instruktion „zur weiteren Unterrichtung" des Botschafters die „Modifizierung" der Politik der Bundesrepublik zusammen: „1) Der Standpunkt, daß die Lösung des Problems der Wiederver-

Sie sind ermächtigt, in Ihrem Kontakt mit dem polnischen Botschafter von Ihrer Kenntnis des Entwurfs denjenigen Gebrauch zu machen, der Ihnen notwendig erscheint, um die in Ziffer 2 genannten Voraussetzungen für die Sondierung festzustellen. Ich bitte, das nur in dem unerläßlich scheinenden Umfange zu tun und dabei deutlich zu machen, daß Sie damit noch nicht in die Sondierung selbst eintreten.

4) Zur Aufnahme des Sondierungsgesprächs selbst erhalten Sie eine besondere Weisung. Eine Änderung des Weisungsentwurfs, der Ihnen zwar gleichzeitig, aber noch nicht zur Ausführung zugeht, behalten wir uns vor.

5) Auf strenge Geheimhaltung der Tatsache Ihrer Gespräche mit dem polnischen Botschafter und ihres Inhalts bitte ich besonders sorgfältig bedacht zu sein. Trotz der damit wahrscheinlich verbundenen Unbequemlichkeit bitte ich Sie auch, Ihren Mitarbeitern in der Botschaft keine Anhaltspunkte dafür zu geben, daß diese Gespräche stattfinden und worüber sie geführt werden.

6) Aus Geheimhaltungsgründen wollen Sie bitte von telegraphischer Berichterstattung in jedem erkennbaren Zusammenhang mit dieser Angelegenheit absehen. Ihre schriftlichen Berichte bitte ich Sie, an mich zu richten.[5]

In Vertretung
Carstens[6]

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 446

Fortsetzung Fußnote von Seite 1560

einigung der Lösung der Grenzfrage Gesamtdeutschland vorangehen müsse ... wird fallengelassen ... 2) Wir erkennen an, daß unsere Rechtsposition bezüglich der Ostgebiete damit belastet ist, den polnisch-deutschen Grenzverlauf im Zusammenhang mit der Wiedervereinigung Deutschlands aushandeln zu müssen. 3) Wir distanzieren uns von Auffassungen, die lediglich von einem Anspruch auf Herausgabe der Ostgebiete ausgehen." Für den Entwurf vom 4. Oktober 1964 vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 446; B 150, Aktenkopien 1964.

Am 22. Dezember 1964 regte Vortragender Legationsrat I. Klasse Schnippenkötter eine Ergänzung des letzten Teils der Instruktion dahingehend an, daß die Bundesrepublik ihre Bereitschaft erklären solle, die letztgenannten Konzessionen „verbindlich festzustellen". Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 446; B 150, Aktenkopien 1964.

5 Vgl. weiter die Aufzeichnung des Botschafters von Walther vom 21. Januar 1965; AAPD 1965.

6 Paraphe vom 29. Dezember 1964.

398

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Ruete

II 8-82-30-0/6404/64 VS-vertraulich **23. Dezember 1964**[1]

Betr.: Rede Rapackis vor der VN-Vollversammlung mit Vorschlag einer Konferenz über europäische Sicherheit[2]

I. 1) Der polnische Außenminister Rapacki hat am 14.12. in der Generaldebatte der VN-Vollversammlung eine Rede gehalten, die sich besonders mit Deutschland und Fragen der europäischen Sicherheit befaßte. Rapackis Auftreten hob sich in der Form von dem anderer Ostblock-Vertreter durch den ruhigen, sachlichen Ton und seinen gewandten Vortrag in französischer Sprache angenehm ab, in der Substanz entsprach die Rede aber sowjetischen Vorstellungen und der bisherigen polnischen Haltung.

Dies gilt insbesondere für die scharfe Ablehnung der MLF (Deckmantel für Weiterverbreitung von Kernwaffen) und der deutschen Politik gegenüber der SBZ und Polen (Oder-Neiße-Linie). Auch die Ausführungen zur Wiedervereinigung entsprachen früheren polnischen Äußerungen.

2) Zur Frage der Sicherheit in Europa wiederholte Rapacki – wie nicht anders zu erwarten – den seinen Namen tragenden Plan[3] einer Denuklearisierung Mitteleuropas und empfahl wiederum als ersten Schritt dazu das Einfrieren der nuklearen Sprengmittel in diesem Gebiet (Gomulka-Plan[4]).

Neu war jedoch der Vorschlag, die Einberufung einer Konferenz zum Studium des Problems der europäischen Sicherheit zu erwägen, den Rapacki wie folgt formulierte:

„Nous croyons également que le moment est venu d'examiner le problème de la sécurité de l'Europe dans son ensemble. Nous devrions étudier l'opportunité de réunir à cet effet une conférence de tous les états européens, à laquelle participeraient bien entendu l'Union Soviétique et les Etats Unis. Si on le jugeais utile, cette conférence pourrait être préparée par des représentants désignés par l'organisation du pacte de Varsovie et par l'Otan, et éventuellement aussi, si on le désirait, par des représentants d'états européens n'appartenant pas à ces deux groupements."

Der letzte Halbsatz will offenbar die Möglichkeit einer Vorbereitung und Ein-

[1] Die Aufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Lahn und Legationsrat I. Klasse Hauber konzipiert.
Hat Ministerialdirigent Ruete erneut am 30. Dezember 1964 vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirektor Krapf veranlaßte.
Hat Krapf am 15. Januar 1965 vorgelegen.

[2] Die Rede des polnischen Außenministers vom 14. Dezember 1964 wurde dem Vorgang beigefügt. Vgl. Abteilung II (II 8), VS-Bd. 335; B 150, Aktenkopien 1964. Vgl. auch UNITED NATIONS. OFFICIAL RECORDS OF THE GENERAL ASSEMBLY, Plenary Meetings, 19th Session, 1301st Meeting, S. 5–9.

[3] Zum Rapacki-Plan vom 2. Oktober 1957 vgl. Dok. 61, Anm. 7.

[4] Zum Memorandum der polnischen Regierung vom 29. Februar 1964 vgl. zuletzt Dok. 204.

berufung der Konferenz durch europäische neutrale Staaten, wie die Schweiz, Österreich oder Schweden offenlassen.

3) Der Bundeskanzler hat in einer Pressekonferenz am 15.12.[5], auf der er um Stellungnahme zu dem Vorschlag Rapackis gebeten worden war, wie folgt geantwortet:

„Die Vorschläge sind ja in etwa bekannt, und insoweit sie neu sind, müssen sie überprüft werden. Es ist keine isolierte, engere europäische Lösung denkbar. Um so mehr würden wir es begrüßen – aber das ist wiederholt ausgesprochen worden – wenn es weltweit zu einer allgemeinen kontrollierten Abrüstung kommen würde. Wir wollen nicht diskriminiert werden, und vor allem darf Europa nicht ein Feld der Unsicherheit werden in bezug auf das Schicksal der dort lebenden Völker und Nationen."

Amtliche Äußerungen aus anderen Staaten sind bisher nicht bekannt.

4) Es ist möglich, daß der polnische Vorschlag von weiteren Ostblock-Staaten und von neutraler Seite in den Debatten der VN aufgegriffen und auch unser Beobachter in New York[6] um Stellungnahme gebeten wird. Vermutlich werden die Polen, wie bei dem Vorschlag des Gomulka-Planes, ihre Idee auf diplomatischem Wege verschiedenen Westmächten nahezubringen versuchen. Rapacki hat bei seinen Unterredungen mit Wilson und Gordon Walker in London[7] soeben einen Anfang damit gemacht.

Unsere Haltung sollte daher bald festgelegt werden.

II. 1) Für eine Ablehnung des Planes spricht vor allem folgendes:

a) Fortschritte in der Frage der Wiedervereinigung sind von den Verhandlungen der Konferenz nicht zu erhoffen.

b) Es besteht die Gefahr, daß die Verantwortlichkeit der Vier Mächte für die Wiedervereinigung beeinträchtigt wird.

c) Ohne Zweifel werden die Ostblock-Staaten auf der Teilnahme der SBZ bestehen, die für uns unannehmbar ist.

d) Die Möglichkeit ist nicht auszuschließen, daß die polnischen Gedanken eines Disengagements und der Anerkennung der Oder-Neiße-Linie bei einigen westeuropäischen Staaten keine Ablehnung finden würden.

e) Da der polnische Konferenzplan genauso wie der Rapacki- und Gomulka-Plan mit Einverständnis der Sowjetunion und der übrigen Ostblock-Staaten sowie der SBZ vorgebracht worden sein dürfte, bestehen kaum Aussichten

[5] Vgl. dazu FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 292 vom 16. Dezember 1964, S. 3.

[6] Sigismund Freiherr von Braun.

[7] Botschafter von Etzdorf, London, hielt zum Besuch des polnischen Außenministers Rapacki in London vom 19. bis 21. Dezember 1964 Informationen des Abteilungsleiters im britischen Außenministerium, fest. Greenhill führte aus, Premierminister Wilson habe zu „Rapackis Vorschlag einer europäischen Sicherheitskonferenz unter Beteiligung aller Mitgliedstaaten der NATO und des Warschauer Pakts" erklärt, „daß er sich von einer solchen Konferenz gegenwärtig wenig versprechen könne. Es würde der britischen Seite auch nicht möglich sein, sich mit der Teilnahme einer eigenen Delegation der SBZ an einer solchen Konferenz einverstanden zu erklären." Für den Drahtbericht von Etzdorf vom 22. Dezember 1964 vgl. Abteilung II (II 8), VS-Bd. 336; B 150, Aktenkopien 1964.

dafür, daß etwaige Meinungsverschiedenheiten innerhalb des Ostblocks zu unseren Gunsten ausgenutzt werden können.

2) Als positiv zu wertende Elemente des Planes könnten demgegenüber angesehen werden:

a) Der Westen[8] verfügt in einer europäischen Staatenkonferenz im Gegensatz zu der Vollversammlung der VN über eine sichere Mehrheit. Allerdings hätte die Konferenz in der Deutschlandfrage keinerlei Entscheidungsbefugnis.

b) Da Rapacki vorgeschlagen hat, das Problem der europäischen Sicherheit „in seiner Gesamtheit" auf der Konferenz zu behandeln, könnte sich hier Gelegenheit bieten, nicht nur die militärische Seite (Rapacki-Plan), sondern auch die politische Spannungsursache, nämlich die Teilung Deutschlands, zu erörtern. Die Mehrheit der Konferenzteilnehmer könnte z.B. an die Vier Mächte appellieren, die Wiedervereinigung Deutschlands herbeizuführen.[9]

3) Es bedarf keiner näheren Begründung, daß die Argumente gegen eine solche Konferenz überwiegen.[10] Wir sollten jedoch vermeiden, daß unsere Haltung bei unseren Verbündeten und in der Öffentlichkeit als zu negativ empfunden wird. Daher wäre dieser Vorschlag, dessen Auswirkungen auf die Deutschlandfrage nicht ohne weiteres übersehbar sind, nicht einfach durch ein glattes Nein zu beantworten; wir sollten vielmehr versuchen, die positiven Elemente des Vorschlages taktisch auszunutzen, um die endgültige Ablehnung möglichst der anderen Seite zu überlassen.[11]

III. Vorschlag:

1) Bei einer Stellungnahme könnten wir zum Ausdruck bringen, daß der Konferenzplan unter gewissen Umständen erwägenswert sei. Voraussetzung dafür sei

a) eine so weitgehende Fassung des Konferenzthemas, daß die untrennbar miteinander verknüpften militärischen und politischen Aspekte des europäischen Sicherheitsproblems gemeinsam behandelt werden können. Die für die Entspannung in Mitteleuropa entscheidende Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts[12] müsse auf der Tagesordnung stehen;

b) die Teilnahme der Vier Mächte, die für die Wiedervereinigung verantwortlich sind (wie im polnischen Vorschlag vorgesehen);

c) Teilnahme nur von Staaten, die von allen Konferenzteilnehmern als solche anerkannt sind.

Da der Osten vermutlich schon seine Zustimmung zu Punkt a) versagen wird, könnten wir es uns aus taktischen Gründen erlauben, die Nichtteilnahme der SBZ zunächst weniger in den Vordergrund zu stellen.

[8] Dieses Wort wurde von Staatssekretär Carstens hervorgehoben. Dazu handschriftliche Bemerkung: „Aber welche Vorstellungen hat er?"

[9] Dazu Fragezeichen des Staatssekretärs Carstens.

[10] Zu diesem Satz handschriftliche Bemerkung des Staatssekretärs Carstens: „r[ichtig]".

[11] Der Passus „wir sollten ... zu überlassen" wurde von Staatssekretär Carstens hervorgehoben. Dazu handschriftliche Bemerkung: „Das ist ein fragwürdiger Versuch."

[12] Dieses Wort wurde von Staatssekretär Carstens hervorgehoben. Dazu handschriftliche Bemerkung: „Jetzt plötzlich in einem anderen als dem 4-Mächte Gremium?"

2) Falls diese Gedanken gebilligt werden, sollte diese Stellungnahme in der Washingtoner Vierer-Gruppe mit dem Ziel konsultiert werden, eine gemeinsame Haltung gegenüber dem Rapacki-Vorschlag auszuarbeiten. Eine Zuständigkeit der Washingtoner Vierergruppe ist gegeben, da der polnische Vorschlag die Vorbehaltsrechte der drei Westmächte in bezug auf Deutschland berührt.

Hiermit dem Herrn Staatssekretär[13] mit der Bitte um Zustimmung vorgelegt.

Ruete

Abteilung II (II 8), VS-Bd. 335

399

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Sachs

III A 5-84.01/2-91.36/373/64 geheim **28. Dezember 1964**[1]

Betr.: Ausgleich für amerikanische und britische Aufwendungen für die Stationierung von Truppen in Deutschland

Bezug: Weisung des Herrn Staatssekretärs I vom 9.12.1964[2] – St.S. 2324/64 VS-vertraulich –[3]

Abteilung III empfiehlt, erneute Verhandlungen über das sogenannte Hassel-McNamara-Abkommen[4] mit dem Ziel, den vollen Devisenausgleich durch eine elastischere Formel zu ersetzen, aus folgenden Gründen noch um etwa 5–6 Monate zurückzustellen.

1) Der Haushaltsplan des Bundesministeriums der Verteidigung wird voraussichtlich Mitte Februar 1965 vorliegen. Erst dann ist zu übersehen, ob und in welchem Umfange die Rüstungsaufträge im Rahmen des Abkommens für 1965/1966 eingeschränkt werden müssen. Für die Referenzperiode 1963/1964 konnten die Auftragsverpflichtungen (1375 Mio. $) noch voll erfüllt werden; der angestrebte Devisenausgleich wird aber bis zum Ende des amerikanischen Haushaltsjahres (30.6.1965) um schätzungsweise 260 Mio. $ unterschritten werden. Vor einigen Wochen haben die Amerikaner dem Herrn Bundestagsab-

[13] Hat Staatssekretär Carstens am 24. Dezember 1964 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Ich halte den Vorschlag für bedenklich. Bitte R[ücksprache] nach dem 1.1.1965."

[1] Die Aufzeichnung wurde von Legationsrat I. Klasse Reufels konzipiert.

[2] Korrigiert aus: „9.1.1964".

[3] Am 9. Dezember 1964 bat Staatssekretär Carstens zu prüfen, ob dem Bundesministerium der Verteidigung vorgeschlagen werden solle, neuerliche Verhandlungen mit den USA über das gemeinsame Protokoll vom 11. Mai 1964 über einen Devisenausgleich aufzunehmen. Deren Ziel solle sein, „den Grundsatz des vollen Ausgleichs durch eine elastischere Formel zu ersetzen". Vgl. Abteilung III (III A 5), VS-Bd. 187; B 150, Aktenkopien 1964.

[4] Zum Protokoll vom 11. Mai 1964 über die Gespräche des Bundesministers von Hassel mit dem amerikanischen Verteidigungsminister McNamara vgl. Dok. 125, Anm. 2.

geordneten Erik Blumenfeld erklärt, das Abkommen funktioniere gut, die Entwicklung 1965/66 bereite aber gewisse Sorgen.

2) Im sogenannten Hassel-McNamara-Abkommen, das auf Gespräche zwischen Bundeskanzler Erhard und dem amerikanischen Präsidenten Johnson[5] Bezug nimmt, ist von deutscher Seite zugestimmt worden, den vollen Devisenausgleich in Höhe der Ausgaben der amerikanischen Streitkräfte in Deutschland (1350 Mio. $) auch für 1965/66 anzustreben[6]. Es erscheint daher nicht ausgeschlossen, daß Bundesminister von Hassel bei seinen Bemühungen auf Ablehnung stoßen wird und dann möglicherweise sogar ein erneutes Gespräch zwischen Bundeskanzler Erhard und Präsident Johnson in Erwägung gezogen werden müßte.

3) Eine wesentliche Voraussetzung für erfolgreiche Neuverhandlungen ist gegeben, wenn die Amerikaner einsehen, daß eine Erfüllung des vollen Devisenausgleichs nicht möglich sein wird, und wenn sie dabei die deutschen Bemühungen und Schwierigkeiten wegen eines Ausgleichs für die Devisenausgaben der britischen Rheinarmee[7] nicht übersehen. Die amerikanische Botschaft zeigte sich in Gesprächen an dem Funktionieren des britischen Devisenausgleichsabkommens interessiert[8] und äußerte Befürchtungen, daß die Bundesregierung auf Druck der britischen Regierung (Verringerung der Rheinarmee) auf die Vergabe interessanter Aufträge (Lufthansa BAC 1-11)[9] Einfluß nehmen könnte. Da dies den Amerikanern höchst ungelegen wäre[10], ist der Eindruck aufgekommen, die amerikanische Regierung könnte bereit sein, einen Teil der Rüstungsaufträge, die von Deutschland nach USA vergeben wer-

[5] Das Thema Devisenausgleich wurde während der Gespräche des Bundeskanzlers Erhard mit Präsident Johnson am 28./29. Dezember 1963 in Stonewall, Texas, erörtert. Vgl. AAPD 1963, III, Dok. 489 und Dok. 490.

[6] Dieses Wort wurde von Staatssekretär Lahr hervorgehoben. Dazu Ausrufezeichen am Rand.

[7] Vgl. dazu Dok. 382, Anm. 28.

[8] Zum deutsch-britischen Abkommen vom 27. Juli 1964 über einen Devisenausgleich für die Jahre 1964/65 und 1965/66 vgl. Dok. 208, besonders Anm. 2.

[9] Zum britischen Interesse, Flugzeuge vom Typ BAC 1-11 an die Lufthansa zu verkaufen, vgl. bereits Dok. 372, Anm. 17.
Am 22. Dezember 1964 hielt die Mitarbeiterin des Referats III A 4, Stübel, fest, das Bundeskabinett werde erst im Januar 1965 über die Frage der Einsetzung eines unabhängigen Gutachter-Gremiums, das über den Ankauf der Flugzeugtypen für die Lufthansa entscheiden solle, beraten. Vgl. Referat III A 4, Bd. 397.
Am 19. Februar 1965 gab die Lufthansa die Entscheidung zugunsten des Ankaufs der amerikanischen „Boeing 737" bekannt. Vgl. THE TIMES, Nr. 56251 vom 20. Februar 1965, S. 10; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 44 vom 22. Februar 1965, S. 15.

[10] Im Rückblick hielt der Leiter des Außenpolitischen Büros im Bundeskanzleramt, Osterheld, dazu einen Besuch des amerikanischen Botschafters beim Chef des Bundeskanzleramtes fest. McGhee habe Westrick am 12. Dezember 1964, einem Samstag, ins Büro gebeten und ihm vorgetragen, das Bundeskabinett möge bei der in der nächsten Woche anstehenden Beratung über den Ankauf von 20 neuen Maschinen für die Lufthansa „den amerikanischen Angeboten den Vorzug vor den britischen geben". Osterheld führte dazu weiter aus: „Ich fand es empörend, den wichtigsten Berater Erhards ... wegen durchsichtiger Geldgeschäfte ... an einem Samstagnachmittag dringend ins Büro zu holen! Westrick hätte, und ich sagte es ihm nachher, McGhee höflich, aber kühl erklären sollen, daß die von ihm vorgebrachte Sache weder am Montag noch am Mittwoch im Kabinett beraten würde, und ihn auf einen Termin in der nächsten oder übernächsten Woche bestellen sollen. Wir dürften uns nicht als Satelliten behandeln lassen! ... Und Westrick stimmte dem nachträglich auch zu." Vgl. OSTERHELD, Außenpolitik, S. 125f.

den, nach Großbritannien umzudirigieren. Wenn auch einer solchen Überlegung insofern Grenzen gesetzt sind, weil die deutsche Rüstung logistisch weitgehend an die amerikanische gebunden ist, so finden solche Gedanken doch aus anderen Gründen Nahrung. In einer kürzlichen Veröffentlichung der Financial Times[11] (s. Fernschreiben London 1335 vom 10.12.64)[12] heißt es, die amerikanische Regierung sei bereit, als Gegenleistung für eine britische Beteiligung an der MLF einer Verlagerung deutscher Rüstungskäufe von USA nach Großbritannien zuzustimmen.

Sollte sich dies bestätigen, dann würden Voraussetzungen für gemeinsame deutsch-britisch-amerikanische Besprechungen über Devisenausgleich gegeben sein und der bislang von britischer und amerikanischer Seite unabhängig voneinander direkt auf die Bundesregierung ausgeübte Druck wegen des Devisenausgleichs besser abgefangen werden können.

Hiermit dem Herrn Staatssekretär[13] vorgelegt.

Sachs

Abteilung III (III A 5), VS-Bd. 187

[11] Vgl. den Artikel „A fresh pattern of Co-operation"; FINANCIAL TIMES, Nr. 23490 vom 10. Dezember 1964, S. 1.

[12] Für den Drahtbericht des Botschafters von Etzdorf, London, vom 10. Dezember 1964 vgl. Abteilung III (III A 5), VS-Bd. 187; B 150, Aktenkopien 1964.

[13] Hat Staatssekretär Carstens am 5. Januar 1965 vorgelegen, der handschriftlich für Staatssekretär Lahr vermerkte: „Vorschlag: W[ieder]V[orlage] 3 Monate."
Hat Lahr am 12. Januar 1965 vorgelegen, der handschriftlich die Wiedervorlage am 1. Mai 1965 verfügte.
Hat Lahr am 6. Mai 1965 erneut vorgelegen, der handschriftlich die Weiterleitung an Ministerialdirektor Sachs veranlaßte.
Hat Ministerialdirigent Graf von Hardenberg am 5. Mai 1965 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Zur Feststellung der Verhandlungsergebnisse M[inisterial]D[irektor] Krapf sofort nach dessen Rückkehr aus Washington."
Hat Krapf vorgelegen.

400

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Krapf

II 1-80.00/1669/64 VS-vertraulich **30. Dezember 1964**[1]

Betr.: Kontakte zu osteuropäischen Regierungen;
hier: Das Selbstbestimmungsrecht der Völker in Osteuropa

Bezug: Handschriftliche Verfügung des Herrn Staatssekretärs vom 24.12.1964 auf der Aufzeichnung des Planungsstabs vom 17.12.1964 – Pl-256/64 VS-vertraulich –[2]

Anlage: 1 Vorgang[3]

1) Abteilung II befürwortet den Vorschlag des Planungsstabs. Er ist unter Umständen geeignet, unserer Deutschlandpolitik größere Bewegungsfreiheit zu ermöglichen. Die Vorgänge um die Deutschland-Initiative während der NATO-Außenminister-Sitzung im Dezember[4] haben gezeigt, daß die Fronten in der Deutschlandfrage so festgefahren sind, daß unsere Verbündeten keine Veranlassung sehen, sich für uns gegenüber den Sowjets zu engagieren. Es muß daher eines der Nahziele unserer Deutschlandpolitik sein, diese Fronten aufzulockern. Zu diesem Ziel könnte der Vorschlag des Planungsstabs – auch wenn er nicht zu unmittelbaren Erfolgen führt – beitragen.

2) Abteilung II tritt dem Vorschlag des Planungsstabs ferner bei, weil er sich in das Konzept unserer Politik gegenüber den Ostblockstaaten, deren Ziel u.a. die Isolierung des SED-Regimes ist, lückenlos einfügt. Die vom Planungsstab angeregte Argumentation in der Frage des Selbstbestimmungsrechts sollte es uns jedenfalls leichter machen, die Interessengemeinschaft, die heute aus Gründen der ideologischen Selbsterhaltung zwischen den Ostblockstaaten und dem SED-Regime besteht, aufzulockern.

3) Es wird nicht verkannt, daß die von dem Planungsstab angeregte Darstellung unserer Selbstbestimmungspolitik bei den osteuropäischen Gesprächspartnern die Frage nach unseren Vorstellungen zur Grenzfrage und zum Selbstbestimmungsrecht der Heimatvertriebenen auslösen wird. Diese Frage stellt sich weniger im Hinblick auf das Heimatrecht der Sudetendeutschen; wir haben wiederholt erklärt, keine territorialen Ansprüche an die Tschechoslowakei zu stellen.[5] Zweifellos wird aber das Problem der Oder-Neiße-Linie auftauchen. Eine Diskussion dieses Themas sollte zunächst, wenn möglich,

[1] Die Aufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Oncken konzipiert.

[2] Vgl. Dok. 391, Anm. 11.

[3] Die Aufzeichnungen des Ministerialdirektors Müller-Roschach über die Kontakte der Bundesrepublik bzw. der DDR zu den osteuropäischen Staaten vom 7. August, 10. Oktober, 30. November sowie vom 17. Dezember 1964 wurden dem Vorgang beigefügt. Vgl. Abteilung II (II 1), VS-Bd. 14; B 150, Aktenkopien 1964.
Für die Aufzeichnungen vom 7. August und 17. Dezember 1964 vgl. Dok. 226 und Dok. 391.

[4] Zum Gespräch des Bundesministers Schröder vom 14. Dezember 1964 mit den Außenministern der Drei Mächte in Paris vgl. Dok. 387.

[5] Vgl. dazu zuletzt Dok. 328.

vermieden werden. Man könnte jedoch im Falle des Zustandekommens eines ernsthaften Meinungsaustausches erklären: Eine Unterstützung des Selbstbestimmungsrechts der in der Bundesrepublik Deutschland und in der SBZ lebenden Deutschen durch die osteuropäischen Völker und Staaten werde mit Sicherheit zu einer solchen Entspannung im Ost-West-Verhältnis und im Verhältnis des deutschen Volkes zu den osteuropäischen Nachbarvölkern führen, daß eine gerechte und vernünftige Lösung des Grenz-Problems erheblich leichter sein werde.[6]

4) Die Sorge vor einer Diskussion des Grenzthemas sollte uns jedenfalls nicht dazu veranlassen, uns der Möglichkeit einer Verwertung des Vorschlags des Planungsstabs zu begeben. In der Rangfolge unserer außenpolitischen Ziele kommt der Wiedervereinigung auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts der absolute Vorrang zu, da es hier um das Schicksal der in der Bundesrepublik Deutschland und in der SBZ geschlossen siedelnden Deutschen geht. Die Rücksichtnahme auf das (ebenfalls bedeutsame) Grenzproblem darf daher nicht dazu führen, daß wir uns unserer Aktionsmöglichkeiten in der Wiedervereinigungspolitik begeben.

5) Maßgebend sollte daher bei der Behandlung des Vorschlags des Planungsstabs die Überlegung sein, daß der Wiedervereinigung die Priorität zukommt und daß es das erste Ziel dieser Politik sein muß, aus der derzeitigen Stagnation herauszugelangen, nachdem unsere Bemühungen, dem Wiedervereinigungsziel durch eine gemeinsame Wiedervereinigungs- und Sicherheits-Politik des Westens näherzukommen, seit längerer Zeit keinen Erfolg gehabt haben.

Hiermit dem Herrn Staatssekretär[7] weisungsgemäß vorgelegt.

Krapf

Abteilung II (II 1), VS-Bd. 14

[6] Zur Oder-Neiße-Linie und zur Frage des Verhältnisses zwischen der Bundesrepublik und Polen vgl. zuletzt Dok. 397.

[7] Hat Staatssekretär Carstens am 7. Januar 1965 vorgelegen, der handschriftlich für Referat II 1 vermerkte: „Einv[erstanden]. Bitte Vorlage entsprechender Erlasse.".

401

Botschafter Knappstein, Washington, an das Auswärtige Amt

Z B 6-1/10005/64 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 3780
Cito

Aufgabe: 30. Dezember 1964, 21.00 Uhr[1]
Ankunft: 31. Dezember 1964, 05.56 Uhr

Betr.: Jüngste Entwicklung der amerikanischen NATO-Nuklearpolitik

Kurzfassung

I. Präsident Johnson hat entgegen anders gerichteten Erwartungen trotz seines überwältigenden Wahlsieges[2] auf dem Gebiet der amerikanischen Außenpolitik eine Linie des „soft approach" eingeschlagen. Die von ihm in Pressegesprächen verkündete Flexibilität wirkt sich erstmals in der Frage der MLF deutlich aus, indem der Versuch gemacht wird, die britischen Vorschläge[3] einzubeziehen und durch Fallenlassen des amerikanischen Drucks Mißverständnissen in der Allianz vorzubeugen sowie möglicherweise die Mitarbeit Frankreichs zu erreichen.

II. Die Haltung des Präsidenten ist nicht ohne Kritik geblieben. Ihm wird Mangel an Weitsicht, übertriebene Rücksichtnahme auf Popularität und eine gewisse Undurchschaubarkeit vorgeworfen.

III. Die Aufgabe des amerikanischen politischen Drucks beruht in erster Linie auf innenpolitischen Gründen. Auslösendes Element für die negativen Reaktionen in der amerikanischen Öffentlichkeit war die unerwartet heftige Opposition Frankreichs, die sich wiederum aus der plötzlichen britischen Bereitschaft ergab, an einer atlantischen Nuklear-Streitmacht teilzunehmen. Das veränderte Konzept des Präsidenten beruht auf neuen Komponenten:

a) dem amerikanischen Interesse an der Bereitschaft Englands, auf seine eigene nukleare Abschreckungsmacht zu verzichten,

b) dem amerikanischen Interesse an der Betonung des Non-Proliferations-Gedankens durch die Engländer,

c) dem Wunsche, den französischen Widerstand zu überwinden und nach Möglichkeit Frankreichs Mitarbeit zu erreichen,

d) der Wahrung des Zusammenhalts der Allianz.

Die Gefahren, die sich aus der Betonung der Notwendigkeit einer deutsch-britischen Einigung ergeben, werden im Augenblick für gering veranschlagt.

IV. Das amerikanische Interesse an einer Lösung des nuklearen Problems in

[1] Hat Bundesminister Schröder vorgelegen.

[2] Präsident Johnson wurde am 3. November 1964 in seinem Amt bestätigt. Dabei setzte er sich gegen den Kandidaten der Republikanischen Partei, Goldwater, mit einer Mehrheit von etwa 15, 5 Mio. Stimmen durch. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1964, Z 248.

[3] Zu den britischen Vorschlägen einer Atlantic Nuclear Force (ANF) vgl. Dok. 382.

der Allianz unter Verwendung des MLF-Gedankens hält an. Sollte die augenblicklich eingeschlagene Taktik nicht wirksam sein, ist eine Überprüfung auch im Hinblick auf die Haltung gegenüber England nicht ausgeschlossen.

Aus taktischen Gründen wird vorgeschlagen, einen schriftlich formulierten deutschen (und eventuell italienischen) Vorschlag dem britischen entgegenzustellen.

I. 1) Während sich bis zur Wahl des Präsidenten die Meinung hielt, daß nach einem Erfolg Johnsons eine Politik der Initiativen zu erwarten sein werde, lassen die Vorgänge der letzten Wochen auf eine vorwiegend vorsichtige Haltung des Präsidenten in grundlegenden Fragen der amerikanischen Außenpolitik schließen. Diese Tendenz, die von James Reston ironisch mit „a whirlwind of caution in the White House"[4] bezeichnet wird, hat ihren Presseniederschlag erstmals in einer Reihe von Artikeln gefunden, die im Anschluß an ein Gespräch des Präsidenten mit vier Journalisten am 15.12. in drei Zeitungen (New York Times, Baltimore Sun und Washington Post) erschienen.[5] Der Tenor der Äußerungen des Präsidenten ging eindeutig auf einen „soft approach" hinaus.

Dies bedeutet auf innenpolitischem Feld eine vorsichtige Behandlung des Kongresses, der nicht mit einem Widerstand provozierenden großen Programm für die „great society" konfrontiert werden soll. Auf außenpolitischem Gebiet bedeutet es Vorsicht und „Flexibilität", wie der Präsident sich immer wieder ausdrückt. In Vietnam läuft diese Politik darauf hinaus, daß Maßnahmen, die zu einer Ausweitung des Konflikts führen könnten, ebenso verworfen werden wie ein Rückzug unter Bruch der bestehenden amerikanischen Verpflichtungen der letzten beiden Regierungen; das Ergebnis ist ein Weitermachen in der bisherigen immer bedenklicher werdenden Richtung, wobei allerdings besonderes Gewicht auf die Versöhnung der Standpunkte innerhalb Süd-Vietnams gelegt wird.

Für die Lösung der Probleme des atlantischen Bündnisses besagt die Anwendung der Johnsonschen Maxime nach seinen eigenen Äußerungen, so wie sie sich in den Presseberichten widerspiegeln, daß die Durchführung einer starren amerikanischen Politik die Schwierigkeiten in der Allianz und im Inneren unnötig vergrößern würde: „flexibility in approach to such problems as the creation of a multilateral nuclear force that will give West Germany a voice in proceeding without a finger on the trigger will achieve more progress than rigidity" (Potter in Baltimore Sun vom 16.12.).[6]

[4] Vgl. den Artikel „A Whirlwind of Caution in the White House"; THE NEW YORK TIMES, International Edition, Nr. 39044 vom 17. Dezember 1964, S. 4.

[5] Vgl. etwa den Artikel „Johnson to avoid Pressure Tactics on Basic Policies" von Tom Wicker; THE NEW YORK TIMES, International Edition, Nr. 39043 vom 16. Dezember 1964, S. 1.

[6] Am 21. Dezember 1964 hielt Vortragender Legationsrat I. Klasse Scheske fest, daß ihm der Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Popper, den Artikel des Journalisten Potter vom 16. Dezember 1964 gegeben habe. Popper habe darauf hingewiesen, „daß dieser Artikel ziemlich genau die Ansichten des State Department wiedergebe". Vgl. Abteilung II (II 7), VS-Bd. 1352; B 150, Aktenkopien 1964.

Diese „Flexibilität" bezieht sich einerseits auf die Sache: Der Präsident fühlt sich nicht „tightly wedded" mit der MLF als der einzig möglichen Lösung des Problems, sondern sieht auch in den britischen Vorschlägen ein brauchbares Konzept. Dies soll jedoch nicht heißen, daß der Präsident den Gedanken der Einbeziehung einer MLF in eine größere Kombination fallengelassen hätte, über den sich Deutsche und Amerikaner bereits einig sind, „but neither is the US inclined to force it down the throat of our other allies".

Die „Flexibilität" betrifft aber auch das Vorgehen. Das stillschweigende Fallenlassen eines Termins[7] bedeutet für den Präsidenten: weniger gefährlicher Druck, ein ruhigeres Verhandeln mit der Möglichkeit, Mißverständnisse in der Allianz auszuräumen, und schließlich die Hoffnung, mit Frankreich zu einer Möglichkeit künftiger Verhandlungen zu gelangen.

2) Was der Präsident den Journalisten mitgeteilt hatte, fand sich wenig später in einem Memorandum des National Security Council an Rusk und McNamara wieder, das in der New York Times vom 21.12.[8] im wesentlichen zutreffend wiedergegeben ist (vgl. Drahtbericht Nr. 3726 vom 22.12.64[9]). Die Hauptpunkte dieses Memorandums, das die Billigung des Präsidenten erfahren hat und das nur auf dem Hintergrund der Debatte um die MLF/ANF verstanden werden kann, sind

a) größtmögliche Konsultation in der Allianz über die Frage der Organisation der nuklearen Verteidigung,

b) der Präsident wird keinen Plan billigen, der nicht für Großbritannien und Deutschland akzeptabel ist,

c) ein solcher Plan muß mit Frankreich im voraus und gründlich diskutiert werden. Er muß die Tür für den Beitritt anderer Mächte, insbesondere Frankreichs, offenlassen,

d) die amerikanische Regierung verfolgt weiterhin eine Politik der weitgehenden politischen und wirtschaftlichen Einigung Europas.

II. Die Haltung des Präsidenten hat in der amerikanischen Öffentlichkeit keineswegs nur Zustimmung erfahren. Ausgesprochen positiv ist sie natürlich von Walter Lippmann und Cyrus Sulzberger beurteilt worden, die immer wieder von einer weisen Entschärfung der explosiven Situation gesprochen haben. Auf der anderen Seite gibt es unüberhörbare Stimmen, die eine gewisse Unzufriedenheit mit dem vorsichtigen Taktieren des Präsidenten zum Ausdruck bringen. Sie äußern sich kritisch dazu, daß ein mit einer Mehrheit von 16 Millionen Stimmen gewählter Präsident für die Zukunft wichtigen, aber vielleicht unpopulären Entscheidungen gerne ausweicht, wie dies in Johnsons

[7] Zur amerikanischen Bereitschaft, bis Ende des Jahres 1964 das Projekt einer MLF zu realisieren, vgl. auch Dok. 263.

[8] Vgl. dazu den Artikel von James Reston „Johnson orders drive to reunite Western Alliies". Vgl. auch den Artikel „Johnson View on Alliance Called a de Gaulle Victory". Darin hieß es u.a.: „The President, in his memorandum, told the State and Defense Departments to make every effort to reunite NATO, and stipulated that he would not agree to any program for rationalizing NATO's nuclear defense unless it were discussed in advance and in detail with France"; THE NEW YORK TIMES, International Edition, Nr. 39049 vom 22. Dezember 1964, S. 1.

[9] Dem Vorgang nicht beigefügt.

politischem Naturell liege. Die Erkenntnis, daß eine starke politische Führung für eine Weltmacht wie USA unerläßlich sei, klingt unüberhörbar durch. In einem sehr harten Leitartikel mit der Überschrift „A Peacemaker President?" hat die New York Times[10] den Präsidenten davor gewarnt, um seiner Popularität willen die Planung für die Zukunft der Nation aus den Augen zu lassen: „A president who wants to get things done has to be a fighter, has to spend the valuable coin of his own popularity, has to jar the existing consensus. Once a major program has been pioneered and becomes established opposition to it fades and a new consensus forms around it. But no major program gets going unless someone is willing to wage an active and fierce struggle in this behalf ... No one expects from President Johnson to be engaged in constant trouble on all fronts. But unless there is a presidential willingness to risk major political troubles, there can be no victories."

Diese kritische Stimmung wurde durch Johnsons Verhalten in dem Konflikt über die nukleare Situation in der NATO ausgelöst, wie sich aus dem Zeitpunkt des Erscheinens der zitierten Artikel ergibt. Sie zeigt eine gewisse Unzufriedenheit mit der taktisch zwar gewandten, aber, wie man glaubt, nicht immer weitsichtigen und auch für seine nähere Umgebung nur schwer vorhersehbaren Politik des Präsidenten. Wenn die Kritik auch noch keine ernsteren Formen angenommen hat, ist sie doch nicht nur bei einer Reihe von verantwortlichen Journalisten, sondern auch, obzwar mit der gebührenden Vorsicht, im Kreise der Administration zu hören. Es ist kein Geheimnis, daß beispielsweise eine andere Entscheidung bezüglich Südvietnams erwartet worden war, als Botschafter Maxwell Taylor unlängst aus Saigon zur Berichterstattung in Washington war.[11] Bis hoch hinauf in die unmittelbare Umgebung des Präsidenten herrscht eine gewisse Unsicherheit darüber, ob der Präsident nicht von heute auf morgen eine bisher gebilligte und von der Administration verfolgte politische Linie plötzlich aufgibt oder ändert. Dies ist im Falle der MLF geschehen, wie auch aus dem sicherlich inspirierten Artikel Restons vom 21.12. hervorgeht: „In fairness to the officials concerned, it is true that the President himself approved a policy last April that called for vigorous United States support of the so-called multilateral or mixed-manned nuclear fleet in the Atlantic.

Since then, and particularly during the election campaign when President Johnson was preoccupied with political matters, some officials have been pressing the allies hard to agree to the fleet program. This in turn has increased the divisions within the alliance.

What Mr. Johnson is doing now in the alliance is merely what he has been doing with contending forces within the nation. He is saying to the allies, as he is saying to the north and the south, business and labor, rich and poor: the time has come for hard, honest, objective discussion of the facts, uncomplicated by old personal and subjective considerations."

III. 1) Was den Präsidenten bewogen hat, zunächst ganz ostentativ den

[10] Vgl. THE NEW YORK TIMES, International Edition, Nr. 39049 vom 22. Dezember 1964, S. 4.

[11] Der amerikanische Botschafter in Saigon hielt sich vom 6. bis 10. September 1964 zur Berichterstattung in Washington auf. Vgl. dazu DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 51, 1964, S. 432–435.

„Druck fortzunehmen", dürften in erster Linie innenpolitische Gründe sein. Nicht nur die Beunruhigung in der Presse, sondern vor allem die Stimmen aus dem Kongreß[12] – es dürften wohl wesentlich mehr Briefe im Weißen Haus eingehen, als an die Öffentlichkeit gedrungen ist – ließen den Präsidenten zu dem Schluß kommen, daß ein Vorangehen auf Kollisionskurs in einer so heiklen Angelegenheit wie der MLF ihn innenpolitischen Vorwürfen aussetzen würde, die sich durch ein entsprechendes taktisches Verhalten vermeiden ließen. Da sich die Vorwürfe in erster Linie gegen den von der Administration angeblich auf die Verbündeten ausgeübten Druck und die daraus resultierenden Spaltungen der Allianz richteten, hat der Präsident die Pression eingestellt, ja verboten und zugleich seine Bemühungen auf eine Verständigung zwischen den Mitgliedern der Allianz konzentriert.

Als unmittelbar auslösender außenpolitischer Faktor für die Reaktion der amerikanischen Öffentlichkeit und des Kongresses muß die unerwartet heftige Opposition Frankreichs gegen die MLF angesehen werden. Die französische Haltung wiederum wurde durch ein weiteres in den letzten Monaten hervorgetretenes Moment, nämlich die britische Bereitschaft zur Mitarbeit an einer atlantischen Nuklear-Streitmacht, hervorgerufen, die plötzlich die Entstehung der MLF in greifbare Nähe rücken ließ.[13]

2) Die Änderung in der Haltung des Präsidenten bedeutet, wie immer wieder von verantwortlicher Seite betont wird, nicht, daß er es aufgegeben hätte, eine Lösung des Nuklear-Problems in der Allianz zu suchen. Insbesondere ist ihm, wie aus seiner nächsten Umgebung verlautet, die Notwendigkeit einer für Deutschland befriedigenden Lösung gegenwärtig. Das veränderte Konzept hat jedoch folgende neue Komponenten:

a) Die Bereitschaft Großbritanniens, auf seine eigene nukleare Abschreckungsmacht zu verzichten, war für den Präsidenten neu und unerwartet. Man will jetzt auf jeden Fall versuchen, durch Einbeziehung Englands in die ANF/MLF das alte Ziel der Verringerung der Zahl der Nuklearmächte im atlantischen Bündnis zu verwirklichen. Dies erklärt in erster Linie die Schwenkung in Richtung auf die Betonung der Notwendigkeit der englischen Teilnahme. Während bis zum Besuch Wilsons in Washington alles darauf abgestellt wurde, den Briten nachzuweisen, daß Italien, Holland und Deutschland nicht auf den britischen Beitritt warten würden, ist jetzt die Teilnahme Englands ein genauso wichtiges Ziel wie die Befriedigung der deutschen Interessen geworden. Eine Lösung muß, wie es hier ausgedrückt wird, den Interessen beider Mächte gerecht werden.

b) Auf Grund der englischen Vorschläge hat die Funktion der ANF/MLF im Bereich der Non-Proliferation eine erhebliche Verstärkung erfahren. Die Einbeziehung ausdrücklicher Verzichtserklärungen soll die ANF/MLF zu einem echten Instrument der Non-Proliferation machen. Insoweit treffen sich die englischen Interessen in gewissem Grad mit neueren amerikanischen Überlegungen auf dem Gebiet der Nichtverbreitung von Kernwaffen, die seit der Ex-

[12] Zur wachsenden Kritik des amerikanischen Kongresses gegenüber der geplanten MLF/ANF vgl. auch Dok. 375, Anm. 18.

[13] Zur französischen Haltung gegenüber der MLF vgl. zuletzt Dok. 377.

plosion der chinesischen Atombombe[14] intensiv angestellt werden (Studiengruppe Gilpatric)[15] und die bei dem künftigen Vizepräsidenten Humphrey erhebliche Unterstützung finden dürften.

c) Eine weitere Komponente ist die Notwendigkeit, den französischen Widerstand zu überwinden und eine Kollision zu vermeiden, nach Möglichkeit sogar eine gewisse Mitarbeit Frankreichs zu erreichen. Dies soll durch das Versprechen enger und eingehender Konsultation und das Offenhalten der Tür für Frankreich sowie die Aussicht auf Kooperation auf dem Gebiete der Zielplanung erreicht werden. Wenn sich auch der Präsident keinerlei Hoffnung hinsichtlich einer französischen Beteiligung an der ANF/MLF hingibt, so werden doch gewisse Ansätze wie die Erklärungen Messmers hinsichtlich künftiger gemeinsamer Zielplanung[16] zwar mit Skepsis, aber doch nicht ohne eine gewisse Hoffnung betrachtet.

d) Die Wahrung des Zusammenhalts der Allianz wird in der amerikanischen Planung und Taktik besondere Beachtung finden. Bei den Vorschlägen zu einer engen Konsultation verkennt man hier jedoch nicht, daß das nukleare Problem, um dessen Lösung gerungen wird, für die verschiedenen Mitglieder der NATO ganz unterschiedlich gelagert ist. Die im Grund neutralistisch-isolationistisch denkenden Staaten Norwegen und Dänemark wollen den Schutz des nuklearen Schirms ohne eigenes Engagement.[17] Holland und Belgien wissen, daß sie auf den Schutz angewiesen sind, sind aber auch bereit, Risiko und Verantwortung der Stationierung nuklearer Waffen zu tragen.[18] Wieder anders liegt es bei den „großen europäischen Mächten" England, Frankreich, Italien und Deutschland. Da die beiden erstgenannten bereits Nuklearmächte sind, ist ihre Perspektive bei der Betrachtung des nuklearen Problems eine andere als die Deutschlands und Italiens[19], um deren Befriedigung es bei der amerikanischen Nuklearpolitik in erster Linie geht. Die eingehende Konsultation aller NATO-Staaten kann also nur einen begrenzten Zweck haben, nämlich den Widerstand gegen das ANF/MLF-Projekt als solches zu beseitigen und damit dessen etwaige spaltende Wirkung auszuschalten.

3) Im State Department verhehlt man sich nicht, daß die offizielle Beendigung des amerikanischen Drucks und die Betonung der Notwendigkeit der englischen Teilnahme sowie schließlich der erklärte Wunsch, daß es zwischen Deutschland und England zu einer Einigung kommen müsse, die Verhand-

[14] Zur Zündung der ersten Atombombe der Volksrepublik China am 16. Oktober 1964 vgl. Dok. 297, Anm. 24.

[15] Zur Studiengruppe unter dem Vorsitz des ehemaligen Staatssekretärs im amerikanischen Verteidigungsministerium, Gilpatric, vgl. Dok. 393, Anm. 20.

[16] Am 16. Dezember 1964 erklärte der französische Verteidigungsminister Messmer gegenüber seinem amerikanischen Kollegen McNamara, daß Frankreich durchaus bereit sei, mit den USA über eine gemeinsame nukleare Planung der NATO zu sprechen. Vgl. dazu auch den Artikel „U.S. and France make Progress in Arms Dispute"; THE NEW YORK TIMES, International Edition, Nr. 39044 vom 17. Dezember 1964, S. 1.

[17] Zur norwegischen und dänischen Haltung gegenüber der geplanten MLF/ANF vgl. Dok. 386, Anm. 8.

[18] Zur niederländischen und belgischen Haltung gegenüber der geplanten MLF vgl. Dok. 372, Anm. 13, bzw. Dok. 381, Anm. 13 und 14.

[19] Zur Haltung der Bundesrepublik gegenüber der geplanten MLF/ANF vgl. zuletzt Dok. 393.
Zur italienischen Haltung vgl. zuletzt Dok. 375.

lungsposition Wilsons außerordentlich stärkt. Man glaubt jedoch hierin keine Gefahr für das Zustandekommen einer für Deutschland befriedigenden Einigung sehen zu müssen. Wilson hat hier offenbar den Eindruck hinterlassen[20], daß er ernsthaft auf eine Abschaffung der britischen selbständigen Abschreckungswaffen hinarbeitet und daß ihm hierfür die Konstruktion der ANF notwendig ist. Man nimmt deshalb an, daß nunmehr auf europäischer Seite genügend „Antrieb" da ist, um die Dinge weiter im Fluß zu halten, ohne daß es eines ostentativen amerikanischen Drucks bedürfte. Unter diesen Umständen hält man hier, wenn auch nicht ohne gewisse Zweifel, den in erster Linie innenpolitisch motivierten Entschluß des Präsidenten für gerechtfertigt, sich dem Odium des Drucks auf die europäischen Partner zu entziehen.

Außenminister Rusk hat vor kurzem Journalisten gegenüber die gegenwärtige amerikanische Haltung als die dritte Phase im Prozeß der nuklearen Reorganisation des Bündnisses bezeichnet. Von 1959 bis Ende 1962 seien die Vereinigten Staaten bereit gewesen, europäische Pläne für eine NATO-Nuklear-Streitmacht wohlwollend zu prüfen, wobei sie zur Unterstützung der europäischen Überlegungen sogar Studien ausgearbeitet hätten. In der 2. Phase habe Amerika dann die Führung übernommen, da eine europäische Einigung sich als unmöglich erwiesen habe. Nunmehr in der 3. Phase bestehe ein gewisser europäischer Konsensus, und es sei politisch nur richtig, wenn die Initiative wieder den Europäern zufalle.

IV. Ich habe keinen Anlaß, daran zu zweifeln, was mir und meinen Mitarbeitern in letzter Zeit wiederholt von verantwortlichen amerikanischen Persönlichkeiten gesagt worden ist: Das Interesse der amerikanischen Regierung und des Präsidenten an einer Lösung des nuklearen Problems besteht nach wie vor. Der MLF-Gedanke spielt hierbei eine zentrale Rolle, weil eine andere praktikable Formel für die Beteiligung Deutschlands und Italiens nicht zu finden ist. Im übrigen wurde meinem Mitarbeiter gegenüber auf dessen Bedenken hinsichtlich der Auswirkung des Memorandums des nationalen Sicherheitsrates auf die britische Haltung betont, das Memorandum beziehe sich ausdrücklich auf die gegenwärtige Situation, und man behalte sich bei einer Änderung der Lage eine Überprüfung vor.

Von Washington aus gesehen würde bei dieser Lage eine deutsche Inaktivität ein taktischer Fehler sein. Insbesondere sollte man es nicht dabei bewenden lassen, daß von europäischer Seite lediglich der britische Vorschlag vorliegt. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die britische Haltung auch deshalb hier ihren Eindruck nicht verfehlt hat, weil ein konkreter schriftlich fixierter Plan vorgelegt wurde. Die Bundesregierung sollte vielleicht in Zusammenarbeit mit Italien ihrerseits baldigst einen Gegenvorschlag erarbeiten und übermitteln. Hierbei ließen sich m.E. folgende Gesichtspunkte des britischen Entwurfs übernehmen:

1) Die ANF ist eine Streitmacht im gemeinsamen Eigentum der Teilnehmerstaaten (Ziffer 19 des britischen Plans). Das Eigentum erstreckt sich auf

[20] Zum Aufenthalt des Premierministers Wilson vom 7. bis 9. Dezember 1964 in Washington vgl. Dok. 375, Anm. 18.

Schiffe, Abschußeinrichtungen und Sprengköpfe. Die Streitmacht soll über mindestens 200 Polarisraketen verfügen.

2) Die Kontrolle wird durch eine gemeinsame Behörde ausgeübt. Diese ist auch für die Verhinderung unbefugten Abfeuerns der Raketen zuständig.

3) Die Komponenten der ANF sind:

a) eine Überwasserflotte,
b) eine Anzahl von Großbritannien zu stellender Polaris-U-Boote; bis zu deren Indienststellung ein Kontingent britischer V-Bomber.

4) Das Prinzip der gemischten Bemannung wird für die gesamte ANF im Grundsatz anerkannt. Die Unterseeboote werden jedoch für eine Übergangszeit lediglich von Angehörigen einer Nationalität oder zweier Nationalitäten, die jedoch dem Personal der ANF angehören, bemannt.

5) Eine Proliferationserklärung, für die ein überarbeiteter Wortlaut des amerikanischen Gegenentwurfs[21] verwendet werden könnte.

Bei näherer Betrachtung laufen die Grundgedanken dessen, was aus dem britischen Vorschlag von uns übernommen werden könnte, auf das alte MLF-Konzept unter Einbeziehung einer von Großbritannien zu stellenden Unterseeboots-Komponente hinaus.

Die Übereignung amerikanischer U-Boote, die im übrigen den amerikanischen Wünschen widerspricht, würde den Anteil der Überwasserflotte gefährlich verkleinern und auch dem britischen Widerstand gegen die gemischte Bemannung Vorschub leisten. Die Einbeziehung der V-Bomber für eine Übergangszeit sollte deshalb erwogen werden, weil sie ein äußerliches Eingehen auf britische Wünsche und eine scheinbare Erweiterung der ANF/MLF darstellt. Sofern der britische prozentuale Anteil nicht vergrößert wird und keine zusätzlichen finanziellen Belastungen für die Gemeinschaft entstehen, könnte von unserer Seite Entgegenkommen gezeigt werden. Amerikanischerseits besteht ein gewisses Interesse an einem Eingehen auf diesen Vorschlag, da man versuchen möchte, möglichst bald die Überführung des britischen Nuklearpotentials in Gemeinschaftseigentum zu realisieren.

[gez.] Knappstein

Ministerbüro, VS-Bd. 8481

[21] Zur amerikanischen Stellungnahme vom 8. Dezember 1964 zu den britischen Vorschlägen einer ANF vgl. Dok. 382, Anm. 9.

402

Aufzeichnung des Staatssekretärs Lahr

31. Dezember 1964[1]

Botschafter de Margerie erschien heute, begleitet von Handelsrat Herrenschmidt, auf seinen Wunsch bei mir, um mir folgendes mitzuteilen:

Für den Handel zwischen Frankreich und der SBZ im Jahre 1965 sei eine Vereinbarung in Vorbereitung, die wie bisher eine Kammer-Vereinbarung sei und den Warenaustausch auf der bisherigen Grundlage fortführen solle.[2] Allerdings sei eine Erhöhung des Austauschvolumens beabsichtigt; dieses solle von je 65 Mio. NF im Jahre 1964 auf je 110 Mio. NF im Jahre 1965 in beiden Richtungen gesteigert werden. Die Steigerung werde mit dem Vorbehalt vereinbart werden, daß das Gleichgewicht gewahrt bleibe. Ferner sei beabsichtigt, im Jahre 1965 Kontrakte über die Lieferung französischer Erzeugnisse in Höhe von 350 Mio. NF, deren Realisierung sich auf 2 – 3 Jahre, d.h. von 1965 – 1967 erstrecken werde, abzuschließen. Die wichtigsten Objekte seien Lieferungen für eine Zuckerfabrik, eine Zementfabrik und von Autoteilen (Renault). Lieferkredite würden im Rahmen der Berner Vereinbarungen, d.h. bis zu 5 Jahren, gegeben werden.[3]

Ich erwiderte, daß mich namentlich die ungewöhnliche Steigerung des Volumens, nämlich fast eine Verdoppelung von 1964 auf 1965, der dann voraussichtlich eine nochmalige Verdoppelung von 1965 auf 1966 folgen werde, überrasche. Wir erwarteten von unseren westlichen Freunden und Partnern zwar nicht, ihren Handel mit der SBZ auf einem bestimmten Niveau einfrieren zu lassen, aber Steigerungen dieses Umfangs, die dann, wenn Frankreich vorausgehe, sicherlich von manchen anderen zum Vorwand entsprechender Steigerungen genommen werden, seien aus unserer Sicht höchst bedenklich. Der in den letzten Tagen in der deutschen Öffentlichkeit erörterte Fall amerikanischer Unterstützung einer Kunstfaseranlage in der SBZ[4] lasse unschwer die

[1] Staatssekretär Lahr vermerkte handschriftlich: „Eilt. Zur Kabinettsitzung am 5.1. Nach Mitteilung von Herrn B[undes]M[inister] Westrick wird der Herr Bundeskanzler die Sache am 5.1. besprechen."

[2] Am 8. Januar 1965 wurde in Ost-Berlin ein Abkommen zwischen der Kammer für Außenhandel der DDR und den Services Commerciaux Français en Allemagne über den Warenaustausch für das Jahr 1965 unterzeichnet. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1965, Z 25.

[3] Zu den in der „Berner Union" vereinbarten Laufzeitbeschränkungen für staatlich verbürgte Kredite vgl. Dok. 50, Anm. 16.
Botschafter Klaiber, Paris, hielt dazu nach Erkundigungen im französischen Finanz- und Wirtschaftsministerium fest: „Der Gesprächspartner gab zu, daß man von einer etwa siebenjährigen Laufzeit des Kredits ausgehen müsse, da die Dauer der Auftragsausführung mit gut einem Jahr zu veranschlagen sei. Dennoch ... spreche aus dem gewählten Rückzahlungsmodus der Geist der Berner Union." Vgl. den Drahtbericht vom 24. September 1964; Referat III A 6, Bd. 242.

[4] Zur Vergabe amerikanischer Lizenzen für den Bau einer Kunstfaseranlage im Wert von 54 Mio. Dollar in der DDR vgl. auch die Artikel „Bonn von Washingtons Zonen-Lizenzen spät informiert" und „Streit in Bonn über die Lizenzen für Pankow"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 301 vom 29. Dezember 1964, S. 1, bzw. Nr. 302 vom 30. Dezember 1964, S. 5.

Reaktion der deutschen Öffentlichkeit auf den französischen Plan voraussehen: man werde hierin eine Änderung der französischen Haltung gegenüber der SBZ erblicken und eine Aushöhlung des Interzonenhandels befürchten. (Pankow hingegen werde das Abkommen als großen Erfolg hinstellen, zumal gerade Frankreich mit einer spektakulären Vertragsausweitung den Anfang gemacht habe.) Ich müsse daher den dringenden Wunsch aussprechen, bei der Bemessung der Zuwachsrate wesentlich vorsichtiger vorzugehen.

Weiter sei ich davon überrascht, daß offenbar in größerem Umfang Lieferkredite bis zu 5 Jahren gegeben werden sollen, was meines Wissens bisher nicht üblich gewesen sei.

Herr de Margerie verwies darauf, daß das Volumen des französischen Handels mit der SBZ absolut gesehen sehr bescheiden sei und man deshalb die scheinbar starke Steigerung nicht überbewerten dürfe. Ich antwortete ihm hierauf, daß, wenn Frankreich dieses Volumen als zu gering erachte, es besser gewesen wäre, schon in der Vergangenheit bescheidene Steigerungen vorzunehmen und in einem schrittweisen Aufbau, etwa gemessen an der Zunahme des Welthandels, fortzufahren. Eine brüske und starke Steigerung, wie sie jetzt vorgenommen werde, werde unweigerlich großes Aufsehen erregen und würde erheblichen Ärger verursachen, der im Interesse der deutsch-französischen Beziehungen, wie überhaupt im westlichen Interesse vermieden werden müsse.

Auf meine Bitte, dies als meine erste Reaktion nach Paris zu übermitteln, im übrigen mir aber Zeit zu lassen, den Herrn Bundesaußenminister, den Herrn Bundeskanzler und wohl auch das Bundeskabinett zu unterrichten, d.h. also vorerst keine vollendete Tatsache zu schaffen, erklärte mir Herr de Margerie, die Vereinbarung sei zwar noch nicht unterschrieben, aber Paris werde von dem Verhandlungsergebnis nicht abrücken können; wir müßten „die Vereinbarung als so gut wie unterschrieben" betrachten. Ich bemerkte demgegenüber, daß, wenn noch nicht unterschrieben sei, auch noch keine Bindung vorhanden sei, zumal es sich nicht um Regierungs-, sondern um Kammergespräche handele. Im übrigen müsse ich feststellen, daß wir offenbar nur informiert, aber nicht konsultiert würden. Nach dem deutsch-französischen Vertrag sei gerade in einem Fall wie diesem eine echte Konsultation unbedingt erforderlich.[5] Sie sei erst dann vollzogen, wenn die Regierung, d.h. der Regierungschef und die anderen Regierungsmitglieder, Gelegenheit gehabt hätten, sich zu äußern, und dies vor der Schaffung vollendeter Tatsachen.

Ergänzend teilte mir der Botschafter noch mit, daß die SBZ-Vertreter ursprünglich ein Dreijahresabkommen gefordert, die französische Seite jedoch am einjährigen Vertragsrhythmus festgehalten habe und daß die letztere auch die Unterschrift eines SBZ-Regierungsvertreters abgelehnt habe. Andererseits habe sie zugestanden, daß von den sieben Mitgliedern der SBZ-Kammervertretung in Paris zwei die Erlaubnis zu regelmäßigen Reisen nach Lyon erhielten.

[5] Zu der im deutsch-französischen Vertrag vom 22. Januar 1963 festgelegten Konsultationsverpflichtung vgl. Dok. 225, Annm. 9.

Ich erklärte Herrn de Margerie am Ende des Gespräches, daß ich auf diese Sache so bald als möglich zurückkommen werde.

Hiermit dem Herrn Minister[6] mit der Bitte um Kenntnisnahme vorgelegt.

Lahr[7]

Büro Staatssekretär, Bd. 407

[6] Hat Bundesminister Schröder am 4. Januar 1965 vorgelegen.

[7] Hat Staatssekretär Lahr erneut am 2. Januar 1965 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Ich habe heute Herrn de Margerie noch einmal ausführlich unsere schweren Bedenken, namentlich politischer Art, auseinandergesetzt. Hierbei habe ich auch darauf verwiesen, daß wir uns bisher mit großer Korrektheit bemüht hätten, auf spezifisch französische Interessen (z.B. Röhrengeschäft Algerien) Rücksicht zu nehmen, dies aber nur auf der Grundlage der Gegenseitigkeit möglich sei. Herr de Margerie hatte offenbar seit dem 31.12. nichts Neues aus Paris gehört. Ich habe H[errn] d[e] M[argerie] davon unterrichtet, daß sich das Bundeskabinett voraussichtlich am 5.1. mit der Angelegenheit befassen wird."

Anhang

Zeittafel 1964

3. Januar	Deutschland-Initiative der Bundesregierung
12. Januar	Proklamation der Volksrepublik Sansibar nach einem Militärputsch gegen Sultan Ben Abdullah und Premierminister Hamadi
15./16. Januar	Besuch des Bundeskanzlers Erhard in London
20. Januar	Erklärung der Bundesregierung über die Erforschung und Ausbeutung des Festlandsockels in der Nordsee
21. Januar	Konferenz der 18-Mächte-Abrüstungskommission in Genf: Vorschlag des amerikanischen Präsidenten Johnson zu einem kontrollierten Einfrieren („freeze") der strategischen Kernwaffenträger
27. Januar	Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Frankreich und der Volksrepublik China
27. bis 29. Januar	Besuch des Bundeskanzlers Erhard in Rom
1. Februar	Sowjetische Protestnote gegen die angebliche Produktion von Trägerraketen in der Bundesrepublik
8. Februar	Eröffnung einer Botschaft der DDR in der Republik Sansibar
14./15. Februar	Besuch des Bundeskanzlers Erhard in Paris
16. Februar	Wahl des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Brandt, zum Vorsitzenden der SPD
18. Februar	Antwort des Bundeskanzlers Erhard auf den Vorschlag des sowjetischen Ministerpräsidenten Chruschtschow vom 31. Dezember 1963 über einen Gewaltverzicht in territorialen Streitfragen
19. Februar	Erklärung der Bundesregierung über die Einstellung der Entwicklungshilfe an Ceylon als Reaktion auf die Umwandlung der Handelsvertretung der DDR in ein Generalkonsulat
24. Februar	Erklärung des Auswärtigen Amts über die Nichtaufnahme diplomatischer Beziehungen zur Volksrepublik Sansibar
27. Februar	Abbruch der Passierschein-Gespräche mit der DDR
29. Februar	Polnisches Memorandum über das Einfrieren der nuklearen Rüstung in Mitteleuropa (Gomulka-Plan)
2. März	Gründung des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik in Berlin (West)

2./3. März	Besuch des Bundeskanzlers Erhard in Den Haag
6. März	Unterzeichnung des Abkommens zwischen der Bundesrepublik und Bulgarien über den Waren- und Zahlungsverkehr sowie die Errichtung von Handelsvertretungen
7. März	Erklärung der sowjetischen Nachrichtenagentur TASS zur Außen- und Deutschlandpolitik der Bundesrepublik
9./10. März	Besuch des schwedischen Ministerpräsidenten Erlander in Bonn
11. März	Sowjetisches Aide-mémoire über die Bereitschaft zu Gesprächen mit der Bundesregierung
18. März	Modifizierung der Bestimmungen zur Ausgabe von „Temporary Travel Documents" (TTD) durch den Ständigen NATO-Rat
19. März	Erklärung des Bundeskanzlers Erhard vor dem Bundestag: Ablehnung einer Senkung des deutschen Getreidepreises für die Wirtschaftsjahre 1964 und 1965
23. März	Eröffnung der Welthandelskonferenz in Genf
27. März	Stationierung von UNO-Friedenstruppen auf Zypern (Bereitstellung von finanziellen Mitteln durch die Bundesregierung am 18. März 1964)
8. April	Wiederaufnahme der Passierschein-Gespräche mit der DDR
16. April	Britischer Vorschlag zur Einbeziehung weiterer Waffensysteme in die geplante MLF
20. April	Erklärungen des amerikanischen Präsidenten Johnson und des sowjetischen Ministerpräsidenten Chruschtschow über die Einschränkung der Produktion von spaltbarem Material für militärische Zwecke
23./24. April	Besuch des Bundeskanzlers Erhard in Brüssel
27. April	Mitteilung der französischen Regierung: Zurückziehung der Offiziere aus den NATO-Marinestäben
	Zusammenschluß von Tanganjika und Sansibar
1. Mai	Ablehnung des Gomulka-Plans vom 29. Februar 1964 durch die Bundesregierung
4. bis 6. Mai	Auftakt der Verhandlungen im Rahmen des GATT in Genf über einen Zollabbau (Kennedy-Runde)
4. Mai	Besuch des Bundeskanzlers Erhard in Luxemburg

11. Mai	Deutsch-amerikanisches Protokoll über den Devisenausgleich für die Jahre 1965 und 1966 („Hassel-McNamara-Abkommen")
	Gespräche der Außenminister der drei Westmächte und der Bundesrepublik in Den Haag über die Deutschland-Initiative
13. bis 21. Mai	Besuch des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Brandt, in den USA
19. Mai	Gespräche zwischen Bundeskanzler Erhard und führenden Politikern von CDU und CSU am Tegernsee über die Außenpolitik der Bundesrepublik
26. Mai	Einweihung des Moselkanals durch Großherzogin Charlotte von Luxemburg, Staatspräsident de Gaulle und Bundespräsident Lübke
30. Mai	Erstes Gespräch mit Vertretern der Volksrepublik China in Bern über die Aufnahme von Handelsbeziehungen
4. Juni	Unterzeichnung eines Handelsabkommens zwischen der EWG und Israel in Brüssel
5. Juni	Verabschiedung des Ratifizierungsgesetzes zum Teststopp-Abkommen vom 5. August 1963 durch den Bundestag
9. bis 13. Juni	Besuch des Bundeskanzlers Erhard in Kanada und den USA
12. Juni	Unterzeichnung des Vertrags zwischen der UdSSR und der DDR über Freundschaft, gegenseitigen Beistand und Zusammenarbeit
13. Juni	Gespräch zwischen Botschafter Groepper und dem sowjetischen Ministerpräsidenten Chruschtschow: Einladung zu einem Besuch in die Bundesrepublik
26. Juni	Erklärung der drei Westmächte zum Freundschaftsvertrag zwischen der UdSSR und der DDR
1. Juli	Bundesversammlung in Berlin (West): Wiederwahl von Heinrich Lübke zum Bundespräsidenten
3./4. Juli	Besuch des französischen Staatspräsidenten de Gaulle in Bonn
8./9. Juli	Besuch des Bundeskanzlers Erhard in Dänemark
23. Juli	Pressekonferenz des französischen Staatspräsidenten de Gaulle über die Beziehungen zur Bundesrepublik und über Fragen der europäischen Zusammenarbeit

27. Juli	Unterzeichnung der deutsch-britischen Vereinbarung über den Devisenausgleich für die Jahre 1964/65 und 1965/66
28. Juli	Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit dem Chefredakteur der sowjetischen Zeitung „Izvestija" und Schwiegersohn des Ministerpräsidenten Chruschtschow, Adschubej
2. bis 5. August	Zwischenfall im Golf von Tongking: Eskalation des Vietnam-Konflikts
14. August	Vereinbarung zwischen der Bundesrepublik und der DDR über Wiederaufbau und Unterhaltung der Autobahnbrücke bei Hirschberg („Saale-Brücke-Abkommen")
3. September	Bekanntgabe der Einladung an Ministerpräsident Chruschtschow zu einem Besuch in die Bundesrepublik
5. bis 11. September	Gipfelkonferenz der Arabischen Liga in Kairo
6. September	Giftgasanschlag auf Legationssekretär Schwirkmann in Sagorsk
8. September	Beschluß des Ministerrats der DDR: Erlaubnis von Besuchsreisen in die Bundesrepublik für Bürger im Rentenalter
24. September	Unterzeichnung des Protokolls über die Ausgabe von Passierscheinen an Bewohner von Berlin (West) für Verwandtenbesuche in Ost-Berlin („2. Passierschein-Abkommen")
30. September bis 2. Oktober	Besuch des niederländischen Ministerpräsidenten Marijnen in Bonn
1. bis 6. Oktober	Sondermission des NATO-Botschafters Grewe in Washington zur Klärung der amerikanischen Haltung hinsichtlich der MLF
5. bis 10. Oktober	Konferenz der blockfreien Staaten in Kairo
14./15. Oktober	Absetzung des Ersten Sekretärs des ZK der KPdSU und Vorsitzenden des Ministerrats der UdSSR, Chruschtschow
	Ernennung von Leonid Breschnew zum Ersten Sekretär des ZK der KPdSU und von Alexej Kossygin zum Ministerpräsidenten der UdSSR
16. Oktober	Rücktritt des britischen Premierministers Douglas-Home
	Ernennung von Harold Wilson zum Premierminister nach dem Wahlsieg der Labour Party vom 15. Oktober

	Erster erfolgreicher Kernwaffenversuch der Volksrepublik China
26. Oktober	Presseberichte über eine Zusammenarbeit von deutschen und israelischen Nuklearwissenschaftlern sowie über Waffenlieferungen der Bundesrepublik an Israel
3. November	Wiederwahl von Lyndon B. Johnson zum amerikanischen Präsidenten
4. November	Übermittlung der Vorschläge der Bundesregierung zur Europa-Politik an die Regierungen der EWG-Staaten („Europa-Initiative")
7. November	Unterzeichnung eines Abkommens zwischen der DDR und Zypern über den Handels- und Zahlungsverkehr
9. November	Schreiben des Bundesministers Schröder an Bundeskanzler Erhard: Forderung nach Einstellung der Waffenlieferungen an Israel
9./10. November	Gespräche des ehemaligen Bundeskanzlers Adenauer mit dem französischen Staatspräsidenten de Gaulle in Paris
22. November	Gespräch des Bundestagspräsidenten Gerstenmaier mit dem ägyptischen Präsidenten Nasser in Kairo: Einladung zu einem Besuch in die Bundesrepublik
23. November	Erklärung des Premierministers Wilson vor dem britischen Unterhaus: Ablehnung des bisherigen Konzepts einer multilateralen Atomstreitmacht
28. November	Zurückweisung der Ratifikationsurkunde der Bundesrepublik zum Teststopp-Abkommen vom 5. August 1963 durch die UdSSR
1. Dezember	Hinterlegung der Ratifikationsurkunden der Bundesrepublik zum Teststopp-Abkommen vom 5. August 1963 in Washington und London
	Einführung eines Zwangsumtauschs für Reisende aus nichtsozialistischen Ländern in die DDR
7. bis 9. Dezember	Besuch des Premierministers Wilson in Washington: Gespräche über den britischen Vorschlag zur Schaffung einer Atlantic Nuclear Force (ANF)
7. bis 14. Dezember	Staatsbesuch des südkoreanischen Präsidenten Park Chung Hee in der Bundesrepublik
11. Dezember	Besuch des Bundesministers Schröder in London: Gespräche über die MLF/ANF und über Fragen der europäischen Zusammenarbeit

14. Dezember	Erklärung des polnischen Außenministers Rapacki vor der UNO-Generalversammlung: Vorschlag zur Einberufung einer europäischen Sicherheitskonferenz
15. Dezember	Beschluß des EWG-Ministerrats über die Regelung des Getreidepreises zum 1. Juli 1967 (nach Zustimmung der Bundesregierung am 1. Dezember 1964)
30. Dezember	Entschließung der UNO-Generalversammlung zur Gründung einer Konferenz und eines Ständigen Rats für Handel und Entwicklung (UNCTAD)

Personenregister

Bei der Benutzung des Personenregisters sind folgende Hinweise zu beachten:

- Die Personen werden in alphabetischer Folge erfaßt.
- In der Regel wird die maßgebliche Funktion im Jahr 1964 genannt. Falls im Kontext erforderlich, wird zusätzlich auf frühere Funktionen hingewiesen.
- Bei einigen Personen sind im Rahmen der Edition ausschließlich bestimmte Funktionen vor dem Jahr 1964 von Interesse. In diesen Fällen erfolgen nähere zeitliche Angaben.
- Steht ein Dokument in seiner Gesamtheit in Beziehung zu einer Person, ist die Dokumentennummer angegeben. Dies ermöglicht auch einen schnellen Zugriff auf das Dokumentenverzeichnis im Band I.
- Beim Nachweis einzelner Seiten beziehen sich hochgestellte Ziffern auf Fußnoten.
- **Band I** reicht von Dokument 1 bis 179 bzw. von Seite 3 bis 712 und **Band II** von Dokument 180 bis 402 bzw. von Seite 713 bis 1580.

Abboud, Ibrahim Ministerpräsident der Republik Sudan S. 104, 1375

Abdeljalil, Mehdi Botschafter des Königreichs Marokko in Bonn **Dok. 378**

Abu Shadi, Farid Unterstaatssekretär im ägyptischen Außenministerium S. 998

Abrassimow, Pjotr Andrejewitsch Botschafter der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in Ost-Berlin S. 1060, 1418, 1485[7]

Abusch, Alexander Stellvertretender Ministerpräsident der DDR S. 3[1]

Abu Zeid, Hikmat ägyptische Sozialministerin S. 998[4]

Achenbach, Ernst Mitglied des Deutschen Bundestages (FDP) S. 904[1]

Acheson, Dean G. 1949–1953 Außenminister der Vereinigten Staaten von Amerika S. 36, 468, 793f., 1337, 1365, 1405

Acker Oberstleutnant im Bundesministerium der Verteidigung S. 101, 878[5], 1164

Adande, Alexander dahomeischer Justizminister S. 1150[3]

Adenauer, Konrad Vorsitzender der CDU; 1949–1963 Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland **Dok. 184, 316, 318, 321, 341** und S. 10[2], 46, 90[6], 110, 111[11], 137[27], 167[5], 225[15], 270[5], 301[10], 307, 334, 337, 339, 351[3], 352[7], 366[1+4], 384, 386[16], 397, 423, 431, 454, 544[10], 582, 608, 661, 700[7], 720[21], 735f., 755–757, 771, 808f., 813, 815f., 821, 823[8], 828[19], 832, 880, 903, 942[1], 1004, 1026, 1030, 1165, 1185, 1234, 1266, 1300, 1304, 1326f., 1340[7], 1348[17], 1362, 1403, 1413, 1474, 1488, 1520f.

Adschubej, Alexej Iwanowitsch Chefredakteur der Zeitung „Izvestija" (Moskau) **Dok. 212** und S. 412, 463, 530, 879–881, 883, 894, 950f., 973, 974[13], 1008f., 1017, 1172, 1317, 1382

Ahomadegbé, Justin Ministerpräsident und Vizepräsident der Republik Dahome S. 1152[9]

Albertz, Heinrich Bürgermeister von Berlin und Senator für Sicherheit und Ordnung, Mitglied des Abgeordnetenhauses (SPD) S. 304, 398f., 605f.

Alexander, Neville südafrikanischer Stipendiat der Alexander-von-Humboldt-Stiftung (am 15. April 1964 in Kapstadt wegen Hochverrats und Sabotage verurteilt) S. 1153

Allardt, Helmut Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Madrid S. 375[2], 418, 420[15]

Allende Gossens, Salvador Vorsitzender der „Frente de Acción Popular" in Santiago de Chile S. 616

Alphand, Hervé Botschafter der Französischen Republik in Washington S. 44[8], 356f., 678–680, 684, 1219[10]

Alphand, Nicole Ehefrau von Hervé Alphand S. 113

Amer, Abdel Hakim ägyptischer Erster Vizepräsident und Oberbefehlshaber der Streitkräfte S. 1298

Amrehn, Franz Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin und Vorsitzender der CDU-Fraktion; ehemaliger Bürgermeister von Berlin S. 1275[3]

Andriessen, Jacobus Eye niederländischer Wirtschaftsminister S. 512

Apel, Erich Erster Vorsitzender der Staatlichen Plankommission der DDR S. 292[6], 299[7]

Apithy, Sourou-Migan seit 19. Januar 1964 Präsident der Republik Dahome **Dok. 282** und S. 1202[15]

Araouzos, Andreas zyprischer Minister für Handel und Industrie S. 1366, 1416f.

de Araújo, Manuel Gomes portugiesischer Verteidigungsminister S. 979[5]

Argod, Hubert Botschafter der Französischen Republik in Pnom Penh S. 624

Argoud, Antoine Mitglied der „Organisation de l'Armée Secrète"; ehemaliger französischer Oberst (am 25. Februar 1963 aus einem Münchener Hotel nach Frankreich entführt) S. 30–32, 216–219, 238–241, 394, 610, 889

Arndt, Adolf Senator für Wissenschaft und Kunst des Landes Berlin bis

31. März 1964, Mitglied des Deutschen Bundestages (SPD) S. 197

Arnold, Hans Legationsrat I. Klasse und Vertreter des Leiters im Referat „NATO, WEU (militärische Angelegenheiten) und Verteidigung" des Auswärtigen Amts S. 72[42], 120[1], 122[10], 263[39], 278[1], 449[1], 1110[12], 1193[1], 1219[10], 1362[1]

Attlee, Clement R., seit 1955 **1. Earl Attlee** 1945–1951 Premierminister des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland S. 476[6]

d'Aumale, Christian Graf Gesandter an der französischen Botschaft in Bonn S. 359, 380, 615[2], 844[8], 942 f., 1022, 1355, 1446[3]

Ausland, John C. Mitarbeiter im amerikanischen Außenministerium (Supervising Officer, International Relations) S. 528

Baath, Rolf Leiter der Abteilung „Ernährungswirtschaft" im Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten S. 244[3]

Babaček, Vladimir stellvertretender Leiter der tschechoslowakischen Delegation beim Handelsausschuß der ECE in Genf S. 1354[43]

Babu, Abdul Rahman vom 12. Januar bis 26. April 1964 Außenminister der Volksrepublik Sansibar S. 84[55], 188

Bachmann, Günther Mitarbeiter im Bundeskanzleramt S. 504[3], 505, 540[2]

Bäckstrand, Göran Attaché an der schwedischen Botschaft in Bonn S. 324

Bafile, Corrado Apostolischer Nuntius in Bonn **Dok. 229** und S. 1358[5]

Bahr, Egon Leiter des Presse- und Informationsamtes des Landes Berlin S. 75[14], 303[16], 985

Balaceanu, Petre Gesandter der Volksrepublik Rumänien in Washington S. 1381

Balken, Richard Leiter des Parlaments- und Kabinettsreferats im Auswärtigen Amt S. 268[12], 275[8], 797[9], 845[1]

Balkow, Julius Minister für Außenhandel und Innerdeutschen Handel der DDR S. 1366

Ball, George W. Staatssekretär im amerikanischen Außenministerium (Under Secretary of State) **Dok. 338, 339** und S. 301[10], 347 f., 615, 621, 623, 1084[16], 1109, 1218, 1222 f., 1225, 1256, 1279 f., 1285, 1322, 1380, 1386, 1399, 1404 f., 1436, 1444, 1449 f., 1477, 1536[5]

Balser, Johannes Legationsrat I. Klasse im Referat „Wiedervereinigung" des Auswärtigen Amts; seit 3. Februar 1964 Konsul und seit 6. Juli 1964 Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Blantyre-Limbe S. 966[2], 967

Banda, Hastings Kamuzu seit 6. Juli 1964 Ministerpräsident von Malawi S. 966[2], 967

Bandaranaike, Felix R. D. ceylonesischer Minister für Landwirtschaft S. 800[13]

Bandaranaike, Sirimavo R. D. Ministerpräsidentin und Außenministerin Ceylons, Verteidigungsministerin S. 801–803, 996

Barnes, Ernest W. Referatsleiter im britischen Außenministerium (Head of Western Organisations and Planning Department) S. 528, 837, 1498

Baronin Gesandter an der sowjetischen Botschaft in Ost-Berlin S. 1483

Barth, Heinz Korrespondent der Zeitung „Die Welt" (Hamburg) in Paris S. 792[11]

Baruch, Bernard 1946 Delegierter der Vereinigten Staaten von Amerika bei der Atomenergie-Kommission der UNO S. 552[6]

Barzel, Rainer Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU) und stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion; ehemaliger Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen S. 511, 1157[5], 1406

Baschew, Iwan Außenminister der Volksrepublik Bulgarien S. 1018[11], 1466[12]

de Bassompierre, J. Abteilungsleiter im belgischen Außenministerium S. 968[5]

Baudet, Philippe Botschafter der Französischen Republik in Moskau S. 668, 678 f., 1172

Baumel, Jacques Generalsekretär der „Union pour la Nouvelle République/ Union Démocratique du Travail" (UNR/ UDT) in Paris S. 1027, 1029

Bayer, René Mitarbeiter der Wochenzeitung „Die Zeit" (Hamburg) S. 986[12]

Beam, Jacob D. Abteilungsleiter in der amerikanischen Abrüstungsbehörde in Washington (Assistant Director, International Relations Bureau, Arms Control and Disarmament Agency) S. 1210[27]

de Beaumarchais, Jacques Delarüe Caron Kabinettschef des französischen Außenministers (Directeur du Cabinet du Ministre) S. 25 f., 615[2]

Behrends, Wolfgang Legationsrat I. Klasse im Referat „NATO, WEU (militärische Angelegenheiten) und Verteidigung" des Auswärtigen Amts S. 1380

Behrendt, Heinz Leiter der Hauptabteilung „Innerdeutscher Handel" im Ministerium für Außenhandel und Innerdeutschen Handel der DDR S. 308[20], 424 f., 851, 988, 1137[2], 1175[10]

Belfrage, Leif Axel Staatssekretär im schwedischen Außenministerium S. 324

Ben Abdullah, Seyyid Jamshid Sultan des Sultanats Sansibar bis 12. Januar 1964 S. 84[55]

Ben Bella, Mohammed Ahmed Präsident und Ministerpräsident der Demokratischen Volksstaatlichen Republik Algerien S. 619, 732 f., 740, 909 f., 945[1], 946[5], 947, 1374

Ben Gurion, David 1949–1953 und 1955–1963 Ministerpräsident des Staates Israel und Verteidigungsminister; Vorsitzender der Mapai-Partei in Tel Aviv bis 15. November 1964 S. 270 f., 366[1], 397, 734

Ben Natan, Asher Generaldirektor im israelischen Verteidigungsministerium S. 270[5]

Berendonck, Gerd Legationsrat im Referat „Abrüstung und Sicherheit" des Auswärtigen Amts; seit 17. März 1964 Leiter der Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in Pnom Penh S. 624

Berg, Fritz Präsident des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI) in Köln S. 1224[43], 1267

Berger, Hans Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Den Haag S. 181[5], 280, 290, 710[6], 1438[17], 1445[13]

Bergquist, Lars Jonas Pressesekretär im Amt des schwedischen Ministerpräsidenten S. 324

Bergström, Per Richard Botschafter zur besonderen Verwendung im schwedischen Außenministerium; ehemaliger Botschafter in Washington, Paris und Moskau S. 324

Berlet, Karl-Hans Leiter der Wirtschaftsabteilung an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in London bis zum Ausscheiden aus dem Auswärtigen Dienst am 30. September 1964 S. 873[10], 978

Bernardić, Dragan Gesandter an der jugoslawischen Ständigen Vertretung bei der UNO in New York S. 1002[8]

Bevin, Ernest 1945–1951 Außenminister des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland S. 751

Bidault, Georges Vorsitzender des „Conseil National de la Résistance" (CNR); ehemaliger Außenminister und ehemaliger Ministerpräsident der Französischen Republik S. 241

Bindewald, Rüdiger Legationsrat I. Klasse und Vertreter des Leiters im Referat „Portugal, Spanien, Vatikan, Griechenland, Türkei, Zypern; Nordische Staaten, Österreich, Schweiz, Malteser-Ritter-Orden" des Auswärtigen Amts bis 24. Juli 1964; seit 28. August 1964 Konsul der Bundesrepublik Deutschland in Guayaquil S. 324

Binoche, Jean Botschafter der Französischen Republik in Belgrad S. 1001

Birgi, Muharrem Nuri Leiter der Ständigen Vertretung der Republik Türkei bei der NATO in Paris S. 728[29], 976 f.

Birladeanu, Andru rumänischer Stellvertretender Ministerpräsident S. 1466[11]

Bismarck, Philipp von Mitglied des Vorstands der Kali-Chemie AG in Hannover, Vorsitzender des Arbeitskreises Oder-Neiße S. 1288[1]

Bizard, François Abteilungsleiter im französischen Finanz- und Wirtschaftsministerium (Directeur des Relations économiques extérieures) S. 804 f.

Blakeney, Frederick J. Botschafter Australiens in Bonn **Dok. 245**

Blank, Theodor Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung S. 149

Blankenhorn, Herbert Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Rom **Dok. 257** und S. 80[35], 148, 181[5], 575, 936[39], 1089, 1213, 1214[8], 1341[8], 1424, 1452[9], 1453[12], 1457, 1463[1]

Blaustein, Jacob Mitglied des Vorstands der „Conference on Jewish Material Claims against Germany" in New York S. 198

Blecha, Kurt Leiter des Presseamtes beim Ministerpräsidenten der DDR S. 850[11]

Blessing, Karl Präsident der Deutschen Bundesbank in Frankfurt/Main S. 391, 1404[3]

de Block, Leo Staatssekretär im niederländischen Außenministerium S. 283, 289, 418[3], 874, 914, 1113

Blomeyer-Bartenstein, Horst Botschaftsrat I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Washington S. 156[21]

Blumenfeld, Erik B. Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU) **Dok. 148** und S. 1566

Blumenthal, W. Michael Sonderbeauftragter des amerikanischen Präsidenten für Handelsfragen S. 378 f.

del Bo, Rinaldo Präsident der Hohen Behörde der EGKS in Luxemburg S. 911, 1121

Bock, Fritz österreichischer Minister für Handel und Wiederaufbau S. 697[5], 1120

Bock, Georg Vertreter des Leiters im Referat „Deutsche Ostfragen" des Auswärtigen Amts S. 942[1], 1026[7]

Bock, Hans Leiter der „Abteilung für die Wahrnehmung der Interessen der Bundesrepublik Deutschland" bei der französischen Botschaft in Belgrad (Schutzmachtvertretung) S. 367[2], 926[2]

Böhm, Franz Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU) und stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Wiedergutmachung S. 1130

Böhme, Georg Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU) S. 997[28]

Böker, Alexander Leiter der Unterabteilung B in der „Politischen Abteilung I" des Auswärtigen Amts **Dok. 179, 280, 282, 299, 378, 388** und S. 99, 163[12], 189[10], 269[1], 311, 312[7], 345, 392[4], 393[10], 397[12], 421[12], 497[5], 503[1], 504[6], 682, 794[20+21], 856, 971[1], 995[12], 998[4], 1000[13], 1014[8], 1243[10], 1515[3]

Bömcke, Eberhard Ministerialrat und Vertreter des Leiters an der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei EWG und EURATOM in Brüssel S. 275[7], 868[3], 869 f., 1361[13]

Böx, Heinrich Leiter der Handelsvertretung der Bundesrepublik Deutschland in Helsinki bis 3. August 1964; seit 27. August 1964 Botschafter in Oslo S. 1520[8]

Bolarque, Marquis de Botschafter Spaniens in Bonn S. 418 f.

Boltze, Erich vom 19. Februar bis 17. März 1964 mit der Errichtung der Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in Pnom Penh beauftragt; 1938–1945 Botschaftsrat bzw. Gesandter an der deutschen Botschaft in Tokio, seit 1956 im Ruhestand S. 624

Bolz, Lothar Minister für Auswärtige Angelegenheiten der DDR S. 686

Boon, Hendrik N. Leiter der Ständigen Vertretung des Königreichs der Niederlande bei der NATO in Paris S. 692, 728[29], 1291[3]

Borm, William Vorsitzender des Landesverbandes Berlin der FDP und Mitglied des Abgeordnetenhauses S. 55[19]

Bornemann, Helmut Staatssekretär im Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen S. 3 f.

Botsio, Kojo Außenminister der Republik Ghana S. 497–499, 971[1]

Boumaza, Bachir algerischer Wirtschaftsminister S. 1122[35]

Boumedienne, Houari algerischer Verteidigungsminister und stellvertretender Ministerpräsident S. 1175

Bourchard, Marcel Rektor der Universität Dijon S. 1010[36]

Bouteflika, Abdel Aziz Außenminister der Demokratischen Volksstaatlichen Republik Algerien S. 733, 947

Bouverat, Colette Dolmetscherin im Sprachendienst des Auswärtigen Amts S. 132[1], 148[1], 216[1], 615[2], 724[1], 735[65+1], 1004[1]

Bowie, Robert R. Direktor des „Center for International Affairs" an der Havard University in Cambridge/Massachussetts; ehemaliger Leiter des Planungsstabs im amerikanischen Außenministerium S. 1398

Boyd-Carpenter, John Staatssekretär im britischen Schatzamt und Generalzahlmeister (Chief Secretary of the Treasury and Paymaster General) S. 796

Brandt, Willy Regierender Bürgermeister von Berlin und Mitglied des Abgeordnetenhauses; seit 16. Februar 1964 Vorsitzender der SPD **Dok. 64, 132** und S. 21, 75[14], 76, 131[18], 197, 292[5], 304, 307, 314, 328, 409, 431, 569, 605, 1057, 1138[7], 1276

Brasseur, Maurice belgischer Minister für Außenhandel S. 512

Braun, Sigismund Freiherr von Beobachter der Bundesrepublik Deutschland bei der UNO in New York S. 98[36], 348[7], 457, 460, 462, 515[5], 643, 732[51+53], 1045[6], 1278[4], 1386[31], 1563

Brentano, Heinrich von Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU) und Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion bis zu seinem Tod am 14. November 1964; ehemaliger Bundesminister des Auswärtigen S. 46, 225[15], 307, 1165

Breschnew, Leonid Iljitsch Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjet der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken bis 15. Juli 1964, vom 15. Juli bis 14. Oktober 1964 Sekretär; danach Erster Sekretär des Zentralkomitees der KPdSU S. 1159, 1210, 1212, 1318, 1352, 1433 f., 1518

Brèthes, Jean M. Referatsleiter im französischen Außenministerium (Chef de Service, „Cambodge, Laos, Vietnam") S. 45[12]

Briest, Eckart Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Asunción **Dok. 371** und S. 353

Brook-Shepherd Korrespondent der Wochenzeitung „Sunday Telegraph" (London) in Bonn S. 982[6]

Brosio, Manlio Botschafter der Italienischen Republik in Paris; seit 14. Mai 1964 Generalsekretär der NATO in Paris **Dok. 235, 348** und S. 533, 1147, 1149, 1369 f.

Brown, George Abgeordneter des britischen Unterhauses und stellvertretender Vorsitzender der Labour Party S. 570, 1444

Brückner, Hardo Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Pretoria; seit 12. August 1964 Leiter der Handelsvertretung in Budapest S. 926[2]

Buch, Friedrich Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Kopenhagen **Dok. 108** und S. 1027[9]

Buchan, Alastair Leiter des „Institute for Strategic Studies" in London S. 1053

Bucher, Ewald Bundesminister der Justiz S. 1131 f., 1133[16]

Bünger, Karl Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Seoul bis 27. Oktober 1964; danach Generalkonsul in Hongkong sowie Konsul in Macau S. 1458[6+7], 1459[8]

Bulganin, Nikolaj Alexandrowitsch 1955–1958 Ministerpräsident der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken S. 1497

Bundy, McGeorge Sonderberater des amerikanischen Präsidenten für Fragen der nationalen Sicherheit **Dok. 363** und S. 36, 76, 78, 102, 305, 680[3], 915, 1380[2], 1454[18], 1552

Burchard, Otto Botschaftsrat I. Klasse und seit August 1964 Vertreter des Botschafters an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Pretoria, von 16. Januar bis 24. Februar 1964 Konsul in Kapstadt S. 278[2], 279[7]

Burin des Roziers, Étienne Generalsekretär beim französischen Staatspräsidenten (Secrétaire Générale de la Présidence de la République) S. 738[2], 777[2], 948[2]

Buring, Karl Heinz Dolmetscher im Sprachendienst des Auswärtigen Amts S. 1041[1], 1517[1]

Burns, Eedson L. M. Leiter der Delegation Kanadas bei der Konferenz der 18-Mächte-Abrüstungskommission in Genf S. 694 f.

Butler, Richard A. Außenminister des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland bis 16. Oktober 1964 **Dok. 13, 15, 99, 124, 199** und S. 20, 32, 34, 40, 63, 69, 71, 135[17], 141[11], 142, 282, 329[37], 401, 444, 447, 464 f., 485 f., 491 f., 548, 650[34], 671, 874[4], 935, 996, 1052, 1053[15], 1107 f.

Cabot, John M. Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika in Warschau S. 546

Caccia, Sir Harold A. Staatssekretär im britischen Außenministerium (Permanent Under-Secretary of State) **Dok. 292** und S. 49[2], 401, 841, 1218[5], 1304, 1308[16], 1309[2], 1316[2], 1399, 1498

Calhoun, John A. Leiter der Mission der Vereinigten Staaten von Amerika in Berlin S. 1483[3]

Callaghan, L. James seit 16. Oktober 1964 britischer Schatzkanzler S. 1405[7], 1497, 1509

Calmes, Christian Generalsekretär bei den Ministerräten der Europäischen Gemeinschaften; ehemaliger Gesandter im luxemburgischen Außenministerium S. 869, 870[10]

de Carbonnel, Érik Generalsekretär im französischen Außenministerium (Secrétaire général du Ministère des Affaires étrangères) S. 222, 233, 244[3], 1187

Carli, Guido Gouverneur der Banca Italia in Rom S. 558[17], 559 f.

Carrero Blanco, Luis Leiter der Präsidialkanzlei des spanischen Staatschefs (Ministro Subsecretario de la Citada Presidencia del Gobierno) S. 620

Carrington, Peter Alexander, 6.Baron of Carrington Erster Lord der Admiralität und Mitglied des britischen Oberhauses, Minister ohne Portfolio im britischen Außenministerium bis 16. Oktober 1964 S. 491

Carstens, Karl Staatssekretär des Auswärtigen Amts **Dok. 1, 10, 11, 30, 31, 32, 34, 36, 37, 39, 43, 57, 72, 82, 83, 103, 112, 115, 120, 121, 126, 127, 129, 138, 139, 145, 146, 148, 150, 166, 171, 173, 176, 178, 186, 190, 193, 199, 203, 210, 211, 213, 222, 224, 225, 228, 229, 232, 247, 249, 251, 252, 255, 260, 262, 265, 267, 268, 269, 270, 271, 274, 279, 283, 285, 288, 296, 297, 300, 301, 304, 305, 308, 328, 337, 339, 343, 346, 351, 354, 356, 357, 362, 364, 366, 371, 374, 384, 390** und S. 10[1], 11[7], 14[21], 19[3], 22, 25[1], 26[6], 35, 37[9], 38[14], 56[24], 59[35], 73[4], 96[31], 97[32], 101[1], 105, 110[3], 111[9], 118[1], 121 f., 125[5], 172[10], 184[10], 189, 190, 211[38], 217[8], 218, 221[22], 222, 233, 240[13], 241[15], 244[3], 269[1], 273[7], 277[9], 279, 280[8], 283[20], 287[38], 306[10], 309[22], 316[6], 317[11], 320[30+31], 373, 374[1+2], 375[1+3], 376[4+5], 377[9+10], 383[3], 393[6–10], 394[11], 399[1], 400[5], 422[22], 423[26], 432, 438[8], 442[12], 444[16], 454, 455[26], 456[29], 457[2], 467 f.,

469[10+11], 471[8+11], 472[15+17], 473[18+19], 474[25], 480, 491f., 495[9], 497[2], 501, 517[19], 525, 526[4], 543[5–7], 554[16+18], 562, 565[17+19], 588[9], 589[10+12], 599[4], 600, 604[1], 610[22], 615[2], 640[10], 643, 646[14], 667[2], 670, 677[3], 680[3], 691[1], 697[1], 708[8+10], 711[2], 729[30], 732[52], 738[2], 763[24], 777[2], 819, 836[21], 845, 850[14], 852[19], 861[10+11], 866[6], 867[11], 871[1], 873[9+10], 882[10], 908[1], 924[23], 940[9], 941[13], 943[4], 944[3], 952[2], 953[6], 954[7], 955f., 978, 984, 987[15], 998, 1012[49], 1037[12], 1038, 1039[25], 1061[5], 1062[8+9], 1063[10], 1065[15], 1066, 1091, 1093, 1095, 1099f., 1117[11], 1126[5], 1133[16], 1135, 1149, 1156[7], 1164[3], 1165, 1167[18], 1173[1+2], 1174[9], 1175, 1181[19], 1182, 1183[10], 1184[13], 1193, 1195[10], 1197, 1209[25], 1229[1+4], 1230[5+3], 1232[9], 1236[6], 1244[1], 1246[11], 1250[1], 1255[4], 1263[5], 1264, 1273[5], 1279f., 1285[4], 1286[3], 1293[1], 1295[11], 1296[13+14], 1300[5], 1302[11], 1304, 1308, 1305[5+7], 1313, 1315, 1319f., 1325[6], 1326[8], 1328[22], 1333[1+7], 1355[50], 1366, 1368[11], 1369[16], 1374, 1378[18], 1386, 1389, 1399, 1415[4], 1417[12], 1422[5], 1423[8+10], 1424, 1457[2], 1463[1], 1467[20], 1484[4+6], 1516[7], 1534[4], 1535, 1538[2–4], 1540[9+11], 1544[1], 1546[9], 1549[13], 1553[19], 1556[4+6], 1557, 1558[9], 1559[3+6], 1560[1], 1564[8–12], 1565[13+3], 1567[13], 1569[7]

Cartellieri, Wolfgang Staatssekretär im Bundesministerium für Wissenschaftliche Forschung S. 397[10], 1294[8]

Caspari, Fritz Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter des Beobachters der Bundesrepublik Deutschland bei der UNO in New York S. 347[4], 348[6], 641[6], 1002[8]

Castelo Branco, Humberto de Alencar seit 15. April 1964 Präsident und Ministerpräsident der Vereinigten Staaten von Brasilien S. 617

Castiella y Maiz, Fernando M. Außenminister Spaniens S. 418, 420, 618f.

Castro Ruz, Fidel Ministerpräsident der Republik Kuba S. 552

Cattani, Attilio Generalsekretär im italienischen Außenministerium (Segretario Generale) **Dok. 271** und S. 80, 82, 138, 709[4], 710[5], 914, 1089, 1103, 1120[26], 1122, 1154, 1214[8], 1291f., 1496

Cavaletti di Oliveto Sabino, Marquis Francesco Leiter der Delegation der Italienischen Republik bei der Konferenz der 18-Mächte-Abrüstungskommission in Genf S. 694f.

Chaban-Delmas, Jacques Präsident der französischen Nationalversammlung S. 360, 1173, 1174[9], 1175[10]

Chalfont *siehe Gwynne-Jones*

Chamoun, Camille 1952–1958 Präsident des Libanon S. 931

Chang Key Young stellvertretender Ministerpräsident der Republik Korea S. 1457[2]

Charlotte Großherzogin von Luxemburg S. 580[1]

Chatenet, Pierre Präsident der EURATOM-Kommission in Brüssel; ehemaliger französischer Innenminister S. 911

Chen Yi Außenminister der Volksrepublik China S. 511[9], 587, 1023[41]

Choi Duk-shin Botschafter der Republik Korea in Bonn S. 1457[2]

Choi Yong Kun stellvertretender Vorsitzender des Zentralkomitees der Koreanischen Arbeiterpartei und Vorsitzender des Präsidiums der Volksversammlung der Demokratischen Volksrepublik Korea S. 1375

Christensen, Sigurd Abteilungsleiter im dänischen Außenministerium S. 475

Chruschtschow, Nikita Sergejewitsch Erster Sekretär des Zentralkomitees der KPdSU und Ministerpräsident der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken bis 14. Oktober 1964 **Dok. 162, 259, 291** und S. 20[10], 32, 38, 50[6], 51, 53, 55, 57f., 60f., 73[2+4], 74, 86, 88[10], 90[2], 91, 95, 96[28], 176[16], 198, 213–215, 257f., 303, 320, 332, 333[7], 335, 339–341, 356, 362, 383[6], 386[17], 411f., 430f., 457, 460, 463[30], 471, 476, 489, 491, 498, 522, 524, 528, 549, 568f., 603, 606, 607f., 625, 627, 629[12], 630, 634f., 637f., 639f., 644–648, 656, 667–669, 672, 679, 687, 699f., 702–704, 707, 726–728, 731, 742, 749, 751, 767, 772, 788f., 835f., 840, 842, 844, 848, 879, 881, 880[7], 894f., 896–898, 900, 902–904, 931, 951, 996, 1004f., 1009f., 1015, 1017f., 1023f.,

1025[2], 1027, 1029f., 1039, 1043f., 1052[13], 1055f., 1082, 1099, 1158, 1159[5], 1191, 1194, 1210, 1212, 1230f., 1252f., 1268–1271, 1317f., 1342, 1351–1355, 1380–1382, 1412, 1497, 1510[4], 1532

Churchill, Sir Winston L. S. 1940–1945 sowie 1951–1955 Premierminister des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland S. 1226

Coiffard, Jacques Botschafter der Französischen Republik in Sofia S. 1060

Conant, James B. 1953–1955 Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika in Bonn S. 1276, 1277[11]

de Courcel, Geoffroy Botschafter der Französischen Republik in London S. 34[41], 85, 401, 491

Cousins, Frank Generalsekretär der britischen Transportarbeiter-Gewerkschaft S. 1444

Couve de Murville, Maurice Außenminister der Französischen Republik **Dok. 45, 46, 48, 117, 124, 153, 154, 181, 182, 185, 186, 296, 297, 311, 377, 387, 389** und S. 40, 78, 244[3], 274, 358, 362[46], 444, 491f., 536, 542[6], 548, 551[4], 552, 682, 698, 740–742, 779, 806, 824, 825[12], 837, 838[8], 866[8], 887[11], 912f., 972, 1007f., 1027, 1107f., 1117[8+9], 1118, 1163, 1223[37], 1289f., 1332, 1345, 1355[52], 1370, 1425, 1449f., 1452f., 1487, 1490, 1507, 1542[11]

Crafoord, Carl-George Botschaftsrat an der schwedischen Botschaft in Bonn S. 324

Creel, Robert C. Referatsleiter im amerikanischen Außenministerium (Director, Office of German Affairs) S. 549, 643

Crossmann, Richard Abgeordneter des britischen Unterhauses und Vorstandsmitglied der Labour Party; 1946 Mitglied der britisch-amerikanischen Palästina-Kommission S. 1132

da Cunha, Vasco Leitão Außenminister der Vereinigten Staaten von Brasilien S. 617

Dahlgrün, Rolf Bundesminister der Finanzen S. 61, 125, 166, 190f., 313, 495f., 504f., 539, 738[2], 744, 777, 796f., 840, 1115, 1130, 1131[6], 1166[16], 1390[4], 1394, 1423[8]

Dantas, Francisco Clementino San Tiago 1961–1962 Außenminister der Vereinigten Staaten von Brasilien S. 616

David, Václav Außenminister der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik S. 421[10], 1018[11], 1020, 1354f., 1370, 1465

Davis, Richard H. stellvertretender Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium (Senior Deputy Assistant Secretary of State for European Affairs) S. 1485[7]

Dean, Sir Patrick Leiter der Ständigen Vertretung des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland bei der UNO in New York S. 344

Dehler, Thomas Mitglied des Deutschen Bundestages (FDP) und Vizepräsident; ehemaliger Bundesminister der Justiz S. 304, 356[9], 398[17], 1165[7]

Dewidar Mitarbeiter im ägyptischen Wirtschaftsministerium S. 1297

Diederichs, Georg Ministerpräsident des Landes Niedersachsen S. 961[11]

Diehl, Günter Leiter der Abteilung „Ausland" im Presse- und Informationsamt der Bundesregierung S. 324

Diem *siehe Ngo Dinh Diem*

Diesel, Jürgen Legationsrat I. Klasse und Vertreter des Leiters im Referat „Abrüstung und Sicherheit" des Auswärtigen Amts; seit 1. Juli 1964 Legationsrat I. Klasse am Generalkonsulat bzw. an der Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei den internationalen Organisationen in Genf S. 182[1], 371, 1048[15]

Dillon, Douglas amerikanischer Finanzminister **Dok. 134** und S. 505, 1399

Dittmann, Herbert Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Tokio S. 863[4], 864[8], 1120[23]

Dobrynin, Anatolij Fjodorowitsch Botschafter der Union der Sozialisti-

schen Sowjetrepubliken in Washington S. 1231[6]

Doe, George E. K. Botschafter der Republik Ghana in Bonn S. 497[5], 500, 971, 972[4]

Douglas-Home, Sir Alexander Frederick, bis 26. Oktober 1963 **Alexander Frederick Douglas, 14. Earl of Home** Premierminister des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland bis 17. Oktober 1964; ehemaliger Außenminister **Dok. 12, 13, 14** und S. 32[31], 81, 85, 205, 262, 325, 679[11], 915, 1045[6], 1407[7]

Dowling, Walter C. 1959–1963 Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika in Bonn S. 110[3]

Drndić, Ljubo Leiter der Westeuropa-Abteilung im jugoslawischen Außenministerium; 1963 Leiter der Delegation bei den Wirtschaftsverhandlungen mit der Bundesrepublik Deutschland S. 995[15]

Dröge, Heinz Legationsrat im Referat „Vereinte Nationen, weltweite internationale Organisationen; multilaterale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Atomenergie (mit Ausnahme der europäischen Organisationen), internationale Beziehungen auf dem Gebiet der Weltraumforschung, politische Fragen auf technisch-wissenschaftlichem Gebiet" des Auswärtigen Amts S. 562[1]

Dröscher, Wilhelm Mitglied des Deutschen Bundestages (SPD) S. 997[28]

Ducci, Roberto Sonderbeauftragter der italienischen Regierung für Fragen der MLF S. 121

Duckwitz, Georg Ferdinand Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Neu-Delhi S. 311, 312[9], 865[3], 982[2]

Düselius, Hanns Otto Attaché an der schwedischen Botschaft in Bonn S. 324

Dufhues, Josef Hermann Geschäftsführender Vorsitzender der CDU und Mitglied des Landtages von Nordrhein-Westfalen S. 808[1]

Dulles, John Foster 1953–1959 Außenminister der Vereinigten Staaten von Amerika S. 468, 1259, 1337

Duong Van Minh Vorsitzender des Revolutionären Militärrats und Staatschef der Republik Vietnam bis 30. Januar 1964 S. 622[27]

Duynstee, A. E. M. Delegierter des Königreichs der Niederlande bei OEEC und WEU in London S. 1413

Eckardt, Felix von Staatssekretär und Bevollmächtigter der Bundesrepublik Deutschland in Berlin S. 1137

Eden, Sir R. Anthony, seit 1961 **1. Earl of Avon** 1940–1945 sowie 1951–1955 Außenminister; danach bis 1957 Premierminister des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland S. 523[15], 596[12+13]

d'Eeckhoutte, Maurice Iweins Generalsekretär der WEU in London S. 1135

Eger, Wolfgang Legationsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Lagos; bis 27. Dezember 1963 Legationsrat I. Klasse im Referat „Vertragsrechtliche Fragen und Verbindung zu den gesetzgebenden Körperschaften" des Auswärtigen Amts S. 427[7]

Eichmann, Adolf 1939–1945 Leiter des „Referats für Judenangelegenheiten" im Reichssicherheitshauptamt S. 354[9]

Eickhoff, Ekkehard Leiter der Kulturabteilung an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Bern S. 871

Eisenhower, Dwight D. 1950–1952 Oberbefehlshaber der NATO-Streitkräfte in Europa (SACEUR); 1953–1961 Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika S. 291[53], 428, 455, 654, 1084[1], 1085[7], 1086, 1087[14], 1088[15], 1226

Eklund, Sigvard Generaldirektor der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO) in Wien S. 1294

Elisabeth II. Königin des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland S. 672, 1284[3], 1307[11], 1445

Emde, Hans Georg Mitglied des Deutschen Bundestages (FDP) S. 1165[7]

Emminger, Otmar Mitglied des Direktoriums der Deutschen Bundesbank in Frankfurt/Main S. 560[22]

Engemann, Winfried Legationsrat und Vertreter des Botschafters an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Asunción S. 1442[10]

Engling, Haide Dolmetscherin im Sprachendienst des Auswärtigen Amts S. 1440[1]

Erhard, Ludwig Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland; ehemaliger Bundesminister für Wirtschaft **Dok. 5, 8, 12, 13, 14, 25, 27, 28, 29, 42, 44, 47, 49, 50, 51, 59, 63, 64, 67, 68, 87, 93, 98, 110, 112, 123, 134, 136, 137, 157, 159, 160, 161, 180, 183, 187, 188, 189, 195, 198, 200, 209, 212, 225, 244, 259, 263, 266, 276, 286, 307, 312, 313, 326, 338, 340, 355, 376, 380, 386** und S. 8, 10[1], 25 f., 38, 40, 74[10], 75 f., 79, 82, 86, 88[10], 90[6], 91[10], 95[25], 120, 123, 125[5], 159, 165, 166, 170[1], 187[11], 217, 219[14], 274[9], 298[13], 313 f., 323, 342[5], 350[6], 352, 356, 359, 361 f., 366, 380, 382, 383, 386[17], 393[8], 395 f., 409, 420, 422, 431, 448 f., 454 f., 465, 491, 495 f., 497, 505, 510 f., 527, 540, 541, 544, 574, 579, 580 f., 589, 590, 592, 597[15], 599[1+4], 603, 604, 610, 624 f., 625 f., 628–630, 639 f., 661, 663, 665–667, 668, 671, 680[3], 687, 697, 699, 703, 707, 724, 726, 750, 796, 808, 810, 818 f., 821, 823, 837, 869 f., 872, 874, 885, 887[11], 894, 915 f., 923, 964[9], 965[12], 970, 972[1], 1000, 1017, 1030, 1033 f., 1043, 1051, 1055, 1064, 1078, 1100, 1103, 1112, 1122, 1124 f., 1141, 1146 f., 1149, 1155, 1161 f., 1165, 1174 f., 1183, 1199 f., 1228, 1230 f., 1242, 1244, 1249, 1255 f., 1258, 1262, 1264, 1265, 1272, 1273[4], 1274, 1281, 1286[3], 1288, 1290, 1300, 1312, 1319, 1330, 1344[8], 1359, 1361, 1362[1], 1372, 1378, 1383, 1388 f., 1394 f., 1397, 1404, 1413, 1437[11], 1502, 1509[31], 1516, 1556, 1563, 1566, 1579

Erkin, Feridum Cemal Außenminister der Republik Türkei **Dok. 21, 317** und S. 101, 346[25], 1299, 1301, 1365, 1434

Erlander, Tage Ministerpräsident des Königreichs Schweden **Dok. 67** und S. 833

Erler, Fritz Mitglied des Deutschen Bundestages und stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion S. 31[21], 197, 307, 1188[5], 1332

Erroll, Frederick britischer Minister für Energie bis 16. Oktober 1964 S. 49

Eshkol, Levi Ministerpräsident des Staates Israel und Verteidigungsminister **Dok. 312** und S. 126, 351, 382, 395 f., 398, 415, 423, 733 f., 906, 963 f., 1133 f., 1239, 1241, 1240[9]

Etzdorf, Hasso von Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in London **Dok. 89, 236, 292** und S. 49[2], 61[41], 62[46], 78[26], 85[65], 115[4], 435[22], 469, 650[34], 673[17], 838, 873[10], 982[6], 1218[5], 1304, 1309[2], 1316[2], 1388, 1389[6], 1391[3], 1392, 1443[4], 1495[9], 1498, 1563[7]

Ewagnignon, Nicolas Amoussou Botschafter der Republik Dahome in Bonn S. 1150[3], 1153[14]

Eytan, Walter Botschafter des Staates Israel in Paris S. 908[7]

Fanfani, Amintore 1958/1959 und 1960–1963 Ministerpräsident der Italienischen Republik S. 33, 1100, 1348[17], 1430

Faure, Edgar 1955/56 Ministerpräsident der Französischen Republik S. 136

Fawzi, Mahmoud Außenminister der Vereinigten Arabischen Republik **Dok. 280** und S. 163 f., 998

Fayat, Henri stellvertretender belgischer Außenminister S. 487, 488[11]

Federer, Georg Generalkonsul der Bundesrepublik Deutschland in New York bis 11. März 1964; seit 4. Juli 1964 Botschafter in Kairo **Dok. 242, 295, 345, 352** und S. 1126[4], 1133[17], 1142 f., 1144[6+8], 1150[2], 1284, 1285[4], 1298[5], 1415[8], 1556[6]

Feisal ibn Abdul-Aziz seit 2. November 1964 König des Königreichs Saudi-Arabien S. 1481

Felfe, Heinz ehemaliger Leiter des Referats „Sowjetunion" beim Bundesnachrichtendienst (am 6. November 1961 ver-

haftet und am 23. Juli 1963 wegen Landesverrats verurteilt) S. 706[13]

Ferber, Ernst Leiter der „Unterabteilung II" im Führungsstab der Bundeswehr; seit 4. Juni 1964 Direktor des reorganisierten Planungsstabs der Standing Group der NATO in Washington S. 245[5], 937[44]

Ferring, Franz Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Manila bis 13. März 1964; seit 16. März 1964 Botschafter in Seoul S. 1457[2]

Finke-Osiander, Renate Legationsrätin im Referat „Polen, Tschechoslowakei, Jugoslawien, Albanien, Bulgarien, Rumänien, Ungarn; China (Volksrepublik und Formosa), Mongolische Volksrepublik, Nordkorea, Nordvietnam, Hongkong und Macau" des Auswärtigen Amts S. 437

Finletter, Thomas K. Leiter der Ständigen Vertretung der Vereinigten Staaten von Amerika bei der NATO in Paris **Dok. 98, 281** und S. 345, 448, 454–456, 693, 976[8], 1081 f., 1155 f.

Finn, Richard B. stellvertretender Referatsleiter im amerikanischen Außenministerium (Deputy Director, Office of German Affairs) S. 1380

Fischer, Gerhard Konsul der Bundesrepublik Deutschland in Madras; seit 24. August 1964 Legationsrat I. Klasse und Vertreter des Leiters im Referat „Süd- und Ostasien" des Auswärtigen Amts S. 1320, 1345[2]

Fischer, Paul Staatssekretär im dänischen Außenministerium S. 475 f.

Fischer-Lossainen, Reinhold von Legationsrat I. Klasse und Vertreter des Leiters im Referat „Süd- und Ostasien" des Auswärtigen Amts bis 23. August 1964; seit 1. September 1964 Generalkonsul der Bundesrepublik Deutschland in Lüttich S. 797[1]

Flandorffer, Rosemarie Dolmetscherin im Bundesministerium für Wirtschaft S. 227

Fontaine, André Leiter der außenpolitischen Redaktion der Zeitung „Le Monde" (Paris) S. 1034

Fornari, Giovanni Abteilungsleiter im italienischen Außenministerium (Direttore Generale degli Affari Politici) S. 1370

Foster, William C. Leiter der amerikanischen Abrüstungsbehörde in Washington (Director, U.S. Arms Control and Disarmament Agency) S. 182, 186, 600, 694 f., 1049, 1052[12], 1293[5]

Fouchet, Christian französischer Erziehungsminister; ehemaliger Vorsitzender des Sachverständigenausschusses zur Ausarbeitung der Statuten für eine europäische politische Union S. 709[4], 738[2], 782 f., 806[3]

Foxley-Norris, Christopher Neil britischer General (Air Vice Marshall, Assistant Chief of Defence Staff) S. 692

François-Poncet, André 1931–1938 Botschafter der Französischen Republik in Berlin; 1949–1953 Hoher Kommissar in Deutschland; danach bis 1955 Botschafter in Bonn S. 1337

Franco y Bahamonde, Francisco Spanischer Staatschef und Generalissimus der Nationalen Streitkräfte **Dok. 185** und S. 618–620, 752, 815[14], 901

Frank, Paul Vortragender Legationsrat I. Klasse im Planungsstab des Auswärtigen Amts **Dok. 290**

Freeman, Orville L. amerikanischer Landwirtschaftsminister S. 378 f.

Frei Montalva, Eduardo Vorsitzender der „Partido Democrata Cristiano" in Santiago de Chile; seit 3. November 1964 Präsident der Republik Chile S. 616

Frey, O. Korrespondent der „Neue Zürcher Zeitung" in Berlin S. 1484

Friedensburg, Ferdinand Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU) S. 1229[17]

Fritsch, Günther seit 8. Februar 1964 Geschäftsträger an der Botschaft der DDR in Sansibar S. 503

Froger, Rudolph Botschaftsrat an der niederländischen Botschaft in Bonn S. 80[36]

Fulbright, James W. Senator des Staates Arkansas und Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des amerikanischen Senats S. 414f., 546[18], 547, 550

Gaerte, Felix Konsul I. Klasse und Vertreter des Leiters am Konsulat der Bundesrepublik Deutschland in Bombay bis 11. Januar 1964; seit 5. Februar 1964 Legationsrat I. Klasse im Referat „Abrüstung und Sicherheit" des Auswärtigen Amts S. 1035[1]

Gaillard, Felix 1957/58 Ministerpräsident der Französischen Republik S. 575

Gaitskell, Hugh 1955–1963 Abgeordneter des britischen Unterhauses und Vorsitzender der Labour Party S. 1392[4]

Gallois, Pierre General a. D. der französischen Luftwaffe S. 1054, 1337

Garoufalias, Pedros griechischer Verteidigungsminister S. 1329

Gastambide, Raymond stellvertretender Abteilungsleiter im französischen Außenministerium (Ministre plénipotentiaire, Désarmement) **Dok. 133**

de Gaulle, Charles Staatspräsident der Französischen Republik **Dok. 20, 27, 44, 49, 50, 51, 66, 141, 180, 183, 184, 186, 187, 188, 189, 195, 198, 210, 217, 218, 234, 264, 318, 321, 341, 342, 350** und S. 23, 25f., 28–32, 34f., 45[12], 46f., 68, 70f., 79–81, 95[24], 98[37], 141f., 154, 192–195, 198, 217, 223[9], 225[13], 273[5], 280f., 283, 285f., 290, 291[53], 301[11], 325, 341, 361, 374, 394f., 413f., 418f., 426, 458, 464, 478, 502, 516[9], 550, 553, 569, 575, 607f., 610, 614, 617, 621, 624f., 646, 653, 680f., 682, 736, 755, 757, 760f., 763[24], 797, 809–811, 818f., 820[15], 825, 828[19], 832f., 843–845, 899[10], 932, 935, 934[29], 936[39], 942, 943f., 948–950, 955f., 1004–1008, 1010f., 1025[2], 1026, 1028, 1031, 1033, 1066f., 1079[6], 1084[1], 1103, 1118, 1121f., 1149, 1161, 1173, 1179, 1185, 1187, 1199f., 1207, 1219f., 1223–1226, 1234, 1235[15], 1249f., 1263[6], 1266, 1300, 1315, 1323, 1326f., 1331f., 1343f., 1348[17], 1350, 1363, 1372, 1390, 1397f., 1402f., 1406, 1409–1412, 1413, 1430, 1438f., 1445, 1449, 1452, 1464[7], 1474, 1477[49], 1487–1492, 1495f., 1508, 1541, 1545

Gebert, Boleslaw Botschafter der Volksrepublik Polen in Ankara S. 1107[5], 1560f.

Gehlen, Walther von Leiter der Unterabteilung B in der Abteilung für Personal und Verwaltung des Auswärtigen Amts S. 539[7]

Geithner, Heidi *siehe Thoenes*

Gemünd, Karl Leiter des Referats „Allgemeine handelspolitische Fragen" im Auswärtigen Amt **Dok. 109**

Genevey, Pierre Generalinspekteur des Heeres und Berater des französischen Außenministeriums in Fragen der Strategie und der Rüstungskontrolle S. 551, 553

Gerring, Gunnar Botschaftsrat an der schwedischen Botschaft in Bonn S. 324

Gerstenmaier, Eugen Präsident des Deutschen Bundestages und stellvertretender Vorsitzender der CDU **Dok. 325, 352, 385** und S. 314, 351[4], 398[17], 580, 1118[14], 1250, 1255, 1266, 1333, 1357, 1481, 1534, 1535[8]

Gewandt, Heinrich Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU) S. 1298[5]

Gheorghiu-Dej, Gheorghe Vorsitzender des Staatsrats der Volksrepublik Rumänien und Erster Sekretär der Rumänischen Arbeiterpartei S. 528[6], 732

Gilpatric, Roswell L. Staatssekretär im amerikanischen Verteidigungsministerium (Deputy Secretary of Defense) bis 20. Januar 1964 S. 61[40], 1554, 1575

Giscard d'Estaing, Valéry französischer Finanz- und Wirtschaftsminister S. 33, 147, 192[11], 220, 227f., 230, 244[3], 248f., 262, 272f., 274[9], 320, 555, 561, 744–746, 777, 804

Gocht, Rolf Leiter der Abteilung „Wirtschaftspolitik" im Bundesministerium für Wirtschaft S. 504[3], 505, 560[22]

Goercke, Paul deutscher Ingenieur in der VAR S. 272

Goldmann, Nahum Präsident des „World Jewish Congress" und der „Conference on Jewish Material Claims against Germany" in New York **Dok. 276** und S. 198

Goldwater, Barry M. Senator des Staates Arizona S. 613, 623, 652, 654, 656, 658, 812, 1570[2]

Gomulka, Wladyslaw Erster Sekretär des Zentralkomitees der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei S. 285[29], 955

de La Gorce, François Erster Botschaftsrat an der französischen Botschaft in Bonn S. 493, 1345[2]

Gordon, Lincoln Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika in Rio de Janeiro S. 449

Gordon Walker, Patrick Abgeordneter des britischen Unterhauses (Labour Party); seit 18. Oktober 1964 Außenminister des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland **Dok. 334, 335, 336, 381, 382, 387, 389** und S. 34, 1173–1175, 1205, 1213, 1218f., 1221, 1256, 1286, 1324f., 1330–1332, 1345, 1363, 1383, 1385f., 1389, 1393, 1399, 1401, 1407, 1408f., 1443f., 1514, 1563

Gottwald, Klement von 1946 bis Juni 1948 Ministerpräsident; danach bis 1953 Präsident der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik S. 928[3]

Goulart, João Belchior Marques Präsident der Vereinigten Staaten von Brasilien bis 15. April 1964 S. 617[10]

Granow, Hans Ulrich Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Stockholm bis zu seinem Tod am 9. August 1964 S. 324

Greenhill, Denis Arthur seit 15. September 1964 Referatsleiter im britischen Außenministerium (Superintending Under Secretary of State, Northern Department) S. 1563[7]

Grewe, Wilhelm G. Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der NATO in Paris; ehemaliger Botschafter in Washington **Dok. 172, 235, 254, 261, 281, 284, 330** und S. 123[13], 128[2], 158[4], 200[6], 296[5], 428[3], 429, 448[5], 452[14], 453[18], 454, 456, 468, 537, 576[2], 728[29], 838[10], 1081[9], 1081[1], 1082f., 1084[16], 1104[1], 1109, 1110[10], 1160, 1168, 1185, 1213[2]

Groeben, Hans von der Mitglied der EWG-Kommission in Brüssel, Leiter der Abteilung für Wettbewerb S. 483f.

Groepper, Horst Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Moskau **Dok. 19, 155, 158, 162, 163, 291, 310, 369** und S. 174[11], 214[45], 326[16], 335[19], 361[39], 383[6], 386[18], 466, 469, 603, 651[5], 672, 673[17], 678, 699, 700[6], 879f., 895, 896[2], 951, 1017, 1039, 1159[5], 1269, 1419[8], 1510[4]

Gromyko, Andrej Andrejewitsch Außenminister der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken S. 58[29], 78, 214[45], 317[13], 329[37], 521, 531[19], 671, 727[22], 840, 1045[6], 1052[13], 1250f., 1253f., 1294, 1381, 1434, 1493f., 1498, 1508, 1518[4], 1525, 1526[19], 1529f., 1533, 1554[21]

Grotewohl, Otto Ministerpräsident der DDR S. 160[2]

Grund, Walter Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen S. 1137

Grundmann, Konrad Arbeits- und Sozialminister des Landes Nordrhein-Westfalen S. 1421, 1423

Gruson, Sydney Korrespondent der Zeitung „The New York Times" in London S. 35[3]

Güde, Max Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU); ehemaliger Generalbundesanwalt S. 1157[1]

Guidotti, Gastone Botschafter der Italienischen Republik in Bonn; seit 23. Oktober 1964 Botschafter in London **Dok. 223** und S. 122f., 237[4], 1394

Gumbel, Karl Leiter der Personalabteilung im Bundesministerium der Verteidigung S. 878, 1012[49], 1040, 1176[7], 1300[2], 1321, 1537

Guttenberg, Karl Theodor Freiherr von und zu Mitglied des Deutschen Bundestages (CSU) S. 808[1]

Gwynne-Jones, Alun seit Dezember 1964 **Lord Chalfont** seit 27. Oktober 1964 Staatsminister für Fragen der Ab-

rüstung im britischen Außenministerium S. 1213, 1498, 1506, 1508

Gyptner, Richard Sonderbeauftragter der DDR; ehemaliger Botschafter in Warschau S. 854[24]

Haas, Walter Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Ankara; seit 12. September 1964 Botschafter in Conakry **Dok. 293** und S. 346[25]

Haas, Wilhelm 1956–1958 Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Moskau S. 662

Habib-Deloncle, Michel Staatssekretär im französischen Außenministerium (Secrétaire d'État aux Affaires étrangères) S. 430, 554[17], 1028[19], 1345, 1397

Haeften, Gerrit von Leiter der Rechtsabteilung im Auswärtigen Amt bis zum Eintritt in den Ruhestand am 31. Mai 1964 S. 265, 362, 417[37], 702[10]

Haekkerup, Per Außenminister des Königreichs Dänemark S. 475 f., 533

Haile Selassie Kaiser des Kaiserreichs Äthiopien S. 1060

Hallstein, Walter Präsident der EWG-Kommission in Brüssel; ehemaliger Staatssekretär des Auswärtigen Amts S. 125, 288[45], 480, 484, 558, 611[26], 874, 911, 1114[15], 1116, 1289 f.

Hamadi, Mohammed Shamte Ministerpräsident im Sultanat Sansibar bis 12. Januar 1964 S. 84[55]

Hamm, Harry Mitarbeiter der „Frankfurter Allgemeine Zeitung" S. 542

Hanga, Abdullah Kassim vom 12. Januar bis 26. April 1964 Ministerpräsident der Volksrepublik Sansibar S. 84[55], 188

Hansen, Niels Konsul I. Klasse und Vertreter des Botschafters an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Bern **Dok. 206** und S. 543, 585

Hardenberg, Hans Graf von Generalkonsul und Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei den Internationalen Organisationen in Genf bis 5. April 1964; danach Leiter der Unterabteilung A in der Abteilung für Handels- und Entwicklungspolitik des Auswärtigen Amts **Dok. 125** und S. 869, 878[5], 1119[22], 1129[10], 1164[3+5], 1176[7], 1274[7], 1446, 1558[6], 1567[13]

Harkort, Peter Günther Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei EWG und EURATOM in Brüssel **Dok. 205, 216** und S. 482[13], 1177[4], 1178[9], 1181[16], 1361[13], 1396[18], 1456[25]

Harlech *siehe Ormsby-Gore*

Harriman, W. Averell Unterstaatssekretär im amerikanischen Außenministerium (Under Secretary of State for Political Affairs) S. 36, 44[8], 643, 794[21], 968

Hartkopf, Günter Mitarbeiter des Bevollmächtigten des Landes Berlin in Bonn S. 1137

Hartlieb, Wilhelm Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Ottawa bis 4. Juli 1964; seit 6. Juli 1964 Botschaftsrat I. Klasse an der Ständigen Vertretung bei der NATO in Paris **Dok. 393** und S. 633[1]

Hase, Karl-Günther von Staatssekretär und Chef des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung **Dok. 306** und S. 49[2], 244[3], 253, 270, 397[12], 480, 579, 738[2], 785, 796, 887[11], 896[2], 915[7], 942, 964[9], 1090[6], 1142[5], 1203[17], 1227, 1236, 1241[11], 1242, 1245 f., 1406, 1516[8]

Hasluck, Paul seit 24. April 1964 Außenminister Australiens S. 1012 f.

Hassan II. König des Königreichs Marokko S. 420

Hassan, Abdel Fatah Leiter der Delegation der Vereinigten Arabischen Republik bei der Konferenz der 18-Mächte-Abrüstungskommission in Genf S. 577[7], 694, 696, 1052

Hassel, Kai-Uwe von Bundesminister der Verteidigung **Dok. 327** und S. 61 f., 70[34], 102, 106, 116[13], 157[6], 158 f., 179 f., 191, 194[21], 244[3], 245, 393[8], 417, 496, 502[8], 504–506, 518, 526, 540[2], 556, 593 f., 604, 656, 659, 742 f., 777[2], 796 f., 808[1], 933,

957[4], 1012, 1089f., 1104f., 1163, 1165, 1174f., 1176[7], 1249, 1256[6], 1260f., 1263, 1264, 1302f., 1304[18], 1325, 1326[12], 1333, 1362[1], 1371, 1373, 1391, 1398, 1454[17], 1489, 1491[43], 1537[2], 1545[4], 1566

Hassouna, Mohammed Abdel Khalek Generalsekretär der Arabischen Liga in Kairo S. 998[4]

Hauber, Otto Konsul am Generalkonsulat bzw. an der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei den Internationalen Organisationen in Genf bis 29. Februar 1964; seit 2. März 1964 Legationsrat I. Klasse im Referat „Abrüstung und Sicherheit" des Auswärtigen Amts S. 1035[1], 1562[1]

Havemann, Robert Professor an der Humboldt-Universität in Ost-Berlin (am 12./13. März 1964 aus der SED ausgeschlossen und von den Lehrverpflichtungen entbunden) S. 528

Hayman, Peter T. seit Oktober 1964 Leiter der Mission des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland in Berlin S. 1483, 1484[5]

Healey, Dennis seit 16. Oktober 1964 britischer Verteidigungsminister S. 1401, 1444, 1549

Heath, Edward britischer Minister für Industrie, regionale Entwicklung und Handel bis 16. Oktober 1964 **Dok. 137** und S. 7[3], 63–67, 81, 512

Heck, Bruno Bundesminister für Familien- und Jugendfragen S. 194[21], 244[3], 250, 738[2], 780–782,

Hecker, Gottfried Leiter des Referats „Zivilrecht und Zivilprozeßrecht" im Auswärtigen Amt S. 631

Heibach, Bernhard Konsul der Bundesrepublik Deutschland in Lourenço Marques S. 979[4]

Heine, Heinrich S. 786

Henderson, John N. Privatsekretär des britischen Außenministers S. 1498

Henry, Paul Zweiter Botschaftsrat an der französischen Botschaft in Bonn S. 25[1], 27, 1345[2]

Herrenschmidt, Jean-Pierre Handelsrat an der französischen Botschaft in Bonn S. 1578

Herrera Lane, Felipe Präsident der „Inter-American Development Bank" in Washington S. 426

Herter, Christian A. Sonderberater für Handelsfragen des amerikanischen Präsidenten; ehemaliger Außenminister der Vereinigten Staaten von Amerika S. 28[7], 37[8], 49, 53[14], 512, 659, 1380[2]

Herwarth von Bittenfeld, Hans Heinrich Staatssekretär und Chef des Bundespräsidialamtes S. 189

Herzog, Maurice französischer Staatssekretär für Jugend und Sport S. 244[3], 250f., 738[2], 781

Heß, Rudolf 1933–1941 „Stellvertreter des Führers" und Reichsminister ohne Portfolio S. 277[9]

Hillenbrand, Martin J. Gesandter an der amerikanischen Botschaft in Bonn S. 5f, 168, 180[3], 350[7], 428, 970, 1035f., 1038, 1100f.

Hillger, Hermann Legationsrat im Referat „Völkerrecht und Staatsverträge" des Auswärtigen Amts S. 1091[6]

Hirsch, Martin Mitglied des Deutschen Bundestages (SPD) und Vorsitzender des Ausschusses für Wiedergutmachung S. 1130

Hitler, Adolf 1933/34 Reichskanzler und 1934–1945 „Führer und Reichskanzler" des Deutschen Reiches S. 595, 626f., 647, 660, 663, 666, 776, 901, 1383, 1464

Höcherl, Hermann Bundesminister des Innern S. 159, 854, 957[2]

Hohler, Henry A. F. Gesandter an der britischen Botschaft in Paris S. 1535, 1536[3]

Hohmann, Karl Leiter des Kanzlerbüros im Bundeskanzleramt S. 324, 643

Hoffmann, Carl Julius Legationsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Algier S. 945[1]

Hoffmann, Franz Josef Leiter des Referats „USA, Kanada" im Auswärtigen Amt S. 1176[8]

Hoffmann, Klaus Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Wien S. 697[5]

Hofmann, Wilfried Legationsrat im Referat „Süd- und Ostasien" des Auswärtigen Amts S. 797[1]

Hogen, Shinsaku Leiter der Abteilung „Europa" im japanischen Außenministerium S. 864[9]

Holleben, Ehrenfried von Chef des Protokolls im Auswärtigen Amt S. 324

Holmer, Paul C. H. Mitarbeiter im britischen Außenministerium (Assistant, Western Department) S. 1498

Home *siehe Douglas-Home*

Homem de Mello, Manuel seit 29. April 1964 Botschafter der Republik Portugal in Bonn **Dok. 237**

Hood, Samuel, 6. Viscount Hood Unterstaatssekretär im britischen Außenministerium (Deputy Under-Secretary of State) **Dok. 89, 126** und S. 525, 1321[2], 1389[6], 1392[5], 1394[8], 1399f., 1444, 1498, 1528[4]

Hopf, Volkmar Staatssekretär im Bundesministerium der Verteidigung S. 504, 506, 538

Hoppe, Hans-Günter Senator für Finanzen des Landes Berlin und Mitglied des Abgeordnetenhauses (FDP) S. 1057

Hüttebräuker, Rudolf Staatssekretär im Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten S. 868, 870[10], 1161

Humphrey, Hubert H. Senator des Staates Minnesota und Kandidat für das Amt des amerikanischen Vizepräsidenten S. 1575

Hussein II. König des Haschemitischen Königreichs Jordanien S. 420, 1388, 1482

Huyn, Hans Graf Legationsrat im Referat „Europäische politische Integration; Europarat und nichtstaatliche europäische Organisationen; WEU (nichtmilitärische Angelegenheiten)" des Auswärtigen Amts S. 1091[6]

Ikeda, Hayato Ministerpräsident des Kaiserreichs Japan S. 83

Iljitschow, Iwan Iwanowitsch Leiter der „3. Europäischen Abteilung" im sowjetischen Außenministerium S. 361[39]

Illia, Arturo U. Präsident der Republik Argentinien S. 616

Imhoof, Werner Mitarbeiter der „Neue Zürcher Zeitung" S. 1084f., 1087

Inönü, Ismet Ministerpräsident der Republik Türkei **Dok. 333** und S. 793f.

Ittersum, Gerhard Eliza Baron van Botschafter des Königreichs der Niederlande in Bonn S. 280, 290, 710, 1141f.

Iwinskaja, Olga Lebensgefährtin von Boris Pasternak (nach dessen Tod am 30. Mai 1960 inhaftiert, am 2. November 1964 freigelassen) S. 1352[36]

Jacub, Mustafa A. 1963 Außenminister der Arabischen Republik Jemen S. 161[7]

Jaeger, Richard Mitglied des Deutschen Bundestages (CSU) und Vizepräsident; Vorsitzender des Ausschusses für Verteidigung S. 1165[7]

Jaene, Hans Dieter Redakteur des Nachrichtenmagazins „Der Spiegel" (Hamburg) S. 845[1]

Jahn, Gerhard Mitglied des Deutschen Bundestages (SPD) S. 353

Jaksch, Wenzel Mitglied des Deutschen Bundestages (SPD) und Präsident des Bundes der Vertriebenen S. 1125[6]

Jansen, Josef Leiter der „Politischen Abteilung I" im Auswärtigen Amt **Dok. 17, 21, 40, 70, 86, 90, 95, 135, 164, 191, 218, 223, 234, 309, 332, 342, 344, 349, 355, 368, 385, 394, 395** und S. 30[17], 34[41], 49[1+2], 63[1], 118[1], 119[8], 145[23], 181[4], 219[14], 222, 233, 237[4], 244[3], 290[51], 324, 330[46+48], 348[6], 356, 358, 363–365, 362[46], 396[6], 397[10], 398[17], 475[4], 615[2], 618, 668[7], 710, 732[53],

913, 956, 957[5], 958[7], 980[10], 981, 1012[49], 1017[1], 1027[9], 1118[12], 1143[3], 1150[1], 1195, 1196[8], 1197[9+10], 1227[1], 1244[5], 1245[9], 1247[18], 1281[3], 1316[2], 1320, 1358[5], 1365[16], 1367[8+9], 1373[9], 1386[32], 1387[36], 1456[26+28], 1480[2+4], 1482[15]

Janz, Friedrich-Rudolf 1959–1961 Leiter der Rechtsabteilung im Auswärtigen Amt S. 354[9]

Jaspar, Baron Marcel Henry Botschafter des Königreichs Belgien in Paris S. 1223[37]

Jay, Douglas seit 18. Oktober 1964 britischer Handelsminister S. 1313

Jayanama, Direck Botschafter des Königreichs Thailand in Bonn S. 682

Jermoschin, Pawel Konstantinowitsch Botschafter der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in Nikosia S. 1416

Jestaedt, Rudolf Legionatsrat I. Klasse und Vertreter des Leiters im Referat „Gesandtschafts- und Konsularrecht, Wiedergutmachung, Verkehrsrecht, Beamtenrecht" des Auswärtigen Amts S. 437, 1463[2]

Jödahl, Ole Botschafter des Königreichs Schweden in Bonn S. 324

Johannes XXIII. (Angelo Giuseppe Roncalli) Papst bis zu seinem Tod am 3. Juni 1963 S. 463

John, Herbert Redakteur des Nachrichtenmagazins „Der Spiegel" (Hamburg) S. 1442[9]

Johnson, Charles K. Mitarbeiter im amerikanischen Außenministerium (Officer in Charge, German Economic Affairs) S. 643

Johnson, Lyndon B. Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika **Dok. 136, 161, 401** und S. 19, 22f., 25f., 28f., 33f., 36–38, 47, 51, 57, 75f., 78, 134, 141, 182, 192f., 204f., 242, 257, 259f., 262f., 282, 300, 302f., 321, 334, 341, 350, 411, 413, 417, 428f., 454f., 460, 506, 507[2], 508, 514, 518, 516[14], 517[17], 531, 543[7], 547f., 550, 552[7], 557, 583, 602[8], 643[3], 644, 647, 680f., 682, 694, 719, 733[59], 750, 770, 791, 793–795, 811–814, 915, 968[3], 1007, 1013[5], 1016, 1051, 1078, 1081, 1084[16], 1146[1], 1147, 1155, 1218, 1220f., 1231, 1293f., 1296, 1301f., 1324, 1327, 1338, 1381[6], 1384, 1411, 1449, 1454, 1485, 1487f., 1491, 1494, 1499[9], 1502, 1526[19], 1529, 1541f., 1553, 1554[20]

Joxe, Louis französischer Staatsminister; ehemaliger Botschafter der Französischen Republik in Bonn S. 731, 742, 948, 972[2], 1020, 1248

Juma, Madhet Botschafter des Haschemitischen Königreichs Jordanien in Bonn S. 670, 1515[3]

Jung, Ernst Legationsrat I. Klasse im Referat „Wiedervereinigung" des Auswärtigen Amts S. 1137[1+2], 1138

Jungfleisch, Edwin Legationsrat und Vertreter des Botschafters an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Rangun S. 1202[13]

Kalkhorst Ministerialdirigent im Bundesministerium für Wirtschaft S. 1137

Kambona, Oscar S. Außenminister der Republik Tanganjika und Verteidigungsminister bis 26. April 1964; danach Außenminister der Vereinigten Republik von Tanganjika und Sansibar (seit 29. Oktober 1964: Vereinigte Republik Tansania) S. 393, 957f., 1176

Kameke, Karl-August von Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Cotonou S. 1150[3], 1153, 1202[15]

Kanga, Victor kamerunischer Wirtschafts- und Finanzminister S. 779[11]

Karume, Abeid Amani vom 12. Januar bis 26. April 1964 Präsident der Volksrepublik Sansibar; danach Erster Vizepräsident der Vereinigten Republik von Tanganjika und Sansibar (seit 29. Oktober 1964: Vereinigte Republik Tansania) S. 84[55], 188, 503[3], 504, 958[9]

Kasper, Siegfried Vertreter des Leiters in der Hauptverwaltung Straßenwesen der DDR S. 988

Kastl, Hans Jörg Legationsrat I. Klasse und Vertreter des Leiters im Pressereferat des Auswärtigen Amts S. 49[2], 615[2], 887[11], 1380, 1498

Katzenstein, Ernst Direktor für Deutschland der „Conference on Jewish Material Claims against Germany" in New York S. 1130

Kaul, Friedrich-Karl Rechtsanwalt in Ost-Berlin und Vizepräsident der „Vereinigung demokratischer Juristen in der DDR" S. 4, 1157[1]

Keil, Rolf Dietrich Dolmetscher S. 896[1]

Keller, Rupprecht von Leiter des Referats „Vertragsrechtliche Fragen und Verbindung zu den gesetzgebenden Körperschaften" im Auswärtigen Amt; seit 1. Mai 1964 Generalkonsul und Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei den internationalen Organisationen in Genf **Dok. 253**

Kennedy, John F. 1961–1963 Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika S. 28[7], 48[14], 65[9], 90[2], 111 f., 113[16], 120[4], 134, 154, 211, 242, 259 f., 301[10], 305, 416, 454, 460, 556, 583, 613, 621, 654, 718, 767[7], 770, 795, 1015, 1045[6], 1087 f., 1337, 1408, 1449

Kennedy, Robert F. amerikanischer Justizminister S. 83, 1269

Kennet *siehe Young*

Kenyatta, Jomo Ministerpräsident von Kenia; seit 12. Dezember 1964 Präsident der Republik Kenia S. 84 f., 503

Keramane, Hafid Botschafter der Demokratischen Volksstaatlichen Republik Algerien in Bonn S. 366[3], 732[52]

Khoman, Nai Thanat Außenminister des Königreichs Thailand S. 683

Khonti, Suphamongkhon Generalsekretär der SEATO in Bangkok **Dok. 169**

Kidd, Coburn B. Botschaftsrat an der amerikanischen Botschaft in Bonn S. 589, 794[20], 1534

Kiesewetter, Wolfgang Stellvertretender Minister für Auswärtige Angelegenheiten der DDR S. 161, 163–65, 503, 854[24]

Kiesinger, Kurt-Georg Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg S. 314, 782 f.

Kirchner, Hans-J. Geschäftsführer des „Ostausschusses der deutschen Wirtschaft" in Köln S. 542, 585–587

Kirilenko Zweiter Sekretär an der sowjetischen Botschaft in Ost-Berlin S. 443[15]

Kirk, Grayson Louis Präsident der Columbia University in New York S. 305, 416

Klaiber, Manfred Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Paris **Dok. 7, 66, 117, 141, 168, 194, 311, 316, 350, 359, 389** und S. 20[8], 33[34], 34[45], 43[7], 45[12], 97[33], 101[44], 136[23], 184[12], 192[11], 220[17], 222, 233, 244[3], 252[27], 615[2], 618[13], 713[3], 734[61], 738[2], 777[2], 793[16], 804[4], 948, 1006[17], 1076, 1077[12], 1087[12], 1160, 1187, 1199 f., 1223[37], 1224[43+44], 1263[6], 1355[50], 1449[1], 1464[7], 1466[12+14], 1477[49], 1536[3+5], 1578[3]

Klarenaar, Rudolf Leiter des Referats „Wirtschaftsbeziehungen zum Osten" im Auswärtigen Amt S. 269[2], 927[6]

Klein, Walter 1953–1963 Leiter des Protokoll- und Auslandsamtes des Landes Berlin S. 443[15]

Klein Leiter der Delegation der Bundesrepublik Deutschland bei der Welthandelskonferenz in Genf S. 590[3], 591[6]

Kleinwächter, Hans deutscher Ingenieur in der VAR S. 272

Klička, Otto tschechoslowakischer Stellvertretender Außenminister S. 1061

Kliesing, Georg Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU) S. 510, 1165[7]

Knappstein, Karl Heinrich Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Washington **Dok. 9, 20, 71, 79, 152, 167, 170, 217, 264, 401** und S. 41[10], 98[37], 260[24], 261[30], 262[34], 266[3+4], 315[2], 344[14], 356 f., 426[6], 465 f., 468, 470[6], 515[8], 548, 589[11], 639[3], 645[13], 674[2], 729[30], 968, 1073[5], 1219[10], 1223[35], 1254[16], 1278[4], 1285, 1286[6], 1325[5], 1380, 1404[5], 1484[5], 1493[4]

Knieper, Werner Leiter der Abteilung „Verteidigungswirtschaft" im Bundes-

ministerium der Verteidigung **Dok. 18** und S. 191[4], 878[5], 1164

Knoke, Karl Hermann Gesandter und Vertreter des Botschafters an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Paris **Dok. 227** und S. 301[11], 621[23], 887[11], 926[4], 943[5], 948, 949[7], 972[1+2], 974[11+13], 1187

Koenig, Joseph Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Nikosia **Dok. 365** und S. 181[6], 347[2], 1366–1368

Kohler, Foy D. Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika in Moskau S. 668, 678f., 1172, 1231

Kopf, Hermann Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU) und Vorsitzender des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten S. 353, 510, 904[1]

Korber, Horst Leiter der „Allgemeinen und Politischen Abteilung" der Senatskanzlei beim Regierenden Bürgermeister von Berlin **Dok. 26** und S. 3[1], 6, 91f., 292[4], 309, 409f., 851f., 987, 989, 991, 1021, 1022[33], 1038, 1068, 1070f.

Korff, Hans C. Leiter der Abteilung „Bundeshaushalt" im Bundesministerium der Finanzen S. 504[3], 505

Kossygin, Alexej Nikolajewitsch Erster Stellvertretender Vorsitzender des Ministerrats der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken bis 14. Oktober 1964; danach Ministerpräsident **Dok. 310** und S. 1159f., 1212, 1250f., 1253, 1318, 1517[3], 1518, 1526[21], 1531f.

Kostopoulos, Stavros Außenminister des Königreichs Griechenland S. 494[7]

Krag, Jens Otto Ministerpräsident des Königreichs Dänemark S. 289[48], 475f., 645, 821[18], 833

Krapf, Franz Leiter der „Politischen Abteilung II" im Auswärtigen Amt **Dok. 17, 26, 38, 58, 60, 61, 77, 96, 100, 101, 114, 131, 140, 143, 149, 177, 201, 204, 250, 256, 258, 400** und S. 3, 5, 10[1], 2, 21[12], 58[33], 59[34], 86[3], 121[8], 122, 142[14], 146[28], 171, 172[8], 180[3], 186[1], 203[17], 245[5], 273[5], 276[7], 277[10], 288[41], 307[15], 308[20], 329[40], 344[14], 355[4], 358–360, 362f., 375[1], 380[7], 428[1], 432, 448[5], 466[39], 508[5], 510[5], 528, 540[2], 569[24], 607[5], 615[2], 639, 643, 684[1], 691[2], 838[10], 956, 1079[6], 1080[4–6], 1089, 1108, 1195[10], 1201[3]

Krautwig, Carl Staatssekretär im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen S. 3, 305, 987[15], 1137, 1139, 1141, 1198[5]

Kreisky, Bruno Außenminister der Republik Österreich S. 697

Krekeler, Heinz L. Mitglied der EURATOM-Kommission in Brüssel; ehemaliger Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Washington S. 1179

Kresse, Walter Oberbürgermeister von Leipzig S. 998[4]

Kriebel, Rainer Militärattaché an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Kairo S. 604, 670, 1164[5], 1165[6]

Kristiansen, Georg Leiter der Ständigen Vertretung des Königreichs Norwegen bei der NATO in Paris S. 405[5]

Kroll, Hans 1958–1962 Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Moskau S. 360[34]

Krone, Heinrich Bundesminister für besondere Aufgaben und Vorsitzender des Bundesverteidigungsrats; ehemaliger Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag **Dok. 319, 320** und S. 32[25], 159, 574, 738[2], 777[2], 1104, 1249f.

Kruse, Hans-Heinrich Legationsrat I. Klasse im Referat „EWG, EGKS, EURATOM" des Auswärtigen Amts; vom 7. Oktober bis 16. November 1964 mit dem Aufbau der Handelsvertretung der Bundesrepublik Deutschland in Sofia beauftragt S. 1060[18]

Krylow, Nikolaj Iwanowitsch sowjetischer Stellvertretender Verteidigungsminister und Oberbefehlshaber der Raketenstreitkräfte S. 174[11]

Kühlmann-Stumm, Knut Freiherr von Mitglied des Deutschen Bundestages und stellvertretender Vorsitzender der FDP-Fraktion S. 55[19], 307

Kühnle Mitglied des Vorstands der Ruhr-Stickstoff-AG in Essen S. 424[2]

Kütchük, Fazil zyprischer Vizepräsident S. 115[3]

Kumykin, Pawel Nikolajewitsch sowjetischer Stellvertretender Minister für Außenhandel S. 438[7], 1211[10]

Kusterer, Hermann Dolmetscher und Vertreter des Leiters im Sprachendienst des Auswärtigen Amts S.19, 27[1], 73[1], 160[1], 203[1], 237[1], 570[1], 607[1], 640[1], 682[1], 713[1], 749[1], 768[1], 822[1], 830[1], 1015[1], 1025[1], 1255[1], 1267[1], 1399[1], 1404[1], 1408[1], 1435[1], 1443[1], 1463[1], 1498, 1510[1]

Kutscher, Ernst Botschaftsrat I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Paris bis 22. Januar 1964; danach Leiter des Referats „Sowjetunion" im Auswärtigen Amt S. 457[8], 1506[21], 1545[4]

Kyprianou, Spyros Außenminister der Republik Zypern S. 1254[16]

Lahn, Lothar Leiter des Referats „Abrüstung und Sicherheit" im Auswärtigen Amt **Dok. 133** und S. 182[1+4], 199[1], 295[1], 507[1], 865[1], 938[1], 1204[1], 1210[26+27], 1562[1]

Lahr, Rolf Staatssekretär im Auswärtigen Amt **Dok. 2, 24, 28, 41, 55, 56, 69, 73, 76, 81, 85, 88, 94, 97, 102, 116, 128, 192, 207, 208, 215, 219, 230, 231, 233, 243, 272, 273, 287, 314, 322, 329, 358, 373, 402** und S. 10[3], 24[5], 101[1], 102[3], 106[22], 118[1], 228[12], 251[25], 280, 286[33], 315[1], 324, 330, 343f., 346[26], 477[1], 612, 632[4], 633[5], 712[7+9], 722[26], 748[45], 766, 870[10], 894[5], 913, 914, 946[5], 947[8+12], 954[9], 970, 974[15], 978[4], 989[22], 991[9], 995, 1012[49], 1021, 1035, 1040, 1058[8], 1096–1098, 1138f., 1150[3], 1176[7], 1181[19], 1182[1], 1187f., 1195, 1227[6], 1300[2], 1304, 1311f., 1359[1], 1360, 1368[11], 1404[3], 1415[6], 1421, 1537[3], 1559[6], 1566[6]

Lahusen, Carl Legationsrat I. Klasse und Vertreter des Leiters im Referat „Frankreich, Belgien, Niederlande, Luxemburg, Italien" des Auswärtigen Amts S. 1027[10], 1028[19]

Laloy, Jean stellvertretender Abteilungsleiter im französischen Außenministerium (Directeur adjoint des Affaires politiques) **Dok. 17** und S. 575

Lang, Norbert Legationsrat I. Klasse und Vertreter des Leiters im Referat „Europäische politische Integration; Europarat und nichtstaatliche europäische Organisationen; WEU (nichtmilitärische Angelegenheiten)" des Auswärtigen Amts S. 80[36], 615[2], 1091[6], 1345[2], 1355[53]

Lange, Halvard M. Außenminister des Königreichs Norwegen S. 533f., 929, 1520[8]

Langer, Wolfram Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft S. 308[20], 424, 425[7], 447[11], 869, 987[15], 988[20], 1273

Lautenschlager, Hans Mitglied des Deutschen Bundestages (SPD) S. 997[28]

Lawrow, Iwan Michajlowitsch Gesandter an der sowjetischen Botschaft in Bonn **Dok. 36** und S. 86[4], 170f., 1009, 1195[10]

Lebel, Claude Abteilungsleiter im französischen Außenministerium (Directeur des services d'information et de presse) S. 615[2]

Ledwidge, William B. Referatsleiter im britischen Außenministerium (Head of Central Department) S. 1304, 1309[2], 1498

Lee Hu Rak Generalsekretär im Präsidialamt der Republik Korea S. 1457[2]

Lee Tong Won Außenminister der Republik Korea S. 1457[2]

Lege Oberstleutnant im Bundesministerium der Verteidigung S. 101f., 104

Leicht, Albert Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU) und Vorsitzender des Ausschusses für Rechnungsprüfung S. 1165[7]

Lemma, Aseffa Botschafter des Kaiserreichs Äthiopien in Bonn S. 105[18]

Lemnitzer, Lyman L. Oberbefehlshaber der amerikanischen und der NATO-Streitkräfte in Europa (SACEUR) S. 71[39], 72, 601, 602[10], 937[42], 1263, 1305, 1476

Leopold, Kurt Leiter der „Treuhandstelle für den Interzonenhandel" in Ber-

lin (West) bis 31. Oktober 1964 S. 308[20], 424f., 851, 987f., 1137–1139

Leuschner, Bruno Stellvertretender Ministerpräsident der DDR S. 267, 311, 355, 799[8]

de Leusse, Pierre Botschafter der Französischen Republik in Rabat S. 1201f.

de Leusse de Syon, Bruno Gesandter an der französischen Botschaft in Washington S. 1219[10]

Levi-Sandri, Vionello Vizepräsident der EWG-Kommission in Brüssel und Präsident des Europäischen Sozialfonds S. 235, 484

Lilienfeld, Georg von Gesandter und Vertreter des Botschafters an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Washington **Dok. 111, 132, 259** und S. 19[5], 37, 44[8], 184[9], 206[18], 416[32], 432[14], 509[13], 528, 1046[6], 1279[7], 1285, 1380, 1444, 1454[18], 1494[5], 1526[19]

Li Meng Hou Handelsrat an der Botschaft der Volksrepublik China in London S. 978

Lippmann, Walter amerikanischer Journalist S. 98[37], 113, 1572

Lopez Rodo, Laureano Direktor des Planungsamtes der spanischen Regierung S. 620

Lozes, Gabriel Außenminister der Republik Dahome S. 1153[14]

Lucet, Charles Abteilungsleiter im französischen Außenministerium (Directeur des Affaires politiques) **Dok. 75, 126, 247, 248, 249, 344** und S. 43[7], 96[31], 97, 99f., 222, 233, 244[3], 525, 615[2], 710[7], 738[2], 777[2], 919[14], 955[3], 956, 972[2], 1076f., 1187, 1193, 1528[4], 1536[3], 1542[11]

Luciolli, Mario seit 5. November 1964 Botschafter der Italienischen Republik in Bonn S. 1393

Lübke, Heinrich Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland S. 83, 164, 189, 198[35], 253[33], 259f., 413[17], 426, 447[1], 449, 485[2], 580[1], 606[6], 615f., 672, 683[7], 742[28], 780, 859, 958, 995, 1036, 1039, 1153[11+14], 1176, 1244[2], 1284f., 1362[1], 1378, 1459f., 1482[16]

Luedde-Neurath, Kurt R. Leiter des Referats „Polen, Tschechoslowakei, Jugoslawien, Albanien, Bulgarien, Rumänien, Ungarn, China (Volksrepublik und Formosa), Mongolische Volksrepublik, Nordkorea, Nordvietnam, Hongkong und Macau" im Auswärtigen Amt **Dok. 104, 275, 298, 303** und S. 367[1], 407[10], 437, 470[2], 494[7], 517[16], 530[14], 576[1+4], 707[1], 708[8], 952[2], 1058[12], 1061[1+5], 1066[16], 1111[18], 1018[11], 1124[2], 1213[2], 1351, 1353–1355, 1421[2]

Luns, Joseph Außenminister des Königreichs der Niederlande **Dok. 59, 266** und S. 533f., 624, 710, 750, 753, 826, 838, 1103, 1112f., 1134f., 1186, 1221

Macapagal, Diosdado Präsident der Republik der Philippinen S. 83

MacArthur, Douglas 1942–1945 Oberbefehlshaber der amerikanischen Streitkräfte im Südwest-Pazifik; danach bis 1950 Oberbefehlhaber der Besatzungstruppen in Japan; 1950 Oberbefehlshaber der UNO-Streitkräfte in Korea S. 211

Macmillan, Harold 1957–1963 Premierminister des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland S. 291[53], 767[7], 1089, 1497

Macovei, Pompiliu Alexandru rumänischer Stellvertretender Außenminister S. 1421

Mäkelä, Kaarlo Veikko Leiter der Handelsvertretung der Republik Finnland in Köln S. 1120[23]

Magill, Robert N. Erster Sekretär für Politische Angelegenheiten an der amerikanischen Botschaft in Bonn S. 186[1], 329[40], 600

Mahroug, Ismail Direktor der Algerischen Entwicklungsbank in Algier und Staatssekretär im algerischen Finanzministerium S. 909[6], 945f.

Majonica, Ernst Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU) und Vorsitzender des außenpolitischen Arbeitskreises der CDU/CSU-Fraktion S. 352[7], 599[1], 613[33], 673, 1091[4]

Makarios III. Myriarthes (Michael Christodulos Muskos) Erzbischof und Präsident der Republik Zypern **Dok. 365** und S. 115[3], 169[5], 181[4+6], 234, 259, 320, 975, 976[7], 977, 1253[10], 1254, 1301, 1329, 1364f., 1366–1368

Malaju, Burhanuddin Gesandter an der indonesischen Botschaft in Bonn S. 995[12]

Malinowskij, Rodion Jakowlewitsch sowjetischer Verteidigungsminister S. 522

Manescu, Corneliu Außenminister der Volksrepublik Rumänien S. 729

Manning, Robert J. Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium (Assistant Secretary of State for Public Affairs) S. 643, 1205, 1208

Manschulo, Alexej N. Abteilungsleiter im sowjetischen Ministerium für Außenhandel S. 107

Mansfield, Michael J. Senator des Staates Montana S. 623

Mansholt, Sicco L. Vizepräsident der EWG-Kommission in Brüssel und Leiter der Abteilung für Landwirtschaft; ehemaliger niederländischer Minister für Landwirtschaft, Fischerei und Ernährung S. 66[16], 286, 289, 378f., 482f., 870[10], 1114

Mansour, Gamal E. seit 29. Juni 1964 Botschafter der Vereinigten Arabischen Republik in Bonn S. 999, 1143, 1281, 1284[3], 1515[3], 1555f.

Mao Tse-tung Vorsitzender des Politbüros und des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas S. 211, 528[5], 682

de Margerie, Emmanuel Jacquin Leiter des Osteuropa-Referats im französischen Außenministerium (Conseiller, Délégué dans les fonctions de Sous-Directeur) S. 956[8]

de Margerie, Roland Jacquin Botschafter der Französischen Republik in Bonn **Dok. 8, 11, 244, 255, 355, 402,** und S. 5f., 217[8], 222, 225, 233, 234[10], 238[8], 244[3], 276, 491f., 615[2], 738[2], 777[2], 1027[9], 1040[3], 1076f., 1100f., 1103f., 1121, 1372, 1413f., 1418f., 1449f.

Marijnen, Victor G. M. Ministerpräsident des Königreichs der Niederlande **Dok. 59** und S. 301, 1093f., 1096, 1098, 1103, 1112f.

Marjolin, Robert Vizepräsident der EWG-Kommission in Brüssel und Leiter der Abteilung für Wirtschaft und Finanzen; ehemaliger französischer Wirtschaftsminister S. 483

Marré, Hans Herrmann Legationsrat I. Klasse und Vertreter des Leiters im Referat „USA, Kanada" des Auswärtigen Amts; ehemaliger Vizekonsul an der Gesandtschaft der Bundesrepublik Deutschland in Stockholm S. 324

Marschall von Bieberstein, Walther Freiherr von Legationsrat im Referat „Völkerrecht und Staatsverträge" des Auswärtigen Amts S. 4[6], 371

Marshall, George C. 1947–1949 Außenminister der Vereinigten Staaten von Amerika S. 499[20]

Martin, Berthold Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU) und Vorsitzender des Ausschusses für Kulturpolitik und Publizistik S. 1298

Martin, Paul J. J. M. Außenminister Kanadas S. 533f., 633[2], 1413

Martino, Gaetano Präsident des Europäischen Parlaments in Luxemburg; ehemaliger Außenminister der Italienischen Republik S. 534, 929

Masaryk, Jan G. 1940–1945 Außenminister der Tschechoslowakischen Provisorischen Regierung bzw. der tschechoslowakischen Exilregierung in London; 1945–1948 Außenminister der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik S. 596[12]

Mason, Sir Paul stellvertretender Leiter der britischen Delegation bei der Konferenz der 18-Mächte-Abrüstungskommission in Genf S. 694f.

Matarella, Bernardo italienischer Minister für Außenhandel S. 145[22], 512

Matern, Hermann Mitglied des Politbüros und des Zentralkomitees der SED S. 544[12]

Matsch, Franz Leiter der Ständigen Vertretung der Republik Österreich bei der UNO in New York und Vorsitzender des Ausschusses für die friedliche Nutzung des Weltraums S. 1278[4]

Maudling, Reginald britischer Schatzkanzler bis 16. Oktober 1964; ehemaliger Sonderbeauftragter für die Verhandlungen zur Errichtung einer Europäischen Freihandelszone S. 63 f., 67

Maurer, Ion Gheorghe Ministerpräsident der Volksrepublik Rumänien S. 363[50], 729, 740[19], 926, 955 f., 1020

Maurice-Bokanowski, Michel französischer Industrieminister S. 322, 745

Mayer, Michael Flüchtling aus der DDR (am 13. September 1964 an der Berliner Mauer schwer verletzt) S. 1059[16]

Mayhew, Christopher Abgeordneter des britischen Unterhauses (Labour Party) S. 1007[19]

McBride, Robert H. Gesandter an der amerikanischen Botschaft in Paris S. 1449[1]

McCloskey, Robert J. Referatsleiter im amerikanischen Außenministerium (Director, Office of News) S. 1205[9]

McCloy, John J. Vorsitzender des „Council on Foreign Relations" in New York; ehemaliger Hoher Kommissar der Vereinigten Staaten von Amerika in Deutschland **Dok. 341** und S. 416

McGhee, George C. Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika in Bonn **Dok. 5, 42, 51, 63, 72, 93, 103, 136, 189, 195, 196, 232, 246, 255, 307, 370, 392** und S. 186, 273[5], 276, 380, 514, 540, 541, 555, 557, 589, 643, 1006, 1264, 1286[3], 1329, 1330, 1380, 1418 f., 1485, 1487, 1566[10]

McIntyre, Laurence Botschafter Australiens in Tokio S. 863[4]

McNamara, Robert S. amerikanischer Verteidigungsminister S. 70[34], 417, 496, 504, 518, 526 f., 540[2], 551, 556, 566, 621[25], 656, 659, 796, 1147, 1165, 1260, 1285[1], 1371, 1373, 1503, 1545, 1572, 1575[16]

Meeker, Leonard C. Rechtsberater im amerikanischen Außenministerium S. 1386[35]

Meir, Golda Außenministerin des Staates Israel S. 352, 398, 908[7]

Melchers, Wilhelm Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Athen bis zum Eintritt in den Ruhestand am 30. November 1964 S. 235[12]

Melen, Ferid türkischer Finanzminister S. 1302

Melville, Eugene Gesandter an der britischen Botschaft in Bonn S. 7[1], 570, 1313[18]

Mende, Erich Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen und Vorsitzender der FDP S. 55[19], 305, 307, 314, 424[4], 539, 766, 985 f., 989[22], 1141[19], 1165, 1197, 1198[3+6], 1464[7], 1517

Mengele, Josef ehemaliger Lagerarzt im Konzentrationslager Auschwitz **Dok. 74, 371**

Menon, P. Achutha Botschafter der Republik Indien in Bonn bis 17. Dezember 1964 **Dok. 65**

Merchant, Livingston T. Sonderbeauftragter des amerikanischen Präsidenten für Sicherheitsfragen; ehemaliger Unterstaatssekretär im amerikanischen Außenministerium S. 454, 1110[13]

Mercker, Reinhold Leiter der „Abteilung I" im Bundeskanzleramt S. 305, 324, 1274[7], 1333[5]

Merkatz, Hans-Joachim von Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU); ehemaliger Bundesminister für Angelegenheiten des Bundesrates und der Länder S. 751, 803[19], 1347

Messmer, Pierre französischer Verteidigungsminister **Dok. 319** und S. 44[11], 244[3], 245 f., 682, 743[32], 744, 777[2], 956, 1105[4], 1173, 1175[10], 1261, 1435[2], 1491[43], 1545, 1575

van der Meulen, Joseph Leiter der Ständigen Vertretung des Königreichs Belgien bei EWG und EURATOM in Brüssel S. 1117

Meyer-Lindenberg, Hermann Vertreter des Leiters in der Rechtsabteilung des Auswärtigen Amts **Dok. 52, 147, 156** und S. 178[20], 610[22], 1108, 1423[9]

Meyer-Lohse, Hans-Werner Legationsrat I. Klasse und Vertreter des Leiters im Referat „Mittel- und Südamerika" des Auswärtigen Amts S. 1442[10]

Michelet, Edmond 1945/46 französischer Verteidigungsminister, 1958/59 Minister für Veteranen und Kriegsopfer, 1959–1961 Justizminister S. 1249

Middelmann, Helmut Legationsrat I. Klasse und Vertreter des Leiters im Referat „Internationale Wirtschaftsfragen der Verteidigung, des Verkehrs, des Post- und Fernmeldewesens und des Fremdenverkehrs" des Auswärtigen Amts; seit 21. Februar 1964 Leiter des Referats S. 191[4], 878[5], 1164[1+5], 1165[6], 1559[1]

Middleton, Drew Korrespondent der Zeitung „The New York Times" in Paris S. 261, 1369[2]

Mießner, Herwart Mitglied des Deutschen Bundestages (FDP) S. 997[28]

Mikojan, Anastas Iwanowitsch sowjetischer Erster Stellvertretender Ministerpräsident bis 15. Juli 1964; danach Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjet der Sozialistischen Sowjetrepubliken S. 383[6], 1212, 1224[44], 1252, 1254, 1488, 1521 f.

Minh *siehe Duong Van Minh*

Mirbach, Dietrich Freiherr von Botschafter zur besonderen Verwendung im Auswärtigen Amt **Dok. 62, 365** und S. 708, 1064[13], 1066, 1123[48], 1464[4]

Modrzewski, Franciszek polnischer Stellvertretender Minister für Außenhandel S. 375[2], 514

Möller, Alex Mitglied des Deutschen Bundestages (SPD) S. 151[10]

Mollet, Guy Generalsekretär der Sozialistischen Partei Frankreichs; ehemaliger Ministerpräsident der Französischen Republik S. 100, 101[44], 921[20], 1268 f.

Molotow, Wjatscheslaw Michajlowitsch 1939–1949 und 1953–1956 Volkskommissar bzw. Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken S. 177[19]

Mommer, Karl Mitglied des Deutschen Bundestages und Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Fraktion S. 1165[7]

Mommsen, Ernst Wolf Generaldirektor der Phoenix-Rheinrohr AG in Düsseldorf S. 947[8]

Monnet, Jean Vorsitzender des „Aktionskomitees für die Vereinigten Staaten von Europa"; ehemaliger Präsident der Hohen Behörde der EGKS in Luxemburg **Dok. 405** und S. 485, 819[11], 1160, 1291[4], 1327, 1350

Moreira, Jorge Lopez Botschafter der Republik Paraguay in Bonn **Dok. 371**

Moro, Aldo Ministerpräsident der Italienischen Republik **Dok. 27, 28** und S. 33[37], 121[5], 155, 207, 283, 714[8]

Morosow, I. A. Erster Sekretär und Leiter der Konsularabteilung an der sowjetischen Botschaft in Bonn bis zur Ausweisung am 15. Januar 1964 S. 361 f.

Mountbatten, Louis, seit 1947 **1. Earl Mountbatten of Burma** Chef des britischen Verteidigungsstabes S. 1287

Mühlen, Ewald Legationsrat I. Klasse und Vertreter des Leiters im Referat „EWG, EGKS, EURATOM" des Auswärtigen Amts S. 402[1], 1180[15]

Mühlen, Klaus Freiherr von Mitglied des Deutschen Bundestages (FDP) S. 1165[7]

Mühlenfeld, Hans Kultusminister des Landes Niedersachsen S. 961

Mühllener, Konrad Brigadegeneral im Bundesministerium der Verteidigung S. 1164, 1559

Müller, Konrad Staatssekretär im niedersächsischen Kultusministerium S. 960[9]

Müller, Kurt Legationsrat I. Klasse und Vertreter des Leiters im Ministerbüro des Auswärtigen Amts S. 49[2]

Müller-Chorus, Gerhard Legationsrat im Referat „Afrika südlich der Sahara" des Auswärtigen Amts S. 188[1]

Müller-Roschach, Herbert Leiter des Planungsstabs im Auswärtigen Amt **Dok. 16, 17, 226, 331, 391** und S. 118[1], 312[8], 356–358, 361, 363 f., 466, 469, 904 f., 948[1], 1108, 1320

el-Muhandis, Mohammed ägyptischer Gesundheitsminister S. 998[4]

Muller, Hilgard Außenminister der Republik Südafrika S. 1153

Mumm von Schwarzenstein, Bernd-Eugen Leiter der Handelsvertretung der Bundesrepublik Deutschland in Warschau S. 375, 599, 926[2]

Munzel, Kurt Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Léopoldville bis 3. September 1964; seit 18. September 1964 Botschafter in Beirut S. 1164[4]

Murumbi, Joseph Staatsminister beim kenianischen Ministerpräsidenten; seit 12. Dezember 1964 Außenminister der Republik Kenia S. 503

Mussolini, Benito 1922–1925 Ministerpräsident; danach bis 1943 Regierungschef und Präsident des „Faschistischen Großrates" im Königreich Italien S. 150[7]

Nagy, Imre 1953–1955 und im Oktober/November 1956 Ministerpräsident der Ungarischen Volksrepublik (nach dem Volksaufstand nach Rumänien verschleppt und am 16. Juni 1958 in Budapest hingerichtet) S. 883[12]

Nahm, Peter Paul Staatssekretär im Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte S. 1124

Narita, Katsushiro Botschafter des Kaiserreichs Japan in Bonn **Dok. 203**

Nasser, Gamal Abdel Präsident der Vereinigten Arabischen Republik **Dok. 32, 95, 242, 340, 352, 394** und S. 352[7], 382, 415 f., 457[8], 458 f., 552, 649 f., 656, 996, 1182[2], 1183 f., 1237 f., 1245, 1247, 1281–1283, 1284, 1285[4], 1328, 1356[2], 1481, 1515, 1516[5]

Naszkowski, Marian polnischer Stellvertretender Außenminister S. 362

Naumann, Walter deutscher Student (seit September 1961 in sowjetischer Haft) S. 706, 1212

Naupert, Heinz Leiter der Wirtschaftsabteilung an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Moskau bis zur Ausweisung aus der UdSSR am 22. März 1964; seit 22. April 1964 Legationsrat I. Klasse und Vertreter des Leiters im Referat „Allgemeine handelspolitische Fragen" des Auswärtigen Amts **Dok. 19** und S. 361

N'Douré, Hamaciré malischer Minister für Handel und Verkehr S. 106

Neef, Fritz Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft S. 23[2], 445, 480, 805, 869

Nehru, Ratan K. Leiter der Delegation der Republik Indien bei der Konferenz der 18-Mächte-Abrüstungskommission in Genf S. 982[2], 1048 f.

Nehru, Shri Jawaharlal Ministerpräsident und Außenminister der Republik Indien bis zu seinem Tod am 27. Mai 1964 S. 311 f., 694, 696, 996

Nenni, Pietro Generalsekretär der Sozialistischen Partei Italiens **Dok. 29** und S. 195 f., 207, 283, 1454

Nettewar Mitarbeiter im tschechoslowakischen Außenministerium S. 1061

Neumann, Alfred B. Vorsitzender des Staatlichen Komitees für Körperkultur und Sport der DDR S. 998[3]

Neumann, Alois tschechoslowakischer Justizminister S. 1132[11]

Neumann, Franz Leiter des Referats „Wirtschaftsbeziehungen zum Westen" im Auswärtigen Amt S. 61[40]

Neusel, Hans Persönlicher Referent des Chefs des Bundeskanzleramtes S. 869, 1137

Newington, Michael J. Erster Sekretär für Wirtschaft an der britischen Botschaft in Bonn S. 1165[6]

Nevermann, Paul Präsident des Senats und Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg S. 314

Ngo Dinh Diem Präsident der Republik Vietnam bis zu seinem Sturz am 1. November 1963 (am 2. November 1963 ermordet) S. 622[27], 921

Nguyen Khanh seit 30. Januar 1964 Staatschef und seit 8. Februar 1964 Ministerpräsident der Republik Vietnam S. 541, 622[27]

Nguyen Ngoc Tho Ministerpräsident der Republik Vietnam bis 2. Februar 1964 S. 622[27]

Nguyen Qui Anh seit 16. April 1964 Botschafter der Republik Vietnam in Bonn S. 448, 541, 818

Niederalt, Alois Bundesminister für Angelegenheiten des Bundesrates und der Länder S. 124f.

Nikesić, Marko Staatssekretär im jugoslawischen Außenministerium **Dok. 243**

Nilsson, Torsten Außenminister des Königreichs Schweden S. 324, 328f.

Nixon, Richard M. 1953–1961 Vizepräsident der Vereinigten Staaten von Amerika S. 428, 455, 613, 654

Nkrumah, Kwame Präsident der Republik Ghana **Dok. 116** und S. 971f., 995, 1202[12], 1374

Nogueira, Alberto Franco Außenminister der Republik Portugal S. 534

Norstad, Lauris 1951– 1953 Oberbefehlshaber der amerikanischen Luftstreitkräfte in Europa; 1956–1962 Oberbefehlshaber der NATO-Streitkräfte in Europa (SACEUR) S. 71[39], 72, 316[8], 601, 1262f., 1305, 1413

Novotny, Antonin Erster Sekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei und Präsident der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik S. 1354

Novotny, Pavel Leiter der Deutschland-Abteilung im tschechoslowakischen Außenministerium **Dok. 256**

Nowikow, Kirill Wassiljewitsch stellvertretender Leiter der Abteilung „Internationale Organisationen" im sowjetischen Außenministerium, Delegierter der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken bei der UNO-Generalversammlung in New York S. 384

Nyerere, Julius K. Präsident der Republik Tanganjika bis 27. April 1964; danach Präsident der Vereinigten Republik von Tanganjika und Sansibar (seit 29. Oktober 1964: Vereinigte Republik Tansania) **Dok. 118** und S. 392f., 957f.

Ochab, Edward seit 12. August 1964 Vorsitzender des Staatsrats der Polnischen Volksrepublik S. 955[4]

Oeser, Ingo Leiter einer Delegation der DDR in Nikosia S. 1416

Oldenburg, Troels Abteilungsleiter im dänischen Außenministerium S. 475

Ollenhauer, Erich 1952–1963 Vorsitzender der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag und Vorsitzender der SPD S. 1165

Olsen, Arthur J. Korrespondent der Zeitung „The New York Times" in Bonn S. 887[11]

Oncken, Dirk Leiter des Referats „Wiedervereinigung" im Auswärtigen Amt **Dok. 302** und S. 39[1], 128[1], 130[14], 197[32], 266[1], 277[8], 371[4+5], 372[7], 493, 528, 674[1], 675[5], 1037[11], 1059[13], 1418[4], 1418[6], 1483[1], 1484[5], 1528[1], 1568[1]

Oppler, Kurt Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Ottawa S. 642[7]

Ormsby-Gore, William David, 5. Baron of Harlech Botschafter des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland in Washington S. 678f., 685

Ortona, Egidio Abteilungsleiter im italienischen Außenministerium (Direttore Generale, Affari Economici) S. 144, 146

Osterheld, Horst Leiter des Außenpolitischen Büros im Bundeskanzleramt S. 19, 27, 28[5], 31[22], 32[26,27+29], 34[39+42], 110[2], 187[11], 191, 227[6+10], 11, 228[14–18], 229[19+20], 244[3], 255, 256[7+9+10], 257[12], 263[40], 274[9], 300, 301[8], 302[15], 324, 332, 336, 383[3], 555, 566, 570, 571[4], 643, 768[9], 785[20], 787, 811, 879, 1004, 1005[10], 1008[23+26], 1009[28–31], 1009[33], 1010[34+35], 1011, 1096[17], 1098[30], 1124[3], 1130, 1132, 1218, 1219[6], 1219[8+9], 1220[14+15], 1220[18+19+21], 1221[22+24+25], 1235, 1244[1], 1245[9], 1264, 1284[1], 1319[15], 1328[15], 1486[4+7–9], 1488[16+18], 1488[21+22], 1489[23+25–29], 1490[30+31], 1490[33+35+36], 1491[38+40–42], 1492[44–47], 1517, 1525, 1566[10]

Osterwind, Heinz Vertreter des Vorsitzenden im Aufsichtsrat der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft (AEG) in Frankfurt/Main S. 962[3]

de Ouro Preto, Carlos Sylvestre Botschafter der Vereinigten Staaten von Brasilien in Bonn S. 445[3]

Pagenhardt, Robert von Mitarbeiter der amerikanischen Ständigen Vertretung bei der NATO in Paris, „Principal Secretary" der MLF-Arbeitsgruppe S. 451

Palamas, Christian Xanthopoulos Leiter der Ständigen Vertretung des Königreichs Griechenland bei der NATO in Paris S. 976

Palewski, Jean-Paul Abgeordneter der französischen Nationalversammlung (UNR/UDT) S. 1027, 1029, 1033, 1123

Panin Protokollchef der sowjetischen Botschaft in Ost-Berlin S. 1483, 1485[7]

Papandreou, Georgios seit 19. Februar 1964 Ministerpräsident des Königreichs Griechenland und Erziehungsminister S. 234[11], 1301

Park Chung Hee Präsident der Republik Korea **Dok. 376** und S. 1375

Park Choong Hoon Handelsminister der Republik Korea S. 1462

Pasternak, Boris S. 1352

Paul VI. (Giovanni Battista Montini) Papst S. 463

Pauls, Rolf F. Leiter der Unterabteilung B in der Abteilung für Handels- und Entwicklungspolitik des Auswärtigen Amts **Dok. 289** und S. 282[18], 330[44], 427[9], 504[3], 505, 779[11], 946[6], 1122[35]

Paulsson, Gustaf Valfrid Staatssekretär beim schwedischen Ministerpräsidenten S. 324

Paulucci, Mario Alessandro Gesandter an der italienischen Botschaft in Bonn S. 345, 1089 f., 1110[12], 1154

Paye, Lucien Botschafter der Französischen Republik in Dakar; seit April 1964 Botschafter in Peking S. 365[58], 581

Pearson, Lester B. Ministerpräsident Kanadas **Dok. 157** und S. 534, 642, 929

Pelaghias Generaldirektor im zyprischen Außenministerium S. 1416

Pele, Gheorghe rumänischer Stellvertretender Außenminister S. 1421[4]

Perera, Benjamin F. Botschafter Ceylons in Bonn S. 803

Perera, N. Martin Vorsitzender der „Lanka Sama Samaja Party" in Colombo; seit 11. Juni 1964 ceylonesischer Finanzminister S. 801[15], 802

Peres, Shimon stellvertretender israelischer Verteidigungsminister; ehemaliger Generalsekretär im israelischen Verteidigungsministerium S. 270[5], 271, 574

Perlzweig, Maurice Vizepräsident des „World Jewish Congress" in New York S. 907

Peyrefitte, Alain französischer Informationsminister S. 244[3], 253, 738[2], 786, 1008, 1187 f., 1290, 1477[49]

Pfeffer, Franz Persönlicher Referent des Staatssekretärs Carstens **Dok. 337** und S. 278, 279[7], 394[1], 837, 949[7], 1072[4], 1089[1], 1187, 1245[9], 1330

Pflimlin, Pierre Präsident der Beratenden Versammlung des Europarats; ehemaliger französischer Finanzminister S. 284

Philip, André Leiter der Delegation der Französischen Republik bei der Welthandelskonferenz in Genf S. 722[26]

Philipp Herzog von Edinburgh S. 1445

Pilavachi, Costas N. Botschaftssekretär an der zyprischen Botschaft in Bonn; seit Juli 1964 Geschäftsträger S. 1368

Pilz, Wolfgang deutscher Ingenieur in der VAR S. 272

Pisani, Edgar französischer Landwirtschaftsminister S. 747f., 777[2], 1119, 1161

Pius XII. (Eugenio Pacelli) 1939–1958 Papst S. 462

Plaja, Eugenio Abteilungsleiter im italienischen Außenministerium (Direttore Generale, Direzione Generale della Emigrazione) S. 144f.

Plehwe, Friedrich Karl von Leiter des Referats „Großbritannien, Gemeinsame Fragen des Commonwealth, Australien, Neuseeland, Irland" im Auswärtigen Amt; S. 49[1+2], 1309[1+2], 1316[24+1+2]

Plesch, Erhard Vorsitzender des Bundesvorstands der Landsmannschaft der Siebenbürger Sachsen S. 1422[6]

Pleskot, Vaclav Botschafter der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik in Paris S. 1354

Podgornyj, Nikolaj Wiktorowitsch Mitglied des Präsidiums und Sekretär des Zentralkomitees der KPdSU S. 320, 360f., 530

Poljanow, Nikolaj E. stellvertretender Chefredakteur der Zeitung „Iswestija" (Moskau) S. 214[47]

Polk, James Hilliard amerikanischer Stadtkommandant in Berlin bis September 1964 S. 3, 6, 93

Pollak, Alfred seit 1. November 1964 Leiter der Treuhandstelle für den Interzonenhandel in Berlin (West) S. 1138

Pompidou, Georges Ministerpräsident der Französischen Republik **Dok. 47, 320** und S. 26, 35, 238, 243f., 244[3], 250, 254, 320[34], 478, 738[2], 777, 780, 793, 811[17], 972[2], 1007f., 1187[4], 1223[37], 1249f., 1267, 1327, 1435[2], 1541

Popović, Koča Außenminister der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien S. 731, 1001, 1020

Popper, David H. Referatsleiter im amerikanischen Außenministerium (Director, Office of Atlantic Political and Military Affairs) S. 1571[6]

Posadowsky-Wehner, Harald Graf von Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Lagos bis 2. Juni 1964; seit 20. August 1964 Leiter des Referats „Afrika südlich der Sahara" im Auswärtigen Amt S. 979, 1153[14]

Potter Mitarbeiter der Zeitung „The Baltimore Sun" S. 1571

Praß, Johannes Leiter der Abteilung für Wirtschaft im Bundeskanzleramt S. 306[11], 309[23], 359[23], 1137

Prill, Felician Leiter der Vertretung der Bundesrepublik Deutschland beim Europarat in Straßburg S. 1351[30]

Proske, Rüdiger Hauptabteilungsleiter beim Norddeutschen Rundfunk (Hamburg) S. 398[17]

Puaux, François seit Februar 1964 Abteilungsleiter im französischen Außenministerium (Chargé des affaires d'Europe à l'administration centrale) S. 357f., 360, 1018, 1020–1022, 1397f.

Puhan, Alfred Referatsleiter im amerikanischen Außenministerium (Director, Office of German Affairs) S. 1380

Puhl, Hans amerikanischer Militärpolizist in Berlin S. 1059

Pusey, Nathan M. Präsident der Harvard University in Cambridge/Massachusetts S. 416

Puttkamer, Ellinor von Leiterin des Referats „Vereinte Nationen, weltweite internationale Organisationen; multilaterale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Atomenergie (mit Ausnahme der europäischen Organisationen), internationale Beziehungen auf dem Gebiet der Weltraumforschung, politische Fragen

auf technisch-wissenschaftlichem Gebiet" im Auswärtigen Amt S. 43[5], 562[1], 565[18]

Rákosi, Mátyás 1944–1956 Generalsekretär der Partei der Ungarischen Werktätigen und 1952/53 Ministerpräsident der Ungarischen Volksrepublik S. 883[12]

Ramisch, Rolf Legationsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Colombo S. 799[8], 994[7], 995[13]

de Ranitz, Johan Anton Leiter der Politischen Abteilung im niederländischen Außenministerium S. 1445[13]

Rantzau, Detlev Graf zu Legationsrat an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Washington S. 646[14]

Rapacki, Adam Außenminister der Volksrepublik Polen **Dok. 398** und S. 296[7], 1018[11]

Redies, Helmut Legationsrat und Vertreter des Botschafters an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Khartum; seit 5. Mai 1964 Legationsrat im Referat „Naher Osten und Nordafrika" des Auswärtigen Amts S. 1299[8]

Rehs, Reinhold Mitglied des Deutschen Bundestages (SPD) und Vorsitzender des Ausschusses für Heimatvertriebene S. 1289

Rehwinkel, Edmund Präsident des Deutschen Bauernverbandes in Bonn S. 289, 1256[7], 1312, 1328[16], 1390, 1395

Reichhold, Walter Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Accra bis 3. Juli 1964; seit 7. November 1964 Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters an der Botschaft in Ottawa S. 497[2]

Reinhardt, Hermann Leiter der Abteilung „Außenwirtschaft und Entwicklungshilfe" im Bundesministerium für Wirtschaft S. 324, 804, 945[1]

Reinkemeyer, Hans-Albert Vertreter des Leiters in der „Politischen Abteilung II" des Auswärtigen Amts bis zu seinem Tod am 8. April 1964 **Dok. 17, 35, 75, 84** und S. 115[1], S. 131[16+17], 132[20], 200[8], 201[10], 202[13], 369[14], 405[5], 407[9], 443[15], 1278[5]

Reston, James R. Leiter des Büros der Zeitung „The New York Times" in Washington S. 1084–1088, 1571, 1573, 1572[8]

Reufels, Josef Legationsrat I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Buenos Aires bis 20. Oktober 1964; seit 25. Oktober 1964 Legationsrat I. Klasse im Referat „Wirtschaftsbeziehungen zu Mittel- und Südamerika" des Auswärtigen Amts S. 1303[13]

Rey, Jean Mitglied der EWG-Kommission in Brüssel und Leiter der Abteilung für Außenbeziehungen; ehemaliger belgischer Wirtschaftsminister S. 483, 512, 874[4]

Rezek, Rudolf stellvertretender Abteilungsleiter im tschechoslowakischen Außenministerium S. 437 f.

Rheker, Gisela Legationsrätin I. Klasse und Vertreterin des Leiters im Referat „Polen, Tschechoslowakei, Jugoslawien, Albanien, Bulgarien, Rumänien, Ungarn, China (Volksrepublik und Formosa), Mongolische Volksrepublik, Nordkorea, Nordvietnam, Hongkong und Macau" des Auswärtigen Amts S. 437

Richter, Herbert Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Algier bis zum Eintritt in den Ruhestand am 31. Juli 1964 S. 732[52], 946[5], 947

Richter, Karl Dolmetscher im Sprachendienst des Auswärtigen Amts S. 173[1], 879[1], 1158[1]

Richter, Swjatoslaw sowjetischer Pianist S. 1419

Richthofen, Oswald Freiherr von Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Khartum S. 104[17]

Riphagen, Willem Rechtsberater im niederländischen Außenministerium S. 264

Risse, Roland Leiter der Abteilung „Gewerblicher Mittelstand, Absatzwirt-

schaft, Leistungssteigerung" im Bundesministerium für Wirtschaft S. 1137

Ristedt, Johann Legationsrat im Referat „NATO, WEU (militärische Angelegenheiten) und Verteidigung" des Auswärtigen Amts S. 493[1]

Ritter, Joachim Friedrich Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Canberra; 1961–1963 Vertreter des Leiters in der Handelspolitischen Abteilung des Auswärtigen Amts und Beauftragter für Handelsvertragsverhandlungen S. 309[21]

Roberts, Sir Frank K. Botschafter des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland in Bonn; ehemaliger Botschafter in Moskau **Dok. 165, 372** und S. 49[2], 168f., 180[3], 276, 344[14], 380, 435, 796, 838, 842, 1060, 1304, 1316, 1318, 1320, 1406f., 1418–1420, 1498, 1509

Roberts, James A. seit Mai 1964 stellvertretender NATO-Generalsekretär S. 533[3]

Robertse ehemaliger Militärattaché an der südafrikanischen Botschaft in Paris S. 278f.

Robertson, Sir Brian H. 1947–1949 Militärgouverneur und 1949/50 Hoher Kommissar des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland in Deutschland S. 751

Rochereau, Henri Mitglied der EWG-Kommission in Brüssel und Leiter der Abteilung für überseeische Gebiete; ehemaliger französischer Minister für Landwirtschaft S. 480

Rockefeller, Nelson A. Gouverneur des Staates New York S. 658

Röding, Horst Leiter des Referats „Europäische politische Integration, Europarat und nichtstaatliche europäische Organisationen; WEU (nichtmilitärische Angelegenheiten)" im Auswärtigen Amt bis 15. Januar 1964; danach Leiter des Referats „Haushalt und Finanzen" S. 25[1]

Röhrig, Georg Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Brüssel S. 208[23]

Rötger, Thilo Legationsrat im Referat „Portugal, Spanien, Vatikan, Griechenland, Türkei, Zypern; Nordische Staaten, Österreich, Schweiz, Malteser-Ritter-Orden" des Auswärtigen Amts S. 1366[1]

Romney, George W. Gouverneur des Staates Michigan S. 654

Rostow, Walt W. Leiter des Planungsstabs im amerikanischen Außenministerium (Counselor and Chairman of the Policy Planning Council) S. 915, 1398

Rudnjow, Konstantin Nikolajewitsch sowjetischer Stellvertretender Ministerpräsident und Vorsitzender des Komitees für die Koordination der wissenschaftlichen Forschung S. 33[34], 320

Ruete, Hans Generalkonsul der Bundesrepublik Deutschland in Kalkutta bis 27. Mai 1964; seit 1. Juli 1964 Vertreter des Leiters in der „Politischen Abteilung II" des Auswärtigen Amts **Dok. 221, 238, 239, 240, 310, 379, 398** und S. 952[2], 953[6], 994[9], 1018, 1072[2], 1129[11], 1203[18+19], 1210[26], 1263[6], 1307[11], 1320, 1380, 1384[26], 1418, 1446[3], 1513[2], 1528[4+5], 1542[11], 1549[15]

Ruffin, Henri Mitarbeiter im französischen Außenministerium (Conseiller des Affaires étrangères, Pactes – Affaires spatiales) S. 1398

Rusk, Dean D. Außenminister der Vereinigten Staaten von Amerika **Dok. 124, 152, 160, 327, 353, 360, 387** und S. 36–38, 40, 44, 54[18], 58[29], 75f., 78, 111, 114, 134, 187, 317[13], 411f., 432f., 435, 444, 447f., 464, 470, 485f., 491f., 533, 535[12], 536, 547–550, 557, 621[25], 653, 659, 722[25], 839–841, 940[9], 968[3], 1016[6], 1038, 1045[6], 1081[1], 1084, 1087, 1107f., 1110[10], 1147f., 1185f., 1205, 1209, 1218, 1219[10], 1222, 1405, 1410[15], 1437, 1487f., 1499[9], 1526[19], 1545, 1572, 1576

Sabri, Ali Ministerpräsident der Vereinigten Arabischen Republik **Dok. 32** und S. 1298

Sabri, Ibrahim Botschafter der Vereinigten Arabischen Republik in Bonn S. 1281[2]

Sabri, Sulfiqar stellvertretender ägyptischer Außenminister S. 164, 459

Sachs, Hans-Georg Leiter der Abteilung für Handels- und Entwicklungspolitik im Auswärtigen Amt **Dok. 18, 113, 396, 399** und S. 7[1], 49[2], 62[43], 115[1], 116[12], 313, 324, 330[45], 333[8], 445[3], 615, 878[5], 1119[21], 1121, 1166[16], 1196[6], 1227, 1318, 1367[8+9], 1396[18], 1448[9], 1509[31]

el-Sadat, Anwar Präsident der ägyptischen Nationalversammlung S. 998[4], 1374[2]

Sahm, Ulrich Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter des Leiters an der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der NATO in Paris S. 61[38], 182[3], 203[17], 507[2], 818[3], 976[7], 977[10], 1053[15], 1219[10], 1291[3]

de Saint-Légier de la Sausaye, René außenpolitischer Berater des französischen Staatspräsidenten (Conseiller technique au secrétariat géneral, Présidence de la République) S. 680f.

Salazar, Antonio de Oliveira Ministerpräsident der Republik Portugal und Verteidigungsminister S. 752, 815[14]

al-Sallal, Abdullah Präsident der Arabischen Republik Jemen S. 162[9]

Samoré, Antonio Titular-Erzbischof von Tirnovo; Abteilungsleiter im päpstlichen Staatssekretariat S. 1357[1]

Sancar, Ilhami türkischer Verteidigungsminister S. 1300, 1328

Sanchez Bella, Alfredo Botschafter Spaniens in Rom S. 147

Sanguinetti, Alexandre Abgeordneter der französischen Nationalversammlung (UNR/UDT) S. 1033

Sante, Hans Heinrich Gesandter und Vertreter des Botschafters an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Moskau S. 1052[13]

Sapena Pastor, Raúl Außenminister der Republik Paraguay S. 353[7], 354, 1440[4]

Sapir, Pinhas israelischer Minister für Finanzen, Handel und Industrie S. 126

Saragat, Guiseppe Außenminister der Italienischen Republik bis 28. Dezember 1964; danach Staatspräsident **Dok. 28, 375** und S. 33, 135, 139, 155, 195, 197[32], 274, 282[17], 283, 421[12], 1100, 1213, 1222, 1424, 1463[1]

Sarag El Din Abteilungsleiter im ägyptischen Außenministerium S. 1143[2]

Sattler, Dieter Leiter der Kulturabteilung im Auswärtigen Amt S. 251[20]

Savir, Leo Botschaftsrat an der Israel-Mission in Köln S. 906f., 1215f.

Schäfer, Friedrich Mitglied des Deutschen Bundestages und Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Fraktion S. 1165[7]

Schäfer, Hans Staatssekretär im Bundesministerium des Innern S. 987[15]

Schärf, Adolf Präsident der Republik Österreich S. 697

Schaffarczyk, Herbert Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Lissabon S. 979[5]

Scharf, Kurt Propst für den Bereich Brandenburg in der Kirchenprovinz Berlin-Brandenburg, Vorsitzender des Rats der Evangelischen Kirche in Deutschland S. 1244[2]

Schaus, Eugène Außenminister des Großherzogtums Luxemburg bis 20. Juli 1964 S. 286[33], 418[3], 484

Scheel, Walter Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit S. 116, 159, 194[21], 244, 245, 251f., 313, 366, 592, 738[2], 778

Scheibe, Elisabeth Legationsrätin I. Klasse und Vertreterin des Leiters im Referat „Allgemeine handelspolitische Fragen" des Auswärtigen Amts bis 21. April 1964; danach Leiterin der Wirtschaftsabteilung an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Bern S. 445[2]

Schenck, Dedo von Leiter des Referats „Völkerrecht und Staatsverträge" im Auswärtigen Amt **Dok. 78** und S. 380[4], 417[38], 437, 438[7], 961, 1138[7], 1211[10], 1277[1], 1280[11], 1320

Scherpenberg, Albert Hilger van Botschafter der Bundesrepublik Deutschland beim Heiligen Stuhl in Rom; ehemaliger Staatssekretär des Auswärtigen Amts S. 438, 457, 462, 463[30+31], 1357, 1358[5]

Scheske, Ulrich Leiter des Referats „NATO, WEU (militärische Angelegenheiten) und Verteidigung" im Auswärtigen Amt S. 116[13], 120[1], 245[4], 278[1], 449[1], 493[1], 600[1], 977[10], 1304, 1320f., 1371[11], 1380, 1498, 1571[6]

Schiffers, Hans-Georg Leiter der Abteilung „Zentralplanung, Finanzen, Haushalt und Organisation" im Bundesministerium der Verteidigung S. 504[3]

Schiller, Karl Senator für Wirtschaft des Landes Berlin und Mitglied des Abgeordnetenhauses (SPD) S. 197, 1140

Schirach, Baldur von 1931–1940 „Reichsjugendführer" der NSDAP; danach bis 1945 Gauleiter und „Reichsstatthalter" in Wien S. 277[9]

Schirmer, Hans Leiter des Referats „Naher Osten und Nordafrika" im Auswärtigen Amt **Dok. 54, 214** und S. 126[4], 395[2], 420[1], 669[1], 670, 711[1], 963[7], 1216[7], 1239[1+2+4], 1240[8+10], 1241[12], 1244[1], 1246[12], 1248[19], 1284[1], 1298[6], 1333[1], 1334[11], 1335[16], 1515, 1516[5], 1535[8], 1555

Schlitter, Oskar Beauftragter für Vertragsverhandlungen aus dem Bereich der Abteilung für Handels- und Entwicklungspolitik S. 364, 369, 995[15], 1354[43]

Schmid, Walter Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Dakar und Nouakchott bis 27. September 1964; danach Generalkonsul in Dacca S. 365[58], 398[17]

Schmidt, Martin Mitglied des Deutschen Bundestages (SPD) S. 378[5]

Schmidt, Michael Legationsrat und Vertreter des Botschafters an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Nairobi S. 189, 503[5]

Schmidt, Otto Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU) und Vorsitzender des Finanzierungsausschusses S. 997[28]

Schmidt-Pauli, Edgar von Leiter des Büros Staatssekretär im Auswärtigen Amt bis 3. September 1964; seit 29. September 1964 Generalkonsul der Bundesrepublik Deutschland in Boston S. 252[30], 273[7], 467

Schmitt, Matthias Vorstandsmitglied der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft (AEG) in Frankfurt/Main S. 963[4+5], 1273

Schmitt, Thomas Mitarbeiter im Außenpolitischen Büro des Bundeskanzleramts S. 411

Schmücker, Kurt Bundesminister für Wirtschaft **Dok. 33** und S. 145[22], 149, 194[21], 233, 235f., 244[3], 248f., 275[6], 378, 446, 480, 484, 505, 512, 514, 558[17], 570–572, 592, 744, 766, 777, 804, 1116[3], 1390[4], 1396[18]

Schnippenkötter, Swidbert Vortragender Legationsrat I. Klasse im Planungsstab des Auswärtigen Amts; seit 16. November 1964 Vertreter des Leiters im Planungsstab S. 906, 1106–1108

Schnitzler, Karl-Eduard von Redakteur des staatlichen Rundfunks der DDR und Chefkommentator des Deutschlandfunks in Ost-Berlin S. 287[38]

Schoeller, Franz Joachim Legationsrat im Referat „Höherer Dienst, Wahlkonsuln" des Auswärtigen Amts; ehemaliger Legationsrat an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Daressalam **Dok. 40**

Schoenbrun, David Mitarbeiter der Zeitung „Die Welt" (Hamburg) S. 1085, 1087f.

Scholz, Ernst Beauftragter der DDR in Kairo **Dok. 32** und S. 503, 854[24], 999

Scholz, Paul stellvertretender Ministerpräsident der DDR S. 998[3], 1150[3], 1151, 1202

Schram-Nielsen, Erik Leiter der Ständigen Vertretung des Königreichs Dänemark bei der NATO in Paris S. 345

Schröder, Gerhard Bundesminister des Auswärtigen **Dok. 4, 6, 13, 15, 21, 28, 33, 45, 46, 48, 65, 74, 80, 99, 103, 107,**

118, 124, 130, 144, 151, 153, 154, 165, 169, 174, 175, 181, 182, 185, 196, 197, 220, 241, 245, 246, 248, 315, 334, 335, 336, 347, 348, 353, 360, 361, 363, 370, 372, 375, 377, 381, 382, 383, 387, 392, 397 und S. 8[7], 33[37], 35, 40, 42, 45, 47, 72, 92[16], 102[3], 107[1], 157, 158, 169[7], 173, 176, 187, 192, 194[21], 254, 275[8], 280, 286f., 289, 291, 281[8], 283[20], 285[29], 305, 308, 310, 315[1], 319[24], 324, 326, 328f., 337[22+23], 338[27], 339[30+32], 343f., 350, 351[3], 383, 391[13], 392[3], 393[8], 399, 401, 429, 439, 444, 460, 462, 464–467, 461[22], 485, 492, 494[7], 497, 510f., 533, 535, 548, 574, 631, 633[5+2], 639, 643, 667, 670, 677[1], 691, 695, 739, 749[1], 750, 766[2], 777, 780, 796[1], 806, 806[1], 807[7], 808, 830, 837, 838[8], 839[14], 840, 842, 845[4], 855[26], 856, 868, 879[1], 896, 903, 904, 906[5], 917[3], 919[11–13], 919[15], 920[19], 923[28], 924[29+31], 925[38+39], 940[9], 941[14], 943[4], 957f., 960, 964[10], 967[6], 970, 975, 989, 1009, 1034[17], 1036, 1038, 1041, 1072, 1091[6], 1107f., 1117[9], 1119[18], 1134f., 1153[11], 1165, 1173, 1183f., 1188[7], 1190[17], 1192, 1197, 1199f., 1222, 1228, 1248, 1255, 1262[25], 1274, 1282, 1285, 1290[7], 1342[11+12], 1344[6+8], 1345, 1356, 1388, 1391, 1394, 1396, 1414, 1446[1], 1448[10], 1485, 1487–1489, 1513, 1579

Schroeder, Herbert Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Daressalam S. 188[3], 189[10], 957f.

Schubert, Conrad von Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Addis Abeba S. 1060[23]

Schütz, Klaus Senator für Bundesangelegenheiten sowie für das Post- und Fernmeldewesen des Landes Berlin, Bevollmächtigter des Landes Berlin in Bonn S. 3[2], 4, 305, 308, 310, 410, 987[15], 1137f., 1140f., 1193, 1275[4]

Schütz, Wilhelm Wolfgang geschäftsführender Vorsitzender des „Kuratoriums Unteilbares Deutschland" S. 986

Schulte-Strathaus, Ludwig Legationsrat I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in London S. 63, 1498

Schuman, Robert 1947/48 Ministerpräsident und 1948–1953 Außenminister der Französischen Republik S. 761, 1029[25]

Schumann, Maurice Abgeordneter der französischen Nationalversammlung (UNR/UDT) und Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses S. 1343f.

Schwartze, Kurt-Arthur Legationsrat an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Kairo S. 421[16]

Schwarz, Werner Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten S. 166, 611[25], 747, 777[2], 1390[4], 1396[18]

Schwarzmann, Hans Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Beirut bis 25. April 1964; seit 2. November 1964 Leiter der Dienststelle Berlin des Auswärtigen Amts S. 1419[6]

Schwirkmann, Horst Sicherheitsbeauftragter an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Moskau bis 8. September 1964 **Dok. 252** und S. 1075

Schwörbel, Herbert Leiter des Referats „Haushalt und Finanzen" im Auswärtigen Amt bis 31. Januar 1964; seit 4. April 1964 Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Colombo S. 797–800, 802

Scranton, William W. Gouverneur des Staates Pennsylvania S. 654, 658

Seebohm, Hans-Christoph Bundesminister für Verkehr und Vorsitzender des Bundesvorstandes der Sudetendeutschen Landsmannschaft S. 579, 594[2], 637, 646, 919, 956, 1125[5]

Sefrin, Max Stellvertretender Ministerpräsident und Gesundheitsminister der DDR S. 998[3]

Segers, Paul-Willem belgischer Verteidigungsminister S. 1286

Segni, Antonio Staatspräsident der Italienischen Republik bis 28. Dezember 1964 S. 136, 138, 141, 206f., 281, 915

Seibt, Dankmar Persönlicher Referent des Bundeskanzlers S. 49[2], 324, 643

Sekou Touré *siehe Touré*

Semjonow, Wladimir Semjonowitsch sowjetischer Stellvertretender Außenminister S. 1419[8], 1530

Serbanescu rumänischer Rechtsanwalt (mit Familienzusammenführung befaßt) S. 1422

Seuffert, Walter Mitglied des Deutschen Bundestages (SPD) S. 997[28]

Seydel, Hans Legationsrat I. Klasse und Vertreter des Leiters im Referat „Naher Osten und Nordafrika" des Auswärtigen Amts S. 1557[1]

Seydoux de Clausonne, François Leiter der Ständigen Vertretung der Französischen Republik bei der NATO in Paris S. 244[3], 1185

el-Shafii, Hussein Vizepräsident der Vereinigten Arabischen Republik S. 998[4]

Shermake, Abdel Rashid Ali Ministerpräsident der Somalischen Republik S. 84

Shinnar, Felix E. Leiter der Israel-Mission in Köln **Dok. 88, 230, 312** und S. 162, 164, 351, 366[4], 382[3], 908[7], 999, 1215, 1239, 1242, 1378

Shriver, Sergent Leiter des US-Friedenskorps in Washington S. 448, 518,

Shuckburgh, Sir Evelyn Leiter der Ständigen Vertretung des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland bei der NATO in Paris S. 452f., 691–693, 837, 839, 1147–1149, 1156

Siebourg, Gisela Dolmetscherin im Sprachendienst des Auswärtigen Amts S. 1345[2], 1541[1]

Siegfried, Herbert Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Brüssel S. 710[5], 826[15], 968[5+6], 1495[13+14]

Sihanouk, Prinz Samdech Norodom Staatschef im Königreich Kambodscha S. 44, 211

Sijaona, L. Nang'wanda vom 27. April bis 4. November 1964 Staatsminister für Verteidigung der Vereinigten Republik von Tanganjika und Sansibar; danach tansanischer Minister für Besiedlungswesen und Wasserwirtschaft S. 957[4]

Simaček, Jan Mitarbeiter im tschechoslowakischen Außenministerium S. 1061

Simon, Klaus Leiter des Ministerbüros und Persönlicher Referent des Bundesministers des Auswärtigen S. 615[2], 671[1], 856[2], 989, 1124[1], 1173[1], 1244[1], 1380, 1421[2], 1463[1], 1493[1], 1498, 1528[1], 1541[1]

Siraud, Pierre Chef des Protokolls im französischen Außenministerium S. 1249

Sisco, Joseph stellvertretender Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium (Deputy Assistant Secretary, International Organization Affairs) S. 348

Smirnow, Andrej Andrejewitsch Botschafter der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in Bonn **Dok. 68, 176, 209, 252, 286, 304, 386** und S. 21, 53[15], 179, 362, 383, 386, 431, 603, 625–628, 661, 663, 666, 841, 894[5], 951, 1009

Soepeni Delegierte der Republik Indonesien auf der Botschafterkonferenz der blockfreien Staaten in Colombo S. 995[13]

Sonnenhol, Gustav Adolf Leiter der Abteilung „Finanz- und Wirtschaftsfragen der Entwicklungshilfe" im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit S. 244[3]

Sonntag, Peter deutscher Student (seit September 1961 in sowjetischer Haft) S. 706, 1212

Sorin, Walerian Alexandrowitsch sowjetischer Stellvertretender Außenminister; seit 9. Juni 1964 Leiter der Delegation der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken bei der Konferenz der 18-Mächte-Abrüstungskommission in Genf S. 686, 694, 1208[20]

Soumaliot, Gaston kongolesischer Rebellenführer, seit Juni 1964 Chef eines gegen die Regierung der Republik Kongo gerichteten Regimes S. 968[4]

Souvannah Phouma Ministerpräsident des Königreichs Laos S. 211

Spaak, Paul-Henri Außenminister des Königreichs Belgien; ehemaliger Generalsekretär der NATO **Dok. 197, 198, 216** und S. 274, 284, 418f., 487f., 533–535, 709[3], 710[5], 837f., 888, 968[6], 1006f., 1027,

1029, 1056, 1223, 1286, 1347 f., 1350, 1425, 1428, 1452, 1495 f., 1508

Spahn, G. G. Leiter der Delegation der Bundesrepublik Deutschland bei der Tagung der Internationalen Kaffeeorganisation in London S. 445[2], 446

Speer, Albert 1942–1945 Reichsminister für Bewaffnung und Munition bzw. für Rüstung und Kriegsproduktion S. 277[9]

Spierenburg, Dirk Leiter der Ständigen Vertretung des Königreichs der Niederlande bei EWG und EURATOM in Brüssel S. 631 f.

Spiers, Ronald Mitarbeiter im amerikanischen Außenministerium (Deputy Director, Office of Atlantic Political and Military Affairs) S. 1488, 1499[9], 1501[12], 1513

Springer, Axel Verleger in Hamburg und Berlin (West) S. 1157[5]

Springsteen, George Persönlicher Referent des Staatssekretärs im amerikanischen Außenministerium (Special Assistant to the Under Secretary of State) S. 1330

Stackelberg, Herbert Freiherr von Gesandter an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Washington S. 74[8], 304[23], 1526[21]

Staden, Berndt von Botschaftsrat I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Washington S. 643

de Staercke, André Leiter der Ständigen Vertretung des Königreichs Belgien bei der NATO in Paris S. 692

Stalin, Jossif Wissarionowitsch 1922–1953 Generalsekretär der KPdSU und 1941–1953 Vorsitzender des Rats der Volkskommissare bzw. des Ministerrats der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken S. 1268

Starkey, Joseph F. Zweiter Sekretär an der amerikanischen Botschaft in Bonn S. 104[15]

Stechow, Johann von Leiter des Referats „Internationale Wirtschaftsfragen der Verteidigung, des Verkehrs, des Post- und Fernmeldewesens und des Fremdenverkehrs" im Auswärtigen Amt bis 20. Februar 1964; seit 24. März 1964 Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Manila S. 101, 105

Stedtfeld, F. Leiter der Delegation der Bundesrepublik Deutschland bei den Verhandlungen der Kennedy-Runde in Genf **Dok. 122** und S. 875[8]

Steg, Rudolf Leiter des Referats „Frankreich, Belgien, Niederlande, Luxemburg, Italien" im Auswärtigen Amt S. 140[1], 1254[15], 1338[1]

Stein, Hans Freiherr von Legationsrat im Referat „Internationale Wirtschaftsfragen der Verteidigung, des Verkehrs, des Post- und Fernmeldewesens und des Fremdenverkehrs" des Auswärtigen Amts; seit 25. September 1964 Angehöriger der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Addis Abeba S. 101, 104[15]

Steinmann, Hans-Georg Legationsrat I. Klasse und Vertreter des Leiters im Referat „Zivilrecht und Zivilprozeßrecht" des Auswärtigen Amts S. 631

Steltzer, Hans-Georg Leiter des Referats „Afrika südlich der Sahara" im Auswärtigen Amt bis 4. August 1964; seit 15. August 1964 Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Accra S. 188[1], 252[26], 393[8], 966[2], 967, 981[12]

Stempel, Otto Baron von Leiter des Referats „EWG, EGKS, EURATOM" im Auswärtigen Amt S. 402[1], 697[6], 1177[1]

Stevenson, Adlai E. Leiter der Ständigen Vertretung der Vereinigten Staaten von Amerika bei der UNO in New York S. 1208[20]

Stewart, Michael seit 18. Oktober 1964 britischer Minister für Erziehung und Wissenschaft S. 1497[23+25], 1554[21]

Stewart, Michael Norman F. seit Oktober 1964 Gesandter an der britischen Botschaft in Washington S. 1444[10]

Stikker, Dirk U. Generalsekretär der NATO in Paris bis 14. Mai 1964; ehemaliger Leiter der Ständigen Vertretung

des Königreichs der Niederlande bei der NATO **Dok. 292** und S. 494[6], 533 f.

Stolzmann, Paulus von Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Luxemburg S. 286[33]

Stoph, Willi Erster Stellvertretender Ministerpräsident der DDR S. 21

Storm, Friedrich-Karl Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU) und stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Heimatvertriebene S. 997[28]

Strauß, Franz Josef Mitglied des Deutschen Bundestages und Vorsitzender der CSU; ehemaliger Bundesminister der Verteidigung S. 61[40], 179, 270[5], 271, 307, 351[4], 359, 398[17], 510 f., 575, 680[3], 808 f., 814[11], 821[18], 1165, 1173 f., 1175[10], 1333[5], 1486, 1489

Strobel, Käte Mitglied des Deutschen Bundestages (SPD) und Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments in Straßburg S. 1344[6]

Stroessner, Alfredo Präsident der Republik Paraguay S. 353

Stübel, Caroline Hilfsreferentin im Referat „Internationale Wirtschaftsfragen der Verteidigung, des Verkehrs, des Post- und Fernmeldewesens und des Fremdenverkehrs" des Auswärtigen Amts S. 1566[9]

Subandrio Außenminister der Republik Indonesien und Minister für Außenhandel S. 542[6]

Suhr, Otto 1949–1952 Mitglied des Deutschen Bundestages (SPD), 1955–1957 Regierender Bürgermeister von Berlin S. 1275[5]

Sukarno, Ahmed Präsident der Republik Indonesien S. 83, 995

Sulzberger, Cyrus Mitarbeiter der Zeitung „The New York Times" S. 1085, 1572

Suslow, Michail Andrejewitsch Sekretär des Zentralkomitees der KPdSU S. 488[11]

Sutterlin, James S. Erster Sekretär für Politische Angelegenheiten an der amerikanischen Botschaft in Bonn S. 1534 f.

Swartz, Carl Petter stellvertretender Leiter der Handelsabteilung im schwedischen Außenministerium S. 324

Sympher, Peter Legationsrat I. Klasse und Vertreter des Leiters im Referat „Völkerrecht und Staatsverträge" des Auswärtigen Amts S. 264[1]

Syngman Rhee 1948–1960 Präsident der Republik Korea S. 1375

Talleyrand, Charles-Maurice de 1788–1838 Bischof von Autun, 1797–1807 Außenminister Frankreichs S. 208

Taviani, Emilio italienischer Innenminister; ehemaliger Verteidigungs- und Finanzminister S. 1173[6]

Taylor, Maxwell D. amerikanischer General und Vorsitzender der Vereinigten Stabschefs der amerikanischen Streitkräfte S. 1506[21], 1573

Thierfelder, Rudolf Gesandter und Vertreter des Botschafters an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in London bis 31. Juli 1964; seit 3. August 1964 Leiter der Rechtsabteilung im Auswärtigen Amt **Dok. 323, 324, 367** und S. 49[2], 952[2], 960[8], 961, 1002[10], 1227[1], 1228[9+12+14], 1309[4], 1320, 1386

Thoenes, Heidi Dolmetscherin im Sprachendienst des Auswärtigen Amts S. 555[1], 566, 1485[1]

Thompson, Llewellyn E. Botschafter zur besonderen Verwendung im amerikanischen Außenministerium; ehemaliger Botschafter in Moskau **Dok. 126, 259** und S. 36 f., 266 f., 447, 485 f., 525, 547, 590, 1380 f., 1528[4]

Thomsen, Henning Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat „Internationale Wirtschaftsfragen der Verteidigung, des Verkehrs, des Post- und Fernmeldewesens und des Fremdenverkehrs" des Auswärtigen Amts S. 1366[4]

Thorez, Maurice Vorsitzender der Kommunistischen Partei Frankreichs (KPF) bis zu seinem Tod am 11. Juli 1964 S. 1058

Thorneycroft, Peter britischer Verteidigungsminister bis 16. Oktober 1964 S. 593

Tien Li-chun Handelsrat an der Botschaft der Volksrepublik China in Bern S. 871

Tito, Josip Broz Staatspräsident der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien S. 363, 368 f., 459, 471, 607, 639, 731 f., 742, 900, 1334

Todorow, Stanko bulgarischer Stellvertretender Ministerpräsident S. 1554[21]

Török, Alexander von Leiter des Referats „Wirtschaftsbeziehungen zu Afrika südlich der Sahara" im Auswärtigen Amt S. 778[7], 779[11]

Toffin, Jean-Louis stellvertretender Abteilungsleiter im französischen Außenministerium (Sous-Directeur, Europe Centrale) S. 360, 615[2]

Togliatti, Palmiro Generalsekretär der Kommunistischen Partei Italiens (KPI) bis zu seinem Tode am 25. August 1964 S. 1058, 1353

Tomas, Américo Deus Rodrigues Staatspräsident der Republik Portugal S. 979

Tomkins, Edward E. Referatsleiter im britischen Außenministerium (Head of Western Department); seit April 1963 Gesandter an der Botschaft in Bonn **Dok. 255** und S. 5 f., 59[34], 1100 f., 1392[5]

Toscano, Mario Abteilungsleiter im italienischen Außenministerium (Servizio Studi – Capo Servizio) S. 1452[9]

Toulouse, Pierre Edouard französischer Stadtkommandant in Berlin bis September 1964 S. 3, 6, 93

Touré, E. Ismael guineischer Minister für wirtschaftliche Entwicklung S. 1176

Touré, Sekou Präsident der Republik Guinea S. 1175 f.

Trampczynski, Witold polnischer Minister für Außenhandel S. 599

Trettner, Heinz Generalinspekteur der Bundeswehr S. 169[7], 244[3], 296[6], 1249, 1260, 1285[1]

Trevelyan, Sir Humphrey Botschafter des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland in Moskau S. 668 f., 672, 678 f., 1052[13], 1172

Triboulet, Raymond französischer Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit S. 245, 251 f., 738[2], 779

Truckenbrodt, Walter Vortragender Legationsrat I. Klasse und Vertreter des Leiters im Planungsstab des Auswärtigen Amts; seit 16. November 1964 Vertreter des Leiters in der Rechtsabteilung S. 1320 f.

Truman, Harry S. 1945–1953 Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika S. 476[6]

Trumpf, Jürgen Legationsrat an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in London S. 49[2]

Tschiang Kai-schek Präsident der Republik China, Vorsitzender der Kuomintang und Oberkommandierender der Streitkräfte S. 43, 194, 890

Tschombé, Moise seit 10. Juli 1964 Ministerpräsident und Außenminister der Demokratischen Republik Kongo S. 968

Tschou En-lai Ministerpräsident der Volksrepublik China S. 84, 96[29], 619[18], 733[57], 1374[4]

Tsui Chi-yuan Botschaftsrat an der Botschaft der Volksrepublik China in Bern **Dok. 206** und S. 543, 585–588

Tuomioja, Sakari S. vom 25. März 1964 bis zu seinem Tod am 9. September 1964 UNO-Vermittler in der Zypern-Krise; ehemaliger Ministerpräsident der Republik Finnland S. 348[7], 515, 793, 1253[10]

Turki, Ahmed Riad ägyptischer Forschungsminister S. 998[4]

Turnwald, Wilhelm Leiter des Referats „Deutsche Ostfragen" im Auswärtigen Amt S. 1124[1]

Tyler, William R. Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium (Assistant Secretary of State for European

Affaires) S. 447, 486, 639, 643, 679f., 685, 1279[7], 1380, 1398

Ulbricht, Walter Erster Sekretär des Zentralkomitees der SED und Vorsitzender des Staatsrats der DDR S. 22, 50[10], 90, 91[10], 131[18], 132, 161f., 164, 172, 214f., 257, 303, 335, 504, 522, 529, 545, 548, 606, 639, 644f., 663f., 672, 685f., 727f., 767, 847f., 850[11], 1001–1003, 1074, 1385, 1433, 1527, 1539f.

Ungerer, Werner abgeordnet an die Ständige Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei EWG und EURATOM in Brüssel bis 15. März 1964; danach Legationsrat I. Klasse im Referat „EWG, EGKS, EURATOM" des Auswärtigen Amts S. 1177[1]

Ungern-Sternberg, Reinhold Freiherr von Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Teheran bis 28. August 1964; seit 1. September 1964 Gesandter und Vertreter des Botschafters an der Botschaft in London S. 1122[39], 1394[8], 1399, 1436[3], 1444, 1498

Urban, Jaroslav Leiter der Vertretung tschechoslowakischer Außenhandelsgesellschaften in Frankfurt/Main S. 437f., 1066[16], 1354[43]

U Thant, Sithu Generalsekretär der UNO in New York **Dok. 70, 159** und S. 83[54], 320, 348[7], 461, 515[5], 583[9], 584, 648, 732f., 740, 977, 1204, 1386

Venturini, Antonio Leiter der Ständigen Vertretung der Italienischen Republik bei EWG und EURATOM in Brüssel S. 869f.

Vialon, Friedrich-Karl Staatssekretär im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit S. 313, 945[1]

Viktor Emanuel III. 1900–1946 König des Königreichs Italien S. 150[7]

Villiers, George Präsident des französischen Arbeitgeberverbandes S. 1267

Vogel, Hans-Jochen Oberbürgermeister von München S. 398

Vogel, Rolf Herausgeber der „Deutschland-Berichte" S. 907, 908[7]

Vogeler, Wilfried Legationsrat im Referat „NATO, WEU (militärische Angelegenheiten) und Verteidigung" des Auswärtigen Amts S. 1321

Voigt, Heinz Leiter der Unterabteilung A in der „Politischen Abteilung I" des Auswärtigen Amts **Dok. 237, 277, 294** und S. 80[36], 115[1+5], 125[2], 242[20], 290[52], 330[46], 418[2], 488[11], 910, 958[7], 1084[1], 1313[18], 1351[28], 1446[3], 1463[1], 1498, 1504[18], 1509[31]

Wagner, Leo Mitglied des Deutschen Bundestages (CSU) S. 511[12]

Walther, Gebhardt von Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Ankara **Dok. 317, 333** und S. 347[3], 1107[5], 1560f.

Wang Ping-nan Stellvertretender Außenminister der Volksrepublik China S. 547

Weber, Heinz Dolmetscher und Vertreter des Leiters im Sprachendienst des Auswärtigen Amts S. 45[1], 49[2], 191[1], 255[1], 300[1], 311[1], 411[1], 430[1], 651[1], 787[1], 811[1], 817[1], 1012[1], 1218[1], 1304, 1309[2], 1316[2], 1324[1], 1336[1], 1457[2]

Weber, Walter Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Kairo bis zum Eintritt in den Ruhestand am 31. Mai 1964 S. 160[4], 162f., 352[7], 420[3], 421[10], 422[23], 457, 460, 459[15]

Wehner, Herbert Mitglied des Bundestages (SPD) und Vorsitzender des Ausschusses für gesamtdeutsche und Berliner Fragen S. 31

Weitprecht stellvertretender Verkehrsminister der DDR S. 998[3]

Weiz, Gerhart Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Djakarta bis 15. Juli 1964; seit 12. September 1964 Generalkonsul in Sao Paulo S. 421[17], 995

Wendland, York Alexander Freiherr von Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Saigon bis 15. August 1964; seit 7. Dezember 1964 Botschafter in Dakar S. 515[8]

Wendt, Erich Staatssekretär und Erster Stellvertretender Minister im Mini-

sterium für Kultur der DDR S. 3[1], 6, 91, 129–131, 292[4], 309, 409f., 851f., 989, 991, 1021, 1022[33+34], 1068, 1071[7]

Wentker, Hermann Legationsrat im Referat „Wiedervereinigung" des Auswärtigen Amts S. 196[27], 1419[11], 1483[1]

Werner, Rudolf Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU) und stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Entwicklungshilfe S. 1298

Werner, Günther F. Leiter des Referats „Sozialrecht und Sozialpolitik" im Auswärtigen Amt S. 1421[2], 1422[6]

Werner, Pierre Ministerpräsident und seit 21. Juli 1964 Außenminister des Großherzogtums Luxemburg S. 912f.

Wessel, Gerhard Vertreter der Bundesrepublik Deutschland im Ständigen Militärausschuß der NATO in Washington S. 509

Westrick, Ludger Staatssekretär bzw. seit 15. Juni 1964 Bundesminister, Chef des Bundeskanzleramtes **Dok. 278** und S. 3–7, 19, 23, 27, 31, 33–35, 49[1+2], 86[4], 125[5], 191f., 196, 219[14], 341, 359[24], 380, 382, 396, 411f., 416f., 423[26], 480, 496, 511[12], 527[7], 540, 555, 566, 568, 574, 643, 680[3], 738[2], 777[2], 787, 792, 797, 811–814, 816f., 819, 821[18], 869, 879, 896, 903, 943[4], 965[12], 968, 987[15], 1004, 1006–1009, 1011f., 1017, 1124, 1130–1132, 1134, 1142[5], 1199f., 1235, 1236[6], 1237, 1245[9], 1256[6], 1273f., 1275, 1388, 1457[2], 1488, 1491, 1517, 1525–1527, 1566[10]

Weyer, Willi Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen S. 986

Wheeler, Earle G. Stabschef der amerikanischen Landstreitkräfte S. 1285[1]

White, Eric Wyndham Exekutivsekretär des GATT in Genf S. 512f.

Wicker, Tom Mitarbeiter der Zeitung „The New York Times" S. 1571[5]

Wickert, Erwin Leiter des Referats „Politische und sozialökonomische Fragen des Ostblocks" im Auswärtigen Amt S. 50[6], 457[1]

Wieck, Hans-Georg Legationsrat I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Washington **Dok. 142**

Wiesenthal, Simon Leiter des Jüdischen Dokumentationszentrums in Wien S. 1133[17]

Williams, G. Mennen Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium (Assistant Secretary of State for African Affairs) S. 319

Wilson, Archibald Duncan Unterstaatssekretär im britischen Außenministerium (Assistant Under-Secretary of State) S. 1301

Wilson, Harold Vorsitzender der Labour Party; seit 16. Oktober 1964 Premierminister des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland **Dok. 83** und S. 20, 134[14], 156, 281, 325, 671, 673, 1173[4], 1385f., 1388, 1389, 1391f., 1400–1402, 1405, 1406f., 1409, 1436, 1443f., 1453f., 1485, 1491, 1495, 1497, 1499[9], 1501[12], 1506[21], 1552, 1554[21], 1563, 1574, 1576

Winckler, Jean-Claude Leiter der Mission der Französischen Republik in Berlin S. 1483[3], 1484[5]

Wingstrand, John David Erster Sekretär in der Politischen Abteilung des schwedischen Außenministeriums S. 324

Winzer, Otto Staatssekretär und Erster Stellvertretender Minister für Auswärtige Angelegenheiten der DDR S. 443, 971[1]

Wischnewski, Hans-Jürgen Mitglied des Deutschen Bundestages (SPD) S. 908f., 1165[7]

Wolff, Rudolf Legationsrat I. Klasse und Vertreter des Leiters im Referat „Sowjetunion" des Auswärtigen Amts S. 73[3], 171[2], 386[18]

Wolff von Amerongen, Otto Mitinhaber der Firma Otto Wolff in Köln, Vorsitzender des „Ostausschusses der Deutschen Wirtschaft" in Köln S. 228[12], 586

Wollenweber, Karl Gustav Leiter des Referats „Friedensregelung, Beendigung des Besatzungsregimes, Stationierung ausländischer Truppen, Auslands-

schulden, Auslandsvermögen" im Auswärtigen Amt S. 104[14]

Woratz, Gerhard Leiter der Abteilung III im Bundesministerium für Wirtschaft S. 424[2], 1137 f., 1140[16]

Wormser, Olivier Abteilungsleiter im französischen Außenministerium (Directeur des affaires économiques et financières) **Dok. 97, 207, 273** und S. 244[3], 272 f., 575, 612, 615[2], 806, 1187 f., 1360, 1446, 1448

Woroschilow, Klimentij Jefremowitsch 1953–1960 Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjet der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken S. 662

Wurzel, Heinz Günter Korrespondent der Deutschen Presse-Agentur (DPA) in Moskau bis zur Ausweisung am 18. April 1964 S. 1212[11]

Wyszynski, Stefan Kardinal Erzbischof von Gnesen und Warschau, Primas von Polen S. 463, 1357[1]

Yates, David Peet britischer Stadtkommandant in Berlin bis September 1964 S. 3, 6, 93

Yorck von Wartenburg, Paul Graf Konsul der Bundesrepublik Deutschland in Lyon bis 24. Februar 1964; seit 24. April 1964 Leiter der Handelsvertretung in Bukarest S. 926, 927[5+6], 1421 f.

Youla, Nabi Botschafter der Republik Guinea in Bonn S. 1175

Young, Wayland, 2. Baron Kennet Mitglied des Verteidigungsausschusses der Parlamentarischen Versammlung der WEU in London S. 1413

Zaim, Achmed Botschafter der Republik Zypern in Bonn bis Juli 1964 S. 1368[13]

Žak, Vladimir Mitarbeiter im tschechoslowakischen Außenministerium S. 1061

Zapp, Carl August Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Caracas bis 21. Juli 1964; seit 23. September 1964 Botschafter in Algier S. 947[11]

Zarapkin, Semjon Konstantinowitsch Leiter der Abteilung „Internationale Organisationen" im sowjetischen Außenministerium S. 1109[8]

Zawadzki, Alexander Vorsitzender des Staatsrats der Polnischen Volksrepublik bis zu seinem Tod am 7. August 1964 S. 955

Zech-Nenntwich, Hans-Walter ehemaliger SS-Obersturmführer (wegen Beihilfe zum Mord verurteilt, am 22./23. April 1964 aus der Haft geflohen) S. 664[16]

Zinn, Georg-August Ministerpräsident des Landes Hessen S. 314

Zorn, Hermann Regierungsdirektor im Bundesministerium der Finanzen S. 1130[4]

Sachregister

Bei der Benutzung des Sachregisters sind folgende Hinweise zu beachten:

- Das Sachregister erfaßt in alphabetischer Reihenfolge Staaten, Organisationen und Institutionen sowie weitere Sachbegriffe.
- Die Untergliederung der Schlagworte „Abkommen und Verträge", „Gesetze und Verordnungen", „Konferenzen und Verhandlungen" sowie „Noten und Memoranden" folgt der Chronologie.
- Kursiv gedruckte Querverweise erschließen die zwischen den Schlagworten bestehenden Verbindungen.
- Bezieht sich ein Sachbegriff auf ein Dokument als Ganzes, so ist die Dokumentennummer angegeben. Dies ermöglicht auch einen schnellen Zugriff auf das Dokumentenverzeichnis im Band I.
- Beim Nachweis einzelner Seiten beziehen sich hochgestellte Ziffern auf Fußnoten.
- Verweise über die Beziehungen zweier Staaten zueinander finden sich bei dem in der Schlagwortfolge alphabetisch zuerst aufgeführten Staat. So werden beispielsweise die Fundstellen zu den französisch-algerischen Beziehungen unter dem Schlagwort „Algerien" und dort unter „Frankreich" genannt.
- Die bilateralen Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland werden allerdings stets unter dem Schlagwort des jeweils fremden Staates erfaßt. Entsprechendes gilt für das Verhältnis der Bundesrepublik Deutschland zu übernationalen Organisationen wie etwa der NATO.
- In einigen Fällen wird unmittelbar hinter dem Schlagwort zu einem Staat ein eigenes Schlagwort wie „Frankreich–Bundesrepublik Deutschland" oder „USA–Bundesrepublik Deutschland" gebildet, um eine zusätzliche Untergliederung möglich zu machen.
- **Band I** reicht von Dokument 1 bis 179 bzw. von Seite 3 bis 712 und **Band II** von Dokument 180 bis 402 bzw. von Seite 713 bis 1580.

Abkommen und Verträge

- Auslieferungsabkommen vom 9. 7. 1869 zwischen Frankreich und der Schweiz
  S. 218
- Friedensvertrag von Brest-Litowsk vom 3. 3. 1918
  S. 17[5], 176
- Friedensvertrag von Bukarest vom 7. 5. 1918
  S. 17[5]
- Versailler Vertrag vom 28. 6. 1919
  S. 338
- Vertrag von Rapallo vom 16. 4. 1922 zwischen dem Deutschen Reich und der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik
  S. 1004
- Abkommen vom 10. 2. 1925 zwischen der Republik Polen und dem Heiligen Stuhl
  S. 960
- Verträge von Locarno vom 16. 10. 1925
  S. 1011[41]
- Konkordat vom 14. 6. 1929 zwischen dem Freistaat Preußen und dem Heiligen Stuhl
  S. 959f.
- Konkordat vom 20. 7. 1933 zwischen dem Deutschen Reich und dem Heiligen Stuhl
  S. 959–961
- Abkommen vom 29. 9. 1938 zwischen dem Deutschen Reich, Großbritannien, Frankreich und Italien über die Abtretung sudetendeutscher Gebiete an Deutschland
  siehe: Münchener Abkommen
- Nichtangriffsvertrag vom 23. 8. 1939 zwischen dem Deutschen Reich und der UdSSR („Hitler-Stalin-Pakt")
  S. 882
- Kommuniqué vom 2. 8. 1945 über die Konferenz von Potsdam
  siehe: Potsdamer Abkommen
- Brüsseler Abkommen vom 17. 3. 1948 zwischen der Französischen Republik, dem Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland, dem Königreich Belgien, dem Königreich der Niederlande und dem Großherzogtum Luxemburg
  S. 928
- Nordatlantik-Vertrag vom 4. 4. 1949
  siehe: NATO
- Vertrag vom 18. 4. 1951 über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl
  siehe außerdem: EGKS
  S. 912[8]
- Abkommen vom 20. 9. 1951 über den Handel zwischen den Währungsgebieten der Deutschen Mark (DM-West) und den Währungsgebieten der Deutschen Mark der Deutschen Notenbank (DM-Ost)
  siehe außerdem: Interzonenhandel
  S. 309[21]
- Vertrag vom 26. 5. 1952 über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten (Deutschland-Vertrag)
  S. 357[14], 358, 435, 578, 614, 758, 760, 770, 973, 1026, 1533
- Vertrag vom 26. 5. 1952 über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG)
  S. 759[13]
- Abkommen vom 10. 9. 1952 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Staat Israel über die Wiedergutmachung (Luxemburger Abkommen)
  S. 270, 352[6], 1182, 1243[6], 1334[10]
- Verteidigungsabkommen vom 26. 9. 1953 zwischen Spanien und den USA
  S. 619
- Schlußakte der Indochina-Konferenz vom 21. 7. 1954
  S. 622, 645, 921
- Pariser Verträge vom 23. 10. 1954
  S. 88, 1193, 1430
- Österreichischer Staatsvertrag vom 15. 5. 1955
  S. 11[11], 530
- Vertrag vom 20. 9. 1955 über die Beziehungen zwischen der DDR und der UdSSR
  S. 686

- Vertrag vom 10. 3. 1956 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien über wirtschaftliche Zusammenarbeit
S. 368, 472

- Vereinbarung vom 19. 10. 1956 zwischen dem Kaiserreich Japan und der UdSSR über die Beendigung des Kriegszustandes
S. 564

- Vertrag vom 27. 10. 1956 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik zur Regelung der Saarfrage (Saarabkommen)
S. 11[6], 440

- Abkommen vom 20. 11. 1956 zwischen der Französischen Republik und den USA über Zusammenarbeit zur friedlichen Nutzung von Kernenergie
S. 1180

- Vertrag vom 25. 3. 1957 zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG)
siehe: Römische Verträge

- Vertrag vom 25. 3. 1957 zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM)
siehe: Römische Verträge

- Protokoll vom 25. 11. 1957 zwischen der Französischen Republik, der Italienischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland über Rüstungszusammenarbeit
S. 1173[6]

- Vereinbarung vom 8. 4. 1958 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der UdSSR über die Repatriierung von Deutschen aus der UdSSR
S. 65, 700

- Kulturabkommen vom 18. 4. 1958 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland
S. 62

- Abkommen vom 25. 4. 1958 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der UdSSR über Allgemeine Fragen des Handels und der Seeschiffahrt
S. 65, 107, 438[7], 1211[10]

- Abkommen vom 25. 4. 1958 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der UdSSR über den Waren- und Zahlungsverkehr
S. 438[7]

- Genfer Konvention vom 29. 4. 1958 über den Festlandsockel in der Nordsee
S. 23 f., 264

- Abkommen vom 22. 12. 1958 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Dänemark über den Warenverkehr
S. 868[1]

- Abkommen vom 27. 12. 1958 zwischen der VAR und der UdSSR über technische Hilfe
S. 458[11]

- Zypern-Abkommen vom 19. 2. 1959
S. 320

- Internationales Antarktis-Abkommen vom 1. 12. 1959
S. 183[8]

- Bündnisvertrag vom 7. 7. 1960 zwischen Zypern, dem Königreich Griechenland und der Republik Türkei
S. 234

- Garantievertrag vom 7. 7. 1960 über die Unabhängigkeit Zyperns
S. 234

- Logistisches Rahmenabkommen vom 25. 10. 1960 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik
S. 1371[12]

- Abkommen vom 31. 12. 1960 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der UdSSR über den Waren- und Zahlungsverkehr
S. 107

- Erklärung der algerischen und der französischen Delegation vom 18. 3. 1962 zum Abschluß der Waffenstillstandsverhandlungen (Abkommen von Evian)
S. 931[15]

- Erklärung und Protokoll vom 23. 7. 1962 über die Neutralität von Laos (Genfer Laos-Abkommen)
S. 581, 645

- Internationales Kaffee-Übereinkommen vom 28. 9. 1962
S. 446
- Kommuniqué und gemeinsame Erklärung des Präsidenten Kennedy und des Premierministers Macmillan vom 21. 12. 1962 (Nassau-Abkommen)
siehe: MLF
- Vertrag vom 22. 1. 1963 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik über die deutsch-französische Zusammenarbeit (Deutsch-französischer Vertrag)
siehe: Frankreich–Bundesrepublik
- Handelsabkommen vom 1. 2. 1963 zwischen der Französischen Republik und der UdSSR
S. 272, 805, 844
- Protokoll vom 7. 3. 1963 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen über den Handels- und Seeschiffahrtsverkehr
siehe außerdem: Polen–Bundesrepublik
S. 375[2]
- Vereinbarung vom 7. 3. 1963 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen über die Errichtung einer Handelsvertretung in Warschau
siehe außerdem: Polen–Bundesrepublik
S. 56, 328, 730
- Wiener Konsularkonvention vom 24. 4. 1963
S. 437, 707
- Abkommen vom 5. 7. 1963 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik über die Errichtung eines Deutsch-Französischen Jugendwerks
siehe außerdem: Frankreich–Bundesrepublik
S. 250[17]
- Abkommen vom 16. 7. 1963 zwischen dem Kaiserreich Äthiopien und Kenia über Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe
S. 84
- Vertrag vom 5. 8. 1963 über das Verbot von Kernwaffenversuchen in der Atmosphäre, im Weltraum und unter Wasser
siehe: Teststopp-Abkommen
- Vereinbarung vom 7. 9. 1963 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien über die Entschädigung für die Opfer von Menschenversuchen
siehe außerdem: Jugoslawien–Bundesrepublik
S. 367[3], 473
- Assoziierungsabkommen vom 12. 9. 1963 zwischen der EWG und der Republik Türkei
S. 236[18], 1303[14]
- Handelsabkommen vom 14. 10. 1963 zwischen der EWG und dem Kaiserreich Iran
S. 127
- Protokoll vom 17. 10. 1963 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Rumänien über den Austausch von Handelsvertretungen
S. 56, 328, 730
- Abkommen vom 10. 11. 1963 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Ungarn über den Waren- und Zahlungsverkehr und über die Errichtung von Handelsvertretungen
S. 56, 298 f., 328, 730, 1062[6]
- Protokoll vom 17. 12. 1963 über die Ausgabe von Passierscheinen an Einwohner von Berlin (West) zum Besuch von Verwandten in Ost-Berlin (Passierschein-Vereinbarung)
siehe: Passierschein-Gespräche
- Handelsabkommen vom 4. 2. 1964 zwischen der Italienischen Republik und der UdSSR
S. 1122[43]
- Handelsabkommen vom 10. 2. 1964 zwischen dem Kaiserreich Japan und der UdSSR
S. 1211
- Kulturabkommen vom 20. 2. 1964 zwischen der DDR und der Republik Indien
S. 311

- Abkommen vom 27. 2. 1964 zwischen dem Königreich Dänemark und der UdSSR über die Regelung der gegenseitigen finanziellen, vermögensrechtlichen und sonstigen Ansprüche in der Lettischen, der Litauischen und der Estnischen Sowjetrepublik sowie den westlichen Bezirken der Ukrainischen und der Weißrussischen Sowjetrepublik und dem Kaliningrader Bezirk der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik
S. 475
- Abkommen vom 6. 3. 1964 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Bulgarien über den Waren- und Zahlungsverkehr und die Errichtung von Handelsvertretungen
S. 298–300, 730, 1062[6]
- Sozialabkommen vom 30. 4. 1964 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Türkei
S. 117[19]
- Abkommen vom 17. 5. 1964 zwischen der DDR und der Republik Sansibar über Freundschaft und gegenseitige Unterstützung
S. 854[24]
- Handelsabkommen vom 6. 6. 1964 zwischen der EWG und dem Staat Israel
S. 128[12], 734
- Abkommen vom 9. 6. 1964 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland über die Entschädigung von Opfern aus der Zeit des Nationalsozialismus
S. 840
- Vertrag vom 12. 6. 1964 zwischen der UdSSR und der DDR über Freundschaft, gegenseitigen Beistand und Zusammenarbeit
siehe: Freundschaftsvertrag
- Kulturabkommen vom 19. 6. 1964 zwischen der Französischen Republik und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien
S. 1466
- Zusatzvereinbarung vom 16. 7. 1964 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien zum Abkommen vom 11. 6. 1952 über den Warenverkehr
S. 995[15], 1001, 1003
- Abkommen vom 28. 7. 1964 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Vereinigten Republik von Tanganjika und Sansibar über Ausbildungs- und Ausrüstungshilfe
S. 957[4], 979
- Vereinbarung vom 14. 8. 1964 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR über den Wiederaufbau der Saale-Brücke bei Hirschberg
S. 1022[33]
- Handels- und Kulturabkommen vom 19. 9. 1964 zwischen der Republik Dahome und der DDR
S. 1150
- Abkommen vom 19. 9. 1964 zwischen der Republik Dahome und der DDR über die Errichtung von Handelsmissionen
S. 1150, 1203
- Protokoll vom 24. 9. 1964 über die Ausgabe von Passierscheinen an Einwohner von Berlin (West) zum Besuch von Verwandten in Ost-Berlin (2. Passierschein-Vereinbarung)
siehe: Passierschein-Gespräche
- Abkommen vom 24. 9. 1964 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Malawi über Kapitalhilfe
S. 967[3]
- Abkommen vom 3. 10. 1964 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Demokratischen Volksstaatlichen Republik Algerien über Kapitalhilfe
S. 947[12]
- Vereinbarung vom 15. 10. 1964 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Indien über den Schutz von Kapitalanlagen
S. 313
- Handelsabkommen vom 30. 10. 1964 zwischen der Französischen Republik und der UdSSR
S. 221[21], 805, 1122, 1211

- Handelsvereinbarung vom 7. 11. 1964 zwischen der DDR und der Republik Zypern
S. 1366f., 1414, 1416
- Kulturabkommen vom 11. 1. 1965 zwischen der Französischen Republik und der Volksrepublik Rumänien
S. 1466
- Kulturabkommen vom 16. 10. 1966 zwischen der Französischen Republik und der Volksrepublik Bulgarien
S. 1466
- Vertrag vom 19. 12. 1966 über die friedliche Erforschung und Nutzung des Weltraums
S. 1280

Abrüstung und Rüstungskontrolle
siehe außerdem:
Atomwaffen
Belgien
Blockfreie Staaten
DDR
Frankreich
Gewaltverzicht
Gomulka-Plan
Großbritannien
Indien
Irland
Italien
NATO
Nichtangriffsabkommen
Niederlande
Teststopp-Abkommen
UdSSR
UNO
USA
Volksrepublik China

- 18-Mächte-Abrüstungskommission
Dok. 303 und S. 37, 58f., 73, 182, 186, 202, 298, 318, 466, 553, 694, 938, 941[12], 1045f., 1052
- Baruch-Plan vom 14. 6. 1946 zur Kontrolle der Atomenergie
S. 552
- Bodenbeobachtungsposten
Dok. 30, 31 und S. 37, 57–60, 77, 199–203, 233f., 267, 329, 466[39], 465, 516, 553, 695, 940, 1206
- Bundesrepublik Deutschland
Dok. 43, 120, 173, 356 und S. 14f., 52, 57–61, 77f., 116, 157f., 184–187, 233f., 267, 295–298, 329, 435, 466–469, 490, 516f., 551–554, 569, 577, 600, 841, 865–867, 890[19], 938–941, 1045–1051, 1205–1210, 1294–1296, 1401, 1519, 1521, 1524f., 1527, 1554, 1563–1565
- „Einfrieren" von strategischen Kernwaffenträgern („freeze"-Plan)
Dok. 38 und S. 363, 507–509, 516f., 552, 600, 602, 694, 1391[3]
- entmilitarisierte Zonen
S. 1519
- europäische Sicherheitskonferenz
S. 1562–1565
- „heißer Draht" zwischen Moskau und Washington
S. 1337, 1410
- Internationale Atomenergie-Organisation: Kontrollen
Dok. 331
- Kernwaffen im Weltraum
S. 183
- kernwaffenfreie Zonen
S. 57f., 183, 1073
- Nichtangriffserklärungen zwischen NATO und Warschauer Pakt
S. 35[3], 285, 695
- Nichtverbreitung von Kernwaffen
Dok. 39, 253 und S. 37, 91, 155, 329, 466f., 551, 577, 695f., 841, 890[19], 939, 982, 1052, 1055, 1073, 1082, 1099, 1109, 1111, 1204, 1293, 1295f., 1307, 1319, 1324, 1332, 1391, 1455, 1506, 1508, 1511, 1514, 1552–1554, 1570, 1574, 1577
- Produktionsverbot von spaltbarem Material für militärische Zwecke
S. 183, 694, 939
- Rapacki-Plan
S. 296, 490, 866, 1562–1564
- Rüstungsausgaben
S. 78, 184, 568, 695, 1518, 1520f.
- Sondierungsgespräche vom 27. 9. bis 4. 10. 1963
S. 58[29], 1494[5]
- Truppenstärken
S. 568f., 1392

- Verhinderung von Überraschungsangriffen
S. 199–201
- Vernichtung von Kernwaffen
S. 1204
- Zerstörung veralteter Bomber
S. 695, 841, 939

Aden
S. 83, 932

AEG (Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft)
siehe: Wirtschaftsunternehmen

Ägypten
siehe: VAR

Äthiopien
S. 971, 1208
- Ausrüstungshilfe
S. 105, 191
- DDR
S. 1060
- Kenia
S. 84

Algerien
siehe außerdem:
Arabische Staaten
S. 100, 241, 537, 956, 1298
- Bundesrepublik Deutschland
Dok. 215, 224 und S. 732 f., 1122, 1580[7]
- DDR
S. 732 f., 740, 908 f., 947, 1122[35]
- Entwicklungshilfe
S. 995
- EWG
S. 908–910, 946
- Frankreich
S. 71, 732 f., 889, 909 f., 931, 945 f., 947[12]
- UdSSR
S. 619, 733
- Volksrepublik China
S. 619, 733, 1374

Allgemeine Zeitung (Mainz)
S. 1255[3], 1262[25]

Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen
siehe: GATT

Arabische Staaten
siehe außerdem:
Algerien
DDR
Großbritannien
Irak
Iran
Israel
Jemen
Jordanien
Kuwait
Marokko
Saudi-Arabien
Syrien
Tunesien
UdSSR
USA
VAR
- Boykottklausel gegen Israel
S. 963
- Bundesrepublik Deutschland
Dok. 315 und S. 272, 352, 366, 382, 397[12], 398, 416, 567, 653, 670, 711 f., 907, 1215, 1227–1229, 1236, 1334, 1480–1482, 1557[3], 1558
- Entwicklungshilfe
S. 1183 f., 1247

Arbeiderbladet (Oslo)
S. 1520[8]

Argentinien
S. 1050
- Bundesrepublik Deutschland
S. 354[9], 616

Astronauten-Bergungsabkommen
- All-Staaten-Klausel
S. 1277–1280, 1386
- Bundesrepublik Deutschland
S. 1277–1280

Atomwaffen
siehe außerdem:
Großbritannien
Indien
Japan
MLF
Polen
Tschechoslowakei
UdSSR–Bundesrepublik
Volksrepublik China

- europäische Atomstreitmacht
S. 554, 768, 791, 835, 1174, 1508, 1552 f.
- Verzicht der Bundesrepublik Deutschland auf ABC-Waffen
S. 88, 137, 154, 173 f., 178 f., 187, 297, 637, 681, 1047 f., 1169, 1450, 1510, 1514

Ausrüstungshilfe
siehe außerdem:
Äthiopien
Guinea
Mali
Tanganjika
USA–Bundesrepublik
Verteidigungshilfe
Dok. 18, 41 und S. 271, 1166, 1283, 1517

Australien
S. 66
- Bundesrepublik Deutschland
Dok. 245 und S. 863[4]
- GATT
S. 513
- Republik Vietnam
S. 1013 f.
- USA
S. 655

Baltimore Sun
S. 261, 304[23], 1571

Bank für Internationalen Zahlungsausgleich
S. 479 f.

Bank of International Development
S. 1121

Belgien
S. 354, 1537, 1575
- Abrüstung und Rüstungskontrolle
S. 490
- Bundesrepublik Deutschland
Dok. 112, 197, 198 und S. 496, 837 f.
- europäische politische Union
S. 80–82, 487 f., 710[5], 736, 753, 809, 814, 822–829, 831–837, 1006 f., 1027, 1029, 1350, 1425, 1438
- europäisches Parlament
S. 274
- EWG
S. 235, 418 f., 824, 911 f., 914, 1223
- Frankreich
S. 836, 1223[37], 1496
- Großbritannien
S. 1495 f.
- Kongo
S. 537, 968 f., 1496
- MLF
S. 451, 489, 692 f., 830, 837, 1054, 1056, 1286, 1495 f., 1508
- NATO
S. 534, 836[21], 930
- Parteien
S. 489
- Spanien
S. 418 f.
- Temporary Travel Documents
S. 406
- USA
S. 968[6], 1496
- VAR
S. 421
- Wahlen
S. 830

Berlin
siehe außerdem:
Berlin-Klausel
DDR
Deutsche Frage
Frankreich–Bundesrepublik
Großbritannien–Bundesrepublik
Passierschein-Gespräche
UdSSR–Bundesrepublik
USA–Bundesrepublik
Dok. 366 und S. 16, 87, 440
- Allied Travel Office
S. 360[32], 405
- Alliierte Kommandantur
S. 3, 4[6], 6, 93, 675, 1275–1277, 1485
- alliierte Truppen
S. 51, 1057, 1171
- „Berlin-Ultimatum" der UdSSR vom 27. 11. 1958
S. 858[5], 931, 1317
- Besatzungsstatut für Berlin
S. 1171

- Bindungen an die Bundesrepublik
Dok. 64, 82, 323 und S. 21[12], 276f., 327, 550f., 675, 679, 842, 852, 993, 1057f., 1071
- Bundeskabinett in Berlin
Dok. 267
- Bundestag in Berlin
S. 276, 1101
- „contingency planning"
S. 86[3]
- Drei-Staaten-Theorie
S. 50, 294, 303, 307, 408, 858, 990f., 1127, 1171, 1433
- „Freie Stadt"
S. 40[3], 90, 171[5], 177[18], 326, 684f.
- Freizügigkeit innerhalb Berlins
S. 4f., 6[10], 21, 328f., 408, 434
- informelle Vier-Mächte-Kontakte
Dok. 379
- Internationale Zugangsbehörde
S. 35[3], 434, 436, 442, 547, 550
- Kontakte technischen Charakters zwischen Berlin (West) und Ost-Berlin
S. 5, 92, 94, 293f., 307f., 315, 327, 1069
- Mauer in Berlin
S. 4[6], 21, 40[3], 90, 92, 171[5], 294, 335, 405f., 882, 1318, 1527, 1538
- NATO
S. 930f.
- Regierender Bürgermeister
S. 21, 276[7], 1021
- Senat
S. 3–6, 7[11], 21, 93, 128, 130–132, 171[2+5], 196[27], 197, 268[11], 276[7], 292[3+5+6], 293f., 304, 306[6+8], 308[20], 309f., 327, 335[17], 359, 384, 409f., 985, 991, 1069, 1071, 1138, 1420, 1485
- Sondierungsgespräche 1961-1963
S. 317, 522, 1494[5], 1530
- UNO
S. 1171
- Verbindungswege nach Berlin
S. 37, 70, 73[3], 93, 171f., 277, 548, 727, 842, 851, 1171, 1530
- Vier-Mächte-Verantwortung
S. 293, 675, 1483–1485, 1530
- Westmächte
S. 4–6, 171f., 675, 1022

Berlin-Klausel
siehe:
Bulgarien–Bundesrepublik
Ostblock-Staaten
Teststopp-Abkommen
Tschechoslowakei–Bundesrepublik
Volksrepublik China–Bundesrepublik

Berner Union
S. 192[11], 249, 1578

Bild am Sonntag (Hamburg)
S. 1488[16]

Bild-Zeitung (Hamburg)
S. 1250, 1255, 1266[7]

Birma
S. 319, 1202, 1204, 1208

Blockfreie Staaten
siehe außerdem:
DDR
UdSSR
S. 1279
- Abrüstung und Rüstungskontrolle
S. 1046, 1048f.
- Bundesrepublik Deutschland
S. 799–802, 1050, 1127f., 1196, 1248
- MLF
S. 1048f., 1052, 1082, 1109

Boeing Airplane
siehe: Wirtschaftsunternehmen

Bölkow GmbH
siehe: Wirtschaftsunternehmen

Bolivien
S. 563

Bonner Vierergruppe
S. 277[8+10], 1275[4], 1483–1485

Brasilien
S. 322, 347, 354, 563, 1050, 1208
- Bundesrepublik Deutschland
S. 445f., 616f.
- UdSSR
S. 901

Bulgarien
siehe außerdem:
Bulgarien–Bundesrepublik
S. 1208

- DDR
S. 1019, 1060
- Frankreich
S. 1466
- Griechenland
S. 158

Bulgarien–Bundesrepublik Deutschland
- Berlin (West) in Abkommen (Berlin-Klausel)
S. 298 f., 362
- Handelsabkommen
S. 298
- Handelsvertretungen
Dok. 62 und S. 56, 328, 362

Bund der Vertriebenen
S. 1288 f.

Bundeskabinett
Dok. 128 und S. 24, 170[10], 181, 270 f., 275, 313, 343, 346, 396[6], 397[12], 495, 506, 698, 782[18], 798, 854, 862, 869 f., 870[10], 987, 1009, 1141, 1165, 1166[16], 1196, 1217, 1228[11], 1242, 1274[7], 1394, 1491[41], 1509, 1566[9+10], 1579, 1580[7]
- Staatssekretärausschuß für Europafragen
Dok. 33 und S. 1361

Bundeskanzleramt
S. 3–5, 125[5], 196[27], 396, 417[38], 669, 958, 1137–1141, 1485

Bundesminister der Finanzen
S. 102[3], 166–168, 343[8], 344, 346, 504 f., 538, 840, 1115, 1165, 1166[16]

Bundesminister der Justiz
S. 103, 397, 669 f.

Bundesminister der Verteidigung
S. 101–106, 169[7], 180, 185, 190, 191[4], 200[6], 202 f., 278 f., 350, 393, 453, 505 f., 509, 540, 604, 669, 711 f., 840, 877, 957, 1011, 1012[49], 1040, 1076, 1164–1166, 1168, 1176[7], 1207, 1209, 1302[11], 1320 f., 1373[9], 1446[3], 1448[9], 1559, 1565

Bundesminister des Innern
S. 396[6], 397, 669 f., 1228[11]

Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
S. 166–168, 300, 1114[13]

Bundesminister für Familien- und Jugendfragen
S. 1316[23]

Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen
S. 410, 985, 987, 989[22], 1139–1141, 1485

Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen
S. 3 f., 840, 987

Bundesminister für Verkehr
S. 987, 1509[31]

Bundesminister für Wirtschaft
S. 23[2], 166–168, 445–447, 500, 669, 927, 987, 989[22], 1065, 1137–1140

Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit
S. 8[8]

Bundesminister für wissenschaftliche Forschung
S. 669, 1123

Bundesnachrichtendienst
S. 1422

Bundesrat
S. 240[13], 1221

Bundestag
siehe außerdem: Berlin
S. 27, 31, 74[10], 151[10], 176, 219, 289[47], 306, 333[5], 353, 359, 379, 396[6], 397, 429, 440, 698, 749, 751, 985, 992, 1092, 1098[25], 1124[4], 1134, 1188, 1221, 1228, 1229[17], 1240, 1244, 1247, 1270[15], 1276, 1282 f., 1300, 1335, 1350, 1377, 1402, 1409, 1445, 1515–1517
- Ältestenrat
S. 1281
- Ausschuß für gesamtdeutsche und Berliner Fragen
S. 308
- Ausschuß für Wiedergutmachung
S. 1130
- Auswärtiger Ausschuß
S. 216[3], 238, 268[12], 510, 610, 737
- Haushaltsausschuß
S. 8[8], 270 f.

Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI)
S. 1267

Bundesverband deutsch-israelischer Studiengruppen
S. 271

Bundesverteidigungsrat
S. 101[1], 105 f., 190 f., 540[2], 1046[10], 1104–1106, 1165, 1260

Bundeswehr
S. 103 f., 169[7], 174, 269[2], 336–338, 362, 450, 505 f., 540[2], 711, 790, 796 f., 929, 969, 1056, 1302[11], 1304[18], 1371, 1446 f., 1509, 1518, 1520–1523, 1525, 1527, 1536 f., 1546, 1558[6], 1559

CDU (Christlich-Demokratische Union Deutschlands)
S. 150–152, 276[5], 306, 510, 750, 756, 808, 821, 959, 1091, 1112, 1182, 1257, 1266, 1300, 1329, 1383, 1409, 1412

Ceylon
- Bundesrepublik Deutschland
Dok. 191 und S. 267[8], 287 f., 358, 363, 853, 861, 1195 f.
- DDR
S. 267, 287 f., 312[7], 358, 461, 688, 798 f., 802 f., 996, 1196[6]
- Entwicklungshilfe
Dok. 299 und S. 797–802

Chile
S. 354, 616, 618

China
siehe:
Republik China
Volksrepublik China

Christlich-Demokratische Union Deutschlands
siehe: CDU

Christlich-Soziale Union
siehe: CSU

COCOM (Coordinating Committee for East-West Trade Policy)
S. 635

COMECON
siehe: RGW

Commonwealth of Nations
S. 34, 66, 72, 127, 206, 725, 996, 1311

Communauté française
S. 389, 1121[33]

Coordinating Committee for East-West Trade Policy
siehe: COCOM

ČSSR (Československá Socialistická Republika)
siehe: Tschechoslowakei

CSU (Christlich-Soziale Union)
S. 276[5], 808, 812, 1300

Dänemark
S. 645
- Bundesrepublik Deutschland
Dok. 108 und S. 24[5], 265, 868[1]
- EWG
S. 30, 119
- MLF
S. 1575
- NATO
S. 930
- Temporary Travel Documents
S. 360, 406
- UdSSR
S. 289, 476, 749
- UNO
S. 583
- Volksrepublik China
S. 546

Dahome
- Bundesrepublik Deutschland
Dok. 282
- DDR
S. 1150–1153, 1202 f.

DDR (Deutsche Demokratische Republik)
siehe außerdem:
Algerien
Bulgarien
Ceylon
Dahome
Deutsche Frage
Freundschaftsvertrag
Interzonenhandel
S. 146, 1385
- Abrüstung und Rüstungskontrolle
S. 202, 938–941
- Anerkennung
Dok. 202 und S. 59, 88–90, 159, 203, 214, 223, 296[4], 297, 303, 312[9], 326[16], 336, 355,

357, 365, 470, 473 f., 688, 691, 741, 781, 798 f., 850, 853, 856, 971, 999, 1020, 1126–1128, 1145, 1151, 1156 f., 1202, 1209, 1238, 1277 f., 1318, 1414, 1417, 1481 f., 1555 f., 1557[3]

- Arabische Staaten
S. 351[3], 1183 f., 1238, 1247, 1557[3]
- Berlin
S. 3[2], 4, 21 f., 40[3], 50[10], 91, 129–131, 171, 276, 362, 409, 606, 687, 1100 f., 1527
- Bevölkerung
S. 845–850, 899 f., 902 f., 991 f., 1022, 1382, 1529, 1532, 1569
- Blockfreie Staaten
Dok. 275 und S. 357, 688, 994, 1202 f.
- Bundesrepublik Deutschland
S. 76, 302, 528 f., 847 f., 1532
- Entwicklungshilfe
Dok. 231 und S. 689 f.
- Frankreich
S. 97, 214[48], 220, 222 f., 254, 261, 359, 1123, 1578–1580
- Freie Deutsche Jugend (FDJ)
S. 781
- Freikauf politischer Häftlinge durch die Bundesrepublik
Dok. 285, 300
- Ghana
S. 461, 498 f., 857, 966, 971, 1151, 1202
- Guinea
S. 498, 1151
- Indien
S. 311, 1126
- Jemen
S. 161, 163 f.
- Jugoslawien
S. 312[7], 327, 364, 368, 471–474, 731 f., 741, 994[9], 1001–1003
- Kambodscha
S. 624
- Kasernierte Volkspolizei
S. 1194
- Kredite westlicher Staaten
S. 1578 f.
- Kuba
S. 857
- Leipziger Messe
Dok. 322
- Malawi
S. 966
- Mali
S. 498
- NATO
S. 299
- Ostblock-Staaten
S. 1539 f., 1563 f., 1568 f.
- Polen
S. 76, 376 f., 1019
- Reisen von Rentnern in die Bundesrepublik
S. 1140 f.
- Rumänien
S. 1019
- Sansibar
S. 188, 189[7–10], 267, 327, 358, 498, 503 f., 854, 957, 958[9], 966
- Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED)
S. 362, 847, 1539
- Tanganjika
S. 188[3], 503, 504[6], 958
- Teilnahme an internationalen Abkommen
Dok. 221, 324 und S. 1563 f.
- Teststopp-Abkommen
S. 88, 90 f., 372, 1016, 1036 f.
- Tschechoslowakei
S. 1018, 1464 f.
- UdSSR
S. 53, 55 f., 93, 172, 200, 215, 223, 549, 639 f., 660 f., 663, 742, 898, 902, 1074, 1209, 1269, 1539
- Ungarn
S. 1019
- UNO
S. 88, 461 f., 564, 732 f., 740, 1002, 1126–1129, 1192, 1202, 1386
- USA
S. 1578
- VAR
S. 160–165, 459, 498, 998–1000, 1126, 1145, 1183, 1238, 1334[11], 1555 f.

- Verjährung nationalsozialistischer Gewaltverbrechen
S. 1132
- Visumspflicht
S. 172
- Volksrepublik China
S. 543 f., 588, 608, 1023, 1190
- Wiederaufbau der Saale-Brücke
S. 988, 1139 f.
- Zwangsumtausch
S. 1418
- Zypern
S. 1414–1417

Demokratische Republik Vietnam
- Frankreich
S. 211, 319
- Laos
S. 645
- USA
S. 515, 621, 1013[5]
- Volksrepublik China
S. 622 f.
- Zypern
S. 1366–1368

Demokratische Volksrepublik Korea
S. 1375

Der Spiegel (Hamburg)
S. 22[15], 131[19], 147[34], 197[29], 217[9], 306[5], 511[12], 568[18], 652[9], 1059[16], 1441 f.

Deutsche Demokratische Republik
siehe: DDR

Deutsche Forschungsgemeinschaft
S. 408

Deutsche Frage und Wiedervereinigung
siehe außerdem:
Berlin
DDR
Frankreich–Bundesrepublik
Großbritannien–Bundesrepublik
Italien–Bundesrepublik
Jugoslawien–Bundesrepublik
Polen–Bundesrepublik
Selbstbestimmungsrecht
UdSSR–Bundesrepublik
UNO
USA–Bundesrepublik
Dok. 4, 57, 201, 239, 241, 302, 387 und S. 159, 469, 534 f., 543, 545, 587 f., 634, 637, 802, 930, 952–954, 971, 992 f., 999, 1144, 1150, 1152, 1196 f., 1240, 1245, 1247, 1284, 1292, 1340, 1415, 1538
- Anerkennung des Status quo
S. 266, 268, 695, 1015 f., 1207, 1353
- Berliner Erklärung der drei Westmächte und der Bundesrepublik vom 29. 7. 1957
S. 523, 578
- Besatzungsstatut
S. 9
- „Burgfriedensplan" vom 6. Juni 1962
S. 386[16]
- Deutschland-Initiative vom 3. 1. /10. 4. 1964
Dok. 3, 10, 53, 101, 124, 126 und S. 39, 50–55, 74–77, 94 f., 213, 233, 276, 355–358, 365, 432 f., 447 f., 457, 464–467, 485[3], 486 f., 489, 491 f., 511, 517, 545, 566, 613 f., 646 f., 678–680, 728, 739, 1038
- „draft principles" vom April 1962
S. 35, 37, 41, 434, 442, 492, 532
- Eden-Plan vom 29. 1. 1954
S. 523
- Friedensvertrag mit beiden deutschen Staaten: Entwurf der UdSSR vom 10. 1. 1959
S. 88 f., 177 f., 326, 476, 486, 902
- Friedensvertrag mit Deutschland
Dok. 213 und S. 12, 175, 177, 614, 628, 686, 901, 954, 964, 1106 f., 1530
- gemischte Fachkommissionen
S. 984–986
- Genfer Direktive vom 23. 7. 1955
S. 662
- gesamtdeutsche Wahlen
S. 12, 38, 51 f., 335, 434, 440 f., 627, 660, 662 f., 905, 1170, 1253, 1434, 1539
- Grenzen
Dok. 274 und S. 86–89, 337, 339, 441 f., 476, 578, 686 f., 953, 964, 1028 f., 1106 f., 1108[7], 1530, 1533, 1568 f.
- Herter-Plan vom 14. 5. 1959
S. 10[2], 11[7], 37, 54[18], 94, 267, 357, 439, 492, 517, 523, 531, 905, 984
- humanitäre Kommissionen
S. 13, 52, 77, 94, 441 f., 1385

- Konföderation zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR
S. 50[10], 664, 902, 984, 1127, 1432[2], 1433
- Kontaktstelle für innerdeutsche Beziehungen
S. 985–988
- Kuratorium Unteilbares Deutschland: Vorschlag vom 30. 9. 1963
S. 10[1+2], 440[6]
- Militärmissionen
S. 58 f., 201
- Oder-Neiße-Linie
Dok. 328 und S. 14, 87, 356, 434, 486, 1074, 1568
- Ostgebiete des Deutschen Reiches unter fremder Verwaltung
S. 53 f., 544[11], 960, 1357 f.
- politische Amnestie
S. 13, 52, 441
- revidierter westlicher Friedensplan vom September 1961
S. 984
- separater Friedensvertrag mit der DDR
S. 522, 727, 742
- ständiger Rat der Vier Mächte
S. 12, 38, 51–53, 77, 94, 157, 356, 433, 440 f., 519, 523, 525, 531–533, 841, 842[32], 852, 1384 f., 1414, 1419, 1437, 1455, 1468 f., 1493 f., 1528 f., 1531 f.
- Vier-Mächte-Verantwortung
S. 11, 53, 74[10], 87, 97, 178[20], 355, 358, 443 f., 530, 532, 662, 681, 695, 898, 1384, 1437, 1468, 1493, 1523, 1526, 1529, 1563 f.
- Volksabstimmung
S. 11 f., 51 f., 77, 441 f., 605
- Vorschlag der drei Westmächte vom 27. 10. 1955 zur Wiedervereinigung und europäischen Sicherheit
S. 466, 523
- Vorschlag des Auswärtigen Amts vom 13. 8. 63 zur Lösung des Deutschland-Problems
S. 10[2], 37, 75, 269, 464, 984 f., 1037 f.
- „Wandel durch Annäherung"
S. 303, 985 f.
- Zwei-Staaten-Theorie
S. 40[3], 53[15], 87, 90, 177 f., 257, 312, 367, 369, 383 f., 422, 442, 498, 564, 627, 630, 660 f., 663, 684 f., 690, 732, 741, 858, 880, 950, 995, 1127, 1171, 1433 f., 1468, 1525, 1527, 1531 f.

Deutsche Zeitung mit Wirtschaftszeitung (Köln)
S. 359

Deutscher Bauernverband
S. 289

Deutsch-französischer Vertrag vom 22. Januar 1963
siehe: Frankreich–Bundesrepublik

Deutsch-Französisches Jugendwerk
siehe: Frankreich–Bundesrepublik

Die Welt (Hamburg)
S. 74, 78[24], 197[29], 306[7], 713[3], 760[18], 792, 871[5], 884, 1010[36], 1025[2], 1026[7], 1041[3], 1059[15], 1083[14], 1085[6], 1086–1088, 1122[35], 1140[17], 1141[18], 1141[3], 1286[4], 1329[26], 1406[4], 1516[8], 1556[5]

Die Zeit (Hamburg)
S. 986

EAG
siehe: EURATOM

Ecuador
S. 354, 1050

EFTA (European Free Trade Association)
siehe außerdem:
EWG
Großbritannien
OEEC
Österreich
Schweden
S. 45, 48, 79, 134, 833
- Bundesrepublik Deutschland
S. 230, 1257

EGKS (Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl/Montanunion)
siehe außerdem: Schweden
S. 80, 119, 145[23], 290, 913, 1337
- Bundesrepublik Deutschland
S. 331
- EGKS-Vertrag: Artikel 98
S. 1349
- Hohe Behörde
S. 286[33], 287, 290[50], 331

- Lateinamerika
S. 1121

Elfenbeinküste
S. 563

Entwicklungshilfe
siehe außerdem:
Algerien
Arabische Staaten
Ceylon
DDR
Frankreich–Bundesrepublik
Ghana
Großbritannien–Bundesrepublik
Indien
Italien–Bundesrepublik
Lateinamerika
USA–Bundesrepublik
Zypern
S. 8, 516, 538, 590–592, 656, 689f., 854f., 858–861, 966f., 996, 1152, 1460f.

EURATOM (Europäische Atomgemeinschaft)
siehe außerdem:
Frankreich
Römische Verträge

- *Bundesrepublik Deutschland*
S. 1179f., 1294–1296

- EURATOM-Kommission
S. 145[23], 1177–1181, 1186

- Sicherheitskontrolle
S. 1177–1181, 1294–1296

Europäische Freihandelsassoziation
siehe: EFTA

Europäische politische Union
siehe außerdem:
Belgien
Frankreich
Großbritannien
Italien
Luxemburg
Niederlande
Polen
Portugal
Spanien
Tschechoslowakei
S. 205, 481, 484, 1163, 1169, 1373

- beratendes kommunitäres Organ
S. 1092, 1094f., 1102f., 1189, 1250, 1347–1349, 1428f., 1431, 1451, 1472

- Bundesrepublik Deutschland
Dok. 22, 178, 193, 268, 368 und S. 25f., 29f., 45–48, 67–69, 79–82, 133–143, 148, 166–168, 207f., 214, 237, 255f., 281f., 284–286, 290, 324–326, 482, 487f., 635f., 713, 715, 717, 719–723, 735, 738f., 750–762, 769–776, 783, 789, 792, 812, 814–816, 818–835, 885, 890, 893, 923, 973f., 1007, 1027, 1090–1097, 1103, 1116, 1136, 1187, 1189, 1224–1226, 1233f., 1313–1315, 1326f., 1345–1350, 1359, 1390f., 1412f., 1438f., 1451–1453, 1470–1473, 1479

- Cattani-Kommission
S. 709f.

- Fouchet-Pläne
S. 27[10], 68, 79, 81, 134, 735, 759, 791, 806[3], 816, 819f., 822, 825–828, 831f., 835, 1006[17], 1347–1349, 1438, 1451, 1471f.

- Monnet-Plan
S. 819

- Politische Kommission
S. 814[11], 827f., 831f., 1006[17], 1426f., 1451

Europäische Verteidigungsgemeinschaft
siehe: EVG

Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
siehe: EWG

Europäischer Gerichtshof
S. 127[10], 289f., 913, 1179

Europäisches Parlament
siehe außerdem:
Belgien
Frankreich
Niederlande
S. 115f., 139, 143, 281, 284, 287, 404, 828f., 911f., 1116[2], 1347, 1426f., 1429

- Budgetrecht
S. 481–483, 1117

- Bundesrepublik Deutschland
S. 274f., 1094f., 1097f., 1117f.

- Direktwahl
Dok. 56 und S. 286, 1341, 1425

- Sitzverlegung nach Luxemburg
S. 913f., 1117[11], 1118[12]

Europäisches Währungsabkommen
S. 117

Europarat
siehe außerdem: Italien
S. 285, 326, 1368

- Arbeitssprachen
S. 1350 f., 1457
- Bundesrepublik Deutschland
S. 1350 f.

EVG (Europäische Verteidigungsgemeinschaft)
S. 69, 759, 1054, 1486[5]

EWG (Europäische Wirtschaftsgemeinschaft)
siehe außerdem:
Algerien
Belgien
Dänemark
Frankreich
GATT
Großbritannien
Israel
Italien
Kanada
Kenia
Luxemburg
Niederlande
Norwegen
Österreich
Polen
Republik China
Römische Verträge
Schweden
Schweiz
Spanien
Tanganjika
Türkei
USA
S. 79, 81 f., 256, 388, 829, 1103, 1337, 1459

- Abschöpfungssystem
S. 747[42]
- Arbeitsprogramm für 1964
S. 235
- Assoziierung afrikanischer Staaten
S. 778, 969 f., 1121, 1152
- Assoziierungsverhandlungen
S. 126 f., 403, 418–420, 632, 1120 f.
- Bundesrepublik Deutschland
Dok. 24, 90, 110, 205 und S. 66 f., 127, 141, 143–146, 230–232, 235, 286 f., 289, 298[4], 379, 570 f., 631–633, 636 f., 745, 747–749, 758 f., 769, 774, 810 f., 874–876, 1027, 1094, 1096–1098, 1112–1121, 1161 f., 1180, 1187 f., 1199 f., 1224–1226, 1233 f., 1249 f., 1256 f., 1266, 1289 f., 1310–1314, 1326 f., 1350, 1359–1362, 1390 f., 1394–1396, 1445, 1455, 1473, 1490
- EFTA
S. 66 f., 204, 281 f., 284 f., 324–326, 330[44], 402, 572, 635, 815, 1097, 1116[2], 1117, 1120
- Europäischer Entwicklungsfonds
S. 251, 778
- europäisches Patentrecht
Dok. 156 und S. 1181
- EWG-Kommission
S. 66–68, 125, 127, 138, 144[20], 379, 390, 479–485, 513 f., 558, 570 f., 826, 1094, 1113 f., 1118, 1120, 1161, 1200, 1225, 1256, 1289, 1311 f., 1348, 1360
- Finanzverordnung
S. 1470
- Freizügigkeit von Arbeitskräften in der EWG
S. 145 f.
- Fusion der Exekutiven
Dok. 216 und S. 118, 139, 142 f., 145, 284, 286, 404, 481–483, 821, 1097 f., 1116[2], 1118, 1425[9]
- Getreidepreise (Mansholt-Plan)
Dok. 272, 287, 347, 358 und S. 66, 118, 288 f., 378 f., 403, 481–483, 488, 571, 610–612, 624, 636 f., 747 f., 792, 810 f., 836[21], 838, 874–876, 893, 1097, 1117–1119, 1180, 1187, 1199 f., 1223–1226, 1233[7], 1234, 1249 f., 1255[4], 1256–1258, 1265 f., 1289 f., 1310, 1312, 1326–1328, 1350, 1372, 1390 f., 1413, 1437, 1445, 1455 f., 1470, 1490
- Handelspolitik
S. 481 f., 484
- Landwirtschaftspolitik
S. 140[4], 248, 260 f., 282, 403, 481, 513, 748 f., 808, 875 f., 1113, 1187[4], 1188, 1233 f., 1257 f., 1290, 1312, 1346, 1455 f., 1470, 1473
- Marktordnungen
S. 747 f., 868–870, 1258, 1266, 1290
- Mehrheitsentscheidungen
S. 46, 68, 1113 f., 1496
- Ostblock-Staaten
S. 220, 298[4], 1094, 1097, 1122, 1396

- Sozialpolitik
S. 118, 231, 235, 484
- Steuerharmonisierung
S. 118, 231, 481 f., 484, 1361, 1396, 1437[11], 1455, 1473
- Verkehrspolitik
S. 481, 484
- Währungsunion
S. 390 f., 479, 1096 f., 1116[2], 1117
- Zollkontingente für Drittländer
S. 127
- Zolltarif
S. 66, 127, 195, 403, 480–482, 484, 570, 745, 817, 1116 f., 1311, 1361, 1396, 1437[11]

FDP (Freie Demokratische Partei)
S. 55, 75, 276[5], 355 f., 985–987, 1182, 1289, 1390

Ferrostaal AG
siehe: Wirtschaftsunternehmen

Festlandsockel
Dok. 6, 52 und S. 417, 745 f.

Fiat
siehe: Wirtschaftsunternehmen

Financial Times (London)
S. 1567

Finnland
S. 749
- Bundesrepublik Deutschland
S. 165
- GATT
S. 1120[23]
- UNO
S. 347, 583

„flexible response"
siehe: NATO

Forces aériennes Françaises (Paris)
S. 1054

Fouchet-Pläne
siehe: Europäische politische Union

Frankfurter Allgemeine Zeitung
S. 27[9], 81[39], 148[2], 160[2], 187[10], 188[4], 192[3], 197[30], 216[6], 222[4], 270[3], 276[5], 277[11], 284[27], 304[26], 334[9], 341[34], 353[5], 359, 361[39], 364[55], 511[12], 538[2], 551[4], 606[6], 713[3], 745[37], 747, 793[14], 821, 871[5], 872[7], 896[3], 986[10], 1029[22], 1041[3], 1059[15+16], 1104[1], 1105[4], 1123[47], 1131[8], 1132[11], 1133[19], 1157[1], 1187[4], 1256[7], 1272[16], 1286[4], 1486[5], 1516[5]

Frankfurter Rundschau
S. 1215[2]

Frankreich
siehe außerdem:
Algerien
Bulgarien
DDR
Demokratische Republik Vietnam
Frankreich–Bundesrepublik
Dok. 218, 342 und S. 563, 568
- Abrüstung und Rüstungskontrolle
S. 184, 317 f., 362[46], 363, 365, 552–554, 866, 1204, 1207 f., 1210[27], 1295 f.
- Afrikanische Staaten
S. 252, 319
- EURATOM
Dok. 294
- europäische Atomstreitmacht
S. 775, 885, 893, 1264, 1339, 1343 f., 1398, 1450, 1536
- europäische politische Union
Dok. 7, 194 und S. 29 f., 46, 79–82, 135–138, 141–143, 206, 210, 215, 237, 256, 284 f., 290 f., 580, 714, 716, 719–723, 736 f., 741 f., 751–761, 768–775, 784 f., 788–793, 814 f., 818, 823–826, 828 f., 831–835, 885 f., 893, 917–919, 923, 1006, 1029, 1031, 1116, 1186 f., 1189, 1233–1235, 1250, 1260 f., 1290, 1327, 1336, 1339–1341, 1345–1350, 1397, 1409, 1412, 1425, 1427, 1438 f., 1445, 1449–1453, 1470–1473, 1477, 1490, 1536
- europäisches Parlament
S. 274, 1117, 1341
- europäisches Patentrecht
S. 632 f.
- EWG
Dok. 329 und S. 25[1+2], 26, 135, 193, 229–231, 322, 612, 716, 753 f., 757, 764, 769, 792, 874–877, 885, 912, 920, 923, 1116–1121, 1187 f., 1223–1226, 1233 f., 1257 f., 1265 f., 1312, 1340, 1346, 1470, 1473, 1490, 1496
- Force de frappe
S. 28, 47, 70 f., 110[6], 137, 154, 184, 195 f., 244[3], 246, 258, 283, 302, 317 f., 325, 374, 389, 429, 636 f., 655, 718, 762, 765, 775, 790 f., 834 f., 885, 887 f., 890[19], 893, 920–

923, 933, 1033, 1040, 1080, 1109, 1220, 1258–1261, 1271, 1295 f., 1321 f., 1325, 1330, 1344, 1362, 1370, 1398, 1410 f., 1435[2], 1453, 1474, 1477, 1487, 1492, 1507 f., 1536, 1542, 1545

- GATT
S. 195, 230, 260, 282, 322, 1119 f., 1188[10], 1223 f., 1312, 1359
- Griechenland
S. 493 f.
- Großbritannien
Dok. 389 und S. 68, 78, 135, 138, 193, 209, 401, 767, 792, 820, 832 f., 891, 924, 1033, 1040[3], 1053, 1077, 1085, 1088 f., 1264, 1314
- Indochina: Neutralisierung
S. 205, 211–213, 257–259, 319, 325, 537, 581, 620 f., 646, 682, 763, 793, 921, 974, 1032 f.
- Israel
S. 271, 733 f., 1298, 1377
- Italien
S. 136, 138, 142, 209 f., 1067, 1452[9]
- Jugoslawien
S. 731, 1466
- Kambodscha
S. 44, 921 f.
- Kuba
S. 192, 227, 229, 263, 288, 655
- Landwirtschaftspolitik
S. 612, 1340
- Laos
S. 581, 922
- Lateinamerika
S. 241 f., 259, 322 f., 389, 426 f., 581, 617, 779 f., 920
- Mexiko
S. 413[15+18], 426
- MLF
Dok. 343, 350, 374 und S. 110[6], 121, 123, 154, 194, 283, 301 f., 374, 375[4], 536, 554, 762, 819 f., 839, 885, 887, 891, 1033, 1053 f., 1080, 1109, 1149, 1161, 1180, 1181[19], 1185 f., 1189, 1199, 1219 f., 1223–1226, 1234 f., 1258–1260, 1263, 1265, 1300, 1314 f., 1323, 1326 f., 1331 f., 1362–1364, 1372 f., 1389 f., 1397 f., 1401 f., 1411 f., 1435 f., 1439, 1452[9], 1474–1477, 1479, 1486–1488, 1490, 1492, 1494–1496, 1503 f., 1507 f., 1521, 1535 f., 1543–1545, 1550, 1570, 1572, 1574 f.
- Nationalrat des Widerstandes (CNR)
S. 241[14]
- NATO
Dok. 117 und S. 47, 70 f., 134 f., 138, 142, 193 f., 208, 210, 247, 256, 281, 291, 316 f., 322, 325, 489, 536 f., 580, 717 f., 737, 744, 759, 764 f., 790 f., 795, 819–821, 824, 834 f., 837, 885–887, 899[10], 919, 932–937, 1006, 1080, 1085–1089, 1104 f., 1263–1265, 1323, 1336, 1363, 1371, 1406, 1435[2], 1475, 1496, 1536
- OAS (Organisation de l'Armée Secrète)
S. 31, 238, 241
- Ostblock-Staaten
Dok. 227 und S. 20, 64, 100, 227 f., 249 f., 361, 886, 1028, 1336, 1340, 1342, 1465 f.
- Ost-West-Gespräche
S. 317 f.
- Parteien
S. 100 f., 222 f., 1353
- Polen
S. 362 f., 955 f.
- Republik China
S. 43, 98, 194, 319, 365, 612 f., 1190
- Republik Korea
S. 223
- Republik Vietnam
S. 44 f., 318 f., 413 f., 763, 893, 922
- Rumänien
S. 729, 926, 955 f., 1020, 1466
- Schweiz
S. 218
- Spanien
S. 418, 618 f.
- strategische Konzeption
S. 71, 1167 f., 1314, 1475
- Temporary Travel Documents
S. 1058
- Teststopp-Abkommen
S. 225 f., 318, 810
- Tschechoslowakei
S. 956, 1354, 1370, 1464–1466
- Türkei
S. 236

- UdSSR
S. 20, 33, 57, 95, 99, 192, 196, 209, 220f., 227f., 249, 258, 262, 272f., 320f., 360f., 530, 545, 608–610, 761, 804–806, 843f., 888, 891, 955, 973, 1004, 1008, 1122, 1224f., 1268–1271, 1341f., 1351, 1488, 1526

- USA
Dok. 66 und S. 23, 28f., 34, 44, 96–98, 112–114, 136–138, 193, 195, 208f., 212, 262, 374, 390f., 413f., 466, 621, 623, 655, 680f., 716, 718f., 764, 767, 788–791, 794f., 812f., 819, 832, 835f., 885, 887, 890, 892, 915, 917f., 924, 925[35], 932–934, 943, 974[13], 1006, 1030f., 1032, 1085–1088, 1190f., 1210[27], 1219[10], 1220, 1225, 1258f., 1261, 1336f., 1339–1341, 1398, 1412, 1449f., 1477, 1487f., 1490–1492, 1496, 1541f., 1545

- VAR
S. 415, 420, 734, 1298

- Volksrepublik China
S. 42f., 85, 96–100, 113, 116[10], 136–138, 192, 198, 205, 210–212, 214f., 223–226, 228, 257f., 281, 286, 318–321, 325, 364f., 414, 530, 545f., 581, 612, 646, 655, 721, 793, 809, 820, 887, 919f., 933, 974[13], 1024, 1190, 1192

- Wahlen
S. 230

- WEU
S. 400f., 1311

- Wirtschaft
S. 387f., 478, 571, 745f., 811

- Zypern
S. 234, 259, 320, 793[16]

Frankreich–Bundesrepublik Deutschland
Dok. 8, 11, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 51, 75, 133, 141, 153, 154, 180, 181, 182, 183, 184, 185, 186, 187, 188, 200, 210, 225, 234, 244, 248, 249, 273, 296, 297, 301, 309, 311, 316, 318, 320, 321, 351, 355, 359, 364, 377, 402 und S. 14, 25–27, 46f., 68, 140, 154, 272–274, 315[2], 323, 392, 401, 469, 501f., 541, 626, 636, 680f., 787–793, 804–806, 808–811, 817–819, 832, 834f., 910, 916, 926f., 936, 946, 1054, 1057–1060, 1066f., 1103f., 1161, 1194, 1207, 1209, 1219[10], 1280, 1300, 1314f., 1326f., 1342–1344, 1403, 1406, 1412, 1449f., 1459f., 1490f.

- Air-Union-Projekt
S. 1123

- Berlin
S. 5f., 226, 256, 1022f., 1100f., 1276, 1418–1420

- Deutsch-französischer Vertrag vom 22. 1. 1963
S. 26, 42, 110–112, 133, 136f., 192, 216, 226[18], 254f., 262, 281, 322f., 325, 361, 377, 389, 713f., 720f., 723, 736, 739, 743, 750f., 753–758, 760–762, 769, 774, 784, 793, 807–810, 814, 816, 820f., 891, 918, 923–925, 947, 949, 973f., 1005, 1007, 1010, 1030–1033, 1050, 1109, 1189, 1191, 1234, 1290, 1311, 1336, 1346, 1362, 1370, 1428, 1447, 1474, 1579

- Deutsch-Französisches Jugendwerk
S. 250f., 254, 721, 780–782, 786, 1010

- Deutsche Frage und Wiedervereinigung
Dok. 113 und S. 90–97, 193, 213–215, 256, 318, 321, 355–360, 365, 436, 442–445, 448, 465f., 521, 525, 613f., 684f., 698f., 724, 727, 739–742, 761, 771f., 887f., 891, 973, 996, 1026f., 1033, 1229, 1371, 1384, 1468f., 1495, 1528[4], 1530, 1532, 1533[22], 1542

- Entwicklungshilfe: Kooperation
Dok. 97 und S. 242–244, 251–253, 260, 581, 618, 762, 778f., 886, 920, 1011, 1121

- „Fall Argoud"
Dok. 87 und S. 30–32, 216–220, 238–241, 610, 889

- Farbfernsehen
S. 253f., 787

- Informationsaustausch
S. 253f., 785–787

- Konsultationen
Dok. 17, 50, 207, 247, 344 und S. 710[7], 783, 787, 810, 823, 974, 1030f., 1149, 1249, 1579

- militärische Zusammenarbeit
Dok. 251, 260, 319, 373 und S. 245–248, 254, 742–744, 768, 796f., 809, 885f., 890[19], 892, 919, 944f., 1011f., 1030, 1187, 1229, 1261, 1371, 1373, 1391

- nukleare Zusammenarbeit
  Dok. 292 und S. 575, 768, 885, 887, 944f., 1050, 1411, 1487, 1492, 1511
- Oder-Neiße-Linie
  Dok. 222 und S. 442, 886, 891, 919, 949, 955f., 973, 1026–1028, 1033f.
- Städtepartnerschaften
  S. 1010f.
- Streitkräfte in der Bundesrepublik
  S. 70, 239, 956
- Währungsunion
  Dok. 85, 109
- wirtschaftliche Zusammenarbeit
  S. 248–250, 744–749, 777–780, 1123f., 1267, 1298f., 1491f.
- Zusammenarbeit in Bildung und Forschung
  S. 782f.

Freie Demokratische Partei
siehe: FDP

Freundschaftsvertrag vom 12. 6. 1964 zwischen der UdSSR und der DDR
Dok. 170 und S. 629[12], 639f., 644, 646, 651, 657, 659, 663, 672f., 713, 724f., 727, 731, 732[53], 739, 741f., 767, 842, 848, 898, 953f., 1018, 1127, 1172, 1275[3], 1532
- westliche Reaktion
  Dok. 166, 167, 175 und S. 725, 728f., 740, 891

Friedensvertrag mit Deutschland
siehe: Deutsche Frage

GATT (General Agreement on Tariffs and Trade)
siehe außerdem:
Australien
EWG
Finnland
Frankreich
Großbritannien
Italien
Kanada
Niederlande
Polen
Südafrika
USA
- *Bundesrepublik Deutschland*
  S. 66, 193, 195, 330, 1118f.
- Dillon-Runde
  S. 484[18]
- Kennedy-Runde
  Dok. 122 und S. 19[3], 48, 66f., 81f., 118, 127, 140, 193, 195, 205, 227, 229f., 232, 235, 248, 260f., 281f., 284f., 288, 301, 322, 330, 378, 402f., 480–484, 488, 515, 558[14], 570–572, 611, 636, 715, 745, 748f., 792, 811, 817, 821, 836[21], 838, 874–876, 1097, 1112f., 1117–1120, 1161f., 1188, 1223–1226, 1233[7], 1250, 1290, 1311f., 1327, 1359–1361, 1396, 1425, 1437, 1455, 1456[24], 1473
- Zolldisparitäten
  S. 513, 1120

Gebrüder Junghans AG
siehe: Wirtschaftsunternehmen

General-Anzeiger (Bonn)
S. 170[1], 270

Gesetze und Verordnungen
- Reichswahlgesetz vom 6. 3. 1924
  S. 12, 440
- Grundgesetz vom 23. 5. 1949
  S. 11, 219, 1057, 1237, 1276f., 1283, 1516
- Gesetz vom 22. 8. 1950 über die Notaufnahme von Deutschen in das Bundesgebiet
  S. 129
- Bundeswahlgesetz vom 7. 5. 1956
  S. 1276f.
- Gesetz vom 27. 7. 1957 gegen Wettbewerbsbeschränkungen (Kartellgesetz)
  S. 153
- Verordnung vom 18. 12. 1962 über die Ausfuhr von Großrohren (Röhrenembargo)
  siehe außerdem: UdSSR–Bundesrepublik
  S. 109
- Gesetz vom 16. 11. 1964 zur Änderung des Einkommensteuergesetzes, des Spar-Prämiengesetzes und anderer Gesetze (Steueränderungsgesetz 1964)
  S. 778[4]
- Gesetz vom 17. 3. 1965 zur Regelung der Verbindlichkeiten nationalsozialisti-

scher Einrichtungen und der Rechtsverhältnisse an deren Vermögen
S. 198[36]

- Zweites Gesetz vom 14. 9. 1965 zur Änderung des Bundesentschädigungsgesetzes
S. 1130f.

Gewaltverzicht in territorialen Streitfragen
S. 14, 579, 1047

- Vorschlag der UdSSR vom 31. 12. 1963
S. 73f., 86–89, 95, 176, 178f., 333, 339

Ghana
siehe außerdem: DDR
S. 84f., 858

- Bundesrepublik Deutschland
Dok. 116, 233 und S. 967, 995

- Entwicklungshilfe
S. 499f., 972[4]

- UdSSR
S. 498

Gomulka-Plan vom 29. Februar 1964
siehe außerdem: Abrüstung
Dok. 61, 204 und S. 285, 329, 362f., 490, 553, 1206, 1294–1296, 1562f.

Griechenland
siehe außerdem:
Bulgarien
Frankreich
OECD
S. 354, 568

- Bundesrepublik Deutschland
S. 169, 299, 494, 1368

- Großbritannien
S. 494

- Italien
S. 493

- MLF
S. 451, 1056

- NATO
S. 122, 975–977

- Niederlande
S. 493f.

- Türkei
S. 181, 932, 977

- Verteidigungshilfe
Dok. 114 und S. 102, 977

- Zypern: Enosis
S. 169, 234f., 495[9], 794, 818, 1254, 1301f., 1329, 1364f., 1368

Großbritannien
siehe außerdem:
Belgien
Frankreich
Griechenland
Großbritannien–Bundesrepublik
S. 563

- Abrüstung und Rüstungskontrolle
S. 58, 184, 1206, 1208f., 1293f., 1296, 1307, 1319, 1391f., 1401, 1552–1554, 1570, 1574

- Afrikanische Staaten
S. 980

- Arabische Staaten
S. 567, 1328

- Atomwaffen
S. 933, 1259, 1321f., 1407

- EFTA
S. 326, 1311

- europäische politische Union
S. 26, 27[10], 29, 34, 46, 69, 79–82, 119, 133, 135f., 138, 140–143, 206, 209, 214, 256, 280–282, 285, 290, 301, 325f., 487f., 710, 751–754, 757, 760, 771, 828f., 833f., 918, 922, 1007[19], 1029, 1050, 1092, 1095f., 1103f., 1141f., 1313–1315, 1345[7], 1430f., 1444f., 1451f.

- europäisches Patentrecht
S. 632, 674, 1123

- EWG
S. 29f., 45, 47–49, 68f., 81, 110[6], 111, 119, 127, 134f., 139, 142, 193, 206, 283, 324, 390, 402, 483, 571f., 631f., 767, 807, 815, 820, 829[22], 834, 889, 1033, 1088, 1096, 1313, 1315, 1345[7]

- GATT
S. 66f., 1311

- Indonesien
S. 82f.

- Israel
S. 1377

- Italien
S. 142, 1213[1]

- Konservative Partei
S. 34, 48, 134f., 205f., 281, 833, 1173[4], 1495, 1501, 1511
- Kuba
S. 227, 288, 654
- Labour Party
S. 34, 48, 134f., 155, 156[21], 206f., 281, 560, 673[17], 750, 829, 833f., 891f., 1099, 1132, 1206, 1331, 1392, 1444, 1454, 1495, 1548
- Malaysia
S. 82f., 209, 213, 682
- MLF
Dok. 146, 305 und S. 48, 71f., 124[15], 142, 154–156, 214, 374, 375[4], 429, 450–453, 489, 560, 674, 691–693, 838–840, 982[6], 1052f., 1056, 1079, 1098f., 1110, 1147f., 1156, 1218f., 1221, 1249, 1285–1287, 1301, 1305, 1309, 1326[8], 1329–1333, 1352, 1363, 1372, 1385f., 1388f., 1392[5], 1393, 1394[8], 1399–1402, 1405, 1407, 1409, 1411f., 1436, 1443–1445, 1453f., 1486, 1495f., 1499–1508, 1510–1514, 1520f., 1535, 1541, 1543–1555, 1567, 1570, 1574–1576
- NATO
S. 560, 813f., 933, 1086, 1401, 1406, 1445
- Ostblock-Staaten
S. 7f., 32, 64f., 227, 361, 1319f.
- Polen
S. 1563
- strategische Konzeption
S. 1167f.
- Temporary Travel Documents
S. 406
- Türkei
S. 1303
- UdSSR
S. 8, 20, 56f., 64f., 73, 78, 97, 209, 273, 609f., 671, 673[17], 805, 840–842, 844, 1052f., 1122, 1211, 1269, 1316f., 1352, 1443, 1493, 1498, 1506[21], 1510, 1526, 1530
- Unterhaus
S. 64, 1401, 1409, 1443f., 1495, 1510
- USA
S. 209, 262, 435, 655, 1218f., 1256, 1259, 1286, 1326, 1403, 1405, 1408, 1436, 1488, 1499–1501, 1567, 1574–1576
- VAR
S. 415, 420
- Volksrepublik China
S. 42, 85, 99, 546
- Währungskrise
S. 1399, 1404f., 1407, 1436, 1488
- Wahlen
S. 47f., 81f., 134f., 138, 141, 155, 193, 206f., 256, 280–282, 301, 326, 428, 443, 451, 511, 529, 548, 560, 580, 674, 710, 714, 736, 815, 821f., 829, 833, 837–839, 891, 1056, 1091, 1095, 1173[4], 1220, 1324, 1329, 1405
- WEU
Dok. 89 und S. 26, 142, 838, 1095, 1117, 1311–1315, 1451
- Zahlungsbilanz
S. 9, 496
- Zypern
S. 83, 169f., 209, 347, 1302, 1365

Großbritannien–Bundesrepublik Deutschland
Dok. 2, 12, 13, 14, 15, 137, 165, 199, 334, 335, 336, 362, 372, 381, 382, 383 und S. 168–170, 205, 265, 344, 392, 399–401, 593f., 604, 844, 1053, 1057–1060, 1123, 1165, 1173–1175, 1194, 1221, 1257, 1296, 1330, 1363, 1399–1402, 1409, 1412
- Berlin
S. 5f., 380, 685, 1100f., 1276, 1418–1420, 1513
- Deutsche Frage und Wiedervereinigung
Dok. 99 und S. 50–55, 74–78, 442–445, 464–466, 491f., 519f., 524f., 530, 532, 673, 996, 1038, 1309f., 1493f., 1528[4], 1530–1532
- Devisenausgleich
Dok. 115, 145, 190, 208 und S. 7[1], 8f., 61f., 810, 840, 1318f., 1446, 1509, 1566
- Entwicklungshilfe: Koordinierung
S. 72, 1319
- Jugendaustausch
S. 1316, 1497
- Kulturbeziehungen
S. 62, 85
- Truppenstationierung
S. 247, 758f.
- Wiedergutmachung
S. 573

Guinea
siehe außerdem: DDR
S. 732
- Ausrüstungshilfe
S. 103, 979 f., 1175 f., 1377
- Bundesrepublik Deutschland
Dok. 293
- UdSSR
S. 1176

Haaretz (Tel Aviv)
S. 271

Hallstein-Doktrin
Dok. 171 und S. 94, 214[48], 225, 287 f., 327 f., 338–340, 351, 384, 459, 465, 732[52], 799, 853, 1482

Heiliger Stuhl
S. 462–464, 1058
- Bundesrepublik Deutschland
Dok. 229, 346
- Diözesangrenzen
S. 1357 f.
- Polen
S. 463, 960
- Temporary Travel Documents
S. 1058
- UdSSR
S. 463

Hermes-Bürgschaften
S. 926, 946[5], 962[3], 1195 f., 1297, 1335, 1416 f.

Herter-Plan vom 14. Mai 1959
siehe: Deutsche Frage

Hochtief AG
siehe: Wirtschaftsunternehmen

Hongkong
S. 252

Indien
siehe außerdem: DDR
S. 858, 1144, 1204, 1208, 1511, 1540
- Abrüstung und Rüstungskontrolle
S. 982[2], 1048–1050, 1051[20], 1052[10]
- Afrikanische Staaten
S. 980
- Atomwaffen
S. 1449
- Bundesrepublik Deutschland
Dok. 65 und S. 1048[15]
- Entwicklungshilfe
S. 313, 567, 799
- MLF
S. 982[2]
- UdSSR
S. 1353
- Volksrepublik China
S. 647, 980

Indonesien
siehe außerdem: Großbritannien
S. 213, 224, 542, 859, 949, 1026, 1028
- Bundesrepublik Deutschland
S. 83, 995
- Malaysia
S. 82 f., 980
- Niederlande
S. 537[18], 931
- USA
S. 83

Interamerikanische Bank
S. 426 f.

International Council of Scientific Unions
S. 406

Internationale Atomenergie-Organisation
siehe: Abrüstung

Internationaler Währungsfonds
S. 117, 390, 479, 557–561, 571, 1356

Internationales Olympisches Komitee
S. 781 f.

Interzonenhandel
Dok. 96 und S. 21, 91, 197, 308, 327, 409, 548, 851, 1579
- Arbeitsgemeinschaft Interzonenhandel
S. 1273[3+4]
- Düngemittel-Lieferungen der Bundesrepublik Deutschland an die DDR
S. 988
- Interministerieller Ausschuß
Dok. 278

- Kredite der Bundesrepublik Deutschland an die DDR
S. 13, 52, 425, 1140
- Leopold-Behrendt-Gespräche
S. 424
- Swing
S. 1139 f.
- Treuhandstelle
S. 5[8], 92, 129, 309 f., 410, 986 f., 989[22], 1138

Irak
siehe außerdem:
Arabische Staaten
S. 1050

Iran
siehe außerdem:
Arabische Staaten
S. 127, 645, 1050

Irland
- Abrüstung und Rüstungskontrolle
S. 186[4], 1045–1047
- UNO
S. 347, 583

Island
S. 1058

Israel
siehe außerdem:
Frankreich
Großbritannien
Israel–Bundesrepublik
- Ableitung des Jordanwassers
S. 395, 422, 567
- Afrikanische Staaten
S. 980
- Arabische Staaten
S. 422, 567, 650, 774, 1242, 1377 f., 1481, 1556
- EWG
S. 126 f., 396, 734
- Italien
S. 653, 656
- Jordanien
S. 670
- Jugoslawien
S. 1334
- Knesseth
S. 1133, 1236, 1240
- Syrien
S. 1328
- UdSSR
S. 1334
- UNO
S. 1378
- USA
S. 416, 567, 734, 1238, 1377, 1534
- VAR
S. 165, 459, 670, 1377 f.

Israel–Bundesrepublik Deutschland
Dok. 25, 83, 88, 230, 276, 312 und S. 162, 164, 423, 999, 1297 f.
- Aktion „Geschäftsfreund"
Dok. 76 und S. 396 f., 734 f., 962, 1246
- Ausbildungshilfe
S. 270[5], 1166, 1228, 1246
- Boykott deutscher Firmen
S. 962 f.
- diplomatische Beziehungen
Dok. 73 und S. 160[4], 398 f., 415 f., 459, 907 f., 1183 f., 1216, 1229, 1244, 1246 f., 1282, 1328, 1334, 1376, 1480 f., 1515, 1516[5], 1555, 1556[5], 1557[3], 1558
- Handelsvertretungen
S. 1228, 1246 f., 1282 f., 1334, 1480, 1556
- Oder-Neiße-Linie
S. 963
- Rüstungsfachleute aus der Bundesrepublik in der VAR
Dok. 214, 313 und S. 396–398, 422, 460, 964 f., 1133 f., 1183, 1216, 1228, 1236 f., 1243, 1246[11], 1328
- Sonderprojekt „Frank./Kol."
Dok. 289, 396
- Verjährung nationalsozialistischer Gewaltverbrechen
S. 1131–1133
- Waffenlieferungen
Dok. 54, 138, 151, 179, 306, 308, 314, 388, 395 und S. 103, 190, 396, 398, 567 f., 653, 656, 659, 670, 694[2], 962, 1236 f., 1244–1246, 1282 f., 1328, 1333, 1356[2], 1480 f.
- Wiedergutmachung
S. 198, 649, 653, 1130 f.

- Wirtschaftshilfe
Dok. 295 und S. 1356[2]
- Wissenschaftler aus der Bundesrepublik in Israel
S. 1237, 1378

Italien
siehe außerdem:
Frankreich
Großbritannien
Israel
Italien–Bundesrepublik
S. 591, 750, 1208
- Abrüstung und Rüstungskontrolle
S. 60 f.
- Europarat
S. 1350 f.
- europäische politische Union
S. 33 f., 80, 82, 120, 135 f., 138–143, 206 f., 237[4], 281, 325, 736, 756, 809, 814, 824, 826 f., 832, 1006 f., 1067, 1424–1432, 1438, 1451–1453
- EWG
S. 139, 144–146, 235, 418 f., 559, 869 f., 1114, 1361, 1455 f.
- GATT
S. 195, 261
- Jugoslawien
S. 158
- MLF
Dok. 283 und S. 120–124, 142, 154 f., 195 f., 214, 283, 429, 451, 489, 560, 1054, 1056, 1079, 1089[4], 1090, 1098, 1110 f., 1156, 1163[4], 1214[8], 1222, 1291 f., 1393, 1401, 1444, 1453–1455, 1478, 1488, 1536, 1550, 1574–1576
- NATO
S. 140, 142, 813 f., 1067, 1086, 1452
- Österreich
S. 1120[26], 1456
- Parteien
S. 121, 134, 141, 143, 149–152, 195, 207, 283, 325, 1353, 1453
- Spanien
S. 147, 418 f., 620
- Temporary Travel Documents
S. 406, 1058
- UdSSR
S. 805, 844
- UNO
S. 345, 564
- USA
S. 139, 141 f., 154, 558–560
- VAR
S. 421
- Währungsprobleme
S. 558–560, 571

Italien–Bundesrepublik Deutschland
Dok. 27, 28, 29, 223, 257, 265, 271, 375 und S. 25, 121–124, 195 f., 206 f., 1213 f., 1291 f., 1393
- Deutsche Frage und Wiedervereinigung
S. 140, 1455
- Entwicklungshilfe: Kooperation
S. 144 f.
- italienische Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland
S. 145 f., 148, 151 f.
- Kulturbeziehungen
S. 143 f.
- Wirtschaftsbeziehungen
S. 144 f., 147 f., 152

Izvestija (Moskau)
S. 214[47], 329[37], 1009[29]

Japan
S. 99
- Atomwaffen
S. 1204, 1449
- Bundesrepublik Deutschland
Dok. 203 und S. 589[15], 590
- Republik Korea
S. 1458 f., 1461
- UdSSR
S. 564, 805
- UNO
S. 564

Jemen
siehe außerdem:
Arabische Staaten
DDR
- Bundesrepublik Deutschland
S. 162
- VAR
S. 162, 1238, 1481

Jerusalem Post
S. 271, 670

Jordanien
siehe außerdem:
Arabische Staaten
Israel
S. 103, 670, 1482

Jugoslawien
siehe außerdem:
DDR
Frankreich
Israel
Italien
Jugoslawien–Bundesrepublik
- UdSSR
S. 471, 731 f., 900
- UNO
S. 1002
- USA
S. 470

Jugoslawien–Bundesrepublik Deutschland
Dok. 107 und S. 448, 731 f., 740 f., 1021
- Deutsche Frage und Wiedervereinigung
Dok. 77, 243 und S. 470, 472–474, 995 f.
- diplomatische Beziehungen
S. 327, 363, 368, 470[4], 472, 853, 860
- Kroatische Emigrantenorganisationen
S. 364, 368–370, 474
- Kulturbeziehungen
S. 472, 474
- Wiedergutmachung
S. 363[52], 367–369, 470[4], 472 f., 1002, 1467
- Wirtschaftsbeziehungen
S. 363 f., 368 f., 472–474, 689, 995, 1467
- „Wohlverhaltensklausel"
S. 1001

Kambodscha
siehe außerdem:
DDR
Frankreich
S. 211 f., 257, 319, 622, 624, 858

Kamerun
S. 778 f.

Kanada
S. 66, 119, 798, 1208, 1537
- Bundesrepublik Deutschland
Dok. 157 und S. 724 f.
- EWG
S. 636
- GATT
S. 513
- MLF
S. 637
- NATO
S. 534 f., 930
- Schweden
S. 635
- Türkei
S. 635
- UdSSR
S. 635
- UNO
S. 347, 583, 642
- Volksrepublik China
S. 724

Kenia
siehe außerdem:
Äthiopien
S. 84 f., 1387
- EWG
S. 403, 1121
- Somalia
S. 84

Kennedy-Runde
siehe: GATT

Klöckner-Humboldt-Deutz AG
siehe: Wirtschaftsunternehmen

Kölner Rundschau am Sonntag
S. 1033[12]

Kolumbien
S. 446

Kommunistische Partei Deutschlands
siehe: KPD

Konferenzen und Verhandlungen
- Konferenz der Staats- und Regierungschefs Großbritanniens, der USA und der UdSSR vom 4. bis 11. 2. 1945 in Jalta
S. 210, 917
- Konferenz der Staats- und Regierungschefs Großbritanniens, der USA und der

UdSSR vom 17. 7. bis 2. 8. 1945 in Potsdam
S. 1251[4]

- Indochina-Konferenz vom 26. 4. bis 21. 7. 1954 in Genf
S. 212, 922
- Neun-Mächte Konferenz vom 28. 9. bis 3. 10. 1954 in London
S. 69[33], 137[27], 179[24], 935
- Konferenz der afroasiatischen Staaten vom 18. bis 24. 4. 1955 in Bandung
S. 313
- Konferenz der Staats- und Regierungschefs der Vier Mächte vom 18. bis 23. 7. 1955 in Genf
S. 1170f.
- Zypernkonferenz vom 17. bis 19. 2. 1959 in London
S. 234[9]
- Außenministerkonferenz der Vier Mächte vom 13. 5. bis 20. 6. und vom 13. 7. bis 5. 8. 1959 in Genf
S. 53, 355
- Tagung der Regierungschefs der EWG-Staaten am 10./11. 2. 1961 in Paris
S. 206[17]
- Laos-Konferenz vom 14. 5. 1961 bis 23. 7. 1962 in Genf
S. 211[37]
- Tagung der Regierungschefs der EWG-Staaten am 18. 7. 1961 in Bonn
S. 206[17]
- Tagung des Interamerikanischen Wirtschafts- und Sozialrats vom 5. bis 17. 8. 1961 in Punta del Este
S. 242
- Gründungskonferenz der Blockfreien Staaten vom 1. bis 6. 9. 1961 in Belgrad
S. 312f., 471f., 474, 1002, 1415[8]
- Tagung des NATO-Ministerrats vom 13. bis 15. 12. 1962 in Paris
S. 75
- Tagung des EWG-Ministerrats am 28./29. 1. 1963 in Brüssel
S. 48[1]
- Ministerkonferenz der GATT-Vertragspartner vom 16. bis 21. 5. 1963 in Genf
S. 49
- Tagung des NATO-Ministerrats vom 22. bis 24. 5. 1963 in Ottawa
S. 937
- Tagung des WEU-Ministerrats am 25./26. 10. 1963 in Den Haag
S. 400
- Tagung des NATO-Ministerrats am 16./17. 12. 1963 in Paris
S. 51
- Konferenz der Staats- und Regierungschefs der arabischen Staaten vom 13. bis 16. 1. 1964 in Kairo
S. 421f.
- Konferenz vom 15. 1. bis 8. 2. 1964 in London zur Lösung des Zypern-Konflikts
S. 115, 169[5]
- Tagung der Signatarstaaten des GATT vom 24. 2. bis 20. 3. 1964 in Genf
S. 67
- Bilderberg-Konferenz vom 20. bis 22. 3. 1964 in Williamsburg
S. 263
- Botschafterkonferenz der blockfreien Staaten vom 23. bis 28. 3. 1964 in Colombo
S. 312, 357, 994[7]
- UNO-Konferenz für Handel und Entwicklung vom 23. 3. bis 16. 6. 1964 in Genf (Welthandelskonferenz)
Dok. 144 und S. 146, 365, 378, 446, 499f., 572, 648f., 715, 722, 778f.
- Konferenz am 10. 4. 1964 in Djakarta zur Vorbereitung einer afroasiatischen Konferenz
S. 421[17]
- Ministerratstagung der SEATO vom 13. bis 15. 4. 1964 in Manila
S. 491[4]
- Tagung des WEU-Ministerrats am 16./17. 4. 1964 in Brüssel
S. 399, 401, 423, 430, 436
- Tagung der assoziierten afrikanischen Staaten vom 20. bis 27. 4. 1964 in Paris
S. 252
- Tagung des Ministerrats der CENTO am 28./29. 4. 1964 in Washington
S. 432

- Tagung der Internationalen Kaffeeorganisation im April 1964 in London
S. 446 f.
- Ministertagung des Ausschusses für Handelsverhandlungen im Rahmen des GATT (Kennedy-Runde) vom 4. bis 6. 5. 1964 in Genf
S. 411
- Tagung des NATO-Ministerrats vom 12. bis 14. 5. 1964 in Den Haag
Dok. 127 und S. 269, 525, 551, 624, 737, 739, 930, 935, 1435
- Konferenz der Regierungschefs der Commonwealth-Staaten vom 8. bis 15. 7. 1964 in London
S. 996
- Tagung des WEU-Ministerrats am 16./17. 7. 1964
S. 1134 f.
- Konferenz der Staats- und Regierungschefs der Organisation der Afrikanischen Einheit vom 17. bis 21. 7. 1964 in Kairo
S. 457, 725, 729, 732, 740, 993, 1144[6], 1201
- Tagung der Interparlamentarischen Union vom 20. bis 28. 8. 1964 in Kopenhagen
S. 997, 1196[6]
- Europäische Rektorenkonferenz vom 2. bis 8. 9. 1964 in Göttingen
S. 1010
- Konferenz der Staats- und Regierungschefs der arabischen Staaten vom 5. bis 11. 9. 1964 in Alexandria
S. 421, 457, 993
- Pugwash-Konferenz für Wissenschaft und Weltangelegenheiten vom 13. bis 19. 9. 1964 in Karlsbad
S. 1206
- Konferenz der blockfreien Staaten vom 5. bis 10. Oktober 1964 in Kairo
S. 355, 357, 368, 382, 415, 421 f., 446, 457 f., 499, 649, 653, 688, 725, 800 f., 994, 997, 1000–1002, 1049 f., 1126 f., 1129, 1142, 1144 f., 1150, 1153[11], 1196[6], 1201, 1203, 1245, 1284, 1415[8]
- Tagung des EWG-Ministerrats am 14./15. 12. 1964 in Brüssel
S. 1396[18]
- Tagung des NATO-Ministerrats vom 15. bis 17. 12. 1964 in Paris
S. 1364, 1497
- Konferenz der Regierungschefs der Arabischen Liga vom 9. bis 12. 1. 1965 in Kairo
S. 1482
- Konferenz der Staats- und Regierungschefs der Organisation der Afrikanischen Einheit vom 21. bis 26. 10. 1965 in Accra
S. 1379

Kongo
siehe außerdem: Belgien
- Bundesrepublik Deutschland
S. 562, 968–970
- Kongo-Krise
S. 345
- UNO
S. 583
- USA
S. 968–970
- Volksrepublik China
S. 968

Korea
siehe:
Demokratische Volksrepublik Korea
Republik Korea

KPD (Kommunistische Partei Deutschlands)
S. 150, 664 f.

Kuba
siehe außerdem:
DDR
Frankreich
Großbritannien
S. 32, 224, 690
- Bundesrepublik Deutschland
S. 19, 193, 229, 263, 288, 327, 516, 653, 853, 860
- Kuba-Krise von 1962
S. 90[2], 318, 322, 468, 537, 601, 718, 924, 931, 1382, 1475
- Niederlande
S. 288
- Spanien
S. 19

- UdSSR
S. 243, 549
- USA
S. 19[4], 21, 204, 208, 227, 522, 529, 549, 645

Kuratorium Unteilbares Deutschland
siehe: Deutsche Frage

Kuwait
siehe außerdem:
Arabische Staaten
S. 1356

Laos
siehe außerdem:
Demokratische Republik Vietnam
Frankreich
S. 211 f., 257, 319, 549, 622, 683, 932
- USA
S. 581, 621, 623
- Volksrepublik China
S. 414, 646

Lateinamerika
siehe außerdem:
EGKS
Frankreich
USA
WEU
S. 252 f., 413
- Bundesrepublik Deutschland
Dok. 102 und S. 241 f., 259
- Entwicklungshilfe
S. 322 f., 617
- kernwaffenfreie Zone
S. 1402

Le Monde (Paris)
S. 318[14], 443, 885, 1008[7+8], 1025[2], 1029[22], 1034, 1327[14], 1435[2], 1487[13]

Libanon
S. 931, 1164[4], 1378

Liberia
S. 971

Luxemburg
- Bundesrepublik Deutschland
S. 286[33]
- europäische politische Union
S. 736, 814, 824, 832, 1438
- EWG
S. 286 f., 912–914

Madagaskar
S. 103, 1050

Malawi
siehe außerdem: DDR
S. 854[25], 967

Malaysia
siehe außerdem:
Großbritannien
Indonesien
S. 224, 258, 319, 516, 563, 932, 1013

Mali
siehe außerdem: DDR
S. 732, 1202
- Ausrüstungshilfe
S. 105[19], 106, 191

Marokko
siehe außerdem:
Arabische Staaten
S. 563, 1050
- Bundesrepublik Deutschland
Dok. 378
- Spanien
S. 619
- VAR
S. 1481

„massive retaliation"
siehe: NATO

Mexiko
siehe außerdem:
Frankreich
S. 194, 322, 1048 f., 1208

Militärhilfe
siehe:
Ausrüstungshilfe
Verteidigungshilfe

MLF (Multilateral Force)
siehe außerdem:
Atomwaffen
Belgien
Blockfreie Staaten
Dänemark
Frankreich
Griechenland
Großbritannien
Indien
Italien
Kanada
Niederlande

Norwegen
UdSSR
USA
Dok. 238 und S. 28, 184–186, 297, 636, 721, 808, 812, 933, 1209, 1354, 1562

- „Atlantic Nuclear Force" (ANF)
Dok. 393 und S. 1306, 1332, 1495, 1499–1508, 1511–1514, 1535f., 1570, 1572, 1576f.
- Bundesrepublik Deutschland
Dok. 79, 104, 254, 261, 262, 263, 327, 354, 357, 384 und S. 47f., 71f., 111, 121–124, 137, 154–156, 174, 176–178, 187, 195f., 246, 256, 284, 301f., 323, 329, 411, 428f., 467, 489, 554, 576[3], 594, 602, 637, 652f., 693, 695f., 762, 768, 830, 834, 837, 839, 841, 888, 890, 937f., 982[6], 1033, 1046f., 1050, 1089[4], 1090, 1098–1100, 1104, 1109–1111, 1147–1149, 1154, 1163, 1174[9], 1180, 1185f., 1189, 1199, 1211, 1213f., 1219–1222, 1234[13], 1235, 1249, 1256f., 1259f., 1263–1265, 1291f., 1300, 1304–1309, 1315, 1322, 1324–1327, 1329–1333, 1362, 1390, 1392[5], 1400–1403, 1408f., 1411–1414, 1435f., 1443f., 1449f., 1454f., 1474–1479, 1485–1492, 1494, 1500, 1502–1508, 1510–1513, 1519–1526, 1536, 1541–1543, 1545–1555, 1574–1576
- Demonstrationsschiff
S. 142, 300, 450
- Einsatzregelung
S. 71, 283, 982f., 1047, 1055, 1079, 1089[4], 1090, 1111, 1154f., 1185f., 1258f., 1306f., 1330–1332, 1388[4], 1412, 1450, 1476, 1489, 1495, 1499f., 1504, 1547, 1550f., 1555
- Europäisierungsklausel
Dok. 23, 288, 330 und S. 451, 1110f., 1149, 1156[7], 1185f., 1189, 1306, 1323f., 1331f., 1343, 1389, 1393, 1450, 1552
- Finanzierung
S. 451–453, 1046, 1089[4], 1502, 1548
- gemischte Besatzungen
S. 1306, 1363, 1372, 1388[4], 1393, 1400, 1443, 1454, 1488, 1500, 1503, 1505, 1507f., 1512, 1541, 1544–1546, 1550, 1555, 1577
- MLF-Arbeitsgruppe
Dok. 284 und S. 48[12], 72, 121, 123f., 429, 449–456, 691–693, 838[10], 1051, 1053[15], 1082, 1148f., 1400f., 1545–1553
- MLF-Charta
S. 1148f., 1155f., 1163
- Nassau-Abkommen
S. 453, 767, 918, 922, 1309[18], 1388[4], 1406, 1513
- NATO-Anbindung
S. 1078, 1081, 1214, 1286f., 1372, 1393, 1401, 1454, 1486f., 1504f., 1549
- politische Kontrolle
S. 123f., 450f., 454, 982, 1323, 1547–1552, 1577
- Revisionsklausel
S. 1292, 1552
- Struktur
Dok. 172 und S. 452f., 838[10], 839, 1053, 1214, 1219, 1305–1308, 1363, 1393, 1399f., 1414, 1436, 1454f., 1486, 1488, 1495, 1500f., 1503, 1505–1508, 1512, 1544–1547, 1555, 1577

Mongolische Volksrepublik
S. 1128

Montanunion
siehe: EGKS

Montecatini Società Generale
siehe: Wirtschaftunternehmen

Mosambik
siehe außerdem: Portugal
S. 979

Münchener Abkommen vom 29. September 1938
S. 1029, 1124[2]
- Rechtswirksamkeit
Dok. 147 und S. 579, 730, 1019f., 1062–1065, 1354f., 1383, 1463–1465

Multilaterale Atomstreitmacht der NATO
siehe: MLF

Nationalchina
siehe: Republik China

National-Zeitung und Soldaten-Zeitung (München)
S. 1183[7], 1281, 1288

NATO (North Atlantic Treaty Organisation)
siehe außerdem:
Belgien
Berlin

Frankreich
Griechenland
Großbritannien
Italien
Kanada
MLF
Nichtangriffsabkommen
Niederlande
Norwegen
Portugal
Tschechoslowakei
Türkei
UdSSR
USA
S. 28, 74, 87 f., 118 f., 224, 295, 326[16], 329 f., 345, 812, 826, 1093, 1103, 1369 f., 1458 f.

- Abrüstung und Rüstungskontrolle
S. 58, 199 f., 297, 507–509
- Athener „nuclear guidelines"
S. 124[15], 536, 936, 1321
- Atlantischer Nuklearrat
S. 1321–1323, 1330
- Bericht der „Drei Weisen" vom 4. 12. 1956 über nicht-militärische Zusammenarbeit
S. 534, 929
- Bundesrepublik Deutschland
Dok. 149, 220, 269, 348 und S. 177 f., 204, 297, 323, 336–338, 340, 346, 535, 633 f., 637 f., 717, 744, 762, 764 f., 770, 775 f., 790, 813, 824, 888, 890, 899, 969, 976, 1055 f., 1086, 1167–1169, 1321 f., 1522
- Dreier-Direktorium
S. 291, 316 f., 934, 1079[6], 1080[6], 1085–1087
- Exekutivausschuß
S. 813
- „flexible response"
S. 70[34], 1105, 1168, 1262, 1263[6], 1478
- „massive retaliation"
S. 70[34], 932, 1168
- NATO-Vertrag vom 4. 4. 1949
S. 9, 717 f., 770, 928 f., 934 f., 1111, 1154, 1324
- Ostblock-Staaten: Kreditpolitik
S. 7[3], 262 f., 273[7], 635, 930
- politische Konsultationen
S. 932
- SACEUR
S. 71, 452[14], 600, 937, 983, 1055, 1078, 1081, 1214, 1286, 1325[5], 1362, 1400–1402, 1454, 1487, 1501, 1504–1506, 1513[2], 1514, 1546, 1549 f.
- Standing Group
S. 245, 937
- strategische Konzeption (MC 100/1)
Dok. 290 und S. 70 f., 934, 937, 1078–1080, 1083, 1104, 1186, 1325, 1330 f., 1401, 1475 f., 1575
- Streitkräfteplanung („Stikker exercise")
S. 452
- Vorwärtsverteidigung
S. 70, 502, 538, 929 f., 937

Neue Rheinische Zeitung (Köln)
S. 1089

Neue Zürcher Zeitung
S. 732[48], 1064[11], 1084, 1213[1], 1254[16], 1484

Neues Deutschland (Ost-Berlin)
S. 161[5], 214[48], 311[5], 850[11], 971[1], 991[7], 1151[6], 1352[34+35+37]

Neuseeland
S. 66, 513, 655

Nichtangriffsabkommen zwischen NATO und Warschauer Pakt
siehe außerdem: Abrüstung
S. 60, 61[38], 469, 1073, 1171, 1206, 1530

Niederlande
siehe außerdem:
Indonesien
Kuba
S. 570, 591

- Abrüstung und Rüstungskontrolle
S. 285, 866
- Bundesrepublik Deutschland
Dok. 59, 266, 279 und S. 24[5], 264 f., 300 f., 496, 631, 1103 f., 1112 f.
- europäische politische Union
S. 80–82, 207, 281 f., 284 f., 290, 300 f., 710, 736, 753, 756, 809, 814, 822–824, 826–829, 831 f., 1006 f., 1093–1097, 1104, 1141 f., 1234, 1438
- europäisches Parlament
S. 1097 f.
- EWG
S. 145[23], 281 f., 286–289, 301, 418, 631 f., 911 f., 1094, 1096–1098, 1118, 1120

- GATT
S. 301
- MLF
S. 283f., 300f., 692f., 1054, 1056, 1098–1100, 1291, 1445[13], 1488, 1550, 1574f.
- NATO
S. 291, 534
- Parteien
S. 1098f.
- Spanien
S. 418
- UdSSR
S. 1099
- USA
S. 1100
- Volksrepublik China
S. 42, 546
- WEU
S. 838, 1134f.
- Zypern
S. 291

Niger
S. 105

Nigeria
S. 403, 1048f., 1120, 1208

Nordatlantikpakt-Organisation
siehe: NATO

Nord et Sud Aviation
siehe: Wirtschaftsunternehmen

Nordvietnam
siehe: Demokratische Republik Vietnam

Norwegen
S. 563, 591
- EWG
S. 30
- MLF
S. 1520[8], 1575
- NATO
S. 534, 930
- Spanien
S. 621
- Temporary Travel Documents
S. 405f.
- UdSSR
S. 749
- UNO
S. 583
- Volksrepublik China
S. 546

Noten und Memoranden
- Note der UdSSR vom 23. 10. 1954 an die Drei Mächte zur Einberufung einer Außenministerkonferenz der Vier Mächte
S. 177[19]
- Note der UdSSR vom 27. 11. 1958 an die Westmächte („Berlin-Ultimatum")
siehe: Berlin
- Memorandum der UdSSR vom 17. 2. 1961 an die Bundesrepublik Deutschland zur Deutschland- und Berlin-Frage
S. 385
- Memorandum der UdSSR vom 27. 12. 1961 an die Bundesrepublik Deutschland zur Deutschland- und Berlin-Frage
S. 627
- Memorandum der Bundesrepublik Deutschland vom 21. 2. 1962 an die UdSSR zur Deutschland- und Berlin-Frage
S. 626f.
- Protestnote der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien vom 30. 11. 1962 an die Bundesrepublik Deutschland gegen das Attentat auf das Gebäude der Abteilung für die Wahrnehmung jugoslawischer Interessen in der ehemaligen jugoslawischen Botschaft in Bonn
S. 364[55]
- Noten der Bundesrepublik Deutschland vom 11. 3. 1963 an die Föderative Volksrepublik Jugoslawien über Fragen der Wiedergutmachung und die Entschädigung für Opfer von Menschenversuchen sowie Wirtschaftsbeziehungen
S. 473
- Noten der UdSSR vom 8. 4. 1963 an die USA, das Vereinigte Königreich von Großbritannien und Nordirland und die Bundesrepublik Deutschland zur MLF
S. 284[24], 577
- Note der Bundesrepublik Deutschland vom 10. 5. 1963 an die UdSSR zur Repatriierung Deutscher aus der UdSSR
S. 700

- Noten der USA, des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland sowie der Bundesrepublik Deutschland vom 18. 5. 1963 an die UdSSR zur MLF
S. 577
- Note der Bundesrepublik Deutschland vom 6. 1. 1964 an die Französische Republik zum „Fall Argoud"
S. 30 f., 216
- Note der Französischen Republik vom 30. 1. 1964 an die Bundesrepublik Deutschland zum „Fall Argoud"
S. 31[20], 217 f.
- Aide-mémoire der Bundesrepublik Deutschland vom 1. 5. 1964 an die Volksrepublik Polen zum Gomulka-Plan
S. 865
- Note der ČSSR vom 12. 5. 1964 an die NATO-Staaten zur MLF
Dok. 140
- Aide-mémoire der Französischen Republik, des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland sowie der USA vom 12. 6. 1964 an die UdSSR zum Freundschaftsvertrag zwischen der UdSSR und der DDR
S. 651, 679
- Aide-mémoire der Bundesrepublik Deutschland vom 13. 6. 1964 an die UdSSR zum Stand der deutsch-sowjetischen Beziehungen
S. 879, 894 f., 951
- Aide-mémoire der Volksrepublik Polen vom 16. 6. 1964 an die Bundesrepublik Deutschland zum Gomulka-Plan
S. 865 f.
- Note der UdSSR vom 25. 6. 1964 an die Französische Republik, das Vereinigte Königreich von Großbritannien und Nordirland sowie die USA gegen die Einberufung der Bundesversammlung nach Berlin (West)
S. 742
- Note der UdSSR vom 11. 7. 1964 an die Bundesrepublik Deutschland zur MLF
S. 891[20], 1193
- Aide-mémoire der UdSSR vom 27. 7. 1964 an die Bundesrepublik Deutschlands zum Stand der deutsch-sowjetischen Beziehungen
S. 879, 894, 951
- Aide-mémoire der Französischen Republik vom 17. 8. 1964 an die Bundesrepublik Deutschland zum Stand der deutsch-französischen Beziehungen
S. 972–974
- Note der Bundesrepublik Deutschland vom 2. 9. 1964 an die UdSSR zur MLF
S. 1193 f.
- Memorandum der DDR vom 4. 9. 1964 an die Teilnehmer der Konferenz der blockfreien Staaten
S. 1126–1129
- Memorandum der USA vom 9. 9. 1964 an die Bundesrepublik Deutschland zur Aufnahme einer Berlin-Klausel in die Ratifizierungsurkunden zum Teststopp-Abkommen
S. 1035, 1037
- Note der Bundesrepublik Deutschland vom 11. 9. 1964 an die UdSSR zum „Fall Schwirkmann"
S. 1041

Oder-Neiße-Linie
siehe:
Deutsche Frage
Frankreich–Bundesrepublik
Israel–Bundesrepublik
Polen–Bundesrepublik

OECD (Organization for Economic Cooperation and Development)
S. 479, 571, 649
- Griechenland-Konsortium
S. 494, 567
- Türkei-Konsortium
S. 117, 232, 236, 779, 1303, 1541

Österreich
siehe außerdem: Italien
S. 1540, 1563
- Bundesrepublik Deutschland
Dok. 174 und S. 1120
- EFTA
S. 697, 1456[28]
- EWG
S. 119, 126[5], 403, 697, 1120, 1456

- UdSSR
  S. 108

Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
siehe: OECD

Ostausschuß der deutschen Wirtschaft
S. 228[12], 341 f., 927

Ostblock-Staaten
siehe außerdem:
EWG
Frankreich
Großbritannien
NATO
Nichtangriffsabkommen
UdSSR
USA
VAR

- Berlin (West) in Abkommen (Berlin-Klausel)
  S. 55 f., 328, 438, 524, 586, 687, 842, 863
- Bundesrepublik Deutschland
  Dok. 226, 391, 400 und S. 8, 14, 16, 55 f., 65, 76, 93 f., 147, 288, 298[4], 302, 308, 328, 335, 340 f., 362, 384, 435, 441, 465, 469, 520, 524, 538, 544, 548, 586, 609 f., 628, 644, 730, 740, 852 f., 881, 886, 890, 1198, 1207, 1319 f., 1382 f., 1463
- Entwicklungshilfe
  S. 689
- Kredite westlicher Staaten
  S. 7 f., 147, 227–229, 289, 609, 649, 1140, 1464
- Wiedergutmachung
  S. 953

Ostgebiete des Deutschen Reiches unter fremder Verwaltung
siehe: Deutsche Frage

Pakistan
S. 567

Panama
S. 204, 208, 354, 414

Paraguay
- „Fall Mengele"
  Dok. 74, 371

Passierschein-Gespräche
siehe außerdem: Berlin
Dok. 1, 26, 60, 92, 240 und S. 21 f., 36, 50 f., 56, 76, 91–94, 171 f., 196 f., 267 f., 287, 299, 302–304, 306–308, 314 f., 326[16], 327 f., 335, 358 f., 380, 383[6], 384, 424, 441, 548, 606, 850 f., 853, 986–988, 1038, 1057
- Passierschein-Vereinbarung vom 17. 12. 1963
  S. 3[1], 5, 287, 409, 847[6], 852, 989 f., 993, 1021 f., 1068–1071
- Passierschein-Vereinbarung vom 24. 9. 1964
  Dok. 258 und S. 1139, 1318
- Unterschriftsformel
  S. 990, 992, 1022 f., 1071

Peking Review
S. 96[27], 608[10]

Peru
S. 354, 616, 1011

Philippinen
S. 83

Phoenix-Rheinrohr AG
siehe: Wirtschaftsunternehmen

Polen
siehe außerdem:
DDR
Frankreich
Großbritannien
Heiliger Stuhl
Polen–Bundesrepublik
S. 17, 53, 520, 522, 524, 1208
- Abrüstung und Rüstungskontrolle
  Dok. 398 und S. 1294
- Atomwaffen
  S. 363
- europäische politische Union
  S. 816
- EWG
  S. 599
- GATT
  S. 513
- UdSSR
  S. 490, 1074, 1465
- USA
  S. 1294

Polen–Bundesrepublik Deutschland
Dok. 80, 148 und S. 158, 810, 865–867
- Deutsche Frage und Wiedervereinigung
  S. 1560[4]

- Handelsvertretung in Warschau
S. 1019
- konsularische Beziehungen
S. 375 f., 1467
- Nichtangriffsvertrag
Dok. 270, 397
- Oder-Neiße-Linie
S. 376 f., 463, 490, 901, 1106, 1467, 1560[4], 1562 f.
- Wirtschaftsbeziehungen
S. 56, 514

Polyspinners
siehe: Wirtschaftsunternehmen

Portugal
- Bundesrepublik Deutschland
Dok. 237 und S. 1176[7]
- europäische politische Union
S. 751–755, 771, 815
- Kolonialpolitik
S. 497, 537, 931, 979
- NATO
S. 534

Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945
S. 54, 87, 337 f., 367[2], 434[20], 475[4], 476, 490, 665, 675 f., 685 f., 880 f., 898, 901, 973, 1002[10], 1523, 1560[4]

Pravda (Moskau)
S. 975[2], 1353

Quick (Hamburg)
S. 680, 1244[1]

Rapacki-Plan
siehe: Abrüstung

Renmin Ribao (Peking)
S. 873

Republik China
siehe außerdem:
Frankreich
S. 97, 223, 414, 563,
- EWG
S. 612
- Teststopp-Abkommen
S. 940
- UdSSR
S. 940, 1279
- UNO
S. 462
- USA
S. 648

Republik Korea
siehe außerdem:
Frankreich
Japan
- Bundesrepublik Deutschland
Dok. 376
- Entwicklungshilfe
S. 1458, 1460
- USA
S. 257, 1459 f.
- VAR
S. 1375

Republik Vietnam
siehe außerdem:
Australien
Demokratische Republik Vietnam
Frankreich
S. 683, 932, 1016
- Bundesrepublik Deutschland
Dok. 129 und S. 448, 527[7], 535, 541, 566 f., 583, 623, 653 f., 763, 794, 810, 818, 1013 f.
- Neutralisierung
Dok. 130 und S. 45, 211, 224, 318, 413, 448, 516, 534, 763, 809
- USA
S. 44, 208, 224, 257 f., 515, 522, 535, 541, 549, 551[19], 621–623, 645, 648, 655, 657, 726, 741, 763, 794, 818, 915[5], 921 f., 1013 f., 1146, 1571, 1573
- Volksrepublik China
S. 646

Révolution (Paris)
S. 1024

Révolution africaine (Algier)
S. 732[52]

Rheinische Post (Düsseldorf)
S. 896[2]

Rheinischer Merkur (Koblenz)
S. 1075

Rhodesien
S. 497

RIAS (Rundfunk im amerikanischen Sektor/Berlin)
S. 22

Rinascità (Rom)
S. 1353[38]

Römische Verträge vom 25. März 1957
siehe außerdem:
EURATOM
EWG
S. 26, 46, 118[5], 141, 274, 390, 632, 769, 923, 1266, 1340, 1430

- EURATOM-Vertrag: Artikel 16
S. 1181
- EURATOM-Vertrag: Artikel 25
S. 1181
- EURATOM-Vertrag: Artikel 52
S. 1295[12]
- EURATOM-Vertrag: Artikel 77
S. 1177
- EURATOM-Vertrag: Artikel 79
S. 1178
- EURATOM-Vertrag: Artikel 84
S. 1177[7], 1178
- EURATOM-Vertrag: Artikel 106
S. 1180
- EURATOM-Vertrag: Artikel 205
S. 1349
- EWG-Vertrag
S. 67, 1188, 1224
- EWG-Vertrag: Artikel 8
S. 119[7], 748[46], 875[9]
- EWG-Vertrag: Artikel 14
S. 1117
- EWG-Vertrag: Artikel 28
S. 1116[3]
- EWG-Vertrag: Artikel 39
S. 1113
- EWG-Vertrag: Artikel 110
S. 402, 1113
- EWG-Vertrag: Artikel 111
S. 514
- EWG-Vertrag: Artikel 138
S. 1341
- EWG-Vertrag: Artikel 145
S. 282
- EWG-Vertrag: Artikel 200
S. 875[9], 876[10]
- EWG-Vertrag: Artikel 227
S. 908
- EWG-Vertrag: Artikel 237
S. 1349
- Präambel
S. 1091[7]

Rotes Kreuz
- Deutsches Rotes Kreuz
S. 181[6], 409 f., 701, 704 f., 1422
- Internationales Komitee vom Roten Kreuz
S. 13[17], 307, 410

Ruhr-Nachrichten (Dortmund)
S. 896[2]

Ruhr-Stickstoff AG
siehe: Wirtschaftsunternehmen

Rumänien
siehe außerdem:
DDR
Frankreich
Rumänien–Bundesrepublik
S. 742, 883, 1208, 1354
- UdSSR
S. 17[5], 528[6], 729
- Volksrepublik China
S. 363

Rumänien–Bundesrepublik Deutschland
S. 56, 529
- Familienzusammenführung
Dok. 367 und S. 598
- Handelsvertretungen
S. 1019
- Wirtschaftsbeziehungen
Dok. 219

Salzgitter Industriebau AG
siehe: Wirtschaftsunternehmen

Sansibar
siehe außerdem:
DDR
Tanganjika
S. 84 f., 687
- Bundesrepublik Deutschland
Dok. 40 und S. 967

- UdSSR
S. 392 f.

Saturday Evening Post (New York)
S. 271

Saudi-Arabien
siehe außerdem: Arabische Staaten
S. 1481

Schweden
siehe außerdem: Kanada
S. 469, 749, 1050, 1208, 1540, 1563

- Bundesrepublik Deutschland
Dok. 67
- EFTA
S. 326
- EGKS
S. 330
- EWG
S. 126[5]
- UNO
S. 347, 583

Schweiz
siehe außerdem: Frankreich
S. 568, 591, 1563

- Bundesrepublik Deutschland
S. 354
- EWG
S. 119, 126[5], 513
- UNO
S. 343[3], 345

SEATO (South-East Asia Treaty Organisation)
S. 682

Selbstbestimmungsrecht
S. 10 f., 14, 16 f., 21, 53, 86, 89, 95, 140, 154, 284 f., 327, 333, 384, 434, 461, 522 f., 549, 566, 587 f., 627, 630, 641, 676, 690, 696, 802, 880, 894, 897, 899, 930, 954, 1125, 1129, 1152, 1284, 1364, 1415, 1458[4], 1469, 1508, 1525, 1527, 1529, 1531 f., 1533[22], 1538–1540, 1564, 1568 f.

Siemens-Halske AG
siehe: Wirtschaftsunternehmen

Silasa
siehe: Wirtschaftsunternehmen

Somalia
siehe außerdem: Kenia
S. 103

Sondierungsgespräche
siehe:
Abrüstung
Berlin

Sowexport
siehe: Wirtschaftsunternehmen

Sowjetunion
siehe: UdSSR

Sozialdemokratische Partei Deutschlands
siehe: SPD

Spanien
siehe außerdem:
Belgien
Frankreich
Kuba
Marokko
Niederlande
Norwegen

- Bundesrepublik Deutschland
Dok. 94, 390 und S. 620, 901
- europäische politische Union
S. 751–755, 771, 815
- EWG
S. 146 f., 403, 418–420, 619 f., 755
- UdSSR
S. 620, 901
- UNO
S. 564
- USA
S. 619

SPD (Sozialdemokratische Partei Deutschlands)
S. 150 f., 276[5], 304, 308[20], 610, 819, 985, 987, 1257, 1276, 1310, 1383, 1409, 1491, 1516, 1537

Stern (Hamburg)
S. 1244[1]

Sudan
S. 103 f., 1319, 1375

Sudetendeutscher Rat
S. 1124 f.

Südafrika
S. 497

- Bundesrepublik Deutschland
  Dok. 58 und S. 1152 f.
- GATT
  S. 513
- UNO
  S. 279

Süddeutsche Zeitung (München)
S. 398[14], 1244[1], 1406[4]

Südkorea
siehe: Republik Korea

Südostasienpakt-Organisation
siehe: SEATO

Südvietnam
siehe: Republik Vietnam

Suez-Krise von 1956
S. 271, 345, 420[4], 421, 562, 734, 931, 1375, 1377, 1481

Syrien
siehe außerdem:
Arabische Staaten
Israel
S. 1481

Taiwan
siehe: Republik China

Tanganjika
siehe außerdem:
DDR
Großbritannien
S. 1387

- Ausrüstungshilfe
  S. 103, 191, 392[4], 393, 957, 979–981, 1377
- Bundesrepublik Deutschland
  Dok. 86, 118, 228 und S. 854, 969
- Entwicklungshilfe
  S. 957
- EWG
  S. 403, 1121
- Vereinigung mit Sansibar
  S. 503[3], 504

Techmaschimport
siehe: Wirtschaftsunternehmen

Telefunken GmbH
siehe: Wirtschaftsunternehmen

Temporary Travel Documents (TTD)
siehe außerdem:
Belgien
Dänemark
Frankreich
Großbritannien
Heiliger Stuhl
Italien
Kanada
Norwegen

- Beschluß der NATO-Staaten vom 26. August 1961
  S. 360[28], 405
- Lockerung der TTD-Sperre
  Dok. 91 und S. 360

Teststopp-Abkommen vom 5. August 1963
siehe außerdem:
Abrüstung und Rüstungskontrolle
DDR
Frankreich
Republik China
Volksrepublik China
S. 15, 38, 58, 77, 91, 116, 182, 208, 329, 458, 550, 608, 845, 904[2], 939 f., 1337, 1522

- All-Staaten-Klausel
  S. 1277–1279, 1386
- Berlin (West) in Abkommen (Berlin-Klausel)
  Dok. 250 und S. 371–373, 1016
- Bundesrepublik Deutschland: Beitritt
  S. 225, 334, 468, 760, 810, 1016, 1419
- Ratifizierung durch die Bundesrepublik
  Dok. 78 und S. 176[17], 510, 673

Thailand
S. 319, 516, 1050

- Bundesrepublik Deutschland
  Dok. 169
- Volksrepublik China
  S. 683

The New York Herald Tribune
S. 262, 271, 470[4]

The New York Times
S. 35[3], 42[2], 261 f., 304[23], 341[33], 670, 871[5], 887[11], 968[4], 1016[6], 1084 f., 1086[9], 1174, 1205[9+10], 1231[7], 1286[4], 1369[2], 1487[13], 1554[20], 1571–1573, 1575[16]

The Spark (Accra)
S. 499

The Sunday Telegraph (London)
S. 982

The Times (London)
S. 103[10], 174[8], 801[15], 1148, 1213f., 1215[2], 1365[15], 1405[7], 1511

Tschad
S. 778f.

Tschechoslowakei
siehe außerdem:
DDR
Frankreich
Tschechoslowakei–Bundesrepublik
S. 320, 563f., 729, 742, 934, 1021, 1208

- Abrüstung und Rüstungskontrolle
S. 577
- Atomwaffen
S. 363
- europäische politische Uniom
S. 816
- NATO
S. 576f.
- UdSSR
S. 1465

Tschechoslowakei–Bundesrepublik Deutschland
siehe außerdem: Münchener Abkommen
S. 158, 576–579, 1132[11]

- Berlin (West) in Abkommen (Berlin-Klausel)
S. 438f., 708, 731, 842, 863f., 1019, 1061[5], 1062–1065, 1353f., 1383, 1463f.
- diplomatische Beziehungen
S. 437, 1061, 1063
- Familienzusammenführung
S. 597f.
- Grenzen
S. 637, 901, 919, 1125, 1467, 1568
- Handelsvertragsverhandlungen
S. 708, 1019f., 1062–1066, 1354
- Handelsvertretungen
Dok. 100, 177, 256 und S. 56, 328, 362, 730, 1019, 1354, 1463f.
- Wiedergutmachung
S. 597f.

Türkei
siehe außerdem:
Frankreich
Griechenland
Großbritannien
Kanada
OECD
S. 346, 568

- Bundesrepublik Deutschland
Dok. 21, 333 und S. 299, 1034, 1250–1255, 1328
- EWG
S. 236, 1303
- Keban-Staudamm
S. 1254, 1303
- MLF
S. 451, 1056, 1253, 1301
- NATO
S. 102, 116, 122, 236, 976f., 1251, 1364f.
- türkische Arbeitnehmer in der Bundesrepublik
S. 117
- UdSSR
Dok. 317 und S. 1301f.
- USA
S. 1302f.
- Verteidigungshilfe
S. 101f., 116, 977, 1251, 1300, 1541
- Wirtschaftshilfe
S. 116f.
- Zypern
S. 115, 169, 347, 794, 818, 1254, 1301f., 1328f., 1365

Tunesien
siehe außerdem:
Arabische Staaten
S. 1481

UdSSR (Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken)
siehe außerdem:
Algerien
Brasilien
Dänemark
DDR
Frankreich
Ghana
Großbritannien
Indien
Israel
Italien
Japan
Jugoslawien

Kanada
Kuba
Niederlande
Norwegen
Österreich
Polen
Republik China
Rumänien
Sansibar
Spanien
Teststopp-Abkommen vom 5. August 1963
Tschechoslowakei
Türkei
UdSSR–Bundesrepublik
S. 17, 32 f., 91 f., 142, 563

- Abrüstung und Rüstungskontrolle
S. 115 f., 184, 199, 201–203, 466 f., 508 f., 568 f., 694, 1045–1049, 1072, 1159, 1208 f., 1294, 1518, 1520–1527
- Afrikanische Staaten
S. 1191
- Blockfreie Staaten
S. 994, 1046
- Kommunistische Partei der Sowjetunion (KPdSU)
S. 43[4], 1158
- Kredite westlicher Staaten
Dok. 55, 192 und S. 56 f., 63–66, 100, 192, 196, 220 f., 228, 249 f., 262, 609 f., 634 f., 843–845, 1122, 1269–1271, 1320, 1526
- Mittelstreckenraketen
S. 983, 1047, 1168, 1305, 1400, 1475, 1490, 1504, 1519–1522, 1527, 1546 f.
- MLF
S. 284, 329, 508 f., 686, 696, 891, 1045–1049, 1052 f., 1073, 1099, 1109, 1186, 1211, 1252, 1287, 1412, 1494, 1506, 1508, 1517[3], 1518–1525, 1530
- NATO
S. 600 f., 976, 977[10]
- Ostblock-Staaten
S. 55, 606, 646, 686 f., 742, 952–954, 1018, 1028, 1317, 1353, 1381, 1538
- UNO
S. 384, 462, 564 f., 1159, 1192, 1518
- USA
S. 22, 36–38, 65, 97, 154, 158, 172, 202, 208, 317, 329, 355, 412, 467 f., 507, 521, 547–550, 568, 680[3], 681, 766, 772, 784 f., 788 f., 835 f., 888, 890, 917–919, 922 f., 925, 1045, 1075, 1168, 1208, 1210, 1231, 1268, 1277 f., 1336, 1380 f., 1386[35], 1489, 1526, 1529 f.
- VAR
S. 160[4], 457–459, 573, 656, 712, 996, 999, 1238, 1353, 1377
- Volksrepublik China
S. 16, 43, 50, 63, 96, 99 f., 198, 211, 213–215, 258, 430, 467, 488, 528–531, 543–547, 564, 608, 620, 648, 687, 762, 890, 950, 953, 1023 f., 1072, 1075, 1191 f., 1252, 1268 f., 1271, 1316 f., 1328, 1352 f., 1381 f., 1465
- Weizenlieferungen westlicher Staaten
S. 65, 108, 116, 288, 334, 384, 523, 634 f.
- wirtschaftliche Lage
S. 50 f., 56, 63, 65, 108, 430, 467 f., 529, 609, 843, 1073, 1268, 1270 f., 1380
- Zypern
S. 169, 181, 291, 320, 515, 975 f., 1253 f.

UdSSR–Bundesrepublik Deutschland
Dok. 68, 84, 155, 211, 212, 286, 298, 304, 310, 386 und S. 16, 21, 171, 303, 361 f., 491, 529, 545, 607, 749, 767, 888, 973, 974[13], 1008 f., 1209, 1267–1271, 1556
- Atomwaffen
Dok. 36 und S. 336–338, 411, 429, 1046 f., 1433, 1518–1523, 1525, 1527
- Berlin
S. 108, 200, 292, 294, 372, 438, 466, 524, 530, 675, 684–687, 842, 894, 950, 1036, 1038, 1100 f., 1211 f., 1419 f., 1433
- Chruschtschow-Besuch in der Bundesrepublik: Vorbereitungen
Dok. 150, 158, 163, 259 und S. 412, 431, 608, 666 f., 672, 903 f., 951, 1004 f., 1009 f., 1015, 1017 f., 1027–1030, 1039, 1043 f., 1055 f., 1082, 1172, 1317 f., 1353, 1382
- Deutsche Frage und Wiedervereinigung
Dok. 16, 35, 162, 209, 291, 369 und S. 53, 74 f., 77, 213, 266[3], 268, 326 f., 334–340, 356–358, 383 f., 433 f., 443 f., 465–467, 469, 486, 517, 520–524, 530–532, 605 f., 627–630, 675, 684–687, 841 f., 894, 897–899, 901 f., 904[2], 905, 951, 1004, 1017 f., 1072–1075, 1211, 1231, 1332, 1352, 1385, 1468 f., 1493, 1508, 1518, 1523, 1525–1533
- „Fall Schwirkmann"
Dok. 252 und S. 1027 f., 1075

- Freilassung der Studenten Naumann und Sonntag
S. 706 f., 1212
- Kreditgewährung
S. 63–66, 108 f., 193, 196, 289, 330, 1211, 1271
- Kulturbeziehungen
S. 170 f., 530, 894, 950, 1419 f.
- Repatriierung
Dok. 176
- Röhrenembargo
S. 109, 385, 1211
- Wirtschaftsbeziehungen
Dok. 19 und S. 65, 273, 333 f., 385, 412, 530, 629, 900, 950, 1211, 1526

Uganda
S. 403, 1121, 1375, 1387

Ungarn
siehe außerdem:
DDR
S. 365, 729 f., 883
- Bundesrepublik Deutschland
S. 1019

Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
siehe: UdSSR

UNO (United Nations Organisation)
siehe außerdem:
Berlin
Dänemark
DDR
Finnland
Irland
Israel
Japan
Jugoslawien
Kanada
Kongo
Norwegen
Portugal
Republik China
Schweden
Schweiz
Spanien
Südafrika
UdSSR
Volksrepublik China
S. 83[54], 181, 969, 1046, 1049, 1052, 1055, 1082, 1099, 1110, 1183, 1204, 1208, 1253, 1277–1280, 1539 f., 1562 f.
- Abrüstung und Rüstungskontrolle
S. 1554
- Bundesrepublik Deutschland
Dok. 135, 142, 159 und S. 88, 146, 279, 343–346, 348 f., 460–462, 592, 762, 1126, 1128, 1192, 1207
- Deutsche Frage und Wiedervereinigung
S. 12, 441, 461, 565, 641, 1531
- International Development Agency
S. 313[13]
- Menschenrechtskommission
S. 10[2]
- ständige Friedenstruppe
S. 642
- UNCTAD
S. 146[29]
- UNESCO
S. 88[9], 253
- UNO-Charta
S. 179[24], 285, 346, 563, 641, 643, 648 f., 676, 954, 1128[5], 1192[26], 1381
- WHO
S. 88[9], 319

Uruguay
S. 354

USA (United States of America)
siehe außerdem:
Australien
Belgien
Dänemark
Demokratische Republik Vietnam
Frankreich
Großbritannien
Indonesien
Israel
Italien
Jugoslawien
Kongo
Kuba
Laos
Niederlande
Polen
Republik China
Republik Korea
Republik Vietnam
Spanien
Teststopp-Abkommen vom 5. August 1963

Türkei
UdSSR
USA-Bundesrepublik
Dok. 264 und S. 563, 1537

- Abrüstung und Rüstungskontrolle
S. 38f., 59f., 182–187, 202f., 267, 329, 363, 441, 466, 568f., 695, 1045, 1205, 1208, 1293f., 1296, 1553f., 1570, 1574f., 1577
- Afrikanische Staaten
S. 980, 1387
- Allianz für den Fortschritt
S. 242[22], 616
- Arabische Staaten
S. 656
- atlantische Partnerschaft
S. 111, 119, 134, 154f., 302, 374, 402, 480, 657, 718, 922, 1031, 1291[4], 1347
- Atomenergie-Gesetz (McMahon Act)
S. 318, 1045
- Demokratische Partei
S. 98[37]
- EFTA
S. 325f.
- europäische Atomstreitmacht
S. 1332
- europäische politische Union
S. 68f., 1430
- EWG
Dok. 81 und S. 204f., 325, 515, 817, 1118f., 1162, 1223, 1225f., 1437
- GATT
S. 67, 330
- „Hähnchenkrieg" mit der EWG
S. 655
- Kongreß
S. 48[14], 114, 428, 455, 654f., 794, 1079, 1105[7], 1286, 1494, 1555, 1571, 1574
- Lateinamerika
S. 208, 212, 242, 259f., 427, 615, 617, 920
- Marshall-Plan (European Recovery Program)
S. 499[20]
- MLF
Dok. 281, 401 und S. 48, 71, 121, 154f., 302, 428f., 450f., 453–456, 508, 536, 658, 982, 1046f., 1050f., 1054–1056, 1078–1084, 1090, 1110, 1155f., 1185f., 1211, 1220–1222, 1258f., 1286, 1306–1308, 1323, 1330–1333, 1389, 1398, 1400–1402, 1408f., 1411, 1436, 1444, 1449f., 1452[9], 1454[18], 1477, 1485–1492, 1494, 1499–1502, 1504–1506, 1512, 1536, 1541–1543, 1545–1555
- NATO
S. 122, 204, 246, 316f., 536, 602, 776, 812f., 933, 1086, 1104f., 1322, 1325, 1575f.
- Ostblock-Staaten: Handel und Kredite
S. 20
- Republikanische Partei
S. 47, 321, 655, 658
- Senat
S. 414, 510
- strategische Konzeption
S. 1167f., 1259f., 1398, 1410, 1475f.
- Streitkräfte in Europa
S. 137, 195, 536, 765, 887, 1190, 1337, 1408, 1410f., 1474f., 1479
- UNO
S. 583
- VAR
S. 415f., 460, 1534
- Volksrepublik China
S. 98, 211f., 224, 414, 546f., 565[19], 589, 622–624, 647f., 654, 726, 766, 771f., 784, 788, 816, 835, 863, 872, 890, 1024, 1190, 1192, 1204f.
- Wahlen
S. 38, 47, 137, 204, 209, 321, 414, 428, 430, 454, 486, 511, 524, 529, 531, 548, 550, 580, 613, 623, 647, 652, 655, 658, 694, 726, 741, 750, 790, 795, 812–814, 924, 1006f., 1015, 1075, 1146, 1278[4], 1324, 1408
- Zahlungsbilanz
S. 232, 468, 479, 555–558, 561
- Zolltarife
S. 1312
- Zypern
Dok. 71 und S. 793f., 818

USA-Bundesrepublik Deutschland
Dok. 5, 20, 42, 63, 93, 98, 103, 123, 134, 136, 160, 161, 189, 195, 196, 217, 232, 246, 307, 338, 339, 341, 353, 360, 361, 363, 370, 380, 392 und S. 25–29, 47, 134, 137, 146, 168–170, 186f., 204f., 209f., 213, 255–263, 315[2], 323, 340, 342, 344, 347–349, 392, 454–456, 470–474, 479f., 507–509, 540f.,

588 f., 604, 673, 714 f., 717, 750, 760, 775 f., 785, 886, 890, 892, 973 f., 1030, 1032 f., 1035 f., 1051, 1054, 1056–1060, 1072–1076, 1081–1084, 1109–1111, 1146–1149, 1154–1156, 1190 f., 1209, 1257, 1260, 1269, 1279 f., 1285–1287, 1296, 1322, 1398, 1447, 1534–1536

- Ausrüstungshilfe: Koordinierung
S. 102
- Berlin
Dok. 132 und S. 5 f., 380, 443, 465 f., 1038, 1100 f., 1276 f., 1418–1420, 1434
- Deutsche Frage und Wiedervereinigung
Dok. 9, 111, 152, 168 und S. 40, 75 f., 78 f., 266–268, 302–304, 355 f., 433, 441–445, 448, 464–466, 468, 491 f., 519, 522–524, 531 f., 545 f., 548–550, 566, 644–646, 652, 657 f., 685–687, 725, 765–767, 772, 788 f., 835 f., 887 f., 996, 1015 f., 1037 f., 1384 f., 1410 f., 1437, 1469, 1528[4], 1529–1533, 1543
- Devisenausgleich
Dok. 119, 125, 399 und S. 7[1], 61[40], 247, 417, 496, 517 f., 556 f., 566, 593, 656 f., 659, 706, 810, 877, 890[19], 1012[49], 1371, 1373, 1437
- Entwicklungshilfe: Kooperation
S. 242, 260, 567, 573
- Stahlzölle
S. 19 f.
- Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin
Dok. 72 und S. 247, 281, 496, 505, 517, 526, 550, 551[19], 557, 568 f., 680[3], 681, 718 f., 758–760, 767, 956, 1016 f., 1073

US Steel Corporation
siehe: Wirtschaftsunternehmen

VAR (Vereinigte Arabische Republik)
siehe außerdem:
Arabische Staaten
Belgien
DDR
Großbritannien
Israel
Italien
Jemen
Marokko
Republik Korea
UdSSR
USA
S. 572, 732, 1048 f., 1052, 1208
- Ostblock-Staaten
S. 421

VAR–Bundesrepublik Deutschland
Dok. 32, 95, 242, 280, 325, 326, 340, 352, 385, 394 und S. 415 f., 458–460, 649 f., 694[2], 996, 1126, 1182–1184, 1237 f., 1247, 1481
- atomare Meerwasser-Entsalzungsanlage
Dok. 332 und S. 1283, 1335
- Deutsche Frage und Wiedervereinigung
S. 1297
- Rüstungsfachleute aus der Bundesrepublik
Dok. 164 und S. 112, 272, 459 f., 712, 1244, 1245[9], 1247, 1334 f., 1558
- Waffenlieferungen der Bundesrepublik an Israel
S. 1165[6], 1297 f., 1374[3], 1376 f., 1516, 1534, 1535[9]
- Wirtschaftshilfe
Dok. 345 und S. 459 f., 1143, 1238, 1283, 1335, 1374[3], 1556 f.

Vatikan
siehe: Heiliger Stuhl

Venezuela
S. 1050

Vereinigte Arabische Republik
siehe: VAR

Vereinigte Staaten von Amerika
siehe: USA

Vereinte Nationen
siehe: UNO

Verteidigungshilfe
siehe außerdem:
Griechenland
Türkei
S. 858

Vier-Mächte-Verantwortung für Deutschland als Ganzes
siehe: Deutsche Frage

Vietnam
siehe:
Demokratische Republik Vietnam
Republik Vietnam

Voice of America
S. 22[15]

Volksrepublik China
siehe außerdem:
Algerien
Dänemark
DDR
Demokratische Republik Vietnam
Frankreich
Großbritannien
Indien
Kanada
Kongo
Laos
Niederlande
Norwegen
Republik Vietnam
Rumänien
Thailand
UdSSR
USA
Volksrepublik China–Bundesrepublik
S. 84, 638, 682
- Abrüstung und Rüstungskontrolle
S. 1204–1206, 1210[27]
- Afrikanische Staaten
S. 1191
- Atomwaffen
S. 488, 552, 1191, 1204, 1319, 1449, 1511, 1554, 1575
- Kommunistische Partei Chinas (KPCh)
S. 43[4], 1023, 1252
- Theorie der „Zwischenzone"
S. 544
- UNO
S. 43, 98, 214, 258, 319, 365, 462, 564, 565[19], 648, 1192, 1204 f.
- wirtschaftliche Lage
S. 258

Volksrepublik China–Bundesrepublik Deutschland
S. 100, 193, 213, 257 f., 285, 511, 529 f., 788, 890[19], 973
- Berlin (West) in Abkommen (Berlin-Klausel)
S. 542 f., 545, 586–588, 612, 726, 741, 864, 873
- Deutsche Frage und Wiedervereinigung
S. 873[10], 893
- diplomatische Beziehungen
S. 1190
- Handelsvertretungen
S. 542[4], 543, 587, 654, 726, 810, 872
- Kulturabkommen
S. 542[4], 543, 587
- Warenabkommen
Dok. 69, 131, 143, 206, 236 und S. 612, 648, 654, 722[25], 726 f., 741, 810, 863 f., 893, 1023 f., 1075

Volkswagenwerk AG
siehe: Wirtschaftsunternehmen

Waffen- und Luftrüstungs-AG
siehe: Wirtschaftsunternehmen

Warschauer-Pakt-Organisation
siehe außerdem: Nichtangriffsabkommen
S. 199, 202, 295, 326[16], 684 f., 952, 1252

Washingtoner Botschaftergruppe
S. 10[2], 41, 50–55, 74 f., 77 f., 94, 213, 233, 266[3], 268, 276, 355 f., 358[21], 432 f., 440 f., 444, 457, 464 f., 487, 517, 519, 525, 533, 566, 647, 673, 677–680, 684–687, 698, 728, 729[30], 1073[5], 1203, 1384[26], 1385, 1543, 1565

Washington Post
S. 1571

Weltbank
S. 313[13], 559

Westinghouse Electric
siehe: Wirtschaftsunternehmen

WEU (Westeuropäische Union)
siehe außerdem:
Frankreich
Großbritannien
Niederlande
S. 25, 69, 87, 118, 301, 751 f., 914, 1347
- Bundesrepublik Deutschland
S. 48, 154, 1135 f., 1194, 1313–1315
- Konsultationen
Dok. 277
- Lateinamerika
S. 400

Wiedervereinigung
siehe: Deutsche Frage

Wirtschaftsunternehmen

- AEG (Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft)
  S. 962 f., 972[4], 1298[6]
- Boeing Airplane
  S. 1491
- Bölkow GmbH
  S. 1491 f.
- Ferrostaal AG
  S. 1273
- Fiat
  S. 231
- Gebrüder Junghans AG
  S. 269, 711
- Hochtief AG
  S. 1298[6]
- Klöckner-Humboldt-Deutz AG
  S. 1195[2], 1196[7]
- Montecatini Società Generale
  S. 231
- Nord et Sud Aviation
  S. 1491[43]
- Phoenix-Rheinrohr AG
  S. 946[5]
- Polyspinners
  S. 1122[39]
- Ruhr-Stickstoff AG
  S. 423 f.
- Salzgitter Industriebau AG
  S. 221[22]
- Siemens-Halske AG
  S. 19, 1298[6], 1509
- Silasa
  S. 19
- Sowexport
  S. 1483
- Techmaschimport
  S. 1122[39]
- Telefunken GmbH
  S. 254[35], 963[4+6]
- US Steel Corporation
  S. 19[5], 20
- Volkswagenwerk AG
  S. 153
- Waffen- und Luftrüstungs-AG
  S. 173, 174[7]
- Westinghouse Electric
  S. 19
- Zeiss Ikon AG
  S. 1309

WHO (World Health Organisation)
siehe: UNO

Zeiss Ikon AG
siehe: Wirtschaftsunternehmen

Zwei-Staaten-Theorie
siehe: Deutsche Frage

Zypern
siehe außerdem:
DDR
Demokratische Republik Vietnam
Frankreich
Griechenland
Großbritannien
Niederlande
Türkei
UdSSR
USA
S. 537

- Acheson-Plan
  S. 1365
- Bundesrepublik Deutschland
  Dok. 34, 37, 70, 349, 365 und S. 192, 234, 259, 291, 348, 562, 582 f., 969, 976
- Entwicklungshilfe
  S. 1367 f., 1416 f.
- Truppenkontingente aus NATO-Staaten
  S. 169, 180 f., 192[6], 234, 259, 291, 320, 515, 583, 969
- UNO
  S. 515, 1301, 1365
- UNO-Friedenstruppe
  S. 169, 234, 291, 343–349, 582 f., 641, 976 f.
- Zypern-Konflikt
  Dok. 235 und S. 204, 331, 774, 932, 1056, 1364 f.

Organisationsplan des Auswärtigen Amts vom Juli 1964

St
Prof. I
Geschäftsber
nahme des F

Prot
Protokoll
Botschafter v. Holleben

Vertreter
LR I Dr. Graf Welczeck

Prot 1
Staatsbesuche,
Veranstaltungen, Orden
LR I Noebel

Prot 2
Fremde Missionen,
Konsulate und internationale
Organisationen
LR I Dr. Knickenberg

Z
Personal und Verwaltung
Ministerialdirektor Dr. Raab

Unterabteilung Z A
Personal
Ministerialdirigent Dr. Lohmann

Z A 1
Allgemeine Personalangelegenheiten
LR I Dr. Lane

Z A 2
Höherer Dienst,
Wahlkonsuln
VLR I Dr. V. Förster

Z A 3
Ausbildung und Fortbildung
LR I Maenss

Z A 4
Gehobener, mittlerer und einfacher
Dienst; Arbeiter
VLR I Dr. Jaeschke

Z A 5
Sprachendienst
LR I Soyez

Unterabteilung Z B
Verwaltung
Ministerialdirigent v. Gehle

Z B 1
Organisation
VLR I Neise

Z B 2
Ministerialbürodirektor
LR Hoppe

Z B 3
Dienstgrundstücke (Ausland)
und Sachverwaltung
VLR I Dr. Roedel

Z B 4
Haushalt und Finanzen
VLR I Röding

Z B 5
Besoldung
VLR Lebsanft

Z B 6
Chiffrier- und Fernmelde-
wesen
VLR I Dr. Karstien

Z B 7
Bibliothek und Geographisch-
Kartographischer Dienst
Bibl. OR. Dr. Grundmann

Z B 8
Politisches Archiv und
Historisches Referat
VLR I Dr. Ullrich

Z B 9
Geheimschutz
LR I v. Goetz

V P
Vorprüfungsstelle
LR Hess

Pol
Min

Unterabteilung I A
Ministerialdirigent Dr. Voigt

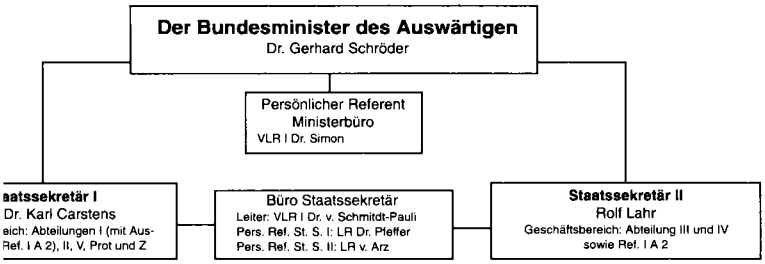
I A 1
Europäische politische Integrat
Europarat und nichtstaatl. euro
Organisationen; WEU (nichtmil
sche Angelegenheiten)
Vertreter: LR I Dr. Lang

I A 2
EWG, EGKS, EURATOM
VLR I v. Stempel

I A 3
Frankreich, Belgien, Niederlan
Luxemburg, Italien
VLR I Dr. Steg

I A 4
Portugal, Spanien, Vatikan, Gri
land, Türkei, Zypern; Nordische
Staaten, Österreich, Schweiz,
Malteser-Ritter-Orden
VLR I Dr. Velhagen

I A 5
Großbritannien, Gemeinsame
des Commonwealth, Australier
Neuseeland, Irland
VLR I Dr. v. Plehwe



I
litische Abteilung
nisterialdirektor Dr. Jansen

Unterabteilung I B
Ministerialdirigent Böker

I B 1
Vereinte Nationen, weltweite intern. Organisationen; multilaterale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Atomenergie (mit Ausnahme der europäischen Organisationen), internationale Beziehungen auf dem Gebiet der Weltraumforschung, politische Fragen auf technisch-wissenschaftlichem Gebiet
VLR I Frau Prof. Dr. v. Puttkamer

I B 2
Mittel- und Südamerika
VLR I Graf zu Pappenheim

I B 3
Afrika südlich der Sahara
VLR I Steltzer

I B 4
Naher Osten und Nordafrika
VLR I Dr. Schirmer

I B 5
Süd- und Ostasien
VLR I Bassler

II
Politische Abteilung
Ministerialdirektor Krapf

Vertreter
Generalkonsul Dr. Ruete

II 1
Wiedervereinigung
VLR I Dr. Oncken

II 2
Deutsche Ostfragen
VLR I Dr. Turnwald

II 3
Politische und sozial-ökonomische Strukturfragen des Ostblocks
LR I Dr. Wickert

II 4
Sowjetunion
VLR I Dr. Kutscher

II 5
Polen, Tschechoslowakei, Jugoslawien, Albanien, Bulgarien, Rumänien, Ungarn; China (Volksrepublik und Formosa), Mongolische Volksrepublik, Nordkorea, Nordvietnam, Hongkong und Macau
VLR I Luedde-Neurath

II 6
USA, Kanada
VLR I F. J. Hoffmann

II 7
NATO, WEU (militärische Angelegenheiten) und Verteidigung
VLR I Dr. Scheske

II 8
Abrüstung und Sicherheit
VLR I Dr. Lahn

Dienststelle Berlin
VLR I Kempff

III
Abteilung für Handels- und Entwicklu
Ministerialdirektor Dr. Sachs

III C Beauftragter für Vertragsverhandlu aus dem Bereich der Abteilung III
Botschafter Schlitter

Unterabteilung III A
VLR I Graf v. Hardenberg

III A 1
Allgemeine handelspolitische Fragen
VLR I Dr. Gemünd

III A 2
Internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit
VLR I Dr. Robert

III A 3
Vertragsrechtliche Fragen und Verbindung zu den gesetzgebenden Körperschaften
Vertreter: LR I H. Hoppe

III A 4
Internationale Wirtschaftsfragen der Verteidigung, des Verkehrs, des Post- und Fernmeldewesens und des Fremdenverkehrs
LR I Middelmann

III A 5
Wirtschaftsbeziehungen zum Westen
VLR I Dr. Neumann

III A 6
Wirtschaftsbeziehungen zum Osten
VLR I Dr. Klarenaar

Unterabt
Ministerialdi

III B 1
Außenpolitische G
heiten der Entwick
VLR I Dr. Lanwer

III B 2
Technische Hilfe
VLR I v. Heyden

III B 3
Kapitalhilfe
VLR I Frau Dr. Feilner

III B 4
Wirtschaftsbezieh
Südamerika
VLR I Ostermann v. R

III B 5
Wirtschaftsbezieh
südlich der Sahar
LR I Dr. Török

III B 6
Wirtschaftsbezieh
Osten und zu Nor
VLR I v. Keiser

III B 7
Wirtschaftsbezieh
Ostasien
VLR I Dr. Erdmann

ngspolitik	**IV** Kulturabteilung Ministerialdirektor Dr. Sattler	**V** Rechtsabteilung Ministerialdirektor Dr. Thierfelder
ıngen ı teilung III B irigent Dr. Pauls	Vertreter Ministerialdirigent Overbeck	Vertreter Ministerialdirigent Prof. Dr. Meyer-Lindenberg
ärundsatzangelegen- klungshilfe	**IV 1** Grundsatzangelegenheiten VLR I Dr. Röhreke	**V 1** Völkerrecht und Staatsverträge VLR I Dr. v. Schenck
	IV 2 Kulturarbeit internationaler staatlicher Organisationen; Gästeprogramm der Bundesrepublik VLR I Frhr. v. Buddenbrock	**V 2** Gesandtschafts- und Konsularrecht, Wiedergutmachung, Verkehrsrecht, Beamtenrecht VLR I Dr. Born
	IV 3 Kirchliche Beziehungen zum Ausland, kulturelle Aufgaben karitativer Art, Katastrophenhilfe, Kriegsgräber, Medizinalangelegenheiten VLR I Dr. Kunisch	**V 3** Staats- und Verwaltungsrecht VLR I Dr. v. Borries
ıungen zu Mittel- und ıoth	**IV 4** Schulen im Ausland VLR I v. Dziembowski	**V 4** Strafrecht, Steuer- und Zollrecht, Zentrale Rechtsschutzstelle VLR I Dr. Gawlik
ıungen zu Afrika a	**IV 5** Wissenschaft, Hoschschulen, Jugendfragen, Sport VLR I Dr. Dvorak	**V 5** Zivilrecht und Zivilprozeßrecht VLR I Dr. Hecker
ıungen zum Nahen dafrika	**IV 6** Kunst, Film, Rundfunk, Fernsehen VLR I Dr. Kramer	**V 6** Sozialrecht und Sozialpolitik VLR I Dr. Werner
ıungen zu Süd- und	**IV 7** Kulturinstitute, Vereine, Buchwesen, Erwachsenenbildung LR I Kahle	**V 7** Friedensregelung, Beendigung des Besatzungsregimes, Stationierung ausländischer Truppen, Auslandsschulden; Auslandsvermögen VLR I Dr. Wollenweber

Minister bzw. Staatssekretären unmittelbar unterstellt:

Pl
Planungsstab
Ministerialdirektor Dr. Müller-Roschach

Inspekteur
Botschafter Dr. Wehrstedt

Botschafter z.b.V.
Botschafter Freiherr von Mirbach

L 1
Parlaments- und Kabinettsreferat
VLR I Balken

L 2
Inlandsreferat
VLR I Dr. K. Hoffmann

L 3
Informationsreferat Ausland
LR I Borchardt

L 4
Pressereferat
VLR I Dr. Hille